HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN

Band 28.1

Michael Gehler/Deborah Cuccia/
Jakob Iser/Philipp Strobl (Hrsg.)

Geschichte Europas Seine Desintegration und Integration schreiben

Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee

Hildesheimer Europagespräche VII

Teilband 1

UV Universitätsverlag Hildesheim | OLMS

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN
HISTORIC EUROPE STUDIES

Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft
History in Experience, the Present and the Future

herausgegeben vom
Institut für Geschichte
der Stiftung Universität Hildesheim
unter der Leitung von Michael Gehler

edited by
the Institute of History
University of Hildesheim
directed by Michael Gehler

Band 28.1
Volume 28.1

Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.)
Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben

UV
Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.)

Geschichte Europas.
Seine Desintegration und Integration schreiben

Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee

Teilband 1

Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Diese Publikation entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag und Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Dokument steht im Internet kostenfrei als elektronische Publikation (Open Access) zur Verfügung unter: https://doi.org/10.18442/hes-28

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung 4.0 International“ versehen. Weitere Informationen finden sich unter: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2023
www.olms.de
© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2023
www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagentwurf: Anna Braungart, Tübingen
Print-ISSN 1869-1196
Print-ISBN 978-3-487-16328-4

Inhalt

Michael Gehler/Deborah Cuccia/Jakob Iser/Philipp Strobl
Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben. Einführung in ein biographie- und wissenschaftsgeschichtliches Dokumentationsprojekt ... 9

I. Vorläufer und Wahrnehmungen der Europa-Idee ... 51

Alexander Demandt
Die Weltreiche in der Geschichte ... 53
Alexander Demandt
„Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland." ... 73
Sebastian Fink
Die Erfindung eines Kontinents oder die vier Säulen Europas ... 103
Sebastian Fink
„Wenn man über Europa und das Altertum liest, findet man drei Namen: Rom, Athen und Jerusalem. Daher kommt vielleicht auch der Sonderstatus von Israel, das immer wieder als europäisches Land gesehen wird." ... 111
Hans-Werner Hahn
Der deutsche Zollverein in europäischer Perspektive 1834–1914 ... 131
Hans-Werner Hahn
„Karriere in Beitrittsgebieten" – von der Saar an die Saale ... 139
Jürgen Elvert
Europa, das Meer und die Welt ... 163
Jürgen Elvert
„Ich erhoffe mir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" ... 169

II. Das Europa der Unterschiede und Verschiedenheiten von Vorstellungen ... 199

Matthias Asche
Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas ... 201
Matthias Asche
„Ich muss zugeben, dass ich immer mehr Gefallen an dem Begriff Alteuropa finde." ... 212
Stefan Ehrenpreis
Die Wahrnehmung der Verschiedenheit Europas ... 229
Stefan Ehrenpreis
„... dass die Grundstrukturen Europas doch sehr unterschiedlich waren..." ... 235

David Schriffl
Der ehemalige „Eiserne Vorhang“ als Nahtstelle oder Sollbruchstelle der europäischen Integration? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968 265
David Schriffl
Keine Integration durch Sanktionen 276
Jörg Baberowski
Zwischen Furcht und Faszination. Die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne 295
Jörg Baberowski
„Rußland ist ein europäisches Land, seine Eliten verstehen sich als Europäer.“ 321
Ludwig Steindorff
Was gehört zur Geschichte Russlands? Von den Anfängen bis zur Ära Putin 345
Ludwig Steindorff
„Viel mehr als ein Europa der Nationalstaaten wird man, realistisch gesehen, nicht erreichen.“ 355

III. Die (west-) europäische Integration nach 1945 383

Florian Greiner
Die Ursprünge der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg – die Einigung Europas und der „permissive consensus“ 385
Florian Greiner
„Vielleicht ist es insofern gar kein Zufall, dass ich in meiner Forschung heute so stark auf das lebensweltliche Europa fokussiere und weniger auf institutionelle Entwicklungen.“ 395
Jasper M. Trautsch
„Europa“ und „der Westen“. Die kognitive Neukartierung der euro-atlantischen Welt nach 1945 423
Jasper M. Trautsch
„‚Der Westen‘ und ‚der Osten‘ als identitätsstiftende Konzepte, mit denen supranationale Gemeinschaften beschworen werden, sind keine Erfindungen des Kalten Krieges.“ 435
Claudia Hiepel †
Die Euregios als Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa 461
Claudia Hiepel †
„Den methodologischen Nationalismus sollten wir überwinden.“ 467
Dominik Geppert
Zwischen politischen Zielen und ökonomischen Zwängen. Zukunftsaussichten der europäischen Einheitswährung 485
Dominik Geppert
„Geschichte ist etwas, was unmittelbar das eigene Leben berührt.“ 497

Christian Henrich-Franke
Europa und die Globale Welt 1970–2022 525
Christian Henrich-Franke
„Wir sind sehr gefangen in unseren europäischen Perspektiven auf die Welt.“ 538
Michael Gehler
Handelt es sich bei der Europäischen Union um ein Imperium? 567
Michael Gehler
„Die EU von heute ist bestenfalls eine imperiale Halbmacht.“ 578

Michael Gehler/Deborah Cuccia/Jakob Iser/Philipp Strobl

Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben.

Einführung in ein biographie- und wissenschaftsgeschichtliches Dokumentationsprojekt

Vorbemerkung

Seit 16 Jahren besteht eine nahezu regelmäßig pro Semester montags stattfindende öffentliche Vortragsreihe der Stiftung Universität Hildesheim. Es sind die „Europagespräche" des Instituts für Geschichte mit inzwischen über 350 dokumentierten Vorträgen. Sie setzten im Sommersemester 2007 ein.

Dank der Mittel des EU-Programms Erasmus Plus „Life Long Learning" war die Finanzierung der Vortragsreihe für den Zeitraum von 2007 bis 2022 zu sichern. Zu danken ist in diesem Zusammenhang dem vormaligen Präsidenten der Stiftung Universität Hildesheim, Professor Dr. Dr. h.c. Wolfgang-Uwe Friedrich, der die vom Institut vorbereiteten Anträge bei der EU mit seiner Unterschrift versah und damit auch die für den Erhalt der Mittel notwendige Co-Finanzierung durch die Universität zusagte. Da zwischen den einzelnen Förderperioden immer ein Jahr pausiert werden musste, sprang die Volksbank Hildesheim zuletzt unter Vorstandsvorsitzendem Henning Deneke-Jöhrens stets mit „Überbrückungshilfe" ein.

Ziel der Veranstaltung war und ist es, die Geschichte Europas im weiteren und jene der europäischen Integration im engeren Sinne einem möglichst breiten Publikum zu vermitteln und im Anschluss zu dokumentieren. Dabei ging es vor allem darum, namhafte und etablierte Wissenschaftler, aber auch Nachwuchsforschende zu gewinnen. Zu Wort kamen u. a. nicht nur die Geschichts-, sondern auch die Kultur-, Politik-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, so dass inter- und transdisziplinäre Dimensionen gegeben waren. Hinzu stießen relativ regelmäßig prominente Akteure, Diplomaten und Politiker, kurz Praktiker aus Deutschland und Europa, u. a. aus dem Bereich des Bank-, Finanz-, Wirtschafts- und Währungswesens. Inzwischen konnten über 30 Einträge im Goldenen Buch der Stadt Hildesheim verzeichnet werden. Da der Publikumszuspruch im Steigen begriffen war, sind wir nun schon seit zehn Jahren im Riedelsaal der Volkshochschule Hildesheim zu Gast, die die Europagespräche gerne auch in ihr Programm aufnimmt und eine kleine zusätzliche finanzielle Unterstützung leistet.

Die geladenen Referenten sind nicht nur zum öffentlichen Vortrag, sondern in der Regel auch zu mehrstündigen Experten- und Zeitzeugengesprächen ans Institut für Geschichte eingeladen worden. Die Interviews wurden transkribiert und redigiert, um dokumentiert in der institutseigenen Reihe „Historische Europastudien" unter der Rubrik „Europagespräche" im Georg W. Olms Verlag zu erscheinen. Folgende Titel sind bisher als Bücher veröffentlicht worden:

– Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europa-Studien 5), herausgegeben gemeinsam mit Hinnerk Meyer, Hildesheim – Zürich – New York 2012;
– Zwischen Diktatur und Demokratie. Erfahrungen in Mittelost- und Südosteuropa. Hildesheimer Europagespräche II (Historische Europa-Studien 10), herausgegeben gemeinsam mit Imke Scharlemann, Hildesheim – Zürich – New York 2013;
– Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen. Hildesheimer Europagespräche III (Historische Europa-Studien 11), herausgegeben gemeinsam mit Marcus Gonschor und Hinnerk Meyer unter Mitarbeit von Severin Cramm und Miriam Hetzel, Hildesheim – Zürich – New York 2015;
– Internationale Geschichte im globalen Wandel. Hildesheimer Europagespräche IV, Teilband 1: Deutschland, Europa, Imperien und die USA im Kontext von Kaltem Krieg und europäischer Integration; Teilband 2: Afrika, China, Japan, Russland und die Sowjetunion im Kontext von Kolonialismus und Nationalismus (Historische Europa-Studien 13/1–2), herausgegeben gemeinsam mit Marcus Gonschor, Severin Cramm und Miriam Hetzel, 2 Bde., Hildesheim – Zürich – New York 2018;
– Geschichte schreiben – Geschichte vermitteln. Inner- und interdisziplinäre Perspektiven auf die Europaforschung. Hildesheimer Europagespräche V (Historische Europa-Studien 21/1–2), herausgegeben gemeinsam mit Andrea Brait und Philipp Strobl, 2 Teilbände, Hildesheim – Zürich – New York 2020;
– Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext europäischer und globaler Krisen. Hildesheimer Europagespräche VI (Historische Europa-Studien 27), herausgegeben gemeinsam mit Sanne Ziethen, Hildesheim – Zürich – New York 2022.

In dieser Einführung werden nun die einzelnen Kapitel dieses neuen Bandes sowie die Autorinnen und Autoren und deren verschiedene wissenschaftliche Zugänge kurz dargestellt. Dabei wurde besonderer Wert auf die Beantwortung folgender Fragen gelegt:

– Wie wird die Geschichte der europäischen Einigung dargestellt?
– Wie stehen die Geschichtsforschenden und sonstigen Forschenden zu Fragen der Heterogenität, Konvergenz und Homogenität in der Geschichte Europas?
– Welche Zukunftsentwicklungsperspektiven sehen sie für die Europäische Union?
– In welchem Verhältnis verorten sich die Befragten zur Integration und Desintegration Europas?
– Was leitet sich daraus für sie für die zukünftige Geschichtsschreibung ab?

Entlang der einzelnen Kapitel dieses Werkes werden nun die verschiedenen Beiträge und Gespräche vorgestellt. Im ersten Kapitel geht es um Vorläufer und Wahrnehmungen der Europa-Ideen (I.), im zweiten um das Europa der Unterschiede und Verschiedenheiten von Vorstellungen (II.), im dritten um die (west-)europäische Integration nach 1945 (III.), im vierten um Integration und Desintegration der Europäischen Union (IV.), im fünften um Europa und die EU aus der Sicht der europäischen Institutionen (V.), im sechsten um Geschichts-, Gegenwarts- und Zukunftsperspektiven für Europa und die EU (VI.) und im letzten, siebten Kapitel um die Frage, wie Europa auszustellen, zu unterrichten und zu vermitteln ist (VIII.)

I. Vorläufer der Ideen und Wahrnehmungen der Europa-Idee

Alexander Demandt ist Althistoriker und war von 1974 bis 2005 als Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin tätig. Er gilt als einer der bedeutendsten Erforscher und Experten zu verschiedenen Themen der Spätantike. Seit 1990 ist er Korrespondierendes Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts sowie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seine Ausführungen gelten der Geschichte der Weltreiche, ihrer Geburtsgründe, ihrer Entwicklung und ihres Niedergangs.

Seit dreitausend Jahren werde die Weltpolitik durch Universalreiche bestimmt. Ein Reich, das aber lediglich durch Eroberung zustande gekommen sei und keine zivilisatorische Funktion erfüllte, bleibe labil. Die herrschende imperiale Nation vertrete ein Sendungsbewusstsein, das aus religiösen und säkularen Komponenten bestehe. Das Schicksal aller Großreiche wurde immer kontrovers interpretiert. Würden die Voraussetzungen, Formen und Gründe des Entstehens und Vergehens der Vielvölkerstaaten verglichen, so zeigten sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Die Entstehungsbedingungen seien laut Demandt meistens ähnlich: Eine Nation zeichne sich aus durch militärische und politische Überlegenheit – vielfach auch durch einen zivilisatorischen Vorsprung. Der Friede ermögliche einen wirtschaftlichen Aufschwung, der Beherrschten und Herrschenden zugutekomme, wenn auch in unterschiedlichem Grad. Siege brächten Macht, Macht Reichtum, Reichtum jedoch auch Luxus und dieser untergrabe die Moral. Die griechischen und römischen Autoren sahen Demandt zufolge idealtypisch dieses klassische Dekadenzmodell am Werk.

Anders die neuzeitlichen Kolonialreiche: diese seien zwar an denselben Faktoren gescheitert, die sie geschaffen und getragen hätten, doch wären das andere als in der Antike. Die Überlegenheit der Kolonisatoren beschränkte sich nicht auf wirtschaftliche und technische Kenntnisse. Die europäische Ideologie umfasste seit der Französischen Revolution auch politische und moralische Prinzipien, die die Völker zur politischen Selbstbestimmung aufriefen. Darum liege die Auflösung der fremdbestimmten Vielvölkerstaaten zwar nicht im Programm, aber doch in der Logik der durch den Kolonialismus geförderten Entwicklung.

Das politische Scheitern der Weltreiche sei kein Indiz dafür, dass die Zukunft alleine den Nationalstaaten gehöre. So wie die Großreiche immer wieder zerfallen seien, so hätten sich umgekehrt Kleinstaaten immer wieder zu größeren Einheiten zusammenführen lassen. Der Zusammenhalt Europas lockere und festige sich im Wechsel, gehe aber selbst nicht verloren.

Solange die Welt in eine russische und eine amerikanische Einflusszone geteilt war, mussten beide Großmächte Unruhen verhindern, um dem Gegner keine Chance zu eröffnen. Das wurde mit militärischen und ökonomischen Maßnahmen erreicht. Seitdem die Sowjetunion zusammengebrochen ist, sei aus dem stabilen bipolaren System ein labiles multipolares entstanden, das lokale Konflikte toleriere und so zum Chaos dränge.

Das Expertengespräch mit Alexander Demandt stand unter dem Motto „Der geographische Name stammt aus Griechenland." Griechen und Römer haben aber nach Asien und Afrika ausgegriffen und dabei Nordeuropa ausgespart. Moderne Konturen gewann Europa erst durch das Reich Karls des Großen, so Demandt.

Die Spätantike sei eine Übergangszeit ins europäische Mittelalter, das auf allen Gebieten vom antiken Erbe zehrte. Das hat sich, so Demandt, bis in die Neuzeit fortgesetzt und die gesamteuropäische Kultur geprägt. Religion, Staatsdenken, Kunst und Wissenschaft waren immer grenzübergreifend. Dabei könnte eine Reihe von Aspekten erörtert werden. Demandt betont u. a., dass Russen zwar in der Regel Christen seien, aber bis an den Pazifik regieren. Bezüglich der Zugehörigkeit zu Europa seien sie selbst unsicher. Fragen, wie weit Byzanz nach Osten reiche oder Russland zu Europa gehöre, blieben daher immer wieder offen, lieferten aber spannendes Material zur Diskussion der verschiedenen Dimensionen des Kontinents.

Historiker können – so Demandt– zur Verständigung der Europäer untereinander beitragen, indem sie auf die gemeinsame Geschichte der europäischen Völker hinweisen und auf ihre zahllosen Kontakte.

Sebastian Fink studierte Philosophie und Altorientalistik an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck und lehrt seit 2011 am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik der gleichnamigen Universität mit dem Schwerpunkt auf altorientalische Sprachen und Geistesgeschichte. In seinem Beitrag beschäftigt er sich mit den Ursprüngen der Geschichte des europäischen Kontinents, d.h. seiner Erfindung, basierend auf vier Säulen.

Im Expertengespräch stellte Fink die folgende Überlegung an: Wenn man über Europa und das Altertum lese, finde man drei Namen: Rom, Athen und Jerusalem, weshalb daher auch der Sonderstatus Israels herrühre.

Nach geographischen Maßstäben sei Europa ein Subkontinent, der sich in Anbetracht seiner einstigen Bedeutung selbst in den Rang eines Kontinents erhoben habe. Europa sei aber auch eine geistige Gemeinschaft und verfüge über ein entsprechendes Grundmuster, da jede Gemeinschaft versuche, innere Kohärenz zu schaffen.

In diesem Sinne begann man nach dem Zweiten Weltkrieg an einem neuen Mythos zu arbeiten, der nicht länger national, sondern europäisch-abendländisch sein sollte. Die in ihm zugrunde gelegten Werte und Moralvorstellungen sagten mehr über die sie produzierenden Gesellschaften aus als über die Vergangenheit. Dieser Mythos sollte nämlich die Überlebenden der Katastrophen des 20. Jahrhunderts zuversichtlich in die Zukunft blicken lassen und ihnen eine nahezu ideale Kultur der Freiheit und Demokratie vor Augen stellen. Mythen, so Fink, seien immer nur sehr bedingt an die historische Realität gebunden.

Die EU könne sich nicht auf eine ausgereifte europäische Identität berufen, die Bezugsgrößen der meisten politischen Akteure seien weiterhin national. Europa sei eine geistige Gemeinschaft und eine historisch gewachsene Einheit von Ländern, die gemeinsame Grundüberzeugungen und Werte teilen. Man besinne sich auf die Griechen, die man als Stammväter der europäischen Kultur und insbesondere der europäischen Demokratie sehe. Europa war zwar in Griechenland nie eine politische Bezugsgröße – kein Grieche dachte jemals europäisch –, aber eine gemeinsame europäische Identität lasse sich wohl besser mit einem singulären und klar definierbaren Gründungsereignis begründen, nämlich dem „griechischen Wunder“, als mit einem intensiven Austausch zwischen Ost und West, der keine klaren Grenzen zwischen Europa und Asien zulasse.

Wenn nun gezeigt werden kann, dass dieses Gründungsereignis fehlt, zeige dies nicht, dass sich die EU falschen Idealen verschrieben hätte. Das weit verbreitete Bedürfnis nach

Freiheit und dem selbständigen Gebrauch der Vernunft im gesamten Altertum zeigten, dass ein Projekt wie die EU auf einem breiteren antiken Fundament ruhe als ursprünglich angenommen.

In Zeiten der Krise erfolge oft eine Besinnung auf die Ideale der Anfänge; man versuche Integration zu fördern, Anfangszustände wiederherzustellen, auch wenn diese oft nur imaginiert seien: Utopien der Vergangenheit.

Jede größere Gemeinschaft sei eine imaginierte, eine gefühlte Gemeinschaft: erfolgreiche Gemeinschaften haben laut Fink immer gemeinsame Narrative. Er betont allerdings, dass Europa sich über viele Jahrhunderte hinweg sicher gewesen sei, eine welthistorische Mission verwirklichen zu müssen, sei es die Verbreitung des Christentums, die Durchsetzung der Aufklärung oder der Zivilisation. Diese Selbstsicherheit habe jedoch unsere abendländische Kultur verloren. Europäer hätten keine Mission mehr. Im Expertengespräch äußerte der Referent daher seine Hoffnung, dass es Europa gelinge, sich eine glaubhafte Mission zu geben und es politisch zu agieren lerne, statt nur zu reagieren. Darin sehe er die größte Herausforderung der Zukunft.

Welche Grenzen Europa habe und welche Ausrichtung wir ihm geben wollten, könne kein Rekurs auf die Antike zeigen. Das hänge letztlich von politischen Entscheidungen und einem entsprechenden Willen ab. Erst wenn die EU ihre Mission finde bzw. ein gemeinsames Ziel formuliere, werde sie auch ihren Weg in die Zukunft finden.

Hans-Werner Hahn war Historiker an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Seine Forschungs- und Expertengebiete sind die Geschichte des neuzeitlichen Bürgertums, die Geschichte des Staats und der Wirtschaft im 19. Jahrhundert sowie die Geschichte der Universität im 19. und 20. Jahrhundert. Daneben ist er Experte für die Geschichte des Deutschen Bundes und des deutschen Zollvereins von 1834 bis 1914. Zu diesem Thema referierte Hahn auch in seinem Vortrag. Das Expertengespräch stand unter dem Motto „‚Karriere in Beitrittsgebieten' – von der Saar an die Saale."

Für Hahn seien die Debatten in den 1970er Jahren bezüglich der europäischen Integration von Relevanz gewesen und auch die Europapolitik habe er als ehemaliger Student der Politikwissenschaft sehr aufmerksam verfolgt. Für die europäische Einigung halte er die Rolle der Wirtschaft und der Gesellschaft für zentral, da diese beiden Faktoren eine katalytische Wirkung auf die Politik hätten. Des Weiteren hänge es von der Haltung der Eliten ab, ob Europa geeint dastehe, oder es wie im 19. Jahrhundert durch Krisen und Ängste zu separierenden Entwicklungen komme. Hinsichtlich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb Europas habe besonders die Erweiterung der EU Richtung Mittel- und Osteuropa zur Erkenntnis geführt, dass es noch andere und verschiedene Interessenslagen und Orientierungen gebe. Gleichermaßen sei dies aber auch als historische Chance und Herausforderung zu sehen, die es anzunehmen gelte, um die Interessen besser ausgleichen zu können und nicht das Trennende zu suchen. Aspekte der gemeinsamen Politik müssten mehr darauf abzielen, Vertrauen zu schaffen und damit auch explizit das Konstrukt der EU glaubwürdig zu machen. Aus eigener Reflektion sei es laut Hahn nötig, die Geschichtsschreibung bezüglich des osteuropäischen Raumes weiter auszubauen. Ebenso halte er auch die Aufrechterhaltung und Expansion der Global- und Umweltgeschichte für nötig, um einer immer komplexer werdenden Welt gerecht zu werden. Es sollte sich dabei aber nicht nur auf das 19. und 20. Jahrhundert beschränkt werden, um in

vergleichenden Studien die Vielfältigkeit internationaler Beziehungen besser darstellen zu können.

Der an der Universität zu Köln von 2001 bis 2021 tätige Lehrstuhlinhaber für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und für Didaktik der Geschichte sowie Jean-Monnet-Chair *Jürgen Elvert* ist Experte für irische und europäische Geschichte, Geschichte der europäischen Integration, Geschichte der Geschichtswissenschaften, Geistesgeschichte, der Kulturgeschichte des Meeres und der Seefahrt. Im Expertengespräch brachte er seine Hoffnung eines „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" zum Ausdruck.

Laut Elvert habe die Thematik Europa und die europäische Integration im Kontext seiner Habilitation zu einer persönlichen und intensiven Auseinandersetzung geführt. Der ursprüngliche Fokus auf Mitteleuropa habe ihm offenbart, dass vor allem die Wirtschaft ein maßgebliches Vehikel der Politik war. Neben diesen Auseinandersetzungen mit der jüngeren Geschichte Europas thematisiert Elvert auch das Meer und dessen Wirkung auf die Zivilisierung Europas. Für den Prozess der europäischen Einigung hält er die Bündelung der verschiedenen Interessen für notwendig, um den Weg für die Politik freizumachen. Dabei käme nichtstaatlichen Akteuren nicht nur die Rolle von Mitläufern zu. Hinsichtlich der Homogenität und Heterogenität der europäischen Geschichte sei es laut Elvert für Geschichtsforschende wichtig, sich nicht in festgefahrene Streitfragen involvieren zu lassen, sondern sich auf gewinnbringende Forschung zu besinnen. Bei genügend Ressourcen sei auch die Rolle des Geschichtsforschenden als Vermittler und Streitschlichter denkbar. Dies habe er persönlich erfahren und lernen dürfen.

Bezüglich Integration und Desintegration Europas gebe es laut Elvert eine Gedankenlücke der Entwicklung hinsichtlich der Finalität des Einigungsprozesses. Dies habe zur Folge, dass dieser in seiner Gewachsenheit eine solche Komplexität mit sich bringe, die nur noch schwer bis gar nicht greifbar sei. Eine klare Nennung des Ziels des Integrationsprozesses sei essentiell. Es sei von Nöten, den demokratischen Integrationsprozess mit einer pro-europäischen Öffentlichkeit zu unterfüttern, die es auch durchaus in Zeiten der Krise gebe. Eine weitere notwendige Maßnahme sei es laut Elvert, klassische Methoden der Geschichtsschreibung an die europäische Geschichtsschreibung anzupassen und neu zu definieren. Mit den klassischen Methoden sei bislang, mit einzelnen Ausnahmen, nur die nationale Dimension der Geschichtsschreibung erreicht worden. Zudem würde die Zeit zeigen, dass dicke Handbücher weniger Öffentlichkeit für die Geschichtswissenschaften schaffen würden als beispielsweise Diskussionen oder Vorträge, wie der erste Vorsitzende der Ranke-Gesellschaft zu erklären weiß. Nach der Thematisierung der Zukunft der Geschichtswissenschaften und der Geschichtsschreibung äußert sich Elvert kritisch über die EU, denn neben einer klareren Zielsetzung der europäischen Integration sei es wichtig, dass Europa einen Strukturwandel vollziehe, der eine engere Zusammenarbeit, politisch wie ökonomisch, ins Zentrum rücke.

II. Das Europa der Unterschiede und Verschiedenheiten von Vorstellungen

Matthias Asche ist Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Potsdam. Für ihn war Europa als reisender Student im doppelten Sinne erfahrbar und durchfahrbar bewusst realisiert worden. Das Jahr 1989 mit der Öffnung des Brandenburger Tors, dem Vertrag von Maastricht und dem Schengener Abkommen mit dem Wegfall der Grenzkontrollen nahm er als europäische Errungenschaften wahr. In seinem Vortrag beschäftigte er sich mit dem christlichen Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht zur religiösen Grundierung Alteuropas. Das Mittelalter lieferte laut Asche nur wenig Impulse für europäisches Denken. Es kannte zwar den sagenhaften Gründungsmythos von der Entführung der phönizischen Königstochter Europa durch Zeus in Gestalt eines Stieres und die Begründung eines Königreichs durch deren Sohn Minos auf Kreta als Wiege Europas, er spielte aber im Bewusstsein und Denken keine große Rolle.

Auf Karten der Frühneuzeit rückte mit Rom das vormoderne Europa ins Zentrum, das geographisch definiert wurde. Seine spezifische Identität entwickelte es durch Abgrenzung gegenüber Nichtchristen wie den Muslimen in Spanien und Südosteuropa.

Im mittelalterlichen Europa gab es drei religiös-kulturelle Räume: das lateinische Europa, strukturell und dogmatisch auf das päpstliche Rom bezogen und durch den katholischen Glauben geprägt; das orthodoxe Europa mit dem Zentrum in Konstantinopel und einem zweiten in Moskau. An den Rändern Europas existierte ein sehr gegenwärtiger und expansiver Islam. Diese Dreiteilung zeigte sich am deutlichsten in den Kriegen gegen die Türken, die als „Erbfeinde des christlichen Namens“ galten. Die Vorstellung von Europa als „Bollwerk der Christenheit“ und die im 16. Jahrhundert errichtete Militärgrenze der Habsburger in Ungarn spielten laut Asche bis in die Gegenwart im nationalen Geschichtsbild von Polen, Litauen, Ungarn, Rumänen, Slowenen, Kroaten und Serben eine wesentliche Rolle. Das Territorium der heutigen EU-Mitglieder und der EU-Anwärter hätte sich schon Anfang der Neuzeit auf drei religiös determinierte Kulturbereiche verteilt.

Das Christentum blieb das entscheidende Kennzeichen, obwohl dieses sich nicht monolithisch darstellte: der griechisch-russische orthodoxe Osten und die islamische Welt hatten eine ganz andere religiös-kulturelle Prägung, die unterschiedliche Einstellungen ausformten und Handlungen erzeugten. Bis ins 17. Jahrhundert war die Zugehörigkeit des Russischen Reiches zu Europa fraglich, was sich erst seit Peter dem Großen und der Öffnung nach Westen – ohne die identitätsstiftenden orthodoxen Wurzeln aufzugeben – änderte.

Das Europa der Vormoderne speiste sich Matthias Asche zufolge aus dem Gemisch dieser drei Kulturräume, die keineswegs immer friedlich waren, aber eben auch nicht immer konfliktiv. Zu diesem Feld hält Asche fest, dass die mittelalterlichen muslimisch-jüdischen Wurzeln des modernen Europas häufig vergessen wurden, obwohl das Verhältnis zum Islam und Judentum im Handel, Geist, Kultur und Wissenschaft auch kooperativ war.

Das vormoderne Europa teilte sich laut Asche im Wesentlichen in ein lateinisches und ein griechisches Europa auf. Die christliche Universalmonarchie wurde jedoch durch die Glaubensspaltung fragwürdig und im 17. Jahrhundert von einem auf Ausgleich und

Gleichheit abzielenden europäischen multipolaren und pluralistischen Staatensystem abgelöst. Neben der religiösen Grundierung Europas gab es parallele säkulare Ideen in Europa, wie die Friedensregelungen des 17./18. Jahrhunderts im Rahmen des europäischen Völkerrechts. Sie nahmen bereits auf die konfessionelle Heterogenität des vormodernen Europas und die Konfessionskonflikte der frühmodernen Staatlichkeiten Rücksicht. Wenngleich keine Konvergenz oder gar Homogenität angestrebt worden ist, orientierten sich diese Friedensschlüsse an vernunftgemäßen Grundsätzen, veranlassten die Herrschaften zu einem Umdenken sowie zur Hinnahme von pluraler Konfessionalität und bauten damit der Trennung von Staat und Kirche im 19. Jahrhundert vor. Asche hebt jedoch hervor, dass diese progressiven Tendenzen auf den Westen, den Norden und die Mitte des Kontinents des vormals „lateinischen" Europas limitiert waren. Resultat dieser Art von Religionsfrieden war noch keine Toleranz im modernen Sinn, aber schon friedlich-konfessionelle Koexistenz, die Asche als „eine der wichtigsten Errungenschaften Alteuropas an der Wende zur Moderne" bezeichnet und dessen Hinterlassenschaft heute ein wesentlicher Bestandteil des modernen demokratischen Selbstverständnisses aller europäischen Staaten sei.

Was historische Rückbezüge hinsichtlich von Integrationsbestrebungen und Desintegrationserscheinungen anlangt, machte Asche im Interview darauf aufmerksam, dass Troja in der Türkei liegt, sodass sich die Frage stelle, ob Europa sich aus dem heutigen türkischen Troja oder aus dem antiken Griechenland heraus entwickelt habe. Mit diesem Beispiel macht Asche auf Fragen aufmerksam, die bis heute noch Brisanz haben und womit auch gegenwärtig noch Politik betrieben wird. Für ihn stellte sich hier weniger die Frage nach der Religion, sondern vielmehr nach Kulturkreisen.

Nach historiographischen Aspekten befragt, gab Matthias Asche an, gelernt zu haben, dass man Geschichte immer in Alternativen und weder teleologisch noch vom Ende her denken sollte: Für Polen sei um 1600 keinesfalls entschieden gewesen, dass es sich in einen überwiegend katholisch-monokonfessionellen Staat entwickeln würde. Im Historikergespräch räumte Asche ein, dass er immer mehr Gefallen an dem Begriff „Alteuropa" finde, denn es sei trotz aller inneren Vielfalt auf spezifischen Feldern in unterschiedlichen Zeiten zwar weniger geografisch, aber strukturgeschichtlich als Gesamtheit aufzufassen. Dabei sieht er eine „alteuropäische" Epoche von etwa 1350 bis ca. 1850. Jahre wie beispielsweise das Ende der Reconquista in Spanien 1492 als relevante Zäsuren zu bestimmen sei unumstritten, da sie feste Ereignisse symbolisierten. Der Alteuropa-Begriff beschreibe hingegen ein Transformationsphänomen, in dem vieles noch „mittelalterlich" war, aber schon in die Moderne verwies im Sinne einer Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen. Während auf der einen Seite noch Hexen verfolgt wurden, gab es auf der anderen Seite schon Diskurse über Menschenrechte in den europäischen Kolonien. In dieser Übergangsphase würden Prozesse mit dem Potential zur Vorbereitung langfristiger Entwicklungen erkennbar, die gleichzeitig ergebnisoffen waren.

Stefan Ehrenpreis ist Historiker an der Universität Innsbruck und Experte für die Fachbereiche Europäische Religionsgeschichte der Neuzeit, Geschichte des Heiligen Römischen Reiches „deutscher Nation", Geschichte von Erziehung und Bildung, Niederländische Geschichte und jüdische Geschichte. Ehrenpreis referierte über die Wahrnehmung der

Verschiedenheit Europas. Das Expertengespräch mit ihm stand unter dem Motto, wie unterschiedlich die Grundstrukturen von Europa entwickelt waren.

Bei der Sicht auf Europa sei ihm besonders der Austausch in Europa, aber auch die persönlichen Erfahrungen wichtig. Nicht zu vernachlässigen sei dabei das Reisen der Menschen innerhalb Europas. Der Beginn der europäischen Einigung sei laut Ehrenpreis bereits im Spätmittelalter zu beobachten. Die Definition der Einigung und gleichzeitigen Abgrenzung Europas zu angrenzenden Regionen sei aber deutlich anders zu verstehen, als man es aus heutigem Verständnis tue. Hinsichtlich der Heterogenität, Konvergenz oder Homogenität in Europa stellt Ehrenpreis das Merkmal der außereuropäischen Überlappungen nach Europa heraus. Dies sei als wesentliche Weiterentwicklung in der Geschichte Europas zu betonen und dieses Phänomen biete zudem Kontinuitäten bis zur EU. Daran schließe sich auch einerseits die Frage nach der Chance der Zusammenarbeit innerhalb Europas an, sowie einer konsequenten Politik gegenüber Nachbarn wie Russland.

Aus der Sicht von Ehrenpreis gebe es in Europa die Herausforderung der Identitätsfindung. So sei eine Identifikation der EU nicht durch Rückbesinnung auf die EGKS sinnstiftend, sondern die EU-„Osterweiterung" bringe die Frage auf, welche neue Identität auch in diesen Räumen Integration erzeugen könne. Daraus leite sich anschließend ab, dass es einer verstärkten Beschäftigung mit den Problemen Europas und der EU bedürfe. Laut Ehrenpreis könne man sich nicht nur auf den positiven Geschichten „ausruhen", sondern Bewegungen der Desintegration und der Skepsis müssten ein Weckruf an die Wissenschaft und die EU-Politik sein. Daneben seien aber auch die Beziehungen und Austauschprozesse abseits der politischen Strukturen der EU in den Blick der Geschichtswissenschaft miteinzubeziehen. In Zukunft seien hier beispielsweise Stereotype nicht zu vernachlässigen, die eine lange Lebensdauer hätten und noch heute Wirkung in Europa entfalten würden.

David Schriffl ist Historiker und Politikwissenschaftler. Er war zunächst aktiv am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und ist nach dessen Zerschlagung durch das ÖAW-Präsidium mit Abschaffung des Bereichs Zeitgeschichte seit September 2019 Referatsleiter im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien tätig.

Sein Vortrag handelt vom ehemaligen „Eisernen Vorhang", wobei sich Schriffl fragt, ob dieser als Nahtstelle oder als Sollbruchstelle der europäischen Integration zu verstehen sei. Das macht er u. a. an den österreichisch-slowakische Beziehungen zwischen 1945 und 1968 fest, wozu er eine Monografie vorgelegt hat. Trotz recht positiver Ausblicke betonte Schriffl am Schluss seines Vortrags, dass der Umgang mit der Flüchtlingskrise von 2015 und den folgenden Jahren – trotz aller Kontakte und Gemeinsamkeiten zwischen West und Ost – die Auswirkungen jahrzehntelanger unterschiedlicher gesellschaftlich-ideologischer Erfahrungen offenbart habe. Das Erbe des Kalten Kriegs mit dem Eisernen Vorhang mache einen Teil des Grabens aus, der Europa in der Migrationsfrage spalte.

Europa als politischer Gedanke und seine Integration sind Schriffl erst im Zuge des Endes des Ostblocks und der Revolutionen von 1989 bewusst geworden, was er als relativ junger Fernsehkonsument mitbekommen und als Wiedervereinigung dieses Europa in Sinne von Demokratie, Frieden und Freiheit erlebt hat, d. h. als Rückkehr der mittel- und osteuropäischen Länder nach Europa.

Die Habsburgermonarchie als Modell für den europäischen Einigungsprozess zu begreifen ist für Schriffl eine schwierige Angelegenheit, weil diese nach 1867 ausgehend von Österreich-Ungarn als bestehendem Herrschaftsraum neu ausverhandelt und neu geordnet worden ist. Die EU ist dagegen durch ihre vielen Erweiterungen über weite Strecken ein wachsender Herrschaftsraum, was den Vergleich erschwert. Unter historischer Betrachtung regionaler und lokaler Ebenen kann es wissenschaftlich möglich sein, gegebene Defizite zentralisierter Macht aufzuzeigen, die naturgemäß nicht immer in der Lage war, alle möglichen Abweichungen und Unterschiede einzuebnen. Das Habsburgerreich könne ein Muster insofern sein, als es darauf hindeute, dass ein gedeihliches Zusammenleben unterschiedlicher Regionen nur dann möglich war, wenn bei allen Beteiligten subjektive Besonderheiten respektiert wurden und eine gewisse Durchsetzungsmöglichkeit eigener Bedürfnisse vorhanden war. Schriffl sieht einen Modellcharakter Österreich-Ungarns in Form einer Warnung, was im Sinne von Desintegration unterlassen werden sollte. Die Habsburgermonarchie müsse nicht automatisch als Negativbeispiel gesehen werden, sondern könne im Gegenteil zeigen, dass die Forderung nach weitgehender Unterordnung und eine Herrschaftsstruktur der völligen Zentralisierung auf Dauer nicht der Integration dienen.

Zur Frage der Relevanz der Entwicklung der europäischen Regionen für die europäische Integration besteht Schriffl darauf, dass Integration nur bis zu einem gewissen Grad möglich sei. Diese gelinge nur bis zu dem Punkt, an dem bestimmte Regionen und Staaten bereit sind, mit ihren Gesellschaften, politischen Eliten und Systemen mitzugehen. Integration zu erzwingen, ohne Rücksichtnahme auf diese Ängste und Sorgen, werde nicht zum Erfolg führen, sondern zu weiteren Konflikten – subkutan oder ganz offen. Die Forderung, EU-Mittel zu streichen, um unbotmäßiges Verhalten von Mitgliedsstaaten zu sanktionieren, werde laut Schriffl nicht zu weiterer Kooperation führen, sondern zum Gegenteil. Den Hintergrund dieser Problematik sieht er in der unterschiedlichen Geschichte der Mitgliedsstaaten der EU und in den entsprechend verschiedenen historischen und gesellschaftlichen Erfahrungen. Dies gelte unabhängig davon, wie man den Begriff Regionen verstehe, sei es als Staaten oder als Teilstaaten.

Grenzen und Grenzregionen sind für Schriffl mit Blick auf die europäische Geschichte und die europäische Integration insofern wichtig, da sie in Zeiten eines rigiden Grenzregimes das Bild des Nachbarn und des nicht-direkten-Nachbarn prägen. Grenzregionen seien so Kontakträume, in denen Begegnungen, Konflikte und Überschneidungen im Austausch stattfänden, die konstitutiv für das wechselseitige Verhältnis werden, weshalb Grenzräume wichtige Räume seien. Sie können verbindend sein, wie man es in verschiedenen Räumen Westeuropas sieht, aber auch trennend, wie es durch den Eisernen Vorhang geschah. Das Verständnis verschiedener Regionen untereinander zu fördern, wäre jedenfalls wünschenswert.

Zukunftsperspektiven für eine vergleichende europäische Geschichtsschreibung sind für Schriffl unendlich, wobei er warnt, diese Form von Historiographie ex-post ausschließlich teleologisch unter dem Aspekt einer erwarteten Integration zu sehen. Am Beispiel der Habsburgermonarchie verweist er auf das schon seit Langem bestehende Problem, das Ende der Habsburgermonarchie 1918 als unausweichlich und diese als gescheiterten Staat, Fehlkonstruktion und Anachronismus zu deuten. Bei der vergleichenden europäi-

schen Geschichtswissenschaft sieht Schriffl eine ähnliche Gefahr, die EU-Geschichtsschreibung nur unter dem Aspekt zu sehen, wie es zur europäischen Integration kam.

Die EU will Schriffl nicht als Imperium bezeichnen – allein schon aus dem Grund, dass es ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten ist, die teilweise ihre souveränen Rechte in einen Pool gegeben und einer supranationalen Einrichtung übertragen haben. Es sei zudem auch nicht das Schlechteste, wenn die EU kein Imperium würde, weil ein solches auch immer mit Machtdurchsetzung über weite Räume vornehmlich mit militärischen und wirtschaftlichen Mitteln operiere. Dies sei ganz grundsätzlich etwas, was in den internationalen Beziehungen nicht im Vordergrund stehen sollte.

Jörg Baberowski ist Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität Berlin. Sein dem Expertengespräch vorangestellter Beitrag trägt den Titel „Zwischen Furcht und Faszination. Die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne“, dessen erster Teil das Verhältnis Europas zur UdSSR im 20. Jahrhundert treffend beschreibt. Um vier Punkte ging es dabei: die Ideologie der Staatlichkeit, der Bolschewismus als Ordnungsprojekt, Krieg und Frieden sowie das Erbe des Sowjetimperiums.

Der Oktoberputsch der Bolschewiki war ein historisches Ereignis, dessen Folgen sowohl das alte Russland als auch Europa veränderten. Es war nach diesem Kenner der Sowjetunion der Beginn der totalitären Versuchung, alles zu unterwerfen, was sich nicht fügte. Für Baberowski steht mit Blick auf die historische Genese des Sowjetkommunismus und im Einklang mit der Forschung außer Frage, dass Faschismus und Nationalsozialismus Antworten auf die ökonomische und politische Dominanz der USA waren, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg neu ordnen wollten, dann aber davon abließen. Das ist aber bestenfalls nur die halbe Geschichte. Die eigentliche prägende Folgewirkung habe die Entstehung des Bolschewismus für das 20. Jahrhundert entfaltet, wobei hier Bezug auf Eric Hobsbawm genommen wird.

Baberowski ordnet die zentrale Rolle der Sowjetunion für Europa und die Welt in eindeutiger Weise zu und steigert seinen überzeugenden Standpunkt auf zugespitzte Weise: Ohne Revolution und Bürgerkrieg in Russland hätte es in Europa nicht den Krieg der Ideologien gegeben, ohne die Erfahrungen des Vielvölkerreiches nicht die ethnischen Säuberungsmaßnahmen, ohne den Sieg der UdSSR im Zweiten Weltkrieg nicht die kommunistischen Herrschaften in Mittel- und Osteuropa, ohne Lenin weder Mao noch Pol Pot, ohne den ‚Sozialismus in einem Land‘ nicht den Aufbruch der Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie ohne die totalitäre Diktatur der Sowjets und ihre zentrale Kommando- und Planwirtschaft auch nicht die Etablierung von liberaler Demokratie und freier Marktwirtschaft im westlichen Europa. Aber ohne die UdSSR hätte es nach 1989 auch kein Ende der Unfreiheit in Europa gegeben und ohne das Erbe des Sowjetimperiums keinen Konflikt um die Ukraine. Inzwischen wird man dies noch um den russischen Ukrainekrieg ergänzen können. Obwohl das Expertengespräch mit Baberowski Jahre vor dem 24. Februar 2022 geführt wurde (20.6.2016), hat er darin eine höchst aktuelle Frage adressiert und beantwortet.

Der Titel seines Beitrags steht für eine Geschichte, die das Verhältnis Europas zur Sowjetunion im 20. Jahrhundert beschreibt und als ein so gewaltsamer wie gigantischer Beitrag zur Desintegration Alteuropas war, wie es Matthias Asche charakterisiert hat. Den Bolschewismus begreift Baberowski als eine Modernisierungsdiktatur, die keine

Rücksicht auf Unterworfene nahm und sich mit „Großem Terror“ gegen alle Widerstände durchzusetzen versuchte, angetrieben vom irrigen Glauben, man könne das erzwingen, was nicht von sich aus bereit war, zu entstehen oder mitzutun. Dabei spielte auch das eine Rolle, was Trotzki schon zu wissen meinte: Die „verspätete Entwicklung“ sei der „Charakterzug“ russischer Geschichte. Schon immer seien die offenen, asiatischen Räume zu „weitem Zurückbleiben verurteilt“ gewesen. Russland hätte kein Erbe, es habe immer nur nachgeahmt, was in Europa erfolgreich gewesen sei – soweit der Exponent der „permanenten Revolution“.

Baberowski bezieht sich auf Historiker wie Andrew Verner, Richard Wortman und Dominic Lieven, wenn er ausführt: Seit Peter der Große das Fenster nach Westen öffnete, hätten alle Zarenregierungen unter Zugzwang gestanden, „Europa nach Russland zu bringen“, um es von seiner verursachten Rückständigkeit zu erlösen. Mit Blick auf die Zeit nach 1945 hält Baberowski fest, dass die Kommunisten in Westeuropa nicht die Macht an sich reißen konnten. Er fragt, wie die gleichzeitige Anziehungskraft des Sowjetkommunismus in Asien und Afrika erklärbar sei, um eine eindeutige Antwort zu geben: die hierarchische Organisation der KPdSU und das Staatsbildungsmodell der UdSSR entsprachen den Erwartungen dieser Erziehungsdiktaturen der „Dritten Welt“, wie sie zeitgenössisch benannt wurden. Für Baberowski nimmt es daher nicht Wunder, dass das bolschewistische System insbesondere dort seine größten Siege feiern konnte, wo die Moderne noch wenig ausgeprägt gewesen sei: in China, Kambodscha, Vietnam oder auf Kuba. Das bolschewistisch-kommunistisch-stalinistische Modell schien für solche Länder und ihre Führung passend, die „sich aus den Fängen der Vergangenheit befreien wollte“ in Kombination mit der Verheißung, Heterogenität und Rückständigkeit hinter sich zu lassen. Dabei begriff sich der Bolschewismus selbst auch als „antikoloniales Staatsbildungsmodell für unterentwickelte Länder“. Baberowski hält unter Bezugnahme auf David Priestland, Silvio Pons und Gerd Koenen fest: Was in Europa nur nachgeahmt wurde, war in Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas „Offenbarung“.

Sein persönliches Verhältnis zum Europagedanken schildert Baberowski distanziert und nüchtern. Im Unterschied zu seiner Elterngeneration verbinde er damit „gar nichts“ mehr, denn vieles sei selbstverständlich gewesen und geworden wie die deutsch-französische Kooperation. Pathos und Untergangsbeschwörungen seien ihm fremd. Selbst wenn die EU auseinanderfalle, würde die Welt nicht untergehen. Engländer würden auch nach einem Brexit Europäer bleiben, so wie Norweger, Russen und Serben es seien, womit wir beim Titel des Expertengesprächs angelangt wären: Für Baberowski ist Europa nicht die EU, auch wenn die Politiker diesen Zusammenhang herstellten, um ihre Vision von einem Großstaat zu rechtfertigen. Es gebe auch viele gute Gründe, „als Europäer ein Gegner der EU zu sein“. Für Baberowski war es dennoch immer selbstverständlich, sich als Europäer zu sehen. Zur Grundierung dieser Haltung brauche er keine Europäische Kommission. Er bringt aber Verständnis dafür auf, dass die Generation Helmut Kohls und seines Vaters, die den Krieg noch erlebt hatte, mit dem europäischen Einigungsprojekt anderes verbunden war.

Zur Frage der Beurteilung der deutsch-russischen Verhältnisse nach Ende des Kalten Krieges und den Zukunftsperspektiven äußerte sich Baberowski auch unmissverständlich: Europa könne es sich nicht erlauben, von den USA instrumentalisiert zu werden und eine Politik zu betreiben, die weder im Interesse der deutschen Wirtschaft noch im

Interesse der europäischen Stabilität sei. Eine Destabilisierung Russlands wäre, so Baberowski, auch für Deutschland und Europa eine Katastrophe. Ein Sturz Putins sei nicht der Anbruch eines demokratischen Zeitalters. Mit Bedauern hält Baberowski fest, dass die deutsche Wirtschaft an Einfluss verloren habe. Andere Staaten wie nicht zuletzt China würden jetzt das Geschäft mit Russland betreiben. Während es weiß, wie es der EU begegnet, hätten Brüssel und Berlin keine Russlandstrategie. Ihre Politik sei „kopflos", „ohne Plan" und „moralisch aufgeladen".

Geschichtsforschenden empfiehlt Baberowski, eigene Vormeinungen zu prüfen und entsprechende „Vor-Urteile" dabei zu durchschauen. Die Vorstellung, man könne etwas so beschreiben, „wie es eigentlich gewesen ist", sei illusionär: „Wie es eigentlich gewesen ist, können wir eigentlich nicht wissen, weil wir immer von einem Standpunkt aus den anderen verstehen." Man dürfe daher Vorurteile und Vormeinungen nicht einfach ungeprüft übernehmen, sondern müsse sie explizit machen. Der andere sollte die Möglichkeit haben, seine Sicht gegen einen selbst auszuspielen. Man komme dann zwar nicht zu einem besseren, aber zu einem anderen Verständnis. Deshalb verstehe man auch immer wieder anders. So bewegten sich Geschichtsforschende in einem unentwegten Dialog: „Wir können nicht aus uns heraus, aber wir können, indem wir den Sinn des Gesagten entschlüsseln, zu anderen werden." Das sei es, was Historiker, die noch Erfahrungen machen wollen, Tag für Tag tun sollen. Baberowski nennt dies „Arbeit an der Selbstwiderlegung".

Ludwig Steindorff ist emeritierter Professor für die Geschichte Ost- und Südeuropas an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Seine Expertengebiete und Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des Staates und der Kirche im Sozialismus, die nationale und konfessionelle Identität in Südosteuropa im 19. Jahrhundert, sowie die Mittelalterliche Stadtgeschichte Südosteuropas und die Geschichte Altrusslands. Steindorff fragte sich in seinem Vortrag, was zur Geschichte Russlands gehört, indem er einen Überblick von den Anfängen bis zur Ära Putin bot.

Das Experteninterview wurde mit einem Zitat aus dem Gespräch „Viel mehr als ein Europa der Nationalstaaten wird man, realistisch gesehen, nicht erreichen" versehen. Die Perspektive Steindorffs ist aufgrund eines seiner wissenschaftlichen Schwerpunkte geprägt durch eine intensive Beschäftigung mit dem südosteuropäischen, osteuropäischen und russischen Raum. Die Vorstellung von Europa wie auch die Idee der europäischen Einigung sei laut Steindorff bis in das 19. Jahrhundert stark durch Religion und Konfession geleitet und bestimmt worden. Unterschiede und Gemeinsamkeiten würden sich heute in Europa einerseits durch die Mitglieds- bzw. Nationalstaaten und andererseits in Form der Europäischen Union ausdrücken. Eine ausgeprägte Identität, die über die Nationalstaaten hinausgeht, gebe es in Europa in den ersten Dezennien des 21. Jahrhunderts noch nicht. Das nationalstaatliche Fundament der EU-Mitglieder trage aber gleichwohl zur Stabilität der Union der Gegenwart bei. Die europäische Integration habe zudem besonders durch den Drang nach nationaler Eigenständigkeit profitiert, der für neue Staaten, die aus dem zerfallenen Jugoslawien und der implodierenden Sowjetunion hervorgegangen sind und durch ihren Willen nach Unabhängigkeit der Länder befördert und freigesetzt worden sei. In der Forschung zu Südost- und Osteuropa müssten Steindorffs Auffassung zufolge Religion und Konfession gleichermaßen mehr Beachtung finden.

Für die zukünftige Geschichtsschreibung Europas sei es laut Steindorff bedeutsam, einen Blick auf die Einflusssphäre des europäischen Anrainerstaates Türkei sowie auf die kaukasischen und zentralasiatischen Staaten zu werfen. Daneben sei die Rolle der Volksrepublik China nicht zu unterschätzen, wobei diese nicht nur in Verbindung mit Russland, sondern genauso separat zu analysieren sei. Steindorff fügte hinzu: In der sogenannten Zwischenkriegszeit gab es noch Misserfolge für die chinesischen Kommunisten. Die Sowjetunion hatte dieses Scheitern zunächst geschehen lassen und hingenommen, dass der erste große Aufstand der Kommunisten Chinas misslang und deren Unterdrückung durch die Kuomintang erfolgte. Unter Mao gelangten die kommunistischen Chinesen 1949 sodann aus eigener Kraft an die Macht, ohne Hilfe der Sowjetunion. Peking akzeptierte zunächst die Rolle des kleineren Bruders im Bündnis mit Moskau. Die Sowjetunion sah es als Freund und Partner an. Je mehr jedoch China erstarkte, desto weniger duldete es eine Bevormundung durch die UdSSR vergleichbar mit Jugoslawien, das bald nach dem Ausschluss aus dem Kominform-Büro 1948 seinen eigenen Weg gesucht hatte. Trotz zahlreicher weltanschaulicher Gemeinsamkeiten standen sich China und die Sowjetunion als Konkurrenten und Rivalen gegenüber und führten Grenzkriege. Der Aufstieg Chinas sei – früher oder später – absehbar gewesen. Sein großer Aufschwung setzte nach Ende der bipolaren Machtstellung zwischen den USA und der UdSSR ein. Die russische Militärkraft ist ähnlich stark wie die chinesische ausgeprägt, aber aus heutiger Sicht dürfte das wirtschaftliche Potenzial Chinas in einer dominanteren Lage wie auch seine Durchsetzungskraft staatlichen Handelns stärker sein, gleichwohl sei offen, inwieweit das nur für die Zentren gelte und nicht an der Peripherie. Russland sei gegenüber China sehr defensiv ausgerichtet, auch wenn es keine russischen Gebiete beanspruche. Chinesen seien aber im Fernen Osten Russlands als Migranten mit ihren wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlichen Netzwerken präsent.

Weitere Forschungsgebiete würden sich im Bereich der Sicherheit Europas finden lassen, wobei die Differenzen der US-amerikanischen und europäischen Definitionen von europäischer Sicherheit erst zu bestimmen und festzustellen seien. Die EU und Europa, die Steindorff als zwei unterschiedliche Dinge begreift, würden vor den Herausforderungen stehen, sich klar gemeinsam zu positionieren und anzuerkennen, dass die NATO und ihre „Osterweiterung“ in erster Linie Effekte in und für Europa erzeuge und nicht in den USA.

Steindorffs am 7. Februar 2022 gehaltener Vortrag wie das tags darauf geführte Expertengespräch (drei Wochen vor Beginn der Ausweitung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine) mussten nur geringfügig aktualisiert und ergänzt werden, wobei ein Zusatz zur aktuellen Lage am Schluss des Interviews sinnvoll erschien. Zum Krieg in der Ukraine steht für Steindorff der Aggressor eindeutig fest, wobei er noch offenlässt, ob die russische Führung erst allmählich im Zuge einer Eskalation der Spannungen im Laufe der letzten 15 Jahre schließlich als letzten Schritt diesen Krieg begonnen habe oder ob das Ziel, die Ukraine auf jeden Fall wieder in Abhängigkeit zu bringen, schon seit der Frühzeit der Ära Putin gegeben war. Für beide Deutungen gebe es laut Steindorff Argumente. Zur Interessen- und Motivlage Russlands sieht er den Wunsch zur Wiederherstellung und Sicherung des russischen Großmachtstatus. Stattdessen könne es aber geschwächt aus diesem Krieg hervorgehen, während die USA ihre Rolle als westliche Führungsmacht

behaupten könnten. Für die ukrainische Nation prophezeit Steindorff, unabhängig vom Kriegsausgang, eine stärkere nationale Integration.

III. Die (west-)europäische Integration nach 1945

Florian Greiner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg. Er referierte zu den Ursprüngen der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg – die Einigung Europas und der „permissive consensus“. Greiners Expertengespräch firmierte mit der Feststellung, dass es kein Zufall sei, wonach er in seiner Forschung so stark auf das lebensweltliche Europa fokussiere und weniger auf institutionelle Entwicklungen.

Aufgrund dessen hat sich Greiner aber auch mit der Darstellung von Europa-Gedanken und Europa-Konzeptionen in Medien beschäftigt. Für ihn spielten große Tageszeitungen bereits ab dem Ersten Weltkrieg eine nicht unbedeutende Rolle in der Konzeptualisierung und Darstellung eines Europa-Raumes. Vielfach waren Medien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihren Europa-Darstellungen weniger kritisch, als es beispielsweise die Diskussionen zwischen Intellektuellen waren, die eher ein tristes Bild eines Europas im Niedergang zeichneten. Greiner stellte fest, dass Europa-Darstellungen zudem auch häufig benutzt wurden, um im kolonialen Europa Bedrohungsszenarien von außerhalb zu beschreiben. Er sieht keinen großen Gegensatz zwischen den europäischen Nationalstaaten und der übergeordneten europäischen Ebene. Für ihn wurden viele Themen von der nationalen auf die europäische Ebene gehoben und damit „auf eine ganz eigene Art“ europäisiert. Europa-Forschenden empfiehlt Greiner, sich nicht nur mit Regionen des Zentrums, sondern vielmehr mit der Peripherie zu beschäftigen, da sich „gerade in der Auseinandersetzung an und mit diesen Rändern sehr viel klarer konturieren lässt, was Europa eigentlich historisch war“. Greiner vertritt zudem die Ansicht, dass es gerade an diesen Rändern offenkundig eine ganz starke und intensive Auseinandersetzung mit Europa gibt, die sich als konstitutiv für ein aufkeimendes Europabewusstsein erwiesen hat. Wichtig wäre es zudem für das weitere Zusammenwachsen des Kontinents, einen interkontinentalen Austausch von Menschen zu befördern. So stellte Greiner fest, dass Menschen vielfach in der Außenperspektive zu Europäern werden. Aber auch ein Austausch von Europäerinnen und Europäern ist für ihn absolut wichtig, um ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. So erwähnt er, dass ihm persönlich durch europäische Austauschprogramme Europa viel bewusster wurde als durch politische Entwicklungen.

Eine große Herausforderung in der Europaforschung sei es, laut Greiner, das Ungleichgewicht in den Untersuchungen bestimmter Regionen Europas zu reduzieren. So kritisiert er, dass „bei aller Transnationalität […] doch eben meist nur die großen Staaten Westeuropas“ untersucht würden sowie Theorie und Empirie hierbei auseinanderklafften. Eine mögliche Lösung für dieses Problem sieht er in der vermehrten Förderung von Kooperationsprojekten von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen europäischen Sprachräumen. Eine weitere große zukünftige Herausforderung, nicht nur für die Europaforschung, sondern auch für die europäische Politik liege laut Greiner darin, ein viel stärker ausgeprägtes Europabewusstsein zu schaffen. Dazu sollten auch neue Ideen entwickelt sowie neue kulturpolitische Initiativen und Angebote im Stil eines Erasmus-Programms

geschaffen werden, das Greiner für das wahrscheinlich wichtigste Förderprogramm der EU hält.

Jasper M. Trautsch ist Historiker und Experte für die transatlantischen Beziehungen in breiter historischer Perspektive. Er war zuletzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Regensburg und ist nun an der Humboldt-Universität in Berlin tätig. In seinem Vortrag widmet er sich der Mental-Maps-Forschung und dabei konkret den Begriffen des „Westen" und des „Abendlands" sowie ihrem semantischen Wandel, den sie damit erfahren haben. Der Begriff „Westen" war, wie Trautsch erklärt, keine Erfindung des Kalten Kriegs. Seine Grundlagen zur Beschreibung einer räumlich zusammenhängenden politischen Gemeinschaft wurden schon im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert gelegt, auch wenn der Begriff in dieser Zeit noch keine konkrete Verwendung fand. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts vertiefte sich der ideologische Graben zwischen dem westlichen Europa auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Das Bild von einer West-Ost-Teilung erhielt durch den Krimkrieg (1853–1856) eine außenpolitische Dimension. Die ambivalente Wahrnehmung Deutschlands als mitteleuropäischen Raum, der politisch-ideologisch eine Mittlerposition zwischen „Westen" und „Osten" einnahm, verfestigte sich nach der Gründung des Deutschen Reichs.

Der im Jahr 1529 geprägte Begriff des „Abendlandes" zur Bezeichnung der aus dem Weströmischen Reich hervorgegangenen lateinisch-germanischen Christenheit in Abgrenzung zum orthodoxen und islamischen „Morgenland" wurde im 19. Jahrhundert von einer sich gegen die fortschreitende Ausbreitung des Liberalismus widersetzenden konservativen Bewegung stark ideologisiert. Der Begriff diente vor allem im katholischen Lager dazu, den Verlust von Europas religiöser Einheit, die Trennung von geistiger und politischer Macht, die Säkularisierung sowie den Materialismus zu verurteilen. Dieses „europäische Abendland" wurde – so hebt Trautsch als entscheidend hervor – jedoch nicht nur vom orthodoxen Osten bzw. muslimischen Orient, sondern dezidiert auch von den Vereinigten Staaten von Amerika abgegrenzt, die die beklagten Modernisierungsprozesse verkörperten.

Nach 1945 wurde der Abendland-Begriff im Zeichen des aufkommenden und sich ausbreitenden Denkens des Kalten Kriegs demokratisiert und amerikanisiert, also als transatlantische Wertegemeinschaft umgedeutet, sodass Deutschland innerhalb weniger Jahre mental in „den Westen" integriert werden konnte. Waren der liberale „Westen" als politische Gemeinschaft und das christliche „Abendland" als Kulturgemeinschaft zuvor noch gegeneinander ausgespielte Kampfbegriffe gewesen, so verschmolzen sie in der Nachkriegszeit zunehmend und wurden zu Synonymen. Der Begriff des Westens stand in der Nachkriegszeit nun also nicht mehr allein für liberale Demokratien, sondern auch für das lateinisch-germanische Christentum schlechthin.

Diese Fusion früher antithetisch genutzter Begriffe erlaubte nach dem Krieg eine kognitive Neukartierung der transatlantischen Welt. Diese Verschmelzung war politisch äußerst nützlich, um die Nachkriegsordnung sinnvoll zu deuten, da sie ein Vokabular schuf, das es den früheren Feindesstaaten erlaubte, sich als Teil einer und derselben Gemeinschaft zu präsentieren. Dadurch wurde aber langfristig eine Konkurrenz zwischen „westlicher" und „europäischer" Identitätsbildung in Gang gesetzt.

Trautschs Sicht auf Europa offenbarte sich im Expertengespräch, das unter dem Motto stand, dass „der Westen“ und „der Osten“ als identitätsstiftende Konzepte keine Erfindungen des Kalten Krieges seien. Er sieht Europa als eine „imaginierte Gemeinschaft“. Der „Westen“ und der „Osten“, mit deren Hilfe supranationale Gemeinschaften beschworen und abgegrenzt werden, hatten eine immer stärkere Überzeugungs- und Suggestionskraft entwickelt. Dabei würden die räumlichen Zuteilungen nicht als objektive und aus geografischen Gegebenheiten resultierende Faktenbeschreibungen, sondern als soziale Konstruktionen verstanden. Was jeweils unter „Westen“ verstanden wird, sei das Ergebnis von gesellschaftlicher und historischer Kontingenz.

Für die Geschichtsschreibung der europäischen Einigung sieht Trautsch eine große Chance in der transatlantischen Geschichtsschreibung bzw. in ihrer Fähigkeit, transnationale Phänomene in den Blick zu nehmen und damit den Container des Nationalstaats, innerhalb dessen sich Geschichtsschreibung lange vollzogen hat, ein Stück weit hinter sich zu lassen. Fragen der Heterogenität, Konvergenz und Homogenität in der Geschichte Europas sieht Trautsch normativ und ideologisch aufgeladen in „mental maps“, die sie einmal etabliert haben sowie sehr langlebig und tief in der menschlichen Wahrnehmung verankert seien. Das habe mit der kognitiven Funktion dieser „mental maps“ zu tun: Sie ermöglichten Orientierungen im Raum. Die Menschen bräuchten diese als kognitive Landkarten, um nicht mehr zu überblickende Räume zu strukturieren, verbunden mit dem Ziel, sich in Europa zurechtzufinden und den Beziehungen und Verbindungen zwischen seinen Teilen Bedeutung zu verleihen. Gerade dieser Umstand verleihe „mental maps“ große Wirksamkeit. Sie könnten nicht aufgrund von politischer Zweckmäßigkeit von heute auf morgen verändert werden. Im Gegenteil: Politische Entscheidungsträger würden eher von „mental maps“ geprägt, als dass sie diese steuern könnten. Sie existierten nicht nur in einem nationalen Raum, sie würden auch überregional diskutiert. Gesellschaften könnten sich also gegenseitig in ihren Wahrnehmungen und Vorurteilen beeinflussen.

Was sich daraus für die zukünftige Geschichtsschreibung Europas ableitet, weiß Trautsch zielorientiert zu beantworten: Es sei Zeit, die Zeitgeschichte neu zu perspektivieren. Die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Demokratie einerseits und Faschismus und Kommunismus andererseits, die weite Zeitstrecken des 20. Jahrhunderts geprägt und die die Zeitgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik lange vorrangig beschäftigt hätten, spielten keine so tragende Rolle mehr. Die Neueste Zeitgeschichte stehe zunehmend vor der Herausforderung, neuere Entwicklungen, die mit der Weimarer Republik oder dem Nationalsozialismus kaum noch etwas zu tun hätten, historisch auf ihre Ursprünge und Auswirkungen zu untersuchen. Diesem Anliegen können sich auch die Herausgeber kaum verschließen.

Claudia Hiepel war Historikerin an der Universität Duisburg-Essen. Schwerpunkte ihrer Forschung waren die deutsch-französischen, deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen Beziehungen in historischer Perspektive sowie die grenzüberschreitende Kooperation. Der Vortrag Hiepels befasste sich mit den Euregios. Im Expertengespräch plädierte Hiepel für die Überwindung eines „methodologischen Nationalismus“. Für sie war Europa besonders durch die Regionalgeschichte und eine intensive Auseinandersetzung mit der Person Willy Brandts zu einem bedeutenden Thema geworden, wodurch sie sich v. a. zur europäischen Integrationsgeschichte vorarbeitete.

Grundsätzlich betrachtete sie politische Auseinandersetzungen mit der Geschichte und der Zukunft des Kontinents auch als Ergebnisse aufkommender Europa-Vorstellungen. Groß sei die Europa-Idee in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkriegs geworden, wobei sie auf die Arbeit in Exil und Widerstand verweist. Die Wurzeln der europäischen Einigung seien dort zu finden. Es handele sich um einen Zeitabschnitt, mit dem sie selbst in Lehrveranstaltungen zur Einigungsgeschichte Europas einen thematischen Einstieg schaffe. Die Europa-Idee beinhalte gleichwohl die Frage nach den Grenzen Europas. Hierbei betont Hiepel, dass der Kontinent Europa einerseits von Verflechtungen und andererseits von fluiden Grenzen geprägt sei. Aus politischer Perspektive müsse jedoch zunehmend festgestellt werden, dass das System der EU an Grenzen stoße. Bezüglich einer Analyse der Gegenpole der europäischen Integration und Desintegration fordert Hiepel eine multiperspektive Herangehensweise, da weder der Ideengeschichte noch den nationalen Interessen zu viel Bedeutung zugeschrieben werden solle. Prozesse wie die Globalisierung oder die Entwicklung des Ost-West-Konflikts seien nicht zu vernachlässigen. Ein Konflikt zwischen der Selbstbehauptung der EU auf der einen Seite und dem notwendigen Weiterführen des Dialogs mit anderen Teilen der Welt auf der anderen Seite sei eine Hauptstrategie der Integration gewesen. Anknüpfend an diesen Dialog sei für die zukünftige Geschichtsschreibung ein schärferer Blick auf die Beziehungen der EU/EG zum asiatischen Raum wichtig. Ebenso verhalte es sich mit der Forschung zu den Nord-Süd-Beziehungen. Einerseits sei die EU zwar an Grenzen gekommen, jedoch würde eine Vertiefung der Arbeit bezüglich sogenannter Euregios weiteres Potenzial bieten.

Dominik Geppert ist Professor für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam. In seinem Vortrag fragt er, ob der Euro eine Zukunft habe, und geht dabei auf die nationalen Kehrseiten der europäischen Weltwährung ein. Die Anfänge der europäischen Währungsunion seien erst allmählich ins Blickfeld der zeithistorischen Forschung geraten. Das hatte mit beschränktem Aktenzugang zu tun, aber auch mit dem technischen und sperrigen Charakter der Gemeinschaftswährung. Zumeist ging es um den „Weg nach Maastricht" und die Frage, ob der Euro der „Preis" für die deutsche Wiedervereinigung war. Für Geppert ist klar, dass die Einheitswährung nicht auf dem Altar der deutschen Einigung geopfert worden sei, da der Euro schon vorher von den politischen Entscheidungsträgern in Europa besprochen und sein Weg durch sie vorentschieden war. Viel zwingender war der anvisierte Binnenmarkt, für den eine einheitliche Währung mehr Sinn ergab. Das Trio Paris – Brüssel – Bonn, verkörpert durch François Mitterrand, Jacques Delors und Helmut Kohl, ließ sich von diesem Weg nicht abbringen. Zwischen der Lokomotivtheorie der Monetaristen einerseits, der zufolge der Euro nur einmal eingeführt werden müsse, um dann eine Zugkraft für eine zu integrierende und letztlich integrierte Wirtschaft zu entwickeln, und der Krönungstheorie der Ökonomisten andererseits, wonach die Einheitswährung erst eingeführt werden dürfe, wenn die wachstums- und wettbewerbsspezifischen Bedingungen, sprich wirtschaftlichen Konvergenzkriterien erfüllt seien, gab es nur halbe Kompromisslösungen, aber keine echte Entscheidung im Sinne einer Versöhnung.

Geppert setzt die Akzente vor diesem Hintergrund neu und nimmt zwei bisher in der Forschung weniger beachtete Punkte genauer in den Blick: auf der einen Seite die Beharrungskraft nationaler Währungskulturen und -traditionen sowie auf der anderen die

globale Dimension des Themas. Zum einen betont er die Persistenz nationaler Denkschablonen und Wahrnehmungsmuster und analysiert, welche Handlungszwänge und Spannungslagen sich daraus unter den Rahmenbedingungen einer gemeinsamen Institutionenordnung ergaben. Zum anderen fragt er, wie Weltwirtschaft und transnationale Finanzströme die Idee und Umsetzung auf der einen sowie Erhaltung und Gefährdung des Euro auf der anderen Seite beeinflussten.

Die Jahre 2007/08 mit dem Ausbruch der globalen Bankenkrise hätten, so Geppert, die engmaschige Verflechtung des internationalen Bankensektors und der Finanzmärkte verdeutlicht. Deutschlands Wirtschaft habe in dieser Zeit keinen Schaden durch die Krise genommen, sondern im Gegenteil davon profitiert, denn seine Exporte boomten weiter. Geppert berührt aber auch die geopolitische Dimension der europäischen Einheitswährung. Als es um den Streit ging, ob Griechenland die Eurozone verlassen sollte, was der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble favorisierte, wohingegen Bundeskanzlerin Angela Merkel Einspruch einlegte und für den Verbleib entschied, änderte dies zwar nichts an der Nord-Süd-Spaltung der Euro-Ländern, wahrte aber den politischen Charakter des Währungsverbunds.

Obgleich der Abschied vom europäischen Bundesstaat unter der Losung „Vereinigte Staaten von Europa“ schon in der Ära Kohl eingeleitet worden war, stellte sich im Zeichen der „Eurokrise“ die Frage der Schuldenföderalisierung, die in die Kontroverse mündete, ob sich diese um ein solidaritätsgetriebenes Bindemittel oder um einen integrationspolitischen Sprengsatz handele. Der gleiche unionsinterne Streit kam im Zeichen der Debatte um die Höhe von Darlehen oder Zuschüssen im Rahmen des Corona-Wiederaufbaufonds im Jahre 2020 auf.

Im Expertengespräch lässt Geppert wissen, dass Geschichte etwas ist, „was unmittelbar das eigene Leben berührt“. Die Frage, wann Europa für ihn als Historiker und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich als politisches Projekt, wahrnehmbar geworden ist, führt zu seiner Westberliner Sozialisation, wobei die europäische Einigung für ihn immer stark mit der Westbindung und dem Kalten Krieg verbunden blieb. Die Öffnung der Mauer in Berlin war das prägendste Bildungserlebnis seiner Universitätszeit. Hinzu kamen in den 1990er Jahren Exkursionen durch Ostmitteleuropa und in das Baltikum.

Der Umstand, dass an deutschen Universitäten Jean Monnet Chairs immer noch eine Minderheit sind, erklärt sich damit, dass erst die Krisenhaftigkeit und Offenheit des Integrationsprozesses der letzten Jahrzehnte größeres wissenschaftliches Interesse in der Zunft geweckt hätten, zumal kontroverse Fragen lauten würden, ob noch mehr Integration möglich oder Desintegration schon der Fall sei und wohin das alles eigentlich führe. Zuvor sei die europäische Integration eher als ein sehr technischer Prozess erschienen, wenn nicht sogar teleologisch angelegt, dessen Voranschreiten schon feststehe – also langweilig. Dagegen wisse man längst, wie aufregend schon die frühere Phase der europäischen Integration gewesen ist.

Die westeuropäische Integration erklärt sich Geppert im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg als Teil der Westbindung der Bundesrepublik und der westlichen Verteidigungsanstrengung gegen die Sowjetunion, gleichwohl die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 gescheitert ist. Damit war auch eine Überforderung so kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs verbunden, die die militärische Vergemeinschaftung

auf europäischer Ebene mit sich gebracht hätte. Die NATO sei dann für die westeuropäische Einigung die Ersatzlösung und aus einer engeren bundesdeutschen Sicht mit Blick auf mehr Gleichberechtigung die bessere „Diskriminierung“ im Unterschied zur EVG gewesen. Der Preis war die Notwendigkeit eines dauerhaften Ausbalancierens der Beziehungen zwischen Washington und Paris. Ein zweites Motiv für die westeuropäische Integration seien das Friedensprojekt Europa und die Eigendynamik des historischen Prozesses gewesen, getragen von verschiedenen Akteuren und mit unterschiedlichen Interessen befeuert. Hinzu kam später der Charakter der EG als Rechtsgemeinschaft, der prekärer ist, als man ursprünglich gedacht hat.

Als Historiker argumentiert Geppert, dass die Frage der Wertegemeinschaft auch erst relativ spät in der Geschichte der europäischen Einigung aufgekommen sei und zwar mit der Aufnahme ehemaliger Militärdiktaturen wie Griechenland, Spanien und Portugal in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Die Integration startete ursprünglich mit der Vorstellung des „christlichen Abendlandes“, diejenige von einer Wertegemeinschaft sei hingegen in der DNA der Gemeinschaften nicht von Anfang an eingebaut, sondern der deutsch-französische Ausgleich, die Vergemeinschaftung sensibler Bereiche wie der Montanindustrie und der nicht so folgenreiche Anlauf der Atomwirtschaft gewesen. Handel, Wettbewerb und die Idee der Völkergemeinschaft im Rahmen der Römischen Verträge waren zunächst treibender und ausschlaggebender.

Im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt hält Geppert fest, dass die Schübe der europäischen Integration auf sehr komplexe Weise immer wieder mit den Schüben des Kalten Krieges verbunden waren. Sie seien nicht 1:1 davon abzuleiten, hätten aber doch damit zu tun. Sei es, dass sie wie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine Aufbruchsstimmung erzeugten, die aus der Überwindung einer Spannungsphase im Ost-West-Konflikt hervorgegangen ist und dazu genutzt werden konnte, einen europäischen Aufbruch zu bewerkstelligen. Der Zusammenhang bestehe eher auf der strategischen als auf der operativen Ebene.

Christian Henrich-Franke ist Privatdozent an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Wirtschafts-, Politik- und Technikgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Zudem beschäftigt er sich mit Vernetzungs-, Kommunikation- und Verkehrsgeschichte sowie der Entwicklung von Staatlichkeit und der Gesellschaft. Henrich-Franke referierte über das Europa und die Globale Welt (1970–2022), während das Expertengespräch mit der These verbunden war, dass Geschichtsforschende immer noch sehr gefangen seien in ihren europäischen Perspektiven auf die Welt.

Henrich-Franke beschreibt Europa als einen Begriff, mit dem er früher in seiner Generation Dynamik verbunden habe. Eine solche Beschreibung sei heute nicht mehr zutreffend, denn Europa wirke für die heutige Generation distanziert. Für die europäische Integration wäre vor allem das Zusammenwirken von Wettbewerbs- und Wirtschaftsordnungen entscheidend. Ergänzend dazu habe er bereits an einem anderen Buch gearbeitet, in dem die soziale Marktwirtschaft als Teil der europäischen Integration thematisiert werde. Europa sei zudem ein Raum, der nicht vollends definiert werden könne. Überlagerungen von Einflüssen würden besonders in den süd- und südosteuropäischen Ländern dazu führen, dass Grenzen Europas zum Verschwimmen neigen. Das führe auch zu zwangsläufigen Unterschieden bezüglich einer Perspektive auf europäische Geschichte. Nach-

holbedarf sieht Henrich-Franke in den historiographischen Bereichen der Geschichte der Frauen in den 1950er bis 19070er Jahren. Dabei sei zu fragen, inwieweit die europäische Einigung ein männerdominiertes Phänomen sei.

Andere Bereiche mit Potenzial seien darüber hinaus die Geschichte des Verkehrs, der Infrastruktur und der Technik. Mit Blick auf die Zukunft der EU müsse davon ausgegangen werden, dass eine Tendenz zu regionalen Wirtschaftsblöcken bestehe. Daran schließe sich zudem an, dass lange Zeit vergessen worden sei, dass Infrastruktur und Verkehrswege einen Effekt auf die Umwelt haben. Einen weiteren stetigen Verbrauch an Ressourcen könne sich die EU und der Rest der Welt nicht erlauben. Es gehe neben der Verantwortlichkeit für die Gegenwart auch um die Übernahme historischer Verantwortung, die ein Zusammenhalten des weltweiten Gefüges überhaupt erst ermögliche.

Michael Gehler ist Professor und Leiter des Instituts für Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim. Ihm wurde bereits zum vierten Mal ein Jean-Monnet-Chair von der Europäischen Kommission verliehen. Neben der Imperien-Geschichte und der Neueren und Neuesten deutschen, österreichischen und italienischen Geschichte ist Gehler ausgewiesener Experte für die Geschichte der europäischen Einigung und der Geschichte Europas in ihrer gesamten Bandbreite.

Der gebürtige Innsbrucker, der seine Jugendzeit in Oberfranken verbracht hatte, sieht eine besondere Aufgabe für die Europaforschung in der Vermittlung der Vielfalt Europas im Sinne eines breiteren Verständnisses von Prozessen der Europäisierungen. Was diese sind, sei dabei jeweils kritisch zu hinterfragen. Eine generelle Definition fällt schwer. Gehler unterscheidet zwischen älteren und neueren Europäisierungen. Erstere sind Langzeitentwicklungen, die bereits in der Neuzeit einsetzten und sich in einem Mehrebenengeschehen innerhalb und außerhalb Europas fortsetzten und durch jüngere und neueste Formen von Europäisierungen der europäischen Integration verstärkt wurden.

Europäisierungen bestünden laut Gehler darin, Denken, Handeln, Organisieren und Strukturieren ‚europäischer' zu machen. Solche einschneidenden Prozesse stoßen naturgemäß auf verschiedene Reaktionen (Akzeptanz, Gleichgültigkeit, Ablehnung und Verwerfung). Deren Analyse gehöre zu den relevanten Aufgaben der Europaforschung. Im Sinne einer allumfassenden Darstellung sei es daher wichtig, auf Gegenreaktionen, also auf Formen der Desintegration und De-Europäisierung einzugehen. Diese zu übergehen würde darauf hinauslaufen, nur einen bestimmten Teil eines größeren Bildes zu zeichnen.

Laut Gehler sei die universitäre historische Europaforschung in Deutschland, v. a. aber in Österreich, erst ein verhältnismäßig jüngeres Phänomen, das gerade auf professoraler Ebene nicht breit aufgestellt sei. Zeitgeschichte war lange Zeit Nationalgeschichte. In diesen Forschungen gab es dementsprechend nur wenig europäischen bzw. Europa-Bezug.

Als Mitbegründer des Arbeitskreises „Europäische Integration" (AEI) an der Universität Innsbruck Anfang der 1990er war Gehler einer der ersten Historiker in Österreich, der sich dieses Themas annahm. Er vertritt die Ansicht, dass Forschungen zu Europa im Sinne einer „Europäistik" abgehen sollten von der Dominanz einer rein nationalen in Richtung einer integrativ-europäischen Perspektive mit einem breiten Verständnis von Europäisierungsprozessen. In diesem Zusammenhang betont er die Bedeutung von empirischen Einzelfall-Analysen für die Erweiterung unseres Verständnisses von Europäisie-

rung. Ebenso betont er die Notwendigkeit und große Bedeutung von Quelleneditionen im Sinne der nicht zu vernachlässigenden Grundlagenforschung, nicht zuletzt auch für die Analyse der Geschichte Europas. Es sei aber nicht nur die Erschließung neuer Quellen Hauptaufgabe der historischen Europaforschung. Besonders wichtig sei es, eng und kritisch an den Quellen zu arbeiten. Eine fundierte Quellenkritik erachtet er als bedeutsam, vor allem in Zeiten von „Fake-News“ und einem ausufernden Überangebot von digitalen und social media-Informationen. Hierbei spielen qualitative Quelleneditionen und die aktive Arbeit mit und Präsentation von Quellen eine große Rolle.

Als Gefahr hinsichtlich einer Desintegration der EU nennt Gehler Tendenzen der Nationalisierung und des Populismus. Am Beispiel Österreich beschrieb er, wie durch den EU-Beitritt ein Gefühl von Fremdbestimmung aufkam. Er vermutet zudem, dass durch den EU-Beitritt viele Österreicher noch mehr zu Österreichern und weniger zu Europäern wurden.

Generell beschreibt Gehler die Integrations- und Desintegrationsentwicklungen innerhalb der EU als einen in Bewegung befindlichen Vorgang mit offenem Ausgang. Gerade durch den komplexen Aufbau der Union sei diese den Menschen schwer zu vermitteln. Europahistoriker seien hier gefragt, um beispielhaft biographisch bzw. anhand von kind- und schülergerechten Darstellungen zu helfen, dieses komplexe Bild anschaulicher und nachvollziehbarer zu vermitteln.

Gehler stellt zudem fest, dass sich die Anforderungen an die EU in den letzten beiden Jahrzehnten gesteigert wie auch verschiedene Krisen seit 2008 die Bedeutung der EU als gemeinschaftlichen Schutzschirm in angespannten Zeiten deutlich gemacht hätten. Trotzdem vertritt er die These, dass die diversen Krisen in den vergangenen Jahren vielmehr Spalter als Einiger im Integrationsgeschehen Europas waren. Diesbezüglich stellt er die Frage, ob eine EU mit 27 Mitgliedsstaaten überhaupt noch „souverän“ agieren könne. Im Vergleich zu einer EU mit nur 15 Mitgliedsstaaten sei diese nämlich viel stärker mit Abweichung, Absonderung und Desintegration konfrontiert.

Angesichts des Krieges in der Ukraine und des angespannten Verhältnisses zu Russland sieht Gehler die Zukunft Europas in der Notwendigkeit, wieder ein doppeltes – äußeres wie inneres – Friedensprojekt anzustreben. Eine nach außen wie nach innen zu entwickelnde „Pax Europa“ mit zukünftig 35 Staaten und 600 Millionen Einwohnern in den 2030er Jahren sieht er als größte Aufgabe und Herausforderung des kommenden Jahrzehnts. Sein Vortrag beschäftigte sich mit der Frage, ob es sich bei der EU um ein Imperium handele. Im Expertengespräch war einzuräumen: „Die EU von heute ist bestenfalls eine imperiale Halbmacht.“

IV. Integration und Desintegration der Europäischen Union

Gabriele Clemens hatte von 2000 bis 2019 eine Professur für westeuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg sowie einen Jean Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien inne. Ihr Vortrag behandelte die Entwicklung vom Brentance zum Brexit, während sie im Expertin-Gespräch die These vertrat, dass Großbritannien europäischer ist, als die Briten denken und wissen.

Eine – wenn auch knappe – Mehrheit der Briten hat sich im Juni 2016 dafür ausgesprochen, die Europäische Union zu verlassen. Mit diesem Satz beginnt das Referat von Gabriele Clemens *Vom „Brentrance" zum „Brexit". Großbritanniens Schwierigkeiten mit „Europa"*. Dieses kreist um die Fragen, ob Großbritannien so viel anders als die Staaten des Kontinents war, die sich 1952 zu der ersten Europäischen Gemeinschaft zusammenschlossen, und ob Großbritannien europäisch gesinnt ist. Es geht ebenfalls um die Gründe, weshalb Großbritannien, sowohl im öffentlichen Diskurs der anderen Gemeinschaftssaaten als auch in der Forschungsliteratur, wiederholt als widerspenstiger Partner präsentiert wurde. Um diese Fragen zu beantworten und zugleich die Gründe für das Referendumsergebnis von 2016 zu erhellen, erachtet es Clemens als notwendig, einen Blick zurück in die Geschichte zu werfen und die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Europäischen Gemeinschaften zu erörtern.

Die Autorin zeigt zunächst, was vielen Briten heute nicht mehr so bewusst ist, nämlich die Tatsache, dass in Großbritannien der Gedanke an eine europäische Einigung schon in den 1930er Jahren recht weit verbreitet war. Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges verblasste jedoch dieser europäische Einigungsgedanke. Es verstärkte sich vielmehr das Bewusstsein, bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung eine andere Rolle als die niedergeschlagenen und zusammengebrochenen Staaten des Kontinents spielen zu können, was die Neigung zu irgendeiner Form eines europäischen Zusammenschlusses deutlich verringerte. Das heiße aber nicht, dass Großbritannien kein Interesse an Europa gehabt habe. Vielmehr unterstützten die britischen Regierungen die Zusammenarbeit auf lockerer intergouvernementaler Basis.

Allerdings war es dann auch Großbritannien, das 1961 nur wenige Jahre später nach den Römischen Verträgen einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften stellte. Für die britische Beitrittsentscheidung hat es sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe gegeben. Die Hauptgründe für diesen Gesinnungswandel bestanden u. a. in der Hoffnung, durch eine Teilnahme an der EWG eine Umstrukturierung und Modernisierung der britischen Wirtschaft sowie einen Wachstumsschub zu ermöglichen. Insgesamt bleibt daher festzuhalten, dass der britische Entschluss, Mitglied der Gemeinschaften zu werden, weniger Resultat des amerikanischen oder auch europäischen Werbens war als vielmehr Einsicht in die Notwendigkeit, sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dem entstehenden Block Europa anzuschließen.

Großbritannien blieb aber, auch nach seinem Beitritt im Jahr 1973, ein „awkward Partner", denn seine Europavorstellungen waren zum Teil andere als die der sechs Gründungsmitglieder. Das Land hatte stets Vorbehalte gegenüber der Bildung einer engeren politischen Union geäußert, seine Interessen lagen vor allem auf der Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes.

Die britische Regierung setzte in den Verhandlungen, die zum Maastricht-Vertrag führten, durch, dass dem Land verschiedene „opting-outs" zugestanden wurden. So musste Großbritannien nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion teilnehmen. Eine weitere Ausnahmeregelung wurde bezüglich der Sozialpolitik zugestanden. Durch die EU-Folgeverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon wurde eine weitere Vertiefung der Union in Angriff genommen, und auch hier konnte Großbritannien mehrere Ausnahmeregelungen durchsetzen. Kein anderer EU-Mitgliedstaat hat mehr „opts-out" von der

europäischen Integration erreicht als Großbritannien. Dennoch wuchs die Skepsis gegenüber einer EU-Mitgliedschaft weiter an bis zum Referendum.

Mit Großbritannien verließ nicht irgendein Staat die EU, sondern ihre zweitgrößte Volkswirtschaft. Das Ziel, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, wird ohne das UK schwieriger. Wirtschaftspolitisch gesehen, verliert die EU mit Großbritannien ein Land, das sich stets für eine weltoffene Handelspolitik einsetzte. Der Brexit habe aber auch eine positive Seite insofern, als die restlichen Mitgliedstaaten sich in jüngster Zeit viel geschlossener zeigten als zuvor und sich auch gezwungen sahen, über die künftige Gestaltung Europas und die Risiken einer Desintegration ernsthaft nachzudenken.

Ludger Kühnhardt ist Professor am Institut für Politikwissenschaften und Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Direktor des Zentrums für Europäische Integration (ZEI). In seinem bahnbrechenden Vortrag sprach er über den europäischen Archipel und die vergessene maritime Dimension der EU. Das Expertengespräch steht unter dem Motto „Bleibender Erkenntnisgewinn entspringt einer sorgfältigen Ursachenanalyse."

Der ursprüngliche Journalist, Praktiker und Wissenschaftler stellte gleich zu Beginn des Interviews fest, dass unser Blick auf Europa und die Welt ständig erweitert werden müsse. Europa sei für ihn eine konstruierte Idee, die in den verschiedenen Regionen des Kontinents „täglich wieder neu und immer wieder anders beginnt". Die europäische Einigung sei ebenso vor allem eine von Menschen konstruierte und imaginierte Form der Organisation des öffentlichen Lebens.

In diesem Zusammenhang sei Europa nur im Widerspruch mit sich selbst und in der Interaktion mit der Welt zu verstehen. Wichtig sei es daher gerade für die historische Europaforschung, diese Interaktionen zu verstehen und die Widersprüche begreifbar zu machen. Dabei spielt laut Kühnhardt die historiographische Kontextualisierung dieser Zusammenhänge eine zentrale Rolle sowie die „Mahnung bei allem Handeln, den Tiefgang der Reflexion über das nicht zu vernachlässigen, was wir aus der Geschichte für die nächste Runde der Debatte um die Zukunft Europas lernen können". Insofern stelle sich für Historiker die Aufgabe, „den Zeitgenossen bei der Einordnung von Gegenwartsfragen zu helfen".

Die Integration Europas steht für Kühnhardt in einem direkten Zusammenhang mit der „Schrumpfung" des Kontinents zu einer „asiatischen Halbinsel" und dem kolonialen Niedergang der europäischen Imperien. Die Vielfalt Europas sieht er bedingt in der Expansion des Kontinentes und dem ständigen Wettstreit innerhalb seiner Regionen, Staaten und Imperien. Die Integration Europas war für ihn eine notwenige Entwicklung, die sich aus der antikolonialen Selbstzerstörung Europas ergeben hatte, aus der dann schließlich die „Neupositionierung Europas als eines seine innere Einheit suchenden Raumes erwachsen konnte". Für ihn besteht also immer ein Zusammenhang zwischen dem Wachsen und der Einigung Europas seit den 1950er Jahren und der Dekolonialisierung weiter Teile der Welt.

Als besonders wichtige Frage für die Zukunft der Europäischen Union sieht Kühnhardt die Auseinandersetzung mit deren Rolle in der Welt. In diesem Zusammenhang betonte er, dass sich Europa seiner globalen Rolle wieder stellen müsse, um überhaupt Europa zu

sein. Dies aufzuzeigen sieht er ebenso als wichtige Aufgabe für die Europaforschung. Am Kontinent müsse man sich also erst einer globalen Position und Rolle bewusstwerden. Großen Handlungsbedarf sieht Kühnhardt in der Globalisierung der europäischen Politik. Die Wirtschaft hingegen habe diesen Schritt bereits weitestgehend vollzogen.

Klaus Eisterer war Historiker am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und von 2008 bis 2018 Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Er hat sich im Laufe seiner akademischen Karriere zum exzellenten Kenner der Geschichte und Politik Spaniens etabliert. In seinem Vortrag schildert Klaus Eisterer die politischen und sozialen Entwicklungen nach dem Tod von Francisco Franco 1975 mit Fokus auf Katalonien.

Als Wendepunkt in der Geschichte Spaniens und Kataloniens nach Ende der Diktatur weist Eisterer auf die Verfassung von 1978 hin. Dadurch werde ein zwar flexibles, aber auch durchaus komplexes und vielschichtiges Autonomiemodell aufgebaut. Die Verfassung eröffnet nämlich in Artikel 143 bis zu sieben verschiedene Varianten zur Erlangung einer Autonomie. Am Ende dieses Prozesses standen 17 autonome Regionen, zum Teil auch neuformierte. Vor allem Katalonien und das Baskenland haben dabei die meisten Rechte für sich beansprucht und bekommen.

Im Hauptteil des Vortrages wird den Transformationen und politischen Entwicklungen Kataloniens in den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Diese werden immer im Kontext des Dreiecks Barcelona – Madrid – Brüssel präsentiert bzw. mit Rückblick auf die sich wandelnde Lage der Europäischen Union und auf die Reaktionen der Mitgliedsaaten und deren mediale Landschaft geschildert.

Eisterer zeigt, wie und aus welchen Gründen die politische Lage in Katalonien eskalierte und wie die sich im Laufe der letzten Jahre ständig radikalisierenden Forderungen der autonomen Regierung in Barcelona die radikalen Kräfte im übrigen Spanien beflügelt haben. Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen der Zentralregierung in Madrid werden ebenfalls geschildert und vom Autor thematisiert.

Der Vortrag zeichnet sich dadurch aus, dass sein Autor eine gleichzeitig fundierte und ausgewogene Analyse der Erfolge und Misserfolge der Katalanischen Politik der letzten Jahre liefert, die weiterhin die spanische und europäische Debatte stark polarisieren. Klaus Eisterer schließt mit der Hoffnung, dass der neue Ministerpräsident Spaniens, Pedro Sánchez, eine aktive, vernünftige und dialogische Politik unterstützt, die von der politischen Klasse in Katalonien angenommen wird und zu einer deeskalierenden Entwicklung beiträgt. Es geht letztendlich darum, die Gefahr einer Desintegration des spanischen Staates auszuschließen. Das Expertengespräch mit Eisterer steht unter dem Motto „Die Geschichte der europäischen Integration zeigt, dass Menschen lernfähig sind.“

Für Spanien war Europa eine Hoffnungsperspektive. Nach dem Sturz des Regimes in Portugal sowie nach dem Tod von Francisco Franco in Spanien hat das europäische Umfeld eine Hauptrolle in den Transformationen auf der iberischen Halbinsel gespielt. Der Kontakt mit den Touristen, die Erfahrungen der Emigrant/innen in Nordeuropa und der Wandel der katholischen Kirche zählen dazu. Das liberale, demokratische, offene und sozialdemokratische Klima im Europa jener Jahre stellte eine Leitorientierung und eine Hoffnung dar, eines Tages selbst Teil dieser modernen und freiheitlichen Gemeinschaft zu sein.

Auf die Frage, wie die Geschichte der europäischen Einigung analysiert und dargestellt wird, unterstreicht Eisterer Folgendes: Das Projekt ist erfolgreich und die Europäische Gemeinschaften besaßen solch eine Attraktivität, dass man sie schon fast als Empire „by Invitation" bezeichnen könnte. Dies bedeutet, dass sich Staaten darum bemühten, diesem Staatenbündnis beitreten zu dürfen. Des Weiteren geht es nicht nur um die Wirtschaft, sondern um die Stabilisierung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen. Dies kann in verschiedenen Ländern Süd- und Osteuropas beobachtet werden.

Zum Verhältnis von Integration und Desintegration hält Eisterer fest, dass sich Europa als ein Projekt darstellt, das sich durch weitere Integration sowie Grenzkontrollen und Teilung in Ost und West in Luft auflösen könne. Europa sei ein Raum, in dem so viel Freiheit, Gleichheit und Solidarität herrsche wie nie zuvor. Das beinhalte die Chance, durch weitere Integration Aufgaben gemeinsam anzugehen, die Einzelstaaten nicht mehr in der Lage sind allein zu bewältigen. In Katalonien seien aber Prozesse der Desintegration im Gange, die einem europäischen Einigungsgedanken zuwiderlaufen würden. Frankreich protestierte offiziell bereits 2016 mit Blick auf die nördlich der Pyrenäen lebende katalanische Bevölkerung, weil in Barcelona Resolutionen verabschiedet worden waren, die gegen die französische Souveränität verstoßen würden. Eine Regierung, an der europaskeptische oder europafeindliche Parteien beteiligt sind, würde zudem die Gelegenheit benutzen, die EU zu schwächen.

V. Europa und die EU aus Sicht der europäischen Institutionen

Gerhard Jandl ist ausgebildeter österreichischer Jurist und Volkswirtschaftler. Er war als Diplomat im Dienst der österreichischen Außenpolitik Botschafter seines Landes in Sarajewo (2000–2005), in Belgrad (2005–2008), beim Europarat in Straßburg (2018–2022) und ist seit 2022 Ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris. In seinem Beitrag „In Verantwortung der Sicherheit für Menschenrechte: Geschichte und Gegenwart des Europarats" führt er u. a. aus, dass die politische Einigung Europas das Hauptziel des Europarats seit dessen Gründung im Jahre 1949 war, dieses aber mittlerweile in erster Linie im Rahmen der EU betrieben werde. Aufgrund dieses Befunds sowie des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten inklusive Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Zeichen der Vereinigung Gesamteuropas konzentrierte sich der Europarat im Wesentlichen auf drei Bereiche: Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die seit Anfang der 1990er Jahre praktizierte Konzentration auf diese „Werte-Trias" wurde in der Erklärung des Warschauer Gipfeltreffens 2005 explizit formuliert.

Zur Frage, ob es vor dem Hintergrund der politischen Dynamik der EU den Europarat noch brauche, gab es verschiedene Antworten, u. a. die Forderung nach Umformung zu einer Agentur der EU oder die Zusammenlegung mit der in Wien angesiedelten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Vermeidung von Arbeitsduplizierung. Jandl neigt mit seinen differenzierten Überlegungen nicht zu solchen Optionen und verweist auf die zahlreichen Spezifika des Europarats in seinem Beitrag. Er betont die Besonderheiten dieser internationalen Organisation, nämlich, dass sie

sich eben nicht nur auf die EU-Staaten samt Beitrittskandidaten erstreckt, sondern auf ganz Europa ausgerichtet ist, eingeschlossen „schwieriger“ Partner wie der Türkei und einzelner Kaukasus-Länder. Ein EU-Beitritt dieser Länder sei aber für die vorhersehbare Zukunft nicht zu erwarten, umso wichtiger daher ihre Einbindung in die europäische Integration über den Europarat.

Man kann aus Jandls Argumentation ableiten, dass der Europarat mit dem Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte (EGMR) daher nicht nur eine Instanz zur Bewertung der Einhaltung der europäischen Menschenrechte, sondern auch ein menschenrechtliches Gewissen Europas ist.

An einem historischen Beispiel verdeutlicht Jandl auch, dass die Verpflichtungen aus der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten „absolut und unabhängig von Reziprozitäten gelten, weil es sich bei der EMRK um ein kollektives Garantiesystem der öffentlichen Ordnung in Europa handle“. Wenn Mitglieder dagegen verstoßen, sei keine Zugehörigkeit mehr zum Europarat möglich. Im Falle Russlands führt Jandl aus, wie ein vorläufiger und vermeintlich abgewendeter „Ruxit“ vermieden werden konnte und was im März 2022 letztlich zur Suspendierung der Mitgliedschaft und zum Ausschluss der Russischen Föderation geführt hat, dem sie durch Austritt zuvorzukommen versuchte.

In punkto „Religion“ werden von der EMRK und dem EGMR nicht nur offiziell anerkannte und traditionell in Europa praktizierende Glaubensgemeinschaften verstanden, sondern jede identifizierbare Religion. Was konkret als solche gilt, ist zwar in der EMRK nicht näher ausgeführt, wozu aber eine umfangreiche Judikatur besteht. Die Religionsfreiheit des Art. 9 der EMRK umfasst öffentliches Bekennen und Praktizieren der Religion – allein oder in Gemeinschaft und damit Bereiche des Gottesdienstes, Religionsunterrichts und der religiösen Gebräuche. Nicht jede Handlung, die irgendwie religiös motiviert sei, falle jedoch in den Schutzbereich dieses Artikels, beispielsweise nicht eine mit religiösen Argumenten begründete Arbeits- oder Steuerverweigerung. In der anschließenden durchaus kontroversen Diskussion des Vortrags und im Expertengespräch mit Botschafter Jandl wurden diese Aspekte noch vertieft, aber auch auf dessen Südosteuropa-Expertise eingegangen.

Dass sich die EU als Staatengemeinschaft des Westens am Balkan als einer noch nicht integrierten Region Europas so schwertue, sieht Jandl in einem Dilemma begründet. Auf der einen Seite wolle die Union Bosnien-Herzegowina helfen, ein Land westlich-europäischer Prägung mit entsprechender Beachtung der Demokratie und der Menschenrechte zu werden. Die sogenannte governance sollte dabei funktionieren, damit das Land an die EU herangeführt und letztlich in ihr aufgenommen werden könne. Auf der anderen Seite mandatierte die europäische Staatengemeinschaft einen Hohen Beauftragten/High Representative (HiRe) mit der Befugnis, dortige Politiker ohne Anhörung, rechtsstaatliches Verfahren oder Rechtsmittel aus ihren Ämtern zu „entfernen“ und für alle Zukunft dafür zu sperren. Er kann Gesetze in Kraft oder außer Kraft setzen, gleich ob sie vom dortigen Parlament demokratisch korrekt beschlossen seien oder nicht. Auf der anderen Seite müssten diese HiRes aufgrund ihres Mandats in einer Weise agieren, die an sich mit demokratischen und rechtstaatlichen Grundsätzen Europas nicht übereinstimmten.

In der Kosovofrage hatte sich laut Jandls Erfahrung die serbische Position in den Jahren ab 2005 unter dem serbischen Premierminister Vojislav Koštunica (2004–2008)

dahingehend verhärtet, dass öffentlich immer wieder betont worden sei: „Der Kosovo muss immer Serbien bleiben und darf niemals unabhängig werden. Er ist serbisches Kernland.“ Durch dieses stete intensive Wiederholen wurde ein Meinungsumschwung in der serbischen Bevölkerung herbeigeführt. Die europäische Staatengemeinschaft müsse, so Jandl, darauf hinarbeiten, dass Serbien die Realität akzeptiere. Sie könne nicht über einen serbischen EU-Beitritt verhandeln, ohne dass eine Kosovolösung in Sicht sei. Es wäre ein Riesenfehler, wenn in den Verhandlungen des EU-Beitritts Serbiens die Kosovofrage ausgeklammert und ein „zweites Zypern-Problem“ in der EU eingehandelt werde. Ihre Entschlossenheit sei gefragt. Das Gegenteil werde am Balkan bestraft. Seine Erfahrung lehre, dass ein „Herumeiern“ der EU und ihren Mitgliedern brutal zu stehen komme.

Im Vorgehen gegenüber der Ukraine habe man es zwischen 2014 und 2022 praktisch auch mit einer nicht ausreichenden Entschlossenheit der EU zu tun gehabt. Auf der einen Seite wollte sie die Ukrainer an Europa binden, andererseits nicht zu einem Preis, der dafür zu bezahlen ist. Dabei stellt Jandl tief in die Substanz der europäischen Ukraine-Politik reichende Fragen: Haben wir die Haltung Russlands realistisch eingeschätzt? Sind wir Russland mit entsprechender Härte begegnet? Hätten wir nicht wissen müssen, dass die Ukraine für Russland ein Land in einer – aus russischer Sicht – legitimen Einflusszone ist? Jandl meint, dass man dies alles hätte klären und wissen müssen. Wenn man es trotzdem getan habe, musste man mit russischen Gegenreaktionen rechnen, diese antizipieren und überlegen, damit umzugehen. Schlussendlich lautete für Jandl in diesem Problembereich die wichtigste Frage: „Ist uns die Ukraine wichtig genug, dass wir einen Konflikt mit Russland in Kauf nehmen?“ Die Fragen muten teilweise rhetorisch an. Jandl kann sich im Expertengespräch sein Urteil nicht verkneifen, dass die EU naiv vorgegangen sei. Schlimmer noch sei aber die mangelnde Entschlossenheit.

Die Frage, wie die EU in der Welt eine Rolle spielen könne, die ihren Ansprüchen auch gerecht wird, werde in Europa völlig anders beantwortet als die gleiche Frage für Russland. Das europäische Agieren bestehe in Problemerkenntnis und ihrer konstruktiven Lösung, während Russlands Hauptanliegen davon ausgehe, wie es selbst weiter von relevanter politischer Stellung in Europa und der Welt bleiben könne. Durch Beibehaltung oder Verschärfung eines Konflikts versuche es sich dabei Geltung zu verschaffen, aber nicht primär durch seine Lösung. Solange diese Konflikte schwelen und brennen würden, solange müsse man Moskau auch heranziehen und es fragen und einbinden. Russland habe durch seine Machtstellung immer Möglichkeiten, internationale Entwicklungen zu blockieren, weshalb es ohnedies „wichtig“ bleibe. Diese Befunde würden Europäer und EU-Mitglieder „sehr oft ausblenden“.

Zur Frage der europäischen Armee herrschen laut dem Sicherheitsexperten Jandl auch nach Eskalation des russischen Ukrainekriegs in Europa weiterhin unterschiedliche Ansichten und unentschlossenes Handeln vor: Einerseits könnte eine europäische Armee als europäischer Pfeiler zur Stärkung der NATO oder als deren Ergänzung dienen, so dass zwei Armeen der westlichen Staatengemeinschaft zur Verfügung sein könnten. Daneben gebe es immer wieder Versuche, sich mit einer europäischen Armee bewusst von der US-dominierten NATO abzusetzen und sich in gewissen Bereichen unabhängig zu machen, was dann dazu führe, dass Europa außenpolitisch etwas anderes als die Vereinigten Staaten unternehmen, also unterschiedliche Projekte verfolgen könnte. Diese Tendenz sei im Zusammenhang mit der NATO-kritischen Haltung von US-Präsident Trump aufgekom-

men. Daneben bestanden unabhängig von Trump immer schon amerikanische Befürchtungen, eine zukünftige europäische Armee könnte die Bedeutung der NATO mindern und dazu führen, dass die Europäer außenpolitisch viel stärker ohne die USA agieren und etwas tun könnten, was nicht im amerikanischen oder im sozusagen gemeinsamen Interesse wäre. Abgesehen von Trump hielten laut Jandl Vertreter der USA den Europäern immer wieder vor, zu wenig für die eigene Verteidigung zu tun und sich mehr zu engagieren. Seine Ausführungen legen den Schluss nahe, dass es darum gehen müsste, diese Dilemmata im Zeichen der europäischen Verteidigungspolitik im Sinne europäischer Verantwortungspolitik zu klären und Widersprüche zu lösen.

Hans-Gert Pöttering ist CDU-Politiker und war seit der ersten Direktwahl 1979 bis zur Europawahl 2014 ohne Unterbrechung Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 1999 bis 2007 agierte er als Fraktionschef der Europäischen Volkspartei-Europäische Demokraten (EVP-ED). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 und 2009 war er Spitzenkandidat der CDU Deutschlands. Von 2007 bis 2009 bekleidete er das Spitzenamt der überstaatlichen Volksvertretung als Präsident des Europäischen Parlaments in einer ganz entscheidenden Phase, als es darum ging, den Unionsvertrag von Lissabon im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft unter Dach und Fach zu bringen sowie die Grundrechte-Charta darin zu verankern. Anschließend war Pöttering Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seine stete Überzeugung sei es, dass nur ein geeintes Europa für gemeinsame Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Freiheit garantieren könne. Vor allem für diese Motive habe er sich jahrzehntelang in der europäischen Politik eingesetzt, was in seinem Hildesheimer Vortrag „Wir sind zu unserem Glück vereint – Erinnerungen eines Europäers“ deutlich wurde.

Die Einigung Europas biete Rückbezüge auf das alte Griechenland und Rom, aber auch auf das Mittelalter und das Christentum. Die Vereinigung Deutschlands und Europas sei nicht als Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats zu verstehen, sondern als Ausdruck eines europäischen Deutschlands und im Sinne einer Entwicklung zu einer Wertegemeinschaft.

In der heutigen EU gebe es dennoch Unterschiede, die zu verschiedenen Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten führen würden. Hierbei habe besonders die Kommissionspräsidentschaft große Verantwortung und eine enorme Aufgabe zu lösen. In Grundsatzfragen würden die EU-Mitglieder übereinstimmen, dennoch sei es wichtig, verschiedene Meinungen zu diskutieren. Wichtiger denn je sei das Europäische Parlament, so Pöttering.

Im Zeitzeugengespräch verdeutlichte er, dass der Unionsvertrag von Maastricht von 1992 ein „entscheidender Durchbruch“ und zwar für die Mitentscheidungsmöglichkeit dieser supranationalen Völkervertretung Europas sei.

Zur Frage der Integration oder Desintegration in Europa und der EU betont Pöttering die Notwendigkeit des Brückenbauens angesichts verschiedener Kontroversfragen. Man dürfe bestimmte Parteien aus Parlamentsfraktionen nicht einfach hinauswerfen und wie Aussätzige behandeln, wenn es Differenzen und Divergenzen gebe, auch wenn es viel Überzeugungskraft für Lösungen brauche, um solche Probleme zu bewältigen. Für die Zukunft der Einheit mache es Mut, dass Polen und Deutschland mittlerweile gut zusam-

menarbeiten würden. Im Bereich der Sicherheitspolitik solle Europa sich nicht von den USA loslösen, sondern auf Gleichberechtigung bestehen. Laut Pöttering müsste Europapolitik noch viel mehr in den Medien thematisiert werden, um eine bessere Wirkung zu entfalten.

Klaus Welle ist CDU-Politiker und langjähriger Generalsekretär des Europäischen Parlaments. Seine Spezialgebiete sind die Außen- und Europapolitik sowie die Wirtschaftswissenschaften. Sein Vortrag im Audimax der Universität Hildesheim befasste sich mit der Geschichte und Gegenwart des Europäischen Parlamentarismus. Das mit ihm schon Jahre zuvor geführte Expertengespräch steht im Sinne von Helmut Kohl gemäß auch seinem eigenen Ziel, die EVP im Europäischen Parlament mehrheitsfähig zu machen, unter dem Motto „Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten zu überlassen."

Laut Welle habe die Geschichte Europas dazu geführt, dass sich die europäische Politik (abgewandelt laut Immanuel Kant) in einer „selbstverschuldeten Unmündigkeit" befinde. Eine Lösung dafür könne besonders in der europäischen Integration gefunden werden. Die Christdemokraten hätten seit dem Zweiten Weltkrieg vor allem die europäische Einigung verfolgt und gefördert. Auch Welle persönlich sieht in dieser Einigung Europas eine historische Bedeutsamkeit. Darüber hinaus schreibt er der europäischen Integration eine wesentliche Rolle für die Ermöglichung der deutschen Einheit zu.

In der heutigen EU käme es trotzdem immer wieder zu Divergenzen aufgrund von verschiedenen Interessen, wobei es der Anspruch sei, die Unterschiede zu überwinden und sich auf die Solidarität der Mitgliedstaaten zu berufen. Dabei sei die europäische Identität als Faktor zu betonen, die die Identität im nationalen Sinne nicht ersetzen, sondern sich ergänzend in sie einfügen könne. Für die Geschichtsschreibung biete es sich an, die Regional- und Nationalgeschichte zu einem größeren Bild der gemeinsamen europäischen Geschichte zusammenzufügen. In der Zukunft sei der Weg Europas in eine selbstbestimmtere Position vor allem durch kontinuierliche innere Integration zu erzielen. Dazu sei es u. a. nötig, Fake-News zu bekämpfen und ein besonderes Augenmerk auf die Einhaltung europäischen Rechts zu legen. Bei Verstößen müsse konsequent reagiert und zeitgleich ein respektvolles Miteinander gewahrt werden. Ein weiteres Feld eröffne sich immer wieder im Bereich der Umverteilung der Mittel in der EU. Dabei dürfe sich dies nicht nur auf die Umverteilung von Finanzen konzentrieren, sondern auch auf andere Aspekte wie den gemeinsamen Umgang mit Flüchtlingen. Diese Thematiken würden weiter aktuell bleiben. Europa habe daher die Pflicht, auf diese Fragen und Herausforderungen Antworten zu geben und Lösungen zu finden. Zudem müsse analysiert werden, inwieweit Europa in einem Konflikt mit China stehe und wie mit Russland umzugehen sei. Diesbezüglich sei festzustellen, dass der Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus bzw. Totalitarismus weiterhin gegenwärtig sein werde.

Wolfgang Wessels ist Inhaber eines Jean-Monnet-Lehrstuhls am Forschungsinstitut für politische Wissenschaft und europäische Fragen an der Universität Köln. Sein Vortrag hatte den Titel „Der Europäische Rat in Geschichte und Gegenwart", während das Expertengespräch u. a. von der Tragfähigkeit der Monnet-Methode handelte. Im Interview bezeichnete sich Wessels als kölnischen Europäer mit einer „angeborenen" starken Neigung zum Westen. Europa sieht er als Konstrukt, das immer wieder unterschiedlich konstruiert

wurde. In diesem Zusammenhang empfindet er auch die Frage nach den geographischen Grenzen Europas als weniger bedeutend. Europa sei für ihn in erster Linie eine Wertegemeinschaft, d. h. die Länder des Kontinents arrangierten sich aufgrund ihrer gemeinsamen Werte. Dementsprechend sei es für Historiker und Politikwissenschaftler wichtig, „die Vielfalt, wie auch die Einheit in der Vielfalt der Arbeit zu identifizieren“.

Wessels geht es vor allem darum, die Vielfalt der Überlegungen zu Europa zu sehen, die von Land zu Land variiere. Wichtig würde daher sein, Überschneidungen und Unterschiede auszumachen. Dabei könne vor allem die Geschichtswissenschaft aufklärend wirken und aufzeigen, wie Identitäten entstanden und wo „Gemeinsamkeiten zu finden sind, die man auf den ersten Blick nicht sieht“. In diesem Zusammenhang betont er, dass auch so gegebene Entitäten wie der Nationalstaat in Europa nur Teil einer historischen Entwicklung waren, die immer wieder aufs Neue zur Diskussion gestellt wird. Wichtig für das weitere Zusammenwachsen Europas ist für Wessels die institutionelle Architektur des Kontinents. Gemeinsame Institutionen wie ein europäischer Gerichtshof oder ein Europäisches Parlament würden eine kollektive Identität schaffen. Aufgrund der Vielfalt der europäischen Staatengemeinschaft ist für Wessels die Konsensfindung unerlässlich.

Dieser gemeinschaftliche Ausverhandlungsprozess biete sowohl Potential für die Integration als auch für die Desintegration des Kontinents, zumal sich zudem auch das Potential von Rivalitäten und Gegensätzen innerhalb der Länder der Europäischen Union erhöhe. Um dies zu beschreiben, hat Wessels die sogenannte drei-K-Formel entwickelt: „Konsens führt zu Kompromissen und damit auch zu Komplexität.“

Die Komplexität in der Kommunikation und Entscheidungsfindung stellt zugleich die größte Herausforderung für die Zukunft der EU dar. Ebenso führt sie laut Wessels zu Unverständnis im Ausland, so auch bei Verhandlungen mit anderen Staaten.

Ein Phänomen, das es laut Wessels in Zukunft intensiv zu beachten gelte, ist der Populismus in Europa. Damit in enger Verbindung stehe die Frage nach den Auswirkungen von Krisen in Europa: Hierbei sollte man sich laut Wessels die Frage stellen, ob Krisen durch die europäische Zusammenarbeit verhindert werden könnten oder diese dann also ein zusätzlicher „Push sind für mehr Integration“ sein könnten.

Zukünftige Europageschichtsforschung könnte laut Wessels in diesem Zusammenhang die Frage erläutern, warum man in Europa heute dort stehe, wo man sei. Man sollte demnach auch positive Kritik äußern und nicht nur negative. Ebenso könnte es interessant sein, kontrafaktisch die Kosten von „Nicht-Europa“ darzustellen sowie gänzlich neue Fragestellungen zu entwickeln. Analysen zur digitalen Ökonomie könnten laut Wessels aufzeigen, dass viele Herausforderungen gar nicht auf europäischer Ebene zu lösen sind.

Richard Kühnel ist Repräsentant der Europäischen Kommission, war für ihre Vertretung in Deutschland (2014–2019) aktiv und ist seither Direktor der Generaldirektion „Kommunikation“ in Brüssel. Zuvor war der gebürtige Österreicher und studierte Jurist im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig. Sein Hildesheimer Vortrag widmete sich der neuen Kommission Juncker, ihren Aufgaben sowie ihrer Zusammensetzung und ihren Zielen. Das Experten- und Zeitzeugengespräch stand im Lichte einer Institution, „mit der der Sprung über den Schatten der nationalen Souveränität erfolgte“.

Als besonders bedeutend für den Prozess der europäischen Einigung sieht Kühnel das Wendejahr 1989, in dem sich ein neues Europa und eine neue Weltordnung entwi-

ckelten. Man sprach in diesem Zusammenhang sogar „vom Ende der Geschichte". Diese Stimmungslage charakterisiert Kühnel mit dem Begriff der „1989er-Generation", zu der er sich auch zugehörig fühlt. Gemeinsame Werte seien entscheidend für die Erzeugung von Homogenität des gemeinschaftlichen Europas. Das Projekt EU sieht er daher in erster Linie als Wertegemeinschaft. Allen voran nennt er die Menschenrechte, die er als „DNA der Europäischen Union" betrachte. Ansonsten sei Europa allerdings sehr heterogen. Es herrsche die stete Notwendigkeit zur Kompromissfindung, um zu gemeinsamen Positionen zu gelangen. Diese Fähigkeit zum Ausgleich sieht Kühnel auch als große Herausforderung für die Zukunft Europas. In diesem Prozess bezeichnet er die Kommission als zentral, da sie als „Hüterin der Gesetze" und Katalysator des europäischen Gedankens zu verstehen sei. Für Kühnel ist sie bedeutend für die Zukunftsgestaltung. Diesen Befund macht er daran fest, dass die Aufgabengebiete und Kompetenzbereiche der Kommission ständig erweitert werden.

Eine weitere große politische Herausforderung für die Zukunft des Kontinentes sieht Kühnel in der Frage der Integration von Nachbarländern in die EU. Der europäischen Nachbarschaftspolitik kommt in dieser Hinsicht besondere Bedeutung zu. Zukünftig werde es, so Kühnel, noch wichtiger sein, Länder um die EU stärker an sie zu binden, mit europäischen Werten zu verknüpfen und für den Binnenmarkt zu öffnen, ohne diese Länder umgehend in die Europäische Union aufzunehmen.

Heinrich Neisser ist Jurist, ÖVP-Politiker und war Jean-Monnet-Chair für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck von 1999 bis 2007. Seine Perspektiven auf Europa sind breit gefächert und erstrecken sich besonders auf den Bereich der Rechtsordnung und Gesetzgebung sowie der Parteien und des Regierungswesens. Er ist des Weiteren ein Zeitzeuge für viele innenpolitische Ereignisse der Zweiten Republik seit der Amtszeit von Bundeskanzler Josef Klaus (1964–1970), wie auch für den österreichischen EU-Beitritt (1995) und seiner Mitwirkung am Europäischen Grundrechtekonvents unter dem vormaligen Bundespräsidenten und seinerzeitigen Vorsitzenden Roman Herzog.

Das Thema seines Hildesheimer Vortrags widmete sich daher auch dem EU-Grundrechte-Konvent. Das Interview mit ihm stand unter dem Motto „Von der Geschichte Europas her gesehen ist das keine Wiedervereinigung, sondern ein Akt der Vereinigung." Damit meinte Neisser die Entwicklung von der Öffnung des Ostens bis zur EU-„Osterweiterung" (1989–2004/07). Diese „Vereinigung" sei etwas, an das die Europäer glauben müssten, damit es real und beständig bleibe. Bezüglich der Vereinigung Europas betont er, dass es sich nicht um eine „Wiedervereinigung" handele, denn die heutige politische Struktur Europas habe es vorher so nicht gegeben und stehe historisch für sich.

Neben Differenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern müsse unbedingt berücksichtigt werden, dass die Staaten der Union besondere Aufmerksamkeit und Wertschätzung erfahren würden sowie auch einen gemeinsamen Kurs mitbestimmen könnten. Dies sei für einige von ihnen mitunter auch ein Anreiz gewesen, um im gemeinschaftlichen Europa Gehör zu finden und dort auch wahrgenommen zu werden.

Es sei laut Neisser zudem festzustellen, dass sich die EG im Unterschied zur EFTA als eine integrativere Organisation im Laufe ihrer Entwicklung erwiesen habe. Hierbei weist er besonders auf den Wechsel der Haltung Österreichs zur EG-Mitgliedschaft hin. Ab Mitte der 1980er habe in seinem Land ein Umdenken eingesetzt, das den Beitritt zur

EU letztlich möglich gemacht habe. Für die Geschichtsschreibung würde sich mitunter die Frage ergeben, inwieweit sich die heutige Parteienkultur von der damaligen unterscheide und ob es zwischen den Parteien früher mehr Abstimmung, Abgewogenheit und letztlich auch Konsens und Kompromissfähigkeit gegeben habe. Daneben sei es ebenfalls eine bedeutende Forschungsaufgabe, die einzelnen politischen Akteure und ihre Parteien sowie die innenpolitischen und innerstaatlichen Prozesse in den Mitgliedsländern zu analysieren, die einen entscheidenden Beitrag zu europäischer Einigung bzw. zu ihrem EU-Beitritt bewirkt haben.

Die Leistungsbilanz des Grundrechtekonventes ist für Neisser beeindruckend. Die 54 Artikel der Charta wurden in 16 Sitzungen über einen Zeitraum von 290 Tagen vom 7. Dezember 1999 bis 2. Oktober 2000 ausgehandelt, wie er an konkreten Beispielen im Vortrag ausführt. Er beurteilt den Konvent über die Entstehung der Grundrechtscharta der EU als „zentrales Ereignis auf dem Weg in der Europäischen Union zur Wertegemeinschaft". Das Medienecho sei leider bescheiden ausgefallen. Neisser wies auch darauf hin, dass die Einführung der Konventsmethode für die Kommission einen Kompetenzverlust bedeutet habe, die seiner Einschätzung nach zukünftig geschwächt werden würde.

Gerhard Kunnert ist Jurist, Referent und Datenschutzkoordinator in der Sektion V des Verfassungsdiensts des österreichischen Bundeskanzleramts. Davor war er stellvertretender Leiter der Datenschutzabteilung des Justizministeriums und österreichischer Experte bei den Verhandlungen zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Rat der EU. Als Ad-hoc-Prozessvertreter in Verfahren vor dem EU-Gerichtshof hat er langjährige Erfahrungen mit der Verhandlung von Datenschutzfällen sammeln können.

Spätestens mit seinem Studium war Europa für Kunnert ein Anliegen und zwar im Kontext des österreichischen EG-Beitrittsansuchens 1989 und seiner Verhandlungen 1993/94. In seiner Befassung mit Gesetzgebungsgutachten in bilateralen und internationalen Verhandlungsdelegationen sowie Expertengruppen auf Ebene der EU hat Kunnert erfahren können, wie diese Gremien arbeiten und Willensbildungsprozesse in der Union erfolgen, wobei unterschiedliche Zugänge durch nationale Vorprägungen zu verstehen sind. Die Hauptaufgabe bestehe darin, im Zeichen sehr stark national behafteter Strukturen von Recht und Verwaltung europäische Lösungen zu finden.

In seinem indes zum streng wissenschaftlichen Beitrag ausgebauten Vortrag zum Thema „EU-Mitgliedstaaten und EU-Gerichtshof – Aspekte einer spannungsgeladenen Beziehung" befasst sich Kunnert mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg in seiner Entwicklung vom Hüter der wirtschaftlichen Grundfreiheiten zum Anwalt der Grund- und Menschenrechte, wobei es dem Verfasser vor allem um dessen Arbeitsweise ging.

Nach einer Einleitung hat Kunnert in seinem ausgefeilten und detaillierten europarechtlichen Beitrag die spezifische Rolle des EuGH im institutionellen Gefüge der EU und seine Funktion als „Verfassungs-", „Grundrechts-"- und „Fachgericht" der Union ausgeführt, um dann dessen besonderen Charakteristika im globalen Vergleich hinsichtlich der Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit seiner Urteile (Vertragsverletzungsverfahren, Nichtigerklärung von Sekundärrechtsakten und Bindung an Urteile in Vorabentscheidungsverfahren) nachzuspüren.

Es wird damit deutlich, dass der EuGH als „globaler Player“ als ein Unterscheidungsmerkmal im Vergleich zu anderen Erscheinungsformen regionaler wirtschaftlicher Integration dient. Er ist „Quasi-Gesetzgeber“ und „Motor“ der EU-Integration. Kunnert geht auch auf das Ringen zwischen nationalen Kompetenzen und jenen der EU ein. Er bietet ausgewählte Leitentscheidungen zur Auslegung des EU-Rechts im Verhältnis zum nationalen Recht, indem er auf historische, um nicht zu sagen legendäre EuGH-Urteile verweist (Van Gend en Loos, Costa versus ENEL, Defrenne, Cassis de Dijon, Johnston, Bosman, Francovich u. a., Kohll und Decker sowie Zhu und Chen). Kunnert versäumt nicht, auf jüngste EuGH-Entscheidungen in Bezug auf Fragen einzelstaatlicher Souveränität (Polen – Unabhängigkeit der Justiz; Österreich – unzulässige Indexierung von Familienleistungen für Wanderarbeiter, Ungarn – Beschränkung nationaler Gerichte bei der Stellung von Vorabentscheidungsersuchen) einzugehen.

Im Rahmen der direkten und indirekten Einflussnahme der Mitgliedstaaten auf die Tätigkeit des Gerichtshofs geht Kunnert auf die Mitwirkung am Erlass von Verfahrensregelungen, den Einfluss auf die personelle Ausstattung des EuGH, seine Mitwirkung an der Bestellung einzelner Richter, die Rolle der Mitgliedstaaten in Verfahren vor dem Gerichtshof, Vorabentscheidungsersuchen, Klagen wegen Vertragsverletzung sowie Nichtigkeitsklagen und die Untätigkeitsklage ein.

Kunnert kommt in seinem Beitrag zum Schluss, dass der EuGH eine zentrale Funktion bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit der Union innehat. Es handelt sich dabei nicht nur um den Schutz vor Willkür des EU-Gesetzgebers oder der Organe, sondern dass zuletzt auch der EuGH den Mitgliedstaaten deutlicher als bisher ihre Grenzen verdeutlichen muss. Neben der EU-Kommission als „Hüterin der Verträge“ verfügen die Mitgliedstaaten aber auch über eine Vorzugstellung, indem sie sich des gesamten Spektrums an Verfahren vor dem EuGH bedienen können, um eigene (rechts-)politische Ziele zu verfolgen. Das demonstrieren die von Mitgliedstaaten untereinander geführten Vertragsverletzungsverfahren wie auch viele Nichtigkeitsklagen insbesondere von Entscheidungen gegen die Kommission. Nachdem die EU-Mitglieder über ihre Ständigen Vertreter im Rat der EU entscheidend die EU-Gesetzgebung bestimmen und damit auch auf den Spielraum des EuGHs Einfluss nehmen können, kann dieser über wichtige Initiativrechte seine eigenen Rechtsgrundlagen aktiv mitgestalten.

Kunnert unterstreicht, dass der EuGH im globalen Vergleich einen hervorragenden Part einnimmt, und zwar auf Basis des überstaatlichen Charakters des Unionsrechts. Mit diesem hat er maßgeblich zur Entstehung und Umsetzung des Binnenmarktes beigetragen und damit den Stellenwert der EU als globalem Akteur im Sinne der Grundrechte und des Wettbewerbs profiliert.

Kunnert erlebte persönlich den EuGH als Dauerbaustelle und zugleich als EU-Organ, das nicht politisch arbeite. Zu beobachten war für ihn in der Praxis das Aufeinandertreffen sehr unterschiedlicher Rechtskulturen, z. B. in der Zeit des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien. Dabei stellte die französische Sprache eine Hürde dar und führte dazu, dass es ein Übergewicht an frankophonen Mitarbeitern in den Kabinetten gab. In der Zwischenzeit habe sich der EuGH mit einem riesigen Apparat für Übersetzungen im Nachgang von Urteilen, die ausgehend vom Französischen in alle Sprachen der Mitgliedsländer übersetzt werden müssen, professionalisiert. Es seien mittlerweile hervor-

ragende Juristen aus Mittel- und Osteuropa mit entsprechender sprachlicher Ausbildung vorhanden. Daher werde beim EuGH ständig angebaut.

Im Expertengespräch verweist Kunnert auch auf die Unterschiede zwischen dem Europarat als intergouvernemental geprägtem Gremium und der teilsupranationalen EU. Einstimmigkeit und Einvernehmlichkeit spiele im Europarat eine noch viel größere Rolle als in der EU. Bei letzterer leide aber die Effizienz stark. Mit 15 Mitgliedern sei die EU noch eine sehr überschaubare Gruppe gewesen, während im Europaparat mit über vierzig Staaten eine andere Arbeitsweise durch Untergruppen bestehe. Er habe es trotz dieser Hindernisse geschafft, Ergebnisse zu erzielen. Seine Konventionen müssten allesamt durch seine Mitglieder ratifiziert werden, wobei die schwerwiegendste und weitreichendste die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Mitgliedern des Europarats ist, die einen Katalog von Grundrechten und Menschenrechten enthält.

Die EU habe sich laut Kunnert auch auf die Menschenrechtsperspektive des Europarats zu beziehen. Der Europäische Gerichtshof für die Menschenrechte (EGMR) in Straßburg sei Teil des europäischen Verfassungsrechts. Dieses sei nicht statisch, sondern stelle einen Prozess dar, der sich fortsetze, zumal der EGMR von der EU auch weiter rezipiert werde. An dieser Entwicklung werde deutlich, dass die EU-Mitgliedstaaten gezwungen seien, sich auch mit dem Europarat auseinanderzusetzen, gleichwohl sie ihre Hauptressourcen nach Brüssel und nicht weiter nach Straßburg verlegen. Diesen Trend könne man aufgrund der immer stärkeren Verrechtlichung von grundrechtlichen Gewährleistungen innerhalb der EU feststellen, v. a. durch die Rechtsprechung des EuGHs in Luxemburg. Durch ihn wiederum seien Grundsätze auf Basis der Grundrechtecharta in Verbindung mit der Menschenrechtskonvention entwickelt worden. Dadurch zeichne sich aber auch im wirtschaftsrechtlichen Rahmen der EU eine starke Menschenrechtsperspektivierung ab.

Der Umstand, dass die EU mit eigener Rechtspersönlichkeit noch nicht der EMRK beigetreten sei, bestehe im Problem, dass Abstimmungsmechanismen geklärt werden müssten, um diese technisch bewerkstelligen zu können. Es müsse u. a. festgelegt werden, wer für die EU im Europarat spreche. Dabei gehe es auch um die Abgabe von Souveränitätsrechten und Hoheitsrechten zwischen EU und Mitgliedstaaten und nicht zuletzt um die Kompetenz des EuGHs. Die EU-Grundrechtecharta als Annex im Lissabon-Vertrag sei weitgehend an der EMRK angelehnt. Darin wird zudem ausdrücklich festgehalten, dass übereinstimmende Passagen und Aspekte die gleiche Tragweite haben wie bei der EMRK. Es stelle sich vor diesem Hintergrund automatisch die Frage, wie die Rechtsprechungen des EuGHs rezipiert werden.

VI. Historische, gegenwärtige und zukünftige Perspektiven auf Europa und die EU

Philipp Strobl ist habilitierter Historiker am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. An der Stiftung Universität Hildesheim leitet er zudem ein wissenschaftliches Forschungsprojekt und ist Herausgeber der geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschrift „Historia Prima“. Zuvor war er an unterschiedlichen Universitäten in Österreich, den

USA, Australien und der Slowakei tätig. Der gebürtige Österreicher ist besonders an Fragen der neueren europäischen Geschichte und der Vernetzungsgeschichte interessiert. Sein Vortrag stand im Zeichen der Frage, wieviel Europa man in Australien finden würde. Darin befasste er sich mit deutschsprachigen Flüchtlingen als kulturelle Mittler/innen zwischen den Kulturen. Das Expertengespräch fand u. a. im Zeichen von Europa, Globalität und Globalisierung sowie des positiven Zugangs zur Migrationsgeschichte statt, wonach Strobl betonte, dass kultureller Austausch enorm viel Innovation in Gang gesetzt habe.

Europäische Geschichte ist für Strobl primär die Geschichte des Kontinents und seiner Bewohner. In diesem Zusammenhang hob er den Konstruktionscharakter europäischer und nationaler Identitäten in Europa hervor, den es zu analysieren und zu dekonstruieren gelte. Äußere Bedrohungen wie der Kampf gegen die Araber in Spanien und die späteren Türkenkriege spielten auf europäischer Ebene für ihn eine wichtige identitätsstiftende Rolle. Eine Union europäischer Staaten ist seiner Meinung nach ein essentielles Konzept, nicht nur als friedenssicherndes Konstrukt, sondern auch, um wirtschaftlich genug Stärke zu besitzen, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Für ihn stellt sich daher weniger die Frage „Europa: Ja oder Nein?", sondern vielmehr „Europa: wie viel und wie intensiv?" Als größte Stärke, zugleich aber auch als wichtigste Herausforderung Europas, sieht Strobl die Vielfalt des Kontinents. Seine Entwicklung war stets von einem Wettstreit rivalisierender Städte, Länder, Staaten, Reiche und Imperien geprägt. Dieser Wettstreit habe enorm viel Positives hervorgebracht, zugleich aber auch zu verheerenden Kriegen geführt, in denen vieles, was neuerlich aufgebaut worden war, wieder zerstört wurde. Erst in den vergangenen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg lernte Europa sich zu arrangieren und in vielen Bereichen Konsens zu suchen und Kompromisse zu finden. Insofern sei es die größte Herausforderung eines modernen Europas, seine Ideenvielfalt unter einen Hut zu bringen, gleichzeitig aber auch die Desintegration des Friedensprojektes EU zu verhindern. Dies sieht Strobl als vorrangige europäische Zukunftsaufgabe.

Einen Auftrag für die europäischen Geschichtswissenschaften erblickt er darin, den Konstruktionscharakter bestimmter als fixe Begriffe erscheinender Entitäten, wie „Nation", bzw. „Volk" aufzuzeigen und dabei bewusst zu machen, dass Geschichte seit dem 18. und 19. Jahrhundert aus nationalstaatlichen Perspektiven heraus konstruiert und analysiert wurde. Hierbei gehe es immer darum, neue Perspektiven einzunehmen.

Ein weiterer wichtiger Punkt könnte in diesem Zusammenhang ein Fokus auf Vernetzungen und gemeinsame historische Entwicklungen sein. Konkret erwähnte Strobl im Interview die Transnationale sowie die globale Geschichte, die in den vergangenen Jahrzehnten innerhalb der Geschichtswissenschaften an Bedeutung stark gewonnen haben. Wichtig sei daher eine breitere Perspektive, für die der europäische Bezugsrahmen sehr viele Möglichkeiten bietet. Ebenso wichtig sei für die Europaforschung eine zunehmende und immer intensiver werdende Kooperation europäischer Geschichtsforschender, die nationale Verengungen überwinde.

Tilo Schabert war Professor für Politische Wissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Im Laufe seiner akademischen Karriere hat er sich zu einem exzellenten Kenner der Geschichte und Politik Frankreichs etabliert. Seine Ausführungen galten einem Rückblick auf die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Früh-

jahr 2017 sowie den Entwicklungen in der französischen Parteienlandschaft im Herbst 2016 und im Winter 2016/17. Frankreich hatte – so Schabert – gegen eine Reihe chronischer Defizite anzukämpfen. Die Präsidentschaftswahlen fanden in einem Land statt, das enorme ökonomische Probleme zu bewältigen hatte. Das nationale Budget war chronisch defizitär; die Zahl der Arbeitssuchenden verharrte auf einem hohen Niveau und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes im internationalen Handel war im Schwinden begriffen. Außerdem zeigten die Wahlergebnisse, dass eine tiefe Trennungslinie durch Frankreich ging, politisch-geographisch wie auch ökonomisch. Zu Emmanuel Macrons politischen Botschaften bekannten sich deutlich die Wähler in Paris, im Westen und Südwesten des Landes. Es war eine Anhängerschaft hauptsächlich bestehend aus Akademikern und Angehörigen des französischen Bürgerturms, welche die Idee der Modernisierung Frankreichs und Europas bejahten. Bescheiden bis schwach waren die Wahlergebnisse hingegen im Norden, Nordosten, Nordwesten und in den Mittelmeerregionen, wo man, zugespitzt ausgedrückt, eine Anti-Macron-Einstellung ablesen konnte: Es ging hier gegen die Globalisierung und gegen „Europa".

Nach Schaberts Prognose würde es der amtierende französische Präsident schwer haben, seine Anliegen durchzusetzen und seine Ziele zu erreichen. Einerseits würden seine Reformen zu Dezentralisierung und Liberalisierung des französischen Arbeitsmarktes die Machtstellung der noch einflussreichen hiesigen Gewerkschaften erheblich einschränken. Andererseits sei nicht zu vergessen, dass eine gesellschaftliche Kultur zur Ausbildung von Eigeninitiative in Frankreich nie sonderlich gefördert wurde. Dies habe zu einer Entwöhnung bezüglich der Übernahme von Verantwortung gesellschaftlich wie individuell geführt. All das kann schwerwiegende Folgen nicht nur auf nationalem, sondern auch auf europäischem Niveau haben.

Das Expertengespräch mit Tilo Schabert wurde mit einem zentralen Zitat betitelt, einer Absage an den Nationalstaatsgedanken: Wer in Europa Philosophie betreibe, könne dies nicht national tun. Ein entscheidendes Motiv für die europäische Integration – bis 1989–90 eine Integration der *west*europäischen Staaten – sei zunächst zwar die empfundene Bedrohung der freiheitlichen Staaten durch das kommunistische Imperium im Osten gewesen. Allerdings gab es keinen Fortschritt der Gemeinschaften, wenn Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bei wichtigen Fragen nicht an einem Strang zogen. Die durch die deutsch-französische Verständigung und die europäische Einigung „überwundene" Barriere zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sei immer noch eine europäische Bruchlinie.

Die europäische Integration sei gemäß Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand letztendlich Ergebnis eines politischen Willens und alle solche Politik stelle eine schöpferische Angelegenheit dar: eine Vorstellung und sodann die Umsetzung des Vorgestellten mittels der Instrumente praktischer Politik.

Der wahre französische, der wahre italienische oder der wahre deutsche Patriot sei ein europäischer Patriot: Souverän könnten Europäer jetzt und in Zukunft allein in Einheit sein.

Peter Pichler ist an der Universität Graz tätig, wobei seine Forschungsschwerpunkte die Theorie und Philosophie der Geschichte, Metal Music Studies und die European Union Cultural History umfassen. In seinem einführenden Essay zu Krisenzeiten fragte er, was

es heiße, eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas zu schreiben. Europa sei für ihn ein Begriff, der viele Fragen aufwerfe und Ansätze notwendig mache. Dabei müsse unterschieden werden, was *europäische* Identität, *europäische* Zugehörigkeit mit Grenzziehungen und *EU-europäische* Zugehörigkeit sei.

Der Europäismus habe eine entscheidende Wirkung auf die europäische Integration und die Einigung Europas gehabt. Auf der anderen Seite sei die Einheit aber auch durch die Anti-EU-Haltung und Populismus beeinflusst und bedroht.

Eine Kernfrage der Einigung der EU sei laut Pichler nach wie vor die Balance zwischen Nation(staat) und Europa (EU). Bezüglich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten innerhalb Europas sei es essentiell, die Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen zu klären.

Die Integration in Europa sei als kulturelle Mentalitätsstruktur zu begreifen, die seit mehr als 70 Jahren bestehe. Daraus ergebe sich jedoch die Frage nach einer Definition der europäischen Integration und was diese charakterisiere. Pichler erläutert einen diesbezüglichen Ansatz zu dieser Aufgabenstellung, wobei er die EU als Risikogemeinschaft versteht.

Im Expertengespräch hält Pichler fest: „Die Pandemie bestätigte die Grundregel der Geschichte der europäischen Integration", nämlich mit Bedrohungen und Gefahren umzugehen und dafür Lösungen anzubieten. Das Risiko liege in einem Grundmuster, dem fortwährenden Konflikt begründet, der zwischen dem Nationalstaat und dem Nationalismus sowie der Supranationalität und dem Supranationalismus bestehe. Dieser Konflikt schaffe darüber hinaus die Basis der Zukunftsdebatten. Es sei ebenfalls nicht auszuschließen, dass die Balance zwischen Nation(staat) und Europa (EU) zerbrechen könne. Prognosen seien daher schwer zu erstellen. Für die weitere Forschung sei es ratsam, sich frühere historische Zukunftsvorstellungen genauer anzusehen und dabei aus heutiger Sicht herauszuarbeiten, was einerseits bloße Vorstellung und was andererseits tatsächlich eine Lösung war.

Um etwas für die Zukunft zu lernen, müsse laut Pichler die Vergangenheit in Betracht gezogen werden, denn diese sei im Vergleich zur Zukunft abgeschlossen und als Quelle somit zuverlässig. Für ein solches Vorgehen müsse es Anspruch sein, die Zeitverläufe und die Vergangenheit logisch zu gliedern, damit die Vergangenheit in der Gegenwart konstruiert werden könne. Auch mit Blick auf die EU und aktuelle Entwicklungen sei es notwendig, Phasen des Risikos und der Zukunftsängste genauer zu analysieren.

VII. Europa ausstellen, unterrichten und vermitteln

Constanze Itzel ist Direktorin des Hauses der europäischen Geschichte mit Sitz in Brüssel. In ihrem Expertengespräch schilderte die promovierte Kunsthistorikerin und Literaturwissenschaftlerin vor allem die Entstehungsgeschichte des europäischen Pionier-Projektes des Hauses der europäischen Geschichte. Für Itzel ist der geistig-intellektuelle und wissenschaftliche Austausch innerhalb Europas sehr wichtig für das Erschaffen eines gesamteuropäischen Bewusstseins. Besonders wertvoll sind dabei Austauschprogramme auf akademischer und schulischer Ebene. So wurde ihr selbst Europa als politisches Projekt erstmals über ein Schüleraustauschprogramm bewusst.

Im Expertin-Gespräch, welches mit „Die größte Herausforderung – wenn wir die politischen Diskussionen ganz herauslassen – war ein Museum zu machen im Rahmen einer europäischen Institution“ betitelt wurde, geht Itzel besonders auf die Notwendigkeit der Schaffung europäischer Erinnerungsorte ein. Bezugnehmend auf die Entstehung und Eröffnung des Hauses der europäischen Geschichte in Brüssel im Jahre 2017 beschreibt sie unter anderem die Probleme, denen sich solche europäischen Leuchtturm-Projekte im Laufe der Zeit gegenübergestellt sehen. So musste erst ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Aufarbeitung von europäischer Geschichte, bzw. der Geschichte der europäischen Integration geschaffen werden.

Itzel stellte anhand eigener Erfahrungen fest, dass es gerade bei Museen in der deutsch-französischen Grenzregion nur sehr wenig Interesse an grenzüberschreitenden Projekten gab. Seit der Eröffnung des Hauses der europäischen Geschichte habe sich hier aber viel verändert und die „Begeisterung und das Bewusstsein“ seien „enorm gestiegen“.

Herausforderungen für europäische historische Erinnerungsprojekte sieht Itzel in verschiedenen Punkten. Zum einen stellt die Sprachenvielfalt innerhalb der Europäischen Union jeden Ausstellungskurator vor große Herausforderungen. Die Übersetzung von Texten in zumindest zwei Dutzend Sprachen stelle ganz eigene Anforderungen an Länge, Umfang und Komplexität. Zum anderen erhebe sich die Frage, welches Publikum man wie erreichen könne und wolle.

Eine starke Infragestellung der europäischen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur sieht Itzel durch Renationalisierungstendenzen in verschiedenen Ländern Europas. Ein Vorhaben zur Europäisierung von Geschichte, wie das Haus der europäischen Geschichte, sei neben fachwissenschaftlicher auch politisch motivierter Kritik ausgesetzt.

Als bedeutende Zukunftsthemen für eine europäische Geschichtsforschung sieht Itzel die Darstellung von Multiperspektivität von Geschichtsbetrachtungen. So sollte man sich im Klaren sein, dass „jede Sicht auf Europa eine Konstruktion und eine Interpretation sei“, d.h. nicht nur die Geschichte der europäischen Nationalstaaten, sondern auch jene der Europäischen Union.

Monika Oberle ist seit Oktober 2011 Professorin für Politikwissenschaft und Didaktik der Politik an der Universität Göttingen. Die promovierte Politikwissenschaftlerin spezialisierte sich unter anderem auf das Thema „EU-Wissen von Schülern“ und politische EU-Bildung. Mobilität ist für sie wichtig, um den Austausch innerhalb Europas und so auch das Europabewusstsein zu fördern. Als relevantes Instrument zur Förderung des schulischen und akademischen Austausches innerhalb Europas sieht Oberle das Erasmus-Programm, von dem sie auch persönlich profitierte. Wesentlich sei in der Europaforschung jedenfalls, auf den Konstruktionscharakter der Europäischen Union einzugehen und diesen deutlicher hervorzuheben und zu analysieren. Handlungsbedarf sieht Oberle im Bereich der Europaforschung zudem in der Vermittlung von Wissen zur europäischen Integration. So sei auffällig, dass im universitären Unterricht nur wenig über die europäische Integration gelehrt werde. Dementsprechend fehle bei vielen Studierenden „ein Grundverständnis der EU als Basis, um bestehende Strukturen angemessen kritisieren und weiterdenken zu können“. Dem sollten Universitäten in Zukunft entgegenwirken und einen stärkeren Schwerpunkt auf Lehrveranstaltungen zur europäischen Integration legen. Dies gelte auch für die Politikwissenschaften und dabei insbesondere das Lehramts-

studium, wo „unbedingt verankert werden müsse, dass jemand, der Politikwissenschaften studiere, nicht nur das politische System der BRD kennenlernen müsse, sondern auch das europäische Mehrebenensystem“. Für den Ausbau und die Intensivierung der Lehre zur europäischen Integration benötige man laut Oberle weiters eine stärkere Einbindung der Hochschulen in die Lehrerweiterbildung. Auf diese Weise könnten das lebenslange Lernen und die Weiterbildung stärker an aktuelle europapolitisch und -historische Entwicklungen der Europaforschung in den Universitäten angepasst werden. „Insbesondere beim Thema EU-Bildung bräuchte es eine beständige fachwissenschaftliche und fachdidaktische Fortbildung,“ erklärte sie.

Im Expertin-Gespräch geht Oberle zudem auf die schulische Lehre zum Thema europäische Integration ein: Schulbücher würden im Politikunterricht weiterhin eingesetzt, könnten jedoch auf Grund der hohen Dynamik des europäischen Geschehens schnell veralten. Sie bieten nur verhältnismäßig wenig schüler- und handlungsorientierte Aufarbeitung europäischer Themen und könnten viel kontroverser sein. Zudem gäbe es im Bereich der schulischen EU-Bildung eine „Reizüberflutung“. Es liege so viel Material vor, dass den Lehrkräften eine Auswahl schwerfällt. Wichtig sei hier in Zukunft eine qualitative Verbesserung des Angebots, „das auf dem aktuellen Stand und für die jeweilige Zielgruppe geeignet“ sei. Bei den Bildungsmaterialien zur EU bestünde ihrer Meinung nach die Gefahr, dass diese teilweise einen einseitigen und wenig kontroversen Charakter aufweisen, bei dem die „Gefahr der Überwältigung der Lernenden besteht“. Was didaktische Methoden angeht, hebt sie besonders die Potenziale von Planspielen für die politische Europabildung hervor und weist auf Forschungsergebnisse hin, die zeigen, dass diese die Selbstwirksamkeitsüberzeugung der Teilnehmenden steigern und einer politischen „Prozessverdrossenheit“ entgegenwirken können. In der Europaforschung, so Oberles Fazit, bräuchte es noch viel mehr empirische, fachdidaktische Forschungen zur europäischen Integration – möglichst auch international. Dies könnte am besten mehrsprachig und in verschiedenen transnationalen Forschungsverbünden bewerkstelligt werden.

Der Politikwissenschaftler *Eckart Stratenschulte* lehrte an der Freien Universität Berlin. Daneben ist er u. a. im Deutsch-Armenischen sowie im Deutsch-Moldauischen Forum tätig. Sein Vortrag beschäftigte sich mit der EU nach der Wahl und vor neuen Entscheidungen. Im Expertengespräch formulierte Eckart Stratenschulte die These: *„Wenn die Leute mehr über Europa wüssten, würden sie die Europäische Union stärker unterstützen“.*

Europa sei laut Stratenschulte zwar ein Raum, der sich nicht zwingend geografisch definieren lasse. Man könne einerseits davon sprechen, dass Europa das sein könne, für das es sich selbst halte. Dabei müsse andererseits genauso berücksichtigt werden, dass dies davon abhängt, was andere Regionen als europäisch akzeptieren. Es gebe keine allgemeingültige Definition von Europa und auch seine Grenzen könnten nicht als fest und irreversibel angesehen werden. Bezüglich der europäischen Einigung sei festzustellen, dass Europa ein Konzept biete, das für viele Länder attraktiv gewesen sei. Dieses Konzept grenze sich von den USA ab. Andere Akteure, wie China oder Russland, würden laut Stratenschulte zunehmend Einfluss auf Europa ausüben. Besonders schwächere Länder seien davon betroffen, wodurch auch die Heterogenität Europas zum Ausdruck käme. Die weitere Integration in Europa sei laut Stratenschulte von der Intensität der Zusammenarbeit innerhalb der EU abhängig. Er betont dabei die „differenzierte Integration“, bei der

die Vermittlung im Vordergrund stehe. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten gebe es schon jetzt. Die EU sei ein Verhandlungssystem der Zukunft, auch wenn die Dauer von Entscheidungen lang ist und einen handlungsfähigen Kern Europas voraussetze. Für die Zukunft der EU sei es notwendig, als Verbund Gleichgesinnter große Probleme lösen zu können. Dabei sei es eine Pflicht, die EU zu pflegen, wobei nicht unbedingt geschaut werden müsse, wo die EU und Europa in mehreren Jahrzehnten stehen, sondern vielmehr der Fokus auf die großen Themen der Jetztzeit zu legen sei, die jeden Mitgliedstaat betreffen und damit auch verbinden. Diese großen Themen seien heute kaum mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösbar, sondern es bestehe die Notwendigkeit als geschlossene Einheit und als Gemeinschaft zusammenzuarbeiten und eine Richtung vorzugeben.

Dank

Die im vorliegenden Band behandelten über 30 Vorträge wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim zusammengefasst und Redemanuskripte oder gar eigene ausgearbeitete Beiträge von den Vortragenden zur Verfügung gestellt.

An den Gesprächen mit unseren Gästen waren Jörg Beining, Deborah Cuccia, Oliver Dürkop, Dien Chien Do, Andrea Germer, Jörg Heinrich, Jakob Iser, Jonas Kaiser, Holm Arno Leonhardt, Thomas Muntschik von Radio Tonkuhle, Andreas Pudlat, Andreas Schimmelpfennig, Philipp Strobl, Simon Zeidler und Sanne Ziethen beteiligt.

Die Expertengespräche wurden transkribiert und von den Interviewten anschließend korrigiert sowie – wenn nötig – ergänzt bzw. aktualisiert. Transkribiert wurden sie von Deborah Cuccia, Philipp Strobl und Eva Löw, der guten Seele des Instituts für Geschichte, und nicht zuletzt vielfach auch von studentischen Hilfskräften wie Torben Breßgott, Jakob Iser, Marvin Meier, Henrike Mohr und Julia Schulz, denen unser Dank gilt. Frank Binkowski hat in bewährter Manier das Abkürzungs- und Personenverzeichnis erstellt sowie zuletzt auch noch Korrektur gelesen.

Unser Dank gilt allen Referentinnen und Referenten, die nicht nur Vorträge gehalten haben, sondern auch zu Interviews zur Verfügung standen. Diese wurden immer am Tag der Vorträge durchgeführt.

Seit 2007/08 haben wir uns entschieden, alle Vorträge und die anschließende Diskussion zu filmen, so dass diese größtenteils im Nachhinein noch zu verfolgen sind, siehe https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/geschichte/erasmus-und-europagespraeche/europa-gespraeche/.

Googelt man im Internet unter „Europagespräche“, so taucht das Institut für Geschichte an ganz vorderer Stelle auf. Die Bild- und Tonqualität der Videoaufnahmen konnte im Laufe der Jahre optimiert werden. Hierbei ist der außergewöhnliche Einsatz und das über Jahre gezeigte Engagement von Jörg Beining besonders hervorzuheben und voller Dank zu würdigen, der regelmäßig aus Alfeld anreisend, als Institutsbeauftragter für audiovisuelle Medien sich für die gesamte Video-Dokumentation auf der Website des Instituts für Geschichte engagiert und damit höchst verdient gemacht hat. Trotz einer zwischenzeitlichen Ankündigung, die Aufgabe nicht mehr wahrnehmen zu können, hat er sich in

Zeichen von Corona (2020–2022) weiter zur Verfügung gestellt, um damit auch die online-Lehre zu unterstützen, was besonders hervorhebens- und dankenswert ist.

Im Regelfall besuchten vor dem Ausbruch der Pandemie ca. 80–100 Zuhörerende die „Europagespräche". Bei Prominenz zogen wir ins Audimax um, zumal dort hunderte Hörende zu erwarten und gekommen waren. Das hat sich im Zeichen von COVID-19 stark verändert. Viele Kontakte zu Gasthörerinnen und Gasthörern sind zum Leidwesen der Institutsleitung durch die Schutzvorkehrungen und Zugangsbeschränkungen in Mitleidenschaft gezogen oder gar abgeschnitten worden. Nicht zuletzt waren Kräfte und Nerven auf beiden Seiten angespannt.

Im Vergleich zu anderen Historischen Instituten und Seminaren im deutschsprachigen Raum stellen die „Europagespräche" in Hildesheim nach wie vor das vielzitierte Alleinstellungsmerkmal dar. Umso mehr ist das auch ein Grund, mit Dankbarkeit zurückzublicken auf eine Zeit, die den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und des Landkreises Hildesheim, den Studierenden der Universität Hildesheim sowie auch Schülerinnen und Schülern mannigfaltige Anregungen, viele Erkenntnisse und zahlreiche Inspirationen durch Fachpersonen und Zeitzeugenexpertise nahegebracht haben. Die „Europagespräche" waren auch eine reguläre Lehrveranstaltung zum Erwerb von Prüfungs- und Studienleistungen, doch hat bedauerlicherweise auch das studentische Interesse nachgelassen.

Abschließend gilt es allen genannten Mitwirkenden, vor allem dem Verlagshaus Georg W. Olms, allen voran Herrn Dr. Paul Heinemann und Herrn Michael Schmitz für die vorzügliche Betreuung und perfekte Herstellung des Satzes sowie das Lektorat, und Förderern herzlich zu danken, ohne die auch dieses Buchprojekt nicht möglich gewesen wäre. Unser Dank gilt zuallererst jenen, die sich zu einem Vortrag und einem Interview bereiterklärt haben. Nochmals ist ausdrücklich der EU-Aktion Jean Monnet im Rahmen des Programms Erasmus Plus zu danken, ohne die die Vortragsreihe überhaupt nicht hätte durchgeführt werden können.

Hildesheim, im Dezember 2022 Die Herausgeber

I. Vorläufer und Wahrnehmungen der Europa-Idee

Alexander Demandt

Die Weltreiche in der Geschichte

Sidunt ipso pondere magna,
ceditque oneri fortuna suo.

Seneca

Zum Referenten:

Alexander Demandt ist deutscher Althistoriker und gilt als einer der bedeutendsten Erforscher und Experten der Spätantike. Er studierte Geschichte und Lateinische Philologie in Tübingen, München und Marburg. 1964 wurde Alexander Demandt mit einer Dissertation zum Thema *Zeitkritik und Geschichtsbild bei Ammianus Marcellinus* promoviert. Als Assistent der Johann-Wolfgang-Goethe Universität (Frankfurt a. M.) erhielt er das Reisestipendium des deutschen Archäologischen Instituts. 1966 wurde er Assistent an der neu gegründeten Universität Konstanz und vier Jahre später erfolgte die Habilitation. Von 1974 bis 2005 war er Professor für Alte Geschichte am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in den Bereichen der römischen Welt und der Spätantike. Außerdem beschäftigte er sich u. a. mit Geschichtsphilosophie, Wirtschaftsgeschichte, Geschichtstheorie und Kulturgeschichte. Er ist seit 1990 korrespondiertes Mitglied des Deutschen Archäologischen Instituts sowie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Zum Vortrag:

I. Das Thema

Das deutsche Wort „Reich" entspricht dem lateinischen *Imperium*. Das Wort bezeichnet im römischen Staatsrecht die Blutgewalt der Konsuln und Prätoren in ihrer Eigenschaft als Imperatoren. In spätrepublikanischer Zeit – seit etwa 80 v. Chr. – bedeutet das Wort *Imperium* dann auch den räumlichen Herrschaftsbereich.[1] Im offiziellen Staatsnamen taucht das Wort allerdings nicht auf, römische Münzen mit der Umschrift *Imperium Romanum* gibt es nicht.

Das *Imperium* erfordert einen *Imperator* im weiteren Sinne: einen Kaiser oder König, einen Zaren oder einen Generalsekretär. Im strengen Sinne ist das „Reich" ein zentral regierter Vielvölkerstaat. Nationale Reiche wie das deutsche, das seine Bezeichnung der römischen Tradition verdankt, und kleinere Reiche wie das dänische oder das niederländische werden im Folgenden ebenso ausgeblendet wie die demokratisch regierten polyethnischen Bundesstaaten in der Art der Schweiz oder der Vereinigten Staaten. Ebenfalls außer Betracht bleiben die religiösen und ökonomischen Großmächte der Kirchen und Konzerne. Eine Unterscheidung zwischen Welt-, Universal- und Großreich ist schwierig. Von Weltreichen sprechen wir, wenn sich ihre Regenten, wie im Alten Orient, als Weltherrscher titulieren ließen; wenn sie, wie bei Alexander, die Weltherrschaft anstrebten, oder wenn sie, wie in China oder Rom, glaubten, die bewohnte Erde im Wesentlichen zu besitzen. Im Lukasevangelium befiehlt Augustus, dass „alle Welt" (*Oikumene*) geschätzt würde. Ein weiteres Kriterium ist die durch eine Weltreligion mit Absolutheitsanspruch ideologisch begründete, durch Waffen militärisch beglaubigte Hegemonialstellung wie im katholischen Kaisertum, im Kalifat und im russisch-sowjetischen Staat. Hinreichend für ein „Welt"-Reich ist gegebenenfalls seine Größe[2]: Im spanischen und im britischen Reich ging die Sonne nicht unter.

Das Weltreich als Staat ist politisch umstritten. Auf der einen Seite erscheint es als Hüter von Frieden und Fortschritt, getragen von den Völkern unter seinem Schutz, begünstigt von der Huld des Himmels. Auf der anderen Seite wird es politisch als System der Unterdrückung und ökonomisch als Instrument der Ausbeutung entlarvt; moralisch als Produkt der Hybris, theologisch als Geißel Gottes verstanden. Schließlich sind mit Ausnahme Chinas alle Großreiche zerfallen.[3] Ihr Schicksal wurde immer als Lehrstück aufgefasst, aber zumeist kontrovers interpretiert. Die Fürsprecher suchen nach den Faktoren, die Entstehung, Erhaltung und Auflösung bewirkt haben, um dauerhaftere großräumige Lebensordnungen zu schaffen. Die Gegner verweisen auf die Opfer und die Kosten,

1 Auctor ad Herennium IV 9,13; Cicero, De provinciis 29; Livius IV 3,13.

2 Horaz (carm. IV 15) rühmte am römischen Reich seine Erstreckung von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang.

3 Geir Lundestad (Hrsg.), The Fall of Great Powers: Peace, Stability and Legitimacy, Oslo – Oxford 1994. Vgl. auch William H. McNeill, Introductory historical commentary, in: Geir Lundestad (Hrsg.), The Fall of Great Powers, S. 3–6. Imanuel Geiss, Great powers and empires: Historical mechanism of their making and breaking, in: Geir Lundestad (Hrsg.), The Fall of Great Powers, 23–26.

die nicht als vermeidbare Fehler, sondern als Wesensmerkmale erscheinen, und folgern daraus, dass völkerübergreifende Staatsbildungen, die nicht durch freiwilligen (und regelmäßig bestätigten) Zusammenschluss zustande gekommen sind, grundsätzlich brüchig, unnatürlich und daher zu verwerfen seien. Wer hat Recht? Waren die Weltreiche der Vergangenheit Friedensgaranten oder Zwangsanstalten, soll man in ihrer Errichtung Schritte zu einer kosmopolitischen Gesellschaft sehen oder Irrwege maßloser Selbstüberhebung von vermeintlichen Beglückern der Menschheit, angeblich Günstlingen der Götter?

In allen alternativ gefassten Grundsatzfragen, die über die Zeiten hindurch kontrovers geblieben sind, dürfen wir davon ausgehen, dass beide Haltungen in gewisser Weise berechtigt und begründet sind. Es kommt mithin darauf an, herauszufinden, in welcher Hinsicht die jeweiligen Positionen zutreffen und somit den strittigen Rest, wenn er nicht gänzlich zu beheben ist, so weit wie möglich zu mindern. Vielleicht lässt sich die Kluft dann doch überbrücken. Zu diesem Behuf empfiehlt sich vorab ein Blick auf die Geschichte der Imperien.

II. Frühe Großreiche

Während die meisten unserer politischen Leitgedanken aus der okzidentalen Tradition stammen – Freiheit, Gleichheit und Volksherrschaft; Individualität, Solidarität und Rationalität –, beginnt die Geschichte der Weltreichsidee im Orient. Im alttestamentlichen Buch Daniel träumt Nebukadnezar von einem „großen, hohen und sehr glänzenden Standbild“ auf tönernen Füßen, dessen Teile die einander ablösenden Weltreiche darstellen, symbolisiert durch Metalle von abnehmendem Wert: Gold, Silber, Bronze und Eisen mit Ton vermischt. Der Text stammt aus der Zeit des Makkabäeraufstands 168 v. Chr., gerichtet gegen die Seleukiden im hellenistischen Palästina, doch hatte der Weltreichsgedanke damals schon eine lange Geschichte. Sargon I. eroberte um 2300 v. Chr. „das Reich der vier Weltteile“, das er als Gottkönig von Akkad im oberen Mesopotamien aus regierte. Es umfasste tatsächlich den Großteil der damals zivilisierten Welt außer Ägypten. Die Herren der dritten Dynastie von Ur übernahmen den Anspruch auf die „vier Weltgegenden“. Von ihnen entlehnten die Assyrerkönige den Titel „König des Weltalls“. Tiglatpileser errichtete um 1100 v. Chr. die bedeutendste Landmacht der Zeit. Das Assyrerreich erlebte um 700 v. Chr. unter Sargon II. einen Höhepunkt. Seine Nachfolger unterwarfen Israel und Juda, das unter David vor der Teilung 928 v. Chr. ebenfalls ein Vielvölkerimperium war, sowie Phönizien und Ägypten, doch wurde Ninive 612 v. Chr. von den Medern und Chaldäern erobert. Das akkadisch-assyrische Reich verschwand und mit ihm das assyrische Volk. Voraussetzung für die Entstehung des Assyrerreiches war, wie bei fast allen frühen Weltreichen, ein charismatischer Staatsgründer mit einer überlegenen militärischen Macht. Die Dauer des Weltreiches beruhte auf der Güte der Verwaltung, die im alten Mesopotamien mit der Schriftlichkeit und der Gesetzgebung schon ein hohes Niveau gewonnen hatte.

Verfolgen wir die Geschichte der Großreiche weiter, so lassen sie sich nach Zeiten und Formen unterscheiden. Die vorindustriellen Imperien waren Landmächte. Das gilt für die Reiche der Meder und Perser, der Byzantiner und Franken, und auch die Römer haben ihre Macht nicht auf eine überlegene Flotte gestützt, sondern Seereisen soweit ir-

gend möglich vermieden. Selbst Hannibal hat den beschwerlichen Weg nach Italien über die Alpen einem Truppentransport auf den Schiffen Karthagos vorgezogen. Die seefahrenden Völker der Frühzeit – so die Phönizier, Karthager und Griechen, die Wikinger und Normannen – haben keine dauerhaften Großreiche geschaffen, sondern sich mit Siedlung, Handel und Seeraub begnügt und sich Einflusszonen gesichert. Ausgesprochene Seemächte waren erst Venedig im östlichen Mittelmeer und die neuzeitlichen Kolonialreiche, zumal die der Engländer und der Spanier[4] im atlantischen Bereich. Die letzte maritime Großmacht mit imperialer Verfassung war bis 1945 das pazifische Reich der Japaner. An den älteren Typus schließen sich in gewisser Weise die dynastischen Landreiche der Neuzeit an, das osmanische Sultanat, die Donaumonarchie der Habsburger und das russische Reich der Romanows, das von den Sowjets fortgeführt wurde.

Zunächst zu den Landmächten. Nachfolger der Assyrer im Nahen Osten wurden die Meder und Babylonier, doch erlagen beide Mächte um 550 v. Chr. den Persern. Im Gegensatz zu den semitischen Akkadern und Assyrern waren sie ein indogermanisches Volk, sprachlich mit den Griechen und Römern verwandt. Am Anfang des Perserreiches steht die legendäre Gestalt des Kyros, den die Juden als Messias (Jesajas 45,1) und die Griechen als Idealgestalt eines Herrschers[5] betrachtet haben. Sie nannten ihn „den Großen".[6] Ihm folgte der kongeniale Darius, dessen Versuch, Griechenland zu erobern zwar 490 v. Chr. bei Marathon zurückgeschlagen wurde, der durch seine Satrapienordnung aber zur Stabilität des Weltreiches entscheidend beigesteuert hat.[7] Auch seine Leistung fand Lob aus dem Munde seiner Gegner. Immer wieder betonten die Griechen die Verkehrs- und Rechtssicherheit unter der Achämenidendynastie. Die religiöse Toleranz, die offizielle Mehrsprachigkeit, die vorzügliche Verwaltung und die aktive Wirtschaftsförderung kennen wir aus biblischen und inschriftlichen Quellen. Aufstände in den älteren Kulturgebieten Mesopotamien, Ägypten und Ionien konnten das Reich kaum erschüttern.[8] Erst Alexander, eine Gestalt von beispiellosem Charisma, an der Spitze einer Truppe, die in Disziplin und Bewaffnung allen Gegnern überlegen war, brachte Persien zu Fall. Alexander wollte die Grenzen der bewohnten Welt erreichen. Er glaubte an seine Mission als Friedensheiland, verkündete die Gleichheit von Griechen und Barbaren und suchte ein Reich der Eintracht und des Gemeinsinns zu gründen. Dies misslang – er ist vor Vollendung seines 33. Lebensjahres gestorben.[9] Seine Nachfolger, die Diadochen, haben den levantinischen Verkehrsraum geschaffen, dessen Gemeinsprache, die griechische *Koiné*, das persische Reichsaramäisch ablöste. Die neue Verkehrssprache war die Voraussetzung für die christliche Weltreligion, nachdem die Worte Jesu nicht in der aramäischen Originalsprache, sondern in Griechisch aufgezeichnet wurden und so im gesamten Mittelmeerraum Verbreitung finden konnten.

---

4 Carl Schmitt, Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung, Stuttgart 1981 (1942).

5 Xenophon, Kyropädie; Platon, Gesetze 694 AB.

6 Athenaios 30 A.

7 Peter Julius Junge, Dareios I. König der Perser, Leipzig 1944.

8 Alexander Demandt, Antike Staatsformen. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte der Alten Welt, Berlin 1995, S. 109–112.

9 Ibid., S. 267–270. Siehe auch auch Robert M. Errington, Das Ende des Alexanderreichs, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, Erlangen – Jena 1996, S. 65–78.

Die Schwäche der hellenistischen Großreiche lag innenpolitisch in dem ungelösten Gegensatz zwischen den herrschenden Griechen und den beherrschten Einheimischen, außenpolitisch in ihren Rivalitäten: Jeder König wollte ein neuer Alexander sein. Dies erlaubte den Römern, zunächst als Schiedsrichter einzugreifen und später einen Staat nach dem andern – zumeist auf dem Umweg über einen Satellitenstatus – in eine Provinz zu verwandeln. Die Führungsschichten der Länder im Osten, zumal in den Kleinstaaten, haben darin vielfach einen Vorteil erblickt. Das zeigen die überraschend romfreundlichen Stimmen von Griechen und Juden, denken wir in republikanischer Zeit an Polybios und Judas Makkabäus, in der Zeit unter den Kaisern an Flavius Josephus, Plutarch und Aelius Aristides. Wie Cicero (Rep. II 2) stolz betonte, verdankt das *Imperium Romanum* sein Entstehen nicht einem einzelnen Staatsgründer, sondern einer in jahrhundertelanger Erfahrung ausgebildeten, ebenso konsequenten wie anpassungsfähigen Politik, die alle militärischen Gegner durch Bündnis oder Krieg zu überwinden verstand. Erst in der Krise der römischen Republik sind zwei charismatische Staatsmänner aufgetreten: Caesar und Augustus. Sie haben die *Res publica* weitgehend nach hellenistischen Prinzipien in eine Monarchie umgestaltet.

Das Römerreich übertraf nach Größe und Dauer alle älteren und viele jüngere Weltreiche.[10] Sein Erfolg beruht im Wesentlichen wiederum auf dem Recht und auf der Verwaltung. Das römische Recht verkörpert einen zeitlosen Sinn für Billigkeit, seine Rezeption bildet die Grundlage der europäischen Rechtskultur der Neuzeit, weit über die ehemaligen Reichsgrenzen hinaus. Die römische Verwaltung respektierte die innere Freiheit der Städte, die Statthalter waren anklagbar und wurden zur Rechenschaft gezogen. Die Mehrzahl der Sklaven wurde nach dem 30. Lebensjahr freigelassen. Nichtrömische Provinziale besetzten die Verwaltungsposten, Senatorensitze und Offiziersstellen – seit etwa 100 n.Chr. stammten auch die Kaiser nicht mehr aus Italien. Die meisten kamen aus dem Donauraum. Die *Pax Romana* ermöglichte eine wirtschaftliche Blüte wie nie zuvor. Die in der Spätantike auftretenden Schwierigkeiten hängen mit der militärisch prekären äußeren Lage zusammen. Die Römer wurden mit den Germanen nicht fertig: Als Siedler waren sie zu zahlreich, als Feinde zu gefährlich. In zunehmendem Maße wurden sie als Söldner eingestellt, und als solcher hat Odovacar 476 n.Chr. den letzten Kaiser des Westens abgesetzt.[11]

Während wir die Abfolge der Weltreiche bis zum *Imperium Romanum* als zivilisatorischen Fortschritt begreifen können, lässt sich dies für die Nachfolgereiche nicht ohne weiteres behaupten. Vielmehr scheint es, dass durch die Zivilisierung unterentwickelter Völker bittere Erfahrungen wiederholt werden mussten, ehe sie Allgemeingut wurden. Die politische Entwicklung vollzieht sich abwechselnd intensiv in kleinräumigen Gemeinwesen – denken wir an die antiken *poleis* oder die Kommunen im mittelalterlichen Oberitalien – und extensiv in großflächigeren Staatswesen auf nationaler oder übernationaler Basis.

10 Karl Christ, Geschichte der Römischen Kaiserzeit. Von Augustus bis Konstantin, München 1995; Demandt, Antike Staatsformen, S. 437–439.

11 Richard Klein, Die Auflösung des Weströmischen Reiches. Zeitliche Entwicklung – Selbstverständlich – Deutung, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, Erlangen 1996, S. 79–110.

Im Osten des *Imperium Romanum* dauerte das byzantinische Reich fort.[12] Es begriff sich selbst als Nachfolgestaat Roms. Nachdem die Christianisierung noch in die vorbyzantinische römische Zeit gehört, bedeutet der Verlust des Westens an die Germanen im 5. Jahrhundert, der Übergang zum Griechischen als Staatssprache im 6. Jahrhundert und seit dem 7. Jahrhundert die Beschränkung auf Konstantinopel und Kleinasien durchaus etwas Neues. Byzanz hat noch beachtliche Kulturleistungen vollbracht, doch zehrte es weitgehend vom römischen Erbe, das zugleich vom Papst und von den Franken beansprucht wurde. Die Gründe für den Niedergang des byzantinischen Reiches sind nicht zuletzt im Aufstieg seiner Nachbarn zu suchen: Araber und Türken im Osten, Bulgaren und Franken im Westen haben Byzanz in die Zange genommen.[13] Der byzantinische Beitrag zur Entwicklung der Staatlichkeit liegt im Bereich von Zeremoniell und Titulatur. Welthistorisch bedeutsam war zudem die Christianisierung der Slawen.

Die Franken haben sich bereits unter Chlodwig (482–511) als die gottbegnadeten Überwinder der Römer betrachtet. Der Begründer des Merowinger-Reiches[14] ist wieder einer der großen Eroberer, die so häufig am Anfang volksübergreifender Staaten stehen. Chlodwig und seine Söhne stützten sich auf die stärkste Kriegsmacht im damaligen Europa und schufen ein Reich, das außer den Nordwestprovinzen des kontinentalen Römerreiches auch Mitteleuropa umfasste. Während die römische Zivilisation mit ihren Städten und Villen, Straßen und Brücken weitgehend verschwand, bildete sich das Feudalsystem heraus, dessen Kultur im Wesentlichen von der Kirche und den Klöstern getragen wurde. Die innergermanische Mission erweiterte zugleich den Einflussbereich des fränkischen Königs und des römischen Papstes. Die erneuerte Geldwirtschaft und die Verbreitung von Latein in Schrift und Sprache waren jenseits des Limes Elemente des Fortschritts. Der Niedergang des Frankenreiches zeigt sich in der Degeneration der letzten Merowinger, im Aufstieg neuer Geschlechter und unter den Enkeln Karls des Großen in der Spaltung des Reiches in das romanisch geprägte Neustrien und das germanisch bestimmte Austrasien. Letzteres führte das durch Karl im Jahre 800 erneuerte Kaisertum weiter.

Durch die im 9. Jahrhundert vollzogene Teilung[15] verlor das Frankenreich seinen Charakter als Vielvölkerstaat. Zwar gab es beträchtliche ethnische Minderheiten in den Randgebieten – im Ostreich zumal in Böhmen und Mähren –, aber die Entstehung der altfranzösischen und der mittelhochdeutschen Sprache deutet auf eine doppelte Ethnogenese, die trotz erkennbarer Phasenverschiebungen in die Nationalstaaten der Franzosen und Deutschen mündet. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“ – so die Bezeichnung seit dem 15. Jahrhundert – verlor die romanisch geprägten Gebiete im Westen und Süden, was den nationalen Charakter des Deutschen Reiches bekräftigte. Seit dem

12 Georgije Ostrogorski, Geschichte des byzantinischen Staates, München 1963.

13 Peter Schreiner, Das Ende eines tausendjährigen Reiches: Byzanz, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus, Das Ende von Großreichen, S. 133–134.

14 Erich Zöllner, Geschichte der Franken bis zur Mitte des sechsten Jahrhunderts, München 1970. Vgl. auch Alexander Demandt, Antike Staatsformen. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte der Alten Welt, Berlin 1995, S. 623–625.

15 Stefan Beulertz, Der Zerfall des Karolingerreiches, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, S. 111–132.

16. Jahrhundert ist klar, dass es nicht zum Typus der zentralistischen Vielvölkerstaaten gehört.[16]

III. Landreiche – Seereiche

Aufstieg und Niedergang von Großreichen gibt es auch außerhalb des bisher betrachteten Verkehrsraumes. Die Reichsbildungen von Attila (gestorben 453) in Südosteuropa und Dschingis Khan (gestorben 1227) in Mittelasien beruhten auf der militärischen Schlagkraft gut geführter Reiterheere und sind mit dem Tode ihrer charismatischen Gründer wieder zerfallen. Dauerhafter und wirkungsmächtiger waren die islamischen Großstaaten, seitdem – etwas später als im Westen das Frankenreich – im Orient das Kalifenreich entstanden war. Ähnlich wie die Germanen im Norden des *Imperium Romanum* entwickelten die Araber im Osten eine Militärmacht, die von Byzanz nicht mehr durch Anwerbung, Umsiedlung und Bildung von Klientelrandstaaten abzuwehren war. Der religiös-politische Charismatiker Mohammed (gestorben 632) predigte den Islam und verlieh den arabischen Stämmen eine Dynamik, die im Westen bis Spanien, im Osten bis über Indien hinaus zu neuen Dynastien führte. Ein panarabisches Großreich von einiger Dauer freilich ist nicht entstanden; dazu waren weder die sozialen Voraussetzungen noch die geographischen Verhältnisse geeignet.

Erst den türkischen Osmanen gelang wieder eine Reichsbildung. Schon vor der Eroberung von Konstantinopel 1453 durch Mehmed II. waren sie die stärkste Militärmacht im Nahen Osten. Suleiman, von den Europäern „der Prächtige", von den Türken „der Gesetzgeber" genannt (1520–1566), organisierte die Verwaltung, die wesentlich von Renegaten griechischer, albanischer und kroatischer Herkunft getragen wurde. Diese sozialen Aufstiegsmöglichkeiten, die weitgehende Selbstverwaltung der christlichen Volksgruppen und die korrekte Handhabung des Steuerwesens und der Rechtsprechung gewährten dem Osmanischen Reich eine Stabilität, die auch in Europa – so bei den Adressaten von Montesquieu (Montesquieu 1748: VI ch. 2) – hohe Anerkennung fand. Der 1683 mit dem Scheitern Kara Mustafas vor Wien einsetzende Niedergang zeigt sich einerseits im Prätorianerregime der Janitscharen und andererseits in militärischen Rückschlägen, namentlich gegen Österreich, Polen und vor allem Russland. Die sprachliche, religiöse und kulturelle Hürde gegenüber dem technisch und ökonomisch aufsteigenden Europa verzögerte den Fortschritt im Osmanenreich; die Modernisierungsversuche griffen nicht, zumal den Türken eine nennenswerte städtische Intelligenz fehlte. Fachleute auf allen Gebieten mussten aus Europa bezogen werden. Die allenthalben aufkeimende, von den christlichen Mächten nicht nur in Griechenland geschürte Freiheitsbewegung erschütterte den Zusammenhalt, bis die Jungtürken unter Mustafa Kemal Pascha, genannt Atatürk, nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg den Vielvölkerstaat der Sultane zugunsten einer nationalen Republik aufgaben.[17] Zu den Gewalttaten, die diesen Prozess begleiteten, gehörte es, dass

16 Edmund E. Stengel, Regnum und Imperium. Engeres und weiteres Staatsgebiet im Alten Reich (Marburg Akademische Reden Nr. 49), Marburg 1930.

17 Thomas Philipp, Der Aufhaltsame Abstieg des Osmanischen Reiches, in: Altrichter/Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, S. 211–224.

verbliebene ethnische Minderheiten wie in Griechenland so in der Türkei zwangsweise nationalisiert oder liquidiert wurden.

Die bei den Türken im 16. Jahrhundert bisweilen fassbare ideologische Anknüpfung an die byzantinische Tradition (Kritobul von Imbros) begegnet uns ebenfalls in Moskau in der Idee eines Dritten Rom (Josif Sanin von Volokolamsk). Die Zaren begriffen sich als die Erben der Kaiser von Konstantinopel in ihrer Rolle als Beschützer des rechtgläubigen orthodoxen Christentums. Damit rechtfertigten sie im 19. Jahrhundert ihre über die Ziele einer panslawistischen Politik hinausgehenden Interventionen auf dem Balkan, während die Expansion nach Asien zum Pazifik, der in der ersten Hälfte des 17. Jahrhundert erreicht wurde, auf der militärischen und ökonomischen Überlegenheit der Russen gegenüber den sibirischen und zentralasiatischen Völkern beruhte. Trotz der Rückständigkeit im Vergleich zu den Nachbarn im Westen bedeutet die russische Herrschaft für die über hundert untertänigen Völker einen zivilisatorischen Fortschritt. Das Reich wurde zusammengehalten durch die russische Verkehrssprache, durch eine zentrale, großenteils mit Nichtrussen besetzte Verwaltung und die dynastische Loyalität zum Zaren, der seit 1703 in dem Europa näher gelegenen St. Petersburg residierte. Einer zügigen Modernisierung abträglich waren die soziale Kluft zwischen dem Adel und der Bauernschaft und – ähnlich wie in der Türkei – die geringe Entwicklung einer bürgerlichen Mittelschicht in den Städten. Letztere gewann mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert an Gewicht, doch traten die Zaren den Ideen der Französischen Revolution entschiedener entgegen als die Fürsten Mitteleuropas. Russland wurde zur konservativsten Macht Europas.

Die Unfähigkeit der Zaren zur durchgreifenden politischen Reform und die Niederlagen im Ersten Weltkrieg brachten die Kommunisten an die Macht. Ihre erklärten Ziele waren soziale Gerechtigkeit und technischer Fortschritt. Dies begeisterte zumal die intelligente Jugend für den Charismatiker Lenin. Die alten Mächte Zarentum, Adel und Kirche verloren ihre Stellung zugunsten der Bolschewiken, die über das Rätesystem und den „demokratischen Zentralismus“ ein totalitäres Polizeiregime aufbauten. Lenins Wort vom „Völkergefängnis“ des Zarenreichs übertrug sich auf die Sowjetunion. Die zunächst unterstützten Selbständigkeitsbestrebungen der nichtrussischen Nationen wurden militärisch unterdrückt; Trotzki fürchtete „reaktionäre“ Tendenzen, obschon Baltikum und Ukraine höher entwickelt waren als der russische Kernraum. Modernisierung und Disziplinierung hielten die Sowjetunion zusammen, die trotz ihres internationalistischen Programmes – der Staatsname enthielt keine ethnische oder geographische Bezeichnung – eine intensive Russifizierung betrieb. Die auf vierzig Millionen geschätzten innenpolitischen Opfer Stalins (davon 15 Millionen Tote, Roy Medwedjew 1989) wurden überdeckt durch seinen mit massiver amerikanischer Hilfe errungenen Sieg über die deutsche Ostarmee und das Bekanntwerden der Judenvernichtung in den deutschen Konzentrationslagern. Stalin sicherte seine territorialen Gewinne durch die größte Völkervertreibung in der Geschichte und desavouierte damit den Glauben an die Integrationskraft des Kommunismus.

Moskau legitimierte das Protektorat über nichtrussische Völker im Kalten Krieg durch Hinweis auf die angeblich subversiv-aggressive Politik des Kapitalismus, doch spürten die botmäßigen Völker davon weniger als von den – bisweilen übertrieben vorgestellten – Segnungen des Westens. Dessen technische Errungenschaften wurden eifrig übernommen, westliche Denk- und Lebensform jedoch ängstlich unterbunden. Das

Modernisierungsversprechen geriet in Widerspruch zum Machtmonopol der Partei. Die Denkverbote der marxistischen Zensur und der verlauste Filz der Nomenklatura, die schikanösen Freiheitsbeschränkungen und die hoffnungslose wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber dem Westen brachten das System um seine Glaubwürdigkeit. Die Dissidenten mehrten sich, Intellektuelle und Nationalisten sagten sich vom Kommunismus der alten Männer los und liquidierten von innen heraus das letzte Kolonialreich, dessen martialische Fassade alle Welt über seine Strukturschwäche zu täuschen vermocht hatte.[18] Dass dies im Wesentlichen unblutig gelang, ist der größte Triumph, den der Gedanke der Freiheit in seiner Geschichte bisher erlebt hat.

In Hinsicht auf die beteiligten Nationen wiederholte sich dabei gewissermaßen die Auflösung einer älteren kontinentalen Macht, der Donaumonarchie.[19] Während das Wilhelminische Kaiserreich im Prinzip ein Nationalstaat war, gehört das Reich der Habsburger wie das der Romanows zu den Vielvölkerstaaten. Wie in Petersburg, so bestand in Wien die höhere Verwaltung aus Angehörigen verschiedener europäischer Nationen. Das geringere zivilisatorische Gefälle jedoch, zumal gegenüber Böhmen und Ungarn, verbietet, hier von einem Kolonialreich zu sprechen. Dennoch wurde die dynastische Loyalität der Armee und des Bürgertums wie im Zarenreich durch Modernisierung und Industrialisierung unterfüttert. Nach der Abwehr der Türkengefahr erwachte in den Donauländern wie im übrigen Europa der Nationalismus, der die Staatseinheit bedrohte, einerlei ob Wien ihm entgegenkam oder entgegentrat. Die Ungarn erhielten 1867 einen Sonderstatus, den ebenfalls die Böhmen und Serben anstrebten. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg besiegelte die Auflösung in fünf wiederum ethnisch gemischte, um ihre Grenzen hadernde Staaten. Erst die Balkanisierung mit ihrem bis heute anhaltenden Blutvergießen spricht für die Donaumonarchie, die freilich schon seit 1848 nur unter Blutopfern aufrecht zu erhalten war.

Einen andersartigen Strukturtypus bilden die kolonialen Seemächte Westeuropas, unter denen Spanien und England gegenüber Frankreich, Portugal, den Niederlanden und dem kurzfristig (1895 bis 1918) flottenstolzen Deutschland herausragen. Sie entstanden im Zusammenhang mit den technischen Neuerungen der Frühen Neuzeit, mit der Einführung des Schießpulvers und der Entwicklung der „christlichen Seefahrt“. Die seit Kolumbus in Mittel- und Südamerika eingewanderten Europäer, zumeist Spanier, wirtschafteten mit einer unterdrückten, überwiegend politisch nicht beteiligten Unterschicht aus Indianern, Schwarzen und Mischlingen. Sie alle unterstanden der Krone von Kastilien, die für militärische und rechtliche Sicherheit sorgte, den Handel durch Monopole organisierte und die katholische Mission vorantrieb. Die Kirche hatte lange Zeit das Bildungswesen in der Hand, auf ihren Schulen wurde die koloniale Führungsschicht ausgebildet.

---

18 Alexander Nove, Russia and the Soviet Union, in: Geir Lundestad, The Fall of Great Powers, S. 125–128 ff. Siehe auch Gerhard Simon/Nadja Simon, Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums, München 1993. Helmut Altrichter, Die Auflösung der Sowjetunion, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, S. 283–310.

19 Istvan Deak, The Fall of Austria-Hungary: Peace, Stability and Legitimacy, in: Geir Lundestad, The Fall of Great Powers, S. 81–101. Vgl. auch Adam Wandruszka/Peter Urbanitsch (Hrsg.), Die Habsburgermonarchie im System der Internationalen Beziehungen (2 Teilbände), Wien 1990/1993. Manfried Rauchensteiner, Verlust der Mitte. Der Zerfall des Habsburger Reiches, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus, Das Ende von Großreichen, S. 225–246.

Die Lösung vom Mutterland und die Ausbildung von Einzelstaaten wurde einerseits gefördert durch den Niedergang Spaniens innerhalb des europäischen Staatensystems seit dem 17. Jahrhundert – das 1808 seinen Tiefpunkt in der Absetzung von Ferdinand VII. durch Napoleon erlebte – und andererseits durch ein wachsendes Bewusstsein von Eigenständigkeit, das von den grundbesitzenden Kreolen, d. h. den in Amerika geborenen Weißen, und dem niederen Klerus getragen wurde. Letzterer spielte auch im Freiheitskampf der Griechen, in der Nationalisierung der Donaumonarchie und der Auflösung des Sowjetreiches eine Rolle. Die Ideen der Aufklärung und das Vorbild erst der Amerikanischen, dann der Französischen Revolution beflügelten die Unabhängigkeitsbewegungen. Die Herrschaft Spaniens brachte der kolonialen Elite keine Vorteile mehr. Nachdem der Kampf mit England um die Seeherrschaft über den Atlantik Spanien an der Seite Frankreichs bewogen hatte, von Mexiko aus den Befreiungskampf der Yankees zu unterstützen, begünstigten England und Nordamerika umgekehrt die Lösung Mittel- und Südamerikas von Spanien. Die Rivalität der Kolonialmächte in Europa war der Freiheitsbewegung in Übersee stets förderlich. Die Entstehung von lateinamerikanischen Nationen ist sodann eher eine Folge als eine Voraussetzung der Eigenstaatlichkeit. Denn den südamerikanischen Staaten liegen – wie in Schwarzafrika – die kolonialen Verwaltungsgrenzen zugrunde.

Das größte Weltreich, das jemals existierte, war das Britische *Empire*.[20] Es umfasste bereits vor der Übernahme der deutschen Kolonien im und nach dem Ersten Weltkrieg etwa ein Viertel der bewohnten Erde, mit Angehörigen aller Kulturen, Religionen und Rassen. Die Anfänge liegen im 16. Jahrhundert. Ein erster großer Erfolg war die Vernichtung der spanischen Armada 1588 unter Elisabeth I. Hauptgegner war indessen Frankreich, dem England eine Kolonie nach der anderen abnahm. Denn Frankreichs politische Interessen lagen vorrangig in Europa, wo die Macht-Balance seit dem Wiener Kongress 1814/1815 den Briten freie Hand in Übersee gab. Ihre koloniale Führungselite hatte Platon und Cicero studiert und dachte in humanistischen Kategorien. Dies gilt nicht nur für die Wiederbelebung der Begriffe *British* (statt *English*, das Schotten und Waliser ausschloss) und *Empire* (statt *Kingdom*, das die Überseebesitzungen nicht einschloss), sondern auch für die Idee einer *Pax Britannica* (statt *Pax Romana*) und ihre vergilische Devise für Rom, *parcere subjectis et debellare superbos* („die Unterworfenen schonen, die Übermütigen niederkämpfen!“), die sich der letzte große britische Imperialist zu eigen machte: Winston Churchill. In der Vorhalle zum Snowdon-Palast von Lord Kitchener im Simla sah Sven Hedin 1908 die Büsten von Alexander und Caesar.[21]

Der mit der Kolonialherrschaft verbundene, von Kipling 1899 den Amerikanern auf den Philippinen eingeschärfte zivilisatorische Auftrag, *the white man’s burden: to seek another’s profit, and work another’s gain*, war Weißen gegenüber gegenstandslos – daher hatte sich Nordamerika rasch emanzipiert, während die Herrschaft über Irland ein Skandal blieb. Auch Napoleon nahm den unterworfenen Europäern mehr, als er ihnen bot, und musste darum scheitern. Ebenso war die Überlegenheit der Briten über die Farbigen eine Zeitfrage. Die vom europäischen Nationalstaatsgedanken erfassten, gar auf briti-

20 Walther L. Bernecker, Der Niedergang des Spanischen Weltreiches, in: Altrichter/Neuhaus (Hrsg.), Das Ende von Großreichen, S. 159–184.
21 Sven Anders Hedin, Große Männer, denen ich begegnete (Band I), Wiesbaden 1952.

schen Universitäten ausgebildeten indigenen Eliten aus den Kolonien wandten sich mit europäischen Argumenten gegen die britische Suprematie. Definitiv diskreditiert war sie, als die von England in Europa gegen Deutschland eingesetzten indischen und jüdischen Soldaten aus den Weltkriegen heimkehrten. Herrscher, die Beschützer brauchen, deren Zeit ist um. Das zeigte sich bereits an den griechischen Söldnern der Perser und den germanischen Hilfstruppen der Römer.

Selbst unter den Briten mehrten sich – verstärkt durch den anrüchigen Burenkrieg 1902 – die Zweifel am Recht ihrer Herrschaft über andere Völker, doch kostete es bis zum Verzicht darauf oft Zeit, Blut und Tränen. Militäraktionen zugunsten der Kolonialherrschaft gab es noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Der schon von Cromwell 1653 für England, Schottland und Irland gebrauchte Begriff *Commonwealth* wurde zum Kompromiss zwischen dem britischen Hoheitsanspruch und dem nationalen Freiheitsdrang. Dass die britische Kolonialherrschaft vielfach segensreicher war als die folgende Selbstverwaltung, war kein Argument für Köpfe wie Gandhi. Das ist begreiflich: Freiheit ist nicht alles, aber ohne Freiheit ist alles nichts. Bereits Bernard Shaw[22] hat es treffend gekennzeichnet: „Alle Beweisführungen für die Vorteile einer ausländischen Regierung sind ebenso nutzlos wie Beweisführungen für den Vorzug von künstlichen Zähnen, Glasaugen, silbernen Luftröhren und patentierten Holzbeinen vor den Naturprodukten."

Einen weltpolitischen Anachronismus stellen nach dem *Empire* Napoleons dann die militaristischen Reichsbildungen von Mussolini, Hitler und Hideki Tōjō in Japan dar. Sie entstanden in einer Torschlusspanik der *have nots* angesichts der befürchteten Zweiteilung der Erde unter den angloamerikanischen Kapitalismus und den sowjetrussischen Kommunismus – hatte doch schon 1895 der Britische Kolonialminister Joseph Chamberlain prophezeit, dass gemäß dem Gesetz der wachsenden Räume die Macht den Großreichen in den Schoß fallen und die Kleinstaaten an den Rand drücken würde. Die dagegen in Rom, Berlin und Tokio erhobenen Führungsansprüche äußerten sich im Größenwahn charismatischer Demagogen. In der Stimmung „Jetzt oder nie!" entfachten sie militaristische Massenpsychosen und entfesselten beispiellose Destruktionspotentiale. Hätten Japan und Deutschland ihren Ehrgeiz stattdessen in eine wirtschaftliche Hegemonie gesetzt, so wäre vielleicht gemeinsam mit Nordamerika die ökonomische Drei-Sphären-Konstellation, die sich neuerdings anbahnt, auf friedlichem Wege erreichbar gewesen.

Mussolini war besessen von dem Wahn, das Römische Reich wiederherzustellen. Die *Fasces* der Liktoren wurden Staatsemblem, das Mausoleum des Augustus sollte dem Duce die letzte Ruhe gewähren, nachdem er das *Impero* um das *Mare Nostro* wiederhergestellt hätte. Die Annexion von Abessinien 1936 schien zu gelingen, der Einmarsch in Albanien 1939 führte jedoch 1940 zum erfolglosen Angriff auf Griechenland; die nordafrikanischen Besitzungen gingen mit der Niederlage Rommels bei El Alamein 1942 verloren. Auch am Ende dieses letzten Römischen Reiches sind die Germanen schuld.

---

22 George Bernard Shaw, Vorwort für Politiker. Über Demokratie. Zwei Vorreden (übersetzt von Siegried Trebitsch), Frankfurt am Main 1965.

Hitlers Kriegsziel hieß „Lebensraum“ im Osten und Hegemonie über Europa.[23] Mussolinis römisch-imperiale Idee eines Vielvölkerstaates lehnte er ab[24] zugunsten einer kontinentalen Führungsmacht, die aber nicht dem *common wealth*, sondern dem *sacro egoismo* der Langschädelrasse dienen sollte. „Was für England Indien war, wird für uns der Ostraum sein“, so der „Führer“ am 8. September 1941 in der Wolfsschanze,[25] den er freilich weniger zu modernisieren als auszubeuten plante. Zur Beherrschung dieses Großgermanischen Reiches mit seinen Millionen slawischer Heloten hätte er eine Kriegerkaste heranzüchten müssen, die nicht nur das Bild, sondern auch das Schicksal der antiken Spartiaten geteilt hätte.

Entsprechend aussichtslos war das japanische Großreich in Ostasien, das unter der Devise „Asien den Asiaten“ (lies: den Japanern) gegen die Expansion der Russen, Briten und Amerikaner gerichtet eine diesen gleichrangige Stellung in der Weltpolitik ansteuerte und gleich ihnen versprach, die abhängigen Völker zu modernisieren. Japan begab sich damit in einen Zweifrontenkrieg, einerseits gegen die westlichen Großmächte, andererseits gegen die Völker Asiens. Die nach europäischem Muster aufgebaute militärische und wirtschaftliche Übermacht Japans wurde in schematischer Nachahmung europäischer Kolonialkriege in Eroberungen umgesetzt, die dem Eigenleben der Nationen keinen Raum ließen.

Nach dem Ende des deutschen, des japanischen und des sowjetischen Großreiches ist eine Wiederholung derartiger militaristischer Staatsbildungen nicht zu erwarten. Die Lektion war hart genug. Die inzwischen weltweit anerkannten Grundsätze der Volksherrschaft, der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung beenden mit der Abfolge der Weltreiche zugleich die Experimentierphase der Verfassungsgeschichte. Dass damit das „Ende der Geschichte“ überhaupt erreicht sei,[26] wäre freilich voreilig gefolgert. An die Stelle politischer Probleme treten solche der Wirtschaft und der Umwelt, der Übervölkerung und des Fundamentalismus.

IV. Politische Irrwege?

Die Selbstauflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 schloss das imperiale Zeitalter ab. Seit dreitausend Jahren wurde die Weltpolitik durch Universalreiche bestimmt. Das ist nun vorbei. Sie alle – von China abgesehen – erlitten dasselbe Schicksal: Sie sind auseinandergefallen. Sofern sie wiedererstanden – wie das Persische Reich 226 n. Chr. unter den Sassaniden und 1499 unter den Safawiden, das Römische unter den Karolingern, das Russische unter den Bolschewiken –, sind sie abermals zerbrochen. Dies legt den Schluss nahe, dass alle aus demselben Grunde gescheitert sind: an ihrem Wahn, weiter und weiter wachsen zu wollen, bis die Füße den Körper nicht mehr tragen konn-

23 Wolfgang J. Mommsen, The Fall of Germany: Peace, Stability and Legitimacy, in: Geir Lundestad, The Fall of Great Powers, A. 103–106.

24 Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940, S. 258.

25 Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Stuttgart 1963, S.143.

26 Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? (übersetzt von Helmut Dierlamm), München 1992.

ten. „Durch ihr eigenes Gewicht sinken die großen Dinge, das Glück weicht unter seiner eigenen Last", heißt es im Agamemnon Senecas. Platon (Gesetze 688 D) führte das Ende aller Staaten auf die Unwissenheit der Regenten zurück, und Aristoteles (Rhetorik I 4,2) erklärte, alle Verfassungen scheiterten an den ihnen wesenseigenen Schwächen. Demnach hätte es sich bei den Universalreichen um hybride Systeme gehandelt, um Irrwege der politischen Geschichte.

Hier ist historische wie begriffliche Kritik vonnöten. Expansion ist für Imperien keinesfalls lebensnotwendig. In der Regel folgt der Ausdehnung eine Phase flimmernder Grenzen: Die Perser erlebten bei Marathon, Alexander am Hyphasis, die Römer im Teutoburger Wald ihr Bis-hierher-und-nicht-weiter. Jeder Machtstaat erlebt wie Frankreich 1898 sein Faschoda, ohne dass dies zwangsläufig zum Abstieg führen müsste. Im Bilde von Aufstieg, Höhepunkt und Irrweg ist Metaphernmagie am Werk, Exorzismus geboten. Der Aufstieg kann auf eine Hochebene führen. Von einem Übergewicht können wir immer nur nachträglich sprechen, denn es ist erst nach dem Sturz feststellbar und lässt die Frage offen, wieso die erreichte Größe überhaupt eine Zeit lang tragbar war. Das Sprachbild vom Irrweg schließlich geht von der Annahme aus, dass es den „richtigen Weg" der Staatsbildung gebe und dass dieser zu allen Zeiten erkennbar und gangbar gewesen wäre – auch dieses täuscht. Wir können nicht wünschen, dass uns eine Erfahrung, die wir gemacht haben, erspart geblieben wäre, ohne die Lehre zu opfern, die wir aus ihr gezogen haben. Je bitterer die Erfahrung, desto heilsamer die Lehre.

Vergleichen wir die Voraussetzungen, Formen und Gründe des Entstehens und Vergehens der Vielvölkerstaaten, so zeigen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten. Die Entstehungsbedingungen waren meistens ähnlich. Idealtypisch ereignet sich Folgendes: Eine Nation zeichnet sich aus durch militärische und politische Überlegenheit – vielfach, aber nicht immer, zudem durch einen zivilisatorischen Vorsprung. Ein charismatischer Eroberer oder eine Folge von solchen tritt auf, bezwingt die benachbarten Völker und nimmt sie durch Unterwerfung oder Vertrag unter seine Herrschaft. Hier genießen sie Schutz vor Dritten, sind aber abhängig und gewöhnlich tribut- und kriegsfolgepflichtig. Der Friede ermöglicht einen wirtschaftlichen Aufschwung, der Beherrschten und Herrschenden zugutekommt, wenn auch in unterschiedlichem Grad. Die herrschende Nation vertritt ein Sendungsbewusstsein, das aus religiösen und säkularen Komponenten besteht, d. h. sie vollzieht, hegelianisch gesprochen, den Willen des Weltgeistes und fördert, so meint sie, den Fortschritt. Es entsteht eine missionarische Ideologie der Legitimität, die Bewusstseinsstrukturen prägt und durch Erziehung und Propaganda Herrschaftsformen selbst dann noch bewahrt, wenn sie es längst nicht mehr verdienen. Ein Reich, das durch Eroberung oder Heirat zustande gekommen ist und keine zivilisatorische Funktion erfüllt, bleibt labil.

Die Formen und Gründe für den Zerfall sind vielfältiger. Es gibt den Zusammenbruch unter äußerem Druck innerhalb weniger Jahre, so bei den Reichen der Achämeniden und der Sassaniden in Persien, bei Azteken und Inka nach dem Einmarsch der Spanier, beim Ende des polnisch-litauischen Großreichs und namentlich bei den im Ersten Weltkrieg unterlegenen und daraufhin aufgelösten Imperien Osteuropas. Es gibt das Auseinanderbrechen in mehrere gleichgewichtige Teile wie bei den Reichen Salomons 928 v. Chr., Alexanders 323 v. Chr. und Dschingis Khans 1227, beim Franken- und beim Kalifenreich. Es gibt die allmähliche Ablösung der Außengebiete im Verlaufe vieler Jahrzehnte,

beschleunigt durch äußere Angreifer, so beim Römischen und Byzantinischen Reich, und nicht zuletzt den Zerfall durch regionale Autonomie- und Emanzipationsbewegungen, so in den neuzeitlichen Kolonialreichen Spaniens, Englands und Russlands. Hier handelt es sich weniger um eine Katastrophe als um eine Metamorphose.

Wer nach einem Erklärungsmuster für den Machtschwund sucht, müsste zumindest zwischen antiken und modernen Großreichen unterscheiden. Die griechischen und römischen Autoren sahen, wiederum idealtypisch, das klassische noch von Augustinus (Civitas Dei V 12) vertretene Dekadenzmodell[27] am Werk: Einfache Lebensumstände spornen zu hoher Leistung an. Der Kampf mit der Natur befähigt zum Kampf gegen den Nachbarn. Siege bringen Macht, Macht bringt Reichtum, Reichtum jedoch bringt Luxus und der untergräbt die Moral. So führt äußere Schwäche zu innerer Stärke, diese zu äußerer Stärke und sie endlich wieder zu äußerer Schwäche. Ein neues, sozusagen unverbrauchtes Volk übernimmt die Führung, aber erleidet dasselbe Geschick.

Nach diesem Schema hat man, nicht ganz ohne Ursache, die Folge von Weltmächten im selben Raum erklärt: so den Übergang der Macht von den Assyrern unter Sardanapal an die Meder und Neubabylonier, danach mit der Niederlage Belsazars gegen Kyros an die Perser. Die späten Achämeniden genossen nicht mehr die harte Erziehung ihrer Vorfahren, wie Platon (Gesetze 694 D ff.) bemerkte, und unterlagen Alexander und seinen Makedonen. Als Griechen und Römer verstädtert waren, erschienen die „unverdorbenen" Germanen und Slawen aus ihren Wäldern, die Araber aus ihren Wüsten, die Hunnen, Bulgaren und Türken aus ihren Steppen und dezimierten das Imperium auf das Umland von Byzanz. Die Byzantiner gerieten in den Schraubstock von Bulgaren im Westen und Türken im Osten – erst unter den Seldschuken, dann unter den Osmanen. Vergleichsweise barbarische, aber militärisch überlegene Völker zerschlugen hochentwickelte Zivilisationen. Besonders krass zeigt sich dieser Vorgang bei Attila und Dschingis Khan. Dekadenz ist die Verbindung verfeinerten Lebensstils mit sinkender Lebenskraft, eines Zuviels an Subtilität mit einem Zuwenig an Vitalität. Doch ohne Außendruck kann auch eine hochdifferenzierte Kultur beliebig lange fortbestehen; darum ist für den schließlichen Zerfall der frühen Großreiche stets eine äußere Ursache entscheidend.

Anders die neuzeitlichen Kolonialreiche. Zwar sind auch sie an denselben Faktoren gescheitert, die sie geschaffen und getragen haben, doch waren das andere als in der Frühzeit. Die Kolonialherren verfügten über Schießpulver, Hochseeflotten und Reiterei; die Kolonialvölker dagegen kämpften mit Pfeil und Bogen und bestanden großenteils aus Analphabeten. Befanden sich in der Antike Herrschende und Abhängige militärisch und technisch mehr oder minder auf demselben Niveau, so liegt in der Neuzeit zwischen beiden ein Qualitätssprung. Die Erfolge der Spanier und Engländer in Übersee, der Österreicher und Russen in Eurasien beruhen auf ihrem Modernisierungspotential. Straßen-, Brücken- und Eisenbahnbau, Anlage von Plantagen, Bergwerken und Fabriken brachten anfangs enorme Gewinne, doch wuchsen die Investitionskosten, sodass die Mutterländer mehr und mehr zuschießen mussten und ihrerseits das ökonomische Interesse an der Herrschaft verloren.

27 Alexander Demandt, Geschichte als Argument. Drei Formen politischen Zukunftsdenkens im Altertum (Konstanzer Universitätsreden 46), Konstanz 1972, S. 18–20.

Dazu trat ein ideelles Moment. Die Überlegenheit der Kolonisatoren beschränkte sich nicht auf wirtschaftliche und technische Kenntnisse. Die Europäische Ideologie umfasst seit der Französischen Revolution auch politische und moralische Prinzipien, die den Mitmenschen als autonomes Subjekt zu respektieren heischen und Völker zur politischen Selbstbestimmung aufrufen. Die durch die Kolonialherrschaft geförderte Entwicklung schließt darum die zur Eigenstaatlichkeit ein. Spätestens wenn die Abhängigen so zu denken gelernt haben wie die Herrschenden, fordern auch sie die Selbständigkeit, und zwar noch ehe das zivilisatorische Niveau angeglichen ist. Darum liegt die Auflösung der fremdbestimmten Vielvölkerstaaten nicht im Programm, so doch in der Logik der durch den Kolonialismus geförderten Entwicklung. Bereits Lord Macaulay hat das gesehen, er nannte es den stolzesten Tag der britischen Geschichte, wenn die Kolonialvölker von ihren Herren auch das gelernt hätten: sich selbst zu regieren. Die nationalen Eliten strebten nie nostalgisch in einen präkolonialen Zustand zurück, sondern betrachteten den Schritt in die Autonomie als Fortsetzung des Modernisierungsprozesses.[28] Der Zerfall der neuzeitlichen Großreiche in Volksstaaten ist insofern wesentlich entwicklungsbedingt. Von innen kam der Wille, von außen kamen die Ideale und die Instrumente der Selbstbefreiung.

Soweit das Scheitern der Großreiche erklärbar ist, soweit war es voraussehbar. Und soweit es Opfer gefordert hat, heischt es politische Kritik. Sie richtet sich einerseits gegen die gewaltsame Entstehung durch Eroberung, andererseits gegen die ungeliebte Fremdherrschaft eines Volkes über andere Völker. Beide Einwände bedürfen indessen eines Kommentars. Die Maßstäbe des Historikers sind selbst Ergebnisse von Geschichte, und wo dies missachtet wird, ist das Urteil anfechtbar.

Die heute verbreitete Vorstellung, dass Angriff eine Form unentschuldbaren Unrechts sei, war nicht immer und überall die herrschende Auffassung. In der Bibel tritt uns beispielsweise die altorientalische Ansicht vom Heiligen Krieg entgegen, indem ein Gott seinem Volk die Eroberung des gelobten Landes verheißt und seine Herrlichkeit in kriegerischen Ereignissen offenbart. Er ist es, „der den Krieg steuert in aller Welt, der Bogen zerbricht, Spieße zerschlägt und Wagen mit Feuer verbrennt“ (Psalm 46). Bei Griechen und Germanen sodann finden wir eine Bewunderung des Heldentums, das sich im Wettstreit mit der Waffe entfaltet und eng mit dem Freiheitsideal verbunden ist. In der Neuzeit schließlich galt einem darwinistischen Geschichtsverständnis der Kampf ums Dasein als Naturgesetz, das dem *survival of the fittest* dient und einer ethischen Begründung weder fähig noch bedürftig ist – Schönredner nennen das „Realpolitik“ und berufen sich auf Machiavelli. Die Herausforderung als heroische Geste und die Rechtfertigung des Krieges aus religiösen, biologischen und volkspädagogischen Gründen begegnet uns über die Zeit Thomas Manns hinaus.[29]

Dem steht eine moralisch-juristische Lehre gegenüber, die Theorie vom *bellum iustum.* Sie ist von den Römern systematisiert worden. Krieg ist nur gerecht als Antwort auf erlittenes Unrecht, zur eigenen Verteidigung und zum Schutz von Bundesgenossen. Die Charta der Vereinten Nationen (2,4) bestimmt noch ziemlich dasselbe. Im christ-

28 Michael Stürmer, Das britische Empire. Wirkung und Nachwirkung einer politischen Lebensform, in: Altrichter/Neuhaus, Das Ende von Großreichen, S. 247–260.

29 Thomas Mann, Betrachtung eines Unpolitischen, Berlin 1918.

lichen Mittelalter galt allerdings auch der Kampf gegen „Ungläubige“ als gerecht.[30] Im „Rolandslied“ des Pfaffen Konrad lesen wir die Botschaft des Engels an Karl den Großen: *Karl, gotes dinistman, ile in Yspaniam! got hat dich irhoret, daz lüt wirdit bekeret. Di dir aber widir sint, die heizent des tuvelis kint.* Sofern es sich zudem um heidnische „Naturvölker“ handelte, genügte das Hissen einer Flagge, um den Anspruch auf ein Land zu begründen. Das Völkerrecht des Kolonialismus musste die vielfach in vorstaatlichen Gemeinwesen lebenden „Wilden“ als politische Rechtsobjekte überhaupt erst konstruieren, um mit ihnen Protektorats-‚Verträge‘ abschließen zu können, zu denen sich ein Häuptling, bedroht durch Feuerwaffen oder verführt durch Geschenke, dann bewegen ließ, manchmal bloß dem Imponiergehabe der Europäer sich beugend, während sein Volk schlicht übergangen wurde. Dies erscheint uns heute inakzeptabel.

V. Volk und Staat

Sehr viel schwieriger ist die Frage zu beantworten, was geschehen soll, wenn eine nach modernen Begriffen unrechtmäßige Okkupation lange zurückliegt und nun in einer historischen Rückbesinnung eine ethnische Minderheit oder gar nur ein Teil von ihr die Eigenstaatlichkeit fordert. Im Falle von Armeniern, Kurden und Basken steht Recht gegen Recht, beide Seiten können historisch argumentieren. Häufig ist mit der Preisgabe der politischen Selbstbestimmung die der ethnischen Eigenart verbunden, doch wird dies mitunter um der Vorteile im größeren Verband willen in Kauf genommen. Hier geht Integration vor Identität, und das ist ein sehr häufiger Vorgang beim Entstehen von Völkern.

Die Kritik an der Herrschaft eines Volkes über andere geht aus von der vorgegebenen Existenz von Völkern und dem naturrechtlichen Axiom des Nationalstaates. Völker sind zumeist älter als Staaten, aber ebenso wenig wie diese naturgegeben; auch Stämme sind es nicht, uneingeschränkt nicht einmal Familien. Der qualitative Sprung zwischen natürlicher und künstlicher Lebensgemeinschaft liegt nicht zwischen Nationalstaat und Weltreich, sondern sehr viel tiefer. Der Mensch ist zwar ein „von Natur politisches, d. h. staatenbildendes Wesen“, wie Aristoteles (Politik 1253 a 4) bemerkte, aber dennoch ist die Polis kein Naturphänomen. Die Frage der Staatsform ist allemal „politisch“.

Die Vorstellung, dass Völker „natürlich“, Reiche hingegen „künstlich“ seien, entstammt der Romantik und ist falsch. Sowohl Völker als auch Reiche sind historische Konglomerate, unter bestimmten Bedingungen zu bestimmten Zeiten in bestimmten Räumen entstanden, von unterschiedlicher Dauer, aber in keinem Falle „ewig“. Insofern sind auch Völker „künstlich“. Sie beruhen gewöhnlich (von Grenzfällen wie Juden und Zigeunern abgesehen) auf gleicher Sprache, gleichen Sitten und gleichem Siedlungsraum, aber nur teilweise auf gleicher Abstammung – und auch diese verbürgt die Natürlichkeit der Gemeinschaft nur bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Heranwachsenden. Danach beruht deren Aufenthaltsort und Gruppenzugehörigkeit auf einem individuellen Entschluss.

30 Dietrich Kurze, Krieg und Frieden im mittelalterlichen Denken, in: Heinz Durchardt (Hrsg.), Zwischenstaatliche Friedenswahrung im Mittelalter und früher Neuzeit, Köln – Wien 1991, S. 1–3.

An zahlreichen Beispielen lässt sich zeigen, wie sesshafte Stämme und wandernde Gruppen zu Völkern zusammenwuchsen, indem sie sich einer gemeinsamen Lebensordnung fügten, die wir im weiteren Sinne des Wortes als Staat ansprechen. Staatenbildung beruht auf dem Willen, gemeinsame Aufgaben gemeinsam zu lösen. Vielfach erwächst aus der Staatszugehörigkeit erst die Volkszugehörigkeit, geht die administrative der ethnischen Einheit, der Staat dem Volk voraus. Das französische Volk entstand nach der Eroberung Galliens erst durch Caesar, dann durch den Franken Chlodwig; das englische durch die Landnahme erst der Kelten, dann der Römer, danach der Angelsachsen und endlich der Normannen; das spanische durch die Einwanderung von Kelten, Puniern, Römern, Goten und Arabern. Wie Staaten Völker schaffen, zeigt uns zuletzt die Geschichte der Staatsvölker in Amerika und Afrika.

Fraglos lässt sich die Staatsbürgerschaft leichter wechseln als das Volkstum, aber grundsätzlich ist auch dieses austauschbar. Gewöhnlich werden wir in ein Volk hineingeboren und in ihm sozialisiert. Wir identifizieren uns mit ihm eher als mit einem Staat oder einer Staatsform. Das Umgekehrte exemplifizieren Asylsuchende und Emigranten, die ihr Volkstum aufs Spiel setzen oder gar bewusst wechseln um einer Staatsform willen, der man entkommen oder in der man leben will. Dass wir einem Staat freiwillig, einem Volk aber unfreiwillig angehören, weil wir hineingeboren wurden, ist eine unzutreffende Zuspitzung. Auch in dem Staat, in dem wir leben, sind wir der Mehrzahl nach aufgewachsen. Der Unterschied der Bindung an Volk und Staat ist nur graduell, nicht prinzipiell.

Wenn wir zur Definition des Staates außer dem Begriff „Gebiet“ die Begriffe „Volk“ und „Herrschaft“ voraussetzen, unterstellen wir allzu leicht ein historisch-chronologisches Bedingungsverhältnis. „Staat“ bezeichnet lediglich eine intensivere Form des Zusammenlebens, als sie einem Volk zugrunde liegt, das keinen eigenen oder keinen gemeinsamen Staat besitzt. Dass auch ein Volk durch gemeinschaftliches Handeln entsteht, zeigt die Wortgeschichte, die in vielen Sprachen die Äquivalente für „Volk“ aus dem Militärischen herleitet. Deutsch „Volk“, lateinisch *populus*, griechisch *laos*, keltisch *dam*, persisch *kara* heißt zugleich jeweils „Heer“. Zwar ist ein Heer keine ethnische Einheit, doch gibt es keine Form des gemeinsamen Handelns, die so ethnogenetisch wirksam ist wie das gemeinsame Kämpfen oder die – mythische oder historische – Erinnerung daran. Die alten Israeliten konstituierten sich durch den Mythos vom Auszug aus Ägypten, die antiken Griechen durch ihren Glauben an die Teilnahme am Trojanischen Krieg. Die Spanier fanden zu sich selbst in der mittelalterlichen *Reconquista*, der deutsche Patriotismus entstand in der Abwehr Napoleons, der neugriechische im Kampf gegen die Türken.

Die Angehörigen eines Staates bilden in jedem Falle eine politische Gruppierung. Hier kann man eintreten und austreten, aufgenommen und ausgeschlossen werden. Das antike Athen geizte mit der Einbürgerung Fremder und blieb immer ein Stadtstaat, Rom hingegen war großzügig mit der Vergabe des Bürgerrechts an Ausländer und wurde ein Weltreich. Das „römische Volk“ war eine Rechtskörperschaft aus Angehörigen unterschiedlicher Nationen: *Civis Romanus* konnte auch ein germanischer Fürst aus dem Teutoburger Wald sein wie Arminius oder ein hellenisierter Jude aus Kleinasien wie der Apostel Paulus. Der *populus Romanus* ist in einem imperialistischen Expansionsprozess entstanden, wie das türkische, das russische und vor allem das chinesische Volk. Die Sinisierung Chinas ist, um 2000 v. Chr. vom Hoangho-Bogen ausgehend, längst so weit fortgeschritten, dass China, von Randgebieten wie Tibet abgesehen, heute nicht mehr als

Vielvölkerstaat erscheint, während die Völker Indiens mit Ausnahme von Kaschmir nicht hinreichend politisiert sind, um die nach der Trennung von Pakistan und Bengalen verbliebene, durch das britische Kolonialimperium gestiftete Staatseinheit zu sprengen. Von den Völkern des Russischen Reiches wissen einige bis heute nicht, ob sie eigentlich ein eigenes Volk (oder doch Russen) seien – so die Liven und die Weißrussen. Die ein Volk verbindende Kultur besteht aus stärker oder schwächer ausgebildeten Komponenten, die keinesfalls immer komplett vorliegen müssen. Es kann primär die Sprache (so bei den Deutschen), die Religion (so bei den Juden), die Schrift (so bei den Chinesen) oder das Recht (so bei den Römern) sein – gleichgültig, ob durch Zustimmung oder Gewalt vermittelt.

Betrachten wir die volksbildenden Elemente im Einzelnen, so zeigt sich bei vielen, dass sie aus der Hinterlassenschaft zerfallener Großreiche stammen. Sie haben die Grundlagen für die aus ihnen entstandenen Nationen bis in die Gegenwart gelegt. David und Salomon stehen am Anfang der jüdischen Geschichte, Caesar und Augustus am Beginn der romanischen Völker. Die drei wichtigsten imperialen Erbstücke – die lateinische Sprache, die christliche Religion und das römische Recht – sind aus dem Leben der Völker im werdenden Europa nicht hinwegzudenken. Ebenso handgreiflich sind die Nachwirkungen der arabisch-türkischen Reichsbildungen, der ostasiatischen Großraumordnungen und der europäischen Kolonialmächte. Wenn wir die Macht als Vehikel der Kultur begreifen, dann verlieren Entstehung und Zerfall der Universalstaaten viel von ihrem melancholischen Charakter; dann können wir die im Doppelsinn zu verstehende „Aufgabe“ der Großmächte bejahen.

VI. Die Weltgesellschaft

Das politische Scheitern der Weltreiche ist darüber hinaus kein Indiz dafür, dass die Zukunft den Nationalstaaten gehört. Sind sie wirklich die bessere Staatsordnung? Auf dem Boden des Osmanischen Reiches, der Donaumonarchie und der Sowjetunion finden die Menschen bis heute keinen Frieden. Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker umfasst nicht das Recht auf Selbstbestimmung ihrer Grenzen. Die nicht enden wollenden Versuche dazu beweisen, dass einem Bedürfnis nach ethnischer Identität, nach Wir-Gefühl – und das heißt: nach Abgrenzung – nicht beizukommen ist, sodass ihm in irgendeiner Form politisch und kulturell Rechnung getragen werden muss. Das Eigenleben von Regionen und Gruppen erfordert, wie nicht zuletzt das *communitarian movement* in Amerika zeigt, zunehmend Spielraum innerhalb der bestehenden Staaten.

Dennoch ist der Fundamentalregionalismus keine Alternative zum Kosmopolitismus, sondern dessen Kompensation. Nach Nestwärme verlangt, wer noch nicht flügge ist – und das ist eine Frage der Zeit. Die Nationen werden bestehen bleiben, aber nicht so, wie die Fundamentalisten das wünschen, denn der Volksstaat ist mit dem Völkerkrieg verbunden. Carl Schmitt[31] sah das Wesen des Staates im *ius belli*, in dem Recht und in der Macht, „von Angehörigen des eigenen Volkes Todesbereitschaft und Tötungsbereitschaft zu verlangen“, gegen welchen Staat es immer gehe, denn wenn er nur eine Ausnahme zuließe,

31 Carl Schmitt, Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung, Stuttgart 1981 (1942).

wäre er unfrei und abhängig von diesem Staat. Sollen wir uns aber solche Souveränitäten zurückwünschen?

So wie die Großreiche immer wieder zerfallen sind, so haben sich umgekehrt Kleinstaaten immer wieder zu größeren Einheiten zusammenbinden lassen. Die Mittellinie zwischen dem Auf und Ab der Universalstaaten ergibt jedoch keine Horizontale, keinen *steady state*, sondern zeigt eine Tendenz hin zu umfassenden Strukturen. Die umfassendsten, die bisher verwirklicht wurden, waren das kommunistische und das liberale Weltsystem. Solange die Welt in eine russische und eine amerikanische Einflusszone geteilt war, mussten beide Großmächte Unruhen verhindern, um dem Gegner keine Chance zu eröffnen. Das wurde mit militärischen oder ökonomischen Maßnahmen erreicht. Seitdem die Sowjetunion zusammengebrochen ist, entfällt für die Vereinigten Staaten der politische (wenn auch nicht der moralische) Grund einzuschreiten, wo immer Völker aufeinanderschlagen. Aus dem stabilen bipolaren System wurde ein labiles multipolares, das lokale Konflikte toleriert und so zum Chaos drängt. Sobald die internationale Anarchie allzu schmerzhaft wird, erhebt sich der Ruf nach einer Schutzmacht, die freilich wiederum eine Opposition provoziert, sodass abermals eine Zweisphärenwelt entstünde. Geht das *da capo a fine,* endlos weiter?

Ich denke nicht. Denn der Weltverkehr bereitet eine *metabasis eis allo genos*, einen Zeitensprung, vor. Weltreligionen und Weltkriege, Weltsprachen und Welthandel haben eine Ebene der Gemeinsamkeit geschaffen, sie entisolieren die Nischen und führen hinüber in eine ökumenische Politik, deren Interessen nicht mehr national definiert sind. Die Maxime „Jedem Volk sein Staat!" ist unausführbar angesichts der Tatsache, dass es gegenwärtig zwanzigmal so viele Völker wie Staaten gibt.[32] Die Irredenta wächst mit dem völkischen Eigenwillen. Um das Prinzip des Nationalstaates überall zu verwirklichen, müssten weitere Millionen deportiert werden. Kann man das wollen? Die wachsende Verflechtung, der zunehmende Verkehr, der steigende Austausch an Waren, Gedanken und Menschen überlagert die Regionalismen. Elfenbeintürme und Ghettos werden gesprengt. Der Fortschritt hat bereits eine kosmopolitische Gesellschaft geschaffen, die mehr und mehr Befugnisse übernimmt, mehr und mehr Bedürfnisse erfüllt. Deren oberstes ist der Frieden. Die Kriegsgeschichte hat mit 1945 ihren Höhe- und Wendepunkt hinter sich. Nachdem der russisch-amerikanische Atomkrieg vermieden werden konnte, sind nur noch regionale Konflikte zu erwarten, die zunehmend den Charakter internationaler Polizeiaktionen annehmen – verlustreich so lange, wie Fundamentalisten schwere Waffen führen.

Ebenso wie die von Carl Schmitt herausgestellte Wehrhoheit ist die von Platon (Definitiones 413 E) als Bedingung politischer Selbständigkeit geforderte Autarkie längst dahin. Fichtes *geschlossener Handelsstaat* (1800) war ein Phantom. Dem Weltmarkt und der sanften Gewalt des Geldes widersteht auf Dauer nichts. Die Universalreiche wurden von Wirtschaftsimperien überlagert und abgelöst. Sie sind die Großmächte der Zukunft. Der Kampf geht nicht mehr um Staatsgrenzen, sondern um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Normsysteme. Er wird mit Handelsboykott, Dumpingpreisen und Währungsmanipulationen ausgefochten. Diese Wirtschaftsriesen haben ihr Standbein in Nordamerika, Japan und Europa, aber ein bewegliches Spielbein. Eine Nationalisierung dieser Konflik-

32 Geir Lundestad, The Fall of Great Powers, S. 307.

te wird durch den Interessengegensatz von Produzenten und Konsumenten erschwert, sodass aus den ökonomischen kaum politische Gegensätze erwachsen. Weicht die Industrie weiter in die Billiglohnländer aus, so steigert sie die Arbeitslosigkeit daheim, aber verbessert das Angebot und mindert den demographischen Druck auf die Grenzen der zivilisierten Sphäre. Der Zug der Armen in die reichen Länder könnte diese sonst zur Verzäunung ihrer Grenzen bewegen und damit die politische Regionalisierung ins postimperiale Zeitalter verlängern. Gleichmäßige Verteilung des Wohlstands ist wünschenswert, erfordert aber in den ökonomisch entwickelten wie in den unterentwickelten Staaten gleichmäßige Verteilung der Arbeit und – noch wichtiger – gleichmäßige Verteilung der Vernunft.

Demgegenüber verschlägt es nichts, wenn die Skeptiker hinsichtlich der Aussicht auf einen Weltstaat *sensu stricto* Recht behalten. Eine politische Einheit wird der Blaue Planet vermutlich nie, regionale Rivalitäten sind so unvermeidlich wie klimatische Kontraste. Dennoch werden die Zwistigkeiten eingegrenzt, Entwicklungskrisen beschränken sich auf Krisenherde. Die Niederlagen der Weltreiche in unserem Jahrhundert berühren nicht die Universalidee als solche. Es handelt sich nur um Rückzugsgefechte gegenüber der fortschreitenden Vernetzung der Ökumene. Die seit der Romantik nostalgisch motivierte sprachliche Aufsplitterung der Welt, die Wiederbelebung der Zwergsprachen, fördert die Verbreitung des Englischen – das Bedürfnis nach weltweiter Verständigung ist unabweisbar.

Vor über zweihundert Jahren, 1795, veröffentlichte Immanuel Kant seine Schrift *Zum Ewigen Frieden*. Darin entwarf er einen universalen Staatenvertrag. Ihm ging es um das Zusammenleben der Völker auf republikanischer Basis. Ein solcher *contrat mondial* war undenkbar, solange einzelne Mächte sich als vom Schicksal auserkorene Schiedsrichter mit unbegrenzten Vollmachten verstanden und die Einheit des Menschengeschlechts nur in ihrem jeweiligen Weltreich verwirklichen wollten. Diese Zeit ist vorüber. Die Kolosse auf tönernen Füßen sind gefallen, vom Winde verweht wie die Spreu auf der Sommertenne. Der Stein aber, der herabgerissen ward ohne Hände und das Traumbild Nebukadnezars zermalmte, füllte die ganze Welt – Daniels Deutung versinnlicht den Triumph des universalen Prinzips über die partikularen Interessen.

Der Vortrag von Alexander Demandt wurde am 8. Oktober 2016 gehalten.

Alexander Demandt

„Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland.“

Michael Gehler: *Herzlich willkommen, Alexander Demandt, am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Wir freuen uns sehr, dass Sie sich bei uns eingefunden haben. Wir haben einen standardisierten Fragebogen vorbereitet, der Ihre Biografie berührt, den wissenschaftlichen Werdegang, Fragen allgemein zum Fach Geschichte inkludiert und dann speziell auf Ihre Forschungsschwerpunkte eingeht. Wir beginnen das Gespräch immer mit einer Frage zum Werdegang. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft sagen? Wir sind an einer Universität, die einmal eine pädagogische Hochschule war. Die Frage der Erziehung, der Ausbildung, der Sozialisation spielt hier immer noch eine große Rolle. Wir fragen uns immer: Gibt es ein spezifisches Profil von Historikern?*

Alexander Demandt: Dass ich Historiker geworden bin, ist an sich nicht so überraschend, denn mein Vater war Archivar in Marburg und von daher ist das Interesse an der Geschichte und an der Kultur im weitesten Sinne bei uns zuhause selbstverständlich gewesen. Ich bin ja, wie Sie wissen, 1937 in Marburg geboren. 1945 sind wir während der Bombenangriffe aufs Land gezogen (nach Lindheim auf den Landsitz meines Großvaters), wo ich auch heute noch überwiegend wohne. Dann war ich in Büdingen auf dem Wolfgang-Ernst-Gymnasium und habe mich zunächst etwas stärker für Naturkunde interessiert. Forscher wollte ich schon immer werden. Das war klar. Zuerst wollte ich Kapitän werden, das war noch ganz früh, aber dann wollte ich Forscher werden. Da hatte ich aber noch so eine romantische Vorstellung: Mit dem Fernglas durch den Urwald ziehen und Vögel zählen. Dann hat sich aber sehr bald das Interesse an der Geschichte bemerkbar gemacht. Da spielen bestimmte Dinge eine Rolle, zum Beispiel ein Besuch auf der Saalburg – auf dem Römerkastell. Das fand ich eindrucksvoll.

Mein Großvater hatte im Bücherregal die grünen Bücher von Felix Dahn.[33] Dahn schrieb über die Germanen und da die Germanen und die Römer sehr nah beieinanderliegen, hat mich diese ganze Thematik schon sehr früh interessiert, aber da kam noch eine weitere Sache hinzu, nämlich mein Interesse an der Religionsgeschichte. Mich haben die Bücher von Helmuth von Glasenapp[34] in Tübingen sehr begeistert und daher wollte ich zunächst in Tübingen Religionswissenschaften studieren. Bei meinem ersten Besuch bei Glasenapp in der Sprechstunde, sagte dieser: „Lieber Herr Demandt, wenn Sie vergleichende Religionswissenschaft studieren wollen, müssen Sie eine Religion erstmal richtig

33 Felix Dahn Ludwig Sophus (*1834; †1912), deutscher Historiker und Rechtswissenschaftler, 1863 bis 1872 Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, 1872 bis 1888 Professor an der Albertus-Universität Königsberg und ab 1888 Professor und 1895/1896 Rektor der Universität Breslau.

34 Helmuth von Glasenapp (*1891; †1963), deutscher Religionswissenschaftler, 1928 bis 1944 Professor an der Albertus-Universität Königsberg und 1946 bis 1959 Professor an der Eberhard-Karls- Universität Tübingen.

kennenlernen und da ich Indologe bin, muss es die indische Religion sein und da die indische Religion ihre Texte auf Sanskrit verfasst hat, müssen Sie erstmal Sanskrit lernen." Dann habe ich mir ein Sanskrit-Lehrbuch gekauft, habe ein Semester Sanskrit gelernt und habe festgestellt, dass ich – wenn ich Sanskrit wirklich lernen wollte – drei oder vier Jahre lang mir nichts anderes vornehmen könnte als indische Grammatik. Dafür hatte ich die Geduld nicht. Ich wollte auch Latein studieren, sodass ich mich dann im zweiten oder dritten Semester spezialisiert habe auf die Fächer Geschichte, Philosophie und Latein.

Michael Gehler: *Was führte Sie zu Ihrer Studienwahl? Ist die Erklärung schon das, was Sie eben gesagt haben?*

Alexander Demandt: Ja. Das ist im Grunde schon die Vorgeschichte meiner Studienwahl. Ich bin nach Tübingen gegangen, weil mein Vater dort studiert hatte. Im dritten Semester war ich in München, weil ich mal in einer Großstadt leben wollte. Dann zog ich nach Marburg, weil damals die Hessen als Landeskinder Studiengeldfreiheit hatten. Außerdem lag es nah bei Lindheim, sodass ich in Marburg meine Examina gemacht habe.

Michael Gehler: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende schulische Lehrer, gesellschaftliche oder politische Vorbilder?*

Alexander Demandt: Das kann man schon sagen. Ich habe mein erstes großes Buch 1984 über die Untergangstheorien zum Fall Roms meinen drei prägenden Lehrern gewidmet. Meinem Religionslehrer, Dr. theol. Eidenmüller, der uns vor allem mit außereuropäischen Religionen vertraut gemacht hat. Ich war heute im Roemer-Pelizaeus-Museum und habe mich daran erinnert, wie er uns die ägyptische Religion beigebracht hat. Der Zweite war mein Lateinlehrer Dr. Rudolf Nehrbaß, der uns das logische Denken des Lateinischen nahegebracht hat. In der Oberstufe war es dann mein Deutschlehrer, Lothar Döring, ein Mann, der kulturell sehr interessiert war und eine Doktorarbeit geschrieben hatte über das Weltbild von Alexander von Humboldt[35] und der mit uns Sophokles[36] Antigone aufgeführt hat, der uns Musik nahegebracht hat. Das sind im Wesentlichen die drei Lehrer, die in der schulischen Zeit Eindruck gemacht haben.

Michael Gehler: *Wollen Sie auch auf politische Vorbilder eingehen?*

Alexander Demandt: Politik spielte bei uns in der Schule überhaupt keine Rolle – abgesehen davon, dass wir einen Kommunisten dabeihatten. Der nannte sich so und hieß auch noch Rot und war stolz darauf, aber wir anderen wussten gar nicht, was das war. Das kommunistische Manifest habe ich in der Schule nicht gelesen.

---

35 Friedrich Wilhelm Heinrich Alexander von Humboldt (geb. 1769, gest. 1859), deutscher Naturforscher, Autor des 1808 erschienenen *Ansichten der Natur*.

36 Sophokles (*497/496 v. Chr., †406/407 v. Chr.), griechischer Dichter, Autor von *Antigone* und *König Ödipus*.

„Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland“

Michael Gehler: *Welches Thema wählten Sie für Ihre Dissertation und welche Ergebnisse konnten Sie dabei zutage führen? Gab es akademische Lehrer, die für Sie besonders prägend waren?*

Alexander Demandt: Das sind zwei verschiedene Fragen. Ich habe zwar bedeutende Leute gehört, vor denen ich großen Respekt hatte, aber persönlichen Eindruck hat bei mir nur ein Dozent gemacht. Das war ein frisch habilitierter Althistoriker in Tübingen, Franz Georg Maier.[37] Er war in der Spätantike gut zuhause und hatte ein bis heute wichtiges Buch über Augustinus geschrieben. Er besaß zudem ein Cembalo und ein Reitpferd. Dies war ungewöhnlich für Professoren. Ein junger, dynamischer und liberaler Dozent, der mir auch meine erste Assistentenstelle beschafft hat. Dass er mich später rausgeschmissen hat, muss ich erstmal vergessen.

Lindheim liegt zwischen dem Römerkastell Altenstadt und der keltischen Festung Glauberg. Der Glauberg wurde in den 1930er Jahren von Heinrich Richter, dem Vater eines Klassenkameraden; ausgegraben. Dieser Mann hat mich eines Tages auf den Berg geführt und mir diese ganze Anlange erklärt. Er hat mir eine Episode aus der römischen Geschichte beschrieben, wo ein gewisser Ammianus Marcellinus[38] den Feldzug Valentinians I.[39] gegen eine alemannische Festung in allen Einzelheiten darstellt. Richter hat sich oben auf den Berg gestellt und mir gezeigt, wo das Lager der Römer stand und der Erkundungsritt des Kaisers verlief. Da lagen die Alemannen im Hinterhalt und beinahe hätten sie ihn erwischt. Dort hat er seinen Helm verloren, und es folgte der Angriff von der anderen Seite. Dieser Mann hatte die ganzen Überreste davon gefunden. Ich wollte dann wissen, ob man das mal irgendwo nachlesen könne. Da hat er nein gesagt. Darum bin ich dann zu Fritz Taeger, meinem Lehrer, nach Marburg gegangen und habe gesagt, ich wolle eine Arbeit schreiben über Ammianus Marcellinus, den Geschichtsschreiber. Das hielt er für eine gute Idee. Er hat sich auch selbst gerade damit beschäftigt, war sich aber nicht mehr sicher, ob er das in seinem Alter noch lange durchhalten würde. Er verwies mich dann an einen jungen Dozenten, der gerade erst aus Tübingen gekommen war: Karl Christ.[40] Dieser hat dann die Betreuung übernommen. Das Thema hat sich später verschoben, wie so oft, aber ich blieb bei Ammian, dem zuverlässigsten und vielseitigsten römischen Historiker.

Michael Gehler: *Was war das Thema Ihrer Habilitation und welche Ergebnisse brachten Sie damit hervor?*

---

37 Franz Georg Maier (*1926, †2014), deutscher Historiker, 1957 bis 1963 Privatdozent an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, 1963 bis 1966 Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 1966 bis 1972 Professor an der Universität Konstanz und 1972 bis 1994 Professor an der Universität Zürich.

38 Ammianus Marcellinus (* um 330; †395/400), römischer Historiker, Autor der *Res gestae*.

39 Flavius Valentinianus (*321; †375), römischer Kaiser, 364 bis 375 Kaiser des Römischen Reiches.

40 Karl Christ (*1923; †2008), deutscher Historiker, 1965 bis 1988 Professor an der Philipps-Universität Marburg.

Alexander Demandt: Üblicherweise musste, wer Althistoriker werden wollte, ein römisches und ein griechisches Thema vorlegen. Ich hatte nach meiner Promotion 1964/65 das Reisestipendium des Deutschen Archäologischen Instituts, das Nachwuchsforschern die Möglichkeit gibt, ein Jahr auf Kosten des Instituts durch das Mittelmeer zu reisen. Das habe ich gemacht und mein Schwerpunkt war der Orient. Ich bereiste die Türkei, Persien, den Irak, Jordanien, Syrien und den Libanon. Daraus sind vier Aufsätze geworden, sodass ich also neben „meinem Ammianus" auch einen persischen Schwerpunkt hatte.

Dann kam für mich ein großer Glücksfall: Ich bekam den Auftrag für Pauly-Wissowa, die Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft, einen Artikel über das Oberkommando des spätrömischen Militärs (das heißt über die Heermeister zu schreiben). Ich hatte kein Problem mit der Drucklegung, ich bekam ein Honorar und ich konnte mich damit 1970 in Konstanz habilitieren.

Die Ergebnisse waren Einsicht in die Germanisierung des römischen Offizierskorps und in die Entstehung der römisch-germanischen Militäraristokratie. Das war ein einziges Verwandtschaftsnetz. Ich konnte sogar zeigen, dass Karl der Große[41] mit Kaiser Konstantin[42] verschwägert war. Das sind Dinge gewesen, von denen ich glaube, dass sie die Forschung weitergebracht haben. Die Verbindung zwischen Amt und Familie war da entscheidend.

Michael Gehler: *Die nächste Frage behandelt dann schon Europa: Wann ist Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geografischer Raum, nämlich als ein politisches Projekt erkennbar und wahrnehmbar geworden? Europa ist laut Konsens der Integrationshistoriker von Anfang an mit der Montanunion höchst politisch motiviert gewesen. Es wurde nur durch Kohle und Stahl sowie als gemeinsamer Markt als Wirtschaftsgemeinschaft verkauft, um den politischen Wert nicht übermäßig herauszustellen und die nationalen Souveränitäten nicht über Gebühr zu provozieren. Die Frage lautet: Wann war für Sie als Historiker in Ihrer Wahrnehmung erkennbar, dass das mehr ist als eine vermeintliche Wirtschaftsgemeinschaft, nämlich eine starke politische Idee, die dahintersteckt?*

Alexander Demandt: Ich war nie ein Zeitungsleser und von daher kann ich Ihnen nur ganz schemenhafte Vorstellungen präsentieren. Die Spätantike, mein Thema, ist die Übergangszeit ins europäische Mittelalter, das auf allen Gebieten vom antiken Erbe zehrt. Das hat sich bis in die Neuzeit fortgesetzt und die gesamteuropäische Kultur geprägt. Religion, Staatsdenken, Kunst und Wissenschaft waren immer grenzübergreifend – genauso wie der Adel, das Militär oder die Kaufleute. Bodenständig waren eigentlich immer nur die Bauern. Dies zu meinem Interesse an Europa in der Geschichte. In der Gegenwart geht es um den Grad der Integration.

Wieviel Souveränität sollte man aufgeben, um dieses Netz politisch noch weiter zu verdichten? Da bin ich etwas skeptischer, als es unsere Europa-Euphoriker sonst so sind.

---

41 Karl der Große (*747/748; †814), fränkischer Monarch, 768 bis 800 König und 800 bis 814 Kaiser des Fränkischen Reiches.

42 Flavius Valerius Konstantinus, bekannt als Konstantin der Große oder Konstantin I. (*272; †337), war von 306 bis 337 römischer Kaiser. Ab 324 regierte er als Alleinherrscher.

Wenn unsere Verfassung durchlöchert wird zugunsten von Europarecht, ist mir nicht ganz wohl.

Michael Gehler: *Zusatzfrage: Was bedeutet eigentlich Europa für einen Altertumswissenschaftler? Ist das eine Kategorie für Sie?*

Alexander Demandt: Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland. Aber Griechen und Römer haben nach Asien und Afrika ausgegriffen, dabei Nordeuropa (mit Hildesheim) ausgespart. Konturen gewann Europa durch das Reich Karls des Großen. Wobei dann natürlich die Frage gestellt wird: Gehört Byzanz dazu oder nicht? Wie weit reicht Byzanz nach Osten? Und natürlich die ewige Frage: Wie sieht es aus mit Osteuropa? Die Polen sind katholisch, also gehören sie dazu. Die Russen sind Christen, aber regieren bis an den Pazifik. In der Frage der Zugehörigkeit zu Europa sind sich die Russen selbst unsicher.

Michael Gehler: *Was können Historiker zur Verständigung der Europäer untereinander und zum europäischen Einigungsprozess beitragen?*

Alexander Demandt: Historiker können auf die gemeinsame Geschichte der europäischen Völker hinweisen, auf die zahllosen Kontakte und zur gegenseitigen Verständigung beitragen. In der Praxis ist das Auslandsstudium zu begrüßen. Es wird durch das Erasmus-Programm gefördert, aber durch die Bologna-Reform mit ihren programmatischen Vorgaben behindert. Die Studenten haben einen derartigen Stundenplan vorgesetzt bekommen, dass sie kaum noch wechseln können. Selbst ein Romanistikstudent kann normalerweise nicht mehr nach Frankreich gehen. Jede Universität macht ihre eigene Ordnung und will besser sein als alle anderen und belastet mit jeder Ordnung die Studenten noch mehr, mit recht vielen Pflichtveranstaltungen. Das ist absurd.

Michael Gehler: *Wer sind für Sie die größten Denker, die für die Geschichtswissenschaften anregend und am fruchtbarsten waren?*

Alexander Demandt: Anregend für mich waren Carl Friedrich von Weizsäcker[43] mit seiner Geschichte der Natur, die einschlägigen Schriften von Kant, Spengler, Theodor Lessing[44] und Max Weber. Der Mann, den ich am meisten verdanke, ist Jacob Burckhardt[45]. Seine „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“[46] habe ich bestimmt fünfmal gelesen. Seine „Griechische Kulturgeschichte“ eröffnet einen Kosmos.

---

43 Carl Friedrich von Weizsäcker (*1912; †2007), deutscher Friedensforscher, Philosoph und Physiker, 1964 bis 1970 Leiter der *Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler*.

44 Karl Theodor Richard Lessing (*1872; †1933), deutscher Philosoph, Begründer der Volkshochschule Hannover-Linden.

45 Jacob Christoph Burckhardt (*1818; †1897), Schweizer Kulturhistoriker, Autor der 1860 erschienenen *Die Kultur der Renaissance in Italien*.

46 Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, München 2018.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt Ihrer Ansicht nach die Ideengeschichte als Erklärungsmuster für historische Abläufe?*

Alexander Demandt: Die Geschichte besteht aus Handlungen, Interessen und Ideen. Sie stimulieren und regulieren das Geschehen, wenn auch meist nicht „ideal“. Alle Bewegungen und Richtungen in der Gesellschaft haben ein ideologisches Fundament. Ideologien prägen Geschichte, haben aber auch selbst eine Geschichte, die wir kennen sollten, wenn wir eine Ideologie beurteilen.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert räumen Sie dem Marxismus-Leninismus für die Geschichtswissenschaft ein?*

Alexander Demandt: Der Marxismus hat die Geschichte bewegt und die Historiker belehrt, weil sie traditionellerweise konzentriert waren auf Machtgeschichte, auf Kriegsgeschichte, auf Geschichte der Oberschichten, der Adligen und so weiter. Der Marxismus hat die Arbeit und die „Unterschichten“ ins Bewusstsein gerückt. Von daher hat der Marxismus das Themenfeld der Geschichte erweitert. Als die DDR angefangen hat, die antike Sklaverei zu erforschen, haben unsere Leute im Westen gesagt, dass ginge nicht, dass dem Osten dieses Thema zufällt. Die haben dann in der Mainzer Akademie das große Sklavenprojekt aus der Taufe gehoben, das voriges Jahr zu Ende ging und das Thema nach unseren Standards behandelt. Die Anregung kam jedoch aus dem Osten.

Michael Gehler: *Braucht es mehr Wirtschaft in der Geschichtswissenschaft?*

Alexander Demandt: Mein Bedarf an Wirtschaftsgeschichte ist verhältnismäßig gering, denn ich meine immer noch, was die Menschen im Kopf haben sei wichtiger als das, was sie im Bauch (oder in der Brieftasche) haben.

Michael Gehler: *Ist es nicht bemerkenswert, dass die Wirtschaftshistoriker in Deutschland sich organisieren und sich die Wirtschaftsleute auch noch einmal unterscheiden in die eher deskriptiven und die eher ökonometrisch-analytischen Forscher?*

Alexander Demandt: Diese Spezialisierung ist das Schicksal aller Disziplinen. Dies ist nicht vermeidbar, aber es ist zu beklagen, wenn der Überblick, die Zusammenhänge verlorengehen. Daher sollte die Wirtschaftsgeschichte nicht vergessen, dass sie Teil der Gesamtgeschichte ist.

Michael Gehler: *Haben Sie in Ihren Forschungen ab und zu das Bedürfnis verspürt, noch mehr wirtschaftshistorische Kontexte einzubeziehen, konnten es aber nicht mehr schaffen aus verschiedenen Gründen – quellenmäßig, kapazitätsmäßig, zeitmäßig?*

Alexander Demandt: Ich habe das Handbuch der Spätantike geschrieben und da ist die Wirtschaft ein Kapitel. Die Wirtschaftsgeschichte der Spätantike ist interessant. Die Frage ist ja: Was passiert in dem Augenblick, als das Römische Reich als System zu Bruch geht und die Germanen die Herrschaft übernehmen? Da geht der Fernhandel zu Grunde.

Mit dem Fernhandel gehen die Monokulturen zu Grunde. Diese Großproduzenten in Syrien, Nordafrika und Spanien können nicht mehr über das Meer fahren, weil die Vandalen die Schiffe plündern und weil die Märkte nicht mehr funktionieren. Das heißt, man geht sehr schnell wieder in die Hauswirtschaft über, so dass wir dort durchaus einen Rückfall in der Wirtschaftsgeschichte haben, was die Menge und die Qualität der Produkte angehen. Andererseits hat eine ganze Reihe von technischen Entwicklungen aus der Spätantike sehr fruchtbar gewirkt auf die europäische Geschichte. Dazu zählen die Wassermühle oder das Hufeisen, die Wagentechnik, die Bautechnik mit Stein. Und dann der Codex, das Blätterbuch. Die Römer hatten Rollen – das war sehr unpraktisch. Bücher waren eine Errungenschaft der Spätantike. Start waren die Perikopen, wenn man in den Evangelien nachschlagen wollte. Bis Sie Matthäus auf einer Rolle gefunden haben, müssen Sie lange suchen. Ein Buch schlagen sie einfach auf und dann haben Sie es. Bücher sind auch viel besser zu transportieren als diese Rollen mit dem riesigen Loch in der Mitte.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie die* Cultural Studies*?*

Alexander Demandt: Das mache ich ja. Kulturgeschichte finde ich interessanter als Politikgeschichte, wo es ja mehr oder weniger um Macht geht.

Michael Gehler: *Welchen Wert messen Sie Samuel Huntingtons*[47] Clash of Civilizations *bei?*

Alexander Demandt: Huntington war der Gegenpart zu Francis Fukuyama.[48] Fukuyama hat mit seiner Theorie eine große Vortragsreihe durch Europa gemacht und überall die Säle gefüllt und allen erzählt, die Geschichte sei jetzt vorbei und wir würden jetzt alle Demokraten werden. Huntington zeigt dagegen die großen Bruchlinien der Weltgesellschaft auf. Er macht klar, dass die Mentalität oder auch die Prägung von großen Gruppen sehr unterschiedlich sein kann und natürlich auch die Basis für militärische Konflikte ist. Sein großer ideologischer Gegner, schon damals, war der Islam. Huntington sagt, dass es zwischen Islam und Christentum im Grunde keine Symbiose gibt. Wer das Christentum ernst nimmt und gleichzeitig den Islam ernst nehmen will, gerät in Konflikt. Das Einzige, was uns natürlich verbinden könnte, wäre die Aufklärung, aber die Aufklärung verwässert jede Religion. Das wäre jedenfalls eine gemeinsame Basis, die kulturübergreifende Verständigung ermöglicht.

Michael Gehler: *Was ist Ihrer Ansicht nach der Grund für diese Fundamentalisierung, die im Islam passiert ist?*

---

47 Samuel Phillips Huntington (*1927; †2008), US-amerikanischer Politikwissenschaftler, 1989 bis 2000 Leiter des *John-M.-Olin-Instituts für strategische Studien* der Harvard University.

48 Yoshihiro Francis Fukuyama (*1952), US-amerikanischer Politikwissenschaftler, 1996 bis 2000 Professor an der George-Mason-Universität Washington, 2000 bis 2010 Professor an der Johns-Hopkins-Universität Washington und seit 2010 *Olivier Nomellini Senior Fellow* an der Stanford-Universität.

Alexander Demandt: Fundamentalismus signalisiert ein Identitätsbedürfnis. Das ist durch Globalisierung bedroht. Muslimische Zeloten wollen ihre eigenen Traditionen, ihre eigene Vergangenheit, ihre eigenen Vorstellungen statt *Blue Jeans* und Coca-Cola aus dem Westen haben. Es geht um einen gewissen Stolz auf die Gruppe. Fundamentalismus reibt sich mit den Menschenrechten. Unsere Menschenrechte sind keine universale Kategorie, sondern ein Produkt unseres europäischen Menschenbildes und unser Menschenbild ist ein kulturspezifisches: Es basiert auf dem Vorrang des Individuums vor der Gemeinschaft, auf der Emanzipation des Einzelnen aus Tradition und Konvention. Andere Kulturen idealisieren den Gruppengeist.

Michael Gehler: *Gehört der Islam zu Deutschland? Eine hoch politische Frage, die sehr vereinfacht gestellt worden ist.*

Alexander Demandt: Natürlich. Der Buddhismus gehört auch zu Deutschland sowie alle Religionen, die irgendwie hier sind. Die haben ein Daseinsrecht, gar keine Frage. Selbst der „Alte Fritz“[49] hat erklärt, wenn die Türken kämen, würde er ihnen Moscheen bauen.

Michael Gehler: *Wenn man jetzt präzise nachfragt: Ist der Koran, in seiner strengen Auslegung, vereinbar mit dem deutschen Grundgesetz?*

Alexander Demandt: Auch die Bibel widerspricht unserer Verfassung. Sie vertritt das Gottesgnadentum der Monarchie, die Unterordnung der Frau, die Rechtmäßigkeit der Sklaverei, die Unauflösbarkeit der Ehe, den Absolutheitsanspruch des Christentums gegenüber allen anderen Religionen. Man kann ziemlich alles aus der Bibel herauslesen und aus dem Koran genauso. Es gibt im Koran auch Stellen, wo es heißt, man dürfe niemanden zu seinem Glauben zwingen. Es steht auch drin, dass man niemanden wegen seines Glaubens köpfen darf. Nicht die Dogmatik, sondern das Verhalten der Gläubigen entscheidet über die Verträglichkeit. Heute haben wir keine wesentlichen Probleme zwischen Katholiken und Protestanten mehr. Das hängt damit zusammen, dass die Religion nicht mehr so ernst genommen wird wie früher. Wenn man Religion unkritisch ernst nimmt, dann entstehen Konflikte. Das Bedürfnis nach Frieden ist eben auch kein allgemein menschliches. Eines muss man sich immer klarmachen: Frieden ist besser als Krieg, aber Sieg ist besser als Frieden.

Michael Gehler: *Ist nicht ein Problem auch darin begründet, dass der Islam sehr ernst genommen wird von seinen Gläubigen und das Christentum eher von den Christen nicht mehr? Hat das nicht auch ein Verachtungsmoment in sich aus Sicht der Muslime?*

Alexander Demandt: Als das Christentum – oder was man dafürhielt – ernst genommen wurde, gab es Christenverfolger und Märtyrer, Kreuzritter und Ketzerprozesse. Den Islamisten müssen wir nicht wieder das Christentum entgegensetzen, sondern die Aufklärung. Die fundamentalen Aussagen des Christentums werden heute ohnedies nicht

49 Friedrich der Große (*1712; †1786), preußischer Monarch, 1740 bis 1786 König von Preußen.

mehr geglaubt. Welcher Pfarrer glaubt denn bei uns noch an die Jungfrauengeburt, an das Jüngste Gericht und die Ewigkeit der Höllenstrafen?

Michael Gehler: *Kommen wir zurück zum Fach Geschichte, aber unter Einbezug einer aktuellen Fragestellung: Wie fällt ihr Urteil zur deutschen Geschichtswissenschaftslandschaft aus? Wo sehen Sie Vorzüge und wo sehen Sie Defizite?*

Alexander Demandt: Es gab in den sechziger und siebziger Jahren eine sehr starke Tendenz, Geschichte im positivistischen Sinne, in Statistiken zu behandeln, also gar keine Texte mehr zu liefern, sondern Kurven und Tabellen und Zahlenreihen – eine Mathematisierung und Soziologisierung der Geschichte. Das hatte zur Folge, dass die Geschichte esoterisch wurde, weil das keiner lesen wollte. Nach 20 bis 25 Jahren hat sich dann wieder ein Wandel vollzogen, das heißt, dass die Geschichte wieder erzählbar wurde und heute wieder erzählt werden kann, erzählt wird und erzählt werden darf. Es werden heute mehr Geschichtsbücher verkauft als jemals zuvor. Wie viele davon gelesen werden, weiß ich natürlich nicht, aber das gilt ja für alle Bücher. Auch das historische Interesse ist immens – ob das die Museen sind, ob das der Tourismus ist oder ob das Jubiläen sind. Es gibt jedes Jahr mehr als 20 Jubiläen: Das ist doch Geschichtsinteresse.

Michael Gehler: *Sehen Sie auch Tabuzonen in der Geschichtsschreibung?*

Alexander Demandt: Gewiss! Als Ernst Nolte den Nationalsozialismus in seinen europäischen Kontext gestellt hat, begann der Historikerstreit. Es hieß, der Nationalsozialismus sei unvergleichbar, vergleichen sei verharmlosen. Nolte hat das Phänomen historisch zu erklären versucht, und das galt als Versuch einer Schuldabweisung. Nolte musste den Verlag wechseln. Seitdem gelten rein sachliche Texte zur Geschichte des Nationalsozialismus, die ohne erkennbare Abwertung geschrieben sind, als verwerfliche Apologetik. Die Selbstzensur der moralisierenden *political correctness* wird schärfer und schwingt die Keule des Rassismus, der Frauen- und Fremdenfeindlichkeit.

Ich habe die *Dextrophobie*, die Angst vor allem, was rechts wirkt, zweimal zu spüren bekommen. 2015 lieferte ich der Konrad-Adenauer-Stiftung für die „Politische Meinung“ wunschgemäß einen Aufsatz über die Völkerwanderung und das Ende Roms. Der Text gefiel. Dann gab es die Krawalle in der Kölner Silvesternacht. Daraufhin drehte sich der Wind, die Zeitschrift fürchtete Beifall von der falschen Seite und zahlte ein Ausfallhonorar. Aber die FAZ druckte den Text im Januar 2016 und zahlte gut, die NZZ druckte nach und zahlte besser. Das zweite Mal ging es um den Lilienfeld-Verlag. Er hatte Spenglers Tagebücher publiziert und bat um meine Spengler-Aufsätze. Im November 2015 gab es den Autorenvertrag. Im Dezember lieferte ich und fand Beifall. Dann kam Köln und Lilienfeld verweigerte den Druck. Spengler gilt (ganz zu Unrecht) als konservativ. Ich ging zu Böhlau. Jetzt forderte Lilienfeld mit Anwalt Schadensersatz für entgangenen Gewinn. Der Mann gab sich Mühe, aber verlor. Mein Buch erschien 2017. Was haben die Leute für schwache Knie.

Michael Gehler: *Wie erklären Sie sich das?*

Alexander Demandt: Spengler hat gesagt, dass die Buße das faustische Urbedürfnis ist. Die Buße kann nur stattfinden, wenn man sich an die eigenen Sünden erinnert und sich an die Brust klopfen lässt. Diese Selbstkritik, die bei uns damit verbunden ist und die im Prinzip hoch einzuschätzen ist, hat aber ein Überheblichkeitsgefühl zur Folge: Wir sind besser als die Japaner, denn wir bekennen uns zu unseren Kriegsverbrechen. Wir sind besser als die Türken, denn wir sind Völkermörder und die Türken wollen das nicht sein. Wir sind besser als Spanier und Engländer, die die Sklaverei ja längst abgeschrieben haben, aber wir halten die Erinnerung an die Judenvernichtung präsent.

Michael Gehler: *Zu diesem Interesse an Geschichte, das Sie vor der letzten Frage erwähnt haben: Worauf führen Sie dieses Interesse zurück? Gibt es da Bedürfnisse innerhalb der Gesellschaft?*

Alexander Demandt: Alle Interessen beruhen auf Bedürfnissen.

Michael Gehler: *Warum ist es dann jetzt so stark?*

Alexander Demandt: Das ist deswegen so stark, weil es ökonomisch nutzbar gemacht werden kann. Wenn Sie im Parlament ein Forschungsprojekt durchbringen und Gelder haben wollen und können darauf hinweisen, dass ein schönes Jubiläum ansteht, füllen sich Ihre Taschen. Das hat ja einen guten Grund: Ein Jubiläum selber sorgt dafür, dass bestimmte Dinge in Erinnerung bleiben, aber entlastet auch das Bedürfnis, dass man sich ständig an sie erinnern muss. Dass man von Zeit zu Zeit bestimmte Dinge in Erinnerung bringt, ist sinnvoll, aber es geht nicht, dass das andauernd passiert.

Michael Gehler: *Ist das Fach der Geschichtswissenschaft Ihrer Meinung nach gut aufgestellt oder steht es momentan unter verstärktem Legitimationszwang?*

Alexander Demandt: Das sehe ich eigentlich nicht. Wem gegenüber sollte ich die Geschichte legitimieren?

Michael Gehler: *Den Naturwissenschaften gegenüber.*

Alexander Demandt: Das ist aber ein altes Problem seit dem 19. Jahrhundert schon. Die Frage, ob die Naturwissenschaften oder die Geisteswissenschaften mehr gefördert oder mehr gelehrt werden sollen, ist nicht neu. Deswegen würde ich nicht von einem verstärkten Druck sprechen, sondern von einem Dauerdruck. Es gibt immer wieder Leute, die sagen, nur das würde zählen, was dem Wohlbefinden dient. Kultur ist nicht lebensnotwendig, unterscheidet aber den Menschen vom Tier.

Michael Gehler: *Es geht ja auch um den Schulunterricht. Wir haben zukünftige Lehrer unter uns, die in der Zukunft die zwei verbliebenen Wochenstunden verteidigen müssen, um sie überhaupt noch zu haben.*

Alexander Demandt: Aber man kann den Leuten, die die Geschichte abschaffen wollen, sagen: Wer die Geschichte abschafft, nimmt in Kauf, dass sie sich wiederholt.

Michael Gehler: *Worin sehen Sie die wichtigsten Zukunftsaufgaben der Geschichtswissenschaft?*

Alexander Demandt: Die Aufgabe der Historiker hat Herodot gültig formuliert. Es geht darum, die großen Taten und Untaten in Erinnerung zu halten und zu zeigen, womit wir rechnen müssen, wenn das unterbleibt. Zudem gibt es ein genuin historisches Interesse. Wenn man eine Ruine sieht, dann will man wissen, wer die zerstört hat und wie lange die wohl schon an diesem Ort steht. Dieses Interesse ist einfach da. Das soll der Historiker bedienen, was auch seine gesellschaftliche Aufgabe ist.

Michael Gehler: *Gibt es vielleicht auch Themen, die in Zukunft mehr in den Fokus der Geschichtswissenschaft rücken sollten oder könnten?*

Alexander Demandt: Kritische Wissenschaftsgeschichte tut Not. Der Historiker sollte die Zeitbedingtheit seiner Interessen und Urteile reflektieren, indem er ältere Ansätze vergleicht. Dann zeigt sich die Perspektivität unserer Geschichtsbilder, die vergrößert und verkleinert, verformt oder verschwinden lässt.

Michael Gehler: *Wir kommen jetzt zu den eigenen Fachgebieten und damit natürlich auch zu dem Zusammenhang zwischen Geschichte und Gegenwart, der ja die Lehrer sehr bewegt, die sich immer fragen müssen, wo der Gegenwartsbezug liegt. Sie haben zu Alexander dem Großen*[50] *viel gearbeitet. Uns würde interessieren, in welcher Hinsicht Sie dessen Reichsbildung beurteilen hinsichtlich Entstehung, Genese und vor allen Dingen Nachwirkungen.*

Alexander Demandt: Alexander der Große spielt in der Politikgeschichte eine Schlüsselrolle, weil er die griechische mit der persischen Staatsidee verbunden hat. Die griechische Staatsidee ging von dem demokratischen Grundsatz aus, dass der Staat die Sache aller ist. Die persische Staatsidee geht davon aus, dass es ein großpolitisches Konglomerat geben kann und geben muss, in dem die Völker zusammengehalten werden durch ihre Loyalität gegenüber ihrem Regenten. Diesen Vielvölkerstaat, wo es gleichberechtigte Mitglieder gab, hat Alexander der Große in die Tat umgesetzt und damit die Zeitgenossen verwirrt und auch bei den Makedonen großen Widerstand erweckt, da die Perser genauso wichtig für ihn waren, wie die eigenen Leute, indem er sie nach dem ersten Sieg mit in den eigenen Staat nahm und auch ihre örtlichen Religionen akzeptierte. In jedem Heiligtum, zu dem er gekommen ist, hat er Opfer gebracht.

50 Alexander der Große (*356 v. Chr.; †323 v. Chr.), antiker Feldherr und König, 336 bis 323 König von Makedonien und Hegemon des Korinthischen Bundes.

Michael Gehler: *Wie kommt es, dass Imperien-Historiker so häufig das Imperium Romanum als das Referenzmodell im Auge haben und weniger das Reich Alexander des Großen?*

Alexander Demandt: Die Römer sind die Testamentsvollstrecker Alexanders. Das haben die Römer gewusst und so gesehen. Dazwischen liegen lediglich 200 Jahre Republikgeschichte. Die Hellenisierung Roms und des Römischen Reiches ist das gewesen, was die Geschichte der Kaiserzeit zur Entwicklung macht.

Michael Gehler: *Wie erklären Sie eigentlich diese immense Ausdehnung in kurzer Zeit? Sie haben die Multireligiosität und die Religionstoleranz erwähnt. Wie ist das zu erklären?*

Alexander Demandt: Das sind zwei Faktoren. Der eine Faktor ist, dass der Respekt und das Ansehen der griechischen Kultur schon vor Alexander dem Großen im Perserreich sehr hoch waren. Da gibt es schon hellenistische Ansätze. Der zweite Faktor ist das, was ich Charisma nenne. Alexander der Große war ein Charismatiker, und Charismatiker sind Leute, die andere Leute dazu bewegen, Dinge zu tun, die sie sonst nie getan hätten.

Michael Gehler: *Hat Alexander der Große mit seiner Expansionspolitik das persische Großreich fortgesetzt und gab es die Idee eines Weltreiches anderer Art? Wenn ja, welcher Art?*

Alexander Demandt: Alexander hat bewusst das persische Reich fortsetzen wollen. Er hat sich als persischer Großkönig empfunden, als König von Asien. Er hat die Perser an die griechische Kultur angebunden. Er hat zum Beispiel den Angehörigen des persischen Königshauses, die in seine Vormundschaft geraten sind, Griechisch beibringen lassen. Man sprach zwar schon vorher in Persepolis Griechisch, das wissen wir, weil Xerxes[51] die Bibliothek aus Athen mitgenommen hatte. Auch die griechischen Söldnerführer in Persien konnten mit dem Perserkönig Gespräche führen. Dass das Griechische – als Kultur und Denkweise – im Osten Heimatrecht bekam, war das Neue bei Alexander dem Großen.

Michael Gehler: *Welche Bedeutung hatte die hellenistische Geografie für die Welt der Eroberungspläne und Eroberungszüge Alexanders?*

Alexander Demandt: Die Frage muss man umkehren. Man muss fragen: Welche Bedeutung hatte Alexander für die hellenistische Geografie? Alexander von Humboldt hat Alexander den Großen als den Kolumbus des Ostens bezeichnet. Man hat ja lange Zeit geglaubt, dass der Indus der Oberlauf des Nils sei, weil es sowohl im Indus als auch im Nil Krokodile gibt.

51 Xerxes, 485 bis 465 v. Chr. Großkönig des persischen Achämeniderreiches.

Michael Gehler: *Es gibt doch einen Unterschied in der Raumvorstellung bei den Persern und bei Alexander. Die Perser haben doch geglaubt, so berichtet Herodot[52], dass alles, was weiter weg ist, die Perser nicht interessierte. Alexander hatte das klare Ziel, die ganze Welt erobern zu wollen. Gab es diese Vorstellung schon vor Alexander?*

Alexander Demandt: Die Welteroberer in diesem Sinne gab es natürlich noch nicht. Die Griechen haben Expeditionen durch die Straßen von Gibraltar unternommen und kamen bis nach Schottland. Die Karthager, die von den Griechen inspiriert waren, haben Afrika erforscht. Die allmähliche Ausweitung der geografischen Kenntnisse ist ein Prozess der klassischen Zeit. Die gewinnt mit Alexander eine neue Dimension, vor allem durch seine Kolonisierung. Der Mann hat Städte gegründet und neue Lebensformen durchgesetzt. Das begann mit seinen Veteranen und später mit den aktiven Truppen. Die haben dann die Frauen aus dem jeweiligen Land geheiratet.

Michael Gehler: *Würden Sie denn den grundsätzlichen Unterscheidungen zwischen der Raumvorstellung der Perser und von Alexander zustimmen und damit übereinstimmen, dass es sich bei Alexanders Denken um ein raumübergreifendes, das Fremde einbeziehende und seinem Herrschaftsbereich einzuverleibende, handelt – unabhängig davon, was Welteroberung heißt –?*

Alexander Demandt: Expansiv waren alle. Die Perser haben immer versucht, in den südrussischen Bereich vorzudringen, speziell Kyros und dann Dareios. Er ist dann wieder heil zurückgekommen und hat noch versucht, Griechenland zu erobern. Bei Alexander war das nicht bloß ein Expansionsbedürfnis. Es war Wissensbedürfnis. Er hat eine Expedition zu den Nilquellen geschickt. Auch das Kaspische Meer hat er erforschen lassen. Man wusste nicht, ob das in den Weltozean überging oder ob es ein Binnensee ist. Man kannte bloß die Südküste. Es war die geografische Entdeckerfreude Alexanders, die auf allen Gebieten erkennbar ist, ob das die Botanik ist oder die Zoologie oder das Interesse an Bodenschätzen. Das ist alles mit ganzen Forscherteams bereits erforscht worden.

Michael Gehler: *Aber das ist doch schon ein neuer Wissenschaftsbegriff, der da eingeführt wurde und der kommt aus dem Hellenistischen.*

Alexander Demandt: Alexander hat ein Kriegstagebuch geführt – sowas gab es vorher nicht. Er hat alles aufgeschrieben.

Michael Gehler: *Wir haben ja schon über Imperien gesprochen. Ist ein Imperium ihrer Meinung nach ein stark europäischer Begriff? Wenn ich jetzt an das mongolische Reich denke und an das chinesische Reich, dann wird da selten von Imperien gesprochen, aber bietet sich das nicht auch als Vergleich an?*

---

52 Herodot von Halikarnassos (*490/480 v. Chr.; †430/420 v. Chr.) griechischer Geschichtsschreiber, Verfasser der im 5. Jahrhundert v. Chr. erschienenen *Historien*.

Alexander Demandt: Imperium als Begriff kommt aus dem Lateinischen. Ein Imperium hat zunächst nichts mit Geografie zu tun. Ursprünglich war es der militärische Oberbefehl. Später war es der Bereich, den der Imperiumsträger beherrscht. Großreiche gab es immer. Die gab es in Mittelamerika, die gab es in Ostasien, in Zentralasien, in Russland.

Michael Gehler: *Sie haben auch über das Ende von Weltreichen gearbeitet. Wenn man die jetzt als Muster von Auf- und Untergang betrachtet: Folgen die großen Imperien dann einem Muster oder muss jedes als ein eigener und unvergleichlicher Sonderfall betrachtet werden?*

Alexander Demandt: Die Geschichte ist nichts weiter als eine Sammlung von Sonderfällen, die unterschiedlich ausgeprägt, mehr oder weniger weit auseinanderliegen. Es kommt darauf an, wen man miteinander vergleicht. Natürlich gibt es Vorgänge, die sich wiederholen. Das wussten die Antike schon, und das wussten die arabischen Historiker später. Das liegt daran, dass Imperien zunächst mal ökonomisch fortschrittlich sind. In einem großen Raum können sie die Bodenschätze besser verwerten als in einem kleinen Raum. Sie können Fernhandel betreiben. Sie können Naturkatastrophen besser aushalten. Von daher ist ein Großreich ökonomisch sinnvoller als eine kleinteilige Gliederung. Das Problem ist, dass die Leute allzu friedlich werden. Wenn Leute friedlich werden, haben sie Probleme mit den Leuten, die das nicht sind. Das ist heute bei den islamischen Ländern so, das war bei den Persern so, das war bei den Byzantinern so und das war bei den Römern so.

Michael Gehler: *Im von Ihnen herausgegebenen Buch über das Ende der Weltreiche ist kein Kapitel über die Weltreiche des Islams enthalten oder erkennbar. In der kleinen Weltgeschichte allerdings kommen Sie aber doch auf den Islam in einem Kapitel zu sprechen. Können Sie zu den Bedingungen des Aufstiegs Islams etwas sagen?*

Alexander Demandt: Der Aufstieg des Islams war das Werk Mohammeds. Er hat den Arabern einen Monotheismus nach jüdischem Muster vermittelt und als Charismatiker ein bewaffnetes Gefolge begeistert. Die Araber waren immer kriegerisch und kinderreich und damit den Persern, den Byzantinern und alten Zivilisationen überlegen.

Michael Gehler: *Übernahmen die Eindringlinge eigentlich Techniken des Römischen Reiches? Unterwerfung, Tribut, Abhängigkeit von Völkern? Nehmen die dieses Machtvakuum, das durch den Zerfall des Römischen Reiches entsteht, wahr?*

Alexander Demandt: Man lernt von den Leuten, die man unterworfen hat. So die Römer von den Griechen, die Germanen von den Römern, die Araber von beiden.

Michael Gehler: *Mich würde interessieren, ob der beispiellose Aufstieg des Islams in der Spätantike im Zusammenhang mit dem Untergang Roms steht und ob es noch andere Gründe dafür gibt?*

Alexander Demandt: Aufstiegsfaktoren hängen zusammen mit dem Niedergang der Nachbarn und umgekehrt. So kann man den Zerfall des Römischen Reiches nicht einfach aus inneren Prozessen ableiten, sondern nur aus einem Verhältnis zwischen den inneren und den äußeren Faktoren. Das heißt: Wenn ein Haus im Sturm zusammenbricht, dann ist die Frage, ob das Haus zu schwach oder der Sturm zu stark gewesen ist. Das ist eine dumme Frage, denn entscheidend ist, ob uns das Verhältnis klar ist. In dem Moment, in dem der Sturm stärker ist, kann das Haus noch so stabil sein.

Michael Gehler: *Eine Anmerkung zum Aufstieg des Islams, durch den sich ja auch die Handelswege veränderten. Die Araber kamen im 15. Jahrhundert nach Indonesien. Einige sind dann dortgeblieben und haben ab dann Hinduismus und Buddhismus mehr oder weniger initiiert.*

Alexander Demandt: Hinduismus und Buddhismus sind nicht vom Islam initiiert worden, sondern umgekehrt. Die Araber haben von den Indern gelernt. Die Handelswege haben sich verändert. Es gibt ja die berühmte These, dass das Mittelmeer als Drehscheibe des Welthandels im 7. Jahrhundert mehr oder weniger zum Stillstand gekommen sei – einfach deshalb, weil es zwischen dem islamischen und dem christlichen Bereich keinen wirklichen Handel mehr gegeben hat. Es gab noch ein paar Pilger, die nach Ägypten oder ins Heilige Land gefahren sind, aber keinen Großhandel mehr wie im Römerreich.

Michael Gehler: *Kann man den späten Niedergang der islamischen Großreiche mit dem Untergang Roms vergleichen?*

Alexander Demandt: Vergleichen kann man alles, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten auszumachen. Rom fiel beim Aufstieg der Germanen, Byzanz beim Aufstieg der Türken, das Osmanische Reich beim Aufstieg der europäischen Völker.

Michael Gehler: *Kann ein Untergangsfaktor auch die Überdehnung von Reichen sein?*

Alexander Demandt: Überdehnung ergibt sich aus einem Defizit des Zusammenhalts, das aus Sonderinteressen oder äußerer Bedrängnis resultieren kann. Das ist nicht vorhersehbar.

Michael Gehler: *Manche Beobachter argumentieren ja schon, dass mit dem bevorstehenden Brexit ein ganz wesentlicher Bruch entstanden ist und die Entwicklung der EU rückläufig ist.*

Alexander Demandt: Die Verwässerung der Europaidee durch die Expansion ist evident.

Michael Gehler: *Sie schreiben ja auch, dass das Römische Reich nicht mehr integrieren konnte. Das heißt, da war irgendwie viel zu viel durch viele Außengrenzen, was nicht mehr gut integrierbar war und in dem Sinne dann zum Untergang beigetragen hat.*

Alexander Demandt: In diesem Fall ist das deutlich. Es waren diese Massen, die militärisch organisiert einmarschiert sind: im Westen die Germanen, im Osten die Slawen, im Süden die Araber. Die Römer waren nicht stark genug, um die Fremden wieder raus zu drängen. Das ist eine Frage der Organisation und der militärischen Durchsetzungskraft.

Michael Gehler: *Ich hätte auch noch eine Zwischenfrage, zu den Anfängen des Römischen Reiches. Sie meinten, dass ein Aufstieg immer in Interdependenz mit den Nachbarstaaten und mit einem Machtvakuum stattfindet. Wie konnte Rom so schnell so mächtig werden?*

Alexander Demandt: Rom ist sehr langsam mächtig geworden. Polybios erklärte das mit der römischen Religiosität, ihrer moralischen Festigkeit und ihrer militärischen Disziplin. Die allgemeine Wehrpflicht war selbstverständlich sowie die Beteiligung Aller in irgendeiner Form an der Politik. Das Römische Reich war vor Caesar keine Demokratie, aber eine Republik.

Michael Gehler: *Versuchen wir einen Brückenschlag zwischen dem Ende Roms und unserer heutigen Zeit. Rom, so sagten Sie, war ein Vielvölkerstaat mit einer beispiellosen Liberalität und Toleranz. Der Fall Roms ist das Ergebnis einer misslungenen Integration. Ist Europa zunehmend auch ein Völkergemisch beispielloser Toleranz und Liberalität? Könnte man dann auch bei fortschreitend misslungener Integration in den Strudel einer Abwärtsspirale geraten?*

Alexander Demandt: David Engels meint, wir wären schon mitten drin. Die Liberalisierung eröffnet das freie Spiel der Kräfte. Wenn sie nicht zum Ausgleich gebraucht werden, haben wir den politischen Darwinismus, einen ganz normalen Prozess, der vielleicht nicht zu verhindern, aber zu kontrollieren ist.

Michael Gehler: *Das Imperium Romanum zerfällt und ebenso zerfällt vielleicht auch die Europaidee durch zu starke Integration von Menschen aus dem afrikanischen Kontinent?*

Alexander Demandt: Nicht zu starke Integration ist gefährlich, sondern zu schwache. Dass es biologische Hemmungen gibt, zeigt das „Negerproblem“ in den USA. Die europäische Integration laboriert am nationalen Selbstbewusstsein, das die Euro Fans moralisch abwerten.

Michael Gehler: *Die Frage ist schon, ob wir dann den Binnenmarkt zum Teil aufgeben, ob wir die Freizügigkeit verlieren und den freien Personenverkehr. Das kann man beklagen oder auch nicht beklagen. Die Sache ist nur: Integrationsmäßig verliert die EU dadurch.*

Alexander Demandt: Sie meinen also den Ausgleich und die Vernetzung mit diesen Ländern?

Michael Gehler: *Ja. Ich nehme ein Beispiel: Es tritt tatsächlich ein Land aus der Eurozone aus und führt wieder die eigene nationale Währung wieder ein. Der Vorgang alleine wäre von der Währungszone her, so interpretieren es jedenfalls die Akteure dieses Szenarios, ein Rückschritt.*

Alexander Demandt: Ob die Beibehaltung der DM ein Rückschritt gewesen wäre, darf man aus deutscher Sicht bezweifeln. Das ist eine Frage der Perspektive. Das Interesse der Griechen am Euro beruht auf den Subventionen und den periodischen Schuldenstrichen aus Brüssel. London setzte andere Prioritäten. Ich wünsche den Briten Glück in ihrer *splendid isolation* und weine ihnen keine Träne nach.

Michael Gehler: *Das tue ich auch nicht, aber jetzt sind wir bei einer politischen Diskussion. Ich habe gefragt, wie Sie das in einer großraum-politischen Perspektive interpretieren.*

Alexander Demandt: Es wäre wunderschön, wenn es Friede, Freude, Eierkuchen in ganz Europa gäbe, dass wir alle die gleichen Tischsitten und Umgangsformen hätten – was es ja Jahrhunderte lang gegeben hat – aber ich meine, wenn andere Leute ihre eigenen Sitten und Gebräuche und Vorstellungen wichtiger erachten als das Gemeinsame, dann müssen sie das selber entscheiden und da kann man keine Vorschriften machen. Aber wir sagen den Ungarn, was sie zu tun und zu lassen haben. Wir sind die Schulmeister Europas. Diese Überheblichkeit ist unglaublich.

Michael Gehler: *Man kann auch sagen: Wenn ihr nicht so viele Flüchtlinge oder überhaupt Flüchtlinge aufnehmen wollt, dann ist das euer gutes Recht, aber dann tragt bitte mehr zum Grenzschutz Frontex bei.*

Alexander Demandt: Wenn unsere Meinungsmacher das Versagen des europäischen Grenzschutzes beklagen, aber auf wirksame Sanktionen gegen die schläfrigen Grenzschützer oder auf einen wirksamen nationalen Grenzschutz verzichten, kann man nur lachen. Sie kompensieren das mit dem moralischen Zeigefinger auf die Nachbarn und dem Stolz auf die Europa-Idee ohne Grenzen.

Michael Gehler: *Da bin ich bei Ihnen. Wir haben ja eigentlich über die Ökonomie und den Machterhalt von Imperien gesprochen. Die Ausgangsfrage lautete, ob die Folge von Überdehnung Erosion sein kann und letztlich der Niedergang. Da haben Sie ja erstaunlich kategorisch gesagt: Nein, denn Überdehnung muss nichts Schlechtes sein, so sie korrigiert wird. Demnach ist der Schwund auch nichts Schlechtes?*

Alexander Demandt: Wieso sollte er? Ein großes Problem: In der deutschen Geschichte wurde immer wieder beklagt, dass das staufische Reich im 13. Jahrhundert in die Fürstentümer zerfiel. Es wurde beklagt, dass die Deutschen gegen die Türken und Franzosen nicht mehr gemeinsam handlungsfähig waren, denn jeder Fürst hatte sein eigenes Heer, seine eigene Währung und seine eigene Vorstellung. Aber auf diese Weise ist der Modernisierungsprozess in den einzelnen kleineren Territorien sehr viel stärker prakti-

ziert worden, zum Beispiel die Ausprägung des Beamtentums und des Rechtswesens. Die Selbstständigkeit ist überaus nützlich, abgesehen von den Kulturzentren, die dadurch entstanden sind. Auch diese Kleinteiligkeit hat unter bestimmten Voraussetzungen ihre Vorzüge.

Michael Gehler: *Ich habe das selbst im Geschichtsunterricht erlebt beim Vertrag von Verdun 843. Der wurde betrauert. Es kam zur Reichsteilung und das war alles nicht mehr so groß und schön. Es gab von da an drei Reiche und das war irgendwie schade. Ich beziehe mich auf die These Leopold Kohrs,*[53] *der gesagt hat, dass Europas Einigung erst durch Teilung möglich ist, indem es zerfällt in die kleinsten einzelnen Teile. Das wäre dann das Europa der Zukunft und nicht das von Brüssel aus zentralisierte Europa.*

Zurück zur Kulturgeschichte. Kommen wir auf die andere Publikation zu sprechen, die wir vorhin schon erwähnt haben. Gibt es einen Trend der Konzeptualisierung von Zeit oder bilden die verschiedenen Thematiken dazu so etwas wie einen großen Reigen?

Alexander Demandt: Es gibt schon im Umgang der Menschen mit der Zeit eine Entwicklung. Die Beherrschung und die Einteilung der Zeit, die Berechnung und Ausnutzung ist immer intensiver geworden. Das führt zu dem viel beklagten Zustand, dass wir Sklaven der Zeit sind. Der Kalender regiert unseren Tagesablauf. Das heißt, die Zeit regiert uns und wir regieren nicht mehr die Zeit. Wenn wir das nicht wollen, kämen wir allerdings wieder zurück in den Orient und den Urwald. Da gibt es keine Uhren.

Michael Gehler: *Es sollen die Afghanen zu den ISAF-Soldaten gesagt haben: Ihr habt die Uhren, wir haben die Zeit. Die Botschaft ist rasch angekommen.*

Alexander Demandt: Wobei man natürlich sagen muss, dass diese maximale Selbstausbeutung durch die Zeit die Voraussetzung ist für die blühende Wirtschaft, die wir haben. Ich habe oft mit Leuten im Orient diskutiert. Die haben gesagt, unser Wohlstand sei zwar wunderbar, aber acht Stunden Arbeit am Tag kämen nicht in Frage. Die Mentalität, gerade was die Arbeit angeht, ist eine Sache, die bei den Flüchtlingen zu einem Problem wird. Man muss ja gar nicht bis zu den Afrikanern gehen: Auch in Griechenland war das ja schon anders. Ich erinnere mich an Diskussionen in Nordwest-Griechenland – weit weg von den klassischen Städten. Da wollten meine Frau und ich zu einer Festung. Der Busfahrer weigerte sich aber in das Dorf zu fahren, weil bis dahin 2 km Steinstraße waren, wo Steinbrocken auf der Straße lagen. Wir sind dann hochgelaufen und haben uns für den Rückweg ein Taxi gerufen. Am Ende des Dorfes stand eine Frau mit einem kranken Kind und hat gefragt, ob sie mitfahren dürfe. Wir haben natürlich gesagt, dass sie mitfahren können. Aber die lokalen Männer vor Ort sind nicht auf die Idee gekommen, diese Steine da wegzuräumen. Das wäre Sache des Staates. Sie arbeiteten in ihren Tabakfeldern drei, manchmal sogar vier Monate im Jahr und nutzten die anderen acht Monate zum Kartenspielen. Sie hatten ein anderes Verhältnis zur Zeit.

53 Leopold Kohr (*1909; †1994), österreichischer Jurist und Ökonom, Verfasser des 1958 erschienenen *The Breakdown of Nations*.

Michael Gehler: *Kommen wir zurück zu Ihrem Buch. Da erwähnen Sie Augustin und seine These einer rein mentalen Existenz von Zeit. Hat Augustin mit seiner These übertrieben?*

Alexander Demandt: Zeit ist nicht sichtbar, aber sie ist das, was der Lauf der Sonne und der Donau, der Pulsschlag und das Ticken der Uhr gemeinsam haben. Das zu erkennen und zu benennen ermöglicht der Geist. Jegliche Erkenntnis ist ein Geistesprodukt, Interpretation von Sinneseindrücken.

Zeit gibt es in der Natur. Zeit ist eine Naturdimension, die nicht geschaffen, aber von uns erkannt wurde. Die Art und Weise, wie wir mit der Zeit umgehen, ist menschlich. Die Zeit als solche ist der Inbegriff der Bewegung. Wo auch immer Bewegung stattfindet, ist Zeit im Spiel. Sie ist teilbar und daher messbar. Auch unsere Lebenszeit. Zeit ist das Teilbare.

Michael Gehler: *Zur folgenden Frage haben wir schon ein paar Gedanken von Ihnen gehört. Vielleicht nochmal konkreter: Welche Rolle spielt ihrer Meinung nach die mentale Theorie der Zeit als Wahrnehmungsform des Subjekts in der abendländischen Kulturgeschichte?*

Alexander Demandt: Das Zeitregiment im christlichen Europa beginnt in den Klöstern mit den Uhren für die Gebetsstunden. Das wurde für die Arbeitswelt übernommen, wobei es in der Antike so etwas Ähnliches schon gegeben hat. Die hatten Wasser- und Sonnenuhren, und in Byzanz ging, wenn die Sonne im Zenit stand, ein Pfiff über die Stadt.

Michael Gehler: *Ist vielleicht schon das römische Lager ein Vorbild für die Klöster gewesen?*

Alexander Demandt: Im Lager brauchte man Uhren für die Nachtwache. Die Senatssitzungen endeten mit dem Sonnenuntergang und während der Sitzung stand ein Sklave bereit und beobachtete den Verlauf der Sonne und wenn sie untergegangen war, schickte der die Senatoren nach Hause.

Michael Gehler: *Da gibt es eine Verbindung zwischen dem Kalender und der Uhrzeit. Wir haben eine Einteilung von 60 bzw. 360. Man kann es durch 2 und durch 3 teilen und das kommt meines Wissens aus Persien.*

Alexander Demandt: Das Duodezimalsystem kommt aus dem Orient und beruht auf den 12 Mondperioden.

Michael Gehler: *Wie ist eigentlich dieses Paradox zu erklären, dass heute mehr Menschen sagen, sie haben keine Zeit, wo doch so viele technische Errungenschaften und Erleichterungen des Lebens gegeben sind und Menschen früher nicht alle diese Dinge wie Spül- und Waschmaschinen im Haushalt hatten, offensichtlich aber mehr Zeit. Wie ist das zu erklären?*

Alexander Demandt: Das ist einfach zu erklären: Das ist die Reizüberflutung. Durch die Tatsache, dass wir heute so unglaublich viele Möglichkeiten haben, die alle verwirklicht werden wollen, aber nicht verwirklicht werden können, stehen wir in der Defensive gegenüber den Möglichkeiten, die wir nicht praktizieren wollen. Was meinen Sie, was ich für Bauchschmerzen habe, wenn ich meine Bücher sehe.

Michael Gehler: *Wieso?*

Alexander Demandt: Weil ich keine Chance habe, alle zu lesen. Wenn ich nur ein oder zwei Bücher hätte, dann hätte ich dieses Problem nicht, aber die Vielzahl der Möglichkeiten schafft das Gefühl, dass man nicht alles kann und sich selber unter Druck setzt, weil man mehr möchte als man kann.

Michael Gehler: *Heißt das, dass Verzicht geboten wäre?*

Alexander Demandt: Natürlich. In dem Augenblick, in dem Sie sich von diesen Bedürfnissen freimachen, werden Sie frei sein. Ich freue mich immer, wenn ein Termin abgesagt wird, den ich nicht abgelehnt habe.

Michael Gehler: *Katerina Selin beschreibt Ihre Einschätzung vom 18. Februar 2016 zur Flüchtlingsproblematik folgendermaßen: „Ein Plädoyer für einen starken Staat, der Flüchtlinge von den Grenzen fernhalten muss, sofern er seine Macht und kulturelle Identität behalten will.“[54] Ist das Ihre Einschätzung und halten Sie diese noch für opportun?*

Alexander Demandt: Es geht nicht darum, Zuwanderer abzuweisen, sondern darum, die Einwanderung zu kontrollieren. Die Amerikaner überlegen sich, wen sie annehmen. In Südafrika war es lange so, dass man eine Berufsausbildung gebraucht hat, wenn man kommen durfte. Die Australier haben ihre Grenze nach Indonesien dicht gemacht. Wenn es heißt, Deutschland sei ein Land, wo man Geld ohne Arbeit bekommen kann, so hat das Folgen. Die Einwanderer nach Amerika mussten sich selber ernähren. Man sollte nicht die Flüchtlinge mit Brandbomben attackieren, sondern die Politiker abwählen, die zulassen, dass die unkontrolliert einwandern.

Michael Gehler: *Die Reaktion besteht ja darin, dass die AfD offensichtlich von Erfolg zu Erfolg eilt. Das ist eine andere Form von Protest.*

Alexander Demandt: Es könnte sein, dass die AfD einen ähnlichen Effekt erzielt wie damals die Grünen. Die Grünen haben ihren Erfolg dadurch produziert, dass alle Parteien in irgendeiner Weise diese naturnahe Politik übernommen haben. Es könnte sein, dass der AfD oder diesen flüchtlingsfeindlichen Gruppen irgendwann der Wind aus den Segeln genommen wird, wenn man hier zu einer Einwanderungspolitik kommt.

54 https://www.wsws.org/de/articles/2016/02/18/dema-f18.html (abgerufen 25.2.2016).

„Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland“

Michael Gehler: *„Das Römische Reich war fremdenfreundlich, doch Einwanderer ließen sich nur in überschaubarer Zahl integrieren. Das Machtgefüge verschob sich. Den Fremden blieb das Reich fremd, trotzdem übernahmen sie die Macht.“*[55] *Durch diese These als Schlagzeile in der FAZ vom 22.1.2016 ist quasi ein Vergleich zur heutigen Situation gezogen. Bringt das Ihre Sorge auf den Punkt? Kann Fremdenfeindlichkeit ein Auslöser für den Niedergang des Abendlandes sein?*

Alexander Demandt: Die Überschriften macht die Zeitung. Sie sind nicht immer in meinem Sinn. Selbst im Text habe ich einen Druckfehler gefunden, nämlich wo von Fremdenfeindlichkeit die Rede ist, obwohl es um Fremdenfreundlichkeit geht. Den Begriff des Abendlandes muss man mit Vorsicht verwenden, er gemahnt an Kreuzzüge. Heute sind die Muslime unter uns, zumal in Berlin. Hier wünschte ich die Wahrung der Standards.

Michael Gehler: *Wir hatten hier Jörg Baberowski*[56] *zu Gast und der hat uns im abendlichen Kreis gesagt, Berlin sei ein* failed state. *Er hat das bezeichnet als ein nicht mehr wirklich funktionierendes Gemeinwesen. Er müsse, um einen Personalausweis verlängert zu bekommen, erstmal um einen Termin bitten über eine Internetagentur, wo er alleine für die Terminvermittlung 50€ zahlen müsse, um den Termin zu bekommen beim Stadtmagistrat der Stadt Berlin. Er hat ferner erzählt, dass er schon drei Mal umgezogen ist aus Vierteln, wo mafiöse Tendenzen herrschen und offensichtlich eine russische Mafia versucht, die Leute aus diesen Vierteln hinauszudrängen. Er lebt jetzt in Charlottenburg, wo es ihm besser geht. Solche Beispiele hat er uns über Berlin erzählt.*

Alexander Demandt: Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken.

Michael Gehler: *Es sind offensichtlich nicht immer die Peripherien das Problem bei Imperien, sondern das Problem kann auch mitten im Zentrum liegen. Gibt es noch weitere Einflüsse, die genannt werden können, wenn es um den Niedergang des Abendlandes geht? Oder geht das Abendland eigentlich gar nicht unter und es handelt sich nur um die „Angst des weißen Mannes“ – ein Begriff von Peter Scholl-Latour*[57]*?*

Alexander Demandt: Die Angst des weißen Mannes ist eine alte Sache. Das früheste Zeugnis, das bei mir großen Eindruck hinterlassen hat, ist das Buch von Seestern „1906“. Das Buch beschreibt aus der Sicht von 1907 die Vorgänge von 1906 und erschien 1905. Es simuliert den Ersten Weltkrieg. Er wurde ja lange erwartet. Ein Konflikt zwischen den Kolonialmächten Deutschland und England um Samoa führt zum Kriegsausbruch. Die Franzosen werden abgewehrt, aber die Engländer setzen ihre Flotte in Bewegung und bombardieren Hamburg und Kiel. Die Deutschen sind mit ihrer Flotte nicht gleichwertig.

55 http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/untergang-des-roemischen-reichs-das-ende-der-alten-ordnung-14024912.html (abgerufen 30.1.2016).

56 Jörg Baberowski (†1961), deutscher Historiker, seit 2002 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.

57 Peter Roman Scholl-Latour (†1924; †2014), deutsch-französischer Journalist, Verfasser des 1979 erschienenen *Der Tod im Reisfeld*.

Nach wenigen Monaten erheben sich die Kolonialvölker weltweit gegen ihre Herren, die sich jetzt in Europa gegenseitig die Köpfe einschlagen. Jetzt ist deren Stunde gekommen und das hat die Folge, dass man sich in Europa einigt, um die Welt weiter im Griff behalten zu können. Das nennt man also „die Angst des weißen Mannes". Spengler erwartete die „farbige Weltrevolution". Aber was den Europäern von dieser Seite widerfuhr, ist ein Klacks gegen das, was sie sich untereinander angetan haben.

Michael Gehler: *Wir haben vorhin vom Faktor Zeit gesprochen. Zusatzfrage: Wie weit ist es nicht ein bemerkenswertes Phänomen, dass solche Urängste, solche Sorgen und Emotionszustände um Jahrhundertwenden herum passieren? Fragt sich die Menschheit zu Beginn eines Jahrhunderts, wo der Weg hinführt und entsteht dabei ein hohes Maß an Ungewissheit? Um 1500 und 1000 gab es schon milleniumsapokalyptische Befürchtungen.*

Alexander Demandt: Das trifft nicht zu. Das Jahr 1000 ist nur in irgendeinem bayerischen Kloster wahrgenommen worden, weil die christliche Jahreszählung nicht populär war. Das spielte im Bewusstsein keine Rolle, denn man hat immer geglaubt, im nächsten Jahr würde das Jüngste Gericht hereinbrechen. Die Verlobungsurkunde des Enkels von Friedrich II. mit der Prinzessin von Burgund ist ausgestellt worden am 2000. Geburtstag von Rom. Das hat man gar nicht gemerkt. Wann hatte man denn überhaupt Kalender? Das ging erst los mit dem Buchdruck im 16. Jahrhundert. Davor kannte man die Heiligentage.

Michael Gehler: *Wenn man aber jetzt vom Niedergang des Abendlandes ausgehen würde, von welchem Zeitraum müssten wir in diesem Kontext dann sprechen?*

Alexander Demandt: Spengler hat das kunst- und kulturgeschichtlich begründet. Er hat gesagt, der Niedergang geht mit dem Ende des Barocks los, als der Historismus die Stillosigkeit zur Folge hatte. Das war für ihn das Ende der Kulturperiode, der Untergang des Abendlandes, der Beginn der kulturlosen Zivilisation ohne absehbares Ende, wenn wir die „farbige Revolution" abwehren. Er prophezeite den Zweiten Weltkrieg mit der Welthegemonie des Siegers.

Michael Gehler: *Die nächste Frage nimmt Bezug auf einen Artikel in der* Welt *vom 11.9.2016. Das beginnt mit dem Zitat: „Das war es dann mit der römischen Zivilisation." Sind Sie der Auffassung, dass durch weitere Zuwanderung damit gerechnet werden muss, dass sich in der Bundesrepublik das grundgesetzliche bzw. rechtsstaatliche Wertesystem auflösen kann?*

Alexander Demandt: Wer soll das ausschließen? Der Historiker muss grundsätzlich mit allem rechnen. Mit unserer Lebensform ist es vorbei, wenn die Jugend nicht mehr in dem Geist erzogen wird, der die Basis unserer Lebensform ist.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie die derzeitige Lage der Europäischen Union? Wie würden Sie das beschreiben? Wir haben jetzt über Wochen, Monate und sogar Jahre sehr viele Negativbilder gezeigt bekommen. Der Spiegel hat gezeigt, wie das alles zusammenfällt*

wie beim Domino. Ist das eigentlich eine angemessene Einschätzung der Verhältnisse? Sie haben ja vorhin bereits angedeutet, dass das gar nicht so schlecht sein muss und dass es zum Teil europäische Realität ist, sich unterschiedlich auszurichten. Wie würden Sie denn als Imperien-Experte den Zustand der EU der letzten Jahre einschätzen?

Alexander Demandt: Sie fragen nach der Europathologie. Man muss sich darüber klar sein, dass die meisten Entwicklungen nicht konsequent verlaufen. Es gibt Regression und Regeneration, auf und ab. Der Zusammenhalt Europas lockert und festigt sich im Wechsel, geht aber selbst nicht verloren. Wer denkt noch an einen neuen Krieg mit Polen oder Frankreich?

Michael Gehler: *Man könnte ja sagen, dass diese EU-Ost-Erweiterung mit der NATO-Ost-Erweiterung im Voraus für eine Art Erweiterungsrausch steht, wo man beinahe wie betrunken gewesen ist vor Erweiterungsambitionen mit der Türkei, der Ukraine und Moldawien und das jetzt genau das eingetreten ist, was Sie gerade beschrieben haben, dass man nämlich auf den Boden der Tatsachen zurückgekehrt ist, nachdem man sich einfach übernommen hat.*

Alexander Demandt: Vernünftige Politik wird bedroht durch überspannte Hoffnungen und übertriebene Befürchtungen. Realismus verlangt Augenmaß, und das Augenmaß ist das, was der Politik zumeist fehlt.

Michael Gehler: *Wir haben vor kurzem ein Cover gesehen mit dem Titel* Die Entrückten. *Gezeigt wurden Konrad Adenauer,[58] Helmut Kohl[59] und Angela Merkel. Man konnte aus dem Untertitel entnehmen, dass eine Entrückung von den Realitäten, von der Basis und vom Bezug der alltäglichen Probleme der Menschen gemeint war. Ist das auch ein allgemeinhistorisches Phänomen? Können Sie das auch mit der Antike greifen? Ist das nicht spezifisch zeithistorisch durch den engeren, dynamischeren Zeitablauf und die übermäßigen Herausforderungen an Politik?*

Alexander Demandt: Wo würden wir das bei Kohl ansetzen?

Michael Gehler: *Die Jahre 1996, 1997 und 1998, wo ihm nicht beizubringen war, dass er die nächste Wahl nicht gewinnen wird und trotzdem nochmal antreten musste und wollte und überzeugt war, nochmal gewählt zu werden. Das ganze Kabinett war unsicher und wollte eigentlich mindestens eine Regierungsumbildung mit neuen Leuten und neuen Köpfen, und Kohl war nicht zu bewegen.*

---

58 Konrad Hermann Joseph Adenauer (*1876; †1967), deutscher Jurist und Politiker, 1946 bis 1966 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 1949 bis 1963 1. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1951 bis 1955 Bundesminister der Auswärtigen.

59 Helmut Josef Michael Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker, 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1973 bis 1998 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und 1982 bis 1998. 6. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Alexander Demandt: Das war Adenauer auch nicht.

Michael Gehler: *Bei Adenauer war das Problem, dass er noch Bundespräsident werden wollte, was ihm keiner mehr zutrauen konnte. Dann wollte er auch noch als Bundeskanzler verlängert werden und musste gegen seinen Willen gehen, obwohl er noch gegen Ludwig Erhard[60] intrigiert hatte. Er hatte auch keinen Nachfolger stark gemacht wie Helmut Kohl beispielsweise mit Wolfgang Schäuble,[61] den er am Ende auch nicht mehr wollte. Würden Sie auch von Kanzlerin Merkel denken, dass sie so an der Macht klebt?*

Alexander Demandt: Das machen andere Frauen auch, wenn ich so an England denke.

Michael Gehler: *Hört da Ihrer Ansicht nach das Staatsmännische auf, wenn nicht begriffen wird, dass die Zeit abgelaufen ist und man den Abgang besser hätte vorbereiten sollen und können?*

Alexander Demandt: Ich kenne nur einen Staatsmann, der freiwillig auf die Macht verzichtet hat: Kaiser Diokletian. Er hat planmäßig nach 20 Jahren Nachfolger bestellt, sich in den Alterspalast Spalato zurückgezogen und sich seinem Gemüsegarten gewidmet. Hat Jelzin den Stab freiwillig an Putin übergeben? Bismarck musste gehen, der Kaiser hat das entschieden. Der Friede hat seinen Rücktritt um 24 Jahre überdauert. Heute ist es die Aufgabe der Kabinette und Parteien, dafür zu sorgen, dass da jemand an der Spitze nachrückt. Ein Problem ist die Politikmüdigkeit. Leute, die was werden wollen, machen das in der freien Wirtschaft oder in der Wissenschaft oder sonst wo, aber nicht in der Politik. Das liegt auch daran, dass der Handlungsspielraum der Politik immer enger wird. Da kommen die großen Verbände und die große Wirtschaft und die großen Banken und die sagen einem dann, was man zu tun hat.

Michael Gehler: *Sie haben Bismarck angesprochen. Da ist natürlich der Konflikt mit Wilhelm II.[62] sofort ins Auge springend. Das war auch ein Generationenkonflikt in dieser Zeit. Die Frage lautet: Welche Generation und welche Norm bestimmen die Politik? Welche Generation hat das Heft in der Hand und versucht es zu behalten? Wie würden sie überhaupt die Frage nach Generationenkonflikten im historischen Ablauf einschätzen? Ist das hinreichend erforscht?*

---

60 Ludwig Erhard (*1897; †1977), deutscher Politiker und Wirtschaftswissenschaftler, 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963 bis 1966. 2. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1966 bis 1967 Parteivorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

61 Wolfgang Schäuble (*1942), deutscher Politiker, 1984 bis 1989 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, 1989 bis 1991 und 2005 bis 2009 Bundesminister des Innern, 2009 bis 2017 Bundesminister der Finanzen und seit 2017 Präsident des Deutschen Bundestages.

62 Friedrich Wilhelm Viktor Albert von Preußen (*1859; †1941), deutscher Monarch, 1888 bis 1919 Deutscher Kaiser und König von Preußen.

Alexander Demandt: Der Generationenbegriff ist mit Vorsicht verwendbar. Es gibt die Zwischenkriegsgeneration, es gibt die Nachkriegsgeneration, es gibt die 68er-Generation und manche sprechen von einem 25-Jahre-Rythmus. Das ist ein wenig diffus. Natürlich ist es so, dass die Altersgleichen vielfach gleiche Erfahrungen und sehr ähnliche Anschauungen haben und von daher in Konflikt geraten mit Älteren oder Jüngeren, die andere Vorstellungen haben. Die überalterte Führung hat sich in Russland und in der DDR bemerkbar gemacht.

Michael Gehler: *Man fragt sich ja auch bei der Geschichte der Europäischen Union: Was ist jetzt für eine Generation am Ruder? Eine Generation, die den Krieg nicht mehr erlebt hat, die die Nachkriegszeit nicht mehr erlebt hat, die zum Teil auch den Kalten Krieg nur als Jugendliche erlebt hat und überhaupt nicht mehr diese Bedürfnisse des Zusammenhalts und des Findens von Kompromissen verspürt. Da finde ich, dass noch viel Forschung möglich ist, um darzustellen, wer eigentlich diese Kommissionspräsidenten waren, wer die Kommissare waren, was diese Leute für Biografien und Sozialisationen haben und warum Europa heute nicht mehr so viel hat von diesem offensichtlichen Drang, zusammen zu stehen.*

Alexander Demandt: Man gewöhnt sich einfach an einen bestimmten Stand und glaubt, wenn man nichts tut, würde man den auch behalten. Das ist natürlich sehr gefährlich.

Michael Gehler: *Dann wird man Opfer des eigenen Erfolges?*

Alexander Demandt: Das ist normal. Erfolg macht unvorsichtig. Die Leute strengen sich an, wenn es ihnen schlecht geht. Dann bauen sie etwas auf, dann haben sie wieder etwas, dann werden sie bequem und dann geht es wieder bergab. Das ist das Dekadenzschema, das schon die alten Griechen erlebt haben.

Michael Gehler: *Also ein Plädoyer für die Zyklenhaftigkeit der Geschichte?*

Alexander Demandt: Im Einzelnen sicher. Man kennt das Schema vom Hausgut mancher Familiengeschichte. Der Vater schafft es, der Sohn verwaltet es, der Enkel verspielt es. Wie im Kleinen so im Großen. Das Große bleibt groß nicht, und klein nicht das Kleine. Wer will das hören? Hier variiere ich Klabund 1922: Man soll nie etwas Mündliches von sich geben. Es diskreditiert immer, besonders wenn es nachher gedruckt wird.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank, Herr Demandt, für dieses Gespräch.*

Interview mit „Radio Tonkuhle“

Thomas Muntschick: *Dimensionen und Perspektiven einer Weltgesellschaft – so der Titel einer Tagung, die in der vergangenen Woche vom Institut für Geschichte in der Tagungsstätte St. Michaelis und in der Volkshochschule Hildesheim veranstaltet wurde. Der Titel steht mit einem großen Fragezeichen. In diesem Zusammenhang hat Professor*

Alexander Demandt einen Vortrag gehalten und zwar über Oswald Spenglers[63] Untergang des Abendlandes *als global- und kulturgeschichtliche Prognose. Herr Demandt, unsere Hörer sind keine Geschichtswissenschaftler. Dürfte ich Sie kurz bitten, die Aussage Spenglers zusammenzufassen, denn dieses 1917 veröffentlichte Werk hat damals für viel Furore gesorgt und ist in der Kritik auch sehr unterschiedlich bewertet worden.*

Alexander Demandt: Spengler hat sich damals gegen die Fortschrittsideologie gewandt und hat erklärt, die Geschichte bestünde im Wesentlichen aus mehr oder weniger unabhängig voneinander existierenden und nebeneinander lebenden Kulturen. Er unterscheidet insgesamt acht Kulturen: die antike, die chinesische, die indische, die mittelamerikanische, die arabische und – natürlich – die europäische Kultur. Spengler glaubte, alle diese Kulturen hätten einen mehr oder weniger gleichartigen Geschichtsverlauf hinter sich. Vor allem, wenn er die Antike und das Ende der Antike beschreibt, sah er eine ganze Reihe von Parallelen zu unserer Entwicklung. Dann hat er ein Buch, das den Untergang der alten Welt behandelt, zum Anlass genommen, den Untergang des Abendlandes zu beschreiben, wobei das Abendland selber identisch ist mit einer bestimmten Kulturkonfiguration, die er sich ausgedacht hat und die eben, wie er meint, ausläuft oder übergeht in eine Zivilisationsphase, die aber keine große Kultur mehr sei.

Thomas Muntschick: *Der wohl größte Unterschied zu dieser vor 100 Jahren erschienenen Publikation ist heute ja die häufig gebrauchte Metapher von der interdependent miteinander vernetzten Welt, die damals von ihm noch gar nicht so gesehen wurde. Er ging eher von nomadisch vor sich hinvegetierenden Kulturen aus. Das kann man heute alles so nicht mehr halten, aber die Parallele, die mir ins Auge gefallen ist, bezieht sich auf einen Artikel, den Sie zu Jahresanfang veröffentlicht haben und der den Titel hatte:* Untergang des Römischen Reiches – Das Ende der alten Ordnung. *Gibt es da eine Brücke zwischen diesen beiden Titeln? Es klingt ja zunächst, vor dem Hintergrund der Untergangsmetapher, nach dem Ende von Kultur, nach dem Ende von Reichtum und nach großem Chaos. Ich denke, vielleicht war das die Angst Ihrer Auftraggeber, denn die wollten diesen Artikel zunächst nicht publizieren.*

Alexander Demandt: Eine Parallele liegt natürlich erstmal darin, dass wir in der spätrömischen Zeit mit einem welthistorischen Gegensatz zu tun haben. Auf der einen Seite gab es dieses hoch zivilisierte und sehr reiche Imperium Romanum und auf der anderen Seite das arme, aber menschenreiche „Barbarentum“ – vor allem auf Seiten der Germanen. Von daher gab es einen ständigen Bevölkerungsdruck von Seiten der Germanen auf die römischen Grenzen und die Römer haben Jahrhunderte lang mit diesem Problem zu kämpfen gehabt: Entweder man baut einen Limes und lässt niemanden rein oder man übernimmt größere Teile in das Reich und stellt die Leute als Söldner an. Es kamen aber immer wieder Neue und das hat dazu geführt, dass das römische Heer letztlich überwiegend aus Germanen bestand. Als dann eines Tages die Germanen in größerer Anzahl an

63 Oswald Arnold Gottfried Spengler (*1880; †1936), deutscher Historiker, Autor des 1918 und 1922 in zwei Bänden erschienenen *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte*.

der Donau erschienen, haben sie den Einzug mehr oder weniger erzwungen und bekamen so die Fäden in die Hand.

Thomas Muntschick: *Also haben nicht die Amerikaner mit ihrer Black-Water-Armee das Söldnertum erfunden, sondern schon die alten Römer hatten solche Heere?*

Alexander Demandt: Söldner hat es zu allen Zeiten gegeben. Es waren vor allem immer die Armen, die die Söldner gestellt haben. Das waren in der Schweiz die Leute aus den frostigen Alpen, das waren in Preußen die Leute aus der Sandwüste Brandenburgs. Auch bei den Arabern in der Wüste: Wenn es nichts zum Essen gab, dann hat man eben Krieg geführt.

Thomas Muntschick: *Der wesentliche Unterschied, den Sie in diesem Artikel trotzdem hervorheben, ist, dass dieses Römerreich keine ethnische Nation gewesen sei, sondern, dass es sich dabei um eine Rechtsgemeinschaft gehandelt hat. Dies ist natürlich ein kleiner, aber ganz wichtiger Unterschied zu denen, die sich jetzt vielleicht populistisch Anleihen bei Ihnen ziehen wollen – nach dem Motto: Diese Untergangsvision kann man ja auch hier bei uns angesichts der hereinströmenden Flüchtlingswellen analog betrachten.*

Alexander Demandt: Das Römische Reich war natürlich ein Vielvölkerstaat – gar keine Frage. Dieser Staat hatte aber ganz klare Strukturen. Es gab zwei Bereiche, die kein Multikulti gewesen sind: Das eine war natürlich das politische System und das andere war das Rechtssystem. Das heißt: Das Militär und das Rechtswesen waren ganz klar lateinisch-römisch geprägt und alle Leute, die sich in diesem Römischen Reich wohl fühlen wollten, mussten sich nach diesen Regeln richten und mussten im Militär dienen. Das war ein Indikationsfaktor, der Jahrhunderte lang funktioniert hat. Dass der zum Schluss nicht mehr funktioniert hat, war letztlich ein reines Quantitätsproblem. In dem Moment, an dem die Germanen zu hunderttausenden einmarschiert sind, kann man nicht mehr von Migrationswellen sprechen – schon gar nicht, weil die ja auch organisiert und bewaffnet waren.

Thomas Muntschick: *Sie formulieren in Ihrem Artikel, auf die Frage hin, was Sie als Historiker heute Angela Merkel[64] als Bundeskanzlerin raten würden: „Wir müssen den Zustrom begrenzen. Das weiß im Grunde auch jeder. Dazu muss man Härten in Kauf nehmen. Wir dürfen unsere Souveränität nicht aufgeben. Frau Merkel darf nicht zum Wohle fremder Regierungen, die uns Flüchtlinge schicken und auf Kosten des deutschen Volkes handeln. Ihr Amtseid sieht das Gegenteil vor. Hier schwingt ein moralisches Überheblichkeitsgefühl mit.“*

64 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin, 1991 bis 1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, 1994 bis 1998 Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 1998 bis 2000 Generalsekretärin und 2000 bis 2018 Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und 2005 bis 2021 8. Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Alexander Demandt: Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass man die eigene Souveränität nicht aufgeben soll. In dem Moment, in dem man sagt, jeder könne kommen, hat man sie ja aufgegeben. Das heißt, der Staat muss die Kontrolle behalten, ganz egal, wie er sie auslegt. Er kann sie liberal halten, er kann sie streng halten, aber aufgeben darf er sie nicht. Das ist nicht die Aufgabe einer Regierung und auch nicht der Auftrag, den die Regierung durch das Volk bekommen hat. Es kann natürlich auch nicht die Lösung sein, dass alle, die zuhause nichts mehr zum Essen haben, in die Länder kommen, wo sie gefüttert werden. Die müssen vor Ort leben können und dafür muss man sorgen. Dann wollen die nämlich auch vor Ort leben – ist doch klar.

Thomas Muntschick: *Nun könnte man ja auf die Idee kommen, die Kanzlerin sei wesentlich weitsichtiger als die Kakofonie ihrer Kritiker, weil sie nämlich die Einzige ist, die sieht, was für eine clevere Zukunftsinvestition mehr Menschen in diesem Land bedeuten: Mit Blick auf die Rentensysteme, mit Blick auf die Sozialversicherungsabgaben und mit dem, was dann an Wiederaufbau im Nahen Osten eines Tages zu bewerkstelligen sein wird. Sigmar Gabriel[65] ist ja jetzt schon unterwegs und versucht das schon etwas anzumoderieren. Ist Angela Merkel nicht schon viel weiter in ihrem Kopf als so manch anderer?*

Alexander Demandt: Menschen sind ja nicht gleich Arbeitskräfte. Das heißt, wir brauchen nicht einfach jede Menge Leute, die nicht lesen oder schreiben können, sondern wir brauchen hochqualifizierte Arbeiter, die wirklich ihr Geschäft verstehen, und im Übrigen beruht unser Reichtum nicht auf den Menschen, sondern auf den Maschinen und diese Maschinen müssen konstruiert und bedient werden können. Das kann nicht jeder.

Thomas Muntschick: *Das klingt ein bisschen sehr nach Industrie 4.0 – so wie Autos keine Autos kaufen, machen Maschinen natürlich auch noch keine Maschinen. Aber nochmal: Wäre diese Debatte nicht zu verkürzt betrachtet? In der öffentlichen Debatte wird einfach nicht zwischen dem getrennt, was die Balkanroute so alles an Menschenpotential hergab, und dem, worauf Merkels „Wir schaffen das!“ eigentlich gemünzt war, nämlich diese 56.000 Leute, die in Budapest festsaßen. Würden Sie da Unterschiede ziehen?*

Alexander Demandt: Ich wüsste nicht, wo der Unterschied sein soll.

Thomas Muntschick: *Es war ja die humanitäre Geste, die von der Annahme ausging, dass es sich um Kriegsflüchtlinge handelte, und unser Recht ist da ganz eindeutig, nämlich, dass wir diese Menschen aufnehmen.*

Alexander Demandt: Was man unterscheiden sollte, ist der Umgang mit den Leuten, die bei uns sind und das Verhältnis zu den Leuten die kommen könnten oder kommen wollen.

---

65 Sigmar Hartmut Gabriel (*1959), deutscher Politiker, 1999 bis 2003 Ministerpräsident von Niedersachsen, 2005 bis 2009 Bundesumweltminister, 2009 bis 2017 Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 2013 bis 2017 Bundesminister für Wirtschaft und Energie und 2017 bis 2018 Bundesminister des Auswärtigen.

Die Leute, die hier sind, müssen in irgendeiner Form versorgt und integriert werden. Ob man das als Infinitum fortsetzen sollte, ist aber die nächste Frage.

Thomas Muntschick: *Sie sind Althistoriker, beschäftigen sich also eher weniger mit dem, was wir als Phase des Imperialismus kennen und da liegt ja sozusagen der Hund begraben – also diese verfehlte Politik gegenüber dem, was wir mal eine ganze Zeit lang als Dritte Welt gekannt haben. Da müsste ja nun eigentlich Vorsorge getragen werden, dass diese Migration gar nicht erst stattfinden muss, weil die Bedingungen zuhause angenehm sind.*

Alexander Demandt: Die Sache ist sehr schwierig. Man hat ja wirklich auch versucht mit erheblichen finanziellen Einbußen Entwicklungshilfe zu stärken und diese Entwicklungshilfe hat längst nicht so eingeschlagen, wie man eigentlich hoffte, und man kann eigentlich auch nicht erwarten, dass diese Länder innerhalb von ein oder zwei Generationen auf unser Niveau kommen. Unsere abendländische Zivilisation beruht auf einer jahrhundertelangen schulischen und ausbildungstechnischen Tradition, bis wir irgendwann dann diesen Stand hatten, und deshalb werden diese Armutsfälle auch mindestens noch 300 bis 500 Jahre so bleiben, wenn es nicht ohnehin dauerhaft so sein wird.

Thomas Muntschick: *Nun war der Kongress überschrieben mit: Dimensionen und Perspektiven einer Weltgesellschaft. Dahinter kringelt sich so ein wunderschönes Fragezeichen. Würden Sie diese Vision einer Weltgesellschaft grundsätzlich negieren?*

Alexander Demandt: Die Vision einer Weltgesellschaft beruht im Wesentlichen darauf, dass jeder da arbeitet, wo er zuhause ist, und gleichzeitig natürlich Kontakte, Besuche und Reisen in andere Länder praktiziert und die Kommunikation pflegt, denn alle Länder haben voneinander gelernt – das war schon immer so. Diesen Prozess sollte man fortsetzen und von daher ist die Idee einer Völkergemeinschaft eine wunderschöne Vision.

Thomas Muntschick: *Ist das aber nicht längst etwas, was die Geschichtswissenschaft eigentlich immer als Randthema mit sich schleift, wovon man auch immer sagt, dass man viel mehr machen müsste, nämlich, dass die Weltgesellschaft schon längst ihren Anfang genommen hat durch die Geldströme, die heute in wenigen Sekunden von Börse zu Börse via Internet transferierbar sind und die sozusagen wie eine eiserne Klammer diesen Erdball schon längst im Griff haben?*

Alexander Demandt: Es kann sein, dass die Vernetzung der Wirtschaft selber, eben auch die Durchlässigkeit der Grenzen erzwingen wird, sodass es in absehbarer Zeit gar nicht zu verhindern sein wird, dass sich eben eine sehr starke Ausgleichsbewegung auf den Weg macht, auf den Weg zum Geld macht.

Thomas Muntschick: *Danke für das Gespräch.*

Sebastian Fink

Die Erfindung eines Kontinents oder die vier Säulen Europas

Zum Referenten:

Sebastian Fink studierte Philosophie und Altorientalistik in Innsbruck und promovierte 2010. Seit 2011 lehrt er am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik der Universität Innsbruck, mit dem Schwerpunkt auf altorientalischen Sprachen und Geistesgeschichte. Seit 2011 ist er Teil des FWF[1]-finanzierten Forschungsprojekts, das die Innsbrucker Tradition der lexikalischen Erforschung des Sumerischen fortsetzt. Sebastian Fink engagiert sich beim Melammu-Projekt, das sich der Erforschung der vielfältigen Beziehungen zwischen dem Alten Orient und der westlichen Welt in der Antike widmet.

Zum Vortrag:

Der Referent beginnt seinen Vortrag mit einem Blick auf die aktuelle Situation. Europa hat auf Grund der aktuellen Krisen seine Selbstsicherheit verloren. In der Bevölkerung zeigten sich starke Zweifel am Erfolg der EU und die Flüchtlingskrise machte deutlich, dass die EU sich nicht auf eine europäische Identität berufen kann, sondern dass die Bezugsgrößen der meisten politischen Akteure national sind.

1 Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Österreich.

In Zeiten der Krise erfolgt oft eine Besinnung auf die Ideale und Tugenden der Anfänge; man versucht Anfangszustände wiederherzustellen, auch wenn diese oft nur imaginiert sind, Utopien der Vergangenheit. Erfolgreiche Gemeinschaften haben immer gemeinsame Narrative. Der deutsche nationale Mythos entstand erst vor 200 Jahren und der nationale Gedanke war seitdem nicht mehr zu bändigen, wurde verbunden mit der Sehnsucht nach einer einfachen ethnisch, religiös und ideologisch homogenen Gesellschaft und hat seinen Teil zu den großen Katastrophen des 20. Jh. beigetragen. Die Vorgänge im Nahen Osten zeigen, dass es diese Katastrophen auch im 21. Jh. noch gibt.

Während das antike Griechenland in Europa zwar schon lange als Wiege von Literatur, Philosophie und Naturwissenschaft gesehen wurde, war die Sicht auf die Antike oft sehr stark von nationalen oder rassischen Ideen bestimmt, die das Selbstbewusstsein und die historische Sendung der eigenen Nation heben sollten. Mit anderen Worten wurden die wunderbaren blonden und blauäugigen griechischen Heroen und Philosophen von Orientalen durchdrungen und wurden dann selbst zu einem orientalischen Volk – wer könnte nicht die Lehren aus dieser Warnung ziehen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann man an einem neuen Mythos zu arbeiten, der nicht mehr national, sondern europäisch-abendländisch sein sollte. Ein Mythos, der die Überlebenden der Katastrophen des 20. Jahrhunderts zuversichtlich in die Zukunft blicken lassen sollte und ihnen eine nahezu ideale Kultur der Freiheit, existenzieller Leichtigkeit und Demokratie vor Augen stellen sollte. Man besann sich abermals auf die Griechen, die man nun als die Stammväter der europäischen Kultur und insbesondere der europäischen Demokratie sah. Im gebildeten Stand waren im Laufe des 19. Jahrhunderts europaweit neben der Bibel griechische Texte für die abendländische Kultur zu Grundlagentexten geworden. Man machte die hervorragendsten Vertreter der griechischen Philosophie und Literatur zu den ersten Europäern, während alles Dunkle aus der griechischen Geschichte ausgeblendet wurde zugunsten von Freiheit, Kunst und Demokratie. Zugleich wurde eine Kontinuität von den griechischen Anfängen bis zu unserer Kultur behauptet.

Aber die klassische Philosophie befindet sich seit Jahrzehnten auf dem Rückzug; griechische Literatur kennen die meisten nur aus zweiter oder dritter Hand. Althistoriker rücken unser Bild über die Griechen näher an die historischen Fakten und sprechen auch von Blutrache, Terrorkommandos und der imperialen Politik Athens. Europa war in Griechenland nie eine politische Bezugsgröße, kein Grieche dachte europäisch. Aber Mythen sind immer nur sehr bedingt an die historische Realität gebunden. Die in ihnen zugrunde gelegten Werte und Moralvorstellungen sagen mehr über die sie produzierenden Gesellschaften aus als über die Vergangenheit.

Was ist Europa? Nach geographischen Maßstäben ein Subkontinent, der sich auf Grund seiner einstigen Bedeutung selbst in den Rang eines Kontinents erhoben hat. Aber Europa ist auch eine geistige Gemeinschaft, eine historisch gewachsene Einheit von Ländern, die gemeinsame Grundüberzeugungen und Werte teilen. Diese europäische Wertegemeinschaft wurde nach Ansicht vieler Historiker bereits von Herodot dem barbarischen Orient gegenübergestellt, gegen den sich Europa bzw. Griechenland in den Perserkriegen verteidigen musste. Demnach wurde der Gegensatz Asien-Europa schon vor 2500 Jahren gesehen und seitdem ein Kampf gegen Despotismus und für Frieden und Freiheit geführt. Diese Deutung wird heute von fast allen Althistorikern abgelehnt.

Als Gründungsväter dieses geistigen Europas werden die Griechen gesehen, die nach allgemeiner Überzeugung viele Dinge entwickelt haben, die für den weiteren Gang der europäischen Geschichte und vor allem für die Phase der europäischen Dominanz der Welt, deren Anfang irgendwann in der Neuzeit liegt, deren Ende aber mit 1945 genau bestimmt werden kann, grundlegend waren. Vier dieser Dinge, die man als die vier Säulen Europas bezeichnen könnte, sind: Philosophie und Wissenschaft, Theorie und Beweis, der Pioniergeist sowie Freiheit und Demokratie.

Eine alte, aber immer noch gern vertretene Position lautet, dass die Philosophie und die daraus entstandenen Einzelwissenschaften typisch europäische Errungenschaften sind. Die ersten Philosophen begannen den Weg der Aufklärung zu gehen, der sich im Freiheitskampf gegen die Perser manifestierte und in der freien bürgerlichen Gesellschaft endete. Im Gefolge der Naturwissenschaften entwickelten sich die technischen Errungenschaften, die Europa zur weltbeherrschenden Macht aufsteigen ließen.

Auch Philosophiehistoriker unserer Tage vertreten oft die Ansicht, dass sich in Griechenland trotz aller Beziehungen zum Vorhergehenden etwas völlig Neues entwickelte. Hier zeigt sich ein Problem, das uns immer wieder beschäftigt. Wenn es mit der zunehmender Erforschung der altorientalischen Kulturen klar wurde, dass die wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten dieser Völker sehr entwickelt waren und die Griechen in vielen Bereichen als ihre Schüler angesehen werden müssen – ein Standpunkt übrigens, der in der Antike weit verbreitet war, man war sich nämlich bewusst, dass man vieles von den älteren Nachbarn gelernt hatte – musste doch die Genialität der Griechen verteidigt werden, weil sie so zentral für unser Bild von Europa sind. So gibt man zu, dass die Griechen einige Erkenntnisse aus dem Orient übernahmen, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass erst die Griechen aus den übernommenen Bausteinen eine Theorie entwickelten. Die Theorie ist demnach eine griechisch-europäische Erfindung. Und auch der Beweis, bis heute Kennzeichen der Wissenschaft, gilt als typisch griechisch. Der Unterschied zwischen der griechischen Philosophie und der Philosophie Mesopotamiens liegt nicht in den Themen, sondern in der neuen Form, in der die Überlegungen vorgetragen wurden. Diese Form ist der mit abstrakten Begriffen operierende Beweis, das Glanzstück der Leistungsfähigkeit dieses Verfahrens bildet die Geometrie des Euklids. Aus einer Reihe einfacher Grundbegriffe, den Axiomen, wird die ganze Geometrie nach logischen Regeln abgeleitet und damit bewiesen.

Wie kam es dazu, dass gerade die Griechen diese europäische Art der Wissenschaft entwickelten? War es ihr vielgerühmter griechischer Pioniergeist? Der Philosophiehistoriker Sandvoss[2] sieht den Westen in der Verwirklichung von Ideen Asien überlegen. Hier das Verharren in der Meditation beim Anblick des Himalayas, dort die Vermessung des höchsten Gipfels der Welt durch Sir John Everest und die Besteigung des Mount Everest durch Sir Edmund Hillary. Aus Hillarys Motto, wer nicht wagt, der nicht gewinnt, spreche der Pioniergeist des Westens und eine Philosophie des Wagemuts, der Geist des Prometheus, der bei den alten Griechen zuhause war. Die Europäer nutzten, als sie 1492 Amerika entdeckten, diesen griechischen Kolonisations- und Pioniergeist, besiegten die

2 Siehe u. a. Ernst S. Sandvoss, Geschichte der Philosophie: Von den Anfängen bis in die Gegenwart, Berlin 2004.

amerikanischen Reiche durch ihre wissenschaftlich-technischen und – so die Quellen – christlich-moralische Überlegenheit. Die Spanier reinszenierten den griechischen Sieg über die Perser unter umgekehrten Vorzeichen: Die Europäer traten als Aggressoren aus dem Osten auf, die einem Volk seine Freiheit nehmen wollten. Diese Sichtweise ist allerdings mit einem kleinen Problem verknüpft. Wir können uns nun die Frage stellen, ob es nicht auch der Pioniergeist war, der die Perser nach Griechenland führte.

Wenn auch die Perser den Wagemut kannten, was ließ dann die Griechen in den Perserkriegen siegen? Vielleicht die Freiheit und die Demokratie? Die Griechen gelten als die Erfinder der Demokratie. Zudem seien sie, so heißt es, im Unterschied zu den Orientalen, die sich über viele Generationen hinweg in ihre Rolle als Untertanen eines despotischen Königs eingefügt haben, ein freiheitsliebendes Volk gewesen. Die politische Freiheit und die damit einhergehende Möglichkeit der Herrschaftskritik führten zu einem Wettkampf der Ideen und Theorien. Die Demokratie ermöglichte es dem Griechen sich frei zu entfalten, während die Orientalen in Unfreiheit verblieben. Der persische Despotismus soll dafür gesorgt haben, dass der Westen dem Orient letztlich überlegen war. Der Perser kämpfte angeblich unter Zwang für seinen Herrscher, der Grieche freiwillig für seine Freiheit.

Richtet man nun einen unvoreingenommenen Blick auf die greifbaren Quellen, erkennt man, dass sich die Gelehrten des Alten Orients bereits mit den verschiedenen Wissenschaftszweigen beschäftigt haben. Vor allem in der Mathematik und der Astronomie, aber auch in der Philologie kam es zu bahnbrechenden neuen Erkenntnissen und Erfindungen. So wurde ein leistungsfähiges Zahlensystem entwickelt, das zusammen mit Messgeräten die Grundlage für mathematisch-astronomische Berechnungen bildete. Daneben beschäftigten sich allerdings die Gelehrten Mesopotamiens auch mit vielen Dingen, die wir heute als Pseudowissenschaft betrachten, wie etwa dem Omenwesen.[3] Philosophische Werke griechischer Art sind aus dem Alten Orient nicht bekannt. Das Spiel mit Beweisen und Begriffen sucht man vergebens. Es gibt jedoch einige Texte mit philosophischen Inhalten, die zeigen, dass die altorientalische Gesellschaft keineswegs dogmatisch von Priestern beherrscht wurde und dass es möglich war, sich gegen überkommene Meinungen, selbst im Bereich der Religion und der Königsherrschaft, zu stellen. Allerdings unterscheidet sich die Form des Arguments von der griechischen Philosophie. Logische Beweise finden sich nicht, man argumentiert mit Geschichten, Gleichnissen und Verweisen auf die Lebenswelt.

Auch wenn es Theorie und Beweis im Alten Orient nicht gab, befanden sich seine Bewohner nicht im Stadium des prälogischen Denkens, sondern waren von der allgemeinen Gültigkeit der Kausalität überzeugt. Sie formulierten eine elegante Variante des Satzes vom Grund, die uns in Form eines Sprichwortes überliefert ist: „Wurde sie schwanger ohne Sex, wurde sie dick ohne Essen?“ Etwas schwieriger ist es zu zeigen, dass die Gelehrten ihren Satz vom Grund auch im wissenschaftlichen Alltag verwendeten und damit Beweise formulierten, die sich mit denen des Euklid vergleichen lassen. In den erhaltenen Texten finden sich keine Beweise nach griechischer Art. Tatsache ist aber auch, dass die

3 Ein Omen ist ein Vorzeichen eines zukünftigen Ereignisses und findet in der Vorhersage seine Verwendung. Insgesamt werden das Erkennen von Omen und das darauf basierende Wahrsagen als Divination bezeichnet.

Mesopotamier auf dem Gebiet der Mathematik Erstaunliches vollbrachten, was sich ohne die Verwendung von Beweis und Theorie kaum erklären lässt, aber mathematische Beweise können eben auch anschaulich erbracht werden.

Wenn wir uns die Frage nach dem Pioniergeist in Mesopotamien stellen, betrachten wir ein typisches Zitat aus den Inschriften des Sanherib (740–681 v. Chr.): „Noch kein König vor mir ist jemals diese unbehauenen Pfade und engen Wege in diesem schwierigen Gebirge gegangen." Es gehörte zu den Tugenden des mesopotamischen Herrschers etwas zu vollbringen, das noch niemand vor ihm vollbracht hatte. Zu solchen Taten gehörten die Überwindung von Bergen, das Bezwingen des Meeres, das Jagen von gefährlichen und exotischen Tieren, sowie militärische Glanzleistungen.

Wenn der Pioniergeist seit jeher nur in Europa zuhause gewesen wäre, würden wir alle noch in Afrika wohnen. Immer wieder kam es zu großen Wanderbewegungen, bei denen die Menschen ins Unbekannte aufbrachen. Dass dies institutionalisiert und quasi zur Pflicht eines jeden guten Herrschers wurde, ist in der Literatur des Alten Orients greifbar. Die literarische Figur des Königs Gilgamesch, der nach dem ewigen Leben sucht, ist der prototypische Vertreter des europäischen Pioniergeistes. Er will Dinge erreichen, die kein Mensch vor ihm erreicht hat, und begibt sich bis an den Rand der Welt. Er war ein Vorbild für viele altorientalische Könige, wohl auch für die Perser und für Alexander den Großen.

Somit kann es auch nicht der Pioniergeist gewesen sein, der den Griechen ihren bevorzugten Status sicherte. Es bleiben noch die Freiheit und die Demokratie. Die Theorie, dass die Griechen die Demokratie als solche erfanden, wird heute von fast niemandem mehr vertreten, wenn es auch unbestreitbar ist, dass die Griechen ihre spezifische Form der Demokratie entwickelten, die viele Vorzüge hatte. Es gibt zu viele Belege für institutionell verankerte Verfahren zur gemeinsamen Willensbildung aus anderen Kulturen. Volksversammlungen sowie lokale Selbstverwaltungsorgane waren im zweiten und ersten Jahrtausend weit verbreitet. Letztere sind als ein Charakteristikum vormoderner Gesellschaften anzusehen.

Warum neigen auch kritische Wissenschaftler dazu, den Alten Orient abzuwerten und jeglichen kulturellen Fortschritt als Verdienst der Griechen anzusehen? Vielleicht ist dies einer Besessenheit der westlichen Kultur von den Griechen (Oswald Spengler) geschuldet. Insbesondere das Fehlen einer eigenen glorreichen nationalen Vergangenheit in der Antike führte wohl dazu, dass sich viele europäische Nationen die Griechen als Ahnen erwählten und so dem griechischen Erbe eine besondere Bedeutung zuschrieben. Neben vielen anderen Aspekten spielen aber sicherlich auch ideologische Gründe eine Rolle. Eine gemeinsame europäische Identität lässt sich wohl besser mit einem singulären und klar definierbaren Gründungsereignis, dem griechischen Wunder, begründen als mit einem intensiven Austausch zwischen Ost und West, der keine klaren Grenzen zwischen Europa und Asien zulässt. Wenn nun gezeigt wird, dass dieses Gründungsereignis fehlt, zeigt dies doch nicht, dass sich die EU falschen Idealen verschrieben hätte. Das weit verbreitete Bedürfnis nach Freiheit und dem selbständigen Gebrauch der Vernunft im gesamten Altertum zeigen uns, dass ein Projekt wie die EU auf einem breiteren antiken Fundament ruht als ursprünglich angenommen. Welche Grenzen Europa hat und welche Ausrichtung wir Europa geben wollen, kann uns kein Rekurs auf die Antike zeigen. Diese Entscheidung müssen wir selbst treffen.

Auszüge aus der Diskussion:

Publikumsfrage: *Ist die Besessenheit auf das griechische Vorbild nicht auch zurückzuführen auf Theodor Mommsen (1817–1903), der für die Institutionalisierung dieses Bildes verantwortlich war?*

Sebastian Fink: Mommsen spielte als Vermittler von Wissen über die Antike eine wichtige Rolle, er bekam ja den Literaturnobelpreis für seine Werke, aber es gab auch bedeutende Vorläufer. Denken Sie an Johann Joachim Winckelmann (1717–1768) und Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832).

Publikumsfrage: *Sie haben aufgezeigt, dass die Altorientalistik ein Forschungszweig ist, der im 19. Jh. schon ertragreich war. Warum konnte sie sich nicht durchsetzen gegen die Bilder von der Vorrangstellung des Griechentums?*

Sebastian Fink: Im Vergleich zur klassischen Altertumswissenschaft ist die Altorientalistik ein sehr junges Fach, das seit etwa 150 Jahren existiert. Die Entzifferung der Keilschrift war eine Sensation; Geschichten aus dem Alten Testament, allem voran die Flutgeschichte, tauchten in dieser Literatur auf. Obwohl die Altorientalistik für viele Jahre eine extrem publikumswirksame Wissenschaft war, taugte der Alte Orient nicht als Identifikationsmodell. Das Bild des Alten Orients war stark von der klassischen Literatur und der Bibel geprägt und ist es immer noch – der Orient ist reich, luxuriös, voller eindrucksvoller Bauten von ungeahnter Pracht, aber zugleich steht er auch für Despotismus und sinnliche Ausschweifungen. Damit gab es kein Identifikationsmodell. Weiterhin begeisterte vor allem die Tatsache, dass man sich Aufklärung über die biblische Geschichte erwarten konnte. In Bezug auf die Frage nach dem Verhältnis von Bibel und altorientalischen Texten wurde sehr viel Porzellan zerschlagen, da voreilig Schlüsse gefällt und spektakuläre Thesen vertreten wurden, die letztlich nicht haltbar waren, was der Altorientalistik als Wissenschaft schadete. Nach der breiten Präsenz in der Öffentlichkeit zog sich die Altorientalistik nach dem Ersten Weltkrieg in den Elfenbeinturm zurück und leistete Grundlagenarbeit.

Publikumsfrage: *Es liegt auf der Hand, dass die Kulturen miteinander verbunden waren. Woher kamen die Völker, die diese Kulturen entwickelt haben?*

Sebastian Fink: Sprachlich wurde durch die Indogermanistik im 19. Jh. nachgewiesen, dass die indoeuropäische Sprachgruppe vom germanischen Meer bis nach Indien reichte und dass es somit hier Verbindungen gegeben haben muss. Früher hat man einen Stammbaum erstellt, das Urindogermanische rekonstruiert, und hat dann messen wollen, wie weit die Sprachen voneinander entfernt sind. Ähnlich gehen heute die Genetiker vor. Sie sammeln Daten und können Wanderbewegungen zurückverfolgen – die Forschung ist hier schon sehr entwickelt, aber gerade für Mesopotamien fehlen noch brauchbare Daten. Wir haben schon in prähistorischer Zeit sehr viele Wanderungen und auch in der Antike keine klar voneinander abgegrenzten Völkerschaften, sondern verschiedene Schichten in der Bevölkerung. Von der Idee der wandernden Völker – die quasi stabile Einheiten in

einer sich wandelnden Welt darstellen – kommt die neuere Forschung immer mehr ab und vertritt eher die Vorstellung der Ethnogenese: Gruppen finden zusammen und geben sich selbst eine neue Identität.

Publikumsfrage: *Wir lehren Römisches Recht, aber kein griechisches Recht. Und was ist mit Ostrom, mit Byzanz?*

Sebastian Fink: Den Griechen hat man die Philosophie und der Pioniergeist zugeordnet und den Römern das Recht und die Organisation. Heute versucht man beiden gerechter zu werden und betreibt sowohl griechische Rechtsgeschichte als auch römische Philosophiegeschichte. Byzanz wurde irgendwann wegen seiner Randlage komplett ausgeblendet; sogar aus der Kirchengeschichte hat man das ganze orientalische Christentum ausgeblendet.

Publikumsfrage: *Fünf kleine Fragen: Die USA sind ein exportierter Teil der europäischen Wertegemeinschaft. Gehören die USA zu Europa? Sind die antimuslimischen Feindbilder in Europa und den USA Teil des von Ihnen zitierten Konzeptes (Abgrenzung vom Orient) und würden Sie die Konflikte zwischen christlich geprägtem Westen und Islam in dieses Konzept einordnen? Übernehmen radikale Bewegungen innerhalb des Islams dann nicht das Modell der europäisch-amerikanischen Wertegemeinschaft und wenden es in die Gegenrichtung? Wie passt in Ihr Konzept die Begeisterung für den Orient, beginnend mit dem Alexanderroman in der Antike, seiner Rezeption im Mittelalter, der Türkenbegeisterung um 1500 usw.?*

Sebastian Fink: Gehören die USA zu Europa? Jede größere Gemeinschaft, die nicht institutionalisiert ist durch einen Nationalstaat oder eine Gemeinschaft wie die EU, ist eine imaginierte, eine gefühlte Gemeinschaft. Man kann sich zugehörig fühlen oder nicht. Das hängt von politischen Entscheidungen und Entwicklungen ab.

Die Begeisterung für den Orient ist schon in den griechischen Quellen ambivalent. Einerseits ist der Orient reich, andererseits führt Reichtum zur Verweichlichung, dem Verlust der Mannhaftigkeit und stellt somit die Freiheit in Frage, die von den freien Männern verteidigt werden muss.

Es ist ein Grundmuster, dass jede Gemeinschaft versucht, innere Kohärenz zu schaffen. Dies wird unterstützt durch Abgrenzung gegen außen. Ähnlich ist es mit dem Radikalismus im Islam, der die alten Vorurteile von Barbaren und Zivilisierten aufgreift und versucht, sich als zivilisiert darzustellen. Ich nehme an, dass es innerhalb des islamischen Diskurses ebenfalls einen europäischen Orient voller reicher und mächtiger, aber degeneriert lasterhafter Menschen gibt, denen der rechtschaffene, gläubige islamische Mensch gegenübergestellt wird. Daher kann man wohl davon sprechen, dass gewisse Bewegungen im Islam solche Modelle nutzen, die einstmals in Europa entwickelt wurden, um die europäischen Nationen zu begründen.

Ist der Islam eine orientalische Religion oder ist er das letzte Kind des Hellenismus und ließe er sich damit nicht auch, genauso wie es in Europa so oft gemacht wird, auf Jerusalem und Athen zurückführen? Es gibt den gemeinsamen Ursprung der drei abrahamitischen Religionen und auch im Islam werden die Bücher des Alten und Neuen Testaments

auf eine gewisse Weise anerkannt. Sie gelten dort als frühere Versuche der Offenbarung des einen Gottes, die aber durch eine gewisse Nachlässigkeit der Vertreter des Judentums und Christentums einige Fehler aufweisen – nur im Koran wurde die Offenbarung wortgetreu niedergelegt und deshalb hat er allein absolute Gültigkeit. Niemand wird heute bestreiten, dass auch die griechische Philosophie ihren Einfluss auf das Nachdenken über Gott und die Welt durch die Vertreter dieser Religionen hatte. Ich bin mir nicht so sicher, ob die heutigen Probleme wirklich alle auf die Religion oder nicht eher auf Nationalismus und Radikalismus zurückzuführen sind, die sich einer religiösen Maske bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Man kann die Gemeinsamkeiten betonen, oder die Gegensätze, das ist letztlich eine politische Entscheidung.

Publikumsfrage: *Wir haben die Übersetzungsschule von Toledo, wo die arabische Literatur ins Lateinische übersetzt wurde. Aber es gab zuvor auch Baghdad und die dortige Übersetzungsschule hat die philosophischen Texte ins Arabische übersetzt. Vergessen wir nicht den ganzen arabischen Raum, der sich dieser Kulturgeschichte auch bemächtigt hat.*

Sebastian Fink: In der ganzen Griechenland-Diskussion wird die Rezeption im Osten weitgehend ausgeblendet. Die Übersetzung ins Arabische ist meist über das christliche Syrien gelaufen, wo die antiken Autoren ins Syrische übersetzt wurden und dann in Baghdad oder im Iran ins Arabische oder Persische. Das war eine Basis für die Hochblüte der arabischen Philosophie. Auch dort im Osten hat es die Berufung auf die Griechen gegeben. Und davon war die europäische mittelalterliche Philosophie stark beeinflusst. So gab es trotz aller politischen Gegensätze im Mittelalter eine philosophische Vernetzung zwischen Ost und West mit dem gemeinsamen Ursprung in Griechenland.

Wenn man Griechenland aus technologischer Perspektive betrachtet, ist es in der frühen Zeit eher dem Osten zugewandt; da sind die interessanten Gegenden, gibt es Wissenschaft und wirtschaftlich etwas zu holen. Die Griechen unternehmen auch keine Feldzüge in den Westen – ihr Fokus liegt im Osten.

Der Vortrag von Sebastian Fink wurde am 17. Oktober 2016 gehalten.

Sebastian Fink

„Wenn man über Europa und das Altertum liest, findet man drei Namen: Rom, Athen und Jerusalem. Daher kommt vielleicht auch der Sonderstatus von Israel, das immer wieder als europäisches Land gesehen wird.“

Michael Gehler: *Ich begrüße ganz herzlich Sebastian Fink von der Universität Innsbruck, Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik. Könnten Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft und Elternhaus erzählen? Was führte Sie denn an die Universität Innsbruck zum Studieren, speziell auch zu ihren Studienfächern: Philosophie und Altorientalistik?*

Sebastian Fink: Zu meinem Elternhaus: Mein Vater kommt aus Hittisau im Bregenzerwald, einer klassischen Urlaubsgemeinde. Meine Mutter war dort auf Urlaub und hat meinen Vater kennengelernt, der gerade seinen Militärdienst absolvierte hatte. Danach wollte er eigentlich nach Innsbruck gehen, um zu studieren, aber sie hat ihn überzeugt, nach Gießen zu gehen, weil sie aus Wetzlar, in der Nähe von Gießen, kommt. Dort hat er Wirtschaftswissenschaften studiert und später sind sie gemeinsam nach Vorarlberg gezogen, wo er bis heute in der Wirtschaft tätig ist. Ich habe dann ein Gymnasium besucht und als Vorarlberger – früher hat man ja noch nicht soweit über Grenzen geschaut zum Studieren – waren die zwei üblichen Optionen Innsbruck und Wien. Nachdem mir Wien nicht besonders gefallen hatte, habe ich mich für Innsbruck entschieden, zumal man da ja auch schneller in Vorarlberg war. Ich habe zunächst auch mit Wirtschaftswissenschaften begonnen, habe dann aber bald gemerkt, dass das mich nicht wirklich freut. Meine Interessen gingen eher in Richtung Literatur und Philosophie und deshalb habe ich dann begonnen, Philosophie zu studieren. Da habe ich mich vor allem mit der Philosophiegeschichte beschäftigt, was früher ein Schwerpunkt in Innsbruck war. Professor Wolfgang Röd[4], den habe ich bei Vorträgen manchmal erlebt, hat für die Universität dort ein Renommee erarbeitet und ich hatte das Glück, noch bei seinen Schülern zu studieren, die heute aber auch alle in Pension sind. Ich habe so einen breiten Überblick über die Philosophiegeschichte, von der Antike bis in die Neuzeit, bekommen. Aber vor allem die antike Philosophie, die Vorsokratiker und Platon haben mich fasziniert und dazu angeregt, noch ein bisschen mehr in Richtung Alte Geschichte und eben Altorientalistik zu gehen. Die Vorsokratiker sind oft so präsentiert worden, als ob mit ihnen das geordnete menschliche Nachdenken über die Welt erst begonnen hätte. Wenn man daran denkt, dass die Vorsokratiker etwa 2000 Jahre nach der Erfindung der Schrift lebten, kann man sich fragen, was

4 Wolfgang Röd (*1926 in Oderberg; †2014 in Innsbruck) war ein österreichischer Philosophiehistoriker. Er hatte von 1977 bis 1996 den Lehrstuhl der Philosophie an der Universität in Innsbruck inne. Er veröffentlichte mehrere Werke, unter anderem war er Herausgeber der Geschichte der Philosophie, die insgesamt 14 Bände fasste. Er wurde unter anderem 1986 mit dem Tiroler Landespreis für Wissenschaft ausgezeichnet.

die Leute davor gemacht und vor allem aufgeschrieben haben. Dieses Interesse am Ursprung der Philosophie hat bei mir dazu geführt, dass ich am Anfang ein bisschen Sumerisch und ein Akkadisch studiert habe, und dann hat mich die Faszination gepackt und ich bin an diesem netten Institut hängen geblieben. In meiner philosophischen Diplomarbeit[5] habe ich mich mit der Theodizee bei Leibniz beschäftigt und herausgearbeitet, wie dieser großartige Philosoph auf die Idee kam, dass unsere Welt die beste aller möglichen Welten ist, welche Probleme er dennoch in der Welt sieht und wie er das Übel in der Welt angesichts eines guten und allmächtigen Gottes rechtfertigt. Als Professor Robert Rollinger,[6] der unser Institut bis heute leitet, das erfahren hat, sagte er: „Sie müssen unbedingt über die Theodizee im Alten Orient schreiben." Somit war das Thema gefunden und ich habe meine zweite Diplomarbeit in Altorientalistik[7] geschrieben.

Severin Cramm: *Wann ist für Sie Europa erstmals, nicht nur als geographischer Raum, sondern als politisches Projekt, als politische Idee wahrnehmbar geworden?*

Sebastian Fink: Das Thema ist für mich greifbar geworden, als es die Abstimmung gab über den Beitritt zur EU, die in Österreich teilweise recht heißt geführt wurde.[8] So waren zum Beispiel die Grünen damals dezidierte Europagegner und das war das erste Mal in meinem Leben, im Gymnasium, dass man intensiv über Europa diskutierte. Da war noch eine Generation von Lehrern, die zumindest von ihren Eltern aus dem Zweiten Weltkrieg noch stark geprägt worden waren und dann das Lebenswerk Europa propagiert und vorangetrieben haben.

Michael Gehler: *Wenn wir Geschichten Europas lesen, Geschichten Europas vermittelt werden, dann wird in der Regel mit den Griechen angesetzt. Das hat auch bei dem Beitritt Griechenlands 1981 zur Europäischen Gemeinschaft eine Rolle gespielt: Athen die Mutter Europas, die Griechen kehren zurück dahin, wo sie eigentlich selber herkommen. Dann wird häufig auf das Römische Reich verwiesen. An dieser Stelle fragt man sich aber: Was ist der Vorgänger gewesen? Was war ähnlich wie bei den Vorsokratikern davor? Haben die Menschen vor den Griechen auch gedacht, überlegt, konzipiert und entwickelt? Sie sind Altorientalist, was kann uns eigentlich die Geschichte des Alten Orients vermitteln und wie weit müssen wir, die Wurzeln der europäischen Idee, der europäischen Kultur, vor die Zeit der Griechen und der alten Römer schauen. Was können wir der Geschichte entnehmen, im Sinne eines Kulturtransfers, was europäisch qualifizierbar und klassifizierbar wäre?*

---

5 Sebastian Fink, Die Theodizee bei Leibniz: Darstellung und Kritik (unveröffentlichte Diplomarbeit), Innsbruck 2005.

6 Robert Rollinger (*1964 in Bludenz) ist ein österreichischer Historiker für Alte Geschichte und Altorientalistik. Seit 2005 ist er Professor an der Universität in Innsbruck und zuständig für den Fachbereich „Kulturbeziehungen und Kulturkontakte zwischen den Kulturen des Alten Orients und des mediterranen Raumes". Er steht dem Institut der Alten Geschichte und der Altorientalistik in Innsbruck vor.

7 Sebastian Fink, Theodizee im Alten Orient (unveröffentlichte Diplomarbeit), Innsbruck 2007.

8 Gemeint ist hier das Referendum vom 12. Juni 1994 in Österreich, bei dem über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union abgestimmt wurde.

Sebastian Fink: Zum einen kann man natürlich sagen, dass der fruchtbare Halbmond die Gegend ist, in der die neolithische Revolution stattfand. Hier wurden die ersten Äcker bestellt und wichtige Haustiere domestiziert, hier wurden Techniken für die Textilherstellung wie der Webstuhl entwickelt, hier wurde die Keramik entwickelt und die Schrift erfunden. Das sind wirklich die materiellen Grundlagen unserer Gesellschaft, von denen wir heute noch zehren, ohne die eine so komplexe Gesellschaft wie die unsere nie möglich wäre. Diese sind in Mesopotamien geschaffen worden und allein das ist schon hochinteressant. In Mesopotamien kam es erstmals zu großen und langandauernden Städtebildungen. Erste kleine befestigte Orte hat es vielleicht schon vor 11.000–12.000 Jahren gegeben (etwa Jericho), aber es waren eher kurzfristige Phänomene, die nicht lange funktioniert haben. Vor allem im 5 Jahrtausend v. Chr. kam es zum Aufblühen von Städten in Mesopotamien und das waren schon ziemlich große Einheiten, man kann hier von einem hochentwickelten Städtebau sprechen. Die Städte besitzen eine Wasserversorgung für die Felder und die Bevölkerung und nicht selten eine Kanalisation. Da werden ganz wichtige Grundlagen geschaffen und im vierten Jahrtausend kommt es zur Entwicklung der Schrift und das ist in vielerlei Hinsicht ein großer Schritt.

Auch für uns als Historiker: Was würden wir ohne Schrift machen? Da könnte man ein wenig *oral history* machen, ohne Aufschreiben. Aber da wäre unser Zeitrahmen sehr beschränkt. Mesopotamien ist das Gebiet, in dem man zusammen mit Ägypten, dort setzt die Schrift etwas später ein, das erste Mal Gesichtsschreibung vorfindet. Ereignisse werden mithilfe der Schrift festgehalten und werden damit späteren Generationen zugänglich. Die ersten in Texten dokumentierbaren Konflikte der Menschheitsgeschichte haben wir in der Mitte des dritten Jahrtausends: Der sogenannte *Lagaš-Umma*-Grenzkonflikt, der gleichzeitig ein Krieg um Ressourcen ist, um Wasser und um Anbaugebiete. Da gibt es eine Reihe von Inschriften, die eben diesen Konflikt und seine Ursachen nacherzählen und für uns dokumentieren. Diese Ereignisse fanden vor etwa viereinhalbtausend Jahren statt und wir können heute diese Texte lesen und uns darüber informieren, was die Gründe für diesen Konflikt aus der Sicht der Herrscher von Lagaš waren. Aus Umma haben wir leider keine Quellen dazu, also bleibt unsere Sicht auf diesen Konflikt, wie so oft im Altertum, eine recht einseitige. Man kann sich das etwa so vorstellen, wie wenn man in vier Jahrtausenden nur ein deutsches Archiv aus den Kriegsjahren zur Verfügung hätte, um den Zweiten Weltkrieg zu rekonstruieren.

Doch zurück zur Bedeutung Mesopotamiens für uns. Zum einen gibt es eben diese Aspekte wie Landwirtschaft, Städtebau, Technologien, die Schrift und die ganze Verwaltung. Die Schrift entsteht in Mesopotamien im Bereich der Verwaltung, die ersten Texte geben keine Sprache wieder, sondern sind Dokumentationen, Merkbehelfe für administrative Vorgänge, wie etwa Zugänge und Abgänge in einem Lager.

Die ersten Texte, und das bleibt ziemlich lange so, sind reine Verwaltungstexte. Die Autoren dieser Texte sind Verwaltungsmitarbeiter, Bürokraten. Mithilfe der Texte wird festgehalten, wie viele Schafe, wie viele Gefäße mit Öl, wie viele Ballen Wolle und wieviel Körbe mit Getreide oder Fische von einer Verwaltungseinheit entgegengenommen oder ausgegeben werden. Einige hundert Jahre später wird diese logographisch-numerische Schrift, d. h. es gibt Zeichen die Gegenstände bezeichnen und Zahlzeichen, zu einer Vollschrift, mit der man Sprache wiedergeben und somit Geschichten erzählen kann, wie den eben erwähnten „*Lagaš-Umma*-Grenzkonflikt“.

Severin Cramm: *Wie ist denn das Verhältnis der Altertumswissenschaften zu Quellen allgemein? Wo sehen Sie Chancen oder auch Probleme mit dem Umgang der sehr begrenzten Anzahl von Quellen in der Alten Geschichte, speziell auch in der Mesopotamischen Geschichte?*

Sebastian Fink: Im Bereich der Alten Geschichte, also jenes Zweigs der Altertumswissenschaften, der sich mit Rom und Griechenland beschäftigt, ist der Quellenbestand mehr oder weniger etabliert. Da hat man einen großen Korpus an Texten, der oft schon im 19. Jahrhundert perfekt bearbeitet worden ist. Dort gibt es noch kleine Nachbesserungen und manchmal findet man in der Wüste Ägyptens noch ein kleines weiteres Fragment. Aber im Großen und Ganzen ist der Quellenbestand hinsichtlich der literarischen Texte fixiert und man erwartet heute eigentlich keine großen Textfunde mehr. Natürlich gibt es auch hier neue Forschungen im Bereich der Archäologie, die neues Quellenmaterial liefern, aber große literarische Texte findet man bei den Ausgrabungen eher nicht, sondern Inschriften und Verwaltungstexte – was sich an literarischen Texten erhalten hat, wurde durch Abschreiben alter Texte überliefert, die Originale aus der Antike sind verloren. In der Altorientalistik ist es so, dass es sich um eine relativ junge Wissenschaft handelt. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat man begonnen, diese Texte systematisch zu erschließen und die Keilschrift zu entziffern. Dann, auch im Rahmen eines nationalen Wettstreits zwischen Frankreich, England, dem aufstrebenden Deutschland, und den USA, haben diese Länder großen Grabungen im Orient unternommen und sind dabei oft, nach heutigen Standards, wie Raubgräber vorgegangen. Es wurden Planquadrate von 25 x 25 Meter angelegt und dann haben sie 20 Meter runter gegraben, durch die Jahrhunderte durch und haben alles mitgenommen, was sie gefunden haben. Oft gab es eine Fundteilung mit dem osmanischen Reich, das Material liegt heute in Istanbul, teilweise hat man diese Regeln auch einfach umgehen können und hat die Funde dann komplett in die nationalen Museen gebracht und dann in die eigene Geschichte inkorporiert. Aber die Ausgrabungen sind immer weitergegangen und heute haben wir eine Flut von neuen Keilschrifttexten, auch durch illegale Ausgrabungen. Nur dass Sie mal sehen, welche Dimensionen das hat: Aus der Ur III Zeit (ca. 2100–2000) haben wir inzwischen 100.000 publizierte Texte. Der kleinere Teil davon sind literarische Texte oder Königsinschriften, aber der größte Teil sind die bereits erwähnten Verwaltungstexte. Das Garšana-Archiv ist eines der berühmtesten Beispiele, hier tauchten tausende Keilschrifttafeln auf, die alle aus Raubgrabungen stammen. Man weiß also gar nicht genau, wo die Texte herkommen. Für die Leute aus dem südlichen Irak – die wissen, dass jede Erhebung im südlichen Schwemmland eine archäologische Stätte ist – war und ist es häufig eine Überlebensstrategie, ein Loch in so einen Hügel zu graben und dann zu verkaufen, was da gefunden wird, vor allem wenn die staatliche Ordnung in Auflösung begriffen ist, oder wenn gar die Verbrecher selbst die Macht ergreifen und systematisch Antiquitäten zur Finanzierung ihrer Aktivitäten verkaufen, wie es leider in letzter Zeit allzu oft der Fall war. Und dieses Garšana-Archiv besteht inzwischen aus 10.000 Tafeln und da haben wir das Leben einer Ur III-Militärgarnison über zwölf Jahr im Detail dokumentiert. Für diesen Zeitraum wissen wir, wenn ein Bote aus Uruk gekommen ist. Der hat dann drei Portionen Gerste und zwei Liter Bier als Wegzehrung bekommen und ist am nächsten Tag weitermarschiert. Da kann man Mikrohistorie fassen und das ist das, was sich in den letzten 30 Jahren in der Geschichtsschrei-

bung des Alten Orients wirklich verändert hat. Während man früher hauptsächlich die Königsinschriften, welche eigentlich Propagandatexte waren, nacherzählt und vielleicht etwas quellenkritisch analysiert hat, gibt es heute viele Altorientalisten, die diese Masse von Texten analysieren, die versuchen, aus diesen Wirtschafts- und Verwaltungstexten administrative Strukturen zu rekonstruieren, und gelegentlich bietet sich auch die Möglichkeit, Behauptungen aus Inschriften anhand von Verwaltungstexten zu überprüfen. Es wird versucht, die Geschichte von unten zu rekonstruieren. Hierzu nur ein Beispiel: Die in den Texten festgehaltenen Transaktionen werden für gewöhnlich datiert, und das Jahr wird mittels Jahresnamen bezeichnet, d. h. jedes Jahr bekommt einen eigenen, programmatischen Namen, wie etwa „Jahr in dem der König die Stadt XY besiegte“. Wenn man nun all diese Jahresnamen zusammenstellt, und das hat man natürlich getan, kann man aus diesen Jahresnamen politische Geschichte rekonstruieren, auch wenn sonstige Quellen fehlen.

Michael Gehler: *Ist es eigentlich ein weitverbreiteter Fehlglaube, dass Althistoriker an Quellenmangel leiden, oder ist das themenspezifisch unterschiedlich? Gibt es auch Bereiche, wo man sagt: Da fehlt es gewaltig an Quellen? Wir haben übrigens auch in späteren Epochen riesige Lücken: Ricon ist ein schönes Beispiel, der sich mit Konrad IV. in den letzten Jahren befasst hat. Durch diesen Fund von neuen Urkunden wird der Wissenstand über den letzten Staufer potenziert. Vorher wusste man ganz wenig über den letzten agierenden Staufer (1250–1254). Wie sieht es in der Alten Geschichte aus?*

Sebastian Fink: Bei uns ist das noch extremer. Unser Wissen hängt extrem vom Fundzufall ab, wenn wir ein Archiv haben sind wir – wie im oben erwähnten Beispiel von Garšana – über jede Kleinigkeit informiert, in anderen Fällen wissen wir für lange Perioden fast gar nichts, weil einfach die Texte fehlen oder noch nicht gefunden wurden. Die Altorientalistik ist dadurch gekennzeichnet, dass die Quellen ständig anwachsen und die Situation wird sich nicht so schnell ändern. Man schätzt, dass es im Südirak ungefähr 100.000 Tells gibt, das sind durch Besiedlungsschichten entstandene Hügel, und das ist nur der Südirak; das Gebiet, in dem Keilschrift benutzt wurde, ist weitaus größer und reicht vom persischen Golf bis ans Mittelmeer und weit nach Kleinasien hinein. Von diesen Tells im Südirak ist nur ein Bruchteil wissenschaftlich ergaben, da dies beim heutigen Stand der Anforderungen an die archäologische Dokumentation der Funde einen gewaltigen Aufwand darstellt, der nicht mit den früheren Grabungen verglichen werden kann. Viele Tells werden heute durch Surveys eingeordnet, aber einen Survey durchzuführen, heißt die Oberfläche zu begehen und Oberflächenfunde zu analysieren. Das heißt also, dass jemand geschaut hat, was da für Scherben liegen, und mit diesen Scherben hat man den Tell dann einer bestimmten Periode zugeordnet, aber klarerweise ist das sehr ungenau. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist da noch wahnsinnig viel Material zu holen. Wenn man sich etwa die neuassyrische Geschichte im 1. Jahrtausend ansieht, gibt es Jahre und Perioden, die sehr gut dokumentiert sind. Da haben wir Archive und Inschriften gefunden, die uns über einige Jahre berichten, und dann kann es Jahre geben, über die wir überhaupt nichts wissen. Das Normale bei uns ist zudem, dass die Quellenlage einseitig ist. Die Dokumentation über die Neuassyrer haben wir zu 99% aus neuassyrischen Quellen. Dann haben wir ein bisschen was in der Bibel und ganz entfernte Reflexe bei

griechischen Historiographen, daneben noch ein bisschen was aus den zeitgenössischen babylonischen Quellen.

Severin Cramm: *In Ihren Publikationen beschäftigen Sie sich unter anderem viel mit dem Gilgamesch-Mythos. Wie kamen Sie dazu, was hat Sie daran fasziniert? Welche Bedeutung würden Sie diesem Werk in der damaligen Zeit zuschreiben? Welche anderen Werke würden Sie zudem aus dieser Zeit hervorheben?*

Sebastian Fink: Wenn man bedenkt, wie viele Epen und Mythen es aus Mesopotamien gibt und welche davon rezipiert werden, beziehungsweise als Weltliteratur gelten, dann ist ganz klar, dass das Gilgamesch-Epos der Text ist, der uns am besten zugänglich ist. Sogar Rainer Maria Rilke war fasziniert von diesem ersten Werk der Weltliteratur, wie er gesagt hat. Im Gegensatz zu vielen anderen Texten, die in Mesopotamien vielleicht wichtig wären: „Lugal-e" ist so ein Beispiel, der Text erzählt uns die Geschichte eines jungen Kriegsgottes, der ins Gebirge auszieht und da die Steine besiegt. Gemessen an der Anzahl der in Mesopotamien gefundenen Tafeln war dies vielleicht der bedeutendste Text für die Mesopotamier, aber unserem Geschmack erschließt sich „Lugal-e" einfach nicht. Den kann man zwar durchlesen und ihn nach einigen Versuchen auch ganz interessant finden, aber diese Faszination, die Gilgamesch, der König, der auszieht, um das ewige Leben zu finden, ausstrahlt, hat wohl kein anderer altorientalischer Text, obwohl es viele wunderbare literarische Texte gibt. Das Thema der Sterblichkeit spricht eben jeden Menschen direkt an. Geschichten von Göttern, die die Welt mit ihrem Penis umpflügen oder die gegen Steine kämpfen, mögen uns zwar irgendwie amüsieren, aber sie behandeln keine für uns aktuellen Probleme.

Epen um Gilgamesch sind seit dem Ende des 3. Jahrtausends in sumerischer Sprache überliefert. Während es sich zunächst um einzelne Texte handelte, wird der Stoff im zweiten Jahrtausend ins Akkadische übertragen und immer wieder umgearbeitet, teilweise um neue Erzählungen erweitert, manches wird ausgeschieden und es gibt dann erste Versionen, die eine vereinheitlichte Geschichte des Königs auf der Suche nach der Unsterblichkeit erzählen. Wir gehen heute davon aus, dass das so genannte 12-Tafel Epos zwischen 1200–800 v. Chr. entstanden ist, das diese ganzen Erzählungen beinhalten. Das ist ein hochgradig gelehrter Text, der viele verschiedenen Deutungsebenen hat und der den prototypischen König, eben Gilgamesch, schildert. Das ist ein Text, der uns noch sehr viele Möglichkeiten bietet, um ihn besser zu verstehen, dem man noch manche kleinen Geheimnisse entlocken kann, die die mesopotamischen Gelehrten eingebaut haben. Zudem können wir uns auch damit beschäftigen, in welcher Verbindung sich die mesopotamischen Könige zu Gilgamesch gesehen haben – in der Ur III-Zeit, also gegen Ende des dritten Jahrtausends, bezeichneten Könige Gilgamesch etwa als ihren Bruder und Freund. Ich habe mich besonders mit Namen, eigentlich nur mit dem Namen Ur-Šanabi im Gilgameschepos beschäftigt, der den Leser meiner Meinung nach darauf hinweist, dass es sich hier um den zukünftigen Diener des Gilgamesch handelt. Um die Aufmerksamkeit und die Erwartung der Leser zu steuern, benutzen Autoren sprechende Namen, d. h. Namen, die eine Person entweder als Individuum oder als Typ kennzeichnen. Ein Aspekt der sprechenden Namen ist, dass Personen, die eine geringe Rolle spielen, keine Namen bekommen. Die heißen einfach: Der Jäger, die Schankwirtin, die

schöne Frau. Wenn man Leuten in der akkadischen Literatur eine besondere geheimnisvolle Aura geben will, dann bekommen sie einen sumerischen sprechenden Namen. Dann fängt der gelehrte Leser gleich an nachzudenken, welche Querverweise er hier finden könnte, denn Querverweise und Mehrdeutigkeiten zu suchen und neue Deutungsmöglichkeiten für einen Text zu finden, galt unter mesopotamischen Gelehrten als die höchste Stufe der Gelehrsamkeit.

Michael Gehler: *Wir haben kurz davon gesprochen, dass Rom und Athen allgegenwärtig sind. Warum ist das so? Warum hat man sich so sehr auf römische Rechtsgeschichte fokussiert, obwohl es schon im 19. Jahrhundert Forschungen zum alten Orient gab?*

Sebastian Fink: Zunächst lag das an den zwei großen Quellenströmen, die wir hatten: Das war zum einen die griechisch-römische Literatur und zum anderen das Alte und Neue Testament. Das waren die zwei Korpora, die man kennen musste. Wenn man über Europa und das Altertum liest, findet man drei Namen: Rom, Athen und Jerusalem. Daher kommt vielleicht auch der Sonderstatus von Israel, das ja geographisch nicht in Europa, sondern im Orient, in Asien liegt, weil man da vielleicht auch seine eigene Herkunft wiedersieht, genau wie in Athen. Europa hat ein großes Standbein in Asien und das zweite große Standbein ist in Kleinasien mit der vorsokratischen Philosophie, vor allem der ionischen Naturphilosophie. Diese ersten Philosophen wohnten nicht im heutigen Griechenland, sondern in Kleinasien. Das sind die Säulen Europas, außerhalb von Europa. Aber natürlich sind solche Ursprungsnarrative immer zu einem gewissen Grad künstlich, man wählt das aus, mit dem man sich identifizieren möchte. Als man die elfte Tafel des Gilgamesch-Epos, die eine Fluterzählung enthält, die dem biblischen Narrativ sehr ähnlich ist, gefunden hat, haben manche Wissenschaftler Jerusalem in Frage gestellt und gesagt „Unsere religiösen Ursprünge liegen ja gar nicht dort, die sind noch viel älter und in Mesopotamien zu finden!“ Diese Diskussion wurde unter anderem von den sogenannten Panbabylonisten geführt, die alle späteren Religionen auf eine mesopotamische Astralreligion zurückführen wollten. In Deutschland tobte um 1900 der von Friedrich Delitzsch ausgelöste Bibel-Babel Streit, der nicht zuletzt dadurch an Brisanz gewann, dass Kaiser Wilhelm 1902 eine Bibel-Babel Vorlesung von Friedrich Delitzsch – damals der bedeutendste Altorientalist Deutschlands und einer der führenden Altorientalisten der Welt – besuchte. Durch den Besuch des Kaisers – wodurch dem Vortrag ein besonderes Gewicht verliehen wurde – kam es dazu, dass in allen möglichen Zeitungen über diese Reden von Delitzsch berichtet wurde. Die Frage nach der Zuverlässigkeit der Bibel war zu der Zeit ein Thema, das die Leute beschäftigt hat. Damals ist man teilweise über das Ziel hinausgeschossen, weil man damit begonnen hat, überall Bezüge zu mesopotamischen Texten zu sehen. Innerhalb der Assyriologie hat es unterschiedliche Haltungen zu diesen Fragen gegeben, aber fast jeder Altorientalist dieser Zeit hat sich diese Fragen gestellt. Manche waren eher moderat und vertraten die Meinung, dass man die Bibel, so wie es heute viele Alttestamentler auch machen, in dem altorientalischen Kontext sehen müsse, der uns bis dahin nicht bekannt war und der uns helfen wird, die Bibel besser zu verstehen. Andere hingegen, wir könnten sie die Plagiatstheoretiker nennen, haben gesagt: „Die Bibel ist nur ein Flickwerk! Dort hat man nur altorientalische Geschichten zusammengetragen

und abgeschrieben.“ Publikationen wie „Welträthsel“[9] von Ernst Haeckel[10] – damals ein Millionen Mal verkaufter Autor, der die Evolutionstheorie in Deutschland verbreitet hat – setzen auf diesen Trend. Darin liest man so etwa: „Wie uns die Altorientalisten gezeigt haben, findet sich die ganze Lehre des Christentums, die Dreifaltigkeit und die Wiederauferstehung Christi, bereits in Mesopotamien.“

Zu jener Zeit gab es also eine starke Tendenz, in Mesopotamien den Ursprung für alles und jedes zu finden und damit auch ein neues Geschichtsnarrativ zu finden, das uns neue Ursprungserzählungen bieten konnte. Da hat es auch ziemlich starke Gegenreaktionen von Theologen und anderen Altorientalisten gegeben, da vieles unseriös war. Mit einem programmatischen Vortrag von Benno Landsberger im Jahr 1922 über die Eigenbegrifflichkeit Mesopotamiens war diese öffentliche Rolle der Altorientalistik mehr oder weniger abgeschlossen. Dieser Vortrag hat entweder den Anstoß gegeben oder einfach die bestehende Tendenz bekräftigt, sich von den vergleichenden gefährlichen Fragen abzuwenden und sich den Fragen des eigenen Fachs zuzuwenden. D. h. Altorientalisten sollten Keilschrifttexte publizieren, Grammatiken schreiben und gute Editionen von Texten vorlegen. Die Altorientalistik hat sich also von einem Fach, das als die Speerspitze der Forschung wahrgenommen wurde und eine breite öffentliche Aufmerksamkeit besaß, zu einem eher ruhigeren Fach hin entwickelt. Nach den wilden Jahren des Panbabylonismus und des Bibel-Babel-Streits wurde die Altorientalistik eine sehr philologische und stille Disziplin. Die Altorientalisten hielten nun keine Vorträge mehr, die vom Kaiser besucht und in zahllosen Zeitungsartikeln besprochen wurden, sondern forschten in ihren Kämmerchen seriös, aber ruhig vor sich hin. Das ist etwas, was sich in den letzten Jahren erst wieder ein bisschen geändert hat, da es eine Öffnung von der Altorientalistik in Richtung der Alten Geschichte gibt. Da ist Innsbruck ein Prototyp, weil man hier, zunächst aus Spargründen unsere Institute Altorientalistik und Alte Geschichte zusammengefasst hat. Ich denke, das hat beiden gutgetan, weil man voneinander profitieren konnte: Die Altorientalisten natürlich vom geschärften Methodenbewusstsein der Althistoriker und die Althistoriker davon, dass sie einen Einblick in einen großen Quellenkorpus bekamen, der für Nicht-Fachleute nicht immer leicht zugänglich ist.

Michael Gehler: *Das heißt, Sie meinen, dass dadurch, dass die Altorientalistik, mehr sprachwissenschaftlich für sich alleine gearbeitet, sich nicht so geöffnet für die Altertumswissenschaften hat, wir lange Zeit immer nur von den Ursprüngen von Griechenland und Rom ausgegangen sind. Wir müssten aber eigentlich noch viel weiter zurückgehen, um einen noch größeren Kontext, den der Altorientalistik, zu erschließen.*

9 Ernst Haeckel, Die Welträthsel. Gemeinverständliche Studien über monistische Philosophie, Bonn 1899.

10 Ernst Haeckel (*1834 in Potsdam; †1919 in Jena) war ein deutscher Philosoph und Zoologe. Er entwickelte Darwins Evolutionstheorie zu einer Abstammungslehre und verfasste darüber viele Schriften, durch die der Darwinismus in Deutschland größeren Anklang fand. Auch die Nationalsozialisten bedienten sich Teile seiner Gedanken zur Abstammungslehre. Er verfasste diverse Werke, teils mit Auflagen im sechsstelligen Bereich, wie zum Beispiel „Die Welträthsel“.

Sebastian Fink: Nach diesen Übertreibungen des Panbabylonismus, wo man versucht hat, alles auf Mesopotamien zurückzuführen, hat man dann für lange Zeit Abstand davon genommen, sich an solchen Diskussionen überhaupt zu beteiligen. Also in manchen Fächern, gerade im Alten Testament, ist den Leuten inzwischen klar, dass, wenn man das seriös betreiben will, kein Weg daran vorbeiführt, den altorientalischen Hintergrund auszuleuchten. Aber in so hochideologischen Bereichen wie Europa und europäische Identität spielt Mesopotamien heute keine Rolle und das ist vielleicht auch politisch gefährlich.

Michael Gehler: *Wo verorten Sie sich eigentlich in dieser Debatte der übertriebenen Mesopotamien-Fixierung und einer sich davon gelösten, kontextorientierten Sicht?*

Sebastian Fink: Ich glaube, niemand möchte von sich selbst sagen, dass er alles übertreiben und falsch sagen würde. Aber das ist ein Anliegen als Vertreter dieses Faches, dass man auf die Bedeutung und den Reichtum dieser Quellen aufmerksam macht, die man zur Verfügung hat.

Severin Cramm: *Eines Ihrer letzten Projekte beschäftigt sich mit dem Kannibalismus als anthropologische Konstante.[11] Könnten Sie uns kurz erläutern, wie es zu dem Projekt kam, was Sie untersucht haben und welche Erkenntnisse Sie hier gewonnen haben?*

Sebastian Fink: Dieses Werk ist einer Leidenschaft von unserem gemeinsamen Freund Friedrich Pöhl[12] zu verdanken, der zwar Südtiroler ist, aber gleichzeitig international ausgerichtet ist. Pöhl hat sich schon ganz früh für die nordamerikanischen Indianer interessiert. Und er ist auch – nachdem er früher in Südtirol an der Schule kein Englisch gelernt hatte, sondern nur die „wichtigen“ europäischen Sprachen: Latein und Griechisch – mit 21 Jahren ohne Englischkenntnisse für ein Jahr in die USA gegangen und hat da studiert. Er hat da erstmal ein halbes Jahr damit verbracht, Englisch zu lernen. Dann hat er das erste Mal diese Indianerreservate besucht. Es ist ein gängiges Erzählmuster in der Ethnographie über die Indianer, dass sie Menschenfresser sind, und erst durch die Europäer wurden sie christianisiert, zivilisiert und hören damit auf, Menschen zu fressen. Herr Pöhl hat sich dann mit Herrn Rollinger unterhalten und der hat gesagt, dass es in der Antike auch einen Haufen Berichte über Kannibalismus gebe, dann hat er mich gefragt, wie das in Mesopotamien ausschaut. Ich hatte mich bis dato noch nie damit beschäftigt und bin bis dahin auch noch nicht darauf gestoßen. Dann habe ich mal die Quellen durchforscht und einige wenige Hinweise gefunden und dann haben wir einen kleinen Workshop gemacht, weil wir zeitgleich auch zwei Dissertanten, damals von Reinhold Bilcher[13] aus

11 Friedrich Pöhl/Sebastian Fink (Hrsg.), Kannibalismus, eine anthropologische Konstante?, Wiesbaden 2015.

12 Friedrich Georg Pöhl (*1965 in Bruneck) studierte unter anderem 1988 Philosophie an der Universität von Kearney in Nebraska. Seit 1998 besitzt er einen Lehrauftrag an der Universität in Innsbruck in verschiedenen Fachgebieten. Exemplarisch genannt seien hier Philosophie und europäische Ethnologie.

13 Reinhold Bichler (*1947 in Innsbruck) ist ein österreichischer Althistoriker. Nach seiner Promotion und Habilitation wurde er 1982 zum ordentlichen Professor für Alte Geschichte in Innsbruck. Emeritiert wurde er im Jahr 2013.

Innsbruck, beschäftigten, der eine aus Griechenland, der andere aus Rom. Da habe ich die Quellen aus dem Alten Orient, dem Mesopotamien, aus Ägypten und von den Hethitern vorgestellt. Mein Befund war eher ein ernüchternder. Da kommt eigentlich nur Hungerkannibalismus vor. Das heißt also zum Beispiel: Es wird eine Stadt belagert und in der allergrößten Not fressen sich die Leute dann gegenseitig auf. Das nennt man Hungerkannibalismus, das, was man in den großen evolutionären Modellen des 19. Jahrhunderts den Primitiven generell als rituellen Kannibalismus unterstellt, ist überhaupt nicht belegt. Zum ersten Mal findet sich das in einer hethitischen Quelle aus dem 15./14. Jahrhundert v. Chr. Da wird erzählt, dass es in der Gegend des heutigen Nordsyrien einen Stamm gibt, der Menschen frisst. In Ägypten ist es auch ganz ähnlich. Da hier der Kannibalismus in mythischen Erzählungen eingewoben wird, ist es schwer festzustellen, ob die sich verspeisenden Götter in den Bereich einer metaphorischen Sprache gehören oder auf irgendeine Art und Weise angenommene oder reale gesellschaftliche Realitäten widerspiegeln. In den meisten von mir behandelten Texten gehört der Kannibalismus nicht wirklich zur Realität, bis auf eben diesen Hungerkannibalismus. In Griechenland – das hat Martin Gronau[14] in seinem Beitrag zu dem von uns herausgegebenen Sammelband aufzeigen können – sind diese Kannibalen-Erzählungen dann förmlich explodiert. Wir haben Kannibalen-Erzählungen in allen verschiedenen Varianten: „Dieser Stamm im Norden frisst Leute und dieser Stamm in Indien frisst die eigenen Verwandten und andere verwandeln sich in Werwölfe und fressen dann Leute.“ Da gibt es einen enormen Kannibalen-Diskurs über alle möglichen Nachbarn, über fast jedes benachbarte Volk haben die Griechen einmal gesagt, dass es kannibalische Praktiken betreibt. Wie Jonas Scherr[15] gezeigt hat – der sich vor allem mit den Kelten und dem römischen Imperium beschäftigt hat –, gibt es schon dort einen Zivilisationsdiskurs, der den Diskurs in Amerika vorwegnimmt. Es wird immer wieder berichtet, dass in irgendwelchen keltischen Siedlungen und von bestimmten keltischen Stämmen Kannibalismus praktiziert wird. Als aber die Römer hinkommen, hört das alles schlagartig auf. So haben wir versucht, uns dem Thema ein bisschen anzunähern und die Erzählungen über Kannibalen von verschiedenen Orten und Zeiten zu vergleichen, um Kontinuitäten und Unterschiede festzustellen. Die typischen Kannibalen sind ein Produkt der klassischen Literatur und finden sich dann in den Berichten von neuzeitlichen Reisenden und Entdeckern wieder. So kann man etwa eindeutig zeigen, dass die Leute mit den antiken Schriftstellern im Kopf in die Neue Welt gegangen sind und teilweise berichteten, was sie von diesen Geographen über „Indien“ wussten. Und Kolumbus, als er den ersten europäischen Text über die Neue Welt verfasst hat, da sieht er genau das, was er bei den antiken Reiseschriftstellern gelesen hat, was es am Rande der Welt gibt: Kannibalen, Hundsköpfige und Einäugige. Die quellenkritischen Historiker haben die Hundsköpfigen und die Einäugigen weggestrichen und die Kannibalen haben sie ihm geglaubt. Wir haben also versucht die Kannibalen auch noch auszutreiben.

14 Martin Gronau promoviert zurzeit mit der Thematik: „Der Mensch als Tier – Der Mensch als Gott. Vorstellungen der Urgesellschaft im politischen Diskurs der griechischen Antike“. Erstprüfer ist Reinhold Bichler, Zweitprüfer Hartmut Leppin. Er fungiert momentan als externer Lehrender an der Universität in Innsbruck am Institut für Alte Geschichte und Altorientalistik.

15 Jonas Scherr ist seit 2015 an der Universität Stuttgart als wissenschaftlicher Assistent für den Fachbereich Alte Geschichte tätig.

Michael Gehler: *Eine kleine Verständnisfrage: Promoviert haben Sie 2010 zu welchem Thema?*

Sebastian Fink: Zu Benjamin Lee Whorf[16] und der von ihm prominent aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis von Sprache und Denken. Das war eine Arbeit zwischen der Altorientalistik und der Philosophie, die ich dann mit dem Titel „Die Sumerer und der Einfluss der Sprache auf das Denken“ publiziert habe.[17] Das Thema ist aus jugendlichem Übermut heraus entstanden. Ich habe mich dagegen entschieden, weiter über Leibniz, dem ich ja meine Diplomarbeit gewidmet hatte, zu arbeiten, und wollte mich einem ganz neuen Thema widmen. Dann hat mich mein Betreuer darin bestärkt, das zu machen, und hat mich auf Adolf Stöhr und Friedrich Kainz hingewiesen, zwei österreichische Philosophen, die zu diesem Fragekomplex geforscht haben und die für meine Arbeit recht wichtig wurden. Die Frage nach dem Einfluss der Sprache auf das Denken, wurde mit Wilhelm von Humboldt[18] unter dem Titel „das Weltbild der Sprache“ prominent. Und ich interessierte mich eben für die Altorientalistik. Es interessierte mich, ob man da wirklich was damit machen kann. Ob es möglich ist, so wie Humboldt meinte, das Weltbild aus der Sprache quasi abzuleiten, und wenn ja, welches diese Ableitungsregeln sind. Wie bereits erwähnt, bin ich durch meinen Betreuer, Veit Pittioni, der bei Friedrich Kainz[19] in Wien studiert hat, auf diesen hingewiesen worden. Kainz ist heute ein weitgehend vergessener Philosoph, der damals eine sechsbändige „Psychologie der Sprache“[20] verfasst hat und noch einige andere Monografien, in denen er wirklich alles zusammengetragen hat, was es da gegeben hat. Eben dieses Werk von Benjamin Whorf, seine Aufsatzsammlung über Indianersprachen und wie sich ihr Weltbild in der Sprache zeigt, hat mich interessiert und für einige Jahre nicht mehr losgelassen. Die Sumerer deshalb, weil ich versuchen wollte, die Thesen über den Zusammenhang von Sprache und Denken auf eine Sprache, die ich ein wenig kenne, anzuwenden. Ich habe leider keine Methode entwickeln können, mit dem man sowas erfolgreich machen kann. Aber zumindest hat man sehr viel darüber gelernt, wie man Sprache verwendet und welche Dinge von der Sprache beeinflusst werden oder beinahe gänzlich auf sprachliche Zufälligkeiten zurückzuführen sind. Mythologi-

16 Benjamin Lee Whorf (*1897 in Winthrop; †1941 Wethersfield) war ein Linguist aus den USA. Er setzte sich vor allem mit den Sprachsystemen der Ureinwohner Amerikas auseinander. Die Sapor-Whorf-Hypothese wurde nach ihm benannt. Vereinfacht drückt diese aus, dass die Sprache einer Person sein Denken und sein Handeln in der Umwelt beeinflusst.

17 Sebastian Fink, Benjamin Whorf, die Sumerer und der Einfluss der Sprache auf das Denken, Wiesbaden 2015.

18 Wilhelm Humboldt (*1767 in Potsdam; †1835 in Tegel) war ein preußischer Staatstheoretiker und Gelehrter. Bekannt wurde er unter anderem durch die Bildungsreform. Er gilt aber auch als Begründer der vergleichenden Sprachwissenschaft. Zusammen mit seinem Bruder Alexander von Humboldt prägte er die deutsche Wissenschaft zu dieser Zeit.

19 Friedrich Kainz (*1897 in Wien; †1977 in Wien) war ein österreichischer Sprachphilosoph und lehrte unter anderem als Professor an der Universität in Wien. Bekanntheit außerhalb Österreichs erlangte er unter anderem durch sein fünfbändiges Werk über die „Psychologie der Sprache“.

20 Friedrich Kainz, Psychologie der Sprache, Stuttgart 1941–1969.

sche Vorstellungen oder auch die Vorstellungen über die Zuständigkeitsbereiche von Göttern, oder in moderner Zeit von Heiligen, sind ganz oft von Volksetymologien geprägt.

Michael Gehler: *Sie studierten in einer Zeit, in der sich die Geschichtswissenschaften auch verändert haben. Ich kann mich noch erinnern in den 1970er Jahren, als das Quantifizieren in der Sozialgeschichte, vor allem in der Zeitgeschichte/Neuere Geschichte, ein großes Thema war. Es war stark statistisch orientiert. Kulturgeschichte war in den 1980er Jahren noch nicht ein Thema, das kam erst in den 1990er Jahren stärker. Dann wurde aber auch in den 1990er Jahren der linguistic turn vollzogen. Fühlen Sie sich diesem verbunden? Welche turns haben Sie mitgemacht? Welche nicht? Welche Strömungen haben Sie beeinflusst?*

Sebastian Fink: Was mich natürlich beeinflusst hat, sind meine Lehrer, auch in der Philosophie. Zum einen die Röd-Schule mit ihrem genauen Quellenstudium und einem historischen Zugang zur Philosophie. Das was damals und heute als analytische Philosophie im Gange war, das hat mich immer recht wenig interessiert. Ich habe mir das angeschaut und dann beschlossen, dass ich etwas anderes mache. Eine Zeit lang haben mir natürlich auch die postmodernen Philosophen gefallen, gerade die Franzosen, die so schön zu lesen sind. Aber wenn man sich überlegt, was man mit denen praktisch machen soll, dann wird es eher schwierig. Diese Lektüre ist ein wenig in die hinteren Reihen des Bücherregals verschwunden.

Michael Gehler: *An wen denken Sie jetzt? Michel Foucault*[21] *oder Jean-Francois Lyotard*[22]*?*

Sebastian Fink: Foucault, Lyotard, Gilles Deleuze[23] und Peter Sloterdijk.[24] Davon habe ich viel gelesen und vielleicht auch ein wenig davon mitgenommen: „Die schrecklichen Kinder der Neuzeit."[25] Ich habe dann aber irgendwie aufgehört, das alles zu lesen. Nach den „Sphären"[26] habe ich mich ein bisschen geärgert, nachdem ich das nächste Buch gekauft habe. Ich glaube, das war einfach ein Drittel c*opy and paste* aus den „Sphären" und da dachte mir: Dafür bezahle ich kein Geld mehr. Ich habe mich in der Masterarbeit der

21 Michel Foucault (*1926 in Poitiers; †1984 in Paris) war ein französischer Philosoph. Er war aber auch in der Psychologie und der Soziologie tätig. Er gilt als Begründer der Diskursanalyse. Diese untersucht die Kohärenz zwischen sprachlichem Handeln und institutionellen Strukturen.

22 Jean-François Lyotard (*1924 in Versailles; †1998 in Paris) war ein französischer Philosoph. Er gilt als Theoretiker der Postmoderne. Er kritisierte sowohl den Strukturalismus als auch den klassischen Humanismus.

23 Gilles Deleuze (*1925 in Paris; †1995 in Paris) war ein französischer Philosoph. Er kritisierte in seinen Werken den Rationalismus und den Essentialismus.

24 Peter Sloterdijk (*1947 in Karlsruhe) ist ein deutscher Philosoph. Er besitzt einen Lehrstuhl an der Universität in Karlsruhe für Philosophie und Ästhetik. Er verfasste mehrere Schriften, unter anderem die „Kritik der zynischen Vernunft" oder die „Sphären" I-III.

25 Peter Sloterdijk, Die schrecklichen Kinder der Neuzeit. Über das anti-genealogische Experiment der Moderne, Berlin 2014.

26 Peter Sloterdijk, Sphären I-III, Frankfurt am Main 1998/1999/2004.

Philosophie für einen Klassiker entschieden, die Theodizee des Leibniz, da hat es nicht viele *turns* gebraucht. Und ich bin von meinem philosophischen Lehrer Veit Pittioni[27] indirekt durch Victor Kraft[28] (einen Philosophen am Rand des Wiener Kreises) geprägt. Ein philosophisches System muss analysiert und logisch durchgearbeitet werden. Da habe ich eben ganz stark gelernt, wie man ein philosophisches System untersucht und analysiert, und das hat mir natürlich auch für die Beschäftigung mit dem Alten Orient sehr geholfen.

Michael Gehler: *Ideengeschichte, Philosophie und Philosophiegeschichte. Sie messen dem logischerweise viel Gewicht und einen hohen Stellenwert bei. Wie weit müssen wir uns noch mehr mit Ideengeschichte befassen, um zu verstehen, was auf dieser Welt passiert, oder tun wir das schon zu viel? Müssen wir uns mit anderen Bereichen der Geschichte wie der Wirtschafts- oder Machtgeschichte intensiver auseinandersetzen? Man kritisierte, es würde zu viel Diplomatiegeschichte in der Neueren und Zeitgeschichte betrieben, demgegenüber dann zu wenig Kulturgeschichte, zu wenig Alltagsgeschichte. Wo sehen Sie hier Herausforderungen, Defizite, Überdehnungen oder Übertreibungen des Fachs? Wie sieht es überhaupt in der Alten Geschichte aus? Da gibt es auch geschlechterspezifische Zugänge, Alltagsgeschichte, im Grunde alles, was sich auch in der Neueren und Zeitgeschichte bewegt? Wie weit gibt es überhaupt einen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Teildisziplinen und den Trends? Gibt es Parallelen oder gehen manche Teildisziplinen manchmal voraus? Sind die Althistoriker in manchen Punkten Pioniere, Antreiber und Motoren, weil sie mit dem Blick von ganz zurück, aber auch im Rückspiegel von heute wieder mehrere Epochen überblicken und überspringen?*

Sebastian Fink: Eine besondere Herausforderung der Alten Geschichte und noch mehr der Altorientalistik sind die wirklich langen Zeiträume, mit denen man sich im Fach beschäftigt. Bei uns ist es so, wenn man Sumerisch oder Akkadisch lernt, dann kann man das Quellenmaterial von 3000 Jahren studieren und sich dann in alle Epochen einarbeiten. Früher, vor ca. 70–80 Jahren, war es in der Altorientalistik so, dass die meisten Leute den Anspruch für sich gehabt haben, dies in Realität zu machen und alle Quellen zu kennen, zumindest oberflächlich. Die haben sich dann überall durchgekämpft. Durch die Zunahme der Quellen, des Materials, gibt es innerhalb der Alten Geschichte und der Altorientalistik die Auffächerungen und Spezialisierungen. Was in der Altorientalistik in den letzten 20 Jahren stark ist, ist, dass sich die Archäologie komplett von der Philologie und Geschichte abgetrennt hat. Zu den Trends: Das ist oft quellengetrieben. Ich versuche das anhand eines Beispiels zu erklären: Die Archäologen haben ein gewisses Archiv gefunden. Dann beginnt man sich damit zu beschäftigen und versucht die richtigen Werkzeuge zu finden, um mit diesem Archiv umzugehen. Diese ganze Beschäftigung mit Archiven in der Altorientalistik konnte viel von dem profitieren, was man im Bereich der Geschichte des Mittelalters oder der Neuzeit und Zeitgeschichte gemacht hat, wo man eben schon

27 Veit Pittoni studierte Philosophie und Mathematik in der Universität in Wien. Seit 1971 ist er am Institut für Philosophie an der Universität in Innsbruck tätig. Mittlerweile ist er emeritiert.

28 Victor Kraft (*1880 in Wien; †1975 in Wien) war ein österreichischer Philosoph und Wissenschaftstheoretiker. Er galt als Anhänger des neopositivistischen Wiener Kreises. Er war Anhänger einer vernunftorientierten Ethik.

länger mit großen Archivbeständen arbeitet. Und natürlich auch die gesamten computergestützten Sachen, die Netzwerkanalysen. Diese sind sofort in die Altertumswissenschaften eingegangen und gerade für solche Archive wird das gerne gemacht. Wahrscheinlich weil der Geldgeber dann anspringt, wenn man sagt: „Wir haben 30.000 Texte und wir machen da jetzt eine Netzwerkanalyse und zeigen auf, wie die Leute verbunden waren, die sich vor 4000 Jahren Briefe geschrieben haben.“ Das gibt es bei uns auch. Wie die althistorischen Kollegen gern betonen, muss man sich bei einem Mangel an Texten mit dem einzelnen Text intensiver auseinandersetzen, um da wirklich das Maximum herauszuholen. Wenn man in der Neuzeit über eine Schlacht vielleicht über 3000 Seiten Akten hat, Tagebücher, Fotos, Filme etc., haben wir auf der anderen Seite dann manchmal einen bescheidenen Bericht. Wenn wir Glück haben, finden wir dann nochmal einige Informationen in Wirtschaftstexten oder Briefen und das war es dann. Da muss man sich in die Texte versenken und versuchen, jedem kleinen Hinweise nachzugehen.

Severin Cramm: *Vielleicht können Sie das noch ein bisschen weiter ausführen? Sie haben das Stichwort Netzwerkanalyse erwähnt. Welche Hilfswissenschaften spielen denn in Ihrem Arbeitsumfeld eine Rolle? Inwiefern greifen Sie auf Archäologie, Philosophie, EDV-Technik und Ähnliches zurück?*

Sebastian Fink: Grundsätzlich sind bei uns alle Texte ein Ergebnis der Archäologie. Während man sich früher hauptsächlich auf den Text konzentrierte, den so ein Gegenstand hergab, ist man in den letzten Jahren dazu übergegangen, auch den Gegenstand als solchen als Quelle anzusehen und zu analysieren. Das ist momentan ein Trend in der altorientalischen Philologie. Man hat eben bemerkt, dass die Texte einen Träger haben und dass man den analysieren kann. Dafür sind erst jetzt die technischen Geräte da. Es gibt Geräte, die mittels Röntgenanalyse den Ton dieser Texte analysiert, die man dann nach Herkunftsorten *clustern* kann. Das ist ganz sinnvoll, wenn man zerbrochene Texte hat oder wenn etwa der Absender bei einem Brief fehlt. Da kann man ein Archiv durchanalysieren und mithilfe dieser Methoden etwa zusammengehörige Bruchstücke finden. Man kann, wenn es funktioniert, sagen, wo die Texte geschrieben worden sind, oder man kann analysieren, wie diese Tafeln gemacht worden sind. Es ist ein Trend zum Objekt.

Michael Gehler: *Wir hatten vor kurzem eine Konferenz zum Thema Weltgesellschaft und haben uns in einem ersten Zugang mit Philosophen befasst. Es waren Staatstheoretiker Carl Schmitt[29], Ernst Jünger,[30] Friedrich Nietzsche[31] und jüngere wie Niklas*

29 Carl Schmitt (*1888 in Plettenberg; †1985 in Plettenberg) war ein deutscher Philosoph und Staatsrechtler. Obgleich er eng mit dem NS-Staat arbeitete, gilt er aufgrund seiner impliziten Auswirkung auf die BRD als ein anerkannter politischer Denker.

30 Ernst Jünger (*1895 in Heidelberg; †1998 in Riedlingen) war ein deutscher Schriftsteller und Angehöriger des Befehlsstabs im Militär. Er schrieb seine Erinnerungen aus dem Krieg nieder, exemplarisch „In Stahlgewittern“. Er sprach sich gegen die Weimarer Republik aus und galt als ein Wegbereiter für den Nationalsozialismus, obgleich er sich von der diskriminierenden Ideologie distanzierte. 1959 erhielt er unter anderem das Große Bundesverdienstkreuz.

31 Friedrich Nietzsche (*1844 in Röcken; †1900 in Weimar) war ein deutscher Philologe und Philosoph. Er kritisierte in seinen Werken vor allem die christliche Moral und die Metaphysik

Luhmann.[32] *Sie haben sich intensiv mit der Philosophie befasst. Wer sind denn Ihrer Ansicht nach die Philosophen aus dem 19./20. Jahrhundert, die die Geschichtswissenschaft am stärksten beeinflussen konnten oder könnten? Von welchen würden wir am ehesten Anregungen bekommen? Oder wären das eher Soziologen wie Max Weber*[33]*? Oder ist das eher eine Mischung?*

Sebastian Fink: Für meine eigene Forschung war es immer interessant, die Philosophiegeschichte im Hinterkopf zu haben, die Fragestellungen, die da waren und diese dann auf den Alten Orient anzuwenden. Die Theodizee-Frage von Leibniz ist das beste Beispiel dafür, die habe ich anhand des Textes von Leibniz durchdekliniert und dann die altorientalische Evidenz auf diese Probleme hin durchgesehen. Die Grundprobleme von Leibniz hat man schon in Mesopotamien um 1000 v. Chr. angewendet. So kann das sehr hilfreich sein. Für die Altertumswissenschaften ist Foucault einer, der immer wieder zitiert wird; ob er dann auch gelesen wird, ist eine andere Frage: Macht, Gefängnis, Beobachtung und Biopolitik sind solche Schlagworte, bei denen Foucault zitiert wird. Und natürlich ist Weber Garant dafür, einem Aufsatz eine gewisse Aura zu verleihen. Was Sloterdijk Interessantes gemacht hat, ist, dass er einen Entwurf für eine neue Art, für eine Mastererzählung der Weltgeschichte in seinen Sphären geliefert hat. Mit dem hat sich zumindest die Altertumswissenschaft noch nicht dezidiert auseinandergesetzt. Sloterdijk schreibt Weltgeschichte als Raumgeschichte, als Behältergeschichte. Das ist vielleicht etwas, womit man sich in Zukunft etwas genauer auseinandersetzen kann und zu hinterfragen, ob so ein Ansatz für die Alte Geschichte oder die Altorientalistik vielleicht fruchtbar ist.

Michael Gehler: *Sie haben sich auch intensiv mit Oswald Spengler*[34] *auseinandergesetzt. Spengler wird auch als ein Kulturhistoriker avant la lettre gedeutet, der das selbsterklärtermaßen gar nicht unbedingt sein wollte, indem er sich von der klassischen Epochenteilung lossagte, indem er nach ganz anderen Kategorien versucht hat, den historischen Prozess darzulegen. Können wir von Spengler lernen, genau dieses konventionelle Bild der Epochen zu durchbrechen oder aufzuweichen?*

Platons. Er prägte gerade mit dem Hinterfragen der „Wahrheit“ Teile der Philosophie der Postmoderne.

32 Niklas Luhmann (*1927 in Lüneburg; †1998 in Oerlinghausen) war ein deutscher Soziologe und Wissenschaftstheoretiker. Er fokussierte sich vor allem auf die soziologische Systemtheorie.

33 Max Weber (*1864 in Erfurt; †1920 in München) war ein deutscher Soziologe und Ökonom. Er prägte mit seinen Werken weite Teile der Soziologie und Sozialwissenschaften. So begründete er unter anderem den Begriff der „Werturteilsfreiheit“ oder die „Verantwortungsethik“ als eine Abgrenzung zur „Gesinnungsethik“.

34 Oswald Spengler (*1880 in Blankenburg am Harz; †1936 in München) war ein deutscher Philosoph und Historiker. Er spricht sich vor allem gegen eine lineare Geschichtsschreibung aus, als eine Chronologie der Entwicklung, sondern befürwortet die Zyklentheorie. Er sieht Kulturen als abgrenzbare Konstrukte, die biologisch gesehen eine Lebensdauer von ca. 1000 Jahren besitzen. Spengler gilt als nationalistisch und antidemokratisch, distanzierte sich aber vom Nationalsozialismus.

Sebastian Fink: Das ist natürlich für einen Altorientalisten ein großes Problem. Aus der klassischen Dreiteilung: Antike, Mittelalter, Neuzeit, fällt der Alte Orient sowieso heraus. Man kann Sloterdijk als Schüler von Spengler sehen, der eine neue Art Erzählung der Geschichtsphilosophie betreibt, der versucht ein neues Modell zu finden, wie man denn dem ganzen neuen Material Herr wird. Für lange Zeit war das überhaupt kein Problem, weil wir kein Material über die Antike hinaus gehabt haben, und man hat es überhaupt nicht für nötig gehalten diese ganzen „Randgebiete“, etwa Osteuropa, Amerika oder China, in das historische Narrativ einzubauen.

Spengler behauptet, es gibt verschiedene Kulturen, die sind wie ein Baum, wie ein Organismus und haben eine gewisse Lebensdauer. Am Anfang wachsen sie, dann stagnieren sie und dann verfallen sie. Das ist das metaphysische Element in der Geschichtstheorie von Spengler. Er war aber gleichzeitig Mitglied im Friedrich Nietzsche-Archiv und war führend an der Herausgabe der Nietzsche-Texte beteiligt, und nach Nietzsche ist Metaphysik nur noch als Begriffsdichtung möglich, wie er sich selbst ausdrückt. Spengler versucht also einerseits ein antimetaphysisches Geschichtssystem zu entwickeln, baut sein System aber letztlich auf einer unbeweisbaren Annahme auf – ist dies nun spenglersche Geschichtsdichtung? Wie dem auch sei, jedenfalls präsentiert uns Spengler ein alternatives Modell zu dem von Joachim von Fiore (1135–1202) analog zur Dreifaltigkeit entwickelten Dreistufenmodell der Menschheitsgeschichte und hält uns vor Augen, wie standortbedingt unsere Weltgeschichten sind. Heute ist man auf der Suche nach neuen Modellen der Welt- bzw. Universalgeschichte und Spengler bietet uns, wie so viele Philosophen, Anregungen und Hinweise, liefert uns aber kein Modell, das man eins zu eins übernehmen könnte.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie Parallelen zwischen der Entwicklung bei der Geschichte der Europäischen Union und der Geschichte des mesopotamischen Reiches? (Phasen der Vertiefung und Erweiterung)*

Sebastian Fink: Wenn ich solche Parallelen ziehe, überschreite ich die Grenzen der soliden Wissenschaft und betrete den Boden der Spekulation. Es ist eine historische Tatsache, dass alle bisherigen Reiche untergangen sind, also können wir wohl mit Fug und Recht annehmen, dass auch die EU eines Tages Geschichte sein wird. Die Expansion der mesopotamischen Reiche war von starken Persönlichkeiten getrieben, die meisten prägenden Gestalten regierten für sehr lange Zeit, wodurch sie ihr Reich wirklich verändern konnten und langfristige Ziele erreichten. Das ist in der Demokratie insgesamt und in der Europäischen Union im Besonderen sicherlich ein wunder Punkt. Die Perspektive der Regierenden ist fast immer kurzfristig und vielen bedeutenden Akteuren droht die Gefahr, abgewählt zu werden. In Mesopotamien gab es die Gefahr der Revolution, nicht die der Abwahl. Diese langfristige Perspektive ist der Vorteil der Chinesen, die KP ist sich sicher, dass sie an der Macht bleibt und kann auf Jahrzehnte hinaus planen.

Nach der Expansion, die in Mesopotamien meist militärisch, im Fall der EU hauptsächlich durch wirtschaftliche Anreize erfolgt, gilt es immer die neuen Gebiete einzugliedern. Dass dies in Mesopotamien oft schwierig war, ist klar. Nach oft verheerenden Kriegen mit vielen Toten, mit Zerstörungen und Plünderungen ist die Bevölkerung nicht gerade gewillt, den neuen Herrscher freudig zu empfangen. Die Voraussetzungen der

EU sind hier viel positiver. Allerdings ist die Frage, was ist die EU? Ist sie eine Liga, eine Vereinigung von unabhängigen Ländern, die versuchen über den Zusammenschluss einen Vorteil gegenüber den großen Mächten (USA, China, Russland) zu erlangen? Oder ist die EU eine Vorstufe eines europäischen Staates? Es wird angenommen, dass es auch im Mesopotamien des dritten Jahrtausends eine Liga der mesopotamischen Stadtsaaten gab, die sich durch eine gemeinsame Kultur verbunden fühlten, die sich jedoch nie zu einem gemeinsamen Staatsgebilde durchringen konnten. Der gemeinsame Staat wurde erst durch Sargon von Akkad (um 2300) verwirklicht und er war ein Eroberer von außen.

An dieser Stelle können wir auf Spengler zurückzukommen – er war der Meinung, dass eine Kultur zu Ende geht, wenn die Sicherheit über die Ziele fehlt. Sie wird dann seiner Meinung nach zur Zivilisation, dem Verfallsstadium der Kultur. Während Europa sich über viele Jahrhunderte weg sicher war, eine welthistorische Mission zu verwirklichen, sei es die Verbreitung des Christentums oder die Durchsetzung der Aufklärung oder der Zivilisation, hat unsere abendländische Kultur diese Selbstsicherheit verloren. Wir haben keine Mission mehr, unsere Wissenschaft ist selbstkritisch und relativistisch. Ist die EU ein Museumsverein zur Bewahrung und musealen Aufbereitung der verbliebenen Reste der europäischen Kultur oder hat sie noch eine Vision, eine Aufgabe?

Severin Cramm: *Stichwort Flucht, Vertreibung und Migration: Welche Volkswanderungen und Migrationsströme prägten die mesopotamische Zeit? Welche Chancen und Probleme für das Reich ergaben sich hieraus?*

Sebastian Fink: Wie immer sind unsere Daten nur punktuell. Früher war es üblich, jede kulturelle Veränderung mit Migration zu erklären, aber das ist natürlich nicht immer der Fall. Es kann sich eine neue materielle Kultur entwickeln, weil es innerhalb einer Kultur Entwicklungen gibt oder weil man neue Handelspartner hat und durch deren Produkte angeregt wird. Wir wissen jedoch darüber Bescheid, dass die Imperien Deportationen als Mittel der Politik nutzten. Es kam zu großangelegten Bevölkerungsverschiebungen, die bekannteste ist wohl die babylonische Gefangenschaft aus dem Alten Testament, um Bevölkerungen unter die imperiale Kontrolle zu bringen und lokale Identitäten auszulöschen. Zudem gab es immer wieder Invasionen aus den Nachbargebieten, vor allem aus dem heutigen Iran. Manche Forscher gehen heute davon aus, dass viele dieser Invasionen durch eine Veränderung der klimatischen Bedingungen im iranischen Hochland motiviert waren, aber aufgrund eines Fehlens von Quellen können wir das oft nicht im Detail nachvollziehen oder gar beweisen.

Aus mittelassyrischer Zeit (ca. 1400–1000) haben wir Verwaltungstexte, die uns den Bau eines Palastes dokumentieren und uns zeigen, dass diese Baustelle wirklich international war. Ob die Leute Kriegsgefangene waren oder Lohnarbeiter, ist nicht immer klar. Aber diese großen Bauprojekte brachten auf alle Fälle viele Arbeitskräfte ins Land, was die Zusammensetzung der Bevölkerung sicher veränderte.

Michael Gehler: *Samuel Huntington sprach in seinem Buch „Clash of Civilizations“ von mehr oder weniger getrennten Kulturkreisen, bei denen er den islamischen Raum in Nordafrika und im Nahen Osten verortete. Wie bewerten Sie seine Thesen und welche*

Elemente des mesopotamischen Reiches lassen sich in der longue durée von mesopotamischen Reichen bis heute ziehen?

Sebastian Fink: Die Geschichte liefert uns Fakten und wir haben verschiedene Möglichkeiten, diese Fakten in ein einheitliches System zu bringen. Damit sind wir wieder bei der Frage nach der Geschichtsschreibung. Ich kann die Geschichte als einen Kampf der Rassen, der Kulturen, der Nationen oder der Klassen um die Macht schildern, und all dies wurde getan, oder ich kann die Geschichte als religiöse oder säkulare Heilsgeschichte schreiben, die sich einem Ziel entgegenbewegt. Manche Modelle wurden verworfen, andere sind noch akzeptiert. Viele der populären Geschichtsmodelle bedienen sich des Modells der Revolutionen, der Brüche – es gibt Ereignisse, die keinen Stein auf dem anderen lassen und die den Lauf der Geschichte radikal verändern. An anderer Stelle habe ich argumentiert, dass die Geschichtsphilosophen, wie etwa Karl Jaspers mit seinem Modell der Achsenzeit, hier das christliche Model kopieren, das seinerzeit schon von dem von Wahnsinn bereits angeschlagenen Nietzsche parodiert wurde. Er sah sich als Wendepunkt der Geschichte und sagte über sich selbst: „Ich bin kein Mensch, ich bin Dynamit." Nietzsche wollte also, wie Christus, die Geschichte in zwei Hälften sprengen: seine Geburt sollte der Beginn einer neuen Zeitrechnung sein.

Spengler hielt unsere Zeit für die Zeit der zweiten Religiosität – ich weiß nicht, ob jemand seine These der zweiten Religiosität auf den Islamismus angewandt hat, wahrscheinlich wäre das ertragreich. Zweite Religiosität deshalb, weil sie nicht mehr Ausdruck einer ganzheitlichen Kultur ist, in die man geboren wird. Die Religion ist der Ausdruck einer Suche nach dem Sinn, man könnte sagen, der Ausdruck des Wunsches nach Orientierung in einer Welt, die kein ganzheitliches Weltbild mehr anbietet, das auf alle Fragen des Lebens eine Antwort bietet. Dazu würde auch passen, dass viele der extremsten Vertreter der islamistischen Gruppen im Westen gelebt haben. Sie erfuhren die Herausforderungen der postmodernen Freiheit und verstanden, dass die Zeit der westlichen Orgie der Macht einerseits und der Befreiung andererseits vorbei sein könnte und wir in einer Zeit leben, in der für Unmöglich gehaltenes plötzlich möglich wird – wie etwa die Entstehung eines uns extrem rückständig anmutenden islamischen Kalifats auf dem Boden Mesopotamiens.

Es ist eine offene Frage, wann man die mesopotamische Geschichte zu Ende gehen lässt, aber die Schlacht bei Nehawand, in der die Araber die Sassaniden besiegt haben, ist sicherlich das späteste Datum, das sich anbietet, um Mesopotamien untergehen zu lassen. Mit den Buchreligionen wurden die alten Formen der Religion unterdrückt oder verboten. Jan Assmann sprach in diesem Zusammenhang von der mosaischen Wende und das bedeutet sicherlich einen gravierenden Einschnitt.

Severin Cramm: *Sie sprachen unter anderem an, dass auch in Mesopotamien Götter nicht unbedingt unreflektiert verehrt wurden, sondern teils geradezu satirisch betrachtet wurden. Könnten Sie dies noch näher erläutern?*

Sebastian Fink: Wir stellen uns die Religion des Altertums oft zu abendländisch vor. Es gab keine Inquisition in Mesopotamien – die Priester waren oft mächtig, aber niemand hatte Interesse daran, Glaubensinhalte abzufragen und zu überprüfen. Die Priester waren

für die Einhaltung des regelmäßigen Kultbetriebes zuständig – darum mussten sie sich kümmern, nicht um Glaubensbekenntnisse. Es gibt keinen mesopotamischen Sokrates, der den Schierlingsbecher trinken muss, weil er neue Götter einführen wollte. Es war allem Anschein nach kein Problem, freche Dinge über die Götter zu sagen. So finden wir eine Reihe von Texten aus Mesopotamien, in denen die Macht der Götter angezweifelt wird und in denen die Götter recht lächerliche Gestalten sind, die Fehler machen und ob ihrer Fehler verzweifeln.

Michael Gehler: *Sie veröffentlichten auch eine Forschung zu Volapük, einer Plansprache des späten 19. Jahrhunderts. Worin unterscheidet sich diese von anderen Plansprachen und wie war ihre Rezeptionsgeschichte?*

Sebastian Fink: Volapük und Esperanto sind die beiden einzigen Plansprachen, die jemals eine nennenswerte Gemeinde von Sprechern hatten. Volapük entstand vor Esperanto und das Motiv für die Erschaffung dieser Sprache durch den katholischen Geistlichen Johann Martin Schleyer (1831–1912) bestand darin, der Welt eine Sprache zu geben, in der sie auf Augenhöhe miteinander kommunizieren kann. Diese Überwindung des Nationalismus durch eine gemeinsame Sprache, die zudem kein nationaler Besitz, sondern international ist, war die Idee Schleyers. Dazu schuf er eine Struktur mit Sprachbüros, Sprachlehrern und Zeitschriften, die dann später von den Anhängern des aufstrebenden Esperanto übernommen werden konnte. Damals war man sich darüber einig, dass die Erhebung einer Nationalsprache zur Weltsprache dieser Nation solche Vorteile bringen würde, dass die anderen großen Mächte diese niemals akzeptieren würden. Es kam anders, und der anglosächsische Bereich setzte sich macht- und sprachpolitisch durch. In der EU haben wir nun die interessante Situation, dass England aus der EU austritt und Englisch immer noch die Hauptsprache der EU ist – was ist da in Zukunft zu tun? Volapük werden wir wahrscheinlich nicht einführen …

Severin Cramm: *Unter anderem richten Sie Ihre Forschungen auch auf den Grenzbereich zwischen Philosophie und Geschichte aus. Welche Überschneidungen sehen Sie hier? Wie können die Disziplinen voneinander profitieren?*

Sebastian Fink: Jeder gute Geisteswissenschaftler muss zu einem gewissen Grad Philosoph sein, ansonsten betreibt er nur wissenschaftliches Handwerk. Der Gegenstand der Geschichtswissenschaft ist der Mensch, oder besser jene Phase der menschlichen Geschichte, die durch Artefakte dokumentiert ist. Eine zentrale philosophische Frage, auf die die Geschichtswissenschaft eine Antwort geben will, ist „Was ist der Mensch?“ Der Historiker zeigt auf, was der Mensch bereits war, welche Organisationsformen sich menschliche Gesellschaften geben, welcher Leistungen, aber auch welcher Gräueltaten der Mensch fähig ist, und umreißt so den historisch erfassbaren Menschen. Ob er damit Lösungen für die Zukunft aufzeigen kann, ist eine andere Frage.

Michael Gehler: *Welche Lehren und welche Erkenntnisse können wir heute noch aus den Schriften Oswald Spenglers ziehen?*

Sebastian Fink: Ich bin davon überzeugt, dass man von jedem Philosophen etwas lernen kann. Leider ist unsere Lebens- und Lesenszeit begrenzt, also muss man immer eine Auswahl treffen und sich mit manchen Philosophen beschäftigen. Zu manchen Autoren hat man gleich einen Zugang, zu anderen nicht – der autoritäre Ton von Spengler kann abschreckend wirken. Für den Historiker ist Spengler sicherlich eine lohnende Lektüre, auch wenn man vielen seiner Ideen letztlich nicht zustimmt, aber er hinterfragt viele Gewissheiten und kann uns auf diesem Wege dazu bringen, die ideologischen und philosophischen Voraussetzungen unserer Arbeit stärker zu hinterfragen.

Michael Gehler: *Welche Krisen und Konflikte sehen Sie als die wichtigsten Probleme und Baustellen für Europa im 21. Jahrhundert?*

Sebastian Fink: Sloterdijk hat einmal eine Rede gehalten mit dem Titel „Falls Europa erwacht". Mit diesem Erwachen sprach er an, dass Europa sich seiner Stärke bewusstwerden sollte, solang es diese noch besitzt. Wir sehen heute um Europa einen Aufstieg von totalitären Systemen, vor allem Erdoğans Türkei wird zum akuten Problemfall für Europa, wobei die EU hier aus Bequemlichkeit viel zu lange nicht gehandelt hat und es wohl versäumt hat, Erdoğan in die Schranken zu weisen. Ich denke, das ist die große Baustelle, die über die Zukunft der EU entscheiden wird. Gelingt es der EU sich eine glaubhafte Mission zu geben, die über den Wohlstandserhalt hinaus geht oder nicht – lernt die EU politisch zu agieren, statt nur zu reagieren. Darin sehe ich die größte Herausforderung.

Michael Gehler: *Welche Zukunft sehen Sie persönlich für die Europäische Union?*

Sebastian Fink: Ich bin kein Prophet und möchte mich auch nicht als solcher betätigen, aber die Gefahr scheint groß, dass die EU keine eigenständige Rolle neben den USA, China und Russland finden kann. Dazu bräuchte es ein neues Selbstverständnis Europas und der EU – da bin ich immer noch Philosoph, die wesentlichen Dinge sind die geistigen. Erst wenn die EU ihre Mission findet, ein gemeinsames Ziel, wird sie ihren Weg in die Zukunft finden.

Michael Gehler: *Danke für das Gespräch!*

Hans-Werner Hahn

Der deutsche Zollverein in europäischer Perspektive 1834–1914

Zum Referenten:

Hans-Werner Hahn studierte von 1970 bis 1975 Geschichte, Politik- und Erziehungswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Dort wurde er 1979 bei Helmut Berding promoviert, mit einer Arbeit zu den hessischen Staaten im deutschen Zollverein. Von 1979 bis 1988 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes; im Jahr 1988 erfolgte dort die Habilitation mit einer Arbeit zum Thema „Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel: Wetzlar 1689–1870". Von 1988 bis 1990 war Hahn Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach Vertretungsprofessuren an den Universitäten Tübingen und München_besetzte er von 1992 bis 2015 den Lehrstuhl für die Geschichte des 19./20. Jahrhunderts an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien sowie der Historischen Kommissionen für Hessen, für Thüringen und für Nassau. Von 2001 bis 2009 war er Vorsitzender der Kommission für die Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Von 1998 bis 2010 leitete er das Teilprojekt „Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Sozialer Wandel, politische Ideen und ihre Verbreitungsprozesse 1770 bis 1830" im Sonderforschungsbereich „Ereignis Weimar-Jena: Kultur um 1800" an der Universität

Jena. Hahns wichtigste Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Geschichte des Deutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins sowie Staat und Wirtschaft im 19. Jahrhundert.

Zum Vortrag:

Der Referent kündigt an, den Deutschen Zollverein vor allem unter der Perspektive des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration vorzustellen. Der Deutsche Bund, welcher im Jahr 1815 entstanden war, schuf keine deutsche Wirtschaftseinheit. Einen entscheidenden Beitrag dazu leistete 1834 die Gründung des deutschen Zollvereins. Für Heinrich von Treitschke war er in erster Linie das Werk des preußischen Staates, der mit seiner handelspolitischen Führungsrolle bereits die politische Einheit im Auge hatte. Viele sind später dieser Interpretation gefolgt, ergänzt durch die Legende, dass der Zollverein die Industrialisierung vorantrieb. Es gab aber auch immer vorsichtige Stimmen, die davor warnten, die Bedeutung des Zollvereins für die deutsche Einigungspolitik zu überschätzen, denn seine Gründung basierte nicht auf einer politischen Strategie, und es gab keinen Automatismus von der wirtschaftlichen zur politischen Einigung. Die Entstehung des Zollvereins war kein Ergebnis weitreichender politischer Planung. Es war ein mühsam ausgehandelter Kompromiss zur Lösung wirtschaftlicher und finanzieller Probleme. Dennoch ließ er Strukturen entstehen, die von Preußen machtpolitisch eingesetzt werden konnten.

Es gab frühe Forderungen und Petitionen zur Zoll- und Handelseinheit, die scheiterten. Grenzziehungen sorgten dafür, dass der Schmuggel vorangetrieben wurde. All dies führte unter der Bevölkerung zu Unzufriedenheit und es folgten Wirtschafts- und Zollverhandlungen einzelner Staaten miteinander zwecks kleinerer Lösungen. Preußen war in diesen Verhandlungen zunächst nicht der entscheidende Akteur, schuf aber mit seinem Zollgesetz von 1818 neue Voraussetzungen. Man versuchte sich auch mit den Nachbarstaaten zu einigen, um den Korridor, der den westlichen und östlichen Teil Preußens trennte, überwinden zu können. Zunächst gelang es nur, einzelne kleine Staaten ins preußische Zollsystem einzubeziehen, da die größeren um ihre Souveränität fürchteten. Die kleineren und mittleren Staaten in Deutschland verhandelten zunächst über die Bildung einer eigenen Zollunion, es kam aber nur zu einem Zollverein zwischen Bayern und Württemberg. Preußen bildete 1828 mit Hessen-Darmstadt eine Zollunion. Im gleichen Jahr entstand eine dritte handelspolitische Verbindung, der sogenannte mitteldeutsche Handelsverein, der von Österreich, Frankreich u. a. unterstützt wurde, um weitere preußische Erfolge aufzuhalten. Als Preußen 1831 mit dem Kurfürstentum Hessen ins Geschäft kam, hatte es die territoriale Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Provinzen Preußens erreicht. 1833 wurden die Verträge mit dem bayrisch-württembergischen Zollverein, mit dem Königreich Sachsen und den thüringischen Staaten abgeschlossen. Damit war die Grundstruktur des Vereins gelegt, der am 1. Januar 1834 ins Leben trat und für den sich der Name Deutscher Zollverein einbürgerte. In den folgenden zwei Jahren traten Nassau, Baden und Frankfurt bei. Im Jahr 1836 war die Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten Mitglied der Zollunion.

Die Anfangsjahre dieser Zollunion verliefen allerdings nicht so glorreich wie oft beschrieben. Die Verträge waren sehr kompliziert und zunächst auf acht Jahre befristet. Die

beitretenden Staaten übernahmen das preußische Zollsystem, aber es gab keine gemeinsame Verwaltung, lediglich gegenseitige Kontrollen zur Umsetzung der Einheitsverträge. Außerdem hatte jeder größere Staat ein Vetorecht. Zu diesem Zeitpunkt kann man noch nicht von einer politischen Einigungspolitik der Einzelstaaten sprechen; es ging um wirtschaftliche Interessen.

Dennoch wurde von unterschiedlichen Seiten auch schon über längerfristige politische Folgen der wirtschaftlichen Einheit nachgedacht, was bei Metternich schon 1831 zu großen Befürchtungen führte. Hoffnungen gab es auch im deutschen Bürgertum, das angeführt von Friedrich List die deutschen Regierungen zu gemeinsamen handelspolitischen Regelungen gedrängt hatte. Heinrich von Gagern u. a. wiesen zur Zeit seiner Gründung bereits auf die nationale Bedeutung des Zollvereins hin. Der einheitspolitische Optimismus erwies sich jedoch als verfrüht, denn die konservativen Kräfte Preußens wollten den Zollverein nicht für eine anti-österreichische Politik einsetzen. Weiterhin herrschten große Meinungsverschiedenheiten zwischen den Einzelstaaten in der Zollunion. Einige waren noch nicht vom politischen Einheitsgedanken überzeugt und achteten sehr auf ihre Souveränität. Der Zollverein fuhr unterdessen mit wirtschaftlichen Maßnahmen fort, um die wirtschaftliche Geschlossenheit zu stärken. So wurden die Einfuhrzölle auf Kolonialwaren wie Tee oder Kaffee stark angehoben. Liberale Kritiker des Zollvereins vor allem in Süddeutschland hatten nicht ganz Unrecht, wenn sie sagten, diese Zollunion sei eine riesige Finanzspekulation der Regierenden. Trotzdem wurde in den 1840er Jahren deutlich, dass der Zollverein das politische Einheitsstreben der Deutschen fördern konnte. Entsprechende Initiativen gingen aber nicht von den Regierungen aus.

In wirtschaftlicher Hinsicht war die Existenz des Zollvereins keineswegs sekundär. Es gab einen großen Binnenmarkt, der die weitere wirtschaftliche Entwicklung begünstigte. Man hatte stabile Verhältnisse in einem großen Teil des deutschen Gebiets geschaffen. Auch die Handelsabkommen mit ausländischen Staaten schufen bessere Voraussetzungen für den Export. Mitte der 1840er Jahre setzte man Außenzölle als wachstumsstimulierendes Instrument ein – moderat, da man auf die Einfuhr von englischen Halbfertigwaren, Roheisen und Garne, angewiesen war. Ebenso wurde die Industrie angekurbelt. List sah in diesem Zusammenwirken von Industrie und Zollpolitik die Möglichkeit zu England aufzuschließen. Damals wurde dem Zollverein eine größere Bedeutung beigemessen, als er tatsächlich hatte, aber der Binnenmarkt führte eindeutig zur Stärkung der deutschen Wirtschaft.

In der öffentlichen Meinung wurde der Zollverein als Beitrag zur „inneren Nationsbildung“ angesehen. Das zeigt sich bei einem Treffen von 1.000 Unternehmern, die sich 1844 zu einer ersten Zollvereins-Gewerbeausstellung in Berlin versammelten. Über dem Versammlungssaal thronte eine Germania mit dem Losungswort „Vorwärts“. Diese nationalpolitische Bedeutung des Vereins sah auch Friedrich List und sie wurde ebenfalls in der Publizistik immer deutlicher betont. Obwohl der Zollverein wie der Deutsche Bund ein Zusammenschluss souveräner Staaten war – in seinem Fall auf Zeit –, gewann er in der Öffentlichkeit schnell ein größeres Gewicht als der Bund, schien er doch wichtige Bedürfnisse der deutschen Nation aufzugreifen. Für den Braunschweiger Liberalen Karl Steinacker war er deswegen die „Heimat der Idee der Einheit“, in deren Mitte sie sich mit immer größerer Kraft entwickeln würde. Das liberale Bürgertum, vor allem die wirt-

schaftlich aufstrebenden Kräfte, lobten den Zollverein, mussten aber auch erkennen, dass er keineswegs allen Erwartungen entsprach.

Nicht alle deutschen Staaten waren dem Zollverein beigetreten. Für Österreich war der Zollvereinstarif zu freihändlerisch, den norddeutschen Staaten Hannover und Oldenburg war er zu protektionistisch. Sie orientierten sich an einer Freihandelspolitik. In Norddeutschland war der erhöhte Zoll auf Kolonialwaren ebenfalls verhasst, der den Konsum stark belastete.

Zudem gab es verfassungsmäßige Defizite des Zollvereins, z. B. eine fehlende Exekutive. Entscheidungsprozesse waren dementsprechend kompliziert. Der Verein wurde von Preußen geführt, das selbst keine Verfassung besaß, während andere Mitglieder Verfassungsstaaten waren und Landtage hatten, deren wichtigstes Recht das der Steuererhebung war, wozu auch die Zölle gehörten. Durch den Zollverein wurden die Landtage geschwächt, da Zollangelegenheiten gesamtstaatlich verhandelt wurden. Schon vor 1848 gab es daher die Forderung, ein Zollparlament zu gründen, gebildet aus Mitgliedern der einzelnen Landtage und beteiligt an den Entscheidungen des Zollvereins. Einige wollten gar dieses Zollparlament zum Ausgangspunkt einer neuen deutschen Einigungspolitik machen.

Mit der Revolution im März 1848 verschwanden solche Pläne. Man strebte nun eine große Lösung an. Als die im Sommer 1849 gescheitert war, bekam der Zollverein eine umso größere Bedeutung. Er überlebte die Revolution und war einer der wenigen Ankerpunkte, an denen man die Einigung festmachen konnte.

Doch der Zollverein geriet nach der Revolution ins Schlepptau des sich schnell herausbildenden preußisch-österreichischen Dualismus. Um Preußen zu schwächen, versuchte Österreich von nun an mehr Einfluss zu nehmen und schlug einen großen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum vor. Im Gegenzug handelte Preußen mit dem Königreich Hannover 1851 einen Beitrittsvertrag aus und erklärte den bisherigen Vertragspartnern, wenn die Verträge 1854 auslaufen würden, könne man sie gern verlängern, aber zu den Bedingungen wie im Vertrag mit Hannover festgelegt. Preußen setzte nun auf den Freihandel, um Österreichs Annäherung an den Zollverein zu erschweren. Damit geriet der Verein in seine erste große Existenzkrise. Zeitweise drohten die süddeutschen Staaten damit, den Zollverein mit Preußen aufzugeben und eine separate Zollunion mit Österreich einzugehen. Am Ende setzte sich Preußen durch, musste aber einem Kompromiss zustimmen. Man schloss mit Österreich einen Handelsvertrag, in dem diesem eine besondere Stellung gegenüber dem Zollverein eingeräumt und Beitrittsverhandlungen zugesagt wurden. Während Österreich versuchte, die Voraussetzungen für einen Beitritt zu schaffen, tat Preußen in den 1850ern alles, um den zu verhindern. Allerdings litt die Habsburger Monarchie, die mit der Industrialisierung in Preußen nicht Schritt halten konnte, auch unter einer chronischen Finanzschwäche.

Es gab unter den Staaten des Zollvereins nach wie vor sehr unterschiedliche Wirtschaftsinteressen, unterschiedliche Ausrichtungen der Handelsströme und abweichende Konsumgewohnheiten. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten konnten sich aber aus finanziellen Gründen keinen Austritt leisten.

Auch die öffentliche Meinung sprach eher für Preußen. 1860 schlossen Großbritannien und Frankreich einen Handelsvertrag ab, in den auch Belgien einbezogen wurde. Hier

entstand ein westeuropäisches Freihandelssystem und die große Mehrheit des deutschen Bürgertums argumentierte, man müsse sich dieser Entwicklung anschließen. Im März 1862 schloss Preußen einen Handelsvertrag mit Frankreich ab, der den Produkten des Zollvereinsgebiets alle Vorteile gewähren sollte, die auch England auf dem französischen Markt besaß. Mit der Durchsetzung dieses Vertrags wäre ein österreichischer Beitritt zum Zollverein auf die lange Bank geschoben worden. Zudem wäre auch das besondere Verhältnis zwischen dem Zollverein und Österreich weggefallen, da man Frankreich alle Vorteile gewähren wollte, die man auch anderen Handelspartnern einräumte. In Wien und bei den deutschen Mittelstaaten setzte daher eine Gegenwehr ein. Preußen hielt aber an seinem Kurs fest und erklärte den bisherigen Vereinspartnern, eine Verlängerung der auslaufenden Verträge sei nur auf der Basis des Handelsvertrags mit Frankreich möglich. Dieser war von Anfang an mehr als eine wirtschaftliche Angelegenheit und hatte auch eine deutschlandpolitische Seite. Die Gegner des Vertrags kritisierten daher vor allem die politischen Konsequenzen. In der öffentlichen Meinung dominierten schnell diejenigen, die den Vertrag begrüßten, auch aus politischen Gründen. Als Bismarck 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten berufen wurde, kam ihm diese handelspolitische Debatte entgegen. Zum einen konnte er die Freihandelspolitik durch die Verknüpfung mit der deutschen Frage dazu nutzen, das Verhältnis zu den Liberalen, das wegen des Verfassungskonflikts sehr gespannt war, etwas zu entschärfen, zum anderen sah er die Chance, die am Zollverein beteiligten mittleren und kleineren Staaten des Deutschen Bundes eng an Preußen zu binden. Er plädierte dafür, mit Hilfe der Zollpolitik das für Preußen lästige Netz der Bundesverträge zu zerschlagen und die Verlängerung des Zollvereins mit seiner Reorganisation zu verknüpfen: das Vetorecht sollte fallen, Mehrheitsentscheidungen möglich sein und ein Zollparlament geschaffen werden, um dem Bürgertum entgegenzukommen, das dann weitere politische Vertretungsprozesse einleiten sollte. Dieses Programm ließ sich aber nicht durchsetzen, da Staaten wie Bayern und Sachsen zu einer völligen, auch politischen Kapitulation gegenüber Preußen nicht bereit waren.

Bismarck konzentrierte sich daher auf die Verlängerung der Zollvereins-Verträge, aber auf der Basis des Handelsvertrags zwischen Preußen und Frankreich. Als Zugeständnis willigte Preußen in einen neuen Handelsvertrag mit Österreich ein, der aber das Versprechen, Österreich an den Zollverein heranzuführen, reduzierte. Ein österreichischer Historiker sprach von einem handelspolitischen Königgrätz. Diese zweite Krise des Zollvereins bestätigte die preußische Hegemonialstellung im Verein und den Willen seiner Regierung, diese Position im Kampf um die politische Führungsmacht einzusetzen. Zugleich signalisierte man durch die Freihandelspolitik dem Bürgertum, dass Preußen dessen Interessen am besten verwirklichte.

Es gab aber keinen Automatismus in Richtung kleindeutsche Einheit. Erst die militärische Entscheidung in Königgrätz führte letztendlich dorthin. Anschließend sollte der Zollverein nach dem Willen Bismarcks und der ihn nun unterstützenden nationalliberalen Kräfte zu einer einheitspolitischen Klammer werden. Der Norddeutsche Bund entstand als Bundesstaat, besaß ein einheitliches Zollgebiet und eine ausschließliche Gesetzgebung über die Zoll- und Handelspolitik; die Mitglieder hatten auf diesem Gebiet keine souveränen Rechte mehr. Übrig blieben die vier süddeutschen Staaten. 1867 wurde mit ihnen ein neuer Zollvereinsvertrag geschlossen, der auch dem Zollverein nun eine bundesstaatliche Struktur gab. Die süddeutschen Staaten mussten auf ihre Vetorechte ver-

zichten; die Gesetzgebung lag bei einem neuen Zollparlament, das sich zusammensetzte aus dem Reichstag des Norddeutschen Bundes und 85 gewählten süddeutschen Abgeordneten – im Grunde die Vorstufe des späteren Reichstags.

Bismarck und die kleindeutsch gesinnten Liberalen hofften, dass das Zollparlament zum Motor für eine politische Einigung werden würde. Die Zollparlamentswahl 1868 zeigte jedoch die Ablehnung der kleindeutschen Einigungspolitik unter preußischer Führung durch die südlichen Staaten – für Bismarck eine herbe Enttäuschung. Die erste Sitzungsperiode zeigte zudem, dass die Mehrheit im Zollparlament keine Ambitionen hatte, in weiteren Politikfeldern Einfluss zu nehmen und ihre Kompetenzen zu erweitern. Bismarcks Hoffnungen auf die politische Integrationskraft wurden damit nicht erfüllt. Am Ende war es wieder ein Krieg, der die Möglichkeit schuf, den Einigungsprozess zum Deutschen Reich 1871 abzuschließen.

Ob die Integrationskraft der mit dem Zollverein geschaffenen Strukturen ausgereicht hätte, den 1868 eingeschlagenen Weg auch ohne einen Krieg mit Frankreich zu vollenden, ist schwer zu beurteilen. Der Zollverein hatte keinen Automatismus in Richtung deutsche Einigung unter preußischer Führung geschaffen, stützte aber Preußens Streben nach politischer Vorherrschaft in Deutschland nicht unwesentlich und leistete damit zugleich einen Beitrag zur inneren Nationsbildung. Er förderte die Vermehrung gesamtdeutscher Organisationen und gesamtdeutscher politischer Forderungen. Das wirtschaftliche Element innerhalb des Strebens nach einem deutschen Nationalstaat spielte eine wichtigere Rolle als lange angenommen. Dabei war der Zollverein in einzelnen Abschnitten sehr unterschiedlich ausgerichtet. Im Vormärz orientierte man sich stark an den Vorstellungen von Friedrich List; 1848 erreichte die Schutzzollpolitik ihren Höhepunkt; in den 1850er Jahren kam die Freihandelspolitik zum Tragen; dann folgte eine Wende zur Schutzzollpolitik; 1878 sieht man ihn eher wieder so wie es List entspricht.

Der Verweis auf den Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Integration spielte auch in den Europaideen des frühen 20. Jahrhunderts eine Rolle. Es kamen dabei aber auch hin und wieder die Ängste der Nachbarn Deutschlands hoch, z. B. wenn man sich die französischen Reaktionen auf den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion 1931 anschaut. Immer wieder wurde und wird auch danach gefragt, inwieweit man die Zollvereinsgeschichte und die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses miteinander vergleichen könnte. Parallelen gibt es z. B. bei der Frage nach der Stellung der Einzelstaaten im Integrationsprozess. Der Zollverein öffnet den Blick auf viele Felder der Geschichte des 19. Jahrhunderts und immer wieder auch zu vergleichbaren Problemen der Gegenwart.

Auszüge aus der Diskussion

Publikumsfrage: *Es gab Niederlassungsfreiheit im Zollverein. Ist die konsequent umgesetzt worden?*

Werner Hahn: Die Niederlassungsfreiheit ist im Zollverein noch nicht umgesetzt worden, denn das Gewerberecht blieb Sache der Einzelstaaten. In zahlreichen Staaten bestanden weiterhin Zünfte, so auch in der 1836 beitretenden Stadt Frankfurt. Hier mussten die

Handwerkszünfte künftig aber akzeptieren, dass Frankfurter Bürger alle Waren auch von Handwerkern anderer Zollvereinsstaaten beziehen durften. Es gab also die Freiheit des Warenverkehrs, aber die Niederlassungsfreiheit kam erst mit dem Norddeutschen Bund, beziehungsweise dem Deutschen Reich.

Publikumsfrage: *Was kann das heutige Europa von den damaligen Schwierigkeiten lernen?*

Werner Hahn: Als Preuße würde man sagen: Gibt es eine starke Hegemonialmacht, zieht die es durch. Aber ganz so einfach sollte man es nicht machen. Man darf die preußische Hegemonialrolle nicht überschätzen. Es gab ein „drittes Deutschland“. Wenn man sich die Verträge von 1833 genau anschaut, steckt darin viel Vorarbeit aus den Verhandlungen dieses dritten Deutschlands, das Preußen klarmacht, dass es bestimmte Grenzen nicht überschreiten darf. Die Kleinen zeigen dem Großen, was möglich ist. Das war wichtig, wurde aber lange Zeit als Defizit hervorgehoben. In der ganzen Diskussion über das Verhältnis zwischen kleinen Partnern und potentiellen Hegemonen und über die Frage, was kommt dem Integrationsprozess zugute, was schadet ihm, könnte man viele Parallelen sehen.

An dieser Stelle ist auf das partizipatorische Element hinzuweisen. Die Entscheidungen lagen zu lange rein bei den Regierenden. So kam Kritik auf: In England oder Belgien gab es nationale Parlamente, die das Recht hatten, über Handelsverträge mitzustimmen. Das Defizit an Partizipation spielt auch in den heutigen Institutionen eine wichtige Rolle.

Es gibt andere Parallelen, z. B. die Rolle der Führungskräfte. Es gab keine Zollvereinsbeamten, sondern einzelstaatliche Beamte. Man traf sich jedes Jahr zur Generalkonferenz und wenn es um die Abrechnung ging. Es entstand so etwas wie ein Corpsgeist, man bildete eine Identität aus. Das sind möglicherweise Parallelen zu suprastaatlichen Integrationsprozessen der Gegenwart.

Publikumsfrage: *Sie haben von einem Bündel von Verträgen gesprochen, das haben wir im Grunde bei der europäischen Integration auch. Können wir sagen, dass der Zollverein eigentlich eine multilaterale Freihandelsassoziation war? Es gab ja auch eine gemeinsame Außenhandels- und Außenzollpolitik.*

Werner Hahn: Die hatte man zweifellos, aber die Handelsverträge bestimmte Preußen, legte sie den Partnerstaaten vor und argumentierte damit, notfalls Druckmittel einzusetzen. Die anderen konnten nur das durchsetzen, was Preußen mitmachte. Im Binnenmarkt gab es bestimmte Produkte, die nicht frei gehandelt wurden; es gab ein Salzmonopol, eine wichtige staatliche Einnahmequelle, und es gab Verbrauchssteuern auf Bier, Branntwein und Wein und sogenannte Ausgleichsabgaben, d. h., wenn aus dem übrigen Deutschland Wein nach Preußen exportiert wurde, musste eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden. Die süddeutschen Winzer sagten, damit wolle Preußen seine Moselwinzer schützen, und man hat hin und wieder heftig gegen solche Nadelstiche von preußischer Seite opponiert.

Publikumsfrage: *Friedrich List wird als Gründer des Deutschen Zollvereins dargestellt. Kann man das so explizit sagen?*

Werner Hahn: List will die deutsche Wirtschaft voranbringen. Die Denkschrift von 1819 an den Deutschen Bund geht maßgeblich auf ihn zurück. Das war ein wichtiger Anstoß. Die Finanzminister überlegen, wie sie Geld in die Kassen bekommen. Die Antriebskräfte sind unterschiedlich. Bei den Männern, die die Verträge aushandeln, sind es zunächst fiskalische Interessen im Spiel. Der erste Staat, der einen Vertrag mit Preußen abschließt, ist Hessen-Darmstadt, der Staat in Deutschland, der am höchsten verschuldet ist.

List war wichtig, weil er mit seinen frühen Schriften auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, eine Einheit zu schaffen. Er hat massiv die Herstellung eines deutschen Eisenbahnnetzes propagiert, ist da auch selbst aktiv geworden, hat in den 1840er Jahren eine eigene Zeitschrift gegründet, das Zollvereinsblatt, und hat versucht seine Ideen voranzubringen. Die Wirtschaftshistoriker heute sagen aber, hätte man diese Vorschläge aufgenommen, wäre der Industrialisierungsprozess in Deutschland eher langsamer abgelaufen.

Publikumsfrage: *War der Zollverein nicht auch eine Modernisierungsmaschine, was Standardisierung und Normierung angeht?*

Werner Hahn: Man hat 1838 feste Wechselkurse für Taler und Gulden eingeführt und erste Vereinbarungen im Bereich der Maß- und Gewichtsregelungen getroffen. Seit den 1850er Jahren hat es entsprechende Bestrebungen auch innerhalb des Deutschen Bundes gegeben. Im Hinblick auf die späteren Vereinheitlichungsprozesse im Deutschen Reich waren dies wichtige Vorarbeiten.

Publikumsfrage: *Wie hat sich Bismarcks Handeln in der Zollunion auf sein Reichskanzlertum ausgewirkt? Wurde er von der Zollunion beeinflusst?*

Werner Hahn: Es war eine wichtige Schule für den Machtpolitiker Bismarck. Er entfachte in der ersten Krise des Zollvereins von Frankfurt aus eine Pressekampagne – was gar nicht seine Aufgabe war als Gesandter des Bundestages –, wobei ihm völlig egal war, mit wem er kooperierte. Er nutzte die Sache machtpolitisch, um Preußen auf Kosten Österreichs zu stärken. Für wirtschaftliche Dinge hat er sich eher in zweiter Linie interessiert. Bismarck hat durch die Zollunion gelernt, zu kooperieren, um wirtschaftliche Interessen und politische Ziele durchzusetzen, und seine eigenen Abneigungen in den Hintergrund zu stellen.

Der Vortrag wurde am 23. Oktober 2017 gehalten.

Hans-Werner Hahn

„Karriere in Beitrittsgebieten“ – von der Saar an die Saale

Michael Gehler: *Ich begrüße ganz herzlich Hans-Werner Hahn von der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Schön, dass Sie bei uns sind. Wir haben einen Katalog mit Standardfragen, die wir allen Gästen stellen, dann aber auch sehr stark auf die wissenschaftliche Biografie und die Individualität zugeschnittene Fragen. Wir beginnen immer mit einer: Können Sie uns zu Beginn etwas sagen über Ihre Herkunft, Ihr Elternhaus, Ihre Erziehung? Die Frage steht natürlich auch vor dem Hintergrund, dass wir an einer pädagogischen Hochschule sind und uns fragen, wo Historiker, in Ihrem Fall Wirtschaftshistoriker, eigentlich herkommen.*

Hans-Werner Hahn: Ich bin aufgewachsen in einem kleinen Dorf in der Nähe von Wetzlar. Meine väterlichen Vorfahren waren Lehrer in der dritten Generation. Sie kamen aus einem dörflichen Milieu. Da die Kleinbauernwirtschaft im 19. Jahrhundert nicht mehr alle Nachkommen ernähren konnte, suchten sie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Aufstieg über die Lehrerseminare, später über die Pädagogischen Hochschulen, die dann auch mein Vater besuchte. Mein Vater wollte nach dem Abitur eigentlich ein Universitätsstudium aufnehmen, musste aber aus finanziellen Gründen nach einem schnellen Berufseinstieg streben. Nach Abschluss des Lehrerstudiums kam aber der Krieg, und 1945 hat er dann als politisch Unbelasteter sofort den Dienst als Volksschullehrer aufgenommen. Er hat mich dann, auch weil ich ein Einzelkind war, sehr geprägt durch seine vielfältigen Interessen von der Musik über Heimatgeschichte, Botanik und vieles mehr. Ich lebte in einem kleinen Dorf in der Nähe einer traditionsreichen Stadt Wetzlar, wo ich zur Schule ging, und hatte ein Elternhaus, wo zumindest von väterlicher und zum Teil auch von großväterlicher Seite aus früh bestimmte Dinge aus der Regionalgeschichte erklärt wurden, zum Beispiel bei einem Waldspaziergang, wo das Fürstliche anfing und wo der Gemeindewald aufhörte oder was das Fürstliche bzw. der Klosterwald eigentlich bedeuteten. Von diesen Prägungen her ist bei mir das Interesse an der Geschichte von Anfang an sehr stark gewesen.

Jörg Beining: *Was studierten Sie genau und wie kam es zu Ihrer Studienwahl?*

Hans-Werner Hahn: Ich wollte Lehramt studieren und habe das am Anfang auch gemacht. Geschichte, Politikwissenschaft und Sport, wobei das Letztere 1970 für mich eigentlich das Wichtigste war, weil ich damals noch der Ansicht war, aus mir könnte ein hervorragender Leichtathlet werden. Das ging nicht so in Erfüllung, wie ich mir das erhofft hatte. Auch deshalb verlagerten sich meine Interessen immer mehr auf das Studium der Geschichte. Studiert habe ich in Gießen, wo ich eigentlich nie anfangen wollte. Mein Wunschort war zunächst Marburg – traditionsreiche, schöne Stadt. Ich bin dann aber durch meine Freundin und spätere Frau, die mit dem Studium schon angefangen hatte, in Gießen gelandet und bin auch dort geblieben. Gießen war um 1970 für einige Professoren

eine Art Durchgangsuniversität. Es kamen also relativ junge Leute, die nach drei bis vier Jahren wieder gegangen sind. Bestes Beispiel war Lothar Gall,[1] den ich noch drei Semester erleben durfte. Peter Stadler[2] war noch da, ein Schweizer Neuzeithistoriker. Hans Patze,[3] der dann nach Göttingen ging, lehrte zeitweise auch in Gießen. Es gab auf jeden Fall ein breites Angebot und diejenigen, die dann neu kamen, waren auch alle interessant und manchmal interessanter als die Marburger Historiker, obwohl da auch wichtige Leute saßen. In Marburg kam hinzu, dass es eine Hochburg der Studentenbewegung war, während es in Gießen zumindest bei den Historikern etwas ruhiger zuging. Mir hat es in Gießen jedenfalls gefallen und so bin ich dort geblieben. Für das historische Institut der Universität Gießen waren die frühen siebziger Jahre eine Zeit des Aufbruches. Als Neuberufene kamen etwa Peter Moraw[4] und Volker Press[5], die uns neue Sichtweisen auf das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit vermittelten. Gießen war also ein für Geschichtsstudenten interessanter Standort, und so bin ich dann in Gießen geblieben, habe mich ganz auf das Studium der Geschichtswissenschaft konzentriert und das Sportstudium und den Leistungssport aufgegeben.

Sanne Ziethen: *Wie kamen Sie zu Ihrem Promotionsthema „Wirtschaftliche Integration im 19. Jahrhundert – Die hessischen Staaten und der Deutsche Bund“?*

Hans-Werner Hahn: Das ist eigentlich eine ganz lustige Geschichte. Wirtschaftsgeschichte hat mich eigentlich immer interessiert, obwohl wir in Gießen keine Wirtschaftshistoriker hatten. Meine erste Hauptseminararbeit habe ich über das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931 geschrieben, in einem Seminar bei Lothar Gall, in dem die gerade erschienenen Memoiren von Heinrich Brüning im Zentrum standen. Ich wollte eigentlich meinen Schwerpunkt auch in der Zeitgeschichte setzen, aber in Gießen gab es keine entsprechende Professur. Als Nachfolger von Lothar Gall kam 1972 Helmut Berding[6] mit einer starken Orientierung auf das 19. bzw. den Übergang vom 18. in das 19. Jahrhundert. Als ich ihm dann sagte, dass ich etwas zum 20. Jahrhundert schreiben wollte, meinte er, das könne ich schon machen, es gäbe aber auch etwas Anderes. Ber-

1 Lothar Gall (*1936), deutscher Historiker, 1968 bis 1972 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen, 1972 bis 1975 Professor an der Freien Universität Berlin und 1975 bis 2005 Professor an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

2 Peter Stadler (*1925; †2012), Schweizer Historiker, 1963 bis 1970 Assistenzprofessor an der Universität Zürich, 1967 bis 1970 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen und 1970 bis 1993 Professor an der Universität Zürich.

3 Hans Patze (*1919; †1995), deutscher Historiker, 1947 bis 1952 Leiter des Thüringischen Landesarchives Altenburg, 1952 bis 1956 Leiter des Landesarchives Gotha, 1963 bis 1970 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen und 1970 bis 1984 Leiter des Göttinger Instituts für Historische Landesforschung.

4 Peter Moraw (*1935; †2013), deutscher Historiker, 1972 bis 1973 Professor an der Universität Bielefeld und 1973 bis 2003 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

5 Volker Press (*1939; †1993), deutscher Historiker, 1971 bis 1980 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen und 1980 bis 1993 Professor an der Universität Tübingen.

6 Helmut Berding (*1930; †2019), deutscher Historiker, 1972 bis 1998 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

ding gab damals den ersten Band der „Kritischen Studien zur Geschichtswissenschaft“ heraus. Es war eine Aufsatzsammlung des Wirtschaftshistorikers Wolfram Fischer,[7] in dem sich zwei Aufsätze mit dem Deutschen Zollverein befassten. In einem wurde der Zollverein mit EWG und EFTA verglichen. Nachdem ich die Korrekturfahnen gelesen hatte, fragte mich Helmut Berding, ob ich in meiner Examensarbeit nicht etwas zum Zollverein schreiben wollte, weil da offenbar lange nichts gemacht worden sei. So kam dieses Thema zustande. Ich habe mich dann vor Ort umgeguckt, hessische Landtagsprotokolle des frühen 19. Jahrhunderts gelesen, bin mal in die Archive gefahren und hatte dann das Gefühl, dass das Thema etwas hergeben könnte. Aus der Examensarbeit wurde dann ein Dissertationsprojekt.

Andrea Germer: *Welche Erkenntnisse haben Sie aus dieser Arbeit gewonnen?*

Hans-Werner Hahn: Das Interessante an dieser Arbeit war für mich die Verbindung von klassischer Politikgeschichte mit Sozialgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Verfassungsgeschichte, was mich auch später geprägt hat. Das war für mich das Spannende: Wenn man diese Prozesse verfolgt, wie kommen diese Staaten überhaupt in eine solche Zollunion, welche Handlungsmöglichkeiten haben sie, welche Handlungsmöglichkeiten haben die jeweiligen Landtage, welche Einflussmöglichkeiten haben Wirtschaftsverbände, welche Rolle spielt die öffentliche Meinung? Das waren für mich interessante Fragen, aus denen ich eine Fülle neuer Erkenntnisse für mich und vielleicht auch ein bisschen darüber hinaus gewonnen habe, zum Beispiel über die Rolle einer Hegemonialmacht im Integrationsprozess. Oder auch, was ich dann in der Folgezeit weiterverfolgt habe: die Frage nach den Zusammenhängen von Zollpolitik und Industrialisierung oder die Frage nach der Bedeutung politischer Grenzen für die wirtschaftliche Entwicklung staatenübergreifender Regionen. Wenn man sich den Rhein-Main-Raum anschaut, stoßen da im 19. Jahrhundert mehrere Staaten aufeinander, die dann gemeinsam im Zollverein sind und auf diese Weise die Investitionsmöglichkeiten regionaler Unternehmer erleichtern. Das waren so die Dinge, die für mich außerordentlich interessant waren, und an diesen Themen habe ich über die Dissertation hinaus zum Teil auch weitergearbeitet.

Michael Gehler: *Sie haben Ihren Doktorvater schon angesprochen: Helmut Berding. Können Sie ihn vorstellen? Was hat ihn ausgezeichnet? Was hat er Ihnen mitgegeben?*

Hans-Werner Hahn: Helmut Berding war in Gießen der Nachfolger von Lothar Gall, der schon mit etwa 30 Jahren seine erste Professur erhalten hatte und im Fach bereits ganz anders etabliert war als sein Nachfolger. Helmut Berding kam über den zweiten Bildungsweg. Er hatte Holzkaufmann gelernt, sich in seinen zwanziger Jahren mit allen möglichen Jobs durchgeschlagen und erst mit 29 Abitur gemacht. Diese Erfahrungen bestimmten auch seinen im Vergleich zu Gall sehr lockeren Umgang mit Studenten und Mitarbeitern, was mich immer wieder fasziniert hat. Ich hatte sehr früh auch im privaten Bereich gute Kontakte zu Berding und seiner Familie, und im Laufe der Zeit entwickelte

7 Wolfram Fischer (*1928), deutscher Historiker, 1964 bis 1996 Professur an der Freien Universität Berlin.

sich daraus auch eine richtige Freundschaft. Helmut Berding hat mir aber auch im wissenschaftlichen Bereich immer wieder wertvolle Anregungen gegeben, etwa durch seine frühe Beschäftigung mit Themen der deutsch-jüdischen Geschichte oder seine engen Kontakte zu den Bielefelder Historikern Hans-Ulrich Wehler[8] und Jürgen Kocka,[9] mit denen er die Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“ und die Reihe „Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft“ herausgab. Diese Kooperation mit den Bielefeldern hat das Verhältnis zwischen Gall und Berding ein wenig belastet, aber ich habe es immer als Glücksfall angesehen, sowohl von den Ansätzen Galls als auch von denen der Bielefelder profitiert zu haben.

Jörg Beining: *Gab es darüber hinaus prägende Lehrer oder Dozenten sowohl in der Schulzeit als auch im Studium und darüber hinaus?*

Hans-Werner Hahn: Bei der Schulzeit ist das nicht so ganz einfach. Ich hatte in Geschichte, Gemeinschaftskunde wie es damals hieß, einen Lehrer, der mich auch schon in die Spur meiner späteren Tätigkeit gebracht hat. Mein Deutsch- und Musiklehrer war Sudetendeutscher und in bestimmten Organisationen der Sudetendeutschen tätig. Das war kein Mensch, der einfach nur sein Schicksal beklagte, sondern uns auch vieles näher brachte, was die tschechische Kultur anging. Das waren die beiden Lehrer, die mich auf dem Gymnasium sehr geprägt haben. Was die Universität betrifft, so waren es neben Berding und Gall zunächst auch Volker Press und Peter Moraw, bei denen ich zahlreiche Lehrveranstaltungen besucht habe und die später beide als Mitglieder der Berufungskommission wohl auch einen großen Anteil an meiner Berufung nach Jena hatten. Später kam eine Historikerin hinzu, der ich sehr viel zu verdanken habe: Elisabeth Fehrenbach,[10] bei der ich dann auch neun Jahre als Assistent in Saarbrücken war. Bis Mitte der siebziger Jahre wirkte sie in Gießen. Obwohl ich dort noch eher wenig Kontakt zu ihr hatte, bot sie mir nach ihrem Ruf an die Universität des Saarlandes eine Assistentenstelle an. Das habe ich dann gemacht und muss sagen, aus dieser Tätigkeit sind die meisten Anregungen für meine späteren wissenschaftlichen Arbeiten gekommen. Diese neun Jahre in Saarbrücken waren für mich außerordentlich wichtig, nicht zuletzt durch die 1988 erfolgte Habilitation, die Elisabeth Fehrenbach sehr gefördert hat.

Michael Gehler: *Vielleicht können Sie noch Peter Moraw und Lothar Gall ein wenig charakterisieren. Die kennen wir ja mehr von ihren Publikationen als persönlich. Wie waren die persönlich und als Lehrer? Oder auch Elisabeth Fehrenbach. Was ist bei Ihnen in Erinnerung?*

---

8 Hans-Ulrich Wehler (*1931; †2014), deutscher Historiker, 1971–1996 Professor an der Universität Bielefeld.

9 Jürgen Heinz Kocka (*1941), deutscher Historiker, 1973 bis 1988 Professor an der Universität Bielefeld und 1988 bis 2009 Professor an der Freien Universität Berlin.

10 Elisabeth Fehrenbach (*1937), deutsche Historikerin, 1973 bis 1979 Professorin an der Julius-Liebig-Universität Gießen und 1979 bis 2003 Professorin an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken.

Hans-Werner Hahn: Fehrenbach hat hervorragende Vorlesungen gehalten. Ich habe oft zu ihr gesagt, dass sie aus ihren Vorlesungen Bücher zur Französischen Revolution, zum Vormärz oder zur 48er Revolution machen sollte, weil die Vorlesungen manchmal besser waren als gedruckte Gesamtdarstellungen von Kollegen. Bezeichnenderweise haben Autoren immer wieder ihre Manuskripte zu Fehrenbach geschickt, weil man wusste, dass sie kritisch und genau hineinschaut und stets gute Verbesserungsvorschläge hat. In dieser Hinsicht hat sie mich sehr beeindruckt, wenngleich der Umgang mit ihr manchmal nicht so einfach war. Das hing aber auch mit ihrem nicht leichten Aufstiegsprozess zusammen. Man muss sich vorstellen: Sie war eine der wenigen Frauen, die es in den Siebzigern auf einen Lehrstuhl im Fach Geschichte geschafft haben. Sie hat etliches an Nackenschlägen mitbekommen bei Berufungen, und auch diese Berufung nach Saarbrücken war nicht so einfach. Das hat sie nie so ganz verwunden. Der Umgang zwischen ihr und manchen Kollegen war folglich nicht einfach. Dennoch habe ich nicht nur die wissenschaftlichen Anregungen von Elisabeth Fehrenbach schätzen gelernt. Es gab auch eine private Situation, wo sie sich mir gegenüber auf eine Art und Weise verhalten hat, wie ich es nicht unbedingt erwarten durfte. Kurz nach Beginn meiner Tätigkeit in Saarbrücken wurde meine Frau krank, sie starb nach wenigen Monaten mit gerade einmal 30 Jahren und ich stand mit einer dreijährigen Tochter alleine da. Eigentlich wollte ich an der Uni aufhören, aber Elisabeth Fehrenbach drängte mich zum Weitermachen und gab mir auch die Zeit, um die private Situation zu bewältigen. Das war eine Unterstützung, die ich so gar nicht erwartet hatte und auf die ich dankbar zurückblicke.

Was Moraw und Gall angeht. Das waren Gelehrte, die gegenüber den Studenten und den Assistenten gerade im Vergleich zu Helmut Berding oder auch Volker Press doch deutlich auf Distanz blieben und stärker die an der Universität herrschenden Hierarchien betonten. Sie nahmen aber stets großen Anteil an den wissenschaftlichen Arbeiten ihrer Schüler und haben diese in vielfacher Weise unterstützt. Beiden habe ich viel zu verdanken, vor allem aber Lothar Gall, bei dem ich dann Ende der 1980er Jahre nochmals einige Zeit als Mitarbeiter tätig war und der dann auch meine Projekte in Jena stets aufmerksam verfolgt und auch unterstützt hat.

Sanne Ziethen: *Gab es darüber hinaus Vorbilder im gesellschaftlichen oder politischen Leben?*

Hans-Werner Hahn: Eine schwierige Frage. Mein Elternhaus war eher liberal, vor 1945 distanziert gegenüber den Nazis, aber auch geprägt von einem nationalliberalen Milieu mit all seinen Traditionen. Als ich mich in den späten sechziger Jahren zunehmend für Politik interessierte, kam es natürlich zu einer Absetzbewegung und ich habe mich in den siebziger Jahren dann zeitweise auch politisch engagiert. Ich war einige Jahre aktives Mitglied der SPD. Der Wahlkampf 1972 mit Willy Brandt,[11] da war man dabei und hat geworben. Ich war natürlich auch fasziniert von einem Mann wie Brandt, den ich in Wetzlar und Gießen bei Veranstaltungen erlebte. Später überzeugte mich aber mehr der

11 Willy Brandt (Herbert Ernst Karl Frahm) (*1913; †1992), deutscher Politiker, 1957 bis 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964 bis 1987 Parteivorsitzender der SPD, 1966 bis 1969 Außenminister und 1969 bis 1974 4. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Pragmatismus und der Politikansatz eines Helmut Schmidt.[12] Bei Vorbildern aus dem politischen Leben bin ich aber generell etwas zurückhaltend. Was ich aber immer als vorbildlich angesehen habe, ist das vielfältige gesellschaftliche Engagement im Kleinen, wo man Erfolge auch unmittelbar erfahren kann. Hier ist gewissermaßen auch mein Vater ein Vorbild, der in seinen beruflichen, kirchlichen und sonstigen Tätigkeiten vor Ort manches bewirkt hat.

Andrea Germer: *Zu Ihrer Habilitation „Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel – Wetzlar zwischen 1689 bis 1870". Wie erlebten Sie Ihre Forschung zu diesem Thema und welche Erkenntnisse haben Sie aus dieser Arbeit gezogen?*

Hans-Werner Hahn: Wenn man heute meinen wissenschaftlichen Lauf betrachtet, dann wird man sagen, dass das die richtige Weichenstellung zum richtigen Zeitpunkt war. Auf den ersten Blick mag es so erscheinen, als ob ich mit diesem Thema bewusst auf einen richtigen Zug aufgesprungen sei. In den achtziger Jahren war die Geschichte des Bürgertums plötzlich ein großes Thema. Die Wirklichkeit sah aber etwas anders aus. Ich saß in Saarbrücken und wollte eigentlich über ein Thema der deutsch-französischen Geschichte arbeiten und auch raus aus dem 19. Jahrhundert, das meine bisherigen Arbeiten bestimmt hatte. Ich konnte es mir aber als alleinerziehender Vater nicht leisten, in den Semesterferien für Wochen in einem Archiv zu verschwinden. Deshalb habe ich am Ende ein Thema gesucht und gefunden, das ich von meinem zweiten Standort in Hessen, wo die Großeltern meiner Tochter wohnten und die Betreuung übernehmen konnten, in den Semesterferien gut bearbeiten konnte. So kam die Arbeit über Wetzlar zustande. Es war also keineswegs die Überlegung, man müsse aus Karrieregründen etwas zur Geschichte des Bürgertums machen. Es war mehr so eine Notfallentscheidung. Ich musste schnell ein Habilitationsthema nachweisen, andernfalls hätte die Universität mir den Vertrag nicht verlängert. Da ich zur Bürgertumsthematik bereits kleinere Aufsätze verfasst hatte und sah, dass man das Bürgertum der kleineren Städte bislang in der neueren Bürgertumsforschung nur wenig aufgegriffen hatte, entschloss ich mich zu der Arbeit über Wetzlar. Ich wollte untersuchen, wie das Bürgertum einer traditionsreichen, aber kleinen Reichsstadt auf neue Herausforderungen reagierte und wie es sich selbst dadurch veränderte. Im 18. Jahrhundert war es das Reichskammergericht, das 1689 nach Wetzlar verlegt worden war und das eingesessene Bürgertum mit neuen kulturellen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Dingen konfrontierte. Im 19. Jahrhundert war es dann der moderne preußische Verwaltungsstaat. Ich habe also danach gefragt, wie man mit diesen Modernisierungsprozessen umging, etwa mit der Gewerbefreiheit oder der Emanzipation der Juden. Durch quellennahe Arbeit konnte ich manches, was zu der Rolle, die kleinstädtische Bürger in solchen Prozessen spielten, zuvor geschrieben worden war, etwas differenzierter darstellen. Inzwischen wird auch von anderen Historikern gesagt, dass die-

12 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen und 1974 bis 1982 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

ses Kleinbürgertum gar nicht so modernisierungsfeindlich agierte, wie man das in älteren Publikationen, etwa in Wehlers Gesellschaftsgeschichte, lesen kann.

Michael Gehler: *Gesellschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, auch Ideengeschichte. Deutschland in der neueren und neuesten Zeit. Kommen wir zunächst zum Thema Bürgertumsforschung. Wie schätzen Sie den Stellenwert der Bürgertumsforschung ein, über Deutschland hinausgehend im deutschsprachigen Raum? Welche Perspektiven würden Sie noch sehen mit Blick auf Bürgertumsforschung?*

Hans-Werner Hahn: Die Bürgertumsforschung ist inzwischen natürlich etwas abgeflaut. Die großen Debatten sind geführt worden, vor allem zwischen den Frankfurter und Bielefelder Forschungsprojekten, wobei man sich in manchen Positionen – auch durch unsere Forschungen zu Thüringen – auch etwas angenähert hat. Ich glaube aber, dass gerade vergleichende Analysen und der Blick über den deutschsprachigen Raum hinaus etwas wären, wo man noch etwas weiterkommen könnte. Es wäre spannend, einmal das Wirtschaftsbürgertum in Textilregionen wie Sachsen mit entsprechenden Regionen anderer europäischer Länder zu vergleichen, oder auch die Bedeutung des Bildungsbürgertums für die Politisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts, hier vor allem die Rolle so genannter „politischer Professoren“. Auch ein vergleichender Blick auf die städtische Selbstverwaltung und die Beziehungen zwischen Stadt und Staat könnte weiterführende Erkenntnisse bringen. Dann gibt es noch einen Bereich, in dem in Sachen Bürgertumsforschung bisher noch zu wenig gemacht worden ist: Es sind die Aufstiegsprozesse von Familien, die aus dem ländlichen Raum ihren Weg ins Bürgertum finden. Wie und unter welchen Voraussetzungen – beispielsweise durch Eisenbahnanschluss oder das Schulsystem – vollziehen sich solche Aufstiegsprozesse? Ich habe mich einmal näher mit einer preußischen Bürgermeisterei befasst, die auch meinen Heimatort umfasst, und gezeigt, wie die Verlegung von Ämtern und Gerichten, der Eisenbahnanschluss oder auch die Ansiedlung eines Krankenhauses dazu beitragen, im ländlichen Bereich den Aufstieg durch Bildung zu fördern und Familien mit bäuerlichem Hintergrund den Weg zu neuen bürgerlichen Existenzen zu ebnen.

Michael Gehler: *Es freut mich, dass Sie das sagen, weil in dem Institut, dass ich jetzt fünf Jahre leiten konnte, haben wir ein Projekt in die Wege geleitet – Wege des sozialen Aufstieges –, wo wir anhand des österreichischen biografischen Lexikons, das von 1815 bis 1950 die Daten erfasst, mit dem Institut für Stadt- und Regionalforschung und mit einem Institut für Linguistik im Rahmen eines* digital humanities-*Projektes vernetzt. Drei Institute arbeiten mit diesen Daten und untersuchen, woher diese Menschen kommen, die Redakteure einer Zeitung werden oder sogar Professoren an einer Universität. Die kommen eben nicht nur aus der Stadt, sondern aus dem Ländlichen. Welche Rolle spielen dabei Studentenverbindungen, Mentorenverhältnisse? Es ist ganz spannend, was man alles aus diesen Lexikoneinträgen entnehmen kann. Vielen Dank.*

Jörg Beining: *Wie verorten Sie die neuere Wirtschaftsgeschichte mit Blick auf den Stand der Geschichtsforschung in Deutschland und vor allem mit Blick auf die Finanz- und Währungsgeschichte?*

Hans-Werner Hahn: Ich denke, wir haben einige hervorragende Wirtschaftshistoriker in Deutschland. Wir laufen im Moment aber Gefahr, dass dieses Fach seinen bisherigen Stellenwert verliert. Gerade in solchen Strukturen, wo es in wirtschaftswissenschaftlichen Instituten verortet ist. In Jena zum Beispiel gibt es einen Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit dem Schwerpunkt auf der Wirtschaftsgeschichte. Der ist aber jetzt weggefallen. Angesichts von Finanzproblemen und Wirtschaftskrisen ist es aus meiner Sicht aber außerordentlich bedauerlich, dass in diesem Bereich im Moment eher abgebaut wird, weniger von den Historikern, sondern vor allem von den Wirtschaftswissenschaftlern. Die Wirtschaftsgeschichte kann zwar in den gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrisen keine fertigen Lösungen anbieten, aber der Blick in die Vergangenheit kann durchaus wichtiges Orientierungswissen bereitstellen und die aktuellen Debatten über Ursachen und Lösungen von Krisen befruchten. Und dies gilt auch für die Debatten über die Umweltfragen.

Michael Gehler: *Vollkommen verständlich. Wir haben vor nunmehr vier Jahren eine Juniorprofessur ausgeschrieben für europäische Finanz- und Währungsgeschichte und haben keinen Erfolg gehabt, Leute dafür zu gewinnen. Zwei wären in Frage gekommen, konnten aber aufgrund des Alters nach niedersächsischem Hochschulgesetz nicht mehr genommen werden. Wir machen das jetzt selbst. Ursprünglich wollten wir so eine Kompetenz anwerben, aber das ist nicht möglich gewesen. Das ist für mich auch überraschend gewesen, wie wenig Kandidaten vorhanden gewesen sind.*

Sanne Ziethen: *Sie publizierten sehr eindrucksvoll zur Geschichte des 19. Jahrhunderts und sind Experte für die Geschichte des Deutschen Zollvereins. Wie beurteilen den Forschungsstand zum Zollverein und was sollte man noch erforschen?*

Hans-Werner Hahn: Der Zollverein ist auf den ersten Blick recht gut erforscht, was nicht allein mein Verdienst ist. Ich konnte auf wichtigen Arbeiten aufbauen, und nach mir sind weitere hinzugekommen. Wir wissen heute viel über die Vorgeschichte, die im Zollverein ablaufenden Integrationsprozesse und die politischen wie wirtschaftlichen Folgen dieser Zollunion. Dennoch gibt es Fragen, über die man weiter forschen sollte. Dies gilt etwa für die internationale Stellung des Zollvereins und seine Wahrnehmung von außen. Nimmt man Deutschland im Ausland schon vor der Gründung des Deutschen Reiches als Land des Zollvereins wahr, wie dies schon ein Publizist des Vormärz betonte. In der älteren Literatur ist natürlich das eine oder andere dazu zu finden, aber die entsprechenden Urteile sind oft stark nationalgeschichtlich geprägt. Man sollte daher die Frage nach der Einschätzung der wirtschaftlichen Stärke des Deutschen Zollvereins und den daraus resultierenden machtpolitischen Konsequenzen nochmals eingehender untersuchen. Das gleiche gilt für die Frage, wie der Zollverein in den beteiligten Ländern wahrgenommen wurde und inwieweit die Bevölkerung den jeweiligen handelspolitischen Kurs der Regierungen akzeptierte. Wenn man sich etwa mit den Zollparlamentswahlen des Jahres 1868 befasst, dann wird deutlich, wie groß in weiten Teilen Süddeutschlands die Abneigung gegen eine preußische Hegemonialpolitik war und wie groß etwa die Modernisierungsängste in der ländlichen Bevölkerung Süddeutschlands waren. Auch zu den finanziellen Auswirkungen des Zollvereins und seine Bedeutung für die Strategien der liberalen und

nationalen Bewegung wären weitere Forschungen wünschenswert, etwa zu den Folgen der Zollvereinspolitik auf die Stellung der einzelstaatlichen Parlamente. Schließlich wäre es aus meiner Sicht auch wünschenswert, noch intensiver als bisher die Zusammenhänge zwischen dem Zollverein und der Herausbildung der modernen Interessenverbände zu untersuchen. Um Quellenmaterial für solche Untersuchungen zur Verfügung zu stellen, wollte ich gemeinsam mit einem anderen Zollvereinsexperten, Marko Kreutzmann, mit Blick auf den 200. Gründungstag eine dreibändige Edition zur Geschichte des Zollvereins erstellen. Das wurde dann aber von der DFG leider nicht bewilligt, weil man sagte, dass nicht so klar abzusehen ist, wie lange ein solches Projekt dauern würde.

Michael Gehler: *Eine Frage, weil Sie die Wahrnehmung, wie der Zollverein von außen gesehen wird, anführen. Welche Rolle spielt eigentlich der Zollverein im internationalen Handelssystem?*

Hans-Werner Hahn: Es gibt seit dem Ende der 1830er Jahre die ersten vom Zollverein abgeschlossenen Handelsverträge, zunächst mit den Niederlanden, dann mit dem Königreich Belgien. Dabei zeigen die Beziehungen zu Belgien, dass es nicht nur um wirtschaftliche Interessen geht, sondern auch die machtpolitischen Fragen eine wichtige Rolle spielten. Belgien sollte enger an den Zollverein gebunden werden, um den wirtschaftlichen und machtpolitischen Ambitionen Frankreichs entgegenzutreten. Auch mit der Tarifpolitik, die in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu einer Erhöhung der Eisen- und Garnzölle führt, verändern sich durch den Zollverein die Rahmenbedingungen des internationalen Handels. Interessant ist bei all diesen Fragen aber immer wieder, wie sich in der Handelspolitik des Zollvereins wirtschaftliche Interessen und machtpolitische Überlegungen verbinden. Besonders deutlich wird dies beim preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862, mit dem man den Anschluss an ein westeuropäisches Freihandelssystem gesucht hat. Es gab viele wirtschaftliche Gründe für diesen Vertrag, aber für Preußen ging es eben auch darum, Österreichs Position zu schwächen, und Napoleon III. wollte den Vertrag nutzen, um in der deutschen Politik mitzumischen und Frankreichs Macht auszubauen. Was die wirtschaftlichen Auswirkungen der vom Zollverein abgeschlossenen Handelsverträge betrifft, die sich schon vor 1866 auch auf den außereuropäischen Raum erstreckten, so liegen einige Untersuchungen vor. Hier wäre aber noch ein weites Feld für die künftige wirtschaftshistorische Forschung.

Michael Gehler: *Zollverein wird ja immer mit der Person von Friedrich List[13] in Verbindung gebracht. Wie zutreffend ist es eigentlich, ihn als den Gründer oder Ideengeber zu bezeichnen? Er geht ins Exil, nimmt sich dann auch das Leben in einem Kuhstall, wenn ich mich richtig erinnere. Wie ist das eigentlich einzuordnen? Ich habe mal in einem Leistungskurs einen Vortrag gehalten über Friedrich List und die Entwicklung des Deutschen Zollvereins, aber der entwickelt sich ja eigentlich über Jahrzehnte hinweg. Ist die Rolle von List ausreichend erforscht?*

13 Daniel Friedrich List (*1789; †1846), deutscher Wirtschaftstheoretiker, Vordenker des Deutschen Zollvereins.

Hans-Werner Hahn: Das würde ich schon sagen. Der englische Historiker William O. Henderson und Eugen Wendler haben hier in den letzten Jahrzehnten wichtige Arbeiten vorgelegt, die ältere List-Biographien ergänzen. List ist für die Vorgeschichte des Zollvereins zweifellos eine außerordentlich wichtige Person. Er gab den Anstoß zur Gründung des deutschen Handels- und Gewerbsvereins, über den große Teile des deutschen Wirtschaftsbürgertums 1819 den Deutschen Bund öffentlichen aufforderten, eine deutsche Wirtschaftseinheit herzustellen. Auch über seine Denkschriften und Begegnungen mit Regierungsbeamten und Monarchen hat List wie kein anderer für eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der deutschen Staaten geworben. Der Gründungsprozess selbst ist aber ein von den Regierungen geprägter Prozess gewesen. List kam ja erst um 1830 aus seinem Exil in den USA zurück und galt bei vielen deutschen Regierungen als politisch gefährlicher Mann. Dennoch hat er nach Gründung des Zollvereins zumindest indirekt durchaus Einfluss auf dessen Entwicklung gehabt, auch wenn dieser in der Geschichtsschreibung manchmal überschätzt worden ist. List plädiert ja für ein Erziehungszollsystem. Man müsse sich von England und von Belgien abschotten und die eigene Wirtschaft durch Zölle so lange fördern, bis sie gegenüber weiter fortgeschrittenen Industrieländern konkurrenzfähig ist. List wollte in der Tarifpolitik sehr viel weiter gehen, als dies im Zollverein dann geschehen ist. Hätte man das Konzept von List damals durchgesetzt, so wird heute von Wirtschaftshistorikern argumentiert, wäre die industrielle Entwicklung Deutschlands langsamer verlaufen. Das hängt damit zusammen, dass sich industrielle Schlüsselindustrien wie die Stahlproduktion auch dadurch besser ausbreiten konnten, weil man englische Halbfertigwaren zu relativ günstigen Konditionen importieren und in Deutschland weiterverarbeiten konnte. Wenn man die Zölle auf Roheisen weiter hochgefahren hätte, wäre man bei der eigenen deutschen Schienenproduktion nicht so schnell vorangekommen. Und auch der Eisenbahnbau, für den List ja so stark geworben hat, wäre nicht so schnell vorangeschritten.

Andrea Germer: *Kann man die Geschichte des Zollvereins mit der Geschichte der Europäischen Integration bzw. der Europäischen Union vergleichen? Wenn ja, wie? Und gilt das auch für den Deutschen Bund?*

Hans-Werner Hahn: Vergleiche sind natürlich in mehrfacher Hinsicht möglich und vielleicht auch wünschenswert, weil sie zwar keine Lösungsangebote für gegenwärtige Probleme liefern, wohl aber den Blick auf Kernprobleme von Integrationsprozessen schärfen können. Dies gilt etwa für die ja nicht einfachen Wege einer Konsensfindung zwischen größeren und kleineren Staaten mit manchmal unterschiedlichen Interessen. Es gilt aber auch für die Rechtsprinzipien, an denen sich die jeweiligen Verträge orientieren oder auch für die oft sehr komplizierten Aushandlungsprozesse von Gründungsverträgen und späteren gemeinsamen Entscheidungen. Ein weiterer Bereich wäre die Ebene der Bürokratie. Entsteht bei den für die Gemeinschaft tätigen Beamten so etwas wie eine eigene Identität? Vergleichende Untersuchungen böten sich ferner bei der Frage nach der Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in einem suprastaatlichen Integrationsprozess und den Versuchen, Partizipationsdefizite durch ein übergreifendes Parlament zu überwinden, an. Man muss jedoch bei Vergleichen zwischen dem europäischen Integrationsprozess und den Entwicklungen im Zollverein und im Deutschen Bund stets auf die höchst unterschied-

lichen Rahmenbedingungen achten. Sowohl die Entwicklungen im Deutschen Bund als auch die im Zollverein waren ja eng verknüpft mit den nationalstaatlichen Forderungen des 19. Jahrhunderts. Und interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, warum der begrenzte handelspolitische Zusammenschluss im Zollverein letztlich mehr nationsbildende Kräfte mobilisierte als der ja viel weiter gefasste Deutsche Bund. Gewiss war der Deutsche Bund weit besser als sein Ruf bei Zeitgenossen und späteren Historikern. Er war zum einen wichtig für die europäische Friedensordnung nach 1815, zum anderen hat er zum Zusammenhalt der deutschen Staaten und zur Lösung mancher Fragen mehr geleistet, als man das lange gesehen hat. Aber es bleiben Defizite in seiner Entwicklung, die dann von den Gegnern dieses Staatenbundes aufgegriffen wurden. So ist etwa zu fragen, ob er in der Lage gewesen wäre, die Sicherheit der deutschen Bundesstaaten zu gewährleisten. Da tauchen Zweifel in der öffentlichen Meinung auf. Auch was den Regelbedarf in Bezug auf Wirtschaftsrecht, Niederlassungsfreiheit und anderes angeht, so hat der Bund sich zwar bemüht, ist aber zu langsam vorangekommen, was freilich auch an den Blockaden durch Preußen lag. Zum negativen Image des Deutschen Bundes trug aber vor allem auch seine Repressionspolitik gegenüber den liberalen und demokratischen Kräften bei. Ein weiterer Bereich kommt hinzu: Wenn man sich das Alte Reich anschaut oder europäische Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts oder das Deutsche Kaiserreich von 1871 – überall gibt es eine Außendarstellung über Symbole, über die Wappen, die Fahnen. Der Deutsche Bund hat dies zunächst nicht versucht. Erst in den 1840er Jahren, als die Kritik am Bund gewachsen ist, kommt man allmählich dahin, so etwas wie eine Identität zu schaffen. Als man die neuen Bundesfestungen in den vierziger Jahren baut, kommt die Frage auf, welche Bundeszeichen man eigentlich über das Tor setzt oder auf die Kanonen. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen und Symbole der Nationalbewegung blieben bis 1848 verboten und wurden danach erst einmal nur kurzfristig als Nationalfarben akzeptiert. Auch wenn man den Deutschen Bund in der neueren Forschung zu Recht aufgewertet hat, zeigt sich im Vergleich zum Zollverein, dass er bei den Zeitgenossen eher für Stillstand als für Dynamik stand. Integrationsprozesse verlaufen aber offenbar umso erfolgreicher, je besser sie auf dynamische Prozesse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik reagieren und als Prozessbeschleuniger wahrgenommen werden.

Michael Gehler: *Sie haben das alte Reich schon angesprochen, da würde uns jetzt auch ihre Einschätzung interessieren. Es gibt ein Buch eines Kollegen polnischer Herkunft, in dem er Gegenüberstellungen leistet und sagt, dass der Vergleich etwas für sich hat. Würden Sie dem zustimmen? Heiliges Römisches Reich im Vergleich mit der EU? Wenn ja, wie?*

Hans-Werner Hahn: Ich tue mich bei diesem Vergleich etwas schwerer als bei den Institutionen des 19. Jahrhunderts. Das hängt mit den gesellschaftlichen Grundlagen zusammen. Wir leben im 18. Jahrhundert in einer ständischen Gesellschaft, die nicht so leicht zu vergleichen ist mit den sich viel dynamischer entwickelnden Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts. Aber man kann, wie das mein Jenaer Frühneuzeit-Kollege Georg Schmidt tut, die Mehrebenen-Staatlichkeit des Alten Reiches durchaus mit Entwicklungen in der Europäischen Union in Beziehung setzen. Ein Vergleich bestimmter Institutionen oder gruppendynamischer Prozesse im Personal des Alten Reiches oder der EU kann

durchaus Erkenntnisgewinne bringen. Vor allem könnten solche vergleichenden Studien auch die Tendenz fördern, ein differenzierteres Bild vom Alten Reich zu zeichnen, dessen Bedeutung in der deutschen Nationalgeschichtsschreibung ja lange Zeit unterschätzt worden ist, gerade auch im Hinblick auf die Gerichtsbarkeit.

Michael Gehler: *Machen wir es mal konkreter. Das Reichskammergericht in Wetzlar. Das würden Sie nur mit Bauchschmerzen dem Europäischen Gerichtshof gegenüberstellen?*

Hans-Werner Hahn: Auch hier kann man durchaus Vergleiche herstellen, denn in beiden Fällen ging und geht es ja darum, dass gemeinsame Rechtsprinzipien von beteiligten politischen Einheiten eingehalten werden und die oberste juristische Ebene im Falle von Rechtsverweigerung einschreiten darf. In der konkreten Ausgestaltung der Gerichte gibt es freilich viele Unterschiede, etwa bei der Amtszeit der Richter. Was das Reichskammergericht betrifft, so hatte es im Übrigen wie das Alte Reich lange Zeit einen schlechten Ruf. Heute betont man dagegen, dass es maßgeblich zum Rechtsfrieden beigetragen hat, auch zum sozialen Frieden. Warum gibt es nach dem schweren Bauernkrieg lange Zeit keine großen Bauernaufstände? Da muss man einfach sagen, dass viele bäuerlichen Gemeinden die Reichsinstitutionen genutzt haben. Schon die Tatsache, dass ein Prozess im Gang war, verhinderte oft Übergriffe von Seiten der Herrscher. In anderen Fällen ist das Bild vielleicht nicht ganz so positiv, viele Prozesse zogen sich einfach zu lange hin. Dennoch sind auch in der Rechtsprechung des Reichskammergerichts im ausgehenden 18. Jahrhundert Tendenzen erkennbar, die auf moderne Rechtsprinzipien verweisen. Mehrere Richter waren Freimaurer und Illuminaten und kamen etwa in Prozessen über das Heimatrecht von Kindern aus Schutzjudenfamilien zu dem Schluss, dass ihnen die Niederlassung in der Stadt ihrer Geburt nicht verwehrt werden dürfe.

Michael Gehler: *Nochmal zum Zollverein. Ist es richtig, dass man ihn zumindest in Teilen bereits als eine vor-supranationale Einrichtung begreift oder ist das zu weit hergeholt? Supranational heißt ja vereinfacht nichts anderes als das Vorhandensein von Mehrheitsentscheidungen. Es gibt schon Vetomöglichkeiten, die aber auch durchbrochen werden können. Gibt es solche Tendenzen oder ist das eine Übertreibung?*

Hans-Werner Hahn: Es gab seit Beginn des Zollvereins immer wieder Forderungen nach Mehrheitsentscheidungen. Das Vetorecht aller größeren Mitgliedsstaaten erwies sich in der Tarifpolitik und bei Handelsverträgen als hinderlich. Nein, ich glaube, dass Tendenzen schon da waren. Dennoch hat man erst in der nach dem Krieg von 1866 geschaffenen neuen Zollvereinsverfassung Mehrheitsentscheidungen eingeführt.

Michael Gehler: *Ich habe eine zeitgenössische Publikation gelesen, dass das in die Richtung hätte gehen können. Ich frage auch deshalb ganz gezielt nach: Robert Schuman nimmt Bezug auf die Geschichte des Zollvereins. Luxemburg war Teil des Zollvereins. Er sagt das zwar nicht öffentlich in Reden, aber in internen Aufzeichnungen und Schriften taucht das auf.*

Hans-Werner Hahn: Luxemburg war seit 1842 Teil des Zollvereins und blieb auch nach 1866 bis 1918 Teil des deutschen Zollgebiets, hatte aber so gut wie keinen Einfluss auf die deutsche Zollpolitik. Es stellte keine Abgeordneten im Zollparlament und war ja nach 1871 auch nicht mit Abgeordneten im Reichstag vertreten, dem die Tarifgesetzgebung gemeinsam mit dem Bundesrat zufiel. Eine solche Struktur wäre also kein gutes Vorbild für spätere europäische Zollunionspläne. Zu Schumans Aussagen über den Zollverein kann ich wenig sagen. Fest steht aber, dass in verschiedenen Publikationen über Europapläne in den 1920er Jahren auf den Zollverein als Beispiel für eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation Bezug genommen wird. Wenn dies von deutscher Seite geschah, löste dies aber bei manchen Franzosen Ängste auf, weil man Parallelen zwischen Preußens Rolle im Zollverein und neuem Machtstreben eines sich wirtschaftlich erholenden Deutschlands befürchtete.

Jörg Beining: *Ihre Forschungen befassen sich indirekt auch mit der Deutschen Frage und mit Europa. Welche Europaräume und welches Verständnis von Europa bemerkten Sie in Ihren Forschungen und denen Ihrer Kollegen?*

Hans-Werner Hahn: Mir fällt in diesem Zusammenhang auf, dass wir sehr stark auf Westeuropa fixiert waren und der ost- und mitteleuropäische Raum lange vernachlässigt worden ist. Man kann das etwa bei den Forschungen zur napoleonischen Zeit sehen. Die Arbeiten über die preußischen und rheinbündischen Reformen zeigen ausführlich, wie sehr man im deutschen Raum auf die Herausforderungen der neuen Politik- und Gesellschaftsmodelle reagierte, über die Reaktionen und Folgen, die der große Umbruch in Westeuropa auf die östlichen Teile Europas gehabt hat, ist lange Zeit weit weniger geforscht worden. Inzwischen hat sich dies durch vergleichende Studien zum Transfer politischer Ideen und kultureller Muster deutlich geändert. Dies zeigen etwa auch die Forschungen zu den gesamteuropäischen Aspekten der Revolutionen von 1830 und 1848/49.

Sanne Ziethen: *Wann ist Europa für Sie persönlich nicht nur als geografischer Raum, sondern auch als politisches Projekt erkennbar geworden?*

Hans-Werner Hahn: Ich bin kein Spezialist in Fragen der Europäischen Integration, habe mich aber auch durch das Studium der Politikwissenschaft gerade in den siebziger Jahren durchaus intensiv mit den Debatten beschäftigt. Wir haben damals intensiv über ein Buch von Johan Galtung und die darin entwickelten kritischen Perspektiven auf die europäischen Integrationsprozesse diskutiert, aber auch über andere Aspekte, und ich habe die Europapolitik von Helmut Schmidt intensiv verfolgt. Der für mich wichtigste Einschnitt war dann die erste Direktwahl zum europäischen Parlament, die deutlich machte, dass eine neue Stufe im Integrationsprozess erreicht war.

Andrea Germer: *Sie waren beteiligt an einem Projekt zum Wandel, politischen Ideen und ihren Verbreitungsprozessen 1770 bis 1830 im Kontext Weimar-Jena. Welcher Zusammenhang besteht grundsätzlich in diesem Projekt zwischen sozialem Wandel und politischen Ideen?*

Hans-Werner Hahn: Unser Ausgangspunkt war die Frage, wie das, was in solchen kleinstaatlichen und finanziell desolaten Verhältnissen geschehen ist, überhaupt möglich gewesen ist. Es war ja nicht so, dass es in Weimar einen Fürstenhof gab, der über reiche Mittel verfügte und diese ganz gezielt in die Kulturförderung gesteckt hätte. Als es für das Herzogtum Sachsen-Weimar darum ging, sich gegenüber Napoleon zu behaupten, hat man argumentiert, die Fürstenfamilie sei so etwas wie die Medici von Deutschland. In Wirklichkeit kam man aber aus eher bescheidenen Verhältnissen, und man konnte die eigenen Positionen auf Dauer nur sichern, wenn man sich den neuen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen stellte und neuen gesellschaftlichen Kräften, also vor allem dem Bürgertum, die notwendigen Entfaltungschancen gab. Nun war es zwar nicht so, dass die Adelswelt alle ständischen Grenzen aufhob. Auch der viel gelobte Weimarer Musenhof blieb ein Fürstenhof mit begrenzten Zugangsmöglichkeiten für andere Schichten, aber er war doch offener als andere Höfe in Deutschland und schuf auf vielen Gebieten Voraussetzungen für ein freieres politisches und gesellschaftliches Leben. Die von Weimar mitgetragene Universität Jena ist zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland die Universität, die Professoren und Studenten in politischer Hinsicht die größten Freiräume bietet, und sie wird, wie das Wartburgfest von 1817 zeigt, ein Ort, von dem aus neue politische und gesellschaftliche Ideen weit über die Region hinaus verbreitet werden. In unserem Forschungsprojekt ist zum einen gezeigt worden, welche wichtige Rolle hierbei die „politischen Professoren“ als Ideengeber und Organisatoren neuer Bewegungen spielten. Zum anderen aber wurde auch untersucht, wie sich der gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufstieg anderer bürgerlicher Gruppen vollzog, wie man dort neue politische Ideen aufgriff und über städtische Gremien und Landtage neue Formen politischer Diskurse und Partizipation entwickelte. Die größeren politischen Freiheiten im Raum Weimar-Jena und anderen Teilen des kleinstaatlichen Thüringens sorgten vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dafür, dass Thüringen zu einem Kernraum der liberalen und nationalen Bewegung wurde und die Städte dieses Raumes zu wichtigen Gründungsorten gesamtdeutscher Organisationen werden konnten.

Michael Gehler: *Würden Sie einen solchen Zusammenhang zwischen politischem Wandel, sozialem Wandel und Ideenfindung auch auf europäischer Ebene sehen?*

Hans-Werner Hahn: Wie sehr neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen zugleich neue politische Einstellungen herbeiführen oder fördern, kann man natürlich auch im heutigen Europa an vielen Stellen beobachten. Die mit der Globalisierung und den neuen industriellen Entwicklungen einhergehenden wirtschaftlichen Veränderungen, die damit verbundenen Umweltbelastungen, die erhöhte Mobilität, die neuen Medien und der verstärkte transnationale Austausch von Menschen, Waren und Ideen führen zu neuen politischen Diskursen und Antworten und fördern die Entstehung von neuen Eliten, die sehr viel offener sind, offener auch für die Ideen der Integration und für eine Intensivierung der europäischen Einigung. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite sieht man, dass die neuen Herausforderungen und die mit dem Wandel verbundenen Krisen bei manchen Betroffenen auch Ängste hervorrufen und – wie Wahlerfolge der EU-Skeptiker zeigen – zu ganz anderen politischen Reaktionen führen. Hier gibt es durchaus Parallelen zu den Entwicklungen des 19. Jahrhunderts.

Michael Gehler: *Wenn man sich die Inspiratoren im 19. Jahrhundert anschaut, dann sind das junge Leute – Diplomaten, Schriftsteller, Literaten. Man kann sie eigentlich fast unter dem Label des Außenseiters subsumieren. Nicht unbedingt etablierte Leute. Das scheint schon spannend zu sein, ob man sowas auch flächendeckender machen könnte für die Europaverbände der 1920er und 1930er Jahre. Für die Kommission gibt es solche Untersuchungen. Wer sind die Kommissare und wer sind die Beamten? Da geht es in die Richtung, die Sie angeregt haben.*

Jörg Beining: *Seit 2002 waren Sie Leiter der Gruppe zur Aufbereitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert. Was waren hierbei die wichtigsten Erkenntnisse?*

Hans-Werner Hahn: Die Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war ein großes und zugleich sehr schwieriges Unternehmen. Zum 450. Gründungsjubiläum der Universität Jena, also 2008, sollte eine neue Geschichte vorliegen, die vor allem die großen Brüche des 20. Jahrhunderts in den Blick nahm. Sehr schnell merkte ich, wie unterschiedlich Wahrnehmung und Interessen von Kollegen waren, die zu DDR-Zeiten an der Universität tätig gewesen waren. Hier gab es manche Unterschiede zwischen Naturwissenschaftlern und im Lehrkörper verbliebenen Geisteswissenschaftlern. Hinzu kamen eigene Initiativen von „abgewickelten“ Wissenschaftlern. Ich war nun als Westdeutscher nach Jena gekommen, hatte nach meinen neun Jahren im Saarland nun wieder eine Stelle in einem Bundesland, das nicht von Anfang an der Bundesrepublik Deutschland angehört hatte. „Karriere in Beitrittsgebieten“ könnte man also meinen Weg von der Saar an die Saale bezeichnen. Schon im Saarland hatte ich bei der Beschäftigung mit Universitätsgeschichte hin und wieder erfahren, wie sehr ältere Erfahrungen aus der von Frankreich geprägten Gründungsphase und solche aus der Zeit der Eingliederung in das westdeutsche Wissenschaftssystem die jeweiligen Positionen noch bestimmten. In Jena wirkten sich die Erfahrungen der Umbruchsprozesse dann natürlich noch viel stärker auf die Debatten aus. Ich habe die Leitung der Aufarbeitungskommission manchmal wie ein Himmelfahrtskommando empfunden, hatte mich auch nie dazu gedrängt und sah es vor allem als meine Aufgaben an, zwischen sehr unterschiedlichen Ansätzen zu vermitteln. Mich hat all das viel Zeit gekostet, am Ende aber haben die Forschungen viele neue Einsichten in die Entwicklung der Universität vermittelt.

Dies galt auch für das 19. Jahrhundert, das zunächst nicht im Zentrum stehen sollte. Interessant waren etwa die Finanzierungsmodelle der Universität. Im 19. Jahrhundert waren die verfügbaren Gelder in Jena immer knapp, weil die vier kleinen thüringischen Staaten, die die Universität trugen, nicht genügend Ressourcen besaßen. Man konnte daher mit den großen Universitäten nicht mithalten. Die Jenaer Professorengehälter waren die schlechtesten in Deutschland. Man holte dann nach 1848/49 bewusst Gelehrte nach Jena, die in Preußen und anderen konservativ regierten deutschen Staaten aus politischen Gründen keine Berufungschancen hatten, die dann froh waren ihr Schweizer Exil verlassen zu können und die Jena unter normalen Umständen eigentlich nicht hätte bezahlen können. Eine weitere Folge der prekären Finanzsituation und der schlechten Bezahlung der Professoren waren „Promotionen in absentia“. Kandidaten schickten 30 oder manchmal auch weniger als 30 Seiten nach Jena, dort verfassten zwei Professoren die Gutachten und nach Bezahlung der Gebühren kam das Doktordiplom auf dem Postweg nach Hause.

Karl Marx[14] wurde auf diese Weise in Jena promoviert, ohne selbst in der Stadt gewesen zu sein. Das, was geschrieben wurde, war manchmal durchaus promotionswürdig. Aber das ganze Verfahren war fragwürdig und im Grunde eine Geldmaschine. Es stieß zunehmend auf Kritik und wurde später eingestellt.

Am Ende des 19. Jahrhunderts besserte sich die finanzielle Situation der Universität durch privates Engagement. Jena war noch keine Stiftungsuniversität im heutigen Sinne, aber es gab einen wichtigen Ansatz in diese Richtung. Dies hing mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Stadt zusammen, der ja ganz von der optischen Industrie und der Glasindustrie getragen wurde. Mit der Carl-Zeiss-Stiftung sorgte der Physikprofessor, Unternehmer und Sozialreformer Ernst Abbe seit 1889 dafür, dass ein beträchtlicher Teil der Unternehmensgewinne der Universität zugutekam. Gefördert wurden zwar vor allem die Naturwissenschaften, aber auch andere Bereiche sowie die Infrastruktur der Universität. Jena besaß damit in der deutschen Universitätslandschaft eine Sonderrolle. Weitere neue Erkenntnisse zur Universitätsgeschichte lieferten die Analysen zu den Umbrüchen der 1920er Jahre, als die Universität in den Strudel der harten politischen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Extremen geriet. Die anfängliche Linksregierung wurde abgelöst durch einen bürgerlichen Block, in den dann vergleichsweise früh auch die Nationalsozialisten einbezogen werden. In der NS-Zeit sollte die Universität Jena zu einer NS-Musteruniversität werden. Die damit verbundenen Umbrüche im Lehrkörper und die Veränderungen in den Instituten wurden ebenso eingehend herausgearbeitet wie die vielfachen Verstrickungen der Universität in die Kriegs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten.

Der dritte große Bereich des Projekts betraf die Entwicklung der Universität zwischen 1945 und 1989. Zu den bemerkenswerten Ergebnissen der frühen Phase gehörte hier etwa die Feststellung, dass die nationalsozialistische Vergangenheit des Lehrkörpers zum Teil nicht wesentlich geringer war als an westdeutschen Universitäten. Man hat sogar nach 1945 noch einen hoch belasteten Musikwissenschaftler aus Heidelberg nach Jena berufen. Noch stärker fielen die NS-Belastungen im medizinischen Bereich auf. Man brauchte einfach die entsprechenden Fachkräfte und hat zur NS-Vergangenheit mehrerer Professoren einfach geschwiegen. Als diese Dinge in den neunziger Jahren im Rahmen der Aufarbeitung der Universitätsgeschichte öffentlich diskutiert wurden, kochten bei manchen ehemaligen DDR-Bürgern die Emotionen hoch. Zu hitzigen Debatten führten auch die Untersuchungen zur Rolle der Stasi im universitären Leben, weil das viele noch Lebende betraf, die entweder selbst zu den Stasi-Mitarbeitern gehört hatten oder aber bespitzelt und in ihren Karrierewegen blockiert worden waren. Wir haben uns aber immer wieder auch darum bemüht, die wissenschaftlichen Leistungen der DDR-Zeit gebührend zu würdigen, auch solche im geisteswissenschaftlichen Bereich. Hier hat die Sektion Geschichtswissenschaft in den 1980er Jahren mit dem Lexikon der bürgerlichen Parteien und Verbände, das die Zeit des 19. Jahrhunderts bis 1945 umfasste, ein trotz aller ideologischen Vorgaben bis heute sehr nützliches Werk vorgelegt.

Was die Universitätsentwicklung nach der Wende betrifft, so wurde diese nur in einem Ausblick kurz dargestellt, weil alle am Projekt Beteiligte als ehemalige Angehörige der

14 Karl Marx (*1818; †1883), deutscher Philosoph und Wirtschaftstheoretiker, Begründer des nach ihm benannten Marxismus.

DDR-Universität oder als neu nach Jena gekommene noch nicht genug Abstand zu den Entwicklungen seit 1990 hatten. Die Aufarbeitung der Wende mit all ihren Folgen sollte dann eine jüngere, weniger belastete Generation in die Hand nehmen.

Sanne Ziethen: *Die Geschichte Thüringens im 19. Jahrhundert ist einer Ihrer weiteren Forschungsschwerpunkte. Nimmt die Landesgeschichte einen erhöhten Stellenwert an den deutschen Universitäten ein? Wenn ja, welchen? Wenn nein, warum nicht?*

Hans-Werner Hahn: Die Landesgeschichte nimmt aus meiner Sicht in den deutschen Historischen Instituten keinen erhöhten Stellenwert ein. Eher ist, wenn man von Bayern oder Sachsen absieht, oft das Gegenteil der Fall. Insgesamt hat die Landesgeschichte nicht mehr den Stellenwert im Fach, den sie zu Beginn meines Studiums hatte. Die Forschungsinteressen haben sich verlagert, vielleicht hat sich ein Teil der Landesgeschichte auch zu zögerlich neuen Fragestellungen und Methoden zugewandt. Ich würde nun aber nicht sagen, dass die Teildisziplin an dieser Entwicklung in erster Linie selbst schuld sei. In Thüringen hat die landesgeschichtliche Forschung zwar eine durchaus beachtliche Förderung durch die jeweiligen Regierungen erhalten und erhält sie noch. Dennoch musste man an der Universität immer wieder darum kämpfen, dass freiwerdende Stellen in diesem Bereich auch wieder besetzt wurden. In Jena wurde die für das Mittelalter geschaffene landesgeschichtliche Professur zwar neu besetzt, dabei schlechter ausgestattet. Eine Professur für moderne Regionalgeschichte, die sich dem 19. und 20. Jahrhundert widmete, ist ganz weggefallen. Inzwischen haben sich Universität, Landesregierung sowie ein privater Stifter aber darauf geeinigt, eine Forschungsstelle für moderne Regionalgeschichte zu etablieren, die als dauerhafte Ratsstelle ausgeschrieben ist.

Andrea Germer: *Sehen Sie einen Unterschied zwischen Heimat-, Landes- und Regionalgeschichte?*

Hans-Werner Hahn: Wenn man in lokalen Geschichtsvereinen tätig ist, was ich zum Teil auch noch mache, dann ist es natürlich schon so, dass man im Grunde in einem Bereich tätig ist, den ich als Heimatgeschichte bezeichnen würde. Hier arbeiten professionelle Historiker mit engagierten Laien zusammen, und man kommt manchmal – wie ich es selbst erfahren konnte – durchaus zu bemerkenswerten Forschungsergebnissen. Die landesgeschichtliche Forschung baut dagegen auf einem ganz anderen methodischen Rüstzeug auf und geht auch mehr von übergreifenden Themen aus. Das Fach Landesgeschichte hat sich im föderal geprägten Deutschland über viele Jahrzehnte hinweg entwickelt, war zunächst stark auf die jeweiligen Herrscherdynastien und dann mehr auf das jeweilige Land bezogen. Das brachte und bringt gewisse Gefahren mit sich. Ich habe mich zum Beispiel immer dagegen gewehrt, wenn man Landesgeschichte zu sehr in den Dienst einer Identitätsstiftung von Bundesländern oder Regierungsbezirken stellt. Manche Politiker neigen dazu, die Landesgeschichte in diesem Sinne zu instrumentalisieren. Damit habe ich einfach meine Schwierigkeiten. Ich komme aus Hessen. In den achtziger Jahren kam ein Regierungspräsident auf mich zu und fragte, ob wir nicht mal einen Band machen könnten, der das Bemühen um eine mittelhessische Identität fördern würde. Gegen solch vorschnelle Vereinnahmungen habe ich mich immer gewehrt. Ich habe

mich bei meinen Forschungen auch weniger an Ländern, Dynastien und Landesgrenzen orientiert, sondern mehr an den Fragen einer modernen und auch vergleichend arbeitenden Regionalgeschichte, in der danach gefragt wird, wie sich die großen Umbrüche des 19. Jahrhunderts in bestimmten Regionen, die nicht mit staatlichen Einheiten identisch sein müssen, vollziehen. Dies betraf bei mir vor allem die Industrialisierungsgeschichte.

Michael Gehler: *Stichwort Industrialisierung. Welchen Beitrag hat die Geschichte der Industrialisierung auch zum Begriff der Industrialisierung beitragen können?*

Hans-Werner Hahn: In der Literatur wird dieser große wirtschaftliche und gesellschaftliche Umbruch ja sowohl mit dem Begriff „Industrielle Revolution" als auch mit dem Begriff „Industrialisierung" erfasst. Heute tendieren viele Wirtschaftshistoriker dazu, den letzteren Begriff – also Industrialisierung – dem Revolutionsbegriff vorzuziehen. Sie argumentieren aufgrund der Forschungsergebnisse über das Ausmaß des von den neuen Industrien ausgehenden Wirtschaftswachstums dahingehend, dass es selbst in England eine industrielle Revolution im Sinne eines qualitativen und quantitativen Sprunges nicht gegeben habe. Andere halten dem entgegen, dass sich Industrialisierung nie flächenübergreifend über ein ganzes Land vollzog, sondern sich auf bestimmte industrielle Kernräume konzentrierte. Der Blick in solche Führungsregionen des industriellen Wandels zeige, wie schnell sich dort die neuen Wirtschaftsformen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Umbrüche entwickelt hätten. Und auch die langfristigen Folgen der Industrialisierung für die gesamte Menschheitsgeschichte sprächen für den Begriff „Revolution". Für beide Begriffe gibt es also durchaus gute Argumente. Was vor allem für den Begriff „Industrialisierung" spricht, ist die Erkenntnis, dass die neue industrielle Welt nicht schlagartig über England und die Nachzüglernationen hereinbrach und dass es zur Ingangsetzung der neuen Wachstumsprozesse eines längeren Vorlaufs brauchte, in dem die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen des Umbruchs geschaffen wurden. Dies zeigt sich im Übrigen auch bei politischen Revolutionen. Auch die große Französische Revolution war in manchen Bereichen nur die radikale Beschleunigung von längst laufenden Prozessen.

Michael Gehler: *Das ist im Grunde das, was für die politischen Revolutionen auch gilt. Es gibt keine voraussetzungslose Revolution. Die Aufklärung ist ein wichtiger Teil der Vorgeschichte der Französischen Revolution. Hier waren gewisse Entwicklungen auch schon im Vorfeld angelegt.*

Sanne Ziethen: *Wie kann man sich erklären, dass die industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert überwiegend ein westeuropäisches und kein mittel- oder osteuropäisches Phänomen ist?*

Hans-Werner Hahn: Auch das ist eine der ganz großen Fragen der Industrialisierungsgeschichte. Natürlich hängt das zusammen mit dem Atlantikhandel und den damit verbundenen Ökonomisierungsprozessen des 17. und vor allem des 18. Jahrhunderts, in denen England eben eine besondere Rolle spielte. Andere Teile Europas waren zwar davon nicht ausgeschlossen, aber weit weniger betroffen. Das gilt besonders für Mittel-,

Ost- und Südeuropa. In England konnte man auf langen Erfahrungen im internationalen Handel aufbauen und Vernetzungen nutzen, die anderswo weniger ausgebildet waren. Aber auch die Binnennachfrage nach dann zunehmend industriell erzeugten Gütern war in England schon größer, weil die Produktivitätsfortschritte im Agrarsektor zu höheren Einkommen führten und den Konsum begünstigten. Natürlich spielten auch die technologischen Neuerungen eine zentrale Rolle. Sie wurden im Übrigen auch dadurch begünstigt, dass es in England bereits eine sehr viel offenere Gesellschaft gab als in den noch viel stärker ständisch geprägten Gesellschaften des Kontinents. Technisch und kaufmännisch geschickte Aufsteiger hatten es in England einfacher. Auch der rechtliche Rahmen war im Vergleich zu Staaten des Kontinents so beschaffen, dass er Investitionen und unternehmerische Tätigkeiten erleichterte. Was die von Max Weber aufgeworfene Frage nach dem Zusammenhang von modernem Kapitalismus und protestantischer Ethik betrifft, so kann man auch dies in Erklärungsversuche einbeziehen. Allerdings ist der Anteil des Calvinismus an der Ingangsetzung neuer wirtschaftlicher Prozesse doch überschätzt worden. Es gibt ja durchaus auch sehr erfolgreiche Unternehmer anderer Konfessionen. Man sollte bei dieser Frage generell stärker auf die jeweiligen Minderheitssituationen schauen, aus denen besonderes wirtschaftliches Engagement erwachsen kann. Das zeigt sich etwa bei der Rolle, die die Juden im deutschen Wirtschaftsleben des 19. Jahrhunderts gespielt haben.

Michael Gehler: *Sehr interessant, wie sich die Dinge heute fast spiegelverkehrt darstellen. Die Diskussion, dass sich Mittel- und Osteuropäer abgehängt fühlen oder nicht genug wertgeschätzt aus Sicht der Westeuropäer. Da gibt es sowas wie einen langen Schatten der sogenannten oder tatsächlichen Rückständigkeit.*

Hans-Werner Hahn: Das Thema wirtschaftliche Rückständigkeit und ihre Folgen ist ja immer wieder auch bei dem Vergleich zwischen dem englischen und deutschen Industrialisierungsprozess zur Sprache gekommen. Deutschland trat später in die Phase des industriellen Wachstums ein und die Muster seines Aufholprozesses gegenüber England unterschieden sich in manchen Punkten, etwa auch bei der Rolle, die der Staat in diesem Prozess spielte. Wie stark das in Deutschland letztlich war, ist in der Forschung kontrovers beurteilt worden. Die Erfolge eines direkten staatlichen Engagements im Gewerbebereich blieben oft gering und erreichten manchmal sogar das Gegenteil des Intendierten. Wichtiger als ein direktes Eingreifen durch finanzielle Unterstützung bestimmter Unternehmen waren die Leistungen, die der Staat im Bereich der Infrastruktur erbrachte, also beim Straßen-, Kanal- oder Eisenbahnbau, vor allem aber auch der sich im 19. Jahrhundert vollziehende Aufbau eines modernen Bildungssystems. Die wirtschaftlichen Erfolge in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als man England ein- und in bestimmten Bereichen überholte, hingen ganz wesentlich mit Entwicklungen zusammen, die ich beim Blick auf die Jenaer Universitätsgeschichte schon angedeutet habe. Es war die Verbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und industrieller Produktion. Hier gewannen auch die polytechnischen Schulen, die dann später technische Universitäten werden, zunehmend an Bedeutung. Seit 1850 entsteht so etwas wie die Vorstellung einer spezifisch deutschen Technik. Die wurde auch auf den jetzt stattfindenden Weltausstellungen mit Stolz präsentiert. Die Verknüpfung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und

industrieller Produktion zeigt sich besonders stark in der chemischen Industrie, die im industriellen Aufholprozess Deutschlands eine wichtige Rolle spielte.

Jörg Beining: *Zu Restauration und zur Revolution von 1848/1849 haben Sie ebenfalls intensiv gearbeitet. Was war das typisch Europäische an diesen Entwicklungen?*

Hans-Werner Hahn: Das Europäische sehe ich in den politischen Vernetzungen, die wir in all diesen Bereichen erkennen können. Der innereuropäische Transfer von politischen und gesellschaftlichen Leitvorstellungen nahm ja bereits in der Zeit der Aufklärung neue Formen an. Er verdichtete sich in der Zeit der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft. Das zeigen etwa die großen Debatten über Verfassungen oder auch über die künftige Stellung der Juden in der Gesellschaft. 1780 hat ein preußischer Beamter durch ein Buch über die bürgerliche Verbesserung der Juden eine große Debatte angestoßen, die sich auch auf Frankreich erstreckte, wo dann 1791 die Gleichstellung der Juden ausgesprochen wurde. Mit der napoleonischen Herrschaft kam dieses Modell dann auch in Teilen Deutschlands zum Tragen. Aber nicht nur die Reformdebatten tragen einen europäischen Charakter, sondern auch bei den nach 1815 wieder stärker aufkommenden konservativen und restaurativen Ideen zeigen sich diese europäischen Zusammenhänge. Was die Restauration betrifft, so hat es die im wahrsten Sinne des Wortes jedoch nicht gegeben. Natürlich wurden die Bourbonen in Frankreich wieder eingesetzt, natürlich wurden an anderen Stellen wieder Herrscher eingesetzt, die ihr Land unter Napoleon verloren hatten, aber es gab nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft keine vollständige Rückkehr zu den Zuständen von 1789, weder auf der Ebene der Staatenwelt noch in Bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch in der Zeit der so genannten Restauration liefen begonnene Transformationsprozesse weiter, wenn auch zunächst verlangsamt und unter konservativeren Vorzeichen. Es gab aber keinen völligen Stillstand in dieser Zeit. Die für die europäische Entwicklung typischen engen Verknüpfungen von politischen Debatten, in die allerdings auch Nordamerika einbezogen ist, und die Wechselwirkungen zwischen den jeweiligen nationalen Entwicklungen treten dann vor allem in den europäischen Revolutionen von 1830 und 1848/49 hervor.

Sanne Ziethen: *Welche Rolle spielte die Globalisierung für die Geschichtswissenschaften allgemein und für Ihre Forschungen im Besonderen?*

Hans-Werner Hahn: Für die Geschichtswissenschaft wird die Globalisierung künftig eine immer wichtigere Rolle spielen. Jürgen Osterhammels großes Buch über die Verwandlung der Welt im 19. Jahrhundert hat auf eine beeindruckende Weise gezeigt, wie notwendig und erkenntnisreich diese neuen Perspektiven sind. Was meine eigenen Forschungen betrifft, so stellt sich natürlich die Frage, auf welchen Feldern man im Ruhestand überhaupt noch weiterarbeitet. Große Arbeiten zur Globalisierung darf man von mir nicht mehr erwarten, aber ich werde die neuen Ansätze und Fragestellungen in jedem Fall einbeziehen. Dies ist in den letzten Jahren etwa bei meiner Beschäftigung mit der Wirtschaftsgeschichte Thüringens auch geschehen. Wenn man sich mit schon um 1900 weltweit agierenden Firmen der Region befasst, kann man landesgeschichtliche Fragestellungen sehr sinnvoll mit der Globalisierungsgeschichte verknüpfen. Darüber hinaus

ist noch eine Dissertation im Entstehen, die sich mit der um 1900 in Deutschland geführten Debatte über „Industrie- oder Agrarstaat“ beschäftigt und damit eine frühe Globalisierungsdebatte aufgreift.

Andrea Germer: *Haben die Geschichtswissenschaften auf das Internet und die Möglichkeiten neuer Medien ausreichend reagiert?*

Hans-Werner Hahn: Ich denke, dass man in vielen Bereichen frühzeitig und sinnvoll reagiert hat. Wenn ich mir jetzt die Rezensionsorgane anschaue und die Geschwindigkeit, mit der heute neue Bücher besprochen werden können, dann sind das natürlich schon tolle Möglichkeiten für eine schnellere und bessere Informationsbeschaffung. Das gleiche gilt zu themenbezogenen Internetforen. Wichtig sind ferner vor allem Online-Editionen, die einen leichteren und schnelleren Zugang zu Schlüsselquellen vermitteln können. Damit habe ich mich ein wenig beschäftigt, weil ich Mitglied einer Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften bin, deren Aufgabe es ist, Quellen zur deutschen Geschichte zu edieren. Die gebundenen Ausgaben sind in den letzten Jahren weniger gekauft und vor allem auch weniger genutzt worden. Die Online-Edition ist daher ein großer Vorteil. Sie ist aber auch mit mehr Aufwand verbunden, und für die Aufbereitung und Pflege der Dateien brauchen die Historiker dann entsprechendes Fachpersonal, das nicht so leicht zu bekommen ist und zusätzliche Finanzmittel erfordert.

Michael Gehler: *Hängen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaft an?*

Hans-Werner Hahn: In meiner Studienzeit war ich als Schüler von Helmut Berding natürlich sehr stark geprägt von den Bielefelder Ansätzen einer historischen Sozialwissenschaft. Ich finde auch, dass Hans-Ulrich Wehlers Ausführungen zum Nutzen der Modernisierungstheorien oder die Theoriebeiträge von Jürgen Kocka nicht nur interessant waren, sondern auch zu wichtigen Erkenntnisgewinnen beigetragen haben. Dies zeigt etwa die Forschungsdebatte über den „Organisierten Kapitalismus“. Je intensiver ich dann selbst meine Forschungen vorangetrieben habe, je quellennäher ich gearbeitet habe, desto skeptischer bin ich gegenüber solch großen Erklärungsmodellen geworden, die aber als Ausgangspunkt bei der Entwicklung von Fragestellungen berechtigt und nützlich sind.

Michael Gehler: *Wie erklären Sie sich eigentlich diesen Hang oder diesen Drang zur Theorie? Worauf ist das zurückzuführen?*

Hans-Werner Hahn: Ich habe 1970 angefangen zu studieren und da schien das Fach Geschichte gegenüber Fächern wie Soziologie und Politikwissenschaft für manche auf einem absteigenden Ast. Die modernen Sozialwissenschaften gewannen an Prestige und haben sehr stark mit Theorien und Modellen gearbeitet. Hierauf hat man dann vor allem, aber nicht nur in Bielefeld reagiert und versucht, Theorien und Modelle der Sozialwissenschaften für die historische Forschung fruchtbar und das eigene Fach attraktiver zu machen. Das hat viele Debatten sehr befruchtet. Ich denke da etwa an Jürgen Kockas Buch über Klassengesellschaft im Ersten Weltkrieg. Er ging dabei vom marxschen Klassenmodell aus und untersuchte mit dessen Begriffen die deutsche Gesellschaft im Ersten

Weltkrieg. Am Ende des Buches kam er zu dem Ergebnis, dass die Weltkriegsgesellschaft mit dem Marxschen Klassenmodell nicht zu beschreiben ist. Der theoretische Ansatz ist nicht aufgegangen, hat aber zu einer differenzierteren Sicht auf die gesellschaftliche Wirklichkeit beigetragen.

Jörg Beining: *Historiker stellen gegen das Diktat der Theorien das Vetorecht der Quellen. Was halten Sie davon?*

Hans-Werner Hahn: Ich kann den Hinweis auf das Vetorecht der Quellen nur bekräftigen. Die eingehende Analyse der Quellen schützt vor vorschnellen und einseitigen Zuschreibungen. In diesem Zusammenhang verweise ich gerne auf Thomas Nipperdeys Forderung nach Objektivität als regulativer Idee. Der Historiker kann nicht völlig objektiv an seinen Stoff herangehen, aber er sollte sich davor hüten, Ankläger, Richter und Verteidiger zugleich zu sein. Ich habe vor 14 Tagen einen Vortrag zum 200. Jahrestag des Wartburgfestes gehalten. Die einen heben hervor, dass dieses Fest deutschtümlich, antisemitisch und europafeindlich gewesen sei, und haben dafür auch Belege. Andere Quellen zeigen dann aber auch ein ganz anderes Bild von diesem Fest. Deshalb habe ich immer dafür plädiert, auf die Ambivalenzen historischer Ereignisse zu schauen und vor allen Bewertungen ein gründliches Quellenstudium zu betreiben.

Jörg Beining: *Wo sehen Sie die Zukunft der Geschichtswissenschaften? Welche Zeiträume werden in nächster Zeit interessant werden?*

Hans-Werner Hahn: Ich denke, dass die Geschichtswissenschaft in einer zunehmend komplexer werdenden Welt weiterhin eine wichtige Rolle spielen muss und wird. Die Beschäftigung mit historischen Prozessen und Konflikten kann zwar keine direkten Lösungsangebote für Zukunftsfragen liefern, aber wichtiges Orientierungswissen bereitstellen, etwa in den Debatten über die Frage nach Ursachen und Folgen von sozialer Ungleichheit zwischen Gruppen und ganzen Staaten und Regionen. Globalgeschichte und Umweltgeschichte werden eine größere Rolle spielen, aber die Erforschung wirtschaftlicher Wachstumsprozesse, politischer Ideen und Konflikte oder Fragen der Macht- und Außenpolitik werden zentrale Felder der Forschung bleiben. Bei alldem muss vergleichenden Analysen ein noch größerer Stellenwert zukommen, um zu zeigen, wie vielfältige Wechselwirkungen zwischen Staaten, Kontinenten und gesellschaftlichen Gruppen auch frühere Epochen geprägt haben. Was die Zeiträume betrifft, so wird das 20. Jahrhundert mit seinen weltweit großen Veränderungen, Konflikten und Verbrechen natürlich eine besondere Bedeutung haben. Ich denke aber, dass man das 19. Jahrhundert nicht vernachlässigen sollte. Manchmal hat man das Gefühl, dass diesem Jahrhundert trotz des großen Werks von Jürgen Osterhammel etwas zu wenig Beachtung geschenkt wird. Man sollte in Bezug auf das 19. Jahrhundert auch nicht nur auf die Entstehung der Nationalstaaten und die negativen Folgen nationalistischer Politik schauen und in der Geschichte des 19. Jahrhunderts in erster Linie nach Gründen für schlimme Entwicklungen im folgenden Jahrhundert, sondern eben auch die Bedeutung dieses Jahrhunderts für die Entwicklung freier Gesellschaften, demokratischer Ordnungen und sozialstaatlicher Prinzipien angemessen würdigen. Im Übrigen glaube ich, dass auch das allgemeine Interesse

an den älteren Epochen, die innerhalb der Universitäten im Moment etwas an Gewicht verlieren, wichtig bleiben wird.

Sanne Ziethen: *Wenn man sagt, etwas eint materiell und man projiziert die politischen Sehnsüchte darauf nach Einheit, nach größerer politischer Freiheit, könnte man dann sagen, dass sei in das kollektive deutsche Gedächtnis so eingegangen, dass es vielleicht auch europäische Einigungsprozesse prägt, was andere Länder so vielleicht gar nicht haben? Oder ist dem dann zu viel Bedeutung zugemessen?*

Hans-Werner Hahn: Wenn man danach fragt, warum die Zustimmung zur europäischen Einigung in Deutschland höher ist als in anderen Staaten, dann hängt dies aus meiner Sicht ganz wesentlich mit den besonderen Entwicklungen und Erfahrungen zusammen, die die Deutschen im 20. Jahrhundert gemacht haben.

Sanne Ziethen: *Wie beurteilen Sie aktuelle Position der EU in weltpolitischer Hinsicht und welche Zukunftsperspektiven sehen Sie für die EU?*

Hans-Werner Hahn: Die aktuelle Position in weltpolitischer Hinsicht könnte besser sein, wenn man zu mehr Geschlossenheit in den außenpolitischen Fragen kommen würde. Mit der begrüßenswerten Erweiterung der EU hat sich natürlich auch das Spektrum außenpolitischer Interessen und Orientierungen der Mitgliedsstaaten vergrößert. Angesichts der neuen machtpolitischen Entwicklungen wie dem Aufstieg Chinas, neuer Konflikte in Osteuropa, der Migrationsprobleme und der neu global anzugehenden Umweltfragen muss die EU künftig sehr viel stärker bestrebt sein, zu klaren gemeinsamen Positionen zu kommen. Davon ist man heute leider noch ein ganzes Stück entfernt. Was die Zukunftsperspektiven in Bezug auf die inneren Entwicklungen betrifft, so wird vieles davon abhängen, inwieweit die Akzeptanz gemeinsamer Werte zunimmt und noch bessere Wege gefunden werden, um Interessenunterschiede auszugleichen. Vor allem aber muss man auch weitere Anstrengungen unternehmen, um die Menschen von den Vorteilen und der Notwendigkeit des europäischen Einigungsprozesses zu überzeugen. Wenn man sich in der Provinz umschaut und mit einem mittelständischen Handwerksunternehmer spricht, etwa einem Metzgermeister, dann hört man nicht selten den scheinbar auch berechtigten Vorwurf einer Überregulierung. Es kommt dann häufig auch die kritische Frage, ob die Branche auch in anderen EU-Staaten wirklich den gleichen Vorgaben unterliegt, wie dies bei der Gründlichkeit deutscher Veterinäre der Fall ist. Auch die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank ruft nicht zu Unrecht viel Kritik hervor und trägt nicht dazu bei, das Vertrauen in die europäischen Entwicklungen zu stärken. Auf der anderen Seite sollte man sich immer wieder die vielen positiven Dinge in Erinnerung rufen, die mit der EU verknüpft sind: ihr Beitrag zum Frieden in Europa, die Wohlstandsgewinne, die größere Rechtssicherheit, die Stärkung demokratischer Ordnungen und auch die engere Zusammenarbeit in Regionen, die sich wie der Saar-Lor-Lux-Raum auf mehrere Staaten erstrecken. All das bietet auch für die künftigen Entwicklungen gute Perspektiven.

Jörg Beining: *Ich habe da nochmal eine Zusatzfrage, weil das vorhin angesprochen wurde: Deutschland hat eine besondere Position in der europäischen und globalen Ent-*

wicklung – bedingt durch seine Geschichte. Lässt sich das auch auf Großbritannien anwenden und den Brexit? Dass die in erster Linie älteren Menschen, die abgestimmt haben, geprägt sind durch historische Bedingungen des britischen Erfolges im 18. und 19. Jahrhundert?

Hans-Werner Hahn: Wenn man sich anschaut, wie stark die Bedeutung Großbritanniens in der Weltpolitik, wie groß die wirtschaftliche Bedeutung des Pionierlandes der Industrialisierung war und wie sich die Dinge heute darstellen, dann könnte man gerade in Bezug auf ältere Menschen von einer Verlusterfahrung sprechen. Inwieweit hier aber die Ursache für das unterschiedliche Abstimmungsverhalten zwischen älterer und jüngerer Generation beim Brexit zu suchen ist, für eine befriedigende Antwort auf diese Frage fühle ich mich nicht kompetent genug.

Jürgen Elvert

Europa, das Meer und die Welt

Zum Referenten:

Prof. Dr. Jürgen Elvert wurde am 30. Juli 1955 in Eckernförde geboren. Nach seinem Abitur an der Jungmannschule in Eckernförde absolvierte er den Wehrdienst bei der Marine und war kurzzeitig in der Maschinen- und Anlagenindustrie tätig. Sein Studium begann er im Jahr 1980 und studierte die Fächer Geschichte, Anglistik, Pädagogik und Soziologie. Er studierte an der Universität Kiel und an der Universität Belfast. 1985 bestand er das Staatsexamen für gymnasiales Lehramt und promovierte 1988 bei Prof. Dr. Michael Salewski. Prof. Dr. Elvert wurde Akademischer Rat am Historischen Seminar an der Kieler Universität. 1996 folgte seine Habilitation und er wurde Oberassistent am Historischen Seminar an Kiel. Er war ebenfalls Gastprofessor an der Universität Innsbruck in den Jahren 1997/98 und er wurde Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn. Seit 2001 ist er Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unter der Berücksichtigung der Europäischen Integration und der Didaktik an der Universität zu Köln. Prof. Dr. Elvert wurde 2013 mit einem Jean-Monnet-Chair von der Europäischen Kommission ausgezeichnet.

Zum Vortrag:

Der Vortrag wurde von Herrn Prof. Dr. Gehler eingeleitet. Herr Prof. Dr. Gehler betonte, dass Prof. Dr. Elvert eine Vielzahl an Publikationen zu dem Themenblock des Vortrages bereits erarbeitet hat und u. a. ausgewiesener Irland-Experte ist. Darüber hinaus verweist er auf das Buch von Prof. Dr. Elvert, welches im Mai 2018 erscheinen wird und den gleichen Titel wie der Vortrag trägt.

Herr Prof. Dr. Elvert eröffnete den Vortrag mit der Bemerkung, dass er noch am Vorabend das Manuskript des Buches abgeschlossen und an das Lektorat weitergegeben habe. Er betonte, dass diese Arbeit für ihn eine Art „Kür" war und er einen persönlichen Bezug hatte, durch seine frühere Tätigkeit bei der Marine und seines Geburtsortes.

Als Einstieg in das Thema „Europa, das Meer und die Welt" wählte Elvert ein Zitat aus dem Roman „Moby Dick" von Herman Melville. Des Weiteren erläuterte er die Nutzung und Entdeckung der Meere bereits in der Antike und stellt die Bedeutung u. a. von Hafenstädten im wirtschaftlichen, architektonischen und auch kulturellen Sinne in der heutigen Zeit heraus.

Prof. Dr. Elvert wies darauf hin, dass europäische Hafenstädte bereits vielfach erforscht wurden, jedoch meist in einem spezifischen Fachgebiet, wie bspw. der Ökonomie und nicht in einem interdisziplinären Kontext. Er definierte Häfen als kulturprägende Orte, an denen wie auch an Flughäfen grenzüberschreitende Begegnungen stattfänden und Erfahrungen ausgetauscht würden. Laut Elvert hätten infolge des *cultural turn* und des fortlaufenden Diskurses auch in den Geschichtswissenschaften bedeutende Publikationen in diesem Bereich in den letzten Jahren zugenommen. An dieser Stelle verwies Elvert auf die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Doris Bachmann-Medick und die verschiedenen Richtungen der Kulturwissenschaften. Hierbei seien, so Elvert, besonders der *postcolonial turn* sowie der *spatial turn* von geschichtswissenschaftlichem Interesse.

Im ersten Teil des Vortrages thematisierte Elvert den *postcolonial turn*. In diesem Kontext erwähnte er auch Dipesh Chakrabarty und Edward Said, deren Thesen den Einfluss Europas auf die Weltgeschichte auf bloße Machterhaltung reduzieren würden. Weitergehend von Bedeutung sei laut Elvert der *agency approach.* Er bezieht sich hierbei auf Thesen von Homi K. Bhabha, Stephen Greenblatt und Dietmar Rothermund. Elvert erklärte, dass Europa ein offenes System sei und seit dem 16. Jahrhundert nach der Welt gegriffen und diese Expansion zu einer Veränderung der europäischen Gesellschaften durch den Einfluss und Austausch mit nicht-europäischen Gesellschaften geführt habe. Ebenso liefe die Selbstentdeckung Europas durch die Europäer nach einem ähnlichen Mechanismus ab, wie die Entdeckung der Welt durch die Europäer.

Der zweite Teil des Vortrages von Elvert beschäftigte sich mit dem sogenannten *spatial turn*. Er nannte den Historiker Karl Schlögel als bedeutenden Publizisten und Wissenschaftler, der den Begriff des Raumparadigmas wieder hoffähig gemacht und von negativen Konnotationen durch den Nationalsozialismus befreit habe. Die Erkenntnis des maritimen Raumes käme aber laut Elvert bei Schlögel zu kurz.

Nach diesen beiden einleitenden Teilen des Vortrages nannte Elvert die entscheidenden Fragen seines Hauptthemas: Welche Bedeutung hat das Meer in der europäischen Geschichte und für die Stellung Europas in der Welt? Er ging dann dazu über zu erklären, warum er für einen maritimen Wandel in der Geschichtswissenschaft plädiere. Dabei

führt er als Beweggrund der USA für ihren globalen Einsatz der Navy folgende Fakten als wichtig an:

- 70% der Erde sind mit Wasser bedeckt;
- 80% der Weltbevölkerung lebt an oder in der Nähe von Küsten;
- 90% des Welthandels werden über das Meer transportiert.

Ein einen weiteren wichtigen Grund für einen Anlass eines maritimen Wandels in den Geschichtswissenschaften sieht Elvert in der allgemeinen Bedeutung des Meeres in der amerikanischen Geschichte, speziell auch in der Überwachung und Sicherung des Atlantiks durch die amerikanische Navy. Solche strategischen und geopolitischen Handlungen und Positionen, erklärte er, suche man in Europa bis heute vergeblich. Hierbei sprach er von der fehlenden „Domain Awareness" Europas und einer kollektiven Selbstwahrnehmung der Europäer als Kontinent mit vielfältigen maritimen Einflüssen und Interessen. Dies beschrieb er als „Sea Blindness" von Europa. Vor allem die einzelnen nationalen Perspektiven europäischer Staaten würden hierbei den Weg einer gesamteuropäischen Geschichtserzählung erschweren. Elvert betonte, dass lange Zeit die Geschichtswissenschaften als Legitimation des Nationalstaats gedient hätten. Es sei immer noch eine schwierige Gratwanderung die Nationalstaaten und ihr Handeln auch im internationalen Kontext zu begreifen, so seien die Geschichtswissenschaften oft noch sehr stark am Nationalstaat orientiert.

Eine Möglichkeit, diesen Prozess der Geschichtswissenschaft weiterzuführen, sei es, immer mehr Narrative zu beleuchten und zu berücksichtigen, so dass diese Narrative auch immer noch frühere Erzählungen umfassen und aus einem bestimmten Blickwinkel zu betrachten seien. Elvert nannte daraufhin seine Prämissen, die seine Blickwinkel und seine Gedanken zu dieser Arbeit beeinflusst haben und als Grundstein dienten:

1. Die Geschichte der europäischen Nationalstaaten kann nur vor dem Hintergrund ihrer internationalen Verpflichtungen angemessen und verständlich dargestellt werden. Europäische Geschichte ist auch immer ein Stück der globalen Geschichte.
2. In der Moderne, ca. seit dem 15. Jahrhundert, wurde die europäische Geschichte entscheidend durch die globalen Verflechtungen geprägt.
3. Die globale Dimension der modernen europäischen Geschichte ist zum einen die Geschichte des europäischen Kolonialismus und Imperialismus, jedoch umfasst sie auch die Rückwirkung von Handlungen von Europäern mit anderen Regionen.
4. Die ersten Begegnungen von Europäern mit anderen Weltregionen waren mangels Wissens von Unverständnis geprägt. So urteilte man aus europäischer Sicht über andere, wobei meist eine Abwertung der anderen erfolgte. Solche Vorurteile zeigen den Wissensstand über andere und gelten für diese bezüglich ihres Urteils über Europäer.
5. Man entwickelte Methoden, um die anderen besser verstehen zu können. Auch ist die europäische Wissenschaftslandschaft beeinflusst durch nichteuropäische Elemente.
6. Der anhaltende Austausch und die Konkurrenzfähigkeit mit anderen Weltregionen konnte nur erreicht werden, da man in Europa viel Erfahrung und Können im Schiffsbau und in der Seefahrt besaß.
7. Im 15. Jahrhundert hatte man so viel geografisches und navigatorisches Wissen in Europa angehäuft, so dass ab diesem Abschnitt der Geschichte Entdeckungsfahrten

nicht mehr zufällig dazu führten, neue Weltregionen zu entdecken, sondern diese Unternehmen geplant werden konnten.

8. Es folgte eine Ausweitung der maritimen Handels- und Verkehrswege, für Güter, Informationen und Menschen durch die Europäer. Neue Zivilisationen wurden nach europäischem Vorbild aufgebaut und unterlagen auch moralisch und rechtlich der europäischen Ordnung.
9. Die Kulturlandschaft Europas veränderte sich durch den Import und Export aus aller Welt.
10. Zentrale Knotenpunkte in diesem globalen Geflecht bildeten Hafenstädte. Dies bezieht sich nicht nur auf den Handel, sondern auch auf Kultur und Wissenschaft.
11. Die Akteure im globalen System sind immer auch durch vorige Akteure beeinflusst worden. Besonders sei es wichtig, dass einzelne Individuen und Institutionen Entscheidungen und Handlungen vollzogen, die aufzeigen, dass die Entwicklung des globalen Geflechts keinesfalls vorbestimmt, sondern teils auch Zufallsereignissen geschuldet ist.
12. Die Händler formten die globalen Beziehungen in der Welt, was keinesfalls als Europäisierung, sondern als Europa im Dialog mit der Welt angesehen werden kann. Ebenso kann das Meer als weltweit verbindendes Element zwischen Regionen und Staaten angesehen werden und dies führe dazu, jeden Staat als maritimen Staat zu definieren, wobei das Bewusstsein dazu besonders in Europa immer noch mäßig ausgeprägt ist.

Auszüge aus der Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag fand eine Diskussion statt, die von Michael Gehler geleitet wurde und auch verschiedene thematische Nachfragen umfasste. Diese wird im Folgenden wiedergegeben:

Publikumsfragen:

a) Was sind konkrete Beispiele für Ballungsgebiete und Hafenstädte?
b) Wie hat Russland darunter gelitten, in diesen Prozess wenig involviert zu sein?
c) Warum gibt es immer noch nur nationalstaatlich organisierte Küstenwachen in der EU?
d) Wie stehen Sie zu Streckenverkürzungen und wie stellen sich diese Steckenverkürzungen, bspw. durch China dar?
e) Ist die Luther-Fixierung in den USA ein Faktor im kulturellen Kontext der USA und Europa?
f) Welche Bereicherung könnte Europas Narration der Geschichte durch die Einbeziehung der maritimen Dimension erfahren?
g) Worin kann sich Europa etwas von Großbritannien in der Historie abschauen?
h) Wie ist die Meinung der europäischen Binnenländer zur europäischen Seepolitik?

i) *Ist es für Europa in der Welt und die Selbstwahrnehmung Europas essentiell, eine eigene Sicherheitspolitik zu haben?*
j) *Wie stellt sich der Zusammenhang von Öl- und Flottenpolitik dar?*
k) *Gibt es in Europa noch andere Städte mit den Privilegien, wie sie Hamburg oder Bremen in unserem föderalen System haben?*

Jürgen Elvert:

a) Beispiele sind Hamburg in Deutschland oder auch Liverpool, Glasgow und London in Großbritannien oder Bordeaux und Marseille in Frankreich.
b) Es gab bspw. Versuche wie St. Petersburg und man kann im 19. Jahrhundert beobachten, dass Russland durch seine Politik versuchte, mehr Einfluss zu bekommen, da man auf dem Balkan Fuß fassen wollte. Ebenso sind solche Versuche und Intentionen mit dem Krim-Krieg oder auch mit Stalins und sogar aktuell Putins Politik mit der Annexion der Krim assoziierbar.
c) Es gibt die NATO als Alternative und der Zusammenhalt ist dort stark. Es erweckt teilweise sogar den Anschein, dass der Atlantik das Binnenmeer der NATO ist. Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) litt unter dem Einfluss der Briten in der EU, da diese das Konzept wenig förderten. So könne der Brexit ein institutioneller Befreiungsschlag für das Konzept der GESVP sein. Im Weiteren muss Europa Interessen in Zukunft klar formulieren können, wenn es um globale militärische Interessensgebiete geht.
d) In erster Linie geht es wahrscheinlich darum, den eigenen Schiffsverkehr unter Kontrolle zu halten oder daran Geld zu verdienen.
e) Die Amerikaner haben und hatten auch eine westeuropäische Denkweise, die im Konflikt mit ihrer eigenen Geschichte steht, z. B. im Umgang mit den Ureinwohnern Nordamerikas. Darüber hinaus gibt es in den USA einen ausgeprägten Pluralismus in der Wissenschaft, wo nicht nur eine Denkweise dominiert.
f) Es geht hauptsächlich um Kontaktpunkte mit anderen Kulturen. Der Sklavenhandel als Beispiel ist sehr gut erforscht. Bei diesen Forschungen muss man die heutige Wertevorstellung ablegen und sich in die damalige Denkweise versetzen, auch wenn dies gegen unsere heutigen Ansichten verstößt. Man darf dabei nicht vergessen, dass unsere heutigen Moralvorstellungen damals erst begonnen haben sich zu entwickeln.
g) Gar nicht. Die britische Imperialgeschichte muss als Teil der europäischen Geschichte angesehen werden, das ist die Grundvoraussetzung.
h) Es gibt verschiedene Annäherungen durch Aquarien oder in der Kunst und Filme zum Thema Meer. Deutschland wird durch die Wahrnehmung des Meeres stark geprägt. Länder wie die Schweiz z. B. mit der Reederei MSC gehören zu den Ländern mit den größten Reedereien weltweit und haben so ein maritim geprägtes wirtschaftliches Interesse auch als Binnenland in Europa. Zudem gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert ein weltweites Wirtschaftssystem.
i) Die Weltentdeckung ist ein Teil der Selbstentdeckung Europas und die Globalisierung der Welt ist gewichtiger als die Europäisierung der Welt.

j) Die Briten hatten die entscheidende Kompetenz, die Ingenieure und die Infrastruktur für diese Weiterentwicklung, z. B. bei der Umrüstung auf Dieselmotoren mit Wechsel von Kohle zu Öl.
k) Dies sind sogenannte Freihafenphänomene und man kann an dieser Stelle keine allgemeine Aussage treffen, da innerhalb der EU unterschiedliche Rechtssysteme existieren.

In der Diskussion machten Gehler und Elvert nochmals auf das Buch von Herrn Elvert aufmerksam, welches im Kontext einer gleichnamigen Ausstellung steht, die vom 12.06.2018–06.01.2019 im Deutschen Historischen Museum in Berlin besichtigt werden kann und zu einem späteren Zeitpunkt noch eigens in Hildesheim vorgestellt werden wird. Im Schlusswort bedankte sich Gehler beim Publikum für die Teilhabe an der Diskussion und bei Elvert für den Vortrag und die Möglichkeit eines Einblicks in ein neues Forschungsfeld der Geschichtswissenschaften.

Der Vortrag wurde am 29. Januar 2018 gehalten.

Jürgen Elvert

„Ich erhoffe mir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“

Michael Gehler: *Ich darf recht herzlich Jürgen Elvert begrüßen von der Universität zu Köln. Herzlich willkommen, Jürgen! Wir freuen uns, dass wir mit dir heute intensiv sprechen können zu deiner ganzen wissenschaftlichen Lebens- und Karrieregeschichte und deinen Forschungsschwerpunkten. Wir beginnen immer mit der Frage, die wir allen stellen.*

Andrea Germer: *Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit berichten?*

Jürgen Elvert: Geboren wurde ich 1955 in Eckernförde an der Ostsee. Mein Vater war in der Landwirtschaftsberatung tätig und meine Mutter war, wie sich das in den fünfziger Jahren üblicherweise gehörte, Hausfrau. Sie hat dann aber auch meinen Vater arbeitstechnisch unterstützt, zum Beispiel bei der Büroleitung.

Was war mit meiner Schulzeit? Ich habe sie gehasst, jedenfalls ab einer bestimmten Zeit. Das hing zusammen mit einigen wirklich miesen Lehrern, die ich hatte und die einem die Freude am Lernen vergraulen konnten. Die wenigen Highlights, die es gab, haben mich dann durchgezogen und auch zum Abitur geführt. Wenn ich an meine Schulzeit zurückdenke, habe ich eigentlich keine wirklich guten Erinnerungen.

Sanne Ziethen: *Nach dem Abitur leisteten Sie einen Wehrdienst bei der Marine ab. Wie erlebten Sie diese Zeit und warum ausgerechnet die Marine?*

Jürgen Elvert: Das ist irgendwo in der Kindheit und Jugend verankert. Ich habe Seefahrtsliteratur verschlungen, wir hatten allerdings auch in der Familie einige Bezüge zur Seefahrt gehabt, sodass diese Begeisterung für die Marine einherging mit gewissen biografischen Komponenten. Ich bin mit etwas romantischen Vorstellungen zur Marine gegangen, habe dann aber festgestellt, dass meine Vorstellungen nicht unbedingt deckungsgleich waren mit meinem Arbeitsalltag dort. Ich habe wirklich viele schöne Momente da erlebt, aber im Laufe der Zeit, die ich dort tätig war, habe ich mir die Frage gestellt, ob ich das denn auch für den Rest meines Lebens machen möchte. Da war die Antwort ein ganz klares Nein. Auf Dauer wollte ich es nicht machen.

Jörg Beining: *Sie studierten dann ab 1980 Geschichte, Anglistik, Pädagogik und Soziologie in Kiel. Was bewog zu dieser Studienwahl?*

Jürgen Elvert: Das sind die Fächer, die mir in der Schule aus verschiedenen Gründen sehr nahe lagen. Ich hatte einen sehr guten Geschichtslehrer, an dem ich mich immer ab-

gearbeitet habe und an dem ich mich immer gerieben habe, aber er war trotzdem fair. Das habe ich als wirklich hochinteressant in Erinnerung. Anglistik hängt damit zusammen, dass wir Schüleraustausche gemacht haben. Die haben mich in die Partnerstadt meiner Geburtsstadt geführt – nach Macclesfield in der Nähe von Manchester. Da habe ich eine gewisse Affinität zur englischen Sprache entwickelt und zu den Britischen Inseln insgesamt. Was Pädagogik und Soziologie betrifft, so hielt ich die einfach für wichtig. Einmal wollte ich lernen, wie man Dinge vermittelt, und zum anderen interessierte mich die Funktionsweise von Institutionen und Gesellschaften.

Michael Gehler: *Ich würde gerne nochmal zurückkommen auf die erste Frage. Gibt es irgendeinen Bezugspunkt in der Kindheit oder Jugendzeit, der entscheidend ist für das Interesse und die Neigung zur Geschichte?*

Jürgen Elvert: Diese Neigung zur Geschichte hängt zusammen mit einem Lehrer. Eigentlich waren es sogar zwei Lehrer. Der andere Lehrer war der damalige Direktor. Der hat auch Geschichte unterrichtet. Die beiden haben mein Interesse an Geschichte erweckt. Es war aber nie ein Hintergedanke von mir, dass ich das tatsächlich einmal wissenschaftlich betreiben würde. Mein Ziel war es am Studienbeginn noch, ins Lehramt zu gehen.

Severin Cramm: *Sie studierten während Ihrer Studienzeit auch an der Queen's University Belfast – wie erlebten Sie diese Zeit?*

Jürgen Elvert: Ich kam nach Belfast kurze Zeit nach dem Tod von Bobby Sands[1]. Das war, wenn man so will, der Höhepunkt des Bürgerkrieges in Nordirland. Ich bin da relativ blauäugig hineingestolpert. Ich habe wirklich nicht gewusst, was mich dort erwarten würde.

Ich hatte damals ein duales Programm durchgezogen. Auf der einen Seite stand das Studium und auf der anderen Seite war ich als Fremdsprachenassistent an zwei Schulen tätig. Ich dachte, dass der pädagogische Austauschdienst, der mich dorthin vermittelt hat, das nur deshalb machen konnte, weil man die Verhältnisse dort für einigermaßen stabil und sicher gehalten hatte – das waren sie aber keineswegs. Ich bin da wirklich in eine bürgerkriegsartige Situation hineingeschleudert worden und habe mir dann innerhalb kürzester Zeit einige Basisverhaltensregeln angeeignet – auch in Rücksprache mit den Kollegen im Kollegium der Schule. Übrigens: Die Schule lag am oberen Ende der Falls Road und wer sich in Belfast und mit dem Nordirland-Konflikt auskennt, der weiß, dass es dort einige beinharte Nationalisten gab – auch unter den Kollegen.

Interessant ist auch, dass ich selbst Protestant bin. Die Schule war von den *Christian Brothers* geleitet und dem Schulleiter dort bin ich auch einmal begegnet. Bei dieser Gelegenheit fragte er mich, ob ich Katholik sei. War ich zwar nicht, aber da ich Deutscher war, sagte er, würde sich das irgendwie wieder ausgleichen. Es war eine skurrile Situation, aber wenn man mitten in einer Bürgerkriegssituation steckt, dann versucht man natürlich auch, das irgendwie zu verstehen. Aus heutiger Sicht ist es nur noch schwer vorstellbar,

1 Bobby Gerard Sands (*1954; †1981), nordirischer Aktivist, bis 1981 Mitglied der *Provisional Irish Republican Army*.

wie die Verhältnisse dort waren. Die Einrichtungen der Sicherheitskräfte wie der Polizei oder auch des Militärs waren von hohen Mauern umgeben, die oben zusätzlich noch mit Stacheldraht gesichert waren, damit keine Handgranaten oder Molotow-Cocktails hinübergeworfen werden konnten. Als Patrouillenfahrzeuge wurde *Landrover Defender* genutzt. Die hatten getönte Scheiben aus Panzerglas, hinten standen die Türen immer offen. Dort saßen sich dann zwei Polizisten oder Soldaten gegenüber, die Gewehrläufe waren nach außen gerichtet. Wenn man hinter diesen Fahrzeugen fuhr, wie ich damals mit meinem Käfer, dann schaute man immer in zwei Gewehrläufe. Das kannte man nicht von Zuhause. Und wenn man ins Stadtzentrum Belfasts wollte, musste man einen hohen Sicherheitszaun passieren. Dabei wurde man auf Waffen und Sprengstoff kontrolliert. Das passierte einem auch, wenn man abends in eine Kneipe oder tagsüber in ein Kaufhaus wollte. Im Schnitt gab es pro Tag so zwischen 20 und 30 Leibesvisitationen, das fand ich schon sehr ungewöhnlich.

Michael Gehler: *Gab es während Deiner Studentenzeit Professoren, die Dich besonders prägten oder einen besonderen Eindruck auf Dich machten?*

Jürgen Elvert: Die beiden Geschichtslehrer hatte ich ja schon genannt. Dann gab es da noch die stellvertretende Schulleiterin, die damals schon kurz vor der Pensionsgrenze war – ein echt harter Knochen. Die hat mit Mitte 60 immer noch darauf bestanden, mit Fräulein angeredet zu werden. Die war wirklich hart, aber echt fair. Die hat damit auch dazu beigetragen, dass ich später mein Abitur erreichte. Der Letzte war mein letzter Klassenlehrer, der gerade frisch von der Uni kam und noch voll der guten Vorsätze war. Mithilfe dieser vier oder fünf Lehrer und Lehrerinnen bin ich durch das Abitur gekommen.

Michael Gehler: *Akademische Lehrer?*

Jürgen Elvert: Da ist als erstes natürlich Michael Salewski[2] zu nennen, auf den ich auch durch Zufall gestoßen bin. Als ich aus Belfast zurückkam, war ich auf der Suche nach einer Hilfskraftstelle und an seinem Lehrstuhl war eine frei. Es war also ein reiner Zufall, dass ich dort an diesen Lehrstuhl gekommen bin. Ich hatte das Glück, auf einen unglaublich gebildeten und eloquenten Menschen zu treffen, liberal im besten Sinne des Wortes, aber auch voller Begeisterung für sein Fach. Das hat mich mitgerissen und war sozusagen der Beginn einer lebenslangen Freundschaft.

Andere Persönlichkeiten gab es auch, wobei ich nicht sagen würde, dass da nun eine besonders hervorragen würde. Mir fällt da im Moment niemand ein. Es gibt sicherlich jemanden. Man lernt ja im Laufe der Zeit zahlreiche Persönlichkeiten kennen. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass ich relativ früh mit der Geschäftsführung der Ranke-Gesellschaft betraut worden bin. Wir organisierten regelmäßig Tagungen, an denen namhafte Historikerinnen und Historiker teilnahmen, sodass ich eigentlich mit Anfang

2 Michael Salewski (*1938; †2010), deutscher Historiker, 1971 bis 1980 Professor für Geschichte an der Universität Bonn und 1980 bis 2003 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

30 schon einen Großteil der in den Achtzigern und frühen Neunzigern tätigen Historiker kennengelernt habe. Das könnte man wohl als einen Glücksfall bezeichnen.

Michael Gehler: *Was, würdest Du sagen, hat Dir Michael Salewski mit auf den Weg gegeben? Was hast Du von ihm gelernt oder in Deinen Arbeiten versucht zu übernehmen?*

Jürgen Elvert: Das eine ist auf jeden Fall die Sprachkompetenz. Er verfügte über eine wirklich hohe Sprachkompetenz. Er konnte quasi aus dem Stand druckreif formulieren. Das war schon eindrucksvoll. Ich jedenfalls kann das nicht, für mich ist das Schreiben harte Arbeit. Das ist die eine Sache. Das Andere war seine Offenheit, seine Neugier auf neue Themen. In methodischer Hinsicht hatte er eine relativ offene Haltung. Das habe ich immer als sehr angenehm empfunden. Die Kraft des Argumentes war immer mehr als die Kraft irgendwelcher Konstrukte oder Theorien. Das ist maßgeblich.

Andrea Germer: *Haben Sie darüber hinaus weitere Vorbilder aus Politik und Gesellschaft?*

Jürgen Elvert: Bei uns im Wohnzimmer hängt ein Bild, das Helmut Schmidt[3] und Valéry Giscard d'Estaing[4] in Hamburg zeigt. Durch meine Beschäftigung mit der europäischen Geschichte weiß ich, dass Schmidt zu Beginn etwas skeptisch in die ganze Europapolitik eingestiegen ist. Das, was Schmidt und Giscard d'Estaing in den späten Siebzigern geleistet hatten, war aber wirklich bemerkenswert. Sie haben den Boden bereitet für das, was letztendlich von Helmut Kohl und François Mitterand als Ernte eingefahren worden ist. Die dafür notwendige Vorarbeit hatten Schmidt und d'Estaing geleistet. Allerdings sehe ich sie nicht als Vorbilder, sondern sie haben mir als Politiker imponiert. Kohl auf seine Weise auch, aber nicht in dem Maße. Oder vielleicht doch? Ich weiß es nicht. Das ist schwer zu sagen. Ich würde die auch nicht miteinander vergleichen. Ansonsten fällt mir so aber keiner mehr ein.

Sanne Ziethen: *Sie promovierten 1988 zu dem Thema „Vom Freistaat zur Republik – Der außenpolitische Faktor im irischen Unabhängigkeitsstreben zwischen 1921 und 1948". Wie kamen Sie zu diesem Thema?*

Jürgen Elvert: Das stammt aus meinem Studium in Belfast. Wenn man tagtäglich mit einem Bürgerkrieg konfrontiert ist, dann stellt man sich rasch die Frage, wo eigentlich dessen Ursachen liegen. Und wenn man sich dann für einen längeren Zeitraum dort aufhält, wird die Beschäftigung mit dem Thema eben intensiver. Diese mündete in meiner Examensarbeit Mitte der Achtziger über die irische Neutralität im Zweiten Weltkrieg.

3 Helmut Heinrich Waldemar Schmidt (*1918; †2015), deutscher Politiker, 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen und 1974 bis 1982 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

4 Valéry René Marie Georges Giscard d'Estaing (*1926; †2020), französischer Politiker, 1974 bis 1981 Staatspräsident von Frankreich.

Beim Schreiben stellte ich dann fest, dass es kaum eine zuverlässige Arbeit zur irischen Außenpolitik gab, weder auf Englisch, noch auf Deutsch. Es gab ein paar Aufsätze und es gab ein Buch, in dem das Thema etwas angerissen wurde. Zur Außenpolitik insbesondere des Freistaates gab es hingegen nichts. Dann griff das alte Motto: Wenn es keines gibt, dann schreibst du halt selbst eines. Das hat sich so ergeben. Ich wusste damals nicht, dass Dermot Keogh[5] in Cork an einer fast identischen Arbeit saß. Wir haben auch ungefähr zeitgleich veröffentlicht – er auf Englisch und ich auf Deutsch, doch wussten wir nichts voneinander.

Jörg Beining: *Welche Erkenntnisse zogen Sie aus Ihrer Dissertation?*

Jürgen Elvert: Dass Politik tatsächlich das Ergebnis wirklich harter Kärrnerarbeit ist. Dass Politik, die von außen betrachtet, immer als ein fertiges Konzept erscheint, was aber eine absolute Fehlwahrnehmung ist. Gerade in Zeiten, in denen Dinge etwas fluider sind, man denke an die späten 1980er und frühen 1990er Jahre, lässt sich eine ganze Menge gestalten. Mit Blick auf Irland in den 1920er Jahren hatten die natürlich ihren vorgegebenen Rahmen, den aber haben die Iren relativ weit ausschöpfen können. Sie haben bei ihren Verhandlungen eine Menge erreicht. Michael Collins[6] hatte den Vertrag von 1921 kommentiert mit den Worten, man habe zwar nicht die völlige Freiheit erreicht, aber dafür die Freiheit, diese Freiheit zu erreichen. Da hat man gerade in den Zwanzigern einen wirklich guten Job gemacht. In den Dreißigern konnte die neue irische Regierung unter de Valera daran relativ problemlos anknüpfen. Kurswechsel wurden vollzogen und bestimmte Dinge geändert und letztendlich auch den Ausstieg Irlands aus dem Commonwealth vorbereitet. Das wäre in dieser Form ohne die Arbeit der Vorgängerregierung unter William Thomas Cosgrave nicht möglich gewesen. Interessant war für mich auch, wie eigentlich unerfahrene Menschen sich relativ rasch in ein völlig fremdes Themenfeld einarbeiten und darin auch Erfolge erzielen können. Die Iren hatten zu großen Teilen keine politische Erfahrung oder politische Erfahrung innerhalb des Vereinigten Königreiches, auch nicht als Repräsentanten eines mehr oder weniger unabhängigen Nationalstaates. Das zu erkennen, war wirklich interessant.

Michael Gehler: *Habilitationsthema: Mitteleuropa. Wie ist es zur Wahl dieses Themas gekommen? Der Untertitel war „Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung 1918–1945“.*

Jürgen Elvert: Zufall! Ergebnis eines Kaffeetrinkens mit Michael Salewski. Ich wollte ihm ein Thema vorschlagen, dass überhaupt nichts damit zu tun hatte, nämlich die Geschichte der Grünen Bewegung in Deutschland. Das hielt er aber für noch viel zu unausgegoren. Wir reden hier ja vom Ende der 1980er Jahre. Er hatte aber noch ein Thema, mit dem er sich schon seit längerem auseinandersetzen wollte: Mitteleuropa. Ich habe dann

5 Dermot Keogh (*1945), irischer Historiker, Professor für Europäische Geschichte am *University College* in Cork.

6 Michael Collins (*1890; †1922), irischer Aktivist, 1919 bis 1922 Führer des irischen Unabhängigkeitskampfes.

gefragt, um was genau es da ginge. Er meinte, es gäbe über Mitteleuropa einen Diskurs in der Geschichte. Das war mir zuvor nur eher schemenhaft begegnet, in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges: Kultur gegen Zivilisation. In diesem Kontext taucht das auf, aber sonst konnte ich nicht viel damit anfangen. Da ich aber am Lehrstuhl weiterarbeiten wollte, dachte ich mir, gut, dann schreibe ich halt etwas zu Mitteleuropa. So bin ich darauf gekommen.

Michael Gehler: *Hatte Salewski eine Neigung zu Mitteleuropa? Ich frage ganz gezielt: Man kennt aus Kiel den Historiker Karl Dietrich Erdmann[7] – Stichworte lauten: Drei Staaten, zwei Nationen, ein Volk – und auch die Vorstellung, dass Deutschland Europapolitik macht und auch in den Raum der Habsburger-Monarchie und den Donauraum hineinschaut. Wie stand er eigentlich zu dieser Rolle Deutschlands, losgelöst mal von der Erdmann-Debatte?*

Jürgen Elvert: Er war ja Nachfolger von Erdmann. Die haben sich sicherlich ausgetauscht. Wie weit das ging, weiß ich nicht. Darüber hat er auch nie geredet. Er hatte einen Beitrag geschrieben über die nationalsozialistische Europapolitik. In dem Zusammenhang ist er auch auf das Mitteleuropa-Thema gestoßen, dass er selbst aber nicht weiter behandeln konnte. Das hat er dann an mich weitergegeben. Das ist der Entstehungskontext.

Severin Cramm: *Worin bestanden Ihre neuen Erkenntnisse aus der Habilitation?*

Jürgen Elvert: Ich habe Mitteleuropa kennengelernt. Das war ein thematisch wirklich dickes Brett. Ich hatte lange Zeit große Schwierigkeiten, es methodisch überhaupt in den Griff zu bekommen. Es geht ja letztendlich nur um eine Idee, die in ganz vielen Facetten auftaucht, in völlig unterschiedlicher Form, inhaltlich völlig unterschiedlich besetzt. Das musste überhaupt erstmal geordnet werden. Ich bin eine Weile lang an diesem Thema fast verzweifelt. Im Laufe der Auseinandersetzung habe ich dann festgestellt, dass das eine ganz zentrale Kategorie im deutschen Denken war, im Grunde seit dem frühen 19. Jahrhundert. Sie hängt zusammen mit der Entstehung des deutschen Nationalismus, das erklärt viele Verhaltensmuster, man denke an die Diskussionen über den Verlauf deutscher Grenzen in der Paulskirche. Gelegentlich liest man, dass 1914 Schluss gewesen sei mit der Mitteleuropadebatte, aber das ist nicht der Fall. Mitteleuropa stellte vielmehr einen zentralen Bezugspunkt im revisionistischen Denken in Deutschland dar, fast so etwas wie ein roter Faden. Und wenn heute irgendwelche AfD-Politiker wieder den Begriff „Mitteleuropa" in den Mund nehmen, stellen sich mir die Nackenhaare auf und die Warnsignale gehen ganz laut an. Das ist das Material, aus dem bereits die konservative Revolution ihre Argumentation geholt hat.

Sanne Ziethen: *Sie waren als Gastdozent 1997/1998 an der Universität Innsbruck beschäftigt. Wie erlebten Sie diese Zeit?*

7 Karl Dietrich Erdmann (*1910; †1990), deutscher Historiker, 1951 bis 1953 Professor an der Universität zu Köln und 1953 bis 1978 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Kiel.

Jürgen Elvert: Innsbruck ist eine schöne Stadt. Sie hat mir gut gefallen. Es war meine erste Gastdozentur. Ich kann mich noch gut erinnern, wie tief die Flugzeuge beim Anflug an den Flughafen über das Institut flogen und man in der Start- und Landephase für ein paar Minuten aufhören musste zu reden. Ansonsten war es eine tolle Atmosphäre am Institut. Auch das hat mir gut gefallen. Es gab eine sehr aufgeschlossene Studierendenschaft, die ganz begeistert von meinem Irland-Thema war, das ich da angeboten hatte – so richtig mit Quellenarbeit. Das war eine schöne Erfahrung.

Andrea Germer: *Seit 1998 waren Sie Research Fellow am Zentrum für Integrationsforschung in Bonn. Wie erlebten Sie dieses Forschungszentrum?*

Jürgen Elvert: Das Zentrum für europäische Integrationsforschung ist aufgebaut worden mit Mitteln aus dem Bonn-Berlin-Abkommen. Damals konnte man noch aus dem Vollen schöpfen. Es gab einen unglaublich dichten Personalbestand, reichlich Mittel, um Projekte anzuschieben, mit Ludger Kühnhardt[8] einen sehr dynamischen und aufgeschlossenen Direktor, mit dem ich vorher einige Male zusammengetroffen war auf anderen inhaltlichen Feldern. Da hat sich dann eine Projektidee entwickelt, die wir gemeinsam realisiert haben. Für mich war es eine interessante Erfahrung, zu sehen, was Wissenschaft leisten kann, wenn sie finanziell gut aufgestellt ist.

Sanne Ziethen: *Im Wintersemester 1998/99 übernahmen Sie dann eine Vertretungsprofessur an der Universität zu Köln. Was sind Ihre Erinnerungen an dieses Verfahren?*

Jürgen Elvert: Es war ein veritabler Realitätsschock. Ich kam aus der Idylle der Kieler Provinz, wo pro Seminar maximal 15 Leute versammelt waren. In meinem ersten Kölner Proseminar saßen nun 150. Die Gebäudesubstanz – naja, da gibt es nach wie vor Spielraum nach oben. Ansonsten: Eine vergleichsweise üppige Personalausstattung mit unglaublich vielen Intrigen, was ich so aus Kiel nicht kannte. Das waren meine ersten Erfahrungen. Es hat da ziemlich intensiv gemenschelt – sagen wir es mal so. Damit klarzukommen, hat eine Weile gedauert. Ich habe versucht, unter dem Radar zu fliegen, und habe im Laufe der Zeit gelernt, dass es immer an einem selber liegt, welches Feedback einzelne Veranstaltungen haben. Ich habe mich in der Vertretungszeit auf die Lehre konzentriert, auch deshalb, weil ich nach der Habilitation kurz vor einem Burn-Out stand. Ich hatte zwei Jahre überhaupt nichts schreiben können, sondern eine echte Aversion gegen wissenschaftliches Arbeiten entwickelt.

Im Grunde hatte ich in Kiel fünf Jahre lang mehrere Jobs gleichzeitig ausgeübt: die ganz normale Assistententätigkeit in Vollzeit mit Ziel Habilitation, die Redaktion einer wissenschaftlichen Zeitschrift, die Geschäftsführung einer wissenschaftlichen Gesellschaft. In Köln kam ich so langsam aus diesem Zweijahres-Tief heraus. Insofern hatte sich das ganz gut ergeben. Ich hatte weniger Verantwortung, denn als Vertreter genießt

8 Ludger Kühnhardt (*1958), deutscher Politikwissenschaftler, seit 1997 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung und Professor für politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

man ja eine gewisse Narrenfreiheit. Ich bin also über die Vertretung wieder in das wissenschaftliche Arbeiten hineingekommen.

Jörg Beining: *Im Jahr 2001 erhielten Sie den Ruf von der Universität auf den Lehrstuhl für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und der Didaktik dahinter. Was zeichnete diese neue Aufgabe für sie aus?*

Jürgen Elvert: Die Kombination. Der Schwerpunkt dieser Professur ist die Geschichte der Europäischen Integration – im Zusatz steht aber auch „Didaktik der Geschichte". Das heißt, es ging darum, in diesem Umfeld die Geschichte der Europäischen Integration primär für angehende Lehrerinnen und Lehrer zu unterrichten. Es gibt nach wie vor in der ganzen Republik eigentlich nur zwei, die das machen. Der eine bist du, Michael, der andere bin ich. Ich kenne im Moment keinen weiteren. Das ist schon eine ziemliche Herausforderung, weil die Europäische Integration mit dem klassischen Methodenkanon, den wir in der Geschichtswissenschaft haben und der immer noch recht nationalstaatlich ausgerichtet ist, nur schwer zu vermitteln ist.

Ich habe versucht, verschiedene Vorschläge zu machen, auch Überlegungen entwickelt, wie man das Thema vermitteln könnte, wie man die Studentinnen und Studenten auf die Relevanz des Themas aufmerksam machen kann. Das fing an mit einem Aufsatz. Dafür hatte ich in NRW zugelassene Schulbücher daraufhin durchgesehen, wie der europäische Integrationsprozess behandelt wird. Ich war entsetzt über das Ergebnis. Daraufhin habe ich versucht, eine Art Kanon auch in meinen Lehrveranstaltungen zu entwickeln und diesen weiterzugeben. Ob das immer funktioniert hat, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass die Lehrveranstaltungen, die ich angeboten habe und immer noch anbiete, gut nachgefragt sind. Das heißt, dass Interesse vorhanden ist. Das Vorwissen ist allerdings grottenschlecht. Daran hat sich in den letzten 17 Jahren auch nicht viel geändert.

Michael Gehler: *Die Einschätzung kann ich nur teilen.*

Jürgen Elvert: Meine erste Frage beim Proseminar ist die Frage nach dem Unterschied zwischen Europarat und Europäischem Rat. Da weiß man dann schon so ungefähr, wie der Wissensstand in den Seminaren ist.

Michael Gehler: *Wir kommen zu besonderen Projekten. 2014 bist du für 18 Monate als Senior-Cofund Fellow an das Aarhus Institute of Advanced Studies berufen worden. Wie hast du Dänemark erlebt, Aarhus, die Kontakte dort? Was hast du für Eindrücke mitbekommen?*

Jürgen Elvert: Das war eine völlig neue Welt, die sich mir öffnete. Ich habe schon etwas gesagt zum baulichen Zustand an der Universität zu Köln. Nun kam ich an eine dänische Forschungseinrichtung, das Gebäude frisch renoviert, mit nagelneuen Möbeln. Alles war absolut Hightech, völlig sauber, kein Graffiti an den Wänden. Außerdem gab es eine Ausstattung, die wirklich bemerkenswert war. Nun ist dieses Institut natürlich auch ein Vorzeigeprojekt, in den normalen Instituten sieht es nicht ganz so edel aus. Am AIAS aber gab es zum Beispiel eine voll ausgestattete Gastronomieküche mit sämtlichen Geräten,

die man so braucht, nicht einfach nur einen Kühlschrank. Es mag für skandinavische Universitäten im Allgemeinen und für dänische Institute vielleicht im Besonderen eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Arbeitgeber – in diesem Fall der Staat – den Arbeitnehmern eine angemessene räumliche Umgebung bietet, in der vernünftig gearbeitet werden kann. Das wird auch von der Gegenseite goutiert – deshalb der Hinweis, dass es keine Graffitis gibt. Auch für die Studentinnen und Studenten gilt das. Die fühlen sich dort als ein Teil des Ganzen und beschädigen es deshalb auch nicht.

Eine weitere Anekdote: Ich kam in ein Büro, technisch bestens ausgestattet, mit Designer-Büromöbeln möbliert, und es lag nichts auf dem Schreibtisch. So setzte ich mich am 1.10.2014 an einen vom Telefon und Computer abgesehen völlig leeren Schreibtisch, der auch noch elektrisch höhenverstellbar war, und überlegte, was ich jetzt eigentlich machen sollte. Ich hatte zwar ein Projekt, mit dem ich mich auch beworben hatte, aber Vorbereitungszeit für einen großen Plan, was ich denn alles an welchem Tag erledigen wollen würde, hatte ich nicht gehabt. Ich kam in ein frisch renoviertes Büro, auf dem PC waren nur die üblichen Programme. Zudem gab es einen Materialraum, in dem man sämtliches Büromaterial, das man so brauchte, einfach aus den Regalen nehmen konnte, es wurde jeden Abend aufgefüllt. Zudem hing an der Tür ein Zettel mit dem Hinweis darauf, dass man Sonderwünsche doch bitte dem Sekretariat mitteilen sollte, man würde das Gewünschte dann unverzüglich beschaffen!

Insgesamt war das der Anfang einer geradezu dramatischen Entschleunigung in meinem Leben. Ich kam aus der Volllast einer deutschen Professur, litt unter chronischem Zeitmangel und durfte nun tatsächlich vollumfänglich über meine Zeit verfügen. Diese Entschleunigung hatte ganz unerwartete Nebeneffekte. So bin ich beispielsweise in meinen Träumen Menschen wiederbegegnet, an die ich seit Jahrzehnten nicht mehr gedacht hatte. Folglich hat sich in meiner eigenen Psyche ganz viel geändert, in dieser Einrichtung mit der Atmosphäre eines weltlichen Klosters. Der Arbeitstag begann morgens um 9 Uhr und endete abends zwischen 18 und 20 Uhr. Im Laufe der Zeit entwickelte sich dann für mich eine Arbeitsroutine mit drei Wochen Arbeit am Stück am AIAS und anschließend zehn Tagen Heimataufenthalt. Das ist ja auch die Grundidee hinter solchen Instituten. Ich war nicht der Einzige, dem es so ging. Wir waren anfangs alle etwas ratlos. Jeder hat dann für sich seine eigene Arbeitsweise entwickelt. Das habe ich als ein unglaubliches Privileg empfunden.

Severin Cramm: *2013 verlieh Ihnen die Europäische Kommission die Jean-Monnet-Professur. Wie bewerten Sie Ausrichtung und Umfang des Programmes?*

Jürgen Elvert: Man bekommt natürlich Fördermittel. Was ich zudem noch gut finde, ist dieses Vernetzungsprinzip, das dahintersteht, und man eben, nachdem die Förderung ausgelaufen ist, weiterhin in dem Netz verbleibt und Einladungen bekommt. Ich kann denen nicht immer folgen, aber ich bemühe mich schon, so oft es geht, teilzunehmen – einfach auch, um Kontakte zu pflegen. Man muss ja nicht alle Linien des Netzwerkes nutzen. Es reicht ja schon, wenn man sich so kleine Cluster herausarbeitet. Insofern bin ich ein echter Anhänger dieser Idee.

Michael Gehler: *Mir fallen nur wenige ein, die in Deutschland diese Jean-Monnet-Würde hatten. Wolf Gruner*[9] *in Rostock, Franz Knipping*[10] *in Wuppertal, Wilfried Loth*[11] *in Duisburg und Gabriele Clemens,*[12] *die noch nicht hier war. Wie erklärst du dir das, dass es eigentlich so wenige in dieser Disziplin gibt?*

Jürgen Elvert: Desinteresse an der Geschichte und dem Thema. Würde ich so knallhart sagen. Wir verbinden mit dem Begriff der europäischen Geschichte ganz bestimmte Dinge und sehen das als Vorgeschichte des Integrationsprozesses. Viele von uns haben aber andere Steckenpferde, empfinden europäische Geschichte als eine Art Nachfolgerin zur traditionellen politischen Nationalgeschichte und flüchten sich in eher randständige Themen, bei denen sie sich bessere, vielleicht auch weniger kompetitive Förderungsmöglichkeiten versprechen. Das führt dann dazu, dass es häufig Überangebote zu bestimmten, sagen wir mal sehr speziellen Themen gibt, während die eher im Bereich der klassischen politischen Geschichte verankerten Themen weniger attraktiv erscheinen. Das sind meine Erklärungsansätze. Wir sind ja wirklich nur eine Handvoll in Deutschland.

Michael Gehler: *Ist es auch ein Mangel an internationaler Geschichte? Außenperspektive? Hat man zu oft die Innenperspektive verfolgt, die deutsche Geschichte, die Parteien und die Dominanz der Themen Weltkrieg und Nationalsozialismus?*

Jürgen Elvert: Das weiß ich nicht. Ich glaube, dass sich in den Geschichtswissenschaften schon die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass rein nationale Geschichte im traditionellen Sinn nicht mehr betrieben werden sollte. Da sind wir wieder bei dem Thema, über das wir vorhin schon gesprochen haben: die Methoden. Es ist nicht so ganz einfach, mit dem klassischen Methodenkanon sinnvolle integrative und kohärente transnationale Geschichtsforschung zu betreiben. Die Frage nach der europäischen Dimension der Geschichte bleibt damit oftmals auf der Strecke. Es gibt Ausnahmen, sicherlich. Das hängt aber natürlich immer vom Untersuchungsgegenstand ab.

Severin Cramm: *Sie sind aktuell erster Vorsitzender der Ranke-Gesellschaft, die es sich zum Ziel gesetzt hat, mehr Geschichte in das öffentliche Leben zu tragen. Wie gehen Sie als Vorsitzender vor, um dieses Ziel zu erreichen?*

Jürgen Elvert: Das ist ein großes Ziel. Wir veranstalten jährlich wissenschaftliche Konferenzen und laden auch ganz gezielt Lehrerinnen und Lehrer und angehende Lehrerinnen und Lehrer ein, um Multiplikatoren zu erreichen. Das ist die Aufgabe, die ich sehe,

9 Wolf Gruner (*1960), deutscher Historiker, Professor für Geschichte an der *University of Southern California.*

10 Franz Knipping (*1944), deutscher Historiker, 1994 bis 2010 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal.

11 Wilfried Loth (*1948), deutscher Historiker, 1986 bis 2014 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen.

12 Gabriele Clemens (*1953), deutsche Historikerin, 1995 bis 2019 Professorin an der Universität Hamburg.

der Gesellschaft zu ermöglichen, bestimmte Impulse aus der Wissenschaft aufzunehmen, bestimmte Themen in Konferenzen behandeln und zugleich dazu beitragen, dass der Informationsfluss weitergeht – nicht unbedingt in dicken Handbüchern, sondern eher in Vorträgen und Diskussionen, die geführt werden. Das funktioniert so, wie es im Bereich dieser Tätigkeit funktionieren kann. Mal besser, mal schlechter. Dann geben wir zwei Zeitschriften heraus. In der einen werden wissenschaftliche Themen verschiedenster Art und neueste Erkenntnisse präsentiert. Bei der anderen handelt es sich um eine Rezensionszeitschrift, in der wir pro Jahr so um die 1000 Neuerscheinungen vorstellen – auf 600 Seiten. Im Moment noch in sechs Heften. Ab diesem Jahrgang werden es vier Hefte pro Jahr sein, weil wir die Zeitschrift grundsätzlich umstrukturieren. Das ist natürlich auch ein Beitrag zum Informationstransfer. Das sind relativ kurze Rezensionen, sodass man sich relativ rasch über das informieren kann, was sich an Neuerscheinungen im Bereich der Geschichts- und Politikwissenschaften und benachbarter Disziplinen tut.

Andrea Germer: *Sie sind auch Herausgeber mehrerer Zeitschriften, z. B. des* Historisch-Politischen Buches (HPB)*, der* Historischen Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft (HMRG) *und der* Studien zur Geschichte der europäischen Integration*. Wie gestaltet sich diese Arbeit und welche Herausforderungen sehen Sie für diese Zeitschriften in nächster Zeit?*

Jürgen Elvert: Die Wissenschaftslandschaft, auch die Art und Weise wie mit Literatur umgegangen wird, ändert sich dramatisch. Deshalb stellen wir das *Historisch-Politische-Buch* beispielsweise auch um. Das wird jetzt ein E-Book sein, welches es noch als Druckerzeugnis gibt. Früher war es ein klassisches Druckwerk, das manchmal auch online sichtbar war, wenn jemand einen Text herauskopiert hat. Der Trend geht aber ganz eindeutig, das merke ich auch bei mir selber, zum E-Publishing. Das heißt, man sucht im Netz ganz gezielt bestimmte Texte und geht nicht mehr in die Bibliothek. Dem müssen wir uns auch als Herausgeber oder Verleger von Zeitschriften stellen. Das HPB ist eine kommerzielle Zeitschrift, das heißt, wir erhalten keinerlei Zuschüsse. Deswegen wird es auch nicht frei aus dem Netz downloadbar sein, sondern nur gegen entsprechende Bezahlung, also genauso, als ob man sich den Spiegel im Kiosk kauft. Es wird über kurz oder lang darauf hinauslaufen, dass die Beiträge schwerpunktmäßig online stehen. Mit diesen Herausforderungen sind wir nun befasst. Das ist nicht ganz einfach. Im Moment ist es noch so, dass die geneigte Leserschaft nach wie vor gerne zu den Druckerzeugnissen greift, aber dass da eine Trendwende im Gange ist, ist eigentlich nicht zu übersehen.

Sanne Ziethen: *Kommen wir nochmal zurück zu Ihrem Forschungsschwerpunkt Irland bzw. der Geschichte Irlands. Sie haben in mehreren Sammelbänden, Artikeln und Monografien zu Außenwirtschaft, Verbänden und Parteien in dem Land gearbeitet. Was fasziniert Sie besonders an der irischen Geschichte? Welche roten Linien ziehen sich durch diese Geschichte?*

Jürgen Elvert: Die Geschichte ist sehr komplex. Es ist immer auch europäische Geschichte. Es ist eine dramatische Geschichte. Hierzu eine Anekdote: Lord Palmerston wird gefragt, was er über die Geschichte Schleswig-Holsteins wisse, schließlich sei er

1851 maßgeblich daran beteiligt gewesen. Seine Antwort: Er kenne drei Leute, die die Geschichte des Landes verstanden hätten. Der Eine sei darüber verstorben – das war Prinz Albert. Der Zweite sei wahnsinnig geworden – das war der Chefredakteur der *Times*. Der Dritte sei er selber gewesen und er habe alles vergessen. Ähnlich verhält es sich mit der Geschichte Irlands, die unglaublich komplex ist und die mich wirklich Jahre meines Lebens gekostet hat, um sie zu verstehen. Da ich zu den wenigen hierzulande zähle, die sich intensiv mit dieser Materie befasst haben, werde ich immer wieder gefragt, ob ich nicht das eine oder andere dazu beisteuern könnte. Lange Zeit habe ich das auch getan, auch aus einem gewissen Verantwortungsgefühl dem Thema gegenüber, aber irgendwann mochte ich dann nicht mehr. Wenn man anfängt, sich zu wiederholen und bei sich selber nachzulesen, dann wird es langweilig. Ich habe es irgendwann aufgegeben. Ich bin seit zwanzig Jahren nicht mehr forschungsmäßig in diesem Thema unterwegs.

Michael Gehler: *Ich hake nochmal nach. Irland galt ja lange als der Musterknabe der Europäischen Union, der Irish Tiger, die deutlichen Zustimmungswerte zu Maastricht mit 68 % und dann kippte das. Es gab zwei Referenden bei Nizza und zwei Referenden bei Lissabon. Es war dann immer ein zweites nötig, um den EU-Vertrag zu ratifizieren. Wie erklärst Du Dir das? Da sehe ich keinen roten Faden mehr, sondern eher einen gerissenen oder sehr dünnen Faden. Oder ist das eine Übertreibung?*

Jürgen Elvert: Das ist letztendlich auch das Ergebnis eines miserablen Informationsstandes. Menschen können durch mediale Berichterstattung in die eine oder andere Richtung gedrängt werden. Das ist so ähnlich wie mit dem Brexit. Nachdem die Briten abgestimmt hatten, haben sie sich die Frage gestellt, gegen was sie eigentlich gestimmt hatten. Das ist der falsche Weg. Man sollte vorher fragen, worum es geht, und dann die entsprechende Abstimmung machen. In Irland gab es eine eher innenpolitisch motivierte Diskussion, in der plötzlich Brüssel als bürokratisches Monster auftauchte. Worum es eigentlich ging, wusste plötzlich niemand mehr, abgesehen davon, dass bestimmte Dinge den Iren aus bestimmten Gründen wichtig waren. Da wurde dann mal kurz gebremst, dann wurde nachgebessert – vielleicht auch nur medial – und dann ging es beim nächsten Mal besser aus. Da war keine gewachsene Euro-Skepsis am Werk, das ist europäische Normalität und das gilt in Irland ebenso wie anderswo auch. Man könnte hier mit einer gezielten Berichterstattung die Sympathiewerte für die EU auch deutlich herunterfahren. Das ist problemlos machbar. In einem kleinen Land wie Irland ist das noch einfacher. Es gibt ja nur eine Hand voll Tageszeitungen.

Jörg Beining: *Wir kommen nochmal zurück zum Thema Mitteleuropa im frühen 20. Jahrhundert. Welche Bedeutung hatte das Konzept für die deutsche Außenpolitik? Wie viel Wirkung konnte es überhaupt entfalten?*

Jürgen Elvert: In der Zeit vor 1914 ist Mitteleuropa eigentlich eher ein Thema unter Wirtschaftsführern. Ich sehe das nicht so intensiv diskutiert im politischen Raum, von der Kriegszieldiskussion einmal abgesehen. Davon ausgehend war es ein Entwicklungsprozess. Latent war das Thema freilich in den Köpfen der Menschen vorhanden, auch als Folge der Nationalismus-Diskussion im 19. Jahrhundert. Und so tauchte es auch im

Rahmen der Debatte über Zivilisation und Kultur immer wieder auf. Es war in der Welt, aber man musste darüber nicht sprechen. So sehe ich das zumindest. Da gab es auch diesen Anspruch, die kulturelle Führungsmacht im Herzen Europas zu sein. Das hat sich über 100 Jahre hinweg entwickelt. Nach dem Schock von 1918 war dieses Konzept weiterhin vorhanden, wurde dann aber auch unter dem Eindruck der neugezogenen Grenzen und der neuentstandenen Staatenwelt in diesem Raum gezielt politisch instrumentalisiert. Der „Anschluss“ Österreichs wird heute immer als nationalsozialistische Tat gesehen. Das ist sie aber nicht gewesen. Die Nationalsozialisten haben mit dem Anschluss quasi das verwirklicht, was einer Mehrheit der Deutschen und Deutsch-Österreichern wie eine Selbstverständlichkeit erschien. Da ist nach deren Logik etwas, was naturrechtlich so vorgesehen war, einfach realisiert worden. Das nehme ich als Beleg für die Bedeutung dieses amorphen Konzeptes Mitteleuropa. Das ist ja das ganz große Problem. Man kann nicht sagen, hier und dort wären die Grenzen. Jeder hat da seine eigenen Grenzen und seine eigenen Inhalte.

Michael Gehler: *Der Mitteleuropa-Gedanke ist ja nicht genuin deutsch. Es gab schon im 19. Jahrhundert von österreichischer Seite Mitteleuropa-Konzepte. Nach dem Krieg scheint das Thema Mitteleuropa aus der bundesdeutschen Außenpolitik völlig verschwunden zu sein. Da ist es dann ein Thema der Dissidenten in den siebziger Jahren in Osteuropa. Frage: Dieser Mitteleuropagedanke hat ja auch verschiedene Ursprungsräume oder Erinnerungsorte. Wie ist zu erklären, dass dieser Gedanke scheinbar oder tatsächlich aus der bundesdeutschen Außenpolitik verschwindet, obwohl man eigentlich Mitteleuropa-Politik macht in den siebziger Jahren? Das nennt man dann Ostpolitik, obwohl es eigentlich gar nicht um den Osten geht, sondern um Polen, die DDR und die Tschechoslowakei. Natürlich geht es auch um Moskau, aber eigentlich ist es Mitteleuropa, man nennt es nur Ostpolitik. War das bewusst so, dass man diesen Begriff vermieden hat?*

Jürgen Elvert: Zunächst mal ist da der Eiserne Vorhang als *factum brutum*. Europa in der früheren Form gab es nicht mehr, da gab es jetzt eine Grenze zwischen Ost und West: Das bipolare System. Dann ist der Begriff diskreditiert, da die Nationalsozialisten große Teile des Begriffs in ihr eigenes Programm übernommen haben und dies auch als Argumentation für ihre eigene Raumpolitik benutzt haben. Das heißt, der Begriff ist auch aus bundesdeutscher Sicht nicht mehr salonfähig. Die Europapolitik selbst läuft in eine ganz andere Richtung. Es geht um Integration, nicht mehr um Hegemonie. Aus Sicht der sozial-liberalen Koalition war es Ost-Politik. Es ging um das Abschließen von Verträgen mit Staaten östlich des Eisernen Vorhanges. Rein geopolitisch gesehen hatte der Begriff Mitteleuropa nur noch eine meteorologische Relevanz oder als Bezeichnung eines Raumes, in dem es bestimmte Tierarten gibt – keine politische Größe mehr. Ich spreche jetzt aus bundesdeutscher Perspektive. Die Problematik war in Österreich aber ähnlich. Klar: Wien ist näher als Berlin oder Bonn. Bonn spielt da ja auch eine Rolle. Die Stadt ist linksrheinisch – man ist also im Grunde schon in West-Europa. Dass die historische Essenz in Österreich zum Teil eine andere ist, ist mir schon klar, obwohl das natürlich an der politischen Realität bis 1989/1990 scheitern musste. Klar: Man kann träumen, das ist kein Verbot. Österreich war neutral – insofern vielleicht ein wenig flexibler und

handlungsfähiger als Bonn, aber mit welchem Ziel? Ost-Mitteleuropa sozusagen aus dem Machtbereich der Sowjetunion herauslösen?

Michael Gehler: *Die Dissidentenszene unterstützen.*

Jürgen Elvert: Das ist natürlich ein anderer Mitteleuropagedanke. Da geht es um eine Art Gegenentwurf zum deutschen Mitteleuropabegriff.

Michael Gehler: *Auch.*

Jürgen Elvert: Das ist etwas, was man vielleicht weniger deutlich als Visegrád-Gruppe bezeichnen mag. Das heißt, die Kooperation von Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas – ausgenommen die Bundesrepublik Deutschland. Das sind Möglichkeiten, die sich dann nach 1989, 1990, 1991 entwickeln. Das ist richtig. Wenn ich das recht sehe, ist der Tardieu-Plan nach wie vor relativ nah und die Einigkeit ist relativ weit entfernt. Das ist das Grundproblem. Es gibt zwar einige gemeinsame Ziele und Vorstellungen, wobei auch da möglicherweise unterschiedliche Vorstellungen von den Gemeinsamkeiten als Ziele bestehen, aber an ein sehr loses einigendes Band, wenn es denn umzumünzen wäre in konkrete Politik, glaube ich nicht. Da ist auch mittlerweile die Europäische Union davor. Man mag ja vielleicht kooperieren wollen, auch unter dem Dach der Europäischen Union, aber im Rat gilt immer noch das Einstimmigkeitsprinzip.

Severin Cramm: *Sie befassen sich auch mit der Geschichtsdidaktik und schrieben zur Darstellung der Europäischen Integration in Schulbüchern. Welche Aufgaben sehen Sie für die Geschichtsdidaktik in den kommenden Jahren?*

Jürgen Elvert: Die gleichen wie in den Jahren zuvor. Letztendlich ist dafür Sorge zu tragen, dass in den Köpfen der Lehrerinnen und Lehrer überhaupt ein Verständnis für Geschichte und Geschichtsbewusstsein entsteht. Diese müssen dann auch in die Lage versetzt werden, das Wissen an die Schüler und Schülerinnen weiterzugeben. Was mich manchmal mit Sorge erfüllt, wenn ich mir den Diskurs anschaue, ist ein gewisser Realitätsverlust. Eine zunehmende Lücke zwischen Theorie und praktischen methodischen Fragen. Didaktik ist natürlich mehr als nur bloße Methodenlehre. Das ist klar. Aber, wenn der didaktische Diskurs die Bodenhaftung verliert, habe ich damit ein Problem. Es gab mal eine Zeitschrift, in der ein Artikel veröffentlicht wurde und dazu einige Kommentare und Stellungnahmen. Ich bin mal zu einer Stellungnahme gebeten worden. Diesen Artikel habe ich bestimmt fünfzehnmal gelesen und ich habe ihn nicht verstanden. Das habe ich dann auch geschrieben. Daraufhin habe ich dann einige Ausführungen dazu gemacht mit meinen Ideen und Vorstellungen. Dann schrieb die Autorin in einer Gegendarstellung, ich hätte den Artikel nicht verstanden. Stimmt. Ich hatte ihn ja auch nicht verstanden. Ich glaube aber, dass ich inzwischen nach Jahrzehnten der akademischen Lektüre normalerweise dazu in der Lage bin, Texte zu verstehen. Wenn ich das nicht mehr kann, dann stimmt mit dem Text etwas nicht. Da sehe ich die Gefahr, dass manche Vertreterinnen und Vertreter der Geschichtsdidaktik zu sehr in diese Richtung abdriften. Stricken ist gut, aber ohne Wolle geht es nicht.

Sanne Ziethen: *Sie veröffentlichen darüber hinaus mehrfach Beiträge und Aufsätze zu unterschiedlichen Themen. Was interessiert Sie insbesondere? Welche Thematik?*

Jürgen Elvert: Die europäische Integration. Wie sich aus einer Gruppe von Nationalstaaten tatsächlich eine bis dahin so in der Menschheitsgeschichte nicht gekannte Konstruktion entwickeln konnte, die tatsächlich arbeitsfähig war und trotz teils erheblichen Widerständen bis heute Dinge erreicht hat, die es so in der europäischen Geschichte auch noch nicht gegeben hat. Beispielsweise haben wir die längste Friedensperiode in Europa seit 1945. Es gibt sicherlich einige Ausnahmegebiete, aber sonst im Großen und Ganzen schon. Das ist ein faszinierendes Thema und als Wissenschaftler möchte man natürlich wissen, wo die Gründe dafür liegen, dass es trotz aller Widerstände funktioniert hat – wenn auch im Moment nicht so richtig gut. Vielleicht leidet die Europäische Union auch unter einer gewissen strukturellen Problematik, dass sie zu schnell gewachsen ist. Wenn ich mir die Kommentare aus dem politischen Raum in Erinnerung rufe, auch jetzt aus jüngster Zeit, so wird ja offen über ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten gesprochen, das wir benötigen, um überhaupt voranzukommen. Das ist etwas, das ich schon seit zwanzig Jahren immer wieder einfordere. Es geht nicht anders.

Michael Gehler: *Das war auch schon immer so.*

Jürgen Elvert: Da ist die Politik gefordert. Emmanuel Macron tut das und das ist gut so. Damit wird eine Diskussion angestoßen, die noch vor 2004 überfällig gewesen ist.

Andrea Germer: *Sie teilen die Europäische Integration ein in eine Gründungsphase, eine Konsolidierungsphase und eine Phase der Europäisierung der EU. Was macht diese Phasen aus und wo ziehen Sie die Grenzen?*

Jürgen Elvert: Wenn man eine Fülle von Akten vor sich hat und versucht, diese zu analysieren, versucht man auch, diese bestimmten Gruppen zuzuordnen. Es gab auch vorher schon eine Menge Vorschläge, aber wenn ich einen Zettel von 30 Gruppen habe, dann ist mir das zu viel und zu unübersichtlich. Ich habe versucht, Kleinteile zusammenhängenderen Gruppen zuzuordnen, und zwar vor dem Hintergrund der Frage nach der jeweiligen Qualität des Integrationsprozesses zu verschiedenen Zeiten. Da hat sich dann im Laufe eines längeren Reflexionsprozesses herausgestellt, dass man tatsächlich von einer Gründungsphase sprechen kann: Von der Gründung bis zur ersten Erweiterung. Da sehe ich inhaltliche Verbindungslinien, die direkt von 1952 bis 1972/73 reichen. Dann die Konsolidierungsphase. Die setzt bei mir an mit dem Haager Gipfel vom Dezember 1969, dem Aufbruch sozusagen hin zu einer konkret gestalterischen Politik. Es wurde eine Agenda erstellt und dann konsequent umgesetzt bis hin zum Vertrag von Maastricht. In den Siebzigern sprach man von der Eurosklerose, eine meiner Meinung nach völlig irreführende Bezeichnung, die Stillstand, ja Leiden suggeriert. Es gibt aber die Schlussakte des Haager Gipfels. Das ist der Zielkatalog und der wurde systematisch abgearbeitet. Es fehlten Erfahrungen, wie diese Arbeit erfolgen soll, welche Maßnahmen zu ergreifen sein würden, und deshalb probierten die handelnden Akteure bestimmte Dinge aus, wie z. B. die Währungsschlange. Diese funktioniert nicht. Dann kommen Schmidt und Giscard und

entwickeln das europäische Währungssystem und das funktioniert bis hin zur Einführung des Euros. Ähnliches gilt dann auch für europäische politische Zusammenarbeit, die institutionelle Zusammenarbeit. Wir haben für die Konsolidierungsphase eben den Fahrplan, der 1969 formuliert wird, und mit dem Vertrag von Maastricht das Endergebnis. Das ist für mich inhaltlich zusammenhängend. Dem schließt sich die Europäisierungsphase an, die politischen Beschlüssen können nun ihre Wirkung entfalten. Klar, man weiß nicht, wie das weitergeht, aber ich sehe tatsächlich als Folge von Maastricht eine zunehmende europäische Zusammenarbeit. Wir haben die Wirtschafts- und Währungsunion als supranationale Dimension und wir haben die beiden intergouvernementalen Säulen, die es so nicht mehr gibt, wo auch Erfahrungswerte gewonnen werden müssen. Auf der intergouvernementalen Ebene dominiert zwar der Rat, aber auch hier sehe ich eine systematisch enger greifende Zusammenarbeit – im Sinne einer Europäisierung der nationalen Politiken.

Michael Gehler: *Wie geht es eigentlich weiter?*

Jürgen Elvert: Ich habe keine Ahnung, ich bin Historiker. Ich hoffe, dass tatsächlich so etwas wie eine Strukturreform stattfindet im Sinne der Schaffung eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten. Politische und ökonomische Zusammenarbeit im Kern, ökonomische Zusammenarbeit am Rand.

Michael Gehler: *Ich frage, weil Ludger Kühnhardt von einer zweiten Gründung der Europäischen Union schrieb, nämlich durch einen Verfassungsdiskurs und durch die Erweiterungen. Das heißt, die EU der 27 sei eine völlig andere EU als die EU von Maastricht.*

Jürgen Elvert: Sie ist faktisch anders, aber sie arbeitet noch mit den alten Mitteln und das ist vielleicht das Problem. Wobei ich das nicht als zweite Gründung bezeichnen würde. Das ist vielleicht etwas dramatisch formuliert. Aber es klafft da schon ein Widerspruch, das ist richtig.

Sanne Ziethen: *Wilfried Loth besprach Ihr Buch 2007 durchaus positiv, bemerkte aber auch „manchmal fällt die Darstellung allzu bedrängt und damit irreführend aus. Führende Politiker der europäischen Gründerjahre wie Winston Churchill, Robert Schuman oder Konrad Adenauer sollte man nicht pauschal als Führungsmitglieder der Föderalisten und Unionisten präsentieren. Der Luxemburger Kompromiss vom Januar 1966 bestand nicht darin, dass man sich auf die Fortführung der Diskussion bis zur Erzielung von Einstimmigkeit einigte. Festgehalten wurde vielmehr, dass man in dieser Frage nicht übereinstimmte“. Wie haben Sie auf diesen Vorwurf reagiert?*

Jürgen Elvert: Mit 152 Seiten, mehr durfte ich nicht schreiben, das war die Vorgabe des Verlags. Bei einem so stark begrenzten Raum mussten manche Aspekte vergleichsweise knapp behandelt, andere ganz ausgelassen werden.

Jörg Beining: *Wie würden Sie sich die Europäische Integration erklären? Was führte zu dieser außergewöhnlichen Entwicklung?*

Jürgen Elvert: Die Schlüsselerfahrung, die man Ende der Vierziger gemacht hat. In den Biografien der damals beteiligten Entscheider steckten zwei Weltkriege. Sie erkannten, dass das nationalstaatliche Paradigma offensichtlich erhebliche Mängel hatte und dass etwas Neues versucht werden muss, wenn man einen weiteren Krieg verhindern will. Das ist für mich das Faszinierende daran. Es gibt ein paar Momente in der Geschichte, in denen wirklich Aufbruchsstimmung herrschte, z. B. in den fünfziger Jahren. Da war eine unglaubliche Dynamik drin. Es gab Widerstände – klar. Der Klassiker: Bedenkenträger gibt es immer!

Michael Gehler: *Wir haben schon von den Führungsmitgliedern gesprochen und den Führungsakteuren. Es gibt ja aber auch die nicht-staatlichen Akteure: Gewerkschaften, Interessenverbände. Welche Rolle spielten eigentlich die genau in dieser Aufbruchsphase? Haben die einen Beitrag zur Dynamik geleistet? Generell: Wie würdest Du diese Interessenverbände gewichten, was die Gesamtbeurteilung der europäischen Einigung angeht?*

Jürgen Elvert: Die sind schon wichtig. Sie sind ja verantwortlich für bestimmte Stimmungen in der Bevölkerung. Für Erwartungshaltungen, die formuliert werden und die wieder ein Echo im politischen Raum erzeugen können. Als Schubkräfte halte ich sie für sehr wichtig. Dann auch als Institution zur Bündelung bestimmter Partikularinteressen, wie die formuliert und dann in den politischen Raum hineinkommuniziert werden. Auch das ist wichtig. So funktioniert Politik. Die nicht staatlichen Akteure sind also beteiligt und laufen nicht einfach nebenher, vielleicht nicht immer direkt beteiligt, sodass mündige Vertreter dabeisäßen, aber so, dass Ziele formuliert werden oder Forderungen.

Severin Cramm: *Sie erforschten in einem Projekt auch die Geschichte der Europäischen Investitionsbank. Wie würden Sie die Bedeutung dieser Institution innerhalb der europäischen Institutionsgefüge einschätzen?*

Jürgen Elvert: Die EIB ist 1958 eingerichtet worden, um den Wiederaufbau im Gemeinschaftsraum zu ermöglichen. Von der Konstruktion her ist sie intelligent, weil sie als Bank dazu in der Lage ist, Geldmittel auf dem freien Kapitalmarkt einzukaufen, anders als ein Fonds. Der ist von vorneherein gedeckelt. Insofern bietet die Europäische Investitionsbank den Mitgliedstaaten in gewissen Maßen einen Zugang zu größeren Geldmitteln, als ein reiner Regionalfonds das könnte. Insofern ist das schon ein wichtiges Instrument, das bestimmten Regeln zu folgen hat. Diese Regeln gelten auch für die Regionalpolitik, so dass auch strukturarme Regionen im Idealfall in der Lage sind, sich über die Bank, die in der Bankenwelt Vertrauen genießt, Mittel zu beschaffen, die sie sonst nicht beschaffen könnten, weil sie möglicherweise auf dem Kapitalmarkt nicht dieses Vertrauen genießen.

Michael Gehler: *Eigentlich völlig unterschätzt. Kein Mensch spricht von der EIB. EZB, EZB und nochmal EZB.*

Jürgen Elvert: Richtig. Dabei sind die Aufgaben der EZB völlig anders. Bei der EIB geht um regionale Strukturpolitik.

Jörg Beining: *Kritisiert wird an der europäischen Investitionsbank vielfach, dass bei ihrer Doppelfunktion zwischen der Finanzierung von Projekten, die zu den Zielen der EU beitragen, und der Minimierung der Kosten für den Steuerzahler private und öffentliche Interessen aneinandergeraten, da private Investoren durch die EIB bei rentablen Projekten verdrängt werden. Die EIB würde so Investitionen paradoxerweise verhindern. Ist hier ein Fehler der Institution zu sehen?*

Jürgen Elvert: Das stimmt so einfach nicht. Da wird eine falsche Behauptung aufgestellt. Die Europäische Investitionsbank fördert in strukturschwachen Gebieten Maßnahmen, die in der Regel von Gebietskörperschaften geplant werden – Brückenbau, Straßenbau, Infrastruktur. Dass diese Gebietskörperschaften dann auch mit Privatunternehmen zusammenarbeiten, ist sicherlich richtig. Das geht aber auch gar nicht anders. Eine Brücke kann nun mal nur von einer Baufirma gebaut werden. Hier geht es aber um die Mittelbeschaffung, damit dieses Projekt überhaupt gestartet werden kann, und die EIB fördert das mit bis zu 50 %. Das heißt, dass 50 % eben auch aus anderen Quellen stammen müssen. Die Summe, die die EIB zur Verfügung stellt – als Kredit wohlbemerkt, der zurückgezahlt werden muss –, stellt immer nur die Hälfte des gesamten Investitionsvolumen dar. Wer das kritisiert, versteht die Funktionsweise einfach nicht und hat sich nicht ausreichend damit beschäftigt. Da muss man einfach in den entsprechenden Aufgabenkatalog hineinschauen. Der ist online abrufbar.

Andrea Germer: *In ihrer Anfangszeit wurde die EIB auch als zu starker Eingriff in die Wirtschaft gesehen. Die Europäisierung der Märkte würde Investitionen ohnehin an die geeigneten Stellen lenken. War diese Kritik berechtigt?*

Jürgen Elvert: Nein, das halte ich auch nicht für berechtigt, weil gerade strukturschwache Gebiete in der Regel schlecht aussehen, wenn es um Kapitalflüsse geht. Ich sehe in der Funktion der EIB tatsächlich auch so etwas wie einen Weichensteller.

Sanne Ziethen: *In Ihrer Forschung beschäftigen Sie sich auch mit Netzwerken, so beispielsweise in Ihrem Beitrag „Geschichte jenseits der Universität – Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik". Welche Erkenntnisse zogen Sie beispielsweise aus diesem Sammelband?*

Jürgen Elvert: Netzwerkforschung oder der Blick auf persönliche Verbindungslinien und Kommunikationskanäle ist wichtig, um die historische Kenntnis zu fördern. Er darf aber nicht zum Fetisch werden, wenn man ausschließlich versucht, über Netzwerkanalysen zu übergreifenden Erkenntnissen zu kommen. Ich würde sie immer nur als Hilfsmittel betrachten. Man kann da viele Dinge machen, wie z. B. aus großen Datenmengen weiterführende Erkenntnisse ableiten. Wie das genau funktioniert, verstehe ich freilich nicht immer, denn wenn ich Koeffizienten sehe oder mathematische Formeln, dann schreckt mich das eher ab in der Geschichtswissenschaft.

Jörg Beining: *Sie beschreiben, dass die Netzwerkanalyse als Methode ein hohes Erkenntnispotenzial enthielte, bemerkten aber auch, Forschungstätigkeiten und der dadurch zu*

erzielende wissenschaftliche Nutzen müssten voneinander abgegrenzt werden. Wie sieht eine ideale Netzwerkanalyse für sie aus?

Jürgen Elvert: Es geht mir darum, dass man diese flankierend benutzt, um bestimmte Einsichten, die man aus Quellen gewinnt, begründen zu können. Wenn ich in einem Aktenfundus auffallend viele Korrespondenzen mit bestimmten Personen sehen würde, könnte ich mir vorstellen, dass man hier die Netzwerkmethodik anwenden müsste. Ich würde aber nie aus der Perspektive der Netzwerkmethode eine Arbeit schreiben. Das entspricht nicht meiner Arbeitsweise. Andere mögen das vielleicht können, aber ich kann das nicht.

Michael Gehler: *Bald erscheint Dein Werk „Europa, das Meer und die Welt. Eine maritime Geschichte der Neuzeit“. Es geht um die Rolle des Meeres in der Bildung der Geschichte Europas und seiner Zivilisation – ein großes Wort. Welche Rolle spielt Deiner Meinung nach das Meer für die europäische Entwicklung? Liege ich falsch in der Annahme, dass die meisten Historiker, die sich mit der Geschichte Europas befasst haben, Europa als Kontinent gesehen haben und weniger seine Beziehung zu den Meeren, was paradox ist, weil Deutschland auch einmal eine Weltmacht war oder es zumindest sein wollte? Woran liegt es, dass das eine Lücke ist, die mit Deinem Werk nun geschlossen wird?*

Jürgen Elvert: Das sind Mutmaßungen. Vielleicht brauchen Kulturwissenschaftler eher festen Boden unter den Füßen? Ich weiß es nicht. Auf der anderen Seite ist die Bedeutung des Meeres so dermaßen evident, wenn man anfängt, darüber nachzudenken: Wie hat Europa seine eigenen Konturen kennengelernt? Dadurch, dass Händler, Kaufleute, Schiffer aus dem Mittelmeer, recht früh begannen, nach Norden zu fahren entlang der Küsten, und dabei feststellten, dass es ein Leben jenseits der Grenzen der eigenen Polis gab. Das ist gewissermaßen der Ausgangspunkt. Auf diese Weise wird einmal das geografische Wissen um die maritimen Grenzen ständig angereichert und es entstehen die ersten Karten, sodass es eine visuelle Vorstellung gibt. Da sind wir noch in der alten Geschichte. In Rom sehe ich einen Paradigmenwechsel, aber auch da spielt das Meer eine große Rolle.

Und dann der Klassiker und darum geht es in meinem Buch: Das Zeitalter der Entdeckungen. Die Europäer segeln los, werden mit völlig unbekannten Kulturen konfrontiert und fangen vor dem Spiegel des anderen das erste Mal an, über sich nachzudenken. Das komplette Spannungsfeld zwischen fremder und der eigenen Kultur speist den Rechtsdiskurs der Aufklärung. Die Auseinandersetzung mit völlig neuen Zivilisationen, Pflanzen, Essgewohnheiten, Lebensgewohnheiten wird in Europa massiv rezipiert. Da sehe ich auch so einen Prozess der Strukturbildung. Da waren zunächst die Wunderkammern, daraus entstanden die Museen und daraus schließlich die Forschungsmuseen. Das ist ein Prozess der Organisation von Wissen. Unsere Wahrnehmung als Europäer, die Entwicklung unserer Denkweise, findet statt mit unserer permanenten Auseinandersetzung mit Nicht-Europa und diese Auseinandersetzung ist nur möglich geworden durch das Vorhandensein des Meeres als verbindendes Element. Nachdem das Wissen angereichert genug war – ich spreche jetzt vom ausgehenden 18. Jahrhundert –, beginnen die Naturwissenschaften, die sich zwischenzeitlich formiert hatten vor dem Hintergrund dieser Ausein-

andersetzung, zu begreifen, dass es nicht nur die Meeresoberfläche gibt, sondern auch eine Tiefe, eine dritte Dimension. Diese Erforschung beginnt dann im 19. Jahrhundert und diese Betrachtung sorgt erneut für Faszination. Aquarien: Europa holt sich die Welt nach Hause in Form von Aquarien. Das erste Aquarium 1851 auf der Londoner Weltausstellung. Fortan musste auf jeder Ausstellung ein Aquarium sein. Die Menschen wollten die Tiefsee sehen. Hieraus entwickelten sich dann ganz unterschiedliche Stränge vom Küstentourismus bis zur modernen Kreuzfahrtschifferei.

Für Thomas Mann war das Meer ein Erlebnis der Ewigkeit und das meint mit Sicherheit die maritime Komponente auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch das Meer als Instrument, das es ermöglicht hat, dass sich die Europäer als solche kennenlernen. Das war nur über das Maritime möglich. Nichts gegen Berge, Berge sind wunderschön. Aber wenn ich sie mir ansehe, dann sehe ich nur bis zum Gipfel und ich sehe nicht, was dahinter ist. Und seit Udo Lindenberg wissen wir: Hinter dem Horizont geht es weiter.

Severin Cramm: *Aus dem Werk entsteht auch eine Wanderausstellung, die von Juni 2018 bis Januar 2019 zu sehen sein wird. Wie kam es zu dieser Zusammenarbeit und wie ließen sich die Inhalte Ihres Forschungsprojektes angemessen in einer Ausstellung verarbeiten?*

Jürgen Elvert: Dazu gibt es eine wunderschöne Anekdote. 2007 gab es diesen riesengroßen Hype um 50 Jahre Römische Verträge. Es gab in Bonn eine Tagung, warst du dabei?

Michael Gehler: *Leider nein.*

Jürgen Elvert: Ja, du hattest abgesagt. Am Rande dieser Tagung im Büro der Europäischen Kommission in Bonn tritt ein Mitte 60 aussehender Herr mit Vollbart an mich heran und stellt sich als Lutz Feldt[13] vor. Er war Präsident des Deutschen Maritimen Institutes und vormals Inspekteur der Deutschen Marine. Ihm gefiel die Tagung ganz außerordentlich und er fragte, ob wir nicht mal etwas zusammen machen wollten. Ich könne Europa, sagte ich ihm, und er meinte, er könne Meer.

Daraus entstanden zwei Konferenzen zum Thema Europa und das Meer. 2009 und 2012 in Berlin. Da wurde das Thema das erste Mal aufgetan. Ich hatte anfangs Schwierigkeiten damit, dafür überhaupt ein Konzept zu entwickeln. Das hat dann aber funktioniert. Wir waren extrem gut besucht, je 250 Teilnehmer. Die Vorträge waren auch so gut, dass ich mir dachte, daraus müsse mehr gemacht werden als ein wissenschaftlicher Sammelband. Den liest ja eh niemand. Das fand ich schade. Dann haben wir so überlegt, wie man das etwas mehr aufbohren kann mit Bildern und wie man es konzeptionell gestalten könnte. Als das Konzept fertig war, habe ich gesagt, dass das kein Konzept für einen Band sei, sondern das Konzept für eine Ausstellung.

Ich habe dann an Alexander Koch, den damaligen Präsidenten des Deutschen Historischen Museums, geschrieben – eine relativ lapidare Mail –, ob er Interesse daran hätte, eine Ausstellung zum Thema „Europa und das Meer" durchzuführen. Die Mail habe ich

13 Lutz Feldt (*1945), deutscher Marineoffizier, 2003 bis 2006 Inspekteur der Marine als Vizeadmiral.

geschrieben, bevor ich morgens das Haus verließ, und als ich im Büro ankam, hatte ich schon die Antwort mit der Frage, ob ich ein Mikrofon in seinem Büro installiert hätte, weil er schon seit Ewigkeiten darüber nachdenken würde. Das war der Beginn dieser Idee der Ausstellung. Das wurde dann konkreter und lief, Gott sei Dank, auch zusammen mit meinem Jean-Monnet-Projekt, sodass wir ein bisschen Geld hatten für Konferenzen. Wir haben dann erstmal die anerkanntesten nationalen und internationalen Forscher und Forscherinnen eingeladen, die sich mit Expansionsfragen befassen. Die Resonanz war beeindruckend, ich habe keine einzige Absage bekommen. Daraus haben sich dann interne Arbeitstreffen entwickelt, auf denen das Narrativ entwickelt wurde für die Ausstellung. Das haben wir dann dem Museumsteam vorgelegt und weiterentwickelt und am 12. Juni wird die Ausstellung dann offiziell eröffnet.

Michael Gehler: *Toll, wie aus solchen zufälligen Begegnungen Konferenzen entstehen können und Synergien, aus denen etwas Größeres wächst.*

Jürgen Elvert: Das kam dann einfach so. Es war zwar eine unglaubliche Arbeit, die mir auch sehr viele Schwierigkeiten bereitet hat, aber die Zusammenarbeit mit dem Verlag war absolut kongenial und die machen ein richtig schönes Buch mit 150 Farbabbildungen. Als ich das erste Mal den Rohdruck gesehen habe, hatte ich Tränen in den Augen.

Severin Cramm: *Aktuell arbeiten Sie u. a. an dem Forschungsprojekt „Die Europäisierung der Europäischen Union“, das ein interdisziplinäres Forschungsprojekt mit 63 Wissenschaftlern aus neun Staaten ist. Wie gestaltet sich die Arbeit in einem so großen und breit verstreuten Forschungsteam?*

Jürgen Elvert: Ich habe die Frage gelesen und mich gefragt, welches Ziel die eigentlich verfolgt. Da fiel mir ein: Vor ungefähr zehn Jahren wollte ich mit den Kollegen Wessels und Hobe in Köln dieses Projekt mal als Sonderforschungsbereich anschieben. Hat natürlich nicht geklappt. Da steht auf meiner Homepage auch die Laufzeit der Projekte und das ist nicht mehr aktuell. Seit zehn Jahren laufe ich mit diesem Meer-Ding herum. 2005 haben wir uns damit mal zusammengesetzt und 2007 ist das im Fachausschuss dann versenkt worden.

Andrea Germer: *Ein anderes aktuelles Projekt von Ihnen trägt den Titel „Nationalsozialismus und Kulturwissenschaften. Ein Handbuch“. Sie sollen hier ca. 35 Geistes- und Kulturwissenschaftler nach einem vorgegebenen Frageraster auf ihre Rolle überprüfen. Wie gestaltet sich die Arbeit an?*

Jürgen Elvert: Das Buch ist 2008 erschienen. Das war schwierig, weil der Forschungsstand so unterschiedlich ist. Wir sind da mit einem relativ hohen Anspruch reingegangen, den wir aber letztendlich nicht halten konnten. Zu bestimmten Teilen des Themas lag kaum Literatur vor. Da konnte man keinen Fragenkatalog entwickeln, den wir abgearbeitet hätten, allein schon um die Vergleichbarkeit der Themengebiete herzustellen. Das konnten wir nicht. War ein netter Versuch, der nicht ganz erfolgreich zu Ende geführt wurde.

Sanne Ziethen: *Schließlich befindet sich aktuell unter Ihrer Leitung das Projekt „Leopold von Ranke. Eine kritische Werkedition“ in der Planungsphase. Welche Ziele verfolgen Sie hier?*

Jürgen Elvert: Das ist ein Dauerbrenner. Das Projekt hatte ich von Michael Salewski übernommen und versucht, einschlägige Impulse in die Forschung zu senden. Die Ranke-Spezialisten in der Geschichtswissenschaft zeichnen sich dadurch aus, dass sie untereinander zutiefst zerstritten sind. Hinzu kommt die Unlesbarkeit von Rankes Handschrift. Es gibt nur ganz wenige Menschen, die diese Schrift überhaupt lesen können. Das Vorhaben an sich ist gut, ich stehe nach wie vor inhaltlich dahinter, aber ich habe bereits vor Jahren entschieden, dass ich die Finger davonlasse. Ich möchte Ergebnisse erzielen und kein Streitschlichter sein. Ich habe Krisensitzungen geführt. Ich habe Leute zu Sechs-Augen-Gesprächen eingeladen – Kontrahenten. Ich habe versucht zu vermitteln, ich habe Papiere unterschreiben lassen. Wir hatten darüber sogar ein schriftliches Memorandum of understanding erstellt, das haben alle unterschrieben und sich dann weiter gestritten.

Michael Gehler: *Können wir erfahren, worum es bei diesem Streit geht?*

Jürgen Elvert: Es ging um den Besitz der alleingültigen Wahrheit.

Michael Gehler: *Worin gibt es Methoden- oder Inhaltsdivergenzen?*

Jürgen Elvert: Keine Ahnung, Michael. Das ging ins Fundamentalistische. Ich habe aufgegeben, diesen Streit verstehen zu wollen.

Michael Gehler: *Wer sind denn die Protagonisten dieses Streits?*

Jürgen Elvert: Ich möchte keine Namen nennen.

Sanne Ziethen: *Ist das ein singuläres Phänomen?*

Jürgen Elvert: Ich habe das Gefühl, dass das frei rotierende Radikale in der Geschichtswissenschaft sind, die sich darauf spezialisiert haben und möglicherweise durch dieses Thema bestimmte Verhaltensmuster entwickelt haben. Die wieder einzufangen, ist mir nicht gelungen. Das mögen andere versuchen. Ich habe wirklich etwas Besseres zu tun, obwohl das nach wie vor eine gute Idee ist und ich fest hinter dem Projekt stehe, aber es lässt sich mit dem derzeit auf dem Markt befindlichen Personal nicht realisieren.

Jörg Beining: *Sie veröffentlichten auch den Reiseführer „Irland auf eigene Faust. Eire und Nordirland“, in dem Sie eine Hilfe für Reisen in das Land liefern. Wie kamen Sie dazu, ein Reisehandbuch zu verfassen?*

Jürgen Elvert: Per Zufall. Als ich vor langer Zeit an meiner Staatsexamensarbeit schrieb, hatte ich einen Kollegen, der ausgewiesener Skandinavien-Kenner war und ist. Er hatte einen Verlagsvertrag geschlossen mit einem Kieler Reisebuchverleger, um für einen

schmalen Taler ein dickes Buch zu schreiben. Der hat mich dann bei einer Currywurst in der Mensa dazu überredet, etwas Ähnliches über Irland zu schreiben, weil ich ja mal da gewesen bin. Das führte dazu, dass ich mir als Belohnung nach meinem Staatsexamen acht Wochen Irland gönnte und das Land systematisch mit dem Auto befahren habe. Ich kann sagen: Ich war in jedem Winkel Irlands. Ich habe auf der grünen Insel über 12.000 Kilometer zurückgelegt. Das, was ich in diesem Buch geschrieben habe, ist handverlesen und mit eigenen Augen verifiziert. Das Buch verkaufte sich ganz gut mit vier Auflagen, aber die Bezahlung war so schlecht, dass ich dem Verleger dann gesagt habe, er würde dafür wohl auch einen anderen Autor finden. Das ist die Geschichte des Reiseführers. Aber ich war stolz darauf. Das war das erste eigene Druckerzeugnis, das ich in den Händen halten durfte.

Michael Gehler: *Die Frage mag banal erscheinen, aber wir haben einen Band in Planung:* Geschichte schreiben, Geschichte vermitteln*. Was unterscheidet das Verfassen eines solchen Reiseführers von dem Verfassen eines wissenschaftlichen Werkes? Ich kann es mir denken, aber vielleicht kannst Du es ausführen.*

Jürgen Elvert: Eigentlich nichts. Das muss alles verifiziert sein und es muss in einen vernünftigen Kontext gebracht werden. Die Arbeitstechniken sind gleich, die Inhalte sind unterschiedlich.

Michael Gehler: *Und keine Fußnoten.*

Severin Cramm: *Kommen wir zum Bereich „Meinungen und Sichtweisen“. In einem Radiointerview sagten Sie 2010 nach einem Aufleben gewaltvoller Konflikte rund um die traditionellen irischen Protestmärsche, dass ein Gewöhnungsprozess der Bevölkerungsgruppen begonnen habe, der auf intellektueller Ebene, aber nun auch auf Ebene der Menschen stattfinden müsse, damit die Menschen lernen, den Tag nicht nur nebeneinander her zu leben, sondern auch miteinander zu reden. Wie bewerten Sie diese Situation heute?*

Jürgen Elvert: Da hat sich nichts dran geändert. Das ist nach wie vor die absolute Notwendigkeit und nach wie vor gibt es erhebliche Kommunikationsprobleme zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in Nordirland. Nicht, was die breite Menge betrifft. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Menschen im irischen Norden genießt den nunmehr seit 20 Jahren weitgehend herrschenden Waffenstillstand und sie sehen auch, wie positiv sich das gesellschaftliche Leben in Friedenszeiten entwickelt hat. Aber es gibt eben in den Ghettos im Westen Belfasts und in anderen nordirischen Städten die Fundamentalisten, die der Meinung sind, sie seien im Alleinbesitz der jeweiligen Wahrheit und das ist das Potential, das relativ rasch wieder aktiviert werden kann, wenn es irgendwelche kritischen Fragen gibt. Beispielsweise vor dem Hintergrund der Diskussion, wie sich das Verhältnis zwischen Irland und Nordirland im Falle eines Brexits gestalten soll. Ich weiß nicht, wie sich das gestalten soll. Wie will man denn das organisieren? Der Austritt vollzieht sich am Ersten nächsten Jahres und das gilt dann auch für Nordirland. Dann haben wir mitten auf der irischen Insel eine Grenze zwischen einem Drittstaat und einem EU-Mitgliedsstaat. Wie das funktionieren soll, ist mir nicht klar, und ich weiß auch nicht, welche Lösung

man da anstreben soll. Das Problem ist nämlich, dass sich die Wirtschaft in Nordirland nur deshalb so gut entwickeln konnte, weil sie eine gesamtirische Dimension hat. Es ist weniger die Wirtschaft im Süden Irlands, sondern es wird die nordirische Wirtschaft sein, die darunter leidet. Deren Reichweite wird ganz massiv reduziert werden auf die britischen Inseln und nicht mehr über Dublin auf Europa und den Rest der Welt. Das ist ein großes Problem und die Gefahr, dass das zu einem Rückfall in eine Auseinandersetzung zwischen den Fundamentalisten und den Unionisten führt, ist nach wie vor gegeben und ist groß.

Jörg Beining: *Kommen wir nochmals zur EU.*

Jürgen Elvert: Wir brauchen dringende Reformen der EU-Strukturen, damit die EU auch wirklich wieder ins Stadium der Entscheidungsfähigkeit versetzt wird, damit Fortschritte auch im strukturellen Bereich erzielt werden können, damit eine weitere Vertiefung stattfinden kann. Vielleicht kann man über eine grundsätzliche Frage nachdenken, dahingehend, auf welchen Gebieten wir Europa eigentlich brauchen. Das sehe ich im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik, das sehe ich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik und in der politischen Zusammenarbeit. Die Frage, die man sich in diesem Zusammenhang auch stellen muss, ist die, ob Brüssel in jede Kleinigkeit auf nationaler Ebene eingreifen muss. Das ist ein großes Problem für die Akzeptanz des europäischen Gemeinschaftsprojektes. Der Grundsatz der Europäischen Union lautet *United in Diversity*. Ich denke, dass das United sehr wichtig ist, aber auch die Diversity ist wichtig und diese darf nicht durch Brüssel glattgebügelt werden. Da kann man gerne einige Kompetenzen zurücknehmen, auf der anderen Seite müssen einige Kompetenzen deutlich gestärkt werden. Das ist das Auftreten der Europäischen Union als globaler Akteur im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die Vollendung des Binnenmarktes gehört sicherlich auch dazu. Den Binnenmarkt muss man ernst nehmen und die Voraussetzungen schaffen, die zu einem veritablen Binnenmarkt gehören – beispielsweise die Harmonisierung des Steuerwesens. Das ist ein heißes Eisen, das weiß ich, aber wenn ich den Begriff „Binnenmarkt“ ernst nehme, dann muss ich auch an solche heißen Eisen herangehen. Das wäre eine vorrangige Aufgabe. Es ist doch völlig egal, ob man Bier aus einem Pint-Glas oder aus einem Halbe-Liter-Glas trinkt. Mit Verlaub gefragt. So etwas muss nicht in Brüssel entschieden werden. Das ist gewissermaßen eine Spätfolge der Ausrichtung des Gemeinschaftsraums am französischen Modell. Die Vorstellung, dass man alles zentral kontrollieren müsse. Das ist typisch französisch, findet jedoch nicht unbedingt jenseits der französischen Grenzen dieselbe Anerkennung. Da gibt es schon unterschiedliche Kulturen und deshalb bedauere ich den Brexit auch zutiefst, denn damit endet ja auch jede Form der Kooperation zwischen London und Berlin in Fragen der Gestalt Europas.

Andrea Germer: *Sie sagten der* Tagesschau *2017, dass man an Leo Varadkar*[14] *sehe, dass es in Irland keine Rolle mehr spiele, ob ein Politiker homosexuell sei oder nicht, und man sehe, dass das Klischee des konservativen Irlands schon lange nicht mehr gelte. Die*

14 Leo Varadkar (*1979), irischer Politiker, 2017 bis 2020 irischer Premierminister.

aktuelle Debatte und das geplante Referendum zur Abschaffung des 8. Zusatzes zur Verfassung, der zu einer sehr restriktiven Abtreibungspolitik führt, zeigt jedoch wieder einige Vorbehalte in der Gesellschaft und den Kirchen.

Jürgen Elvert: Viel wichtiger ist doch, wie das Referendum ausging. Es gibt immer Interessengruppen, die auch versuchen, etwas anzuschieben. Diesem Votum würde ich aber mit Gelassenheit in die Augen sehen.

Sanne Ziethen: *Kommen wir zum Fragenkomplex „Europäische Union“ und einer Frage, die wir auch allen Gästen hier stellen. Wann haben Sie persönlich Europa nicht nur als ein wirtschaftliches, sondern auch als ein politisches Projekt begriffen?*

Jürgen Elvert: Nicht von Anfang an. Als ich anfing, mich intensiv mit den Fragen der Europäischen Integration zu befassen. Das war eigentlich nach der Habilitation, also Mitte der neunziger Jahre. Mir war schon aus der Zeit der Auseinandersetzung mit Mitteleuropa klar, dass die Wirtschaft ein Vehikel der Politik war. Insofern war ich nicht überrascht, als sich mir derselbe Befund mit Blick auf die Anfänge des Integrationsprozesses darstellte. Ich habe mich damit aber erst seit etwas Mitte der neunziger Jahre intensiv befasst.

Michael Gehler: *Also nach Maastricht.*

Jürgen Elvert: Nach Maastricht, ja.

Michael Gehler: *Das ist ein Befund, der sich durchzieht durch fast alle befragten Kollegen. Ein sehr junges Phänomen.*

Jörg Beining: *Welche Zukunft sehen Sie für das Projekt der Europäischen Integration und der Europäischen Union?*

Jürgen Elvert: Wie gesagt, ich erhoffe mir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Brüssel und die Verantwortlichen sollten sich endlich mal zusammensetzen und die Finalität der Politik bestimmen. Ich bin vor einigen Jahren auf einer Diskussion im St. Anthony’s College in Oxford gefragt worden, wozu man eine Finalität des europäischen Integrationsprozesses überhaupt benötige. Ich habe darauf geantwortet, dass man als Kapitän eines Schiffes ja auch ein Problem habe, wenn man mit dem Schiff den Hafen verlasse und gar nicht wisse, wohin man eigentlich steuere. Dazu noch eine andere Anekdote. Im vergangenen Jahre hörte ich einen Vortrag von Alexander Graf Lambsdorff. In der anschließenden Diskussion fragte ich dann nach seiner Vorstellung von der Finalität des Integrationsprozesses. Er nannte dann wieder den europäischen Bundesstaat. Das heißt doch aber, dass Alexander Graf Lambsdorff,[15] einer der führenden Außenpolitiker

15 Alexander Sebastian Léonce von der Wenge Graf Lambsdorff (*1966), deutscher Politiker, 2004 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

auf europäischer Ebene, eigentlich keine Vorstellung davon hat, wohin sich der Integrationsprozess entwickeln solle. Und das ist für mich doch ziemlich bezeichnend.

Michael Gehler: *Zugrunde liegt ja die Befürchtung von Jean Monnet, dass man nicht über die Finalität der Politik sprechen soll, weil es sonst Uneinigkeit gibt. Dass der Weg zum Ziel erklärt wird, nur ohne Ziel, ist schon irgendwie ein Problem, um nicht zu sagen ein Paradox.*

Jürgen Elvert: Zu Monnets Zeit gab es ja sogar so ein *unspoken agreement* über das Ziel, das man erreichen wollte. Man redete nicht darüber, aber man glaubte zumindest, dass der Andere dasselbe dachte. Da erschien es nicht nötig, aber wir müssen uns doch jetzt vorstellen, wie weit der Integrationsprozess gewachsen ist. Da gibt es dieses ganze Strukturgeflecht, das ja selbst Spezialisten nicht mehr verstehen. Diese ganzen Theorien finde ich toll. Funktionalisten – toll. Intentionalisten – toll. Ich habe einen Vortrag von meinem geschätzten Kollegen Wolfgang Wessels erlebt, in Berlin. Da hat er versucht, sein Fusionsmodell grafisch darzustellen. Ich habe staunend davorgestanden und mir gedacht, es ist schon toll, was man als Strukturalist und Empiriker so alles visuell darstellen kann. Als Feld- und Wiesenhistoriker verstand ich es nur nicht. Die Wissenschaft hat in Teilen den Kontakt zur Komplexität des Integrationsprozesses verloren durch diesen Metatext der Theorien und Strukturen.

Michael Gehler: *Es ist auch schwierig, das als Einzelperson zu bewältigen und zu durchschauen – alle die Quellen und Materialen, die Informationsfülle und die Vielzahl der Akteure. Zum Brexit hast Du vorhin gesagt, den bedauerst Du zutiefst. Über die Auswirkungen scheinst Du Dir in Teilen im Klaren zu sein, da Du es ja bedauerst. Ich frage mal anders: Liegt darin nicht auch eine Chance?*

Jürgen Elvert: Klar liegt darin eine Chance. Es ist ein Bremser weniger an Bord. Die britische Haltung hat einen überzeugten Europäer wie mich ja regelmäßig zur Weißglut gebracht. Das war schon manchmal wirklich lästig, und vieles, gerade im Bereich der GSVP konnte nicht erreicht werden, weil London auf die Bremse getreten hat. Insofern ja, möglicherweise tatsächlich eine Chance. Aber für mich gehört Großbritannien dazu, im Guten wie im Schlechten. So ist das in einer Ehe.

Severin Cramm: *Das haben wir vorhin schon mal angesprochen: Könnte die Trennung in EU und Nicht-EU zu einem erneuten Aufflammen des Nordirlandkonfliktes führen?*

Jürgen Elvert: Ja, die Gefahr sehe ich wirklich gegeben und ich sehe keine Möglichkeit, wie man das auffangen könnte. So gewieft können Juristen gar nicht sein, dass sie da eine Lösung finden, die für alle Beteiligten akzeptabel wäre. Man muss sich doch nur das Wahlverhalten der nordirischen Bevölkerung anschauen: Unionisten pro Brexit, Nationalisten gegen Brexit. Das sind die klassischen Bruchlinien, die da wieder deutlich werden.

Michael Gehler: *Eine Zollunion für Nordirland und Irland?*

Jürgen Elvert: Man kann doch Nordirland nicht ausklammern.

Michael Gehler: *Eine bilaterale Zollunion?*

Jürgen Elvert: London ist zuständig für die Außenpolitik Nordirlands. Die kann nur über London geschlossen werden und kann auch nur für das gesamte UK gelten, aber wie, wenn die Regierung des UK noch nicht einmal weiß, was sie eigentlich machen soll? Und sie weiß es wirklich nicht, sonst würde man ja nicht so herumlavieren. Das ist das ganz große Problem. Und jede Form, jedes Abkommen muss zwangsläufig gesamtbritische Dimensionen haben, wenn es denn rechtskräftig sein soll. Selbst wenn eine Zollunion geschlossen werden würde, hätte man mitten im UK eine Zollgrenze. Was ist denn dann mit dem Verhältnis zwischen England, Schottland und Wales im UK? Zwischen British Mainland und Nordirland liegt zwar die Irische See, aber völkerrechtlich gehört das zusammen. Das ist das *United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland*.

Michael Gehler: *Entzündet sich diese Unlösbarkeit der Frage an der Binnenmarktproblematik? Wenn man ohne den Binnenmarkt nicht mehr auskommen kann, wäre dann der EWR die Lösung oder die Schweizer Lösung mit vielen bilateralen Strängen und einem enormen Verhandlungsaufwand?*

Jürgen Elvert: Klar. Aber das schaffen wir doch nicht innerhalb eines Jahres. Wir haben Norwegen entsprechend an die Europäische Union herangeführt, das hat funktioniert. Die Schweiz auch. Mit Großbritannien wäre das sicher auch möglich, aber zu was für Bedingungen denn? Norwegen ist beispielsweise Mitglied des Schengen-Raumes. Da hätten die Briten auch drinbleiben können. Was soll das Ganze? Man fragt sich doch wirklich, wo der Menschenverstand geblieben ist. Die haben in dem Modell im Prinzip dieselben Regeln, dürfen diese aber nicht mehr mitbestimmen. Das ist doch völlig absurd. Aber so absurd war ja auch die ganze Pro-Brexit-Argumentation.

Severin Cramm: *Wird die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA Ihrer Meinung nach zu einer stärkeren europäischen Einheit führen?*

Jürgen Elvert: Gemeinsame Feindbilder schmieden zusammen. Das kann ich mir schon vorstellen. Zumal eben, Stichwort Merkel in Davos letztes Jahr, die Europäische Union verstärkt ihrer eigenen Kräfte besinnen müsste. Also klar.

Michael Gehler: *Ist das ein definitiver Bruch im transatlantischen Verhältnis?*

Jürgen Elvert: Nein, Trump ist eine vorübergehende Erscheinung. Ich bin ein zuversichtlich denkender Mensch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Mensch wie Trump überhaupt eine zweite Amtszeit schafft.

Michael Gehler: *Das haben wir bei George W. Bush auch gedacht.*

Jürgen Elvert: Das stimmt, aber ich glaube, dass Donald Trump nochmal ein anderes Kaliber ist.

Michael Gehler: *Es wurde die These aufgestellt, Bush jr. sei der schlimmste und schlechteste Präsident, den die je hatten und haben werden.*

Jürgen Elvert: Man soll nie solche Thesen aufstellen. Es gibt in jedem Fall Luft in alle möglichen Richtungen. Ehrlich gesagt konnte ich mir bis zur Wahl Trumps auch nicht vorstellen, dass so ein Mensch es jemals in dieses Amt schaffen würde. Aber es ist möglich und es scheint so, als ob wir ihn noch drei Jahre ertragen müssten. Die Amerikaner oder zumindest ein großer Teil der Amerikaner muss sich ja permanent fremdschämen.

Michael Gehler: *Die Frage ist, ob er nicht doch Rückhalt hat.*

Jürgen Elvert: Natürlich hat er Rückhalt, in den Redneck-Staaten. Rückhalt bei Leuten, denen jegliche Information über internationale Dynamiken und Verpflichtungen fehlen. Ich erinnere mich an eine Taxifahrt durch Las Vegas, auf der mir der Taxifahrer die Welt erklärte. Seither kann ich die Trump-Wähler gut verstehen. Das war ein bemerkenswert holzschnittartiges Bild, das mir da geliefert wurde und nicht gerade dadurch glänzte, dass es besonders subtil und differenziert war. Das ist in der Tat die Wählerschaft Donald Trumps, die relativ einfach mit Schlagworten auf Linie gebracht werden kann. Aber es sind eben nur Schlagworte, und Trump schwimmt im Moment noch im Kielwasser von Barack Obamas Politik. So eine Politik kann auf Dauer nicht funktionieren. Vielleicht liege ich aber auch falsch.

Michael Gehler: *Ich habe im August einen Artikel geschrieben in der Wiener Zeitung „Ein Trampeltier ist auf dem Vormarsch". Für mich war es nicht ausgeschlossen, dass dieser Mann gewählt wird, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA so krass gegensätzlich und dramatisch ideologisch aufgeladen sind, dass so jemand aus purer Verzweiflung oder Notwehr gewählt werden könnte. Ich würde die langfristigen Auswirkungen als eher gravierend einschätzen. Er selbst mag eine Zeiterscheinung sein.*

Jürgen Elvert: Das ist ein Vertrauensverlust, der damit einhergeht.

Michael Gehler: *Und zwar weltweit.*

Jürgen Elvert: Ja, weltweit. Auch hierzulande. Vielleicht haben sich die Deutschen es zu sehr bequem gemacht im Windschatten der USA und der NATO. Sicherlich wenn dadurch ein Prozess des Nachdenkens und der Neudefinition der eigenen Position einhergeht, dann liegt zumindest darin etwas Gutes. Es gibt ein paar Grundregeln in der Politik und Trump bricht sie alle.

Andrea Germer: *Zurück zu Europa. Wie bewerten Sie die Bewegung „Pulse of Europe" und die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit?*

Jürgen Elvert: Eine richtig schöne Graswurzelbewegung, die endlich mal zeigt, dass Europa nicht nur ein Elitenkonstrukt ist, sondern dass auch tatsächlich in Zeiten der Krise Bürger und Bürgerinnen unaufgefordert aufziehen und pro-europäische Statements abgeben. Was da losgetreten wurde, halte ich für höchst respektabel. Das ist eben auch ein Beleg dafür, dass dieser unsinnige Vorwurf, der europäische Integrationsprozess und die Europäische Union seien demokratisch nicht legitimiert, weil es die zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht gebe, nicht funktioniert. Es gibt die Zivilgesellschaft, die sich hier manifestiert. Wenn man es hochrechnet, kann man die Zahl durchaus extrapolieren. Die Krise scheint im Moment auch so, als ob sie kanalisierbar wäre. Insofern ist der Handlungsdruck weniger geworden.

Sanne Ziethen: *Sind Sie der Meinung, ein kostenfreies Interrail-Ticket für junge Europäer und Europäerinnen kann zur Verbesserung der europäischen Solidarität und zum Abbau von Vorurteilen beitragen?*

Jürgen Elvert: Ehrliche Antwort? Nein. Das glaube ich nicht. Vielleicht, aber ich kann mir das nicht vorstellen. Was kostet ein Interrail-Ticket? Gibt es das überhaupt noch?

Sanne Ziethen: *Wie würden Sie das begründen?*

Jürgen Elvert: Wir haben doch in der Europäischen Union ohnehin die Möglichkeit, bzw. wir hatten sie, bis irgendwelche Politiker anfingen, Grenzkontrollen wieder einzuführen, aus irgendwelchen Gründen in jedes Land des Schengen-Raumes einreisen zu können. Wir können uns frei bewegen.

Sanne Ziethen: *Es geht ja mehr um den Anreiz. Wenn der Anreiz größer wäre, andere europäische Länder zu besuchen, würde das zum Abbau von Vorurteilen beitragen?*

Jürgen Elvert: Da mir heute Studierende öfter sagen, sie würden nicht an Exkursionen teilnehmen, sondern lieber nach Mallorca fliegen, würde ich mich stark wundern. Das war mal so, aber heute glaube ich das nicht mehr. Außerdem fahren die alle mit dem Auto.

Jörg Beining: *Wie stehen Sie zur Einführung des Bologna-Systems und deren Auswirkungen auf die Universitäten Europas?*

Jürgen Elvert: Es war eine gute Idee, die insbesondere in der BRD aufgrund der Rahmenbedingungen miserabel umgesetzt wurde.

Michael Gehler: *Damit ist im Grunde alles gesagt zum Bologna-Exzess, nicht Prozess.*

Jürgen Elvert: Ich sehe keinen Punkt, an dem Besserung erreicht worden wäre. Für die akademische Lehre an der Universität bedeutet Bologna einen erheblichen Qualitätsverlust.

Michael Gehler: *Würdest du sagen, das war ein Sieg der Bürokratie? Oder ein Sieg der Verwaltung von Wissenschaft?*

Jürgen Elvert: Wir fahren in Köln aktuell um die 15 verschiedenen Studienordnungen parallel. Ich habe aufgegeben, mir darüber Gedanken zu machen, weil ich weder Lust noch Zeit habe, jede Studienordnung einzeln zu lesen. Das ist eine Folge von Bologna. Das Studium ist überreguliert. Wir haben jetzt ein elektronisches Lehrveranstaltungs-, Studien- und Verwaltungssystem mit einem Algorithmus, den ich nicht verstehe, der aber dazu führt, dass die Verbuchung einer schriftlichen Hausarbeit etwa fünf Minuten dauert. Das kann es eigentlich nicht sein.

Michael Gehler: *Bei 1.000 Studenten?*

Jürgen Elvert: Ja, insgesamt schon. Pro Jahr kommt man so an die 1.000. Und das ist nur die Verbuchung, nicht das Lesen. Aber glücklicherweise schreiben nicht alle eine Hausarbeit, das wäre sonst nicht zu schaffen.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank, Jürgen Elvert, für diese offenherzigen, authentischen Antworten.*

II. Das Europa der Unterschiede und Verschiedenheiten von Vorstellungen

Matthias Asche

Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas

Zum Referenten:

Matthias Asche studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Deutsch in Osnabrück, Wien und Rostock. Während der Arbeit an seiner Dissertation war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Eberhard Karls Universität Tübingen beschäftigt, wo er 1997 promovierte. Während seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent habilitierte er sich ebenda im Jahr 2003 mit einer Arbeit zum Thema „Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Landeswiederaufbau und Migration in der Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts". 2006 wurde er zum apl. Professor ernannt. Nach mehreren Lehrstuhlvertretungen ist er seit 2017 Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Potsdam**.** Von Matthias Asche liegen zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Frühen Neuzeit vor.

Zum Vortrag:

Nach der einleitenden Bemerkung, dass die alteuropäische (mittelalterliche und frühneuzeitliche) Identität grundsätzlich konfessionell bestimmt war (Heiraten, Vergabe von

Ämtern, Kriegsbündnisse u. a. orientierten sich an der Konfession), gliederte der Referent seinen Vortrag in zwei Abschnitte:

Teil 1: Reflexion über die christliche Identität Alteuropas an der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit[1]

Teil 2: Die Folgen von Katholischer Reform, Reformation und Gegenreformation für die europäische Geschichte im Konfessionellen Zeitalter, mit einigen Ausblicken auf das aufgeklärte, säkulare 18. Jahrhundert.[2]

Teil 1

Das Mittelalter lieferte wenig neue Impulse für das Denken in gesamteuropäischen Kategorien, kannte aber eine Reihe von Gründungsmythen Europas, biblisch-religiösen (die Söhne Noahs als Begründer der Völker: Jafet/Europa, Sem/Asien, Ham/Afrika) oder antiken Ursprungs (Aeneas-Sage). Der Humanismus außerhalb Italiens schuf eigene nationale Gründungslegenden – so den Germanen-Mythos der Deutschen, den Goten-Mythos der Spanier und Schweden, den Gallier-Mythos der Franzosen oder den Sarmaten-Mythos der Polen. Die Sage von der Entführung der phönizischen Königstochter Europa durch Zeus in Gestalt eines Stieres und die Begründung eines Königreichs durch deren Sohn Minos auf Kreta als Wiege Europas spielte dagegen eine weniger große Rolle.

In der antik-heidnischen, säkularen Tradition war Europa einer der drei Teile der den Griechen bekannten Welt. In der christlichen Überlieferung sind Europa, Asien und Afrika Personifizierungen der göttlichen Trias. Zum Zentrum der Welt wurde im Rahmen der mittelalterlichen Heilsgeschichte Jerusalem, das dementsprechend auf den zeitgenössischen Karten im Zentrum steht. Erst auf den Karten der beginnenden Neuzeit rückt Rom in den Mittelpunkt, erstmals 1511 bei Martin Waldseemüller, der bereits 1507 Europa geographisch definierte: „Europa wird im Westen vom Atlantik, im Norden vom Britannischen Meer (Nordsee und Ärmelkanal), im Osten vom Don, vom Mäotischen See (Asowsches Meer) und vom Schwarzen Meer, im Süden vom Mittelmeer umschlossen. Es umfasst auch Spanien, Gallien, Germanien, Rhaetien, Italien, Griechenland und Sarmatien."

Seine spezifische Identität entwickelte das vormoderne Europa durch Abgrenzung gegenüber den nichtchristlichen Völkern, besonders an den Kontakt- und Konfliktzonen zum Islam (Iberische Halbinsel, Balkan). Die christliche „Festung Europa" war dabei einseitig durchlässig. Gemäß dem biblischen Missionsauftrag und im Gefühl der tech-

1 Dieser Vortragsteil basiert ganz wesentlich auf Matthias Asche, „Leitbild Europa". Reflexionen über die religiöse Grundierung Alteuropas an der Epochenwende vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Jürgen Elvert/Jürgen Nielsen-Sikora (Hrsg.), Leitbild Europa? Europabilder und ihre Wirkungen in der Neuzeit (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft. Beihefte 74), Stuttgart 2009, S. 29–45.

2 Dieser Vortragsteil basiert ganz wesentlich auf Matthias Asche, Religionskriege und Glaubensflüchtlinge im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts. Überlegungen zu einer Typendiskussion, in: Franz Brendle/Anton Schindling (Hrsg.), Religionskriege im Alten Reich und in Alteuropa. Begriff, Wahrnehmung, Wirkmächtigkeit, Münster 2010, S. 435–458.

nisch-zivilisatorischen und moralischen Überlegenheit wurden die Grenzen überschritten, besonders bei der Erschließung der Neuen Welt. Die spanischen Könige behaupteten mit einigem Recht nach dem Fall Granadas 1492 und der Ausweisung der Juden, dass Europa nun wieder christlich sei, und verbreiteten im Rahmen der Conquista das Christentum noch weiter. Dass der osmanische Vormarsch im Osten keineswegs gestoppt war und in Spanien mit den *Moriscos* eine nicht assimilierte muslimische Minderheit lebte, wurde ebenso verschwiegen wie die mittelalterlichen muslimisch-jüdischen Wurzeln des modernen Europas, obwohl die Beziehungen zu Islam und Judentum nicht nur durch Konflikte, sondern auch durch Handel, geistigen und kulturellen Austausch geprägt waren. Jüdische und muslimische Gelehrte und ihre Wissenschaften spielten im gesamten Mittelalter eine wichtige Rolle, die aber erst so richtig in der Zeit der Aufklärung wiederentdeckt und gewürdigt wurden.

Nach dem Selbstverständnis der gelehrten Zeitgenossen an der Wende zur Neuzeit war das Christentum das wesentliche Charakteristikum Europas, wenngleich es freilich keineswegs monolithisch war: Die Kirchenspaltung von 1054 hatte eine Trennlinie mitten durch Europa gezogen. Grenzländer des „lateinischen" Europa waren Finnland, Livland, Litauen, Polen und Ungarn (mit Siebenbürgen). Der „lateinische" Westen fand seine Einheit in der Zentrierung auf Rom. Das orthodoxe Europa umfasste Griechenland, Russland, weite Teile des Balkans sowie den Osten des Polnisch-Litauischen Großreichs. Abgesehen von Russland, befand sich der größte Teil unter osmanischer Herrschaft, doch war der Sultan, entgegen christlicher Propaganda, in religiösen Dingen der toleranteste Monarch im frühneuzeitlichen Europa. Diese geographischen Überlegungen zeigen, dass sich das heutige EU-Gebiet und die EU-Anwärter schon am Beginn der Neuzeit auf drei, vor allem religiös determinierte Kulturbereiche verteilten.

Das vormoderne Europa unterschied deutlich zwischen einem lateinischen und einem griechischen Europa, zunächst verbunden mit dem Zwei-Kaiser-Problem. Das im Mittelalter entwickelte sakrale Konzept einer christlich-katholischen Universalmonarchie wurde allerdings mit der Glaubensspaltung fragwürdig und wurde im 17. Jahrhundert von einem neuen strategischen Konzept einer „Balance of Power" abgelöst, das statt auf Hegemonie auf Gleichheit und politischen Ausgleich zielte, mithin auf ein multipolares, pluralistisches Staatensystem.

Der griechisch-russische orthodoxe Osten und die islamische Welt hatten eine ganz andere religiös-kulturelle Prägung, die Wahrnehmungen und Handlungen beeinflusste. Daher wurde bis ins 17. Jahrhundert die Zugehörigkeit des Russischen Reiches zu Europa in Frage gestellt, was sich erst seit Peter dem Großen und der Öffnung nach Westen – ohne die identitätsstiftenden orthodoxen Wurzeln aufzugeben – änderte.

Die Dreiteilung Europas zeigte sich am deutlichsten in den Türkenkriegen, die bis ins späte 17. Jahrhundert durchaus noch in der Tradition der mittelalterlichen Kreuzzüge geführt wurden. Nach dem Fall von Konstantinopel 1453 gab es zahlreiche Appelle an einen Zusammenschluss aller europäischen Staaten und Völker zu einem gesamtchristlichen Kreuzzug. Die Türken galten als „Erbfeind des christlichen Namens", worin die Kriege gegen den Sultan eine religiöse Sinnstiftung fanden. Die Vorstellung der „antemurale christianitatis" (Bollwerk der Christenheit) sowie die in den 1520er Jahren errichtete habsburgische Militärgrenze in Ungarn spielen bis heute im nationalen Geschichtsbild der Polen, Litauer, Ungarn, Rumänen, Slowenen, Kroaten und Serben eine wesentliche

Rolle. Dagegen ist der aus dem 19. Jahrhundert stammende Begriff „Balkan“ für die von den Osmanen besetzten Gebiete Südosteuropas bis heute eher negativ konnotiert. Die Völker, die unter osmanischer Oberherrschaft standen, wurden zunehmend an den Rand gedrängt und aus dem engeren europäischen Kulturkreis ausgeschlossen.

Das in der Vormoderne überwiegend negative Bild der Türken wandelte sich erst nach dem erfolgreichen Ende des Großen Türkenkriegs im 17. Jahrhundert, nachdem das Osmanische Reich im 18. Jahrhundert militärisch zunehmend in die Defensive geraten war. Kaiser Nikolaus I. konnte später vom „kranken Mann am Bosporus“ sprechen. Die erfolgreichen Türkenkriege wurden sinnstiftend für Dynastie, Kirche und Nation umgedeutet, der Triumph über die Osmanen war Teil der mitteleuropäischen Barockfrömmigkeit („Pietas Austriaca“, „Patrona Bavariae“).

Die orthodoxe Welt hatte sich aus vielschichtigen Gründen bis ins 17. Jahrhundert den Kreuzzugsaufrufen verweigert. Insbesondere die Eroberung Konstantinopels 1204 im Zuge des Vierten Kreuzzugs hatte die griechische Christenheit der lateinischen dauerhaft entfremdet. Stattdessen arrangierte man sich mit der osmanischen Fremdherrschaft. Aus der Reihe der griechischsprachigen Kaufmannschaft in Konstantinopel gingen die einflussreichen Pfortendolmetscher und Phanarioten-Familien in den Fürstentümern Moldau und Walachei hervor.

Zum eigentlichen Gegenspieler der Osmanen entwickelte sich zuletzt das Russische Reich, das auf deren Kosten im 18. und 19. Jahrhundert enorm expandierte. Nach 1453 nahmen die Großfürsten von Moskau gelegentlich, mit Iwan IV. 1547 aber endgültig den Titel „Zar“ an. Damit beanspruchten sie auch symbolisch das Erbe der oströmischen Kaiser, zunehmend auch in religiös-sakraler Hinsicht. Das im Friedensschluss von 1774 vereinbarte „Kultprotektorat“ wurde zum russischen Instrument der Aufwiegelung der Balkanchristen gegen die osmanische Herrschaft. Mit den russischen Siegen erfüllte sich quasi die altrussische Staatslegende vom „Dritten Rom“, die 1508 vom Mönch Filofej formuliert worden war und für das spezifische religiös-missionarische Selbstverständnis wie für den politischen Sonderweg Russlands in der Neuzeit konstitutiv war. Sie war das Pendant der lateinischen Idee der „Translatio imperii“ nach dem Untergang des Weströmischen Reichs.

Die lateinische Christenheit erfuhr an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit eine nachhaltige Glaubensspaltung durch die Reformation und katholische Reformbemühungen seit dem Trienter Konzil. Es entstanden – zumindest der Idee nach – der homogene, restriktiv und repressiv auftretende Konfessionsstaat sowie zwei (oder mehrere, wenn die innerprotestantische Konfessionsentwicklung berücksichtigt wird) Konfessionskulturen bzw. konfessionell determinierte Kulturlandschaften. Dies war verbunden mit dem Ideal der konfessionellen Identität von Fürst, Dynastie, Territorium und Untertanen. Noch heute ist das Selbstverständnis europäischer Staaten in mancherlei Hinsicht von diesen Traditionen geprägt. Der gesamtgesellschaftliche Prozess der Umsetzung von obrigkeitlich vorgegebenen spezifisch religiös-konfessionell bestimmten Normen wird in der Forschung als Konfessionalisierung bezeichnet. Sie führte zu den innerchristlichen Religionskriegen des Konfessionellen Zeitalters, doch in deren Gefolge schließlich auch zu neuen Chancen für ein modernes, tolerantes Europa.

Teil 2

Die Protagonisten aller vier großen Konfessionen (Katholiken, Lutheraner, Calvinisten und Anglikaner – hinzu kommen noch die Orthodoxen) hatten konfessionelle Argumente offen oder verschleiert als legitimierenden Kriegsgrund benutzt oder der anderen Kriegspartei konfessionalistisches Handeln unterstellt. Zudem konnten in den Religionskriegen religiöse Motive auch zu einem ausschließlichen Motiv werden. Selbst scheinbar genuin säkulare Konflikte des späteren 17. und 18. Jahrhunderts, wie die Hegemonialkriege Ludwigs XIV. oder der Siebenjährige Krieg, waren religiös bzw. konfessionell motiviert oder wurden propagandistisch auf diese Weise aufgeladen. Es gab „Religionskriege" und „Auch-Religionskriege", d. h. Konflikte, in denen die Konfession ein Argument unter anderen war. Beide Typen waren „Abgrenzungskonflikte in einem multikonfessionellen Europa" (nach Johannes Burkhardt).

Intoleranz war ein systemimmanentes Kennzeichen der Konfessionalisierungsprozesse und sorgte für scheinbar unüberwindbare Konfliktlagen. Sie speiste sich aus der Verteidigung des theologischen Wahrheitsanspruchs der Konfession des Landesherrn, die in der Regel die Mehrheitskonfession war. Die obrigkeitlichen Maßnahmen entsprangen meist echter religiöser Überzeugung und richteten sich gegen konfessionelle Gegenspieler im eigenen Land und bzw. oder gegen anderskonfessionelle Staaten. Neben der Konfessionalisierung im Innern konnte es somit zu einer Konfessionalisierung der Außenpolitik kommen – mit entsprechender Bündnispolitik.

Alle Konfessionskriege entsprangen innenpolitischen Konfliktlagen, waren im Kern also konfessionelle Bürgerkriege, die neben religiösen Forderungen auch ständisch-partikulare Interessen durchzusetzen versuchten. Militärische Angriffe hatten zunächst den Charakter obrigkeitlicher Strafaktionen zur Wahrung des Landfriedens und wurden in der Folge zuweilen außenpolitisch ausgeweitet. Durch Bündnisse der konfessionellen Konfliktparteien entwickelten sich etwa die Hugenottenkriege oder der Achtzigjährige Freiheitskrieg der Niederlande sowie vor allem der Böhmische Ständeaufstand als Beginn des Dreißigjährigen Kriegs von innen- zu außenpolitischen Konflikten gesamteuropäischen Ausmaßes. Wesentlich forciert wurden sie durch den geostrategischen Gegensatz zwischen Frankreich und den Habsburgern in Wien und Madrid, die gegenüber den nichtkatholischen Minderheiten im eigenen Land als intolerante Katholiken auftraten. Zwischen ihnen herrschte bis zum „Renversement des Alliances" am Vorabend des Siebenjährigen Kriegs ein latenter Religionskrieg um die Führerschaft im Katholizismus, gekleidet in einen europäischen Hegemonialkrieg. Je energischer Protestanten, Hugenotten, Waldenser, böhmische und ungarische Aufständische verfolgt wurden und Interventionen im protestantischen Ausland erfolgten, desto intensiver wurden bei den Protestanten „Schwarze Legenden" über Katholiken gesponnen und zwecks übernationaler Sinnstiftung verbreitet.

Aber auch protestantische Fürsten standen in dem Ruf, intolerante Despoten zu sein. Die von Ende des 16. bis Mitte des 17. Jahrhunderts geführten Dauerkriege der protestantischen Könige von Schweden mit den katholischen Wasa-Verwandten in Polen, die ihre schwedischen Thronansprüche aufrechterhielten, trugen neben vordergründig dynastisch-machtpolitischen eben auch konfessionelle Züge. In England gab es unter Elisabeth I. und bis ins 17. Jahrhundert Verfolgungswellen gegen sogenannte „Recusants",

die den Besuch anglikanischer Gottesdienste verweigerten, und gegen verschiedene Freikirchen, darunter auch Bedrückungen gegenüber den streng calvinistischen Puritanern (Pilgrim Fathers). In Reaktion auf das Regime Königin Marias I. („Bloody Mary“) fanden Katholikenverfolgungen statt, die sich gegen alle katholischen Interventions- und Agitationsversuche von innen und außen richteten. Die ständige Furcht der protestantischen englischen Monarchen war berechtigt; sowohl Philipp II. als auch Ludwig XIV. versuchten über die Unterstützung der katholischen Iren, ihren Einfluss in England geltend zu machen. Auch nach der sogenannten „Glorious Revolution“ von 1689 mussten die englischen Könige wegen des Mächtegleichgewichts und auch aus legitimatorischen Gründen darauf bedacht sein, eine dezidiert protestantische Politik zu betreiben. Dazu gehören etwa die massenhafte Aufnahme französischer Hugenotten und die Strafexpeditionen gegen aufständische Iren.

Die katholischen Anhänger der Stuarts in Frankreich (Jakobiten) und die Hugenotten in England sind nur zwei bekannte Gruppen von Glaubensflüchtlingen – eine typische Erscheinung im Konfessionellen Zeitalter. Die Religionskriege des 16. und 17. Jahrhunderts verursachten umfangreiche Wanderungsbewegungen, da im frühmodernen Konfessionsstaat versucht wurde, die konfessionelle Einheit im Land herzustellen. Sinnfällig ist hier die bereits im Augsburger Religionsfrieden von 1555 offenkundige Formel „Cuius regio, eius religio“. Ein individuelles Auswanderungsrecht bestand bestenfalls rudimentär – und dies auch nur in den Territorien und Städten des Heiligen Römischen Reichs und in der Eidgenossenschaft. Allerdings hatte ein Landesherr die Möglichkeit, anderskonfessionelle Untertanen entweder zur Konversion oder zur Auswanderung zu zwingen, und somit konnte er das staatliche Gewaltmonopol nach innen weitgehend durchsetzen. In den europäischen Ländern, wo dies nicht vollständig gelang (im Heiligen Römischen Reich, in Großbritannien, Böhmen, Ungarn, Polen-Litauen und im Fürstentum Siebenbürgen), gab es Phasen schärfster militärischer Konflikte. Im Anschluss daran aber griff man auf säkulare Friedensinstrumente zurück, die wegweisend für die Koexistenz zweier oder mehrerer Konfessionen in einem Territorium waren, indem konsequent das Problem der theologischen Wahrheit ausgeklammert wurde. Diese Religionsfrieden beseitigten die alltäglichen konfessionellen Spannungen zwar nicht, gaben ihnen aber einen säkularen rechtlichen Rahmen, indem die Konfliktlösung an weltliche Gerichte delegiert wurde. Langfristig wurde so der Boden bereitet für ein pragmatisches Nebeneinander der Konfessionen. Von einer religiösen Toleranz im modernen Sinn, mithin einer aktiven Bereitschaft zum tiefen Verständnis des anderen, war man im 18. Jahrhundert trotz Aufklärung freilich noch weit entfernt. Jedoch wurden die fanatisch geführten Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts ebenso eingedämmt wie konfessionelle Konflikte im Innern. Das Prinzip der „Balance of Power“ entwickelte sich vor dem Hintergrund der Hegemonie Frankreichs unter Ludwig XIV. und führte zu einem neuen Verständnis von Krieg und Frieden. Neue Schlagworte der internationalen Beziehungen waren Großmacht- und Interessenpolitik. Im „Zeitalter der Kabinettskriege“ zähmte das hochentwickelte Gesandtschaftswesen die Kriege durch die hohe „Kunst des Friedenschließens“. Zudem erweiterten die Friedensschlüsse des späten 17. und des 18. Jahrhunderts auch das „Ius publicum europaeum“, das europäische Völkerrecht, in das zunehmend auch individuelle Auswanderungsregelungen, Schutzklauseln für religiöse und konfessionelle Minderheiten sowie die Garantie von Glaubens- und Gewissensfreiheit aufgenommen wurden.

Ein Umdenken bei der Beurteilung religiöser Toleranz setzte aber bereits lange vor dem Westfälischen Frieden ein. Neustadtgründungen, Residenzausbau, die Errichtung von Festungsstädten sowie die Neuerschließung von Wirtschafts- und Gewerberegionen in den Jahrzehnten um 1600 erforderten viele merkantil, technisch und handwerklich versierte Kräfte, aber auch Künstler (Musiker, Schauspieler), die zunehmend auch unter Konfessionsfremden angeworben wurden. Das landesherrliche, auch staatsfinanzielle Eigeninteresse erwartete von den wirtschaftlich, politisch und religiös meist hochprivilegierten Einwanderern einen Kapitalzustrom, Technologietransfer, eine Erhöhung des Steueraufkommens und ein Bevölkerungswachstum.

Die finanzintensive absolutistische Monarchie handelte nüchtern im Sinne der Staatsräson. Die Konfession spielte bei Neusiedlern, Handel- und Gewerbetreibenden zunehmend eine untergeordnete Rolle – trotz weiter bestehender Vorbehalte gegen die Juden. Mit der Wirtschaftsförderungs- und Peuplierungspolitik des aufgeklärten absolutistischen Staates verbanden sich mustergültig die beiden Hauptmotive der Aufnahme von Glaubensflüchtlingen und Exulanten: wirtschaftlicher Nutzen und religiöse Toleranz – und zwar in dieser Reihenfolge.

Die Opfer von Religionskriegen und religiöser Unduldsamkeit des Konfessionellen Zeitalters gehörten mit ihren spezifischen Erfahrungen zu den Wegbereitern des säkularen Denkens und der friedlichen Koexistenz der christlichen Konfessionen. Mit dem aufgeklärten 18. Jahrhundert war das Konfessionelle Zeitalter definitiv zu Ende. Der Säkularisierungsprozess hatte somit den Konfessionalisierungsprozess überwunden, wenn es auch im 18. Jahrhundert noch dezidiert konfessionelle Maßnahmen einzelner Landesherren gab. Dies gilt beispielsweise für die Ausweisung der protestantischen Untertanen aus dem Erzbistum Salzburg 1731/32, die Deportationen der „Geheimprotestanten" aus den österreichischen Erbländern als Kolonisten nach Siebenbürgen und Ungarn durch Kaiserin Maria Theresia oder die Strafaktionen der französischen Krone gegen die seit 1685 illegal fortbestehende Untergrundkirche der Hugenotten. Andererseits bahnte sich mit Friedrich dem Großen seit 1740 eine konfessionsneutrale Siedlungs- und Kolonisationspolitik in allen Landesteilen Brandenburg-Preußens an, ab 1763 unter Katharina II. ebenso in Russland und ab 1780 unter Kaiser Joseph II. in Österreich. Letzterer betrieb eine entschiedene Toleranzpolitik; sein Toleranzpatent von 1781 stellte nicht nur Protestanten, sondern auch orthodoxe Christen und Juden, zumindest formalrechtlich, den Katholiken gleich. Die Französische Revolution und ihre Folgen beseitigten in den meisten europäischen Staaten die letzten konfessionellen Einschränkungen und propagierten den konfessionsneutralen Staat der Moderne. Die konfessionelle Vielfalt des vormodernen Europas sowie die Religionskonflikte, die dem frühmodernen Staat, der sich nach rationalen Gesichtspunkten ausbildete, abträglich waren, zwangen zum Umdenken und führten langfristig von einer obrigkeitlich verordneten Akzeptanz konfessionell pluralistischer Gesellschaften im 18. zu einer klaren Trennung von Staat und Kirche im 19. Jahrhundert.

Dabei muss betont werden, dass diese Entwicklung zunächst auf den Westen, den Norden und die Mitte Europas, also den Raum der vormals „lateinischen" Christenheit begrenzt war. Das säkulare Staatsverständnis – von den Humanisten in der Zeit um 1500 ideell vorbereitet, durch die aufgeklärten Gelehrten seit dem späten 17. Jahrhundert vorangetrieben und durch Umsetzung der Ideen der Französischen Revolution zum Durchbruch gelangt – folgte der Einsicht, dass nur unter Ausklammerung der theologischen

Wahrheitsfrage und durch Verrechtlichung von konfessionellen Konflikten ein dauerhafter Religionsfriede in einem multikonfessionellen Land bzw. zwischen europäischen Ländern, und zwar als politischer Frieden, möglich war. Diese waren bereits die maßgeblichen Gestalt-Prinzipien des Zweiten Kappeler Landfriedens von 1531, des Augsburger Religionsfriedens von 1555, des Toleranzedikts von Nantes 1598 und des Westfälischen Friedens 1648. Das Ergebnis solcher Religionsfrieden war keine Toleranz im modernen Sinn, aber immerhin die Regelung einer vergleichsweise friedlichen konfessionellen Koexistenz. Dies scheint eine der wichtigsten Errungenschaften Alteuropas an der Wende zur Moderne zu sein, deren wertvolles Erbe heute ein wesentlicher Bestandteil des modernen demokratischen Selbstverständnisses aller europäischen Staaten ist.

Diskussion

Publikumsfrage: *Auf dem Balkan ist die Schlacht auf dem Amselfeld 1389 stark im kollektiven Gedächtnis verankert. Die Serben fühlten sich damals von Europa im Stich gelassen.*

Matthias Asche: Das Ausgeliefertsein gegenüber der muslimischen, später der osmanischen Expansion gehört zur generellen Erfahrung der Ostkirche. Die Hilferufe aus Byzanz wurden nicht gehört, nur halbherzig beantwortet, oder es fand ein Kreuzzug statt, bei dem dann oft auch orthodoxe Landschaften erobert wurden – allen voran 1204 beim Vierten Kreuzzug Konstantinopel selbst. Auch die Hilfe, die sich die serbischen Fürsten im 14. Jahrhundert von den „lateinischen" Mächten erhofft hatten, kam nicht. Derartige Verletzungen und Enttäuschungen beeinträchtigen bis heute den Dialog zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche, jenseits ekklesiologischer Probleme, wie dem Bilderstreit oder dem päpstlichen Primatsanspruch.

Publikumsfrage: *Als Wiege Europas wurden im Vortrag die Aeneas-Sage und Troja genannt, von dem ein Strang nach Rom führt. Muss man nicht stärker den Strang nach Griechenland betonen? Denken wir an die Siege über die Perser 490/480 v. Chr., nach denen die attische Demokratie und Philosophie aufblühten. Letztere hat Auswirkungen auf Thomas von Aquin, die Idee der Menschenrechte und die Aufklärung.*

Matthias Asche: Aus der heutigen Perspektive ist das natürlich richtig, der Vortrag fokussierte aber die Perspektive der Zeit um 1500. Damals spielten die griechischen Wurzeln (noch) eine erheblich geringere Rolle. Die Humanisten rezipierten zunächst die römischen Quellen. Erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts, vor allem im Gefolge des Untergangs von Byzanz 1453, wurde auch die griechische Philosophie und Kultur als Erbe Europas wiederentdeckt. Die Vorstellung, dass das Griechische Reich Alexanders des Großen mit dem Römischen gleichwertig sei, gab es um 1500 nicht. Auch die kretische Traditionslinie mit der Europa-Sage und König Minos spielte um 1500 keine Rolle. Den Zeitgenossen war die römische Tradition wichtiger. Erst im 18. Jahrhundert hat man zunehmend gleichberechtigt die Griechen an die Seite der Römer gestellt.

Publikumsfrage: *Es gibt die These, dass die Reformation über das Sektentum nicht hinausgekommen wäre, wenn die Untertanen nicht die Religion ihrer Landesfürsten hätten annehmen müssen. Vielleicht wäre es ohne das gar nicht zum Dreißigjährigen Krieg gekommen.*

Matthias Asche: Die Frage ist, weshalb die Reformation überhaupt so große Erfolge hatte, gerade in Mitteleuropa und in den Territorien und Städten des Heiligen Römischen Reiches. Dabei spielt die gesamteuropäische Lage eine wichtige Rolle. Die Landesherren und Stadtmagistrate, die eigenmächtig die Reformation eingeführt hatten, hatten den Kaiser und die Reichsstände damit unter Druck gesetzt. Gegen die kaiserliche Forderung nach finanzieller Unterstützung für die Kriege gegen die Türken und den französischen König Franz I. forderten die Reichsstände, dass die jungen evangelischen Kirchenwesen nicht angetastet würden. Wenn im Hintergrund die Türken drohten, waren Katholiken und Protestanten somit auf ein Miteinander angewiesen, sodass die protestantischen Reichsstände Steuern bewilligten, für welche sie im Gegenzug freie Religionsausübung zugestanden bekamen. Als es einen längeren Frieden mit den Osmanen gab, also ab 1606, und die französische Gefahr mit der Ermordung König Heinrichs IV. gebannt war (1610) – mithin unmittelbar am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges –, gab es praktisch keinen auswärtigen Feind mehr. Es gab freilich auch andere Momente, die für den Ausbruch des Krieges eine Rolle gespielt hatten, aber es ist bezeichnend, dass es parallel zum Dreißigjährigen Krieg keinen Türkenkrieg gab und der Sultan entgegen französischen und schwedischen Wünschen nicht in den Krieg eingriff. Die protestantische Seite wäre ansonsten vielleicht sogar noch stärker gewesen und noch deutlicher als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen.

Publikumsfrage: *Im Osmanischen Reich gab es ein hohes Maß an Toleranz, keine Christenverfolgung, keinen Antijudaismus, später keinen Antisemitismus. Heute herrscht in der Türkei keine Toleranz, obwohl Erdoğan sich auf das Osmanische Reich zu beziehen scheint und sich von der kemalistischen Position entfernt. Wie passt das nach Jahrhunderten religiöser Toleranz zusammen?*

Matthias Asche: Der Vergleich zwischen dem Osmanischen Reich und der modernen Türkei hinkt natürlich. Warum war der Sultan tolerant? Weil ein Großreich, das sich über drei Kontinente erstreckte, nicht anders zu regieren war. Als Sultan eines Imperiums mussten möglichst viele Konflikte im Inneren vermieden werden. Die nicht-muslimischen Untertanen waren etwa auf dem Balkan sowie in Teilen des Kaukasus in der Mehrheit und standen einer relativ schmalen osmanischen Oberschicht gegenüber. Diese Herrschaftsform über ein multiethnisches und multireligiöses Großreich funktionierte freilich nur, wenn man den Minderheiten, die ja in einigen Teilen des Osmanischen Reiches sogar die Mehrheit bildeten, eine umfassende Toleranz zusagte. Dafür mussten die Nichtmuslime eine Kopfsteuer zahlen, was gleichermaßen lateinische, griechische und armenische Christen, aber eben auch die Juden betraf. Die Toleranz hing auch mit der Verwaltung zusammen: Die geistlichen Führer, Bischöfe und Rabbiner, waren für die osmanischen Sultane die eigentlichen Ansprechpartner. Es gibt einen Staat, der aus dieser Tradition gegründet wurde: Montenegro. Dort hatte die orthodoxe Fürstbischofsdynastie

Petrović unter den Osmanen eine gewisse Autonomie erworben. Seit dem 17. Jahrhundert standen die Gläubigen unter weltlich-klerikaler Herrschaft. Daraus ist dann im Laufe des 19. Jahrhunderts eine montenegrinische Eigenstaatlichkeit geworden. Die moderne Türkei ist heute eben kein Weltreich mehr, dann müsste Erdoğan wahrscheinlich anders mit den Bürgern und den Regimegegnern umgehen – der Sultan musste jedoch so handeln. Im späten 18. Jahrhundert erzwang Russland unter Katharina II. ein Kultprotektorat im Osmanischen Reich, übernahm mithin die Funktion als Schutzmacht der orthodoxen Christen auf dem Balkan und im Kaukasus. Im 19. Jahrhundert wurde dies durch die Propagierung eines Panslawismus ersetzt. Dies waren die Instrumente der russischen Kaiser, in die inneren Verhältnisse des Osmanischen Reiches einzugreifen.

Publikumsfrage: *Die Konfessionalisierung, die Religionskriege und die religiösen Bürgerkriege trugen auch zur Nationalisierung bei, insofern eine relativ klare konfessionelle Zuordnung möglich ist. Hat die Konfessionalisierung einen wesentlichen Beitrag geleistet zur nationalen Identitätsfindung?*

Matthias Asche: Ja, aber hinzu kam eben, wie gesagt, auch die Gefahr von außen, durch die Osmanen bzw. die Bedrohung der Grenzen. Polen-Litauen, Ungarn, Österreich und Russland hatten durch die Abgrenzung gegen die Osmanen ebenso ihre eigene konfessionelle Identität gefunden. Die Entscheidung vor Wien, die Schlacht am Kahlenberg 1683, war eine kollektive Erleichterung für die jahrhundertelang traumatisierten Zeitgenossen, denn auch der Bauer in der Steiermark wusste, wie vermeintlich schlimm „der Türke" war. Bebilderte Flugblätter waren die Medien des Konfessionellen Zeitalters – ein Informationsmaterial für eine noch weitgehend illiterate Bevölkerung. Diese wurden in Wirtshäusern und auf der Kanzel vorgelesen.

Publikationsfrage: *Die Konfessionalisierung ist verbunden mit der Nationalisierung und auch mit einer Militarisierung. Gleichzeitig haben wir in der Frühen Neuzeit den Anfang des Völkerrechts, Hugo Grotius wäre u. a. zu nennen. Inwieweit gibt es einen Zusammenhang zwischen der Konfessionalisierung und der Völkerrechtsentwicklung? Waren die Frage, wem gehören die Meere, und die Landkriegsordnung immanente Ergebnisse innerstaatlicher, gesellschaftlicher Prozesse?*

Matthias Asche: Innergesellschaftlich hat freilich nur eine schmale Oberschicht, die Gelehrten, darüber diskutiert. Die Erfahrung des ungezähmten Krieges – die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges mit verwüsteten Landschaften und Bevölkerungsverlusten von 50 % und mehr – war verantwortlich für die Erkenntnis, dass man die künftigen Kriege einhegen musste. Hinzu kam die Vorstellung, dass ein Gleichgewicht der Mächte voraussetzt, dass die Staaten auch tatsächlich gleich mächtig und wirtschaftlich gleich stark waren. Aus den Erfahrungen der brutalen Zerstörungen entstand die neue Idee des Gleichgewichtssystems zwischen den Großmächten. Man verständigte sich oftmals im Vorfeld eines Konflikts über umstrittene Territorien und führte dann einen begrenzten Krieg. Manchmal nahmen gewissermaßen schon mit dem ersten Schuss die Gesandten der Großmächte Verhandlungen zur Beendigung des Krieges auf. Die Aussicht auf ein zerstörtes Land als eroberte Kriegsbeute war ja nicht sehr attraktiv, zumal man dieses

später ja selbst noch nutzen wollte. Es gab auch kaum mehr Plünderungen in großem Stil; der Krieg fand auf offenem Feld statt. Die Bemühungen um die Einhegung von Kriegen führten dann in direkter Linie zur Haager Landkriegsordnung. Ein anderer Diskurs ist derjenige unter anderem von Hugo Grotius geführte über die Freiheit der Meere, der jedoch eher in globalgeschichtlicher Perspektive zu behandeln wäre.

Der Vortrag und die Diskussion fanden im Rahmen der Europagespräche des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim am 2. Dezember 2013 statt.

Matthias Asche

„Ich muss zugeben, dass ich immer mehr Gefallen an dem Begriff Alteuropa finde."

Michael Gehler: *Wir heißen unseren Kollegen Herrn Matthias Asche von der Eberhard Karls Universität Tübingen ganz herzlich bei uns am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim willkommen. Heute führen wir mit Ihnen ein lebens- und wissenschaftsgeschichtliches Gespräch. Sie sind 1969 in Hamburg geboren. Daher stellt sich uns zunächst die Frage: Inwiefern ist es für Sie relevant, ein Hanseat zu sein? Können Sie uns etwas zu Ihrem Elternhaus sagen?*

Matthias Asche: Ich bin wohl sowas, was man früher als „Bildungsreserve" bezeichnet hat. In meiner Familie gibt es keine bildungsbürgerliche Tradition. Ich bin vielmehr einem bescheidenen kleinbürgerlichen Elternhaus entsprungen. Ich habe als Erster aus der Familie studiert. Da ich wusste, dass meine Eltern mein Studium in hohen Maßen mitfinanziert und dabei auf so manchen Urlaub verzichtet haben, habe ich das Studium immer sehr ernst genommen. Für mich bedeutete es eine große Verantwortung. So war das Studieren für mich auch keine Selbstverständlichkeit, vielmehr empfand ich – auch wenn es ein altmodisches Wort sein mag – Demut. Die Tatsache, dass ich dann später promoviert beziehungsweise sogar habilitiert wurde und dann auch noch den außerplanmäßigen Professorentitel erlangt habe, lag für mich bei dem Antritt meines Studiums außerhalb jeder Vorstellungskraft. Damals kannte ich Begriffe wie „Promotion" und „Habilitation" gar nicht, die wurden bei uns zu Hause nicht gebraucht.

Hamburger bin ich sogar schon in dritter Generation: Sowohl meine Eltern als auch meine Großeltern sind in Hamburg geboren. Allerdings sind sämtliche Urgroßeltern zugewandert. Die meisten von ihnen wollten wohl im späten 19. beziehungsweise im anfangenden 20. Jahrhundert nach Amerika auswandern. Daher reichen meine Wurzeln als Hamburger nur bis zu meinen Großeltern, was aber schon genügt, um mich als „waschechten" Hamburger bezeichnen zu können.

Eine gewisse Besonderheit betrifft jedoch meine Konfession. So bin ich kein Protestant, wie es sich für einen Hamburger eigentlich zu gehören scheint, sondern ein Katholik. Meine Urgroßmutter aus dem Badischen hat sich damals in dieser Hinsicht verbissen durchgesetzt. Das war für mich auch insofern prägend, als dass ich im Kindergarten und während meiner gesamten Grundschul- und Gymnasialzeit katholische Einrichtungen besucht habe. Das war keine Vorgabe meiner Eltern, die gemischt konfessionell sind, sondern vielmehr Zufall: Der katholische Kindergarten und die Grundschule lagen direkt vor unserer Tür, sodass dieser sich anbot. Für das Gymnasium habe ich mich dann aber bewusst aufgrund meiner Konfession entschieden.

Das Studium habe ich in der Bischofsstadt Osnabrück begonnen, was jedoch dem Umstand geschuldet war, dass man mich an der Universität meiner Heimatstadt Hamburg nicht haben wollte. Hier lag nämlich auf dem von mir angestrebten Magisterstudiengang

Geschichte und Politik ein Numerus Clausus von 1,3, den ich nicht vorweisen konnte. Jedoch konnte ich mich an jeder anderen Universität bewerben, und das habe ich dann 1988 auch im Umkreis von 350 km um Hamburg gemacht – ich kannte mich in der akademischen Welt ja gar nicht aus. Einige Städte davon kannte ich bereits, andere habe ich daraufhin bereist und mir hat Osnabrück besonders gut gefallen. Ob es an der Konfession lag, kann ich jetzt nicht sagen, aber es war vielleicht doch kein Zufall.

Andreas Schimmelpfennig: *Können Sie uns sagen, ob es in Ihren ersten Schuljahren oder auf dem Gymnasium irgendwelche Vorbilder gab, die Sie in Hinblick auf Ihre wissenschaftliche Ausrichtung beeinflusst haben?*

Matthias Asche: An die Grundschule habe ich wenige Erinnerungen. Wenn Sie aber nach Vorbildern fragen, die mich an die Geschichte herangeführt haben, war dies wohl mein Großvater. Er hat mich damals als stolzer Hamburger zu den wichtigen Orten der Hamburger Geschichte genommen: zum Rathaus, zu den alten Elbarmen, zu den Resten der Hamburger Altstadt und auch zu den zahlreichen Kirchen. Mein Opa ist damals Rentner gewesen und hatte dementsprechend viel Zeit, um mir alles zu zeigen. Er hat mich dann für Geschichte interessiert, wobei man sagen muss, dass sein größter Verdienst wohl darin lag, dass er in mir das Interesse an der Geschichte von Menschen geweckt hat. So war er ein sehr familienverbundener Mensch und hat mich zu allen möglichen Verwandten mitgeschleppt, sodass ich dann irgendwann angefangen habe, auf großen Papieren Verwandtschaftstafeln zu erstellen. Das habe ich dann auch als Gymnasiast fortgeführt, bin dafür sogar regelmäßig in Kirchenbuchämter und Archive gefahren und konnte daher auch schon sehr früh die alten Schriften des 17. und 18. Jahrhunderts lesen. Ich wollte also irgendwann mehr als die bloßen Daten wissen, weshalb ich mich immer mehr auch für die konkreten Lebensumstände meiner Vorfahren interessierte.

Als wir dann in der 6. oder 7. Klasse in der Schule endlich das Fach Geschichte bekamen, war ich eigentlich ziemlich enttäuscht über Themen wie Altägypten, weil mich das so gar nicht interessiert hat. Ich fand das Mittelalter wesentlich spannender und wollte das eigentlich später auch schwerpunktmäßig studieren. Das ging jedoch aus unterschiedlichen Gründen nicht, obwohl es in Osnabrück natürlich eine Mediävistik gab. So bin ich dann später in der Frühen Neuzeit gelandet – eine Epoche, die ich in der Schule quasi kaum kennengelernt hatte. Man muss sich das so vorstellen: Ich bin zwar sicherlich auf einer guten katholischen Schule gewesen, aufgrund der Lehrpläne, die wir in Deutschland haben, hatte ich aber damals das Gefühl, dass schwerpunktmäßig die Vor- und Nachgeschichte des Nationalsozialismus behandelt wurde. Dadurch entstand bei mir eher ein Bild von erratischen zwölf Jahren, die besonders hervorgehoben wurden, ohne dass diese systematisch in die deutsche Geschichte eingeordnet wurden. Überspitzt formuliert: Wir haben im Geschichtsunterricht beim Investiturstreit aufgehört und bei der 1848er Revolution allmählich wieder angefangen; dazwischen lagen „dark ages“. Was genau in dieser „dunklen Zeit“ passiert ist, hat mich dann später besonders interessiert. Als ich es dann im Studium kennenlernen durfte, war ich sehr überrascht, wie viel in dieser Zeitepoche doch geschehen ist. Hier muss ich natürlich meine akademischen Lehrer, Professor Dr. Anton

Schindling[3] und seinen Assistenten Dr. Manfred Rudersdorf,[4] der heute Frühneuzeit-Professor in Leipzig ist, hervorheben, die mir diese Inhalte begeisternd vermittelt haben.

Michael Gehler: *Können Sie diese akademischen Lehrer näher erläutern? Sie haben in Osnabrück studiert und sind dann nach Tübingen gekommen, wo sie wissenschaftlicher Mitarbeiter waren und auch promoviert haben.*

Matthias Asche: Genau, ich war dort erst wissenschaftlicher Mitarbeiter, dann Assistent, nach der Habilitation Hochschuldozent und jetzt schließlich Akademischer Rat auf Zeit. Zwischenzeitlich war ich auch noch in Jena und vertrat dort einen Lehrstuhl.

Zunächst zu Osnabrück: Für mich war und ist die wissenschaftlich prägendste Figur zweifellos Professor Dr. Anton Schindling. Er ist mir noch vor meinem ersten Universitätstag insofern aufgefallen, als dass ich ihm in der Einführungsveranstaltung gegenübersaß: Er wirkte auf mich, wie ich mir einen Professor immer vorgestellt hatte: Er zeichnete sich durch ein umfassendes, geradezu enzyklopädisches Wissen aus – verbunden mit einem ausgeprägten sozialen Sinn für Studierende. Professor Schindling hat mir damals an der Universität Osnabrück zusammen mit seinem damaligen Assistenten und heute in Leipzig tätigen Manfred Rudersdorf die Frühe Neuzeit erschlossen. Bei den beiden hatte ich dann auch meine ersten Lehrveranstaltungen.

Anfangs war ich jedoch noch etwas unsicher: So haben mich die Politologie-Professoren ebenfalls in gewisser Weise beeindruckt, weil sie mir ein ganz anderes Bild von Politik und Zeitgeschichte, dem Nationalsozialismus, dem Imperialismus, von Staatstheorien und auch von Deutschland vermittelt haben, als ich dies von meinem katholischen Jesuitenkolleg kannte. An meinem Gymnasium hatte es beispielsweise keinen Unterricht in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gegeben, während ich in Osnabrück bei Professor Dr. Rüdiger Griepenburg[5] die Geschichte der sozialen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert kennenlernen konnte. Bei den Politologen war es vielfach ein durch und durch ideologisierter Unterricht. Ich habe dennoch, im Nachhinein betrachtet, gerne den linken Vorlesungsbetrieb verfolgt, weil ich immerhin von echten Theorie-Kennerinnen und -Kennern unterrichtet wurde. Ich kann mich noch genau daran erinnern: Wir hatten mal ein Seminar zum Thema Imperialismus im Kaiserreich, und die Politik-Professorin sagte gleich zu Beginn des Seminars – damals war das weniger ein „Sit-in“ als gewissermaßen ein „Smoke-in“ in verqualmten Seminaren: „Wir machen jetzt ein Seminar zum Imperialismus. Den Namen Bismarck will ich aber hier nicht hören. Wenn ich den höre, kriege ich das Kotzen“, so hat sie es tatsächlich ausgedrückt, „den mag ich nicht, der fliegt hier raus!“ Da haben wir es tatsächlich geschafft, während des gesamten Seminars nicht ein Mal explizit über Bismarck zu sprechen. Das war freilich total einseitig, aber irgendwie auch faszinierend zugleich. Wir bekamen ihre Werke und DDR-Bücher von der Universität geschenkt, weil sie mit einem Preis von einer Mark auch nicht teuer

3 Anton Schindling (*1947; †2020) war Professor für Frühe Neuzeit an der Universität Tübingen.
4 Manfred Rudersdorf (*1952) ist emeritierter Professor für Frühe Neuzeit an der Universität Leipzig.
5 Rüdiger Griepenburg (*1937) ist emeritierter Professor für Geschichte der sozialen Bewegungen an der Universität Osnabrück.

waren. Das war im aufregenden Wendejahr 1989/90. Ich weiß zwar nicht, aus welchen Quellen die Bücher besorgt wurden, jedoch bekam jeder Student ein solches Buch mit klopapierdünnen Seiten, mit dem wir dann gearbeitet haben. Dieses Kontrastprogramm war für mich sehr anregend, hat mich aber nicht wirklich überzeugt, sodass ich dann doch letztlich in der Geschichtswissenschaft – und zwar in der Epoche der Frühen Neuzeit – gelandet bin.

Auffallend ist, dass in den Sozialwissenschaften, so hieß der Fachbereich, dem auch die Osnabrücker Politologen und Soziologen zugeordnet waren, in den Wendejahren und kurz danach vier Professoren verstarben und es danach auch keine Studentenproteste an der Universität Osnabrück mehr gab. Es gab bei den Historikern und im Bereich der Literaturwissenschaft im Hintergrund zwar noch eine kleine Gruppe von Altstudenten, wohl aus Bremen, die, noch in der Tradition der 70er Jahre stehend, systematisch die Lehre gestört oder versucht hatten, tatsächlich Einfluss auf den Unterrichtsgegenstand und die Lektüren zu nehmen. Eine kleine Geschichte: Ich habe mal ein Proseminar zum Bauernkrieg gehabt, in dem diese Altstudenten auch hinten drinsaßen und einmal behaupteten, das wäre ja alles schön und gut, aber auch der Bauernkrieg sei in erster Linie mal ein sozialgeschichtliches Phänomen gewesen und – wie es in der marxistischen Geschichtsschreibung die geläufige Interpretationslinie war – somit eine „Frühbürgerliche Revolution“. Also sollte der Kurs doch bitte Themen der „Frühbürgerlichen Revolution“ und ihrer Rezeption besprechen, etwa Liedtexte von Hannes Wader[6] singen und interpretieren. Dann haben wir tatsächlich diese Lieder notgedrungen zwar nicht gesungen, aber immerhin ausführlich besprochen. Das war während der späten Regierungszeit von Ernst Albrecht.[7] Damals gab es eine starke linke Gegenkultur, und die war in Osnabrück – wie an anderen niedersächsischen Universitäten – sehr groß.

Michael Gehler: *Wie kamen Sie nach Tübingen?*

Matthias Asche: Ich habe nach meinem Magisterabschluss 1993 begonnen, bei Professor Schindling zu promovieren, und bekam dann 1994/95 einen Anruf aus Tübingen und wurde von ihm in ein griechisches Restaurant bestellt, ganz wie es sich als Zeichen der Geselligkeit in akademischen Kreisen gehört. Dort wurde mir dann eine Mitarbeiterstelle an der Universität Tübingen angeboten, worüber ich eine Nacht geschlafen und mich dann dafür entschieden habe. Ich hatte zuvor keinen Bezug zu Tübingen, kannte die Stadt auch gar nicht, ganz Schwaben war mir damals fremd gewesen. Dort habe ich dann 1997 promoviert, habe also im Ganzen vier Jahre für die Promotion benötigt, zwei Jahre davon in Osnabrück bei einem DFG-Graduiertenkolleg „Bildung in der Frühen Neuzeit“. Anschließend habe ich noch zwei Jahre auf der Mitarbeiterstelle verbracht, ehe ich im Anschluss direkt weiter gefördert wurde. Als promovierter Assistent habe ich mich dann in den sechs Jahren, die ich zur Verfügung hatte, habilitiert und 2003 schließlich eine sechsjährige Stelle als Hochschuldozent erhalten, die dann 2011 ausgelaufen ist. Nun bin

6 Hannes Wader (*1942) ist ein deutscher Musiker und Liedermacher. Als sozialkritischer Chansonnier wurde er bekannt und übte großen Einfluss auf die Studentenbewegung aus.

7 Ernst Albrecht (*1930; †2014) war ein deutscher Politiker der CDU. Er war von 1976 bis 1990 Ministerpräsident von Niedersachsen.

ich nochmal für drei Jahre akademischer Rat auf Zeit, immer noch am Lehrstuhl von Professor Schindling, wobei der sich nun bald in den Ruhestand verabschiedet. Somit läuft meine Stelle dann am 31. März 2014 aus.

Michael Gehler: *Sie waren auch einige Male Lehrstuhlvertreter in Jena.*

Matthias Asche: Professor Schindling wurde in Tübingen Nachfolger seines von ihm sehr geschätzten akademischen Lehrers und Freundes Volker Press[8]. Dieser hatte eine ganze Reihe von Schülern, u. a. auch Georg Schmidt,[9] der 1992 nach Jena berufen wurde und den ich dann dort vertreten durfte.

Andreas Schimmelpfennig: *Können Sie noch einmal etwas zu Wien und Rostock sagen? Ich habe das Gefühl, dass vor allem Rostock ein Gebiet ist, zu dem Sie sich wissenschaftlich sehr stark hingezogen fühlten.*

Matthias Asche: Zunächst einmal zu Wien. Ich war im Laufe meines Studiums in Osnabrück irgendwann an dem Punkt angekommen, an dem ich das Gefühl hatte, alles in Osnabrück zu kennen. Osnabrück ist eher eine kleinere Universität, ich hatte das Gefühl, alles dort schon irgendwie gehört zu haben, wollte vor dem Examen einfach noch einmal was anderes kennenlernen. Da ich keine Zeit unnötig verschwenden wollte, habe ich mich relativ problemlos in Wien eingeschrieben und war dort 1992 für ein Sommersemester. Das war eine ganz großartige Zeit, denn Wien war für mich eine tolle Erfahrung und ein großes Erlebnis. Zudem hat es mich im hohen Maße auch für ganz andere europäische Räume aufgeschlossen. Ich habe unter anderem bei Walter Leitsch,[10] vor allem aber bei Alfred Kohler[11] studiert, dann vormoderne Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bei Peter Feldbauer[12] besucht und eine sehr lebendige Vorlesung bei Lothar Höbelt[13] anlässlich des 500. Jubiläums der Entdeckung Amerikas gehört. Mir hat das Studium in Wien sehr gut gefallen, das Geschichtsstudium fand ich sehr interessant und anregend, das der Germanistik und Politik hat mir dort hingegen weniger zugesagt, diese Fächer hatte ich allerdings dort auch nicht so intensiv betrieben.

---

8 Volker Press (*1939; †1993) war ein deutscher Frühneuzeit-Historiker an den Universitäten Gießen und später Tübingen.

9 Georg Schmidt (*1951) ist ein emeritierter deutscher Historiker. Er war Inhaber des Lehrstuhls für Geschichte der Frühen Neuzeit am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

10 Walter Leitsch (*1926; †2010) war ein österreichischer Historiker und von 1965 bis 1996 ordentlicher Professor für Geschichte am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien.

11 Alfred Kohler (*1943) ist österreichischer Historiker und Universitätsprofessor für Neuere Geschichte an der Universität Wien.

12 Peter Feldbauer (*1945) ist ein österreichischer Historiker. Er war bis 2010 außerordentlicher Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien.

13 Lothar Höbelt (*1956) ist ein österreichischer Historiker und außerordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität Wien.

Nun war es so, dass ich danach mein Examen anmelden musste, womit wir bei der Rostock-Problematik wären: Weil ein erheblicher Teil meiner Vorfahren aus Mecklenburg kommt, war für mich klar, dass ich gerne die Chance der politischen Wende nutzen und dafür ein mecklenburgisches Frühneuzeit-Thema bearbeiten wollte. Zu dem Zeitpunkt hatte dann 1993 ein DFG-Graduiertenkolleg in Osnabrück eröffnet, das sozusagen die Keimzelle des heutigen Kulturgeschichtlichen Instituts in Osnabrück bildete. In diesem interdisziplinären Kolleg war gerade noch eine Stelle frei, die Professor Schindling mit mir für die Dissertation besetzten wollte. Ihm fielen dann ganz spontan drei Themen zum Bereich Bildung ein: 1. eine Analyse des Lehrprogramms der Universität Rostock – eine Studie zum Späthumanismus nach dem Vorbild seiner eigenen Doktorarbeit –, 2. eine Untersuchung des Elementarschulwesens in Mecklenburg oder 3. eine Analyse des Studentenprofils der Universität. Aus diesen Vorschlägen ist dann letztendlich eine Arbeit geworden, die auf Grundlage der Rostocker Universitätsmatrikeln steht, ohne in einer einfachen quantitativen Auszählung zu münden. Als ich die Dissertation dann 1997 einreichte, war aus dem zunächst eher spröden statistischen Rahmen eine Monographie über die Sozial- und Kulturgeschichte der Universität Rostock und ihrer Studenten im 16. bis 18. Jahrhundert geworden. Die Universitäts- und Studentengeschichte hat mich bis heute nicht losgelassen.

Von Professor Schindling wurde ich immer darauf hingewiesen, beziehungsweise dafür interessiert, dass es noch einen ostmitteleuropäischen Raum gibt und eben nicht nur England, Frankreich, die Niederlande und Spanien. Dieser ostmitteleuropäische Raum weist sehr spannende Strukturen auf und ist der Geschichte Deutschlands viel ähnlicher: Das Heilige Römische Reich steht zumindest bis in die Frühe Neuzeit verfassungs- und strukturgeschichtlich den Großreichen in Ostmitteleuropa näher als den frühen Nationalstaaten Westeuropas, also dem Polnisch-Litauischen Reich sowie den Ländern der Wenzels- und der Stephanskrone.[14] Seit meiner Dissertation habe ich mich immer wieder sehr intensiv mit der Geschichte des Ostseeraums beschäftigt. Dieses besondere Interesse für die baltischen Länder ist bis heute geblieben. Noch vor zehn Tagen war ich zum Beispiel bei einer Tagung und habe dort über Estland und Lettland – oder wie sie damals hießen: Livland[15] und Kurland[16] – gesprochen.

Dazu kommt, dass ich damals in Osnabrück noch als drittes Fach Germanistik auf Lehramt studiert habe, weil ich nämlich ursprünglich den Beruf des Archivars angestrebt hatte. Dafür sollte man damals ein Staatsexamen vorweisen. Germanistik habe ich vor allem bei Klaus Garber[17] studiert, der ein führender deutscher Barockforscher ist. Dadurch hat auch er ein besonderes Interesse für den ehemaligen deutschen Kulturraum im Osten Europas entwickelt. Folglich hat er auch viele Lehrveranstaltungen zu Schlesien, West-

14 Als Stephanskrone bezeichnet man die Königskrone des ehemaligen Königreiches Ungarn, als Wenzelskrone diejenige des Königreiches Böhmen.

15 Livland ist die Bezeichnung für einen historischen Raum im Baltikum, der Teile der heutigen Staaten Lettland und Estland umfasste.

16 Kurland ist neben Semgallen, Zentral-Livland und Lettgallen eine der vier historischen Landschaften Lettlands.

17 Klaus Garber (*1937) ist ein emeritierter Professor für neuere deutsche Literatur an der Universität Osnabrück.

preußen, Ostpreußen und den baltischen Ländern angeboten. So hat sich mein Interesse immer tiefer in den ostmittel- und nordosteuropäischen Raum hineinentwickelt, mehr als dies bei vielen meiner Frühneuzeitkolleginnen und -kollegen der Fall ist.

Durch die Beschäftigung mit der skandinavischen und baltischen Geschichte und der Auseinandersetzung mit der ungarischen – besser: ungarländischen – Geschichte (also unter Einschluss Kroatiens, der Slowakei, des Banats[18] und Siebenbürgens[19]) und auch der Rzeczpospolita[20] habe ich auch in vielfacher Weise Analogien zu den Entwicklungen im Heiligen Römischen Reich ziehen können. Mich haben auch immer die konfessionellen Verhältnisse in den ostmitteleuropäischen Großreichen Polen-Litauen, Ungarn und den böhmischen Ländern[21] interessiert. Der Adel hatte hier stets eine tragende Rolle, da er die Konfession bestimmt und damit auch auf die Untertanen eingewirkt hatte. Dies ist durchaus vergleichbar mit den Verhältnissen im Heiligen Römischen Reich, wo im Augsburger Religionsfrieden 1555 die konfessionelle Regelung „cuius regio, eius religio“[22] festgeschrieben wurde. Das war in Süd- und Westeuropa ganz anders, wo es starke, vom Anspruch her monokonfessionelle Staatswesen gab, mit zahlenmäßig deutlich geringeren Minderheiten.

Michael Gehler: *Ich würde Ihnen gerne eine Frage stellen, die den Bereich der Vermittlung von Geschichte betrifft: Sie haben erzählt, dass es während Ihrer Schulzeit die sogenannten „dark ages“ gab. Was halten sie generell von der Einteilung der vergangenen Zeit in Epochen wie Antike, Mittelalter, Neuzeit und Zeitgeschichte?*

Matthias Asche: Der Gedanke, die Geschichte in drei große Epochen einzuteilen, stammt zunächst von den Humanisten und ist somit schon sehr alt. Dennoch ist er bis heute an Universitäten als Lehrstuhlbezeichnung erhalten geblieben. Man muss aber dazu sagen, dass diese Epochengrenzen gerade in der jüngeren Zeit vielfach überwunden werden, indem man Begriffe wie Vormoderne und Moderne verwendet. Ich persönlich bevorzuge auch die Bezeichnung Vormoderne, weil mir das mehr Raum für Erklärungen von Prozessen und Strukturen nach vorne und hinten lässt.

In den Bereichen, mit denen ich mich schwerpunktmäßig beschäftige – Bildungsgeschichte, Konfessionsgeschichte, Migrationsgeschichte und Ähnliches –, nutzt die Epochengrenze um 1800 oft nicht viel. Das ist hier schwierig, und gesamteuropäisch betrach-

18 Das Banat ist eine historische Region in Ostmitteleuropa, die heute in den Staaten Rumänien, Serbien und Ungarn liegt.
19 Siebenbürgen ist eine historische Landschaft. Heute ist Siebenbürgen ein zentraler Teil Rumäniens.
20 Die Rzeczpospolita bezeichnet die gemeinsame Adelsrepublik Polen und Litauen in den Jahren 1569 bis 1795.
21 Die böhmischen Länder gliedern sich in die Teilgebiete Böhmen, Schlesien, Lausitz und Mähren. Sie liegen heute auf den Staatsgebieten Tschechiens beziehungsweise Deutschlands und Polens (Lausitzen).
22 „Cuius regio, eius religio” ist die lat. Interpretation der Regelung des Augsburger Religionsfriedens, wonach den Landesherren letztlich die Bestimmung der Konfession ihres Territoriums zustand. Diese Formel stammt vom Greifswalder Rechtsprofessor Joachim Stephani (*1544; †1623).

tet ist ohnehin die Epochengrenze um 1500 problematisch. Ich muss zugeben, dass ich immer mehr Gefallen an dem Begriff „Alteuropa“ finde, wie er etwa auch der „Zeitschrift für Historische Forschung“ zugrunde gelegt wird. Europa ist trotz aller inneren Vielfalt und signifikanten Merkmalen in bestimmten Gravitationsfeldern zu jeweils verschiedenen Phasen weniger geografisch als strukturgeschichtlich als Gesamtheit aufzufassen, die eine „alteuropäische“ Epoche von etwa 1350 bis ca. 1850 umfasst. Mir gefällt daran die Vorstellung des Prozesshaften, das der Idee einer „longue durée“ zugrunde liegt. Dass Zäsurjahre wie beispielsweise das Ende der Reconquista 1492[23] wichtige Stützen und Krücken für Epochenbezüge sind, ist unumstritten. Sie symbolisieren aber eher starre Ereignisse. Etwa der Begriff „Reformation“: Wenn man beispielsweise liest, hier in Hildesheim sei die Reformation offiziell 1542 eingeführt worden, bedeutete dies eben gerade nicht, dass diese sich zu diesem Zeitpunkt auch allgemein, und vor allem unumkehrbar, durchgesetzt hätte.

Ich habe gelernt, dass man Geschichte auch immer in Alternativen denken sollte und nicht bloß teleologisch vom Ende her: Wenn wir heute sagen, dass Schweden protestantisch ist, ist das für uns absolut selbstverständlich. Schweden hat eben eine protestantische Identität. Gehen wir jedoch zurück ins späte 16. Jahrhundert, erkennen wir, dass es eben keineswegs eine so zwangsläufige konfessionelle Entwicklung gegeben hatte. Damals gab es die Möglichkeit einer alternativen Entwicklung. Das Gleiche gilt auch für Polen: Hier war um 1600 ebenfalls noch nicht entschieden, dass es sich in einen weitgehend monokonfessionellen, katholischen Staat entwickeln würde. Ähnliches gilt auch für eine Vielzahl von Territorien und Städten im Heiligen Römischen Reich; nichts war zwangsläufig, die konfessionelle Entwicklung blieb eben oft offen.

Ich finde es wichtig, dass Geschichte als Prozess und möglichst vergleichend vermittelt wird. Das ist auch etwas, was ich bei meinem akademischen Lehrer Professor Schindling gelernt habe. Historische Ereignisse sollten niemals im luftleeren Raum erklärt werden, sondern immer in größere Zusammenhänge eingebettet werden. Gleichzeitig muss man bei der vergleichenden Arbeit aufpassen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden. Daher ist es besonders wichtig, beispielsweise die der Zeit entsprechenden Begrifflichkeiten zu verwenden und keine Anachronismen. Ich halte eine angemessene Terminologie in der Geschichtsvermittlung für sehr wichtig. Das ist auch etwas, was ich zuweilen bei der heute aktuellen kulturwissenschaftlichen Methodendiskussion hochproblematisch finde: Es werden schicke Begriffe generiert, die scheinbar auf historische Phänomene passen. Schaut man jedoch mal genauer hin, zeigt sich, dass nicht selten moderne Begriffe anachronistisch sind – nicht zuletzt, weil sie aus einem anderen Wissenschaftskontext als der Geschichtswissenschaft abgeleitet sind. Hier halte ich es lieber im Sinne von Reinhart Koselleck[24] mit dem „Vetorecht der Quellen“.

23 Reconquista ist die Bezeichnung für die Rückeroberung der Iberischen Halbinsel durch christliche Königreiche von den Arabern. Die gesamte Epoche der Reconquista ist durch Auseinandersetzungen zwischen dem christlichen und dem muslimischen Lager gekennzeichnet, sodass die Rückeroberung einen hohen symbolischen Stellenwert für die Christenheit darstellte.

24 Reinhart Koselleck (*1923; †2006) war ein Neuzeit-Historiker an der Universität Bielefeld, der sich unter anderen mit Begriffsgeschichte beschäftigte.

Andreas Schimmelpfennig: *Wenn Sie mehr Vergleiche fordern, habe ich das Gefühl, dass Sie sich sehr auf Mittel- und Osteuropa fokussieren. Wie kann es einem heutigen Historiker bei der Masse an Materialien gelingen, diesen Raum in dem Griff zu bekommen, zu vergleichen und bestenfalls auch noch mit dem westlichen Europa in Einklang bringen?*

Matthias Asche: Ich habe in Tübingen einen sechzehnsemestrigen Zyklus über die europäische Geschichte der Frühen Neuzeit – zwischen ca. 1415 und 1815 – gelesen. Dabei kamen Portugal und Island genauso vor wie Estland und selbstverständlich auch das Russische und Osmanische Reich mit der Staatenwelt rund um das Mittelmeer. Dabei habe ich mich immer wieder bemüht, die Strukturen, Prozesse und Ereignisse in den einzelnen Ländern und Räumen miteinander zu vergleichen sowie größere historische Bögen zu schlagen – zuweilen mit Bezügen bis in die Gegenwart.

Michael Gehler: *Wann ist für Sie als Student oder später als promovierter und habilitierter Dozent oder auch als Privatmensch Matthias Asche der Begriff Europa eine Kategorie geworden, die auch in Hinblick auf die europäische Einheit mehr als nur eine geographische Zone markiert?*

Matthias Asche: Sicherlich nicht als Kind. Ich muss sagen, dass mein erstes bewusst als politisch wahrgenommenes Ereignis die Entführung von Hanns Martin Schleyer 1977[25] war. Damals lag ich gerade im Krankenhaus und ich hatte einen Fernseher am Bett. Hier wurde ständig dieser offenbar geschundene und geschwächte Mann im Fernseher gezeigt. Ich fand das damals furchtbar, konnte dies natürlich als Achtjähriger noch nicht weiter reflektieren. Dies sind aber tatsächlich meine ersten bewussten politischen Eindrücke.

Europa als einen im doppelten Sinne erfahrbaren und durchfahrbaren Kontinent habe ich im Grunde erst als Student bewusst realisiert. Europa hatte ich zuvor eher beiläufig zur Kenntnis genommen. Ich empfand es als Gymnasiast und Student als sehr positiv, frei durch Europa zu reisen. Deswegen nahm ich dann auch den Vertrag von Maastricht bzw. zuvor bereits das Schengener Abkommen, als die Grenzen fielen, als eine große Errungenschaft wahr.

Auch 1989 spielte für mich eine entscheidende Rolle. Ich habe das Geschehen damals atemlos am Fernseher verfolgt und ärgere mich bis heute darüber, dass ich nicht spontan nach Berlin gefahren bin. Ich kam erst einen Monat später dorthin und bin dann aus Spaß zig Mal über die damals ja noch bestehende Grenze am Brandenburger Tor gelaufen. Jedes Mal habe ich mir einen Stempel geben lassen, bis der ganze Reisepass mit DDR-Stempeln voll war.

25 Die Entführung des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Hanns Martin Schleyer (*1915) am 5. September 1977 durch die linksextremistische, terroristische Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) und seine Ermordung am 18. Oktober 1977 waren die zentralen Ereignisse des sogenannten Deutschen Herbstes.

Michael Gehler: *Als Student haben Sie sich dann im Graduiertenkolleg auch mit Rostocker Studenten der Neuzeit beschäftigt. Die Studenten waren damals sehr mobil und haben an vielen Universitäten studiert. Waren sie die Pioniere des frühen Europas oder waren sie Angehörige von Nationen und eher in kleinstaatlichen Strukturen konditioniert?*

Matthias Asche: Hier war sicher die Reformation die entscheidende Zäsur, die das europäische Hochschulwesen des Mittelalters konfessionell segmentiert hat. Wir haben seither ein bi-, wenn nicht sogar tri- oder multikonfessionelles Universitätswesen in Europa. Wirklich tolerante Universitäten gab es damals mit Ausnahme ganz weniger Einrichtungen nicht. Die Wahl eines Studienortes war seit dem 16. Jahrhundert bis weit ins 18. und sogar 19. Jahrhundert konfessionell determiniert. Dennoch gab es immer so etwas wie einen *Erasmianismus* – eine übergeordnete „gelehrte“, verbindende, auf antike Ideale fußende Friedensbewegung der Vormoderne, die überkonfessionell war. Zudem gab es auch an den Universitäten Strukturen des Transkonfessionellen. Das wird darin sichtbar, dass ein gemeinsamer europäischer Bildungsraum entstand, mit Studenten und Gelehrten, die diesen Raum persönlich oder literarisch bereisten. Freilich war dies Phänomen einer „Gelehrtenrepublik“ ein schmales Oberschichtenphänomen, aber eben ein spezifisch gesamteuropäisches. Als Gelehrter nahm man auf literarischem Wege oder als Reisender sozusagen an einer gemeinsamen europäischen Kultur teil. Verbindlich war hier natürlich die lateinische Unterrichtsprache.

Michael Gehler: *Waren diese vormoderne Europäer? Kann man das so sagen?*

Matthias Asche: Ja, das kann man durchaus sagen. Die haben ja auch über Europa reflektiert. Damals ist um 1600/1700 während der Diskussion, wem die Meere gehören, das moderne Völkerrecht entstanden. Über diese Gelehrtendiskussionen entstanden auch überstaatliche, zunehmend verbindlichere Vorstellungen und Normen, die bis heute Grundbestandteil des europäischen Systems und der europäischen Geschichte sind.

Andreas Schimmelpfennig: *Stammt aus der Zeit auch die Grenze, die man immer noch zwischen Europa und dem Osten zieht? Russland, Ukraine, Weißrussland usw. liegen außerhalb, weil die damaligen Studenten aufgrund ihrer Konfession nicht an diese Universitäten wie beispielsweise in Wittenberg, Paris oder Bologna usw. kommen konnten?*

Matthias Asche: Ja, in der Tat. Es gibt in der Vormoderne durchaus eine Art kulturelle Grenze. Einerseits gab es eine Grenze gegenüber dem Islam; da bildete der Mittelmeerraum beziehungsweise die habsburgische Militärgrenze oder auch das Gebiet, was seit dem 19. Jahrhundert als Balkan bezeichnet wird, ebendiese Grenze. Andererseits gab es aber auch eine Grenze zum orthodoxen Kulturraum, das heißt zwischen dem lateinischen und dem griechisch-russischen Europa. Hier haben sich spezifische Dinge unterschiedlich entwickelt: Der orthodoxe Raum kannte weder Universitäten noch andere typische Strukturen wie die zentralistischen, von einer Person verfügten, religiösen Normen. Die ganze Bildungssituation war gegenüber der lateinischen Welt different. Das waren schon sehr unterschiedliche kulturelle Räume, und hier hat insbesondere das 18. Jahrhundert

und vor allem Zar Peter der Große[26] ganz erheblich dazu beigetragen, dass der orthodoxe Raum in einen stärkeren Kontakt mit dem lateinisch-europäischen Raum kam. Die Gründung der Stadt Sankt Petersburg im Jahre 1703 ist dafür besonders kennzeichnend und gilt nicht zu Unrecht als ein Symbol der Westöffnung Russlands. Wenn man sich heute Sankt Petersburg und die Altstadt von Moskau anschaut, merkt man schnell, dass diese Städte unterschiedlicher nicht sein könnten: Die orthodoxe Stadt Moskau mit Sitz des Patriarchen und dem Kreml einerseits, Sankt Petersburg, eine westeuropäische barocke Planstadt nach niederländischem oder französischem Vorbild andererseits. Russland hatte sich also im 18. Jahrhundert stärker gegenüber dem Westen geöffnet, was dazu führte, dass das Zarenreich in das System der europäischen Großmächte eingegliedert wurde. Die bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts entstandene Pentarchie[27] war sehr kennzeichnend für das politische System des 18. Jahrhunderts in Europa.

Mit der Öffnung Europas gegenüber dem Islam war das etwas schwieriger. Das Osmanische Reich war schließlich auf Grund bestimmter Verfasstheiten und Strukturen erstens nur begrenzt reformfähig, zweitens gab es ein starkes Selbstbewusstsein der Sultane, sodass es kein Gesandtschaftssystem gab, das sich wie im lateinischen Europa seit dem späten Mittelalter ausgebildet hatte. Dies hat dann auf lange Sicht betrachtet zu einem Informationsdefizit geführt. Ich würde behaupten, dass das Osmanische Reich wegen eben dieses Informationsdefizits im 18. Jahrhundert auch immer mehr in die Defensive geraten war. Erst im ausgehenden 18. Jahrhundert, zur Zeit der Französischen Revolution, wurde dort begonnen, ein systematisches Gesandtschaftswesen aufzubauen.

Michael Gehler: *Was unterscheidet das alte Europa von dem neuen Europa?*

Matthias Asche: Der Alteuropa-Begriff beschreibt ein Transformationsphänomen, wo vieles noch „mittelalterlich“ war, aber schon in die Moderne hinweist. In diesen fünf Jahrhunderten zwischen ca. 1350 und 1850 vollzogen sich ganz viele Transformationsprozesse im Sinne einer Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen. Während auf der einen Seite noch Hexen verfolgt wurden, gab es auf der anderen Seite schon Diskurse über Menschenrechte in den europäischen Kolonien. In dieser Übergangsphase – der Transformationszeit Alteuropas – geschahen so viele Dinge gleichzeitig und durchaus auch sehr unterschiedlich. Das macht diese Epoche auch so spannend. Wenn also beispielsweise schon in den ersten Kirchenordnungen festgehalten wurde, dass Schule abgehalten werden sollte, heißt das noch lange nicht, dass die Kinder im 16. Jahrhundert alle zur Schule gingen. Die große Alphabetisierung begann in – zumindest im protestantischen – Deutschland erst im Zuge des Pietismus[28] im 18. Jahrhundert. Dennoch dauerte es bis

26 Peter der Große (*1672; †1725) war von 1682 bis 1721 Zar und Großfürst von Russland und von 1721 bis 1725 der erste Kaiser des Russischen Reichs.

27 Pentarchie ist der griechische Begriff für Fünfherrschaft und bezeichnet das bewegliche, mehrpolige System internationaler Beziehungen in Europa, das vom Ende des 18. Jahrhunderts an und besonders im 19. Jahrhundert von der Dominanz von eigentlich fünf Großmächten geprägt war: Frankreich, Österreich, Großbritannien, Russland und Preußen.

28 Der Pietismus ist eine Frömmigkeitsbewegung innerhalb des Protestantismus. Verbunden mit der Bemühung um einen individualisierten Zugang zu Gott, hatte der Pietismus stets auch einen praktischen Bezug, etwa hinsichtlich der Förderung von Bildung.

weit ins 19. Jahrhundert hinein, bis überhaupt wenigstens die Mehrheit der Deutschen des Schreibens und Lesens kundig war. Dies waren also langfristige Prozesse, die sich zum Teil widersprachen und vor allen Dingen ergebnisoffen blieben. Aus diesem Grund tue ich mich auch schwer damit, bestimmte Ereignisse als „fortschrittlich“ zu betiteln. Ich denke, dass Fortschritt immer an irgendetwas gemessen werden muss, und wenn ein Historiker diese Bezeichnung verwendet, misst er die Geschehnisse meistens an seiner eigenen Zeit, der Gegenwart.

Michael Gehler: *Wo Sie gerade das Thema Fortschritt ansprechen: Welche Rolle spielen Modernisierungstheorien, Krisentheorien oder überhaupt Theorien bei Ihrem geschichtlichen Forschen und Schreiben? Oder halten Sie davon eher weniger und arbeiten mehr mit Quellen und Material? Wie sieht das Mischungsverhältnis zwischen Quellenorientierung und Theoriebindung bei Ihrer Arbeit aus?*

Matthias Asche: Mein Verständnis von Theorie und Methode einerseits und der Annäherung an ein historisches Phänomen andererseits ist klar geordnet. Ich bin der Meinung, am Anfang einer Forschung kann keine Theorie oder Methode stehen, sondern zunächst einmal eine genuin historische Fragestellung, der sich mit stets kritischer Anfrage an die vorhandenen Quellen angenähert wird. Am Ende kann und sollte auch bei einem Fazit durchaus gefragt werden, ob es weitergehende Deutungsmöglichkeiten geben könnte. Hierbei sind moderne sozial- oder kulturwissenschaftliche Theorien zweifellos sinnvoll, nützlich und anregend. Aber am Anfang einer jeden historischen Fragestellung stehen die Quellen, nicht irgendwelche Methoden oder Theorien. Moderne Theorien können sehr wohl den eigenen fachbezogenen Horizont öffnen. Aber man sollte sich stets bewusst sein, dass viele herangezogene Theorien nicht aus der Feder von Historikerinnen und Historikern, sondern aus anderen Fachkontexten stammen, etwa der Kulturwissenschaft oder der Anthropologie.

Um es noch deutlicher zu machen: Wenn man am Anfang mit einer Theorie oder Methode an ein historisches Phänomen herangeht, gerät man leicht in Gefahr, selektiv Quellen zusammenzusuchen, die diese Theorie belegen, verwerfen oder eben modifizieren. Mit dieser Praxis wären wir strenggenommen wieder in einer Zeit vor Ranke.[29] Damals stand nämlich das Interpretationsergebnis der Forschung schon zu Beginn fest. Dabei war gerade das Verdienst der damaligen Positivisten unter den Historikern wie Ranke, zunächst möglichst viele, auch verschiedene Quellen sprechen zu lassen. Hier standen an erster Stelle die Fakten, ohne Quellenkorpora auszugrenzen, nur, weil sie nicht in das erwünschte Ergebnis passten.

Sehr kritisch sehe ich aus diesem Grund auch, dass es zunehmend verbreitet ist, eine historikerfremde Sprache zu benutzen, die außerhalb der Universität in der Form nicht kommunizierbar ist, geschweige denn auch verstanden wird. Deswegen habe ich für mich persönlich ein Anliegen für meine Forschung formuliert: Ich meine, dass wir Geisteswissenschaftler durch den Staat mit viel Geld finanziert werden, und ich denke, dass die Gesellschaft nicht zuletzt deshalb auch ein Recht darauf hat, zu erfahren, was wir überhaupt

29 Leopold von Ranke (*1795; †1886), war ein deutscher Historiker und Historiograph des preußischen Staates.

so treiben. Vieles von dem, was wir beforschen, erscheint gesellschaftlich wenig nützlich zu sein; vieles scheint mir auch bloßes Privatvergnügen von einigen wenigen Historikerinnen und Historikern zu sein. Ich ärgere mich schon, wenn die Geschichtswissenschaft heute nicht zu den sogenannten „Lebenswissenschaften" gezählt wird – betreiben wir etwa tote Wissenschaft? Das wäre ja furchtbar, und wir wären ganz irrelevant.

Ich bin jedenfalls ganz explizit der Meinung, dass Historikerinnen und Historiker der Gesellschaft etwas zurückgeben müssen. Deswegen findet ein nicht geringer Teil meiner Vorträge eben nicht nur auf genuin wissenschaftlichen Fachkonferenzen, sondern auch bei Geschichts- und Heimatkundevereinen und Ähnlichem statt. Ich gehe mal davon aus, dass auch heute Abend viele historisch interessierte Laien aus Hildesheim und Umgebung zuhören werden. Ich habe in der Regel ein sehr dankbares Publikum, nicht, weil ich es mir damit leicht mache, sondern weil ich selbst wiederum auch etwas dazulernen kann, nämlich wenn Nachfragen aus dem Publikum kommen. Dies mögen vielleicht ganz grundlegende Sachfragen sein, anhand derer ich aber merke, dass ich nicht elementar genug erklärt habe. Von nicht wenigen Kolleginnen und Kollegen höre ich, Vorträge vor historisch interessierten Laien seien wie Perlen vor die Säue zu werfen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass dies unsere einzige Legitimation als Historiker ist, die wir neben der Lehrerausbildung haben. Wir müssen der Gesellschaft etwas zurückgeben. Dann steigt auch die Akzeptanz unseres Faches wieder, und vielleicht fließt dann auch irgendwann wieder mehr Geld zugunsten der Geisteswissenschaften. Eigentlich sind wir im Vergleich zu den Naturwissenschaften ja gar nicht so teuer.

Michael Gehler: *Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie sprechen mir wirklich bei allem aus der Seele, vor allem in Hinblick auf Ihre letzten Ausführungen. Darf ich Ihnen noch eine letzte Frage stellen? Wie ordnen Sie das Thema Kirche als transnationales Phänomen in diesen größeren Kontext ein? Ist mittelalterliche Geschichte, neuzeitliche Geschichte und Zeitgeschichte überhaupt ohne Konfessionsgeschichte denkbar?*

Matthias Asche: Man kann mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte ohne Kirchen- und Konfessionsgeschichte gar nicht denken. Es ist auch ein wesentlicher Bestandteil meines Vortrages später hervorzuheben, dass die Frühe Neuzeit oder auch die Vormoderne generell nicht ohne religiöse bzw. konfessionelle Kodierung angemessen gedeutet werden kann. Es fehlt sehr oft an religiösem Wissen. Worin unterscheidet sich ein Lutheraner von einem Calvinisten? Worin unterscheidet sich ein Herrnhuter[30] von einem Antitrinitarier[31]? Wie muss man das einordnen, wenn Täufer den Wehrdienst oder Eide verweigern? Was sagt das eigentlich über ihr Verhältnis zum Staat aus? Auch wegen der zunehmend verbreiteten Nichtkenntnis religiösen Wissens in der heutigen Zeit bin ich ein begeisterter Verfechter interdisziplinärer Forschung. Ich halte es für sehr wichtig, mit

30 Die Herrnhuter Brüdergemeine ist eine evangelische Denomination in täuferischer Tradition, die auch heute noch tätige Missionsarbeit weltweit betreibt.

31 Antitrinitarier, auch Sozianer oder Unitarier genannt, sind Christen, die – entgegen der großen katholischen und evangelischen Kirchen – nach ihrem Gottesverständnis das Dogma der Dreifaltigkeit Gottes, das auf dem Konzil von Nicäa (325) verabschiedet wurde, nicht anerkennen oder als Irrlehre zurückweisen.

möglichst vielen verschiedenen Wissenschaften in Kontakt zu treten. Schon seit meinem Studium in Osnabrück habe ich dies als ausgesprochen bereichernd empfunden, mich mit Vertretern der Kirchengeschichte, aber auch der Literatur-, Musik-, Rechts-, Medizin- und Pädagogikgeschichte auszutauschen. Aus demselben Grund lehne ich auch eine Zusammenarbeit mit Soziologen, Kulturwissenschaftlern oder Ethnologen keineswegs ab – ganz im Gegenteil. Man sollte sich nur nicht ohne Not einer fremden Fächerkultur unterwerfen – schon gar nicht bezogen auf eine wissenschaftliche Terminologie.

Michael Gehler: *Herr Asche, vielen Dank für das faszinierende Gespräch und auch Ihnen, Herr Schimmelpfennig, für die Begleitung und Führung des Gesprächs.*

Interview mit „Radio Tonkuhle“

Thomas Muntschik: *Im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim sprach der Kollege Matthias Asche von der Eberhard Karls Universität Tübingen zum Thema „Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas.“ Herr Asche, was versteht man eigentlich genau unter dem Begriff Alteuropa im Vergleich zum neuen Europa?*

Matthias Asche: Der Begriff „Alteuropa“ umfasst einen Zeitraum von ungefähr 1350 bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. In dieser Zeit war noch vieles „mittelalterlich“ geprägt, aber es wurden Strukturen und Prozesse sichtbar, die das Potenzial hatten, langfristige Entwicklungen vorzubereiten, und auch ergebnisoffen waren. Dies betraf viele Dinge, die heute scheinbar selbstverständlich sind, wie beispielsweise, dass Schweden heute ein protestantisches Land ist. Das war so am Ende des 16. Jahrhunderts keineswegs ausgemacht, denn es gab starke Kräfte zugunsten einer Rekatholisierung, insbesondere seitens der Krone. Genauso wenig selbstverständlich ist, dass Polen heute ein katholisches Land ist. Diese Tatsache hat eine ganz eigene konfessionelle Dynamik gehabt, die um 1600 so noch nicht abzusehen war. Der polnische Katholizismus entwickelte sich maßgeblich in der Frontstellung zum Osmanischen und zum Russischen Reich

Thomas Muntschik: *Sie sprechen auch vom christlichen Europa des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Wie christlich war dieses Europa damals eigentlich?*

Matthias Asche: Ich habe in meinem Vortrag versucht, deutlich zu machen, dass die Menschen in der Vormoderne schon enorm religiös geprägt waren. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass die Lebenszusammenhänge vom religiösen Festkalender geprägt waren oder die Menschen gemäß bestimmter Konfessionsgrenzen geheiratet haben. Auch politische Allianzen wie Militärbündnisse wurden zumindest bis weit ins 17. Jahrhundert hinein noch entlang dieser konfessionellen Grenzen geschlossen. Ein Zusammenschluss von Islam und Christentum war damals undenkbar. In wenigen Ausnahmefällen gab es dies zwar schon, jedoch hatten solche Konstellationen stets den Ruf, mit dem „Erbfeind

des Christentums“ zu paktieren. Diesen hatte man damals als christlicher Herrscher eigentlich zu bekämpfen.

Im mittelalterlichen Europa gab es drei religiös-kulturelle Räume: Das lateinische Europa, das strukturell und dogmatisch auf das päpstliche Rom bezogen war und durch den katholischen Glauben geprägt war; das orthodoxe Europa (die Grenzen verlaufen hier quer durch das Polnisch-Litauische Großreich und das, was wir seit dem 19. Jahrhundert als Balkan bezeichnen) mit einem großen Zentrum in Konstantinopel und einem zweiten in Moskau. Und schließlich gab es an den Rändern Europas auch einen sehr präsenten und expansiven Islam. Im Mittelalter liegt dieser bis 1492 noch schwerpunktmäßig auf der Iberischen Halbinsel, erstreckte sich nach der Reconquista jedoch vor allem in den Gebieten jenseits der Donau und der Save. Das Europa der Vormoderne speiste sich also aus dem Gemisch dieser drei Kulturräume, die keineswegs immer friedlich waren, aber eben auch nicht immer in Konflikten zueinander standen.

Thomas Muntschik: *Sie sprechen hier von verschiedenen Räumen. Europa war multikulturell und auch multikonfessionell. Sie haben bereits das daraus resultierende Konfliktpotenzial angesprochen. Doch wie kam es denn zu friedlichen Zusammenschlüssen und Ereignissen wie beispielsweise dem Augsburger Religionsfrieden[32]? Wie hat man damals versucht, dieses Konfrontations- und Konfliktpotenzial in friedliche und geregelte Bahnen zu lenken?*

Matthias Asche: Das ist wieder eng mit der bereits angesprochenen Ergebnisoffenheit verknüpft. Auf der einen Seite gab es natürlich eine theologisch-religiöse beziehungsweise dogmatisch-religiöse Wahrheit, in der sich Katholiken und Protestanten und ebenso auch die Orthodoxen voneinander unterschieden. Auf der anderen Seite war auch ein wesentlicher Bestandteil des moderner werdenden Europas, dass man davon abstrahieren konnte. So folgten auf Zeiten starker Konflikte, die von den Zeitgenossen durchaus auch als Katastrophen wahrgenommen wurden, – unter Ausklammerung der theologischen Wahrheitsfrage – säkulare Verrechtlichungsprozesse. Der von Ihnen angesprochene Augsburger Religionsfrieden war eine solche Kompromisslösung, bei der es eben nicht mehr darum ging, ob die Protestanten oder die Katholiken in dogmatischer Hinsicht Recht hatten. Die entstandenen Konflikte wurden durch eine säkulare Instanz in Form von Religionsregelungen und Reichsgerichten gelöst und damit vorübergehend entschärft. Damit entstand freilich noch keine aktive Toleranz im modernen Sinne. Die Menschen hatten dadurch immer noch kaum ein Verständnis für den Fremdkonfessionellen entwickelt, aber es entstand zumindest eine gewisse Rechtssicherheit. Langfristig sollte sich auf diesem säkularen Weg dann auch ein Staat entwickeln, dessen Souveräne über den Konfessionen standen, wie etwa im Ergebnis der Französischen Revolution. Entweder war der Souverän überkonfessionell, oder Staat und Kirche wurden getrennt. Diese Entwicklung im 19. Jahrhundert wurde also bereits sehr viel früher im Religionsfrieden des 16. Jahrhunderts vorbereitet. Es gibt zu der Zeit – im 16. und 17. Jahrhundert – auch Religionsfrieden, die zwischen europäischen Staaten geschlossen wurden. Somit

32 Als Augsburger Religionsfrieden wird ein Fundamentalgesetz des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation aus dem Jahr 1555 bezeichnet, das fortan bikonfessionell verfasst war.

wurden also konfessionelle säkulare Friedensverträge instrumentalisiert, um Konflikte zu beseitigen oder zumindest beherrschbar zu machen.

Thomas Muntschik: *Sie haben herausgearbeitet, dass das vormoderne Europa nicht nur christlich, sondern auch sehr multikonfessionell war. Dennoch spielt die Frage des christlichen Abendlandes in der ideengeschichtlichen Entwicklung des modernen Europas von der Frühen Neuzeit bis in die Zeitgeschichte eine große Rolle. Wir haben jüngst Diskussionen über die Identität der Europäer und der Europäischen Union geführt. In der Präambel des Lissabon-Vertrags*[33] *wird beispielsweise das geistig-kulturelle Erbe unserer jüdisch-christlichen Wurzeln wiedergefunden. Wie sehen Sie eigentlich den Zusammenhang zwischen der Europäischen Union heute und der – wie sie es nennen – religiösen Grundierung Alteuropas? Braucht die Europäische Union von heute diese Grundierung noch oder ist sie in dem zunehmend säkularen Europa zweitrangig?*

Matthias Asche: Neben der religiösen Grundierung Europas gab es natürlich auch immer säkulare Europaideen. Dazu gehört natürlich auch das antike Europaverständnis. In der Antike gab es eine sehr begrenzte Weltsicht auf drei Kontinente: Europa, Asien und Afrika. Dieses antike Erbe wurde im Übergang vom Mittelalter zur Frühneuzeit weiter angereichert, etwa durch die Humanisten, aber auch durch Transferleistungen kultureller Agenten, wozu wir genauso die Juden wie auch die Mauren[34] in Spanien oder auch osmanische Gesandte an europäischen Höfen zählen müssen, wurde ein säkulares Europabild transportiert. Sie sehen das beispielsweise gerade ganz aktuell an der Diskussion um die Frage, ob Troja die Wiege Europas gewesen sei oder nicht. Das ist eine Diskussion, die zunächst scheinbar ein gewisses Maß an wissenschaftlicher Expertise erfordert, die wiederum sehr schnell zu einem generalisierenden Europa-kulturellen Thema geworden ist. Troja liegt bekanntlich in der heutigen Türkei, sodass sich vielmehr die Frage stellt, ob Europa sich aus dem heutigen türkischen Troja heraus entwickelt hatte oder aus dem antiken Griechenland. Das sind alles Dinge, die bis heute noch Brisanz haben und mit denen auch heute noch Politik betrieben wird. Ich denke, dass sich hier weniger die Frage nach der Religion stellt, sondern vielmehr nach Kulturkreisen insgesamt.

Thomas Muntschik: *Das war Herr Matthias Asche von der Eberhard Karls Universität Tübingen, der am vergangenen Montag im Rahmen der Vorlesungsreihe „Europagespräche“ des Instituts für Geschichte der Universität Hildesheim zu dem Thema „Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas“ gesprochen hat. Herzlichen Dank.*

33 Der Vertrag von Lissabon von 2007 ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den damals 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft und einer Europäischen Atomgemeinschaft. Er trat 2009 in Kraft.

34 Als Mauren werden all jene in Nordafrika lebenden Stämme verstanden, die vom 7. bis ins 10. Jahrhundert von den Arabern islamisiert wurden und diese bei ihrer Eroberung der Iberischen Halbinsel als kämpfende Truppe unterstützten.

Stefan Ehrenpreis

Die Wahrnehmung der Verschiedenheit Europas

Zum Referenten:

geboren 23.2.1961 in Köln; Studium der Geschichte, Sozialwissenschaften und Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum; 1988/89: Studienaufenthalt an der Universität Wien; 1991: 1. Staatsexamen für das Lehramt (Ruhr-Universität-Bochum); 1998: Promotion zum Dr. phil. am Institut für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum mit einer Dissertation über Kaiser Rudolf II. (1576–1612); wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Neuere Geschichte der Bayerischen Ludwig-Maximilians-Universität München; 1998–2005: Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (Lehrstuhl Prof. Heinz Schilling) Habilitation dort zur Vergleichenden Bildungsgeschichte Europas im 17. und 18. Jahrhundert; März-August 2007: Lehrstuhlvertretung zur Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Bielefeld; 2008–2011: Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit an der Bayerischen Ludwig-Maximilians-Universität München; Oktober 2012–März 2013: Guest Scientist für Geschichte der Neuzeit an der Leopold-Franzens-Univ. Innsbruck; April-September 2013: Lehrbeauftragter für Geschichte der Neuzeit an der Universität Fribourg; seit 1.3.2014: Univ.-Prof. für Geschichte der Neuzeit an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck.

Veröffentlichungen: „Wir sind mit blutigen Köpfen davongelaufen...“ Lokale Konfessionskonflikte im Herzogtum Berg 1550–1700, Bochum 1993; gem. mit Ute Lotz-Heumann, Reformation und Konfessionelles Zeitalter (Kontroversen um die Geschichte),

Darmstadt 2002 (dritte Auflage im Druck); Kaiserliche Gerichtsbarkeit und Konfessionskonflikt. Der Reichshofrat unter Rudolf II. 1576–1612 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 72), Göttingen 2006; Kulturen der Alphabetisierung. Erziehungsdiskurs und Elementarschulwesen im Alten Reich, in der Niederländischen Republik und England 1600–1750. Habilitationsschrift an der Phil. Fak. I der Humboldt-Universität zu Berlin, Februar 2007 (erscheint Oldenbourg Verlag München); gem. mit Matthias Pohlig, Ute Lotz-Heumann, Heike Bock, Vera Isaiasz und Ruth Schilling, Säkularisierungen im frühneuzeitlichen Europa. Methodische Probleme und empirische Fallstudien, Berlin 2008 (ZHF-Beih. 41); gem. mit Heinz Schilling, Die Stadt in der Frühen Neuzeit (Enzyklopädie deutscher Geschichte 24), Berlin 2015.

Zum Vortrag:

Eingeleitet wurde der Vortrag mit Grußworten von Professor Michael Gehler, in denen Professor Ehrenpreis vorgestellt wurde.

Professor Ehrenpreis begann seinen Vortrag mit der Feststellung, dass die Diversifizierung der Bilder Europas auch direkt mit der Zunahme der Mobilität zusammenhängt. Er gab zunächst einen kurzen Ausblick auf die Themen seiner Präsentation und beschrieb, dass es im Zusammenhang mit unterschiedlichen Europa-Bildern zahlreiche Stereotypen gab und gibt, die viel älter sind, als man gemeinhin annimmt, und die nach wie vor in den Köpfen der Menschen verhaftet sind. Er erwähnte, dass zahlreiche Stereotypen auch Einfluss auf die politische Situation innerhalb der Europäischen Union haben und diese sogar prägen.

Die Frage woher diese stammen, was diese sind und wie sie das Europabewusstsein prägten, stellen die Hauptfragen seines Vortrages dar.

Ehrenpreis erwähnte, dass bestimmte Themen immer wieder in Diskussionen zum Thema Unterschiede in Europa zu beobachten sind. Als diese nennt er:

1. Ökonomische Strukturen
2. die Frage nach der Rolle des Staates (diese ist innerhalb der Europäischen Union sehr unterschiedlich)
3. Konfessionelle Unterschiede (diese erwiesen sich als sehr langanhaltend; Formen der Unterschiede zwischen Katholizismus und Protestantismus sind immer noch präsent – hier nannte er Stimmen in der britischen Presse, die im Zuge der Brexit-Debatte von einem katholischen und einem protestantischen Euro sprachen)
4. Unterschiedliche mentalitätsprägende Bilder wie Familienbilder, Geschlechterrollen

Stellt man sich nun die Frage, wie sich diese Stereotypen entwickelt haben, muss man laut Ehrenpreis weit in die Geschichte des Mittelalters zurückgehen. Dabei spielen auch unterschiedliche Quellen jener Zeit eine Rolle, wie Karten, Reiseberichte, Landes- und Europabeschreibungen, Periodika.

Im Rahmen der Analyse und Verfassung von Beziehungsgeschichten kann dieser Frage auf den Grund gegangen werden. Dabei werden Beziehungen analysiert und Fragen gestellt, wie „wie sahen Menschen ihre Nachbarn in anderen Ländern?“. Ehrenpreis

erwähnte, dass sich Historikerinnen und Historiker zunehmend der Erforschung dieser beziehungsgeschichtlichen Fragen des europäischen Geschichtsbildes widmeten und die wissenschaftliche Literatur zum Thema kontinuierlich wächst.

In einem nächsten Schritt gab Ehrenpreis ausführliche, weiterführende Informationen zu jenen Quellentypen, die für eine beziehungsgeschichtliche Analyse europäischer Geschichtsbilder in Frage kommen. Er erwähnte, dass kartographische Darstellungen ab dem 16. Jahrhundert immer genauer und diverser wurden. Kartographische Darstellungen waren zunächst eher auf symbolische Darstellungen beschränkt. Es kam dann aber zunehmend zur Darstellung von realer Geographie. Interessant war laut Ehrenpreis auch der Umstand, dass Nationen und Grenzen generell in kartographischen Darstellungen ab der Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend betont werden. Ähnliches galt auch für Darstellungen von Städten und vor allem Metropolen. Ehrenpreis erwähnte, dass Karten zu den wohl wichtigsten Quellen für Europadarstellungen in der Frühen Neuzeit gehören, da man darauf sowohl Religions-, als auch Kulturdarstellungen, Grenzen, Städte und Nationen findet.

Weitere wichtige Quellen für Europabilder in der Frühen Neuzeit waren die zunehmenden kolonialen Reiseberichte, die ausgelöst wurden durch ein gestiegenes Interesse an peripheren Regionen. In diesem Zusammenhang erwähnte Ehrenpreis kaiserliche Gesandte, die weite Reisen im Dienst der Krone unternahmen und zahlreiche Berichte über fremde Kulturen anfertigten.

Eine weitere Quelle waren Bilder, auf denen auch häufig kulturelle Unterschiede und Gegensätze dargestellt wurden. Als interessantes Beispiel nannte Ehrenpreis die so genannte „Steirische Völkertafel“, welche die verschiedenen Nationen Europas in unterschiedlicher Tracht zeigt. Hier zeigten sich laut Ehrenpreis bereits zahlreiche Stereotypen von Bewohnern der unterschiedlichen Regionen Europas.

In einem nächsten Schritt fragte Ehrenpreis aber auch nach der Wahrnehmung von europäischen Gemeinsamkeiten. Dies dürfte mit der Abgrenzung gegenüber den Osmanen begonnen haben, als zunehmend ein christliches Abendland im Gegensatz zum islamischen Morgenland dargestellt wurde. Weitere gemeinsame frühe Ideen waren das Konzept der „European Balance of Power“, das von Philippe (1477–1511) de Commynes entwickelt wurde. Dieses besagte, dass sich die europäischen Mächte die Waage halten müssen, um Frieden garantieren zu können. Ebenso nannte Ehrenpreis die Idee der europäischen Fürstenversammlung.

Eine bedeutende Rolle in der Entstehung einer gemeinsamen europäischen Identität spielte laut Ehrenpreis aber auch der militärische Widerstand gegen das Osmanische Reich. Die „Solidarität“ mit den Habsburgern beschränkte sich jedoch stärker auf Zentraleuropa. Erst im 18. Jahrhundert kam es zu einer europaweiten Propaganda zur Befreiung der Christen am Balkan. Diese flackerte im 19. Jahrhundert schließlich noch einmal auf, als die Frage der christlichen Stätten in Jerusalem europaweit diskutiert wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Herausbildung von Europa-Identitäten war laut Ehrenpreis der Spanische Erbfolgekrieg. Ehrenpreis gab in weiterer Folge Einblicke in ein Forschungsprojekt, in dem unterschiedliche Kriegskorrespondenzen analysiert wurden. Hierbei wurden verschiedene gemeinsame Werte ausfindig gemacht, die allen Autoren der Allianz gemein waren. Ehrenpreis zählte dazu:

1. das Gleichgewicht der Mächte
2. die Partizipation aller Gewalten muss gesichert sein
3. das Eigentum als soziale Sicherheit

Zu diesen drei Faktoren, die schon während des Spanischen Erbfolgekrieges identifiziert werden konnten, kamen im Verlauf des 18. Jahrhunderts noch zwei weitere, mit denen sich viele Europäer identifizieren konnten:

1. die Menschenrechte
2. die Religionstoleranz

Generell stellte Ehrenpreis fest, dass eine Sprache, die bestimmte Werte wie „Freiheit" betonte, sich immer stärker durchsetzen konnte.

Im letzten Teil seines Vortrages widmete sich Ehrenpreis der Frage, wie die unterschiedlichen Stereotypen Europas im 20. Jahrhundert unter Intellektuellen diskutiert wurden. Als Beispiel dafür nannte er den deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985). Dieser hatte eine Theorie zur Spaltung Europas entwickelt, aufbauend auf der Grundthese, dass es in Europa seit dem 17. Jahrhundert zu einer Teilung in westeuropäische Seefahrtsimperien und kontinentaleuropäische Landimperien kam. Diese Teilung hatte für Europa elementare Folgen: Seefahrtsimperien begannen, vermehrten Wert auf den Ausbau des Handels zu legen, die Landimperien hingegen fokussierten auf Grundbesitz und die Produktion von Lebensmitteln. In weiterer Folge entwickelten sich daraus politisch zwei verschiedene Richtungen (bürgerliche Parlamente vs. ständische Vertretungen).

Mit dieser Teilung Europas rechtfertigte Schmitt sogar die Bündnispolitik des Zweiten Weltkriegs – und dies auch noch in den 1950er Jahren. Trotz seines beruflichen Abstiegs nach 1945 fanden Schmitts Ideen aber noch großen Anklang. Ehrenpreis berichtete, dass Schmitts Überlegungen unter anderem von Ingomar Bog, Hans-Ulrich Wehler sowie – ganz aktuell – auch wieder in der Brexit-Debatte verwendet wurden.

Ebenso fanden seine Ideen Eingang in den von Alexander Dugin geprägten Eurasia-Diskurs, der besagt, dass Europa aufgrund seiner Unterschiede nicht zusammenpassen kann.

Herr Gehler eröffnete eine anschließende Diskussionsrunde mit einigen reflektierenden Denkanstößen, indem er zu bedenken gab, dass „Sicherheit" einen möglichen weiteren Faktor in der Bildung europäischer Identitäten darstellte. Ebenso fragte er sich, wie die europäische „Balance of Powers" nach dem Brexit aussehen werde.

Auszüge aus der Diskussion

Die anschließenden Fragen des Publikums wurden in drei Blöcken zusammengefasst, in denen zunächst Fragen gesammelt und anschließend von Herrn Ehrenpreis beantwortet wurden.

Publikationsfragen (Block 1):

a) *Wie war die Industrialisierung in diesem Kontext zu erklären? Diese begann ja zunächst in Großbritannien und verschob sich dann nach Osteuropa.*
b) *Was kann man tun, um Klischees abzubauen?*
c) *Stichwort Sicherheit – Warum tut sich Europa so schwer, eine gemeinsame Armee aufzubauen?*

Stefan Ehrenpreis (Block 1):

a) Die Industrialisierung entspricht diesem Modell der Teilung nur zu Beginn, im frühen 19. Jahrhundert. Es gab hier aber auch schon Ausnahmen, wie die Schweiz, die keinen Zugang zum Meer hatte und sich schon sehr früh industrialisierte. Ab dem späten 19. Jahrhundert gab es dann schon keine wirklichen Unterschiede mehr zwischen Land- und Seeimperium.
b) Um Klischees entgegenzuwirken, ist Aufklärung am effektivsten. Hier sollte man erklären, wo diese herrühren und was einmal dahinterstand.
c) Hier spielen unterschiedliche Traditionen der Wehrhaftigkeit eine große Rolle. Großbritannien und Frankreich verfügen über koloniale Traditionen, hier spielt der militärische Einfluss eine größere Rolle. Teilweise herrscht hier im Denken auch noch eine gewisse Konkurrenz vor. In Deutschland hingegen besteht heute eine gänzlich andere Situation. In der Bevölkerung gibt es dort nur eine geringe Bereitschaft, sich militärisch zu engagieren. Es kommt also nur sehr selten zu einer gemeinsamen Identifikation im Bereich der Verteidigungspolitik.

Publikationsfragen (Block 2):

a) *Stereotypen sind eine Wahrnehmungskategorie und somit weder positiv noch negativ. Sie können auch notwendig sein. Wie kann man damit produktiv umgehen?*
b) *Die Beschreibung des europäischen Abwehrkampfes gegen die Türken erscheint oftmals als positiver Einigungsmoment. Wie stehen Sie dazu?*
c) *Welche Rolle spielen Biographien als Quellen für frühneuzeitliche Beziehungsgeschichten?*

Stefan Ehrenpreis (Block 2):

a) Die Forschungsdiskussion zu Stereotypen ist noch lange nicht beendet. Ohne Klischees werden wir wahrscheinlich nicht auskommen. Die Frage ist jedoch, wie wirkmächtig diese sind und inwieweit wir diese akzeptieren oder auch hinterfragen.
b) Der Kampf wurde benutzt, um eine Einheit Europas zu postulieren. Dieses Konzept der Einheit durch Bedrohung war von Anfang an umstritten und wurde auch nicht überall übernommen, wie man am Beispiel Frankreichs erkennen konnte, das teilweise mit den Osmanen gegen die Habsburger zusammengearbeitet hatte.

c) Biographien sind wichtig. Ehrenpreis sieht jedoch mehr Sinn darin, nicht die Biographie selbst zu analysieren, sondern vielmehr das Werk und die Rezeption eines historischen Akteurs.

Der Vortrag und die Diskussion fanden am 21. Januar 2019 statt.

Stefan Ehrenpreis

„... dass die Grundstrukturen Europas doch sehr unterschiedlich waren...“

Michael Gehler: *Herzlich willkommen, Stefan Ehrenpreis. Wir haben unsere Fragen unterschiedlich gruppiert. Zunächst beginnen wir mit dem akademischen Werdegang. Uns interessiert sehr die Herkunft der Historiker und Historikerinnen. Gibt es hier spezifische Hintergründe? Können Sie uns etwas zu Ihrer persönlichen Herkunftssituation erzählen?*

Stefan Ehrenpreis: Meine Eltern gehörten zum rheinischen katholischen Kleinbürgertum. Ich bin in einem heutigen Stadtteil der Stadt Leverkusen geboren und stamme also aus dem Bergischen Land. Das ist schon mal interessant, denn aus dem Bergischen Land kommen auch Heinz Schilling[1], Hans-Ullrich Wehler[2] und Luise Schorn-Schütte.[3] Es gibt eine merkwürdige Zusammenballung von bekannten Historikern, mit denen ich mich gar nicht messen kann. Das Bergische Land hat eine große Tradition historischer Kulturarbeit. Ich bin selbst bis heute Mitglied im Bergischen Geschichtsverein, das ist der mitgliederstärkste Geschichtsverein Deutschlands. Da habe ich auch 20 Jahre in der wissenschaftlichen Kommission mitgearbeitet. Ich würde sagen, dass es sich um eine Region handelt, die sehr historisch denkt, fühlt und da habe ich so einiges mitbekommen. Mein Vater war Steuerberater, der hatte etwas ganz anderes im Kopf. Er hat sich aber immer für Geschichte interessiert und uns als Kinder mit auf Burgen und Schlösser genommen. Das ist sicher auch eine familiäre Prägung.

Deborah Cuccia: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende schulische Lehrer oder auch gesellschaftliche und politische Vorbilder?*

Stefan Ehrenpreis: Gesellschaftliche und politische Vorbilder nicht so richtig. Es gab aber wichtige Lehrer – ein Religionslehrer und ein Geschichtslehrer. Die waren sehr prägend für meine Jugendjahre. Der Religionslehrer, weil er dem liberalen rheinischen Katholizismus zugehörte. Man konnte immer sehr offen und konzentriert mit ihm diskutieren. Der Geschichtslehrer, weil er in Bochum studiert hat – wie ich später auch – und in den siebziger Jahren sehr innovative Themen gemacht hat. Man sagt ja immer, dass der

1 Heinz Schilling (*1942), deutscher Historiker, 1979 bis 1982 Professor an der Universität Osnabrück, 1982 bis 1992 Professor an der Justus-Liebig-Universität Gießen und 1992 bis 2010 Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin.
2 Hans-Ulrich Wehler (*1931, †2014), deutscher Historiker, 1970 bis 1971 Professor an der Freien Universität Berlin und 1971 bis 1996 Professor an der Universität Bielefeld.
3 Luise Schorn-Schütte (*1949), deutsche Historikerin, 1993 bis 1998 Professorin an der Universität Potsdam, 1998–2015 Professorin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und 2004 bis 2010 Vizepräsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Geschichtsunterricht so altmodisch sei. Das war bei mir nicht der Fall. Wir sind dann mit ihm auch einmal privat nach Bochum gefahren als kleine Gruppe. Er hat uns die Universität gezeigt. Dass ich später dann auch in Bochum studiert habe, hatte etwas damit zu tun. Mich hat allerdings auch das Ruhrgebiet interessiert, als Region in starkem Wandlungsprozess und mit einem Menschenschlag, der immer direkt und ohne Schnörkel ist. Man kann also sagen, dass die Schulzeit durchaus prägend war. Es war sicher auch prägend, dass ich in Physik fast immer eine „5“ hatte. Ich wusste also, dass Naturwissenschaften nicht mein Fall waren.

Michael Gehler: *Sie legten 1991 Ihr Staatsexamen für das Lehramt ab. Ihre Fächer waren Geschichte, Sozialwissenschaft und Pädagogik an der Ruhr-Uni-Bochum. Was genau bewegte Sie zu diesen Studien?*

Stefan Ehrenpreis: Ich wollte aus Gründen der Berufsorientierung auf Lehramt studieren, weil ich es mir offenhalten wollte, ob ich in den Dienst als Gymnasiallehrer eintrete. Kurioserweise war es so, dass mein Zweitfach Sozialwissenschaften damals neu in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde. Bei der Berufsberatung wurde einem gesagt, man solle das machen, weil man dadurch glänzende Einstellungsaussichten bekäme. Dann war es aber so, dass, als ich fertig war, genau das Gegenteil eingetreten war. In Nordrhein-Westfalen konnten Lehrer, die nur ein paar Wochenendkurse besuchten, unter einfachsten Belastungen diesen Abschluss nachholen. Uns richtig ausgebildeten Sozialwissenschaftsstudierenden wurde dann ab 1988 gesagt, dass wir keine Einstellung mit dem Fach finden würden. Wir sind in gewisser Weise ein Opfer der miserablen staatlichen Lernplanung geworden. Ich hatte dann aber schon die Alternative, eine Doktorarbeit zu beginnen. Das Referendariat habe ich gar nicht mehr gemacht.

Philipp Strobl: *Sie studierten auch in Österreich noch vor Österreichs Beitritt zur Europäischen Union. Wie empfanden Sie diese erste grenzüberschreitende Studienerfahrung und warum hatten Sie sich für Österreich entschieden?*

Stefan Ehrenpreis: Dass ich mich für Österreich entschied, hatte persönliche Gründe. Ich hatte eine Patentante, die mir immer von Wien vorgeschwärmt hat, und ich dachte, dass man sich das mal ansehen sollte. Ich bin dann mit einer Freundin im dritten oder vierten Semester zu einem Besuch nach Wien gefahren für eine Woche. Wir fuhren wieder nach Hause und im Auto sagte ich zu ihr, dass man dort eigentlich mal ein Jahr studieren müsste. Das habe ich dann tatsächlich einige Zeit später auch so gemacht. Das hing damit zusammen, dass ich damals im Wiener Archiv schon Material zusammengesucht habe für meine Staatsexamensarbeit über die Konfessionskonflikte im Bergischen Land. Ich konnte das ganz gut miteinander verbinden. Und studiert habe ich damals bei Prof. Alfred Kohler,[4] der mich sehr nett aufnahm und mir einiges über Österreich beibrachte.

Österreich oder Wien im Speziellen habe ich 1988/89 als ungeheuer interessant erlebt. Wien war interessant, weil mir relativ bald klar geworden ist, dass Österreich als

4 Alfred Kohler (*1943), Prof. für Geschichte der Neuzeit am Institut für Geschichte an der Universität Wien.

neutrales Land wirklich anders war als die Bundesrepublik. Ich habe das mitbekommen in Wien, wie stark die Berichterstattung über Osteuropa gewesen ist. Auch die Kontakte, die trotz des Eisernen Vorhangs da waren. Ich erinnere mich noch genau an ein Schlüsselerlebnis: Ich besichtigte den Schwarzenbergplatz und dort steht ja dieses große Denkmal zur Erinnerung an die Befreiung Wiens durch die Rote Armee 1945. Ich stand dort und auf einmal hielt ein großer Bus an und es stiegen lauter Offiziere der sowjetischen Armee aus und gingen zu diesem Denkmal und vollzogen einen Ehrensalut oder so etwas. Ich weiß noch, wie ich mit offenem Mund dort stand. In der Bundesrepublik hatte man ja nie in seinem Leben russische Offiziere oder überhaupt Soldaten in dieser Form gesehen. Man hätte ja nie gedacht, dass man die mal sehen würde – höchstens, wenn sie angreifen. Dieses Erlebnis, diese sowjetischen Soldaten, hat mich fasziniert. Ich habe es auch sehr genossen, in Wien in den Zeitungen nachlesen zu können, was in Polen oder in Ungarn so los war. Das konnte man viel besser, als ich in Deutschland jemals hätte mitbekommen können.

Michael Gehler: *Vielen Dank für diese interessanten Einblicke. In der Tat hat der ORF in Zeiten des Kalten Krieges anders berichtet als ARD und ZDF. Da ist immer ein starker Unterschied erkennbar gewesen zur westgebundenen Bundesrepublik als Frontstaat im Kalten Krieg. Wenn wir richtig recherchiert haben, dann handelt ihre Promotionsarbeit von Kaiser Rudolf II.*[5] *– 1552 bis 1612. Wir stellen allen Gästen diese Frage: Welche Erkenntnis hat Ihre Doktorarbeit hervorgebracht?*

Stefan Ehrenpreis: In der gebotenen Kürze. Ansatzpunkt war, dass ich nochmal nach Wien wollte. Es ging darum, eine Doktorarbeit zu schreiben bei Winfried Schulze,[6] damals Professor in Bochum, bei dem ich zeitweise studentische Hilfskraft gewesen war und der ein großer Kenner der Geschichte des Alten Reiches ist. Mir erschien das Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv ein Ort zu sein, der noch viele Schätze birgt. Ich habe damals bei der Recherche zu den Quellen für mein Staatsexamen bemerkt, dass es diese Institution des „Reichshofrats“, des Obersten Kaiserlichen Gerichts gegeben hatte. Ich habe mich dann damit beschäftigt und es stellte sich heraus, dass dieses nur aus der Sicht der Rechtsgeschichte bearbeitet worden war. Die Rechtshistoriker waren da auch zu einigen Urteilen gekommen, die ich nicht so ganz plausibel fand. Winfried Schulze fand das Thema auch gut, es ließ sich in einen größeren Kontext von anderen Doktoranden einbetten, die zur Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges arbeiteten.

So habe ich dann diese Arbeit über den Reichshofrat unter Rudolf II. geschrieben und herausgefunden, dass es vollkommen falsch wäre, diese Institution aus heutiger Sicht als Gericht zu bezeichnen. Es war eine Mischform aus Gericht und Behörde und zugleich

---

5 Rudolf II. (*1552; †1612), Kaiser des Heiligen Römischen Reichs (1576 – 1612), König von Böhmen (1575–1611), König von Ungarn (1572–1608) und Erzherzog von Österreich (1576 – 1608).

6 Winfried Schulze (*1942), deutscher Historiker, 1976 bis 1978 Professor an der Freien Universität Berlin, 1978 bis 1993 Professor an der Ruhr-Universität Bochum, 1993 bis 2008 Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München und 1998 bis 2001 Vorsitzender des Wissenschaftsrates.

eng verflochten mit anderen Behörden am Kaiserhof. Da konnte man in einzelnen Fällen sehr genau die Entscheidungswege nachvollziehen. Das hat die Rechtshistoriker damals nie interessiert (änderte sich erst ab den 2000er Jahren).

Eine andere Sache war die faszinierende Gestalt dieses Kaisers Rudolf II., der in der oberflächlichen Literatur oft als Gegenreformator beschrieben wird. Da konnte ich deutlich herausstellen, dass die Einordnung dieses Herrschers nicht ganz so einfach ist, sondern, dass er eben eine andere Leitlinie hatte, nämlich die, seine kaiserliche Richterstellung zu bewahren und dadurch in manchen Fällen auch den Protestanten Recht gegeben hat. Diese beiden Erkenntnisse, institutionsgeschichtlich und im Hinblick auf die Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges, dass nicht alles immer nur stromlinienförmig durch eine Gegenreformation erzeugt wurde, sind die wichtigsten Ergebnisse.

Jörg Beining: *Von 1998 bis 2005 waren Sie wissenschaftlicher Assistent am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Dort erfolgte die Habilitation zur vergleichenden Bildungsgeschichte Europas im 17. und 18. Jahrhundert. Welche Ergebnisse brachte dieses Studium hervor?*

Stefan Ehrenpreis: Ansatzpunkt war: In Berlin wurde bei Heinz Schilling natürlich viel Konfessionalisierungsforschung betrieben, die ich ja auch vorher schon gemacht habe im regionalen Rahmen für das Bergische Land und das Rheinland. Ich habe in Gesprächen mit Professor Schilling auch überlegt, dass man sowas nicht machen sollte, denn sonst würde es heißen, ich sei ja nur der „kleine Schilling". Etwas mit einem anderen Dreh musste gefunden werden, dass aber schon etwas mit der Religionsgeschichte zu tun hat. Anreger war ein schon länger zurückliegendes Gespräch mit Wolfgang Schmale,[7] der einen umfangreichen Sammelband zum Europäischen Bildungswesen des 18. Jahrhunderts herausgegeben hatte. Mir selbst war früher schon aufgefallen, dass in der ganzen Konfessionalisierungsforschung im deutschsprachigen Raum – im Gegensatz etwa zu Frankreich, England oder den Niederlanden – die Bildungsgeschichte sehr vernachlässigt worden ist. Das hat Heinz Schilling dann auch mir gegenüber einmal zugegeben, dass die Konfessionalisierungsforscher das nicht so wirklich auf dem Schirm gehabt haben. Ich habe ihm vorgeschlagen, das zu machen und in der Perspektive mehr ins 18. Jahrhundert hineinzugehen bis vor den Beginn der Hochaufklärung. Da habe ich dann einen Vergleich gemacht zwischen drei verschiedenen europäischen Staatsgebilden, nämlich dem Heiligen Römischen Reich, der Republik der Niederlande und England. Ich habe mich damit beschäftigt, wie der Schulbesuch gewesen ist, wie muttersprachliche Schulen eingerichtet waren, welche Formen von Schule oder Unterricht es gegeben hat zwischen 1650 und 1750. Dabei ist herausgekommen, dass es für diese drei Fälle je nach Struktur drei unterschiedliche Wege der Modernisierung des Schulwesens gegeben hat, die sehr stark mit der Stellung der Lehrer zusammenhingen.

Auf der einen Seite war es im Alten Reich so: Der Lehrer war auf dem Land faktisch ein Angestellter der Kirche innerhalb der etablierten Kirchenstruktur. In den Niederlanden war der Lehrer weitgehend ebenfalls von der Kirche bestimmt, aber die Kirche hat

7 Wolfgang Schmale (*1956), seit 1999 Prof. für Geschichte der Neuzeit am Institut für Geschichte an der Universität Wien.

relativ wenig Einfluss auf die Unterrichtsgestaltung gehabt. Das lag mehr in der Hand der Kommunen. Man könnte auch sagen, es lag in der Hand der weltlichen Träger. In England zeigte sich, dass die Lehrer in großem Ausmaß gar keine Angestellten waren, sondern eine Art freie Unternehmer, die in sehr starker Abhängigkeit von den Eltern arbeiteten, die das Schulgeld zahlten. Das, was im Unterricht gemacht wurde und auch das, was sich im Laufe des 18. Jahrhunderts veränderte, war im Wesentlichen durch die Eltern angestoßen worden – während es im Reich in erster Linie eine Sache der Kirche war. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis. Das Zweite, was mir immer wichtig ist und worüber ich mich auf Tagungen immer bis aufs Blut, wenn man so will, mit den Bildungshistorikern aus dem Bereich der Erziehungswissenschaften gestritten habe, ist die Rolle der aufgeklärten Pädagogik. Für die Erziehungswissenschaftler beginnt moderne Pädagogik mit den Philanthropen um 1800 und davor ist für die alles nur Prügeln, Peitschen und Auswendiglernen. Ich habe mich mit denen wirklich erbittert gestritten auf Tagungen und gesagt, diese Meinung sei Unsinn und man müsse sich auch mal die Forschung in Frankreich oder England ansehen. Es gibt Kontinuitäten und es gab ganz viele innovative Schulreformen schon vor der Hochaufklärung. Man könnte sagen, dass ich mich bis heute gelegentlich in diesem Streit befinde, wenn ich eingeladen werde oder etwas schreibe – wie jetzt gerade für einen englischsprachigen Band. Da kommt wieder, dass man mich dazu drängen will, erst ab 1750 einzusetzen. Ich sage dann aber, dass wir um 1600 herum anfangen und dass es da schon wichtige Veränderungen gab. Das ist eine wichtige Leistung dieser Arbeit, die aber noch nicht zusammenhängend publiziert ist, das ist leider meinen vielen Universitätswechseln geschuldet. Ich habe mittlerweile so viele Einzelheiten publiziert, dass ich demnächst nur noch eine knappere Version veröffentlichen werde.

Sanne Ziethen: *Sie sprachen eben von Lehrern. Wir fragen Sie jetzt auch nach Lehrern, allerdings im akademischen Bereich. Welche akademischen Lehrer haben Sie besonders geprägt?*

Stefan Ehrenpreis: Mein Doktorvater Winfried Schulze ist da sicherlich zu nennen für das grundlegende historische Denken, den Umgang mit Quellen und auch im akademischen Sinne. In Bochum, wo ich promoviert habe, obwohl ich schon in München eine Mitarbeiterstelle hatte, gab es ein sehr unhierarchisches akademisches Leben. Das war meilenweit von dem entfernt, was ich dann in München erlebt habe. In Bochum war alles sehr durch einen sozialdemokratischen egalitären Habitus bestimmt. Natürlich gab es die berühmten Leute wie Hans Mommsen[8], mit denen man aber eigentlich ganz normal reden konnte. Das hat mich akademisch sehr geprägt: Eine bestimmte Vorstellung von Universität, die nicht dem alten Modell einer Ordinarienuniversität entsprach, wie sie jetzt gerade an vielen deutschen Universität wieder entsteht im Zuge der Exzellenzinitiative. Man hat nicht mehr den klassischen Ordinarius, aber man hat heute den Exzellenordinarius als Managertypus. Das ist aber eine andere Sache.

8 Hans Mommsen (*1930; †2015), deutscher Historiker, 1968 bis 1996 Professor an der Ruhr-Universität Bochum und 1977 bis 1985 Direktor des *Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung*.

Bei Winfried Schulze konnte man gute Grundlagen erlernen. Im Zweiten Fall bei Heinz Schilling[9] war es ganz stark die europäische Dimension. Heinz Schilling hat seine Leute, anders als Winfried Schulze, überall mit hineingenommen. Bei Schulze ging das zum Teil auch gar nicht, weil er mehr Wissenschaftspolitik betrieb im Wissenschaftsrat. Bei Schilling bin ich sofort in eine Gruppe der *European Science Foundation* hineingekommen – damals über *Cultural Exchange in Early Modern Europe*. Da bin ich wirklich internationalisiert worden. Ich habe nach einiger Zeit auch verstanden, was die Unterschiede im akademischen Stil sind, die ja enorm sind. Deutschland hat da ja nach wie vor eine gewisse Sonderrolle. Da habe ich ganz andere Formen des zwanglosen akademischen Umgangs kennengelernt. Es waren viele nette Kollegen dort, mit denen ich bis heute Kontakt habe, in Portugal, Slowenien oder anderswo. Das war der große Schub der Internationalisierung für mich und da war Heinz Schilling sicherlich sehr wichtig. Dann habe ich noch einen Dritten, der aber kein akademischer Lehrer war, sondern ein Kollege in München in meinen vier Jahren. Das war Eckhart Hellmuth,[10] Professor für westeuropäische Geschichte mit Schwerpunkt Großbritannien. Bei dem habe ich dann als Professor noch eine andere Art kennengelernt. Er führte in München ein legendäres Oberseminar. Das war eine Art von Seminar, wie ich es nie zuvor gesehen habe und das ich heute in Innsbruck aufzugreifen versuche. Ich durfte das wöchentliche Oberseminar dann gemeinsam mit ihm halten, was großen Spaß gemacht hat. Er hat eine sehr offene Art zu diskutieren und sehr exzellente Leute, die bei ihm promoviert haben. Es gab einen akademischen Stil, der ganz unprätentiös und gleichzeitig sehr konzentriert und faszinierend war. Was ich bei ihm kennengelernt habe, ist, dass man sich als Professor auch einfach mal hinsetzen und sagen kann, dass man von einem Aufsatz einen Teil überhaupt nicht verstanden habe und sich diesen dann vom Seminar erklären lässt. Ihm ist kein Zacken aus der Krone gefallen und so versuche ich das jetzt auch. Das hat mich sehr beeindruckt. Nicht umsonst ist er der wahrscheinlich einzige deutsche Geschichtsprofessor, dem ein eigener Punk-Song geschrieben wurde. Der kam von einer seiner Doktorandinnen, die Sängerin in einer Punkband war. Die hatte zum Anlass seiner Emeritierung ein Lied geschrieben, das auf der Rückseite der Festschrift als CD zu finden ist – *Welcome to Nerdland*. *Nerdland* war sein Oberseminar. So haben das alle verstanden. Dieses akademische Ideal hat mich auch in den letzten Jahren noch sehr geprägt. Es entstammt in dem Sinne keinem Lehrerverhältnis, aber gelernt habe ich dennoch sehr viel.

Michael Gehler: *Sie haben gesagt, Deutschland hätte eine Sonderrolle mit Blick auf diese amerikanische Welt. Können Sie das noch ein wenig präzisieren?*

Stefan Ehrenpreis: Es gibt eine ganz kleine Anekdote. Als ich das erste Mal mit Heinz Schilling auf einem Vorbereitungstreffen dieses Projekts der *European Science Foundation* in London war, stellte er mich vor. Ich arbeitete erst seit fünf Wochen bei ihm und er

9 Heinz Schilling (*1942), 1982–92 Prof. für Neuere Geschichte an der Universität Gießen, seit 1992 Prof. für Geschichte der Frühen Neuzeit am Institut für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Univ. zu Berlin.

10 Eckhart Hellmuth (*1946), deutscher Historiker, 1980 bis 2011 Professor an der Ludwig-Maximilians- Universität München für Neuere Geschichte, insbesondere Großbritanniens.

stellte mich vor mit den Worten „May I introduce to you one of my younger colleagues from Berlin?“ Sie wissen ja, dass Heinz Schilling nicht der unbedeutendste Historiker ist, und er hat mich als „jungen Kollegen“ von sich bezeichnet! Das fand ich natürlich sehr nett, aber mir ist auch klar geworden: Wenn er versucht hätte, das anders zu erklären, dass ich sein Assistent sei oder Ähnliches, dann hätte das niemand dort verstanden. Alle hätten sich gefragt, wer ich denn jetzt sei – sein Buddy oder irgendeine komische Figur. Ihm war das klar – mir noch nicht. Das kam dann erst später. Welcher deutsche Altordinarius, der wie Schilling in den 1960er Jahren akademisch aufgewachsen ist, würde seinen Assistenten als den jüngeren Kollegen vorstellen? Das hätten die Wenigsten zustande gebracht.

Das hat sich ja Gott sei Dank auch in Deutschland sehr abgeschliffen. Ich sehe aber mit der Exzelleninitiative wieder eine Tendenz hin zur Selbstwahrnehmung als Großprofessor, dem alle anderen untergeordnet sind. Das ist etwas, was mir dann in Österreich sehr schnell klar geworden ist: Hier ist es nicht so! Man spricht in Österreich ja nicht von „Mitarbeitern“, es haben ja alle eigenen Positionen. Bei mir sind auch fast alle NeuzeitkollegInnen entfristet. Wenn mich manchmal Leute fragen, die sich auf eine Stelle an einer Universität in Österreich bewerben, was sie beachten sollten, dann sage ich immer, man solle nicht vom „eigenen Lehrstuhl“, den „eigenen Mitarbeitern“ oder ähnliches erzählen, sondern das anders ausdrücken. Damals in den neunziger Jahren war das schon eine für mich interessante und wichtige Sache, solche andersgearteten akademischen Welten zu erleben.

Deborah Cuccia: *Sie sind 2014 an die Universität Innsbruck zum Professor für die Geschichte der Neuzeit berufen worden. Wie kam es dazu?*

Stefan Ehrenpreis: Das kam über eine Vertretung – wie so oft – und über persönliche Kontakte. Das ist halt einfach so, das gibt es in anderen Berufsfeldern ja auch. Ich hatte über ein Projekt zur Jüdischen Geschichte Brigitte Mazohl[11] kennengelernt. Sie war Professorin für österreichische Geschichte in Innsbruck. Dann war ich in München mit dieser vierjährigen Vertretung. Frau Mazohl kam dann zu einem Vortrag und wir haben uns nett unterhalten. Dann lief die Vertretung in München aus und es war klar, dass man mich nirgendwo anders hinschieben konnte. Ich wäre also wahrscheinlich arbeitslos geworden.

Dann waren wir in Schottland im Urlaub und ich habe dort im September mal in meine E-Mails geschaut und dort eine Nachricht von Frau Mazohl gefunden. Die Innsbrucker waren wegen einer plötzlichen Wegberufung meiner Vorgängerin in totaler Not und sie hat gefragt, ob ich in vier Wochen eine Vertretung übernehmen könnte für ein halbes Jahr. Sie wusste, dass ich in München nicht mehr verlängert werden konnte, aber die nötige Erfahrung hatte, um binnen vier Wochen das Ganze zu managen. Ich habe dann natürlich schnell zugesagt. So kam ich an eine Vertretung dort und nach einer Woche etwa habe ich mir schon gedacht, dass ich gerne dortbleiben würde. Anscheinend waren die KollegInnen in Innsbruck ebenfalls der Meinung, dass sie mich weiterhin gebrauchen könnten. Das hatte auch mit meiner Einstellung zu Universitäten zu tun und mit Österreich.

11 Brigitte Mazohl (*1947), österreichische Historikerin, 1993 bis 2015 Professorin an der Universität Innsbruck und 2013 bis 2017 Präsidentin der philosophisch-historischen Klasse an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Wie ich später hörte, hatte Brigitte Mazohl in einer internen Sitzung über mich gesagt, ich sei „österreichfähig“, d. h. also wohl: nicht ganz deutsch-preußisch. Das ist ganz lustig, es zeigt aber auch ganz gut, wie die Umstände wahrgenommen wurden. Ich war dann zwischendurch nochmal ein halbes Jahr in der Schweiz an der Universität Fribourg, bis die Professur in Innsbruck wieder ausgeschrieben werden konnte, zunächst auf drei Jahre befristet. Das Verfahren habe ich dann gewonnen und wurde danach von der Institutsleiterin Margret Friedrich[12] sehr unterstützt. Ich musste mich dann nach drei Jahren aber nochmal dem Verfahren für die dauerhafte Professur stellen. Da wurde ich dann bei 51 Mitbewerbern ebenfalls genommen. Seit 2017 bin ich dort also unbefristeter Professor.

Michael Gehler: *Wie kamen Sie in Ihrer Forschung zu europäischen Fragen? Das ist ja zum Teil schon beantwortet worden.*

Stefan Ehrenpreis: Genau. Das kam hauptsächlich über diese Arbeit in der Studiengruppe der *European Science Foundation*.

Michael Gehler: *Wie kam es zu Gründung des Forschungszentrums Europakonzeption an der Universität Innsbruck? Gab es Anregungen dazu aufgrund Ihrer Forschungs- oder Lehrerfahrung an Universitäten in München, Berlin und Bielefeld?*

Stefan Ehrenpreis: Ja und nein. Schon in Bochum gab es persönliche Anregungen durch Wolfgang Schmale, der damals das Konzept der „Europäistik“ erfand. Ich wollte schon etwas Europäisches machen, musste mich aber auch erstmal orientieren, was in Innsbruck sonst noch stattfindet. Es gab dann aber – und das war die Idee von Timo Heimerdinger[13] aus der Ethnologie – den Vorschlag, innerhalb des Forschungsschwerpunktes eine Gruppe zu machen zum Thema Euroskepsis. Man wollte sich mit der in Österreich stark zunehmenden Euroskepsis auseinandersetzen, die dann auch anderswo aufgetreten ist. Das war 2015. Da haben wir dann als Lesegruppe eineinhalb Jahre lang interdisziplinär gearbeitet und viele Aufsätze gelesen. Diese Gruppe ist aber letztendlich zerfallen, weil viele auch andere Interessen hatten. Einige sind auch aus Innsbruck wegberufen worden. Irgendwie war die Gruppe dann tot Ende 2016. Ich habe dann Anfang 2017 einen Neuanfang vorgeschlagen mit neuen Leuten. Das Ganze sollte auch etwas anders zugeschnitten werden. Timo Heimerdinger hat dann auch gesagt, ich solle das übernehmen, weil er aufgrund anderer Belastungen nicht weitermachen konnte. So ist es dann nach sehr vielen positiven Rückmeldungen – auch von Leuten, die gar nicht in der ursprünglichen Lesegruppe waren – weitergegangen. Von der alten Gruppe sind jetzt nur noch drei oder vier dabei neben ungefähr zwölf anderen Mitgliedern.

Michael Gehler: *Vielen Dank. Dann gehen wir nun in den nächsten Teil und es geht jetzt mehr um die Europaforschung.*

12 Margret Friedrich (*1954), Assoz.-Prof. für Österreichische Geschichte an der Univ. Innsbruck, 2006–2011 dort Vizerektorin für Lehre.

13 Timo Heimerdinger (*1973), Ethnologe, 2009 bis 2020 Professor an der Universität Innsbruck und seit 2020 Professor an der Universität Freiburg.

Philipp Strobl: *Wir haben ja eben kurz über das Forschungszentrum Europakonzeption gesprochen. Wie sehen Ihre eigenen Europakonzeptionen aus? Was bedeutet Europa für Sie? Welche Stationen waren für Sie besonders prägend?*

Stefan Ehrenpreis: Wir beschäftigen uns ja mit einer stark historischen Perspektive, aber auch mit Literatur- und Kulturwissenschaftlichem. Wir haben im Gegensatz zu der alten Euroskepsis-Gruppe die eigentliche Arbeit an der gegenwärtigen EU eingestellt. Es gibt in Innsbruck so viele andere Leute, die das machen, in den Sozialwissenschaften zum Beispiel, aber auch bei den Ökonomen und den Juristen. Wir haben dann gesagt, es sei witzlos, wenn man jetzt auch noch aus der kulturwissenschaftlichen Perspektive etwas zur EU machen wollte. Wir machen daher viel stärker diese historische Dimension. Meine Europakonzeption, wenn man das überhaupt so sagen darf, weil ich eigentlich gar keine vollständige habe in dem Sinne, ist eine, die sich weniger auf die gegenwärtigen politischen Strukturen der EU richtet, sondern viel mehr auf ein Grundbewusstsein für Europa: Europäisches Reisen, europäischer Austausch, aber natürlich auch persönliche Dinge.

Mein Schwiegervater ist als Kriegsgefangener erst 1947 heimgekommen, er war als junger Mann in der Normandie gefangengenommen worden 1944. Er war dann in den USA als Kriegsgefangener, dann in England und zum Schluss in Schottland. In Schottland ist er auch relativ gut behandelt worden im Gegensatz zu England und den USA. Es hat sich dann aus dieser Situation des Kriegsgefangenen, der im ländlichen Bereich arbeitet, eine Freundschaft zu schottischen katholischen Familien entwickelt. Als er dann frei nach Deutschland zurückkehren konnte, hat sich das gehalten und das ist bis heute so. Meine Kinder sind die dritte Generation dieser deutsch-schottischen Freundschaftsbeziehungen nach Glasgow und bei denen ist schon die vierte Generation dabei. Wir bekommen jedes Jahr Besuch aus Schottland, wir waren dreimal dort. Das ist noch eine andere Dimension von Europa: von Kriegsgegnern zu Freunden. Als ich meine Frau kennengelernt habe, war mir Schottland völlig neu, aber ich fand die Geschichte total faszinierend.

Michael Gehler: *Dennoch wollen wir auf das gemeinschaftliche Unionseuropa zu sprechen kommen, weil Ihr Zugang zu manchen dieser Aspekte aus der Sicht eines Frühneuzeitlers interessiert. Allen Menschen, die uns hier besucht haben, haben wir die Frage gestellt, wann Europa eigentlich als Idee beginnt. Da kann man ja schon in die Neuzeit und die frühere Neuzeit zurückgehen. Was würden Sie hier sagen? Gemeint ist die Idee der Einigung und der Gemeinschaftlichkeit. Und warum?*

Stefan Ehrenpreis: Es beginnt im Spätmittelalter. Und zwar zunächst als Abgrenzung gegenüber der muslimischen Welt und zum Teil auch gegenüber als heidnisch verstandenen religiösen Traditionen im Norden Europas und im Osten. Das Abgrenzungsphänomen war ganz stark. Darüber sind wir in unserem heutigen Europa hinaus. Wir versuchen ja eher, die Ränder flexibel zu halten. Wenn Sie in Marseille das neue Museum zur Kultur der Mittelmeerwelten ansehen, dann sieht man dort die ganz großen Entwicklungen über 2000 Jahre hinweg. Wir sind nicht mehr darauf angewiesen, die Abgrenzung so zu betonen, sondern vielmehr die Möglichkeiten, die sich für Europa in seiner eignen Eigenart in Überlappung zu außereuropäischen Regionen bietet, hier etwas an kulturellen Angeboten

beizutragen zu einer Zusammenarbeit. Das ist auf ganz lange Sicht die größte Weiterentwicklung. Das ist sicher auch eine der Fragen, die ich an die heutige EU habe, wie man diese sehr wichtige Funktion oder Aufgabe wieder mehr in den Blick bekommt. Das bezieht sich natürlich ganz aktuell auf die Migrationsfrage. Ich schaue aber weniger auf die letzten fünf Jahre. Das ist mit Blick auf die Beziehungen zu Afrika insgesamt eine ganz wichtige Sache. Da würde ich, obwohl ich kein Fachmann für die Gegenwart bin, als ganz dringend eine Veränderung der EU-Agrarpolitik ansehen. Darüber wird ja auch schon lange diskutiert. Das ist wirklich eines der Felder, wo man etwas tun muss. Es gehört natürlich auch das Verhältnis zu Russland dazu, wobei ich natürlich auch dafür kein Konzept habe. Das ist sicherlich noch komplizierter. Über diese Fragen muss geredet werden.

Jörg Beining: *Wo sehen Sie die Grenzen Europas?*

Stefan Ehrenpreis: Es geht meines Erachtens nach nicht darum, zu sagen, dass jeder einfach zu Europa gehören könnte. Das macht auch wenig Sinn aus meiner Sicht. Es gibt heute einen festen Raum, die Schweiz gehört ebenfalls dazu und das, was drumherum liegt. Strenge Zollformalitäten können meinetwegen sein, aber man sollte das nicht als strenge kulturelle Grenze begreifen. Da sollte man wirklich viel mehr in die anderen benachbarten Großregionen schauen und sich intensiv um Felder der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Nutzens bemühen. Ein Problem habe ich eben vergessen zu erwähnen: Neben Afrika und Russland gibt es da noch die Türkei. Das halte ich persönlich, weil ich auch Beziehungen dorthin habe, für ein Feld, auf dem wir sehr viel mehr tun müssten, um die Beziehungen zur Türkei zu verbessern, ohne die aktuellen politischen Probleme zu verharmlosen.

Sanne Ziethen: *Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach Historiker und Historikerinnen für den Europagedanken?*

Stefan Ehrenpreis: Eigentlich haben wir da eine ganz wichtige Aufgabe. Es ist ja auch nicht so, als wenn das neu wäre. Neben diesem ganzen Feld der Geschichte der EU – also der Zeitgeschichte nach 1945, über die es inzwischen erfreulicherweise auch im deutschsprachigen Raum sehr viele Bücher gibt – haben Historiker die Aufgabe, die Diskussion um die Grundwerte und das globale Beziehungsgeflecht Europas stärker wach zu halten, als es im Maschinenraum der Europapolitik passiert. Es wäre ja naiv zu glauben, dass Regierungsbehörden in Brüssel ständig große Ideen vor Augen hätten. Das wäre absurd. Dazu muss es eben die Leute von außen geben und das ist etwas, was wir auch mit unserem Forschungszentrum *Europakonzeption* machen wollen. Wir wollen insbesondere auch auf Fragen der Europaskepsis eingehen oder Fragen der nicht immer positiven Erfahrungen, die Bevölkerungen in Europa miteinander haben. Darüber muss gesprochen werden. Es gibt nichts Schlimmeres als das Ausklammern von Dingen, weil man meint, es wäre besser, sie nicht anzusprechen. Man kann sich nicht nur auf die schönen Seiten konzentrieren. Das sehen wir auch in unserer aktuellen politischen Diskussion. Man muss sich viel offensiver mit den Kritiken, den Gegenargumenten und der Skepsis auseinandersetzen. Dazu wollen wir einen Beitrag leisten, indem wir diesen Diskurs wissenschaftlich

begleiten, indem wir aufzeigen, dass es auch Stereotype gibt, die viel längerfristig sind als seit 1945, die aber bis heute in Europa eine Wirkung haben.

Michael Gehler: *Vielen herzlichen Dank. Das schließt direkt an einen Diskussionspunkt an, den wir hier zuletzt hatten in den Europagesprächen.*

Dinh Chien Do: *Was kann die Geschichtswissenschaft zur Verständigung der Europäer und Europäerinnen untereinander und zum europäischen Einigungsprozess beitragen?*

Stefan Ehrenpreis: Sie kann auf der einen Seite aufzeigen, was auch schon geschehen ist, wie viele Gemeinsamkeiten es in der Geschichte Europas gab. Das kennen wir: Im Mittelalter gab es in allen europäischen Ländern einen Adel, es gab Stadtbürger und mehr oder weniger freie Bauern, im politischen Bereich gab es die alten Vorstellungen monarchischer Herrschaft. Diese Fragen der Gemeinsamkeiten immer wieder herauszustellen, ist die eine Aufgabe, aber die wird tatsächlich auch vielfältig bearbeitet. Die andere Aufgabe wäre, auch diese Frage der Vorurteile, der Stereotypen, der skeptischen Bilder Europas wissenschaftlich aufzuklären. Wenn man weiß, dass das Urteil über Griechenland eines ist, dass nicht nur seit 1990 entstanden ist, weil die das Geld zum Fenster rausschmeißen oder etwas in der Art, sondern bis weit in das 19. Jahrhundert zurückgeht in den Prozess des Unabhängigkeitskampfes gegen das Osmanischen Reich und der Staatswerdung, dann kann man den Leuten eben sagen, dass das, was sie da als Stereotypen über die Griechen sagen, schon weit über 150 Jahre alt und in diesem und jenem Zusammenhang entstanden ist. Das sollte heute nicht unhinterfragt in irgendwelchen Essays im Feuilleton geschrieben werden.

Deborah Cuccia: *Kommen wir zur Europäischen Integration. Wie ist es überhaupt als Prozess, der zunächst ein westeuropäisches Integrationsprozess war, zu erklären?*

Stefan Ehrenpreis: Wie gesagt, gibt es da bessere Fachleute als mich. Das ist aber natürlich mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und den darauffolgenden Ereignissen zu erklären. Es ist ja zum Teil wirklich lustig, wenn man sich überlegt, wie die Anfänge dieser Strukturen bei der Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl liegen und am 31.12. dieses Jahres (2020) die letzte Zeche im Ruhrgebiet geschlossen wird. Diesen ursprünglichen Anlass kann sich heute keiner mehr vorstellen. Da hat sich sehr viel verändert und ich glaube auch, dass dieser Verweis auf die fünfziger und sechziger Jahre heute nicht mehr so überzeugend ist. Es stellen sich heute andere Fragen, zum Beispiel durch die Osterweiterung. Wir müssen andere Dinge in den Blick nehmen. Ein immer wiederkehrender Rückblick auf die Anfangszeiten, in denen angeblich alle ein europäisches Bewusstsein hatten, führt meiner Meinung nach nicht sehr weit.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt dabei Ideengeschichte als Erklärungsmuster?*

Stefan Ehrenpreis: Das kommt darauf an, was man damit meint. Ideengeschichte im engeren Sinn spielt natürlich auch eine Rolle. Ich vertrete eher ein Konzept der Ideengeschichte nach dem Modell einer breiteren Betrachtung. Dabei geht es nicht nur um die

großen bekannten Philosophen, sondern auch um Rezeptionen und die Denker aus der zweiten Reihe und ihrer Verbreitung durch die Medien. Wenn man das so betrachtet, dann spielt Ideengeschichte eine sehr große Rolle. Wenn Sie sich zum Beispiel mit Stereotypen über Griechenland im 19. Jahrhundert beschäftigen, dann finden sie sicherlich auch bei Hegel[14] etwas dazu, aber viel wichtiger sind die zeitgenössischen Zeitungen. Da kann die Ideengeschichte einen wichtigen Beitrag leisten, weit über Kant[15] und Hegel hinaus. Nur mal so als Hinweis: Ich habe in Innsbruck mal ein Methodenseminar gemacht über Isaiah Berlin, der eben auch eine ganz unorthodoxe Art der Ideengeschichte betrieben hat. Das war sehr interessant und hat den Studierenden auch viel gebracht. Der hat eben auch andere Dinge gefragt und nicht nur, was Hegel hierzu und dazu gesagt hat.

Michael Gehler: *Können Sie das konkretisieren? Was für ein Konzept ist mit Isaiah Berlin verbunden?*

Stefan Ehrenpreis: Isaiah Berlin hatte ein methodisches Verständnis von Ideengeschichte, das darauf ausgelegt war, zunächst sehr viel stärker auf die Werke zu schauen. Er hat sich für das Leben der Intellektuellen höchst wenig interessiert, sondern tatsächlich für das Werk und die Rezeption. Die Auseinandersetzung mit dem Werk an sich kann man vielleicht noch als klassisch bezeichnen, aber der Blick auf die Rezeption – das heißt, streng die Frage zu stellen, wie das Werk eines bestimmten Autors gelesen worden ist und da sehr luzide in Einzelschritten zu zeigen, wie sich das Verständnis 30 Jahre später gewandelt hat, weil bestimmte Dinge hervorgehoben, andere vernachlässigt worden sind, andere Kontexte hergestellt wurden – war eine neue Herangehensweise. Das zu tun, wie ein Detektiv nach Textspuren zu schauen, war sehr interessant. Das konnte den Studierenden auch gut vermittelt werden.

Philipp Strobl: *Welchen Stellenwert würden Sie der Ideengeschichte innerhalb der Geschichtsschreibung beimessen?*

Stefan Ehrenpreis: Im deutschsprachigen Raum hat das ja lange Jahre wenig bis gar keine Rolle gespielt. Es gab diese ältere Ideengeschichte, aber das ist ja alles spätestens im Zweiten Weltkrieg abgebrochen worden. Danach hat sie im deutschsprachigen Raum kaum eine Rolle gespielt. Eher noch in Frankreich in gewissen Zügen, aber viel stärker dann noch in England. Sehr stark war da die sogenannte *Cambridge School*, die aber auch selbst sehr viele Wandlungen mitgemacht hat im Verlauf der letzten 50 Jahre. Daran sind inzwischen auch im deutschsprachigen Raum ein paar Dinge angeknüpft worden. Im

---

14 Georg Wilhelm Friedrich Hegel (*1770; †1831), deutscher Philosoph, 1802 bis 1803 Herausgeber des *Kritischen Journals der Philosophie*, 1808 bis 1816 Professor der Vorbereitungswissenschaften und Rektor des Egidiengymnasiums Nürnberg, 1816 bis 1818 Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und 1818 bis 1831 Professor sowie ab 1829 Direktor der Humboldt-Universität zu Berlin.

15 Immanuel Kant (*1724; †1804), deutscher Philosoph, bedeutender Vertreter der Aufklärung und 1781 Autor der *Kritik der reinen Vernunft*.

deutschsprachigen Raum ist der Beitrag der Ideengeschichte im Moment ein wachsender, allerdings wenig institutionalisiert.

Michael Gehler: *Wann ist für Sie persönlich das europäische Einigungsprojekt oder Europa als politisches Projekt zum ersten Mal in Ihr Bewusstsein getreten? Als Schüler? Als Student? Als Professor? Als Lehrer? Als junger Promovend? Wann ist für Sie klar geworden, dass da mehr ist als Milchseen und Butterberge?*

Stefan Ehrenpreis: Als Schüler jedenfalls nicht. Da habe ich selbst die Dinge über Milchseen und Butterberge nicht gewusst. Erst als Student kam die Einsicht, würde ich sagen. Das hing natürlich auch mit meinem Studium der Sozialwissenschaften zusammen. Da hat man einige Dinge machen müssen. Beispielsweise hat ein Professor in Bochum etwas über Gesundheitsökonomik gelehrt und ich habe da ein Seminar über den Vergleich europäischer Gesundheitssysteme belegt – eigentlich mehr zufällig, weil das noch irgendwie in den Stundenplan gepasst hat. Da sind mir einige Dinge erstmals klar geworden, nämlich wie unterschiedlich Sozialsysteme in Europa entwickelt wurden und noch immer sind. Das war vielleicht in meinem dritten oder vierten Semester. Später habe ich ein Seminar besucht über Staatsfinanzen. Das war lange vor der Finanzkrise. Da haben wir dann auch solche Dinge schon behandelt wie Budgetrecht, staatliches Kreditmanagement etc. In meinem Staatsexamen gab es dann schon die Frage nach dem Euro, der am Horizont auftauchte. Eines meiner Themen im mündlichen Staatsexamen war die Frage, ob ich glauben würde, dass so eine Gemeinschaftswährung funktionieren kann. Dann hatte man eine historische Dimension mit dem „Gresham’schen Gesetz“. Das geht zurück auf Thomas Gresham,[16] den Begründer der Londoner Börse im späten 16. Jahrhundert. Der hat gesagt, dass sich das schlechtere Geld immer durchsetzt (das war damals noch auf das Münzgeld bezogen). Ich weiß noch, dass mich der Finanzwirtschaftsprofessor dann gefragt hat, was denn mit dem Gresham’schen Gesetz sei, denn nach diesem dürfte eine gemeinsame Währung ja gar nicht funktionieren. Zum Glück wusste ich, was das für ein Gesetz war und konnte ganz gut darauf antworten.

Michael Gehler: *Das heißt also Anfang der 1990er?*

Stefan Ehrenpreis: Ende der Achtziger. Da habe ich ungefähr dieses Seminar gemacht, bevor ich nach Wien ging. Vielleicht 1987.

Michael Gehler: *1988 auf dem Ratsgipfel von Hannover ist der Ausschuss eingesetzt worden für die Ausarbeitung einer Einheitswährung. Jacques Delors[17] sollte ihn leiten und dann ging es 1991 mit Maastricht weiter. Das geht in diese Richtung.*

16 Sir Thomas Gresham (*1519; †1579), britischer Kaufmann und Ökonom, 1551 bis 1574 Finanzagent der britischen Krone und königlicher Berater und 1565 Gründer der *Royal Exchange*.

17 Jacques Lucien Jean Delors (*1925), französischer Politiker, 1981 bis 1984 Wirtschafts- und Finanzminister von Frankreich und 1985 bis 1995 Präsident der Europäischen Kommission.

Stefan Ehrenpreis: 1990/91 habe ich das Staatsexamen gemacht. Diese Prüfung hat über ein Jahr gedauert. Man musste zahlreiche Klausuren schreiben und drei mündliche Prüfungen machen und diese erwähnte mündliche Prüfung war meine letzte, 1991.

Jörg Beining: *Stehen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaften nahe und wenn ja, welcher?*

Stefan Ehrenpreis: Nein, das muss ich wirklich sagen. Ich setze mich mit vielen Texten auseinander, eher eklektizistisch.

Michael Gehler: *Warum eigentlich nicht?*

Stefan Ehrenpreis: Das hängt auch damit zusammen, dass ich noch nie jemand war, der ewig lange ein und dasselbe macht. Es gibt ja Kolleginnen und Kollegen, die für eine Sache ganz große Spezialisten sind und manche Sachen 30 Jahre lang machen und jede Akte kennen, die irgendwann hinter einen Schrank gefallen ist. Das war ich nie. Ich habe einerseits immer alte Dinge weiterbetrieben, aber ich habe mich auch immer wieder für Neueres interessiert wie zum Beispiel für die Jüdische Geschichte, auch wenn ich da schlecht präpariert bin, weil ich kein Hebräisch kann. Ich habe mich dann auf die Seite der frühneuzeitlichen Regierungen und Verwaltungen geschlagen und deren Quellen über den Umgang mit Juden gelesen. Das mache ich auch immer noch nebenher, Jüdische Geschichte als Teil der europäischen Religionsgeschichte. Ich war aber nie jemand, der sich streng auf eine Sache fokussiert hat, sondern sich sehr breit in der Frühen Neuzeit aufgestellt hat.

Das ist eine Prägung durch Winfried Schulze, der hat auch ganz viele unterschiedliche historische Gegenstände und Prozesse untersucht. Er hat uns das auch immer so beigebracht: Als Frühneuzeitler muss man das Fach breit repräsentieren können und darf nicht zu spezialisiert sein. Das halte ich bis heute so, aber es hat auch Nachteile. Das muss ich ganz offen so sagen. Es resultieren Schwächen daraus, weil man manchmal dann eben doch nicht die Kenntnis bis ins letzte Detail hat. In der Jüdischen Geschichte ist mir schon vorgeworfen worden, dass ich etwas nicht richtig kapiert hätte. Stimmte wahrscheinlich auch. Aber trotzdem: Verschiedene Dinge anzugehen, verschiedene Interessen zu verfolgen und nicht zu spezialistisch zu werden, ist sicher ein Grund dafür, dass ich keiner bestimmten Schule anhänge, obwohl ich sicher am stärksten durch die Sozial- und Strukturgeschichte der 1980er Jahre geprägt worden bin. Meine Offenheit für methodische Neuerungen ist für das Forum Europakonzeption ein Vorteil, weil ich zum Beispiel mit den Philologen relativ gut zusammenarbeiten kann. Bei denen gelte ich nicht als engstirniger Historiker, wie das ja manchmal so ist. Ich versuche jedenfalls, mit deren literaturwissenschaftlichen Fragen etwas anzufangen. Das werde ich bis zu meinem Ende wahrscheinlich so beibehalten.

Sanne Ziethen: *Sie haben über die Reformation und das konfessionelle Zeitalter geforscht. Welche Rolle spielt die Glaubensspaltung für die Geschichte Europas und die weitere Entwicklung?*

Stefan Ehrenpreis: Ich persönlich glaube, dass die Rolle sehr viel größer ist, als wir das heute noch wahrnehmen. Wenn Sie in englische Zeitungen während der Finanzkrise geschaut haben, dann haben Sie zum Teil ganz merkwürdige Argumentationen gesehen. In der *Financial Times* hat mal jemand einen legendären Aufsatz geschrieben. Dort hieß es, der Euro könne überhaupt nicht funktionieren, weil es zwei verschiedene Euros geben würde. Es gibt demnach den katholischen Euro und den protestantischen Euro und den katholischen Euro haben die Länder, die das Geld unbedenklich ausgeben und Staatsschulden anhäufen. Den protestantischen Euro haben demnach dann die Länder, die das Geld zusammengehalten haben, weniger Staatsschulden anhäuften und mehr gespart haben und auch in der Bevölkerungsmentalität sparsamer sind. Das Absurde daran: Raten Sie mal, wie Österreich verortet wurde: Zum protestantischen Euro. In der britischen Finanzanalyse war das so, was aber total absurd ist. Daran sieht man natürlich, dass das hakt.

Aber allein, dass man heute noch auf dieses Kriterium „Konfession“ kommt, ist etwas, was sehr überraschend sein kann, es vielleicht aber gar nicht ist. Ich glaube, dass es sehr viele säkularisierte Werthaltungen gibt, die bis heute Teile unserer Bevölkerung unreflektiert behaupten und die tatsächlich etwas mit unterschiedlichen religiösen Mentalitäten zu tun haben. Es gab mal eine legendäre Umfrage, allerdings nur unter aktiven Kirchenbesuchern: Sind Sie der Meinung, dass es dem lieben Gott gefällt, wenn das Wohnzimmer aufgeräumt ist? Das war sehr interessant, denn bei den Katholiken haben drei oder vier Prozent gesagt, dass dies Gott wohlgefällig wäre, während bei den Protestanten neun oder zehn Prozent der Meinung waren. Das ist natürlich auch eine Minderheit, aber im Unterschied zu den Katholiken war der Unterschied enorm. Enorm viel mehr Protestanten waren der Meinung, dass Ordnung im Alltagsleben gottgefällig sei, während das bei den Katholiken sehr viel geringer verbreitet war. Auch im Umgang mit Geld: Den Leuten, die sich in Innsbruck immer beschweren, dass wir als Professoren so wenig Geld bekommen, sage ich immer, zu glauben, Geld sei etwas, das den Erfolg eines Menschen im Leben zeigt, ist typisch protestantisch! Dann erklären die mich immer für zu fromm. Der Umgang mit Geld ist noch stärker durch religiöse Mentalitäten gebunden, als man das glaubt. Natürlich löst sich das auf, wie überall in Europa auch, aber ich glaube, dass es sehr viele säkularisierte Werthaltungen gibt, die letztendlich auf religiöse Mentalitäten zurückgehen, die uns heute weniger bewusst sind.

Sanne Ziethen: *Ich bin jetzt keine Expertin, aber ist das vielleicht von Max Weber*[18] *manifestiert worden?*

Stefan Ehrenpreis: Ja und Nein. Max Weber hat die richtigen Fragen gestellt, aber die falschen Antworten gegeben. Die Sache mit den Ursprüngen des kapitalistischen Denkens ist schwierig, weil man natürlich auch in vielen katholischen Regionen kapitalistische

---

18 Max Weber (*1864; †1920), deutscher Ökonom und Soziologe, 1892 bis 1894 Professor an der Friedrich-Wilhelms Universität Berlin, 1894 bis 1896 Professor an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, 1897 bis 1903 Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, 1918 Professor an der Universität Wien und 1919 bis 1920 Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Denkstrukturen findet. Norditalien im 16. Jahrhundert ist mindestens genauso kapitalistisch wie England oder die Niederlande. Die Weber-These stimmt nicht, die Frage war aber trotzdem richtig. Man muss nach den religiösen Wurzeln von Mentalitäten fragen und da gibt es sicher auch Traditionen, die bis heute untergründig fortwirken, über die wir aber nicht mehr reflektieren und die uns nicht mehr so bewusst sind.

Michael Gehler: *War Weber zu wenig europäisch vergleichend?*

Stefan Ehrenpreis: Das war sicher auch ein Problem, aber dazu kommt, dass er auch die Autoren, die er herangezogen hat, sehr stark aus ihrem Kontext gelöst hat und sie als typische Vertreter darstellt, obwohl sie zum Teil geradezu untypisch waren für ihre religiöse Richtung. Es gibt sozusagen Probleme mit den Quellen, die er verwendet hat, aus heutiger Sicht. Er hat auf jeden Fall zu wenig verstanden von französischer und italienischer Wirtschaftsgeschichte des 16. und 17. Jahrhunderts.

Dinh Chien Do: *Hat die Glaubensspaltung durch die Reformation auch heute noch eine Bedeutung in Europa und für die EU?*

Stefan Ehrenpreis: Ja, wie gesagt: Es spielt natürlich auch für die gegenwärtige Politik in den Parteienstrukturen eine Rolle, zum Beispiel in europäischen Parteifamilien. Man kann das sicher an der CDU demonstrieren. Die CDU ist ja ursprünglich ein Zusammengehen von katholischen und protestantischen Gesellschaftsbildern gewesen. Man kann aber schon bestimmte Phasen unterscheiden, in denen eher ein katholisches Übergewicht oder ein protestantisches Übergewicht zu erkennen ist. Das wechselte hin und her. In Parteien spielt das also in verschiedenen Ländern bis heute eine Rolle. In Frankreich sehen wir das aktuell bei dieser Nichte von Marine le Pen, die gezielt ein konservativ-katholisches Milieu ansprechen will und dabei unheimlich erfolgreich ist. Man spricht ja schon davon, dass sie ihre Tante vielleicht verdrängt. Wichtiger als das finde ich aber diese Mentalitätsprägungen, die eine Rolle spielen, wie ich es vorhin schon erklärt habe.

Deborah Cuccia: *Gibt es Analogien zwischen dem Reichsgericht und dem Gerichtshof der Europäischen Union von heute? Kann man das überhaupt vergleichen?*

Stefan Ehrenpreis: Man kann natürlich viele Dinge nicht vergleichen, manche aber schon. Insbesondere die ganz wichtige juristische Funktion als Appellationshof. Man kann von einem Urteil eines niederen Gerichts an dieses oberste Gericht appellieren. Das ist sicher eine strukturelle Ähnlichkeit. Die Reichsgerichtsbarkeit hat eine ganz ähnliche Funktion wie der Europäische Gerichtshof. Aber es gibt natürlich viele Unterschiede. Der EuGH ist als Gericht heute von der politischen Sphäre unabhängig, beim Reichshofrat war das genau nicht der Fall. Es wäre falsch, den Reichshofrat auch als unabhängiges Gericht zu betrachten. Es ist aber eben ein oberstes Gericht, von dessen Urteil nicht mehr irgendwo anders hin appelliert werden kann, sondern das letztinstanzlich spricht. Seine Kompetenzen und Zuständigkeiten sind ganz klar geregelt, was im 16. Jahrhundert auch schon so angestrebt wurde, auch wenn es natürlich nicht exakt so vollständig organisiert gewesen ist.

Jörg Beining: *Sie haben über Säkularisierung im frühneuzeitlichen Europa anhand methodischer Probleme und empirischer Fallstudien gearbeitet. Kann man diese Entwicklung bis heute verfolgen und welche Phasen würden Sie da benennen?*

Stefan Ehrenpreis: Das hängt mit dem zusammen, was wir gerade schon debattiert haben mit den religiösen Mentalitäten. Das ist aus einem Berliner SFB hervorgegangen, bei dem Ute Lotz-Heumann, Mathias Pohlig u. a. 2001–2008 mitgearbeitet haben. Wir hatten damals die Ausgangsfrage: Wenn man über Konfessionalisierung spricht, muss man automatisch auch das Ende der Konfessionalisierung in den Blick nehmen und den Wandel zur Säkularisierung. Das haben wir auch ganz gut hinbekommen, aber das war eben nur in Einzelstudien möglich, weshalb wir dieses Buch tatsächlich mit sechs Leuten gemeinsam geschrieben haben. Das würde ich so auch nicht nochmal machen. Wir haben alles diskutiert – jeden Satz. Wir haben damals festgestellt, dass es eben nicht den Prozess der Säkularisierung gibt, den man als Kernzeit identifizieren kann, wie es früher oft debattiert worden ist, sondern wir waren der Meinung, dass es Säkularisierungen gegeben hat: Plural. Das ist ganz wichtig. Da gibt es unterschiedliche Zeithorizonte.

Auf der einen Seite gibt es Säkularisierungen aufgrund naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. In Bayern waren die Ersten, die den eigentlich vom Vatikan verbotenen Blitzableiter installiert hatten, die Benediktinerklöster, und zwar deswegen, weil vorher drei Klöster durch Blitzeinschläge niederbrannten. In protestantischen Territorien war der Blitzableiter ebenfalls verboten und wurde erst später eingeführt. Es gibt da Ungleichzeitigkeiten, das war uns ganz wichtig bei diesen Säkularisierungen. Ich habe das zum Beispiel auch beim Schulbuch im frühen 18. Jahrhundert gezeigt, wie Blitz und Donner den Kindern nicht mehr als von Gott geschickt erklärt wurde, sondern naturwissenschaftlich. Der Sinn ist, beim Donner daran zu erinnern, wie großartig Gott die Welt eingerichtet hat und nicht mehr, weil Gott zornig ist, weil irgendwer gesündigt hat oder so. Da gab es ganz unterschiedliche Formen und Zeiten von Säkularisierungen. Das hätte man auch in das 19. Jahrhundert verfolgen können und zeigen, wie dann auch bestimmte säkulare Phänomene in die Bevölkerungsmentalität eingehen. Da könnte man noch viel tun.

Für uns war nur wichtig, zu sagen, dass Säkularisierungen sehr langfristige Prozesse waren, von dem man nicht sagen kann, zu welchem bestimmten Zeitpunkt „Säkularisierung“ begonnen hat oder wann sie endete. Das passt zusammen mit der Entwicklung der religiösen Mentalitäten, die unter Umständen ihren religiösen Wurzeln entkleidet werden, aber in anderer Form trotzdem noch weiterwirken.

Philipp Strobl: *Wie würden Sie sagen, kann man die Entwicklung der EU im Zusammenhang mit der Geschichte der Säkularisierung deuten?*

Stefan Ehrenpreis: Ich hatte ja schon erwähnt: Wenn man auf die Gründungsgeschichte schaut, dann gibt es schon einen deutlichen katholischen Einfluss. Viele der Gründerväter waren Katholiken. Auch diese Versöhnung nach 1945 zwischen Deutschland und Frankreich war schon irgendwie religiös unterfüttert. Ich glaube, in den Gründungsjahrzehnten der EG hat das schon eine wichtige Rolle gespielt, dass man auch oft Gottesdienste zusammen besucht hat. Das wäre ja heute nicht mehr vorstellbar. Das knüpfte noch etwas an alte Abendlandtraditionen an, wo auch der Kaiser den Reichstag mit einem Gottesdienst

eröffnete. Das war für die Kurfürsten selbstverständlich, dass man mit dem Kaiser gemeinsam einzieht. Diese religiöse Unterfütterung war bei der EU auch gegeben und stark, hat aber im Laufe der Zeit sehr stark abgenommen. Das spielt auch heute in den offiziellen Ritualen und im politischen Maschinenraum keine Rolle mehr, aber in der Bevölkerung gibt es das schon noch und auch in der Brexit-Diskussion gibt es diese Stimmen, die sagen, dass die EU letztlich katholisch geprägt sei und die Skepsis der Briten als Vormacht der protestantischen Interessen seit 300 Jahren wird dadurch dann noch gefördert.

Michael Gehler: *Mit Heinz Schilling zusammen haben Sie über die Bedeutung der Stadt in der Frühen Neuzeit intensiv gearbeitet. Welche Bedeutung haben die Städte für die Geschichte Europas und für die Planung der Europäischen Union? Gibt es da Unterschiede oder Kontinuitäten?*

Stefan Ehrenpreis: Ich glaube, dass es auf jeden Fall Kontinuitäten gibt durch diese Tradition der Hafenstädte. Das ist eine Tradition, die aus der Europäischen Geschichte nicht mehr wegzudenken ist. Jürgen Elvert[19] hat ja gerade ein Buch dazu geschrieben. Ich finde, dass er es noch mehr hätte herausarbeiten können, aber es ist schon sehr gut und interessant zu lesen. Die Hafenstädte also spielen eine riesige Rolle und das schon im Spätmittelalter, wenn man an die Hanse denkt. Auch in der Frühgeschichte des europäischen Bewusstseins spielt das eine ganz wichtige Rolle und natürlich gibt es auch Städte, die keine Hafenstädte sind, die aber trotzdem Handelsmetropolen sind im 14. Jahrhundert mit europaweiten Verbindungen, Nürnberg zum Beispiel. Das spielt eine ganz enorme Rolle in der europäischen Geschichte. Das ist jetzt etwas pauschal, aber die politische Entwicklung Europas ist wesentlich geprägt durch das städtische Bewusstsein der Selbstverwaltung und von politischen Strukturen, die nicht einfach von oben gesetzt werden und rein monarchisch sind, sondern auch in einer Zeit, in der es genügend Monarchien in Europa gab, war die Idee der Selbstverwaltung eine städtische Idee einer breiteren politischen Elite. Natürlich gibt es das auch auf dem Land. Es gibt ja auch bäuerliche Selbstverwaltung im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa, aber es hat relativ wenig politische Diskussionen hervorgerufen.

Ich erinnere mich an eine Diskussion, die wir in Berlin mal mit Peter Blickle hatten. Blickle,[20] der vom Konzept erzählte, dass es gerade die bäuerlichen Freiheitsbewegungen gewesen seien, die in die europäisch-demokratischen Traditionen eingegangen sind. Wir Berliner hatten da aber unsere Zweifel. Letztendlich, wenn man auf die Theorien schaut und die zeitgenössischen Diskussionen der Gelehrten, dann ist das etwas, was wesentlich aus dem urbanen politischen Raum gespeist worden ist und nicht so sehr über die bäuerlichen Bewegungen, die es natürlich auch gab. So würde ich das sehen. Der ländliche Raum war nicht völlig ausgeschlossen, aber die Fragen von Demokratie und Selbstverwaltung, die wir heute noch diskutieren, sind stark durch die städtischen Traditionen geprägt.

19 Jürgen Elvert (*1955), deutscher Historiker, seit 2001 Professor an der Universität zu Köln.

20 Peter Blickle (*1938; †2017), deutscher Historiker, 1972 bis 1980 Professor an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken und 1980 bis 2004 Professor an der Universität Bern.

Allerdings kommt heute etwas anders hinzu: Ich sehe heute eine starke politische Verankerung der Regionen in der EU. Es gibt da ein Regionalbewusstsein, das auch mobilisierbar ist. Das sehen wir ja jetzt in Frankreich gerade. Ich erlebe das in Bayern aber auch und in Österreich ist das noch stärker als in Bayern. Man sagt ja nicht, dass man aus Tirol kommt, sondern aus welchem Tal in Tirol. Ich glaube, dass tendenziell heute die Rolle der Städte etwas abgenommen hat verglichen mit der Zeit um 1900 bis 1945.

Jörg Beining: *Welche Rolle spielten Städte als Knotenpunkte in der europäischen Weltwirtschaft für die Modernisierung Europas im 17. und 18. Jahrhundert?*

Stefan Ehrenpreis: Eine, die man gar nicht überschätzen kann. Vor zwei Jahren habe ich eine Exkursion gemacht nach London, wo wir viel über Infrastruktur und Kanalsysteme gearbeitet haben. Das war sehr interessant. Vor allen Dingen ein Aspekt ist mir noch ganz wichtig, nämlich die Stadt als Kommunikationsraum. Darüber gibt es sehr interessante neue Forschungen – angefangen beim Gasthaus bis zu Verlagsorten. Gerade in dieser Kommunikationsgeschichte spielen Städte eine wahnsinnig wichtige Rolle, weil sie eben das einzige wirkliche Kommunikationszentrum waren. Es gibt das zwar in Teilbereichen auch auf dem Land. Der jüdische Buchdruck zum Beispiel ist fast immer ländlich gewesen, weil er in den Städten viel stärker kontrolliert wurde und zum Teil auch verboten war. Es gibt also auch Segmente, in denen es anders ist, aber grundsätzlich sind die Städte der große Kommunikationsraum für die Gesamtgesellschaft. Da wird alles Wichtige publiziert und dort wird es auch gelesen. Da entstehen auch die medialen Neuentwicklungen.

Wobei man jetzt nicht den Fehler machen darf und sich nur noch auf die Metropolen konzentrieren. Für England ist zum Beispiel gezeigt worden, wie wichtig das Wachstum der Klein- und Mittelstädte gewesen ist. Das würde ich auch für das Alte Reich sagen. Die interessantesten innovativen Schulexperimente im 17. Jahrhundert fanden nicht in den Großstädten statt, sondern in den Mittelstädten, weil es da nämlich Konkurrenz gab. Im großstädtischen Bereich war das alles sortiert und geregelt: Man ging in das Gymnasium und andere machten ihre Handwerkslehre, aber in Mittelstädten hatte man eine direkte Konkurrenz zwischen den deutschen Schulen und den Lateinschulen. Jetzt stellte sich im Laufe des 17. und 18. Jahrhundert immer das Problem: Die Lehrer in diesen Lateinschulen wurden zum Teil durch das Schulgeld der Kinder bezahlt und deren Einkommen sank immer weiter, weil viel zu wenige Leute ihre Kinder in diese Schulen schickten. Man hat sich dann die Frage gestellt, warum so viele Leute zu den deutschen Schulmeistern gingen, und es stellte sich heraus, dass es dort Zusatzstunden in Französisch, Mathematik oder Geographie gab und einfache naturwissenschaftliche Experimente gemacht wurden. Das gibt es alles schon im 17. Jahrhundert. Da stellt sich wesentlich stärker diese Konkurrenzsituation heraus und die Schulen mussten viel stärker wetteifern und daraus entstanden Angebote, die es in Großstädten gar nicht gab. Die Lateinschulen dort hatten eh ihre Klientel aus dem Bürgertum und brauchten sich nicht verbessern. An diesem Beispiel sieht man, dass die Rolle der Mittelstädte eine eigenständige Qualität gewinnen konnte. Das ist in vielen Bereichen des 17. und 18. Jahrhunderts der Fall. Die Metropolen sind natürlich für die wirtschaftliche Entwicklung ungemein wichtig, in kultureller Hinsicht aber auch die Klein- und Mittelstädte.

Michael Gehler: *Es wäre auch mal interessant, für Universitätsstädte zu untersuchen, wie weit kleine und mittlere Universitätsstädte mit ihren kleineren Universitätsstrukturen und Instituten auch zur produktiven Wettbewerbsfähigkeit beitragen.*

Stefan Ehrenpreis: Das ist durchaus denkbar.

Jörg Beining: *Wir haben in Alfeld tatsächlich eine Lateinschule, die heute ein Museum ist. Die ist noch erhalten.*

Stefan Ehrenpreis: Ja, die kenne ich. Die ist berühmt wegen ihrem Bildprogramm an der Außenfassade und passt genau in die Zeit.

Sanne Ziethen: *Wir kommen nochmal zur Rolle der größeren Städte zurück. Inwieweit trugen diese und ihre Urbanisierung nicht nur zur Modernisierung, sondern auch zur Vereinheitlichung Europas bei?*

Stefan Ehrenpreis: Die Seestädte waren immer schon Begegnungs- und Erfahrungsorte – europäisch, wenn man so will. Übrigens nicht nur die See- und Handelsstädte in Europa, sondern auch natürlich die außerhalb Europas: Macao zum Beispiel. Dort sind die portugiesischen, niederländischen, englischen und französischen Seeleute zusammengekommen. Insofern trugen sie zwar nicht zu einer Vereinheitlichung bei, aber doch zu einem besseren Kennenlernen. Das bessere Kennenlernen hatte natürlich auch zwei Seiten: Stereotypenbildung, aber auch die Sicht auf Gemeinsamkeiten. Insofern könnte man vielleicht sagen, dass sie zu einer Vereinheitlichung beitrugen. Daneben gibt es natürlich bestimmte Wirtschaftsstrukturen, die sich in den großen Handelsstädten anglichen. Im späten 17. Jahrhundert gab es da zum Beispiel das Aufkommen der Bankenvorläufer.

Das ist etwas, was im mitteleuropäischen Raum von den Vorläufern in Westeuropa kopiert wird. Insofern gibt es schon eine Vereinheitlichung in bestimmten Elementen, aber ich würde jetzt nicht sagen, dass das zu einer großen Vereinheitlichung führt, es gibt nämlich auch diese anderen Effekte: Erzeugen und Wahrnehmen der Unterschiedlichkeiten. Natürlich gab es auch den Ausschluss aus wirtschaftspolitischen Interessen. Mit einem französischen Schiff konnte man eben nicht in einem englischen Hafen anlanden, bei der Kontinentalsperre um 1800 war es umgekehrt. Insofern würde ich mich hüten, zu sagen, dass es die große Vereinheitlichung gegeben hat. Es gibt aber sicher im Bereich des Ökonomischen Vereinheitlichung von bestimmten Innovationen und die Kopie dieser Dinge, ganz zu schweigen etwa von der Architektur, bei der man schon im Spätmittelalter europäischen Modetrends folgte.

Dinh Chien Do: *Sie haben sich auch mit der Zirkulation vom Wissen im 17. und 18. Jahrhundert beschäftigt. Damit bewegen Sie sich auch im Feld der Globalgeschichte. Welche Rolle spielt der niederländische Handel bei der Ausdehnung der europäischen Weltwirtschaft und der Herausbildung eines globalen Informationsraumes und welche Auswirkungen hat dieser denn auch auf Europa?*

Stefan Ehrenpreis: Ganz enorme, wobei man auch sagen muss, dass die Niederländer zunächst die Nachzügler der Spanier und Portugiesen gewesen sind. Da sind natürlich viele Veränderungen geschehen, beispielsweise im Konsumverhalten durch die Attraktivität von exotischen Gütern. Das hatte schon mit den Spaniern und Portugiesen gestartet, als dann erst einhundert Jahre später die Niederländer und noch später die Engländer dazu kamen.

Die Niederländer haben deswegen eine besondere Gewichtung, weil sie stärker als die anderen europäischen Mächte diesen Handel in Verbindung mit ihrer eigenen Kultur gebracht haben. Sehr pauschal gesagt hat jedenfalls für die Spanier nur wenig Rückwirkung kultureller Art durch ihre Aneignung der indigenen Kulturen nach Spanien stattgefunden. Es gibt ein paar Dinge wie die adlige Einheirat in die Inka-Eliten in Peru, aber bei den Niederländern ist das deutlich mehr. Die Niederländer haben, weil sie in Asien auf andere Formen von tradierten und stabilen Gesellschaften trafen, sehr viel stärker Dinge adaptiert. Essen, Trinken, Kleidung bis hin zu anderen Moden. Die Niederlande im 17. Jahrhundert waren das einzige Land in Europa, wo auch einfache Schichten Kunst gekauft und aufgehängt haben. Im 17. Jahrhundert hingen dort auch in Bauernhäusern billige Gemälde. Das hängt ganz stark damit zusammen, dass die Niederländer sehr viel stärker diese Exotik in ihren Alltag integrierten, etwa diese berühmten Stillleben mit Orangen oder Gemüse aus Asien. Das ist das, was die Engländer dann später in Indien als starke Verbindung ebenso etabliert haben: Die Inder kommen im späten 19. Jahrhundert und besuchen die englischen Universitäten. Die Niederländer haben diese Integration im Alltag schon im späten 17. Jahrhundert. Bei beiden, das sehen wir heute schärfer, spielt natürlich auch der Sklavenhandel für den ökonomischen Aufschwung eine wichtige Rolle.

Dafür gab es in der niederländischen Verwaltungssprache auch einen speziellen Ausdruck. Es begann in der Verwaltung zu einem Problem zu werden, weil viele Niederländer in Indonesien anfingen, einheimische Familien zu gründen mit den indigenen Frauen. Anders als die katholischen Spanier waren die Niederländer von der protestantischen reformierten Kirche dann aber dazu angehalten, diese Frauen auch wirklich zu heiraten, das war ab 1732 ein Gesetz. Das wurde so gemacht und daraus entstand nicht nur ein starkes Anwachsen gemischtethnischer Bevölkerungsteile, sondern auch eine stärkere Adaption von Alltagskultur. Da war bei den Niederländern immer das Problem, was man machen sollte, wenn die Kolonialangestellten zurückkamen. Deren Verträge galten immer nur für ein paar Jahre. Sollten die jetzt diese Frauen und Kinder mitnehmen dürfen? Sind die Kinder dann vollwertig erbberechtigte? Werden die wie eine vollwertige niederländische Familie behandelt? Damit musste man sich auseinandersetzen.

Deborah Cuccia: *Stichwort Kaufleute. Welche Rolle spielten Ihrer Meinung nach Kaufleute mit ihren Handelsunternehmungen bei der Expansion Europas im 17. und 18. Jahrhundert?*

Stefan Ehrenpreis: Es gibt natürlich auch andere Gruppen, die eine Rolle spielten. Das Militär zum Beispiel. Aber die Kaufleute spielen natürlich eine enorm wichtige Rolle über die Marktverflechtung. Das waren die Spezialisten für exotische Waren, die wussten, was in Europa gewünscht wird und welche Preise man erzielen konnte. Im globalen Maßstab muss man sagen, dass das aber nichts speziell Europäisches ist. Das gilt ganz genau-

so für die muslimischen Kaufleute im Indischen Ozean. Die arabischen Kaufleute, die schon seit dem 13. Jahrhundert systematisch im Indischen Ozean sich ansiedeln – ganz ähnlich wie später die Portugiesen. Die haben für den arabischen Raum die gleiche Funktion, wie das später die europäischen Kaufleute für den europäischen Raum hatten. Das ist global betrachtet eigentlich nichts Besonderes. Das haben die muslimischen Kaufleute ebenfalls so gemacht – inklusive Sklavenhandel übrigens, um das nochmal zu erwähnen.

Deborah Cuccia: *Sie haben soeben den englischen und den niederländischen Handel erwähnt. Welche Rolle spielten London und Amsterdam als Zentren der europäischen Wirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert?*

Stefan Ehrenpreis: Die gelten natürlich als die wichtigsten Metropolen. Aber man sollte nicht vergessen, dass andere europäische Metropolen ihre Rollen behalten. Das fängt zum Beispiel bei Genua an. Wenn wir mal nach Österreich gucken, dann gibt es Triest, das erst um 1700 aufblüht, was aber auch eine enorm wichtige Funktion hat. Dann noch Sevilla in Spanien und Lissabon nicht zu vergessen. Das gehört mit zu europäischen Geschichtsbildern: Portugal kennt man nicht, da wissen auch mitteleuropäische Frühneuzeithistoriker kaum etwas und die enorme Bedeutung Portugals und Lissabons als Hafenstadt ist den meisten Leuten gar nicht so bekannt. Das gilt auch nicht nur für das 16. Jahrhundert mit Vasco da Gama,[21] sondern bis ins 18. Jahrhundert hinein. London und Amsterdam sind also nur die Spitze eines Eisberges, um 1700 für Europa aber schon absolut herausragend.

Philipp Strobl: *Wie hat sich die Dominanz dieser beiden Metropolen auf das Umland ausgewirkt und auf die europäische Peripherie?*

Stefan Ehrenpreis: Für die europäische Peripherie ist das schwer zu beantworten. London war ja von großer Bedeutung für den Handel mit Russland, und das schon im 16. Jahrhundert. Insofern spielt das natürlich in die Peripherie hinein, aber diese Russlandbeziehung ist vielleicht etwas besonders. Für die Gesamtstellung Europas ist das enorm wichtig, weil diese Städte sehr stark ins Umland wirken. London hat ein riesiges Einzugsgebiet und zwar allein schon wegen der Nahrungsmittelversorgung. Das ist wahrscheinlich wirklich das Entscheidende, dass sie in einem enormen Ausmaß auch das Umland bestimmen. In Amsterdam sind das praktisch die gesamten Niederlande und zum Teil noch darüber hinaus bis nach Antwerpen. Wir planen in Innsbruck jetzt ein Projekt über die österreichische Ostindien-Company aus der Zeit, als das heutige Belgien österreichisch war. Die Forscher haben bisher immer nur die Wiener Akten gelesen, was gut ist. Was aber niemand wusste, ist, dass es in Den Haag gewaltige Aktenbestände dazu gibt, weil die Niederländer das sehr genau beobachtet haben, weil sie Belgien noch als ihr Hinterland betrachteten. Beim Einfluss auf das Umland sind diese beiden Städte auf jeden Fall herausragend. Für London kommt noch das Kanalsystem hinzu, das schon im 16. Jahrhundert ausgebaut wurde.

21 Dom Vasco da Gama (*1469; †1524), portugiesischer Seefahrer, 1497 bis 1498 Entdecker des Seeweges um das Kap der Guten Hoffnung von Europa nach Indien.

Philipp Strobl: *Es wurden doch bestimmt auch Informationen in das Umland hineingetragen und dort kopiert und nachgemacht.*

Stefan Ehrenpreis: Darüber weiß ich zu wenig, aber ich glaube, dass es schon sehr einseitig ist. Es geht auf jeden Fall in die Metropole hinein. Es kommt wahrscheinlich sehr auf das Segment an, ob das von der Metropole ausstrahlte. Bei den Zeitungen glaube ich das zum Beispiel nicht. London ist ja der europäische Zeitungsplatz um 1700 mit einer enorm großen Breite an Zeitungen – auch, weil es keine Zensur gab. Dass das jetzt groß ins Ländliche umgreift, glaube ich nicht. Es gibt natürlich die persönlichen Kontakte, die in Londoner Betrieben sitzen und enge Wirtschaftsbeziehungen haben. Das gibt es auch für meinen Geburtsort Köln, wo man im Umkreis von 20 km zur Nahrungsmittelversorgung in die Stadt nach Köln lief mit Körben voller Obst und abends wieder zurückging. Da gab es natürlich einen Kommunikationsaustausch und man wusste über aktuelle Dinge Bescheid, auch durch Reisende im Gasthaus. Das war aber ein sehr einseitiger Prozess.

Jörg Beining: *Sie haben sich in Ihrer Forschung auch mit der Entwicklung und Bedeutung neuzeitlicher Bildungssysteme beschäftigt. Gab es überregionale Netzwerke, welche dazu beitrugen, Erziehungs- und Bildungssysteme in Europa zu vereinheitlichen und wenn ja, wie sahen diese aus?*

Stefan Ehrenpreis: Das ist eine interessante Frage. Vereinfacht gesagt kann man sagen, dass es diese Netzwerke gab, sie aber so gut wie nie funktioniert haben. Es gibt eine ganze Menge von europaweiten Netzwerken im Bereich der Bildungsinstitutionen, die aber nicht zu einer Vereinheitlichung geführt haben. Das liegt meiner Meinung nach daran, dass die Grundstrukturen doch sehr unterschiedlich waren. Es gab ein paar herausragende Figuren, die jeder kennt. Die wichtigste war Johann Comenius[22] im 17. Jahrhundert. Das ist eine ganz verrückte Geschichte. Comenius kommt ja aus dem böhmisch-österreichischen Raum und studierte dann an der calvinistisch reformierten Universität Herborn. Er geriet immer mal wieder in Bedrängnis durch die katholische Reform in Österreich. Es gab viele Angebote aus Europa. Man wollte ihn gerne haben und er sollte Bildungsreformen vorantreiben. Das erste Angebot kam aus England über den sogenannten Hartlib-Circle. Samuel Hartlib[23] war ein Gelehrter mit europaweitem Korrespondenznetzwerk. Comenius war auch nicht abgeneigt. Das war noch zur Zeit von Oliver Cromwell[24] und was passiert? Cromwell stirbt und es wird immer klarer, dass die Restauration kommen wird. Damit war der Gang nach England abgesagt.

Davor war er schon in Schweden auf Einladung des sogenannten „Kanonenkönigs“ Louis De Geer[25]. Das war dieser Kriegsunternehmer, der die schwedische Artillerie tech-

22 Johann Amos Comenius (*1592; †1670), mährischer Philosoph und Theologe, bedeutender Reformpädagoge.

23 Samuel Hartlib (*1600; †1662), deutsch-britischer Pädagoge, Gründer des *Hartlib-Circles*.

24 Oliver Cromwell (*1599; †1658), britischer Politiker, 1653 bis 1658 *Lord Protector* von England, Schottland und Irland.

25 Louis De Geer (*1587; †1652), niederländischer Industrieller, gilt als Begründer des schwedischen Industriewesens.

nisch so vervollkommt hat, dass die Schweden militärisch im Dreißigjährigen Krieg sehr erfolgreich waren, weil die eben eine überlegene Artillerie hatten. Dieser Stahl- und Kanonenkönig hatte Comenius eingeladen unter dem Aspekt, dass man ihn forschen lassen wollte, um ihn letztlich aber an den königlich-schwedischen Dienst zu binden. Aber auch das gelingt nicht. Die Regierung von Königin Kristina[26] weigert sich, Comenius anzustellen. Den dritten Versuch unternimmt verrückterweise Frankreich. Man fragt sich, warum die denn so einen calvinistisch orientierten Abweichler wollten. Er sollte benutzt werden, weil man den Einfluss der Jesuiten in Frankreich begrenzen wollte. So wurde Comenius bewusst eingeladen, um durch entsprechende Bildungsreformen in bestimmten Eliteschulen diesen Einfluss der Jesuiten in Frankreich zu begrenzen. Aber auch das misslingt. Comenius ging nicht nach Frankreich. Bis heute ist nicht ganz klar, warum nicht. Man hatte ihm aber wohl auch zu wenig geboten. Die Zusagen waren zu unsicher und er hatte ja schon negative Erfahrungen mit Regierungen gemacht. Er bleibt daraufhin dann in Ungarn.

Das ist so ein Beispiel für diese Netzwerke, die es zwar gab, die aber fast nie funktioniert haben. Es gibt natürlich intensiven Gelehrtenaustausch über Briefe. Jeder kennt Gottfried Wilhelm Leibniz[27] mit seinen Tausenden von Briefen. Da gibt es natürlich Anregungen – beispielsweise zur Gründung der Russischen Akademie der Wissenschaften und später der Brandenburgisch-Preußischen Akademie der Wissenschaften. Es gibt also durchaus solche Anregungen über einzelne wichtige Gelehrte, aber nicht wirklich über personelle Netzwerke, in denen tatsächlich Personenaustausch stattfindet. Das passierte so gut wie nie oder war langfristig nicht erfolgreich. Es gibt insofern eine europaweite Diskussion derselben Fragen und es gibt auch Korrespondenzen, aber es kommt zu keinem personellen Austausch. Auch diese berühmten französischen Philosophen wie Voltaire, die während der Hochaufklärung nach Berlin kommen, sind eine absolute Ausnahme und können sich ja auch nicht dauerhaft etablieren.

Sanne Ziethen: *Ist das bei Musikern etwas anderes? Ich frage aus meinem kulturwissenschaftlichen Hintergrund, weiß aber nicht, ob Sie sich damit auseinandergesetzt haben.*

Stefan Ehrenpreis: Ja, im Bereich der Kunst ist das sehr viel erfolgreicher. Da ist es auch ganz üblich, dass man von Fürstenhof zu Fürstenhof wandert und Aufträge vermittelt bekommt. Nicht überall, aber schon messbar. Das betrifft auch nicht nur Musiker, sondern auch bildende Künstler, interessanter Aspekt. Da könnte man sagen, dass es viel mehr europäische Netzwerke gab als im Bereich der Bildungsgeschichte. Allerdings kenne ich mich hier nicht besonders gut aus.

Philipp Strobl: *Eine Frage noch zum Wechsel von der spanisch-portugiesischen Weltwirtschaft hin zur holländisch dominierten. Ist nicht auch einer der großen Unterschiede das stark veränderte Konsumverhalten? Das mit den Bildern haben sie erwähnt, aber*

26 Kristina von Schweden (*1626; †1689), schwedische Monarchin, 1632 bis 1654 Königin von Schweden.

27 Gottfried Wilhelm Leibniz (*1646; †1716), deutscher Historiker, Mathematiker und Philosoph, gilt als universaler Geist des 17. und 18. Jahrhunderts.

was es nicht auch so, dass Kolonialgüter immer größeren Schichten der Bevölkerung zugänglich waren?

Stefan Ehrenpreis: Ja, wobei man sagen muss, dass im 16. Jahrhundert dahingehend auch schon mehr gewesen ist, als man so denkt. Gewürzhandel spielt ja zunächst in den Anfängen der Niederländer eine große Rolle. Gewürze werden tatsächlich schon im 16. Jahrhundert in größerem Maßstab an mittlere Schichten verkauft. Der Konsum von exotischen Gewürzen ist kein reines Elitenphänomen. Sie haben aber recht: Der große Umbruch erfolgt dann erst im 17. Jahrhundert durch den Massenkonsum von Tee, Kaffee, Tabak und Zucker – und aus dem Zucker dann die Produktion von Alkohol. Das spielt eine ganz wesentliche Rolle. Das haben die Spanier und die Portugiesen natürlich dann auch gemacht. Tabakanbau haben die Spanier dann auch viel betrieben. Zucker kam dann auch vor allen Dingen durch die Portugiesen aus Brasilien. Um 1700 kam circa 80 % des Zuckers in Europa von dort und der Rest aus der Karibik. Die haben eine riesige Zuckerproduktion aufgebaut – natürlich durch die Arbeit von Sklaven.

Die wirtschaftliche Rolle der Spanier geht in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts dann aber deutlich zurück. Die Portugiesen aber sind durchaus noch länger präsent. Das unterschätzt man oft und ist in den letzten Jahren erst wiederentdeckt worden seit der Weltausstellung in Lissabon. Der portugiesische Handelskolonialismus des 17. und 18. Jahrhunderts ist jetzt wesentlich besser erforscht als noch vor 20 Jahren. Einer der Kollegen, die damals auch bei dem ESF-Projekt dabei waren, Francisco Bethencourt, der jetzt seit einigen Jahren schon in England arbeitet, hat in den letzten Jahren viel geschrieben zum portugiesischen Kolonialreich. Das ist so eine Wiederentdeckung, dass die Portugiesen besser noch als die Spanier auf diesen Massenkonsum exotischer Güter umgestellt haben. Sie haben aber völlig Recht. Die Nachfrage nach diesen Massengütern, die anfangs nur eine Angelegenheit der Eliten war, geht sehr schnell in die Mittelschicht über und im späten 18. Jahrhundert trinken die Bauern in Westfalen dann auch schon Kaffee.

Philipp Strobl: *Das war wohl auch eine Frage der Absatzmärkte. Wen hat man erkannt und wann hat man wen erkannt als Absatzmarkt?*

Stefan Ehrenpreis: Ja, ganz genau, die steigende Produktion geht mit steigendem Verbrauch einher, typisch frühneuzeitliche Marktwirtschaft: Fernhandel unter Segeln.

Deborah Cuccia: *Sie haben von Kaufleuten gesprochen, von Handelszentren in Amsterdam und in London, aber auch vom islamischen Raum. Da habe ich an Griechenland und das Byzantinische Reich gedacht, das im frühen Mittelalter ebenfalls eine vermittelnde Rolle gespielt hat. Ich bin keine Expertin, aber ich habe das Gefühl, dass es wenig Forschung dazu gibt. Wäre es auch interessant, diese Rolle und ihre Erbschaft dieses Verbundes zu studieren?*

Stefan Ehrenpreis: Ja, wobei ich mich da nicht gut auskenne. Es gibt aber schon einen großen Forschungsbereich der Byzantinistik, der in Frankreich auch noch stärker ist als in Deutschland. Das ist halt doch alles sehr auf diese typischen mittelalterlichen Fragestellungen bezogen. Es gibt sehr viel über Kulturkontakt und jede Menge über Politikge-

schichte und es ist ja schon lange klar, dass Byzanz enorme Kulturwirkungen hatte, auch für Westeuropa. Das ist völlig unstrittig. Das kann man ganz gut bei Peter Frankopan[28] nachlesen, „Licht aus dem Osten“ heißt das Buch. Was ich nicht weiß, ist – das mag aber einfach an meiner Unkenntnis liegen –, wie die wirtschaftliche Bedeutung ausgesehen hat. Ich meine, dass diese nicht so groß war, aber das kann auch einfach daran liegen, dass es zu wenig Forschung dazu gibt. Da könnten Sie schon Recht haben. Wenn sie heute etwas in den Handbüchern zu Byzanz lesen, dann ist es immer der kulturelle und der politische Ansatz. Was ich empfehlen kann, ist das Buch des Kollegen Klaus Oschema[29] über Europa im Mittelalter. Das ist sehr gut. Der hat auch solche Fragen behandelt. Vielleicht kann man da nachschauen.

Michael Gehler: *Ich hätte noch eine Frage zur tieferen Geschichte der europäischen Integration. Es gibt ja die eher zeithistorisch eng argumentierenden Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Zweiten Weltkrieg beginnen, einige mit dem Marshallplan, andere gehen schon einen Schritt weiter in die sogenannte Zwischenkriegszeit zurück und zum Völkerbund. Dann gibt es noch Kollegen und Kolleginnen, die ins 19. Jahrhundert zurückgehen und nicht nur in die zweite Hälfte mit all diesen Vereinen und Vereinigungen, sondern bis zum Wiener Kongress und schauen sich z. B. die Rhein-Donau-Schifffahrtskommission an: Stichwort Vergemeinschaftung, Überstaatlichkeit. Würden Sie so einem Zugang folgen können oder aufgrund Ihrer frühneuzeitlichen Expertise sogar noch weiter zurückgehen? Da wäre übrigens Michael Mitterauer[30] zu erwähnen, der sich stark auf das Mittelalter bezieht mit seiner Agrarwirtschaft. Wie sehen Sie den langen und breiten Sockel, auf dem dieses europäische Werk nach dem Zweiten Weltkrieg fußt?*

Stefan Ehrenpreis: Das sehe ich durchaus. Es ist uns ja bisher nicht gelungen, das in ein übergeordnetes Bild zu bringen. Man hat einzelne wichtige Trends identifiziert. Da würde ich auch Mitterauer mit der demografischen Entwicklung nennen und der Verbindung zwischen Familien- und Heiratsstrukturen. Das ist ganz wichtig und diese *European family patterns* scheinen ein ganz interessantes Phänomen zu sein, dass man in der benachbarten muslimischen Welt so anscheinend nicht hatte. Etwas anderes ist natürlich alles, was mit dem Adel zu tun hat, inklusive Grundherrschaft – sprich: Feudalismus. Natürlich kennt man das inzwischen auch aus Japan. Dort gab es ja anscheinend ganz ähnliche Strukturen eines feudalen Systems mit einer grundherrschaftlich besitzenden Adelsschicht. Da weiß ich aber auch nicht, wie genau der Wissensstand im Vergleich zu Japan ist.

---

28 Peter Frankopan (*1971), britischer Historiker, seit 2000 *Senior Research Fellow* am *Worcester College* der *University of Oxford*.

29 Klaus Peter Oschema (*1972), deutscher Historiker, 2014 bis 2015 Professor an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main, 2015 bis 2017 Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, 2016 bis 2017 Gerda Henkel Member am *Institute for Advanced Study* in Princeton und seit 2017 Professor für Geschichte des Mittelalters an der Ruhr-Universität Bochum.

30 Michael Mitterauer (*1937), österreichischer Historiker, von 1971 bis 2003 Professor an der Universität Wien.

„…dass die Grundstrukturen Europas doch sehr unterschiedlich waren…“

Gleichwohl könnte man sagen, dass das für die benachbarten Regionen so nicht gegeben war. Diese spezielle Struktur des adeligen Oberbesitzes von Grund und Boden, der dann in verschiedenen Leihformen an Bauern weitergegeben worden ist, ist sicherlich anders als in Afrika, im muslimischen Nahen Osten oder auch in Russland. Da sehe ich eine weitere europäische Eigenart. Die Frage ist: Wie viele andere gibt es noch? Diese Frage haben wir noch nicht wirklich beantwortet. Man kann die immer wieder lesen, aber wie das in Abwägung zu verschiedenen politischen Strukturen der Spätantike zu sehen ist, ist unklar. Ist das Reichsdenken nicht vielleicht wichtiger, die Frage nach Ost-Rom und West-Rom zu stellen, statt nach feudalen Gesellschaftsstrukturen? Das wage ich aber nicht zu beantworten und andere tun das ebenfalls nicht. Es fehlt tatsächlich noch eine Gesamtschau. Ich werde später im Vortrag noch auf einen Vorschlag hinweisen von Wolfgang Reinhard, den ich (trotz einiger aktueller irritierenden Äußerungen) sehr schätze, der aber wirklich auf die Frühe Neuzeit zielt, und nicht zurück auf eine längere Periode. Da habe ich im Moment noch Schwierigkeiten zu sehen, wie man aus dem Mittelalter heraus noch weitere Gemeinsamkeiten finden könnte. Die damalige Wissenschaft, die man früher mal genannt hat, ist es sicherlich nicht. Die Wissenschaft ist viel zu stark aus dem muslimischen Reich heraus geprägt. Frühe naturwissenschaftliche Experimente sind absolut keine europäische Eigenart, ganz im Gegenteil. Das ist eine Rezeption der islamischen Welt. Ich sehe also noch nicht so richtig, was außer den demografischen und familiären Strukturen und Feudalismus noch genannt werden könnte.

Michael Gehler: *Vielen herzlichen Dank. Sie haben ja in den vorhergehenden Ausführungen schon sehr deutlich gemacht, dass Sie sich nicht nur mit diesen euroskeptischen Tendenzen befassen wollen. Sie sagten ja bereits, dass die aktuelle Krisensituation der Europäischen Union nicht auf Ihrer Agenda steht. Dennoch möchte ich eine abschließende Frage stellen. Es wird ja seit geraumer Zeit darüber gesprochen, dass eine Quelle, eine Ursache des europäischen Legitimationsdefizites darin liegt, dass die Leute gar nicht wissen, wohin die Reise gehen soll. Die berühmt berüchtigte Frage der Finalität ist nicht beantwortet. Meinen Sie, dass das nötig sein müsste, dass man diese Endzweckbestimmung der Finalität beantworten sollte, um im Vorfeld solcher Wahlgänge, die uns jetzt bevorstehen, mehr Klarheit zu vermitteln? Oder ist das das Erfolgsgeheimnis dieses Projekts, dass man diese Frage bewusst offenlässt, weil man sich sonst ohnehin sofort uneinig wäre? Wie sieht da Ihre Position als Historiker aus? Ein kleiner Hinweis noch: Fast alle Imperien in ihrer Entwicklung hatten eigentlich offen gelassen in ihrer Entwicklung, wohin sie gehen, auch wenn sie eine Friedensmission hatten.*

Stefan Ehrenpreis: Jetzt meinen Sie aber nicht, dass die EU ein Imperium ist oder?

Michael Gehler: *Doch! Ich bin der Überzeugung, dass sie bereits imperiale Züge aufweist.*

Stefan Ehrenpreis: Alles klar. Darüber unterhalten wir uns dann beim Abendessen. Einen Menschen sollten wir hier jetzt doch nochmal erwähnen: Wolfgang Schmale.[31] Wolfgang Schmale hat ja schon vor 20 Jahren geschrieben, dass Europa an seinem Mythendefizit scheitert. Das glaube ich nicht, das glaubt er selbst heute auch nicht mehr, denke ich. Er ist sicher der Bedeutendste, der sich mit den Strukturen vor der Gründung der EU und was es dort an Wirkung gibt beschäftigt hat. Ich habe daher auch sehr stark von seinen Publikationen profitiert. Er hat ja auch dieses kleine Bändchen „Mein Europa“ geschrieben und das möchte ich eigentlich auch so sagen. Mein Europabild ist auch nicht nur durch akademische Forschung, sondern auch durch Reisen sehr stark mitgeprägt worden. Reisen, die ich natürlich auch genutzt habe, um mich mit der jeweiligen Geschichte der Regionen und Länder zu beschäftigen. Ich war jetzt zweimal in Griechenland und habe mich da ein wenig mit der Geschichte von Saloniki beschäftigt, die ja wahnsinnig dramatisch, aber ganz europäisch ist. Hier fand der Kontakt mit dem Islam statt, ein Drittel der Bevölkerung war muslimisch und das auch noch einige Zeit, nachdem die osmanische Herrschaft endete. Heute ist dort aber kaum noch etwas von der muslimischen Vergangenheit zu sehen.

Das ist noch keine richtige Beantwortung der Frage, aber die Europäer können heute reisen. Wir sind familiär in den 1970er Jahren nach Südtirol gefahren und das haben wir auch gar nicht so als deutsch-österreichisch-italienischen Sonderfall empfunden, wenn ich mich richtig erinnere. Aber der Umfang ist heute ja ein ganz anderer, meine Kinder reisten schon in jungen Jahren ins entferntere Ausland. Meine Tochter war im Alter von 13 Jahren in Lodz und St. Petersburg mit ihrem Chor, ganz ohne Eltern. Auch der Studentenaustausch floriert. Diese Austauschformen sind eine ganz wichtige Sache und das ist für mich auch ein Teil der Finalität. Aber zur eigentlichen Frage: Ich glaube eigentlich nicht, dass die EU eine Finalitätsantwort braucht. Ich würde es auch ausdrücklich gar nicht anstreben. Viele Probleme, die wir derzeit haben, beruhen zum Teil darauf, dass man sich auf so eine Finalität auch gar nicht einigen könnte. Wenn man diese Fragen intensiv stellt, würde der Laden auseinanderfliegen. Was übrigens auch für die Migrationsfrage gilt, und da spreche ich jetzt auch als Privatperson und nicht nur als Wissenschaftler: Wir brauchen viel mehr Pragmatik. Deshalb ist es auch so schade, dass die Briten gegangen sind (vielleicht kommen die Schotten ja zurück), weil die diese Pragmatik oft gehabt haben. Pragmatik, einfach zu sagen, dass man eine Lösung nimmt, die Kompromisse einschließt, dann aber auch Druck ausübt zur Verwirklichung. Pragmatik heißt dann eben, diese Frage nach der Finalität gar nicht erst in den Raum zu stellen. Das halte ich in der derzeitigen Situation für das Vernünftigste und das wird sicherlich noch zehn Jahre so sein. Das finde ich aber auch gar nicht schlimm. Ich würde sagen: Aus der Erfahrung mit den langen Trends heraus, sollte man bei der Pragmatik bleiben und diese auch offensiv als Vorteil verkaufen. Man kann auch mit unterschiedlichen Traditionen und Interessen, die man ja gar nicht aufheben könnte, Kompromisse und Lösungen finden. Das ist etwas, was auch für andere Staatenbündnisse ein ganz vernünftiges Vorbild wäre.

31 Wolfgang Schmale (*1956), deutscher Historiker, 1995 bis 1996 Professor an der Technischen Universität Braunschweig und seit 1999 Professor an der Universität Wien.

„…dass die Grundstrukturen Europas doch sehr unterschiedlich waren…“

Michael Gehler: *Das ist ein fantastisches Schlusswort mit einem globalen Ausblick. Herzlichen Dank, Stefan Ehrenpreis, für die Möglichkeit, mit Ihnen zu sprechen. Es war sehr dicht, sehr informativ und immer an konkreten Beispielen orientiert.*

David Schriffl

Der ehemalige „Eiserne Vorhang“ als Nahtstelle oder Sollbruchstelle der europäischen Integration? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968

Zum Referenten:

David Schriffl studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Bereits während seines Doktoratsstudiums war er als Mitarbeiter beim *Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus* und als Dissertant an der *Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* tätig. Nach seiner 2009 mit Auszeichnung abgeschlossenen Promotion „Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968“[1] war er zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der *Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften* (ÖAW) beschäftigt, ab 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung der ÖAW.

Schriffl ist einer der wenigen Experten zur Slowakei im deutschsprachigen Raum, was sich in zahlreichen Editionen niedergeschlagen hat, etwa zu den deutsch-slowakischen Beziehungen 1938–1941, d. h., in den Jahren der Entstehung des slowakischen Staates oder zu den deutsch-slowakischen Beziehungen in den Jahren des Kriegs gegen

1 David Schriffl: Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968“– Zentraleuropastudien 17, Wien 2012.

die UdSSR bis zum Untergang der Slowakischen Republik im Jahr 1945.[2] Jüngst legte er in Zusammenarbeit mit anderen Wissenschaftlern die Bände „Heimliche Freunde. Die Beziehungen Österreichs zu den Diktaturen Südeuropas nach 1945: Spanien, Portugal, Griechenland“ [3] und „Sehnsucht nach dem starken Mann? Autoritäre Tendenzen in Österreich seit 1945“[4] vor. Schriffl war Mitglied d*er Ständigen Konferenz tschechischer und österreichischer Historik*er (SKÖTH) und im Editorial Board des *Politologické fórum/ Political Science Forum. Seit September 2019 ist er Referatsleiter im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien.*

Zum Vortrag:

Die aktuelle Flüchtlingsdebatte, so Schriffls These zu Beginn seines Vortrags, lasse die Linie des ehemaligen Eisernen Vorhangs auch als Grenze der vielzitierten „Willkommenskultur“ deutlich werden. Es scheint, als wirkten Erfahrungen und eine erfolgte oder unterbliebene Auseinandersetzung mit dem Geschehenen dies- und jenseits der ehemaligen Grenze bis heute nach und äußerten sich in Form eines unterschiedlichen politischen Verhaltens. Sie kann damit als ein Spiegel angesehen werden, der die Verwerfungen in Politik und Gesellschaft sichtbar macht.

Um die unterschiedlichen Traditionen zu verdeutlichen, die in der Gegenwart erneut wirkmächtig werden, wirft Schriffl zunächst einen Blick in die slowakische Geschichte. Das Gebiet der heutigen Slowakei ist über tausend Jahre Teil des ungarischen Königreichs. Seine wichtige Rolle – etwa als Geldquelle durch seinen Bergbau – zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass Preßburg zwischen 1536–1830 ungarische Krönungsstadt ist. Im Zuge eines durch die deutsche Romantik beeinflussten Sprachnationalismus bildet sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts jedoch auch hier ein slawischer, tschechoslowakischer bzw. slowakischer Sprachnationalismus heraus, der die Loyalität zum ungarischen Staat in Frage stellt und zunehmend Konflikte aufwirft.

2 Zum Beispiel: Eduard Nižňanský, Jana Tulkisová, Igor Baka, Miloslav Čaplovič, Miroslav Fabricius, Ľudovit Hallon, Dušan Segeš, David Schriffl, Michal Schvarc (Hg.), Slovenskonemecké vzťahy 1938–1941 v dokumentoch I. Od Mníchova k vojne proti ZSSR. Slowakisch-deutsche Beziehungen 1938–1941 in Dokumenten I. Von München bis zum Krieg gegen die UdSSR. Universum, Prešov 2009 [erschienen 2011]; David Schriffl, Michal Schvarc und Martin Holák (Hg.), „Tretia ríša“ a vznik Slovenského Štátu. Dokumenty I. – Das „Dritte Reich“ und die Entstehung des Slowakischen Staates. Dokumente I. Ústav Pamäti Národa, Bratislava 2008; Eduard Nižňanský, Jana Tulkisová, Igor Baka, Miloslav Čaplovič, Miroslav Fabricius, Ľudovit Hallon, David Schriffl, Michal Schvarc (Hg.), Slovensko-nemecké vzťahy 1941 – 1945 v dokumentoch II. Od vojny proti ZSSR po zánik Slovenskej republiky v roku 1945. (Slowakisch-deutsche Beziehungen 1941 – 1945 in Dokumenten II. Vom Krieg gegen die UdSSR bis zum Untergang der Slowakischen Republik im Jahr 1945). Universum, Prešov 2011 [erschienen 2013].

3 Stefan A. Müller, David Schriffl, Adamantios T. Skordos: Heimliche Freunde. Die Beziehungen Österreichs zu den Diktaturen Südeuropas nach 1945: Spanien, Portugal, Griechenland. Wien: Böhlau, 2016.

4 Martin Dolezal/Peter Grand/Berthold Molden, David Schriffl: Sehnsucht nach dem starken Mann? Autoritäre Tendenzen in Österreich seit 1945, Wien 2019.

Vor allem der Konflikt zwischen Slowaken und Tschechen zeitigt in der Folge entscheidende Wirkungen. Nach dem Zerfall von Österreich-Ungarn 1918 wird die Zugehörigkeit der Slowakei zur Tschechoslowakei unter Militäreinsatz erzwungen. Die Slowaken, die sich einen eigenen Staat, die Separation oder zumindest mehr Autonomie wünschen, orientieren sich in den Dreißigerjahren politisch und ideologisch zunehmend am Deutschen Reich. Nach dem „Anschluss" Österreichs im Jahr 1938 wird die Slowakei dessen Nachbar, was neue Einflussmöglichkeiten ermöglicht. Von Wien aus wird nationalsozialistische Propaganda in der Slowakei – ab 1938 als autonomer, autoritärer Teilstaat der nunmehrigen Tschechoslowakei – verbreitet, wobei der Reichsstatthalter in Wien, Arthur Seyß-Inquart und der Sicherheitsdienst der SS bedeutende Rollen spielen. Wien hat fast unbegrenzten Einfluss auf Presseerzeugnisse, ab 1938 war die Gleichschaltung weitgehend erfolgt. Ein weiteres wichtiges Instrument zur propagandistischen Einflussnahme ist der Reichssender Wien. 1933 errichtet und mit einer großen Sendereichweite ausgestattet, sendet er ab 1938 täglich Nachrichten in tschechischer und slowakischer Sprache. Sein Programm zielt auf die Bildung einer Slowakei unter deutscher nationalsozialistischer Patronanz, wie sie als Slowakische Republik 1939 tatsächlich entsteht. Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 bricht auch der Satellitenstaat Slowakische Republik zusammen und die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit wird – abzüglich der Karpathoukraine, die 1946 an die UdSSR abgetreten wird – wieder hergestellt. Das Recht der Slowakei auf Mitgestaltung innerhalb des gemeinsamen Staates mit den Tschechen erweist sich jedoch als rein formal und wird bald ausgehöhlt.

Die Forschung, so Schriffl, habe in der Folge Aspekte wie beispielsweise Fragen der Nachbarschaft nur aus gesamtstaatlich tschechoslowakischem Blickwinkel untersucht. Ergiebig sei es jedoch, auch die Frage nach den spezifisch slowakischen Belangen zu beleuchten bzw. die österreichisch-tschechischen mit den österreichisch-slowakischen Beziehungen zu vergleichen. Hier ließen sich, so der Vortragende, wesentlich umfangreichere Beziehungen ausmachen als bisher angenommen, so dass die Beziehungsgeschichte neu geschrieben werden könne.

Die Unterschiede in den politisch-diplomatischen Beziehungen untersucht Schriffl in Folge am Beispiel des österreichischen Generalkonsulats in Pressburg. Eine österreichische Vertretung war in der Auseinandersetzung um die Behandlung der österreichischen Staatsbürger notwendig geworden. Schriffl zeigt anhand verschiedener Sitzungsprotokolle und Beschlüsse auf, wie verbale Versprechen der Slowakei in Richtung Österreich in deutlichem Gegensatz zum politischen Handeln stehen. Während Prag die Zusage gegeben hatte, Österreicher nicht wie Deutsche zu behandeln, trifft die slowakische Politik deutlich striktere Entscheidungen und entscheidet im Gegensatz zur Prager Linie sogar in vertraulichen Dokumenten eine Behandlung der Österreicher wie Deutsche.

Die durch Abschiebung deutlich geschrumpfte Zahl an Österreichern von etwa 3.000 im Jahr 1938 auf etwa 300 im Jahr 1948 bewirkt auch einen Wandel der Tätigkeit des Pressburger Generalkonsulats: Seit der kommunistischen Machtübernahme 1948 hatte sich der Eiserne Vorhang an March und Donau zwischen Wien und Bratislava gesenkt und dadurch den Fluss an Handelsware, aber auch an Menschen und Informationen stark eingeschränkt. Das Generalkonsulat – seit 1951 die einzige diplomatische Vertretung eines westlichen Staates in der Slowakei – dient zunehmend als Informationsquelle über herrschende Zustände. So zeigt beispielsweise eine 1950 geheim durchgeführte Umfrage

über das politische System und die Beurteilung der Staatsform die Stimmungslage in der Slowakei auf. Auch wenn aufgrund der Art der Umfrage die Ergebnisse mit Vorsicht zu deuten sind, wird in ihr – erst zwei Jahre nach Installation des kommunistischen Regimes – die große Abneigung weiter Bevölkerungskreise gegen die herrschende Staatsform und der Wunsch nach einem eigenen slowakischen Staat deutlich.

Ab 1958 wird als weiteres Mittel zur Informationsbeschaffung mit amerikanischen Mitteln ein Horchposten zum Abhören des sowjetischen Funkverkehrs auf der Königswarte, einem Berg an der Grenze zur Slowakei, errichtet, der bis tief in den Warschauer Pakt hinein aktiv ist.

Am Beispiel der sogenannten „Überlandgrundstücke“ zeigt Schriffl im Folgenden ein erstaunliches „Mikroklima der Kooperation“ an der österreichisch-slowakischen Grenze, das sich erheblich von den Zuständen an der österreichisch-böhmisch-mährischen Grenze unterscheidet. Er zeigt auf, dass Österreichern gehörende Felder auf slowakischem Boden problemlos bebaubar waren, obgleich die Österreicher nach tschechoslowakischer Regelung ja als Deutsche angesehen wurden und eine Enteignung zu erwarten gewesen wäre. Im Gegensatz zur österreichisch-böhmisch-mährischen Grenze, wo die Lokalbehörden eine Bebauung der Felder teils mit Waffengewalt verhindern, werden im österreichisch-slowakischen Gebiet wenige Monate nach der offiziellen Schließung des Grenzverkehrs und unter Umgehung des Prager Außenministeriums gar neue Regelungen für einen „kleinen Grenzverkehr“ auf der Basis eines 1929 geschlossenen zwischenstaatlichen Vertrags über einen lokalen Grenzverkehr getroffen.

Anders stellt sich die Situation auf dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt dar: Der traditionelle Arbeitskräfteüberschuss in der Slowakei, der vormals dem österreichischen Saison-Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hatte, wird durch Umsiedlungen von Slowaken, aber auch Roma in die Grenzgebiete Böhmens und Mährens verringert. Durch Industrialisierung und Ausweisung eines Teils der ungarischen Minderheit aus der Slowakei verringert sich die Zahl an Arbeitsmigranten zusätzlich, so dass in der Slowakei selbst Arbeitskräftemangel zu herrschen beginnt. Es vergeht fast ein halbes Jahrhundert, bis sich erneut ein regionaler Arbeitsmarkt zwischen Österreich und der Slowakei entwickeln kann.

Am Beispiel eines Großprojekts mit Auswirkungen auf die internationale Politik zeigt Schriffl ein Beispiel für eine wirtschaftliche Kooperation ganz anderer Art auf: Bereits in den 1950er Jahren gibt es unterschiedliche Pläne sowohl der Tschechoslowakei aber auch Österreichs, im Dreiländereck Österreich-Ungarn-Tschechoslowakei die Wasserkraft der Donau zur Energiegewinnung zu nutzen. Nach langwierigen Vorverhandlungen wird auf österreichischen Wunsch hin Wolfsthal als Standort in den Blick gefasst, da Österreich einen Verlust an nutzbarer Wasserkraft am unteren Verlauf der Donaustrecke durch den Bau eines anderen Stauprojekts verhindern will und dafür sogar in Kauf nimmt, dass die USA von Beginn an die Zustimmung für Finanzmittel versagten.

Wie Schriffl aufzeigt, sind die Gründe, warum von slowakischer Seite aus viele Jahre ergebnislos mit Österreich verhandelt wurde, obgleich eine „ungarische Lösung“ in Form einer Staustufe bei Gabčikovo energietechnisch weit günstiger gewesen wäre, in der Geopolitik zu suchen: Auf russischen Auftrag hin soll Österreich – wenige Wochen nach Unterzeichnung des Staatsvertrags – von seiner Rolle als freiwillig neutraler Staat profitieren. So bleibt auf russischen Wunsch Österreich lange Zeit in das Verhandlungs-

spiel integriert, obgleich es bereits in den 1960er Jahren eine eigene – rein österreichische – Staustufe bei Hainburg hätte realisieren können. Letztlich wird keines der geplanten Wasserkraftwerke umgesetzt.

Auch die Situation an der Grenze zwischen Österreich und der Slowakei erweist sich anders als gemeinhin vorgestellt. Zwar wird ab Februar 1948 mit der Errichtung von Sperren begonnen, der Aufbau verläuft aber nicht stetig. Die grüne Grenze wird erst im Juli 1951 mit einem Stacheldraht abgesperrt, entlang der March sogar nur entlang der Dörfer technische Sperren angebracht. Während in anderen Grenzabschnitten – etwa an der Grenze zum heutigen Tschechien – der Grenzschutz und die Arbeit an den Aufbauten betont wird, lässt sich im slowakischen Gebiet in der Entspannungsphase des Kalten Kriegs gar ein Rückbau der Stacheldrahtkonstruktionen feststellen. Es werden gar persönliche Kontakte gepflegt. Die Statistik der Todesfälle bei Grenzzwischenfällen bestätigt diese unterschiedliche Grenzpolitik. Diese Liberalisierungstendenzen haben auch Auswirkungen auf den Reiseverkehr: Die Grenzübergänge zwischen Wien und Pressburg werden ab Oktober 1963 quasi Testgebiet für den Reiseverkehr mit den nun auch leichter zu erhaltenden Visa, bevor die Regelungen auch für Böhmen und Mähren gelten. Grund der Erleichterungen sind vor allem die Hoffnungen der Slowakei auf höhere Deviseneinnahmen. Die Zahl der Visa-Anträge zur Reise in die Slowakei wächst rasant und stellt die österreichische Vertretung bald vor Kapazitätsprobleme. Es fahren jedoch nicht nur Österreicher in die Slowakei, sondern auch viele Slowaken nach Wien. Mit dem gewaltsamen Ende des „Prager Frühlings“ 1968 finden diese Reiseerleichterungen jedoch ein jähes Ende.

Wie Schriffl aufzeigt, lassen sich auch im Bereich des Rundfunks und des Fernsehens Lücken in der Abschottung der slowakischen Bevölkerung vom Westen feststellen. Vor allem der österreichische ORF wird zu einer der wichtigsten unzensierten Informationsquellen. Die Maßnahmen der Partei, den Empfang des Senders zu verhindern, bleiben ohne Erfolg. In der Phase der Liberalisierung werden auch kulturelle Kontakte wie Übersetzungen moderner österreichischer Literatur oder Gastspiele österreichischer Ensembles intensiv gepflegt. Auch diese Bemühungen finden nach 1968 ein jähes Ende.

Die Zeit nach 1968 lässt sich als Rückzug ins Private kennzeichnen. Kritik am tschechoslowakischen Regime – etwas durch die Dissidenten der Charta 77 – erhält breite Unterstützung aus Österreich, kann sich aber zunächst nicht durchsetzen. Auf die „Samtene Revolution“ im November 1989 folgt ein Hochgefühl in den gegenseitigen Beziehungen, das jedoch nicht von Dauer ist. Die nun wieder durchlässige Grenze und die neue Reisefreiheit führen zu österreichischen Ängsten, so dass die Regierung Soldaten an die Grenze verlegt und diese sogar noch sichert, als die Slowakei 2007 Schengen-Mitglied wird. Die autoritäre Regierung Vladimír Mečiars erschwert eine Annäherung zusätzlich. Österreich, selber 1995 in die EU eingetreten, nimmt beim Beitritt der Slowakei im Jahr 2004 eine Art Mentorenrolle ein. Eine im Jahr 2000 durchgeführte Studie zeigt das Verhältnis der Nachbarn als ein asymmetrisches: Während die Slowaken die Österreicher zwar als arrogant, insgesamt aber als positiv bewerten, lässt sich in Österreich eine Wiederbelebung des Vorurteils vom ungebildeten Ostler konstatieren. Dass die Kenntnis der deutschen Sprache in der Slowakei rückläufig ist, bestärkt diese Tendenzen.

Trotz recht positiver Ausblicke betont Schriffl zum Ende seines Vortrags erneut die eingangs geäußerte Meinung: Der Umgang mit der Flüchtlingskrise heute zeige – trotz

aller Kontakte und Gemeinsamkeiten – die Auswirkungen jahrzehntelanger unterschiedlicher gesellschaftlich-ideologischer Erfahrungen. Dies mache einen Teil des Grabens aus, der Europa momentan spalte.

Diskussion

Publikumsfrage: *Ich habe zwei Fragen, wobei die erste Frage den Assistenzeinsatz von Soldaten betrifft. Es gibt die Darstellung von österreichischen Soldaten der Führungsebene, die behaupten, der Assistenzeinsatz hätte die dort eingesetzten Soldaten der jeweiligen Region nähergebracht. Das würde auch Ihre Argumentation unterstreichen, dass es in den 1950er Jahren durchaus Kooperationen zwischen beiden Grenzorganen gegeben hat. Inwieweit ist Ihnen bekannt, ob diese einen besonderen Blick auf die Slowakei hatten bzw. ob sie die Slowakei bzw. die Grenzregion besonders schätzen gelernt haben? Und haben Sie Kenntnisse darüber, wie man über die Grenze gesprochen hat? Wird sie nach der Abschottung 1968 eher als Bedrohung wahrgenommen?*

David Schriffl: Der Einsatz der österreichischen Soldaten an der Grenze war dem sogenannten subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung geschuldet – das war der entscheidende Faktor. Es ist interessant zu sehen, dass die Soldaten von der österreichischen grenznahen Bevölkerung sehr wertgeschätzt wurden – und das nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen, sondern auch, weil grenznahe Städte und vor allem Gasthäuser von deren Aufenthalt auch finanziell profitierten. Ein Näherkommen dem Nachbarn ist mir nicht bekannt. Auf der anderen Seite hat es durchaus das Gefühl der Absurdität gegeben, dass in der EU nun Soldaten an der Grenze wachen. Eine Kritik wurde allerdings gar nicht oder nur dezent geäußert.

Es gibt einen Unterschied zwischen der Phase vor und nach 1968: Die Grenzgebiete wurden mental etwas aufgegeben. Vor allem an der Nordgrenze, aber auch im Osten war es so, dass man es als „tote Grenze" wahrgenommen hat und dass viele nicht mehr wussten oder wissen wollten und konnten, was dahinter ist. Es gab sozusagen ein „Ende des Interesses".

Publikumsfrage: *Mich hat in Ihren Ausführungen gewundert, dass ab 1956 die Grenzanlagen zu Österreich abgebaut wurden, obwohl parallel dazu ja in Ungarn der Aufstand gewesen ist. Hat es da keinerlei Auswirkungen gegeben? Sie haben erwähnt, dass die Todesfälle an der Grenze 1956/57 hauptsächlich an der tschechischen Grenze zu verzeichnen waren.*

David Schriffl: Es ist interessant zu sehen, dass an der ungarischen Grenze davor und danach Minengürtel angelegt worden sind, was an der österreichisch-slowakischen Grenze nie passiert ist. Anhand der Dokumente ist es nur möglich darzustellen, welche technischen Maßnahmen es gegeben hat und welche aufgehoben worden sind. Das hängt sicherlich auch mit der Entspannung nach dem 20. Parteitag des KPdSU zusammen. Die Ängste der Partei in der Tschechoslowakei nach dem Aufstand haben sich auf Ungarn bezogen und nicht auf Österreich. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass die Bedürfnisse,

die Grenze zu Österreich wegen des ungarischen Aufstandes weiter abzuschotten, in den Dokumenten weniger nachzuweisen sind. Es bestand vielmehr die Angst, der Aufstand könne auf die Tschechoslowakei übergreifen und so gab es sogar Überlegungen der Regierung, die Grenze zu Ungarn zu befestigen.

Publikumsfrage: *War es nicht so, dass von ungarischer Seite auch an der österreichisch-ungarischen Grenze ein Abbau des „Eisernen Vorhang" schon vor dem Volksaufstand in der ersten Hälfte 1956 eingesetzt hatte und dann im Grunde der Aufstand und dessen blutige Niederwerfung diesen Vorgang dann abrupt gestoppt hat? Lassen sich Parallelitäten zwischen der österreichisch-ungarischen und der österreichisch-slowakischen Grenze feststellen?*

David Schriffl: Im Zuge der Entspannungspolitik gibt es in der Tat Parallelen. Man muss jedoch festhalten, dass die technischen Maßnahmen an der ungarischen Grenze deutlich massiver waren, als sie jemals an der slowakischen oder auch tschechoslowakischen Grenze bestanden haben. Eine Parallelität gibt es auch insofern, als die Entspannungsphase des Kalten Kriegs ihre Auswirkung auf alle Satellitenstaaten hatte und nach dem Aufstand entsprechende Maßnahmen wieder zurückgenommen wurden. Es gibt Berichte der Grenztruppen, in denen die Stimmung der Bevölkerung an der Grenze beobachtet wird. Dort wird offensichtlich, dass der 20. Parteitag der KPdSU tatsächlich auch Auswirkungen auf die Individuen gehabt hat. Die angebliche „geheime Rede" von Nikita *Chruschtschow* ist von westlichen Radiostationen in den Osten gesendet worden, es wurden Flugblätter abgeworfen, da die US-Regierung wollte, dass die „Abrechnung" mit Stalin auch wirklich bei den Leuten ankommt, um eine kritische Haltung zu befördern. So entstand bei z. B. bei den slowakischen Grenztruppen die Meinung, eine Abschottung sei zu diesem Moment der Bevölkerung nicht verständlich zu machen. Teilweise waren die Grenztruppen selber in ihrer Disziplin und Loyalität betroffen – die Führung hatte Sorge, dass die Grenztruppen die Entspannung so weit verstehen würden, dass sie ihrer Aufgabe nicht mehr nachkämen.

Publikumsfrage: *Hatte sich der Zustand der Grenzsicherung auch in der DDR herumgesprochen? Sind die Versuche einer Flucht in den Westen über diese Grenze unternommen worden?*

David Schriffl: Die Details der Grenzsicherung waren sicherlich nicht sehr weithin bekannt und das Thema ist in der Forschung wenig beachtet. Womit Sie Recht haben ist, dass die Liberalisierung des Grenz- und Reiseverkehrs zu einer vermehrten Fluchtbewegung geführt hat. Vereinfacht gesagt sind DDR-Bürger nicht in die Slowakei gefahren, um dort nach Wien zu flüchten, weil der Grenzzaun lückenhaft war, sondern weil sie wussten, dass der Verkehr sich dort verstärkt hatte und es mit dem herrschenden Grenzregime einfacher war, sich dort durchzuschmuggeln. Es spielte sich also weniger an der grünen Grenze ab, sondern eher auf der Straße. An der March sind weitaus mehr Menschen aus Rumänien oder Bulgarien bei Fluchtversuchen erschossen worden.

Eine Besonderheit wäre noch zu erwähnen: Laut einem alten Grenzvertrag war die Mitte der March die Grenze. Der Fluss hat aber diverse Schlingen und ist immer wieder

reguliert und begradigt worden. So ergab es sich, dass österreichische Gebietsteile jenseits der March oder slowakische westlich der March gelegen waren, weil der Vertrag nicht angepasst wurde und immer noch die alte Linie galt. Nordwestlich von Bratislava gab es einen Grenzwachturm, der auf österreichischem Gebiet stand. Von dem aus sind Anfang der 1960er Jahre Flüchtlinge erschossen worden, was zu einer großen Krise der Beziehungen geführt hat.

Publikumsfrage: *1989 haben die bewegten Bilder und die Schilderungen der DDR-Flüchtlinge über die Grenze nach Österreich und dann nach Deutschland enorme Effekte gehabt. Wie viele bewegten Bilder gab es eigentlich von der österreichisch-ungarischen oder österreichisch-slowakischen Grenze in den 1950/60er Jahren?*

David Schriffl: So gut wie keine.

Publikumsfrage: *Bis 1968 gab es somit keine rückwärtige Grenzraumsicherung Richtung Osten, während danach die Grenze massiv gesichert wurde. Eine Flucht über die Slowakei war nicht mehr möglich und bei der Flucht aus Rumänien oder Bulgarien sind viele Menschen umgekommen. Habe ich das richtig verstanden?*

David Schriffl: Das ist im Wesentlichen richtig. Es gab eine Grenzzone, die an der österreichisch-slowakischen Grenze wesentlich anders war als an der böhmisch-mährischen: Dort wurde sie entvölkert, ein Stopp mit dem Auto war während der Durchfahrt verboten. Das hat es an der slowakischen Grenze theoretisch auch gegeben, die Zone war aber viel schmaler. Was vor allem entscheidend war: In ihr lag die slowakische Hauptstadt, die ja mehr oder weniger an die Grenze reicht. Eine vollständige Absicherung war also nicht möglich. Ein schönes Beispiel ist das Strombad in der Donau bei Bratislava. Die Menschen sind hier sozusagen ein paar Meter neben der Grenze geschwommen. Natürlich hat es Überlegungen gegeben, wie das abzusichern sei – es war aber nicht möglich. Nach 1968 sind alle diese Sperren aber ziemlich massiv ausgebaut worden.

Publikumsfrage: *Sie haben das unterschiedliche Verhältnis zwischen Wien-Prag und Wien-Bratislava angesprochen und am Beispiel des kleinen Grenzverkehrs und des Einsatzes von Gewalt verdeutlicht. Wie ist dieses unterschiedliche Verhältnis zu erklären? Spielen Faktoren des 19. Jahrhunderts auch eine Rolle oder was sind Ihrer Meinung nach die Gründe? Umfragen zufolge haben ja auch heute noch Österreicher weit mehr Vorbehalte gegenüber Tschechen als gegenüber Slowaken. Wie erklären Sie sich das? Umgekehrt lässt sich dies ja auch feststellen.*

David Schriffl: Ein wesentlicher Punkt ist sicher die jeweils gemeinsame oder nicht-gemeinsame Geschichte. Zwischen Tschechien und Österreich haben sich viel mehr Vorurteile bilden und verfestigen können. Ein zweiter Faktor ist aber auch, dass die slowakische politische Elite versucht hat, eine gewisse Eigenständigkeit innerhalb des tschechoslowakischen Staates zu behalten, und ihr Weg war es, dafür in irgendeiner Weise auch mit dem Ausland in Verbindung zu treten. Man war zum Beispiel stolz darauf, Konsulate in Preßburg zu haben und hat eine Einladungspolitik betrieben, um eigene Staatlichkeit zu

simulieren. Das hat also nicht nur mit Österreich und der Slowakei zu tun, sondern auch mit dem Selbstverständnis, das man als eine Art Selbstermächtigung bezeichnen kann.

Die Frage der Vertreibungsgeschichte der Sudetendeutschen und Karpatendeutschen ist ein weiterer Faktor, der bis in die Gegenwart hineinspielt. Aus Böhmen und Mähren sind weit mehr Menschen vertrieben worden, es hat mehr Tote gegeben und daher gab es mehr Anlass zum Konflikt. Die slowakische deutsche Minderheit war hingegen zum größten Teil schon 1944 durch die Deutschen evakuiert worden, so dass eine deutlich geringere Zahl an Menschen – etwa 33.000 Personen – vertrieben wurde. Hier ist also deutlich weniger Konflikterinnerung vorhanden.

Unterschiede zeigen sich beispielsweise auch an den Beneš-Dekreten. Sie sind ein tschechoslowakischer Rechtsbestand und gleichermaßen in der tschechoslowakischen wie in der slowakischen Republik gültig. In den bilateralen Beziehungen sind sie aber ein Problem mit Tschechien, nicht mit der Slowakei. Obgleich die Dekrete gelten, gibt es eine Erklärung der Slowakei aus dem Jahr 2002, in dem sinngemäß erklärt wird, die Slowakei habe vor 1945 nie ein Problem mit der deutschen Minderheit gehabt. Von der Tschechischen Republik ist eine ähnliche Erklärung nicht zu erwarten. Hier herrscht auch ein ganz anderes Verhältnis auch zu solchen Rechtsfragen.

Publikumsfrage: *Eine Ergänzung: Der Name Edvard Beneš, der den Dekreten den Namen gegeben hat, steht auch für die Verletzung der Minderheitenrechte der nicht-tschechischen Bevölkerung in der tschechoslowakischen Republik und er steht für gezielte und bewusste Planung von Vertreibung. Beneš steht damit stellvertretend in vielen Augen für „den Tschechen“ und wird mit diesem Verbrechen identifiziert. Das ist der große Unterschied zur Slowakei.*

Sie haben kurz die nachrichten- und geheimdienstliche Dimension und auch von amerikanischer Seite finanzierte Horchposten erwähnt. Was haben deren Informationen zum Thema beizutragen? Sind diese Quellen zugänglich, aufschlussreich und haben Sie sie untersuchen können? Inwieweit waren diese Informationen nützlich und inwieweit hat man sich des neutralen Österreichs bedient, um Informationen zu erhalten, die man von der BRD nicht bekommen konnte, da sie keine Vertreter dort hatte?

David Schriffl: Man hat Österreich benutzt. Österreich selber hat eine relativ bequeme Position eingenommen, indem es nicht selbst aktiv tätig war, aber auch nichts dagegen unternommen hat, dass es passiert ist. Österreichische Berichte sind beispielsweise an den Heiligen Stuhl und an andere Stellen gegangen und an internen Papieren kann man ablesen, dass man sich dessen bewusst war, dass diese Berichte in den Westen gelangen. Die Geheimumfrage etwa wurde als so brisant eingestuft, dass sie nicht an die Vertreter in den Ostblockstaaten versandt wurde, sondern die jeweiligen Vertreter darüber nur mündlich unterrichtet wurden. Der Horchposten auf der Königswarte war extrem wichtig und hat der NATO die Möglichkeit eröffnet, teilweise bis in sowjetisches Gebiet hinein den Funkverkehr abzuhören. Für mich ist es überraschend, dass dieser so offensichtliche Neutralitätsbruch nie thematisiert worden ist. Es hat in Österreich US-amerikanische Waffenlager gegeben, damit sich das Land im Ernstfall gegen den Warschauer Pakt hätte verteidigen können – die waren aber geheim und sind teilweise erst in den 1990er Jahren entdeckt worden. Dass das nie thematisiert wurde und ein neutrales Land einen von

Bratislava aus sichtbaren Horchposten installiert, der einer Großmacht würdig wäre, ist bislang nicht untersucht worden.

Publikumsfrage: *Man denke ja auch an den Marshallplan, der zum Beispiel dafür gesorgt hat, dass der österreichische Tourismus wiederbelebt wurde. Welche Rolle spielt der Tourismus allgemein für die Region und beeinflusst er auch aktuell die österreichisch-slowakischen Beziehungen?*

David Schriffl: Der Marshallplan war extrem wichtig. Österreich hat pro Kopf ein Vielfaches mehr an Marshallplan-Hilfe bekommen als Deutschland, das ist vielleicht nicht so bekannt. Mit dem Geld wurden allerdings überwiegend Speicher- und Wasserkraftwerke finanziert. Der Tourismus war in dieser Phase hauptsächlich Devisenbringer für die kommunistischen Regimes. Für Wien waren die slowakischen Touristen kein nennenswerter Faktor. Wichtiger war es umgekehrt: Die slowakische Infrastruktur wurde durch den Tourismus ausgebaut und man versuchte beispielsweise dem Gastronomie-Personal Deutsch beizubringen. Die Verbindung zwischen Marshall-Plan und Tourismus würde ich nicht unbedingt herstellen. Das spielt eher für Westösterreich eine Rolle.

Publikumsfrage: *Ein häufig vernachlässigter Punkt für Zeithistoriker ist der Faktor Kirche. Wie wir gehört haben, hatte der Heilige Stuhl Interesse an den Berichten aus Wien. In Wien gibt es einen Erzbischof, das war erst Kardinal Innitzer, später Kardinal König. Welchem Stellenwert ist dem Faktor katholische Kirche zuzumessen und wie beurteilen Sie ihre Rolle? Wie weit spielen im österreichisch-slowakischen Verhältnis Konfessionen eine Rolle? Vielleicht auch die Rolle von Jozef Tiso?*

David Schriffl: Von hinten aufgerollt spielt es sicher insofern eine Rolle, als Kardinal König, Erzbischof in Wien, mit seiner Organisation „Pro oriente“ versucht hat, auf römischen Auftrag hin Informationskanäle in den Osten zu öffnen. Ich wage zu behaupten, dass er nicht nur gezielt in den Osten geschickt wurde, sondern auch gehalten war, Tipps zu geben, wie weiter vorgegangen werden solle. Die von mir präsentierte Umfrage ist im Wesentlichen von katholischen Kanälen durchgeführt worden. Dazu wurden Seminaristen eines Priesterseminars mit Fragebögen jeweils in ihre Heimatregionen geschickt und haben dort möglichst unterschiedliche Personen befragt. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass die Involvierten im österreichischen Generalkonsulat gemeinsam mit den slowakischen Bischöfen abgeurteilt worden sind.

In Hinblick auf Tiso würde ich nicht so weit gehen, Nachkriegsverbindungen in Verbindung mit der faschistischen Slowakei zu bringen. Allerdings muss man sagen, dass der gute Kontakt der Wiener nationalsozialistischen Stellen zu den slowakischen Autonomisten auch mit einem gemeinsamen ideologischen Hintergrund zu tun hat. Arthur Seyß-Inquart beispielsweise wurde in Wiener Kreisen als „katholischer Nationalsozialist“ verunglimpft. Nicht umsonst ist der Verfassungsentwurf für die Slowakei aus seinem Umkreis gekommen, er hatte einen guten Draht zu Tiso und der slowakischen Volkspartei, die aus dem katholischen Milieu entstanden ist. Die autonomistische slowakische Bewegung war von Anfang an eine, die den so dargestellten Unterschied zwischen den katholisch-gläubigen Slowaken und den atheistischen oder hussitischen Tschechen

auch als politisches Instrument benutzt hat. Insofern gibt es da eine Dimension der Beziehung einer katholischen Linie von Österreich in die Slowakei.

Publikumsfrage: *Die Frage ist ja die, ob der Katholizismus nicht im Grunde auch eine Klammer mit Blick auf den Antikommunismus war. Halten Sie das für überschätzt oder würden Sie das als eine Dimension ansehen, die zu gemeinsamen Vorstellungen und Bildern von der Sowjetunion zwischen Österreichern und Slowaken geführt hat?*

David Schriffl: Es stellt sich die Frage, inwieweit der antikommunistische slowakische Widerstand ein katholischer war. Das würde ich nicht uneingeschränkt bejahen. Der Konnex zwischen slowakischem Katholizismus und slowakischen Bemühungen um Eigenstaatlichkeit und Autonomie ist evident, nicht aber der zum Antikommunismus. Die slowakische Nation definiert sich größtenteils über ihren Katholizismus und daher bis zu einem gewissen Grad als Antithese zu den Tschechen. Teilweise wurde dies in Antikommunismus umgemünzt, aber den Konnex zwischen einem katholischen Österreich und einer katholischen Slowakei und deren Antikommunismus würde ich so nicht ziehen.

Der Vortrag und die Diskussion fanden am 1. Februar 2016 statt.

David Schriffl

Keine Integration durch Sanktionen

Michael Gehler: *Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Erziehung sagen?*

David Schriffl: Ich bin in Münchendorf in Niederösterreich bei Laxenburg geboren. Schloss Laxenburg kennt man vielleicht. Komme aus einem liberalen katholischen Elternhaus. Mein Vater ist Diakon. Dementsprechend auch die Erziehung in einem positiven katholischen liberalen Umfeld.

Michael Gehler: *Sie haben sich an der Universität Wien entschieden, die Fächer Geschichte und Politikwissenschaft zu studieren. Was war eigentlich ausschlaggebend für diese Wahl?*

David Schriffl: Das ist eine Frage, die ich mir auch schon öfter gestellt habe. Das Interesse für Geschichte war immer vorhanden, ich bin auf Flohmärkten immer zu den ältesten Büchern gegangen und die Wahl für Geschichte und Politikwissenschaft kam sicher aus dem Interesse für die Fragen nach den Zusammenhängen von Gesellschaften, wie sie funktionieren und wie sie funktioniert haben, nachdem die Vergangenheit schon geschrieben, die Gegenwart nur ein Punkt ist und die Zukunft noch nicht existiert. Deswegen ist eigentlich die Vergangenheit das, womit man sich beschäftigen muss.

Michael Gehler: *Sie haben 2009 promoviert. Welche Fragestellungen haben Sie im Rahmen ihrer Doktorarbeit versucht zu bearbeiten?*

David Schriffl: Das Thema waren die österreichisch-slowakischen Beziehungen 1945–1968 und die Fragen, die zu beantworten waren, waren im Wesentlichen jene, welche Intensität der Austausch an dieser Grenze gehabt hat in dieser wechselvollen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und auch wesentlich, ob es einen Unterschied in diesem Verhältnis zwischen Österreich und der Slowakei und Österreich und der Tschechoslowakei als Gesamtstaat und Böhmen und Mähren gegeben hat. Ob sozusagen das bisherige Bild einer einheitlichen Außenbeziehung der Tschechoslowakei zu Österreich aufrechtzuerhalten ist oder nicht.

Michael Gehler: *Wer war eigentlich ihr Doktorvater, wenn es einer war, und welches Verhältnis hatten Sie zu ihm, wenn es ein Vater war?*

David Schriffl: Mein Doktorvater ist Prof. Arnold Suppan und es ist auf jeden Fall ein sehr positives Verhältnis. Es war immer ein sehr förderndes Verhältnis und was ich ihm immer sehr zugute halte: Es ist möglich, über alles zu diskutieren. Er hat immer andere

Meinungen akzeptiert, wenn sie argumentiert waren. Ich bin sehr froh, dass ich ihn als Betreuer gefunden und gewählt habe und dass er mich begleitet hat.

Michael Gehler: *Während des Studiums hat man verschiedene Professoren. Gab es besondere Lehrer, Persönlichkeiten oder Vorbilder, die Sie im Studium begleiteten?*

David Schriffl: Da verweis ich wieder auf meinen Doktorvater, auf Prof. Suppan, der mich auch inhaltlich geprägt hat in der Frage der Arbeitsweise und in der Sicht auf die Dinge. Ich erinnere mich aber gut an Prof. Bruckmüller z. B. und auch Prof. Scheiblreiter, dessen Auslegung der mittelalterlichen Geschichte und der Völkerwanderung mich immer wieder sehr beeindruckt haben, obwohl ich mich in diesem Bereich dann nicht weiter vertieft habe. Das waren sicher so die Namen, die mir als Erstes einfallen würden.

Michael Gehler: *Hatten Sie über diese akademischen Lehrer auch leitende Figuren, Vorbilder aus Gesellschaft, Politik, Kunst oder Kultur? Damit hängt auch die Frage zusammen: Haben Sie Ideale gehabt oder haben Sie noch Ideale, und wenn ja, welche?*

David Schriffl: Die Frage der Ideale ist eine spannende. Das mit den Vorbildern, wirkliche Vorbilder würde ich nicht sagen. Die Beschäftigung mit der Geschichte zeigt, dass Vorbilder als Personen im Ablauf der Zeit eine unterschiedliche Rolle einnehmen. Ideale, die so allgemein sind, dass sie kaum zu erwähnen sind, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie.

Michael Gehler: *Hängen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaften an und wenn ja, welcher? Welche würden Sie mehr, welche weniger bevorzugen?*

David Schriffl: Ich hänge keiner bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaften an und würde daher auch nach Vorzügen oder Nachteilen gewisser Theorien fragen. Eine gewisse Theoriekritik würde ich sagen, ist das, was bei mir ausgeprägt ist, gerade in den Geschichtswissenschaften und zwar gegen diese ständigen *turns*.

Michael Gehler: *Haben Sie im Rahmen ihrer Dissertation implizit oder explizit Theorien verfolgt oder sind Sie auf die Idee gekommen, welche Theorie sich aus Ihrer Fallstudie entwickeln könnte?*

David Schriffl: Aus dieser Fallstudie eine eigene Theorie zu entwickeln, würde wahrscheinlich meinem Bestreben widerstreben, Erkenntnisse nicht zwangsläufig zu einer Theorie zusammenfassen zu müssen, weil sie durch die Zeitläufe und neue faktischer Erkenntnisse wieder aus den Angeln gehoben werden würde.

Michael Gehler: *Historiker wenden gegen den Primat der Theorien das Vetorecht der Quellen (Reinhard Koselleck) ein. Was halten Sie vom Vetorecht der Quellen?*

David Schriffl: Theorien sind ein Versuch einer Matrix des Erkenntnisgewinns in der Geschichtswissenschaft. D. h. sie beeinflussen die Arbeit und den Blick auf die Quellen.

Das Vetorecht der Quellen wäre eigentlich im Umkehrschluss ein ebensolcher Theorieversuch. Ich würde dem nicht unbedingt zustimmen, vor allem in Verbindung mit einer immer notwendigen Quellenkritik. D. h. ich würde der Quelle gegenüber genauso kritisch gegenüberstehen wie der Theorie.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie den Stellenwert von Quelleneditionen für die heutige Geschichtswissenschaften?*

David Schriffl: Sie haben auf jeden Fall einen hohen Stellenwert. Es ist in einem Zeitalter der Digitalisierung immer wieder das Argument zu hören, es sei nicht mehr notwendig, es sei alles verfügbar. Die Notwendigkeit einer Quellenedition ergibt sich nicht nur aus der Auswahl der Dokumente, die ediert werden, sondern auch aus deren Kommentierung, der Zusammenhang, der erklärt wird. Die Übersetzung manchmal, die Lesbarmachung bei handschriftlichen Quellen, bei teilweise zerstörten Quellen, wie Brandakten z. B., der Zugänglichmachung auch über sprachliche Grenzen hinweg. D. h. die Edition von Geschichtsquellen ist noch immer ein sehr wichtiger Punkt für die Geschichtswissenschaften von heute.

Michael Gehler: *Haben diese angesichts der Kosten und des Digitalisierungstrends eine Zukunft?*

David Schriffl: Ich sage in der Hinsicht optimistisch ja. Sie sind immer noch notwendig, digitalisiert oder nicht, auch eine digitalisierte Quelle braucht eine Dokumentierung, abgesehen davon, dass ich der Digitalisierung als zusätzlichen Nutzung positiv gegenüberstehe, aber auch immer dafür plädiere, auch eine physische Edition herzustellen, weil ich persönlich der dauerhaften Überlebensfähigkeit digitaler Daten nicht wirklich vertraue.

Michael Gehler: *In welchem Verhältnis sehen Sie die Politikwissenschaften auf der einen Seite und die Geschichtswissenschaften auf der anderen? Welche Möglichkeiten bieten Verbindungen, welche Grenzen bestehen?*

David Schriffl: Die Verbindung von Geschichtswissenschaften und Politikwissenschaften ist sicher immer eine Frage der Verbindung in die Gegenwart und/oder in die Zukunft. Die Geschichtswissenschaften in der Beschreibung der Verhältnisse, wie sie bestanden haben, und die Politikwissenschaften in dem Versuch, eben daraus noch ein theoretisches Gebäude, eine Typologie zu entwickeln, zieht immer mehr in die Gegenwart und in die Zukunft. Ein Herrschaftssystem ist wie zu bezeichnen, es hat sich wie entwickelt und wird sich daher, wie weiterentwickeln, ist immer eine Frage. Ich denke, dass die Grenzen der Verbindungsmöglichkeiten darin liegen, wo in den Geschichtswissenschaften die Quelle wichtiger wird und in der Politikwissenschaft die Typologie und Definition wichtiger wird. Der Historiker widmet sich mehr, nicht nur, der Beschreibung der Fakten als der Erstellung einer Typologie. Der Politikwissenschaftler entwirft aus den beschriebenen Fakten eine Typologie, die hilft, gegenwärtige Zustände zu erkennen oder in die Zukunft zu projizieren.

Michael Gehler: *Haben Sie eigentlich profitiert für Ihre bisherigen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten durch das Studium der Politikwissenschaft?*

David Schriffl: Ich habe jedenfalls profitiert. Ich würde aber das Studium der Politikwissenschaft nicht als Voraussetzung für eine Beschäftigung mit der Historiographie sehen, aber ich habe profitiert.

Michael Gehler: *Inwiefern?*

David Schriffl: Ganz persönlich, in dem mir klar geworden ist, dass der Blick auf die Typologie und der Versuch, Typologien und Theorien zu erstellen, zu beweisen oder eine Subsumption durchzuführen, ob eine tatsächliche Begebenheit unter eine Typologie zu subsumieren ist, für mich nicht das wesentliche Kriterium meiner persönlichen Arbeit darstellt, meiner persönlichen Arbeit, sozusagen eine negative Definition vielleicht. Darum habe ich mich dann auch entschlossen, in Geschichte weiterzugehen und zu promovieren und nicht in Politikwissenschaft.

Michael Gehler: *Wie nehmen Sie die Entwicklungen in der österreichischen Wissenschaftslandschaft und speziell die Geschichtswissenschaften wahr?*

David Schriffl: Die Wissenschaftslandschaft in Österreich ist geprägt durch Geldmangel, durch zu geringe Mittel, zu geringe Visionen auch, Geld zur Verfügung zu stellen, ohne schon im Vorhinein schon Ergebnisse haben zu wollen, ohne schon im Vorhinein die Verwertbarkeit festlegen zu wollen. Mit dieser Meinung bin ich wahrscheinlich nicht alleine in den Geschichtswissenschaften, auch nicht woanders in Europa. Speziell für die Geschichtswissenschaften finde ich, ist es traurig und schade, dass die Geschichtswissenschaften immer weniger sich selbst zutrauen, zu definieren oder zu behaupten oder nachzuweisen, was notwendig ist. Dass sie sich selbst in einen Legitimierungsdruck bringt, der von außen sehr herangetragen wird und dem nichts wirklich entgegengesetzt wird. Es gibt nicht die Stimme der Historiker, die sagt, man braucht uns, weil A, B, C, D, weil ein Blick auf die Vergangenheit notwendige Erklärungen für Gegenwart und Zukunft liefert. Das gibt es alles nicht. Historiker sind heute leider Gottes eingebettet, wie andere Wissenschaftler auch, in die Mühlen der Drittmitteleinwerbung, des Versuchs, Akzeptanz für ein Thema zu finden, um so etwas, wie Verwertbarkeit zu simulieren, wie in der Industrie ein Patent oder Ähnliches. Und das ist insgesamt durchaus eine traurige Entwicklung. Und es ist auch eine Zersplitterung der Geschichtswissenschaften festzustellen, dass viele Schrebergärten bearbeitet werden und ein gemeinsamer Zug und ein verbindendes Wissen fehlt.

Michael Gehler: *Die ÖAW ist auch angesprochen: Welche Rolle spielt für Sie die Rolle der Geschichtswissenschaften in Österreich?*

David Schriffl: Ich würde sagen, in einer Zeit, wo Universitäten immer mehr verschulen, wo Bachelors eingeführt werden und die Universitätslehrer immer weniger die Möglichkeit haben, zu forschen, und sich hauptsächlich damit beschäftigen, die Curricula abzuar-

beiten mit den Studenten, ist gerade die ÖAW ein gewisses Residuum, wo ein wirkliches Forschen in entsprechenden Instituten ohne Lehrverpflichtung, die auch wichtig ist, aber nicht ohne überbordende Lehrverpflichtung auch möglich ist, und hat daher sicher eine ganz wichtige Rolle, die hoffentlich auch nicht verloren geht.

Michael Gehler: *Wie bewerten Sie die Karrierewege und -möglichkeiten für junge Historiker?*

David Schriffl: Sehr schwieriges Feld. Die Möglichkeiten sind beschränkt, sie sind teilweise gegeben durch Stipendien, wobei auch sehr schnell ein gewisser Flaschenhals erreicht ist. Die Möglichkeiten für eine Diplomarbeit/Masterarbeit sind gegeben, eine Förderung einer Dissertation ist bei einer entsprechenden Unterstützung von einem Doktorvater auch noch möglich, und es gibt auch noch weitere Formate, aber danach wird es schon sehr schwierig. D. h. es gibt viele Doktoren, die dann kaum eine Möglichkeit auf eine Weiterbeschäftigung haben. Die Möglichkeiten in Österreich sind durchaus als beschränkt zu sehen, wozu auch Entwicklungen beitragen wie in der Universitätsorganisation, dass eine Karriere in der Universität schwieriger wird, weil Leute ausgetauscht werden müssen nach einer gewissen Zeit, was immer mehr um sich greift. Es wird tendenziell eher schwieriger als leichter.

Michael Gehler: *Wann ist für Sie das Thema Europa mehr als nur ein geografischer Raum und mehr als nur ein Markt geworden, nämlich auch ein politisches Projekt, hinter dem eine klare politische Motivation und Zielsetzung steckt?*

David Schriffl: Europa als Gedanke, als politischer Gedanke, Integrationsgedanke, ist mir ganz persönlich eigentlich im Zuge des Endes des Ostblocks und der Revolutionen 1989 bewusst geworden. Da war ich noch relativ jung. Ich habe das als junger Fernsehkonsument mitbekommen und die Wiedervereinigung dieses Europas, wie es damals gesehen wurde, in Demokratie, Frieden und Freiheit, sage ich jetzt bewusst ironisch, diese Rückkehr dieser osteuropäischen Länder nach Europa, da ist mir glaube ich der Europabegriff als politischer zunächst einmal bewusst geworden, obwohl ich den Begriff schon vorher gekannt habe aus dem 19. Jh., aus den Dingen, die ich gelesen habe, aber da war das nicht so bewusst.

Michael Gehler: *Befunde deuten darauf hin, das Measurements im Sinne einer Wertekartographie existieren. Demnach wurden Gebiete der heutigen mittelosteuropäischen Staaten im Laufe der Jahrhunderte als rückständig und zivilisatorisch bzw. moralisch unterlegen gesehen. Gab bzw. gibt es auch eine solche österreichische Sicht auf die Slowakei im 20. Jh. und 21. Jh.?*

David Schriffl: Das ist eine jahrhundertealte Geschichte und Entwicklung, auf die man hier nicht eingehen muss, aber im 20./21. Jh. hat es das natürlich gegeben, wenn ich an den Beginn des 20. Jh. denke, ganz an den Beginn vielleicht noch weniger. Ganz stark in den 1930er und 1940er Jahren mit dem Aufkommen der faschistischen und nationalsozialistischen Ideologien, wo schon aus rassistischen Gründen der Osten als minderwertig

verortet worden ist, wobei auf viel ältere Stereotype zurückgegriffen wurde, die soziale, religiöse und andere Gründe gehabt haben. Latent also immer vorhanden. Ganz zu Beginn des 20. Jh. weniger, in der Zwischenkriegszeit auch nicht wahnsinnig ausgeprägt, würde ich sagen, in den 1930er und 1940er Jahren absurd übersteigert, und danach gab es noch immer noch dieses Bild rückgreifend auf frühere Bilder des etwas einfachen und weniger gebildeten slowakischen Bauern, ein Bild, das es übrigens nicht nur in Österreich gegeben hat, sondern auch innerhalb der Tschechoslowakei. Aus tschechischer Sicht waren die Slowaken die etwas ungebildeteren Brüder aus dem Osten. Es ist ganz interessant zu sehen, dass das nicht unbedingt eine Trennungslinie zwischen slawischer und nicht-slawischer Welt ist, sondern wirklich Ost-West sozusagen diese Grenze zeigt. Dieses Bild von Nachbarn hat sich dann oft verändert, gerade auch an Zäsuren wie 1968 und 1989, wo dann der Nachbar positiver gesehen wurde, als Held, wonach man immer wieder zurückgefallen ist in eine fast paternalistische Sicht vom etwas weniger aufgeschlossenen, gebildeten Bruder oder Cousin oder entfernten Verwandten im Osten. Das hat es also gegeben, ist aber nicht mehr sehr virulent, würde ich sagen.

Michael Gehler: *Im deutschsprachigen Raum sind Sie einer der wenigen neben Tatjana Tönsmeyer, der sich mit der Geschichte der Slowakei besonders während des Zweiten Weltkriegs beschäftigt hat, aber auch nachher. Wie sieht es eigentlich aus mit dem historischen Forschungsstand zur Geschichte der Slowakei im europäischen Vergleich?*

David Schriffl: Ähnlich. Es gibt kaum dezidierte Forschung in diesem Bereich. In der Slowakei gibt es diese Forschungen, in Tschechien gibt es auch wenige dazu, aber etwas mehr. Im internationalen Bereich, im englischsprachigen, im italienischsprachigen Bereich gibt es vereinzelte Dinge in diese Richtung. Dazu muss man aber ganz deutlich sagen, dass die von Migranten aus der Slowakei getragen sind, die noch vor 1989 größtenteils das Land verlassen haben, die politisch relativ klar zuordenbar sind, dem nationalistisch-antikommunistischen Eck.

Michael Gehler: *Folgt man Günter Bischof, waren die Kreditmittel des European Recovery Programs (ERP) der Antriebsmotor für Österreich auch im österreichisch-slowakischen Grenzraum. Zum Vergleich Marshall-Plan Österreich: Werner Abelshauser relativiert die wirtschaftliche Entwicklung des Marshallplans für Westdeutschland. Begründung: mehr Hilfe zur Selbsthilfe. Es gab andere Begebenheiten wie die Schuldenkonferenz in London 1952, Zuwanderung von Ost nach West, die ja sehr groß gewesen ist, Firmentransfers nach Westdeutschland etc. Gab es in Österreich ähnliche Entwicklungen?*

David Schriffl: Die Entwicklung in Österreich ist aus verschiedenen Gründen eine andere. Zunächst gab es keine wesentlichen Wanderungsbewegungen aus der Ostzone in die Westzone, obwohl Ostösterreich auch von der Roten Armee besetzt war. Es sind vermehrt ERP-Mittel in den Westzonen Österreichs eingesetzt worden, nicht ausschließlich, aber hauptsächlich in den Westzonen, weil man Angst hatte vor Wegnahme durch die Sowjets, was ein gewisses West-Ost-Gefälle in der Unterstützungsleistung der ERP-Mittel für die österreichische Wirtschaft gebracht hat. Allerdings muss man sagen, dass in Österreich

der Pro-Kopf-Aufwand von Marshallplanmitteln wesentlich höher war als in Deutschland und damit hauptsächlich Kraftwerke, Infrastrukturprojekte und die Elektrizitätswirtschaft gefördert worden sind. D. h. es gibt ein paar Gründe, warum das in Österreich und Deutschland relativ unterschiedlich ist. Es war auf jeden Fall ein Antriebsmotor für die österreichische Wirtschaft, ganz klar. Für den österreichisch-slowakischen Grenzraum per se würde ich das jetzt so nicht sagen können. Einerseits sind direkt im Grenzraum ERP-Mittel grundsätzlich eher selten eingesetzt worden. Und das Zweite ist eben, dass es in der sowjetisch besetzten Zone war.

Michael Gehler: *Kann die Habsburgermonarchie des 19. Jh. für den europäischen Einigungsprozess dienstbar gemacht werden bzw. die Strukturen und Funktionsweisen der Europäischen Union und damit auch ihre Grenzen und Möglichkeiten besser verständlich machen?*

David Schriffl: Als Modell für einen Einigungsprozess ist es eigentlich eine interessante, schwierige Frage, weil die Habsburgermonarchie im 19. Jh. – ich gehe jetzt mal vom Ende des 19. Jh. nach 1867, also von Österreich-Ungarn aus, ein bestehender Herrschaftsraum – neu geordnet worden ist, neu ausverhandelt worden ist und die EU durch ihre Erweiterungen ein wachsender Herrschaftsraum über weite Strecken war; insofern ist der Vergleich sicher ein schwieriger. Jedenfalls ein Modell könnte es sein in der Rücksichtnahme auf regionale und lokale Unterschiede, die notwendig sind, eine gewisse Schwäche der Zentralmacht, die nicht in der Lage war, Gott sei Dank, sozusagen alle Unterschiede zu planieren. Und das ist vielleicht ein Modell insofern, als es darauf hindeutet, dass ein gedeihliches Zusammenleben unterschiedlicher Regionen sicher nur dann möglich ist, wenn bei allen Beteiligten auch subjektive Wünsche, Besonderheiten respektiert werden und eine gewisse Durchsetzungsmöglichkeit eigener Notwendigkeiten vorhanden ist. Es gibt auf jeden Fall einen Modellcharakter, der vielleicht den Charakter einer Warnung hat, was man vielleicht nicht machen sollte. Also nicht die Habsburgermonarchie als Negativbeispiel, im Gegenteil, sondern dass eine völlige Zentralisierung und völlige Integration etwas ist, das vermutlich nicht funktionieren wird auf die Dauer.

Michael Gehler: *Coudenhove-Kalergi hat in den 1960er Jahren, als es darum ging, in der damaligen EWG die politischen Pläne von Christian Fouchét, einem von de Gaulle vorgeschickten Diplomaten, aufzugreifen und auf ihre Verwertbarkeit zu prüfen, sich auch in die Diskussion eingeschaltet und darauf verwiesen, dass in der Habsburgermonarchie nach dem Ausgleich 1867 die Finanzen, die Außenpolitik und das Kriegsressort, also die Verteidigungspolitik, vergemeinschaftet worden seien. Gemeinsame Ministerien also. Ist in dieser Art von Konstruktion eine Zukunftschance zu sehen? Wir reden ja von einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aber sie ist nach wie vor dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen. Es gibt noch kein europäisches Außenministerium oder Verteidigungsministerium. Bei der Finanzpolitik gibt es schon so etwas wie ein Semester, die Budgets werden koordiniert. Ist das Modell Habsburg zu weit hergeholt? Oder gibt es andere Strukturelemente aus der Habsburgermonarchie, die man organisatorisch-institutionell aufgreifen könnte?*

David Schriffl: Nein, ich würde es nur von der anderen Seite sehen. 1867 sind nicht die Außenpolitik und die gemeinsamen Ministerien vergemeinschaftet worden, sondern die anderen Politikbereiche aufgeteilt worden. Das ist ein Unterschied, eine gegenläufige Bewegung. Insofern finde ich diesen Vergleich nicht treffend in seiner Gegenläufigkeit. Ich glaube, dass eine Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik in den Hard Facts, *hard security*, wie man in der Politikwissenschaft sagen würde, keine gute Idee ist, weil die Interessen so unterschiedlich sind und die Konflikte zu groß werden würden und auch eine völlige finanzpolitische Integration Ähnliches ergeben würde. Also die Bruchlinien werden ja jetzt schon relativ deutlich. Daher würde ich eine völlige Vergemeinschaftung dieser Politikbereiche als gefährlich sehen und das sehe ich jetzt völlig wertfrei, gefährlich in dem Sinn, dass sie Konflikte heraufbeschwören würde, die zuvor vielleicht gar nicht so bewusst waren.

Michael Gehler: *Man kann Solidarität nicht erzwingen?*

David Schriffl: Das ist ein wichtiger Punkt: Wenn unterschiedliche Akteure unterschiedliche Zielvorstellungen haben, wird der Versuch, die Zielvorstellungen mit Druck durchzusetzen, Widerstand bei anderen Seiten hervorrufen. Und nachdem die EU ja Gott sei Dank ein Projekt der Friedenspolitik ist, sollte der Versuch, Konflikte hintanzuhalten, das Primat haben.

Michael Gehler: *Zunächst mal unter den Mitgliedern selbst?*

David Schriffl: Natürlich, davon ist die Rede, ja.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert räumen Sie Grenzen und Grenzregionen auch mit Blick auf die europäische Geschichte, der europäischen Integration ein?*

David Schriffl: Die sind insofern wichtig, weil sie gerade in Zeiten eines rigiden Grenzregimes das Bild des Nachbarn und des nicht direkten Nachbarn prägen, also die Grenzregion ist der Kontaktraum, in dem genau die Konflikte, Begegnungen, Überschneidungen, der Austausch stattfinden, die dann konstitutiv für das Verhältnis werden. Und daher sind diese Grenzräume sehr wichtige Räume. Sie können verbindende Räume sein, wie man es in verschiedenen Räumen Westeuropas sieht, sie könnende trennende Räume sein, wie es der Eiserne Vorhang war.

Michael Gehler: *Stichwort Eiserner Vorhang. Wie würden Sie diesen historisch bewerten mit Blick auf die Folgewirkungen? Wie trennend war er wirklich? Sie haben es ja an Ihrem Beispiel sehr schön gezeigt, aber wie trennend war er generell? Wie weit hat er Trennlinien noch verstärkt, die schon ohnedies vorhanden waren durch Grenzen, die nicht so scharf und hart waren? Diese Frage ist mehrfach gegliedert: Welche Wirkungen hat dieser Eiserne Vorhang, der nun doch 40 Jahre bestanden hat, ausgelöst und ist er für das heutige Verständnis eines Europas, das aus verschiedenen Europas besteht, immer noch als Erklärungsmittel wichtig?*

David Schriffl: Wie Sie schon erwähnt haben, war der Eiserne Vorhang nicht zu allen Zeiten und an allen Stellen so dicht und undurchdringlich, wie es in den Erinnerungen und den *Mental Maps* vorhanden ist. Gerade an der österreichisch-slowakischen Grenze hat vor allem in den Jahren der Liberalisierung Anfang der 1960er Jahren bis zur Invasion ein durchaus reger Austausch stattgefunden. Da haben Sie völlig recht. Es ist also zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich. Es ist nicht einheitlich. Die Rolle, die er gespielt hat, ist aber gerade deswegen schon eine große, weil er im Rückblick eine undurchdringliche Trennlinie de facto dargestellt hat, auch wenn das nicht immer so war. Und daher in der Art und Weise, wie ich schon vorher gesagt habe, dazu beigetragen hat, einen Abstand herzustellen, einen Graben aufzuwerfen, der sich dann gedanklich in den Köpfen auch verfestigt hat. Wenn man sieht: die österreichische Reaktion auf das Ende des Eisernen Vorhangs, man hat sich schon so daran gewöhnt, an einer toten Grenze zu leben, dass mit dem Ende dieser eigentlich bedrohlichen Situation Ängste verbunden waren, was denn jetzt aus dem Osten, womit wir wieder beim Osten sind, nach Westen herüberschwappt, von Diebsbanden, Massenmigration und Ähnlichem war die Rede. D. h. das hat eine wichtige Rolle gespielt und nicht nur als Grenze an sich, sondern auch als Symbol dafür, dass die Gesellschaften, die hinter dem Eisernen Vorhang in Unfreiheit gehalten worden sind, auch gesellschaftliche Prozesse nicht mitgemacht haben, und Lebenswelten westlicher Gesellschaft nicht mitgemacht zu haben, die jetzt zu einem gewissen Graben führen. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in einem offenen Diskurs, das einer globalen Migrationsgesellschaft Ausgesetzt-Sein, wirtschaftlich-kulturellen Einflüssen, die einfach mehr kontrolliert worden sind als in Westeuropa und anderen Gegenden der Welt, haben dazu geführt, dass die Sicht auf die Gegenwart jetzt auch eine andere ist hinter dem früheren Eisernen Vorhang. D. h. er wird gerade jetzt im Zuge der Flüchtlingskrise eigentlich wieder wirkmächtig, obwohl er sozusagen schon völlig verschwunden war aus den Köpfen.

Michael Gehler: *Welche zukünftigen Forschungen zum Eisernen Vorhang hielten Sie für notwendig und sinnvoll?*

David Schriffl: Das ergibt sich, glaube ich, jetzt aus dem von mir Gesagten. Einerseits ist es sicher notwendig, den Eisernen Vorhang im Detail genauer zu untersuchen, nicht nur das Bild eines durchgehenden geschlossenen Systems vorherrschen lassen, sondern man muss wirklich in den regionalen und lokalen Verhältnissen suchen, wie das in bestimmten Zeiten und bestimmten Regionen war, einfach faktografische Forschung zur Genese und Qualität des Eisernen Vorhangs. Und der zweite Punkt – auch rückgreifend auf das vorher Gesagte –, dass die Auswirkungen dieser Grenzziehung auf die Gesellschaften und die *Mental Maps* der Menschen und auch auf die Politik, die jetzt auch in osteuropäischen Staaten gemacht wird, und auf Wahlergebnisse und all das untersucht werden müsste.

Michael Gehler: *Welches Bild zeichnete die politische Propaganda in Österreich und der Tschechoslowakei vom jeweiligen Nachbarn seit Kriegsende?*

David Schriffl: Es gibt da ganz klare Phasen zu unterscheiden. Mit 1945 und kurz danach war da das Bild in der Tschechoslowakei vom kriegsteilnehmenden Österreich(er), vom

bösen Deutschen, vom germanischen Einfluss, der verhindert werden muss. Es gab offene Pläne, mit der Aussiedelung der deutschen Minderheit ein großslawisches, großslowakisches Preßburg mit Petržalka/Engerau zu schaffen, um den Influx des Germanentums über diese Donaupforte in den slawischen Raum zu verhindern. Also, 1945 war das Bild ein klar konfliktgeprägtes und mit nationalen Tönen unterlegtes. Diese Bilder haben sich dann etwas verändert, die ideologische Konfrontation ist in den Vordergrund getreten. Das war aber nur eine Funktion dieses Konflikts. Man hat sozusagen den nationalen mit dem ideologischen Konflikt ersetzt, vielfach aber dieselben Menschen und Länder und Räume damit gemeint. Mit dem Tod Stalins und zunehmenden Entspannungsphasen hat sich das verändert und man sieht das an den Presseerzeugnissen sehr schön, auch in der Tschechoslowakei, dass jetzt ein anderes Bild gebracht worden ist, mögliche Kooperationsmöglichkeiten mit den Nachbarn sind diskutiert worden, Wissenschaftleraustausch hat mehr stattgefunden. Ich erinnere auch an eine Konferenz über die Habsburgermonarchie und über den Ausgleich, wo auch Prof. Suppan im Jahr 1967 teilgenommen hat. Da gab es dann viel mehr Kontakte. Das Bild ist auch ein viel Positiveres geworden, und die Propaganda, wenn man es denn so im engen Sinne nimmt, würde ich da jetzt eher von der Tschechoslowakei aus sehen. Es gab starke Veränderungen im Bild. Österreich ist zunächst als Gegner, dann mit dem politischen und wirtschaftlichen Erfolg, dem politischen Erfolg der Neutralität und dem wirtschaftlichen Aufschwung als Vorbild gesehen worden. Der Blick nach Osten, der ja eher einer von eben diesem tendenziell negativen, noch von nationalsozialistischer Propaganda geprägten Bild des bolschewistischen Ostens war, hat sich dann verändert zu den Helden. 1968 und 1989 sind die Nachbarn dann sehr positiv gesehen worden. Das waren dann aber eher kurze Phasen, bevor dann wieder dieses etwas zurückhaltendere, kritischere Bild vom Nachbarn stärker geworden ist.

Michael Gehler: *Sind solche Bilder identisch mit der Wahrnehmung der Bevölkerung im Grenzraum?*

David Schriffl: Da gib es durchaus Unterschiede. Man kann sagen, je lokaler der Blick, je näher an der Grenze, desto weniger wurde diese Propaganda auch wirkmächtig. Und da wiederum gab es einen Unterschied zwischen der Slowakei und Böhmen und Mähren. Der wesentliche Unterschied ist, dass an der böhmisch-mährischen Grenze ein Bevölkerungsaustausch stattgefunden hat. D. h. es waren andere Nachbarn, die sich nicht gekannt haben über Jahrhunderte sozusagen. Bei der österreichisch-slowakischen Grenze waren das immer noch dieselben Leute größtenteils. Die haben dann auch trotz Propaganda und trotz diesem Feindbild, das gezeichnet worden ist, von österreichischen Dörfern an der Grenze z. B. gesprochen, also z. B. über Themen auf slowakischer Seite. Und es gab immer eine Kooperation. Das Gesprächsklima war ein besseres. Ich würde also sagen: Direkt an der Grenze war die Wahrnehmung tendenziell eine andere als die durch die Propaganda gebrachte, vor allem wenn die Bevölkerung nicht ausgetauscht wurde.

Michael Gehler: *Zu den Zäsuren des Kalten Krieges, wenn es welche waren: 1953, der Tod Stalins, der Aufstand in der DDR, 1956 der Ungarn-Aufstand, 1968 der Prager Frühling und immer deren jeweilige Niederschlagung durch sowjetische Streitkräfte und Ver-*

bündete des Warschauer Paktes. Waren es auch Zäsuren für den Grenzraum, und wenn ja, inwiefern?

David Schriffl: Viele Historiker fürchten sich ja vor Zäsuren. Man sagt dann immer: waren die Zäsuren wirklich Zäsuren, aber es gibt welche, die wirkliche Zäsuren waren. Für den Grenzraum ist 1968 die wahrscheinlich schärfste Zäsur hier. Die Kontakte, die aufgebaut worden sind, und das liberalisierte Reiseregime hat mit der Invasion geendet. 1968 jedenfalls. 1956 war für Österreich und die Slowakei weniger eine Zäsur. Die Liberalisierung ist mit wenigen Einschränkungen weitergegangen. Es ist interessant zu sehen, dass aus der Slowakei die Ängste eher Richtung Ungarn gegangen sind. Das hängt sicher auch zusammen mit einer Vermengung des slowakisch-ungarischen Antagonismus aus der weiteren Vergangenheit her, mit der Haltung kommunistischer Funktionäre, einem abtrünnigen revolutionären Regime gegenüber. D. h. 1956 war für die österreichisch-slowakische Grenze keine Zäsur, aber für die slowakisch-ungarische. Und 1953 weniger, da ging es noch mit dem Tod Stalins um Änderungen in der Sichtweise der Menschen, aber noch weniger im Grenzregime. Man könnte sagen, aufsteigend, 1953 noch am wenigsten, 1956 in Beziehung auf Slowakei-Ungarn, aber Slowakei-Österreich in Richtung Liberalisierung, da war 1968 eine Zäsur.

Michael Gehler: *In den 1950er Jahren schloss Österreich diverse Verträge zu Erleichterung des Grenzübertritts – auch mit der Slowakei?*

David Schriffl: Nachdem die Slowakei nicht berechtigt war, eigene Verträge mit dem Ausland zu schließen, gab es offiziell österreichisch-slowakische Verträge nicht, aber wie ich gestern ausgeführt habe, lokale Vereinbarungen an der Grenze, und zwar noch aus dem Jahr 1948 und auch davor, die immer wieder erneuert worden sind. In den 1950ern selber gab es keine neuen Grenzverträge, es wurde lange verhandelt über Grenzregulierungen an der March und kleine Grenzveränderungen. Allerdings zum kleinen Grenzverkehr gab es in den 1950ern keine neuen bilateralen Vereinbarungen.

Michael Gehler: *Grenzkontrollen können auch Instrumente sein und werden, um Druck auszuüben auf den Nachbarn. Finden Sie solche Beispiele für das Verhältnis von Österreich-Slowakei?*

David Schriffl: Beispiele gibt es. In den ersten Nachkriegsjahren, als es noch darum ging, ob die Überlandgrundstücke von Staatsbürgern des jeweiligen Nachbarlandes im jeweiligen Land bearbeitet werden können, gab es Überlegungen, ob man denn, nachdem man an der böhmisch-mährischen Grenze österreichischen Bauern die Bearbeitung ihrer Felder verwehrte, an der österreichisch-slowakischen Grenze dies aber beidseitig möglich war, gab es also Überlegungen von Lokalpolitikern in Österreich, ob man nicht slowakischen Bauern die Grenze sperren sollte, um Druck auszuüben, sodass den Bauern an der Nordgrenze in Mähren und in Böhmen wieder erlaubt werden würde, ihre Felder zu bearbeiten. Das ist aber strikt abgelehnt worden vom Außenministerium in Wien mit der durchaus nachvollziehbaren Begründung, dass der Effekt unter Umständen nur gewesen wäre, dass vielleicht die ganze Grenze abgesperrt würde. Man hat das nicht als erfolgs-

versprechend gesehen. Aber den Gedanken hat es gegeben von österreichischer Seite in diesem teilweisen Kleinkrieg.

Michael Gehler: *Seit 1990 wurde das Bundesheer an der Grenze zur Slowakei eingesetzt. Wie waren die Reaktionen auf den unterschiedlichen Ebenen?*

David Schriffl: Die Lokalbevölkerung hat das auf der österreichischen Seite sehr positiv gesehen. Es war eine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Es gab einen wirtschaftlichen Effekt für diese Grenzregion durch die Soldaten, die ihre Logistik aus dem Grenzraum gezogen haben. Der Fleischauer und das Gasthaus, ganz klassisch. Auf höheren Ebenen im politischen Bereich kann man es nach dem Farbenspiel unterteilen. Rechts der Mitte tendenziell positiv, links der Mitte tendenziell eher weniger. Auf slowakischer Seite gab es gerümpfte Nasen auf allen Ebenen. Da war man sich recht einig, was auch keine große Überraschung ist, wenn nach Jahrzehnten die Grenze geöffnet wird und Reisefreiheit herrscht, und das Nachbarland verlegt dann Truppen an die Grenze, um diese zu sichern, dann ist die Reaktion einfach nachvollziehbar. Befeuert worden ist diese Angelegenheit hauptsächlich durch den Boulevard und die Regierung ist dann diesen Stimmungen auch nachgekommen und hat die Soldaten an die Grenze verlegt. Ganz grob könnte man sagen, in Österreich tendenziell positiv, in der Slowakei eher negativ, wobei es auch große Teile des politischen Spektrums gegeben hat, die das negativ gesehen haben. Die Grünen und Teile der SPÖ.

Michael Gehler: *Zu Pressburg/Bratislava als prosperierende Region der Slowakei: Welche Impulse gehen von dieser Dynamik aus, auch über die Grenzen hinweg in Richtung Österreich und andere Richtungen?*

David Schriffl: Nachdem Bratislava und die Westslowakei eigentlich den Großteil des slowakischen Potentials anziehen, also der Reichtum ist in der Westslowakei sehr konzentriert, ist es so, dass dort die Preise steigen und das Platzangebot auch enden wollend ist. D. h. ein direkter Effekt, der über die Grenze nach Österreich wirkt, ist, dass sich Slowaken in österreichischen Dörfern, teilweise auch in Wien, niederlassen, weil der Baugrund billiger ist als in Bratislava. Die Metropole hat direkte Auswirkungen, wächst über die Grenze, wobei es da nicht allzu große Probleme zu geben scheint, ansonsten wirtschaftlicher Natur, es gibt den touristischen Austausch, aber das ist schwer zu messen bei einer Stadt wie Wien, die vom Tourismus lebt. Da ist das wahrscheinlich ein geringerer Einfluss. Was sicher auch wichtig ist, sind slowakische Arbeitskräfte, die in die Metropolregion Wien pendeln, das geht in die Zigtausende, 20–30.000, aber das ist schwer nachzuzählen. D. h. Wien und Bratislava, das sind eigentlich auch eine Wirtschaftsregion. Die Verkehrsverbindungen sind sehr gut und daher wirkt die slowakische Metropole auch nach Österreich hinein.

Michael Gehler: *Gibt es Verwerfungen durch den Aufschwung der Hauptstadt mit Blick auf die Verhältnisse in anderen Teilen der Slowakei?*

David Schriffl: Die gibt es auf jeden Fall. Die Mittel- und Ostslowakei sieht sich mit einem starken Gefälle des lokalen BIP konfrontiert. Die „Romaproblematik" ist eine, die Richtung Osten immer größer wird. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen, die auch schon früher problematisiert worden sind, sind nach der Wende ohne Arbeit geblieben bzw. haben diese verloren. Das sind die ersten, die entlassen worden sind. Tendenziell ist die Armut im Osten und der Reichtum im Westen der Slowakei zu Hause. Das sind definitiv Verwerfungen, dass die Metropolregion eigentlich volkswirtschaftlich gesehen zu sehr dominiert in der Slowakei.

Jörg Beining: *Zur fernmeldetechnischen Aufklärung vom Norden Europas, also von Norwegen über Schweden an der Demarkationslinie entlang bis nach Italien, Teile davon auch in Österreich: Warum ist die Anlage Königswarte noch vorhanden? Sie ergibt eigentlich keinen Sinn mehr. Wir haben ganz andere Probleme. Es gibt auch völlig andere Aufgaben, wie Afghanistan oder auch Afrika etc. Was können Sie uns dazu sagen?*

David Schriffl: Die Anlage ist durch eine Kooperation Österreichs mit den Amerikanern entstanden, 1958 gebaut mit amerikanischem Geld und immer modernisiert worden. Damals war der wesentliche Zweck, den Funkverkehr des Warschauer Pakts bis ins sowjetische Gebiet hinein abzuhören. Das war geografisch eine günstige Lage, direkt an der Grenze zum Ostblock. Nach Ende des Kalten Krieges und bis heute ist sie in Betrieb, weil sie nicht ausschließlich eine solche Abhöranlage war, sondern auch vom Bundesheer betrieben worden ist. D. h. das Heeresnachrichtenamt hat auch ein Eigeninteresse gehabt, die Anlage und die Verträge mit den Amerikanern, wobei man von diesen Verträgen nicht allzu viel sagen kann, weil die österreichische Bundesregierung sich weigert, diese Vereinbarungen publik zu machen, aufrecht zu erhalten. Sagen wir es vorsichtig: Die Kooperation zwischen den USA und Österreich im geheimdienstlichen Bereich ist einfach weitergegangen. Und diese Station hat neue Aufgaben bekommen, nicht mehr nur Funküberwachung, sondern heute werden vor allem Datenlinks von Satelliten abgehört. Und auch zu diesem Behuf ist diese Lage eine günstige. Ich bin kein Techniker, aber es gibt vom Breitengrad her gewisse Plätze, wo es einfacher ist, gewisse Satelliten zu überwachen. Und das ist die heutige Aufgabe dieser Station im Rahmen der Überwachung durch die NSA und andere Dienste der USA elektronische Überwachung zu betreiben.

Michael Gehler: *Welche Rolle sollte ihrer Ansicht nach Verkehrs- oder Infrastrukturgeschichte in den Geschichtswissenschaften spielen? Auch im Hinblick auf die europäische Integration?*

David Schriffl: Die müsste sicher eine wichtigere Rolle spielen, gerade bei grenzüberschreitenden Verhältnissen, die zu untersuchen sind. Das wird auch leider viel zu wenig versucht, und man stößt da auch auf traurige Hindernisse. Ich erinnere mich bei mir, bei dem Versuch den grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr zu quantifizieren, ist es eben so, dass diese Zahlen kaum vorhanden sind, weil das Archiv der ÖBB nach der Zerschlagung des Konzerns vor nicht allzu langer Zeit vernichtet worden ist. Und das ist aus geschichtswissenschaftlicher Sicht eine sehr traurige Sache, aber, lange Rede kurzer

Sinn, der Stellenwert müsste ein höherer sein. Es ist ein Faktum und ein Momentum, das zu einer zusätzlichen Erkenntnis beitragen könnte, das oft nicht genutzt wird.

Michael Gehler: *Es ist ja interessant, dass die Verkehrsgeschichte auch im Rahmen der europäischen Integrationsgeschichte ein Stiefmütterchen-Dasein fristet und die Geschichte der europäischen Verkehrsintegrationspolitik ein Projekt des Scheiterns ist.*

David Schriffl: Ja, das wollte ich auch erwähnen, man sieht das immer nur aus den Negativbeispielen, wenn jetzt in den Medien davon gesprochen wird, was wieder eingeführte Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums an Kosten verursachen. Es wird nicht beforscht, bemerkt, erkannt, was die Vorteile waren, sondern es wird erst thematisiert und problematisiert, was die Nachteile sind, wenn das nicht mehr vorhanden ist. Ich glaube, das ist auch ein wesentlicher Punkt in der Verkehrsinfrastrukturgeschichte, wenn diese vorhanden ist und funktioniert, dann wird es nicht wahrgenommen, sondern erst, wenn sie nicht da ist und nicht funktioniert. Das ist vielleicht ein ...

Michael Gehler: *... ein analoges Beispiel für die EU. Welche Bedeutung messen Sie generell der Mikrogeschichte bei?*

David Schriffl: Ich glaube, dass sie ihre Berechtigung hat als Ergänzung zu regionaler Geschichte und größeren Zusammenhängen. Ich bin aber der Meinung, dass es durchaus eine Tendenz gibt zu mikrohistorischen Studien, die sich im Selbstzweck verlieren, wenn ich mich da jetzt weit aus dem Fenster lehne. Es werden leider oft aus Mikrogeschichten Schlüsse gezogen, ohne die größeren Zusammenhänge miteinzubeziehen. Konkretes Beispiel: Ich könnte das Grenzregime an einer bestimmten Grenze untersuchen und bemerken, dass zu bestimmten Zeiten der Grenzübergang möglich war oder nicht, und dann aber darauf vergessen, internationale oder gar globale Zusammenhänge daraufhin zu befragen, wie groß deren Einfluss auf diese mikrohistorischen Entwicklungen waren. Und dann in die Versuchung kommen, auch mikrohistorische Erklärungen für diese mikrohistorischen Phänomene zu finden. Das ist mein Eindruck, dass das manchmal passiert. Sie ist wichtig, sie ist aber ein ergänzender Punkt, sowie auch andere Bereiche für ein Gesamtbild.

Michael Gehler: *Wäre der Vergleich von Mikrogeschichten hilfreich?*

David Schriffl: Das ist ein positiver, aber auch ein nicht ungefährlicher Schritt, weil auch beim Vergleich von mehreren Mikrogeschichten, wenn ich den größeren Zusammenhang aus den Augen verliere, ja nur die Unterschiede zwischen den Mikrogeschichten bedenke. Das alleine ist kein vollständiger Lösungsansatz.

Michael Gehler: *Wie bewerten Sie innerhalb der Geschichtswissenschaften den Stellenwert der Regionalgeschichte?*

David Schriffl: Da würde ich Ähnliches wie zur Mikrogeschichte sagen. Es ist eine weitere Ebene.

Michael Gehler: *Welche Relevanz hat für die europäische Integration die Entwicklung der Regionen? Gehen wir noch ein weiter: Aus den Regionen erwächst mitunter Regionalismus bis hin zu Separatismus und zuletzt auch Sezessionismus. Sie haben nach dem Interview mit dem Kollegen Muntschick im „Radio Tonkuhle" ein sehr schönes Bild entwickelt, wieso es Grenzen gibt mit Blick auf die europäische Integration und gewisse Regionen. Können Sie das nochmal aufgreifen? Ich denke, das wäre ein wichtiger Teil unseres Gesprächs und auch des Stellenwertes der Regionalgeschichte im Rahmen der europäischen Einigung.*

David Schriffl: Ich habe gestern ausgeführt, wenn Sie das meinen, dass eine Integration nur bis zu einem gewissen Grad möglich ist, und zwar bis zu dem Grad, wo bestimmte Regionen oder Staaten bereit sind, da mitzugehen und deren Gesellschaften, politische Eliten und politische Systeme. Ein Versuch, eine weitergehende Integration zu erzwingen, ohne Rücksichtnahme auf diese Sorgen und Ängste, die Angst selbst nicht mehr wahrgenommen zu sein, sozusagen zu verschwinden in dem größeren Ganzen, wird nicht zum Erfolg führen, sondern nur zu weiteren Konflikten, entweder subkutan oder ganz offen. Die Forderung, Mittel zu streichen, um unbotmäßiges Verhalten zu sanktionieren, wird ganz sicher nicht zu weiterer Kooperation führen, sondern zum Gegenteil. Und das hängt auch indirekt mit der unterschiedlichen Geschichte der verschiedenen Teilnehmerstaaten der EU zusammen, deren unterschiedlichen gesellschaftlichen Erfahrungen. Und insofern, wenn man in dieser Frage den Begriff „Regionen" versteht nicht nur als Region wie das Burgenland oder Ähnliches, sondern als Regionen wie eben die Regionen, die als Staaten verfasst sind oder als Teilstaaten, dann ist deren unterschiedliche Entwicklung ganz wichtig und entscheidend für die europäische Integration und vor allem auch für deren Grenzen und Möglichkeiten.

Michael Gehler: *Welche Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven sehen Sie für eine vergleichende europäische Geschichtsschreibung?*

David Schriffl: Die Möglichkeiten und Zukunftsperspektiven sind unendlich. Ich würde da allerdings davor warnen, vergleichende europäische Geschichtsschreibung ex-post wiederum ausschließlich teleologisch unter dem Aspekt einer eintretenden oder vielleicht noch eintretenden Integration zu sehen. Das ist dieselbe Gefahr, die es in vielen anderen Bereichen auch gibt. Wenn wir jetzt wieder die Habsburgermonarchie hernehmen: Ein Problem, welches lange vorgeherrscht hat, war, dass der Zerfall der Habsburgermonarchie 1918 oftmals dafür verwendet wurde, diesen Zerfall als unausweichlich, die Monarchie als gescheiterten Staat oder als Fehlkonstruktion oder Anachronismus zu sehen, was aber so nicht stimmt. Das ist eine Betrachtung ex-post. Und bei den vergleichenden europäischen Geschichtswissenschaften sehe ich die Gefahr, es als EU-Geschichtsschreibung zu verwenden und sozusagen alles unter dem Aspekt zu sehen, wie kam es zu der europäischen Integration. Das ist eine Möglichkeit, die aber als solche gekennzeichnet werden muss und ansonsten auch zu falschen Schlüssen führen könnte.

Michael Gehler: *Die Frage ist auch jenseits der europäischen Einigung gestellt worden mit Blick auf Parteien, Kirchen, Gesellschaften und Wirtschaftspolitiken, losgelöst von*

der Frage, wie weit es automatisch oder zwanghaft teleologisch zu einer Integration führen hätte müssen. Es gibt ja auch immer widerstrebende Kräfte und Widerstände.

David Schriffl: Die ist auf jeden Fall unterbelichtet, die vergleichende europäische Geschichtswissenschaften in der Hinsicht, wenn man es so sieht. Und die würde auch helfen, eben genau diese Unterschiede, die ich vorher angesprochen habe, bei der Entwicklung der Regionen in Europa klarer und deutlicher zu machen. Das Verständnis untereinander auch zu fördern. Das ist auf jeden Fall etwas Wünschenswertes.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt die Globalisierung in den Geschichtswissenschaften allgemein und für die Forschung im Besonderen?*

David Schriffl: Ich würde es von der Methodik her angehen. Die Möglichkeit des Zugangs von jeder Art, von Zeitzeugen bis zur Archivquellen, ist leichter geworden. Der Austausch mit Kollegen ist leichter geworden. Die Ergebnisse der Arbeit, der eigenen Arbeit und der Arbeit von anderen, sind in einer Geschwindigkeit verfügbar, die früher nicht so gegeben war, was auch dazu führt, dass die Historiografie anderer Regionen, Länder und Bereiche leichter zugänglich ist für den Forscher. D. h. der Elfenbeinturm ist für den Einzelnen schwerer aufrecht zu erhalten. Das ist für manche unangenehm, aber ein Fortschritt für die Geschichtswissenschaften. Und es ist auch, um zurückzukommen auf die Frage der Digitalisierung und der Editionsprojekte, ein wesentlicher Punkt, dass es heutzutage möglich ist, Quellen einzusehen, auf die man vor 20, 30 Jahren wahrscheinlich keinen Zugriff gehabt hätte. Das ist für mich das Wesentliche an der Globalisierung der Forschungslandschaft. Natürlich auch, dass unterschiedliche Meinungen und Ansätze zusammenkommen. Aber ich finde es fast noch entscheidender für die Zukunft, dass die Verfügbarkeit eine größere geworden ist.

Michael Gehler: *Wie urteilen Sie über die aktuelle Flüchtlingsproblematik gerade im Zeichen Ihrer eigenen geschichtswissenschaftlichen Forschung?*

David Schriffl: Ich habe das durchaus schon angedeutet und fasse das nochmal kurz zusammen, dass die unterschiedliche Entwicklung Westeuropas, Mitteleuropas und Osteuropas in den Jahrzehnten des 20. Jh. dazu geführt haben, dass unterschiedliche Wahrnehmungen und gesellschaftliche Prozesse stattgefunden haben. Ich habe das gestern so formuliert, dass der ehemalige Eiserne Vorhang mehr oder weniger die Grenze der ausgerufenen Willkommenskultur ist. Und das ist eben auch kein Zufall, dass das zu wenig wahrgenommen wird in Westeuropa, dass es keine Überraschung ist, dass Länder, die über Jahrzehnte eben nicht mit Migration, mit kulturellen, wirtschaftlichen Einflüssen, die schwer zu kontrollieren sind in einer offenen Gesellschaft und die sich nicht über Jahrzehnte mit der eigenen Geschichte von Diktatur und Nationalismus auseinandersetzten konnten, ganz anders reagieren auf so einen Influx einer großen Zahl an Menschen, gerade auch mit anderem kulturellem Hintergrund. Ich finde, dass es wichtig wäre, eben auch für die Geschichtswissenschaften solche Zusammenhänge aktiv aufzuzeigen, in der hoffentlich nicht vergeblichen Hoffnung, dass das auch gehört wird. Wenn aus Unkenntnis oder Unwillen, diese subjektive Sicht anderer Bereiche Europas auf diese Fragen

anzuerkennen, dann Zwangsmaßnahmen in irgendeiner Form oder Sanktionen entstehen, wird das den gegenteiligen Effekt haben als den gewünschten einer größeren Kooperationswilligkeit.

Michael Gehler: *Kann man die EU als ein Imperium bezeichnen?*

David Schriffl: Wir haben darüber schon gesprochen. Ich tendiere dazu, das eher zu verneinen. Es gibt sicher gute Gründe, das zu bejahen. Ich würde die EU schon aus dem Grund heraus nicht als ein Imperium bezeichnen, da sie ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten ist, die ihre souveränen Rechte in einen Pool werfen und einer supranationalen Einrichtung übertragen, teilweise zumindest. Dass die EU ein Imperium werden könnte, ist eine Möglichkeit, aber ich sehe sie im Moment noch nicht als solche. Und vielleicht wäre es auch nicht das Schlechteste, wenn sie kein Imperium würde, weil ein Imperium doch auch immer mit der Machtdurchsetzung über weite Räume vornehmlich mit militärischer und oder auch wirtschaftlicher Macht operiert. Und das ist eigentlich ganz grundsätzlich etwas, das in den internationalen Beziehungen nicht im Vordergrund stehen sollte.

Michael Gehler: *EU-Kommissar Olli Rehn hat von einem* benevolent empire *gesprochen und Barroso von einem* non-imperial Empire*, das sich von allen anderen Imperien der Geschichte unterscheiden würde. D. h. wir haben ein Nachdenken darüber und ein öffentliches Bekennen oder Diskussion über die Frage, ob die EU nicht ein Imperium sein könne. Ein Historiker sieht es schon als Imperium und beschwört seinen Niedergang. David Engels vergleicht in seinem Buch „Le Declin" die EU mit dem römischen Weltreich und seinem Niedergang.*

David Schriffl: Ja, allerdings das Imperium, dessen Niedergang da beschworen wird, ist dann in solchen Beschreibungen ein Imperium in Teilbereichen. Ein Rechtsbestand z. B., der über einen großen Raum gespannt wird. Ob das hält oder nicht. Das ist der Versuch, den Begriff des Imperiums nutzbar zu machen. Wie gesagt, es ist legitim und es ist auch argumentierbar, ich würde dem aber nicht unbedingt anhängen. Und bei denen, die Sie genannt haben, die eine solche Diskussion angestoßen haben als Exponenten und als Akteure, Spitzenakteure dieser Entität, würde ich da jetzt einmal sozusagen Quellenkritik üben, wer sagt denn das und warum sagt der das.

Michael Gehler: *Ja, das ist schon klar. Bei dieser Quellenkritik wird man sich genau anschauen müssen, wie denn Rehn und Barroso argumentiert haben. Sie bringen Begründungen dafür. Sie versuchen es zu legitimieren. Hier wird man mit Quellenkritik arbeiten müssen wie überall. Die EU setzt ihre Macht und ihre Machtmittel, die sie hat, in erstaunlich konsequenter Weise durch und provoziert dadurch entsprechend Gegenmaßnahmen anderer Machtfaktoren; wie z. B. Russland in der Ukraine. Die Frage stellt sich auch für Putin, was kann er wirklich tun gegenüber einem EU-Assoziationsprojekt? Er ist relativ machtlos. Er kann in der Ukraine Destabilisierungsversuche unternehmen, aber er konnte nicht die Ratifizierungen, die zeitgleich live im Fernsehen zu sehen waren in Brüssel und in Kiew, d. h. die in Inkraftsetzung des EU-Assoziationsabkommen ver-*

hindern, in dem drinnen steht, dass die Ukraine kein Freihandelsabkommen mit Russland eingehen soll und in dem sie sich auch militärischen Beistand erwarten darf vom Westen. Zwei maßgebliche Kriterien, die in bisherigen Assoziationsabkommen gar nicht drinnen stehen. Es ist sicher ein wesentlicher Aspekt, dass hinter der EU die USA als Imperium stehen. Ein Imperium im Imperium sind die USA durch die NATO-Präsenz in Westeuropa, Mittelost-, Südosteuropa und im Baltikum. Es ist eine Konstellation, die mit dem Römischen Reich gar nicht vergleichbar ist. Wir haben es zudem mit neuartigen Phänomenen der Durchdringung zu tun, Phänomene der Attraktion, Inklusion, aber auch der Exklusion.

David Schriffl: Wenn man die USA als Imperium, das dahintersteckt, nennt, könnte man auch die Frage stellen, ob es dann weniger ein Imperium ist als ein Foederatus des Imperiums.

Michael Gehler: *Welche Zukunftsperspektiven gibt es noch für die EU? Oder ist sie nicht schon am Ende und nur noch das Opfer ihres eigenen Erfolges?*

David Schriffl: Das ist die Elferfrage, wie man bei uns sagt. Es ist schwierig, sowas vorherzusehen. Es ist unmöglich, sowas vorherzusehen. Es gibt die Zukunftsperspektive einer differenzierten Integration, die unter Umständen unter einer geringeren Zahl an Mitgliedern stattfindet. Es gibt auch die Perspektive des Zerfalls, eines zumindest teilweisen Zerfalls in Bezug auf die Peripheriebildung Nord-Süd im wirtschaftlichen Bereich. Es gibt auch die Möglichkeit eines Zerfalls oder eines Rückbaus der Integrationsintensität, wenn die Konflikte anlässlich der Flüchtlingskrise z. B. oder andere Fragen, wenn man jetzt z. B. Großbritannien hernimmt, wo diese immer weitere Integration von einem Teil der Bevölkerung und der Politik, schwer zu sagen, wieviel, es könnte eine Abstimmung geben, abgelehnt wird. Kann durchaus sein, dass sie sozusagen zurückgestuft wird. Ich würde mir nicht zutrauen zu sagen, ob es langfristig in Richtung einer wesentlich weiteren Integration oder in Richtung eines Rückbaus der Integration geht.

Michael Gehler: *Eine dritte Option wäre die Entscheidung für die Bewahrung des Ist-Standes.*

David Schriffl: Wobei das wahrscheinlich auch ein schwieriger Punkt ist, weil es über Jahre und Jahrzehnte wichtige Exponenten immer gemeint haben, Stillstand ist Rückschritt. Und das ist so verfestigt in vielen Entscheidungsträgern, dass diese dritte Option vielleicht so gar nicht möglich ist, weil diese Exponenten selbst, wenn es einen Stillstand gibt, einen Rückschritt sehen und diesen dann auch nolens volens de facto ins Werk setzen.

Michael Gehler: *So auf die Art: Ein Fahrrad muss ständig gefahren werden, sonst fällt es um – Walter Hallstein hat diese Metapher einmal bemüht.*

David Schriffl: Wenn man es weniger dramatisch sagen will, werden sie Opfer ihrer eigenen Festlegungen. Das passiert ja in der Politik sehr oft. Wenn ich mich festlege

darauf, dass Stillstand Rückschritt ist, dann kann ich schwer argumentieren, warum ich übermorgen den Stillstand als mögliche Option sehe.

Michael Gehler: *Vielen Dank für Ihre Antworten!*

Jörg Baberowski

Zwischen Furcht und Faszination. Die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne

Zum Referenten:

Jörg Baberowski studierte von 1982–1988 Geschichte und Philosophie an der Universität Göttingen und war anschließend als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Osteuropäische Geschichte an der Universität Frankfurt am Main tätig, wo er 1994 seine Dissertation zum Thema „Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und Rückständigkeit im ausgehenden Zarenreich 1864–1914“ verfasste. Ab 1994 war er Assistent am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen und habilitierte sich dort mit einer Arbeit zum Thema „Auf der Suche nach Eindeutigkeit. Zivilisatorische Mission, Nationalismus und die Ursprünge des Stalinismus in Azerbajdžan 1828–1941“. Seit 2002 ist Jörg Baberowski Professor für die Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität Berlin.

Veröffentlichungen: Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und Rückständigkeit im ausgehenden Zarenreich 1864–1914 (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 78), Frankfurt/Main 1996; Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003 (Bundeszentrale für politische Bildung 2007); Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München 2003; Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault (Beck’sche Reihe 1623), München 2005; gemeinsam mit Anselm Doering-Manteuffel, Ordnung durch Terror. Gewaltexzesse und Vernichtung im nationalsozialistischen und im stalinistischen Imperium. Dietrich Beyrau zum 65. Geburtstag,

Bonn 2006; Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012; Räume der Gewalt, Frankfurt/Main 2015 (Bundeszentrale für politische Bildung 2016); Der bedrohte Leviathan. Staat und Revolution in Rußland, Berlin 2021. Für weitere Informationen: https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/bereiche-und-lehrstuehle/geosteuropas/personen/1683840

Zum Beitrag:

„Die Geschichte des Kurzen 20. Jahrhunderts", schrieb der britische Historiker Eric Hobsbawm in seiner 1995 erschienenen Geschichte des 20. Jahrhunderts, „kann ohne die Russische Revolution und ihre direkten und indirekten Folgen nicht erklärt werden."[1] Ohne die russische Revolution hätte der Westen nicht über Hitler siegen können, ohne sie wäre der Glaube an die Freie Marktwirtschaft in den europäischen Staaten nicht erschüttert worden und ohne sie wären die Befreiungsbewegungen in den Kolonien stumm geblieben. Die Revolution sei unausweichlich gewesen, es habe 1914 nur eines Anstoßes bedurft, um die sozialen Spannungen im Zarenreich zur Explosion zu bringen. Und keine Partei, „außer Lenins Bolschewiken" sei darauf vorbereitet gewesen, dieser Verantwortung ins Auge zu blicken und den großen Umschwung ins Werk zu setzen. „Die Menschheit wartete auf eine Alternative", schrieb Hobsbawm über die Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. „Die russische oder genauer: die bolschewistische Revolution vom Oktober war bereit, der Welt dieses Signal zu geben. Deshalb war sie für dieses Jahrhundert ein ebenso zentrales Ereignis, wie es die Französische Revolution von 1789 für das 19. Jahrhundert gewesen war. Es ist in der Tat kein Zufall, daß die Geschichte des Kurzen 20. Jahrhunderts [...] genau mit der Lebensdauer des Staates zusammenfällt, den die Oktoberrevolution geboren hatte."[2]

Nur Schönes und Edles. Die Bolschewiki treten auf, und das Licht geht an, überall, nicht nur in Russland, sondern auch in Europa. „Die Menschheit wartete auf eine Alternative". Warum wurde dieses Buch von manchen Historikern eigentlich zu den Meisterwerken der Geschichtsschreibung gezählt? Hätte man es im Jahr 1995 nicht besser wissen können? Konnte man nach dem Ende der Sowjetunion und nach den Schrecken des 20. Jahrhunderts über die Revolutionäre und ihre Experimente noch im Modus des Fortschritts schreiben und ignorieren, das auf seinem Altar Millionen sinnlos geopfert wurden? Hätte man nicht auch schon vor dem Ende der Sowjetunion wissen können, welche Hypothek das bolschewistische Experiment Europa auferlegte? Nun könnte man sich mit der Erklärung zufriedengeben, dass Unbelehrbare auch durch Lektüre nicht schlauer werden und um jeden Preis Recht behalten wollen. Aber so einfach kann man es sich nicht machen. Hobsbawms Erzählung stand nicht am Rand, sondern im Zentrum jener Geschichtsschreibung, die das 20. Jahrhundert aus dem Geist des 20. Jahrhunderts beschrieb: als Kampf zwischen Gut und Böse, zwischen Finsternis und Helligkeit, zwischen

1 Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1997, S. 114.
2 Ebd., S. 79.

Rückständigkeit und Fortschritt.[3] Ein Historiker aber, der nicht auch von den Rechnungen erzählt, die für diesen Kampf beglichen werden mussten, beraubt das Jahrhundert der Ideologien seiner eigentlichen Signatur.

Zweifellos waren Faschismus und Nationalsozialismus, Nationalismus und Krieg auch Antworten auf die ökonomische und politische Dominanz der USA, die Europa nach dem Ersten Weltkrieg neu ordnen wollten, es dann aber sich selbst überlassen hatten.[4] Die eigentliche Herausforderung des 20. Jahrhunderts aber war der Bolschewismus. Ohne die russische Revolution und den russischen Bürgerkrieg hätte es in Europa keinen Krieg der Ideologien gegeben, ohne die Erfahrungen des Vielvölkerreiches keine ethnischen Säuberungen, ohne den Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg keine kommunistische Herrschaft in Osteuropa, ohne Lenin keinen Mao und keinen Pol Pot, ohne den „Sozialismus in einem Land" keinen Aufbruch in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ohne die sowjetische Diktatur und ihre Kommandowirtschaft keine Renaissance von Demokratie und freiem Markt in Europa. Aber ohne die Sowjetunion hätte es 1989 auch kein Ende der Unfreiheit in Europa gegeben, ohne das Erbe des Vielvölkerreiches keinen Konflikt um die Ukraine. Was immer in der Sowjetunion auch geschah, es ließ den Rest der Welt nicht unberührt.[5] Zwischen Furcht und Faszination. So könnte die Überschrift für eine Geschichte lauten, die das Verhältnis Europas zur Sowjetunion im 20. Jahrhundert beschriebe.

Das 20. Jahrhundert ist von Historikern als Zeitalter der Ideologien und der Extreme verstanden worden.[6] „Pluralismus war definitionsgemäß ein Denkfehler", erinnerte sich Tony Judt an jene Zeit der Eindeutigkeit, „eine bewußte Täuschung oder eine tragische Illusion." So haben es zweifellos auch die Zeitgenossen empfunden, die im Zeitalter der Übersichtlichkeit und Ordnung leben mussten. „Es gab gute und schlechte Systeme und Ziele, die zwangsläufig richtige und falsche Entscheidungen verlangten. Politik, so verstanden und in der jüngsten Zeit durch die Erfahrung des totalen Krieges verstärkt, wurde beschrieben als Alles-oder-nichts, Entweder-Oder, Leben oder Tod."[7]

Das Leben sollte schöner, alle Probleme für immer aus der Welt geschafft werden. Nur begann das große Experiment der sozialen und politischen Umgestaltung nicht in Deutschland oder England, sondern ausgerechnet in Russland, wo von der besten aller Welten nichts zu sehen war und wo sich die Idee vom schönen neuen Leben gegen die Wirklichkeit des alten mit Brachialgewalt durchzusetzen versuchte. Der sowjetische Staat war schwach, seine Ambitionen grenzenlos und seine Gesellschaft wehrlos. Der

3 Tony Judt/Timothy Snyder, Nachdenken über das 20. Jahrhundert, München 2010, S. 206.

4 Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931, München 2015; Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939, München 2005, S. 20–22.

5 Silvio Pons, The Global Revolution. A History of International Communism 1917–1991, Oxford 2014, S. XI-XX. Vgl. auch den Überblick von Gerd Koenen, Was war der Kommunismus?, Göttingen 2010.

6 Hobsbawm (Anm. 1); Karl-Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert, München 1985, S. 11–18; Mark Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000.

7 Judt und Snyder (Anm. 3), S. 206; Zygmunt Bauman, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Frankfurt am Main 1995, S. 13–32.

Bolschewismus war eine Modernisierungsdiktatur, die auf die Wünsche der Unterworfenen wenig Rücksicht nahm und sich unter kriegerischen Bedingungen gegen alles Widerstreben durchsetzte.[8] Ohne dieses tragische Missverständnis, man könne herbeizwingen, was nicht von selbst entstand, hätte es in Europa keinen autoritären Sozialismus, keine kommunistische Diktatur, keinen Massenterror und keinen Faschismus gegeben. Die Oktoberrevolution war ein Ereignis, dessen Folgen nicht nur das alte Russland, sondern auch Europa so sehr veränderten, dass nach 1917 nichts mehr war wie zuvor. Sie war der Beginn der totalitären Versuchung, zu unterwerfen, was sich nicht fügte.

I. Ideologie der Staatlichkeit

Der Marxismus war eine Ideologie, die Freiheit und Emanzipation versprach. Als Idee kam er im späten 19. Jahrhundert auch nach Russland. Dort ergab sich seine Attraktivität vor allem aus der Verheißung, dass irgendwann alle Gesellschaften sein würden, was England und Deutschland schon waren. Aber Russland war weit davon entfernt, ein moderner Industriestaat zu sein, seine Infrastruktur war primitiv, Fabriken und Betriebe auf die großen Städte konzentriert. Russland war ein Bauernland, selbst in den großen Städten blieben die Dorfbewohner, was sie waren, weil es wenig gab, was ihnen den Abschied vom bäuerlichen Leben ermöglicht hätte. Der zaristische Staat verlangte Steuern und Rekruten, Unterwerfung und Loyalität. Aber er hatte nur wenig zu geben. In der Apartheitsgesellschaft des späten Zarenreiches waren die Lebensräume von Bauern und Bürgern streng voneinander getrennt. Es schien, als gehörten die Bauern einer fremden Nation an und als lebten sie in einem anderen Land.[9] Der Marxismus aber verhieß das Ende der Rückständigkeit, er versprach, dass der Lauf der Geschichte auch das russische Leben zum Besseren wenden würde.

Aber was hat der Revolutionär von der Geschichte, wenn nicht schon zu seinen Lebzeiten geschieht, wovon er träumt? Und so kam es, dass sich der Marxismus in Russland in eine extreme Modernisierungs- und Industrialisierungsideologie verwandelte. Um jeden Preis musste erreicht werden, was anderenorts schon geschehen war. Nikolai Walentinov, ein Freund Lenins, erinnerte sich an die Kraft, die die Ideen des Marxismus in Russland entfalteten. „Mit beiden Händen griffen wir nach dem Marxismus, weil uns sein soziologischer und ökonomischer Optimismus anzog, sein starker, von Fakten und Zahlen untermauerter Glaube, daß die Entwicklung der Wirtschaft, die Entwicklung des Kapitalismus durch die Demoralisierung und Zersetzung der alten Gesellschaft neue

8 James Scott, Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed, New Haven 1998, S. 1–8.

9 Orlando Figes, Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 1998, S. 100–137; Joseph Bradley, Muzhik and Moscovite. Urbanisation in Late Imperial Russia, Berkeley 1985; Robert E. Johnson, Peasant and Proletarian. The Working Class of Moscow in the Late Nineteenth Century, New Brunswick 1979; Charters Wynn, Workers, Strikes and Pogroms, The Donbass-Dnepr-Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905, Princeton 1992; Boris Mironov, Peasant Popular Culture and the Origins of Soviet Authoritarianism, in: Cultures in Flux. Lower-Class Values, Practices, and Resistance in Late Imperial Russia, hg. von Stephan Frank und Mark Steinberg, Princeton 1994, S. 54–73.

Kräfte schaffe (darunter wir selbst), die das autokratische Regime zusammen mit seinen Abscheulichkeiten hinwegfegen würden. [...] Auch sein europäischer Charakter zog uns an. Der Marxismus kam aus Europa. Er roch nicht nach heimischem Muff und Provinzialismus, sondern war neu, frisch und verlockend. Der Marxismus enthielt das Versprechen, daß wir kein halbasiatisches Land bleiben, sondern Teil des Westens mit seiner Kultur, seinen Institutionen und Eigenschaften werden würden, die seine freiheitliche politische Ordnung ausmachten. Der Westen verführte uns."[10]

Auf paradoxe Weise war der Bolschewismus ein Spiegelbild der autokratischen Modernisierungsideologie, die auf die Wünsche des Volkes wenig gab und sich für allzuständig hielt. Seit Peter I. das Fenster nach Westen geöffnet hatte, standen alle Regierungen des Zarenreiches unter dem Zwang, Europa nach Russland zu bringen. Die Autokratie als Motor des Fortschritts, der trägen Gesellschaft stets voraus – so haben die Zaren und ihre Minister ihre Mission verstanden: Russland von der selbst produzierten Rückständigkeit zu erlösen.[11] Europa war der Maßstab, an dem sich bemaß, was Russland noch bevorstand.

Lenin war zweifellos der radikalste Repräsentant dieser russischen Variante des Fortschrittsglaubens. Sein Glaube an die Machbarkeit der Verhältnisse kam aus der Erfahrung der Rückständigkeit. Auf das Ende der Geschichte konnte er nicht warten. Nicht Interpreten und Propheten, sondern Vollstrecker der Geschichte wollten die Bolschewiki sein. Lenins Idole waren Männer der Tat, Asketen und Willensmenschen, die sich der Welt nicht auslieferten, sondern sie nach ihrem Bild formten. Hätte Rachmetow, der asketische Held in Tschernyschewkis Roman „Was tun?", wirklich gelebt, – Lenin hätte ihn für sich gewinnen müssen. In seiner Welt gab es nichts Unmögliches, weil in der Isolation alles möglich schien. Denn wenn es keine Wurzeln und keine Grenzen gab, kein Gedanke wirklich erprobt werden musste, konnte es auch keine Beschränkungen geben.[12] Das schlechte Gewissen nährt sich aus der Erinnerung, es ist gebunden. Das Böse aber, schrieb Hannah Arendt, hat keine Wurzeln. „Und weil es keine Wurzeln hat, hat es keine Grenzen, kann sich ins unvorstellbar Extreme entwickeln."[13] Lenin kannte keine Beschränkungen, er hatte kein Gewissen, das ihm Fesseln angelegt hätte. Das Denkbare war für ihn auch das Machbare. Für das Volk hatte der Revolutionsführer nur Verachtung übrig. Wann hatte es jemals etwas aus eigener Kraft zustande gebracht und warum sollten ausgerechnet die russischen Bauern ein Werkzeug des Fortschritts sein? Für Lenin gab es überhaupt keinen Zweifel, dass die revolutionäre Elite organisieren müsse, wozu das Volk nicht imstande sei. Arbeiter und Bauern hätten kein politisches Bewusstsein, sie wüssten nicht, was zu ihrem Glück vollbracht werden müsse. Dieses Wissen hätten nur die Revolutionäre, die

10 Nikolaj Valentinov, Vstreči s Leninym [Begegnungen mit Lenin], New York 1953, S. 50.

11 Andrew Verner, The Crisis of Russian Autocracy. Nicholas II and the 1905 Revolution, Princeton 1990, S. 70–103; Richard Wortman, Scenarios of Power, Myth and Ceremony in Russian Monarchy. Bd. 2, Princeton 2000, S. 3–15; Dominic Lieven, Russia's Rulers under the Old Regime, New Haven 1989, S. 148–154.

12 Nikolaj Tschernyschewski, Was tun?, Reinbek bei Hamburg 1988, erstmals 1863 erschienen. Vgl. auch Martin Mali, Vollstreckter Wahn. Rußland 1917–1991, Stuttgart 1994, S. 91–92; Alain Besancon, The Intellectual Origins of Leninism, Oxford 1981, S. 117–125 u. 194–195; Richard Pipes, Die russische Revolution. Bd. 1, Berlin 1992, S. 228–229.

13 Hannah Arendt, Über das Böse. Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik, München 2009, S. 77.

aus höherer Einsicht handelten, weil sie begriffen hätten, was die Geschichte von ihnen verlangte. „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben!“[14]

Lenin hasste Russland und seine Menschen aus tiefem Herzen. Nichts verachtete er mehr als die Trägheit der Oblomows, die Grausamkeit und Ignoranz der Bauern und die Primitivität des russischen Lebens. Sein Marxismus atmete nicht den Geist der Freiheit und Emanzipation. Er war eine Erziehungsideologie, die sich mit Demokratie und Pluralismus, mit Uneindeutigkeit und Verschiedenheit nicht vertrug und der es um nichts anderes ging, als das alte Russland der „Ikonen und Kakerlaken“ für immer aus der Welt zu schaffen. Nicht auf Befreiung aus Abhängigkeit und Unmündigkeit kam es an, sondern auf Modernisierung und Umerziehung. Ganz Russland sollte ein preußisches Büro werden, in dem Menschen planvoll ausführten, was die revolutionäre Elite sich für sie ausgedacht hatte. „Unser nächstes Ziel ist es“, schrieb Lenin in seinem Pamphlet „Staat und Revolution“ im September 1917, „die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren“.[15]

Maxim Gorki, der Lenin besser als mancher Parteigenosse kannte, schrieb über den Revolutionsführer, er habe Bauern und Arbeiter mit den Augen des russischen Gutsbesitzers gesehen: als Material, das geformt werden musste, nicht als Menschen mit Wünschen und Bedürfnissen. „Lenin selbst ist natürlich ein Mensch von außergewöhnlicher Kraft; fünfundzwanzig Jahre stand er in den ersten Reihen der Kämpfer für den Sieg des Sozialismus; er ist eine der bedeutendsten und markantesten Figuren der internationalen Sozialdemokratie; er ist ein sehr begabter Mensch und besitzt alle notwendigen Eigenschaften eines ›Führers‹. Außerdem zeichnen ihn auch das für diese Rolle notwendige Fehlen jeglicher Moral und ein ausgesprochen herrisches, mitleidloses Verhältnis zum Leben der Volksmassen aus. Lenin ist ›Führer‹ *und* russischer Adliger, und gewisse seelische Eigenschaften dieses ins Nichts verschwundenen Standes sind ihm nicht fremd; deshalb hält er sich für berechtigt, mit dem russischen Volk ein grausames Experiment zu machen, das schon im voraus zum Scheitern verurteilt ist.“[16]

Die „verspätete Entwicklung“ sei der „Charakterzug“ der russischen Geschichte, schrieb Lew Trotzki in seiner Geschichte der russischen Revolution. Schon immer seien die offenen, asiatischen Räume zu „weitem Zurückbleiben verurteilt“ gewesen. Als die slawischen Stämme im Mittelalter Besitz von den „trostlosen Ebenen“ ergriffen hätten, hätten sie nichts als Leere vorgefunden. Russland hatte kein Erbe, es habe immer nur nachgeahmt, was in Europa erfolgreich gewesen sei. Seine Herrscher hätten sich die „materiellen und geistigen Eroberungen fortgeschrittener Länder“ angeeignet und sie den Bedingungen Russlands angepasst. „Eine rückständige Nation drückt außerdem die

14 Wladimir I. Lenin, Was tun?, in: ders., Ausgewählte Werke. Bd. 1, Berlin (Ost) 1979, S. 139–314, hier S. 254; David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus. Von der französischen Revolution bis heute, München 2009, S. 109–116.

15 Waldimir I. Lenin, Staat und Revolution, in: ders., Ausgewählte Werke. Bd. 2, Berlin (Ost) 1979, S. 315–420, hier S. 359; Nina Tumarkin, Lenin Lives. The Lenin Cult in Soviet Russia, Cambridge 1982.

16 Maxim Gorki: Unzeitgemäße Betrachtungen über Kultur und Revolution, Frankfurt am Main 1972, S. 97–98.

Errungenschaften, die sie fertig von außen übernimmt, durch Anpassung an ihre primitivere Kultur hinab“, schrieb Trotzki. Für jeden Import habe Russland einen hohen Preis bezahlen müssen: für die Übernahme westlicher Militärtechnik und europäischer Kultur habe die Leibeigenschaft verschärft werden müssen, weil der Lebensstil der Elite und die Ansprüche des Staates auf andere Weise nicht hätten befriedigt werden können.[17]

Aber auch Trotzki konnte sich den Sozialismus nur als eine Diktatur vorstellen, die das Volk erzog und alte in neue Menschen verwandelte. Am Ende des Bürgerkrieges wollte er das Proletariat militärisch organisieren, Arbeiter sollten in Kasernen untergebracht werden und Zwangsarbeit im Dienst des neuen Staates leisten. Ohne Zwang sei der Sozialismus nicht erreichbar, erklärte Trotzki auf dem 9. Parteitag im März 1920. Menschen seien von Natur aus faul und versuchten, Anstrengungen zu vermeiden. Deshalb sei es die Aufgabe der Partei, Arbeiter militärischer Disziplin zu unterwerfen.[18] Nicht Emanzipation, sondern Abrichtung war das Gebot der Stunde. Die Bolschewiki bekämpften nicht die soziale Ungleichheit, sie züchteten den neuen Menschen, und sie taten es, wie ihre Vorgänger in der zaristischen Bürokratie, mit den Methoden des alten Menschen.

Für die deutschen Sozialdemokraten, deren Disziplin und Organisationsleistung Lenin so sehr bewunderte, war der Bolschewismus eine Verirrung, die aus der Kultur des russischen Bürgerkrieges kam. Karl Kautsky sprach es offen aus: Der Bolschewismus sei eine Despotie, die sich durch Furcht und Schrecken an der Macht hielt, weil sich Lenin und Trotzki den Sozialismus nur als Sklavenhaltergesellschaft vorstellen konnten.[19] Im alten Europa sprachen die Sozialdemokraten schon nicht mehr von der Revolution, weil sie auf anderem Wege erreichten, was sie für richtig hielten, aber wohl auch, weil sie mit eigenen Augen sehen konnten, was in Russland geschah. Der deutsche Sozialdemokrat Eduard Bernstein erklärte im Dezember 1918: „Durch alle Zuckungen und alles Um-Sich-Schlagen der reaktionären Mächte hindurch sehe ich doch den Klassenkampf immer zivilisiertere Formen annehmen, und gerade in dieser Zivilisierung des Klassenkampfes, der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter erblicke ich die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus“.[20] Davon aber wollten die Bolschewiki nichts wissen, denn in ihrer Welt gab es keine Parteien, keinen Rechtsstaat, keine bürgerlichen Sicherungen und keine zivilisierten Auseinandersetzungen. In ihr herrschte ein erbarmungsloser Krieg, den nur gewinnen konnte, wer über Waffen gebot und über Menschen verfügte, die sich ihrer zu bedienen wussten.

17 Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Frankfurt am Main 1982, S. 13–15.

18 Jonathan Aves, Workers Against Lenin: Labour Protest and the Bolshevik Dictatorship, London 1996, S. 5–38, besonders S. 12; Leo Trotzki, Denkzettel. Politische Erfahrungen im Zeitalter der permanenten Revolution, hg. von Isaak Deutscher, Frankfurt am Main 1981, S. 371–373; Stefan Plaggenborg, Revolutionskultur, Menschenbilder und kulturelle Praxis in Sowjetrußland, Köln 1996.

19 Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung. Entwicklung. Zerfall. Bd. 2, München 1988, S. 63–65; Dieter Groh und Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 177–178.

20 Eduard Bernstein, Ein revisionistisches Sozialismusbild. Drei Vorträge, Bonn 1976, S. 166; Jan-Werner Müller, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 96.

Im Jahr 1917 war der zaristische Staat zusammengebrochen, seine Armee hatte sich aufgelöst, und nach dreijährigem Bürgerkrieg war Russland ein verwüstetes und verheertes Land ohne Industrie und Proletariat. Millionen waren gestorben, entwurzelt, verhungert oder aus dem Land getrieben worden, Arbeiter waren wieder zu Bauern geworden.[21] Welche Strategie außer der Einführung einer Entwicklungsdiktatur aber hätten die Bolschewiki ergreifen sollen, um diese Katastrophe zu bewältigen? Der bolschewistische Sozialismus war ein Sozialismus an der Macht, ein Staatsbildungsprozess, der mit eiserner Faust vorangetrieben wurde, autoritär, militaristisch, rücksichtslos und gewalttätig.[22] Ausgerechnet Russland wurde zum Experimentierfeld einer Sozialtechnologie, die sich für allmächtig und allzuständig hielt und deren Repräsentanten glaubten, eine Mission im Dienst der Weltgeschichte zu erfüllen. Alles schien möglich, wenn die Revolutionäre es nur nicht an Entschlossenheit fehlen ließen. Warum sollte nicht auch in Russland gelingen, wovon die Marxisten in Europa schon lange träumten? Aber der Ruf, der einst aus Europa gekommen war, erzeugte in Russland nur ein schwaches Echo. Auf dem Terrain des Bauernreiches verwandelte sich der europäische Marxismus in eine Modernisierungs- und Erziehungsideologie, die von den ursprünglichen Verheißungen wenig übrigließ.

Im Westen Europas waren die Kommunistischen Parteien Organisationen von Freiwilligen, die Wahlen gewinnen mussten. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion aber war keine Partei, sondern ein Orden und das eigentliche Interventionsinstrument des neuen Staates.[23] Sie war eine Schöpfung des Bürgerkrieges und kam aus der Einsicht, dass eine Diktatur ohne Fundament nur geringe Überlebenschancen haben würde. Die Herrschaft der Bolschewiki aber stand auf schwachen Füßen. Die alten Eliten waren vernichtet oder aus dem Land gejagt worden, der neue Staat hatte sich allenfalls in den großen Städten festgesetzt, nicht aber in den Dörfern und an der Peripherie des Imperiums. Ohne die Kommunistische Partei hätte es keinen Staatsbildungsprozess gegeben. Sie war der eigentliche Ort der Herrschaft. In ihr diente die neue Elite, die das Vielvölkerreich verklammerte, so wie der Dienstadel das Zarenreich zusammengehalten hatte. Kommunisten durften Waffen tragen und in eigenen Geschäften einkaufen, sie machten Urlaub in staatseigenen Sanatorien und waren vor Strafverfolgung geschützt. Stalin nannte die Kommunistische Partei einen „Orden von Schwertträgern", von Auserwählten, die mit eiserner Faust zusammenhielten, was nicht zusammen zu gehören schien.[24] Louis Fischer erinnerte sich: „Die kommunistische Partei war die bemerkenswerteste Einrichtung Sowjetrusslands. Sie erinnerte durch die Anforderung an Härte und Hingabe, die sie an ihre Mitglieder stellte, an einen mönchischen Orden. Die traditionelle Art ihres automatischen

21 Roger Pethybridge, One Step Backwards, Two Steps Forward. Soviet Society and Politics under the New Economic Policy, Oxford 1990, S. 121–127 u. 382–388.

22 Jörg Baberowski, Gewalt als Machttechnik. Revolution als Staatswerdung an der asiatischen Peripherie der Sowjetunion, in: Revolution, Krieg und die Geburt von Staat und Nation. Staatsbildung in Europa und den Amerikas 1770–1930, hg. von Ewald Frie und Ute Planert, Tübingen 2016, S. 211–246.

23 Arthur Koestler, Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens, Frankfurt am Main 1986, S. 138–154; Bert Hoppe, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933, München 2007, S. 11–29.

24 Sheila Fitzpatrick, Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, Oxford 1999, S. 15–39.

Gehorsams, ihrer Geheimhaltung und unbedingten Disziplin, machte sie einer Militärkaste ähnlich. Sie diente als Kraftstation, Wachhund und belebendes Element für das neue Regime."[25]

Nur waren die Bauern, die nach Lenins Tod zu Tausenden in die Partei strömten, keine Kommunisten. Sie wussten nichts vom Marxismus und seinen Verheißungen, nichts von Theorie und Mission. Ohne ein ideologisches und organisatorisches Korsett aber wäre die Kommunistische Partei eine Ansammlung von Menschen geblieben, die nichts miteinander verbunden hätte. Eine solche Elite aber wäre für die Revolution von keinerlei Nutzen gewesen. Deshalb wurde die Partei hierarchisiert und ihre innere Organisation auf die Bedürfnisse der Herrschaft und die Autoritätsbindung der Bauern zugeschnitten. Alle Kommunisten sollten die gleiche Sprache sprechen, das gleiche Glaubensbekenntnis aufsagen, den gleichen proletarischen und autoritären Habitus pflegen. „Ob in Wladiwostok oder Woronesch, in Stalinsk oder Stalinabad, in Rossosch oder Pawlowsk", so Malte Rolf, „– das kulturelle Regelwerk war überall ebenso das Gleiche wie die Medien, mit deren Hilfe es durchgesetzt werden sollte."[26] Eine gemeinsame kulturelle Sprache begründet Solidarität und ermöglicht überhaupt erst einen Dialog zwischen jenen, die herrschen, und jenen, die beherrscht werden. Es waren die Parteitage, die Plena des Zentralkomitees und die Sitzungen der Parteizellen, auf denen die neue Elite darauf vorbereitet wurde, wie zu lesen, zu sprechen und zu feiern sei. Schon die Zeitgenossen haben sich über die Rituale gewundert, die der Aufnahme eines Kommunisten in die Partei vorausgingen, über die formelhafte und leere Sprache der Funktionäre, über Kritik und Selbstkritik, die öffentliche Selbstkasteiung der Kommunisten, über Schauprozesse, Paraden, Feste und Bankette. Überall und zu jeder Zeit mussten Bekenntnisse abgegeben und über die Wirklichkeit im Modus der Selbstverleugnung gesprochen werden.[27]

Zum kommunistischen Ritual gehörte die Realitätsverweigerung. Im Zarenreich hatten die Eliten noch über Rückständigkeit, Ignoranz und Armut geklagt, in der sowjetischen Welt der Lüge aber konnte darüber nicht mehr gesprochen werden. Die Beschwörung einer Utopie, die Voraussagen machte, die niemals eintreffen würden, eröffnete keinen anderen Ausweg als die Verleugnung all dessen, was tatsächlich tagein, tagaus geschah. Im bolschewistischen Staat durfte es keine unglücklichen Menschen geben. Elend und Armut mussten verleugnet, die Misere als schöne neue Welt gepriesen werden. Nach Jahren der Repression kam den meisten Menschen die Lüge automatisch von den Lippen, mochten sie sich auch schlecht fühlen und Schmerz empfinden, weil man sie zwang, sich vor den neuen Herren zu erniedrigen. „Psychisch war ich wie ein verschrecktes Tierchen", schrieb Stepan Podlubny, der als Sohn von Kulaken in Moskau Arbeit gefunden hatte, im Oktober 1934 in sein Tagebuch. „Ängstigte mich, auch nur einen Schritt zu tun, den ich nicht vorher vom politischen Standpunkt her und in aller Vorsicht überlegt hatte. Täglich, nein stündlich, hast Du Angst, im Gespräch mit Leuten etwas Überflüssiges zu

25 Louis Fischer, in: Arthur Koestler u. a., Ein Gott der keiner war, Zürich 2005 (erstmals 1950 erschienen), S. 209–210.

26 Malte Rolf, Das sowjetische Massenfest, Hamburg 2006, S. 266.

27 Koestler u. a. (Anm. 25), S. 54–55; Fitzpatrick (Anm.24), S. 19–21; Lorenz Erren, „Selbstkritik" und Schuldbekenntnis. Kommunikation und Herrschaft unter Stalin (1917–1953), München 2008.

sagen. Das ganze Leben beruht auf einer Lüge. Du erzählst jemandem eine Sache und mußt das dann behalten, um später im Gespräch mit jemand anderem bis ins kleinste Detail genau dasselbe zu wiederholen. Mußt wissen, was Du gestern oder vor einem Jahr gesagt hast, wie Du es gesagt hast, was Du über Dich selbst erzählt hast, über die Eltern und über Deine Bekannten. All das mußt Du geschickt erzählen können, farbig und glaubwürdig, mit einem besonderen Gesichtsausdruck und völlig kaltblütig, damit kein Verdacht aufkommt. Ich beobachte die Leute genau, beobachte das Verhalten von jungen Leuten wie mir. Was Sie in ähnlichen Situationen tun. Versuche, ihr Verhalten nachzuahmen. Passe mich dem Leben so an, wie sich ein Tierchen seiner Umgebung anpaßt, wenn es einen Feind erblickt. All das erfordert eine unmenschliche Anstrengung, es zerstört meine Willenskraft und Selbständigkeit. Zugleich zwingt es mich zu professioneller Vorsicht und Aufmerksamkeit. Die Schwierigkeiten nehmen dadurch noch zu, daß es niemanden gibt, mit dem ich mich beraten könnte, außer einer einzigen Person, meinem Mütterlein. Habe keine Herzensfreunde.“[28]

Und so kam es, dass das kommunistische Erziehungsprojekt eine strenge, konservative Sozialdisziplin hervorbrachte, die sich Neuem verschloss und jedem Wunsch nach Veränderung mit Verboten und Strafen begegnete. Der Stalinismus war eine Erziehungsdiktatur, die unter Strafe stellte, was in einer freien Gesellschaft als Gewinn empfunden worden wäre. Eine Hypothek, die schwer auf der Sowjetunion lastete und ihr im ökonomischen Wettstreit mit den offenen Gesellschaften des Westens nur Nachteile verschaffte.[29]

Wenngleich die Lüge das Herz verkrampfte und soziale Beziehungen belastete, gab sie der Absurdität der menschlichen Existenz doch auch einen Sinn, sie richtete die jungen kommunistischen Aufsteiger ab, die erlernten, wie die Welt gesehen und verstanden werden musste. Und weil die Zukunft schon feststand, wurden Vergangenheit und Gegenwart zu Kunstprodukten, die mit der Lebenserfahrung von Millionen nichts mehr zu tun hatten. Die Zeit wurde stillgestellt, die Utopie verkam zu einem starren Vorstellungskatalog, in dem ausgestellt war, wie sich Kommunisten die Gegenwart vorstellen sollten: als beste aller Welten.

Wer Kommunist wurde, betrat eine fremde Welt mit merkwürdig fremden Regeln und Gebräuchen, die es im zivilen Leben nicht gab und die den Novizen unbekannt waren. „Der Neuling in der Partei“, schrieb Arthur Koestler über die bolschewistische Kultur, „fand sich in eine völlig fremde Welt gestürzt“.[30] Alle Novizen mussten Auskunft über ihre Vergangenheit geben, ihre Lebensverhältnisse offenlegen und glaubhaft machen, dass sie es verdienten, Mitglied der Partei zu sein. Alle Kommunisten, ganz gleich, woher sie kamen, mussten dieses Initiationsritual über sich ergehen lassen. Es verschaffte ihnen Zutritt zu einem Orden von Auserwählten und gab ihnen das Gefühl der Exklusivität.

---

28 Tagebuch aus Moskau 1931–1939, hg. von Jochen Hellbeck, München 1996, S. 167–168; Nina Lugowskaja, Ich will leben. Ein russisches Tagebuch 1932–1937, München 2004, S. 42.

29 Jeffrey Brooks, Thank You, Comrade Stalin! Soviet Public Culture from Revolution to Cold War, Princeton 2000, S. 54–82; Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012, S. 213.

30 Koestler u. a. (Anm. 25), S. 35.

Kommunisten kannten nur einen Gott, und sie beteten die gleichen Symbole an: Rote Fahnen, kanonische Texte, die jedermann kannte, aber kaum jemand verstand, Büsten und Gemälde des Revolutionsführers und seines treuen Schülers Stalin. Sie pflegten einen proletarischen Habitus, verachteten Religion, bürgerliche Attitüden und Konventionen und ordneten individuelle Interessen den Belangen des Kollektivs unter. Nur wer bereit war, der gemeinsamen Sache zur Not auch Freunde und Verwandte zu opfern, durfte sich Kommunist nennen. Im Orden der Auserwählten musste die Sprache der Revolution gesprochen werden. An der Schlichtheit von Kleidung und Sprache, am Gestus der Bescheidenheit sollte man den kommunistischen Funktionär erkennen. Zur Bescheidenheit gehörte die Unterwerfung des Einzelnen unter den Willen des Kollektivs. Wer Fehler beging, von der Generallinie der Partei abwich oder gegen die Regeln der Lebensführung verstoßen hatte, musste sich öffentlich inszenierter Kritik aussetzen. Vor allem aber erwartete der Orden von seinen Mitgliedern, dass sie Selbstkritik übten, wenn die Mächtigen sie dazu aufforderten.[31]

Organisation und Ideologie des Bolschewismus waren Produkte des sowjetischen Staatsbildungsprozesses, und dennoch verbreiteten sie sich auch jenseits der sowjetischen Grenzen. Dort aber wirkten die Rituale des sowjetischen Kommunismus seltsam fremd. Es ist paradox, aber die kommunistische Bewegung in Europa imitierte die hierarchische Organisation und den autoritären Habitus der bolschewistischen Partei, obwohl sie den Bedürfnissen in den europäischen Ländern überhaupt nicht entsprachen. Schon am Ende der zwanziger Jahre war das fremde Ritual auch in den kommunistischen Parteien Europas zur sozialen Normalität geworden, obwohl in den freien Gesellschaften niemand gezwungen werden konnte, sich der Lüge zu unterwerfen. „Ich hatte Augen, die sehen konnten", erinnerte sich Arthur Koestler an einen Besuch in der Sowjetunion im Jahr 1932, „aber einen Verstand, der darauf trainiert war, das, was die Augen sahen, auf vorgeschriebene Weise zu interpretieren."[32]

Stalin konnte sich demokratische Gesellschaften nicht vorstellen. Er konnte nicht verstehen, dass deutsche Kommunisten Wahlen gewinnen und um Stimmen werben mussten. Für ihn gab es zwischen der KPD und der Georgischen Kommunistischen Partei keinen Unterschied. Die Kommunistischen Parteien waren Teil einer großen Gemeinschaft, deren Zentrum sich in Moskau befand. Als Mitglieder einer Weltkirche wurden sie von der Kommunistischen Internationale finanziert, gesteuert und kommandiert, und irgendwann war ihre Abhängigkeit so groß, dass sie sich Stalins Launen freiwillig unterwarfen.[33] In Deutschland, in Frankreich und Italien hatte es auch schon vor dem Krieg Kommunistische Parteien gegeben, die sich am sowjetischen Organisationsmodell orientierten und den bolschewistischen Habitus der Rücksichtslosigkeit imitierten. In den pluralistischen Gesellschaften des Westens wurden Kommunisten als Mitglieder einer Kirche wahrgenommen, die Weisungen aus Moskau erhielten, sich einer merkwürdigen, standardisierten Sprache bedienten und sich selbständigem Denken vollkommen verschlossen. Nicht

31 David Hoffmann, Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity 1917–1941, Ithaca 2003, S. 57–87; Fitzpatrick (Anm. 24), S. 14–21.

32 Alexander Jakowlew, Ein Jahrhundert der Gewalt in Sowjetrussland, Berlin 2004, S. 34; Koestler (Anm. 23), S. 156.

33 Hoppe (Anm. 23), S. 240–241 u. 358–361.

auf die Bedürfnisse potentieller Wähler kam es an, sondern auf die Befolgung der Generallinie, die in Moskau entworfen wurde. In den meisten Ländern Europas war der Bolschewismus deshalb kein attraktives Modell, allenfalls eine Warnung. Warum hatten Kommunisten in manchen Staaten Europas dennoch Erfolg? Der britische Historiker Tony Judt fand dafür eine originelle Erklärung. „Das Element des Organisatorischen", schrieb er „Gramscis Vorstellung, die Partei müsse Religionsersatz sein, inklusive Hierarchie, Elite, Liturgie und Katechismus, erklärt, warum der Kommunismus leninistischer Ausprägung in katholischen oder orthodoxen Ländern viel besser funktioniert als in protestantischen."[34] In protestantischen Kulturen habe man sich für eschatologische Fragen überhaupt nicht interessiert.

Und dennoch konnten Kommunisten nirgendwo in Europa Wahlen für sich entscheiden und nach der Macht greifen. Nach Ostmitteleuropa kam das bolschewistische Herrschaftssystem erst nach dem Zweiten Weltkrieg, durch Eroberung. Er zwang den Unterworfenen sein System auf. Anders könne es gar nicht sein, hatte Stalin einmal gesagt. Sieger zwängen den Verlierern ihre Ordnung auf. Aber wie soll man sich die Attraktivität des Bolschewismus in den Ländern Asiens und Afrikas erklären? Darauf gibt es eine eindeutige Antwort: Weil das Staatsbildungsmodell der Sowjetunion und die hierarchische Organisation der Partei den Bedürfnissen der Erziehungsdiktaturen entsprach, die in den Entwicklungsländern entstanden. Es scheint kein Zufall zu sein, dass das bolschewistische System vor allem dort seine größten Triumphe feierte, wo sich von der Moderne wenig zeigte: in China, in Vietnam, in Kambodscha oder auf Cuba. Es war ein Modell für eine vormoderne Welt, die sich aus den Fängen der Vergangenheit befreien wollte. Es versprach, Rückständigkeit und Heterogenität zu überwinden und Ordnung zu schaffen. Der Bolschewismus war ein antikoloniales Staatsbildungsmodell für unterentwickelte Länder. Es stellte unter Beweis, dass auch arme Länder reich und mächtig werden konnten. Ihre Führer mussten nichts anderes tun, als im bolschewistischen Stil Festungen zu stürmen und niederzureißen, was ihnen im Weg stand. Was in Europa nur imitiert wurde, war in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine Offenbarung.[35]

II. Der Bolschewismus als Ordnungsprojekt

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Ordnung und des Machbarkeitswahns. Man müsse sich die Moderne als eine Zeit denken, schreibt der britisch-polnische Soziologe Zygmunt Bauman, in der Ordnung als ein Modus des Lebens bewusst wahrgenommen worden sei. Die Welt ist nur noch Wille und Vorstellung, und deshalb kann sie beliebig geordnet und verändert werden. Sobald Menschen ihre Umwelt als Herausforderung begreifen und versuchen, sie ihrem Willen zu unterwerfen, werden sie sich als Meister ihres eigenen Schicksals bewusst. Sie wissen nun, dass jede Ordnung möglich ist, wenn sie einmal gedacht worden ist und wenn es Instrumente gibt, mit denen sie in die Welt ge-

34 Judt und Snyder (Anm. 3), S. 96. Vgl. auch die Erinnerungen des italienischen Kommunisten Ignazio Silone, in: Koestler u. a. Anm. 25), S. 102–103.

35 Priestland (Anm. 14), S. 449–485; Silvio Pons, The Global Revolution. A History of International Communism 1917–1991, Oxford 2014, S. 231–254; Koenen (Anm. 5), S. 87–98.

setzt werden kann. Die Entdeckung der Ordnung ist die Geburtsstunde der Rückständigkeit. Sie erzeugt überhaupt erst jene Ambivalenz, deren Überwindung sie sein will. Wir sollen uns, schlägt Bauman vor, den modernen Staat als Gärtner vorstellen, der Ordnung und Schönheit schafft und Unkraut entfernt: Dissidenz, Ketzertum, Rückständigkeit und Fremdheit. Die Ingenieure der Seele waren optimistisch. Sie glaubten an Fortschritt und Erziehung. Für sie gab es kein soziales Problem, das nicht durch rationale Planung endgültig gelöst werden konnte. Der Gärtnerstaat war der Resonanzboden der Utopie. Er vollbrachte, was sich Nationalisten, Rassisten und Kommunisten ausgedacht hatten.[36]

Die Bolschewiki waren Eroberer, die sich das Imperium unterwarfen, um es zu ordnen, zu kategorisieren und zu verändern. Aber sie waren auch Meister der Improvisation und der Krise. Für sie gab es kein Problem, das nicht sofort gelöst werden konnte. Die Krise war die Lebensform des Bolschewismus, sie war der Grund, auf dem der gewalttätige Interventionsstaat und die Kultur der Abhärtung gediehen.[37] Warum hätten die Bolschewiki auf orthodoxe Marxisten hören und auf den Ruf der Geschichte warten sollen, wenn sofort erreicht werden konnte, was sie sich vorgenommen hatten? Dafür wurden sie bewundert, überall auf der Welt, wo Sozialtechniker von der Schaffung einer neuen Welt träumten. Die Bolschewiki täten das Unabänderliche, sie zerstörten die verwesende bürgerliche Ordnung und setzten den unbedingten Willen zur Macht an ihre Stelle, um die Menschheit vor dem Zerfall zu retten. Die Parteizellen in den Fabriken seien „Disziplinierungsfraktionen", schrieb der Wirtschaftsjournalist Alfons Goldschmidt, der im Jahr 1920 Moskau besuchte. „Sie sollen die schlechten Säfte aufsaugen, wegfressen, vernichten." Der Schriftsteller Franz Jung, der zur gleichen Zeit in Moskau war, fand dort, was er in seiner Heimat vermisste: den „Willen nach Gleichheit und Gemeinschaftsfreude". Niemals zuvor habe er solches Glück erlebt. „Das war es, was ich gesucht hatte und wozu ich seit Kindheit ausgezogen bin: die Heimat, die Menschenheimat."[38] Eine Maschine sei das bolschewistische System. „Wie mit Riesenfangarmen ergreift sie allmählich Menschen und Rohstoffe, sie zwingt die Menschen zu arbeiten. [...] Und sie wird die Widerstrebenden automatisch zermalmen."[39]

Auch zehn Jahre später, auf dem Höhepunkt der Stalin'schen Revolution, kamen Europäer und Amerikaner in die Sowjetunion, um mitzuerleben, wie die neue Ordnung erschaffen wurde. In der alten Welt herrschten Depression und Arbeitslosigkeit, Dekadenz und Fäulnis, in der neuen das Pathos des Aufbruchs. Carl Schmitt, Ernst Jünger, Herbert George Wells, Beatrice und Sidney Webb, Lion Feuchtwanger, John Maynard Keynes, George Bernard Shaw, – sie alle erlagen aus unterschiedlichen Gründen der Faszination der bolschewistischen Machbarkeitsreligion, bewunderten die Herrschaft der Vernunft und die Unerbittlichkeit, mit der die sowjetischen Machthaber die Menschheit vom Fluch

36 Bauman (Anm. 7), S. 45–46; Scott (Anm. 8), S. 1–8.

37 Karl Schlögel, Utopie als Notstandsdenken – einige Überlegungen zur Diskussion über Utopie und Sowjetkommunismus, in: Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, hg. von Wolfgang Hardtwig, München 2003, S. 94–95; Robert Kindler, Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan, Hamburg 2014, S. 145.

38 Gerd Koenen, Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005, S. 302–307.

39 Ebd., S. 306.

des Profits und von der Anarchie des Marktes erlösten. Die Masse betete nicht. Sie sang die Internationale.[40] Über die Kosten dieses Experiments mochte kaum jemand sprechen, weder in der Sowjetunion noch in Europa.

Die Sowjetunion war das Experimentierfeld, auf dem das Leben von Millionen neu eingerichtet wurde. Menschen wurden sozialen Klassen und ständischen Rängen zugeordnet. Es gab nun Arbeiter und Bauern, Kulaken und Bourgeois, Kommunisten und Parteilose, und es hing von der Zuschreibung ab, welche Rechte man in Anspruch nehmen konnte. Eindeutig und übersichtlich sollte die neue Ordnung sein, Feinde und Außenseiter erkennbar werden. Die Bolschewiki teilten ihre Untertanen in nützliche und wertlose Menschen ein, banden Privilegien an den sozialen Status und zwangen jedermann, sich in der neuen Ordnung zurechtzufinden. Niemand konnte sich der Zuschreibung entziehen, denn vom sozialen Status hing das nackte Überleben ab. Die Machthaber konnten in diesem System sozialer Hierarchie Freunde und Anhänger gewinnen und Feinde identifizieren.[41]

Zur neuen Ordnung gehörte auch die ethnische Vermessung des Imperiums. Nur in der Sprache und Kultur der Untertanen konnte das Projekt der sozialistischen Staatswerdung vom Zentrum an die Peripherie gelangen. Die Indigenisierung und Ethnisierung des Imperiums gab dem Regime überhaupt erst die Mittel in die Hand, um den Staat ins Dorf zu bringen, die Bevölkerung zu kategorisieren und zu mobilisieren. Deshalb organisierten die Machthaber die Sowjetunion nach dem Prinzip der Ethnizität. Aus dem zaristischen Vielvölkerreich wurde ein Imperium der Nationen, mit Grenzen, Hauptstädten, Amtssprachen und nationalen Mythen. National in der Form, sozialistisch im Inhalt, – so hatte Stalin das Projekt der Nationalisierung genannt. Es verwandelte Bauern in Russen, Juden, Ukrainer und Kasachen, und es gab dem Sozialismus ein nationales Gesicht. Aus Marxisten waren Schöpfer von Nationen geworden, und das Vielvölkerreich hatte sich in ein Imperium der Nationen verwandelt.[42]

---

40 François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München 1996, S. 197–208; Karl-Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, München 1985, S. 222–238; Michael Rohrwasser, Der Kommunismus. Verführung, Massenwirksamkeit, Entzauberung, in: Wege in die Gewalt. Die modernen politischen Religionen, hg. von Hans Maier, Frankfurt am Main 2000, S. 121–142; Helmut Kiesel, Ernst Jünger. Die Biographie, München 2009, S. 392–407; Michail Ryklin, Kommunismus als Religion. Die Intellektuellen und die Oktoberrevolution, Frankfurt am Main 2008, S. 90; Mazower (Anm. 6), S. 186–187; Priestland (Anm. 14), S. 246–250; Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2011, S. 190. So beschrieb es auch die deutsche Kommunistin Ruth Fischer, die Exponenten der Konservativen Revolution in Deutschland seien vom sowjetischen Experiment fasziniert gewesen: Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Bd. 1, Berlin 1991, S. 355.

41 Sheila Fitzpatrick, Ascribing Class. The Construction of Social Identity in Soviet Russia, in: Journal of Modern History 65 (1993), S. 745–770; Golfo Alexopoulos, Stalin's Outcasts. Aliens, Citizens and the Soviet State, 1926–1936, Ithaca 2003, S. 13–44.

42 Jörg Baberowski, Stalinismus und Nation. Die Sowjetunion als Vielvölkerreich 1917–1953, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3 (2006), S. 199–213; Terry Martin, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca 2001; Yuri Slezkine, The USSR as a Communal Appartment, or how a Socialist State Promoted Ethnic Particularism, in: Slavic Review 53 (1994), S. 414–452.

Und dennoch war die Staatswerdung nicht der Abschluss, sondern der Beginn einer Umwälzung, die die Sowjetunion in einen modernen Industriestaat verwandeln sollte. Die Sowjetunion war nicht, was sie hätte werden müssen. Ihre Führer präsentierten Ansprüche, aber sie konnten sie nicht durchsetzen, weil es ihnen an menschlichem Kapital, an Instrumenten und Möglichkeiten fehlte. Ohne Kredite, ohne ausländische Technologie und Hilfe würde die Sowjetunion bleiben müssen, was sie war. Stalin und seine Anhänger sahen deshalb keine andere Möglichkeit, als die Industrialisierung durch den Export von Getreide zu finanzieren. Nur konnten sie nicht bekommen, was sie begehrten, weil es für die Bauern nur wenige Anreize gab, dem Staat die Produkte ihrer Arbeit zu überlassen. Ohne Zwang würden sie nicht auskommen können, ohne die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Unterwerfung der Bauern machtlos bleiben. Daran hatten wenigstens Stalin und seine Anhänger in der Führung keinen Zweifel. Als der Diktator im Januar 1928 nach Sibirien reiste, um die Getreidebeschaffung zu überwachen und die Genossen auf den großen Sprung nach vorn einzustimmen, wurde er auf erniedrigende Weise mit der Wirklichkeit konfrontiert. Man erklärte ihm, als er in Barnaul eintraf, dass es in der Region weder Automobile noch Straßen gebe.[43] Wir wissen nicht, was Stalin empfunden haben mag, als man ihn, den Führer des Weltproletariats und Vater der Völker, im Schlitten durch den Schnee zog. Aber wir wissen, dass er entschlossen war, Rückständigkeit mit Stumpf und Stiel auszumerzen. Nie wieder, verkündete Stalin, solle Russland von den europäischen Mächten geschlagen und gedemütigt werden. Was andere Nationen in Jahrhunderten vollbracht hätten, müsse die Sowjetunion in wenigen Jahren zustande bringen. Entweder siegen wir, so Stalin, oder wir werden zermalmt.[44]

Der erste Fünfjahrplan, der 1927 verabschiedet wurde, gab der Welt ein Beispiel für die Entschlossenheit der bolschewistischen Führer, Staudämme, Fabriken und Straßen in Rekordzeit zu errichten, Wüsten in blühende Landschaften zu verwandeln. Das bolschewistische Projekt der Industrialisierung sollte nicht nur Wirtschaft und Infrastruktur modernisieren, sondern die soziale Landkarte verändern. Die alten Eliten sollten entmachtet, Bauern in Arbeiter verwandelt werden. In Magnitogorsk im Ural und an anderen Orten der stalinistischen Industrialisierung wurde nicht nur die Wildnis gebändigt, sondern auch der neue Mensch hervorgebracht: durch Gemeinschaftserlebnisse und heroische Produktionsschlachten, die aus Bauern neue Menschen und politische Führer machen sollten. Über Nacht sollte hervorgebracht werden, wozu die Länder des Westens Jahre gebraucht hatten. Zwar war das Leben in Magnitogorsk kurz und schmutzig, der Staudamm musste, nachdem er fertiggestellt worden war, wieder abgerissen werden. Aber darauf kam es nicht an. „Der Damm von Magnitogorsk", schrieb ein Propagandist, „war eine Schule, in der Menschen lernten, bolschewistische Wunder zu respektieren."[45] Gegen Wunder konnten Argumente nicht Recht behalten. Wer es dennoch wagte, Einspruch gegen die

43 Stephen Kotkin, Stalin. Paradoxes of Power 1878–1928, London 2014, S. 661–723; James Hughes, Capturing the Russian Peasantry. Stalinist Grain Procurement Policy and the „Ural-Siberian Method", in: Slavic Review 53 (1994), S. 76–103.

44 Josef Stalin, Werke. Bd. 13, Berlin (Ost) 1955, S. 35–36.

45 Stephen Kotkin, Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization, Berkeley 1995, S. 92; James Scott, Behind the Urals. An American Worker in Russia's City of Steel, Bloomington 1989 (erstmals 1942 erschienen), S. 173.

Ideologie der Unbedingtheit zu erheben, spielte mit seinem Leben. Im Herbst 1934 erklärte der Volkskommissar für Schwerindustrie, Sergo Ordschonikidse, in einer Rede vor Managern, dass er Kritiker und Zweifler nicht anhören werde. Kritik und Zweifel seien Verrat an der gemeinsamen Sache. Die Bolschewiki erstürmten jede Festung, durch eisernen Willen und Disziplin. „Was hält sie davon ab? Schlechte Arbeit.“[46]

Der bolschewistische Glaube an die Machbarkeit der Welt, Lenkung und Planung schien Berge zu versetzen. Die Anarchie des Marktes, Armut und Arbeitslosigkeit schienen für immer überwunden. Daran glaubten nicht nur die bolschewistischen Führer, sondern auch die proletarischen und bäuerlichen Aufsteiger, die das sozialistische Menschwerdungsprojekt als Chance ihres Lebens begriffen. Selbst in Europa und in den USA gewann das sowjetische Modell der Kommandowirtschaft an Attraktivität. Denn angesichts der fundamentalen Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung am Ende der zwanziger Jahre gab es viele Gründe, die gegen das Modell des Kapitalismus und der liberalen Demokratie sprachen. James Scott, ein amerikanischer Arbeiter, der 1932 in die Sowjetunion emigrierte, erinnerte sich später an den Enthusiasmus, den er und seinesgleichen beim Gedanken an das sowjetische Projekt empfunden hätten. „Irgendetwas schien falsch zu sein in Amerika. Ich begann, viel über die Sowjetunion zu lesen und kam nach und nach zu dem Schluß, daß die Bolschewiki Antworten auf einige Fragen gegeben hatten, die Amerikaner einander stellten. Ich beschloß, nach Rußland zu gehen, um zu arbeiten, zu studieren und beim Aufbau einer Gesellschaft zu helfen, die der amerikanischen immerhin einen Schritt voraus zu sein schien.“[47]

Zu jener Zeit reisten nicht allein Kommunisten, sondern auch bürgerliche Ingenieure, Architekten und Handwerker in die Sowjetunion, um Teil der großen Willensanstrengung zu werden, mit der ein ganzes Land umgebaut werden sollte. Der Wille zur Macht, Planung und Gigantomanie übten im Europa der Krise eine ansteckende Faszination aus. Sie begeisterten nicht nur Kommunisten, sondern auch Konservative und Faschisten. Die Bolschewiki räumten das Alte aus dem Weg, rücksichtslos und mit einem unbedingten Willen zur Macht. Sie vollbrachten Notwendiges und Unabänderliches, und niemand schien sie daran hindern zu können, zu tun, was sie tun mussten. Niemals zuvor hatten sich Machthaber über alle Widerstände hinweggesetzt und erklärt, die Welt aus den Angeln zu heben und nach ihren Vorstellungen neu zu ordnen, koste es, was es wolle. „Jene Aspekte des Leninismus“, schreibt Tony Judt, „die traditionelle Marxisten am meisten irritierten – Lenins Voluntarismus und seine Entschlossenheit, die Geschichte zu beschleunigen –, waren für die Faschisten aber besonders attraktiv. Der sowjetische Staat war brutal und wurde mit eiserner Hand gelenkt. In der Anfangszeit verkörperte er all das, was spätere Faschisten bewunderten und in der politischen Kultur ihrer eigenen Gesellschaft vermissten. Die Sowjetunion bewies, daß eine Partei eine Revolution durchführen, die Macht im

46 Zit. n.: Paul Gregory und Andrei Markevich, Creating Soviet History. The House that Stalin built, in: Slavic Review 61 (2002), S. 798–799.

47 James Scott, Behind the Urals. An American Worker in Russia’s City of Steel, Bloomington 1989 (erstmals 1942 erschienen), S. 3. Vgl. auch Schivelbusch (Anm. 4), S. 16–17.

Staat erobern und notfalls mit Gewalt beherrschen konnte.“[48] Es schien, als sei der sowjetische Sozialismus die eigentliche Antwort auf die Herausforderungen der Moderne.

III. Krieg und Frieden

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Gewalt, des Völkermordes, der ethnischen Säuberungen und des Krieges. In der Sowjetunion fielen zwischen 1914 und 1953 Millionen Menschen Krieg, Terror, Hunger, Seuchen und Epidemien zum Opfer. Kein Land in Europa musste für das Projekt der neuen Ordnung einen höheren Blutzoll entrichten als die Sowjetunion. Als der Bürgerkrieg zu Ende ging, war Russlands Infrastruktur zerstört, seine Städte und Dörfer verwüstet, Millionen Menschen auf der Flucht oder traumatisiert, die alte Elite aus dem Land gejagt worden. Die Bolschewiki hatten gesiegt, weil sie von der Gewalt skrupellos und rücksichtslos Gebrauch gemacht hatten. Schon in den Jahren des Bürgerkrieges hatten sie Geiseln genommen, renitente Bauerndörfer niederbrennen und ihre Widersacher in Konzentrationslager einsperren lassen. Im Jahr 1921 hatten die roten Truppen im Gouvernement Tambow Giftgas gegen aufständische Bauern eingesetzt, auf der Krim zehntausende Menschen erschossen. Lenin und seine Anhänger waren Tatmenschen, die von neuen Ordnungen nicht nur sprachen, sondern sie gegen Widerstand auch erbarmungslos durchsetzten. Schon in den ersten Jahren nach der Revolution wurden Geistliche und Adlige verfolgt und getötet; Arbeiterstreiks und Soldatenaufstände mit brutaler Gewalt unterdrückt. Als im Frühjahr 1920 die Arbeiter in den Rüstungsfabriken von Tula gegen die elenden Lebensbedingungen protestierten, ließ Lenin den Protest mit Gewalt unterdrücken. Tausende Arbeiter wurden erschossen oder in Konzentrationslager verschleppt. Ein Jahr später erhoben sich die Matrosen von Kronstadt, die soldatische Avantgarde der Revolution, gegen die Bolschewiki. Trotzki ließ die Rebellion im Blut ertränken.[49]

Der Bolschewismus veränderte die Sowjetunion bis zur Unkenntlichkeit. Er verwandelte Niemandsland in Industrielandschaften, Dörfer in Städte und Regionen in nationale Republiken und er gab Millionen Menschen aus den unteren Schichten eine Aufstiegsperspektive. Aber er trieb auch die Elite aus dem Land und unterwarf Widerstand mit eiserner Hand. Das staatliche Gewaltmonopol kehrte sich gegen die Bürger, die es voreinander schützen sollte. Zum ersten Mal setzte eine Regierung seine überlegenen Machtinstrumente dafür ein, die eigene Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen. Die Bolschewiki zeigten der Welt, wozu sie imstande waren und welche technischen Mög-

48 Judt und Snyder (Anm. 3), S. 174; Christoph Mick, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928–1932, Stuttgart 1995.

49 Aves (Anm. 18), S. 39–56; Stefan Karsch, Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronez (1917–1919), Stuttgart 2006, S. 214–222; Paul Avrich, Kronstadt 1921, Princeton 1970; Vladimir Buldakov, Krasnaja Smuta. Priroda i posledstvija revoljucionnogo nasilija, Moskva 2010, S. 555–587; Felix Schnell, Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine 1905–1930, Hamburg 2012; Reinhard Nachtigal, Krasnyj desant: Das Gefecht an der Mius-Bucht. Ein unbeachtetes Kapitel der deutschen Besetzung Südrusslands 1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 53 (2005), S. 221–246.

lichkeiten sich dem Staat boten.[50] Mehr als zwei Millionen Bauern wurden zu Beginn der 1930er Jahre um ihr Eigentum gebracht und nach Sibirien deportiert, Adlige, Priester und Kulaken erschossen, ethnische Minderheiten aus ihrer Heimat vertrieben, 680 000 Menschen allein während des Großen Terrors in den Jahren 1937 und 1938 nach Quoten getötet, mehrere Millionen Bauern verhungerten, und zehntausende Kommunisten mussten ihr Leben lassen, weil man sie beschuldigte, Spione und Verräter gewesen zu sein.

Stalins Herrschaftstechnik beruhte auf der Inszenierung von Krisen. Chaos und Anarchie, Ungewissheit und Misstrauen gaben ihm überhaupt erst die Möglichkeit, die Gefolgschaft auf den Kurs der Gewalt einzuschwören und staatliche Macht zu entgrenzen und zu tun, worauf es ankam. Schon immer hatten die Bolschewiki mit der Androhung und der Anwendung von Gewalt Erfolg gehabt, während der Revolution und in den Jahren des Bürgerkrieges und der Stalin'schen Revolution von oben. Zwar gab es auch im bolschewistischen Führungszirkel unterschiedliche Auffassungen über den Einsatz von Gewalt. Lew Kamenew, Nikolai Bucharin oder Anatoli Lunatscharski hatten Skrupel, gegen die Ihren mit Gewalt vorzugehen, und wahrscheinlich wären sie auch bereit gewesen, sich auf Kompromisse mit politischen Widersachern einzulassen. Aber zur Unterwerfung der Bauern sahen auch sie keine Alternative, weil sie begriffen hatten, auf welch schwachem Fundament der kommunistische Staat stand. Die Kollektivierung der Landwirtschaft mag Bucharin für einen Fehler gehalten haben, gegen die gewaltsame Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols aber hatte auch er keine Einwände vorzubringen. Immerhin war der Widerstand der Bauern gebrochen worden, dafür konnte kein Preis zu hoch sein.[51]

Macht aber, die auf sich hinweisen muss, ist schwach. Deshalb war die stalinistische Gewalt kein Zeichen der Stärke, sondern eine Repräsentation der Schwäche. Warum sonst hätten Stalin und seine Gefolgsleute die kommunistische Elite vernichten sollen, wenn nicht aus Furcht vor Kontrollverlust und Machtlosigkeit? So aber verkam das bolschewistische Experiment zu einer Despotie, zu einer konservativen Erziehungsdiktatur, die Arbeiter und Bauern versklavte und ihre Schwäche durch die Erzeugung von Furcht und Schrecken kompensieren musste. Das Projekt von der schönen neuen Welt verwandelte sich unter sowjetischen Bedingungen in eine Gewaltorgie, die die Welt noch nicht gesehen hatte.[52]

Was immer die Bolschewiki sich auch vorgenommen hatten, – sie konnten es tun, weil es keine Institutionen mehr gab, die sie an der Vollstreckung des Unvermeidlichen hätten hindern können. Die Revolution hinterließ eine Tabula Rasa, auf der alles möglich schien und alles möglich wurde. Die Bolschewiki gaben der Welt überhaupt erst eine Vorstellung von der Umwälzung aller Werte und Ordnungen und sie bewiesen, dass Schwäche durch eisernen Willen, Ordnung durch Gewalt kompensiert werden konnten. Der rote Terror,

50 Jörg Baberowski, Räume der Gewalt, Frankfurt am Main 2015, S. 70; Heinrich Popitz, Phänomene der Macht, Tübingen 1992, S. 74–75.

51 Zur kommunistischen Opposition gegen Stalin vgl. Robert V. Daniels, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln 1962 und Stephen Cohen, Bukharin and the Russian Revolution. A Political Biography 1888–1938, London 1974.

52 Vgl. dazu Baberowski (Anm. 29), S. 212–368; Christian Teichmann, Macht der Unordnung. Stalins Herrschaft in Zentralasien 1920–1950, Hamburg 2016, S. 254.

schrieb Trotzki, vernichte die Bourgeoisie und beschleunige den Lauf der Geschichte, er sei ein unverzichtbares Instrument zur Vollstreckung des Zwangsläufigen.[53]

Im Westen Europas erzeugte der Terror nicht nur Bewunderung, sondern auch Furcht. Nach dem Ende des Bürgerkrieges kam die Kunde von den blutigen Exzessen auch in den Westen Europas, durch deutsche Soldaten, die auf ihrem Rückzug aus der Ukraine im November 1918 zwischen die Fronten geraten waren, durch Freikorpsoffiziere, die in den baltischen Republiken gegen die Bolschewiki gekämpft hatten und durch die weißen Emigranten, die nach Berlin, Prag und Paris geflohen waren. Der Spartakus-Aufstand im Januar 1919 und die Ausrufung der Münchner Räterepublik im April des gleichen Jahres brachten die Revolution nach Deutschland und mit ihr verbreitete sich auch die Furcht vor der bolschewistischen Furie. Sie war die Initialzündung für den Aufstieg der faschistischen und völkischen Bewegungen, deren Anhänger und Wähler sich vor Ungewissheit und Chaos fürchteten.[54] Die Furcht vor dem Bolschewismus schien jede Gewalttat zu rechtfertigen, und wenn es sie nicht gegeben hätte, hätten die faschistischen Bewegungen sie erfinden müssen, so sehr half ihnen der rote Terror, sich die Anerkennung der Verschreckten zu verschaffen. Hitler und seine Anhänger ließen keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen, die kommunistische Gefahr durch Anwendung exzessiver Gewalt zu bannen und den Gegner mit seinen eigenen Waffen zu schlagen. Der Faschismus war eine Revolution gegen die Revolution, die sich ohne das Beispiel des Bolschewismus nicht denken lässt. Ohne die Gräuel des russischen Bürgerkrieges, ohne die Gewaltexzesse der Bolschewiki und die Krise der liberalen Ordnung in Europa hätte es keinen Faschismus und keinen Nationalsozialismus gegeben.[55]

Nicht durch Revolution, sondern durch Eroberung kam der Sozialismus in seiner bolschewistischen Variante nach Europa zurück. Und er wurde dort nicht als Verheißung, sondern als autoritäre, rücksichtlose und gewalttätige Ordnung wahrgenommen, die den Traum von der Freiheit im Blut der Millionen erstickte. Die Okkupation Polens und der baltischen Republiken nach dem Hitler-Stalin-Pakt, die Deportation feindlicher Kollektive und der millionenfache Tod auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges waren nicht allein das Werk der Nationalsozialisten. Sie sind ohne die sowjetische Praxis, Kri-

53 Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, München 2008, S. 115.

54 Theodor Eschenburg, Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten, Berlin 1995, S. 111–120; Victor Klemperer, Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919, Berlin 2015, S. 85–193. Oswald Spengler beklagte am 18. Dezember 1918 in einem Brief, dass die Revolution in Bayern die Ordnung untergrabe, aber auch eine Chance sei, die Gegenrevolution zu legitimieren. Vgl. Gerhard Schmolze (Hg.), Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, München 1978, S. 155–156.

55 Ernst Nolte, Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München 1968, S. 14–15; ders., Der Europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Frankfurt am Main 1987, S. 17–18; Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 513–522; Traverso (Anm. 53), S. 59–65 u. 265; Donal O'Sullivan, Furcht und Faszination. Deutsche und britische Russlandbilder 1921–1933, Köln 1996; Kai-Uwe Merz, Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917–1921, Berlin 1995.

sen durch Gewalt zu bewältigen, soziale Ordnungen zu zerstören und rechtsfreie Räume zu öffnen, überhaupt nicht verständlich. Mancher scheint vergessen zu haben, dass Hitler und Stalin den großen Krieg gemeinsam begannen, als sie sich darauf verständigten, Polen untereinander aufzuteilen. Die Vermessung von Landschaften, die Entfernung und Tötung von Menschen, die für überflüssig gehalten wurden, die Stigmatisierung von Opfern – das alles war in der Sowjetunion schon alltägliche Praxis, bevor die Nationalsozialisten damit begannen, ihr Vernichtungswerk zu verwirklichen. Als Hitlers Armeen im Juni 1941 die Grenzen zur Sowjetunion überschritten, betraten sie verbrannte Erde und sie fanden, was sie brauchten, um das Werk der Vernichtung zu vollenden. Stalin hatte das Terrain vorbereitet, auf dem die Mordkommandos der Nationalsozialisten nach Belieben operieren konnten. Bolschewiki und Nationalsozialisten haben sich nicht übereinander gewundert. Sie haben sich allenfalls voreinander gefürchtet. Jeder vollbrachte, was der andere von ihm erwartete.[56]

Der Zweite Weltkrieg war der letzte Akt in diesem Spiel mit der Vernichtungsgewalt, in dem Menschen getötet wurden, weil sie nicht Teil jener Ordnung sein durften, die die Machthaber für die beste aller Welten hielten. Der Ursprungsort dieser Gewalt war die Sowjetunion. Modern waren allenfalls die Vorstellungen, die Praxis des Ordnens und Vernichtens war nicht modern. Sie vollzog sich abseits der bürgerlichen Lebenswelt in zerstörten und verwüsteten Landschaften, in denen alles Denkbare auch möglich war und wo die Despotie nach Belieben Furcht und Schrecken verbreiten konnte. Dorthin verlagerten auch die Nationalsozialisten ihr Mordprogramm.[57] Die Praxis des bolschewistischen Massenterrors ging der Vernichtungsgewalt der Nationalsozialisten nicht nur voraus. Sie gab ihr eine Rechtfertigung und ein Beispiel, und sie wies ihr den Ort zu, an dem der Massenmord vollzogen werden konnte. Hans-Ulrich Wehler hat vor zwei Jahren im „Spiegel“ erklärt, er habe im Historikerstreit 1986 obsiegt, so wie er immer Gewinner gewesen sei. Im Blick auf die Gewaltgeschichte Europas im 20. Jahrhundert muss man wohl sagen, dass er ein Verlierer gewesen ist.[58]

Das 20. Jahrhundert war in seiner zweiten Hälfte auch ein Jahrhundert des Friedens, ungeachtet des Kalten Krieges und der atomaren Bedrohung, die wie ein schwerer Schatten auf dem europäischen Kontinent lag. Für die Menschen in der Sowjetunion war das Ende der stalinistischen Gewaltherrschaft eine Zeitenwende, eine Wiederauferstehung. 30 Jahre lang hatte es Krieg gegeben, Terror und Gewalt ohne Unterbrechung. Und nun sollte alles anders werden. Die Führer beendeten das Spiel mit dem Tod, sie brachten einander nicht mehr um, verzichteten auf Terror und despotische Willkürherrschaft. Nach allem, was die Untertanen im Krieg gegen die deutschen Eroberer durchgestanden hatten, gab es für das Regime keinen Grund mehr, an der Loyalität der eigenen Bevölkerung

56 Jörg Baberowski, Totale Herrschaft im staatsfernen Raum. Stalinismus und Nationalsozialismus im Vergleich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 57 (2009), S. 1013–1028; Timothy Snyder, Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin, London 2010; Jan T. Gross, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland’s Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton 2002, S. 187–224.

57 Timothy Snyder, Black Earth. Der Holocaust und warum er sich wiederholen kann, München 2015.

58 Der Wandel der Vergangenheit, in: Der Spiegel 7/2014, S. 112–117.

zu zweifeln. Es schloss Frieden mit den Bauern und es brach mit der Vorstellung, es sei Aufgabe des Sozialismus, endgültige Ordnungen und neue Menschen zu schaffen und Widerstrebendes zu vernichten.[59]

Zum russischen Lebensgefühl gehöre das Wissen, schrieb Kerstin Holm im Mai 2014 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass „der Staat prinzipiell der Feind seiner Bürger ist", auf den man keinen Einfluss hat und der ein unvermeidliches Übel sei, „wie das Wetter, mit dem man zurechtkommen muss."[60] Aber man konnte sich mit ihm arrangieren. Denn das Projekt der Eindeutigkeit wurde auf dem Altar des Wohlstandsstaates und der Stabilität geopfert, die stalinistische Kommandowirtschaft verwandelte sich in eine träge Planwirtschaft, in der nichts Unvorhergesehenes mehr geschah.[61] Man könnte auch sagen, dass die sowjetische Staatswerdung an ihr Ende gekommen war und die Herrschenden sich ihrer Macht gewiss sein konnten. Erst wenn von selbst geschieht, was von jedermann erwartet wird, kann der Mächtige ruhig schlafen. Die Trägheit ist ein Zeichen der Stärke, weil die Herrschenden darauf vertrauen können, dass die Untertanen tun, was von ihnen verlangt wird. Die Sowjetunion verwandelte sich in ein Imperium der Nationen, das von nationalen Eliten regiert und verwaltet wurde, in eine konservative Konsensdiktatur, die auf Gewalt und Terror verzichten konnte, weil die Loyalität überhaupt nicht mehr von sozialem Status und politischem Bekenntnis abhing.[62]

Der Wohlstand der Bevölkerung war der einzige Maßstab, an dem sich die Legitimation der Parteiführung noch bemaß. Von den meisten Menschen in der Sowjetunion wurden die 1960er und 1970er Jahre des letzten Jahrhunderts als eine schöne Zeit erlebt, nach allem, was zuvor geschehen war. Die Utopie war verschwunden, an ihre Stelle trat die immerwährende Zeit, der Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg und des glorreichen Imperiums. Von ihm haben sich die meisten Russen noch immer nicht verabschiedet. Er war das einzige gewesen, was sie besessen hatten.

IV. Das Erbe

Was blieb von der großen Utopie und den großen Entwürfen? Nichts, fast nichts. Übrig blieben die Nationen als Konstitutionsprinzip des Imperiums, die Kommunistische Partei und die Familienverbände und Clans, die bis heute die politischen Geschicke in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion beherrschen. Nach Osteuropa kam dieses System konservativer Herrschaft zu einer Zeit, als die Schockwellen des Terrors schon schwächer geworden waren. Die Sowjetunion war nicht mehr das Zentrum der Weltrevolution. Sie

59 William Taubman, Khrushchev. The Man and his Era, New York 2003, S. 270–324; Jörg Baberowski, Wege aus der Gewalt. Nikita Chruschtschow und die Entstalinisierung 1953–1964, in: Gesellschaft – Gewalt – Vertrauen, hg. von Ulrich Bielefeld, Heinz Bude und Bernd Greiner, Hamburg 2012, S. 401–437.

60 Kerstin Holm, Rußlands Doppeldenker. Die Verwilderung der Heimat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.2014.

61 David Kotz und Fred Weir, Revolution from Above. The Demise of the Soviet System, New York 2007, S. 70–91 u. 155–192.

62 Ronald Grigor Suny, The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union, Stanford 1993, S. 113–126.

wollte überhaupt keine Revolution mehr, allenfalls Ruhe und Stabilität. Alles sollte so bleiben, wie es war. Wandel und Veränderung wurden negativ konnotiert, das sowjetische Imperium als „ewig" vorgestellt.[63] Nach Ostmitteleuropa exportierte der Kreml nichts weiter als eine zutiefst konservative Sozialordnung, die geschaffen worden war, um ein rückständiges Vielvölkerreich zusammen zu halten. Nur auf diese Weise konnte sich der sowjetische Sozialismus als Fremdimport auch in den Ländern Ostmitteleuropas festsetzen. Nicht einmal die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan stand noch im Dienst revolutionärer Expansion, sie war allenfalls der erfolglose Versuch, die Verhältnisse an der asiatischen Peripherie der Sowjetunion zu stabilisieren. An die Verheißungen des Sozialismus glaubte schon in den 1970er Jahren niemand mehr. Und als zehn Jahre später auch in der Sowjetunion alles in Frage gestellt wurde, woran Kommunisten einmal geglaubt hatten, gab es für den Kreml auch keine guten Gründe mehr, an der Vorherrschaft in Ostmitteleuropa festzuhalten. Gorbatschow gab nicht nur auf, was er und seine Ratgeber inzwischen als ökonomische Belastung empfanden. Ohne die militärische Präsenz und die ordnende Hand der sowjetischen Besatzungstruppen hätte es in den Ländern des Ostblocks keinen friedlichen Machtwechsel gegeben. Die Sowjetunion war als gewalttätiges Projekt in die europäische Wirklichkeit getreten. Als Friedensstifter trat sie von der Bühne ab. Man versteht im Rückblick kaum noch, warum sich die Eliten im Westen Europas und in den USA vor den alten Herren im Kreml gefürchtet haben.[64]

„Ich habe Angst vor der Freiheit – da kommt ein betrunkener Kerl und brennt mir die Datscha nieder". So hörte die Schriftstellerin Swetlana Alexijewitsch einen Moskauer Bekannten sagen, der sich über die Reformen Gorbatschows beklagte.[65] Das Ende der Sowjetunion war nicht der Anfang von Demokratie und Pluralismus, sondern die Ouvertüre der Putin'schen Ordnung. Vom Alten zeigt sich in der Gegenwart mehr als manche glauben. Wie ein dichtes Netz hat sich die konservative Mentalität des sowjetischen Sozialismus über alle Gesellschaften Ostmitteleuropas gelegt und Spuren in den Köpfen von Millionen hinterlassen. Was manche für eine Wiederkehr des konservativen Denkens der Zwischenkriegszeit halten, ist in Wahrheit eine Hinterlassenschaft der sowjetischen Ordnung. Man spricht vom Imperium, von Nation, Volk und Religion, aber man meint die „ewige" Zeit, die dem Lebensrhythmus der sowjetischen Welt eine Form gab. Tatsächlich ist das sowjetische Erbe überall präsent, nicht als Utopie oder als Versprechen einer leuchtenden Zukunft, sondern als Repräsentation des Autoritären. So gesehen war das 20. Jahrhundert tatsächlich ein sowjetisches Jahrhundert.

---

63 Alexei Yurchak, Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation, Princeton 2006; Stephen Kotkin, Armageddon Averted. The Soviet Collapse 1970–2000, Oxford 2008, S. 1–30.

64 Archie Brown, Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main 1996, S. 156–219 u. 349–412.

65 Swetlana Alexijewitsch, Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus, Berlin 2013, S. 31.

Anschließende Diskussion

Michael Gehler: *Ganz herzlichen Dank geschätzter Kollege Jörg Baberowski für diese Ausführungen, für diesen Ritt durch die sowjetische Geschichte des 20. Jahrhunderts: Das war eine Tour de France. Sie haben mit der Ideologie und dem Heilsversprechen begonnen und zwar mit Hinweisen auf diese Glaubensgemeinschaft ausgehend vom Zentrum Moskau, dem dritten Rom nach Rom und Byzanz, eine neue sozialistische Gemeinschaft aufzuzeigen. Sie haben auf die stalinistische Gewaltherrschaft hingewiesen und die zentrale Rolle von Lenin wie auch auf den Zusammenhang zwischen der Initialzündung Bolschewismus und die Gegenrevolution des Faschismus. Sie haben auch hingewiesen auf das Unternehmen Barbarossa, das 1941 anläuft, der Raubzug des Hitler-Staats, der Vernichtungskrieg, dem ein Selbstvernichtungskrieg des Bolschewismus vorausgegangen ist und folgte. Verbrannte Erde, das ist ein Begriff der allen bekannt ist. Sie haben auf die Überwindung des Stalinismus durch Chruschtschow hingewiesen, welche Sie als zivilisatorische Leistung herausgehoben haben und auf den Übergang von einer brutalen Erziehungsdiktatur unter Lenin und Stalin auf eine Konsensdiktatur. Blühende Jahre, Scheinblüte, Wohlstand, zumindest empfanden die Menschen in den 1960er und 1970er Jahre das so aus der subjektiven Wahrnehmung der Sowjetmenschen als schöne Jahre. Dabei stellt sich die Frage, wie sich das widerspiegelt in den sogenannten sozialistischen Bruderstaaten. Waren nicht die 1970er Jahre auch schöne Jahre für viele DDR-Bürgerinnen und Bürger? Am Ende haben Sie auf das paradoxe Ergebnis hingewiesen. Was ist geblieben von diesem Projekt Sowjetunion, dem Sozialismus à la UdSSR: Nationen. Ich habe mir beim Zuhören gedacht: Napoleons[66] Politik führte ungewollt zum Aufstieg des Nationalgedankens in Mitteleuropa. Haben die leninistische und stalinistische Politik letztlich nicht auch unfreiwillig oder kontraproduktiv zur Nationsbildung in Ostmitteleuropa, in Südosteuropa und in der Kaukasusregion beigetragen? Waren Napoleon und Stalin Geschwister in der Heraufbeschwörung von Nationsbildungsprozessen? Sie haben am Ende gesagt, dass das sowjetische Friedensprojekt nicht gelungen ist. Eine* Pax Sowjetica *kennen wir nicht in diesem prominenten Ausmaß wie im Vergleich zur* Pax Romana,[67] *zur* Pax Americana[68] *und zur* Pax Britannica.[69] *Wir haben 1991 das Ende des Sowjetimperiums erlebt. Wer hätte das Jahre oder Jahrzehnte vorher für möglich gehalten?*

Peter Müller: *Mir sind insgesamt vier kleine Punkte aufgefallen, bei denen ich nachfragen möchte. Sie haben gesagt: „Oktoberrevolution“, das ist der klassische Begriff für die Vorgänge 1917 in Russland. Wenn Sie sich anschauen, dass das eine relativ kleine Zahl*

66 Napoleon Bonaparte (*1769; †1821), französischer General, Diktator und Kaiser. Er ging als einer der Gewinner aus der französischen Revolution hervor. Von 1799 bis 1804 war er Erster Konsul der Französischen Republik. 1804 krönte er sich selbst zum Kaiser. Im Zuge von Eroberungskriegen herrschte er über weite Teile Europas. Auf ihn geht ebenfalls die Reform des Code Civil zurück.

67 Die *pax romana* betitelt die Friedenszeit im römischen Reich zwischen 27 vor Christus und 180 nach Christus.

68 Die *pax americana* betitelt die Friedenszeit in den USA nach dem Sezessionskrieg.

69 Die *pax britannica* betitelt den Wunsch der britischen Demokraten zur Freiheit der Meere und Sicherheit des Handels. Die Peripetie erreichte der Wunsch im Laufe des 19. Jahrhunderts.

sehr entschlossener Männer war, die ihr Projekt verwirklichten, so sind das dann nicht eher Merkmale eines Putsches? Andere Frage: Sie haben Lenins Ideal als asketisch, nicht abwartend, zupackend und weltgestaltend beschrieben. Da drängt sich die Frage auf, wie weit Lenin eigentlich ein Vorbild Putins ist? Ist Putin nun Lenin oder ist er Sozialist oder ist er Ihrer Einschätzung nach einfach ein Machtmensch, der die Möglichkeit nutzt, die er hat? Letzter Punkt: Sie haben darauf hingewiesen, dass das, was wir in den mittelost-europäischen Ländern als wiedererstarkenden klassischen Nationalismus wahrnehmen, eigentlich ein Reflex auf die sowjetische Herrschaft und die damit verbundenen Heilsversprechen einer besonderen und perfekten Gesellschaft ist, die ja nicht eingetroffen sind, ist. Da würde mich in erster Linie interessieren: Der westeuropäische Nationalismus sieht auf den ersten Blick genauso aus. Können Sie das genauer abgrenzen?

Jörg Baberowski: Der Aufstand im Oktober 1917 war eigentlich keine Revolution, sondern ein generalstabsmäßig vorbereiteter Putsch. Die Massen waren gar nicht auf den Straßen. Die Revolution war vielmehr ein Prozess, der 1914 mit der Zersetzung der staatlichen Ordnung begann und sich bis in die Wirren des Bürgerkrieges fortsetzte. Man müsste eigentlich von mehreren, nicht miteinander verbundenen Revolutionen sprechen: die Meuterei der Soldaten, die Erstürmung der Herrenhäuser durch die Bauern, die nationalen Unabhängigkeitskriege usw. Die erste Phase der Revolution war 1921 beendet, als die Bolschewiki gesiegt, alle Konflikte im Keim erstickt und einen neuen Staat gegründet hatten. Die eigentliche Revolution vollzog sich indessen erst zwischen 1928 und 1933, als Stalin die Bevölkerung mit einer beispiellosen Terrorkampagne in das neue System zwang. Eine Revolution freilich, die von oben kam.

Lenin hatte eine Vision von einer neuen Ordnung, Putin hat keine, ihm reicht es, die Ordnung zu sichern. Gorbatschow war der letzte Gläubige in der Partei. Er hat noch an den Sozialismus mit menschlichem Antlitz geglaubt. Putin will das Imperium bewahren. Ob er von Lenin etwas gelernt hat, von Lenin hätte lernen können? Von Lenin spricht niemand mehr. Wenn er auch keine Bezugsgröße mehr ist, so ist er als Tatmensch zweifellos noch Vorbild für Entschlossene. Als Zerstörer und Revolutionär aber ist er im gegenwärtigen Russland ohne Nutzen.

Natürlich gibt es auch in Westeuropa nationalistische Bewegungen, wenngleich der Nationalismus hier nicht mehr Staatsraison ist. In Russland und in Ostmitteleuropa aber ist der ethnisch definierte Nationalismus äußerst populär, nach all den Jahrzehnten imperialer Fremdbestimmung. Die sowjetische Form der Nationsbildung ruhte auf ethnischen und sprachlichen Grundlagen, die Sowjetunion war ein Imperium der Nationen, und die Ernte der Nationalisierung bringen wir heute ein. Zugleich war die ethnische Grundierung das einzige Angebot, das den Sozialismus attraktiv machte für die Unterworfenen. Der Nationalismus ist auf paradoxe Weise ein Resultat des sowjetischen Sozialismus.

Publikumsfrage: *Finden Sie, dass Putin einen Masterplan hat, einen strategischen Plan zur Verfolgung langfristiger Ziele? Oder ist er in ihren Augen eher ein Taktiker, der immer nur auf die jeweiligen Situationen reagiert, aber keinen Masterplan hat, um zum Wiederaufleben der Sowjetunion beizutragen?*

Publikumsfrage: *Würden Sie sich bei der These „Ohne Kommunismus kein Faschismus, kein Nationalsozialismus“ auch auf Ernst Nolte*[70] *berufen? Der zweite Punkt: Was halten Sie von den umstrittenen Vergleichen Hitlers mit Stalin? Mir ist der Fall eines Berliner Lehrers bekannt, der von der Schulbehörde gemaßregelt wurde, weil er dies in den Vergleich brachte. Die Mitteilung lautete: „Wer Hitler mit Stalin vergleicht, verharmlost Hitler!“*

Michael Gehler: *Sie haben davon gesprochen, wie wichtig Krisen waren, um eben auch Zwang, Repression und Terror zu realisieren. Stalin hat Krisen inszeniert. Können wir unterscheiden zwischen Realkrisen und inszenierten Krisen? Sind reale Krisen auch bewusst provoziert worden, die dadurch zu großen Krisen wurden, um sie dann mit der eisernen Faust beizulegen? Ist das ein Denkmodell?*

Jörg Baberowski: Wir wissen nicht, ob Putin einen Plan hat. Möglicherweise ist das aber auch ein Teil seiner Strategie: alle im Unklaren darüber zu lassen, welche Strategie er verfolgt. So ist er seinen Gegnern immer um einen Schachzug voraus. Ich glaube, dass Putin zwar auf Situationen reagiert, aber genau weiß, was er tut, wenn er herausgefordert ist. Die Pax Sovietica gilt immer noch: Sobald das alte Imperium zur Disposition gestellt wird, der Westen seine Grenzen überschreitet, greift Putin ein.

Ernst Nolte hielt den Bolschewismus für das Prius, für den Auslöser des Faschismus. Das würde ich anders sehen. Die Furcht vor den Bolschewiki, sagt Ian Kershaw, habe es Hitler ermöglicht, im bürgerlichen Milieu Wähler zu mobilisieren. Ich glaube aber nicht, dass der Holocaust irgendetwas mit dem bolschewistischen Klassenmord zu tun hatte. Das aber ist und war kein Grund, einen Gelehrten wie Ernst Nolte zu stigmatisieren und zu verteufeln. In der Wissenschaft gibt es keine ewigen Wahrheiten, man darf sich täuschen und man sollte erwarten dürfen, dafür nicht in die Hölle geschickt zu werden.

Natürlich können wir Hitler und Stalin miteinander vergleichen. Vergleichen heißt, etwas im Lichte des anderen zu sehen. Vergleichen heißt nicht, dass zwei Gegenstände identisch sind, denn sonst müsste man nicht vergleichen, nach Ähnlichkeiten und Unterschieden suchen. Wenn man Hitler mit Stalin vergleicht, dann erfährt man, dass beide Regime entsetzlich waren. Aber man erfährt auch, dass sie in ihrer Entsetzlichkeit sehr verschieden waren. Und schon hat man durch einen Vergleich etwas Neues gelernt. Zwei gewalttätige Regime, die aus unterschiedlichen Gründen gewalttätig waren. Einem Lehrer zu untersagen, Diktaturen miteinander zu vergleichen, wäre das Dümmste, was man sich überhaupt vorstellen kann.

Krisen kann man auch nutzen, um sich durchzusetzen, seine Souveränität zu erweisen, Menschen gegeneinander auszuspielen. Stalin hat Krisen ganz bewusst inszeniert, etwa die Kollektivierung der Landwirtschaft. Mehrere Millionen Menschen verhungerten in der Ukraine und in Kasachstan, in den großen Städten kam es zu einer Versorgungskrise. Zwei Millionen Bauern wurden deportiert und Bauernaufstände, die im Kaukasus, in Zentralasien und in der Ukraine ausbrachen, mit Gewalt niedergeschlagen. Stalin nutzte

70 Ernst Nolte (*1923; †2016), deutscher Historiker und Philosoph. Er stieß mit seiner Forderung nach einer ergebnisoffenen, differenzierten historischen Auseinandersetzung mit dem Holocaust den sogenannten Historikerstreit an.

die Krise, um die Gefolgsleute hinter sich zu scharen und sein System im Angesicht des Chaos mit eiserner Hand durchzusetzen. Der Stalinismus war eine Krisendiktatur, Stalin ein Meister der Krise und der Improvisation. Auch darin unterschied sich der Stalinismus vom Nationalsozialismus.

Michael Gehler: *Vielen Dank für die Diskussion.*

Der Vortrag und die Diskussion fanden am 20. Juni 2016 statt. Jörg Baberowski lieferte im Anschluss dankenswerterweise einen elaborierten Beitrag mit wissenschaftlichem Apparat.

Jörg Baberowski

„Rußland ist ein europäisches Land, seine Eliten verstehen sich als Europäer.“

Michael Gehler: *Herzlich willkommen, Kollege Jörg Baberowski von der Humboldt-Universität zu Berlin. Wie immer stellen wir unseren Gästen, auch weil wir eine Universität sind, die eine pädagogische Hochschulgeschichte hat, Fragen, die mit der Entwicklung eines Menschen, mit seiner Erziehung und Sozialisation zu tun haben. Können Sie uns etwas zu Ihrer Erziehung und zu Ihrem Elternhaus sagen?*

Jörg Baberowski: Geboren bin ich in Radolfzell am Bodensee, dort bin ich aber nicht aufgewachsen, sondern von dort mit meinen Eltern nach Andernach an den Rhein gegangen und im Alter von fünf Jahren – 1966 – nach Holzminden an die Weser, also unweit von Hildesheim, gezogen. Meine Mutter stammt aus dem Paderborner katholischen Milieu, mein Großvater väterlicherseits kam um die Jahrhundertwende von Polen nach Düsseldorf. Aufgewachsen bin ich in Holzminden, einer kleinen Stadt an der Weser. Ich bin auf eine katholische Grundschule gegangen und im katholischen Milieu sozialisiert worden. Das hat mich geprägt. Heinrich Böll[71] hat einmal gesagt, dass man den Katholizismus niemals loswerde, nicht einmal als Atheist. So bin ich auch heute noch ergriffen, wenn ich eine Kirche betrete oder einer Messe beiwohne. Der britische Historiker Tony Judt hat einmal gesagt, dass der Kommunismus für Katholiken attraktiver gewesen sei, weil sich Protestanten für eschatologische Fragen überhaupt nicht interessiert hätten. Immerhin ist es auffällig, dass in Europa die kommunistischen Parteien dort Erfolg hatten, wo vor allem Katholiken lebten. In Skandinavien, den Niederlanden und England hatte das eigentlich keine Bedeutung, aber in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland und in der orthodoxen Welt schon. Wer weiß, ob diese Prägung dafür verantwortlich war, dass ich als Schüler mit einer kommunistischen Sekte in Berührung kam. Es lohnt sich, darüber noch einmal nachzudenken.

Jörg Beining: *Hatten Sie prägende Lehrer während Ihrer Schulzeit?*

Jörg Baberowski: Ja, ich erinnere mich an einen Lehrer, der am Gymnasium in Holzminden Geschichte, Deutsch und Philosophie unterrichtete. Er versorgte mich mit philosophischen Büchern, die er von zu Hause mitbrachte und die ich dann las. Ihn interessierten nicht die angepassten, sondern die neugierigen, renitenten Schüler, von denen er annahm, sie seien bereit, sich über die Welt, in der sie lebten, nicht nur Gedanken zu machen, sondern sie auch geistig herauszufordern. Wolfgang Futterlieb, so hieß er, ein beeindruckender Mann mit konservativer, gelassener Haltung, von dem ich viel gelernt

71 Heinrich Böll (*1917; †1985), deutscher Schriftsteller. 1972 erhielt er den Literaturnobelpreis. Er prägte maßgeblich die deutsche Nachkriegsliteratur.

habe. Er hat meine Leidenschaft für Geschichte und Philosophie entfacht. Er ist dann später nach München gegangen, an eine Europaschule, weil ihm Holzminden zu eng wurde. Ich weiß nicht, wann er pensioniert wurde, es muss schon lange her sein. Er müsste jetzt das 80. Lebensjahr überschritten haben.

Andrea Germer: *An den Universitäten Göttingen und Frankfurt/Main studierten Sie von 1982 bis 1988 Geschichte und Philosophie. Was war ausschlaggebend für diese Studienwahl, neben dem bereits erwähnten Lehrer?*

Jörg Baberowski: In Frankfurt bin ich promoviert worden. In Göttingen habe ich studiert. Eigentlich wollte ich Philosophie im Hauptfach studieren, da ich in der Schule zwar die französische und die englische Sprache erlernt hatte, nicht aber Latein, musste ich diese Sprachkenntnisse für das Geschichtsstudium an der Universität erwerben. Für das Philosophiestudium im Hauptfach wurde in Göttingen aber auch noch das Graecum verlangt. Ich dachte mir: „Du kannst nicht zwei Jahre damit verbringen, nur noch Sprachen zu erlernen.“ Deswegen habe ich Geschichte zum ersten und Philosophie zum zweiten Hauptfach gemacht. Die Philosophie, so dachte ich damals, gibt Dir die Möglichkeit, Antworten auf unverstandene Fragen zu finden. Aber irgendwann habe ich mich dann auch mit der Geschichte angefreundet, weil ich sie mit der Philosophie verbinden konnte, die mir dabei half, über den Menschen in der Geschichte nachzudenken. Von Anfang an zog mich das Fremde, Unverstandene an. Deshalb befasste ich mich im Studium mit der Geschichte des Mittelalters und Russlands. Mir war schon damals bewusst, dass sich das Eigene im Fremden spiegelt, dass die Erforschung vergangenen Lebens eine Reise in ein anderes Land ist, in dem Menschen vieles anders verstehen, als wir es heute tun. Die Geschichte ist die Aufklärung des gegenwärtigen Lebens über sich selbst. Man begreift, was man ist und woher man kommt. Die Beschäftigung mit Russland hat meinen Horizont erweitert und mir Klarheit über den Ort verschafft, an dem ich leben muss. Und natürlich spielte bei der Wahl des Gegenstandes auch eine Rolle, dass ich als Schüler mit kommunistischen Ideen sympathisiert hatte.

Severin Cramm: *Wer waren Ihre prägenden akademischen Lehrer?*

Jörg Baberowski: Meine akademischen Lehrer waren vor allem der Mediävist Hartmut Boockmann[72] in Göttingen, der Philosoph Konrad Cramer,[73] ein Schüler Hans-Georg Gadamers,[74] der aus Heidelberg kam, und der Osteuropa-Historiker Manfred Hildermeier[75], bei dem ich auch das Examen abgelegt habe. Beeindruckt hat mich von den Dreien am

72 Hartmut Boockmann (*1934; †1998), deutscher Historiker. Er lehrte Mittelalterliche Geschichte.

73 Konrad Cramer (*1933; †2013), deutscher Philosoph.

74 Hans-Georg Gadamer (*1900; †2002), deutscher Philosoph. Er revolutionierte die philosophische Hermeneutik.

75 Manfred Hildermeier (*1948), deutscher Historiker. Sein Fokus liegt auf der sowjetischen und russischen Geschichte.

meisten der Philosoph Cramer, weil er mich mit der Gedankenwelt Hegels[76] und Gadamers bekannt gemacht und mir eine Welt erschlossen hat, die mir ohne ihn verschlossen geblieben wäre. Von den anderen beiden habe ich sehr viel gelernt. Hildermeiers Oberseminar war ein Ort des Gesprächs und Austauschs, wie man ihn heute an der Universität nicht mehr finden kann. Das galt auch für Cramers abendliche Oberseminare. Er selbst war ein charismatischer, exzentrischer Mann, der auch nach zehn Gläsern Bier noch scharfsinnige Reden halten konnte.

Michael Gehler: *Hatten Sie darüber hinaus auch Vorbilder aus Gesellschaft und Politik?*

Jörg Baberowski: Nein. Nach den Erfahrungen mit extremistischen kommunistischen Gruppen hatte ich mich Anfang der 1980er Jahre ganz bewusst für ein Leben jenseits der Politik entschieden. Die Lehren, die ich aus dem Kontakt mit der kommunistischen Sekte ziehen konnte, haben mich der Politik entfremdet. Mit den herausgerufenen ewigen Wahrheiten wollte ich überhaupt nichts mehr zu tun haben. Seitdem widern mich Menschen an, die auf dem Kreuzzug sind, die Welt retten wollen und immer Recht haben müssen. Die meisten KBW[77]-Leute sind damals zu den Grünen gegangen, so wie Jürgen Trittin und andere Linksextremisten.[78] Das war für mich kein Weg aus der Verblendung und Verblödung. All diese Ex-Kommunisten gingen zu den Grünen, um die Bewegung zu unterwandern. Aber dann entdeckten sie den dreiteiligen Anzug und ließen sich von der Macht korrumpieren. Für mich war das eine ernüchternde Erfahrung. Mit der Politik sollen sich Menschen befassen, die für dieses Geschäft geeignet sind. Vorbilder findet man dort eher selten. Mich hat allenfalls Václav Havel[79] beeindruckt, ein Mann, der nicht nur von der Freiheit sprach, sondern sie lebte, repräsentierte, in einer Fröhlichkeit und Offenheit, die ich bewundert habe. Havel war ein Nicht-Politiker, der in der Politik etwas bewegte. Ein Ausnahmetalent.

Michael Gehler: *Wir sind an einem Institut, an dem Europas Geschichte ein Forschungsthema ist, wo vergleichende europäische Zeitgeschichtsforschung betrieben wird. Wir fragen alle unsere Gäste im Rahmen der Europagespräche, wann Europa für sie mehr wurde als nur ein Wirtschaftsprojekt. Wann würden Sie das für sich verorten?*

Jörg Baberowski: Im Gegensatz zu meinem Vater und meiner Mutter, also der Elterngeneration, verband ich mit Europa gar nichts, denn es war selbstverständlich, dass Fran-

76 Georg Wilhelm Friedrich Hegel (*1770; †1831), deutscher Philosoph. Er prägte den deutschen Idealismus maßgeblich.

77 KBW – Kommunistischer Bund Westdeutschland.

78 Jürgen Trittin (*1954), deutscher Politiker. Er ist Politiker der Partei Bündnis90/Die Grünen, deren Vorsitzender er von 2009 bis 2013 gemeinsam mit Renate Künast war. Von 1998 bis 2005 war er Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

79 Václav Havel (*1936; †2011), tschechischer Politiker und Menschenrechtler. Er gilt als einer der größten Kritiker der Regierung der Tschechoslowakei zu Zeiten der Herrschaft der kommunistischen Partei. Er war entscheidend an der Samtenen Revolution involviert und initiierte die Versöhnung zwischen Deutschland und Tschechien. Von 1989 bis 1992 war er Staatspräsident der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 von Tschechien.

zosen und Niederländer Freunde und nicht Feinde waren. Das war so selbstverständlich, dass man von der Europa-Rhetorik der Väter: „Versöhnung – nie wieder Krieg!“ eher peinlich berührt war: „Was soll das? Das ist doch nicht unser Problem!“ Es gab einen regen Austausch von Schülern. Deutsche waren in Frankreich, Franzosen in Deutschland. Das war auf eine Weise normal, dass den jungen Menschen das europäische Projekt eigentlich egal war. Das ist bis heute so geblieben. Pathos und Untergangsbeschwörungen sind mit fremd. Sollte die EU morgen auseinanderfallen, dann geht die Welt nicht unter. Die Engländer werden auch nach dem Vollzug des Brexit Europäer sein, so wie Serben, Norweger und Russen Europäer sind. Europa ist nicht die EU, auch wenn Politiker diesen Zusammenhang herstellen, um ihre Vision von einem Großstaat zu rechtfertigen. Es gibt viele gute Gründe, als Europäer ein Gegner der EU zu sein. Für mich war es immer selbstverständlich, mich auch als Europäer zu sehen. Ich brauche zur Grundierung dieser Haltung keine Europäische Kommission. Ich verstehe aber, dass die Generation Helmut Kohls[80] und meines Vaters, die noch den Krieg erlebt hat, mit dem europäischen Einigungsprojekt anderes verbunden haben.

Jörg Beining: *Wann begann Ihr Interesse an Russland zu wachsen?*

Jörg Baberowski: Alles begann mit der Verwunderung darüber, dass jungen Menschen im Westen Deutschlands Massenmörder wie Josef Stalin,[81] Pol-Pot[82] oder Mao Zedong[83] anbeteten, obwohl man von ihren Verbrechen hätte wissen können. Schon in den 1970er Jahren hätte man das alles wissen können, was wir heute wissen. Ich habe versucht, mir Klarheit darüber zu verschaffen, warum dieses blutige Experiment ausgerechnet in Russland begann und dort vollzogen wurde und warum es nicht in Deutschland oder Frankreich oder in anderen Industrieländern triumphierte, in denen der Sozialismus eigentlich hätte siegen sollen. An der Universität Göttingen habe ich mich mit dem stalinistischen

80 Helmut Kohl (*1930; †2017), deutscher Politiker. Er war von 1969 bis 1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 1973 bis 1998 Bundesvorsitzender der CDU und von 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

81 Josef Stalin (*1878; †1953), sowjetischer Politiker. Er war von 1922 bis 1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und von 1927 bis 1953 der Alleinherrscher über die Sowjetunion. Stalin errichtete in dieser Zeit in der Sowjetunion ein totalitäres System und ist vor allem für die Verfolgung ideologischer und politischer Feinde bekannt. Er verbreitete die Ideologie des Sozialismus in einem Land, der die Sowjetunion lange Zeit prägte. Um die Person Stalins wurde eine Glorifizierung in Form eines Personenkults aufgebaut.

82 Pol Pot oder auch Saloth Sar (*1925/1928; †1998), kambodschanischer Politiker. Er war nach einem Bürgerkrieg von 1975 bis 1979 kommunistischer Diktator in Kambodscha. Dissidenten oder als solche Deklarierte wurden umgebracht. Im Zuge eines Machtkampfs wurde er 1997 als Machthaber der Roten Khmer entmachtet. Bevor er wegen Verletzung der Menschenrechte angeklagt werden konnte, verstarb er. Unter seiner Herrschaft fanden zwischen750.000 bis 1,6 Millionen Kambodschaner den Tod.

83 Mao Zedong (*1893; †1976), chinesischer Politiker. Er war von 1943 bis 1976 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, von 1949 bis 1954 Vorsitzender der Zentralen Volksregierung und von 1954 bis 1959 Staatspräsident der Volksrepublik China. Mao setzte sich im chinesischen Bürgerkrieg gegen andere politische Strömungen durch und etablierte das nach ihm benannte System des Maoismus in China, dem er als Alleinherrscher Chinas vorstand.

Terror beschäftigt und bald verstanden, dass die Gewalt nicht aus Vorstellungen erwächst, sondern aus Situationen und ihren Vorstellungen. Die Situation aber hat einen Ort: die Sowjetunion. Je mehr ich über diesen faszinierenden Ort erfuhr, desto größer wurde mein Interesse an Russland und der Sowjetunion, ein seltsam fremder Ort, der für das europäische Projekt des Sozialismus völlig ungeeignet zu sein schien.

Andrea Germer: *In Ihrer Dissertation „Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und Rückständigkeit im ausgehenden Zarenreich“*[84] *vertreten Sie die These, dass die Reform von 1864 eine idealistische Überforderung des Landes war und die Gegenreform als Anpassung an die Modernisierung des Landes diente. Diese Modernisierungsstrategien machen Sie für den Untergang des Zarenreiches verantwortlich. Die These widersprach der ursprünglichen Einstellung, dass das Zarenreich am Konservatismus zerbrochen ist. Wie lauten die Reaktionen auf Ihre neue Auslegung und würden Sie das Jahr 1917 in der russischen Geschichte als Zäsur in der Weltgeschichte bezeichnen?*

Jörg Baberowski: Damals war das, was ich behauptet hatte, relativ neu. Heute würden mir wahrscheinlich viele Historiker zustimmen, man kann das Grundgesetz nicht in die Republik Kongo versetzen, in der Erwartung, dass gute Gesetze gute Lebensverhältnisse produzieren. Allem Recht geht eine Ordnung voraus, die es setzt und durchsetzt. Es gibt keine Norm, die auf ein Chaos anwendbar wäre. Wer mit Rechtsgrundsätzen eine Wirklichkeit betritt, die von solchen Grundsätzen gar nicht betroffen ist oder nichts mit ihnen anfangen kann, wird scheitern. Denn das Rechtsbewusstsein hängt auch davon ab, was in einem Kontext überhaupt für gerecht und sinnvoll gehalten werden kann. Es gab im russischen Dorf keine Krankenhäuser, keine Polizei, kein Schulsystem. Es gab eigentlich nichts, was die Bauern hätte veranlassen können, sich dem Staat zu unterwerfen. Denn er nahm viel, gab aber wenig, er verlangte von den Bauern vor allem Steuern und Rekruten. Und er verlangte, dass sich die Bauern einer Rechtsordnung unterwarfen, die im Dorf keinerlei Verankerung hatte. Warum hätten Bauern die Besitzansprüche von Gutsbesitzern anerkennen sollen, die in den Städten lebten, warum der Gewalt abschwören sollen, wenn sie doch die einzige Machtressource war, die ihnen zur Verfügung stand? Und so kam es, dass das aufgeklärte, liberale Ordnungsprojekt in Russland keine Wurzeln schlug. In der Revolution von 1917 verschwanden zuerst die liberalen, europäischen Institutionen. Die Bauern verbannten den Staat, der stets nur Feind gewesen war, aus ihrem Leben. Die Vorstellung, dass der Staat auf der Idee des Vertrages beruhe, hätte man in Russland für absurd gehalten, dort, wo Staatlichkeit als Unterwerfungsgeschehen wahrgenommen wurde. Insofern ist die Revolution von 1917 nur im Blick der liberalen Eliten eine Zäsur. Das Leben verlief weiter in den gewohnten Bahnen, allein die Gutsbesitzer und der Staat waren verschwunden. Für die Bauern kam der große Umbruch erst im Jahr 1929, als die Kollektivierung der Landwirtschaft begann. Nun unterwarf sich der Staat das Dorf erneut, dieses Mal für immer.

84 Jörg Baberowski, Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und Rückständigkeit im ausgehenden Zarenreich 1864–1914, Frankfurt am Main 1996.

Severin Cramm: *Sie habilitierten sich 2000 zum Thema: „Auf der Suche nach Eindeutigkeit. Zivilisatorische Mission, Nationalismus und die Ursprünge des Stalinismus in Aserbaidschan 1828–1941“ an der Universität Tübingen. Als Buch erschien sie 2003 mit dem Titel: „Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus.“*[85] *Darin beschreiben Sie unter anderem, dass Stalin und seine engsten Vertrauten im Gegensatz zu den Gründern der Partei aus einer Kultur der Gewalt stammten, und folgern aus Ihren Forschungen, dass der Bolschewismus eine Form der inneren Kolonisierung des alten Imperiums mit paradoxen Wirkungen gewesen sei. Wie erlebten Sie die Quellenrecherche zur Sowjetisierung des Kaukasus?*

Jörg Baberowski: Warum Aserbaidschan? Die Antwort lautet: Das Projekt des Sozialismus musste sich im Vielvölkerreich bewähren, also auch an der islamischen Peripherie. Ich wollte mir die Wirkungen des sowjetischen Experiments von den Rändern her anschauen. Nur die Hälfte der Bevölkerung des Vielvölkerreichs bestand aus Russen. Wer wusste das damals schon? Die Bolschewiki mussten ihren Staat in alle Regionen des Imperiums verankern, und deshalb war das bolschewistische Experiment vor allem ein Staatsbildungsprojekt. Die Machthaber begriffen, dass der Sozialismus sich entweder in der Sprache und Kultur der Unterworfenen verwirklichen oder gar nicht sein würde. Und deshalb ordneten sie das Imperium nach ethnischen Kriterien. Die Nation wurde zum Ordnungsprinzip des Vielvölkerreiches, alle Grenzen zwischen den Republiken der Sowjetunion nach ethnischen Kriterien gezogen. Das war für Marxisten doch sehr ungewöhnlich. Aserbaidschan, das mehrheitlich von Muslimen bewohnt wurde, erhielt eine Hauptstadt (Baku), eine Landessprache (Azeri-türkisch), und alle anderen ethnischen Gruppen, die die Republik bewohnten, wurden zur nationalen Minderheit erklärt und erhielten kulturelle Autonomie. Die Bolschewiki wurden zu Schöpfern von Nationen. Auch die Ukraine, wie wir sie heute kennen, ist ein Produkt der Nationalitätenpolitik Stalins. Es gehörte zur Strategie der Machthaber, in den Republiken möglichst viele Einheimische für die Partei zu werben, um den Sozialismus zu verwurzeln. So aber wurde die Partei traditionalisiert und in eine Veranstaltung von Bauern verwandelt. Die Aserbaidschanischen Kommunisten waren islamische Aufklärer, die von Marx nichts gelesen hatten, die vom Marxismus aber angezogen wurden, weil sie ihn für eine Modernisierungsideologie hielten. Stalin selbst war ein Produkt der vormodernen Welt. Er kam aus Georgien, aus Gori. Er wuchs in einer Welt auf, die von der Blutrache, interethnischen Fehden, Räuberbanden, strukturiert wurde. Seine Helden waren Räuber und Gewalttäter, in seiner Welt der Unsicherheit kam es darauf an, dass Männer einander die Treue hielten, Freunde und Gefolgsleute loyal waren. Man kann am Beispiel Stalins zeigen, was es bedeutet haben mag, in einer Umgebung zu leben, die vom staatlichen Gewaltmonopol nichts weiß. Diese Mentalität trugen Stalin und seine Gefolgsleute später in den zentralen Machtapparat. Auf jede Krise gaben sie Antworten, wie sie in ihrer Heimat gegeben worden wären. Die Modernisierung der Sowjetunion wurde mit den Mitteln der Vormoderne vollzogen.

85 Jörg Baberowski, Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus, München – Stuttgart 2003.

Michael Gehler: *Welche Ansatzpunkte finden Sie für Parallelen in der Gewaltherrschaft in Aserbaidschan und im späteren Stalinismus? Sie sagen, es gab Transfers von der Peripherie ins Zentrum?*

Jörg Baberowski: Ja.

Michael Gehler: *Im Einleitungstext zu dem von Ihnen herausgegebenen Sammelband „Moderne Zeiten – Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert“*[86] *führen Sie die Gewaltexzesse von totalitären Regierungen nicht ausschließlich auf gewaltsame Neuordnungsversuche zurück, sondern explizit auf den Widerspruch zwischen modernem Streben nach Vollkommenheit und vormodernen Kontexten. Die modernen Diktaturen bewegten sich nicht in moderne Zeiten? Lassen sich Gesellschaften in moderne und vormoderne Staaten trennen – gerade auch vor dem Hintergrund des Imperienbegriffs?*

Jörg Baberowski: Man könnte sagen, dass die Sowjetunion ein Ort gewesen ist, an dem sich Strukturen der Moderne und Vormoderne verschränkten. Moskau war ein anderer Ort als Baku, Nowgorod ein anderer Ort als Wilnius. Insofern ist die Sowjetunion ein Imperium gewesen, in dem Menschen in unterschiedlichen Epochen lebten. Wenn ich von der „vormodernen“ und der „modernen“ Zeit spreche, meine ich nicht die chronologische Abfolge von Epochen, sondern Zustände wie die Abwesenheit bürokratischer Ordnungen, die fehlende Trennung von Person und Amt in der Verwaltung oder die Abwesenheit rechtsstaatlicher Verfahren, die Herrschaft durch Klientelnetzwerke und Patronagesysteme, Clanverbände und Familien. Das sind alles typische Merkmale einer vormodernen Lebenswelt, die nicht von kühler Sachlichkeit, sondern von Personen und ihrem Gefolge beherrscht wird. In der Sowjetunion wurde die schwache Staatlichkeit durch Gefolgschaftsnetze kompensiert: Freunde, Bekannte, Familienangehörige. Das bedeutete wiederum, dass die Loyalität sich ausschließlich auf die Ressource Vertrauen stützen musste. Es war essentiell, dass der Diktator seinen Gefolgsleuten vertrauen konnte. Es gab die unausgesprochene Verabredung, dass die Gefolgsleute gehorchten und der Diktator ihre Konkurrenten aus dem Weg schaffte und sie mit Privilegien ausstattete. Man kann über den Stalinismus viel lernen, wenn man sich mit der frühneuzeitlichen Herrschaft im Westen Europas befasst. Die kommunistische Herrschaft des 20. Jahrhunderts war immer dort besonders gewalttätig, wo sich von der Moderne wenig zeigte: in China, in der Sowjetunion, in Vietnam und Kambodscha, aber nicht in der DDR, Ungarn oder Polen, wo die Gewalt nur noch gedämpft in Erscheinung trat. Staatliche Macht, die funktioniert, muss nicht ständig auf sich hinweisen, sie kann erzwingen, was sie will, weil sie darauf vertrauen kann, dass jeder von selbst verrichtet, was er tun soll. Überall dort, wo Staatlichkeit schwach ist, wissen die Machthaber nicht, was die Untertanen im Schilde führen, sie müssen das Verhalten der Untertanen also ständig steuern. Mit anderen Worten: Gewalt ist immer dort eine besonders lohnenswerte Ressource, wo man keine anderen Möglichkeiten hat, Gehorsam zu erzwingen. Macht, die auf sich hinweisen muss, ist schwach. Der stalinistische Staat war schwach, und aus seiner Schwäche ergab

86 Jörg Baberowski (Hrsg.), Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

sich seine Gewalttätigkeit. Aber er war nicht nur schwach, er hatte auch große Ansprüche. Der Herrscher von Thailand hatte keine großen Ansprüche, Mao, Pol-Pot und Stalin aber wollten die Welt aus den Angeln heben. Aber nichts von alldem gelang, was sie sich vorgenommen hatten. Deswegen war der Gewalteinsatz die einzige Möglichkeit, Ohnmacht zu überwinden. In der ländlichen Welt kamen die Machthaber ohnehin nur durch die sporadische Anwendung von Gewalt zu Wort. Vom Staat wussten die Bauern nur, weil er sich mit seinen Gewehren hin und wieder in Erinnerung rief. Sporadische Macht aber ist das Gegenteil von Herrschaft. Herrschaft lebt vom Glauben an ihre Legitimität. Macht braucht sich nicht zu rechtfertigen.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielten vor diesem Hintergrund die Akteure? Welche Rolle spielte das strukturelle Element? Wie würden Sie das im Vergleich gewichten?*

Jörg Baberowski: Es gab in der stalinistischen Sowjetunion keine klare Trennung zwischen Amt und Person, das Amt fiel mit der Person, die es bekleidete. Stalin selbst verstand sich als Vater, der den Kindern in der Provinz Befehle erteilte und Ungehorsam bestrafte. Als Stalin starb, hörte der Massenterror sofort auf. Ohne Stalin hätte es diesen Terror wahrscheinlich nicht gegeben.

Jörg Beining: *Würden Sie auch Gewaltexzesse in Afrika auf diesen Widerspruch zurückführen?*

Jörg Baberowski: Ja unbedingt. Manches wäre Menschen erspart gegeben, wenn es nicht Mobuto Sese Seko[87] im Kongo, Idi Amin[88] in Uganda, Mummar al-Gaddafi[89] in Libyen oder Saddam Hussein[90] im Irak gegeben hätte. Jordanien wurde von einem aufgeklärten Monarchen regiert, der überhaupt kein Interesse daran hatte, sein Land zu destabilisieren. Saddam versuchte, mit brutalen Mitteln den Irak in einen homogenen, industrialisierten Nationalstaat zu verwandeln. Das ist missglückt, und als die USA den Irak eroberten, fiel das Land auseinander. Für alle Diktatoren aber gilt: Sobald man die Gewalt

87 Mobutu Sese Seko (*1930; †1997), kongolesischer/zairischer Politiker. Er kam nach einem Staatsstreich 1965 in der Demokratischen Republik Kongo (später Zaire) an die Macht. Dort war er bis 1997 Präsident. Um seine Herrschaft zu stützen, bediente er sich der gewalttätigen Kontrolle. Während seiner autoritären Amtszeit bereicherte er sich zuungunsten der Bevölkerung.

88 Idi Amin Dada (*1928; †2003), ugandischer Politiker. Nach einem Putsch war er von 1971 bis 1979 Diktator in Uganda. Während seiner Herrschaft war er verantwortlich für den Tod zwischen 300.000 – 400.000 Einwohnern.

89 Muammar al-Gaddafi (*1942; †2011), libyscher Politiker. Er war von 1969 bis 1979 Staatsoberhaupt von Libyen und von 1979 bis 2011 Revolutionsführer in Libyen. Ihm wurden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Er starb während der Auseinandersetzungen mit Rebellentruppen, die zwischen Februar und Oktober 2011 anhielten, unter ungeklärten Umständen.

90 Saddam Hussein (*1937; †2006), irakischer Politiker und von 1979 bis 2003 Staatsoberhaupt des Iraks. Er wurde von einem amerikanischen Militärgericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt.

sprechen lässt, gerät man in eine Falle, aus der man nicht mehr herauskommt. Denn der Diktator kann nicht einfach zurücktreten, nach allem, was er verbrochen hat. Er hat andere Menschen getötet, und er muss damit rechnen, dass er selbst getötet wird, wenn er Schwäche zeigt. Gelingt es, den Diktator zu stürzen, dann steht vieles in Frage, weil die Legitimation des Regimes nicht zuletzt auf den Willen des Despoten verwies. Das ist es, was derzeit in Syrien und Libyen geschieht: ein Prozess staatlicher Desintegration, der in den Bürgerkrieg führt.

Andrea Germer: *Basierend auf Ihrer Vorlesung an der Humboldt-Universität aus dem Jahr 2004 veröffentlichten Sie das Buch: „Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault“,[91] in dem Sie einen breiten Überblick über Zugänge für Geschichte bieten. Sie unterscheiden darin in Geschichtsphilosophie, Theorie der Geschichte und Theorien der Geschichtswissenschaft. Wie unterscheiden Sie diese Kategorien?*

Jörg Baberowski: Die Geschichtsphilosophie steht nicht mehr in hohem Ansehen. Mit guten Gründen, weil sie sich doch stets gefragt hat, was die Geschichte sei. Seit wir den Gedanken aufgegeben haben, dass es die Geschichte gibt, die das Leben in Bahnen lenkt, machen wir uns nicht mehr Gedanken darüber, was alles zusammenhält. Mit dem Verlust des Glaubens an die Geschichte – sie ist der letzte Gott, den die Historiker noch hatten – haben wir auch den Versuch aufgegeben, dem Geist nachzuspüren, der angeblich den Lauf des Geschehens steuert. Wie können wir theoretisch begründen, was wir tun? Das ist es, was mich noch interessiert. Was die Geschichte als solches will, das will ich gar nicht wissen. Die Geschichtsphilosophen hätten die Geschichte nur verschieden interpretiert, sagt Odo Marquardt, es komme aber darauf an, sie zu verschonen.

Severin Cramm: *Da sprechen Sie auch etwas an, was schon in der nächsten Frage steckt: Kritiker äußerten sich, dass Sie Marxens Geschichtsbild zu wenig berücksichtigen. Weshalb nimmt er in Ihrem Werk einen geringen Stellenwert ein?*

Jörg Baberowski: Ich habe Marx immerhin ein Kapitel gewidmet. Marx hat den Gedanken ins Spiel gebracht, dass Menschen sich zwar Vorstellungen von der Welt machen, dass sie aber in eine materielle Welt gestellt sind, von der aus sie sich Vorstellungen machen. Wir sind als fühlende, arbeitende Menschen in der Welt. Diese Seinsweise formt unsere Ideen. Das alles kann man als Historiker mit Gewinn verwenden. Von der Marx'schen Teleologie, also der Heilsgeschichte, die sich historischer Materialismus nennt, halte ich nichts. Die Menschheit folgt keinem Plan, den sich die Geschichte – Marx' Gottesersatz – ausgedacht hat. Im Grunde ist Hegels Vorstellung, dass die Welt im Begriff ist, viel origineller. Wir bauen uns eine Welt auf und erkennen, dass wir es mit selbst geschaffenen Begriffswelten zu tun haben, an denen wir uns abarbeiten. Auch die äußere Welt tritt uns nur als Interpretation entgegen, und darin entsteht Bewegung und Veränderung. Wir selbst sind diejenigen, die in Frage stellen, was ist. Aber wir fragen stets nur zu den Bedingungen, in die wir hineingestellt sind. Von Marx bleibt geschichtsphilosophisch

91 Jörg Baberowski, Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault, München 2005.

nicht viel, weil er im Grunde all das, was in der Vorstellung ist, externalisiert hat. Marx hat übersehen, dass Wandel stets nur ein gedeuteter, interpretierter Wandel sein und nur als solcher überhaupt verstanden werden kann. Die Geschichte ist kein Geschehen der Zwangsläufigkeit, das auf ein Ende zuläuft. Wie kann die Geschichte ein Ende haben, die dialektische Bewegung zum Stillstand kommen, wenn diese Bewegung doch die Art und Weise ist, wie wir in der Welt sind? Wer vom Ende der Geschichte spricht, will die menschliche Existenz aufheben. An eschatologischen Fragen bin ich nicht interessiert. An das Reich Gottes auf Erden glaube ich nicht.

Michael Gehler: *Hängen Sie einer spezifischen Geschichtstheorie besonders an?*

Jörg Baberowski: Verstehen heißt: Lesen, was dasteht. Aber was steht eigentlich da? Das ist die Frage der Hermeneutik. Hans-Georg Gadamer hat unser Bewusstsein dafür geschärft, dass der andere auch recht haben könnte, dass die Plausibilität seiner Argumente sich aus Herkommen und Überlieferung ergibt. Wer liest und hört, muss versuchen, herauszufinden, aus welcher Perspektive der andere zu seinem Urteil über die Welt kommen konnte. Damit diese Operation gelingt, soll man zunächst annehmen, dass das, was der andere sagt, mit Sinn behaftet ist. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Interpretation eines Textes oder eines gesprochenen Satzes überhaupt gelingen. Der Text soll seine Wahrheit gegen uns ausspielen können. Das kann er aber nur, wenn wir uns zurücknehmen, uns über den eigenen Ort klar werden, und erkennen, dass das, was geschrieben steht, auch in einem Kontext steht, in dem es Sinn ergibt. Man soll seine eigene Vormeinung prüfen, Vor-Urteile durchschauen. Die Vorstellung, man könne etwas so beschreiben, wie es eigentlich gewesen ist, ist also völlig illusionär. Wie es eigentlich gewesen ist, können wir eigentlich nicht wissen, weil wir immer von einem Standpunkt aus den anderen verstehen. Aber wir dürfen unsere Vorurteile und Vormeinungen nicht ungeprüft an einen Text heranbringen. Man muss sie explizit machen. Denn der andere soll die Möglichkeit haben, seine Sicht gegen mich auszuspielen. Man kommt zwar nicht zu einem besseren, sondern immer wieder zu einem anderen Verständnis, und deshalb versteht man immer wieder anders. Wir bewegen uns in einem unentwegten Dialog. In ihm werden wir zu anderen, indem wir erkennen, dass Selbst-Sein Mit-Sein ist. Mit anderen sind wir in der Welt. Wir können nicht aus uns heraus, aber wir können, indem wir den Sinn des Gesagten entschlüsseln, zu anderen werden. Das ist es, was Historiker, die noch Erfahrungen machen wollen, Tag für Tag tun sollen. Arbeit an der Selbstwiderlegung.

Michael Gehler: *Wer ist Ihrer Ansicht nach verantwortlich für den Beginn des Kalten Kriegs in Europa und wann würden Sie diesen zeitlich ansetzen?*

Jörg Baberowski: Der Kalte Krieg begann, als die Alliierte Koalition im Jahr 1945 auseinanderbrach, als die Gegensätze zwischen den Demokratien des Westens und der stalinistischen Diktatur und ihrer Expansionsgelüste offenbar wurden. Die ersten negativen Erfahrungen mit der Sowjetunion machten Amerikaner und Briten in den Lagern für *displaced persons*, wo bald sowjetische Repatriierungsoffiziere auftraten und ihre Landsleute mit Gewalt zwangen, in die Heimat zurückzukehren. Diese Gewalt war für amerikanische und britische Offiziere eine verstörende Erfahrung. Wie konnte ein Regime seine

Bürger für sein Eigentum halten und mit ihnen nach Belieben verfahren? Und warum wurden Kriegsgefangene, die aus deutschen Lagern befreit worden waren, größtenteils in sowjetische Lager gebracht? Schließlich offenbarte auch der Nürnberger Prozess, dass die sowjetischen Juristen andere Vorstellungen von Recht und Gesetz hatten als die Vertreter der Westmächte. 1945 wurden die Unterschiede zwischen den ehemaligen Verbündeten unübersehbar. Die Sowjetunion war an einer hermetischen Abriegelung des eigenen Herrschaftsbereichs schon deshalb interessiert, weil Millionen ihrer Soldaten und Zwangsarbeiter in Deutschland gewesen waren und gesehen hatten, wie man im Westen Europas lebte. Stalin und sein Gefolge wollten vermeiden, dass das Tor nach Westen geöffnet blieb. Die Sowjetunion sollte wieder die beste aller Welten sein und die Menschen vergessen, was sie gesehen hatten.

Michael Gehler: *Wie würden Sie Stalin als Politiker der Nachkriegszeit und der Zeit des Kalten Kriegs charakterisieren? Wie maßgeblich ist der Kalte Krieg mit der Person verbunden?*

Jörg Baberowski: Es gibt Dokumente, die belegen, dass Stalin seinen Außenminister Molotow[92] nach 1945 argwöhnisch beobachtete und jeden seiner Versuche unterband, den Westmächten in Nuancen entgegenzukommen. Molotow wurde abgesetzt und aus dem inneren Kreis der Macht verbannt. Stalin tat alles, um die Konfrontation zu verschärfen. Jeder Versuch, der auf Entspannung ausgelegt war, wurde sofort unterbunden. Erst Nikita Chruschtschow[93] brach mit dieser Tradition und streckte nach dem Tod des Despoten die Fühler nach Westen aus, weil er begriffen hatte, dass die friedliche Koexistenz im Interesse der Sowjetunion lag.

Jörg Beining: *Waren die sowjetischen Angebote zur deutschen Wiedervereinigung 1952 ernstgemeint?*

Jörg Baberowski: Solange Stalin lebte, war die Vereinigung Deutschlands und seine Neutralisierung ein ernstgemeintes Projekt. Berija hätte die DDR zweifellos geopfert. Erst nach Berijas Sturz im Sommer 1953 ließ die sowjetische Führung davon ab und bekannte sich zu ihrem Kind, der DDR. Ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland wäre ein Keil gewesen, den man in das westliche Bündnis hätte hineintreiben können. Auch sollte das sowjetische Modell auf diese Weise in Deutschland populär gemacht werden. Die SPD war in Westdeutschland zunächst eine Partei der Neutralität und der Einheit, nicht der Westbindung. Das wusste man im Moskau. Dass sich Adenauer am Ende durch-

92 Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (*1890; †1986), sowjetischer Politiker. Er war unter anderem von 1939–1949 und von 1953 bis 1956 Außenminister der Sowjetunion.

93 Nikita Chruschtschow (*1894; †1971), sowjetischer Politiker. Er war von 1953 bis 1964 Parteichef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und von 1958 bis 1964 Regierungschef der KPdSU. Unter Chruschtschow kam es zur Entstalinisierung der Sowjetunion. In die Regierungszeit Chruschtschows fiel zudem die Kuba-Krise mit den USA, die als einer der Höhepunkte des Kalten Krieges eingeschätzt wird.

setzen würde, war nicht vorhersehbar. Deshalb handelte Stalin im Kalkül, dass sein Plan aufgehen könnte.

Michael Gehler: *Das heißt, Sie würden die von Konrad Adenauer[94]-nahen Kräften verbreitete „Legenden von der verpassten Chance" verneinen? Sie würden sagen, es war mehr?*

Jörg Baberowski: Nach Stalins Tod griff Berija die deutsche Frage noch einmal auf und brachte kurz vor dem Arbeiteraufstand in der DDR die Idee auf, sich von der DDR zu trennen, wenigstens das Projekt des Sozialismus für die DDR aufzugeben. Walter Ulbricht[95] und seine Genossen haben das als Bedrohung ihrer Macht verstanden. Stalin war ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland lieber als ein kommunistisches Regime ohne Einfluss und Anhängerschaft.

Michael Gehler: *Peter Ruggenthaler vertritt die These, die Stalin-Note vom 10. März 1952 sei nicht ernstgemeint gewesen. Sie sei ein Bluff gewesen und ein Versuch, um Verwirrung und Protest gegen Adenauer zu stiften. Wenn man das konsequent weiterdenkt: Was ist, wenn gegen Adenauer mobilisiert wird? Was ist dann, wenn die Opposition neutralistisch argumentiert? Wohin soll das führen? Vermutlich doch zu einem neutralisierten und vereinigten Deutschland.*

Jörg Baberowski: Natürlich wollte Stalin Unruhe stiften. Was ist, wenn es nicht gelingt, wird sich Stalin gefragt haben? Dann hätte man wenigstens Unruhe und Unfrieden gestiftet und einen Keil in die westliche Allianz getrieben. Denn es lag natürlich im Interesse der Sowjetunion, Deutschland zu neutralisieren.

Michael Gehler: *Peter Ruggenthaler argumentiert genau wie Sie vorher im Kontext des Kalten Kriegs. Es ging Stalin letztlich nur darum, die Ostintegration der DDR zu legitimieren und dem Westen die Verantwortung und die Schuld für die Teilung Deutschland und Europas zuzuweisen. Also Eiserner Vorhang Nummer eins und zwei?*

Jörg Baberowski: Da würde ich ihm widersprechen, weil die DDR für die Moskauer Politik nicht so wichtig und so bedeutend war, wie man sie gemeinhin hinstellt. Ein wiedervereinigtes neutrales Deutschland wäre für die Sowjetunion viel nützlicher gewesen. Man hat aber in der Sowjetunion falsch eingeschätzt, wie wenig populär das Angebot in Westdeutschland tatsächlich war und wie gering der Einfluss Deutschlands in der westlichen Allianz.

Michael Gehler: *Ich bin im Wesentlichen bei Ihnen.*

---

94 Konrad Adenauer (*1876; †1967), deutscher Politiker. Nach der politischen Verfolgung und Inhaftierung während der NS-Diktatur war er von 1949 bis 1963 der erste deutsche Bundeskanzler und gleichzeitig von 1951 bis 1955 erster Bundesaußenminister.

95 Walter Ulbricht (*1893; †1973), Politiker der DDR. Er war von 1949 bis 1971 führender Politiker der DDR. So war er ab 1950 bis 1971 Generalsekretär des Zentralkomitees der SED.

Andreas Pudlat: *Könnte dann 1955 für die sowjetische Politik das Österreich-Beispiel mit Neutralität und Staatsvertrag ein Modell für Deutschland gewesen sein?*

Jörg Baberowski: Ich denke schon, dass das ein tragfähiges Modell gewesen wäre. Mit Finnland hat man das auch so gemacht. Für die Sowjetunion wäre damit auch das militärische und ökonomische Potential Deutschlands neutralisiert worden. Das wäre im Interesse der Sowjetunion gewesen. In Washington, London und Paris aber hätte man dieser Lösung niemals zugestimmt.

Andrea Germer: *Aktuell arbeiten Sie zu einem Werk zu Nikita Chruschtschow mit dem Titel: „Er gab uns das Lachen zurück – Nikita Chruschtschow und die Entstalinisierung“.*[96] *Wird Nikita Chruschtschow Ihrer Meinung nach in der Geschichtswissenschaft unzutreffend bewertet?*

Jörg Baberowski: Chruschtschow war ein Mann, der das Antlitz der Sowjetunion grundlegend verändert hat. Die Entstalinisierung war die größte Friedensmission im 20. Jahrhundert. Wenn man bedenkt, dass zwischen 1917 und 1953, wenn man die Kriegstoten einbezieht, 50 Millionen Menschen umgekommen sind: verhungert, deportiert, erschossen, dann kann man überhaupt erst ermessen, aus welchem Alptraum Chruschtschow die Menschen in der Sowjetunion befreit hat. Es gab kaum eine Familie, die von Gewalt und Terror nicht betroffen war. Chruschtschow hatte zu den Tätern gehört, auch er hatte auf Stalins Geheiß Terrorbefehle unterzeichnet. Aber er fand den Mut, über den Terror zu sprechen, den Diktator zu verurteilen. Nun hätte er sich damit zufriedengeben können. Denn die Nachfolger Stalins hatten sich sehr schnell darauf geeinigt, den Terror einzustellen, weil auch sie selbst keinen Gewinn davon hatten. Chruschtschow und Mikojan aber bestanden darauf, dass öffentlich über die Verbrechen Stalins gesprochen werde, weil man sich von einer moralischen Last befreien müsse. Molotow und die stalinistischen Hardliner widersetzten sich, weil sie fürchteten, die Dynamik der Enthüllungen nicht unter Kontrolle bringen zu können. Am Ende verständigten sie sich darauf, dass Chruschtschow nach dem Ende des Parteitages eine Rede über die Verbrechen Stalins halten sollte. In der Rede kam Erschütterndes zu Wort: die Folterung und Tötung führender Kommunisten, die Deportation ethnischer Minoritäten, Stalins Fehlentscheidungen während des Krieges. Der Chef der polnischen KP war so sehr erschüttert, dass er an einem Herzinfarkt starb. Chruschtschow lud Opfer des Terrors vor das Politbüro, ließ Täter befragen und konfrontierte die Führung mit Berichten von der Gewalt, die der Diktator über die Partei gebracht hatte. Irgendwann entfalteten die Enthüllungen eine Dynamik, der das Politbüro sich nicht mehr widersetzen konnte. Unmittelbar nach Chruschtschows Rede über den Personenkult wurden die Lagertore geöffnet, mehr als 1,5 Millionen Menschen entlassen, obwohl niemand wusste, wo all diese Menschen wohnen und arbeiten sollten. Erstmals konnten Menschen öffentlich über die Verbrechen Stalins sprechen, Romane und Erzählungen durften erscheinen, die sich kritisch mit der Vergangenheit befassten, unter anderem Alexander Solschenizyns Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan De-

96 Jörg Baberowski, Abschied von der Despotie. Nikita Chruschtschow und die Entstalinisierung, in Vorbereitung, noch nicht erschienen.

nissowitsch“. Stalins Leichnam wurde aus dem Mausoleum entfernt. Der Massenterror verschwand, der KGB durfte nicht mehr strafen, allenfalls noch überwachen. Die meisten Russen haben diese Zeit als eine Phase des Friedens wahrgenommen. Chruschtschow selber schickte seine Widersacher in Pension. Meinungsverschiedenheiten wurden nicht mehr mit Erschießungen und Gefängnisstrafen beantwortet. Er selbst kam 1964, als man ihn stürzte, mit dem Leben davon. Er ging in Pension. Vor dem Politbüro erklärte er, dass es seine Leistung sei, dass der Machtkampf nicht mehr ein Kampf auf Leben und Tod sei. Das war eine Leistung, die man nicht unterschätzen darf. Wir aber haben vergessen, dass Chruschtschow ein traumatisiertes Land befriedete. Er war ein Mann, der den Menschen das Lachen wiedergab, ein Führer, über den man öffentlich lachen durfte, weil er kein Gott mehr sein wollte.

Severin Cramm: *Sie haben die Memoiren Chruschtschows schon angesprochen, die erschienen sind unter dem Originaltitel „Chruschtschow remembers“.*[97] *Wie sind diese als Quelle zu bewerten?*

Jörg Baberowski: Die Memoiren sind sehr interessant. Chruschtschow hat sie diktiert, weil er nicht besonders gut schreiben konnte. Strobe Talbott,[98] der spätere stellvertretende Außenminister unter Bill Clinton,[99] hat aus diesen Erinnerungen Teile im Westen veröffentlicht. Inzwischen sind die vollständigen Memoiren in drei Bänden auf Russisch und Englisch erschienen. Chruschtschow hat jeden Tag vor einem Tonbandgerät gesessen und aus seinem Leben erzählt, auf lebendige, einfache Weise. Chruschtschows Geschichten über Stalin sind glaubwürdig, weil sie auch von anderen bestätigt werden. Manche aber schmückte er aus, um Stalin lächerlich zu machen. Der Diktator habe Feldzüge auf dem Globus geplant, schrieb er, und im Juni 1941 habe er gefürchtet, die Gefährten seien zu ihm auf die Datscha gekommen, um ihn zu verhaften. Nichts von alledem stimmt, wie wir inzwischen wissen. Das Kapitel über Feste und Feiern am Hofe Stalins ist ein Glanzstück der Memoirenliteratur, weil es uns vor Augen führt, welches Leben die Gefolgschaft in der Umgebung des Despoten führen musste. Der sicherste Ort der Sowjetunion sei Stalins Toilette gewesen, weil man dort nicht abgehört wurde, und so seien die Gefährten auf die Toilette gegangen, wenn sie einander wichtiges mitzuteilen hatten. Diese Geschichten sind natürlich komisch, aber sie verweisen auch auf die Furcht und die Paranoia, die an Stalins Hof um sich griff. Auch die Täter hatten Angst, sie wurden auch deshalb zu Mördern, weil sie Angst hatten. Das alles kann man erfahren, wenn man diese Memoiren liest.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie Chruschtschows Rolle in der Kubakrise? Wird die Zuschreibung, er sei aus der Kubakrise als Verlierer herausgegangen, der Konstellation gerecht?*

97 Strobe Talbott (Hrsg.), Chruschtschow erinnert sich, Hamburg 1971.
98 Nelson Strobridge Talbott III (geb. 1946,), amerikanischer Politiker. Von 1993 bis 2001 war er Vizeaußenminister der Vereinigten Staaten. Weiterhin war er als Diplomat und als Politologe beschäftigt.
99 Bill Clinton (*1946), amerikanischer Politiker. Er war von 1993 bis 2001 Präsident der Vereinigten Staaten.

Jörg Baberowski: Er ist als Verlierer aus der Krise herausgegangen, aber im Nachhinein kann man auch sagen, er sei ein Gewinner gewesen, weil er nachgegeben habe. Was wäre geschehen, wenn Stalin an der Macht gewesen wäre? Die Entscheidungen in der Kubakrise wurden kollektiv getroffen. Chruschtschow war ein Pragmatiker, der nachgeben konnte, kein Kriegstreiber. Und die übrigen Mitglieder des Politbüros waren auch keine Kriegstreiber.

Michael Gehler: *Wir reden im West-Ost-Konflikt oft vom bipolaren System und verlieren ein bisschen den Faktor China aus den Augen. Kollegen, die sich mit der Geschichte Japans und Chinas befassen, sagen: „Das war nicht nur bipolar. Spätestens in den 1970er Jahren wurde es zu einem wichtigen Machtfaktor, wenn er nicht vorher schon einer war.“ Wie beurteilen Sie das? Wie ist das Verhältnis zwischen Peking und Moskau von 1945 bis zum Ende der Sowjetunion?*

Jörg Baberowski: Auch in diesem Fall spielte die Entstalinisierung eine zentrale Rolle. Es ist ein Stenogramm eines Gesprächs zwischen Chruschtschow und Mao überliefert, aus dem man erfahren kann, dass Chruschtschow und Mao keine gemeinsame Sprache hatten. Mao sprach vom nuklearen Erstschlag und von der Konfrontation. Chruschtschow antwortete, dass die friedliche Koexistenz im Interesse aller sei, und die Folgen eines nuklearen Krieges verheerend sein würden. Seither kam es zur Entfremdung zwischen der Sowjetunion und China, weil Chruschtschow kein Stalinist mehr sein wollte. Auf paradoxe Weise hat diese Entwicklung dazu geführt, dass in den späten 1960ern und den frühen 1970ern die Sowjetunion in der linken Studentenbewegung als Hort des Konservativismus und Mao als Anwalt des revolutionären Aufbruchs wahrgenommen wurde. In Wahrheit war Mao ein skrupelloser Verbrecher, der über Leichen gegangen wäre und Millionen für den großen Krieg geopfert hätte. Für Mao hatte die Gewalt und die Erzwingung von Loyalität noch eine ganz andere Bedeutung als für Chruschtschow. Nach dem Schrecken des 2. Weltkrieges brauchte die kommunistische Partei in der Sowjetunion keinen Terror mehr, um die Untertanen gefügig zu machen. Man könnte sagen, dass der Zweite Weltkrieg der zweite Gründungsmythos der Sowjetunion war und nicht die Oktoberrevolution, die an Bedeutung verlor. Deswegen konnten Mao und Chruschtschow einander nicht verstehen. Der eine musste seinen Staat noch durchsetzen, der andere musste ihn bewahren. Chruschtschow kam es auf Stabilität an, Mao auf Revolution. Diese beiden Motive ließen sich schwer miteinander in Einklang bringen.

Jörg Beining: *Wie erklären Sie sich nach der Phase der eingeläuteten Entspannungspolitik der KSZE-Schlussakte 1975 die neuerlichen Aufrüstungsbestrebungen der Sowjetunion in der 2. Hälfte der 1970er Jahre?*

Jörg Baberowski: Das ist eine interessante Frage. Die Sowjetunion hat sich auf das Spiel der Wettrüstung eingelassen, auch weil die Militärs der Führung eingeredet haben, dass man das tun müsse. Was aus militärischer Perspektive sinnvoll erscheint, kann aus politischer Perspektive kontraproduktiv sein. Die Sowjetunion rüstete über ihre Verhältnisse

hinaus. Im Grunde begriff erst Michail Gorbatschow,[100] dass das Wettrüsten die Sowjetunion in den ökonomischen Ruin treiben würde. Der militärische Primat ließ sich nicht mehr aufrechterhalten.

Jörg Beining: *Die DDR war als einziges Land der Welt immerzu gelistet, wie es damals gewesen ist. Hat das eventuell mit dem deutschen Angriff von 1941 zu tun, da man Angst hatte, die NATO würde wieder angreifen?*

Jörg Baberowski: Die Bundeswehr hatte in den 1970er Jahren 400.000 Mann unter Waffen. Sie war die größte Armee in Europa. Da die DDR und die Bundesrepublik Frontstaaten waren und man noch mit einem konventionellen Krieg rechnete, wurden die Truppen auf dem Territorium der DDR und der Bundesrepublik konzentriert. Ein Angriff der NATO auf die Sowjetunion aber galt als unwahrscheinlich.

Andreas Pudlat: *Aus dem Kontext ist natürlich die Frage des Sicherheitsbegriffes der DDR relevant, aber auch der Russischen Föderation. Welche Bedeutung hat das Sicherheitsparadigma?*

Jörg Baberowski: Das hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, die man im Westen vielfach übersehen hat. Es gibt ein Sicherheitsbedürfnis, das sich aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges speist und auch aus der Furcht vor der Illoyalität nationaler Minoritäten kommt, die an den Rändern des Imperiums siedeln. Zweifellos haben die meisten Russen das Gefühl, dass die Sowjetunion und manche ihrer Nachfolgestaaten vom Westen schlecht behandelt wurden. Gorbatschow rief die Truppen aus Mitteleuropa zurück, in der Hoffnung, Russland werde ein Partner in Europa sein. Das Gegenteil ist passiert. Die NATO hat sich bis an die sowjetischen Grenzen ausgedehnt und sie hat drei ehemalige Sowjetrepubliken – die baltischen Staaten – in die NATO aufgenommen. Unter Boris Jelzin[101] hat Russland all das hingenommen. Es gab keine Proteste. Und dennoch gab es schon damals das Gefühl, dass der Westen undankbar gewesen sei. Die russischen Eliten hatten sich für die Unabhängigkeitsbewegung der baltischen Republiken eingesetzt, auch die Auflösung der Sowjetunion hingenommen. Es gab zu Beginn der 1990er Jahre auch in Russland viele Menschen, die den Zerfall des Imperiums bejubelten. Jahre später aber überwiegt der Eindruck, hereingelegt worden zu sein. Der Westen bediene sich aus der Erbmasse des Imperiums, spiele die Republiken gegeneinander aus und versuche, die Ukraine an sich zu binden. Man mag das für Einbildung halten, aber diese Einbildung steuert das politische Verhalten der russischen Eliten. Die Sowjetunion war kein Nationalstaat, sondern ein Vielvölkerstaat. Im Jahr 1991, als die Sowjetunion aufgelöst wurde, wurden Millionen Menschen zu Ausländern im eigenen Land: Russen im Baltikum, in der Ukrainer, Abchasen in Georgien usw. Eine psychologisch schwieri-

---

100 Michail Gorbatschow (*1931; †2022), russischer Politiker. Er war von 1985 bis 1991 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und von 1990 bis 1991 Präsident der Sowjetunion.

101 Boris Jelzin (*1931; †2007), russischer Politiker. Er war von 1991 bis 1999 der erste demokratisch gewählte Präsident Russlands und führte eine Reihe von Reformen zur Umstrukturierung des Landes durch.

ge Situation. Man war an einem Ort immer schon zu Hause, und nun man soll sich am gleichen Ort als Ausländer einrichten, die Sprache der Titularnation lernen. Warum sollte man das tun? Warum soll ein Jude Ukrainer, ein Russe Lette werden? Welchen Gewinn hat er davon, wenn doch das Imperium sein Zuhause war? Es gab nicht nur Angehörige von Nationen, sondern auch Sowjetmenschen. Darüber hat sich im Westen kein Mensch je Gedanken gemacht. Die russische Regierung versteht sich als Rechtsnachfolger und Nachlassverwalter des untergegangenen Imperiums, und deshalb interveniert sie auch in allen Konflikten, die an seinen Grenzen entstehen. Es hätte jedem klar sein müssen, dass Russland die Ukraine nicht kampflos preisgeben würde.

Andrea Germer: *Welche Rolle spielte Ihrer Auffassung nach Papst Karol Józef Wojtyła*[102] *im Kalten Krieg und für seinen Ausgang?*

Jörg Baberowski: Für die nationale Selbstvergewisserung und den Widerstand der Polen war Johannes Paul II. von großer Bedeutung. Die Kirche war ein Hort des Widerstandes und der nationalen Einheit Polens, und als Karol Wojtyla zum Papst gewählt wurde, musste die Regierung in Moskau das als Warnung verstehen. Die katholische Kirche war ein Stachel im Fleisch der sozialistischen Ordnung.

Severin Cramm: *Würden Sie der These zustimmen, wonach in erster Linie der NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung im Westen zum Ende des Kalten Krieges bzw. zum Zusammenbruch der sowjetischen Machtposition beigetragen haben?*

Jörg Baberowski: Nein, dieser Einschätzung würde ich nicht zustimmen. Die Sowjetunion hätte auch als militärische Mittelmacht überleben können. Niemand wird Nordkorea angreifen, obwohl es ökonomisch ein Zwerg ist. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen dem Ende des Wettrüstens und dem Zerfall der Sowjetunion. Gorbatschow hätte die Möglichkeit gehabt, die Wirtschaft zu reformieren, die Armee abzurüsten und das politische System so zu belassen, wie es war. Gorbatschow aber glaubte, dass ökonomische Effizienz und politische Pluralisierung zusammengehören. Die Sowjetunion und ihr politisches System sind zerfallen, weil es ihre politischen Führer so wollten, nicht, weil sie zwangsläufig zerfallen mussten. In China ist man einen anderen Weg gegangen.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie die Person und die Politik von Gorbatschow?*

Jörg Baberowski: Gorbatschow ist eine tragische Figur, so wie Chruschtschow eine tragische Figur gewesen war. Beide werden in Russland zutiefst gehasst. An Chruschtschows Grab liegen keine Blumen, über Gorbatschow verliert niemand auch nur ein einziges gutes Wort. Das ist wirklich tragisch, weil er zunächst etwas tat, was ungeheuerlich war und als Aufbruch in die Freiheit wahrgenommen wurde. Am Ende setzte er alles aufs Spiel, was den meisten Menschen etwas bedeutet hatte. Was Chruschtschow begon-

102 Karol Józef Wojtyła (*1920; †2005), polnischer Geistlicher. Von 1978 bis zu seinem Tod 2005 war er als Johannes Paul II. Papst der katholischen Kirche. Er wurde 2011 selig- und 2014 heiliggesprochen.

nen hatte, führte Gorbatschow zu Ende, so glauben die Putin-Anhänger: die Zerstörung des Imperiums. Gorbatschow kam aus der Welt der Isolation. Er und seine Anhänger wussten nichts über das westliche Ausland. Ihre Welt war ziemlich klein und übersichtlich. Als er an die Macht kam, wurde er mit einer ökonomischen Krise konfrontiert, die ihresgleichen suchte. Was sollte er also tun? Die Antwort lautete: die Veränderung der politischen Ordnung. Aber die Kommunistische Partei der Sowjetunion war die einzige Öffentlichkeit, an die Gorbatschow appellieren konnte, das einzige Instrument, das er für seine Reformen zur Hand hatte. Es gab in der Sowjetunion keine Zivilgesellschaft, keine Parteien und keine bürgerlichen Institutionen. Es gab keine Orte, wo sich Menschen organisieren konnten. Und so instrumentalisierte Gorbatschow die Partei für seine Zwecke. Er berief sich auf Lenin,[103] der angeblich den richtigen Sozialismus propagiert hatte. Der Sozialismus der Vergangenheit war also falsch gewesen. So bekam er die Kommunisten auf seine Seite. Als sich Widerstand gegen seinen Kurs abzeichnete, begann er damit, das politische System zu demokratisieren, und entledigte sich damit der Partei, des einzigen Instruments, mit dem er Veränderungen überhaupt hätte durchsetzen können. Am Ende war er ein Staatspräsident ohne Partei und ohne Land, ohne jegliche Verankerung. Hinzu kam der ökonomische Niedergang, der Zerfall des Staates. Im Jahr 1991 gab es in den Geschäften nichts mehr zu kaufen. Es gab erstmals wieder Hunger in der Sowjetunion. Gorbatschow saß auf einem Baum ohne Wurzeln, er war ein Reformer ohne Macht. Das ist tragisch. Er hat später gesagt, es sei richtig gewesen, was er getan habe, er bereue nicht, dass es ihn sein Amt gekostet habe. Aber er hat die Sowjetunion aufs Spiel gesetzt, nach dem Putschversuch im August 1991 war sie nicht mehr zu retten, Jelzin löste sie auf, und Gorbatschow war ein Präsident ohne Land. Eine tragische Figur, die das Gute wollte und am Guten scheiterte. Demokratien ruhen auf funktionierenden Ordnungen, keine Norm kann auf ein Chaos angewendet werden. Putin hat den Bürgern später verschafft, was Gorbatschow ihnen genommen hatte: bescheidenen Wohlstand, Sicherheit, Ordnung und Erwartungssicherheit, und dafür sind die meisten Menschen ihm – auch jene, die ihn nicht mögen – dankbar.

Michael Gehler: *Wer hat Ihrer Meinung nach den Kalten Krieg verloren? Ist es so eindeutig, dass man von Sieger und Verlierer sprechen kann?*

Jörg Baberowski: Es kommt darauf an, aus welcher Perspektive man diese Frage beantwortet. In Russland lautet die Antwort: Wir sind die Verlierer des Kalten Krieges, weil wir das Imperium verloren haben. Die Amerikaner sehen sich als Sieger. Wenn man aber aus der Perspektive der bipolaren Welt darauf schaut, was zum Beispiel gerade in Syrien, Pakistan oder Ägypten geschieht, – kann man dann noch von Gewinnern sprechen? Die Kriege der Gegenwart sind auch Folgen des Zerfalls der bipolaren Ordnung, die in gewisser Weise auch Stabilität erzeugt hat.

103 Wladimir Iljitsch Lenin (*1870; †1924), russischer Politiker. Er war von 1917 bis 1922 Regierungschef Sowjetrusslands und von 1922 bis 1924 Regierungschef der Sowjetunion.

Michael Gehler: *Wenn man sich den Preis der Reagan-Aufrüstungspolitik*[104] *und die gescheiterten* Reaganomics[105] *anschaut, der Preis, den die Amerikaner zahlen mussten bezüglich der Sozialstaatlichkeit und der Wohlstandsgesellschaft, war das dann am Ende ein Sieg oder doch nicht? Der Kalte Krieg, den man geführt hat, ging massiv zu Lasten einer erodierenden Gesellschaft in den USA.*

Jörg Baberowski: Unbedingt. Am Ende hat sich in Russland wieder eine Ordnung durchgesetzt, die nicht völlig erfolglos ist, das amerikanische Modell hingegen ist nicht mehr das Maß aller Dinge auf der Welt.

Michael Gehler: *Nochmal zu Gorbatschow und Chruschtschow zurück. Sie arbeiten über Chruschtschow an einer neuen Studie. Kann man Gorbatschow auch als ein Kind Chruschtschows bezeichnen oder ist er mehr ein Kind der Entwicklung des Prager Frühlings?*[106] *Er hat mit Zdenek Mlynar gemeinsam studiert. Er hat die Bewegung auch gesehen. Oder ist er mehr noch ein Kind der 1950er und frühen 1960er?*

Jörg Baberowski: Er hat mit Zdenek Mlynar in Moskau studiert, mit ihm im Wohnheim gelebt in den 1950er Jahren. Gorbatschow hat immer gesagt: „Ich war ein Kind des 20. Parteitags.“ Er hat sich stets auf Chruschtschow bezogen, das Tauwetter war für ihn eine Erweckung, das Ende des Stalinismus, so wie für Mlynar, der später im Prager Frühling eine wichtige Rolle spielte. Der Großvater von Gorbatschow wurde als Kulak aus dem Dorf deportiert. Deshalb empfand er es als Wohltat, was Chruschtschow vollbrachte. Erstmals hätten sich Studenten frei versammeln dürfen. Deshalb schreibt er in seinen Memoiren[107]: „Ich war ein Kind des 20. Parteitags.“ Zu den Kindern des 20. Parteitages gehörten auch all die Funktionäre, die gemeinsam mit Gorbatschow darüber nachdachten, wie die Sowjetunion reformiert werden könne.

Jörg Beining: *War die NATO-Osterweiterung eine Fortsetzung des Kalten Krieges, so nach George F. Kennan,*[108] *ein Krieg mit anderen Mitteln?*

Jörg Baberowski: Ich würde nicht mehr vom Kalten Krieg sprechen, weil die Zeit der Blockkonfrontation vorüber ist. Die bipolare Welt ist verschwunden. Und mit ihr die Verheißung, die Eindeutigkeitsideologien. Es gibt keine Konkurrenz mehr zwischen Ideologien, Gesellschaftsordnungen, Modellen. Russland sucht sich heute jene und morgen andere Verbündete. Und auch die Europäer sind sich keinesfalls einig. Es gibt keinen einheitlichen Block mehr, der gegen Russland steht. Wenn man Ungarn und Griechenland

---

104 Ronald Reagan (*1911; †2004), amerikanischer Politiker. Er war von 1967 bis 1975 Gouverneur in Kalifornien und von 1981 bis 1989 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

105 Unter der Bezeichnung wurde die Wirtschaftspolitik unter Reagan tituliert.

106 Der Prager Frühling steht für die Reformbemühungen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei zur Demokratisierung und Liberalisierung im Jahr 1968. Diese Umwälzung wurde am 21.08.1968 durch sowjetische Truppen gewaltsam unterbunden.

107 Michail Gorbatschow, Erinnerungen, Berlin 1995.

108 George Frost Kennan (*1904; †2005), amerikanischer Historiker und Diplomat. Er war mitbeteiligt am Marshallplan und an der Containment-Politik nach dem 2. Weltkrieg.

frei entscheiden lassen würde, würden sie sich vielleicht lieber auf der russischen Seite verorten. Deutschland artikuliert Russland gegenüber andere Interessen als die USA. Deshalb kann man von einer Fortsetzung des Kalten Krieges nicht mehr sprechen.

Michael Gehler: *Wenn wir den Begriff ersetzen würden durch Ost-West-Konflikt, würden Sie dem dann zustimmen? Das wäre etwas, was über dem Kalten Krieg gelagert ist und länger zurückreicht als der Kalte Krieg.*

Jörg Baberowski: Ich glaube eher, dass wir in eine Situation zurückfallen, die an die Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erinnert. Die Welt ist wieder multipolar ausgerichtet. Was könnte ein Ost-West-Konflikt schon sein? In ihm wäre Polen der Westen, Deutschland aber nicht. In Deutschland sagen die einen, man müsse gegen Russland Sanktionen verhängen, die anderen, dass man mit Russland pragmatisch umgehen müsse. Es gibt auch in Europa keine einheitliche Haltung gegenüber Russland. Und auch Russland ist flexibel. Putin war eine Zeit lang ein Westler, und in seinem Innersten ist er das immer noch. Aber er weiß, dass er als Westler seine Gefolgschaft nicht binden kann. Also entdeckt er jetzt die Welt der Orthodoxie und das Zarenreich. Putin glaubt an nichts, er ist ein pragmatischer Politiker und je nach Belieben entscheidet er sich für die eine oder andere Konstellation. Syrien ist ein gutes Beispiel dafür. Russland engagiert sich dort, um den Diktator Baschar Assad[109] zu unterstützen, als das vermeintlich kleinste Übel unter den Bürgerkriegsparteien. Manche Europäer begreifen immerhin, dass dieser Pragmatismus auch ihnen gut zu Gesicht stünde, denn es ist ja nicht alles falsch, was Putin tut, und alles richtig, was die USA verrichten. Russland hat viele Optionen, im Verbund mit China oder dem Iran, Europa ist nur ein Akteur unter vielen. Europa ist nicht mehr der Nabel der Welt. Deswegen gibt es auch keine Ost-West-Konfrontation mehr.

Andreas Pudlat: *Sie haben das sehr schön differenziert. Ist es aber nicht so, dass gewisse Denk- oder Propagandamuster in gewissen Kreisen aus dem Kalten Krieg reproduziert werden?*

Jörg Baberowski: Natürlich. Darauf sind die Regierungen auch angewiesen, wenn sie die Bevölkerung, die sie mobilisieren wollen, ansprechen wollen. Putin operiert mit Hinweisen auf den Zweiten Weltkrieg und die Größe des Imperiums, Obama verweist auf Freiheit und Demokratie. Putins Referenz ist die späte Sowjetunion, als die meisten Menschen in bescheidenem Wohlstand und in Sicherheit lebten, das Imperium groß und mächtig war.

Andreas Pudlat: *Die Frage ist eigentlich aus einer anderen Perspektive gemeint, weil mein Eindruck der ist, dass nicht Russland der Kalte Krieger ist, sondern dass es im westlichen Teil der Welt Überbleibsel des Kalten Kriegs gibt. Wird nicht auch von den Amerikanern in bestimmten Kreisen das reproduziert?*

---

109 Baschar al-Assad (*1965), syrischer Politiker. Er ist seit 2000 der Staatspräsident Syriens und geriet durch gewaltsames Vorgehen im Syrischen Bürgerkrieg in Kritik.

Jörg Baberowski: Natürlich kann man auch im Westen mit vertrauten Bildern vom Feind Gefolgschaft mobilisieren. Aber die politische Landschaft hat sich verändert, die Fronten von einst gelten nicht mehr. Es ist die politische Linke, die SPD und die Grünen, die sich heute einer moralisch aufgeladenen Rhetorik des Kalten Krieges bedienen, während die Rechten, die AfD, die Lega Nord, die FPÖ oder Front National Marine Le Pens[110] sich eine Annäherung an Russland wünschen. Wer hätte das vor Jahrzehnten noch für möglich gehalten: dass sich ausgerechnet die Grünen im Verbund von NATO und EU wiederfinden würden? Gerhard Schröder[111] hat damals noch von einer Achse Deutschland – Russland – Frankreich gesprochen, als es um die Kritik am Irak-Krieg der USA ging. Das wäre heute undenkbar.

Michael Gehler: *Wie weit glaubte Putin noch an ein russisches oder sowjetisches Imperium? Ist das überhaupt möglich mit einer pragmatischen Sicht auf die realpolitische Konstellation?*

Jörg Baberowski: Von der Sowjetunion ist am Ende nichts als die Idee des Imperiums übriggeblieben. Der Sozialismus war als Projekt schon tot, bevor die Sowjetunion unterging. Der Sieg im 2. Weltkrieg, Patriotismus, die Gemeinschaft der Völker der Sowjetunion, – das waren die eigentlichen Eckpfeiler, auf denen das Imperium ruhte. Die Nationalisierung des Imperiums war auch der Grund, auf dem die postsowjetischen Republiken gedeihen konnten. Ohne Erklärung oder Rechtfertigung verwandelten sich die Parteichefs der Republiken in Präsidenten von Nationalstaaten. In Russland hingegen identifizieren sich die meisten Menschen mit dem Imperium, das ihre Heimat gewesen war. Putin kann gar nicht anders, als sich darauf einzustellen und an die Größe des untergegangenen Imperiums zu erinnern. Putin ist ein Sowjetmensch, einer, der in den Jahren des Wohlstands und der Sicherheit sozialisiert wurde. Für ihn, wie für Gorbatschow, war die Sowjetunion ein Ort der sozialen Mobilität und der Möglichkeiten. Ein Bauer konnte Generalsekretär werden. Auch war die Sowjetunion eine Weltmacht, die geachtet und gefürchtet wurde. Darauf waren die meisten Bürger stolz, das Vielvölkerreich hatte Bindekräfte. Zur Sozialisation Putins gehört natürlich auch seine Erfahrung im KGB, dem Geheimdienst. In einer Welt der Verschwörungen gibt es nur Feinde und Freunde, und diese Haltung brachten er und sein Gefolge aus dem Geheimdienst in den Regierungsapparat.

Andrea Germer: *Welche Rolle spielten die christlichen Kirchen im Widerstand gegen den Kommunismus und die orthodoxe Kirche für die Politik des postsowjetischen Russlands?*

Jörg Baberowski: Die Kirchen spielten im Widerstand gegen den Kommunismus keine große Rolle. Die orthodoxe Kirche war traditionell eng mit dem russischen Staat verbun-

110 Marine Le Pen (*1968), französische Politikerin. Sie ist der rechten Front National zugehörig, löste ihren Vater 2011 als Vorsitzende ab und kandidierte für die Partei bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2012. Seit 2017 ist sie Abgeordnete in der Nationalversammlung.

111 Gerhard Schröder (*1944), deutscher Politiker. Er war von 1998 bis 2005 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und gilt als wirtschaftlich gut mit Russland vernetzt.

den. Seit Peter I.[112] gab es einen Religionsminister, der die Kontrolle über die orthodoxe Kirche ausübte. Bis zur Revolution von 1917 war die orthodoxe Kirche staatliche Legitimationsinstanz. Nach der Revolution war die orthodoxe Kirche starken Repressionen ausgesetzt. In der späten Stalinzeit wurde die Kirche in gewisser Weise rehabilitiert, und im Gegenzug unterwarf sie sich dem Staat. Unter Putin ist sie wieder ideologische Legitimationsinstanz und füllt das Vakuum, das durch den Zerfall des Sozialismus entstanden ist.

Michael Gehler: *Wie ist die Rolle der katholischen Kirche in Ost-Mitteleuropa hinter dem Eisernen Vorhang zu beurteilen? Das berührt ja auch die Frage von Destabilisierung und Desintegration des sowjet-kommunistischen Herrschaftsanspruchs? Ist das eine große Herausforderung gewesen? Da kommt man dann ja automatisch in die Phase der 1970er Jahre, als ein Pole erstmals Papst war.*

Jörg Baberowski: Stalin hat mal gesagt, der Papst habe keine Divisionen, deswegen sei er im Machtpoker ohne Bedeutung. Stalin war zweifellos im Irrtum, weil der Katholizismus in Polen Legitimationsressource für den nationalen Widerstand war. Zwar war die katholische Kirche in Polen eine Nationalkirche, aber sie war eben auch eine Weltkirche, die seit 1979 von einem polnischen Papst geführt wurde. Das kommunistische Regime hatte gute Gründe, die katholische Kirche nicht anzutasten. Ich erinnere mich an die Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko in jener Zeit. Einen größeren Fehler hätte das Regime gar nicht machen können, weil die Widerstandsbewegung danach erst Fahrt aufnahm. Die katholische Kirche legitimierte den Protest, und so verwandelte sie sich in eine systemsprengende Kraft. So war es auch in Litauen.

Michael Gehler: *Haben Sie noch Ergänzungen zu Beweggründen Putins zur Annexion der Krim?*

Jörg Baberowski: Putin war in dieser Krisensituation mehr Getriebener als Antreiber. Man hätte es ihm nicht durchgehen lassen, wenn er auf die Versuche der EU und der NATO, Einfluss auf die Ukraine zu nehmen, nicht entschlossen reagiert hätte. Es ging um die Schwarzmeerflotte, die russische Bevölkerung der Krim und darum, dass im Gedächtnis der meisten Russen die östliche Ukraine stets ein Teil des Imperiums gewesen war. Und dennoch hat Putin die Menschen in der Ostukraine enttäuscht, weil er sie am Ende allein ließ und die Region in ein Kriegsgebiet verwandelte. Das hat seinem Prestige großen Schaden zugefügt. Irgendwann ist Putin und seinen Ministern klar geworden, dass die Annexion der Ost-Ukraine den Staatshaushalt überfordern würde, Versprechungen also nicht eingehalten werden konnten. Am Ende blieb nichts weiter als die Fortsetzung des Krieges, die ihm zweierlei ermöglichte: die Ukraine aus dem westlichen Bündnis herauszuhalten und die europäischen Staaten an den Verhandlungstisch zu zwingen. Solange Krieg herrscht, bestimmt Putin, nicht aber die Ukraine die Spielregeln.

112 Peter I. (*1672; †1725), russischer Herrscher. Er war von 1682 bis 1721 Zar von Russland und von 1721 bis 1725 erster Kaiser des russischen Reiches. Er führte die sog. petrinischen Reformen seines Landes durch.

Michael Gehler: *Die Überantwortung der Krim an die Ukraine erfolgte durch Chruschtschow 1954. Was hat Chruschtschow bewegt, das zu tun? Ist das eindeutig belegt?*

Jörg Baberowski: Es gibt verschiedene Erklärungen. Die einen sagen, Chruschtschow habe wiedergutmachen wollen, was er als Parteichef der Ukraine unter Stalin angerichtet hatte. Andere sagen, die Vereinigung der Krim mit der Ukraine sei aus ökonomischen Gründen erfolgt. Diese Erklärung ist plausibel, weil die Krim territorial mit Russland nicht verbunden war. Es hätte sich damals ohnehin niemand vorstellen können, dass die Sowjetunion einmal zusammenfallen würde.

Severin Cramm: *Welche Rolle spielten und spielen die EU und die USA im Ukrainekonflikt? Welche Möglichkeiten der Lösung im Ukrainekonflikt sehen Sie?*

Jörg Baberowski: Die USA haben ganz andere Interessen auf dem ehemaligen Territorium der Sowjetunion als die europäischen Staaten. Ich habe nie verstanden, warum sich manche europäischen Regierungen die amerikanische Haltung zu eigen gemacht haben. Russland ist unser unmittelbarer Nachbar. Wir können es uns nicht erlauben, von den USA instrumentalisiert zu werden und eine Politik zu betreiben, die weder im Interesse der deutschen Wirtschaft noch im Interesse der europäischen Stabilität ist. Eine Destabilisierung Russlands wäre auch für uns eine Katastrophe, der Sturz Putins nicht der Anbruch des demokratischen Zeitalters. Die deutsche Wirtschaft hat an Einfluss verloren, das Russland-Geschäft betreiben jetzt andere, nicht zuletzt China. Russland hat also Optionen, es weiß, wie es der EU begegnet. In Brüssel und Berlin aber gibt es keine Russlandstrategie. Deshalb ist die Politik des Westens völlig kopflos, ohne Plan, moralisch aufgeladen. In der Politik geht es darum, Möglichkeiten zu ergreifen. Man folgt dem Machbaren. Das Machbare ist nicht das Wünschbare. Das hat die deutsche Politik völlig aus dem Auge verloren. Deshalb schadet sie nicht nur Russland, sondern auch sich selbst.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie das deutsch-russische Verhältnis nach dem Ende des Kalten Krieges? Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie diesbezüglich?*

Jörg Baberowski: Es gibt keine Konzeption. Angesichts der Bedeutung, die Deutschland als Vermittler zwischen Ost und West einmal hatte, ist diese Entwicklung tragisch. Man kann sich hier gar nicht vorstellen, welches Prestige Deutschland in Russland immer noch hat. Wie kann man darauf verzichten, dieses Prestige für die Durchsetzung eigener Interessen aufzurufen? Russland ist ein europäisches Land, seine Eliten verstehen sich als Europäer. Sie sind Bewunderer deutscher Leistungsfähigkeit und Kultur. Das alles könnte man nutzen, um Einfluss zu nehmen.

Michael Gehler: *In der* Neuen Zürcher Zeitung *ist im September 2015 ein Beitrag von Ihnen erschienen mit dem Titel: „Deutschland verwandelt sich in eine Tugendrepublik“. Sie kritisieren darin, dass die Opposition gegen Merkels Politik mundtot gemacht wird. Ich zitiere: „Deutschland ist ein Land ohne Opposition, dessen Regierung wünscht, dass in ihm nur eine Sprache gesprochen und nur noch eine Auffassung vertreten werde.“ Das ist ein sehr deutliches Wort, was man von einem Historiker oder Politologen kaum zu*

hören bekommt. Was hat Sie veranlasst zu dieser doch sehr klaren Position in einem der besten deutschsprachigen Medien?

Jörg Baberowski: Anlass des Artikels war die damalige Berichterstattung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die mich an Nachrichtensendungen in totalitären Staaten erinnerte: inszenierte Bilder von Flüchtlingskindern mit Kulleraugen, weinende Moderatoren, die Verklärung der Kanzlerin zur Mutter der Nation. Das alles empfand ich als unwürdig und abstoßend. Es ist Aufgabe von Journalisten, zu berichten, nicht zu belehren und zu verurteilen. Im Sommer 2015 starb der Journalismus, und es begann eine Zeit der Gesinnungsschnüffelei, der Verkündungs- und Haltungsrhetorik, in der Kritiker einer geifernden Meute zum Fraß vorgeworfen wurden. Daran hat sich bis heute leider wenig geändert. Man könne Grenzen nicht schützen, hieß es, illegale Einwanderer seien vor allem Ärzte und Ingenieure, die für die Renten aufkämen, überhaupt sei Migration stets eine Bereicherung. Warum aber stellte kein einziger Journalist Fragen? Stimmt überhaupt, was die Regierung verkündet? Ist die ungesteuerte Einwanderung von Millionen wirklich ein Segen? Warum kommen nur junge Männer, aber keine Familien nach Deutschland? Haben alle einen Anspruch auf Asyl? Warum werfen Einwanderer ihre Pässe weg? Warum brauchen Altenpfleger aus der Ukraine eine Aufenthaltserlaubnis, ein tunesischer Asylbewerber aber nicht? Fragen über Fragen, die niemand stellte und niemand beantwortete. Ich habe diese Fragen gestellt, weil ich nicht verstand, was hier geschah, warum Deutschland Einwanderung nicht steuert, wie es klassische Einwanderungsländer tun. Das war sehr naiv, denn am Ende bekam ich selbst zu spüren, was ich kritisiert hatte. Seither ist die Atmosphäre in Deutschland vergiftet, die Meinungsfreiheit in Gefahr, aber keines der Probleme gelöst worden, die im Jahr 2015 entstanden sind. Der Journalismus hat sich von seiner Rolle weitgehend verabschiedet, ist nicht mehr der Hüter des freien Wortes, sondern nur noch eine Veranstaltung eifernder Prediger, denen intelligente Menschen nicht mehr zuhören mögen.

Ludwig Steindorff

Was gehört zur Geschichte Russlands?
Von den Anfängen bis zur Ära Putin

Zum Referenten:

Ludwig Steindorff wurde 1952 in Hamburg geboren. Sein Studium der Geschichte, Slawistik und Germanistik erfolgte in Heidelberg und Zagreb. Das 1. Staatsexamen bestand er in Heidelberg 1978, seine Promotion erfolgte dortselbst 1981 und seine Habilitation in Münster 1990. Seit 2000 hatte er eine Universitätsprofessur für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel inne. Von 2003 bis 2009 war er Vorsitzender des Verbandes der Osteuropa-Historikerinnen und -Historiker, von 2009 bis 2019 war er Wissenschaftlicher Leiter der Schleswig-Holsteinischen Universitäts-Gesellschaft. Seit 2017 befindet er sich im Ruhestand. Im Jahre 2019 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Split und im gleichen Jahr die Ehrenmedaille der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Seine Forschungsschwerpunkte lagen und liegen auf der Geschichte des Kiewer und des Moskauer Reiches, der mittelalterlichen Stadtgeschichte Südosteuropas, der nationalen und konfessionellen Identität in Südosteuropa seit dem 19. Jahrhundert sowie auf den Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften im Sozialismus.

Als neuere Publikationen seien in Auswahl genannt: Partei und Kirchen im frühen Sowjetstaat. Die Protokolle der Antireligiösen Kommission beim Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'ševiki) 1922–1929. In Übersetzung herausgegeben in Verbindung mit Günther Schulz unter Mitarbeit von Matthias Heeke, Julia Röttjer und

Andrej Savin, Münster 2007; Slawonien und Syrmien, in: Das Südosteuropa der Regionen, hrsg. von Oliver Jens Schmitt und Michael Metzeltin, Wien 2015, S. 39–89; Monastische Kultur als transkonfessionelles Phänomen. Beiträge einer deutsch-russischen transdisziplinären Tagung in Vladimir und Suzdal, hrsg. gemeinsam mit Oliver Auge und in Verbindung mit Andrej Doronin, München 2016 – Russische Parallelausgabe 2020; 100 Jahre SHUG. Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft. Brücke zwischen Universität und Land (Hrsg., Hauptautor), Husum 2019; Geschichte Kroatiens. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 2020 (frühere Fassungen 2001, 2007, Übersetzungen ins Kroatische und ins Italienische.); Death, Burial and Remembrance: The Christian Orthodox Tradition in the East of Europe, in: A Companion to Death, Burial and Remembrance in Late Medieval and Early Modern Europe, c.1300–1700, Hrsg. Philip Booth, Elizabeth Tingle, Leiden – Boston 2021, S. 225–248. Das vollständige Verzeichnis findet sich unter: https://www.histsem.uni-kiel.de/de/das-institut-1/abteilungen/osteuropaeische-geschichte/team/Lehrbeauftragte-Promovierende-und-Ehemalige/prof.-dr.-ludwig-steindorff

Zum Vortrag:

In Moskau wurde 2016 ein Denkmal für den Großfürsten Vladimir den Heiligen errichtet, der 988 die Taufe empfangen hatte und 1015 in Kiew gestorben war. Das Projekt war in der Öffentlichkeit durchaus umstritten, zumal die Stadt Moskau erstmals 1147 erwähnt ist. Es war aber programmatisch und fügt sich ein in die derzeitige russische Geschichtspolitik. Das Denkmal ist auch der Anlass, den Titel als Frage zu formulieren und allgemein „von den Anfängen“ zu sprechen, statt einfach „Kurzer Gang durch die Geschichte Russlands“ zu sagen.

Welche Perioden umfasst die Geschichte Russlands?

- das Kiewer Reich
- das Moskauer Reich
- die Petersburger Ära: Russländisches Imperium
- die Ära der UdSSR
- die postsowjetische Ära; die heutige Russische Föderation

Dabei werde ich vergleichsweise ausführlich gerade auf die beiden ersten Perioden bis ca. 1700 eingehen, da gerade über sie am wenigsten allgemein bekannt ist.

Die erste Periode des Kiewer Reiches können wir auch die der Kiewer Rus nennen. Vermeiden sollten wir „Kiewer Russland“, was zwar etymologisch verwandt ist, aber eine nicht gegebene Kontinuität vortäuscht. Auch im Russischen selbst wird unterschieden: *Kievskaja Rus’*, hingegen für das gegenwärtige Land: *Rossija*.

Das Kiewer Reich entstand seit dem 9. Jahrhundert als Reichsbildung entlang des Handelsweges – nach den Worten der altrussischen Chronik „von den Warägern zu den Griechen“ – von der Ostsee ins Schwarze Meer in Richtung Konstantinopel und auch Richtung Wolga seit Ende des 9. Jahrhunderts.

Wichtigste Stadt dieses Reiches war Kiew, hier war der Sitz des Großfürsten aus der Dynastie der Rjurikiden, und nach der Christianisierung 988 nach östlichem, byzantinischem Ritus unter Vladimir d. Hl. war Kiew auch religiöses Zentrum des Reiches.

Das Kiewer Reich expandierte seit dem 12. Jh. nach Nordosten und zerfiel zugleich in weitgehend selbständige Fürstentümer. Bedeutende neue Zentren wurden Novgorod als aufblühendes Handelszentrum und Vladimir an der Kljaz'ma. Eines der weniger wichtigen neuen Zentren war Moskau, erstmals erwähnt 1147. Alle Fürstentümer lagen in den Händen der sich immer weiter verzweigenden Dynastie der Rjurikiden, wobei die Fürsten vielfach in Konkurrenz und Feindschaft miteinander standen.

Die Geschichte des Kiewer Reiches ist gleichermaßen Anfang der Geschichte der Ukraine wie auch Russlands, und es wäre falsch, um Ansprüche auf dieses Erbe zu streiten.

Ich bin nicht einverstanden mit ukrainischen Positionen, das Kiewer Reich sei kein Teil der Geschichte Russlands, weil Kiew heute in der Ukraine liegt. Ich teile auch nicht russische Positionen, aus der gemeinsamen Vergangenheit des Kiewer Reiches sei eine für immer verankerte Gemeinsamkeit aller Ostslawen abzuleiten und Russen und Ukrainer seien deshalb eigentlich ein Volk – wie vor kurzem in einem Essay von Putin ausgeführt.

Russland und Ukraine haben als gemeinsame Erinnerung die Verwüstungen durch die Mongolen und Tataren. Viele Städte im Nordosten, aber auch Kiew wurden in den Jahren 1237–1240 schwer verwüstet, ausgespart blieb der Nordwesten mit Nowgorod.

Die südlichen Fürstentümer, darunter Galizien mit Zentrum Lemberg, gelangten im 14. Jahrhundert in den Herrschaftsbereich von Polen und Litauen, die bis weit über Kiew und Dnepr hinaus expandierten, also in einen Raum mit schon orthodox getaufter Bevölkerung. Für den Raum der heutigen westlichen Ukraine wurde die Zugehörigkeit zu einem nach Westen orientierten Reich zu einer prägenden Grunderfahrung.

Die nördlichen Fürstentümer hingegen blieben unter tatarischer Tributherrschaft, der Großfürst benötigte einen *jarlyk*, Bestätigungsurkunde, durch den Khan. Aus dieser Zeit stammen viele turksprachige Wörter im Russischen, u. a. *den'gi*, „Geld“ oder *tamožnja*, „Zollamt“.

Die Moskauer Periode der russischen Geschichte von ca. 1300 bis 1700 begann mit der Überwindung der sogenannten feudalen Zersplitterung, in den Worten der Chronik mit dem „Sammeln der russischen Länder“ durch den Moskauer Großfürsten, d. h. alle anderen Fürstentümer gelangten unter Moskauer Herrschaft. Der Weg zum Aufstieg Moskaus war gewiesen durch die Verlegung des Metropolitensitzes aus Vladimir an der Klaz'ma 1325 nach Moskau, der Metropolit hatte 1299 Kiew verlassen. Seit 1328 lag der Großfürstentitel dauerhaft bei Moskau, das damit zum kirchlichen und weltlichen Zentrum geworden war.

In mancher Hinsicht war es ein klarer Neuanfang, aber es gilt eben, auch die Kontinuitätslinien vom Kiewer Reich her zu sehen: der Name der Rus, die Dynastie der Rjurikiden, die geistliche Hierarchie, Kultur und religiöses Leben. Das Reich war in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts konsolidiert, Novgorod wurde 1478 unterworfen und schließlich 1510 auch Pskov, und damit hatte das Reich den Ausgang an die Ostsee erreicht. Klöster spielten im Moskauer Reich eine große Rolle als Empfänger von Stiftungen und als Zentren der Totenfürsorge durch eine Gedenkpraxis, die vergleichbar ist mit der Rolle von Klöstern in Westeuropa in deutlich früherer Zeit, im Hochmittelalter.

Höhepunkt der Moskauer Periode und Anfang einer schweren Krise war die Ära Iwans des Schrecklichen, des Großfürsten Ivan IV. Vasil'evič Groznyj (1533–84). Er wurde 1547 zum Zaren gekrönt, der Herrscher des Moskauer Reiches sollte auch im Titel Kaisern und Königen gleichrangig sein. Er betrieb eine erfolgreiche Expansionspolitik in muslimische Gebiete, Kazan' und Astrachan' wurden unterworfen. Das war der Anfang der Entwicklung Russlands als Vielvölkerreich, als Reich mit Untertanen vieler Religionen. Der Versuch hingegen, Livland und Estland im Livländischen Krieg (1558–1583) zu erobern, scheiterte. Großer Gewinner war Schweden, das 1617 auch Ingermanland mit der Newa-Mündung erwarb, so dass das Moskauer Reich von der Ostsee abgeschnitten war. Bis heute wird kontrovers diskutiert, warum Ivan IV. zahlreiche blutige Strafaktionen im ganzen Land durchgeführt hat, zugleich hat er, offensichtlich aus Sorge um das eigene Seelenheil, umfangreiche Stiftungen an Klöster zum Gedenken an die Opfer seiner eigenen Verfolgungen aufgebracht.

Aus der Herrschaftszeit seines politisch schwachen Sohnes Fedor (1584–1598) ist vor allem die Erhebung des Moskauer Metropoliten zum Patriarchen durch die anderen östlichen Patriarchen im Jahr 1589 erwähnenswert. Damit wurde zugleich die faktisch bereits seit Mitte des 15. Jahrhunderts gegebene kirchliche Selbständigkeit Moskaus, die Unabhängigkeit vom Patriarchen von Konstantinopel, die Autokephalie, anerkannt.

Eine Zäsur fällt in die Zeit um 1600 mit dem Tod des letzten Rjurikiden 1598 und dem Beginn der „Zeit der Wirren", nämlich den Kämpfen um die Nachfolge unter Einmischung von Polen, so dass schließlich sogar eine polnische Garnison im Moskauer Kreml lag. Doch eine Personalunion mit Polen war chancenlos bzw. für den russischen Adel inakzeptabel, da der polnische König nicht bereit war, zur Orthodoxie überzutreten.

Am 4. November 1612 nach westlichem Kalender wurde die Garnison durch ein Aufgebot unter dem Kaufmann Kuz'ma Minin und dem Fürsten Dmitrij Požarski zur Kapitulation gezwungen. Heute ist der 4. November staatlicher Feiertag, „Tag der nationalen Einheit", er hat 2005 den 7. November, den Jahrestag der Oktoberrevolution, als Festzeit abgelöst. Auf einer Landesversammlung 1613 wurde Michail Fedorovič Romanov aus der Familie der ersten Frau von Iwan dem Schrecklichen zum Zaren gewählt, er wurde zum Begründer der Dynastie der Romanows.

Mit Bezug auf das 17. Jh. hat der Berliner Historiker Hans-Joachim Torke von der „staatsbedingten Gesellschaft" im Moskauer Reich gesprochen. Es gab hier, anders als in West- und Mitteleuropa seit dem Spätmittelalter, keine Verrechtlichung horizontaler gesellschaftlicher Beziehungen durch selbstverwaltete Stadtgemeinde, durch Stände, Gruppierung des Mönchtums nach Orden, keine Universitäten, es fehlte eine Ausbildung von Gesellschaft. Verrechtlicht waren nur die vertikalen Beziehungen zwischen Herrscher und Dienenden: Der Rangplatz war abhängig von eingenommenen Diensten und von der Vornehmheit der Familie, d. h. vor allem von der Nähe zur Dynastie. Wie betont sei, war der Zar trotzdem abhängig vom Konsens und der Loyalität seiner Umgebung.

In der Steppe südlich vom Moskauer Reich und südöstlich von Polen-Litauen einerseits und vom Krim-Khanat im Süden andererseits siedelten sich seit dem 16. Jahrhundert flüchtige Bauern an und entwickelten ihre spezifische Lebensform als Kosaken, „Bauernsoldaten". Die Dnepr-Kosaken standen dabei teils im Dienst des polnischen Königs.

Aus Unzufriedenheit um Streichungen aus dem Soldregister brach eine Rebellion von Kosaken und Bauern – leider verbunden mit schlimmen Pogromen – aus, und schließlich

zogen die Kosaken unter ihrem Hetman, ihrem Anführer, Bohdan Chmelnyckyi 1649 in Kiew ein. Der polnische König erkannte das Hetmanat als einen faktisch autonomen Staat an. Es wird heute als Vorform ukrainischer Staatlichkeit gedeutet. Die Kosaken taktierten nun zwischen Polen, Krim-Khanat und Moskau. So unterstellten sie sich 1654 in der Rada, Beratungsversammlung, von Perejaslav dem Schutz des Moskauer Zaren. In russischer imperialer und sowjetischer Deutung bedeutete das den „Wiederanschluss der Ukraine an das Russische Reich". Das hat man 1954 ganz groß gefeiert. Die neue Moskauer Metrostation Kievskaja beim Kiewer Bahnhof wurde mit Szenen aus der Geschichte der Ukraine in sowjetischer Interpretation geschmückt. Auch die Szene der Rada von Perejaslav 1654 ist hier dargestellt.

Doch bald wurden die Kosaken in Abhängigkeit von Moskau gebracht. Nach einem Krieg mit Polen standen zudem ab 1667 alle Gebiete östlich des Dnepr und auch Kiew am Westufer des Dnepr unter Moskauer Herrschaft. Die Gewinnung dieser Gebiete brachte einen starken kulturellen Impuls für das Moskauer Reich. Ins 17. Jahrhundert fällt auch die allmähliche Einbindung Sibiriens ins Reich, die ersten Kosaken erreichten 1639 den Pazifik.

Im 17. Jahrhundert lebten schon zahlreiche Ausländer in Moskau, das Reich pflegte viele internationale Kontakte, es gab einen gewissen kulturellen Einfluss aus dem Westen. Insofern kann man von einer Übergangszeit sprechen, aber immer noch galt ein Verhältnis des „Lernens vom Feind", die klare Abgrenzung vom westkirchlichen Bereich in einer Blütezeit orthodoxer Frömmigkeit. Bezogen auf Kunst und Literatur können wir die Kiewer und Moskauer Periode einschließlich des 17. Jahrhunderts auch als altrussische Geschichte zusammenfassen.

Eine große Zäsur ist erst mit Peter dem Großen (1682–1725) verbunden. Es begann die Petersburger Periode, die Zeit des Russländischen Imperiums. Peter der Große entschied, Westeuropa als positives Vorbild zu nehmen. Er schuf Institutionen nach westlichem Vorbild einschließlich der Gründung der Akademie der Wissenschaften und führte aus dem Westen entlehnte Terminologien ein. Er schuf das Patriarchat ab und brachte die Kirche in eine Position ähnlich lutherischen Landeskirchen. Zumindest im Zentrum wurde der adlige Lebensstil verwestlicht, die Hauptstadt in das neugründete St. Petersburg als „Fenster nach Europa" verlegt.

Ein zweiter großer Sprung der inneren Modernisierung fällt in die Zeit der Zarin Katharina II. (1762–1795). Von ihr gibt es auch eine programmatische Äußerung über das Selbstverständnis von Staatlichkeit im Russischen Reich. In ihrer Großen Instruktion von 1766 als Arbeitsgrundlage für die zu bildende Gesetzgebende Kommission stellte Katharina II. einleitend fest:

> 6. Russland ist eine europäische Macht. […] 9. Der Beherrscher desselben ist unumschränkt (autokrator): denn keine andere als eine nur in dessen Person vereinte Macht kann auf eine der Weitläuftigkeit eines so großen Reichs gemäße Weise wirken. 10. Ein weitläufiges Reich setzt eine unumschränkte Gewalt in derjenigen Person voraus, die solches regieret.

Das wirkt in mancher Hinsicht prophetisch. Gerade Katharina II. versuchte künstlich, Ständeversammlungen auf regionaler Ebene einzuführen, um das Zentrum von Aufgaben zu entlasten, aber auch hier blieb die Dominanz des Staates: Der Tübinger Russland-Historiker Dietrich Geyer hat von „Gesellschaft als staatliche Veranstaltung" gesprochen.

Erst in Katharinas Zeit wurde die Leibeigenschaft der russischen Bauern noch einmal verfestigt, jetzt durften auch Nicht-Adlige Leibeigene erwerben. Gleichzeitig lud Katharina Kolonisten aus Deutschland ein, für diese waren Religionsfreiheit und in der Anfangszeit gewährte Steuerprivilegien attraktiv.

Das Reich machte im 18. Jahrhundert erhebliche territoriale Gewinne. Schon Peter der Große erwarb im Nordischen Krieg Estland, Lettland, Ingermanland zu Lasten von Schweden. Bald wurden Deutschbalten vielfach loyale Diener des Zaren in hohen Positionen. Erst im 18. Jahrhundert drang Russland bis ans Schwarze Meer vor. 1783 unter Katharina II. erfolgte die Annexion des Krim-Khanates. Das Russische Reich beteiligte sich zudem an den Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793, 1795. Die Westgrenze des Reiches wurde so bis an den Bug vorgeschoben. Allgemein wurde Russland ein immer wichtigerer Akteur in der europäischen Diplomatie und Kriegsführung. Seit dem Siebenjährigen Krieg 1756–1763 wurde es neben Frankreich, England, Preußen und Österreich zur Pentarchie der Großmächte gerechnet.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution betrafen auch Russland, das zuerst auf der Seite der Gegner Napoleons stand: 1799 trat es in den 2. Koalitionskrieg ein. Seit dem Frieden von Tilsit 1807 im Bündnis mit Napoleon erreichte es 1809, dass Schweden Finnland an Russland abtrat. Nach dem gescheiterten Moskau-Feldzug Napoleons 1812–13 war Russland in Europa großer Sympathieträger als Befreier von der napoleonischen Herrschaft und wurde zur Führungsmacht in der Heiligen Allianz.

Aber bald entwickelte sich ein immer negativeres Bild vor allem bei den Liberalen in Europa: Es war begründet mit der sehr konservativen Innenpolitik einschließlich der Niederschlagung des Dekabristen-Aufstandes 1825 durch Zar Nikolaus I., mit der Unterdrückung des Aufstandes in Polen 1830 – nach dem Wiener Kongress von 1815 gehörte ein noch größerer Teil des alten Polens einschließlich Warschaus zum Russischen Reich – und mit der Intervention 1849 zur Niederschlagung der Revolution in Ungarn.

Französische und britische Befürchtungen vor einem Erstarken des Russischen Reiches im Mittelmeerraum zulasten des Osmanischen Reiches gaben den Anlass zum Krimkrieg 1853–56, der mit einer Niederlage Russlands endete. Die Erfahrung der geschlagenen Großmacht wirkte als Impuls zur Modernisierungsoffensive unter Zar Alexander II. Es begann die Zeit der Großen Reformen:

1861	Bauernbefreiung
1863	Universitätsreform
1864	Zemstvo-Reform auf Ebene von Gouvernement und Kreisen, d. h. eine kommunale Selbstverwaltung im Bereich von Gesundheitswesen, Fürsorge, Schulwesen, Straßenbau
1864	Justizreform, sehr modern – allerdings blieben viele Sondergerichtsbarkeiten und ein weitgreifendes Polizeirecht erhalten
1870	Stadtreform: Kommunale Selbstverwaltung
1874	Heeresreform mit allgemeiner Wehrpflicht

Aber trotz aller Modernisierung gab es weiterhin keine politische Partizipation auf Reichsebene. Die Stellung des Russischen Reiches als eine der Großmächte war im 19. Jahrhundert unbestritten.

In dem Maße, wie vor allem Großbritannien und Frankreich ihre Übersee-Kolonialreiche aufbauten, expandierte Russland in den Kaukasus und nach Mittelasien. Die Territorialgewinne hatten einen Prestigewert wie Übersee-Kolonien; die Herrschaftsformen waren durchaus vergleichbar; aber einfach wegen der fehlenden räumlichen Distanz erfolgte eine wirksamere Integration und Verflechtung mit dem alten Reichsgebiet als im Falle von Überseekolonien. – Stärker denn je war Russland nun ein Vielvölkerreich, ein Reich vieler Religionen und vieler Sprachen.

Das Imperium wurde nicht über das Volk, die Nation, legitimiert, vielmehr über Dynastie, dominante Religion, historische Rechte, über den Dienst in Armee und Staatsapparat; entscheidend war die Loyalität gegenüber dem Staat. Konstitutionelle Monarchie wurde Russland erst 1906. Als Antwort auf die 1905 ausgebrochene Revolution unter dem Eindruck der absehbaren Niederlage im 1904 begonnenen Russisch-Japanischen Krieg verkündete der Zar eine allerdings sehr konservative Verfassung. Damals entstanden politische Parteien in einem Spektrum von Ultrarechts bis Ultralinks, auch die Duma, das Parlament, nahm ihre Arbeit auf.

Die Jahrzehnte von den Großen Reformen bis 1914 waren trotz aller Mängel die Zeit, in der Potentiale für den Aufbau einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaft gelegt wurden, in der die Gesellschaft am wenigsten „staatsbedingt" war, im geringsten Maße nur als „staatliche Veranstaltung" funktionierte.

Aber es blieben eben zu viele bremsende Faktoren, und die *intelligencija* war dem System schon vielfach entfremdet. Außerdem waren die Modernisierungsprozesse von der Entfaltung der Nationalbewegungen, insbesondere der ukrainischen und polnischen, begleitet. Der dagegen gerichtete Versuch der Russifizierung, die Umwandlung des Imperiums in eine russische Nation, war zum Scheitern verurteilt!

Die Anfangszeit des Ersten Weltkrieges wirkte nur kurzfristig mobilisierend und integrierend, doch bald traten Misserfolge ein, die wirtschaftliche und soziale Lage im Land verschlechterte sich immer weiter. Die Februarrevolution 1917 brachte schließlich das Ende der Monarchie, die Entstehung der Doppelherrschaft mit dem Nebeneinander von Parlamentarismus und Rätesystem.

Die Ära der Geschichte der Sowjetunion beginnt mit der Oktoberrevolution am 25. Oktober (7. November) 1917, diese war eher ein Putsch, eine planvolle Machtübernahme durch die Bolschewiki, die mit der ausschließlichen Einführung des Rätesystems verbunden war.

Unbestritten hatten die Bolschewiki das Ziel, ein neues Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu entwickeln. Die Führer der Partei erhoben den Anspruch, über eine verbindliche Weltdeutung zu verfügen.

Das Fehlen von Gewaltenteilung gehörte zum Wesen des Sowjetmodells, als Kontrollinstanz und Korrektiv wirkte eine starke Geheimpolizei. Wahlen waren zwar vorgesehen, dienten aber de facto nur der Akklamation, sie boten keine Auswahl.

Die Gewaltexplosion in der Stalinzeit war zwar auch an die Person Stalins gebunden, aber die strukturellen Rahmenbedingungen dafür waren im System angelegt; mangelnde Rechtsstaatlichkeit und starke Gewaltbereitschaft waren seit den frühesten Tagen gegeben.

Durch die sieben Jahrzehnte des Bestehens der Sowjetunion können wir einige Tendenzen verfolgen:

- von einer sehr jungen Elite zu einer überalterten Elite,
- von einem dynamischen zu einem sehr schwerfälligen System,
- das Nebeneinander des Anspruchs radikaler Modernität im Sinne von Dynamik und zugleich des Selbstverständnisses, bereits das Beste zu sein, dies als Argument für Beharren und Konservatismus.

Inwieweit stand die Sowjetunion in der Kontinuität der Staatlichkeit des Russischen Reiches? Die Frage ist ambivalent zu beantworten: Der Staat war eine multinationale Föderation, geschaffen mit Bildung der UdSSR Ende 1922. In den einzelnen Republiken war die jeweilige Titularnation angemessen vertreten; Sprache und Schriftkultur der Republiken wurden gepflegt. Die Republiken hatten das Recht auf Austritt aus der Föderation.

Die UdSSR zeigt aber auch Züge eines Zentralstaates. Tatsächlich waren sehr viele Entscheidungen an das Zentrum, an Moskau, gebunden. Als starke gesamtstaatliche Elemente wirkten Partei, Armee und Geheimpolizei. Im ganzen Staat erfolgte eine Angleichung der Lebensformen, es entstand *der homo sovieticus*, der bis heute noch in vielem fortlebt.

Doch die Sowjetunion war eben auch ein Imperium mit der klaren Unterscheidung zwischen Zentrum und Peripherien. Alle Peripherien blickten auf das Zentrum, waren von diesem abhängig – sie kommunizierten nur wenig unmittelbar miteinander bzw. waren Konkurrenten, pflegten alle ihre kleinen Besonderheiten. Es gab – wie typisch für Imperien – ein dominantes Volk, eine dominante Sprache als *lingua franca*; ihre Kenntnis war Bedingung für sozialen Aufstieg. Gerade in der Ukraine und Belarus waren Russen in den politischen Strukturen überrepräsentiert, ebenso auf der Gesamtstaatsebene in Zentralkomitee, Politbüro und Partei.

Anders als der Nationalstaat hat ein Imperium „offene Grenzen", es ist nie saturiert, kann weitere Territorien leicht aufnehmen (oder auch abgeben). In diesem Sinne erfolgte auch die allmähliche Expansion der Sowjetunion bis zum territorialen Umfang von nach 1945. Die Länder in der sowjetischen Machtsphäre, seit 1956 mit der UdSSR im Warschauer Pakt verbunden, dienten als Vorfeld zur eigenen Sicherheit.

Die Auflösung der UdSSR wurde verschieden wahrgenommen: als Zerfall der Föderation, so dass einfach jeder Nachfolgestaat seiner Wege ging; gegenseitig wurden die alten Grenzen innerhalb der Föderation als neue Staatsgrenzen akzeptiert. Oder aber man sah in der Auflösung den Zerfall eines Imperiums, das, was Putin mit „größter geopolitischer Katastrophe des 20. Jahrhunderts" gemeint hat. Die Westgrenzen der Russischen Föderation erinnern an die Grenzen des Moskauer Reiches von um 1650. In den anderen Nachfolgestaaten lebt eine große russische Diaspora. Viele Russen, die zur Zeit der Sowjetunion als Angehörige des Hauptvolkes im Gesamtstaat lebten, sehen sich nun in der Diaspora in einem der Nachfolgestaaten.

Das gegenwärtige Russland der Ära Putin hat sich immer mehr zu einem autoritären Staat mit dominanter Exekutive und minimaler Beteiligung von Parteien an der politischen Willensbildung entwickelt, das System trägt allmählich Züge einer auf Vladimir Putin fixierten Diktatur. Der Traum von der Kontinuität des Imperiums ist noch immer nicht ganz vergessen: Russland erhebt den Anspruch als gleichberechtigte Großmacht, als Vormacht gegenüber dem nahen Ausland, als Patron der „russischen Welt".

[Nachtrag: Und in diesen Kontext ist auch der am 24. Februar 2022 begonnene Krieg gegen die Ukraine einzuordnen.]

Das Kontinuitätsdenken zeigt sich vor allem in der Geschichtspolitik mit der weitgehenden Ausblendung von allem Düsteren, vor allem den Schrecken der Stalinzeit, mit der Pflege einer heroischen Erfolgsgeschichte von der Zeit des Zarenreiches über die sowjetische Ära bis in die Gegenwart, mit besonderer Pflege der Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg.

Gut erkennbar ist diese Sicht in der 2020 erfolgten Revision der Verfassung: Der neue Artikel 67.1 lautet:

> 1. Die Russländische Föderation ist die Rechtsnachfolgerin der UdSSR auf ihrem Territorium sowie die Rechtsnachfolgerin (Rechtsfortsetzerin) der UdSSR bezüglich der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen […].

Wir registrieren die Ambivalenz zwischen der Sicht, einer der Nachfolgerstaaten zu sein, und der Sicht, eben doch Hauptnachfolgestaat zu sein.

> 2. Die Russländische Föderation, vereint durch die tausendjährige Geschichte, das Andenken an die Vorfahren wahrend, die uns Ideale, den Glauben an Gott und die Kontinuität in der Entwicklung des Russländischen Staates überliefert haben, erkennt die historisch gewachsene staatliche Einheit an.

Und in diesem Sinne ist auch die erwähnte Aufstellung des Vladimir-Denkmals in Moskau erfolgt. Die verfassungsmäßige Verankerung des „Glaubens an Gott" ist ein gewollter Bruch mit dem radikalen Säkularismus des Sowjetstaates; die Formulierung ist gleichermaßen akzeptabel für alle als traditionell anerkannten Religionsgemeinschaften im Land – Orthodoxe, Muslime, Juden und Buddhisten – und dient zugleich als Appell gegen die faktisch laufende Säkularisierung der Gesellschaft.

> 3. Die Russländische Föderation ehrt das Andenken an die Verteidiger des Vaterlands und gewährleistet den Schutz der historischen Wahrheit.

Noch heute kommt der Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg eine starke Rolle zu, der Staat beansprucht eine Deutungshoheit gegen den „Revisionismus", der den Sieg der Roten Armee nicht nur als Befreiung vom Faschismus, sondern auch als Durchsetzung der sowjetischen Hegemonie und des sozialistischen Systems gegen den Mehrheitswillen in den Ländern des östlichen Europas sieht.

Art. 68 lautete bisher: „Staatssprache der Russländischen Föderation auf ihrem gesamten Territorium ist die russische Sprache". Nun folgt als neu als Ergänzung: „als die Sprache des staatsbildenden Volks, das zu einer multinationalen Union gleichberechtigter Völker der Russländischen Föderation gehört." Einerseits ist Russland in sich wieder eine Föderation, aber auf der anderen auch Imperium mit asymmetrischem Verhältnis zwischen Russen einerseits und anderen Völkerschaften andererseits. Es gilt nämlich zu beachten, dass Russland auch heute noch ein Vielvölkerreich ist, in viel geringerem Maße Nationalstaat als andere Länder Europas.

Zum Schluss sei die Ausgangsfrage beantwortet: Was gehört zur Geschichte Russlands?

Die Antwort soll nun nicht mehr nach den vorgestellten Perioden erfolgen. Stattdessen seien genannt:

- die ostkirchliche Prägung seit frühester Zeit,
- die lange Erfahrung des Vielvölkerstaates und des Imperiums,
- die Tradition des gegenüber der Gesellschaft dominanten, zur Repression neigenden Staates.

In der russischen Geschichte begegnen wir Phasen der Annäherung an Europa und auch der expliziten Entfernung. Die Selbstsicht schwankt, Teil Europas zu sein oder auch ein Gegenüber von Europa mit starker Orientierung zugleich auf Asien.

Auch wenn Russland beim derzeitigen Stand der Dinge außerhalb der politischen europäischen Strukturen bleiben wird, sollte für uns doch der Satz der Zarin Katharina II. gelten: „Russland ist eine europäische Macht." Und deshalb fügt sich mein Vortrag auch ein in das Konzept der Hildesheimer Europa-Gespräche: Der heutige kurze Gang durch die Geschichte von Russland war ein Stück Arbeit an der europäischen Integration.

Dieser Vortrag wurde am 7. Februar 2022, drei Wochen vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, gehalten. Geringfügige Ergänzungen wurden in eckigen Klammern angebracht.

Ludwig Steindorff

„Viel mehr als ein Europa der Nationalstaaten wird man, realistisch gesehen, nicht erreichen.“

Michael Gehler: *Ich darf ganz herzlich Professor Ludwig Steindorff von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel begrüßen. Wir freuen uns, Sie wieder hier zu haben, denn wir hatten Sie schon vor mehr als zehn Jahren zu Gast, als Sie zu uns zum Thema Kroatien gesprochen haben. Wir freuen uns auch deshalb, weil wir mit Ihnen ein neues Expertengespräch führen können. Wir starten mit der ersten Frage.*

Dominik Arne Klein: *Wie fanden Sie zur russischen Geschichte?*

Ludwig Steindorff: Das war ein langer Weg. Angefangen hat es damit, dass ich in der Schule in der neunten Klasse an einer Arbeitsgemeinschaft teilgenommen habe, in der die russische Sprache erlernt werden konnte. Der Lateinlehrer, bei dem ich Russisch lernte, war an indoeuropäischen Sprachen interessiert. Er hat Russisch so gelehrt wie Latein, sodass man schnell in der Lage war, Vieles zu übersetzen. Beim Sprechen der russischen Sprache hat es aber stark gehapert. Wir hatten damals ein DDR-Sprachlehrbuch, das auch aufgrund der behandelten Themen und der Bebilderungen etwas Besonderes war. Russisch wollte ich aber auch aus „Aufmüpfigkeit“ gegen die Elterngeneration lernen. Ich wollte mehr über das Land wissen, über das so viel Böses berichtet wurde. Wir hatten Verwandtschaft in der DDR, und meine Mutter hatte ihre beste Freundin dort. Wir haben regelmäßig korrespondiert und auch Besuche in Ostdeutschland abgestattet. Ich gehörte nie zu den Leuten, die es anscheinend auch gab und glaubten, dass hinter der Elbe nichts mehr vorhanden sei. Wenn man sich vor Ort in der DDR oder auch in Polen und der Tschechoslowakei aufhielt, war es allerdings aufschluss- und lehrreich, wieviel an Negativem nicht zu übersehen war.

Ich hatte völlig falsche Vorstellungen, dass man viel über die Sowjetunion der Gegenwart lernen würde, wenn man Russisch studierte. Das Slawistik-Studium, für das ich mich entschied, war ganz traditionell philologisch angelegt, ja sogar traditioneller als Anglistik oder Romanistik. Vor meinem Studium war ich bei der Bundeswehr. Der Bataillonskommandeur brachte mich in Kontakt mit seinem Schwager, einem Slawisten aus Hamburg. Dieser empfahl mir wegen der dortigen Propädeutika als Studienorte Bochum, Heidelberg oder Tübingen. Da entschied ich mich für Heidelberg. Geschichte nahm ich neben Slawistik als Fach dazu, ebenfalls mit vagen Vorstellungen. Aufgrund der Kenntnisse aus der Schule brauchte ich die Propädeutika jedoch gar nicht zu absolvieren. Geschichte nahm ich neben Slawistik als Fach dazu, ebenfalls mit vagen Vorstellungen vom Aufbau des Studiums.

Ich hatte damals das Ziel, Lehrer für Russisch und Geschichte zu werden. In Baden-Württemberg war die Kombination aus meinen Fächern jedoch nicht zulässig, weil für diese ein zu geringer Bedarf bestand. Ich wusste jedoch aus Hamburg, dass diese

Kombination dort anerkannt war. Ich habe brav meine Slawistik-Kurse angefangen, also Kurse wie die Einführung in die Literaturwissenschaften. Vorinformationen zum Studium gab es damals kaum, weil man nur Prospekte von der Universität erhielt oder sich die Studienordnung am Schwarzen Brett ansehen konnte, aber im Grunde traf man völlig ahnungslos an der Universität lediglich mit der eigenen Entscheidung ein, dass man dort Russisch und Geschichte studieren wollte. Zu Beginn wurde ich übrigens in einen Studiengang eingeschrieben, den es, wie sich herausstellen sollte, gar nicht gab. Ich sagte bei der Einschreibung, ich wolle Russisch auf Diplom studieren. Das wurde von Hand in das Studienbuch eingetragen, denn die EDV war damals ja erst im Kommen. Nach einem Jahr stellte die Mitarbeiterin im Studentensekretariat fest, dass dieser Studiengang gar nicht existierte. Im Endeffekt wurde der Eintrag „Diplom" rückwirkend annulliert, und ich wurde korrekt als Lehramtsstudent immatrikuliert.

Gleich während der ersten Tage in Heidelberg entdeckte ich, dass sich über dem Postamt am Universitätsplatz das Seminar für Osteuropäische Geschichte befand. So habe ich mein erstes Proseminar dort besucht, es galt den Teilungen Polens. Im Staatsexamen konnte man zwar noch keine Spezialisierung vornehmen, aber ich habe für mich schon sehr früh einen Schwerpunkt in Osteuropäischer Geschichte gesetzt. Im Herzen wollte ich freilich Slawist werden, auch als sich herausstellte, dass dieses Studienfach nicht eine Art Gegenwartskunde der Sowjetunion bot.

Das Fach Geschichte ist in den Vordergrund gerückt, als ich als Tutor bei dem Osteuropa-Historiker Frank Kämpfer anfing. Er hat später sowohl meine Dissertation als auch die Habilitation betreut, er holte mich 1980 nach Münster, wohin er einen Ruf erhalten hatte. Frank Kämpfer war in Belgrad gewesen und mit einer Serbin verheiratet.

Wie entstand meine Orientierung auf Südosteuropa? Als zweite slawische Sprache hatte ich in Heidelberg Serbokroatisch gewählt, wie es damals noch hieß. Ich lernte die kroatische Variante, weil der Lektor Kroate war.

Es war damals in den Siebzigerjahren für westdeutsche Studenten fast ausgeschlossen, vor der Promotionsphase für länger in die Sowjetunion zu reisen sowie dort Zugang zu Bibliotheken oder gar Archiven zu erhalten. Für ein Auslandsstudium war damals Jugoslawien am unkompliziertesten, und so verbrachte ich das Studienjahr 1976/77 in Zagreb. Nach dem Staatsexamen in Heidelberg 1978 kehrte ich nach Zagreb zurück, Aus dem zweijährigen Aufenthalt ist die Dissertation über die dalmatinischen Städte im 12. Jahrhundert hervorgegangen. Die mittelalterliche Stadtgeschichte Südosteuropas ist auch in Zukunft ein Forschungsgegenstand von mir geblieben.

Bei der Wahl des Themas für die Habilitationsschrift stand fest, dass dieses weit vom Dissertationsthema entfernt sein sollte – sozusagen, dass man sich selbst nicht zitieren könnte – und dass es sich auch auf das Mittelalter beziehen sollte. Ich folgte Frank Kämpfer, dessen eines Arbeitsgebiet die Geschichte Altrusslands war. Mein ursprünglich geplantes Thema hieß „Geschichte des Todes im Kiewer Reich", also der Zeit bis ins 13. Jahrhundert, und ich sah als Vorbild die Arbeiten von Philippe Ariès zur „Geschichte des Todes im Abendland". Dafür habe ich ein Jahr nur Quellen gelesen und mich in die altrussische Geschichte eingearbeitet. Es entstanden einige essayistische Texte, die mir zeigten, dass kaum möglich sein würde, dem ursprünglichen Konzept zu folgen. Ich bin dann dem Rat von Frank Kämpfer gefolgt, doch von der auf das hochmittelalterliche Westeuropa konzentrierten Münsteraner Memoria-Forschung auszugehen.

Doch hier erwiesen sich die Quellen zur Ära des Kiewer Reiches als kaum ergiebig. Es stellte sich vielmehr heraus, dass man reiches, dann aber äußerst dicht überliefertes Material zu diesem Thema erst ab dem Ende des 15. Jahrhunderts findet.

Ich erinnere mich noch an ein Schlüsselerlebnis, als ich im Anhang zu einem vorrevolutionären Kirchengeschichtswerk in der Münsteraner Seminarbibliothek die Publikation eines um 1500 geschriebenen normativen Textes zur Durchführung des Totengedenkens und zu den dafür geforderten Stiftungsleistungen fand und mit einem Mal die Termini aus den Stifterurkunden der Zeit verständlich wurden. In meiner Habilitationsschrift habe ich gezeigt, wie sich Stiftungs- und Kommemorationspraxis im Moskauer Reich entfalteten und mit einer aufwendigen pragmatischen Schriftlichkeit verbunden waren. Wie habe ich mich gefreut, als ich während der Arbeit 1990 in einem Moskauer Archiv in einer Liste zum Lesen von Namen beim Totengedenken von um 1600 genau die Vornamen mit darüber geschriebenen Familiennamen wiederfand, die mir aus dem Stiftungsbuch desselben Klosters bekannt waren! Es war wie eine aufgegangene Patience!

Ich habe damals Fotokopien von wichtigen Büchern, zumeist aus dem Iosif-Kloster bei Volokolamsk, anfertigen lassen. Mit ihnen arbeite ich noch heute, sie sind eine unerschöpfliche Quelle für verschiedenste Fragestellungen.

Jakob Iser: *Können Sie dieses Thema noch etwas konkreter ausführen, und zu welchen Ergebnissen sind Sie dabei gelangt?*

Ludwig Steindorff: Ein Ergebnis bestand darin, dass es sich um eine Art Zeitverschiebung handelt. Es bestanden ähnliche religiöse und gesellschaftliche Voraussetzungen wie in Westeuropa, hier wie dort kam dem Mönchstum eine besondere gesellschaftliche Aufgabe in Form der Sicherung des Totengedenkens für Stifter zu. Klöster verstanden sich in ganz Westeuropa von der Zeit der Karolinger bis zu den Zisterziensern als Zentren der Totensorge. Sie haben großen Reichtum durch Stiftungen erlangt.

Ein ähnliches Phänomen ist in Russland erst mit dem Aufstieg des Moskauer Reiches ab Ende des 14. Jahrhunderts zu erkennen. Im Kiewer Reich gibt es Ansätze dazu, aber eben sehr wenig schriftliche Überlieferungen, von einzelnen Hinweisen in Chroniken, Viten oder Urkunden abgesehen. Im Vergleich zur zeitgleichen Überlieferungen aus dem Westen ist diese Überlieferung aber sehr bescheiden.

Ebenso besteht ein Unterschied darin, dass im hochmittelalterlichen Westeuropa neben Wertgegenständen vor allem Land gestiftet wurde. Im frühneuzeitlichen Moskauer Reich hingegen wurde zunehmend Geld gestiftet, Sachstiftungen wurden in Geld umgerechnet. Unterschiedlich ist auch die Schriftführung. Zur Bewältigung der Namensmengen ging man im Westen dazu über, Nekrologe zu führen. Nur am Sterbetag wurde des Stifters bzw. des durch eine Stiftung Begünstigten gedacht. Im Moskauer Reich führte man zwei Listentypen ein: Eine Liste, in die man für geringes Geld eingetragen werden konnte, wurde unabhängig von Stationen zum Totengedenken im liturgischen Tageskreis gelesen. Eine Vorschrift aus dem Iosif-Kloster erwähnt, dass ein Mönch in der Chornische der Hauptkirche bei einer Kerze steht und von morgens bis abends die Namen der zu Kommemorierenden leise liest.

Daneben wurde eine zweite Liste eingeführt, die sehr teuer war, aber dafür wurden die Namen genau an den dafür im liturgischen Tageskreis vorgesehenen Stellen gelesen.

Teilweise ist ein Stifter dort auch nur ein Jahr eingetragen und wird dann wieder von der Liste gestrichen. Diese Liste wächst auf diese Weise nur sehr langsam. Die Liste des Iosif-Klosters, mit dem ich mich am meisten beschäftigt habe, ist von der Klostergründung 1478 bis ungefähr 1600 auf etwa tausend Namen angewachsen. Schließlich gab es als höchste und teuerste Stufe das Gedenken durch eine „Speisung“, ein mit einem Festessen verbundenes Jahresgedenken zugunsten des oder der durch die Stiftung Begünstigten.

Die mit der immer wachsenden Namenmenge verbundenen Probleme waren in Ost und West ähnlich, ebenso wie die Gründe für den Verfall dieser Systeme, auch wenn sich in der orthodoxen religiösen Praxis wie auch in der katholischen Welt Relikte bis heute erhalten haben. Ost und West haben in diesem Sinne viele Ähnlichkeiten.

Michael Gehler: *Sie wollten ja ursprünglich Ihre Arbeit auf die Zeit des Kiewer Reiches beschränken. Welche Bedeutung hat das Kiewer Reich für die Geschichte Russlands? Sie haben darauf schon in Ihrem Vortrag Hinweise gegeben.*

Ludwig Steindorff: Es ist die Zeit der Grundlegung. Es ist ausgeschlossen, eine Geschichte Russlands, Weißrusslands oder der Ukraine ohne ein Kapitel zum Kiewer Reich zu schreiben. Dynastie, religiöse und kulturelle Tradition wie auch der Name stellen die Geschichte Russlands in die Kontinuität zum Kiewer Reich. Es ist dabei kein Bruch zu erkennen, sondern es verläuft in Kontinuitäten weiter. Nur das Zentrum hat sich verschoben. Das Kiewer Reich entstand auf der Achse vom Ostseeraum bis hin zum Schwarzen Meer mit dem Zentrum von Kiew. Der Norden hinkte in der Entwicklung hinterher, aber auch die Fürstentümer an dieser Peripherie standen in derselben Tradition. Nowgorod wurde zu einem wichtigen Zentrum neben Kiew. Auch im Nordosten entstehen weitere Zentren, darunter Moskau. Die Fürstentümer innerhalb des Reiches verselbständigen sich. Eigentlich war ein Grundkonzept der Erbfolge nach dem Seniorat, dass ein Fürst anstrebte, schließlich den Großfürstensitz in Kiew zu erlangen, aber die Dynastie splitterte sich schon im 12. Jahrhundert in Teilterritorien auf. Doch der entscheidende Einschnitt ist erst mit den Einfällen der Mongolen und Tataren gegeben, die viel Verwüstung im Norden verursachten. Nur Nowgorod blieb davon verschont, ein Faktor für den weiteren Aufschwung dieser Stadt als Handelszentrum. In den Südwesten des einstigen Kiewer Reiches, den heutigen Westen der Ukraine, strahlte die Stadtkolonisation nach deutschem Recht aus, eines der Zentren war Lwiw (Lemberg). Seit dem 14. Jahrhundert gehörte Kiew zu Litauen, bzw. später zum Gebiet der polnisch-litauischen Union. Im Norden und Nordosten, dem Gebiet unter tatarischer Tributherrschaft gelang es dem Moskauer Fürsten, alle Fürstentümer unter seiner Herrschaft zu vereinigen.

Michael Gehler: *Die Kiewer Rus ist seit Mitte des 13. Jahrhunderts geteilt, und aus dem Norden und Nordosten ist das Moskauer Reich hervorgegangen. Der südwestliche Raum der Kiewer Rus hingegen kam in den Einflussbereich Polen-Litauens. Was für eine Bedeutung hatte diese historische Entwicklung für den weiteren Verlauf der Geschichte?*

Ludwig Steindorff: Man sollte nicht sagen, dass der Raum des einstigen Kiewer Reiches geteilt wurde. Es gab niemanden, der eine Teilung vorgenommen hat. Es ergaben sich verschiedene Entwicklungen. Für den Südwesten, der unter polnisch-litauische Herr-

schaft gelangte, ist von großer Bedeutung, dass Polen-Litauen eine stärkere Orientierung nach Westen besaß sowie dass hier Stadtkolonisation nach deutschem Recht und, damit verbunden, die Bildung der Stadtgemeinde erfolgten. Das Magdeburger Stadtrecht gelangte so nach Kiew und Lemberg. Zudem gab es ein Nebeneinander bezüglich der Kirchen, da die Hauptbevölkerung seit der Zeit des Kiewer Reiches orthodox war, und es die Siedler und Kaufleute waren, die den römisch-katholischen Glauben mitbrachten. Hinzu kamen zum Beispiel in Lemberg Juden und Armenier.

Anzusprechen ist auch eine Kirchenunion von Brest 1596 als Besonderheit. Somit erkennt damals ein Teil der Orthodoxen den Papst als Kirchenoberhaupt an, geht aber nicht zur römisch-katholischen Messe über und behält das Kirchenslawische als Liturgiesprache. Am Ende bestand ein Nebeneinander von griechisch-katholischer, römisch-katholischer und orthodoxer Kirche. Protestanten spielten nach der Gegenreformation nur noch eine geringe Rolle. Diese Entwicklung des Nebeneinanders und das Zurechtkommen mit den jeweils anderen Glaubensrichtungen habe ich auch in einem Aufsatz zur Sprache gebracht und bin dabei auch auf die Bildung von Bruderschaften bei den Orthodoxen eingegangen. Diese übernehmen Aufgaben nach römisch-katholischem Vorbild, vor allem das Totengeleit und das Totengedenken, wobei man ganz klar den westlichen Einfluss erkennen kann. Es entsteht eine orthodoxe Akademie in Kiew, die später kulturell stark ins Moskauer Reich ausstrahlt.

In der internationalen Forschung findet man immer wieder die Ansicht, dass Nowgorod strukturell einer westlichen Stadtgemeinde entsprochen habe. Nach meiner Ansicht ist aber die für die Stadtgemeinde charakteristische Verrechtlichung horizontaler Sozialbeziehungen in Nowgorod nicht erkennbar.

Jörg Beining: *Inwieweit spielte hierbei eine Westprägung auch hinsichtlich der ersten Teilung Polens 1772 eine Rolle, bei der auch Gebiete der heutigen Ukraine an die Habsburger-Monarchie gelangten?*

Ludwig Steindorff: Das hat den westlichen Einfluss noch verstärkt, weil diese Gebiete einen ähnlichen Weg nun beschreiten wie die anderen habsburgischen Teilungsgebiete Polens, Böhmen, Ungarn oder Kroatien. Das ist damit zu begründen, dass das Reich als Rechtsstaat funktioniert hat. Es gab im östlichen Galizien eine kontinuierliche Auseinandersetzung zwischen der polnischen und ukrainischen Nationalbewegung. Die Polen hatten bessere Voraussetzungen als die Ukrainer. Polen und Ungarn waren fast durchgängig loyal gegenüber der Habsburger-Monarchie, wobei diese im Umkehrschluss auch immer auf diese beiden Akteure gesetzt hat. Die ukrainische Bewegung hingegen wurde immer mehr als Bedrohung angesehen. Das ist ein ukrainisches Geschichtsnarrativ, mit dem viele Ukrainer heute noch leben. Die Nationalbewegung war damals insbesondere in Lemberg aktiv, viel weniger in Kiew. Die einstige Zugehörigkeit von Gebieten zu Österreich hat für die Westorientierung der späteren Ukraine sicherlich eine wichtige Rolle gespielt.

Jonas Kaiser: *Inwieweit konnte sich daraus auch eine ukrainische Identität bilden und weiterentwickeln?*

Ludwig Steindorff: Das ist eine ähnliche Frage wie nach der Entwicklung der kroatischen Identität. Bei der Ukraine ist es auch darüber hinaus der Name Ukraine, der sich erst durchsetzen musste. Die Begrifflichkeit ist allerdings weitaus älter, und so kann man auch auf Karten aus dem 17. Jahrhundert verweisen, auf denen bereits „Ukraina" eingetragen ist, was dann aber wieder verschwindet. Später wird dieser Name wieder aufgegriffen und besonders durch die Sprachpolitik und die Betonung der ukrainischen Sprache populär. Über den Gebrauch dieser Sprache definiert man sich zur Abgrenzung von Polen und Russen.

Die so betrachtete und gedeutete ukrainische Geschichte beginnt auch mit der Kiewer Rus, setzt sich aber nicht in das Moskauer Reich fort, sondern führt über Ansätze eigener Staatlichkeit unter den Kosaken im 17. Jahrhundert in die eigene Gegenwart. Der berühmteste Dichter aus der Ukraine ist Gogol, der jedoch auf Russisch schrieb. Bis 1917/18 gab es eine nationale Orientierung und Selbstdefinition auch innerhalb der beiden Reiche Russland und Österreich-Ungarn. Die Idee des eigenen Staates ist mehr oder minder das Zufallsprodukt des Zusammenbruchs des Zarenreichs nach dem Ersten Weltkrieg, aber noch nach der Februarrevolution 1917 ging die ukrainische Nationalbewegung immer noch von einer Verbindung mit dem Russischen Reich aus. Die Vision des eigenen Staates kommt aber auch auf. Im Brotfrieden von 1918 erkannte das Deutsche Reich eine selbständige, allerdings de facto von den Mittelmächten abhängige Ukraine an. Der Raum wird alsbald wieder geteilt: der westliche Teil mit Lemberg als Zentrum fällt an Polen, die anderen Gebiete werden der Sowjetunion einverleibt.

Michael Gehler: *Der Begriff „Ukraine", Krajina heißt Grenze, ist das ein treffender Zugang?*

Ludwig Steindorff: Ja, etymologisch ist das völlig richtig. Das erste Mal, als der Begriff ansatzweise vorkommt, ist im Jahre 1187 in einer russischen Chronik. Der Terminus bezeichnet hier das Land an der Grenze zur Steppe.

Michael Gehler: *Das ist also etymologisch eindeutig?*

Ludwig Steindorff: Ja, aber heute geht es bei der Bedeutung des Namens Ukraine viel mehr um Ergebnisse des Ersten Weltkrieges und der Russischen Revolution. Auf einer deutschen Karte von 1918 umfasst die Ukraine Gebiete, die sogar das ganze Asowsche Meer einschließen. Die heutigen Westgrenzen gehen letztlich auf die Interessenabgrenzung im Hitler-Stalin-Pakt zurück. Stalin stellte Ende 1941 gegenüber den nun verbündeten Briten klar, dass er als territoriales Kriegsziel die Wiederherstellung der 1939/40 erlangten Westgrenzen verfolge. Hinzu kam bei Ende des Zweiten Weltkrieges die Abtretung der Karpato-Ukraine durch die Tschechoslowakei.

Sicherlich ist auf der einen Seite die Erinnerung an die Schrecken des Holodomor tief in die geschichtliche Erinnerung der Ukrainer eingebrannt, aber auf der anderen Seite ist auch zu sehen, dass die sowjetische Ära in der Geschichte der Ukraine mit vielen Formen der Modernisierung, wie schon an den heutigen Städtebildern abzulesen, verbunden ist.

Dominik Arne Klein: *Wie würden Sie die Frage der Kiewer Rus im Licht jüngerer politischer Instrumentalisierungsversuche von russischer Seite einordnen?*

Ludwig Steindorff: Instrumentalisierungsversuche gibt es auch von ukrainischer Seite, denn es war Wolodomir Selenskyj, der vor einiger Zeit sagte, dass die russische Geschichte erst im 13. Jahrhundert angefangen habe und dass diese nichts mit der Kiewer Rus zu tun habe. Sie spielen auf den Essay Putins an, wobei ich mir unsicher bin, ob dieser in das Deutsche übersetzt worden ist. [Nachtrag: Inzwischen liegt eine Übersetzung vor.] Ich habe ihn auf Russisch gelesen. Wenn er ihn selbst geschrieben haben sollte, dann muss man sagen, dass er seine Geschichtslektion sehr gut gelernt hat. Er vertritt die Grundidee, dass aus dem gemeinsamen Erbe des Kiewer Reiches die Einheit aller Ostslawen – Russen, Ukrainer und auch Weißrussen – folge. Sie alle seien ein Volk, und die Ukrainer würden nicht verstehen, dass sie mit dazu gehören. Stattdessen würden sie sich als etwas anderes sehen. Es sei bedauerlich, dass sie diesen Einheitsgedanken nicht mehr teilen würden. Das Kiewer Reich ist somit ein Erbe, das einen Streitpunkt darstellt und eigentlich keinen solchen darstellen dürfte, weil Erbe geteilt werden kann. Wie würde es wohl enden, wenn sich Frankreich und Deutschland um das Erbe des Fränkischen Reiches streiten würden? Zum Glück kommt keiner mehr auf eine solche Idee, aber die Konstellation wäre eine ähnliche.

Jakob Iser: *Für die Archivrecherchen Ihrer Arbeit haben Sie sich 1990 länger in Moskau und Leningrad aufgehalten. Welchen Eindruck haben Sie damals von der Sowjetunion bzw. Russland gewonnen?*

Ludwig Steindorff: Das war eine aufregende Zeit. Einerseits war es noch die funktionierende Sowjetunion, die Inflation hatte noch nicht begonnen. Die Preise waren niedrig, angefangen von der Moskauer Metro, aber es gab wenig bis nichts zu kaufen. Es herrschte schon eine katastrophale Versorgungslage. Ich war in einem Hotel untergebracht, das um 1980 gebaut worden war. Innerhalb von zehn Jahren war es aber bereits sehr heruntergekommen, was an seiner schlechten Bauqualität gelegen hat. Ein dauerhaftes Thema bestand in der Frage, wo man etwas zu essen kaufen könnte. Nur auf eine Sache konnte man sich verlassen, und das war ein Auto, bei dem man an meiner Metro-Station georgische Fladen kaufen konnte. Immer wieder gab es in einem Laden eine Sache in großen Mengen, aber nichts anderes.

Sie können sich das gar nicht vorstellen: Eines Tages sind meine Schuhe kaputtgegangen. Leichtsinnig hatte ich nur ein Paar mit bereits sehr dünnen Sohlen dabei, und diese sind dann gebrochen. In Leningrad galt damals schon die Verordnung, dass nur dort gemeldete Menschen etwas kaufen konnten. An der Rezeption des Gästehauses wurde mir gesagt, ich solle mich in die Schlange bei einem Schuhgeschäft stellen, eine Frau meines Alters ansprechen und sie bitten, „für ihren Mann“ ein paar Schuhe zu kaufen. Aber zum einen war die Schlange so unendlich lang, dass mir der ganze Tag für die Arbeit im Archiv verlorengegangen wäre, zum anderen wäre es mir schwergefallen, so eine Bitte auszusprechen. Es fand sich eine andere Lösung. Ohne jedes Anstehen und ohne Bezugschein konnte ich Gummigaloschen zu kaufen. So bin ich dann die letzte Woche entweder in meinen kaputten Schuhen oder bei Regen in den Gummigaloschen herumgelaufen. Fach-

lich hat damals alles gut funktioniert, v. a. die Archivbestellungen. Insgesamt war es doch eine schöne Zeit.

Während der ersten Tage wohnte ich in Twer – die Stadt hatte schon wieder ihren alten Namen erhalten, der Bahnhof hieß noch „Kalinin“ – bei einem Geschichtsprofessor, der sich ebenso wie ich für die Geschichte der dalmatinischen Städte interessierte. Er führte mich auch in die Regeln des Alltagslebens in Moskau ein. Er war schon sehr skeptisch, ob Gorbatschows Reformprogramm den Staat stabilisieren könnte. An den damals aktuellen 500-Tage-Plan, mit dem sich die Sowjetunion im Wege einer schnellen Kur in eine Marktwirtschaft umwandeln wollte, glaubte weder er noch sonst jemand, mit dem ich gesprochen habe. Es war allen klar, dass die Zeit der alten Sowjetunion vorbei war, aber was kommen würde, war noch unvorstellbar. Dieser Zerfall ist aber dann auch wahnsinnig schnell vor sich gegangen. Lenin war 1990 noch „heilig“. Man berief sich auf die Wurzeln der Oktoberrevolution und wollte anknüpfen an die „positiven Anfänge“ in den Zwanzigerjahren vor dem Aufstieg Stalins. Einige Monate später war auch Lenin keine Identifikationsfigur mehr. Aber dass viele schon 1990 damit gerechnet hätten, dass dieser Staat bald in seine einzelnen Republiken zerfallen würde, wage ich zu bezweifeln.

Der Professor ist übrigens mit seiner Familie 1991 nach Israel ausgewandert. Er hatte in Twer bei der Organisation Memorial mitgearbeitet und mitgewirkt an der Entdeckung eines Ortes von Massenliquidationen polnischer Offiziere 1940. Dann hatte er Drohflugblätter mit antisemitischem Unterton im Briefkasten gefunden, und in der Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit fürchtete er sich vor Pogromen. Ich habe ihn später in Israel besucht, er ist aber dort nicht heimisch geworden. Soweit es irgend ging, pflegte er weiter Kontakte nach Russland.

Dass sich dieses Riesenreich so schnell in seine einzelnen Republiken auflösen würde, hat kaum wer geahnt. Sein Zerfall ist dann jedoch rasant, zum Glück aber gewaltfrei erfolgt.

Das nächste Mal bin ich wieder 1995 in Russland gewesen. Nun gab es alle Waren, aber nur für diejenigen, die genug Geld hatten. Man merkte die allgemeine Verarmung, angefangen bei den Rentnern, da die immer schnellere Inflation die Renten entwertete. Aber doch fiel zugleich auf, dass diese Verarmung für die meisten keine soziale Entwurzelung bedeutete

Jörg Beining: *Der Beginn dieser wirtschaftlichen Katastrophe begann im Grunde schon in den 1980er Jahren. Worin sehen Sie die Ursachen? Die Entwicklung wird häufiger mit der Afghanistan-Intervention in Verbindung gebracht. Kann man das so stehen lassen, und wie hat die Bevölkerung das eingeordnet?*

Ludwig Steindorff: Der Afghanistan-Krieg hat sicherlich viel gekostet, und über die Toten wurde möglichst wenig geredet. Als ich mich in der Sowjetunion aufhielt, war der Abzug gerade abgeschlossen. Da war der Krieg schon kein Tabuthema mehr. Und zum Beispiel an Fahrkartenschaltern wurden Afghanistan-Veteranen wie Rentner oder Mütter mit kleinen Kindern bevorzugt behandelt. Gewiss hat der Krieg die finanzielle Lage der Sowjetunion weiter erschwert, aber wirtschaftlich hätte sich das System, ebenso wie in der DDR, noch für längere Zeit durchschlagen können. Hinzukamen als Faktoren die

Überalterung der politischen Führung, die Unzufriedenheit der jüngeren Generation, die wieder aktuell gewordenen nationalen Fragen in den einzelnen Republiken.

Jörg Beining: *Dass die Leute vor leeren Regalen standen, war ja nicht immer so.*

Ludwig Steindorff: Ja, das war in der Breschnew-Zeit sicher besser, aber trotzdem war es nie eine sich selbst regulierende Versorgung wie in der Marktwirtschaft. Das Schlangestehen und das Leben mit Mängeln gab es auch in der Breschnew-Zeit, auch wenn die Schlangen nicht so lang waren und die Wahrscheinlichkeit, dass etwas fehlte, nicht so groß war. Die sowjetische Wirtschaft beruhte auf der Ökonomie des Mangels: Nicht das Verfügen über Geld, sondern über Waren bedeutete Wirtschaftsmacht.

Jörg Beining: *Haben die Fünf-Jahres-Pläne damit zu tun?*

Ludwig Steindorff: Ja, das war eine schöne Idee, weil man meinte, dass die Planwirtschaft eine zentrale Steuerung ermöglichte, die bis in die niedrigsten Ebenen reichte. Die Weichen sind dann oft zu einem Zeitpunkt gestellt worden, an dem gar nicht mehr klar war, ob die Vorgaben noch sinnvoll sind. Es haben auch Forcierungen stattgefunden, wenn man an die großen Projekte denkt. Aber diese litten vielfach an schlechter Bauqualität und waren, gerade beim Einsatz von Zwangsarbeit, mit hohen Menschenopfern verbunden. Das Sowjetsystem hat unbestritten Großes an Modernisierung geleistet, aber man darf die Schattenseiten und die hohen Kollateralschäden nicht übersehen. Die vom System definierten und proklamierten Ansprüche der Gesamtgesellschaft standen immer höher als die Interessen und Belange des Einzelnen.

Michael Gehler: *Zwei Ihrer Forschungsgebiete sind zentral. Zum einen ist es die russische Geschichte und zum anderen die kroatische Geschichte. In beiden waren Religionen und Konfessionen immer bedeutsam. Wie würden Sie die Konfessionen und das Religiöse mit Bezug auf die longue durée dieser Nationalgeschichten gewichten?*

Ludwig Steindorff: Heute in einer säkularen Welt übersieht man nur allzu gerne, was Konfessionalität und Religiosität für eine Bedeutung gehabt haben. Die Isolation des Moskauer Reichs gegenüber dem Westen war zu einem großen Teil religiös begründet. Bis in das 19. Jahrhundert war die religiöse Zugehörigkeit das zentrale und entscheidende Gliederungs- und Zugehörigkeitsmerkmal in Europa. Mir ist dies am anschaulichsten in Bosnien-Herzegowina deutlich geworden. In der osmanischen Zeit bestanden die Religionsgruppen der Muslime, Orthodoxen und Katholiken nebeneinander, und es gab geregelte Formen der Begegnung und der Nachbarschaft – einschließlich der gegenseitigen Achtung der Feste. Aber der Umfang der Gruppen war stabil. Eine Eheschließung über die Religionsgrenzen hinweg war die Ausnahme, und meistens musste einer der Partner, damals meist die Frau, den anderen Glauben annehmen. Mit der Ausbildung der nationalen Identitäten ist dann der Unterschied in der Religion zu einem Hauptmerkmal der Unterscheidung zwischen den sich national als Serben verortenden Orthodoxen, den katholischen Kroaten und muslimischen Bosniaken geworden.

Michael Gehler: *Wie würden Sie dies für den russischen Raum und die spätere Sowjetunion beschreiben? Sie haben in ihrem Vortrag über den* homo sovieticus *gesprochen. Dabei stellt sich die Frage, ob es durch den* homo sovieticus *möglich war, diese gewachsenen Identitäten zu verwischen. Ist das anders als in Südosteuropa? Hatte der Sozialismus einen Effekt der Säkularisierung? War er überhaupt in der Lage, diese alten Abgrenzungen abzuschleifen bzw. aufzuweichen?*

Ludwig Steindorff: Sehr schön sagen Sie das. Es gab ein Abschleifen und Aufweichen, aber keineswegs ein Verschwinden. Auch bei weitgehender Säkularisierung blieb die Heirat innerhalb der Gruppe derselben religiösen Herkunftstradition das Wahrscheinlichste.

Michael Gehler: *Eine ganz persönliche Frage: Sie haben gesagt, dass Sie bezüglich der europäischen Politik und der Weiterentwicklung der EU eher skeptisch sind. Welchen Einfluss hatte Ihre Beschäftigung mit der Geschichte Kroatiens und Russlands mit Blick auf Ihr persönliches heutiges Bild von diesen beiden Ländern, aber auch für das Verständnis vom gemeinschaftlichen Europa, wie es sich möglicherweise weiterentwickelt durch den europäischen Einigungsprozess?*

Ludwig Steindorff: Erst unter dem Eindruck der jugoslawischen Staatskrise ab 1989 und der Reise in die Sowjetunion 1990 ist mir deutlich geworden, wie hilfreich es ist, bei der Beurteilung aktueller Entwicklungen über solide Geschichtskenntnisse zu verfügen. Zugleich akzeptierte ich die Rolle, die dem Osteuropa-Historiker in der Öffentlichkeit zugewiesen ist. Unabhängig von seiner Spezialisierung – in meinem Fall die starke Orientierung auf die Geschichte von Mittelalter und früher Neuzeit – soll er auch Experte für Gegenwartsfragen sein. Und so habe ich mich auch immer mehr mit der Zeitgeschichte sowohl des ehemaligen Jugoslawiens als auch der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten vertraut gemacht.

Ich erinnere mich noch, wie wenig die Leute bei Vortragsveranstaltungen über Jugoslawien wussten. Mein Anliegen war es zu zeigen, dass die Republikgrenzen innerhalb Jugoslawiens keineswegs nur administrativ festgelegt worden waren, dass sie vielmehr zu einem großen Teil auf historischen Grenzen beruhten. Die föderale Ordnung Jugoslawiens war ein Kompromiss zwischen den Ansprüchen der einzelnen Republiken als eigene Nationalstaaten und einer gesamtstaatlichen Identität, die vor allem auf dem besonderen politischen Weg des Selbstverwaltungssozialismus, auf der Erinnerung an den Partisanenkrieg und auf dem Personenkult um Tito beruhte. Zugleich galt es, gegenüber der in Deutschland verbreiteten Neigung, im titoistischen Jugoslawien ein positives Gegenbild zum Sozialismus in der DDR oder der Sowjetunion zu sehen, deutlich zu machen, dass auch Jugoslawien erhebliche Demokratiedefizite aufwies und kein wirklich freiheitlicher Staat war. Die Systemkrise, die ungefähr gleichzeitig wie in den anderen sozialistischen Staaten begann, führte nicht nur zur Delegitimierung des Systems, sondern, in Jugoslawien und der Sowjetunion gleichermaßen, zur Delegitimierung des Staates selbst. Die jeweiligen Republikgrenzen erwiesen sich als Sollbruchgrenzen für die Bildung der Nachfolgestaaten, die sich selbst jeweils als Nationalstaaten verstanden.

Michael Gehler: *Mussten die Sowjetunion und Jugoslawien in Einzelteile zusammenfallen, damit ihre Nachfolgestaaten am europäischen Einigungsprozess teilhaben könnten? Oder sollte man die Erwartungen in Hinblick auf ein Fortschreiten des Einigungsprozesses möglichst niedrig hängen? Überwiegen am Ende doch die Unterschiede die Gemeinsamkeiten, oder gibt es Hoffnung für eine europäische Identität?*

Ludwig Steindorff: Viel mehr als ein Europa der Nationalstaaten wird man, realistisch gesehen, nicht erreichen. Die Vorstellung, dass die europäische Identität stärker als die Identität der verschiedenen Nationalstaatsidentitäten wird, teile ich momentan nicht. Man kann es als Programm formulieren, das möglicherweise in zwei Generationen Wirkung zeigt. Vorsichtig sollte man jedenfalls sein, denn eventuell überfordert man die einzelstaatlichen Gesellschaften damit. Die europäische Integration funktioniert gerade deswegen, weil alle Mitglieder als saturierte Nationalstaaten in sie eingetreten sind und eine gesicherte nationalstaatliche Identität haben.

Kroatien und Slowenien haben schon in ihren Unabhängigkeitserklärungen 1991 als Ziel erklärt, in die damalige Europäische Gemeinschaft zu gelangen. Aber die Integration der Staaten in der einstigen sowjetischen Hegemonialsphäre oder gar von Nachfolgestaaten der Sowjetunion selbst erschien Anfang der Neunzigerjahre noch in weiter Ferne. Erst recht galt das für den Beitritt zur NATO. Mit der Ausweitung der EU nach Ostmittel- und Südosteuropa und mit der stufenweisen Osterweiterung der NATO ist die Entwicklung inzwischen weiter gegangen, als man sich in den frühen Neunzigerjahren überhaupt vorstellen konnte.

Michael Gehler: *Es existierte die Idee des Panslawismus, der sehr einigend schien und von russischer Seite forciert worden ist. Daran knüpft unsere nächste Frage an. Wie würden Sie Bedeutung des Panslawismus in der Geschichte Russlands im 19., aber auch im 20. Jahrhundert beurteilen, und was ist daraus geworden?*

Ludwig Steindorff: Kleine Spuren gibt es davon noch. Dabei sollte man aber unterscheiden zwischen der frühen Slavophilie des 19. Jahrhunderts, als die Sprache als verbindendes Glied zwischen Polen, Tschechen, Russen und anderen slawischen Völkern wirken sollte, und dem Ende des 19. Jahrhunderts, als der Panslawismus als Legitimation einer offensiven Außenpolitik des Russischen Reiches diente und vor allem an die orthodoxen Slawen appellierte. Der Legitimationsanspruch des Panslawismus ist daher kaum mehr als eine Schablone. Die Berufung auf die Gemeinsamkeit als Slawen spielte in der Frühzeit des sozialistischen Jugoslawiens, vor dem Bruch mit Stalin 1948, als eine Begründung der sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft eine Rolle. Ein gewisses Gefühl der Gemeinsamkeit der Slawen drückt sich auch als Abgrenzung gegenüber der germanischen und romanischen Welt aus. Das ist für die russische Politik heute aber kein wichtiger Faktor mehr. Die russische Welt ist dort, wo die russische Diaspora lebt, und diese Welt hat in Serbien einen besseren Verbündeten als in Polen, weil die gemeinsame Religion vorhanden ist, aber der Panslawismus als Programm der russischen Außenpolitik ist meiner Meinung nach kein wirksamer Zugang mehr.

Jonas Kaiser: *Welche Rolle spielt der Nationalismus für die russische Geschichte?*

Ludwig Steindorff: Russland ist ein Imperium gewesen, das nicht über die Nation definiert war. Eine Bewegung, die sich als russische Nationalbewegung angesehen hat, gab es nur in Ansätzen. Im Russischen unterscheidet man auch heute sprachlich zwischen *russkij*, „russisch" für das russische Ethnikum und *rossijskij*, am besten mit „russländisch" wiederzugeben, für die Angehörigen des russischen Staates. Auch wenn die Russen das größte Volk der Russländischen Föderation sind und als das sozusagen staatstragende Volk angesehen werden, ist Russland nicht wirklich Nationalstaat der Russen, vielmehr ein Imperium, das gut fähig ist, mit Multiethnizität umzugehen.

Dominik Arne Klein: *Gibt es Kontinuitäten zwischen dem zaristischen Russland und der nachfolgenden Sowjetunion?*

Ludwig Steindorff: Es ergab sich eine Kontinuität insofern, dass die frühe Sowjetunion versucht hat, möglichst schnell die alten Grenzen von 1914 wiederherzustellen. Im Westen ist dies nicht gelungen, da sich die baltischen Staaten verselbständigt hatten und man im Frieden von Riga 1921 erhebliche Gebiete an Polen abtreten musste. Die Gebiete im Kaukasus und Mittelasien hat man jedoch wieder schnell integrieren können. Mit der konservativen Wende unter Stalin 1936 ist dann die alte Reichsgeschichte als in ihrer Zeit positiver Teil in das sowjetische Narrativ integriert worden. Die Erfahrung im Zweiten Weltkrieg hat das noch verstärkt. Alexander Jaroslawitsch Newski, Fürst von Nowgorod und Sieger über den Deutschen Orden 1242 in der Schlacht auf dem Peipus-See, wird zu einer auch im sowjetischen Narrativ positiven Figur und zu einem politischen Vorbild aufgewertet. Zu dieser Entwicklung gehörte der Kurswechsel in Stalins Kirchenpolitik 1943. Die Kirche diente nun als Faktor der Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg. Es blieb aber bis in die Spätzeit der Sowjetunion dabei, dass sich die Übernahme von Führungsaufgaben im System und öffentliche Teilhabe am Kirchenleben gegenseitig ausschlossen. Das hat sich erst seit 1991 und verstärkt in der Ära Putin geändert.

Putin baut nun am Narrativ einer heroischen Geschichtserzählung ununterbrochener Erfolge von der Zarenzeit über die Sowjetära bis in die Gegenwart.

Zurück zu Ihrer Frage: Über allen Anspruch an Modernität hinweg stand das von den Bolschewiken errichtete System in der Tradition von Herrschaftstechniken und Verwaltungshandeln der Zarenzeit, und das setzt sich nun in der Gegenwart fort.

Michael Gehler: *Es soll ja keinen Zaren gegeben haben, der nicht auch einen Krieg geführt hat. Ein weiteres Stichwort ist Geopolitik. Knüpfte Stalin nicht implizit an die zaristische Außenpolitik bezüglich Europa, Asien und Südosteuropa an, oder sind die Unterschiede dabei zu groß?*

Ludwig Steindorff: Die meisten Zaren haben recht lange regiert, sodass die Chance sehr gering war, dass es in ihrer Regierungszeit keinen Krieg geben würde. Das war aber in anderen Länder Europas nicht anders. Bis 1939 hat die Sowjetunion unter Stalin eine vorsichtige Außenpolitik betrieben, vor allem die in den späten Zwanzigerjahren begonnene Einbindung in das System der kollektiven Sicherheit fortgeführt und sich damit von der aggressiven Außenpolitik NS-Deutschlands abgegrenzt.

Erst mit dem vom Reich initiierten radikalen Kurswechsel des Hitler-Stalin-Paktes und der mit diesem verbundenen Abgrenzung von Interessensphären boten sich Chancen, die Grenzen des Russischen Reiches von 1914 wiederherzustellen. Dazu gehörten die Annexion der baltischen Staaten, der Anschluss der östlichen Gebiete des Zwischenkriegspolens an die Sowjetunion bzw. Ukraine und Weißrussland, auch der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939/40, bei dem es allerdings nicht gelang, Finnland einzuverleiben. Es blieb bei Gebietsabtretungen.

Putin nimmt nun die Auflösung der Sowjetunion und die Verselbständigung der Nachfolgestaaten als einen Verlust für Russland wahr. Die klare Westorientierung der Ukraine seit dem Euromajdan 2013/14 ist für ihn ein Ärgernis, der Wille, einen eigenen, nicht von Russland bestimmten Weg zu gehen, war seit der Verselbständigung gegeben. Der frühere Kieler Oberbürgermeister Norbert Gansel zeigte mir vor einigen Jahren einen Bericht von 1992, aus der Zeit, als Gansel noch in der Bundespolitik aktiv war. Der damalige ukrainische Präsident Krawtschuk hatte ihm bei einer Begegnung erklärt, man sei zwar 1991 der von Jelzin initiierten Gemeinschaft unabhängiger Staaten beigetreten, aber eigentlich wolle die Ukraine so schnell wie möglich ihren eigenen Weg gehen.

Auch wenn der förmliche Anschluss Weißrusslands an Russland in absehbarer Zeit nicht erfolgen dürfte, ist es für Putin ein Gewinn, dass das Regime von Lukaschenko, im Lande seit den manipulierten Wahlen 2020 stark geschwächt, auf den Rückhalt Russlands angewiesen ist.

Die 2015 gebildete Eurasische Zollunion war ein Versuch, Räume aus der Sowjetzeit wieder zusammenzubringen und zwar unter der automatischen Führungsrolle Russlands. Die Kräfterelationen zwischen Russland einerseits und den anderen Mitgliedern der Eurasischen Zollunion sind gänzlich asymmetrisch. Die Eurasische Zollunion funktioniert aber mehr schlecht als recht, bedingt durch die asymmetrische Konstellation und dadurch, dass die Teilnehmer zugleich eigene Interessen verfolgen. Bei Kasachstan stellt sich die Frage, ob es sich nach den Unruhen im Januar 2022 wieder stabilisiert, aber die Eurasische Union ist nicht das, was man sich davon versprochen hatte.

Michael Gehler: *Stalin wird nach Jalta und Potsdam gefragt, ob er denn nun zufrieden sei mit der Ausdehnung des sowjetischen Herrschaftsbereichs, worauf er gesagt haben soll, dass der Zar in Paris schon einmal weiter war. Wenn er das gesagt haben soll, dann hat er in einem historischen Bewusstsein geantwortet und offenbar auch geschichtlich gedacht.*

Ludwig Steindorff: Stalin hat seinen Staat ganz klar als Fortsetzung des russischen Imperiums gesehen, aber bei ihm kamen noch der Gedanke des Sieges des Sozialismus in den westlichen Ländern und der Wille zur Durchsetzung des eigenen politischen Systems hinzu. Abzusehen war spätestens ab der Truman-Doktrin von 1947, dass ihm das auf keinen Fall gelingen würde. Es gab zwar die kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern als Sprachrohr der Sowjetunion, aber es war gleichzeitig auch klar, dass diese keine Chance haben würden, an die Macht zu kommen. Dort jedoch, wo man mit den Truppen stand, wollte Stalin auch sein System durchsetzen. Am Anfang wurde das noch vorsichtig gehandhabt, um den Faden zu den westlichen Alliierten nicht abreißen zu lassen, dann aber ab 1947/48 immer konsequenter.

Michael Gehler: *Ein Thema, lieber Herr Steindorff, das als zu kurz gekommen scheint aus westlicher Perspektive, ist der Bürgerkrieg nach dem Ersten Weltkrieg im Hinblick auf die internationalen Implikationen. Das führt uns zu der nächsten Frage.*

Dominik Klein: *Welche Rolle spielt der Bürgerkrieg von Ende 1917 bis 1922 für die Geschichte Russlands, aber auch für die Europas? Finden Sie, dass dies bisher ausreichend in der westlichen Forschung und öffentlichen Wahrnehmung berücksichtigt worden ist?*

Ludwig Steindorff: In der Forschungsgeschichte ist das sicherlich ausreichend berücksichtigt, inwieweit er aber in der Geschichtsvermittlung vorkommt, das ist etwas anderes. Es gibt eine reiche Forschungsliteratur, beispielsweise das Buch von Nikolaus Katzer, dem früheren Direktor des Deutschen Historischen Institutes (DHI) in Moskau. Gut erforscht ist das alles, einschließlich der Akteure, die daran beteiligt waren. Man muss dabei die Frage stellen, wie es die Bolschewiki geschafft haben, sich gegen die ausländischen Interventionen und die gegnerischen Kräfte im Inneren schließlich durchzusetzen. Ein wichtiger Faktor war die durchgehende Kontrolle über die bedeutsame Achse Moskau – Petrograd. Zudem war ein zentraler Faktor, dass die Bauern auf keinen Fall die Rückkehr der geflohenen Gutsherren und die Rückgängigmachung der faktisch erfolgten Landaufteilungen wollten. Die Bolschewiki haben es geschafft, die Loyalität von Offizieren der früheren zarischen Armee zu gewinnen, und auch einige Bolschewiki selbst besaßen offensichtlich militärische Begabung. Die Verteidigung wurde militärisch gut organisiert. Für Großbritannien und Frankreich stellte sich auch die Frage, mit was für Kosten die Interventionen einhergehen und welche zeitliche Dimension diese umfassen würden. Länger als ein Jahr hätte der Atem vermutlich nicht ausgereicht. Abzuklären war auch für die Ententemächte, ob man die deutschen Freikorps als Verbündete behalten wollte. Es kamen also sehr viele Faktoren zusammen, aus meiner Sicht war aber der wichtigste Faktor die Kontrolle über die beiden Zentren Petrograd und Moskau.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie die Frage der „inneren Linie“ unter Leo Trotzki aus militärstrategischer Sicht?*

Ludwig Steindorff: Ich habe schon vorher überlegt, ob ich zu ihm etwas sagen sollte.

Michael Gehler: *Trotzki muss man doch erwähnen, oder?*

Ludwig Steindorff: Ich habe Trotzkis Memoiren dreimal gelesen, das Buch ist schon ganz zerfleddert. Es ist ungeheuer spannend zu lesen und gut geschrieben, aber es erschreckt auch das Fehlen jeglichen Gefühls der Empathie für andere. Es ist geprägt von ungeheurer Eitelkeit und Selbstgerechtigkeit. Auf jeden Fall sollte man erwähnen, dass Trotzki in der Organisation des Eisenbahnwesens und in der Kriegsführung eine große Rolle gespielt hat. Übrigens ist es ein wesentlicher Unterschied gegenüber dem Zerfall des Russischen Reiches in der Revolution, dass im Moment der Desintegration der Sowjetunion das Eisenbahnwesen nie zusammengebrochen ist. Es ist geradezu ein Kontinuitätsfaktor, der in allen Nachfolgestaaten noch nachwirkt.

Michael Gehler: *Wir werden uns nicht mit der russischen Geschichte beschäftigen können, ohne den Namen Lenin zu erwähnen.*

Jakob Iser: *Inwiefern ist die Geschichte der UdSSR mit Lenin verbunden, und welches Erbe hinterließ er ihr?*

Ludwig Steindorff: Lenin muss beeindruckend gewesen sein in seinem Auftreten. Er war kein besonderer Rhetoriker, aber mit seinem Habitus konnte er Leute für sich begeistern. Ein weiteres Merkmal war die ungeheure Selbstgewissheit, eine klare und völlig schlüssige Weltdeutung als Modell anzubieten, aus dem jegliches Handeln abgeleitet werden konnte. Er hat die Partei in der Illegalität und im Exil zusammengehalten. Aus seiner unhinterfragten Führungsrolle heraus entwickelte sich um ihn allmählich ein Personenkult, ohne dass dieser die grotesken Züge wie später um Stalin annahm. Lenin ist in relativ jungen Jahren an einer Folge von Schlaganfällen gestorben. Nach dem ersten Schlaganfall hatte er in seinem sogenannten „Testament“ Reformen in der Parteiorganisation vorgeschlagen, Stärken und Schwächen der Personen im engsten Führungskreis aufgezeigt.

Im engsten Führungskreis war er der Älteste. Die anderen waren alle ungefähr gleichen Jahrganges und kämpften nun um die Macht. Eine kollektive Führung wäre eine Option gewesen, aber es ist einer nach dem anderen hinausgedrängt worden, und am Ende blieb Stalin übrig. Im Testament Lenins hatte er eine nicht so gute Note bekommen. Lenin beschrieb ihn als einen Koch, der mit scharfen Gewürzen arbeite, und vorgeschlagen, ihm das Amt des Generalsekretärs zu entziehen.

Das Perfide ist dann jedoch, dass gerade Stalin, als er seine Macht gesichert hatte, um Lenin einen geradezu religiösen Kult aufbaute, am sinnfälligsten durch die Errichtung des Mausoleums am Moskauer Kreml. Die Verehrung von Lenin fast wie als ein Heiliger blockierte jegliche kritische Diskussion über sein Wirken bis in die späten 1980er Jahre.

Lenin spielt heute als Identifikationsfigur keine Rolle mehr, aber jegliche Pläne, ihn aus dem Mausoleum herauszuholen, sind bis jetzt nicht umgesetzt worden. Diese Debatten kenne ich seit zwanzig Jahren. Anders als in der Ukraine und anderen postsozialistischen Ländern sind in Russland die Lenin-Denkmäler und die nach ihm benannten Straßen noch weitestgehend vorhanden. Würde man junge Russen fragen, wer Lenin war, würden sie vermutlich keine genaue Beschreibung abgeben können, aber er ist eben mit seinem Namen präsent. Das ist wie bei uns mit den Hindenburg-Plätzen: Erst wenn eine Diskussion an einem Ort darüber anfängt, wird diese schnell konfrontativ, und es endet in der Regel mit der Umbenennung.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie Stalin? Wie charakterisieren Sie ihn, und inwieweit ist auch seine Biografie wichtig?*

Ludwig Steindorff: Die Sowjetunion ist älter als der Aufstieg Stalins. Dass Stalin aufsteigen würde, war bis 1927 noch nicht sicher. Ich kann keine eindeutige Antwort geben, und es ist zu überlegen, ob Stalin nur ein Produkt der Strukturen ist. Jörg Baberowski vertritt die These, dass die ganzen Schrecken und Auswüchse der Stalin-Zeit von seiner Persönlichkeit abzuleiten seien. So radikal würde ich es persönlich nicht sagen, denn

auch das NS-Regime kann man nicht auf die Person Hitlers reduzieren, aber es ist wahr, dass er in einer nicht-demokratischen Führungsgruppe ein Falschspieler und Sadist war. Er hatte Erfahrungen mit Gewalttaten und ist im Terror groß geworden. Er hat während der Jahre im Untergrund gelernt, sich zu verstecken und immer Angst vor Verfolgung zu haben. Für sich hat er immer wieder Gefahren gesehen, aber das Erschreckende an Stalin ist, dass seine allerersten Gegner aus seinem persönlichen Umfeld stammen. Sein primäres Opfermilieu ist die junge Generation aus der Zeit der Revolution 1917/18. Das sieht man dann besonders, wenn man der Frage nachgeht und analysiert, wie bei den Säuberungen um 1937/38 besonders der oberste Führungskreis von potentiellen Gegnern liquidiert wird. Es kommen immer neue Verschwörungen hinzu, denen Stalin sozusagen vorbeugen will, und das ganze Morden ist ohne Helfershelfer nicht vorzustellen, womit ein gezieltes System der politischen und sozialen Kontrolle aufgebaut wird. Es sind auch Überbietungen feststellbar, bei denen Verbannungen und Tötungen angeordnet werden, und dieser Terror kann nicht nur Stalin allein zuzuschreiben sein. Meine These lautet daher, dass Stalin nur möglich wurde durch die Strukturmerkmale der Sowjetunion aus ihren frühen Tagen.

Schon vor der Revolution war klar, dass man auf „innere Feinde" achten musste. Das System der Bolschewiki hatte von Anfang an keine rechtstaatliche Kontrolle und das war auch nicht vorgesehen, denn es gab ja eine verbindliche Weltanschauung, die als die einzig richtige erklärt worden war. Bestimmte Exzesse am Anfang hat Lenin nicht gewollt. An einem konkreten Fall der Beschlagnahmung der Kirchenschätze Anfang 1922 ist die Polizei hart gegen Demonstranten vorgegangen und dabei hätte man die sowjetische Rechtsprechung achten müssen. Lenin war damals schon krank. Offenbart wurde das Ganze bereits in den 1970er Jahren außerhalb der Sowjetunion und innerhalb der Sowjetunion erst unter Gorbatschow zugegeben. Es gibt einen Brief, in dem Lenin sagt, dass dies die Chance war, mit aller Härte vorzugehen. Das heißt auch, dass Lenin kein Mann der unblutigen Hände war. Es ist ein Milieu geschaffen worden mit Hilfe der Geheimpolizei, in dem nicht freigesprochen werden konnte und der Raum für einen Sadisten wie Stalin immer größer wurde. Zugleich befindet man sich in einer Zeit, in der es Fortschritt gibt und die Lösung der Agrarfrage gefunden wird. Eine ganze Generation, die mehr oder minder diese Zeit ohne Trauma heil überstanden hatte, musste durch Stalin im Zweiten Weltkrieg etwas Heroisches erleben. Es wurde viel verhaftet, aber gleichzeitig auch viel gebaut und geschaffen, was man als Scheinerfolge bezeichnen kann. Es ist später erst klar geworden, dass man so eine sowjetische Volkswirtschaft nicht solide aufbauen konnte. Die Stalin-Zeit hat im Endeffekt aber erst den großen Modernisierungsschub für Russland in der Zeit der Sowjetunion gebracht. Hinterfragbar ist, ob die Wirtschaftsführung anders nicht eher kollabiert wäre und die Agrarfrage hätte gelöst werden können. Heute tauchen immer mehr geschichtsrevisionistische Texte auf, die auch die Verbrechen Stalins mit anderen Verbrechen vergleichen und die auch hervorheben, wieviel Gutes diese Stalin-Zeit für Russland gebracht habe.

Michael Gehler: *Stalin und seine Phobien. Spielen diese eine Rolle im späteren Verlauf mit Blick auch auf äußere Feinde und welche Rolle spielt die Frage der Sicherheit ganz generell für ihn? Man vernahm ja auch immer wieder in den letzten Jahren, dass es um Russlands Sicherheitsinteressen geht. Der Wiener Kollege Andreas Kappeler sagt,*

dass dieses Thema überstrapaziert und von russischer Seite übertheatralisiert würde. Ich wende dagegen ein, dass Russland oder die Sowjetunion mehrfach von westlicher Seite angegriffen wurde und man auch behaupten kann, dass es ein historisch begründetes Sicherheitsinteresse Russlands gab und gibt. Wie sehen Sie das? In der Propaganda findet es natürlich auch immer wieder Anklang, was aber nicht heißen muss, dass es deshalb nicht stimmig ist. Putin kam zuletzt immer wieder darauf zurück. Ist dieses Bild von der Gefährdung sowjetischer bzw. russischer Sicherheitsinteressen eine Überzeichnung?

Ludwig Steindorff: Eine Bedrohung der russischen Einflusssphäre ist es allemal für diejenigen, die so argumentieren, dass Russland das Recht auf eine Einflusssphäre habe, die über sein eigenes Territorium hinausgeht. Die Glaubwürdigkeit des Westens ist für sie schon stark durch den Beitritt der baltischen Staaten zur NATO in Zweifel gezogen worden. Mit der Ukraine kommt jetzt noch die Berufung auf die ostslawische Gemeinsamkeit hinzu, und subjektiv gesehen ist die Sicherheit aus russischer Sicht bedroht. Gleichzeitig muss man berücksichtigen, dass umgekehrt auch Nachbarstaaten historische Traumata haben, wie z. B. Polen, begründet mit den Teilungen ihres Landes im 18. Jahrhundert und der Niederschlagung der Aufstände im 19. Jahrhundert. Daneben sehen sie den polnisch-sowjetischen Krieg und am allermeisten den Hitler-Stalin-Pakt 1939 und die Durchsetzung der neuen sowjetischen Westgrenze gegenüber den Alliierten.

Noch viel stärker ist das bei den baltischen Staaten der Fall mit den Deportationen im Jahre 1940 und nochmals nach 1945. Hier mag es Erinnerungen an den Livländischen Krieg im 16. Jahrhundert und an den Sieg Peter des Großen im Nordischen Krieg geben. Allerdings waren damals nicht die baltischen Völker selbst, sondern die Deutschbalten betroffen. Die Errichtung der russischen Herrschaft betraf unter Peter dem Großen konkret erst einmal vor allem die deutschbaltische Führungsschicht, deren Loyalität nun nicht mehr dem schwedischen König, sondern dem russischen Zaren galt. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten zahlreiche Deutschbalten Führungspositionen innerhalb des Russischen Reiches inne.

Ganz besonders eingebrannt ist Litauern, Esten und Letten die Erfahrung mit der Sowjetunion. Die Sowjetunion hat diese Staaten 1940 und erneut 1945 annektiert. Erwähnt wurden schon die massenhaften Deportationen, und später setzte eine enorme Zuwanderung vor allem von Russen ein. Übrigens wurde in den Achtzigerjahren beim Abschluss von Partnerschaften zwischen Städten in der Bundesrepublik und in den baltischen Sowjetrepubliken tunlichst darauf geachtet, dass in den Vertragstexten keine Passagen erschienen, die als eine Legitimation dieser Annexionen erscheinen könnten. Ein russischer Politikwissenschaftler hat vor einiger Zeit geäußert, man hätte nur die baltischen Staaten rechtzeitig gehen lassen sollen, dann hätte man die Sowjetunion ansonsten erhalten können.

Als historisches Trauma in Russland mag wirken, dass es am Anfang des 17. Jahrhunderts so aussah, als würde es zu einer polnisch-russischen Union kommen. Das hat man nachträglich als Intervention gedeutet. Dann spielt in Russland die napoleonische Erfahrung ebenfalls eine Rolle, ebenso die Ausgrenzung des frühen Sowjetrusslands durch den Cordon sanitaire, der erst durch den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo 1922 erstmals aufgebrochen worden ist, und am allerstärksten zuletzt der Überfall Hitler-Deutschlands im Jahre 1941.

Im Vergleich zu anderen Ländern herrscht in Russland eine lange Tradition des Misstrauens des Staates gegenüber Fremden, man braucht nur Reiseberichte von Herberstein oder Olearius zu lesen. Olearius schreibt, dass Persien um Vergleich zu Russland ein freies Land sei. Das sind Begrifflichkeiten, als wären sie aus dem 20. Jahrhundert. Der Anspruch des Staates, der alles kontrollieren will und den Ausländer, aber auch seine eigenen Bürger ständig ausspioniert, gehört zur Geschichte Russlands. Dies ist schon sehr früh angelegt und stärker wirksam als anderswo, auch wenn Russland zu Europa gehört.

Jörg Beining: *Die westliche Einkreisungspolitik, die bereits im Kalten Krieg von Stalin so gesehen wurde, gibt es diese auch heute noch?*

Ludwig Steindorff: Aus russischer Sicht: ja! Russland sieht sich in der Defensive, vor allem wenn es auf seine Wirtschaftskraft im Vergleich zum Westen blickt. Bezogen auf das Pro-Kopf-Einkommen steht Russland kaum besser als China da. Die Rüstungsanstrengungen dienen geradezu als Kompensation.

Russland beansprucht, als gleichberechtigte Großmacht geachtet zu werden. So kann es die NATO-Osterweiterung schwer ertragen. Russland kämpft darum, den USA die Gewinnung der Position als Hegemon so schwer wie möglich zu machen. Die Frage stellt sich, warum Russland so viel Geld in das Militär steckt und der Wohlstand nicht weiter gefördert wird. Ebenso muss man sich fragen, warum man der NATO unterstellt, dass, wenn die Ukraine zur NATO gehören würde, auch automatisch gleich Russland gefährdet sein würde. Denn das ist der große Unterschied zum Aufbau der sowjetischen Hegemonialsphäre nach 1945, die weitestgehend gegen den Willen der Bevölkerung in den Ländern aufgebaut worden ist. Die NATO-Osterweiterung hingegen entspricht dem großen Mehrheitswillen in den Ländern.

Die Ereignisse auf dem Maidan 2013/14 und die klare Westorientierung der Ukraine waren für die Führung in Russland ein Schock. Aber zu Recht ist hier auch zu fragen, warum eine Gesellschaft nicht ein Recht darauf hat, ihre Meinung und Politik zu ändern? Man kann also die Geschichten verschieden erzählen. Auf der einen Seite kann man sie als ein Ringen der Großmächte erzählen, bei dem die USA versuchen, als Hegemon auch in Mittel- und Osteuropa aufzutreten.

Auf der anderen Seite sehen sich die baltischen Staaten und Polen von Russland als einem aggressiv auftretenden Nachbarn bedroht, selbst wenn der Alltag der Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten nicht so dramatisch aussieht. Die russischstämmigen Bürgerinnen und Bürger in Estland und Lettland profitieren von den EU-Pässen, vom Wohlstand in den Ländern. Dennoch gibt es einen gegenseitigen Abschottungsprozess: Um vom Transit über die Häfen der baltischen Staaten unabhängiger zu werden, hat Russland den Ust-Luga-Hafen südwestlich von St. Petersburg ausgebaut; die baltischen Staaten wollen von Stromimporten aus Russland unabhängig werden. Der derzeitige Aufmarsch von russischen Truppen an der Grenze zum ukrainischen Nachbarn macht ebenfalls keinen guten Eindruck.

Michael Gehler: *Stichwort Ausgrenzung oder Abgrenzung. Wie abhängig ist die Russische Föderation wirklich vom Westen? Auf der einen Seite wird mit Sanktionen gedroht,*

und auf der anderen Seite wird durch das Militär gedroht. Wie stark kann Russland durch Sanktionen getroffen werden?

Ludwig Steindorff: Salopp geantwortet: Es würde sich „durchwurschteln“. Wenn man alles durchdekliniert, kann man Nordstream-2 abschreiben. Im Vergleich zu den Summen, die sonst bewegt werden, ist das nicht so schlimm. Es würde zwar bedeuten, dass Russland wahrscheinlich erhebliche Einnahmen verlieren würde durch eine alternative Energieversorgung zum Vorteil der USA, die ihr Schiefergas besser absetzen können. Der russische Aktienmarkt würde zusammenbrechen, die Mobilität würde sich reduzieren, und die Unzufriedenheit der jungen Leute würde ansteigen. Unklar ist auch, was mit den Getreideexporten passieren würde. Auf jeden Fall würde es eine erhebliche Senkung des Lebensstandards geben. Ein russischer Kollege äußerte jüngst auf *Facebook*, die antirussische Grundstimmung im Westen erinnere an die antirussische Propaganda in Polen im 17. Jahrhundert. Eigentlich kenne ich diesen von einer regierungskritischen Haltung her.

Auf die politische Elite in Russland hat die gesamte Thematik um Putin und die Ukraine eine unberechenbare Wirkung, weil die politische Elite gleichzeitig auch die wirtschaftliche Elite bildet. Wenn ihre ausländischen Konten gesperrt sind, können diese Menschen ihren Lebensstil nicht mehr weiterführen. Ich bin mir sehr sicher, dass Sanktionen den russischen Alltag schwer schädigen würden, aber man würde es überleben und sich wahrscheinlich „durchwurschteln“. Insofern kann Russland an diesen Sanktionen grundsätzlich kein Interesse haben, auch wenn die USA anscheinend geradezu daraufsetzen, dass eine Konstellation eintritt, die es ihnen erlaubt, Sanktionen verhängen zu können.

Michael Gehler: *Können Sie uns aus Ihrer Sicht die Gründe nennen, wie dieses Vielvölkerreich der Sowjetunion zu Grunde gegangen ist? War dieser Untergang notwendig und zwangsläufig? „Alternativlos“ ist ein Begriff, den wir uns als Historiker nicht als schnelle Antwort gefallen lassen dürfen, erst recht, wenn er aus dem Munde von Politikerinnen und Politikern stammt. War das Jahr 1991 eine Erosion oder eine Implosion? Ich kann mich noch gut erinnern, als mein Vater mir kurz vor Weihnachten 1991 sagte, dass ich gleich eine Rede von Gorbatschow im Fernsehen sehen würde und dass die Sowjetunion zu Ende gehe. Er sagte selbst, dass er das nie für möglich gehalten hätte, dass ein solches Geschehen eintreten würde. Mein Vater hatte mich damals ins Wohnzimmer gerufen und gemeint, das müsse ich jetzt unbedingt sehen. Es sei historisch.*

Ludwig Steindorff: Im kollektiven Gedächtnis ist es so, dass sich die meisten Menschen an den Putsch vom August 1991 erinnern und daran, welche Rolle Boris Jelzin bei seiner Überwindung gespielt hat. Die Rede Gorbatschows hingegen fiel auf den Ersten Weihnachtstag bei uns, und daher ist sie etwas untergegangen. Bei den Orthodoxen in Russland war Weihnachten noch ferne, es würde erst am 7. Januar nach unserem Kalender gefeiert werden. Als einen der Gründe für den Zerfall der Sowjetunion kann man auf jeden Fall die Wirtschaftskrise nennen. Das System hatte einen ungeheuren Verbrauch. Die Wirtschaft war kaum nachhaltig. Ständig wurde Neues gebaut, aber das einmal Gebaute wurde kaum unterhalten, was sich am Verfall zeigte. Es fehlte an Innovationswillen.

Gerade die Freigabe des Diskurses durch „Glasnost“ schuf den Freiraum für die erneute Diskussion der scheinbar gelösten Fragen, bzw. Gorbatschows Politik konnte auch in Nationalitätenfragen provozieren.

Ich war 2013 zwei Wochen Gastdozent in Kasachstan. Damals erzählte man mir von dem kasachischen Parteiführer Dinmuchamed Kunajew, der, ganz auf der Linie von Breschnew und dessen Zögling, sich doch bei den Kasachen den Ruf erworben hatte, ihre Interessen erfolgreich zu vertreten. Im Zuge der personellen Erneuerung löste Gorbatschow Dinmuchamed Kunajew ab und setzte einen Reformer ein, allerdings einen Russen. Deshalb war Gorbatschow in Kasachstan schon 1986 unbeliebt, also zu einer Zeit, als er hierzulande noch gar nicht zum großen Star avanciert war. Dinmuchamed Kunajew genießt noch heute hohes Ansehen im kasachischen Volk.

In der Endzeit der Sowjetunion übertrug die letzte Generation der kommunistischen Führungskader ihre Loyalität von der Union auf die jeweils eigene Republik, sie war nicht mehr am von Gorbatschow forcierten neuen Unionsvertrag interessiert. So gelang auch die weitestgehend gewaltlose Auflösung des Staates.

Die Entwicklung ist dann unterschiedlich weiter verlaufen. Die politische Führung in den zentralasiatischen Staaten steht noch bis heute in personeller Kontinuität aus dieser Zeit. Am schnellsten und konsequentesten erfolgte in der Reihe der ehemaligen Sowjetrepubliken der Elitenwechsel in den baltischen Staaten, und so wie die Staaten in der ehemaligen sowjetischen Hegemonialsphäre in Ostmittel- und Südosteuropa strebten sie die zügige Integration in EU und NATO an.

Michael Gehler: *Helmut Altrichter, der an der Universität Erlangen-Nürnberg gelehrt hat, hat schon vor einigen Jahren ein Buch veröffentlicht mit dem Titel „Russland 1989“. Wir hatten ihn hier auch zu Gast, und er hat sehr deutlich gemacht, dass die Sowjetunion schon 1989 praktisch am Ende war und sich dies auch in den Jahren zuvor schon abgezeichnet hatte. 1991 war demnach nur noch ein Vollzug dessen und beschleunigt durch den katalytischen Effekt des August 1991 mit dem Putschversuch. Zudem ist seinem Buch zu entnehmen, dass die Sowjetunion primär an den Peripherien gescheitert ist. Kasachstan haben Sie erwähnt und vorher auch auf die Achillesferse der Sowjetrepubliken mit dem Baltikum verwiesen. Würden Sie das auch so sehen, dass Gorbatschow nur noch eine Art Testamentsvollstrecker war bzw. jemand, der das Ganze mit untauglichen Mitteln versucht hat zusammenzuhalten? Er hat letztlich so viel Macht gehabt wie Breschnew und vielleicht sogar noch mehr und es dennoch nicht geschafft, die schwelenden Zustände an den Peripherien des Sowjetimperiums zu deeskalieren. Würden Sie das so unterschreiben?*

Ludwig Steindorff: Ja, das würde ich so bestätigen, denn die nationale Frage ist an den Peripherien zuerst wieder akut geworden. Gorbatschows Wirtschaftsreformen dürften von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen sein, und sie waren teilweise auch von naiven Ordnungsversuchen begleitet, wie z. B. der Prohibitionskampagne. Dabei waren wir im Westen auch ziemlich blauäugig optimistisch bezogen auf die Erfolgschancen. Die geschichtliche Größe von Gorbatschow liegt darin, jeweils rechtzeitig gesehen zu haben, wann Positionen aufzugeben waren. Er hat den Rückzug aus Afghanistan beschlossen, die Umbrüche in Polen hat er akzeptiert, von Interventionen war keine Rede mehr. Mit

dem 2+4-Vertrag akzeptierte er die Wiedervereinigung Deutschlands. Er hat den Zerfall des großen sicherheitspolitischen Vorfeldes hingenommen, welches sich die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut hatte.

Diese Entscheidungen gilt es zu würdigen, denn sie haben den weitgehend friedlichen Umbruch ermöglicht. Alles ist in einer sehr kurzen Zeit geschehen, und wenn sich die Entscheidungen länger hingezogen hätten, wer weiß, wie es ausgegangen wäre. Die deutsche Gesellschaft hat schon ihren Grund, Gorbatschow dankbar zu sein, dass die Vereinigung Deutschlands so hat stattfinden können.

Michael Gehler: *Hat Gorbatschow damit nicht noch viel mehr durch diesen weitgehend gewaltlosen Auflösungsprozess beigetragen, den Kalten Krieg in Europa friedlich beizulegen? Oder geht das zu weit?*

Ludwig Steindorff: Ganz bestimmt ist das richtig, denn der Kalte Krieg ist nicht 1991 zu Ende gegangen, er war mit der Entscheidung zum Abzug aus Afghanistan und dem Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow 1987 faktisch schon beendet, auch wenn NATO und der Warschauer Pakt – letzterer formell – noch bestanden haben. Die Prognosen nach 1991, dass sich mit dem Warschauer Pakt auch die NATO als funktionslos auflösen würde, lagen aber ganz daneben. Francis Fukuyama lag allerdings mit seiner Analyse genauso falsch, das „Ende der Geschichte“ sei gekommen, und der Westen und mit ihm die liberale Demokratie hätten gesiegt. Das war ein übertriebenes Triumphgeheul.

Michael Gehler: *Jonas Kaiser arbeitet die KSZE-Treffen in Wien von 1986 bis 1989 sowie vertrauensbildende Maßnahmen und das Thema Sicherheit auf. Die Idee eines gemeinsamen europäischen Sicherheitssystems ging ursprünglich auf die Sowjetunion im Jahr 1954 zurück mit einem Vorschlag von Außenminister Molotow. Das Thema Sicherheit ist für die Sowjetunion damals ein wichtiges Thema gewesen, und was wir uns aber dabei immer wieder fragen, ist: Warum kommt es ab Mitte der 1970er Jahre zu einer so extremen Aufrüstung auf sowjetischer Seite? In den 1980er Jahren kehrt sich das ins Gegenteil unter Gorbatschow um, und spätestens seit 1985 und in den folgenden Jahren geht vieles in Richtung Abrüstung. In beiden Fällen scheint Sicherheit eine große Rolle zu spielen, sowohl bei der Aufrüstung als auch bei der Abrüstung. Wie sind Sicherheit und Vertrauensbildung für die einzelnen Führer der Sowjetunion von Stalin bis zu Gorbatschow zu beurteilen? Die sowjetische Aufrüstung zwang den Westen zum NATO-Doppelbeschluss 1979.*

Ludwig Steindorff: Ich würde dies chronologisch aufrollen. Zunächst einmal sind es die stabilen 1950er Jahre bis hin zum Mauerbau in Berlin 1961, der die letzte Konsequenz der Abschottung bedeutete und von der westlichen Seite als konsequent hingenommen werden musste. Darauf folgen eine allmähliche Entspannungspolitik und eine Annäherung durch Handel. Das Wort der Entspannungspolitik ist nebenbei viel älter und kommt schon in früheren politischen Programmen vor. Man hat gesehen, dass es galt, trotz des Kalten Kriegs die Kommunikation untereinander weiterzuführen, dass das zu konkreten Ergebnissen führen konnte. Die Feindbilder verfließen, denn das Feindbild des „Faschisten“ und des „Imperialisten“ aus dem Westen verliert an Wirksamkeit. Sodann

folgt die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als Versuch des Miteinanderlebens und der Entspannung, aber auch gleichzeitig mit dem Sprengstoff im Korb V, sprich den Forderungen zur Sicherung der Menschenrechte. Die Dissidenten konnte man in der Sowjetunion in den 1970er Jahren noch sehr gut individuell identifizieren. Viel gefährlicher waren dagegen religiöse Gemeinschaften, derer man nie zur Gänze Herr werden konnte. Das galt für die Katholiken in Polen oder auch die Mennoniten in der Sowjetunion. Letztere sind aber nach dem Umbruch größtenteils ausgewandert, und von dieser Welt ist heute nur noch sehr wenig erhalten.

Jonas Kaiser: *Ich würde die Rolle der Dissidenten in den 1980er Jahren nicht unterschätzen, denn 1986 kommt diese Diskussion bei dem Treffen in Wien auch auf. Vor allem die USA berufen sich auf die immer noch vorherrschenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Dissidenten, und wenn diesem Treiben nicht Einhalt geboten würde, würden die USA keine Sicherheitszugeständnisse machen. Aus den Jahren 1986 und 1987 geht dabei hervor, dass darüber mehr oder weniger offen gesprochen wird. Ein Schlüsselmoment soll gewesen sein, dass Sacharow aus seinem inneren Exil zurückkommen konnte.*

Ludwig Steindorff: Da muss ich Ihnen Recht geben, dass das in Vergessenheit geraten ist. Das hatte eine erhebliche Symbolfunktion, dass Sacharow zurückkehren konnte. Er kam aus der Provinz, aber Verbannungen gab es in Russland bzw. der Sowjetunion seit frühesten Zeiten. Massenumsiedlungen fanden nicht erst bei Iwan dem Schrecklichen statt, sondern schon bei der Unterwerfung von Nowgorod 1478. Das gehört zur Geschichte Russlands, dass man Netzwerke durch Umsiedlung zerstört.

Michael Gehler: *Was führt zur veränderten Außenpolitik der Sowjetunion nach der Schlussakte von Helsinki von 1975 und zu der erwähnten enormen Aufrüstung? Ein Höhepunkt wird aus deutscher Wahrnehmung erreicht, als Kohl die Sowjetunion besucht in der Zeit unter Andropow, also noch vor Gorbatschow. Kohls Berater Teltschik hat uns erzählt, wie prominent bei diesem Besuch die Generäle präsent waren mit allen Auszeichnungen und die Überzeugung übermittelt haben, dass sie jederzeit in der Lage seien, erfolgreich gegen den Westen Krieg zu führen und sie sich auch vor niemandem mehr fürchten müssten. Die deutsche Seite war verwundert über diese Demonstration von militärischer Macht. Erst amerikanische Mittelstreckenraketen könnten dem Einhalt gebieten und die Sowjetunion zum Einlenken bringen, so lautet eine Gegenthese im Westen. Dabei sind wir in der Debatte angelangt, was zum Ende des Kalten Kriegs führte und ab wann Sie das zeitlich ansetzen würden?*

Ludwig Steindorff: Die Aufrüstung hat in diesem System auch damit zu tun, dass Modernisierung im militärischen Bereich anfängt. Das Militär ist sozusagen die Avantgarde der Technologie, aber die Aufrüstung ist auch ein Schritt gegen das Gefühl, in der KSZE-Akte viel zu viel preisgegeben zu haben. So will man also als Gegenschritt militärische Stärke demonstrieren. Dies ist als Gegengewicht zur Entspannungspolitik zu verstehen. Der Kalte Krieg ging damit weiter, und man versuchte seine Position beizubehalten, so dass man sich in der Lage wähnte, in Afghanistan erfolgreich intervenieren zu können.

Man merkte aber im Fall Afghanistans, dass man dort das Regime nicht stabilisieren und den Frieden nicht herstellen konnte.

Gorbatschow sah dann ein, dass es Zeit war, diese Position aufzugeben, miteinander zu reden und den Kalten Krieg zu beenden, sodass auch Gespräche mit US-Präsident Reagan möglich wurden. Es erfolgten keine weiteren Interventionen mehr seitens der Sowjetunion, wenn man vom Eingreifen in Litauen, also im damals noch sowjetischen Territorium selbst, im Januar 1991 absieht. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 war eine inner-polnische Entscheidung. In Polen sind aber die alten Zustände nicht wiederhergestellt worden, und Gorbatschow hat dies auch nicht erzwingen wollen. Solche Erfahrungen haben dazu geführt, dass auch Reagan mit Gorbatschow sprechen wollte. Der Abzug aus Afghanistan war ein Signal der Sowjetunion, dass man eine Position aufgegeben hatte. Das ist damals mit großer Freude in der sowjetischen Gesellschaft wahrgenommen worden, aber man wusste nicht, was dieser Abzug bewirken würde. Die von den Amerikanern ausgerüsteten Mudschaheddin übernahmen bald die Macht. Für die Sowjetunion war es aber eine Entlastung, da man die Kosten der Aufrüstung und Kriegsführung nicht mehr tragen musste, und dies war auch der erklärte Wille von Gorbatschow.

Michael Gehler: *Sie haben gesagt, dass die Annexion der Krim staatsrechtlich illegitim war. Jetzt komme ich zum Völkerrecht, denn aus der ukrainischen Sicht ist es ein staatsrechtlicher wie auch ein völkerrechtlicher Verstoß gewesen. Die Krim war seit 1954 Teil der Sowjetrepublik Ukraine. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von der Sowjetunion gehörte die Krim weiterhin zur Ukraine. Wie stand eigentlich die Sowjetunion zum Völkerrecht? Interessant ist, dass die KSZE-Schlussakte vom 1. August 1975 nicht völkerrechtlich bindend war. Inwiefern war das für die Sowjetunion wichtig, dass das Völkerrecht dabei gar nicht zur Anwendung kommen musste?*

Ludwig Steindorff: Mit der Verselbständigung der Republiken der UdSSR galten auch die alten Grenzen weiter, unabhängig von Argumenten für Grenzrevisionen. So gab es in den frühen Neunzigerjahren sehr wohl Überlegungen, den Status der Krim zu verändern. Es ist dann 1994 ausgehandelt worden, dass im Zuge der Auslieferung der Atomwaffen aus der Ukraine an die Russische Föderation die internationalen Grenzen der Ukraine von der Russischen Föderation, Großbritannien und den USA garantiert würden. An diese Garantien hat sich Putin 2014 nicht gehalten. Das Referendum 2014, bei dem sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Krim für die Zugehörigkeit der Krim zur Russischen Föderation entschied, war nicht legitim und nicht frei in einer Atmosphäre, bei der Bewaffnete am Wahllokal standen. Für die Ukraine und die westlichen Staaten ist die Krim-Annexion durch Russland inakzeptabel, doch wissen wir alle, dass sich ein Krieg um die Krim nicht lohnen würde.

Jakob Iser: *Wie wichtig sind die Militärbasen Russlands z. B. in Tartus, um Räume wie das Mittelmeer für Russland zugänglich zu machen?*

Ludwig Steindorff: Das ist ein sehr wichtiges Kontinuitätsthema. Es handelt sich hier um den wiederkehrenden Versuch Russlands, zu einer Mittelmeermacht zu werden. Das beginnt bereits mit Peter dem Großen wie auch mit Katharina der Großen im Asowschen

bzw. Schwarzen Meer. Katharina die Große verfolgte das sogenannte Griechische Projekt, dass Konstantinopel Hauptstadt eines von Russland abhängigen erneuerten Byzantinischen Reiches wird und damit Russland die Kontrolle über die Meerengen besitzt. Es kam dann alles ganz anders, aber Russland als Hauptmacht am Schwarzen Meer und sein Kampf um das Recht des Zugangs zum Mittelmeer bleibt bestehen. Diese Linie lässt sich vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in das 21. Jahrhundert verfolgen.

Es ist auch aus heutiger Moskauer Sicht immer besser, dort eine Basis auf dem Festland zu haben, wo die Flotte auf dem Meer operiert. Interessant aber trotz alledem ist im Falle von Krisenmomenten die Frage der freien Durchfahrt durch die Meerengen. Genauso stellt sich die Frage der Durchfahrt russischer Schiffe durch den großen Belt. Ich erinnere mich noch an die Bundeswehrzeit 1972, wo wir eine Schulung in Bad Segeberg hatten. Wir haben von einem Offizier die Aufgabe bekommen, dass wir Momente benennen, die im Raum rund um Schleswig-Holstein zu einer internationalen Krise führen könnten. Er hat dann leider einen didaktischen Fehler begangen, indem er uns die Lösung einfach gesagt hat: Das war die Frage der freien Durchfahrt sowjetischer Kriegsschiffe. Das hat man in der Zwischenzeit vergessen, aber jetzt ist es im Grunde genommen wieder so, dass die russische Flotte an dem NATO-Staat Dänemark und Schweden vorbeifahren kann. Es ist bemerkenswert, wie sich alle mit diesen uralten Regeln arrangiert haben. Russland hat allerdings den umsturzartigen Prozess in Syrien genutzt. Dabei war Russland allerdings nicht die erste Großmacht, auch die USA waren involviert.

Jakob Iser: *Wie vergleichbar ist die Geschichte der Ukraine mit der Geschichte Georgiens auch in Bezug mit der Auseinandersetzung mit Russland, wie z. B. während des Georgienkriegs 2008? Gibt es Analogien oder gar Parallelen?*

Ludwig Steindorff: Wenn man sich auf die jüngere Geschichte bezieht, gibt es ganz klare Parallelen, wobei der Unterschied darin besteht, dass es in Georgien um zwei Territorien geht, die innerhalb Georgiens schon einen gewissen Sonderstatus hatten. Die Zuordnung Abchasiens zu Georgien war 1931 von Stalin beschlossen worden. Das war eine praktikable Lösung, aber es ist auch kein ursprünglich georgisches Territorium. Der Wille der Bevölkerung, eng an Russland angebunden zu sein, war durchaus gegeben. Es fügt sich ein in das Interesse Russlands, kleinere Grenzkorrekturen vorzunehmen, so wie man jetzt auch Luhansk und Donezk der Ukraine abnehmen will. Es gibt auf jeden Fall viele Parallelen, und Russland beansprucht an seinen Grenzen eine Kontrollfunktion, die es unbedingt behalten will. Was daraus erfolgen kann, wird man sehen müssen.

Michael Gehler: *Anknüpfend und ergänzend an die Frage von Herrn Iser sowie die Parallelen und Analogien der Geschichte der Ukraine und Georgiens kann man auch ergänzen, dass der US-amerikanische Präsident George W. Bush schon 2008 sehr darauf gedrängt hat, Georgien in die NATO aufzunehmen. Damals haben Angela Merkel und Nicolas Sarkozy zusammen beschlossen, dagegen ein Veto einzulegen. Wie verhält sich das heute und stimmt das, was auch vom ukrainischen Botschafter zu hören war, dass es auch heute in der NATO keinen Konsens gebe, der Ukraine die NATO-Mitgliedschaft anzubieten, auch wenn US-Präsident Joe Biden das tendenziell eher wollen würde, aber Macron und auch Scholz keinesfalls einen solchen Schritt setzen wollen? Sind das*

auch Analogien, demzufolge die Europäer sehr vorsichtig und zögerlich agieren, was eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine angeht im Gegensatz zu zwei amerikanischen Administrationen? Lässt sich daraus auch ableiten, dass es doch eine differenziertere und abweichende amerikanische Europa-Sicherheitspolitik gibt im Gegensatz zu einer europäischen Europa-Sicherheitspolitik? Sicherlich gibt es dabei auch verschiedene Auffassungen, wenn man sich nur die Positionen von Polen oder Ungarn anschaut.

Ludwig Steindorff: Vielleicht ist die Haltung Ungarns skeptischer gegenüber der Ukraine, weil Ungarn irritiert war, wie sich die Lage des Schulwesens für die ungarische Minderheit in der westlichen Ukraine verschlechtert hat. Sie haben vollkommen recht: Die aus den Osterweiterungen der NATO folgenden Spannungsmomente betreffen vor allem die europäischen Staaten, weniger die USA, und gerade deswegen halten diese die Option eines NATO-Beitrittes der Ukraine für eher denkbar.

Dabei soll kein Staat in die NATO aufgenommen werden, der nicht den Ansprüchen eines demokratischen Staates entspricht und in dem zu drastische politische Probleme herrschen. Bemerkenswert ist dabei vor allem die Türkei, weil die NATO bei ihr in den letzten Jahren fünf gerade hat sein lassen. Bei der Frage der Aufnahme in die Ukraine in die NATO verhält es sich ähnlich wie bei der Aufnahme der Türkei in die EU, denn solche Mitgliedschaften würden vieles verkomplizieren. Das wissen auch die Führungskräfte und Sicherheitsexperten in den USA.

Michael Gehler: *Sie haben die Türkei genannt, und das führt uns zu einer weiteren Frage, die auch von Jakob Iser aus unserem Fragenkatalog stammt. Die Beziehungen der Türkei und der Russischen Föderation, speziell zwischen Erdoğan, Recep Tayyip und Putin, sind keine schlechten. Das wissen wir auch bezüglich der Rüstungstechnologien und Importe aus Russland in die Türkei, die ganz zum Missfallen des NATO-Hauptquartiers in Brüssel stattgefunden haben. Spielt die Türkei möglicherweise auch eine Rolle in Bezug auf die Ukraine-Krise? Kann ein Erdoğan, der innenpolitisch erheblich unter Druck steht durch eine enorme Inflation, möglicherweise außenpolitisch ein Mittler und Vermittler sein? Wie sehen Sie überhaupt das Verhältnis Russlands zur Türkei im Lichte der Geschichte? Neben Frieden sind es ja sehr kriegerische Beziehungen gewesen, wenn es um die Machtverhältnisse in Südosteuropa gegangen ist. Erdoğan liebäugelt mit einer Osmanisierung, und Putin sieht in ihm einen Handelspartner, wie auch der russische Tourismus in der Türkei eine starke Rolle spielt, zuletzt teilweise mehr als der deutsche. Wie ordnen Sie das bezüglich Sicherheit und Konfliktlösung ein?*

Ludwig Steindorff: Die heutige Türkei und Erdoğan stehen in geringer Kontinuität zum Osmanischen Reich. Es war Atatürk, der nach der Auflösung dieses Imperiums im Vergleich zu den Konzepten der Entente-Mächte einen territorial viel saturierteren türkischen Nationalstaat schuf. Dies drängt Minderheiten ganz in die Marginalisierung und zielt auf Assimilierung ab. Erdoğan hat sich einen dubiosen Ruf eingehandelt. Er hat aber jetzt eine Chance, als Vermittler für die NATO aufzutreten. Allerdings ist der russische Markt für ihn auch interessant.

Eine Sache sollte man noch erwähnen, und dabei bin ich sehr gespannt, wie es weitergeht, denn Kasachstan treibt eine Lösung von Russland ganz deutlich voran. Seit den

1930er Jahren wird Kasachisch in kyrillischer Schrift geschrieben, und dies wollen die Kasachen nun umstellen auf die lateinische Schrift. Man dürfte auch Bedingungen schaffen, dass die noch immer beachtliche russische Minderheit in Kasachstan faktisch gezwungen wird, Kasachisch zu lernen. Es ist letztlich ein imperialistisches Gehabe, das schon der Sowjetunion galt, dass zwar von Kasachen erwartet wurde, dass sie zweisprachig lebten, dass aber Russen nur ausnahmsweise Kasachisch lernten.

In den baltischen Ländern ist das schon weiter gediehen, denn dort haben die jungen Leute aus russischen Familien gemerkt, dass es notwendig ist, auch die Landessprache zu lernen, wenn man Karriere machen will. Im Jahre 2003 war ich im lettischen Riga, und dort waren zusammen mit lettischen Studenten auch Studenten aus russischen Familien, die an meinem auf Englisch durchgeführten Kurs teilnahmen.

Kasachstan hat mit diesem Schritt der Schriftumstellung eine engere Verbindung an die Türkei geknüpft. Zudem ist das Kasachische dem Türkischen so ähnlich, dass die türkischen Dozenten, die im selben Gastprogramm wie ich arbeiteten (mein eigener Kurs fand auf Russisch statt), auf Türkisch vortrugen, und die kasachischen Studenten konnten ihnen mühelos folgen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass eine neue türkisch-kasachische Achse entsteht, auch wenn das momentan noch nicht absehbar ist. Momentan blickt die kasachische Führung noch mehr nach Russland, aber es sind noch andere Optionen für sie offen.

Michael Gehler: *Türkische Historiker haben sich auch damit beschäftigt, was die Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die Lage der Türken in Deutschland für eine Bedeutung hat sowie v. a. die Auflösung der Sowjetunion in Hinblick auf die türkisch-russischen Beziehungen und nicht zuletzt für die Turkvölker der ehemaligen Sowjetunion. Einer von ihnen argumentiert, dass das Ende der Sowjetunion und die innerdeutsche Einigung die Westorientierung der Türkei nicht unbedingt forciert haben, sondern im Gegenteil in Bezug auf den transkaukasischen Raum die türkischen Handels-, Kultur und Technologiebeziehungen in diese Richtung intensiviert haben. Auch im Bereich der Telekommunikation wurden Vereinbarungen mit dortigen Staaten getroffen. Ebenso war im Krisenfall von Armenien und Aserbaidschan um das Gebiet von Berg-Karabach gut zu erkennen, wie weit hierbei auch die Türkei Einfluss eingenommen hat. Die These lautet also folgendermaßen: Das zerfallene Sowjetimperium hat der Türkei Chancen eröffnet, in diesem Raum nicht nur sprachlich und kulturell präsenter zu sein, sondern auch technologisch und handelspolitisch. Würden Sie diesem großen Bild zustimmen?*

Ludwig Steindorff: Sicher! Die Türkei hat in diesem Zusammenhang im Verhältnis zur EU und der NATO andere Akzente gesetzt. Die Orientierung auf die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes und die Sowjetunion hat bis zum Ende des Kalten Kriegs keine so große Rolle gespielt. Die Türkei orientierte sich ab 1991 in diesen Räumen neu. Wenn man auf den Berg-Karabach-Konflikt blickt, dann ist der Partner der Türkei Aserbaidschan. Der Partner auf der anderen Seite für die Armenier ist Russland. Darin besteht eine Konfliktlinie. Russland hat hier die Rolle eines Vermittlers eingenommen und zur Deeskalation beigetragen. Es stimmt, dass die Türkei überall dort präsent ist, und innerhalb der NATO ein zunehmend peripherer Partner geworden ist.

Michael Gehler: *Wie ist das Verhältnis der Volkrepublik China zur Sowjetunion einzuordnen und zuletzt das der Volkrepublik China zur Russischen Föderation? Wir haben immer wieder unseren sehr geschätzten Asien-Experten Harald Kleinschmidt zu Gast, der jahrzehntelang in Tokio gelehrt hat. Er sagt, dass das westlich dominierende Bild von der Bipolarität der Sowjetunion und der USA so nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Seit den 1970er Jahren habe sich das schon verändert. Er sagt, es sei einseitig, an der Bipolarität vor 1989 festzuhalten. China sei schon zuvor bedeutsamer geworden. China hat sich dann ja auch in Folge faktisch zu einer Export-, ja zu einer Weltwirtschaftsexpansionsmacht entwickelt, die mit allen möglichen Mitteln diese Expansion aufrechterhalten und vorantreiben will.*

Ludwig Steindorff: Gehen wir zuerst noch einmal weiter zurück: In der Zwischenkriegszeit gab es Misserfolge für die chinesischen Kommunisten. Die Sowjetunion hat dieses Scheitern zunächst geschehen lassen, ja akzeptiert, dass der erste große Aufstand der Kommunisten Chinas scheiterte und deren Unterdrückung durch die Kuomintang erfolgte. Die chinesischen Kommunisten gelangten 1949 dann aus eigener Kraft an die Macht, und dies geschah nicht mit Hilfe der Sowjetunion. Auch das ist wichtig festzustellen. Die Chinesen akzeptierten zunächst die Rolle des kleineren Bruders im Bündnis mit der Sowjetunion und sahen die UdSSR als Freund und Partner an. Je mehr China erstarkte, desto weniger duldete es eine Bevormundung durch Moskau, vergleichbar Jugoslawien, das bald nach dem Ausschluss aus dem Kominform 1948 seinen eigenen Weg gesucht hatte. Das Ergebnis bestand darin, dass trotz vieler ideologischer Gemeinsamkeiten die UdSSR und China als Rivalen und Konkurrenten gegenüberstanden und Grenzkriege führten. Der Aufstieg Chinas – früher oder später – war absehbar. Dass es aber schon seit den 1980er Jahren einen Ansatz zur Multipolarität gab, ist meiner Einschätzung nach eine überzogene Deutung.

Der große Aufschwung Chinas setzt erst nach Ende der Bipolarität von USA und UdSSR ein. Aus heutiger Perspektive ist die Militärkraft Russlands ähnlich stark wie in China aufgestellt, aber was das wirtschaftliche Potenzial angeht, ist festzustellen, dass China in einer völlig überlegenen Position ist, auch was das als Lebens- und Wirtschaftsraum nutzbare Territorium angeht, und die Effizienz und die Durchsetzungskraft staatlichen Handelns dürften deutlich größer sein. Man muss dabei natürlich hinterfragen, inwieweit das nur für die Städte bzw. Zentren gilt und nicht an der Peripherie, aber bei vielen Projekten ist erkennbar, dass der Staat doch sehr weit in der Fläche präsent ist. Mit dem Internet ist es heute schneller möglich, eine umfassende Kontrolle durchzusetzen. Wie es unter dem Deckmantel in Chinas Gesellschaft gärt, wissen wir nicht. Aber es ist jedenfalls erstaunlich schnell gegangen, z. B. Hongkong gleichzuschalten. Eine solche Effizienz ist in einem solchen Ausmaß für Russland nicht gegeben. Die russische Staatsmacht hat nicht den Willen, dies in einer solchen Konsequenz umzusetzen, wie auch keine Bevölkerung, die so mitspielen würde. Russland ist gegenüber China sehr defensiv ausgerichtet, auch wenn China keine russischen Territorien beansprucht. Chinesen setzen aber im Fernen Osten Russlands als Migranten ihre Wirtschaftskraft ein und bauen dort Netzwerke aus. Dadurch haben sich auch die Kräfteverhältnisse enorm verschoben. Um Gegeninteressen zu den USA zu vertreten, läuft es momentan zwischen Peking und Moskau gut miteinander, und man begegnet sich besonnen, aber wie lange diese gemeinsa-

men Interessen halten, wissen wir nicht. Vielleicht treffen wir uns in zehn Jahren in Ihrem Büro wieder und sprechen noch einmal darüber.

Michael Gehler: *In 10 Jahren werde ich zwar nicht mehr hier sein, aber wir haben jetzt dreieinhalb Lehrstunden mit Ihnen erleben dürfen. Dafür darf ich an dieser Stelle ganz herzlichen Dank aussprechen, dass Sie sich so lange Zeit genommen und uns für so viele Fragen zur Verfügung gestellt haben. Wir haben viel erfahren, was der West- und Mitteleuropahistoriker nicht immer so im Blick hat wie der Ost- und Südosteuropahistoriker. Wir schließen mit einem Applaus, herzlichen Dank!*

Dieses Gespräch wurde am 8.2.2020, einen Tag nach dem Vortrag von Professor Steindorff im Rahmen der „Europagespräche“, am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim geführt. Vor dem Hintergrund der Ausweitung des russischen Krieges in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 wollen wir Herrn Steindorff auch im Rahmen der Verschriftlichung dieses Gedankenaustausches die Gelegenheit geben, sich auch dazu noch zu äußern.

Lieber Kollege Steindorff, die meisten Beobachter und Experten rechneten noch vor dem 24. Februar nicht mit einer ausgeweiteten militärischen Intervention seitens Russlands in die gesamte Ukraine. Man dachte vielmehr an eine anhaltende Drohgebärde, um womöglich Kiew zu sicherheitspolitischen Konzessionen zu zwingen, was sich als Fehlannahme erwies. Was führte Ihrer Ansicht nach zu diesem Schritt Putins, was seine Motivlage erhellen würde; und wie schätzen Sie die Folgewirkungen dieses Krieges für die Ukraine, Europa, Russland und die Welt ein? Welche diesbezüglichen Ergebnisse zeichnen sich hier Ihrer Ansicht nach ab?

Ludwig Steindorff: Zum derzeitigen Krieg in der Ukraine nur so viel:

1. In diesem Krieg ist eindeutig festzustellen, wer ihn begonnen hat: Russland.
2. Wir können nicht eindeutig beantworten, ob die russische Führung erst allmählich im Zuge einer Eskalation der Spannungen im Laufe der letzten fünfzehn Jahre schließlich als letzten Schritt diesen Krieg begonnen hat oder ob es das Ziel, die Ukraine auf jeden Fall wieder in Abhängigkeit zu bringen, schon seit der Frühzeit der Ära Putin gegeben war. Für beide Erzählungen gibt es Argumente.
3. Russland möchte durch den Krieg seinen Status als Großmacht bestätigen und sichern, kann aber im Ergebnis stattdessen weiter geschwächt in den internationalen Beziehungen dastehen.
4. Die USA affirmieren ihre Rolle als westliche Führungsmacht.
5. Die ukrainische Nation wird, wie auch immer genau der Krieg ausgeht, stärker denn je integriert sein.

III. Die (west-)europäische Integration nach 1945

Florian Greiner

Die Ursprünge der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg – die Einigung Europas und der „permissive consensus“

Zum Referenten:

Florian Greiner studierte von 2003 bis 2009 Neuere und Neueste Geschichte, Wissenschaftliche Politik und Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br. und an der Universität Wien. Anschließend war er von 2009 bis 2011 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen, von 2011–2012 am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. 2013 promovierte Greiner an der Universität Potsdam zum Thema „Wege nach Europa – Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945“. Von 2013 bis 2021 war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Augsburg am Lehrstuhl für Neuere und Neuste Geschichte, wo er 2021 seine Habilitation zur Zeitgeschichte des Sterbens abschloss. Seit 2021 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, Für weitere Informationen: https://floriangreiner.de

Veröffentlichungen: Die Entdeckung des Sterbens. Das menschliche Lebensende in beiden deutschen Staaten nach 1945, München 2023; Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014; Reconsidering Europeanization. Ideas and Practices of

(Dis-)Integrating Europe since the Nineteenth Century (History and Ideas Vol. 1), hrsg. gem. m. Peter Pichler und Jan Vermeiren, Berlin – Boston 2022; Rationalitäten des Lebensendes – Interdisziplinäre Perspektiven auf Sterben, Tod und Trauer, Baden-Baden 2020, hrsg. gem m. Anna Bauer u. a.; Kampf der Systeme. Brett- und Computerspiele zum Kalten Krieg in West- und Osteuropa, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2017, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/kampf-der-systeme (herausgegeben mit Maren Röger); Themenheft „The Bonds That Unite"? Historical Perspectives on European Solidarity. European Review of History 24 (2017), Nr. 6, http://www.tandfonline.com/toc/cerh20/24/6, hrsg. gem. m. Jan Vermeiren; Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie. Göttingen 2012, hrsg. gem. m. Frank Bösch und Ariane Brill.

Zum Vortrag:

Der Referent beginnt seinen Vortrag mit der Frage: „Warum und wozu eigentlich Europa?" Die Suche nach den historischen Ursprüngen und unterschiedlichen Begründungen des europäischen Integrationsprozesses lohnt sich. Dient ein vereintes Europa der Friedenssicherung, der Mehrung von Wohlstand oder lassen sich noch andere Aspekte ausfindig machen? In seinem Vortrag gibt Florian Greiner Einblicke in die Antriebskräfte hinter der europäischen Einigung. Seine These lautet: Der Grundstein für die europäische Einigung ist bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelegt worden, also gerade in den Jahren eines entfesselten Nationalismus.

Bisher lag der Fokus der wissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich auf dem Handeln der Regierungen; völlig unberücksichtigt blieben dagegen die gesellschaftlichen Einstellungen. Doch die westeuropäische Integration nach 1945 war nur möglich, weil Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Prozess stillschweigend und wohlwollend duldeten. Man spricht vom „permissive consensus" (zulassender Konsens), der bis in die 1970er Jahre vorherrschte. Dieser Konsens ist erklärungsbedürftig, zumal eben jene Europäerinnen und Europäer, die Schuman-Plan, Montanunion und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft akzeptierten und sogar begrüßten, im Zeitalter des Nationalismus aufgewachsen waren. Dementsprechend konzentriert sich Florian Greiner in seinem Vortrag auf einen gesellschafts- und kulturhistorischen Ansatz und wird dabei deutlich machen, dass Europa ein historisches Projekt ist, das deutlich älter ist als die EU.

I. Ursachen und Motive für die Einigung Europas nach 1945

Der Referent erweitert die politische Geschichte des Integrationsprozesses kulturhistorisch, um nicht nur die von Intellektuellen und Politikern „gedachte/gewollte" und teilweise verwirklichten Europakonzepte zu betrachten, sondern auch das „gelebte Europa", also alltägliche, oft unbewusst bleibende Erfahrungen. Er greift dabei zunächst auf das von Wilfried Loth entwickelte Modell der vier Antriebskräfte des europäischen Einigungsprozesses zurück, um dieses anschließend zu ergänzen.

1. Frieden

Das erste von Loth benannte Motiv für die Einigung Europas ist die Sicherung des Friedens, womit er in einer langen Tradition steht, die bis ins Spätmittelalter zurückreicht. Infolge der kriegerischen Konflikte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhielt dieser Gedanke eine neue Qualität. Friedenssicherung war ein zentrales Argument der sich in den 1920er Jahren international formierenden Europabewegung. Nach 1945 versuchte man den Frieden nicht mehr direkt durch politischen Ausgleich zu sichern, sondern indirekt über den Weg einer wirtschaftlichen Kooperation.

2. Wohlstand

Die zweite Antriebskraft ist nach Loth die Erzeugung von wirtschaftlichem Wohlstand. Dahinter steht die Überlegung, dass ein modernes Wirtschafts- und Produktionssystem auf Handel und Absatzmärkte angewiesen ist und die nationalen Wirtschaftsräume hierfür zu klein sind. Der Gedanke war nicht neu, fand aber 1950 mit der Montanunion erstmals wirtschaftspolitischen Niederschlag.

Der Wirtschaftsnationalismus als Ursache für ökonomische Funktionsdefizite war schon früher erkannt worden. Mitte der 1920er entstand der *Europäische Zollverein*, eine Organisation, die sich aktiv für den Abbau der Zollschranken einsetzte. Die Privatwirtschaft reagierte auf die Zollblockaden in der Zwischenkriegszeit mit der Formierung von internationalen Kartellen. Am bekanntesten war das 1926 gegründete *Internationale Stahlkartell*, das mit Einschränkungen als ein Vorläufer der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* angesehen werden kann.

3. Deutsche Frage

Der deutsche Nationalstaat in seiner geostrategisch exponierten Lage und mit seiner demografischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht hatte sich seit 1871 zu einem internationalen Unsicherheitsfaktor entwickelt. Die unklare deutsche Stellung in Europa war nicht zuletzt die Ursache für zwei Weltkriege gewesen, so dass es einen starken Zusammenhang zum Motiv der Friedenssicherung gibt. Darüber hinaus ging es auch um die Frage nach der Einbindung Deutschlands in gesamteuropäische Strukturen. Wie konnte man Deutschland und seine Möglichkeiten produktiv zum Wohle aller nutzen?

Als in seiner Selbstwahrnehmung zu spät gekommener Nationalstaat hatte sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert zugleich ein spezifisches deutsches Europadenken entwickelt, das der restliche Kontinent mit Sorge sah, denn dieser Diskurs sah Deutschland als eine historisch gewachsene, natürliche Führungskraft und schwankte zwischen nostalgischen Erinnerungen an das mittelalterliche Reich und Forderungen nach einer wirtschaftlich-kulturellen Hegemonie Deutschlands zumindest in Mitteleuropa.

4. Europas Stellung in der Welt

Die vierte von Loth identifizierte Antriebskraft ist das Problem des allmählichen Verlusts der europäischen Vormachtstellung in der Welt. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahr-

hunderts geisterte die Sorge vor einem ostasiatischen Großreich unter dem Schlagwort der „gelben Gefahr“ durch die europäische Öffentlichkeit. Mit dem Ausgang des Ersten Weltkriegs intensivierte sich diese Debatte mit Blick auf Nordamerika und die Sowjetunion. Nach 1945 erfasste sie auch die europäische Realpolitik. Vor dem Hintergrund des entstehenden Kalten Krieges standen europäische Politiker erstens vor der Frage, wie Europa in einer Zeit der neuen Supermächte seine globale Stellung ansatzweise erhalten konnte. Zweitens beschleunigte sich nach 1945 der Prozess der Dekolonisierung und mit ihren Kolonialgebieten verloren die letzten europäischen Großmächte Frankreich und Großbritannien nicht nur endgültig ihren Status als *big player* in der Weltpolitik, sondern die Dekolonisation griff auch das alte, imperialistisch begründete europäische Selbstverständnis an, Träger der Zivilisation und des Fortschritts in der Welt zu sein. Europa musste sich neu erfinden, um als eigenständiger Akteur auf dem internationalen Parkett zu überleben. Die Vereinigung des Kontinents schien vielen eine naheliegende Lösung zu sein. Soweit Loths Modell der vier Antriebskräfte, das Florian Greiner im Folgenden um eine Reihe von Faktoren ergänzt, um auch das gesellschaftliche Fundament der Einigung Europas, also den „permissive consensus“ zu berücksichtigen.

5. Die „hidden integration“ Europas

Die faktische Vereinigung Europas durch Standardisierung und Modernisierung im 20. Jahrhundert wird unter dem Schlagwort „hidden integration“ diskutiert. Diese versteckte Integration umfasste im Wesentlichen zwei Bereiche: Kommunikation und Verkehr. Das kommunikative Zusammenwachsen Europas wurde durch die mediale Revolution um 1900 verstärkt, im Zuge derer sich internationale Nachrichtenagenturen, europaweite Korrespondentennetzwerke vieler Tageszeitungen, aber auch neue Medien wie das Radio etablierten, die per se grenzüberschreitend funktionieren. Daraus ergaben sich auch politische Folgen. Eine Kooperation der europäischen Rundfunkorganisationen regelte die Verteilung der Sendefrequenzen. Hierzu wurde 1925 von acht Staaten die *International Broadcasting Union* gegründet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es vor allem das Fernsehen, welches entsprechende Prozesse vorantrieb. 1954 gründete sich der europäische Fernsehverband Eurovision als Teil der, nun umbenannten, *European Broadcasting Union*. Bereits im Jahr zuvor hatte das erste gesamteuropäische Fernsehgroßereignis stattgefunden – die Krönungszeremonie von Queen Elizabeth II., die live in fünf westeuropäischen Ländern ausgestrahlt wurde. In der europäischen Alltagskultur manifestiert sich die Bedeutung der Eurovision vor allem im Eurovision Song Contest.

Ähnliche Entwicklungen gab es auch im Verkehr. Bereits im 19. Jahrhundert war es im Bereich des Eisenbahnwesens zu Standardisierungsprozessen – etwa hinsichtlich der Spurbreiten – gekommen. Die Fahrpläne wurden im Rahmen einer alljährlichen Fahrplankonferenz abgestimmt, die in die Gründung des Internationalen Eisenbahnverbandes 1922 mündete. Diese Prozesse intensivierten sich im 20. Jahrhundert zunächst im Straßenverkehr und schließlich in der zivilen Luftfahrt. Das Überwinden von großen Distanzen und nationalen Grenzen ist heute etwas Alltägliches und lässt den Kontinent Europa zusammenwachsen.

6. Die ideengeschichtliche Tradition Europa

Der Referent konzentriert sich bei diesem Aspekt auf das 19. und 20. Jahrhundert. Im Anschluss an den Wiener Kongress 1814/15 gab es eine steigende Zahl unterschiedlicher Europapläne. Einige waren politisch restaurativ und richteten sich gegen die liberale Bewegung. So war die 1815 zwischen den christlichen Monarchen Österreichs, Preußens und Russlands gegründete Heilige Allianz Ausdruck eines hierarchischen Europas der Adligen. Dagegen setzte der dänische Diplomat Konrad von Schmidt-Phiseldek 1821 seine zutiefst bürgerliche Idee eines europäischen Staatenbundes mit einer gemeinsamen Armee, Bundesgerichtsbarkeit, Legislative und einer europäischen Hochschule. Derartige Europapläne blieben Elitenphänomene, die kaum gesamtgesellschaftlich wahrgenommen wurden.

Erst in der Zwischenkriegszeit entwickelte sich eine auf einem breiteren gesellschaftlichen Fundament stehende Europabewegung. Die prominenteste Initiative war die 1923 durch den österreichischen Adligen Richard von Coudenhove-Kalergi ins Leben gerufene Paneuropa-Union. Coudenhove-Kalergi war kosmopolitisch eingestellt und formulierte seinen Plan einer politischen und wirtschaftlichen Vereinigung der europäischen Staaten vor allem aus Sorge vor einem Bedeutungsverlust Europas in der Welt und aus Angst vor dem sowjetischen Kommunismus. Sein Paneuropa war jedoch nicht unbedingt demokratisch. Er propagierte die Notwendigkeit eines gemeinsamen europäischen Kolonialismus, über den die vermeintlich fortschrittlichen europäischen Werte in die Welt transportiert werden sollten. Als historisches Vorbild eignet sich Coudenhove damit nur eingeschränkt, aber seine Paneuropa-Union hatte eine wichtige katalysatorische Funktion für die Europaidee im 20. Jahrhundert.

Es gab in dieser Epoche nur eine größere staatliche Europainitiative, den sogenannten Briand-Plan von 1929/30, der auf den französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Aristide Briand zurückging. Briand schwebte eine stärkere Verbindung und sukzessive Vereinigung der europäischen Staaten innerhalb des Völkerbundes vor. Er hatte dabei durchaus idealistische Motive, verfolgte aber zugleich französische Sicherheitsinteressen. Briands Plan scheiterte letztlich am Widerstand der anderen europäischen Großmächte.

Eine Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Europaideen ist, dass sie von Europa als einem Mittel der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und/oder kulturellen Problemlösung ausgehen und dass sie keinen realpolitischen Niederschlag fanden, aber deutlich machen, dass „Europa“ nach 1945 von Monnet, Schuman und Co. nur wiederaufgegriffen und nicht erfunden werden musste, zumal im Unterschied zu älteren Europaideen die neueren Europapläne nicht mehr als reine Eliten-Projekte konzipiert waren. Besonders Coudenhove-Kalergi mühte sich um die Einbeziehung der „breiten Masse“ und um Öffentlichkeitsarbeit. Europa sprach immer mehr Menschen an. Mit Kriegsausbruch 1939 wurde dieser Strang europäischen Denkens abrupt unterbrochen.

7. Antiliberales Europadenken und das nationalsozialistische „Neue Europa“

Für die Nationalsozialisten stellte sich mit dem siegreichen Abschluss des Westfeldzugs 1940 die Frage, wie man mit den gewonnenen Gebieten umgehen solle. In diesem Zu-

sammenhang entstand eine Europarhetorik, mit der sich die Nationalsozialisten als Verteidiger Europas gegen die „asiatischen Horden“ der Bolschewisten inszenierten und ein „Neues Europa“ unter deutscher Führung verkündeten.

In der älteren Geschichtsschreibung wurde zumeist argumentiert, dass dies ausschließlich propagandistischen Zwecken diente und die nationalsozialistischen Europakonzeptionen nicht ernst genommen werden müssten. Der Fokus lag lange auf den vielfältigen Europaideen der Widerstandsgruppen. Die Mitglieder der „Weißen Rose“ oder Helmuth Graf von Moltke vom Kreisauer Kreis formulierten Überlegungen einer föderalistischen europäischen Staatenordnung. Ähnliches war im „Manifest von Ventotene“ zu lesen, das von drei italienischen Widerstandskämpfern 1941 ausgearbeitet und in dem sogar eine Einschränkung der nationalstaatlichen Souveränität gefordert wurde. 1944 fand in Genf in der Wohnung des Generalsekretärs des Ökumenischen Weltkirchenrates Willem Adolph Visser't Hooft ein Treffen führender Widerstandskämpfer aus neun Ländern statt, die sich auf eine föderalistische „Deklaration über die europäische Zusammenarbeit“ verständigten. Und sogar im Konzentrationslager Buchenwald formulierten im April 1945 kurz vor der Befreiung 50 inhaftierte Sozialisten ein Manifest, in dem sie für einen Neuanfang in Europa auf Grundlage einer europäischen Friedensordnung und einer politischen Gemeinschaft aller Staaten warben.

In der jüngeren Forschung werden die nationalsozialistischen Europakonzeptionen breiter thematisiert. Erstens stand die „neue europäische Ordnung“ der Nationalsozialisten in der Tradition deutschen Europadenkens. Dies gilt etwa für die Idee einer europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Führung. Zweitens war das „neue Europa“ der Nationalsozialisten auch als ein Angebot an das verbündete und besetzte europäische Ausland zur Kollaboration zu werten, was Kollaborateure gerne aufgriffen. Bei den Alliierten wurde die „neue europäische Ordnung“ daher als eine große Gefahr wahrgenommen. Ein Leitartikel im *Guardian* forderte im Frühjahr 1940, dass die Alliierten zeigen müssten, „was sie selbst bereit sind dafür zu tun, ein anderes Europa zu schaffen.“ Und auch die Londoner *Times* beklagte 1941, dass von alliierter Seite bislang zu wenig getan worden sei, um „the imagination of Europe“ mit einem eigenen Plan für die Vereinigung Europas als Antwort auf Hitler anzuregen. Die Intensivierung der Planungen für ein unter liberal-kapitalistischen Vorzeichen vereintes Europa nach 1945 kann, so Greiners These, daher wesentlich als Reaktion auf die Erfahrungen mit dem „Neuen Europa“ der Nationalsozialisten interpretiert werden. Hierin – und weniger in den öffentlich kaum rezipierten Europaplänen der Widerstandsgruppen – liegt die eigentliche Bedeutung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs für die europäische Integration.

8. Alltägliche Europaerlebnisse

Hierfür ließen sich viele Beispiele finden: Austauschprogramme, Kulturfestivals, Städtepartnerschaften und vieles mehr, z. B. Sport und Tourismus. Die Internationalisierung des Sports begann Ende des 19. Jahrhunderts. Zentrales Merkmal war die Standardisierung der Regelwerke der einzelnen Sportarten, was begünstigt wurde durch die Europäisierung der nationalen Sportverbände, die wiederum eine Folge der durch die Transportrevolution erlaubten transnationalen Kontakte war. Bereits 1891 wurden die ersten Europameisterschaften – im Eiskunst- und Eisschnelllaufen – veranstaltet.

Der Sport ermöglichte europäische Begegnungen direkter und vor allem indirekter Art, vermittelt durch moderne Massenmedien. Er war auch Projektionsfläche für nationales Konkurrenzdenken, denn die Qualität der Sportler wurde seit der Zwischenkriegszeit an internationalen Erfolgen gemessen. Der Raum „Europa“ war dabei eher inhaltlich als geographisch definiert und als Begriff durchaus positiv aufgeladen. Insbesondere der Fußball fungiert heute als eine Art europäischer Popkulturträger.

Auch die starke Zunahme von Reisen im 20. Jahrhundert potenzierte die Zahl europäischer Begegnungen bereits am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Touristen-Zahlen explodierten in der Zwischenkriegszeit. Hatte bereits der vormoderne Elitentourismus für wenige Menschen Europaerfahrungen ermöglicht, so vervielfachte sich diese Zahl in der Zeit des Massentourismus. Die steigende touristische Mobilität besaß das Potenzial, die Europäer einander näherzubringen und Erfahrungen zu produzieren, die zu einem steigenden Wissen über den Kontinent führen konnten, schuf mithin „Europaerlebnisse“. Der moderne Tourismus kann in diesem Sinne als Bestandteil eines „Europas von unten“ interpretiert werden.

II. Fazit: Europa als historisch gewachsener Erfahrungsraum

Im (west-)europäischen Integrationsprozess nach 1945 kulminierten zahlreiche Entwicklungen, die bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt hatten. Schon vor der Gründung der Europäischen Gemeinschaften wurde Europa für immer mehr Menschen zu einem alltäglichen Erfahrungsraum. Sucht man die Gründe für den „permissive consensus“, so wird man die Existenz eines solchen gelebten Europas jenseits der Ebene der hohen Politik nicht ignorieren dürfen. Europäerinnen und Europäer waren sich nach dem Zweiten Weltkrieg keinesfalls so fremd, wie man es im Anschluss an eine Epoche des entfesselten Nationalismus eigentlich erwarten könnte.

Aus diesen historischen Überlegungen zu den Ursprüngen des vereinten Europas lassen sich eine Reihe von Postulaten für die zeithistorische Forschung aber auch die aktuellen politischen Europadebatten ableiten:

Erstens ist Europa nicht gleich EU. Auf zahlreichen gesellschaftlichen Ebenen ist das Projekt Europa bereits so fest in der menschlichen Lebenswirklichkeit etabliert, dass es grotesk wäre, es grundsätzlich infrage zu stellen.

Zweitens ist nicht nur für die Europaforschung darauf zu achten, dass die Genese Europas nicht teleologisch und linear gedacht wird. Es gab keinen geradlinigen historischen Weg zu dem Europa, das wir heute kennen. Es gilt daher, das, was mein englischer Kollege Christian Bailey die „lost Europes“ genannt hat, also diejenigen Ideen von Europa, die im Laufe der Geschichte formuliert wurden, sich aber nicht durchsetzen konnten, historisch ernst zu nehmen und die europäische Einigung auch als einen Prozess voller Kontingenzen und Unsicherheiten zu beschreiben.

Drittens kann, wer sich mit der Geschichte des Europadenkens befasst, die inhaltliche Offenheit der Idee Europa nicht übersehen. Europa war immer das Produkt zeitgenössischer Deutungen und hat sich als anschlussfähig für die unterschiedlichsten politischen Konzepte erwiesen. Das Europa, in dem wir heute leben, ist keine historische Gegebenheit, sondern eine historische Möglichkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Publikumsfrage: *Es gibt Forschungen über die Integrationskraft Europas, basierend auf den Stimmungen der Grenzbevölkerungen. Das Ergebnis ist ernüchternd; die Menschen leben in ihren nationalen Zusammenhängen aneinander vorbei.*

Florian Greiner: Ich bin skeptisch, wenn man von vornherein Europa und Nation gegeneinander ausspielt. Wenn man Menschen auf der Straße die Frage stellt, sehen Sie sich eher als Deutscher oder als Europäer, würde man sicher eine entsprechende Antwort bekommen, aber das würde nichts daran ändern, dass gerade in Grenzregionen Verflechtungs- und Europäisierungstendenzen auszumachen sind, die oft bewusst gar nicht als solche wahrgenommen werden. Dass zum Beispiel Niederländer auf der deutschen Seite leben und arbeiten können, ist auch eine Form der Europäisierung.

Publikumsfrage: *Sie sprachen im Hinblick auf das Europa der Nationalsozialisten von Aufforderung zur Kollaboration; es war auch die Aufforderung zur Integration. Die deutsche Lenkungswirtschaft war ein kapitalistisches planwirtschaftliches System, das man auf ganz Westeuropa übertragen hat; deutsche und französische Wirtschaftsverbände konnten Dinge aushandeln. Es war ein autoritärer Entwurf von Europa, der nach dem Zweiten Weltkrieg von einem liberalen Entwurf abgelöst wurde.*

Florian Greiner: War es ein Angebot zur zwangsweisen Integration? Im wirtschaftlichen Bereich kann man das so sehen, aber es war eine hochgradig asymmetrische Form der Integration, die mit unserem heutigen Verständnis nichts zu tun hat. Das „Neue Europa“ umfasste auch kulturpolitische Initiativen, und hier war nicht an eine Integration gedacht, sondern hier spiegeln sich die rassistischen Vorurteile, wenn man z. B. Ungarn anders behandelte als etwa Norweger.

Publikumsfrage: *Bei den Europa-Entwürfen aus dem 19. und 20. Jahrhundert war nie Russland dabei. Hat man damals Russland nicht als zu Europa gehörig gesehen?*

Florian Greiner: Wenn man von der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgeht, gilt Russland je nach Thema mal als europäisch, mal als nicht europäisch. Der Bolschewismus war für den Rest Europas antieuropäisch. In anderen Bereichen galt Russland als genuin europäisch, z. B. in wirtschaftlichen Zusammenhängen. Die Vorstellung, dass es ein klar fixiertes geographisches Europa gibt, trifft schon für ein und denselben Zeitpunkt nicht zu.

Publikumsfrage: *Mir ist die wirtschaftliche Kopflastigkeit der EU aufgefallen. Ist sie schuld daran, dass wir bis heute keine politische Überwindung der Nationalstaaten erreicht haben?*

Florian Greiner: Wir haben bahnbrechende wirtschaftspolitische Integrationstendenzen erst seit 1945. Es gab sie vielleicht schon mal Ende des 19. Jahrhunderts, allerdings noch nicht stark ausgeprägt; in der Zwischenkriegszeit gab es sie auf keinen Fall, aber es gab

Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die privatwirtschaftlich verankert waren: die Kartellierung. Den einzelnen Unternehmern ging es sicher primär um Gewinnmaximierung, aber es gab auch europäische Denkstrukturen bei ihnen.

Es trifft zu, dass die europäische Integration nach 1945 zunächst sehr stark aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten gedacht wurde. Es ist ein interessantes Gedankenspiel, ob das auch langfristig eine Art Blockade im Hinblick auf politische Verflechtungen hervorgerufen hat. Als Historiker würde ich sagen, was hier passierte, war politisch klug gedacht, denn wenn man sich die Europaideen, die ich vorgestellt habe, und die Montanunion ansieht, fällt auf, dass beide letztlich das gleiche Ziel hatten, nämlich politische Sicherheit zu erzeugen. Z. B. ging man im Briand-Plan davon aus, es muss erst etwas politisch zusammenwachsen, dann kann es vielleicht auch wirtschaftlich zusammenwachsen, und hat die Erfahrung gemacht, dass das nicht funktioniert. Der Gedanke nach dem Zweiten Weltkrieg war, über wirtschaftliche Verflechtungen politische Sicherheit zu erzeugen, und das hat funktioniert. Ob man dabei auch gewisse politische Schattenseiten in Kauf genommen hat, die man heute nur noch schwer loswird, das steht auf einem anderen Blatt.

Publikumsfrage: *Wenn sie sagen, dass die EU nicht Europa ist, warum klammert man sich dann an die Länder, die austreten wollen. Für Europa-Gegner ist das eher ein schlechtes Zeichen, denn es zeigt: Wenn man erst mal drin ist, kann man nicht mehr so schnell raus. Wie erklären sie sich diese Verbissenheit, das nicht Loslassenkönnen? Wäre da nicht mehr Flexibilität notwendig?*

Florian Greiner: Sie haben recht, man gießt damit Wasser auf die Mühlen der Kritiker, aber es geht bei dem Gegensatz Europa versus EU auch um die Frage, ob die Briten, wenn sie austreten, oder die Griechen, falls der Grexit noch stattfindet, dann nicht mehr zu Europa gehören. Das würden die meisten von uns verneinen. Es gibt Momente des Zusammenwachsens, die man durch eine aufgegebene EU-Mitgliedschaft gar nicht mehr konterkarieren kann.

Flexibilität – da würde ich ihnen zustimmen, aber es gibt auch eine Eigendynamik der europäischen Integration und eine lange Erfolgsgeschichte. Es wurden immer mehr Länder und jetzt muss man feststellen, es werden auch mal weniger.

Publikumsfrage: *Die Institutionen spielen bei Loth und ihren ergänzenden Punkten keine Rolle, dabei ist doch der markanteste Unterschied des Europas der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Europa der zweiten Hälfte, dass wir Institutionen haben, die, mit Ausnahme der Montanunion, quasi für die Ewigkeit geschaffen sind.*

Antwort Greiner: Es ist auffällig, dass die Institutionen bei Loth keine Rolle spielen, aber seine Frage ist die, warum die Institutionalisierung Europas nach 1945 klappt und vorher nicht. Das sehe ich als seinen Fluchtpunkt und auch den meiner Überlegungen.

Publikumsfrage: *Es gab auch früher schon grenzüberschreitende Kooperationen, z. B. Interpol. Wie weit sind diese Internationalisierungstendenzen losgelöst vom europäischen Einigungsgedanken?*

Florian Greiner: Die Frage ist, wie weit es europäische Entwicklungen sind. Vielleicht sind es doch eher internationale Konstellationen, die man tendenziell über Europa hinausdenken muss. Sicherheit und Terrorbekämpfung kann man in Europa nicht losgelöst vom Rest der Welt betreiben. Das gilt auch für viele andere Bereiche. Die Entwicklung der medialen Infrastruktur ist global. Viele Verflechtungstendenzen finden zunächst in Europa ihren Niederschlag oder haben hier ihren Ursprung, bleiben aber offen für Grenzüberschreitungen.

Der Vortrag wurde mit anschließender Diskussion am 3. April 2017 gehalten.

Florian Greiner

„Vielleicht ist es insofern gar kein Zufall, dass ich in meiner Forschung heute so stark auf das lebensweltliche Europa fokussiere und weniger auf institutionelle Entwicklungen.“

Michael Gehler: *Herzlich willkommen, Florian Greiner von der Universität Augsburg. Wir haben Sie heute hier zu Gast und freuen uns, dass Sie hier sind. Wie immer beginnen wir mit Fragen an Ihre Person.*

Severin Cramm: *Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Erziehung sagen?*

Florian Greiner: Das ist gar nicht so einfach. Ich denke, ich habe eher eine in Anführungszeichen „normale“ bürgerliche Herkunft und Erziehung. Auffällig ist vielleicht, dass ich eigentlich aus einer naturwissenschaftlichen Familie stamme. Meine Eltern sind beide in der Pharmaindustrie tätig, sodass ich tatsächlich einige Verhandlungen führen musste, als klar war, dass ich – mit ungewissem beruflichem Ausgang – Geschichte studieren möchte. Es war vor allem mein historisch sehr interessierter Großvater, der mit seinen Erzählungen aus seiner Jugend und über seine Ahnenforschung mein Interesse an Geschichte geweckt hat.

Michael Gehler: *Sie haben Neuere und Neueste Geschichte studiert, Politik, Öffentliches Recht, in Freiburg im Breisgau und in Wien in den Jahren von 2003 bis 2009. Was hat Sie bewegt, diese Fächer zu wählen?*

Florian Greiner: Eigentlich habe ich zuerst einmal Neuere und Neueste Geschichte gewählt, das war das, was mich am meisten interessiert hat, schon in der Schule. Es war mir früh klar, das ist das, was ich machen möchte. Ich habe dann im Sommersemester 2003 in Freiburg angefangen und mir vorgenommen, im ersten Semester zu schauen, was ich noch dazu studieren könnte. Bei der Eröffnungsveranstaltung kam Ulrich Herbert, den ich damals noch gar nicht kannte, auf mich zu und fragte mich, was ich neben Geschichte noch studiere. Als ich antwortete, dass ich das noch nicht wisse, erwiderte er in seiner direkten Art: „Na, dann machen Sie wissenschaftliche Politik und Öffentliches Recht“. Ich habe mir daraufhin ein paar Veranstaltungen angeschaut und gedacht, ja, das könnte wirklich passen. Im Nachhinein bin ich auch sehr zufrieden damit, weil es Fächer sind, die sich auf der einen Seite perfekt thematisch ergänzen. Und auf der anderen Seite haben sie eben ganz andere methodische Zugänge, hatten damals auch ganz unterschiedliche Lehrveranstaltungs- und Prüfungsformate. Das war zwar nicht immer einfach, speziell im Öffentlichen Recht, weil man dort eben mit „normalen“ Juristen zusammen studiert hat, aber das war insgesamt sehr lehrreich und ich war sehr glücklich mit dieser Studienwahl.

Severin Cramm: *Welche Dozenten und Professoren sind Ihnen im Gedächtnis geblieben und weshalb?*

Florian Greiner: Nennen möchte ich hier vor allem meinen akademischen Ziehvater Willi Oberkrome, der später meine Dissertation zweitbetreut hat und mit dem ich auch heute noch in regem Kontakt stehe. Ansonsten sind mir vor allem diejenigen im Gedächtnis geblieben, die die besten Seminare angeboten haben. Das waren neben Ulrich Herbert vor allem Jan Eckel und in der Frühen Neuzeit Christian Wieland, bei denen ich am meisten gelernt habe und wo ich mich daher auch noch gut an einzelne Episoden oder Diskussionsbeiträge erinnern kann, sodass ich die Frage von den Lehrveranstaltungen her beantworten würde.

Andrea Germer: *Können Sie darüber hinaus Personen aus dem öffentlichen Leben nennen, die Einfluss auf Sie hatten oder zu Vorbildern wurden, z. B. aus der Kultur und Politik?*

Florian Greiner: Puh, Kultur und Politik ist schon eine Einschränkung, ich würde da eigentlich eher in den Sport gehen, aber danach ist ja nicht gefragt. (lacht) Sagen wir mal so: In meinem Arbeitszimmer hängen zwei lebensgroße Poster von zwei Herren. Der eine ist John F. Kennedy und der andere ist William Shatner, Captain Kirk. Meine Frau amüsiert sich darüber immer und meint, ich hätte ein psychologisch fragwürdiges Faible für charismatische große Männer. Da liegt sie – hoffe ich zumindest – total daneben, aber tatsächlich denke ich, dass man aus der Person Kennedy aus historischer Sicht viel lernen kann. Vielleicht weniger über politische Inhalte als über politische Darstellungsformen, über Slogans und darüber, wie sich menschliche Zukunftshoffnungen personifizieren. Darüber, wie man eben auch Politik machen kann, wie man politische Kultur prägen kann, ohne besonders viel realpolitisch bewirken zu müssen oder zu können. Und genauso verkörpert Captain Kirk für mich im fiktionalen Bereich die Hoffnung auf eine bessere Welt, historisch in den 1960er Jahren situiert, wenn auch auf die Zukunft gemünzt – das ist mittlerweile übrigens auch in der interdisziplinären Forschung eingehend untersucht worden.[1] Ob und inwiefern mich Kennedy und Shatner/Kirk tatsächlich beeinflusst haben oder Vorbilder waren, kann ich nicht so recht sagen, aber das sind auf jeden Fall Personen des öffentlichen Lebens, die mich auch rein optisch seit langem begleiten – und die schon im jugendlichen Alter mein Interesse an der Zeitgeschichte geweckt haben.

Michael Gehler: *Was haben Ihre akademischen Lehrerinnen und Lehrer Ihnen mitgegeben auf Ihrem akademischen Weg? Was kann man von solchen Leuten lernen?*

Florian Greiner: In erster Linie natürlich das Fachliche und Methodische, das viel beschworene Handwerkszeug eines Historikers. Da habe ich eben eine sehr gute Ausbildung in Freiburg bekommen, für die ich dankbar bin, zum Beispiel auch über Tutorate, die teilweise von den Lehrkräften mit betreut wurden, die sich auf die ganz basalen Dinge

1 Stefan Rabitsch u. a. (Hrsg.), Set Phasers to Teach! Star Trek in Research and Teaching, Cham 2018.

einlassen: Wie setze ich so eine Fußnote, worauf achte ich, wenn ich eine Seminararbeit konzeptualisiere? Das ist sicherlich die eine Seite, die andere Seite ist schwieriger zu bestimmen, aber ich denke, es gibt darüber hinaus bei diesen Personen einen bestimmten Zugriff auf ihre Arbeit, den man eben auch als Student erleben und aufnehmen kann. Also wenn man mal, um ein Beispiel zu nennen, Oberkrome oder Herbert eine Vorlesung gestalten sieht, erlebt, wie sie dabei etwa Humor und Ironie einsetzen, dann bekommt man ein Gespür dafür, wie man Geschichte vermitteln und dabei Leute wirklich mitnehmen kann, ohne wissenschaftlich irgendwelche Abstriche zu machen. Das ist für meine eigene Lehre das, was mir am meisten aus dieser Zeit im Hinterkopf geblieben ist.

Severin Cramm: *Sie waren in Gießen und Augsburg beschäftigt, sind auch weiterhin in Augsburg tätig, auch im ZZF in Potsdam. Wie unterschieden sich diese drei Orte und wenn sie sich unterschieden, welche unterschiedlichen Erfahrungen haben Sie dabei gesammelt?*

Florian Greiner: Ich würde sagen, die Universitäten in Gießen und Augsburg sind sich, nicht nur von der Größe her, eigentlich relativ ähnlich. Auch die Strukturen sind trotz manch bayerischer Eigentümlichkeiten vergleichbar, viele Lehramtsstudenten aus dem Umland. Und in beiden Fällen war bzw. bin ich an Lehrstühlen von ambitionierten jüngeren Professoren, Frank Bösch in Gießen und Dietmar Süß in Augsburg, an denen akademisch viel los ist, wo sich viele Doktoranden, Drittmittelprojekte und so weiter tummeln. Der große Unterschied lag für mich in meiner jeweiligen wissenschaftlichen Situation als drittmittelbeschäftigter Doktorand in Gießen beziehungsweise als vollwertiger Lehrstuhlmitarbeiter in Augsburg, der sehr viel stärker in die Lehre und Verwaltung eingebunden ist. Eine ganz andere Erfahrung war natürlich das ZZF in Potsdam, wo sich das Arbeiten doch fundamental unterscheidet, man hat keine studentischen Kontakte, man denkt nicht in Semester-Zeiträumen, es gibt dafür sehr viel mehr Tagungen und Veranstaltungen, damit auch mehr Möglichkeiten der Vernetzung, aber natürlich auch der Ablenkung von der eigentlichen Arbeit. Hier würde ich sagen, der große Graben zwischen Universität und Forschungsinstitutionen hat Vor- und Nachteile, die ich selbst erlebt habe, aber für sich genommen ist beides eine interessante wissenschaftliche Erfahrung, die ich als sehr bereichernd empfunden habe.

Andrea Germer: *Sie promovierten 2013 an der Universität Potsdam zu dem Thema „Wege nach Europa – Deutung eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien 1914 bis 1915“.*[2] *Wie kam es zu diesem Thema?*

Florian Greiner: Das ist recht schnell beantwortet, denn das habe ich mir nicht selbst rausgesucht, sondern ich habe mich auf eine ausgeschriebene Mitarbeiterstelle im Rahmen eines BMBF-Projekts beworben, die mit diesem Thema einherging. Es gab zwei

2 Florian Greiner, Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014.

Teilprojekte, eines zur Zeit vor 1945 und eines zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.[3] Ich wurde dann im Vorstellungsgespräch gefragt, welche Zeit mich mehr reizen würde, und ich habe mich spontan für die Epoche der Weltkriege entschieden, weil ich mich da vom Kontext her durch das Studium besser informiert gefühlt habe und dachte, dass man hier auch speziell zu den Europavorstellungen mehr Neues herausfinden kann, mit Blick eben auf die Ursprünge und Hintergründe der europäischen Integration nach 1945. Für mich war beides, das Thema und die Mitarbeiterstelle an sich, ein absoluter Glücksfall.

Severin Cramm: *Wie erlebten Sie die Quellenrecherche zu Ihrem Thema?*

Florian Greiner: Das war eine sehr interessante und auch anstrengende Erfahrung, weil ich vor allem mit digitalisierten Quellen zu tun hatte, also mit Zeitungsartikeln, die für die englischen und amerikanischen Zeitungen mittlerweile vollständig digitalisiert sind, was natürlich für den ersten Zugriff eine unheimliche Arbeitserleichterung bedeutet. Ich saß also nicht, wie ich das bei den deutschen Zeitungen teilweise tun musste, an Mikrofilm-Geräten auf der Suche nach irgendwelchen Artikeln, die dann kommen oder nicht. Über die Volltextsuche kann man die Artikel ganz schnell herausfiltern, das hat aber eben die Kehrseite, dass man es dann innerhalb kürzester Zeit mit zehntausenden Artikeln zu tun hat und sich dann die Frage stellen muss, wie man das überhaupt systematisieren kann. Man kann es nicht alles in voller Gänze lesen oder gar quellenkritisch analysieren und dann muss man sich eben überlegen, wie man das so runterbricht, dass man eben einen möglichst weiten Bogen spannen kann, ohne sich nachher vorwerfen lassen muss, dass das und das nicht berücksichtigt wurde. Das hat mich tatsächlich auch ein paar Monate gekostet, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie ich mit dieser Masse an digitalisierten Daten und Quellen umgehe.

Michael Gehler: *Nun gibt es schon zahlreiche Forschungen zu den Ursprüngen der Europa-Idee. Welche neuen Erkenntnisse entsprangen Ihren Forschungen und wie würden Sie den Mehrwert Ihrer Arbeit beschreiben?*

Florian Greiner: Der Gedanke war, nicht nur eine reine europäische Ideengeschichte zu schreiben, dazu gibt es natürlich eine ganze Menge und auch schon für die Zeit vor 1945 sowie speziell für die Zwischenkriegszeit.[4] Die Idee war eben, nach öffentlichen Wahrnehmungen und Darstellungsformen von Europa zu fragen und tatsächlich auch danach, wie sich die Ideengeschichte überhaupt in der breiten massenmedialen Ebene niederschlug. Die Frage nach dem Mehrwert könnte man auf zwei Ebenen beantworten: Zum einen stellte ich fest, dass es ganz unterschiedliche und viel mehr Kontexte gab, in denen über Europa nachgedacht wurde, als nur das, was die intellektuelle Elite in den Blick nahm, wenn sie über Europa reflektiert hat. Man hat andere, oft sehr viel alltäglichere Ebenen, wenn man z. B. an den Sport denkt, für viele vielleicht der häufigste Bereich, wo in irgendeiner Form über Europa gesprochen wird, auch schon vor 1945. Zum anderen

3 Vgl. für die Komplementärstudie Ariane Brill: Abgrenzung und Hoffnung. „Europa" in der deutschen, britischen und amerikanischen Presse, 1945–1980. Göttingen 2014.

4 Vgl. zum Forschungsstand ebd., S. 15–19.

konnte ich darüber die Fluchtpunkte von europäischem Denken in jener Zeit korrigieren. In der Zwischenkriegszeit ist das gängige Narrativ der Ideengeschichte, dass es eben ein starker Niedergang und Krisendiskurs war, dass sich Europa im Untergang befinden würde, was das war, wogegen viele Intellektuelle anschrieben. Dagegen habe ich für die öffentlichen Europa-Debatten festgestellt, dass sie doch deutlich optimistischer und in vielerlei Hinsicht sehr viel positiver aufgeladen waren, dass es auch ein relativ ungebrochenes europäisches Selbstbewusstsein, auch noch nach dem Ersten Weltkrieg gab, dass man sich eben immer noch global an der Speerspitze sah, gerade auch was viele Entwicklungen der technischen Moderne angeht. Das wären zwei Ebenen, wo ich sagen würde, dass dieser spezielle Zugriff, den ich hatte, auch größere neue Erkenntnisse produziert hat.

Severin Cramm: *Ein Aufsatz von Ihnen zu dieser Thematik heißt: „Europäisierung durch Medialisierung? Zur Konstruktion Europas durch Massenkommunikation.“[5] Sie haben ein Fragezeichen hinter Medialisierung gesetzt. Haben Sie am Ende des Bandes, den ich noch nicht kenne, das Fragezeichen dann dicker gesetzt oder vielleicht sogar gestrichen?*

Florian Greiner: Ich hatte tatsächlich überlegt, ob ich es nicht streichen sollte, weil ich diese These schon sehr stark gemacht habe in dem Aufsatz und in meinem Projekt allgemein. Das ist natürlich nur eine Ebene der Europäisierung, insofern muss man hier sicher auch ganz klar definieren, was man mit Europäisierung meint, aber gerade für die Zeit vor 1945 lässt sich eben doch feststellen, dass es so etwas gab wie ein kausales Wechselverhältnis von Europadenken und diesen Medien, die sich gewissermaßen selbst europäisieren, die immer internationaler berichten, die sich eben auch aufgrund ihrer Korrespondentennetzwerke sehr viel breiter aufstellen, das sind natürlich die großen Tageszeitungen, die dafür die notwendigen Ressourcen hatten. Die beginnen umgekehrt auch Europa als Raum zu prägen und zu konstruieren für ihre Leserschaft, die zur damaligen Zeit oft noch keine Möglichkeit für direkte europäische Begegnungen und Erfahrungen hatte. Deswegen würde ich dieses Wechselspiel der Europäisierung und Medialisierung sehr stark machen.[6] Ich würde aber – und das war eigentlich mein ursprünglicher Gedanke mit dem Fragezeichen – nicht unterschlagen wollen, dass es auch damals schon ganz verschiedene Ebenen der Europäisierung gab, und nicht überall spielten Medien eine so wichtige Rolle.

Michael Gehler: *Wie unterscheiden sich diese Darstellungen von Europa-Bildern, die bei den Eliten vorherrschten?*

Florian Greiner: Das hatte ich ja gerade schon angerissen: Das Entscheidende ist, denke ich, die Spannbreite, die ist sehr viel breiter bei öffentlichen Darstellungen und vor allem

5 Florian Greiner, Europäisierung durch Medialisierung? Zur Konstruktion Europas durch Massenkommunikation (1914–1945), in: Peter Hoeres/Anuschka Tischer (Hrsg.), Medien der Außenbeziehung von der Antike bis zur Gegenwart, Köln 2017, S. 186–206.

6 Vgl. dazu auch Christian Schwarzenegger, Transnationale Lebenswelten: Europa als Kommunikationsraum, Köln 2017.

auch bei massenmedialen Darstellungen, weil eben Massenmedien auch schon ein sehr viel breiteres Spektrum berühren, die haben nicht nur ein Feuilleton und einen Politikteil, sondern die haben noch andere Teile von Sport bis Wirtschaft, die bespielt werden müssen und in denen Europa in irgendeiner Form aufscheint – und eben sehr viel positiver besetzt ist als im intellektuellen Krisendiskurs.

Andrea Germer: *Was bedeutet denn das, was Sie jetzt konstatiert haben, für die Geschichte der Europa-Vorstellungen insgesamt?*

Florian Greiner: Ich denke, dass man sich zum einen noch weiter bemühen sollte, die ideengeschichtlichen Befunde breiter zu historisieren und zu kontextualisieren, sich auf Seiten der Ideengeschichte noch stärker löst von den reinen Schriften und auch von Intellektuellen selbst. Wie kann man eben den „Untergang des Abendlandes" in einem breiteren Kontext ausdeuten jenseits der Spengler'schen Untergangsmetaphorik, die ja bei genauem Hinschauen gar nicht so eindeutig war, wie in der Rezeption des Diktums oft behauptet? Das ist sicherlich ein wichtiger Punkt und das ist eben auch mein Anliegen, die Ideengeschichte auf breitere Beine zu stellen, nach anderen Vorgeschichten der europäischen Einigung zu suchen, statt sich auf die Feststellung zu beschränken, da gab es eben ein paar Visionäre, die haben das schon angedacht, aber sie waren ihrer Zeit voraus, Elite halt, und ihre Ideen haben eigentlich keine Rolle gespielt bzw. wurden erst nach 1945 wichtig. Das ist das, was ich seit meiner Dissertation versuche einzufangen und wo ich heute die ersten Ideen vorstellen möchte.

Michael Gehler: *Sie gehen in Ihren Studien auch auf Coudenhove-Kalergi ein, der diese eher elitäre Paneuropa-Union in den 1920er Jahren ins Leben gerufen hat.*[7] *Nach dem Zweiten Weltkrieg schaltet er um und erkennt die Chance der Demokratie und begründet die Europäische Parlamentarier-Union (EPU). Das geht ja im Grunde auch gegen die Hohe Behörde der Montanunion mit ihrem Präsidenten Jean Monnet, ein Europa der Bürokratie und Technokratie. Wie ordnen Sie dieses Spannungsfeld im Lichte Ihrer Untersuchungen der Printmedien, Ihres Beitrags zur Vitalisierung des Europa-Gedankens und der Europäisierung von Meinungen der Zwischenkriegszeit ein?*

Florian Greiner: Also die Figur Coudenhove-Kalergi ist an sich schon spannend, unheimlich ambivalent und oftmals auch stark irrational in ihren Handlungen. Da ist natürlich einerseits sein sehr elitäres Politikverständnis, auf der anderen Seite war er vielleicht der erste in der Europa-Bewegung, der ganz klar erkannt hat, dass man eben auch ein Europa von unten braucht. In der Paneuropa-Bewegung spielte gerade diese Ebene schon früh eine Rolle, also z. B. der Versuch der Vergemeinschaftung über Buttons oder Fähnchen, oder auch der Zugriff auf die Massenmedien, das war natürlich auch eines seiner großen Anliegen. Dann sind da seine politischen Präferenzen. Sein Grundkonzept war eine Art Geistesaristokratie, die er anstrebte, ohne klare politische Richtung, Hauptsache Europa. Aber irgendwann folgte dann eben doch eine starke Anlehnung an den Fa-

7 Anita Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004.

schismus von Mussolini, spätestens als es bei den Sozialdemokraten nicht geklappt hatte. Später kam dann jedoch die absolute Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und nach 1945 die demokratische Wende, wenn man so will. Den Versuch, wirklich Zugriff zu bekommen auf die hohe Politik, den gab es bei ihm allerdings schon in den 1920er Jahren in Form der angestrebten Einbindung von hohen Politikern und politischen Funktionären in die verschiedenen nationalen Paneuropa-Sektionen, sogar die einseitige Ernennung von Aristide Briand zum Ehrenvorsitzenden, der das gar nicht wollte. Also ich glaube, Coudenhove muss man bei aller Kritik schon zusprechen, dass er sehr früh ein Gespür dafür hatte, wie man Europa tatsächlich verwirklichen kann. Nämlich einerseits auf der politischen Ebene parteiübergreifend und „von oben“, andererseits eben auch „von unten“ kommend, die Erkenntnis, wir brauchen auch ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, um diesen Prozess als Ganzes vorantreiben zu können.

Michael Gehler: *Sie kommen u. a. zu dem Schluss, dass sich Europa-Vorstellungen und -Wahrnehmungen in alltäglichen Kontexten finden lassen, und bewerten das deutlich optimistischer, als die bisherige Forschung es konstatiert. Woran machen Sie das fest und was bedeutet das für die Geschichte der Europa-Vorstellungen insgesamt?*

Florian Greiner: Um vielleicht einen Punkt nochmal zuzuspitzen, weil wir schon über den „Untergang des Abendlandes“ gesprochen haben. Das ist ja eine sich immer wieder selbst reproduzierende Deutung, die tatsächlich von sehr vielen Intellektuellen aufgegriffen wurde. In der Quellenarbeit habe ich sehr schnell festgestellt, dass das in den Zeitungen, abgesehen von ein paar Rezensionen, die es natürlich gab, keine große Rolle spielte, der Begriff findet sich alle paar Jahre immer mal wieder, aber es gibt keinerlei Auseinandersetzung mit den Thesen des Buches. Noch wichtiger: Die intellektuelle Deutung, Europa sei in der Phase des Niedergangs, verliere seine globale Vormachtstellung und befinde sich auch moralisch in einer prekären Lage, wurde massenmedial ebenfalls so gut wie gar nicht transportiert, sondern es finden sich eben massenhaft sehr viel optimistischere Deutungen, gerade was das Verhältnis Europas zum Rest der Welt angeht, etwa eine relativ ungebrochene koloniale Vorreiterrolle, die Europa ganz selbstverständlich zugesprochen wurde. Dies finde ich einen wichtigen Befund nicht nur für die Europavorstellungen vor 1945, sondern auch mit Blick auf die Frage nach zeitgenössischen Erfahrungen und Erwartungen in der Zwischenkriegszeit allgemein.

Severin Cramm: *Wir haben eine Rezension von Jan Logemann gefunden, um Sie jetzt mal aus der Reserve zu locken, der tischt die Bemerkungen auf, dass Ihnen Mut zur Kürze und noch stärkere Selektivität gutgetan hätten und Sie Europa zu wenig als rhetorische Strategie wahrnehmen, also die Mechanismen und Absichten der Konstruktion Europas zu wenig hinterfragen.*[8] *Was entgegnen Sie diesem Vorwurf?*

---

8 Jan Logemann, Rezension zu: Greiner, Florian, Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014, in: H-Soz-Kult, 14.4.2016, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-21624 (abgerufen 24.03.2021).

Florian Greiner: Gar nichts, denn das ist natürlich böswillig und völliger Quatsch! (lacht) Nein, nein, im Ernst: Absolut recht hat er mit Mut zur Kürze und noch stärkerer Selektivität. Das ist sicher allgemein ein deutsches Problem, das ist eben eine Qualifikationsarbeit, mit dem Versuch auch möglichst viel einzufangen. Es ist natürlich klar, ich hätte dieses Buch stark kürzen und auch überarbeiten können, dann wäre es lesbarer geworden und der Zugriff für Fachfremde wäre auch besser geworden. Das hätte mich, wenn ich es anständig gemacht hätte, grob geschätzt wahrscheinlich ein halbes Jahr gekostet. Den Verlag und die Reihenherausgeber hat es aber nicht groß interessiert, es wurden natürlich ein paar kleinere Kürzungen angemahnt, aber keine komplette Überarbeitung. Insofern habe ich es dabei belassen und mich auf andere Dinge konzentriert. Ich bin aber selbst bis heute im Zwiespalt, ob ich nicht noch mehr hätte machen sollen. Den Kritikpunkt teile ich also vollauf, denke aber auch, den kann man hierzulande auf sehr viele Dissertationen, die veröffentlicht werden, anwenden. Das ist z. B. im englischen System natürlich anders, wo die Verlage sehr viel stärker lektorierend eingreifen. Da kann man sich lange über die Vor- und Nachteile unterhalten. Was den Kritikpunkt hinsichtlich Europas als rhetorischer Strategie und den Absichten dahinter angeht, das ist ein interessanter Punkt. Ich habe versucht, dem schon im methodischen Teil der Arbeit zu begegnen, in dem ich klargestellt habe, dass ich Europa als eine Konstruktion auffasse, aber zugleich – gerade in der damaligen Zeit – die Printmedien nicht als diejenigen sehen würde, die diese Konstruktion primär vornehmen. Natürlich gibt es immer mal wieder einen Leitartikel, gerade im politischen Bereich, in dem Journalisten selbst aktiv wurden und eigene Europaideen formulieren, vor allem in der *Vossischen Zeitung*, die eine stark proeuropäische Ausrichtung hatte. Aber sehr viel häufiger hat man eben doch den Fall, dass Printmedien eher so eine Art Plattform darstellen, wo breitere gesellschaftliche Debatten in irgendeiner Form widergespiegelt werden. Mein Anliegen war daher eher, diese übergeordnete Diskurs-Ebene einzufangen und jetzt nicht so sehr die europäischen Absichten einzelner Akteure, für die ich ganz andere Quellenbestände auswerten hätte müssen. Ich war in einigen Redaktionsarchiven und habe mir das mal angeschaut, ob man das für den journalistischen Bereich überhaupt von den Quellen her machen könnte, aber ich bin eigentlich relativ schnell zu dem Entschluss gekommen, dass das gar nicht geht, weil sich nicht mal die bekannteren Europa-Korrespondenten aus den 1920er und 1930er Jahren in ihren Unterlagen überhaupt dazu positioniert haben, es gab auch keine klare redaktionelle Ausrichtung, wie man nun mit dem Thema Europa umgeht, es war damals eben auf der Ebene randständig und sekundär. Deswegen eben der Versuch, eher von einem akteurszentrierten Zugriff und der Frage der individuellen Absichten wegzugehen und dafür eine breitere gesellschaftliche Diskurs-Ebene zu fokussieren.

Michael Gehler: *Was waren die prägenden Leitbegriffe der Kultur der Zwischenkriegszeit, wenn Europa, wie Sie sagen, eher Randständiges war und nicht so im Fokus stand, ganz im Gegenteil, wie Coudenhove es eigentlich gerne gehabt hätte? Was waren denn die großen Themen, die Europa praktisch in den Schatten gestellt haben, mit denen Europäer kämpfen mussten und mit denen wir heute zum Teil wieder kämpfen müssen. Was war denn anderes so dominant?*

Florian Greiner: Wenn man das versucht, räumlich zu fassen, dann ist natürlich die Nation ganz klar – mit marginalen Unterschieden in den verschiedenen Ländern – der Fluchtpunkt, auf den sich sehr viele politische, auch außenpolitische, Debatten zugespitzt haben. Aber natürlich war das in den ersten Jahrzehnten nach 1945 gar nicht groß anders und ich würde das auch gar nicht gegeneinander ausspielen wollen, dass sich Nation und Europa immer entgegengestanden hätten, denn das war nicht so. Leitbegriffe und Themen gab es natürlich viele und sie waren vielfältig, wobei sie dann oft auf eine ganz eigene Art europäisch wurden. Um das einmal an einem Beispiel zu verdeutlichen: Das große Thema in den 1920er Jahren war sicherlich die Friedenssicherung und Kriegsverhinderung. Dieses war natürlich zunächst stark national aufgeladen, in Deutschland mit Revisionismusforderungen verknüpft, in Frankreich dagegen stets an die Bewahrung des territorialen Status quo gebunden. Zugleich hatte das Thema jedoch einen latent europäischen Fluchtpunkt, da Friedenssicherung nur für den ganzen Kontinent gedacht werden konnte. Ähnliches lässt sich auch im wirtschaftlichen Bereich feststellen, wo die Frage, wie kommen wir aus der Dauerkrise heraus, nach 1923 und dann natürlich auch nochmal nach 1929 und 1930 bei allen nationalen Interessen immer international zu denken war, wenngleich das im Einzelnen nicht immer konsequent getan wurde. Insofern denke ich eben letztlich schon, dass viele von diesen Themen, die die politische Kultur wirklich geprägt haben, europäisch waren und auch als solche wahrgenommen wurden, wenngleich Europa als Oberbegriff nicht so präsent war, wie Coudenhove es gerne gehabt hätte.

Michael Gehler: *Sie betreiben ein Projekt „Geschichte von Europaideen im 19. und 20. Jahrhundert“. Welches Ziel und welche Ausrichtung verfolgen Sie damit?*

Florian Greiner: Der Titel des Projekts ist relativ unspezifisch und erlaubt mir, meine ganzen Aktivitäten in dem Bereich zu bündeln. Das Ziel ist letztlich, meine Forschungen zur Zwischenkriegszeit und die Befunde, zu denen ich da gekommen bin, zeitlich zu weiten, wo es sich anbietet, in das 19. Jahrhundert zurückzugehen, weil viele der Entwicklungen, die ich heute Abend vorstellen werde, fangen nicht 1918 oder 1914 an, sondern reichen weiter zurück. Zum anderen eben der Versuch, das auch auf die Zeit nach 1945 zu projizieren, also die Frage zu stellen, was bedeuten diese Vorgeschichten eigentlich für die europäische Integrationsgeschichte im engeren Sinne und können wir davon ausgehen, dass tatsächlich 1945 oder 1950 etwas ganz Neues beginnt, eine Art Stunde Null der Geschichte des vereinten Europas ist. Es wird Sie nicht überraschen, dass meine These hierzu ist, dass in vielerlei Hinsicht darauf aufgebaut wurde, was schon in den Jahren zuvor angedacht, aber zum Teil eben auch schon – oft unbewusst – umgesetzt oder praktiziert wurde.

Severin Cramm: *In einem Forschungsnetzwerk zur Geschichte der europäischen Idee arbeiten Sie dabei mit anderen europäischen Forschern, wie gestaltet sich diese Zusammenarbeit?*

Florian Greiner: In dem Forschungsnetzwerk sind Historikerinnen und Historiker aus vielen europäischen Ländern vertreten, viele aus dem Bereich der Ideengeschichte, aber

auch darüber hinaus.[9] Wir treffen uns in der Regel einmal im Jahr auf einer großen Jahrestagung. Die letzte habe ich in Augsburg organisiert mit dem Oberthema der europäischen Solidarität[10] und das ist in vielerlei Hinsicht ein sehr fruchtbares Umfeld, weil doch ganz viele unterschiedliche wissenschaftliche Hintergründe und auch Wissenschaftssysteme aufeinanderprallen. Es ist zum Beispiel faszinierend, einmal italienische Ideenhistoriker bei einem Vortrag zu erleben, die sehr assoziativ vorgehen und wahnsinnig gründliche Text-Exegese betreiben, dafür so gut wie gar nicht historisieren. Wenn man dagegen eben das eigene, sehr viel stärker kontextualisierende Vorgehen setzt und das zusammennimmt, ergeben sich spannende Diskussionen. Das ist die eine Seite und zum anderen würde ich schon sagen, dass dieses Netzwerk über historische Inhalte hinaus eine Eigendynamik entfaltet hat, das wurde mir im letzten Sommer so richtig klar, zu einem Treffen von vor allem jüngeren Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa, aus ganz unterschiedlichen Lebens- und Arbeitssituationen heraus. Wir haben uns in den letzten Jahren in Amsterdam getroffen, in London, Paris und beim letzten Mal in Augsburg, da war es dann eben auch noch so, dass die Veranstaltung mit dem Brexit-Votum kollidiert ist. Man stellt sich die Paradoxie vor: Wir sitzen auf unserer Jahrestagung zur europäischen Solidarität und auf einmal das. Die Prominenteren unter uns mussten dann am Morgen nach der Entscheidung erst einmal Interviewanfragen beantworten, eine Professorin aus Norwich an einer spontanen Krisensitzung zur Frage des möglichen Wegfalls von EU-Fördermitteln teilnehmen und mehrere Kollegen, die als Ausländer an britischen Unis arbeiten, waren klar gezeichnet von den Sorgen um ihre berufliche Zukunft. Abends beim Bier hat uns der Brexit aber nochmal ermutigt, unsere ganz eigene Geschichte der wissenschaftlichen Vergemeinschaftung voranzutreiben und uns auch von etwaigen Einreisehürden nicht abhalten zu lassen bei der nächsten Tagung in Großbritannien.

Severin Cramm: *Ein großer Komplex bildet das Thema Ihrer Habilitation, einer Zeitgeschichte des Sterbens. Es geht um das menschliche Lebensende der beiden deutschen Staaten nach 1945. Wie fanden Sie zu diesem Thema, gibt es da einen Zusammenhang mit dem Thema Ihrer Promotion, könnte ich mir sogar vorstellen?*

Florian Greiner: Im ersten Schritt eigentlich nicht, es war schlicht ein Prozess des gemeinsamen Nachdenkens mit meinem Habilitationsvater Dietmar Süß in Augsburg, wie man ein neues Thema findet und dabei möglichst breit aufschlägt, das aber gerade auch eine zeithistorische Relevanz besitzt, zugleich noch nicht völlig abgegrast ist. Und das ist erstaunlicherweise bei diesem öffentlichkeitswirksamen Thema Sterben wirklich so, dass es noch kaum oder eigentlich gar keine zeithistorischen Studien dazu gibt. Wir sind

9 Homepage des Research Network on the History of the Idea of Europe https://www.historyideaofeurope.net/ (abgerufen am 24.03.2021).

10 Vgl. den Tagungsbericht sowie das aus der Tagung hervorgegangene Themenheft: Gaëlle Fisher/Kornelia Rung, Tagungsbericht: ‘The Bonds that Unite’? Historical Perspectives on European Solidarity, 23.06.2016 – 25.06.2016 Augsburg, in: H-Soz-Kult, 13.10.2016, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6744 (abgerufen 24.03.2021); Florian Greiner/Jan Vermeiren (Hrsg.), ‘The Bonds That Unite’? Historical Perspectives on European Solidarity. European Review of History 24 (2017), Nr. 6, http://www.tandfonline.com/toc/cerh20/24/6 6744 (abgerufen 24.03.2021).

auch deswegen darauf gekommen, weil Dietmar Süß selbst zu Massentod und Massensterben vor 1945 gearbeitet hat, speziell zum Luftkrieg und zur Frage, wie unter diesen Umständen Tod und Sterben wahrgenommen wurden. Die Überlegung war dann, danach zu fragen, was in dem Moment passiert, als der Ausnahmezustand vorbei war, wieder Normalität am Lebensende einkehrte, die ja aber auch nicht mehr so war, wie sie im 19. Jahrhundert war. Es geht also auch um den medizinischen Fortschritt und seine Folgen, die Zunahme chronischer Sterbeverläufe wie etwa das langsame Sterben von Krebspatienten. Ich schaue also, was da alles zeithistorisch mit reinspielt und Sie, Herr Cramm, haben natürlich Recht, es gibt schon eine Verbindung zu meinem Promotionsthema. Das wurde mir auch erst im Laufe des Nachdenkens und der Recherchen klar, dass das Thema Sterben eine immens europäische Dimension hat, dass die ganzen Debatten, beispielsweise um Sterbebegleitung, eben auch transnational sind, die kommen aus England und diffundieren erstaunlicherweise in den 1970er Jahren nach West- und Osteuropa.

Andrea Germer: *Bleiben wir noch bei dieser Fragestellung: „In Würde sterben?“ haben Sie einen Vortrag betitelt. Nun sind ja viele Menschen gerade in der Zeit von 1939 bis 1945 alles andere als in Würde gestorben, sondern eigentlich unwürdig gestorben und würdelos gestorben. Sei es auf den Schlachtfeldern, sei es in den Konzentrationslagern, sei es durch Deportation oder Vertreibung. Das lässt mich die Frage stellen, war da das Verlangen, in Würde zu sterben nach 1945 stärker ausgeprägt, durch dieses würdelose Sterben der Jahre zuvor, dieses völlig unmenschliche und menschenverachtende Sterben, war also ein sanfter, weicher und angenehmer Tod gewünscht? Wie weit geht das auch zusammen mit, Sie sprechen von beiden deutschen Staaten, die es dann ja erst vier Jahre nach Kriegsende gibt, wo einer sich das Ziel setzt in der Präambel des Grundgesetzes, dass die Würde des Menschen wichtig und zu schützen ist, dass die unantastbar ist. Inwieweit spielt das auch noch eine Rolle? Also praktisch zwei Fragen jetzt.*

Florian Greiner: Das sind kluge Fragen über diese Zusammenhänge. Die Erinnerung an den Massentod der Weltkriegsepoche in all seiner Grausamkeit war natürlich in vielerlei Weise eine Folie für die Entwicklungen am Lebensende nach 1945. Ich denke aber nicht, dass es da mit Blick auf das erwünschte Sterben in Würde einen kausalen Zusammenhang gibt. Denn die sich damit verbindende zeitgenössische Angst, würdelos zu sterben, richtete sich nach 1945 eindeutig auf etwas anderes, hatte keinen Fluchtpunkt im Zweiten Weltkrieg: Es ging vielmehr um das anonyme Sterben in der Institution Krankenhaus, um die Kritik an der Intensivmedizin, die Vorstellung, dass Menschen gegen ihren Willen an Apparaten künstlich am Leben gehalten würden und sich nicht mehr, so wie vermeintlich früher, bewusst von ihren Angehörigen verabschieden konnten, um dann eben „würdevoll“ und „selbstbestimmt“ zu sterben, ein anderer Begriff, der in diesem Kontext eine wichtige Rolle spielt. Insofern sind auch die historischen Bezüge interessanterweise andere in dieser Debatte, es ist eher eine goldene als eine dunkle Vergangenheit, was man an der Romantisierung des Sterbens in früheren Zeiten beobachten kann, die sich natürlich nicht auf die Epoche der Weltkriege richtete, sondern auf die Frühe Neuzeit und vielleicht noch das 19. Jahrhundert, als es mutmaßlich noch einen „guten Tod“ gab und Menschen stets im Kreis ihrer Familien gestorben seien. Die Vorstellung, dass Menschen zur damaligen Zeit immer selbstbestimmt und würdevoll sterben konnten, stimmt natür-

lich überhaupt nicht.[11] Aber Sie haben insofern Recht, als dass der Zweite Weltkrieg und auch die spezifisch deutsche Erfahrung mit dem Sterben eine ganz wichtige Rolle für die Debatten in der Bundesrepublik und auch in der DDR spielte. Das kann man sehr deutlich machen am Thema Sterbehilfe, das in Deutschland ganz anders historisch besetzt war und auch sehr viel stärker problematisiert wurde, als das in den Niederlanden oder in der Schweiz der Fall war, wo in beiden deutschen Staaten eben immer der erste Bezugspunkt die Euthanasiepraxis im NS war, obwohl diese Krankenmorde natürlich eigentlich nichts mit den Sterbehilfedebatten seit den 1970er Jahren zu tun hatten, in denen es um schwer kranke, in der Regel ältere Menschen geht, die ohnehin sterben und die Frage, ob der Sterbevorgang auf Wunsch der Betroffenen beschleunigt werden darf, um Leid und Schmerzen abzukürzen.

Michael Gehler: *Spannend ist, welche Quellen Sie für eine solche Arbeit heranziehen. Inwieweit kann man hier auch Zeitzeugen nutzen? Inwieweit sind es primär schriftliche Quellen? Inwieweit sind es auch mediale Debatten?*

Florian Greiner: Bei solchen großen Themen, mit einer fast unbegrenzten Zahl an Akteuren und ohne feste Archivbestände, ist das sicherlich einer der zentralen Punkte, also die Frage, wie man Quellen lokalisiert und auch Quellenbestände so zurechtschneidet, dass sie analytisch tragen, auch ohne Vollständigkeit versprechen zu können. Meine Antwort darauf ist ein bunter Quellenmix: Klassische Archivbestände wie die gesundheitspolitischen Akten in Lichterfelde für die DDR bzw. in Koblenz für die Bundesrepublik, aber dann eben auch beispielsweise kirchliche Archive oder private Vereinsarchive, von Sterbehilfeorganisationen oder Hospizgruppen. Dazu kommt eine Vielzahl an publizierten Quellen, vor allem medialer Art, nicht immer schriftlich, denn auch Filme und Radiosendungen analysiere ich. Punktuell führe ich auch Interviews, um Lücken in der schriftlichen Quellenüberlieferung zu schließen, die es etwa im Pflegebereich oder mit Blick auf die Pharmaindustrie gibt.

Andrea Germer: *In der Befassung mit diesem Thema beziehen sie Bestattungs- und Begräbniskulturen jetzt nicht explizit mit ein, obwohl die ja auch eine gewisse Relevanz haben, mit Hinblick auf das würdevolle, in dem Fall, im Ableben und im Tod. Sie haben es reduziert, aus Gründen des Aufwands und der Komplexität?*

Florian Greiner: Naja, arbeitspragmatische Gründe spielen da schon auch rein, aber ich denke man kann es auch analytisch begründen. Zum einen haben Sie natürlich Recht, das hängt schon zusammen, schon allein deswegen, weil Sterbende sich oft noch sehr intensiv mit dem auseinandersetzen, was nach ihrem Tod passiert, also zum Beispiel überlegen, wie ihre Bestattung ablaufen soll. Zugleich gibt es schon vergleichsweise viel Forschung zur Sepulkralkultur, also der ganze Bereich des Bestattungswesens und der Trauerriten, und diese Forschung hat eigentlich einen anderen Fluchtpunkt. Da geht es

11 Vgl. für eine kritische Diskussion Florian Greiner, Was war, wurde und ist ein „guter Tod“?, in: Monika C.M. Müller (Hrsg.), Gut gemeint – gut gemacht? Professionalisierung der Sterbebegleitung und Zukunft der Hospizarbeit, Rehburg-Loccum 2018, S. 33–46.

im Sinne einer klassischen Kulturgeschichte um Rituale, da geht es um die Kunst- und Architekturgeschichte von Friedhöfen und so weiter. Ich denke, das Thema Sterben öffnet dagegen den Blick für andere zentrale zeithistorische Fragen und Perspektiven, etwa ökonomischer Art, wenn man an die Kostenexplosion im Gesundheitswesen denkt. Auch die Frage nach der Rolle der Kirchen und Säkularisierung spielt eine wichtige Rolle, ebenso natürlich medizinhistorische Aspekte und schließlich die Bedeutung von Massenmedien und Medialisierung.

Severin Cramm: *Eine weitere Frage betrifft die Hospizbewegung, deren Geschichte sie in Ihrem Projekt sehr intensiv nachspüren. Wie war das in der BRD und in der DDR? Warum schlug sich die Hospizidee erst so spät in den beiden deutschen Staaten nieder und welche Auswirkungen hatte das auf die Gesellschaft, gerade mit Blick auf den Umgang mit Alter und Tod?*

Florian Greiner: Zunächst ist – wie Sie sagen – auffällig, dass sich die Hospizbewegung im internationalen Vergleich sowohl in der BRD als auch in der DDR erst verzögert durchsetzen kann. In England gab es schon in den 1960er Jahren erfolgreiche Initiativen, in der Bundesrepublik dagegen scheitern in den 1970er Jahren dagegen die Versuche von Hospizenthusiasten, das umzusetzen. Da gab es starke Widerstände, war dann eben von sogenannten „Sterbeghettos“ die Rede, in die die Sterbenden abgeschoben würden. Das ist natürlich überhaupt nicht Sinn der Hospizidee, aber so war eben die Wahrnehmung und auch da hatte man sicherlich eine eigene deutsche Erinnerungsperspektive. Erst Mitte der 1980er Jahre gab es in Westdeutschland die ersten Hospize und auch Palliativstationen, also die eng verwandte schulmedizinische Ausformung. In der DDR war es noch schwieriger. Man hat aber interessanterweise auch im Osten aus der marxistischen Medizinethik und aus den Kirchen kommend erste Überlegungen, wie man Sterbebegleitung modernisieren könnte, und hier wurden die Hospizdebatten im Westen genau eingefangen und die zentralen Prämissen geteilt. Denn auch in der DDR gab es immer mehr ältere Menschen, die langsam an chronischen Krankheiten starben. In Halle an der Saale wurde dann an einem katholischen Krankenhaus ab Mitte der 1980er Jahre sogar ein Hospizkonzept verwirklicht. Also es gibt zumindest so ein paar Ansätze.

Andrea Germer: *Auch das ist schon angesprochen worden: die Medien. In der DDR haben wir eine gleichgeschaltete Medienlandschaft von den Printmedien bis zum Fernsehen. Anders sieht es aus in der BRD. Ich kann mich übrigens noch erinnern an die Debatten um Hackethal, jenen Arzt, der praktisch versucht hat, die Sterbehilfe salonfähig zu machen, der auch strafrechtlich unter Verfolgung stand. Wäre so etwas in der DDR eigentlich möglich gewesen?*

Florian Greiner: Das Thema Hackethal ist in den 1980er Jahren in der Tat eine Art Katalysator für die öffentlichen Sterbehilfe-Debatten in der Bundesrepublik. In der DDR finden diese Debatten in den Medien eigentlich nicht statt. Aber es gab sehr wohl – wie auch im Westen – hitzige Auseinandersetzungen innerhalb der Medizinethik und zwar schon ab den 1970er Jahren. Zu der Zeit wird immer stärker die künstliche Lebensverlängerung von Sterbenden – das Schreckgespenst vom qualvollen Dahinsiechen an Apparaten –

problematisiert, so dass die unterschiedlichen Formen der Sterbehilfe sukzessive sagbar werden. Hackethal mit seinen bewusst medien- bzw. öffentlichkeitswirksam inszenierten Fälle der ärztlichen Suizidbeihilfe und den Forderungen nach der Freigabe von aktiver Sterbehilfe war hier ein Extrempol, der die Grenzen auslotete – und letztlich scheiterte, da er auch medial scharf kritisiert wurde. Der mediale Diskurs war allerdings im Westen deutlich breiter und umfasste eben auch Formen der passiven und indirekten Sterbehilfe, des freiwilligen Behandlungsabbruchs von Sterbenden, die immer stärker akzeptiert wurden und irgendwann unproblematisch waren, sowohl im Diskurs als auch im medizinischen Alltag – übrigens auch im Osten.

Severin Cramm: *Zurück zu Europa: Gemeinsam mit Frank Bösch gaben Sie 2012 den Sammelband „Europabilder des 20. Jahrhunderts: Entstehung an der Peripherie“ heraus. Was stand dahinter?*

Florian Greiner: Zunächst einmal haben wir uns sehr lange über den Begriff „Peripherie“ Gedanken gemacht und ich war damit überhaupt nicht glücklich, weil das natürlich ein aufgeladener Begriff ist und ein problematischer, da eigentlich schon Teil dessen, was man hinterfragen möchte. Den Begriff Peripherie müsste man auf jeden Fall, das hat Frank Bösch dann in seiner Einleitung auch dargelegt, als fluide und als ein Konstrukt auffassen. Allerdings ist natürlich klar, dass es eben doch auch so etwas gibt wie die Ränder Europas und zu Rändern gemachte Regionen im Norden, Süden und Osten. Und dann gab es historisch natürlich auch noch so etwas wie die Außenposten Europas, die Kolonien, und natürlich auch das transatlantische Verhältnis, die USA. Das sind natürlich keine Peripherien Europas, aber doch etwas, das mit Europa zusammenhängt und zusammenwirkt, ganz stark zur Konstruktion eines europäischen Selbstverständnisses schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert beiträgt. Unsere These war, dass sich gerade in der Auseinandersetzung an und mit diesen Rändern sehr viel klarer konturieren lässt, was eigentlich Europa historisch war.

Severin Cramm: *Welche generellen Erkenntnisse konnten Sie denn zusammenfassend aus den Beiträgen ziehen? Wie wird Europa denn aus der Peripherie konstruiert?*

Florian Greiner: Zunächst bestätigen die Beiträge unsere grundsätzliche These insoweit, dass es an diesen Rändern offenkundig eine ganz starke und intensive Beschäftigung mit Europa gab, die sich als konstitutiv für ein aufkommendes Europabewusstsein erwiesen hat. Das betrifft zum einen die Auseinandersetzung mit dem Nicht-Europäischen etwa im Rahmen kolonialer oder transatlantischer Debatten. Zum anderen gab es in vielen Ländern an der europäischen Peripherie Bemühungen, europäischer zu werden, nach Europa hineinzuwachsen. Dies zeigt einer der Aufsätze in dem Band etwa für Finnland, wo man sich in einem Spannungsfeld zwischen Schweden und Russland bzw. der Sowjetunion dann eben versucht hat, gewissermaßen europäisch zu positionieren. Europa galt hier den finnischen Intellektuellen – und das lässt sich auch für andere periphere Länder bzw. Regionen sagen – als das, wo man hinwollte, gesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich, auch mit Blick auf die technische Moderne.

Michael Gehler: *Wenn Sie an Konstruktionen Europas und das Europa von heute denken, ist dieses einerseits geographisch und räumlich offen, das kann bis Wladiwostok gehen, und andererseits begrenzen wir es gemeinschaftsräumlich auf die EU, also von Portugal bis Polen und von Skandinavien bis nach Griechenland. Würden Sie sagen, dass es gewisse Konjunkturen der Konstruktionen Europas gegeben hat, d. h. mit gewissen Zeitabfolgen und dann umgekehrt auf andere Rand- und Teilräume Europas übergeschwappt ist? Ist es ein Europa, das aus der Peripherie konstruiert wird vom Süden, vom Westen und dann von der Mitte aus?*

Florian Greiner: Ich glaube, diese Frage lässt sich so gar nicht beantworten, nicht einmal, wenn man sie auf das Räumliche beschränkt, also auf die Frage nach der Ziehung der europäischen Außengrenzen. Mir scheint, dass wir hier ganz stark differenzieren müssen, denn es hing und hängt immer stark vom Kontext ab, ob und wie ein Raum als europäisch oder nicht-europäisch konstruiert wird. Um ein klassisches Beispiel zu nehmen: Denken Sie an die Russische Revolution und die frühe Sowjetunion und deren Wahrnehmung in den 1920er Jahren. Da ist natürlich klar, dass das, was die Bolschewisten politisch machten für die westeuropäischen Staaten klar mit Europa rein gar nichts zu tun hat, vielmehr als nicht- oder anti-europäisch gilt, ja mitunter wörtlich als „asiatisch“ gebrandmarkt wird. Auf der anderen Seite hat man in Westeuropa zeitgleich Debatten darüber geführt, wie weit man die russische Wirtschaft stärker in Europa einbinden müsse. Die gängige Lesart war hier, dass Russland Teil eines gesunden europäischen Wirtschaftskreislaufs sein müsse, dass Handel und Austausch mit diesem riesigen Gebiet im Osten stattfinden müssten, um eine wirkliche Erholung der europäischen Wirtschaft einleiten zu können. Die Zuschreibung Russlands bzw. der Sowjetunion zu Europa war also in den 1920er Jahren keinesfalls so eindeutig, wie man es meinen könnte, vielmehr war sie kontextgebunden, und das gleiche galt dann für die Mental Maps Europas, die eben stark fluide waren – und meines Erachtens bis heute geblieben sind.

Michael Gehler: *Bleiben wir an den Außengrenzen Europas: Sie verfassten den Aufsatz „Europäisiert und modern. Wahrnehmungen der ‚neuen Türkei‘“ in Europa-Bewegungen der Zwischenkriegszeit“.*[12] *Welche Fragen verfolgten Sie dabei und was waren Ihre Erkenntnisse?*

Florian Greiner: Darin greife ich einen Teilstrang aus meiner Dissertation auf, in der ich mich eben auch in einem längeren Kapitel mit den printmedialen Debatten über die neue Türkei nach dem Ersten Weltkrieg beschäftigt habe, also die Frage, wie die Reformen von Atatürk in Deutschland, Großbritannien und auch in den USA rezipiert wurden. Ich habe dabei festgestellt, dass in den Printmedien sehr stark die Wahrnehmung vorherrschte, dass sich die Türkei durch diese Reformen europäisiere, gewissermaßen nach Europa reinwachse, zum Beispiel mit Blick auf die Säkularisierung oder Umgestaltung der Wirtschaft und die technische Modernisierung. Meine Überlegung war, danach zu

12 Florian Greiner, Europäisiert und modern. Wahrnehmungen der „neuen Türkei“ in Europa-Bewegungen der Zwischenkriegszeit, in: Themenportal Europäische Geschichte (2015), URL: http://www.europa.clio-online.de/2015/Article=732 (abgerufen 24.03.2021).

fragen, wie eigentlich die aufblühende Europabewegung in den 1920er und 1930er Jahren die Türkei einschätzte, ob sie sie als einen Teil Europas sah oder nicht und welche Verschiebungen es hier gab. Coudenhove-Kalergi hatte bei der Veröffentlichung des Paneuropa-Buches 1923 in der beiliegenden Karte die Türkei noch mit einem dicken Fragezeichen versehen, als nicht so ganz klar war, wo die Reise hingeht, dann aber in den 1930er Jahren in seine Schriften eben das Land eindeutig zu Europa gerechnet. Das war natürlich nicht sein Hauptthema, aber es gab doch ein paar Veröffentlichungen dazu. Und ähnlich war es im Fall der *Europäischen Revue*, dem Leitorgan des Europäischen Kulturbundes, der insofern besonders interessant ist, als dass er eine strikt konservative, später dann faschistoide Ausrichtung hatte, und in den 1920er Jahren eine ganz stark christliche Abendland-Rhetorik vertrat. Dennoch gab er in dieser Zeit ein Themenheft zur neuen Türkei heraus, dessen Fluchtpunkt ebenfalls war, dass das Land europäisch werde, dass es zwar ein islamisch geprägtes Land bleibe, aber trotzdem aus unterschiedlichen Gründen als europäisch gelten könne. Das fand ich einen sehr spannenden Aspekt, mit dem Blick darauf, wie Europa konstruiert wird und wie schnell sich eben auch Vorstellungen dessen wandeln können, wer und was jetzt eigentlich aus welchen Gründen zu Europa zählt. Denn das war natürlich am Vorabend des Ersten Weltkriegs noch komplett anders, als das Osmanische Reich in der Wahrnehmung des Rests Europas ganz sicher alles war, nur keine europäische Großmacht. Und diese Perspektive wirft natürlich auch ein besonderes Licht auf die so hochpolitischen und aufgeladenen Debatten der letzten Jahre rund um die Europäizität der Türkei, in der so mancher prominente Historiker vereinfachend argumentiert, dass ein islamisches Land auf keinen Fall Teil eines christlich definierten, in der griechischen Antike wurzelnden Europas sein könne, und damit in essentialistische Europadefinitionen zurückfällt.

Severin Cramm: *In der* Zeitschrift für Geschichtswissenschaft *veröffentlichten Sie „Murder of a European: Der bedrohte Europäer als Leitmotiv im Kolonialdiskurs vom Zeitalter des Hochimperialismus bis zur Epoche der Dekolonisation“.*[13] *Welche Auswirkungen hatte der Kolonialismus Ihrer Meinung nach auf die Wahrnehmung von Europa?*

Florian Greiner: Das haben wir ja schon angesprochen und ich denke, es gibt auch in der neueren Forschung mittlerweile doch eine Vielzahl an Studien, die klar nachweisen, dass der Kolonialismus neben seinen ganzen nationalen und nationalistischen Aufladungen eben auch etwas Gesamteuropäisches hatte. Das betraf die diskursive Ebene, nicht zuletzt gerade die Legitimationsrhetorik, mit Blick auf die propagierte Vorstellung, dass man die Vorzüge der europäischen Zivilisation in die Welt tragen müsse. Hier wurde eben häufig auf Europa als Ganzes verwiesen, wodurch zivilisatorische Gemeinsamkeiten der einzelnen Kolonialnationen definiert und konstruiert wurden. Darüber hinaus gab es natürlich auch immer wieder eine punktuelle Zusammenarbeit der europäischen Staaten in kolonialen Räumen bzw. bei kolonialen Themen, sei es bei der Niederschlagung von Aufständen, sei es bei der Bekämpfung von Tropenkrankheiten. In unserem Aufsatz ging es noch um

13 Jürgen Dinkel/Florian Greiner/Christian Methfessel, „Murder of a European“ – Der „bedrohte Europäer“ als Leitmotiv im Kolonialdiskurs vom Zeitalter des Hochimperialismus bis zur Epoche der Dekolonisation, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 62 (2014), Nr. 3, S. 219–238.

einen anderen Strang des Kolonialdenkens, auf den ich damals in längeren Gesprächen mit Christian Methfessel, der zur Phase des Hochimperialismus Ende des 19. Jahrhunderts gearbeitet hat, und mit Jürgen Dinkel, der sich mit der Dekolonisation beschäftigt, gekommen bin, was uns im Übrigen in dem Aufsatz eine schöne historische Langzeitperspektive gibt. Uns fiel auf, dass der Europäer sehr häufig als etwas latent Bedrohtes in Kolonialdebatten auftaucht. Dies betrifft vor allem Fälle von Gewalt gegen Europäer, die stets ein besonderes Augenmerk erhielten und eben immer als eine Bedrohung für ganz Europa erschienen. Das ist im Übrigen teilweise bis in die heutige Zeit so geblieben, wenn sie in den Nachrichten von der Entführung eines Europäers in einem ehemaligen kolonialen Raum hören, dann ist die Chance sehr groß, dass dabei der Europabegriff fällt, es sind dann eben nicht Briten, Franzosen, Deutsche, die entführt oder getötet werden, es sind Europäer. Dies soll offenbar diesem Bedrohungsszenario nochmal eine besondere Aufladung geben und zugleich ist es eben auch als eine Art Appell an die europäische Gemeinschaft zu verstehen, zumindest bis in die Zeit der Dekolonisation hinein, dass man doch gemeinsam etwas gegen diese kolonialen Auswüchse tun müsse, um gewissermaßen die europäische Zivilisation zu beschützen, die hier durch einzelne Europäer und Europäerinnen personifiziert wird.

Andrea Germer: *Ein weiterer Schwerpunkt Ihrer Forschungen ist das Mitteleuropa-Denken.[14] Inwiefern unterschieden sich die Mitteleuropa-Debatten von den Neues-Europa-Debatten der Nationalsozialisten. Inwieweit gibt es da Übergänge und inwieweit gibt es da Fortsetzungen und Kontinuitäten?*

Florian Greiner: Nun, mit der jüngeren Forschung würde ich auf jeden Fall starke ideengeschichtliche Kontinuitäten im deutschen Europadenken vom 19. Jahrhundert bis in den Nationalsozialismus hineinsehen, die sich oft um die allerdings sehr fluide Vorstellung eines „Mitteleuropas“ kristallisierten.[15] Natürlich können wir hier keine kausalen Zusammenhänge oder inhaltliche Deckungsgleichheit zwischen Mitteleuropa und dem Neuen Europa des NS diagnostizieren. Wenn man sich etwa die wohl bekannteste Ausformung des Mitteleuropa-Konzeptes, nämlich das von Friedrich Naumann aus dem Jahr 1915 anschaut, das war ja im Vergleich zu den alldeutschen Kriegszielplanungen in der Phase des Ersten Weltkriegs ein sehr gemäßigtes Konzept, das eine informelle Hegemonie Deutschlands vor allem wirtschaftlicher Art in Europa vorsah. Da war natürlich das Neue Europa, das ja auch viele Ausformungen fand, sehr viel weitgehender. Es gibt insofern Unterschiede, aber es gibt eben auch tatsächlich Berührpunkte und diese Berührpunkte

14 Vgl. Florian Greiner, Articulating Europe during the Great War: Friedrich Naumann’s Idea of „Mitteleuropa“ and its Public Reception in Germany, England and the USA, in: Lingue Culture Mediazioni – Languages Cultures Mediation 2 (2015), Nr. 2, S. 131–148, URL: http://www.ledonline.it/index.php/LCM-Journal/article/view/912 (abgerufen 24.03.2021); Florian Greiner, Der „Mitteleuropa“-Plan und das „Neue Europa“ der Nationalsozialisten in der englischen und amerikanischen Tagespresse, in: Zeithistorische Forschungen 9 (2012), Nr. 3, S. 467–476, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Greiner-3-2012 (abgerufen 24.03.2021).

15 Vgl. etwa Jan Vermeiren, Nation-State and Empire in German Political Thought: Europe and the Myth of the Reich, in Vittorio Dini/Matthew D’Auria (Hrsg.), The Space of Crisis: Images and Ideas of Europe in the Age of Crisis, 1914–1945. Brüssel 2013, S. 135–160.

werden wiederum sehr deutlich in der Außenwahrnehmung, weil eben festzustellen ist, dass zum Beispiel in der öffentlichen oder politischen Debatte in Großbritannien oder den USA diese deutschen Europavisionen – Naumann im Ersten Weltkrieg, das Neue Europa im Zweiten Weltkrieg – als massive Schreckgespenster erscheinen, an denen interessanterweise dann die eigenen Europakonzeptionen ausgehandelt werden. Der Duktus war in beiden Fällen, dass man etwas Eigenes braucht, ein eigenes Integrationsmodell für Europa, das man dem deutschen quasi entgegenstellen kann. Hierin liegt die Relevanz dieser letztlich ja glücklicherweise gescheiterten anti-liberalen Einigungspläne, dass sie eben in alliierten Kreisen zu einer Schärfung des Europakonzeptes und einem Bewusstsein für dessen Notwendigkeit beigetragen haben.

Severin Cramm: *Sie arbeiten auch an einer Website des DHI Washington mit, die sich "Transatlantic Perspectives: Europe in the Eyes of European Immigrants to the United States, 1930–1980"*[16] *nennt, wie kam es zu dieser Zusammenarbeit?*

Florian Greiner: Ja, da kommt wieder Jan Logemann ins Spiel, der mich erfolgreich dafür angefragt hatte, bevor er dann aus lauter Dankbarkeit mein Buch vernichtend rezensiert hat. (lacht) Nein, im Ernst, die Rezension war ja im Prinzip gar nicht schlimm. Er hat jedenfalls lange am *DHI Washington* gearbeitet und eben auch diese Website mit aufgebaut, in der es um die Frage geht, welche Rolle europäische Immigranten mit Blick auf die Europawahrnehmung spielten. Schon der Zeitraum 1930 bis 1980 ist hochspannend, da er von den klassischen Zäsuren der transatlantischen Geschichte weggeht. Damit berührt das Projekt viele Dinge, die mich auch umgetrieben haben, und ich habe gerne ein paar Quellen von mir zur Verfügung gestellt, längere Kulturartikel aus der US-Presse, in denen über Europa und das transatlantische Wechselverhältnis diskutiert wurde, über europäische Immigranten oder Amerikaner, die in Europa Urlaub machen und die dann in gewisser Weise europäische Eigenheiten einfingen bzw. als solche konstruierten.

Michael Gehler: *Worin unterschied sich das Europabild europäischer Immigranten in den USA von dem europäischen Selbstbild?*

Florian Greiner: Zunächst einmal ist der Blick auf Europa viel intensiver und klarer. Sehr häufig ist festzustellen, dass europäischen USA-Besuchern gewissermaßen schon während der Überfahrt klar wurde, dass sie Europäer sind. Dieser Perspektivwechsel verstärkte sich noch nach Ankunft in der sogenannten „Neuen Welt". Man war eben in den USA nicht mehr der Deutsche, der Franzose, der Pole, sondern der Europäer von jenseits des Atlantiks. Was inhaltliche Zuschreibungen und Europawahrnehmungen angeht, wäre natürlich der naheliegende Verdacht, dass diese bei europäischen Immigranten in den USA negativer waren, dass also der Blick auf die „Alte Welt" kritischer ausfiel als bei ihren in Europa lebenden Zeitgenossen. Denn immerhin sind sie aus politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen aus Europa weggegangen. Das wäre aber systema-

16 Homepage "Transatlantic Perspectives: Europe in the Eyes of European Immigrants to the United States, 1930–1980" http://www.transatlanticperspectives.org/about.php (abgerufen am 24.03.2021).

tisch zu überprüfen, mir scheint, dass der Blick auf Europa bei diesen Immigranten in vielen Fällen eher abstrakt blieb.

Severin Cramm: *Etwas ganz anderes: Sie sind Mitglied im Zentrum für Interdisziplinäre Gesundheitsforschung, kurz ZIG, der Universität Augsburg, das sich vor allem der fächerübergreifenden Zusammenarbeit verschrieben hat.*[17] *Wie gestaltet sich die Arbeit hier, welche Disziplinen arbeiten hier zusammen und mit welchen erweist sich die Kooperation als besonders fruchtbar?*

Florian Greiner: Vielleicht kurz zum Hintergrund des ZIG: Das ist eigentlich aus einer Augsburger Eigentümlichkeit heraus entstanden, dass wir nämlich keine medizinische Fakultät haben bzw. hatten, denn die wurde im Zuge der Universitätsgründung damals in Ulm angesiedelt. Vor kurzem hat das Land Bayern beschlossen, das rückgängig zu machen, es kommt nun also eine medizinische Fakultät. Die Überlegung war, im Vorfeld der Fakultätsgründung die in anderen Fachbereichen schon vorhandene Forschung zu medizinischen und gesundheitswissenschaftlichen Fragen zu bündeln, um zum einen Kooperationen mit den Medizinern von vornherein in systematische Bahnen zu lenken, also eine Diskussionsplattform zu schaffen, und zum anderen auch die Forschung in diesem Bereich seitens der Geistes-, Rechts- und Sozialwissenschaften sichtbar zu machen und deren Marginalisierung zu verhindern. Vorangetrieben hat die Gründung des ZIG vor allem einer der Vizepräsidenten der Uni, der Soziologe Werner Schneider. Das Ziel ist, dass tatsächlich alle Fakultäten vertreten sein sollen und da ist es natürlich klar, dass für mich die Berührpunkte mit z. B. der Gesundheitssoziologie oder Ethnologie deutlich ausgeprägter sind als mit Informatikern, die medizinische Apps entwickeln. Die inhaltliche Arbeit am ZIG läuft gerade erst an, aber meine Erfahrung ist sehr positiv. Einen Mehrwert gibt es auf inhaltlicher Ebene, da eine für mich einschlägige AG Lebensende existiert, in der Expertinnen und Experten zu Fragen von Tod und Sterben aus anderen Disziplinen vertreten sind. Zum anderen profitierte ich aber auch ganz forschungspraktisch, habe z. B. einen Kick-off-Grant erhalten, über den ich ein Semester lang meine Stelle finanziert habe und mich erfolgreich auf die Ausarbeitung eines größeren DFG-Antrags zu meinem Habilitationsprojekt konzentrieren konnte.[18] Das ist eine sehr produktive Form der Forschungs- und speziell der Nachwuchsförderung.

Andrea Germer: *Können Sie in Ihrer Arbeit an eine Theorie der Geschichtswissenschaften anknüpfen?*

Florian Greiner: Naja, ich würde mich in erster Linie als Kulturhistoriker bezeichnen, allerdings mit einem starken Bedürfnis, einen möglichst ganzheitlichen Zugriff auch auf

---

17 Homepage des Zentrums für Interdisziplinäre Gesundheitsforschung der Universität Augsburg https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/zig/ (abgerufen am 24.03.2021).

18 Projektbeschreibung auf der Webseite der Deutschen Forschungsgemeinschaft https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/315143844?context=projekt&task=showDetail&id=315143844& (abgerufen am 24.03.2021).

andere Ansätze und Perspektiven der Geschichtswissenschaft zu finden. Das ist das große Ziel in meiner Habilitation, in der ich mir – immer mit einem kulturhistorischen Blick – auch klassische politikgeschichtliche Quellenbestände anschaue oder ganz sozialhistorisch nach Praktiken frage, mit Statistiken zu Sterbeorten oder demografischem Wandel arbeite, auf soziale Ungleichheiten zu sprechen komme usw.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert würden Sie der Geschichtswissenschaft generell und in ihrem Fall der kulturgeschichtlichen Perspektive im Speziellen in der Wissenschaftskultur und der deutschen Gesellschaft zuschreiben?*

Florian Greiner: Ich denke, „mein Fall" wäre in dieser Beziehung nicht die Kulturgeschichte, sondern die Zeitgeschichte. Ich würde mich also schwertun, diese Frage jetzt für Alte Geschichte oder die Mediävistik zu beantworten, da gibt es mit Sicherheit auch gute Antworten, aber ich bin nicht derjenige, der sie geben kann. (lacht) Für die Zeitgeschichte ist es meines Erachtens tatsächlich so, dass diese in vielerlei Hinsicht – um diese viel zitierte Formulierung von Hockerts aufzugreifen – als unmittelbare Vorgeschichte der Gegenwart verstanden werden kann. Wir haben es hier also quasi automatisch mit vielen zentralen, gesellschaftspolitisch hochrelevanten Fragen zu tun. Das betrifft in meinem Fall natürlich die Frage der Europäischen Integration oder den Umgang mit dem Sterben, wenn man nur an die hitzigen Debatten um Sterbebegleitung und Sterbehilfe denkt.

Was das Verhältnis von Zeitgeschichte und Gesellschaft generell angeht, so denke ich, dass das Ziel sein sollte, sicherlich nicht direkt steuernd einzugreifen, im Sinne von Handlungsanweisungen geben, das würde mir zu weit gehen, aber doch die gegenwärtigen Probleme zu reflektieren, Dinge mit auf die Agenda zu setzen und natürlich auf geschichtliche bedingte Missstände aufmerksam zu machen, historische Analogien zu hinterfragen oder, wenn sie passen, zu forcieren. Hierin würde ich die gesellschaftspolitischen Hauptaufgaben, gerade von einer kritischen Zeitgeschichte, sehen.

Severin Cramm: *Die Mental Maps, wie sehen Sie denn diese mentalen Landkarten?*

Florian Greiner: Die imaginierten Karten im Kopf?

Severin Cramm: *Ja, genau.*

Florian Greiner: Als Kulturhistoriker finde ich das Konzept natürlich sehr vielversprechend, habe selbst viel über solche Mental Maps in meiner Dissertation gearbeitet. Ich würde allerdings sagen, ebenso wie bei der historischen Semantik, kann das eigentlich immer nur ein Teilstrang eines breiter angelegten Zugriffs auf ein Thema sein, also, wir können nicht nur von Karten ausgehen, seien sie jetzt imaginiert oder wirklich physisch existent, wir können auch nicht von einzelnen Begriffen ausgehen, sondern wir müssen versuchen, das umfassend einzuordnen und zu kontextualisieren, abzugleichen mit anderen Prozessen des Wandels. Tun wir das, dann sehen wir im Bereich der europäischen Mental Maps, dass wir schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts starke Verschiebungen der räumlichen Perspektiven von Zeitgenossen beobachten können, die uns helfen können zu verstehen, welche Folgen Europäisierungsdynamiken gewissermaßen an der

Basis haben, jenseits aller Institutionalisierungstendenzen, wie sie eben zurückstrahlen auf die Lebenswelten von Touristen, von Fernfahrern, Sportlern, Arbeitsmigranten und an wen man da alles denken kann. Ich denke, solche kulturhistorischen Erweiterungen sind ein sehr lohnenswerter und analytisch gewinnbringender Ansatz.

Severin Cramm: *Welche Chancen und Probleme sehen Sie bei der starken Ausrichtung auf eine quellenorientierte Geschichtswissenschaft, wie Sie sie praktizieren?*

Florian Greiner: Mir war gar nicht so klar, dass ich besonders stark quellenzentriert arbeite. (lacht) Naja, es ist natürlich klar, dass geschichtswissenschaftliche Qualifikationsarbeiten in der Regel immer stark quellenbasiert sind. Zugleich muss man natürlich aufpassen, sich nicht zu stark in den Quellen zu verlieren, den Blick auf die großen Zusammenhänge aus den Augen zu lassen, zu beschreibend zu werden. Insofern würde ich eher sagen: Die besten geschichtswissenschaftlichen Bücher sind die, die eine starke Quellenbasis haben, aber es schaffen, analytisch darüber hinaus zu gehen, auch davon weg zu kommen. Das ist ja eigentlich auch das große Ziel eines jeden Historikers und ich denke, bei der Habilitation habe ich dazu dann auch mehr Freiheit als in der Promotion.

Severin Cramm: *Die historischen Hilfswissenschaften, die sind ja ein Feld, das hier und da aufgegriffen wird. Heraldik, die Numismatik und so weiter sind aber eigentlich das Handwerkszeug des Mediävisten, weniger des Zeithistorikers. Inwieweit sind sie für Sie und Ihre Forschung, speziell aber auch generell für die Forschung relevant? Finden Sie, dass das genug und hinreichend genug in den zeithistorischen Einführungsveranstaltung, in den Proseminaren, Berücksichtigung findet?*

Florian Greiner: Also ich denke, Sie haben hier schon schön differenziert zwischen den historischen Teildisziplinen. In Augsburg scheint mir, dass in den frühen Epochen, der Alten Geschichte, der Mediävistik und so weiter ein großes Augenmerk auf hilfswissenschaftlichen Zugängen liegt, es gibt eigene Tutorate und eigene Lehrveranstaltungsformate, die sich vertiefend zum Beispiel der Heraldik widmen. In der Zeitgeschichte haben wir zwar auch einen propädeutischen Anteil in den Proseminaren, aber man kann, denke ich, darüber streiten, ob das ausreicht. Unstrittig ist, dass – wie Sie sagen – diese Hilfswissenschaften für den klassischen zeithistorischen Quellenzugriff lange nicht so zentral waren. Aber – und das ist ein dickes Aber: Auch aus meiner eigenen Arbeit mit digitalisierten Quellenbeständen weiß ich, dass sich dies aktuell wandelt und die Zeitgeschichte hier vor neuen Herausforderungen steht. Dies gilt es methodisch zu reflektieren und wir müssen Studierenden beibringen, wie wir mit riesigen Quellenbeständen und den Tücken digitalisierter Texte richtig umgehen, worauf wir zu achten haben. Das gleiche gilt natürlich für nicht-textuelle zeithistorische Quellenbestände wie Filme, Rundfunksendungen und so weiter. Hier gibt es einiges zu tun, natürlich auch technischer Art, die historische Informatik, die ja auch an vielen Universitäten immer stärker wird. In meinen Augen ist das ein Bereich, in dem die Hilfswissenschaften in Zukunft für die Zeitgeschichte eine ganz fundamentale Rolle spielen werden.

Andrea Germer: *Genau. Wo sehen Sie denn allgemein die Zukunft der Zeitgeschichte und welche Handlungsfelder und Zeiträume werden in naher Zukunft interessant werden?*

Florian Greiner: Am einfachsten zu beantworten ist sicherlich die Frage nach der zeitlichen Dimension. Es ist naheliegend, dass die Untersuchungszeiträume der Zeitgeschichte sich immer weiter an die Gegenwart heran verschieben, momentan sind wir schwerpunktmäßig noch in den 1970er Jahren, aber immer mehr wird schon zu den 1980er Jahren gearbeitet und auch die Zeit nach 1989/91 rückt stärker in den Fokus. Speziell für die deutsche Zeitgeschichte wird die große geschichtspolitische Herausforderung und Chance natürlich darin liegen, die Zeit der Wiedervereinigung zu analysieren und Transformationsforschung in all ihren Facetten zu leisten. Meine Habilitation will hierzu auch einen bescheidenen Beitrag liefern. Was die methodische Entwicklung angeht, so denke ich, dass medienhistorische Quellen und Ansätze in der Zeitgeschichte immer bedeutsamer werden. Je näher wir an die Gegenwart gehen, umso bedeutsamer werden gesellschaftlich die Massenmedien, umso wichtiger werden medial vermittelte Deutungen, umso ertragreicher ein Blick auf mediale Repräsentationen, umso reichhaltiger digitalisierte Quellenbestände. Für massenmediale Quellen gelten ja in der Regel auch keine Sperrfristen wie fürs klassische Archiv, was es dann auch erlaubt, noch näher an die Gegenwart heranzurücken. Ich bin skeptisch, was den *global turn* angeht, gerade für die Zeitgeschichte. Die Erwartung, dass sich die Globalgeschichte immer weiter bahnbricht, scheint mir forschungspraktisch unrealistisch, da vieles, was theoretisch einleuchtet, in der empirischen Umsetzung problematisch ist. In meinen Augen ist dies auch eine Chance für eine moderne Europageschichte, die gewissermaßen räumlich, aber auch von den Themenfelder oft kleiner als die Globalgeschichte ansetzt, aber methodisch die gleichen transnationalen Impulse aufnimmt und umsetzt.

Michael Gehler: *Häretisch gefragt: Haben die Geschichtswissenschaften überhaupt noch eine Zukunft? Nicht welche, sondern überhaupt?*

Florian Greiner: Diese Frage möchte ich speziell auf die Zeitgeschichte beziehen. Ich war vor einem Jahr am Zentrum für Zeithistorische Forschungen auf einer Konferenz eingeladen zur Zukunft und Identitätsbestimmung der Disziplin, da hieß es ebenfalls schon in der Konferenzankündigung ganz pessimistisch, dass wir unsere Daseinsberechtigung verlieren würden. Das Argument war, dass die Zeitgeschichte nur noch journalistische und sozialwissenschaftliche Deutungen fortschreibe und kopiere, keine eigenen Perspektiven mehr entwickle und darüber bedeutungslos werde.[19] Allerdings war die Quintessenz dieser Tagung dann letztlich doch, dass es der Zeitgeschichte – gerade auch im Vergleich zu anderen historischen Teilfächern – relativ gut geht, also auch was Stellen und Betätigungsfelder außerhalb des akademischen Marktes angeht. Vergleichsweise viele Zeithistoriker fassen im Bereich *public history* Fuß, sind in politischen Meinungsdebat-

19 David Kuchenbuch, Tagungsbericht: Entgrenzung, Pluralisierung und Identitätsbestimmung. Herausforderungen der Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften, 25.02.2016 – 27.02.2016 Potsdam, in: H-Soz-Kult, 10.05.2016, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6512 (abgerufen am 24.03.2021).

ten vertreten, werden zu *public intellectuals*, was auch ein internationales Phänomen zu sein scheint. Das ist in meinen Augen kein Zufall, sondern zeigt zum einen natürlich die gesellschaftspolitische Relevanz der Zeitgeschichte, die auch öffentlich als solche erkannt wird. Und zum anderen scheint es der Zeitgeschichte doch in vielen Fällen ganz gut zu gelingen, sich von anderen Deutungsgebern abzugrenzen, die eigenen spezifisch geschichtswissenschaftlichen Perspektiven auf gesellschaftliche Sachverhalte und Entwicklungen stark zu machen, die es uns eben oftmals erlauben, Themen nochmal differenzierter und umfassender zu analysieren, als das Journalisten oder vielleicht auch Sozialwissenschaftler tun.

Michael Gehler: *Ich finde das ja sehr erfrischend. Dass man sich diesen Optimismus bewahrt, ist schon sinnvoll. Was spricht dagegen? Man könnte jetzt advocatus diaboli spielen und sagen: Tendenziell immer weniger Geschichtsforschende gehen in klassische Archive und immer mehr tendieren zur Helikopter-Geschichtsschreibung. Grundlagenforschung wird von den Universitätshistorikern so gut wie nicht mehr geleistet, Ich rede hier nicht von den Quellen, die wir schon alle dreimal umgedreht haben, sondern vom Erschließen neuer Quellen. Mein Eindruck ist, dass die Zeitgeschichte mehr und mehr aufgesogen wird von der politischen Bildung wie auch von der Politikwissenschaft, wenngleich wir es als (Zeit-)Historiker viel leichter hätten, politikwissenschaftlich zu arbeiten, als die Politikwissenschaftler zeithistorisch, da die Archive terra ingocnita gar nicht kennen – bestenfalls von außen. Das sind so ein paar kritische Einwände. Was sehr für Sie spricht, ist die Flut an geschichtswissenschaftlichen Publikationen und Stellungnahmen anlässlich von Jubiläen und Gedenktagen, das Republikjubiläum in Österreich wirft schon seinen Schatten voraus. Die Publikumserfolge von Büchern wie Christopher Clarks „Die Schlafwandler“*[20] *zeigen, dass es tatsächlich ein großes öffentliches Interesse an der Geschichtswissenschaft gibt, und das wiederum spricht für Ihre These. Aber wie gewichten Sie die negativen Punkte, meine Einwände und Vorbehalte?*

Florian Greiner: Tja, da wäre für mich die Frage, ob das, was Sie eben skizziert haben, der Mangel an Grundlagenforschung, der Helikopter-Blick und der Einfluss der politischen Bildungsarbeit wirklich den Niedergang der Geschichtswissenschaften bedeuten oder nicht einfach einen Wandel der geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Natürlich gilt es diese Verschiebungen kritisch zu beobachten und zu reflektieren. Aber ich glaube nicht, dass sich Grundlagenforschung ganz auflösen wird, die wird es immer geben, vielleicht zumindest in der Zeitgeschichte immer weniger in klassischen Archiven, aber dafür eben in anderen Bereichen. Wie bereits angesprochen, würde ich hier eher optimistisch sagen, dass die Digitalisierung einfach Chancen bietet, Grundlagenforschung sogar auf ein ganz neues Level zu heben. Das betrifft klassische Quellenbestände, man denke beispielsweise an die durchgehend digitalisierten Fraktionsprotokolle, für die sich dann die Möglichkeit ergibt, viel schneller und viel umfassender mit Hilfe von Suchmasken einschlägige Quellen zu filtern, dadurch größere Textmengen und auch längere Zeiträume zu analysieren. Das betrifft aber auch die Erschließung ganz neuer Quellenbestände, die bislang kaum

20 Christopher Clark, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013.

systematisch ausgewertet wurden, wenn man zum Beispiel an Radiosendungen denkt. Natürlich verbinden sich damit auch analytische Fallstricke und neue Probleme des Zugangs oder der Archivierung von Quellen, man denke nur an E-Mails. Aber für mich ist das auf keinen Fall pauschal der Niedergang geschichtswissenschaftlichen Arbeitens, ganz im Gegenteil. Wichtig schiene mir allerdings, dass derartige Fragen im Fach mehr als bisher methodisch und theoretisch diskutiert werden.

Severin Cramm: *Kehren wir noch einmal zurück zum Europa-Thema: Wann wurde Ihnen persönlich Europa zum ersten Mal als ein politisches und nicht nur rein wirtschaftliches Projekt bewusst?*

Florian Greiner: Die entscheidende Erfahrung für mich war eigentlich, dass mir Europa sehr früh weder als politisches noch als ein wirtschaftliches Projekt bewusstwurde, sondern tatsächlich als etwas Lebensweltliches. Meine erste wirkliche Berührung mit europäischen Fragen war im Alter von 15 oder 16, als bei mir an der Schule von einer sehr engagierten Geschichtslehrerin eine Europa-AG gegründet wurde. Da ging es um die historisch-politischen Hintergründe, die Funktionsweisen der EU und derartige Dinge, aber es erreichte dann schnell auch eine andere Ebene. Wir organisierten eine „Europa-Olympiade“ mit Partnerschulen aus Frankreich, Polen, Rumänien und Ungarn, ich glaube, eine aus England war auch eingeladen, aber da kam niemand, die haben den Brexit vorweggenommen. (lacht) Jedenfalls kam ich so, gewissermaßen unter dem Mantel Europas, in Kontakt mit jungen Gleichaltrigen aus verschiedenen Ländern, wir waren dann später auch in diesem Kontext zu Besuch in Polen und Ungarn, es gab Sportwettbewerbe und Wissens-Quizze, vor Ort Aufführungen zu den jeweiligen Bräuchen und Traditionen und so was. Vor allem aber sprachen wir viel über unterschiedliche Dinge, über Fußball, über Musik, über überforderte Eltern und unfähige Lehrer, auch über Europa, obwohl wir ja auch von der Sprache her eine ganz große Hürde zu überwinden hatten, mit unserem wenig erprobten Schulenglisch. Meine wichtigste Erkenntnis war, wie ähnlich wir uns doch alle waren, trotz aller Unterschiede. Das war für mich eine wirklich wichtige persönliche Begegnung mit Europa und mit anderen Europäern, die mir persönlich sehr viel stärker in Erinnerung geblieben ist als etwa die Verträge von Maastricht oder sogar die Einführung des Euro. Vielleicht ist es insofern gar kein Zufall, dass ich in meiner Forschung heute so stark das lebensweltliche Europa fokussiere und weniger institutionelle Entwicklungen.

Andrea Germer: *Welche Europaräume und welches Verständnis für Europa bemerken Sie in Ihren Forschungen generell? Also ich frage mal anders: Ist es nicht so, dass wir ein sehr stark westlastiges und westzentriertes Europabild haben und dass eigentlich die mittelosteuropäischen Dimensionen über Osten und auch der kühle, kalte und graue Norden gar nicht auf der Bildfläche sind. Ist es nicht eigentlich ein völlig unausgewogenes, in sich nicht stimmiges Europa?*

Florian Greiner: Ja, auf jeden Fall, dieses Ungleichgewicht lässt sich in der Europaforschung feststellen, und das gilt auch für mich, wie ich selbstkritisch einräumen muss. Das ist erst einmal paradox, weil wir alle heute ein in der Theorie sehr umfassendes Verständnis von Europa haben, von einer konstruktivistischen und eben nicht mehr essentialisti-

schen Europadefinition ausgehen. Es käme also niemand auf die Idee, Westeuropa oder die Staaten des Kerneuropas als wichtiger oder „europäischer“ zu beurteilen. Trotzdem stehen diese in aller Regel im Zentrum der Forschung, so dass wir etwa ungleich mehr über Europavorstellungen in Deutschland, Großbritannien oder Frankreich wissen als über solche in Rumänien, Portugal oder Finnland. Das ist sprachlichen Hürden geschuldet und das zieht sich durch die internationale Europaforschung bis heute durch: Wenn man sich die publizierten Studien der letzten Jahren anschaut, fällt auf, dass es bei aller Transnationalität eben doch meist die großen Staaten Westeuropas, die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, vielleicht mal noch ein Benelux-Land oder Italien sind, die untersucht werden, aber man hat selten Arbeiten, die es schaffen, quellenbasiert Süd-, Nord-, Ostperspektiven zu integrieren.[21]

Theorie und Empirie klaffen hier also, wenn man so will, aus forschungspraktischen Gründen auseinander. Eine mögliche Lösung wären mehr Kooperationsprojekte, in denen Forscher mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen kollaborieren. Eine andere Möglichkeit wäre, bei der Recherche und der Strukturierung der eigenen Untersuchung konsequenter darauf zu achten, und wenn es nur punktuelle Seitenblicke sind. Ich finde Wilfried Loth hat es in seinem neuen Buch *Building Europe: A History of European Unification*, eine umfassende Ereignisgeschichte des europäischen Integrationsprozesses, zum Beispiel – auch ohne in polnischen Archiven gewesen zu sein oder dänische Originalquellen gelesen zu haben – sehr gut geschafft, in seiner Analyse die Perspektive mit Hilfe der Literatur immer so zu verschieben, dass unterschiedliche Länder und Räume in den Blick kamen.[22]

Severin Cramm: *Wie beurteilen Sie die Europäische Union heute?*

Florian Greiner: Uff, jetzt kommen die ganz leichten Fragen zum Schluss. (lacht) Sicher kann und muss die gegenwärtige Lage angesichts der politischen Entwicklung sehr stark problembezogen beurteilt werden und die EU muss sich auf vielerlei Ebenen hinterfragen lassen: Weder hat sie das Legitimationsdefizit in den Griff bekommen noch das Problem sozialer Ungleichheit entschärft noch angemessen auf die Vorwürfe des Bürokratismus oder der Expertokratie reagiert oder gar ein tragfähiges europäisches Bewusstsein in den Gesellschaften geschaffen. Dass sich immer mehr offen EU-kritische Parteien in fast allen Mitgliedsländern etablieren, ist sicher kein Zufall, und dass diese dann paradoxerweise auch im Europaparlament vertreten sind, gibt dem Ganzen ja nochmal einen sehr eigentümlichen Anstrich. Wenn Sie mich fragen, welches der Probleme am drängendsten ist, dann wird Sie meine Antwort sicher nicht überraschen: Ich denke, die EU braucht eine sie aktiv stützende, proeuropäische Zivilgesellschaft. Das ist eine Leerstelle, die sie eigentlich schon seit langem hat und kennt, spätestens seit Maastricht, als dann ja auch entsprechende kultur- und identitätspolitische Aktivitäten ausgebaut wurden. Also die Frage, wie können wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen, wie können wir europäische Öffentlichkeiten herstellen und so weiter. All das scheint mir zentral für die Versuche, das

21 Für eine Ausnahme vgl. z. B. Angela Siebold, ZwischenGrenzen. Die Geschichte des Schengen-Raums aus deutschen, französischen und polnischen Perspektiven, Paderborn 2013.

22 Wilfried Loth, Building Europe: A History of European Unification, Berlin 2015.

Bild vom technokratischen Brüssel zu korrigieren, zu zeigen, dass Europa und die EU eben etwas ist, das wirklich die Menschen in ihrer alltäglichen Lebenswelt mitnimmt. Hier sehe ich großen Reformbedarf und auch Reformdruck. Wenn wir jene handlungsfähige EU wollen, die wir in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage, gewissermaßen zwischen Putin und Trump, brauchen, als eigenständiger Akteur im Bereich Außenpolitik, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und soziale Ungleichheit, dann braucht es dafür auch das gesellschaftliche Fundament.

Michael Gehler: *Welche Krisen und Konflikte sehen Sie als die wichtigsten Probleme und Baustellen von Europa im 21. Jahrhundert und in diesem Kontext die EU-Osterweiterung?*

Florian Greiner: Einige Schlagworte sind nun ja schon angesprochen. Wie gesagt, für mich ist die europäische Identität die zentrale Baustelle, also die Notwendigkeit, in weiten Bevölkerungsgruppen ein stärker ausgeprägtes Europabewusstsein zu schaffen, ganz jenseits von Brüssel. Das war schon immer ein Desiderat, mein Eindruck ist allerdings, dass es durch die ganzen Erweiterungsrunden der EU und v. a. die von Ihnen angesprochene Osterweiterung noch einmal dringlicher geworden ist. Wir haben auf der einen Seite in den letzten Jahrzehnten die unstrittige Erfolgsgeschichte der EU, das bis zum Brexit trotz aller Krisen stets ungebrochene Wachstum, aber zugleich eine steigende Skepsis, dass das, was da institutionell zusammengewachsen ist, auch wirklich zusammengehört. Das betrifft ja keinesfalls nur Rechtspopulisten. Hier ist es so, dass man auf verschiedenen Ebenen ansetzen muss, da muss was von unten kommen, zivilgesellschaftliches Engagement der Europabewegung, da denke ich vor allem an *Pulse of Europe*, die genau das aktuell sehr aktiv umzusetzen versuchen und gute Ansätze entwickelt haben.[23]

Natürlich müssen auch von oben neue Ideen entwickelt werden, neue kulturpolitische Initiativen und Angebote geschaffen werden. Nach wie vor halte ich das Erasmus-Programm für das wahrscheinlich wichtigste Förderprogramme der EU mit Blick auf diese europäische Identität. Was konkrete politische Probleme und Baustellen angeht, da sehe ich soziale Ungleichheit als einen ganz zentralen Punkt. Wenn man die EU als Garanten für Wohlstand stark machen will – und das volkswirtschaftlich betrachtet völlig zu Recht, wenn man sich die Geschichte seit 1950 anschaut – dann ist die Frage, Wohlstand für wen? Je weiter die Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht, umso schwächer wird eben dieses wichtige Argument für ein vereintes Europa. Hier gilt es eine Balance zu finden, nicht nur aus sozial-, sondern auch aus europapolitischen Gesichtspunkten, was im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens auch Klima- und Umweltschutz einschließt. Das sind große Themen und ich bin froh, dass ich Historiker bin und kein Politiker, dass ich mahnen kann, ohne konkrete Lösungsansätze anbieten zu müssen. (lacht)

Severin Cramm: *Welche Zukunftsperspektiven sehen Sie denn für die EU?*

23 Homepage von *Pulse of Europe* https://pulseofeurope.eu/ (abgerufen am 24.3.2021).

Florian Greiner: Da halte ich es mit Wilfried Loth, der seine gerade angesprochene, jüngste Gesamtdarstellung trotz aller Krisen mit einer optimistischen Note enden lässt.[24] Ich sehe die EU nach wie vor auf einem sehr guten Weg, sofern es ihr gelingt, die Krisen kurzfristig zu halten und vor allem das Problem des europafeindlichen Rechtspopulismus in vielen Mitgliedsstaaten in den Griff zu bekommen, das in erster Linie ein nationales ist, aber mit einer europäischen Dimension. Damit möchte ich nicht die tatsächlichen Probleme der EU beschönigen, die teils hausgemacht sind, wenn man an die Flüchtlingskrise denkt oder auch an das nach wie vor bestehende Legitimationsdefizit in der EU-Politik. Aber es bleibt doch festzuhalten: Trotz aller Europakritik ist die EU in vielen Mitgliedsstaaten, darunter der Bundesrepublik, mittlerweile als Institution so fest etabliert, dass sie nur sehr schwer grundsätzlich in Frage gestellt werden kann. Wenn man diesen Zustand heute als Historiker betrachtet, der sich schwerpunktmäßig mit dem Europa der Zeit vor 1945 befasst, dann fällt es sehr schwer, in Pessimismus zu verfallen. Die Erfolge und die Geschwindigkeit des Einigungsprozesses sind beeindruckend und die Zukunftsaussichten nach wie vor rosig, jedenfalls besser, als sie es je zuvor in der europäischen Geschichte waren.

Michael Gehler: *Lieber Herr Greiner, wir sind Ihnen dankbar. Sie haben hier unsere Geschichtsdenkwerkstatt mobilisiert und angeregt. Vielen Dank dafür.*

24 Loth, Europe, S. 436.

Jasper M. Trautsch

„Europa“ und „der Westen“. Die kognitive Neukartierung der euro-atlantischen Welt nach 1945

Zum Referenten:

Jasper Trautsch studierte an der Freien Universität Berlin Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Neuere Geschichte und Nordamerikastudien. Nach einem ERASMUS-Auslandsstudium an der Sorbonne in Paris und einem Masterabschluss in Geschichte an der Tulane University in New Orleans promovierte er im Rahmen der Graduiertenschule für Nordamerikastudien an der FU Berlin und legte 2011 seine Dissertation „Inventing America: U.S. Foreign Policy and the Formation of National Identity, 1789–1815“ vor.

Jasper Trautsch nahm Lehraufträge u. a. am John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerika-Studien, an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und an der Universität Kassel wahr und arbeitete von 2010 bis 2012 als Referent für Kultur- und Medienpolitik im Deutschen Bundestag. Derzeit ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien der Universität Regensburg tätig und arbeitet an seinem Habilitationsprojekt – einer Begriffsgeschichte „des Westens“, die im Besonderen der Verortung Deutschlands auf den mentalen Landkarten der historischen Zeitgenossen in Westeuropa und Nordamerika nachgeht. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der US-amerikanischen Außenpolitik und der transatlanti-

schen Beziehungen, vergleichende Nationalismusforschung und die historische Mental-Maps-Forschung.

Jasper Trautsch stellt mittels der Mental-Maps-Forschung dar, wie die Begriffe „der Westen" und „das Abendland" nach 1945 einen semantischen Wandel erfahren haben. Vor 1945 hatten sich Vorbehalte westeuropäischer Konservativer gegenüber einem konsumgeprägten, liberalen Amerika in dem Kampfbegriff des Abendlandes, der auf eine historisch gewachsene, christlich fundierte west- und mitteleuropäische Kulturgemeinschaft verwies, kristallisiert und ihr Spiegelbild in Vorstellungen der amerikanischen Eigenständigkeit und grundsätzlichen Andersartigkeit („American exceptionalism)", wie sie in den USA tief verankert waren, gefunden. „Der Westen" wiederum war vor 1945 vorrangig als politische Gemeinschaft liberaler Demokratien imaginiert und somit in Großbritannien, Frankreich und den USA in den beiden Weltkriegen in grundsätzlicher Gegnerschaft zu Deutschland definiert worden. Nach 1945 wurde der Abendlandbegriff in Westdeutschland aber demokratisiert und amerikanisiert, also als transatlantische Wertegemeinschaft umgedeutet, während im öffentlichen Diskurs in den USA, Großbritannien und Frankreich „der Westen" in erster Linie als nicht-orthodoxe christliche Kulturgemeinschaft neu imaginiert wurde, sodass Deutschland innerhalb weniger Jahre mental in „den Westen" integriert werden konnte. Am Ende seines Vortrags zeigt Trautsch die Folgen und die aktuelle Relevanz dieser semantischen Verschiebungen auf.

Zum Vortrag:

Ziel der historischen Mental-Maps-Forschung ist es, die Aufteilung der Welt bzw. der Kontinente in Großregionen zu untersuchen, wie Trautsch ausführt. Dabei werden die räumlichen Zuteilungen nicht als objektive, aus geografischen Gegebenheiten resultierende Faktenbeschreibungen, sondern als soziale Konstruktionen verstanden. Was jeweils unter „Westen", „Osten", „Westeuropa" oder „Osteuropa" verstanden wird, ist das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und historischen Kontingenzen. Dementsprechend ändert sich im Laufe der Zeit auch, was mit diesen Begriffen gemeint ist und wie die Grenzen dieser Räume gezogen werden. Es geht in diesem Forschungsprojekt also nicht um „den Westen" an sich, sondern darum, wann dieser Begriff zur Beschreibung einer Gemeinschaft statt nur einer Himmelsrichtung aufgetaucht ist, mit welchen Inhalten und Werten er gefüllt wurde, welche Ein- und Ausschlussmechanismen in ihm wirkten und welche Rolle er bei Identitätsbildungsprozessen gespielt hat.

I. Begriffsgeschichte des Westens bis 1945

Die Grundlagen für den Begriff des Westens zur Beschreibung einer räumlich zusammenhängenden politischen Gemeinschaft wurden, wie Trautsch erklärt, im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert gelegt. Im Zuge der Amerikanischen und der Französischen Revolution 1776 bzw. 1789 wurde im politischen Diskurs damit begonnen, zwischen den konstitutionellen, liberalen oder gar demokratischen Systemen auf der einen und absolutistischen, konservativen oder monarchischen Regimes auf der anderen Seite zu

unterscheiden. Der Begriff des Westens als solcher fand in dieser Zeit jedoch noch keine Verwendung, da diese ideologische Polarisierung noch keine räumliche Dimension hatte.

Erst die politischen Entwicklungen der 1830er Jahre schufen die Voraussetzungen für den modernen und sich an politischen Prinzipien festmachenden Begriff des Westens zur Beschreibung einer supranationalen Gemeinschaft aneinander angrenzender Staaten: Während es im Westen Europas zu einer Liberalisierung kam – man denke an die Julirevolution in Frankreich, Belgiens liberale Verfassung oder die Wahlrechtsreformen in Großbritannien –, verlief die Entwicklung im Osten des Kontinents gegenläufig: 1831 marschierten russische Truppen in das 1815 auf dem Wiener Kongress geschaffene Königreich Polen ein und setzten dort die Verfassung außer Kraft.

Als Folge dieser gegensätzlichen politischen Entwicklungen in beiden Teilen Europas setzte sich auf den mentalen Landkarten der Zeitgenossen die Vorstellung durch, der Kontinent sei in einen aufgeklärten, liberalen, fortschrittlichen „Westen“ und einen irrationalen, despotischen und rückständigen „Osten“ gespalten. Im Zuge dieser Verräumlichung der ideologischen Polarisierung in Europa erhielt der Begriff der westlichen Zivilisation Einzug in den öffentlichen Diskurs der europäischen Staaten.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts vertiefte sich dieser ideologische Graben zwischen Westeuropa auf der einen und Russland auf der anderen Seite weiter und erhielt das Bild einer West-Ost-Teilung durch den Krimkrieg von 1854 auch eine außen- und bündnispolitische Dimension. In der britischen und französischen Presse wurde er zu einem Kampf des liberalen „Westens“ gegen einen autokratischen „Osten“ bzw. zu einer Auseinandersetzung zwischen „westlicher Zivilisation“ und „russischem Despotismus“ aufgeladen.

Im 19. Jahrhundert wurden die deutschen Staaten in der Regel nicht als „östlich“ oder als Teil „des Ostens“ betrachtet, aber gerade die beiden Vormächte Preußen und Österreich wurden nach den Revolutionen von 1848 und besonders den Niederschlagungen von regionalen Revolten in Ungarn und Italien politisch auch nicht dezidiert als Teil „des Westens“ beschrieben. Diese ambivalente Wahrnehmung von Deutschland als mitteleuropäischem Raum, der politisch-ideologisch eine Mittlerposition zwischen „Westen“ und „Osten“ einnahm, verfestigte sich nach der Gründung des Deutschen Reichs.

Wie Trautsch an zahlreichen Presseartikeln nachweisen kann, wurde Deutschland dann im Ersten Weltkrieg, der als Konflikt zwischen „westlicher Zivilisation“ und „deutscher Autokratie“ aufgeladen wurde, in den Öffentlichkeiten Frankreichs und Großbritanniens zum definitorischen Gegenbild „des Westens“. Auch für die deutsche Debatte fungierte der Erste Weltkrieg als begriffsgeschichtliche Weichenstellung, da der Begriff des Westens nun von der Presse dezidiert ablehnend zur Definition der eigenen Nation verwendet wurde. Der Aufstieg der Nationalsozialisten und der Zweite Weltkrieg verfestigten diese Gegenüberstellung von „Westen“ und Deutschland noch einmal erheblich.

Eine weitere neue Entwicklung im Zeitalter der Weltkriege war die Verwendung des Begriffs des Westens, der im 19. Jahrhundert im Sinne einer politischen Gemeinschaft zunächst rein innereuropäische Vorgänge beschrieben hatte, im transatlantischen Sinne. Dies hatte mit der Entwicklung neuer Transport- und Kommunikationstechnologien, die die Distanz zwischen Europa und Nordamerika scheinbar kleiner werden ließen, vor allem aber mit dem Kriegseintritt der USA auf Seiten der Entente 1917 bzw. Großbritanniens 1941 zu tun.

II. Begriffsgeschichte des Abendlandes

Der im Jahr 1529 geprägte Begriff des Abendlandes zur Bezeichnung der aus dem Weströmischen Reich hervorgegangenen lateinisch-germanischen Christenheit in Abgrenzung zum orthodoxen und islamischen „Morgenland" im Osten wurde im 19. Jahrhundert von einer sich gegen die fortschreitende Ausbreitung des Liberalismus und Nationalismus widersetzende Bewegung stark ideologisiert. Der Begriff des Abendlandes diente vor allem im konservativ-katholischen Lager dazu, den Verlust von Europas religiöser Einheit des Mittelalters, die Trennung von geistiger und politischer Macht, die Säkularisierung sowie den Materialismus zu verurteilen und eine Re-Christianisierung Europas zu fordern, um den befürchteten Verfall „des Abendlandes" aufzuhalten. Dieses „europäische Abendland" wurde – so hebt Trautsch als entscheidend hervor – jedoch nicht nur vom orthodoxen Osten bzw. muslimischen Orient, sondern dezidiert auch von den USA im Westen, die die beklagten Modernisierungsprozesse verkörperten, abgegrenzt. Große Popularität erreichte der Begriff am Ende des Ersten Weltkriegs, der ein kulturelles Krisenbewusstsein und Furcht vor einem Bedeutungsverlust Europas auslöste und dementsprechend modernisierungskritische Beschwörungen der Einheit „des Abendlandes" begünstigte. In diesem Kontext erschien damals Oswald Spenglers aufsehenerregendes Buch „Der Untergang des Abendlandes".

III. Die mentale Integration Deutschlands in „den Westen"

Nach 1945 kam es in der Begriffsgeschichte des Westens und des Abendlandes dann zu einer entscheidenden Wende, wie Trautsch erklärt. Waren der liberale „Westen" als politische Gemeinschaft und das christliche „Abendland" als Kulturgemeinschaft zuvor noch gegeneinander ausgespielte Kampfbegriffe gewesen, so verschmolzen sie in der Nachkriegszeit zunehmend und wurden zu Synonymen.

Um die Nachkriegsordnung zu legitimieren und den Zusammenhalt des Atlantischen Bündnisses zu stärken, taugte das Konzept des Westens als politischer Gemeinschaft zunächst nur bedingt. Denn sowohl die früheren faschistischen Feindesstaaten Italien und (West-)Deutschland als auch die weiterhin autoritär regierten iberischen Staaten lagen im amerikanischen Einflussbereich. Um deren gedankliche Integration in „den Westen" in der amerikanischen, britischen und französischen Wahrnehmung zu erreichen, wurde dieser daher nicht mehr allein über seine liberal-demokratischen Werte, sondern auch als religiös konnotierte Kulturgemeinschaft definiert, die nicht mehr allein die demokratisch-orientierten Atlantikanrainer, sondern das gesamte nicht-orthodoxe Europa sowie Nordamerika umfasst. Der Begriff des Westens stand in der Nachkriegszeit nun also nicht mehr allein für liberale Demokratien, sondern auch für das lateinisch-germanische Christentum schlechthin. Besonders sichtbar wurde dieser semantische Wandel in einer von Trautsch gezeigten quantitativen Frequenzanalyse der Verwendung des Begriffs „Western Christian Civilization" in englischsprachigen Veröffentlichungen der Jahre 1860 bis 2000, aus denen sich ein signifikanter Anstieg der Nutzung in der Nachkriegszeit ablesen lässt. Durch diese Umdeutung des Begriffs des Westens konnten (West-)Deutschland und Italien schon kurz nach Ende des Weltkrieges als „westlich" imaginiert werden, obgleich

ihre Liberalisierung zu diesem Zeitpunkt noch ausstand. Da die semantische Verbindung des Begriffs mit liberalen Werten aber weiterhin existierte, stand aber nicht nur außer Frage, dass Italien und (West-)Deutschland sich zu demokratisieren hatten, sondern wurde auch konsequenter Druck auf die iberischen Staaten ausgeübt, sich zu reformieren, um so Vorstellungen „des Westens“ als politischer und kultureller Gemeinschaft zur Deckung zu bringen.

IV. Die mentale Integration Amerikas in das „Abendland“

Im deutschsprachigen Raum stellte sich begriffsgeschichtlich genau die gegensätzliche Aufgabe, um die Eingliederung (West-)Deutschlands in das Atlantische Bündnis zu legitimieren. Während im Englischen und Französischen dafür „der Westen“ als Kulturgemeinschaft neu definiert wurde, musste im Deutschen der Begriff des Abendlandes, der eines der am häufigsten genutzten Schlagworte der Nachkriegszeit war, dahingehend umgedeutet werden, dass er nicht mehr allein auf eine west- und mitteleuropäische Kulturgemeinschaft, sondern eine transatlantische politische Gemeinschaft verwies. Für diesen Bedeutungswandel zeichneten vor allem die Christdemokraten verantwortlich, in deren Diskurs der Begriff des Abendlandes seine bisher mitschwingende antidemokratische und antiamerikanische Konnotation verlor. Die Demokratisierung des Abendlandbegriffs war Ergebnis der Versöhnung des Katholizismus mit der Demokratie, wie sie von Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache von 1944 zum Ausdruck kam. Demnach erschien die Einführung der Demokratie nicht mehr als sichtbares Zeichen für den bevorstehenden „Untergang des Abendlandes“, sondern als Erfüllung der geschichtlichen Entwicklung des „Abendlandes“. Parallel zur Demokratisierung des Abendlandbegriffes erfolgte die gedankliche Integration Nordamerikas in das „Abendland“. Christdemokraten, allen voran ihr Vorsitzender Konrad Adenauer, betonten in ihren öffentlichen Reden immer wieder, dass Amerika aufgrund seiner christlichen Wurzeln ebenfalls Teil des „Abendlandes“ sei, wie Trautsch mit zahlreichen Zitaten belegt.

Dadurch, dass „der Westen“ nach 1945 zunehmend nicht mehr nur eine politische Gemeinschaft liberaler Demokratien auf beiden Seiten des Atlantiks, sondern auch eine Kulturgemeinschaft nicht-orthodoxer christlich geprägter Länder, die Deutschland und Italien einschloss, bezeichnete und das „Abendland“ wiederum nicht mehr nur auf eine historisch gewachsene west- und mitteleuropäische Kulturgemeinschaft, sondern auch eine sich an demokratischen Prinzipien orientierende transatlantische politische Gemeinschaft verwies, wurden beide Begriffe inhaltlich zunehmend deckungsgleich.

V. Zusammenfassung und Folgen

Der Begriff des Westens zur Beschreibung einer räumlich zusammenhängenden supranationalen Gemeinschaft war keine Erfindung des Kalten Kriegs, sondern konnte 1945 bereits an eine über hundertjährige Geschichte anknüpfen. Die Semantik des Begriffs wandelte sich jedoch in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre. Indem er zunehmend dazu verwendet wurde, um auf eine historisch gewachsene, nicht-orthodoxe christlich fundierte Kulturgemeinschaft zu verweisen, schloss er Staaten wie (West-)Deutschland und

Italien, die sich zu diesem Zeitpunkt noch keiner demokratischen Erfolgsgeschichte rühmen konnten, ein. Deren Liberalisierung erfolgte also erst nach ihrer Westernisierung, verstanden als gedankliche Aufnahme in die Kategorie des Westens. Der Begriff des Abendlandes, der in der Weimarer Republik noch in Opposition zu den mit den USA in Verbindung gebrachten Demokratisierungstendenzen genutzt worden war, wurde nach 1945 von den die westeuropäische Nachkriegsordnung gestaltenden Christdemokraten wiederum demokratisiert und amerikanisiert, sodass beide Begriffe – „der Westen" und „das Abendland" – semantisch zunehmend miteinander verschmolzen.

Diese Fusion vormals antithetisch genutzter Begriffe erlaubte nach Ende des Zweiten Weltkrieges die kognitive Neukartierung der transatlantischen Welt, nach der die Atlantische Allianz von der Westküste Nordamerikas bis zum Eisernen Vorhang in Europa einen einheitlichen Raum darstellte. War die Verschmelzung beider Begriffe in der Nachkriegszeit deshalb äußerst nützlich, um die Nachkriegsordnung sinnvoll zu deuten, da sie ein Vokabular, das es den früheren Feindesstaaten erlaubte, sich als Teil einer Gemeinschaft vorzustellen, schuf, so wurde dadurch langfristig jedoch eine Konkurrenz zwischen „westlicher" und „europäischer" Identitätsbildung in Gang gesetzt. Denn wenn sowohl „der Westen" als auch „Europa" sich an denselben Markern wie demokratischen Prinzipien und dem christlich-lateinischem Erbe festmachen und beide damit auf eine politische und Kulturgemeinschaft verweisen, lässt es diejenigen, die den europäischen Identitätsbildungsprozess befördern wollen, dazu neigen, das Konzept des Westens anzuzweifeln, während jene, die die transatlantische Gemeinschaft stärken wollen, dazu tendieren, die Vorstellung eines einzigartigen Europas in Frage zu stellen.

Diskussion

Publikumsfrage: *Sehen Sie die Gefahr, dass der TTIP-Konflikt den Graben zwischen Europa und Amerika wieder vertieft?*

Jasper Trautsch: Das kann ich kaum absehen, zumal ja noch unklar ist, ob das Vertragswerk denn überhaupt abgeschlossen und ratifiziert wird.[1] Ich würde aufgrund meiner Forschungen jedoch denjenigen, deren Aufgabe es ist, für TTIP in der Öffentlichkeit zu werben, empfehlen, den normativ aufgeladenen und positiv besetzten Begriff des Westens zu nutzen und TTIP angesichts von steigendem Konkurrenzdruck aus anderen Weltteilen ganz allgemein als Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft darzustellen und sich nicht in Detailargumenten zu verzetteln. Solche Auseinandersetzungen werden in der Regel ja nicht durch bessere Sachargumente gewonnen, sondern dadurch, dass man den emotionalen Frame, also den Rahmen, in dem das Problem betrachtet und diskutiert wird, bestimmt. Und wenn man das Ganze als Entscheidung für oder gegen „die westliche Wertegemeinschaft" darstellt, ist man in einer guten Ausgangsposition. Wenn es dagegen um „Chlorhühnchen: ja oder nein?" geht, hat man schlechte Karten.

1 2017 wurden die Verhandlungen aufgrund der ablehnenden Haltung des neuen US-Präsidenten gegenüber dem Vertragswerk dann auch tatsächlich ausgesetzt.

Publikumsfrage: *Befindet sich der Begriff des Westens nicht in der Auflösung? Ich könnte mir vorstellen, dass sich Nordamerika von Europa abwendet und stattdessen der asiatische Kontinent in den Mittelpunkt rückt. Hinzu kommt die Bevölkerungsentwicklung in Nordamerika, die auch dafürspricht, dass sich Nordamerika von Europa trennt und damit der Begriff des Abendlandes für Europa wieder eine größere Bedeutung gewinnen kann. Würden Sie dem zustimmen?*

Jasper Trautsch: Die These, dass durch die Bevölkerungsentwicklung in den USA das Konzept einer transatlantischen Kulturgemeinschaft in Frage gestellt wird, lässt sich historisch durchaus bejahen. Die obligatorischen Einführungskurse in die Geschichte der „westlichen Zivilisation“ etwa, die in den USA nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt worden waren, um den Amerikanern die historischen Verbindungen zu Europa zu vergegenwärtigen, sind in den 1960er und 1970er Jahren sehr stark in die Kritik geraten, da sie der multikulturellen Zusammensetzung der amerikanischen Gesellschaft zu wenig Rechnung trügen und dementsprechend eine Zumutung für Afro-Amerikaner und asiatische Amerikaner seien. Als Folge wurden sie teils abgeschafft, teils zu Weltgeschichtskursen umgewandelt. Auch im politischen Diskurs hat der Begriff des Westens in den USA eine abnehmende Bedeutung. Für Neokonservative steht der Begriff ihren Vorstellungen einer unilateralen US-Außenpolitik im Weg. Für Progressive ist er politisch inkorrekt, weil er die europäischen und damit weißen Wurzeln der USA so in den Vordergrund rückt.

In Europa sehe ich eine solche Abkehr vom Begriff des Westens noch nicht. Gerade in Deutschland ist der Begriff immer noch zentral und äußerst positiv konnotiert, weil sich die Identität der Bundesrepublik wesentlich an ihm festmacht. Denken Sie an Heinrich-August Winklers populäre Darstellung „Der lange Weg nach Westen“: Deutschland habe sich demnach erst dann verwirklicht, als es sich eindeutig zum „Westen“ bekannt hat. Aber auszuschließen ist es nicht, dass der Begriff des Westens auch hier an Popularität verliert, wenn sich das transatlantische Verhältnis weiter verschlechtert. Als naheliegenden Konkurrenzbegriff sehe ich aber „Europa“ und nicht „das Abendland“, dessen christliche Konnotationen nicht zur fortgeschrittenen Säkularisierung passen und dessen Gebrauch durch Rechtspopulisten ihn für große Bevölkerungsteile problematisch macht. „Europa“ eignet sich auch besser, weil er Entsprechungen in allen europäischen Sprachen hat. Das trifft auf das „Abendland“ nicht zu. Dafür gibt es keine Entsprechung in romanischen Sprachen.

Publikumsfrage: *Wie weit hat eigentlich die nationalsozialistische Ideologie – die keine christliche war, aber gegen den „Antichristen“, gegen den „Gottlosen“ ins Feld zog – auch in gewisser Weise Wirkungen auf den Verschmelzungsprozess von „Abendland“ und „Westen“ gehabt? Der Begriff des „Eisernen Vorhangs“ beispielsweise stammt nicht von Churchill, sondern von Joseph Goebbels, der ihn in der Zeitung „Das neue Reich“ zur Abgrenzung gegen die vermeintlich nicht vorhandene Zivilisation im Osten benutzt hat. Inwieweit ist dies in den ideengeschichtlichen Verschmelzungsprozessen nachvollziehbar?*

Jasper Trautsch: Die Nationalsozialisten benutzten den Begriff des Westens, den sie mit Liberalismus, Finanzkapitalismus und Demokratie assoziierten, ausschließlich negativ.

Der mit der europäischen Kultur verknüpfte Abendlandbegriff spielte in der nationalsozialistischen Rhetorik, die sich um Volk, Boden und Rasse drehte, zunächst kaum eine Rolle. Erst in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, als die Sowjetunion zur Gegenoffensive ansetzte, reaktivierte das NS-Regime den Begriff, um letzte Verteidigungsreserven gegenüber die von Osten heranrückende Rote Armee zu mobilisieren und um Solidarität von westeuropäischen Ländern einzufordern. Gerade dadurch, dass „das Abendland" kein zentraler Begriff in der Rhetorik der Nationalsozialisten war, konnte er in der Nachkriegszeit für die Legitimierung der Nachkriegsordnung eine so wichtige Funktion übernehmen. Die größte Kontinuitätslinie von Nationalsozialismus zur frühen Bundesrepublik sehe ich eher im Antikommunismus und der hat tatsächlich bei der Verschmelzung von Abendland- und Westbegriff eine zentrale Rolle gespielt.

Publikumsfrage: *Sie haben den Begriff des Abendlandes in Abgrenzung zum „gottlosen Kommunismus" gesetzt. Diese Begrifflichkeiten sind ja heute keineswegs ad acta gelegt, betrachtet man das Parteiprogramm der AfD. Würden Sie das anders sehen?*

Jasper Trautsch: Als ich mit meinem Forschungsprojekt begann, war von Pegida noch keine Rede und ich ahnte nicht, dass das Thema eine solche aktuelle politische Relevanz erlangen und der Abendlandbegriff, der weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden war, wieder eine Renaissance erfahren würde. Was wir heute in der Gegenüberstellung der Begriffe vom „liberalen Westen", wie er mit Angela Merkels Flüchtlingspolitik assoziiert wird, und dem „Abendland", wie er von Rechtspopulisten zur Kritik daran verwendet wird, sehen, ist eine Rückkehr zu Begriffsverwendungen, wie sie in der Weimarer Republik üblich waren. In der frühen Bundesrepublik wurde diese Polarität zwischen „Abendland" und „Westen" überwunden, was ein wichtiger Faktor wie Indikator für die Demokratisierung Westdeutschlands war. Dass beide Begriffe wieder als Konkurrenzbegriffe verwendet werden, ist deshalb Zeichen einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung.

Publikumsfrage: *Sie haben an vielen Beispielen dargestellt, dass der Begriff des Westens sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausbildet. Müssen wir nicht viel weiter zurück in die Geschichte gehen? Ich denke an die Perserkriege und daran, wie Herodot die Perser als „unzivilisierte Barbaren" charakterisiert und den barbarischen Osten einem offenen, zivilisierten und kultivierten Westen gegenüberstellt. Der Humanismus greift dies auf – man denke an Machiavelli, der mit diesen Bildern operiert. Müssen wir also das Gegensatzpaar Orient-Okzident nicht noch viel weiter zurückdenken und greifen die spätneuzeitlichen Zugänge nicht zu kurz?*

Jasper Trautsch: Gedankliche Aufteilungen der antiken Welt in Okzident und Orient und später im Mittelalter in Christenheit und muslimische Welt können zwar als Vorläufer betrachtet werden. Allerdings hat das alles nur sehr indirekt mit den Verwendungen der Begriffe des Westens und Ostens, wie sie sich in der Moderne entwickelt haben, zu tun. Als Konzept einer politischen Gemeinschaft, die sich an demokratischen Staatsformen und liberalen Werten festmacht, konnte sich der Begriff natürlich erst im 19. Jahrhundert im Anschluss an die atlantischen Revolutionen entwickeln. Auch die rassische Aufladung

des Begriffes, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kontext des Hochimperialismus herausbildete, hatte es vorher so nicht gegeben. Die Vorstellung eines Zivilisationsgefälles zwischen Westen und Osten hatte es innerhalb Europas in diesem Maße auch vor der Neuzeit nicht gegeben. In der Antike und im Mittelalter war Europa mental eher in einen zivilisierten bzw. fortschrittlichen Süden und einen barbarischen bzw. rückständigen Norden aufgeteilt, wobei Russland bis ins 19. Jahrhundert hinein noch als nördliches und nicht als östliches Land galt. Am ehesten lassen sich Verbindungslinien zwischen modernen Vorstellungen eines orthodoxen Ostens und eines nicht-orthodoxen Westens und antiken und mittelalterlichen Gegenüberstellungen von griechischem Osten und lateinischen Westens bzw. von Byzanz und Rom ziehen, zumal die Trennungslinie zwischen Ost und West, die sich im Kalten Krieg herauskristallisierte, der Linie zwischen Weströmischem und Oströmischem Reich bzw. der westlichen Außengrenze des Karolinger Reiches erstaunlich nah kam. Allerdings ist auch hier die Verbindung nicht direkt. In der Frühen Neuzeit etwa spielte die Aufteilung Europas in einen katholischen und einen protestantischen Teil eine viel größere Rolle als die Abgrenzung zum orthodoxen Osten. Auch die Konzeption des Westens als transatlantischer Gemeinschaft durch gleichberechtigte Einbeziehung der USA war etwas Neues.

Publikumsfrage: *Wie ordnen Sie Polen als klassisch christliches Land ein? Haben die sich nie zum „Abendland“ zugehörig gefühlt?*

Jasper Trautsch: Der Fokus meiner Forschungen liegt auf Großbritannien und Frankreich, da das Konzept des Westens dort entstand, den USA und Kanada als zum „transatlantischen Westen“ zugehörige Länder Nordamerikas und schließlich auf Deutschland, an dessen Beispiel gezeigt werden kann, wie „der Westen“ nach 1945 ausgeweitet werden konnte. Polnische Debatten zum „Westen“ habe ich nicht untersucht. Allerdings ist erwähnenswert, dass die erste Verwendung des Begriffs „Western civilization“, die ich in der britischen Presse finden konnte, von Adam Czartoryski stammt. Dieser hatte 1831 der kurzlebigen polnischen Nationalregierung vorgestanden. Als der nationale Aufstand, der die Unabhängigkeit Polens zum Ziel hatte, von der russischen Armee niedergeschlagen wurde, floh er nach Großbritannien, wo er für die polnische Sache mit dem Argument warb, dass Polen wie England und Frankreich Teil „des Westens“ sei und das autokratische Russland eine Gefahr für die ganze „westliche Zivilisation“ darstelle. Ähnliche Beispiele lassen sich auch aus anderen Zeiten wie dem Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1919 bis 1921 oder der Frühphase des Kalten Krieges, in dem die Exilpolen mit dem Argument „des Westens“ Unterstützung in Westeuropa und Nordamerika erbaten, finden. Zum „Westen“ fühlten sich die meisten Polen also zugehörig; „der Osten“ wird für sie bis heute eher durch Russland verkörpert.

Publikumsfrage: *Mit welchen Quellen und mit welchen Methoden haben Sie bei Ihren Forschungen gearbeitet?*

Jasper Trautsch: Zum einen stellt ein breiter Bestand an Zeitungen und Zeitschriften meine Quellenbasis dar. Anhand einer Analyse dieser Printmedien lässt sich rekonstruieren, was „der Westen“ und „das Abendland“ den historischen Zeitgenossen jeweils be-

deutet haben, da vor der flächendeckenden Verbreitung des Radios und Fernsehens die Presse das Forum war, in dem die öffentliche Meinung sich bildete und artikulierte. Da es sich bei „dem Westen" um einen politischen Grundbegriff handelt, habe ich aber auch politische Quellen wie Parlamentsdebatten, Reden von Politikern und Protokolle diplomatischer Verhandlungen genutzt, um herauszufinden, in welchen Kontexten der Begriff des Westens auftauchte, wie „der Westen" als Argument in politischen Diskussionen genutzt wurde und welche Auswirkungen seine Verwendung auf den Ausgang von Debatten hatte. Mir ging es also um den konkreten Sprachgebrauch in spezifischen historischen Kontexten.

Publikumsfrage: *Muss nicht in Zukunft der Begriff des Westens weiter gen Osten verschoben werden? Denken wir an Polen, die Balkanländer oder ein sich in Zukunft demokratisierendes Russland?*

Jasper Trautsch: Da „der Westen" ein Konstrukt ist, das keinen unmittelbaren Gegenstand in der „realen" Welt abbildet, kann er verschieden definiert werden und sind seine Grenzen umstritten und ändern sich auf den mentalen Landkarten der historischen Zeitgenossen auch. Wie sein geographischer Umfang gedeutet wird, hängt auch immer vom Kontext ab, in dem der Begriff verwendet wird. Denken Sie etwa daran, dass Japan in wirtschaftspolitischen Diskussionen häufig als „westliches" Industrieland bezeichnet wird, während es kulturell als „östlich" gilt. Insofern ist es grundsätzlich denkbar, dass die Grenzen „des Westens" sich auf den mentalen Landkarten Richtung Osten verschieben. Wie Sie sagen, können Länder wie Polen durchaus als Teil „des Westens" gedacht werden. Da das Konzept des Westens historisch allerdings durch definitorische Abgrenzung von Russland entstanden ist und wir bald auf eine 200-jährige Geschichte zurückblicken, in der Russland als Kern „des Ostens" imaginiert wurde, bezweifle ich, dass Russland in naher Zeit „westlich" umgedeutet wird. Mentale Landkarten zeichnen sich schon durch eine große Langlebigkeit aus und lassen sich nicht kurzerhand aufgrund politischer Kalküle auf dem Reißbrett neu entwerfen. Hinzu kommt, dass „der Westen" sich ohne seinen asymmetrischen Gegenbegriff – „den Osten" – nicht denken lässt. Insofern lässt sich „der Westen" gedanklich nicht beliebig weit ausdehnen.

Publikumsfrage: *Die Anmerkung, „der Westen" habe sich in Richtung Mitte weiterentwickelt, ist im Hinblick auf die NATO- und die EU-Osterweiterung nicht aus der Luft gegriffen. Mit den Erweiterungen geht ein schrittweiser Verrechtlichungsprozess einher. Inwieweit müssen auch diese Prozesse in das Konzept der mental maps einbezogen werden?*

Eine zweite Frage betrifft die „Sonderwegs"-Debatte, die deutsche Historiker lange Zeit geprägt hat. Sie ist offensichtlich Teil der Vorstellung, Deutschland gehöre weder „dem Westen" noch „dem Osten" an. Wie passt diese Debatte in die Konzeption Ihrer Forschung hinein oder würden Sie sie eher falsifizieren?

Jasper Trautsch: Unsere kognitiven Landkarten sind kein akkurates Abbild der Welt. Sie blenden mannigfache räumliche Informationen aus und laden andere Informationen normativ und ideologisch auf. Gleichzeitig sind sie aber auch nicht von der Wirklichkeit abgekoppelt und entwickeln sich nicht autonom ohne Rückkoppelung an reale poli-

tisch-soziale Gegebenheiten. Was ich damit sagen will, ist, dass eine Angleichung der Rechtsverhältnisse, aber auch der Lebensstile und Konsumgewohnheiten in den früheren Ostblockstaaten an jene Westeuropas sicher nicht ohne Folgen dafür, wie wir sie mental verorten, ob wir Polen, Tschechien, Ungarn etc. also als „westlich“ oder „östlich“ wahrnehmen, bleiben wird. Insofern müssen die Begriffsgeschichte und die Mental-Maps-Forschung immer auch die realhistorischen Kontexte, in denen Vorstellungen von „Westen“ und „Osten“ ausgehandelt werden, berücksichtigen.

Was die „Sonderwegsthese“ angeht, so ist diese unmittelbar auf das Konzept des Westens bezogen. Nur wenn man ein „westliches“ Modell zum Maßstab erhebt, kann man eine von diesem Standard abweichende Entwicklung als Sonderweg charakterisieren. Vor 1945 wurde dieser Sonderweg in Deutschland eher positiv gedeutet: Demnach basiere Deutschlands nationale Identität darin, dass es sich von seinen westlichen und östlichen Nachbarn politisch-kulturell unterscheide. Nach 1945 wurde der vermeintliche Sonderweg dagegen als historische Fehlentwicklung, die es zu korrigieren gelte, betrachtet. Am deutlichsten brachte Heinrich August Winkler dieses Geschichtsbild in der Metapher vom „langen Weg nach Westen“ zum Ausdruck. Demnach habe Deutschland erst nach 1945 seine nationale Bestimmung erfüllt, als es sich bedingungslos „dem Westen“ zuwandte.

Publikumsfrage: *Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Sonderwegs-These ein Teil der Legitimationsgrundlage für die Verwestlichungsabsichten war? Deutschland soll sich vom Sonderwegs-Stigma frei machen und sich „dem Westen“ verbunden fühlen. Also Luther-Bismarck-Hitler-Reeducation und dann auf in „den Westen“?*

Jasper Trautsch: Ja, die Sonderwegs-These und die Verwestlichungsthese sind unmittelbar aufeinander bezogen und bildeten lange Zeit das konzeptionelle Gerüst der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung, weil sie einen klaren Bruch nach Ende des Zweiten Weltkriegs postulieren und die Bundesrepublik antithetisch vom Deutschland vor 1945 abgrenzen und damit den neuen Staat nach den Verheerungen des Krieges und den Verbrechen des Nationalsozialismus legitimierten. Vormals „Sonderweg“ mit autoritärem Obrigkeitsdenken und Militarismus, jetzt „Westen“ mit liberaler Demokratie und Friedfertigkeit, so die weitverbreitete Ansicht.

Publikumsfrage: *Was ist mit dem anderen Teil Deutschlands und den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas? Sind sie analog „sowjetisiert worden? Kann man die EU-Osterweiterung als einen Versuch bezeichnen, die „Sowjetisierungstendenzen“ zurückzudrängen?*

Jasper Trautsch: Man könnte sicherlich spiegelbildlich zur Amerikanisierung in Westdeutschland nach 1945 mit Konrad Jarausch von einer Sowjetisierung in Ostdeutschland und anderen Ostblockstaaten sprechen. Dieser Prozess wurde dann nach der Wende beendet bzw. rückgängig zu machen versucht. Zumindest was die identitätsstiftenden mental maps angeht, wird man aber zum Schluss kommen müssen, dass die Westernisierung in Westdeutschland, also die Vorstellung Teil „des Westens“ zu sein, sehr viel erfolgreicher und tiefgehender war als die Veröstlichung mitteleuropäischer Staaten, also die Vorstellung, Teil „des Ostens“ zu sein. Schon in den Mitteleuropadebatten der 1980er wurde

klar, dass viele Polen, Tschechen und Ungarn sich nicht als Teil Osteuropas sahen, und nach der Wende folgte dann oft schlagartig das Bekenntnis zum „Westen“. Wenige Mitteleuropäer würden sich heutzutage noch als Osteuropäer bezeichnen bzw. empfinden es herabwürdigend, wenn Deutsche, Franzosen oder Briten sie als Osteuropäer bezeichnen. „Der Osten“ wird für sie vielmehr durch Russland verkörpert.

Publikumsfrage: *Die Polen haben sich ja immer sehr nach Westen hingezogen gefühlt, was sich seit der Kaczynski-Ära geändert hat. Hier haben wir gleichermaßen das Empfinden als „christliches Abendland“ und Abgrenzung vom „Westen“ und panslawistische Tendenzen und eine Annäherung an das russische, anti-westliche Gefühl. Würden Sie dem zustimmen?*

Jasper Trautsch: Die aktuellen politischen Entwicklungen in Polen liegen nicht im meinem Forschungsbereich. Historisch gesehen hat der Panslawismus es in Polen aber immer schwer gehabt, weil die Polen aus historischer Erfahrung eine Dominanz Russlands fürchten und deshalb stets nach Verbündeten im Westen gesucht haben, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Trotz aller Differenzen mit westeuropäischen Staaten innerhalb der EU in letzter Zeit kann ich auch heute nicht erkennen, dass Polen eine Annäherung an Russland betreibt. Eher würde ich ein intensiveres Bemühen um eine verstärkte Unterstützung durch die USA ausmachen.

Der Vortrag und die Diskussion fanden am 2. Mai 2016 statt.

Jasper M. Trautsch

„‚Der Westen‘ und ‚der Osten‘ als identitätsstiftende Konzepte, mit denen supranationale Gemeinschaften beschworen werden, sind keine Erfindungen des Kalten Krieges.“

Michael Gehler: *Können Sie uns etwas über Ihre Herkunft und Ihr Elternhaus berichten?*

Jasper Trautsch: Ich komme aus Kiel, der nördlichsten Großstadt Deutschlands, und fühle mich dieser Stadt weiterhin sehr eng verbunden, auch wenn ich inzwischen rund die Hälfte meines Lebens woanders gelebt habe. Mein Vater war dort vor seiner Pensionierung Lehrer und stellvertretender Direktor eines städtischen Gymnasiums, meine Mutter, sie ist inzwischen auch in Rente, war stellvertretende Personalratsvorsitzende der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Meine Eltern haben mich in meinem schulischen und akademischen Werdegang von Anfang an in dankenswerter Weise sehr unterstützt. Auch aus dem Umfeld des familiären Freundeskreises gab es wichtige Impulse, insbesondere von meinem Patenonkel. Der Umstand, dass mein Vater Geschichtslehrer war, ist sicherlich auch prägend und für die Wahl meines Studienfachs nicht unerheblich gewesen.

Michael Gehler: *Hatten Sie prägende Lehrer in Ihrer Schulzeit?*

Jasper Trautsch: Ich hatte das ganz große Glück, auf ein exzellentes Gymnasium, die Humboldt-Schule, zu gehen. Ich hatte sehr engagierte, faire und fordernde Lehrerinnen und Lehrer. Dazu gehörte besonders meine Geschichtslehrerin – ich hatte Geschichte als Leistungskurs –, die meine Begeisterung für Geschichte gefördert hat. Auch das hat sicherlich eine Rolle bei der Wahl des Studienfachs gespielt.

Michael Gehler: *Sie studierten Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Neuere Geschichte und Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin und an der Tulane University in New Orleans von 2001 bis 2006. Was war ausschlaggebend für diese Studienwahl und Studienorte?*

Jasper Trautsch: Nach meinem Abitur hatte ich den Wunsch, in einer richtigen Metropole zu leben und neue Lebenserfahrungen zu machen, sodass ich schon für meinen Zivildienst aus Kiel weggezogen bin. Dass die Wahl auf Berlin fiel, der größten und aufregendsten Stadt Deutschlands, lag auch daran, dass ich Berlin schon recht gut kannte, war ich doch mit meinen Eltern in meiner Kindheit und Jugend fast jedes Jahr dort gewesen, auch schon während der Teilung, und mein älterer Bruder studierte dort bereits.

An die Freie Universität wollte ich dann vor allem wegen ihrer Verbindungen in die USA. Teile meiner Familie sind Amerikaner und als Kind und Jugendlicher habe ich darum einige lange und prägende Sommerurlaube in Chicago, Kalifornien und Florida

verbracht, die mich sogar mit dem Gedanken spielen ließen, in den USA zu studieren. Die Kosten und die Tatsache, dass dort auf dem Bachelorlevel im Rahmen eines *Studium generale* noch vieles von dem wiederholt wird, was ich hier schon am Gymnasium gelernt hatte, haben mich dann aber davor abgeschreckt, das ganze Studium dort zu absolvieren. Aber die Möglichkeit, zumindest einen Teil meines Studiums in den USA durchzuführen, wollte ich mir unbedingt eröffnen und die FU hat aufgrund ihrer Geschichte ein einzigartiges Direktaustauschprogramm mit den USA und zahlreiche Partneruniversitäten auf der anderen Seite des Atlantiks, sodass sie für mein diesbezügliches Ziel ideal war.

Nach New Orleans kam ich dann eher zufällig. Ich hatte mich nach Abschluss meiner Zwischenprüfungen für das eben genannte Direktaustauschprogramm der FU mit den USA beworben. Dabei hatte ich andere Universitäten als meine ersten Präferenzen angegeben, da mir die Tulane University zunächst nicht viel sagte. Die Auswahlkommission kam jedoch zum Schluss, dass ich dorthin am besten passen würde. Denn zuvor hatte ich ein Erasmussemester an der Sorbonne in Paris verbracht und New Orleans hat ja eine französische Vergangenheit. Ob diese Schlussfolgerung, dass man aufgrund einer Auslandserfahrung in Frankreich in den USA am ehesten nach Louisiana gehört, wirklich stichhaltig war, sei dahingestellt. Jedenfalls hatte die Kommission recht, dass ich an der Tulane University am besten aufgehoben sein würde. Denn in New Orleans habe ich sicher mein schönstes Studienjahr verlebt und Freundschaften fürs Leben geschlossen. Und ich hatte das Glück, dass ich vor Ort meinen Studienstatus ändern und mich als regulärer Student immatrikulieren konnte, sodass ich in dem akademischen Jahr meinen Masterabschluss dort machen konnte.

Was meine Studienfachwahl angeht, sollte schon deutlich geworden sein, warum ich mich für Geschichte und Nordamerikastudien entschieden habe. Kommunikationswissenschaft war vielleicht zunächst eher eine Verlegenheitslösung. Ich hatte mich schon immer fürs Filmemachen interessiert und war ein eifriger Zeitungsleser, sodass es einige Anknüpfungspunkte an dieses Fach gab, das damals heftig in Mode und äußerst beliebt war. Der *numerus clausus* betrug damals 1,1! Es hat sich aber gelohnt, da ich bei dem Studium der Kommunikationswissenschaft sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden gelernt habe und Medienanalysetools und -konzepte wie Agenda-Setting und Framing mir sehr bei der Interpretation historischer Zeitungen und Zeitschriften während meiner Promotion und Habilitation geholfen haben.

Michael Gehler: *Welche Eindrücke hatten Sie von Ihren Studienorten?*

Jasper Trautsch: Die FU ist eine hervorragende Universität, an der ich mein Handwerk gelernt habe und an der viel Wert auf Theorie gelegt wird. Besonders die Graduiertenschule für Nordamerikastudien, an der ich promoviert habe, war ein intellektuell sehr stimulierendes Umfeld. Die Größe der Uni und der Institute, an denen ich studiert habe, hatten den Vorteil, dass es ein breites Kursangebot gab. Da es eine Massenuniversität ist, in deren Umkreis kaum ein Studierender wohnt, hat sie allerdings auch den Nachteil, dass das Universitätsleben dort recht anonym verläuft bzw. sich auf Seminarsitzungen und Mensabesuche beschränkt. Das war an der Tulane University genau anders herum. Das dortige historische Institut war recht klein und die ganze Universität war auf einem zusammenhängenden Campus platziert, auf dem auch die meisten Studierenden gewohnt

haben. So war die Tulane University nicht nur ein Ort, zu dem man für einzelne Kurse fuhr, sondern auf dem sich das Studentenleben auch tatsächlich abspielte. An der Sorbonne habe ich mich ebenfalls wohl gefühlt, was vor allem an den französischen Mitstudierenden lag, die mich herzlich aufgenommen haben. Ich war jedoch überrascht, wie tief verankert der Frontalunterricht und das Format der Vorlesung dort noch sind. Jedenfalls habe ich mich manchmal wieder in die Schulzeit zurückversetzt gefühlt.

Michael Gehler: *Im Anschluss an diese Frage würde ich gerne noch wissen, was Sie in Bezug auf den politischen und gesellschaftlichen Hintergrund an diesen Universitäten mitbekommen haben.*

Jasper Trautsch: Das waren in der Tat sehr unterschiedliche Erfahrungen, die ich an den drei Studienorten gemacht habe. Die FU hat den Ruf einer linken Universität und das kann ich aus meinen Erfahrungen bestätigen. Wissenschaftliche Diskussionen wurden dort schnell politisch. Die drei großen Themen, die damals Studierende beschäftigt haben, waren die Globalisierungskritik (Stichwort: Attac), die Invasion des Irak sowie die Diskussion über eine Einführung von Studiengebühren.

Die Sorbonne wiederum habe ich als recht konservativ erlebt. Den Schulcharakter der Kurse habe ich ja schon erwähnt. Hinzu kam, dass man ständig daran erinnert wurde, an einer Elite-Hochschule zu studieren, und dass die Studierenden immer wieder als zukünftige Elite Frankreichs bezeichnet wurden. Die Studierenden selbst beschäftigten sich viel mit Fragen, welche berufsvorbereitenden Praktika sie bei welchen Unternehmen absolvieren sollten. Allerdings muss ich dazu sagen, dass ich an einer der Sorbonne angeschlossenen sogenannten grande école, der CELSA, einer Kaderschmiede für Journalisten und Werbedesigner, war. An der Sorbonne selbst, also der Hauptuniversität im Quartier Latin, wird das wahrscheinlich nicht so ausgeprägt gewesen sein.

An der Tulane University ist mir eine starke Aufspaltung der Studentenschaft in Bachelor- und Masterstudierende aufgefallen. Die Bachelor-Studierenden kamen aufgrund der horrenden Studiengebühren vor allem aus den wohlhabenderen Schichten, was man unter anderem an den vielen Autos von BMW und Mercedes vor den Studentenwohnheimen sehen konnte. Die Masterstudierenden wiederum waren dann vor allem solche, die sich über Stipendien finanzierten und auch einen PhD anstrebten.

Michael Gehler: *Wer waren Ihre prägenden akademischen Lehrer?*

Jasper Trautsch: Das war zum einen Volker Depkat, dessen Seminar zur frühen amerikanischen Republik mein Interesse an der frühen Geschichte der USA geweckt hat und der später dann mein Doktorvater wurde. Was ihn auszeichnet, ist ein ausgeprägtes Interesse an kultur-, diskurs- und mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen bei gleichzeitiger Vorsicht, sich nicht in Theoriediskussionen zu verlieren und nie den Blick für realhistorische und politische Kontexte und Interessen sowie institutionelle Machtfaktoren außer Acht zu lassen. Außerdem gehört Winfried Fluck dazu, der eigentlich Kulturwissenschaftler ist, der aber auch mein Verständnis der amerikanischen Geschichte geprägt hat. Vor allem sein Mantra, dass die europäischen Nordamerika-Studien nicht nur amerikanische Forschungen in Deutschland vermitteln und imitieren, sondern auch genuine

europäische Perspektiven auf den Gegenstandbereich Amerika entwickeln sollten, ist bei mir hängengeblieben.

Michael Gehler: *Hatten Sie darüber hinaus auch Vorbilder aus Politik, Gesellschaft oder vielleicht sogar Kultur oder Wirtschaft?*

Jasper Trautsch: Das fällt mir schwer zu beantworten. Es gibt mit Sicherheit historische Persönlichkeiten, die mich im Laufe meines Lebens beeindruckt haben, aber Vorbilder im klassischen Sinne des Wortes aus der aktuellen Zeit kommen mir nicht in den Sinn. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass heutzutage Persönlichkeiten medial so ausgeleuchtet und kritisch begleitet werden, dass es immer schwieriger wird, sich durchgehend positiv auf sie zu beziehen.

Michael Gehler: *Was war das Thema Ihrer Dissertation?*

Jasper Trautsch: In meiner Dissertation habe ich den Zusammenhang von Außenpolitik und Nationsbildung in den USA im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert untersucht. Wie wurde auf der einen Seite über Außenpolitik Nationalbewusstsein erzeugt und wie hat auf der anderen Seite der entstehende amerikanische Nationalismus außenpolitische Entscheidungen beeinflusst? Ein amerikanisches Nationalbewusstsein hat es in den britischen Kolonien ja vor der Revolution nicht gegeben. Das war also etwas, das nach der Konsolidierung der Union durch die neue Verfassung nach 1789 noch entstehen musste – ein Prozess, der nicht von selbst ablief, sondern der politisch befördert wurde. Und als wichtiges, wenn nicht gar entscheidendes Instrument dafür habe ich die Außenpolitik identifiziert. Gerade weil sie sich angesichts der divergierenden Interessen, Eigenarten und Demographien der historisch gewachsenen Einzelstaaten der Zerbrechlichkeit der jungen Union bewusst waren und ihr Auseinanderbrechen befürchteten, betrieben die ersten Administrationen eine konfrontative Außenpolitik gegenüber den wichtigsten europäischen Referenzgesellschaften – Großbritannien und Frankreich, denen sie kulturell bzw. politisch am ähnlichsten waren –, um so eine äußere Bedrohung zu erzeugen, die die Amerikaner im Innern in Solidarität vereinen und ihnen verdeutlichen würde, dass sie keine Europäer mehr seien. Die frühe amerikanische Außenpolitik war also alles andere als isolationistisch, sondern provozierte geradezu Auseinandersetzungen mit den europäischen Staaten. Andersherum wirkte sich der auf diese Weise beförderte amerikanische Nationalismus dann auch wieder auf das Regierungshandeln aus. Am nachhaltigsten geschah dies, als eine nationalistisch aufgeheizte Öffentlichkeit die Madison-Administration dazu zwang, Großbritannien 1812 den Krieg zu erklären, obwohl die USA militärisch völlig unvorbereitet auf einen weiteren gewaltsamen Konflikt mit dem früheren Mutterland waren. Nur durch Glück und die Kriegsmüdigkeit Großbritanniens, das sich seit 1793 fast durchgängig im Krieg mit Frankreich befunden hatte, konnte der noch junge Staat seine Unabhängigkeit behaupten.

Michael Gehler: *In dem Artikel „Who's War of 1812? Competing Memories of the Anglo-American Conflict" vergleichen Sie Veröffentlichungen zum britisch-amerikanischen*

Krieg von 1812 miteinander. Wie unterscheiden sich diese und was sagt das über Ansichten in der Geschichte aus?

Jasper Trautsch: Zum 200. Jubiläum des Krieges im Jahr 2012 gab es zahlreiche Neuerscheinungen zum Krieg von 1812, die ich in diesem Artikel besprochen habe und anhand derer ich zeige, wie nationale und andere Gruppenzugehörigkeiten auf geschichtswissenschaftliche Analysen einwirken. In den USA herrschte lange Zeit die Vorstellung vor, mit diesem Krieg habe man es dem früheren Mutterland einmal richtig gezeigt. Während der Napoleonischen Kriege hatte Großbritannien versucht, den Handel neutraler Staaten wie den USA mit Frankreich und seinen kontinentaleuropäischen Verbündeten zu unterbinden. Außerdem war es wiederholt zu Streitigkeiten um Seeleute auf hoher See gekommen. Aufgrund der schlechten Bedingungen waren viele britische Seeleute desertiert und hatten bei der amerikanischen Handelsmarine angeheuert. Und auf hoher See hat dann die Royal Navy regelmäßig amerikanische Handelsschiffe durchsucht, um nach diesen Deserteuren zu suchen, und manchmal, weil eben zu diesem Zeitpunkt Amerikaner und Engländer schwierig zu unterscheiden waren, es noch keinen spezifischen amerikanischen Akzent und keine fälschungssicheren Passpapiere gab, pressten sie dabei auch genuine Amerikaner in den Dienst. Um gegen diese demütigende Behandlung ein Zeichen zu setzen, erklärten die USA Großbritannien dann 1812 den Krieg. Die Kriegserklärung wird deshalb gerne auch zweite Unabhängigkeitserklärung genannt. Dass der Krieg nicht erfolgreich darin war, Großbritannien zu einem Politikwechsel zu veranlassen, trat dann in der Erinnerung schnell in den Hintergrund.

In Kanada wiederum wird der Krieg häufig so gedeutet, dass die Kanadier erfolgreich verschiedene Invasionen der US-Amerikaner abgewehrt hätten, woraus dann angeblich ein kanadisches Nationalbewusstsein entstanden sei. In Großbritannien wiederum wird das Jahr 1812 mit Napoleons Russlandfeldzug assoziiert. Die wenigsten Briten wissen überhaupt, dass damals die USA Großbritannien den Krieg erklärt hatten. Wenn dem Konflikt überhaupt Beachtung geschenkt wird, dann wird er vor allem dahingehend interpretiert, dass die USA den Briten, die Europa von dem Joch des französischen Diktators hätten befreien wollen, opportunistisch in den Rücken gefallen seien, um sich des verbliebenen britischen Territoriums in Nordamerika zu bemächtigen, die Briten dieses Unterfangen dann aber aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit verhindert hätten.

Interessant ist, dass selbst 200 Jahre später diese nationalen Betrachtungsweisen immer noch eine erhebliche Rolle spielen, auch wenn es inzwischen neutrale Darstellungen gibt. Auch lassen sich an den neueren Darstellungen gesellschaftliche Veränderungen ablesen. So wurden etwa Gruppen, die bei früheren Arbeiten zum Krieg kaum eine Rolle gespielt hatten, verstärkt von der jüngeren Forschung berücksichtigt. Dazu gehören die schwarzen Sklaven in den USA, denen die Briten ihre Freiheit versprachen, sollten diese flüchten und es hinter die englischen Linien schaffen. Davon haben sich dann auch viele Sklaven zur Flucht ermutigen lassen. Andere Gruppen, die zuvor eher peripher erwähnt worden waren, aber in neueren Studien einen zentralen Platz einnehmen, sind die amerikanischen Ureinwohner, von denen viele in den Krieg involviert waren und mit den Briten gekämpft haben – in der Hoffnung, dass sie durch einen Sieg den weiteren Expansionismus der weißen Siedler würden verhindern können. Und drittens wurden durch

den Krieg auch Geschlechterrollen in den USA zementiert, wie jüngere Arbeiten gezeigt haben.

Michael Gehler: *In dem Projekt „Remapping Europe and Imagining the Atlantic Community" untersuchen Sie, wie sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf den sogenannten mentalen Landkarten der Zeitgenossen Europa in einen transatlantischen Westen und Osten aufteilte und wie diese Trennung politisch, kulturell, historisch und religiös begründet wurde. Was würden Sie generell sagen, ist für eine Geschichtsschreibung der transatlantischen Beziehungen zu beachten und wichtig und was kennzeichnet sie?*

Jasper Trautsch: Ich glaube zum einen, dass eine Geschichtsschreibung der transatlantischen Beziehungen reflektieren muss, was transatlantisch eigentlich bedeutet. Sind damit auf der einen Seite nur die USA und Kanada oder auch lateinamerikanische Staaten und auf der anderen Seite nur direkte Atlantikanrainer wie Frankreich und Großbritannien oder auch mittel- und osteuropäische Staaten gemeint? Müsste nicht auch Afrika in eine transatlantische Geschichtsschreibung eingebunden werden? Der Gegenstandsbereich einer transatlantischen Geschichtsschreibung muss also sorgsam definiert werden, er ergibt sich nicht von selbst, und die Ausschlussmechanismen verschiedener Definitionen – wenn die transatlantischen Beziehungen etwa auf jene zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland begrenzt werden – müssen sorgsam bedacht und begründet werden.

Zweitens gilt es bei der Geschichtsschreibung der transatlantischen Beziehungen zu reflektieren, was denn überhaupt mit „Beziehungen" gemeint ist. Klassischerweise werden darunter die diplomatischen Beziehungen zwischen Regierungen verstanden, aber da Europa und Amerika auf vielfältige Weise sehr eng miteinander verflochten sind, lassen sich damit ebenso die Beziehungen zwischen den Gesellschaften verstehen, sodass sich bei der Geschichtsschreibung der transatlantischen Beziehungen auch Ideen-, Werte- und Kulturtransfers und Austauschprozesse untersuchen lassen.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie Grenzen einer solchen Geschichtsschreibung, also Chancen und Perspektiven? Wo sehen Sie die methodischen Herausforderungen?*

Jasper Trautsch: Eine große Chance der transatlantischen Geschichtsschreibung sehe ich in ihrer Fähigkeit, transnationale Phänomene in den Blick zu nehmen und damit den Container des Nationalstaats, innerhalb dessen sich Geschichtsschreibung lange vollzogen hat, ein Stück weit hinter sich zu lassen. Denn zwischen Europa und Amerika hat es eben historisch sehr enge Verflechtungen und Austauschprozesse und gegenseitige Beeinflussungen gegeben. Die sogenannte Atlantic History, eine Forschungsrichtung, die in der Mitte des 20. Jahrhunderts ihren Anfang nahm und den historischen Transfers und Verbindungen zwischen beiden Seiten des Atlantiks in der Frühen Neuzeit nachging, hat deshalb für die heute populären und auch auf neuere Epochen und andere Regionen anwendbaren transnationalen Ansätze eine entscheidende Vorreiterrolle gespielt.

Ein Problem der transatlantischen Geschichtsschreibung, das sich gerade während des Kalten Krieges zeigte, als Historiker dabei mithalfen, die Atlantische Allianz zu legitimieren, kann wiederum darin bestehen, die transatlantischen Beziehungen zu essentia-

lisieren und die Wechselbeziehungen mit anderen Weltregionen auszublenden, also eine Geschichtsschreibung zu betreiben, die „den Westen“ zu preisen versucht und die seine Entwicklung endogen aus sich selbst heraus erklärt, ohne die Einflüsse aus Asien, Afrika oder dem Nahen und Mittleren Osten zu berücksichtigen. Das würde man dann Eurozentrismus nennen müssen, auch wenn Westzentrismus eigentlich der passendere Begriff wäre. Seinen Gipfel findet eine solche Geschichtsschreibung dann, wenn der Entwicklungspfad des Westens universalisiert wird, also anderen Gesellschaften als Modell, dem es nachzueifern gilt, empfohlen oder gar aufgedrängt wird.

Michael Gehler: *Die Stereotypen- und Vorurteilsforschung hat eine lange Tradition von Eigenschaftszuschreibungen entlang einer West-Ost- und Nord-Süd-Achse in Europa aufgezeigt. Um nur einige Zuschreibungen zu nennen: Jede westlichere Nation hielt sich lange für zivilisierter und kultivierter als ihre östlichen Nachbarn, und anders herum galt der westliche Nachbar im Osten als arrogant und oberflächlich. Greifen die Mental Maps der Nachkriegszeit auf gängige Denkmuster und Stereotypen zurück, um einen eigenen Westen und Osten zu konstruieren und welche anderen Aspekte sind hier noch von Bedeutung?*

Jasper Trautsch: Das möchte ich unterstreichen: „Der Westen“ und „der Osten“ als identitätsstiftende Konzepte, mit denen supranationale Gemeinschaften beschworen werden, sind keine Erfindungen des Kalten Krieges. Dasselbe gilt für die Raumkategorien von West- und Osteuropa, mit denen der Kontinent gedanklich in zwei Teile aufgespalten wird. Die hat es bereits zuvor gegeben und sie haben im Laufe des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine immer stärkere Überzeugungs- und Suggestionskraft entwickelt. Man könnte sogar argumentieren, dass der Kalte Krieg ohne tiefverwurzelte und weit verbreitete und die Wahrnehmung der historischen Akteure prägenden Stereotype von „West“ und „Ost“ kaum die Form angenommen hätte, wie er es tat.

Neu war nach 1945 eher, dass die Begriffe des Westens und Ostens dann mit der OEEC und der NATO bzw. dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und dem Warschauer Pakt nicht mehr nur mit abstrakten Konzepten wie Demokratie und Aufklärung, sondern auch mit konkreten Institutionen assoziiert wurden und sie dadurch eine dauerhafte Präsenz im öffentlichen Diskurs erhielten. Zudem änderte sich nach 1945, mit welchen Bedeutungsgehalten die Begriffe „Westen“ und „Osten“ versehen wurden. Rassische Zuschreibungen für diese Räume, die in der Zwischenkriegszeit noch schwer en vogue waren, als „der Westen“ oftmals mit der „weißen Rasse“ identifiziert wurde, sind weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Stattdessen wurden in der Nachkriegszeit „Westen“ und „Osten“ vor allem politisch und kulturell gedeutet, also als Gegensätze zwischen Demokratie und Totalitarismus bzw. Rom und Byzanz, um den Kalten Krieg zu erklären und Binnensolidarität innerhalb der Atlantischen Allianz zu generieren.

Michael Gehler: *Mental Maps scheinen auch so wie Identitäten einem Wandel unterworfen. Die Frage stellt sich aber auch, wie wandelbar diese sind und was einen möglichen Wandel von Mental Maps bedingt? Vollzieht sich dieser allmählich und langsam?*

Jasper Trautsch: Das ist eine ganz grundsätzliche Frage, die sich eigentlich gar nicht nur auf die Mental Maps beschränkt, sondern auch auf Identitäten, Mentalitäten, Ideologien und Stereotype beziehen lässt. Dass sich Mental Maps grundsätzlich ändern können, sieht man allein schon in der Tatsache, dass in der Antike und im Mittelalter der Norden Europas als barbarisch und rückständig, der Süden dagegen als zivilisiert und fortschrittlich galt. In der Neuzeit änderte sich diese Wertehierarchie dann fundamental. Nun wurde zunehmend der Süden als unterentwickelter Raum und der Norden als Hort der Moderne imaginiert.

Allerdings sind normativ und ideologisch aufgeladene Mental Maps, sind sie einmal etabliert, schon sehr langlebig und tief in der menschlichen Wahrnehmung verankert. Das hat mit der kognitiven Funktion von Mental Maps zu tun: Sie ermöglichen uns überhaupt erst die Orientierung im Raum. So wie wir Landkarten brauchen, um von A nach B zu reisen und uns nicht zu verirren, brauchen wir Mental Maps, also kognitive Landkarten, die den durch eigene unmittelbare Wahrnehmung nicht zu überblickenden Raum strukturieren, um uns in der Welt zurechtzufinden und den Beziehungen und Verbindungen zwischen ihren Teilen Bedeutung zu verleihen. Gerade dieser Umstand verleiht Mental Maps eine große Wirksamkeit. Sie können nicht aufgrund von politischer Zweckmäßigkeit von heute auf morgen verändert werden. Im Gegenteil: Politische Entscheidungsträger werden eher von Mental Maps geprägt, als dass sie diese steuern könnten.

Was die Gründe für den allmählichen Wandel von Mental Maps angeht, sehe ich diese zum einen in realhistorischen Ereignissen und Entwicklungen. Konzepte wie „der Westen“ und „der Osten“ sind ja nicht aus dem Nichts entstanden, sondern in einem historischen Kontext, der ihnen Plausibilität verliehen hat. Großbritannien und Frankreich etwa haben sich im 19. Jahrhundert ja tatsächlich schneller und umfassender demokratisiert als Russland, sodass Vorstellungen einer politischen Teilung Europas in einen „liberalen Westen“ und einen „despotischen Osten“ nicht aus der Luft gegriffen waren. Anders herum heißt das, dass sich, wenn sich die politisch-sozialen Bedingungen ändern, langfristig auch Mental Maps wandeln können. Zum anderen sehe ich eine Antriebskraft für Veränderungen von Mental Maps in äußeren Einflüssen. Denn diese existieren ja nicht nur jeweils unabhängig in einem nationalen Raum, sondern werden überregional diskutiert. Gesellschaften können sich also gegenseitig in ihren Wahrnehmungen und Vorurteilen beeinflussen.

Michael Gehler: *Zu den Schwerpunkten Ihrer Forschung zählt die amerikanische Außenpolitik und Presse. Welchen Einfluss nahm die amerikanische Regierung auf die Presse in Westdeutschland in der Nachkriegszeit und mit welchen Zielen tat sie das?*

Jasper Trautsch: Es lässt sich grundsätzlich festhalten, dass der indirekte Einfluss bedeutsamer als der direkte war. Natürlich gab es zunächst die Lizenzpresse, Zeitungen konnten in der amerikanischen Besatzungszone also nach Kriegsende erst einmal nur erscheinen, wenn sie eine Lizenz der Besatzungsbehörde, die die Presse dann auch kontrollierte, bekamen. Das Ziel war zu verhindern, dass Journalisten und Verleger, die schon im Nationalsozialismus aktiv gewesen waren bzw. an der Propagandamaschine des NS-Apparats mitgewirkt hatten, weiter ein publizistisches Forum, mit dem sie die Öffentlichkeit im Nachkriegsdeutschland prägen konnten, erhielten. Allerdings fand keine Vorzensur

statt und die Lizenzierungspraxis wurde auch überraschend schnell wieder aufgehoben. Der indirekte Einfluss auf die deutsche Presse, der durch einen professionellen Werte- und Normentransfer stattfand, war stattdessen größer. Hierzu zählt etwa die Vorstellung von der Presse als vierte Gewalt. Diese Priorisierung des indirekten Einflusses geschah aus dem Gedanken heraus, dass ein demokratisches Staatswesen eben nur mithilfe einer freien, also nicht von den Besatzungsbehörden gegängelten Presse aufgebaut werden konnte.

Michael Gehler: *Wie weit hat die amerikanische Besatzungspolitik bzw. die amerikanische Besatzungszeit, also die Präsenz der USA als Militärmacht in der Bundesrepublik, uns bis heute mit Blick auf Amerikanisierung, aber auch Anti-Amerikanismus geprägt?*

Jasper Trautsch: Die Tatsache, dass die USA sehr schnell von einer Bestrafungspolitik zu einer konstruktiven Politik des Wiederaufbaus übergegangen sind und diesbezüglich auch einen Umschwung in der französischen Politik bewirkten, hat das Ansehen der USA in Westdeutschland erheblich verbessert – zumal den Westdeutschen mit der Besatzungspolitik, wie sie in der Sowjetischen Zone betrieben wurde, vor Augen geführt wurde, wie es ihnen auch hätte ergehen können. Auch die Präsenz der amerikanischen Soldaten, durch die viele Deutsche nun zum ersten Mal mit Amerikanern in Kontakt kamen, hat zu einem Wahrnehmungsumschwung beigetragen. Viele Zeitzeugen erzählen immer noch berührt davon, wie GIs amerikanische Schokoladenriegel oder Kaugummis verteilt haben oder wie sie aus den USA versandte Care-Pakete bekommen haben. Ich denke deshalb, dass die Westintegration und vor allem auch das klare und eindeutige Bekenntnis zur atlantischen Allianz, wie es in der Bundesrepublik von allen Bundesregierungen abgegeben worden ist, nicht nur aus politischem Kalkül erfolgte, sondern auch Ergebnis einer aufrichtigen Wertschätzung der USA war. Die revolutionäre Veränderung war dabei, dass es vor allem die zuvor amerikafeindlichen Konservativen waren, die in der Nachkriegszeit ein positives Amerikabild entwickelten und sich amerikanischen Einflüssen öffneten. Seit den 1960ern war Antiamerikanismus während des Kalten Krieges dagegen eher ein Phänomen, das man in der politischen Linken fand.

Michael Gehler: *Wie weit haben die Literatur und die darstellende Kunst, also Schriftsteller und Künstler, die transatlantischen Beziehungen beeinflusst? Ich denke dabei auch an Paul Michael Lützeler und seine Studien über Schriftsteller und das theoretische Konstrukt der Interkontinentalisierung, nach dem sich durch wechselseitige Wahrnehmungen im Verbund mit Verflechtungen so etwas wie Interkontinentalisierung entwickelt hat? Wie schätzen Sie diesen Vorgang für die europäische und transatlantische Geschichtsschreibung ein?*

Jasper Trautsch: Da Künstleraustausch und Literaturtransfers kein direktes Forschungsthema von mir sind, kann ich auf diese Frage nicht detailliert antworten. Ganz allgemein denke ich aber, dass ein wesentlicher Grund dafür, dass die transatlantischen Beziehungen so tiefgehend waren und das atlantische Bündnis auch das Ende des Kalten Krieges überlebt hat, darin liegt, dass es eben von Anfang an nicht nur ein politisches Zweckbündnis der Regierungen war, sondern durch transatlantische oder, wie Sie sagen,

interkontinentale Austauschprozesse auch auf gesellschaftlicher Ebene fundiert wurde. In den USA wurde schnell erkannt, dass sich die Demokratisierung Westdeutschlands nicht allein durch die Einführung einer demokratischen Verfassung durchsetzen ließe, sondern auch die Etablierung einer demokratischen politischen Kultur voraussetzte. Und um dies zu fördern, musste es einen regen Austausch geben, der ja auf verschiedenen Ebenen – den Gewerkschaften, den Universitäten oder auch dem Kulturbereich – stattfand. Ich denke da etwa an den Kongress für kulturelle Freiheit, an dem eben nicht unbedingt Politiker oder Wirtschaftsführer, sondern Intellektuelle, Schriftsteller und Philosophen beteiligt waren und der als Forum diente, in dem es zum Dialog zwischen diesen Meinungsführern in den verschiedenen europäischen Ländern und den USA kam und der zur Herausbildung einer westlichen Identität beigetragen hat.

Michael Gehler: *Mit den amerikanischen Soldaten hat sich auch in der Musikszene etwas getan, z. B. mit Elvis Presley, womit viel Einfluss gegeben war. Ist das auch mit Regierungsabsicht geschehen oder war das einfach nur ein paralleler Vorgang, der sich so entwickelt hat, aufgrund der Soldaten, die das quasi als Kulturexport mitgebracht haben?*

Jasper Trautsch: In Bezug auf Louis Armstrong und andere Jazz-Legenden ist inzwischen gut dokumentiert, wie sie von der US-Regierung als „kulturelle Waffe" im Kalten Krieg eingesetzt worden sind. Auch das Potential von Elvis Presley, kulturellen Einfluss in Europa auszuüben, hat die amerikanische Regierung meines Wissens nach erkannt, auch wenn Elvis in den USA selbst ja durchaus politisch umstritten war.

Michael Gehler: *Wie ernst war es Stalin mit seinen Deutschland-Noten 1952? War das alles nur ein Bluff, wie Peter Ruggenthaler sagt, oder wie beurteilen Sie die Haltung der USA, Frankreichs und Großbritanniens dazu?*

Jasper Trautsch: Da kann ich nicht aus eigenen Forschungen sprechen, weil ich nicht in sowjetischen Archiven dazu recherchiert habe, und möglicherweise ist das auch gar nicht abschließend zu beantworten, weil Stalin seine Motive nicht immer zu Protokoll gegeben hat. Es fällt deshalb leichter, die Reaktion des Westens zu beurteilen. Ich bin der Auffassung, dass Adenauers Zurückweisung dieser Stalin-Noten bzw. die Nicht-Bereitschaft darüber überhaupt zu verhandeln, richtig war, auch wenn diese Entscheidung natürlich bedeutet hat, dass man nicht herausfinden konnte, ob es sich nun um einen Bluff oder eine Finte oder um ein ernstgemeintes Angebot gehandelt hat. Adenauers Ziel war von Anfang an die Westintegration, um auf diese Weise Vertrauen bei den Westalliierten zu gewinnen und dadurch allmählich immer mehr Souveränität für die Bundesrepublik zu erlangen. Durch ein Eingehen auf die Stalin-Noten hätte er das Vertrauen, das er bei den Westalliierten erarbeitet hatte, wieder verspielt, so jedenfalls seine Befürchtung. Und Adenauer war sich des sehr begrenzten bundesdeutschen Handlungsspielraums vor 1955 und auch noch danach sehr bewusst. Deshalb schien es zu riskant, auf Stalins Angebot einzugehen, um herauszufinden, wie ernst es ihm damit war. Oder um es noch deutlicher zu formulieren, selbst wenn es ein ernst gemeintes Angebot war, gab es gute Gründe dafür, darauf nicht einzugehen. Letztlich war die Wiedervereinigung nicht das vorrangige Ziel Adenauers. Dies war die Wiedererlangung der Souveränität für die Bundesrepublik

sowie die Absicherung der westdeutschen Demokratie und all das war seinerzeit für ihn nur über die Westintegration möglich.

Michael Gehler: *War der Generalvertrag das endgültige Aus für die Option Wiedervereinigung in den 1950er Jahren oder anders gefragt: War das Fenster dafür noch offen und wenn ja, wie lange?*

Jasper Trautsch: Ich glaube eigentlich, dass die schnelle Wiedervereinigung, selbst wenn eine Mehrheit der Deutschen das gewollt hätte, bereits mit der Gründung der beiden Teilstaaten 1949 auf absehbare Zeit keine Option mehr war, weil sich die beiden Supermächte zu sehr misstrauten und auch den Deutschen noch zu wenig Vertrauen entgegenbrachten. Und je mehr sie in „ihren“ jeweiligen deutschen Teilstaat investierten, umso größer musste das Unbehagen sein, ihn wieder aufzugeben. Es musste sich erst das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Blöcken und mussten sich die jeweiligen inneren Bedingungen ändern, bevor die Wiedervereinigung dann Jahrzehnte später doch wieder ein realistisches Szenario werden konnte. Es hat sich also in gewisser Weise die Magnettheorie als richtig erwiesen: Wenn die Überlegenheit des westlichen Systems erst einmal offen zutage trete, so die damalige Annahme, würde dies langfristig Auflösungstendenzen im Ostblock in Bewegung setzen und die Sowjetunion zum Einlenken zwingen.

Michael Gehler: *1955 ziehen aus Österreich alle Truppenverbände ab: Amerikaner, Briten und Franzosen und eben auch die Sowjets. Österreich hat im Vorfeld seine Bereitschaft dazu erklärt, eine Politik der Neutralität zu betreiben. Der Staatsvertrag wird am 15. Mai 1955 unterschrieben. Darin steht nichts von Neutralität. Österreich hat am 26. Oktober 1955 ein eigenes Bundesverfassungsgesetz verabschiedet. Tatsächlich, kaum verabschiedet, verlassen alle das Land. Das Österreich-Beispiel kursierte in dieser Zeit durch die diplomatischen Kanzleien des Westens. Es war ein heißes Thema. Wie würden Sie das einschätzen, wäre das ein Modell für Deutschland gewesen, war es eines? Wir reden von Neutralität, nicht von Neutralisierung.*

Jasper Trautsch: Nein, das kann ich mir nicht vorstellen. Beide Fälle waren ganz unterschiedlich. Österreich war klein. Von ihm ging keine Gefahr aus, es war aber auch kein entscheidendes Puzzlestück im Kalten Krieg. Deutschland war dagegen viel zu groß und mächtig. Erstens stellte ein vereintes Deutschland, das nicht fest in supranationale Institutionen integriert war, so kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges für die Alliierten ein kaum hinzunehmendes Risiko dar. Das nur langsam wachsende Vertrauen in die Deutschen war noch viel zu schwach, als dass man nicht befürchtet hätte, sie würden doch wieder versuchen, beide Seiten gegeneinander auszuspielen, wenn sie aus den institutionellen Strukturen des West- und Ostblocks entlassen würden. Schließlich hätte eine deutsche Neutralität auch unabsehbare innenpolitische Folgen haben können. Selbst in Bezug auf Westdeutschland war man unter den Alliierten 1955 noch keineswegs vollends überzeugt, dass die bundesdeutsche Demokratie stabil war. Wenn Westdeutschland nun mit Ostdeutschland, das keine vergleichbare Demokratisierungspolitik erfahren hatte, vereinigt worden wäre und dieses Deutschland nicht mehr in westliche Institutionen eingebunden gewesen wäre, wer hätte schon sagen können, wie es sich innen- und außen-

politisch entwickeln würde. Und zweitens wäre ein vereintes Deutschland als Bündnispartner, der das Kräfteverhältnis in Europa zwischen Ost und West entscheidend hätte kippen können, zu verlockend für jede der Supermächte gewesen. Die amerikanische und sowjetische Regierungen misstrauten sich zu diesem Zeitpunkt völlig, sodass es meines Erachtens illusorisch gewesen wäre anzunehmen, dass die USA und die UdSSR einander geglaubt hätten, dass sie trotz aller Beteuerungen zum Gegenteil mittelfristig nicht doch versuchen würden, ganz Deutschland auf ihre Seite zu ziehen.

Michael Gehler: *Ganz interessant ist jedoch, dass Beamte im US-State-Department all diese von deutschen Historikern aufgeführten apodiktischen Ausgeschlossenheiten und Bedenkenträgereien hinsichtlich Ängste, Sorgen und Skepsis der westlichen Partner überhaupt nicht geteilt haben. Im Juli 1955, als alles mit der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik in frischen Tüchern war, lautete eine interne Analyse in Washington, dass ein neutralisiertes Deutschland durchaus möglich wäre: Deutschland würde sich westlich orientieren und sein Verteidigungssystem nach NATO-Kriterien ausrichten. Eine kommunistische Gefahr bestünde nicht, weil die Mehrheit der Deutschen bürgerlich oder sozialdemokratisch wählen würde. Es werde sich dieses Deutschland wirtschaftlich nach Westen ausrichten und sich auch nicht auf russische Gelüste oder russische Verlockungen einlassen, ja sogar solche ablehnen für das Angebot, die Ostgebiete zurückzubekommen. Diese Einschätzung ist sensationell mit Blick auf die zuvor genannten Erklärungsmuster, die in der Regel der Rechtfertigung der Westintegrationspolitik Adenauers dienten. Diese nüchterne Analyse, die die Bedenkenträgereien deutscher Historiker ins Nirwana verweist, erstaunt. Es war eine ganz pragmatisch und sachlich gehaltene amerikanische Analyse, die für alle Fälle gemacht worden ist, sollte es von bundesdeutscher Seite solche Anfragen oder gar Ambitionen geben, wozu es aber gar nicht erst kam. Diese Einschätzung stellt alles das auf den Kopf, was man bisher in deutschen Geschichtswerken lesen konnte, dass im Falle der Neutralisierung Deutschland den Sowjets ausgeliefert und darüber hinaus das Ende Europas eingetreten wäre, also die Bolschewisierung des Kontinents. Mitnichten! Da wirkte offenbar der Geist des Kalten Kriegs in den Köpfen noch weiter stark nach.*

Jasper Trautsch: Selbst wenn im Außenministerium der USA die Bereitschaft da gewesen wäre, den Deutschen zu vertrauen, gilt das nicht automatisch auch für die US-Administration und vor allem nicht für die Westeuropäer. In Frankreich war die Befürchtung stark, dass, wenn Deutschland erst einmal neutralisiert sei, möglicherweise doch wieder rechte Kräfte an die Macht kämen und Deutschland wieder eine Gefahr für Frankreich darstellen könnte. Immerhin waren da seit dem Kriegsende nur zehn Jahre vergangen. In Frankreich war man sich der Demokratiefestigkeit der Deutschen nicht so sicher. Selbst Deutschland eher freundlich gesinnte Politiker beobachteten die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik mit Argusaugen.

Michael Gehler: *Der Faktor Frankreich spielt in dieser amerikanischen Analyse interessanterweise keine Rolle, weil man davon ausgegangen ist, dass ein neutralisiertes Deutschland letztlich auch bedeutet hätte, gewisse Kontrollrechte über Deutschland zu behalten. Diese hätten auf einer Vier-Mächte-Basis ausgeübt werden können, also die*

Kontrollrechte seitens der Sowjets, der Franzosen, der Briten und der Amerikaner hätten fortbestanden. Insofern waren da möglicherweise Vorkehrungen getroffen. Aber das ist alles Spekulation, es ist nie dazu gekommen und man hat andere Wege beschritten, Ergebnis: Teilung, Mauer in Berlin und Blockkonfrontation. Ob das mehr Sicherheit im Vergleich zu einem neutralisierten Deutschland bedeutet hätte, ist schwer einzuschätzen, aber es sei dahingestellt. Wir gehen weiter mit der nächsten Frage: Gab es sicherheitspolitische Bedenken der Westalliierten gegen ein neutrales Deutschland und welchen Einfluss hatte hier die NATO?

Jasper Trautsch: Ja, die sicherheitspolitischen Bedenken waren groß. Selbst 1989/1990, als die Bundesrepublik seit vier Jahrzehnten bewiesen hatte, dass sie ein verlässlicher Partner war, von dem keine Gefahr mehr ausging, waren die Bedenken in Frankreich und Großbritannien noch groß, dass ein wiedervereinigtes Deutschland in Zukunft wieder eine Gefahr darstellen könnte. In den 1950ern waren diese Befürchtungen so kurz nach dem Ende des Krieges um ein Vielfaches höher – zumal der europäische Einigungsprozess ja gerade erst begonnen hatte und noch nicht so weit fortgeschritten war. Hinzu kam die Befürchtung in Frankreich, dass die amerikanischen Sicherheitsgarantien nicht langfristig wirksam waren. Denken Sie an die große Kontroverse in den USA 1951 und 1952 über die Verlegung amerikanischer Truppen nach Westeuropa als Teil einer integrierten NATO-Truppe. Da gab es massive Widerstände im Kongress. Die Einbindung der Bundeswehr in die NATO war dann die entscheidende Garantie, dass die deutschen Truppen nicht gegen Frankreich eingesetzt würden, weil sie dadurch unter eine supranationale Kontrolle gestellt wurden, aber auch weil auf diese Weise die USA in die Pflicht genommen wurden, diese Kontrollfunktion über das deutsche Militär auszuüben.

Michael Gehler: *Rechneten die Westalliierten mit einem sowjetischen Überfall und wenn ja, wann war dabei die Gefahr am größten?*

Jasper Trautsch: Ob sie damit *rechneten*, ist vielleicht etwas zu stark formuliert. Sicherlich *befürchteten* sie es in gewissen Momenten. Der Angriff des kommunistischen Nordkoreas auf Südkorea 1950 war ein Schock – darauf war man nicht vorbereitet –, sodass ein ähnlicher Angriff in Deutschland auf einmal denkbar schien. Das hat ja dann auch schnell zur Überlegung geführt, Westdeutschland so kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder zu bewaffnen. In dem Moment, in dem man einen neuen Krieg mit der Sowjetunion für möglich hielt, traten die Erinnerungen an den vergangenen Krieg mit Deutschland in den Hintergrund. Auch in der Berlinkrise gab es die Befürchtung, es könnte zum Krieg kommen. Würde bei einem Scharmützel in Berlin die Rote Armee einen Großangriff starten?

Im Nachhinein lassen sich diese Szenarien zwar nüchterner betrachten. Die UdSSR plante keinen Krieg bzw. keinen Überfall auf Westdeutschland und Westeuropa. Aber entscheidend waren eben die Wahrnehmungen der historischen Zeitgenossen. Und da die Westalliierten keine gesicherten Informationen aus Geheimdienstquellen im Kreml hatten, sind ihre damaligen Sorgen und Ängste verständlich.

Michael Gehler: *Die nächste Frage bezieht sich auf einen Vergleich der Kuba-Krise 1962 mit dem Jahr 1983, das Georg Schild das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges genannt hat. Wie beurteilen Sie diese These von Schild?*

Jasper Trautsch: Bei dem Thema bin ich nicht in den Quellen drin und kann nicht fundiert beurteilen, wie knapp die Welt 1983 an einem Atomkrieg vorbeigekommen ist, als ein sowjetisches Raketenfrühwarnsystem fälschlicherweise den Anflug amerikanischer Raketen meldete. Ganz grundsätzlich war die Gefahr eines Krieges meines Erachtens in den 1980ern aber trotz wieder aggressiverer Rhetorik geringer als 1962, da – zumindest in Europa – alle sich mehr oder weniger mit dem Status quo arrangiert hatten und nicht mehr ernsthaft an eine gewaltsame Änderung der Nachkriegsordnung dachten. Zudem bestanden jetzt Kanäle zwischen Moskau und Washington, auf denen, anders als noch bei der Kubakrise, direkt miteinander kommuniziert werden konnte und durch die Missverständnisse gegebenenfalls aufgeklärt werden konnten.

Michael Gehler: *Generell: Wie würden Sie die Reagan-Administration einstufen wie auch die verschiedenen Administrationen vor allem davor, aber auch danach: Truman, Eisenhower, Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter und Bush? Wie würden Sie diese gesamten Administrationen, an ihren Präsidenten festgemacht, einordnen und charakterisieren, v. a. im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen und ihr Verhältnis zu Europa? Gibt es Abweichungen und Unterschiede oder eher Kontinuitäten? Wie würden Sie das einschätzen, ausgehend von Ihrem souveränen Blick auf die transatlantischen Beziehungen und Ihre Forschungen auch im 18. und 19. Jahrhundert?*

Jasper Trautsch: Einerseits ist die Kontinuität in der US-Außenpolitik während des Kalten Krieges gegenüber Europa bemerkenswert – gerade auch angesichts der europafeindlichen Grundhaltung, wie es sie in den USA im 19. Jahrhundert noch gegeben hatte. Auch wenn es während des Kalten Krieges immer wieder – wie heute auch – kritische Rufe nach einem größeren europäischen Verteidigungsbeitrag gab, hat in dieser Zeit nie ein Präsident die atlantische Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt oder die amerikanischen Sicherheitsgarantien in Zweifel gezogen. Und auch als sich die sowjetisch-amerikanischen Auseinandersetzungen im Laufe der Zeit immer mehr nach Lateinamerika, Afrika und Asien verlagerten, so hat immer der Grundsatz „Europe first“ gegolten. Damit meine ich, dass die Westeuropäer als die wichtigsten Verbündeten angesehen wurden. Das hat sich erst in den letzten 20 Jahren langsam gewandelt. Heutzutage gilt eine solche „Europe first“-Doktrin nicht mehr.

Auf einer ideologischen Ebene wiederum hat das atlantische Bündnis aber wohl schon in den 1980ern einen Riss bekommen. Sie sprachen ja Reagan direkt an. Unter ihm und teilweise schon unter seinem Vorgänger Carter verabschiedeten sich die USA – ebenso wie im Übrigen Großbritannien unter Thatcher – vom wirtschaftspolitischen Nachkriegskonsens, der einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit, Keynesianismus und den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates vorsah. Auf beiden Seiten des Atlantiks wurden nun ab den 1980ern zunehmend die Unterschiede betont und weniger die Gemeinsamkeiten innerhalb der „westlichen Wertegemeinschaft“. So hatte das Schlagwort der Amerikanisierung in Westeuropa wieder Konjunktur, mit dem Aufweichungen des Kündigungs-

schutzes oder Kürzungen von Sozialleistungen als un-europäisch kritisiert wurden. In den USA wiederum wurden Vorschläge zur Ausweitung des Sozialstaates als europäisch und damit als unamerikanisch verunglimpft. Hinzu kam die gesellschaftlich recht breite Ablehnung der außenpolitischen Eskalationspolitik Reagans, die sich nicht mehr auf außerparlamentarische linke Kreise beschränkte, sondern bis weit ins Bürgertum hineinragte und auch in den bürgerlichen Parteien artikuliert wurde.

Michael Gehler: *Die Frage war sehr spezifisch gestellt im Hinblick auf die Politik Reagans im Ost-West-Konflikt. Aus einer TV-Dokumentation, die wir am Institut gemeinsam analysiert haben, ging hervor, dass in den ersten Jahren der Amtszeit von Reagan, also schon unter Gorbatschow, die USA die UdSSR gezielt provoziert haben, um sie möglicherweise aus der Reserve zu locken und die Rüstungsspirale anzutreiben. Wir wissen auch, dass in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Rüstung von den Sowjets massiv angefeuert wurde und praktisch der Westen darauf reagiert hatte, aber unter Reagans Präsidentschaft scheint es zunächst so, dass er die Konfrontation noch weiter anheizt, was Gorbatschow gar nicht mehr will. Kann man das aus Ihrer Sicht auch so sehen? Auf der anderen Seite gibt es Forscher, die argumentieren, die Nuclear-Free-World war eine Vision, die Reagan schon von Anfang an vorschwebte, also eine atomwaffenfreie Welt und nicht nur eine atomwaffenfreie Zone Europa zu schaffen. Das passt aber nicht mit dem zuvor gezeichneten Bild zusammen. Wie schätzen Sie Reagan und seine Sicherheits- und Außenpolitik mit Blick auf Rüstung und Abrüstung ein. Es kommt ja dann die Wende mit Gorbatschow 1986/87 und die Mittelstreckenraketen werden abgebaut und reduziert. Wie geht das alles zusammen? Gibt es dazu von Ihrer Seite Erklärungen?*

Jasper Trautsch: Dass Reagan mit seinen Provokationen zu Beginn seiner Amtszeit wie etwa der öffentlichen Charakterisierung der Sowjetunion als „evil empire“ oder seiner Strategic Defense Initiative das langfristige Ziel einer atomwaffenfreien Welt verfolgte, halte ich für eine steile These. Für plausibler halte ich die eher konventionelle Sicht, dass Reagan und seine Administration den Rüstungswettlauf anheizen wollten, um die Sowjetunion in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen. Auch würde ich nicht von der Hand weisen, dass viele der in der Reagan-Administration einflussreichen Akteure zunächst tatsächlich davon überzeugt waren, dass die USA unmittelbar durch die Sowjetunion bedroht wären, und sie deshalb aus einer vielleicht schon paranoiden Angst heraus aufrüsten wollten. Eine genauere Einschätzung müssen Forschungen der Quellen der Reagan-Administration zeigen.

Michael Gehler: *Im Wintersemester 2015/16 organisierte das Osteuropa-Institut der Freien Universität eine Ringvorlesung mit dem Titel „Twenty-Five Years after the End of the East-West Conflict – Lessons Learnt and New Challenges“, zu der Sie auch beigetragen haben. Wenn Sie die Quintessenz daraus ziehen müssten: Welche Lehren wurden daraus gezogen, welche missachtet und wo sehen Sie derzeit die größten Herausforderungen?*

Jasper Trautsch: Bezeichnend ist vielleicht am ehesten der Umstand, dass die verschiedenen Lager jeweils ihre eigenen Lehren aus dem Kalten Krieg und seinem Ende gezogen

haben. Realisten etwa betonen, wie erfolgreich das nukleare Gleichgewicht den Ausbruch eines Krieges trotz größter politisch-ideologischer Feindschaft zwischen den USA und der Sowjetunion verhindert habe, und plädierten deshalb im Rahmen des Atomkonflikts mit dem Iran dafür, diesem Atomwaffen zuzugestehen, da angeblich auch im Nahen und Mittleren Osten ein nukleares Gleichgewicht letztendlich zu Stabilität führen und dort heiße Kriege verhindern würde. Neokonservative hingegen behaupten, die USA hätten den Kalten Krieg aufgrund militärischer Stärke für sich entschieden und die Sowjetunion zum Aufgeben gezwungen, weshalb sie auch weiterhin auf militärische Aufrüstung und Abschreckung setzen. Liberale wiederum sehen durch das Ende des Kalten Krieges die Überlegenheit des demokratischen Systems bestätigt und träumen deshalb von der universellen Durchsetzung westlicher Werte und sagen voraus, China würde sich mittelfristig ebenfalls demokratisieren. Sozialisten mögen bedauern, dass durch den Wegfall der Systemalternative kein Druck mehr auf die westlichen Staaten bestehe, eine Politik des sozialen Ausgleichs zu fahren, und deshalb Globalisierungsdynamiken nicht mehr eingehegt würden.

Vielleicht ist eine profanere Lehre einfach die, dass Wahrnehmungen in der internationalen Politik eine fundamentale Rolle spielen und dass man seine eigenen Wahrnehmungen, die durch Erfahrungen, aber auch Vorurteile und Ideologie geprägt sind, kritisch reflektieren und dass man bei politischen Entscheidungen mitberücksichtigen sollte, wie diese sich auf die Wahrnehmungen von einem selbst durch andere auswirken. Vielleicht ist dies auch eine wichtige Lehre, die nach dem Ende des Kalten Krieges zu oft missachtet wurde. Von der Aufrichtigkeit der eigenen Motive überzeugt, haben viele in Europa und Amerika möglicherweise zu häufig nicht bedacht, wie sehr ihre Entscheidungen Bedrohungsperzeptionen in anderen Weltgegenden verstärkt und dadurch Abwehrreflexe hervorgerufen haben.

Michael Gehler: *Hat es 1989/90 wirklich das Ende des Kalten Krieges gegeben?*

Jasper Trautsch: Ja, das glaube ich schon. Auch wenn die Festlegung von Epochengrenzen immer auch die Gefahr mit sich bringt, Kontinuitäten zu übersehen, und Zäsuren deshalb stets kritisch hinterfragt werden müssen, ist der Kalte Krieg als epochenprägender und weltumspannender bipolarer Systemkonflikt mit dem Zerfall des Ostblocks 1989/1990 und der Auflösung der Sowjetunion 1991 zu Ende gegangen. Die Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion hat vor 1990 letztlich alle Länder auf der Welt geprägt und sie gezwungen, sich auf die eine oder andere Weise in dieser Blockkonfrontation zu positionieren. Dieser Druck entfiel nach 1990. Auch die ideologische Auseinandersetzung zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus hatte nach 1945 zunächst überall auf der Welt gesellschaftliche Selbstverständigungsdebatten angeleitet. Auch das war nach 1990 auf einmal nicht mehr der Fall. Stattdessen hat sich eine multipolare Ordnung oder auch Unordnung entwickelt, in der die meisten Gewissheiten der Zeit vor 1990 ihre Gültigkeit verloren haben.

Michael Gehler: *Ist das nicht doch ein sehr eurozentriertes Bild, ohne Asien und Südostasien im „Cold War“ miteinzubeziehen, und besteht dieser dort nicht noch fort?*

Jasper Trautsch: Die Gefahr, 1989 aus deutscher oder europäischer Perspektive zum Epochenjahr zu erklären und für dieses dann kurzerhand weltweite Gültigkeit zu beanspruchen, besteht tatsächlich. Und zunächst waren viele der Arbeiten zum Ende des Kalten Krieges in ihrer Perspektive auch sehr eurozentrisch. Aber auch bei einem Blick über den europäischen Tellerrand hinaus wird man kaum umhinkommen, festzustellen, dass sich auch in anderen Weltgegenden nach 1989/1990 grundlegende Veränderungen vollzogen haben. Nachdem die Volksrepubliken in Osteuropa zu wanken begannen, fielen dann kommunistische Regime auch in anderen Weltteilen bzw. gaben ihr Bekenntnis zum Sozialismus auf, so etwa in der Mongolei, in Angola oder Mosambik. China ist zwar weiterhin offiziell kommunistisch, doch inzwischen praktisch ein sehr kapitalistisches Land, das ökonomisch aufs engste mit „dem Westen“ verflochten ist. Und auch wenn Nordkorea als ein Relikt des Kalten Krieges noch existiert, ist es nicht mehr Teil eines globalen Systemkonflikts. Schließlich dient es niemandem als Vorbild und verfolgt auch keine weltpolitische Agenda, sondern ist stattdessen stark isolationistisch. Auch die mit dem Fall der sozialistischen Regime verbundene Demokratisierungswelle von 1989 bzw. der Jahre danach betraf nicht nur Osteuropa, sondern auch Afrika, wo sich etwa Burkina Faso, Äthiopien und Madagaskar demokratisierten. Dadurch, dass sie nun ihren Schutz durch die USA verloren, fielen nach dem Ende des Kalten Krieges auch antikommunistische Diktaturen wie etwa in Lateinamerika. Denken Sie an Chile oder Panama. Und auch das Apartheid-Regime in Südafrika konnte sich nach dem Zerfall des Ostblocks nicht mehr lange halten, weil nun das Argument, es sei ein notwendiger Schutzwall vor einer Ausbreitung des Kommunismus im subsaharischen Afrika nicht mehr zog.

Michael Gehler: *Wann ist Ihrer Auffassung nach das Jahr 1989 zu Ende gegangen?*

Jasper Trautsch: Das hängt jeweils vom Land ab. In Deutschland wohl erst mit der im Oktober 1990 vollzogenen Wiedervereinigung. Für die Sowjetunion fand der Auflösungsprozess dann erst 1991 sein Ende. Im selben Jahr erklärten dann ja auch der Warschauer Pakt und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ihr offizielles Ende. Die Übergangsphase in Südafrika wiederum dauerte bis 1994.

Michael Gehler: *Ich möchte da auch noch einmal nachfassen. Hans-Peter Schwarz hat nach 1989 einen Aufsatz über Zeitgeschichtsschreibung verfasst und nannte diesen „Neueste Zeitgeschichte“. Er hat sich dabei gefragt, wie weit man jetzt von der Zeitgeschichte der Weimarer Republik, des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges abkommen und mehr ausgehend von einer Zeitgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Teilung hin zu einer Zeitgeschichte gelangen muss, in der die Globalisierung voll durchbricht und weitgehend neue Herausforderungen weltweit vorhanden sind. Die Stichworte lauten folgendermaßen: Terrorismus gibt es nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland und Italien, sondern weltweit, die Europäische Union erwächst aus den Europäischen Gemeinschaften nach 1989. Diese Themenkomplexe implizieren auch die Frage: Ist Zeitgeschichte neu zu dimensionieren und neu zu periodisieren? Was spricht dafür, dass mit 1989 eine neue Zeit beginnt, und was spräche dafür, dass diese Zeit möglicherweise schon einen Abschluss gefunden hat und zu Ende gegangen ist?*

Jasper Trautsch: Es ist in der Tat Zeit, die Zeitgeschichte neu zu perspektivieren. Die weltweiten Auseinandersetzungen zwischen Demokratie und Faschismus und Kommunismus, die weite Strecken des 20. Jahrhunderts geprägt und die die Zeitgeschichtsschreibung in der Bundesrepublik lange vorrangig beschäftigt haben, spielen seit rund drei Jahrzehnten nun keine so tragende Rolle mehr. Die Neueste Zeitgeschichte oder Geschichte der Gegenwart, wie man sie auch nennen könnte, steht stattdessen zunehmend vor der Herausforderung, neuere Entwicklungen, die mit der Weimarer Republik oder dem Nationalsozialismus kaum noch etwas zu tun haben, historisch auf ihre Ursprünge und Auswirkungen zu untersuchen. Hierzu zählen vor allem die Themenkomplexe Globalisierung, Digitalisierung, Umwelt und Wertewandel. Für die Periodisierungsfrage ist dabei so problematisch, dass der weltpolitische Umbruch von 1989/1990, über den wir eben gesprochen haben, für diese Themen eher nachrangig ist. Die Globalisierung und Digitalisierung haben vorher begonnen. Auch die Umweltbewegung hat sich schon vorher konstituiert und Umweltfragen ins öffentliche Bewusstsein gehoben. Und auch der Wertewandel fand nicht erst in den 1990ern statt. Bei all diesen Themen müssen wir mindestens zurück zu den späten 1970ern gehen.

Michael Gehler: *Da bin ich bei Ihnen. Mein Eindruck bestand darin, dass, wenn Sie an das Jahr 1989 denken, Grenzen aufgehen und geöffnet werden. Stacheldrahtzäune wurden symbolisch aufgeschnitten. Dafür steht das Jahr 1989 zu einem guten Teil. In Berlin fällt die Mauer am 9. November, obwohl sie an diesem Tag noch gar nicht fällt. Sie wird gestürmt und dann später abgerissen. 2015 erleben wir neue Zäune. Wir erleben Stacheldrahtzäune, meterhoch mitten in Europa, nicht nur an den Außengrenzen. Es scheint offensichtlich zu sein, dass hier etwas zu Ende gegangen ist, aber das ist nur ein Blick auf Grenzen, Grenzkontrollen gab es immer wieder. Am Brenner hatten wir zuletzt wieder Grenzkontrollen. Man kann es auch anders sehen. Mit der Charta von Paris und der versuchten Stabilitätsordnung in Europa wurden die Grenzen festgeschrieben. Doch erlebten wir in Europa die Intervention in Litauen am Anfang 1991, wir erlebten den Krieg gegen Serbien 1999, wegen des Kosovo und dortiger Menschenrechtsverletzungen, einen Offensivschlag der NATO, wir erlebten den Georgien-Krieg 2008, wir erleben die Okkupation und die Annexion der Krim 2014 und seither den Krieg in der Ost-Ukraine. Ausgehend vom Ansatzpunkt 1989 und der Charta von Paris 1990 sind das alles schwere Rückschläge im Bereich der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts. Inwiefern ist es schwierig, hier zu einem Ergebnis zu kommen? Wir haben es meines Erachtens mit einer neuen Entwicklung zu tun, die 1989/90 einsetzt, die aber noch nicht eindeutig abzugrenzen oder abschließend zu bewerten ist, oder sehen Sie das anders? Was halten Sie von der These, dass die Osterweiterung den Kalten Krieg verlängert hat?*

Jasper Trautsch: So wie ich den Kalten Krieg als bipolaren weltumfassenden Systemkonflikt definiert habe, war er 1989/1991 vorbei, sodass ich der These, dass der Kalte Krieg durch die NATO-Osterweiterung angedauert hat, so nicht zustimmen würde. Russland ist keine Supermacht mehr. Und selbst Amerika ist das heutzutage vielleicht nicht mehr. Stattdessen haben wir es mit einer komplexen Multipolarität zu tun.

Vielleicht ist es präziser, davon zu sprechen, dass der die euroatlantische Welt kennzeichnende Ost-West-Konflikt, der ja nicht gleichbedeutend mit dem Kalten Krieg, son-

dern älter als dieser ist, bis heute fortwirkt. Wir haben ja über die Langlebigkeit von Mental Maps gesprochen und das Russlandbild hat sich in Westeuropa und Nordamerika nach 1989 meines Erachtens nicht wirklich verbessert. In der Wahrnehmung wirkt vieles fort. Eigentlich leben wir ja in einer Zeit, in der man besonders achtsam ist, nicht pauschale Urteile über andere Völker, Länder und Gesellschaften zu fällen. Aber Russland scheint von dieser liberalen Haltung seltsam ausgenommen. Da werden im öffentlichen Diskurs, so mein Eindruck, doch sehr freimütig Feindbilder bedient. So geht es dann auch recht schnell, Sanktionen gegen Russland zu erlassen, während man etwa gegenüber China sehr duldsam ist. Das wird sicherlich in Russland wahrgenommen und kann dann in Verbindung mit der Ost-Erweiterung 1999 bzw. 2004, der Stationierung von amerikanischen Truppen in Osteuropa oder der Kündigung des ABM-Vertrages durch die USA 2002 zur Überzeugung führen, dass der Konflikt mit „dem Westen“ 1989/1990 doch nicht geendet hat. Dies wiederum hat womöglich die Entscheidung, 2008 erst in Georgien einzugreifen und später 2014 die Krim zu annektieren, erleichtert. Die Chance, Russland nach Ende des Krieges konstruktiv in die „New World Order“, wie es damals hieß, einzubinden, ist leider vertan worden.

Michael Gehler: *Ich habe vor kurzem einen Kommentar in einer Zeitung darüber geschrieben, was die Geburtsfehler der Europäischen Union waren. Einer davon besteht darin, dass sie von Anfang an gegen Russland ausgerichtet war. Die Montanunion und die EWG wurden auch von sowjetischer bzw. russischer Seite negativ, d. h. als gegen sich gerichtet gesehen. Dieses Szenario widerspiegelt sich bis in die jüngste Zeit, dass Putin sich ausgeschlossen fühlt, z. B. von einer Art Freihandelsgemeinschaft, Marktgemeinschaft, Zollgemeinschaft oder Wirtschaftsgemeinschaft – wie Sie wollen. Er sieht sich ausgegrenzt, woraus wieder neue Konfliktmuster und Spannungen entstanden sind. Das hängt meines Erachtens auch mit diesem Geburtsfehler zusammen, dass die EWG auch im Zeichen der NATO klar gegen den Osten gerichtet war. Inwieweit sie gefühlt bzw. subjektiv die russische Sicherheit bedroht hat oder hätte, ist eine andere Frage, aber Russland fühlte sich objektiv betrachtet nicht als Teil dessen, obwohl man auch argumentieren konnte, Russland ist geographisch, mitunter auch kulturell, ebenfalls Teil Europas und kann gar nicht abgekoppelt und ausgeschlossen werden, nicht zuletzt auch aufgrund der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Langer Rede, kurzer Sinn: Dieser Trend zieht sich meines Erachtens wirkmächtig durch die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts und reicht bis zum heutigen Tag ins 21. Jahrhundert hinein, ob legitim oder nicht legitim, das ist auch eine Wahrnehmungsfrage. Ich meine, dass man wahrscheinlich die sowjetischen bzw. russischen Interessen unterschätzt, aber die russische Wahrnehmung selbst in den letzten zwei Jahrzehnten die Situation auch überdramatisiert hat. Das Bild von der NATO als ein aggressives Interventionsbündnis ließ sich allerdings auch in der Konstellation des Kosovo-Kriegs so deuten, wo erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg das Völkerrecht in Europa gebrochen worden ist. In Moskau wurde das als Beweis empfunden, dass die NATO auch außerhalb des eigenen Verteidigungsterritoriums militärisch im Einsatz ist und bestätigte dieses, wenn Sie so wollen, Vorurteil. Sie sehen: Wir haben noch eine Menge Fragen, vielleicht gibt es hier noch eine Ergänzung von Herrn Beining?*

Jörg Beining: *Hat die Europäische Union die gewachsenen kulturellen, strukturellen und politischen Unterschiede der Staaten in Mittel- und Osteuropa im Vergleich zu Westeuropa falsch eingeschätzt? Sind deshalb jetzt daraus diese Konflikte, die wir in der EU haben, mit unterschiedlichen Wertauffassungen und Wahrnehmungen im Umgang mit Flüchtlingen und Migranten, entstanden?*

Jasper Trautsch: Ja, ich denke schon, dass die tiefgreifenden Unterschiede, wie etwa das Fehlen einer breiten gesellschaftlichen Liberalisierung in Osteuropa, wie sie es in Westeuropa in den Jahrzehnten nach Ende des Kalten Krieges gegeben hat, unterschätzt worden sind. Vor allem ist aber kaum bedacht worden, wie tiefe Ressentiments die Erwartung, die früheren Ostblockstaaten mögen sich am westlichen Modell orientieren und die historische Entwicklung Westeuropas im Eiltempo nachvollziehen, auf Dauer geschürt hat. Genauso wie die deutsche Wiedervereinigung war auch die europäische Osterweiterung kein Unterfangen zwischen gleichberechtigten Partnern. So wie die DDR „übernommen" wurde, um es provokant zu formulieren, diktierten die westeuropäischen EU-Mitglieder den osteuropäischen Anwärtern, unter welchen Bedingungen sie zur EU zugelassen wurden und kontrollieren deren Einhaltung bis heute. Natürlich sind die Osteuropäer freiwillig und hoffnungsfroh der EU beigetreten und haben von der Mitgliedschaft auch massiv profitiert, aber mit der Zeit hat sich in Teilen Osteuropas sicherlich dennoch ein Gefühl der Demütigung breitgemacht, dass man ständig nach den Kriterien Westeuropas beurteilt und einem ständig das Gefühl gegeben wurde, man müsse Westeuropa kopieren, statt seine eigenen Erfahrungen beizusteuern. In der Flüchtlingskrise zeigten sich dann eben nicht nur politische und kulturelle Unterschiede, sondern brachen auch diese zuvor unterschwelligen Konflikte offen und mit Vehemenz zutage.

Allerdings sollte man die Differenzen in Bezug auf die Flüchtlingskrise auch nicht überbewerten. Denn erstens war die liberale Haltung der Bundesregierung in dieser Frage auch in Westeuropa äußerst umstritten und auch innerhalb Deutschlands selbst. Und zweitens hat sich in den Jahren zuvor auch gezeigt, dass in bestimmten Fragen viele osteuropäische Länder politisch-kulturell viel näher an Deutschland waren als langjährige Bündnispartner in Westeuropa. Wenn ich an die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum denke, hat sich doch etwa gezeigt, dass in Fragen der politischen Ökonomie die baltischen Staaten, Polen oder Tschechien viel näher an Deutschland, Österreich oder den Niederlanden waren als Italien, Frankreich oder Spanien. Insofern bin ich doch hoffnungsfroh, dass sich auch die gegenwärtigen Differenzen vor allem mit Polen und Ungarn durch Kompromissfähigkeit und langen Atem werden überwinden lassen.

Michael Gehler: *Sie haben vorhin davon gesprochen, dass das Sowjet-Imperium in den Jahren 1989–1991 zu Ende gegangen ist. Würden Sie die USA als Imperium bezeichnen? Es ist ja interessant, dass beide, sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion, es offiziell vermieden haben, sich als ein Imperium zu bezeichnen. Es heißt Sowjetunion und United States of America, aber von einem Empire ist nicht die Rede. Nun dürfte es ja nicht ganz abwegig sein zu fragen, ob es sich in beiden Fällen um ein Imperium gehandelt habe und inwiefern Sie hier Unterschiede sehen?*

Jasper Trautsch: Die Frage, ob es sich bei den USA um ein Imperium handelt, ist im Zuge der Irak-Invasion 2003 populär geworden. Auch zahlreiche Historiker haben angefangen, von einem *American Empire* zu sprechen und dessen imperialistische Tendenzen historisch zurückzuverfolgen. Besonders für das 19. Jahrhundert lässt sich kaum abstreiten, dass die USA ein expandierendes Reich waren, das sich kontinuierlich unter Gewalteinsatz nach Westen und darüber hinaus ausgebreitet hat. Das Verständnis der USA als Imperium hat dabei geholfen, diesen Prozess nicht mehr vorrangig als innen-, sondern als außenpolitische Angelegenheit zu deuten: die Indianerstämme also nicht mehr als innere Bevölkerungsgruppen, die befriedet wurden, sondern als teilsouveräne außenpolitische Akteure zu begreifen. Auch die kommerzielle Expansion ist ein Thema, das die gesamte US-Geschichte durchzieht. Deren Absicherung durch Militärbasen auf der ganzen Welt im 20. Jahrhundert lässt sich sehr wohl als imperialistisches Verhalten begreifen. Auch die Missionsidee, also der Anspruch, universelle Werte zu verkörpern, und das Ziel, diese in andere Länder zu exportieren, ist ein Merkmal von Imperien.

Allerdings müssen auch die grundsätzlichen Differenzen des amerikanischen Imperiums zum sowjetischen Herrschaftsbereich hervorgehoben werden. Im Gegensatz zum Ostblock, der durch Zwang geschaffen und zusammengehalten wurde, haben sich die Westeuropäer und die meisten Verbündeten in Lateinamerika und Asien freiwillig unter den Schutzschirm der USA begeben und ihnen dafür Sonderrechte zugestanden. Der norwegische Historiker Geir Lundestad sprach diesbezüglich vom „Empire by Invitation“, da es die Westeuropäer waren, die die USA dazu gedrängt haben, Truppen dort zu stationieren, und es nicht etwa die Amerikaner waren, die darauf bestanden, ihre militärische Präsenz ausbauen zu dürfen. Nach Ende des Kalten Krieges waren es dann die Osteuropäer, die auf eine NATO-Mitgliedschaft pochten und um amerikanische Truppenstationierungen baten. Und als ein wichtiger Bündnispartner, Frankreich, 1966 die integrierte Kommandostruktur der NATO verließ, haben die USA das akzeptiert – anders als die Sowjetunion, die zwei Jahre später in die Tschechoslowakei einmarschierte, als deren Regierung ein nicht mit der UdSSR abgestimmtes innenpolitisches Reformprogramm durchführte.

Michael Gehler: *Gemeinsam mit Professor Stefan Schmid legten Sie 2012 eine Studie zum Engagement des Springer-Verlages vor. Sie gelangten zu dem Schluss, ich zitiere „Was als Experiment begann, steuerte schnell zu dem größten Teil des Auslandsumsatzes des Verlages bei.“ Was waren Ihre konkreten Befunde dieser Studie und wie gingen Sie methodisch vor?*

Jasper Trautsch: Der Hintergrund des Engagements des Axel-Springer-Verlages in Osteuropa war die Strukturkrise auf dem deutschen Pressemarkt, die mit sinkenden Auflage- und Leserzahlen sowie mit rückgehenden Anzeigenerlösen zu tun hat. Das hängt natürlich vor allem mit der Konkurrenz durch das Internet zusammen. Eine Möglichkeit, auf eine solche Krise zu reagieren, ist die Pressekonzentration, also der Zusammenschluss von Verlagen, Zeitungen und Redaktionen. So können Kosten gespart und Synergien genutzt werden. Einem Großverlag wie dem Springer-Verlag ist der Aufkauf anderer Verlagshäuser aber aufgrund des hiesigen Pressekonzentrationsrechts nicht möglich. Eine zweite Möglichkeit der Konsolidierung bestand nach dem Ende des Kalten Kriegs in der

Expansion ins osteuropäische Ausland. Das tat dann der Springer-Verlag auch. Da man den polnischen Markt nicht kannte, begann man erst einmal vorsichtig mit „Special-Interest"-Zeitschriften, bei denen sich die Leserinteressen von Nation zu Nation nicht sehr stark unterscheiden. So wurden etwa polnische Versionen der *Computer-Bild* und der *Auto-Bild* gegründet. Der nächste Schritt bestand dann darin, sich durch Lizenzprodukte auch auf den Markt für Nachrichtenmagazine bzw. politische Zeitschriften zu wagen. Das geschah durch polnische Ausgaben von *Newsweek* und *Forbes*. Als der Springer-Verlag genug Erfahrungen gesammelt und ein Netzwerk an Journalisten aufgebaut hatte, traute er sich dann auch den Eintritt in den Markt für Tageszeitungen zu. Auch dafür wurden zunächst polnische Adaptionen westlicher Modelle verwendet, konkret von der *Bild*-Zeitung und *Die Welt*. Das war auch sehr erfolgreich. Die polnische Tochtergesellschaft des Springer-Verlages steuert inzwischen den größten Teil zum Auslandsumsatz des Unternehmens bei. Allerdings hat der Springer-Verlag auch mit Problemen zu kämpfen, da die Tatsache, dass ausgerechnet ein deutscher Verlag so einflussreich in Polen ist, Ressentiments hervorgerufen hat. Das versuchen die Springer-Zeitungen dann zum Teil durch eine gegenüber Deutschland besonders kritische Berichterstattung zu kompensieren. So wurde etwa Erika Steinbach in einem Springer-Blatt in Nazi-Uniform dargestellt, um sich maximal von ihr zu distanzieren.

Michael Gehler: *Auf welche Quellen haben Sie Ihre Studie aufgebaut und wie sind Sie methodisch vorgegangen?*

Jasper Trautsch: Das war keine geschichtswissenschaftliche Arbeit, sondern eine Fallstudie für ein betriebswirtschaftliches Lehrbuch. Insofern handelte es sich bei den Quellen vor allem um Jahresberichte des Axel-Springer-Verlages, Pressemitteilungen und vom Springer-Verlag herausgegebene Zeitschriften und Zeitungen.

Michael Gehler: *In Ihrer Monographie* Pressepolitik in Deutschland. Eine Untersuchung über pressepolitische Ziele und Motive von Bundestagsabgeordneten *untersuchen Sie unter anderem die Versuche der rot-grünen Bundesregierung 2004, die Pressefusionskontrolle zu lockern. Was waren die Ziele der damaligen Regierung, so vorzugehen, und weshalb rückte sie von ihrem eigentlichen Ziel ab, die Pressefusionskontrolle zu verschärfen?*

Jasper Trautsch: Zunächst muss ich vielleicht zum besseren Verständnis ein paar Sätze zur Pressefusionskontrolle sagen. Es gibt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, in dem geregelt ist, dass Unternehmen, die sich zusammenschließen wollen, dafür ab einer bestimmten Umsatzschwelle die Erlaubnis des Bundeskartellamtes benötigen. Dieses hat die angestrebte Fusion dann zu untersagen, wenn dadurch eine marktbeherrschende Stellung droht. Einen solchen Fall hatten wir ja gerade erst mit Edeka und Kaisers-Tengelmann. Weil die Presseunternehmen einen vergleichsweise geringen Umsatz haben, gleichzeitig aber für die öffentliche Meinungsbildung zentral sind, gibt es diesbezüglich besondere Regelungen, vor allem dass die Umsatzschwelle, ab der ein Zusammenschluss genehmigungspflichtig durch das Bundeskartellamt ist, deutlich reduziert ist.

Was war nun die Situation im Jahr 2004, als die rot-grüne Regierung eine Novellierung der Pressefusionskontrolle anstrebte? In ihrem Wahlprogramm von 2002 hatten sich

SPD und Grüne eigentlich für eine Verschärfung der Pressefusionskontrolle ausgesprochen, während die CDU/CSU und FDP dagegen eher eine Lockerung in Betracht zogen. 2004 verkehrten sich diese pressepolitischen Positionen nun aber in ihr Gegenteil. Von der rot-grünen Regierung wurde ein Gesetzesentwurf zur siebten Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung vorgelegt, die die Pressefusionskontrolle deutlich aufweichen sollte. Die CDU/CSU und FDP wiederum bekämpften dieses Gesetz nun im Bundesrat. Wie es dazu kam und was die dahinterstehenden Motive bzw. Interessen waren, waren die Fragen, die ich in meiner Studie, für die ich Leitfadeninterviews mit Bundestagsabgeordneten aus dem Medien- und Wirtschaftsausschuss geführt habe, beantworten wollte.

Das Ergebnis war zum einen, dass die SPD, die die federführende Kraft bei dieser Novellierung war, durchaus parteipolitische Motive mit der Lockerung verfolgte. Zu der Zeit wollte der Holtzbrinck-Verlag, der bereits mit dem *Tagesspiegel* auf dem Berliner Zeitungsmarkt aktiv war, den Berliner Verlag mit seinem Flaggschiff *Berliner Zeitung* übernehmen. Das Bundeskartellamt untersagte diese Fusion aber, da der Holtzbrinck-Verlag sonst eine marktbeherrschende Stellung auf dem Berliner Zeitungsmarkt erlangt hätte. Durch die Lockerung der Pressefusionskontrolle sollte der Zusammenschluss nun doch noch ermöglicht werden. Die damit verbundene Hoffnung war, dass man dadurch ein linksliberales nationales Gegengewicht zur *FAZ*, die nach Aussage eines SPD-Politikers das führende nationale Blatt war, hätte etablieren können.

Zum anderen hat meine Studie aber auch ergeben, dass sich in der SPD eine neue ordnungspolitische Vorstellung durchgesetzt hatte, nach der die Strukturkrise auf dem Pressemarkt nur überwunden werden könnte, wenn große nationale Champions entstehen würden, die sich durch ihre Größe gegenüber der Konkurrenz aus dem Internet behaupten könnten. Hinter dieser staatskapitalistischen Philosophie stand die Einstellung, dass es besser sei, einige große und finanzstarke Verlage zu haben, deren Presseerzeugnisse sich eine ordentliche Recherche leisten könnten, als zahlreiche kleinere Zeitungen, die rote Zahlen schrieben und vorne und hinten, also auch bei den Redaktionen, sparen müssten. Auf den Hinweis, dass der Wegfall des Wettbewerbs die Meinungsvielfalt gefährde, wurde mit dem sogenannten Clement'schen Kontrollmechanismus gekontert (Wolfgang Clement war der damalige Wirtschaftsminister), der besagte, dass Verleger gar nicht die Macht hätten, ihre Marktmacht publizistisch auszunutzen, weil Leser das durchschauen und die Zeitung dann nicht mehr kaufen würden. Das stand natürlich im Widerspruch zur parteipolitischen Motivation, ein linksliberales nationales Flaggschiff zu etablieren. Aus diesem Grunde ist das Gesetz dann auch im Bundesrat gescheitert, wo Rot-Grün keine Mehrheit hatte. Nachdem der Berliner Verlag dann 2005 an die Mecom Group verkauft wurde und eine Novellierung der Pressefusionskontrolle deshalb nicht mehr als *Lex Holtzbrinck* verdächtigt werden konnte, hat die schwarz-gelbe Koalition in der übernächsten Legislaturperiode in der achten Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ihrerseits eine Auflockerung der Pressefusionskontrolle vorgelegt und diese dann auch in abgeschwächter Form im Bundesrat mit Hilfe der SPD und der Grünen durchgesetzt.

Michael Gehler: *Wie unabhängig ist Ihrer Meinung bzw. Ihren Forschungen nach eigentlich Politik von Presse und andererseits die Presse von der Politik?*

Jasper Trautsch: Formal ist die Presse in Deutschland anders als der öffentlich-rechtliche Rundfunk von der Politik unabhängig. Natürlich unterscheiden sich die politischen Tendenzen von Zeitungen; einige sind politisch links oder linksliberal und unterstützen inhaltlich eher SPD und Grüne. Andere Zeitungen sind konservativer und eher der CDU/CSU und FDP freundlich gesinnt. Da geht es aber eher um inhaltliche Sympathien als um Abhängigkeiten. Und die Zeitungen wollen schließlich auch breitere Leserschichten erreichen, als sie es durch eine zu nahe Bindung an Parteien könnten. Man darf sich das nicht so schematisch vorstellen, als wenn Verlage positiv über die Regierung Bericht erstatteten, um dann als Gegenleistung Gefälligkeitsgesetze zu bekommen. Selbst im Falle der Novellierung der Pressefusionskontrolle gab es meines Wissens keine Absprachen mit Holtzbrinck. Es war eher die insgeheime Hoffnung seitens einiger SPD-Politiker, dass man durch das Gesetz bei der Entstehung eines linksliberalen Blattes mit nationaler Ausstrahlung hilfreich sein könnte, gerade auch weil man sich enttäuscht zeigte, dass die linksliberale Wochenzeitung *Die Zeit* deutlich an Einfluss verloren hatte. Insgesamt wird das Interesse der Parteien an ihnen freundlich gesinnten Zeitungen in den letzten Jahren ohnehin wohl eher gesunken sein, da soziale Netzwerke und Onlineplattformen wie Facebook und Twitter zunehmend wichtiger für die Meinungsbildung werden. Das war in diesem Maße 2004 noch nicht absehbar bzw. wurde von den politischen Akteuren nicht so antizipiert.

Michael Gehler: *In Ihrem Artikel „Ungenutzte Chancen: Ist eine diplomatische Lösung im Atomkonflikt mit dem Iran noch möglich?“ von 2013 skizzieren Sie eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts, die für beide Staaten tragbar gewesen wäre. Wie unterscheidet sich Ihre damalige Forderung von dem erreichten Kompromiss von 2015?*

Jasper Trautsch: Mein Startgedanke war der, dass Atomwaffen, die sehr kostspielig sind und deren Entwicklung zu internationalen Spannungen führt, kein Selbstzweck sind. Mit anderen Worten: Sie sind ein Mittel, um bestimmte Interessen zu verfolgen. Um den Iran von der Entwicklung von Atomwaffen abzubringen, erschien es also nötig, die hinter dem Atomprogramm liegenden Interessen auf anderem Wege zu befriedigen. Die Frage lautete also: Welche Interessen verfolgt der Iran mit seinem Atomprogramm? Wenn es offensive Ziele sind, also die Absicht, mit den Atomwaffen die Nachbarstaaten einzuschüchtern oder sie zum Angriff auf Israel zu nutzen, womit Ahmadinedschad ja mehrfach gedroht hat, gibt es nichts zu verhandeln. Dann wäre ein präventiver Militärschlag mit dem Ziel der Zerstörung der atomaren Forschungsanlagen legitim. Für viel wahrscheinlicher aber habe ich es gehalten – und das ist ja auch historisch in der Regel eher der Fall gewesen –, dass der Erwerb von Atomwaffen hier defensiven Interessen dienen sollte. Sobald man über Atomwaffen verfügt, so die historisch zutreffende Annahme, wird die Gefahr, Opfer eines Militärangriffs zu werden, deutlich geringer. Eine solche Schlussfolgerung lag für den Iran 2003 auch nahe. Just zu dem Zeitpunkt, als die USA in den Irak einmarschierten, wurde das iranische Atomprogramm massiv beschleunigt. Andersherum zeigte die Erfahrung Nordkoreas, dass man, einmal im Besitz von Atomwaffen, keinen Angriff mehr durch die USA fürchten muss. Wenn der Iran mit dem Atomprogramm aber defensive Interessen verfolgte, ließe sich, so mein Gedankengang, eine konstruktive Verhandlungsstrategie entwerfen. Denn dann könnte man versuchen, einen Ersatz für Atomwaffen zu

finden, dem Iran also auf andere Weise seine legitimen Sicherheitsinteressen zu gewährleisten. Sanktionen erschienen in diesem Fall dagegen das falsche Mittel und kontraproduktiv, weil sie eben die Bedrohungswahrnehmungen im Iran noch verschärften und deshalb den Drang nach Atomwaffen beschleunigten. Sinnvoller hielte ich in diesem Fall, dass die USA eine verbindliche Erklärung, den Iran nicht anzugreifen, abgeben sollten. Wenn das dem Iran nicht genug gewesen wäre, um seine Sicherheitsinteressen zu befriedigen, hätte man auch in Betracht ziehen können, ein Verteidigungsbündnis zwischen dem Iran und Russland zu schmieden. Denn sobald Russland dem Iran seine Sicherheit garantierte, würde ein amerikanischer oder israelischer Angriff ausgeschlossen.

Der 2015 erreichte Kompromiss sieht anders aus. Dort wurde ein Ende der Sanktion im Gegenzug für ein Einstellen des Atomprogramms vereinbart. Dieser Kompromiss scheint aber nicht tragfähig zu sein, da es in den USA massive Kritik an der Vereinbarung seitens der Republikaner gibt und durchaus möglich scheint, dass ein republikanischer Präsident sie kündigen wird. Insofern ist der Lösungsansatz, wie ich ihn 2013 vorgeschlagen habe, jetzt vielleicht doch wieder aktuell.

Michael Gehler: *Ich habe noch eine letzte Frage. Wir haben über das Imperium Sowjetunion und seinen Zerfall, aber auch über den Fortbestand der USA mit einem Fragezeichen gesprochen. Ist in Ihrer Sicht die Europäische Union auch ein Imperium und wie sehen Sie Ihre Zukunft. Wagen Sie einen Ausblick ins 21. Jahrhundert?*

Jasper Trautsch: Es gibt in der Tat ein paar interessante Parallelen zwischen den USA und der Europäischen Union. Beide waren bei ihrer Gründung auf Erweiterung angelegt. Das heißt, der Kreis der Gründungsmitglieder verstand sich nicht als dauerhaft exklusiver Club, sondern von früh an wurde an die Aufnahme weiterer Mitglieder gedacht. Sowohl die USA als auch die EU haben dafür einen Kriterienkatalog aufgestellt. In den USA wurde dieser in der *Northwest Ordinance* von 1787 sowie der Verfassung aus demselben Jahr festgelegt, die unter anderem regelten, dass nur Staaten mit einer demokratischen Verfassung und mit einer Mindestbevölkerung von 60.000 Einwohnern als Neumitglieder zur Union zugelassen werden dürften. Die EU hat die Kopenhagener Kriterien, zu denen eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung und eine funktionsfähige Marktwirtschaft gehören.

Sowohl die USA als auch Europa ähneln sich auch darin, dass sie keine scharfen Außengrenzen haben, sondern sie ein für Imperien typisches System von Rechtsräumen, in denen die Privilegien, die ihren jeweiligen Bewohnern gewährt werden, vom Zentrum zur Peripherie hin abnehmen, aufweisen. Neben den 50 Bundesstaaten mit vollen Rechten der politischen Mitbestimmung haben die USA auch Außenterritorien wie Puerto Rico, Guam oder Samoa, die Teile der USA sind, aber keine ebenbürtigen politischen Rechte haben und etwa von der Beteiligung an nationalen Wahlen ausgeschlossen sind. Dann gibt es Länder, die nicht Teil der USA, aber strukturell mit ihnen verbunden sind, weil sie etwa den US-Dollar als Währung übernommen haben und damit geldpolitisch abhängig sind. Dazu gehören etwa Panama, Ecuador und El Salvador. Ein ähnliches Integrationsgefälle charakterisiert auch die EU und ihre Nachbarn. Neben den Mitgliedsstaaten mit vollen politischen Mitwirkungsrechten gibt es assoziierte Gebiete wie Grönland, die nur teilweise Europarecht anwenden, Gebiete wie die Färöer, die nicht zur EU gehören, die

aber außenpolitisch durch EU-Mitgliedsstaaten vertreten werden, Länder wie Norwegen oder die Schweiz, die über die Europäische Freihandelszone oder bilaterale Verträge Teil des EU-Binnenmarktes sind und dementsprechend EU-Regeln anwenden, auch wenn sie an deren Entstehung nicht beteiligt sind, und schließlich Beitrittskandidaten, die ihre Gesetze an EU-Vorgaben anpassen müssen, bevor sie in die EU aufgenommen werden, sowie Staaten, die durch die Europäische Nachbarschaftspolitik an die EU gebunden sind.

Aber es gibt eben auch einen fundamentalen Unterschied: Die USA sind ein Bundesstaat; das ist die EU nicht. Bei der Gründung der USA waren ihre weißen Bürgerinnen und Bürger ein ethnisch und kulturell recht homogenes Volk. In allen Bundesstaaten stellten Nachkommen der Briten eine Mehrheit der weißen Bevölkerung. Das erleichterte 1787/88 die Transformation des 1776 geschaffenen Staatenbunds in einen Bundesstaat mit weitreichenden Kompetenzen der Bundesregierung. Durch die vielen Einwanderer und die Gleichstellung der Schwarzen sind die USA zwar dann im 19. und 20. Jahrhundert multiethnischer geworden. Da sich die Einwanderer aber in allen Teilen der USA niederließen und sich an der angelsächsischen Leitkultur orientierten und auch die schwarze Bevölkerung nicht im Süden konzentriert blieb, sondern teilweise Richtung Nordosten und Westen zog, entwickelten sich keine ethnisch-kulturellen Separatismen in den Einzelstaaten. Die EU dagegen besteht aus vielen historisch gewachsenen Nationalstaaten mit ausgeprägten und tief verwurzelten kulturellen Besonderheiten und eigenen Sprachen, die für die Identitäten ihrer Bewohner von größter Bedeutung sind. Deshalb halte ich auch die Weiterentwicklung der EU zu einem europäischen Bundesstaat nach amerikanischem Modell auf absehbare Zeit für illusorisch. Eine derartige Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses kann ich mir nur unter den Bedingungen einer existentiellen und dauerhaften äußeren Bedrohung vorstellen, so wie auch die Gründung der Europäischen Gemeinschaften in den 1950ern nur durch die unmittelbare Gefahr aus dem Osten möglich wurde.

Claudia Hiepel (†)

Die Euregios als Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa

Zur Referentin:

Frau Prof. Dr. Hiepel wurde am 10. März 1967 geboren. Sie schloss ihre Schullaufbahn 1986 mit dem Abitur ab und begann das Studium der Fächer Geschichte und Deutsch für das Lehramt der Sekundarstufe II an der Universität Essen-Duisburg. Im Jahr 1993 legte sie an der gleichnamigen Universität ihr Staatsexamen ab und 1998 folgte die Promotion sowie die Habilitation 2011. Ihre Arbeiten umfassen die Forschungsgebiete Regional- und Landesgeschichte, die Geschichte der Europäischen Integration, der Globalisierung, der deutsch-französischen, der deutsch-niederländischen und der deutsch-belgischen Beziehungen sowie Politik-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte des Deutschen Kaiserreiches und der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch die Konfessions- und Katholizismusforschung. Am 14. Februar 2023 ist Claudia Hiepel nach schwerer Krankheit verstorben. Die Fachwelt trauert um eine international anerkannte Historikerin.

Veröffentlichungen: Sozialer und politischer Katholizismus im Ruhrgebiet. Eine Bibliographie (Diözese Essen. Berichte & Beiträge 21), Hamburg 1994; Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter (Konfession und Gesellschaft 18), Stuttgart 1999 (zugleich phil. Dissertation, Universität Essen, 1998); Herausgeberin (mit Mark Ruff), Christliche Arbeiterbewegung in Europa 1850–1950 (Konfession und Gesellschaft 30), Stuttgart 2003; Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise (Studien

zur internationalen Geschichte 29), München 2012 (zugleich Habilitationsschrift, Universität Duisburg-Essen, 2010); Willy Brandt et Georges Pompidou. La politique européenne de la France et de l'Allemagne entre crise et renouveau (Temps, Espace et Société 1619), Villeneuve-d'Ascq 2016; Herausgeberin (mit Michaela Bachem-Rehm und Henning Türk), Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Wilfried Loth, München 2014; (Hrsg.) Europe in a globalising world. Global challenges and European responses in the „long" 1970s (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften 15), Baden-Baden 2014; Herausgeberin (mit Christoph Brüll, Christian Henrich-Franke und Guido Thiemeyer), Belgisch-deutsche Kontakträume in Rheinland und Westfalen, 1945–1995, Baden-Baden 2020.

Zum Vortrag:

Herr Prof. Dr. Gehler leitete den Vortrag ein, indem er auf Frau Prof. Dr. Hiepels aktuelle Forschungsprojekte *Transnationale Kontakträume und belgische Besatzungstruppen in Nordrhein-Westfalen* und *Euregios als grenzüberschreitende Räume in Europa* verwies.

Frau Hiepel startete ihre Präsentation mit Karten, die Europa und besonders die Grenzregionen der einzelnen Länder zueinander hervorhoben. Innerhalb der EU gäbe es, laut Hiepel, ca. 200 Grenzregionen, bei denen Kooperation an den Grenzen stattfinde. Es gebe kaum eine Grenzregion ohne Zusammenarbeit. Hiepel erwähnte, dass ein Teil ihrer aktuellen Forschung sich mit der ältesten Euregio, der Rhein-Ems-Ijssel-Region, beschäftige. Diese Euregio bestehe seit 1958. Sie betonte, dass besonders den deutsch-französischen und den deutsch-niederländischen Grenzräumen eine Pionierstellung zukomme. Seit den 1990er Jahren, so Hiepel, habe sich viel im Grenzraum Österreich-Deutschland entwickelt und die Zusammenarbeit sei intensiver geworden. Für viele osteuropäische Staaten wäre dies eine Chance auf eine Annäherung an die EG-Staaten gewesen. Die Referentin erwähnte, dass das Phänomen der Zusammenarbeit an Staatsgrenzen besonders in Osteuropa sehr unübersichtlich und teils wenig bis unerforscht sei. Die Einführung des Programms *Interreg* und des *Interreg-Fonds* wären eine Maßnahme zum Angleichen der Lebensstandards an den Grenzregionen gewesen. Hiepel wies an dieser Stelle darauf hin, dass die Euregios zu Verrechtlichung und Institutionalisierung in kleineren Grenzregionen führten und dies in Kontrast zu vielen wesentlich größeren Projekten stehe. Die Euregios seien so Nutznießer der EU-Gelder, was aber als Motor für die Regionalpolitik diene. Ebenso wichtig seien die Prozesse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die *regional governance* und auch das heutige Forschungsfeld der *multi-governance* gewesen. Laut Hiepel finde eine Vermittlung zwischen den Regionen, den Nationalstaaten und der EU statt. Dabei sei sehr wichtig zu beachten, dass es sich ursprünglich hierbei nicht um eine Initiative der EU handele, sondern um eine Initiative der Regionen selbst und man sehr viel weniger finanzielle Mittel zur Verfügung habe. Hiepel kam in diesem Kontext auf die damaligen sehr engagierten Kommunalpolitiker zu sprechen, denn anfangs fehlte u. a. ein rechtlicher und administrativer Rahmen für die Zusammenarbeit. In den 1950er hätten die Grenzen nicht nur Staaten, sondern Gesellschaften getrennt. So

seien, laut Hiepel, nur wenige spontane Grenzübergänge möglich gewesen. Man habe aber festgestellt, dass die bisherige Grenzpolitik negative ökonomische Einflüsse hatte und das Wirtschaftspotential behindere oder gar vollends hemme. Hiepel stellte heraus, dass die Handlungskompetenzen der Akteure damals sehr limitiert waren, jedoch Themen wie die Raumplanung z. B. als nationale Anliegen immer mehr andere Nachbarstaaten mit einbezogen. Der Europarat schuf mit dem Madrider Abkommen 1980 einen rechtlichen Rahmen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit. Vielfach, so Hiepel, seien die Euregios oft privatrechtliche Vereine gewesen. Die verschiedenen Administrationsebenen der Staaten würden die Rahmenbedingungen immer wieder komplex machen und zudem nicht nur ökonomische oder verwaltende Motive in diesen Prozess hineinspielen.

Im nächsten Teil des Vortrags kam Frau Hiepel auf Persönlichkeiten zu sprechen, die bei der Entwicklung der Euregios viel bewirkt hätten. Hierbei ging sie besonders auf den niederländischen Journalisten und Sozialdemokraten Alfred Mozer ein, den sie als Gründervater der Arbeitsgemeinschaft für Europäische Grenzregionen und als Meister des Vernetzens von Ländern beschrieb. Entscheidende Motive seien, laut Hiepel, die Überwindung von Grenzen, die Schaffung eines Bindegliedes zwischen nationalen Ökonomien, der Aufbau eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes sowie die Etablierung einer Verbindung zwischen den Gesellschaften in Europa gewesen. Hiepel nannte dieses Modell eine Vorreiteridee des heutigen Europas und viele Visionen Mozers hätten sich bewahrheitet und durchgesetzt. Als Experiment der Bewusstseinsbildung nannte Hiepel verschiedene Austauschprogramme zwischen Ländern, sowie kultursoziale Aktivitäten und Begegnungen der Menschen. Mit der zunehmenden Institutionalisierung hätten sich, so Hiepel, u. a. Geschäftsführung, Versammlungen, Statuten und Kompetenzen aufgebaut und weiterentwickelt.

Im weiteren Verlauf des Vortrages kam Hiepel auf die ersten Finanzierungen der Euregios durch die EU-Kommission zurück. Diese habe ab Ende der 1980er Jahre mit der Finanzierung begonnen und in den Jahren 1989/1990 eine Probeunterstützung ermöglicht, die erfolgreich war und in das Programm Interreg überführt wurde. Infolge dessen wurde diese Unterstützung immer wieder neu aufgelegt. Laut Hiepel gebe es dadurch mehr Planungssicherheit, höhere Beiträge, größere Projekte und mehr Professionalisierung.

In dem nächsten Teil des Vortrages thematisierte Hiepel Forschungsfragen, die sich zu ihrer Thematik ergeben. Sie beschrieb so z. B. neue mögliche Raumordnungen und Raumformen in den Grenzgebieten. Ebenso seien besonders vorhandene oder ehemalige Gemeinsamkeiten im historischen, sozialen oder auch ökonomischen Sinne zwischen Grenzanrainerstaaten von Interesse. Hiepel betonte an dieser Stelle, dass dies speziell bei den Niederlanden und Deutschland zutreffe, z. B. durch das Plattdeutsch als gemeinsame Sprache. Auch zeige die Raumforschung wissenschaftlich aufschlussreiche Themenfelder auf, da in Europa viele Gemeinschaften durch Kriege getrennt worden wären und bspw. fraglich ist, wie viel identitätsstiftender Konstitution solche Regionen bedürfen. An diesem Punkt verwies Hiepel auch auf die Problematik des Übereinkommens und des Begegnens an den Ostgrenzen Deutschland, z. B. zu Polen. In solchen Fällen würde man von entfremdeten Grenzregionen sprechen, die erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs aufgearbeitet werden könnten. Die westlichen Euregios Deutschlands hätten einen Vorsprung und könnten als integrierte Grenzregionen bezeichnet werden.

Im Folgenden sagte Hiepel, dass heutzutage die Grenzen zwischen den Staaten noch formal existieren würden, aber Gesellschaften nicht mehr unbedingt voneinander getrennt seien. Das große Ziel bestehe darin, eine zweisprachige Bevölkerung zu haben, freie Zugänglichkeit für alle öffentlichen Dienstleistungen zu gewährleisten und gemeinschaftliche und nicht nur nationale Regionen zu etablieren, um letztendlich eine euregionale Identität zu schaffen. Eine neue Form des *regional governance* solle dabei herausgebildet werden, was langfristige Pläne vorsehe und Teil des europäischen Mehrebenensystems werden würde. Hiepel erklärte, dass nationale Akteure dabei nicht abgeschafft werden sollen und Euregios zu einer grenzüberschreitenden Drehscheibe würden. Dabei könnten die Euregios komplementär zu bestehenden Strukturen bleiben und eine Schlüsselfunktion zwischen horizontalen und vertikalen Netzwerken innerhalb der EU einnehmen. Als Fazit dieses Teils ihres Vortrags nannte Hiepel den Abbau von Grenzen innerhalb Europas, wobei jedoch nationalstaatliche Grenzen weiterhin bestehen bleiben würden und sie somit mehr und mehr den Charakter von Verwaltungsgrenzen hätten.

Weiter ging sie auf die Entwicklung zwischen Irland und Großbritannien durch den Brexit ein, sie sagte es sei kaum vorstellbar, dass es einen Rollback in Form von geschlossenen Grenzen innerhalb Europas geben würde. Fraglich sei aber, so Hiepel, wie weit die Zusammenarbeit noch in der Zukunft reichen könne und ob es möglich sei, eine europäische Identität zu schaffen. In diesem Zuge erwähnte sie auch eine mögliche Zunahme direkter Demokratie und ein vertieftes Miteinander innerhalb Europas. Im Kontrast dazu stehe, dass die Zweisprachigkeit weniger würde und zunehmend Englisch als Sprache zwischen den Nationalstaaten dominiere und oftmals pragmatische Motive wie bspw. Steuererleichterungen im Vordergrund stünden.

Auszüge aus der Diskussion

Anschließend gab es eine Diskussion, die von Prof. Dr. Gehler geleitet wurde. Im Folgenden wird diese in Stichworten wiedergegeben:

Publikumsfrage: *Gibt es nach Polen, Galizien, Weißrussland und der Ukraine über den Schengen-Raum hinaus Förderungen?*

Claudia Hiepel: Im Westen ist die Zusammenarbeit schon länger etabliert, obwohl es auch dort u. a. durch den Zweiten Weltkrieg historische Narben gibt z. B. zu Frankreich. Im Osten Europas sind die Initiativen weniger von unten erwachsen. Man ist noch weit davon entfernt, um zu einer euregionalen Identität zu kommen.

Michael Gehler: *Im Osten existiert wahrscheinlich auch eine andere Gewichtung durch den Kontext der Flucht und Vertreibung oder auch durch die Westverschiebung Polens. Das deutsch-niederländische Verhältnis ist auch nicht unbelastet, da die Niederlande vom NS-Deutschland besetzt waren und sie im Gegenzug noch Gebietsforderungen bezüglich Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatten.*

Publikumsfrage: *Wie hat sich das Leben zu den Niederlanden hin zur Beidseitigkeit der Grenzen verändert? Wie verhalten sich die Pendlerzahlen? Wie verhält es sich mit grenzüberschreitenden Ehen o.* ä.*? Wie ist es mit der Sprache im deutsch-niederländischen Grenzgebiet bestellt?*

Claudia Hiepel: Die gemeinsame Sprache nimmt stark ab, obwohl dafür viel geworben wird, aber scheinbar gibt es zu wenig Interesse. Vielleicht wird man sich auf Englisch einpendeln. Das Grenzpendlerwesen scheint sich zu lohnen, auch für Studierende. Die Bevölkerung in den Grenzgebieten hat zugenommen. Zu binationalen Ehen gibt es leider keine Statistiken.

Publikumsfrage: *In Baden-Württemberg gab es im Gebiet der Rheinschiene die Pflicht Französisch in der Schule zu lernen, gibt es das immer noch?*

Claudia Hiepel: Dies gibt es teilweise noch an Gymnasien, auch im Grenzgebiet zu den Niederlanden, aber möglicherweise weniger als zu Besatzungszeiten, wenn man die französische Grenzregion betrachtet.

Publikumsfrage: *Inwieweit sind die Euregios in der Berufs- und Abschlussangleichung tätig?*

Claudia Hiepel: Das Abitur wird in den Niederlanden anerkannt, aber meistens braucht man noch einen Sprachtest, wobei Englisch auch immer bedeutender wird. Bei Berufen ist es schwieriger, aber vermutlich gibt es auch hier eine steigende Tendenz, da auch grenzübergreifendes Arbeiten zunimmt.

Publikumsfrage: *Um auf das Madrider Abkommen zurückzukommen: Ist grenzüberschreitende Kooperation heutzutage unbegrenzt denkbar?*

Claudia Hiepel: Laut dem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) und einer EU-Verordnung von 2006 handelt es sich um einen Bereich von ca. 100 km. Es handelt sich dabei aber um Zweckverbände ohne Euregio-Interessen und eher rationalen Interessen, wie z. B. Umwelt- oder Wirtschaftsprojekte.

Publikumsfrage: *Inwieweit spielen bei Universitätsabschlüssen bilaterale Abkommen eine Rolle? Inwieweit sind diese kulturellen Abkommen auch Katalysatoren und Impulsgeber für Landesverwaltungen im Mehrebenensystem?*

Claudia Hiepel: Der Nationalstaat hat nicht an Kompetenzen eingebüßt. Hierbei kommen nationale Kulturabkommen zum Tragen. Es gibt keine europaweiten Regeln für Universitäten, sodass die Nationalstaaten dies für sich entscheiden, die Prozesse aber über die Euregios ablaufen, z. B. durch mehrsprachige Homepages.

Publikumsfrage: *Kooperieren die Handelskammern miteinander am Beispiel von Auszubildenden bzw. Lehrlingen?*

Claudia Hiepel: Dies ist oft, abhängig von der Region, mit historischen Traditionen verbunden, wo Handelskammern früher größere Initiatoren waren. Zu einer Anerkennung von Abschlüssen in den untersuchten Euregios ist diesbezüglich schwer etwas Konkretes zu sagen.

Publikumsfrage: *Sind die Wahlergebnisse in Euregios deutlich zu unterscheiden von Wahlergebnissen in anderen Gebieten?*

Claudia Hiepel: Dies wäre durchaus ein Thema für ein neues Forschungsprojekt, da ähnliche Fragen schon in vorherigen Vorträgen gestellt wurden. Es ist schwer, dafür Daten zu generieren. Die Daten, die ausgewertet werden konnten, zeigten, dass europafeindliche Parteien, z. B. in den Niederlanden, in den Grenzgebieten deutlich schlechtere Wahlergebnisse hatten als anderswo.

Publikumsfrage: *An der deutsch-dänischen Grenze gibt es eine Partei der dänischen Minderheit, die von der 5 %-Hürde ausgenommen ist, kann dies mit niederländischen Minderheiten z. B. in NRW auch passieren?*

Claudia Hiepel: Dies ist eine Besonderheit der dänischen Minderheit, das gibt es sonst nirgends.

Publikumsfrage: *Wie verhält es sich mit Bus- und Bahntickets an den Grenzen?*

Claudia Hiepel: Die Infrastrukturverbesserung war eines der ersten Anliegen und ein Motiv der Zusammenarbeit. Menschen sollen einander nähergebracht werden und Wirtschaftspotentiale sollen ausgeschöpft werden. Teilweise gibt es schon euregionale Verkehrsverbände, was ein Beispiel für die Dinge ist, die im Alltag schon grenzüberschreitend funktionieren.

Publikumsfrage: *Sind grenzüberschreitende Kooperationsvorgänge auch ein Dämpfer für solche Vorgänge? Kann man dies mit Kooperation kompensieren oder auch Abspaltungstendenzen geheim halten?*

Claudia Hiepel: Die Euregios haben nichts mit einem Europa der Regionen, Partikularismus und der Unterstützung nationaler Interessen in Regionen zu tun. Das wäre eine Strategie gegen solche Entwicklungen. Die Euregios sind dort am erfolgreichsten, wo sie von unten erwachsen sind und wo es die Akzeptanz der Bevölkerung gibt.

In seinem Schlusswort bedankte sich Herr Gehler bei dem Publikum für das Interesse und die Fragen und bei Frau Hiepel für ihren Vortrag und die Diskussion.

Der Vortrag wurde an einem Donnerstag, den 20. Dezember 2018 gehalten.

Claudia Hiepel (†)

„Den methodologischen Nationalismus sollten wir überwinden.“

Michael Gehler: *Wir beginnen immer mit einer Frage, die wir allen Besuchern stellen. Können Sie uns etwas zu Ihrem persönlichen Werdegang und zu Ihrer Herkunft sagen, weil uns die spezielle Frage interessiert: Gibt es spezifische, soziale oder familiale Hintergründe für werdende Historikerinnen und Historiker? Gibt es Anknüpfungspunkte?*

Claudia Hiepel: Dafür bin ich sicherlich kein exemplarisches Beispiel, ganz im Gegenteil. Studium und Wissenschaft waren mir nicht in die Wiege gelegt. Ich komme aus einer bildungsfernen Familie, wie man so schön sagt, aus dem Ruhrgebiet. Dass ich Abitur gemacht habe und dann auch noch Geschichte und Germanistik studieren wollte, war durchaus ungewöhnlich, und auch nur deshalb möglich, weil ich diese Fächer auf Lehramt studiert habe. Damit konnte man etwas anfangen. Es gibt in meiner Kindheit keinerlei spezifische Prägungen. Ich habe einfach meine Lieblingsfächer studiert, die ich in der Schule gut und gerne gemacht habe. In meiner Kindheit und Jugend habe ich sehr viel gelesen, vollkommen unsortiert, immer auch Historisches. Aber die Weichenstellung in Richtung Geschichte als Beruf setzte später ein.

Severin Cramm: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende Lehrer und wenn auch politische oder gesellschaftliche Vorbilder?*

Claudia Hiepel: Ich habe ein eher konservatives Gymnasium in einer Kleinstadt besucht. Zu dieser Zeit gab es durchaus noch viele ältere Lehrer mit einem spezifischen Geschichtsbild, Vertriebene und/oder „kalte Krieger“. Dort habe ich viele Dinge lernen sollen, bei denen ich bemerkt habe, dass sie eine einseitige Sicht darstellten. Ich erinnere mich z. B. an die Behandlung der Stalinnoten. Stalin, die Sowjetunion als das Böse schlechthin! Da war klar, dass das ein Angebot war, das Westdeutschland nicht annehmen konnte. Im Geographieunterricht lernten wir Deutschland in den Grenzen von 1937, was ich als Schülerin sehr fragwürdig fand. Vorbilder in der Schule, die meinen späteren Lebensweg beeinflussten, gab es nicht. Gesellschaftspolitisch und privat schon eher. Ich bin in einem sozialdemokratisch geprägten Milieu im Ruhrgebiet großgeworden. Die Leitfiguren waren Willy Brandt und Helmut Schmidt, so unterschiedlich beide waren. Es kommt dann vielleicht nicht von ungefähr, dass ich mich später insbesondere für Brandt interessiert habe.

Philipp Strobl: *Im Dezember 1993 legten Sie Ihr erstes Staatsexamen für die Sekundarstufen 1 und 2 in den Fächern Deutsch und Geschichte an der Universität Essen ab. Was bewegte Sie zu diesem Studium?*

Claudia Hiepel: Es war zunächst einfach die Tatsache, dass es meine Lieblingsfächer in der Schule waren. Ich habe zunächst BWL studiert, aber sehr rasch gewechselt zu den Fächern, die mich schon immer interessiert und fasziniert haben.

Michael Gehler: *Ich stelle fest, dass wir noch eine Frage nachschieben müssen. Wir haben über Vorbilder in der schulischen Ausbildung und über die politischen Vorbilder gesprochen. Über was wir nicht gesprochen haben sind die akademischen Lehrer und Vorbilder. Können Sie uns hier Personen nennen, die Ihnen etwas mitgegeben haben auf Ihrem Weg?*

Claudia Hiepel: Ja, da gibt es eigentlich vor allem eine Person zu nennen, nämlich Wilfried Loth. Ihm hatte ich bereits in meinem ersten Geschichtsseminar ein Aha-Erlebnis zu verdanken. Seine Interpretation der Stalin-Noten, die ich ja zuvor in der Schule behandelt hatte, unterschied sich bekanntlich von der des damaligen Mainstreams der Forschung. Da ist mir sehr schnell klargeworden, dass Geschichte nicht nur in einer einseitigen Perspektive aufgeht. Es kann auch ganz andere Sichtweisen und Perspektiven geben, und darüber wollte ich von da an einfach mehr wissen. Wilfried Loth ist dann mein akademischer Lehrer geworden. Bei ihm habe ich promoviert, mich anschließend an der Uni Essen habilitiert und bin von meinen Themen, aber auch von den Herangehensweisen und Methoden her, ganz stark durch Wilfried Loth beeinflusst.

Michael Gehler: *Inwiefern?*

Claudia Hiepel: Ich denke dabei an die Katholizismus-Forschung, die ich anfänglich als Forschungsfeld gar nicht im Blick hatte. Dann natürlich das Interesse an Europäischer Integrationsgeschichte. Erst im Laufe des Studiums ist mir klargeworden, dass das ein relevantes historisches Forschungsthema ist. Das habe ich vorher nie so wahrgenommen. Europa war für mich zunächst etwas ganz Abstraktes und Fernes.

Deborah Cuccia: *Im Jahre 1998 erfolgte ihre Promotion mit der Arbeit* Arbeiterkatholizismus an der Ruhr. August Brust und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter *an der Universität Essen bei Wilfried Loth. Sie haben mit Auszeichnung bestanden. Welche Ergebnisse brachte die Arbeit hervor?*

Claudia Hiepel: In den 1990er Jahren, als ich mit der Recherche begonnen habe, war die Geschichte des Industriereviers an der Ruhr und der Arbeiterschaft stark geprägt von einem sozialdemokratischen Mainstream. Das Revier war „rot“ zu dieser Zeit und die Auffassung verbreitet, dass es das schon immer gewesen ist. Das sind Geschichtsbilder und Narrative der 1970er und 1980er Jahre, geprägt von der damaligen Landesregierung und einer Historikergeneration. Wilfried Loth hat dann in Essen die Katholizismusforschung etabliert, gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Karl Rohe. Beide haben die „schwarzen“ Traditionen des Ruhrgebietes und Nordrhein-Westfalens herausgearbeitet. Aus Perspektive der historischen Wahlforschung ist klar ersichtlich, dass das Ruhrgebiet im 19. und bis in die 1950er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein eben noch sehr viel stärker durch den Katholizismus, durch Religion und durch die Zentrumspartei geprägt gewesen

ist. Angeregt durch die Studien der beiden und die Themen, die dort gesetzt worden sind, habe ich mich entschlossen, quer zum sozialdemokratischen Narrativ weiter zu forschen. Auch die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet war zunächst einmal sehr stark katholisch geprägt. Die Sozialdemokratie hatte große Schwierigkeiten, dort Fuß zu fassen. Hier gab es eine Tradition der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, die kaum bekannt gewesen ist und die ich versucht habe an einem biographischen Beispiel, dem des Gründers des christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter, deutlich zu machen. Es stellt sich die Frage, ob es ein spezifisches katholisches Arbeitermilieu gab und wie es in Relation zu anderen Teilen des katholischen Milieus stand. Im Ergebnis wurde klar, dass es eine starke christlich-katholische Tradition in der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets gab, an die auch nach dem Zweiten Weltkrieg nochmal angeknüpft werden konnte, bevor die Sozialdemokratie sich seit den 1960er Jahren durchsetzen konnte.

Deborah Cuccia: *Im Jahre 2011 erfolgte Ihre Habilitation mit der Arbeit* Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-Französische Europapolitik und Europakonzeptionen 1964–1974 für *das Fach „Neuere und Neueste Geschichte“ durch die Fakultät Geisteswissenschaften an der Universität Duisburg/Essen. Welche Ergebnisse brachte diese Studie hervor?*

Claudia Hiepel: In der Arbeit geht es um die deutsch-französischen Beziehungen und es geht um den vielzitierten Motor Europas, Deutschland und Frankreich. Der Fokus liegt auf einer Phase und einem „couple“, das bis dahin noch nicht explizit Gegenstand der Forschung gewesen war. Adenauer und de Gaulle waren die wichtigsten Protagonisten der deutsch-französischen Beziehungen, gefolgt von Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt. Von Pompidou und Brandt aber sagte man, dass sie eigentlich gar kein Verhältnis zueinander hatten und insofern darunter auch die deutsch-französischen Beziehungen und die Europapolitik gelitten hätten. Sicherlich ist es richtig zu sagen, dass die „chimie personelle“ zwischen beiden nicht stimmte. Das aber ist nicht das Ausschlaggebende, wenn man die Beziehungsgeschichte zwischen zwei Staaten analysiert. Brandt und Pompidou hatten eine sehr komplexe Beziehung zueinander, aber eben auch eine sehr pragmatische, die darauf fußte, immer im Gespräch zu bleiben, auch wenn die Perspektiven oder Herangehensweisen sehr unterschiedlich und die Konflikte sehr groß waren. Auch diese Phase der deutsch-französischen Geschichte und Geschichte der EG war zentral. Die lange Zeit vorherrschende Sicht einer Krisenphase oder von den „dunklen Jahren“ der Gemeinschaft muss im Ergebnis meiner Arbeit stark relativiert werden. Auch wenn die persönlichen Beziehungen zwischen Staats- und Regierungschefs nicht gut sind, kann das doch zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit führen. Der deutsch-französische Motor funktionierte auch in dieser Zeit. Er hat die „relance européenne“ mit dem Haager Gipfel 1969 in Gang gesetzt. Es wurden Weichenstellungen vorgenommen, die den Charakter der Gemeinschaft stark verändert haben, angefangen mit den institutionellen Entscheidungen, die die Grundlagen für den Europäischen Rat legten, der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, der Wirtschafts- und Währungsunion – auch wenn sie gescheitert ist, aber dann doch später unter geänderten Vorzeichen fortgeführt worden ist. Unter Brandt und Pompidou ist eine Reihe von zukunftsweisenden Entscheidungen getroffen worden, die dann in dieser kurzen gemeinsamen Regierungszeit keine Früchte

tragen konnten, aber durchaus sehr stark nachgewirkt haben. Auch im Hinblick auf die heutige Entwicklung ist mir deutlich geworden, dass die Geschichte der europäischen Einigung eben auch immer eine Geschichte von Krisen ist. Auch aus den Krisen der Jahre von 1969–1974 ist die Gemeinschaft letztlich gestärkt hervorgegangen.

Deborah Cuccia: *Sie sind auch Erasmusbeauftragte Ihres Instituts. Welche Erfahrungen haben Sie mit dem Erasmusprojekt gemacht und welche Chancen für Studierende sehen Sie in europäischem Austausch im Zeichen von Erasmus-Plus?*

Claudia Hiepel: Das Historische Institut hat nicht sehr viele Erasmus-Austausch-Partner, die Universitäten in Wien, Florenz, Cergy-Pontoise und die CEU in Budapest, die politisch stark unter Druck steht und Ungarn verlassen muss. Die Geschichte steht in Konkurrenz zu den Sprachwissenschaften, die intensivere Erasmus-Kooperationen pflegen. Outgoings haben wir regelmäßig, Incomings eher weniger. Der Standort Essen mag dabei eine Rolle spielen, vor allem aber wohl die Sprache. Unsere Lehre findet ausschließlich auf Deutsch statt, was für ausländische Geschichtsstudierende eventuell eine Hürde darstellt. Viele unserer Lehramtsstudierende sind sehr fokussiert auf ihr Studium und den Studienabschluss. Obligatorisch ist ein Erasmus-Semester ja nicht. Finanziell ist das Programm zudem nicht besonders üppig ausgestattet. Wichtig ist auch die Frage der Anerkennung und der Credit-Points. Insgesamt sind die Studierenden da doch etwas pragmatischer geworden. Für die meisten ist das aber dann im Nachhinein eine ganz wichtige Erfahrung, die auch ihre Einstellung zu Europa prägt. Wenn ich heute Veranstaltungen anbiete zur europäischen Integrationsgeschichte, sind diese gut besucht. Das war vor ein paar Jahren noch nicht der Fall. Und wenn man Studierende fragt, was sie an Europa positiv finden, dann wird das Erasmusprogramm immer genannt. Was natürlich noch interessant ist am Erasmusprogramm, ist die sogenannte Dozierenden-Mobilität, die Lehrveranstaltungen an der Partneruniversität vorsieht. Es findet Austausch mit anderen Europaforschern statt, beispielsweise mit Wolfgang Schmale von der Universität Wien. Das Programm ist finanziell mit einer Aufwandsentschädigung sehr gut ausgestattet.

Michael Gehler: *Was Sie ausführen, deckt sich weitgehend mit unseren Erfahrungen. Wir haben mehr Erasmuspartnerschaften, als uns dieses Beispiel zeigt. Wenn ich das mal kurz für Sie erläutern darf: Ganz im Norden angefangen haben wir in Norwegen Trondheim, wenn man weiter in den Süden geht, haben wir Caserta, etwas weiter im Norden dann Innsbruck, inzwischen auch Pilsen mit der Westböhmischen Universität und eine Partnerschaft mit der ELTE in Budapest und Izmir, was derzeit nicht einfach ist, aber manche wagen dann doch den Sprung, die einen türkischen Hintergrund haben, der kompatibel mit den derzeitigen Umständen in der Türkei ist. Wir stellen fest, dass weniger rausgehen, also outgoings, als zu uns kommen wollen. Das hängt auch mit dieser Verschulung des Studiums, den fixierten Lehrämtlern zusammen und wahrscheinlich auch mit dem engmaschig gestrickten Studium, mit wenig Bewegungsspielraum. Es gibt ja auch schon ein Schwarzbuch des Bologna-Prozesses, aus dem hervorgeht, dass viele Ziele wie Nachhaltigkeit, Mobilität etc. nicht durch den Bologna-Prozess gefördert worden sind. Deswegen spreche ich auch gelegentlich vom Bologna-Exzess, den es zu konterkarieren oder auch flexibel zu gestalten gilt. Wir fahren fort mit Fachfragen zur Europaforschung: Wann ist*

Europa für Sie als Person und Wissenschaftlerin mehr als nur ein geographischer Raum nämlich als ein politisches Projekt erkennbar und wahrnehmbar geworden?

Claudia Hiepel: Erst gegen Ende des Studiums ist mir die Bedeutung Europas und der Europäischen Gemeinschaft deutlich geworden. Ich habe Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre studiert. Als wissenschaftliches Thema war die europäische Einigung wenig präsent. Es hat mich persönlich nicht betroffen und kam mir als wissenschaftliches Thema eher langweilig vor. Die ersten Seminare, die ich als Studentin belegt hatte, waren sehr schlecht besucht und auch mit dem politikgeschichtlichen Zugriff konnte ich zu dieser Zeit zunächst noch nicht so viel anfangen. Es war überhaupt nicht absehbar, dass mich das irgendwann doch mal so packen könnte. Meine Dissertation drehte sich ja zunächst um ein Thema, das mir näherlag: Arbeitergeschichte im Ruhrgebiet. Erst danach bin ich eigentlich zur europäischen Integrationsgeschichte gekommen, aber dann eher über den Umweg Willy Brandt, dem mein ursprüngliches Forschungsinteresse galt. Für Brandt war Europa schon in seinen Exiljahren ein wichtiges Projekt zur Friedenssicherung, daran konnte seine Politik später anknüpfen. Diese tiefere Bedeutung der EG/EU habe ich erst da richtig erfasst und versuche seither auch, das meinen Studierenden zu vermitteln, und zwar so, dass es auch interessant für sie ist.

Michael Gehler: *Wie ist es zu erklären, dass aus einer Schlaftablette eine Droge wird? Sie haben ja den biographischen Zugang genannt, das leuchtet schon ein, aber Zusatzfrage: Ist die europäische Integrationsgeschichte am besten über Biographien zu erschließen? Oder anders gefragt: Wie ist sie packend und spannend für Studierende, für Schülerinnen und Schüler zu gestalten? Gibt es für Sie denkbare Wege, das trockene, mehr oder weniger stinklangweilige Thema attraktiv zu machen?*

Claudia Hiepel: Ja, ich glaube, es ist der Gegenwartsbezug. Es ist ja schon so, dass die EU im Alltagsleben sehr viel stärker angekommen ist bei den Menschen, als das in den 1980er Jahren mit der EG der Fall war. In meiner Studienzeit war das wirklich weit weg, aber mittlerweile sind die Zeitungen voll von Themen, die die EU betreffen. Sie kommt spürbar bei den Studierenden an. Viele haben in den letzten Jahren beispielsweise durch das Erasmusprogramm profitiert, das steckte in den späten 1980er Jahren noch in den Kinderschuhen. Mittlerweile ist die EU Teil ihres täglichen politischen, gesellschaftlichen Seins. Das ist immer ein ganz guter Anknüpfungspunkt in der Lehre, egal ob man einen biographischen oder kulturgeschichtlichen oder vermeintlich langweiligen politikgeschichtlichen Zugriff wählt. Um eine Erfahrung zu berichten: Nach einer meiner Vorlesungen zur Geschichte der europäischen Integration kam ein Student auf mich zu und sagte: „Jetzt verstehe ich das Ganze erstmal. Wenn ich die jetzigen Krisen sehe und mit meinen Freunden diskutiere, dann kann ich denen jetzt erklären, wie es früher gewesen ist, wie man aus Krisen herausgekommen ist und welche Lehren man dann möglicherweise für jetzt ziehen kann, um auch aus dieser Krise wieder herauszukommen.“ Das Thema hat einen konkreten lebenswirklichen Bezug, ob biographische Ansätze in der Vermittlung geeigneter sind, weiß ich gar nicht. Ich mag es biographisch zu arbeiten, auch wenn das ein wenig verpönt ist. Es macht Geschichte und auch europäische Integrationsgeschichte lebendig – aber auch die Agrargeschichte kann furchtbar spannend sein.

Philipp Strobl: *Wann beginnt für Sie eigentlich Europa als Idee? Und wenn wir schon von Europa als Idee sprechen, schwingt auch die Frage mit: Was ist mit Idee überhaupt gemeint?*

Claudia Hiepel: Das ist schwierig zu beantworten, wenn man sich als historisch Forschende in der Zeitgeschichte bewegt. Für mich ist das Mittelalter sehr weit weg. Natürlich gab es im Mittelalter und der Frühen Neuzeit erste Ideen von Europa. Sie stellen ja in ihrem Buch diese mittelalterlichen Ideen und Konzepte vor. Wolfgang Schmale geht noch weiter zurück und fasst überhaupt Europa viel weiter. Überall, wo von Europa geredet wird, da ist Europa, und da haben wir so etwas wie eine Europa-Idee. Das hat alles seine Richtigkeit, aber für die konkrete Umsetzung der europäischen Idee im 20. Jahrhundert ist das vielleicht eher weniger relevant. Wenn man sich mit der Vereinigungsgeschichte beschäftigt, dann schaut man natürlich, wo die Wurzeln liegen, aber wirkmächtig sind diese Europa-Ideen dann erst in der Zwischenkriegszeit, der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Die Ideen im Exil, im Widerstand, die Walter Lipgens umfassend dokumentiert hat, sind, denke ich, wirkmächtiger. Sie sind für mich immer der Bezugspunkt, dort starte ich mit den Studierenden, wenn ich europäische Einigungsgeschichte lehre.

Michael Gehler: *Historiker wie Guido Thiemeyer und Hein Hoebink sagen ja, man kann das schon im 19. Jahrhundert greifen, wenn Sie an grenzüberschreitende Verbindungen und Beziehungen erinnern, also das ein Supernationalitätsgedanke schon bei der Donau-Rhein-Schifffahrtskommission und ansatzweise auch eine Internationalisierung von Organisationen gegeben ist. Das wäre ja auch ein Zugang, der an Konkreterem anknüpft, jenseits von Ideen, sondern aufbauend auf vorhandenen Strukturen. Madeleine Herren hat sich vor einiger Zeit für diesen Ansatz stark gemacht, zum Beispiel in der* Wissenschaftlichen Buchgesellschaft*, ohne es explizit auf die Geschichte der europäischen Integration nach 1945 zu beziehen. Wäre so ein Ansatz sozusagen eine österreichische Lösung, quasi so eine Zwischenlösung, dem Ansatz, dass ich auf der einen Seite beginne mit den frühen 1920ern mit Coudenhove-Kalergis Paneuropa oder Jean Monnets Erfahrungen im Völkerbund und dann kommen die mit dem Mittelalter daher, also gehen da ein Jahrtausend zurück oder noch mehr, dass man sozusagen das 19. Jahrhundert packt, wie Thiemeyer es ja sehr explizit tut und sagt, die europäische Integration ist eigentlich ein Projekt der Moderne, womit die Weichen gestellt und Strukturen gelegt werden, woran eine Generation unter besseren Verhältnissen und günstigeren Rahmenbedingungen anknüpfen konnte, also ohne diese Vorgeschichte Montanunion etc. gar nicht denken kann. Sind Sie für so einen Ansatz zugänglich und können Sie damit etwas anfangen?*

Claudia Hiepel: Damit kann ich sehr viel anfangen. Bei diesen Initiativen, gerade im Bereich der Infrastrukturen, über die Sie gesprochen haben, da redet man nicht von Europa, man meint ja eigentlich nicht explizit Europa, aber man macht es. Dieses praktische Handeln ist erfolgreicher, als wenn man sozusagen am runden Tisch darüber redet oder mehr oder weniger abstrakte Ordnungsideen entwickelt.

Michael Gehler: *Also für Sie ist Europa auch dort, wo nicht unbedingt darüber geredet wird, wo es aber gemacht wird?*

Claudia Hiepel: Ja, genau.

Michael Gehler: *Also im besten Adenauer'schen Sinne. Wir müssen jetzt Europa bauen, worüber er gesprochen und es explizit als Programm formuliert hat. Aber die Vorgeschichte ist mitzudenken, wo von Europa noch gar nicht immer explizit die Rede ist, aber im Grunde in Europa Strukturen als wesentliche Voraussetzungen geschaffen werden.*

Claudia Hiepel: So kann man es sagen.

Deborah Cuccia: *Wo sehen Sie denn die Grenzen Europas?*

Claudia Hiepel: Sicherlich nicht dort, wo manche noch immer die Grenzen eines christlich-abendländischen Europas sehen. Europa ist ein Kontinent der Verflechtungen mit fluiden Grenzen. Europa ist zunächst einmal das politische Europa der EU – und mittlerweile an seine Grenzen gestoßen.

Michael Gehler: *Wir haben ja verschiedene Europas, ein EFTA-Europa, das schon totgesagt war, was heute nur noch ein Torso-Europa ist in gewisser Weise, wir haben das Europarats-Europa, dem nach wie vor die Türkei angehört, auch wiederum Russland und das EWR-Europa, das Europa der Regionen, das Europa der Städte und der Gemeinden. Ist das ein Europa, das wir mehr von den Verschiedenheiten denken müssen und nicht immer von einem zentralen Punkt des Einheitsparadigmas aus, mit möglichst viel Konvergenz, wenn nicht sogar Homogenität, sondern eigentlich ganz umgekehrt? Europa ist so verschieden, dass man bisher schon einiges angeglichen und vergemeinschaft hat, aber eigentlich dabei schon fast eine Geisterfahrt absolvieren musste. Also etwas Gegenläufiges, aber erstaunlich Erfolgreiches? Eine Geisterfahrt mit wenig Kollisionen, mit einigen Beulen und Blessuren, aber es geht weiter auf dieser Autobahn. Ist das ein Bild, mit dem Sie etwas anfangen können? Oder ist es, bildhaft besser formuliert, eine Kanu-Fahrt gegen den Strom?*

Claudia Hiepel: Die Vielfalt ist das Merkmal, das in allen europapolitischen Sonntagsreden beschworen wird, die Einheit in der Vielfalt. Europa allein auf die Geschichte der EU zu beschränken, wäre natürlich eine ganz unzulässige Verengung. In den Anfängen der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg war es nicht im Geringsten ausgemacht, dass dieser Weg der erfolgreiche sein würde. Insofern ist auch die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten durchaus nicht zuverlässig vorherzusagen.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Historikerinnen und Politikwissenschaftlerinnen für den Europagedanken und vielleicht die nächste Frage gleich dazu, denn die daran anschließt: Was kann konkret die Geschichtswissenschaft für die Verständigung der Europäerinnen untereinander und zum Einigungsprozess beitragen?*

Claudia Hiepel: Es ist nicht leicht über die Rolle von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in politischen Prozessen zu sprechen. Ich wäre da grundsätzlich erst einmal zurückhaltend. Unsere Aufgabe ist die kritisch abwägende und reflektierende Forschung.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der europäischen Einigung hat immer einen klaren Gegenwartsbezug. Insofern ist es zutreffend, sie als Vorgeschichte der Gegenwart zu verstehen, ohne zugleich eine teleologische Erfolgsgeschichte zu schreiben. Die Versuchung ist groß. Denn die Begeisterung für das Projekt Europa trägt uns alle, die wir dazu forschen, und es ist mitunter schwierig, die notwendige objektive Distanz zu wahren. Begeisterung gehört dazu. Aber ich wäre sehr vorsichtig, wenn diese Begeisterung in politische Didaktik umschlagen würde.

Michael Gehler: *Zum Hintergrund dieser beiden Fragen, die ja zusammenhängen. Wir hatten ja Zeiten, wo nach dem Ersten Weltkrieg keine gemeinsamen Historikerkongresse stattfanden oder deutsche Historiker nicht eingeladen wurden zu solchen Konferenzen, wie auch eine Geschichtswissenschaft ganz im Zeichen des eigenen nationalen Interesses stand. Vor diesem Hintergrund sind wir heute um Planetensysteme weiter, wenngleich noch ein großer Teil von Historikerinnen und Historikern den Nationalstaatsgedanken verpflichtet, also sehr stark nationalgeschichtlich verbunden sind, ohne national zu sein, gar nicht zu reden von nationalistisch. Dass das schon eine ganz beachtliche Verlagerung und Verschiebung ist von Anliegen und Interessen und eine internationale Verständigung stattfindet, ist ein Fortschritt. Wir sind beide in der Verbindungsgruppe der Historikerinnen und Historiker bei der EU-Kommission, wo auch der Anteil der Frauen in Zunahme begriffen ist, wo wie selbstverständlich miteinander kommuniziert wird. Allerdings muss man sagen, dass der Osten Europas noch nicht integriert ist. Es gibt ganz südöstlich einen lokalisierten Kollegen aus Klausenburg/Cluj, der dabei ist, aber alleine für den westeuropäischen Raum ist das ein auch zwischenmenschlich und fachlich sehr offener und in sich stimmiger Kreis. Sie haben den Gegenwartsbezug schon zweimal sehr stark gemacht. Ist das nicht eine Gefahr, der wir, Sie als Historikerin und ich als Historiker, ausgesetzt sind, dass man so nah dran ist, dass man dann eine Gratwanderung bestehen muss zwischen Zuviel-Erklären, vielleicht auch Zuviel-Verstehen, und man dann Gefahr läuft, tendenziell zu einer EU-nahen Darstellung zu gelangen? Wie geht man damit um, wie gehen Sie damit um, wenn Sie sozusagen in die Gegenwartsnähe kommen in der Lehre wie auch in der Forschung?*

Claudia Hiepel: Zunächst finde ich es sehr positiv, wenn man mit seinen Forschungen und in der Lehre politisches Interesse wecken kann bei Studierenden. Es wird ja, nicht immer zu Unrecht, beklagt, dass die jüngere Generation unpolitischer geworden sei. Geschichte ist letztlich auch eine hochpolitische Wissenschaft, das gilt insbesondere für die Zeitgeschichte. Wir können nicht wertfrei forschen, das müssen wir auch immer wieder deutlich machen. Dazu gehört aber selbstverständlich auch, dass man immer wieder seinen eigenen Standpunkt reflektiert. Was Sie zuletzt zur Bedeutung bzw. dem Bedeutungsverlust des Nationalen gesagt haben, das war mir beispielsweise so selbstverständlich, dass ich daran gar nicht mehr gedacht habe. Natürlich schreiben wir keine Nationalgeschichten mehr, und schon gar nicht in legitimierender Absicht. Den methodologischen Nationalismus sollten wir überwinden. Als historisch forschende europäische Integrationswissenschaftler*innen sind wird bereits so weit vernetzt, dass wir immer einen multiperspektivischen Blick haben. Aber wir müssen eben auch vorsichtig sein, dass wir keine

borussische Geschichtsschreibung für Europa betreiben, auch wenn wir zutiefst von der Idee und dem Projekt Europa überzeugt sind. In diese Falle sollten wir nicht tappen.

Michael Gehler: *Wie können wir das umschiffen? Dass wir in diese European Trap, in diese Falle nicht reintappen. Was müssen wir tun? Müssen wir stärker auf die Lobbys achten in Brüssel oder auf die undurchschaubaren Prozesse und die hinterfragen, mehr Interviews führen und auch dann halb im inquisitorischen Sinne? Wie können wir dieser Falle entgehen? Die Falle ist da. Wenn wir alle Mäuse sind und der Käse so groß ist und es irgendwann mal Klapp macht und wir haben das Ding im Nacken. Das ist die Frage, wie gehen wir damit dann um? Was machen Sie persönlich in der Lehre? Wenn also jemand sagt: Frau Hiepel, das ist ja alles ganz wunderbar, was Sie uns da erzählen, aber das ist ja doch alles sehr EU-konform. Also was machen Sie dann? Ja, sowas sagt ja komischerweise kaum ein Student.*

Claudia Hiepel: Das wäre vielleicht gut, wenn das mal Studierende sagen würden. Wenn ich mir meine Arbeiten der vergangenen Jahre anschaue, dann würde ich sagen, dass ich eigentlich auch schon ein wenig in diese Falle getappt bin. Ich neige ja auch dazu, Europa als ein Projekt zu verstehen, das von immerwährendem Fortschritt lebt. Die Patentlösung kann ich auch nicht liefern. Ich denke, wir sollten das Projekt EU pragmatischer sehen und nicht idealisieren. Vor allem sollten wir die Finalität zunächst einmal ganz rausstreichen aus dem Denken. Europa ist immer ein offener Prozess und kann sich als solcher wie alle offenen Prozesse auch in eine Richtung entwickeln, die wir gar nicht prognostizieren können. Rückschritte sind möglich und es gibt keine Garantie für eine *Ever Closer Union*. Aber wie man das hinbekommt? Vermutlich, indem man nicht so institutionennah forscht, wie auch ich es bis dato getan habe, sondern stärker die Effekte der EU-Politik, die gesellschaftlichen Auswirkungen untersucht.

Philipp Strobl: *Müsste man sich mehr mit den Gegnern und Feinden des Europa-Projektes befassen, was ja teilweise die Forschung schon tut?*

Claudia Hiepel: Das müsste man sicherlich tun, würde ich persönlich aber ungerne zu meinem Thema machen.

Michael Gehler: *Was Birte Wassenberg und andere mit Euroskeptizismus schon tun und breit dokumentieren, also sich die Frage stellen: Wer sind denn eigentlich die Gegner der EU? Wer sind diejenigen, die versucht haben, das oder jenes Projekt zu verhindern oder zu blockieren? So wird auch deutlich, dass es nie eine Einbahnstraße war. Integration verlief nie linear und teleologisch, sondern mehr im Zickzack und halt eben im Stile einer Geister- oder Kanufahrt.*

Claudia Hiepel: An sich wäre das natürlich auch ein Thema für die Literatur. Wer betreibt schon europäische Integrationsgeschichte? Das sind nicht sehr viele Forschende. Nimmt eine breite Öffentlichkeit das wahr? In der Literatur ist Europa als Thema ja auch noch nicht wirklich angekommen. Robert Menasse war der erste Autor, der Brüssel, Europa, die Institutionen und das Umfeld in einem Roman thematisiert hat. Es ist natürlich

immer auch ein Mangel an Wissen, aus dem Mythen und negative Deutungen der europäischen Integration erwachsen.

Michael Gehler: *Wie ist überhaupt die europäische Integration als Prozess, der zunächst ein westeuropäischer war, zu erklären und wie würden sie den französischen Anteil daran bewerten?*

Claudia Hiepel: Hier bleibe ich bei den klassischen Deutungen. Das hat natürlich in erster Linie mit der Deutschen Frage zu tun. Was tun mit diesem Staat in der Mitte Europas, der so oft gefährlich geworden ist für den Frieden in Europa? Wie dieses Problem entschärfen? Die Lösung war die Einbindung Deutschlands, beschleunigt vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Die Rolle Frankreichs ist dabei zentral, Sicherheit vor Deutschland durch Einbindung entsprang nicht französischem Wunschdenken. Dem stimmten die Franzosen nolens volens zu. Ohne die Überwindung der französischen Vorbehalte hätte die Einigung nicht funktioniert.

Michael Gehler: *Wenn man sich einen Überblick von der Montan- bis zur Bankenunion verschafft, dann sind der Integration die entscheidenden drei Schläge von Frankreich verpasst worden. Erst ist die EVG zu Grabe getragen worden (1954), dann folgte die Blockade des EWG-Ministerrates durch de Gaulle (1965) und schließlich gab es den Knockout für den Verfassungsvertrag (2005), obwohl es nicht um eine Verfassung im staatlichen Sinne ging, was aber doch ein herber Rückschlag war. Wie würden Sie diese drei Kontrapunkte einordnen in diese Erfolgsgeschichte der europäischen Integration oder auch in eine Krisengeschichte und ist vor dem Hintergrund der französische Anteil nicht erheblich und warum war das letztlich so? Wie würden Sie diese drei Befunde einordnen? Trägt dieser Eindruck nicht eher zu einem sehr ambivalenten Bild von Frankreichs Rolle in diesem Einigungsprozess bei?*

Claudia Hiepel: Ich habe das von den Anfängen her betrachtet. Das muss man vom weiteren Verlauf der Integrationsgeschichte unterscheiden. Die europäische Einigung war beileibe kein Prozess, bei dem es nur europäische Musterschüler gegeben hat. Auch die Deutschen, die sich immer als die europäischen Musterschüler wahrgenommen haben, waren es ja de facto nicht. Nationale Interessen haben immer bei allen Akteuren eine Rolle gespielt und tun dies nach wie vor. Entscheidend ist, dass es meist gelungen ist, diese nationalen Interessen dann doch immer wieder in gemeinschaftliche Bahnen zu lenken. Frankreich ist ein Beispiel dafür, dass auch in den Gründerstaaten der Gemeinschaft Europaskeptizismus anzutreffen ist, der zu verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck kommt. Ich denke an das Referendum zur Verfassung. Hier könnte man eine Reihe weiterer Beispiele aus anderen EU-Mitgliedsstaaten aufzählen. Um auf die Fragen zurückzukommen: Wenn man die Geschichte Europas auch vor diesem Hintergrund erzählt, eben nicht nur die erfolgreichen Schritte in den Blick nimmt, sondern auch die Rückschritte, wenn man die Gelenkstellen genauer analysiert, an denen Entscheidungen vor dem Hintergrund von Krisenbewältigungen getroffen worden sind, dann kommt man diesem vielschichtigen Phänomen der europäischen Integration durchaus nahe.

Michael Gehler: *Bei diesem Punkt, um auf die zuvor gestellte Frage zurückzukommen, wie man dieser Gefahr entkommen bzw. dieser Falle entgehen kann, der EU zu viel Applaus zu spenden. Es handelt sich um diese Dialektik zwischen national- und mitgliedstaatlichen Egoismen und den Anliegen der EU-Institutionen, die es auch herauszuarbeiten gilt, nicht um weniger kritisch der EU gegenüber zu sein, sondern um zu erkennen, wie stark die Europäische Union letztlich von den mitgliedstaatlichen Interessen abhängt, so dass man eine überzogene Kritik an der Europäischen Union quasi in Gleichsetzung mit dem Superstaat in Brüssel und dem klassischen EU-Bashing damit auch zerstreut. Wir haben die Frage ja auch schon aufgeworfen mit der Idee, aber die war bezogen auf Europa als Idee. Es gab ja im Grunde unterschiedliche Standpunkte über die Rolle der Exilgruppen für den europäischen Einigungsprozess zwischen Walter Lipgens und Alan Milward, der von falsch verstandenen „Heiligen“ gesprochen hat, die von Lipgens überbetont worden seien, es seien vielmehr konkrete ökonomische Interessen gewesen, den Nationalstaat wieder zu rekonstituieren. Wie sehen Sie diese Kontroverse? Kann man daraus eine Synthese machen aus dieser Dialektik oder hätten Sie eine Präferenz?*

Claudia Hiepel: Schon Wilfried Loth hat darauf verwiesen, dass im Grunde genommen kein wirklicher Gegensatz zwischen Lipgens und Milward besteht, sondern dass es um unterschiedliche Herangehensweisen und Perspektiven auf ein Phänomen geht. Die Geschichte Europas geht nicht auf in einer Ideengeschichte. Es reicht nicht aus, sich die Ideen im Exil und im Widerstand anzuschauen und zu überlegen, was davon denn umgesetzt worden ist. Umgekehrt würde man es sich zu einfach machen, wenn man aus den Archiv-Studien in nationalen Archiven schließt, dass vorrangig nationale Interessen eine Rolle gespielt haben. Hilfreich ist ein multiperspektivischer Ansatz. Die Integrationsforschung ist ja auch nicht bei der Lipgens-Milward-Alternative stehengeblieben, sondern hat neue Ansätze der historischen oder politikwissenschaftlichen Forschung aufgegriffen.

Michael Gehler: *Stehen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaft bzw. der Internationalen Beziehungen nahe?*

Claudia Hiepel: Für jede Integrationsphase gibt es Theoriemodelle und -angebote. Der Spill-Over-Effekt spielte in der Anfangsphase sicherlich eine große Rolle, akteurszentrierte Theorien in späteren Phasen. Ohne politische Entscheidungen oder einen gewissen politischen Voluntarismus hätte es an vielen Punkten auch keine Fortschritte in der europäischen Integration gegeben. Insofern gibt es keine Theorie, die ich grundsätzlich ablehnen würde. Ich plädiere für eine pragmatische, offene, erweiterte Politikgeschichte, die sich nicht als reine Diplomatie-Geschichte versteht, sondern die Vielfalt der Forschung und Erkenntnisinteressen abbildet: Transfergeschichte, Gesellschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte.

Michael Gehler: *Welcher Zusammenhang besteht Ihres Erachtens zwischen der europäischen Integration und dem Kalten Krieg?*

Claudia Hiepel: Egon Bahr hat ja mal gesagt, dass die Europäische Gemeinschaft auch ein Kind des Kalten Krieges sei. Demzufolge hätte mit dem Ende des Kalten Krieges

dann auch die Europäische Gemeinschaft überflüssig werden müssen. Wir wissen alle, dass dies nicht der Fall war. Also könnte man argumentieren, dass der Kalte Krieg keine Rolle gespielt hat.

Michael Gehler: *Überhaupt keine Rolle?*

Claudia Hiepel: Auch hier muss man wieder die einzelnen Phasen der Integration unterscheiden. Der Kalte Krieg war natürlich zentral für die Entstehung der Europäischen Gemeinschaften und die Vorgeschichte. Marshall-Plan und OEEC oder der Schuman-Plan sind ohne den Kalten Krieg überhaupt nicht zu denken, und die Ideologie des Kalten Krieges hat das Integrationsprojekt über die Jahrzehnte auch getragen. Doch gibt es auch noch andere Motive und Antriebskräfte, die das Projekt zusammengehalten haben, so dass es den Kalten Krieg nicht nur überlebte, sondern auch gestärkt daraus hervorging. Kontrafaktisch gedacht: Auch ohne den Kalten Krieg hätte es eine irgendwie geartete Form des europäischen Zusammenschlusses gegeben, schon allein um eine Lösung im Umgang mit Deutschland zu finden.

Michael Gehler: *Beschleuniger. Die Frage wäre ja auch, wenn man den Kalten Krieg als Teil einer größeren Konfrontation des Ost- und Westdenkens über den Kalten Krieg hinaus weiterspinnt, dann könnte man ja argumentieren, der Kalte Krieg ist zwar zeitweise für Europa beendet worden, aber die Ost-West-Problematik ist geblieben, nur dass eben die Mittel- und Osteuropäer sich dem Westen angeschlossen haben, aber im Verhältnis zu Russland haben wir nach wie vor ein nicht konflikt- und spannungsfreies Verhältnis, da es nach wie vor Sanktionen gibt, die wir quasi mit den Embargos schon in den 1940er und 1950er Jahren hatten. Insofern gibt es vielleicht doch genug Legitimation, diesen Zusammenhang zwischen Europäischen Gemeinschaft und Europäischen Union vor dem Hintergrund der unsicheren Lage im Osten und der Bedrohung aus dem Osten weiter fortzuspinnen.*

Claudia Hiepel: Edgar Wolfrum hat den Kalten Krieg ja treffend als einen Aggregatzustand des Ost-West-Konfliktes bezeichnet. Das könnte so interpretiert werden, dass dieser Konflikt nach wie vor weiterexistiert. Die osteuropäischen Staaten sind ja nicht zuletzt der NATO beigetreten, um Sicherheit vor Russland zu haben.

Michael Gehler: *Eckart Conze ist auch dafür eingetreten, den Ost-West-Gegensatz zu unterscheiden vom Kalten Krieg, und zwar auf einer höheren Ebene anzusiedeln, die länger zurückreicht und den Kalten Krieg sozusagen als eine Derivatfunktion dessen, eine Tochter oder einen Sohn, also einer Abfolge davon zu sehen. Wie weit hat Ihrer Ansicht nach der Kalte Krieg die Geisteswissenschaften beeinflusst?*

Claudia Hiepel: Die Kalten Krieger unter den Geschichtslehrern hatte ich ja bereits angesprochen. Das betraf bestimmte Generationen, die im ersten Kalten Krieg in den 1950er Jahren studiert haben, in dieser Zeit sozialisiert worden sind, und im zweiten Kalten Krieg in den 1980er Jahren noch aktiv waren. Historiker sind immer auch geprägt von ihrer Zeit und Teil der politischen Debatten, liefern Argumente und Stichworte. Die

Debatten über die Schuldfrage, also, wer hat den größeren Anteil an Ausbruch und Eskalation des Kalten Krieges, sind mittlerweile obsolet. Die Forschung bewegt sich in andere Richtungen. Es geht um eine Kulturgeschichte des Kalten Krieges, Mentalitätsgeschichte oder Perzeptionsgeschichte. Neue Quellen werden erschlossen. Hin und wieder leben alte Debatten wieder auf, so die Debatte über die Stalin-Noten und die Ernsthaftigkeit von Stalins Angebot zur Wiedervereinigung 1952.

Severin Cramm: *Sie haben über die christliche Arbeiterbewegung in Europa von 1850 bis 1950 publiziert. Wie würden Sie deren Stellenwert im Gegensatz zur sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verorten?*

Claudia Hiepel: Sie hat quantitativ insgesamt betrachtet keine so große Rolle gespielt. In einzelnen Ländern oder Regionen aber hatte sie schon einen anderen Stellenwert. Zu nennen wären Belgien oder die Niederlande und eben Teile Deutschlands. Das waren vorwiegend gemischt-konfessionelle Gebiete, in denen sich die Gesellschaften entlang konfessioneller Milieus organisierten. Viele Gedanken und Ideen des Sozialkatholizismus und der Christdemokratien haben aber Einfluss auf die Entwicklung des europäischen Wohlfahrtsstaates gehabt. Die christlich-katholische Arbeiterbewegung hat auch wesentlich zur Modernisierung des Katholizismus beigetragen.

Michael Gehler: Europe in a Globalizing World, Global Challenges and European Ressources in the long 1970s *lautet ein weiteres Sammelwerk von Ihnen, welches 2014 erschienen ist. Wie können die europäischen Antworten auf eine globalisierte Welt erfasst, gewichtet und periodisiert werden?*

Claudia Hiepel: Kurz gesagt, betrachte ich die Vertiefung der europäischen Integration als Reaktion beziehungsweise europäische Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Selbstbehauptung durch Stärke auf der einen Seite, Dialog mit anderen Teilen der Welt auf der anderen Seite, dem asiatischen Raum insbesondere, waren die Strategien zur Bewältigung der Herausforderung. Das Buch beschäftigt sich mit den 1970er Jahren, in denen man noch nicht von Globalisierung sprach, aber schon de facto mit diesem Phänomen zu tun hatte.

Michael Gehler: *Wenn wir die Frage der Periodisierung nochmals aufwerfen, so ist zwischen unterschiedlichen Phasen der ersten, zweiten und dritten Globalisierung zu unterscheiden. Wenn wir jetzt von der Zeit nach 1945 ausgehen, da ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl schon im Blick des GATT und die OEEC im Sinne der amerikanischen globalen Handels- und Wirtschaftsordnung zu sehen, das könnte eine erste Phase der Integrationsgeschichte sein, dann haben wir mit dem Beitritt der Briten zur Europäischen Gemeinschaft 1973 und im gleichen Jahre diese Erklärung zur europäischen Identität auf dem Gipfel von Kopenhagen dieses Dokument, das einen Anspruch für die Europäischen Gemeinschaften formuliert. Das ist im Grunde die Welt, die mit allen möglichen Beziehungen antizipiert wird. Dann setzt eine Phase ein, bei der man fragt, ob die Globalisierung schon zu Ende geht. Gehen wir jetzt also über zu einer stärkeren Ausprägung von Welthandelsblöcken und einem neuen Protektionismus? Das war bereits*

vor der Präsidentschaft von Trump erkennbar so um die Jahre 2007/08, also noch im Vorfeld des Lehman-Crashs. Kann man so eine Periodisierung wagen? Laurent Warlouzet hat je bereits ein Buch geschrieben, indem er auf die Zeit der 1970er Jahre eingeht und fragt, wie die Kommission und die großen Player auf die Herausforderung der Globalisierung reagieren sozusagen im Rahmen der dritten Globalisierung, je nachdem wie man sie periodisiert. Mehr als nur Vertiefung und Dialog als Antwort und Verträge als Antwort nämlich, dass sich die Nationalstaaten wieder berappeln und gerade in diesem Globalisierungskontext den nationalen Weg auch in den Blick nehmen, ihn beschreiten und das nationale Eigeninteresse, oft nur rhetorisch und deklaratorisch artikulieren und dies nicht nur Populisten. So wäre wieder eine dialektische Gemengelage gegeben, mit Vertiefungswünschen und Vertragsabschlüssen und Dialog und Simulation, so dass die These von Alan Milward „die Rettung des europäischen Nationalstaates" für die frühen 1950er Jahre, also die Erklärung für die westeuropäische Integration abgewandelt werden könnte, indem man sagt, der europäische Nationalstaat ist gerettet und nunmehr so gefestigt und etabliert, dass er sich nun aber in dieser globalisierten Welt weiter durch die EU schützen und damit weiter behaupten kann – ganz nach dem Motto nicht „The European Preservation of the Member State", also die These von Milward transformiert in die jüngste Zeit der Europäische Union. Ist es wieder diese entscheidende Dialektik? Sehen Sie das auch als Möglichkeit?

Claudia Hiepel: Ich habe das Thema in dem Sammelband für die 1970er Jahre aufgeworfen, die man nach Akira Iriye als Zeitalter der „halben Globalisierung" betrachten kann, und vielleicht in Bezug auf die EG/EU als Vorgeschichte der zweiten und dritten Globalisierung. Dass der europäische Nationalstaat allein der Globalisierung nicht standhalten kann, das leuchtet jedem ein, auch den skeptischen Visegrád-Staaten, dass sie sich allein nicht gegenüber China oder anderen aufstrebenden Staaten und Wirtschaftsmächten behaupten können. Explizit oder unausgesprochen geht es nach wie vor um die europäische Rettung des Nationalstaates, aber eben auch um die Rettung der EU. Beides ist nicht voneinander zu trennen.

Michael Gehler: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von der Antike bis zur Gegenwart. Strukturen und Prozesse *lautet eine Studie mit Christian Henrich-Franke, Guido Thiemeyer und Henning Türk. Wie ist diese Thematik im Zeichen der Geschichte der europäischen Integration zu beurteilen und zu gewichten?*

Claudia Hiepel: Hier können wir an das anknüpfen, was wir zu Anfang besprochen haben. In diesem Buch geht es ja auch um eben diese subkutanen Prozesse von Integration, die nie Integration genannt worden sind, Infrastrukturprojekte wie Eisenbahn, Post, Telegraphie, Wasserversorgung etc. All das ist bereits im 19. Jahrhundert grenzüberschreitend organisiert worden, und daran konnte dann durchaus auch nach 1945 angeknüpft werden. Insofern ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit kein Phänomen der Gegenwart und nicht allein der EG/EU vorbehalten. Dem liegen langfristige Prozesse zu Grunde, was die Beiträge des Bandes deutlich machen.

Michael Gehler: *Ich habe den Sammelband von Hein Hoebink etwas kritisch besprochen, nicht einzelne Beiträge darin, die für sich einen eigenständigen Wert haben, aber die Generalthese, die Hoebink einleitend ausführt und an diesem Punkt nochmal formuliert wird, wo er meines Erachtens die Bedeutung der infrastrukturellen grenzüberschreitenden Projekte übermäßig stark gewichtet. Was mir dabei fehlte, waren die Hammerschläge, die Europa als Kontinent getroffen und erschüttert haben und die Lehren, die man daraus gezogen hat, nämlich gemeinschaftliche Institutionen auf Dauer zu begründen, was mehr für Nachhaltigkeit gesorgt hat. Die Einbeziehung dieses Aspekts fehlte mir in Hoebinks Einleitung und Schlussfolgerung, was aber auch mit der Themenstellung des Bandes zusammenhängt. Die infrastrukturellen Verbünde und Netzwerken können sicherlich als Vorläufer begriffen werden und wichtige Voraussetzungen gebildet haben. Wie sehen Sie diesen Zusammenhang zwischen regionaler grenzüberschreitender und höherer politischer Ebene?*

Claudia Hiepel: Ja, aber umgekehrt kann man auch argumentieren, dass die großen politischen Entscheidungen so nicht hätten getroffen werden können, wenn es nicht vorher bereits Austausch und Vernetzungen gegeben hätte. Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, um ein anderes Beispiel zu nennen, war nicht der große Paukenschlag in den deutsch-französischen Beziehungen. So ist er im Nachhinein interpretiert worden. Zustandekommen konnte er doch nur, weil es bereits vorher Austausch, Annäherung und Transfer gegeben hat.

Michael Gehler: *Also ein Henne-Ei-Problem wahrscheinlich?*

Claudia Hiepel: So könnte man es sagen.

Michael Gehler: *Einer Ihrer Forschungsschwerpunkte ist Willy Brandt und seine Europapolitik. Wie deutlich war bei Brandt ein* Konzept Europa *entwickelt und welche Rolle spielen dabei seine Erfahrungen im skandinavischen Exil?*

Claudia Hiepel: Willy Brandt hatte ein Europakonzept, das ganz stark inspiriert worden ist durch Einflüsse im skandinavischen Exil. Hier standen Exilgruppen unter schwierigsten Bedingungen im internationalen Austausch miteinander. Seine Vorstellungen von einer Neuordnung Europas, die er in verschiedenen frühen Publikationen formuliert hat, sind nicht direkt in politisches Handeln umgesetzt worden. Sie haben aber seine grundsätzliche Haltung geprägt. Zentraler Punkt war die dauerhafte Sicherung des Friedens in Europa, indem man Deutschland einbindet in eine Föderation oder föderative Ordnung. Das findet man in allen Beiträgen Willy Brandts aus dieser Zeit. Gleichzeitig findet man auch immer den für Brandt typischen Pragmatismus. Er hat immer den realpolitischen Hintergrund und die damit verbundenen Beschränkungen gesehen, in diesem Falle die alliierten Vorbehalte. Willy Brandt war sicherlich kein naiver Idealist.

Michael Gehler: *Während die SPD unter Kurt Schumacher noch den Schuman-Plan kategorisch als europäisches Kartell abgelehnt hatte, befürwortete Willy Brandt den Plan*

bereits. Steht Brandt auch für einen programmatischen Wechsel der Europapolitik der SPD?

Claudia Hiepel: Ja, Willy Brandt war einer der ganz wenigen in der SPD, die schon in den 1950er Jahren den Kurs der Westintegration Adenauers befürwortet haben. Das war damals überhaupt nicht mehrheitsfähig in der Schumacher-SPD. Er war für die Montanunion, war für den klaren Kurs der Integration in die westliche Staatenwelt und hat sich mit dem nationalistischen Kurs Schumachers nicht identifizieren können. In den frühen 1950er Jahren haben sich diese Stimmen nicht durchsetzen können, waren aber letztlich Wegbereiter der außenpolitischen Wende der SPD 1960.

Michael Gehler: *Eine Frage ergänzend zu dem jungen Helmut Schmidt. Der vielleicht zwischen Schumacher und Brandt steht. Wie würden Sie den jungen Helmut Schmidt einordnen, der ja im Bundestag sich mindestens seiner Stimme enthalten, wenn nicht sogar gegen die Römischen Verträge gestimmt hat, als die Abstimmung anstand zur Ratifizierung der EWG. Steht der zwischen dem europa-offenen und schon sehr überzeugten Willy Brandt und dem sehr kritischen Schumacher in der Mitte?*

Claudia Hiepel: Helmut Schmidt war sicherlich auch schon in jungen Jahren europafreundlicher, als es in der Forschung lange Zeit wahrgenommen worden ist. Er gehörte mit Brandt zu der kleinen Gruppe von SPD-Politikern, die sich für die Montanunion ausgesprochen haben. Kooperation mit den europäischen Nachbarn war für ihn grundlegend. Als von jeher anglophiler Politiker war er aber skeptisch gegenüber den frühen europäischen Einigungsinitiativen wegen der fehlenden Einbindung Großbritanniens und der engen Anlehnung an Frankreich.

Michael Gehler: *Wie wichtig war für Willy Brandt die lange Zeit unterentwickelte soziale Dimension der europäischen Integration?*

Claudia Hiepel: Wichtig war das eigentlich schon immer, aber auf die politische Agenda rückte das erst später im Verlauf seiner Regierungszeit. 1972 ist in Gesprächen zwischen Brandt und Pompidou diskutiert worden, dass man die soziale Dimension der EG stärken müsse. Das hatte natürlich viel damit zu tun, dass zunächst einmal andere Dinge auf der Tagesordnung standen: die Ostpolitik, der Beitritt Großbritanniens, die Vertiefung und alles, was in Folge der Haager Gipfelkonferenz ab 1969 passiert ist. Ab 1972/1973 kam die soziale Dimension auf die Tagesordnung und beschäftigte Willy Brandt sehr stark. Grund dürfte die zunehmende Skepsis der Bevölkerung gegenüber der EG gewesen sein. Öl-Schock und Rezession, Währungskrise und schlechtes europäisches Krisenmanagement führten zu einer abnehmenden Akzeptanz für das Europa-Projekt. Für Brandt stellte sich die Frage, wie man Europa zusammenhalten könne. Ihm fehlte der soziale Zusammenhalt, die soziale Dimension, ohne dass er aber genau benannte, was er darunter verstand. So war die soziale Dimension in der ihm noch verbleibenden kurzen Amtszeit mehr Anspruch als politische Praxis.

Severin Cramm: *Würden Sie basierend auf Ihrem Beitrag „Zentrumsgewerksverein oder autonome Interessensvertretung zur Frühgeschichte des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter im Ruhrgebiet“ diesen Verein als interkonfessionelle Organisation beschreiben? Wie stark war eigentlich die christliche Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet im Gegensatz zu einer liberalen Vertretung?*

Claudia Hiepel: Die christlich-katholische Arbeiterschaft hatte ihre Hochburgen im Ruhrgebiet, in der die sozialdemokratischen Gewerkschaften und auch die SPD als Partei nur ganz schwer Fuß fassen konnten. Das hat sich in den Wahlergebnissen der Weimarer Republik und selbst noch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt. Das katholische Milieu war resistenter gegenüber dem Nationalsozialismus. Die Auflösungserscheinungen kamen dann erst sehr viel später in den 1960er Jahren. Interkonfessionell waren die christlichen Gewerkschaften nur dem Anspruch nach. Protestantische Arbeiter tendierten eher zu anderen Gewerkschaften und Parteien, insbesondere natürlich zur SPD.

Severin Cramm: *Welche Rolle spielte die Frage der internationalen Solidarität im Blick auf die christlich getragene und christlich organisierte Partnerschaft bezogen?*

Claudia Hiepel: Das war nicht sehr ausgeprägt. Es gab zwar eine internationale Gewerkschaftsorganisation und internationale Treffen in der Schweiz, bereits zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs, aber die christliche Gewerkschaftsbewegung hatte einen stark nationalen Bezug. Vor allem in der gewerkschaftlichen Praxis besaß der Internationalismus keinerlei Bedeutung. Ganz im Gegenteil, so wurden bspw. die katholischen polnischen Bergleute im Ruhrgebiet in den christlichen Gewerkschaften derart ausgegrenzt, dass sie eine eigene Organisation gründeten.

Michael Gehler: *Wie bewerten Sie die Fusion des christlich-orientierten Weltverbands der Arbeitnehmer und dem sozialistisch orientierten internationalen Bund freier Gewerkschaften zum IGB im Jahre 2006?*

Claudia Hiepel: Längst überfällig. Schon im Kaiserreich waren die sozialpolitischen Gegensätze zwischen christlichen und sogenannten freien sozialdemokratischen Gewerkschaften gar nicht so groß. Stattdessen wurde mit der Spaltung die Arbeiterbewegung als Ganzes geschwächt.

Severin Cramm: *Es gibt ja auch den europäischen Gewerkschaftsbund, den EGB, von dem wir allerdings wenig hören und wissen komischerweise. Vielleicht liegt das auch an uns selbst, dass wir noch zu wenig Archive konsultiert haben. Wie erklären Sie sich das, wenn dieser Eindruck stimmt? So ist das doch gerade einer der sensibelsten Bereiche der europäischen Einigungsbestrebungen, wo so viel Heterogenität herrscht. Es ist doch eigentlich erstaunlich, dass es keine organisierte europäische Arbeiterbewegung gibt.*

Claudia Hiepel: Weil Gewerkschaften noch immer vorwiegend im nationalen Kontext agieren. Der Wohlfahrtsstaat ist nicht europäisiert. Der Sozialstaat ist nach wie vor ein

nationaler, und insofern ist es folgerichtig, dass Forderungen der Gewerkschaftsbewegungen immer an die nationalen Regierungen gerichtet sind, aber nicht an Brüssel.

Michael Gehler: *Wir kommen nochmal auf den bereits zitierten Band zu sprechen. In Ihrem Band* Europe in a globalising world *liegt eine Betrachtung der Globalisierung aus europäischer Perspektive zu Grunde. Welche Bereiche der Globalisierung müssten Ihrer Ansicht nach in der Geschichte der europäischen Integration der 1970er Jahre stärker beachtet werden?*

Claudia Hiepel: Die Beziehungen von EG/EU zum asiatischen Raum verdient sicherlich stärkere Beachtung, die Nord-Süd-Beziehungen, insgesamt der Komplex der strategischen Partnerschaften als Strategie „to cope with globalisation".

Michael Gehler: *Ein Zukunftsprojekt lautet* Transnationale Räume in Europa, die Auswirkung der Stationierung belgischer Truppen in Deutschland von 1945 bis 2005. *Was interessiert Sie daran?*

Claudia Hiepel: Getreu dem Motto „Grabe, wo du stehst" hat die Beschäftigung damit ihren Ausgang genommen in einer Untersuchung belgischer Garnisonsstandorte in Westfalen. Belgier sind als Teil der britischen Besatzungsmacht in das spätere Nordrhein-Westfalen gekommen, haben zunächst eine eigene kleine Unterbesatzungszone okkupiert und sind schließlich als Teil der NATO-Truppen in diesem Gebiet bis 1994 verblieben. Die amerikanischen und britischen Truppen in Deutschland sind mittlerweile recht gut erforscht, die belgischen Truppenstandorte jedoch nicht. Hier gab es vielfältige Verflechtungs- und Kontaktzonen, in denen eine Form von europäischer Integration im Kleinen und militärisch generiert stattfand. Es geht also nicht um eine Militärgeschichte, sondern eher um eine europäische Transfer- und Verflechtungsgeschichte über das Vehikel des Militärischen.

Michael Gehler: *Vielen Dank, Frau Hiepel, dass Sie zu uns gekommen sind und uns Rede und Antwort gestanden haben.*

Dominik Geppert

Zwischen politischen Zielen und ökonomischen Zwängen. Zukunftsaussichten der europäischen Einheitswährung

Zum Referenten:

Dominik Geppert ist seit Oktober 2018 Professor für Geschichte des 19./20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam. Davor hatte er von 2010 bis 2018 den Lehrstuhl für Neuere Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn inne. Er hat als Research Fellow am Deutschen Historischen Institut in London gearbeitet (2000–2005) und war 2016/17 Gerda Henkel-Gastprofessor an der London School of Economics. An der Freien Universität Berlin und an der Albert Ludwigs-Universität in Freiburg i. Br. hat er Geschichte, Philosophie und Teilgebiete des Rechts studiert; Promotion (FU Berlin 2000), Habilitation (FU Berlin 2006). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen die Internationale Geschichte, insbesondere die Geschichte der europäischen Einigung, die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, die Universitäts- und Intellektuellengeschichte. Dominik Geppert ist Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Zuletzt hat er eine kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verfasst (München 2021). Zu seinen anderen Publikationen zählen: Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro (Berlin 2013) und Die Ära Adenauer (4. Auflage, Darmstadt 2022).

Weitere Veröffentlichungen: Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart, Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Düsseldorf 2022

(mit Andreas Biefang, Marie-Luise Recker und Andreas Wirsching); Das Rheinland auf dem Weg nach Preußen 1815–1822, Köln 2019 (mit Thomas Becker und Helmut Rönz; = Stadt und Gesellschaft; 6); Eine Werteordnung für die Welt? Universalismus in Geschichte und Gegenwart, Baden-Baden 2019 (mit Peter Geiss und Julia Reuschenbach); Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz, Paderborn 2019 (mit Hans Jörg Hennecke); Preußens Rhein-Universität 1818–1918. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 1, Göttingen 2018; Forschung und Lehre im Westen Deutschlands 1918–2018. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 2, Göttingen 2018; The Wars before the Great War. Conflict and International Politics before the Outbreak of the First World War, Cambridge 2015 (mit William Mulligan und Andreas Rose); Sites of imperial memory. Commemorating colonial rule in the nineteenth and twentieth centuries, Manchester 2015 (mit Frank Lorenz Müller).

Zum Vortrag:

Wenn Sie einen Historiker fragen, welche Zukunft der Euro hat, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn er Ihnen mit einem Blick in die Vergangenheit antwortet. Nur wenn man die Entstehungsgeschichte und die Gründungsvoraussetzungen einer Institution kennt, so lautet die Grundüberzeugung unserer Zunft, nur dann kann man halbwegs begründete Prognosen über deren weitere Entwicklung abgeben.

Im Mittelpunkt des zeitgeschichtlichen Interesses an der europäischen Gemeinschaftswährung stand bisher meist die „Wendezeit“ (Kristina Spohr) um 1989/90. Tatsächlich fiel das Ende des Kalten Krieges zwischen 1989 und 1991 mit einer Intensivierung der europäischen Integration zusammen. Beschleunigung und Verdichtung des Einigungsprozesses kamen damals vor allem in der Vollendung des Binnenmarktes und der Vereinbarung einer gemeinsamen Währung zum Ausdruck.

Beide Entwicklungen – geopolitische Neuordnung und europäische Einigung – waren so eng miteinander verwoben, dass verschiedentlich suggeriert worden ist, der Euro sei der Preis gewesen, den Deutschland für die Wiedervereinigung zu zahlen hatte. Diese Verkürzung gehört ins Reich der Legenden. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte schon 1988 eigene Pläne für eine Währungsunion lanciert, und auch Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich das Projekt, nach anfänglichem Zögern, zu Eigen gemacht, bevor die friedliche Revolution in Ostdeutschland begann.

Wahr ist aber auch, dass die europäische Gemeinschaftswährung nicht so rasch und nicht in dieser Form zustande gekommen wäre, wenn ihre Vorgeschichte sich nicht mit dem Fall der Mauer gekreuzt hätte. Es gab starke Gegenkräfte, in der Bundesbank, im Finanz- und Wirtschaftsministerium, selbst im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt, die gern auf Zeit gespielt hätten, um die Einheitswährung auf eine unbestimmte Zukunft zu vertagen. Der Umbruch im Osten erhöhte den Zeitdruck. Er zwang die Bundesregierung, die Glaubwürdigkeit ihres Bekenntnisses zu „Europa“ unter Beweis zu stellen, und er gab der französischen Diplomatie einen Hebel in die Hand, einen Fahrplan für den Weg in die Währungsunion durchzusetzen.

Diese Zusammenhänge sind mittlerweile recht gut erforscht und hinlänglich bekannt. Ich will daher in meinem Vortrag heute die Akzente etwas anders setzen und drei bisher weniger beachtete Punkte in den Blick nehmen: erstens die Beharrungskraft nationaler Traditionen, zweitens die globalwirtschaftlichen Zusammenhänge und drittens die geopolitische Dimension des Themas.

Ich betone daher im Folgenden zum einen die Persistenz nationaler Denkschablonen und Wahrnehmungsmuster und analysiere, welche Handlungszwänge und Spannungslagen sich daraus unter den Rahmenbedingungen einer gemeinsamen Institutionenordnung ergaben. Ich frage zum anderen, wie Weltwirtschaft und transnationale Finanzströme die Konzeption, Implementierung, Erhaltung und Gefährdung des Euro beeinflussten und noch bis heute beeinflussen. Und ich will drittens – gerade angesichts der vielbeschworenen Zeitenwende durch den russischen Überfall auf die Ukraine – die Zusammenhänge zwischen Geopolitik und Geoökonomie etwas genauer betrachten.

Beginnen will ich meine Deutung nicht, wie das meist geschieht, mit der langen Vorgeschichte seit dem Werner-Plan (1970) und dem Zusammenbruch der Währungsordnung von Bretton Woods (1973). Die damaligen Pläne scheiterten nicht nur an den wirtschaftlichen und währungspolitischen Turbulenzen dieser Zeit, sondern auch an unterschiedlichen Vorstellungen in Paris und Bonn, wie eine monetäre Integration am besten zu verwirklichen sei. Dabei überlagerten sich unterschiedliche Interessen einerseits und verschiedenartige Währungskulturen andererseits.

Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen wie die Bundesrepublik oder die Niederlande verlangten eine Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Vorstellungen in den prospektiven Mitgliedsländern als Voraussetzung einer Währungsunion, die sie sich als krönenden Abschluss des Integrationsprozesses vorstellten – das war die sogenannte Krönungstheorie der „Ökonomisten“.

Länder wie Frankreich oder Belgien, die Defizite in der Leistungsbilanz aufgebaut hatten, plädierten für den umgekehrten Weg einer raschen Fixierung der Wechselkurse als Voraussetzung wirtschaftlicher und politischer Angleichungsprozesse, die sich als Folge einer gemeinsamen Währung dann gleichsam automatisch einstellen würden. In der Vorstellungswelt dieser „Monetaristen“ (nicht zu verwechseln mit den Anhängern Milton Friedmans, die ebenfalls als „Monetaristen“ bezeichnet wurden) war die gemeinsame Währung nicht Krönung, sondern Lokomotive des europäischen Integrationsprozesses (die sogenannte Lokomotivtheorie).

Diese Differenzen wurden letztlich auch im 1979 begründeten Europäischen Währungssystem (EWS) nicht überwunden. Anders als in der Währungsschlange gab es im EWS zwar nicht nur einseitige Anpassungen des Wechselkurses, sondern ein solidarisches System koordinierter Auf- und Abwertungen. Über den reinen Wechselkursmechanismus hinaus wurde mit dem ECU erstmals eine europäische Währungseinheit geschaffen. Außerdem gab es nun keinen externen Anker mehr, die Bindung an den Dollar entfiel, was im Endeffekt dazu führte, dass sich die D-Mark als interne Leitwährung im EWS etablierte – mit all den politischen Schwierigkeiten, die das mit sich brachte.

Ein Durchbruch bahnte sich erst Mitte der 1980er Jahre an, als nach einer Phase der Erweiterung ein Schub vertiefender Integration ins Werk gesetzt wurde, der von der Grenzsicherung über das Wettbewerbsrecht und die Produktnormierung bis zur Währung immer mehr Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene transponierte.

Das Tauwetter zwischen den Supermächten eröffnete Spielräume für eigenständige Initiativen der Europäer. Nachdem die zweite Ölpreiskrise 1979/80 überwunden war, gab es zudem Rückenwind durch eine Weltwirtschaft, die sich im Aufschwung befand.

Ausschlaggebend war aber die Kooperation des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und dem ehemaligen französischen Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors, der 1985 zum Präsidenten der Europäischen Kommission bestimmt wurde. Alle drei ließen sich nicht nur von den spezifischen Interessen ihrer Länder leiten. Sie waren auch von den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs geprägt und betrachteten die europäische Einigung als Friedensprojekt. Dem Bundeskanzler schwebte in den späten 1980er Jahren als Fernziel eine Art europäischer Bundesstaat vor, mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einem vom Europäischen Parlament legitimierten parlamentarischen Entscheidungssystem, getragen durch ein europäisches Bewusstsein von Solidarität und Zusammengehörigkeit, wie es bis dahin nur auf nationalstaatlicher Ebene existierte. Darin unterschied sich Kohl grundlegend von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher als Vierte im Bunde der entscheidenden europäischen Staatsleute jener Jahre, die zwar eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der EWG befürwortete, darüberhinausgehende politische Einigungsbestrebungen jedoch ablehnte.

Als Politikfeld, auf dem ein Durchbruch möglich erschien, bot sich der Abbau nichttarifärer Handelshindernisse wie Produktstandards oder Importquoten an, die von der europäischen Zollunion in den Römischen Verträgen unberührt geblieben waren. Das entsprach den britischen Ansichten über den Charakter der EG als Freihandelszone. Es korrespondierte mit den Interessen eines Exportlandes wie der Bundesrepublik und war – seit Mitterrands Abkehr von einer sozialistischen Wirtschaftspolitik 1983 – auch mit der französischen Ansicht in Einklang zu bringen, dass an einer ökonomischen Modernisierung und Liberalisierung kein Weg vorbeiführe.

Mit der sogenannten Vollendung des Binnenmarktes war die europäische Einigung keine Angelegenheit mehr, die vorrangig von französischen und deutschen Überlegungen bestimmt wurde. Neben den Föderalismusgedanken der deutschen Tradition und französische Vorstellungen eines bürokratisch-administrativen Dirigismus traten Ideen ökonomischen Wettbewerbs und wirtschaftlicher Deregulierung, die im angelsächsischen Raum ihren Ursprung hatten.

Wie die Intensivierung der europäischen Integration mit dem dezidierten Festhalten der Kohl-Regierung an der Wiedervereinigung als Fernziel zusammenpasste, war nicht allen klar. Diplomaten aus den westeuropäischen Nachbarländern wunderten sich Mitte der 1980er Jahre mitunter, wie Ostpolitik und Westintegration der Bundesrepublik miteinander in Einklang zu bringen waren.

Solange die sowjetische Herrschaft in Ostmitteleuropa Bestand hatte und das SED-Regime in der DDR fest im Sattel saß, blieben die Spannungselemente in der doppelten Staatsräson der Bundesrepublik mit ihren Zwillingszielen der deutschen und europäischen Einheit allerdings akademischer Natur. Virulent wurden sie erst mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Implosion des sowjetischen Imperiums.

Vor diesem Hintergrund lagen der europäischen Gemeinschaftswährung vier strategische Überlegungen zugrunde: erstens eine Vertiefung der deutsch-französischen Verständigung; zweitens das Bedürfnis nach Einhegung Deutschlands in Europa; drittens das Be-

streben, Wechselkursrisiken zu minimieren; sowie viertens der Wunsch, eine europäische Gegenmacht zum US-Dollar als globaler Leitwährung zu schaffen.

Dass zwischen 1988 und 1992 anders als in den 1970er Jahren der Durchbruch zu einer europäischen Währung gelang, lag daran, dass Kohl und Mitterrand technische Details mit Nichtachtung straften und entschlossen waren, ihre Pläne auch gegen Widerstände von Fachleuten durchzusetzen. Ihnen kam entgegen, dass die Schwankungen des Dollarkurses in den zurückliegenden Jahren groß gewesen waren: In der ersten Hälfte der 1980er Jahre war der Dollar stark gestiegen, danach sank er drastisch, mit einem Tiefpunkt während der amerikanischen Rezession 1990/91. Die Schwäche des Dollars wirkte sich besonders auf die D-Mark aus, die zu einer international gehandelten Anlagealternative wurde: Der Verfall des Dollarkurses trieb den Kurs der D-Mark in die Höhe und setzte die anderen Währungen im EWS unter Druck.

Da die *Banque de France* im Zuge der Neuausrichtung der französischen Wirtschaftspolitik seit 1983 den Franc eng an die D-Mark gekoppelt hatte, um ihm Stabilität zu verleihen, wurden deutsche und französische Exporte teurer. In Paris war man von der deutschen Geldpolitik abhängig, ohne Einfluss auf sie nehmen zu können. Die Vergemeinschaftung der D-Mark war daher ein beharrlich verfolgtes Ziel französischer Europapolitik. Dafür nahmen Mitterrand und seine Nachfolger große soziale und ökonomische Kosten in Kauf – am dramatischsten 1992/93, als erhebliche Interventionen durch die Zentralbanken und eine empfindliche Abwertung nötig wurden, um den Franc im Europäischen Währungssystem (EWS) zu halten.

Die Konzeption einer unabhängigen Notenbank, die von den Einflüssen der Politik freigehalten wurde, nur auf den Erhalt der Preisstabilität ausgerichtet war und sich auf keine anderen Aufgaben – etwa in der Konjunktur- oder Arbeitsmarktpolitik – einließ, fand zwischenzeitlich auch außerhalb Deutschlands Unterstützung, insbesondere in Frankreich, aber auch in Großbritannien. So gelang es in den 1990er Jahren, die Europäische Zentralbank (EZB) nach dem deutschen Modell zu entwerfen.

Das erleichterte es Kohl, eine misstrauische deutsche Öffentlichkeit und skeptische Bundesbanker zu überzeugen, der Euro werde so stabil und erfolgreich wie die D-Mark. Hinzu kam Rückenwind aus der Weltwirtschaft. Der Dollar gewann seit 1995 wieder an Wert. Das schwächte die D-Mark, stärkte den deutschen Export und gestattete es der Bundesbank, die Zinsen zu senken. Der Run auf den Dollar in Präsident Bill Clintons zweiter Amtszeit rettete faktisch die Europäische Währungsunion, eine ironische Wendung für ein Projekt, das nicht zuletzt dazu diente, die europäische Abhängigkeit von der amerikanischen Geldpolitik zu mindern.

Trotz der günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen fiel es fast allen künftigen Mitgliedsstaaten der Währungsunion schwer, die in Maastricht vereinbarten Aufnahmekriterien für die Währungsunion zu erfüllen. Vielerorts griff man zu Methoden kreativer Buchführung, um in der ersten Runde, die 1999 beginnen sollte, dabei zu sein. Die statistischen Manipulationsversuche steigerten zwar nicht gerade das öffentliche Vertrauen in das Projekt. Sie stellten aber sicher, dass bis auf Griechenland alle elf zum Beitritt entschlossenen Länder die Kriterien (mit gewissen Abstrichen bei der italienischen Staatsschuld) formal erfüllten, und Anfang 1999 alle gemeinsam in die neue Währung starten konnten. Als der Euro zum 1. Januar 2002 als Bargeld in Umlauf kam, war auch Griechenland dabei, das in der Zwischenzeit erhebliche Anstrengungen unternommen

hatte, die Beitrittsbedingungen zu erfüllen oder (wie sich im Nachhinein herausstellte) in den vorgelegten Bilanzen wenigstens diesen Anschein zu erwecken vermochte.

Für den weiteren Gang der Dinge war entscheidend, dass sich die verschiedenen Mitgliedsstaaten in den ersten Jahren der Währungsunion unterschiedlich entwickelten. Länder mit zuvor eher schwachen Währungen profitierten von niedrigeren Zinsen. In Deutschland hingegen erfüllten sich die Erwartungen, die man in die Gemeinschaftswährung gesetzt hatte, zunächst nicht. Das Land litt unter schwachen Wachstumsraten und hoher Arbeitslosigkeit. Die Probleme hatten überwiegend strukturelle Ursachen. Sie hingen aber zum Teil auch mit dem überhöhten Wechselkurs zusammen, zu dem das Land in die Währungsunion eingetreten war. Insofern stimmt die These, die Deutschen hätten wie niemand sonst wirtschaftlich vom Euro profitiert, für die Zeit bis etwa 2005 nicht.

In dieser Situation reformierte die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Die Gewerkschaften übten über Jahre hinweg Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen. Viele Deutsche arbeiteten bei gleichem, teilweise sinkendem Realeinkommen länger, während in anderen Ländern der Währungsunion die Löhne stiegen.

Umgekehrt blieben die Strukturreformen weitgehend aus, von denen man gehofft hatte, dass sie in Weichwährungsländern als Folge der Einführung des Euro durchgeführt würden. Die verringerten Zinslasten wurden kaum oder gar nicht zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt. Stattdessen stiegen in einigen Ländern, beispielsweise in Griechenland, die Staatsausgaben. Anderswo, etwa in Spanien oder Irland, verschuldeten sich die privaten Haushalte. Die Ursache war in beiden Fällen dieselbe: In Ländern, die an hohe Inflationsraten und Zinssätze gewöhnt waren, konnten Regierungen, Unternehmen und Privatleute nach der Einführung des Euro mit einem Mal zu historisch günstigen Konditionen Geld leihen. Anders als erhofft, glichen sich die Wirtschaftsmodelle in der Eurozone nicht aneinander an. Im Gegenteil: Die Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Mitgliedstaaten der Währungsunion driftete auseinander.

Unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der späten 1990er und frühen 2000er Jahre fielen die volkswirtschaftlichen Disparitäten im Euroraum nicht weiter auf. Das änderte sich, als nach 2007 die von den USA ausgehende Weltwirtschafts- und Finanzkrise mit aller Wucht auf Europa durchschlug und die Welt von der heftigsten Krise des Finanzsystems seit dem Börsencrash 1929 erschüttert wurde. In mancher Hinsicht war der Abgrund, in den die Finanzwelt blickte, noch tiefer und erschreckender als in der Zwischenkriegszeit: Niemals zuvor waren derart viele Großbanken weltweit fast gleichzeitig an den Rand des Zusammenbruchs geraten, so dass zwischenzeitlich die Nervenbahnen der globalen Kapitalströme und Finanzdienstleistungen vollständig funktionsunfähig zu werden drohten.

Rasch griff die Kreditklemme auf die sogenannte Realwirtschaft über. Zwischen 2008 und 2009 sank das Bruttoinlandsprodukt der entwickelten Staaten um 3,4 Prozent. Ab dem zweiten Quartal 2008 sanken in Deutschland die Exporte, vor allem im Maschinenbau und in der Automobilindustrie, um mehr als ein Drittel. Das Bruttoinlandsprodukt ging um 5,6 Prozent zurück – der schwerste wirtschaftliche Schock seit Gründung der Bundesrepublik.

Ihren Ausgang nahm die Krise auf dem amerikanischen Immobilienmarkt, doch handelte es sich keineswegs nur um ein Problem des amerikanischen – oder angelsächsi-

schen – Kapitalismus, das lediglich nach Europa exportiert wurde. Vielmehr zeigte sich seit 2007, wie engmaschig die internationalen Finanzmärkte mittlerweile miteinander verflochten waren. Neben amerikanischen profitierten auch europäische Banken wie die Deutsche Bank von Geschäften mit sogenannten Subprime-Krediten. Diese Kredite gestatteten amerikanischen Käufern ohne Vermögen oder ausreichendes Einkommen den hypothekengestützten Erwerb eines Eigenheims, wobei die entstehenden Risiken in hochkomplexen Finanzprodukten versteckt wurden.

Ein derartiges Geschäftsgebaren wurde durch die Digitalisierung des Bankgeschäfts technisch erleichtert. Politisch ermöglicht wurde es, weil spätestens seit der Jahrtausendwende die Regierungen auf beiden Seiten des Atlantiks in einer Art Überbietungswettbewerb um bessere Geschäftsbedingungen für ihre Finanzinstitute die Kreditwirtschaft radikal dereguliert hatten. Seither konnte das globale Kapital, das nicht nur durch die Petrodollars aus dem arabischen Raum, sondern auch durch die gewachsenen Sparguthaben in den älter gewordenen Gesellschaften des Westens angeschwollen war, auf der Suche nach möglichst günstigen Anlagechancen weitgehend frei flottieren. Wie ein Tanker, aus dem man die trennenden Schotten entfernt hatte, wurde die globale Finanzwirtschaft anfälliger für hohen Seegang. Als die Immobilienpreise in den USA zu fallen begannen, brach der Sturm los.

Dass Deutschland besser durch die Weltfinanzkrise kam als andere Länder, hatte mehrere Gründe. Zum einen war die Finanzdienstleistungsbranche im Verhältnis zu den Fertigungsindustrien nicht so übergewichtig wie etwa in Großbritannien mit dem dominierenden Finanzplatz der City of London oder in Irland, das einen in Relation zur restlichen Volkswirtschaft überdimensionierten Finanzsektor als Brückenkopf amerikanischer Unternehmen in der Eurozone aufgebaut hatte. Die deutschen Banken profitierten davon, dass die amerikanische Notenbank gigantische Summen in das System pumpte, um die globalen Finanzmärkte wieder flüssig zu machen und die Vormachtstellung des Dollar und der Wall Street zu sichern.

Die deutschen Exportindustrien, vor allem die Automobilbranche und der Maschinenbau, partizipierten zudem überproportional an den gewaltigen Ausgabenprogrammen, mit deren Hilfe der chinesische Staatskapitalismus durch die Krise steuerte. Im Vergleich dazu nahmen sich die Rettungspakete der Bundesregierung eher bescheiden aus; sie waren jedoch passgenau auf die Bedürfnisse der deutschen Volkswirtschaft zugeschnitten, indem sie über die sogenannte Abwrackprämie zum Kauf privater Pkw anregten oder mit Hilfe des Kurzarbeitergeldes die dringend benötigten Facharbeiter über den Wirtschaftseinbruch hinweg in den Unternehmen hielten.

Hilfreich war auch, dass die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierung allmählich griffen und der Euro mittlerweile als Exportsubvention wirkte, weil er schwächer war, als es eine nationale deutsche Währung zu diesem Zeitpunkt gewesen wäre. Im Zusammenspiel dieser Faktoren erfreute sich die Bundesrepublik für ein knappes Jahrzehnt bis 2018 eines wirtschaftlichen Aufschwungs mit hohen Exportüberschüssen, einer niedrigen Arbeitslosenquote und ordentlichen Wachstumsraten, die bei extrem niedrigen Zinsen sogar eine Konsolidierung des Staatshaushaltes gestatteten.

Anders als in früheren Hochphasen der ökonomischen Entwicklung in den 1950er und 1960er oder späten 1980er Jahren war der Exportboom der 2010er Jahre aber nicht von einer gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung begleitet. Im Gegenteil, die Atmosphä-

re war von einer Melange aus gereizter Verdrossenheit, unterdrückter Wut und latenten Verlustängsten geprägt. Die Weltfinanzkrise erschütterte das Vertrauen in den Markt, das in Ostdeutschland ohnehin schwach verwurzelt war. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf die Schattenseiten einer eng vernetzten Weltwirtschaft mit transkontinentalen Wertschöpfungsketten und eines internationalen Finanzsystems, in dem Banken mit Riesensummen aus Steuergeldern gerettet wurden und Manager exorbitante Bonuszahlungen kassierten, während Arbeitnehmergehälter nur langsam stiegen und die Mittelschichten sich unter zunehmendem Druck sahen.

Zunehmend setzte sich der Eindruck fest, dass die Ära der Globalisierung keineswegs ein neues post-ideologisches Zeitalter jenseits von Kommunismus und Kapitalismus eingeläutet hatte, sondern dass die Rede von der Globalisierung selbst ideologie- und interessengeleitet war, um dem rasanten Wandel seit 1990 Sinn zu verleihen und bestimmte Veränderungen zu befördern bzw. andere zu verhindern. Aus den publizistischen und soziologischen Selbstbeschreibungen der deutschen Gesellschaft verschwand der Optimismus. An seine Stelle traten besorgte Bestandsaufnahmen einer „Gesellschaft des radikalisierten Individualismus“ (Andreas Reckwitz), die Abstiegsängste breiter Bevölkerungskreise angesichts einer sich rasant verändernden Umwelt konstatierten. fanden.

Die Probleme einer als zunehmend polarisiert, prekär und gewalttätig empfundenen Gegenwart spiegelten sich gerade in Deutschland auch in einer Krise der europäischen Meistererzählung wider. Seit Mitte der Nullerjahre verfestigte sich der Eindruck, dass der Prozess der europäischen Integration weniger geradlinig und kontinuierlich verlief, als man in der Bundesrepublik gemeinhin geglaubt hatte. Aus der Währungsunion war keine Politische Union erwachsen, wie Kohl und Genscher sie erträumt hatten. Der Verfassungskonvent, der von Februar 2002 bis Juli 2003 unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing tagte, brachte nicht den Durchbruch zu einer europäischen Verfassung, wie sie Außenminister Joschka Fischer in seiner Rede an der Berliner Humboldt-Universität im Mai 2000 vorgeschwebt hatte, weil die französischen und niederländischen Wähler das Vertragswerk in zwei Volksabstimmungen im Frühjahr 2005 ablehnten.

Der Vertrag von Lissabon, zu dem sich die Mitgliedsländer 2007 zusammenrauften, griff zwar auf Versatzstücke des Verfassungsvertrags zurück, markierte aber auch den Abschied von bundesstaatlichen Fernzielen. Damit ging die Erkenntnis einher, dass die intergouvernementale Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten die Politik in der EU auch weiterhin wesentlich mitbestimmen würde.

In der Weltfinanzkrise 2008/09 war diese Tatsache insofern entscheidend, als die europäischen Regierungen sich schwerer taten als die USA, schnell und geschlossen zu reagieren. Anders als erhofft hatten sich die Wirtschaftsmodelle in der Eurozone einander nicht angeglichen. Im Gegenteil: Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsaussichten der verschiedenen Mitgliedstaaten der Währungsunion waren immer weiter auseinandergedriftet.

Die Malaise des Euro war auch deswegen so hartnäckig, weil aufgrund unterschiedlich vorgeprägter nationaler Denkweisen weder über die Ursachen der Probleme noch über mögliche Auswege und wünschenswerte Zukunftsszenarien Einigkeit zu erzielen war. Die föderale Tradition Deutschlands sah ein verbindliches Regelwerk als Rahmen der Konfliktaustragung in einem heterogenen Gemeinwesen vor. Frankreichs zentralstaat-

liches Erbe präferierte hingegen die Flexibilität und Handlungsfähigkeit einer starken Exekutive im Dienst des Allgemeinwohls. Für die ordoliberale Schule der deutschen Volkswirtschaftslehre war der Grundsatz der Haftung wichtig. In der französischen Denkweise blieb die revolutionäre Parole der Solidarität der Starken für die Schwachen bestimmend. Französische Ökonomen interpretierten die Schulden von Banken oder Staaten eher als vorübergehende Liquiditätsprobleme, die durch Interventionen des Staates überwunden werden konnten. Ihre deutschen Kollegen tendierten dazu, die Solvenz der betreffenden Institute oder Länder in Frage zu stellen.

Daraus ergaben sich in Krisensituationen gegensätzliche Handlungsempfehlungen: im deutschen Fall für Sparmaßnahmen, um grundlegende Verhaltensänderungen zu bewirken; die französische Seite plädierte gegen scharfe Einschnitte, die Liquiditätsschwierigkeiten verschlimmern und tatsächliche Insolvenzen erst herbeiführen würden. Auch anglo-amerikanische Ökonomen schenkten Haftungsfragen weniger Aufmerksamkeit und forderten in Krisenlagen das tatkräftige Eingreifen des Staates. Sie lagen damit in wichtigen Streitfragen der Eurokrise näher bei der französischen als bei der deutschen Position.

Infolge dieser Unterschiede konnte man sich innerhalb der Eurozone weder auf Regularien für das temporäre Ausscheiden insolventer Staaten einigen, noch gelang es, die Währungsunion durch eine Fiskal- oder Bankenunion zu flankieren. In Ermangelung einer konsens- und handlungsfähigen Institutionenordnung zog sich die Staatsschuldenkrise so lange hin, bis sie mit einer weiteren existenziellen Herausforderung für die EU zusammenfloss: einer großen Fluchtbewegung aus dem Krisenbogen von Kabul bis Casablanca.

Zu den wichtigsten Kollateralschäden dieser Flüchtlingskrise zählte der Austritt Großbritanniens aus der EU. Zwar hatte der Brexit viel weiter zurückreichende Ursachen in der britischen Innenpolitik, zumal in der zunehmend euroskeptischen Entwicklung der Konservativen Partei. Dennoch spielte das Migrationsthema eine zentrale Rolle im Referendumswahlkampf, der im Frühjahr und Sommer 2016 vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise ausgefochten wurde. Die enormen Schwierigkeiten, die sich die EU in der Flüchtlingsfrage selbst bereitete, wurden auf den britischen Inseln genau registriert. Die Austrittsbefürworter gewannen den Eindruck, dass einige Länder die Kontrolle über die Sicherung ihrer und damit auch der europäischen Grenzen verloren hatten.

Welchen Anteil die Flüchtlingsthematik an dem knappen Ausgang des Referendums (52:48 Prozent) genau hatte, wird nie exakt zu beziffern sein. Fest steht aber, dass die Auswirkungen des Brexits auf die EU enorm waren. Auch wenn der Austritt nicht, wie zunächst von einigen befürchtet, Schule machte und andere Länder animierte, die Union ebenfalls zu verlassen, brachte er doch Dynamik und Statik des europäischen Einigungsprozesses aus dem Lot. Die EU verlor den Nimbus positiver Unausweichlichkeit. Sie wurde zu einem Club, in den man nicht nur eintreten, sondern aus dem man auch austreten konnte.

Außerdem verschoben sich die Gewichte im EU-Ministerrat. Die sorgfältige Balance zwischen eher ordnungspolitisch-liberal ausgerichteten Ländern um Deutschland und Großbritannien und stärker protektionistisch-interventionistisch orientierten Staaten ging verloren. Die EU tat einen großen Schritt hin zur Reduktion auf einen wirtschaftlich und fiskalisch festgezurrten, engeren Euroraum mit süd- und westeuropäischer Schlagseite.

Die Rolle des Wächters über Haushaltsdisziplin und Ausgabenbegrenzung, die bis dahin vor allem die Briten eingenommen hatten, übernahm eine Gruppe kleinerer Staaten um Österreich, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Finnland, der allerdings die wirtschaftliche und politische Schlagkraft Großbritanniens fehlte.

Die Verschiebung der Gewichte zeigte sich ganz deutlich in der Antwort, welche die EU auf die Corona-Pandemie gab. Covid-19 verbreiterte die Kluft zwischen den Ländern im Norden, die erwarteten, glimpflicher durch die Krise zu kommen, und südeuropäischen Staaten wie Italien, Spanien oder Portugal, die besonders heftig getroffen waren. Um der Spaltung entgegenzuwirken, verständigte man sich im Sommer 2020 auf einen gigantischen Wiederaufbaufond in Höhe von 750 Milliarden Euro, der erstmals nicht aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten finanziert wurde, sondern aus Zuschüssen und Krediten bestand.

Aus Sicht der Bundesregierung handelte es sich zwar um eine einmalige Kraftanstrengung, um den am stärksten betroffenen Ländern wieder auf die Beine zu helfen und die Disparitäten zwischen Deutschland und Südeuropa nicht noch größer werden zu lassen. In Paris, Rom, Madrid und Brüssel ging man eher davon aus, dass es unter dem Druck der Krise und mit dem Appell an Solidarität und Mitgefühl gelungen war, die Deutschen über ihren Schatten springen zu lassen, endlich einer förmlichen und permanenten Transferunion zuzustimmen. Das Mittel der Wahl nannte man zwar mit Rücksicht auf die damalige Bundeskanzlerin nicht Eurobonds (weil Angela Merkel das für ihre Lebenszeit ausgeschlossen hatte). Aber de facto liefen die Corona-Bonds aus französischer, italienischer oder spanischer Sicht doch ziemlich genau darauf hinaus.

Unterstützt wurde der Eindruck einer auf Dauer und Ausbau angelegten Schuldengemeinschaft durch die auch in Deutschland zu vernehmende Rede von einem „Hamilton-Moment“ der europäischen Geschichte. Die Formulierung, die etwa auch der damalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz gebraucht hatte, zielte gleichsam auf die fiskalische Grundsteinlegung eines europäischen Staates – in Analogie zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika durch Begründung einer gemeinsamen Staatsschuld im Jahr 1790.

Kritiker dieser Sichtweise verwiesen auf die Folgeprobleme der Schuldenföderalisierung in den USA. Sie konstatierten, die von Alexander Hamilton als US-Finanzminister vorangetriebene Fiskalunion habe sich „nicht als Bindemittel, sondern als explosiv“ erwiesen. Sie habe die Gläubiger in falscher Sicherheit gewiegt und zu übermäßig riskanten Investitionen verführt – mit dem Effekt, dass die entstandene Blase in der zweiten Hälfte der 1830er Jahre geplatzt sei. Zudem hätten der jungen Republik nicht nur handlungsfähige Institutionen zur Absicherung einer gemeinsamen Staatsschuld gefehlt, sondern auch ein Konsens (zwischen Nord- und Südstaaten) über gemeinsame Werte als moralische Grundlage der Union.

Die Europäer, so diese Kritiker, fänden heute Gefallen am praktischen Aspekt von Hamiltons Argumentation – also der Vorstellung, dass sich durch eine Vergemeinschaftung der Schulden günstigere Kredite aufnehmen lassen könnten. Eine Antwort auf die Frage der politischen Institutionen oder der gemeinschaftlichen Tugend der Bürger, die für Hamilton entscheidend war, hätten sie allerdings nicht gefunden.

Für die Europäische Union sind daher in den unterschiedlichen Sichtweisen auf Funktion, Dauer und Wesen der Corona-Bonds neue politische Konflikte vorprogrammiert: *in-*

nerhalb der Bundesrepublik zwischen Befürwortern einer weitergehenden europäischen Integration im fiskalischen Bereich und Verfechtern strikterer Haushaltsdisziplin auf nationaler Ebene, aber vor allem auch *zwischen den verschiedenen Mitgliedsländern der EU und der Eurozone*, in erster Linie zwischen den stabilitätsorientierten Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen im Norden und den Staaten mit defizitärer Leistungsbilanz im Süden des Kontinents, die auf eine lange Geschichte der Schuldenbereinigung durch Inflationierung zurückblicken.

Hat der Euro angesichts derartiger Konstellationen und Konfliktlagen eine Zukunft? Die Antwort lautet vorerst ziemlich eindeutig: „auf absehbare Zeit, ja“. Kein politischer Akteur in irgendeinem Land der Eurozone, der sich auch nur halbwegs in Sichtweite von Regierungsverantwortung befindet, macht sich derzeit für eine Abschaffung des Euro stark. Die Risiken und Folgekosten wären einfach zu groß.

Die interessantere Frage lautet daher: Welche Zukunft hat der Euro? Wird er eine starke oder schwache Währung? Wird sich die Eurozone perspektivisch auf alle Mitgliedsländer der Europäischen Union ausweiten oder bleibt die EU ein Flickenteppich von Zonen unterschiedlicher Verdichtung? Besitzt die gemeinsame Währung die Kraft zum Nukleus einer vertieften Integration in Richtung auf einen europäischen Bundesstaat zu werden, oder wird er zum Spaltpilz, weil sich die beteiligten Länder nicht auf eine gemeinsame Währungspolitik verständigen können?

Um Antworten auf diese Fragen näherzukommen, hilft es vielleicht, noch einmal die drei Leitperspektiven in Erinnerung zu rufen, die sich durch meinen Vortrag gezogen haben: die weltwirtschaftliche Dimension, die nationalen Prägekräfte und die europäische Geopolitik. Leider legen diese drei Sichtachsen eher unterschiedliche Zukunftsprognosen nahe.

Aus weltwirtschaftlicher Perspektive wäre zunächst darauf hinzuweisen, dass die Inflation im Gefolge der Covid-Pandemie und des russischen Überfalls auf die Ukraine kein exklusives Problem der Eurozone ist, sondern ein weltweites Phänomen. Die Unterbrechung der globalen Lieferketten, die enormen staatlichen Hilfszahlungen und die stark steigenden Rohstoffpreise haben insbesondere auch in den USA die Geldentwertung massiv angeheizt und die FED zu einer Wende in der Zinspolitik veranlasst, die nicht ohne Auswirkungen auf den Euro bleibt. Die Frage ist, inwieweit bzw. wie weit sich die EZB dem Druck einer Hochzinspolitik der FED entziehen kann – oder etwas anders formuliert: wie sehr die EZB als Zentralbank des Staatenverbundes EU der Zentralbank eines Staates wie den USA ähnelt oder eben nicht.

Denn – und damit wäre ich bei meinem zweiten Gesichtspunkt – die national vorgeprägten Argumentationsmuster und Wahrnehmungsweisen innerhalb der EU haben sich seit den ersten Diskussionen über eine europäische Gemeinschaftswährung erstaunlich wenig gewandelt: Blickt man zurück auf die mehr als ein halbes Jahrhundert andauernden Debatten vom Werner-Plan 1970 über die Einführung des EWS 1979, den Vertrag von Maastricht 1992 und die Einführung des Euro bis zur europäischen Staatschuldenkrise seit 2010, so fällt auf, wie wenig sich eigentlich verändert hat.

Die deutsche Position blieb und bleibt auf den rechtlichen und institutionellen Rahmen fixiert. Sie folgt einem Primat der Stabilität und setzt auf fachliche Expertise statt politischer Anleitung. Prägende historische Erfahrungen sind die lange föderalistische Tradition und das Trauma der Geldentwertung nach zwei verlorenen Weltkriegen im

„Jahrhundert der Inflationen". In den französischen Vorstellungen hingegen hat die Sozialpolitik Vorrang vor der Währungspolitik, um einen Primat der „Politik" gegenüber der „Wirtschaft" zu sichern und der universalistischen Zivilisations- und Fortschrittsidee der Französischen Republik mit ihrem Leitgedanken zentralstaatlicher demokratischer Kontrolle und Legitimation gerecht zu werden.

In Deutschland hält die Ampelregierung (noch?) an der Idee der Schuldenbremse fest. Und auch andere Staaten des europäischen Nordens und Nordwestens pochen weiterhin auf eine sparsame Haushaltsführung. In den südeuropäischen Staaten hingegen liegt eine Schuldenbereinigung durch Inflationierung nicht nur im nationalen Interesse, sondern durchaus auch in der Tradition der eigenen Geldpolitik. Hier sind weitere Konflikte vorprogrammiert.

Ob die geopolitische Herausforderung durch die russische Expansions- und Aggressionspolitik in Osteuropa dazu beiträgt, diese Konflikte zu begrenzen, oder ob sie umgekehrt zu neuen Spannungen oder gar Zerwürfnissen innerhalb der EU führt, ist wahrscheinlich die wichtigste, womöglich entscheidende Frage für die nähere Zukunft des europäischen Einigungsprozesses. Auch wenn sich die EU bisher einiger gezeigt hat, als man befürchten musste, scheint mir die Antwort auf diese Frage noch völlig offen. Absehbar ist hingegen eine gewisse Verlagerung der Dreh- und Angelpunkte europäischer Politik in Richtung Osten – nach Polen, ins Baltikum und auf den Balkan.

Zu dieser absehbaren Verschiebung der Kraftzentren trägt auch bei, dass sowohl Deutschland mit einer fragilen Drei-Parteien-Konstellation nach dem Abgang von Angela Merkel als auch Frankreich mit einem Präsidenten, dem seit Juni 2022 eine Mehrheit im Parlament fehlt, deutlich geschwächt sind und sich schwertun werden, die angestammte Führungsrolle des französisch-deutschen Tandems fortzuführen bzw. wiederaufzunehmen. Damit verschieben sich die Gewichte innerhalb der EU tendenziell eher weg von der Eurozone mit ihren süd- und westeuropäischen Schwerpunkten. Die Zukunftsaussichten des Euro bleiben deswegen auf absehbare Zeit weiter eingezwängt zwischen den weitreichenden politischen Zielen der EU und den eher geringen Spielräumen, die geopolitische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen lassen.

Der Vortrag wurde am 27. Juni 2022 gehalten.

Dominik Geppert

„Geschichte ist etwas, was unmittelbar das eigene Leben berührt.“

Michael Gehler: *Wir beginnen unser Gespräch immer mit einer Frage zum persönlichen Werdegang. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrer Ausbildung und Ihrem Studium sagen?*

Dominik Geppert: Ich bin Jahrgang 1970, geboren in Freiburg im Breisgau in der südwestlichen Ecke der Bundesrepublik Deutschland. Meine Familie kommt von der Rheinschiene, väterlicherseits aus dem Südbadischen und mütterlicherseits vom Niederrhein. Mitte der 1970er Jahre hat es meine Eltern, meine Schwestern und mich nach West-Berlin verschlagen, so dass ich gelernter und sozialisierter West-Berliner bin. Ich bin dort zur Schule gegangen und habe angefangen zu studieren, also Schule im West-Berlin des Kalten Krieges und Studium im vereinigten Berlin der 1990er Jahre mit dem Abschluss 1996. Ich habe in Berlin an der Freien Universität promoviert. Es war damals noch so: die „alten“ West-Berliner blieben oft an der Freien Universität, die „alten“ Ost-Berliner gingen häufig an die Humboldt-Universität, und wer von anderswo nach Berlin kam, ging meistens an die Humboldt-Universität. Das hat sich mittlerweile sehr durchmischt. Das Schöne daran war, dass man die drei Berliner Hochschulen – wenn man die Technische Universität noch dazurechnet – kombinieren und an allen drei Standorten Geschichte studieren konnte. Ich war bei Heinrich-August Winkler an der HU für ein Seminar. Alte Geschichte habe ich sehr viel bei Alexander Demandt an der FU gehört. Bei Arnulf Baring war ich studentische Hilfskraft und wissenschaftlicher Mitarbeiter. Promoviert habe ich im Jahre 2000 mit einer Arbeit über Margaret Thatcher. Als Abschluss der akademischen Ausbildung bekam ich die Chance, fünf Jahre als Post-Doc nach London ans Deutsche Historische Institut (DHI) zu gehen. Ich habe dort meine Habilitationsschrift geschrieben und bin 2006 habilitiert worden.

Jörg Heinrich: *Was führte Sie zum Studium der Geschichte?*

Dominik Geppert: Ich habe Abitur gemacht im Jahr 1989/90 in West-Berlin während der revolutionären Umbruchzeit. Ich würde sagen, dass ich ziemlich sicher deswegen Geschichte studiert habe. Geschichte war und ist für mich etwas, das unmittelbar das eigene Leben berührt. Es gibt dramatische Beschleunigungsphasen von Geschichte und langsame strukturelle Veränderungen. Aber es gibt eben auch diese Phasen, in denen sich die Perspektiven verschieben, sich neue Horizonte auftun und sich die Verhältnisse dramatisch verändern. Das war das Gefühl, mit dem ich das Geschichtsstudium begonnen habe. Mein Berufswunsch war zu diesem Zeitpunkt, in Richtung Journalismus zu gehen. Ich habe dieses Metier parallel betrieben, aber daneben auch ernsthaft studiert. Nebenher habe ich immer geschaut, dass ich journalistisch erste Spuren hinterlasse. Ich habe Artikel

geschrieben und Praktika gemacht, war Stipendiat des Instituts zur Förderung publizistischen Nachwuchses, einer katholischen Journalistenschule.

Wie man so mit dem Studium beginnt, habe ich mit der Alten Geschichte angefangen, mich aber dann sehr schnell auf die Zeitgeschichte konzentriert, weil ich gemerkt habe, dass es das ist, was mich am meisten interessiert. Die Nebenfächer wurden eher so mitgenommen. Ich würde mich beispielsweise keinesfalls als Philosophen bezeichnen. Meine Magister-Abschlussprüfung (über Machiavelli) habe ich bei Peter Furth abgelegt, dem Doktorvater von Rudi Dutschke. Bei den Juristen habe ich vor allem Staats- und Völkerrecht studiert, was einem als Historiker sehr hilft, später auch Rechtssoziologie.

Deborah Cuccia: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende Lehrer oder auch politische Vorbilder?*

Dominik Geppert: Prägend ist die Schule gewesen. Politische Vorbilder fallen mir eigentlich nicht ein. Meine Familie kam aus dem Westen und war katholisch geprägt. Ich war auf einer Jesuiten-Schule, dem Canisius-Kolleg. Unsere Lehrer sagten dazu immer: „Der letzte Kasten vor Moskau.“ Sie lag an der Tiergartenstraße in Berlin in der Reihe der alten Achsen-Mächte-Botschaften. Da war die japanische Botschaft, die italienische Botschaft und die alte Krupp-Residenz. In der Krupp-Residenz hatten die Jesuiten 1945 die Schule wieder aufgemacht, die 1940 als Gymnasium am Lietzensee von den Nazis geschlossen worden war, wo unter anderem Rainer Barzel Schüler war. Ich bin dort in den 1980er Jahren sehr gerne zur Schule gegangen. Was die jesuitische Erziehung anlangt, bestand diese vor allem in einem religiösen Wertefundament, einer gründlichen humanistischen Bildung und der Schulung rationalen Argumentierens. Das war für mich eine sehr prägende Kombination. Lange nach meiner Schulzeit sind auch Schattenseiten offenbar geworden, als Rektor Klaus Mertes dort als erster einen Missbrauchsskandal an einer katholischen Schule in Deutschland thematisiert hat. Wir waren der erste Jahrgang, der angefangen hat, nachdem die Täter aus dem Verkehr gezogen worden sind. Was mich im Nachhinein sehr nachdenklich gemacht hat, ist der Umstand, dass uns Schülern seinerzeit so im Halbbewusstsein klar war, dass mitschwang und bekannt war, dass da etwas nicht gestimmt hatte. Man hat aber nicht genauer hingeschaut beziehungsweise hingedacht. Wir waren selber ja auch nicht tangiert. Ich habe dort jedenfalls eine rundum positive Schulbildung erfahren.

Jörg Beining: *Was führte zur Wahl Ihrer Dissertation und welche Ergebnisse brachte sie hervor?*

Dominik Geppert: Ich habe über die Oppositionszeit Margaret Thatchers promoviert, also zur Grundlegung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Programmatik in der Zeit der 1970er Jahre. Die Arbeit ist in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entstanden. Hintergrund war der damals sehr stark empfundene Reformstau der ausklingenden Ära Kohl. Mich hat interessiert, wie und mit welchen Konsequenzen anderswo ein solcher Reformstau aufgelöst wurde. Das führte als naheliegendes Beispiel ins Großbritannien der 1970er Jahre, wo der Thatcherismus und die Politik Thatchers genau das geschafft hatten. Das war, nur 20 Jahre nach den Ereignissen, für eine zeitgeschichtliche Erforschung relativ

früh. Die Akten waren noch nicht alle frei. Ich habe zum Teil mit Parteiakten gearbeitet, zum Teil aber auch mit veröffentlichtem Material. Ich hatte das Glück, dass mein Thema für die Forschung zunehmend relevant wurde, als ich schon fertig war. Interessiert hat mich insbesondere die Kombination einer starken politischen Persönlichkeit mit ihrem Umfeld der *think tanks*, der Denkströmungen, der Parteitradition in einem politischen System mit Mehrheitswahlrecht. All diese Faktoren stimmig zusammenzubringen, ist die Herausforderung gewesen.

Jörg Heinrich: *Was führte zur Wahl Ihrer Habilitation und welche Ergebnisse brachte sie hervor?*

Dominik Geppert: Wenn man sich entscheidet, nach der Promotion wissenschaftlich weiterzuarbeiten, als Mensch mit Anfang dreißig, ist auch etwas karrierestrategisches Denken und Handeln notwendig. Zum einen, wenn man aus dem Bereich der Zeitgeschichte kommt, nicht nochmal in die gleiche Richtung zu gehen, sondern eine andere Epoche zu wählen, Aktenstaub zu fressen, wie die Kollegen sagten. Ich hatte, wie gesagt, die Gelegenheit, ans DHI nach London zu gehen, was großartig war. Eine Fünf-Jahres-Post-Doc-Stelle in der britischen Metropole Anfang der 2000er Jahre – das war etwas Wunderbares und ein großes Glück. Zweimal ein britisches Thema zu wählen, war allerdings nicht ganz unproblematisch, wenn man an einer Universität eine Stelle finden wollte. So habe ich ein Thema gesucht, das deutsche und die britische Geschichte zusammenbrachte. Was mich, auch vor dem Hintergrund meines eigenen Werdeganges und meiner eigenen Erfahrungen, interessierte, war die Veränderung von Außenpolitik und Diplomatie unter dem Einfluss einer sich rapide wandelnden Medienlandschaft. Das war wieder, wenn man so will, ein aktueller Anlass. Die 2000er Jahre waren der Anfang des Internets und der sozialen Medien. Wir erlebten eine Kommunikationsrevolution. Und ich untersuchte die Jahre um 1900, die ebenfalls eine enorme Beschleunigung der Kommunikation durch Telegraph, Telefon und eine sich professionalisierende Tagespresse mit sich gebracht hatten, auch die Anfänge der Boulevardpresse. Meine Frage lautete, wie sich das alles auf die Diplomatie ausgewirkt hat, speziell auf das deutsch-britische Verhältnis.

Michael Gehler: *Welche prägenden akademischen Lehrer hatten Sie und welchen Einfluss hatten diese auf Ihre spätere Laufbahn?*

Dominik Geppert: Ganz sicher war das der schon erwähnte Arnulf Baring, dessen letzter wissenschaftlicher Mitarbeiter ich war. Er war Jurist, hatte sich in Politikwissenschaft habilitiert und landete am Ende bei den Historikern an der FU. In dem, was er machte, war er immer zwischen diesen verschiedenen Welten angesiedelt. Er war auch stark publizistisch unterwegs, was mich anzog. An ihm habe ich die intellektuelle Neugierde und seinen seismographischen Sinn für historisch-politische Veränderungen geschätzt. Baring stellte Fragen. Er wollte wissen. Er war ein sehr zugewandter und im Wortsinne anregender akademischer Lehrer, der sich für Methodik, Theorie und diese Dinge null interessierte. Aus dem Umfeld von Baring sind typischerweise nur Wenige in der Wissenschaft gelandet. Viele seiner Schüler sind, zum Teil sehr erfolgreich, in den Journalismus

gegangen. Das war die erste prägende Gestalt für mich. Die zweite war Hagen Schulze, der mich nach London geholt hat. Beeindruckt hat mich seine akademische Offenheit. Er interessierte sich für Theorie und methodische Fragen, ohne auf eine bestimmte Schule festgelegt zu sein oder seine Mitarbeiter und Schüler darauf festzulegen. Er deckte ein sehr breites Spektrum ab, zeitlich ausgehend vom späten 18. Jahrhundert bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Ich war bei Schulze lange der einzige Zeithistoriker. Unter ihm habe ich Interesse und Sinn entwickelt für die längeren Linien der Geschichte. Ich habe ein wenig bei dem großen Projekt über die Erinnerungsorte mitgetan. Über Schulze angeregt, haben mich Fragen der Nations- und der Staatsbildung sowie das Verhältnis von Nation und Staat beschäftigt. Das waren prägende Einflüsse. Beide, Baring und Schulze, waren auf ihre Weise ganz hervorragende Stilisten, die sehr gut geschrieben haben. Verständlich zu schreiben, fand ich immer wichtig. Das versuche ich auch meinen eigenen Mitarbeitern zu vermitteln: „Schreibt reflektiert und präzise, aber möglichst nicht im Jargon der Sozialwissenschaften."

Deborah Cuccia: *Was würden Sie jungen Leuten raten, wenn diese eine akademische Laufbahn einschlagen wollen?*

Dominik Geppert: Nach meiner Erinnerung sind alle, die ich kennengelernt habe und die im ersten Semester gesagt haben, sie wollten Professor werden, genau das nicht geworden. Ich habe selber immer Schritt für Schritt für mich und auch für meine Schüler gesagt: „Schreibt die Bachelor-Arbeit, schreibt die Master-Arbeit und schaut, wie das läuft. Wenn Ihr den Eindruck gewonnen habt, das reizt Euch und Ihr würdet gerne mehr machen, dann probiert eine Promotion! Wenn Ihr nach vier Jahren an einem Thema immer noch mit Spaß alleine am Schreibtisch sitzt und es Euch gründlich überlegt habt, dann kann man weiterdenken." Ich würde immer raten, bis zum Abschluss der Promotion einen Plan B zu haben. Eine akademische Karriere ist unwägbar. Wenn man dabeibleibt, dann muss man sich auch sagen: „Jetzt wage ich den Sprung." Wenn man den Post-Doc anstrebt, steht das Ziel fest. Dabei muss man sich auch bewusst sein, dass man mit Durststrecken und den Möglichkeiten des Scheiterns konfrontiert wird. Das ist eine wichtige Entscheidung, wo viel Persönliches hinzukommt. Macht der Partner oder die Partnerin mit? Wie sieht es familiär aus? Dann wird es ernst.

Michael Gehler: *Wann ist Europa für Sie als Historiker und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich als ein politisches Projekt wahrnehmbar geworden?*

Dominik Geppert: Ich habe vor unserem Gespräch noch nie intensiv über diese Frage nachgedacht. Wenn ich jetzt darüber nachdenke, würde ich sagen, durch meine West-Berliner Sozialisation war für mich die europäische Einigung wahrscheinlich stärker mit der allgemeinen Westbindung und dem Kalten Krieg verbunden als das für Leute meines Jahrgangs in Bonn, München oder anderswo der Fall gewesen sein dürfte.

Der Fall der Mauer war das prägende Bildungserlebnis meiner Jugend. Ich habe danach in den 1990er Jahren studentische Exkursionen durch Ostmitteleuropa nach Polen, Russland, in das Baltikum und in die Ukraine mitgemacht. Wir sind nach Lemberg und auf die Krim gefahren. Die Entdeckung Ost- und Ostmitteleuropas durch Exkursionen

vor dem Hintergrund der Debatte um die Erweiterung Europas nach Ostmitteleuropa zu dieser Zeit war eine wichtige Bewusstseinsprägung. Das politische Projekt Europa ist mir durch diese Rückkehr nach Europa seitens der Ostmitteleuropäer – sie nennen sich ja selber aus gutem Grunde zum Teil Mitteleuropäer – sehr deutlich und bewusst geworden. Die emotionale Bindung und Aufladung des westeuropäischen Einigungsprojekts (nicht das intellektuelle Verständnis, das habe ich natürlich vorher schon in der Schule und im Studium gelernt), aber die emotionale Seite ist mir erst in Bonn zur Zeit meiner Professur dort so wirklich deutlich geworden. Wieviel da gefühlsmäßig dranhängt, wird einem im Rheinland klarer als in Berlin. Ich habe das nachvollzogen und mitvollzogen. Aber meine eigene Prägung ist anders gewesen.

Michael Gehler: *Zusatzfrage: Sie haben den Mauerfall in Berlin persönlich erlebt. Wie empfanden Sie das? Das würde ich gerne geschildert bekommen, weil es doch ein einschneidendes Ereignis und Erlebnis war. Welche Erinnerungen haben Sie an den 9. November? Wann und wie haben Sie diesen Tag erfahren?*

Dominik Geppert: Ich habe relativ genaue Erinnerungen daran. Wir haben abends mit meinen Eltern die SFB-Abendschau geschaut und die Pressekonferenz von Günter Schabowski gesehen. Wir haben dann relativ spontan entschieden, an einen der innerstädtischen Grenzübergänge, an die Bornholmer Straße, zu fahren. Wir haben eine gute halbe Stunde mit dem Auto gebraucht. Bis wir dort waren, war es gegen 21 oder 21 Uhr 30. Da war schon richtig was los. Es waren diese Bilder, die wir alle kennen. Die Trabis kamen rübergefahren und es wurde auf die Autos geklopft. Wir sind auf die Mauer gestiegen und haben rübergeschaut. Im späteren Verlauf des Abends hat es sich so ergeben, dass die Leute aus West-Berlin jeweils Menschen aus Ost-Berlin gleichsam an die Hand genommen haben und mit ihnen irgendwohin in den Westteil der Stadt gefahren sind. Wir hatten ein Zahntechnikerpärchen vom Rosenthaler Platz unter unsere Fittiche genommen. Ich habe sie später nie wieder gesehen. Wir haben den Abend gemeinsam mit ihnen verbracht. Sie wollten an den Kudamm. Es war nach 1 Uhr, als wir dort ankamen. Wir waren frappiert, dass die Kneipen alle schon dicht machten. Da ging die Mauer auf und wir kamen nirgendwo mehr rein. Dann waren wir in den Uhland-Passagen. Dort gab es so eine fürchterlich überzüchtete Bar mit Gold und Klimbim. Es war so das Letzte, was wir diesen Ost-Berlinern eigentlich zeigen wollten. Dort haben wir dann gemeinsam einen Sekt getrunken, angestoßen und sind nach Hause gefahren. Sie wollten noch bleiben. Dann kam der etwas unangenehme Moment, als man sich gefragt hat: „Kann man ihnen eigentlich etwas Geld geben, damit sie ein Taxi nach Hause nehmen können?“ Das haben wir gemacht. Das war mein 9. November. Ich habe am nächsten Tag die Schule geschwänzt, weil es spät geworden war. Der Rest meines Jahrgangs ist am nächsten Tag auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor gewesen. Meine Frau ist auf dem Cover vom *Time Magazin* unter den kleinen Figuren auf dem Foto vom 10. November zu sehen.

Michael Gehler: *Was haben Sie empfunden an diesem Tag?*

Dominik Geppert: Es war aufregend. Man hatte schon den Eindruck: Jetzt passiert etwas Grundlegendes, und das lässt sich auch nicht mehr umkehren. Das war ein großes

Glücksgefühl. Es war in der Umsetzung zum Teil nicht peinlich, das wäre zu viel gesagt, aber man verbringt den Abend mit Leuten, die man nicht kennt, und hat das Gefühl, man hat jetzt etwas Gemeinsames. Aber wie sich das genau in die Konversation fügte, da tastete man sich so allmählich heran. Für mich galt, in den folgenden Wochen für das Abitur zu lernen. Zugleich habe ich mich auf den Journalismus vorbereitet für die Aufnahmeprüfung der Deutschen Journalisten-Schule in München. Dort hat man mir ein Reportage-Thema zum Fall der Mauer gestellt. Zu diesem Zweck bin ich nach Ost-Berlin rübergefahren und habe einige Interviews geführt. Dort hatte ich sehr stark den Eindruck, dass irgendwie alles geht. Wenn man aus dem Westen kam und sagte: „Schülerzeitung“ oder „Journalismus aus dem Westen“ kam ich viel weiter, als ich eigentlich hätte normalerweise kommen sollen, weil völlig unklar war, wer man ist und was da nun passiert usw. Dieses Gefühl, es geht was, man kann etwas entdecken, wenn man Fragen stellt, das war in der Folgezeit sehr ausgeprägt. Den Platz an der Journalisten-Schule habe ich übrigens trotzdem nicht bekommen.

Michael Gehler: *War zu dieser Zeit eigentlich schon klar, dass die deutsche Frage ins Rutschen gerät und die Einigung bevorsteht oder war man noch weit davon entfernt?*

Dominik Geppert: Das sind jetzt Fragen, bei denen man aufpassen muss, dass sich bei einem nicht die Erinnerung verschiebt. Ich würde Folgendes sagen: Es war etwas geschehen, was nicht mehr umkehrbar ist. Diesen Eindruck hatte ich schon sehr stark. Ob das in eine staatliche Einigung übergeht, das ist in den folgenden Wochen noch sehr unklar geblieben.

Michael Gehler: *Wir beenden jetzt diesen Exkurs zum 9. November und gehen weiter in unserem Fragenkatalog vor.*

Jörg Beining: *Wie erklären Sie sich, dass in Deutschland universitäre Integrationshistoriker immer noch ein Minderheitenphänomen zu sein scheinen, um nicht zu sagen ein Schattendasein fristen, wenn man z. B. auch an die geringe Zahl von Jean Monnet-Chairs für Europäische Geschichte in Deutschland denkt, obgleich Deutschland ein Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaften war und als Lokomotive der Integrationspolitik agierte?*

Dominik Geppert: Ich fange mal andersherum an und würde sagen, man erlebt gegenwärtig ein sehr großes und wachsendes Interesse an der Auseinandersetzung mit der europäischen Integration. Ich erkläre mir das in Teilen so, dass die Krisenhaftigkeit des Prozesses das wissenschaftliche Interesse geweckt hat. Es ist die Offenheit des Geschehens. Eine Frage lautet ja inzwischen schon: Mehr Integration oder Desintegration? Eine weitere: Wohin führt das eigentlich? Es ist also der Fragenkomplex der Uneindeutigkeit und Unklarheit, der zurzeit historisches Interesse weckt. Jedenfalls würde ich das so sehen. Anders weitergedacht: Die bisherige Wahrnehmung der europäischen Integration hat diese als einen sehr technischen Prozess erscheinen lassen, letztlich ein teleologischer Prozess, dessen Ende feststeht, jedenfalls normativ. Das Ganze erschien womöglich auch deswegen etwas langweilig, technokratisch und wenig ergiebig. Das ist aber ein falscher

Eindruck gewesen. Wir wissen inzwischen alle, wie aufregend auch die frühere Phase der europäischen Integration gewesen ist, aber die Sichtweise darauf scheint durch diese Festgelegtheit präjudiziert gewesen. Ich erinnere mich: Als ich Schüler war und auch noch am Anfang des Studiums stand, da lautete die vorherrschende Meinung, dass wir uns auf einen europäischen Bundesstaat zubewegen. Das sei sozusagen alles vorgedacht und ausgedacht. Jetzt müsse es eben nur noch umgesetzt werden.

Jörg Heinrich: *Wie ist die westeuropäische Integration für Sie zu erklären?*

Dominik Geppert: Bei meinem Blickwinkel ist es stark die Zusammenschau von Kaltem Krieg und westeuropäischer Integration als Teil der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, also der westlichen Verteidigungsanstrengung im Kalten Krieg mit der Sowjetunion und dies nicht operativ. Operativ war die Europäische Gemeinschaft gerade nicht mit diesen Fragen beschäftigt nach dem Scheitern der EVG 1954, aber sozusagen strategisch von den großen Kräften, die wirkten, würde ich das so sehen. Der zweite Aspekt besteht sicherlich darin, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Die Stichworte lauten: Phönix aus der Asche, zwei Weltkriege sind genug und deshalb das Friedensprojekt Europa angehen. Ein dritter Punkt wäre meiner Auffassung nach die Eigendynamik historischer Prozesse, d. h. wie sich Prozesse fortentwickeln, wenn sie einmal auf die Schiene gesetzt und von verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen befeuert werden. Was manchmal unterschätzt wird, ist die rechtliche Dimension dieser Eigendynamik, wobei wir nicht nur an den EuGH als Akteur und Gestalter denken sollten. Es ist auch der Charakter der EG als Rechtsgemeinschaft, der, wie wir heute wissen, prekärer und problematischer ist, als man ursprünglich gedacht hat.

Michael Gehler: *Wie würden Sie das gemeinschaftliche Europa der EU definieren? Ich habe gestern darüber nachgedacht, welche Werte wir hier eigentlich vertreten. Wie steht es um den Begriff der christlichen Wertegemeinschaft? Gibt es eine Verschiebung von Werten?*

Dominik Geppert: Als Historiker würde ich argumentieren, dass die Frage der Wertegemeinschaft relativ spät in der Geschichte der europäischen Einigung aufkommt. Das wird erst allmählich relevant mit der Frage der Aufnahme der ehemaligen Militärdiktaturen Griechenland, Spanien und Portugal in der ersten Hälfte der 1980er Jahre. Es startet ursprünglich mit der Vorstellung eines christlichen Abendlandes, aber es war in der DNA der Gemeinschaften nicht von Anfang an eine Wertegemeinschaft eingebaut. Eingebaut war ursprünglich die Vorstellung des deutsch-französischen Ausgleichs, die Vergemeinschaftung sensibler Bereiche wie der Montanindustrie, das (letztlich gescheiterte) Projekt des militärischen Verbunds und der nicht so folgenreiche Anlauf mit der Atomwirtschaft, die aber doch zur Zeit der 1950er Jahre als zentral angesehen worden ist. Ganz entscheidend wurden dann der Handel, der Wettbewerb und die Idee der Wirtschaftsgemeinschaft im Rahmen der EWG. Das war der eigentliche Erfolgsschlüssel von den Römischen Verträgen 1958 bis zum Binnenmarkt 1992.

Gegenwärtig rückt vor dem Hintergrund des russischen Angriffs auf die Ukraine der Gedanke einer Verteidigungsgemeinschaft wieder stärker in den Blick. Man blickt anders

auf die Probleme der 1950er Jahre, die sich in unserer Gegenwart, wenn auch in anderem Gewand, beinahe zu wiederholen scheinen. Sicherheit und Wohlstand würde ich mit den beiden Anliegen der Verteidigungs- und der Wirtschaftsgemeinschaft verbinden. Wie das immer im Einzelnen zusammengeht oder eben nicht, das ist Teil des Prekären, mit dem wir es zu tun haben.

Deborah Cuccia: *Wann würden Sie von Kaltem Krieg in Europa sprechen und wie würden Sie die Verantwortlichkeiten für seine Entstehung und Entwicklung verteilen?*

Dominik Geppert: Ich bin nicht originell, wenn ich die Jahre 1946/47 nenne, ohne mich auf ein genaues Datum festzulegen, gefolgt von der Berlin-Blockade 1948/49. Wir erleben gerade womöglich eine Wende in unserem Blick auf die Anfänge des Kalten Krieges, weil wir die Ängste und Bedrohungsgefühle der Westeuropäer in dieser Frühphase der europäischen Einigung nun wieder besser verstehen können. Wir sind heute in Deutschland nicht mehr unmittelbar an der Front des Kalten Krieges, aber in der zweiten Reihe dahinter. Das ist das eine.

Möglicherweise haben wir auch ein besseres Verständnis für die Exzesse bspw. der McCarthy-Ära, wenn wir sehen, wie schnell wir dazu tendieren, das russische Ballett und die russische Literatur mit Putins Krieg in einen Topf zu werfen. Manches der 1950er Jahre rückt einem bedrohlich und sehr unangenehm wieder näher auf den Leib. Diese Erfahrung kann man zum besseren Verständnis der damaligen Zeit, aber vielleicht auch zu einer gewissen Kritik an den Auswüchsen unserer Gegenwart nutzen.

Michael Gehler: *Sie haben den Zusammenhang zwischen Kaltem Krieg und westeuropäischer Integration schon angedeutet. Würden Sie diesen für den gesamten Zeitraum von 1946/47 bis 1989/90 als gegeben sehen? Falls ja: Wie würde man dann Phasen der Entspannung einordnen? Wie weit war der Kalte Krieg auch Motor der Integration? Wenn ja: War dann Stalins Tod 1953 ein Einschnitt, wonach die Spannungen und Konfrontationen nachgelassen haben und damit auch die politische Integration erlahmte?*

Dominik Geppert: Ich will nicht zu oft die West-Berliner Binnenperspektive bemühen, aber ich war immer bei denjenigen, die gesagt haben, die Ära von 1947 bis 1990 ist eine Einheit. Aus meiner persönlichen Erfahrung bilden der Ost-West-Gegensatz und der Kalte Krieg einen Zusammenhang, der sich über diese gesamte Zeit erstreckt. Davon abgesehen ist es schon ein Unterschied, ob wir uns im Jahr 1952 oder im Jahr 1972 befinden, also ob man es mit einer Spannungsphase oder einer Entspannungsphase des Kalten Krieges zu tun hatte. Damit hängt auch die Frage zusammen, ob man beispielsweise eine halbwegs erträgliche Lösung für West-Berlin finden konnte als Teil der Entspannungspolitik.

Man kann rückblickend feststellen, dass die Schübe der europäischen Integration auf eine sehr komplexe Weise immer mit den Schüben des Kalten Krieges zu tun hatten. Sie sind nicht 1:1 daraus abzuleiten, aber hatten doch damit zu tun. Und sei es, dass sie wie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine Aufbruchstimmung erzeugten, die aus einer Überwindung einer Spannungsphase hervorgegangen ist und dazu genutzt werden konnte, einen europäischen Aufbruch zu bewerkstelligen. Darin besteht ein Zusammenhang, wie schon gesagt, eher auf der strategischen als auf der operativen Ebene.

Jörg Beining: *Wie ordnen Sie die KSZE und den KSZE-Nachfolgeprozess in die Geschichte des Kalten Kriegs ein?*

Dominik Geppert: Die KSZE ist das große Ziel der Sowjetunion im Zuge der Entspannungspolitik gewesen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die UdSSR einige Zugeständnisse gemacht. So haben das im Westen die allermeisten Beobachter und Experten gesehen. Diejenigen, die sagten „Wir haben strategisch ausgeklügelt auf Korb III hingearbeitet“, waren eine Minderheit. Dass dies als ein subversives Element angelegt war, stand sicherlich nicht im Vordergrund. Es ging vorrangig darum, einen modus vivendi zu finden auf dem Weg zur KSZE-Schlussakte in Helsinki. Aufgrund der Festschreibung des territorialen Status Quo aus den Kriegsgewinnen des Zweiten Weltkriegs der Sowjetunion wollte der Westen möglichst viel Positives herausholen und zwar zum einen ein geregeltes Verfahren und einen geregelten Umgang, zum anderen war konkret an Erleichterungen für die Deutschen östlich des Eisernen Vorhangs und speziell für die Berliner und West-Berlin gedacht.

Der Nachfolgeprozess der KSZE ist in fast naheliegender Weise mit sehr vielen Schwierigkeiten und Hindernissen verbunden gewesen, weil dieses große Ziel einmal erreicht war und dieser Nachfolgeprozess wie auch die deutsch-deutsche Entspannung in die Mühen der Ebene führte, weil die unterschiedlichen Interessenlagen deutlich zum Vorschein kamen.

Michael Gehler: *Wie würden Sie es sich erklären, dass diese Wiener Nachfolgekonferenz von 1986 bis 1989 doch signifikant substantiell mehr gebracht hat als die Treffen in Belgrad von 1977 bis 1979 und Madrid von 1981 bis 1983? Es scheint vordergründig so zu sein, aber es gibt auch den Gorbatschow-Faktor und die Einigung zwischen Reagan und Gorbatschow mit Blick auf den INF-Vertrag oder noch andere Gründe, die man bedenken muss. Vielleicht haben Sie hierzu noch eine spezifische Einschätzung? Die DDR-Delegation musste sich ja in Wien auf etwas einlassen, was die SED-Führung gar nicht wollte, nämlich Reise- und Visa-Freiheit zu gewähren und das bereits im Januar 1989 über das SED-Organ „Neues Deutschland“ kundzutun, d. h. das den Bürgern in der DDR mitzuteilen. Das ist im Grunde genommen die unmittelbare Vorgeschichte zu all diesen Menschenmassen, die meinten, sich aus diesem SED-Staat über Ungarn nach Österreich und in die Bundesrepublik herausbewegen zu müssen. Das ist ja in der deutschen Forschung bisher wenig beachtet worden, dass das ein relevanter Hintergrund ist.*

Dominik Geppert: Ich tue mich jetzt schwer, hierzu etwas Originelles beizusteuern, was Sie im Detail in diesem Projekt erforschen. Ich fand jedenfalls immer auffällig, wie zweigleisig die Wahrnehmung des Zustandes der Ost-West-Beziehungen wie auch der Kohäsion des Ostblocks in den Jahren 1988/89 gewesen ist. Auf der einen Seite sah man diese Erfolge und betrieb sie ja auch, etwa in Form von Reise- und Visa-Freiheit. Die Integration der DDR in den gesamtdeutschen Handel war wichtiger Bestandteil der EG. Das wurde dann im Winter 1989/90 ein wesentlicher Beitrag der Kommission zum Wiedervereinigungsprozess. Zum anderen und zugleich zeigen die Berichte bspw. des britischen Botschafters von der Jahreswende 1988/89 mit Blick auf die DDR, was man von der näheren Zukunft erwartet hat, nämlich *business as usual*, also eigentlich nichts

von Belang. In der DDR geht allmählich langsam alles den Bach hinunter, aber dass sich etwas dramatisch verändern könnte, steht nicht zur Diskussion. In genauerer Kenntnis der britischen Akten vermeint man jedoch zu spüren, dass sich einige Jahre vorher eine Änderung abgezeichnet hatte, und zwar seit Mitte der 1980er Jahre, als man realisierte, dass es eine neue Koalition in der Bundesrepublik gibt, die die nationale Frage zumindest rhetorisch wieder anfasst. In der operativen Politik ist zwar nicht sehr viel anders als zuvor. Aber in dieser Zeit fangen die Briten an, Symposien zu organisieren im Auswärtigen Amt mit den Titeln wie „Die deutsche Frage ist zurück" und „Die Deutschen sind wieder in Bewegung" usw. Das findet aber 1984/85 und nicht 1988/89 statt. Man beruhigt sich in London wieder, weil man den Eindruck gewinnt, so richtig ist der Aufbruch in Deutschland doch weder vorhanden noch ernst gemeint. Das führt etwas von der Frage weg, aber Sie hatten mich zu diesem Gedanken verleitet.

Jörg Beining: *Welchen Stellenwert hatte die NATO für die europäische Integration und wie beurteilen Sie die NATO-„Osterweiterung"?*

Dominik Geppert: Die NATO ist aus Sicht der europäischen Einigung die Ersatzlösung dafür gewesen, dass die EVG nicht zustande kam. Wenn man sich das im Detail anschaut, gibt es dafür viele wichtige Gründe und Verästelungen zu beachten. Wichtig ist die mentale Überforderung so kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, die diese Vergemeinschaftung des Militärischen auf europäischer Ebene mit sich gebracht hätte. Aus einer engeren, interessengeleiteten Sicht der Bundesrepublik war die NATO die bessere Lösung mit weniger „Diskriminierung" im Vergleich zur EVG. Der Preis, den man aus Sicht der Bundesrepublik zu zahlen hatte für die NATO-Lösung, war die Notwendigkeit des dauerhaften Ausbalancierens der Beziehungen zwischen Washington und Paris. Das hat man sich dadurch eingehandelt, es war aber die raison d'être der deutschen Außenpolitik. Das haben alle Bundesregierungen relativ gut gemeistert mit Ausnahme von Rot-Grün im Kontext des Irak-Kriegs 2003. Da geriet ein erstes Mal etwas völlig aus der Balance zwischen Paris und Washington.

Stichwort: NATO-Osterweiterung wie auch EU-Osterweiterung, wenn ich das in Klammern dazu nehmen darf. Das sind aus meiner Sicht zwei viel zu wenig besungene Heldenlieder der europäischen und westlichen Politik der Jahre nach 1990. Wir tendieren ja dazu, die Schwierigkeiten und Folgeprobleme, welche die Erweiterungen mit sich gebracht haben, etwa mit Blick auf die innere Entwicklung in Ungarn oder Polen, ins Zentrum zu stellen. Ich glaube aber, die Stabilisierung dieses ostmitteleuropäischen Projekts und der näheren Nachbarschaft der Bundesrepublik ist wichtiger. Sie ist viel zentraler, als das mitunter in Deutschland gesehen wird. Es ging darum, den Ostmitteleuropäern (und auch uns) eine Wiederholung der Zwischenkriegszeit als eine Epoche der „Ordnung ohne Hüter" (Herfried Münkler) in Europa zu ersparen. Das ist der große Erfolg der NATO-Osterweiterung. Ich würde mich daher auch auf die Diskussion, ob der Westen gegenüber Gorbatschow oder Russland wortbrüchig geworden ist, gar nicht erst einlassen wollen. Die Möglichkeit des Ausschlusses einer Erweiterung der Nato um Staaten Ostmitteleuropas, die dem Bündnis beitreten wollten, ist gegenüber Russland allenfalls auf Gesprächsebene angedeutet worden. Sie ist nie in das Stadium eines ernsthaften Verhandlungsge-

genstandes oder gar Verhandlungsangebots gelangt. Von daher gehört das Thema in den Bereich russischer Propaganda zur Legitimation des Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Michael Gehler: *Was Sie gesagt haben zu den vorletzten drei bis vier Sätzen, würde ich genauso sehen. Es waren Gespräche, die dokumentiert oder protokolliert worden sind, was Genscher zu Schewardnadse und Baker zu Schewardnadse gesagt hat. Das sind allerdings schon sehr auffällige Verwendungszusagen mündlicher Art, die man nicht einfach abtun und ignorieren kann. Es waren Vertrauensbekundungen. Sie sind aber nicht ausverhandelt, textiert und ratifiziert, d. h. völkerrechtlich nie wirksam geworden. Diese Unterscheidung ist wichtig, aber der Umstand als solcher nicht ganz ohne. Reine nachträgliche Propaganda würde ich daher nicht sagen.*

Jörg Beining: *Lohnt eine Unterscheidung zwischen altem und neuem Kalten Krieg?*

Dominik Geppert: Der große Unterschied zwischen der Sowjetunion der Zeit nach Stalin und des Hier und Heute der Gegenwart besteht darin, dass es der Russischen Föderation um Grenzrevisionen, die Nicht-Anerkennung der territorialen Ordnung und die Nicht-Einhaltung von Regeln geht, auf die sich die Sowjetunion und ihre Führung eingelassen hatten. Das verändert die Situation grundlegend. Das geht bis hin zu einem sehr viel leichtfertigeren Umgang mit dem Verweis auf das Nuklearwaffenpotenzial des heutigen Russlands im Vergleich dazu, wie die Sowjetunion damit umgegangen ist, ohne die Politik der Sowjets verklären zu wollen. Dieser grundlegende Unterschied sollte uns vorsichtig stimmen, die Begrifflichkeiten 1:1 zu übertragen.

Wir haben nicht gesprochen von der Frage der Ideologie. Natürlich ist der Kalte Krieg der Konflikt einer marxistisch-leninistischen Ideologie mit einem westlichen Demokratie- und Politikverständnis. Das ist jetzt ganz anders. Die Rede vom Kalten Krieg war immer schwierig als Metapher und vielleicht auch unglücklich. Das hat sich nur durchgesetzt, weil es ebenso klar auf ein Phänomen zielte, das konkret fassbar war. Ich wäre mit Blick auf den Begriff „neuer Kalter Krieg“ vorsichtig. Ich würde aber schon sagen, dass viele der Fragen der 1950er Jahre uns wieder entgegentreten. Ich habe mir in den vergangenen Wochen intensiver angeschaut, welche Fragen sich Adenauer zur Atombewaffnung und atomaren Verteidigung gestellt hat. Die enorme Sorge war schon vor der Amtszeit Charles de Gaulles, also vor 1958, mit der Frage verbunden, wie verlässlich eigentlich der amerikanische Atomschirm sei? Was passiere eigentlich, wenn sich die Amerikaner konventionell aus Europa zurückzögen? Welche Alternativen haben wir dann als Europäer? Das trieb Adenauer massiv um. Wir reden jetzt von den Jahren 1956/57. Diese Frage stellte sich mit der Herausforderung der Europapolitik durch de Gaulle ab 1958 noch stärker. Das sind Fragen, die uns nun wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden sind.

Michael Gehler: *Vielleicht ist die Verwendung des Adjektivs „alt“ und „neu“ eine Hilfe, um zu verdeutlichen, dass es zwei unterschiedliche Qualitäten von Kalten Krieg gibt, jene vor 1989 und möglicherweise diese ab 2008 oder 2014.*

Dominik Geppert: Es gab ja eine traditionelle Schule der Kalten-Kriegsgeschichtsschreibung, die argumentiert hat, die Ursache des Konflikts sei einerseits die marxistisch-

leninistische Ideologie und andererseits klassischer russischer Imperialismus. Später hat man gesagt: „Das ist doch sehr simpel argumentiert." Es ist auch heute natürlich zu simpel. Aber was wir schon sehen, ist die Bedeutung von Denkmustern langer Dauer, die uns einen russischen Imperialkrieg in der Gegenwart vorführen, dessen geistige Versatzstücke man bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen kann.

Michael Gehler: *Wenn man Kriterien heranzieht wie Desinformationen, Drohgebärden, Druckausübungen auf allen Ebenen (diplomatisch, handelspolitisch, militärisch), Destabilisierung und Spaltungsversuche des gegnerischen Lagers, Geheimdienstaktivitäten, Keile hineintreiben in das gegnerische Bündnis, Stellvertreterkriege etc. etc., kann man eine ganze Liste von Kriterien zusammenstellen. Damit gelangt man relativ rasch zu einer Analogie zwischen „altem" und „neuem" kalten Krieg, aber der ideologische Faktor ist jetzt zugegebenermaßen ein anderer. Es scheint jetzt weniger ein ideologischer als ein machtpolitischer und militärstrategischer Gegensatz zu sein. Es ist der sicherheitspolitische Aspekt offensichtlich stärker als der weltanschauliche. Nicht zuletzt haben sich die bipolaren zu den multipolaren Rahmenbedingungen geändert. Wir haben es heute mit einem anderen China und einem anderen Indien zu tun, mit weit stärkeren neuen regionalen Mächten wie dem Iran. Ich würde auch sagen, dass die Türkei eine Regionalmacht ist, die mit Russland und dem Iran in Syrien präsent ist. Mittlerweile hat Russland einen Zugang zum Mittelmeer über Tartus. Alle diese Aspekte sind sicher geostrategisch und geopolitisch komplizierter als die Machtverhältnisse vor 1989/91. Dabei fragt sich auch, ob der Faktor China mit seiner Öffnung ab den 1970er Jahren nicht schon früher eine Rolle spielte in dieser sogenannten bipolaren Welt.*

Dominik Geppert: Wir beleuchten beide die Pros und Cons und haben die gleichen Elemente auf beiden Seiten. Es ist eine Frage des Geschmacks und auch der genauen Überlegung, wie man es begrifflich packt.

Jörg Heinrich: *Wenn Sie auf die Geschichte der europäischen Integration zurückblicken: Welche Rolle würden Sie Großbritannien zuschreiben?*

Dominik Geppert: Ich glaube, das ist einer der Bereiche, wo wir ebenfalls aufpassen müssen, nicht ausgehend vom Brexit die Geschichte vom Ausgang her zu schreiben in dem Sinne: „Das ist von Anfang an eine ausgemachte Sache gewesen", „Die Briten passten einfach nicht dazu", „De Gaulle hatte schon Recht", „Das Inselvolk, das nur auf die Hohe See blickt" usw. Man kann auch eine ganze Menge guter Argumente finden, die das stützen: keine geschriebene Verfassung, ein anderes Rechtssystem, die Tatsache, dass Großbritannien anders als die meisten Teile des Festlandes in Europa keine Besatzungserfahrung im Zweiten Weltkrieg hatte, Institutionen, die nicht erschüttert worden sind, keine Kollaborationserfahrung usw. Das scheint einerseits alles dafür zu sprechen, dass der britische Weg nach Europa und das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zur europäischen Integration besonders kompliziert waren. Andererseits gibt es über die 40 Jahre EG- und EU-Mitgliedschaft der Briten auch sehr viel konstruktive Mitarbeit an diesem Gemeinschaftsprojekt, wenn wir etwa an den europäischen Binnenmarkt denken. Er war ein Projekt, das sehr stark auch auf angelsächsische Staats- und Wirtschaftsvorstellungen

rekurrierte und im Grunde den Versuch darstellte, den Thatcherismus auf das europäische Festland zu exportieren. Auch die Osterweiterung der EU war ein britisches Projekt, das zwar nicht die Briten alleine betrieben haben, sondern zusammen etwa mit der Bundesrepublik. Aber sie wäre möglicherweise so nicht zustande gekommen ohne den britischen Beitrag. Ich habe mit Diplomaten gesprochen, die mir sagten: „Mit den Briten kamen wir eigentlich immer gut aus“ oder nach dem dritten Glas Wein: „Wenn wir uns an die britische Vorstellung gehalten haben, sind wir immer ganz gut gefahren.“ Das verstand sich als ein pragmatischer Zugang, womit der diplomatische Stil auch harmoniert hat. Es sind beide Seiten zu sehen. So ist die Zuschreibung der Briten als schwierige Partner einerseits richtig, andererseits aber eben nur die halbe Wahrheit.

Jörg Beining: *Welche Rolle spielten die USA für den europäischen Integrationsprozess? Gehen wir einmal zu den USA. Es gibt verschiedene Thesen wie z. B. von Beate Neuss, die nach dem Geburtshelfer Europas fragte. Kann man den westeuropäischen Integrationsprozess eigentlich ohne die Vereinigten Staaten begreifen und erklären? Oder gibt es so etwas wie einen Verselbstständigungsprozess – Eigendynamik nannten Sie es –, der dann von selbst läuft und die Amerikaner nur mehr noch wohlwollende Begleiter und Beobachter sind?*

Dominik Geppert: In der Perspektive, die ich ja jetzt hier durchgängig vertreten habe, werden Sie sich nicht wundern, wenn ich sage, dass dieser Faktor wichtig war. Die USA agierten als externer Föderator, für den die Europäer seither keinen Ersatz gefunden haben. Es gibt auch eine Eigendynamik – Verselbstständigung würde ich nicht sagen –, aber eine Dynamik, die aus dem europäischen Recht und der Vorstellung einer Rechtsgemeinschaft kommt, aber all das ist ohne den wohlwollenden Hegemon von außen nur sehr schwierig und in den kritischen Phasen auch fast unmöglich umzusetzen gewesen. Ich habe einmal mit einem Kollegen im Düsseldorfer Industrieclub diskutiert, der sagte: „Naja, jetzt, wo der amerikanische Hegemon und Föderator weggefallen ist, müsste die EU aus sich selbst heraus Föderator werden.“ Ich habe darauf gesagt: „Ich sehe nicht, wie die EU aus sich heraus selbst Föderator werden kann.“ Der Kollege dachte dabei wohl an Frankreich und de Gaulle, aber das hat sich ja relativ rasch als unmöglich erwiesen.

Gegenwärtig ist die weltweite Rolle und Stärke der USA viel prekärer und schwieriger geworden, so dass selbst ein neuer Kalter Krieg in Europa möglicherweise trotzdem keine Föderationswirkung im hergebrachten Sinne entwickeln könnte, obwohl die Amerikaner in den Anfängen des russischen Überfalls vom 24. Februar 2022 so stark wie lange nicht in Europa präsent waren, gedrängt haben und die Europäer dann doch – jedenfalls zunächst – erstaunlich gut zusammengehalten haben. Ob das aber auf der Strecke eines längeren Konfliktes trägt, wie seit den 1950er Jahren im Kalten Krieg, dahinter würden wir wohl beide wahrscheinlich ein gewisses Fragezeichen setzen – nicht nur wegen der geopolitischen Verschiebungen, über die wir gesprochen haben, sondern auch weil die Demokratie in den USA so gefährdet erscheint, dass man die Entwicklung nur mit großer Sorge beobachten kann.

Michael Gehler: *Wenn wir von US-amerikanischer Europapolitik sprechen, dürfen wir die oft zitierte angloamerikanische „special relationship“ nicht völlig außen vorlassen.*

Handelte es sich durchgehend um eine solche oder kann man nicht auch Einschnitte, Brüche und Paradigmenwechsel festmachen?

Dominik Geppert: Ich habe wiederholt den Eindruck gehabt, dass die Briten mehr von dieser „special relationship“ gesprochen haben als die Amerikaner. Es ist teilweise ein britisches Wunschbild, umso ausgeprägter je geringer das Machtgefälle war, also etwa in der Kriegsallianz und in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Je länger der Zweite Weltkrieg zurücklag, je stärker die Entkolonialisierung voranschritt und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Großbritannien wuchsen, desto stärker nahm die „special relationship“ den Charakter eines Mythos an. Deswegen ist der Begriff keine durchgängig korrekte Beschreibung des Verhältnisses zwischen den USA und Großbritannien. Eine Zäsur ist sicherlich der britische Beitritt zur EG im Jahre 1973.

Edward Heath war der mit Abstand pro-europäischste britische Premierminister ever, der sich während der Beitrittsverhandlungen und in den ersten ein, zwei Jahre in der EG immer wieder ganz deutlich auf die Seite der Europäer und gegen die Amerikaner geschlagen hat. Das ist bei den nachfolgenden Premiers so nie wieder der Fall gewesen, eventuell am ehesten noch bei Tony Blair vor dem Irak-Krieg, aber auch dann, wenn man so will, mit gebremstem Schaum. Die Briten haben, insgesamt gesehen, als Bestandteil erst der EG und dann der EU die amerikanische Karte stärker zu spielen versucht als andere Mitglieder: stärker als die Franzosen sowieso, aber auch stärker als die Bundesrepublik, die immer eine vermittelnde Position einnahm. Es ist also aus meiner Sicht eine brüchige „special relationship“ gewesen.

Michael Gehler: *Inwiefern ist das auch ein Schlüssel zum Verständnis gewandelter amerikanischer Europapolitik?*

Dominik Geppert: Die nachlassende Bedeutung Großbritanniens für die Amerikaner ist besonders gut erkennbar am Wechsel von Ronald Reagan zu George H. W. Bush. Die versuchte Wiederbelebung der besonderen Beziehungen zwischen Maggie und Ronny lebte stark von der persönlichen Chemie, auch von der weltanschaulichen Gemeinsamkeit, stärker jedenfalls als von den politischen Interessenlagen. Wenn man genau hinschaut, ist Thatcher dem amerikanischen Präsidenten wiederholt ganz heftig in die Parade gefahren. Sie war erbost über die amerikanische Invasion auf Grenada ohne Informierung und Konsultation. Thatcher ist in der Frage der SDI-Problematik auf europäischer Seite mit Mitterrand und Kohl gestanden. Beim Erdgasröhrengeschäft waren die Briten unter Thatcher ebenfalls mehr im europäischen Verbund. George Bush hat die Interessenlage offengelegt und auf den Punkt gebracht, indem er sagte: „Wir setzen auf partnership in leadership mit der Bundesrepublik als Zentralmacht der EG.“ Das hat die Briten sehr verärgert und vor den Kopf gestoßen, ist aber ein Indikator für die Verschiebungen, von denen Sie gesprochen haben.

Jörg Beining: *Zusatzfrage: Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war ja auch ein Thema, was von deutsch-britischer Perspektive nicht unbedingt von Anfang an erfreulich war, oder?*

Dominik Geppert: Das war durchgängig unerfreulich und zwar für beide Seiten! Thatcher ist im September 1989 bei Gorbatschow in Moskau und sagt: „Die deutsche Frage steht nicht auf der Tagesordnung. Wir sind schon ganz zufrieden mit der Situation der zwei deutschen Staaten, wie sie ist.“ Thatchers ab Herbst 1989 zunehmend verzweifelte Versuche, die deutsche Einigung, wenn nicht zu verhindern, so doch auf die lange Bank zu schieben, waren ein Gang rückwärts durch die Geschichte. Zunächst versucht sie es mit den Amerikanern, was nicht funktionierte, dann mit Frankreich. Da Mitterrand ihr zunächst gewisse Hoffnungen zu machen schien und ihr nach dem Mund redete, dann aber seinen eigenen Überlegungen zur europäischen Einhegung des vereinigten Deutschlands folgte, funktionierte das auch nicht. Zuletzt landete Thatcher bei Russland, und Gorbatschow enttäuschte sie auch, indem er am Ende der Wiedervereinigung und Nato-Mitgliedschaft Deutschlands zustimmte. Als das Foreign Office den Eindruck gewinnt, dass der Karren vor die Wand fährt, ziehen die Beamten und Diplomaten die Premierministerin ab Februar 1990 weitgehend aus dem diplomatischen Verkehr der 2-plus-4-Verhandlungen. Thatcher ist Realistin genug gewesen, um das zu erkennen. Sie bringt allerdings gegenüber Bush im Frühjahr 1990 die Sowjetunion und die KSZE ins Gespräch. Als er über die Stärkung der NATO spricht, sagt Thatcher, die kalte Kriegerin par exellence: „Wir müssen die Sowjets über die KSZE als Gegengewicht gegen ein wiedervereintes Deutschland europäisch im Spiel halten.“ Bush versteht überhaupt nicht, was sie meint. Nachdem der Westen den Kalten Krieg gewonnen hat, liegt es für ihn nahe, die NATO zu stärken, nicht die KSZE. Thatcher setzte jedoch in dieser Situation auf die KSZE, weil sie in Gleichgewichtssystemen dachte, wie es in Großbritannien immer noch sehr stark ausgeprägt und entsprechend virulent ist.

Jörg Heinrich: *Was bewegte das Vereinigte Königreich zum Beitritt in die EG 1973?*

Dominik Geppert: Vereinfacht gesprochen gibt das berühmte Diktum von Churchill mit den drei Kreisen Aufschluss. Der Politiker skizzierte bekanntlich auf einer Serviette beim Diner drei Kreise, das Empire, die „special relationship“ mit den USA und Europa und Großbritannien befindet sich ist in der Mitte, in der Schnittmenge. Zwei von diesen Kreisen schrumpfen allerdings immer stärker zusammen. Das Empire wird zum Commonwealth und im Zuge der Dekolonisierung weniger wichtig und vor allem prekärer. Über die „special relationship“ in die USA haben wir gesprochen. Umso wichtiger ist der verbleibende Kreis, zumal er im Rahmen von Handelsbeziehungen mit den unmittelbaren europäischen Nachbarn wirtschaftlich immer wichtiger wird. Diese Kombination von strategischer Umorientierung und dem Gefühl, wirtschaftlich Nachholbedarf zu haben, sich modernisieren zu müssen über die Einbindung in den europäischen Integrationsprozess, als eine sozusagen erzwungene Modernisierung der britischen Wirtschaft und Gesellschaft, ist das zentrale Motiv für den britischen EG-Beitritt. Die Grundüberzeugung dabei war: Wenn das Vereinigte Königreich Mitglied in der EG ist, würde es dort eine Führungsrolle übernehmen.

Michael Gehler: *Das Zitat ist meines Wissens von Heath, der zu Brandt gesagt haben soll: „Willy let us in and then we take the lead.“*

Jörg Heinrich: *Was führte zum Brexit und wie bewerten Sie die Folgen für beide Seiten?*

Dominik Geppert: Ich hatte schon gesagt, dass man keine Zwangsläufigkeit hineininterpretieren und doch zugleich anerkennen sollte, dass es auf der mentalen Ebene Erklärungen gibt. Ein Land, das keine geschriebene Verfassung hat, tut sich mit sehr stark verschriftlichter und vertragstechnisch-denkender europäischer Politik schwer. Ein Land, das vom politischen System betrachtet, das krasse Gegenüber von Regierung und Opposition kennt, in dem sich im Unterhaus die Parteien gegenübersitzen mit doppelter Schwertlänge Abstand, tut sich schwer mit einer ganz großen Koalition im Europäischen Parlament, wo keine Regierung als Gegenüber existiert und man sich nicht theatralisch und effektvoll streitet, sondern hinter den Kulissen Kompromisse aushandeln und Koalitionen schmieden muss. Das ist das absolute Gegenteil vom britischen Politikbegriff und Politikverständnis. Das ist die eine Seite. Auf der anderen gibt es den langfristigen Trend eines wachsenden Euroskeptizismus in der britisch-öffentlichen Meinung, speziell auf der Rechten bei den Konservativen. Das ist ein strukturelles Problem, das man seit den 1970er Jahren beobachten kann und bei dem im Grunde die Parteien die Plätze tauschen. Ursprünglich ist Labour euroskeptisch und die Tories sind pro-europäisch. Das verkehrt sich ins Gegenteil mit proeuropäischer Labour Party und zunehmend europafeindlicher politischer Rechter mit einem enormen Widerhall in der Presse. Das ist ein wichtiger struktureller Faktor für den Brexit gewesen. Akzidentiell und situationsgebunden verkennt zudem Cameron völlig die Gefahr, die er mit dem Referendum eingeht. Er ist viel zu siegesgewiss und führt einen Wahlkampf im Referendum mit angezogener Handbremse, weil er glaubt, gewinnen zu können, ohne die Partei zu spalten. Er nimmt Rücksicht auf das Lager von Boris Johnson, umgekehrt nimmt das Johnson-Lager aber keine Rücksicht auf ihn, weil es selbst gar nicht glaubt, dass es gewinnen wird. Die Johnson-Anhänger sind über den Ausgang des Referendums vergleichsweise überrascht. Zusätzlich ist zu bedenken, dass das Ganze mit übelstem Timing auf dem Höhepunkt der europäischen Flüchtlingskrise stattfindet. Der Hintergrund der Diskussion in Großbritannien ist zwar etwas unfair und überzeichnet, aber eben nicht völlig aus der Luft gegriffen: „Die Europäer öffnen die Schleusen, und wir werden überflutet.“ Denken Sie an das perfide Wahlposter vom Dammbruch oder „Breaking Point“, das übrigens nicht von den Johnson-Leuten kam, sondern von der zweiten Leave-Kampagne unter Nigel Farage und seiner UKIP-Partei: das Bild einer langen Schlange von arabischen Flüchtlingen, das so aussah, als würden diese Menschen die britische Festung stürmen. Das spielte im Wahlkampf nicht nur subkutan eine Rolle.

Michael Gehler: *Wann würden Sie den Beginn der Berliner Republik datieren und was unterschied sie von der Bonner Republik?*

Dominik Geppert: Die Franzosen nummerieren ihre Republiken, wir benennen sie mit Städtenamen: Weimarer Republik, Bonner Republik und Berliner Republik. Ich bin ziemlich sicher, dass sich das durchsetzen wird, gleichwohl es dabei immer Schwierigkeiten geben wird. Bei der ersten deutschen Republik gibt es berechtigte Nachfragen, warum das eigentlich die Republik von Weimar ist, wo doch Regierung, Parlament und Präsident in der Hauptstadt Berlin saßen. Aber der Verweis auf Weimar als Tagungsort der

Nationalversammlung von 1919 benennt etwas und ruft einen Assoziationen-Horizont hervor, der sich wandelt, aber mit dem man etwas verbinden kann. Das ist das erste. Das zweite ist, dass die Zäsuren nicht so klar und eindeutig sind. Zu meinen, am 3. Oktober 1990 beginnt die Berliner Republik, wäre sicherlich falsch. Wir haben neulich mit einigen Kollegen eine Tagung zum Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages gemacht, der sich im vergangenen Juni zum dreißigsten Mal gejährt hat. War das der Beginn der Berliner Republik? Ich würde sagen, das wäre auch noch zu früh. Die 1990er Jahre sind eine Art Inkubations- und Übergangsphase. Ich habe neulich mit Sascha Ilko Kowalczuk gesprochen, der die These vertrat, die alte Bonner Republik sei eigentlich erst in den frühen 1990er Jahren zu sich selbst gekommen. Das empfinde ich als übertrieben, wir haben nach der Wiedervereinigung eine Phase der schwierigen und zum Teil auch verweigerten Selbstanerkennung der vergrößerten Bundesrepublik als neuem Nationalstaat in der Mitte Europas, welche die 1990er Jahre sehr stark prägt. Ich würde versuchsweise sagen, wir haben 1990 eine zweite deutsche Nationalstaatsgründung und danach einen Nationswerdungs- und Nationalisierungsprozess, der mit dem Übergang von der Bonner zur Berliner Republik verbunden ist. Die Anfänge der rot-grünen Regierung von 1998 sind beispielsweise noch stark von der alten Bonner Republik geprägt. Da geht es im Grunde genommen um das Zurückdrehen der zaghaften Reformen der Ära Kohl. Das ist der Diskurs- und Denkrahmen, in dem die Rot-Grünen sich anfangs bewegen: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die finanzpolitischen Vorstellungen von Oskar Lafontaine etc. Das ist alles noch Bonner Republik. Dann folgt die positive Aufladung einer neuen – Berliner – Republik mit dem Regierungsumzug. Das ist zunächst einmal ein Programm und Lebensgefühl und wird erst sukzessive mit Leben erfüllt, und, um es noch weiter zu führen, später wieder ins Negative gewandelt. „Berlin" klingt heute viel negativer, das sage ich als Berliner, als das Anfang der 2000er Jahre war. Die Neue Mitte in der Berliner Republik das war irgendwie jung und aufregend. Nun spricht man vom *failed state*: Die Berliner bekommen nicht einmal ihre Wahlen hin und die Bundestagswahlen gehen auch daneben.

Michael Gehler: *Die These dieses etwas selbstgefällig auftretenden DDR-Historikers teile ich nicht. Er ist meines Wissens zur Geschichte der Bundesrepublik nicht sonderlich einschlägig ausgewiesen.*

Ich finde die betreffende Diskussion vor allem innen- und regierungspolitisch aufschlussreich, wobei die Außenpolitik dabei zu kurz kommt. Meine These war und ist, dass mit dem Kosovo-Krieg 1999 ein Bruch gegeben ist und aus meiner Sicht die Berliner Republik wirklich eine neue Dimension erreicht. Genscher hätte nie im Leben als Außenminister einem solchen Vorgang zugestimmt. So gesehen wäre die Wende zur Berliner Republik mit Rot-Grün quasi außen- bzw. interventionspolitisch geschehen. Ich habe noch einen Vortrag von Genscher in Bonn in Erinnerung aus dem Jahr 2002, wo er an der Universität gesprochen und gesagt hat: „Die Bundeswehr ist eine Friedensarmee und wirkt bei keinem Auslandseinsatz mit. Das gilt, selbst wenn ein Mandat des UN-Sicherheitsrates gegeben ist." Er würde das nicht gutheißen können. Friedensarmee, Bündnisverteidigung ein Ja, out-of-area ein klares Nein. Die Beteiligung am Kosovokrieg war der Sündenfall, ein Bruch mit bestehendem Völkerrecht unter Einsatz deutscher Luftstreitkräfte, die Belgrad bombardierten.

Dominik Geppert: Ich würde Ihre Auffassung sofort einbinden in meine These. Das passt ja auch zeitlich ziemlich genau. Ich gebe Ihnen Recht, dass die außenpolitische Dimension wichtig ist. Was die geopolitischen Grundtatsachen anbetrifft, ist die Veränderung natürlich schon 1990 da, aber auch für die Außenpolitik wieder mit den charakteristischen mentalen Verschiebungen, Verzögerungen und Übergangszeiten, die wir dann für die weiteren 1990er Jahre gemeinsam konstatieren.

Michael Gehler: *Das deckt sich übrigens auch mit der EU-„Osterweiterung". Die österreichische Ratspräsidentschaft gibt grünes Licht in der zweiten Hälfte 1998. Kohl wird beim Gipfel in Wien noch als Ehrenbürger Europas ausgezeichnet. Dann beginnen die Verhandlungen. Die Verhandlungspakete werden geschnürt. Mit der nun auszuverhandelnden Osterweiterung hat die Bundesrepublik Deutschland einen ganz anderen geopolitischen, geostrategischen und geoökonomischen Stellenwert als die alte Bonner Republik ihn jemals hatte, d. h. mit der sich abzeichnenden Vereinigung Europas hat auch Deutschland einen gestiegenen politischen Stellenwert, den man in Deutschland unterschätzt und nicht wirklich wahrgenommen hat, also die breite Öffentlichkeit. Das wäre noch ein Verstärker dieses Arguments.*

Dominik Geppert: Ja, absolut! Kohl hat das sehr strategisch betrieben.

Michael Gehler: *Hat er. Kohl ist jemand, der über Adenauer weit hinaus geht und die Bonner Republik auch zu einem guten Teil überwindet. Ich habe ihn noch live erlebt im Januar 2002 in Bonn bei seinem Vortrag im Audimax der Universität und im ganz kleinen Kreis, wo er deutlich zu erkennen gegeben hat, dass für ihn die Osterweiterung ein absolutes Maximalziel sei und die Widerstände dagegen bis 1997 so beträchtlich gewesen seien, vor allem aus französischer Sicht, dass er das als ein klares strategisches Ziel verstand, damit 1998/99 (nach seiner Zeit) mit den Verhandlungen ernsthaft zu beginnen.*

Dominik Geppert: Was die Briten nicht verstanden haben, und das ist vielleicht die Stärke Kohls gewesen, diese kognitive Dissonanz gar nicht zuzulassen. Die Briten haben gesagt: „Klar, Osterweiterung ist in deutschem Interesse" und zwar in einem so überwiegenden deutschen Interesse, dass sie auf die Vertiefung verzichten werden, weil sie nicht beides gleichzeitig haben können. Die Franzosen haben auf Vertiefung gesetzt und waren auch deswegen gegen die Erweiterung nach Osten, die sie – zu Recht – vor allem als Erweiterung im deutschen Interesse empfanden. Die Briten haben auf Erweiterung gesetzt, weil sie glaubten, damit eine weitere Vertiefung verhindern zu können. Beide haben nicht glauben können, dass die Deutschen beides gleichzeitig betreiben wollten. Es ist vielleicht eine Stärke Kohls gewesen, diese kognitive Dissonanz gar nicht zuzulassen.

Michael Gehler: *Wie bilanzieren Sie die Ära Merkel (2005–2021)?*

Dominik Geppert: Ich gebe Ihnen drei Thesen als Angebot, die unterschiedliche Facetten beleuchten.

Das erste Angebot besteht darin, dass in der Ära Merkel die Fortsetzung der christdemokratischen Dominanz in der deutschen Innenpolitik unter enorm widrigen Bedingun-

gen erreicht worden ist – und zwar durch einen weitgehenden Verzicht auf christdemokratische Programmatik. Die Partei findet Gefallen daran, eine Kanzlerin zu haben, die über das eigene Milieu hinaus anschlussfähig und wählbar ist, die aber in Regierungskonstellationen unterwegs ist, die wenig christdemokratische Programmatik durchsetzbar erscheinen lassen.

Die zweite Antwort besteht darin, die Ära Merkel wenigstens in ihren Anfängen von 2005 bis 2008 durchaus noch als Teil einer Reformära zu begreifen, die unter der rot-grünen Regierung begonnen und dann von der Großen Koalition nach 2005 fortgesetzt wurde. Denken Sie etwa an die Rente mit 67. Es ist nicht so, dass Angela Merkel und die erste große Koalition, mit der sie regiert, sofort einen gnadenlosen Bruch mit der Agenda 2010 vornehmen. Die CDU ist zunächst noch die Partei des Leipziger Parteitags. Dann kommt die große Weltwirtschafts- und Finanzkrise ab 2007/08, die man in ihrer Bedeutung kaum überschätzen kann. Das wird, weil wir in Deutschland eher glimpflich herausgekommen sind, manchmal unterschätzt. Diese globale Krise verändert die Sachlage fundamental. Es beginnt ein Jahrzehnt, das von einer Krise zur nächsten führt, was die Kanzlerin enthebt, überhaupt irgendwelche programmatischen Projekte durchzusetzen, weil sie sich als Krisenmanagerin profilieren und in dieser Rolle brillieren konnte. Zugleich sind aber paradoxerweise die Jahre von 2009 bis 2018 für die Bundesrepublik eine unglaubliche Erfolgsphase. Der Haushalt stimmt. Die Eurokrise bringt sogar die Möglichkeiten, Schulden zurückzuzahlen, ohne dass es irgendwo wehtut.

Dritter Punkt: Diese vergleichsweisen günstigen Jahre werden nicht genutzt, um größere Projekte in Angriff zu nehmen, weder in der EU noch national (etwa bei der Digitalisierung). Das hängt auch mit der Abfolge der Krisen zusammen, durch die Merkel Deutschland hindurchmanövriert. Wir haben es also mit einem wirtschaftlich enorm günstigen Jahrzehnt zu tun, das politisch unglaublich krisenbehaftet ist. Das unterscheidet diese Jahre von anderen Boom-Jahren der Bundesrepublik, etwa in den 1950er oder in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, die ebenfalls eine Zeit vergleichsweisen Wohlstandswachstums waren. Damals haben wir jeweils Schübe für die europäische Integration und Schübe gesellschaftlicher Kohäsion erlebt. Das war in den Jahren nach 2009 ganz anders.

Michael Gehler: *Hat Deutschland in den letzten Jahren von 2017 bis 2021 einen Verlust an integrationspolitischer Substanz zu beklagen?*

Dominik Geppert: Das ist tatsächlich eine Folge dieser Krisen. Die Krisen ließen ganz generell die europäische Integrationspolitik erodieren. Nicht nur in Deutschland hat das Vertrauen in die europäische Integration als Zukunfts- und Fortschrittsprojekt gelitten. Aber es gibt auch konkretes politisches Handeln, das man nicht vergessen darf. Ich würde sagen, Macrons Sorbonne-Rede von 2017 zu ignorieren, war ein großer Fehler von deutscher Seite. In der Logik der deutschen Europapolitik ist es doch immer so gewesen: Frankreich macht einen Vorschlag, die Bundesrepublik geht darauf ein und dann wird solange herumgemodelt, bis etwas dabei herauskommt, was allen halbwegs akzeptabel erscheint. Im Falle der Sorbonne-Rede ist nicht einmal der Versuch unternommen worden, den Ball aufzunehmen. Das ist schwer verständlich. Dass die Bundeskanzlerin ihn nicht

einmal selbst zurückgewiesen hat, sondern es Annegret Kramp-Karrenbauer überlassen hat, lässt die Sache noch verwunderlicher erscheinen.

Michael Gehler: *Sie haben sich intensiv mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von der Gründung bis zur Gegenwart befasst. Worin sehen Sie in diesem Bereich noch Forschungsdefizite oder gar Tabuzonen?*

Dominik Geppert: Ganz konkret, und das wird einem aktuell politisch sozusagen auf dem Silbertablett präsentiert, ist es eine kritische Auseinandersetzung mit der Ostpolitik, die ansteht. Nicht nur für die Sozialdemokratie. Die Ostpolitik fängt vor Willy Brandt und Egon Bahr an, recht eigentlich schon mit Konrad Adenauer und seiner Moskau-Reise 1955. Dann gab es Burgfriedensplan, Österreich-Lösung und Globke-Plan, die Politik der Bewegung von Außenminister Gerhard Schröder. Die große Leistung der sozial-liberalen Koalition bestand darin, die DDR in der Ostpolitik nicht länger auszuklammern. Die Regierung Kohl macht das dann zwar auf der operativen Ebene mehr oder weniger weiter, aber rhetorisch anders, indem sie die nationale Frage wenigstens rhetorisch offenhält. Wenn wir bis in die Gegenwart gelangen, wird es dann problematisch mit Nord Stream I und II und dem Umgang mit Putin. Auch da gibt es natürlich Nuancen und Unterschiede zwischen den Parteien, aber es ist nicht so, dass die CDU in Mecklenburg-Vorpommern heftig opponiert hätte gegen die Russland-Politik, die Manuela Schwesig betrieben hat. Es ist nicht so, dass die Regierung Merkel die energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland nicht in Fortsetzung der Schröder-Fischer-Politik fortgeschrieben hätte. Wenn man will, kann man hier ganz lange Kontinuitäten erkennen können, indem in Deutschland viel zu stark auf Russland geschaut wurde und Polen und die anderen Staaten Ostmitteleuropas auf dem Weg von Berlin nach Moskau tendenziell übersprungen wurden. Das ist aus meiner Sicht ein riesengroßer Fehler gewesen, der sich einfügt in blinde Flecken deutscher Außenpolitik, die weiter zurückreichen als die deutsche Ostpolitik der 1970er Jahre.

Ein anderes Desiderat sei hier nur angedeutet. Die bundesrepublikanische Geschichte wird immer noch stark als Erfolgsgeschichte erzählt. Wie wir von diesem hohen Ross herunterkommen, ohne dabei das Kind mit dem Bade auszuschütten, ist für die Geschichte der Bundesrepublik eine schwierige Frage. Die Leitvokabeln der Erfolgsgeschichte wie Stabilisierung, Zivilisierung, Demokratisierung, etc. sind keine Prozessbegriffe, die nahtlos in unsere Gegenwart führen. Das Narrativ der *success story* durch andere, differenziertere, vielleicht auch gegenläufige Interpretationen zu ersetzen, ist eine interessante Herausforderung für die deutsche Zeitgeschichtsschreibung.

Jörg Beining: *Hängen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaften an und wenn ja welcher?*

Dominik Geppert: Das können wir kurz machen: Ich würde mich als Politik-Historiker bezeichnen. Zugleich bin ich bekennender Ekklektizist. Ich komme von der Politik-, Parteien-, Parlamentarismus-Geschichte und den internationalen Beziehungen her – und zwar in einer Phase, wo das noch eher als veraltet, traditionell oder rückständig galt, und

ich sehe heute mit einer gewissen Befriedigung, wie diese Themen wieder sexy werden. Ich würde mich als Politik-Historiker bezeichnen.

Michael Gehler: *Welche Methoden verwenden Sie in Ihrer Geschichtsforschung und -schreibung?*

Dominik Geppert: Allgemein gesprochen versuche ich sozial- und kulturhistorische Anregungen mit in die Politikgeschichte hineinzunehmen. Ich habe Mediengeschichte betrieben, um die Geschichte von Diplomatie und internationalen Beziehungen besser zu verstehen. Ich habe Mentalitätsgeschichte betrieben, um Parteien und politisch handelnde Personen besser zu verstehen. Ich habe auch immer mal wieder, nicht so systematisch wie hier in Hildesheim, Zeitzeugeninterviews geführt. Ich fand das immer wichtig, um ein Gespür für das Flair, die Atmosphäre zu bekommen. Handfestes und Greifbares ist vergleichsweise selten bei den Interviews herausgekommen.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen Europäisierung und Globalisierung für Ihre Forschungen?*

Dominik Geppert: Die Geschichte des vereinigten Deutschlands nach 1990 ist aus meiner Sicht die Geschichte eines Landes, in dem Europäisierung, Globalisierung und, wenn Sie so wollen, Nationalisierung in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander stehen. Man kann, denke ich, die Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre in Deutschland ganz gut verstehen, wenn man das Miteinander und Gegeneinander, das Verstärken und Abstoßen dieser drei Prozessbegriffe analysiert, insbesondere wenn man auch die gegenläufigen Prozesse der Entnationalisierung, europäischen Desintegration und Entglobalisierung in Rechnung stellt.

Michael Gehler: *Könnte man versuchen zu sagen, dass die Europäisierung im Grunde der Versuch ist, die engen Handlungsspielräume, die noch für Nationalisierung bestehen, in gewisser Weise zu kompensieren, um auf Globalisierung entsprechende Antworten zu geben? Gleichwohl müssen wir dann auch diskutieren, ob es die Globalisierung überhaupt noch so gibt, wie sie sich seit den 1970 und 1980er Jahren bis in die 1990er dargestellt hat, und dabei Fallbeispiele unterscheiden für einzelne Nationalstaaten.*

Dominik Geppert: Einerseits ja, andererseits – auf der Ebene der diskursiven Zuschreibungen – ist die Rede von der Globalisierung nicht nur eine Beschreibung von Wirklichkeit, sondern will auch etwas. Die Rede von der Europäisierung ist nicht nur eine Beschreibung von Wirklichkeit, sondern will auch etwas. Und die Rede von der Nationalisierung ist auch nicht nur eine Beschreibung von Wirklichkeit, sondern will etwas erreichen. Aber das widerspricht nicht dem, was Sie gesagt haben, sondern gehört zum Gesamtbild.

Jörg Heinrich: *Wie sehen Sie die Zukunft der Geschichtswissenschaften? Welche Handlungsfelder und Zeiträume werden in nächster Zukunft interessant werden?*

Dominik Geppert: Ich habe einen Punkt im Prinzip schon genannt. Die 1990er Jahre und die folgenden Entwicklungen müssen stärker in den Blick genommen werden. Das ist auch eine Frage der Begriffe. Ist der Transformationsbegriff hierzu geeignet? Ich war mit Studenten und Doktoranten neulich in Tschechien. Dort redeten die Kollegen von „Transition“ und gar nicht von „Transformation“. Was ist Transition? Ist es ein Teilgebiet oder gibt es einen Unterschied zur Transformation? Diese Fragen finde ich sehr interessant.

Wenn Sie es größer wollen: Ich habe nicht den Eindruck, dass ich als Historiker arbeitslos werde und wir mit Relevanzproblemen konfrontiert werden. Das finde ich eigentlich einen erfreulichen Befund.

Michael Gehler: *Das war mit der Frage nicht gemeint. Uns fällt zur Geschichte auch sicher immer wieder etwas Neues ein, um nicht an Relevanz unseres Tuns zu verlieren. Die Frage war so zu verstehen, wie Sie meinen, dass sich das Fach auch losgelöst von Ihren Präferenzen und unseren gemeinsam geteilten Vorlieben entwickelt, d. h. bleibt der Nationalstaat ein wichtiges Referenzmodell? Wie sind Globalisierungsgeschichte und Weltgeschichte weiter schreibbar, ohne die Sprachen zu beherrschen, die man eigentlich beherrschen müsste? Ist Globalgeschichte ein Hype, der möglicherweise wieder an Bedeutung verliert, oder hält er vielmehr noch viel länger und weiter an, als wir jetzt meinen?*

Zeitweise war europäische Geschichte das Thema Nr. 1. Kaum mehr werden Lehrstühle ausgeschrieben mit dieser Denomination. Es geht jetzt viel mehr um Globalgeschichte. Ost-Europa ist kurioserweise zeitweise stark vernachlässigt worden nach 1989/90. Heute bräuchten wir mehr Historiker, die uns Weißrussland und die Ukraine erklären können, was ja nur ganz wenige wirklich professionell mit eigenen Monographien getan haben. Die Frage lautet also: Was, denken Sie, sind die Trends, die sich im Lichte der Entwicklung seit dem 24. Februar ergeben können? Militärgeschichte ist notwendiger denn je auf vergleichender europäischer Ebene oder? Potsdam ist ein Leuchtturm, aber wo sonst ist diese Geschichte in Deutschland präsent?

Dominik Geppert: Ich bin ja Optimist und meine, dass die Relevanz unserer Themen, die harten politischen und militärischen Themen, einem größeren Publikum immer stärker deutlich wird und dies sich wahrscheinlich auch in zukünftigen Forschungsinteressen widerspiegeln wird. Es gibt einige Kollegen, die meinen wie ich, dass in den vergangenen Jahren der Akzent vielleicht etwas einseitig auf transnationale Geschichte gelegt worden ist, und man müsste jetzt doch womöglich dezidierter auch wieder Staatenbeziehungen und internationale Geschichte in den Blick nehmen. In der Öffentlichkeit ist das Interesse an und das Verständnis für diese Themen jedenfalls vergleichsweise viel größer, als es die Beharrungskräfte im Fach selber vermuten lassen würden.

Deborah Cuccia: *Was führte Ihrer Auffassung nach zur Einführung des Euro und sind diese Gründe nach wie vor relevant? Gibt es einen Vater des Euro oder sind es verschiedene Väter? Wie sehen Sie das Thema Euro in den verschiedenen politischen Strömungen, die zurzeit in Deutschland und Frankreich relevant sind?*

Dominik Geppert: Ich würde daran festhalten, dass der Euro ein politisches Projekt mit ökonomischen Mitteln war. Die These „Der Euro war der Preis für die Wiedervereinigung“ greift zu kurz. Ich würde aber auch nicht argumentieren, dass die gemeinsame europäische Währung seit dem Werner-Plan in den 1970er Jahren durchgängig auf der Agenda stand und nur auf ihre Durchsetzung wartete. Als realistisches und realisierbares Projekt ist sie datierbar auf die Mitte der 1980er Jahre im Rahmen der *relance européenne*, die einsetzt mit der Erkenntnis von Kohl, Mitterrand und Thatcher, dass alle gerade Wahlen gewonnen, den britischen Budget-Beitragsstreit beigelegt und jetzt die Chance hatten, sich auf eine strategische Weiterentwicklung der europäischen Integration zu verständigen. In dieser Zeit und auf diese Weise kommt das Binnenmarktprojekt ins Spiel. Flankiert wird dieses Binnenmarktprojekt – v. a. von französischer Seite, Ende der 1980er Jahre aber unter Einwilligung der deutschen Seite – mit der Wiederbelebung der alten, aber bis dahin nie wirklich realisierbaren Idee einer gemeinsamen europäischen Währung. Erst Genscher und dann Kohl springen auf den französischen Zug schon vor dem Sommer 1989 auf, Kohl relativ knapp im Frühsommer 1989, Genscher schon vorher. Genscher hat das auch zur eigenen parteipolitischen Profilierung bewusst betrieben und als Thema besetzt. Dann folgt der operativ geschickteste Schachzug, dass Delors an die Spitze des nach ihm benannten Ausschusses eingesetzt wird, der eine Blaupause aushandeln soll. In dem Ausschuss sitzen die nationalen Zentralbänker unter dem Vorsitz dieses gewieften strategisch operierenden Politikers Delors. Man bindet also potenzielle Gegner ein und gewinnt auf diese Weise ein politisches Momentum, das dann, kombiniert wird mit dem Zeitdruck, der aus der deutschen Wiedervereinigung hervorgeht, den Durchbruch zur europäischen Einheitswährung bringt. Es gibt somit drei Väter, wenn Sie so wollen: Mitterrand, Delors und Kohl.

Jörg Beining: *Zwischenfrage: Wie ist denn die Nichtbeteiligung von Großbritannien zu erklären?*

Dominik Geppert: Die Briten sagen: „Für den Binnenmarkt brauchen wir keine Währung.“ Für sie ist die Frage der Währung eng mit der Frage der nationalen Souveränität verknüpft. Souveränität wird groß geschrieben aus britischer Sicht. Die Thatcher-Gruppe in Großbritannien denkt: „So wie die Deutschen die D-Mark lieben, so müssen die genauso ticken wie wir in dieser Frage.“ Thatcher vertraute auf Karl Otto Pöhl, den deutschen Bundesbank-Präsidenten, der wiederholt angedeutet hatte, dass er nicht viel von der Idee des Euro halte. Der sitze ja auch in diesem Delors-Komitee. Die Bundesbank sei im Grunde mächtiger als die Bundesregierung, so lautete eine weitere (Fehl-)Annahme. Das ist einer von verschiedenen Punkten, bei denen sich Thatcher dann ausgetrickst, hintergangen und übergangen fühlte. Das beginnt schon im Umfeld des Mailänder Gipfels und bei der Einheitlichen Europäischen Akte und wiederholt sich mit der Währungsunion. Für viele Briten ist der Gedanke, mit der Währung ein Stück Souveränität aufzugeben, schwer erträglich. Die Briten sehen auch, das füge ich der Fairness halber hinzu, die praktischen Schwierigkeiten in der Umsetzung des Euro sehr viel klarer, als Mitterrand und Kohl es tun. Thatchers Blick auf die Probleme, die mit der gemeinsamen Währung verbunden sind, ist sehr viel hellsichtiger als der von Kohl und Mitterrand. Auf der anderen Seite haben Kohl und Mitterrand eine Vorstellung davon, wie sich Europa weiterentwickeln

soll, und Thatcher hat keine Vorstellung, wie es mit der EG in dieser weltpolitischen Umbruchphase weitergehen soll. Daraus ergibt sich ein weiterer wichtiger Aspekt, der die Briten allmählich aus der EU herausführt. Cameron hat das sehr stark gemacht. Er hat die Frage der Inkompatibilität einer Mitgliedschaft in der EU aufgeworfen, wenn man nicht auch in der Eurozone ist. Das war für ihn nach eigener Aussage in seinen Memoiren ein wichtiger Antrieb, das Referendum auszurufen.

Michael Gehler: *Ist Thatchers Klarsichtigkeit und kritischeres Verständnis, das sie entwickelt hat gegenüber dem Euro in seiner Entstehungsphase, am Ende nicht auch ihr politisches Verhängnis geworden? Anders gefragt, aus Sicht von Helmut Kohl: War es nicht eine naive Vorstellung nach dem Motto vorzugehen „Der Euro wird schon werden. Das setzen wir als politisches Projekt durch“, ohne von Wirtschaft, Währung und Finanzen tiefere Kenntnisse zu besitzen? Ich frage das, obwohl ja letztlich diese Variante zum Erfolg geführt hat, während Thatcher sich durch ihre Klarsicht und Nichtbeteiligung beim Euro praktisch eines wesentlichen Mittels beraubt hat, weiter zu manövrieren und die deutsche Problematik auf diese Weise wieder in den Griff zu bekommen und zu steuern. Letztlich steht folgende Frage dahinter: Ist nicht möglicherweise auch die deutsche Einigung mit all ihren Folgen ein Urgrund für die Entwicklung hin zum Brexit? Die Briten können nicht mehr mit diesen neuen Herausforderungen des geeinten Deutschlands und einer stärkeren EU zu Rande kommen. Dieses vereinte Deutschland wird auch immer stärker, v. a. in der Euro-Krise, wider dem Sinn einer klassischen politischen Konzeption durch Dritte über die europäische Integration, Deutschland einzurahmen. Das hat nach 1990 nicht mehr so funktioniert wie vor 1989. Ob diese tiefsitzende Erkenntnis auch eine Rolle für den Brexit spielt, der im Grunde eine Kapitulation ist?*

Dominik Geppert: Ja. Zugleich ist das einer der Punkte, bei dem ich sagen würde, Thatcher war hellsichtiger als Mitterrand. Thatcher hat immer argumentiert, dass der Euro die Position Deutschlands in Europa stärken werde, und dass sich die Franzosen mit ihrem Plan, die Deutschen über die Währung einzubinden, letztlich in die eigene Tasche lügen. Wir wissen ja immer noch nicht, wie die ganze Sache ausgeht, aber streckenweise sah (und sieht) es danach aus, als wäre diese Sorge Thatchers nicht ganz unberechtigt gewesen. Zweitens ist es ein Problem, das über Thatchers persönliche Vorlieben und Abneigungen insofern hinausreicht, als es wiederkehrt, z. B. im Streit zwischen Tony Blair und Gordon Brown. Ersterer wäre wohl gern dem Euro beigetreten, während Brown skeptisch gegenüber dieser Form der Integration war. Für Brown war die Frage nicht so ideologisch aufgeladen wie für Thatcher, er hielt den Euro wohl in erster Linie für unpraktikabel, v. a. aber für unvermittelbar in der britischen Öffentlichkeit. Insofern ist es mehr ein britisches als nur ein Thatcher-Problem.

Michael Gehler: *Zu den Vätern des Euro nochmal zurück: Kohl, Mitterrand und Delors sagten Sie. Was ist mit Genscher? Sie haben ja erwähnt, dass er vor Kohl schon die Sache betreibt. Das kann man ja nachweisen. Was ist außerdem mit Theo Waigel?*

Dominik Geppert: Genscher ist vor Kohl vom Euro überzeugt. Es ist aber Kohls Aufgabe als Bundeskanzler, stärker als der Außenminister die verschiedenen innenpolitischen

und gesellschaftlichen Gruppen im Blick zu haben und zu bündeln. Es gibt Kräfte im Finanzministerium, die skeptisch sind, aber auch im Bundeskanzleramt, zum Teil sogar im Auswärtigen Amt. Die FDP und Genscher als Partei- und als Außenpolitiker spielen die Euro-Karte früher. Theo Waigel als Finanzminister macht sich das Thema auch sehr stark zu Eigen. Es ist die Chance für einen Finanzpolitiker, auf diese Weise Gestaltungsmöglichkeiten in die Hand zu bekommen. Sein Versuch, nachzusteuern über den Stabilitäts- und Wachstumspakt auf dem Gipfel in Dublin 1996, ist allerdings nur begrenzt erfolgreich. Es genügt aber, um in die dritte Phase der Wirtschafts- und Währungsunion einzusteigen – mit all den Folgeproblemen, die sich damit verbunden haben.

Michael Gehler: *Die Frage ist noch offen, ob die Gründe für die Einführung des Euro noch nach wie vor relevant sind. Was spricht für und was gegen seine Fortexistenz?*

Dominik Geppert: Durch die Existenz des Euros hat sich das gesamte Umfeld so gewandelt, dass es gar nicht mehr darum geht, ob die Ursprungsgründe noch relevant sind, sondern ob in der Gegenwart eine Auflösung des Euro überhaupt noch möglich erscheint, ohne einen Maximalschaden auszulösen. Das wäre meine Antwort auf die Frage, was für die Fortexistenz des Euros spricht. Die ganz simple Antwort lautet: Ihn aufzulösen heißt, die Karre gegen die Wand zu fahren. Ein Ende des Euro hätte enorme Konsequenzen und Kollateralschäden. Die viel relevantere, weniger historische, sondern gegenwartspolitische Frage lautet daher: Was spricht gegen die Fortexistenz des Euros? Da ist vor allem der immer noch unaufgelöste Widerspruch zwischen einer gemeinsamen Währungspolitik und 27 Fiskalpolitiken. Dieser Grundwiderspruch im Euro ist immer noch existent. Er ist vielleicht etwas entschärft worden nach 2010. Die Banken sind nun um einiges besser aufgestellt. Es gibt neue Institutionen und Regularien, aber der Grundwiderspruch ist nicht aufgelöst.

Jörg Beining: *In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch die sicherheitspolitische Einstellung der Engländer bzw. der Briten ganz interessant, sei sie noch so kontrovers in der Frage „Euro oder Brexit“. Im Rahmen der NATO sitzen wir ja in einem Boot mit ihnen. Wie sehen Sie das?*

Dominik Geppert: Dadurch, dass die Briten sich aus der EU hinausbegeben haben, bewegen sie sich jetzt auf einer Bahn, die uns auch in Bereichen, wo wir eigentlich sehr gerne eine intensivere Kooperation mit ihnen hätten, nämlich beispielsweise im militärischen Bereich, durch die Folgen des Brexits behindern. Denken Sie an Nordirland! Das hat auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien allgemein. Zugleich sind die Briten immer noch eine wichtige Militärmacht in Europa und neben Frankreich die zweite Macht mit Atomwaffen. Es ist eine sicherheitspolitisch und außenpolitisch sehr versierte und erfahrene Nation. Man sieht das etwa daran, wie die Briten auf den Beitrittswunsch zur NATO von Finnland und Schweden reagiert haben, indem sie unmittelbare Sicherheitsgarantien ausgesprochen haben, während die deutsche Bundesregierung gesagt hat, sie finde das sehr begrüßenswert, aber diesen naheliegenden Schritt eben nicht getan hat.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie den Ukraine-Krieg Putins hinsichtlich seiner Motivation und der mannigfaltigen Folgen?*

Dominik Geppert: Zum einen ist es ein russischer Imperialkrieg. Zum zweiten ist es ein Krieg, der geführt wird wegen der Angst eines Diktators vor einer Demokratisierung in seinem unmittelbaren Umfeld. Das wird häufig als gegenläufige Erklärung herangezogen, ist aber kein Widerspruch. Beide Befunde ergänzen sich. Aus meiner Sicht sind das die beiden entscheidenden Gründe. Nun kann man fragen: Gibt es eine Entwicklung im Denken von Putin? Ich nehme wahr, dass es unterschiedliche Antworten auf diese Frage gibt. Man kann sagen, dass sich Putin, der im Jahr 2001 im Bundestag spricht, sich verstellt hat, weil er noch neu an der Macht war und erstmal gutes Wetter machen wollte im Kreis der wichtigen Mächte. Man kann aber auch sagen, dass der Putin des Jahres 2001 eben ein anderer war als der, der im Jahr 2012 nach vier Jahren als Präsident zurückkehrt. Er hat die Herausforderung durch Medwedew und mögliche Kursänderungen in liberaler Richtung als Bedrohung deutlicher vor Augen, steigt mit einer ziemlichen Unpopularität wieder ins Präsidentenamt ein und erlebt mit, wie es Demonstrationen gegen ihn gibt. Von da an spielt er stärker die nationalistische Karte. Das würde sich dann auch mit dem Jahr 2014 und der Krim-Annexion zeitlich einordnen lassen.

Michael Gehler: *Was würden Sie zu den Folgen sagen? Was ist jetzt schon abzusehen nicht nur mit Blick auf Europa, sondern auch auf die globale Integration, das Verhältnis zwischen Russland und China, EU und USA im Verhältnis der EU-Staaten zu den Mitgliedsstaaten der NATO, die noch nicht der NATO angehört haben – jetzt sind schon zwei neue dazugekommen. Was sind die Folgen dieses epochalen Einschnitts?*

Dominik Geppert: Auf mittlere und längere Sicht verstärkt sich die Juniorpartner-Rolle Russlands gegenüber China. Letztlich gibt es dann doch einen neuen Kalten Krieg zwischen westlichen Demokratien und autoritären Systemen im Osten. Dafür gibt es eine Reihe von Bedingungen, die erfüllt sein müssten. Zum einen müssen die Amerikaner eine Demokratie bleiben und einen Präsidentschaftswechsel hinbekommen, der funktioniert. Die westliche Allianz müsste zusammenbleiben. Die Europäer dürften den Amerikanern nicht von der Fahne gehen. Die Bereitschaft, einen zweiten Kalten Krieg durchzustehen, müsste gegeben bleiben. Es gehört aber wahrscheinlich auch die Bereitschaft der Europäer dazu, auf die amerikanische China-Politik Rücksicht zu nehmen sowie eine Entkoppelung und Entglobalisierung zu betreiben, was insbesondere das deutsche China-Geschäft tangiert. Ob das die Bedingungen sind, die die Bundesrepublik Deutschland und die Europäer in der EU zu akzeptieren bereit sind, ist die entscheidende Frage. Ich würde hoffen, dass das so ist. Aber ich kann mir auch vorstellen, dass es eine andere Entwicklung gibt. Wir beginnen in Deutschland, uns mit großen Mühen und enormen innenpolitischen Polarisierungen von den russischen Rohstoffen zu lösen. Aber wenn wir uns vom China-Geschäft verabschieden sollen, geht unser Wohlstand noch viel stärker zurück und der gesellschaftliche Zusammenhalt wäre in Gefahr.

Mein präferiertes Szenario wäre es schon, dass die Europäer einig genug sind, sich auf einen substanziellen Verteidigungsbeitrag innerhalb eines westlichen Bündnisses zu verständigen, der, anders als im alten Kalten Krieg, besagt, dass wir die Ostflanke der

NATO stärker selber schützen müssen, als es im alten Kalten Krieg der Fall war, weil die Amerikaner angesichts einer enormen Verschiebung der Kräfte in der Welt notgedrungen aus ihrer Sicht stärker auf China konzentriert sein werden.

Michael Gehler: *Welche Zukunft hat die Europäische Union in europäischer und globaler Sicht?*

Dominik Geppert: Wenn man die gegenwärtige Situation als Chance begreifen will, kann man sagen, dass der Druck, auch militärisch und außenpolitisch handlungsfähig zu werden, für die EU so groß wie noch nie ist. Das wirft konkrete Fragen auf. Ist eine Mehrheitsabstimmung in außenpolitischen Fragen möglich (Stichwort: Ungarn)? Gibt es die Bereitschaft, möglicherweise Garantien zu geben für die Ukraine im Rahmen eines Waffenstillstands? Ich glaube nicht, dass die Amerikaner, wenn es einmal dazu kommen sollte, das alleine machen wollen. Macht das dann die EU als Ganzes? Machen das nur einzelne, aber wichtige Staaten der EU? Ist die Bundesrepublik Deutschland bereit, Garantien abzugeben für die Ukraine? Kann man sich vorstellen, dass die Ukraine einem Waffenstillstand zustimmt, ohne dass es solche Garantien gibt? Das sind jede Menge offener Fragen, aber ohne Antworten darauf wird es keine handlungsfähige Europäische Union geben.

Michael Gehler: *Ludger Kühnhardt spricht ja von der Frage der Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union. Er meint damit Weltfähigkeit. Das hat er auch als Begriff so formuliert. Ist die Europäische Union Ihrer Meinung nach zukunftsfähig, sprich weltfähig, bzw. wenn es nicht so ist, was müsste geschehen, dass sie es würde?*

Dominik Geppert: Ich wäre eine Nummer bescheidener und würde sagen, wir müssen die globalen Institutionen mitbedenken, aber wir müssen gleichzeitig sagen: Anders als die USA ist die EU nicht überall auf der Welt gleichermaßen involviert. Unsere Beziehungen zu Afrika werden wichtiger im Sinne von Rohstoffen, von Geostrategie und Geoökonomie, aber wir sind im pazifischen Raum nicht eine Macht ersten Ranges und werden das als EU auch nicht sein. Für unsere Werte einzustehen, auch für die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge und insgesamt für eine regelbasierte internationale Ordnung einzutreten, wird realistischerweise nur im näheren geographischen Umfeld Europas möglich sein Dazu gehört die Ukraine ohne Zweifel. Aber auch die Uiguren? Was in China mit Minderheiten und Regimegegnern passiert, ist viel schlimmer als das, was Putin mit den Oppositionellen in Russland macht. Das macht es nicht besser. Aber letztlich ist die Ukraine von Berlin weniger Kilometer weit entfernt.

Michael Gehler: *Wenn ich Ihr Schlusswort richtig deute, muss die EU noch mehr an Europafähigkeit arbeiten, bevor sie zur Weltfähigkeit vorstoßen kann. Recht herzlichen Dank für viele Antworten auf viele Fragen!*

Christian Henrich-Franke

Europa und die Globale Welt 1970–2022

Zum Referenten:

Dr. Christian Henrich-Franke ist Privatdozent an der Universität Siegen. Von 1995 bis 2001 studierte er die Fächer Geschichte, Sozialwissenschaften und Mathematik an den Universitäten Siegen und Skövde/Schweden mit dem Abschluss des Ersten Staatsexamens für Lehramt Sek. I/II. Im Jahre 2001 war er wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Europäische Regionalgeschichte Prof. Dr. Gerhard Brunn an der Universität Siegen. Promoviert wurde er 2005 im Fach Geschichte mit dem Nebenfach Politik zum Thema Globale Regulierungsproblematiken in historischer Perspektive: Der Fall des Funkfrequenzspektrums 1945–1988. Seit 2010 ist Henrich-Franke habilitiert in Neuerer und Neuester Geschichte zum Thema: Gescheiterte Integration im Vergleich: Der Verkehr – ein Problemsektor gemeinsamer Rechtsetzung im Deutschen Reich (1871–1879) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958–1972). Von 2001 bis 2009 war Henrich-Franke wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Regionalforschungen sowie am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Didaktik der Geschichte unter Prof. Dr. Gerold Ambrosius an der Universität Siegen, von 2009 bis 2015 Akademischer Rat auf Zeit am Institut für Europäische Regionalforschungen gleichenorts, von 2013 bis 2017 Lehrbeauftragter an der Hochschule für Archivwissenschaft Marburg, von 2015 bis 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut an der Universität Siegen, seit 2020 External Fellow am Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History (C2DH) der Universität Luxemburg und seit dem gleichen Jahr

Leiter der Forschungs- und Lehreinheit Wirtschaftsgeschichte im Bereich Plurale Ökonomik an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Siegen. Von 2021 bis 2022 hatte er eine Projektstelle im Forschungsprojekt ‚Europe reverse' – Sizilien als Labor ‚hybrider Staatlichkeit' in Europa? (Universität Bern/Universität Siegen) inne.

Als Gemeinschaftswerke und Monografien erschienen: (zusammen mit Gerold Ambrosius), Diversität, Transformation, Kontinuität: Europa 1800–1870, Stuttgart 2020; 70 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2019; Globale Welt. Europäische Geschichte 1970–2015, Stuttgart 2019; (gemeinsam mit Gerold Ambrosius) Integration of Infrastructures in Europe in Comparison, Berlin 2016; (gemeinsam mit Gerold Ambrosius), Integration von Infrastrukturen in Europa: Synopse, Baden-Baden 2013; Gescheiterte Integration im Vergleich: Der Verkehr – ein Problemsektor gemeinsamer Rechtsetzung im Deutschen Reich (1871–1879) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958–1972) (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration), Stuttgart 2012; Globale Regulierungsproblematiken in historischer Perspektive: Der Fall des Funkfrequenzspektrums 1945–1988 (Law and Economics of International Telecommunications), Baden-Baden 2006; Institutionenökonomische Analyse der schwedischen Rundfunk- und Fernsehanstalt in den 1950/60er Jahren, Siegen 2002.

Zum Vortrag:

I. Einleitung

Europäische und globale Geschichte sind schon seit langer Zeit keine getrennten Entwicklungen mehr – sofern sie es überhaupt einmal gewesen sind. Globalisierung, die zumeist aus einer europäischen Perspektive heraus als ein Prozess beschrieben wird, der bei Columbus' ‚Entdeckung' von Amerika oder der wirtschaftlichen Expansion Europas in Folge der Industrialisierung oder dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts einsetzte, wird nicht selten als eine Geschichte erzählt, in der von Europa ausgehend Interaktionsbarrieren überwunden wurden und es so zu immer mehr Interdependenz und Verflechtung zwischen den Staaten, Regionen und Kontinenten dieser Welt kam. Wann dieser von Europa ausgehende Prozess einsetzte, wie er verlief und welche Intensität er jeweils hatte, bleibt in der historischen Forschung allerdings umstritten.

Wenn wir uns heute die Europäische Geschichte als Teil globaler Veränderungen anschauen, dann bietet es sich an, in den 1970er Jahren anzusetzen. Für die Europäische Geschichte stellten die 1970er Jahre einen starken Einschnitt dar, der in vielerlei Hinsicht einen Bruch mit dem Zeitraum davor bedeutete. Sie lassen sich als Zäsur und als Anfang einer neuen Phase der Europäischen Geschichte interpretieren, in der Europa in einem Ausmaß Teil einer global interdependenten und vernetzten Welt wurde, wie es zuvor noch nie der Fall gewesen war. Seit den 1970er Jahren waren die meisten Staaten Europas immer stärker in grenzüberschreitende Verflechtungsprozesse eingebunden, die sich einerseits als globale Entwicklungszusammenhänge darstellten und andererseits – auch durch globale Faktoren bedingt – nach innen eine Intensität erreichten wie niemals zuvor.

Wenn ich meinen heutigen Vortrag – und das dazu gehörige Buch – mit dem Titel ‚Europa und globale Welt' versehen habe, dann steckt dahinter auch eine qualitative Aussage mit Blick auf die historischen Forschungen zur Globalisierung. Zwar gab es schon in früheren Zeiten globale Vernetzung und globalen Austausch, hier soll aber auf die tatsächliche Polyzentrik angespielt werden und ebenso betont werden, dass die globalen Interdependenzen von Staaten, Wirtschaften und Gesellschaften eine zuvor ungekannte Quantität und Qualität erreicht haben.

Für den heutigen Vortrag möchte ich zwei Leitfragen aufwerfen, die auch ein Angebot für die anschließende Diskussion darstellen sollen: Welche sind die wesentlichen Veränderungen Europas in einer globalen Welt seit 1970 gewesen? Wo steht Europa im Jahr 2022 in einer solchen Welt?

Zum einen wird es dabei um die Vorstellung eines Buchs zur Europäischen Geschichte zwischen 1970 und 2015 gehen, zum anderen möchte ich die aktuellen Ereignisse – nicht zuletzt den russischen Angriffskrieg in der Ukraine – als Ausgangspunkt nehmen, um mit ihnen über die aktuelle und zukünftige Stellung und innere Verfasstheit Europas in der Welt zu diskutieren. Es wird in meinem Vortrag eher um die groben Entwicklungslinien europäischer Geschichte und nicht um Details gehen.

Ich möchte den Zeitraum zwischen 1970 und den 2010er Jahren in drei mehr oder weniger abgeschlossene, sich aber durchaus überlappende Phasen gliedern. Diese erheben keinen Anspruch auf Exklusivität, vielmehr sollen sie als Binnendifferenzierung einen groben Orientierungsrahmen liefern:

In der ersten Phase ‚*Gewandelte Grundlagen Europäischer Geschichte (1970er/1980er Jahre)*' kristallisierten sich neue Basisdeterminanten Europäischer Geschichte heraus. In der zweiten Phase ‚*Vom Ende der geteilten Welt (1975–1992)*' wurde die Teilung des Kontinents allmählich überwunden und es eröffnete sich so die Möglichkeit gesamteuropäischer Entwicklungen, bevor dann in der dritten Phase ‚*Transformatives Europa: Entgrenzt, Verflochten, Mobil (1990er/2000er Jahre)*' eine gesamteuropäische Transformation einsetzte, die mit den Schlagworten ‚Entgrenzt, Verflochten, Mobil' umschrieben werden kann.

Über die Zeit seit den 2010er Jahren, d. h. über aktuelle Beobachtungen und Entwicklungstrends der Europäischen Geschichte in einer globalen Welt, möchte ich – wie bereits angekündigt – gerne am Ende meines Vortrags nachdenken und mit ihnen diskutieren. Als Historiker werde ich mich aber eher thesenhaft äußern, weil sich diese Jahre nur schwer historisch fundiert einordnen lassen.

Fangen wir mit der ersten Phase, den gewandelten Grundlagen, an.

II. Die 1970/80er Jahre: Gewandelte Grundlagen Europäischer Geschichte

Die für die 1970er und 1980er Jahre zu konstatierenden sich wandelnden Grundlagen historischer Entwicklung besaßen ganz unterschiedliche Ausprägungen und Facetten. Ich möchte vier von ihnen hervorheben: Europäische Wirtschaftsverantwortung, globale

Interdependenzen, Wettbewerb und Wahlfreiheit sowie Weichenstellungen in eine vernetzte Welt.

1. Europäische Wirtschaftsverantwortung

In den frühen 1970er Jahren brachen globale wirtschaftliche Grundstrukturen in mehrfacher Hinsicht auf und zwangen Europa sich strukturellen Veränderungen zu stellen. Schon in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre – also unmittelbar nachdem Gert Fröbe als Bösewicht ‚Goldfinger' im gleichnamigen James Bond-Thriller vergeblich versucht hatte, die für das Weltwährungssystem so wichtigen Goldvorräte von Fort Knox atomar zu verseuchen – geriet das auf dem Gold-Dollar-Standard fußende Weltwährungssystem von Bretton-Woods zunehmend unter Druck. War das System im Kern auf eine ausgeglichene Zahlungsbilanz der USA angewiesen, da alle Währungen an den Dollar gebunden waren, so wirkten sich ab Mitte der 1960er Jahre die Zahlungsbilanzdefizite der USA aufgrund der Finanzierung des Vietnamkrieges schnell auf Europa aus. Währungskrisen und Inflationsdruck innerhalb Europas waren die Folge, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen zwischen den Staaten Europas noch verschärften. Als die Bundesregierung im Mai 1971 schließlich einseitig die Parität zum US-Dollar aufgab und damit zu einem freien Wechselkurs umstieg, fiel nicht nur der Dollar gegenüber der DM um 9,3%, sondern psychologisch war dies ein bedeutsamer Schritt. Die Fähigkeit der USA, die Weltwirtschaft stabil zu halten, wurde erstmals nachhaltig hinterfragt. Die wirtschaftliche Dominanz der USA, die immerhin die deutsche und europäische Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg massiv mitaufgebaut hatte, stand damit im Bereich der Währungen zur Disposition.

Die folgende Aufkündung multilateraler Prinzipien durch die USA stellte die Staaten Europas vor eine völlig neue Situation. Einige ließen ihre Währungen frei floaten, andere versuchten mit dem Washingtoner System (1971) oder auch mit dem Werner-Plan der EG (1970) die Währungsturbulenzen einzudämmen. Letztlich scheiterten diese Systeme aber (vorerst) an divergierenden nationalen Interessen. Mit dem formalen Ende des Weltwährungssystems von Bretton-Woods im März 1973 verlagerte sich die Verantwortung für die Währungsstabilität in Europa endgültig von den USA auf eine Kollektivverantwortung der Europäer, die dann sukzessive von der Europäischen Gemeinschaft übernommen wurde.

Die Währungsturbulenzen trafen die europäische Wirtschaft zu einer Zeit, als diese sich ohnehin im Umbruch befand. Mit dem Kohle- und Stahlsektor leitete eine Industriebranche das Ende des Industriezeitalters in Europa ein, die lange Zeit als Symbol industrieller Prosperität gegolten hatte und noch in den 1950er und frühen 1960er Jahren ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Erholung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen war. Der vielzitierte ‚Strukturbruch der Industriemoderne' bedeutete zwar kein Verschwinden der Industrie in Europa, aber die Beschäftigtenzahlen und die Wertschöpfung verlagerten sich in den Dienstleistungssektor, während insbesondere die Montanindustrie – wie die Zeche Zollverein in Essen – ihre Tore schließen mussten, weil ihre Produkte anderswo in der Welt günstiger hergestellt wurden. Schwierige Anpassungsprozesse waren die Folge, die sich über eine ganze Generation hinzogen und Europa in einer globalen Welt eine neue Rolle zuwiesen. Der Strukturwandel zwang die Wirtschaften Europas seit den

1970er Jahren zu einem Umbau, damit die Europäer auf den Weltmärkten mit neuen Produkten und Dienstleistungen bestehen konnten. Die europäische Industrie musste sich dabei zunehmend auf Spezialprodukte fokussieren, deren Herstellung technisches Wissen und Innovativität erforderte. Dass die Ölkrisen der 1970er Jahre dabei wie ein Katalysator wirkten, sei hier nur am Rande erwähnt.

Die Staaten Europas und die Europäische Gemeinschaft reagierten in vielfacher Hinsicht auf die wirtschaftlichen Herausforderungen. Was die Währungen anbetraf, so verband sich mit den Ideen einer Europäischen Währungsunion in den 1970er Jahren die Vorstellung, aus Europa in einem global instabilen Umfeld einen Stabilitätsblock zu machen. Zwar scheiterte der Werner-Plan aus dem Jahr 1970 noch an den nationalen Alleingängen der Regierungen, mit denen die währungspolitischen Turbulenzen bekämpft werden sollten. Doch gerade die Erfolglosigkeit individueller Maßnahmen ermunterte die EG-Mitglieder bereits 1977/78 einen erneuten Anlauf zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu nehmen. Auf Initiative des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing und des Bundeskanzlers Helmut Schmidt wurde dann 1979 im Europäischen Währungssystem (EWS), ein System fester (aber begrenzt flexibler) Wechselkurse etabliert, das mit der Europäischen Währungseinheit (ECU) eine Kunstwährung auf der Basis der Wirtschaftskraft der einzelnen Volkswirtschaften hervorbrachte, um innerhalb der EG abrechnen zu können. Eventuelle Schwankungen zwischen den nationalen Währungen sollten durch Interventionen der Zentralbanken auf den Devisenmärkten unterbunden werden, wofür u. a. Stützungsfonds zur Verfügung standen.

Die Währungszusammenarbeit sollte nicht der einzige Schritt hin zu mehr europäischer Gesamtverantwortung sein. Zum einen fanden auf deutsch-französische Initiative hin im Rahmen des Weltwirtschaftsforums und der G7-Treffen multilaterale Gespräche der sieben größten Industrienationen außerhalb der bestehenden UN-Institutionen statt. Die G7-Treffen dienten aber auch dazu, die Folgen gestiegener globaler Interdependenz für die industrialisierten Staaten zu erörtern. Zum anderen nahm die EG in den frühen 1980er Jahren den Anlauf zum Binnenmarktprojekt. In der sich verändernden Weltwirtschaft organisierte sich Europa damit noch stärker im Inneren und wurde zum Vorreiter eines generellen Regionalisierungstrends der Weltwirtschaft, der seit der Jahrtausendwende immer mehr die globalen Handelsbeziehungen prägt. Das Ergebnis der Bemühungen waren die Einheitliche Europäische Akte (1986) und die Errichtung des Binnenmarkts (1992), die Europa immer stärker zu einem Wirtschaftsblock mit offenen Grenzen nach innen verflochten.

2. Globale Interdependenzen

Hinter all den Bemühungen um eine engere europäische Zusammenarbeit standen freilich auch die gestiegenen globalen Interdependenzen. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs stellte die Dekolonialisierung ein wichtiges Kapitel europäischer Geschichte dar, da die Staaten Europas finanziell, militärisch und politisch weder in der Lage noch tatsächlich daran interessiert waren, den Kolonialismus zu einem hohen Preis fortzuführen. Die in den 1950/60er Jahren unterschiedlich konfliktreiche Dekolonialisierung führte zu massiven Verschiebungen im internationalen Staatensystem, v. a. in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen. Sowohl die Strukturen der Zusammenarbeit als auch

die dort behandelten Themen schienen sich neu zu konfigurieren. Strukturell resultierte die Dekolonialisierung in einer markanten Zunahme der souveränen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Umfassten diese Ende der 1950er Jahre noch 80 Mitglieder, so stieg deren Zahl bis zum Ende der Dekolonialisierung bereits auf 159 an. Die Entwicklungsländer bzw. die ehemaligen Kolonien organisierten sich innerhalb loser Verbünde wie die der Blockfreien Bewegung (1961) oder der Gruppe der 77 (1964), die in den 1970er Jahren an Bedeutung gewannen, weil sie nominell nicht nur eine absolute Mehrheit der Stimmen im internationalen Staatensystem innehatten, sondern die Kontrahenten beider Blöcke des Kalten Krieges gleichzeitig überstimmen konnten.

Mit der gewandelten Mitgliederstruktur stiegen ökonomische Disparitäten innerhalb der Vereinten Nationen radikal an und führten zu einer Veränderung der Schlüsselthemen. Im Mai 1974 verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Erklärung über die Errichtung einer ‚Neuen Weltwirtschaftsordnung' sowie einer ‚Neuen Weltinformationsordnung', die v. a. auf eine global gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand abzielten. Die Vereinten Nationen wurden von vereinzelt scharfen Auseinandersetzungen über ressourcenbasierte Machtpolitik oder den nachhaltigen Umgang mit endlichen Ressourcen oder Technologien erschüttert.

Obwohl die Entwicklungsstaaten ihr nominelles Stimmengewicht mittel- und langfristig kaum zur Geltung bringen konnten, so änderten die Vereinten Nationen doch nachhaltig ihre Aufgabenfelder und auch die Europäer erkannten, dass sie im globalen Umfeld noch stärker ihre Interessen bündeln mussten, um weiterhin eine einflussreiche Rolle zu spielen. Schon 1965 wurde das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und auch die europäischen Staaten nahmen sich des Themas an. Entwicklungshilfe wurde zu einem wesentlichen Bestandteil westeuropäischer Politik und manifestierte sich sogar in spezifischen Ministerien.

Die Dekolonialisierung erwies sich auch in der Frage des Umgangs mit globalen Gemeinschaftsgütern wie den Weltmeeren oder dem Weltraum, die in den frühen 1970er Jahren aufkam, als Triebfeder, forderten doch die Entwicklungsstaaten von den zumeist europäischen Industriestaaten eine neue Verteilungs- und Verantwortungsgerechtigkeit ein. Gleichwohl unternahmen die europäischen Staaten ihrerseits koordinierte Anstrengungen, etwa im Rahmen der G7 oder des GATT, um ihre ökonomischen Interessen auch in einer gewandelten Welt durchzusetzen.

Diese Themen waren Teil der Debatte über das ‚gemeinsame Erbe der Menschheit', wobei es nicht nur um gemeinsamen Schutz, sondern noch mehr um die gemeinsame Nutzung ging. Der Club of Rome veröffentlichte 1972 die Studie ‚Grenzen des Wachstums', welche den verschwenderischen Umgang mit den endlichen globalen Ressourcen anprangerte und eine starke Aufmerksamkeit für das Thema herstellte. Die nennenswerte UN-Umweltkonferenz von Stockholm warf 1972 als erste Konferenz ihrer Art ökologische Probleme auf und brachte diese mit wirtschaftlichen und politischen Fragen in Verbindung. Die Konferenz gründete durch eine Resolution das UN-Umweltprogramm mit dem Ziel, Daten über die Klimaentwicklung zu sammeln. 1979 folgte in Genf die erste Weltklimakonferenz, allerdings waren diese ersten Ansätze beschränkt auf den wissenschaftlichen Austausch von Informationen und Daten, ohne sich jedoch tatsächlich auch auf die Politik oder die Öffentlichkeit auszuwirken. Sie stellten noch keine tatsächliche

Etablierung von Regulierungsregimen dar. All diese Entwicklungen waren neue Arten globaler Interdependenz, der sich die Staaten Europas stellen mussten.

3. Wettbewerb und Wahlfreiheit

Wesentliche Bausteine neuer europäischer wie globaler Ordnungen sollten Wettbewerb und Wahlfreiheit sein. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren begann der individuelle Mensch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit seinen Präferenzen, Vorlieben und Lebensentwürfen – aber auch seiner Pflicht zur Eigenverantwortlichkeit – eine zentrale Rolle im Selbstbild der westlichen Welt einzunehmen. Zuvor wirksame kollektive Organisationen wie der Staat, die Klasse oder die Parteien verloren demgegenüber an Bedeutung. Selbstverwirklichung und individuelle Wahlfreiheit sollten zu einer grundlegenden Neuausrichtung (west-) europäischer Wertewelten beitragen und sich vielfältig auf Staaten, Wirtschaften und Gesellschaften auswirken. Wettbewerb sollte in zunehmendem Maße auch ein Garant globalen Wohlstands sein, allerdings – so viel muss einschränkend angemerkt werden – propagierten die europäischen Staaten Wettbewerb zumeist dort, wo sie selber den meisten Nutzen aus ihm zogen.

Wirtschaftspolitisch drückte sich die neue Bedeutung des einzelnen Menschen im sich allmählich durchsetzenden Neoliberalismus aus. Dieser leitete seine Forderungen aus der Grundüberzeugung ab, dass der einzelne Mensch in seinen Entscheidungen nutzbringender sei als der Staat. Die Vordenker der um den Ökonomen Milton Friedman versammelten Chicagoer Schule geißelten den Wohlfahrtsstaat und die Inflation als die größten Feinde der Wirtschaft. Sie forderten den Primat der Ökonomie gegenüber dem Staat und vertrauten auf das Menschenbild des Homo oeconomicus, nach dem der Mensch auf der Basis seiner individuellen Präferenzordnung versucht, rational seinen Nutzen zu maximieren. Grundsätzlich lassen sich eine Reihe von Einzelforderungen herausstellen, die in unterschiedlichen Kontexten in unterschiedlicher Intensität eingefordert wurden, aber im Kern alle die staatlichen Aktivitäten einschränken sollten, um dem individuellen Menschen mehr Gestaltungsfreiraum zu eröffnen. Erstens wurde für die staatliche Wirtschaftsordnung eine Reduktion der Staatsquote, der staatlichen Tätigkeit sowie der staatlichen Fürsorge eingefordert. Daraus folgerten zweitens für den Staat die Aufgaben der Sicherung von Recht und Ordnung, der Definition, Garantie und Durchsetzung von Eigentumsrechten sowie der Aushandlung und Durchsetzung der Regeln des Wettbewerbs, v. a. eine Verhinderung von Monopolen. Drittens sollte der Handel von Beschränkungen befreit und freie Wechselkurse garantiert werden. Viertens sollten die Zentralbanken unabhängig bleiben und ihre Politik rein auf die Währungsstabilität fokussieren. Kurz und gut: Der Staat sollte sich eben auch auf der internationalen Bühne als handelnder Akteur in der Wirtschaft zurückziehen.

Ab den 1980er Jahren wurden die ordnungspolitischen Konzepte des Neoliberalismus in den Staaten Europas wie der Welthandelsordnung weitgehend umgesetzt. Weltwirtschaftlicher Freihandel, die weitgehende Liberalisierung der nationalen Märkte, die Privatisierung staatlicher Unternehmen und die Entbürokratisierung wurden zu den zentralen Reformbegriffen seit den Amtsübernahmen von Margarete Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan (1981) in den USA.

4. Weichenstellungen in eine vernetzte Welt

Zu den sich wandelnden Grundlagen Europäischer Geschichte und einer völlig neuen Qualität globaler Interdependenz und Verflechtung zählte letztlich auch der Einstieg in die durch Verkehrs- und Telekommunikationssysteme vernetzten Gesellschaften. Eine zentrale Weichenstellung stellte die Errichtung von Satellitensystemen in den 1970er Jahren dar. 1973 gründeten 80 Staaten die International Telecommunication Satellite Organisation (ITSO), um den globalen Nachrichtenverkehr zu organisieren. Weder technisch noch wirtschaftlich war es für die europäischen Staaten möglich, eigene Systeme aufzubauen, und so wurde die Vernetzung Europas mittels Satelliten wie dem Typ Intelsat V aus dem Jahr 1980 zu einer gemeinsamen Anstrengung.

Parallel dazu vollzog sich die Vernetzung von Computern mittels digitaler Telekommunikationstechnik. Bereits seit den 1960er Jahren wurden auf analoger Basis dezentrale Rechnernetze getestet, um größere Datenmengen zu speichern. Die Entwicklung der digitalen Technik, v. a. in den 1970er Jahren, ermöglichte es, die Menge der zu übertragenden Daten durch (digitale) Datenkompression exponentiell zu steigern. Schritt die Verbesserung der Technik immer schneller voran, so beschlossen die europäischen Regierungen in den 1980er Jahren die Datennetze auf der Basis der bestehenden Telefonnetze zu errichten, womit der Grundsatz gefasst wurde, Vernetzung zu einem Massenphänomen in Wirtschaft und Gesellschaft zu machen, wie es etwa die Bundespost mit der hier zu sehenden Grafik über die Ausbaustufen des ISDN zu visualisieren versuchte. Dies ermöglichte auch eine neue Qualität der Dezentralisierung und Arbeitsteiligkeit, in deren Folge transnationale Unternehmen in größerem Umfang überhaupt erst entstehen konnten.

Die Staaten Europas wurden nicht nur vernetzter, sondern rückten durch die technische Entwicklung auch näher aneinander. Insbesondere der als Schlüsseltechnologie der Zukunft betrachtete Telekommunikationssektor zwang die Europäer, in der Technologiepolitik miteinander zu kooperieren. Sowohl die EG als auch die europäischen Regierungen untereinander entdeckten die Zusammenarbeit in der Forschung als notwendige Lösung, um den technischen Entwicklungsvorsprung der USA oder Japans aufzuholen. So entstanden bilaterale Forschungsprojekte, wie das deutsch-französische Satelliten-Programm Symphonie oder die Technologieförderung der EG im Bereich von Datennetzen.

Einen ganz wesentlichen Beitrag zur Vernetzung leistete auch die Einführung und Ausbreitung des Containers als ein Transportmittel, das die einzelnen Verkehrsträger (Eisenbahn, Schiff, LKW) sehr effizient verband und so die Logistik revolutionierte. Globale Wertschöpfungsketten von zuvor ungeahntem Ausmaß in Schnelligkeit und Kapazität nahmen immer mehr Gestalt an. Der Einsatz von Containern veränderte Häfen und Verkehrssysteme und sorgte insgesamt dafür, dass Güter schneller und billiger transportiert werden konnten. Die niedrigen Transportkosten erlaubten es, die Produktion von Waren und Gütern aus Europa in andere Weltteile zu verlagern.

So viel zu den gewandelten Grundlagen europäischer Geschichte in den 1970/80er Jahren. Kommen wir nun zu einem weiteren wichtigen Entwicklungsschritt mit enormer tagespolitischer Bedeutung: dem Ende des Kalten Kriegs.

III. Ende der geteilten Welt (1975/85–1992)

Galten die zuvor beschriebenen Wandlungen der Grundlagen Europäischer Geschichte primär – aber nicht ausschließlich – für die nichtsozialistischen Teile Europas und der Welt, so erlangten sie mit dem Ende des Kalten Kriegs eine gesamteuropäische Gültigkeit. Ich habe lange darüber nachgedacht, ob und wie ich mit den Ausführungen zum Ende der geteilten Welt (Kalter Krieg) umgehen soll, weil die letzten Wochen – rund um den Ukraine-Krieg – gezeigt haben, dass es unterschiedliche Interpretationen der mittel- und langfristigen Auswirkungen dieses relativ kurzen Zeitraums gibt. Ich möchte aus aktuellem Anlass aber darauf verweisen, dass Russland – wenn man einmal von Kaliningrad absieht – wie schon nach dem Ende des Ersten Weltkriegs an die europäische Peripherie verdrängt wurde, was ebenfalls langfristige Auswirkungen haben sollte, die wir entweder lange Zeit nicht wahrgenommen haben oder wahrnehmen wollten und konnten.

Kehren wir aber zurück zu den Ursachen des Endes des Kalten Kriegs. Langfristige Erklärungen setzen, sofern sie nicht mit generellen Konstruktionsfehlern des Sozialismus argumentieren, gerne bei gesellschaftlichen Erosionsprozessen an, die mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in den 1970er Jahren zusammengebracht werden. Andere Arbeiten betonen wiederum die mittelfristigen Zusammenhänge und verweisen auf die Auswirkungen der Politik von Glasnost und Perestroika, mittels derer der 1985 ins Amt gekommene KPdSU-Generalsekretär, Michail Gorbatschow, versuchte den Sozialismus von innen heraus zu reformieren. Flankiert wurde dieses Programm nach 1988 durch eine Stärkung demokratischer Prinzipien wie etwa freie Wahlen, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Die angestrebten Ziele ließen sich aber mittelfristig nicht erreichen. Im Gegenteil, die Wirtschaft schaffte den Transformationsprozess vorerst nicht, und es kam zu einer Verschärfung der ohnehin latenten Wirtschaftskrise und zu einer Verknappung von alltäglichen Gütern wie Lebensmitteln und Kleidung. Der Versuch des Umbaus der Sowjetunion von innen heraus läutete so eine politische Umbruchphase ein, die binnen weniger Jahre die Öffnung und das Ende des Sozialismus mit sich brachte, was eben auch bedeutete, dass es kaum noch internationale Konkurrenz um die Ordnungsentwürfe für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gab.

Für das Ende des Kalten Krieges und des geteilten Europas, v. a. in der langfristigen Perspektive, ist die Radikalität der Veränderungen in Tempo und Qualität ein besonderer Faktor, v. a. die ‚Revolutionsjahre' 1989 bis 1991. Symbolträchtig zerschnitten am 27. Juni 1989 die Außenminister von Ungarn und Österreich, Gyula Horn und Alois Mock, den Grenzzaun und vollzogen eine Öffnung des Sozialismus nach außen. Sie schnitten in den ‚Eisernen Vorhang' ein Loch, das sich gleichsam als Ventil für Menschen entpuppte und binnen kurzer Zeit zu einer umfassenden Fluchtbewegung aus der DDR in den Westen führte.

Die deutsche Entwicklung mit dem Mauerfall am 9. November 1989 war freilich nur ein Glied in einer Kette von Entwicklungen, die mit Öffnungen der politischen Systeme in der Sowjetunion, Polen und Ungarn begonnen hatte und von der DDR ausgehend weitere Revolutionen wie die ‚Samtene Revolution' in der Tschechoslowakei beförderte. Mit Ausnahme des rumänischen Falles war ihnen allen gemein, dass es sich um friedliche oder ‚verhandelte' Revolutionen handelte. Die jeweiligen Machthaber traten zumeist in Verhandlungsprozesse ein und vermieden so gewaltsame Auseinandersetzungen.

Als ein Schlüsseljahr für die weitere Entwicklung entpuppte sich das Jahr 1991. Hatten schon 1990 die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland nach der offiziellen Anerkennung des Hitler-Stalin-Pakts durch die Sowjetunion, die die Unrechtmäßigkeit ihrer Annexion attestierte, ihre Unabhängigkeit eingeleitet, so brach 1991 spätestens nach dem Augustputsch in Moskau die Sowjetunion vollständig auseinander. Es formierten sich nicht weniger als 15 voneinander unabhängige Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Darüber hinaus lösten sich mit dem Warschauer Pakt und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die internationalen Verbünde der sozialistischen Staaten auf. Sie zerschlugen damit auch gesellschaftliche, wirtschaftliche und militärische Verflechtungen, die sich über Jahrzehnte gebildet hatten. Damit war der Weg frei, dass die Staaten Osteuropas mehrheitlich zum kapitalistisch-demokratischen System wechselten und sich in gesamteuropäische Transformationsprozesse eingliederten.

Zurück blieb mit Russland ein taumelndes Weltreich in der Krise – wirtschaftlich am Boden, gesellschaftlich orientierungslos, aber militärisch eine Großmacht; eine Zerrissenheit, die kaum jemand besser verkörperte als der damalige russische Präsident Boris Jelzin. Zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert verließ Russland das europäische Schlachtfeld als Verlierer und wurde v. a. dann in den 1990er und 2000er Jahren aus dem Herzen Europas verdrängt – geografisch, institutionell und normativ.

Für das kollektive Bewusstsein in weiten Teilen der gesellschaftlichen Trägerschichten nicht unbedeutend war die Selbstinszenierung der westlichen Welt gegenüber Russland in den 1990er Jahren. Bemerkenswerterweise war mit Wladimir Putin ein ehemaliger KGB-Agent gerade zum Vizebürgermeister von Kiew aufgestiegen, als James Bond 1994 auf einer Panzerfahrt durch St. Petersburg den russischen KGB der Lächerlichkeit preisgab und die westliche Überlegenheit zelebrierte. Lassen wir das Ende des Kalten Krieges aber hinter uns und gehen einen Schritt weiter.

IV. Transformatives Europa: Entgrenzt, Verflochten, Mobil (1990er und 2000er Jahre)

Auf der Basis der gewandelten Grundlagen setzte in den 1990er Jahren ein etwa eineinhalb Jahrzehnte dauernder Prozess der fundamentalen Transformation Gesamteuropas ein, dessen Ergebnis mit den Stichworten ‚entgrenzt, verflochten, mobil' umschrieben werden kann.

Die neoliberale Neu-Ordnung Europas und der Welt nahm in den 1970er Jahren richtig Fahrt auf. Eine Schlüsselrolle in diesem Prozess spielte der Washington Consensus, der 1989 eigentlich als ökonomische Stabilisierungsstrategie von der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem US-Finanzministerium für die Staaten Lateinamerikas konzipiert worden war. Im Zentrum standen Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung, womit eine konsequente Ausbreitung neoliberaler Ordnungsideale von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in weiten Teilen der Welt einherging. Im Grundsatz spiegelte sich der Washington Consensus auch in den Integrationsstrategien der Europäischen Union (EU) für die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropa wider, die etwa in den Kopenhagener Beitrittskriterien im Juni 1993 verankert wurden. Innerhalb Europas

wurden die vier Freiheiten verwirklicht und beim Kapital sogar die Verkehrsfreiheit über die EU-Außengrenzen hinaus erweitert.

Gefördert wurde dieser Prozess auch durch neue Typen globaler Abkommen, die auf die Folgen der liberalisierten Weltwirtschaft ebenso reagieren wie auf wirtschaftliche und technische Strukturwandlungsprozesse in den westeuropäischen Staaten. So dehnte das General Agreement on Trade in Services (GATS) die liberale Welthandelsordnung des GATT von Industriegütern auf den Handel mit Dienstleistungen aus. Im Abkommen über Trade Related Aspects of International Property Rights (TRIPS) wurde die Sicherung des Urheberrechts auf der internationalen Ebene angegangen, weil im Zuge der Handelsliberalisierung die Nachahmungen von (europäischen) Markenprodukten drastisch zugenommen hatte. Die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1998 setzte den multilateralen Wirtschaftsabkommen erstmals ein gemeinsames institutionelles Dach auf, von dem ausgehend der Abbau von Handelshemmnissen und die Liberalisierung der Weltmärkte vorangetrieben wurde. Für Europa ist die WTO insofern bemerkenswert, als die EU dort eigenständiges Mitglied wurde und sie bei einer Mehrheitsentscheidung das Stimmrecht ihrer Mitglieder ausüben durfte. Überhaupt traten die Europäer in globalen (Wirtschafts-) Verhandlungen immer öfter kollektiv als EU-Block oder in anderer organisierter Form auf, um das eigene Stimmengewicht zu erhöhen.

Neben der Wirtschaft sorgten auch globale Umweltprobleme für eine stärkere Entgrenzung und Verflechtung Europas nach außen. Stichworte und Katalysatoren dieser Entwicklung waren das Bekanntwerden des Ozonlochs (1986) und die öffentliche Aufmerksamkeit für den Klimawandel. Die Entdeckung des Ozonlochs besaß anders als andere Umweltprobleme zuvor, wie der saure Regen oder das Waldsterben, eine neue Qualität, weil ein globales Problem auftrat, welches nur durch ein effektives globales Regulierungsregime gelöst werden konnte.

Die europäischen Staaten trieben die Bearbeitung von Umweltproblemen durch die Vereinten Nationen voran. Bereits 1992 verabschiedete der Weltklimagipfel von Rio de Janeiro eine erste UN-Rahmenkonvention. Wenngleich darin keine verbindlichen Regelungen getroffen wurden, so wurden dennoch Mechanismen festgelegt, um über ein Regulierungsregime zu verhandeln. Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 wurde dann ein erstes völkerrechtlich verbindliches Abkommen geschlossen, das mit dem Emissionshandel ein erstes (freiwilliges) Instrument zur Regulierung einführte. Tatsächlich verbindliche Regeln, an denen sich alle Industriestaaten zu beteiligen beabsichtigten, kamen mit dem Übereinkommen von Paris im Jahr 2015 zustande.

Entgrenzung und Verflechtung nach außen waren keine Phänomene, die sich nur im Rahmen von oder moderiert durch internationale Organisationen vollzogen. So sorgte der dramatische Kostenverfall der Fernreisen mit Flugzeug dafür, dass Europäer verstärkt ihren Urlaub außerhalb Europas verbringen konnten. Der 1991 gegründete Billigflieger ‚Ryanair' steht hier symbolisch für eine weit umfangreichere Entwicklung. Breitere Bevölkerungskreise konnten nun ihren Urlaub in Thailand, Indien oder den USA verbringen. Auch innerhalb Europas nahmen Kurzurlaube und Wochenendtrips markant zu. In den 1990er und 2000er Jahren verbreiteten sich gleichzeitig Techniken, wie das Mobiltelefon, der Container, die Satellitennavigation oder das Internet, welche die neue Mobilität in anderen Bereichen voranbrachten. Solche Techniken der Mobilität stehen auch hinter multinationalen Unternehmen, welche globale Wertschöpfungsketten gestalten, die

oftmals durch europäische Akteure organisiert werden. Diese Techniken transformieren aber auch gesellschaftliche Partizipation und Kommunikation und sie führen letztlich zu einer Veränderung und Angleichung zwischenmenschlicher Kommunikations- und Interaktionsroutinen.

Wie nach außen so waren Entgrenzung und Verflechtung nach innen Prozesse, die sich auch gesellschaftlich vollzogen, u. a. durch die gestiegene Mobilität von Menschen. Nicht nur die Airlines stiegen in einen hart geführten Preiskampf ein, gründeten Tochtergesellschaften und beförderten immer mehr Menschen quer durch Europa. Auch die Eisenbahnen mussten sich der Konkurrenz stellen und weiteten ihre Schnellverbindungen und Sparangebote auch für den grenzüberschreitenden Verkehr aus.

Alles in allem sanken die Kosten für Mobilität enorm und damit erweiterten sich die Erfahrungsräume des normalen Bürgers. Mobilität und mobile Erreichbarkeit, die durch die Ausbreitung von Mobiltelefonen und Smartphones praktisch alle gesellschaftlichen Schichten erfasste, wurde seit der Jahrtausendwende zum Lebensgefühl des Europäischen Bürgers.

Globale Veränderungen waren auch eine wesentliche Triebfeder der Transformation der EU in ein gesamteuropäisch politisches Gebilde. Zum einen erweiterte sich die Europäischen Union in zwei Schritten, zunächst um die neutralen Staaten Finnland, Österreich und Schweden sowie danach um die mehrheitlich ehemals sozialistischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern, Bulgarien und Rumänien (2013 folgte noch Kroatien), so dass die EU seit 2007 ein nahezu pan-europäisches Gebilde mit 27 Mitgliedsstaaten und 510 Millionen Einwohnern wurde. Zum anderen vertiefte die EU ihre Zusammenarbeit durch eine Reihe von Vertragsrevisionen wie in Maastricht (1992), Amsterdam (1997), Nizza (2001) und Lissabon (2007), die immer neue Politikbereiche in die Verantwortung der EU legten. EU-Europa wurde so zu einem komplexen System des Regierens, in dem Staatlichkeit und gemeinsames Recht über mehrere Ebenen verteilt wurde. Die EU wurde zu einem supranationalen Rechtsraum von einmaligem Ausmaß und Qualität, der – dem britischen Austritt zum Trotz – auch nach der Banken- und Finanzkrise der Jahren 2008 folgende, immer enger zusammenwuchs.

V. Fazit

Kommen wir zum Schluss und kehren zu den eingangs formulierten zwei Fragen zurück. Wir haben die wesentlichen Etappen und einzelnen Entwicklungen europäischer Geschichte in einer globalen Welt nach 1970 zu verfolgen versucht, die die Staaten Europas immer enger haben zusammenwachsen lassen und gleichzeitig Europas Stellung in einer sich wandelnden Welt verändert haben. Vielfältige Entwicklungen staatlicher, wirtschaftlicher, rechtlicher und technischer Art haben dabei Interaktionsbarrieren bedeutungslos werden lassen. Dies gilt sowohl für Staaten oder Wirtschaften wie auch den einzelnen Menschen. Europa ist nach innen wie außen vernetzter, interdependenter und mobiler geworden.

Hält dieser eindimensional erscheinende Weg derzeit immer noch an? Setzen sich die globalen und europäischen Entwicklungstrends seit den 1970er Jahren nun auch weiter fort? Wo steht Europa eigentlich im Jahr 2022 in einer solchen Welt?

Vieles deutet aktuell darauf hin, dass Europa und die globale Welt den Prozess der Entgrenzung, Verflechtung und Mobilitätszunahme abbremsen oder sogar partiell umkehren.

(1) Erstens scheint Europa (als politische Gemeinschaft) seine Grenzen in einer sich wandelnden Welt neu auszuloten: seien es die geografischen Grenzen nach außen wie auch die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen (und des Staats insgesamt) im Inneren der Union. Die Phase der beschleunigten Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union scheint jedenfalls in den 2010er Jahren ein Ende gefunden zu haben und es bleibt abzuwarten, ob die 2020er Jahren – ob etwa der Ukraine-Krieg – hier eine Wende bringen. Dies gilt auch für die globalen Formen der Zusammenarbeit, die wie etwa WTO oder UN durchaus vor einer schwierigen Anpassungsphase stehen.

(2) Zweitens scheint die wirtschaftliche Stellung Europas in der Welt sich zu wandeln, u. a. hinsichtlich offener und geschlossener (Zoll-) Grenzen. Die Regionalisierung der Welt, u. a. die Bildung getrennten regionaler Wirtschaftsblöcke, ließe sich als ein Indikator für abnehmende Globalität interpretieren. Es wird sich zeigen müssen, ob unterbrochene Lieferketten während der Corona-Krise oder der Ukraine-Krise die Rückkehr zu mehr Subsistenz und die Abkehr von zunehmender globaler Arbeitsteiligkeit ist.

(3) Drittens scheint die globale Vernetzung durch Verkehrs-, Kommunikations- und Energiesysteme eine rückläufige Dynamik aufzuweisen. Zwar nahmen die Vernetzung und die permanente mobile Erreichbarkeit auch jüngst weiter zu, dennoch greifen die Staaten immer öfter in die diversen Informationsflüsse ein und versuchte sie zu kontrollieren.

Demgegenüber nehmen die globalen Interdependenzen in Fragen von Umwelt und Klima weiter zu. Ob und wann allerdings ein gemeinsames globales Problembewusstsein mit einer besonderen europäischen Verantwortung tatsächlich Form annimmt und in kollektives Handeln mündet, bleibt abzuwarten.

Mit diesen eher allgemeinen Gedanken zu aktuellen Entwicklungen in der Europäischen Geschichte bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit!

Der Vortrag wurde am 9. Mai 2022 gehalten.

Christian Henrich-Franke

„Wir sind sehr gefangen in unseren europäischen Perspektiven auf die Welt.“

Michael Gehler: *Am 9. Mai 2022 – dem Europatag – vor glatt 70 Jahren hat Robert Schuman im Uhrensaal des französischen Außenministeriums eine ganz kurze, nur wenige Minuten lange Ansprache gehalten, um das Projekt einer Kohle- und Stahlunion zwischen Deutschland und Frankreich vorzuschlagen – heiße ich herzlich willkommen am Institut für Geschichte Kollege Christian Henrich-Franke von der Universität Siegen. Wir werden mit ihm über seine Sozialisation als Wissenschaftler sprechen. Wir haben konkrete Fragen zur Geschichte der europäischen Integration, Geschichtswissenschaft und zu seinem eigenen Werk, was vielfältig und reichhaltig ist. Ich starte mit der klassischen Frage: Wie sind Sie Historiker geworden? Was sind ausschlaggebende Gründe gewesen? Spielt Ihre Herkunft eine Rolle? Was führte zur Wahl des Studiums?*

Christian Henrich-Franke: Das ist eine gute Frage. Eigentlich nur über den zweiten Weg ist das geschehen. Ich wollte ursprünglich Geodäsie studieren. Es hat mich eigentlich in Richtung Geographie und Kartographie verschlagen. Dann vermittelte mir die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS), dass bei meinen Abiturnoten nur noch Greifswald übrigbleibt, was mich in den 1990er Jahren nicht so angezogen hat. So habe ich mich auf die Zweitwahl zurückgezogen. Das waren Geschichte und Sozialwissenschaften. Ich konnte mich nie richtig entscheiden und habe das eigentlich bis heute nicht. Ich bin so etwas zwischen Historiker und Sozialwissenschaftler. Meine Interessen gehen sowohl in Richtung Wirtschafts- und Politikwissenschaften als auch Geschichte. Ich finde die Trennung zwischen allen drei Fächern schwierig, denn sie ist praktisch kaum möglich. Ich bin zum Historiker geworden zuerst aus Verlegenheit und dann mit Leidenschaft. Ich sehe mich aber nur zum Teil als Historiker und daneben auch als systematisch arbeitenden Wissenschaftler, der in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften wildert und zuweilen sich auch dort eine Heimat sucht.

Michael Gehler: *Sie promovierten 2005 nach einem Studium der Fächer Geschichte, Sozialwissenschaften und Mathematik, einesteils in Siegen, anderenteils in Skövde in Schweden mit dem Abschluss des ersten Staatsexamens, Lehramt Sekundarstufe I und II. Thema waren globale Regierungsproblematiken in historischer Perspektive. Der Fall des Funkfrequenzspektrums von 1945 bis 1988. Da ist der Kalte Krieg miteingeschlossen. Wie sind Sie zu diesem Thema gekommen und zu welchen Ergebnissen gelangt?*

Christian Henrich-Franke: Ich hatte nach dem Studium den dringenden Wunsch zu promovieren, um die Jugend noch um ein paar Jahre zu verlängern, was die Promotion mit sich bringt. Ich hatte mich auf ein Stipendium beim ZDF beworben, was leider nicht geklappt hatte, weshalb ich an meiner Heimatuniversität hängenblieb. Dann sagte ein

guter Kollege von mir, Cornelius Neutsch: „Ich habe hier ein Superthema zur Geschichte der Internationalen Telekommunikationsunion (ITU).“ Das habe ich mir angehört und war mäßig begeistert, weil ihm eine Institutionengeschichte dieser internationalen Organisation vorschwebte. Mit Mitte 20 will man ja noch die Welt verändern und an den großen globalen Problemen arbeiten, man schnuppert praktisch schon am Nobelpreis, in dem Augenblick, wo man sich einem Thema zuwendet. Ich hatte mich in diese ITU eingelesen und gemerkt, dass die jenseits der Organisation auch die Verteilung und Regulierung von Funkfrequenzen vornahm. Sie regelt etwas, was eine der ganz großen Verteilungsaufgaben angeht, nämlich globale Regulierungsfragen, bei denen alle Staaten praktisch zusammenarbeiten müssen, um überhaupt etwas zu erreichen. Diese frühen 2000er Jahre sind die Zeiten gewesen, in denen globale Regulierungsprobleme anstanden, Stichwort Kyoto-Protokoll, Umwelt oder nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, die man nur gemeinsam nutzen konnte. Das waren große Themen dieser Zeit. Das Funkfrequenzsprektrum war ein Thema, mit dem man sich in der historischen Längsschnittperspektive praktisch seit Beginn des 20. Jahrhunderts einen solchen Regulierungsfall genau anschauen konnte. Dabei habe ich nach einiger Zeit bemerkt, dass das gesamte 20. Jahrhundert für eine Dissertation sehr schwierig mit all seinen politischen Wandlungen zu bewältigen sein würde. So habe ich einen Schnitt mit der Entwicklung von 1945 bis 1988 gesetzt. Das war immer noch eine Riesenaufgabe. In der Retrospektive würde ich es noch einmal eindampfen. So bin ich über viele Umwege zum Thema gekommen, wie das oft bei uns Wissenschaftlern der Fall ist. Das Thema habe ich mit ökonomischen Ansätzen zu analysieren versucht. Mir ging es um verfügungsrechtliche Lösungen und Verteilungsproblematiken.

Zu welchen Ergebnissen bin ich gekommen? Eines der Hauptergebnisse war etwas, was mich bis heute immer wieder umtreibt, nämlich die Frage: Wie funktionieren eigentlich diese internationalen Regulierungsregime um solche Güter? Ich bin auf sehr viele butterweich rechtliche Regelungen gestoßen und zwischenmenschliche Freundschaften in der Diplomatie. Es war jenseits dessen, was man in der politikwissenschaftlichen Literatur liest, jenseits harter Fakten, nämlich dass der Schmierstoff dieser Regime ganz woanders liegt. Eine der Haupterkenntnisse bestand in Folgendem: Die ökonomische und rechtswissenschaftliche Verfügungstheorie oder Rechtstheorie würde sagen, je ausdifferenzierter und je expliziter und je klarer individualisiert und privatisiert die Rechte seien, desto besser funktioniere ein System. Mit Blick auf so eine Regulierungsfrage würde ich genau das Gegenteil behaupten, nämlich dass man im Grunde genommen bei schwierigen internationalen Problemen genau dort, wo man rechtliche Schlupflöcher lässt und rechtlich mit Wabbelmasse arbeitet, flexiblen Umgang ermöglichen kann, was bei so einer Ressource notwendig ist. Das Ganze muss eingebettet sein in eine zweite, ganz wichtige Grundbedingung, dass die Menschen sich schlichtweg kennenlernen und schätzen lernen. Die internationalen Beziehungen leben von Kompromissen zwischen Freunden. Das ist eigentlich so banal und für uns Historiker doch so schwierig zu fassen. Wir gehen in das Archiv, nehmen uns ein offizielles Dokument in die Hand, worin steht Sitzung, Sitzung, Sitzung, protokolliert bis 18.00 Uhr und dann geht die Gruppe auseinander zuweilen im Konflikt. Das Protokoll wird morgens um 9.00 Uhr fortgesetzt und eine Lösung präsentiert. Dann weiß jeder, wo der Kompromiss ausgehandelt wurde, nämlich zeitlich irgendwo dazwischen. Dieses irgendwo dazwischen ist für jeden gesellschaftlich-menschlichen Raum so unfassbar bedeutsam und wird tatsächlich so unglaublich selten fokussiert. Das

war eine der Erkenntnisse bei diesen globalen Fragen, bei denen keine Weltregierung oder Weltpolizei besteht, Systeme also, wie der klassische Nationalstaat nicht mehr funktionieren, wie wir ihn uns nach westlicher Bauweise vorstellen, eben dort mit alternativen Formen gearbeitet werden muss.

Jörg Beining: *Ich habe eine Zusatzfrage: Es gibt ja diese Regulierungsbehörde, wo die Frequenzen genau festgelegt sind, von wo bis wo wer senden darf. Haben Sie damit zu tun gehabt?*

Christian Henrich-Franke: Ganz genau darum ging es, und zwar um die Vorgänger. Die Regulierungsbehörde ist Teil der Geschichte nach der Privatisierung, aber es sind ja die gleichen Menschen, die vorher bei der Bundespost waren.

Jörg Beining: *Inwieweit haben Sie mit dem Osten zu tun gehabt, der ja auch hinter dem Eisernen Vorhang sendete?*

Christian Henrich-Franke: Recht stark. Es gibt ganz viele Staaten, die diese Frequenzen nutzten. Da müssen Sie eine Auswahl treffen und sich fragen, wen Sie sich überhaupt genau ansehen. Ich habe eine Auswahl getroffen und nach Deutschland geschaut. Deutschland war interessant, weil es an der Schnittstelle des Kalten Kriegs lag und ich in Ost und West gleichzeitig hineinschauen konnte, zumal ich auch die Quellen lesen konnte. Das war vorteilhaft, dass man sozusagen das DDR-Postministerium und das bundesdeutsche Pendant nehmen konnte. Im Anschluss bin ich nach Schweden gefahren, um mir einen neutralen Staat anzuschauen, der lange Zeit zwischen Ost und West stand und im internationalen System bedeutsam war. In Folge habe ich mir Äquatorialstaaten angeschaut, weil sie zur Gruppe des globalen Südens gehörten. Sie haben hier mit dem Thema der Kolonialisierung und der neuen Weltwirtschaftsordnung zu tun, mit all diesen Forderungen, die in den 1970er und 1980er Jahren eine große Rolle spielten. Das war die erste Einschränkung. Die zweite, die ich machen musste, bestand darin, dass es ganz unterschiedliche Nutzergruppen gab: militärische, zivile, Flugzeuge, Rundfunk usw. Hier war auch eine Auswahl zu treffen. Den militärischen Bereich musste ich von Beginn an ausklammern, weil viele Zugänge nicht gegeben waren. Das ist ein Hauptproblem bei den einmal verteilten Frequenzbereichen, an die Sie nicht herankommen. Sie investieren in diese Technologie zur Nutzung dieser Bereiche viel Zeit. Wir sprechen hier von Umsetzungs-, Planungs- und Realisierungszeiträumen von vielen Jahrzehnten.

Deborah Cuccia: *Im Jahre 2010 erfolgte Ihre Habilitation in Neuerer und Neuester Geschichte zum Thema* Gescheiterte Integration im Vergleich: Der Verkehr – ein Problemsektor gemeinsamer Rechtsetzung im Deutschen Reich (1871–1879) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958–1972). *Wie sind Sie zu diesem Thema gelangt, wie haben Sie methodisch diesen Vergleich realisiert und zu welchen Ergebnissen sind Sie dabei gekommen?*

Christian Henrich-Franke: Meistens geht es um Erfolgsgeschichten. Wenn etwas geklappt hat, schreiben wir die Geschichte dazu. Betrachten wir die Geschichte der europäi-

schen Integration, steht in den Verträgen ein Kapitel zur Verkehrspolitik. Das ist im Römischen Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957, aber jahrzehntelang ist dazu nichts passiert. Da hat mich die Frage umgetrieben, wie das eigentlich der Fall sein kann, dass so eine elementare Problematik wie der Verkehr nicht gelöst worden ist. Ich wollte mich daher habilitieren zur gescheiterten Verkehrsproblematik der EWG. Darauf sagte mir mein Doktorvater Gerold Ambrosius: „Ja, gut, aber Sie machen schon wieder etwas zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wieder so was Internationales und wieder Europa. Ist das nicht schmalspurig und einseitig, immer dasselbe zu machen?“ Da war ich sehr zerknirscht, aber ich wusste, dass er Recht hat. Die zweite Qualifikationsarbeit darf nicht zu nah an der ersten angesiedelt sein, zumindest nicht zu 100 Prozent. Das habe ich mir dann auch sehr zu Herzen genommen. Ich hatte aber auch im Hinterkopf, dass genau das gleiche Scheitern mit der Bismarck’schen Eisenbahnpolitik der 1870er Jahre geschehen war. Wir haben es also in beiden Fällen mit der Entstehung eines neuen, wenn Sie so wollen, politischen Systems zu tun. Wir haben es in beiden Fällen mit Systemen zu tun, bei denen der Verkehr eine ganz tragende Rolle gespielt hat, und in beiden Fällen ist nicht das herausgekommen, was die ursprünglichen Gründungsverträge bzw. die deutsche Reichsverfassung vorgesehen hatten. Das habe ich dann miteinander verglichen. Es ist eine Reihe von interessanten Erkenntnissen dabei herausgekommen zu den Mechanismen, warum so etwas scheitert. Am Ende steht man leider immer wieder vor dem Ergebnis, dass Geschichte einmalig ist und sich nichts wiederholt. Jetzt habe ich um die Ergebnisse herumgeredet, aber es ist tatsächlich so. Das Hauptergebnis war die Erkenntnis, dass der historische Vergleich eine unglaubliche spannende und lehrreiche Aufgabe ist. Man muss dabei sehr vorsichtig sein, d. h. nicht damit anfangen, Äpfel mit Birnen zu vergleichen, sondern methodisch verdammt sauber vorgehen, was in vielen Fällen nicht geschieht bzw. falsch gemacht wird. Oft wird munter darauf los verglichen, ohne dass man sich klar methodisch überlegt, was überhaupt vergleichbar ist und was nicht, d. h. welche Parameter nehmen wir in den Blick nehmen und welche nicht. Da müssen wir in vielen Fällen noch weit über das hinausgehen. Einer der wenigen vernünftigen Bände zum historischen Vergleich ist der mittlerweile schon in die Jahre gekommene Band von Hartmut Kaelble. Jedenfalls müssen wir die Grenzen und Reichweiten unserer historischen Vergleiche, die wir ziehen, gut durchdenken.

Jakob Iser: *Wie würden Sie die Historiker Gerhard Brunn und Gerold Ambrosius, die Sie als Wissenschaftler begleiteten, als Menschen und Professoren beschreiben? Was haben Sie von ihnen gelernt?*

Christian Henrich-Franke: Das ist eine gute Frage. Man kann beide gar nicht nebeneinanderstellen. Bei Gerhard Brunn habe ich als studentische Hilfskraft begonnen. Unsere Wege haben uns nicht so lange zusammengeführt. Ich war viel mehr bei einem Mitarbeiter von Herr Brunn, Wolfgang Degenhardt, in einem DFG-Projekt zur Eurovision als Hilfskraft angestellt. Von Herr Brunn konnte man die Liebe zu Europa lernen. Gerold Ambrosius ist ein Mensch, der mich lange begleitet hat. Wir geben gerade wieder einmal ein Buch zusammen heraus. Es geht um die Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa und wir schauen uns in Etappen an, wie die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik und Europas sich anglichen und verschmolzen. Herr Am-

brosius war mein Doktorvater und mittlerweile schreiben wir Bücher zusammen. Das ist schon das vierte oder fünfte, was wir zusammen gemacht haben. Es macht immer wieder Spaß, mit ihm zusammen zu schreiben, weil man von Herrn Ambrosius wie von kaum einem anderen Menschen lernen kann, scharf zu denken. Ich habe es noch nie bei jemandem so erlebt wie bei Ambrosius, dass wenn Sie 400 Seiten schreiben und Sie genau wissen, es gibt zwei tatsächliche Schwachstellen versteckt auf diesen Seiten, dann legt er Ihnen den Finger in die Wunde und bemerkt, dass genau an dieser Stelle mit der heißen Nadel gestrickt wurde. Das bewundere ich an ihm. Ich versuchte ihm bei dieser Gabe nachzueifern – ob das gelingt, sei dahingestellt. Von Ambrosius kann man scharfes Denken lernen. Was man von Ambrosius leider nicht lernen konnte, war das Denken in Seilschaften, wovon die Geschichtswissenschaft sehr stark lebt, also dass man auf Konferenzen fährt, Händchen schüttelt und Klinken putzt. Es hängt von Seilschaften ab, um sich im Fach voran zu bewegen. Ambrosius ist ein Historiker, der wirklich gute Bücher schreibt.

Michael Gehler: *Sie waren von Oktober 2021 bis März 2022 auf einer Projektstelle im Forschungsprojekt „‚Europe reverse' – Sizilien als Labor, hybrider Staatlichkeit' in Europa?" im Rahmen der Universität Bern und der Universität Siegen tätig. Worum ging es in diesem Projekt und welche Ergebnisse konnten dabei erzielt werden? Wie geht man bei Feldforschung methodisch vor?*

Christian Henrich-Franke: Ich bin in dieses Projekt hineingestolpert. Karriere ist manchmal das Ungeplante. Meine Lebensgefährtin ist Sozialanthropologin und hat in Catania den Kult der Heiligen Agatha erforscht. Das Agatha-Fest ist das drittgrößte katholische Heiligenfest der Welt. Sie war zwei Jahre zur Feldforschung dort. Ich habe 50 % der Zeit in Catania verbracht, bin immer wieder hinuntergeflogen. Dabei hat sich das Familienleben zu einer großen Feldforschung entwickelt. Ich habe angefangen mitzuwirken – man steht ja als Wissenschaftler nicht daneben und schaut sich an, was die Frau macht, sondern interessiert sich auch für ein solches Projekt. An vielen Stellen machte die catanesische Gesellschaft für sie als Frau dicht. So musste ich mitwirken und so wuchs ich in das Thema hinein. Wir haben dann wie durch Zufall neben einem der zentralen lokalen Märkte gewohnt und in diesem kristallisierte sich mehr und mehr heraus, wie eine solche Gesellschaft funktioniert. Wir konnten mitbekommen, welche unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Ordnungsformen sowie Organisationsmodelle sich auf diesem Markt kreuzen und was diese Gesellschaft zusammenhält, die wir mit unserer westeuropäischen, mitunter arrogant-überheblichen Art als rückständig und altertümlich bezeichnet haben, wie sie aber doch in sich selbst sehr stabil ist. Wir haben uns in diesem Projekt die Frage gestellt, warum Europa oder der Westen versucht, seit vielen Jahrzehnten seine Vorstellungen von Staatlichkeit in alle Ecken der Welt zu exportieren mit mitunter sehr mäßigem Erfolg, wie wir von Afghanistan bis Irak an allen gescheiterten Projekten durchdeklinieren können. Deswegen nennt sich das „Europe Reverse". Das Reverse spielt darauf an, dass wir von Afghanistan bis Irak alle gescheiterten Projekte durchdeklinieren können. Wir haben festgestellt, dass der Transport unseres Modells von Staatlichkeit Grenzen aufweist. Es weist Grenzen auf nicht nur weit außerhalb Europas, sondern auch innerhalb Europas. Auf Sizilien funktioniert die Gesellschaft anders. Wir

hatten die einmalige und großartige Möglichkeit dort in die Gesellschaft hineinzuwachsen. Bei einer solchen Feldforschung wird man ein kleiner Kriminologe, und dies noch viel mehr als beim historischen Arbeiten. Wir fühlen uns ja auch so ähnlich, wenn wir im Archiv in Akten herumwühlen, aber dort lebte man das praktisch mit. Für mich war das eine aufschlussreiche und faszinierende Erfahrung auf methodische Art und Weise, in diese Feldforschung einzutauchen, diese Nähe zum Untersuchungsgegenstand in Gesprächen zu erleben. Wir Historiker würden das qualitative Forschungsmethode bezeichnen. Wir haben viele Erfahrungen sammeln können zu Fragen, wie diese Gesellschaft funktioniert, wie sie geordnet ist, wie der Staat jenseits davon funktioniert, wo er präsent ist und wo nicht. Vor allem wollen wir jetzt der Frage nachgehen, warum diese Gesellschaft so stabil ist. Nach unseren westlichen Vorstellungen, wie der Staat funktionieren soll, hätte dieser Staat auf Sizilien schon längst kollabieren müssen, und zwar schon seit mindestens 100 Jahren. Aber er besteht weiter. Egal, wie kaputt wir Staat und Gesellschaft dort reden, ist es eine Gesellschaft, die relativ stabil und gar nicht so arm ist, wie wir uns das von außen immer vorstellen. Sie ist in den offiziellen Statistiken eine arme Gesellschaft, was aber auch zum Großteil daran liegt, dass in den offiziellen Statistiken vieles gar nicht auftaucht. Dieser Markt, neben dem wir gewohnt haben, war der größte von Catania, wobei die Hälfte der Händler ohne Steuern und ohne Abgaben arbeitete. Es gibt auch einen Steuerkreislauf und eine Wirtschaftskraft, die sich jenseits der staatlichen Statistiken manifestiert. Diese nur bedingt funktionierende Staatlichkeit auf Sizilien ist stabil. Gleichzeitig erleben wir in ganz vielen Großstädten Europas, im nördlichen Europa oder in Mitteleuropa, dass auch dort Staatlichkeit nur noch bedingt funktioniert. Es gibt Stadtteile, die man nicht mehr unter Kontrolle hat von Stockholm bis Berlin. Wenn Sie durch Neukölln fahren, verlässt sie zuweilen die Vorstellung, dass Sie sich noch in einem funktionierenden Staatlichkeitsmodell befinden. Die Idee dieses Projektes bestand darin: Lasst es uns doch mal umdrehen! Lasst uns mal nach Sizilien nach Catania schauen, warum diese Gesellschaft dort stabil ist und was wir im Grunde genommen daraus lernen können, auch für Probleme, die wir selbst vor Ort in westlichen Zentren haben. Es geht um Sensibilisierung für unterschiedliche gesellschaftliche Organisationsmodelle.

Jörg Beining: *Seit 2020 sind Sie External Fellow am „Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History“ (C2DH) der Universität Luxemburg. Welche Forschungen und Studien konnten Sie dort seither betreiben?*

Christian Henrich-Franke: Nach Luxemburg verbindet mich vor allem eine tiefe persönliche Verbundenheit. Ich habe einen guten Promotionskollegen, Andreas Fickers. Wir haben Rundfunkgeschichte zusammen betrieben. Andreas ist im Dreiländereck groß geworden. Er spricht alle drei Sprachen, konnte alle diese Kreise bedienen und ist nach langem in Luxemburg gelandet. Er hat ein tolles Institut hochgezogen, das ganz stark Digitalgeschichte betreibt! Er hat mich gefragt, ob ich nicht Lust und Interesse hätte, mich an seinem Center einzubringen.

Deborah Cuccia: *Seit 2020 leiten Sie die Forschungs- und Lehreinheit Wirtschaftsgeschichte im Bereich „Plurale Ökonomie“ an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften*

der Universität Siegen. Welche Forschungsziele verfolgen Sie im Rahmen dieser Tätigkeit?

Christian Henrich-Franke: Es ist interessant, wie ich dort hingekommen bin. Dann komme ich auf die Forschungstätigkeit. Wenn Sie meinen Lebenslauf anschauen, sehen Sie, dass ich eine sehr Siegen-lastige Karriere habe. Was im europäischen Ausland mitunter als Vorteil gewertet würde, ist bei uns ein Nachteil. Das ist ganz unterschiedlich. Ich stand 2015/16 vor der Zukunftsfrage, weil noch keine Berufung erfolgt war. Die Uhr tickt und bald sitzt man auf einem Schleudersitz. Dann unternahm die Universität Siegen einen gewagten Versuch. Meiner Meinung nach war es nach den Sternen gegriffen, dass sie sich um die Exzellenz-Initiative bewarb, aber es sollte so kommen. Wie dem auch sei, war ich an den Vorbereitungen beteiligt, weil ich auch in den Lenkungsgremien, im Senat und als Verbindungsmann zum Hochschulrat saß. Nach einer Reihe von inhaltsbezogen Gesprächen konzentrierte sich diese Exzellenz-Initiative um Global Value Change, wobei die Wirtschaftsgeschichte im Fokus stand. Ich sagte: „Okay, ich mache gerne mit, aber dann bitte entfristet Ihr mich." Und das war auch notwendig, weil man nicht mit befristetem Personal in eine Exzellenzinitiative gehen kann. Über dieses Vorhaben habe ich die Entfristung erhalten und hatte viele Chancen, wo ich angedockt werden konnte. Ich fand die Plurale Ökonomik sehr spannend, die anderes als die Neoklassik betrieb. Dieser Bereich war genau zwischen dem Historiker und dem Sozialwissenschaftler angesiedelt, was ich gerne mache, um die Gegenwart historisch zu erklären. In diesem Studiengang bin ich nun involviert, wo ich u. a. „soziale Marktwirtschaft" lehre und mich mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beschäftige, woraus auch das Buchprojekt mit Herrn Ambrosius hervorgegangen ist. Ich habe gemerkt, dass es kein Buch gibt, in dem dieser hochgenuin europäische Integrationsprozess, d. h. die Verschmelzung von Wirtschafts- und Wettbewerbsordnungen von 1957 bis in die Gegenwart untersucht wird, denn der Aufbau von Europa ist der Abbau einer deutschen Ordnung, indem beides ineinanderfließt, mal mehr, mal weniger je nach dem, in welchen Teilbereich Sie hineinschauen. Ich habe nichts gefunden, wo genau dieser Prozess beschrieben wird. Unser Buch handelt also von der sozialen Marktwirtschaft als Teil der europäischen Integration. Ein weiteres Modul nennt sich „Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte", in dem ich den Studierenden auf Master-Niveau die Bedeutung der Geschichte für ihre Gegenwart beibringe. Die Methodenausbildung rührt von meinem Lebenshintergrund, qualitative und quantitative Methoden zu verbinden von der Feldforschung bis zur Quellenanalyse. Das kann ich mit Studenten gar nicht öfters wiederholen. Mich interessiert v. a. die Frage der Wirtschaftsordnung der 1980er und 1990er Jahre. Bisher wird die Geschichte so dargestellt, dass das Binnenmarktprojekt und die Einheitliche Europäische Akte in erster Linie ein Kommissionsprojekt waren. Ich fragte mich, ob viel dieser Geschichte aus der Frage der Neuregulierung von Infrastruktursektoren herrührt. Was war Anlass und Katalysator für das Binnenmarktprojekt? Wenn wir in den Bereich der Telekommunikation hineinschauen – ich spreche von Sektoren, die als hochinnovative Träger der Zukunft Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre dienten – sehen wir, dass in diesem Bereich, egal ob es der EuGH war oder auch erste Kommissions-Initiativen waren, dass ein Drang zu mehr Integration und mehr Wettbewerb stattfand, und dies ein ganz wesentlicher Anstoß für das Binnenmarktprojekt war. Es stellt sich dabei die Frage, ob sich hier noch ein neues

Puzzle-Steinchen in das Bild hinzufügen lässt, was die Geschichte auf dem Weg zum Unionsvertrag anders akzentuiert.

Michael Gehler: *Delors' Reden sind ein Zugang. Er spricht das Thema Technologie ganz gezielt an und verweist auf die internationalen Herausforderungen wie Japan, die auf die im Werden begriffene EU zukommen. Sylvain Schirmann hat auch auf den Round Table der European Industrialists hingewiesen, der ein vitales Interesse hatte, den Binnenmarkt zu forcieren. Das war eine Pressure Group, die das Weißbuch von 1985 vorwegnimmt in Inhalt und Zielsetzung. Man muss sich das also multiperspektivisch und multifunktional anschauen und fragen, wie weit die Kommission auch Getriebene war und nicht nur Treiber.*

Christian Henrich-Franke: Ein ganz wichtiger Punkt kommt noch hinzu. Das ist der EuGH. Wir übersehen den EuGH in dieser Zeit. Es gibt aus dem kleinen Bereich der Infrastrukturen einige wenige wesentliche EuGH-Entscheidungen, in denen die nationalen Monopolisten zur Aufgabe ihrer Monopole gezwungen wurden. Modems wären ein Beispiel für eine Entscheidung, was ein sich selbst verstärkender Prozess war, weil die Kommission aus dem EuGH-Urteil Legitimation für ihr Streben nach Wettbewerb zog. Ohne die EuGH-Urteile wäre die Kommission an diesen großen Sektoren, Verkehr und Telekommunikation, wie schon in den 1950er und 1960er Jahren vielleicht gescheitert. Diese Infrastrukturen waren auch keine unbedeutende Rahmenbedingung. Wir sprechen mit der Bundespost und der Bundesbahn von den mit Abstand zwei größten Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, die zusammen mehr als eine Millionen Mitarbeiter und ein gesamtwirtschaftliches Gewicht hatten, was zu Buche schlug, aber in der historischen Gesamtbetrachtung oftmals untergeht. Das liegt daran, dass die deutsche Geschichtsschreibung das Narrativ des marktwirtschaftlichen und liberalen Industriestaates, sprich die Bundesrepublik Deutschland, bedient, die aber gleichzeitig auch ein Staat war, der im Agrarsektor und bei den Netzen der am wenigsten Liberalste in der EG war, an deren Vertreter sich andere jahrzehntelang die Zähne ausgebissen haben. Letztlich stellt sich Frage: Welche Bedeutung haben die Deregulierung und die wettbewerbliche Wirtschaftsordnung in dieser Zeit für das europäische Gesamtprojekt?

Michael Gehler: *Wann ist Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich als ein politisches Projekt erkennbar und wahrnehmbar geworden?*

Christian Henrich-Franke: Themenwahl und Wahrnehmungen sind vielfach eine Generationenfrage. Ich bin Jahrgang 1975. Diesen Hype der Grenzöffnung, die Geschichte von 1989 bis Mitte der 1990er ist die Phase, in der ich als Jugendlicher und junger Erwachsener politisch wach und interessiert wurde. Europa stand auf der Tagesordnung. Maastricht kam zu Stande. Die Grenzen gingen auf. Ich war damals im Leistungssport tätig in der Nationalmannschaft für Orientierungslauf. Jeden Tag waren wir woanders kreuz und quer durch Europa unterwegs. Es war ein unfassbar fesselnder Erfahrungsraum, der auch in dieser Zeit so dynamisch war. Egal, ob ich nach Österreich kam, ob ich nach Schweden fuhr, ob wir einen Wettkampf im Harz hatten, überall herrschte die pure

Dynamik und alles war eben Europa. So kam man in meiner Generation zwangsläufig zu diesem Anliegen. Deshalb war dies auch eine Generationenfrage. Ich beobachte jetzt an den eigenen Kindern, dass es eine Generationenfrage ist. Jetzt, wo diese Dynamik nicht mehr vorhanden ist und Europa als etwas gilt, was weit weg und verstaubt ist und dem alles angeheftet wird, was unattraktiv geworden ist.

Michael Gehler: *Bemerkenswert ist, dass die meisten Befragten unserer Gesprächsrunden auch auf die Zeit der 1980er und 1990er Jahre abheben. Mit Ihrem spezifischen Interesse für diese Geschichtsschreibung der europäischen Integration: Wie würden Sie Ihre Konzeption von europäischer Geschichtsschreibung verstehen und beschreiben?*

Christian Henrich-Franke: Was meinen Sie mit Konzeption? Könnten Sie das untermauern, dann kann ich präzise antworten.

Michael Gehler: *Einmal räumlich: Was heißt Europa als Raum? Sodann kulturell, religiös, aber auch rechtlich. Weitere Fragen, die mit Konzeption zu tun haben: Was zähle ich zu Europa? Wie weit ist es ideengeschichtlich angestoßen? Wie weit ist es aber auch über die Ideengeschichte hinaus kulturgeschichtlich getragen? Wie ist es wirtschaftlich ausgeformt? Sie sprachen soziale Marktwirtschaft an, Ordnungsmodelle und Ordnungspolitik. An welchen Kriterien machen wir Phasenentwicklungen fest? Inwieweit werden externe Faktoren einbezogen und spielen sie denn eine Rolle? Können wir die Geschichte Europas ohne Stalin schreiben? Taucht der Faktor China zu spät in unserer Betrachtung und Beschreibung der europäischen Integration auf? Europa als Container? Europa als Empfänger und als Geber? Was ist eigentlich europäisch? Gemeint waren bei Konzeption all diese Fragen, die uns quälen und auch philosophisch anmuten. Ist es nach wie vor eine Nationalstaatlichkeitsgeschichte Europas, das wir immer noch zu sehr aus der nationalstaatlichen Perspektive sehen? Ist nicht die Gemeinschaftsgeschichte, die Geschichte der Gemeinschaftsinstitutionen, viel stärker in Betracht zu sehen? Ein Stichwort haben Sie selbst gegeben mit dem EuGH, der ein Schattendasein in der Geschichtsschreibung fristet. Akteursbezogen: Wie weit ist Integrationsgeschichte über weite Strecken eine reine Männergeschichte, wonach Männer diese Einigungsgeschichte Europas gemacht haben und Frauen in den 1950er, 1960er und 1970er praktisch kaum auftauchen? Und nicht zuletzt Ihr Bereich der Technik-, Verkehrs- und Infrastrukturgeschichte, die vernachlässigte Geschichten sind.*

Christian Henrich-Franke: Ich verstehe, dass wir in viele Bereiche einsteigen können. Ich versuche mit den Grenzen anzufangen. Ich gebe zusammen mit Guido Thiemeyer und Paul Hähnel einen Band zu Europäisierung heraus, bei dem wir uns genau diese Fragen gestellt und kaum eine Antwort gefunden haben. Dabei wären diese für den Westen einfach zu stellen, denn wenn wir an ein Meer gelangen, stellt sich die Frage der Grenze einfach. Das wird im Süden und Osten Europas deutlich schwieriger. Man könnte mit Ernest Renan aus den 1880er Jahren antworten, was er für die französische Nation sagte, nämlich „un plebiscite de tous les jours“. Vielleicht ist Europa genau das, nämlich ein Wille, dabei zu sein, und ein tägliches Bekenntnis. Wenn Europa das ist, dann sollten wir uns fragen, was im Moment in der Ukraine passiert, aber da würden wir jetzt stark ab-

schweifen. Europa ist tatsächlich etwas, was nicht zu 100 % definierbar ist, was auch gut so ist. Es gibt europäische Räume, wie ich es auf Sizilien erlebt habe, wo ich sagen würde: Das ist nur noch bedingt das, was wir als Europa benennen und das ist gut so, weil es eine andere Mischung ist als Europa: Mittelmeerraum und Nordafrika. Wir zählen Dinge zu Europa, was für uns eben Europa ist, wo ich aber selbst nicht weiß, ob das Europa ist. Die Grenzen im südöstlichen und südlichen Bereich sind sehr schwimmend. Es gibt Bereiche, in denen Grenzen nicht so deutlich erkennbar sind. Dort ist das „plebiscite de tous les jours“ genau die richtige Antwort, wenn es um die Frage geht, ob sich ein Raum für Europa entscheidet oder nicht. Diese Frage kann man gar nicht richtig beantworten. Man müsste diese auch für jedes Jahrhundert neu beantworten.

Was ist die Nation? Wenn Sie mir die Frage vor 20 Jahren gestellt hätten, hätten wir uns gesagt: „Die Nation ist ein Modell, das langsam erodiert.“ Die Antwort passt jetzt nicht mehr ganz. Die Nation ist ein Teil der Geschichtsschreibung Europas. Viel spannender finde ich das Mehrebenensystem, weil es uns dazu zwingt, das Nationale, das Über-Nationale und das Sub-Nationale zusammenzudenken. Wenn wir Europa und die Nationen ansprechen, sollten wir uns nicht nur die Frage stellen: Ist Europa die Summe seiner Nationen? Im Grunde geht es um die die Debatte um unterschiedlichen Europa-Bilder, die man mit de Gaulle in den 1960er Jahren geführt hat.

Gehen wir einen Schritt weiter vielleicht ins 18. Jahrhundert zurück, als die Nation noch nicht so prägend und präsent sowie die nationalen Grenzen noch nicht so ausgeprägt vorhanden waren. Auf diese Weise bekommt man ein anderes Gespür für die Nation. Sie ist etwas, was zu Europa gehört, aber man darf sie nicht überhöhen und zum einzigen Blickwinkel machen, mit dem wir auf Europa blicken. Das ist eine Gefahr unseres gesamten Wissenschaftssystems sowie unseres Bildungs- und Schulsystems, dass wir Vorgaben der Geldgeber haben und vieles, wenn nicht alles an die nationale Geschichte gebunden ist, was wir dann reproduzieren, reproduzieren und reproduzieren. Wir sollten daran arbeiten, nicht nur ein Gespür dafür zu entwickeln und Fragen zu stellen, ob es nur oder noch das Europa der Nationen gibt, sondern auch schauen, dass es auch eine Zeit davor gibt. Ich nenne meinen Studenten immer das Beispiel, dass wir uns seit Schengen im Schengen-Raum frei bewegen können, ohne den Pass an der Grenze vorzuzeigen. Das war aber schon vor dem Ersten Weltkrieg üblich, als es keine Passkontrollen gab. Wir feiern auf diese Weise die Rückkehr der Geschichte. Internationale Beziehungen oder das Internationale entstehen erst in dem Augenblick, wo sich die Nation eingrenzt.

Die rechtliche Eingrenzung bzw. die Entstehung von Staatlichem und Zwischenstaatlichem sind immer zwei Seiten derselben Medaille. Genauso würde ich das für Europa sehen. Wir müssen beides betrachten. Nur dann kommen wir weiter.

Bei den Institutionen bin ich ganz bei Ihnen: Wir vergessen immer wieder den EuGH als eine der mächtigsten, sehr leise wirkenden, aber dennoch und letztlich sehr wirkmächtigen Institutionen im Hintergrund. Es gilt der Vorrang des Europarechts vor dem nationalen Recht. Es wird geurteilt und so akzeptiert. Dabei ergeben sich erstaunliche Dinge, wenn wir an das Cassis-de-Dijon-Urteil denken. Das hätte man auch anders interpretieren können, aber man hat es nicht gemacht, sondern ist hergegangen und hat gesagt: „Jetzt ist dieses eine Urteil gesprochen und das erheben wir jetzt zur Standard-Norm.“ Es lohnt sich, bisher weniger beachtete Institutionen genauer anzuschauen.

Michael Gehler: *Was zählt für Sie zum gemeinschaftlichen Europa und was nicht? Können wir das festmachen an den Kopenhagener Kriterien oder weiter zurückgedacht an der Kompatibilität der Menschenrechtskonvention oder zuletzt an der Grundrechtscharta und das vergemeinschaftete Europa? Gibt es darüber hinaus und jenseits davon noch Europa?*

Christian Henrich-Franke: Ich würde terminologisch eine Trennung vornehmen. Reden wir von Europa oder von der Europäischen Union? Wir setzen beides viel zu leicht gleich. Es ist nicht das Gleiche. Was zur EU gehört, können wir relativ schnell festlegen. Das ist das, was ich damit meinte, das Plebiszit, dazugehören zu wollen oder nicht, auch wenn dieses Plebiszit nicht immer ganz eindeutig ausfällt. Es ist das, was die EU ist. Was Europa wiederum ist, wird noch komplizierter. Wo dessen Grenzen liegen, erachte ich für schwierig zu bestimmen. Für mich ist Russland ganz klar ein Teil Europas – jenseits jeglicher Diskussionen. Wo das an den Rändern gerade im Südosten noch möglich ist, müsste man sich im Detail anschauen. Das stellt sich mitunter im Detail, vielleicht von Politikfeld zu Politikfeld, jeweils anders dar. Dieser Raum ist kulturell etwas anders als politisch gesehen. Dort würde ich kein generelles Statement setzen. Ich würde die USA und auch Kanada nicht zu Europa zählen, weil ich meine, das sind Gesellschaften, die eben – ohne ihnen zu nahe treten zu wollen – geschichtslos sind und ohne lange Linien anders funktionieren.

Deborah Cuccia: *Wie ist die Geschichte der europäischen Integration in ihrer Entstehung und als Prozess zu verstehen und zu erklären?*

Christian Henrich-Franke: Das ist eine hochkomplexe Frage. Ich würde erst einmal fragen, was eigentlich europäische Integration ist. In einem Heft, das wir herausgeben über Europäisierung, bin ich ganz stark sensibilisiert worden, dass man auch hier terminologisch sehr genau sein soll, wenn man über europäische Integration spricht, um es auch von Europäisierung und anderen Alternativbegriffen abzugrenzen. Wenn wir uns darauf einigen, dass europäische Integration der institutionelle Entwicklungsweg ist, der mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl begann, dann kann ich Ihnen eine Antwort geben, ansonsten würde meine Antwort anders ausfallen.

Michael Gehler: *So war es gemeint.*

Christian Henrich-Franke: Gut. Das ist eine wirklich schwierige Frage. Europäische Integration ist meiner Auffassung nach keine unmittelbare Nachkriegsfolge des Zweiten Weltkriegs. Ihre Verankerungen zeichneten sich schon früher ab. Man mag zu Oswald Spengler stehen, wie man will, aber er hat den Zeitgeist auf den Punkt gebracht, als er fragte: Was ist Europa eigentlich in einer Welt jenseits der europäischen imperialistischen und industrialisierten Überlegenheit des 19. Jahrhunderts und was ereignete sich dadurch? Meiner Auffassung nach ist die europäische Integration eine Antwort auf globale Veränderung. Dabei ist das Ende des Zweiten Weltkriegs der Beginn einer Spurtphase, weil Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs in Trümmern lag und sich die Herausbildung der beiden globalen Mächte mehr als deutlich abgezeichnet hatte. Zudem meine ich, dass die

europäische Integration in Wahrheit eine Antwort auf ihre geopolitische Kleinheit ist. Die europäischen Nationen sind an sich zu klein, um in einer multipolaren Welt langfristig zu bestehen. Der Druck, der von außen kam, war ein ganz wesentlicher Faktor. Diese Überlegung gehört zu dem, was Wilfried Loth zur Motivation der europäischen Integration „die dritte Kraft“ genannt hat und ein wesentlich stärkeres Motiv als viele andere war.

Michael Gehler: *Würden Sie sagen, dass es eine situativ sehr spezifische Entscheidungskonstellation durch einen verlorenen Krieg war, der praktisch alle europäischen Nationalstaaten schwer getroffen hatte, und der Druck von außen durch neue Mächte hinzukam, während Europa am Boden lag? Bei einem solchen Zugang zum Thema wären wir bei der These von Alan Milward „The European Rescue of the Nation State“ angelangt.*

Christian Henrich-Franke: Ob es jetzt die Rettung des Nationalstaates war, sei dahingestellt. Ich gehe einfach von Europa als Wirtschaftseinheit aus. Ich wäre bei der These vorsichtig, ob die europäische Integration die Rettung des Nationalstaates war. Damit kenne ich mich zu wenig aus. Ich würde wirtschaftlich argumentieren und sagen, das Europa mit seinen Zollgrenzen mit diesen Mini-Entfernungen Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr konkurrenzfähig war und es immer weniger zu werden drohte. Das war einer der ganz wesentlichen Faktoren.

Michael Gehler: *Milward war Wirtschaftshistoriker. Er argumentierte auch handels- und wirtschaftsgeschichtlich. Er argumentierte zusätzlich damit, dass die Nationalökonomien angeschlagen und kriegsbedingt zerschlissen waren. Der Raubbau an Ressourcen war beträchtlich, so dass nur mehr ein Verbund des Austausches sinnvoll denkbar war, u. a. aufgrund der notwendigen Handelsverflechtungen von Benelux als Anker, aber auch mit Westdeutschland als Handelspartner diese Entwicklung begünstigt hat und nicht irgendwelche Europaideen auf italienischen Inseln oder im Londoner Exil. Er hat despektierlich von den sogenannten Heiligen in Anspielung auf die Gründerväter gesprochen, die überhöht würden.*

Christian Henrich-Franke: Diese Faktoren haben alle ihre Berechtigung. Es stellt sich aber dabei immer die Frage, welche Perspektive man wählt und was für einen selbst das ausschlaggebende Argument ist. Meiner Auffassung nach dürfen wir die Wirtschaft nicht unterschätzen, was nicht heißt, dass es Menschen geben muss, die ein Vorhaben in die Tat umsetzen. Damit sind wir wieder bei einer ganz anderen Perspektive. Zwischen einer Notwendigkeit von außen und ihrer tatsächlichen Umsetzung können Welten liegen. Daher ist beides bedingt. Was mir an Milward nicht gefällt, ist der Umstand, dass er von der Volkswirtschaft spricht. Warum spricht er nicht von den europäischen Volkswirtschaften im Plural? Ging es nicht um die Rettung der europäischen Volkswirtschaften? Dann bin ich wieder bei seiner These dabei, aber die Fixierung auf den Nationalstaat geht meines Erachtens fehl, der gewachsenen wirtschaftlichen Einheiten, die schon immer über Grenzen hinaus bestanden, nicht widerspiegelt. Kriege wurden um und wegen Wirtschaftseinheiten geführt.

Deborah Cuccia: *Gehört die Russische Föderation zu Europa und hätte es Ihrer Ansicht nach vor 2014/22 stärker an die EU an- oder gar eingebunden werden sollen?*

Christian Henrich-Franke: Diese Frage müsste man weiter öffnen. Selbstverständlich gehört Russland zu Europa. Russland war immer Teil von Europa. Russland hat für Europa aber auch immer wieder destabilisierend gewirkt, so lautet zumindest meine Analyse der letzten Jahrhunderte und führt zu folgender These: Immer dann, wenn Russland an die Peripherie Europas gedrängt wurde, hat es sich wieder hineingedrängt. Betrachten Sie die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Da wird Russland nach draußen gedrückt und es kommt dann wieder herein. Nach Ende des Kalten Kriegs ist Russland wieder hinausgedrückt und es versucht jetzt wieder, hineinzukommen. Sie können die Entwicklungen der letzten Jahre aber auch um einen Staat interpretieren, der um seine internationale Gleichberechtigung kämpft, ohne das jetzt wegzureden, was in der Ukraine passiert.

Ihre Frage, ob die Russische Föderation zu Europa gehört, ist also zu bejahen, dagegen jene, ob sie stärker an die EU an- oder gar eingebunden werden sollen, würde ich verneinen. Die Antwort hätte ganz anders ausfallen sollen und in den 1990er Jahren gegeben werden müssen, ausgehend von folgender Grundüberlegung: „Die Teilung Europas ist zu Ende. Die Institutionen der Teilung sind nicht mehr zeitgemäß. Lasst uns neue bauen. Lasst uns das Internationale neu denken und nicht schlichtweg die EU auszuwalzen und den postsozialistischen Staaten bis in die kleinste Rechtsnorm diktieren, wie sie es umzusetzen haben und sie dann 20 Jahre später auch noch zu verklagen, wenn sie Rechtsstaatlichkeitsprobleme haben." Das war kein gemeinsamer Weg. Das war Arroganz. Diesen Fehler haben wir im Westen Europas in den 1990er Jahren und in den folgenden Jahrzehnten gemacht. Institutionen auf einer gemeinsamen Basis neu aufzubauen, hätte ein ganz andere Entwicklung ermöglicht. Diese Institutionen hätten nicht immer dem, was wir als westlich normativen Konsens bezeichnen können, entsprochen, aber sie hätten integrativer wirken können. Der Konstruktionsfehler lag in einer früheren Entwicklung, also geht es fehl, mit den Jahren 2014 oder 2022 anzusetzen. Im Jahr 2014 war das Kind bereits in den Brunnen gefallen.

Jakob Iser: *Was bedeutet der Ukraine-Krieg für Ihre weitere Europa- und Globalisierungsforschung?*

Christian Henrich-Franke: Das kann ich jetzt noch gar nicht abschätzen. Das unterscheidet uns von den Politologen, die irgendwelche Analysen binnen weniger Wochen raushauen. Unser Beruf als Historiker besteht darin, einige Jahre später die Dinge zurechtzurücken, zu belegen und in der Regel ein feineres Bild zu zeichnen. Stellen Sie mir diese Frage in 15 Jahren, dann werde ich Ihnen klarer und präziser darauf antworten. Dann würde ich Ihnen sagen: „Ich kann die Quellen nicht lesen. Von daher bin ich der falsche Mann." Ich erlebe das gerade, wenn man *H-Soz-Kult* verfolgt, was mich irritiert. Auf einmal spült es unzählige Ukraine-Bücher nach oben und wir diskutieren nur noch über dieses Thema. Es ist eine gute Aufgabe der Geschichtswissenschaft, zwar die Gegenwart zu erklären und sich an diesen Debatten zu beteiligen, aber nicht auf alles und jedes direkt aufzuspringen und das zur Leitlinie des Faches zu erklären. Deshalb antworte ich sehr defensiv auf Ihre Frage.

Michael Gehler: *Zurück zu Ihren Zugängen, um die Frage noch einmal aufzuwerfen: Kann man nicht am Beispiel der Ukraine nach den letzten Wochen dieses Krieges zeigen, wie vernetzt diese Welt ist und wie viele Faktoren der Entwicklung, sei es Lebensmittelsicherung, sei es Energieverbrauch an einem Land bzw. an einem Konflikt zwischen zwei Ländern hängen und aus dieser Abhängigkeit und Interdependenz es kein Entrinnen gibt so wie ein Regionalkrieg zu einer Weltfrage wird? Es ist kein Weltkrieg. Es ist kein europäischer Krieg. Es ist ein europäischer Regionalkrieg. Meines Erachtens ist es ein heißer Krieg in einem neuen Kalten Krieg. Darüber hinaus zeigt doch dieses Geschehen jetzt schon, wie unheimlich vernetzt und abhängig die gesamte Welt von diesem Krieg ist.*

Christian Henrich-Franke: Ja, aber dazu hätten wir den Ukraine-Krieg nicht gebraucht und uns nur die Entwicklung der letzten zwei Jahre genauer anschauen müssen, die Corona-Krise ohne kriegerische Hintergründe. Natürlich fördert der Ukraine-Krieg jetzt Dinge ans Tageslicht, die wir so klar nicht gesehen haben. Das ist jetzt aber nicht genuin der Ukraine-Krieg, sondern er ist nur ein Auslöser, was wir bei genauerer Beobachtung schon in den letzten Jahren hätten sehen können. In Teilen der Wirtschaftsgeschichte werden diese Zusammenhänge, diese Interdependenzen schon seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 gesehen und dementsprechend ausgewertet. Dass die globalen Wertschöpfungsketten dringend analysiert und hinterfragt werden müssen, ist keine neue Erkenntnis. Es zeigt einmal mehr, wie wenig Wissenschaft und Politik miteinander kommunizieren und Dinge, die eigentlich seit Jahren bekannt und klar sind, jetzt auf einmal zur „Zeitenwende“ erklärt werden. Dem hätten Politiker, aber auch wir Wissenschaftler vorbeugen können.

Michael Gehler: *Zu einer begriffsgeschichtlichen Frage: Inwiefern kann es Ihrer Ansicht nach sinnvoll sein, zwischen Globalisierung einerseits und Globalität andererseits zu unterscheiden?*

Christian Henrich-Franke: Das eine ist für mich ein geschichtswissenschaftlicher, das andere ein politikwissenschaftlicher Begriff. Globalisierung ist für mich ein Prozess. Globalität ist eine Zustandsmessung zu einem Zeitpunkt X. So bringe ich es meinen Studierenden im Seminar bei.

Michael Gehler: *Ist dieser Begriff der Globalität nicht auch für historische Forschung relevant?*

Christian Henrich-Franke: Ja natürlich! Wir Historiker können Prozesse wie auch Zustände untersuchen. Das unterscheidet sich nicht. Der Begriff der Globalität wird viel eher in der Politikwissenschaft angewendet und auch benutzt. Das ist das Gen des Historikers, dass wir eher prozessorientiert ausgerichtet sind als einen Zustand zu beschreiben.

Michael Gehler: *Die Bonner Enzyklopädie zur Globalität wurde von Ludger Kühnhardt und Tilman Mayer herausgegeben. Es sind zwei Politikwissenschaftler, was Ihr Urteil bestätigt. Beide denken und arbeiten allerdings auch historisch. Beide kommen aus einer*

Tradition der Doppelbeschäftigung mit Zeitgeschichte und Politikwissenschaft, haben aber eine klare Präferenz für die Politikwissenschaft.

Die Fragen der Grenzen des heutigen gemeinschaftlichen Europas sind noch nicht ganz beantwortet. Wenn wir von der EU reden, dann sind es die Verträge und Konventionen. Oder würden Sie das noch anders bewerten? Vor wenigen Jahren entschieden sich Waliser und Engländer mehrheitlich, die EU zu verlassen, während Schotten und Nordiren das nicht wollten. Der Brexit hat klarerweise viele Vorgeschichten, längere und kürzere. Der Ausgang ist sehr knapp gewesen und zerriss fast eine Union. Das United Kingdom ist ja auch eine Union und durch den Ausgang dieser Volksabstimmung war plötzlich alles nicht mehr so sicher.

Christian Henrich-Franke: Die EU-Gegner wollten nicht einen Raum verlassen, sondern eine Institution. Diesen Unterschied muss man machen. Großbritannien gehört zum europäischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturraum, aber es wollte offenbar nicht mehr der Institution EU angehören. Das ist der Unterschied. Natürlich gehören auch die Brexteers weiterhin zu Europa. Sie gehören aber nicht zur EU, weil sie sich zu diesem Zeitpunkt mit einer ganz knappen Mehrheit entschieden haben, einer Mehrheit, die gar nicht das repräsentierte, wenn jeder hätte wählen müssen. Ich glaube auch nicht, dass es eine Entscheidung gegen das gemeinschaftliche Europa gewesen ist, sondern gegen eine Institution, die Normen und Werte widerspiegelt, die einer grundliberalen Gesellschaft, wie sie die Briten definieren, widerstrebt. Wenn Sie die Institutionen-, Normen- und Wertegeschichte Großbritanniens in den letzten zwei Jahrhunderten genauer betrachten und legen das an die Entwicklung der EU an, ist das Brexit-Referendum kein überraschendes Ergebnis mehr. Schweden haben mir 1997 immer gesagt, als ich dort studiert habe: „Wir haben den Beitrittsantrag an eine Wirtschaftsgemeinschaft 1990 gestellt und bekommen jetzt eine politische Union oder was immer ihr seid.“ Genau das Gleiche ist doch mit Großbritannien geschehen. Es ist einer Wirtschaftsgemeinschaft und einer Zollunion beitreten. Dagegen ist die EU ein politisches System. Wenn wir einzelne Politikbereiche beleuchten, hebt der Bundestag nur noch sein Pfötchen und nickt das ab, was aus Brüssel kommt. Mehr machen die Abgeordneten nicht mehr. Das entspricht überhaupt nicht der britischen Vorstellung von einer europäischen Institution. Das britische Recht hat zudem eine ganz andere Tradition als das europäische. Es geht nicht um ein gemeinschaftliches Europa, sondern um eine gemeinschaftliche Institution und deren Ausgestaltung. Das ist der große Unterschied.

Die EU ist nicht Europa. Die Schweiz ist nicht dabei und die Norweger sind auch nicht dabei. Daneben besteht eine politische Union. Großbritannien hat sich entschieden. Wir sollten uns in den nächsten Jahren sehr intensiv fragen, warum sich die Briten dagegen entschieden haben. Welche Lehren können wir daraus ziehen? Dazu gehört eine Analyse dessen, was wir noch nicht hinreichend erforscht haben, u. a. eine vergleichende Rechtsentwicklung der EU. Wir haben über den EuGH schon gesprochen, der die starke Veränderung der EU repräsentiert und den Weg der EG in den 1980er zur EU der 1990er Jahre gebahnt hat. In dieser Zeit gab es nicht nur Erweiterung, sondern auch Vertiefung. Die Zeit ist gekommen, diesen Wandel kritisch zu reflektieren.

Jörg Beining: *Stehen Sie einer spezifischen Theorie der Geschichtswissenschaften nahe? Wenn ja, welcher?*

Christian Henrich-Franke: Meine Gegenfrage lautet: Was ist eine Theorie der Geschichtswissenschaft? Ich bin sozialisierter Sozialwissenschaftler, der eine klare Vorstellung von Theorie hat. Ich würde sagen, dass die Geschichte relativ theorielos ist, zumindest in dem Verständnis, was ich von einer Theorie habe. Deswegen lautet meine Rückfrage, worauf Sie genau abzielen und Sie hinauswollen?

Michael Gehler: *Nehmen wir die verschiedenen Theorien zur Integrationsgeschichtsschreibung oder jene der Internationalen Beziehungen, großgeschrieben.*

Christian Henrich-Franke: Dann ist es nicht an die Wissenschaft, sondern ans Thema gebunden. Es geht also bei dieser Frage um zwei Aspekte. Das eine ist: Sollte man Theorien überhaupt in der Geschichte anwenden? Das würde ich mit einem klaren Jein beantworten. Gibt es eine Theorie der europäischen Integration? Ja, die gibt es. Als Historiker würde ich jedenfalls sagen, dass wir von Prognosen die Finger lassen sollten. Diesen Fehler machen Politologen und auch Ökonomen. Wenn es eine Prognose gibt, die garantiert nicht eintritt, ist es die der Wirtschaftsweisen. Das passt nie. Als Historiker sollten wir nicht prognostizieren. Dagegen helfen Theorien, um zu analysieren und einen schärferen Blick zu erhalten. Die europäischen Integrationstheorie halte ich für hilfreich, auch jene des Funktionalismus und Neofunktionalismus, die einen gewissen Charme als Gedankenspiele haben. Aber genuin notwendig sehe ich keine von ihnen.

Michael Gehler: *Kann man sagen, dass Sie diese Theorien als Glasperlenspiele sehen?*

Christian Henrich-Franke: Das könnte man sagen.

Michael Gehler: *Nun gibt es tatsächlich Theorien für eine viel breiter angelegte Geschichtsschreibung und zwar jenseits der europäischen Integration. Es gibt den historischen Materialismus, der nicht zu unterschätzen ist, und abgewandelt die Dependencia-Theorie von den Abhängigkeiten der einzelnen Weltteile und viele andere Theorien. Hat nicht auch die Bielefelder Schule mit der historisch-kritischen Sozialwissenschaft in gewisser Weise eine Theorie der Geschichtswissenschaften repräsentiert?*

Christian Henrich-Franke: Das ist eine gute Frage. Ich würde das nicht als Theorie bezeichnen. Ich sehe das als eine geschichtsspezifische Perspektive ähnlich oder gleich den vielen „turns“, die in den letzten 25 Jahren in wiederholter Regelmäßigkeit ausgerufen worden sind. Es stellt sich die Frage, ob das einfach neue Perspektiven auf einen Gegenstandsbereich sind, mit denen wir einen anderen Beleuchtungswinkel finden, um etwas anderes neu zu entdecken, oder ob es tatsächlich eine Theorie ist. Dahinter steht letztlich die Frage, was macht eigentlich eine Theorie aus? Kann man von einer Theorie sprechen, wenn man Aussagen hat, die aufeinander bezogen sind und Kausalitäten aufzeigen? Da wäre ich vorsichtig und würde mich davon distanzieren. Wenn wir aber sagen, spezifische Theorien der Geschichtswissenschaft bieten einen spezifischen Blickwinkel, so wie die

historischen Sozialwissenschaften, dann würde ich dem zustimmen. Dem würde ich mich durchaus nahe fühlen.

Michael Gehler: *Die Hinterlist dieser beiden Fragen bestand darin herauszufinden, ob Sie eher ein eklektizistisch vorgehender Wissenschaftler sind, der Theorien kombiniert und mischt sowie dies vom Gegenstand abhängig macht, abwägt und sich fragt, welche Theorie für sein Untersuchungsobjekt mehr Plausibilität erwarten lässt, oder ob Sie wie ein Fetischist und Fundamentalist im Wesentlichen auf eine Theorie fixiert sind. Sie haben am Anfang gesagt, Sie seien kein reiner Historiker in Ihrem Verständnis, sondern jemand, der den Sozialwissenschaften verbunden ist, wenn er auf Infrastruktur-, Innovations-, Technologie- und Technikgeschichte Wert legt. Das würde dann die Frage aufwerfen: Kann daraus eine eigene Theorie der Geschichtswissenschaften erwachsen?*

Christian Henrich-Franke: Je länger ich in diesem Fach arbeite, desto mehr entferne ich mich von Theorien. Sie stellen mir diese Frage 15 Jahre nach meiner Dissertation, die von Theorie nur so durchtränkt ist und die ich deswegen in Teilen heute nur noch mit der Kneifzange anfassen würde. So geht mir das in der Auseinandersetzung mit der Theorie. Auf der einen Seite sind Theorien wahnsinnig faszinierend und sie helfen, Dinge begreiflicher zu machen und besser zu erklären. Auf der anderen Seite stehen wir uns dabei ganz fürchterlich im Wege. Aus desto mehr Perspektiven Sie ein Thema bearbeitet haben, desto mehr merken Sie, dass die Theorie nicht greift. Ich habe schon erwähnt, dass das Faszinierende meiner neuen institutionellen Anbindung in der Pluralen Ökonomik darin besteht, dass wir uns von der einen Theorievorstellung lösen und damit anfangen, das Panorama bestehender Theorien oder neue Perspektiven in den Blick zu nehmen. Eine Theorie kann nützlich sein, wenn sie hilft, einen Untersuchungsgegenstand anders zu beleuchten und neu zu durchdenken. Im Moment mache ich das gerne mit Pfadabhängigkeitsmodellen, die einen gewissen Charme haben, aber man sollte sie nicht überstrapazieren. So würde ich antworten.

Michael Gehler: *In der Erkenntnis, dass alle Theorie an der Empirie zerschellt?*

Christian Henrich-Franke: Ganz genau!

Deborah Cuccia: *Worin sehen Sie Möglichkeiten, aber auch Grenzen der europäischen und globalen sowie der Weltgeschichte ganz generell und speziell in den Forschungen?*

Christian Henrich-Franke: Das ist wieder eine hochkomplexe Frage. Ich sehe sehr viele Möglichkeiten darin, europäische und globale Perspektiven zu verbinden, weil sie helfen, einen Gegenstandsbereich besser zu durchdringen. Von meiner Frau, die Ethnologin ist, habe ich die Erkenntnis gelernt, dass der Ethnologe sich grundsätzlich nicht selber erforscht, weil er davon überzeugt ist, blind zu sein für das Eigene, blind zu sein für die eigenen Normen und Werte und was ihn umgibt. Man muss das nicht zu 100 Prozent teilen. Das möchte ich auch nicht. Aber das heißt auch, dass der Blick von außen mitunter einem viel mehr über sich selber sagt als der Blick von innen. Ab dem Augenblick, an dem wir Globalgeschichte betreiben und Globalgeschichte nicht als „Wir blicken von Europa aus

auf die Welt“, sondern „Wir blicken auch von der Welt auf Europa“, verlassen wir unser eigenes normatives Standing und alles, was uns umgibt und wagen den anderen Blick. Wenn das der Fall ist, sehe ich unfassbar viele Möglichkeiten einer Globalgeschichte, die auch wirklich globale Perspektiven einnimmt.

Grenzen von europäischer, globaler und Weltgeschichte: Wenn Sie es von der eigenen Geschichte, vom Geschichtsschreiber hernehmen, dann sind wir alle limitiert in unseren Möglichkeiten, etwas zu schreiben, zumal wir in unserer Sozialisation, in unserer Normen- und Wertewelt verhaftet sind. Streng genommen können wir nur sehr bedingt global und auch nur sehr bedingt europäische Geschichte schreiben.

Eine Grenze besteht auch durch die Frage: Wo fängt eigentlich Globalgeschichte an und wo hört sie auf? Ich habe eben schon angesprochen, dass wir noch nicht mal Europa zu 100 Prozent eingegrenzt bekommen. Die nächsten schwierigen Fragen lauten: Wo beginnt eigentlich Globalisierung? Was ist Globalgeschichte? Ist das eine Geschichte, die genuin die gesamte Welt umfasst? Besteht Globalgeschichte aus deutsch-australischen Wirtschaftsbeziehungen? Ist das Globalgeschichte oder nicht eher Bilateralgeschichte? Globalgeschichte und Globalisierung lehren uns, mehrere Perspektiven einzunehmen und den Blick zu weiten, d. h. mehr als nur nach Europa mit europäischen Werten und europäischen Vorstellungen zu schauen.

Jakob Iser: *Wo sehen Sie zukünftig besonders ertragreiche Themenfelder für die europäische Geschichte, eingeschlossen die Integrationsgeschichte und die Globalgeschichte?*

Christian Henrich-Franke: Es gibt sehr viele Themenfelder, mit denen man viel unternehmen kann. Die europäische Geschichte des 19., 20. und frühen 21. Jahrhunderts müsste mehr von außen geschrieben werden. Wir kennen die europäische Geschichte als Geschichte der Industrialisierung, der Expansion, der Weltkriege und die der europäischen Integration. Lasst uns diese Geschichte aus einer afrikanischen Perspektive und einer asiatischen Perspektive schreiben! Das wäre etwas Spannendes, was uns einen ganz anderen Blick auf uns selber bringen würde. Das ist etwas, was ich selbst nicht leisten kann und wohl auch die wenigsten von uns, weil wir verhaftet sind. Ich würde sagen, dass der Zeitpunkt jetzt gerade günstig und gekommen ist, dieses Narrativ der sogenannten Einen Welt einmal zu hinterfragen und zu untersuchen.

Wir propagieren seit Ende des Kalten Krieges nichts anderes mehr, als eine internationale Wirtschaftsordnung zu errichten, die auf Liberalität, Offenheit, WTO-Regeln etc. ausgerichtet ist. Wir schaffen *global value chains*, also Wertschöpfungsketten, die die gesamte Welt umspannen und überwiegend einseitig westlich organisiert sind, gleichwohl auch Südostasien schon lange Zeit dazu gehört. Die Entwicklung der Vernetzung der Welt und ihrer wirtschaftlichen Organisation der Welt benötigt eine sehr kritische Reflektion der letzten drei Jahrzehnte, denn wir stehen im Moment an einer Schwelle, wo die multipolare Welt ein Ende findet und wir in Richtung regionalisierter Blöcke weitere Beobachtungen anstellen müssen. Das heißt nicht unbedingt, einen neuen bipolaren Kalten Krieg zu erwarten. Es wird meinen Beobachtungen nach aber noch multipolarer, so dass wir uns stärker in Richtung von verschiedenen Wirtschaftsblöcken entwickeln. Es geht dabei um den Bau einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Diese lässt sich aber nur prospektiv gestalten, wenn man retrospektiv informiert ist. Das wäre eine wichtige und

wesentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft, sich noch mehr in die systematischen Wissenschaften hereinzudrängen und eine historisch-reflektierte Gegenwartsanalyse zu betreiben. Gerade bei der europäischen und der Globalgeschichte würden wir gut daran tun, wenn die Geschichtswissenschaft so wie das im anglo-amerikanischen Raum schon viel mehr der Fall ist, uns offensiv mit aktuellen Themen auseinanderzusetzen.

Michael Gehler: *Das würde ich auch ganz und gar unterstreichen. Jetzt haben Sie aber auch etwas Prognose gewagt. Wäre dabei nicht auch zu fragen, wann die scheinbar bipolare Welt zu einer multipolaren wurde, d. h. wann der Abschied von der „one world“ eingesetzt hat, die ursprünglich eine amerikanische Vorstellung vor dem Ersten Weltkrieg war und sich im Zweiten Weltkrieg zu einer regionalisierten Block- und Gegenblock-Bildung entwickelt hat? Geht mit der Multipolarität auch der Multilateralismus seinem Ende entgegen? Müssen wir von einem bevorstehenden Trump-Triumph ausgehen?*

Christian Henrich-Franke: In gewisser Weise ja. Ich denke, dass Trump mehr Zukunft ist als Biden, ohne dass ich diese Position befördern will. Verstehen Sie mich nicht falsch, aber ich meine, dass Trump in vielen Politikfeldern unterschätzt worden ist und wir bestimmt in 20 oder 30 Jahren zu einem neuen Urteil gelangen werden. Trump hat aus der Logik einer veränderten Welt gehandelt, als regionale Blöcke im Entstehen begriffen waren, und versucht die USA in neue Wirtschaftsblöcke einzugliedern bzw. von alten abzukoppeln. Das war nicht so abwegig. Bidens Amtszeit könnte in der langen Perspektive ein Schritt zurück für die USA werden. Wir bewegen uns jedenfalls in eine Richtung, in der wir es mit mehr regionalen Wirtschaftsblöcken zu tun haben werden. Institutionell zeichnet sich das im Rahmen der WTO schon seit einigen Jahren ab. Wir haben auch bei der Deregulierung unserer Verkehrs- und Infrastruktursysteme vergessen, dass sie Auswirkungen auf unsere Umwelt und unseren Planeten haben und es billiger ist, in China zu produzieren und die Güter mit riesigen Containerschiffen kreuz und quer über die Welt schippern. Diesen Ausstoß und den Konsum an Natur können wir uns langfristig nicht mehr erlauben.

Michael Gehler: *Wir kommen zu Ihrem Buch* Globale Welt. Europäische Geschichte 1970–2015*: Wie äußerte sich der Umstand, dass Europa in den 1970er Jahren Teil einer neuen globalen und interdependenten Welt wurde? Was veränderte sich dadurch in Europa?*

Christian Henrich-Franke: Mit Guido Thiemeyer habe ich mich entschieden, eine Reihe im Kohlhammer-Verlag herauszubringen mit dem Titel „Europäische Geschichte der Neuzeit“. Wir haben lange überlegt, wie wir diese periodisieren. Zu Beginn, als noch keine Autoren feststanden, habe ich massiv darauf gedrängt, die 1970er Jahre als Teil Europas einer globalen Welt zu begreifen. Wenn man nicht nur eine Politik- oder eine Wirtschaftsgeschichte zu schreiben versucht, sondern viele andere Faktoren nebeneinanderlegt, wie Infrastruktur, Technik und Recht, und diese einbezieht, dann erkennt man, dass die 1970er Jahre eine Phase sind, in der sich die globalen Interdependenzen qualitativ verändern. Man ging ursprünglich davon aus, dass 1970 das Außenhandelsvolumen wieder den Stand von 1914 erreichte. Das mag mit einem sehr segmentierten Blick auf

wirtschaftlichen Austausch und Handel der Fall sein. Wenn Sie aber das gesamte Panorama an Faktoren betrachten, dann tritt ab den 1970er Jahren eine qualitative Veränderung ein. Ich nenne nur einige Punkte: die technische Vernetzung, und zwar nicht nur irgendwelcher politisch-wirtschaftlicher Trägerschichten, sondern der gesamten Gesellschaft erreicht ein Ausmaß, wie es nie zuvor da gewesen ist. Sie können Telefonverbindungen in Sekunden von einem Ende der Welt zum anderen herstellen. Im hintersten Dorf in der Peripherie sind Sie nun mit der Welt verbunden. Das ging zwar in den 1970er und 1980er Jahren erst langsam los, aber die Satellitentechnologie erlaubte Live-Schaltungen. Sie konnten Fernsehbilder live sehen. Eine ungeahnte Dependenz entwickelte sich auch in gesellschaftlicher Hinsicht, wo wir sie vorher nicht hatten. Das ist für mich ein ganz wesentlicher qualitativer Unterschied.

Die Interdependenz nahm insofern auch zu, als die Globalisierung des 19. Jahrhunderts eine Unterwerfung der Welt unter europäische Lieferketten und damit unter europäischer Herrschaft war. Seit den 1970er Jahren wird es jedoch noch interdependenter. Wenn Sie Ihren Blick auf die Vereinten Nationen genauer hinwenden, werden Sie unschwer erkennen, dass sie ab Mitte der 1950er Jahre 80 und Ende der 1960er Jahre 160 Mitglieder dort haben. Das war eine Verdopplung. Das bedeutete auch neue Anliegen, Interessen und v. a. neue Themen. Diese sind in den 1990er und 2000er Jahren in den Hintergrund gedrängt worden, tauchen aber ganz sicher wieder auf. Denken Sie an das Ozonloch, das ein globales Regulierungsproblem darstellt. Sie bekommen das von Umweltfragen nicht losgelöst. Die Politik ist dafür teilweise noch zu blind. Der Kampf gegen das Klima wird außerdem nicht in Europa, sondern in Asien gewonnen. Diese Interdependenzen sollten wir nicht aus dem Blick verlieren, weil es eine Welt ist, die zusammenhalten muss mit all ihren politischen Verantwortlichkeiten in der Gegenwart und für die Zukunft, aber auch mit ihren historischen Verantwortungen, die aus anderen Epochen stammen.

Der Wandel setzt also in den 1970er Jahren ein. Die erste Weltklimakonferenz fand 1972 statt und die Abkommen über die Nutzung des Weltraums für Satellitenzwecke wurden 1976 geschlossen, von den Entwicklungshilfeprogramme der 1970er Jahre nicht eingehender zu sprechen. Ich könnte damit noch weiter fortfahren. Die Interdependenzen nehmen also in den 1970er Jahren in ihrer Intensität zu. Wenn Sie das gesamte Panorama an Faktoren betrachten, werden Sie bemerken, dass es sich um eine völlig neue Qualität handelt. Sollten Sie jetzt einwenden: „Das begann aber schon 1968“, sage ich Ihnen „geschenkt!“, denn es gibt immer Faktoren, die anders herausstechen. Je abstrakter man versucht, Geschichte zu schreiben, desto mehr Ausnahmefälle gibt es. Nach meinen Kenntnissen sind die 1970er Jahre eine Schwelle gewesen. In dieser Zeit bricht etwas und verändert sich etwas qualitativ. Die Mobilität und die Vernetzung – denken Sie an die Container – dies alles spricht dafür, dass hier ein Schnitt anzusetzen ist.

Michael Gehler: *Bringt diese Entwicklung auch einen Schub für die europäische Integration, während man rückblickend Anfang der 1980er Jahre noch gesagt hat, es handele sich bis dato um eine „Eurosklerose“? Was bringen diese Qualitätssprünge für den Verlauf der europäischen Integration, bei dessen Beurteilung in der Regel abschätzig das hässliche Wort von der „Eurosklerose“ verwendet wurde? Stimmt das eigentlich?*

Christian Henrich-Franke: Es stellt sich immer die Frage: Wohin geht der Blick? Wenn man jenseits der Kommissionsprotokolle einmal prüft, über was der EuGH in den 1970er Jahren geurteilt hat und was daraus geworden ist, ist das unfassbar dynamisch. Das Gleiche gilt für die Bestrebungen zur Erhaltung der Währungsstabilität, was in Europa in dieser Zeit geschehen ist. Der Werner-Plan des luxemburgischen Finanzministers mag gescheitert sein, aber Europa hatte mit ihm Verantwortung für die Stabilität der Währung im Inneren übernommen, nachdem man sich zwei Jahrzehnte vorher an die Dollar-Leitwährungsmacht der Amerikaner angehängt hatte. Scheitern gehört übrigens zur Dynamik dazu. Von daher glaube ich, dass „Eurosklerose“ das falsche Bild ist, was man von den 1970er Jahren hat.

Jörg Beining: *War die Globalisierung so etwas wie ein explodierendes Gerät oder ganz im Gegenteil ein längerer Prozess mit einer Wellenbewegung, auf den wir uns jetzt wieder zurückbewegen und uns dabei auf Kernfragen konzentrieren müssen?*

Christian Henrich-Franke: Die Frage kann man so gar nicht beantworten. Sie lautet: Was verstehen wir als Globalisierung?

Jörg Beining: *Wenn ich alleine an China denke, was sich dort entwickelt hat...*

Christian Henrich-Franke: Peter Fäßler von der Universität Paderborn hat die Zwischenkriegszeit als Zeit der Gegenläufe bezeichnet, um damit zu sagen: „Kollegen! Ihr sprecht die ganze Zeit von politischer Desintegration. Gleichzeitig findet eine beispiellose technische Vernetzung und eine Zusammenarbeit in low politics-Bereichen etc. statt.“ So kann man meines Erachtens auch Globalisierung als einen Prozess von Gegenläufigkeiten sehen. Die Welt zerfällt, wie gesagt, in Wirtschaftsblöcke. Die dringende Reform der Vereinten Nationen sollte daher nicht mehr weiter verzögert werden. Die UNO bildet immer noch das Konzert der Siegermächte von 1945 mit Veto-Rechten. Ein solches System noch im 21. Jahrhundert aufrechtzuerhalten, ist meines Erachtens ziemlich absurd. Neben der Globalisierung gibt es auch gleichzeitig De-Globalisierung, während parallel dazu in anderen Bereichen die Vernetzungsentwicklungen enorm zunehmen. Wenn wir Globalisierung auch als ein Phänomen der Anknüpfung von Menschen und globale Austauschprozesse sehen, dann ist klar, dass wir Europäer permanent mit unserem Handy agieren und gleichzeitig überall sein können. Das holen aber gerade auch viele Milliarden Menschen auf diesem Planeten nach. Wenn wir für Europa von einer De-Globalisierung sprechen, weil China Informationen nicht mehr rein und raus lässt wie vielleicht vor 10 Jahren, dann heißt das aber auch, dass gerade eine Milliarde Inder Zugang zu dieser Vernetzungstechnologie erhalten. Heißt das also, dass wir von De-Globalisierung sprechen dürfen, wenn immer mehr Menschen auf diesem gesamten Globus in die vernetzte Welt erst eintreten? Das wäre ein irriges Urteil. Ich wiederhole mich, als ich sagte, dass die Globalisierungsgeschichte von außereuropäischen Perspektiven profitiert. Wir sind sehr gefangen in unseren europäischen Perspektiven auf die Welt. Erst wenn wir diese Perspektiven aufbrechen, können wir die Geschichte neu schreiben. Dann stellt sich auch Globalisierung wiederum ganz anders dar.

Jörg Beining: *Ausgehend von welchen Quellen machen Sie fest, dass die 1970er Jahre einen starken Einschnitt für die europäische Geschichte darstellten?*

Christian Henrich-Franke: Sie meinen spezielle Quellengattungen? Es ist der übliche Gang der Geschichtswissenschaften, beginnend mit der Rekonstruktion der Politikgeschichte und mit Quellen der Politikgeschichte, so wie wir die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit geschrieben haben, indem wir erstmal die Akten des Bundeskanzleramts, Bestand B 136, durchforstet haben, um dann 20 Jahre später festzustellen, dass wir Schaufensterreden serviert bekommen. Um viele andere Entwicklungen und Prozesse erklären zu können, mussten wir ganz andere Bestände untersuchen, auch mit ganz anderen Quellen. Wenn Sie die Akten des Bundeskanzleramts mit denen der Spezialministerien oder nachgeordneten Behörden vergleichen, wird bei letzteren mitunter viel mehr Politik gemacht. So viel sehen wir gerade bei der neuen Regierung. Die politischen Köpfe tauschen sich in höheren Frequenzen aus als der administrative Unterbau. Daneben gibt es viele nicht-schriftliche Quellen, die wir erst allmählich anfassen – egal ob audiovisuelle Quellen, aus denen man viel herausziehen kann, gleichwohl nur für die Zeithistoriker der letzten Jahrzehnte. Es gibt eine Reihe von Quellen und Quellenarten, die wir noch entdecken können.

Michael Gehler: *Eine Frage haben wir auch noch mit Blick auf das Vereinigte Königreich. Welche Rolle spielte der Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EG sowie die Norderweiterung?*

Christian Henrich-Franke: Man kann sehr viele Antworten dazu geben. Zum einen – was für die Entwicklung der Gemeinschaft sehr wichtig war – ist der Aspekt, dass diese erste Erweiterung eine neue geographische Dimension mit sich brachte. Vorher sprechen wir noch von sechs Staaten, von denen drei relativ klein sind. Wir haben es hier noch mit einem recht überschaubaren, um nicht zu sagen, sehr isolierten Phänomen in den 1950er und 1960er Jahren zu tun. Gleichwohl retrospektiv eine Erhöhung von Europa gegeben sein mag, sprechen wir noch immer von einem sehr kleinen Segment. Eine Ursache des Scheiterns etwa in den untersuchten Integrationsbereichen wie Vernetzung, Verkehr, Telekommunikation war so, dass man gesagt hat: „Passt mal auf, eine Verkehrspolitik für Europa, Vernetzungsgedanken in der EWG mit den sechs Staaten, ergibt doch überhaupt keinen Sinn. Das ist kontraproduktiv. Das machen wir ganz anders.“ Tatsächlich gab es bereits eine Reihe von internationalen Organisationen, die schlichtweg paneuropäisch schon in dieser Zeit waren. Es war also symbolisch wichtig, dass die Gemeinschaft weiterwachsen konnte, und ein ganz wichtiges Signal.

Das zweite ganz Wichtige, was so langsam in den späten 1970er Jahren auftaucht, ist der Umstand, dass mit Großbritannien – für die Bereiche, die ich untersucht habe und das kann ich an Quellen sehr gut belegen –, aber auch mit dem dänischen und später auch mit griechischem Beitritt, ein liberaleres Gedankengut in die Kommission Eingang fand. Dieses neue Gedankengut finden Sie wieder, wenn Sie auf die politischen Agenden achten. Sie können das an einzelnen Akteuren festmachen. Ich habe die Akten „Verkehr und Telekommunikation“ sehr intensiv gelesen und sehe, dass in den frühen 1980er Jahren Briten und Griechen die Generaldirektion für Verkehr innehatten, die in anderen Kontexten in

ihrem nationalen sozialisiert worden sind, d. h. mit der Vorstellung von einer spezifischen Wirtschaftsordnung. Das führte nicht unmittelbar, aber mit den Jahren zu verändertem Denken und anderen Prioritäten auf den Tagesordnungen. Das ist auch ein Prozess, der zu den dynamischen 1970er Jahren gehört. Dass Menschen mit neuen Ideen und anderen Vorstellungen, vor allem aus Großbritannien, in diese Gemeinschaft eintreten. Das führt dazu, dass sich das Denken in der Institution langsam von innen heraus verändert.

Michael Gehler: *Die Frage war auch mit Blick auf einen globaleren Zugang der Gemeinschaften gestellt worden, der mit den Briten dazu kommt. Geht es nicht auch um die Erweiterung einer stärker global ausgerichteten maritimen Perspektive? Ist es ein Wunder, dass am 14. Dezember 1973 diese Kopenhagener Erklärung zur europäischen Identität verkündet wird, in der gefragt wird: Wer sind wir? Was tun wir? Was wollen wir? Darin werden globale Anliegen und Ansprüche geltend gemacht. Ich habe noch keinen Schlüssel gefunden, der mir zeigt, von wem dieser Text stammt und wer die Idee zu dieser Erklärung „The European Identity" aufgebracht hat. Das ist das erste Dokument der Gemeinschaften zu einem solchen Thema. Die Europäischen Gemeinschaften versuchten sich damit offensichtlich erstmals selbst zu finden und zu definieren. Damit ist auch die Frage verbunden: Ist der Brexit auch in dieser Hinsicht ein Verlust? Abgesehen davon: Wie sieht eigentlich die Verlustrechnung aus? Welchen Verlust erfährt die EU durch Großbritannien an Globalisierungs- und Welterfahrung? Ludger Kühnhardt beklagt das Fehlen von Weltfähigkeit der EU. Der Austritt des Vereinigten Königreichs würde weiter gedacht auch einen Verlust an Weltfähigkeit mit sich gebracht haben. Teilen Sie diese These?*

Christian Henrich-Franke: Das würde ich zu 100 Prozent unterschreiben. Im Denken der Briten ist globaleres Denken tief verankert. Das ist das Commonwealth. Diese Welterfahrung ist viel intensiver ausgeprägt, sogar intensiver als in Frankreich. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Briten schon in ihrer kolonialen Verwaltung mit dem Aufbau der *indirect rule* viel stärker mit der Welt produktiv vernetzt haben als andere Kolonialmächte und deswegen die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien bis heute eine ganz andere Qualität haben als das französische *direct rule*-System. Briten können globaler denken, globale Mehrheiten effektiver nicht nur organisieren, sondern auch globales Denken stärker integrieren. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Die von außen zur Führungsmacht erklärte Bundesrepublik oder das heutige Deutschland war nur einmal kurz Kontinentalmacht, während das Vereinigte Königreich vorerst eine Weltmacht bleiben wird. Der deutsche Blick ist nach außen versperrt. Dagegen hat Großbritannien den Blick nach außen. England ist eben auch eine Insel und wir vergessen immer so oft, dass das Meer nicht das Trennende, sondern eigentlich das Verbindende ist.

Michael Gehler: *Insofern stellt sich die Frage, inwieweit wir die europäische Integration viel zu sehr aus kontinental-europäischer Sicht erklärt, verstanden und geschrieben sowie die maritime Dimension vernachlässigt haben und diese dadurch verloren gegangen ist, jedenfalls aus deutscher und österreichischer Sicht.*

Christian Henrich-Franke: Man hätte in der Ostsee und im Baltikum viele der Probleme, mit denen wir uns aktuell auseinandersetzen, sicherlich lösen können, wenn man sich mehr dem verbindenden Ostseeraum gewidmet hätte. Das gilt genauso übrigens für das Mittelmeer. Die kulturellen Vernetzungen sowohl im Ostseeraum als auch im Nordseeraum wie ebenso im Mittelmeerraum wären eine ganz entscheidende Größe gewesen, um von der kontinental-europäischen Blindheit wegzukommen.

Jakob Iser: *Wie würden Sie den Einschnitt der 1970er Jahre mit Blick auf das gesamte europäische Integrationsgeschehen einordnen und entsprechend periodisieren?*

Christian Henrich-Franke: Die 1970er Jahre sind nicht als eine Sklerose, sondern als eine Konsolidierungsphase zu sehen. Es läuft viel darauf hinaus, dass wir irgendwann zu diesem Punkt kommen werden. In den 1950er und 1960er Jahren hat sich der Aufbau eines großen Rechtsrahmens vollzogen, vergleichbar mit dem Deutschen Reich in den 1870er Jahren, als ganz viele Rechtsnormen erlassen werden mussten im Bereich der Agrarpolitik, in Ansätzen in der Verkehrspolitik und Industriepolitik usw. Die 1970er Jahre waren eine Konsolidierungsphase, aber eine produktive. Ein Mini-Beispiel, was das erklärt: Man einigt sich auf ein Handelsrecht ohne tarifäre Diskriminierung im Inneren. Womit antworten die Mitglieder der EWG als erstes? Mit nichttarifären Handelshemmnissen in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren. Dass die nichttarifären Handelshemmnisse zu einem integralen Bestandteil eines gemeinsamen Markts gehören, macht still und heimlich der EuGH. Drei, vier, fünf richtungsweisende Urteile wurden gesprochen und schon war das Sekundärrecht nicht nur gesetzt, sondern auch einheitlich interpretiert. Die 1970er Jahre waren eine Zeit, in der viele dieser Gesetze erst einheitlich interpretiert und implementiert werden mussten. Irgendwann werden die 1970er Jahre als eine Zeit beschrieben werden, die produktiver war und in der Europa als Rechtsgemeinschaft viel stärkere Konturen angenommen hat, als wir das bisher immer gedacht haben. Das rührt daher, dass wir bisher fast immer nur auf die Legislative geschaut und gedacht haben, dass in dem Augenblick, in dem das Gesetz erlassen worden ist, schon Integration stattgefunden habe. Tatsächlich musste aber erst die entsprechende Richtlinie oder Verordnung implementiert werden, um Integration zu beginnen. Aus dieser Perspektive beleuchtet man die 1970er Jahre anders.

Michael Gehler: *Ich verweise auf Ihre Studie mit Claudia Hiepel, Guido Thiemeyer und Henning Türk* Grenzüberschreitende institutionalisierte Zusammenarbeit von der Antike bis zur Gegenwart*. Welche Bedeutung kam der grenzüberschreitenden Verflechtung von Staaten, Wirtschaften und Gesellschaften für die europäische Integration zu? Wie würden Sie das im Überblick vom 19. bis ins 21. Jahrhundert skizzieren und periodisieren? Das verleitet auch zur Frage, wie Sie diese Phänomene epochenübergreifend gewichten und bewerten würden.*

Christian Henrich-Franke: Ich würde den Band als explorativen Einstieg bezeichnen. Ich wäre vorsichtig, ob ich überhaupt die Kompetenz habe, epochenübergreifend zu gewichten und zu bewerten. Die Idee bestand in Folgendem: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit gab es schon vor dem Nationalstaat. Und auch dessen Grenzen wurden schon

immer überschritten. Das ist ja ein Buch des Arbeitskreises „Internationale Geschichte“ im Deutschen Historikerverband. Diese grenzüberschreitenden Materien sind so zeitgeschichtslastig. Sie sind fokussiert auf das 20. Jahrhundert. Die Exoten kommen aus dem frühen 19. Jahrhundert. Aber Grenzen sind älter. Vernetzungen gab es schon immer. Und institutionalisierte Zusammenarbeit? Ja, natürlich nicht in Form der internationalen Organisationen, wie wir sie heute kennen, aber doch in wie auch immer gearteten Institutionen in früheren Epochen. Das war einfach nur der Versuch, diese Fokussierung auf das 19. oder 20. Jahrhundert aufzubrechen und einen epochenübergreifenden Blick darauf zu gewinnen. Gewichten, da wäre ich jetzt ganz vorsichtig. Ich glaube, da wäre ich weit davon weg, um da eine kompetente Antwort darauf zu geben. Aber wenn ich eine erste Bewertung vornehmen dürfte, dann die, dass ich glaube, dass wir ganz viel von den Kollegen aus den frühen Epochen lernen können. Wenn ich jetzt ganz weit zurückgreife und was ich wirklich inspirierend finde, dann sind das die Gedanken von Fernand Braudel und dessen Mittelmeergeschichte, die bei der Geographie und den langen Linien ansetzt. Davon können wir eine Menge lernen und das haben wir in diesem Band versucht, ansatzweise fruchtbar zu machen.

Michael Gehler: *Wenn wir die Thematik einschränken vom 19. Jahrhundert bis in die Anfänge des 21. Jahrhunderts: Lassen sich hier verstärkte oder nachlassende Phasen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit benennen? Sind die beiden Weltkriege und die Balkankriege denkbare Einschnitte?*

Christian Henrich-Franke: Es ist immer die Frage, auf was wir genau fokussieren. Aus der Perspektive der Technikgeschichte würde ich antworten, dass wir in einer permanenten Vernetzung seit Beginn des 19. Jahrhunderts befinden.

Michael Gehler: *Jenseits der Kriege?*

Christian Henrich-Franke: Ja. Ich habe gerade mit Guido Thiemeyer, Leonard Laborie und Pascal Griset ein Projekt bearbeitet, in dem wir uns mit der europäischen Post- und Telekommunikationsunion auseinandergesetzt haben, die 1942 gegründet wurde und 1944 ihren Dienst wieder einstellte. Diese steht in einer unfassbar erstaunlichen Kontinuität zu allem vorher und nachher. Als ein paar Jahre später die europäische Konferenz für Post- und Fernmeldewesen, die dann 1959 gegründet wurde, dem Europarat als Idee präsentiert wurde, so stand dort exakt bis aufs Wort die gleiche Begründung, die Adolf Hitler wenige Jahre zuvor auf den Tisch gelegt worden war. Da gibt es erstaunliche Kontinuitäten. Wir können in der technischen Vernetzung eine relativ geradlinige Entwicklung zeichnen, wenn wir die Technik als Gesamtes nehmen. Wenn wir auf wirtschaftlichen Austausch schauen, gab es Phasen der Zunahme und der Abnahme, wobei wir immer unsere Statistiken kritisch hinterfragen sollten. Das kann man am Beispiel der Habsburgermonarchie am deutlichsten festmachen: Was 1914 interner Handel war, war 1921 auf einmal Außenhandel. Es gibt gewiss Phasen, die weniger dynamisch waren, und solche, in denen man kriegsbedingt daraufgesetzt hat, dass die Produktion gewisser Güter immer eine Subsistenz der eigenen Bevölkerung erlaubte. Im Großen und Ganzen würde ich eine Periodisierung davon abhängig machen, auf was wir genau schauen.

Michael Gehler: *Wie sind die Folgen des Kalten Kriegs mit Blick auf die Frage der Grenzen, ihrer Durchlässigkeit und Überwindung einzuordnen?*

Christian Henrich-Franke: Technisch gesehen ist die einzig tatsächliche Grenze, die gezogen wurde, der Eiserne Vorhang. Das war wirklich ein Problem für technische und gesellschaftliche Vernetzung, aber wenn wir uns im Rahmen der europäischen Integration bewegen und der Staaten, die vor 1990 als Mitglieder an diesem Prozess beteiligt waren, würde ich von einem kontinuierlichen Wachstum sprechen, das mitunter politisch gebremst wurde. Der Austausch von Personen und Gütern hätte schon in den 1960er und 1970er Jahren wesentlich intensiver sein können, aber er war nie rückläufig. So haben wir es hier mit einer relativ geradlinigen Entwicklung zu tun. Bei der Verflechtung im wirtschaftlichen und politischen Bereich haben wir ein Auf und Ab, wobei zwischen *high politics* und *low politics* eine große Unterscheidung zu treffen wäre.

Ein treffendes Beispiel ist der Völkerbund der Zwischenkriegszeit, wobei das Urteil mit Blick auf Friedenssicherung mäßig bis negativ ausfällt, doch entwickelten sich seine technischen Kommissionen dynamisch, im Bereich Gesundheit, Medizin und Technologie sogar hochdynamisch. Das geschah in der gleichen Organisation praktisch einen Flügel im selben Gebäude weiter.

Michael Gehler: *Aus Innen- und Binnenhandel wird Außenhandel haben Sie zur Habsburgermonarchie von 1914 bis 1921 gesagt. Tatsächlich entstehen nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa viele neue Zollgrenzen mit Importrestriktionen und Exportkontrollen. Nach 1945 beobachten wir den Kalten Krieg mit Embargo-Bestimmungen und Cocom-Listen. Sanktionen sind nichts Neues gegenüber Russland, damals Sowjetunion, heute Russländische Föderation. Das war doch für eine Politik der grenzüberschreitenden Kooperation eher ein gravierender Nachteil, sprich Negativfaktor. Oder ist das eine irrige Annahme? David Schriffl hat ein beeindruckendes Buch vorgelegt über die österreichischen-slowakischen Beziehungen.* Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? *lautet der Titel. Dabei konnte er zeigen, dass viele Slowaken das österreichische Fernsehen gesehen haben und* Die Volksstimme*, das Zentralorgan der KPÖ, lesen konnten, das in Bratislava erhältlich war. Fazit: Der Eiserne Vorhang war durchlässiger als geglaubt. Es gab Schmuggel. Diese Zäune waren nicht so dicht und eisern wie an der deutsch-deutschen Grenze. Der Eiserne Vorhang war nicht so eisern engmaschig und hermetisch abgeriegelt, dass die Menschen völlig voneinander abgeriegelt gewesen wären.*

Christian Henrich-Franke: Ich habe in dem *Tensions of Europe*-Verbund lange Zeit eine Gruppe mitgeleitet, die sich „Transmitting and receiving Europe“ nannte, wo untersucht wurde, wie der Kalte Krieg auf den Ost-West-Rundfunk gewirkt hat. Durch die politische Grenze entstanden überhaupt erst Sender wie „Radio Free Europe“ und „Voice of America“, die eine enorme Zuhörerschaft jenseits des Eisernen Vorhangs erhielten. Es entstand in gewisser Weise erst ein Interesse an der Welt jenseits des Eisernen Vorhangs, das ohne den Vorhang gar nicht vorhanden gewesen wäre.

Michael Gehler: *Ein Kollege am Institut, der sich mit Sicherheit und Vertrauensbildung im Rahmen der dritten KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien beschäftigt, Jonas Kaiser, und*

dies im Rahmen eines DFG-Projekts mit Potsdam, Genf und Innsbruck, fokussiert auf die VSBM- und KSE-Verhandlungen, also Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, vor allem aber auch mit Abrüstungsvereinbarungen im konventionellen Rüstungsbereich. Ihr Artikel „Der KSZE-Prozess als Katalysator? Eiserner Vorhang und Fernsehen", in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft *2020 hat uns daher angesprochen. Welche Bedeutung kommt ganz generell betrachtet nach Ihrer Auffassung dem KSZE-Nachfolgprozess zu? Wir reden von einer Entwicklung ausgehend vom 1. August 1975 mit der Schlussakte. In Belgrad und Madrid gab es bei den Folgekonferenzen kein Fortkommen. Dann kommt Wien mit einem bemerkenswerten Schlusskommuniqué vom 15. Januar. Nach der KSZE folgt die OSZE. Wie schätzen Sie ganz generell die Bedeutung der KSZE-Folgekonferenz in Wien ein? Zuvor gab es die Aufrüstungspolitik im Osten wie auch in der DDR. Darauf folgten der NATO-Doppelbeschluss, die NATO-Nachrüstung und dagegen die Proteste der Friedensbewegung. Viele zusätzliche Faktoren kamen zusammen. Eines Teils sprachen die Zeitgenossen von einem Helsinki-Mythos, Timothy Garton Ash hielt die KSZE für „maßlos überschätzt", andere sprechen vom Helsinki-Effekt. Wie würden Sie das einordnen?*

Christian Henrich-Franke: Es ist schwierig, darauf zu antworten. Das Problem am KSZE-Prozess besteht darin, dass er sehr heterogen ist und sehr viele Themen behandelte. Eine der großen Streitfragen ist ja: War es jetzt Korb I, Korb II oder Korb III? Was ist das Entscheidende jenseits aller Kälte- und Wärmephasen, die im Kalten Krieg zu erleben waren? Auch nach der KSZE-Schlussakte gab es ja den erwähnten NATO-Doppelbeschluss, Aufrüstung mit Pershing II und SS 20. Entscheidend für den KSZE-Prozess war, dass er Menschen zusammengebracht hat. Je mehr ich Akten zur internationalen Politik studiere, desto mehr komme ich zur Überzeugung, dass es das Wesentliche ist, dass Menschen sich kennengelernt und dadurch ein Stück weit versucht haben, den anderen zu verstehen und ihn verstanden haben. Die Diplomatie lebt davon, dass sich Menschen treffen und sich Freundschaften bilden, indem man sich versteht, sich kennenlernt jenseits der offiziellen Funktion. Insofern halte ich die KSZE für etwas ganz Wichtiges, weil sie Menschen zusammengebracht hat. Erst wenn das geschieht, können Verständnis und Folgeprojekte entstehen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel:

Herr Binz war in den 1970er und 1980er Jahren der Leiter der internationalen Funkfrequenzabteilung im Bundespostministerium. Im Zeitzeugeninterview stellte ich die Frage: „Wie war denn der Umgang von Ihnen als bundesdeutscher Delegationsführer mit ihrem russischen Gegenüber?" Da schaute er mich an und sagte: „Pssst." Dann gingen wir bei ihm auf den Speicher und er drückte dort einen Knopf. Darauf öffnete sich das Dach und er fuhr eine Antenne aus. Er war also auch Amateurfunker. Er funkte seinen Kollegen in Russland an, und zwar genau den, nachdem ich ihn gefragt hatte, erwischte ihn und erklärte ihm auf Englisch meine Frage. Da stand ich da als frischer Doktorand und hatte zwei, die ich interviewen konnte, und die lachten sich kaputt darüber, was ich für eine blöde Frage gestellt hatte. Das waren die besten Kumpels und kannten sich sehr gut. Sie hatten sich privat angefreundet über ideologische Grenzen hinweg. Was ich damit sagen will: Je öfter die Leute sich begegneten, ist es dann gang und gäbe, dass der eine in diesen internationalen Organen mit dem anderen befreundet ist, Pate beim Kind wird

usw. Das bringt die KSZE auch mit sich. Welche Wirkung das konkret hat, kann ich Ihnen nicht sagen. Das kann man nicht messen.

Die zweite Antwort, die ich geben kann: Die KSZE war insofern so wichtig, weil im Korb III gesellschaftliche Kontakte, Austauschprogramme, Fernsehen etc., was ich behandle, enthalten war, um Normalität im gegenseitigen Umgang herzustellen. Es war ein Erfolg, dass sich Gesellschaften wieder begegnen, Leute sich wieder treffen konnten und Familien wieder zusammengebracht wurden. Ob das dann ein Erfolg ist, wenn sich Familien aus der DDR und der Bundesrepublik nur treffen oder ob es erst ein Erfolg wird, wenn die DDR dadurch zusammenbricht, mögen andere beurteilen. Alleine die Tatsache, dass Rentner aus der DDR leichter raus konnten, Familienzusammenführungen leichter waren und man im deutschen Fernsehen eine russische Fernsehsendung machte, würde ich als Erfolg werten.

Michael Gehler: *Eine allerletzte Frage berührt einen Kernbereich europäischer Integrationspolitik, nämlich die Wettbewerbspolitik. Das nimmt Bezug auf Ihren Artikel “EC competition law and the idea of ‘open networks’ 1950s–1980s“. Das haben Sie veröffentlicht bei* Internet Histories. *Worauf ist es Ihrer Ansicht nach zurückzuführen, dass die Wettbewerbspolitik so eine tragende Säule in der Entwicklung der Gemeinschaften seit den Römischen Verträgen wurde, obgleich es auch nur einen einzigen deutschen Wettbewerbskommissar gab, nämlich Hans von der Groeben? Gibt es hierfür spezifische Erklärungen? Ist das reiner Zufall oder hat man aus deutscher Sicht das so genau genommen und so grundgelegt, wie von der Groeben es getan hat? Welche Rolle kann man der Wettbewerbspolitik für die europäische Integration zuschreiben? Wieso hat sie so eine große Bedeutung? Und hat sie noch diese große Bedeutung?*

Christian Henrich-Franke: Sie hat nach wie vor eine große Bedeutung. Man muss auch dieses Thema sehr differenziert beantworten. Wettbewerbspolitik war in den 1950er Jahren in Europa für viele Akteure so weit unter dem Radar, dass deutsche Akteure sie tatsächlich vorantreiben konnten. Die EWG ist von sechs Nationen gegründet worden, doch waren die Deutschen in den 1950er Jahren immer noch diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg begonnen hatten. Das darf man auch in diesem Kontext nicht vergessen. Die Deutschen waren der Aggressor gewesen und in der internationalen Politik in vielen Bereichen noch längst nicht auf der gleichen Augenhöhe. Selbst für Walter Hallstein, der 1958 Kommissionspräsident wurde, war ein zu offensives Auftreten Deutschlands für die eigenem Interessen in dieser Zeit noch schwierig. Die Wettbewerbspolitik war weit genug versteckt, um erfolgreich sein zu können, und dann hatte man das Glück, dass der sehr aktive und dynamische Hans von der Groeben, aber nicht nur er allein, sondern auch Ernst Albrecht, der Vater von Frau von der Leyen, vielleicht noch bedeutsamer war als von der Groeben, bei der Realisierung dieser Politik in dieser Zeit noch wichtiger war. Das ist ein Teil der Antwort.

Wettbewerb ist insofern so prominent geworden, weil das, was wir als neoliberale Veränderung ab den 1970er Jahren gerne so bezeichnen, der europäischen Wettbewerbspolitik in die Karten gespielt hat. Auf der globalen Ebene lautete die Agenda: Wettbewerb, Wettbewerb und nochmal Wettbewerb. Das ging bis hinunter, dass die Gesellschaften Westeuropas und des gesamten westlichen Bereichs auf den Wettbewerb hin getrimmt

wurden bis hin zu Bildungsinstitutionen, die sich im Wettbewerb befanden. Ob das gut ist, sei dahingestellt. Wir erlebten mit der Ausbreitung der nordamerikanischen und der angelsächsischen Wertewelt mit ihren neoliberalen Reformen eine massive Stärkung des Wettbewerbsgedankens.

Bemerkenswerterweise haben die deutschen Vertreter in Brüssel nicht immer für Wettbewerb votiert. In den Politikbereichen, die ich im Aufsatz anspreche, hat man im Gegenteil am stärksten gemauert. Hinter dem Scheitern der Verkehrspolitik in Europa oder auch der modernen Telekommunikation stehen bis in die 1980er Jahre hinein ganz wesentlich die Deutschen. Dass es lange Zeit keine gemeinsame Forschungs- und Technologiepolitik gab, hängt mit deutschen Monopolen und ihrer ordnungspolitischen Ausgestaltung eng zusammen. Genau diese Monopolpolitik verlief entgegengesetzt zur genuinen wettbewerblichen Organisation der deutschen Wirtschaft.

Michael Gehler: *Insofern ist die Geschichte der EG und der EU auch ein ständiger Bruch mit Monopolen.*

Christian Henrich-Franke: Das kann man so sagen.

Michael Gehler: *So könnte man ja dann auch die EU definieren als ein ständiges Unternehmen zum Aufknacken von Monopolen, wenn man diese als harte Nüsse bezeichnen würde, oder anders formuliert, die Union als ein Monopol-Zerstörungsprojekt.*

Christian Henrich-Franke: Ja, wobei wir nicht nur allein daran die EG und die EU festmachen sollten, weil dazu auch die WTO und zuvor das GATT gehören. Hinter dem Binnenmarktprojekt stecken die Uruguay-Runde und die USA, die massiv forderten: „Jetzt öffnet Ihr Eure Technologiemärkte." Vieles, was im Binnenmarkt als europäisches Projekt daherkommt, sind Folgen der GATT-Verhandlungsergebnisse gewesen.

Michael Gehler: *Eine letzte Frage zu den USA. „Geburtshelfer Europas?" hat Beate Neuss gefragt. Kann man die Geschichte der westeuropäischen Integration ohne die USA schreiben?*

Christian Henrich-Franke: Ich glaube nicht. Die Bedeutung der USA muss aber differenziert betrachtet werden. Die Frage lautet: Was sind durch die USA geschaffene Rahmenbedingungen, auf denen die Europäer aufbauen konnten? Ich denke auch an Bretton Woods. Turbulenzen, die in den innereuropäischen Handel einwirken hätten können, wie Währungsschwankungen, waren davon ausgeklammert. Die USA offerierten wirtschaftliche Stabilität als politische Rahmenbedingung. Hinzu kamen Push-Faktoren. Die Amerikaner dürfen nicht unterschätzt werden auch hinsichtlich ihrer Bedeutung in der Alliierten Hohen Kommission, wo sie auf Adenauer Einfluss nehmen konnten.

Michael Gehler: *Vielen Dank für das Gespräch!*

Michael Gehler

Handelt es sich bei der Europäischen Union um ein Imperium?

Zum Referenten:

Michael Gehler studierte an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck Geschichte und Germanistik und promovierte dort 1987 zum Thema „Die Studentenschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938“. Ein Jahr darauf legte er die erste und zweite Diplomprüfung in Geschichte und Sozialkunde für das Lehramt an höheren Schulen ab und unterrichtete 1988/89 am Bundesrealgymnasium Reithmannstraße in Innsbruck. Von 1989 bis 1996 war er Lehrbeauftragter und freier Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, wo er u. a. 1992 den „Arbeitskreis Europäische Integration“ mitbegründete (seit 2007 fortgeführt an der Stiftung Universität Hildesheim). In mehreren Projekten und Konferenzen beschäftigte er sich mit der Südtirolpolitik Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und der europäischen Integration. Ab 1996 war Gehler Universitätsassistent in Innsbruck. 1999 habilitierte er sich für das Fach Neuere Geschichte und Zeitgeschichte mit dem Thema „Vom Telegraphenamt zum Ballhausplatz: Karl Gruber und Österreichs Außenpolitik bis zum Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen 1927–1949“ und war seitdem außerordentlicher Universitätsprofessor. 2005 wurde er Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seit 2006 ist er Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Stiftung Universität Hildesheim, Leiter des dortigen Instituts für Geschichte sowie Inhaber eines Jean-Monnet-Chairs für vergleichende europäische Zeitgeschichte und Geschichte der europäischen Integration. Von 2013 bis 2017

leitete er zudem das Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Er hat für seine Tätigkeiten mehrfach Auszeichnungen erhalten, darunter das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. Von ihm liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor. Seit 2021 ist er auch Universitätsprofessor (egyetemi tanár) an der Andrássy Universität Budapest als Mitglied einer Promovierenden-Stammschule.

Zum Vortrag:

I. Vorbemerkungen

Handelt es sich bei der Europäischen Union um eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen? Ist es überhaupt ein Imperium? Was würde dies mit Blick auf historische Imperien und für das aktuelle Verhältnis zu den USA bedeuten? So lauten Fragen, die sich zuletzt vermehrt stellten. Die Beschäftigung der Forschung mit Hegemonialmächten, Imperien und Großreichen hat seit den letzten rund 30 Jahren mit Paul Kennedys „Rise and Fall of the Great Powers" eine merkliche Konjunktur, u. a. auch im deutschsprachigen Raum, erfahren. Ausgehend von einem gemeinsam mit Robert Rollinger konzipierten Zugang zur Geschichte der Imperien, bestehend aus einer real- und rezeptionsgeschichtlichen Dimension, versuche ich eine punktative Analyse der EU und ihrer Geschichte, wobei diese anhand von Real- und Rezeptionsgeschichte durchleuchtet und dabei ihr Charakter durch Vergleich mit dem Römischen Reich und dem Heiligen Römischen Reich erhellt wird.

Die Ambivalenz der bisherigen Urteile findet Ausdruck in der einschlägigen Literatur: Haben wir es mit einer Neugründung („second founding") der Europäischen Union im 21. Jahrhundert (Ludger Kühnhardt) zu tun oder mit „den letzten Tagen Europas" (Walter Laqueur)? Die historische Bilanz fällt ausgehend von verschiedenen Ansprüchen und Erwartungen tatsächlich gemischt aus: Stärken und Schwächen sind erkennbar. Die EU ist bereits eine Welthandels- und Weltwirtschaftsmacht. Sie ist aber eine noch unvollständige Währungsunion ohne Wirtschaftsunion, wie ihre Außen- und Sicherheitspolitik nach wie vor dem Einstimmigkeitsprinzip unterliegt. Die EU ist Ausdruck geschwächter Mitgliedsstaaten, die ihr jedoch nach wie vor ihren Willen aufzwingen können. Das deutsche Bundesverfassungsgericht sah in der Union einen Staatenverbund. Holm A. Leonhardt spricht dagegen unter wertfreier Verwendung der Begrifflichkeit von einem Staaten-Kartell auf dem Weg zu einem Bundesstaat.

Historisch betrachtet ist die amerikanische Sponsorenrolle für Westeuropa wie auch für Gesamteuropa unübersehbar: Die USA erwiesen sich zweimal als Integrationsförderer für die Zusammenführung der europäischen Staaten: zunächst mit dem Marshall-Plan (1948–1952) zur Stärkung des Wiederaufbaus der Wirtschaften Westeuropas und dann mit der NATO-„Osterweiterung" um die Mitte und den Osten des Kontinents seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zur bündnis- und sicherheitspolitischen Flankierung der EU-„Osterweiterung" und damit zur Absicherung der wirtschaftlichen Vereinigung des Kontinents im kapitalistisch-privatwirtschaftlich-westlichen Sinne. Das schuf einerseits

eine Reihe neuer Bündnispartner in der Mitte und im Osten Europas,[1] erzeugte andererseits aber auch hochgradig gefährliches Risikopotential mit der Russischen Föderation, die eine fortschreitende NATO-„Osterweiterung“ bis an ihre Grenzen reichend ablehnte.[2]

II. Die Realgeschichte

1. Die *Entstehung* der Europäischen Union ist durch die Montanunion (1952) gegeben. Es gab zwar einen gewissen Gründungsmythos mit dem „Schuman-Plan“ zur Verschmelzung von Kohleförderung, Eisen- und Stahlproduktion zur Friedenssicherung mit „deutsch-französischer Aussöhnung“. Davon ausgehend bildete sich aber keine dauerhafte und wirkungsvolle europäische Idee. Kohle- und Stahlfusion waren zu wenig breitenwirksam und in erster Linie auf Frankreich und die Bundesrepublik konzentriert, also auf das westeuropäische Kerneuropa limitiert. Die EGKS ist sowohl vor dem Hintergrund der Einnahme und Kontrolle Mittel- und Osteuropas durch die Sowjetarmee (1944/45–1948/49) wie auch der Abwehrstellung gegen den Kommunismus im Zeichen des aufkommenden Kalten Kriegs gegen die UdSSR (1947/48–1953) zu erklären.

2. Die *Struktur* der Europäischen Gemeinschaften bestand von Anfang an aus zwischenstaatlichen („intergouvernementalen“) Organen (Ministerrat, Rat der EG/EU, Ständige Vertreter) und überstaatlichen („supranationalen“) Organen (Gemeinsame Versammlung, dem späteren Europäischen Parlament, Kommission und Gerichtshof). Ihre Führung war auf verschiedene Schultern verteilt, getragen von den Mitgliedstaaten, einem Verbund von Institutionen und einer sich entwickelnden Bürokratie. Es gab und gibt weder ein alleiniges Zentrum noch eine einseitige Machtkonzentration, sondern Kompetenzenteilung und verschiedene Sitzorte (Luxemburg, Brüssel, Straßburg, Frankfurt/Main). Das Demokratieprinzip bewegte sich im Spannungsverhältnis mit dem Effizienzprinzip.

3. Die *Expansion* erfolgte über verschiedene Stufen. Die Gemeinschaften weiteten ihren Mitgliederbestand aus durch die Norderweiterung (Dänemark, Großbritannien und Irland 1972), die Süderweiterung (Griechenland 1981, Spanien und Portugal 1986), die Neutralen (Österreich, Schweden und Finnland 1995) sowie gen Mitte und Osten, zum Mittelmeer und Südosten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Malta, Zypern, Bulgarien und Rumänien 2004/07), womit die EU ihren gemeinschaftsrechtlichen Geltungsraum erheblich ausdehnte. Die Expansion war sowohl durch ein Wachstum von innen nach außen durch Attraktivität und Übernahme von EU-Recht als auch von außen nach innen durch steigende handelspolitische und wirtschaftliche Ausweitung und Verflechtungen sowie Beitrittsanträge und -verhandlungen erreicht worden.

4. Die *Wahrnehmungen* und *Reaktionen* maßgeblicher Art seitens dritter Mächte waren durch die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika sowie durch China und Japan gegeben: In der erwähnten Reihenfolge spielte im weltmachthistorischen Kontext ein Denken in verschärfter, reduzierter und wieder aufkommender Gegnerschaft (UdSSR,

1 Janusz Bugajski/Ilona Teleki, Atlantic Bridges. America’s New European Allies, Lanham 2007.

2 Michael Gehler, Revolutionäre Ereignisse und geoökonomisch-strategische Ergebnisse: Die EU- und NATO-„Osterweiterungen“ 1989–2015 im Vergleich (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper C 239), Bonn 2017, S. 82–86.

Russische Föderation), in enger Kooperation, wachsender Konkurrenz und wieder verstärkter Zusammenarbeit (USA) sowie in anerkennender Beobachtung, gesuchter Inspiration durch neue gemeinschaftliche Erkenntnisse und offener Nachahmung von europäischen Errungenschaften (VRC, Japan) eine gewisse Rolle.

5. Die EU ist mit dem Unionsvertrag von Maastricht erst 30 Jahre alt, also noch ein junges Gebilde imperialer Art. *Erosion und Zerfall* sind zwar (noch) nicht gegeben, aber deutliche Anzeichen von Überdehnung der Möglichkeiten zur Beherrschung der Peripherien und die Überhöhung globaler moralischer Ansprüche, die über ihren Geltungsbereich hinausgehen und ihre tatsächlichen Möglichkeiten übersteigen.

III. Die Rezeptionsgeschichte

1. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften ist durch *Fortschritte und Erfolge* benennbar wie der Einführung des Wettbewerbsrechts seit 1958, der Verwirklichung der Zollunion 1968, der Etablierung eines Währungssystems 1978, der Abhaltung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament seit 1979, der Schaffung eines Binnenmarkts 1993, der Einführung einer Einheitswährung als Buchgeld 1999 und als Realwährung 2002 sowie der Erweiterung der Union um die Mitte und den Osten des Kontinents 2004.

Diese Geschichte ist aber auch gekennzeichnet durch *Krisenhaftigkeit und Rückschläge* wie der Ablehnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung 1954, der Politik des „leeren Stuhls" durch General Charles de Gaulle 1965 und der damit verbundenen Beibehaltung der Einstimmigkeitsregel in entscheidenden wie weitreichenden Integrationspolitiken seit 1966 sowie das Scheitern eines „Verfassungsvertrags" 2005.

2. *Imaginationen* (Ausblendungen, Realfiktionen, Stilisierungen, Überinterpretationen, Vernachlässigungen und Unverhältnismäßigkeiten in den Bedeutungszuschreibungen) finden sich vielfach in der Geschichte der EU. Die gesetzten Integrationsziele und Projektverwirklichungen stimmten nicht immer mit der Etikettenwahrheit überein: Der 1957/58 verkündete und so proklamierte „Gemeinsame Markt" wurde erst 1993 erreicht; eine echte „Wirtschafts- und Währungsunion" gibt es bis heute nicht, wie auch der „Verfassungsvertrag" keine reale Verfassung für Europa darstellte, sondern einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den einzelnen EU-Staaten bildete.

Anfängliches, eigentliches und immer noch bestehendes Ziel der europäischen Integration war die Einbindung (von Teilen) Deutschlands zur Vermeidung einer neuerlichen deutschen Hegemonialstellung in Europa. Die EU ist daher auch als ein Abwehrimperium zur Verhinderung eines neuen deutschen Imperiums zu verstehen. Inzwischen hat das seit den 1950er Jahren wirtschaftlich wieder erstarkende und beherrschende Deutschland nach seiner Einigung 1990 und im Zuge der EU-„Ostererweiterung" (gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien) allerdings wieder eine dominantere politische Stellung auf dem Kontinent inne.

3. *Bezugnahmen auf geschichtliche Imperien als Referenzmodelle* und die damit verbundene Erzeugung von historischem Bewusstsein sowie die Herstellung von Tradition und imperialer Schein-Kontinuität markieren ein gewisses Spezifikum, das kein Defizit sein muss. Die EU verfügt jedoch über keinen vergleichbaren historischen Vorläufer –

sieht man von ihrer Vorgeschichte mit der EGKS und der EWG ab. Von offizieller Seite wurde und wird kein expliziter Bezug auf ein Modell genommen, wie auch keine Versuche zur Herstellung von Anleihen und Kontinuitäten zu vorausgegangenen Herrschaftsgebilden und Vorgängerreichen unternommen werden, wie z. B. zum Heiligen Römischen Reich.

Seit dem Unionsvertrag von Maastricht und verstärkt durch die EU-„Osterweiterung" gibt es in der philosophisch-politischen Debatte Hinweise auf den wachsenden imperialen Charakter der EU. Der Philosoph Peter Sloterdijk nannte es ein „non-imperial empire". EU-Kommissionspräsident Barroso (2004–2014) sprach auch, nicht frei von Superlativen und Überhöhung, der EU imperiale Züge zu: Sie habe keine zentralistische Struktur. Die Union sei nicht durch Kampf oder Krieg entstanden. Die Mitgliedschaft basiere auf Freiwilligkeit. Die Mitglieder gäben ihre Souveränität nicht auf, sondern teilten sie.[3]

4. Die *Integrationshistoriographie* hat bis zuletzt gezögert, sich in dieser Debatte zu positionieren, und hat zur Thematik der EU als Imperium kaum einen nennenswerten Beitrag geleistet. Sie versucht, die europäische Integration differenziert zu sehen, die Erfolge anzuerkennen, aber auch die Fehlschläge und Misserfolge nicht zu ignorieren. Sie analysiert die EU als Ergebnis von Krisen und Kompromissen, wobei auffällt, dass ein historisch reflektierender Politikwissenschaftler wie Ludger Kühnhardt sich bereits mit der Imperien-Thematik vertraut machte.[4]

5. Der *Forschungsstand* ist in Bezug auf die EU und die Imperienthematik immer noch überschaubar, weil bisher dieser Zusammenhang nicht gesehen oder nicht angenommen wird.

Der *epochenübergreifende Vergleich* (Analogien, Parallelen, Unterschiede) der EU mit dem Römischen Weltreich kann hilfreich und erhellend sein. Das römische Weltreich entstand allerdings schrittweise über Jahrhunderte und bewegte sich weitgehend in den räumlichen Dimensionen von EG und EU, während diese noch keine vergleichbar lange Geschichte aufweist. Die Ausdehnung Roms ging von einem starken Zentrum aus, neben dem soweit kein anderes mehr bestehen durfte und sollte. Das Verhältnis Hauptstadt-Provinz bzw. Zentrum-Peripherie war im Römischen Reich stärker ausgeprägt als in der EU. Brüssel hat zwar eine starke Stellung, ist aber neben Luxemburg (EuGH), Straßburg (EP) und Frankfurt (EZB) nicht alleiniges Zentrum. Klassische Imperien verfügen hingegen über *ein* metropoles Zentrum, um über verschiedene Akteure und Institutionen Einverleibungen vorzunehmen und Kontrolle auszuüben, z. B. über ihre Randgebiete. Die Verleihung des römischen Bürgerrechts und die Verbreitung des römischen Rechts waren Kennzeichen der kulturellen Attraktivität und Integrationsfähigkeit des Imperium Romanum. Die EU hat seit dem Montanvertrag und den Römischen Verträgen mit dem Gemeinschaftsrecht, dem „acquis communautaire", also dem gemeinsamen Rechtsbestand, der für alle Beitrittsansuchenden verpflichtend ist und den die Mitglieder zu übernehmen

3 Barroso: European Union is 'non-imperial empire' (long version), https://www.youtube.com/watch?v=-I8M1T-GgRU (abgerufen 30. 7. 2022).

4 Ludger Kühnhardt, Imperium: Ein Begriff und seine Anwendung. Rückblick auf Imperien als Ausblick auf die Zukunft der EU, in: Volker Kronenberg/Jana Puglierin/Patrick Keller (Hrsg.), Außenpolitik und Staatsräson. Festschrift für Christian Hacke zum 65. Geburtstag, Baden – Baden 2008, S. 29–39.

haben, ein vergleichbares sowie noch verbindlicheres und zwingendes Konvergenzpotential, das zu Anpassung, mehr Homogenität und Vereinheitlichung führt.

Mit der durch den Vertrag von Maastricht aus der Taufe gehobenen Unionsbürgerschaft wurde ein Äquivalent zur römischen Bürgerschaft geschaffen (ohne darauf Bezug zu nehmen), ein gemeinsames Dach für Personen verschiedener Abstammung und Herkunft.

Die EU hingegen verzichtete über alle Strecken ihrer Entwicklung – im Unterschied zu Rom – auf die Aufstellung starker Streitkräfte, die Stationierung von Divisionen an den Außengrenzen oder an seinen Randzonen wie sie auch keine militärische Expansion durchführt.

Der EU fehlt v. a. eine spezifische Architektur wie auch ein Kult, vergleichbar dem römischen Kaiser- und Staatskult, und damit die Übernahme und Vereinnahmung einer religiösen Idee wie die des Christentums, welches im späten Rom zur Staatsreligion erkoren wurde. In der Präambel des Lissabon-Vertrages gibt es nur einen Hinweis unter Aussparung der Erwähnung des Christentums: „Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben."

Zu guter Letzt noch eine Analogie: In der „Pax Romana" lässt sich ein Analogieansatz mit einer friedensstiftenden Mission der „Pax Europea" finden, die als Daueraufgabe und Zukunftsauftrag gleichermaßen zu verstehen wäre.

Der Vergleich mit dem Heiligen Römischen Reich, der von Jan Zielonka nicht im Sinne einer Gleichstellung angesprochen wurde,[5] wirkt auf den ersten Blick reizvoll und in gewisser Weise nachvollziehbar, weist aber deutliche Unterschiede auf: Das „Sacrum Imperium Romanum" war weder Weltwirtschafts- noch Weltwährungsmacht – eine globalisierte Wirtschaft war zu seiner Zeit nur zum Teil und weit weniger dynamisch ausgeprägt. Die EU ist weltgrößter Exporteur von Dienstleistungen und Waren.

Im Inneren war das Heilige Römische Reich strukturell wie territorialstaatlich heterogener als die EU aufgebaut, ja zersplittert, von verschiedenen Herrschaftsformen gekennzeichnet und von unterschiedlichen Gewichts-, Münz- und Zollsystemen geprägt.

Das ideell gedachte und nicht konkretisierte politische Projekt eines christlichen Zusammenschlusses im Sinne der Universalmonarchie Karls V. scheiterte, u. a. an den Glaubensunterschieden, während die EU ein areligiöses und säkulares gemeinschaftliches Gebilde ohne ausdrücklichen Religionsbezug darstellt.

Am ehesten vergleichbar erscheinen beide Herrschaftsgebilde durch nicht vorhandene vergemeinschaftete bzw. nur relativ schwach ausgeprägte gemeinschaftliche Streitkräfte, die mehr auf Schutz und Verteidigung und nicht auf Angriff und Intervention ausgerichtet waren bzw. sind. Militärische Expansionen spielen bei beiden keine Rolle.

Was sich als zentrale Unterschiede anführen ließe: Im Heiligen Römischen Reich waren Kriege keine Seltenheit. Auch wenn es kein stehendes gemeinschaftliches Reichsheer gab, konnte es in seinen Einzelterritorien als durchaus hochgerüstet gelten. Die EU kennt und will keine Kriege innerhalb ihres Territoriums. Selbst ist sie sicherheitspolitisch noch in Entwicklung begriffen. Ihre Staaten, die mehrheitlich einem transatlantischen Bünd-

5 Jan Zielonka, Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union, Oxford 2006.

nis mit den USA und Kanada im Rahmen der NATO angehören, hatten zwar schon in vielen Fällen bereits die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft oder überlegten dies ernsthaft (durch den ausgeweiteten Ukrainekrieg seitens Russlands 2022 haben gegenteilige Tendenzen eingesetzt). Die EU-Mitglieder stellen allerdings nicht nur „Friedenstruppen" (*peace keeping*) in Konfliktregionen der Welt, sondern haben mit der Aufstellung von Kampftruppen (*battle groups*) auch spezielle Interventionsstreitkräfte formiert, die zur Friedenserzwingung (*peace enforcement*), sprich: Gewaltanwendung zur Herstellung des Friedens mit militärischen Mitteln, bereit stehen, was aber bisher noch nicht stattgefunden hat – weder über die eine noch über die andere gemeinschaftliche Variante verfügte das Heilige Römische Reich als Ganzes, wenngleich Fürsten und Könige genügend Mittel für entsprechende Truppen hatten.

Die neo-mittelalterlichen Regierungsformen des Heiligen Römischen Reiches erscheinen insgesamt eher als wenig weiterführender Verweis auf frühere, im Grunde weder mit der EU gleichsetzbare noch für sie reproduzierbare Konstellationen.

IV. Zwischenbilanz

Ein eigener Staat ist die EU nicht, sondern ein überstaatliches Verhandlungssystem von Institutionen und Mitgliedstaaten, das normative Kräfte entwickelt hat und weiterhin Normen setzt. Mit der Sowjetunion und den USA als Imperien klassischer Ausprägung ist die EU vergleichbar, aber nicht gleichsetzbar. Sie verzichtet auf militärische Gewalt und Intervention wie auch auf übermäßige militärische Macht, besitzt kein starkes politisches Zentrum und nur ein bescheidenes Budget im Vergleich zu jenem ihrer Mitgliedsstaaten. Die EU ist die Summe der Willensbildungen von ihren Institutionen und Mitgliedsstaaten, die sich als „Herren der Verträge" begreifen. Sie ist deshalb keine reaktionsschnelle und entscheidungseffiziente Interventions- und Militärmacht, aber eine nachhaltig wirkende Handels-, Wirtschafts- und Währungsmacht, deren gemeinsamer Rechtsbestand weltweiten Vorbildcharakter und deren Kultur starke Ausstrahlungs- und Anziehungskraft besitzt.

Die EU ist ein weltpolitischer Akteur, aber zu einer beherrschenden Weltmacht – wenn denn dies ihr Ziel sein sollte – fehlt noch viel. Das Ziel, eine „Supermacht" zu werden, war zwar mit der „Lissabon-Strategie" des Jahres 2000 angepeilt worden, nämlich „die Union zum wettbewerbfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen", was binnen zehn Jahren erreicht werden, aber sehr rasch an Grenzen stoßen und bereits 2004/05 als gescheitert anzusehen sein sollte.

Mit der Befriedung und Stabilisierung der nach wie vor prekären Verhältnisse Südosteuropas (Stichwort Balkan) scheint die EU an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gelangt. Die institutionellen Reformen durch den Unionsvertrag von Lissabon reichen nicht aus, um als politischer Akteur auf der Weltbühne geschlossen und wirksam auftreten zu können.

Die EU ist aufgrund der Attraktivität ihrer Lebenschancen mit großem Immigrationsdruck, einer alternden und zurückgehenden Bevölkerung sowie einerseits einer Arbeitslosigkeit und andererseits einem Arbeitskräftemangel erheblichen Ausmaßes in bestimmten Industrie- und Wirtschaftsbranchen konfrontiert.

Gestärkt durch die Einheitswährung Euro hielt die EU Schritt mit den Weltwährungsmächten. Außen-, sicherheitspolitisch und militärisch ist sie aber – im Vergleich zu Russland, zur Volksrepublik China und zu den USA – ohnmächtig und daher eine vernachlässigbare Größe, die weder von Moskau und Peking noch von Washington ernst genommen werden kann.

Das Verhältnis zwischen der EU und den USA ist bei allen handelspolitischen, ökonomischen, massenkulturellen sowie unternehmerischen Verflechtungen in diesen Bereichen konfliktreicher und konkurrenzorientierter geworden. Militär- und sicherheitspolitisch ist die EU von einem „burden sharing" mit den Vereinigten Staaten weit entfernt, was das Verhältnis nicht erleichtert. Die EU ist militärisch und sicherheitspolitisch nach wie vor auf die NATO angewiesen. Sie befindet sich hinsichtlich der USA als Führungsmacht in diesem Bündnis in einem anhaltenden Abhängigkeitsverhältnis.

Alles in allem betrachtet handelt es sich bei der EU nur um eine partielle imperiale Macht.

V. Ausblick im Zeichen des russischen Kriegs in der Ukraine

Das Europa der Gemeinschaften hat mit den Jahren 1989/90 den (alten) Kalten Krieg überwunden, der aber mit der Russischen Föderation im Zeichen der Krim-Annexion und des Kriegs in der Ostukraine seit 2014 sowie der Destabilisierungs- und Desinformationsmaßnahmen gegenüber der EU durch die Politik Putins wieder ein (neuer) Kalter Krieg geworden ist und inzwischen durch einen heißen Regionalkrieg in Europa eine Verschärfung erfahren hat.

Am 24. Februar 2022 begann der russische Angriffs-, Interventions-, Vernichtungs- und Zerstörungskrieg gegen die gesamte Ukraine ausgehend von drei Fronten, der sich seit Herbst 2021 aufgrund einer umfassenden Umzingelung durch massive Truppenkonzentrationen schon drohend abgezeichnet hatte. Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die Östliche Partnerschaft (ÖP) und die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) standen vor einem Scherbenhaufen. Die EU hatte als Befriedungs- und Stabilisierungsprojekt, nach ihren historischen Leistungen in West-, Süd- und Südosteuropa, nun auch in der Mitte und im Osten des Kontinents eine Garantiemacht für Demokratie, Sicherheit und Wohlstand zu sein versprochen, wobei dieses Anliegen mit der russischen Militärinvasion in der Ukraine nun von Moskau zunichtegemacht werden sollte, wenn überhaupt mit einem Waffenstillstand in der Ukraine ein friedlicher Modus Vivendi gefunden wird.

Eine Erkenntnis wurde dabei allzu offenkundig: Ohne ein Einvernehmen mit Russland und seine Zustimmung wird die EU keine gesamteuropäische Sicherheitsordnung bewerkstelligen. An den EU-Südost- und Ostgrenzen, in den Balkan-, den Kaukasus- und Schwarzmeer-Regionen (Georgien, Aserbeidschan, Armenien, Kasachstan, Moldau) bestehen außerdem militärische und politische Konflikte und Krisenszenarien fort, während in Asien der Kalte Krieg (Korea, Taiwan und China–Japan) trotz Bildung der umfassendsten Freihandelszone der Welt weiter fortlebt.

Mit dem von Putin auf die Ukraine ausgeweiteten Krieg wurde zudem erkennbar, wie sich ein Gesamteindruck aus imperienhistorischer und großmachtpolitischer Perspektive darstellt:

1. Es geht nicht primär um die Ukraine und ihre NATO-Mitgliedschaft (sie ist längst ihr geheimer Verbündeter). Es ist ein Kampf zwischen europäischer Banken-, Finanz-, Wirtschafts- und Währungsmacht einerseits und russischer Atom-, Energie-, Kriegs- und Militärmacht andererseits. Im Hintergrund handelt es sich um ein Ringen zwischen der VR China als Export-, Handels- und regionales Militär-Imperium mit den USA als Leitwährungs- und globales Militärmacht-Imperium, also insgesamt um einen doppelten Imperien-Wettstreit auf regionaler wie auf weltweiter Ebene.

2. Es ist ein Ringen zwischen zwei Imperien: dem amphibischen Imperium der USA und dem überwiegenden terrestrischen Imperium, der Russischen Föderation. Diese ist im Zeichen des Ukrainekriegs gleichsam zu einem Auxiliar-Imperium abgesunken, das auch als Sekundär-Imperium oder Imperium im Windschatten Chinas begriffen werden kann.

3. Die Ukraine und Europa sind vor diesem Hintergrund aus Sicht Washingtons und Moskaus nicht Akteure und Subjekte, sondern Objekte und Spielbälle. Die Ukraine bietet dafür den Kriegsschauplatz.

4. Die USA bleiben mit der NATO ein sicherheitspolitisch globales Imperium und die EU nur eine halbimperiale Macht (Handel, Wirtschaft und Währung).

5. Weder die Führung der Russischen Föderation noch die der USA will eine eigenständige, geeinte, starke und unabhängige EU als politische Union, die auch militärisch selbständig handlungsfähig wäre. Es gilt die wechselseitigen Abhängigkeiten, Droh- und Druckpotentiale aufrechtzuerhalten sei es sicherheits- oder energiepolitisch, wobei die USA die absolut weit besseren Chancen haben, die EU in dauerhafter Form an sich zu binden.

6. China als aufsteigende Supermacht des 21. Jahrhunderts und eigentlich ein global expansives Investitions-, Kapital- und Wirtschaftsimperium verhält sich im Hintergrund duldend angesichts des Regionalkonflikts in Europa und hinnehmend mit Blick auf den russischen Ukrainekrieg. Es erkennt seine wachsende Chance mit gesteigerten Beeinflussungs-, Druck- und Einmengungsmöglichkeiten in Hongkong und auf Taiwan.

7. Die USA (und die EU) führen praktisch einen Stellvertreterkrieg zu Lasten und auf dem Rücken der Ukrainer. Die VR China führt mit Russland einen Stellvertreterkrieg gegen die EU und die USA. So gesehen handelt es sich im Falle der Ukraine um einen doppelten regional-globalen Stellvertreterkrieg.

8. Durch Putins Krieg wird das Verhältnis zwischen der EU und der Russischen Föderation dauerhaft belastet und langfristig beschädigt. Opfer und Leidtragende sind in erster Linie die Ukrainer, auf deren Rücken dieser Weltkonflikt, ausgehend von bündnis- und geopolitischen sowie geoökonomischen und militärstrategischen Motiven, ausgetragen wird, während v. a. die übrigen Europäer die Kosten und Nachteile in Kauf nehmen müssen. Alle Akteure und Beteiligten (inclusive die Bevölkerungen) am Kontinent werden in gewisser Weise mehr oder weniger Verlierer dieses Krieges sein – auch die Russische Föderation.

9. Die USA haben mehrere historische Imperien der Reihe nach niedergerungen und besiegt: das spanische Imperium Ende des 19. Jahrhunderts, das wilhelminische Kaiser-

reich im Ersten Weltkrieg, das faschistische Mare-Nostro-Imperium, das nationalsozialistische Kriegs- und Raubtier-Imperium im Zweiten Weltkrieg sowie die Sowjetunion im Kalten Krieg. Nebenher gelang auch die Ablösung und Degradierung des britischen Weltimperiums zu einem machtloseren und niedergehenden Commonwealth-Empire. Ob die Vereinigten Staaten von Amerika nun aber gleichzeitig einen doppelten siegreichen Niederringungskampf gegen die Russische Föderation und die Volksrepublik China zu leisten imstande sind oder nicht schon den Scheitelpunkt ihrer Weltmachtstellung überschritten haben, bleibt angesichts einer gesellschaftlich gespaltenen inneramerikanischen Lage und weniger willigen Steuerzahlern abzuwarten.

Weiterführende Belege mit weiteren Literaturnachweisen, siehe:

Gehler, Michael/Rollinger, Robert, Imperial Turn: Challenges, Problems and Questions, in: Michael Gehler/Robert Rollinger (eds.), Empires to be remembered. Ancient Worlds through Modern Times (Universal- und kulturhistorische Studien/Studies in Universal and Cultural History), gem. m. Robert Rollinger Wiesbaden 2022, pp. 3–39.

Gehler, Michael, The European Union: A Short-Term Empire?, in: Robert Rollinger/Julian Degen/Michael Gehler (eds.), Short-term Empires in World History (Universal- und kulturhistorische Studien/Studies in Universal and Cultural History), Wiesbaden 2020, S. 23–55.

Gehler, Michael/Rollinger, Robert, Approaching Short-Term Empires in World History, a First Attempt, in: Robert Rollinger/Julian Degen/Michael Gehler (eds.), Short-term Empires in World History (Universal- und kulturhistorische Studien/Studies in Universal and Cultural History), gem. m. Robert Rollinger und Julian Degen, Wiesbaden 2020, S. 1–21.

Gehler, Michael, The European Union: A Post-Democratic, Post-Modern, and Post-National Empire?, in: *Journal of European Integration History* (JEIH) Vol. 24 (2018), No. 2, S. 235–268.

Gehler, Michael/Rollinger, Robert, Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, in: Michael Gehler/Robert Rollinger (Hrsg. unter Mitwirkung von Sabine Fick und Simone Pittl), Imperien und Großreiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, 2 Bde., Teil 1, Wiesbaden 2014, S. 1–29.

Gehler. Michael, Die Europäische Union – ein postmodernes Imperium?, in: Michael Gehler/Robert Rollinger (Hrsg. unter Mitwirkung von Sabine Fick und Simone Pittl), Imperien und Reiche in der Weltgeschichte. Epochenübergreifende und globalhistorische Vergleiche, 2 Bde., Teil 2, Wiesbaden 2014, S. 1255–1307.

Kennedy, Paul, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987.

Kennedy, Paul, Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000, Frankfurt/Main 1991, ^{4}2003.

Kühnhardt, Ludger, Imperium: Ein Begriff und seine Anwendung. Rückblick auf Imperien als Ausblick auf die Zukunft der EU, in: Volker Kronenberg/Jana Puglierin/Patrick Keller (Hrsg.), Außenpolitik und Staatsräson. Festschrift für Christian Hacke zum 65. Geburtstag, Baden – Baden 2008, S. 29–39.

Kühnhardt, Ludger, European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung/ Center for European Integration Studies der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 67), Baden-Baden 2008.

Laqueur, Walter, The last days of Europe. Epitaph for an Old Continent, New York 2007.

Leonhardt, Holm A., Die Europäische Union im 21. Jahrhundert – ein Staatenkartell auf dem Weg zum Bundesstaat, in: Michael Gehler, Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957–2007. From Common Market to European Union Building/50 years of the Rome Treaties 1957–2007 (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 5), unter Mitarbeit von Andreas Pudlat, Wien – Köln – Weimar 2009, S. 687–720.

Der Vortrag wurde am 1. Juni 2015 gehalten und im Lichte der jüngsten Entwicklungen bis zum 31. Juli 2022 aktualisiert und ergänzt.

Michael Gehler

„Die EU von heute ist bestenfalls eine imperiale Halbmacht."

I. Herkunft und persönlicher Werdegang

Philipp Strobl: *Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft, Ihrem Elternhaus und Ihrer Schulzeit berichten?*

Michael Gehler: Am 15. Januar 1962 wurde ich in Innsbruck geboren. Mein Vater hat mich wohlweislich gleich vor Ort gemeldet, was meine österreichische Staatsbürgerschaft später begründen half. Er war Jahrgang 1923, stammte aus Steinach/Thüringen und hatte nach Rückkehr aus sowjet-russischer Kriegsgefangenschaft im Mai 1949 – die doppelte deutsche Staatsgründung war bereits im Gange – grenznah zu Thüringen in Neustadt bei Coburg begonnen, eine Kunststoffspritzerei zur Spielwarenerzeugung als Kleinunternehmen aufzuziehen, wechselte dann aber in den 1970er Jahren als Versicherungskaufmann in die HUK-Coburg, was ein kluger Schritt war. Meine in Innsbruck 1939 gebürtige Mutter war gelernte Kostümschneiderin, u. a. am dortigen Landestheater Schneidermeisterin und später als Hausfrau für eine Familie mit drei Kindern tätig.

Ich besuchte ab 1968 die Volksschule an der Heubischerstraße mit sehr unterschiedlichen und das Arnold-Gymnasium mit zwei prägenden Lehrern in Geschichte und Französisch in Neustadt bei Coburg. Es ist die „bayerische Puppenstadt" mit einem Museum zu Puppen aus aller Welt und befand sich auch gleichzeitig durch ihre unmittelbare Nähe zum „Eisernen Vorhang" an einer der markantesten Stellen des Kalten Kriegs. Neustadt mit cirka 15.000 Einwohnern bildete mit Sonneberg mit etwa 30.000 und Coburg mit rund 50.000 den bevölkerungsdichtesten Raum an jener Grenze, die Deutschland teilte. Da halfen auch keine Umsiedlungsaktionen der Stasi noch in den 1980er Jahren.

Deborah Cuccia: *Sie sind in Innsbruck geboren und wuchsen aber in Neustadt bei Coburg in Bayern auf. Wie kam es zu diesem Wohnortwechsel? Inwiefern prägten Sie diese Erlebnisse?*

Michael Gehler: Mein Vater legte Wert darauf, dass ich in der Geburtsstadt meiner Mutter zur Welt kommen sollte. Er schätzte Österreich aus politischen Gründen, weil es sich 1955 durch kluge Diplomatie und geschickte Politik aus der Ost-West-Konfrontation herausmanövriert und einen ganz anderen Weg als die beiden deutschen Teilstaaten eingeschlagen, d. h. eine Hauptstadt ohne Mauer hatte. Er hielt es für besser, dass sein Sohn später einmal Österreicher sein sollte mit dem Argument, dass es ihm dadurch in Zukunft auch bessergehen würde.

Ich habe das erst später begriffen, aber es stimmte auf gewisse Weise. Das konnte ich bei internationalen Konferenzen in manchen Ländern erleben, wo man deutschen Kollegen, wie ich fand, auf eigentlich ungerechtfertigte Weise nicht immer vorbehaltlos und zuweilen auch kritischer gegenüberstand, z. B. in Frankreich oder Polen, während der

„charmante und nette“ Österreicher sichtlich wohler gelitten war. Das war eine merkwürdige Umgangsweise, kamen doch aus Österreich, wie wir längst wissen, die brutalsten und radikalsten Nationalsozialisten, von Hitler ganz zu schweigen, aber das Image Österreichs war vor der Waldheim-Debatte (1986–1988) das der Lipizzaner und Mozartkugeln an der schönen blauen Donau.

In späteren Jahren lernte ich Land und Leute auch von anderen Seiten kennen, wie es der sicherlich schwierige Charakter Thomas Bernhard beißend und ironisch beschrieben hat: nicht frei von Devotion, Eitelkeit, Falschheit, Inferiorität gegenüber dem größeren Nachbarn, Neid, Selbsthass, Titelsucht und Unterwürfigkeit. Im Unterschied zu einzelnen österreichischen Bundesländern sind diese Charaktereigenschaften vor allem in Wien nicht selten anzutreffen.

Philipp Strobl: *Sie studierten ab Wintersemester 1981/82 Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck. Warum zog es Sie wieder nach Tirol zurück und was bewog Sie zu dieser Studienwahl?*

Michael Gehler: Das schließt direkt an die vorhergehende Frage an. Aufgewachsen bin ich zwar in Oberfranken im nördlichen Bayern mit Absolvierung einer Volksschule und eines Gymnasiums in Neustadt bei Coburg, hatte aber immer den väterlichen Spruch im Ohr „Micki, wenn Du mal groß bist, gehst Du nach Tirol zur Innsbruck-Oma. Wir Deutschen müssen immer auf die Pauke hauen. Wir waren so verrückt, unser Land zu teilen, und führen diesen Kalten Krieg in Europa in totaler Form mit. Österreich war viel klüger und hat sich da rausgehalten. Dort wirst Du später besser aufgehoben sein.“

Tatsächlich war 1981/82 zur Zeit meines Studienbeginns eine weitere Steigerung des Kalten Kriegs mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und der Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses erreicht, als die Friedensbewegung auf ihrem Höhepunkt angelangt und Kriegsdienstverweigerung en vogue war.

Warum das Studium? Ich war immer schon fußballbegeistert und wollte ursprünglich Sportreporter werden, bevorzugt beim „Kicker“ in Nürnberg. Meine Eltern waren davon gar nicht angetan und empfahlen als Art Abwehr-, Verhinderungs- oder Vorkehrungsmaßnahme ein Germanistik- und Geschichte-Studium. Ich folgte brav dem Rat. Letzteres wurde dann auch Erstfach und Leidenschaft. Das hatte zwei Gründe: bewegende und emotionale Kriegsschilderungen des Vaters und ein sachorientierter Geschichtslehrer am Gymnasium mit Dr. Winfried Hofmann waren eine prägende Mischung. Es war ein Lehrer, der mehr beibrachte als in den ersten Proseminar-Semestern in Innsbruck zu erfahren war. Das Germanistik-Studium hat nur sehr wenig Berufsrelevantes und Praktisches vermittelt, wenn ich an Proseminare wie Alt- und Mittelhochdeutsche Grammatik zurückdenke.

Deborah Cuccia: *Im Jahr 1987 promovierten Sie im Fach Geschichte und Deutsche Philologie mit dem Thema „Die Studentenschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938“. Wie kamen Sie zu diesem Thema?*

Michael Gehler: Der aus Tirol stammende Professor Josef Riedmann hatte vor seinem Wechsel zur Geschichte des Mittelalters österreichische Zeitgeschichte (1918–1938 und

1945–1955) und dazu auch Konversatorien angeboten, in denen wir die TV-Dokumentationen (Österreich I und II) von Hugo Portisch analysierten. Das waren auch quellenorientierte Lehrveranstaltungen und weckten mein Interesse für die Zeitgeschichte Österreichs. Durch die menschliche Verbundenheit mit Riedmann besuchte ich auch seine Vorlesungen (Karolinger und Ottonen, Salier und Staufer) und ein Seminar in mittelalterlicher Geschichte zu Friedrich Barbarossa. Mein Thema war Beatrix von Burgund. Das Interesse blieb jedoch für die Zeitgeschichte bestehen. Durch den Fächerwechsel von Riedmann war bei ihm eine Promotion in Zeitgeschichte nicht mehr möglich, was ich sehr bedauerte, so dass ich bei dem gebürtigen Kärntner Professor Johann Rainer landete, der für die österreichische Geschichte vom Mittelalter bis zur Zeitgeschichte zuständig war.

Das Dissertationsthema ging auf Eigeninitiative zurück. Kuriose Wege führten dort hin. Der Direktor des Tiroler Landesarchivs, Werner Köfler, machte auf eine patriotische Vereinigung namens „Tyroler Landsmannschaft“ aufmerksam, die noch zu erforschen wäre. Zu diesem Verein bestand das geflügelte Wort, dass er nur „Tyroler“ aufnahm, die zwischen Inn und Sill geboren waren. Ich sah im Telefonbuch nach, fand eine Landsmannschaft Tyrol und schrieb dieser einen Brief an deren Adresse in der Annahme, dass es sich um die erforschenswerte Vereinigung handle. Eines Tages standen zu meinem Erstaunen zwei farbentragende Burschen mit Band und Kappe vor der Wohnungstür und luden mich zu einem Kommers ein, was ich im Glauben annahm, dass es sich um diese Landsmannschaft handelte. Weit gefehlt: In deren Verbindungshaus in der Innsbrucker Schöpfstraße angekommen, entdeckte ich nicht nur Säbel, sondern auch Gemälde der mir vertrauten Veste Coburg an den Wänden hängen. Ich verstand die Welt nicht mehr, bis ich realisierte, dass es sich um eine Verwechslung handelte: Ich war bei der schlagenden Studentenverbindung der Akademischen Landsmannschaft Tyrol im Coburger Convent (CC) mit Sitz in Innsbruck gelandet!

Alles andere als Mensuren zu schlagen schwebte mir jedoch vor, nachdem mir die freundlichen, aber bestimmt auftretenden Herren eine Mitgliedschaft antrugen. Als sie bemerkten, dass ich bestenfalls als Konkneipant dienen könnte, schlugen sie mir vor, Archivar der Verbindung zu werden. Es gelang jedoch, mich dieser zugegebenermaßen nicht wenig reizvollen Aufgabe zu entziehen. Schließlich reifte ausgehend von diesem Zufall der Entschluss, eine Geschichte der Studentenverbindungen an der Universität Innsbruck zu schreiben, und zwar unter Einschluss aller Korporationsverbände. Selbst blieb ich als Mitglied außen vor, weil mir Unabhängigkeit immer extrem wichtig war. Ich wollte keinesfalls in den Verdacht geraten, einseitig und parteiisch zu sein. Diesem Prinzip bin ich bis heute treugeblieben.

Ein Alter Herr der Landsmannschaft Tyrol, Dr. Klaus-Walter Frey aus Stuttgart/Fellbach, hat mir bei der Literaturrecherche ganz entscheidend weitergeholfen, wofür ich ihm heute noch dankbar bin. Der Schwazer Arzt Dr. Albin Kulhanek, seinerzeit Alter Herr der fakultativ schlagenden Universitätssängerschaft Skalden, brachte mir sogar das Verbindungsarchiv in Teilen nach Hause, damit ich dort in Ruhe damit arbeiten konnte.

Philipp Strobl: *Welche Erkenntnisse zogen Sie aus Ihrer Dissertation?*

Michael Gehler: Es entstand eine breit angelegte Studie über die soziale Herkunft, die wirtschaftliche Lage und die ideologisch-politische Ausrichtung der Innsbrucker Studentenschaft und ihrer Verbindungen, die mit dem Buchtitel „Studenten und Politik. Im Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938“ im Haymon-Verlag 1990 erscheinen konnte. Die Ergebnisse waren vielfältig: Die Sozialstruktur der Burschenschaften war überwiegend (ober-)mittelständisch ausgerichtet, die der Corps mehr an der Oberschicht orientiert. Professor Gerhard Oberkofler vom Universitätsarchiv hat mir die Einsichtnahme in die Nationalien (Stammesblätter) gewährt, nachdem ich zuvor eine vierstellige Liste von Personennamen aus Festschriften der Verbindungen eruiert hatte. Der Anteil der reichsdeutschen Studenten an der Innsbrucker Gesamthochschülerschaft war erheblich, Anfang der 1930er Jahre mitunter bis zu 50%, eine Zahl, die erst mit der Tausend-Mark-Sperre 1933 durch Hitler einen Einbruch erfuhr. Der studentische Antisemitismus war korporationsübergreifend, tendenziell stärker rassistisch-völkisch bei den schlagenden nationalen Korporationen als bei den katholischen Verbindungen. Ideologische Unterschiede bestanden zwischen CV-Verbindungen und Burschenschaften gar nicht so viele. An Hand einer Massenerhebung der im Innsbrucker Universitätsarchiv ermittelten Daten im Berlin Document Center, heute Bundesarchiv Berlin, konnte der Nazifizierungsgrad der Korporationsstudenten ermittelt werden, die erste Studie dieser Art, die bei den Burschenschaften den höchsten Anteil von NSDAP- und SS-Mitgliedschaften erbrachte, während das katholische Farbenstudententum relativ resistent gegenüber dem organisierten Nationalsozialismus blieb und sich stärker auf die autoritäre Regierungsdiktatur des „Ständestaates“ von Engelbert Dollfuss und Kurt Schuschnigg ausrichtete.

Deborah Cuccia: *Im Anschluss an Ihre Dissertation absolvierten Sie das Lehramtsstudium für Geschichte/Sozialkunde und Deutsche Philologie in Innsbruck. Wie kam es dazu?*

Michael Gehler: Nach der Promotionsfeier in der Aula am Innrain 1987 traf ich beim Ausgang des Gebäudes den Germanistik-Professor für Neuere Literaturgeschichte, Eugen Thurnher, bei dem ich auch eine Vorlesung und ein Seminar besucht hatte. Er kannte mich und fragte, was ich nun zu tun gedenke, was ich noch nicht zu beantworten wusste. Er war überrascht zu erfahren, dass ich nur das Diplomstudium abgeschlossen hatte, und riet dringend dazu, noch das Lehramtsstudium nachzuholen, da ohnedies nur einige wenige Veranstaltungen zur Didaktik und Pädagogik ausstehen würden. Im Doktoratsstudium war ich noch in der alten Studienordnung, musste aber für das Lehramt in die neue wechseln. Gesagt, getan. Ich hing noch ein Jahr ran und schloss 1988 mit dem Magister im Lehramt nach neuer Studienordnung ab. Somit hatte ich auch die Chance, als Gymnasiallehrer zu arbeiten.

Philipp Strobl: *Hatten Sie während Ihrer Schul- und Studienzeit Lehrer oder Professoren, die Sie prägten und einen nachhaltigen Eindruck hinterließen?*

Michael Gehler: Dr. Winfried Hofmann hat uns im Leistungskurs Geschichte (1979–1981) am Arnoldgymnasium beigebracht, wie man historische Entwicklungen einteilen, Stoffe für Referate strukturieren sowie mit treffenden Kapitelüberschriften betiteln kann. Das habe ich bei ihm gelernt und es hilft mir heute noch.

Professor Josef Riedmann hat mich aufgrund seiner Ausgewogenheit und Sachlichkeit im epochenübergreifenden Urteil sowie durch seine angenehme Vortragsweise sehr angesprochen. Er konnte tausend Jahre mittelalterliche Geschichte übersichtlich in den großen Zusammenhängen darstellen.

Professor Johann Rainer war noch Vertreter echter alter Schule. Allein schon der stattlichen Erscheinung wegen war er beeindruckend. Mit weiß loderndem Haar betrat er den Raum und hielt mit tiefer und lautstarker Stimme seine Vorlesungen, so dass man auch im Gang vor dem Hörsaal stehend alles problemlos mitverfolgen konnte. Von der rein menschlichen Seite war er ein Gewinn. Mit seiner warmherzigen Art wurde er für viele Studierende ein zweiter Vater. Wie auch mein Vater war er Jahrgang 1923 und ein zweiter Vater für mich. Rainer war der geborene Lehrer. Sein Vortragsstil war kurzweilig, anekdotenreich und immer wieder mit herrlichen zeitgeistkritischen Beobachtungen versehen. Er schärfte unseren Sinn für Quellenkritik mit „Glauben Sie nicht alles, was geschrieben steht!“ Es war so, als wenn er das „fake news“-Zeitalter vorausahnte. Sein wissenschaftliches Werk zur Geschichte der Habsburgermonarchie und österreichischen Geschichte bestand aus vielen Einzelbeiträgen und war epochenübergreifend angelegt. Gegen „Zeitgeschichte“ hatte er erhebliche Vorbehalte, was ich seinerzeit nicht nachvollziehen konnte. Heute verstehe ich ihn mit seinem kritischen Urteil besser. Dennoch akzeptierte er meinen zeitgeschichtlichen Themenvorschlag. Er war ein wertkonservativer Mann, aber bewundernswert in seiner offenen und toleranten Art. Wiederholt lud er Historiker und Zeitzeugen aus verschiedenen Lagern ein: Herbert Steiner vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, den Antifaschisten, Kommunisten und Widerstandskämpfer Edwin Tangl oder den ehemaligen Nationalsozialisten in jungen Jahren und späteren Professor für Geschichte an den Universitäten in Köln und Wien Adam Wandruzska. Über das anbrechende Computerzeitalter machte sich Rainer nicht nur wiederholt lustig, sondern verwies auch auf die Gefahr der Entfremdung, Entmenschlichung, Vereinzelung und Vereinsamung durch die einsetzende kommunikationstechnologische Revolution. Wie Recht sollte er bekommen! Es war eine Auszeichnung und Ehre für mich, anlässlich seiner Festschriftüberreichung in der Aula der Universität Innsbruck 1984 als studentischer Vertreter über Rainer zu sprechen, der mein Doktorvater werden sollte. Bei der Trauerfeier in der Jesuitenkirche 2014 durfte ich wieder im Namen seiner ehemaligen Absolventen sprechen. Mit seinem Sohn Christian hatte ich zeitweise engere Verbindung, sporadisch nur zu Michael Rainer, der als Rechtswissenschaftler an der Paris-Lodron-Universität Salzburg lehrte.

Mit dem Sauerländer aus Plettenberg, Rolf Steininger, kam in der zweiten Hälfte meines Studiums durch Besuch eines Seminars zur Deutschen Geschichte nach 1945 ein Kontakt zustande, der von Dauer werden sollte. Er war seit 1983/84 als Professor für Zeitgeschichte in Innsbruck tätig geworden. Unvergesslich war ein Blockseminar, das in Terlago im Trentino im Sommersemester 1984 stattfand. Es bestand zwischen uns von Anfang an wechselseitiges Interesse, zumal es wenige einheimische Studierende gab, die mit der deutschen Geschichte vertraut waren und mit denen er darüber diskutieren konnte. Das machte mich auch für ihn als Gesprächspartner interessant. Er wollte mich dann als seinen Dissertanten gewinnen, was ich jedoch ablehnen musste, weil ich schon bei Rainer „untergebracht“ war. Darüber war Steininger nicht erfreut und es herrschte

zeitweise Funkstille. Er schätzte aber immer eine klare Position und nach Abschluss interessierte er sich für meine Arbeit und veröffentlichte sie in seiner Reihe.

Steininger war ein ganz anderer Typ als Riedmann und Rainer. Er hatte fast eine kumpelhafte Art. Vor allem bestand ein großer Vorteil: Er ließ ohne konkrete Anweisungen weitgehenden Freiraum. „Machen se mal!“ war sein gängiger Spruch. Mir gefiel die direkte, schnörkellose und unösterreichische Art sowie die Lust an Lässigkeit und Streitbarkeit. Wie kaum ein anderer war Steininger in der deutschen Zeitgeschichte-Zunft seiner Generation angeeckt und hatte polarisiert, v. a. mit seinen kritischen Veröffentlichungen über Adenauer und die Stalin-Note von 1952, eine Kontroverse, die bis heute noch faszinieren kann, weil sie so facettenreich und nicht endenwollend zu sein scheint. Er machte auch die vergleichende Perspektive zwischen Deutschland und Österreich nach 1945 zum Gegenstand in seinen Seminaren. Die ihm 2007 zugedachte Festschrift, die mit Ingrid Böhler herausgebracht werden konnte, widmete sich dieser Thematik. Mit Böhler teilte ich mehr als 10 Jahre ein Zimmer am Institut.

Anlässlich des 65. Geburtstags von Steininger durfte ich im Urrichshaus am Berg Isel die Laudatio halten, die in einer zweiten Festschrift für ihn zum 70sten veröffentlicht wurde. Für Innsbruck war Steininger ein großer Gewinn, zumal auch bis dato kein Zeitgeschichte-Ordinariat bestand. Er brachte viel Schwung mit, organisierte eine Vortragsreihe nach der anderen und gewann viele internationale Gäste. Das habe ich später in Hildesheim genauso gemacht, ja mit den wöchentlich stattfindenden „Europagesprächen“ noch steigern können. Steininger war kein Geschichtstheoretiker, sondern Arbeiter, Manager und Macher. Zur Reflexion seines Faches meinte er nur einmal kurz und trocken: „Zeitgeschichte ist das, was ich mache!“ Nie ganz frei von Egomanie sagte er einmal frech: „Am liebsten lese ich mich selbst!“ Mir gab er mit auf den Weg: „Entscheidend ist nicht, wo Sie sind, sondern was Sie machen und wer Sie sind!“ Die Botschaft war klar: „Nicht mit dem Universitätsort werden Sie identifiziert, sondern mit Ihrem Tun und Werk“, was so viel hieß wie „An der Humboldt-Universität wird auch nur mit Wasser gekocht!“

Feststeht: Ohne Steininger hätte ich keine wissenschaftliche Karriere einschlagen können. Er war es, der mich zu Forschungsprojekten über die Dissertation hinaus bewegte, was mir über den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Wien möglich war. Um es auf den Punkt zu bringen: Lehrer Hofmann hatte ich geachtet und geschätzt, die Professoren Riedmann, Rainer und Steininger je auf ihre eigene Art bewundert, geliebt und ihnen nachzueifern versucht. Diese eigenartige Mischung aus verschiedenen Charakteren war anregend und genau die richtige.

Deborah Cuccia: *Hatten Sie darüber hinaus Vorbilder aus Politik und Gesellschaft?*

Michael Gehler: Ob man sie als Vorbilder bezeichnen kann, ist schwer zu sagen, aber es bestanden Identifikationen und Sympathien. Das alles hängt auch sehr mit meinem Jahrgang zusammen. Bewegt und abgestoßen zugleich von der NATO-Nachrüstungsdebatte seit Ende der 1970er und Anfang der 1980er habe ich zeitweise für Petra Kelly geschwärmt. Ihre kompromisslose, sympathische, leidenschaftliche und unbedingte Art, in TV-Diskussionen gegen die Atomwaffen aufzutreten und zu argumentieren, hat mich angesprochen. Hinzu kam der kristallklar-kritisch nüchtern mit dunkler Stimme schneidend argumentierende Otto Schily, als er noch bei den Grünen war (später wurde er zum

Erstaunen vieler ein knallharter SPD-Innenminister). Dass Kelly sich mit dem NATO-General Gerd Bastian liierte und eines Tages erschossen mit ihm im Bett lag, war so schockierend wie unfassbar. Als Kriegsdienstverweigerer in Deutschland wie in Österreich war für mich Mahatma Gandhi ein historisches Vorbild. Intellektuell sprach mich in dieser Zeit die Friedensforschung von Johan Galtung, Dieter Senghaas und Carl-Friedrich von Weizsäcker sehr an. Bestechend in seiner norddeutschen Diktion war für mich auch Günter Gaus mit seinen dialogischen TV-Zeitgesprächen „Zur Person".

Mit Studienbeginn in Innsbruck erlebte ich die Nationalratswahl 1983. Der bereits stark gealterte und von gesundheitlicher Beeinträchtigung gezeichnete Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970–1983) hatte mich sehr angesprochen. Seine bedächtige, langsame und wohlüberlegte Art zu reden, imponierte mir. Ich war ein Fan von ihm und bin es geblieben. Seinen Abgang von der politischen Bühne empfand ich als politische Zäsur. Sein Nachfolger Fred Sinowatz konnte nie aus seinem Schatten heraustreten. Angetan war ich auch von Bundeskanzler Franz Vranitzky (1986–1997) aufgrund seines sehr ausgewogenen, sachlichen und staatsmännischen Auftretens. Mit ihm hat Österreich noch etwas dargestellt. Er profitierte noch irgendwie von der Ära Kreisky, auch wenn es zwischen ihnen beiden zu einem Bruch kam. Später konnte ich ihn bei einem Seminar der Schumpeter-Gesellschaft an der Harvard-University persönlich kennenlernen und war auch menschlich sehr beeindruckt von ihm. Zu Helmut Kohl hatte ich lange keinen Zugang. Erst im Laufe der Beschäftigung mit der deutschen Einheit habe ich seine politische Leistung zu schätzen gelernt. Mit Ausnahme Gandhis und seinem gewaltlosen Widerstand waren es jedoch alles keine Vorbilder, aber bemerkenswerte historische Figuren, von denen man sich etwas abschauen konnte: Mit Leidenschaft und Augenmaß würde Max Weber gesagt haben.

II. Beruflicher Werdegang in Innsbruck

Philipp Strobl: *Zwischen 1988 und 1989 absolvierten sie ein Unterrichtspraktikum am Bundesrealgymnasium Reithmannstraße in Innsbruck. Was konnten Sie aus dieser Zeit mitnehmen?*

Michael Gehler: Der Weg nach dem Studium führte mich in das Bundesgymnasium/Realgymnasium Reithmannstraße in Innsbruck, wo ich mit dem Historiker Franz Melichar und dem Germanisten Karl Schmutzhardt zwei sehr ambitionierte, anregende, wenn auch charakterlich unterschiedliche, doch menschlich sehr angenehme und wertvolle Betreuungslehrer hatte. Beide waren damals die verantwortlichen Arbeitsgemeinschaftsleiter für Geschichte bzw. Germanistik im Bundesland Tirol, also hochangesiedelt, erfahren und geschätzt. Bessere Leute hätte ich als Mentoren nicht bekommen können. Nach vier Wochen überließen sie mir jeweils ihre Klassen und begleiteten mich hin und wieder mit wertvollen Ratschlägen. Das „Unterrichtspraktikum", wie es damals schon in Nachfolge des „Probejahrs" hieß, konnte ich mit Auszeichnung bestehen. Es war eine wichtige Erfahrung und hat mir auch für die spätere akademische Lehre sehr geholfen.

Deborah Cuccia: *1989 wurden Sie Lehrbeauftragter und freier Mitarbeiter an der Universität Innsbruck. Wie kam es zu dem Wechsel vom Schul- in den Universitätsdienst?*

Michael Gehler: Ausgangspunkt war ein Angebot von Rolf Steininger, die Privatpapiere von Außenminister Karl Gruber (1945–1953) zu erfassen und als einen ersten Schritt eine Sammlung seiner Reden als Buchprojekt zu verfolgen, was 1994 möglich wurde. Er konnte verhindern, dass die Papiere an die Hoover-Institution nach Stanford kamen, indem er Gruber überzeugte, dass er als Tiroler das Material an eine dortige Institution geben sollte. Darüber hinaus signalisierte mir Steininger, dass er mich gerne am Institut für Zeitgeschichte halten wollte, aber hinsichtlich einer Dauerstelle nichts versprechen könne.

Philipp Strobl: *Im Jahr 1992 begründeten Sie, drei Jahre vor dem EU-Beitritt Österreichs, gemeinsam mit Professor Rolf Steininger den Arbeitskreis „Europäische Integration“ an der Universität Innsbruck (inklusive einer dazugehörigen Schriftenreihe ab 1993). Was waren Ihre wichtigsten Aufgaben im Rahmen dieses Arbeitskreises? Welche Erkenntnisse konnten Sie aus dieser Arbeit erlangen?*

Michael Gehler: Als erkennbar wurde, wie schwierig es sein würde, neben zwei bereits bestehenden Assistenzstellen am Institut für Zeitgeschichte, die mit Thomas Albrich und Klaus Eisterer besetzt waren, eine dritte zu erlangen, wurde als lohnenswerte Zusatzaktivität dieser Arbeitskreis initiiert. Er hatte die Aufgabe, zunächst alle in Österreich mit Europa- und Integrationsfragen befassten Forschende anzusprechen und einzubinden.

Der AEI wurde mit einer Buchreihe beim Böhlau-Verlag verknüpft, die dann später in Hildesheim weitergeführt wurde und aus inzwischen über zehn grundlegenden Bänden besteht. Es begann mit einem Band zum Verhältnis Österreichs zur europäischen Integration, der aktualisiert von 1945 bis zur Gegenwart neuaufgelegt worden ist, gefolgt von der Edition der Reden Grubers (1954–1953), den Neutralen und ihrem Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften und der EU (1945–1995), zur „Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert“, da deren Volksparteien nach 1918 eine zunehmend wichtigere Rolle in Europa, sodann v. a. in den EWG-Gründungsstaaten spielten und nach dem Zweiten Weltkrieg zur Ausgestaltung der Europapolitik Wesentliches beitrugen. In Hildesheim setzten wir fort mit einer Analyse „Vom gemeinsamen Markt zur Europäischen Union“, nachdem sich 2007 zum fünfzigsten Mal die Unterzeichnung der Römischen Verträge jährte. Ihre Entstehungsgeschichte war zwar schon relativ gut erforscht, die Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte aber dagegen weniger, die auch in diesem Band stärker in den Blick genommen wurde. Die Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem haben wir in Folge in den Fokus genommen, da diese in der informellen Politik der EU als komplexes Mehrebenensystem eine zentrale Rolle spielten und spielen sowie dabei halfen, neue Akteure in bestehende Praktiken und Präferenzen zu sozialisieren und entsprechende Agenden für neue Projekte zu entwickeln. Der Begriff der Europäistik hat es uns dann in Folge angetan. Er stammt von dem Sprachwissenschaftler Harald Haarmann und signalisierte eine neue Ausrichtung in der kulturwissenschaftlichen Forschung: Weg von der Dominanz der rein nationalen hin zu einer integrativ-europäischen Perspektive. Italien, Österreich und die Bundesrepublik waren als nächstes Projekt der Beziehungsgeschichte

eines wenig beachteten Dreiecksverhältnisses in Europa von Bedeutung sowie auch das Verhältnis zwischen Österreich, der Schweiz, Liechtenstein und der Bundesrepublik, die sich als unmittelbare Nachbarn gegenseitig nicht so stark wahrnahmen, „Tür an Tür" lebten und dennoch viel miteinander zu tun hatten. „Die Türkei, der deutsche Sprachraum und Europa" boten Stoff für einen weiteren Band, der die wechselseitigen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart sowie ihre vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft Europas in den Blick nahm. Daran schloss sich ein Band zu „Dimensionen und Perspektiven einer Weltgesellschaft" als höchst komplexes Thema an, bei dem wir der Frage nachgegangen sind, um welche Konzepte von Weltgesellschaft es ausgehend von verschiedenen Disziplinen gehen könnte. Der Band „Die Europäische Union als Verantwortungsgemeinschaft" ging u. a. aus ethischer Perspektive der Frage nach, wie diese Staatengemeinschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft Verantwortung übernehmen konnte und könne. „Die EU im Spannungsfeld zwischen Konfusion und Vision" war ein weiterer Band, der zum Nachdenken darüber anregen will, wie desintegrierende Entwicklungen z. B. der Brexit, in der EU verhindert werden können.

Es ist mir dabei wichtig zu betonen, dass diese Bücher Gemeinschaftswerke mit interdisziplinären Zugängen sind. Mit den Historikern Wolfram Kaiser (Portsmouth), Helmut Wohnout (Wien), Rolf Steininger (Innsbruck), Brigitte Leucht (Oxford), Maddalena Guiotto (Trient), Thomas Fischer (Politikwissenschaftler aus Zürich), Silvio Vietta (Kulturwissenschaftler aus Hildesheim/Heidelberg), Reiner Arntz (Sprachwissenschaftler aus Hildesheim), Mehmet Öncu (Translationswissenschaftler aus Izmir), Sanne Ziethen (Kulturwissenschaftlerin aus Hildesheim), Alexander Merkl und Kai Schinke (beides Theologen aus Hildesheim) wie auch Michael Lützeler (Literaturwissenschafler aus Saint Louis/USA) war es eine Bereicherung und eine Freude zugleich, bei diesen genannten Unternehmungen zusammenzuarbeiten.

Deborah Cuccia: *Im Jahr 1996 nahmen Sie eine Stelle als Universitätsassistent am Zeitgeschichteinstitut der Universität Innsbruck an. Inwiefern hatte diese Position Auswirkungen auf Ihre wissenschaftliche Arbeit?*

Michael Gehler: Das hatte erhebliche Auswirkungen, weil nun eine stabilere Personalstelle vorhanden war und nicht bei jedem Projekt, wie in den Vorjahren seit 1988, schon wieder an die Frage eines Folgeprojekts im nächsten Jahr zu denken war. Ich konnte an diesem Institut sehr frei und relativ unabhängig arbeiten. Rolf Steininger war ein idealer Chef, der uns Freiräume für eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten ermöglichte. Ab dem Jahr 1992 erhielt ich dank seiner Initiative ein Stipendium des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) für das Projekt „Zwischen Westintegration und Neutralität: Karl Gruber und die österreichische Politik 1945–1953". Ab 1994 konnte ich mit einem weiteren Stipendium des FWF für das Projekt „Österreichische Südtirolpolitik 1945–1956" arbeiten, woraus inzwischen einzelne Editionsbände erwuchsen.

Der FWF hat meine weitere wissenschaftliche Karriere maßgeblich ermöglicht. Ohne ihn wären die Jahre 1992 bis 1996 bis zur Assistentenstelle an der Universität Innsbruck schwerlich überbrückbar gewesen. Ich wäre Lehrer an einem Gymnasium in Tirol geworden – wahrscheinlich nicht minder leidenschaftlich. Das Lehramt in Deutsch und

Geschichte hatte ich ja 1988 abgeschlossen und das Unterrichtspraktikum, das dem deutschen Referendariat entsprach, bestanden.

Philipp Strobl: *1997 begannen Sie ein durch den FWF gefördertes Projekt mit dem Titel „Transnationale Parteienkooperation am Beispiel der Christdemokraten Europas und ihrem Verhältnis zur europäischen Integration“. Wie kamen Sie zu diesem Forschungsdesiderat? Inwiefern beeinflusste dieses Projekt Ihre weiteren Forschungen?*

Michael Gehler: In den Privatpapieren von Karl Gruber fanden sich vereinzelte Gesprächsprotokolle von Sitzungen der geheimen Treffen des Genfer Kreises westeuropäischer Christdemokraten aus den Jahren 1948/49. Das weckte mein Interesse und ich begann in verschiedenen anderen internationalen Archiven nach Parallelüberlieferungen und Folgeprotokollen zu suchen, bis eine stattliche Sammlung zustande gekommen war. Zeit, um das alles alleine auszuwerten hatte ich nicht, fand aber mit Wolfram Kaiser einen idealen Kooperationspartner, der keine Stelle hatte und über den FWF unter meiner Projektleitung finanziert werden konnte, so dass wir beide eine erste Edition für die Zeit von 1945 bis 1965 erarbeiten und veröffentlichen konnten.

Mit ehemaligen Mitarbeitern des Hildesheimer Instituts, Dr. Marcus Gonschor und Dr. Hinnerk Meyer, sowie Dr. Hannes Schönner vom Karl-von-Vogelsang-Institut in Wien setzten wir eine zweibändige Edition für den Abschnitt von 1965 bis 1979 zum gleichnamigen Thema fort. Mit einem erweiterten Team um Deborah Cuccia und Philipp Strobl gehen wir nun noch die Entwicklung von 1979 bis 1991 an, was noch ein großes Stück Arbeit sein wird. Im Rahmen dieser Forschungsarbeiten wurde klar: Die Bedeutung der Parteienkooperation wurde für die konzeptionelle Vorarbeit der Beziehungen und Zusammenarbeit von Staaten sowie nicht zuletzt auch für die Entwicklung der europäischen Integrationspolitik bisher zu wenig berücksichtigt, ja unterschätzt, weshalb diese Editionen zur Erarbeitung der Grundlagen notwendig sind.

Deborah Cuccia: *Sie habilitierten sich 1999 an der Universität Innsbruck im Fach Neuere Geschichte und Zeitgeschichte zum Thema „Vom Telegraphenamt zum Ballhausplatz: Karl Gruber und Österreichs Außenpolitik bis zum Scheitern der Staatsverhandlungen 1927–1949“. Worin bestanden die neuen Erkenntnisse in diesem Werk?*

Michael Gehler: Mir war es wichtig, monographisch zu habilitieren, was gelingen sollte. Kumulative Habilitationen empfand ich immer als Makel. Es ist eine Mischung aus Biographie und politischer Sozialisation Karl Grubers für die Jahre von 1909 bis 1945. Sein Lagerwechsel von der Sozialdemokratie zum christlich-sozialen Milieu des Ständestaats im Bürgerkriegsjahr 1934, seine Tätigkeit im österreichischen Widerstand und sein Weg von der Tiroler Landespolitik ins Außenamt sowie seine Rolle als Außenminister von 1945 bis 1949 sind Gegenstände dieser Studie. Das waren die Stationen. Grubers Vorarbeit zum Staatsvertrag in den Jahren von 1947 bis 1949 war mitentscheidend für diesen Abschluss gewesen und ist lange Zeit unterbelichtet geblieben, zumal die unmittelbaren Jahre des Staatsvertragsabschlusses 1954/55 im Vordergrund dieser Historiographie standen.

Karl Gruber war in seiner Politik proamerikanisch orientiert, indem er eine Schlüsselrolle für den Erhalt der Mittel aus dem Marshall-Plans für Österreich spielte, aber er war kein Kalter Krieger, wie von Zeitgenossen gesehen, und in seiner Politik auch nicht auf Konfrontation ausgerichtet, wenn dann eher in seinen Reden. Vor allem war ihm die Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit Österreichs wichtig, während eine zu einseitige Westintegration verhindert werden sollte, die zur Teilung des Landes hätte führen können. Ich plane die ungedruckte Habil.-Schrift nach meiner Pensionierung um die Jahre von 1949 bis zur Demission Grubers 1953 abzuschließen und als Buch zu veröffentlichen. Das Material dazu ist zehn Jahre gesammelt worden und gesichert. Nach definitiver Auswertung der Nachlasspapiere des 1995 verstorbenen Grubers werden diese einem öffentlich zugänglichen Archiv in Österreich übergeben, voraussichtlich dem Staatsarchiv in Wien.

III. Der Aufbruch und Weg nach Deutschland

Phillip Strobl: *Sie waren Stipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung für ein Jahr 2001/02. Wie kam es dazu? Welche Rolle spielte diese Erfahrung für Ihre Karriere?*

Michael Gehler: Im Rahmen einer Konferenz der German Studies Association (GSA) traf ich einen alten Freund wieder, den ich 1994 in Phoenix/Arizona bei einer Veranstaltung kennengelernt hatte: Helmut Pfanner aus Lochau in Vorarlberg war Professor für Germanistik, v. a. spezialisiert auf Exilliteratur an der Vanderbilt University Nashville/Tennessee. Pfanner war Humboldt-Fellow und lud mich ein, zu einem Empfang der Stiftung im Rahmen dieser GSA-Konferenz mitzugehen. Er gab mir dabei den Tipp, sich für die AvH-Stiftung zu interessieren, und animierte mich dann auch zur Bewerbung. Pfanner meinte, dass meine Publikationen für einen erfolgreichen Antrag ausreichen würden. Ich habe es getan und bekam das Stipendium!

Es war eine unbezahlbare Erfahrung, die wichtigste nach den FWF-Stipendien. Nicht nur, dass man in der gesamten Zeit mit allen möglichen Wissenschaftsdisziplinen der Stipendiaten zusammenkam und es möglich war, in verschiedenen Archiven in Deutschland zu arbeiten, sondern auch die Chance gegeben war, sich an verschiedenen deutschen Universitäten mit Vorträgen zu präsentieren und damit auch persönlich vorzustellen. Das AvH-Stipendium war Startschuss und Katalysator zugleich für eine akademische Karriere in Deutschland. Nach der monografischen Habilitation in Innsbruck habe ich davon zu träumen begonnen. Meinem Ex-Chef war das nicht entgangen und er meinte einmal boshaft, ich solle selbst beim Schlafengehen keinesfalls die Fenster schließen, sonst wäre womöglich ein Ruf zu überhören! In den damals in Tirol noch strengen Wintern habe ich trotzdem bei geschlossenen Fenstern geschlafen.

Philipp Strobl: *Ab 2000 wurden Sie Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn. Wie erlebten Sie dieses Forschungszentrum? Welche Rolle spielte diese Erfahrung für Ihre weitere Karriere?*

Michael Gehler: Das ZEI war und ist ein klassischer Ort interdisziplinären Forschens und Lehrens mit Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und wenigen Geschichtswissenschaftlern. Ich war unter den Fittichen von Professor Ludger Kühnhardt, der für mich ein wichtiger Wegweiser wurde. Wir lernten uns zunächst an der Peripherie Europas im irischen Limerick kennen, wo er im Rahmen eines Projekts über die Erweiterungen der EU des Kölner Kollegen und Freunds Jürgen Elvert teilnahm und bei dieser Gelegenheit für das ZEI warb, um dort als Fellow einzusteigen. Einen Monat konnte ich 2000 dort einen ersten Eindruck von einem äußerst dynamischen Zentrum gewinnen, das im Unterschied zu manchen gleichnamigen universitären Bezeichnungen diesen Titel auch verdiente. Es gab drei Direktoren, den Ökonomen Jürgen von Hagen, den Wettbewerbsrechtler Christian König und eben den Politikwissenschaftler Ludger Kühnhardt, der aus der Bonner Bracher-Schule kommend praktisch auch Zeithistoriker war. Ich fragte, ob er sich auch vorstellen könne, mich als Host für eine längeren Zeitraum als Humboldt-Fellow aufzunehmen, was er bejahte. So landete ich nach erfolgreicher Genehmigung meines Antrags durch die Stiftung als AvH-Stipendiat dort. In der Bonner Zeit lernten wir uns auch privat kennen. Ich bin mit der gesamten Familie ein Jahr in einem Gästehaus der VW-Stiftung in der Herderstraße in Bad Godesberg untergebracht gewesen.

Kühnhardt vermittelte mir wertvolle Kontakte zu ehemaligen deutschen Kommissaren in Brüssel, die in Bonn und Umgebung lebten, wie Hans von der Groeben, Karl-Heinz Narjes und Fritz Hellwig. Daraus entwickelte sich ein Oral-History-Projekt mit Folgeinterviews. Am ZEI entstanden neue wichtige Kontakte mit dem Historiker Georg Michels, dem Politikwissenschaftler Xuewu Gu oder Peter Zervakis. Ich bin seither mit Kühnhardt freundschaftlich verbunden und für das ZEI auch immer wieder gerne mit discussion papers tätig. Das ZEI eröffnete mir mit seinen umfassenden Projekten und Publikationen gänzlich neue Einblicke und Horizonte, v. a. hinsichtlich weiterer europäischer Integrationsgeschichtsforschung.

Deborah Cuccia: *Im Sommersemester 2004 übernahmen Sie eine Gastprofessur an der Universität Rostock und im Wintersemester 2004/2005 wiederum eine Gastprofessur an der Universität Salzburg. Was sind Ihre Erinnerungen an diese Zeit?*

Michael Gehler: In Salzburg hatte sich der Wirtschaftshistoriker Christian Dirninger sehr liebevoll um mich gekümmert. Es waren aufschlussreiche neue Erfahrungen mit Studierenden unterschiedlicher Interessen. Als ich in einem Proseminar die Anwesenden nach Fritz Fellner fragte, einem Urgestein des Historischen Seminars der Paris-Lodron-Universität, der bis 1993 dort gelehrt und u. a. namhaft über die Friedensvertragsordnung von 1919 gearbeitet hatte, kannte keiner seinen Namen! Das habe ich nicht vergessen und mir dabei gedacht, wie schnell wir als Historiker Gefahr laufen, in Vergessenheit zu geraten. Gut – niemand von den Studierenden hatte Fellner noch persönlich als Lehrer erlebt, aber nicht einmal eines seiner Bücher war ihnen bekannt!

Wenn wir ehrlich und selbstkritisch sind, nehmen wir uns als Geschichtsforschende viel zu wichtig. Es gibt ja so viele wie Sand am Meer. All ihre schönen Theorien gleichen letztlich Sandburgen, womit wir in Rostock angelangt wären: Das dortige Historische Seminar beeindruckte mich umso mehr, als es in einem ehemaligen Stasigefängnis untergebracht war und vor Ort über die Herrschafts- und Verfolgungspraxis der SED-Diktatur

viel zu erfahren war. Man sollte in der Tat von einer Parteidiktatur sprechen, die wichtiger als der ostdeutsche Staat war. Die Partei rangierte eindeutig vor ihm. Die Verwendung der Bezeichnung „DDR“ ist eigentlich ein Euphemismus und eine Verharmlosung zugleich. Wer so häufig von ihr spricht und den Namen SED vermeidet, leistet dieser Tendenz Vorschub. In Rostock hat sich Professor Wolf Gruner, der Neuere und Neueste Europäische Geschichte lehrte und auch einen Jean-Monnet-Chair innehatte, fürsorglich um mich gekümmert. Dort lernte ich auch seinen Schüler Matthias Schulz kennen. Unsere Wege kreuzten sich kurzzeitig in Hildesheim, bis er später nach Genf berufen wurde.

Philipp Strobl: *2005 wurden Sie in die Historische Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Wie kam es dazu und was waren Ihre Tätigkeiten dort?*

Michael Gehler: Während einer Teilnahme an einer Konferenz an der University of Stanford, zu der mich Ludger Kühnhardt animiert hatte und die von Norman Naimark, u. a. über die Besatzungszeit in Österreich und Deutschland, organisiert wurde, lernte ich Arnold Suppan näher kennen, den ich schon einmal im Rahmen einer Veranstaltung über Editionen im Österreichischen Staatsarchiv gesprochen hatte, die von Fritz Fellner und Grete Walter-Klingenstein unter Mithilfe von Hans-Peter Hye durchgeführt worden war. Nach der Konferenz kam Suppan im Hotel in Palo Alto auf mich zu und fragte ganz direkt, ob ich Interesse hätte, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien zu werden. Die Frage war rhetorisch. Eine Weile war nichts mehr zu hören, bis ich eine Einladung zur Mitwirkung an der Historischen Kommission der ÖAW bekam. Ich nahm regelmäßig an deren Sitzungen teil. Die „HistKomm“, wie man sie auch abkürzte, saß damals in der Prinz-Eugen-Straße parallel zum Belvedere-Schlossgarten. Bei einer der Sitzungen schlug ich eine Konferenz zu 1989 für 2009 vor und das Projekt wurde genehmigt. Mit Suppan und Wolfgang Mueller haben wir dann dazu ein Handbook zum Thema „The Revolutions 1989“ herausgegeben.

Die Sache ging noch weiter: Als Suppan als ÖAW-Vizepräsident gewählt wurde, konnte er nicht mehr Obmann der HistKomm sein. Beim österreichischen Zeitgeschichtetag in Salzburg wurde ich darauf angesprochen bzw. gefragt, ob ich denn schon wüsste, dass ich diese neue Funktion übernehmen werde. Ich hatte keine Ahnung – so lief das! Die Mitarbeiter der HistKomm hatten sich für mich ausgesprochen und die Mitglieder, sprich die Professoren, angeblich mit einer Enthaltung auch. Meine Stellvertreterin war die gebieterisch auftretende und gestreng wirkende Grazer Neuzeithistorikerin Grete Walter-Klingenstein.

Im Rahmen einer geplanten Akademie-Reform sollte die HistKomm dann in einer größeren Einheit aufgehen, verbunden mit dem hehren Ziel, Aufgaben als Gelehrtengesellschaft und Forschungsträger deutlicher zu trennen und Forschungseinrichtungen neue Perspektiven zu eröffnen. So hatte ich die zweifelhafte Ehre, als Nachfolger von Arnold Suppan letzter Obmann der ehrwürdigen HistKomm von 2011 bis 2012 zu sein. Für eine neue Position sollte ich ebenfalls ausersehen werden. Das ist aber eine andere und viel komplexere Geschichte, auf die wir – falls von Interesse – noch zu sprechen kommen.

Deborah Cuccia: *Seit 2006 sind Sie auch als Mitglied der Verbindungsgruppe der Historiker bei der EU-Kommission tätig. Genau genommen nennt sie sich European Union Liaison Committee of Historians. Wie kam es dazu und was konnte in diesem Rahmen bewirkt werden?*

Michael Gehler: Die Frage ist zweigeteilt und erfordert zwei Antworten. Ich fange mit letzterer an und erkläre erstmals die Bedeutung dieser – man darf es so sagen – Institution: Die Groupe de liaison des professeurs d'histoire contemporaine auprès de la Commission des Communautés européennes, wie sie die französischen Kollegen nennen, entstand 1982 als Ergebnis eines internationalen Symposiums, das die EG-Kommission in Luxemburg organisiert hatte, um die historische Forschung zur europäischen Integration in Gang zu bringen. Die Gruppe, wie sie sich bescheiden nennt, setzt sich aus Historikerinnen und Historikern aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zusammen, die sich mit Zeitgeschichte beschäftigen.

Das Liaison Committee, sozusagen der Verbindungsausschuss, hatte sich verschiedene Aufgaben als Ziele gesetzt: Sammlung und Verbreitung von Informationen über die Arbeit an der europäischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und Beratung der Europäischen Union bei Forschungsprojekten im Bereich der zeitgenössischen europäischen Geschichte. So wurde das Liaison Committee auch beauftragt, die Archive der Gemeinschaftsinstitutionen öffentlich zugänglich zu machen und es Forschenden zu ermöglichen, die Archivquellen besser zu nutzen. Ein weiteres Ziel bestand ferner darin, Konferenzen zu organisieren, um die laufenden Arbeiten zu aktualisieren und neue Forschungen anzuregen.

Das wichtigste Ergebnis der Gruppe ist das seit 1995 bestehende *Journal of European Integration History (JEIH) – Revue d'histoire de l'intégration européenne – Zeitschrift für Geschichte der europäischen Integration*, die dreisprachig erscheint. Sie will auch der wachsenden Zahl junger Geschichtsforschenden ein Forum bieten. Das Liaison Committee versteht sich als unabhängiges Gremium, das nach der „kritischen Methode“ der Geschichtsforschung arbeitet.

Dieser Gruppe anzugehören bedeutete Auszeichnung und Ehre zugleich, die nicht allen Europa-Geschichtsforschenden zuteilwird. Eines Tages erhielt ich in Innsbruck einen Anruf des Luxemburger Historikers Gilbert Trausch, ob ich an einer Konferenz über europäische Kleinstaaten im Großherzogtum teilnehmen wolle, was ich gerne zusagte. Dort lernten wir uns kennen. Auf Fürsprache der deutschen Kollegen Wilfried Loth (der in meiner Habilitationskommission in Innsbruck 1999 auswärtiges Mitglied war) und Klaus Schwabe (den ich von den GSA-Konferenzen kannte) erhielt ich dann die Aufforderung von Trausch, mich fortan der Verbindungsgruppe anzuschließen, was seit 2006 der Fall ist. Der Vollständigkeit halber sei ergänzt, dass mein Wiener Kollege und Freund Thomas Angerer sozusagen als „österreichisches“ Mitglied auch im Gespräch war.

Die Veröffentlichungen der Verbindungsgruppe boten weitere neue Einblicke in die Geschichte der EG und der EU. Eine eigene Reihe versammelte Tagungsbände und Monographien, die auf archivalische Forschungen gestützt „Meilensteine“ in der Erforschung der verschiedenen Perioden und Bereiche der europäischen Integration darstellen sollten.

An einigen Ausgaben des JEIH sowie an diversen Konferenzen konnte mitgewirkt und vom 17.-19. Oktober 2019 in der Tagungsstätte Michaeliskloster in Hildesheim

im Rahmen der Verbindungsgruppe auch eine Tagung zum Thema „Reshaping Europe 1984–1989“ durchgeführt werden, deren Ergebnisse 2020 als Sammelwerk erschienen.

Wichtig war vor allem der wissenschaftliche Austausch. Aus guten Kollegen der Verbindungsgruppe wurden mit der Zeit vielfach echte Freunde. Dadurch entstand ein hilfreiches europaweites Netzwerk, v. a. von Jean Monnet-Chairs. Nach Trausch war es Wilfried Loth (Universität Essen-Duisburg), der die Gruppe über Jahrzehnte ausgewogen, einfühlsam und umsichtig leitete. Seine Geduld, Gelassenheit und Ruhe habe ich dabei bewundert, weil auch unter Europas Integrationshistorikern nicht immer alles eitel Wonne Sonnenschein war. Sein Nachfolger wurde Antonio Varsori (Università degli Studi di Padova). Charles Barthel (Centre Robert Schuman und sodann Archives Nationales de Luxembourg) managt immer noch die Zeitschrift mit Bescheidenheit, Disziplin, Gründlichkeit, Präzision und Sorgfalt; Eigenschaften, die ihresgleichen suchen. Ohne Charles wäre das Projekt JEIH in seiner Kontinuität nicht denkbar gewesen. Weitere Mitglieder der Gruppe waren und sind Marie-Tèrese Bitsch (Université de Strasbourg), Gérard Bossuat (Cergy Pontoise Paris), Elena Calandri (Università degli Studi di Padova), Michel Dumoulin (Louvain-la-Neuve, der leider in meiner Zeit nicht mehr bei Sitzungen physisch präsent war), Fernando Guirao (Universitat Pompeu Fabra, Barcelona), Claudia Hiepel (Universität Duisburg-Essen), Johnny Laursen (Aarhus University), Piers Ludlow (London School of Economics, London), Klaus Kiran Patel (Ludwig Maximilian Universität München), Nicolae Păun (Université Babeş-Bolyai Cluj-Napoca), Sylvain Schirmann (Université de Strasbourg), Klaus Schwabe (RWTH Aachen) und Jan van der Harst (University of Groningen). Zuletzt kamen Alice Cunha (NOVA University of Lisbon), Vincent Dujardin (UC Louvain), Dieter Schlenker (Direkor der Historischen Archive der EU in Florenz) sowie Laurent Warlouzet (Sorbonne) dazu. Von allen konnte ich viel lernen.

Philipp Strobl: *2006 wurden Sie als W3-Professor an die Universität Hildesheim berufen. Wie kam es dazu? Wie hatte sich der Wohn- und Arbeitsortwechsel für Sie gestaltet?*

Michael Gehler: Auf einer weiteren GSA-Konferenz in Washington wurde ich 2004 direkt angesprochen, ich solle doch auf eine demnächst erscheinende Ausschreibung der Stiftung Universität Hildesheim in der *ZEIT* achten – mehr nicht. Dieser Wink war eine neue Erfahrung. Ich hatte mich seit der Habilitation mehrfach auf Ausschreibungen beworben – Zielland war Deutschland, in dem ich aufgewachsen bin, und nicht zuletzt die deutsche Bundesliga. Es sollte aber nie eine Einladung geben, und nun diese indirekte Aufforderung zur Bewerbung! Es war ein gezielter, aber unverbindlicher Anwerbeversuch. Tatsächlich tauchte einige Zeit später die besagte Ausschreibung auf, worauf ich mich bewarb. Ich bekam tatsächlich eine Einladung! Das war aufregend. Meine zwei Präsentationen vor Studierenden und vor der Kommission führten nach der internen Befragung und der Beratung der Kommission zum letztendlichen Ergebnis, dass diese mich auf die erste Stelle reihte. Erster Bewerbungsvortrag in Deutschland und erster Listenplatz! Ein Gespräch mit Präsident Wolfgang-Uwe Friedrich im Anschluss an meine Vorstellung verlief positiv, so dass ich ein gutes Gefühl nach Innsbruck mitnahm. Hildesheim wollte mehr als deutsche, nämlich europäische Geschichte und eine im Lehrberuf des Schuldienstes ausgewiesene Person. 2006 war es soweit, dass ich nach nicht ganz einfachen

Verhandlungen den Ruf annehmen und ein neues Institut für Geschichte in Hildesheim aufbauen konnte.

Der Umzug mit Familie, drei schulpflichtigen Kindern und einem gerade eben Neugeborenen war eine Herausforderung, praktisch die zweite Hochzeit. Vor und während des Umzugs habe ich noch am Abschluss einer sehr umfangreichen Briefedition des Südtirol-Politikers Eduard Reut-Nicolussi (1888–1958) gearbeitet, die kurz darauf erscheinen konnte.

Philipp Strobl: *Welche Situation fanden Sie in Hildesheim vor?*

Michael Gehler: Ein Ein-Professor-Institut mit einer kleinen Mitarbeiterschaft war nur möglich mit großem Arbeitseinsatz, Energieaufwand, externer Lehrunterstützung in all den Epochenfächern und einem einsatzfreudigen und zupackenden Sekretariat. Eva Löw ist ein Glücksfall, die Seele des Instituts, für die Dienst nach Vorschrift ein Fremdwort ist. Mit einer anderen Einstellung bringen Sie es nicht weit.

IV. Rückkehr nach Österreich?

Deborah Cuccia: *Im Jahre 2011 erhielten Sie den Ruf, Rolf Steininger als Professor für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck nachzufolgen. Diesen lehnten Sie 2012 ab. Wie kam es dazu?*

Michael Gehler: Das war keine leichte Entscheidung, weil die Erwartungen von verschiedenen Seiten hochgesteckt waren und in Innsbruck wie selbstverständlich davon ausgegangen wurde, dass eine Rückkehr erfolgen würde, zumal meine Frau aus Südtirol stammt. Das spielte aber überhaupt keine Rolle – im Gegenteil. Der Weg zurück war alles andere als einfach, weil ich aus dem österreichischen Beamtenverhältnis ausgeschieden war, bei einer Wiedereinstellung aber nicht mehr in dieses zurückkehren konnte und Nachteile hätte in Kauf nehmen müssen. Es ging nicht um höheren Verdienst, sondern um Kompensation von entstehenden Verlusten. Für eine Familie mit vier Kindern ist das nicht unwesentlich, aber man hätte es noch irgendwie regeln können. Enttäuschend verlief das Gespräch mit dem Rektor über die Entwicklungsperspektive des Instituts für Zeitgeschichte. Es fand praktisch nicht statt. Ich fragte, wie das Institut 2032 beschaffen sein solle, worauf er mich ganz verblüfft ansah und wissen wollte, was damit gemeint sei. „Das wird der Zeitpunkt der Pension sein“, lautete die Antwort. Dabei war erkennbar, dass aus seiner Sicht keine größere Entwicklung für das Institut, also Status quo Verwaltung, angesagt war. Und das nach einem großspurigen Ausschreibungstext zur „Zeitgeschichte der internationalen Beziehungen und der europäischen Integration unter besonderer Berücksichtigung des Postkolonialismus“, bei der ich mich auch strecken musste. Nichts verbarg sich jetzt mehr dahinter! In weiterer Folge stellte sich heraus, dass die Leitung des Instituts nicht automatisch in den Händen des Bewerbers bleiben musste, dieser auch jederzeit abgelöst werden konnte. Das ließ die Erwartung einer nachhaltigen Neugestaltung noch ungewisser erscheinen und war unbefriedigend. Im Vorfeld hatte der Dekan meine Anliegen unterstützt. Das Auftreten des Vizerektors für Personal war jedoch

in den Verhandlungen nicht nur unerfreulich, sondern auch unfreundlich. Als ich mir erlaubte, die Vorteile an der Universität Hildesheim (Forschungszulagen, Mitarbeiterzahl, Promotionsboni, Zuschläge bei formelrelevanten Drittmittel-Einwerbungen etc.) aufzuzählen, herrschte er mich an: „Wir sind hier nicht in Hildesheim!“ Der Rektor „reagierte“ mit beredtem Schweigen. Damit war fast alles gesagt. Es gab jedenfalls keine Diskussion, geschweige denn eine verbindliche Zusage über die inhaltliche Weiterentwicklung des Instituts für Zeitgeschichte, was letztlich für die Absage entscheidend war. Rückblickend war es eine rational richtige Entscheidung, wobei mir als gebürtigem Innsbrucker, der an der Alma Mater Oenipons seine wissenschaftliche Laufbahn beginnen konnte, die Sache emotional naheging. Es gibt allerdings einen tröstlichen Aphorismus: „Du kannst nicht zweimal in denselben Fluss einsteigen“, der von Heraklit stammen soll. Das meinte sinngemäß auch meine Frau.

Philipp Strobl: *2013 übernahmen Sie die prestigeträchtige Stelle des Direktors des Instituts für Neuzeit- und Zeitgeschichteforschung (INZ) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und begannen damit, regelmäßig zwischen Hildesheim und Wien zu pendeln.*

Michael Gehler: Mit dem Prestige war das so eine Sache. Altmeister Suppan begrüßte mich jedes Mal mit „Guten Morgen Herr Direktor!“, was gemischte Gefühle auslöste, denn so großartig war diese Funktion nicht. Es war die härteste und herausforderndste Aufgabe, aber auch spannendste Phase meines bisherigen akademischen Lebens. Jede zweite Woche ging es für zwei bis drei Tage mit dem Flieger von Hannover-Langenhagen nach Wien. Das hieß immer sehr früh aufstehen und erst spät zur Ruhe kommen. 14-Stunden Arbeitstage waren nur etwas für Hartgesottene. Präsident Friedrich war glücklich, als ich ihm mitteilte, in Hildesheim bleiben zu wollen (er hatte schon mit einem Wechsel nach Wien gerechnet), und prüfte die Möglichkeit der Freistellung eines niedersächsischen Beamten von 60 Tagen pro Jahr, mit dem positiven Argument, dass von der neuen Aufgabe auch das Institut für Geschichte in Hildesheim profitieren würde. Wider Erwarten und trotz Unkenrufen, wonach das strapaziöse Reisen nicht für lange Zeit durchzuhalten sei, lief das über die Jahre ausgezeichnet und hat auch Freude gemacht, gleichwohl Widrigkeiten, Desillusionierung und Ernüchterung durch den „Apparat“ und den „Betrieb“ ÖAW zu erfahren waren. Mein Bild vom allerhöchsten Ort der Forschung und Wissenschaft in Österreich bekam im Laufe der Jahre erhebliche Risse.

Deborah Cuccia: *Wie wurden Sie eigentlich als Institutsdirektor an die ÖAW berufen?*

Michael Gehler: Als man mich ganz einfach zum Direktor dieses Instituts bestellen wollte, wandte ich ein, dass (a) eine internationale Ausschreibung, (b) die Einberufung einer externen Kommission und (c) ein öffentliches Hearing notwendig seien. Das schien zunächst nicht selbstverständlich, fand dann aber alles auf mein Drängen bis Jahresende 2012 statt mit dem Ergebnis, dass ich auf der ersten Stelle des Besetzungsvorschlags landete. Gemeinsam mit Arnold Suppan, der seit 2009 als umsichtiger Generalsekretär der ÖAW agiert hatte, seit 2011 als entscheidungsfreudiger ÖAW-Vizepräsident fungierte und mich in Folge an die ÖAW in leitender Funktion holen wollte (ein anderer sehr

ambitionierter Kandidat kam seinerzeit aufgrund eines einhelligen Mitarbeitervotums als Obmann der HistKomm nicht zum Zuge), wurde in dessen großräumigen Büro am Ignaz-Seipel-Platz in Wien die Bezeichnung „INZ“ für das neu zu schaffende Institut auf einem kleinen Notizzettel notiert – ich ahnte damals nicht, in welch’ starkem Maße noch Widerstände gegen „Zeitgeschichte“ auch unter Historikerinnen und Historikern an der ÖAW bestanden –, eine jenseitige, realitätsferne und weltfremde Haltung, was sich durch die weitere europa- und weltpolitische Entwicklung noch mehr unterstreichen lassen sollte.

Philipp Strobl: *Wie gestaltete sich die Zeit für Sie als Institutsdirektor an der Akademie? Was waren Ihre Pläne für die Gestaltung und den Ausbau des Instituts?*

Michael Gehler: Die Gründungsidee für das INZ bestand darin, drei bisherige Forschungseinheiten, die Habsburgermonarchie, die Historische Kommission und das Österreichische Biographische Lexikon (ÖBL), die mehr oder weniger nebeneinander und unabhängig für sich gearbeitet hatten, unter Wahrung ihres Selbstverständnisses näherzubringen, stärker zusammenzuführen und zu bewegen, gemeinsam, interagierend fruchtbringend zu kooperieren. Das ergab von den Interessenlagen her gesehen und in fachlicher Hinsicht sehr viel Sinn. Es wurden auf meine Initiative gleichnamige Forschungsbereiche geschaffen, lediglich die HistKomm bekam den neuen Titel „Internationale Geschichte“, die zum Grundsatzprogramm des INZ wurde. Für das ÖBL stand Christine Gruber mit ihrem Team, für die Habsburgermonarchie nach Abgang von Andreas Gottsmann als Direktor des Österreichischen Historischen Instituts (ÖHI) nach Rom Franz Adlgasser und für die Internationale Geschichte Barbara Haider-Wilson bereit. Wolfgang Mueller wurde mein Stellvertreter, der in jeder Hinsicht alles äußerst umsichtig, sehr genau und strebsam im Blick behielt. Er war eine starke Stütze und erleichterte mir die Arbeit enorm. Vera Machat bildete ein Supersekretariat (Frau Rack rückte später offen für neue Aufgaben immer stärker nach), das alle Arbeiten bestens zu erledigen und Termine sehr gut zu organisieren verstand (bis heute besitze ich kein Handy – ein gleichermaßen damit auch nicht-ausgestatteter Freund und Kollege in Deutschland bezeichnete es als „Instrument des mittleren Organisationsmanagements“).

Deborah Cuccia: *Mit welchen Aufgaben und Herausforderungen waren Sie beim Aufbau des INZ konfrontiert?*

Michael Gehler: Das INZ hatte knapp 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher Altersgruppen mit verschiedenen Dienstverhältnissen, was die Sache nicht einfach machte. Es ist dennoch relativ rasch gelungen (nachdem wochenlang über eine Institutsordnung diskutiert wurde, die dann kaum mehr ein Mensch angeschaut hat, sobald sie niedergeschrieben war), ein gutes und produktives Arbeitsklima zu erzeugen, v. a. Teamspirit zu entwickeln. Viele schätzten den offenen und kollegialen Umgang. Dieser bestand darin (was offenbar nicht unbedingt akademieüblich war): Jede und jeder gilt etwas, jede und jeder ist etwas wert, jede und jeder verdient Anerkennung und Unterstützung, um sich entsprechend entfalten zu können. Meine Botschaft an die Belegschaft lautete: „Wir brauchen keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger!“

Es war zu erkennen, dass die Mitarbeiterschaft in diesem neuen Klima aufblühte und Freude an der Arbeit gewann. Das aber behagte der ÖAW-Führung nicht unbedingt, wie ich bald bemerkte. Ich musste erfahren, dass Mitarbeiter aus deren Sicht nicht sonderlich viel zählten, sondern vielfach als bessere Sherpas für die Ordinarien zu arbeiten hatten, das sogenannte „old boys network", dem ich nicht angehören wollte (was vielleicht auch ein Fehler war). Ich ließ mich von diesen befremdlichen Usancen nicht leiten und setzte unbeirrt auf Förderung der Mitarbeiterschaft und des Nachwuchses. Das missfiel zunehmend dem ÖAW-Präsidium, was offenkundig wurde, als ich bei offen gewordenen Stellenbesetzungen den bisherigen Inhabern sehr positive Zeugnisse ausstellte, um sie weiter zu halten. Letztlich konnten auf diese Weise für zwei Mitarbeiterinnen und drei Mitarbeiter Entfristungen durchgesetzt werden, womit aber der Rubikon im Verhältnis zum Präsidium überschritten war, denn dieses arbeitete gezielt auf das Gegenteil, nämlich eine Verkleinerung des INZ, hin.

Philipp Strobl: *Wie viele von Ihren Ideen konnten Sie am INZ umsetzen?*

Michael Gehler: Es ging nicht um mich als Person. Es ging um das INZ als Team. So arbeiteten der sehr engagierte Wolfgang Mueller und ich an dieser Aufgabe, der wir uns voll und ganz widmeten. Mueller ist ein ausgezeichneter Historiker und hervorragender Mann. Wir arbeiteten leidenschaftlich – auch zuweilen mit Bindestrich – angesichts der nicht immer sehr förderlichen Verhältnisse. Fachlich-wissenschaftlich betrachtet konnte sich die Bilanz für die kurze Zeit des INZ sehen lassen – trotz einer fordernden und überbordenden Bürokratie – zeitweise sprach ich von einer Österreichischen Akademie der Bürokratie, denn mindestens ein Drittel der Arbeitszeit, wenn nicht mehr, ging durch ständige Bedienung der Verwaltung aufgrund von Berichtspflichten, Nachweisen etc. und wiederholter Budgetkrisensitzungen verloren.

Infolge gemeinsamer Anstrengungen konnten mehrere FWF-Projekte eingeworben und damit die bisherige eher bescheidene Drittmittelquote deutlich gesteigert werden. Bis auf die Edition der Grazer Nuntiatur-Berichte aus dem 15. und 16. Jahrhundert konnten alle anderen als Langzeitprojekte titulierten Einreichungen (Außenpolitik Österreichs 1918–1938, Ministerratsprotokolle Habsburgermonarchie 1867–1918 und ÖBL) mit positiven internationalen Gutachten weitergeführt, ja sogar ein eigenes forschungsbereichsübergreifendes Gesamtprojekt konzipiert wie auch der Austausch zwischen den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Forschungsforen und Workshops befördert werden.

Eine Reihe von Monografien und Sammelwerken ist erschienen, so dass wir das interne Publikationssystem „Akademis" gut bedienen konnten.

Arnold Suppan konnte mit Klaus Koch, Walter Rauscher und Elisabeth Vyslonzil die Aktenedition zur „Außenpolitsche Dokumente der Republik Österreich" (ADÖ) 1918–1938 abschließen.

Mit Wolfgang Mueller wurde eine eigene stattliche Reihe „Internationale Geschichte" begründet, die dann aus dem noch bestehenden INZ ausgeschieden werden sollte, aber nach dem Ende des INZ bestehen durfte und weiterwachsen konnte.

Ein umfangreiches gemeinsames Gesamtinstitutsprojekt mit 12 Teilprojekten unter Einbeziehung aller drei Forschungsbereiche konnte detailliert ausgearbeitet werden zum

Thema „Politische Entscheidungen im historischen Kontext“ („Political Decision Making in Historical Context“), das weitgehend fertiggestellt worden war, aber auch aufgrund fehlender spezifisch verfügbarer Mittel beim FWF zu meiner Zeit leider nicht mehr eingereicht und beantragt werden konnte.

Zahlreiche öffentlich zugängliche Konferenzen, u. a. zu Imperien, Diskussionsveranstaltungen und Workshops zur „Internationalen Geschichte“ wurden organisiert.

Es war also einiges im Rahmen des INZ auf gutem Wege und im Entstehen begriffen. Der Wissenschaftliche Beirat konnte das mehrmals bescheinigen, auch wenn es in ihm ein, zwei Stimmen gab, die gerne eine stärkere Ausrichtung auf die Habsburgermonarchie gesehen hätten. Das spielte dem Präsidium sehr in die Hände in seinem Bestreben, das INZ still und leise einen sicheren Tod sterben zu lassen, v. a. die Zeitgeschichte zu liquidieren. In Wien sagt man „a schöne Leich“.

Philipp Strobl: *Im Jahre 2017 endete Ihre Zeit als INZ-Direktor. Wie kam es dazu?*

Michael Gehler: 2013 war mit mir ein freier und befristeter Dienstvertrag abgeschlossen und darin vereinbart worden, dass nach Ablauf der Dienstzeit (unabhängig von meiner Person), die Position des Direktors als Dauerstelle prominent ausgeschrieben und entsprechend besetzt werden sollte. Darauf war von beiden Seiten Wert gelegt worden. Es kam aber nicht so, obwohl das INZ durch die erfolgreichen Einwerbungen und die international positiven Begutachtungen der Langzeitprojekte praktisch schon positiv evaluiert war. Eine abschließende Evaluation des INZ war dann auch nicht mehr notwendig, wie mir der ÖAW-Präsident mitteilte.

Was führte zum Ende? Das Präsidium bestand in wiederkehrenden Gesprächen auf „Fokussierung“, was auf Begrenzung, Einschränkung, Einsparung von Personalstellen und Kürzung von Mitteln hinauslief. Man wollte nicht drei Schwerpunkte, sondern praktisch nur einen. Das wäre auf Kosten der Mitarbeiter gegangen. Dafür war ich nicht zu haben. Ich musste dann aber einsehen, besser Abschied zu nehmen, gleichwohl mir am Ende vorgegaukelt wurde, dass man an meiner weiteren Mitwirkung „unbedingt“ interessiert wäre. Mit Auslaufen meiner Stelle erfolgte eine Ausschreibung, die so durchschaubar, tendenziös und unprofessionell formuliert worden war, dass offensichtlich war, dass das Präsidium mit der bisherigen INZ-Führung nicht mehr weiterarbeiten wollte.

Ich kann irgendwelche Hinterrücksaktionen nicht ausschließen. Erst nach meinem Ausscheiden erhielt ich von einem ehemaligen Mitarbeiter einen erhellenden Hinweis: Eine der Hauptaufgaben, die in dieser Institution zu erfüllen wären, sei von dem Klagenfurter Historiker und ÖAW-Mitglied Helmut Rumpler (1935–2018) folgendermaßen beschrieben worden: „Um in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften erfolgreich bestehen zu können, müssen Sie drei Fähigkeiten besitzen: ‚Intrigen rechtzeitig erkennen, sofort bekämpfen und sogleich neue schmieden!‘“ Abgesehen davon, dass mich dieser Rat zu spät erreichte, war ich für solche Fähigkeiten völlig ungeeignet.

Offensichtlich war das Bestreben des Präsidiums, die Zeitgeschichtsforschung am INZ, das seit 2013 unter dem Motto „Internationale Geschichte“ zu firmieren begonnen hatte, bewusst abzuschaffen. Das richtete sich nicht nur eindeutig gegen meinen Stellvertreter und meine Person, sondern führte – viel schlimmer als das! – zur Verdrängung von mindestens vier hervorragenden zeithistorisch arbeitenden Nachwuchsleuten. Das war

eine unverzeihliche Entscheidung und nötigte diesem ÖAW-Präsidium gegenüber keinen Respekt mehr ab.

Was das INZ anging: Eine bis dato durchaus sinnvolle Kombination mit Biographieforschung, Habsburgermonarchie der Neueren Geschichte und der Zeitgeschichte als Internationale Geschichte wurde durch ein Präsidium zunichtegemacht, das kein Verständnis für fachwissenschaftliche Erfordernisse wie auch für gegenwärtige Veränderungen der internationalen Rahmenbedingungen und entsprechende Forschungsnotwendigkeiten aufbrachte. Es konnte bei meiner Verabschiedung aber nicht umhin einzuräumen, dass in den fünf Jahren durch das INZ „in sehr schwierigen Zeiten sehr viel entwickelt und geleistet" worden sei. Nun tue es ihm aber „sehr leid", dass die Fortführung der Direktorenstelle nicht mehr weiter erfolgen könne. Das Gleiche traf auch auf Stellvertreter Mueller zu.

Deborah Cuccia: *Was wurde aus dem INZ?*

Michael Gehler: Die „Fokussierung" sah dann so aus, dass das INZ praktisch zum Zweck der „historisch orientierten Erforschung der Habsburgermonarchie und des Balkanraumes" neu ausgerichtet wurde. Es war wahrlich „historisch". Statt der bisherigen drei Forschungsbereiche sollten nun gleich vier (!) eingerichtet werden: Geschichte der Habsburgermonarchie, Balkanforschung, Kunstgeschichte (!) und Digitale Historiographie[6] (das ÖBL und die Editionen sollten darin aufgehen). Diese neuartige „Fokussierung" und ihre Sinnhaftigkeit musste man sich erst einmal erklären. Daraus schlau zu werden, fiel schwer. Diese Entscheidung war offensichtlich nicht losgelöst von Personen getroffen worden. Erstaunlich war diese neue Wegbeschreitung insofern, als die internationale Zeitgeschichtsforschung des INZ, die seit 2013 auf Grundlagenforschung ausgerichtet war und so nachweisbar auch gearbeitet hatte, damit abgeschafft wurde.

In Zeiten erheblicher politischer Umbrüche der internationalen Architektur und der Beziehungen im Rahmen globaler Strukturen (der Banken-, Finanzmarkt- und Währungskrise, der seit 2014 bereits schwelenden Ukraine-Krise mit der Krim-Annexion und Putins Krieg im Osten des Landes, einer neuen politischen Führung in den USA und den Herausforderungen für die EU) war die Liquidierung der Zeitgeschichte auch mit Blick auf vergleichende historische Imperienforschung (nicht nur der Habsburgermonarchie!) ein merkwürdiger Vorgang, der an Kurzsichtigkeit und Provinzialität der ÖAW-Führung keinen Mangel zu leiden schien. Internationalität, Weltoffenheit und Zukunftsfähigkeit schienen sich hinter dieser präsidentiellen Entscheidung nicht zu verbergen. Dass INZ personell auszudünnen und schließlich aufzulösen, das in seinen „Langzeitprojekten" positiv international evaluiert worden war, war eine seltene organisatorische Leistung. Ich lernte in diesem Zusammenhang, dass es in unserem liebenswerten Land an subtiler Boshaftigkeit und surrealer Verrücktheit nicht fehlen muss.

Rückblickend war nicht damit zu rechnen, dass in der langen Geschichte der ÖAW seit 1918[7] das Intermezzo INZ aufscheinen würde, denn viel Zeit zur Umsetzung war

6 Johannes Feichtinger/Brigitte Mazohl (Hrsg.), Die Österreichische Akademie der Wissenschaften 1847–2022, Band II, Wien 2022, S. 474.

7 Herbert Matis/Arnold Suppan, Sapere Aude. Die Österreichische Akademie der Wissenschaften seit 1918. Berichte, Fakten, Analysen – ein Kompendium, Wien 2022, S. 334–336.

nicht vorhanden. Die freundlich-knappe Erwähnung war erfreulich, denn es war mit diesem kurzzeitigen Experiment der Versuch verbunden gewesen, einen echten Neuanfang zu wagen. Dass er nicht länger währte, ist eine eigene Geschichte, die hier nur in Umrissen angedeutet werden kann. Mein Fazit lautet: Es war im Sinne von „catch all“ zu viel in Angriff genommen worden – zu viel für die ÖAW-Führung und ihre Vorstellungen von der Größe und der Schlagkraft eines Akademie-Instituts. Die ÖAW und unser Land sind einfach zu klein für konzertierte Großunternehmen der Geschichtswissenschaften. Und dennoch: Mehr als nur Publikationen und Veranstaltungen, sondern auch „Langzeitprojekte“ konnten durchgeführt und für eine Weile auch weiter Personal gesichert werden. Dass die am INZ angestoßenen, erfolgreich eingeworbenen und durchgeführten Projekte zur Geschichte des Hauses Arenberg und zur vormodernen Staatenbildung am Balkan dem neuen Institut zugerechnet wurden,[8] war nicht ohne Schmunzeln zu bemerken.

Philipp Strobl: *Wohin führen solche Tendenzen der „Fokussierung“?*

Michael Gehler: Die ÖAW machte schon 2010 mit der Reihe „Wissenschaftsstandort Österreich“ auf ihre Forschungen aufmerksam. Eine Broschüre trug den Titel „Ein wissenschaftliches Entwicklungsland?“ Der damalige ÖAW-Präsident Helmut Denk antwortete auf die Frage: „Leider mit Ja“. Für die Zeitgeschichtsforschung war das schon keine Frage mehr, sondern ein Befund. An der ÖAW wurde mit der Zerschlagung des INZ ab 2017 eine in ersten Ansätzen international ausgerichtete Zeitgeschichte im Verbund mit Biografie- und Neuzeitforschung systematisch zerlegt. Anstatt sie zu stärken, verkroch man sich, institutionell abgesichert, auf Forschung zum „Balkan“ und versteckte sich hinter der Habsburgermonarchie. Gewiss keine unwesentlichen wissenschaftlichen Anliegen, aber die Frage war schon noch gestattet, ob eine derart regional begrenzte, teileuropäische und epochenmäßig rein rückwärtsgewandte Orientierung forschungszeitgemäß und gegenwartsrelevant im 21. Jahrhundert ist?

Die großen bewegenden Themen der internationalen Forschung und der Jetztzeit wie die Biographien autoritärer Führungsfiguren, die Erosion des Systems der internationalen Beziehungen sowie der Demokratie, epochenübergreifend konkurrierende Großmächte-Konstellationen, die Neugewichtung des Multilateralismus zwischen den USA und der Welt oder die Neuauflage von Kaltem Krieg in Europa hatten und haben angesichts solch verdächtig „fokussiert“-reduzierter Prioritätensetzungen keine Chance. Das Wort in Anführungszeichen löst seither Allergien bei mir aus.

Deborah Cuccia: *War mit dem Ende Ihrer INZ-Tätigkeit eine Rückkehr nach Österreich ausgeschlossen?*

Michael Gehler: Nein – keinesfalls! Unabhängig von meiner Person: die Arbeit für das INZ in den Jahren 2013 bis 2017 war nicht vergeblich. Es ist einiges davon geblieben. Das INZ-Engagement war nicht mit einem unbedingten Willen zur Rückkehr verbunden. Die Dauerstelle in Hildesheim wurde nicht aufgegeben. Ich bin und bleibe weiter mit meiner Geburtsstadt, Tirol und Südtirol sowie dem Land Österreich verbunden. Nach wie

8 Ebd., S. 337.

vor bin ich Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibiothek in Salzburg, des Karl-von-Vogelsang-Instituts in Wien sowie zuletzt immer noch als korrespondierendes Mitglied der ÖAW verhaftet, wobei ich nach der Haltung und Entscheidung des seinerzeit autoritär, eigenmächtig, selbstherrlich und willkürlich handelnden Präsidenten die Aktivitäten bis auf die Reihe „Internationale Geschichte“ mit Wolfgang Mueller praktisch eingestellt habe.

V. Grundsatzfragen und weiterführende Projekte

Philipp Strobl: *Welche Rolle spielen Quelleneditionen für Sie?*

Michael Gehler: Diese Frage ist als rhetorisch aufzufassen. Die Erschließung neuer Quellen ist die Hauptaufgabe historischer Forschung. Ich bin Anhänger, ja absoluter Verfechter dieser Art von Geschichtsforschung. Nur mit Quelleneditionen leisten wir Grundlagenforschung, wobei dieses Metier schon seit geraumer Zeit weitgehend vernachlässigt wird. Ich bleibe dabei, was ich in einer Gedenkschrift für Hans-Peter Schwarz im Jahre 2019 sinngemäß festgehalten habe: Es sei bezeichnend, dass kaum bzw. keine Quelleneditionen – ganz zu schweigen in Serie – an Historischen Seminaren von Universitäten im deutschsprachigen Raum mehr erarbeitet werden, was einem Sittenverfall gleiche und zur Verwahrlosung einer ‚Disziplin‘ führe, die diesen Namen kaum mehr verdiene und wortwörtlich weiter: „Man kann es als Akt absichtsvoller und freiwilliger Selbst-Disqualifizierung werten, wenn Quelleneditionen mit einer analytischen und umfassenden Einleitung nicht zur Promotion oder Habilitation gereichen. Durch Editionsarbeit lässt sich dazulernen, zumal wenn neue relevante Quellen erschlossen werden, andernfalls ist das Ende historischer Grundlagenforschung besiegelt.“[9]

Ergänzend kann man nur noch hinzufügen: Wer einmal an einer Edition gearbeitet hat, weiß zu ermessen, was es heißt, wenn der Teufel im Detail steckt, was Kärrner- und Steinklopferarbeit ist. Dazu scheinen viele festangestellte „Geschichtsforschende“ und wohlbestallte Ordinaria nicht mehr bereit oder sich einfach zu fein dafür. Dazu ergehen sich nicht wenige von ihnen in einem fachspezifischen Jargon, der für Normalbürger kaum verständlich ist, „machen“ auf Theorien, reiten Methoden und leben so vielfach in ihren Blasen.

Philipp Strobl: *Wie wichtig sind noch Quelleditionen in einer Geschichtswissenschaft, die sich immer mehr über das Internet verfügbarer Quellen der Archive bedienen kann?*

Michael Gehler: Sie bleiben wichtig, wobei ein additiv-kombinatorischer Zugang sinnvoll ist, d. h. Print- und Online-Versionen gleichermaßen. Am Papier zu arbeiten ist viel-

9 Was trieb und treibt Deutschlands und die (west-)europäische Integration zum Friedensprojekt EU?, in: Dominik Geppert/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), Interessen, Werte, Verantwortung. Deutsche Außenpolitik zwischen Nationalstaat, Europa und dem Westen. Zur Erinnerung an Hans-Peter Schwarz (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus), Paderborn 2019, S. 77–101, hier S. 79.

fach immer noch angenehmer als nur am Bildschirm. Ich warne angesichts der Digitalisierung hier und da vor dem Leidwesen der Dioptrinalisierung.

Deborah Cuccia: *Sie haben sich auch im Weiteren intensiv mit österreichischer Südtiroler Politik der 1940er und 1950er Jahre und dem Dreieckverhältnis Rom-Bozen-Wien beschäftigt. Wie würden Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Alcide De Gasperis benennen? Welche Rolle spielte er in der Südtirolfrage? Wie würden Sie die Beziehungen De Gasperi-Gruber charakterisieren?*

Michael Gehler: Es war eigentlich ein Vierecksverhältnis Rom-Bozen-Innsbruck-Wien. De Gasperi war die Schlüsselfigur der unmittelbaren italienischen Nachkriegszeit. Er hat Italiens Innenpolitik nachhaltig geprägt, was Sie an seinem politischen Ziehsohn Giulio Andreotti ablesen können. De Gasperi kannte die Verhältnisse in Tirol sehr gut. Im Trentino wird er heute noch hochgehalten, um nicht zu sagen, vergöttert. Ein gigantisches Denkmal in einem Park nahe dem Castello del Buonconsiglio in Trient zeigt ihn fast in der Pose von Christus Pantokrator. De Gasperi kämpfte in erster Linie für seine Landsleute, die Trentiner, um ihnen eine Sonderautonomie im staatlichen Zentralverband zu sichern. Dafür waren ihm die Südtiroler gut genug und recht, denen er wegen ihres Hangs zu Deutschland und zum Reich nicht traute. Er funktionalisierte die Südtiroler Autonomie, die zunächst keine war, und etablierte damit die Trentiner Autonomie. Das war genial gemacht.

Das Pariser Abkommen vom 5. September 1946 war für De Gasperi reines Mittel zum Zweck und eine Notgeburt für Südtirol. Es zu einer „Magna Charta“ hochzustilisieren und zu überhöhen, wie es mein Ex-Chef Steininger unablässig tut, entspricht weder dem Dokument noch geht es mit den historischen Intentionen und Konstellationen von 1945/46 konform. Die Südtiroler Vertreter in Paris wurden damit vor vollendete Tatsachen gestellt. De Gasperis Vertrauensmann in Sachen Südtirol, der Leiter des Grenzzonenamtes, Silvio Innocenti, war ein Gegner des Pariser Abkommens und tat im Wissen De Gasperis alles, um es zu sabotieren. Beide sind mitverantwortlich dafür, dass sich die Stimmung in Südtirol Ende der 1950er Jahre radikalisierte und die politische Entwicklung ab den 1960er Jahren eskalierte. Es wurden italienischerseits ab 1947 zahlreiche historische Chancen zur Realisierung einer echten Provinzialautonomie vertan, zumal die Führung der Südtiroler Volkspartei (SVP) allzu lange konstruktiv zur Zusammenarbeit bereit war. De Gasperi war erst in der letzten Phase seiner Außenpolitik von 1952 bis 1954 als Europäer aktiv geworden, was für Südtirol zu spät kam.

Es ist richtig, dass sich Österreich ohne das Abkommen schwergetan hätte, das Anliegen Südtirol vor die UN-Generalversammlung in New York zu bringen, um dort mit Italien weiter zu streiten, wobei es noch weitere 30 Jahre dauerte, bis eine echte Autonomie gefunden werden konnte. Das zeigt, dass das Pariser Abkommen ein Mängelprodukt war und mehr Konflikte erzeugte als Kompromisse und Lösungen der Autonomiefrage produzierte. Es war mehr Hindernis als Hilfe und keine Magna Charta für Südtirol!

Das Verhältnis Gruber-De Gasperi sollte man nicht überhöhen. De Gasperi war Ministerpräsident Italiens und Gruber Außenminister Österreichs ohne Außenministerium. Das sagt schon viel, wenn nicht alles. Gruber war von De Gasperis Gnaden abhängig.

Er trat ihm gegenüber devot und ehrerbietig auf. Die zeitgenössischen Fotoaufnahmen täuschen: Man bewegte sich nicht auf gleicher Augenhöhe.

Philipp Strobl: *2020 erhielten Sie zum vierten Mal einen Jean-Monnet-Chair. Welche Rolle spielt das Jean-Monnet-Programm für Ihre Forschungs- und Lehraktivitäten? Wie bewerten Sie Ausrichtung und Umfang des Jean-Monnet-Programms?*

Michael Gehler: Das Jean-Monnet-Programm hat das Institut für Geschichte in Hildesheim maßgeblich positiv beeinflusst und gestärkt. Es geht in die Irre anzunehmen, dass damit nur Lehre von der EU verbunden wäre. Es handelt sich um Lehre der Geschichte Europas in ihrer gesamten Bandbreite. Bei den vier Anträgen gab es verschiedene thematische Projektzugänge: vergleichende europäische Zugänge, Europas Entwicklung von den Ideen über die Institutionen bis zur Vereinigung und seinem Zusammenhalt, die EU vor dem Hintergrund der europäischen Imperiengeschichte und zuletzt die sechs Cluster der Kommission von der Leyen von 2019 unter Beleuchtung der jeweiligen historischen Dimensionen und Perspektiven.

Das Institut konnte mit den Mitteln in den vergangenen 17 Jahren hunderte von Vorträgen im Rahmen der wöchentlich stattfindenden öffentlichen Reihe „Europagespräche" mit internationaler und prominenter Beteiligung besetzen und im Georg W. Olms Verlag in der Reihe „Historische Europastudien" die Ergebnisse dokumentieren. Über 30 Einträge im Goldenen Buch der Stadt Hildesheim zeugen von den prominenten Gästen, die wir gewinnen konnten. Wir haben in 15 Jahren genauso viele Konferenzen organisiert und die Bände ließen nicht allzu lange auf sich warten (ich mag es überhaupt nicht, wenn Tagungsbände erst viele Jahre nach den Konferenzen erscheinen. Das ist weder im Sinne der Beiträger noch in jenem der Herausgeber. Derartige „Kooperationspartner" werden gemieden).

Das Jean-Monnet-Projekt, zuletzt unter dem Motto „Erasmus Plus Lifelong Learning" laufend, war ein Dynamo für unser Institut, wobei die Universitätsführung immer bereitwillig die von der EU geforderte 25 % Co-Finanzierung gewährte.

Es gibt aber Optimierungspotential: Die Anträge sind sehr aufwendig und kosten viel Zeit. Für sechs Semester, also drei Jahre, die Lehre im Voraus detailliert – Woche für Woche – zu planen, geht nicht so leicht von der Hand. Gemessen am Aufwand könnte die Finanzierung üppiger sein. Summa summarum war das Programm für uns eine Ermunterung und Stimulation. Es brachte auch dem Institut nationale, europäische und internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung ein. Inzwischen weiß man, was das Institut für Geschichte in Hildesheim ist.

Deborah Cuccia: *Im Zuge Ihrer wissenschaftlichen Karriere hatten Sie zahlreiche Drittmittelprojekte in Deutschland und Österreich eingeworben. Welche Rolle spielten und spielen Drittmittelanträge für Ihre Forschungen?*

Michael Gehler: Der Eindruck täuscht. So viele Projekte waren das nicht. Ich war nie ein großer Projekteintreiber, aber feststeht: Diese Anträge sind in einer Lage, in der viele Hochschullandschaften kaputtgespart sind, letztlich so unerlässlich wie elendig. Warum? Die Universitätsleitungen sind auf diese Drittmittel angewiesen und machen es dann auch

zur Bedingung, dass selbst Junior-Professuren schon Drittmittel einwerben sollten, so ganz nach dem Motto: „Also, wenn Sie schon forschen wollen, dann sorgen Sie mal schön selbst für die Mittel!“ Das ist im Grunde eine Unverfrorenheit und Zumutung zugleich. Um mit dem Fußballsport zu sprechen: Bevor Sie ein Tor schießen wollen, schlagen Sie sich doch nochmal zuvor die Flanke selbst dazu. Dieses Bild zeigt den gesamten Aberwitz.

Was kann aus eigener Erfahrung gesagt werden? Der betriebene Aufwand an Drittmittelprojekt-Anträgen steht vielfach in keinem Verhältnis zur Zahl der Einwerbe- und Vergabemöglichkeiten. Das Gutachtenwesen hat Formen angenommen, die von einer Abart sprechen lassen. Die vorgebrachten Einwände, wenn man sie überhaupt zu lesen bekommt, sind teilweise abwegig, aber nicht wenig phantasiereich, um aussichtsreiche Vorhaben abzuwürgen. Es gibt zudem einfach nicht genug Mittel für ausgezeichnet vorbereitete und sehr gut begründete Forschungsvorhaben. Ferner geht es unvermeidlich um Konjunkturen. Vielfach wird bei Anträgen das Rad neu erfunden. Dabei fließt nicht wenig alter Wein in neuen Schläuchen. Ausdruck von Feigheit ist es, wenn die Gutachten anonymisiert bleiben – stellen Sie sich vor, das Rezensionswesen würde anonymisiert, was da los wäre!

Abgelehnte Nachwuchsforschende erhalten von Stiftungen nicht einmal die Auszüge der anonymisierten Gutachten, wie es bei der Adenauer-Stiftung vorkommt. Das ist inakzeptable Intransparenz, die ergebnislos diskutiert wurde.

Philipp Strobl: *Wie beurteilen Sie die Exzellenz-Initiative in Deutschland?*

Michael Gehler: Die Exzellenz-Initiative in Deutschland schließt kleinere Universitäten praktisch aus, weil diese die erheblichen Cluster-Vorgaben kapazitär nicht erfüllen können. Abgelehnte Exzellenzanträge landen dann abgespeckt auf den Tischen der gängigen Stiftungen und übervorteilen auf nochmalige Weise Anträge von Kleinuniversitäten, die praktisch chancenlos bleiben.

Im Vergleich zu Österreich, das bezüglich der Geisteswissenschaften kein sehr ausgesprochen forschungsbereites und wissenschaftsförderungswilliges Land ist, verhält es sich mit der Lage in Deutschland weit besser, aber die Konkurrenz ist nicht minder klein. Auch spielen selbstverständlich Beziehungen und Netzwerke hier eine nicht unerhebliche Rolle. Deutschland hat zwar eine viel stärkere Deutsche Forschungsgemeinschaft im Vergleich zum Fonds zur wissenschaftlichen Forschung in Österreich. Sie ist aber sehr deutsch. Es fehlen eine europäisch und eine international ausgerichtete Forschungsgemeinschaft in Deutschland.

Philipp Strobl: *Wie beurteilen Sie den österreichischen Forschungsfonds in den letzten Jahren? Welche Rolle spielen Forschungsförderungsfonds und Drittmittelförderungen für junge Historikerinnen und Historiker in Ihrem Heimatland?*

Michael Gehler: Ohne eine substantielle Forschungsförderung und ein Ende der Benachteiligung der Geisteswissenschaften aufgrund ihrer chronischer Unterfinanzierung wird es nicht gelingen, die Geschichtsforschung entschieden voranzutreiben und im internationalen Vergleich zu bestehen. Die hierarchisch angelegte und bürokratische ausge-

richtete ÖAW ist mit ihren finanziellen Möglichkeiten für die „Philosophisch-Historische Klasse“ im Grunde eine Armedei der Wissenschaften.

Wenn gleich kommuniziert würde, dass geisteswissenschaftliche Projekte gar nicht so erwünscht sind, so wie dies der Jubiläumsfonds der Nationalbank zuletzt ehrlicher Weise getan hat, könnte man sich monatelange Projektantragsarbeit sparen. Vorzugaukeln, dass es „exzellente“ Fördermöglichkeiten für „die Besten“ gibt und man speziell auch Geisteswissenschaftler zur Antragsstellung einlädt, ist angesichts der schon seit geraumer Zeit bestehenden Begutachtungs- und Bewilligungspraxis des Wissenschaftsfonds FWF als zynisch zu bezeichnen. Es geht bei jüngeren Forscher-/innen längst nicht um „die Besten“, die bereits aus dem zeitgeschichtlichen „Entwicklungsland“ abgewandert sind, sondern vielmehr um „ein Lotteriespiel“ der Übriggebliebenen, bei dem die genannten Disziplinen benachteiligt sind. Um „exzellent“ bewertet zu werden, müssen zwei exzellente Gutachten vorliegen, was in den Geisteswissenschaften aufgrund verschiedenster „Denkschulen“ ungleich schwieriger als in den Naturwissenschaften ist. Wenn wie in den letzten Jahren von vier „exzellent“ begutachteten geschichtswissenschaftlichen FWF-Projekten aufgrund finanzieller Engpässe nur eines gefördert werden kann, hat auch „Entwicklungshilfe“ von außen keine Chance.

Viel Energie und Zeit sind jahrelang gleich auf zwei Häuser der österreichischen Geschichte in St. Pölten und in Wien gerichtet gewesen. Ob das so sinnvoll war, wird man rückblickend gelassener beurteilen können. Ein letzter Österreichischer Zeitgeschichtetag fand virtuell statt und befasste sich mit der wichtigen Frage, was nach den Jubiläen kommen soll. Bisher waren diese Tage aber auch vor allem Sammelpunkte engagierten akademischen Nachwuchses im weitgehenden Prekariatszustand.

Philipp Strobl: *Seit 2007 betreiben Sie höchst erfolgreich die „Europagespräche“ und haben mit diesem Format mehrere hundert anerkannte Persönlichkeiten aus Forschung, aber auch aus dem Banken- und Finanzwesen, Diplomatie, Politik und Wirtschaft nach Hildesheim geholt. Was war Ihre Motivation hinter der Umsetzung dieses nun schon seit über 15 Jahre andauernden Mammutprogramms? Können Sie uns bitte die wichtigsten Effekte daraus nennen?*

Michael Gehler: Die „Europagespräche“ existieren seit WS 2006/07. Ausgangsüberlegungen bestanden darin, nicht auf den eingeworbenen Jean-Monnet-Mitteln sitzen zu bleiben, sondern das Geld so schnell wie möglich einzusetzen, d. h. wöchentlich einen Vortrag mit Europa-Bezug zu organisieren, und dies nicht nur aus dem Bereich der Geschichte.

Verschiedene Zielsetzungen waren damit verbunden: Im Rahmen des Bologna-Exzesses, wie ich ihn häufig bezeichnet habe, den Studierenden jenseits des zu bewegenden Hamsterrads der Credit-Points-Sammlung, Einhaltung von Modulvorschriften und Teilnahme an Zwangsveranstaltungen eine alternative abendliche Veranstaltung anzubieten, die sich nicht an einem speziellen Thema festbeißt, sondern eine bunte Palette von Themen bietet, was die Möglichkeiten einschließt, Studien- oder Prüfungsleistungen zu erbringen.

Als Ein-Professor-Institut ist es auch nicht ratsam, ständig selbst aufzutreten. Durch verschiedene Gäste sollten daher den Studierenden verschiedene Forschende und Lehrende präsentiert werden. Ein weiteres Ziel war es, eine möglichst große thematische

Vielfalt zu anzubieten. Die Reihe besteht ja nicht nur aus den öffentlichen Vorträgen. Vorgeschaltet sind institutsinterne Expertengespräche, wie wir jetzt eines führen. Diese haben wir neben den Vorträgen durch Ton- und Filmaufnahmen dokumentiert und durch Publikation in unserer Reihe „Historische Europastudien“ im Olms-Verlag, die seit 2009 bei 27 Bänden steht. Mit der Befragung von Geschichtsforschenden haben wir mit den Europagespräche-Bänden auch Beiträge zur Biographie- und Wissenschaftsgeschichte dokumentiert.

Deborah Cuccia: *Welchen Stellenwert haben interdisziplinäre Sammelbandprojekte für Sie?*

Michael Gehler: Walter Pehle vom S. Fischer-Verlag, bekanntgeworden durch die berühmte schwarze Reihe, hat einmal bei einem seiner Aufritte in Innsbruck gesagt, dass Sammelbände „polizeilich verboten“ gehörten. Das war ein hartes Urteil, das man so nicht stehen lassen kann. Sammelwerke ergeben erstens dann einen Sinn, wenn sie etwas zusammentragen und bündeln, was Einzelforschende alleine nicht bewältigen können, wie es ja auch bei Enzyklopädien und Handbüchern der Fall ist. Zweitens sind interdisziplinär angelegte Sammelwerke sicher auch von besonders anregendem und fächerverbindendem Wert. Wir versuchten das mit der AEI-Reihe.

VI. Geschichtswissenschaften

Philipp Strobl: *Hat die Geschichtswissenschaft Ihrer Meinung nach angemessen auf die Herausforderung der neuen sozialen Medien reagiert?*

Michael Gehler: Ich benutze keine sozialen Medien und bin damit nicht befasst. Das Urteil muss ich anderen Disziplinen überlassen. Die Politik- und Sozialwissenschaften dürften dabei mehr gefordert sein als die Zeitgeschichtsforschung, die noch die historische Entwicklung der 1980er und 1990er Jahre stärker aufzuarbeiten hat. Inwieweit die Bezeichnung „soziale Medien“ zutrifft, wird schon bezweifelt. Man kann vielleicht sogar froh sein, nicht mehr in den 2030er und 2040er Jahren „Zeithistoriker“ zu sein, denn es dürften dann Disketten, Festplatten, Handys und Memory Sticks aufgespürt und untersucht werden!

Deborah Cuccia: *Inwiefern haben sich die Geschichtswissenschaften (und hier speziell die Zeitgeschichtsforschung) in den vergangenen 30 Jahren verändert?*

Michael Gehler: Die Kulturwissenschaften und in einem weiteren Sinne eine Tendenz zur Versozialwissenschaftlichung haben starken Einzug in die Geschichtswissenschaften gehalten. Ich habe diese Trends mit Interesse, aber auch Skepsis beobachtet. Zurückhaltung war angesagt, weil sie meines Erachtens nicht nur zum Vorteil für unsere Disziplin gereicht, sondern auch zur Ablenkung von zentralen Aufgaben und relevanten Fragen der Geschichts- und Zeitgeschichtsforschung geführt haben. Nicht wenige Geschichtsforschende haben sich bereitwillig konjunkturbedingt auf diese Trends eingelassen und

dabei zu wenig kritisch reflektiert, welche Konsequenzen sie für das Fach und seine eigentlichen Stärken hat. Das hatte auch schon Tendenzen zur Verdrängung oder gar zum Verschwinden des Fachs (Zeit-)Geschichte zur Folge. Der ständige Aufenthalt in den Umkleideräumen der Moden und Theorien ist der Profilschärfung des Fachs Geschichte, das sich in einem Existenz- und Überlebenskampf befindet, nicht dienlich. Die Beibehaltung der zwei Wochenstunden für das Fach Geschichte im Schulunterricht musste in den letzten Jahrzehnten gegenüber neuartigen Fachgegenständen immer wieder verteidigt werden.

Ein anderes Beispiel noch: Es wird sehr viel von „politischer Bildung" gesprochen. Dabei hat diese ohne historische Bildung kaum eine Grundlage. Wie wollen Politikwissenschaftler beispielsweise die EU erklären, ohne die EG, die EWG oder die EGKS kenntnisreich einzubeziehen, von den Europaideen zuvor gar nicht zu reden? Ich komme aber auch immer mehr vom Begriff „Zeitgeschichte" ab.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin kein Gegner der politischen Bildung, die wichtig ist, aber ohne historische Grundierung fehlt ihr das Fundament. Ich bin auch kein Gegner von Kulturgeschichte. Sie war, ist und bleibt wichtig. Ich muss nicht mehr als zwei Namen wie Jacob Burckhardt (Griechenland) oder Egon Friedell (Neuzeit) nennen.

Mir geht es ganz grundsätzlich um die Kulturwissenschaften als eine Art Megatrend und Staubsauger, der zu viel des Guten wegfrisst. Sie wurden meines Erachtens in der Übernahme durch Geschichtsforschende übertrieben. Aus einer Mode wurde ein Dauerphänomen. Wie sich das bei anderen „turns" verhält, bleibt abzuwarten. Natürlich ist man bei einer solchen Position schnell als „konservativ" verschrien, was aber Unsinn ist.

Philipp Strobl: *Wie ist das zu verstehen, dass Sie vom Begriff der „Zeitgeschichte" abkommen?*

Michael Gehler: Als Leiter eines Instituts für Geschichte kommen Sie allein mit der Zeitgeschichte nicht weit – noch dazu, wenn Sie der einzige festangestellte Professor sind. Unabhängig davon und ganz generell gesprochen: Zeitgeschichte allein reicht nicht aus, um grundlegende und tiefergehende Entwicklungen der Menschheitsgeschichte zu erklären. Das ist mir in der neuen Position in Hildesheim sehr bewusst geworden, spätestens als die Beschäftigung mit der Geschichte der Imperien im Fachkollegium und Fächerverbund einsetzte. Die verschiedenen Formen imperialer Herrschaft bekommen sie mit einem rein zeitgeschichtlichen Zugang weder in den Griff, noch werden Sie diese hinreichend erklären können.

Zeitgeschichte erscheint mir seither wie ein Surfen am Meeresrand, während Geschichtsforschende eigentlich Tiefseetaucher sein müssten, d. h. sich auch mit den verschiedenen Tiefen des Meeres, sprich den unterschiedlichen Schichten der Entwicklungen und ihrer Geschehnisse, zu befassen haben.

Zeitgeschichte bleibt vielfach an der Oberfläche als eine Art Beckenrandgeschichte. Es geht mir deshalb um ein entschiedenes Plädoyer für eine Ausweitung und Rückbesinnung der Zeitgeschichte auf die Neuzeit als Neuere und Neueste Geschichte.

Der Begriff „Zeitgeschichte" ist zudem ein Pleonasmus, mehrdeutig und missverständlich. Was ist sie genau? Welche? Wann beginnt sie? Kann sie ohne ihre Vorgeschichte erklärt und verstanden werden? Wenn man mehr über diese Fragen, den Begriff und

seine Bedeutung nachdenkt, wird klar, dass sie ohne die Zeitzeugen nahezu undefinierbar ist, jedenfalls inhaltlich schwierig bestimmbar bleibt.

Zeitgeschichte ist lediglich eine Teildisziplin der Geschichtswissenschaft. Keine ist so von Betroffenheit, Emotionalität und der Gefahr der Parteilichkeit gekennzeichnet. Um diese Tendenz abzuschwächen bzw. zu vermeiden, ist eine Verbindung mit der Neueren Geschichte ein Ausweg, der zu mehr Gelassenheit im Umgang mit der Materie sowie zu mehr Sicherheit und Souveränität im Urteil führt.

Deborah Cuccia: *Welche Teile der Geschichte Deutschlands sind aus Ihrer Sicht noch zu vertiefen, zu erweitern oder zu problematisieren?*

Michael Gehler: Zunächst eine grundsätzliche Bemerkung: Die deutsche Geschichtsschreibung hat mich von Anfang meines Geschichtsstudiums an interessiert. Die Geschichte Österreichs losgelöst von jener Deutschlands zu schreiben, leuchtete mir nie ganz ein. Das begann schon mit der österreichischen Staatsvertragsgeschichte 1945–1955, die so lange durch Gerhard Stourzh meisterhaft repräsentiert wurde und die er erst in den letzten Weiterbearbeitungen seiner Studie auch dem Zusammenhang mit der deutschen Frage gewidmet hat.

Als Professor für Geschichte in Deutschland war es irgendwie selbstverständlich, sich nicht nur für die Geschichte Deutschlands zu interessieren, sondern sie auch zu erforschen und dazu zu veröffentlichen. Das würde ich umgekehrt auch von deutschen Geschichtsprofessorinnen und -professoren erwarten, die in Österreich tätig sind. Die National(staats)geschichte bleibt nach wie vor relevant für das Verständnis der Geschichte Europas, aber sie reicht nicht aus. Vergleiche anzustellen und Zusammenhänge herzustellen, bleibt ebenfalls relevant. Die Geschichte Deutschlands ist im Grunde eine Geschichte der Deutschländer von den Anfängen an, zumal wenn man als sogenannter Zeithistoriker weiter zurückschaut.

Zu Ihrer Frage: Die Geschichte der Bundesrepublik wurde überwiegend von westdeutschen Historikern als Erfolgsgeschichte geschrieben, die der DDR und des SED-Staats dagegen mehr oder weniger als Misserfolgsgeschichte, als eine Geschichte des Scheiterns und der Unterlegenen, wie sich viele ältere Ostdeutsche auch heute noch fühlen. Das alles war zu einfach gedacht und hat zu kurz gegriffen.

Der deutsch-deutsche Beitrag zur Entfesselung und Festschreibung des Kalten Krieges (1949–1955) wäre sicherlich ein spannendes Thema mit Blick auf die europäischen Perzeptionen und Rezeptionen. These: Ohne die BRD und die DDR hätte es diesen Kalten Krieg in Europa kaum in so langanhaltender und verschärfter Form gegeben. Die Rolle beider Staaten als Kernstaaten des Kalten Krieges in der Mitte Europas in den jeweiligen Militärbündnissen aufgrund der einschlägigen Archiv-Bestände, v. a. der NATO, zu erforschen, ist noch nicht ausreichend geschehen.

Ebenso wenig sind Fragen der inneren und äußeren Souveränität im Lichte der Interessen der amerikanischen Supermacht wie auch ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten in Deutschland beantwortet. Mehr über die Überwachungen der Telefonate von Helmut Kohl (einem Dauertelefonierer) oder die NSA-Aufzeichnungen der Handy-Kommunikationen von Angela Merkel (sie hatte gleich mehrere) zu erfahren, wäre spannend für die Forschung.

Die Geschichte der deutsch-israelischen Beziehungen tabufreier in jeder Hinsicht zu erforschen, wäre eine herausfordernde Aufgabe, gleichwohl ein nicht unriskantes Unterfangen, gerade für Nachwuchsleute. Das wird ohne Schwierigkeiten nicht gehen, wenn man historische Forschung kritisch betreiben will, was eigentlich normal sein sollte, aber bei diesem Thema ist das gar nicht selbstverständlich. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung ist und bleibt durch die Hypothek der NS-Verbrechen belastet und befangen zugleich.

Philipp Strobl: *Welche Teile der Geschichte Österreichs?*

Michael Gehler: Was die Zeitgeschichtsforschung an den Instituten und Lehrstühlen österreichischer Universitäten angeht, dominierte lange die Beschäftigung mit der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gegenwartsgeschichte, „histoire du temps presents“, wie seit Jahrzehnten in Frankreich genannt, fand kaum statt.

Zeitgeschichte Österreichs war und ist österreichische Nations- und Staatsgeschichte, was per se nichts Schlechtes, aber entschieden zu wenig bzw. einseitig ist, zumal wenn sie zeitweise auch eine FPÖ-Verurteilungsgeschichte ist.

Nicht-Österreich-Themen werden nur selten gewählt. Eine internationale Geschichte ist praktisch kaum vertreten. An der ÖAW wurde dieser Trend entschieden abgewürgt. Von einem Asien-Schwerpunkt träumen? Nicht einmal ein Zentrum für Neuere und Neueste Europaforschung existiert. Vergleichende Zeitgeschichte Europas ist Mangelware. Gleichwohl methodisch innovativ und theoretisch reflektiert wird neben Lokal- und Regionalgeschichte v. a. Staatsgeschichte geboten.

Die immer notwendiger werdende Migrationsgeschichte ist praktisch nicht nur im nationalen Rahmen zu verfolgen, zu verstehen und zu erforschen, also ohne die Kulturen, die politischen Verhältnisse etc. der Herkunftsländer der Zuwanderer. Migrationsgeschichtsforschung im nationalen Rahmen ist auch Teil der Global- bzw. Globalisierungsgeschichte.

Philipp Strobl: *Welche Bedeutung messen Sie der historischen Migrationsforschung im Gesamtkontext der Geschichtswissenschaften zu?*

Michael Gehler: Migrationsgeschichte ist deutsche, österreichische, europäische und globale Geschichte. Allein der Umstand, dass im 20. Jahrhundert höchste Ausmaße an Wanderungsbewegungen festzustellen sind, sei es aus freien Stücken oder erzwungenermaßen, und sich die Zahlen im angebrochenen 21. Jahrhundert noch gesteigert haben, sagt alles über die Relevanz dieses Forschungsgegenstands.

Migrationsgeschichte ist allein schon aus aktuellen Gründen erforderlich, wobei auch Gefahren und Problemzonen bestehen:

1. Die Überbetonung der Chancen (Austausch, Bereicherung, Esskulturen, Funktionieren der Infrastruktur, Kulturimport, Sicherung der Rentensysteme etc.) und die Unterbelichtung der Herausforderungen (Desintegration, Entstehung von Zwei-Klassen-Gesellschaften, Islamisierung, Orientalisierung, Parallelwelten etc.).

2. Das Ausbleiben einer gesellschaftspolitischen Folgen- bzw. sozialen Transformationsforschung.
3. Das Ausblenden politischer Systemveränderungen einhergehend mit dem Verlust der politischen Mitte und der Radikalisierung der Ränder.

Diese drei Punkte gilt es meines Erachtens ausgewogen zu beachten und umzusetzen. Ansonsten läuft Migrationsforschung Gefahr, eine Political Correctness-Wissenschaft zu sein.

Deborah Cuccia: *Bietet die Corona-Krise Chancen für eine Besserung der Lage für die Forschung?*

Michael Gehler: Die Corona-Krise bietet jedenfalls Lernchancen. Für die Zeitgeschichtsforschung gilt nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland – trotz sich abzeichnender Renationalisierung im Zeichen von Corona –, mehr zukünftige Perspektiven und Tendenzen der Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung für die bisherigen Themen einzunehmen und einzubeziehen. Von bisherigen Einzelstudien ließe sich ausgehen, um noch stärker vergleichend weiterzuarbeiten.

Ein europäischer und internationaler Vergleich kann im Sinne der Erforschung von Entscheidungskulturen aufzeigen, wie sich Staaten und ihre Gesellschaften verhalten, welche Schlussfolgerungen ihre Entscheidungsträger aus Krisen gezogen haben, welche Mittel zum Einsatz kamen, usw.

Eine Zeitgeschichte, besser eine Neuere und Neueste Zeitforschung als Interdependenzforschung, wird fragen, welche Auswirkungen z. B. die Corona-Krise auf Klimapolitik hatte. Die Zeit nach Überwindung der Pandemie wird erst zur Gänze zeigen, wie viele neue arme Menschen daraus hervorkommen, inwiefern staatliche Hilfsmaßnahmen geholfen haben und wo nicht.

Eine europäisch und global angelegte vergleichende Ungleichheitsforschung kann von der Makro- bis zur Mikrogeschichte gehen, eingeschlossen die Lokal- und Regionalgeschichte, wovon die verdienstvoll arbeitende österreichische Bundesländerforschung der Haslauer-Bibliothek in Salzburg profitieren kann.

Philipp Strobl: *Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Geschichtswissenschaft? Worin sehen Sie zukünftige Aufgaben der deutschen Geschichtsschreibung, auch in Anbetracht der Strömung der Globalgeschichte und der Weltgeschichte?*

Michael Gehler: Die Globalisierung hat die Geschichtswissenschaft gezwungen, mehr über Rahmenbedingungen, größere Kontexte und weitreichendere Zusammenhänge historischer Entwicklungen nachzudenken und zu überlegen, wie diese quellenmäßig zu erfassen sind. Damit sind wir aber auch schon beim eigentlichen Problem der Globalgeschichte angelangt: die Beherrschung der Fremdsprachen und die Zugänge zu den Quellen. Mit englischer Fachliteratur allein wird es nicht getan sein. Es gibt weit mehr Grenzen als Möglichkeiten für Geschichtsforschende der Global- und Globalisierungsgeschichte.

Weltgeschichte versteht sich als etwas anderes als Globalgeschichte. Für erstere geht es um Aneinanderreihung, Gegenüberstellung und Vergleich, weniger um Transfer, Vernetzung und Verflechtung wie für letztere. Erstere scheint mir realistischer, zweitere reizvoller, aber weitaus schwieriger zu realisieren.

Im Rahmen der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 ist bereits ihre Einbettung in die Global- und Globalisierungsgeschichte im Gange, für Österreich sehe ich das noch nicht.

Deborah Cuccia: *Wie stehen Sie zur Ausrichtung der Geschichtswissenschaft auf internationale Beziehungen und Weltgeschichte sowie auf eine transnationale Verflechtungs- und Vernetzungsgeschichte, also eine stärkere Beachtung internationaler Beziehungen und ihre Wechselwirkungen?*

Michael Gehler: Grundsätzlich sehr positiv, wenn das Thema quellentechnisch gut erforschbar und abbildbar ist. Mit dem Projekt über die Beziehungen im Rahmen der transnationalen Parteienkooperation christdemokratischer und konservativer Parteien von 1979 bis 1991, u. a. nicht nur mit Blick auf Europa, sondern auch auf Lateinamerika, wie wir dieses Projekt am Institut für Geschichte der Universität Hildesheim verfolgen, erweist sich ein solches Vorhaben sowohl realisierbar als auch erkenntnisfördernd.

Philipp Strobl: *Wie misst man Qualität in der historiographischen Forschung? Sind die gängigen peer-review-Verfahren ausreichend?*

Michael Gehler: Diese Frage hat mit der Notwendigkeit von Ausgewogenheit, Ethik und Fairness im Begutachtungsverfahren und Rezensionswesen zu tun. Abhilfe können Antworten auf folgende Fragen schaffen: Welche Aufgaben und Fragen haben sich Geschichtsforschende in ihren Studien gestellt? Daran gilt es primär die Beurteilung auszurichten. Wie weit ist der Forschungsstand berücksichtigt? Das setzt Archiv- und Literaturkenntnis des Rezensenten voraus. Haben die Autoren ihre Ergebnisse im Laufe ihrer Untersuchung an Hand neuer Quellen nachvollziehbar aufgezeigt und als machbar beantwortet? Das lässt sich ja prüfen. Das Gegenteil ist aber bei diesen Fragen nicht selten der Fall, wenn Gutachtende und Rezensierende Forderungen erheben, die nicht Gegenstand der Forschung waren. Nicht wenige Besprechungen oder Gutachten sagen mehr über den Rezensenten und Peer-Reviewer aus als über das zu begutachtende Forschungsvorhaben oder zu besprechende Buch. Die gängigen Peer-Review-Verfahren sind so lange problematisch, so lange sie anonym bleiben. Mir hat sich der Sinn der Anonymität bis heute nicht zur Gänze erschlossen. Mangelnde Offenheit hat meines Erachtens auch etwas mit Feigheit zu tun.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielt der Nationalstaat für Sie in den Geschichtswissenschaften?*

Michael Gehler: Der Nationalstaat ist nach wie vor wichtig und bleibt es noch auf nicht absehbare Zeit. Das hängt mit seiner verfestigten Bürokratie zusammen, aber auch mit

seiner Identität, die immer wieder beschworen wird. Es gibt kaum Hartnäckigeres und Zählebigeres als Beamtenschaft.

Der Nationalstaat steht aber auch mehr denn je unter Druck. Spannend bleibt für Geschichtsforschende zu beobachten, welche Aspekte von Nationalstaatlichkeit in den letzten Jahrzehnten erodierten und welche Kompetenzen an überstaatliche Organe abgetreten werden mussten, v. a. aufgrund von zunehmender Einfluss- und Machtlosigkeit einzelstaatlichen Agierens und Reagierens auf internationale Aufgaben und globale Herausforderungen.

Philipp Strobl: *Gegen die Theoriebedürftigkeit der Geschichte wird das Vetorecht der Quellen (Reinhart Koselleck) angeführt. Wie stehen Sie dazu?*

Michael Gehler: Dieses legendäre Diktum von Koselleck kann nur unterstrichen werden. Wenn sich die Geschichtswissenschaft weiter ernstnimmt und selbst auch ernstgenommen werden will, muss dieses Prinzip weiter gelten. Im Unterschied dazu konnte ich mit Kosellecks Begriff von der „Sattelzeit“ mit Blick auf die Geschichte der Begriffe und ihrer Bedeutung beginnend ab 1750 relativ wenig anfangen, was zuletzt Harald Kleinschmidt sehr kritisch aufgezeigt hat.

Deborah Cuccia: *Wie sollte Ihrer Meinung nach eine moderne Didaktik der Geschichte gestaltet sein? Wie wichtig sind für Sie Wissenschaftskommunikation und die Vermittlung von Forschungsergebnissen an eine breite Öffentlichkeit?*

Michael Gehler: Das sind jetzt zwei Fragen. Die Antwort auf die erste möchte ich im Wesentlichen der Geschichtsdidaktik überlassen. Meine bescheidene Erfahrung als Lehrer an einer Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) in Innsbruck war folgende: Bei Schülerinnen und Schülern kommt es in erster Linie darauf an, was der Lehrer für ein Mensch ist, zweitens wie er und drittens erst, was er unterrichtet.

Als Universitätslehrer mit 35jähriger Lehrerfahrung behaupte ich nach wie vor, dass man Didaktik nur bis zu einem gewissen Grad erlernen kann. In erster Linie spielen der Menschentyp, sein Auftreten, seine Ausdrucksfähigkeit, Sprache und Tonalität sowie nicht zuletzt sein Umgang mit den Studierenden eine Rolle. Die verwendeten Medien sind nur in zweiter Linie relevant. Der kompetenzorientierte Unterricht wird nach meiner bescheidenen Einschätzung übertrieben, zumal wenn die historischen Inhalte mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Zugespitzt formuliert: Geschichtsunterricht ohne Geschichte ergibt keinen Sinn.

Die zweite Frage ist eindeutig zu bejahen. Ich mache das in regelmäßigen Abständen, insbesondere im Bereich der Printmedien, aber auch auf Anfragen Podcasts und Videoaufzeichnungen im Rahmen der „Europagespräche“.

Deborah Cuccia: *Wenn es so etwas gibt wie Wegweiser für einen Wissenschaftler, welche würden Sie für sich nennen?*

Michael Gehler: Diese Frage hat sich mir zum ersten Mal bei der Festschrift-Überreichung von Klaus Schwabe zu seinem 90. Geburtstag in Aachen gestellt, bei dieser Ge-

legenheit ich neben Philipp Gassert einer der beiden Laudatoren sein durfte. Schwabe nannte in seiner Dankesrede als Wegweiser Max Weber mit Gesinnungs- und Verantwortungsethik, Ernest Renan mit der Nation als täglichem Plebiszit sowie Arthur Meier Schlesinger Jr. mit der Bedeutung der Mitte von Politik, was in den USA schmerzlich zu vermissen sei.

Wenn meine Wegweiser zu nennen wären, so ist das bis jetzt biographie- und sozialisationsbedingt Rolf Steininger mit Quellendokumentations- und Editionsarbeit als vornehmste und wichtigste Pflicht der Historiker, also neue Quellenerschließung und Quellenexegese mit aller Quellenkritik (Rudolf Morsey nannte Steininger einmal „king of the documents", was ihn mächtig freute); Gerald Stourzh mit seiner ausgewogenen, detaillierten, akribischen und quellennahen Staatsvertrags- und Neutralitätshistorie, Wilfried Loth mit dichter Analyse und komprimierter Geschichtsdarstellung des Kalten Kriegs, Ludger Kühnhardt mit Begriffsprägung als wissenschaftliche Verpflichtung, um sozusagen der Vergänglichkeit ein wenig ihre Unvergänglichkeit zu entwinden und nicht zuletzt Theodor Fontane mit dem Gedicht zur „Ehre dieser Welt". Kennen Sie das? Ich kann es rezitieren:

Es kann die Ehre dieser Welt
Dir keine Ehre geben,
Was dich in Wahrheit hebt und hält,
Muß in dir selber leben.

Wenn's deinem Innersten gebricht
An echten Stolzes Stütze,
Ob dann die Welt dir Beifall spricht,
Ist all dir wenig nütze.

Das flücht'ge Lob, des Tages Ruhm
Magst du dem Eitlen gönnen;
Das aber sei dein Heiligtum:
Vor dir bestehen können.

Diese Verse sind so wunderbar formuliert und bringen das auf den Punkt, was meines Erachtens wesentlich ist. Alles andere ist weniger bedeutsam und letztlich vergänglich.

VII. Forschungsschwerpunkte und Veröffentlichungen

Philipp Strobl: *Seit 2011 beschäftigen Sie sich aktiv mit der Geschichte von Imperien neben der Organisation internationaler Kongresse und der Herausgabe von Sammelbänden. Wie kamen Sie zu diesem Forschungsbereich?*

Michael Gehler: Das ist eine interessante Geschichte, die abermals zeigt, welche Zufälle im Leben eines Historikers eine Rolle spielen können. Als ich 2006 nach Hildesheim kam, konfrontierte mich der Theologieprofessor Martin Schreiner, damals Dekan des Fachbereichs I, an dem unser Institut angesiedelt ist, mit dem Hinweis, dass im Jahre 2010 das Jubiläum „1000 Jahre Grundsteinlegung Michaeliskirche" anstehen würde und man sich von mir als zukünftigem Historiker eine Beteiligung bzw. Mitwirkung erwarten

würde. Ich war einigermaßen ratlos, wie ich das anstellen sollte, da ich kein Kirchen- und Kunsthistoriker bin.

Wir hatten im WS 2006/07 keinen Althistoriker im Lehrprogramm, so dass ich meinen Freund und Innsbrucker Kollegen Robert Rollinger gefragt habe, ob er einspringen könnte. Er reagierte sofort spontan und positiv. Als ich ihm bei einem Stadtrundgang in Hildesheim die Michaeliskirche zeigte, ihm von dem anstehenden Jubiläum berichtete und wir darüber sprachen, wie eine Beteiligung zu bewerkstelligen wäre, äußerte ich ganz nebenbei den Gedanken, dass ich immer schon mehr über die Geschichte der Imperien wissen wollte. Robert sah mich an und meinte sofort, dass er diesen Gedanken auch schon länger mit sich herumtrage. Beide kamen wir rasch zum Ergebnis, dass diese Michaeliskirche mit ihrer imperialen Bauweise und der imposant bemalten Holzdecke des Jessebaums Ausdruck einer Architektur göttlichen Imperiums sei und genau dort doch anlässlich des Jubiläums eine Tagung zu Imperien stattfinden könnte.

Wir eilten in mein Sekretariat und diktierten Frau Löw alle denkbaren Themen mit Imperien-Bezug und mögliche Vortragende in den Computer. Fünf Jahre später fand eine einwöchige Imperientagung in der Tagungsstätte Michaeliskloster statt, in der wir von der Antike bis zur EU alle möglichen Imperien hinsichtlich ihrer Real- und Rezeptionsgeschichte mit 40 Vortragenden analysierten. 2014 erschienen zwei Bände dazu.

Wir ließen nicht locker. In Wien fand im Rahmen der ÖAW 2014 eine Folgekonferenz über vergessene Imperien, in der Eifel sodann 2017 eine von Robert organisierte Tagung über Sternschnuppen-Imperien und in Hildesheim 2018 eine von uns beiden vorbereitete Tagung über Erosion, Implosion und das Ende von Imperien in Kooperation mit Professorin Regine Schulz, der Direktorin des Roemer- und Pelizaeus-Museums, statt.

Philipp Strobl: *Inwiefern kann die Imperien-Forschung die Geschichtswissenschaften bereichern? Was sind die zukünftigen Herausforderungen der Imperiengeschichtsforschung?*

Michael Gehler: Imperiengeschichte ist histoire totale. Mit Imperiengeschichte decken Sie alles ab: Architektur-, Akteurs-, Biographie-, Diplomatie-, Gesellschafts-, Handels-, Kultur-, Kunst-, Militär-, Politik-, Verkehrs-, Währungs- und Wirtschaftsgeschichte, ja sogar Gender- und Geschlechtergeschichte. Das ist jetzt noch kein Spezifikum der Imperienhistoriographie und können Sie auch für andere Bereiche der Geschichte sagen.

Vergleichende Imperiengeschichte sprengt allerdings die klassischen Epochengrenzen, Periodisierungen, Zäsuren und Zugänge wie den Nationalstaatscontainer und den Eurozentrismus. Imperiengeschichte kann Geschichte der Globalisierung, der Globalität und Weltgeschichte in einem sein, wenn zeitübergreifend, also nicht nur individuell und synchron, sondern auch kollektiv und diachron in der Imperienforschung gearbeitet wird.

Es ist vor allem eines, was die (Zeit-)Geschichte zu wenig beachtet: eine Geschichte der Macht und Mächtigen, aber auch der Ohnmacht und Ohnmächtigen.

Zu den zukünftigen Herausforderungen: Imperiengeschichte kann auch Geschichte des Kulturtransfers, der Internationalität und Transnationalität sowie letztlich, wie schon erwähnt, Geschichte der Macht sein, um die Geschichtsforschende lange einen großen Bogen gemacht haben, weil Alltags-, Arbeiter-, Gesellschafts- und Sozialgeschichte so-

wie zuletzt Kulturgeschichte im Vordergrund standen. Diese lassen sich aber auch mit Imperiengeschichte problemlos verbinden.

Weitere Aufgaben sind die Rekonstruktion bzw. Rekonstruierung und Transformation von Imperien im realgeschichtlichen Sinne sowie damit auch Fragen der Verhinderung des Niedergangs und der Überwindung der Ohnmacht von Imperien.

Deborah Cuccia: *Ein Thema, das Sie intensiv beschäftigt hat, ist die Frage der europäischen Integration. Wie würden Sie die europäische Integration erklären? Was führte zu dieser außergewöhnlichen Entwicklung?*

Michael Gehler: Die europäische Integration kann man ausgehend von Europäisierungen älterer und jüngerer Formen erklären. Die Gründe für die Entwicklung nach 1945 sind vielfältig: ein abermaliger Lösungsversuch der deutschen Frage, die Friedenssicherung, das Wohlstandsversprechen und der Wunsch zurück zur Größe.

Europas Integration war zunächst westeuropäische Integration. Sie bewegte und bewegt sich bis heute im Spannungsfeld von beharrlicher nationalstaatlicher Souveränität und gewollter gemeinschaftlicher Supranationalität. Die supranationale Methode geht über die einfache Kooperation von Staaten durch die Zusammenarbeit von Regierungen hinaus, der sich einzelne Mitglieder entziehen können. Zwischenstaatliche Kooperation der Regierungen (Intergouvernementalismus) sieht keine institutionalisiert supranational vertiefte Integration vor. Die supranational konzipierte Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bildete einen westintegrationspolitischen Anfang, gleichwohl eben räumlich auf Westeuropa und zeitlich auf 50 Jahre bis 2002 begrenzt. Supranationalität, d. h. Kompetenztransfer, Mehrheitsentscheidungen und damit Übertragung von Teilen der Souveränität auf eine höhere überstaatliche Instanz waren als Friedens- und Kriegsverhinderungsprojekt für Westeuropa in Abwehrstellung zur Sowjetunion konzipiert, die es ihrerseits umso heftiger und zielgerichtet bekämpfte.

Die europäische Gemeinschaftsidee erwuchs v. a. auch dem Wunsch nach Einhegung des deutschen Nationalstaatsgedankens und des aus ihm erwachsenden Nationalismus in Deutschland sowie der Kontrolle und Nutzung seines Wirtschafts- und damit Machtpotentials. EWG und EG dienten aber auch gleichzeitig als Reanimations-, Rekonstruktions- und Modernisierungsmaschinen für die durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs schwer angeschlagenen Nationalstaaten Europas, ja selbst sogar für die vermeintliche Siegermacht Großbritannien. Das haben Alan S. Milward, aber auch Wolfram Kaiser gezeigt.

Deborah Cuccia: *Welche Bedeutung hat aus Ihrer Sicht des Historikers der 9. Mai als Europatag?*

Michael Gehler: Der 9. Mai 1950 steht mit der Erklärung Robert Schumans für die Ankündigung der Montanunion. Es war ein wichtiger Anfang und ein sehr mutiger Schritt, wenn man bedenkt, wie Franzosen über Deutsche wenige Jahre nach Kriegsende dachten. Europas Jugendliche forderten jedoch mehr, stürmten im selben Jahr die deutsch-französischen Grenzanlagen, rissen Zolltafeln ab und verbrannten Schlagbäume. Sie beklagten das Versagen der Politik, weil es keine europäische Union gab.

Die Kohle- und Stahlfusion war zwar ein wichtiger Anfang, aber eben auch nur ein Teilprojekt: Europäische Integration blieb noch für Jahrzehnte Integration Westeuropas. Sie war Produkt und Teil des Kalten Kriegs in bewusster Abwehrstellung zur Sowjetunion. Dieses Erbe wirkt als desintegrationspolitische Hypothek bis heute im Verhältnis von Europa zu Russland und vice versa nach.

Philipp Strobl: *Wie sehen Sie die These von Alan S. Milward, nachdem es bei der Integration um die Rettung des europäischen Nationalstaats ging? Ist diese heute noch gültig?*

Michael Gehler: Alan S. Milward hat mit „The European Rescue of the Nation State“ die bisher stärkste und wirkmächtigste These zur Erklärung der Geschichte der westeuropäischen Integration geliefert.[10] Diese im Kontext des Kalten Krieges und der Ost-West-Konfrontation formulierte und für Europas Einigung befürwortende Exponenten ketzerische, ja hammerartige Behauptung ist meines Erachtens für die Erklärung der integrationshistorischen Entwicklung seit den 1950er Jahren nach wie vor gültig. Die Folgejahrzehnte verdienen es aber noch differenzierter betrachtet zu werden, vor allem die Integrationsgeschichte nach 1989 im Zeichen des abklingenden Kalten Krieges in Europa unter weitgehend veränderten globalen Rahmenbedingungen ist auf den Prüfstand zu stellen, zu hinterfragen, zu erweitern und zu modifizieren. Es ist meines Erachtens bis heute immer noch etwas dran an Milwards These.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Seit den Verträgen von Maastricht (1993), Amsterdam (1999), Nizza (2003) und Lissabon (2009) geht es um weit stärker europäisierte Mitgliedstaaten als noch zu Zeiten der Römischen Verträge, die gezwungen waren und mehr denn je veranlasst sind, sich in einer globalisierten und multipolaren Welt zu behaupten und sich entsprechend Gehör zu verschaffen. Meiner Auffassung nach geht es deshalb jetzt um weit mehr als das legendäre Diktum Milwards, nämlich um den europäischen Erhalt des Nationalstaates in einer stärker gewachsenen und vom Integrationsgrad vertiefteren EU im Zeichen des globalen Wettbewerbs, sprich der Globalisierung. Insofern ist die EU auch schon mehr, nämlich Ausdruck, Ergebnis und Teil von Globalität.

Es ist denkbar und gut möglich, dass Milward, der 2010 verstorbene Pionier der europäischen Integrationsgeschichte, den ich noch in seiner Zeit in Florenz am Europäischen Hochschulinstitut von Innsbruck aus besuchen konnte, mit meiner jetzt folgenden Formulierung einverstanden gewesen wäre: Es handelt sich bei der europäischen Integration seit den 1990er Jahren und mehr denn je in den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts um die „Europäische Bewahrung des Nationalstaates in einer gefestigten EU in Zeiten der Globalisierung“, also um es in seiner Sprache zu formulieren “The European Preservation of the Nation State within a solidified EU in times of globalization.”[11]

Philipp Strobl: *Sie haben verschiedene Formen der Europäisierung angesprochen. Könnten Sie diese noch erläutern?*

---

10 Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–51, London 1984, Berkeley – Los Angeles 2nd edition 1986; Ders., The European Rescue of the Nation State, Berkeley – Los Angeles – London 1992.

11 So habe ich es in meinem Europabuch, S. 651, 890 formuliert.

Michael Gehler: Das Wort von der Europäisierung fand aufgrund verschiedener theoretisch denkbarer und praktisch realexistierender Erscheinungen zuletzt eine fast inflationäre Verwendung in der Forschungsliteratur. Das ist zunächst kein Makel, sondern eher Ausdruck einer boomenden Beschäftigung mit der Vielfalt der Geschichte Europas und seiner Integration. Primär erscheint vor diesem Hintergrund, die verschiedenen Spielarten von Europäisierung zu erfassen und zwar in einem breiteren und umfassenderen Verständnis des Begriffs. Dabei wird zu differenzieren sein zwischen Europäisierungen vor der Zeit der Europäischen Gemeinschaften im Sinne einer longue durée von Geschichte einerseits und von Europäisierungen durch die Gemeinschaften bzw. die Europäische Union andererseits, wobei u. a. Handel, Politik, Recht, Wirtschaft und Währung eine Rolle spielen sowie sowohl außergemeinschaftliche, d.h. externe Einflüsse, als auch innergemeinschaftliche, also interne Effekte zu berücksichtigen sind.

Was Europäisierung ist und Europäisierungen sind, ist letztlich von Fall zu Fall zu entscheiden und genauer zu spezifizieren. Eine generelle Definition fällt daher schwer und bleibt in der Regel schwammig. Zu unterscheiden wären ältere und neuere Europäisierungen. Ältere wären langfristig wirkende Trends wie Industrialisierung, Modernisierung, Rationalisierung oder Säkularisierung, die weit vor der eigentlichen Geschichte der (west-)europäischen Integration schon in der Mittleren Neuzeit einsetzten und zu berücksichtigen sind. Sie wirkten in einem Mehrebenen-Geschehen (auf einer lokalen, regionalen, nationalen und eben auf einer europäischen sowie globalen Ebene) innerhalb und außerhalb Europas fort. Diese wurden durch jüngere und neueste Formen von Europäisierungen (wenn man so will EGisierungen und EUisierungen, also durch Vertragsrecht und Vergemeinschaftungsverrechtlichung von Primär- und Sekundärrecht) verstärkt. Beide Formen wirkten zusammen im Bereich der verschiedenen nationalen Kulturen von Politik, Wirtschaft, Industrie, der Gesetzgebung und des Rechts sowie in allen Formen der intensivierten Kommunikation inner- und außerhalb der EU.

Zur Definition: Europäisierungen bestehen darin, Denken, Handeln, Organisieren und Strukturieren europäisch und europäischer zu machen. Sie bewirkten verschiedene Reaktionen: Akzeptanz, Gleichgültigkeit bis hin zur Ablehnung und zu hinhaltendem Widerstand seitens politischer Systeme und ihrer Bevölkerungen. Daher sind Europäisierungen wiederholt mit Erscheinungen der Desintegration und der De-Europäisierung verbunden. Diese Gegenreaktionen zu übergehen, würde darauf hinauslaufen, nur einen Teil des Bildes zu zeichnen.

Im Idealfall führen Europäisierungen zu supranationalen Konstruktionen und gemeinschaftlicher Politik, müssen es aber nicht. Koordinierung, Sozialisierung und Zusammenarbeit auf inner- und außereuropäischer Ebene sind als Vorstufen von Europäisierungen zu begreifen. Letztlich entscheiden empirische Einzelfall-Analysen und führen zur Differenzierung und Typologisierung von Europäisierungen. Ich habe dazu vor kurzem einen Beitrag verfasst, der mehr enthält als ich jetzt hier ausführen kann.[12]

12 Integration and Disintegration. Different Types of Europeanization from the Emergence and Reshaping of Western Europe (1947–1989) to a United Europe (1989–2007 in Times of Crisis (2008–2020), in: Florian Greiner/Peter Pichler/Jan Vermeiren (Eds.), Reconsidering Europeanization. Ideas and Practices of (Dis-)Integrating Europe since the Nineteenth Century (History and Ideas Vol. 1), Berlin – Boston 2022, pp. 29–67.

Philipp Strobl: *Welche Rolle spielen Europäische- und Integrationsgeschichtsschreibung an den Universitäten in Deutschland und in Österreich?*

Michael Gehler: In Österreich haben wir das ab 1991/92 in Innsbruck auf zeithistorischer Ebene begonnen, also Rolf Steininger, der auch den Titel eines Jean-Monnet-Chairs innehatte, und meine Wenigkeit. Die Idee, sich intensiver und systematischer mit der EU zu befassen, brachte Kollege Thomas Albrich am Institut für Zeitgeschichte in Innsbruck auf. Der Vorschlag stieß auf Zustimmung und es wurde beschlossen, dass ich das aufgreifen und umsetzen sollte. Gesagt, getan.

In Österreich haben Thomas Angerer und Oliver Rathkolb in vereinzelten Studien Österreichs Verhältnis zum europäischen Integrationsgeschehen behandelt, Angerer mit Blick auf Frankreich und Rathkolb ausgehend von den USA. In Graz hat vor allem Anita Ziegerhofer die Thematik Europa, EU sowie Österreich und die europäische Integration in Einzelstudien, Monografien und Dokumentationen ausgehend von ihrer Meisterarbeit über Richard Coudenhove-Kalergie und die Paneuropa-Union („Botschafter Europas“) in der Zwischenkriegszeit sowie aus der Sicht der europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte eingehend analysiert, intensiv beleuchtet und beeindruckend bearbeitet. Sonst blieb das Thema Österreich und Europa aus historischer Sicht an Österreichs Universitäten weitgehend unterbelichtet.

In Deutschland gab und gibt es nur wenige Jean-Monnet-Chairs (Gabriele Clemens, Jürgen Elvert, Wolf Gruner, Wilfried Loth, Jürgen Mittag und Klaus Schwabe) – gerademal etwas mehr als eine Handvoll. Das sagt auch einiges darüber aus, dass das Fach europäische Integrationsgeschichte auf professoraler Ebene in Deutschland nicht so breit aufgestellt ist. Der wissenschaftliche Nachwuchs hat sich aber längst auf diesen Themenkomplex fokussiert. Für die Zukunft ist da mehr auf universitärer Ebene zu erwarten.

Deborah Cuccia: *Im Jahr 2020 erschien mit „Geschichte schreiben – Geschichte vermitteln“ ein umfangreiches, zweibändiges Werk, in dem Sie und weitere Herausgeber ausgewählte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler über mehrere Jahre interviewten. Ziel des Bandes war es, Antworten auf die Fragen zu erhalten, wie diese ihr Fachgebiet zu Beginn des 21. Jahrhunderts darstellen und im größeren Feld der Europawissenschaften verorteten. Damit bewegen Sie sich in einem höchst aktuellen, wissenschaftsgeschichtlichen Feld. Wie kamen Sie zu diesen Forschungen?*

Michael Gehler: Dieses Vorhaben erwuchs aus den vielen Einladungen von Gästen zu den Hildesheimer Europagesprächen. Wir waren immer bestrebt, diese verschiedenen Geschichtsforschenden gezielt zu fragen, wie sie ihr Fach hinsichtlich Europaforschung sehen und wie sie sich selbst in diesem Kontext verorteten.

VIII. Zeitzeugen Erinnerungen

Philipp Strobl: *Was verbinden Sie persönlich mit dem Kalten Krieg? Gab es Unterschiede zwischen Deutschland und Österreich?*

Michael Gehler: Aufgewachsen an der „innerdeutschen Grenze“ oder der „Staatsgrenze der DDR“, neutraler formuliert an der deutsch-deutschen Grenze, sind mir Absurdität und Irrsinn dieser Grenze sehr früh vor Augen geführt worden, zumal die Großeltern väterlicherseits ca. 15 Kilometer hinter dem Eisernen Vorhang in Steinach in Thüringen lebten und wir sie zunächst nicht besuchen konnten. Erst die deutsche Ostpolitik mit der Öffnung von Grenzübergangsstellen der 1970er Jahre hat ein Wiedersehen möglich gemacht. Diese Grenzerfahrung hat mich immer wieder beschäftigt und in meinen späteren Forschungen wiederholt beeinflusst. Dagegen war die Brennergrenze bei sommerlichen Urlaubsfahrten mit dem VW-Campingbus über Südtirol nach Italien zwar lästig wegen des langen Wartens bei brütender Hitze, aber letztlich unvergleichbar erträglicher als eine Grenze mit Todesstreifen und Selbstschussanlagen.

Wie habe ich diese Kontraste zwischen Österreich und Deutschland als Jugendlicher erlebt? In Deutschland hat man den Kalten Krieg viel stärker gespürt, v. a. in den Medien. Die Bundesrepublik war Partei und damit Teil des Kalten Krieges, ein Frontstaat im deutsch-deutschen Kalten Krieg, wie es Josef Foschepoth formulieren würde. Wenn man als Jugendlicher eine nichtkonforme Position vertreten hat, war mitunter reflexartig das Wort zu hören: „Na dann geh’ halt rüber in die DDR!“ Eine an sich primitive Empfehlung, die die ganze argumentative Ausweg- und Hilflosigkeit zum Ausdruck brachte.

Die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Medien war in Deutschland mitunter einseitig, parteiisch und geradezu tendenziös, wenn ich an das „ZDF-Magazin“ von Gerhard Löwenthal, aber auch an den „Schwarzen Kanal“ von Karl-Eduard von Schnitzler im DDR-Fernsehen denke. An der deutsch-deutschen Grenze konnte man das regelmäßig im deutschen Fernsehen verfolgen. Ganz anders war der ORF zur gleichen Zeit zu erleben, der jedenfalls im Kalten Krieg eine ausgewogenere und neutralere Position einnahm, wenngleich letztlich geistig-ideologisch und kulturell westorientiert war.

Deborah Cuccia: *Was verbinden Sie mit der 68er Revolution und wie bewerten Sie die Folgen?*

Michael Gehler: Relativ wenig bis gar nichts. Ich war damals sechs Jahre alt und habe daran keine konkrete Erinnerung. Die erste politisierende Erfahrung erlebte ich in der Volksschule Anfang der 1970er Jahre, als der Lehrer furchteinflößend von der „Baader-Meinhof-Bande“ sprach, die in gewisser Weise auch eine Frucht der 1968er Generation war und auf einen jungen ahnungslosen Menschen angsterregend wirkte. Es handelte sich um die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), überschaubare Zellen, die die Bundesrepublik tatsächlich über Jahrzehnte in Angst und Schrecken versetzten. Ein Hauch von 1968 war später zu erkennen, als Kontakte mit Linksintellektuellen und Neomarxisten entstanden.

Philipp Strobl: *„Fall der Mauer“ ist das nächste Stichwort. Welche Erinnerungen haben Sie an das Deutschland vor der Öffnung der Berliner Mauer? Wie erlebten Sie den Fall*

der Berliner Mauer und die deutsche Einheit 1990? Wie haben Sie das Deutschland nach der Öffnung erlebt?

Michael Gehler: Das sind jetzt drei Fragen auf einmal:

1. Im Herbst 1989 war ich zu meinem Leidwesen nicht in Deutschland bzw. Oberfranken an der deutsch-deutschen Grenze, als seit dem 13. November der Grenzübergang an der Gebrannten Brücke zwischen Neustadt bei Coburg und Sonneberg wieder passierbar war. Seither steht dort ein großes Schild, das von diesem Ereignis kündet. Ich wäre gerne dort gewesen, leistete aber zu dieser Zeit meinen Zivildienst beim Österreichischen Roten Kreuz, genauer beim Landesverband Tirol und später auch bei der Rettung Innsbruck ab.

2. Das Erlebnis bestand aus der Verfolgung der Fernsehberichterstattung. Ich war emotional berührt. Während der Pausen der Rettungseinsätze habe ich Radio gehört und war sehr angetan von den Massendemonstrationen in Leipzig mit den Slogans „Wir sind das Volk“.

3. Deutsche in den Grenzregionen waren nach der Öffnung zunächst euphorisch gestimmt, doch diese Stimmung sollte schon ab Frühjahr und Sommer 1990 merklich abflachen, als die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nach dem ersten Kennenlernen deutlicher wurden, v. a. aber die Konsequenzen der überstürzten Einigung mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen (Stichwort Arbeitslosigkeit, Treuhand etc.). Ich behaupte, dass viele Ostdeutsche erst nach dem Ende der DDR richtig überzeugte „DDRler“ wurden und zwar durch die Begegnungen und den Austausch mit Westdeutschen. „Wessis“ und „Ossis“ sind ein Produkt der deutschen „Einigung“. Ähnlich mag es mit Österreichern nach dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich nach 1938 gewesen sein.

Deborah Cuccia: *Wie empfanden Sie 1995 den EU-Beitritt Österreichs?*

Michael Gehler: Sie werden sich jetzt über meine Antwort sehr wundern! So proeuropäisch ich grundsätzlich eingestellt war und bin, so sehr hat mich die EU-Beitrittskampagne der Bundesregierung von 1994 seinerzeit abgestoßen. Es wurde mit so primitiven Formeln geworben – mit Jörg Haiders skurriler Anti-EU-Propaganda bestand ein regelrechter Überbietungswettbewerb an Flachheit und Provinzialität – dass ich aus Protest mit „Nein“ gestimmt habe. Mich ärgerte auch die Argumentation, wer gegen den EU-Beitritt wäre, sei für Haider. Primitiver ging es nicht mehr!

Mir schien damals die Schweiz sich weitaus geschickter und wesentlich klüger in ihrem Verhältnis zur EG verhalten zu haben. Ich sorgte mich auch um den Erhalt der österreichischen Neutralität, die bei den Beitrittsverhandlungen außen vor gehalten wurde, was verdächtig erschien und skeptisch stimmte. Es war aber auch absehbar, dass diese gekünstelt hochgeputschte EU-Beitrittseuphorie im Vorfeld der Abstimmung am 12. Juni 1994 nicht lange anhalten und die Katerstimmung alsbald einsetzen würde, weil die Verheißungen und Versprechungen (u. a. die rasche Entschädigung der Bauern mit Ausgleichszahlungen für die sofortige Übernahme des Agrarpreisniveaus der EU, der Ederer-Tausender, benannt nach Europastaatssekretärin Brigitte Ederer, wonach jeder Österreicher nach dem Beitritt 1000 österreichische Schillinge mehr in seinem Geldtascherl vorfinden würde) zu simpel, nicht rasch umsetzbar und unhaltbar waren.

Die Annahme, Österreich und Österreicher würden durch die EU europäischer und offener werden, sah ich ebenfalls kritisch. Eher war durch die nicht zu erfüllenden Erwartungen ein Trend zum Austrozentrismus, sprich zur Renationalisierung und zur Verprovinzialisierung zu befürchten, was sich ja mit den Erfolgen der FPÖ in gewisser Weise bewahrheiten sollte. Die Einschätzungen waren also zeitgenössisch bedingt sehr ambivalent. Im Rückblick kann man nur froh und dankbar sein, dass Österreich der EU beigetreten ist, weil letztlich überwiegend Vorteile mit der EU-Mitgliedschaft verbunden waren.

Philipp Strobl: *Wie lautet die bisherige Bilanz des österreichischen EU-Beitritts und wie bewerten Sie diesen persönlich?*

Michael Gehler: Bilanzierend lässt sich sagen, dass Österreich innerhalb wie außerhalb der EU Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit mittleren und Klein-Staaten entwickelt hat. Die Beziehungen zur Bundesrepublik wurden enger und wichtiger denn je. Österreichs Wirtschaft ist nahezu vollständig in der EU integriert und profitiert davon.

Politisch verlief die EU-Mitgliedschaft weit weniger reibungslos. Kooperationskonzeptionen eröffneten in der Regel mehr Aussicht als unilaterale Aktionen, obwohl Österreichs Weg in die EU vielfach von „Alleingängen“ gekennzeichnet war. Von der „Osterweiterung“ hat Österreichs Wirtschaft erheblich profitiert, wie auch Wien sich als Stadt gen Osten geöffnet und stark gewandelt hat. Mit dem EU-Beitritt öffnete sich für Österreich mehr denn je die neue Welt der jungen und noch entwicklungsfähigen EU mit weitreichenden Perspektiven, v. a. für transnationale Unternehmen und die exportorientierte Wirtschaft. Es boten sich für viele Österreicherinnen und Österreicher neue Reisemöglichkeiten in die neu hinzugekommenen EU-Mitgliedsländer des Nordens, der Mitte und des Ostens sowie des Südostens Europas, insbesondere durch den weitgehend uneingeschränkten Zahlungsverkehr. Damit ergaben sich neue Chancen des Austausches und der Begegnungen, nicht zuletzt auch durch Kooperationen im Bereich von Wissenschaft und Forschung. Das war für ein mitunter sehr auf sich selbstbezogenes Land hinsichtlich Denkmustern und Verhaltensweisen eine neue Dimension.

Tatsächlich ist jedoch die Folgewirkung der EU-Mitgliedschaft vielschichtiger. Für nicht wenige Österreicherinnen und Österreicher kam mit dem EU-Beitritt ein neues subjektives Gefühl von Fremdbestimmung auf. Durch viele Umstände, u. a. auch durch die „EU-Sanktionen“ des Jahres 2000 (tatsächlich jedoch keine EU-Aktionen, sondern einzelstaatliche Boykottmaßnahmen), schlichte Unkenntnis und mangelnde Vertrautheit mit Aufbau, Geschichte, Grenzen und Möglichkeiten der EU, aber auch durch real erfahrene Enttäuschungen manifestierte sich paradoxerweise durch die EU-Zugehörigkeit auch ein Trend zur Renationalisierung, Verprovinzialisierung und Zurückgezogenheit von Durchschnittsbürgerinnen und -bürgern, der durch weitere Zugewinne der EU-kritischen bis -gegnerischen FPÖ unter Jörg Haider und Heinz-Christian Strache Ausdruck fand. Das ist rational kaum zu erklären bzw. nachzuvollziehen, aber psychologisch zu verstehen. Ein neuer und spezifischer Austro-Nationalismus und ein verstärkter traditioneller Österreichpatriotismus waren auch Folgen des EU-Beitritts. Durch diesen wurden viele Österreicher noch mehr Österreicher als Europäer.

Deborah Cuccia: *Wie hat sich in Österreich das Bild von Deutschland verändert nach der Einheit? Hat man Deutschland anders gesehen?*

Michael Gehler: Abgesehen von zahlreichen Intellektuellen aus Kunst, Literatur und Wissenschaft in Österreich, die auch durch in Printmedien veröffentlichte Unterschriftensammlungen eine Abwehrhaltung einnahmen, offensichtlich riesige Angst vor dem „deutschen Rasenmäher“ und das Bild von einem neuen „Vierten Reich“ vor Augen wie auch Anschluss-Befürchtungen hatten (was für mich als Deutschland-Ösi in Kenntnis Deutschlands unverständlich geblieben ist), war laut Umfragen 1989/90 die Haltung der Durchschnittsösterreicher durchaus positiv zur deutschen Einigung. Wiens Bürgermeister Helmut Zilk hat diese Stimmung so verstanden und aufgegriffen, als er am 3. Oktober 1990 die Deutschlandfahne am Wiener Rathaus hissen ließ. Es bestand also ein aufschlussreich signifikanter Unterschied zur Einstellung von Intellektuellen und dem ‚einfachen Mann von der Straße‘. Erschreckend im Rückblick, dass die Normalbürger die Lage gelassener und realistischer einschätzten als Künstler, Literaten und Wissenschaftler.

Philipp Strobl: *Wie hat sich Ihr Bild von Deutschland in Deutschland selbst weiter gestaltet?*

Michael Gehler: Diese Frage ist mit einem starken Wandel zu beantworten. Ich hatte wie viele Österreicher zunächst ein sehr positives, ja viel zu positives Bild von Deutschland. Es war ein Vorbild-Land, das mich wieder zurückzog als jemand, der dort aufgewachsen ist, aber in dieser Zeit auch noch bessere Verhältnisse dort kannte. Erstaunt, irritiert und verwundert war ich erstmals, als Freund Ludger Kühnhardt schon früh – das muss um die Jahrtausendwende gewesen sein – prophetisch von einer sich bereits vollziehenden und weiter bevorstehenden „DDRisierung der alten Bundesrepublik“ sprach. Er wollte damit sagen, dass das Entwicklungs- und Leistungsniveau im Westen Deutschland stagnieren und rückläufig sein würde – praktisch dagegen gleichzeitig Ostdeutschland im Vergleich zum Westen einen infrastrukturellen Modernisierungsschub erleben sollte. Ich konnte dieses Urteil nicht nachvollziehen und dachte, es sei übertriebener Pessimismus. Rückblickend muss ich sagen, dass ich Kühnhardts Einstellung heute viel besser verstehe. Ich fürchte sagen zu müssen, dass er Recht bekommen hat.

Trotz des Zuwachses an Bevölkerungszahl und Gebietsstand sowie gesteigerter Ausfuhr (bei eigenem Wertschöpfungsverlust der Exportgüter), lange anhaltender positiver Leistungsbilanz, ökonomischen Wachstums und gestiegener Wirtschaftsleistung bis 2019 stehen diesen Befunden anderslautende Erkenntnisse entgegen: Das Land ringt seit 1990 mit seinem inneren Zusammenhalt. Es war teilweise ideologisch, gesellschaftlich und politisch und z. T. auch innerparteilich gespalten. Das war seiner Position der Stärke in der EU in den Jahren von 2015 bis 2020 abträglich.

Ohne Deutschland wären zwar weder der Euro (2002) noch die EU-Osterweiterung (2004) so schnell gekommen, doch seit der Banken- und Finanzkrise (2008–2010) war seine Position in der EU angefochtener als je zuvor. Durch die „Flüchtlingskrise“ (2015) angeschlagen, konnte sich Deutschland unter den EU-27 nicht mehr behaupten. Es hat mit Merkel zur Nord-Süd- und Ost-West-Spaltung der Union in der Euro- bzw. Migrationsfrage mitbeigetragen und sich damit selbst geschwächt, den „Brexit“ nicht abwenden

können oder wollen und Macron mit seinen ambitionierten Vorstößen zur Weiterentwicklung der EU komplett im Regen stehen lassen. In der Bewältigung der Corona-Krise setzte sich Berlin weder in Deutschland gegen die eigenen Bundesländer noch gemeinsam mit Paris im vollen Umfang gegen EU-Klein- und Mittelstaaten bei der Ausgestaltung der Aufbauhilfen in der Frage von Darlehnen und Zuschüssen durch. Seit circa 2010 im europa-, integrations- und innenpolitischen Krisenmodus, reichte die Kraft für die Bändigung der Zentrifugalkräfte in der EU und die Sicherung ihres Zusammenhalts sowie die Verhinderung des Auseinanderdriftens und des Niedergangs des Westens nicht mehr aus.

Betrachtet man die innerdeutsche Lage alphabetisch und stichwortartig durchdekliniert bezüglich Bahn, Bildung, Bundeswehr, Chancengleichheit, Demokratieschutz, Digitalisierung, Einwanderer-Integration, Energie, Frauenquote, Gleichstellung, Klima, Pflege, Umwelt, Verkehrsinfrastruktur und Wohnraum zeigt sich, dass es nur noch um die Verhinderung weiteren Abstiegs geht.

Die Ära Merkel (2005–2021) wird in diesem Lichte zu beurteilen sein. Ich empfinde es bei einem Deutschland im Niedergang als Aufgabe genug, diesen abzubremsen. Durch die Folgelasten des Ukrainekriegs wird das sicher politisch nicht einfacher. Viele Menschen in Deutschland haben es noch nicht begriffen oder wollen es einfach nicht wahrhaben und meinen, es geht alles so weiter wie bisher. In diesem Glauben hat Merkel die Deutschen während ihrer Regierungszeit gelassen und das war ein fataler Irrtum bzw. ein schwerer Fehler. Sie hat nach ihrem Abgang das Land orientierungs- und ratlos zurückgelassen. Es ist nur unzureichend auf die kommenden Herausforderungen und Krisen vorbereitet, was durch die Pandemie und den ausgeweiteten Ukrainekrieg noch deutlicher geworden ist.

Deborah Cuccia: *Wo waren Sie am 11. September 2001 und wie erlebten Sie den Angriff auf das World Trade Center?*

Michael Gehler: An diesem Tag saßen wir mit unseren damals drei kleinen Kindern an einem Strand auf der Insel Kreta. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Badetouristen. Viele verließen fluchtartig den Strand, gingen in die Hotelbar oder auf ihre Zimmer und starrten entsetzt auf die wiederkehrenden schrecklichen Bilder der TV-Bildschirme. Zu Mittag und Abend wollte kaum jemand etwas essen. Die globale Schockwelle und die dann einsetzende Schockstarre waren direkt körperlich zu spüren.

Erstaunlich war, dass schon am 11. September die Bilder des sinister erscheinenden Osama bin Laden im Fernsehen zu sehen waren (obwohl er sich erst später als Drahtzieher der Anschläge zu erkennen gab) und bereits einen Tag später auf dem Titelbild der im Urlaub – egal wo – stets erhältlichen BILD-Zeitung das Foto von Mohammed Atta mit dem Titel „Die Terror-Bestie lebte acht Jahre in Deutschland" prangte. Offenbar wusste man unmittelbar nach den Anschlägen schon vom Anführer und seinen Leuten als die Flugzeugentführer. Sie waren demnach amtsbekannt. Geschlafen hatten augenscheinlich nicht die „Schläfer".

Unvergesslich ist mir ein dickleibiger italienischsprachiger Schweizer Urlauber, der am Strand auf- und abging und in sich hineingrinste. Er meinte, die Amerikaner hätten die Anschläge aufgrund ihres Hochmuts verdient. Er war sichtlich schadenfreudig. Das zeigte sehr früh, dass nicht alle an den Toten des 11. September Anteil nahmen. Es gab

nicht nur Solidarität mit den über 2700 Opfern, die in den brennenden und zusammenstürzenden Zwillingstürmen auf unfassbar schrecklich Weise ums Leben kamen. Damals war ich noch an der Universität Innsbruck tätig. Als nächstes Seminarthema stand der Titel „Attentate und Terrorismus“ fest, woraus dank engagierter studentischer Beteiligung ein Sammelwerk „Von Sarajewo bis zum 11. September“ entstanden ist.[13]

Phlipp Strobl: *Was ist für Sie das in weltpolitischer Hinsicht bedeutendste Ereignis der letzten zehn Jahre?*

Michael Gehler: Das ist sehr schwer zu sagen. Ein Ereignis zu benennen wird nicht möglich sein. Es hängt von den verschiedenen Erdteilen und Kontinenten ab. Für Afrika, wenn man das so sagen darf, war es der arabische Frühling 2011, dem kein Sommer folgte. Für Japan war es Fukushima im gleichen Jahr, das die Gefahr der Atomenergie-Nutzung für alle Welt verdeutlichte. Für die USA ist es meines Erachtens der 6. Januar 2021 mit dem Angriff auf das Kapitol und der Erodierung demokratisch-freiheitlicher Grundwerte sowie für Europa der Krieg zwischen Russland und der Ukraine, an dem alle Menschen am Kontinent – so oder so – noch lange sehr leiden werden, besonders die Ukrainer.

IX. Einschätzungen und Sichtweisen auf jüngeres Geschehen

Philipp Strobl: *Wie erlebten Sie die Corona-Krise und was waren Ihre ersten Erkenntnisse?*

Michael Gehler: Corona traf mich völlig unvorbereitet, was mir sehr zu denken gab. Neben laufenden Projekten setzte eine Beobachtung der Entwicklung, die Sammlung von Informationen und das Festhalten erster Befunde ein. Die Beschäftigung mit ‚älterer‘ (Zeit-)Geschichte trat zurück und die Gegenwartsgeschichte mehr in den Vordergrund.

Corona war eine Chance, weil historisch gewachsene Gesellschaftsstrukturen, Kulturen und Mentalitäten in ihrer Fragwürdigkeit und Krisenhaftigkeit wie in einem Brennglas gebündelt erschienen. Klar war, nachdem Informationen über die Spanische Grippe (1918–1920) einzuholen waren: Die Abwehr lebensbedrohlicher Folgen einer Pandemie mit ihren Wellen dauert circa drei Jahre. Sollte das für Corona zutreffen, dann war klar, dass es kein irrelevantes Intermezzo im Sinne einer unbedeutenden Unterbrechung, sondern ein globalgeschichtlicher Einschnitt sein würde.

Viel sprach schon im ersten Jahr 2020 dafür: Erstmals konnte die EU Schulden machen. Die Kosten ihres Wiederaufbau-Plans sollten mindestens eine nachfolgende Generation abtragen. Die USA verzeichneten mehr Tote als im Zweiten Weltkrieg. Autokratische und diktatorische Tendenzen nahmen zu. Die schon vor Corona im Mitgliederschwund befindlichen christlichen Kirchen gehörten zu den Verlierern, zumal sie auch nicht mehr allen Ernstes mit einer Strafe Gottes argumentieren konnten. Gewinner waren US-Technologiekonzerne wie Amazon und Netflix, die für Monopolbildung stehen. Corona hatte

13 Von Sarajewo zum 11. September. Einzelattentate und Massenterrorismus, hrsg. gem. m. René Ortner, Innsbruck – Wien – Bozen 2007.

innergesellschaftliche und außerstaatliche Ungleichheiten verstärkt. Niedrigverdiener, „unterentwickelte" Länder und Frauen waren am stärksten betroffen. Es drohte Stagnation, wenn nicht Regression in der Gleichstellungsentwicklung.

Philipp Strobl: *Die Auswirkungen der Corona-Epidemie auf alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche sind enorm. Hat die deutsche bzw. die europäische Politik richtig reagiert?*

Michael Gehler: Diese beiden Fragenkomplexe erfordern ausführlichere Antworten und v. a. noch weitere Forschungen. Corona hat zunächst die Schlagbäume sinken lassen, bis die EU-Kommission die nationalen Alleingänge einfangen konnte. Die Freizügigkeit, die im Europa-Wahlkampf 2019 als Gut hochgehalten wurde, wurde ausgesetzt. Man musste sich tatsächlich fragen, ob es eine Lungenerkrankung schaffen würde, worauf Nigel Farage, Marine Le Pen oder Matteo Salvini hingearbeitet hatten, nämlich das europäische Einigungsprojekt zu schwächen oder gar zu zerstören. Diese Pandemie erschien offensichtlich als etwas Neuartiges, das sich in Ausmaß und Rasanz niemand vorstellen konnte. Wenn die genannten Politiker zur Durchsetzung ihrer Ziele Corona brauchten, sprach das für ihre Hilf- und Machtlosigkeit. Das europäische Projekt war aber nicht so leicht zu zerstören. Ausnahmezustände schaffen Ausnahmeregelungen.

Sehr schnell ist allen klargeworden, dass nationale Alleingänge à la Bayern und Österreich nicht weiterhelfen würden sowie Hilfe nur sinnvoll geleistet werden konnte, wenn der Binnenmarkt für alles Lebensnotwendige weiter funktioniert. Es bestand aber die Gefahr, dass bei längerem Anhalten der Krise die Sache zum Politikum wird und immer mehr kritische Fragen gestellt würden, ob man ausreichend genug vorbereitet war oder man zu spät reagiert habe etc.

Der von Macron und Merkel 2019 unterzeichnete Aachener Vertrag in Nachfolge des Elysée-Vertrags von 1963 wies Bestimmungen für deutsch-französische Grenzregionen auf, die Verbesserungen im Zusammenwirken bei Infrastruktur-Projekten sowie im Gesundheitsbereich durch gemeinsame Krankenhäuser sogar mit Zweisprachigkeit ermöglichten. Diese grenzüberschreitende Hilfe hatte im Falle der Corona-Bekämpfung eingesetzt.

Zu Deutschland: Ein auf die Spitze getriebener Föderalismus war in der Geschichte öfter schon ein Hemmschuh für europäische Integrationspolitik. Das war noch mehr der Fall, als jedes Bundesland seine eigene Anti-Corona-Suppe kochte. Der deutsche Föderalismus im Zeichen von COVID-19 entpuppte sich als eine EU im Kleinen, verkomplizierte die Entscheidungsmöglichkeiten und erschwerte die Reaktionsfähigkeit auch mit Blick auf die grenzüberschreitende Kooperation.

Für die EU-Institutionen kann vorläufig festgehalten werden, dass zunächst eine verspätete Reaktion infolge von Unterschätzungen des Ausmaßes der Pandemie einsetzte. Erst ab Mitte Februar wachte Brüssel allmählich aus seinem Tiefschlaf auf und begann im Laufe des März zu überlegen, was zu tun sei, doch war es schlecht vorbereitet und war nur unzureichende Folgenabschätzung vorhanden. Ein Notfallplan fehlte.

Die Institutionen der EU (EIB, ESM, EZB und Kommission) konnten nach einigen Wochen einzelstaatlicher Maßnahmen dann einen gangbaren und sinnvollen Ausweg aus der Krise aufzeigen. Es wurden einmalige Hilfsmaßnahmen in wahrlich historischem und

bis dahin unvorstellbarem Ausmaß von Milliardenbeträgen als Kredite und Zuschüsse vereinbart, wobei erstmalig in ihrer Geschichte eine erhebliche Verschuldung der EU auf Kosten mindestens einer Generation, wenn nicht der nächsten Generationen (!) in Kauf genommen wurde. Die schiere Höhe der unfassbar riesigen Milliardenbeträge erschien fast so, also wollte man in Brüssel und den nationalen Metropolen angesichts der erheblichen Mängel und Versäumnisse im Februar und März ein schlechtes europäisches und mitgliedstaatliches Gewissen beruhigen. Hartmut Kaelble hat nachgewiesen, dass es um die Zustimmungsfähigkeit der Europäerinnen und Europäer zur EU und ihren Maßnahmen im Zeichen von Corona gar nicht so schlecht bestellt war,[14] wie es oberflächliche Urteile über sie nahelegten.

Nach dem deutschen Ratsvorsitz vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 konnte insgesamt ein positives Fazit gezogen werden: Neben dem installierten Wiederaufbaufonds für Corona-geschädigte EU-Mitglieder wurden der deutlich aufgestockte Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) für die EU und seine Kombination mit dem Programm Next Generation EU (NGE) beschlossen.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Covid-19-Krise verdient ein weiterer Punkt noch Beachtung: Zur Vermeidung des Aufkommens eines Impfstoff-Nationalismus lautete seit Juni 2020 die einleuchtende Strategie der EU-Kommission und des dann folgenden deutschen Ratsvorsitzes unter der Beibehaltung des Grundprinzips europäischer Solidarität, den Ankauf und die Vergabe von Impfstoffen durch die EU vornehmen zu lassen, um Verteilungsgerechtigkeit zu gewährleisten bzw. eine Privilegierung zu vermeiden.

Noch ein weiterer Punkt ist erwähnenswert: Die Kommission und andere EU-Institutionen haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Impfstoffgewinnung zu fördern und dafür auch erhebliche Mittel mobilisiert. Ich wage die These: Ohne die EU-Förderung und nur auf nationalen Wegen vorgegangen hätte es nicht so schnell verschiedene Impfstoffe gegeben. Die Beurteilung der weiteren Entwicklung in pandemischen wie postpandemischen Zeiten muss offenbleiben. Die Forschung hat hier noch genug zu tun und wir sind noch weit entfernt von abschließenden und gesicherten Aussagen.

Deborah Cuccia: *Welche Folgen hat Corona für die Geschichtsforschung?*

Michael Gehler: Für die Geschichtsforschung fragte sich, ob sie fortan so weitermachen kann wie bisher, so als ob nichts geschehen wäre. Durch sich verschärfende Kämpfe in der Verteilung von Finanzmitteln zugunsten der Natur- und zulasten der Geisteswissenschaften stellt sich für Fördereinrichtungen mehr als bisher die Frage nach der Relevanz von Forschung: Ist alles gleich wichtig, was wir forschen oder gibt es weniger wichtige Themen? Wer aber definiert das und welche Instanzen entscheiden es? Oder erfolgte das nicht längst schon durch Fördereinrichtungen und diverse Stiftungen? Für den geschichtswissenschaftlichen Nachwuchs wird es, so oder so, nicht leichter, zumal wenn wir als Etablierte weiter alte Themen reiten und nicht mutig neue Themen aufgreifen, junge Leute dazu animieren sowie sie dabei auch mitnehmen und unterstützen.

14 Hartmut Kaelble, Mehr als ein neues Krankheitsbild. Warum die Corona-Krise für die Europäische Union historisch neuartig ist, in: *integration* 43 (2020), Heft 4, S. 321–332.

Deborah Cuccia: *Welche Folgen wird Corona für die akademische Lehre haben?*

Michael Gehler: Das Mantra von der Digitalisierung schien Ausweg und Allheilmittel schlechthin zu sein. Ihre Zwiespältigkeit manifestierte sich aber schon in der Online-Lehre in vermeintlicher Alternativlosigkeit bei schon einsetzender Ernüchterung. Corona schien vorerst diesen Megatrend der Digitalisierung zu bestätigen. Tatsächlich wäre ohne sie und die Online-Lehre der Lehrbetrieb an Universitäten und Schulen zusammengebrochen.

Neben dieser Unausweichlichkeit zeichnete sich aber auch Desillusionierung ab angesichts fehlender Kosten- und Schadensabschätzungen sowie ihrer Folgen: Atomisierung, Authentizitätseinbuße, Arbeitsplatzverluste, Datenkontrolle, Grenzen des fremdbestimmten und selbständigen Lernens, Ressourcenraubbau, Überlastung der Energiesysteme sowie Vereinsamung durch Vereinzelung der Studierenden und nicht zuletzt auch der Lehrenden.

Philipp Strobl: *Einer Ihrer zentralen Forschungsschwerpunkte ist die europäische Integration. Wie blicken Sie auf den Zusammenhalt Europas und die internationale Kooperation?*

Michael Gehler: Die EU-Wiederaufbauhilfe für besonders coronageschädigte Mitglieder in vierstelliger Milliardenhöhe, gekoppelt mit dem MFR ist ein Super-Marshall-Plan, der das gleichnamige Programm der USA (1948–1952) in den Schatten stellt; und damals ging es nur um Westeuropa. Einzelstaatliche Alleingänge und Impfstoff-Nationalismus erwiesen sich als augenblickswirksame Aktionen mit begrenztem Lösungscharakter, wie die populistischen Beispiele Bayern mit Markus Söder und Österreich mit Sebastian Kurz zeigten.

Mittel- und langfristig half nur ein gemeinschaftlicher Verbund mit Solidarität und Subsidiarität entscheidend weiter. Allerdings dürfen überzogene Erwartungen und unrealistische Forderungen nicht an die EU adressiert werden, die vom Willen der Ressourcenbereitstellung und somit von der Unterstützungsbereitschaft der Mitglieder abhängig bleibt. Die Bekämpfung der Folgen von Corona und seiner Mutanten wurde zur Nagelprobe für nachhaltige internationale Kooperation. Es ist bemerkenswert, dass neben der EU auch China und Russland Impfstoffhilfe für geschwächte Länder wie Brasilien und Indien angeboten haben, Großbritannien unter Boris Johnson und die USA unter Joe Biden dagegen zunächst gar nicht.

Um ein anderes Thema noch kurz anzusprechen: Die Ausweitung des Ukrainekriegs durch Putin seit dem 24. Februar 2022 hat jedenfalls die Einigkeit der EU-Mitglieder verstärkt. Wie lange das anhält, bleibt angesichts der Energiekrise abzuwarten. Der Zusammenhalt der NATO und ihre Erweiterung um Finnland und Schweden wurde jedenfalls 2022 eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Deborah Cuccia: *Welche Veränderungen bringt uns die Pandemie? Was gilt es zu untersuchen, was sind ungeklärte Fragen und welche Forschungsfrage verfolgen Sie?*

Michael Gehler: Corona zeigt, dass Pandemien nicht enden, sondern sich durch Mutationen multiplizieren. Es wäre kindisch zu glauben, dass es ein Nach-Corona mit einem ganz einfachen Zurück zur Normalität geben würde, zumal die Entwicklung vor Corona schon nicht „normal“ war. Das Virus erwies sich als multifunktioneller Indikator für Wachstums- und Wohlstandskrisen anderer Entwicklungen pandemischer Art (Kommunikationsexzesse, Massentierhaltung, Übertourismus, Umweltzerstörung, u. a. eine hemmungslose Kommunikationsindustrie der Diffamierung und der Produktion von Verschwörungstheorien im Internet und in sogenannten sozialen Medien sowie eine selbstverliebte und verblödete Spaßgesellschaft). Wir müssen mit den Folgen Coronas weiterleben und unsere Zukunft neu definieren. Das Virus bietet die Chance der Erkenntnis für Missstände und ihre Beseitigung sowie einen Bruch mit fragwürdigen Konventionen und Normen. Dafür liefert die Geschichte der Ideen, Utopien und Visionen viel Stoff.

Was mich besonders interessiert: Wie kam die EU als vergemeinschafteter Staatenverbund durch die Krise und reichten ihre Institutionen dafür aus? Weitere Forschungsfragen stellen sich genügend: Wie verhielten sich Menschen in historischen Epidemien und in der aktuellen Pandemie? Welche Folgen hat die sich zuspitzende soziale Ungleichheit für die Demokratie? Wie entwickelt sich die europäische Gesundheitspolitik, wenn 18 Mio. Menschen im schlechtbezahlten Alten- und Pflegedienst mit einem Frauenanteil von 75 % beschäftigt sind und diese ganz generell im EU-Durchschnitt mehr als 14 % weniger pro Stunde als Männer verdienen? Die entscheidende Frage lautet am Ende: Wer soll das alles bezahlen? Ich weiß darauf keine Antwort außer einen Verweis auf die kommenden Generationen, aber ob die sich das gefallen lassen angesichts einer fortschreitenden nicht gelösten, womöglich auch unbewältigbaren Klimakrise?

Philipp Strobl: *Wie sehen Sie die Zunahme populistischer Stimmen und Parteien in den vergangenen Jahren sowohl im rechten als auch im linken Spektrum? 2020 erlebten wir sogar einen rechtsradikalen „Sturm auf den Reichstag“. Stellt diese Zunahme eine substantielle Gefahr für unsere Gesellschaft dar oder kann unsere Demokratie damit leben?*

Michael Gehler: Der Populismus hat mit der Banken-, Finanzmarkt-, Staatsverschuldungs- und Wettbewerbskrise sowie der Pandemie zwischen 2008 bis 2022 für demokratische Systeme in der Krise ein europa- und weltweit nicht unübliches Erscheinungsbild abgegeben. Nationalstaatliche Politik kam im Zeichen der besonders in Europa auf kleinem Raum virulenter gewordenen Globalisierung angesichts einer unterentwickelten Europäisierung kaum ohne (Gegen-)Populismus aus, um sich noch zu behaupten. Aber auch Anti-Populismus, wie von Angela Merkel konsequent praktiziert, war zeitweise eine weder wenig überzeugende noch völlig unwirksame Politik, gleichwohl sie sich am Ende als inhaltsleer und ergebnislos, geschweige denn visionär erwiesen hat.

Die politische und mediale Fokussierung der Kritik auf populistische Parteien und ihre Repräsentanten war nicht immer zielführend, sondern machte diese für die Bevölkerung interessanter und scheinbar relevanter. Vielmehr sollte die Beseitigung der Ursachen für den Aufstieg der Populisten und ihrer Parteien eine wirksamere Reaktion sein. Voraussetzungen sind die Gewährleistung der Etikettenwahrheit von EU-Politik, d. h. die Vermeidung von großspurigen Ankündigungen und Versprechungen, die nicht eingehalten werden können, aber auch die Wahrung von Regelkonformität, also die Einhaltung

von Vertragsbestimmungen, v. a. jedenfalls keine Verletzung derselben sowie die nachvollziehbar und transparent zu kommunizierende Einlösung angestrebter Ziele seitens der etablierten Politik. Mit einem Wort: Kommunizieren, Reden und Versprechen sind bestenfalls nur Silber, Handeln, Taten und Resultate dagegen Gold.

Die Ansammlung vor dem Reichstag war nur ein laues Lüftchen im Vergleich zum Sturm und der Einnahme des Capitols am 6. Januar 2021 in Washington durch einen aufgebrachten und blindwütigen Pöbel, der nachweisbar von Trump aufgestachelt worden ist. Während das eine eher eine Marginale war – Sie haben es korrekterweise in Anführungszeichen gesetzt, da die Sicherheitskräfte den überschaubaren Mob in Berlin rasch zerstreuen konnten –, ist der andere Fall mit dem Anschlag auf den US-Kongress und dessen Einnahme ein Tabubruch gewesen.

Die USA haben eine zutiefst gespaltene Gesellschaft. Die deutsche ist das auch, aber sie ist noch besser sozial- und wohlfahrtsstaatlich abgesichert. In den Vereinigten Staaten kommen noch negative Zusatzfaktoren hinzu: die ausgeprägte Bigotterie, der erschreckende Manichäismus, die hemmungslose Schießwütigkeit und das weitgehende Fehlen einer politischen Mitte.

Ich schätze in Zukunft die Gefahr eines Zusammenbrechens des Bundestaates USA höher ein als jene des Föderalstaats Deutschland oder des gemeinschaftsrechtlichen Staatenverbunds EU. Wie weit der Vernichtungs- und Zerstörungskrieg Putins gegen die Ukraine die deutsche und europäische Bevölkerung tiefer spalten kann, bleibt abzuwarten. Das Gefährdungspotential für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften ist jedenfalls nicht zu unterschätzen.

Zu einem weiteren Punkt: Der Linksextremismus wird in seiner Gewaltbereitschaft, Intoleranz, Totalität und Unbedingtheit im Vergleich zum Rechtsextremismus in Deutschland medial und politisch, v. a. durch Grüne und SPD, heruntergespielt bzw. unterschätzt. Die einseitige öffentlich-rechtlich-mediale und parteipolitische Fokussierung auf den Rechtsextremismus ist desinformierend und irreführend. Demokratiegefährdend sind beide Tendenzen zur Ausweitung radikalisierter Ränder der Gesellschaft, also der Rechts- und Linksextremismus sowie eine damit einhergehende Abnahme der politischen Mitte, wie sie sich in den Vereinigten Staaten abzuzeichnen droht.

Deborah Cuccia: *Was müsste Ihrer Meinung nach getan werden, um der Zunahme einer politischen Radikalisierung in Deutschland und Europa entgegenzuwirken?*

Michael Gehler: Das ist eigentlich eine Frage für die Politikwissenschaft, aber auch die Geschichtswissenschaft sollte sich davor nicht drücken.

Es hilft nur eine erfolgreiche, glaubhafte und sachlich argumentierende Politik von integren und seriösen Politikern, die nicht primär auf ihren persönlichen Vorteil schauen, denn populistische Parteien und ihre Vertreter haben historisch betrachtet in der Regel keine realistischen Alternativen und überzeugende Angebote zu offerieren, wenn überhaupt. Im Europäischen Parlament sind die europafeindlichen und -skeptischen Parteien, sprich Gegner und Kritiker der EU, seit geraumer Zeit in verschiedene Fraktionen zersplittert. Wenn sie sich zusammenschlössen, wäre das eine Herausforderung für Christ- und Sozialdemokraten sowie Grüne und Liberale.

X. Europäische Union

Philipp Strobl: *Seit wann haben Sie persönlich Europa nicht nur als ein wirtschaftliches, sondern auch als politisches Projekt begriffen?*

Michael Gehler: Ein frühes Europagefühl setzte durch Campingurlaube mit meinen Eltern seit den 1970er Jahren nach Frankreich, Italien, Spanien und Jugoslawien ein. In Bezug auf das Einigungsprojekt wurde mir das erst richtig mit dem Unionsvertrag von Maastricht bewusst. Als Geschichtsforscher habe ich dann entdeckt, dass von Beginn an mit der Montanunion auch die Kohleförderungs-, Stahlproduktions- und Wirtschaftsintegration bereits zutiefst politische Projekte waren.

Deborah Cuccia: *Warum ist heutzutage Europa bzw. die EU den Menschen so schwer zu erklären bzw. zu vermitteln? Wie könnte die Geschichtsschreibung dazu beitragen, diesen Zustand zu ändern? Wie würden Sie die EU definieren?*

Michael Gehler: Diese Frage ist sehr wichtig, weil sich auch die Wissenschaft hier nicht um eine Definition herumdrücken sollte, was sie teilweise getan hat, oder wenn, Europas Einigung auch nur ungenügend erklärt hat. Die klassische politikwissenschaftliche Definition von der EU als „System sui generis“ hat wenig zur Klärung beigetragen, gleichwohl es sich beim Unionsgeschehen nicht nur um historisches, sondern um aktuelles Geschehen handelt.

Wir haben es mit einem nicht abgeschlossenen, sondern weiter in Bewegung befindlichen Vorgang mit offenem Ausgang zu tun. Wollte man die Europäische Union bestimmen, könnte man es mit einem Satz kaum tun, gleichwohl dieser dann umgehend in viele Nebensätze ausufern würde. Ich würde zunächst eine Definition wählen, die auf Funktion und Handeln abzielt und sodann eine zweite, die mehr auf Inhalte ausgerichtet wäre:

1. Bei der EU handelt es sich um einen ausgehend von historischen Ideen entwickelten, von sektorialer zur horizontaler Integration übergehenden, mehrzentrisch aufgebauten und multipräsidentiell geleiteten sowie verzögert direktdemokratisch legitimierten Institutionen-Verbund, eine partielle Vergemeinschaftung von nationalen Politiken, basierend auf einer Vertragsrechtsgemeinschaft, die einen dauerhaft angelegten gemeinsamen Aushandlungsprozess für einen „Finanzfrieden“ durch bewusste Kompromissbereitschaft, politische Krisenbewältigungsfähigkeit und zivilisierte Problemlösungskapazität von eigenen Organen im nationalstaatlichen Interessenausgleich durch stets weiterentwickelte Ideen, erweiterte Institutionen, neu geschaffene Organe und neu hinzutretende Einzelmitglieder leistet, wobei sie seit ihrem Bestehen vermehrt Tendenzen zur Unionsstaatlichkeit als eigenständiger Rechtspersönlichkeit im fortwährenden Wandel des Ausbaus und der Vertiefung aufweist – nicht frei von Rückschlägen, zu deren Überwindung stets neue Anstrengungen erforderlich waren.

2. Eine kürzere Definition, die weniger auf Funktion und Handlung, sondern mehr auf Inhalte abhebt, würde lauten: Die EU ist als Grund- und Vertragsrechtsgemeinschaft eine eigene internationale Rechtspersönlichkeit, basierend auf einem gemeinsamen Außenhandelsregime, einem größtenteils bestehenden Binnenmarkt sowie liberaler und repräsentativer Demokratie, moderierter Gewaltenteilung und einer mehrheitlich im Um-

lauf befindlichen Einheitswährung, gleichwohl sie keine Unionsgesellschaft der Bürger, aber eine Bürgerunion der Gesellschaften darstellt und trotz ihrer eingeschränkten Mobilisierungsfähigkeit von eigenen Ressourcen (die ihr die Mitgliedstaaten noch größtenteils vorenthalten) Initiativen ergreift und Problemlösungskapazitäten entwickelt.

Die EU ist den Menschen schwer zu vermitteln, weil ihr Aufbau sehr komplex ist und ihre Entscheidungsfindungsprozesse sehr kompliziert sind. Man kann es vereinfachend herunterbrechen mit Organigrammen. Die Geschichtsschreibung kann beispielhaft an Biografien dazu beitragen, aber auch die EU-Institutionen selbst tun es mit kind- und schülergerechten Darstellungen und Veröffentlichungen.[15]

In den letzten Jahren habe ich mich mit der Frage beschäftigt, ob es sich bei der EU um ein postmodernes Imperium handeln würde. Ich habe das offengestanden entwicklungsgeschichtlich recht optimistisch und sehr positiv gesehen. Tatsächlich scheint im Lichte der großen Krisen, dass die EU nur bedingt reaktions- sowie nicht immer schnell genug entscheidungs- und handlungsfähig ist. Der Ukrainekrieg hat zudem verdeutlicht, dass die EU in einem dreifachen machtpolitischen, sprich einem außenhandels-, energie- und sicherheitspolitischen Abhängigkeitsverhältnis steckt. Sie ist größtenteils von der Exportmacht China, den Energielieferungen aus Russland und sicherheitspolitisch von dem militärischen Bündnis NATO mit den dominanten Vereinigten Staaten abhängig. Der Schluss muss daher lauten: Die EU von heute ist bestenfalls nur eine imperiale Halbmacht.

Philipp Strobl: *Die Europäische Union stellt einen gemeinsamen Rahmen dar bzw. ein gemeinsames Haus, das im Laufe der Jahrzehnte geholfen hat, Divergenzen und Dissonanzen aufzulösen sowie Spannungen und Entfremdungen zu überwinden. Die Unzufriedenheit mit ihr wächst aber ständig in der Bevölkerung. Wie erklären Sie diesen Zustand?*

Michael Gehler: Ich bin mir nicht sicher, ob man das so sagen kann. Kaelbles erwähnte Forschungen deuten auf eine andere Entwicklung hin.[16] Kiran Klaus Patel hat auch gezeigt, dass die Erwartungshaltung an die EU in punkto Krisenbewältigung heute eine ganze andere ist als noch zu Zeiten der EG in den 1970er Jahren.[17] Wir müssen also genau aufpassen, von was und von welcher Zeit wir reden.

In Krisenzeiten ist das Bewusstsein von der Notwendigkeit der EU durchaus nicht weniger stark ausgeprägt. Die Iren stimmten im zweiten Anlauf 2009 für den Lissabon-Vertrag, weil sie im Zeichen der globalen Banken- und Finanzmarktkrise in der EU einen sichernden und schützenden Rahmen erblickten. Unzufriedenheit beginnt dann, wenn vertragliche Regelungen oder Versprechungen (Stichwort: Beitrittskandidatenstatus für Albanien oder Nordmazedonien) lange nicht eingehalten werden. Mehr Bescheidenheit und mehr Realismus seitens der EU bieten hier Abhilfe.

Deborah Cuccia: *Wie erklären Sie sich den Brexit?*

---

15 Siehe zum Beispiel das Heft: Entdecke Europa! Europäische Kommission, Brüssel 2021.

16 Hartmut Kaelble, Der verkannte Bürger. Eine andere Geschichte der europäischen Integration seit 1950, Frankfurt/Main: Campus 2019.

17 Kiran Klaus Patel, COVID-19 und die Europäische Union. Zur Geschichte eines Erwartungshorizonts, in: Geschichte und Gesellschaft 46 (2020), S. 522–535.

Michael Gehler: Dazu habe ich im Rahmen der Prinz-Albert-Gesellschaft in Coburg einen Vortrag gehalten, der inzwischen auch publiziert worden ist[18] und versuche das zusammenzufassen: Die europa- und integrationspolitische Verweigerung Großbritanniens fängt schon mit Winston S. Churchill an, der Deutschen und Franzosen 1946 empfohlen hatte, sich enger zusammenzuschließen, sich selbst davon aber ausschloss. Ursprünglich beteiligte sich das Vereinigte Königreich an der OEEC (1948), im Europarat (1949) und der EZU (1950).

Ab dem Zeitpunkt, als sich die europäischen Institutionen teil-supranational entwickelten, distanzierte sich London. Großbritannien schloss sich sowohl von der EGKS als auch von der EWG selbst aus. Als es sich anschickte, der EWG beitreten zu wollen (1961–1963), verweigerte Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle die Aufnahme und sperrte sich dagegen noch weitere Jahre (1963–1969). Dieser Fremdausschluss verhinderte zweifelsohne einen früheren britischen Zugang zu den Gemeinschaften um ein Jahrzehnt.

Der britische EG-Beitritt vollzog sich ab 1973 in einer Phase des Konjunkturrückgangs in Europa und der Rezession in der Welt, so dass positive ökonomische Effekte ausblieben. Die Mitgliedschaft führte zu Ausnahmeregelungen, sobald sich die Integration vertiefte.

Belastend und schwerwiegend für ein unkompliziertes Bewusstsein von einer vollständigen Mitgliedschaft war die jahrelange Kontroverse über die Sonderregelung des britischen Beitrittsrabatts.

Je weiter sich die EU entwickelte und sich die Integration intensivierte, desto mehr stiegen die Chancen für einen „Brexit“. So gesehen war es eine politische Leistung der Thatcher-Nachfolger, trotz neuer, die EU verdichtender und vertiefender Unionsverträge das Vereinigte Königreich noch in der EU gehalten zu haben. Anders formuliert, grenzte es fast an ein Wunder, dass Großbritannien bis 2020 noch Mitglied der EU geblieben war.

Die sich häufenden Ausnahmeregelungen („opting outs“) waren aber schon untrügliche Vorboten des „Brexit“. Mit dem Lissabon-Vertrag 2009 und der EU als Rechtspersönlichkeit mit eigenem Außendienst war ein Punkt erreicht, der mit den britischen Vorstellungen von absoluter Parlamentssouveränität kaum mehr kompatibel war. Von der Grundrechtscharta, von Schengen und vom Euro hatte sich London schon vorher ausgenommen.

Philipp Strobl: *Welche Auswirkungen wird Ihrer Meinung nach der Austritt Großbritanniens für die Zukunft der EU haben?*

Michael Gehler: Die Antwort ist so eindeutig wie ambivalent zugleich. Es ist offensichtlich, dass es beim Brexit mehr Verlierer als Gewinner auf beiden Seiten geben wird. Das Referendumsergebnis war bei aller Knappheit Ausdruck einer gewissen Ausweg- und

18 Michael Gehler, Vom Selbst- und Fremdausschluss zur EG-Mitgliedschaft bis zum EU-Austritt. Britische Europapolitik oder die längere und kürzere Vorgeschichte des „Brexit“ 1945–2020, in: Franziska Bartl/Frank-Lothar Kroll/Stefan Schieren (Hrsg.), Britannien und Europa/Britain and Europe. Entwicklungslinien und Perspektiven vom Mittelalter bis in das 21. Jahrhundert, Berlin 2022, S. 95–132.

Hilflosigkeit konservativer britischer Europapolitik sowie eine versuchte Flucht in eine, wie ich finde, Sackgasse souveränitätspolitisch motivierter vermeintlicher Unabhängigkeit. Bereits in den sich hinziehenden Verhandlungen mit Brüssel (2017–2020) zeigte sich, dass die britische Abhängigkeit von der EU noch stärker als zuvor werden würde, da mit dem Austritt auch keine Mitbestimmungsmöglichkeiten mehr gegeben sind, so dass sich die Losung der Brexiteers „Take back control!“ ins Gegenteil zu verkehren und mit dem vollzogenen Austritt 2021 eine noch krassere Selbstisolierung droht.

Die Trennung in EU und Nicht-EU hat schon zeitweise zu einem Aufleben des Nordirland-Konfliktes geführt. Für die EU ist der Brexit daher aktuell mehr Nachteil als Vorteil. Eine der stärksten Volkswirtschaften nach Deutschland und Frankreich ist damit nicht mehr Teil des Binnenmarktes, was Import- und Exportchancen minimiert und zolltechnische Abwicklungsprozeduren potenziert hat. Es könnte mittel- und langfristig aber auch ein Vorteil für die verbliebene EU sein, dass ein notorischer Bremser in Sachen Vergemeinschaftungspolitik sich nun freiwillig selbst verabschiedet hat und damit neue Chancen der Vertiefung der EU ermöglicht, z. B. in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Deborah Cuccia: *Könnten die Krisen der vergangenen Jahre (Wirtschaftskrise, Migrationskrise, Pandemie) auch als Chance gesehen werden, um die Integration Europas weiter voran zu treiben unter dem Motto „nur gemeinsam sind wir stärker“?*

Michael Gehler: Ihre Frage führt uns zur Auffassung von Jean Monnet. Seiner Meinung nach waren in der europäischen Einigungsgeschichte die Krisen immer die großen Einiger. Im Kern stimmt das für die Zeit bis in die 1990er Jahre, als die Union noch aus 15 Mitgliedern bestand. In den Jahren seit 2008 handelte es sich nahezu ausschließlich um Krisenbewältigungspolitik seitens der EU, so dass sich für die letzten 15 Jahre allen Ernstes fragt: Sind diese Krisen in ihrer gesteigerten Abfolge, Dichte, Häufung und Massivität – Krisen größter Komplexität –, noch die großen Einiger? Ist Monnet mit seinem Urteil zu korrigieren? Sind diese Krisen nicht schon längst zu Nord-Süd- und Ost-West-Spaltern geworden, wenn wir an die Banken-, Finanzmarkt-, Staatsverschuldungs- und Wettbewerbskrise der Jahre 2008–2012, die Migrationskrise von 2015 oder die Corona-Krise der Jahre von 2020 bis 2022 denken?

Meine These lautet daher, dass derart tief in die Kultur, Struktur und Verfasstheit der EU und ihre Mitgliedstaaten eingreifende Krisen mehr Spalter als Einiger sein können. Die Krisenländer des Euroraums waren im Wesentlichen die Südeuropäer, allen voran Griechenland, aber auch Italien, Spanien und Portugal. In den mittelosteuropäischen Staaten gab es keine Akzeptanz für die Aufnahme von fremden Menschen aus den Krisen- und Kriegsgebieten des Mittleren und Nahen Ostens. Die Finanzkrise hat eine Nord-Süd-Spaltung zwischen harten und weichen Euro-Ländern und die Migrationskrise eine Ost-West-Spaltung bewirkt, die beide bis zuletzt weiter schwelten und nicht gelöst werden konnten.

Die fast auf das Doppelte erhöhte Mitgliederzahl der EU hat die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erschwert. Kann eine EU mit 27 Mitgliedern noch souverän agieren? Diese im Vergleich zur EU 15 nunmehr gänzlich anders geartete Union kann auch mit „differenzierter Integration“, von der manche Politikwissenschaftler sprechen,

keine großen qualitativen Integrationssprünge mehr unternehmen. Im Gegenteil ist sie mit Abweichung, Absonderung und Desintegration konfrontiert.

Philipp Strobl: *Wie stehen Sie zur Einführung des Bologna-Systems und wie sehen Sie dessen Auswirkungen auf die Universitäten Europas?*

Michael Gehler: Das habe ich bereits in einer früheren Antwort kurz angerissen. Das Bologna-System halte ich für eine Fehlentwicklung. Es hat zu einer Verbürokratisierung und Verschulung des Studiums geführt. Studierende sind damit vielfach auf Credit-Points und Modulzuordnungen fixiert worden. Das fachliche Interesse hat sich damit z. T. reduziert. Zu Beginn sollte ja der Master in zwei Semestern nach dem sechssemestrigen Bachelor erfolgen, was eindeutig zu kurz gegriffen war und folglich mit vier Semestern geändert worden ist. Was die anvisierte Mobilität der Studierenden anlangt, ist das Gegenteil eingetreten. Die dichte Studienabfolge mit festgezurrtem starren Studienprogramm lässt kaum mehr Flexibilität und Manövrierfähigkeit zu.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielt für Sie die Förderung von Mobilität in Europa? Was kann auf universitärer Ebene getan werden, um europäische Mobilität zu fördern?*

Michael Gehler: Diese Frage schließt direkt an die vorherige Antwort an. Es benötigt eine Reform der Bologna-Reform, d. h. eine Entzerrung und Entschlackung. Um die Mobilität mehr zu fördern, braucht es eine Lockerung des Bologna-Systems. Ich würde es am liebsten abschaffen. Erasmus Plus hat zwar gute Dienste angeboten, wird aber auch noch viel zu wenig wahrgenommen, u. a. aufgrund von Bologna. Man muss das System versuchen zu umgehen und so viel wie möglich zu Studienortwechseln animieren und motivieren, indem auch persönliche Kontakte und Freundschaften zu den Partneruniversitäten aufgebaut werden.

Philipp Strobl: *Welche Zukunft sehen Sie für das Projekt der europäischen Integration und die Europäische Union auch im Lichte des Krieges gegen die Ukraine?*

Michael Gehler: Ich sage es ganz offen und deutlich: Europa und damit die EU werden weder Sicherheit noch Frieden haben, wenn es nicht gelingt, eine politische Lösung mit Russland für beide Seiten zu finden. Das ist in der Zeit der Westintegration der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten im Wege von NATO- (1999–2004) und EU-Erweiterung (2004–2007) nicht in ausreichendem Maße gleichzeitig geschehen. Man hat Putins wiederholte Hinweise, die NATO nicht direkt an den russischen Grenzen ansiedeln zu wollen, einfach abgetan, nicht ernst genug genommen und damit fahrlässig heruntergespielt. Das ist mit Blick auf die Ausweitung des Ukrainekriegs durch Putin und die damit verbundenen Folgen für Europa rückblickend ein schwerer Fehler, Ausdruck fehlender Voraussicht und mangelnder europäischer Verantwortungspolitik gewesen. Das ändert nichts am Völkerrechtsbruch sowie dem Zerstörungs- und Vernichtungskrieg Putins gegen die Ukraine, der zu verurteilen ist.

Meine These lautet: Dem gefährlichen russischen Revisionismus hätte mit einer alternativen Politik zur NATO-Anbindung und NATO-Aufrüstung der Ukraine sowie einer

ausgeglicheneren und ausgewogeneren, sprich weniger einseitigen Politik ihrer Staatsführung die Spitze genommen werden können, was von EU-Seite weder in ausreichendem Maße geschehen ist noch im US-amerikanischen Interesse lag. Das sollte genauer in den Blick genommen und nicht einfach unterschlagen werden, was gerne getan wird. Wer daher von „Putin-Verstehern" daherschwafelt, sollten von „US-Boys" in Feuilleton und Forschung nicht schweigen! Weder mit dem einen noch dem anderen Zugang ist eine objektive Analyse möglich. Von diesem verbrecherischen Krieg darf einerseits nicht abgelenkt werden. Es hilft andererseits nur eine ganzheitliche Betrachtung der Interessen aller Akteure weiter.

Mit den Folgen dieses Krieges sowie der Unterlassung bzw. des Ausbleibens einer nachhaltigen und substantiellen Russlandpolitik mit Blick auf eine große Freihandelszone von Vancouver bis Wladiwostock und die Versäumnisse hinsichtlich einer glaubhaften und eigenständigen europäischen Verteidigungspolitik, gar nicht zu reden von einer Strategie, müssen die Europäer nun selbst fertig werden.

Die heutige Ukraine ist ein Scherben- und Trümmerhaufen als Ergebnis des Putin'schen Rache- und Vergeltungskrieges, den man für ausgeschlossen und unmöglich gehalten hat, was leichtfertig und unverantwortlich war. Das Schreien nach mehr Waffen und ihre Lieferung werden nicht die Lösung bringen. Die Opfer dieses Krieges sind die Ukrainer, auf deren Rücken dieser Stellvertreterkrieg ausgetragen wird, während sie und die Europäer den Schaden zu bezahlen haben.

Neben der Wiedergewinnung und Sicherung des äußeren Friedens, v. a. an den Außengrenzen der EU mit sensiblen Nachbarschaftsregionen, stellt sich angesichts der noch nicht bewältigten Langzeitfolgen der „Flüchtlingskrise" von 2015 und der weiter zu erwartenden Migrationsströme mit nicht abzuschätzenden Konsequenzen im Zeichen des sich verschärfenden Klimawandels und der wachsenden Verteilungsunterschiede und Ungleichheitsverhältnisse im Zeichen der Folgen der Pandemie sowohl in der EU als auch in der übrigen Welt, umso mehr die Frage der Verantwortung für den „inneren Frieden" und damit auch jene des Zusammenhalts der EU.

Die Sicherung des sozialen Friedens ist angesichts einer dramatisch gestiegenen süd(ost-)europäischen Jugendarbeitslosigkeit und in deren Gefolge einer in Zunahme befindlichen europäischen Binnenwanderung eine der gegenwärtigen und zukünftigen Hauptaufgaben zur Wahrung des „inneren Friedens". Es bleibt parallel und zeitgleich dazu eine zentrale Aufgabe europapolitischer Verantwortung der EU, auch den „äußeren Frieden" wiederherzustellen.

Für EU-Europa ist daher heute wie morgen mehr denn je die Notwendigkeit gegeben, wieder ein doppeltes, sowohl äußeres wie inneres Friedensprojekt zu werden. Politisch sowie handels- und währungspolitisch geteilte Inseln wie Zypern oder Irland bergen noch Konfliktpotential mit Blick auf ein Regime wie in der Türkei oder ein Brexit-orientiertes England, vom „Westbalkan" mit muslimischen, gemischtsprachigen, -konfessionellen und -religiösen Ethnien (z. B. Bosnien-Herzegowina, Kosovo oder Mazedonien) gar nicht zu reden. Die Ukraine hat inzwischen den EU-Kandidatenstatus. Das ist mehr Symbol- als Verantwortungspolitik.

Eine nach außen wie nach innen zu entwickelnde „Pax Europa" mit in Zukunft ca. 35 Staaten und 600 Millionen Einwohnern in den 2030er Jahren ist und bleibt die größte Aufgabe und Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Dafür ist zunächst die Her-

stellung eines „Finanzfriedens“, d. h. die Sicherung des EU-Budgets im Zeichen des Brexits, der Überwindung der Pandemieschäden und des Wiederaufbaus der Ukraine für die kommenden Jahre und Jahrzehnte Grundvoraussetzung. Es stehen also Megaaufgaben bevor und es bleibt spannend zu erfahren, wie das die jüngere und die nachfolgende Generation sehen werden. Am weiteren Ende könnte ein europäisch-orientalischer Wirtschaftsraum (EOWR) wie der EWR stehen, aber das alles ist Zukunftsmusik und ist von Historikern noch nicht zu beantworten.

Deborah Cuccia und Philipp Strobl: *Vielen Dank für die vielen Antworten!*

Michael Gehler: Viele Aspekte mussten offenbleiben, die zu einem späteren Zeitpunkt erst weiter ausgeführt werden können.

Danksagung

Der Georg Olms Verlag dankt den folgenden Einrichtungen und Initiativen für ihre Unterstützung, so dass dieses Werk sowohl im Print als auch als Open-Access-Edition (Lizenz CC-BY-SA 4.0) erscheinen kann:

Universitätsbibliothek Basel
Staatsbibliothek zu Berlin
Universitätsbibliothek Bochum
Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Universitätsbibliothek Duisburg-Essen
Universitätsbibliothek Erfurt
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg / Universitätsbibliothek
Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen
Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
FernUniversität in Hagen / Universitätsbibliothek
Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky Hamburg
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Universitätsbibliothek in Landau
Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern
Universitätsbibliothek Mainz
Universitätsbibliothek Marburg
Universitätsbibliothek der LMU München
Universitäts- und Landesbibliothek Münster
Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
Universitätsbibliothek Passau
Universität Potsdam / Universitätsbibliothek
Universitätsbibliothek Tübingen
Universitätsbibliothek Vechta
Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
Universitätsbibliothek Würzburg
Universitätsbibliothek Wuppertal
Zentralbibliothek Zürich

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN

Band 28.2

Michael Gehler/Deborah Cuccia/
Jakob Iser/Philipp Strobl (Hrsg.)

Geschichte Europas Seine Desintegration und Integration schreiben

Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven
der europäischen Idee
Hildesheimer Europagespräche VII
Teilband 2

UV Universitätsverlag Hildesheim | OLMS

HISTORISCHE EUROPA-STUDIEN
HISTORIC EUROPE STUDIES

Geschichte in Erfahrung, Gegenwart und Zukunft
History in Experience, the Present and the Future

herausgegeben vom
Institut für Geschichte
der Stiftung Universität Hildesheim
unter der Leitung von Michael Gehler

edited by
the Institute of History
University of Hildesheim
directed by Michael Gehler

Band 28.2
Volume 28.2

Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.)
Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben

UV
Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.)

Geschichte Europas.
Seine Desintegration und Integration schreiben

Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee

Teilband 2

UV
Universitätsverlag Hildesheim
Hildesheim

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York

2023

Diese Publikation entstand in Zusammenarbeit von Georg Olms Verlag und Universitätsverlag der Stiftung Universität Hildesheim.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Dokument steht im Internet kostenfrei als elektronische Publikation (Open Access) zur Verfügung unter: https://doi.org/10.18442/hes-28

Dieses Werk ist mit der Creative-Commons-Nutzungslizenz „Namensnennung 4.0 International“ versehen. Weitere Informationen finden sich unter: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2023
www.olms.de
© Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2023
www.uni-hildesheim.de/bibliothek/universitaetsverlag/
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagentwurf: Anna Braungart, Tübingen
Print-ISSN 1869-1196
Print-ISBN 978-3-487-16329-1

Inhalt

IV. Integration und Desintegration in Europa und der EU ... 637

Gabriele Clemens
Vom „Brentrance“ zum „Brexit“.
Großbritanniens Schwierigkeiten mit „Europa“ ... 639
Gabriele Clemens
„Großbritannien ist europäischer als die Briten denken und wissen.“ ... 650
Ludger Kühnhardt
Der europäische Archipel. Die vergessene maritime Dimension der EU ... 679
Ludger Kühnhardt
„Bleibender Erkenntnisgewinn entspringt einer sorgfältigen
Ursachenanalyse“ ... 685
Klaus Eisterer
Die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien ... 703
Klaus Eisterer
„Die Geschichte der europäischen Integration zeigt,
dass Menschen lernfähig sind.“ ... 735

V. Europa und die EU aus Sicht der Institutionen ... 755

Gerhard Jandl
In Verantwortung der Sicherheit für Menschenrechte:
Geschichte und Gegenwart des Europarats ... 757
Gerhard Jandl
„Unentschlossenheit wird am Balkan bestraft.“ ... 787
Hans-Gert Pöttering
Wir sind zu unserem Glück vereint – Erinnerungen eines Europäers ... 819
Hans-Gert Pöttering
„Ein entscheidender Durchbruch war Maastricht 1992
mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments.“ ... 826
Klaus Welle
Europäischer Parlamentarismus aus gelebter Praxis ... 849
Klaus Welle
„Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten überlassen.“ ... 854
Wolfgang Wessels
Der Europäische Rat in Geschichte und Gegenwart ... 915
Wolfgang Wessels
„Die Tragfähigkeit der Monnet-Methode“ ... 920
Richard Kühnel
Die Europäische Kommission –
Aufgaben, Zusammensetzung und Ziele 2014–1019 ... 937

Richard Kühnel
„Zu Beginn stand eine Institution, mit der der Sprung über den Schatten der nationalen Souveränität erfolgte.“ ... 962
Heinrich Neisser
Der EU-Grundrechte-Konvent ... 993
Heinrich Neisser
„Von der Geschichte Europas her gesehen ist das keine Wiedervereinigung, sondern ein Akt der Vereinigung.“ ... 997
Gerhard Kunnert
EU-Mitgliedstaaten und EU-Gerichtshof – Aspekte einer spannungsgeladenen Beziehung ... 1015
Gerhard Kunnert
„Es wird dort in Luxemburg ständig angebaut und damit ist der EuGH eine Dauerbaustelle im wahrsten Sinne des Wortes.“ ... 1050

VI. Historische, gegenwärtige und zukünftige Perspektiven auf Europa und die EU ... 1071

Philipp Strobl
Wieviel Europa findet man in Australien? Deutschsprachige Flüchtlinge als kulturelle Mittler/innen zwischen den Kulturen ... 1073
Philipp Strobl
„Kultureller Austausch hat enorm viel Innovation in Gang gesetzt“ – Europa, Globalität und Globalisierung ... 1080
Tilo Schabert
Rückblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2017 1121
Tilo Schabert
„Wer in Europa Philosophie betreibt, kann dies nicht national tun.“ ... 1129
Peter Pichler
Was heißt, eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas zu schreiben? Ein Essay in Krisenzeiten ... 1139
Peter Pichler
„Die Pandemie bestätigte die Grundregel der Geschichte der europäischen Integration.“ ... 1153

VII. Europa ausstellen, unterrichten und vermitteln ... 1165

Constanze Itzel
In historischer Verantwortung: Das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel – Konzept und Kritik ... 1167
Constanze Itzel
„Die größte Herausforderung – wenn wir die politischen Diskussionen ganz herauslassen – war ein Museum zu machen im Rahmen einer europäischen Institution.“ ... 1174

Monika Oberle
Die Europäische Integration im Politikunterricht: Ziele, Ansätze und Herausforderungen der politischen EU-Bildung 1191
Monika Oberle
„Planspiele eignen sich hervorragend für ein besseres Verständnis der EU“.. 1205
Eckart Stratenschulte
Und jetzt? Die EU nach der Wahl und vor der Entscheidung 1227
Eckart Stratenschulte
„Wenn die Leute mehr über Europa wüssten, würden sie die Europäische Union stärker unterstützen“ 1232

Abkürzungsverzeichnis 1251

Personenregister 1265

Inhalt zu Band 1:

Michael Gehler/Deborah Cuccia/Jakob Iser/Philipp Strobl
Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben. Einführung in ein biographie- und wissenschaftsgeschichtliches Dokumentationsprojekt 9

I. Vorläufer und Wahrnehmungen der Europa-Idee 51

Alexander Demandt
Die Weltreiche in der Geschichte 53
Alexander Demandt
„Der geographische Name Europas stammt aus Griechenland.“ 73
Sebastian Fink
Die Erfindung eines Kontinents oder die vier Säulen Europas 103
Sebastian Fink
„Wenn man über Europa und das Altertum liest, findet man drei Namen: Rom, Athen und Jerusalem. Daher kommt vielleicht auch der Sonderstatus von Israel, das immer wieder als europäisches Land gesehen wird.“ 111
Hans-Werner Hahn
Der deutsche Zollverein in europäischer Perspektive 1834–1914 131
Hans-Werner Hahn
„Karriere in Beitrittsgebieten“ – von der Saar an die Saale 139

Jürgen Elvert
Europa, das Meer und die Welt ... 163
Jürgen Elvert
„Ich erhoffe mir ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ ... 169

II. Das Europa der Unterschiede und Verschiedenheiten von Vorstellungen . 199

Matthias Asche
Das christliche Europa der Vormoderne zwischen Eintracht und Zwietracht – zur religiösen Grundierung Alteuropas ... 201
Matthias Asche
„Ich muss zugeben, dass ich immer mehr Gefallen an dem Begriff Alteuropa finde.“ ... 212
Stefan Ehrenpreis
Die Wahrnehmung der Verschiedenheit Europas ... 229
Stefan Ehrenpreis
„... dass die Grundstrukturen Europas doch sehr unterschiedlich waren...“ ... 235
David Schriffl
Der ehemalige „Eiserne Vorhang“ als Nahtstelle oder Sollbruchstelle der europäischen Integration? Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1945–1968 ... 265
David Schriffl
Keine Integration durch Sanktionen ... 276
Jörg Baberowski
Zwischen Furcht und Faszination. Die Sowjetunion im Zeitalter der Moderne ... 295
Jörg Baberowski
„Rußland ist ein europäisches Land, seine Eliten verstehen sich als Europäer.“ ... 321
Ludwig Steindorff
Was gehört zur Geschichte Russlands? Von den Anfängen bis zur Ära Putin ... 345
Ludwig Steindorff
„Viel mehr als ein Europa der Nationalstaaten wird man, realistisch gesehen, nicht erreichen.“ ... 355

III. Die (west-) europäische Integration nach 1945 ... 383

Florian Greiner
Die Ursprünge der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg – die Einigung Europas und der „permissive consensus“ ... 385
Florian Greiner
„Vielleicht ist es insofern gar kein Zufall, dass ich in meiner Forschung heute so stark auf das lebensweltliche Europa fokussiere und weniger auf institutionelle Entwicklungen.“ ... 395

Jasper M. Trautsch
„Europa“ und „der Westen“.
Die kognitive Neukartierung der euro-atlantischen Welt nach 1945 423
Jasper M. Trautsch
„‚Der Westen‘ und ‚der Osten‘ als identitätsstiftende Konzepte, mit denen supranationale Gemeinschaften beschworen werden, sind keine Erfindungen des Kalten Krieges.“ 435
Claudia Hiepel †
Die Euregios als Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa 461
Claudia Hiepel †
„Den methodologischen Nationalismus sollten wir überwinden.“ 467
Dominik Geppert
Zwischen politischen Zielen und ökonomischen Zwängen.
Zukunftsaussichten der europäischen Einheitswährung 485
Dominik Geppert
„Geschichte ist etwas, was unmittelbar das eigene Leben berührt.“ 497
Christian Henrich-Franke
Europa und die Globale Welt 1970–2022 525
Christian Henrich-Franke
„Wir sind sehr gefangen in unseren europäischen Perspektiven auf die Welt.“ 538
Michael Gehler
Handelt es sich bei der Europäischen Union um ein Imperium? 567
Michael Gehler
„Die EU von heute ist bestenfalls eine imperiale Halbmacht.“ 578

IV. Integration und Desintegration in Europa und der EU

Gabriele Clemens

Vom „Brentrance" zum „Brexit". Großbritanniens Schwierigkeiten mit „Europa"

Zur Referentin:

Gabriele Clemens studierte von 1972 bis 1977 die Fächer Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik mit Staatsexamensabschluss, 1981 erfolgte ihre Promotion im Fach Geschichte an der Universität Marburg, von 1981 bis 1983 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Paderborn, von 1983 bis 1991 Hochschulassistentin (C1) an der Universität Paderborn, von 1991 bis 1992 hatte sie ein Stipendium des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW und von 1992 bis 1993 ein Lise Meitner-Habilitationsstipendium. Im Jahre 1994 erfolgte ihre Habilitation am Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Marburg. Als Privatdozentin hatte sie von 1995 bis 1998 eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Hamburg inne und 1998 erhielt sie eine C3-Professur für westeuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg mit einem Jean Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien. 1999 lehnte sie einen Ruf auf das Ordinariat für Zeitgeschichte an der Universität Klagenfurt ab. Seit 2000 bis 2019 hatte sie eine C4-Professur für westeuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg/Jean Monnet-Lehrstuhl für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien inne und 2018/19 war sie Visiting Fellow des Alcide De Gasperi Research Centre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Clemens ist ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg und seit April 2022 Vizepräsidentin der Hamburger Akade-

mie der Wissenschaften; sie ist stellvertretende Vorsitzende des Wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik (IEP) Berlin, Kuratoriumsmitglied der Deutsch-Französischen Gesellschaft Cluny und Mitglied des Sprecherrates des Türkei-Europa-Zentrums (TEZ) an der Universität Hamburg.

Zu Ihren Publikationen zählen: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Band 37), (Hrsg.), Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949, Stuttgart 1994 (Historische Mitteilungen, Beiheft 10); Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949: Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997 (Historische Mitteilungen, Beiheft 24); (Hrsg.), Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union, Münster/Hamburg/London 1999; „Erziehung zu anständiger Unterhaltung“. Das Theaterspiel in den katholischen Gesellen- und Arbeitervereinen im deutschen Kaiserreich, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Band 46); (Hrsg.), Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger, Stuttgart 2001; (Hrsg.), Die Türkei und Europa. (Studien zur Neueren Europäischen Geschichte, Bd. 1), Hamburg/Münster 2007; Geschichte der europäischen Integration. Ein Lehrbuch, Paderborn 2008 (UTB); (Hrsg.), Werben für Europa. Die mediale Konstruktion europäischer Identität durch Europafilme, Paderborn 2016; (Hrsg.), The Quest for Europeanization. Interdisciplinary Perspectives on a Multiple Process, Stuttgart 2017; Europäisierung von Außenpolitik. Die Europäische Politische Zusammenarbeit in den 1970er Jahren (Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Bd. 19), Baden-Baden 2019.

Zum Vortrag:

Eine – wenn auch knappe – Mehrheit der Briten hat sich im Juni 2016 dafür ausgesprochen, die Europäische Union zu verlassen. Seit die britische Regierung unter Theresa May im März 2017 gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages die Austritterklärung eingereicht hat, laufen die schwierigen Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EU, deren Ausgang noch nicht entschieden ist. Sogar die Möglichkeit eines zweiten Referendums wurde in der letzten Zeit erwogen, in der Hoffnung seitens der EU-Befürworter, den ganzen Austrittsprozess noch aufzuhalten oder rückgängig zu machen.

Umso erstaunlicher ist es, dass bereits im Frühjahr dieses Jahres in Frankreich eine politische Landkarte über die EU auftauchte, auf der Großbritannien schon nicht mehr als EU-Mitglied verzeichnet ist.[1] Könnte General de Gaulle diese Karte sehen, würde er sich in seinem Grab vermutlich genussvoll recken, denn de Gaulle war schon immer davon überzeugt, dass Großbritannien nicht europäisch genug sei, um zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. der EU zu gehören.

Hatte der General recht? War Großbritannien so viel anders als die Staaten des Kontinents, die sich 1951 zu der ersten Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, zusammenschlossen? War es nicht wirklich europäisch

1 L’Union européenne – 27 pays, Édition Aedis 2017.

gesinnt und wurde deshalb zu jenem „awkward partner“[2], also widerspenstigem Partner, als der es von den Gemeinschaftsstaaten und auch der Forschungsliteratur bezeichnet wurde? Um diese Fragen zu beantworten und zugleich die Gründe für das Referendumsergebnis von 2016 zu erhellen, ist es notwendig, einen Blick zurück in die Geschichte zu werfen und die Beziehungen zwischen Großbritannien und den Europäischen Gemeinschaften seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu erörtern.

Zunächst: Was heißt es, ‚europäisch zu sein‘? Oder anders gefragt: Welche Rolle spielte Europa in den Vorstellungen der Briten – sowohl der Politiker als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure? Was vielen Briten heute wohl nicht mehr so bewusst ist, ist die Tatsache, dass in Großbritannien der Gedanke an eine europäische Einigung in den 1930er Jahren recht weit verbreitet war. Es hatten sich in diesen Jahren zwei große Organisationen herausgebildet, die ihre Pläne für einen Zusammenschluss der europäischen Staaten verbreiteten. Das war zum einen die 1932 gegründete „New Commonwealth Society“, die für die Errichtung eines europäischen Staatenbundes als Teil eines reformierten und mit mehr Machtmitteln ausgestatteten Völkerbundes eintrat, und zum anderen die 1938 gegründete „Federal Union“, die sich für die Errichtung eines europäischen Bundesstaates unter Abgabe nationalstaatlicher Souveränität einsetzte. Beide Organisationen machten ihre Vorstellungen durch eine Reihe von Büchern, Broschüren, Artikeln und Vorträgen publik und trugen zur Verbreitung föderalen Gedankenguts in Großbritannien bei. Insbesondere die „Federal Union“ erfreute sich zunächst eines großen Zulaufs: Im Juni 1940 besaß sie 225 Ortsverbände mit 12.000 Mitgliedern.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, der zu einem Zusammenbruch fast aller kontinentaleuropäischen Staaten führte, verblasste jedoch in Großbritannien der europäische Einigungsgedanke. Aufgrund der Entwicklung während des Krieges verstärkte sich in diesem Land vielmehr das Bewusstsein, in Zukunft bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung eine andere Rolle als die zusammengebrochenen Staaten des Kontinents spielen zu können. Von einer Zusammenarbeit mit den USA versprach man sich mehr als von einer Bindung an die schwachen Staaten des Kontinents, was die Neigung zu irgendeiner Form eines europäischen Zusammenschlusses deutlich verringerte.

Schauen wir uns die Situation Großbritanniens am Ende des Krieges, also 1945, an. Anders als die Staaten des Kontinents hatte Großbritannien im Krieg den Angriffen Hitlerdeutschlands standgehalten, war als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen, bestimmte an der Seite der USA und der Sowjetunion die Gestaltung der Nachkriegsordnung mit, war Besatzungsmacht und stand an der Spitze des weltumfassenden Commonwealth. Großbritannien war nach den USA zu dieser Zeit die zweitwichtigste Macht der westlichen Welt. Eine allzu enge Bindung an die besiegten und geschwächten Staaten des Kontinents, deren Zukunft selbst Anfang der 1950er Jahre noch ungewiss war, schien aus britischer Sicht daher nicht opportun, ja sogar riskant. Bereits in der ‚berühmten‘, vielfach zitierten Zürcher Rede Churchills vom September 1946 wird diese besondere Rolle Großbritanniens von dem ehemaligen britischen Premierminister hervorgehoben. Churchill schlug darin für die Kontinentalstaaten die Bildung ‚einer Art Vereinigter Staaten von Europa‘ vor, deren Führung Frankreich und Deutschland über-

2 Stephen George, An Awkward partner. Britain in the European Community, 3. Auflage, Oxford 1998.

nehmen müssten, aber Großbritannien bezeichnet er lediglich als ‚Freund' und ‚Förderer' dieser künftigen Vereinigung, ebenso wie die USA und die Sowjetunion. Zudem betonte Churchill, dass die Briten ja bereits ihr eigenes ‚Commonwealth of Nations' hätten. Auch schon zuvor – in den 1930er Jahren – hatte Churchill den bezeichnenden Satz geäußert: „We are with Europe but not of it. We are linked but not comprised. We are interested and associated but not absorbed."[3]

Wenn man sich diese Position Großbritanniens am Ende des Krieges – die sich ja deutlich von der Situation der Kontinentalstaaten unterschied – vor Augen hält, wird auch verständlich, dass die Briten es als Zumutung empfanden, von den Amerikanern im Rahmen der Marshallplanhilfe wie die Kontinentalstaaten behandelt zu werden. Als nämlich die USA von den Briten verlangten, sich gemeinsam mit den Kontinentalstaaten in eine supranationale Organisation zur Verwaltung der Marshallplangelder einzugliedern, äußerte der britische Außenminister Bevin: Dies würde ja bedeuten, dass Großbritannien „just another European country" sei.[4] Sich die Dollars für den Wiederaufbau aus dem gleichen Topf wie die Kontinentalstaaten zu holen, würde bedeuten, das letzte bisschen Würde, das uns geblieben ist, zu opfern.

Kommen wir noch einmal zurück zu Churchill und seinen Vorstellungen über das künftige Verhältnis Großbritanniens zu Europa. Diese legte er einige Jahre nach der Zürcher Rede in dem handschriftlich aufgezeichneten Konzept der drei Kreise dar. Dieses Konzept verortete Großbritannien an der Schnittstelle zwischen den USA, dem Commonwealth und Europa und ließ keine einseitige oder ausschließliche Integration in einen der Kreise zu.

Diese grundsätzliche Auffassung von der Rolle Großbritanniens wurde nicht nur von den britischen Konservativen vertreten, zu denen Churchill zählte, sondern ebenso von der Labour Party, die 1945 die Macht in Großbritannien übernommen hatte und bis 1951 regierte. Infolge dieses Grundkonsenses lehnten alle britischen Regierungen der Nachkriegszeit es ab, sich allzu eng und unwiederbringlich an die Staaten des Kontinents zu binden und sich in ein supranationales Europa zu integrieren. Das heißt aber nicht, dass Großbritannien kein Interesse an Europa gehabt oder sich gegen jede Verbindung mit den Staaten des Kontinents gesperrt habe. Vielmehr unterstützten die britischen Regierungen die Zusammenarbeit mit den Kontinentalstaaten auf lockerer intergouvernementaler Basis, d. h. in Organisationen, deren Entscheidungen auf Konsens oder Einstimmigkeit beruhten und die demzufolge keine Abstriche an der staatlichen Souveränität beinhalteten. Dies zeigte sich deutlich bei der Errichtung der im Zuge des Marshallplans gegründeten OEEC (Organisation for European Economic Community) und auch der Entstehung des Europarates, die beide auf britisches Drängen hin einen intergouvernementalen Charakter erhielten. Man kann sogar noch hinzufügen, dass die Entstehung des Europarates im Wesentlichen auf britischem Engagement beruhte, denn es war die unter der Führung von Duncan Sandys und Churchill stehende britische Europagruppe „United Europe Movement", die den Haager Kongress von 1948 initiiert hatte, welcher den Anstoß zur Bildung des Europarates gab. Um auf die eingangs gestellte Frage nach dem ‚Europäischsein'

3 *Saturday Evening Post*, 15.2.1930.

4 Zitiert nach Alan S. Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945–51, London 1984, S. 62.

noch einmal zurückzukommen: Die Briten waren europäisch gesinnt, aber verfolgten ein intergouvernementales Europakonzept.

Für Frankreich hingegen waren diese mit OEEC und Europarat 1948 und 1949 geschaffenen Lösungen unbefriedigend, da die französische Politik darauf hinzielte, Westdeutschland fest in eine supranationale europäische Organisation einzubinden, um so dauerhaft Sicherheit vor dem Nachbarn im Osten zu erlangen. Ebenso wie das intergouvernementale Prinzip den britischen Interessen entsprach, entsprach das supranationale Prinzip den spezifisch französischen Interessen. Mit dem Vorschlag Robert Schumans vom 9. Mai 1950 zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – Kern der späteren EU – wurde von Seiten Frankreichs ein erneuter Versuch zur Errichtung einer supranationalen Organisation gestartet, verbunden mit dem Risiko, dass Großbritannien sich nicht beteiligen würde. Und Großbritannien lehnte nach einigem Zögern seine Teilnahme an den Verhandlungen zur EGKS ab, und zwar aus politischen wie aus ökonomischen Gründen. Großbritannien war nicht bereit, wie von Seiten Frankreichs gefordert, vorab dem supranationalen Prinzip als Verhandlungsgrundlage zuzustimmen, und befürchtete zudem die Entwicklung der Kohle- und Stahlgemeinschaft zu einer umfassenden politischen Gemeinschaft. Auch aus ökonomischen Gründen bot die geplante EGKS für Großbritannien keine Vorteile, denn Großbritannien war zu dieser Zeit einer der größten Kohle- und Stahlproduzenten der Welt, dessen wichtigste Importquellen und Exportmärkte außerhalb der geplanten Sechsergemeinschaft lagen. Eine Teilnahme an der EGKS schien für die britische Industrie eher nachteilig zu sein. Ähnlich sah es bei dem nächsten Integrationsschritt, der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), aus. Großbritannien war zwar – nicht zuletzt auf amerikanisches Drängen hin – zu einer engen Zusammenarbeit mit der zu errichtenden Europäischen Armee bereit, lehnte es aber ab, sich in diese supranationale Organisation einzugliedern. Nach dem Scheitern der geplanten EVG 1954 wurde stattdessen auf britische Anregung hin die intergouvernementale Westeuropäische Union (WEU) unter Beteiligung Großbritanniens gegründet. 1955 war somit das ‚britische Europa‘ weitgehend verwirklicht: Die wichtigsten europäischen Organisationen OEEC, Europarat und WEU waren alle intergouvernemental strukturiert und Großbritannien gehörte ihnen, teils in führender Position, an. Lediglich auf dem begrenzten Gebiet Kohle und Stahl gab es eine supranational strukturierte Gemeinschaft – ein Gebiet, auf dem Großbritannien selbst wettbewerbsfähig war und wo es seine Zugehörigkeit nicht als vordringlich ansah.

Diese Situation veränderte sich, als die sechs EGKS-Staaten den Weg zur Bildung von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäischer Atomgemeinschaft (Euratom) beschritten, die mit den Römischen Verträgen vom März 1957 ins Leben gerufen wurden. In den britischen Ministerien wurde lange überlegt, ob die Teilnahme an der EWG mehr Vor- oder Nachteile für das Land bringen würde.[5] Schließlich entschied man sich gegen eine Teilnahme, und zwar auch hier wieder aus ökonomischen wie politischen Gründen. Zu dem Zeitpunkt, als über die EWG verhandelt wurde, gingen nur etwa 14% der britischen Exporte in die Sechsergemeinschaft, d. h. die künftigen EWG-Staaten, etwas mehr als 25% gingen ins gesamte Europa, aber immer noch knapp 50% der britischen

5 Zum Folgenden siehe Wolfram Kaiser, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955–1961. Von Messina nach Canossa, Berlin 1996.

Exporte in die Staaten des Commonwealth, mit denen man präferentielle Handelsbeziehungen pflegte. Der Anteil des Commonwealth an den britischen Importen belief sich auf 49%. Diese Importe bestanden überwiegend aus landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen. Befürchtet wurde, dass durch die geplante Zollunion als Kern der EWG die Präferenzen im Commonwealth-Handel aufgegeben werden müssten. Auf der anderen Seite bot der geplante gemeinsame Markt der Sechs auch zusätzliche Exportchancen auf dem entstehenden europäischen Binnenmarkt. Während sich in ökonomischer Hinsicht die Vor- und Nachteile einer Teilnahme die Waage hielten und sich kein eindeutiger Vorteil zugunsten der Teilnahme ergab, kam man aus politischen Gründen zu dem Ergebnis, dass eine Teilnahme an der EWG abzulehnen sei. Die Teilnahme an der EWG, so hieß es in einem interministeriellen Abschlussbericht, sei mit der Weltmachtrolle Großbritanniens unvereinbar; die Symmetrie der drei Kreise – Commonwealth, USA, Europa – würde durch Großbritanniens Teilnahme an der EWG empfindlich gestört, indem nämlich Großbritanniens europäische Rolle einseitig betont würde. Vor allem fürchtete man, dass der politische Zusammenhalt im Commonwealth dadurch bedroht wäre, ebenso die besonderen Beziehungen zu den USA. Auch wurde wiederum das supranationale Prinzip abgelehnt und die Befürchtung geäußert, dass die EWG sich zu einer politischen Föderation entwickeln könne. Allerdings gab es auch bereits mahnende Stimmen, die darauf hinwiesen, dass die Sechs sich zu einem starken wirtschaftlichen und politischen Block entwickeln könnten und Großbritannien sich dann zu einem späteren Zeitpunkt unter den Bedingungen der Sechs dieser Gemeinschaft anschließen müsste.

Als Alternative zur EWG gründete Großbritannien zusammen mit anderen Staaten eine Freihandelszone – die EFTA, nachdem zuvor der Plan gescheitert war, eine umfassende Freihandelszone auch mit den EWG-Staaten zu errichten. Durch die EFTA erhoffte sich Großbritannien, ein Druckmittel gegen die EWG aufzubauen und zudem zu verhindern, dass sich andere Staaten nach und nach der EWG anschließen könnten. Allerdings war es dann Großbritannien, das nur wenige Jahre später – 1961 – unter dem konservativen Premierminister Harold Macmillan einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften stellte. Was waren die Gründe für den Gesinnungswandel, wenn es überhaupt einer war?

Zum einen hatte die britische Industrie an Wettbewerbsfähigkeit verloren und war Großbritanniens Anteil am gesamten Weltexport zwischen 1950 und 1960 von 25,5 % auf 16,5 % gesunken.[6] Zudem hatten sich inzwischen die Handelsströme verlagert. Die britischen Exporte in das Commonwealth sowie die Importe aus diesen Staaten waren deutlich zurückgegangen, und der Handel mit den EWG-Staaten hatte zugenommen, so dass 1962 der Anteil des britischen Exports nach Westeuropa den Anteil der Exporte in das Commonwealth überstieg. Auch hatte das britische Wirtschaftswachstum, verglichen mit den EWG-Staaten, zwischen 1955 und 1960 nachgelassen. Während die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in Großbritannien bei 2,5 % lagen, betrugen sie in Frankreich 4,8 %, in Italien 5,4 % und in der Bundesrepublik 6,4 %. Von einer Teilnahme an der EWG erhoffte man sich eine Umstrukturierung und Modernisierung der britischen Wirtschaft und damit einen Wachstumsschub. Zudem bot die EFTA mit ihrem bedeutend kleineren Markt nicht den erhofften Vorteil für die britische Wirtschaft, und die wirtschaftlichen wie auch politischen Verbindungen zum Commonwealth lockerten sich

6 Kaiser, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, S. 110 ff.

zunehmend. Mit der Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit 1947 hatte der Dekolonisationsprozess eingesetzt, der in den folgenden Jahren stetig voranschritt und zahlreichen afrikanischen und asiatischen Staaten die Unabhängigkeit brachte. Durch die Teilnahme am Gemeinsamen Markt glaubte man jetzt, die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zum Commonwealth wieder festigen zu können. Zum anderen schien es auch aus politischen Gründen ratsam, sich den Sechsen, die mit den Fouchet-Plänen den Weg zu einer Politischen Union Europas einschlugen, anzunähern, wollte Großbritannien nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit versinken. Insbesondere die USA drängten auf einen EG-Beitritt Großbritanniens, und die zunehmende Hinwendung der USA zu den Sechs in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht wurde als eine Bedrohung der ‚special relationship‘ zwischen Großbritannien und den USA empfunden. Großbritanniens Ziele waren somit dieselben geblieben wie Mitte der 1950er Jahre: politischer Machterhalt, enge Beziehungen zum Commonwealth und zu den USA, aber die Mittel zur Erlangung dieser Ziele hatten sich geändert. Allein die EG-Mitgliedschaft schien jetzt eine Gewähr zur Erreichung dieser Ziele zu bieten, und die Abstriche an der nationalstaatlichen Souveränität wurden dafür in Kauf genommen.

Bekanntlich wurde nicht nur das erste Beitrittsgesuch Großbritanniens durch ein Veto de Gaulles abgelehnt, ebenso ein zweites, das 1967 von der britischen Labour-Regierung gestellt worden war, obwohl der Labour-Führer Hugh Gaitskell noch einige Jahre zuvor geäußert hatte, ein EG-Beitritt würde das Ende von tausend Jahren britischer Geschichte bedeuten. Erst 1973 gelang es Großbritannien, Mitglied der Europäischen Gemeinschaften zu werden, und zwar zu den Bedingungen der Sechs. Das heißt, Großbritannien konnte keine Veränderungen der Verträge aushandeln, sondern musste den gesamten ‚acquis communautaire‘, d. h. den gesamten Besitzstand der Gemeinschaften, mit allen seinen Regelungen, Verordnungen und Abkommen schlucken. Das war insofern bitter, als dies für Großbritannien zum einen bedeutete, die kostspielige Agrarpolitik der EG zu übernehmen, und zum anderen, dauerhaft zu einem Nettozahler der Gemeinschaften zu werden. Unzufriedenheit mit diesen Bedingungen – wie auch eine allgemeine wirtschaftliche Rezession zu Beginn der siebziger Jahre, die GB besonders hart traf – führten dazu, dass die 1974 ins Amt gekommene Labour-Regierung unter Harold Wilson sich um Neuverhandlungen bemühte und – nachdem diese halbwegs erfolgreich waren – in einem Referendum über den Verbleib Großbritanniens in den EG abstimmen ließ. Zwar entschied sich 1975 eine Mehrheit der Briten (67,2 %) für den Verbleib in den EG, aber die Stimmung in Großbritannien gegenüber den Gemeinschaften blieb immer kritisch. So gaben beispielsweise in einer Umfrage vom September 1976 74 % der Befragten an, die EG sei größtenteils schuld an den steigenden Lebensmittelpreisen, den 12,6 % Inflation und den 1,3 Millionen Arbeitslosen. Nur 16 % waren nicht dieser Meinung.[7] Diese kritische Stimmung in Bezug auf die EG war nicht unwesentlich auf die britischen Politiker und Meinungsführer zurückzuführen, welche selten ein positives Bekenntnis oder gar Begeisterung zu den Europäischen Gemeinschaften äußerten, sondern „Brüssel“ stets als

7 Angelika Volle, Großbritannien in der Europäischen Gemeinschaft. Vom zögernden Außenseiter zum widerspenstigen Partner, in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Großbritannien und Europa – Großbritannien in Europa. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Bochum 1989, S. 315–346, S. 320.

etwas Fremdes betrachteten, dem gegenüber man die nationalen Interessen behaupten müsse. Hier liegt der Nährboden für das Ergebnis des Referendums im Jahre 2016. Wie die britische Historikerin Anne Deighton schrieb, hätten britische Politiker meist nur auf die ökonomischen Vorteile eines EG-Beitritts verwiesen, nicht aber versucht, ‚Europa' jemals auch in den Köpfen und Herzen der britischen Bevölkerung zu verankern.[8]

Wie eingangs erwähnt, wurde Großbritannien als Mitglied der EG von den sechs Gründungsmitgliedern der Gemeinschaften wiederholt als ein ‚awkward partner' bezeichnet. Dies war aus Sicht der Sechs, die allerdings auch untereinander keineswegs immer Konsens hatten, sicher so, denn ihre Europavorstellungen waren zum Teil andere als die der britischen Regierungen. Während erstere eine Weiterentwicklung der Gemeinschaften zu einer politischen Union anstrebten, lag Großbritanniens Interesse vor allem auf der Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes. In dieser Hinsicht war Großbritannien als Gemeinschaftsmitglied sehr aktiv, und die Entstehung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahre 1986, die sich die vollständige Verwirklichung des Binnenmarktes bis zum Jahre 1992 zum Ziel gesetzt hatte, war im Wesentlichen auf britisches Engagement unter der Regierung Margaret Thatchers zurückzuführen. Auch strebten die britischen Regierungen der 1970er und 1980er Jahre eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik an, was weitgehend von Frankreich blockiert wurde – hier war eher Frankreich der ‚widerspenstige Partner'. Gerade der Regierung Thatcher ist wiederholt vorgeworfen worden, dass sie nur egoistische nationale Interessen vertreten habe. Allerdings hatten auch die anderen mit der Bildung der Europäischen Gemeinschaften stets ihre nationalen Interessen verfolgt. Sie hatten die Gemeinschaften nach ihren Interessen geformt (beispielsweise Agrarpolitik, Finanzpolitik), so dass ihre nationalen Interessen mit den Zielen der Gemeinschaften weitgehend übereinstimmten. Dies lag im Fall Großbritanniens etwas anders.

Wie erwähnt, hatte Großbritannien stets Vorbehalte gegenüber der Bildung einer engeren politischen Union oder einer politischen Föderation geäußert. Deshalb verwahrte sich der britische Premierminister John Major auch gegen den Vorschlag, in den Maastrichter Vertrag, der 1993 die Europäische Union begründete, die Worte einzufügen, es handele sich hier um die schrittweise Verwirklichung einer „Union mit föderaler Berufung". Das verabscheute sog. „f-word" wurde durch die vage Formulierung ersetzt, dass die Europäische Union „eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas"[9] darstelle. Zugleich setzte die britische Regierung durch, dass dem Land verschiedene „opt-outs" zugestanden wurden. So musste Großbritannien nicht an der Wirtschafts- und Währungsunion – sprich am Euro – teilnehmen; eine weitere Ausnahmeregelung wurde Großbritannien bezüglich der Sozialpolitik zugestanden. Was Major bei den Verhandlungen durchsetzen konnte, war die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in dem Vertrag, was in der gegenwärtigen Diskussion zur Zukunft Europas wieder eine große Rolle spielt. Typisch ist, wie Major das Ergebnis der Verhandlungen in der britischen Öffentlichkeit darlegte. Er feierte seinen Verhandlungserfolg von Maas-

8 Anne Deighton: The Labour Party, Public Opinion and "the Second Try" in 1967, in: Oliver J. Daddow (Hrsg.), Harold Wilson and European Integration. Britain's Second Application to Join the EEC, London/Portland 2003, S. 39–55, S. 40.

9 Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992, Titel I, Art. A.

tricht als „Spiel, Satz und Sieg“ und erklärte kurz darauf, er habe die Verhandlungen dazu benutzt, um die Autorität der nationalen Regierungen wieder geltend zu machen. „Es ist jetzt ersichtlich“, so erklärte er, „dass die Europäische Gemeinschaft eine Vereinigung souveräner Nationalstaaten bleiben wird.“[10] Er zeigte wenig Gemeinschaftsbewusstsein und das war Wasser auf die Mühlen einer eurokritischen britischen Öffentlichkeit, die jahrzehntelang von der Agitation der Europagegner, vor allem in der Labour Party, aber auch bei den Konservativen beeinflusst worden war. Gerade die Labour Party hatte gebetsmühlenartig ihren Willen zum Austritt des Landes aus der Gemeinschaft betont.

Durch die EU-Folgeverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon wurde eine weitere Vertiefung der Union in Angriff genommen, und auch hier konnte Großbritannien mehrere „opt-outs“, also Ausnahmeregelungen, durchsetzen, so in Bezug auf den Schengen-Vertrag und die Regelungen betreffend Visa, Asyl und Einwanderung. Kein anderer EU-Mitgliedstaat hat mehr „opt-outs“ von der europäischen Integration erreicht als Großbritannien.

Dennoch wuchs in Großbritannien die Skepsis gegenüber einer EU-Mitgliedschaft weiter an, u. a. stark beflügelt von der nach Maastricht gegründeten Partei UKIP, die den Austritt Großbritanniens aus der EU forderte. Aufgrund des massiven Drucks, auch aus der eigenen Partei, sah sich der britische Premierminister David Cameron, selbst ein Europa-Befürworter, gezwungen, Neuverhandlungen mit der EU anzusetzen und ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU anzukündigen. Letzteres war, wie wir heute wissen, ein sehr riskantes Spiel, und das Ganze diente nur dazu, die in der Europapolitik gespaltene Konservative Partei zusammenzuhalten. Die Forderungen für Neuverhandlungen umfassten kurzgefasst folgende Punkte:

1. Schutz für die Länder außerhalb der Eurozone. Es sollte sichergestellt werden, dass es keine Diskriminierung der Nicht-Eurozonen-Länder geben würde und dass diesen nicht zusätzliche Kosten durch die Eurozone aufgebürdet würden.
2. Die Wettbewerbsfähigkeit und der Bürokratieabbau sollten stärker betont werden; unnötige Regulierungen für die Wirtschaft sollten zurückgenommen werden.
3. Veränderungen bezüglich der Auswirkungen auf die Souveränität und das Subsidiaritätsprinzip. So sollte das in den Verträgen festgelegte Ziel, zu einer immer engeren Union zu gelangen, für Großbritannien nicht gelten. Auch sollte es eine Art „red card regime“ geben, so dass, wenn eine Reihe von nationalen Parlamenten gegen eine bestimmte Maßnahme war, diese nicht EU-Gesetz wurde; das Subsidiaritätsprinzip sollte stärker betont werden.
4. Ein Missbrauch des Rechtes der Freizügigkeit (Grundlage des Binnenmarktes) sollte verhindert und größere Kontrolle über die Immigration ermöglicht werden. Es sollte sichergestellt werden, dass Neumitglieder erst dann das Recht auf Freizügigkeit beanspruchen konnten, wenn ihre Wirtschaft mit der der anderen Mitglieder weitgehend konvergierte. Darüber hinaus sollten EU-Immigranten erst vier Jahre im Vereinigten Königreich gelebt und dort Beiträge gezahlt haben, bevor sie soziale Leistungen beanspruchen konnten. Die Praxis der Unterstützung von im Ausland lebenden Kindern dieser Immigranten sollte abgeschafft werden.

10 Zitiert nach Reinhard Meier-Walser: Großbritannien auf der Suche nach einem Platz im „Herzen Europas“, in: *Außenpolitik* 1/1994, S. 10–19, S. 14.

Den Forderungen Camerons wurde seitens der anderen EU-Mitglieder weitgehend entgegengekommen. Allerdings spielten diese konkreten Verhandlungsergebnisse in der folgenden Kampagne über den Verbleib in oder Austritt aus der EU kaum eine Rolle. Vielmehr wurde die Kampagne von allgemeinen politischen Erwägungen und auch von konkreten Persönlichkeiten wie Boris Johnson geprägt. Die Hauptpunkte, über die diskutiert oder gestritten wurde, waren: Wirtschaft, Migration, Souveränität; hinzu kam eine allgemeine Kritik am Establishment. Dabei wurde von dem ‚Leave-Lager' auch häufig mit falschen Zahlen operiert, beispielsweise in Bezug auf die Kosten der EU-Mitgliedschaft für Großbritannien. Das ‚Leave-Lager' konzentrierte sich vor allem auf das Thema Migration und die daraus entstehenden Kosten. Gezeichnet wurde das ‚Schreckensbild' des typischen EU-Migranten, der nur nach Großbritannien kommt, um die Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, was, wie verschiedene Untersuchungen gezeigt haben, keineswegs der Wirklichkeit entsprach. Hier wurden Ängste geschürt, die eines realen Hintergrundes entbehrten, aber wirkungsvoll waren.

Ein weiterer Punkt, der vom ‚Leave-Lager' ständig hervorgehoben wurde, war, dass „Brüssel" den Mitgliedstaaten seine Regeln gegen deren Willen aufzwänge und damit die nationalstaatliche Souveränität beschneide. Auch hierzu ist zu sagen, dass dies nicht der Realität entspricht, denn die Mitgliedstaaten stellen erst diese Regeln auf, sie sind die Architekten der Verträge.

Weitere Einzelheiten dieser Kampagne können an dieser Stelle nicht ausgeführt werden. Das Ergebnis ist bekannt: Eine – wenn auch knappe – Mehrheit (Leave the EU: 51,9 %; Remain: 48,1 %; 72,2 % der Abstimmungsberechtigten beteiligten sich) entschied sich für den Austritt aus der Union. Die neue britische Premierministerin Theresa May hat inzwischen gemäß Artikel 50 des EU-Vertrages die Austrittserklärung eingereicht, und erste Verhandlungen über die Modalitäten des Austritts haben begonnen. Wie es in dieser Angelegenheit weitergeht, ist nicht zuletzt aufgrund der derzeitigen Politik und Stimmung in Großbritannien offen. In ihrer Grundsatzrede vom 17. Januar 2017 hatte May klar gemacht, dass sie einen ‚harten Brexit' anstrebt und weder im Binnenmarkt noch in der Zollunion bleiben möchte, stattdessen ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU abschließen will. Vieles in ihrer Rede – und das ist vor allem das Interessante – erinnert an die traditionellen Vorstellungen Großbritanniens, wie sie auch schon von Winston Churchill 1946 vorgebracht wurden: So bezeichnete sie – wie seinerzeit Churchill – Großbritannien als Freund und guten Nachbar der Europäer und betonte auch die Erneuerung der ‚special relationship' zu den USA.[11] Sie verwies darauf, dass Großbritannien schon immer, von seiner Geschichte und politischen Verfassung her, anders gewesen sei als die europäischen Kontinentalstaaten und dass Großbritannien, anders als die Staaten des Kontinents, stets eine globale Rolle innegehabt habe. Dieses britische Selbstverständnis hat die Jahre der EU-Mitgliedschaft überdauert.

11 So hieß es u. a. in ihrer Rede: "Britain wants to remain a good friend and neighbour to Europe"; "I want us to be a truly global Britain – the best friend and neighbour to our European partners, but a country that reaches beyond the borders of Europe too. A country that goes out into the world to build relationships with old friends and new allies alike", https://www.gov.uk/government/speeches/the-governments-negotiating-objectives-for-exiting-the-eu-pm.speech.de (letzter Abruf: 10.07.2020).

Was aber bedeutet der Austritt Großbritanniens für die EU? Hier ist zunächst einmal daran zu erinnern, dass mit Großbritannien nicht irgendein kleiner Staat die EU verlässt, sondern die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Im Jahre 2015 steuerte GB 17,6 % zum Bruttoinlandsprodukt aller EU-Länder bei. Das Land vereint nahezu so viel Wirtschaftsleistung auf sich, wie die 20 der Wirtschaftskraft nach kleinsten Länder der EU zusammen. Laut Aussage des Ökonomen Hans-Werner Sinn sei, so gesehen, der Austritt Großbritanniens wirtschaftlich in etwa dasselbe, als würden nun 20 von 28 Ländern gleichzeitig die EU verlassen. Ökonomisch, aber auch politisch werde der Austritt Großbritanniens eine erhebliche Schwächung der EU zur Folge haben.[12] Das Ziel, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu betreiben, wird ohne das Vereinigte Königreich schwieriger. Großbritannien ist eine Atomstreitmacht und es ist eines von fünf ständigen Mitgliedern im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Und wirtschaftspolitisch gesehen, verliert die EU mit Großbritannien ein Land, das sich stets für eine liberale und weltoffene Handelspolitik einsetzte und ein Gegengewicht zu eher protektionistisch ausgerichteten Ländern darstellte. Vor allem Deutschland verliert mit dem Brexit seinen natürlichen Verbündeten für eine weltoffene Handelspolitik und für eine eher zurückhaltende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Mit dem Brexit wird Deutschland im Ministerrat der EU die Sperrminorität (bei Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit) verlieren, über die es bislang zusammen mit Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Finnland verfügte.

Was der Austritt für die EU im Einzelnen, vor allem für den Handel zwischen Großbritannien und der EU, bedeutet, hängt zum größten Teil davon ab, wie die Trennung Großbritanniens von der EU genau aussieht und wie sich die künftige Partnerschaft gestaltet. Befürchtet wurde und wird zudem, dass das Vorgehen Großbritanniens einen Dominoeffekt haben könne, d. h. auch andere Staaten diesem Beispiel folgen könnten.

Aber der bevorstehende Brexit hat auch eine positive Seite insofern, als dass zum einen die restlichen Mitgliedstaaten sich in jüngster Zeit viel geschlossener zeigten als zuvor, zum anderen sie sich jetzt wohl auch gezwungen sehen, über die künftige Gestaltung Europas ernsthaft nachzudenken und sich der Frage der Finalität Europas, die ja stets offengeblieben war, zu stellen. Ein einfaches „Weiter so“ wird es vermutlich nicht geben, aber welche Lösung verfolgt wird, muss sich in naher Zukunft zeigen. Das kürzlich von der EU-Kommission vorgelegte „Weißbuch zur Zukunft Europas“ mit seinen fünf Szenarien bietet einen interessanten Ansatz für eine solche Finalitätsdebatte. Und – was ich zum Schluss auch noch hervorheben möchte – ist, dass sich die Stimmung in der europäischen Öffentlichkeit in Bezug auf die EU deutlich verbessert hat. Wie das Eurobarometer vom Frühjahr 2017 zeigt, wächst in den EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen in die EU (42%) – es ist auf dem höchsten Stand seit 2010, und eine Mehrheit der Europäer (56%; BRD: 59%) sieht die Zukunft der EU optimistisch. Auch fühlen sich 68% der Europäer, und sogar 82% der Deutschen, als Bürger bzw. Bürgerinnen der EU. Anders sieht es allerdings in Großbritannien aus. Dort überwiegen laut Eurobarometer weiterhin Skepsis und Misstrauen in Bezug auf die EU, und nur 54% der Briten fühlen sich als EU-Bürger bzw. Bürgerinnen.

Der Vortrag wurde am 22.11.2018 gehalten.

12 Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt, Freiburg – Basel – Wien 2016, S. 37 ff.

Gabriele Clemens

„Großbritannien ist europäischer, als die Briten denken und wissen."

Michael Gehler: *Ich darf recht herzlich Kollegin Gabriele Clemens begrüßen von der Universität Hamburg, die Inhaberin eines Jean Monnet-Chairs ist, von denen es in Deutschland nur wenige gibt, und zudem die einzige Frau mit dieser Denomination. Wir fangen immer an mit Fragen, wie man Historiker bzw. Historikerin wird. Gibt es bei Ihnen Bezüge zur Herkunft und Erziehung?*

Gabriele Clemens: Ich komme aus dem Rheinland, bin zwischen Krefeld und Düsseldorf aufgewachsen und in Krefeld zur Schule gegangen. Was die Beziehung zur Geschichte angeht, so habe ich schon in der Schulzeit großes Interesse an diesem Fach entwickelt, hatte aber eigentlich nicht vor, Geschichte an der Universität zu studieren. Ich wollte zunächst Sonderschullehrerin für schwer erziehbare Jugendliche werden. Ich war sozial sehr engagiert, hatte aber gleichzeitig auch Interesse an Fächern wie Philosophie, Politik und Literatur. So habe ich lange hin und her überlegt, was ich studieren möchte. Da ich aus Erfahrung infolge meiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit im sozialen Bereich wusste, wie schwer die Tätigkeit einer Sonderschullehrerin sein kann, habe ich mich dazu entschlossen, erst die anderen mich interessierenden Fächer zu studieren und den Weg der Sonderschullehrerin eventuell später einzuschlagen. So habe ich schließlich das Studium der Politik, Philosophie, Geschichte und Germanistik in Marburg aufgenommen. Im Laufe des Studiums hat es sich dann herauskristallisiert, dass ich in erster Linie Historikerin werden wollte.

Jörg Beining: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende Lehrer aus der Schulzeit oder Vorbilder aus Politik und Gesellschaft?*

Gabriele Clemens: Es gab in der Schulzeit schon Lehrer und Lehrerinnen, die mir sehr gut gefallen haben. Ich bin gerne zur Schule gegangen und war daher im Großen und Ganzen auch mit allen Lehrern zufrieden. Ich hatte keinen Geschichtslehrer, von dem ich sagen würde, dass er mich besonders geprägt hätte. Ich sagte eben schon, dass ich in dieser Zeit sozial sehr engagiert war, und da hatte ich auch andere Vorbilder. Eines meiner großen Vorbilder war der brasilianische Bischof Hélder Pessoa Câmara.[13] Ich hatte mich damals auch sehr für Philosophie und Politik interessiert, und so gab es auch einige Philosophen und Politikwissenschaftler, die ich sehr anregend fand. Das war auch ein Grund, warum ich zum Studium nach Marburg gegangen bin.

---

13 Hélder Pessoa Câmara (*1909; †1999), brasilianischer Menschenrechtler und Geistlicher, 1964 bis 1985 Erzbischof von Olinda e Recife.

Andrea Germer: *Was führte Sie von 1972 bis 1977 zum Studium der Fächer Geschichte, Politik und Germanistik mit einem abgeschlossenen Staatsexamen?*

Gabriele Clemens: Das Interesse für diese Fächer war vorhanden, wobei ich anfangs den Schwerpunkt noch nicht eindeutig auf Geschichte gelegt habe. Die Fächer hatten mich alle gleichermaßen interessiert, auch in Philosophie und Soziologie habe ich einige Seminare und Vorlesungen besucht. Während des Studiums hat es sich dann herausgestellt, dass Geschichte das Fach war, das mich am meisten ansprach. Das habe ich dann auch hauptsächlich betrieben. Das Staatsexamen habe ich zunächst in den Fächern Geschichte und Politikwissenschaft gemacht. Da ich mich auch schon immer für Literatur interessiert hatte, habe ich noch zusätzlich das Studium der Germanistik absolviert und dieses ebenfalls mit dem Staatsexamen abgeschlossen.

Severin Cramm: *Was führte zur Wahl Ihrer Dissertation und welches Thema behandelten Sie mit welchen Resultaten?*

Gabriele Clemens: Der Ursprung des Dissertationsthemas lag in einem Hauptseminar über Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Ich habe dort eine Hausarbeit über einen katholischen Wissenschaftler (Martin Spahn[14]) geschrieben, der wegen seiner Konfessionszugehörigkeit Schwierigkeiten bei der Berufung auf einen Lehrstuhl bekam (‚Fall Spahn‘). Das Thema habe ich dann in der Staatsexamensarbeit weiterverfolgt und ausgebaut. Die Person Martin Spahn und darüber hinaus generell die Rolle der Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik haben mich sehr interessiert, so dass ich dies in einer Dissertation weiterbearbeiten wollte. Meine Dissertation befasst sich mit dem Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, und hier spielte der genannte Martin Spahn eine führende Rolle. Im Gegensatz zur Mehrheit der Katholiken, die in der Zentrumspartei organisiert waren, hat er die Partei verlassen, ist zunächst zur Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) übergetreten und später in die NSDAP eingetreten. Die Frage, die mich in meiner Dissertation vor allem interessierte, war, warum Rechtskatholiken wie Spahn diese Entwicklung genommen und sich den rechten nationalen Bewegungen angeschlossen haben.

Michael Gehler: *Eine Zusatzfrage dazu: In Bonn findet ein Workshop statt zum Thema „Katholizismus im Kaiserreich und im Zeitalter der Diktaturen“. Was machte Ihrer Meinung nach Vertreter des politischen Katholizismus und erst recht des Rechtskatholizismus so anfällig für diese Diktaturen ihrer Zeit, seien sie faschistisch, nationalistisch oder nationalsozialistisch Was waren die Gründe?*

Gabriele Clemens: Spahns wichtigstes Ziel – und wohl auch das anderer führender Rechtskatholiken – war es, die vollständige Integration der Katholiken in die Politik und Gesellschaft zu erreichen. Im Grunde genommen stammt das aus den Erfahrungen des

14 Johann Martin Adolf Spahn (*1875; †1945), deutscher Historiker und Politiker, 1910 bis 1912 Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei, 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der DNVP und seit 1933 Mitglied der NSDAP.

Kaiserreiches, wo die Katholiken eine untergeordnete, nicht gleichberechtigte Position besessen hatten. Spahn und andere zogen daraus den Schluss, dass die Katholiken niemals abseitsstehen dürften und sich vollständig integrieren müssten, um ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu werden. Das führte schließlich auch dazu, dass er und andere sich dann den rechten nationalen Bewegungen anschlossen. Vom Nationalsozialismus, den er anfangs als große Chance gesehen hatte, zu einem künftigen, alle gesellschaftlichen Gruppen umfassenden großen Reich zu gelangen, hat er sich dann später aber distanziert, als er erkennen musste, dass das ‚Dritte Reich' Hitlers nicht seinen eigenen Vorstellungen entsprach.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielte ihrer Ansicht nach das Erlebnis der Rätediktatur 1918/19 und die Frage der Abgrenzung zum Bolschewismus? Ist das ein Aspekt, den man mitdenken muss?*

Gabriele Clemens: Das hat sicherlich auch eine große Rolle gespielt. Es ist ganz eindeutig so gewesen, dass der Bolschewismus von Spahn und anderen Rechtskatholiken als eine Gefahr gesehen wurde, die man bekämpfen musste. Der Rätegedanke wurde von Spahn zunächst als eine Chance begriffen, seine eigenen Vorstellungen eines berufsständischen Neuaufbaus von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen, aber das hatte nichts mit dem Rätegedanken der Linken zu tun. Diesen bekämpfte Spahn ebenso wie die Weimarer Republik, die er als ‚Formaldemokratie' und Verrat an konservativ-katholischen Grundsätzen bezeichnete.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielte eigentlich der Europagedanke für Spahn? Kann man einen solchen greifen in seinen Schriften und Äußerungen?*

Gabriele Clemens: Der Europagedanke, wie wir ihn heute verstehen, hat bei Spahn keine Rolle gespielt. Wenn er sich mit Europa befasste, dann ging das eher in Richtung einer deutschen Führung.

Michael Gehler: *Mitteleuropa unter deutscher Führung?*

Gabriele Clemens: Das war so in diese Richtung gedacht. Mitteleuropa ist sicherlich ein wichtiges Stichwort.

Jörg Beining: *Welche prägenden akademischen Lehrer hatten Sie im Fach Geschichte an der Universität Marburg?*

Gabriele Clemens: Das waren mehrere. In der Alten Geschichte war es Karl Christ,[15] dessen Vorlesung ich gerne gehört habe. In der Neueren Geschichte war es mein inzwi-

15 Karl Christ (*1923; †2008), deutscher Althistoriker, 1965 bis 1988 Professor für Alte Geschichte an der Universität Marburg.

schen leider verstorbener Lehrer Peter Krüger.[16] Ich habe die Vorlesungen und Seminare bei ihm sehr genossen und dort sehr viel gelernt. Das sind die beiden wichtigsten Personen. Wir hatten auch einen Privatdozenten, der sehr engagiert war, sich sehr um die Studierenden gekümmert und interessante Seminarthemen angeboten hat. Das war Bernhard vom Brocke.[17]

Michael Gehler: *Bernhard vom Brocke war Wissenschaftshistoriker. Peter Krüger ist ein sehr bekannter Historiker im Bereich der Geschichte Europas und seines Staatensystems. Wie würden Sie ihn im Rückblick charakterisieren? Er war für Sie ein wichtiger Mentor und Lehrer. Was bleibt von ihm als Mensch und Historiker?*

Gabriele Clemens: In beiden Beziehungen war er hervorragend. Seine Werke über die Außenpolitik der Weimarer Republik und über die europäische Integration finde ich ausgezeichnet. Als Historikerin würde ich sagen, dass er ein hervorragender Kenner der Materie war. Er war zudem ein netter und freundlicher Mensch, der sich sehr um seine Studierenden bemüht hat. Es ist sehr schade, dass er relativ früh gestorben ist.

Michael Gehler: *Was haben Sie von ihm gelernt bezüglich Ihrer eigenen Geschichtsforschungen?*

Gabriele Clemens: Ich weiß noch aus mehreren Unterhaltungen, dass Halbwissen eine der Sachen war, die er am meisten verabscheute. Er ist historischen Fragen immer sehr gründlich nachgegangen. Er mochte es nicht, wenn man oberflächlich argumentierte. Dieses sehr gründliche Arbeiten ist sicherlich etwas, das ich von ihm gelernt habe. Es galt sein Grundsatz: Man sollte erst alles bis zur letzten Konsequenz durchdenken und sich dann fragen, ob man es wirklich so sagen kann. Dieses gründliche wissenschaftliche Arbeiten ist ein wesentliches Element seiner Lehre und Vermittlung gewesen. Es war auch das Denken in europäischen und internationalen Zusammenhängen. Darin war er auch sehr prägend. Krüger hat den Blick jenseits der deutschen Geschichte geöffnet.

Andrea Germer: *In den Jahren 1992/93 erhielten sie ein Habilitationsstipendium. Die Habilitation selbst erfolgte 1994 im Fachbereich Geschichtswissenschaften der Universität Marburg. Zu welchem Thema habilitierten Sie und welche Ergebnisse brachten Sie hervor?*

Gabriele Clemens: Das Thema meiner Habilitation lautete „Die britische Kulturpolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg“. Das Ergebnis war, dass die Kulturpolitik eine ganz wesentliche Rolle in der britischen Deutschland- und Nachkriegspolitik gespielt hat. In der Forschung wurde damals die Auffassung vertreten, dass die Kulturpolitik

16 Peter Krüger (*1935; †2011), deutscher Historiker, 1975 bis 2002 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg.

17 Bernhard vom Brocke (*1939), deutscher Historiker, ab 1993 Professor für Neuere Geschichte und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Kassel und seit 2001 Vorsitzender der Historischen Kommission der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin.

ein eher unwichtiger Bereich gewesen sei, der den Besatzungsoffizieren vor Ort überlassen wurde, sozusagen lediglich der Ablenkung und Unterhaltung der Deutschen gedient habe. Ich konnte jedoch nachweisen, dass dem keineswegs so war. Die Kulturpolitik hat von Anfang an eine ganz wesentliche Rolle in der britischen Deutschland- und Nachkriegspolitik gespielt und hat dort mehrere wichtige Funktionen erfüllt. Erstens war sie Teil der Sicherheitspolitik. Man ging davon aus, dass die Deutschen keine neuen Kriege mehr beginnen würden, wenn sie erstmal umerzogen sind. In London war man davon überzeugt, dass diese Umerziehung zu Demokraten nach dem Ersten Weltkrieg versäumt worden sei und man diesen Fehler nicht noch einmal machen wolle. Zum Zweiten kann man festhalten, dass Kulturpolitik auch der Vermittlung Großbritanniens diente. Ich habe das in meinem Buch eine „Machtersatzpolitik" genannt, d. h., dass die Briten gegenüber den Amerikanern und der Sowjetunion politisch-militärisch eine schlechtere Stellung gehabt haben und von daher die Vermittlung von Werten und Kultur das Feld war, auf dem sie meinten, dominieren zu können. Daher haben sie versucht, auf diesem Feld besonders aktiv zu sein und die Deutschen auf Großbritannien hin zu orientieren. Das kann man zum Beispiel daran erkennen, dass die Briten bemüht waren, Kulturprodukte nach Deutschland zu bringen, wie z. B. Theaterstücke, Filme und Musik, die ein positives Bild von Großbritannien zeichneten. Sie haben gleichzeitig immer wieder versucht, den amerikanischen Einfluss so weit wie möglich zurückzudrängen. Sie wollten, dass man sich wenigstens in dieser Hinsicht an den Briten orientiert. Sie fühlten sich den Amerikanern ohnehin mehrfach überlegen, gerade im kulturell-politischen Bereich.

Andrea Germer: *Inwiefern waren sie damit erfolgreich?*

Gabriele Clemens: Das ist schwierig zu beantworten. Der amerikanische Einfluss auf diesen kulturellen Gebieten ist unmittelbar nach dem Krieg ein ganz anderer. Die Amerikaner haben ihre Hollywood-Filme und die hatten einen ganz anderen Stellenwert als die britischen Filme. Die Briten waren teilweise sehr enttäuscht über die Reaktion der Deutschen auf die Angebote der britischen Kulturpolitik. Wenn man es sich aber genauer anschaut, dann haben die Briten ihre Ziele langfristig betrachtet durchsetzen können, v. a. im Bereich der Sicherheitspolitik und der Demokratieentwicklung – das ist ja letztlich alles gelungen. Wie viel da die Kulturpolitik eine Rolle gespielt hat, ist natürlich eine Frage der Gewichtung.

Michael Gehler: *Eine Sache fällt mir sofort ein:* Der Spiegel*. Dieses Wochen-Magazin ist ja in der britischen Besatzungszone – in Hannover – aus der Taufe gehoben worden. Ist so ein investigatives Journal auch Teil der britischen Kulturpolitik gewesen – mit ehemaligen Nazis als Aufdecker des Nazismus?*

Gabriele Clemens: Insgesamt lief die gesamte Pressepolitik darauf hinaus, erst einmal die Beziehung der Deutschen zur Demokratie zu stärken und sodann die Deutschen möglichst auf die britische Besatzungsmacht hin zu orientieren. Die Briten haben auch versucht, bei der *WELT* und dem *NDR* entsprechenden Einfluss zu nehmen, um diese Ziele zu erreichen und zugleich den staatlichen Einfluss auf die Kultur zu reduzieren bzw. auszuschalten.

Michael Gehler: *Nun gab es ja noch eine dritte Besatzungsmacht, die durch britische Fürsprache eine Besatzungszone bekam und die hatte eine eigene ambitionierte Mission, eine* mission civilisatrice. *Wie reagierte die britische Seite darauf und verfolgte sie Ansätze, sich davon freizukämpfen und ein Kontrastprogramm zu entwickeln?*

Gabriele Clemens: Nein, ich denke, dass ihnen das nicht wichtig genug erschien, sich von den Franzosen abzusetzen. Die Gefahr bestand darin, wie ich eben erläutert habe, dass die Amerikaner alles dominieren. Deswegen waren die Briten darum bemüht, sich in erster Linie von den Amerikanern abzugrenzen. Sie haben sich zum Beispiel vorgenommen, weder seichte Filme noch Kriminalromane nach Deutschland zu bringen und auch keine Unterhaltungsmusik zu senden. Das machten alles die Amerikaner, die ja auch als recht „kulturlos“ von britischer Seite aus bezeichnet wurden. Die Briten wollten kulturell nur Hochwertiges nach Deutschland bringen und waren damit auf einer Linie mit den Franzosen. Diese wiederum waren für die Briten aber auch keine Konkurrenz. In einer Stadt wie Berlin beispielsweise, die in vier Sektoren aufgeteilt war, konnte man sehen, in welche Kinos die Leute gingen. Die gingen in die Kinos, die amerikanische Filme zeigten, und schauten sich auch bevorzugt alte deutsche Filme an, während Frankreich auf diesem Gebiet keine Konkurrenz darstellte.

Severin Cramm: *Wann ist Europa für Sie als Wissenschaftlerin mehr geworden als ein geografischer Raum, nämlich ein politisches Projekt?*

Gabriele Clemens: Ich würde sagen, dass das im Laufe des Studiums geschehen ist. Ich habe ja schon Peter Krüger erwähnt. Der öffnete den Blick über Deutschland hinaus und befasste sich mit der Geschichte Europas und dem Völkerbund, der ja auch bereits faktisch ein europäischer Bund gewesen ist. Da habe ich schon diese Wahrnehmung immer stärker während meines Studiums gespürt. Das setzte sich dann während meines weiteren Studiums fort – auch durch die Habilitation. Europa stand immer wieder im Fokus der Betrachtung von Geschichte. Es war ein allmählicher Entwicklungsprozess. Speziell die Frage der europäischen Integration kam aber erst später hinzu.

Michael Gehler: *Wir werfen diese Frage immer ganz gezielt auf und stellen dabei fest, dass diese Wahrnehmung bei den meisten erst sehr spät eingetreten ist. Im Grunde bewegen wir uns häufig in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Die älteren Semester antworten häufig mit der Montanunion und den Wahlen zum Europäischen Parlament ab 1979, aber zur Wahrnehmung als ein Projekt, das zutiefst auf eine politische Formation zuläuft, sehen es die wenigsten schon vor den 1990er Jahren.*

Gabriele Clemens: Das habe ich auch nicht so sehr. Mir ging es mehr um Europa insgesamt und die Beziehung zwischen den Mächten. Die Ziele der Montanunion habe ich im Detail zwar wahrgenommen, aber nicht weiterverfolgt.

Michael Gehler: *Wir haben ja auch die* Zeitschrift für Europäische Integrationsforschung *erst seit 1995. Das war zwei Jahre nach Inkrafttreten des Unionsvertrags von Maastricht. Erst mit der EU wird es zu einem Periodikum. Davor gab es für Historiker kein solches*

Organ. Wie erklären Sie sich das eigentlich, dass Politikwissenschaftler früher mit europäischer Integrationsforschung beginnen? Waren sie gegenwartsnäher orientiert? Bei Juristen lässt sich das durch das Europarecht erklären, aber bei Politikwissenschaftlern ist es ja offensichtlich früher als bei der historischen Forschung. Oder täusche ich mich?

Gabriele Clemens: Nein, ich denke nicht. Politikwissenschaftler beschäftigten sich schon sehr früh mit den politischen Einigungsplänen Europas. Ich denke, dass sie sich damit deutlich früher befassten, weil es eben diesen starken Fokus auf das Geschehen der Gegenwart gibt. Für Historiker ist die Gegenwart nur ein Teilbereich. Für Politikwissenschaftler, die sich ja auch mit unterschiedlichen Regimen befassen, liegt es nahe, auch die Europäische Union als ein neues Phänomen zu untersuchen.

Michael Gehler: *Die Zeitschrift* Integration *des Arbeitskreises Europäische Union existiert seit 1977. Heinrich Schneider*[18] *ist Begründer und Übervater dieser Zeitschrift. Wie ist eigentlich aus ihrer Sicht als Historikerin der historische Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses zu erklären? Es war ja zunächst ein westeuropäischer Prozess. Welche Motive führten dazu und könnten Sie diese gewichten?*

Gabriele Clemens: Ich denke, dass wir Historiker in diesem Punkt fast alle einer Meinung sind. Es gibt verschiedene Motive zur Erklärung der Integration, die zum Beispiel Wilfried Loth[19] detailliert benannt hat. Ganz wesentlich ist meines Erachtens die Lösung der Deutschen Frage. Ein weiteres Motiv ist natürlich der Krieg bzw. die Erfahrungen der beiden Weltkriege. Der Kalte Krieg, der anschließend einsetzt, spielt auch eine ganz wesentliche Rolle. Wenn man diese Gründe gewichten würde, würde ich sagen, dass die Lösung des Deutschlandproblems das Hauptmotiv für den Einigungsprozess gewesen ist, vor allem, wenn man sich überlegt, dass in erster Linie Frankreich daran interessiert war, diesen Einigungsprozess in Gang zu setzen. Für Frankreich war die deutsche Frage ein großes Problem. Wie sollte man mit Deutschland nach dem Krieg umgehen? Selbst in den Schriften des Widerstands wird das klar: Das Deutschlandproblem musste zuerst gelöst werden. Aus dieser zeitlichen Abfolge wird deutlich, dass es sich hierbei um einen ganz wesentlichen Antrieb gehandelt hat. Dieses Motiv blieb auch weiterhin wichtig, wenn wir beispielsweise an den Unionsvertrag von Maastricht denken. Hierbei spielte ja die deutsche Frage erneut eine große Rolle. Wie sollte man mit dem neuen wiedervereinigten Deutschland umgehen? Das ist wohl wieder die wichtigste Antriebskraft für die Gründung der EU gewesen. Der Kalte Krieg spielte stets auch eine Rolle. Die Einigung Westeuropas stellte einen festen Block gegen die Bedrohung aus dem Osten dar. Das ist ein Aspekt, der natürlich auch den Amerikanern sehr wichtig war.

---

18 Heinrich Schneider (*1929; †2018), deutscher Politikwissenschaftler, 1968 bis 1971 Professor für Philosophie der Politik und Ideologiekritik an der Universität Wien und 1987 bis 2018 Herausgeber der Zeitschrift *Integration*.

19 Wilfried Loth (*1948), deutscher Historiker und Politikwissenschaftler, 1986 bis 2014 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Duisburg-Essen.

Michael Gehler: *Bei der Benennung der Gründe von Wilfried Loth ist auffällig, dass die These von der Rettung des europäischen Nationalstaates nicht auftaucht. Dass Deutschland die Schlüsselfrage war, ist Konsens. Das stimmt mit der „europäischen Rettung des Nationalstaats“ von Alan S. Milward*[20] *aber nicht überein, als es galt, die Restauration eines neuen deutschen Nationalstaats zu verhindern. Loth spricht noch von der Behauptung Europas in der Welt. Diese Hammerthese von Milward, dass es eigentlich der Versuch war, den angeschlagenen Nationalstaat wieder auf die Beine zu bringen, nimmt bei Loth keinen prominenten Platz ein, wenn ich es richtig sehe. Neigen Sie auch zu dieser These oder würden Sie sagen, dass Ihnen das zu weit geht?*

Gabriele Clemens: Es kommt hier wesentlich auf die zeitliche Perspektive an, d. h. was stand am Beginn des europäischen Einigungsprozesses? Sicherlich spielten nationale Interessen eine wichtige Rolle, zu Beginn und auch später. Wenn man die Rettung des Nationalstaates dahingehend interpretiert, dass nationalstaatliche Interessen gewahrt werden sollten, so hat der Ansatz Milwards sicherlich seine Berechtigung. Aber ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass die Rettung des Nationalstaates die wesentliche Antriebskraft war, als die Franzosen 1950 die Kohle- und Stahlgemeinschaft vorgeschlagen haben.

Michael Gehler: *Man sagt ja, dass der deutsche Stahl eine so hohe Qualität hatte, dass die Franzosen Sorge hatten, mit ihren Stählen hinterherzuhinken. Frankreich wollte daher auch die eigene Stahlindustrie vor zu großer deutscher Qualitätskonkurrenz schützen. Wenn man bei diesem Argument bliebe, hätte man wieder das Interesse des Nationalstaates.*

Gabriele Clemens: Ja, das ist sicher richtig und auch eines von mehreren Motiven. Aber die Rettung des Nationalstaates heißt ja auch, dass seine Existenz bedroht gewesen sei, was ich nicht so sehe. Der Nationalstaat an sich musste nicht gerettet werden, das war kein Antrieb oder Motiv für den Integrationsprozess. Etwas anderes ist es zu sagen, dass nationale Interessen eine wesentliche Rolle spielten.

Michael Gehler: *Das stimmt. Man könnte diese These so weit zuspitzen, dass man sagt, die westeuropäische Integration war nur ein Mittel zum Zweck zur Wahrung nationalstaatlicher Interessen und zur Lösung der deutschen Frage durch Einbindung und Kontrolle Westdeutschlands und am Ende sei es dann doch gar nicht primär um Europas Einigung als Ziel gegangen.*

Gabriele Clemens: Da muss man unterscheiden, wen man sich anschaut. Wenn man die Nationalstaaten betrachtet und deren Interesse an Europa, dann spielten die jeweiligen nationalen Interessen eine ausschlaggebende Rolle. In Frankreich wollte man durch die

---

20 Alan Steele Milward (*1935; †2010), britischer Historiker, 1969 bis 1972 Professor für Wirtschaftswissenschaften in Stanford, 1983 bis 1986 und 1996 bis 2003 Professor für die Geschichte der Europäischen Einigung am European University Institute in Florenz und 1986 bis 1996 Professor für Wirtschaftsgeschichte an der London School of Economic and Political Science.

Integration vor allem wirtschaftliche und politische Sicherheit vor Deutschland haben. In Deutschland sind es andere Motive, nämlich Gleichberechtigung und Souveränität zu erlangen. In Großbritannien wiederum gab es ganz andere Interessen. Gerade dadurch, dass Frankreich der Gründung der Bundesrepublik nur zustimmte unter der Voraussetzung einer westeuropäischen Integration des deutschen Staates, hatte „Europa" für Deutschland einen ganz anderen Stellenwert als für viele andere Staaten. Dadurch erklärt sich ja auch, dass die bundesdeutsche Außenpolitik eigentlich immer pro-europäisch gewesen ist. „Europa" hat für die Bundesrepublik einen Wert, der auch mit dieser Gründungsgeschichte zusammenhängt. Aber es sind ja nicht nur die Staaten gewesen, die sich für die Einigung Europas einsetzten. Wir haben auch eine Europabewegung, die in ihren Anfangsjahren sehr aktiv war, und dieser ging es auch oder vor allem um idealistische Motive. Wenn man sich überlegt, dass gerade auch in Frankreich die Politiker der ersten Nachkriegsgeneration aus der Résistance, dem Widerstand, kommen, würde ich sagen, dass sich die Motivlage vermischt. Idealismus und nationale Interessen kann man nicht so einfach voneinander trennen.

Michael Gehler: *Die Europabewegung am Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre war sicher auch ein Teil dieser Antriebskräfte.*

Gabriele Clemens: Genau. Zwar ist nicht direkt ausgehend von der Europabewegung eine Institution gegründet worden, wenn man vielleicht vom Europarat einmal absieht, der über den Umweg über die Nationalstaaten zustande kam. Man darf aber nicht vergessen, dass viele Politiker der Nachkriegszeit aus dem Kreis dieser Europabewegung kamen – vor allen Dingen in Frankreich. Man kann nicht messen, wie groß dieser Einfluss tatsächlich gewesen ist, man darf aber vermuten, dass das, was im Widerstand und in der frühen Europabewegung an Gedanken entwickelt wurde, hinterher in ihrer Politik eine Rolle gespielt hat. Man kann meines Erachtens nicht sagen, dass der idealistische Ansatz keine Rolle gespielt hat. Das hat er mit Sicherheit, ist aber nicht genau messbar.

Michael Gehler: *Ich finde es erstaunlich, dass sowohl bei Loth als auch bei anderen der Faktor USA als Geburtshelfer Europas als Grund tendenziell eher entfällt, gleichwohl die Vereinigten Staaten definitiv eine wichtige Rolle gespielt haben, zumindest am Anfang mit dem Marshall-Plan und der Montanunion. Ich würde es noch zuspitzen und sagen, dass die Europäer ihre Befreiung den Alliierten verdanken: der Sowjetunion, die ihr eigenes System in der Mitte und im Osten aufbaute, und den USA, von denen die Westeuropäer mehr oder weniger zu ihrem Glück gezwungen wurden. Im Grunde ist der Einflussfaktor USA für die Anfänge der westeuropäischen Integration zentral, weil sie auch Einfluss auf die französische Deutschlandpolitik nehmen, indem sie sagen: Einbindung und Kooperation statt Einbindung durch Kontrolle. Musste der Faktor USA erst einer Politikwissenschaftlerin wie Beate Neuss einfallen und haben wir Historiker das aus dem Blick verloren?*

Gabriele Clemens: Dass der Einflussfaktor USA teilweise einen weniger prominenten Platz in der europäischen Integrationshistoriographie einnimmt, hat verschiedene Gründe. Es hängt u. a. anderem damit zusammen, dass die Rolle, die die USA beim europäi-

schen Integrationsprozess gespielt haben, nicht eindeutig zu bestimmen ist. Durch den Marshallplan haben sie sicherlich dafür gesorgt, dass die Westeuropäer sich nach dem Krieg gemeinsam an einen Tisch setzen und ihre wirtschaftlichen Wiederaufbaupläne koordinieren mussten und dass die OEEC gegründet wurde. Man kann aber auch, wie Milward es tut, argumentieren, dass gerade die Verhandlungen um die OEEC deutlich gemacht haben, dass die Europäer keine supranationale europäische Integration, wie die USA sie anstrebten, wünschten. Die OEEC wurde zwar errichtet, aber lediglich als eine intergouvernementale Organisation; zudem erteilten die Europäer den Zollunionsplänen der USA eine Absage. Insofern war der Einfluss der USA nur begrenzt. Die Europäer konnten sich mit ihren Vorstellungen in diesem Fall weitgehend durchsetzen. Der Mentor der europäischen Integrationsgeschichtsschreibung, Walter Lipgens, wiederum hält den Einfluss der USA auf den Beginn des Integrationsprozesses für nicht wesentlich; seiner Ansicht nach liegt der Ursprung des Einigungsprozesses in dem Gedankengut der proeuropäischen Verbände. Lipgens hat mit seinen Vorstellungen sicherlich Einfluss auf die Integrationshistoriographie genommen. Kommen wir zum nächsten Schritt im europäischen Einigungsprozess, der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Initiative dazu stammte aus Frankreich, aber die USA hatten dann einen enormen Anteil daran, dass der Vertrag zur Kohle- und Stahlgemeinschaft überhaupt zustande kam. Sie haben großen Druck auf die Bundesrepublik ausgeübt, um diese zur Unterschrift zu bewegen. Auch bei der Entstehung von EURATOM war das so. Sie hatten also auf der einen Seite Anteil daran, dass die Verträge zustande kamen, auf der anderen Seite muss man aber auch sagen, dass der Einfluss der USA immer dort an Grenzen stieß, wo die Europäer hart dagegenhielten. So haben die USA Druck auf Frankreich ausgeübt, den EVG-Vertrag zu ratifizieren, was Frankreich aber nicht gemacht hat. Sie haben Druck auf Großbritannien ausgeübt, den Integrationsprozess in Gang zu setzen und den Europäischen Gemeinschaften beizutreten, aber die Briten haben das zunächst auch nicht gemacht. Man könnte noch mehr Beispiele in der Geschichte finden. Der amerikanische Einfluss hielt sich definitiv in Grenzen.

Michael Gehler: *Alan S. Milward hat ja im Grunde über die sogenannten Heiligen der europäischen Integration gelästert und den Anteil des Widerstands gleichsam herabgewürdigt. Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die Ideengeschichte für die Geschichte des Einigungsprozesses? Das taucht ja nicht immer explizit bei den Antriebsfaktoren auf.*

Gabriele Clemens: Ich denke, dass Ideen schon eine Rolle gespielt haben. Das sind zum Teil ja auch keine Ideen, die erst in den 1940er Jahren aufgetaucht sind, sondern teilweise schon viel länger existierten. Es ist gerade erst eine Arbeit erschienen über Winston Churchill[21] und die Gruppe „New Commonwealth Society“, die schon lange Europaideen entwickelt hat und später großen Einfluss auf die Europa-Union der Schweiz nahm. Auch hier sind schon Verbindungen vorhanden. Das sind Gedanken, die auch schon in den 1920er Jahren vorhanden sind, die dann aber aus bestimmten Gründen nicht zum Tragen kommen. Im Hintergrund existierte die Idee der Einigung Europas schon länger als eine

21 Winston Leonard Spencer-Churchill (*1874; †1965), britischer Politiker, 1940 bis 1945 und 1951 bis 1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs.

Lösungsmöglichkeit für die Probleme in Europa. In der Nachkriegszeit, als es noch keine Lösung für das Deutschlandproblem gab und der Kalte Krieg sich entwickelte, kamen diese Ideen nicht umsonst wieder zum Vorschein, weil sie im Hinterkopf schon längst da gewesen sind. Ich würde den Anteil von Ideen immer berücksichtigen.

Michael Gehler: *Das heißt, man kann die Anfänge der europäischen Integration zurückverlagern in die 1920er und 1930er Jahre? Oder sogar noch weiter zurück?*

Gabriele Clemens: Da stellt sich die Frage, was man unter Integration versteht. Wenn man darunter nicht nur das Aufkommen europäischer Institutionen (u. a. Europarat, EG) in der Nachkriegszeit versteht, sondern überhaupt das Zusammenwachsen der Europäer, dann kann man schon noch weiter zurückgehen. Es war tatsächlich ein sehr langer Prozess. Es sind ja auch nicht ganz fremde Völker, die sich zusammenschließen. Es existieren viele Gemeinsamkeiten. Daher muss man eigentlich auch viel weiter zurückgehen in der Geschichte.

Michael Gehler: *Guido Thiemeyer tut das zum Beispiel,*[22] *wenn er sagt, dass die Geschichte der europäischen Integration ein Produkt der Moderne sei. Er argumentiert, dass Prozesse wie jene der Internationalisierung und des Transnationalismus aber auch der Supranationalität, z. B. ausgehend von der Rhein-Donau-Schifffahrtskommission, schon lange vor dem 20. Jahrhundert angelegt gewesen seien. Wie lautet hierzu Ihre Auffassung?*

Gabriele Clemens: Ich denke schon, dass hier die Wurzeln liegen können. Man hat gemerkt, dass man ähnliche Vorstellungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hatte. Das ist ein längerer Integrationsprozess, der in der Neuzeit einsetzt, und man könnte das soweit zurückverfolgen und sagen, dass hier die Grundlagen gelegt worden sind. Völlig fremde Völker schließen sich nicht zusammen. Ich halte deswegen auch das Besinnen auf eine gemeinsame europäische Geschichte und Kultur für sehr wichtig. Man wird dabei erkennen, dass es zahlreiche Gemeinsamkeiten gibt.

Jörg Beining: *Welcher Zusammenhang bestand Ihrer Meinung nach zwischen europäischer Integration und Kaltem Krieg? Kann man das auch mit dem Blick auf die Hauptakteure USA und Sowjetunion noch genauer zuordnen?*

Gabriele Clemens: Wenn man nochmal auf die USA zu sprechen kommt, dann spielte für die USA die Einigung Europas eine ganz wichtige Rolle als Bollwerk gegen den Kommunismus. Man streitet sich zwar noch immer darüber, was das Hauptmotiv der USA für die Unterstützung des Integrationsprozesses war, aber sicherlich war die Einigkeit gegen den Kommunismus ein wichtiger Grund. Dies ist einer der Antriebskräfte der Integration und spielte eine wesentliche Rolle. Auch für die Europäer, die dann ihre

---

22 Guido Thiemeyer, Europäische Integration. Motive, Prozesse, Strukturen (= UTB 3297), Köln u. a. 2010.

Institutionen schufen, ist es sehr wichtig gewesen, einen festen Block als Gegengewicht zum Kommunismus zu bilden.

Michael Gehler: *Richard Coudenhove-Kalergi*[23] *hielt einmal fest, dass der Tod Josef Stalins*[24] *1953 zur Folge hatte, dass die Dynamik des Integrationsprozesses zu erlahmen begann. Er führt sogar das Scheitern der EVG darauf zurück. Das ist eine Perspektive des Paneuropäers. Die Rolle der Sowjetunion als negativer Föderator: Wie ist das aus Ihrer Sicht einzuordnen?*

Gabriele Clemens: Die politischen Auswirkungen des Todes von Stalin spielten sicher in Frankreich eine Rolle. Unter französischen Intellektuellen herrschte die Meinung vor, dass ab jetzt keine besondere Notwendigkeit mehr bestand, sich zu einer Verteidigungsarmee zusammenzuschließen, da es so oder so zu einer Entspannung kommen würde. Das ausschlaggebende Argument für das letztendliche Scheitern der EVG ist das aber meiner Meinung nach nicht gewesen. Dafür gab es viele andere Gründe.

Michael Gehler: *Eine weitere Frage, die noch etwas weiter zurückreicht und mehr auf die deutsch-britischen Beziehungen abzielt. Es gab immer wieder eine Art „Liebeswerben" von Kontinentaleuropäern um Großbritannien. Selbst Hitler ist da zu nennen in einer fast verblendeten Weise. Ist das Werben Europas um ein stärkeres britisches Engagement vergebliche Mühe gewesen? Gibt es hier eine Grenze, weil sich die britische Mentalität noch nicht vom Empire verabschiedet hat? Welche Rolle spielen dabei auch die USA? John F. Kennedy*[25] *hat sich sehr stark für den britischen EWG-Beitritt eingesetzt. Barack Obama*[26] *hat vehement vor dem Brexit gewarnt, während Donald Trump*[27] *ihn gefeiert hat. Wie sehen Sie dieses europäische Werben? Beruht es auf einem Missverständnis?*

Gabriele Clemens: Man könnte sagen, dass das Werben zwischenzeitlich ja auch erfolgreich war. Die Briten haben sich den Kontinentaleuropäern, sprich den EG, Anfang der 1970er Jahre angeschlossen. Vor allem die Amerikaner waren sehr dran interessiert, dass die Briten den Europäischen Gemeinschaften beitreten. Für sie war Großbritannien unmittelbar nach dem Krieg eine wichtige europäische Macht, zu der sie auch ein besonderes Verhältnis gepflegt haben. Für Washington ist Großbritannien immer ein zentraler Teil Europas gewesen, während die Briten sich nur zum Teil in Europa verortet und mehr als

23 Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (*1894; †1972), österreichischer Schriftsteller, Philosoph, Politiker und Gründer der Paneuropa-Union.

24 Josef Wissarionowitsch Stalin (*1878; †1953), sowjetischer Diktator, 1922 bis 1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU, ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare, ab 1946 Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und 1941 bis 1945 Oberbefehlshaber der Roten Armee.

25 John Fitzgerald Kennedy (*1917; †1963), US-amerikanischer Politiker, 1961 bis 1963 35. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

26 Barack Hussein Obama (*1961), US-amerikanischer Politiker, 2009 bis 2016 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

27 Donald John Trump (*1946), US-amerikanischer Unternehmer und Politiker, 2016 bis 2021 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.

globale Macht oder Weltmacht wie die USA verstanden haben. Deshalb halten die Briten auch an dieser *special relationship* zu den USA fest und wollen nicht wie irgendein europäischer Staat behandelt werden. Nach der Abstimmung über den Brexit ist Theresa May auch eigens in die USA gereist, in der Hoffnung, an die besondere Beziehung zu den USA anknüpfen zu können, aber bei Trump ist sie dabei nicht auf viel Gegenliebe gestoßen.

Insgesamt aber bleibt festzuhalten, dass der britische Entschluss, Mitglied der Gemeinschaften zu werden, weniger Resultat des amerikanischen oder auch europäischen Werbens war als vielmehr Einsicht in die Notwendigkeit, sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen dem entstehenden Block Europa anzuschließen. Zudem waren die Briten durchaus europäisch gesinnt, hatten seit Ende der 1940er Jahre eine starke Europabewegung, sie hatten nur andere Vorstellungen von einer Integration Europas als die Mehrheit der Kontinentaleuropäer. Heute ist vielen Briten nicht mehr bewusst, wie stark der europäische Gedanke in Großbritannien in der Nachkriegszeit war. Vielleicht kann man es so sagen: „Großbritannien ist europäischer, als die Briten denken und wissen."

Was das Empire angeht, gebe ich Ihnen Recht: Das spielte schon eine große Rolle bei dem Zögern der Briten, sich in den 1950er Jahren den Europäischen Gemeinschaften anzuschließen. Bis heute spielt der Empiregedanke bzw. das Commonwealth für die Briten eine wichtige Rolle. Wenn Sie beispielweise die Grundsatzrede von Theresa May[28] anlässlich des Brexits lesen, dann finden Sie genau diese Anspielungen wieder. Der Blick der Briten geht über Europa hinaus und das ist genau das, was auch Churchill schon 1946 sagte. Es ist Teil des britischen ‚common sense', dass Großbritannien nicht allein zu Europa gehört, sondern eine globale Macht ist.

Um noch einmal auf das Werben um Großbritannien zurückzukommen: Man hätte vielleicht auch stärker für den Verbleib der Briten in der EU nach der Abstimmung 2016 werben können. Ich frage mich, warum Angela Merkel[29] nicht mehr dafür geworben hat. Warum ist sie zum Beispiel nicht in Großbritannien aufgetreten? Das war ein Versäumnis. Hier wäre ein stärkeres Werben sinnvoll gewesen. Ich kann mich nicht entsinnen, dass überhaupt einer der bekannten europäischen Politiker auf die Insel gegangen wäre, um klarzustellen, dass die Briten auch innerhalb der EU noch mehr erreichen können im Sinne ihrer Vorstellungen.

Jörg Beining: *Welche generellen Unterschiede machen Sie im Hinblick auf britische, französische und deutsche europapolitische Konzeptionen aus?*

Gabriele Clemens: Es gibt durchaus Unterschiede in den Europakonzeptionen dieser drei Staaten. Diese ziehen sich mehr oder weniger konstant von den 1940er/1950er Jahren bis in die Gegenwart durch. Während Großbritannien überwiegend für eine intergouvernementale Zusammenarbeit der europäischen Staaten eintrat, verfolgten die Franzosen und Deutschen mehr den supranationalen Ansatz, wobei Frankreich unter de Gaulle auch wieder stärker auf Intergouvernementalität setzte.

28 Theresa May (*1956), britische Politikerin, 2016 bis 2019 Premierministerin des Vereinigten Königreichs.

29 Angela Dorothea Merkel (*1954), deutsche Politikerin, 2005 bis 2021 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Andrea Germer: *Wie weit haben sich die Beziehungen zwischen London und Washington rückblickend im 20. Jahrhundert entwickelt? Sind dort auch Einschnitte, Brüche und Paradigmenwechsel zu erkennen? Inwiefern ist das auch ein Schlüssel zum Verständnis amerikanischer Europapolitik?*

Gabriele Clemens: Wie ich eben schon erwähnte, sind für die Amerikaner am Ende des Krieges die Briten eine sehr wichtige Macht. Sie sind ja auch Verbündete. Und zunächst erwarten die Amerikaner, dass die Briten die Führung bei der Integration Europas übernehmen. Andererseits sehen sie die Briten doch nur als einen Teil Europas. Das sieht man zum Beispiel am Marshall-Plan. Die Briten empfinden es als Beleidigung, sich aus demselben Topf das Geld zu holen wie die Kontinentaleuropäer. Die Weigerung der Briten, die Führung bei der Integration Europas zu übernehmen, führt dazu, dass die USA sich stärker den Kontinentalstaaten zuwenden und Frankreich auffordern, die Integration des Kontinents zu übernehmen. Großbritanniens eigene Vorstellung, anders als die Kontinentalstaaten zu sein, müssen die Amerikaner zwangsläufig akzeptieren. Für sie hat die sogenannte „special relationship" allerdings nicht die gleiche Bedeutung wie für die Briten. Das zeigt sich bis in die Gegenwart, wenn man zuletzt an Trump und Theresa May denkt.

Severin Cramm: *Was bewegte das United Kingdom zum Beitritt in die EG 1973?*

Gabriele Clemens: Bereits zu Anfang der 1960er Jahre hatte sich Großbritannien entschieden, den Europäischen Gemeinschaften beizutreten, aber dies wurde zweimal von de Gaulle verhindert. Erst 1969 gelang es, diese Blockade zu durchbrechen und schließlich Mitglied der EG zu werden. Für die britische Beitrittsentscheidung hat es sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe gegeben. Die wirtschaftlichen Gründe liegen klar auf der Hand. Die britischen Exporte verlagerten sich allmählich in Richtung europäischer Markt. Zunächst war es so, dass das Commonwealth bei britischem Im- und Export noch eine große Rolle spielte, während zunächst noch wenig in die Staaten Kontinentaleuropas und insbesondere in den Bereich der späteren EWG exportiert wurde. Das ändert sich ungefähr ab 1955. Die EWG-Staaten spielen dann eine zunehmend größere Rolle für die britischen Im- und Exporte. Ein weiterer Grund besteht darin, dass sich die Wachstumsraten unterschiedlich entwickelten. Großbritanniens Wirtschaftswachstum stagnierte. Die Briten gewannen so die Überzeugung, dass sie durch den EWG-Beitritt einen Wirtschaftsaufschwung erleben könnten. Sehr wichtig waren auch die politischen Motive. London erkannte bereits in den 1960er Jahren, dass sich mit den EG womöglich eine Gemeinschaft entwickelt, die eines Tages auch politisch bedeutsam werden könnte. Eine Nichtteilnahme an einem wachsenden politischen Block, so fürchtete man in London, könnte dazu führen, dass man selber in der politischen Bedeutungslosigkeit versinkt. Man sah auch, dass die Amerikaner sich immer mehr an die Kontinentalstaaten wandten – sowohl im Bereich der Investitionen als auch bei politischen Entscheidungen. Alle diese Gründe spielten eine Rolle bei der britischen Entscheidung, den Gemeinschaften beizutreten.

Michael Gehler: *Ab 1. Januar 1973 sind die Briten Mitglied der Europäischen Gemeinschaften. Im gleichen Jahr gibt es im Dezember die Kopenhagener Erklärung über die*

europäische Identität. Da wird zum ersten Mal von neun Staaten versucht, eine Definition zu finden, welche zukünftige Rolle die europäischen Gemeinschaften spielen sollen. Die Definition holt weit aus und greift auch sehr weit hinaus nämlich in Richtung einer weltweiten Aufgabenstellung. Ist das bereits der britische Einfluss, der bei diesen Formulierungen eine Rolle spielte? Es geht um den Norden, den Süden, den Osten und den Westen, wie auch die Entspannungspolitik betont wird. Im Grunde ist das ein Rundumschlag aller politisch relevanten Themen. Gibt es dazu Forschungen? Mein Eindruck war immer, dass diese Vorgänge von britischer Seite aus inspiriert worden sein könnten.

Gabriele Clemens: Ich denke, dass das so sein könnte. Ich habe mir sehr viele Akten aus dem britischen Archiv besorgt, konnte sie aber noch nicht in Bezug auf diese Fragestellung durcharbeiten. An den zahlreich vorhandenen Dokumenten zu dem Thema aber kann man schon erkennen, dass die Briten sich ganz intensiv mit der Frage der europäischen Identität und der Rolle Europas in der Welt beschäftigt haben. Das ist ja genau das, was die Briten eigentlich wollen, nämlich Europa zu einer wichtigen Macht in der Welt zu formen. Sicherlich haben sie auf die Formulierung der Kopenhagener Erklärung enormen Einfluss genommen, Näheres dazu kann ich aber derzeit nicht sagen.

Michael Gehler: *Die Kopenhagener Erklärung ist tatsächlich ein Schlüsseldokument, mit dem die Europäischen Gemeinschaften zum ersten Mal begreifen, woher sie kommen, wohin sie gehen wollen und wer sie sind. Das ist erstmals ein Nachdenken über die eigene Rolle in der Welt.*

Gabriele Clemens: Ja, und hier wird auch der Gegensatz zur Auffassung der USA deutlich. Bevor dieses Dokument zur Europäischen Identität geschrieben wurde, hatten die USA etwas ganz anderes gesagt, nämlich, dass Europa eine Regionalmacht sei und keine Weltmacht. Die Kopenhagener Erklärung war die Reaktion darauf. Die Briten wollten diese Einordnung, die die USA vorgenommen haben, nicht. Das Dasein als Regionalmacht passte nicht in ihr Selbstverständnis. Die Briten waren aus ihrer Sicht diejenigen, die eigentlich globale Erfahrung hatten.

Michael Gehler: *Wenn wir jetzt einen Bogen spannen bis zur Brexit-Debatte, bewegen wir uns dann nicht in einem Widerspruch? Man beginnt 1973 zu begreifen, dass man sich in einer europäischen Gemeinschaftsformation befindet. Man definiert mit anderen acht Mitgliedern ihre Rolle in der Welt, die britische Interessen zutiefst berühren – und dann steigt man wieder aus. Gibt man hier nicht eine wichtige Position auf? Worin besteht hier eine Logik? Hat man diese Idee nicht weitergedacht? Es ist doch dann unlogisch, den Brexit zu wollen. Man will eine Gemeinschaft stärker machen, als sie ist, und dann, wenn es soweit ist, steigt man aus!*

Gabriele Clemens: Das Foreign Office wäre auch nicht ausgestiegen. Die britischen Parlamentarier wären auch nicht ausgestiegen. Es war die britische Bevölkerung, die das entschieden hat, aufgrund einer völlig emotionalisierten Debatte, die von vielen Falschinformationen begleitet worden ist. Man darf die Beantwortung solcher fundamentalen Fragen vielleicht nicht einer Bevölkerung überlassen. Sie haben Recht, der Brexit wi-

derspricht natürlich der bisherigen britischen Politik völlig. Andererseits haben britische Politiker sich auch in den vielen Jahren der EG/EU-Mitgliedschaft immer sehr distanziert gegenüber dem europäischen Integrationsprozess verhalten und geäußert.

Michael Gehler: *Wir kommen nochmals zum Thema Integrationsgeschichtsschreibung, die wir eigentlich schon die ganze Zeit über berührt haben. Was fehlt der europäischen Integrationsgeschichtsschreibung Ihrer Meinung nach und wo sehen Sie ihre Stärken und Schwächen?*

Gabriele Clemens: Die Integrationsgeschichtsschreibung hat sich seit den 1960er Jahren enorm weiterentwickelt – auch im deutschsprachigen Raum. Inzwischen gibt es eine Fülle an Schriften zur Integrationsgeschichte. Es gibt aber auch immer noch Bereiche, die wenig oder gar nicht beleuchtet sind. Sehr spät hat die Beschäftigung mit dem kulturellen Europa begonnen, auch Themen wie europäische Öffentlichkeitsarbeit sind bislang nur ansatzweise erforscht. Ich denke, dass auch noch eine stärkere Auseinandersetzung mit Thesen der Politikwissenschaftler erfolgen könnte. Gerade in Bezug auf das Thema der europäischen Außenpolitik ist mir aufgefallen, dass von politikwissenschaftlicher Seite Thesen formuliert worden sind, die für einen Historiker kaum haltbar sind. Ein weiterer großer Bereich, der noch aufgearbeitet werden müsste, ist die systematische und vergleichende Befassung mit Krisen. Im Moment beschäftigen uns die Krisen in Europa ja sehr stark. Dazu gibt es, sieht man von den Beiträgen Hartmut Kaelbles[30] ab, kaum historische Forschung. Wer empfindet überhaupt etwas als eine Krise in Europa? Und warum? Welche Leitbilder stehen dahinter? Welche Auswirkungen hat das? Sind Krisen wirklich immer produktiv? Diese gesamte Krisengeschichte gehört stärker aufgearbeitet. Es gibt also durchaus einige Bereiche, in denen man weiterforschen kann.

Andrea Germer: *Wie erklären Sie sich, dass universitäre Integrationsgeschichtsschreibung eher ein Minderheitenthema war und zum Teil immer noch ist. Das sieht man zum Beispiel, wenn man an die geringe Zahl der Jean Monnet-Chairs für Geschichte in Deutschland denkt, obgleich Deutschland ein Gründungsmitglied der EWG war und der maßgebliche Faktor der europäischen Integrationspolitik.*

Gabriele Clemens: Das ist mir auch unverständlich. Man überlässt das größtenteils der Politikwissenschaft und dieser Trend geht meines Erachtens weiter. Man verweist darauf, dass es sich um aktuelle Probleme handelt. Das ist auch einer gewissen Kurzsichtigkeit geschuldet – von Politikern, aber auch von Universitätspräsidenten, die in erster Linie schauen, wo man wann besonders erfolgreich agieren kann. Dabei fällt Integrationsgeschichtsschreibung häufig weg – bis man irgendwann merkt, dass genau das fehlt.

Andrea Germer: *Wie ist es denn in anderen Staaten? In Frankreich zum Beispiel oder in Großbritannien?*

30 Hartmut Kaelble (*1940), deutscher Historiker, 1971 bis 1991 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der FU Berlin, 1991 bis 2008 Professor für Sozialgeschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

Gabriele Clemens: Großbritannien war einmal führend auf dem Gebiet der Integrationsgeschichtsschreibung. Sie spielt meines Erachtens dort auch noch immer eine Rolle. In Deutschland hingegen stand die historische Aufarbeitung des „Dritten Reiches“ immer im Mittelpunkt der historischen Forschung, die Integrationsforschung spielte demgegenüber eine weniger wichtige Rolle.

Michael Gehler: *Die Politikwissenschaft Großbritanniens ist eine der stärksten Kräfte auf dem Gebiet der europäischen Politikwissenschaftsschreibung. Sie leistet enorm viel – nur kommt es in der Bevölkerung kaum an.*

Severin Cramm: *Die Briten haben sich sehr lange Zeit mit dem Empire beschäftigt. Welchen Stellenwert nimmt Ihrer Meinung nach die Geschichte der europäischen Integration im Rahmen der Internationalen Geschichte ein und wie wird sich das entwickeln?*

Gabriele Clemens: Das stimmt. Die Geschichte der europäischen Integration ist ein ganz wesentlicher Bestandteil der Internationalen Geschichte und sollte es auch weiterhin bleiben als eine ganz spezifische, einmalige Art der Zusammenarbeit von Staaten.

Michael Gehler: *Kommen wir noch einmal auf Martin Spahn zurück: Welche Rolle würden Sie eigentlich den Generationen in der Geschichte Europas auch in Bezug auf Brüche und Zäsuren zuschreiben? Was bleibt von solchen Leuten wie Martin Spahn, von Leuten, die ihre Gedanken ja auch für eine Nachwelt formulieren? Bricht das 1945 ab oder, anders formuliert, wirkt etwas davon weiter? Es gibt einerseits die Studie von Fritz Stern über den Kulturpessimismus nach 1918, andererseits entsteht so etwas wie ein religiöser Frühling nach 1945. Wie würden Sie Kontinuitäten des Denkens in der Geschichte Europas einordnen, wenn Sie sagen, dass Ideengeschichte auch ein Faktor ist?*

Gabriele Clemens: Spahn selbst spielt gar keine Rolle mehr nach 1945. Der gesamte Rechtskatholizismus hat keinen zentralen Stellenwert mehr in Forschung und politischen Debatten inne, da die Bedeutung von Religion verloren gegangen ist. Das heißt aber nicht, dass solche Themen nicht irgendwann wieder bedeutsam werden können. Jede Generation entwickelt ja ihre eigenen Fragestellungen, bedingt durch Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Umfeld. Ideen, die man lange Zeit gar nicht mehr beachtet hat, können dann wieder ins Blickfeld rücken. Ich selber, die sich sehr lange mit Spahn beschäftigt hat, denke immer mal wieder an einige Äußerungen oder Vorstellungen von ihm, wenn ich bestimmte Dinge wahrnehme. Er hat ja beispielsweise viel geschrieben über die sogenannten Mittel-Parteien. Das habe ich damals als junge Doktorandin gar nicht richtig nachvollziehen können. Wenn wir aber heute von Parteien in der Krise sprechen oder vom Aufkeimen des Populismus, kommt mir hin und wieder der Gedanke, dass Spahn schon damals einige Probleme des Parteienwesens richtig erkannt hat.

Michael Gehler: *Kann man sagen, dass das Schwinden von Religion als politischem Faktor der entscheidende Bruch mit der Vorkriegszeit ist? Es gibt keine Prälaten mehr in Landtagen und im Bundestag, also der Rückzug der Kirche und die Trennung von Politik*

und Religion sowie von Kirche und Staat. Die CDU wird eine interkonfessionelle Partei und ist keine Partei der Katholiken mehr wie das Zentrum. Die Christdemokraten Westeuropas wollen als Parteien nicht mit dem Vatikan in Verbindung gebracht werden. Ist das ein entscheidendes Element der Diskontinuität?

Gabriele Clemens: Es ist eines von vielen Elementen der Diskontinuität, aber es ist schon ganz entscheidend. Ich bin ja selber in einer Zeit groß geworden, in der der Katholizismus noch eine ganz große Rolle gespielt hat. Im Alltagsleben auf einem Dorf war das ganz entscheidend. Der Bruch in Bezug auf Religion als politischem und gesellschaftlichem Faktor setzt meines Erachtens aber nicht unmittelbar in der Nachkriegszeit ein, sondern erst Ende der 1960er Jahre oder zu Beginn der 1970er Jahre. Es gibt aber noch viele andere Bereiche, die sich verändert haben und wo Diskontinuitäten festzustellen sind, z. B. die Universitäten und die Schulen.

Jörg Beining: *In einem Sammelband befassten Sie sich mit der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union.*[31] *Wie würden Sie die sogenannte EU-„Osterweiterung“ bilanzieren?*

Gabriele Clemens: Sie erfolgte – zumindest in Bezug auf einige Staaten – zu schnell, um es ganz kurz und knapp zu sagen. Sie ist aber auch historisch verständlich aus Sicht der Kontinentaleuropäer. Man war unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs davon ausgegangen, dass ganz Europa zusammengehört. Für die Europabewegungen der Nachkriegszeit war es selbstverständlich, dass eine Einigung Europas alle Staaten – in Ost und West – umfassen würde. Mit dem Marshall-Plan zeichnete sich dann eine Trennung ab. Es wurde klar, dass sich vorerst nur die westeuropäischen Staaten vereinigen würden. Vor diesem Hintergrund ist die Reaktion auf den Umbruch 1989/90 und die Frage einer EU-Erweiterung verständlich. Jetzt sah man die Möglichkeit, dass die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang endlich ‚zurück nach Europa kämen‘. Die Beitrittsprozesse sind dann relativ schnell verlaufen. Brüssel hat entschieden, trotz erheblicher Mängel u. a. in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit, und hier beziehe ich mich besonders auf Rumänien und Bulgarien, diese Staaten aufzunehmen. Ich habe die Fortschrittsberichte der Kommission zu Rumänien und Bulgarien gelesen. Es gibt die Kopenhagener Kriterien als Aufnahmekriterien und diese wurden in den Fortschrittsberichten überprüft. Laut dieser Berichte gab es bei Rumänien und Bulgarien erhebliche Defizite im Bereich von Demokratie, Menschenrechte und Wirtschaft. Trotzdem stand am Ende eine Empfehlung, diese Staaten aufzunehmen. Man hat dies aus politischen Gründen entschieden und zugleich empfohlen, die weitere Entwicklung in diesen Ländern zu überwachen. Gerade der Bereich der Korruption sollte weiter überwacht werden. Meines Erachtens war dieses Vorgehen ein Fehler. Man hätte langsamer und sorgfältiger bei der Osterweiterung vorgehen müssen und hätte keine konkreten Termine für die Aufnahme festlegen sollen. In dem Zusammenhang kann ich übrigens den Frust der Türkei verstehen, die die Auf-

31 Gabriele Clemens, Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union (Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik. Bd. 1), Münster 1999.

nahmekriterien zu diesem Zeitpunkt weitaus besser erfüllte als Bulgarien und Rumänien, aber ihr Beitritt wurde dennoch immer weiter zurückgestellt.

Michael Gehler: *Ich würde gerne auf den Punkt zurückkommen, den Sie gerade ausgeführt haben. Wer ist denn hauptverantwortlich dafür, dass man bei der EU-Osterweiterung so stark auf dem Gaspedal stand?*

Gabriele Clemens: Es muss in dieser Frage immer einstimmig entschieden werden, so dass alle EU-Staaten dafür verantwortlich sind. Ich kann mir allerdings vorstellen, dass Länder wie Deutschland besonders engagiert waren, diese Erweiterung möglichst zügig durchzuführen. Letztendlich haben aber alle zugestimmt, ergo haben es auch alle so gewollt.

Michael Gehler: *Der maßgebliche Kommissar für die Erweiterung war der Deutsche Günter Verheugen. Wie würden Sie dessen Rolle und Position beschreiben in Bezug auf die Osterweiterung? Er hatte die Unterstützung von Gerhard Schröder und von Jacques Chirac. Er konnte auf relativ freiem Feld agieren.*

Gabriele Clemens: Wie gesagt, gab es zahlreiche kritische Punkte in den Fortschrittsberichten der Kommission. Es hat mich sehr gewundert, dass, vor allem bei Rumänien und Bulgarien, am Ende dennoch als Ergebnis die Empfehlung zum Beitritt stand. Politische Gründe waren hier ausschlaggebend, und die spielten auch für Verheugen vermutlich die ausschlaggebende Rolle. Gerade die Deutschen sahen die damalige Situation wohl als einmalige Chance, den eigenen Machtbereich nach Osten auszuweiten.

Michael Gehler: *Kann man sagen, dass die Europäische Union mit der Osterweiterung ein geopolitischer Akteur geworden ist? Außenpolitisch war die Osterweiterung doch einer der größten Erfolge der EU oder sehen Sie das anders?*

Gabriele Clemens: Zumindest die Möglichkeit dazu wurde eröffnet. Um zu einem bedeutsamen geopolitischen Akteur zu werden, muss die EU sich aber weiterentwickeln und eine wirkliche gemeinsame, d. h. supranationale, Außen- und Sicherheitspolitik schaffen. Gerade die mittelosteuropäischen Staaten aber sind ja größtenteils sehr kritisch gegenüber einer weiteren Entwicklung der EU in Richtung Supranationalität eingestellt. Zunächst wurde die Osterweiterung sicher als ein Erfolg gesehen: Die EU dehnte ihren Machtbereich weiter aus und in einer Art Freudentaumel über diesen Erfolg hat sie vieles nicht zur Kenntnis genommen oder ernst genommen, zum Beispiel die ablehnende russische Haltung gegenüber diesem Prozess. Am Ende schlug das auch zurück.

Andrea Germer: *Wie sehen Sie das zukünftige Verhältnis zwischen Nation, Nationalstaat und dem Einigungsprozess Europas?*

Gabriele Clemens: Das ist ein sehr wichtiger Punkt, über den viel diskutiert wird. Es drängen ja gerade viele Länder Mittel- und Osteuropas darauf, dass der Nationalstaat seine zentrale Rolle behält. Die Erklärung von Bratislava vom 16. September 2016 ist

diesbezüglich sehr deutlich ausgefallen: Die Abschaffung der Nationalstaaten, so heißt es dort, stehe nicht zur Diskussion. Durch den Brexit ist die Frage nach der Rolle der Nationalstaaten im vereinigten Europa wieder etwas in den Hintergrund getreten. Aber sie muss weiter diskutiert werden. Auch im Weißbuch der Juncker-Kommission zur Weiterentwicklung der EU, in dem fünf mögliche Szenarien für die Zukunft entwickelt werden, spielt die Frage nach der zukünftigen Rolle des Nationalstaates eine wichtige Rolle. Wird er erhalten bleiben? Wird er an Bedeutung verlieren oder vielmehr gestärkt? Bekommt er sogar Kompetenzen zurück? Diese Debatte ist aufgrund anderer wichtiger Ereignisse dann wieder abgeklungen, wird aber wieder zentral werden, weil es die unbeantworteten Fragen der Zukunft der EU sind.

Severin Cramm: *Welche Perspektiven gibt es eigentlich noch für die Türkei und ihren Beitritt? Sie hatten sich seinerzeit für eine Mitgliedschaft ausgesprochen.*

Gabriele Clemens: Jetzt gibt es diese Option nicht mehr. Ich habe mich seinerzeit in einigen Publikationen[32] dafür eingesetzt, dass man die Türkei aufnimmt, wenn sie die Beitrittskriterien erfüllt. Die EU hat diese Kriterien, auch wenn es lange gedauert hat, bis sie entwickelt wurden, aber sie sind vorhanden. Es gibt seit 1993 diese Bedingungen (Kopenhagener Kriterien), die beitrittswillige Staaten erfüllen müssen. Ihre Wirtschaft muss so weit entwickelt sein, dass sie wettbewerbsfähig ist. Sie müssen ein demokratisches und rechtsstaatliches politisches System haben. Sie müssen Minderheiten schützen und anderes mehr. Diese Kriterien gelten. Man hat mit der Türkei Beitrittsverhandlungen im Jahre 2005 aufgenommen. Dann wurden Fragen aufgeworfen, wie, ob das Land überhaupt europäisch sei. Es handelte sich um eine Frage, die eigentlich schon in den 1960er Jahren mit dem Abschluss des Assoziationsabkommen geklärt war. Die ablehnende Haltung gegenüber einem Türkeibeitritt wuchs, und vieles ging in den Diskussionen durcheinander. Die Frage tauchte auf, ob es sich bei der Türkei letztlich nicht doch um einen islamischen Staat handle und ob er die gleiche Geschichte habe wie wir. Das konnte man alles akademisch diskutieren, aber nichts davon war ein konkretes Beitrittskriterium. Die Beitrittskriterien sind die Kopenhagener Kriterien. Man kann nicht argumentieren, dass ein Land diese Kriterien zwar erfüllt, aber aus völlig anderen Gründen dennoch nicht aufgenommen wird. Deswegen habe ich dafür plädiert, dass die Türkei, falls sie alle Kriterien erfüllt, aufgenommen werden sollte, wenn man von Seiten der EU nicht gänzlich unglaubwürdig werden will. Inzwischen hat sich die Lage verändert, weil die Türkei viele der Kriterien, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gar nicht mehr erfüllt.

Severin Cramm: *Sie haben ja bereits gesagt, dass Rumänien gar nicht hätte aufgenommen werden können nach den Kriterien. Sind diese dann überhaupt noch relevant in ihrer Bedeutung?*

32 Gabriele Clemens, Die Außengrenzen Europas: Der Fall Türkei, in: Claudio Franzius/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.), Grenzen der europäischen Integration. Herausforderungen für Recht und Politik, Baden-Baden 2014, S. 281–296; Gabriele Clemens (Hrsg.), Die Türkei und Europa (Studien zur Neueren Europäischen Geschichte Bd. 1), Hamburg 2007.

Gabriele Clemens: Man sollte sie achten. Ich finde es schlimm, dass viele an der Glaubwürdigkeit der EU zweifeln, weil man Kriterien einführt und sie dann nicht einhält. Wir sehen das auch beim Euro. Wir können nicht einerseits sagen, dass es bestimmte Kriterien, so beispielsweise für den Beitritt, gibt und andererseits diese dann einfach ignorieren.

Michael Gehler: *Hat es Ihrer Ansicht nach ein Beitrittsfenster für die Türkei gegeben und wenn ja, wann wäre das offen gewesen?*

Gabriele Clemens: Das war um 2005 herum. Wir können jetzt darüber spekulieren, ob der Beitritt die weitere Entwicklung in der Türkei verhindert hätte.

Michael Gehler: *Was waren denn dann die entscheidenden Hindernisse und Widerstände, die das unmöglich gemacht haben, mit der Türkei zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen?*

Gabriele Clemens: Ein entschiedener Gegner des Türkeibeitritts war Frankreich. Sarkozy spielte auf jeden Fall eine entscheidende Rolle. Wir Deutsche waren in der Sache auch halbherzig. Angela Merkel hat zwar den Beitrittsprozess unterstützt, weil sie musste, aber sie war innerlich nicht davon überzeugt. Wenn man sich in die Situation der Türkei versetzt, kann man auch verstehen, warum sie sich schließlich distanziert hat. Schon seit den 1960er Jahren strebte sie nach einem Beitritt. Es folgten verschiedene Staatsstreiche, die den Beitritt erst einmal in weite Ferne rückten. Im Jahr 1987 hat die Türkei unter Turgut Özal einen formellen Beitrittsantrag gestellt, der aber durch die Osterweiterung wieder zurückgestellt worden ist. Die Türken sahen dann, dass ihnen Rumänien und Bulgarien trotz der nicht erfüllten Kriterien vorgezogen worden sind, und das führte in Ankara zu einer schweren Enttäuschung und Entfremdung. Da ist von Seiten Brüssels und einiger Mitgliedsstaaten viel falsch gemacht worden. Dann gab es spätestens aufgrund des Putsches im Jahre 2016 nicht mehr die Möglichkeit, dieses Anliegen weiter zu verfolgen.

Michael Gehler: *Wie schätzen Sie die Rolle von Recep Erdoğan ein? Wurde er erst in diese Richtung der Re-Islamisierung der Türkei gedrängt oder wollte er sie von Beginn seiner Amtszeit an? Er hat ja zunächst Reformen umgesetzt und war auf Beitrittskurs. In den Jahren von 1999 bis 2005 war das ganz klar zu erkennen, dass man in der Türkei entschieden dafür eintrat, die Beitrittsverhandlungen zu forcieren. Wie Sie richtig sagen, war Frankreich strikt dagegen. Eigentlich galt Erdoğan in den ersten Jahren als Reformpolitiker. Kein Mensch dachte in dieser Zeit daran, dass dieser Mann eine autokratische Regierungsdiktatur etablieren würde. Die Korruptionsfälle waren dann später bekannt geworden. Sind da falsche Erwartungen geweckt worden?*

Gabriele Clemens: Das ist schwierig zu beantworten. Wenn man früher der Türkei in Aussicht gestellt hätte, dass sie Mitglied werden kann, dann hätte das diese spätere politische Entwicklung unter Erdoğan eventuell verhindert. Auf der anderen Seite fordert die EU ja gerade Demokratisierungsprozesse und genau die haben in den erwähnten Jahren in der Türkei, wenn auch in Richtung einer Stärkung islamischer Parteien, stattgefunden.

Michael Gehler: *Man argumentierte ja, dass man gerne mit Ankara verhandle, aber das Ergebnis sei dann doch offen. Selbst ein Ergebnis sei noch kein Beitritt. Wenn es dann mit dem Verhandlungsabschluss soweit sei, dann könne man immer noch Volksabstimmungen in den Mitgliedsländern abhalten, ob man dafür oder dagegen sei. War das nicht von Anfang an ein unehrliches Spiel?*

Gabriele Clemens: Natürlich. Selbst wenn man sich auf Ebene der Staats- und Regierungschefs geeinigt hätte, hätte man mit dem Verweis auf Volksabstimmungen den Prozess weiter verhindern können. Es gab sehr viele Vorbehalte gegenüber der Türkei. Für die Türkei war auf jeden Fall feststellbar, dass sie anders behandelt wird als die anderen Beitrittskandidaten.

Michael Gehler: *„Werben für Europa“*[33] *heißt ein weiteres Ihrer Bücher. Es geht um die mediale Konstruktion europäischer Identität durch Europafilme. Wie sind Sie zum Medium Film als historische Quelle gekommen? Können Sie uns erzählen, wie man überhaupt an entsprechende Filme im Archiv herankommt und worauf es ankommt, diese zu analysieren, und zu welchen Ergebnissen Sie gelangt sind?*

Gabriele Clemens: Mit Filmen habe ich mich bereits im Zuge der Habilitationsschrift befasst, weil die Briten viele Filme eingesetzt haben, um die Deutschen zu Demokraten umzuerziehen. In diesem Zusammenhang bin ich auch auf den ersten Europafilm gestoßen. Ich habe mich dann weiter damit beschäftigt. Es gab aber nicht viel. Man wusste nicht, wo solche Filme sind, und es gab deshalb keine Forschung dazu. Das war für mich ein Grund, weitere Forschungen anzustellen. Ich habe mit dem Leiter der Kinemathek Hamburg zusammengearbeitet, der in der Filmrecherche sehr bewandert war. Wir fanden einige Filme, von denen man sagen konnte, dass sie für die Integration warben und versuchten, eine europäische Identität herzustellen. Dann hat es mich nicht mehr losgelassen. Ich habe ein DFG-Forschungsprojekt beantragt, weil man ein solch umfangreiches Projekt nicht alleine durchführen kann, sondern dazu mehrere Mitarbeiter braucht. Das Forschungsprojekt wurde bewilligt, und in der Folgezeit setzte, gemeinsam mit drei weiteren Mitarbeitern, eine richtig harte Recherchearbeit ein. Wir sind durch mehrere europäischen Länder gereist und haben in unterschiedlichen Institutionen, Archiven und Kinematheken nach solchen Filmen gesucht, die ja nicht unter der Rubrik ‚Europafilme‘ verzeichnet sind. Allein von den Filmtiteln her konnte man auch nicht erkennen, ob es sich um einen ‚Europafilm‘ handelt. Bei einem Titel wie „Herr Müller lebt überall“ kommen Sie ja nicht unbedingt auf den Gedanken, dass das ein Europa-Werbefilm ist. Wir mussten durch enorm viele Institutionen und Archive gehen, um solche Filme ausfindig zu machen. Das war teilweise abenteuerlich und überraschend. Beim Europarat in Straßburg meinte man zum Beispiel, dass von dieser Institution nie Filme gedreht oder in Auftrag gegeben worden seien, aber aus den schriftlichen Akten des Europarats wusste ich, dass es in Straßburg auch Filme geben musste. Die zuständigen Personen dort haben das zunächst verneint, aber ein Mitarbeiter hat sich dann an einen besonderen Raum erinnert,

33 Gabriele Clemens (Hg.), Werben für Europa. Die mediale Konstruktion europäischer Identität durch Europafilme, Paderborn 2016.

der immer verschlossen war, und in diesem lagen dann tatsächlich die Filme. Diese haben wir nach Berlin transportiert, dort digitalisieren lassen und an den Europarat zurückgegeben. Ähnlich war es am Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz. Dort gab es im Archiv auch einen Kellerraum voller Filme, von dem die Mehrzahl der Mitarbeiter nichts wusste. Ein weiteres Abenteuer war die Suche nach einem britischen Europafilm. Ich hatte mir zuvor in einem anderen Forschungszusammenhang die Churchill-Korrespondenz im Archiv in Cambridge angeschaut und war dort auf den Hinweis gestoßen, dass Churchill 1948/49 an der Produktion eines Films beteiligt war. Dieser Film war in ganz Europa nicht zu finden, und zufällig habe ich in einer kleinen Cinemathek in einem Vorort von Brüssel in einem recht heruntergekommenen Haus genau diesen Film gefunden. Das ist der erste Europafilm überhaupt, und er kam von den Briten (!). Insgesamt hat allein die Recherchearbeit schon sehr viel Zeit gekostet und dann mussten diese Filme ja auch noch gründlich analysiert und interpretiert werden. Die zentrale Forschungsfrage lautete: Mit welchen Bildern – im konkreten und abstrakten Sinne – hat man damals versucht, eine europäische Identität zu schaffen?

Michael Gehler: *War das mit der Montanunion ähnlich wie mit dem Europarat-Archiv?*

Gabriele Clemens: Die Filme der Montanunion liegen inzwischen in Brüssel bei der Kommission und dort ist man sehr streng. Die Filme dürfen nicht kopiert werden, und manche konnte man auch gar nicht erst ansehen. Das war ganz schwierig. Das Archiv des EHI wollte diese Filme nach Florenz holen, damit diese einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Die schwierigen Verhandlungen darüber laufen noch.

Michael Gehler: *Warum ist das so?*

Gabriele Clemens: Es scheint ein Konkurrenzverhältnis zu geben, wenn ich das richtig verstanden habe. Die Kommission scheint ihre Schätze behalten zu wollen, wobei Florenz ja das EU-Archiv ist.

Michael Gehler: *Mit welcher quellenkritischen Perspektive sind sie an diese Materie Film herangegangen? Das sind ja einerseits Dokumente, die für Europa Werbung machen sollten – also Propaganda –, andererseits gibt es eine gewisse Zurückhaltung seitens der Institutionen, da man offenbar nicht in den Verdacht kommen will, Propaganda gemacht zu haben. Findet man das vielleicht nicht so angenehm oder hat man dazu heute ein unverkrampftes Verhältnis?*

Gabriele Clemens: Das ist m. E. unverkrampft. Die Kommission gibt an, dass aus urheberrechtlichen Gründen die Zurverfügungstellung der Filme schwierig sei. Was da wirklich hinter steckt, weiß ich nicht.

Michael Gehler: *Weiß man eigentlich immer, wer diese Filme gemacht hat und mit welchen konkreten Intentionen? Das haben Sie ja erforscht.*

Gabriele Clemens: Das war Teil der Recherchearbeit. Bei Propagandafilmen schreibt man nicht unbedingt dazu, wer den Auftrag gegeben hat. Das hat man meistens weggelassen. Da mussten wir ergänzend die Akten des Europarats, der Kommission, der Hohen Behörde und andere Dokumente durchgehen, um Hinweise auf diese Dinge zu finden. Daher sind wir aktuell dabei, in Florenz eine Datenbank aufzubauen, die solche Informationen über Auftraggeber, Produzenten, Regisseure usw. enthält. Das war und ist aber eine enorme Recherchearbeit.

Michael Gehler: *Warum hat sich die Geschichtsschreibung eigentlich erst so spät mit dem Medium Film beschäftigt? Sie sind Pionierin. Wie sind Sie auf die Idee gekommen, die Europafilme ins Visier zu nehmen?*

Gabriele Clemens: Das war Zufall, weil ich einen Film durch Zufall gefunden habe. Warum hat sich die Geschichtswissenschaft mit Filmen so schwergetan? Das ändert sich ja jetzt. Es hat ja überhaupt sehr lange gedauert, bis man Filme als historische Quellen akzeptiert hat. Als ich studiert habe, wäre niemand auf die Idee gekommen, Filme als Quelle anzusehen. Man hat sich ausschließlich mit Textquellen befasst. Das hat sich inzwischen geändert, aber es ist auch nicht so einfach, einen Film als Quelle zu interpretieren. In unserem Forschungsprojekt waren auch zwei Filmhistoriker dabei, wovon einer auch selbst Filme gedreht hat. Das war natürlich sehr hilfreich. Dadurch haben wir überhaupt erst gelernt, worauf man achten muss, wenn man einen Film analysiert. Man kann schnell aus einem Kommentar eine bestimmte Schlussfolgerung ziehen, aber die Art und Weise, wie etwas gefilmt und dargestellt wird, und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen, dazu benötigt man die entsprechenden Fachleute.

Michael Gehler: *Zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen? Was bringt Filmgeschichtsforschung für die Geschichtsschreibung? Was können die konventionellen Quellen nicht transportieren, was Filme können?*

Gabriele Clemens: Es hat ja lange geheißen, dass es so etwas wie eine europäische Identitätspolitik vor den 1980er Jahren gar nicht gegeben hätte. Wir haben durch das Filmprojekt aber festgestellt, dass es diese Politik schon viel früher gegeben hat. Man hat es nicht Identität genannt, sondern Europa-Bewusstsein, aber es war im Kern genau dasselbe. Es ging immer wieder um Fragen wie: Was verbindet die Europäer? Oder: Was hält sie zusammen? Das ist etwas, was in diesen Filmen immer wieder thematisiert wird. Man kann auch sehen, dass ganz unterschiedlich für Europa geworben wurde. Der Europarat zum Beispiel wirbt mit der europäischen Geschichte und Kultur. Man gehöre zusammen aufgrund der gemeinsamen Geschichte seit der Antike. Die Europäischen Gemeinschaften hingegen warben völlig anders, und zwar in erster Linie mit der Aussicht auf Wohlstand, indem sie sagten: Wenn wir uns vereinigen, werden wir alle reich werden und in Wohlstand leben. Das Kulturelle tritt bei den Gemeinschaften ganz in den Hintergrund. Dabei muss man sich fragen, welche Wirkung diese Werbung für Europa hat. Im Grunde genommen verband man auf diese Weise Europa in erster Linie mit Wohlstand und Reichtum. Was ist aber, wenn das mal nicht mehr der Fall ist? Welche anderen Grün-

de gibt es für die Europäer, zusammenzuhalten? Das ist in der Öffentlichkeit zu wenig kommuniziert worden. Das ist auch ein Ergebnis dieser Forschung.

Jörg Beining: *Kommt das Friedenschaffende nicht auch vor?*

Gabriele Clemens: Ja natürlich, aber es rückt mit der Zeit immer weiter in den Hintergrund. Die ersten Filme aus den 1950er Jahren betonten das Friedensmotiv stärker als die späteren Filme am Ende der 1950er Jahre und die Filme der 1960er und 1970er Jahre. Inzwischen liegt das Kriegsende ja auch weiter zurück, das Kriegserlebnis verblasst. Das reflektierte die Kommission auch selbst, indem sie sagte, dass Werbung jetzt anders gemacht werden müsse. Jüngere Generationen hätten keine Erinnerungen mehr an den Krieg, daher wirbt man seit dem Ende der 1950er Jahre mehr mit dem Thema Wohlstand.

Michael Gehler: *Nochmal zurück zur Frage: Wie genehm kann es einer Institution sein, wenn eine Historikerin diese Filme dekonstruiert? Die Institution muss sich ja dann auch in die Karten schauen lassen und damit rechnen, dass die Strategien des Werbens decodiert werden. Ist das bei Ihrer Recherche auch als Problem aufgetaucht?*

Gabriele Clemens: Nein. Beim Europarat haben wir sehr viel Unterstützung erhalten. Bei der Kommission gab es, wie eben erwähnt, Vorbehalte von rechtlicher Seite. Eigentlich sollten die Institutionen ja froh sein, wenn darauf hingewiesen wird, was bisher in der europäischen Kommunikation schiefgelaufen ist. Ich erinnere mich noch daran, dass EU-Kommissar Günter Verheugen 2005 gesagt hat, man müsse für Europa mehr werben, Europa besser kommunizieren, um die Leute an die EU zu binden. Im Grunde sollte Brüssel froh sein, für künftige Kommunikationsstrategien auch einmal in die eigene Vergangenheit schauen zu können.

Michael Gehler: *Fehlt diesen Gemeinschaften teilweise das historische Wissen über sich selbst?*

Gabriele Clemens: Ja, sehr stark. Das ist genau das, was ich wiederholt angemerkt habe: Die Institutionen wissen teilweise wenig bis gar nichts über sich. 2005 kommt die Kommission auf die Idee, dass man ja mal Filme drehen könnte, um für Europa zu werben. Das haben sie aber schon Jahre vorher gemacht.

Michael Gehler: *Stimmt eigentlich das Urteil, dass es immer noch an europäischer Öffentlichkeit fehle, wenn man diese weiter fasst als nur veröffentlichte Diskurse über Politik? Kommt durch Filme so etwas auf wie eine gemeinsame Teilhabe an kulturellem Interesse?*

Gabriele Clemens: Die europäischen Institutionen der 1950er Jahre haben sich um die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit bemüht. Der Europarat und die Europäischen Gemeinschaften haben die von ihnen produzierten oder in Auftrag gegebenen Filme in alle Sprachen der Gemeinschaften übersetzt, damit alle das gleichsam verstehen konnten.

Das Ziel war, so eine europäische Öffentlichkeit herzustellen. Ob man das erreicht hat, ist eine andere Frage.

Michael Gehler: *Nun gibt es ja schon seit den 1950er Jahren demoskopische Untersuchungen. Die Amerikaner haben damit angefangen in der Besatzungszeit. Haben Sie eigentlich auch Zugang zu Quellen, die zeigen, wie diese Filme aufgenommen worden sind? Wie weit wurden diese gesehen und haben sie auch Multiplikatoreneffekte erzielt?*

Gabriele Clemens: Leider gibt es dazu recht wenige Informationen. Die meist recht kurzen Europafilme liefen ja als Vorfilme im Kino oder wurden in Jugendclubs, in Schulen und anderen Orten gezeigt. Das heißt, dass es über diese Filme kaum Rezensionen gibt. Der Hauptfilm wird in der Regel ja in Zeitungen oder Zeitschriften besprochen, aber der Vorfilm nicht. Wir finden nur ganz selten mal etwas dazu. Umfassende Umfragen gibt es in den 1950er Jahren seitens der Europäischen Gemeinschaften noch nicht. Die kommen erst in den 1960er Jahren. Hin und wieder gibt es einzelne Beobachtungen, beispielsweise beim Europarat und der Kommission, aus denen hervorgeht, wann ein Film gelaufen ist und wie er aufgenommen wurde. Aber nur vereinzelt, insgesamt kann man zur Rezeption der Filme keine Aussage treffen. Leider.

Michael Gehler: *Was können Sie uns über die Zahl der Ausstrahlungen oder der Orte sagen, an denen Filme dieser Art eingesetzt wurden? Unabhängig von der Art der Aufnahme: Wie viele Filmrollen sind beispielsweise produziert worden?*

Gabriele Clemens: In einem ersten Rechercheschritt im Rahmen des Projektes haben wir über 500 Filme in verschiedenen Ländern ausfindig machen können, die irgendwie thematisch in Zusammenhang mit Europa stehen. Wir haben dann den Begriff ‚Europafilme‘ enger gefasst und circa 450 Filme dieser Rubrik zugeordnet. Kriterium für die Zuordnung als ‚Europafilm‘ war, dass diese Filme für die Einigung Europas warben. Der größte Teil der Filme wurde explizit mit der Absicht gedreht, für die Einigung Europas zu werben. Es gibt aber auch Filme, die zwar nicht mit der Absicht gedreht worden sind, für Europa zu werben, es aber trotzdem praktisch taten. Dazu zählen beispielsweise Filme der Autofirma FIAT oder der Firma Philips. Die werben für ihre Produkte, aber Europa ist in den Werbungen sehr positiv besetzt und somit wirbt man auch gleichzeitig für eine Einigung Europas mit. Wir haben beispielhaft für die Bundesrepublik Deutschland ausgewertet, wie häufig und wo die Filme gezeigt wurden. Für alle Länder haben wir das aber nicht machen können. Dafür hätten wir noch Jahre gebraucht. Für einige wenige Filme der Europäischen Gemeinschaften haben wir auch Zahlen, wie häufig sie wo gezeigt wurden, aber das sind nur Einzelfälle.

Michael Gehler: *Vielen Dank für den spannenden Einblick in ein relativ junges Forschungsfeld. Im Grunde betreibt man mit den Filmen Zeitgeschichte pur. Man hat es mit den Produzenten, Rezipienten und mit der Filmgeschichte zu tun. Wie weit sind Filme überhaupt als Quelle methodisch aufbereitet worden, sodass wir sie Studierenden als Quelle vorstellen können?*

Gabriele Clemens: Eigentlich fast gar nicht. Einführungen, die ich kenne und die meine Studenten benutzen, kennen zwar den Begriff des Films als Quelle, aber erläutern nicht, wie man damit umgeht. Dafür muss man spezielle Literatur heranziehen und gemeinsam mit den Studenten die Methoden erarbeiten. Ich habe in meinen Seminaren zu Filmen immer eine kurze Übersicht angefertigt, um den Studenten überhaupt Kriterien an die Hand geben zu können, wie man Filme betrachten muss. Das habe ich aus der Literatur von Medienwissenschaftlern und nicht von Historikern.

Jörg Beining: *Wie schätzen Sie die Perspektive mit Blick auf die Europaparlamentswahlen ein?*

Gabriele Clemens: Ich gehe davon aus, dass die wenigsten Wähler genau unterscheiden zwischen einer Europawahl und einer nationalen Wahl. Es ist ja häufig so, dass das alles in einen Topf geworfen wird und man den nationalen Blick auch auf Europa ausweitet. Die Parteien tragen dazu auch mit bei, indem sie mit nationalen Themen werben. Ich gehe davon aus, dass sich das, was sich im nationalen Rahmen abzeichnet, auch bei den Europawahlen widerspiegeln wird. Das wird vermutlich insgesamt in allen europäischen Ländern so sein. Es stellt sich des Weiteren die Frage, ob sich die EU-Gegner und -Skeptiker zu einer Fraktion im Europäischen Parlament zusammenschließen. Sie sind sehr zersplittert. Falls sie sich zusammenschließen, dann kann sich im Parlament vieles verändern. Was die Wahlbeteiligung angeht, so vermute ich, dass diese zunehmen wird. Europa ist in letzter Zeit, vor allem durch Krisen wie den Brexit und die Eurokrise, stärker in den Fokus der Wahrnehmung rückt. Europa ist den Menschen nähergekommen.

Andrea Germer: *Was erwarten Sie von der zukünftigen EU auch mit Blick auf Russland und die USA?*

Gabriele Clemens: Ich erwarte, dass sich die Europäer darüber klar werden, wohin sie eigentlich wollen, was das Endziel der Integration sein soll. Seit den 1950er Jahren heißt es, dass man sich immer enger zusammenschließen möchte – was auch immer das heißen mag. Die Frage, was tatsächlich am Ende herauskommen soll, ist noch immer offen. Ich hoffe, dass gerade auch der Brexit dazu führen wird, dass man sich Gedanken darüber macht, welches Europa man eigentlich haben möchte und Fragen beantwortet werden wie: Wie viele Kompetenzen bekommt die EU, wie viele Kompetenzen bekommen die Nationalstaaten? Es muss eine Lösung gefunden werden, mit der alle 27 Mitglieder einverstanden sind, was sicher nicht einfach ist. Ich persönlich fände es sehr sinnvoll, wenn es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik geben würde, weil das ein Bereich ist, indem die EU wirklich eine Rolle spielen kann – auch im Verhältnis zu Russland und den USA. Die bisherige ‚gemeinsame' Außenpolitik läuft ja darauf hinaus, dass am Ende doch jeder Staat macht, was er will. Die langen Jahre der intergouvernementalen Zusammenarbeit haben nicht dazu geführt, dass man eine gemeinsame Außenpolitik betreibt. Hier ist also ein entschiedenes Vorgehen nötig.

Severin Cramm: *Schließt das auch die geforderte europäische Armee mit ein?*

Gabriele Clemens: Das ist ein wichtiger Gedanke, den man verfolgen sollte. In den 1950er Jahren gab es schon Pläne in Richtung auf eine gemeinsame europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine gemeinsame Armee. Warum soll jeder Staat in Europa seine eigene Verteidigung gestalten? Das halte ich nicht für sinnvoll. Ich sehe gar keine so großen unüberwindlichen Hindernisse bei der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee. Als das damals in den 1950er Jahren diskutiert wurde, hat man u. a. auch mit den unterschiedlichen Sprachen in Europa argumentiert, die eine Verständigung erschweren könnten, aber heute ist das kein Problem mehr. Wir können uns sehr gut verständigen, alle können Englisch. Andere Probleme lassen sich meines Erachtens ebenfalls lösen. Man muss nur den politischen Willen haben.

Severin Cramm: *Welche Rolle soll und wird Deutschland in einer zukünftigen Europäischen Union spielen?*

Gabriele Clemens: Voraussichtlich wird es weiterhin eine führende Rolle spielen. Deutschland ist ein großer und wirtschaftlich potenter Staat, der immer eine wichtige Rolle gespielt hat. Ich sehe keine Veränderung gegenüber der bisherigen Rolle Deutschlands in der EU. Etwas schwieriger wird es beim Austritt der Briten für die Deutschen, denn die Positionen Deutschlands und Großbritanniens waren häufig sehr ähnlich – gerade in Konfrontation mit den oftmals anderen Vorstellungen der südeuropäischen Staaten. Diese Unterstützung wird Deutschland dann nicht mehr haben.

Severin Cramm: *Wir haben vorhin über den möglichen Beitritt der Türkei gesprochen und die Gründe, die dagegensprechen. Wo sehen Sie denn die Grenzen der EU?*

Gabriele Clemens: Das ist auch ein wichtiger Aspekt mit Blick auf die Weiterentwicklung der Union und ihrer politischen Ziele. Man hat diese Frage immer vor sich hergeschoben und nie geklärt, wo die Europäische Union enden kann oder soll und wen man noch aufnehmen möchte. Die beiden Fragen, was das Endziel der EU sein soll und wen man noch aufnehmen möchte, gehören eng zusammen. Beides ist offen und muss geklärt werden, was allerdings nicht einfach ist.

Jörg Beining: *War die Osterweiterung die Verlängerung des Kalten Krieges? Wie würden Sie das einordnen?*

Gabriele Clemens: Wladimir Putin sieht das bestimmt so. Ich habe es eben ja auch schon einmal gesagt: Man hat den westlichen Einflussbereich immer weiter nach Osten hin ausgedehnt und gar nicht hinterfragt, was das für Russland bedeutet. Aus Sicht der EU war es aber sicher keine Verlängerung des Kalten Krieges, sondern eher das Ende des Kalten Krieges, mit dem Westen als Sieger.

Severin Cramm: *Wie würden Sie die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren in der Europapolitik bewerten?*

Gabriele Clemens: Die nicht-staatliche Europabewegung hat in den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine wichtige Rolle gespielt, heute hat sie an Relevanz verloren. Zivilgesellschaftliche Akteure aber spielen insgesamt sicherlich eine wichtige, wenngleich auch nicht genau messbare Rolle und beeinflussen wohl auch die Politik der EU.

Michael Gehler: *Danke Ihnen, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Das Gespräch war sehr erhellend und weiterführend.*

Ludger Kühnhardt

Der europäische Archipel. Die vergessene maritime Dimension der EU

Zum Referenten:

Ludger Kühnhardt ist Professor am Institut für Politikwissenschaften und Soziologie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Direktor des Zentrums für Europäische Integration (ZEI). Er besuchte zunächst die Journalistenschule in München und war bei verschiedenen Zeitungen und Rundfunkanstalten tätig, u. a. als Autor von Dokumentarfilmen. Sein Studium der Politikwissenschaften absolvierte er in Bonn und später in Harvard, Tokio und Genf. Die Promotion erfolgte 1983 und drei Jahre später die Habilitation zum Thema der Universalität der Menschenrechte. Im Weiteren ist eine Reihe von Gastprofessuren an verschiedenen europäischen und außereuropäischen Universitäten und Hochschulen zu erwähnen, darunter in Kapstadt, Jena, Brügge, Stanford, Oxford, Canterbury, Shanghai und Wien.

Monografien: Das politische Denken der Europäischen Union, Paderborn 2022; Verknüpfte Welten. Notizen aus 235 Ländern und Territorien (1960-2020), 2 Bde, Wiesbaden 2022; The Global Society and Its Enemies: Liberal Order beyond the Third World War, Cham 2017; Africa Consensus: New Interests, Initiatives and Partners, Washington D.C./Baltimore: Woodrow Wilson Press/Johns Hopkins University Press, 2014; Europa: Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmung der Europäischen Union, Baden-Baden 2010; European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration, Baden-Baden 2008 (2. erweiterte Auflage 2010); Erweiterung

und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Baden-Baden 2005; Constituting Europe. Identity, Institution-Building And The Search For A Global Role, Baden-Baden 2003; Contrasting Transatlantic Interpretations. The EU and the US Towards a Common Global Role, Stockholm: SIEPS, 2003; Atlantik-Brücke. Fünfzig Jahre deutsch-amerikanische Partnerschaft, Berlin 2002; Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und außenpolitischer Kontext, Baden-Baden 2000; Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden 1999; Beyond divisions and after. Essays on democracy, the Germans and Europe, Frankfurt/New York 1996; Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996; Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn: Bouvier, 1995; Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994 (türkische Ausgabe 2002); Ideals and Interests in Recent German Foreign Policy, Washington D.C.: German Historical Institute, 1993; Europäische Union und föderale Idee. Europapolitik in der Umbruchzeit, München 1993; Stufen der Souveränität. Staatsverständnis und Selbstbestimmung in der „Dritten Welt“, Bonn – Berlin 1992; Wege in die Demokratie. Beiträge aus der Politischen Wissenschaft, Jena – Erlangen 1992; Die Universalität der Menschenrechte. Studie zur ideengeschichtlichen Bestimmung eines politischen Schlüsselbegriffs, München 1987; Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem. Massenzwangswanderungen in Geschichte und Politik, Wien 1984.

Zum Vortrag:

Kühnhardts Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „Europagespräche“ der Stiftung Universität Hildesheim kreiste um das Thema der vergessenen maritimen Dimension der Europäischen Union. Zur Einführung merkte Kühnhardt an, dass unser Blick auf die Welt ständig erweitert werden müsse. 20.000 Kilometer lang ist bis heute der Schifffahrtsweg von Rotterdam bis Tokio. Die Folgen des Klimawandels in der arktischen Region könnten diese Realität verändern. Die Nutzung der sogenannten Nord-West Passage würde nämlich den Weg von Rotterdam nach Tokio erheblich verkürzen. Dies hätte enorme Implikationen nicht nur für den internationalen Wettbewerb bzw. für Länder, die bis heute Hauptprofiteure des Welthandels seien, sondern auch für die strategische Kontrolle entscheidender Weltregionen, was sowohl neue Gewinne als auch neue Dispute und geopolitische Konflikte schaffen würde. Ein solches Szenario würde viele Mitgliedsländer der EU stark beeinflussen, zuallererst Dänemark, das neben Russland, Kanada und den USA in der Verwaltung der arktischen Region eng involviert ist. Im arktischen Rat ist jedoch die EU nicht präsent und zwar deswegen, weil Kanada immer ein Veto eingelegt hat, die EU als Machtfaktor am Tische des arktischen Rates sitzen zu haben. Dies ist nur ein Beispiel für die wachsende Bedeutung der maritimen Dimension. Fragen des maritimen Handels und der Seesicherheit bedürfen daher großer Aufmerksamkeit.

In einigen europäischen Mitgliedsländern ist ein solches Bewusstsein schon verwurzelt, und das nicht nur in akademischen Kreisen. Dies gelte in besonderem Maße für Dänemark, Frankreich und die Niederlande. Im Pazifischen Ozean sieht sich zum Beispiel Frankreich als Machtfaktor und Puffer gegen eine chinesische Expansion. Im All-

gemeinen sind Fragen der strategischen Dimension der Überseegebiete und der Verbindung von Weltpolitik und territorialer Präsenz allgegenwärtig, und zwar in ihren zivilen, ökonomischen und strategischen Nuancen. Was die Niederlande betrifft, wurde 2010 die Verfassung geändert und einige Überseegebiete wurden zum integralen Bestandteil des Königreichs. Die Niederlande bestehen seitdem aus vier „Bundesländern", nämlich den Niederlanden selbst, dem Land Aruba, dem Land Sant Maarten und dem Land Curaçao. Drei weitere Inseln bekamen den Status „besondere Gebiete".

In Deutschland erweckt zwar der Klimawandel Interesse in der Bevölkerung, dessen Folgen für die maritimen geopolitischen Machtverhältnisse wird aber geringe bis keine Beachtung geschenkt. In diesem Zusammenhang schrieb der Historiker Jürgen Elvert,[1] einer der wenigen deutschen Forscher, die sich mit dieser Thematik intensiv beschäftigt haben, Europas Herrschaft über das Meer sei ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Grund für die neuzeitliche europäische Führungsrolle in der Welt. Die Bedeutung des Meeres für die Entwicklung des modernen Europas sei aber in Deutschland untergewichtet, sowohl in wissenschaftlichen Kreisen als auch in der Wahrnehmung der öffentlichen Meinung. Mit Blick auf geopolitische und geoökonomische Entwicklungen in der heutigen Welt müsse man nicht zum Schluss kommen, diese Themen seien Aspekte einer längst untergegangenen Vergangenheit, sondern Indizien dafür, dass Europa seiner maritimen Dimension bewusstwerden müsse, und gleichzeitig Stützpfeiler für ein neues globales Selbstverständnis.

In Anbetracht dieser Voraussetzungen stellte Kühnhardt drei Hauptthesen bzw. Hauptthemen vor. Geht es zunächst um den Blick Europas auf die außereuropäische Welt, weist der Referent im zweiten Teil des Vortrages auf die Perspektive der Europäischen Union, genauer gesagt auf die Perspektive der europäischen Souveränität hin. Zuletzt geht er der Frage nach, welche Folgen der Brexit für die maritime Dimension haben wird.

Die erste These, die der Referent aufstellt, lautet, dass Europa in die Weltpolitik „hineinstolpern" musste, um zu verstehen, dass der Kontinent seine *raison d'*être erst im Verhältnis zur Welt als Ganzes gehabt hat und auch in der Zukunft haben wird. In der geschichts- und politikwissenschaftlichen Literatur wird das europäische Integrationsprojekt als Antwort auf innere europäische Kriege erklärt, nämlich als deutsch-französische Versöhnung durch die Überwindung der sogenannten Erbfeindschaft. Diese jedoch stelle nur die halbe Wahrheit dar. Europa habe seinen Ursprung auch im Zerfall des Kolonialprojektes. Der Schrumpfung der Machtprojektion Europas sei die Voraussetzung gewesen, dass auf dem Kontinent eine völlig neue Ordnung entstehen konnte. Die ältesten systematischen Beziehungen der EU zu außereuropäischen Gebieten beziehen sich nämlich auf diejenigen Staaten, die 1957 entweder noch europäische Kolonien oder auf dem Wege waren, ihre Souveränität zu erlangen. Der Preis für die Rehabilitierung Deutschlands war daher auch die Anerkennung der Fortführung der französischen, belgischen und niederländischen postkolonialen Beziehungen zu ihren Überseegebieten. Art. 134 der Römischen Verträge legte die Assoziierung der Überseegebiete fest. All das wurde durch den Europäischen Entwicklungsfonds finanziert, der sich bis heute außerhalb des EU-Budgets befindet und daher jeglicher politischen Kontrolle seitens des EU-Parlaments entzogen ist.

1 Jürgen Elvert, Europa, das Meer und die Welt, München 2018.

Durch die zweite These wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass Europa sich in eine maritime Verantwortungsgemeinschaft entwickelt. Die Beziehung zwischen der EU und ihren Überseegebieten stellt in der Weltpolitik eine außerordentliche Konstruktion dar. Sie ist nämlich der einzige verbindliche Vertrag, der Staaten aus vier verschiedenen Kontinenten in eine gemeinsame juridische Struktur zusammenbringt. Am Anfang der Begründung der Definition der EU müsse deswegen eine realistische Sicht liegen, unter dem Motto „die Welt kommt zu uns, ob wir es wollen oder nicht“. Die Welt, in der wir leben, dreht sich zwar nicht mehr um Europa, Europa macht nämlich nur 5 % der Weltbevölkerung aus, aber der Kontinent besitzt immerhin die Hälfte des Weltwohlstandes und konsumiert 60 % aller sozialen Ausgaben. Europa könne nur bestehen, so Kühnhardt, wenn es lerne, weltpolitisch zu denken. Der ehemalige EU-Kommission-Präsident Jean-Claude Juncker sprach von einer Weltpolitikfähigkeit, einem Begriff der vom Referenten stammt. Zu Weltpolitikfähigkeit gehöre, so Kühnhardt, aber zunächst eine weltpolitische Wahrnehmung, auch und insbesondere in Bezug auf die maritime Dimension.

Nach den Maastricht-Verträgen haben die Überseegebiete einen neuen Status innerhalb der EU erlangen können, u. a. bei der Definition ihrer Interessen. Das hat stark dazu beigetragen, dass die Beziehungen zur EU verwirrend komplex geworden sind. Verschiedenen Überseegebieten werden innerhalb der Union unterschiedliche Ausnahmeregelungen gewährt, wenn es um Zollrechte und Binnenmarkt-Regelungen geht. St. Barthélémy in der Karibik ist ein Magnet des Luxustourismus und ein Steuerparadies, ein Refugium, das sich außerhalb Schengens, außerhalb der Zollunion und außerhalb des Binnenmarkts befindet. Andere Gebiete, wie die Inseln St. Pierre et Miquelon, sind nur assoziiert und kein Bestandteil der EU. Wobei es logischer wäre, dass sie zur Freihandelszone zwischen Europäischer Union und Kanada gehören würden. In einigen niederländischen Überseegebieten verfügen die Bewohner zwar über das Wahlrecht für das EU-Parlament, aber nicht für das nationale niederländische Parlament. Andere Gebiete weigern sich, die gemeinsame Währung zu verwenden. Daher wird zunehmend diskutiert, wie das existierende System verbessert und vereinfacht werden könnte. In diesem Zusammenhang sind unterschiedliche Vorschläge im Laufe der letzten Jahre im EU-Parlament formuliert worden. Eine Vereinfachung könnte darin bestehen, sämtliche Überseegebiete in den Status der sogenannten *Gebiete im äußeren Rand* (Kanarien, Madeira z. B.) zu führen. Dies würde die aktuelle juridische Struktur zwar erheblich vereinfachen, aber mit der Frage der Zuordnung wäre auch die Frage der Verantwortlichkeit und des berechtigten Zugangs zu europäischen Projekten und Finanzinstrumenten verbunden. Es gibt dazu nach wie vor Kontroversen sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedsländern. Was z. B. die Frage der Gleichstellung Grönlands und der anderen Überseegebiete anbelangt, sind die Dänen äußerst vorsichtig. Auch die Franzosen sind gespalten in Bezug auf die Frage des Up-Ratings der Überseegebiete bzw. über die Möglichkeit daraus, Gebiete im Äußeren Rande zu machen. Eines steht aber fest: Die Lage wird viel strategischer in Paris, Kopenhagen und im Haag betrachtet als in Berlin.

Zuletzt wandte sich der Vortragende dem Thema „Brexit“ zu, welches große Debatten in diesem Kontext ausgelöst hat und auslösen wird. Durch den Brexit verliert die EU fast die Hälfte ihrer Überseegebiete, nämlich zwölf britische Territorien. Dies wird unterschiedliche Folgen haben, sowohl im wirtschaftlichen Bereich, u. a. für den Fischfang, den Handel und den Tourismus, als auch im geostrategischen Bereich. Die Falkland-In-

seln im Atlantik und die Insel Diego Garcia im Indischen Ozean seien nur einige wenige Beispiele solcher Zusammenhänge. Aus den Falkland-Inseln wird zum Beispiel der Großteil des Fischfangs nach Spanien exportiert. Somit garantierte die EU diesem Gebiet einen vorteilhaften Binnenmarkt. Diego Garcia ist dagegen im Grunde genommen ein militärischer Stutzpunkt von großer Bedeutung. Es sei anzunehmen, dass mit dem Brexit die Souveränitätsfrage wieder auftaucht.

Nach Ende des Vortrages werden mehrere Fragen aus dem Publikum gestellt. Die erste Runde kreiste hauptsächlich um Deutschland, und zwar um seinen Anteil am Entwicklungsfonds und um seine maritime Strategie. In der zweiten Frage wurde die Hypothese formuliert, dass die Deutschen weder naiv noch provinziell sind, sondern einem anderen Weg im Vergleich zu Frankreich und den Niederlanden folgen („soft power").

Bezüglich des ersten Themas bemerkte der Referent, dass der Anteil Deutschlands am EU-Budget ca. 20 % der gesamten Ausgaben beträgt. Das Problem liege aber darin, dass der Entwicklungsfonds sich außerhalb des Budgets befände und daher sei es nicht einfach, den Beitrag jedes einzelnen Mitgliedstaates zu berechnen. Es werde derzeit diskutiert, ob der Fonds in das Budget integriert werden solle, was Transparenz mit sich bringen und höchstwahrscheinlich mehr Aufmerksamkeit und Interesse seitens der Bevölkerung wecken würde.

Was die zweite Anregung anbelangt, weist Kühnhardt zunächst auf die dringende Notwendigkeit der Formulierung einer kohärenten und effektiven EU-Gesamtpolitik hin. In der Welt habe sich im Laufe der letzten Jahre die Sicht auf Europa maßgeblich geändert, auch in vielen ehemaligen Kolonien. Europa gelte in mancherlei Hinsicht als Vorbild im Bereich Wohlstand und sozialer Sicherheit und als unausweichlicher Partner bei der Definition einer multipolaren Ordnung. Deutschland ist Gründungsmitglied der EU und einer der größten Betreiber der internationalen Frachtseeschifffahrt. Trotzdem fehle das Verständnis für die Komplexität solcher Fragen. Es handle sich daher nicht so sehr um eine andere Strategie, auf der Basis der Nutzung der deutschen *soft power*, sondern vielmehr um einen Mangel an Interesse.

In der zweiten Runde von Fragen ging es um Großbritannien und um die EU. Es wurde die Hypothese formuliert, der Brexit könne nicht nur die EU in Schwierigkeiten bringen, sondern auch Großbritannien selbst erheblich schwächen und letztendlich zum Zerbrechen des Königsreichs führen. Ferner wird gefragt, wie das Schicksal der Überseegebiete in den britischen Medien diskutiert werde.

Um diese komplexen Fragen zu beantworten, sollte man voraussetzen, dass mehrere Territorien Kolonien Englands waren, als Großbritannien noch nicht existierte. Es wäre daher erforderlich, zwischen England und Großbritannien zu unterscheiden. Im Jahre 2002 wurde im britischen Parlament eine neue Gesetzgebung verabschiedet, welche den Status der „Kolonien" gründlich abschaffte und alle Kolonien zu Überseeterritorien erklärte.

In den Medien werden solche Themen unterschiedlich behandelt. Handelt es sich für die Brexiteers um eine vernachlässigbare Thematik, stellen Fragen der maritimen Dimension in den Zeitungen, die den Brexit kritisch betrachten, eine allgegenwärtige Angelegenheit dar, insbesondere in Bezug auf zwei Gebiete: die Insel Diego Garcia und Gibraltar. Obwohl Gibraltar, juristisch betrachtet, zu den Überseeterritorien nicht gehört, ist es stark von den Folgen des Brexits betroffen. 96 % seiner Bevölkerung stimmte für die

Fortführung der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens. In dem Mandat, das die EU-Kommission bekommen hat, ist ein Passus enthalten, welcher besagt, dass der Brexit-Vertrag erst Gültigkeit besitze, wenn Spanien explizit auf ein Veto in Bezug auf Gibraltar verzichte. Sollte der Vertrag nicht zustande kommen (ein No-Deal Brexit) müsste man damit rechnen, dass die Frage Gibraltar wieder auf der Tagesordnung der europäischen Politik kommt. Dieses Beispiel zeigt, dass der Brexit schwerwiegende Folgen für beide Seiten haben werde, indem alte Fragen wieder aufgeworfen werden.

Im Anschluss bemerkte Kühnhardt, dass Europa und die Europäische Union sehr fragmentiert seien, was zumindest teilweise die ablehnende Haltung Kanadas im Arktischen Rat erklären könnte. Europa müsse in der Zukunft die sich vollziehende globale Wende realistisch anerkennen und sich neu positionieren.

Der Vortrag von Ludger Kühnhardt wurde am 24.6.2019 gehalten.

Ludger Kühnhardt

„Bleibender Erkenntnisgewinn entspringt einer sorgfältigen Ursachenanalyse“

Michael Gehler: *Wir beginnen unser Gespräch immer mit einer Frage zum persönlichen Werdegang, weil uns die Biographien der Wissenschaftler und ihre Sozialisation sehr interessieren. Wie wird man Historiker und wie Politikwissenschaftler? Gibt es einen speziellen Familienhintergrund, der zu diesen spezifischen Berufsfeldern führte?*

Ludger Kühnhardt: Indirekt. Mein Vater war Arzt und ich habe mich als Jugendlicher daran gerieben, dass er sowohl in seiner Diagnose als auch in der Therapie immer „nur“ mit einzelnen Menschen zu tun hatte. In den Jahren meiner Pubertät dachte ich, man müsse die ganze Menschheit diagnostizieren und therapieren und nicht so kleinteilig anfangen wie mein Vater. Man müsse, so dachte ich damals, politisch und im Großen denken. Der eine Großvater hat mich in Bremen ins Überseemuseum geführt und mit der überseeischen Welt vertraut gemacht. Der andere Großvater hat mich über seine eigene Lebensgeschichte politisiert: die NS-Zeit, die er verachtete, der Zweite Weltkrieg, in den er sofort 1939 eingezogen wurde, weil er kein Nazi war, sowie die Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft erst im Jahr 1949. Die Geschichte war immer Teil der Gegenwart meiner Jugend. Mit zehn Jahren schenkten mir die Großeltern einen Weltatlas, der für mich immer noch ein Referenzatlas ist, bevor ich auf eine Reise gehe. Auch meine Eltern haben mir diese beiden Aspekte der Weltbetrachtung – Geschichte und Geographie –, wie sie mich später immer wieder neu inspiriert haben, vermittelt. Ich war frühzeitig mit meinen Eltern bei unseren polnischen Verwandten in Schlesien und in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz, noch bevor ich jemals in der DDR war. Gleichzeitig hat es meinen Vater seit seiner Studienzeit immer nach Afrika gedrängt, wo er schließlich zwischen seinem sechzigsten und seinem achtzigsten Lebensjahr in Tansania als Arzt gearbeitet hat, neben seiner Praxis in Deutschland. Meine Mutter, aus Westfalen stammend, hat mir die deutsch-niederländische Dimension in die Wiege gelegt, sodass der Blick nach draußen und der Blick von außen auf Deutschland durch meine Familie in allen Facetten vorgegeben war.

Ich bin in Münster geboren und in Ibbenbüren im Münsterland aufgewachsen, mit dem Vornamen Ludger. Ludger war der erste Bischof von Münster. Ich wurde katholisch getauft und erzogen, war dann Ministrant und hatte frühe Begegnungen mit Missionaren daheim und im Messdiener-Unterricht. Später, noch zur Schulzeit, kam meine Beschäftigung mit der katholischen Soziallehre hinzu. Meine religiöse und politisch-normative Prägung hat ihre Wurzeln in der katholischen Soziallehre. Oswald von Nell-Breuning war einer der „Gurus“ meiner jungen Jahre. Ich lernte ihn mit 17 kennen und habe ihn später, bis er im Alter von 101 Jahren starb, jedes Jahr in seiner Jesuitenklause in Frankfurt-Sankt Georgen besucht. Diese wichtige und prägende geistige und geistliche Dimension meiner frühen Jahre hat sich später weiterentwickelt und auch wissenschaftlich transformiert, vor allem durch Begegnungen mit der politischen Ideengeschichte und dem rechts-

staatlich liberalen, verfassungsrechtlichen Denken. Ich wurde darin stark beeinflusst von Karl-Dietrich Bracher, meinem wichtigsten universitären Lehrer.

Mein späterer Werdegang baute auf diesen frühen Prägungen auf, die immer wieder zusammengehalten und weiterentwickelt wurden, etwa durch den Besuch einer wichtigen Vorlesung bei dem Moraltheologen Franz Böckle. Von ihm lernte ich viel über lebensalltägliche und moralische Zielkonflikte. Die unbekümmerte Geradlinigkeit und Naivität meiner jugendlichen Prägungen wurden dadurch auf eine in gewissem Sinne heilsame Weise gebrochen.

Der dritte Strang, der zu dieser Einordnung meines Weges in die Welt gehört, ist der Aspekt des Schreibens, genauer gesagt des Lesens und Schreibens. Beides ist ein zentraler Bestandteil der Sozialisation in meinem Elternhaus gewesen, so wie alle, meine Eltern und meine Geschwister, immer viel gelesen haben. Meine Eltern haben später immer damit kokettiert, dass ich mit etwa drei Jahren meinem Urgroßvater zum 85. Geburtstag weite Teile des „Max und Moritz" auswendig aufgesagt habe, woraufhin dieser gesagt habe: „Der Junge wird mal Professor."

Michael Gehler: *In der zweiten Frage steckt schon viel drin, was zum Teil schon beantwortet wurde, aber vielleicht können wir diese nochmals aufwerfen. Gab es für Sie in jungen Jahren schulische Lehrer und auch gesellschaftliche und politische Vorbilder?*

Ludger Kühnhardt: Ja, natürlich, denn Vorbilder braucht jeder junge Mensch. Für mich war es in der Schule meine Geschichtslehrerin, die lebendigen Unterricht erteilte und von ihren Reisen nach Babylon oder Abu Simbel Dias in den Unterricht mitbrachte. Damit hat sie uns fasziniert. Sie stammte aus der DDR und kehrte nach Familienbesuchen immer mit Reclam-Heften und Billigausgaben deutscher Klassiker zurück. Das hat mich zu einem Überbietungswettbewerb mit ihr geführt, nicht nur die deutschen Klassiker lesen zu wollen, sondern bis zum Abitur von jedem Literaturnobelpreisträger ein Buch gelesen zu haben. Es ist meine Geschichtslehrerin gewesen, die mich für das lebenslange Lesen imprägniert hat.

Dann gab es in meiner Schulzeit den Franziskaner-Pater Beda, der in Brasilien lebte und der in unserem Ort herumzog, um Altpapier zu sammeln, das er dann verkaufte, um Sozialprojekte zu finanzieren. Als ich dreizehn, vierzehn Jahre alt war, motivierte er mich, den Samstagnachmittag damit zu verbringen, Altpapier zu sammeln oder Sperrmüll abzuholen. Mich hat es damals zutiefst beeindruckt, wie bei diesem Mann das Aktivistische und das eher Kontemplative Hand in Hand ging.

Wenn ich auf die großen, bekannten Persönlichkeiten der Menschheit schaue, dann gab es natürlich auch dort solche, die mich in meiner Jugend berührt und bewegt haben: Jesus Christus, Mahatma Gandhi, Martin Luther King und John F. Kennedy, dessen Buch „Zivilcourage" ich verschlang. Mich faszinierte Jimmy Carters Menschenrechtspolitik, als ich fünfzehn, sechzehn Jahre alt war. Diese Zugänge zu großen Vorbildern teilte ich mit anderen meiner Generation, die nicht mehr von der 68er-Bewegung ihre erste und eigentliche Inspiration erhielt.

Michael Gehler: *Sie absolvierten ein Studium in Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Bonn, Genf, Harvard und Tokio. Was bewegte Sie zu diesen Studien?*

Ludger Kühnhardt: Aus der Hypertrophie herauszukommen, die in der frühen Jugend wohl in vielen Fällen an einem klebt, jedenfalls war es so bei mir. Ich wollte mehr wissen, Genaueres erfahren, bessere Erkenntnisse gewinnen. Das Studium war für mich daher immer ein autodidaktischer Weg, um die eigene geistige Begrenztheit zu überwinden.

Michael Gehler: *Wer waren denn die entscheidenden akademischen Lehrer und damit auch die entsprechenden wissenschaftlichen Vorbilder?*

Ludger Kühnhardt: Bevor ich studiert habe, hatte ich eine Redakteursausbildung absolviert. Zunächst wollte ich nur und für immer Journalist werden, weil ich dachte, durch das Schreiben therapiere ich nicht nur einzelne Menschen, sondern die ganze Welt. Ich träumte von der Wirkung eines herbeigeschriebenen Bewusstseinswandels. Nach der Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München konnte ich als fester Mitarbeiter bei der Wochenzeitung *Deutsche Zeitung Christ und Welt* schreiben, die 1980 mit dem *Rheinischen Merkur* fusioniert wurde. Ich wurde zum Beispiel als Kriegsberichterstatter nach Somalia geschickt, traf in Indien Mutter Theresa und Indira Gandhi. In der Karibik sprach ich mit Bob Marley. Aber der Chefredakteur der *Deutschen Zeitung*, Ludolf Hermann, hat mich Gott sei Dank auf den richtigen Weg gesetzt, weil er sagte: „Wir machen einen Deal. Sie bekommen einen Vertrag als ‚fester Mitarbeiter‘ und können jede Woche einen Artikel schreiben, aber nur, wenn sie mir zusagen, auch zu studieren. Jetzt sind sie die junge Nachwuchshoffnung, aber in zehn Jahren werden Sie ansonsten die gewesene Nachwuchshoffnung sein.“ Ich folgte seinem Rat und immatrikulierte mich an der Universität Bonn. Der für mich prägendste Lehrer dort wurde Karl Dietrich Bracher.

Michael Gehler: *Was hat Sie so geprägt an Karl-Dietrich Bracher?*

Ludger Kühnhardt: Seine menschliche Wärme in Kombination mit einem unglaublich wachen und gleichzeitig tiefgründigen Geist, der jungen Menschen die Möglichkeit gab, selber denken zu lernen und sie darin immer gefördert hat. Das ist für mich das Stärkste geblieben in dieser Zeit, über die vielen Fragen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte hinaus. Viele meiner Mitstudenten sind damals wie ich angezogen gewesen von diesem Wissenschaftler, der Geschichte lebte und Neugier so entfachen konnte, dass jeder seine eigenen Interessen verfolgen und vervollständigen konnte. Karl-Dietrich Bracher war ein solches Kraftzentrum. Es gab so viele Strahlen, die in diesem Historiker zusammenflossen, aus der eigenen Biographie und durch das eigene Studium, bis zurück zu seiner Dissertation in der Römischen Geschichte und herauf bis in die Gegenwart der tagespolitischen Diskussionen der damaligen Zeit. Damit wurde Bracher für viele Studierende ein besonders interessanter akademischer Lehrer, der im strengen Sinne des Wortes keine Schule bilden wollte, so nach dem Motto: Alle liefern Fußnoten zu dem einen großen Thema ihres Doktorvaters. Es kamen vielmehr sehr viele unterschiedliche Erträge an wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten zusammen, die aber doch unverkennbar in den Kern der Fragestellungen hineinreichten, die Karl-Dietrich Bracher wichtig waren: Lernen aus der Geschichte und Nachdenken über die Politik im Spannungsverhältnis von Geschichte, Gewalt und Demokratie, von Freiheit und antitotalitärem Konsens. Seine großen Studien über die Auflösung der Weimarer

Republik, die deutsche Diktatur, die Krise Europas, den Totalitarismus und das politische Denken im 20. Jahrhundert sind legendär. Aber hinter allen Büchern stand ein lebensvoller Mensch. Das hat mich und viele meiner damaligen Studienfreunde besonders beeindruckt.

Ich war eines Tages am Grübeln, zu welchem Thema ich eine Magisterarbeit schreiben könnte, ob im Historischen Seminar oder im Seminar für Politische Wissenschaft. Überraschenderweise sprach Bracher mich an: „Wollen Sie nicht bei mir promovieren?" Ich wollte mich damals, geprägt durch das Flüchtlingsschicksal meiner väterlichen Familie nach dem Zweiten Weltkrieg und durch eigene journalistische Anschauungen in Asien und Afrika, mit den Ursachen des Weltflüchtlingsproblems beschäftigen. Bracher war sofort angetan und ordnete das Thema ein in die Zusammenhänge seines Denkens. Das sei doch ein uraltes Menschheitsthema, bei dem es um Geschichte, Gewalt und die Freiheit des Menschen gehe. Heute wäre ein solch wissenschaftlicher Start kaum noch möglich, weil alles so verschult ist. Aber erst das Unkonventionelle verspricht doch auch heute erst Erkenntnisgewinn jenseits von schematisierten Studienverläufen.

Michael Gehler: *Zu welchen Ergebnissen kamen Sie in der Doktorarbeit?*

Ludger Kühnhardt: Sie werden überrascht sein, wenn ich es sehr zugespitzt und provokant sage: Gerade, weil ich immer große Empathie für Flüchtlinge hatte und behalten habe, war ich gegen die unkontrollierte Aufnahme von 1,5 Millionen oder mehr syrischen Flüchtlingen in Deutschland 2015. Diese Position war ein spätes Ergebnis meiner Dissertation, das ich erklären muss: Mein Vater ist Flüchtling aus Schlesien gewesen. Mich haben seit jeher die Ursachen von Flucht und Vertreibung an erster Stelle interessiert. Ich war 1980 in den Kampfzonen des Ogaden in Somalia und wäre fast erschossen worden von Kindersoldaten. Ich trommelte mit meiner Reportage über das grauenhafte Flüchtlingselend für materielle Hilfe für diese armen Menschen. Aber ich wollte immer den Ursachen auf den Grund gehen und fragte nach den analytischen Einordnungen von Flüchtlingen in die politischen Umstände. In meiner Dissertation habe ich die Ursachen aller Flüchtlingsbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert in der Welt untersucht. Dabei habe ich, im Jahr 1983, eine Typologie von Flüchtlingen erarbeitet:

1. Es gibt geschlagene Flüchtlinge, zu denen auch mein Vater, also die Generation der deutschen Vertriebenen, gehörte. Hitler hatte den Krieg verloren, die Machtfrage war beantwortet – und die Flüchtlinge waren integrationsfähig. Das galt beispielsweise auch für die Vietnamesen, die in den 1980er Jahren nach Deutschland gekommen sind. Ich hatte in meiner Familie einen vietnamesischen Pflegebruder aus dieser Gruppe von „boat people". Auch in Vietnam war in den 1980er Jahren die Machtfrage gelöst und daher ließen sich die zu uns – oder in die USA-gelangenden Flüchtlinge reibungslos integrieren.
2. Der zweite Typus von Flüchtlingen sind die im eigentlichen Sinne politischen und oft abwartenden Flüchtlinge. Dieser Typus begegnet uns schon im 19. Jahrhundert, man schaue sich die Geschichte Lateinamerikas nach den Staatsstreichen an.
3. Den dritten Typus von Flüchtling bezeichnete ich schon 1982 als den weiterhin kämpfenden, im Grunde innerlich zerrütteten Menschen, der aus einem Ort kommt,

> an dem die Machtfrage noch keineswegs beantwortet ist. In allen geschichtlichen Epochen und in allen Räumen der Erde finden wir Flüchtlinge dieses Typus, die im Grunde im Modus des Kämpfers bleiben. Damit meine ich keine persönliche Zuschreibung im Sinne des Modus eines Kriegers. Aber wo die Machtfrage nicht geklärt ist und wo Gewalt weiter der Normalfall ist, wie dies auch 2015 noch immer leider in Syrien der Fall war, wo Wut, Hass und Traumata vorherrschen, dominiert normalerweise das Misstrauen und auch die fehlende Bereitschaft, sich irgendwo anders wirklich innerlich anzupassen.

Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, will aber nur an die erste Welle der sogenannten Ostflüchtlinge nach dem Ersten Weltkrieg erinnern, von denen viele das Kriegsende nicht akzeptiert hatten und weitergekämpft haben. Sie traten in Freikorps und andere Wehrverbände ein und bekämpften die Weimarer Republik. Ähnliche Phänomene gab es immer wieder in aller Welt. Da der syrische Bürgerkrieg weitertobte, wäre ich 2015 viel zurückhaltender gewesen, Menschen ohne jede ernsthafte Identitätskontrolle aus diesem Land aufzunehmen. Deutschland wird an den Folgen dieser Fehlentscheidung noch lange zu laborieren und, ich sage es, zu leiden haben. Nach aller Erfahrung wäre es viel intelligenter und auch humaner gewesen, den Geflüchteten in der Nähe ihrer Heimat zu helfen.

Und noch ein Punkt: Mir ist bei meinen historischen Studien keine Flüchtlingspopulation begegnet, bei der ein so starkes Übergewicht geflüchteter junger Männer bestand, auch nicht aus Ländern mit muslimischer Bevölkerung. Die syrischen Flüchtlinge tragen, solange der Konflikt in ihrer Heimat anhält, den Krieg in sich und haben ihn mitgenommen, wo immer sie hingegangen sind. Das ist und bleibt besorgniserregend. Im Übrigen ist die Frage überhaupt nicht einmal thematisiert worden, wer denn nach einem Ende dieses schrecklich lange währenden Krieges Syrien wiederaufbauen wird. Das kann doch eigentlich nur mit den jetzt im Ausland lebenden Menschen gelingen, die gewiss zu einem überwiegenden Teil nicht zurückkehren möchten, auch dann nicht, wenn es wieder Frieden geben wird.

Eine entscheidende Erfahrung meiner Forschungsarbeit zum Weltflüchtlingsproblem in den 1980er Jahren ist diese: Man muss konsequent nach den Ursachen fragen, wenn man der Größe der Aufgabe entsprechen will. Das ist die Aufgabe vor allem der Wissenschaft, im Gegensatz zur Diplomatie, die sich an den Ursachen vorbeimogeln kann, auch wenn sie damit handlungsfähig bleiben mag. Ohne dass man die Ursachen analysiert, kommt man dem Weltflüchtlingsproblem auch unserer Tage analytisch nicht bei. Ursache und Wirkung muss man voneinander trennen. Mit dieser klaren methodischen Sichtweise habe ich mich damals bemüht, einen systematischen Katalog von Ursachen für Flucht und, wie ich es nannte, Massenzwangswanderungen aufzustellen. Wo man Flüchtlingsschicksale perpetuiert, ohne dass die Ursachen überwunden werden, entsteht – das habe ich schon 1983 so formuliert – eine „Palästinisierung“ des Flüchtlingsproblems. Der Titel meiner Dissertation lautete: „Die Flüchtlingsfrage als Weltordnungsproblem“. Heute redet jedermann über dieses Thema, aber es war schon vor einer Generation eine riesengroße Problematik, von der man wissen konnte, welche Folgen es hat, wenn immer wieder neue Ursachen für Flucht und Vertreibung entstehen. Damals gab es 35 Millionen Flüchtlinge auf der Welt. Heute sind es 65 Millionen Geflüchtete in aller Welt.

Das hat mich damals eben interessiert und bewegt: Was sind die Ursachen dafür, dass so viel menschliches Leid besteht? Damit habe ich bereits empirische Vorarbeit begonnen für meine Habilitation über die Universalität der Menschenrechte. In dieser Studie habe ich die Grundfrage kulturwissenschaftlich und geistesgeschichtlich in universeller vergleichender Hinsicht gewendet.

Michael Gehler: *Damit ist das Thema der Habilitation schon angesprochen worden. Wir können nun zu Fragen der Europaforschung übergehen – Geschichts- und Politikwissenschaften. Wann ist denn Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich als ein politisches Projekt, wahrnehmbar geworden?*

Ludger Kühnhardt: Auf dem Rücksitz des Fahrrads meiner Großmutter mit vier Jahren. Meine Großmutter fuhr, hart an der holländischen Grenze in Nordhorn lebend, zum Butterkauf nach Holland, weil die Butter dort billiger war. Ich benötigte einen „Kinderausweis als Passersatz", wie es damals so schön umständlich hieß, um die wenigen Kilometer über die deutsch-holländische Grenze zu fahren. An der Grenze sah ich riesenlange Schlangen von Lastwagen, die 24 Stunden oder länger brauchten, bis sie abgefertigt wurden. Anfang der 1960er Jahre war noch nichts vom europäischen Binnenmarkt zu spüren.

Die andere Dimension meiner Europaprägung liegt, bedingt durch die Herkunft meines Vaters, im östlichen Europa. Die Vorfahren meiner väterlichen Familie stammen aus Ostpolen, aus den Beskiden. Sie ließen sich im böhmisch-habsburgischen Schlesien nieder und wurden infolge der Eroberungskriege von Friedrich II. zwangsgermanisiert. Schlesien war ja immer ein Gebiet, in dem germanische und slawische Elemente eine Rolle spielten. Nach dem Ersten Weltkrieg brach sich der Nationalismus furchtbare Bahnen. Die Teilungen gingen mitten durch die Familien. Die Vorfahren meines Vaters väterlicherseits heißen Kusznierz. Die Brüder meines Urgroßvaters waren gespalten in der Frage, ob sie propolnisch oder prodeutsch seien. Sie haben sich gegenseitig verprügelt. Einige optierten für Polen und leben dort bis heute unter dem Namen „Kusznierz". Mein Urgroßvater und mein Großvater gehörten zur prodeutschen Seite der Familie, obwohl sie eigentlich alle miteinander in einem Ort lebten, das „Polnisch-Neudorf" hieß und heute Polska Nowa Wies heißt, am Rande von Oppeln gelegen. Mein Großvater wurde Beamter der Post in einer der südlichsten Kreisstädte des Deutschen Reiches, in Groß-Strehlitz. 1941 verkündete er der erstaunten Familie, seiner Frau und vier schulpflichtigen Kindern, er sei in die NSDAP eingetreten und der Familienname sei geändert worden von Kusznierz, was Kürschner heißt, auf Kühnhardt. So behielt er seinen Beruf und den Dienstwagen, der schließlich 1945 gebraucht wurde, um seine Frau und die beiden Töchter nach Hof in Bayern zu deportieren.

Mein Vater erhielt als Abiturient eine Anfrage, ob er nicht in eine Ordensburg der NSDAP eintreten wolle. Er wollte Arzt werden und entschied sich damals, lieber als Soldat eingezogen zu werden als in den Klauen der Nazis zu studieren. Am Kriegsende hat er nur überlebt, weil er, als Kriegsgefangener der Sowjetarmee südlich von Prag, das Glück hatte, als Zwangsarbeiter einem tschechischen Förster zugeteilt zu werden. Der Förster behandelte meinen späteren Vater wie seinen eigenen Sohn. Mit der Försterfamilie Rerych sind wir, unterdessen in vierter Generation, noch immer befreundet. Meine erste Begegnung mit Europas Osten war der Besuch mit meinen Eltern 1976 bei

dieser Försterfamilie. Der alte Förster kramte aus einer Ecke Stanniolpapier hervor, Reste einer Toblerone-Schokolade, die mein Vater ihm, ohne Kommentar, als Lebenszeichen aus dem Schweizer Studium geschickt hatte. Der Kalte Krieg hatte Anfang der fünfziger Jahre Europa geteilt, auch der Briefverkehr war problematisch. 1976 war der Kalte Krieg noch immer nicht zu Ende. Förster Rerych zeigte das Stanniolpapier, das er aufbewahrt hatte, um zu sagen, er wusste immer, dass mein Vater einmal wiederkommen würde. Dieses Erlebnis hat mich 1976 sehr bewegt.

Mit den Enkeln des Försters spielte ich damals Schach. Durch meine katholische Prägung war mir damals von einem Moment auf den anderen klar: Ich kann nicht zur Bundeswehr gehen, ich muss einen Antrag auf Wehrdienstverweigerung stellen. Ich kann doch nicht, im theoretischen Falle, die Enkel des Mannes töten, der meinem Vater das Leben gerettet hat – und das nach allen Untaten der Nazi-Deutschen an den Tschechen. Damals fuhren wir von Prag weiter nach Polen, wo ich nicht nur meine Verwandten kennenlernte und die Herkunftsorte meines Vaters, sondern auch Auschwitz. Auf dem Rückweg kam ich zum ersten Mal in meinem Leben nach Berlin. Ich habe Berlin sozusagen vom Osten her kennengelernt. Europa dachte ich seither immer in diesen zwei Dimensionen: einerseits Westeuropa, Binnenmarkt, EWG, atlantische Orientierung und andererseits Mittel-, Osteuropa, gemeinsame Wurzeln, europäische Wiedervereinigung.

Die dritte Dimension in meinem Denken, wie es sich dann auch wissenschaftlich Schritt um Schritt entfaltet hat, muss ich noch hinzufügen: Europa und die Welt. Wenn Sie mich fragen, wo ich das erste Mal politisch die Europäische Gemeinschaft erlebt hatte, dann erinnere ich mich an die deutsche Botschaft in Neu-Delhi. Dort habe ich 1979 per Briefwahl an den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen. Am Rande einer journalistischen Reise durch Indien empfand ich diese Entwicklung in Europa als eine Riesensache – und sah zugleich die Zusammenhänge zwischen Europa und der postkolonialen südlichen Hemisphäre.

Michael Gehler: *Wann beginnt Ihrer Ansicht nach Europa als Idee?*

Ludger Kühnhardt: Metaphorisch gesagt: Täglich wieder neu und immer wieder anders begann und beginnt diese Idee, an allen Ecken und Enden dieses Kontinents. Aber bezogen auf die geschichtliche Perspektive, glaube ich, dass wir sagen müssen: Europa ist immer nur zu verstehen im Widerspruch mit sich selbst und in der Interaktion mit der Welt. Das christliche Europa ist beispielsweise nicht vorstellbar ohne den palästinensischen Juden Jesus Christus und ohne die mazedonische Landbrücke, die Europa zu einem christlichen Kontinent gemacht hat. Die Interaktionen Europas mit der Außenwelt haben in machtpolitischen Fragen immer eine zentrale Rolle gespielt, sei es schon in der griechischen Antike oder bei den diversen Europaplänen in der Neuzeit. Diese Interaktionen sind mir immer sehr bewusst gewesen. Die Widersprüche in Europa haben mich immer interessiert und fasziniert. Sie tauchen ja gerade immer dann auf, wenn es irgendwelche Vorstellungen von hegemonialen Machthabern gibt, die Anderen in Europa beherrschen zu wollen. Ob Menschen in Lappland oder in Andalusien: Jeder hat eine andere Sicht auf Europa, aber alle, die in Europa leben, denken Europa und diese Vielfalt führt dazu, dass Europa immer neu erfunden und gedacht wird.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie die Grenzen des gemeinschaftlichen Europas?*

Ludger Kühnhardt: Dort, wo der Wille schwach ausgeprägt ist, die Grenzen im Sinne von plus-ultra auszudehnen. Damit meine ich nicht nur territoriale Grenzen, sondern alle Formen von Grenzen des gemeinsamen Handelns in Europa.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen Wissenschaftler für den Europagedanken?*

Ludger Kühnhardt: Eine zentrale Rolle bei der Selbstvergewisserung, bei der Einordnung der Zusammenhänge, über die wir gesprochen haben. Sie spielen aber auch eine wichtige Rolle mit der Mahnung, bei allem Handeln den Tiefgang der Reflexion nicht zu vernachlässigen, was wir aus der Geschichte lernen können für die nächste Runde der Debatte um Europas Zukunft. Was können wir lernen aus den eigenen Fehlern, aus den eigenen Schwächen? Was ist das Bleibende und Bewahrenswerte? Wo müssen wir einen Beitrag leisten, um das Substantielle vom Rhetorischen zu trennen?

Eine wichtige Chance bietet sich damit für Historiker aller Fachrichtungen, um mit der Ruhe des umfassenden Blicks, mit „la longue durée" den Zeitgenossen bei der Einordnung von Gegenwartsfragen zu helfen. Auch in diesem Falle gilt: Bleibender Erkenntnisgewinn entspringt einer sorgfältigen Ursachenanalyse.

Michael Gehler: *Wie ist die Europäische Integration als Prozess zu erklären?*

Ludger Kühnhardt: Es beginnt mit der Verschrumpfung Europas zu einer asiatischen Halbinsel. Die Geschichtswissenschaften reduzieren Europas moderne Integrationsgenese immer gerne auf die Frage der Verbindung von Kriegen und Erbkonflikten sowie deren Überwindung. Das ist zwar richtig, aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die eigentliche Erklärung für Europas Einigung liegt in der Schrumpfung Europas in seiner Weltrolle, in der Regression, welche die Dekolonialisierung bedeutet hat, sowie in den daraus notwendigerweise zu ziehenden Schlussfolgerungen, die vor allen Dingen Frankreich und Großbritannien gezogen haben. Der Einigungsprozess ist auf eine ganz paradoxe Weise nur zu erklären aus dem, was Europa auch ohne Einigungsprozesse immer ausgemacht hat. Wenn man an die Antike, an das Christentum, an die geistigen Zusammenhänge, die ökonomischen Sachverhalte und die kulturellen Kennzeichen Europas denkt, dann ist es wohl richtig, davon zu sprechen, dass Europa immer ein unruhiger Raum gewesen ist, der erst durch Expansion zu sich selber gefunden hat. Dazu gehört die Auseinandersetzung mit Ideen, mit Visionen, mit der Religion, mit den Kulturen, dazu gehören auch die materiellen Zusammenhänge, Neugierde und Machtwille. Das alles hat dazu geführt, dass auf einmal im 19. Jahrhundert die gesamte Welt eine europäisierte Welt wurde im Gefolge der Machtausdehnung der europäischen Imperien, die aber nicht durch eine zentrale Schaltstelle, wie die EU-Kommission, gemanagt wurden. Im Gegenteil, die globale Expansion entstand infolge des Wettbewerbs untereinander, durchaus mit kooperativen Elementen, aber vor allem immer im Wettbewerb um größere Macht und Expansivität. Das Wesen des Kolonialismus aber besteht immer darin, dass es sich selbst zerstört, weil die Idee, andere Menschen beherrschen zu wollen, ein selbstzerstörerischer Gedanke ist. Irgendwann rächt sich jede koloniale Ambition. Aus der antikolonialen Selbstzerstörung

Europas konnte die Neupositionierung Europas als eines seine innere Einheit suchenden Raumes erwachsen. Es gab also immer einen inneren Zusammenhang zwischen dem Wachsen der Einigung Europas seit den 1950er Jahren und der Dekolonialisierung von großen Teilen der Welt, mithin der globalen Schrumpfung Europas. Europa als Neuentwurf einer integrierten Ordnungsstruktur ist in diesem Sinne so jung wie die jungen Staaten Afrikas. Ich denke, wir sind jetzt an einem Punkt angekommen, an dem die sehr scheuklappige Sicht auf die Binnenentwicklung – angeführt vom Narrativ, Europa sei die Antwort auf eine deutsch-französische Erbfeindschaft – zu Ende kommt und Europa sich auseinandersetzen wird müssen mit seiner Rolle in der Welt. Europa muss sich der Welt wieder stellen. Dies war eigentlich immer die Berufung Europas, um überhaupt Europa zu sein. Nachdem die inneren Verhältnisse eine stabile Ordnung gefunden haben, zwingt die Welt Europa diese Aufgabe wieder auf, ob Europa das will oder nicht.

Michael Gehler: *In Hinblick auf die Integrationsdeutungen, gibt es da in den Politikwissenschaften eine spezielle Theorie, die besonders favorisiert wird?*

Ludger Kühnhardt: Die Europäische Einigung ist eine von Menschen konstruierte Angelegenheit. Insofern treffen bestimmte Aspekte des Konstruktivismus zur Erklärung auch dieser, um es in abgewandelter Form mit Benedict Anderson zu sagen, „imagined community“ zu. Allerdings war ich immer der Auffassung, dass die europäische Integration nicht einer einzigen theoretischen Anleitung folgt. Die politikwissenschaftlichen Integrationstheorien sind bestenfalls *post festum* Erläuterungsversuche eines vollzogenen Integrationsprozesses. Sie bieten nur begrenzte Handlungsempfehlungen für die politische Praxis und ebenso nur begrenzte Erklärungskraft für die wissenschaftliche Analyse. Europäische Einigung ist und bleibt vor allem eine von Menschen imaginierte und konstruierte Form der Organisation des öffentlichen Lebens, die keiner exakten wissenschaftlichen Theorie folgt und letztlich auch nicht eine wissenschaftliche Theorie hervorgebracht hat, die alles erklären kann. Politikwissenschaftliche Theorien sind keine Theorien im Sinne des naturwissenschaftlichen Theorieverständnisses. Deswegen sind sie auch nicht universal anwendbar. Diese Theorien sind Hilfskonstruktionen zur Erklärung jeweiliger Phasen in einem gegebenen historischen Prozess. Sie sind zweitens eine selbstreferentielle Übung in akademischer Logik, wo man über Fußnoten streiten und nach intellektueller Kohärenz suchen kann.

Allerdings möchte ich eine andere Sichtweise betonen. Ich komme in meinen Analysen immer mehr zu der Einschätzung, dass die EU auf dem Wege ist, ein eigenes Genre politischer Philosophie zu generieren. Ich meine damit nicht das allgemeine politische Denken, das wir in dieser oder jener Form an irgendeinem Ort der EU finden. Ich meine ein politisches Denken, bei dem die EU selber Referenzpunkt ist. Das ist ein neuer Erkenntniswert, über den es lohnt, vertiefte Forschungen vorzunehmen. In diesem Zusammenhang lohnt es auch, den Begriff der „Union“ einmal genauer zu untersuchen. Der Begriff ist ja völlig untererforscht. Jedenfalls erscheint es mir in den kommenden Jahren ertragreicher zu sein, über das politische Denken der EU zu arbeiten, als weitere Debatten um diesen oder jenen Aspekt einer der so viele Jahre lang gängigen Integrationstheorien zu führen. Die Schlachten zwischen Funktionalismus, Supranationalismus und Intergouvernementalismus haben sich erschöpft.

Michael Gehler: *Wie wird die EU Ihrer Meinung nach aus internationaler Perspektive betrachtet, wenn Sie Ihre Erfahrungen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und den USA einbringen könnten?*

Ludger Kühnhardt: Für den „Rest“ der Welt ist ganz klar: Europa ist nicht mehr das spätkoloniale Wurmfortsatzprojekt einer ehemals „bösen“ imperialen Zeit. Europa ist für die Einen Machtfaktor und Wettbewerber, vor allem für die USA und für China, und für die Anderen, vor allem im globalen Süden, Vorbild, Hoffnung, aber auch Neidfaktor. Wenn fünf Prozent der Weltbevölkerung 50 % des Wohlstandes und 60 % der Weltsozialausgaben konsumieren, muss man sich nicht wundern, wenn viele, die sich so ein Leben wünschen, nach Europa auswandern möchten. Deswegen muss Europa bei dem gesamten Themenkomplex „Migration“ auch diese Aspekte in die Ursachenanalyse einbeziehen. George C. Marshall hat einen sehr weisen Satz ganz am Ende der Vorbereitungen für seine große Rede in Harvard vom 5. Juni 1947 eingepflanzt: „Alles hängt vom richtigen Urteil ab.“ Das richtige und richtungsweisende Urteil, das Europa heute fällen muss, basiert darauf, genau zu verstehen, wie die Welt aussieht, in der wir leben. Wir haben siebzig Jahre lang gelernt, Europa vor allem durch uns selbst zu sehen, aus uns selbst heraus. Immer wieder gelang es, dass die Akteure sich irgendwie zusammengerauft haben. Das ist eine wichtige Erfahrung, aber nicht ausreichend als angemessene Urteilsbasis, um in der Welt, in der wir heute leben, zu bestehen. Andere Staatenlenker auf der Welt sehen dies viel unbefangener als viele Akteure in Europa. Sie scheinen die Welt als Ganzes, ihre Chancen und die Umstände ihres Wandels, mehr in den Blick zu nehmen, als dies viele tun, die in der EU Verantwortung tragen. Die europäische Wirtschaft ist global. Die europäische Politik ist es aber kaum. Das ist paradox, denn für viele in der Welt ist Europa durchaus eine Weltmacht, während in der EU schon solche Begriffe auf Ressentiments stoßen. Für viele in der Welt ist Europa Hoffnungsträger für soziale Maßstäbe, aber das darf nicht bedeuten, dass Europa sich willenlos zur Welt verhält. Es ist höchst beklagenswert, dass Europa in den derzeitigen Unruhen in der arabischen Nachbarschaft überhaupt kein Akteur ist, nicht einmal mit Ideen, die über allgemeine Plattitüden hinausgehen. Europa kann Hoffnung der Welt nur sein, wenn es seine Grenzen zu schützen weiß, eine Sprache spricht, die vor Kategorien der Macht nicht zurückschreckt und dabei gleichzeitig seine humanen und humanistischen Erfahrungen in den Dialog mit anderen einbringt.

Michael Gehler: *Welche Zukunft hat die christliche Soziallehre in Europa und der Welt?*

Ludger Kühnhardt: Der erfolgreichste Globalisierungsakteur ist die katholische Kirche. Es war doch schon seit den Anfängen sensationell, wie das Christentum aus der Enge einer jüdisch-ethnischen Fixierung ausbrach und zu einer Welt-Idee wurde, wie Europa christianisiert wurde und dann die christliche Mission von Europa aus wieder in die Welt zurückgewirkt hat. Heute schwächelt ganz Europa, auch die katholische Kirche, aber gleichwohl ist das Papsttum so stabil wie eh und je, mit einem argentinisch-jesuitischen Papst vom Ende der Welt. Das alles ist doch an sich schon ein Phänomen erster Ordnung. Weltweit betrachtet hatte und hat das Christentum immer Zukunft, jetzt und auch in den nächsten Jahrhunderten, weil die christliche Grundbotschaft zeitlos bleiben wird, die Grundidee von Demut und Barmherzigkeit, von Versöhnung, die über Nächstenliebe

hinausgeht. Das ist und bleibt eine unbezwingbare große Idee, die in der Menschheit immer wieder gesucht werden wird, nicht an allen Orten und nicht in gleicher Intensität, aber doch immer wieder in neuer Form. Diese anthropologisch bestechenden Grundideen des Christentums sind verbunden, damit, dass der Mensch nach christlicher Überzeugung von seiner Selbsterlösung befreit ist. Dieser Gedanke verhindert, jedenfalls, wenn er richtig verstanden wird, jeden Fanatismus und jede Selbstüberforderung des Menschen. Erst die vielen Ausprägungen, die diese Grundkategorien des Christseins zur Folge gehabt haben, haben zu dem universalen Siegeszug des Christentums beigetragen. Ich bin überzeugt, dass dieser christliche Markenkern und die daraus erwachsende Ethik immer wieder neu eine universale Zukunft haben, je intensiver die Welt zusammenwächst und die Widersprüche der Globalität aushalten muss.

Wenn man an die realgeschichtliche Bedeutung der christlichen Soziallehre denkt, die alle großen theologischen Begriffe zu sozialethischen Ordnungsprinzipien weiterentwickelt hat, so muss man sich vor Augen halten, dass alle sozialethischen wie politischen Begriffe relational sind. Sie beziehen sich immer auf spezifische Gegenstände außerhalb des Begriffs selbst und sie finden unter spezifischen Umständen den Rahmen, in dem sie angewendet werden müssen. Das heißt, wenn wir auf die Welt von heute schauen, ist es der Rahmen, in dem die Welt sich heute organisiert, nämlich in Nationalstaaten – 193 an der Zahl – rund um den Globus. Der Kontext ist mithin 193fach unterschiedlich. Entsprechend wird überall da ein christlich geprägtes sozialethisches Denken Wirkung entfalten können, wo es ausreichend Bezug nimmt auf die Umstände, Möglichkeiten, Grenzen und Anforderungen der jeweils kontextuellen Situation in vielen Staaten dieser Welt und ihren jeweiligen Ordnungszusammenhängen.

Es hat mich sehr beschämt, dass der letzte Text, den der große Kopf der katholischen Soziallehre, Pater Oswald von Nell-Breuning, vor seinem Tode verfasst hat, eine Rezension meiner Habilitationsschrift war. Er hat dort geschrieben und dann auch noch einmal mit mir diskutiert, dass wenn man all das gewusst und angewendet hätte, was ich geschrieben habe, das 20. Jahrhundert anders verlaufen wäre. Das war viel zu viel der Ehre. Was er wirklich meinte, war auch mehr als ein unangemessenes Kompliment: Wenn die katholische Soziallehre frühzeitiger die Maßstäbe und Kategorien mitberücksichtigt hätte, die liberales Verfassungsdenken Bracher'scher Provenienz in das Nachdenken über das Politische, in die Diskussionen über das „gute Leben“ eingebracht hat, dann wäre möglicherweise vieles von dem „schlimmen Leben“ unter zwei totalitären Systemen und über zwei Weltkriege hinweg, das wir glücklicherweise, jedenfalls in Deutschland und weithin in Europa, hinter uns gelassen haben, nicht passiert.

In diesem Zusammenhang muss man übrigens auch sehen: Nur dazu aufzurufen, die katholische Soziallehre gebe uns in einer konkreten Situation irgendwo auf der Welt die richtige Antwort auf eine komplexe Situation, wird nicht reichen. Man muss immer zusammendenken, wie es ist mit den Zusammenhängen, in denen ethisches Denken sich behaupten muss. Das wiederum hängt in jedem einzelnen Fall mit den internen wie externen Vorgaben zusammen, denen sich ein jeder Staat dieser Erde ausgesetzt sieht. Wo es gelingt, Komplexitäten zusammenzudenken, Zielkonflikte zu verstehen und Gegensätze abzubauen, ohne den Anspruch, sie komplett überwinden zu wollen, kann sehr häufig Schlimmeres verhindert werden.

Michael Gehler: *Wie stellt sich die Lage in Hinblick auf Entwicklungspolitik heute dar, im Vergleich zum Beginn der 1980er Jahre und ist die Entwicklungspolitik gescheitert?*

Ludger Kühnhardt: Ich würde Entwicklungspolitik abschaffen, und zwar nicht, weil sie gescheitert ist, sondern weil sie sich im Erfolg aufgezehrt hat. Politisch zum ersten Mal verwendet wurde der gängige Entwicklungsbegriff in der Inaugurationsrede des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman am 20. Januar 1949. Truman sagte damals, die freie Welt benötige eine klare Strategie gegen die Expansion der Sowjetunion. Es gebe dazu nur zwei Mittel: Abschreckung und Entwicklung, verbunden mit der Bereitschaft, den technologischen Fortschritt des Westens mit den armen Ländern der Erde zu teilen. Alsbald lief die komplexe Entwicklungsmaschinerie an, die wir bis heute kennen. Sie hat sich verselbstständigt und viele Kritiker hervorgerufen, die im Kern ihrer Argumentation darauf hinweisen, dass Entwicklung niemals extern induziert werden könne. Entwicklung muss im Innern einer Gesellschaft wachsen. Gesellschaften können sich nur entwickeln, wenn sie in dem unterstützt werden, was sie eigenverantwortlich auf den Weg bringen wollen. Die UNO spricht heute so schön und sehr zu Recht von „ownership". Das hat man vielleicht noch nicht so explizit sehen können in den 1940er und 1950er Jahren. Der Höhepunkt des entwicklungspolitischen Optimismus fand zur Zeit meiner Schul- und Studienzeit statt. Entwicklung war in den 70er und frühen 1980er Jahren das ganz große Thema, das auch mich beschäftigt hat. Ich habe versucht, nach dem ersten Zugang zu einer normativen Selbstfindung – wie verstehe ich die katholische Soziallehre, wie verstehe ich die Welt – mir das Thema Entwicklung auf neue Weise anzueignen. Ich spannte Verbindungslinien zu wichtigen ideengeschichtlichen Autoren, die ich in einem meiner Bücher „Zukunftsdenker" nannte.

Den zweiten Strang versuchte ich empirisch zu entwerfen, indem ich nach der universalen Einheit der Welt fragte und die evidente Vielfalt und Gegensätzlichkeit in der globalen Wirklichkeit damit kontrastierte. In diesem Sinne sind meine frühen Studien „Die deutschen Parteien und die Entwicklungspolitik" von 1980 und „Stufen der Souveränität" von 1991 zu verstehen. Im Grunde genommen sind aber auch die spätere Studie „Region-Building" aus dem Jahr 2010 und mein Buch „Africa Consensus" von 2014 Ausdruck dieses Denkansatzes. Ich habe immer versucht, über empirische Studien die Komplexität der Welt besser zu verstehen, anstatt sie in theoretische Gerüste zu zwingen.

Im Laufe meiner Forschungen habe ich frühzeitig gelernt, dass Perzeptionen Teil der Wirklichkeit sind und dass es zwingend ist, auch mit den Augen anderer sehen zu lernen. Ein Beispiel: Was die deutschen Parteien zur Entwicklung der Welt denken, ist ziemlich unmaßgeblich, wenn es nicht von anderen auf dieser Welt, vor allem im globalen Süden, geteilt wird. Ich habe mich frühzeitig für eine Neudefinition des Entwicklungsbegriffs stark gemacht und argumentiert, alle Länder seien faktisch Entwicklungsländer. Ich denke, so die Welt zu betrachten, ist die einzige Basis, um mit der ganzen Vielfalt der Welt respektvoll in ein Gespräch über Entwicklungsziele zu kommen. Leider besteht in den Maschinen der Entwicklungsindustrie ein weit verbreiteter Hang, demzufolge technisch hochversierte Experten wissen, was gut für andere ist. Was aber gut ist, muss in jedem Land aus eigenen anthropologischen Wertentscheidungen erwachsen und kann nicht aus statistisch belegbaren Projektionen von außen aufoktroyiert werden. Mich hat als Student das Buch von Samuel Huntington, „Political Order and Changing Societies", sehr inspi-

riert. Später war ich dankbar, dass ich in Huntingtons Seminar in Harvard tiefer in einer weltfähiges und innovatives Entwicklungsdenken eintauchen durfte. Das hat mir nach meinen ersten akademischen Fingerübungen die Augen für die Weite vieler politikwissenschaftlicher Fragestellungen geöffnet.

Ich habe gleichzeitig immer versucht, durch empirische Forschungsaufenthalte die Welt des globalen Südens zu verstehen, sei es in Somalia oder in Peru oder in Indien. Daraus entstanden auch gewisse Gelegenheitsarbeiten.

Michael Gehler: *„The Land of 500.000 Villages“: Welche Lagebeurteilung heute und Prognose für die Zukunft können Sie geben?*

Ludger Kühnhardt: Nach meinen normativen Anfängen im Bereich der katholischen Soziallehre habe ich nach empirischen Fundamenten gesucht und bin mit journalistischen Aufträgen und Ambitionen im Gepäck nach Indien aufgebrochen. Dort habe ich vor allem Reportagen geschrieben, auch über zwei sehr unterschiedliche der 500.000 indischen Dörfer, in denen ich einige Wochen verbringen konnte. Sicher ist, dass Indien, das ich später immer wieder einmal besuchte, das geblieben ist, was es auch schon vor 40 Jahren war, nämlich ein unglaublich pluralistisches Land mit einer enorm multiplen und differenzierten Gesellschaft, die nur vergleichbar mit Europa ist. Es sind auch die Widersprüche Indiens bestehen geblieben. Ich war damals bei Kinderhochzeiten eingeladen und musste mir von arroganten Indern anhören, dass manche Menschen in ihrer Gesellschaft der Kasten und der Kastenlosen ja eigentlich, so sagte es mir jemand „eher wie Tiere“ seien. Ich traute meinen Ohren kaum. Ich war bei Mutter Teresa in Kalkutta, die mich gemaßregelt hat, dass keine besserwisserische Haltung von Auswärtigen Indien gerecht werden würde. Lieber solle jeder dort Gutes tun, wo Gott ihn hingestellt hat. Sie hat mich – und das machte mich wirklich demütig – in das Heim für Sterbende geschickt, neben dem Kali-Tempel, wo neben Dreck, leprösen Menschen und Bettlern sich auf einmal die unglaublich feierliche Stille dieses Hauses öffnete, in dem Menschen in Würde sterben können. Dies war eine unglaublich schöne christliche Stimmung inmitten des Kampfs ums nackte Überleben vor der Tür.

Wenn immer man Indien unter dem Begriff einer aufsteigenden Weltmacht denkt und in Vergleich zu China setzt, muss man die extrem sozialen Spannungen, aber auch den enormen gesellschaftlichen Pluralismus und die kaum zu überbietende kulturelle Vielfalt mitdenken. Indien ist eine unglaublich pluralistische und dadurch zugleich auch anarchistische Gesellschaft, ganz anders als die konfuzianisch geprägte chinesische Gesellschaft, in der top-down-Politik viel leichter organisiert werden kann. Aber Indien ist zugleich auch extrem widersprüchlich, viel extremer noch als China. Dadurch kennt Indien viel Kreativität, aber eben auch viele Widersprüche. Unter Gesichtspunkten von Freiheit und Pluralismus ist Indien am Ende die uns näherstehende asiatische Großmacht. Aber organisatorisch hat China, das muss man dem System hoch anrechnen, Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut befreit. So unendlich vielen Chinesen geht es heute objektiv besser als vor vierzig Jahren. Das muss man im Westen einfach anerkennen.

Michael Gehler: *In Anlehnung an Ihr Buch „Die Universalität der Menschenrechte“ würden wir gerne wissen, welche Perspektiven sich für diese Frage angesichts des ver-*

meintlichen Aufkommens autoritärer Potentaten und des tendenziellen Rückzugs der Demokratie ergeben.

Ludger Kühnhardt: Wenn ich diese Frage höre, frage ich mich als erstes, ob die Frage überhaupt stimmt. Es reden zwar alle vom Aufkommen von Potentaten und dem Rückzug der Demokratie, aber stimmt das wirklich? Ist diese These allein schon deshalb richtig, weil alle davon reden? Wenn wir auf die Welt allein durch die Perspektive eines universalen Menschenrechtsbegriffes und eines Demokratiebegriffes schauen, der sich im heutigen Westen nach Jahrhunderten herausgebildet hat, werden wir die Welt nicht verstehen. Dann werden wir uns auch die falschen oder zumindest unzulänglichen Erklärungen über Zustände und Abläufe in der Welt vorlegen. Ich will den Menschenrechtsbegriff überhaupt nicht relativieren und habe dies nie getan, ja vehement jeden Relativierungsversuch abgelehnt. Menschenwürde ist unteilbar und es schmerzt überall auf dieser Erde, gefoltert zu werden. Aber unser westlicher lebensalltäglicher Begriff von Demokratie muss schon aushalten, auch kritisiert zu werden ob seiner latenten Absolutheits-Anmaßung. Wir leben heute in einer Welt, in der die Identitätsfrage ganz zentral geworden ist. Daher sehen wir schon im heutigen Europa massive Spannungen: Während sich progressive Westeuropäer und Amerikaner als ultimativen Inbegriff der Moderne verstehen, verstehen sich gutbürgerliche Mitteleuropäer als Protektoren der westlichen Traditionen, die die Moderne überhaupt erst hervorgebracht hat.

Wenn wir auf die ganze Welt blicken, ist die Lage noch viel verworrener. Identität ist derzeit überall ein Thema in unterschiedlichen Kontexten. Das, was die allermeisten Menschen und Gesellschaften bei diesem Thema gemeinsam haben, ist eine Auseinandersetzung mit zwei Aspekten, die heute universal präsent sind: Das eine ist die ökonomische Globalisierung. Dazu verhalten sich alle. Das zweite ist der universale Technikdurchbruch, der dazu geführt hat, dass die These des Philosophen Schopenhauers aus dem 19. Jahrhundert heute weltweit gilt. In seinem Buch „Ich und die Welt" erläuterte er den philosophischen Solipsismus. Heute haben wir einen lebensalltäglichen Solipsismus als Standard-Charakteristikum der Smartphone-Zivilisation: Jeder Mensch auf dieser Welt verhält sich mit Hilfe des Smartphones unmittelbar zur gesamten Welt. Alle glauben, alles Wissen abrufen zu können, alle glauben, dass ihre Meinung Weltmeinung ist, und viele sind überzeugt, dass es allein auf sie ankommt, die Welt zu retten. Diese beiden Charakteristika sind jedenfalls global: Ökonomische und technologische Globalisierung. Aber fast alles andere, was unser Leben ausmacht, ist nicht, noch nicht oder nur in hochdosierter Widersprüchlichkeit globalisiert.

Im globalen Süden haben wir es vielfach mit soziologischen Gegebenheiten zu tun, die Ferdinand Tönnies im 19. Jahrhundert als Gemeinschaften im Unterschied zu Gesellschaften bezeichnet hat. Das hat vor allem mit Loyalitäten zu tun. Gemeinschaften sind diejenigen Formen sozialer Interaktion, die auf tradierten, im Grunde familial vorgegebenen Loyalitäten beruhen. Dieser Charakterzug prägt sehr viele der quasi spätfeudalen Zustände im globalen Süden. Auf solche Voraussetzungen wurde häufig ein modernes Staatskonstrukt gepresst, das erstens ein externes ist und zweitens in Europa erst am Ende einer langen gesellschaftlichen Entwicklung stabil wurde. Bevor im 17. Jahrhundert der Souveränitätsbegriff und später dann das Nationalstaatskonzept entwickelt wurden, gab es schon kapitalistische Bankentwicklungen mit Rechtstraditionen, zurückgehend auf

das Römische Recht der Antike. Es gab Handelswege und Handwerkerkulturen. Diese Sachverhalte haben verschiedene Gesellschaftsvarianten hervorgebracht, aber am Ende stand überall in Europa der moderne Staat. In den Ländern des globalen Südens bestehen nicht selten vormoderne, spätfeudale Gemeinschaften und daneben eine Staatsordnung. Das reicht nicht, um eine stabile Hierarchiekette aufzubauen. Es erklärt aber, warum es immer wieder die verschiedensten Rückschläge gibt, die dann vorschnell falsch gedeutet werden, so nach dem Motto: Zum Beispiel in Afghanistan gehe es schon wieder den Bach runter, weil jemand korrupt sei. So ein Ansatz ist stets eine viel zu kurz gegriffene Sichtweise. Unter Bedingungen, unter denen es kein Gewaltmonopol des Staates gibt und wo ein Politikbegriff herrscht, der Politik weithin als Geschäft versteht, funktioniert die westlich-liberale, ja gelegentlich libertäre Vorstellung von Demokratie nicht. Wir glauben Demokratie gibt es überall, wo es Wahlen gibt. In vielleicht 80 % aller Länder aber sind Parteien Wirtschaftsunternehmen. Politik ist vielfach ein Geschäftsmodell um Wirtschaftsführer herum und so lässt sich auch die Idee des starken Mannes besser verstehen, der den Oligarchen Freiräume bietet, solange sie seinen Machtanspruch stützen. Putins System in Russland ist ein perfektes Beispiel für diesen Sachverhalt.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns hüten, vorschnell die These in den Raum zu stellen, die Demokratie sei in der Welt auf dem Rückzug. Rückzug setzt voraus, dass Demokratie vorher schon in einer konsolidierten Form bestanden hatte. Das war halbwegs der Fall in Deutschland vor der nationalsozialistischen Machtergreifung – und selbst für die Weimarer Republik ist diese Aussage wohl mit Vorsicht zu treffen. Aber nur, weil in bestimmten Ländern dieser Welt dreimal hintereinander Wahlen stattgefunden haben, sind diese Länder noch längst keine konsolidierten Demokratien im exzessiven Sinne des heute in liberalen westlichen Kreisen verwendeten Wortes. Das sage ich jetzt rein analytisch und nicht im Sinne einer politischen Wertung. Wenn es um Demokratie geht, kennen wir ein hohes Maß an Idealismus, aber unser Realitätssinn ist unterentwickelt. Das bezieht sich leider auch auf andere Fragen, die von uns verlangen, mit den Komplexitäten und Wirklichkeiten dieser Welt sorgfältiger und vorsichtiger umzugehen.

Michael Gehler: *Welche Bedeutung hat der Begriff der Souveränität noch im 21. Jahrhundert?*

Ludger Kühnhardt: Wir wären gut beraten, eine Ethik der Zielkonflikte zu entwickeln, also zu lernen, in Zielkonflikten zu denken. Je mehr wir uns auf die Komplexität der Welt einlassen, desto mehr müssten wir lernen, auf Zielkonflikte und Widersprüche einzugehen. Das gilt auch für das Souveränitätsthema. Von den 193 Staaten der Welt ist wahrscheinlich kein Staat bereit, auf Souveränität im letzten Sinne konsequent zu verzichten. Zugleich aber sind fast alle Staaten mehr oder weniger involviert in Formen des Miteinanders mit anderen. Dies verändert den eigenen Souveränitätsanspruch fast täglich und praktisch. Ein Beispiel: In der Karibik gibt es die Wirtschaftsgemeinschaft CARICOM. Diese hat festgeschrieben, nicht die nationale Identität ihrer Mitgliedsstaaten in Frage stellen zu wollen. Nach langen Diskussionen über die Stärken und Schwächen der EU hat CARICOM beschlossen, Humanressourcen zu sparen. Statt Kommissare einzusetzen, agieren nun die Regierungschefs der CARICOM Mitgliedsstaaten zugleich als CARICOM-Verantwortlicher für ein bestimmtes Politikfeld. Sie haben also zwei Hüte auf

und teilen im Arbeitsalltag die Zeit, die ihnen zur Verfügung steht, zwischen den beiden Aufgaben. Auch dies ist eine faktische Form geteilter Souveränität. Ich habe dies einmal dem Regierungschef von St. Lucia vorgerechnet, der mich ungläubig anschaute und dann lachen musste: Ja, so sei es, aber das dürfe er seinen nationalen Bürgern nicht sagen. Im praktischen Leben vieler Staaten dieser Erde sind Formen geteilter Souveränität bereits Realität, auch dort, wo viel Rhetorik aufgewendet wird, um dies zu kaschieren. Ob das dann auch funktionsfähige Formen geteilter Souveränität sind, ist eine ganz andere Frage.

Michael Gehler: *Zu Ihrem Buch „Europäische Union und föderale Idee: Europapolitik in der Umbruchszeit": Wie lange hält die Umbruchszeit noch an? Ist der Europäische Bundesstaat Realität oder schon Geschichte?*

Ludger Kühnhardt: Aus Thomas Manns „Buddenbrooks" wissen wir ja, dass der Niedergang einer Familie drei Generationen dauern kann. Für die Aufstiegsentwicklung gilt dies grosso modo wohl auch. In diesem Sinne würde ich sagen, dass die EU ein Drei-Generationen-Projekt ist. Die erste Integrations-Generation hat zwischen 1945 und 1992 die Europäische Union geschaffen. Jetzt befinden wir uns inmitten der zweiten Integrations-Generation auf dem Weg zu einer Politischen Union. Die heutigen Studierenden werden noch erleben, wie die dritte Integrations-Generation stattfindet, die Normalisierung der Politischen Union und die Komplettierung der EU als Weltmacht. Um 2057 herum, also hundert Jahre nach den Römischen Verträgen, werden wir ein leidlich qualifiziertes Urteil fällen können, ob diese Drei-Generationen wie bei den Buddenbrooks eine Geschichte des Aufstiegs und des Niedergangs war oder eine komplexe Geschichte von Aufstieg, Umbruch, Schleichwegen, Abwegen, Umwegen und schließlich Konsolidierung einer neuen Realität.

Ich bleibe bei aller Skepsis angesichts vieler Krisen der Gegenwart Optimist und wäre bereit, darauf zu wetten, dass die Reise in die beschriebene Richtung von Politischer Union und Weltmacht EU geht, vor allem aufgrund der Zwänge, die die Welt um uns herum Europa auferlegt, wenn wir würdig und selbstbestimmt überleben und leben wollen.

Viel wichtiger als diese Spekulationen wäre es aber wohl, nochmals neu darüber nachzudenken, was eigentlich der Kern der EU ist, warum sie erfolgreich ist. In meiner Analyse komme ich zu dem Schluss, dass das Hauptcharakteristikum der EU darin besteht, Monopole zu brechen. Die EU hat das Monopol auf hegemoniale Politik in Europa gebrochen. Sie hat das Monopol auf die Kriegsführung in Europa gebrochen. Die EU hat das Monopol auf die Durchsetzung von wirtschaftlicher Macht gebrochen. Die EU hat unterdessen auch das Monopol auf Rechtssetzung und Rechtsprechung gebrochen durch die Verknüpfung von europäischer und nationaler Gerichtsbarkeit. Das einzige Monopol, das bisher nicht grundlegend aufgeweicht worden ist, ist das Monopol auf die Organisation der Politik selbst. Damit meine ich nicht die Parlamentarisierung an sich, die ja weit fortgeschritten ist. Ich meine die Organisation der Akteure innerhalb dieser parlamentarisierten EU, die politischen Parteien. Sie verfügen nach wie vor über ein jeweils nationales politisches Monopol. Es gibt nach wie vor keine europäischen politischen Parteien, die den Namen verdienen. Die Träger der positiven Europa-Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die europafreundlichen nationalen politischen Parteien, sind zugleich auch die größten Verhinderer der Verwirklichung des Optimums ihrer eigenen Ideen. Darüber hat

man erst in den letzten Jahren zu sprechen begonnen. Das Aufkommen der Anti-Establishment-Bewegungen in jüngster Zeit hat die Frage schärfer gefasst, ob und inwieweit das „Establishment“ die Fähigkeit besitzt, die ihm aufgegebenen Aufgaben zu beherrschen. Aber bis zu der Frage, was notwendig wäre, um wieder eine Beherrschung der Aufgaben auf Ebene der EU hinzubekommen, sind wir bislang nicht vorgedrungen. Auch die Debatte über europäische Spitzenkandidaten ist erst der Anfang einer schweren Schwangerschaft, die zur schwierigen Geburt einer echten Politischen Union führen muss.

Meine demokratietheoretische Wunschvorstellung wäre es, dass es nicht ein Päckchen von transnationalen Listen gibt, sondern dass es ein gemeinsames europäisches Wahlrecht für alle EU-Mitgliedsländer gibt. An dieser Stelle entscheidet sich die Machtfrage zwischen nationalen Partei-Monopolisten und möglichen Europaparteien von Relevanz. Zu einem einheitlichen europäischen Wahlrecht gehören auch wichtige technische Aspekte. Ein Beispiel: In Deutschland haben bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 21 % der Wähler mit Briefwahl gewählt. In Frankreich gibt es bisher überhaupt keine Briefwahl. Die jüngste Wahl zum Europäischen Parlament wird als Sieg der proeuropäischen Parteien beschrieben. Aber gewählt wurde nach der Logik eines „Europa der Vaterländer“, das zu erreichen die proeuropäischen Kräfte den Euroskeptikern vorhalten. Die „Verinnenpolitisierung“ der EU hat zwar exponentiell so stark zugenommen, dass ihr keiner mehr ausweichen kann. Aber der Kampf um die bestehenden politischen Monopole wird noch eine Weile dauern. Es wird also bis 2057 nicht langweilig werden in der EU, auch nicht für die Wissenschaftler, die die bis dahin bevorstehenden Ereignisse, Krisen und Erfolge beobachten und analysieren werden.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank für eine atemberaubende und faszinierende tour d’horizon durch ein Wissenschaftlerleben, das noch nicht zu Ende ist!*

Klaus Eisterer

Zwischen Barcelona, Madrid und Brüssel. Die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien

Zum Referenten:

Klaus Eisterer studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck. 1991 erfolgte die Promotion, zehn Jahre später die Habilitation. Ab 1984 war er Universitätsassistent, von 1993 bis 2001 Assistenzprofessor und schließlich außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Zeitgeschichte der gleichen Universität. Von 2008 bis 2018 war der Vortragende Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Forschungsaufenthalte in verschiedenen Archiven in Europa, Nord- und Südamerika sowie Lehrveranstaltungen an der University of New Orleans und dem MCI – The Entrepreneurial School, Innsbruck, ergänzten und bereicherten seine akademische Laufbahn. Er hat sich im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere als exzellenter Kenner der Geschichte und Politik Spaniens etabliert.

Zum Vortrag:

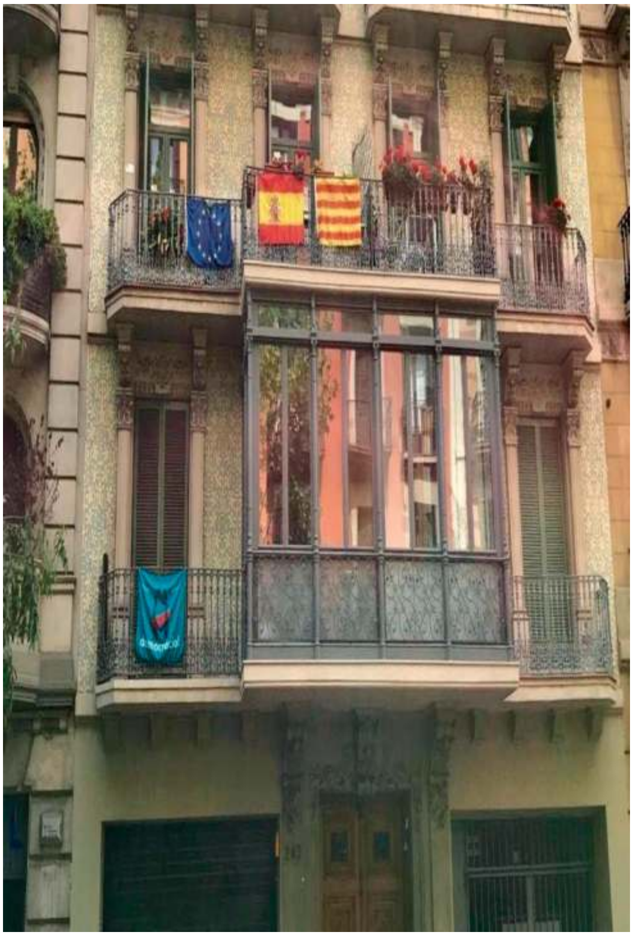
Lassen Sie mich mit einer persönlichen Anekdote beginnen: Etwa zwei Wochen, nachdem am 1. Oktober 2017 die Bilder der Volksabstimmung in Katalonien durch die europäischen Medien gegangen sind – prügelnde Polizisten, über Stufen hinunter gestoßene und gefallene Bürger und Bürgerinnen, die wählen wollten –, war mein alter Innsbrucker

Kollege Michael Gehler in Innsbruck, und wir haben uns natürlich darüber ausgetauscht. Michael hat mich damals eingeladen und ich habe noch etwas gezögert, weil ich gerade als Dekan viel zu bewältigen hatte. Ich kann Ihnen genau sagen, wann ich dann entschieden habe, das doch zu machen: Ich war mit meiner Frau, die aus Spanien stammt und Schriftstellerin ist, am 23. April letzten Jahres in Barcelona. Der 23. April ist ein wichtiger Tag in Katalonien: *San Jordi* ist das Fest des Buches, man bummelt die Rambla entlang, wo die Buchhändler ihre Stände haben, man kauft und schenkt Bücher und natürlich eine rote Rose, ein Fest des Lesens, der Fantasie und der Freude. Während sie ihrer Arbeit nachgegangen ist, bin ich herumgeschlendert und habe folgende Sprachenkarte eines Kulturvereins gesehen, welche die Verbreitung des Okzitanischen und Katalanischen darstellt:

Ich stehe davor und denke mir, was die da machen – in Valencia und auf den Balearen sieht man das sicherlich etwas anders. Da taucht neben mir ein Paar auf, einer sagt: „Da fehlt aber noch ein bisschen von Alicante.“ Und frech, wie ich bin, sage ich: „Und es fehlt Sizilien!“ In diesem Moment sagen sie „Ja!“. Dann habe ich mir gedacht, so jetzt muss ich was machen.

Wenn die beiden eine simplifizierende Karte über Sprachverbreitung von Okzitanisch und Katalanisch in einem Atemzug in Verbindung bringen mit der imperial-dynastischen Verbindung des Königshauses von Aragon mit Sizilien im Hochmittelalter und daraus eine seltsame Mischung wird, dann wird es Zeit, darüber nachzudenken.

An diesem Festtag waren manche Fassaden beflaggt:



Sie sehen ganz klar, wer im zweiten Stock wohnt: Ein Europäer, der seine Heimat – Spanien *und* Katalonien – liebt. Im ersten Stock, man sieht es auf diesem Foto leider nicht so gut, sehen Sie ein Gesicht mit einem roten Strich über dem Mund und dem Wort Demokratie. Das heißt, hier wohnen Menschen, die der Meinung sind, man könne in Katalonien den Mund nicht aufmachen. Und im zweiten Stock Personen, die sagen, Katalonien und Spanien brauchen sich nicht zu bekriegen.

Ich möchte offen sagen, wofür mein Herz schlägt. Mein Herz schlägt im zweiten Stock. Also ein überzeugter Europäer, aus vielerlei Gründen. Es geht hier nicht darum, Ihnen die Vorteile der Europäischen Union vor Augen zu führen. Ich bin unter anderem überzeugter Europäer, weil ich als Vorarlberger zum Studium nach Innsbruck gegangen bin und seither dort lebe. Innsbruck ist knapp 40 Kilometer von einer jener europäischen Grenzen entfernt, die als ungerecht empfunden wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde hier – mitten durch eines der wenigen ethnisch und sprachlich völlig homogenen Gebiete der ehemaligen Habsburgermonarchie – eine willkürliche Grenze gezogen, durch ein Land, das seit über fünfhundert Jahren bestanden hatte.

Eine der einprägsamsten Erinnerungen meiner Kindheit: Wir sind mit dem Zug über den Brenner auf Urlaub gefahren, ich war 12 Jahre alt und ich sah diese Grenze, eine riesige italienische Flagge, Stacheldraht, Carabinieri mit Maschinenpistolen und Schäferhunden. Wenn Sie heute diese Strecke fahren und nicht besonders aufpassen, merken Sie gar nicht, dass Sie in ein anderes Land fahren. Und für die Menschen nördlich und südlich des Brenners hat diese Teilung auch an Schärfe verloren. Das ist unter anderem das, wofür die Europäische Union steht. Das ist für mich eine Errungenschaft, die ich eigentlich ungern wieder aufgeben möchte.

Ich denke auch, dass die Leute im ersten Stock einer Propaganda auf den Leim gegangen sind, die so nicht stimmt. Im Königreich Spanien können sie eine republikanische Linkspartei betreiben und Versammlungen abhalten und sie werden gewählt. Im demokratisch-rechtsstaatlichen Spanien können sie für die Unabhängigkeit werben, sie können im Fernsehen auftreten und alles Mögliche von sich geben, und keiner ist in Spanien aus Motiven, die als politische Gründe gelten würden, in Haft.

Lassen Sie uns mit 1975 beginnen: Am 20. November stirbt der Diktator, der das Land fast 40 Jahre lang beherrscht hat. Nach dem Tod Francos ist klar – auch den herrschenden Kreisen –, dass es zu einem Übergang in eine Demokratie, in einen Rechtsstaat, kommen muss und kommen wird. Und eine der wichtigsten Fragen, die zu lösen ist, ist die Frage der territorialen Gliederung des Landes. Wie Sie vielleicht aus der spanischen Geschichte wissen, gab es in der sogenannten Zweiten Republik von 1931–1936/39 bereits eine Autonomie für Katalonien und noch während des Bürgerkrieges auch eine für das Baskenland. Für Galizien war ein Autonomiestatut in Ausarbeitung, es konnte aber nicht mehr implementiert werden, da die nordwestlichen Provinzen in die Hand der aufständischen Generäle gefallen waren.

In den letzten Jahren des Franco-Regimes erstarkte eine landesweite Oppositionsbewegung unter Arbeitern, Studenten, Intellektuellen, und in Katalonien findet sich 1971 eine breite gesellschaftliche Bewegung – Bürgerliche und Liberale, katholische Gruppen, verbotene Gewerkschafter bis hin zu Linksradikalen und Trotzkisten – zusammen in der sogenannten *Assemblea de Catalunya* (Versammlung Kataloniens). Ihr gemeinsames Ziel: *Llibertat, Amnistía, Estatut d'Autonomía!* (Freiheit in einer Demokratie, Amnestie in einem Rechtsstaat und die Wiederherstellung der Autonomie durch ein neues Statut). Nach dem Tod Francos waren es diese drei Forderungen, die aus Barcelona, aber auch Valencia und anderen Regionen an Madrid gestellt wurden.

Es musste hier also zu einer Lösung im Rahmen der neuen gesamtstaatlichen Verfassung kommen. Nun, das Problem ist, wie soll man das machen?

Auf der Halbinsel gibt es – geographisch gesprochen – einen sehr großen, starken kastilischen Kern, wo die Menschen spanisch oder *castellano* sprechen: Kantabrien und Asturien, die beiden Kastilien mit Madrid und La Rioja, Extremadura, Andalusien, Murcia, sowie fast ganz Aragon und große Teile Alicantes. Daneben haben wir drei klar ausgewiesene Regionen mit einer ausgeprägteren kulturellen Eigenheit und eigener Sprache: Katalonien, das Baskenland und Navarra, sowie Galizien.

Nun hatten die Verfassungsväter – es waren damals tatsächlich alles Männer – 1978 eine verwickelte Situation vor sich. Sie waren der Überzeugung, dass ein Bundesstaatsmodell, ein Föderalismus wie in Deutschland oder Österreich, bei dem jedes Bundesland genau dasselbe Ausmaß an Rechten und Zuständigkeiten besitzt, für Spanien nicht ideal

sei, ein Autonomiemodell hingegen eine viel flexiblere Lösung ermöglichen könnte. Da es in den unterschiedlichen Landesteilen sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche gab, sollte auch jede Region einen eigenen Weg zu einer eigenen Autonomie gehen können. Das ist eine sehr komplexe Geschichte: Die Verfassung eröffnet in Artikel 143 sieben verschiedene Varianten zur Erlangung einer Autonomie! Am Ende dieses Prozesses standen 17 autonome Regionen, zum Teil auch neu formierte, und vor allem Katalonien und das Baskenland haben dabei die meisten Rechte für sich beansprucht – und bekommen.

In Artikel 1 der demokratischen Verfassung von 1978 ist festgeschrieben, dass das spanische Volk der Träger der nationalen Souveränität ist. Das ist im Zusammenhang mit Volksabstimmungen wichtig, denn wenn ein Plebiszit stattfindet, dann macht das natürlich der Souverän, und zwar in seiner Gesamtheit, also das spanische Volk. Auch Artikel 2 ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung: „Die Verfassung gründet auf der unauflöslichen Einheit der spanischen Nation, dem gemeinsamen und unteilbaren Vaterland aller Spanier, und sie anerkennt und gewährleistet das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen, aus denen sie sich zusammensetzt, sowie die Solidarität unter ihnen allen“.[1]

Und an diesen Begrifflichkeiten, am Wort „Nationalität“, da spießt sich jetzt alles. In der Kommission zur Ausarbeitung des Verfassungstextes saßen auch zwei Katalanen. Einer davon, Miquel Roca, betonte in einem ausführlichen Interview 1995,[2] ihm persönlich sei es gelungen, den Begriff „Nationalitäten“ hier einzuführen, und es wird deutlich, dass das Gremium mit diesem Ausdruck jene Regionen bezeichnen wollte, die bereits früher schon eine Autonomie besessen hatten – also Katalonien, das Baskenland und auch Galizien. Das hat man also damals unter „Nationalitäten“ innerhalb der spanischen Nation verstanden. Ein Exponent des alten Regimes, Manuel Fraga Iribarne, war der Ansicht, diese Wortwahl würde für Aufregung sorgen. Dies war tatsächlich der Fall. Roca erwähnt, dass Ministerpräsident Adolfo Suárez diese Frage wirklich mit den Militärs abklären musste.

Die Militärs, die bis 1975 unter Franco an der Macht waren, haben 1936 vorgegeben, sich aus zwei Gründen zu erheben: Einmal, weil sie die Einheit der Nation gefährdet sahen, und zweitens, weil sie einer bolschewistischen Revolution zuvorkommen wollten. Als Historiker muss man sagen: Die Einheit des spanischen Staates war 1936 in keiner Gefahr und eine Verschwörung zu einer kommunistischen Revolution hat es nachweislich auch nicht gegeben – aber so war die Propaganda der Putschisten. Und die Einheit der Nation war tatsächlich etwas, was sich die Militärs auf ihre Fahne geschrieben haben. In der zweiten Republik, als die Katalanen ihr erstes Autonomiestatut bekommen haben, gab es schon 1932 einen Putschversuch durch General Sanjurjo. Er ist gescheitert. Aber

1 Ramón Tamames, Introducción a la Constitución española (Texto y comentarios), Madrid 1982, S. 13. In seinem Kommentar weist Tamames bereits 1982 darauf hin, dass in diesem Artikel gegen die möglichen zentrifugalen Kräfte (Nationalitäten und Regionen) bewusst die Solidarität als zentripetale und vereinigende Kraft festgehalten wird.

2 Carles Pastor, [Interview mit] Miquel Roca Junyent. *El País*, Memoria de la Transición 12 (fascículo 1995): Soledad Gallego-Díaz / Bonifacio de la Cuadra, La Constitución. La herramienta política de la negociación convirtió en 15 meses la desconfianza en consenso, S. 214–218, 217.

Sie sehen, dass die Frage der Autonomien bereits in der Republik einer der schwierigsten Punkte war. Jedenfalls ging diese Formulierung jetzt, 1978, im Verfassungstext durch.

Und dann begann nach und nach die Ausgestaltung der Regionen. 1979 hatten die Katalanen ihr neues Autonomiestatut, das bei der Abstimmung in Katalonien 88% Zustimmung bekam. Die anderen Regionen verhandeln ihre eigenen Autonomien mit Madrid, zum Teil mit weit weniger Befugnissen. Wie gesagt, ein sehr flexibles, aber gleichzeitig sehr komplexes System.

Jetzt müssen wir uns kurz das spanische Parlament und die Regierungsmehrheiten seit 1982 ansehen. Egal, ob eine sozialistische Regierung unter Felipe González in ihrer letzten Amtszeit, José Luis Zapatero oder Pedro Sánchez, oder eine von der Volkspartei, dem *Partido Popular,* geführte Exekutive unter José Maria Aznar oder Mariano Rajoy – jede Regierung hatte einmal eine Legislaturperiode, in der sie auf parlamentarische Unterstützung anderer angewiesen war. Die Spanier haben in den letzten vierzig demokratisch geführten Jahren nie eine Koalitionsregierung erlebt, zum Unterschied von Österreich oder Deutschland, wo auch stabile große Koalitionen zwischen links und rechts möglich waren. Erst Sánchez hat sich 2018 an eine kleine Koalition der Linken gewagt, aber auch er braucht in der Kammer die Stimmen weiterer Gruppen, um eine Mehrheit zustande zu bringen.

Nun waren in Madrid immer auch katalanische Parteien vertreten: Die bürgerlich-konservative *Convergència i Unió* (*CiU*) unter Jordi Pujol, mitunter auch die *Esquerra Republicana de Catalunya* (*ERC*), die Republikanische Linke. Beide haben zeitweise die Regierung unterstützt, und es ist vor allem Pujol – er ist von 1980 bis 2003 auch *President* der *Generalitat* in Barcelona –, der sich nun zunehmend weitere Rechte herausholen kann: dass die Katalanen über ihr Erziehungswesen verfügen können, dass sie ihre Sprachpolitik durchführen können usw. – und einmal errungene Rechte sind nicht mehr zurückzubringen. Man muss auch dazu sagen, dass schon das Autonomiestatut von 1979 Barcelona erhebliche Rechte eingeräumt hatte: ein Regionalparlament mit weitreichenden Gesetzgebungsbefugnissen, eine eigene Polizei, eigene Oberste Gerichtshöfe für katalanische Angelegenheiten, also eine sehr weitgehende Autonomie.

Bei den Regionalwahlen 2003 verlor Pujol die absolute Mehrheit, und Pasqual Maragall gelang es, eine Koalition zwischen katalanischen Sozialisten, Linksrepublikanern und kleineren Gruppierungen von Grünen, Linken und Alternativen zu bilden. Maragall war von 1982 bis 1997 Bürgermeister von Barcelona gewesen, und während dieser fünfzehn Jahre hatte sich die Stadt vollkommen verändert – erinnert sei hier nur an die spektakulären Olympischen Sommerspiele 1992 – parallel zur Weltausstellung in Sevilla. Hier wurde der Welt ein neues Gesicht Spaniens präsentiert.

Nun wollte er ebenso entscheidende Weichen für Katalonien stellen – und vor allem als sozialistischer *President* das nationalistische Thema nicht weiter den Bürgerlich-Konservativen überlassen. Fast einstimmig beschloss das katalanische *Parlament* den Entwurf eines neuen Autonomiestatuts im Herbst 2005 – nur der *Partido Popular* stimmte geschlossen dagegen. Und obwohl der sozialistische Regierungschef Zapatero bei einem Besuch in Barcelona gemeint hatte, er werde alles billigen, was das *Parlament* in Barcelona beschließe, stieß das Statut in Madrid auf Widerstand, da einige Stellen als verfassungswidrig angesehen wurden. Vor allem geht es jetzt darum, „ob Katalonien eine ‚Nation' oder nur eine ‚Nationalität' sei". Jetzt würde ich als Laie sagen, na und? Aber manche, viele, denken, wenn wir eine Nation sind, dann haben wir auch das Recht zu

entscheiden. Die damalige Diskussion anders zusammengefasst: Die „Katalanen weisen zwar darauf hin, dass sie den Begriff ‚Nation' nicht primär staatspolitisch, sondern und vor allem historisch-kulturell auffassen. Andererseits benutzen sie ihn aber zur Rechtfertigung weitreichender Selbstbestimmungsansprüche."[3]

Der Streit war also vorprogrammiert und er ließ die Wogen hochgehen. Die Katalanen hatten in ihren Entwurf hineingeschrieben: „Katalonien ist eine Nation." In der juristisch feinen, neu formulierten Endfassung heißt es – und Sie sehen da, wie schwierig es ist – „Katalonien als Nationalität übt seine Selbstregierung […] in Übereinstimmung mit der Verfassung und mit dem vorliegenden Statut aus". Der Begriff „Nation" wird nur mehr in einer etwas klausulierten Formulierung in der Präambel untergebracht: „Das Parlament Kataloniens hat sich das Fühlen und Wollen der Bürger Kataloniens zu eigen gemacht und mit großer Mehrheit Katalonien als Nation definiert. Die spanische Verfassung erkennt in ihrem zweiten Artikel die nationale Realität Kataloniens als eine Nationalität an."

Der zweite Punkt, bei dem es sich spießt, ist die Sprachenfrage. In den rund zwanzig Jahren unter Pujol wurde im öffentlichen Leben der Gebrauch des Katalanischen radikal durchgezogen. Hier ist zu sagen, dass die Katalanen zu Recht betonen, wie sehr sie unter Franco gelitten haben. Allerdings: Ganz Spanien hat unter Franco gelitten. Und etliche Katalanen haben mit der Franco-Diktatur fleißig kollaboriert und gut verdient, z. B. Juan March, Francesc Cambó und nicht zuletzt Pujols Vater, der Bankier Florenci Pujol. Allerdings gab es bei der Repression in Katalonien (wie im Baskenland) die Besonderheit, dass die Militärs die ‚Einheit des Vaterlandes' schützen und die Nation homogenisieren wollten: Katalanisch wurde aus dem öffentlichen Leben verbannt. Man konnte es in der Verwaltung nicht gebrauchen, man konnte es in der Schule nicht sprechen oder gar unterrichten, aber es wurde niemand eingesperrt, der zu Hause oder im Geschäft Katalanisch gesprochen hat. Der antifranquistische Regisseur und Dramaturg Albert Boadella – er konnte sich 1977 einem drohenden Prozess vor einem Standgericht wegen eines regimekritischen Stückes nur durch Flucht entziehen – hat festgehalten, dass in Katalonien bereits ab 1947 Theaterstücke auf Katalanisch aufgeführt und auch Bücher in dieser Sprache verlegt wurden.[4] Aber die Sprachpolitik ist natürlich immer ein Problem (das kennen wir auch aus der Endphase des Habsburgerreiches).

Die Katalanen versuchten also im öffentlichen Leben das durchzuziehen. Ich zeige Ihnen das an einem Beispiel, das allerdings erst aus dem Jahr 2012 stammt, aber es illustriert, in welche Richtung es ging. Es gibt eine Richtlinie der *Generalitat*, der katalanischen Regierung, für den öffentlichen Dienst und ich zitiere am Beispiel der Spitäler:

> „Der Angestellte [heißt: Ärztin, Arzt, Krankenschwester oder Pfleger] hat Katalanisch zu sprechen – unabhängig davon, welche Sprache sein Gesprächspartner gebraucht und wer das Gespräch begonnen hat, es sei denn, der Partner zeigt Schwierigkeiten Katalanisch zu verstehen oder bittet, auf Kastilisch behandelt zu werden."[5]

3 Walther L. Bernecker, Zwischen „Nation" und „Nationalität": das Baskenland und Katalonien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36–37/2010, S. 14–20, 19–20.

4 Albert Boadilla, ¡Viva Tabarnia! Barcelona 2018, S. 35; vgl. auch S. 55, 72.

5 „La Generalitat presiona a los médicos para que hablen en catalán". *El País*, 15. 1. 2012, zit. n. Jaume Pi i Bofarull [Pseudonym], Catalunya para marcianos. Tópicos, falacias y ensoñaciones del nacionalismo independentista, Barcelona 2018, S. 27.

Selbst wenn der Angestellte „gewisse Verständnisschwierigkeiten“ ausmache, sei Katalanisch zu verwenden, man könne aber auch „non-verbale oder grafische Hilfsmittel“ verwenden. In einem auf Spanisch geführten Gespräch seien „katalanische Wörter oder Sätze zu wiederholen, um so die [katalanische] Sprache in die Welt des neu Zugezogenen einzuführen“.

Sehen wir uns nun einige Daten an: Um das Jahr 2005, als das neue Statut verabschiedet wurde, verwendeten rund 50 % der katalanischen Bevölkerung im Alltag das Spanische (*castellano*), in Barcelona und Umgebung sogar über 60 %. Viele Katalanen sind zweisprachig, in ländlichen Gebieten überwiegt das Katalanische. Das Übergewicht des Spanischen in und um die Hauptstadt verwundert auch nicht, denn seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gibt es eine massive Zuwanderung nach Katalonien, vor allem nach Barcelona und Umgebung, wo Ende des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung richtig in Gang kam und Arbeitskräfte anzog. Ich glaube, Walther Bernecker hat in diesem Zusammenhang vom *transmiseriano* gesprochen: Die Elenden aus dem ländlichen, archaischen Süden, landlose Bauern, arme Frauen, Tagelöhner – vor allem aus Andalusien – gehen nach Katalonien auf der Suche nach Arbeit und Brot. Und sie bringen natürlich ihre Sprache mit – Spanisch – und ihr Elend; und etliche auch ihr anarchistisches Gedankengut (aber das ist eine andere Geschichte). Und noch eine Zahl: Als in den 1960er Jahren erneut ein massiver industrieller Aufschwung im Nordosten Spaniens zu verzeichnen ist, gibt es allein in diesem Jahrzehnt eine Binnenmigration von 720.000 Personen nach Katalonien. Damals hatte die Region ca. 6 Millionen Einwohner. Jetzt sind es 7,5 Millionen.

Es gibt also eine beträchtliche Anzahl von Einwohnern dieser Region, deren Muttersprache das Spanische (Kastilische) ist oder die sich in dieser Sprache leichter ausdrücken und die Wert darauf legen, dass ihre Kinder auch in dieser Sprache unterrichtet werden. Das verlieh der Debatte über die Sprachenfrage natürlich auch innerhalb Kataloniens eine gewisse Brisanz.

Der katalanische Entwurf hatte gelautet: „Alle Personen in Katalonien haben das Recht, die beiden offiziellen Sprachen Katalanisch und Spanisch zu benutzen sowie das Recht und die Pflicht, sie zu kennen“. Dieser Satz wurde fast identisch in die endgültige Fassung übernommen, doch wurde in Madrid – wohl aufgrund einiger Erfahrungen – angefügt, es dürfe niemand „wegen des Gebrauchs der einen oder anderen Sprache“ diskriminiert werden. Und was die Gleichrangigkeit der beiden Sprachen anlangte begann ein sophistischer Eiertanz: „Das Katalanische ist die offizielle Sprache Kataloniens“; „auch das Kastilische ist offizielle Sprache“ hieß es nun.[6] Also Sie sehen, da wird es schon schwierig.

Die *Cortes* in Madrid verabschiedeten das modifizierte Autonomiestatut 2006, das *Parlament* in Barcelona ratifizierte es, bei der Volksabstimmung in Katalonien stimmen fast 75 % dafür, doch die Wahlbeteiligung lag unter der Schwelle von 50 %. Das lässt erkennen, dass das Statut „eher mit den Bedürfnissen der politischen Klasse als mit denen der Bürger […] zu tun hatte, welches diesem Anliegen eher gleichgültig gegenüberstand“.[7] Die Mobilisierung der Bevölkerung erfolgte erst später und zwar durch eine

6 Walther L. Bernecker, Zwischen „Nation“ und „Nationalität“, S. 19–20.

7 Jordi Canal, Con permiso de Kafka. El proceso independista en Cataluña, Barcelona 2018, S. 142.

ständige Politik der Spannungen, der Konstruktion eines Opfer-Narratives und der Verteidigung einer vermeintlich angegriffenen Heimat: „Die antikatalanischen und antispanischen Diskurse nähren sich, wie wir seit langem wissen, gegenseitig."

Der *Partido Popular* in Madrid geht nun voll auf Konfrontationskurs. Sie erinnern sich vielleicht: Zwei Jahre zuvor, am 11. März 2004, nur wenige Tage vor den Parlamentswahlen, hatte es einen verheerenden Terroranschlag auf Pendlerzüge im Bahnhof von Atocha gegeben, dem 193 Menschen zum Opfer fielen. Die katastrophale Kommunikationspolitik der Regierung Aznar, die dieses Attentat gegen jede Plausibilität der ETA unterstellen wollte (es war ein Anschlag der Al-Kaida, die Regierung Aznar stellte Truppen an der Seite der USA im Iraq), führte zu massenhaften Demonstrationen und einer Mobilisierung der Bevölkerung. Die Volkspartei verlor die Wahlen, die sie schon in der Tasche geglaubt hatte. Der *PSOE* bildete eine Regierung unter José Luis Zapatero, und der *PP* beginnt nun in der Opposition mit einer Politik der *crispación,* der ‚Gereiztheit', der Spannungen.

Er erhebt Klage vor dem Verfassungsgerichtshof gegen 114 der 223 Artikel des neuen Statuts und betreibt in ganz Spanien eine Kampagne dagegen, die von fast vier Millionen Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wird. Das wird in Barcelona natürlich als Angriff – und Untergriff – empfunden.

Man muss allerdings dazu sagen, es ist nicht nur der *Partido Popular*, der diesen Einspruch erhebt. Auch alle drei an Katalonien angrenzenden Regionen – Aragon, Valencia und die Balearen – ziehen vor den Verfassungsgerichtshof (die beiden letzten sind übrigens Teil der sogenannten *Países Catalanes,* in denen Katalanisch – oder eine Variante davon – gesprochen wird; ob es bloß eine Variante oder gar eine eigene Sprache sei – auch das ist umstritten!). Ich sage das deshalb, weil oft der Eindruck entsteht, es sei immer nur Madrid gegen Barcelona. Aber nun gibt es auch Anliegen von Saragossa, Valencia und Palma de Mallorca, die gehört werden sollten, Fragen bezüglich der Kulturgüter (Archiv des Königreichs Aragon), finanzielle und wasserrechtliche Bestimmungen.[8] Das wäre jetzt weiter nicht schlimm gewesen, das gehört eben zu einem normalen demokratischen Spiel. Aber die Stimmung wird immer gereizter.

In Barcelona hatte sich zwischenzeitlich eine Plattform gebildet unter dem Motto: „*Som una nació i tenim dret de decidir"* (Wir sind eine Nation und haben das Recht zu entscheiden). Da ist es jetzt wieder, das Schlagwort, wir sind Nation, wir entscheiden für uns selbst. Hunderttausende gehen in Katalonien auf die Straße. Und nun wird also „das Recht zu entscheiden erfolgreich in den katalanischen nationalistischen Diskurs eingebracht und verdrängt nach und nach den abgenutzten Begriff Selbstbestimmungsrecht mit seinen Anklängen an marxistische Ideen und Dritte-Welt-Debatten".[9] Und das weiß man schon, das ist nicht so ganz einfach mit diesem Selbstbestimmungsrecht. Fragen Sie die Südtiroler. Und die UNO sieht das sowieso sehr eng, denn da können nur diejenigen selbstbestimmen, die entweder massiv unterdrückt werden oder in kolonialer Abhängigkeit leben. Beides ist in Katalonien nicht gegeben.

8 "Admitidos los recursos de Aragón, Valencia y Baleares contra el Estatuto catalán", in: *Hoy*, 15. 11. 2006, https://www.hoy.es/prensa/20061115/nacional/admitidos-recursos-aragon-valencia_20061115.html (abgerufen 18.4.2019).

9 Canal, Con permiso, S. 143.

In einer „Verschwörung der Verantwortungslosen“[10] spielten jetzt alle Parteien ihr Spiel: Die Linksrepublikaner der *ERC* unterstützten die erwähnte Plattform offen. Sie und die *Convergéncia i Unió* wollten nationalistisch aufrüsten. Die *CiU* – zum ersten Mal seit über 20 Jahren nicht mehr an der Regierung – trommelte zudem, um Maragall zu stürzen. Die Sozialisten in Barcelona und Madrid wollten sich ihrer neuen Macht und Stärke versichern, für den unterlegenen *PP* war die Auseinandersetzung ein Mittel zur Mobilisierung der Wähler. Das heißt: Der breite Konsens, der notwendig ist, um eine Reform dieser Größenordnung durchzubringen, war schlicht nicht vorhanden: „Anstatt eine neue Ordnung zu schaffen, wurde die Saat des Chaos ausgebracht.“[11]

Das alles führte zu einer massiven Verschlechterung des öffentlichen Klimas, es gibt eine fast völlige Untätigkeit der katalanischen Regierung in vielen anderen Bereichen, und es ist nach wie vor in der Schwebe, ob die Bestimmungen des neuen Statuts eigentlich der Verfassung entsprechen. Die Sozialisten sollten ein Jahr später bei den Wahlen in Katalonien etliche Sitze verlieren, doch gelang es ihnen noch einmal, eine Koalitionsregierung zu bilden.

Es ist kein Zufall, dass 2006 eine neue Partei mit drei Abgeordneten ins *Parlament* einziehen wird, deren Name Programm ist: *Ciutadans – Partido de la Ciudadanía*. Diese „Partei der Bürger“ prangert den Nationalismus an, tritt für die Zweisprachigkeit ein, verlangt den Respekt vor der Verfassung und betont vor allem, dass die Regierung die realen Probleme der Bevölkerung zu lösen habe. Doch in dieser Phase, wo erneut die Sozialisten in Verbindung mit Linksrepublikanern und Grünen die Regierung bilden, treibt vor allem die *ERC* den Nationalismus weiter voran: in der Schul- und Sprachpolitik, in der Presse, im Rundfunk, im autonomen Fernsehkanal TV3. Die Kulturpolitik wird immer abgeschotteter und selbstreferenzieller.

Um das an einem Beispiel zu illustrieren: 2007 war der katalonische Sprach- und Kulturraum „Gastland“ auf der Frankfurter Buchmesse. Die *Generalitat* bestand darauf, nur solche Autoren vorzustellen, die auf Katalanisch schreiben. Dabei ist etwa nur ein Drittel aller in Katalonien verlegten Bücher in dieser Sprache. „Damit waren in Frankfurt gerade jene Autoren katalanischen Ursprungs nicht vertreten, die wie Juan Marsé, Eduardo Mendoza, Carlos Ruiz Zafón, Enrique Vila-Matas oder Manuel Vázquez Montalban den höchsten Bekanntheitsgrad hatten.“[12] Aber die Prinzipientreue konnte noch besser unter Beweis gestellt werden: Der Repräsentant der *Generalitat* auf der Buchmesse, ein hoher Politiker der *ERC*, weigerte sich, seine Ansprache auf Spanisch zu halten. Die Übersetzerin jedoch konnte kein Katalanisch. Da er aber auch nicht Deutsch noch Englisch oder Französisch beherrschte, war der Applaus verständlicherweise eher verhalten.[13]

> „Insgesamt zeichnet sich […] innerhalb der katalanischen Kulturpolitik eine starke Tendenz ab, sich abzukapseln und lediglich auf die eigene Sprache und kulturellen Traditionen zu besinnen. Das vermittelt überdies den Eindruck, dass die verbissen anmutende Sprachpolitik keine un-

10 So der Titel des Werkes von Jordi Amat, La conjura de los irresponsables, Barcelona 2017.
11 Canal, Con permiso, S. 143.
12 Carlos Collado Seidel, Kleine Geschichte Kataloniens, München 2018, S. 207.
13 Pi i Bofarull, Catalunya, S. 30–31.

> bedingte Entsprechung bei der Mehrheit der katalanischen Bevölkerung findet, die deutlich selbstverständlicher mit der Verwendung beider Sprachen umzugehen schient."[14]

Solche Vorfälle, die leider mehr sind als bloße Skurrilitäten, sondern kulturelle Verengung und nationalistische Engstirnigkeit markieren, findet man allerdings – *mutatis mutandis* – auch in anderen Regionen. Hier nur zwei kurze Beispiele: Meine Frau hat vor zwei Jahren den Preis der Valencianischen Literaturkritik für einen Erzählband erhalten. Sie kommt aus der Provinz Alicante, aus einem gemischtsprachigen Gebiet, in ihrem Ort sprich man Spanisch, im Nachbarort – getrennt durch eine Straße – Valencianisch. Sie wurde also über ein Programm der *Generalitat Valenciana* in eine Schule eingeladen, alle Kinder sind zweisprachig, aber die Diskussion habe auf Valencianisch stattzufinden. „Ja, ich verstehe das, meine Großmutter kam aus Valencia, ich verstehe alles, aber ich würde auf Spanisch antworten, das ist meine Sprache." Die Erzählungen sind auch alle auf Spanisch. Das war dann leider nicht möglich. Schade.

Und schon vor 20 Jahren haben wir in einem Schulbuchverlag besprochen, warum so viele verschiedene Ausgaben ihrer Bücher gedruckt werden müssen. Damals hieß es, das sind eben die Eigenheiten der einzelnen Regionen: Die Volksschüler in Andalusien lernen zu rechnen mit Oliven, und in Asturien müssen es Äpfel sein. Auf den Kanarischen Inseln können wir kein Beispiel mit Eisenbahnen bringen, weil, die gibt es dort ja nicht. Tja, offensichtlich insulare Realitäten, auch in den Köpfen …

2010, mit vier Jahren Verzögerung, meldet sich schließlich der Verfassungsgerichtshof, der aufgrund interner politischer Zwistigkeiten beeinträchtigt war, mit seiner Erkenntnis zu Wort. Er verlangte Veränderungen im Bereich der Steuerkompetenzen wie der Justizverwaltung der Region und stellte überdies fest, was ein juristischer Laie auch hätte feststellen können, nämlich erstens, dass der in der Präambel erwähnte Begriff der Nation, den das katalanische Parlament für sich definiert hatte, schön, aber rechtlich ohne Folgewirkung sei, und zweitens, dass die bevorzugte Stellung des Katalanischen als offizielle Sprache im Sinne der Verfassung zu modifizieren sei. Auch das hätten die Politiker wissen können. Das geht aus einer einfachen Lektüre der Magna Charta hervor. Artikel 1 und 2 haben wir schon besprochen, in Artikel drei heißt es:

> „*Castellano* ist die spanische Amtssprache des Staates. Alle Spanier haben die Pflicht, sie zu beherrschen, und das Recht, sie zu verwenden. Die anderen spanischen Sprachen werden in den betreffenden Autonomen Gemeinschaften gemäß den Statuten ebenfalls Amtssprachen sein. Der Reichtum der unterschiedlichen sprachlichen Gegebenheiten Spaniens ist ein kulturelles Erbe, das besonders zu schützen und zu achten ist."[15]

Also, von einer Vorrangstellung ist da nirgends die Rede, und ich finde auch den letzten Satz vom Reichtum der unterschiedlichen sprachlichen Gegebenheiten besonders beachtenswert. Ich denke, alle Damen und Herren unter Ihnen, die mehrere Sprachen sprechen, wissen, dass das tatsächlich etwas ist, was uns alle bereichert und uns Türen öffnet zu anderen Kulturen, anderen Mentalitäten und anderen Geschichten. Aber manchmal hat man eben das Gefühl, die Türen sollen bewusst zugeschlagen werden.

---

14 Collado Seidel, Kleine Geschichte Kataloniens, S. 207.
15 Tamames, Introducción a la Constitución, S. 13.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes jedenfalls rührte die Gefühle erneut auf, und in Reaktion auf den Richterspruch gingen am 10. Juli 2010 in ganz Katalonien die Massen auf die Straßen unter dem Motto „*Som una nació. Nosaltres decidim*" (Wir sind eine Nation. Wir entscheiden). Schon zuvor – ab September 2009 – hatte es in mehreren Gemeinden Volksbefragungen gegeben zum Thema: „Sind sie dafür, dass Katalonien ein unabhängiger, demokratischer, sozialer Rechtsstaat wird, der Teil der Europäischen Union ist?" Die Beteiligung im ersten Ort lag bei knapp über 40 %, sonst zum Teil auch unter 15 %. Das war noch nicht überwältigend, aber auch das hat das politische Klima verschärft. Das war im Jahr 2010. Bei den Regionalwahlen gewinnt nun die konservativ-bürgerliche *Convergència i Unió* unter Artur Mas.

2010 befindet sich Spanien in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Im Gefolge der *subprime-crisis* in den USA gerät auch Europa in eine massive Rezession. Spanien wird fast so hart wie Griechenland getroffen, viel brutaler als etwa Deutschland oder Österreich. Um das überbordende Defizit einzubremsen, friert die sozialistische Regierung Zapatero die Pensionen ein, kürzt die Beamtengehälter und streicht verschiedene Förderungen. Sie liberalisiert den Arbeitsmarkt und versucht unter anderem das, was in Deutschland und in Österreich so gut funktioniert hat: die Kurzarbeit, eben die Verbindung von Regierungsvorgaben, Förderung durch das Arbeitsmarktservice und moderaten Lohneinbußen der in der Flaute weiter Beschäftigten. Die linken Gewerkschaften antworten mit einem eintägigen Generalstreik. Also die Unvernunft ist auch hier auf die Straße gegangen (und das sage ich als österreichisches Gewerkschaftsmitglied). Am Ende gibt es 5 Millionen Arbeitslose bei 46 Millionen Einwohnern. 2011 zählt man in Katalonien 760.000 Arbeitslose, fast 150.000 davon Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren. Es gab an die 300.000 Familien, in denen alle arbeitslos sind, also niemand über ein Einkommen verfügt. Dass solch elende Zustände massive Abstiegs- und Zukunftsängste auslösen und den Unmut über die Regierung befeuern, liegt auf der Hand. Im November 2011 kommt in Madrid die Volkspartei unter Mariano Rajoy an die Regierung.

Doch jetzt kommt der zweite Schlag: die Bankenkrise. Nach der Euro-Einführung floss sehr viel Kapital nach Spanien. Private hatten nun plötzlich die Möglichkeit, sich leichter und zu sehr günstigen Konditionen zu verschulden, was zu einem Bauboom führte: „In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts wurden in Spanien so viele Wohnungen gebaut, wie in den anderen vier großen Ländern der Europäischen Union – Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien – zusammen"![16] 2007 hatte der Bausektor einen Anteil von 11 % am BIP, „mehr als in jedem andren europäischen Land"[17] und die Immobilienpreise stiegen jährlich zwischen 8 und 12%! Das hat sogar zu Pyramidenspielen eingeladen: Sie kaufen ein Haus auf Plan, nehmen sich einen Kredit um 4%, das Gebäude steigt jährlich um 10 %. Sie warten mehrere Jahre und verkaufen dann … Alles ist möglich. Und die Banken haben in absolut unverantwortlicher Weise ihre Kredite vergeben. Sie kennen die Ninja-Kredite aus den USA: *No income, no job, no assets*. In Spanien hat man ihnen die Kredite für die Wohnungen zu 100 % nachgeschmissen, und dann noch versucht, teurere Konsumkredite für die Küche oder das Auto draufzusetzen. Das

16 Walter Haubrich, „Besser als gestern, schlechter als morgen", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 36–37/2010, S. 3–6, 3.

17 Holm-Detlev Köhler, Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise, in: Ebd., S. 7–13, 8.

heißt: Viele Kreditnehmer waren total überschuldet. Da herrschte also in vielen Banken nicht mehr die „Sorgfalt des ordentlichen Geschäftsmannes", von der in verschiedenen Wirtschafts- und Strafgesetzen die Rede ist. Nun platzt die Immobilienblase und droht, Banken und andere Finanzinstitutionen in den Bankrott zu treiben, darunter auch Sparkassen, bei denen in vielen Fällen die lokale Politik das Geschäftliche bestimmt hatte. Einige Banker waren auch schlicht kriminell, was weite Kreise der Bevölkerung empörte.

Die Regierung Rajoy höhlt die Arbeiterrechte weiter aus, weil sie sich davon Impulse für die Beschäftigung verspricht, Entlassungen werden erleichtert, Abfertigungen gekürzt, Sozialleistungen gestrichen, andere Liberalisierungsschritte verordnet, die Mehrwertsteuer von 18 % auf 21 % hinaufgesetzt. Viele Familien, alte Menschen werden delogiert, manche begehen Selbstmord, die Presse ist voll davon. Im Mai 2019 war wieder von so einem schrecklichen Schicksal in der Zeitung zu lesen.

Am 15. Mai 2012 gehen in ganz Spanien die Menschen auf die Straße, besetzen öffentliche Plätze, demonstrieren: Die *indignados,* die „Empörten", formieren sich, sie haben genug von politischer Korruption, Verschleuderung von Steuergeldern, sinnloser Verschwendung, moralischer Verrottung in Politik und Institutionen. Es geht gegen Politiker und Banker, Schlagwort „Sie vertreten uns nicht!", Politiker und Banker „berauben uns" und das alles hat Auswirkungen auf die politische Kultur. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt zu dem Zeitpunkt bei rund 50 %. In Barcelona wird die Versammlung auf der *Plaza de Cataluña* gewaltsam aufgelöst, es gibt über 100 Verletzte, davon 37 Polizisten. Das zeigt, wie aufgeheizt die Stimmung damals schon war.

Im Juni 2011 veröffentlichte das Zentrum für Meinungsforschung der *Generalitat* eine Umfrage, der zufolge bei einem Referendum über die Unabhängigkeit Kataloniens 43 % der Befragten dafür und 28 % dagegen stimmen wollten. 23 % würden sich der Stimme enthalten oder gar nicht teilnehmen.[18] Das ist ein ziemlich deutliches Bild, aber wenn man sich die ganze Befragung anschaut, wird das erheblich relativiert. Die erste Frage lautete nämlich: „Was sind ihrer Meinung nach derzeit die bedeutendsten Probleme Kataloniens?" Und da zeigt sich eine andere Wertigkeit: Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse wurden von 70 % der Befragten genannt, Wirtschaftsprobleme von 41 %, Unzufriedenheit mit der Politik (25 %), Einwanderung (19 %), Mangel an öffentlicher Sicherheit (10 %) folgen, erst auf dem sechsten Platz die Beziehungen Katalonien – Spanien (9 %). Diese Frage wurde gar nur von vier Prozent der Befragten als die wichtigste unter den genannten Problemfeldern bezeichnet.

Ich erwähne das deswegen, weil ich jetzt zu einem Datum komme, das noch nicht gesichert ist.

Im März 2018 hat die spanische Presse berichtet, die Polizei habe im Oktober 2017 – also *nach* dem fehlgeschlagenen Unabhängigkeitsvotum – gerade noch rechtzeitig Dokumente vor der Vernichtung sichergestellt.[19] Nach diesen Aufzeichnungen sei auf einer

18 Der Rest entfiel auf die Kategorien „weiß nicht / antwortet nicht". Centre d'Estudis d'Opinió, Baròmetre d'Opinió Política, Dossiers de Premsa, S. 35 und S. 7. https://upceo.ceo.gencat.cat/wsceop/3648/Dossier%20de%20premsa%20-652.pdf (abgerufen 16.6.2022).

19 „El ‚procés' nació para tapar el 3 %, según una nota de los Mossos". *El Mundo*, 6. 3. 2018.

Sitzung Ende November 2011, an der Spitzenvertreter der *Convergència i Unió*[20] teilgenommen hätten, ein „hypothetischer Plan für eine Unabhängigkeitsbewegung" entworfen worden, und zwar – und jetzt wird es spannend! – um von der massiven Korruption in Katalonien abzulenken, konkret vom 3 %-Skandal und dem sogenannten ITV-Fall. In beide war die Familie Pujol tief verstrickt. Deswegen hätten auch drei Söhne von Jordi Pujol an einem Folgetreffen einen Monat später teilgenommen. All das ist aus mehreren Gründen bemerkenswert.

Erstens würde das den Beginn der Unabhängigkeitsbewegung auf einen sehr frühen Zeitpunkt fixieren – kurz nachdem das oben erwähnte Stimmungsbild der Bevölkerung publik gemacht wurde – und zweitens diese Bewegung als bewusst gesteuerten Prozess ausweisen. Drittens würde das eine konkrete Motivlage der handelnden Politiker nahelegen, welche mit nationalistischen Zielen rein gar nichts zu tun hat, sondern allein damit, von der grassierenden Korruption abzulenken, in die etliche der Anwesenden offensichtlich verstrickt waren. Und viertens: Die Beteiligung der Familie Pujol. Dazu kommen wir gleich.

Politische Korruption spielt in Spanien seit langem eine große Rolle und wird auch als Problem angesehen. 2011 rangierte Spanien beim „Index der wahrgenommenen Korruption im öffentlichen Sektor" von Transparency International auf Platz 30 von 183 Ländern (Deutschland auf Rang 14, Österreich 16).[21] 2018 wurde in *El País* eine Studie veröffentlicht, geradezu eine Landkarte der Korruption, dargestellt an laufenden Verfahren, und gegliedert nach der Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung bzw. der Schwere der Fälle.[22] Doch das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einer viel kruderen Realität: Im Jahr 2017 waren über 2.000 Politiker in Haft oder Untersuchungshaft![23]

Werfen wir nur einen kurzen Blick auf das rechte obere Drittel der folgenden Graphik. Die besonders schweren und ziemlich sicheren Fälle: *Púnica* und *Gürtel*[24], massive, gravierende und jahrelang betriebene Korruption in Madrid und Valencia, den Hochburgen der *Partido Popular* – Geld für Politiker und Partei im Gegenzug für Aufträge; *Palau* (*de la Música*), Barcelona: ebenfalls ein Netzwerk für illegale Geldflüsse an die Partei, in diesem Fall die *Convergència i Unió*; der Fall *Pujol* wurde von den Studienautoren als „sehr schwerwiegend" angesehen, doch unter „weniger sicher" eingestuft, da noch vieles im Dunklen sei. Im Fall *Pretoria* erfolgte kurz darauf die Verurteilung aller 11 Angeklagten zu bis zu sieben Jahren Haft – jahrelange Korruption bei Städtebauprojekten im Großraum Barcelona. *Bárcenas*, war Schatzmeister der *PP* und Herr über die schwarzen

20 Die CiU war ein 1978 geschlossenes Bündnis zwischen der vier Jahre zuvor von Jordi Pujol gegründeten *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC, Demokratischer Pakt Kataloniens) und der *Unió Democràtica de Catalunya* (UDC, Demokratische Union Kataloniens). Im genannten Artikel war die Rede von ‚höchsten Vertretern' der CDC.

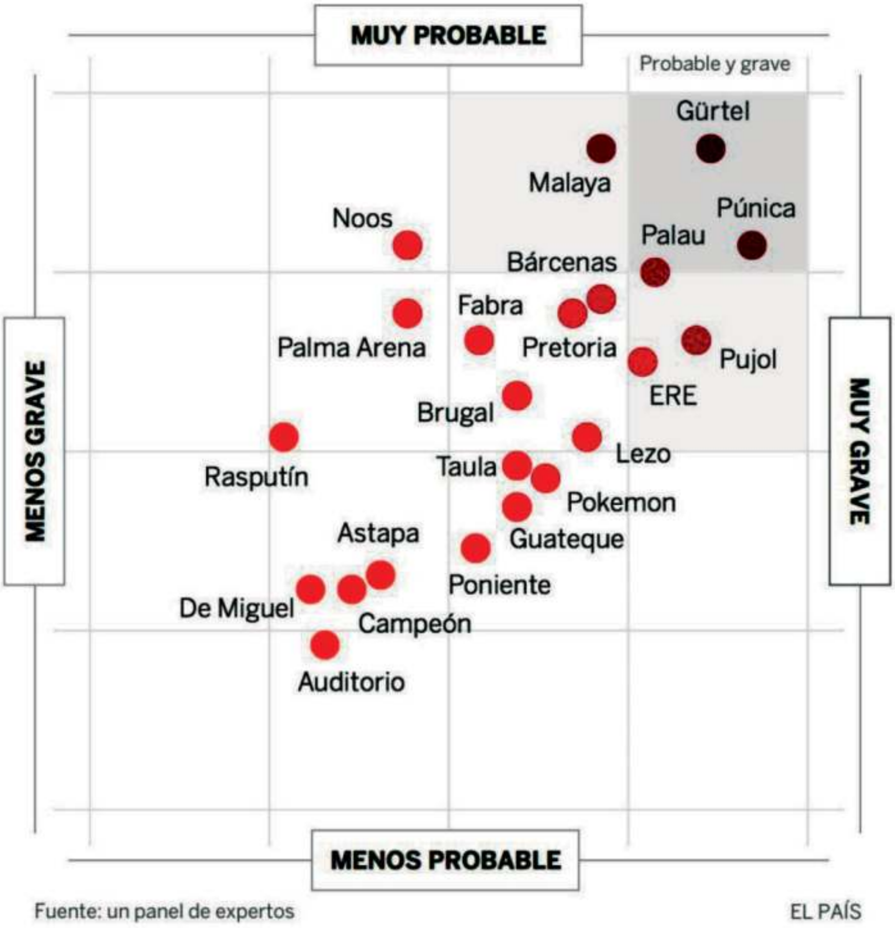
21 https://www.transparency.org/en/cpi/2011 (abgerufen 20.6.2022).

22 "Corrupción política. Cuales son los casos de corrupción más graves de España". *El País*, 25. 5. 2018, https://elpais.com/politica/2017/06/09/actualidad/1497023728_835377.html (abgerufen 20.6.2022).

23 Walther Bernecker, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 2018, S. 344.

24 Nach dem Hauptangeklagten Francisco Correa wurden die polizeilichen Ermittlungen als „operación Gürtel" bezeichnet (*correa* bedeutet auf Deutsch „Gürtel"). Ein sonstiger Zusammenhang mit Deutschland ist nicht gegeben.

Kassen – ebenfalls verurteilt; Carlos *Fabra*, *PP*-Politiker in Castellón, 2013 verurteilt zu vier Jahren wegen Vorteilsgewährung, Bestechung und Steuerhinterziehung usw.



Und schließlich *Noos*: Dieser Fall wurde aus der Untersuchung von *Palma Arena* ausgegliedert und betraf ein Mitglied des Königshauses, den Schwiegersohn des damaligen Königs Juan Carlos. Iñaki Urdangarín wurde 2016 u. a. wegen Veruntreuung, Urkundenfälschung und Geldwäsche zu fast 6 Jahren Haft verurteilt.

Das ist nur die Spitze des Eisberges. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich an das denke. Ich bin zum ersten Mal 1978 in Spanien gewesen, nach dem Tod von Franco, habe damals den Aufbruch miterlebt und die Vision eines neuen Landes in den 1980ern und dann Anfang der 1990er. 1992 die 500-Jahr-Feier der ‚Entdeckung' Amerikas, der Grammatik von Nebrija, die Olympiade in Barcelona, die Weltausstellung in Sevilla. Der Mann meiner spanischen Schwägerin, ein Römer, hat mich damals sehr verärgert, als er meinte: „Wartet nur einmal 20 Jahre, da seid ihr genau so weit wie wir in Italien." Ich habe ihn vor 5 Jahren gefragt: „Woher hast du das bloß gewusst?" Jetzt war ich nicht mehr verärgert, nur mehr verunsichert, weil ich als Historiker das nicht habe kommen sehen. "Woher wusstest du das?" – „Es war einfach viel zu viel Geld da!" Das hat schließlich Mariano Rajoy letztes Jahr auch das Regierungsamt gekostet.

EL MUNDO

ALICANTE

VIERNES 25 DE MAYO DE 2018
AÑO XXVIII. NÚMERO: 10.380
PRECIO: 1,50 €

• Si no peleas para acabar con la corrupción y la podredumbre, acabarás formando parte de ella (Joan Baez) •

FRANCISCO CORREA
Cerebro de la trama 'Gürtel'
51 años y 11 meses

LUIS BÁRCENAS
Ex tesorero del PP
33 años y 4 meses

JESÚS SEPÚLVEDA
Ex alcalde de Pozuelo
14 años y 4 meses

PABLO CRESPO
Ex secretario del PP gallego
37 años y 6 meses

ANA MATO
Ex ministra de Sanidad
27.857 euros

ÁLVARO PÉREZ
Ex presidente de Orange
Absuelto

La severa condena por Gürtel socava «la credibilidad» de Rajoy

Der *Partido Popular* wurde verurteilt, die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten vom Gericht angezweifelt, der Haupttäter zu fast 52 Jahren und der Schatzmeister der *PP*, Luis Bárcenas, zu 33 Jahren verurteilt.[25] Die Strafsache Gürtel ist so umfangreich, dass die Gerichte sie in mehrere „Folgen“ aufgeteilt haben. Das war das Urteil in Gürtel 1. Folgen 2 und 3 sind immer noch ausständig.

Doch zurück zu Katalonien, zurück zu den Sitzungen Ende 2011. Was hat es mit den „3 %“ – auch das inzwischen ein stehender Begriff in Spanien – und dem ITV-Fall auf sich?

„Sie haben ein Problem, und dieses Problem heißt drei Prozent“, schleuderte Anfang 2005 ein aufgebrachter Pasqual Maragall dem Führer der Opposition, Artur Mas, bei einer Parlamentsdebatte zu einem eingestürzten U-Bahn-Tunnel in Barcelona entgegen. Damit war das in Katalonien umlaufende Gerücht angesprochen, dass die *Convergència i Unió*, die bis 2003 unter Jordi Pujol die Regierung stellte, von jedem öffentlichen Bauauftrag im Land 3 % kassiert hatte. Nachdem Mas damit drohte, die Mitarbeit der *CiU* bei der Ausarbeitung des Autonomiestatuts zu beenden, fand sich Maragall dazu veranlasst, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Allerdings war es jetzt im *Parlament* offiziell angesprochen worden, und ganz Spanien hat gewusst, was gemeint war.[26] Etliche Jahre später wurde die Familie Pujol beschuldigt, in Steueroasen insgesamt 1,8 Mrd. € geparkt

---

25 *El Mundo*, 25. 5. 2018. Ähnlich auch *El País*, 25. 5. 2018, Schlagzeile auf Titelseite: „Sentencia de Gürtel contra la financiación ilegal del partido popular. Condenado el PP; en duda la credibilidad de Rajoy.“

26 https://elpais.com/diario/2005/02/25/espana/1109286001_850215.html (abgerufen 21.6.2022).

zu haben, die aus diesen dunklen Quellen stammen sollten; sie ist gegen diese Pressemeldung nicht vorgegangen.[27]

Und auch der ITV-Fall – massive Korruption bei der Vergabe von Konzessionen für TÜV-Stationen – hat mit der Familie Pujol zu tun: Oriol, einer der Söhne bei dem genannten Treffen, schaffte es kurz darauf, Generalsekretär der CiU zu werden, musste aber bereits nach einem Jahr zurücktreten, da er wegen Vorteilsgewährung und Korruption angeklagt wurde. Er wurde 2019 zu zweieinhalb Jahren verurteilt und ist derzeit gerade auf Freigang.

2014 – und sie sehen, es ist schon fast eine Familiensaga,[28] – äußert sich Jordi Pujol, als die zweifelhafte Herkunft seines Vermögens im *Parlament* angesprochen wurde, auf eine Art, die keines Kommentars bedarf: „Sehen sie … Denn wenn du, sagen wir, bei einem Baum einen Ast absägst, dann kommt der ganze Ast herunter mit allen Nestern, die drinhängen. Es ist nicht so, dass dann nur dieser oder jener fällt …. Nein, nein, dann fallen alle!“[29]

Das heißt, es könnte durchaus sein, dass in den beiden Treffen von Ende 2011 Motive deutlich wurden, die verschiedene Politiker tatsächlich dazu veranlassten, diese Bewegung zu fördern.

Wie dem auch sei – 2012 gibt es am katalanischen Feiertag, der *Diada* am 11. September, große Demonstrationen unter dem Motto „*Catalunya, nou Estat d'Europa*“ (Katalonien, neuer Staat in Europa). Während ein Jahr zuvor noch kaum 50.000 Personen an den Feierlichkeiten teilnahmen, sind im Jahr darauf zwischen 600.000 und 1,5 Millionen in Barcelona auf der Straße! Die Befürworter der Unabhängigkeit kamen mehrheitlich aus der Mittelschicht, oft auch aus dem Hinterland, aus klein- und mittelgroßen Städten, die einen mit Abstiegsängsten, die anderen mit Aufstiegshoffnungen in einem neuen, unabhängigen Katalonien. Bei Organisation und Mobilisierung waren zwei zivilgesellschaftliche Organisationen führend. *Omnium Cultural*, schon Anfang der 1960er durch Vertreter der begüterten Oberschicht zur Verteidigung der Sprache, Kultur und Identität Kataloniens gegründet, schob nunmehr auch Demonstrationen gegen das Verfassungsgericht an. Noch wichtiger war die *Assemblea Nacional de Catalunya,* die erst im März 2012 gegründet worden war und breite Bevölkerungsschichten ansprach: von bürgerlichen über christlich-konservative bis hin zu linksradikalen Gruppen. Ihr Name sollte an die breite, antifranquistische *Assemblea de Catalunya* der frühen 1970er Jahre erinnern.

---

27 Zeitungsbericht von *El Mundo,* nach: Pi i Bofarull, Catalunya, S. 322, FN 1. Zur Korruption der Familie Pujol siehe ebd., S. 323–326 und 338–346.

28 Nachtrag bei der Überarbeitung zur Drucklegung (2022): Inzwischen ist die Anklageschrift gegen die gesamte Familie fertig. Der Staatsanwalt fordert neun Jahre für den „Patriarchen“, 29 Jahre für den ältesten Sohn Jordi Pujol Ferrusola, 14 für Josep und acht Jahre für alle übrigen Kinder (Pere, Oleguer, Oriol, Mireia y Marta); das Verfahren gegen die Ehefrau, Marta Ferrusola, wurde aufgrund ihres Gesundheitszustandes eingestellt. Die Anklageschrift umfasst – je nach Familienmitglied – unterschiedliche Tatbestände wie Bildung einer kriminellen Organisation, Dokumentenfälschung, Geldwäsche, Steuerhinterziehung u. a. m. *El País*, 7. 5. 2021. https://elpais.com/espana/2021-05-07/el-juez-pedraz-archiva-la-causa-contra-marta-ferrusola-por-su-estado-de-salud.html (abgerufen 21.6.2022).

29 Zit. n. Pi i Bofarull, Catalunya, S. 344.

Am 20. September 2012 fand – kurz nach dieser eindrucksvollen Mobilisierung der Massen in Katalonien – ein Gespräch im *Moncloa*-Palast in Madrid zwischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy (*PP*) und dem seit Ende 2010 in Barcelona regierenden *President* Artur Mas (*CiU*) statt. Mas möchte etwas, was die Katalanen nicht haben, aber die Basken in ihrer Autonomie schon, nämlich das Recht, alle Steuern selbst einzuheben und zu verwalten. Hier soll nicht unerwähnt bleiben, dass das neue Autonomiestatut Katalonien im Finanzbereich schon bedeutende Zugeständnisse gemacht hatte: Die Region erhielt „50 Prozent der Einkommen- und Mehrwertsteuer auf seinem Gebiet sowie 58 Prozent anderer Steuern (Mineralöl-, Tabak-, Getränkesteuer)“.[30]

Das Baskenland und Navarra hatten ihre alten Sonderrechte, sogenannte *Fueros*, über die Jahrhunderte retten können: Sie heben alle Steuern ein und geben anteilige Kosten für das Königshaus, die auswärtigen Angelegenheiten und die Landesverteidigung an Madrid ab. Philipp V., der erste Bourbone auf dem spanischen Thron, der sonst den ganzen Staat zentralisiert hat, hat dies nicht angetastet. Auch Franco hat dies respektiert, und jene zwei baskischen Provinzen, die gegen ihn gekämpft und deshalb ihre *Fueros* verloren hatten, bekamen diese 1978 wieder zurück. Die EU protestierte vergeblich gegen diese „steuerliche Anomalie“, ist sie doch in der Verfassung und im Autonomiestatut von Guernica 1979 festgeschrieben. Katalonien hatte übrigens 1978 auf so eine Regelung verzichtet, weil sie „mittelalterlich“ sei.[31]

Wir erinnern uns: Spanien steht 2012 am Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Arbeitslosigkeit hat Spitzenwerte erreicht, und Madrid verhandelt mit Brüssel über Milliardenhilfen für die taumelnden Banken. Rajoy verweigert einen Fiskalpakt. Mitten in der Krise sieht er keinen Spielraum. Er hält die Forderung auch für verfassungswidrig.[32] In dieser Situation will Mas die Mobilisierung der *Diada* nutzen und ruft Neuwahlen aus.

Das heißt, wir sehen jetzt eine Polarisierung zwischen Madrid und Barcelona: Einer „hyperaktiven“ Politik von Mas steht eine „hyperpassive“ von Rajoy entgegen.[33] Madrid

30 Moritz Glaser, Katalonien: Region oder Nation? Der Souveränitätskonflikt in Spanien seit 1975, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, 15 (2018), H. 1. (Druckausgabe S. 115–127). https://zeithistorische-forschungen.de/1-2018/id=5562 (abgerufen 10.3.2019).

31 Pi i Bofarull, Catalunya, S. 361–362 und ebd., FN 6. In diesem Zusammenhang zitiert Pi i Bofarull eine Einschätzung des kritischen Journalisten Gregorio Morán im *Diario de Navarra* vom 8. 11. 2015, die meine oben vorgebrachte These über den Einfluss der Korruption auf den Gang der Ereignisse stützt: „Die Wendung der *Convergencia* in Richtung Unabhängigkeit lässt sich dadurch erklären, dass Unabhängigkeit für einen großen Teil der korrupten politischen Klasse Amnestie bedeutet. Auch wenn ich sehr gemäßigt bin, wenn ich 15 Millionen im Ausland geparkt habe und sie mir jetzt wirklich eine überbraten wollen, dann bin ich natürlich für die Unabhängigkeit. Es ist meine einzige Möglichkeit, dem Finanzamt zu entkommen und es zu kontrollieren. Und das, was wir alle nicht berücksichtigen, erklärt, dass Mas und die CUP in diesem Punkt übereinstimmen“.

32 „Rajoy rechaza el pacto fiscal por ser ‚contrario a la Constitución‘“. *El País*, 20. 3. 2012, https://elpais.com/politica/2012/09/20/actualidad/1348144748_908210.html?event_log=oklogin (abgerufen 22.6.2021).

33 Canal, Con permiso, S. 173–174.

beginnt mit einer „Politik der permanenten Funkstille, des Legalismus und der selektiven Rezentralisierung".[34] Rajoy war auch niemand, der liebend gern kommuniziert; das hat allerdings nichts mit den Katalanen zu tun, das hat mit Rajoy zu tun. Er galt bei Journalisten in Spanien als ‚Herr des Plasmabildschirms', weil es keine Pressekonferenzen mehr gab, sondern nur noch Verlautbarungen.

Mas deklariert sich nun also als Separatist. Damit kann er ablenken von den unpopulären Maßnahmen, die es natürlich auch in Katalonien gibt: Madrid ist schuld. Er kann ablenken von der massiven Korruption, und er kann ablenken von der Mittelmäßigkeit der politischen Klasse. Bei den Wahlen im November 2012 wird zum ersten Mal klar, dass die beiden großen Gruppierungen fest formiert sind. Auf der einen Seite die *Convergència i Unio*, die deutlich verliert (minus 12 Sitze, nunmehr 50), die *Esquerra Republicana de Catalunya*, die massiv dazugewinnt und 21 Abgeordnete stellt, sowie die marxistische *Candidatures d'Unitat Popular* (*CUP*), eine Anti-System-Bewegung, die erstmals mit 3 Personen vertreten ist. Gemeinsam haben sie mit 74 Sitzen die absolute Mehrheit im *Parlament*. Ihnen gegenüber stehen Sozialisten, *Partido Popular,* Grüne und *Ciudadanos*.

Mas wird nach den Wahlen erneut *President*, doch der drastische Stimmenverlust seiner Partei führt nicht zum Umdenken, sondern ganz im Gegenteil zur Radikalisierung. Die beiden *CiU*-Regierungen von 2010 bis 2015

> „werden wohl kaum wegen ihrer sozialen Errungenschaften oder gesetzgeberischen Aktivitäten in die Geschichte eingehen, sondern wegen des Einschwenkens der Regierungspartei auf den Separatismus, der teilweisen institutionellen Unterordnung unter Organisationen wie Omnium Cultural oder die ANC, wegen des ständigen nationalistischen Drucks in Form eines Populismus und der geringen Dialogbereitschaft Barcelonas, die allerdings – und an das sollte man auch erinnern – von der spanischen Regierung unter Mariano Rajoy und der PP geteilt wurde. […] Der Sprung von den Autonomiebestrebungen zur Unabhängigkeitsbewegung machte jede Umkehr schwierig, wenn nicht unmöglich."[35]

Die Politiker der Regierungsparteien setzen immer mehr auf radikale politische Manöver und auf die Mobilisierung der Massen: Im Jänner 2013 erklärt das *Parlament* die „politische und juridische Souveränität", was natürlich vom Verfassungsgerichtshof umgehend aufgehoben wird. Am Tag der *Diada* im September wird von der *ANC* unter dem Motto „Katalanischer Weg zur Unabhängigkeit" eine Menschenkette über 400 Kilometer von Nord nach Süd durch die gesamte Region organisiert; die Veranstalter sprechen von 1,5 Millionen Teilnehmern. Die Chefin der *ANC* verlangt nun von Mas eine Volksabstimmung. Und der Druck der Straße wird immer größer. Im Dezember kündigt der *President* eine Abstimmung für Herbst 2014 an. Rajoy ließ verlautbaren, das sei verfassungswidrig und stehe nicht zur Debatte. Auch das spanische Abgeordnetenhaus, an das sich die Katalanen mit ihrem Begehr wandten, lehnte ein solches Vorhaben mit überwältigender Mehrheit ab. Das Klima verschärft sich weiter, als bekannt wird, dass die *Generalitat* das Projekt verfolgte, schwarze Listen anzulegen. Das wird zwar unterbunden, doch gibt es

---

34 Susanne Gratius / Kai-Olaf Lang, Das katalanische Labyrinth. Unabhängigkeit oder Verfassungsreform? in: *Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell* 5/2015, S. 1–8, 8.

35 Canal, Con permiso, S. 176–177.

schon Publikationen, in denen die „Feinde des freien Kataloniens“ detailliert aufgelistet werden. Das ist höchst beunruhigend.

Es melden sich aktive wie ehemalige Politiker zu Wort, unter anderem José Maria Aznar (Regierungschef von 1996 bis 2004), der darauf hinwies, es bestehe die Gefahr des Zerbrechens Kataloniens als Gesellschaft, als Kultur und als Tradition; vor der Einheit Spaniens sei jene Kataloniens in Gefahr. Einige Jahre später meldete sich auch Felipe González (Premierminister 1982–1996) zu Wort: „Katalonien hat kein Problem mit Spanien, es hat eines mit den eigenen Katalanen.“[36]

2014 wird auch eine Gegenbewegung, die *Societat Civil Catalana*, gegründet, die sich gegen den Separatismus und für die Stärkung der historischen Bande zwischen Katalonien und Spanien stark macht. Sie erhält noch im selben Jahr vom Europäischen Parlament den Europäischen Bürgerpreis, da sie sich für „so bedeutende Werte wie Eintracht, Respekt, Toleranz, Meinungsfreiheit und Dialog“ eingesetzt habe.[37]

Es gibt auch andere warnende Stimmen: Ohne Zweifel musste vielen Katalanen die sogenannte „Prodi-Doktrin“ bekannt sein. Schon 10 Jahre zuvor hatte der damalige Kommissionspräsident Romano Prodi die völkerrechtliche Situation eines Gebietes, das sich von einem Mitgliedsland abspaltete und unabhängig wurde, klar definiert: Dieses Land sei als „Drittstaat“ anzusehen, der ipso facto nicht mehr der Europäischen Union angehöre. Doch dies wurde von vielen – in Verkennung des eindeutigen juristischen Sachverhalts – als Privatmeinung abgetan.

Viel deutlicher wurde zwei Jahre später ein europäischer Nachbarstaat, nämlich die Französische Republik, welche die spanische Botschaft in einer Verbalnote wissen ließ, das katalanische Parlament habe „nicht die Aufgabe, sich in innerfranzösische Angelegenheiten einzumischen“ und Paris bedauere, dass dieses Gremium „Resolutionen verabschiedet, die gegen die französische Souveränität verstoßen“.[38] Dieser Protest erfolgte, nachdem das *Parlament* im Oktober 2016 eine Erklärung gebilligt hatte, welche das Selbstbestimmungsrecht aller sogenannten *Países Catalanes* verteidigte: jenes von Katalonien, dem *País Valenciano*, den Balearen, den katalanisch-sprachigen Grenzgebieten Aragons und darüberhinausgehend auch jenes des französischen Roussillons – im Text als „Nord-Katalonien“ bezeichnet –, welches bis zum Pyrenäenfrieden (1659) Teil des Königreiches Aragon gewesen war.

Dabei sind mehrere Dinge bemerkenswert: Erstens wird hier eine innereuropäische diplomatische Trübung der zwischenstaatlichen Beziehungen deutlich; zweitens richtet sich der Protest an Madrid, das seine Grenzregion zur Ordnung rufen möge, und logischerweise nicht an Barcelona; drittens spricht Barcelona in dieser Erklärung gleich für

36 Zit. n. ebd., S. 194–195.

37 „El Parlamento Europeo galardona a Sociedad Civil Catalana con el Premio Ciudadano Europeo 2014“. https://cronicaglobal.elespanol.com/politica/el-parlamento-europeo-galardona-a-sociedad-civil-catalana-con-el-premio-ciudadano-europeo-2014_13325_102.html (abgerufen 25.6.2022). In diesem Artikel ist noch festgehalten, die ANC habe sich ebenfalls um diese Auszeichnung beworben, sei aber vom Europaparlament abgewiesen worden.

38 „Francia insta al Parlamento catalán a que no se ‚inmiscuya en los asuntos internos franceses‘“. *OK Diario*, 10. 11. 2016, https://okdiario.com/espana/francia-insta-parlament-no-inmiscuya-asuntos-internos-franceses-517713 (abgerufen 20.4.2019). Hinweis bei Pi i Bofarull, Catalunya, S. 392, FN 9.

alle ‚katalanisch-sprachigen Gebiete' in Spanien (man kann sich vorstellen, wie erfreut man das in Saragossa zur Kenntnis nahm!) und greift – viertens – in beginnenden großkatalanischen Träumen auch auf französische Gebiete aus, die knapp nach dem Westfälischen Frieden an Frankreich gegangen waren. Und hier könnten wir noch einen aktuellen Ausspruch von Carles Puidgemont anführen, der in seinem derzeitigen Aufenthaltsort in Belgien gemeint hat: „Na ja, ob ich so schnell nach Katalonien zurückkomme, das weiß ich nicht, aber ich kann ja immer nach Südfrankreich fahren, da bin ich ja auch in Katalonien."

Doch zurück zum Jahr 2014. In diesem Jahr ist die *Diada* ein ganz besonderer Feiertag, denn es ist eine runde 300-Jahr-Feier: 1714, am 11. September, fiel Barcelona. Die Stadt hatte im Erbfolgekrieg zuerst dem französischen Prätendenten Philipp gehuldigt und von diesem auch – wie es in einer zeitgenössischen Quelle heißt – „einzigartige Gunsterweise und Vorrechte" erhalten, wie sie nur wenige hatten,[39] war dann jedoch auf militärischen Druck der Engländer in der „Großen Allianz" auf die Seite des Habsburgers umgeschwenkt. Im Sommer 1713 begannen die überall siegreichen Truppen Philipps V. die Stadt zu belagern, die sich nach über einem Jahr ergeben musste.

Das war nun der Nationalfeiertag der Katalanen. Aber nicht seit 1714. Dieser Gedenktag taucht erst im Zuge der *Renaixença* – der zunächst kulturellen, dann auch politischen „Wiedergeburt" Kataloniens – vereinzelt ab Mitte der 1880er Jahre auf und wurde dann ab 1905 regelmäßig gefeiert. In der Franco-Diktatur verboten, ist der Tag seit 1980 katalanischer Nationalfeiertag. Wenn Artur Mas 2015 bei einem offiziellen Besuch der Gedenkstätte des 9/11 in New York erklärte, auch die Katalanen hätten ihren 11. September, als sie nämlich „vor 300 Jahren die Vernichtung unserer Freiheiten, unseres Rechtes, unserer Institutionen und auch unserer Sprache ertragen mussten",[40] so ist dies eine abwegige und unangebrachte Parallelisierung. Korrekt ist, dass der siegreiche Herrscher den Katalanen, wie anderen widerständigen Provinzen auch, ihre alten *Fueros* nahm und fast ganz Spanien nach dem Vorbild des zentralistischen Frankreichs umgestaltete. Faktisch nicht haltbar ist jedoch, dass der Aufstand Barcelonas eine katalanisch-nationalistische Erhebung gewesen sei, als die er heute vielfach dargestellt wird. Ein einziges Quellenzitat muss in diesem Zusammenhang genügen: In den letzten Tagen des Abwehrkampfes wurden die Bewohner Barcelonas von den Behörden aufgefordert „für ihre Ehre, für das Vaterland *und für die Freiheit von ganz Spanien*" zu kämpfen.[41] Eine ‚nationale Erhebung' sieht anders aus. Hier haben wir es ganz offensichtlich – wie so oft (wir Tiroler kennen uns da auch aus!) – mit einer „mythischen Konstruktion einer legendären Vergangenheit" zu tun.[42] Doch als Historiker haben wir diese zu dekonstruieren.

39 Zit. n. Henry Kamen, España y Cataluña. Historia de una pasión, Madrid ^{2}2017, S. 155.

40 Zit. n. Canal, Con permiso, S. 359; vgl. dazu auch sein gesamtes Kapitel „La Diada".

41 Henry Kamen, España y Cataluña, S. 142; Hervorhebung K. E. Der ausgewiesene Neuzeithistoriker und Spanienexperte hat der historischen Realität von 1714 in Barcelona und der Legendenbildung in der katalanischen Historiographie ein längeres Kapitel gewidmet: „El Mito de 1714", S. 131–167.

42 José Álvarez Junco, The Formation of Spanish Identity, in: *History and Memory*, vol. 14, n° 1/2, Fall 2002, zit. n. Kamen, España y Cataluña, S. 131.

Nun, dieser 11. September ist natürlich immer etwas, das gefeiert wird, und in diesem Jahr sind wieder Massen auf der Straße: 2 Millionen sollen es den Veranstaltern nach gewesen sein – andere Quellen sprechen von weniger als 500.000. Carme Forcadell von der *Assemblea Nacional Catalana* fordert: „Wir sind ein Volk und hier und jetzt gemeinsam setzen wir die Abstimmung an. Regierung, Parlament, Präsident: Stellen sie die Urnen auf.“ Noch deutlicher wird Muriel Casals von *Omnium Cultural*: „Das *Parlament* hat eine Souveränitätserklärung verabschiedet, gehen wir's an! Die Stimme des Volkes steht über dem, was ein paar Richter am Verfassungsgerichtshof meinen.“ Die selbsternannte „Stimme des Volkes“ also steht über dem Gesetz, der staatlichen Ordnung und den Höchstgerichten. Das nenne ich Nationalpopulismus.

Das *Parlament* in Barcelona setzt nun tatsächlich eine Volksbefragung an, die umgehend vom Verfassungsgerichtshof untersagt wird. Mas will sie dennoch durchführen – mit institutionellen Mitteln, aber mit Unterstützung von freiwilligen Bürgergruppen. Die Beteiligung an der Umfrage lag unter 40 %, im Moment schien es, als hätte der Separatismus seinen Schwung verloren. Das Ergebnis dieser Befragung war, dass Mas und andere 2017 zur Rückzahlung von mehreren Millionen Euro verurteilt wurden, weil sie bei dieser Aktion öffentliche Gelder veruntreut hatten.

Jetzt kommen wir zu den Jahren 2015 bis 2017. Im September 2015 gibt es wieder Wahlen in Katalonien und diese sollten plebiszitären Charakter bekommen. Deshalb wollen wir uns nun die Ergebnisse ausführlicher ansehen. Die Tabelle zeigt die Ergebnisse all jener Parteien, die auch Sitze erringen konnten.[43]

Wahlen zum katalanischen *Parlament* (27. September 2015)				
Partei	**Stimmen**	**% an Stimmen**	**Sitze**	**% an Sitzen**
Junts pel Sí (JxS)	1 628 714	39.6 %	62	45.9 %
Ciudadanos (C's)	736 364	17.9 %	25	18.5 %
Partido de los Socialistas de Cataluña (PSC)	523 283	12.7 %	16	11.9 %
Catalunya Sí que es Pot (CSQP)	367 613	8.9 %	11	8.2 %
Partido Popular (PP)	349 193	8.5 %	11	8.2 %
Candidatura de Unidad Popular (CUP)	337 794	8.2 %	10	7.4 %
Wahlbeteiligung 75%				

Junts pel Sí („Gemeinsam für das Ja“) war ein Wahlbündnis zwischen der *Esquerra Republicana* und der *Convergència i Unió* – ohne *Unió* wohlgemerkt, da sich die *Unió Democràtica* von der Pujol- und jetzt Mas'schen *Convergència* getrennt hatte. (Die UDC konnte bei diesen Wahlen keinen Sitz mehr erringen.) Gemeinsam mit der *CUP* erreichen sie 1 966.508 Stimmen und mit 72 Sitzen die absolute Mehrheit. Die bürgerlichen

43 Diario Oficial de la Generalidad de Cataluña no. 6992, 6. 11. 2015, zit. n. https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_al_Parlamento_de_Cataluña_de_2015 (abgerufen 8.5.2019).

Ciudadanos erringen überraschend, noch vor den Sozialisten, den zweiten Platz und die vier künftigen Oppositionsparteien kommen gemeinsam auf 1 976.453 Stimmen. Das sind also knapp 10.000 Stimmen mehr als die Separatisten. Doch auf Grund der Wahlarithmetik bekommen sie weniger Sitze. Das Phänomen ist bekannt.

Die erste Verwerfung zwischen *Junts pel Sí* und der *CUP* zeigte sich bei der Kür des *President*. Die marxistische Anti-System-Partei unterstützt Mas nicht mehr, er wird – so ein besonders sympathischer Abgeordneter der *CUP* – „in den Papierkorb der Geschichte" befördert.[44] Nun schlägt die Stunde von Carles Puigdemont.

Puigdemont hat Philologie studiert, aber nicht abgeschlossen, und dann lange als Journalist gearbeitet. Er war eines der Gründungsmitglieder der Jugendbewegung von Pujols Partei in Gerona, stieg in die Politik ein, war u. a. Bürgermeister von Gerona und von 2006 bis 2015 Abgeordneter der *CiU*. Er hat von jeher die Unabhängigkeit Kataloniens auch einfach gelebt: In einem kürzlich erschienenen Werk von zwei Journalisten werden einige bezeichnende Anekdoten über ihn berichtet.[45] Manchmal wird in solch einschlägigen Geschichten auch die Mentalität des Betreffenden besser deutlich, auch wenn man das natürlich als *gossip* abtun kann. Also nur ganz kurz:

Auf spanischen Trödelmärkten kann man zum Scherz alle möglichen Fake-Personalausweise erstehen. Puigdemont soll sich einen Spaß daraus gemacht haben, mit so einem falschen katalanischen Identitätsausweis in Hotels in Europa einzuchecken. Bei Autobahn-Mautstationen fuhr er immer durch das Tor mit der katalanischen Aufschrift *peatge,* nie unter der spanischen Maut durch – „Falls sie uns zählen" … Und wenn er von Barcelona nach Madrid musste, hat er nie den kurzen Inlandsflug gewählt, sondern ist immer – sagen wir – über Brüssel geflogen, auch wenn das teurer war. Denn so konnte er in Madrid durch den ‚internationalen' Eingang einreisen.

Bleiben wir für einen Moment in Madrid – wir müssen jetzt wieder das große Ganze in den Blick nehmen. Im Dezember 2015 gibt es auch Wahlen zum Madrider Parlament. Schon im Jahr zuvor war bei den Europawahlen deutlich geworden, dass das spanische Zweiparteiensystem (*PSOE – Partido Popular*) nicht mehr halten und beide Parteien jeweils Konkurrenz bekommen würden. Das Königshaus – eine wichtige Instanz im institutionellen Gefüge – hatte einen massiven Prestigeverlust erlitten, König Juan Carlos im Juni zugunsten seines Sohnes Felipe abgedankt. Bei Wahlen in Madrid und Barcelona hatten neue Bürgerlisten überraschende Erfolge erzielt. Der *Partido Popular* bleibt 2015 zwar stimmenstärkste Partei in den *Cortes*, fällt jedoch von 186 auf 123 Sitze und verliert die absolute Mehrheit. Die linke *Podemos* (die „Erben" der *indignados*) und die liberalen *Ciudadanos* ziehen mit beträchtlichen Kräften erstmals ins Hohe Haus ein. Es gelingt Rajoy nicht, eine Regierung zu bilden. Neuwahlen im Juni bringen kaum Kräfteveränderungen, erst Ende Oktober 2016 kann Rajoy dank der Stimmenthaltung der Sozialisten eine neue Regierung durchbringen. Das heißt, Madrid war gelähmt, 300 Tage Provisorium in Madrid, das war natürlich ein Aufwind für all jene Kräfte in Katalonien, die ohnehin von Spanien nichts mehr wissen wollten.

44 Zit. n. Canal, Con permiso, S. 209.

45 Jordi Grau Ramió / Andreu Mas, Puigdemont, el president @KRLS, Barcelona 2016, zit. n. ebd., S. 212.

In Barcelona steht die *Generalitat* unter ständigem Druck der *CUP*, deren zehn Stimmen die Mehrheit sichern. Die Regierung Puigdemont setzt schließlich eine Volksabstimmung für den ersten Oktober 2017 an, und dies, obwohl die eigenen Parlamentsjuristen, lokale, regionale, staatliche und europäische Stimmen auf die Illegalität, die Verfassungswidrigkeit und auf den undemokratischen Charakter verweisen.[46]

Im Sommer 2017 verabschieden die separatistischen Parteien mit ihrer Mehrheit nun verschiedene Regelwerke:[47] Eine Umgestaltung der Geschäftsordnung des *Parlaments* wird vom Verfassungsgerichtshof umgehend ausgesetzt. Ein Gesetz über die juristische Überleitung und Gründung der katalanischen Republik wird beschlossen. Es wird ernst. Ein Referendumsgesetz schließlich legt fest, dass das Ergebnis der Volksabstimmung auf jeden Fall sofort bindend sei, die Höhe der Wahlbeteiligung dabei unerheblich. Das heißt, es gibt kein Quorum. Also, egal wie viele Personen zur Abstimmung gehen: Die Mehrheit entscheidet. Das stand auch allen Empfehlungen der sogenannten Venedig-Kommission diametral entgegen, einer beratenden Kommission der Europäischen Union, die Staaten verfassungsrechtlich berät (ursprünglich für die jungen Demokratien in Osteuropa eingerichtet). Die beiden Gesetze wurden mit einem Geschäftsordnungstrick im Schnellverfahren durchgebracht. Es war „eine Verletzung der spanischen und katalanischen Gesetze und ein Angriff auf die Rechte der Opposition“.[48] Die Abstimmung ging eindeutig aus, die gesamte Opposition hatte vor dem Votum den Saal verlassen. Die beiden Gesetze wurden vom Verfassungsgericht umgehend aufgehoben.

Ich war an der Universität Innsbruck 25 Jahre in der Fakultätsversammlung, also wenn Sie so wollen, ein „kleiner Parlamentarier“ und etliche Jahre Sprecher der Minderheiten-Fraktion des sogenannten Mittelbaus.[49] Meine Erfahrung war, sie können in parlamentarischen Prozessen alles machen, so lange Sie sich an die Regeln halten. Wenn Sie sauber argumentieren, wenn Sie Ihre Verbündeten suchen, dann haben Sie meistens Erfolg. Aber was Sie auf keinen Fall tun dürfen, ist zu glauben, sie könnten Geschäftsordnungstricks anwenden und damit irgendwie durchzukommen. Vertrauen ist der Kitt der Gesellschaft.

Lassen Sie mich hier nur noch aus einem einschlägigen Kommentar der *La Vanguardia*, einer gestandenen konservativen katalanischen Tageszeitung, zitieren:

> „Dieser Vorfall im Parlament hat jene katalanische Institution beschädigt, die seit der Rückkehr von Josep Tarradellas [aus dem Exil] 1977 Quelle der Macht war. Er hat die Hälfte der katalanischen Gesellschaft moralisch verletzt. Er hat dem Ansehen des Landes geschadet und dem Souveränitätsstreben selbst moralische Kraft geraubt. Einige grundlegende Dinge haben sich diese Woche geändert.“ [50]

Am 1. Oktober 2017 fand die Volksabstimmung statt. Die Frage war: „Wollen Sie, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Form einer Republik ist?“ Die Wahlbeteiligung lag bei 43 %. Es gab keine Wahllisten, keine Überprüfung, ob jemand wahlberechtigt war, keine Sicherheit, ob jemand nicht mehrfach Stimmzettel abgab. 90 % Pro-Stimmen stan-

46 Canal, Con permiso, S. 214–218.
47 Ebd., S. 226–233.
48 Ebd., S. 231.
49 Universitätsassistenten und -dozenten ohne Professorenstatus.
50 *La Vanguardia*, 11. 9. 2017, zit. n. Canal, Con permiso, S. 233.

den 7,5 % Contra-Stimmen gegenüber, 2 % hatten weiß abgestimmt. Damit war klar, dass die sofortige Unabhängigkeitserklärung erfolgen sollte.

Im Vorfeld und im Gefolge dieser Ereignisse gab es auch aus Europa deutliche Stimmen, dass ein unabhängiges Katalonien außerhalb der Europäischen Union stehe. Nach der Abstimmung sprechen selbst Angela Merkel und Emmanuel Macron mit Rajoy und machen das auch öffentlich.

Ganz abgesehen davon, dass diese Politik die katalanische Gesellschaft in ihren Tiefen gespalten und Angst, Stress und Depressionen bei den Menschen verursacht hat, war ein weiterer Effekt die gravierende Schädigung der Wirtschaft: Große Unternehmen wie *Caixabank, Banco Sabadell* oder etwa *Gas natural* verlegten ihre Firmensitze aus der Region weg. Von den Firmen, die im spanischen Börsenindex IBEX gelistet sind, zogen alle bis auf eine ab, d. h. Katalonien gingen gewaltige Summen an Steuern verloren. Es gab einen starken Rückgang bei Investitionen, und wenn man sich die Wirtschaftsdaten 2019 anschaut, hat Katalonien tatsächlich auch nicht so schnell aufgeholt wie andere Regionen.

Um zum Schluss zu kommen: Am 10. Oktober 2017 schließlich erklärt Puigdemont die Unabhängigkeit, nur um acht Sekunden später zu sagen: Aber wir warten noch. Diese Szene ist auch um die Welt gegangen. Sie warteten bis zum 27. Oktober. An diesem Tag erzwingen Puigdemont und die Separatisten im *Parlament* eine geheime Abstimmung und erklären nun die Unabhängigkeit Kataloniens. Der spanische Senat, der laut Verfassung ein Durchgriffsrecht hat, wenn eine der Regionen die Verfassung oder andere Gesetze verletzt, aktiviert noch am selben Tag diesen Artikel 155. Rajoy setzt die katalanische Regierung ab, ebenso den Chef der autonomen Polizei, löst das *Parlament* auf und kündigt Neuwahlen für den Dezember an. Am 3. November werden acht führende separatistische Politiker in Untersuchungshaft genommen, die Führer von *Omnium Cultural* und der *Assemblea Nacional* waren schon zuvor verhaftet worden.

Und jetzt noch ganz kurz ein paar Impressionen, wie es weitergegangen ist und weitergehen könnte.

Ich fange an mit der Reaktion eines Künstlers, eines politischen Theatermachers, dem Gründer von *Els Joglars*, einer international bekannten Theatertruppe. Albert Boadella, ein überzeugter Katalane, der wegen seiner politischen Stücke im Gefängnis saß, hat die Republik Tabarnia ausgerufen, unter dem Schlagwort „Tabarnia is not Catalonia"! Was steckt dahinter? Die Katalanen sind unter anderem mit dem Schlagwort in die Welt hinausgegangen: „Katalonia is not Spain". Was meint Boadella nun? Schauen wir uns die Provinzen Tarragona und Barcelona an, und dann die beiden anderen katalanischen Provinzen Lleida und Gerona, dann wird auch seine Kreation ***TaBar***nia klar:

TARRAGONA – **BAR**CELONA	VS.	LLEIDA – GERONA
1/6 der Fläche Kataloniens		5/6 der Fläche
6 Mio. Einwohner		1,5 Mio. Einwohner
60 % Spanisch Sprechende		70 % Katalanisch Sprechende
41 % separatistische Stimmen		78 % separatistische Stimmen
BIP pro Kopf: € 28.600		BIP pro Kopf: € 22.000

Das Bild ist klar: ‚Tabarnia' macht nur ein Sechstel der Fläche der Region aus, aber hier leben vier Mal so viele Menschen wie dort, in Lleida und Gerona. Hier sind die Spanisch

Sprechenden in der Überzahl, dort die Katalanisch Sprechenden. Hier haben nur 41 % für den Separatismus gestimmt, dort fast vier Fünftel. Nehmen wir nun den rechtsfreien Raum, in den uns Puigdemont und die Seinen geführt haben, dann ist es natürlich ein treffendes Argument, ihr spaltet euch von Spanien ab, wir spalten uns von Katalonien ab, irgendwann sind wir dann bei den griechischen Stadtstaaten.

Auch das Argument, Spanien beraube Katalonien, das in der separatistischen Propaganda eine Rolle spielt, stimmt nur bedingt, und ich glaube, ich muss im föderalistischen Deutschland nicht erklären, dass es Bundesländer gibt, die mehr in die Kasse einzahlen als andere. Und dass das zur Solidarität in einem Staatswesen gehört. Boadella macht die Rechnung auch für Tabarnia auf: Wir zahlen 22,4 Mrd. an *Generalitat* und bekommen nur 17,9 Mrd. zurück, also uns passiert dasselbe wie Katalonien gegenüber Spanien.

Jetzt kommt noch die Wahlarithmetik dazu: Das ist jetzt nicht spezifisch spanisch, je nach Wahlbezirk, das wissen Sie, brauchen Sie unterschiedlich viele Stimmen, um ein Mandat zu bekommen. In Barcelona braucht man 2,3mal so viele Stimmen wie in Lleida und 1,6mal so viele wie in Gerona für ein Abgeordnetenmandat. Das heißt, Lleida und Gerona sind massiv übergewichtet.

Das ist jetzt sozusagen die Antwort eines Komikers auf diese Situation, die aber durchaus ihre kritische Schärfe hat. Aber es gibt natürlich auch eine viel ernstere Reaktion und zwar die des spanischen Staates. Die verantwortlichen Politiker und Führer der zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen nun, 2019, vor Gericht. Einige konnten sich ins Ausland absetzen, in die Schweiz, nach Belgien. Und Puigdemont war ja kurzfristig in Deutschland. Da gab es eine sehr interessante Entwicklung: Spanien hatte einen sogenannten „Europäischen Haftbefehl“ erlassen, der ein rasches Verfahren ermöglichen soll. Der Staat, der um Auslieferung gebeten wird, prüft, ob das Vergehen auch nach seiner Judikatur strafbar wäre. Jetzt sagt das spanische Strafrecht: „Rebellion begeht, wer sich gewaltsam und öffentlich erhebt, […] um die Unabhängigkeit eines Teils des Staatsgebiets zu erklären“. Das Landgericht Schleswig-Holstein hatte also zu entscheiden, ob nach deutscher Rechtsprechung Gewalt im Spiel war. In der Bundesrepublik gibt es einen entsprechenden Paragraphen zum Hochverrat, in dem Gewalt ebenfalls eine Rolle spielt. Das deutsche Gericht hatte nun also deutsches Recht anzuwenden, doch da gibt es bezüglich der Verantwortlichkeit bei einer Gewaltanwendung bei einer Massenveranstaltung einen Präzedenzfall: Der Veranstalter einer Demonstration wurde freigesprochen mit der Begründung (ich vereinfache hier sicher), der Organisator einer Kundgebung sei nicht für alles verantwortlich zu machen, was im Zuge dieser Veranstaltung vorgefallen sei. Dieses Prinzip war in diesem Fall auch anzuwenden und Puigdemont konnte folglich nicht wegen Rebellion ausgeliefert werden. Aber, und das fällt auch oft unter den Tisch, das deutsche Gericht hätte ihn wegen eines anderen, im Ersuchen angeführten Delikts – Veruntreuung öffentlicher Gelder – an die spanische Justiz übergeben können. Der Madrider Untersuchungsrichter hat dann allerdings das Auslieferungsbegehren zurückgezogen, da er nicht alle anderen wegen Rebellion anklagen wollte – die mit einer Höchststrafe von 25 Jahren bedroht ist – und Herrn Puigdemont nur wegen Veruntreuung.

Im Moment läuft in Madrid der Strafprozess gegen neun Angeklagte, in Barcelona gibt es ein Verfahren gegen 30 Personen, das aber nicht so viel Aufsehen erregt. Das Hauptverfahren wird im Fernsehen übertragen. Ich wüsste nicht, dass in Spanien Prozesse normalerweise ausgestrahlt werden. In Österreich ist das undenkbar, in den USA auch.

Die Spanier haben sich wohl dazu entschlossen, damit wirklich alle sich ein Bild machen können, auch von der Art der Prozessführung und den manchmal höchst diffizilen juristischen Fragen.

In diesem Prozess hat der Chef der katalanischen Polizei, Major Trapero, der von Rajoy abgesetzt worden ist, ausgesagt. Dass sich dieser auch selber schützen will, ist klar, aber seine Darstellung hat ein neues Element in diese Frage gebracht: Am 27. September 2017, vier Tage vor der Abstimmung, habe er Puigdemont, die Parlamentspräsidentin und den Regionalminister für Inneres davon informiert, dass die Autonome Polizei davon ausgehe, dass es am 1. Oktober zu Gewalttaten, zu Auseinandersetzungen kommen werde. Der Regionalminister habe gemeint, die Polizei solle einfach ihre Pflicht erfüllen, und Puigdemont soll gesagt haben: „Wenn es zu einem schweren Gewaltakt kommt, dann werde ich die Unabhängigkeit sofort ausrufen." Jetzt ist die Frage, wie das ein Richter bewertet. Ob da ein Vorsatz zu erkennen ist, eine Pflichtverletzung oder bloß eine Fahrlässigkeit. Im Moment muss die Frage offenbleiben.

Schlussendlich wird es eine politische Lösung brauchen und es gibt zwei für mich hoffnungsvolle Entwicklungen.

Auf der einen Seite hat dieses Jahr, 2019, die Partei von Pedro Sánchez in den *Cortes*-Wahlen vom April die Mehrheit errungen. Von ihm ist auch eine aktive, vernünftige und dialogische Politik zu erwarten, meines Erachtens eine deeskalierende Entwicklung. Die Situation hat sich vor den Wahlen wieder aufgeschaukelt. Die radikalen Entwicklungen in Katalonien haben auch die radikalen Kräfte im übrigen Spanien beflügelt. Sie wissen alle, die neue Partei VOX, eine extrem rechte Gruppierung, konnte 10 % der Stimmen auf sich vereinen und 24 Sitze im Madrider Parlament erringen. Das Erstarken dieser extremen Bewegung hat nun dazu geführt, dass auch andere rechte Parteien, gemeint ist hier der *Partido Popular,* vor der Wahl radikale Standpunkte vertreten, etwa, man wolle den Artikel 155 gegen Katalonien ständig anwenden. Das geht gar nicht, dass wissen auch alle, weil das nur für Ausnahmesituationen gilt. Auf der anderen Seite gibt es mit Pedro Sánchez, dem Chef der stärksten Parlamentsfraktion, einen Politiker, der verlauten ließ: „Wir können über alles reden, im Rahmen der Verfassung. Wir können auch die Verfassung ändern. Aber was man nicht machen kann, ist eben jenseits der Legalität zu agieren."

Eine zweite Entwicklung: Ich habe Ihnen – das war Vorgestern der spanischen Presse zu entnehmen[51] – eine brandneue Erhebung des katalanischen Zentrums für Meinungsforschung mitgebracht.

51 *El País*, 11. 5. 2019.

Da sehen Sie hier links – auf die Frage: Wollen Sie, dass Katalonien ein unabhängiger Staat wird? –, dass sich zum ersten Mal seit dem Sommer 2017 das Verhältnis zwischen Pro- und Contra-Stimmen umgedreht hat und die Nein-Stimmen leicht überwiegen. Ähnlich auch in der rechten Grafik: Soll Katalonien ein unabhängiger Staat sein? bekommt nur mehr 35 % Zustimmung, andere Optionen – ein Staat in einem föderalen Spanien, eine autonome Region oder gar nur eine Region Spaniens – kommen zusammengenommen auf fast zwei Drittel.

Und ja, es gibt auch sie: Sie erinnern sich an das Eingangsfoto von den Balkonen in Barcelona? Jene im zweiten Stock, die sich als Spanier *und* als Katalanen sehen? In dieser Umfrage machen sie die allergrößte Gruppe aus.

Nachtrag:

Einige Bemerkungen nach dem Abschluss des Strafprozesses gegen die zentralen Akteure

Am 14. Oktober 2019 wurden in Madrid die Urteile gegen die Haupttäter gesprochen. Die Angeklagten wurden zwar nicht wegen Rebellion, wohl aber wegen Aufruhrs,[52] einige auch wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder, zu Gefängnisstrafen zwischen 9 und 13 Jahren verurteilt.[53]

Das Thema wurde auch in der österreichischen Presse kontrovers ausgetragen: Die *Salzburger Nachrichten* brachten auf der Titelseite die Nachricht „Die Katalanen marschieren ‚für die Freiheit'" sowie einen Leitartikel mit dem irreführenden Untertitel „Rebellion ist es, wenn Leute ihre Rechte fordern". Eine Seite im Blattinneren wurde einem Interview mit einem Mitglied der *Generalitat* gewidmet.[54] In der *Tiroler Tageszeitung* konnte etwas später gar ein katalanischer „Außenminister" die These vertreten, „Führungspersönlichkeiten" seien inhaftiert worden, „weil sie eine Abstimmung organisiert haben".[55] Am selben Tag war im *Standard* ein „Kommentar der anderen" zu finden, in welchem der spanische Ministerpräsident in mehreren Punkten zur „katalanischen Herausforderung" Stellung bezieht und versicherte, er „werde es nicht zulassen, dass es zu einem weitern, von falschen Narrativen geschürten […] extremen Ausbruch des Nationalismus kommt, der den Erfolg der spanischen Demokratie untergräbt".[56]

Diese Debatte hat mich dazu veranlasst, nach Rücksprache mit der zuständigen Redakteurin des *Standard* einen Kommentar zu verfassen, der dann jedoch nicht erschienen ist. Da er aber auch explizit auf das im Vortragsthema angesprochenes Dreieck Barcelona – Madrid – Brüssel abstellt, soll er hier wiedergegeben werden.

Katalonien hat etwas Besseres verdient

Nach der Veröffentlichung des Urteils gegen Führer der Unabhängigkeitsbewegung intensivierte sich die Auseinandersetzung um die öffentliche Meinung. Der katalanische

52 Artikel 544 des *Codigo penal*: „[…] wer sich öffentlich und aufrührerisch erhebt, um mit Gewalt oder außerhalb des gesetzlichen Rahmens […] die Anwendung der Gesetze […] oder die Umsetzung von Gerichtsentscheidungen zu verhindern […]."

53 Tribunal Supremo, Sala de lo penal, Sentencia núm. 459/2019, 14 de octubre 2019 (493 Seiten).

54 *Salzburger Nachrichten*, 17. 10. 2019. Titelseite: Aufmacher (mit Bild) „Die Katalanen marschieren ‚für die Freiheit'" sowie Leitartikel „Katalonien wird auf Dauer zu einem Konflikt. Rebellion ist es, wenn Leute ihre Rechte fordern. Gefängnis gibt es für Führer, die eine Wahl wollen. Das soll Europa sein?" Interview auf Seite 6.

55 *Tiroler Tageszeitung*, 7. 11. 2019, S. 9.

56 Pedro Sánchez, Die Katalanische Herausforderung, „Kommentar der anderen", 7. 11. 2019. www.derstandard.at/story/2000110763288/die-katalanische-Herausforderung.

Landesrat für Außenbeziehungen gab Interviews, u. a. in den Salzburger Nachrichten und der Tiroler Tageszeitung, und das Internet ist voll mit Aussagen katalanischer Separatisten. Der spanische Premier Pedro Sánchez stellte seine Überlegungen im Standard vor. Vor dem Hintergrund politischer Aussagen ist ein Fact-Check vielleicht sinnvoll.

Die katalanische Regierung, die für das Unabhängigkeitsreferendum 2017 verantwortlich war, verfügte zwar im katalanischen Parlament über die absolute Mehrheit an Sitzen, hatte aber bei den Wahlen 2015 keine Stimmenmehrheit erreichen können. Eine denkbar ungünstige Ausgangslage, um für eine Mehrheit des Volkes zu sprechen und eine Volksabstimmung über eine so umstrittene Frage anzusetzen. Sie wurde noch viel schwieriger, als der spanische Verfassungsgerichtshof und das Katalanische Obergericht die Abstimmung verboten, da diese gegen die spanische Verfassung und das katalanische Autonomiestatut verstießen. Mit Geschäftsordnungstricks wurde das Referendumsgesetz beschlossen, obwohl auch die Juristen des *Parlaments* davor warnten. „Warum sollten sie denn das nicht dürfen? Die Schotten haben das doch auch gemacht." Der Unterschied ist, dass das Referendum in Großbritannien zuvor zwischen Edinburgh und London vereinbart worden war. „Warum sollten sie das denn nicht dürfen?" Fragen Sie die Südtiroler, die Korsen, die Flamen: Der Souverän, der diese Entscheidung trifft, ist in demokratischen Rechtsordnungen durch die Verfassung bestimmt – nach der spanischen eben das Staatsvolk in seiner Gesamtheit, nicht eine noch so aktive Minderheit.

„100 Jahre Gefängnis, weil sie wählen wollten", geistert ebenfalls durch das Netz. Das Urteil sagt etwas ganz anderes: Niemand stand vor Gericht, weil er Urnen aufgestellt hatte und wählen wollte. Die neun Angeklagten wurden verurteilt, weil sie durch ihre Aktionen wiederholt der gesamten Öffentlichkeit vor Augen geführt hatten, dass Justiz und Polizei nicht mehr in der Lage waren, die Gerichtsentscheidungen auch zu vollziehen. Kein Rechtsstaat kann hier wegsehen. Erschwerend kam hinzu, dass es sich um „Amtspersonen" handelte. Von der Veruntreuung öffentlicher Gelder ganz zu schweigen.

Also, Politiker in Haft oder politische Gefangene? Letzteres kann man natürlich vertreten, selbst während des Gerichtsverfahrens: Als einer der Angeklagten jenes gelbe Band trug, das symbolisch ihre Freilassung als politische Gefangene verlangt, ließ der Richter dies ausdrücklich als Meinungsäußerung zu. Amnesty International hingegen sah sie nicht als Gewissensgefangene, da sie wegen eines Straftatbestandes angeklagt waren. Diese Einschätzung – es handelt sich nicht um politische Gefangene – entspricht im Übrigen auch den Kriterien des Europarates.

Und dann die Geschichte mit Europa: „Wer will denn sieben Millionen Katalanen aus Europa werfen?" ist immer wieder aus Barcelona zu hören. Niemand. Doch die Frage ist ganz anders zu stellen: Kämen sie wieder hinein?

Ein unabhängiges Katalonien wäre „ein neuer Staat in Europa", wie das Motto der Demonstrationen 2012 lautete. Ein neues Völkerrechtssubjekt also, das zunächst von anderen Staaten anerkannt werden und dann um Aufnahme in die Europäische Union ansuchen müsste. Und dann müssten *alle* Mitgliedsländer dafür stimmen (der Brexit zeigt, dass überragende ökonomische Interessen kein Argument sein müssen!). Wie würde Spanien reagieren? Angesichts historischer Separatistenbewegungen im Baskenland und anderswo? Wie Frankreich, das schon 2016 mit Blick auf die katalanische Bevölkerung nördlich der Pyrenäen offiziell protestiert hat, dass in Barcelona Resolutionen verabschiedet werden, die gegen die französische Souveränität verstießen? Und Italien? Belgien?

Und wie eine Regierung, an der dann europaskeptische oder europafeindliche Parteien beteiligt sind, die nur darauf warten, die EU zu schwächen?

Laut den letzten Erhebungen des katalanischen Meinungsforschungszentrums sind 34,5 % für einen unabhängigen Staat, 24,5 % für eine föderalistische Lösung und 27 % für den Status quo. Die Politik der letzten Jahre hat die Spannungen innerhalb der katalanischen Gesellschaft verschärft, die Gräben innerhalb Spaniens vertieft (die massiven Wahlerfolge von VOX sind nicht zuletzt eine Reaktion auf die Vorgänge in Katalonien), das Vertrauen in die Institutionen unterhöhlt und dem Land – Katalonien *und* Spanien – massiv geschadet.

Die Politik einer kontinuierlichen Funkstille der Regierung Rajoy (2011–2018) hat das Ihre dazu beigetragen. Gut informierte Kreise – u. a. der renommierte ehemalige Richter Balthasar Garzon – sehen in der Politik Madrids wie Barcelonas nicht zuletzt den Versuch, von massiver Korruption hier wie dort abzulenken. Bleibt zu hoffen, dass eine neue spanische Regierung gemeinsam mit vernünftigen Partnern in Katalonien einen Weg aus dieser Misere findet.

Verwendete Literatur

Nur wörtliche Zitate sowie verwendete Zeitungsartikel werden eigens mit Fußnoten ausgewiesen.

Bernecker, Walther L., Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München 2018.

Bernecker, Walther L., Zwischen „Nation“ und „Nationalität“: das Baskenland und Katalonien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36–37/2010, 6. September 2010, S. 14–20.

Boadilla, Albert, ¡Viva Tabarnia! Barcelona 2018.

Canal, Jordi, Con permiso de Kafka. El proceso independista en Cataluña, Barcelona 2018.

Centre d’Estudis d’Opinió, Baròmetre d’Opinió Política, [Juni] 2011, Dossiers de Premsa. https://upceo.ceo.gencat.cat/wsceop/3648/Dossier%20de%20premsa%20-652.pdf, abgerufen 16. 6. 2022.

Collado Seidel, Carlos, Kleine Geschichte Kataloniens, München 2018.

Diario Oficial de la Generalidad de Cataluña no. 6992, 6. 11. 2015, zit. n. https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_al_Parlamento_de_Cataluña_de_2015, abgerufen 8. 5. 2019.

Glaser, Moritz, Katalonien: Region oder Nation? Der Souveränitätskonflikt in Spanien seit 1975, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe 15 (2018), H. 1. (Druckausgabe S. 115–127). https://zeithistorische-forschungen.de/1-2018/id=5562 abgerufen 10. 3. 2019.

Gratius, Susanne / Lang, Kai-Olaf, Das katalanische Labyrinth. Unabhängigkeit oder Verfassungsreform? Stiftung Wissenschaft und Politik, *SWP-Aktuell* 5/2015, S. 1–8.

Grau Ramió, Jordi / Mas Andreu, Puigdemont, el president @KRLS, Barcelona 2016.

Haubrich, Walter, „Besser als gestern, schlechter als morgen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36–37/2010, 6. September 2010, S. 3–6.

Juliá Santos, Transición. Historia de una política española (1937–2017), Barcelona 2017.

Kamen, Henry, España y Cataluña. Historia de una pasión, Madrid ^{2}2017.

Köhler, Holm-Detlev, Spanien in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36–37/2010, 6. September 2010, S. 7–13.

Kraus, Peter A., Katalonien im demokratischen Spanien, in: Bernecker Walther L. / Eßer Torsten / Kraus Peter A. (Hrsg.), Eine kleine Geschichte Kataloniens, Frankfurt am Main 2016, S. 149–247.

Pastor, Carles, [Interview mit] Miquel Roca Junyent, in: *El País*, Memoria de la Transición 12 (fasciculo 1995): Soledad Gallego-Díaz / Bonifacio de la Cuadra: La Constitución. La herramienta política de la negociación convirtió en 15 meses la desconfianza en consenso, S. 214–218.

Pi i Bofarull, Jaume [Pseudonym], Catalunya para marcianos. Tópicos, falacias y ensoñaciones del nacionalismo independentista, Barcelona 2018.

Tamames, Ramón, Introducción a la Constitución española (Texto y comentarios), Madrid 1982.

Klaus Eisterer

„Die Geschichte der europäischen Integration zeigt, dass Menschen lernfähig sind.“

Michael Gehler: *Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft und Ihrem Elternhaus berichten?*

Klaus Eisterer: Meine Eltern waren Lehrer mit Leib und Seele. Meine Mutter hat an der Stella Matutina in Feldkirch Englisch unterrichtet und mein Vater war neben seiner Tätigkeit als Professor dort in der Erwachsenenbildung tätig. Er engagierte sich rund dreißig Jahre lang als Leiter des katholischen Bildungswerks in Vorarlberg. Dadurch hatte die ganze Familie Bezug zum sogenannten lebenslangen Lernen und wusste vor allem auch um die Bedeutung von im Dialog erarbeiteten ethisch fundierten Haltungen. Der Ort, Feldkirch, im Vierländereck Schweiz, Liechtenstein, Deutschland und Österreich, hat mich geprägt. Es gab damals drei Währungen in dieser Region. Dies habe ich schon sehr früh verstanden, da meine Tante einen Souvenirladen hatte, in dem mit Schilling, D-Mark und Schweizer Franken bezahlt werden konnte. Also der berühmte Blick über den Tellerrand …

Michael Gehler: *Hatten Sie prägende Lehrer in Ihrer Schulzeit?*

Klaus Eisterer: Es gab einen Geschichtslehrer, Gebhard Jäger, der in meinem Maturajahrgang 1974 den Bürgerkrieg Österreichs von 1934 thematisiert hat. Das war für die damaligen Verhältnisse revolutionär. Erst 1983 übernahm Rolf Steininger den Lehrstuhl für Zeitgeschichte in Innsbruck, sodass es davor keine zeitgeschichtlich ausgerichtete Lehrerausbildung in ganz Westösterreich gab. 1982 habe ich meine Lehramtsprüfung für Geschichte abgelegt, und es gab dabei eine einzige Frage zur Zeitgeschichte, nämlich: „Skandinavische Verfassungssysteme in der Zwischenkriegszeit“!

Ein weiterer prägender Lehrer war mein Latein- und Deutschlehrer, Dr. Adalbert Brüstle. Dieser hatte ein großes Wissen und Engagement. Er führte „Klassifikationsprüfungen“ über den gesamten Semesterstoff durch, die ähnliche Themen behandelten wie später an der Universität und auch einen ähnlichen Umfang hatten; eine exzellente Vorbereitung also. Im Gymnasium Feldkirch gab es damals allerdings nur drei Parallelklassen und kleine Klassen, was ein anderes Lernniveau ermöglichte als heute.

Michael Gehler: *An der Universität Innsbruck studierten Sie Geschichte und Germanistik. Was führte Sie zu dieser Fächerwahl?*

Klaus Eisterer: Mein Vater war Professor für Geografie und Geschichte, die mich schon seit jeher fasziniert hat. Germanistik habe ich gewählt, da die Literatur ebenfalls eine wichtige Form der Auseinandersetzung mit der Welt ist. Interessant fand ich die Ideolo-

giekritik. Ich bin kein klassischer Germanist oder Philologe, denn ich sehe in der Literatur die Beschäftigung mit Weltkonzeptionen, die Kritik an der Gesellschaft und den Entwurf von Gegenpositionen.

Deborah Cuccia: *Wer sind prägende Lehrer an der Universität gewesen?*

Klaus Eisterer: Da war Johannes Erben[57], ein Linguist, der eine eigene Grammatik verfasst hatte und nach Bonn wegberufen wurde. Im Literaturbereich gab es Alfred Doppler.[58] Dieser Mann publiziert mit dreiundneunzig Jahren immer noch. Ansonsten war die Germanistik meines Erachtens in Innsbruck nicht besonders gut aufgestellt. Im Geschichtsstudium war Franz Hampl[59] herausragend, ein Althistoriker, der Generationen von Historikern geprägt hat und über den es eine bemerkenswerte Habilitationsschrift gibt.[60] Hampl hat „Geschichte als kritische Wissenschaft" verstanden und hat uns das präzise Arbeiten an Quellen und die ständige kritische Auseinandersetzung mit der Literatur beigebracht. Er war extrem anregend. Auch hier ein Beispiel aus der Lehramtsprüfung: „‚Ein Fachsimpel ist auch in seinem Fach ein Simpel'. Nehmen Sie Stellung dazu mit Beispielen aus der Alten Geschichte". In seinen zahlreichen Buchbesprechungen hat er nicht nur Inhalte referiert, sondern er hat dabei immer theoretische, ideologische oder methodische Fragen thematisiert. Somit haben seine Rezensionen nicht schnell an Aktualität und Wert verloren. Zudem hat er die Alte Geschichte nicht nur als politische Geschichte verstanden, sondern als Gesamtgeschichte, die unter anderem Kunstgeschichte, Kultur- und Mentalitätsgeschichte involviert. Er hat auch aktuelle Themen, teils tagesaktuell aus dem Morgenjournal des ORF, in seine Vorlesungen eingebaut. Dabei wurde Historie in einer Form gelehrt, die das Fach für Schülerinnen und Schüler in den Schulen attraktiv machen sollte: Aus der Geschichte – auch der sogenannten Alten Geschichte – für die Analyse heutiger Zustände und Entwicklungen lernen. Und Günther Lorenz[61] hat in diesem Fach brillant Religionsgeschichte vermittelt und in Innsbruck sehr früh die vergleichende Geschichtswissenschaft vertreten.

---

57 Johannes Erben (*1925; †2023), deutscher Germanist und Linguist, studierte in Leipzig, wo er bei Theodor Frings promovierte. 1953 folgte die Habilitation an der Humboldt-Universität Berlin, wo er ein Jahr später Professor für Deutsche Philologie wurde. 1965 verließ Erben die DDR und erhielt den Lehrstuhl für Deutsche Sprache und Literatur am Institut für Germanistik der Universität Innsbruck.

58 Alfred Doppler (*1921) ist Literaturwissenschaftler und Emeritierter Professor für Österreichische und Allgemeine Literaturwissenschaften an der Universität Innsbruck.

59 Franz Hampl (*1921; †2000) war ein österreichischer Althistoriker. Bereits 1947 wurde er Professor für Alte Geschichte an der Universität Innsbruck und blieb in dieser Position bis zu seiner Emeritierung 1981.

60 Claudia Deglau, Der Althistoriker Franz Hampl zwischen Nationalsozialismus und Demokratie. Kontinuität und Wandel im Fach Alte Geschichte (Philippika. Altertumswissenschaftliche Abhandlungen 115), Wiesbaden 2017.

61 Günter Lorenz (*1942; †2013), Althistoriker am Institut für Alte Geschichte der Universität Innsbruck, seit 1986 außerordentlicher Professor und Leiter der Abteilung für Vergleichende Geschichte früher Kulturen.

Michael Gehler: *Haben Sie Vorbilder aus der Gesellschaft oder Politik?*

Klaus Eisterer: Ich habe in der Kreisky-Ära maturiert und studiert; Österreich wurde damals mit einem kritischen Geist durchflutet. Dadurch durchlief ich eine Entwicklung, weil ich aus einer katholischen Familie stamme. Ich kann hierbei aber keine politischen Vorbilder oder ein Idol nennen, denn ich bin stets auf der kritischen Seite gewesen. 1974–1975, nach der Matura und vor dem Studium, verbrachte ich ein Jahr in den USA an einer High School. Dies war die Zeit, in der Nixon zurücktrat und der Vietnamkrieg endete. Es war vieles in Bewegung auf der Welt und ich habe dies immer intensiv mitverfolgt.

Michael Gehler: *Was waren die Hauptgründe die Länder Frankreich und Spanien zu bearbeiten?*

Klaus Eisterer: Ich war schon immer an Sprachen interessiert und habe in Französisch maturiert. Eine Französischprofessorin hat mir 1976 einen wunderbaren Sprachkurs am Institut Catholique in Paris vermittelt. Als ich dann wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Rolf Steininger wurde und ein Dissertationsthema gesucht habe, war klar, dass ein Thema mit Bezug zu Frankreich in Frage kommt. Es gab bereits eine Dissertation über die französische Österreichpolitik nach 1945, aber noch keine über die Besatzungspolitik. Voilà! Es gab folglich einen Bedarf, diese Thematik aufzuarbeiten.

Im Sommer 1976 habe ich in Frankreich auch eine Spanierin kennengelernt, meine heutige Frau. Da ich es für unabdingbar halte, dass man sich mit der Sprache und der Kultur des Partners oder der Partnerin auseinandersetzt, habe ich ein großes Interesse an Spanien entwickelt. Etwas Spanisch hatte ich ja schon in meinem Auslandsjahr an der High School in den USA gelernt. 1978, in meinem vierten Semester als angehender Historiker, war ich das erste Mal in diesem Land. Franco war seit drei Jahren tot und das Land blühte auf. Es brodelte, es ging um die Reform der Gesellschaft, des Rechtssystems und der Verfassung. Für mich war das alles faszinierend.

Vier Jahre später, am „23-F“ (23 Februar 1981) war ich auf Besuch bei meiner Freundin in Spanien, als der ‚Tejero-Putsch‘ das Parlament lahmlegte, das staatliche Fernsehen in der Hand der Aufständischen war, in unserer Region das Kriegsrecht ausgerufen wurde, in Valencia die Panzer rollten, Zusammenrottungen von mehr als drei Personen untersagt wurden und in den Familien diskutiert wurde, welche Bücher zu verbrennen seien, ob die Haustüre wohl standhalten würde und sich die Großmutter an den 18. Juli 1936 erinnert fühlte: „Es ist wie damals. Wir brauchen Mehl, Öl …“. Welche Erleichterung, als König Juan Carlos gegen zwei Uhr früh vor dem Staatswappen in Uniform des Oberbefehlshabers der Streitkräfte über das wieder funktionierende Fernsehen verkündete, die Krone werde jedem Anschlag auf die Verfassung entgegentreten – und er offensichtlich auch die Mittel dazu hatte. Am nächsten Morgen war der Spuk vorüber.

Michael Gehler: *Erfahrungen durch die Dissertation?*

Klaus Eisterer: Durch die Dissertation hatte ich mehrere Vorträge an Pariser Universitäten, wo ich meine Ergebnisse präsentieren konnte. 1990 nahm ich an einem Mega-Kongress über Charles de Gaulle teil; das waren die dreizehn bestbezahlten Artikelseiten mei-

nes Lebens. Es gab rund eintausend Teilnehmer. Premierminister Michel Rocard begrüßte bei einem Empfang im Quai d'Orsay alle Anwesenden mit Handschlag, und plötzlich stand Schimon Peres vor mir und wir unterhielten uns. Er fragte mich, woher ich komme, ich entgegnete, dass ich Österreicher sei, daraufhin drehte sich Peres wortlos um und war weg. Zu dieser Zeit saß Kurt Waldheim als Präsident in der Hofburg. Für mich war das eine sehr interessante Erfahrung in angewandter Diplomatie …

Michael Gehler: *Sie promovierten bei Rolf Steininger in Innsbruck über Frankreichs Besatzungspolitik in Tirol. Was waren Ergebnisse, Ziele und Methoden dieser Arbeit?*

Klaus Eisterer: Ziel war es, die wichtigsten Problemfelder der französischen Besatzungspolitik und -verwaltung im ersten Jahr nach Kriegsende zu analysieren und darzustellen (im Sommer 1946 gingen sehr viele Befugnisse wieder an Österreich zurück).

Methodisch waren es Archivstudien, vornehmlich in Paris, wo ich Akten des Außenministeriums, Unterlagen der Armee in Vincennes und vor allem Bestände der Militärregierung aus Colmar einsehen konnte. Der Zugang zum Tiroler Landesarchiv war 40 Jahre nach den Ereignissen immer noch gesperrt, Sondergenehmigungen für das Staatsarchiv in Wien und das Vorarlberger Landesarchiv brachten einige Erkenntnisse, und auch in Bern fanden sich wichtige Informationen.

Insgesamt wurden vier Bereiche aufgearbeitet. Der erste war jener der Ernährung der Bevölkerung. Dabei wurde – ausgehend von der Tatsache, dass die Franzosen nicht in der Lage waren, ihre Zone ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen – dargestellt, wie mit dieser Problematik umgegangen wurde. Ein zweiter, großer Abschnitt war der Frage der sogenannten *Displaced Persons* gewidmet: In Tirol wie in Vorarlberg gehörte 1945 rund ein Viertel der anwesenden Personen nicht zur einheimischen Bevölkerung. Hier wurden die Rahmenbedingungen, die kurz- wie langfristigen Lösungsversuche – Repatriierungen, Lager – sowie politische und soziale Fragen thematisiert. Ein besonderer Aspekt, der in die internationalen Beziehungen und die Geschichte des Kalten Krieges reicht, ist die Tatsache, dass Paris ein gegenseitiges Auslieferungsabkommen mit der UdSSR geschlossen hatte (welches ich erstmalig dokumentiert habe), es aber über die konkrete Repatriierung von „Russen" und „Russinnen" – die sich manchmal selbst verstümmelten, um nicht transportfähig zu sein – zu schweren Differenzen mit den sowjetischen Repräsentanten kam.

Im dritten Teil wird die Verfolgung von Kriegsverbrechern und die Entnazifizierung im Geflecht zwischen Besatzungsbehörden und zunehmend auch den einheimischen Instanzen skizziert; skizziert deshalb, weil auch die französischen Akten der *Sûreté* und Justiz nur zu einem kleinen Teil einzusehen waren. Aber es war ein erster Versuch, für Österreich eine gesamte Zone in den Blick zu nehmen. Für die Franzosen hieß das *Épuration, Dénazification, Démocratisation* sowie *Désannexion* (von Deutschland). Auch hier gab es zonenspezifische Probleme: Tirol war Anfang Mai von den Amerikanern befreit worden, zwei Monate später wurde es Teil der französischen Zone. Die von den US-Behörden Internierten wurden übergeben, jedoch nicht die dazugehörigen Unterlagen, was für die französische Justiz bedeutete: Zurück an den Start. Die Kompetenzen zwischen den französischen und österreichischen Instanzen mussten geklärt werden, und die Reibungen waren mitunter beträchtlich. Die Franzosen haben viele Personen abgeurteilt, doch war

ein pragmatischer Ansatz unverkennbar: Hätte man alle inhaftiert, die gemäß den Vorgaben zu internieren waren, aber wirtschaftlich etwas zu sagen hatten, dann – so wurde intern wiederholt festgestellt – würde die Wirtschaft in der Besatzungszone stillstehen.

Der vierte Bereich war die Kulturpolitik. Frankreich begann sehr früh mit kulturellen Aktivitäten und installierte seine Institutionen rasch. Das 1946 eröffnete Kulturinstitut sollte die Zone mit demokratischem und modernem Gedankengut fluten. Dabei stieß man jedoch auf das Problem Andreas Hofer[62], der sich zur Zeit der napoleonischen Kriege gegen die französisch-bayrische Besatzung gewehrt hatte. Dies ist ein Heldenmythos der Tiroler, obwohl sie letztlich der französisch-bayrischen Streitkraft unterlagen; und Hofer wurde von den Franzosen füsiliert. Dieser Abwehrkampf der Tiroler gegen die Franzosen gehörte auch 1945 noch zum Tiroler Selbstbild und der französische Hochkommissar, General Béthouart, hat alles unternommen, um diesem vorhandenen Ressentiment die Spitze zu nehmen: Er gibt Publikationen in Auftrag, die thematisieren, was Tirol und Frankreich historisch verbindet, und will Tirol und Vorarlberg dem aufklärerischen und republikanischen Geist öffnen. Dabei gibt es interne Diskussionen, ob den Tirolern das Thema „Französische Revolution“ von 1789 zumutbar wäre! Auch das renommierte Europäische Kolleg (heute: Forum) Alpach, eine Initiative von Österreichern, hätte 1945 ohne die großzügige Förderung der Besatzungsmacht nicht verwirklicht werden können.

Nach meiner Dissertation habe ich noch weitere Untersuchungen zu Aspekten der Beziehungen Frankreich – Österreich publiziert, wie z. B. Frankreich und die österreichischen Kriegsgefangenen oder die französische Südtirolpolitik 1945/46.

Deborah Cuccia: *Könnten aus diesem Stand der Forschung zu Europa weitere Erkenntnisse abgeleitet werden?*

Klaus Eisterer: In diesen Arbeiten waren bilaterale Fragen zentral, es war eigentlich nie ein multilaterales Fragennetzwerk – obwohl etwa bei den Ernährungsproblemen die USA und die UNRRA mit in den Blick zu nehmen waren, bei den DPs die Flüchtlingshilfswerke, die UdSSR sowie andere europäische Länder, bei der Südtirolfrage tatsächlich die internationale Arena … Implizit spielen auch Vergleiche eine wesentliche Rolle; dabei habe ich Ansätze geleistet, doch ein systematischer umfassender Vergleich etwa zwischen den Zielen Frankreichs in seiner deutschen Besatzungszone und jenen in Österreich steht noch aus. Österreich war für die Franzosen im Unterschied von Deutschland von Anfang an ein *pays ami* – und sollte es bleiben. Allerdings schimmert hin und wieder ein doppelter Boden zwischen ‚Politik‘ und realen Gegebenheiten durch, etwa wenn General Béthouart nach einigen Monaten in Tirol erklärt, Frankreich hätte wohl ein Recht, die Österreicher als Feinde zu behandeln, und er erwarte einen Beweis des guten Willens der Einheimischen; ansonsten werde er öffentlich machen, welche Verwüstungen im französischen Jura durch *österreichische* Soldaten verursacht worden seien. Doch ein wesentliches Ziel der Politik war ja doch die *Désannexion* Österreichs von Deutschland … Ein ähnliches Dilemma der alliierten Österreich-Politik sprach später auch ein US-Repräsentant an, als bei einer Umfrage der weitaus größte Teil der Österreicher jede Mitschuld am

62 Andreas Hofer (*1767; †1810) war Anführer der Tiroler Aufstandsbewegung (1809) gegen die bayrische und französische Besatzung.

Krieg von sich gewiesen hatte. Er kam zum Ergebnis, dies sei die logische Konsequenz der Trennung von Deutschland und der bewussten Politik, ein eigenständiges österreichisches Nationalbewusstsein zu befördern. Natürlich geht es bei all diesen Themen bis zu einem gewissen Grad auch immer um die Stellung Österreichs auf der mentalen und politischen Landkarte Nachkriegseuropas.

Michael Gehler: *Wann ist Ihnen klar geworden, dass Europa ein politisches Projekt ist?*

Klaus Eisterer: Das war für mich schon immer klar. Im Vorfeld der Volksabstimmung in Österreich hat ja u. a. auch Jörg Haider dagegen polemisiert. Ich habe damals mit einer befreundeten Bergbäuerin darüber gesprochen, um ihre Ängste auszuräumen, und es war ersichtlich, dass Europa etwas ist, das nicht nur Österreich öffnet, sondern auch ein gemeinsames Projekt, das mehr bewegen kann. Eine prägende Erfahrung war für mich 1968, als ich mit meinen Eltern zum ersten Mal nach Italien an den Strand gefahren bin. Wir sind damals nachts über den Brenner gereist, ich als Zwölfjähriger, und mir sind die große Flagge Italiens und die Carabinieri mit ihren Maschinenpistolen und Schäferhunden in Erinnerung geblieben. Heute fährst du über den Brenner, und wenn du keine historischen Kenntnisse hast oder nicht sehr genau hinschaust, merkst du nicht, dass es hier eine Grenze gibt. Ich sehe Europa als ein Projekt, das Dinge wie Grenzkontrollen und Teilung in Ost und West in Luft auflösen kann. Spannungen können heute zwischen Italien und Österreich nur entstehen, wenn die FPÖ den Südtirolern österreichische Pässe übergibt oder anderen populistischen Unfug durchsetzt. In Katalonien passieren ebenfalls Prozesse, die einem europäischen Einigungsgedanken zuwiderlaufen. Eine Frage, die hierbei gestellt werden muss, ist die Frage, was die europäische Idee eigentlich ist. Meine Vorstellung dieser europäischen Idee ist, dass wir aus einem jüdisch-christlichen Abendland kommend dieses Erbe durch die Aufklärung aufgelockert haben. Wir haben vermutlich in Europa momentan einen Raum, wo so viel Freiheit, Gleichheit und Solidarität herrscht wie nie zuvor. Der Wohlstand ist breit gestreut, dennoch gibt es Armut in Europa – aber wir haben in Europa die Chance, Dinge gemeinsam anzugehen, die Einzelstaaten alleine nicht mehr in der Lage sind zu bewältigen. Es wird immer demokratisch über Konzeptionen gestritten werden, ein breiter Konsens wird nötig sein; und wahrscheinlich hat sich Europa in diesem Verbund auch teilweise übernommen. Trotzdem: Die Osterweiterung nutzte ein historisches Fenster, und jetzt müssen Dinge, die dabei herausfordernd sind, angegangen werden. Es muss überlegt werden, wie das Projekt weitergeführt werden kann.

Deborah Cuccia: *Wie würden Sie die europäische Integration erklären?*

Klaus Eisterer: Die Geschichte der europäischen Integration zeigt, dass Menschen lernfähig sind. Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus war das eine bedeutsame Frage, denn es gab ein Bewusstsein, dass Deutschland von seiner Wirtschaft und Bevölkerung her zu groß war, als dass es hätte kontrolliert werden können. Somit wurde beschlossen, Deutschland zu integrieren, um einen gemeinsamen Raum zunächst für die Wirtschaft zu schaffen – die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion). Hervorstechende Persönlichkeiten dieser Integration sind Schuman, Adenauer, De Gaulle

und De Gasperi, die ein Kerneuropa erschaffen. Das Projekt ist erfolgreich, aber es gibt ein Ungleichgewicht in Europa. Die *European Free Trade Association* (EFTA) ist zu schwach, und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) besitzt solch eine Attraktivität, dass man sie ebenfalls fast als Empire „by invitation“ bezeichnen könnte.[63] Dies bedeutet, dass sich Staaten darum bemühen, der Gemeinschaft beitreten zu dürfen. Des Weiteren geht es natürlich nicht nur um die Wirtschaft, sondern um die Stabilisierung rechtsstaatlicher und demokratischer Strukturen. Dies kann in verschiedenen Ländern Süd- und Osteuropas festgestellt werden. In Summe ist jedoch ein gemeinsamer Wertekanon der Mitgliedstaaten Konsens, und manche Regelwerke – ich erinnere nur an die Europäische Menschenrechtskonvention – sind auch für Österreich ein Fortschritt.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielen dabei die Länder Frankreich und Spanien?*

Klaus Eisterer: Frankreich war aufgrund seines Gewichtes einer der zentralen Motoren, denn das Land war prinzipiell noch immer eine große europäische Macht. Zudem war die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland essentiell für alle aufbauenden Schritte. Im weiteren Geschichtsverlauf fällt auf, dass bei einem Missverhältnis in der Achse Paris-Bonn bzw. Paris-Berlin die Entscheidungsfähigkeit stark beeinträchtigt ist. Dies ist nicht unproblematisch, da diese Beziehung Deutschlands und Frankreichs ein Übergewicht darstellt und andere Staaten sich mitunter bevormundet fühlen. Dennoch waren Frankreich und Deutschland historisch gesehen die zentralen Player neben den Benelux-Staaten und Italien.

Spanien spielte bei der Einigung eine passive Rolle. Franco stirbt erst 1975, und drei Jahre später gibt sich das Land eine demokratische Verfassung. 1982 kommt in Spanien eine sozialistische Regierung unter Felipe González[64] ins Amt. Die konkreten diplomatischen Schritte habe ich nicht mitverfolgt, aber es ist evident, dass der Beitritt zur EU 1986 sowohl in Spanien wie auch in Portugal als Garant dafür angesehen wurde, dass beide Länder wieder in einer europäische Werte-, Wirtschafts-, Rechtsstaats- und Demokratiegemeinschaft angekommen waren. An anderen Beispielen ist auch erkennbar, dass die EU den Handlungsraum der nationalen Politik einschränkt, jedoch halte ich dies für durchaus sinnvoll. Es gibt dadurch gewisse gemeinsame Regeln, die zum Schutz der kleineren oder unterlegenen Parteien in diesen Ländern dienen können. Das ist eine positive Funktion.

Michael Gehler: *Kann die europäische Integration losgelöst von der NATO betrachtet werden? Portugal ist ein Gründungsmitglied der NATO und Spanien tritt der NATO erst später bei, zudem sind es beides Diktaturen. Wie ist dieses Verhältnis zu bewerten?*

---

63 Dieser Terminus wurde ursprünglich von Geir Lundestad auf das Verhältnis zwischen den USA und westeuropäischen Staaten gemünzt.

64 Felipe González Márquez (*1942) war von 1972 bis 1997 Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) und von Dezember 1982 bis Mai 1996 Ministerpräsident Spaniens. 1993 erhielt er den Karlspreis der Stadt Aachen.

Klaus Eisterer: Die NATO und die EU sind nicht kongruent. Beides sind sich teilweise überlappende Kreise, und die NATO hatte von Anfang an strategische Interessen und hat demokratiepolitisch Abstriche gemacht. Die strategische Bedeutung Portugals war größer als die Bedenken, eine Diktatur in die NATO aufzunehmen. Die Türkei ist – zumindest zeitweise – ein ähnlicher Fall, und Griechenland nach dem Putsch der Obristen 1967 auch. Franco-Spanien wurde anders angebunden. Die Frage wäre daher, wie Spanien in die Verteidigungskonzeptionen der USA einbezogen wurde. Im Jahr 1945 haben die Armeen an den Pyrenäen Halt gemacht. Etliche Spanier hatten sich erhofft, nachdem Europa von den Nationalsozialisten und Faschisten sowie anderen Kollaborateuren befreit worden war, dass Spanien als nächstes dran sei. Dies war am Ende nicht der Fall. Die UNO hat stattdessen dann eine diplomatische Quarantäne gegenüber Spanien verhängt: Botschafter wurden abgezogen und Spanien wirtschaftlich und politisch isoliert. In den 1950er Jahren begann eine zaghafte Wiederannäherung. Den Umschwung brachte der Korea-Krieg, als die Amerikaner begannen, wirklich global zu denken und Netzwerke zu schaffen. 1953 war ein Wendejahr für Spanien. Zunächst gibt es ein Konkordat mit dem Vatikan und damit eine offizielle Regelung mit der Katholischen Kirche. Im selben Jahr wird ein Stützpunktabkommen mit den USA geschlossen. Spanien war zwar außerhalb der NATO, aber gleichzeitig Teil der amerikanischen Verteidigungsstruktur. Die Amerikaner konnten dann auf ihren Luftwaffenstützpunkten bzw. ihrer Marinebasis in Rota Atomwaffen stationieren. Das hätte Spanien in einem großen Krieg auch zu einem potentiellen Ziel der Sowjetunion machen können. Die Einbindung ist also vorhanden, wenn auch in anderer Form.

1982 wird Spanien in die NATO aufgenommen. Interessant ist dabei, dass die spanische sozialistische Arbeiterpartei zunächst gegen einen Beitritt argumentiert hatte, Ministerpräsident Felipe González dann aber umschwenkt, da er das Militär in Nato-Strukturen integrieren und in engen Kontakt mit demokratisch geführten Armeen bringen will. 1981 gab es den spektakulären Putschversuch von Oberst Tejero[65] und schon vorher hatte es andere Offiziersverschwörungen gegeben, die nie so weit gekommen sind. Ich habe immer schon angenommen, dass dies ein entscheidendes Motiv für González gewesen sein könnte: Dass die Integration in die NATO z. B. durch Kurse oder Ausbildung in Partnerstaaten, durch gemeinsame Stäbe oder integrierte Manöver eine große Auswirkung auf die Kultur der Militärs haben würde. Dies wäre eine zivilisatorische Funktion der NATO. Diese Vermutung wurde vor kurzem bei einem Hintergrundgespräch, das ich mit dem sozialistischen Politiker Joan Lerma führen konnte, bestätigt; Lerma war ein enger Weggefährte von González und der erste demokratisch gewählte Präsident der *Generalitat Valenciana* (1982–1995).

In anderen Ländern wie etwa Deutschland, Frankreich oder den USA gibt es kein Militär, das sich öffentlich zu politischen Themen äußert. In Spanien waren *pronunciamientos* des Militärs seit dem 19. Jahrhundert an der Tagesordnung; das letzte dieser Art unter Mola und Franco im Juli 1936 ist gescheitert und hat zum Bürgerkrieg geführt. Vor kurzem meldete sich ein hochrangiger General, der mit Bezug zu Katalonien die doch

65 Antonio Tejero Molina (*1932) war Oberstleutnant der spanischen *Guardia Civil* (seit 1974) und am 23. Februar 1981 in einen fehlgeschlagenen Putsch gegen die damalige demokratische Regierung Spaniens verwickelt.

sehr politische Ansage machte, dass die Armee im Notfall auch die Verfassung schützen würde. Er wurde kurz darauf entlassen. Es gibt in Spanien also eine Anbindung des Militärs an zivile Strukturen bzw. eine Unterordnung unter die Regierung, wie es in einer Demokratie und einem Rechtstaat die Regel sein sollte.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie dahingehend die Idee der europäischen Verteidigungsgemeinschaft?*

Klaus Eisterer: Bei der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die 1954 überraschenderweise im französischen Parlament keine Mehrheit fand, gibt es die These, dass dies damit zusammenhing, dass Frankreichs seine eigene Atombewaffnung aufbauen wollte. Heute steht Europa vor vielen, auch sicherheitspolitischen Aufgaben, die z. T. völlig neue Formen angenommen haben. Beispiele sind der *Cyberwar* und der Krieg in den Medien, besonders präsent in den sogenannten *Social Media*. Es gibt daneben auch herkömmliche Herausforderungen, wo klassische Streitkräfte gebraucht werden. Diese Aufgaben werden nicht einfach aufhören. Die Militärausgaben der EU sind etwa halb so hoch wie jene der USA, aber höher als jene Chinas, doch der Effekt ist wesentlich geringer. Daher ist die Frage berechtigt, ob hier nicht besser vorgegangen werden könnte. Für eine europäische Armee bräuchte es wohl auch eine europäische Kommandostruktur und dies scheint in der momentanen Situation Europas nicht umsetzbar. Insgesamt nimmt jedoch das Bewusstsein zu, dass in diesem Sektor besser zusammengearbeitet und mehr erreicht werden kann. Erkennbar ist das momentan an der Diskussion über die Sicherung der Außengrenzen. Umgekehrt bedeutet ein solcher gemeinsamer Schutz nach außen aber gleichzeitig eine weitere Solidarisierung nach innen. Flüchtlinge, die in Griechenland, Spanien oder Italien landen, sind dann nicht mehr nur Sache der Griechen, Spanier oder Italiener, sondern dabei müsste die europäische Solidarität im Inneren greifen. Diese Prozesse beginnen erst langsam anzulaufen. Europa ist immer dann stark, wenn es gemeinsam eine Lösung umsetzt.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie die Grenzen des heutigen gemeinschaftlichen Europas?*

Klaus Eisterer: Der Balkanraum gehört der Geschichte nach mit dazu. Darüber hinaus sind es die Länder, die zur Europäischen Union gehören wollen und dies mit einer deutlichen Mehrheit kundtun können. Diesen Ländern sollte die Tür zu Europa nicht prinzipiell verschlossen werden. Neben der Ukraine könnten dies auch Georgien oder Armenien sein.

Michael Gehler: *Gehört Russland zu Europa?*

Klaus Eisterer: Zunächst einmal wäre es wichtig zu wissen, ob sich die Russen als Europäer sehen. Mein Eindruck – auch aus wenigen Aufenthalten in Moskau – ist, dass die Russen sich als etwas Anderes und Eigenes sehen. Es gab ein historisches Fenster in den 1990er und frühen 2000er Jahren. In dieser Zeit hätte die Chance bestanden, Russland stärker in eine Partnerschaft einzubinden. Diese wäre als Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft denkbar gewesen. Ob Russland Mitglied der EU werden sollte, wirft

massive Fragen auf. In Spanien beispielsweise wird versucht, Ungleichgewichte durch Autonomien auszugleichen, und dies funktioniert nur ansatzweise. Russland hat andere Interessen, wenn es um Europa geht, als die EU selbst. Klar ist, dass gute Beziehungen zu Russland etwas sind, was die EU stark interessieren muss. Die russische Staatsführung agiert momentan – 2019 – auf allen Ebenen allerdings so, dass es schwer ist, in einen konstruktiven Dialog zu kommen, doch ist dies weiterhin anzustreben.

Deborah Cuccia: *Stehen Sie einer bestimmten Theorie der Geschichtswissenschaften nahe und wenn ja, welcher?*

Klaus Eisterer: Ich bin Schüler von Rolf Steininger und dieser war nie theorielastig. Zudem spielt dabei auch mein althistorischer Lehrer mit seiner Ausrichtung auf Quellen eine Rolle. Ich gehe gerne zu bislang nicht zugänglichen Quellen – das ist ja ein Vorteil der Zeitgeschichte, völlig neue Felder zu erarbeiten aufgrund archivalischer Dokumente. Es geht dann darum, dies quellenkritisch so gut wie möglich und mit ggf. vorhandener Literatur aufzuarbeiten. Bei Diplom- oder Lehramtsprüfungen fällt auf, dass etwa Althistoriker mehr mit Theorien arbeiten können, während die Zeitgeschichte versucht, erste Ergebnisse zu sichern.

Michael Gehler: *Worin sehen Sie Möglichkeiten, aber auch Grenzen der europäischen und globalen Geschichte ganz generell und in Ihrer Forschung?*

Klaus Eisterer: In meiner Forschung war ich immer etwas bescheidener und habe mich hauptsächlich mit bilateralen Fragen auseinandergesetzt: Frankreich – Österreich, Österreich – Spanien, Beziehungen zu Brasilien, zur Schweiz, Südtirol-Themen in den 1930er Jahren, wo es dann schon einmal multilateral wird. In der Lehre habe ich mich auch intensiv mit der Geschichte Brasiliens und Irans beschäftigt, so unterschiedlich diese beiden Länder und ihre jeweiligen Regionen sind, hier wird es interessant, wenn man beginnt zu vergleichen, etwa: Welche Auswirkungen hat die rasante Bevölkerungszunahme im sog. demographischen Übergang auf Wirtschaft und Gesellschaft, gab es Reformen? Waren diese erfolgreich? Warum nicht? Wie sehen die Probleme der sog. ‚nachholenden Entwicklung' jeweils aus? Oder: Welche Lehren ziehen beide Länder aus den sich historisch wandelnden wirtschafts- und außenpolitischen Abhängigkeiten – Brasilien im 19. Jhd. von Großbritannien, im 20. von den USA; Iran von Russland, Großbritannien, dann den USA? In beiden Staaten gab es von den USA entscheidend unterstützte Staatsstreiche (1953 gegen Mossadegh, 1964 gegen João Goulart), welche die Geschicke beider Gesellschaften massiv – und negativ – beeinflussten. Welche Konsequenzen folgen daraus? Selbst mentalitäts- und kulturpolitische Konstellationen weisen Parallelen auf: 1922, anlässlich der Hundertjahrfeier der politischen Unabhängigkeit, fragen sich brasilianische Künstler und Intellektuelle, wie es um ihre geistige Unabhängigkeit bestellt ist, und was die Parthenon-Statuen oder Dichter wie Dante mit der brasilianischen Realität zu tun haben. Einige Jahrzehnte später diskutieren junge Leute in Teheran, was der Westen mit dem Iran zu tun habe, wird das Konzept der *Occidentose*, der ‚Infektion durch westliche Einflüsse' debattiert, auf die dann Chomeini eine schlüssige Antwort zu geben scheint. In

all diesen Fällen entsteht durch den Vergleich, die Kontrastierung ein erkenntnismäßiger Gewinn, der auch Aufschlüsse über weltgeschichtliche Tendenzen ermöglicht.

Michael Gehler: *Was sind Themenfelder für die Zukunft der Forschung in der Geschichte Frankreichs und Spaniens auf der europäischen und transnationalen Ebene?*

Klaus Eisterer: In beiden Ländern ist die Kolonialgeschichte nicht abgearbeitet. Die Franzosen verklären diese immer noch, und die Spanier als Gesellschaft haben nie wirklich angefangen, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen. Lateinamerika stelle ich hierbei hinten an und nenne die spanische Kolonialherrschaft im 20. Jahrhundert in Marokko als Beispiel, welche bis heute beschönigt wird. Zu Frankreich habe ich seit meiner Dissertation kaum noch geforscht, aber ich weiß aus der politischen Diskussion, dass es dort (wie bei anderen europäischen Kolonialmächten) noch viel Potenzial gibt. Das gilt auch für Italien, Portugal, Belgien, das Vereinigte Königreich usw. Hier ist noch sehr viel zu tun. Es würde sich des Weiteren lohnen, diese Geschichte von der anderen, afrikanischen Seite zu betrachten und sich mit den Quellen der afrikanischen Geschichte auseinanderzusetzen. Dabei sind natürlich umfassende Sprachkenntnisse wichtig. Ein junger Kollege in Innsbruck, Eric Burton, beherrscht neben den Sprachen einiger europäischer Kolonialmächte auch Swahili, und dadurch kann er Bereiche afrikanischer Tradition rezipieren, die anderen verschlossen bleiben. Und Eurozentrismus und rassistischer *Bias* führen in jedem Fall zu blinden Flecken, welche die Erkenntnisse verfälschen.

In Spanien ist nach wie vor die franquistische Vergangenheit ein Thema. In der Forschung passiert hier seit Jahrzehnten sehr viel. Doch in Deutschland und Österreich wurden die liberalen und aufklärerischen Kräfte nach dem totalen Sieg über den Nationalsozialismus von den Alliierten unterstützt und es wurden Mittel bereitgestellt. In Spanien zog sich 1975 das Militär in die Kasernen zurück, die franquistischen Cliquen und Netzwerke blieben unangetastet, und es gab ein Amnestiegesetz, das nicht nur für Personen galt, die gegen die Diktatur aufgestanden waren, sondern auch für Polizisten und Militärs, welche bis zuletzt gefoltert und getötet haben. Die Gesellschaft hat noch immer eine Schere im Kopf, da die erste sozialistische Regierung nach 1982 nichts unternommen hat (und andere auch nicht), und nun ist es die Enkelgeneration, die das Vergangene herausfinden will. Diese Generation tut sich enorm schwer, und die alten Strukturen sind immer noch präsent – und mächtig. Was wäre in Deutschland los, wenn es hierzulande noch eine Hermann-Göring-Stiftung gäbe? In Spanien gibt es nach wie vor die Francisco-Franco-Stiftung! Vor fünf Jahren ging der Fall eines Künstlers durch die Presse, der eine Wachsfigur des Diktators in Uniform angefertigt und diese in einem Kühlschrank aufgestellt hatte – Franco immer noch gegenwärtig, kann jederzeit aufgetaut werden. Die Stiftung hat dagegen geklagt, und es kommt ständig zu ähnlichen Auseinandersetzungen. Der jetzige Versuch, den Leichnam Francos aus der Basilika im *Valle de los Caídos* herauszubringen, ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Ein Diktator hat nichts in einer ihn verherrlichenden Basilika zu suchen.

Es gibt auch Gesetze, dass franquistische Monumente aus der Öffentlichkeit zu entfernen sind, aber noch stehen sie in der Gegend herum. Im September werde ich eine Exkursion nach Spanien machen und wir werden uns in Madrid den franquistischen Triumphbogen aus den 1950er Jahren ansehen. Vom Reisebüro bekam ich als Programm-

punkt eine Besichtigung des „Versöhnungsbogens“ zurück; so wird der jetzt, 2019, also genannt. Aber so einfach ist das nicht: Ich werde die Studierenden mit diesem revisionistischen Namen konfrontieren und dann werden wir uns die sehr deutliche Originalinschrift auf dem Bogen und die Baugeschichte anschauen. Diese Umdeutung hat mit der historischen Realität nichts zu tun.

Deborah Cuccia: *Gibt es einen Zusammenhang zwischen der europäischen Integrationsentwicklung und der Dekolonisation? Wie ist das für Portugal zu bewerten?*

Klaus Eisterer: Das ist eine interessante Frage, die ich mir allerdings so nie gestellt habe. Zunächst ist auffallend, dass die Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg (zum Teil lange) vor den Römischen Verträgen eingesetzt hat: Unabhängigkeit Indiens 1947, Tunesiens 1956 … Aber dass dann wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Europa – sei es die EWG oder die EFTA – gewisse kompensatorische Funktionen gehabt und auch neue, innereuropäische Perspektiven eröffnet haben mögen, scheint naheliegend.

Was Portugal angeht: Das autoritäre Regime war das letzte europäische Land, das in einen Kolonialkrieg verwickelt war. Spanien hatte sich praktisch zeitgleich mit dem Tod des Diktators Ende 1975 aus seinen letzten afrikanischen Besitzungen (die dann von Marokko übernommen wurden) zurückgezogen. In Angola und Mosambik führte Lissabon einen kostspieligen und äußerst verlustreichen Kampf gegen die dortigen Befreiungsbewegungen. Das war ein wesentlicher, vielleicht ausschlaggebender Grund für die sogenannte Nelkenrevolution vom April 1974. Wäre Portugal ohne den neuen Horizont, als junge Demokratie in Europa ‚anzukommen‘, in ein Loch gefallen? Wie Österreich (-Ungarn) nach dem Zerbrechen der Monarchie? Wie Spanien nach 1898, dem *año del desastre*, als die letzten überseeischen Gebiete verloren gegangen waren? Möglich.

Deborah Cuccia: *Kommen wir zum nächsten Thema: Mediterranistik.*

Klaus Eisterer: Mit Süd-Süd-Beziehungen habe ich mich nie beschäftigt, und mein Zugang zum Mittelmeer ist geprägt von der Lektüre eines Werkes, das mir zur Promotion geschenkt wurde: Braudels *Das Mittelmeer in der Epoche Philipps II.*, in dem die mediterrane Welt trotz ihrer topografischen Verschiedenheit, der religiösen Gegensätze, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, der wirtschaftlichen Unterschiede und der politischen Antagonismen als großer, einheitlicher Raum gesehen wird. Ich denke, man könnte das auch heute so sehen – obwohl es heute wie damals sich kulturell und geostrategisch überschneidende Räume gibt. Das Mittelmeer für sich ist ein zentraler Raum für Europa, das steht außer Frage … ob es um Migration, Ressourcen, Transportrouten (nicht nur für Öl und Gas), Tourismus, wirtschaftliche Verflechtungen geht … Aber auch hier spricht meines Erachtens Europa zu wenig mit einer Stimme, haben einzelne Mitgliedsländer divergierende Interessen (etwa Frankreich und Italien in Libyen). Und die Lage verändert sich rasch: Erstmals gibt es russische Militärbasen am Mittelmeer, das gab es bisher nicht. Möglicherweise können in Libyen in absehbarer Zeit neue dazukommen. Es gibt eine Verschiebung der Außenpolitik der Türkei, und es wird zu beobachten sein, was in Algerien passiert. Dabei gibt es massive Interessen, den südlichen Raum des Mittelmeeres zu stabilisieren, und Europa ist zurzeit schlecht aufgestellt. Auch ist die Unterstützung

gerade entstandener demokratischer Staaten, hier v. a. Tunesien, und demokratischer Bewegungen völlig unzureichend.

Deborah Cuccia: *Ich sehe dabei keine Einheit Südeuropas. Interessant ist die Diskussion, die aus der Politikwissenschaft kommt, ob es eine Region mit Südeuropa gibt und inwieweit die europäische Integration diese Regionen genutzt hat und welche Einflüsse entscheidend waren. Zu betrachten wäre beispielsweise, wie die einzelnen Staaten sich positionieren und welche Mentalitäten dort herrschen.*

Klaus Eisterer: Es gibt einen Kern, der gleichmäßig ausstrahlt auf die südeuropäischen Länder. Spanien, Griechenland und Italien sind dabei gemeint. Dieser Kern nimmt zweifelsohne Einfluss auf die Mentalitäten und bewirkt durch Wettbewerb im gemeinsamen Markt auch Produktivitätsfortschritte.

Deborah Cuccia: *Es gibt bei dieser Konzeption keine erkennbare Basis. Das ist das Problem dieses Forschungsvorhabens, dass es wenig Verknüpfungspunkte gibt und mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten.*

Michael Gehler: *Es geht um eine interdisziplinäre Forschung und um eine Mittelmeerforschung, ohne zu unterstellen, dass es sich bei dem Mittelmeerraum und Südeuropa um einen zusammenhängenden homogenen Raum handelt. Dazu arbeitet eine Forschungsgruppe in Bochum, die aus Politikwissenschaftlern, Historikern und Ethnologen besteht.*

Klaus Eisterer: Bei der Thematik Migration wäre so etwas vorstellbar, da dabei die Frage und das Problem der inneren EU-Grenzen versus gemeinsamen Politiken nach außen auftaucht. Das wäre ein Element, das die Länder verbindet. Doch ja, genau das ist ja das spannende: Heterogenität in einem ‚gemeinsamen‘, uns doch verbindenden Raum.

Michael Gehler: *Festzuhalten ist, dass bis auf das Römische Reich alle bisherigen Versuche, das Mittelmeer als Raum zu umschließen und zu einen, gescheitert sind. Dabei geht es um verschiedene Interessenlagen und Machtkonstellationen. Zusätzlich gibt es nun Russland in Syrien und möglicherweise an anderen Stellen, sodass Russland zusätzlich Zugriff auf diesen Raum hat. Welches sind die Hauptunterschiede zwischen der deutschen und der österreichischen Geschichtsforschung bei der Beschäftigung mit Spanien und Frankreich?*

Klaus Eisterer: In Deutschland gibt es für Spanien einige zentrale Historikerinnen und Historiker, wobei mir dazu direkt Walther Bernecker, Carlos Collado Seidel oder Birgit Aschmann einfallen, die zur spanischen, aber auch katalanischen (Zeit-)Geschichte Monographien publiziert haben. In Österreich liegen interessante Dissertationen vor – etwa von Johannes Leichtfried zu Österreich und Spanien in den 1930er Jahren – sowie Sammelbände und Aufsätze, die sich jedoch fast ausschließlich auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern beziehen. Werke zur spanischen Geschichte allein sind eher dünn gesät, allerdings gibt es mit Georg Pichler einen österreichischen Germanisten an der Universität Alcalá, der ein umfangreiches Werk zu den innerspanischen Kontroversen um

Bürgerkrieg und Diktatur vorgelegt hat. Die Geschichte der Beziehungen ist umfangreich aufgearbeitet – das geht von den Verbindungen zwischen den habsburgischen Reichen, die vom inzwischen geschlossenen Österreichischen Historischen Institut in Madrid ediert wurden, bis hin zu den regelmäßig veranstalteten Spanisch-Österreichischen Symposien zu den unterschiedlichsten Themenbereichen, um die sich der inzwischen emeritierte Innsbrucker Romanist Wolfram Krömer verdient gemacht hat.

Ähnliches gilt für die deutsche und österreichische Forschung zu Frankreich. Deutschland unterhält in Paris ein historisches Institut, das viel publiziert, und es gibt eine ganze Reihe von Historikern, die in Deutschland Frankreichforschung betreiben. Österreich hat unter der Regierung Schüssel das österreichische Kulturinstitut in Paris geschlossen, das nicht nur wertvolle Vermittlungs- und Präsenzarbeit geleistet, sondern den Forscher/innen auch unersetzliche Infrastruktur und Kontakte zur Verfügung gestellt hat. In Österreich ist der Name Thomas Angerer zu nennen, der eine hochwertige Österreichisch-Französische Bibliographie zur Verfügung stellt. Hier sind die Schwerpunkte der Forschung rasch auszumachen.

Deborah Cuccia: *In dem Sammelband* „1938 – España y Austria, Spanien und Österreich“[66] *erschienen 2011, den Sie zusammen mit Georg Pichler und Karl Rudolf herausgegeben haben, behaupten Sie, dass das Jahr 1938 für beide Nationen entscheidend gewesen ist. Wie verstehen Sie diese Behauptung?*

Klaus Eisterer: In Österreich kommen mit dem „Anschluss“ die Nationalsozialisten Mitte März an die Macht: Ende der Eigenstaatlichkeit, einsetzende Judenverfolgung, totalitäre Herrschaft, Teil des Großdeutschen Reiches. In Spanien verkündet Franco seinen Sieg zwar offiziell erst am 1. April 1939, doch schon im April 1938 erreichen seine Truppen bei Vinaròs das Mittelmeer, wodurch die republikanische Zone in zwei isolierte Bereiche geteilt wird. Im Herbst desselben Jahres werden die internationalen Brigaden abgezogen – nicht nur ein symbolischer Verlust – und die loyalen Truppen müssen in der Schlacht am Ebro eine verheerende Niederlage hinnehmen. Der Widerstandswille bricht auf republikanischer Seite spätestens nach dem Münchener Abkommen ein, als klar wird, dass die demokratischen Mächte nichts mehr ausrichten können – oder wollen. 1938 ist für beide Länder eine Zäsur. Für Österreich ist der Spuk nach sieben Jahren vorbei, die Spanier mussten wesentlich länger unter einer faschistoiden Militärdiktatur leben. Jahreszahlen sind dabei nicht selten ein Aufhänger, aber bei dieser Thematik scheinen sie mir fundiert zu sein.

Michael Gehler: *Im Kalten Krieg ist hierbei eine Identitätskrise in beiden Ländern bemerkbar. Inwiefern gibt es hier Gemeinsamkeiten und Analogien oder gravierende Unterschiede zwischen diesen beiden Ländern?*

Klaus Eisterer: Für Österreich würde ich die These aufstellen, dass sich die Verunsicherung über die gesellschaftliche und politische Zukunft unmittelbar nach dem Zusammen-

66 Georg Pichler/Klaus Eisterer/Karl Rudolf (Hrsg.), 1938 – España y Austria, Spanien und Österreich, Alcalá 2011.

bruch ‚Großdeutschlands‘ – der von vielen Österreicher/innen als Befreiung wahrgenommen wurde – vor allem im beginnenden Kalten Krieg gewandelt hat. Die wirtschaftliche wie gesinnungsmäßige Einbindung in die ‚westliche Welt‘ eröffnete wohl für eine überwiegende Mehrheit der Menschen einen neuen Horizont. Die schließlich 1955 feierlich festgeschriebene Neutralität „nach dem Muster der Schweiz“ – die militärische Neutralität verpflichtet den Staat, aber nicht die Ausrichtung seiner Bürger/innen – ist inzwischen deutlich zu einem Bestandteil der österreichischen Identität geworden. Und die Prognose des „Staatsvertragskanzlers“ Julius Raab, der im österreichischen *annus mirabilis* einem Schweizer Diplomaten darlegte, Wien komme damit nicht nur einer Bedingung der Sowjetunion nach, der Status der Neutralität werde auch – wie ja von der Eidgenossenschaft demonstriert – zu einem von Deutschland unabhängigen eigenstaatlichen Leben führen, hat sich meines Erachtens mehr als bewahrheitet. Heute darf die österreichische Nation als unbestritten gelten.

Für Spanien dürfte etwas anderes zutreffen: Außenpolitisch punktete das Franco-Regime in den frühen 1950er Jahren ganz klar mit seinem Anti-Kommunismus, innenpolitisch hatte sich eine Friedhofsruhe übers Land gelegt. Militärs, *Franquisten* und reaktionäre Netzwerke legten ihre Ideologie über das Land, versuchten, jegliche Opposition auszuschalten und die Spaltung in ‚gute‘ und ‚böse‘ Spanier aufrechtzuerhalten. Das stürzte die Unterlegenen nicht in eine Identitätskrise, sondern in einen Rückzug in die Privatheit und den Versuch, unbehelligt zu überleben. Tausende waren ja Jahrzehnte lang inhaftiert. Dazu kommen Menschen, die ins Ausland bzw. ins Exil gegangen sind, um zu überleben. Später, in den 1960er Jahren, wird klar, dass all jene am Wirtschaftsaufschwung teilhaben können, die sich politisch nicht positionieren. Erst in diesem Jahrzehnt nehmen dann die nicht-konformen oder oppositionellen Kräfte im Land zu: in der Arbeiterschaft, unter Studenten, Intellektuellen, bei regionalistischen Kräften, selbst in der Kirche …

Michael Gehler: *Im Gegensatz zu anderen Regierungen fanden die Österreicher nichts dabei, gute Beziehungen zu den südeuropäischen Nachkriegsdiktaturen zu unterhalten und heimlich zu amnestieren, um die Sowjetunion nicht vor den Kopf zu stoßen. Österreich setzt sich 1952 für die Aufnahme Spaniens in die UNESCO ein, in der UNO war Österreich zu Portugal und Spanien so freundlich wie möglich. Wo liegen die Gründe für diese Haltung?*

Klaus Eisterer: Gute Beziehungen entstanden zunächst im substaatlichen Bereich; Otto Habsburg hatte gute Kontakte nach Spanien und Wirtschaftstreibende versuchten, alte Verbindungen fortzuführen. In die UNO wird Österreich ja erst Ende 1955 aufgenommen, da war auch das diplomatische Eis bezüglich Spanien schon fast gebrochen. Darüber hinaus wäre zu differenzieren: Franco hatte in deutschnationalen, konservativen und katholischen Kreisen kein schlechtes Image. Katholiken und andere sind lange der Mär aufgesessen, Franco habe das katholische Spanien vor den Bolschewisten gerettet. Tatsache ist: Die spanische KP hat bei den letzten demokratischen Wahlen im Jahr 1936 gerade einmal 4 % der Stimmen erhalten. Erst nach dem Putsch der Generäle, der die republikanische Ordnung in die Luft gesprengt hat, wurde sie aufgrund ihrer Disziplin und der Unterstützung durch die Sowjetunion stark, und erst nach diesem Zusammenbruch

der staatlichen Ordnung begannen anarchistische und andere Milizen, Priester und Nonnen zu verfolgen, Kirchen und Konvente zu zerstören und Geistliche zu ermorden. Dies nahm in manchen Regionen schreckliche Ausmaße an. Das war dann das Substrat, auf dem die offizielle Botschaft der spanischen Bischöfe an die Weltkirche gedieh, es gehe um das Reich Gottes gegen das Reich des Bösen. Das ist damals bei vielen Katholiken auf fruchtbaren Boden gefallen. Ein Umschwung ist Anfang der 1970er Jahre aufgrund der letzten Justizmorde in Spanien unter Franco festzustellen, damals habe ich in meinem eigenen katholischen Umfeld massive Kritik an dieser Diktatur wahrgenommen.

Deborah Cuccia: *Stichwort: Wandel zur Demokratie. Samuel Huntington*[67] *hat von einer „Third Wave of Democratization" gesprochen, die ihren Anfang 1974 in Portugal nahm. Was halten Sie davon? Kann man die Komplexität des spanischen Demokratisierungsprozesses so reduzieren oder hat Spanien ein eigenes Modell entwickelt, unter dem Motto des spanischen Juristen und Politikers Torcuato Fernández-Miranda*[68] *„de la ley a la ley", also von Gesetz zu Gesetz?*

Klaus Eisterer: Die Prozesse waren sehr unterschiedlich. In Portugal gab es eine Revolution, die von jungen Militärs getragen wurde. Dabei gab es einen starken sozialistischen Impuls, der sogar den amerikanischen Außenminister Kissinger massiv beunruhigt hat. Die USA sah eine Gefahr in einem sich weit links positionierenden Portugal. In Spanien war dies ein komplett anderer Prozess. Franco ist am 20. November 1975 in seinem Bett einen friedlichen Tod gestorben. Zwei Jahre zuvor hatte die *Euskadi Ta Askatasuna* (ETA) den starken Mann hinter Franco, Admiral Luis Carrero Blanco[69], in einem Attentat ermordet und die Säulen des Regimes waren z. T. ausgehöhlt worden. Die katholische Kirche, die Franco am Anfang massiv unterstützt hatte, nicht nur im Bürgerkrieg, sondern auch danach, geht nach dem Zweiten Vatikanum zunehmend auf Distanz. Es gibt Arbeiterpriester, die in die Armenviertel gehen, dort mit der Realität konfrontiert werden und sich revolutionärem Gedankengut zuwenden. Später sprechen sich einige hochrangige Geistliche öffentlich gegen Franco aus. Die zweite Säule des Regimes, die *Falange*, ist zu diesem Zeitpunkt ein Haus ohne Bewohner gewesen und nur noch eine Hülle. Es blieb das Militär und dabei war entscheidend, dass der König, den Franco reinstitutionalisiert hatte, den Oberbefehl hatte. Innerhalb des Regierungslagers gab es einerseits die Hardliner, den sogenannten „Bunker", und auf der anderen Seite diejenigen, die der Meinung waren, der Wandel sei unausweichlich – also kein Bruch (*ruptura*), sondern eine *reforma*; es wurden Gesetze im bestehenden Rechtssystem umgewandelt, wobei sich der Ständerat

67 Samuel Huntington, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Oklahoma 1991.

68 Torcuato Fernández-Miranda Hevia (*1915; †1980) war ein spanischer Rechtswissenschaftler (Professor für Politisches Recht an der Universität Complutense in Madrid), Politiker und Parlamentarier.

69 Luis Carrero Blanco (*1904; †1973) war eines der einflussreichen Mitglieder der Regierung und rechte Hand von Francisco Franco. Im Juni 1973 wurde er als Regierungschef vereidigt und im Dezember desselben Jahres bei einem Attentat der ETA getötet.

der Franquisten selbst aufgelöst hat. Diese legislative Umgestaltung war kein revolutionärer Prozess, sondern ein evolutionärer Übergang – also eine *„transición“*.

Der Preis dafür war, dass es keine Verfolgung der Täter gab. In Madrid kann jeder im Prinzip seinem Folterer noch heute begegnen. Es gab folglich keine Aufarbeitung, weder personell noch strafrechtlich und z. T. auch nicht in der politischen Einstellung.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielten interne Faktoren im spanischen Demokratisierungsprozess und welche Rolle spielten internationale Faktoren?*

Michael Gehler: *Und welche Haltung nahm die österreichische Regierung dazu ein?*

Klaus Eisterer: Spanien war 1975 die letzte Diktatur in Europa. In den 1970er und 1980er Jahren wird die Sozialdemokratie zu einer führenden Kraft in Europa (Bruno Kreisky, Willy Brandt, Olof Palme, François Mitterand). Es war eine liberale Aufbruchsstimmung da, eine Durchflutung des öffentlichen Lebens mit Demokratie. Kreisky hatte eine Villa auf Mallorca und es gab dort intensive Gespräche mit dem Führer der *PSOE*, Felipe González. Anderes lief auch über die Sozialistische Internationale. Ein Teil der internationalen Faktoren bilden die massiven Touristenströme in den 1960er Jahren. Dies wirkt sich auf die Gesellschaft aus, da die Spanier/-innen mit Menschen anderer Nationen in intensiven Kontakt kommen und somit mit anderen Standards konfrontiert werden. Ein weiterer Faktor ist, dass ebenfalls in diesem Jahrzehnt Hunderttausende spanische Arbeitskräfte nach Frankreich, Deutschland und die Schweiz emigriert waren und dann über ihr Leben dort und ihre Erfahrungen zu Hause berichten. Nationale Faktoren waren aber wohl entscheidender. Von der Distanzierung der Amtskirche war schon die Rede; die katholische Bischofskonferenz positionierte sich deutlich auf der Seite der Demokraten und hat die friedliche *transición* unterstützt. Die Linke insgesamt wird stärker und sichtbarer, und in peripheren Regionen wie Katalonien oder im Baskenland gibt es Strömungen, die die eigene Identität betonen und zumindest den notwendigen politischen Freiraum fordern. Dadurch wird führenden Leuten des Regimes klar, dass es so nicht weitergehen kann. Eine wichtige Rolle spielt dabei der König, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, der von großen Teilen der Gesellschaft, auch auf der Linken, als Legalitäts- und Stabilitätsanker akzeptiert wird. Bei der Inthronisierung gibt es Witze, dass der König seinen Erstkommunionsanzug anhabe, weil alle *Hostias* für ihn seien; dieses Wort hat im Spanischen allerdings auch die Bedeutung von Ohrfeige … Doch Juan Carlos hat sich rasch emanzipiert und auf die Kräfte der Liberalisierung gesetzt. Ministerpräsident Adolfo Suárez[70] kommt aus dem franquistischen *Movimiento*, ist dennoch eine Führungsfigur der Modernisierung und Demokratisierung; mit seinen Projekten stößt er mitunter auf Schwierigkeiten beim Militär, so dass ihm die Verbindung zum König nützlich ist.

70 Adolfo Suárez González (*1932; †2014) war ein spanischer Politiker und der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident nach dem Tod von Francisco Franco. Im Januar 1981 trat er zurück.

Michael Gehler: *Der Wandel von innen war weitgehend unblutig und es fehlte an Aufarbeitung, was sich bis heute in der aktuellen Lage in Katalonien wiederfindet. Können Sie dies weiter ausführen?*

Klaus Eisterer: Das Militär musste dazu bewogen werden, seinen bestimmenden Einfluss in Politik und Gesellschaft aufzugeben und sich schließlich der zivilen Gewalt unterzuordnen; die franquistischen Figuren in hohen Positionen – etwa die *Procuradores* in den Cortes – mussten ebenfalls gewählten Repräsentanten Platz machen. Das war eine ansehnliche politische Leistung, das sollte man nicht vergessen. Der Preis dafür war allerdings, dass ihre wirtschaftliche Macht nicht beschnitten, ihre korrupten Netzwerke nicht aufgerollt wurden und eine strafrechtliche Verfolgung der Regimeverbrechen unterblieb.

Im Unterschied zu Deutschland oder Österreich, wo die siegreichen Alliierten die Entnazifizierung vorantrieben und die einheimischen staatlichen Stellen bei der Säuberung unterstützten, unterbleibt in Fällen wie Spanien, wo das aufgrund einer inneren Umwälzung, aufgrund eigener politischer Kraft erfolgen muss, die strafrechtliche Aufarbeitung. Es gibt ein Amnestiegesetz, und wer politische Amnestie sagt, meint auch oft gesellschaftliche Amnesie. Ähnlich gelagerte Beispiele findet man in Argentinien oder Brasilien nach dem jeweiligen Ende der Militärherrschaft in jenen Jahren. Das Instrument der Wahrheitskommissionen, bei denen es um Offenlegung, Aufarbeitung und schließlich Versöhnung geht, wurde erst etwas später in anderen Kontexten (Südafrika u. ä.) mit Erfolg angewandt. Im politischen Diskurs in Spanien hat man auch heute noch mitunter den Eindruck, dass manche Kräfte die Dichotomie von Siegern und Unterlegenen weiter bemühen.

Trotz all dieser Anmerkungen ist unbestritten, dass Spanien heute zu den liberalen, rechtsstaatlichen, europäischen Demokratien gehört. Katalonien ist eine der reichsten Regionen des Landes, mit einem blühenden Kulturleben in zwei Sprachen (Katalanisch und Spanisch). Wer heute mit Verweis auf die Untaten der Franquisten von vor über vierzig Jahren Politik betreibt, missbraucht meines Erachtens die Geschichte zu durchsichtigen politischen Zwecken. Das schmerzt mich auch als Historiker.

Deborah Cuccia: *Sind Spanien und Portugal erst durch die Europäischen Gemeinschaften befreit worden?*

Klaus Eisterer: Nein. Die haben sich schon selbst befreit. Natürlich spielt bei dem Wandel das europäische Umfeld eine Rolle – der Kontakt mit den Touristen, die Erfahrungen der Zigtausend Emigrant/innen in Nordeuropa, der Wandel in der katholischen Kirche, der Sturz des Regimes in Portugal, dann der Junta in Griechenland 1974. Das liberale, demokratische, offene und sozialdemokratische Klima im Europa jener Jahre spielte sicher eine Rolle. Die Hoffnung, eines Tages selbst Teil dieser modernen und freiheitlichen Gemeinschaft zu sein, war groß. Somit kann gesagt werden, dass die Beitrittsperspektive eine Rolle spielte.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle sollte dem spanischen König im spanischen Wandel zur Demokratie zugeschrieben werden? Gibt es Chancen, dass die spanische Monarchie trotz*

der aktuellen Krise wieder eine wichtige, einflussreiche und ggf. vermittelnde Rolle spielen kann?

Klaus Eisterer: Die Rolle von Juan Carlos war sehr bedeutend: als politischer Akteur, als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, als öffentlicher Vertreter einer liberalen und rechtsstaatlichen Ordnung. Seine Frau Sophia kommt aus dem griechischen Königshaus und war sich wohl bewusst, dass dies ein vorsichtiges Taktieren sein wird (ihr Bruder Konstantin musste als letzter König von Griechenland 1967 ins Exil gehen). Dieser Einfluss von Sophia wäre eine eigene Untersuchung wert. Der König hat sehr lange sehr viele Sympathien genossen, die sind jedoch weggebrochen und zwar zum Höhepunkt der spanischen Krise. Nach dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase 2008 ist auch Spanien ein massiver Wirtschaftseinbruch erfolgt: In der Folge stieg die Arbeitslosenquote auf 25 %, unter Jugendlichen sogar auf fast 50 %! Es gab unzählige Familien, in denen kein Angehöriger mehr ein Einkommen hatte. Dazu kam nun eine Bankenkrise, wobei sich zeigte, dass die spanischen Banken völlig sorglos Immobilienkredite vergeben hatten. Sie hatten das Geld den Leuten im Überfluss bereitgestellt und nun saßen sie auf Bergen von sogenannten *non performing loans*. Viele Menschen wurden delogiert, Selbstmorde Betroffener in den Medien kolportiert. Vor der Krise wurde in Spanien noch verächtlich von den *mil-Euristas* gesprochen, Menschen, die nur 1000 € im Monat verdienen. Mittlerweile gibt es Jobs an Universitäten, wo Leute 600 € verdienen, und die sind froh um ihren Vollzeitjob! Das war folglich ein massiver Einbruch in der Wirtschaft und es krachte richtig im sozialen Gefüge. Zu diesem Zeitpunkt wird bekannt, dass der König mit seiner neuen Geliebten in Botswana sich auf Elefantenjagd die Hüfte bricht. Das war ein Abenteuer zu viel, der König hat massiv an Ansehen verloren. Das zweite Vorkommnis betraf den Mann seiner Tochter Christina, Iñaki Urdangarin, der wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder zu mehreren Jahren Haft verurteilt wurde. Es ist also ein deutlicher Ansehensverlust sowie ein massiver Rückgang des Vertrauens in die Monarchie – einer der zentralen Institutionen Spaniens – festzustellen. Juan Carlos dankte ab und heute ist Felipe VI. an der Regierung, der spürbar mit diesem Vertrauensverlust zu kämpfen hat. Die Rolle des Monarchen ist durch die Verfassung sehr eingeschränkt und der König kann in politischen Reden nur das ansprechen, was durch die Regierung gebilligt wird, was eine Rolle als Vermittler noch einmal schwerer vorstellbar macht. Wenn Felipe VI. etwas bewegen kann, dann vermutlich im Hintergrund. Zu fragen wäre, inwieweit sein Wort bei Politikern Gehör findet, die den spanischen Staat als Staat ablehnen oder eine republikanische Partei führen. Die systemische Position des Monarchen ist im Moment eine ganz andere, eine deutlich schwächere als 1975 und 1978.

Michael Gehler: *Vielen Dank für dieses Gespräch.*

V. Europa und die EU aus Sicht der Institutionen

Gerhard Jandl

In Verantwortung der Menschenrechte: Geschichte und Gegenwart des Europarats

Zum Referenten:

Botschafter Dr. Gerhard Jandl studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft mit Promotion zum Dr. iur. an der Universität Wien und dem Anschluss eines BSc an der Universität Graz. 1986 erfolgte sein Eintritt in den Diplomatischen Dienst des österreichischen Außenministeriums und 1987/88 seine Verwendung an der Botschaft Kairo. Anschließend war er im Völkerrechtsbüro des Außenministeriums tätig. Von 1989 bis 1993 war Dr. Jandl an der Österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und 1991/92 als Delegierter zum UN-Sicherheitsrat tätig. Von 1993 bis 1995 war er stellvertretender Missionschef an der Botschaft in Tunis, zuständig vor allem für die politischen Kontakte zum PLO-Hauptquartier in Tunis. Von 1995 bis 2000 war Jandl wieder im Außenministerium als Leiter des Balkan-Referats eingesetzt und während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 1998 Vorsitzender der Balkan-Arbeitsgruppe der EU (COWEB). Von 2000 bis 2005 war er Botschafter in Sarajewo, ab 2003 auch Doyen des Diplomatischen Corps in Bosnien-Herzegowina sowie von 2005 bis 2008 Botschafter in Belgrad. In den Jahren von 2009 bis 2018 war im Außenministerium als Sicherheitspolitischer Direktor (Leiter der Abteilung für sicherheitspolitische Angelegenheiten) tätig. Von 2018 bis 2022 war Jandl Botschafter und Ständiger Vertreter Österreichs beim Europarat in Straßburg und seit 2022 hat er diese Funktion bei der OECD in Paris inne.

Zum Vortrag:

I. Der Europarat

Europarat, Europäischer Rat, Rat der Europäischen Union – die Verwirrung mit den europäischen Institutionen ist nicht nur in der Öffentlichkeit groß, auch Insider verheddern sich dann und wann im Gestrüpp der verschiedenen Gremien und ihrer Zuständigkeiten. Durch die überragende Rolle der Europäischen Union ist die Aufmerksamkeit für den Europarat in den letzten Jahren in den Hintergrund getreten. Das Wissen um den Europarat, eine eigenständige und von der EU völlig unabhängige internationale Organisation, nimmt ab. Das ist insbesondere für Österreich schade, ist es doch gerade mit dieser Institution engstens verbunden. Es hat mit Lujo Tončić-Sorinj, Franz Karasek und Walter Schwimmer dreimal den Generalsekretär gestellt, was auf keine andere internationale Organisation zutrifft (und außer auf Frankreich auch auf kein anderes Land). Auch die Präsidentschaft der Parlamentarischen Versammlung (PV) des Europarates fiel zweimal an die Alpenrepublik, die Präsidentschaft des Kongresses der Regionen und Gemeinden (KGRE) gar dreimal. Deutschland hat mit Georg Kahn-Ackermann einmal den Generalsekretärsposten besetzt sowie zweimal den des PV-Präsidenten und einmal jenen des KGRE.[1] Dieser „prägende Anteil am und beträchtliche Einfluss auf den Europarat“ bzw. seine „überproportional hohe Bedeutung für die österreichische Außen- und Europapolitik“ und seine Eignung als „Spielwiese österreichischer Ostpolitik“ ist auch der damaligen Nicht-Mitgliedschaft der Alpenrepublik in der Europäischen Gemeinschaft (EG) geschuldet, was ihn für Wien zu einer Art „EG-Ersatz“ machte.[2] Aber auch aktuell misst Österreich dem Europarat hohe Bedeutung zu, was daraus ersichtlich ist, dass die Bundesregierung im Dezember 2019 den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) offiziell für den Friedensnobelpreis für 2020 vorgeschlagen hat.

II. Die Gründung

Gegründet wurde der Europarat am 5. Mai 1949, bloß vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, „um einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu schützen und zu fördern und um ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begünstigen“ (Art. 1 Satzung).

1 Tončić-Sorinj war GS von 1969 bis 1974, Karasek von 1979 bis 1984, Schwimmer von 1999 bis 2004. Alle drei kamen aus der ÖVP. Karl Czernetz war PV-Präsident von 1975 bis 1978, Peter Schieder von 2002 bis 2006; beide SPÖ. Herwig van Staa (ÖVP) war zweimal, nämlich von 2002 bis 2004 und von 2012 bis 2014, KGRE-Präsident, Gudrun Mosler-Törnström (SPÖ) von 2016 bis 2018. Kahn-Ackermann (SPD) hatte das GS-Amt von 1974 bis 1979 inne. Die deutschen PV-Präsidenten waren Karl Ahrens (SPD, 1983–1986) und Leni Fischer (CDU, 1996–1999), der KGRE-Präsident Erich Kiesl (CSU, 1982–1984). Österreich und Deutschland haben jeweils einmal den stellvertretenden GS gestellt, und zwar mit Peter Leuprecht (1993–1997) bzw. Hans-Christian Krüger (1997–2002).

2 Cede/Prosl (2015), 61; bzw. Gehler (2005), Band 1, 135, letzterer teilweise Botschafter Hans Winkler zitierend.

Die Idee war, alte Feindschaften zu begraben und neue schon von vornherein zu verhindern. Der Europarat ist damit älter als alle Vorläufer-Organisationen der EU. Die erste davon, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, wurde erst 1951 gegründet, die Westeuropäische Union (für die Verteidigung) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft noch später. Lediglich die NATO ist gleich alt wie der Europarat, aber sie ist keine europäische, sondern eine atlantische Einrichtung.

III. Der Sitz: Straßburg/Strasbourg

Als Sitz wählte man bewusst das symbolträchtige Straßburg, das im Lauf seiner Geschichte nicht weniger als neunmal(!)[3] zwischen Deutschland und Frankreich wechseln musste. Keine andere Stadt hätte die „Erbfeindschaft“ zwischen diesen beiden Staaten und ihre Überwindung besser symbolisieren können.

Im Hochmittelalter war Straßburg eine Freie Reichsstadt des Heiligen Römischen Reiches, das Elsass stand unter verschiedenen lokalen Herrschaften, der südliche Teil (Sundgau) hauptsächlich jener der Habsburger. Im elsässischen Ensisheim saß die Regentschaft von „Vorderösterreich“, das die habsburgischen Besitzungen im Elsass, in Schwaben, der Schweiz und Vorarlberg umfasste. Während der Regierungszeit des „Sonnenkönigs“ Ludwigs XIV. gelangte das Elsass Stück für Stück an Frankreich, teils durch kriegerische Handlungen, teils im legalen Wege durch Belehnungen oder Verträge. Die Stadt Straßburg selbst wurde 1681 von Ludwig überfallen. Der Kaiser stand damals gegen die auf Wien anrückenden Türken im Feld, konnte keine Truppen ins Elsass schicken und musste die Abtretung 1684 im Regensburger Stillstand temporär und 1697 im Frieden von Rijswijk (Ryswick) dauerhaft vertraglich bestätigen. Beim Wiener Kongress 1815 gab es zwar Überlegungen, das Elsass von Frankreich abzutrennen, doch aufgrund des herrschenden Prinzips der monarchischen Legitimität blieb es der französischen Bourbonenkrone erhalten. 1870 wurden dann das Elsass und Teile des historischen Herzogtums Lothringen (nämlich dessen deutschsprachige Gebiete sowie das mehrheitlich frankophone Metz als einstige Freie Reichsstadt) vom Norddeutschen Bund unter preußischer Führung erobert und im Frieden von Frankfurt auch de iure dem 1871 gebildeten deutschen Kaiserreich zugesprochen. Im ganzen nunmehrigen Reichsland Elsass-Lothringen und vor allem in dessen Hauptstadt Straßburg fing eine rege Bautätigkeit an (Kaiserpalais, Universität, Kirchen, Schulen, öffentliche Gebäude, Wohnviertel, Bahnhof, Infrastruktur, etc.), mit der Berlin zeigen wollte, dass mit der deutschen Herrschaft ein aufstrebendes Zeitalter anbreche. Man begann, Straßburg quasi zur zweiten Stadt des Kaiserreiches auszubauen.

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg hat Deutschland im Friedensvertrag von Versailles das Reichsland Elsass-Lothringen und mit ihm Straßburg an Frankreich abgetreten. 1940 erfolgte, nach dem deutschen Sieg über Frankreich, die Wiedereingliederung in das Deutsche Reich.[4] 1944 eroberten französische und alliierte Truppen Elsass-Loth-

3 Unter Berücksichtigung des mehrmaligen Wechsels zwischen dem West- und dem Ostfränkischen Reich im Frühmittelalter. In der Neuzeit waren es „nur” fünf Wechsel.

4 Diese wurde aber nur innerstaatlich-verwaltungsrechtlich vollzogen, nicht jedoch völkerrechtlich. Eine Gebietseinheit Elsass-Lothringen wurde nicht hergestellt, das Elsass bildete mit Ba-

ringen zurück. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, und die Stadt Straßburg gilt seither zu Recht als Symbol dieser freundschaftlichen Kooperation. Seit einigen Jahren wird das deutsche Erbe Straßburgs vermehrt und sichtbar gepflegt, mittlerweile ist man allenthalben stolz auf die Besonderheiten, die sich aus dem doppelten Antlitz seiner Geschichte ergeben.

IV. Die Mitgliedschaft

Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1950 Assoziiertes Mitglied und 1951 Vollmitglied des Europarats. Das gleiche trifft übrigens auf das damals noch nicht zur Bundesrepublik gehörende und unter französischem Protektorat stehende Saarland zu. Erst mit dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik 1957 endete dessen eigenständige Europaratsmitgliedschaft.[5] Österreich trat dem Europarat 1956 bei, ein Jahr nach dem Abschluss des Staatsvertrages mit den Alliierten, der die Besatzung beendete und die volle Souveränität wieder herstellte, seit 1951 war es Beobachter gewesen.[6] Ab den 1960er Jahren umfasste der Europarat im Wesentlichen die demokratisch verfassten Staaten des freien Europas. Weder das kommunistisch regierte Osteuropa noch die Militärdiktaturen im Westen, Spanien, Portugal und Griechenland[7] waren dabei.

Heute vereinigt der Europarat alle Staaten des Kontinents inklusive Türkei und die kaukasischen Staaten. Es gibt jedoch vier Ausnahmen: Russland wurde im März 2022 ausgeschlossen, siehe dazu unten Kap. XII. Weißrussland kann formal wegen der dort praktizierten Todesstrafe und de facto *„due to a lack of respect for human rights and democratic principles"*[8] nicht Mitglied werden. Der 1992 gewährte Sondergaststatus wurde dem Land fünf Jahre später wieder entzogen. Lange liefen Bemühungen, Minsk zur Abschaffung der Todesstrafe zu bewegen und damit den Weg in den Europarat zu öffnen. Nach der Eskalation der Lage im Gefolge der Präsidentenwahlen 2020 und vor allem nach dem auch von weißrussischem Territorium aus erfolgten Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist eine Mitgliedschaft völlig illusorisch. Der Kosovo ist bekanntlich von mehreren europäischen Staaten, darunter fünf EU-Staaten, noch nicht anerkannt. Der Beitrittsantrag Prischtinas, mit dem man ohnehin seit einiger Zeit gerechnet hatte, wurde im Mai 2022 eingebracht. Eine jahrelange Beitrittsprozedur ist jedenfalls zu erwarten. An den Beratungen der PV nimmt der Kosovo auf Grund einer Sondervereinbarung jedoch bereits teil. Der Vatikanstaat ist, wohl auch auf Grund „seines besonderen Bemühens um politische Ungebundenheit",[9] kein Mitglied, doch hat der Heilige Stuhl

den den Reichsgau Baden-Elsass, Lothringen zusammen mit dem Saarland und der Pfalz den Reichsgau Westmark.

5 Näheres zu den nicht unproblematischen Beitrittsprozeduren der Bundesrepublik und des Saarlandes z. B. bei Duroselle (1985), 482f, 488f, oder bei Wassenberg (2012), 69ff.

6 Eine gute Darstellung bringt Gehler (2020), 205 ff, 284 ff.

7 Um präzise zu sein: Griechenland wurde 1949 Mitglied und trat 1969 aus, um der wegen der Militärdiktatur bereits eingeleiteten Ausschlussprozedur zuvorzukommen. Nach deren Ende wurde es 1974 wieder Mitglied. Näheres bei Brummer (2008), 82ff.

8 Polakiewicz (2019), Pkt. 7.

9 Fischer/Köck (1986), 77.

Beobachterstatus. Einen solchen haben überdies auch die USA, Mexiko, Kanada und Japan. Israel ist Beobachter zwar nicht beim Europarat per se, aber bei der PV. Als *Partners for Democracy* nehmen Palästina, Jordanien, Marokko und Kirgisien an der PV teil.

V. Das Kerngeschäft

Die allgemeine politische Einigung Europas, Hauptziel des Europarats bei dessen Gründung 1949, wird mittlerweile ja in erster Linie im Rahmen der EU betrieben. Aufgrund dieses Umstandes sowie des Beitritts der osteuropäischen Staaten inklusive Russlands nach dem Fall des Eisernen Vorhangs konzentriert sich der Europarat nunmehr auf drei Bereiche, die sozusagen sein „Kerngeschäft“ bilden: Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit.[10] Diese seit Anfang der 1990er Jahre praktizierte Konzentration auf diese „Wertetrias”[11] wurde in der Erklärung des Warschauer Gipfeltreffens 2005 ausdrücklich festgeschrieben: *„The Council of Europe shall pursue its core objective of preserving and promoting human rights, democracy and the rule of law.”*[12] Näheres zum Kerngeschäft weiter unten.

Über dieses Kerngeschäft hinaus ist der Europarat gleichwohl durch verschiedene Organe, Expertengruppen, Ausschüsse, etc. in vielen weiteren Bereichen seines *„potentially almost unlimited remit“*[13] tätig, von dem lediglich die Verteidigung explizit ausgeschlossen ist (Art. 1 (d) Satzung). Die kulturelle und universitäre Kooperation, die Terrorbekämpfung, die Unterbindung von Cyber-Kriminalität, die Verhinderung von Kinder- und Sklavenarbeit, das Vorantreiben der Gleichberechtigung von Frauen, das Verhindern der Diskriminierung von Schwulen und Lesben, die Durchsetzung der Kinderrechte, die Förderung von Minderheitensprachen, der Umweltschutz, die Stärkung der Zivilgesellschaft und der NGOs, die Verbesserung der lokalen Selbstverwaltung, Sport- und Filmförderung, Medikamentensicherheit, Journalistenschutz, etc. seien hier illustrierend und beispielhaft genannt. Aber alle diese Tätigkeiten haben, wie es die Warschauer Gipfelerklärung gebietet, im Dienste des Kerngeschäfts zu stehen.

VI. Die statutarischen Organe

Das leitende und entscheidungsbefugte Organ des Europarats ist das Ministerkomitee, das (der Satzung nach) aus den Außenministern der Mitgliedsländer besteht, sich realiter aber wöchentlich auf der Ebene der Ständigen Vertreter (Botschafter) als „Ministerdelegierte“ trifft (MDK). Die Minister selbst kommen in der Regel einmal jährlich zusam-

10 Zwei dieser drei Prinzipien, nämlich die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte, sind schon in der Europaratssatzung von 1949 als die wesentlichen Kriterien für eine Mitgliedschaft genannt (Art. 3, 4 und 8 Satzung).

11 Brummer (2008), 17.

12 Third Summit of Heads of State and Government of the Council of Europe (Warsaw, 16–17 May 2005), Warsaw Declaration, Pkt. 1.

13 Polakiewicz (2019), Pkt. 5.

men. Nichtsdestotrotz handelt es sich immer um das Organ Ministerkomitee, mit den von der Satzung festgelegten Kompetenzen.

Das zweite in der Satzung normierte (und damit ebenso „statutarische“) Organ ist die Parlamentarische Versammlung, der aber bloß beratende („quasi-parlamentarische“[14]) und keine entscheidende Kompetenz zufällt. Folgerichtig hieß sie ursprünglich Beratende Versammlung, der Name wurde 1994 adaptiert, ohne dass sich an den Kompetenzen etwas änderte.[15] Manche erachten das (auf britisch-französische Meinungsunterschiede in der Gründungsphase zurückgehende) Übergewicht des intergouvernementalen Ministerkomitees gegenüber der bloß konsultativen PV als „Geburtsfehler“ in der „bizephalen Architektur“ des Europarats; andere weisen auf die wichtige Innovation der parlamentarischen Mitwirkung an einer internationalen Organisation hin.[16] Die PV erarbeitet und verabschiedet auf ihren viermal im Jahr je eine Woche dauernden Sitzungen im Wesentlichen nicht-rechtsverbindliche Empfehlungen. Ihre Mitglieder sind Abgeordnete der nationalen Parlamente, die, proportional zur Größe des Landes und in der Zusammensetzung den nationalen Wahlergebnissen entsprechend, entsandt werden. Aus Österreich kommen sechs Abgeordnete, aus Deutschland 18.

Ferner kann man den Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) als statutarisches Organ werten. Er ist zwar nicht in der Satzung selbst normiert, aber in einer die Satzung ergänzenden statutarischen Resolution. In den KGRE sind Vertreter gewählter gesetzgebender Körperschaften der Länder-, Regionen- und Kommunenebene entsandt. Der KGRE erarbeitet als beratendes Organ ebenso hauptsächlich nicht-rechtsverbindliche Empfehlungen zum Thema der Stärkung der Demokratie und der *good governance* auf Lokal- und Regionalebene. Im KGRE ist Österreich ebenfalls mit sechs und Deutschland mit 16 Mitgliedern aus den Landtagen und Gemeinden vertreten.

VII. Der Menschenrechtsgerichtshof

Der Europarat hat im Laufe seiner Geschichte über 220 Konventionen, also völkerrechtliche Verträge, verabschiedet. Viele von diesen haben Überwachungsmechanismen, so genannte Konventionsorgane, geschaffen, die die Einhaltung der jeweiligen Verpflichtungen kontrollieren.

Die wichtigste und bekannteste davon, geradezu das „Wahrzeichen des Europarats”,[17] ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950, das bedeutendste Grundrechtsinstrument auf europäischem Boden.[18] Mit der EMRK wurde auch der Europäische Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) ins Leben gerufen, der 1959 seine Arbeit aufnahm. Eine Europaratsmitgliedschaft ohne gleichzeitigen Beitritt zur EMRK samt

14 Seidl-Hohenveldern (1984), RZ 1209.

15 Die Parlamentarier gebrauchten schon ab 1974 diese Bezeichnung, sie wurde aber erst 20 Jahre später durch Beschluss des Ministerkomitees amtlich.

16 Einerseits: Wassenberg (2012), 587; andrerseits: Polakiewicz (2019), Pkt. 4.

17 Brummer (2008), 169.

18 Einen guten und sehr konzisen Überblick über die historischen Entwicklungen gibt Gehler (2018). Für Grundsätzliches zur EMRK siehe z. B. Grabenwarter/Pabel (2016), Kucsko-Stadlmayer (2015) oder Wittmann-Puri (2021).

Unterwerfung unter die Jurisdiktion des EGMR ist nicht möglich.[19] In nur fünf Mitgliedstaaten inklusive Österreich steht die EMRK im Verfassungsrang.[20] In Deutschland und den meisten anderen Ländern hat sie einfachen Gesetzesrang, in einigen eine Mittelstellung zwischen Gesetz und Verfassung. Seit 1959 hat der EGMR über eine Million Beschwerden behandelt. Rund 56.000 davon wurden mit formellen Urteilen entschieden. Etwa 360 betrafen Deutschland, doch mehr als 440 betrafen Österreich, und mehr als 70% dieser formellen Urteile stellten eine Konventionsverletzung durch Österreich fest – was angesichts der „Selbstgefälligkeit",[21] die Wien beim Beitritt zur EMRK an den Tag gelegt hatte, durchaus bemerkenswert ist. Bezogen auf sämtliche Mitgliedstaaten stellte der EGMR in 84% der Verfahren, die mit formellen Urteilen entschieden wurden, Menschenrechtsverletzungen fest.[22]

Jede natürliche Person, aber auch jede juristische Person, ja selbst jede nicht rechtsfähige Vereinigung oder Gruppierung, kann sich (nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenzuges) kostenfrei an den EGMR wenden, wenn sie sich durch staatliches Handeln in ihren von der EMRK und den Zusatzprotokollen garantierten Grund- und Freiheitsrechten verletzt erachtet. Dieses 1955 fakultativ eingeführte und seit 1990 obligatorisch für alle geltende Individualbeschwerderecht ist heute das Um und Auf des Menschenrechtsschutzes. Zusätzlich besteht auch die Möglichkeit von Beschwerden eines Staates gegen einen anderen. Verglichen mit den jährlich zehntausenden Individualbeschwerden sind die Staatenbeschwerden, von denen insgesamt erst rund 30 eingebracht wurden,[23] sehr selten, wenngleich sich seit 2020 mit seither acht neuen Anträgen (bis Redaktionsschluss im Juni 2022) eine Trendwende hin zu mehr Staatenbeschwerden abzeichnet.

Der EGMR wurde damit auch zum Opfer seines eigenen Erfolges, die Folge war ein Prozess-Rückstau, der am Höhepunkt 160.000 Fälle betraf. Durch verschiedene Effizienzmaßnahmen konnte der Rückstau auf mittlerweile „nur" noch 70.000 Fälle reduziert werden.[24] Die Effizienzsteigerung darf aber, jedenfalls nach österreichischer Ansicht, nicht zum Verlust eines wirksamen Individualbeschwerderechts führen. So tritt Wien auch den Vorschlägen entgegen, dass der EGMR nicht mehr alle Beschwerden prüfen solle, sondern nur noch solche, die zu Grundsatzentscheidungen führen würden.

Die Urteile des EGMR sind verpflichtend und müssen ohne Wenn und Aber umgesetzt werden. Über die Implementierung wacht das Ministerkomitee, das – unterstützt durch eine kleine Heerschar von Juristen des Europaratssekretariats – die diesbezügliche

19 Um präzise zu sein: seit 1990 de facto, und seit 1998 auch de iure nicht mehr möglich.
20 Bourgeois (2016), 10.
21 Matscher (1988), 293.
22 Einen guten und kompakten Überblick bietet ECtHR (2022a).
23 Ein Beispiel dafür ist die 1960 von Österreich gegen Italien eingebrachte Staatenbeschwerde, in der es um den Vorwurf der Diskriminierung von Südtirolern durch die italienische Justiz in einem Strafprozess ging (Nr. 788/60; sog. Pfunderer-Fall; siehe z. B. White (1977), 155f; Kogler (2017), 50ff); Wolf in: Jandl/Dürr/Wolf (2021b), p. 27 – 31. Deutschland hat bislang keine Staatenbeschwerde eingebracht. Interessanterweise hat Liechtenstein 2020 eine Staatenbeschwerde gegen Tschechien wegen der behaupteten Verletzung des Rechts auf Eigentum durch die Enteignungen gemäß den Beneš-Dekreten von 1945 eingereicht.
24 Vgl. Raimondi (2018), 2, aktuell: ECtHR (2022b), p. 4.

performance der Mitgliedsstaaten überprüft. Die „Zähne“ liegen – wie in vielen Arbeitsfeldern des Europarates – in der *peer pressure*. Solange es den Mitgliedsstaaten unangenehm ist, in den Sitzungen oder gar öffentlich als säumig oder pflichtverletzend an den Pranger gestellt zu werden, und solange sie daher bestrebt sind, sich positiv zu verhalten, Versäumnisse abzustellen und Unzulänglichkeiten zu korrigieren, solange funktioniert das System. Sollte irgendwelchen Mitgliedsstaaten die Kritik der anderen plötzlich egal werden, würde der Mechanismus seine Zähne verlieren.

Drei Staaten sind im Zusammenhang mit der Befürchtung, trotz massiver und dauerhafter internationaler Kritik die Umsetzung verschiedener Urteile zu verweigern, zu nennen: Aserbaidschan, Türkei und Russland. Bei Aserbaidschan ging es um die Nicht-Umsetzung des Urteils im Fall des Regimekritikers Ilgar Mammadov, wo das MDK erstmals zu der (erst vor wenigen Jahren geschaffenen) Möglichkeit des Art. 46 (4) EMRK griff: Da das MDK (per Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit) zur Auffassung gelangte, dass sich Aserbaidschan weigerte, das Urteil zu erfüllen, konnte das MDK den EGMR um ein weiteres Urteil ersuchen, ob Aserbaidschan seine Pflicht zur Urteilsumsetzung tatsächlich verletzt habe. Geraume Zeit nach der Bejahung dieser Frage durch den EGMR wurde Mammadov doch freigelassen. Im Februar 2022 gelangte das MDK (wiederum mit Zweidrittelmehrheit nach Art. 46 (4) EMRK) zur Auffassung, dass die Türkei sich weigere, das Urteil im Fall des Regimekritikers Osman Kavala zu erfüllen, und ersuchte den EGMR um ein diesbezügliches Urteil. Ankara hat dieses 46 (4)-Verfahren heftig als unberechtigt kritisiert. Das beantragte Urteil des EGMR erging im Juli 2022 und stellte – erwartungsgemäß – fest, dass die Türkei das Urteil zugunsten Kavalas aus 2019 nicht implementiert hat und die Menschenrechtsverletzung fortbesteht.[25] Zu Russland: Große Besorgnis lösten mehrere Entwicklungen aus: Der Beschluss des russischen Verfassungsgerichts aus 2015, sich die Nicht-Umsetzung der EGMR-Urteile vorzubehalten, sollten sie nicht im Einklang mit der russischen Verfassung stehen; ferner die entsprechende Novellierung der russischen Verfassung 2020 (die von der Venedig-Kommission des Europarats kritisiert wurde); und schließlich die Nicht-Erfüllung mehrerer EGMR-Urteile im Fall des Regimekritikers Aleksander Nawalny, die nach Ansicht Vieler ebenso ein Art. 46 (4)-Verfahren erfordert hätte – doch siehe unten Kap. XII.[26]

Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon verpflichtet, der EMRK beizutreten. Der Art. 6 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) ist unmissverstehbar: „Die Union tritt der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei.“ Die Notwendigkeit dazu erhellt „aus der paradoxen Situation, dass alle EU-Mitgliedstaaten an die Konvention gebunden sind, nicht aber die EU selbst, obwohl […] zunehmend Hoheitsbefugnisse auf sie übertragen wurden“.[27] Mit anderen Worten: Wenn die EU „als EU“ handelt, also im Rahmen ihrer – immer mehr werdenden – vergemeinschafteten Kompetenzen, dann unterliegt sie nicht der EMRK, und mögliche Men-

25 Fall Ilgar Mammadov gegen Aserbaidschan, Nr. 15172/13; bzw. Fall Osman Kavala gegen Türkei, Nr. 28749/18.

26 Siehe Gutachten der Venedig-Kommission, Dok. CDL-AD(2020)009 vom 18.6.2020; Fälle Nawalny: Beschwerden Nr. 46632/13, 28671/14 und 101/15. Zu Russland und EGMR allgemein siehe auch Mälksoo/Benedek (2018).

27 Kucsko-Stadlmayer (2015), 752.

schenrechtsverletzungen können nicht vor den EGMR gebracht werden. Der Beitritt war aber leichter gesagt als getan. Der ausgehandelte Beitrittsübereinkommensentwurf wurde vom Europäischen Gerichtshof der EU (EuGH) als in mehreren Punkten EU-rechtswidrig und daher nicht unterschreibbar eingestuft,[28] was nicht ohne massive Kritik blieb: Der EuGH blende geflissentlich die ausdrückliche Verpflichtung der EU zum Beitritt aus; er verlange (wie man in Österreich sagen würde) eine „Extrawurst" für die EU (bzw. eigentlich für sich selbst); er wolle die EU der externen Menschenrechtskontrolle durch den EGMR entziehen; er ignoriere berechtigte Anliegen jener EMRK-Vertragsparteien, die nicht der EU angehören; er maße sich selbst eine Rolle über dem EGMR an, etc.[29] Andere nehmen den EuGH in Schutz: es sei eben seine Aufgabe, peinlich genau auf die Konformität aller Vorgänge mit dem EU-Recht zu achten; man müsse berücksichtigen, dass die EU eben kein Staat ist und für ihren EMRK-Beitritt daher zwangsläufig andere Regeln gelten müssen; der EuGH müsse sicherstellen, dass keine Nicht-EU-Stelle das Unionsrecht auslegt, etc.[30]

Seit 2019 laufen nun weitere Verhandlungen, um den Entwurf des Beitrittsabkommens einerseits den Bedenken des EuGH anzupassen und ihn andererseits weiter für alle Nicht-EU-Mitgliedstaaten und den Europarat akzeptabel zu halten. Die Gespräche sind äußerst schwierig und zäh. Ob bzw. wann ein Konsens gefunden werden kann, war bei Redaktionsschluss noch nicht absehbar.

VIII. Andere Kontrollorgane

Bei den Überprüfungsmechanismen der meisten weiteren Europaratskonventionen handelt es sich um Expertengruppen, die in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen die Mitgliedsländer uneingeladen überprüfen, Berichte erstellen, Empfehlungen zu Verbesserungen erteilen, worauf die Staaten dann in der Regel verhalten sind, über die Umsetzung dieser Empfehlungen zu berichten. Meist wird diese Empfehlungs- und Berichtsprozedur veröffentlicht, ohne dass es einer Autorisierung durch die betreffenden Länder bedürfte.

Die vielleicht bekanntesten dieser – oft nach ihrem Unterzeichnungsort benannten – Konventionen und Konventionsorgane sind die Warschauer Anti-Menschenhandelskonvention mit der Expertengruppe GRETA, die Istanbuler Konvention zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen mit der Expertengruppe GREVIO, die Lanzarote-Konvention gegen Kindesmissbrauch mit dem gleichnamigen Komitee, die Antifolterkonvention mit dem Antifolterkomitee, die Sozialcharta mit dem Sozialausschuss, oder die Minderheitenschutzkonvention und die Minderheitensprachenkonvention ebenfalls mit den dazugehörigen Expertenkomitees.

Andere Gremien sind durch so genannte Teilabkommen oder Ministerkomiteebeschlüsse geschaffen worden. Die GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) und die ECRI (Kommission gegen Rassismus und Intoleranz) wären Beispiele für solche Organe

28 In seinem Gutachten vom 18.12.2014, Nr. 2/13.

29 Zu diesen Punkten inkl. der angesprochenen Kritik siehe z. B. Lock (2014), Kucsko-Stadlmayer (2015), 752–755; Schmalenbach (2020) u. v. a. m.

30 Z. B. Kohnen (2014). Zur Problematik überhaupt ausführlich Gruber (2020).

mit Kontrollmechanismus. Das Europäische Sprachzentrum in Graz, die Entwicklungsbank des Europarats in Paris, die der Medikamentensicherheit dienende *Pharmacopoeia* in Straßburg oder das Europäische Kulturstraßen-Netzwerk in Luxemburg wären Beispiele ohne Überprüfungsmechanismus.

Ein weithin bekanntes Abkommen, ebenfalls ein „Aushängeschild des Europarats",[31] an dem sich mittlerweile auch 18 Nicht-Europaratsmitglieder aus anderen Kontinenten beteiligen, ist die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht, im täglichen Sprachgebrauch nach ihrem Tagungsort als Venedig-Kommission bezeichnet. Diese führt auf Ersuchen der betreffenden Staaten oder im Auftrag von Europaratsorganen Beratungen in den Bereichen Verfassungsgesetzgebung, demokratische Institutionen, Wahlrecht, Justizreformen und ähnlichen Feldern durch und erstellt einschlägige Gutachten und Empfehlungen. Sie leistet nach eigenen Worten „verfassungsrechtliche Erste Hilfe".[32]

Nicht vergessen werden sollte das 1999 geschaffene Amt des Menschenrechtskommissars des Europarats, dessen Mandat ebenso in der Überprüfung der einschlägigen *performance* der Mitgliedsländer liegt und dessen öffentliche Berichte und Empfehlungen einen entsprechenden politischen Druck bewirken.

Es lässt sich also sagen, dass für den Bereich der Menschenrechte mit dem EGMR und der Menschenrechtskommissarin ein sehr effektives Instrumentarium vorliegt, für den Bereich Rechtsstaatlichkeit mit der Venedig-Kommission ebenfalls ein gut funktionierendes Instrumentarium. Für das dritte Feld des Kerngeschäfts, die Demokratie, besteht allerdings kein derartig intensiver Mechanismus. Es gibt zwar Monitoring-Verfahren seitens des Ministerkomitees, der PV und des KGRE, die alle auch den Bereich Demokratie abdecken, und darüber hinaus Wahlbeobachtung durch PV und KGRE. Dennoch sehen manche den Bedarf nach einer Nachschärfung, und kürzlich wurde der Vorschlag der Schaffung des Amtes eines Demokratiekommissars analog zum Menschenrechtskommissar gemacht.

IX. Brauchen wir den Europarat noch?

Oft wird die Frage gestellt, ob angesichts der enormen Dynamik, die die EU entwickelt hat, der Europarat überhaupt noch eine berechtigte Rolle spielen und einen Mehrwert liefern kann; ob man nicht Arbeitsduplizierungen zwischen der EU und dem Europarat vermeiden sollte, indem man den Europarat zu einer Agentur der EU umformt. Manchmal wird auch überlegt, ob man den Europarat mit der in Wien beheimateten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zusammenlegen könnte. Zur Beantwortung all dieser Fragen möchte ich eine Überlegung anstellen und auf einige Besonderheiten des Europarats hinweisen.

31 Brummer (2008), 225.
32 Zit. nach Brummer (2008), 223.

X. Quod non est in mediis, non est in mundo

Im öffentlichen (oder eher veröffentlichten) Diskurs unserer auf *news* fixierten Zeit wird gern alles ausgeblendet, was keinen *news*-Charakter hat und sich nicht für aufmerksamkeitsheischende *stories* eignet. Insofern könnte man den Rechtsgrundsatz *Quod non est in actis, non est in mundo* („Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt")[33] wie ersichtlich auf unsere mediengeprägte Epoche umlegen. Dass der Europarat mit seinen vielen (zugegeben unübersichtlichen) Aktionsfeldern wenig in den Medien vorkommt, heißt jedoch nicht, dass seine Arbeit unwichtig oder entbehrlich wäre.

In letzter Zeit ist ihm das mit einigen aktuellen Themen (jenseits der hochpolitischen Frage Russland) doch gelungen. Zu seinen Mahnungen in Sachen Covid-Bekämpfung siehe Kap. XIV. Die Istanbul-Konvention fand Aufmerksamkeit, weil Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt im Covid-Lockdown oft virulent wurden; und überdies wegen des Widerstandes einiger Mitgliedstaaten, die sich „traditionellen" Familienwerten verpflichtet fühlen und sich an der „Gender"-Definition dieser Konvention[34] stoßen. Insbesondere wurde der Austritt der Türkei, nach deren größter Stadt das Abkommen heißt, von der Politik (auch jener Deutschlands und Österreichs) und den Medien kritisiert. Andere Themen, die Nachrichtenniederschlag finden, sind etwa die Künstliche Intelligenz und ihre Auswirkung auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dazu haben MDK und Unterorgane mit der Erarbeitung einer Konvention begonnen, die 2023 vorliegen sollte. Oder der Bereich Umweltschutz und Menschenrechte bzw. die Frage nach einem Menschenrecht auf gesunde Umwelt.[35] Dies hat 2020 durch die Einbringung einer EGMR-Beschwerde gegen Portugal und 32 andere Länder[36] eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit erfahren, auch indem der EGMR (der die Causa sowie einige ähnliche Fälle freilich noch nicht ausjudiziert hat) in dem Zusammenhang auf die *„living instrument"*-Doktrin[37] hinwies, derzufolge die EMRK-Bestimmungen im Lichte neu entstehender Problemstellungen zu interpretieren und weiterzuentwickeln sind. Überdies haben die Unterorgane des MDK im Juni 2022 ein *soft law*-Instrument zum Umweltschutz und zur Nachhaltigkeit fertiggestellt, das demnächst formell angenommen werden soll. Ob zusätzlich eine verbindliche Konvention folgt, war bei Redaktionsschluss noch Gegenstand einer Machbarkeitsstudie.

---

33 Der Rechtsgrundsatz geht auf den Römischen Zivilprozess zurück und besagt, dass der Richter nur das als Entscheidungsgrundlage heranziehen darf, was von den Parteien ausdrücklich vorgebracht und damit zu den Akten genommen wurde. Der Grundsatz wurde 1654 im so genannten jüngeren Kameralprozess für das Heilige Römische Reich übernommen.

34 Art. 3 (c) der Konvention definiert den Begriff „Geschlecht" (in der englischen Fassung *gender*) als „die gesellschaftlich geprägten Rollen, Verhaltensweisen, Tätigkeiten und Merkmale, die eine bestimmte Gesellschaft als für Frauen und Männer angemessen ansieht".

35 Für Näheres zu diesem Themenkomplex siehe Jandl/Koneski/Steinbichler (2021c).

36 Fall Duarte Augustinho u. a. gegen Portugal u. a., Nr. 39371/20.

37 Entwickelt im Urteil aus 1978 im Fall Tyrer gegen UK, Nr. 5856/72, und zahlreichen weiteren.

XI. Verbindlichkeit und „Lästigkeit"…

Die Mitgliedstaaten – und zwar alle – haben sich, wie gezeigt, zu ganz besonderen Standards verpflichtet und strengen Überprüfungs- und Monitoring-Mechanismen unterworfen. Diese Standards der EMRK, ihrer Zusatzprotokolle und der anderen Konventionen sind höher und die Durchsetzungsmechanismen schärfer als in jeder anderen Weltregion.[38]

Bei den meisten anderen Organisationen inklusive der OSZE beruht das Wesentliche auf Empfehlungen, politischen Vereinbarungen oder Diplomatie, ohne verbindliche Durchsetzungsmechanismen. Beim Europarat hingegen, wie dargestellt, auf rechtsverpflichtenden Konventionen. Somit ist er auch die treibende Kraft bei der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und Obliegenheiten. Durch den Beitritt außereuropäischer Staaten zu seinen Konventionen erzielt er hier eine weit über unseren Kontinent hinausgehende Normsetzungswirkung und trägt sozusagen die europäischen Werte juristisch in alle Welt.

Diese rechtlichen Verpflichtungen inklusive der zugehörigen Überwachungsmechanismen sind manchen Staaten lästig. Aber gerade darin besteht der Mehrwert des Europarates: Man unterwirft sich rigorosen Rechtspflichten und ist sich als Staat auch nicht zu gut, sich überprüfen und in aller Öffentlichkeit kritisieren zu lassen, ohne dass man sich auf souveränistische Formeln wie „Das dürft ihr nicht, das fällt unter innere Angelegenheiten" oder „Ihr dürft nur kontrollieren, wenn wir ausdrücklich zustimmen" zurückziehen könnte.

XII. … und schwierige Mitglieder

Die zweite Besonderheit des Europarats ist, wie ausgeführt, dass er sich eben nicht nur auf die EU-Staaten (samt Beitrittskandidaten) erstreckt, sondern de facto auf ganz Europa inklusive „schwierige" Mitglieder wie die Türkei und manche Kaukasus-Länder. (Russland ist im März 2022 ausgeschlossen worden.) Ein EU-Beitritt dieser Länder ist für die vorhersehbare Zukunft nicht zu erwarten. Umso wichtiger ihre Einbindung in die europäische Integration über den Europarat.

1. Vorläufig / vermeintlich abgewendeter „Ruxit"

In der Tat herrschte seit 2014 eine „russische Krise": Nach der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion 2014 hat die PV den russischen Abgeordneten das Stimmrecht entzogen. Moskau hat daraufhin aus Protest keine PV-Delegationen mehr nominiert und seinen Mitgliedsbeitrag zum Europarat einbehalten, der ca. 10 Prozent des Budgets ausmacht. Das war satzungswidrig und zog überdies eine gravierende Finanzkrise des Europarats nach sich. Russland hatte auch wissen lassen, eine „Strafprozedur" wegen des ausbleibenden Mitgliedsbeitrags (die nach zwei Jahren „Schonfrist" eingeleitet worden wäre) nicht über sich ergehen zu lassen und dann den Europarat lieber zu verlassen.

38 Einen interessanten Vergleich zu den Instrumenten der UNO und anderer Regionalorganisationen bietet Türk (1988), 336ff.

Die Mehrheit der Europaratsmitgliedsstaaten, darunter Deutschland und Österreich, wollte einen „Ruxit“ unbedingt vermeiden. Denn „es geht um die 144 Millionen russischer Bürger“,[39] die dann nicht mehr unter dem Schutz des EGMR und der anderen Monitoring-Mechanismen stünden. So entstand ein Dilemma, das Moskau sehr gut zu seinen Gunsten zu nutzen verstand. Nach beträchtlichem Tauziehen wurde auf dem Ministertreffen von Helsinki 2019 (kurz bevor die genannte Schonfrist ablief) eine Einladung an Russland ausgesprochen, sich wieder an der PV zu beteiligen. Die PV änderte ihre Geschäftsordnung, um diese Teilnahme kurzfristig möglich und Sanktionen de facto unmöglich zu machen.[40] Daraufhin kehrte Russland unsanktioniert in die PV zurück und zahlte seine ausstehenden Mitgliedsbeiträge in Höhe von ca. 55 Millionen Euro – das sind die eigentlichen Beitragssummen; die fälligen Verzugszinsen hat Moskau nicht beglichen.

Damit waren Mitte 2019 zur Erleichterung der meisten Mitgliedsstaaten der „Ruxit“ und die Finanzkrise des Europarats abgewendet. Jedoch entstand auf Seiten der Ukraine und anderer russlandkritischer Staaten wie den baltischen Ländern, Polen und Georgien eine enorme Frustration, die zu einer vorübergehenden Boykottierung der PV durch diese Länder führte. Sie argumentieren, es sei nicht in Ordnung, Moskau so weit entgegenzukommen, dass es nicht nur bedingungslos und ohne jegliches Einlenken, ohne jegliche „Gegenleistung“ in die PV zurückkehren und dabei den illegal einbehaltenen Mitgliedsbeitrag auch noch zur Erpressung des Europarates einsetzen konnte. Es sei nicht hinnehmbar, dass der Europarat zur Besänftigung eines uneinsichtigen Rechtsbrechers seine Regeln ändere, und dass der Rechtsbrecher diese Regeländerung auch noch selbst diktieren dürfe.

Von manchen als „Trostpflaster“ für die moskaukritischen Staaten verstanden, aber offiziell ohne jeden Bezug zur „russischen Krise“, hat die Ministertagung von Helsinki auch beschlossen, dass eine neue, vom MDK, der PV oder dem Generalsekretär unilateral einleitbare, aber dann gemeinsam zu führende Prozedur entwickelt werden soll, *„to react more effectively in situations where a member State violates its statutory obligations or does not respect the standards, fundamental principles and values upheld by the Council of Europe“*.[41] Der Mechanismus, für den sich der Ausdruck *Complementary Procedure* oder auch *Joint Procedure* einbürgerte, ist 2021 in Kraft getreten. Von Anfang an wurden laute Zweifel geäußert, ob er ein in der Realität auch einsetzbares, effektives und effizientes Werkzeug darstellen würde, vor allem aus dem Lager der Russland-Kritiker.

Einige verwiesen (zumindest informell) darauf, dass Russland schon bei seinem Beitritt 1996 von manchen für nicht europaratsreif befunden wurde (z. B. vom damaligen stellvertretenden GS Peter Leuprecht, der deswegen aus Protest auch zurücktrat[42]), und dass weder Moskau noch Straßburg ausreichend aus dieser Erfahrung gelernt hätten.

39 So der Pressesprecher des Europarats, Daniel Höltgen, im Interview, Deutschlandfunk (2019).

40 Ministerkomitee: https://search.coe.int/cm/Pages/result_details.aspx?ObjectId=0900001680945ec8, Entscheidung 2, Punkt 4; PV: http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=27980&lang=en, Punkte 7 und 10.

41 Siehe Fn. 36, Punkte 6 bis 8 der Entscheidung Nr. 2.

42 Siehe Leuprecht (1998), 329, sowie Leuprecht (2020), passim.

2. Suspendierung und Ausschluss Russlands

Noch am selben Tag, da Russland die Ukraine überfiel (24. Februar 2022), trat das Ministerdelegiertenkomitee zusammen, um eine Suspendierung Russlands gemäß Art. 8 Statut vorzubereiten. Diese Suspendierung wurde am 25. Februar 2022 beschlossen und trat mit sofortiger Wirkung in Kraft.[43] Mit der Suspension werden sämtliche Vertretungs- und Mitwirkungsrechte entzogen, man bleibt aber formell Mitglied des Europarats und auch Vertragspartei der ratifizierten Konventionen, inklusive der EMRK. Somit sind die Verpflichtungen aus der EMRK und der anderen Konventionen weiterhin zu erfüllen. Das MDK hat diesen Schritt gewählt, zum einen um sofort zu reagieren, und zum andern, um – für den (eher theoretischen) Fall eines Einlenkens Moskaus – nicht alle Brücken abzubrechen. Die Raschheit der Reaktion sowie die große Geschlossenheit der Europaratsmitglieder[44] scheint Moskau überrascht zu haben.

Angesichts des Voranschreitens der militärischen Aggression gegen die Ukraine haben MDK und PV dann sehr rasch weitere Schritte gesetzt, die zum Ausschluss Russlands aus dem Europarat per 16. März 2022 führten. Seine Vertragsparteieneigenschaft zur EMRK endete ein halbes Jahr später.[45] Die Vertragsparteieneigenschaft Russlands in den so genannten offenen Konventionen des Europarats – also jenen, die auch Nicht-Mitgliedern offen stehen – konnte aus juristischen Gründen nicht beendet werden, doch wurden seine Mitwirkungsrechte in den betreffenden Vertragsstaatenkomitees eingeschränkt.

43 Entscheidung CM/Del/Dec(2022)1426ter/2.3 vom 25.2.2022.

44 Das Abstimmungsergebnis, das eigentlich vertraulich ist, wurde von einigen Massenmedien (z. B. Der Spiegel am 25.2.2022, dtj-online am 26.2.2022, Der Standard vom 16.3.2022, etc.) veröffentlicht, weshalb diese Medienberichte wiedergegeben werden können: 42 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen (Russland und Armenien), 1 Enthaltung (Türkei), 2 Nicht-Teilnahmen (Serbien und Aserbaidschan).

45 Der genaue Ablauf des komplizierten Vorganges war wie folgt: Am 10. März 2022 beschloss das MDK einstimmig die Einleitung der Konsultationsprozedur mit der PV zur Setzung des nächsten Schritts nach Art. 8 Satzung. Dieser Schritt besteht in der Aufforderung an den betreffenden Staat, seinen Austritt aus dem Europarat zu erklären (kann aber erst nach vorangegangener Konsultation mit der PV gesetzt werden). Erst wenn einer solchen Austrittsaufforderung nicht nachgekommen wird, kann der Staat gemäß Art. 8 ausgeschlossen werden. Die für diese Konsultation einberufene Sondersitzung der PV am 15. März 2022 erbrachte die einhellige Beurteilung *„that the Russian Federation can […] no longer be a member State of the Organisation“* samt Empfehlung, das MDK möge Russland zum Austritt auffordern (Opinion 300(2022), Pkte 19 und 20). Noch während die PV-Sitzung lief, erklärte Moskau mit Schreiben von Außenminister Lawrow seinen freiwilligen Austritt nach Art. 7 Statut (der mit Jahresende wirksam würde) und kündigte seine Mitgliedschaft in der EMRK. Das MDK beschloss daraufhin am 16. März 2022 per Konsens, die Beendigung der Mitgliedschaft Russlands nicht nach Art. 7 (freiwilliger Austritt), sondern nach Art. 8 (Ausschluss als Sanktion) wirksam werden zu lassen, und zwar mit Wirkung noch vom selben Tag, dem 16. März 2022. Das MDK ist damit von der Rechtsmeinung ausgegangen, dass ein Land, gegen das bereits ein Art. 8-Verfahren wegen „schwerer Verstöße“ eingeleitet ist, diese Sanktionsprozedur nicht mit einem „freiwilligen“ Austritt nach Art. 7 unterlaufen darf. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft im Europarat geht automatisch jene als EMRK-Vertragspartei einher. Sie wirkt kraft Art. 58 EMRK ein halbes Jahr nach Beendigung der Europaratsmitgliedschaft; Verpflichtungen, die vor dem Austritt entstanden sind, bleiben aber (theoretisch) bestehen.

XIII. 70 Jahre Europarat

Wegen der „russischen Krise“ bestand 2019 auch kein Appetit auf ein großes, medienwirksames Feiern des 70. Jahrestags der Gründung des Europarates. Die Idee eines Gipfels der Staats- und Regierungschefs (es wäre der erst vierte in der Europaratsgeschichte gewesen) wurde schon frühzeitig verworfen. Im Mai 2019 wurden dann zwei feierliche Erklärungen verabschiedet, eine als gemeinsames Statement von Generalsekretär Thorbjørn Jagland, der PV-Präsidentin Liliane Maury Pasquier und des finnischen Außenministers Timo Soini als Vorsitzendem des Ministerkomitees, und eine zweite anlässlich des Ministertreffens von Helsinki.[46] In diesen beiden Texten werden die erreichten Fortschritte in den Kernbereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewürdigt und weitere Aktivitäten auf diesen Politikfeldern in Aussicht gestellt, insbesondere neue Anstrengungen zur Bekämpfung der Erosion des Menschenrechtsschutzes, zum Kampf gegen Arbeitsausbeutung und „moderne Sklaverei“ sowie gegen die wachsende soziale und geschlechtsbezogene Ungleichheit in vielen europäischen Gesellschaften, ferner solche zur Stärkung des Pluralismus, der Toleranz und Offenheit. Überdies wird ein Herangehen an die Herausforderungen zugesagt, die die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz für die Menschenrechte mit sich bringen, und letztlich ein Bekenntnis zur Verteidigung der hohen Standards des Europarats, zur Herrschaft des Völkerrechts und zur verstärkten multilateralen Zusammenarbeit abgegeben.

Interessant ist auch der Bericht, den Generalsekretär Jagland dem Ministertreffen vorgelegt hat,[47] zumal er unumwunden die aktuellen Herausforderungen für die demokratische Entwicklung Europas nennt: Das zunehmende Infragestellen des Vorrangs der EMRK vor der nationalen Gesetzgebung und des absoluten Verpflichtungscharakters der EGMR-Urteile durch manche Regierungen; den rapide steigenden Druck, den gewisse Regierungen auf die Justiz, auf die Medien und/oder auf die Zivilgesellschaft ausüben; die negativen Auswirkungen von Sparmaßnahmen auf die soziale Entwicklung; die zunehmenden Diskriminierungen, die mit der Migration einhergehen, sowie letztendlich das Ansteigen und Salon-Fähig-Werden von chauvinistischen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen in manchen europäischen Staaten. Die Minister haben diese Erklärung begrüßt, die Staaten zu entsprechendem Handeln aufgefordert und für den Europarat in einer Art Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre verschiedene Aktivitäten zur Bekämpfung der genannten Bedrohungen in Aussicht gestellt bzw. den Ministerdelegierten und anderen Organen entsprechende Arbeitsaufträge erteilt.[48]

Aufgrund der 2019 (wie sich später herausstellte, nur vorübergehend) gelösten russischen Krise wurden auf der Plenarsitzung der PV im Oktober 2019, an der auch der französische Präsident Emmanuel Macron teilnahm, dann die Feierlichkeiten zum 70.

46 70th Anniversary of the Council of Europe, Joint statement, 3.5.2019, https://rm.coe.int/joint-statement-by-secretary-general-thorbj-rn-jagland-president-of-th/16809432d0; bzw. Declaration by the Committee of Ministers on the occasion of the 70th anniversary of the Council of Europe, 17.5.2019, https://www.echr.coe.int/Documents/Declaration_CM_Helsinki_ENG.pdf.

47 Jagland (2019).

48 Über den aktuellen Stand der Umsetzung in den einzelnen Bereichen berichtet die Generalsekretärin in ihrem Jahresbericht „Multilateralism 2020“ vom Juni 2020.

Jahrestag quasi nachgeholt. Die neue Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić (frühere kroatische Außenministerin) nutzte diese für ihre ersten programmatischen Ansagen: Sie betonte die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, ihre Verpflichtungen und die Europarats-Standards einzuhalten. Der EGMR und das EMRK-System blieben im Zentrum, das Individualbeschwerderecht müsse beibehalten werden. Im Falle der Nichtumsetzung von Urteilen werde sie aktiv werden, inklusive unter Benützung ihrer Befugnisse nach Art. 52 EMRK und jener zur Einholung von Gutachten der Venedig-Kommission. Der Zugang der *monitoring bodies* zu den „Grauzonen" in den Konfliktgebieten müsse trotz aller verstehbaren Schwierigkeiten sichergestellt werden. An Herausforderungen, die im Europaratsrahmen angegangen werden müssten, nannte sie: die Korruption; den Druck seitens mancher Staaten auf Journalisten, Zivilgesellschaft und Justiz; die Geschlechtergleichberechtigung; Hassrede und Diskriminierung; die wieder steigende soziale Ungleichheit in manchen Mitgliedstaaten; die Herausforderungen durch neue Technologien, insbesondere Künstliche Intelligenz. Über den Europarat hinausgehend nannte sie den Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe sowie die Stärkung des institutionellen Kooperationsrahmens mit der EU samt EU-Beitritt zur EMRK. Auch die Visibilität des Europarats müsse gestärkt werden, nicht aus „PR-Gründen", sondern deswegen, weil ein Nichtwissen um die Organisation die Erfüllung ihrer Ausgaben zugunsten der Bürger erschwere. Der Europarat müsse seine Rolle als *watch dog* für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie seine standardschaffende Funktion bei der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen erfüllen.[49]

XIV. Der Europarat und „Corona"

Ab März 2020 verhängten sämtliche Regierungen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die z.T. massiv in die von der EMRK und ihren Zusatzprotokollen garantierten Grundrechte eingriffen: Versammlungsverbote in die Versammlungsfreiheit (Art. 11 EMRK) und die Religionsfreiheit (Art. 9 EMRK); Ausgeh-, Besuchs- und Reiseverbote in die Freizügigkeit (Art. 2 d. 4. ZP) und das Recht auf Familienleben (Art. 8 EMRK); Schul- und Universitätsschließungen in jenes auf Bildung (Art. 2 d. 1. ZP), Betriebssperren in die Eigentums- und Erwerbsfreiheit (Art. 1 d. 1. ZP); und die (wie es die Europarats-Generalsekretärin ausdrückt) *„information control"* in die Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 10 EMRK).[50] Die meisten der genannten Artikel enthalten einen Eingriffsvorbehalt, demzufolge Einschränkungen zulässig sind, sofern gesetzlich vorgesehen und „in einer demokratischen Gesellschaft" unerlässlich für Zwecke wie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit. Andere Grundrechte, u. a. der Gleichheitsgrundsatz, das Diskriminierungsverbot, das Verbot unmenschlicher Behandlung, Verfahrensga-

49 Vgl. Rede vor der PV, https://assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=7640&lang=2&cat=8

50 Eine der ersten Veröffentlichungen, die sich mit dem Thema auseinandersetzten, war: McBride (2020). Siehe zB auch Benedek (2020) oder Jandl (2021a). Zur „information control": Dok. "The impact of the sanitary crisis on freedom of expression and media freedom". SG/Inf(2020)19 vom 7.7.2020, 7.

rantien und die Grundsätze *nulla poena sine lege* sowie *ne bis in idem* dürfen laut EMRK hingegen niemals, auch nicht in Notsituationen, ausgesetzt werden.

Etliche Staaten, darunter Österreich und Deutschland, sahen die genannten Eingriffsvorbehalte als ausreichende Basis für die Corona-Maßnahmen an. Ein Dutzend Länder jedoch griff zu der in Art. 15 EMRK vorgesehenen Möglichkeit, ein vorübergehendes „Abweichen" von der EMRK (*derogation/dérogation*) wegen eines „öffentlichen Notstands" zu erklären. Als Reaktion auf diese unerwartet hohe Anzahl von Art. 15-Notifikationen stellte der Pressesprecher des Europarats klar, *"that the Council of Europe does not encourage member states to take such a step";* der Präsident der PV, Rik Daems, äußerte sich ähnlich kritisch.[51] Im April 2020 folgte ein Leitfaden der Generalsekretärin mit einem *toolkit* für die Mitgliedstaaten, was bei den Corona-Maßnahmen zwecks Einhaltung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten gemäß EMRK und EGMR-Rechtsprechung zu beachten sei.[52] Auch hier wird – wenngleich im Ton recht zurückhaltend – betont, dass überhaupt nur gewisse Grundrechte eingeschränkt werden dürfen (egal, ob per Art. 15-Notifikation oder unter Abstellen auf die Eingriffsvorbehalte); ferner dass die Einschränkungen eine gesetzliche Basis haben, mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar sein, konkret dem angestrebten Zweck dienen und sowohl vom Inhalt als auch von der Dauer her auf das absolute Minimum beschränkt bleiben müssen; sowie dass sie schlussendlich der nachfolgenden Kontrolle durch den EGMR unterliegen. Auf die demokratiepolitische Problematik der Notstandsgesetzgebung und das Erfordernis ihrer kürzestmöglichen Dauer wird in dem Dokument ebenso hingewiesen wie auf das Rechtsstaatlichkeitsproblem der Einschränkungen bei den Gerichtsverhandlungen. Ähnliche Inhalte hatten eine MDK-Erklärung vom April 2020 sowie das Schlussdokument des Ministertreffens vom November 2020,[53] wenngleich in diesen Texten auf Druck mancher sich angesprochen fühlender Staaten die *message* durch Verweise auf die Herausforderungen durch die Gesundheitskrise selbst und die staatlichen Schritte zu ihrer Bewältigung relativiert wurde.

(Übrigens haben Armenien und Aserbaidschan im Zuge der Kampfhandlungen rund um Berg-Karabach im Herbst 2020 erneut Art. 15-Erklärungen abgegeben.)

Zusätzlich gaben im Lauf des Frühjahrs 2020 zahlreiche Europaratsorgane Statements (meist mahnenden Inhalts) zu ihren jeweiligen Kompetenzbereichen heraus. So zum Beispiel die Menschenrechtskommissarin zur Notstandsgesetzgebung in verschiedenen Mitgliedstaaten sowie zur Lage von Asylwerbern oder von Journalisten; die Journalistenschutzplattform ebenso zu den Pressegängelungen in einigen Ländern; GREVIO und das Kinderschutzkonventionskomitee zum Ansteigen der Gewalt gegen Frauen und Kinder angesichts der Ausgangssperren, inkl. des sexuellen Missbrauchs von Kindern; der Flüchtlingsbeauftragte zur Lage der Migranten; das Datenschutzkomitee zur Problematik der Eingriffe in den Datenschutz; das CPT zur Behandlung von Gefangenen; das Min-

51 Zahlreiche Presseartikel um den 20.3.2020, zitiert u. a. bei Pettiti (2020).

52 Dok. "Respecting democracy, rule of law and human rights in the framework of the COVID-19 sanitary crisis – A toolkit for member states", SG/Inf(2020)11 vom 7.4.2020.

53 MDK: "Declaration by the Committee of Ministers on the COVID-19 pandemic" Decl(22/04/2020), 22.4.2020. Ministertreffen: Wegen der Corona-Pandemie wurde das Ministertreffen „von Athen" im November 2020 als Videokonferenz abgehalten.

derheitenschutzkomitee zur Lage von nationalen und sprachlichen Minderheiten; GRECO zur Problematik der Korruption im Gesundheitswesen angesichts der Überforderung u. v. a. m.[54] Etliches davon – vor allem Kritisches – fand Eingang in die Medienberichterstattung.

Mit Anlaufen der Impfkampagnen im Frühjahr 2021 hat die Generalsekretärin auf die Grundrechtsproblematik bei Programmen hingewiesen, welche *„prioritise certain groups of people over others"*.[55] Sie mahnte, dass bei den „Grünen Pässen" die Normen der EMRK, der Sozialcharta, der Oviedo-Konvention (Biomedizin und Menschenrechte), der MediCrime-Konvention und der Datenschutzkonventionen eingehalten sowie Diskriminierungen vermieden werden müssen. Im November 2021 hat die Generalsekretärin ein weiteres Dokument zu den durch die Maßnahmen in der Covid-Krise weiter verschärften Bedrohungen der Meinungs- und Medienfreiheit vorgelegt.[56] Sie äußert darin Sorge vor allem über die Behinderung der Berichterstattung über Demonstrationen, die Einschränkung von Ausstrahlungen und Internetauftritten, und die vermehrt eingesetzten so genannten SLAPPs (*Strategic Lawsuits Against Public Participation*; also Einschüchterungsklagen gegen kritische Medien und Journalisten).

Eine mögliche Covid-Impfpflicht wird mit Sicherheit zu Beschwerden beim EGMR führen. Bei allen Maßnahmen wird der Gerichtshof voraussichtlich prüfen, ob die genannten Bedingungen beachtet wurden – von der Legitimität des angestrebten Zwecks bis zur Zielgerichtetheit, von der wissenschaftlich stichhaltigen Begründung hin zur Verhältnismäßig- und Alternativlosigkeit. In einem Urteil zur Impfpflicht (in Tschechien) gegen Kinderkrankheiten traf der EGMR 2021 Aussagen,[57] die wohl auch in allfälligen Beschwerdefällen gegen obligatorische Covid-Impfungen relevant sein werden: Die Impfpflicht greife zwar in verschiedene von der EMRK garantierte Grundrechte ein, aber das müsse gegen andere Rechtsgüter abgewogen werden, wie den Schutz der individuellen und öffentlichen Gesundheit und die Wahrung der langfristigen Entwicklungsinteressen der Kinder; außerdem seien die Geldstrafen durchaus verhältnismäßig. Daher sah er keine Verletzung der EMRK. Überdies lehnte der EGMR in mehreren (französischen und griechischen) Fällen[58] die von den Betroffenen verlangte Verhängung von Vorläufigen Maßnahmen gegen die Impfanordnung in bestimmten Gesundheits- bzw. Sicherheitsberufen ab.

XV. Der Menschenrechtsschutz am Beispiel der Religionsfreiheit

Der Titel des Beitrags beinhaltet in besonderer Weise die Menschenrechte. Ich möchte das Thema anhand der Rechtsprechung des EGMR exemplifizieren. Dafür habe ich

54 Ein guter Überblick ist im Jahresbericht der Generalsekretärin „Multilateralism 2020" enthalten.

55 Dok. "Protection of human rights and the 'vaccine pass'", SG/Inf(2021)11 vom 31.3.2021.

56 Dok. "Current trends in threats to Freedom of Expression: interference with the coverage of public events, broadcasting bans and strategic lawsuits", SG/Inf (2021)36 vom 22.11.2021.

57 Fall Vavřička et al. gegen Tschechien, Nr. 47621/14.

58 Fälle Kakaletri et al. gegen Griechenland, Nr. 43375/21, Theofanopoulou et al. gegen Griechenland, Nr. 43910/21, Thevenon et al. gegen Frankreich, Nr. 46061/21.

die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit gewählt, und zwar deswegen, weil in jüngster Zeit einige einschlägige Urteile auf das große Interesse der Medien und der öffentlichen Debatte gestoßen sind. Fragen der Religionsfreiheit scheinen die Gemüter weit mehr zu bewegen als viele andere Grund- und Freiheitsrechte.

1. Zur Religionsfreiheit allgemein

Art. 9 Abs. 1 EMRK garantiert die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Er lautet: „Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen."

Dazu ist zunächst festzuhalten, dass es sich bei diesem Recht um eine eigenständige internationale Gewährleistung handelt, die nicht an irgendwelche nationalen Vorstellungen gebunden ist. Die Bestimmung ist überdies im Zusammenhang mit Art. 14 EMRK zu sehen, der Diskriminierung u. a. aus religiösen Gründen verbietet, sowie im Zusammenhang mit Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls zu EMRK, der das Recht auf Achtung der religiösen und weltanschaulichen Überzeugung im Schulunterricht enthält. In der als Pfunderer-Fall bekannten Staatenbeschwerde Österreich gegen Italien wurde auch festgestellt, dass die Verpflichtungen aus der EMRK absolut und unabhängig von Reziprozitäten gelten, weil es sich bei der EMRK um ein kollektives Garantiesystem der öffentlichen Ordnung in Europa handle.[59]

Der Inhalt des Art. 9 ist ursprünglich als Individualrecht konzipiert, d. h. sein Träger ist der einzelne Mensch. Kirchen und Religionsgemeinschaften können aber derartige Rechte (kraft Art. 34 EMRK) ebenso geltend machen, weshalb nach heutiger Auffassung die Kirchen und Religionsgemeinschaften gleichfalls als Träger des genannten Rechts anzusehen sind.

2. Der Inhalt der Religionsfreiheit[60]

Unter „Religion" werden von der EMRK bzw. der Judikatur nicht nur die großen und etablierten Glaubenssysteme verstanden, und auch nicht nur die offiziell anerkannten und nicht nur die traditionell in Europa praktizierten Religionen, sondern jede identifizierbare Religion. Was konkret als solche gilt, ist zwar in der EMRK nicht näher ausgeführt, aber

59 Entscheidung der Europäischen Kommission für Menschenrechte (EKMR) im Fall Nr. 788/60, Abschnitt „Competence ratione temporis". Der Verfahrensgang war damals noch anders: Die (damalige) EKMR war dem EGMR vorgeschaltet. Da sie in ihrer Entscheidung keine Verletzung der EMRK durch Italien feststellte und dies vom Ministerkomitee bestätigt wurde, war diese Entscheidung rechtskräftig und ging nicht zum EGMR. Dieses System wurde 1998 durch die Abschaffung der EKMR und die Umformung des EGMR in einen singulären und ständigen Gerichtshof reformiert. Zum Pfunderer-Fall siehe auch FN 22.

60 Siehe dazu insb. ECtHR (2018); Grabenwarter/Pabel (2016), RZ 107ff; Denizeau (2018), 315ff.

es gibt umfangreiche Judikatur dazu. Hier gilt mutatis mutandis sozusagen das bekannte Wort des Richters am US Supreme Court, Potter Stewart: *„I know it when I see it.“*[61]

Die Religionsfreiheit des Art. 9 EMRK umfasst das forum internum wie das forum externum, also auch das öffentliche Bekennen und Praktizieren der Religion, allein oder in Gemeinschaft. Es umfasst die Bereiche des Gottesdienstes, des Religionsunterrichts und der religiösen Gebräuche wie etwa Prozessionen, Glockengeläut, Muezzin-Rufe, das Beachten von religiösen Speisegesetzen, Haartracht- oder Kleidungsvorschriften. Auch das Schächten wird vom EGMR als religiöser Brauch eingestuft, der unter Art. 9 geschützt ist. Doch nicht jede Handlung, die irgendwie religiös motiviert ist, fällt in den Schutzbereich des Art. 9, beispielsweise nicht eine mit religiösen Argumenten begründete Arbeits- oder Steuerverweigerung.

Ein wichtiger Aspekt ist die sogenannte negative Religionsfreiheit. Darunter versteht man das Recht, keine Religion haben zu müssen bzw. seine Religion nicht offenlegen zu müssen bzw. nicht an irgendwelchen religiösen Handlungen teilnehmen zu müssen.

Es ist festzuhalten, dass „Religion“ und „Weltanschauung“ in Art. 9 EMRK gleichgestellt sind, dass er also keine Bevorzugung von Religionen gegenüber (nicht-religiösen oder areligiösen) Weltanschauungen kennt. Allerdings ist zu beachten, dass nicht jede persönliche Ansicht schon eine Weltanschauung darstellt. Gemäß EGMR muss eine zusammenhängende Sichtweise grundsätzlicher Lebensfragen und ein gewisses Maß an Stichhaltigkeit, Ernsthaftigkeit, Schlüssigkeit und Bedeutung *(„a certain level of cogency, seriousness, cohesion and importance“)* vorliegen.[62]

Art. 9 impliziert auch ein Verbot staatlicher Eingriffe, die die Religionsfreiheit einschränken könnten. So wurde das Untersagen des Proselytierens in Griechenland vom EGMR als Verletzung der Religionsfreiheit bewertet.[63] Bei staatlichen Verschleierungsverboten unterschied der EGMR bis vor wenigen Jahren zumeist zwischen solchen Verboten im öffentlichen Dienst, in Schulen, Universitäten oder staatlichen Stellen und beim Militär einerseits, und dem allgemeinen öffentlichen Raum andrerseits. Ein Verschleierungs- bzw. Kopftuchverbot an den ersteren Plätzen wurde vom EGMR traditionell für akzeptabel erklärt (es ging vor allem um Fälle betreffend Frankreich und die Türkei), im Verschleierungsverbot für den allgemeinen öffentlichen Raum hingegen sah er zumeist eine Verletzung der Religionsfreiheit. Ab 2014 hat sich die Spruchpraxis allerdings dahingehend geändert, dass der EGMR mittlerweile Verschleierungsverbote auch dort für akzeptabel bewertet. Grund ist die stärkere Gewichtung des Schutzes der öffentlichen Ordnung bzw. des gedeihlichen Zusammenlebens.[64] Das von einem staatlichen britischen Spitalsbetreiber einer Krankenschwester verhängte Verbot, im Dienst ein Kreuz an einer

61 Im Fall Jacobellis v. Ohio, 378 U.S. 184 (1964), ging es um die Definition der (von der Meinungsfreiheit des *First Amendment* zur US-Verfassung nicht gedeckten) Pornographie. Stewart sagte in seiner *concurring opinion*, er könne Pornographie zwar nicht definieren, *but I know it when I see it*. Die Wendung wurde zu einem geflügelten Wort. Siehe Gewirtz (1996).

62 Ständige Rechtsprechung, siehe ECtHR (2018), 8.

63 Fall Kokkinakis gegen Griechenland, Nr. 14307/88.

64 Fälle Belcacemi und Oussar gegen Belgien, Nr. 37798/13, A.S. gegen Frankreich, Nr. 46240/15.

Halskette zu tragen, wurde vom EGMR nicht als Verletzung ihrer Religionsfreiheit gewertet, weil hier die Sicherheit und Hygiene im Krankenhausbetrieb vorgehe.[65]

Ein weiteres Verbot staatlicher Eingriffe betrifft etwa die Verweigerung der Anerkennung von Religionsgemeinschaften. Hier hat der EGMR (es ging zumeist um russische Fälle, aber auch einen österreichischen Fall[66]) auf Verletzung der Religionsfreiheit erkannt, wenn der Staat einer Gruppe die Anerkennung verweigert oder entzogen hat.

Art. 9 Abs. 2 EMRK erklärt Einschränkungen der Religionsfreiheit zulässig, allerdings müssen dafür folgende Voraussetzungen vorliegen: die Einschränkung muss auf gesetzlicher Grundlage erfolgen; sie muss ein legitimes Ziel verfolgen, wie etwa den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, den Schutz der Interessen anderer oder den Schutz des friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens; sie muss in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein; und sie muss verhältnismäßig sein. Im Hinblick auf letzteres Kriterium wurde (in einem niederländischen Fall) beispielsweise entschieden, dass die Einschränkung des nächtlichen Kirchenglockengeläuts auf eine bestimmte Lautstärke zulässig sei.[67]

Den Staat treffen überdies Neutralitätspflichten gegenüber den Religionen, die der Sicherung der Pluralität, der Toleranz und des gegenseitigen Respekts dienen sollen. So dürfen etwa Auflösungen von Religionsgemeinschaften nur bei schwerwiegenden und zwingenden Gründen erfolgen (wie der EGMR in einigen russischen Fällen erkannt hat[68]). Hinzu tritt eine staatliche Gewährleistungspflicht, indem der Staat durch Gesetze und Vollziehung dafür zu sorgen hat, dass auch in der von Privaten kontrollierten Sphäre Religionsfreiheit geübt werden kann. So wurde etwa das einer Stewardess einer britischen Airline auferlegte Verbot, ein Kreuz sichtbar zu tragen, als Verletzung ihrer Religionsfreiheit gewertet, weil der britische Staat (konkret die Arbeitsgerichte) deren Ausübung im Bereich eines privaten Arbeitsgebers nicht ausreichend sichergestellt habe.[69] Ferner muss der Staat für religiösen Frieden und für ein Klima der Toleranz sorgen. Im Hinblick darauf wurde beispielsweise das Verbot des Films „Das Liebeskonzil“ (Otto Preminger) in Österreich für rechtens erkannt, weil hier dieser Aspekt der Religionsfreiheit, nämlich die Aufrechterhaltung des religiösen Friedens, dem Recht auf freie Meinungsäußerung vorgehe.[70]

---

65 Fälle Eweida et al. gegen Großbritannien, Nr. 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10.

66 Fälle Zeugen Jehovas Moskau gegen Russland, Nr. 302/02; Moskauer Zweig der Heilsarmee gegen Russland, Nr. 72881/01; Scientology-Kirche von St. Petersburg gegen Russland, Nr. 47191/06, Zeugen Jehovas et al. gegen Österreich, Nr. 40825/98.

67 Fall Schilder gegen die Niederlande, Nr. 2158/12.

68 Siehe Fn. 62.

69 Fall Eweida et al. gegen Großbritannien, siehe Fn. 61.

70 Fall Otto Preminger Institut gegen Österreich, Nr. 13470/87.

3. Einige ausgewählte aktuelle Fälle

a) Kreuze in Schulklassen und Hörsälen

Der mittlerweile berühmte Fall Lautsi gegen Italien ist bereits 2011 von der Großen Kammer des EGMR und damit von der höchstmöglichen Instanz entschieden worden.[71] In Deutschland wird das Urteil oft diskutiert, etwa anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums des „Kruzifix-Beschlusses" des Bundesverfassungsgerichts,[72] oder allerjüngst der Ab- bzw. Zurückweisung der Klagen gegen den „Kreuzerlass" der Staatsregierung Söder durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof im Juni 2022.[73] Auch in Österreich kam der Lautsi-Fall 2018 neuerlich zur Sprache, nachdem der Rektor der Wiener Universität das Abhängen der Kreuze auch in den Hörsälen der Theologischen Fakultät angeordnet hatte und diese Anordnung mit der von der Menschenrechtskonvention geforderten Rücksichtnahme auf die Nicht- oder Andersgläubigen in Zusammenhang gebracht wurde, die solches vermeintlich erfordere.[74] Hier wurde mit der negativen Religionsfreiheit argumentiert, die – nach Ansicht dieser Kommentatoren – eben das Recht der Nicht- bzw. Andersgläubigen umfasse, nicht mit einem in einem Klassenzimmer oder Hörsaal hängenden Kreuz konfrontiert zu werden.

In Wirklichkeit hat der EGMR im Lautsi-Fall festgestellt, dass die negative Religionsfreiheit eben kein „Konfrontationsverbot" mit religiösen Symbolen inklusive Kruzifixe umfasst. Auch die Eltern können nicht kraft des oben genannten Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls (Rücksichtnahme auf die weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen der Schüler und Eltern im Unterricht) das Entfernen der Kreuze verlangen. Solange das bloße Vorhandensein der Kruzifixe nicht mit einer Indoktrinierung einhergeht, stellt es keine Verletzung des Art. 9 EMRK oder des Art. 2 des 1. Zusatzprotokolls dar. Dies entspricht zumindest auch der lange etablierten österreichischen Gesetzes- und Judikaturlage.[75] Somit ist evident, dass die Argumentation verfehlt war, die Menschenrechtskonvention erzwänge das Abhängen von Kreuzen aus Rücksicht auf Nicht- oder Andersgläubige.

b) Kündigung seitens kirchlicher Arbeitgeber

Im April 2018 wurde vom Europäischen Gerichtshof (EuGH), dem Gerichtshof der EU in Luxemburg, ein deutscher Fall entschieden, in dem es darum ging, dass die Beschwerdeführerin, die sich für einen Projektjob bei der Evangelischen Kirche beworben hatte, wegen ihrer Konfessionslosigkeit gar nicht erst zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen

---

71 Fall Lautsi gegen Italien, Nr. 30814/06.

72 Beschluss vom 16.5.1995, Az. 1 BvR 1087/91.

73 Urteile VGH München vom 1.6.2022; 5 N 20.1331 und 5 B 22.674; eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht ist noch möglich.

74 Um präzise zu sein, hat die Universitätsleitung mit „verwaltungstechnischen" Gründen argumentiert. Der (angebliche) Menschenrechtsaspekt wurde aber von einigen Kommentatoren ins Spiel gebracht. Vgl. dazu z. B. Kraus (2018); kathpress (2018).

75 Vgl. Kalb/Potz/Schinkele (2003), 46f, 372ff. Da die Entscheidungsgründe der Urteile des VGH München vom 1.6.2022 (Fn. 70) bei Redaktionsschluss noch nicht schriftlich vorlagen und eine mögliche Revision noch offenstand, konnten zur deutschen Judikatur keine analogen Aussagen getroffen werden.

wurde.[76] Der EuGH hat in diesem Fall auf eine Verletzung des Diskriminierungsverbots erkannt. Eine ähnliche Entscheidung traf der EuGH im September 2018, als er die Kündigung eines (katholischen) Chefarztes an einer deutschen katholischen Klinik wegen dessen Scheidung für unrechtmäßig erkannte.[77] Natürlich beruht die Rechtsprechung des EuGH nicht auf der EMRK per se, sondern auf den EU-Normen. Da die EU-Grundrechtecharta allerdings der EMRK nachempfunden und insbesondere der Religionsfreiheits-Artikel de facto wortident ist, ist ein Vergleich zulässig.

Diese Rechtsprechung des Luxemburger EuGH weicht hier interessanterweise teilweise von jener des Straßburger EMRK ab. Um einige, ebenfalls deutsche Fälle zu bemühen: Zum Beispiel wurde im Jahre 2010 ein Organist einer katholischen Kirchengemeinde gekündigt, weil er sich von seiner Frau getrennt hatte und eine neue Beziehung eingegangen war. In diesem Fall hat der EGMR eine Verletzung des Art. 8 EMRK (Schutz des Privat- und Familienlebens) festgestellt. Anders entschied der EGMR allerdings im Fall der Kündigung des Leiters der Öffentlichkeitsarbeit der Mormonenkirche, nachdem dieser ein außereheliches Verhältnis zugegeben hatte.[78] Der EGMR erklärte die Kündigung für rechtens, weil die Mormonenkirche dem Betreffenden schon bei seiner Einstellung die Wichtigkeit der Beachtung ihrer Lehren, inklusive die hohe Bedeutung der ehelichen Treue, für seine Funktion klargemacht hatte. 2011 wurde eine in einer theosophisch-esoterischen Sekte aktive Kindergärtnerin von ihrem evangelischen Kindergarten gekündigt. Auch in diesem Fall stellte der EGMR keine Verletzung ihrer Menschenrechte fest, weil die Lehren der Sekte mit jenen der evangelischen Kirche unvereinbar waren und die Gefahr der Beeinflussung der Kinder bestanden habe.[79]

c) Blasphemie vs. Herabwürdigung religiöser Lehren

Der Fall E.S. gegen Österreich,[80] rechtskräftig seit 2019, hat als „Blasphemiefall“ Eingang in verschiedene Medien gefunden. Die Betreffende, Frau E.S., hatte auf einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung dem Propheten Mohammed Pädophilie unterstellt und war dafür von den österreichischen Gerichten wegen Herabwürdigung religiöser Lehren (§ 188 StGB[81]) verurteilt worden. Der EGMR stellte fest, dass diese österreichische Verurteilung die Menschenrechte der Betreffenden nicht verletzt habe, weil in diesem Fall das Recht auf freie Meinungsäußerung gegenüber dem Aspekt der Wahrung des religiösen Friedens im Rahmen der Religionsfreiheit nach Art. 9 EMRK Nachrang habe.

76 Fall Egenberger gegen Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Nr. C-414/16.

77 Fall I.R. gegen J.Q., Nr. C-68/17.

78 Fälle Schüth gegen Deutschland, Nr. 1620/03, bzw. Obst gegen Deutschland, Nr. 425/03.

79 Fall Siebenhaar gegen Deutschland, Nr. 18136/02.

80 Nr. 38450/12.

81 § 188 StGB lautet: „Wer öffentlich eine Person oder eine Sache, die den Gegenstand der Verehrung einer im Inland bestehenden Kirche oder Religionsgesellschaft bildet, oder eine Glaubenslehre, einen gesetzlich zulässigen Brauch oder eine gesetzlich zulässige Einrichtung einer solchen Kirche oder Religionsgesellschaft unter Umständen herabwürdigt oder verspottet, unter denen sein Verhalten geeignet ist, berechtigtes Ärgernis zu erregen, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.“ Zum Schutz der Glaubensfreiheit in Österreich siehe ausführlich Kucsko-Stadlmayer (1999).

In manchen internationalen Medien wurde Österreich sinngemäß vorgeworfen, nach wie vor einen antiquierten „Blasphemieparagraphen" zu kennen, der nicht in eine moderne westeuropäische Gesellschaft passe; gelegentlich wurde dabei sogar eine Parallele zwischen Österreich und Pakistan gezogen.[82] Diese Argumentation übersieht freilich, dass es sich bei §188 StGB nicht um „Blasphemie" im Sinne der Gotteslästerung handelt (das Wort kommt auch gar nicht vor), weil das Schutzobjekt dieser Vorschrift nicht Gott oder ein Gegenstand religiöser Verehrung ist, sondern die religiösen Gefühle anderer Menschen bzw. der religiöse Friede. Dies erhellt daraus, dass §188 für seine Verwirklichung die Tatbegehung in einer gewissen Öffentlichkeit (laut Judikatur vor mindestens zehn Personen) verlangt und überdies eine Eignung, „berechtigtes Ärgernis zu erregen". Berechtigt ist ein solches Ärgernis nach gängigem Verständnis, „wenn es nach allgemeiner und nicht bloß extrem religiöser Auffassung das religiöse Wertgefühl eines jeden normal empfindenden Menschen verletzt".[83] Der allgemeine Maßstab im Strafrecht ist das „Gefühl eines mit den rechtlich geschützten Werten verbundenen durchschnittlichen Menschen".[84]

d) Pussy Riots

Der *Pussy Riots*-Fall[85] wurde vom EGMR im Dezember 2018 rechtskräftig entschieden. Wie erinnerlich, hatten die Mitglieder der feministischen Punk-Band 2012 in der Moskauer Erlöserkathedrale ein regierungskritisches „Punk-Gebet" aufgeführt, dessentwegen sie von russischen Gerichten zu einer Freiheitsstrafe von fast zwei Jahren verurteilt wurden. Diese lange Haftstrafe sowie die Art und Weise der Verhaftung und Prozessführung seitens der russischen Behörden wurden nun als Verletzung der Art. 3, 6 und 10 EMRK (Verbot der erniedrigenden Behandlung; Recht auf ein faires Verfahren; Meinungsfreiheit) gewertet. Der EGMR anerkannte zwar ausdrücklich das Recht des Staates, ein Verhalten wie jenes der *Pussy Riots* zu ahnden, aber da kein Gottesdienst gestört, keine Gewalt geübt, niemand verletzt, nichts beschädigt und auch nicht zu Hass oder Gewalt aufgerufen wurde, entschied der EGMR wie dargestellt. Von Seiten staatlicher und kirchlicher russischer Stellen wird dieses Urteil freilich heftig kritisiert, doch es werden dabei die Umstände der Tat und Begründung des Urteils oft nicht exakt wiedergegeben.

e) Religiöse Motive in der Werbung

Im Fall eines litauischen Modehauses (entschieden vom EGMR im Frühjahr 2018)[86] ging es um die Darstellung von an Jesus und Maria erinnernden Personen auf Werbeplakaten für Kleidungsstücke, samt Texten wie „O Jesus, was für ein Hose!", „O Mutter Gottes, was für ein Kleid!" u. ä. Das Modehaus wurde von litauischen Gerichten zu einer (sehr milden) Geldstrafe verurteilt. Der EGMR hingegen hat in dieser Verurteilung eine Verletzung der im Art. 10 EMRK garantierten Meinungsfreiheit erblickt, weil nicht jeder Gebrauch religiöser Motive in der Werbung schon per se einen Verstoß gegen die öffentliche

82 Siehe die Beiträge *von France24, The Economist, The Oberserver*, und zahlreicher weiterer Medien aus dem Oktober 2018.
83 Fabrizy (2016), § 188 StGB, RZ 3.
84 Oberster Gerichtshof vom 20.12.1968, 10 Os 143/68, und zahlreiche Folgeentscheidungen.
85 Fall Aljochina et al. gegen Russland, Nr. 38004/12.
86 Fall Sekmadienis Ltd. gegen Litauen, Nr. 69317/14.

Ordnung darstelle. Die litauischen Gerichte hätten auch nicht dargelegt, dass in diesem Fall die religiösen Gefühle von Menschen konkret verletzt worden wären. Die litauische Bischofskonferenz hat in ihrer Urteilskritik bedauert, dass damit nun dem Missbrauch religiöser Symbole für kommerzielle Zwecke Tür und Tor geöffnet würde.

f) Hostienmissbrauch

Der jüngste Fall, den ich hier aufbringen möchte, betrifft eine Kunstaktion des spanischen Künstlers Abel Azcona, über die 2017 beim EGMR eine Beschwerde eingebracht wurde, die inzwischen zur Prüfung angenommen, aber noch nicht ausjudiziert ist.[87] Azcona hatte 2015 mehrere hundert konsekrierte Hostien entwendet und dann damit in seiner Kunstinstallation in Pamplona das Wort *Pederastia* gebildet, als Protest gegen die Kirche bzw. gegen Religion überhaupt. Er hat die Entwendung bzw. den Diebstahl der Hostien auch zugegeben, sogar auf Facebook dokumentiert und erläutert, dass es ihm ausdrücklich auf geweihte Hostien angekommen war, wegen der Bedeutung, die diese für gläubige Katholiken haben. Die Kommunalbehörden von Pamplona haben den Antrag katholischer Gruppierungen auf Schließung dieser Ausstellung nicht Rechnung getragen, und gegen diese Schließungsverweigerung wurde eben die Beschwerde beim EGMR eingebracht.

XVI. Schlusswort: Die „bürgerlichste“ internationale Organisation

Um abschließend zum Europarat generell zurückzukehren und eine conclusio zu ziehen: Nach meiner Überzeugung sollte der Europarat in genau jenen Bereichen noch stärker tätig werden, wo er den Staaten im Interesse der Bevölkerung sozusagen lästigfällt. Er sollte sich dabei von der Kritik mancher Staatskanzleien nicht beeindrucken und sich nicht leise machen lassen, gerade nicht in Zeiten des Wiedererstarkens von autoritären Strömungen mancherorts und des immer häufigeren Ignorierens der Spielregeln durch die Mächtigen gewisser Staaten. Gerade die Corona-Krise bot eine offenbar verlockende Gelegenheit für manche Staatenlenker, sie zum Machtausbau auszunutzen.

Wenn der Europarat seine Rolle in seinen Kerngebieten Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wahrnimmt und verstärkt, wenn er lauter und fordernder wird, dann wird er gebraucht. Dann kann er eine entscheidende Rolle zur Entwicklung demokratischerer, partizipativerer Gemeinwesen mit effizientem Rechtssystem und emanzipierter Zivilgesellschaft spielen. Nicht umsonst heißt es treffend, dass es beim Europarat um die Bürger geht, und nicht um die Regierungen. Er ist also, wenn man so will, die „bürgerlichste“ aller internationalen Organisationen.

Der Beitrag basiert auf dem Vortrag bei den Hildesheimer Europagesprächen am 17. Juni 2019 und wurde im Juni 2022 aktualisiert. Der Autor dankt Mag. Katharina Enzesberger, Mag. Stephanie Haller, Dr. Brigitte Ohms, Mag. Franziska Steinbichler, cand.iur. Gabriel

87 Fall Nr. 22604/18; siehe Presseaussendung der Asociación Española de Abogados Cristianos: „Abogados Cristianos llevará a Abel Azcona ante el Tribunal de Estrasburgo por su exposición vejatoria de Pamplona“, 7.12.2017.

Wichtl und Mag. Sabrina Wittmann für die wertvollen Hinweise zu verschiedenen Abschnitten dieses Beitrags.

Literatur:

Asociación Española de Abogados Cristianos (ed.) (o.J.): *Apuntes jurídicos sobre el caso Asociación de Abogados Cristianos c. España*, Madrid.

Bauer N. (2018): *Host desecration in Spain: The case soon before the ECHR*, auf: https://eclj.org/religious-freedom/echr/profanation-dhosties-en-espagne--lartiste-sacrilege-bientot-devant-la-cedh-

Beham M. / Fink M. / Janik R. (2019): *Völkerrecht verstehen*[2], Wien.

Benedek W: (2020): *Menschenrechte als Pandemie-Opfer?*, in: Academia, Nr. 3/2020, p. 8–10.

Berka W. (2018): *Was stört den »religiösen Frieden«?*, in: NLMR, Nr. 6/2018, p. 497–500.

Bindschedler G: (2020): *Es ist die Frage, die die Absurdität mancher Notmassnahme offenbart: Wollt ihr denn ewig leben?*, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.4.2020.

Bond M. (2018): *Une introduction à la Convention européenne des Droits de l'homme*, Strasbourg.

Bourgeois S. (2016): *The Implementation of the European Convention on Human Rights at the Domestic Level*, in: Council of Europe (Hg.): Comparative Study on the Implementation of the ECHR at the National Level, Belgrad, p. 7–28.

Brauneder W. / Lachmayer F. (1980): Österreichische Verfassungsgeschichte[2], Wien.

Brummer K. (2008): *Der Europarat. Eine Einführung*, Wiesbaden.

Cede F. / Prosl C. (2015): *Anspruch und Wirklichkeit – Österreichs Außenpolitik seit 1945*, Innsbruck.

Council of Europe (Hg.) (2020): *Multilateralism 2020 – Annual Report of the Secretary General of the Council of Europe*, Straßburg.

Denizeau C. (2018): *Droit des libertés fondamentales*[7], Paris.

Deutschlandfunk (2019): *Russland und der Europarat – „Wie gehen wir mit Staaten um, die sich nicht mehr an die Spielregeln halten?"*, Daniel Höltgen im Gespräch mit Alexan-

der Moritz, 15.5.2019, auf: https://www.deutschlandfunk.de/russland-und-der-europarat-wie-gehen-wir-mit-staaten-um-die.795.de.html?dram:article_id=448802

Duroselle J.-B. (1985): *Histoire diplomatique de 1919 à nos jours*[9], Paris.

„Erasmus" (2018): *Blasphemy bans are struck out in Ireland and reinforced in Austria*, The Economist, 29.10.2018.

Erbe M. (2000): *Die Habsburger 1493–1918 – Eine Dynastie im Reich und in Europa*, Stuttgart.

Europarat (Hg.) (2010): *Der Europarat – 800 Millionen Europäer*, Straßburg.

European Court of Human Rights (Hg.) (2018): *Guide on Article 9 of the European Convention on Human Rights,* Straßburg.

European Court of Human Rights (Hg.) (2022a): *Overview 1959–2021,* Straßburg.

European Court of Human Rights (Hg.) (2022b): *Analysis of statistics 2021*, Straßburg

Fabrizy E.E. (2016): *Strafgesetzbuch. StGB samt ausgewählten Nebengesetzen. Kurzkommentar*[12], Wien.

Fischer P. / Köck H.F. (1986): *Europarecht einschließlich des Rechts supranationaler Organisationen*, Eisenstadt.

Gehler M. (2005): Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik, 2 Bände, Innsbruck.

Gehler M. (2018): *Dauerauftrag für Staat & Gesellschaft*, in: Wiener Zeitung, 1./2. September 2018. p. 33–34.

Gehler M: (2020): *From Saint-Germain to Lisbon – Austria`s Long Road from Disintegrated to United Europe*, Wien.

Gewirtz P. (1996): *On "I know it when I see it"*, in: Yale Law Journal, vol. 105, issue 4, article 3, p. 1023–1047.

Gorman S. (2018): *Loin du Pakistan, le délit de blasphème existe aussi en Europe*, France24, 31.10.2018, auf: https://www.france24.com/fr/20181031-pakistan-blaspheme-delit-crime-peine-mort-europe-loi-repressive-religion-islam-catholicisme

Grabenwarter C. / Pabel K. (2016): *Europäische Menschenrechtskonvention*[6], München.

Gruber S. (2020): *Der Beitritt der EU zur EMRK nach dem Gutachten 2/13 des EuGH*, Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien.

Hengstschläger J. / Leeb D. (2013): *Grundrechte*[2], Wien.

Hoke R. (1992): Österreichische und *Deutsche Rechtsgeschichte*, Wien.

Huber D. (2000): *Ein historisches Jahrzehnt – Der Europarat 1989–1999*, München.

Huber D. (Hg.) (2019): *Artisans de l'Europe – 30 témonignages pour 70 ans d'Histoire*, Straßburg.

Jagland T. (2019): *Ready for future challenges – Reinforcing the Council of Europe*, Straßburg.

Jandl G. (2018): *Ja lebt denn der alte Europarat noch?*, in: H. Hösele (Hg.): Österreich 22 – Neue Impulse für die Zukunft unserer Republik, Graz, p. 18.

Jandl G. (2019a): *Von Sarajewo nach Straßburg. Religion als Player in Staat und Politik*, Vortrag anlässlich der Thomasakademie der Phil.-Theol. Hochschule St. Pölten am 25.1.2019, auf: https://www.dsp.at/sites/www.dsp.at/files/dateien/dr._gerhard_jandl_vortrag_in_st._poelten_am_25._jaenner_2019.pdf

Jandl G. (2019b): *Des questions actuelles quant à la liberté de religion*, Referat auf der Konferenz „La religion – à quoi ça sert?“, Straßburg, 30.3.2019, Zusammenfassung in: Cathébrèv', N° 706, Straßburg.

Jandl G. (2019c): *Der Europarat – 70 Jahre und ein bisschen leise?*, in: Academia, Nr. 2/2019, p. 22–23.

Jandl G. (2019d): *Kopftücher, Kreuze, Kunstaktionen – Das Recht auf Religionsausübung gehört zu den Grundprinzipien einer freien Gesellschaft*, in: Wiener Zeitung, 24./25./26.12.2019, p. 11.

Jandl G. (2021a): *Menschenrechte auf der Corona-Intensivstation?*, in: H. Hösele (Hg.): Österreich 22 – In welcher Verfassung ist Österreich?, Graz, p. 18.

Jandl G. / Dürr S.R. / Wolf A. (2021b): *Der Europarat und Österreich – Grundsätzliches und Spezielles*, in: Köhler T.W. / Mertens C. (Hg.): Demokratie braucht Meinungen – Andreas Khol zum 80. Geburtstag, Wien, p. 18–38.

Jandl G. / Koneski H. / Steinbichler F. (2021c): *Herausforderungen im Umweltschutz – Die Rolle des Europarats und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte*, in: Zeitschrift für Nachhaltigkeitsrecht, Nr. 4/2021, p. 436–442.

Jandl G. (2022): *Die Pandemie und die Menschenrechte*, in: H. Hösele (Hg.): Österreich 22 – Perspektiven und Herausforderungen, Graz, p. 49.

Kalb H. / Potz R. / Schinkele B. (2003): *Religionsrecht*, Wien.

kathpress (2018): *Wiener Theologische Fakultät: Kein Kreuz mehr im Hörsaal*, 7.2.2018.

Kogler N. (2017): *Die Staatenbeschwerde als Instrument des Menschenrechtsschutzes*, Diplomarbeit, Graz.

Kohnen K. (2014): *EuGH (Gutachten): Entwurf der Übereinkunft über den Beitritt der EU zur EMRK – Probleme bei der Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht*, Bayerischer Rechts- und Verwaltungsreport, 18.12.2024, auf: https://bayrvr.boorberg.de/2014/12/18/eugh-gutachten-entwurf-der-uebereinkunft-ueber-den-beitritt-der-eu-zur-emrk-probleme-bei-der-vereinbarkeit-mit-dem-unionsrecht/

Kraus J. (2018): *Privilegiert der Europarat das Religionslose?*, in: Die Tagespost, 14.3.2018.

Kucsko-Stadlmayer G. (1999): *Die Rechtsprechung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs auf dem Gebiet der Glaubensfreiheit*, in: EuGRZ, 26. Jg., Heft 17–18, p. 505–525.

Kucsko-Stadlmayer G. (2015): *Das Rechtsschutzsystem der EMRK – Reformstand und aktuelle Entwicklungen*, in: JBl 12/2015, p. 746–755.

Leuprecht P. (1998): *Innovations of the European System of Human Rights Protection: Is Enlargement Compatible with Reinforcement?*, in: Traditional Law and Contemporary Problems, No. 8/1998, p. 313, 328–332.

Leuprecht P. (2020): *Le Conseil de l'Europe – 70 ans…et après ?*, in: Annuaire français des relations internationales, volume XXI, p. 759–772.

Lock T. (2014): *Oops! We did it again – das Gutachten des EuGH zum EMRK-Beitritt der EU*, Verfassungsblog, 18.12.2024, auf: https://verfassungsblog.de/oops-das-gutachten-des-eugh-zum-emrk-beitritt-der-eu/

Malik K. (2018): *None of us should enjoy the right to have our beliefs shielded from abuse*, The Observer, 28.10.2018.

Mälksoo L. / Benedek W. (eds.) (2018): *Russia and the European Court of Human Rights*, Cambridge.

Matscher F. (1988): *Die Stellung Österreichs als belangter Staat vor den Konventionsorganen*, in: Hummer W. / Wagner G. (Hg.): Österreich im Europarat 1956–1986 – Bilanz einer 30jährigen Mitgliedschaft, Wien, p. 291–304.

McBride J. (2020): *An Analysis of Covid-19 Responses and ECHR Requirements*, auf: http://echrblog.blogspot.com/2020/03/an-analysis-of-covid-19-responses-and.html

Pettiti L: (2020): *Faut-il notifier l'État d'urgence sanitaire au Conseil de l'Europe?*, auf : https://www.dalloz-actualite.fr/node/faut-il-notifier-l-etat-d-urgence-sanitaire-au-conseil-de-l-europe#.X3MqmlczaUk

Polakiewicz J. (2019): *Council of Europe (COE)*, Eintrag in der Max Planck Encyclopedia of Public International Law [MPEPIL].

Raimondi G. (2018): *Discours lors du Séminaire à l'occasion du 20ème anniversaire de la nouvelle Cour*, Straßburg, 26.11.2018, auf: https://www.echr.coe.int/Documents/Speech_20181126_Raimondi_20_years_FRA.pdf

Salesny A. (2019): *Europarat – Integration Europas*[5], Medienbegleitheft zur Produktion „70 Jahre Europarat", Wien.

Schmalenbach K. (2020): *EU Accession to the European Convention on Human Rights and EU Overseas Missions: Is it either or?,* in: A.J. Kumin et al. (Hg.): Außen- und sicherheitspolitische Integration im Europäischen Rechtsraum – Festschrift für Hubert Isak, Wien, p. 373–390.

Seidl-Hohenveldern I. (1984): *Das Recht der Internationalen Organisationen einschließlich der Supranationalen Gemeinschaften*[4], Köln.

Türk H. (1988): *Die Europäische Menschenrechtskonvention im internationalen Vergleich*, in: Hummer W. / Wagner G. (Hg.): Österreich im Europarat 1956–1986 – Bilanz einer 30jährigen Mitgliedschaft, Wien, p. 325–347.

Vorbeck M. (2018): *L'Europe, unie ou divisée*, in: Carrefours d'Alsace, 29.1.2018, auf: https://carrefours.alsace/7914/leurope-unie-divisee/?doing_wp_cron=1564665189.1007530689239501953125

Waag F. (2017): *Histoire d'Alsace – Le point de vue alsacien*[4], Fouenant.

Wassenberg B. (2012): *Histoire du Conseil de l'Europe*, Bruxelles.

White J.T. (1977): *The European Commission of Human Rights: An Analysis and Appraisal*, in: Brooklyn Journal of International Law, vol. 3, issue 2, article 3, p. 119–194.

Wittmann-Puri S. (2021): *70 years of the European Convention on Human Rights*, in: Livret de l'Amicale du Conseil de l'Europe éd. 2020, Straßburg, p. 12–21.

Gerhard Jandl

„Unentschlossenheit wird am Balkan bestraft.“

Michael Gehler: *Wir heißen Botschafter Dr. Gerhard Jandl am 17. Juni 2019 herzlich willkommen. Wir hatten mit Ihnen schon vor elf Jahren am Institut für Geschichte ein Expertengespräch geführt, aber bitte nehmen Sie die Gelegenheit wahr, sich nochmal eigens vorzustellen anhand Ihrer wichtigsten biografischen Angaben.*

Gerhard Jandl: Vom Studium her bin ich Jurist und Volkswirt. Seit 1986 bin ich im österreichischen auswärtigen Dienst, mit Auslandsverwendungen in Kairo, dann in New York bei den Vereinten Nationen – u. a. während Österreichs Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 1991/92 mit Fokus Ex-Jugoslawien – anschließend an der Botschaft in Tunis mit Schwerpunkt auf der Palestine Liberation Organisation (PLO) und danach wieder zurück an den Ballhausplatz. Hier war ich von 1995 bis 2000 Leiter des Balkan-Referats, dann von 2000 bis 2005 Botschafter in Sarajewo und von 2005 bis 2008 Botschafter in Belgrad. Von 2008 bis 2018 hatte ich die Funktion des Sicherheitspolitischen Direktors des Außenministeriums inne, seit 2018 Botschafter beim Europarat in Straßburg (Anm.: seit 2022 nunmehr Botschafter bei der OECD in Paris).

Michael Gehler: *Sie waren von 2000 bis 2005 Botschafter in Sarajewo und von 2005 bis 2008 österreichischer Botschafter in Belgrad. Wie haben Sie die in Bosnien-Herzegowina eingesetzten Hohen Repräsentanten Christian Schwarz-Schilling (2006/2007), Miroslav Lajčák (2007–2009) und Valentin Inzko (2009–2021) erlebt bzw. rückblickend in Erinnerung? Inwiefern gab es Kontakte nach Belgrad? Wie schätzen Sie die Tätigkeiten dieser Sonderbeauftragten ein? Ist der Balkan-Konflikt gelöst?*

Gerhard Jandl: Die letzte Frage ist sehr einfach zu beantworten: Nein. Wenn ich die Liste der Hohen Repräsentanten (High Representative, HiRep) ansprechen darf: Es ist selbstverständlich, dass jede Persönlichkeit unterschiedlich war und agierte. Worum es mir bei diesem Thema geht: Dass wir uns als internationale Staatengemeinschaft des Westens in dieser Region Europas in einem Dilemma befinden. Auf der einen Seite wollen wir Bosnien-Herzegowina helfen, ein Land westlich-europäischer Prägung mit entsprechender Beachtung der Menschenrechte, der Demokratie usw. zu werden. Die sogenannte *governance* soll so funktionieren, so dass das Land an die Europäische Union herangeführt und letztlich aufgenommen werden kann. Gleichzeitig beauftragen wir als Staatengemeinschaft dort jemandem mit der Befugnis, zum Beispiel Politiker ohne jedes rechtstaatliche Verfahren, ohne Rechtsmittelmöglichkeit oder Recht der Anhörung abzusetzen. Die genannten Politiker können einfach aus ihren aktuellen Ämtern „entfernt“ und gar für alle Zukunft für politische Ämter gesperrt werden. Der HiRep kann Gesetze in Kraft setzen oder auch außer Kraft, egal ob sie vom dortigen Parlament demokratisch korrekt beschlossen sind oder nicht. Darin liegt das Dilemma, in dem sich der Westen und die EU befinden. Unmittelbar nach dem Bosnien-Krieg konnte die Staatengemein-

schaft die Verhältnisse vor Ort nicht einfach hinnehmen und durchgehen lassen. Es gab dort Politiker, die den Friedensprozess aktiv untergruben und alles unternommen haben, damit das Friedensprojekt nicht gelingen konnte. Dagegen musste man vorgehen, aber gleichzeitig wurde ein internationaler Amtsträger eingesetzt, der auf eine Weise agieren musste, die mit den europäischen, demokratischen und rechtstaatlichen Grundsätzen nicht übereinstimmt. Die Frage lautet also: Was muss die Staatengemeinschaft, v. a. die Europäische Union, tun und wie muss sie es tun, dass sich Bosnien-Herzegowina soweit stabilisiert, dass man sagen kann: „Jetzt sind diese Ämter nicht mehr notwendig. Wir können sie abschaffen." Dass Valentin Inzko so lange im Amt war, zeigt, dass das offensichtlich nicht erreicht wurde.

Michael Gehler: *Darf ich nochmal nachfragen: Wir hatten Schwarz-Schilling auch hier zu Gast und ihn um seine Erinnerungen gefragt. Wie werden diese Hohen Beauftragten eigentlich bestellt? Welche Kriterien spielen dabei eine Rolle? Können Sie uns sagen, ob und welche Beiträge sie leisten konnten, Bosnien-Herzegowina zu stabilisieren bzw. zu helfen, sich selbst zu stabilisieren?*

Gerhard Jandl: Ich kann mich gut daran erinnern, als der erste HiRep Carl Bildt ins Amt kam. Die ursprüngliche Idee war, dass der HiRep ein sehr hochrangiger, in der Welt sehr angesehener Politiker, am besten ein Ex-Premierminister (aber jedenfalls ein Ex-Minister), sein sollte, der aber notwendigerweise gar nicht in Bosnien-Herzegowina residieren würde, sondern zum Beispiel in Paris, und sich von dort aus über seine Kontakte einbringen würde, ohne selber vor Ort zu sein. Bald hat man allerdings die Meinung vertreten, dass es doch vorteilhaft wäre, wenn der HiRep vor Ort wäre und wenn er auch von seiner Persönlichkeit her jemand wäre, der bereit ist, in dem sehr stark zerbombten und zerstörten Land zu leben. So ist man auf Carl Bildt gekommen. Er war schwedischer Ex-Premierminister und von seiner Persönlichkeit her so ausgerichtet, dass man sich vorstellen konnte, dass er die Sache mit entsprechender Energie angeht und auch in einer Stadt wie Sarajewo leben kann. Sein Nachfolger war der ehemalige spanische Außenminister Carlos Westendorp. Zu der Zeit war man noch der Meinung, der HiRep sollte ein Ex-Premierminister oder zumindest ein Ex-Außenminister sein, der in bestehende politische Kreise hinein gute Kontakte hat, um politische Unterstützung sicherzustellen. Es ging dann rangmäßig einige Stufen hinunter, als nach Westendorp Wolfgang Petritsch als Botschafter und Ex-Kanzlersekretär eingesetzt wurde. Man ist also von dem ursprünglichen ungeschriebenen Erfordernis, es müsse ein Ex-Premierminister oder ein Ex-Minister sein, abgewichen. Nach dem Parteiführer und Parlamentarier Paddy Ashdown kam mit Schwarz-Schilling dann wieder ein Ex-Minister, wenn er auch nicht Außenminister, sondern Postminister gewesen war. Sein Nachfolger Miroslav Lajčák war Botschafter, Politischer Direktor und Sonderbeauftragter der UNO und der EU gewesen. Wir waren übrigens ein paar Jahre davor zusammen in Belgrad, er als slowakischer Botschafter und ich als österreichischer. Daher kenne ich ihn. Er ist ein Kollege aus dem diplomatischen Dienst.

Zu Ihrer Frage, wie man sich auf die HiRep einigt: Es wird informell darüber beraten, wer es sein könnte und wer einem als Persönlichkeit einfällt, die entsprechende Erfahrung und Unterstützung hat. Eine geographische Ausgeglichenheit ist auch wichtig. Balkan-

Erfahrung ist nie schlecht. Man muss jemanden finden, der die Unterstützung der hauptsächlichen Akteure genießt, also der Amerikaner, Russen und Europäer.

Michael Gehler: *Wäre es für Sie auch dafür in Frage gekommen?*

Gerhard Jandl: Nein.

Michael Gehler: *Sie sind Österreicher, Sie waren in Sarajewo und in Belgrad, Sie haben alle Expertisen und Kenntnisse vor Ort gehabt.*

Gerhard Jandl: Österreich hatte zweimal den HiRep gestellt, mit Petritsch und Inzko. Es war schon eine Besonderheit, dass Österreich ihn mit Inzko nochmals stellen konnte, was normalerweise nicht getan wird. Üblicherweise schaut man auf die geografische Verteilung und darauf, dass dieses Amt unter verschiedenen Ländern rotiert, um breite Unterstützung zu gewährleisten.

Andrea Germer: *Sie waren von 2009 bis 2018 im österreichischen Außenamt Sicherheitspolitischer Direktor, d. h. Leiter der Abteilung für sicherheitspolitische Angelegenheiten. Wie kam diese Bestellung zustande? Welche Aufgaben hatten Sie dabei zu erfüllen? Wie würde allgemein die Bilanz Ihrer Tätigkeit lauten?*

Gerhard Jandl: Im österreichischen Außenministerium funktioniert es folgendermaßen: Man kommt vom Ausland zurück und bewirbt sich dann um Funktionen, die frei werden und die einen interessieren. Die Abteilung Sicherheitspolitik war eine von drei Abteilungen, für die ich mich interessiert habe, als ich aus Belgrad zurückgekehrt bin. Ich habe mich für alle drei beworben und dann die Sicherheitspolitik bekommen. Man erfährt selbst nicht, was genau die Überlegungen für die Bestellung waren. Aber es hat wahrscheinlich auch damit zu tun gehabt, dass ich schon im UN-Sicherheitsrat gewesen war. Damit war die Gewissheit gegeben, dass eine Verbindung zu sicherheitspolitischen Themen besteht und ich multilaterale Erfahrung einbringen konnte. So wurde ich von der damaligen Außenministerin Ursula Plassnik zum Abteilungsleiter für Sicherheitspolitik bestellt. Die Aufgaben bestanden im Großen und Ganzen darin, zum einen die österreichische Beteiligung an der entstehenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu behandeln, also alle Themen, die irgendwie damit zusammenhängen. Zum anderen die österreichische Mitwirkung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden und anderen NATO-Kooperationen. Die dritte Aufgabe bestand darin, auf innerstaatlichem Gebiet eine Koordinationsfunktion zu den anderen Ministerien, v. a. zum Verteidigungsministerium und zum Innenministerium, wahrzunehmen, d. h. den sicherheitspolitischen Auftrag Österreichs im Verbund, also EU, GSVP inklusive in Richtung europäische Verteidigung, NATO, etc. umzusetzen. Dabei ging es auch um die Beteiligung an friedenserhaltenden Operationen und Krisenpräventionsmissionen, sowohl im Rahmen der GSVP der Europäischen Union als auch im Rahmen der Partnerschaft mit der NATO, und zum Teil auch im Rahmen der UNO, wobei aber das „Tagesgeschäft“ der UNO-Operationen über eine andere Abteilung gelaufen ist und meine Rolle hier eine koordinierende war. Im Rahmen der Kooperation auf der innerstaatlichen Seite war es meine Aufgabe, an der

österreichischen Sicherheitsstrategie mitzuschreiben, die man damals neu aufgesetzt hat und die 2013 beschlossen wurde.

Michael Gehler: *Nun ist die Zeit von 2009 bis 2018 eine höchst spannungsreiche gewesen, wo verschiedene Krisenszenarien in Nachbarschaftsgebieten gegeben waren. Wie beurteilen Sie den Georgienkonflikt, seine Entstehung und die vorläufige „Lösung"?*

Gerhard Jandl: Wir kommen damit zum Thema Russland. Man sollte den Georgien-Konflikt in erster Linie in Bezug auf Russland und seine Rolle in dieser Region sehen. Russland hat nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion seine Rolle völlig neu definiert, diese Definition im Laufe der Zeit aber geändert. D. h. wir hatten am Anfang eine sehr kooperative Phase mit Russland, was in eine zweite Phase mit einer weniger großen Kooperationsbereitschaft übergegangen ist. Dabei stellt sich rückblickend die Frage, ob und wieso wir als der „Westen" Russland zu arrogant behandelt haben. Die Frage würde ich bejahen. Wir als Westen haben wirklich zu sehr das Gefühl gehabt, den Kalten Krieg gewonnen zu haben, und das Russland auch zu sehr spüren lassen. Das mag schon sein. Ich sage aber gleich dazu – was ich auch den russischen Vertretern gesagt habe –, dass das noch lange kein Grund sein kann, mit Waffengewalt oder militärischer Gewalt andere Länder zu attackieren oder sich Teile anderer Länder einzuverleiben. Das ist keine Entschuldigung. Sicherlich definiert Russland seine Rolle anders, als es das noch vor zehn oder fünfzehn Jahren getan hat. Es möchte weiterhin eine der allerwichtigsten Mächte auf dieser Welt sein. Dabei geht Russland anders vor als ein westliches Land. Die Überlegung „Wie kann ich in der Welt eine Rolle spielen, die meinen Ansprüchen gerecht wird?" wird in Europa völlig anders beantwortet als in Russland. Wir verfolgen in Europa – kleine Länder, große Länder, ganz gleich – einen konstruktiven Ansatz. Dabei geht es um folgende Zugangsweise: Wir erkennen ein Problem. Wir wollen es lösen bzw. konstruktiv dazu beitragen, es zu lösen. Wenn wir Europäer konstruktiv dazu beitragen, dann spielen wir eine gewisse Rolle. Dieses Vorgehen ist für ein kleines Land wie Österreich noch wichtiger als für ein großes Land wie Deutschland. Im Grunde genommen lautet der europäische Ansatz „Wir sehen ein Problem. Wir denken über Lösungen nach. Wir streben eine Lösung an und sehen unsere Rolle darin, zu dieser Lösung möglichst konstruktiv beizutragen. Wenn wir das gut machen, haben wir unserer Außenpolitik in der Welt Bedeutung verliehen." Russland sieht die Sache anders. Die leitende Überlegung lautet: „Wie kann ich wichtig bleiben?" Durch die Herbeiführung oder Beibehaltung oder Verschärfung eines Konflikts behält man seine eigene Geltung bei, nicht durch seine Lösung. Solange der Konflikt schwelt und brennt, solange ist und bleibt Russland wichtig. Man muss Moskau konsultieren, fragen und einbinden. Russland hat jedenfalls durch seine Machtstellung immer Möglichkeiten, internationale Entwicklungen zu blockieren. Damit ist und bleibt es „wichtig". Das ist ein Befund, den wir als Europäer und EU-Mitglieder sehr oft ausblenden. Ich habe einmal in einer Publikation festgehalten, dass wir Oswald Spengler nicht aufmerksam genug gelesen haben. Spengler ist davon ausgegangen, dass Russland nicht Teil des europäischen Kulturkreises ist. Russlands geistige und philosophischen Ansätze seien so unterschiedlich, dass die russische Kultur nicht komplementär zur europäischen sei. Wenn ich mir das russische Verhalten in der Sicherheitspolitik der Jahre vor 2019 anschaue, dann sehe ich das auch so. Auf einer sicherheitspolitischen

Konferenz in Genf haben uns unsere russischen Kollegen vor nicht allzu langer Zeit umwunden gesagt, Russland sei an einer gewissen Konfrontation mit dem Westen interessiert, aber es solle eine „managed confrontation“ sein. Ein russischer Vertreter hat gesagt: „Wir wollen nicht, dass diese Konfrontation einen gewissen Grad überschreitet, aber die Konfrontation soll ein bestimmtes Niveau auch nicht unterschreiten.“ Also eine gut gemanagte Konfrontation, die im Interesse Russlands ist, um wichtig zu bleiben und dem Westen gegenüber ebenbürtig aufzutreten, ihm zwar nicht zu gefährlich zu werden und nicht feindlich gegenüber zu stehen, aber doch mit einem anderen, konkurrierenden Ansatz. (Anm.: Das Interview wurde im Juni 2019 geführt, also noch vor dem Angriff Moskaus auf die Ukraine.)

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie diesen Georgienkonflikt, seine Entstehung und seine Lösung?*

Gerhard Jandl: Hier spielt eine persönliche Erfahrung mit einem Konflikt eine Rolle, an dessen Lösung ich sehr lange und intensiv beteiligt war. Es geht um den Kosovo-Konflikt und die Unabhängigkeit. Wir haben im Kosovo jahrelange Verhandlungen, verbunden mit der Suche nach einer verhandelten Lösung, erlebt. Die Verhandlungen wurden durch die UNO beauftragt und international geleitet, und es wurde lange versucht, zu einer für beide Seiten akzeptablen Lösung im Rahmen des serbischen Staatsverbandes zu kommen. Es hat sich dann leider gezeigt, dass das nicht möglich ist. Dabei stellte sich die Frage, ob man nicht noch eine Zeit lang weiter hätte verhandeln können. Ja, das hätte man schon können, aber es hätte nichts mehr gebracht. Es war sozusagen ausverhandelt, auch wenn die serbische Seite noch Einwände hatte. Ich glaube, es war wirklich ausgereizt. Nach diesen Verhandlungen und den sehr intensiven Bemühungen auf der Suche nach einer Lösung hat sich nach meinem Dafürhalten gezeigt, dass ein Verbleib des Kosovos im serbischen Staatsverband nicht möglich war – ich sage das nicht, weil es die österreichische Linie war, sondern weil es auch meine ganz persönliche Auffassung ist. Ich sage, dass es richtig war, die Unabhängigkeit des Kosovo, so wie sie stattgefunden hat, d. h. in Absprache mit zumindest der westlichen Staatengemeinschaft und gemäß dem ausgearbeiteten Ahtisaari-Plan auszurufen, der auch vom UNO-Generalsekretär persönlich gutgeheißen wurde. Die serbische Position hat sich nach meinen persönlichen Erfahrungen in den Jahren ab 2005 in dieser Angelegenheit verhärtet. Die Stimmung in den Gesprächen – weniger mit politischen Gesprächspartnern, sondern mit Professoren, Journalisten und Repräsentanten der Zivilgesellschaft – war von folgender Haltung bestimmt: „Wir wissen, dass der Kosovo verloren ist. Das war die Schuld von Milošević. Das ist furchtbar schade. Aber wir wissen, der Kosovo ist verloren.“ Diese Haltung hat sich unter dem serbischen Premierminister Koštunica geändert und zwar dahingehend, dass er immer wieder öffentlich gesagt hat: „Der Kosovo ist nicht verloren. Der Kosovo muss immer Serbien bleiben und darf niemals unabhängig werden. Er ist serbisches Kernland.“ Am Anfang hatte die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung eine solche Stimmung nicht widergespiegelt, aber durch sein stetes intensives Wiederholen hat er dann doch einen Meinungsumschwung in der serbischen Bevölkerung herbeigeführt. Die Bevölkerung ist dann zu seiner Auffassung eingeschwenkt: „Der Kosovo darf nicht unabhängig werden!“ Das hat mich verwundert, dass Gesprächspartner, die noch

ein, zwei Jahre zuvor gemeint hatten, der Kosovo sei verloren, plötzlich sagten, der Kosovo dürfe nicht unabhängig werden. Wir als Staatengemeinschaft – und das haben wir auch immer gesagt – müssen darauf hinarbeiten, dass Serbien die Realität akzeptiert. Wir können nicht über einen serbischen EU-Beitritt verhandeln, ohne dass eine Kosovo-Lösung in Sicht ist. Eine Lösung muss hergestellt werden, indem Serbien anerkennt, dass der Kosovo ein eigener Staat und zumindest eine Art indirekte Anerkennung notwendig ist. Es wäre ein Riesenfehler, wenn wir mit den Verhandlungen des EU-Beitritts Serbiens so weit gehen, dass wir praktisch zu Ende kommen, das Problem des Kosovos aber ausklammern und wir uns damit ein „zweites Zypern-Problem" in der EU einhandeln, also eine offene und ungelöste Territorialfrage. Es ist meine persönliche Erfahrung, dass man den serbischen Gesprächspartnern durchaus zumuten kann, die Realitäten anzuerkennen. Man kann unangenehme Wahrheiten aussprechen und auf die notwendige Lösung der Probleme hinarbeiten. Das wird dann auch akzeptiert, aber man muss entschlossen sein. Unentschlossenheit wird am Balkan bestraft. Das ist meine persönliche Erfahrung. Wenn wir als westliche Staatengemeinschaft nicht entschlossen sind, sondern „herumeiern", wird uns das brutal zu stehen kommen.

Michael Gehler: *Das ist ein schönes Zitat: „Unentschlossenheit wird am Balkan bestraft." Wir haben Russland schon angesprochen. Zum Verhältnis des NATO-Russland-Rates und der Frage einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der EU noch vor der Eskalation der Krim-Krise mit der Annexion und dem Krieg in der Ostukraine: Wie haben Sie das in Erinnerung und erlebt mit Blick auf die Substanz der jeweiligen Konstruktionen und deren Perspektive?*

Gerhard Jandl: Als ich Anfang 2008 mit der Sicherheitspolitik und damit mit der NATO-Kooperation begonnen habe – also noch vor dem Georgien-Krieg –, war eine sehr konstruktive Haltung gegeben und interessanterweise auch noch über die Georgien-Krise hinweg gab es eine Zeitlang eine relativ gut NATO-Kooperation mit Russland. Vor der Georgien-Krise bestand ja sogar einmal die Überlegung, ob nicht Russland der NATO beitreten könnte. Wie ernsthaft das gemeint war, ist schwer zu beurteilen. Aber schon allein, dass theoretisch über eine solche Möglichkeit gesprochen wurde, sagt sehr viel aus. Der NATO-Russland-Rat war aktiv. Russland hat sich bemüht, als Partnerland beizutragen. Es sind allerdings in weiterer Folge die Beziehungen immer stärker abgekühlt. Der NATO-Russland-Rat hat seit der Ukrainekrise 2014 nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt getagt. Die Kooperation Russlands mit der NATO ist schrittweise zurückgegangen. Die Rhetorik ist immer schärfer und die Wortwahl ist immer konfrontativer geworden, doch blieb Russland immer noch Partner der NATO. Wenn Sie sich die NATO-Homepage anschauen und auf die Liste der Partnerstaaten klicken, ist Russland nach wie vor dabei, wenngleich von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit nicht mehr viel übriggeblieben ist (Anm.: Interview wurde 2019 geführt). Zumindest in meiner Zeit als Sicherheitspolitischer Direktor war Russland in das Partnerschaftsformat eingebunden. Die NATO beschäftigt sich nicht nur mit militärischen Fragen, sie ist auch eine politische Organisation. Sie unternimmt in diesem Bereich sehr viele Aktivitäten mit Begegnungen, Seminaren, Treffen, von Oberammergau bis zu diesen PfP-Seminaren, wo wir auch eines in Österreich organisiert haben. Da war Russland zunächst sehr kooperativ eingebunden

und hat sich auch eingebracht. Man war nicht immer einer Meinung, aber die Diskussion war sehr offen und kooperativ. Man hat das Gefühl gehabt, Russland wollte eine Kooperation mit der NATO und auch die sicherheitspolitische Debatte auf diesem Gebiet beeinflussen und mitprägen. Das ist jetzt nicht mehr so.

Michael Gehler: *Was hat zu dieser Veränderung geführt?*

Gerhard Jandl: Es war der Konflikt mit der Ukraine (Anm.: gemeint ist die Besetzung und Annexion der Krim durch Russland 2014). Das Georgien-Problem konnte man noch ausblenden und sozusagen auf einer eigenen Schiene laufen lassen, wenn auch viele damit nicht einverstanden waren, was Russland in Georgien tut. Unsere Position war klar: „Wir sind nach wie vor selbstverständlich für die territoriale Integrität und Souveränität Georgiens. Wir können das nicht akzeptieren, was in Abchasien und Südossetien geschieht.“ Trotzdem hat man es geschafft, mit Russland relativ konstruktiv im Gespräch zu bleiben. Mit der Ukraine hat sich das dann völlig geändert. Mit der Ukraine hat man gesehen, dass Georgien offensichtlich kein „Ausrutscher“ war, sondern ein Verhaltensmuster, das auf mehr Konfrontationen mit dem Westen und weniger auf partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgerichtet ist. Die EU hatte noch vor wenigen Jahren die Institution des Strategischen Partners. Einige Länder wurden als Strategische Partner bezeichnet und behandelt: Russland, die USA, Brasilien und China. Von einem Strategischen Partner ist jetzt schon seit langem nicht mehr die Rede, wenn wir über Russland sprechen. Es ist aber nicht ganz so einfach, dass man einen so großen Akteur einfach quasi in eine andere Schublade steckt, weil er sich nicht so benimmt, wie man es sich als EU wünschen würde.

Michael Gehler: *Kommen wir nun zu Vladimir Putin. Wie beurteilen Sie diese Person und seine Außenpolitik in ihrer historischen Entwicklung?*

Gerhard Jandl: Zur Person kann ich relativ wenig sagen. Zur Außenpolitik habe ich schon Stellung genommen.

Michael Gehler: *Ich mache es konkreter. Putin spricht 2001 im Deutschen Bundestag und signalisiert substanzielle Bereitschaft und Interesse an einem engeren Zusammengehen Russlands mit der EU. Mitgliedschaft war ausgeschlossen, aber ein engeres partnerschaftliches Verhältnis offenbar angestrebt. Ist dieser Putin 2001 ein anderer als 2008 und als 2014/2015? Was glauben Sie, sind seine Beweggründe, sich so verändert zu verhalten? Er hat ja im Zuge der Krim-Annexion zunächst bestritten, dass dort reguläre russische Einheiten eingerückt seien. Ein Jahr später hat er es eingeräumt. Er spielt offensichtlich mit allen Mitteln. Es stellt sich auch die Frage, wie weit seine Rolle als ehemaliger Geheimdienstmann wichtig zur Einschätzung seiner Person ist. Sie müssen ja nicht mit ihm Tête-à-Tête am Tisch sitzen. Mir ist in Erinnerung, wie er Merkel mit einem scharfen Hund empfangen hat, der sich immer mehr Merkel näherte und bei ihr offensichtlich Unbehagen auslöste. Wie tickt ein solcher Politiker nach Ihrer Einschätzung?*

Gerhard Jandl: Das ist ein ganz gutes Beispiel, wobei ich mir nicht erlauben würde, Vladimir Putin als Person zu beurteilen, sondern eher das Verhalten des russischen Präsi-

denten im Sinne davon, dass es paradigmatisch für Russland steht. Wie Sie gesagt haben, besteht ein gewisses Verhaltensmuster der Einschüchterung. Das ist offensichtlich. Es ist motiviert durch den Wunsch, die außenpolitische Agenda nicht nur mitzugestalten, sondern sie entscheidend zu prägen: „Ohne Russland geht es nicht und gegen Russland geht es schon gar nicht.“ Die russischen Interessen, wo auch immer sie sein mögen, müssen entsprechend berücksichtigt werden von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft. Wenn das die Staatengemeinschaft nicht tut, ruft Moskau seine Interessen stärker in Erinnerung. Die russischen Interessen sind die einer Supermacht. Wenn ich doch über die Person Putin etwas sagen soll, so scheint eine wichtige Motivation von ihm darin zu bestehen, das in den letzten Jahrzehnten verlustreiche Russland wieder dorthin zu führen, wo die Sowjetunion einmal stand, nämlich als eine der beiden Supermächte, auf die gehört werden muss und ohne die es nicht geht. Sie haben die EU angesprochen. Wir haben immer wieder gesehen, dass Russland mit der EU relativ wenig anfangen konnte. Es liegt nicht daran, dass es das Konzept der EU nicht verstehen würde. Es gibt Beobachter, die meinen, dass die Russen das Konzept EU nicht gut genug verstehen würden und deswegen immer wieder versuchen, lieber mit den individuellen Mitgliedsstaaten zu interagieren anstatt mit der EU als Block. Doch es liegt meines Erachtens nicht am mangelnden Verständnis, sondern daran, dass es nicht im russischen Interesse sein kann, einen politischen Block entstehen zu lassen, der Russland ebenbürtig ist oder ihm außenpolitisch Paroli bieten könnte. Im russischen Interesse liegt es, dass 27 oder 28 einzelne Staaten existieren, mit denen man individuell agieren kann. Denn viele Einzelstaaten sind aus Moskauer Sicht besser als eine große und starke EU. Eine solche Taktik ist immer wieder daran erkennbar, dass unterschiedliche Signale ausgesendet werden. Es passiert auch im Rahmen des Europarats: Wenn im Baltikum irgendein moskaukritisches Ereignis stattfindet, setzten die russischen Vertreter auf die nationalistische Karte und argumentieren, die Vergangenheit sei im Baltikum nicht ausreichend aufgearbeitet. In fast wöchentlichen Abständen kommen diese Vorwürfe. Aber sie kommen nie gegen alle baltischen Staaten auf einmal, sondern es wird irgendein Land kritisiert und ein anderes baltisches Land für eine bestimmte Entwicklung gelobt, weil zum Beispiel ein Sprachengesetz novelliert worden ist. Beim nächsten Mal ist ein anderes Land dran, im Positiven wie im Negativen. Hier wird eine Taktik angewandt, die auf eine Fragmentierung der EU und ihrer Mitgliedsländer abzielt.

Michael Gehler: *Wenn man die Diskussion über die sogenannten Putin-Versteher näher betrachtet, so ist es kein Zufall, dass es hauptsächlich Österreich und Deutschland sind, die als Putin-Versteher wahrgenommen werden. Das Wort bezieht sich v. a. auf den Ukraine-Konflikt. Wie ist dieser zu bewerten? Was führte dazu? Hätte sich der Westen anders verhalten sollen in dieser Frage?*

Gerhard Jandl: Wir diskutierten im Europarat z. B. über die Sanktionen gegenüber Russland in Folge der Krimannexion. Hier gibt es auch unterschiedliche Meinungen. Die einen argumentieren, dass die Sanktionen, die seit 2014 getroffen worden sind, überhaupt nicht ausreichend seien, andere wiederum meinen, sie seien zu weitgehend. Warum muss man sich damit im Europarat beschäftigen? 2014 wurde den russischen Abgeordneten zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats das Stimmrecht entzogen, als Sanktion

wegen der Krimannexion. Das ist 2015 neuerlich geschehen. Daraufhin hat Russland keine Delegation mehr in die Parlamentarische Versammlung entsandt und einige Jahre später aufgehört, seinen Mitgliedsbeitrag zu bezahlen. Es stellten sich zwei Fragen: Wie können wir das lösen? Sollen wir Russland wieder zur Parlamentarischen Versammlung zulassen? Die einen sagten, die Parlamentarische Versammlung habe mit dem Entzug des Stimmrechtes Sanktionen gesetzt, die überzogen gewesen seien und in eine Sackgasse geführt und es Russland bei objektiver Betrachtung unmöglich gemacht hätten, sich konstruktiv zu verhalten. Es sei doch so, dass Russland quasi automatisch zur Gegenaktion übergehen müsse und daher keine Beitragszahlungen mehr leiste. Ergo seien diese Sanktionen suboptimal. Das war die eine Sicht der Dinge. Die andere Position lautete, dass angesichts der Annexion der Krim sowie des militärischen Vorgehens in der Ost-Ukraine diese Sanktionen ohnehin ausgesprochen mild seien. Man hätte in einer Organisation, in der es um Demokratie, Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit geht, viel früher viel härtere Sanktionen gegen Russland setzen müssen. Es gab also zwei verschiedene Denkschulen, wie man richtigerweise auf die Krim-Annexion hätte reagieren sollen. Die Parlamentarische Versammlung hat damals in ihrer Beschlussfassung festgehalten, diese Sanktionen würden so lange bleiben, bis Russland die Krim zurückgebe. Die allerwenigsten glauben aber daran, dass das wirklich jemals passieren würde. Dabei stellt sich auch die Frage: Wenn schon Sanktionen gegen ein Land verhängt werden, unter welcher Bedingung ist man dann bereit, die Sanktion wieder aufzuheben? Wie realistisch müssen die Bedingungen zur Aufhebung sein? Oder wenn Drohungen ausgesprochen werden: Wie konkret müssen diese sein und wie entschlossen muss man selbst sein, solche Drohungen gegebenenfalls zu realisieren? Wenn der Partner weiß, dass man nicht entschlossen ist, dann ist es besser, solche Drohungen von vorneherein erst gar nicht auszusprechen. Solche Konstellationen habe ich in meiner bisherigen Karriere immer wieder erlebt, wenn europäische Akteure wie die EU dazu neigen, Drohungen auszusprechen, von denen alle wissen, dass sie nicht eingehalten werden. Das ist ein suboptimales Mittel, Außenpolitik zu betreiben. Wenn man dann nachgibt, verliert man immer Respekt. Bald kommen unsere Mitbewerber darauf, dass nichts so heiß gegessen wie gekocht wird. Wie gesagt, Russland verhält sich außenpolitisch völlig anders als ein westliches Land. Ein Beispiel: Es kamen von russischer Seite vor einigen Jahren wiederholt Vorschläge und Vorstöße für einen europäischen Sicherheitsvertrag. Wie würde man als westliches Land agieren, wenn man einen neuen Sicherheitsvertrag möchte? Wir würden zunächst einmal informell mit den wichtigsten Akteuren abklären, inwieweit Unterstützung gegeben wäre; wie groß ist die Chance, dass eine solche Initiative dann auch in einer annehmbaren Form akzeptiert und umgesetzt wird? Wenn wir dabei das Gefühl bekämen, wir hätten nicht ausreichend Unterstützung, würden wir diesen Vorschlag erst gar nicht offiziell einbringen, weil wir uns die Peinlichkeit ersparen wollten, einen Vorschlag zu machen, der nicht umgesetzt wird. Bei diesem europäischen Sicherheitsvertrag hat sich herausgestellt, dass Russland das offensichtlich ganz anders sieht. Der russische Vorschlag wurde offiziell auf den Tisch gelegt, ohne dass er vorab konsultiert worden wäre. Als Russland sah, dass der Westen in diesem Fall entschlossen war, nicht mitzumachen, schien es auch kein Problem damit zu haben, seine Initiative wieder zu begraben. Man kann sagen, dass dieser europäische Sicherheitsvertrag ein „Staatsbegräbnis zweiter Klasse“ bekommen hat. Wie gesagt, wir würden das als eine außenpolitische Niederlage empfinden, aber Russland empfindet das

offensichtlich nicht so. „Gut, es war ein Test. Wir haben es ausprobiert. Es ist nicht gegangen. Wir ziehen wieder zurück. Auch fein." Dieses immer wieder erfolgende Austesten, wie weit man gehen kann, ist in Russland stärker ausgeprägt als im Westen. Vielleicht ist es auch erfolgreicher, zumal wenn es ihnen nicht peinlich ist, kann man solche Testaktionen ständig wiederkehrend durchführen.

Ein anderes, umgekehrtes Beispiel sind die Verhandlungen über den Kosovo-Status. Der Ahtisaari-Plan für die international überwachte Unabhängigkeit lag auf dem Tisch. Der UN-Sicherheitsrat sollte ihn genehmigen. Es gab einen westlichen Resolutionsentwurf, der diesen Ahtisaari-Entwurf begrüßt und gutgeheißen hätte. Russland hat in den informellen Vorkonsultationen abgelehnt. Daraufhin hat der Westen seinen Entwurf abgeschwächt und ihn neuerlich vorgelegt; Russland hat immer noch abgelehnt. Die Europäer wollten den Entwurf weiter abschwächen, aber die Amerikaner sagten sinngemäß: „Wir haben den Russen ein gewisses Entgegenkommen gezeigt. Wir haben den Resolutionsentwurf abgeschwächt. Wir wollen nicht über euch Europäer hinweggehen, aber jetzt müssen wir ihn formell zur Abstimmung bringen." Die Amerikaner haben uns damals gesagt, sie seien sicher, Russland hätte sich der Stimme enthalten, aber kein Veto eingebracht. Nämlich weil Russland geglaubt hätte, der Westen sei so fest entschlossen, das durchzuziehen, hätte Moskau nicht blockiert. Nur: So entschlossen war der Westen gar nicht. Die Europäer wollten weiter „auf Nummer Sicher" gehen und Garantien haben, dass sich Russland nur der Stimme enthält und kein Veto einlegt. Deshalb hatten sie den Resolutionsentwurf nochmal mehrere Male abgeschwächt, bis dann offensichtlich – das ist meine Interpretation – Russland bei der vierten oder fünften Abschwächung gemerkt hat, dass der Westen überhaupt nicht so entschlossen ist, wie es ursprünglich den Anschein hatte. Wenn man diesen fünften, schon sehr verwässerten Resolutionsentwurf formell eingebracht hätte, bin ich mir sicher, dass Russland dann tatsächlich sein Veto eingebracht hätte, weil es gesehen hat, dass der Westen nicht entschlossen ist.

Michael Gehler: *Das ist eine Einschätzung, die ich schon mal von Lujo Tončić-Sorinj, Österreichs Außenminister von 1966 bis 1968, so vernommen habe, wonach es wiederholt ein Hin und Her gibt, das Testen von Versuchsballons. Das deckt sich mit Ihren Erfahrungen. Gehen wir zur nächsten Frage über. Welche Rolle spielen die EU und die Vereinigten Staaten im Ukraine-Konflikt?*

Gerhard Jandl: Das ist sehr schwierig zu beantworten. Bei der Ukraine haben wir es wieder mit der Unentschlossenheit bzw. nichtausreichenden Entschlossenheit der EU zu tun, entsprechend vorzugehen. Auf der einen Seite möchten wir die Ukrainer an Europa binden, aber sind wir andererseits auch bereit, es zu dem Preis zu tun, der möglicherweise dafür zu bezahlen ist? Haben wir die Situation und die Haltung Russlands realistisch eingeschätzt? Falls ja, sind wir Russland mit der entsprechenden Härte begegnet? Hätten wir wissen müssen, dass die Ukraine für Russland ein Land in einer – aus russischer Sicht – legitimen Einflusszone ist? Wir hätten es wissen müssen. Hätten wir gesagt: „Trotzdem wollen wir die Ukraine an uns binden"? Wenn wir sagen: „Ja, wir wollen es trotzdem machen", dann muss man Gegenreaktionen von Russland antizipieren und überlegen, wie man damit umgeht. „Sind die erwartbaren Gegenreaktionen für uns zu heftig? Ist unsere eigene Entschlossenheit auch ausgeprägt genug? Ist uns die Ukraine wichtig ge-

nug, dass wir einen Konflikt mit Russland in Kauf nehmen?“ Wenn Sie mir den Ausdruck verzeihen, aber manchmal ist die EU naiv. Bei der Ukraine war das so, wie ich meine. Wir hätten zum einen wissen müssen, was sie für Russland bedeutet, und dann hätten wir uns fragen müssen: „Gut, wollen wir die Ukraine trotzdem an uns binden? – Dann müssen wir aber auch entsprechend Rückgrat zeigen gegenüber den Russen.“ Vielleicht hätten es die Russen akzeptiert, wenn wir deutlich gesagt hätten: „Liebe Freunde, wir verstehen, die Ukraine ist ein Thema, das Euch nahe geht. Aber wir sind fest entschlossen, die Annäherung der Ukraine an die EU durchzuziehen, das müsst ihr jetzt akzeptieren.“ Möglicherweise hätte man das auf der russischen Seite akzeptiert. Aber dieses Herumeiern, diese mangelnde Entschlossenheit! Das verzeiht einem nicht nur der Balkan nicht, das verzeihen einem auch die Russen nicht. Es liegt auch an mangelnder Analyse. Wir sind als EU zuweilen zu sehr davon überzeugt, dass wir „sexy“ sind. Wir glauben, wir sind einfach großartig, alle möchten so sein wie wir, alle möchten sich uns annähern, alle möchten EU-Mitglied werden oder zumindest ein enger Freund der EU. Und dann sind wir erstaunt, dass das gar nicht stimmt, was wir von uns selber glauben. Wenn sich an der Peripherie Europas Länder von den europäischen Werten abwenden, von der Demokratie, der Rechtstaatlichkeit und den Menschenrechten, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unsere Werte, die wir uns selber zuschreiben, unsere eigenen Identifikationsmerkmale, unsere „unique selling proposition“, für manch andere gar nicht so attraktiv ist, wie wir das immer geglaubt haben. Das ist nach meinem persönlichen Dafürhalten ein Problemkomplex, mit dem die EU nur schlecht umgehen kann. Sie ist zudem schlecht vorbereitet. Woran das liegt? Es ist wohl auch der missionarische Eifer, denn wir sind „Missionare“, wir wollen unsere Ideen und unsere Vorstellungen möglichst weit in die Welt hinaustragen. Wir wollen, dass alle so werden wie wir, weil wir glauben, dass es so am besten ist. Dieser missionarische Eifer ist groß. Und es ist auch viel Naivität dabei. Und es liegt auch an den sehr komplizierten Strukturen innerhalb der EU. Hier sind viele Akteure am Werk, die sich manchmal gegenseitig behindern, manchmal sich auch gegenseitig bestärken. Wir stellen uns nicht die Frage, ob wir tatsächlich so großartig sind. Wir bestärken uns in der EU vor allem im Positiven, finden lobende Worte füreinander. Das tut man so in der Diplomatie. Jemand macht einen Vorschlag und der andere sagt aus Höflichkeit: „Das ist ein wunderbarer Vorschlag und er kommt genau zur richtigen Zeit. Großartig.“ Im stillen Kämmerlein denken wir uns: „Der Vorschlag ist eigentlich gar nicht so großartig“, aber das Lob gehört zur Höflichkeit dazu. Man bestärkt sich gegenseitig und verliert dabei den Blick auf mögliche Defizite des Vorschlags.

Michael Gehler: *Die USA sind noch nicht angesprochen und sollten wir nicht übergehen. Aus Ihren Worten klingt eine spezifisch österreichische Position heraus, die da besagt: „Wie die EU mit Russland und der Ukraine-Frage umgeht, ist blauäugig.“ Hat Österreich eine spezifisch andere Position als die ursprünglichen Gründerstaaten der EU? Hat es ein besonderes, spezifisches Verständnis für russische Positionen? Wie deckt sich das mit Deutschland, das NATO-Land ist? Und mit den USA, was ja der Hauptsponsor der NATO ist?*

Gerhard Jandl: Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, Österreich bildet sich ein, sich in Ost-Europa gut auszukennen. Wir bilden uns durch die geographische

Lage, durch die Geschichte und unsere Kontakte ein, dass wir die Situation realistischer einschätzen können als andere. Ob das tatsächlich immer der Fall ist, lasse ich dahingestellt. Es ist in manchen Bereichen wie am Balkan so, so dass wir mehr Verständnis aufbringen als Länder z. B. aus Nordeuropa, eben durch die Geschichte, die geographische und mentalitätsmäßige Nähe. Wir haben sicher auch mit Osteuropa inklusive Russland intensive Erfahrungen. Die Verhandlungen über den Staatsvertrag und die Entstehung der österreichischen Neutralität sind sehr aufschlussreich. Sie wissen als Historiker besser als ich, wie es damals tatsächlich war und wie es nachher retrospektiv überhöht worden ist. Wir bilden uns ein, mit den Russen gut zu können, weil es uns gelungen ist, sie 1955 durch den Staatsvertrag zur Heimkehr zu bewegen. Ich weiß nicht, ob Sie mir zustimmen, aber ich glaube nicht, dass das nur das österreichische Verdienst war. Es war für Österreich eine sehr günstige Kombination von geopolitischen Zufällen, von Änderungen in der Kreml-Hierarchie etc., eine „Teilgleichung", die aufgegangen ist, wie Botschafter Herbert Grubmayr einmal gesagt hat, der an den Verhandlungen beteiligt war. Das wirkliche Verdienst der damaligen österreichischen Politiker bestand darin, dieses Zeitfenster, das ja nur einige Monate lang offen war, zu erkennen und die Gelegenheit am Schopf zu fassen. Dass es plötzlich diese geopolitische Möglichkeit gegeben hat, die 1953 noch nicht und 1956 nicht mehr gegeben war, ist sicherlich keine österreichische Leistung. Nichtsdestotrotz glauben viele Österreicher bis heute, dass das ausschließlich unser österreichisches Verdienst war, dass der Staatsvertrag zustande kam. Daraus leitet man ab, dass man die Russen besser verstehe und mit den Russen besser könne. Das ist eine Überschätzung der eigenen Rolle. Die Neutralität war 1955 der politische Preis, den wir für diesen Staatsvertrag zahlen mussten. Sie wurde dann später überhöht und hat ein „fröhliches Eigenleben" (wie Franz Cede sagt) entfaltet. In den 1970er Jahren hat man angefangen, der Neutralität positive Eigenschaften zuzuschreiben, die ursprünglich nie mit ihr verbunden waren. Man konnte der Neutralität zuschreiben, dass wir keine Demonstrationen hatten wie in Deutschland nach dem NATO-Doppelbeschluss mit den Pershing-II-Raketen-Stationierungen usw. Man hat der Neutralität sehr viele positive Eigenschaften zugeschrieben, die ihr nicht wirklich zugekommen sind. Deswegen haben wir heute noch diese eigenartige Empfindung der österreichischen Neutralität in Verbindung mit der österreichischen Identität, als Teil der österreichischen Seele. Ich bin immer sehr dafür eingetreten, die Neutralität realistisch zu sehen, aber nicht religiös zu überhöhen. Neutralität ist eine außenpolitische Handlungsoption und ein rechtlicher und sicherheitspolitischer Status. Man kann viel Positives an der Neutralität finden oder auch weniger Positives. Ich sehe im politischen Diskurs Österreichs, dass es aus verschiedenen Gründen im Laufe der letzten zehn Jahre wieder dazu gekommen ist, die Neutralität wieder mehr in den Vordergrund zu spielen. Ich bin dafür, dass man die Überhöhung der Neutralität besser bleiben lässt und sie stattdessen realistisch betrachtet. Wir brauchen auch keine Angst zu haben, durch unsere NATO-Kooperation in eine NATO-Mitgliedschaft hineingedrängt zu werden. Die NATO drängt niemanden in eine Mitgliedschaft. Das sieht man auch an den anderen Neutralen. Die Neutralität wird von der NATO respektiert. Aufgrund dessen besteht überhaupt kein Grund für Berührungsängste mit der NATO. Es gibt auch keinerlei Notwendigkeit, das zu tun, was manche gerne machen, wenn sie mit der NATO sprechen, nämlich ständig die Neutralität in den Vordergrund stellen. Offensichtlich, weil sie das

Gefühl haben, sie müssten vor dem heimischen Publikum deutlich machen: „Wir sprechen zwar mit der NATO, aber wir wollen nicht beitreten.“

Michael Gehler: *Russland versucht seine Weltordnungsvorstellung umzusetzen, indem es mit seiner Vetoposition im UN-Sicherheitsrat eigene Interessen bei Konflikten durchsetzen und verteidigen kann, ohne die Normen des Völkerrechts zu verletzen. Dagegen bricht es im postsowjetischen Raum Normen wie das Nichteinmischungsgebot oder die Achtung territorialer Integrität. Beispiele sind der Georgienkrieg, die Ukraine oder die Annexion der Krim. Wie lässt sich das verhindern?*

Gerhard Jandl: Das zu verhindern, ist schwer. Sie haben mit der Veto-Position im UN-Sicherheitsrat recht. Es herrscht in Österreich die populäre Meinung, wenn irgendetwas vom Sicherheitsrat abgesegnet ist, wäre es automatisch neutralitätskonform. Das stimmt in dieser verkürzten Form nicht. Ohne jetzt auf die Details einzugehen, steht fest, dass ein Sicherheitsratsbeschluss eine sehr hohe Rechtsqualität hat. Man muss sich aber dessen bewusst sein, dass ein Sicherheitsratsbeschluss nur zustande kommt, wenn Russland und China zumindest nicht dagegen stimmen. D. h. ein völkerrechtlich als legitim angesehener Beschluss ist davon abhängig, dass Russland und China mitspielen. Da stellt sich die Frage: Ist das auch unser Ansatz von Völkerrecht? Man muss sich fragen, wann und unter welcher Voraussetzung eine völkerrechtliche Norm zustande kommt und ob die Legalität mit der Legitimität zusammenfällt oder ob die beiden auseinanderklaffen. Man sollte jedenfalls der interessierten Öffentlichkeit klar machen, wie unterschiedlich die Qualität des Völkerrechts beschaffen sein kann. Man muss ihr auch klar machen, dass Völkerrecht anders strukturiert ist als nationales Recht und dass es um völlig andere Rechtsmaterien geht, die unterschiedlich zustande kommen, die unterschiedlichen Inhalte und Gebotscharakter sowie unterschiedliche Durchsetzungsmechanismen haben.

Michael Gehler: *US-Präsident Trump lehnt eine EU-Armee ab. Ist das typisch für ihn? Was ist überhaupt typisch für ihn? Wie standen eigentlich seine Vorgänger zu einer EU-Armee?*

Gerhard Jandl: Zur Person Trump kann ich nicht viel sagen. Zur europäischen Armee herrschen in Europa durchaus unterschiedliche Ansichten. Die einen betrachten die Frage einer europäischen Armee unter dem Blickwinkel, ob sie in erster Linie die NATO als europäischer Pfeiler stärken soll, vielleicht nicht unbedingt als Pfeiler der NATO selbst, aber als Ergänzung, so dass die beiden – europäische Armee auf der einen Seite und die NATO auf der anderen Seite – zwei Armeen der westlichen Staatengemeinschaft sein können. Dann gibt es auch eine andere Sicht der Dinge, die in etwa besagt: „Wir wollen uns mit einer europäischen Armee bewusst von Amerika absetzen und uns in gewissen Bereichen unabhängig machen. Wir wollen nicht, dass wir nur über die NATO, die so amerikadominiert ist, agieren können, sondern wir wollen etwas Eigenes.“ Das kann dann dazu führen, dass Europa auch außenpolitisch etwas anderes unternimmt als die Vereinigten Staaten, dass unterschiedliche Projekte verfolgt werden. Diese Ansicht hat man verständlicherweise im Zusammenhang mit der NATO-kritischen Haltung von Präsident Trump vertreten. Es bestand, ganz unabhängig von der Person Trump, immer

schon die amerikanische Befürchtung, eine zukünftige europäische Armee könnte die Bedeutung der NATO mindern und dazu führen, dass die Europäer außenpolitisch viel stärker auch ohne die USA agieren könnten. Das könnte heißen, dass sie auch etwas tun würden, was vielleicht nicht im amerikanischen oder dem gemeinsamen Interesse wäre. Es bestanden also Sorgen auf amerikanischer Seite, die Europäer könnten sich durch eine europäische Armee als außenpolitisches Instrument stärker von den USA absetzen und dass außenpolitische Aktivitäten der EU und der Amerikaner nicht immer deckungsgleich wären. Die Amerikaner, auch abgesehen von Trump im Besonderen, sagten schon immer, dass die Europäer zu wenig für die Verteidigung tun würden und sich doch mehr engagieren sollten.

Michael Gehler: *Wie gefährlich schätzen Sie den schleichenden Ausstieg der Türkei aus der NATO für Europa ein, wenn Erdoğan auf russische Abwehrraketen S400 besteht, auf den gemeinsam in der Entwicklung befindlichen Tarnkappenbomber verzichtet und dafür russische MIGs einkauft?*

Gerhard Jandl: Das ist ein hochinteressantes Thema. Ich mache das fest an der Blockade der österreichischen NATO-Partnerschaft, die wir momentan schon seit einigen Jahren erleben. Zuerst wurden die Partnerschaftsprogramme mit allen Staaten ganz allgemein von der Türkei blockiert, aber mit dem Hinweis, sie blockiere das alles wegen Österreich. Dann wurden in der NATO die Verfahrensregeln geändert, dass man nun nicht mehr nur für alle Partnerländer gemeinsam alles blockieren oder alles genehmigen kann, sondern dass es länderspezifische Blockademöglichkeiten gibt. So sind nun viele dieser Partnerschaftsprogramme länderspezifisch nur für Österreich blockiert worden. Die Türkei begründet das damit, dass sich Österreich nach türkischer Ansicht zu wenig partnerschaftlich verhalte, insbesondere mit unserer Haltung zu einer türkischen EU-Mitgliedschaft und auch mit unserer relativ deutlichen Kritik am offiziellen türkischen Verhalten nach dem Staatsstreichversuch. Die österreichische Position ist logischerweise die, dass die beiden Themen nichts miteinander zu tun haben und dass man unterschiedliche Ansichten zur EU-Mitgliedschaft nicht mit den Partnerschaftsprogrammen der NATO verknüpfen sollte. Aber es wird von der Türkei verknüpft. Und so wurden die Regeln in der NATO so geändert, wie es den türkischen Vorstellungen, Wünschen und Anträgen entspricht. Natürlich argumentiert Österreich, dass wir ein kleiner und militärisch nicht sehr bedeutender Partner sind, aber doch ein Partner, der die gemeinsamen Werte der NATO teilt. So stellt sich hierbei die Frage, ob es für die Zwecke der NATO selbst günstig ist, einem kleinen Partner, der ihre Werte teilt, so schlecht zu behandeln, und zwar aufgrund des Wunsches eines Mitgliedes, von dem einige behaupten, dass es die Werte nicht in diesem Maße teilt. Man gibt uns aber klar zu verstehen: „Die Türkei ist Mitglied der NATO. Österreich ist nicht Mitglied der NATO.“ Ob sich die Stellung der Türkei innerhalb der NATO verändern wird, wenn es dazu kommt, dass sie Rüstungskäufe aus Russland tätigt, wird zu sehen sein. Wir hören auch aus der NATO, dass nicht alle Mitglieder glücklich sind über die Rolle der Türkei und über die Entwicklung in der Türkei, insbesondere nach dem versuchten Staatsstreich. Es sind auf der einen Seite die politischen Entwicklungen, die manche als sehr problematisch ansehen, und auf der anderen Seite das Wissen, dass sich die Türkei durch militärische Rüstungskäufe bei den Russen von der NATO ent-

fernt. Gleichzeitig muss man sich der geostrategischen Bedeutung der Türkei und ihrer geographischen Lage bewusst sein. Und auch, dass die Türkei innerhalb der NATO alle Verpflichtungen erfüllt und sich diesbezüglich als kooperatives NATO-Mitglied verhält.

Michael Gehler: *Wir kommen zum Thema Iran. Gleichwohl Sie jetzt da kein Experte sind für die Iran-Frage, ist doch die Frage, die die Mitarbeiter hier ausgesucht haben von Bedeutung. Da interessiert mich Ihre Einschätzung generell als Diplomat und Botschafter. Wie schätzen Sie die Politik gegenüber dem Iran ein und die Kündigung des Atomabkommens, was die EU mit anderen Staaten ausverhandelt hat und den Versuch der USA, Druck auszuüben auf Staaten, deren Unternehmen weiter mit dem Iran Wirtschaftsbeziehungen eingehen?*

Gerhard Jandl: Die USA nehmen ganz generell eine sehr viel kritischere Haltung zum Iran ein als die meisten Europäer. Schon vor Trump hat man immer wieder gesehen, dass hier die Einschätzung des Irans als geopolitischer Akteur durch Europa und Amerika offensichtlich sehr stark divergiert. Das führte dazu, dass wir ganz unterschiedliche Ansätze haben. Wir hoffen, dass dieser Deal hält, weil wir viel davon halten, aber wir wissen auch, dass die Amerikaner das anders einschätzen.

Michael Gehler: *Die Idee des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, die EU mehr zu vereinen und in der Folge eine eigene „Europa-Armee“ zu schaffen – Merkel schien dem auch zuzustimmen – warfen neue Fragen auf: Wer soll diese „Europa-Armee“ bilden und wer soll diese (an)führen? Wie steht diese Idee sicherheits- und verteidigungspolitisch im Verhältnis zu den USA, Kanada und der Türkei?*

Gerhard Jandl: Eines der Probleme an der Diskussion über die europäische Armee besteht darin, dass unklar ist, was wir mit der europäischen Armee und der europäischen Verteidigung konkret meinen. Im Vertrag über die EU steht, dass eines der beiden Aufgabengebiete der GSVP die Vorbereitung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik sein soll, die dann unter gewissen Voraussetzungen zu einer gemeinsamen Verteidigung werden soll. Die semantische Unschärfe – von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und weiter zu einer gemeinsamen Verteidigung – kann man auch einem interessierten Staatsbürger kaum erklären. Es gibt keine exakte Definition, aber wenn man zu Rate zieht, was die Wissenschaft schreibt, dann wäre eine gemeinsame Verteidigung dann gegeben, wenn die Zuständigkeit für die echte, tatsächliche Landesverteidigung nicht mehr im souveränen Bereich der nationalen Mitgliedsstaaten bliebe, sondern auf die europäische Ebene transferiert würde, d. h. wenn nicht mehr das Mitgliedsland die Verteidigung, also die Landesverteidigung im engeren Sinne, unter seiner Obhut hat, sondern diese auf der europäischen Ebene angesiedelt ist. Erst dann können wir von einer gemeinsamen Verteidigung reden. Alles darunter liegende ist gemeinsame Verteidigungs<u>politik</u>, die eben dazu führen soll, dass sich die Verteidigungspolitiken der Mitgliedsländer der EU besser aufeinander abstimmen und die Staaten mehr miteinander unternehmen. Das geht vom konzeptionellen Bereich, z. B. der Abstimmung von Doktrinen, bis hin zu mehr Kooperation im Rüstungsbereich beim Poo-

ling und Sharing, zur gemeinsamen Entwicklung von militärischen Fähigkeiten, Schiffen, Flugzeugen usw. In diesem Stadium sind wir aktuell angekommen.

Auch zu einer europäischen Armee stellt sich die Frage, was wir darunter eigentlich konkret verstehen. Meinen wir eine Armee, die eine vergemeinschaftete Verteidigung führen kann und soll? Wenn wir das meinen, wie soll das bewerkstelligt werden? Soll das eine Armee sein, die sich aus gemeinsam ausgehobenen Kontingenten zusammensetzt – ein Soldat aus Österreich, einer aus Deutschland, aus Frankreich, aus Portugal, etc. und diese bilden dann miteinander eine Einheit? Oder gibt es ein deutsches, ein österreichisches, ein italienisches etc. Kontingent, die im Einsatz miteinander arbeiten? Oder bleiben die nationalen Armeen, so wie sie sind, und werden nur auf europäischer Ebene gemeinsam geführt? Werden sie dann noch von nationalen Befehlshabern geführt, die sich koordinieren, oder ist die Befehlsgewalt bei einer supranationalen EU-Stelle angesetzt? Es gibt sicherlich fünf oder sechs Möglichkeiten, sich eine europäische Armee vorzustellen. Oder verwenden wir den Begriff nur als politisches Schlagwort und meinen eigentlich, dass wir unsere Armeen so belassen, wie sie sind, und sie sich einfach besser nur untereinander koordinieren und dadurch die außenpolitischen Interessen der EU durch militärische Macht unterstützen? So sind wir Europäer uns von der Begriffsterminologie her noch nicht im Klaren, was wir denn eigentlich haben wollen. Es wird sich alles noch einige Jahre hinziehen, bis mehr Klarheit besteht. Ob wir auf europäischer Ebene den Willen aufbringen, eine gemeinsame Verteidigung in Form einer echten europäischen Armee auf die Beine zu stellen, wird man sehen. Im Moment sehe ich diesen politischen Willen nicht. Aber die Welt kann sich ja schnell ändern.

Zur Frage bezogen auf Emmanuel Macron und seine Initiative bzw. die französische Konzeption zur „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (Permanent Structured Cooperation): Nach dem Wortlaut des Lissaboner Vertrages soll die SSZ eine Möglichkeit für Länder sein, die sich den anspruchsvollsten Missionen stellen wollen, die weitergehende Verpflichtungen untereinander eingehen wollen, die also so etwas wie eine Elite sein wollen. Es waren vor allem die Franzosen, die betont haben: Wenn diese SSZ wirklich geschaffen werden soll, dann müssen die drei Voraussetzungen des Lissabonner Vertrags auch erfüllt werden: anspruchsvolle Missionen; Bereitschaft, untereinander ein stärkeres Bündnis einzugehen; und die höchsten militärischen Fähigkeiten zu haben. Eine SSZ, an der sich jeder beteiligen kann, auch diejenigen, die es nicht so ernst nehmen, verfehlt dagegen laut Macron ihren Sinn. Als die SSZ dann tatsächlich gegründet wurde, hat Frankreich, ursprünglich noch unterstützt von Deutschland, sehr stark auf diesen explizit elitären Ansatz hingearbeitet. Andere Länder wie z. B. Österreich waren für den inklusiven Ansatz, wonach sich jeder irgendwie daran beteiligen können soll. Darauf ist es letztlich auch hinausgelaufen, weil Deutschland dieser Staatengruppe entgegengekommen und damit automatisch von Frankreich abgerückt ist. Die SSZ ist ein inklusives Unterfangen geworden, das aus verschiedenen Projekten besteht, wo man sich an das eine oder andere Vorhaben andocken und einbringen kann, d. h. man ist dabei, aber es muss nicht jeder überall mitmachen. Das hat zu einer französischen Enttäuschung geführt, weil Macron die SSZ elitär anlegen wollte.

Michael Gehler: *Eine Kernfrage bei der sogenannten gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ja die Frage der Regelung des militärischen Beistandes, der in*

der WEU obligatorisch war, im NATO-Rahmen hingegen fakultativ. Was hat dazu geführt, dass er im NATO-Rahmen fakultativ geregelt wurde? Wo sind Ihrer Ansicht nach die größten Widerstände gewesen, die es verhindert haben, dass es zu einer obligatorischen Beistandsregelung kommt? Wäre das nicht auch ein springender Punkt für eine Vergemeinschaftung der Verteidigungspolitik?

Gerhard Jandl: Der Vertrag von Lissabon spricht sehr wohl von einer obligatorischen Beistandsverpflichtung. Die Beistandsverpflichtung des Art. 42/7 ist obligatorisch: Die Staaten „schulden“ einander Beistand im Falle eines Angriffes. Das Einzige, wo ein „Aber“ angebracht ist, ist, dass nicht notwendigerweise von militärischen Maßnahmen die Rede ist. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Als Frankreich nach den terroristischen Anschlägen 2015 alle EU-Mitglieder aufgefordert hat, Beistand zu leisten (auch Österreich), war völlig klar, dass wir verpflichtet waren, Beistand zu leisten. Wir mussten diesen Beistand nicht notwendigerweise militärisch erbringen, aber wir mussten etwas leisten. Warum müssen wir den Beistand nicht unbedingt militärisch erbringen? Weil zum einen nicht ausdrücklich festgehalten ist, dass militärischer Beistand zu leisten ist, und weil zum anderen die sogenannte irische Klausel besagt, dass sich die neutralen Staaten von solchen Maßnahmen ausnehmen können, die ihre Neutralität beeinträchtigen würden. Das heißt aber nicht, dass wir uns vollständig vom Beistand ausnehmen dürften. Wir können uns nur insoweit davon ausnehmen, als unsere Neutralität beeinträchtigt wird, also unsere Neutralitäts<u>politik</u>, um konkret zu sein.

Das Neutralitäts<u>recht</u> ist für uns in Zusammenhang mit der GSVP nicht mehr anwendbar. Die die österreichische Bundesverfassung ist so geändert worden, dass für den Bereich der GSVP das Neutralitätsgesetz nicht mehr gilt. Aber wir könnten immer noch Neutralitäts<u>politik</u> praktizieren. Langer Rede, kurzer Sinn: Die neutralen Länder können sich von solchen Maßnahmen ausnehmen, die ihre Neutralitätspolitik beeinträchtigen würden, aber sie können sich nicht generell entschlagen. Es gibt auch in Österreich Experten, die meinen, man müsse den Lissabonner Vertrag so lesen, dass die Nicht-Neutralen den Neutralen im Angriffsfall helfen müssen, die Neutralen aber nicht den anderen. Das ist eine Interpretation, die meinem Dafürhalten nach erstens gegen den Wortlaut des Lissaboner Vertrages und zweitens auch gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Billigkeit verstoßen würde. Es sagt schon der Hausverstand, dass ein Vertrag nicht so zu interpretieren ist, dass eine Gruppe argumentieren kann: „Wir müssen den anderen nicht helfen, wenn sie in Not sind, aber die anderen müssen uns sehr wohl helfen, wenn wir in Not sind.“ Die Franzosen haben jedenfalls so agiert, dass keine Art neutralistischer Begleitmusik in der österreichischen Debatte stattgefunden hat. Die Franzosen haben sinnvollerweise nur solche Maßnahmen von uns verlangt, die mit der Neutralitätspolitik problemlos in Einklang zu bringen waren. Die Franzosen haben uns gebeten, unsere Kontingente bei den afrikanischen Missionen zu verstärken, was völlig unproblematisch war. Der Hintergedanke war dabei, französische Kontingente frei zu bekommen, die anderswo in Anti-Terror-Einsätze gehen konnten. Für Österreich war der UNO-Einsatz und der GSVP-Einsatz im afrikanischen Raum, wo wir ohnedies schon vertreten waren, daher völlig unproblematisch.

Michael Gehler: *Kann man so weit gehen zu sagen, dass diese allgemeine Beistandsverpflichtung so breit angelegt ist, dass sich die nicht-militärisch Beistandswilligen in beistandsbereiten Staaten davon ausnehmen können mit der Begründung, die Beteiligung an allgemeinen Beistandsregeln sei zwar vorgesehen, aber im Grunde eine zwingende, obligatorische Beistandsverpflichtung auf militärischem Gebiet der Vertrag nicht hergibt?*

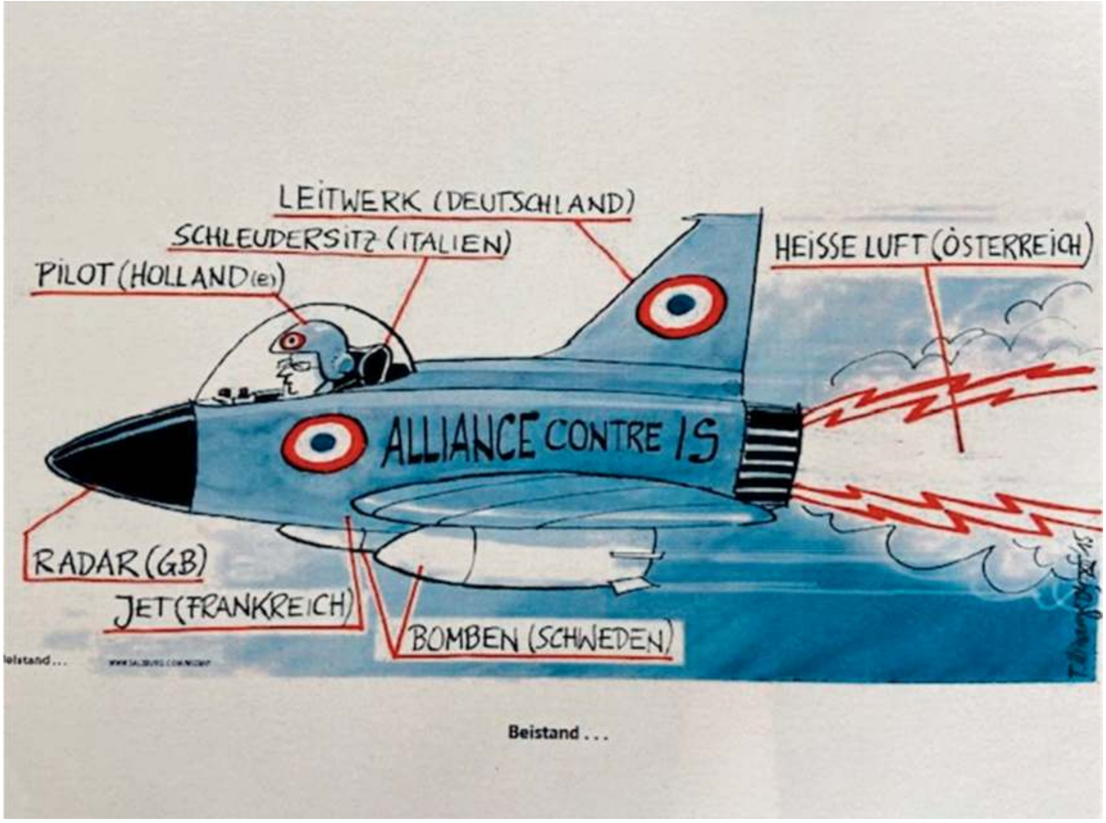
Gerhard Jandl: Der EU-Vertrag in der Fassung des Lissabonner Vertrags sagt, dass die Mitgliedstaaten „alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung“ zu erbringen haben. Es muss also eine Hilfe sein, die tatsächlich in der Macht des betreffenden Staates steht. Man kann von Österreich oder Deutschland nicht verlangen, Atomraketen zum Einsatz zu bringen, um ein besonders krasses Beispiel zu bringen. Es ist schon klar, dass es echte Hilfe und echter Beistand sein müssen. Ich würde es so interpretieren, dass eine gewisse Verhältnismäßigkeit zum tatsächlichen Konflikt gegeben sein muss. Wenn ein Land einer großen Aggression ausgesetzt ist, und wir sagen: „Wir schicken Euch Rotkreuz-Decken“, dann ist das vielleicht irgendeine Art von Hilfe, aber nicht Beistand im Sinne von Artikel 42/7, dem damit nicht Genüge getan würde. Es besteht eine Verpflichtung, ja, sie ist zwar nicht genau definiert – insbesondere nicht, ob sie militärisch ist –, aber es muss jedenfalls eine Hilfe oder ein Beistand sein, der mit der tatsächlichen Bedrohungslage korreliert.

Michael Gehler: *Was war eigentlich die konkrete Beistandsleistung angesichts dessen, dass François Hollande den Notstand ausgerufen hat gemäß dem Artikel im Lissaboner Vertrag? Was hat Österreich geleistet?*

Gerhard Jandl: Wir haben, wie gesagt, unsere Kontingente in den afrikanischen Missionen auf französisches Ersuchen hin verstärkt. Außerdem haben wir Luftraum-Transportkapazitäten zur Verfügung gestellt und Unterstützung aus dem Innenministerium angeboten. Letzteres sowie die angebotenen Herkules-Transporte wurden dann von Frankreich zwar nicht abgerufen, aber wir waren dazu bereit. Ich zeigen Ihnen noch gerne eine – bissige – Karikatur aus den Salzburger Nachrichten von damals, die ein französisches Einsatzflugzeug zeigt, und jedes Land trägt etwas bei: die Holländer stellen den Piloten, die Briten das Radar, die Deutschen das Leitwerk, die Schweden die Bomben, die an den Tragflächen hängen. Hinten an der Düse des Flugzeugs, wo der Jetstrahl herauskommt, steht „Österreich: Heiße Luft.“. Ganz so schlimm war es in der Realität nicht, aber die Karikatur zeigt, dass sich die Öffentlichkeit durchaus Gedenken gemacht hat, ob Österreich etwas beiträgt.

Michael Gehler: *Politische Vertreter der USA sehen die EU, und dies nicht erst seit Trump, als sicherheitspolitische Trittbrettfahrer. Ist das berechtigt?*

Gerhard Jandl: Das kommt darauf an, wie man Trittbrettfahrer definiert. Ja und nein. Ja insofern, indem die Amerikaner berechtigterweise der Meinung sind, sie würden die Hauptlast der Allianz und ihrer Verteidigung tragen, v. a. die Allianzaktivitäten in militärischer Hinsicht. Das ist kein großes Geheimnis. Es ist auch unbestritten, dass die Amerikaner mit ihrer Ansicht, dass die Europäer zu wenig leisten, objektiv Recht haben. Ob



Salzburger Nachrichten, 4. 12. 2015 (online Ausdruck)

die Europäer deswegen Trittbrettfahrer sind, würde ich so nicht bejahen, denn sie leisten auch sehr viel. Man weiß auch in Europa, dass die Amerikaner in sehr vielen Fragen entscheiden und vorangehen, ja gerne die Führung übernehmen. Meiner Einschätzung nach haben es die Europäer ganz gerne, wenn die USA vorangehen. Die Europäer beklagen zwar manchmal die zu dominante amerikanische Führungsrolle, sind aber gleichzeitig auch nicht unzufrieden, dass die USA diese Führungsrolle einnehmen und man den Weg mitgehen kann. Oder in anderen Worten: Wenn bei einem Konflikt die Amerikaner die Führungsrolle nicht übernehmen wollen, tun sich die Europäer schwer, weil es für das Organisationsgefüge der EU sehr schwierig ist, entschlossen einen Kurs vorzugeben. Es gibt in Europa in diesem Zusammenhang noch zu viele „checks and balances“, zu viele Möglichkeiten des Für und Wider. Diese Kritik ist berechtigt. Ich würde aber nicht so weit gehen, diese Kritik mit dem Wort Trittbrettfahrer zu charakterisieren.

Michael Gehler: *Welche Zukunft sehen Sie für das Verhältnis EU und NATO?*

Gerhard Jandl: Es kommt in diesem Zusammenhang darauf an, ob wir als EU wirklich mit einer gemeinsamen Verteidigung und am Ende des Tages auch mit einer gemeinsamen europäischen Armee auftreten wollen oder nicht. Oder ob wir sagen, wir wollen eine gemeinsame Verteidigungspolitik zur besseren Koordinierung unserer individuellen Politiken und Armeen und zum schlagkräftigen Krisenmanagement, aber das reicht dann

auch aus. Wollen aber die Europäer eine echte, wirkliche Verteidigung auf europäischer Ebene? Der Vertrag von Lissabon anerkennt ausdrücklich, dass die EU-Mitglieder, die auch NATO-Mitglieder sind – und das ist die überwältigende Mehrheit –, die NATO als das vorrangige Forum zur Verwirklichung ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik sehen. Das gilt auch für Deutschland, aber in Österreich wird das gerne ausgeblendet. Ich gehe davon aus, dass wir dabeibleiben, eine gemeinsame Verteidigungspolitik, aber keine gemeinsame Verteidigung haben zu wollen, woraus ich schließe, dass auch die NATO bei ihrer Rolle bleiben wird. Die NATO steht für Allianzverteidigung und für robuste Einsätze. Die EU steht für weniger robuste Einsätze sowie für die Koordinierung der Verteidigungspolitik und der technischen Möglichkeiten, aber nicht für die Verteidigung an sich. Sollte sich die Lage fundamental ändern in Europa oder in den USA, ist die weitere Entwicklung völlig offen. Dann könnten wir wirklich eine gemeinsame europäische Verteidigung haben, womit sich die Frage neu stellen würde: Was heißt das für die NATO? Was heißt das für den europäischen Teil der NATO? Worin besteht der Unterschied zwischen beiden? Das wird sicherlich nicht ganz einfach zu definieren sein.

Michael Gehler: *Wie ordnen Sie die Zukunft der EU ganz generell, jenseits von sicherheitstechnischen Fragen, ein? Wir reden jetzt seit über zehn Jahren nur noch von Krisen, von einem möglichen Verfall, der Brexit ist noch nicht gänzlich geklärt. Wie sieht eigentlich Ihre Vorstellung von der EU aus im Jahre 2030? Was warten Sie an möglichen Entwicklungspotentialen der EU?*

Gerhard Jandl: Ich hoffe, dass die EU zu einer größeren außenpolitischen Schlagkraft findet und gerade in Krisenfällen bereiter und fähiger ist, entschlossene Antworten zu geben. Ich hoffe, dass wir den politischen Willen aufbringen, das, was wir als notwendig erachten, aber im Augenblick dennoch nicht durchziehen wollen, dann doch implementieren. Ich sehe eine Notwendigkeit, die Entscheidungsfindung im Rahmen der EU zu straffen, denn diese ist nach wie vor zu kompliziert. Bei einer supranationalen Organisation wie der EU kann nichts von heute auf morgen geändert werden. Deswegen brauchen wir Durchgangsphasen, weil wir komplizierte Strukturen haben, so dass sich alle Akteure einbringen und am Ende des Tages in der getroffenen Entscheidung wiederfinden können. Wir haben einen Punkt erreicht, wo wir die Entscheidungsfindung vereinfachen müssen. Wenn es uns gelingt, klare Entscheidungsstrukturen zu schaffen, werden wir diese auch leichter umsetzen können. Dann wäre die EU ein fähigerer außenpolitischer Akteur.

Interview mit „Radio Tonkuhle“

Thomas Muntschik: *Bei den vielen europäischen Organen ist es oft schwierig, den Überblick zu behalten. Können Sie einmal die Aufgaben und Funktionen des Europarates erklären?*

Gerhard Jandl: Es gibt den Europarat, Europäischen Rat und den Rat der Europäischen Union. Das ist nicht nur für den Radiozuhörer, sondern auch für Experten mitunter verwirrend. Die Begrifflichkeit ist ungünstig gewählt, keine Frage. Jedenfalls können wir

festhalten: der Europarat wurde 1949, bald nach dem Zweiten Weltkrieg, gegründet und zwar mit dem Ziel, die Staaten des freien Europas anzunähern und die gemeinsamen europäischen Werte zu definieren, in erster Linie die Menschenrechte, Freiheit und Demokratie in den Mitgliedsstaaten zu stärken. Das ist die Hauptaufgabe des Europarates gewesen und das ist sie heute noch. Der Europarat geht von seinen Mitgliedschaften weit über die EU hinaus. Wir haben 47 Mitgliedstaaten, die EU-Mitglieder plus -Kandidaten, aber auch Staaten wie Russland, die Türkei, die Kaukasus-Staaten. (Anm.: Russland wurde im März 2022 ausgeschlossen). Das zeigt, dass die Zusammensetzung des Europarates viel breiter ist und das Besondere darin besteht, dass man als Europaratsmitgliedsland zu ganz besonderen Standards in den Bereichen der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist. Diese Standards sind verpflichtend und deren Einhaltung werden überwacht und kontrolliert. Wenn der Europarat seine Stärken ernstnimmt und wahrnimmt, dann hat er in Zukunft eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen. Sollte ihm das nicht gelingen, dann stellt sich die berechtigte Frage: Warum braucht es den Europarat denn eigentlich, wenn wir schon die EU haben?

Thomas Muntschik: *Welche Auswirkungen haben die Wahlen zum Europäischen Parlament auf den Europarat?*

Gerhard Jandl: Die EU ist eine vom Europarat getrennte internationale Organisation. Auch wenn ein Teil der EU, nämlich der Hauptsitz des EU-Parlaments, genauso wie der des Europarates in Straßburg ist, haben die europäischen Wahlen auf den Europarat per se keine Auswirkungen. Es gibt im Rahmen des Europarates auch eine Parlamentarische Versammlung, die wird aber anders als das Europäische Parlament nicht von den europäischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt, sondern setzt sich aus Parlamentsabgeordneten der nationalen Parlamente zusammen, die nach den jeweiligen nationalen Wahlen nach Straßburg entsandt werden. Diese Parlamentarische Versammlung des Europarates tagt auch nicht im EP-Gebäude wie das Europäische Parlament, sondern kommt im Europaratsgebäude viermal im Jahr jeweils für eine Woche zu einer Session zusammen.

Thomas Muntschik: *Was sind Ihre aktuellen Arbeitsgebiete und Themen hinsichtlich der Menschenrechte?*

Gerhard Jandl: Das bekannteste Arbeitsgebiet des Europarates bzw. das wichtigste Organ des Europarates in diesem Bereich ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. An diesen kann sich jeder Bürger und jede Bürgerin der 47 Mitgliedsstaaten wenden, wenn er oder sie das Gefühl hat, durch staatliches Handeln in seinen/ihren Grund- und Freiheitsrechten beeinträchtigt worden zu sein, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegt sind. Dazu muss man festhalten, dass die Europäische Menschenrechtskonvention eben kein EU-Vertrag, sondern ein Vertrag des Europarates ist. Die Gültigkeit der Europäischen Menschenrechtskonvention geht also noch weit über den Rahmen der EU-Mitglieder hinaus und schließt eben auch Länder wie die Türkei oder die Russische Föderation oder andere Staaten ein. Wenn man den begründeten Verdacht hat, durch staatliches Handeln würden die Menschenrechte verletzt, dann kann man sich nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Instanzenwegs direkt an den

Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg wenden, der den Fall überprüft und gegebenenfalls ein Urteil spricht, in dem die Menschenrechtsverletzung festgestellt und eine Entschädigungsleistung für die betreffenden Bürger zuerkannt wird, oder das entsprechende Land dazu verpflichtet wird, innerstaatliche Verbesserungen einzuleiten, wenn z. B. die Menschenrechtsverletzung auf mangelhafte Gesetzgebung oder unzureichende Strukturen in der Verwaltung zurückzuführen ist.

Thomas Muntschik: *Wenn Sie sich das Massensterben auf dem Mittelmeer ansehen und die rechtliche Verfolgung von Seenotrettern: Wie kann hier der Europarat handeln und diesen Menschen helfen?*

Gerhard Jandl: Es wird sicherlich dazu kommen, dass hier Fälle an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof herangetragen werden, indem Bürger oder Bewohner der Mitgliedsstaaten des Europarates Beschwerden einbringen, weil sie das meinen, dass hier durch staatliche Aktivitäten – in welcher Form auch immer – die Menschenrechte beeinträchtigt wurden. Wir haben momentan noch keine solche Fälle vorliegen. Man kann sich, wie gesagt, an den Gerichtshof erst dann wenden, wenn der innerstaatliche Instanzenzug ausgeschöpft ist. Das dauert immer Jahre. Es ist aber jedenfalls für die Zukunft damit zu rechnen, dass solche Fälle auch vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof verhandelt werden.

Thomas Muntschik: *Können Sie eine Einschätzung dazu abgeben, wie die konkrete Lage aussehen wird und den Seenotrettern geholfen werden kann oder ob die bereits verhängten Strafen wirklich umgesetzt werden?*

Gerhard Jandl: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte handelt seine Fälle immer sehr strikt nach den konkreten Umständen des Einzelfalles ab. Dieser wird ganz genau bewertet und es wird stets danach gefragt, ob in einem solchen Fall eine Verletzung der Menschenrechte eines Bürgers oder einer Bürgerin durch staatliches Handeln stattgefunden hat. Wenn das der Fall ist, erfolgt ein Urteil mit der Feststellung der Menschenrechtsverletzung und mit Konsequenzen für den betreffenden Staat, nämlich Entschädigung zu zahlen und gegebenenfalls die Gesetzgebung zu verbessern. Ich kann auf mögliche konkrete Fälle keinen Bezug nehmen, weil wir noch keine haben. Ich kann nur sagen, es wird sehr stark auf den individuellen Fall Bezug genommen werden, wie dieser sich konkret gestaltet.

Thomas Muntschik: *Das Massensterben im Mittelmeer verstößt doch gegen die Menschenrechte. So müsste es doch gut ausgehen für die Seenotretter. Ich habe kein persönliches Verständnis dafür, dass denen eine Strafe droht.*

Gerhard Jandl: Sie haben Recht. Eines der wichtigsten Menschenrechte nach der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Leben. Wenn das Gericht zum Schluss kommt, dass durch staatliche Aktionen bzw. Aktionen, die dem Staat zuzuordnen sind, wie durch Behörden oder Militärs, das Recht auf Leben beeinträchtigt worden ist,

dann ist mit Sicherheit anzunehmen, dass es zu einer Verurteilung und zu einem Auftrag an den betreffenden Staat kommen wird, sein Verhalten zu ändern.

Thomas Muntschik: *Was hat sich geändert seit Gründung des Europarats?*

Gerhard Jandl: Wir sind momentan trotz aller Fortschritte noch nicht so weit, dass die Ideale – die Menschenrechte, Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit – in allen 47 Mitgliedsländern ausreichend gewährleistet wären. Der Europarat hat hier noch eine sehr große Aufgabe vor sich. Es hat sich in der letzten Zeit die Situation in manchen Ländern zum Schlechteren entwickelt, gerade in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, so dass ein neuer Ansatz gefunden werden muss, damit die Werte, auf denen der Europarat gegründet wurde, gewahrt bleiben und Rückschritte vermieden werden. Die Situation ist nicht in allen 47 Mitgliedsstaaten schlecht. Sie sind aber alle durch die Mitgliedschaft im Europarat zu ganz besonderen Standards verpflichtet und müssen deswegen strenge und rigorose Überprüfungsmaßnahmen gegen sich gelten lassen. Man darf als Europaratsmitglied nicht beleidigt sein, wenn man kritisiert wird, weil etwas nicht in Ordnung ist.

Thomas Muntschik: *Ich habe in Ihrer Vita gelesen, dass Sie auch auf dem Balkan aktiv gewesen sind. Gibt es eine Perspektive für diese Staaten, sich der EU anzuschließen, oder noch extremen Nachholbedarf?*

Gerhard Jandl: Beides. Zum Beispiel tritt Österreich sehr dafür ein, dass sämtliche Staaten des Balkans die Chance bekommen, Mitglied der EU zu werden. Wir kämpfen dafür und machen uns zum Anwalt dieser Länder in der EU. Wir sehen die Zukunft all dieser Länder, inklusive Serbiens und des Kosovos, in der EU. Wenn man davon ausgeht, dass es auch der Wille dieser Länder ist, der EU beizutreten, dann sollen sie die Chance bekommen, das in absehbarer Zeit zu tun. Es ist gleichwohl selbstverständlich, dass sehr strikte Voraussetzungen gelten. Diese müssen erfüllt werden. Wir wären dagegen, wenn jemand sagen würde, das Beitrittsprojekt hier wäre so wichtig, dass wir dafür unsere Standards absenken sollten. Die EU und ihre Mitgliedsländer sollten jedenfalls alles Erdenkliche dafür tun, um den Ländern zu helfen, diese Standards, die notwendig sind, in absehbarer Zeit zu erreichen. Das wird von Land zu Land unterschiedlich sein. Slowenien und Kroatien sind bereits EU-Mitglieder. Einige andere wie Nord-Mazedonien und Albanien haben Beitrittskandidaten-Status. Beim Kosovo wird es noch auf die Frage der Anerkennung ankommen, aber auch er soll nach unserem Dafürhalten in absehbarer Zeit Beitrittskandidat werden. Bei allen diesen Ländern sollten die Verhandlungen im Lichte der jeweiligen Erfüllung der Voraussetzungen geführt werden. Bosnien-Herzegowina ist auch nicht zu vergessen.

Thomas Muntschik: *Angenommen, es würde diese Balkanerweiterung kommen: Bestünde dadurch ein Konflikt mit Russland?*

Gerhard Jandl: Diese Frage müssen die betreffenden Länder für sich selbst entscheiden. Wir sind immer dafür eingetreten, dass jedes Land das Recht hat, über seine geopoli-

tischen und sicherheitspolitischen Mitgliedschaftsstatus selbst zu entscheiden. Bei uns gibt es kein Denken in Einflusssphären. Es kann nicht ein Dritter einem anderen Land vorschreiben: „Du darfst nicht Mitglied dieser oder jener Organisation werden.“ Das vertreten wir weltweit. Wir würden uns auch als Österreich unseren sicherheitspolitischen Status von anderen nicht vorschreiben lassen wollen. Nach unserer Überzeugung liegt es ausschließlich an den Ländern selbst, darüber zu entscheiden, welcher Organisation sie beitreten wollen oder nicht. Es muss aber selbstverständlich sein, dass man dann auch die Werte und Orientierungen dieser Organisation teilt. Sollte man das nicht tun, würde eine Mitgliedschaft wenig Sinn ergeben.

Andrea Germer: *Ich würde gerne nochmal auf die Thematik mit dem Mittelmeer zu sprechen kommen. Sie haben gesagt, es werden die Fälle definitiv erst viel später behandelt werden können. Aber die Leute sterben jetzt und nicht in zehn Jahren. Ist der Europarat da nicht auch jetzt mit seinen Menschenrechtskonventionen in der Verantwortung?*

Gerhard Jandl: Definitiv. Zunächst sind die Mitgliedsstaaten in der Verantwortung. Der Europarat ist eine internationale Organisation, die das menschenrechtliche Verhalten ihrer Mitgliedsstaaten überprüft. Wir haben es hier mit Mitgliedsstaaten zu tun, wie bereits erwähnt, die sich verpflichtet haben, die höchsten Standards einzuhalten. D. h. in erster Linie sind die Mitgliedsstaaten selbst in der Verpflichtung. Der Europarat ist eine Organisation, die überprüft, ob die Mitgliedsstaaten ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Es ist nicht so, dass der Europarat sozusagen über die Mitgliedsstaaten hinweg agieren könnte, sondern es gilt nach wie vor die nationale Souveränität. Ob ein Verfahren tatsächlich zehn Jahre dauern wird, ist schwer zu sagen. Aber Sie müssen auch berücksichtigen, wir haben es – schon aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit – mit einem genau geregelten Verfahren zu tun und es ist wichtig – auch in menschlich sehr berührenden Fällen –, die Verfahrensregeln einzuhalten. Natürlich hofft jeder, dass die Staaten ihren Verpflichtungen so gut und gewissenhaft wie möglich nachkommen. Sollten sie das nicht tun, wird ihnen der Menschenrechtsgerichtshof sicherlich die entsprechenden Aufträge erteilen. Aber Sie haben Recht, dass es unbefriedigend ist, wenn immer nur reagiert wird. Das ist bei innerstaatlichen Gerichten jedoch auch nicht anders. Auch innerstaatliche Gerichte können immer nur reaktiv handeln, d. h. erst dann, wenn etwas passiert ist. Das mag unbefriedigend sein, aber das liegt an der Natur der Dinge, wie wir Gerichte verstehen und wie wir die Rechtsstaatlichkeit entwickelt haben.

Thomas Muntschik: *Ist es dann nicht an der Zeit, etwas an diesem System zu ändern, dass man es im Hier und Jetzt angehen kann und nicht später?*

Gerhard Jandl: Das mag durchaus der Fall sein. Sie müssten aber berücksichtigen, dass wir beim Europarat von einer internationalen Organisation sprechen, die auf Verträgen basiert und nach Verträgen funktioniert, ähnlich wie die EU. Wenn sich hier etwas ändern soll, indem der Europarat präventiv agieren können soll, dann müssen die Verträge geändert werden. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Wenn Sie jetzt sagen, dass das sehr unbefriedigend ist, wenn man darauf warten muss, bis die Verträge geändert werden, gebe ich Ihnen Recht. Das ist ein Dilemma. Wenn wir von Rechtsstaatlichkeit sprechen,

dann ist eben wichtig, dass die rechtsstaatlichen Spielregeln eingehalten werden. Es wäre ungünstig gegenüber dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, die Spielregeln zu ignorieren, weil uns jetzt ein Thema sehr stark betrifft. Das wäre zwar verständlich im Interesse der Situation, aber für die Rechtsstaatlichkeit nicht gut. Wie gesagt, ein Dilemma.

Thomas Muntschik: *Kann man den Staat nicht dazu zwingen, die Boote anlegen zu lassen, um das potenzielle Sterben von Menschen zu verhindern? Es geht um Menschen, die sterben, weil das Boot nicht anlegen darf.*

Gerhard Jandl: Dazu bräuchten wir eine Organisation, die sozusagen eine Instanz höher angelegt ist, die über dem Staat X steht und ihm sagen müsste: „Das geht nicht! Du, Staat X, musst diese Schiffbrüchigen anlanden lassen.“ In dieser Lage ist weder der Europarat noch die EU. Derzeit ist es jeder einzelne Staat, der liefern muss. Wenn er nicht liefert, dann kann er nur im Nachhinein dafür bestraft werden, aber präventiv dem Staat seine Handlungsfähigkeit wegzunehmen, ist noch nicht möglich. Das ist genauso wie bei der Polizei. Die Polizei kann eine Person nicht vorsorglich verhaften, weil sie das Gefühl hat, dass dieser Mensch etwas Schlimmes anstellen könnte. Das wäre eine präventive Festnahme von potenziellen Gefährdern. Wir haben uns im Rechtsstaat aber auf gewisse Regeln geeinigt, z. B. auch bei der Verhängung von Strafen. Es geht nicht, dass man Leute im Vorhinein festnimmt. Man muss warten, bis etwas geschieht. Wir haben uns gesellschaftlich darauf geeinigt, denn sonst würde Tür und Tor dafür geöffnet werden, dass jeder x-Beliebige aus jedem x-beliebigen Grund festgenommen werden könnte, weil ein anderer meint, er könnte etwas Schlimmes im Schilde führen. Wir haben als Gesellschaft gesagt, wir wollen lieber riskieren, dass die eine oder andere Straftat geschieht und erst im Nachhinein retroaktiv bestraft wird. Das ist eine Art Gesellschaftsvertrag, den wir schon vor hunderten Jahren geschlossen haben.

Michael Gehler: *Wir haben von den USA und von Russland gesprochen, nicht aber von China. Ich will jetzt nicht auf innerchinesische Dinge eingehen, aber wir haben vom West-Balkan gesprochen. Es war schon von 16 plus 1 die Rede, d. h., dass der Südosten Europas oder der Mittelosteuropa in eine immer stärkere finanzielle, d.h. kreditpolitische Abhängigkeit zu China durch Verbindlichkeiten geraten ist. Wie weit schätzen Sie das als zunehmende Gefahr – wir haben über die Zukunft der EU gesprochen – ein, die soweit führen könnte, dass China indirekt über diese Schuldnerstaaten als großer Gläubiger indirekt zusätzlichen Handlungsspielraum in Teilen der EU bekommt und, zumal wenn einige dieser EU-Staaten noch nicht der Euro-Zone angehören. Ist es nicht schon so, dass die VR soweit einzugreifen imstande ist, dass sie einen großen Hebel hat, der weiter reicht als die möglicherweise negativen Einflüsse von Russland auf die EU. Wie schätzen Sie das ein?*

Gerhard Jandl: Ich halte es für ein riesiges Problem, weil dieser chinesische Einfluss nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Konkurrenz, des Wettbewerbs ist. Es geht auch um politischen Einfluss: Wer hat mehr Einfluss in der Welt, Europa oder China? Wessen Werte werden transportiert? Wenn Europa Hilfeleistungen an ein drittes Land erbringt, wird das normal an Bedingungen wie Menschenrechte, Demokratie, Umweltschutzauf-

lagen usw. geknüpft. Das ist bei chinesischen Institutionen üblicherweise nicht der Fall. Im Falle der Volksrepublik China werden Werte transportiert, die nicht den europäischen Werten entsprechen. Es geht hier um Einflusszonen, wo Einfluss geschaffen wird für ein Land, das nicht gleich wie wir denkt. Wir verlieren politischen Einfluss und damit auch Einfluss für unsere Werte, für unsere Ansichten und Haltungen gegenüber einem Land, was zwar wirtschaftlich sehr stark ist, aber in Fragen der Demokratie völlig anders tickt als wir. Das ist nach meinem Dafürhalten nicht gut. Wie wir das lösen können? Auch hier: entschlosseneres Auftreten und keinesfalls Herumeiern!

Publikumsfrage nach dem Vortrag: *Warum ist der Europarat zunächst nur als westeuropäische Veranstaltung gegründet worden? Ich habe die Bedeutung der Todesstrafe im Hinterkopf. Waren es Menschenrechtsfragen, warum der Osten nicht teilgenommen hat? Das ist der eine Komplex. Der zweite besteht in folgender Überlegung: Wenn der Europarat für europäische Menschenrechte zuständig ist, wie sieht es dann mit den vielen nicht-europäischen Ländern aus? Hat der Europarat damit irgendeine Perspektive? Gibt es Kooperationsformen mit anderen internationalen Organisationen?*

Gerhard Jandl: Zur Frage: Warum nur Westeuropa? Das war damals die Überlegung, dass man die freien Staaten Europas, und das waren die westeuropäischen Staaten, in denen Demokratie, Menschenrechte und Grundfreiheiten geherrscht haben, im Europarat sammeln wollte. Damit waren nicht die Länder gemeint, die unter kommunistischen Diktaturen standen.

Zu den Nicht-Europäern: Beim Europarat haben die USA, Kanada, Mexiko und Japan Beobachterstatus, und sie nehmen in gewissem Rahmen an den Tätigkeiten des Europarates teil. Sie bringen sich meist nicht sehr stark ein, das muss man sagen. Ein Thema, bei dem sich aber alle sehr stark einbringen ist, ist die Frage der Todesstrafe. Bei jeder Exekution in den USA oder Japan protestiert der Europarat scharf. Positiv aufgenommen im Europarat wurde hingegen, als der Bundesstaat New Hampshire die Todesstrafe ausgesetzt hat. Gleichzeitig haben wir die USA aufgefordert, alles zu tun, damit auch in den anderen Bundesstaaten, wo es immer noch die Todesstrafe gibt, diese möglichst bald abgeschafft wird. Auch bezüglich Japans ist das immer wieder ein Thema. Die Todesstrafe gibt es dort auch noch, wie auch in Weißrussland. Das Thema der Todesstrafe ist, rein juristisch betrachtet, das einzige, das eine Mitgliedschaft Weißrusslands verhindert. Die weißrussische Führung hat aber kein besonderes Interesse, dem Europarat beizutreten, denn er würde als nicht zu unterschätzende Institution sehr lautstark auf die Defizite im Demokratiebereich in Weißrussland hinweisen. (Anm.: Das Interview wurde vor der Wahl von 2020 und ihren Folgen geführt.)

Publikumsfrage nach dem Vortrag: *Ich habe noch zwei Fragen. Eine betrifft Polen, die andere Bosnien-Herzegowina. In Polen hat die PiS-Partei als Regierungspartei Maßnahmen gesetzt, die als rechtsstaatlich zweifelhaft gelten. Diese Partei fordert auch noch Entschädigungs- bzw. Reparationszahlungen von Deutschland aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der deutschen Besetzung Polens und dessen Kriegführung. Ist das einerseits menschenrechtlich nicht legitim? Andererseits sind diese Fragen international und völkerrechtlich als abgeschlossen zu betrachten wie*

durch den Zwei-plus-Vier Vertrag über die abschließende Regelung der deutschen Frage und den polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrag.

Die Verfassung von Bosnien-Herzegowina wurde vom Europäischen Gericht für Menschenrechte verurteilt, gerade weil sie vorsieht, dass Minderheiten wie Roma oder Juden keine höheren Staatsämter ausüben dürfen. Das ist laut dieser Verfassung nicht möglich und eine eindeutige ethnische Diskriminierung. Das wäre ja auch wichtig zu klären im Vorfeld des angepeilten EU-Beitritts, dass sich das in Bosnien-Herzegowina ändert. Dort tut sich jedoch nichts. Inwiefern greifen die Fälle dann doch nicht mit Blick auf den Europarat?

Gerhard Jandl: Zur Frage zu Polen: Es würde mir nicht zustehen, die Frage zu beurteilen. Ich kann nur sagen, ein Europaratsthema ist das gottseidank nicht. Ich würde vermuten, dass es der Internationale Gerichtshof in Den Haag sein könnte, bei dem die Frage unter gewissen Voraussetzungen anhängig gemacht werden könnte, aber nur dann, wenn Deutschland dem zustimmt. Das ist wohl in den Bereich der Theorie zu verweisen. Denn, wie Sie richtig gesagt haben, ist dieser Komplex durch verschiedene internationale Verträge bereits geregelt, indem entweder bereits Zahlungen geleistet wurden oder ein Reparationsverzicht ausgesprochen wurde. Wenn ein einzelnes Land einen derartigen Vorgang durchbringen würde, würden sich natürlich alle anderen auch melden. Das würde im Endeffekt den Ruin Deutschlands bedeuten, wenn in dieser Weise vorgegangen würde. Ich wage zu behaupten, dass hier realistischerweise keine Chance besteht. Aber prozedural könnte es unter Umständen sein, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag oder der Europäische Gerichtshof in Luxemburg von Polen mit der Frage befasst werden könnte, aber im letzteren Falle müsste eine Vertragsverletzung eines Vertrages der EU oder Vorgängerorganisation gegeben sein. Da vor 1945 keine EU und auch kein Vorläufer existiert hat, kann ein solches Anliegen in diesem Rahmen wohl nicht geltend gemacht werden. Beim Internationalen Gerichtshof wäre es noch zu klären, aber selbst da würde sich die Frage stellen, inwieweit dieser für Handlungen von vor 1945 überhaupt zuständig ist.

Zu Bosnien-Herzegowina: Nach der bosnischen Verfassung gibt es ein Staatspräsidium, das aus drei Personen besteht, einem Serben, einem Kroaten und einem Bosniaken. Das sind die drei sog. konstitutiven Völker nach der bosnischen Verfassung. Gegen diese verfassungsrechtliche Regelung haben zwei Personen geklagt und sich in Straßburg beschwert. Ein Kläger stammt aus der jüdischen Gemeinde und einer aus der Gruppe der Roma. Sie haben argumentiert, dass nach bosnischer Verfassungslage ihnen als Jude oder Rom das Recht verwehrt sei, zum Staatspräsidium zu kandidieren oder gewählt zu werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat geurteilt, dass das tatsächlich eine menschenrechtswidrige Unzulänglichkeit und Diskriminierung ist, und er hat dem bosnischen Staat aufgetragen, diese Bestimmung zu korrigieren, so dass sie mit den Menschenrechten in Einklang kommt und keine diskriminierende Regelung mehr daraus hervorgeht. Dieses Urteil liegt seit vielen Jahren auf dem Tisch, ohne dass es umgesetzt würde. Wir hatten vor einiger Zeit einen bosnischen Vize-Minister bei uns im Ministerdelegiertenkomitee, der sinngemäß gesagt hat: „Ja, Sie müssen verstehen, das ist alles wahnsinnig kompliziert. Wir müssen die Verfassung ändern. Wir wissen aber nicht, wie. Denn dieses Prinzip der drei konstitutiven Völker ist ja das Prinzip, auf dem der

ganze Frieden in Bosnien aufgebaut ist.“ Da hat er nicht Unrecht. Gleichzeitig muss man jetzt, mehr als 25 Jahre nach dem Krieg, sozusagen zu Potte kommen und eine Regelung finden, die mit den Menschenrechten im Einklang steht. Wir hätten gerne einen Minister in das Ministerdelegiertenkomitee zitiert, um ihm quasi die Leviten zu lesen. Bloß hatte Bosnien damals nur eine interimistische Regierung. Wir haben uns aber vorbehalten, bei der nächsten Gelegenheit den zuständigen bosnischen Minister zu zitieren und ihm in aller Deutlichkeit unsere Auffassung zu sagen (Anm.: Diese Sitzung mit der bosnischen Außenministerin Bisera Turković fand dann 2021 statt). Wie groß die Chancen sind, dass das Problem in Bälde geregelt wird, wage ich nicht zu beurteilen. Wenn nicht, entsteht sicherlich die berechtigte Frage: Verliert der Europarat einige seiner Zähne? Man muss aber Bosnien zugutehalten, dass es nicht böser Wille ist, der es davon abhält, dieses Urteil umzusetzen, sondern es ist die Unmöglichkeit, dieses Verfassungsprinzip der drei konstitutiven Völker beizubehalten und es gleichzeitig de facto aufzugeben. Das Prinzip, dass Bosnien eben keinen Staatspräsidenten hat, sondern ein dreiköpfiges Staatspräsidium, bedeutet, dass darin jedes der drei Völker vertreten sein muss. Man könnte das Präsidium auf vier Mitglieder erweitern. Ein zusätzliches für die sog. „Anderen“, also Roma, Juden, Slowenen, Österreicher, Deutsche, Ungarn, etc. Ob aber ein vierköpfiges Staatspräsidium der Weisheit letzter Schluss ist? Man könnte umgekehrt auch argumentieren, dass das dreiköpfige Staatspräsidium schon so kompliziert ist, da käme es dann auf einen vierten Kopf auch nicht mehr an.

Publikumsfrage nach dem Vortrag: *Unterscheidet eigentlich der Europarat zwischen europäischen und nicht europäischen Russen? Sollte es nicht einen Zugang des Europarats zu Krisenregionen in Europa und der Welt geben? Und eine Reihe anderer Fragen stellt sich noch: Wie weit ist es ein Manko, dass der Europarat in der öffentlichen Wahrnehmung und in der medialen Präsenz nicht die Aufmerksamkeit hat wie die EU oder der Brexit? Wären mehr mediale Aufmerksamkeit und mehr öffentliche Präsenz nicht hilfreich, um Druck auszuüben auf widerwillige Mitglieder, die sich nicht an die Vorgaben und Konventionen halten? Leistet der Europarat zu wenig Öffentlichkeitsarbeit? Sind zu wenig Journalisten am Europarat akkreditiert, die über diese interessanten und kontroversen Fälle berichten würden? Woran liegt das? Wäre das ein Hebel, um die Zähne des Europarats wieder spitzer zu machen und sie zu schärfen?*

Gerhard Jandl: Ich nehme Ihren Katalog von Fragen zusammen, weil sie vielfach zusammenhängen und die Frage von Reformen betreffen. Es gab einige Reformvorschläge im Bericht des Generalsekretärs, z. B. jenen, dass die Menschenrechtskommissarin ohne Einschränkungen ungehinderten Zugang zu allen Krisengebieten in den Europaratsstaaten haben sollte. Es ist in ihrem Mandat nicht eindeutig geregelt, dass sie in die betreffenden Länder auch ohne deren ausdrückliche Zustimmung fahren kann. Das ist ein Manko in der Formulierung ihres Mandats. Wir haben versucht, per Beschluss des Ministerkomitees ein solches Recht der Menschenrechtskommissarin festzuschreiben. Es gab jedoch sehr großen Widerstand von anderen Ländern mit Krisenregionen und Konfliktgebieten, angeführt von Aserbaidschan. Dagegen waren auch Armenien, Georgien, die Ukraine und Moldau, die alle sinngemäß argumentiert haben: „Liebe Freunde, wir sind betroffene Länder, die selbst solche Krisengebiete haben. Wir wollen das nicht.“ Da waren wir West-

europäer erstaunt und haben nachgefragt. Antwort: Man müsse ja mit lokalen Behörden kooperieren, um die Menschenrechtskommissarin physisch in die Krisenzonen zu bringen, und schon allein damit wäre eine gewisse politische Anerkennung der abtrünnigen Lokalbehörden verbunden, und das wollten die betroffenen Länder auf keinen Fall. Die Menschenrechte wären zwar auch und gerade in diesen Gebieten wichtig, aber es stellte sich heraus, dass ihnen die Statusfragen wesentlich wichtiger waren. In dieser Frage haben sich der Aserbaidschan und die anderen genannten Staaten durchgesetzt. Eine Frage, über die wir sehr lange diskutiert haben, lautete, ob die Menschenrechtskommissarin auf die besetzte Krim fahren soll. Offen war dabei, wie sie dort hinkommen könnte. Führe sie von russischem Staatsgebiet aus, von wo aus es möglich wäre, könnte das so interpretiert werden, dass sie die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anerkennt. Vom ukrainischen Festland aus wäre eine Reise physisch gar nicht mehr möglich, und wenn man doch eine Ausnahme für sie erreichen würde und die russischen Truppen sie hineinlassen würden, zu welchen Bedingungen würde das geschehen? Oder sollte sie es machen wie davor ein Vertreter der OSZE, der zwar über russisches Gebiet eingereist ist, aber dabei öffentlich erklärte, dass das nicht heiße, dass er die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anerkenne. Das hatten damals zwar die Russen akzeptiert, aber nicht die Ukrainer. Wir fragten uns: „Und wenn die Menschenrechtskommissarin nicht auf dem Landweg kommt, sondern von der Türkei aus über das Schwarze Meer und direkt auf der Krim anlandet?“ – „Ja schon, aber bekommt sie dann einen ukrainischen Einreisestempel in ihren Pass oder einen russischen?“ Der Teufel steckt im Detail. Sie haben Recht: Vieles könnte man durch rechtliche Änderungen bewirken, aber diese rechtlichen Regelungen haben das Manko, dass man immer die Zustimmung der betreffenden Länder braucht, was eine mühsame Sache ist.

Zu den spitzen Zähnen und den Medien. Viele Journalisten haben das gleiche Problem wie viele andere Menschen auch, nämlich auseinanderzuhalten, was die EU bzw. ihr Parlament und was der Europarat ist. Beide Institutionen sitzen nebeneinander in Straßburg. In der Berichterstattung wird zwar vom Menschenrechtsgerichtshof berichtet, aber bei spektakulären Fällen ist dann oft fälschlich die Rede vom Gerichtshof der Europäischen Union.

Ich finde, der Europarat sollte lästiger sein. Er hat dann eine Zukunftschance, wenn er an den Nerv der Staaten rührt. Der Europarat ist letzten Endes für die Bürger und Bürgerinnen da. Wir sind die Organisation, die nicht in erster Linie im Interesse der Staaten agiert, sondern im Interesse der Bürger. Wenn wir im Interesse der Bürger den Staaten mehr auf die Zehen steigen, wird es den Staaten unangenehm. Und dann kann es auch für den Botschafter des kritisierten oder auch des kritisierenden Staates unangenehm werden. Man bringt etwas vor und der Kollege sagt dir: „Das lasse ich mir nicht gefallen“, oder der Außenminister des kritisierten Staates ruft deine Ministerin, also deine Chefin an und sagt: „Du, dein Botschafter da in Straßburg, der passt uns überhaupt nicht.“ Man macht sich also nicht nur Freunde. Aber dennoch: Wenn der Europarat sich etwas mehr in die einzelnen Themen hineinbeißen würde, dann wüchsen ihm auch die Zähne wieder nach.

Zu Russland und zur ersten Frage: Wir unterscheiden nicht zwischen dem europäischen Teil und dem asiatischen Teil Russlands. Russland ist Russland. Wir sehen ganz Russland einheitlich.

Michael Gehler: *Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war noch ein Stichwort. Ist das der zweite Europarat oder die zweite UNO für Europa? Wie ist die OSZE mit Blick auf die Tätigkeit des Europarats einzuordnen? Wie ist das Verhältnis zum Europarat? Es gibt ja für die nicht-europäischen Staaten der Welt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Ist das eigentlich abgeschirmt und korrespondiert das miteinander? Eine dritte Frage: Kann die EU nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten, was ja praktisch durch ihre bis vor Lissabon nicht vorhandene Rechtspersönlichkeit nicht geschehen konnte, jetzt aber doch möglich sein sollte?*

Gerhard Jandl: Zur OSZE: Wir haben zugegebenermaßen zwei Organisationen, die auf ähnlichem inhaltlichem Gebiet agieren. Doch die Mitgliedschaften sind andere. Bei der OSZE sind Kanada und die USA Vollmitglieder, genauso wie die zentralasiatischen Republiken. Das sind sie beim Europarat nicht. Sie könnten das auch nicht sein, schon allein deswegen nicht, weil sie, zumindest manche davon, die Todesstrafe praktizieren. Ein Thema, das bei uns im Europarat statutengemäß keine Rolle spielen darf, ist die Sicherheitspolitik. Wir sind eine Organisation, die sich nicht mit Sicherheitspolitik beschäftigt. In dem Moment, wo eine sicherheitspolitische Frage auf den Tisch des Europarats käme, treten sofort die Russen auf den Plan, und lassen wissen: „Sicherheitspolitik ist nicht Gegenstand dieser Organisation. Das diskutieren wir hier nicht." Es mag sein, dass es in der Gründungsphase 1949 ursprünglich anders angedacht war, aber es wurde sehr bald entschieden, die Sicherheitspolitik auszuklammern und sich auf Menschenrechte, Demokratie usw. zu konzentrieren, ohne von sicherheitspolitischen Überlegungen quasi beeinträchtigt zu sein. Heute kennt man hingegen einen umfassenden Sicherheitsbegriff, indem man sagt: „Sicherheit ist alles. Sicherheit hat also auch einen demokratischen und einen menschenrechtlichen Aspekt." Es ist daher eine Überschneidung gegeben. Ich will nicht ausschließen, dass es langfristig irgendwann einmal dazu kommen könnte, dass beiden Organisationen zusammengeführt werden. Das steht aber momentan nicht an. Als Österreicher muss ich dazu auch sagen, dass die OSZE unabhängig bleiben und ihren Wien-Sitz behalten muss.

Zum Verhältnis Menschenrechtskonvention und EU. Ja, das Ziel des Beitritts der EU zur Menschenrechtskonvention besteht und man war schon auf gutem Weg, bis der Europäische Gerichtshof der EU in Luxemburg in einem Rechtsgutachten zu dem Schluss kam, dass dies nicht wie geplant möglich sei, weil der ausgehandelte Beitrittsvertrag dem EU-Recht widersprechen würde. Das ist die juristische Begründung. Die politischen Überlegungen, die viele als wahren Grund vermuten, bestünden jedoch darin, dass sich der Europäische Gerichtshof in Luxemburg mit dem EU-Beitritt zur Menschenrechtskonvention dem Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg de facto unterwerfen und die Vorrangigkeit von Straßburg akzeptieren müsste, was der Luxemburgische Gerichtshof auf keinen Fall akzeptieren wolle. (Anm.: 2019 wurden die Verhandlungen zwischen EU und Europarat wieder aufgenommen.)

Publikumsfrage nach dem Vortrag: *Wie beurteilen Sie die Regelung des Abkommens von Dayton? Ist das nicht Ausgangspunkt aller Kontroversen in Bosnien-Herzegowina? Und wie steht es eigentlich um die Rechte der Minderheiten im Europarat?*

Gerhard Jandl: Sie haben Recht, wenn Sie sagen, die Dayton-Verfassung wurde dem Staat Bosnien-Herzegowina mehr oder minder von außen auferlegt. Die Idee war übrigens nicht, dass es eine dauerhafte Verfassung, sondern eine Art Übergangsverfassung sein sollte, damit Bosnien-Herzegowina nach dem Krieg zurück zur Normalität geführt wird, damit sich die drei großen Volksgruppen in diesem Staat wiederfinden können und der Staat zum Funktionieren gebracht wird. Sollte er funktionieren, würde er sich bald eine ganz normale Verfassung geben, wie sie die meisten europäischen Länder haben. In Bosnien-Herzegowina aber neigt das Provisorium dazu, Ewigkeit zu werden. Es gibt offensichtlich keinen ausreichenden politischen Willen, diese Verfassung zu reformieren oder anzupassen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Tatsache ist, dass sich diese Staatengemeinschaft trotz verschiedenster Ansätze über mehr als 25 Jahre hinweg nicht zusammengerauft hat, um eine neue Verfassung zuwege zu bringen bzw. gemeinsam mit den bosnischen Politikern auszuhandeln. Manche meinen, man bräuchte ein neues Dayton, das eine europäische Verfassung wieder von außen aufstülpt. Gleichzeitig will die Staatengemeinschaft, jetzt 25 Jahre nach dem Krieg, nicht wieder eine Verfassung auf-oktroyieren, mit dem Argument: „Wenn das ein normales europäisches Land sein soll, dann muss es in der Lage sein, sich selbst eine Verfassung zu geben.“ Wenn man ein „neues Dayton“ aushandeln würde, dann müsste man Europäer, Amerikaner und Russen einander wieder näherbringen, die aber inzwischen soweit auseinandergedriftet sind, dass es nicht mehr möglich ist, die Staatengemeinschaft auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Wie Sie wissen, war ich lange in Bosnien-Herzegowina tätig. Es tut mir in der Seele weh zu sehen, dass das Land jetzt, gut 25 Jahre nach dem Krieg, immer noch so dasteht, dass manche Juristen es als einen prekären Staat klassifizieren. Manche meinen sogar, dass es drauf und dran sei, ein „failed state“ zu werden. Ich kann Ihnen keinen Ausweg aufzeigen.

Die Minderheitenrechte sind im Europarat etwas sehr Wesentliches. Es gibt die Minderheitenschutzkonvention und die Minderheitensprachekonvention. Man versucht, hier mehr für die Minderheiten zu erreichen, Minderheitendiskriminierungen nicht hinzunehmen, etc. Aber die Minderheitenschutzkonvention krankt daran, dass ihr manche Länder des Europarates ferngeblieben sind, was die Schlagkräftigkeit beeinträchtigt. Wenn ein wichtiges Land wie Frankreich dieser Konvention nicht beitritt und damit auch nicht Teil der Prüfungsmechanismen ist, verliert eine solche Konvention an Gewicht. Es ist klar, dass Minderheitenfragen äußerst relevant bleiben. Um noch einmal das Beispiel Bosnien-Herzegowina aufzugreifen: In der alten jugoslawischen Verfassungsterminologie gab es „Völker“ und „Völkerschaften“. Die Völkerschaften waren keine „ganzen“ Völker, sondern eher das, was bei uns Minderheiten sind. Sie hatten allerdings weniger Rechte als die Völker. Das ist ein Grund, warum im ehemaligen Jugoslawien niemand mehr zu den Minderheiten gehören will. In Westeuropa ist es eher von Vorteil, zur Minderheit gerechnet zu werden. So ist man Angehöriger einer geschützten Gruppe mit besonderen Rechten, aber in Ex-Jugoslawien ist das zumeist anders. Daher wird man in Bosnien sofort an dieses ungeliebte, frühere jugoslawische Verfassungskonstrukt des „Volkes“ und der „Völkerschaft“ erinnert. Das Konstrukt der drei konstitutiven Völker war 1995 bei der Dayton-Verfassung eine Notwendigkeit. Ob es jetzt heute noch angemessen ist, wage ich mit einem Fragezeichen zu versehen.

Adrian Hümmer: *Sie haben ausgeführt, dass der Europarat länderübergreifend agiert, d. h. auch über die EU-Grenzen hinaus, um die Menschenrechte weitestgehend zu vertreten und Zähne zu zeigen. Wie sieht das in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Vereinten Nationen aus? Die UNO hat eine ziemlich große Reichweite, um auch Friedensmissionen durchzuführen. Inwiefern ist eine Kooperation möglich? Man könnte ja damit auch Staaten erreichen. die man sonst nicht erreicht.*

Gerhard Jandl: Der Europarat hat nicht nur ein sehr enges Kooperationsprogramm mit der UNO an sich, sondern auch mit vielen UN-Spezialorganisationen und -Programmen. Klarerweise ist dort, wo es ähnliche Themenbereiche gibt, die Kooperation mit der UNO intensiv und stark. Alle zwei Jahre verabschiedet die Generalversammlung der UNO eine Resolution, in der die Zusammenarbeit mit dem Europarat gewürdigt wird, wo man überall kooperiert und in welchem Bereich noch Zusätzliches gemacht werden sollte. Wir versuchen regelmäßig, in dieser Resolution einen Paragraphen über die Abschaffung der Todesstrafe zu platzieren, der in New York aber ebenso regelmäßig wieder wegverhandelt wird, weil jene UNO-Mitglieder, die die Todesstrafe praktizieren, einen solchen Paragraphen nicht wollen. Ich habe mir das Recht herausgenommen, als Neuankömmling so zu tun, als ob mich solche Gewohnheiten nicht interessieren, und habe argumentiert: „Wir als Europarat möchten doch diesen Paragraphen. Wir dürfen uns den nicht herausverhandeln lassen." Es sollte in der Resolution klar zum Ausdruck gebracht werden, dass die Abschaffung der Todesstrafe ein wichtiges Anliegen ist, zumindest für die Europaratsstaaten. Ich habe versucht, den Mut der eigenen Leute anzustacheln. Ich muss leider sagen, dass das nicht gelungen ist. Wir haben uns zwar ermannt und den Entwurf schärfer als üblich formuliert, aber im Endeffekt war das Konsens-Denken dominierend. Was meine ich mit Konsens-Denken? Die Resolution, die wir einbringen, wird üblicherweise im Konsenswege, also ohne Abstimmung, von der UNO-Generalversammlung verabschiedet. Der Mehrheit auch der Europaratsstaaten war eine Konsensannahme wichtiger als der Inhalt. Ich hatte gesagt, das soll man nicht so sehen. Der Konsens hat keinen großen Wert an sich, wenn nicht auch der Inhalt stimmt. Wir hätten in die Abstimmung gehen können und es hätten die UNO-Länder Farbe bekennen müssen in der Frage der Abschaffung der Todesstrafe bzw. zumindest darin, zuzugestehen und festzuhalten, dass den Europaratsstaaten die Abschaffung der Todesstrafe ein wichtiges Anliegen ist. Wir hätten die Abstimmung haushoch gewonnen, keine Frage. Die Länder, die mit Nein gestimmt hätten, wären zahlenmäßig relativ gering gewesen. Es war trotzdem unter den Europaratsstaaten kein ausreichender Mut vorhanden, zur Abstimmung zu schreiten. Unsere Kollegen, die für den Europarat vor Ort in New York die Verhandlungen geführt hatten, haben im entscheidenden Moment nachgegeben und den Paragraphen gestrichen, um die Konsensannahme der Resolution zu ermöglichen, eben ohne jeden Hinweis auf die Abschaffung der Todesstrafe.

Michael Gehler: *Lieber Herr Botschafter Jandl, danke für erhellende wie auch ernüchternde Einschätzungen und Urteile über den Stand der Menschenrechte in Europa.*

Das Expertengespräch wurde im Kern am 17. Juni 2019 geführt und im Juli 2022 aktualisiert.

Hans-Gert Pöttering

Wir sind zu unserem Glück vereint – Erinnerungen eines Europäers

Zum Referenten:

Hans-Gert Pöttering, geboren 15. September 1945 in Bersenbrück, lernte seinen Vater nie kennen, der in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges als Soldat fiel. 1966 absolvierte er sein Abitur am Artland-Gymnasium in Quakenbrück. Er leistete bis 1968 seinen Wehrdienst und wurde Reserveoffizier im Dienstgrad Leutnant der Reserve. Es folgte das Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf sowie am Institut des Hautes Études Internationales am zuletzt genannten Ort. 1973 legte er sein erstes juristisches Staatsexamen ab. Nach einem Studienaufenthalt an der Columbia University in New York wurde er 1974 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zum Dr. phil. promoviert. 1976 legte er sein zweites juristisches Staatsexamen ab. Von 1976 bis 1979 war er wissenschaftlicher Angestellter und ab 1989 Lehrbeauftragter der Universität Osnabrück. 1995 wurde er zum Honorarprofessor an der Universität Osnabrück ernannt. Pöttering war Mitglied des Europäischen Parlaments für die Region Osnabrück, Emsland und Ostfriesland.

Er ist der einzige Europaparlamentarier, der seit der ersten Direktwahl 1979 bis 2014 durchgehend gewählt worden ist: Von 1994 bis 1999 war er stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament (Christlich-demokratische Fraktion). Von 1984 bis 1994 war er Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlamentes. Von 1996 bis 1999 hatte Pöttering die Lei-

tung der Arbeitsgruppe „Erweiterung der Europäischen Union“ von EVP und EVP-ED Fraktion inne. Von 1999 bis 2007 war Hans-Gert Pöttering Vorsitzender der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament (Nachfolger: Joseph Daul), danach von Juli 2007 bis Januar 2009 Präsident des Europäischen Parlaments. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Advisory Boards der Initiative „A Soul for Europe“ und seit 2010 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Werke (Übersicht): Adenauers Sicherheitspolitik 1955–1963. Ein Beitrag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis, Droste Verlag Düsseldorf 1975; Die Europäische Gemeinschaft nach den Beschlüssen von Maastricht: Vertiefung und Erweiterung, Europa Union Verlag Bonn, 1992; Europas Vereinigte Staaten, Edition Interfrom 2000, gem. m. Ludger Kühnhardt; Weltpartner Europäische Union, Edition Interfrom 2001, gem. m. Ludger Kühnhardt; Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen, Edition Interfrom 2002, gem. m. Ludger Kühnhardt; Von der Vision zur Wirklichkeit. Auf dem Weg zur Einigung Europas, Bouvier Bonn 2004; Im Dienste Europas, Bouvier Bonn 2009; Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg, Köln – Weimar – Wien 2014.

Zum Vortrag:

Der Referent Hans-Gert Pöttering beginnt in seinem Vortrag den Zuhörern und Zuhörerinnen die Motive zu schildern, warum er für das Europäische Parlament und nicht – als junger Mensch – für den Deutschen Bundestag kandidierte. Er glaubte an Europa. Es brauchte eine starke, europäische Gemeinschaft sowie ein starkes Resteuropa. Der Glaube an die Entwicklung eines kraftvollen Parlaments bestärkte ihn. Im Jahr 1979 hatte das Europäische Parlament keine Gesetzgebungsbefugnisse. Heute ist das Parlament – mit Ausnahme in Steuerfragen – Gleichberechtigter und Gesetzgeber in nahezu allen Fragen europäischer Gesetzgebungen. Der Vorwurf der Bürokratie ist ungerecht. Das Parlament ist transparent. In den Ausschüssen wird diskutiert bzw. öffentlich getagt. Wenn nicht öffentlich getagt wird, muss dieses beschlossen werden. Im Deutschen Bundestag ist es umgekehrt. Hier muss die Öffentlichkeit beschlossen werden. Trotz der sehr guten Entwicklung des Europäischen Parlaments ist das Ziel noch nicht erreicht.

Der Referent blickt auf das Jahr 1979 zurück und schildert, wie Europa damals aussah: Deutschland war geteilt. Mitten durch Berlin verlief eine Mauer. Estland, Lettland und Litauen gehörten zur Sowjetunion. Polen, Ungarn, Slowakei und die Tschechische Republik gehörten zum Warschauer Pakt. Die Menschen lebten unter der Bedrohung von Nuklearwaffen. Heute ist Deutschland nach 25 Jahren in Freiheit vereint. Estland, Lettland und Litauen gehören zur Wertgemeinschaft der Europäischen Union. Wenn es im Jahr 1979 ein Angebot gegeben hätte, dass man die Freiheit der osteuropäischen Staaten hätte kaufen können, so stellt Pöttering die Behauptung auf – ein Beweis ist nicht möglich –, dass es eine Bereitschaft gegeben hätte, jeden finanziellen Preis für die Einheit Deutschlands und der anderen genannten Völker zu zahlen. Tatsache ist, dass die Menschen ihre Freiheiten selber erstritten. Davor sollten wir Respekt haben. Die Menschen aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sind friedlich auf die Straße gegangen und kämpften für ihre Freiheit. Sie konnten es auch. Ebenso war es bei den anderen Völkern. In Polen fing es an, dass die Menschen mit Solidarność den Weg der Freiheit

wählten. Man muss weder Christ noch katholisch sein, um die große Rolle von Johannes Paul II. anzuerkennen, der seinen polnischen Landsleuten in den 1980er Jahren zurief: „Habt keine Angst, verändert die Welt, verändert diese Welt.“ Warum ist es wichtig, daran zu erinnern, fragt Pöttering das Publikum: Niemand darf das vergessen, dass wir durch gleiche Werte verbunden sind, nämlich bei der Würde des Menschen, bei den Menschenrechten, in Freiheit, in Demokratie und bei der Rechtsordnung sowie Solidarität.

Heute ist das Aufrechterhalten der Solidarität die größte Herausforderung in der Europäischen Union bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und des Terrorismus. Zwei Herausforderungen, vor denen wir vor einigen Monaten glaubten, dass sie überhaupt nicht zu bewältigen seien. Nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der europäischen Einigung gab es Niederlagen und große Enttäuschungen. Am 30. August 1954 scheiterte das große Projekt der Verteidigungsgemeinschaft. Ein Widerspruch zwischen Rechtsaußen der Nationalisten und Linksaußen der Kommunisten.

Aber sehr oft begegnen sich diese Extreme und stimmen gleich ab. Somit steuerten Extreme den Parteien aus der Mitte sowie etwas links und etwas rechts von der Mitte zu ihren Zielen dazu. In Mitte der 1960er Jahre gab es die Politik des leeren Stuhles in Luxemburg sowie in Brüssel. Der große Präsident Frankreichs, Charles de Gaulle, wollte nicht, das Frankreich überstimmt wird. Was heute aber im Ministerrat bei der politischen Gesetzgebung die Regel ist. Im Parlament wird nach Mehrheiten entschieden. Aber auch im Ministerrat wird bei Gesetzen entschieden. Jedes Land muss dann auch akzeptieren, mal zu der Mehrheit bzw. mal zu den Minderheiten zu gehören. Das ist das eigentlich historische Neue durch die europäische Einigung, dass nach langen und mühseligen Debatten am Ende eine Entscheidung steht, die jeder akzeptieren muss. Früher griffen die verfeindeten Länder sofort nach den Waffen. Heute entscheiden wir mit den Mitteln der Abstimmung, auch wenn in Brüssel nicht alles perfekt läuft, im Übrigen auch nicht in Berlin oder Hannover.

In den 1980er Jahren schaffte es Helmut Kohl – der am 1.10.1982 Kanzler wurde –, die Eurosklerose zu beseitigen. Er machte Europa Mut und gab ihm Kraft. Er widmete seine Kanzlerschaft nicht nur der Einheit Deutschlands, sondern auch der Einheit Europas. In diesem Zusammenhang erinnert Pöttering an Helmut Schmidt, verweist auf den kommenden Staatsakt und würdigt ihn als großen Kanzler, deutschen Patrioten sowie überzeugten Europäer.

Als größte Enttäuschung in den 35 Jahren seiner politischen Arbeit im Europäischen Parlament verweist Pöttering auf das Scheitern des Verfassungsvertrages Ende Mai 2005 zunächst in einem Referendum in Frankreich und in den Niederlanden hin. Für ihn war es furchtbar. Die meisten Kollegen und Kolleginnen im Europäischen Parlament gaben Europa auf. Pöttering widersprach, appellierte an die Substanz des Vertrages und kämpfte für einen neuen Vertrag. Die glücklichen Umstände mit Angela Merkel als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland sowie dem neugewählten Präsidenten Frankreichs, Nicolas Sarkozy, waren vorbildlich. Der französische Präsident wollte einen neuen, einfachen Vertag und ließ diesen in der Nationalversammlung sowie im Senat abstimmen. So kam es später auch. Der Pessimismus zur Aufgabe war nicht gerechtfertigt. Am 25. März 2007 wurde die Berliner Erklärung von der Bundeskanzlerin Merkel in der Eigenschaft als Vorsitzende des Europäischen Rates (01.01.-30.06.2007), dem Kommissionspräsidenten

José Manuel Durão Barroso sowie dem damaligen Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering unterschrieben.

In dieser Erklärung steht der Satz: „Wir sind zu unserem Glück vereint.“ Dieser Satz in seiner gesamten Wirkung ist auch der Buchtitel der Lebensbiographie von Pöttering: „Mein europäischer Weg – Wir sind zu unserem Glück vereint.“

Mit der Berliner Erklärung wurde der Weg zur Reform bereitet. Damals zweifelten viele daran, ob sich die Regierung, die Kommission und das Parlament auf einen gemeinsamen Text verständigen könnten. Die Schwierigkeit für Pöttering in einem Parlament mit über 700 Abgeordneten bestand darin, intern zu verhandeln und verfassungsrechtliche Bedenken auszuräumen, um letztendlich einen unbekannten Text, den das Parlament nicht kannte, vorzulegen und diesem zuzustimmen. Hierin liegt Pötterings Verdienst. Das war schon außergewöhnlich, dass sich die drei europäischen Institutionen auf einen gemeinsamen Text verständigten, was zum Vertrag von Lissabon führte. Dann kam es zu einer Abstimmung in einem Referendum. In Irland ging es schief. Ursprünglich war eine Reduzierung von Kommissaren vorgesehen. Die Iren wollten auch einen Kommissar, obwohl sie von der Ländergröße ein kleines Mitgliedsland sind. Eine Reduzierung der Kommission war unmöglich, weil es um die Mehrheit des Vertrages von Lissabon ging, die in Irland gefunden werden musste. Deshalb signalisierten die Mitgliedsländer Bereitschaft, eine größere Kommission zu akzeptieren. In der Politik gibt es immer Abwägungen. Es geht nicht um richtige oder falsche und absolute Lösungen.

Die Abstimmung in Irland erfolgte mit der Ablehnung in einem „Nein“. Bei der katholischen Bischofskonferenz in Nordirland überzeugte Pöttering die Bischöfe und zeigte auf, dass Christen diesem Vertrag zustimmen sollten, weil es um die Würde des Menschen und um das Wohlergehen der Kinder ging. Am Ende gaben die Bischöfe eine positive Erklärung ab, so dass in einem zweiten Referendum der Vertrag von Lissabon akzeptiert wurde. Auch hier verbucht Pöttering für sich einen hohen Anteil beim Meinungsbildungsprozess.

In diesem Zusammenhang zitierte Pöttering Konrad Adenauer, der einmal sagte: „Wenn die Politiker/-innen nicht daran glauben, dass ein Ziel erreicht wird, dann fängt die eigentliche Arbeit erst richtig an.“ Direkt die jungen Zuhörer/-innen im Saal ansprechend, verweist der Referent auf die Erfolgsgeschichte des Erasmus-Programms, dem Austauschprogramm für Studierende in der Europäischen Union. Durch die Initiative von Pöttering gelang es, dass eine vorgesehene Kürzung des Austauschprogramms für 2007 bis 2013 um 3 Milliarden Euro verhindert wurde. Er kämpfte überparteilich um Mehrheiten. Danach gab es nie wieder Diskussionen und Vorschläge, dieses Programm zu kürzen. Neben der Struktur- und Agrarpolitik muss auch die Seele der Europäischen Union gefördert werden. Junge Menschen müssen voneinander lernen, sich untereinander austauschen und die Wege für die Zukunft Europas gemeinsam gehen.

Angesprochen auf die Sorgen Europas ist der Referent trotzdem zuversichtlich, dass die Kraft für die gewaltigen Probleme, wovor die politischen Akteure stehen, zur Bewältigung aufgebracht werden muss. Derzeit sind es insbesondere die Herausforderungen bei der Flüchtlingskrise. Zuerst dankt Pöttering allen Menschen, die die Flüchtlinge als Menschen begrüßen. Er mahnt sogleich an, dass die Flüchtlinge keine Eindringlinge und Kriminelle sind, sondern die große Mehrheit – Ausnahmen gibt es überall – den schrecklichen Kriegen entflohen sind. Derzeit existieren zwei extreme politische Positionen: Auf

der einen Seite Außengrenzen mit Stacheldraht, Wasserwerfer, Tränengas, Hundestaffeln sowie auf der anderen Seite, dass die Aufnahmefähigkeit Europas unbegrenzt sei. Das ist sie aber nicht. Es muss eine Grenze geben. Die politische Aufgabe und Herausforderung ist es, zwischen diesen Fronten Lösungen zu finden. Durch den Abbau der Binnengrenzen dürften keine neuen Grenzen entstehen. Ausnahmen sind akzeptabel, wie beispielsweise bei der Bekämpfung des Terrorismus. Aber Grenzkontrollen zwischen den Ländern der Europäischen Union dürfen nicht wieder entstehen. Die Gefahr besteht, dass sogleich auch wieder Grenzen in den Köpfen entstehen und das ohne vorhersehbares Ende.

Pöttering plädiert in seinem Vortrag mit allem Nachdruck dafür, dass die Außengrenzen gestärkt werden müssen, beispielsweise zwischen Griechenland und der Türkei. Die Türkei ist kein Mitgliedsstaat der Europäischen Union und sollte es auch zukünftig nicht werden, mahnt Pöttering an. Politisch, kulturell, geographisch sowie finanziell wäre Europa mit einem Beitritt der Türkei überfordert. Trotzdem ist die Türkei in der Flüchtlingsfrage ein wichtiger Unterstützer. Ferner müssen die Grenzen auch stärker gesichert werden. Das gilt insbesondere auch im Interesse der anderen Menschen, die sich in die Boote Richtung Europa setzen. Grundvoraussetzung ist auch die Registrierung in den Ländern, wo die Flüchtlinge ankommen. Als Deutsche müssen wir auch selbstkritisch sein. Es reicht nicht aus, Kritik an die EU zu adressieren. Wir selbst sind auch die EU. Somit kritisieren wir uns auch selbst. Wir haben die Italiener sowie die Griechen in den Flüchtlingsfragen lange alleine gelassen. Die Dublin-III-Verordnung ist derzeit außer Kraft gesetzt. Bei Gesprächen in Frankreich stellte Pöttering fest, dass nach den Terroranschlägen die Einstellungen zu den Flüchtlingen leider nicht mehr positiv sind, wie sie vorher waren. Die schrecklichen Terroranschläge in Paris müssen die Europäische Union veranlassen, dass sie solidarisch handelt. Im Lissabon-Vertrag existiert der Artikel 42 (7), der besagt: Gibt es einen terroristischen Anschlag in bzw. auf einen EU-Mitgliedsstaat, so müssen die anderen EU-Mitglieder helfen, dass das Land die Probleme bewältigen kann. In dieser Situation befindet sich Europa heute. Jedes Land sollte deshalb eine Aufgabe wahrnehmen, damit Europa zu Lösungen kommen kann. Wer sich aber dieser Solidarität entzieht, der wird es vielleicht bereuen. Irgendwann braucht jedes Land die Solidarität des Anderen. Frankreich muss insbesondere jetzt – in dieser schwierigen Zeit spüren –, dass Deutschland und die anderen Länder unterstützend helfen.

Abschließende Bemerkungen zum Schluss vom Vortrag des Referenten Pöttering: Pöttering ist für ein Verbleiben von Großbritannien in der Europäischen Union. Er mahnt an, dass möglicherweise beim Verlassen die eigene Nation zerstört wird. Die Schotten würden höchstwahrscheinlich ihre Unabhängigkeit anstreben, um dann wieder Mitglied der Europäischen Union zu werden. Bei unseren Beziehungen zu Amerika sollten die Menschen nicht vergessen, dass es insbesondere George Bush Senior war, der Helmut Kohl bei der Deutschen Einheit unterstützend zur Seite stand. Das begründet immer eine besondere Nähe. Trotzdem ist Amerika auch nicht heilig. George Bush Junior verübte einen Irak-Krieg mit falschen Voraussetzungen. Saddam Hussein hatte keine Massenvernichtungswaffen. Pöttering bekräftigt, dass er selbstverständlich ein Pro-Atlantiker ist und eine positive Grundsatzeinstellung zu Amerika hat. Trotzdem darf man Freunde auch kritisieren. Gegen die autoritären Regimes sollten Deutschland und Europa mit den Amerikanern Gemeinsamkeiten suchen und finden, die Lösungen hervorbringen. Auch spricht Pöttering positiv über eine Vereinbarung zu einem gemeinsamen Freihandels- und Inves-

titionsabkommen (TTIP). Eine transparente Gestaltung sowie die Einbringung unserer politischen Grundsätze sind dabei unerlässlich. Zur Erweiterung der Europäischen Union zeigt Pöttering auf, dass wir dabei zurückhaltend sein sollten und innehalten müssten.

Wahrscheinlich wurden Bulgarien und Rumänien zu früh aufgenommen, weil sie in der rechtsstaatlichen Entwicklung – im Jahr 2007 – noch nicht so weit waren. Diesen Fehler gesteht Pöttering – rückbetrachtend – ein. Ein rechtfertigendes Argument kann heute sein, wenn Bulgarien und Rumänien nicht in der Europäischen Union wären, könnte keiner vorhersagen, wie im Hinblick auf die Annexion der Krim, der Hunger Russlands ausgesehen hätte. Das ausgehandelte Minsker-Abkommen (Minsk II) muss weiterhin eingehalten werden. Russland gehört zu Europa und darf gedanklich nicht ausgeschlossen werden. Mit Beharrlichkeit und historischen Fakten muss Europa mit Russland sprechen, um somit auch zu friedlichen Lösungen kommen. Das gilt auch für Syrien. Eines Tages, so der Referent, müssen die Balkanländer Mazedonien, Serbien und Montenegro neue EU-Mitglieder werden, um dort eine friedliche Situation zu schaffen. Die Voraussetzungen dürfen nicht nur auf dem Papier geschaffen werden, sondern müssten tatsächlich in politischer, wirtschaftlicher sowie kultureller Hinsicht realisiert sein.

Im Februar 2007 schlug Pöttering in Brüssel ein „Haus der Europäischen Geschichte“ vor. Wozu ist dieses Haus wichtig? Um deutlich zu machen, dass eine schlimme Vergangenheit hinter uns liegt, neben den kulturellen Höhepunkten, dass Kriege die Länder trennten, dass es aber auch die Versöhnungsbestrebungen Frankreichs – besiegelt durch den Robert Schuman Plan im Jahr 1950 – Kriege in Europa unmöglich zu machen, gibt. Dazu soll das „Haus der Europäischen Geschichte“ beitragen, um aus der Geschichte zu lernen und in eine bessere Zukunft zu gehen.

Die deutsche Nation hat drei politische Identitäten. Wenigstens drei, was auch für alle anderen Länder der Europäischen Union gilt. Wo die Menschen leben, ist ihre Heimat. Dann sind wir gemeinsam Deutsche. Die Staatsbürgerschaft vermittelt die Bürgerschaft zur Europäischen Union. Darüber hinaus haben die Menschen auch eine Verantwortung für die Welt, die in den unruhigen Zeiten deutlich spürbar und erkennbar ist. Die Probleme müssen außen gelöst werden, sonst kommen sie in das Innere der Europäischen Union. Zur Identität bemerkt Pöttering folgendes: Wer nur seine Heimat sieht, wird sie nicht schützen können. Wer die eigene Nation über alle Nationen stellt, der wird zum Nationalisten. Aber Nationalismus führt zum Krieg. Wer nur als Europäer empfindet, der hat keine Wurzel. Deshalb empfiehlt der Referent zum politischen Verständnis von Identität, dass Heimat, Vaterland und Europa immer zusammengehören sollten. Das muss die Blickrichtung für das 21. Jahrhundert sein.

Diskussionsbeiträge

Publikumsfrage: *Wie ist Rechtspopulismus in den anderen europäischen Mitgliedstaaten zu beurteilen?*

Hans-Gert Pöttering: Jeder Extremismus – ob links oder rechts – ist eine Gefahr für die Demokratie und die europäische Einigung. Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden. Man muss mit den Menschen sprechen. Aber trotzdem müssen Mei-

nungen klar formuliert werden. Die demokratischen Parteien müssen mit den Menschen reden, die auf die Lügen der Populisten hereinfallen, reden und mit Argumenten überzeugen, um diese für die Mitte wieder zurückzugewinnen. Dieser Populismus kritisiert nur, zeigt aber keine konkreten Lösungen auf. Das ist das Tagesgeschäft von Populisten.

Publikumsfrage: *Wie sind die Reaktionen und Stellungnahmen der Visegrád-Gruppe (Länder sind Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) in Bezug auf die Flüchtlingswellen und Migrantenströme zu bewerten?*

Hans-Gert Pöttering: Menschen dürfen nicht als Kriminelle bzw. Eindringlinge bezeichnet werden. Das sagte ich erst vor kurzer Zeit öffentlich bei einer Veranstaltung in Ungarn. Das wurde dort auch akzeptiert. Vielmehr geht es um die Aufnahmekapazitäten. In Ungarn sind ca. 700.000 Roma, die bis heute nicht ordentlich integriert sind. Mehrheitsentscheide im Ministerrat müssen umgesetzt werden. Die abfälligen Äußerungen von Polens Jarosław Kaczyński möchte ich nicht wiedergeben. Ich lehne es als Katholik und Christ ab und kann es auch nicht nachvollziehen, dass solche Äußerungen aus Polen stammen. Meine Erinnerungen werden in Kürze in polnischer Sprache in Polen vorgestellt. Was wiederum positiv zu bewerten ist. Die Tschechen sind moderater und waren lange vom Kommunismus unterdrückt. Sie verteidigen deshalb ihre Eigenstaatlichkeit. Brüssel ist nicht das neue Moskau, so konnte ich es bei meiner letzten Rede in Ungarn ausführen. In Moskau wurde diktiert. In Brüssel gibt es demokratische Wahlen. Das anders zu sehen, lehne ich als unakzeptabel ab.

Publikumsfrage: *Warum ist der Anteil der Aufnahme von Flüchtlingen von Amerika so gering, obwohl die Hauptverantwortlichkeit der Ströme zuzuordnen ist?*

Hans-Gert Pöttering: Ja, es ist wünschenswert, dass Amerika mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte. Die USA gehören aber nicht zur Europäischen Union. Unter einem europäischen Zwang könnten die Amerikaner nicht gestellt werden. Trotzdem sollten sie einen Beitrag dazu leisten. Das gehört zur Solidarität mit dem Westen dazu.

Der Vortrag wurde am 19. November 2015 gehalten.

Hans-Gert Pöttering

„Ein entscheidender Durchbruch war Maastricht 1992 mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments."

Hanns Jürgen Küsters: *Lieber Herr Pöttering, ganz herzlichen Dank, dass Sie sich heute die Zeit genommen haben und uns für ein Zeitzeugen-Gespräch zur Verfügung stehen. Dürfen wir Sie bitten, uns vielleicht zunächst etwas über Ihre Erfahrungen aus Ihrer langjährigen politischen Tätigkeit in und für Europa zu berichten?*

Hans-Gert Pöttering: Ich habe 1978 von dem Satz „Hast du einen Opa, schick' ihn nach Europa" profitiert, als es um das Aufstellungsverfahren für die Europawahlen in Deutschland ging. Viele berühmte, gestandene Politikerinnen und Politiker, die schon eine große nationale Laufbahn hinter sich hatten, kandidierten damals für das Europäische Parlament. Kai-Uwe von Hassel etwa war zuvor Verteidigungsminister, Vertriebenenminister, Bundestagspräsident, und Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Der Sozialdemokrat Willy Brandt war Bundeskanzler. Alfons Goppel war langjähriger Ministerpräsident in Bayern. Es gab noch viele, viele andere, die ich jetzt nicht alle namentlich nennen will, denn dann würde ich das Limit überschreiten.

Wir haben wohlmeinende Mitglieder in der CDU. Man hat ja nicht nur Leute, die aufpassen, sondern auch wirklich wohlmeinende Parteifreundinnen und -freunde. Sie haben mich 1978/79 vor der Europawahl gefragt: „Warum kandidierst du für das Europäische Parlament? Da hast du doch gar nichts zu sagen! Du solltest dich für den Deutschen Bundestag entscheiden!" Mal unabhängig davon, ob das damals möglich gewesen wäre – es war immer meine Überzeugung, dass wir Europa brauchen, weil nur ein geeintes Europa unsere gemeinsamen Werte, die Würde des Menschen, die Menschenrechte, die Demokratie, die Freiheit und vor allen Dingen den Frieden verteidigen kann. Der Friedensgedanke war für mich ein ganz entscheidendes Element, warum ich mich für die europäische Einigung engagiert habe.

Mein Vater ist im Februar 1945, wie wir vermuten, gefallen. Er war lange Zeit vermisst und wurde schließlich für tot erklärt – irgendwo in Pommern, das jetzt zu Polen gehört. Ich bin dann im September 1945 geboren, habe ihn also nie gesehen, und das war, glaube ich, psychologisch gesehen ein starkes Motiv, mich für die Einigung Europas als Friedensidee zu engagieren.

Die Europawahl von 1979 war für mich ein wunderbares Erlebnis, dem Europäischen Parlament anzugehören. Simone Veil als die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments auch zu wählen, Louise Weiss zu hören, die Alterspräsidentin des Europäischen Parlamentes, die eine beachtliche Rede hielt. Sie hatte ja das ganze 20. Jahrhundert fast durchlebt. Egon Klepsch war unser Fraktionsvorsitzender, später von 1992 bis 1994 Präsident des Europäischen Parlamentes und in beiden Ämtern einer meiner Vorgänger.

Ganz entscheidend war das Jahr 1982, der 1. Oktober! Wir werden uns jetzt auch daran erinnern: 30 Jahre Regierungsübernahme durch Helmut Kohl – das war ein ganz ent-

scheidender Moment! Damals sprach man von Eurosklerose. Helmut Kohl trauten damals viele gar nicht viel zu. Er, der aus Rheinland-Pfalz kam, wurde von einigen als provinziell karikiert, aber er entwickelte sich dann zu einem ganz großen deutschen Staatsmann und Europäer. Wie wir alle wissen, ist er ja der einzige lebende Ehrenbürger Europas – neben Jean Monnet, der ja schon vor längerer Zeit verstorben ist.

Ich erinnere mich daran, wie wir Anfang der 1980er Jahre, ich glaube, es war 1983, an der Grenze zu den Niederlanden – das sage ich, weil wir einen niederländischen Gast hier haben – demonstriert haben. Das war in Nordhorn an der Grenze. Mit dabei war der deutsche EU-Kommissar Karl-Heinz Narjes. Wir demonstrierten für den Abbau der Grenzkontrollen. Ich erinnere mich sehr gut an meine damalige Rede. An der Grenze zu den Niederlanden erklärte ich, wir vertrauen Helmut Kohl und Andries van Agt, dem vormaligen niederländischen Ministerpräsidenten, dass es zu einem Grenzabbau kommt, und wie Sie wissen, ist es ja im Rahmen von Schengen auch dazu gekommen.

Ein wichtiger Punkt war für mich 1984 nach der Europawahl. Auf der Liste 1979 hatte ich Platz 4 in Niedersachsen – wir haben also Landeslisten für die CDU Deutschlands – und für die Europawahl 1984 hatte ich das erste Mal den Platz 1 auf der Liste und bekam ihn dann auch 1989, 1994, 1999, 2004 und 2009 wieder. 2004 und 2009 war ich auch Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahlen, was keine formelle Sache ist, weil wir ja Landeslisten haben, sondern mehr eine deklaratorische Sache. 2004 war ich Fraktionsvorsitzender und 2009 Präsident des Europäischen Parlaments.

Aber zurück zu den 1980er Jahren: 1984 wurde ich Vorsitzender des Unterausschusses Sicherheit und Abrüstung des Europäischen Parlaments, nachdem ich vorher schon einen Arbeitskreis geleitet habe innerhalb der EVP. Thomas Jansen war damals Generalsekretär der EVP und auch sehr behilflich, dass ich diese Aufgabe für die EVP bekam. Wir wurden damals belächelt, dass nun das Europäische Parlament sich auch mit Fragen der Sicherheit und Verteidigung befassen sollte, aber mich hat das nie gestört. Das war oftmals in meinem politischen Leben so, dass man die Europäer „belächelt“ hat wegen ihrer Vorstellungen. Aber ich habe es immer mit Helmut Kohl gehalten, der gesagt hat: „Die Visionäre sind die eigentlichen Realisten.“ Damit will ich nicht sagen, dass ich ein Visionär sei oder gewesen sei, sondern einfach nur zum Ausdruck bringen, dass wir, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, mit unseren Überlegungen und Zielvorstellungen immer sehr viel weiter waren als die Parteien auf der nationalen Ebene.

Ein starkes Erlebnis war natürlich in den 1980er Jahren die Entwicklung in Polen, die Entwicklung mit Solidarność, dann Johannes Paul II., der seinen Landsleuten zugerufen hat: „Habt keine Angst!“ Bundespräsident Gauck ist ja gerade dieser Tage in Polen, beim Präsidenten Bronisław Komorowski. Komorowski war zu der Zeit Parlamentspräsident, als ich Präsident des Europäischen Parlaments war. Wir haben eine sehr gute Beziehung entwickelt – insbesondere aber auch mit Donald Tusk, dem aktuellen polnischen Ministerpräsidenten, der auch schon bei mir zu Hause in Bad Iburg war. Das ist ein großes Glück für Polen und Deutschland, dass wir heute so verbunden sind und die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern nie besser waren.

Ich hoffe, dass die Deutschen niemals vergessen, dass die Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 nicht möglich gewesen wäre ohne die Polen, und auch natürlich nicht ohne die Esten, die Letten, die Litauer und all die anderen, die zuvor für die Freiheit eingetreten sind. Das bringt mehr als alles andere zum Ausdruck, dass wir in einer gemein-

samen Wertegemeinschaft leben und nicht nur als auch heutige Europäische Union eine geographische oder politische Gemeinschaft sind, sondern eine wirkliche Wertegemeinschaft. Das hat sehr konkrete Auswirkungen auch auf sehr konkrete Herausforderungen wie gegenwärtig mit Griechenland und der ganzen Frage der Schuldenkrise, was ich aber hier nicht vertiefen möchte.

Im Zusammenhang mit der Einheit Deutschlands fällt mir ein Ereignis ein aus dem Februar 1990, als wir mit einer Gruppe aus dem Unterausschuss Sicherheit und Abrüstung, die geleitet wurde von Jean Penders, meinem niederländischen Freund und unserem sicherheitspolitischen Sprecher im Ausschuss, in Moskau waren. Das war mehr als ein halbes Jahr vor der Einheit Deutschlands. Wir waren dann bei Valentin Falin, dem damaligen zuständigen Mann für die Europapolitik und die internationale Politik des ZK der KPdSU. Wir redeten über die mögliche Einheit Deutschlands und die mögliche Mitgliedschaft in der NATO. Er war gegen beides. Dann hat aber unser Fraktionsmitglied, die heutige Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding aus Luxemburg, eine sehr clevere Begründung gegeben – ich nehme an, Herr Küsters kennt die Geschichte – und hat gesagt: „Herr Falin, Deutschland, das ist so ein großes Deutschland, wenn das wiedervereinigt ist – und wir sind ja dafür, dass es wiedervereinigt wird – dann ist das doch gut, wenn dieses große Deutschland eingebunden wird. Das ist doch auch im sowjetischen Interesse, wenn dieses Deutschland nicht so freischwebend ist, sondern durch die NATO eingebunden wird." Natürlich war Falin nicht dafür. Aber ich fand diese Begründung von einer Luxemburgerin wirklich clever.

Ich habe dieser Tage wieder daran gedacht. Ich war letzte Woche in New York und Washington bei Henry Kissinger und erinnerte mich an einen Besuch des amerikanischen Botschafters Anfang der 1990er Jahre bei mir im Landkreis Osnabrück, der dort eine Rede hielt. Auch er war bei mir zu Hause in Bad Iburg. Ich spreche von Vernon Walters. Walters berichtete, dass er 1989/90 zu Henry Kissinger gegangen sei und gesagt habe: „Henry, tell it to the president, we have to unite Germany now!" Das habe ich Henry Kissinger nochmals berichtet letzte Woche. Da sagt er: „Genauso war es!" Vernon Walters ist zu mir gekommen und Henry Kissinger hat mit Präsident George Bush gesprochen.

Das will ich doch auch zum Ausdruck bringen: Es gab keine Regierung in der Welt, auch in Europa nicht, die Deutschland bei der Einheit so unterstützt hat, wie das der Fall war mit George Bush senior. In Europa hatten wir ja durchaus eine andere Gemengelage. Ich möchte jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen. Aber die wunderbare Erfahrung im Europäischen Parlament war, dass wir dort eine breite Unterstützung für die Einheit Deutschlands hatten, und anders als in einigen Hauptstädten gab es keinen ernsthaften Widerspruch.

Das lag auch daran, dass wir uns über die Jahre seit 1979 hinweg Vertrauen erarbeitet hatten, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ländern uns vertrauten. Ich sage es auch gerade mit Bezug auf die Niederlande. Die Regierung in Den Haag war ja nicht immer so hilfreich für Helmut Kohl, aber die Europa-Abgeordneten aus den Niederlanden waren wirklich wunderbare Freunde. Das hatte auch damit zu tun, weil in unserem EVP-Programm von Selbstbestimmungsrecht aller Europäer einschließlich der Deutschen die Rede war und sich dieses Vertrauen innerhalb der EVP und auch innerhalb unserer Fraktion so entwickelt hatte.

Ein entscheidender Durchbruch war Maastricht 1992 mit der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Dort gab es erstmalig die Mitentscheidung des Parlamentes in einigen Bereichen. Dann wurde ich von der Fraktion beauftragt, seit 1994 war ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender, für unseren Kongress in Toulouse 1995 das Dokument für die Regierungskonferenz von Amsterdam zu entwickeln. Wichtig waren dabei vor allem zwei Aspekte: Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in allen Fragen europäischer Gesetzgebung und die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat in allen Fragen europäischer Gesetzgebung.

Das haben wir zwar nicht ganz erreicht, aber es war ein großer Durchbruch, und ich möchte auch darauf hinweisen, dass von den CDU-/CSU-Kollegen in ganz besonderer Weise neben anderen Elmar Brok, mein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, jetzt wieder Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, in den Regierungskonferenzen eine entscheidende Rolle spielte. Dass wir je nach Position – ich in der Fraktion, er in den Regierungskonferenzen – eng zusammengearbeitet haben, half ungemein. Unsere Vorarbeit in der Fraktion mit dem Kongress und auch der Partei in Toulouse brachte einen wirklichen Durchbruch.

Dann möchte ich darauf hinweisen, und das war ein entscheidendes Element, dass ich in der zweiten Hälfte der Wahlperiode 1994 bis 1999 zuständig wurde für die Fragen der Erweiterung. Die Regierungen hatten zunächst die Erweiterung vorgesehen um Estland, Polen, Ungarn, Slowenien. Litauen, Lettland wie auch die Slowakei waren nicht in dieser ersten Runde. Wir haben dann als Fraktion auf meinen Vorschlag beschlossen, dass aber auch Lettland, Litauen und die Slowakei die Chance haben sollten, mit in die erste Runde aufgenommen zu werden. Wir haben dann gesagt: Wir empfehlen intensive Verhandlungen mit denjenigen, die weit fortgeschritten sind, und Verhandlungen mit denjenigen, die noch nicht so weit fortgeschritten sind – aber mit der Chance, dass sie aufholen können. Wie Sie alle wissen, sind ja dann zehn Länder am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Slowenien plus Malta und Zypern. Also, wir haben es geschafft, Lettland und Litauen und auch die Slowakei, die eine Sonderrolle spielte, mit hinein zu bekommen in diese Aufnahmerunde. Zunächst hat es die Fraktion beschlossen, dann das Parlament, dann hat die Kommission es übernommen und dann auch die Regierungen.

Ein wichtiges Element war die Bildung der Prodi-Kommission 1999 im Herbst. Ich war am 13. Juli 1999 gewählt worden als Fraktionsvorsitzender. Aber wie das immer so ist, wenn man gerade gewählt wurde – man ist noch nicht so stark, dass man all das, was man durchsetzen will, durchsetzen kann. Prodi gehörte nicht zu uns, nicht zur EVP. Er war einst Mitglied, wie Sie wissen, der Democrazia Cristiana, aber hatte die Partei dann verlassen und gehörte also nicht zu uns. Wir in der Fraktion – das war auch besonders mein Anliegen – vertraten die Auffassung, der Wahlsieger sollte sich in der Person des Kommissionspräsidenten wiederfinden. So steht es jetzt auch im Vertrag von Lissabon: dass der Vorschlag für den Kommissionspräsidenten das Wahlergebnis berücksichtigen soll. Das gab es zwar noch nicht in der Vertragsform 1999, aber diese politische Forderung hatten wir schon. Nun konnten wir es nicht, anders als 2004, wo wir Guy Verhofstadt verhindert haben – nicht, weil er kein guter Europäer ist, das ist ein guter Europäer, ein Föderalist, seine Ansichten teile ich völlig, aber er ist ein Liberaler und gehörte nicht zur EVP. Anders als 2004 war ich aber 1999 als neuer Fraktionsvorsitzender nicht stark ge-

nug, um Prodi zu verhindern, so dass wir ihm etwas abhandeln mussten. Dann haben wir uns verständigt auf fünf Punkte. Die drei wichtigsten waren, dass die Kommission erklärt, dass die Präsenz im Plenum des Parlaments Vorrang hat vor anderen Terminen, was aus der Sicht von heute selbstverständlich erscheint. Und auf nationaler Ebene war das immer selbstverständlich, dass die Regierung Parlament zu sein hat.

Ein weiterer wichtiger Punkt war, dass der Kommissionspräsident einen Kommissar entlässt, wenn er nicht mehr das Vertrauen des Parlamentes hat. Da war der Hintergrund, dass die Santer-Kommission ja gescheitert ist an Frau Cresson, weil Santer sie bedauerlicherweise nicht entlassen konnte, denn Chirac, *à la Grande Nation*, zieht nicht einen Kommissar zurück. Nun wollten wir auch erreichen, dass nicht gleich eine ganze Kommission scheitert, wenn ein Kommissar vermeintlich oder wirklich sich fehlverhält. Nun konnte Prodi nicht zusagen, dass, wenn das Parlament es fordert, er dann jemanden entlässt. Das wäre ein Automatismus gewesen, der rechtlich zweifelhaft war. Aber clever, wie er war, hat Prodi dann vor dem Vertrauensvotum für die Kommission jedes Mitglied der Kommission gefragt: „Würden Sie zurücktreten, wenn ich Sie dazu auffordere?“ Dann hat jedes Mitglied der Kommission sich dazu verpflichtet, so dass wir diesen Punkt auch durchgesetzt haben.

Ein dritter Punkt war, dass das Parlament, das ja formell nicht die Gesetzesinitiative hat, die Kommission auffordern kann, Vorschläge für ein Gesetz zu machen. So hat sich die Kommission verpflichtet, diesem Anliegen in der Regel zu entsprechen. Auch da sind wir mit unseren Forderungen durchgekommen. Das war ein wichtiger institutioneller Einstieg.

Sehr wichtig war dann Nizza im Dezember 2000. Chirac trat vor das Europäische Parlament und berichtete über den Gipfel von Nizza. Der Vertrag von Nizza war in der Sache, was die Kompetenzen des Parlaments anging, nicht weiterführend. Wir waren sehr kritisch. Aber die Kollegen bei uns in der Fraktion, die in den nationalen Hauptstädten in der Regierung waren, wie die Spanier mit Aznar, haben natürlich ja gesagt zu Nizza, während wir – CDU/CSU, wir waren in der Opposition – meinten, dass Nizza nicht hinreichend war und nein gesagt haben. Ich armer Kerl stand nun da und musste Chirac antworten und habe gesagt: „Wir werden unsere endgültige Haltung zu Nizza erst dann bekanntgeben, wenn wir wissen, was nach Nizza kommt.“ So habe ich ordentlich auf den Putz gehauen, und so wurde gar nicht erkennbar, dass unsere Fraktion in der Sache gespalten war.

Dann habe ich großen Wert daraufgelegt, dass wir noch vor Weihnachten 2000 als Fraktion einen Antrag stellten für den EVP-Kongress im Januar 2001, der dann durch den damaligen Generalsekretär, den heutigen Generalsekretär des Parlamentes, Klaus Welle, geschrieben wurde. In diesem Antrag forderten wir eine neue Konferenz, die wirklich in der Sache auch weiterführt. Ich werde nie vergessen, wie der heutige italienische Staatspräsident, Giorgio Napolitano, im Januar in der Straßburg-Sitzung auf mich zukam – er war damals Europaabgeordneter, Vorsitzender des konstitutionellen Ausschusses – und zu mir sagte: „Da haben Sie etwas Tolles gemacht, eine solche neue Konferenz zu fordern“. Da habe ich geantwortet: „Machen Sie das Gleiche in Ihrer Parteienfamilie, damit wir das auch bei den Regierungen durchsetzen können!“ Sie wissen, es ist ja dann zum Verfassungskonvent gekommen und zu dem Verfassungsvertrag, der dann bedauerlicherweise in Frankreich und in den Niederlanden im Jahre 2005 abgelehnt wurde.

Es war dann der von mir eigentlich hochgeschätzte niederländische Außenminister Ben Bot, der die törichte Bemerkung machte: „Der Vertrag ist tot.“ Dann habe ich ihm widersprochen, was die eine oder andere niederländische Zeitung auch wiedergab. Dann ist er zu mir in mein Fraktionsvorsitzendenbüro in Brüssel gekommen und hatte leitende Herren aus seinem Ministerium dabei. Einer ist jetzt im Übrigen Botschafter in Berlin. Dann habe ich gesagt: „Herr Außenminister, wie können Sie so etwas sagen? So lange etwas Feuer in der Asche ist, müssen wir doch für unsere gute Sache kämpfen.“ Sie wissen, dass wir schließlich den Vertrag von Lissabon erreicht haben.

Als der Vertrag von Lissabon im Jahre 2008 zunächst abgelehnt wurde in Irland, bin ich in der katholischen Bischofskonferenz gewesen, im Norden Irlands, der Republik Irland! Diese fand in einem Kloster statt, wo ich mit den Bischöfen darüber diskutiert habe. Es gab ja immer auch Anfechtungen von der katholischen Kirche, weil es keinen Gottesbezug gab und auch das Christlich-Jüdische nicht genannt wurde, obwohl unsere Fraktion sich sehr darum bemüht hat. Ich habe dann noch eine Bemühung unternommen in Vorbereitung der Berliner Erklärung vom 25. März 2007, die hier in Berlin unterschrieben wurde von Angela Merkel als Präsidentin des Europäischen Rates, von José-Manuel Barroso für die Kommission und von mir für das Parlament, was schon an sich ein Wunder ist, dass die drei Institutionen sich auf einen Text einigten. Ich hatte die Vollmacht vom Parlament, zu unterschreiben, ohne dass das Parlament den Text im Ganzen kannte. Das ist schon für das Parlament etwas ganz Besonderes. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen die Verfahren – das ist ja alles Psychologie – hinterher noch erläutern. Das würde jetzt hier zu weit führen.

Ich hatte im Vorfeld der Berliner Erklärung bei einem Abendessen Anfang März, als ein Gipfel in Brüssel war, noch einmal eine Bemühung unternommen, dass das christlich-jüdische Erbe genannt würde. Verhofstadt als Ministerpräsident Belgiens hatte mir am Tag vorher zugesichert, dass die Belgier das akzeptieren könnten, hat aber dann, am Tag des Gipfels, mir gesagt, seine Koalition könne das nicht mitmachen. Ich habe das dann gleichwohl noch einmal erwähnt bei dem Abendessen. Ich saß zwischen Angela Merkel, die die Präsidentschaft hatte, und Jacques Chirac, und als ich von einem christlich-jüdischen Erbe sprach, sagte Chirac sofort: „Das ist mit uns nicht zu machen!“ Es kam dann nicht in die Erklärung hinein.

Ich habe – das muss man in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch sagen – am 30. November 2004 vor der Berliner Erklärung einen letzten Besuch bei Johannes Paul II. gemacht, wo er mir ein wunderbares Dokument überreicht hat, in dem er sinngemäß erklärt: Selbst wenn man mit dem, was man erreichen möchte für die Werte des Christentums, auch nicht immer erfolgreich ist, hat es doch seinen Bekenntnischarakter. In meinem Arbeitszimmer in Brüssel hängt dieses Dokument an der Wand und ist eigentlich das schönste Dokument, was ich von Johannes Paul II. habe. Zudem hat er es noch unterzeichnet. Er ist ja dann vier Monate später gestorben.

Unsere Bemühungen waren in Bezug auf den Verfassungsvertrag und dann den Lissabon-Vertrag insofern erfolgreich, als dass wir den Kirchenartikel haben, in dem ja die Kirchen in besonderer Weise herausgehoben sind. Dann haben wir am 12. Dezember 2007 die Charta der Grundrechte am Tag vor der Unterzeichnung des Vertrages von Lissabon im Europäischen Parlament unterzeichnet, um noch einmal unsere Werte zum Ausdruck zu bringen. Barroso, José Sócrates als Präsident des Europäischen Rates und ich haben

im Europäischen Parlament die Charta unterzeichnet, die unsere gemeinsamen Werte verkörpert.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung: Die britischen Konservativen waren ja bis 2009 in unserer Fraktion im Europäischen Parlament. Es war ein langer, langer Weg, bis sie in die Fraktion kamen in den 1990er Jahren. Im Jahre 1999 wurde dann der Name geändert oder ergänzt: EVP-ED-Fraktion, ED für europäische Demokraten.

Ich vergesse nie, das war in Málaga, als Wolfgang Schäuble noch als Parteivorsitzender der CDU und William Hague zu mir kamen. Das war ein paar Tage vor meiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden. Wilfried Martens war für die EVP als der bisherige Fraktionsvorsitzende und natürlich als Vorsitzender der Partei da. Wir beschlossen, unseren Namen zu erweitern in EVP-ED, und ED stand dann für die britischen Konservativen, später auch für die ODS-Leute aus Tschechien, die dann 2004 dazu kamen. Nachdem Hague verschwand, kam Duncan Smith, dann kam Michael Howard. Mit Michael Howard haben wir vor der Europawahl 2004 vereinbart, dass wir den Briten Zugeständnisse machen hinsichtlich unserer Geschäftsordnung der Fraktion. Wir haben dann eine Kommission gehabt, in der auch Marianne Thyssen für Belgien dabei war. Ich bin ein europäischer Föderalist. Es ist immer eine große Hilfe, wenn man Angehörige aus kleinen Mitgliedsstaaten oder Föderalisten dabeihat. Dann haben wir vor der Wahl dahingehend einen Vorschlag für die Änderung unserer Geschäftsordnung gemacht, dass den Briten ein Stellvertreter in der Fraktion zusteht und dass sie in konstitutionellen und institutionellen Fragen ihre eigenen Positionen haben können. Dann wollte ich darüber in einer Fraktionssitzung abstimmen lassen. Ich hatte aber die Psychologie nicht ganz richtig eingeschätzt. Ich glaubte, die Sache sei abstimmungsreif, und dann haben unsere französische Kolleginnen und Kollegen von der UMP an dem Abend den Saal verlassen, nicht die Fraktion, sondern den Saal verlassen, und das war für mich eine Fehleinschätzung, die ich da vorgenommen hatte, weil ich dachte, die Sache ist entscheidungsreif. Dann habe ich mich sehr mit Alain Juppé bemüht, der damals der Parteivorsitzende war, dass die Franzosen einlenken. Ein paar Wochen später haben wir dann über die Änderung unserer Geschäftsordnung abgestimmt. Die Franzosen haben mitgemacht, d. h. sie haben sich der Stimme enthalten, so dass die britischen Konservativen vor der Europawahl 2004 ihre Wünsche durchsetzen konnten. Aber ich habe immer abgelehnt, dass der ED-Teil gleichberechtigt war neben dem EVP-Teil und dass sie in ihren ED-Teil aufnehmen konnten, wen sie wollten. Das war es, was die Briten eigentlich wollten. Das haben wir immer abgelehnt. Es war immer das gemeinsame Dach. In der Gemeinsamkeit hatten wir auch immer die Mehrheit, so dass also die Briten, ich sage jetzt „ihr Unheil", ihren Skeptizismus nicht zu weit treiben konnten. In der Konferenz der Präsidenten hatte ich dann als Fraktionsvorsitzender immer auch so viele Stimmen, wie die Fraktion Mitglieder hatte, so dass ich auch mit den britischen Stimmen für unsere gute europäische Sache eintreten konnte.

Dann erschien David Cameron auf der politischen Bildfläche und versprach seinen Unterhaus-Kollegen, wenn sie ihn denn zum Führer wählen würden, dass er seine Leute aus der Fraktion holen werde. Dann habe ich mit ihm – ich glaube, Januar/Februar 2006 – in London ein Gespräch gehabt. Mittlerweile war er Parteivorsitzender und er wollte seine Leute herausholen. Ich habe ihm gesagt: „Sie werden wortbrüchig, wenn Sie das machen, denn wir haben vor der Wahl mit Michael Howard besprochen, Ihrem Amtsvorgänger, unsere Satzung zu ändern. Vor der Wahl 2004 haben alle konservativen Kandida-

tinnen und Kandidaten unterschrieben, dass sie nach der Wahl in die Fraktion gehen und auch die ganze Wahlperiode ihr angehören.“ Darauf sagte er: „Diese Verpflichtung bin ich nicht eingegangen.“ Ich erwiderte: „Sie stehen in der Verpflichtung Ihrer Partei. Die Politik fängt nicht mit Ihnen neu an.“ Er hat dann später zu Joseph Daul gesagt, das sei eines der unerfreulichsten Gespräche gewesen, die er jemals gehabt habe. Aber das zeigt, dass das Gespräch doch sinnvoll war. Ich war freundlich zu ihm. Der Weg zum Ausgang war sehr weit und so habe ich ihn dann noch begleitet. Wir haben uns freundlich verabschiedet, sind uns einmal dann auch hinterher noch begegnet. Aber das war ein absolut hartes Gespräch.

Dann sind die Briten bis 2009 in der Fraktion geblieben. Cameron hat dann gesagt, er hätte Wort gehalten, aber so ist es meines Erachtens nicht ganz. Wir haben im Parlament alles getan, dass sie keine Verbündeten fanden. Es gab die Fraktion der UEN unter Vorsitz von Brian Crowley, mit dem ich mich wunderbar verstanden habe. Er hatte in seiner Fraktion damals auch die Rechte- und Gerechtigkeitspartei der Kaczynskis aus Polen. Die Polen hatten ihm versichert, sie bleiben auf jeden Fall bis 2009 in der Fraktion, so dass die Briten auch gar keinen Allianzpartner fanden. Es wäre für sie der Super-GAU gewesen, fraktionslos, die so genannten *Non-Inscrits*, zu sein. Also sind sie bis 2009 bei uns geblieben. Cameron meinte dann, die Konservativen hätten ihr Wort gehalten. Aber die Bedingungen waren doch etwas anders. 2009 haben die Briten ja die Fraktion verlassen, und gleichwohl ist die EVP auch bei den Wahlen 2009 und 2004 wie 1999 die stärkste Fraktion geworden.

Hanns Jürgen Küsters: *Herr Pöttering, zunächst einmal ganz herzlichen Dank. Ich denke, dass Sie vielleicht noch zwei bis drei Akzente zu Ihrer Präsidentschaft sagen sollten. Was war für Sie besonders wichtig war?*

Hans-Gert Pöttering: Was war wichtig? Die Wahl war am 16. Januar 2007. Es gab eine Vereinbarung mit den Sozialisten. Wir hatten mit den Sozialisten 2004 nach der Europawahl eine Vereinbarung getroffen, dass wir in der ersten Hälfte einen Sozialisten wählen und in der zweiten Hälfte dann einen Christdemokraten. Das ist dann immer so, dass man keinen Einfluss nehmen kann, wer nun der Kandidat der anderen Fraktion ist. Bei den Sozialisten sah es erst so aus, als ob der frühere französische Ministerpräsident Michel Rocard der Kandidat würde. Er fand aber nicht die Unterstützung der französischen Sozialisten. Die sind im Parlament ziemlich links, und Rocard ist eher ein Mann der Mitte oder, wenn man so will, rechts. Diesen Ausdruck mag ich eigentlich nicht. Jedenfalls wurde dann der Kandidat der Spanier, Josep Borrell, der als Minister schon einen langen nationalen Weg hinter sich hatte, auserkoren. Er war aber völlig neu im Europäischen Parlament. Die Liberalen haben dann in einem sehr gelungenen Coup Bronisław Geremek aufgestellt. Das ist eine großartige Persönlichkeit. Dass ich ein schlechtes Gewissen hatte, wäre übertrieben. Aber ich fühlte mich nicht so ganz wohl, dass wir nun für den Sozialisten Borrell waren. Das hatte nichts mit Borrell als Person zu tun. Aber es war schade, dass wir diesen großen Geremek nicht unterstützen konnten, weil wir ja nun dieses Bündnis mit den Sozialisten eingegangen waren und das auch der Sache immer Stabilität verleiht, wenn die beiden Größten sich auf das Amt des Präsidenten einigen. In

der Folge war ich dann zu Geremek immer besonders freundlich, weil ich mich unwohl fühlte, dass wir nicht für ihn stimmen konnten.

Dann habe ich am – ich glaube, es war am 13. Februar 2007 – eine Programmrede gehalten, die sehr lange dauerte. Ich vertrat den Standpunkt, dass wenn der Präsident des Europäischen Rates die Rede hält, man erwarte, dass der Parlamentspräsident selbstverständlich die Sitzung leitet. Dann habe ich gesagt: Dann ist es auch selbstverständlich, wenn der Parlamentspräsident seine Programmrede hält, dass der Präsident – in diesem Fall die Präsidentin, also Angela Merkel – auch dabei ist. Das war, glaube ich, bisher das einzige Mal, dass der Präsident oder die Präsidentin des Europäischen Rates bei der Programmrede des Präsidenten des Europäischen Parlaments anwesend war. Angela Merkel ist gekommen. Ich weiß noch, wie ich sie am Diplomateneingang am roten Teppich empfing, und sie sagte, sie sei auch gerne gekommen – was auch ehrlich war.

Ich will einen Punkt erwähnen, weil er uns heute noch beschäftigt: Ich habe in meiner Rede ein „Haus der Europäischen Geschichte“ vorgeschlagen, was keine neue Idee war. Bis dato hatte aber niemand diese Idee richtig aufgegriffen und durchgesetzt. Ich war wild entschlossen, dieses nicht nur vorzuschlagen, sondern auch umzusetzen. Dann hat das Präsidium sich auch der Sache angenommen. Wir haben ein Kuratorium unter meinem Vorsitz eingerichtet, was ich auch heute noch habe. Dann haben wir einen Sachverständigenrat einberufen, der ein Konzept erarbeiten sollte unter Vorsitz des Direktors des Hauses der Deutschen Geschichte, Prof. Hans Walter Hütter. Dort ist ein erstes Konzept entwickelt worden. Heute gibt es den Sachverständigenbeirat nicht mehr, sondern einen wissenschaftlichen Beirat unter Vorsitz eines polnischen Historikers. Es gibt mittlerweile auch ein Aufbauteam von etwa 20 Leuten. Die Direktorin ist eine Slowenin. Wir haben einen Architekten-Wettbewerb abgeschlossen, den ein Architektenbüro gewonnen hat, das auch das *Petit Palais* in Paris, ein Museum, umgebaut hat. Wir haben jetzt im Haushalt 2012 13 Millionen Euro. Es wird jetzt ausgeschrieben, wer das Gebäude, was wir hinter dem Parlament in Brüssel haben, errichtet. Dort liegt auch dieser Leopoldpark mit einem kleinen See. Das Eastman-Gebäude gehört für 99 Jahre dem Europäischen Parlament. Hier wird dann umgebaut. Dort wird es auf mehreren Etagen das „Haus der Europäischen Geschichte“ geben mit Schwerpunkten wie den totalitären Systemen des 20. Jahrhunderts, den Kriegen und der europäischen Friedensantwort, der Einigung Europas mit Rückbezügen auf Athen, Rom, das Mittelalter, das Christentum usw. Die ganze Sache wird ca. 50 Millionen Euro kosten: 30 Millionen Euro für den Umbau, 20 Millionen Euro für die Einrichtung des Hauses. Wir werden eine Ausstellungsfläche für eine ständige Ausstellung von 4.000 qm haben und eine Ausstellungsfläche für eine temporäre Ausstellung von etwa 800 qm.

Das ist eigentlich das Wichtigste, was umgesetzt wurde. Es war wahnsinnig schwierig. Ich habe über 10 bis 15 Jahre lang Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, die in der Regel zu mir gekommen sind, geführt. Ich bin in fast alle Büros der Haushälter hineingegangen und habe mit ihnen gesprochen. Sie wollten das Geld erst nicht zur Verfügung stellen und haben gesagt, dass die Kommission und der Rat eingebunden werden müssten. Aber wenn wir die eingebunden hätten, wäre die Sache passé gewesen – dann hätten wir es nie erreicht. Aber was wir erreicht haben, ist, dass Barroso eine schriftliche Erklärung an meinen Nachfolger Jerzy Buzek gegeben hat: Wenn das Gebäude steht und eingerichtet ist, wird die Kommission sich an den Folgekosten beteiligen. Das hat dann

unsere Haushälter, auch die Sozialisten, die das Geld zunächst in die Reserve stellen wollten, versöhnt, so dass sie das auch unterstützten.

Das „Haus der Europäischen Geschichte“ soll vor der Europawahl 2014 eröffnet werden. Das ist ambitioniert, wird auch wahrscheinlich nicht ganz fertig sein, aber wir können es dann eröffnen. Das würde der gegenwärtige Präsident machen, Martin Schulz, so dass die Sozialisten da auch einen Anreiz haben, die Dinge voran zu treiben.

Was gibt es noch zu sagen? Ich sprach schon von Bronisław Geremek. Er ist ja durch einen furchtbaren Autounfall zu Tode gekommen. Es war am 13. Juli 2008. Es gab ein großes Staatsbegräbnis – erst in der Kirche in Warschau. Dabei fiel mir die Einheit von Kirche und Nation in Polen auf. Geremek hatte ja einen jüdischen Hintergrund, aber sein Leichnam im Sarg wurde in der katholischen Kirche aufgebahrt. Angeblich soll er auch katholisch geworden sein. Warum berichte ich das? Es gab dann eine Zeremonie auf dem Friedhof vor dem Ehrengrab. Es gab nur einen nicht polnischen Redner, und das war der Präsident des Europäischen Parlaments, der Deutscher war. Sie können sich vorstellen, wie mich das in einer solchen Situation berührt hat. Dann war der stellvertretende Kommandant des Ghetto-Aufstandes von 1943 da, Marek Edelmann, der im vergangenen Jahr gestorben ist. Er war damals fast 90 Jahre alt und wir hielten uns an der Hand. Er sprach als Übernächster nach mir. Das war ein ganz tiefes historisches Erlebnis für mich, weil einem dabei so viel durch den Kopf geht.

Ein weiterer wichtiger psychologischer Aspekt betrifft das Jahr 2007. Am 21. Dezember 2007 wurde an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze der Abbau der Grenzkontrollen vollzogen. Angela Merkel war als Präsidentin des Europäischen Rates wie auch die Ministerpräsidenten Donald Tusk und Mirek Topolánek anwesend. Wenn man ein Bewusstsein für Geschichte hat und weiß, was Grenzen bedeuten, für einen Krieg und Militär, das Grenzen überschreitet, dann spürt man in einer solchen Stunde, was es heißt, dass die Grenzen nicht mehr da sind. Das war ein tiefes Erlebnis am 21. Dezember 2007.

Ein weiteres Erlebnis aus meiner Sicht hat ebenso eine tiefe symbolische Bedeutung: Ich wollte immer einmal den Bischof von Osnabrück, Franz-Josef Bode, also die Diözese, aus der ich komme, und meinen Freund, den Erzbischof von Oppeln, Alfons Nossol, jetzt emeritiert als Bischof, zu einem Gottesdienst zusammenbringen. Dann bekamen wir schließlich einen Termin, den 12. Juli 2009. Das war zwei Tage vor der Wahl von Jerzy Buzek – und damit auch zwei Tage vor meinem Ausscheiden aus diesem Amt. Ein halbes Jahr vorher hatten wir unseren Kongress der EVP in Warschau. Donald Tusk lud mich zu einem Frühstück ein. Dann habe ich ihm gesagt, dass dieser Gottesdienst am 12. Juli stattfinden werde, woraufhin er meinte, dass er gerne dabei sein wolle. Am 12. Juli haben wir schließlich diesen Gottesdienst gefeiert – mit Donald Tusk, mit Jerzy Buzek, mit Joseph Daul und seiner Frau. Alfons Nossol hat die Predigt gehalten. Er sagte u. a.: „Auf einen polnischen Papst ist ein deutscher Papst gefolgt, und auf einen deutschen Präsidenten des Europäischen Parlaments folgt ein polnischer Präsident des Europäischen Parlaments. So etwas kann nur dem heiligen Geist einfallen.“ Das war eine schöne Begebenheit.

Donald Tusk war auch zu einem anderen Anlass einmal in meiner Wahlregion und hat in meinem Geburtsort Bersenbrück im Gymnasium gesprochen. Das war ein wunderbares Erlebnis. Die Schülerinnen und Schüler haben die polnische Nationalhymne gesungen – auf Polnisch!

Damit darf ich das auch abschließen, wie sich in wunderbarer Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, auch der CDU und der Bürgerplattform entwickelt haben. Das gibt einem wirklich Mut, auch für die Zukunft an diesem wunderbaren und großen Projekt der Einheit Europas weiter mitzuarbeiten.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank für diese eindrücklichen Schilderungen. Könnten Sie uns berichten, wie Sie Abgeordneter des Europäischen Parlaments geworden sind? Sie haben von der Aufbruchstimmung im Jahre 1979 gesprochen! Wie lief Ihre Nominierung zum Kandidaten eigentlich konkret ab? Und eine Zusatzfrage noch: Gab es im Zusammenhang mit der Kollektiv-Demission der Santer-Kommission 1999 auch einen schleichenden Bedeutungsverlust der Kommission? Hat das Europäische Parlament dadurch nicht auch einen Verbündeten mit Blick auf den Rat verloren?*

Hans-Gert Pöttering: Herr Gehler, herzlichen Dank. Zunächst, wie bin ich Europa-Abgeordneter geworden? Wo fängt man da an? 1973/1974 waren Landtagswahlen in Niedersachsen. Ich als Bersenbrücker bemühte mich, Kandidat für den Landtag zu werden, wobei ich eigentlich überhaupt keine Chancen hatte, weil der amtierende Abgeordnete ein früherer Minister für Wirtschaft und Verkehr in Niedersachsen, Karl Möller aus Quakenbrück war. Die Orte spielen jetzt durchaus eine Rolle. Derjenige, der Möller ablösen sollte, war der Kreisvorsitzende der CDU, Reinhard von Schorlemer, dessen Nachfolger ich dann 1990 als CDU-Kreisvorsitzender wurde. Das Wahlgremium bestand aus 23 Personen und man wusste eigentlich vorher, wo sie standen. Diese 23 Leute, es gab einen Kreispartei-Ausschuss, kamen aus dem Wahlkreis Bersenbrück. Die standen alle fest, die hat man also nicht individuell gewählt, sondern man hat durch einen Beschluss festgehalten: Die 23 Leute sind die Wahlleute. Dann gab es Parteifreunde, die sagten: „Wir wollen, dass du Kandidat wirst!“ Ich habe gesagt: „Landtag ist auch schön! Ich habe zwar gar keine Chance, aber machen wir einen Probelauf! Mal sehen, wie das so geht. So wirst du bekannt!“

Dann folgte der erste Wahlgang – geheime Wahl natürlich – von diesen 23 Leuten! Ich erhielt zehn Stimmen. Mir fehlten also zwei Stimmen. Im zweiten Wahlgang orientierte sich das völlig neu. Es ging 15:8 für Reinhard von Schorlemer aus. Auf dem Kreisparteitag habe ich dann Reinhard von Schorlemer beglückwünscht. Heute haben wir ein wunderbares, sehr einvernehmliches Verhältnis. Wir sind jetzt beide Ehrenvorsitzende der CDU im Landkreis Osnabrück.

Dann wurde ich 1974 ganz überraschend Kreisvorsitzender der Jungen Union im Landkreis Osnabrück. Wir waren damals der größte Kreisverband mit über 1.000 Mitgliedern. Dieses Amt behielt ich bis 1976. Dann ergab es sich, dass Wahlen zum Landesvorstand der Jungen Union (JU) stattfanden. Da war Platz für mich. Dann habe ich 1976 für den Landesvorstand kandidiert und bin als Kreisvorsitzender ausgeschieden. Damals hatte ich schon die Europawahlen im Blick. Helmut Schmidt und Valéry Giscard d’Estaing waren die beiden, die die erste direkte Europawahl vorantrieben. Erst sollte sie schon 1978 stattfinden, wurde dann aber um ein Jahr verschoben. Ich wollte europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen werden. Dann haben einige gesagt: „Der spinnt ja, was will der da europapolitischer Sprecher werden!“ Ich bin das dann trotzdem geworden

und hatte auch ein gutes Ergebnis bei der Wahl als Beisitzer erzielt. In der Ämterzuteilung wurde ich dann europapolitischer Sprecher.

Ich glaube, 1977 schied jemand aus dem Bundesvorstand der Jungen Union aus, den Sie auch kennen: Fritz Brickwedde, der heute der Generalsekretär der Deutschen Umweltstiftung ist. Er wollte, dass ich sein Nachfolger im Bundesvorstand der Jungen Union werde, wo jetzt mein ältester Sohn stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Mein jüngerer Sohn ist kohabitiert in den Bundesvorstand der Jungen Union, weil er Vizepräsident der JEP ist, der Jungen EVP. Meine Söhne haben es geschafft, dort hineinzukommen. Bei mir misslang das. Die Entscheidung, ehe sie auf dem Deutschlandtag getroffen wird, fällt zunächst im Land Niedersachsen, also bei der Jungen Union Niedersachsen. Das entscheidende Gremium war der Niedersachsenrat. Dann hatte ich zur Überraschung auf einmal einen Mitbewerber, Bernd Tuck aus Braunschweig. In der folgenden geheimen Wahl erhielten Bernd Tuck 26 Stimmen und ich 26 Stimmen. Dann gab es einen zweiten Wahlgang: Bernd Tuck 26 Stimmen, ich hatte 25 Stimmen, eine Enthaltung. So wurde Bernd Tuck Kandidat und wurde dann auch in den Bundesvorstand gewählt. Ich blieb europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen. Das war vielleicht sogar ganz gut, denn, wer weiß, wenn ich damals in den Bundesvorstand gewählt worden wäre, bliebe es zweifelhaft, ob ich auch dort europapolitischer Sprecher geworden wäre. Zumindest war es fraglich. Ich blieb also zunächst europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen. 1978 kam, ich sagte ja eben schon: „Hast du einen Opa, schick' ihn nach Europa“. Davon habe ich damals profitiert, obwohl ich jetzt auch schon zweimal Großvater bin. Aber jetzt sind wir ja nicht im Jahr 1979, sondern im Jahr 2012. 1978 hatten wir unseren Niedersachsentag, den Landestag der Jungen Union. Ich habe vorgeschlagen, dass wir uns mit europäischen Sachthemen befassen, mit drei konkreten Themen: europäische Institutionen, Außen- und Sicherheitspolitik und Wirtschaft und Währung. Ich war Vorsitzender der Kommission. Die Themenpunkte wurden in Wolfsburg im Juli 1978 beschlossen. Ernst Albrecht war damals unser Ministerpräsident. Er lobte unser Programm. In der weiteren Folge hat mich der Niedersachsentag als Europakandidaten nominiert.

Natürlich verkürze ich jetzt etwas. Am Vorabend der Nominierung gab es noch eine lange Debatte im Landesvorstand der Jungen Union Niedersachsen, ob der Niedersachsentag den Kandidaten nominiert oder der Niedersachsenrat, ein kleineres Gremium, das erst später getagt hätte. Dann sprach sich eine Mehrheit aber dafür aus, dass der Niedersachsentag die Nominierung vollzieht. Nach meiner Kenntnis ist das das einzige Mal gewesen, dass ein JU-Kandidat für ein Parlament auf einem Niedersachsentag nominiert wurde. Es war schon eine komische Situation. Ich habe mich dann für die einstimmige Wahl bedankt und erhielt ständigen Beifall, weil ich immerzu dankte.

Damit war ich der Kandidat der JU Niedersachsen. Aber das reicht ja nicht aus. Die Junge Union alleine kann ja nicht den Kandidaten aufstellen. Ich kam aus dem Bezirksverband der CDU Osnabrück-Emsland. Deren Vorsitzender war damals Werner Remmers, der im 2011 verstorben ist. Er war Fraktionsvorsitzender, Minister, Bezirksvorsitzender in Osnabrück-Emsland, der später Christian Wulff sehr gefördert hat. Christian Wulff wurde dann Remmers' Nachfolger als Bezirksvorsitzender, was ich eigentlich auch hätte werden wollen. Es ist aber ganz gut, dass alles anders gekommen ist. Christian Wulff wurde Vorsitzender, so dass ich der Kandidat der CDU Osnabrück-Emsland für die Europawahl 1979 wurde und den Platz 4 von 5 auf der Liste erhielt.

Kommen wir auf Herrn Gehlers zweite Frage hinsichtlich der Kollektiv-Demission der Kommission Santer zu sprechen: Ich habe jetzt nicht alle Details im Kopf. Der Hauptpunkt war aber die Causa Cresson. Es gab Unregelmäßigkeiten oder vermeintliche Unregelmäßigkeiten mit irgendwelchen weiteren Abrechnungen. Es entstand eine problematische Atmosphäre. Es liegt noch so vieles im Argen. Das war nicht in Ordnung. Ich weiß nicht, nannten Sie den Namen Reimer Böger? Er ist Haushälter. Ihn würde ich Ihnen empfehlen. Er ist der Abgeordnete für Schleswig-Holstein. Führen Sie mit ihm ein Gespräch. Da die Sache mit Cresson sich nicht löste, weil Chirac sie nicht fallen ließ, war es am Ende so, dass der brave und wirklich von mir hochgeschätzte Jacques Santer dann einem Misstrauensvotum vorgriff, indem die Kommission insgesamt zurücktrat.

Ich sehe das nicht als Schwächung der Kommission, aber man kann auch der Kommission, die ja eine Art Regierung ist nach unserem Verständnis, nicht immer alles durchgehen lassen. Wir sind zwar Verbündete in den Grundsatzfragen, aber es gibt auch Punkte, wo man unterschiedlicher Meinung ist.

Ich erinnere mich daran, dass mir später Barroso einmal sagte, wenn ich ihn kritisiert hatte, er damit nie zufrieden war. Gestatten Sie mir, dass ich festhalte: Für Barroso habe ich viel getan, dass er der Kommissionspräsident wurde. Das ist jetzt nicht unser Thema, aber das glaube ich, darf ich für mich in Anspruch nehmen. Wenn ich ihn kritisiert hatte, entgegnete er mir häufig: „Warum kritisierst du mich? Ihr müsst mich doch unterstützen!“ Ich sagte: „Wenn wir Anlass zur Kritik sehen, dann artikulieren wir Kritik. Wenn es einmal wirklich ernst wird, und ich dich aber immer nur lobe, kann ich dich in einer ernsthaften Situation auch nicht verteidigen.“ Es ist alles ein wenig filigraner, sodass wir trotz der Tatsache, dass wir im Kern Verbündete sind, aber gleichwohl Kritik üben müssen.

Was den Rat angeht, sind wir heute mit Lissabon in der Situation, dass der Europäische Rat das starke Gremium ist. Die armen Leute im Rat müssen nun fast schon uns, das Parlament, bitten, etwas zu tun, damit der Rat wieder stärker wird.

Santer selbst genießt für mich höchstes Vertrauen.

Wenn wir schon damals jene Übereinkunft gehabt hätten, die wir dann mit Prodi erreicht haben – und mit Prodi haben wir das ja gemacht, weil wir die Santer-Erfahrung mit Cresson hatten, mit dem Misstrauen gegen ein Mitglied der Kommission –, hätte Jacques Santer seine Kommission wunderbar zu Ende führen können. Aber so weit waren wir noch nicht. So ist er ein Opfer geworden – besser gesagt: die ganze Kommission. Aber wir haben daraus gelernt und das Verfahren institutionell aufgrund dieser Erfahrung vorangebracht.

Burkard Steppacher: *Ich würde gerne auf das Verhältnis zwischen Parlament und Kommission zu sprechen kommen, das Sie lange Jahre miterlebt haben. Was hat sich in den Jahren verändert?*

Hans-Gert Pöttering: Es hat sich sehr viel verändert! Die Kommission weiß, dass das Parlament für sie von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Laissez-faire oder Laissez-aller, was die Kommissare und auch die Kommissionsbeamten insbesondere über lange Zeit in den 1980er Jahren genießen konnten, gibt es heute nicht mehr. Wenn das Parlament heute jemanden in der Kommission kritisiert, hat das schon Folgewirkungen. Der arme José-Manuel Barroso! Obwohl er auch wirklich persönlich ein Freund ist, hat er ein

wahnsinnig schwieriges Amt, weil ihn etwa im Rat alle bedrängen. Es wollen auch nicht alle in eine Richtung gehen, sondern auch in verschiedene. So ist es auch im Parlament. Die EVP will Fraktionen unterstützen oder lässt vielleicht auch etwas durchgehen, was man sonst vielleicht kritisieren müsste. Dann gibt es noch die Sozialisten, die Liberalen, die Grünen und die Europaskeptiker – die nehmen wir ja nicht wirklich ernst, obwohl man sie ernst nehmen müsste. Wenn diese Kräfte auf die Kommission einschlagen, hat das aus unserer Sicht keine Überzeugungskraft. Wenn aber die Pro-Europäer die Kommission kritisieren, dann macht das die Kommission schon nervös – und auch den Kommissionspräsidenten. Weil so viele an dem Kommissionspräsidenten ziehen – im Rat und im Parlament, und dann in unterschiedliche Richtungen –, sage ich immer, dass er wirklich eines der schwierigsten Ämter hat, die es auf der Welt gibt. Der amerikanische Präsident ist sicher mächtiger, aber ich glaube, dass es manchmal einfacher ist, amerikanischer Präsident zu sein als Präsident der Europäischen Kommission. Insgesamt kann man sagen, dass sich die Parlamentarisierung der Kommission oder die Verantwortlichkeit der Kommission gegenüber dem Parlament doch sehr beachtlich erweitert hat. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass mit dem Sturz der Kommission durch das Parlament die Kommission das Parlament zum ersten Mal als eine wirkliche Realität wahrgenommen hat. Bis dahin gab es eine gewisse Arroganz gegenüber dem Europäischen Parlament. Es wurde eigentlich in seiner Bedeutung nicht wahrgenommen. Das habe ich sehr gut in Erinnerung.

Ulrich Lappenküper: *Der deutschen Regierung wird ja mitunter nachgesagt, dass sie bei der Durchsetzung von bestimmten Spitzenpositionen – nicht zuletzt auch im Vergleich zu Frankreich – etwas nachlässig reagiert, also nicht so mit Herz die Dinge vorantreibt, wie das möglicherweise im vermeintlich deutschen Interesse sein könnte. Ich habe da aber nicht zuletzt die Kommission von Jacques Delors im Blick: die Amtseinführung oder die Durchsetzung dieser Personalie. 1984 war ja nicht zuletzt Kurt Biedenkopf als Kommissionspräsident im Gespräch. Helmut Kohl hat ihn ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr so favorisiert. Man kann vielleicht auch sagen, dass er ihn im Kampf, im Wettstreit mit François Mitterrand fallen gelassen hat. Können Sie ein wenig die Hintergründe erhellen, warum Kohl sich so stark auf Jacques Delors als kommenden Kommissionspräsidenten eingelassen hat und dann seinen zunächst einmal eigenen Kandidaten Biedenkopf nicht mehr favorisiert hat?*

Die zweite Frage lautet: Sie haben zuvor die unterschiedlichen Positionen der Bündnispartner im Rahmen der Wiedervereinigung angesprochen. Da ich mich sehr intensiv mit der Rolle Frankreichs und vor allen Dingen auch François Mitterrands diesbezüglich beschäftigt habe, würde mich interessieren, wie eigentlich im Europaparlament die Positionen oder die Wiedervereinigungspolitik, wenn man es denn so bezeichnen kann, Mitterrands bei den eigenen Sozialisten oder auch bei den anderen französischen Parlamentariern goutiert worden ist?

Hans-Gert Pöttering: Vielen Dank, Herr Lappenküper. Zunächst zur Frage Biedenkopf/Delors und warum Kohl nicht Biedenkopf zum Kommissionspräsidenten durchgesetzt hat. Dazu kann ich Ihnen leider nichts sagen, weil ich damals gar nicht im Spiel war. Aber ich werde, wenn Sie nicht ohnehin einmal mit Herrn Biedenkopf sprechen, ihn,

wenn ich ihn das nächste Mal sehe, danach fragen. Ich habe nicht in Erinnerung, aber das mag ein Defizit auf meiner Seite sein, dass er Kommissionspräsident werden sollte.

Aber ich kann Ihnen etwas zu der Zeit sagen, nachdem Delors Präsident geworden war. Es war ein großes Glück, dass Delors, der ja Sozialdemokrat oder nach französischen Begriffen Sozialist ist, auch zu einem großen Teil christdemokratische Überzeugungen hat, etwa was die soziale Marktwirtschaft oder das Christentum angeht. Es war ein großes Glück, dass er inhaltlich in vielen Fragen sehr nah bei Helmut Kohl stand. Insofern konnte sich Delors absolut auf das Vertrauen von Mitterrand und Kohl, also von beiden, stützen. Das hat es in dieser Form so nicht wieder gegeben. Ich erinnere mich daran, dass Helmut Kohl einmal, als es um die Verlängerung des Mandates von Delors ging, sagte, dass wir ihn als Kommissionspräsidenten behalten müssen. Das muss 1989 gewesen sein. Ich glaube, ich bin nicht indiskret, wenn ich das sage. Das ist etwas Positives. Delors war, anders als Mitterrand, immer ein Unterstützer der Einheit Deutschlands. Das hängt auch mit diesem Gemeinschaftsbewusstsein zusammen, wie wir es auch in der EVP hatten. Wenn Sie ein Programm haben, in dem von dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker die Rede ist, einschließlich des deutschen Volkes, dann können Sie eigentlich nicht dagegen sein. Es war wirklich auch Vertrauen geschaffen worden. Schauen Sie sich einmal den Fall Griechenland an! Man lässt nicht einfach jemanden alleine! Man durfte die Deutschen nicht alleine lassen mit ihrem Anliegen der Wiedervereinigung! Die Wiedervereinigung war nicht etwas, in der es darum ging, einfach nur ein größeres Land zu schaffen. Es ging um Werte! Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer sagen: Die Europäische Union ist etwas, das mit Werten zu tun hat. Wenn man eine Wertegemeinschaft ist, ist es wie in einer Familie – dann schließt man nicht einfach jemanden aus, wenn es Probleme gibt! Man ist und bleibt eine Familie – und man muss Brücken bauen.

Nehmen wir jetzt ein anderes Beispiel – nämlich die Reaktionen in Europa auf die ÖVP-FPÖ-Koalitionsbildung in Österreich im Februar 2000. Ich war damals Fraktionsvorsitzender. François Bayrou (UDF), ein Franzose, der ein guter Europäer ist, aber völlig auf sich konzentriert, rief mich aus Paris an. Ich leitete gerade eine Fraktionssitzung in Brüssel. Eigentlich war auch er Mitglied der Fraktion. Er sagte zu mir: „Werft die Österreicher raus, sonst gehen wir!“ Ich entgegnete ihm, dass wir doch erst einmal alle eine Nacht darüber schlafen sollten. Dann hatten wir im März 2000 Studientage in Paris. Ein Emissär aus dem Elysée Palast kam zu mir und sagte: „Der Präsident“ – also Chirac – „lädt die Fraktionen zu einem Empfang in den Elysée ein – aber ohne die Österreicher!“ Dann habe ich spontan, ohne jemanden zu konsultieren, gesagt: „Dann geht keiner!“ Selbst die Kritiker in unserer Fraktion an dem Schüssel-Haider-Bündnis in Österreich haben gesagt: „Das hast du richtig gemacht! Wir können es niemandem gestatten, von außerhalb unserer Fraktion auf uns Einfluss zu nehmen!“

Dann trafen wir uns einmal in Madrid bei Aznar. Aznar kam ja von weit rechts. Er hatte wohl auch Legitimitäts- oder Legitimationswünsche. Von Problemen zu sprechen, wäre verfehlt. Aznar wollte sich in seiner Wahl als Mann der Mitte darstellen. Dazu passten nun diese Freunde, die in Österreich mit den Rechten koalierten, gar nicht. Ich erinnere mich noch genau an diese Sitzung: Links von mir saß Silvio Berlusconi, rechts Wilfried Martens und Margaretha af Ugglas, die zuvor schwedische Außenministerin gewesen war. Sie hatte dem spanischen Ministerpräsidenten Aznar gesagt: „Als unsere schwedische Moderate Sammlungspartei gemeinsam mit der spanischen Alianza Popular,

die von rechts kam, in die EVP aufgenommen wurde, bin ich in Schweden angegriffen worden, weil wir nun in einer Parteienfamilie sind! Aber ich habe die Alianza Popular in Schweden verteidigt! Nun erwarte ich auch von Ihnen, Herr Aznar, dass Sie jetzt unsere österreichischen Freunde verteidigen, die ein Manifest oder eine Präambel vor der Regierungsvereinbarung haben!“ Berlusconi sagte nur zu mir: „Red‘ du einmal! Ich unterstütze dich, aber ich kann hier jetzt nicht reden, aber mach‘!“ Solche Begebenheiten habe ich erlebt.

Ein ähnlicher Fall betrifft Ungarn: Vieles ist da sicher nicht in Ordnung. Aber man schmeißt Fidesz nicht einfach aus der EVP heraus oder behandelt sie nicht als Aussätzige. Zunächst einmal ist man eine Familie, und da muss man eine Brücke bauen. Intern muss man dann wirklich hart mit ihnen ringen. Das wurde intern auch getan.

Aber kommen wir zurück zu Delors: Delors hat die Einheit Deutschlands immer unterstützt. Es war ein großes Glück, dass sich hier mit Delors, Kohl und nach einigem Hin und Her auch Mitterrand drei Personen fanden, die die deutsche Einheit natürlich auch als Chance begriffen, um Europa massiv nach vorne zu bringen. Das war schon eine wirklich glückliche Konstellation. Es zeigt auch, wie wichtig es ist, eine starke Kommission als Gemeinschaftsinstitution zu haben. Auch das Parlament hat sich parallel zu diesem Prozess als stark erwiesen.

Während dieser Phase haben natürlich auch die deutschen Sozialdemokraten in der sozialistischen Fraktion eine positive Rolle gespielt und es geschafft, dass die anderen mitgingen. Der spanische Ministerpräsident Felipe González war ja innerhalb der Europäischen Union einer, der Helmut Kohl mit am stärksten unterstützt hat. Wenn die spanischen Sozialisten diesen Weg mitgehen, dann ist das schon eine starke Unterstützung.

Tim Geiger: *Ich würde gerne auch zwei Fragen stellen. Eine bezieht sich auf Ihre Tätigkeit im Abrüstungsunterausschuss. Wie war zur Zeit der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses zumindest in Deutschland, aber eben nicht in Belgien oder den Niederlanden, Ihr Verhältnis zu den Kollegen? In diesen beiden Benelux-Staaten wartete man ja noch auf die Stationierung der versprochenen* Cruise Missiles. *Gab es intern Spannungen in der EVP-Fraktion? Haben Sie versucht, vielleicht auch im deutschen Interesse, die Kollegen aus den Niederlanden und Belgien zur* Cruise-Missile-*Stationierung zu bewegen? Oder wurde das gar nicht thematisiert in Ihrem Gremium?*

Die zweite Frage bezieht sich auf das, was Sie im Vorgespräch schon angesprochen hatten. Im öffentlichen Bewusstsein sind hier die Europapolitiker in den nationalen Gremien sehr viel weniger präsent als Leute, die sich stark mit Innenpolitik oder normaler Außenpolitik befassen. Könnten Sie uns vielleicht schildern, wie Sie praktisch im Hintergrund versuchen, europapolitische Themen gerade auch in der CDU durchzusetzen, zu promovieren und Einfluss zu nehmen?

Hans-Gert Pöttering: Herr Geiger, zur ersten Frage hinsichtlich der Mittelstrecken-Raketen: Ich erinnere mich nicht daran, dass wir das in extenso stark behandelt hätten. Sicher haben wir am Rande darüber gesprochen. Uns ging es zunächst darum, das Thema Sicherheitspolitik in die europäischen Institutionen zu bringen. Sie erinnern sich daran: Zunächst war ja die Rede von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Die Außenminister, wenn sie als allgemeiner Rat zusammenkamen, als Gesetzgeber, tagten

an einem Ort. Wenn sie im Rahmen der EPZ zusammenkamen, tagten sie an einem anderen Ort. Das war ja das Irre. Ich erinnere mich, wie wir unsere erste Anfrage ins Parlament einbrachten und der damalige – später wurde er dann Kollege – luxemburgische Außenminister Jacques Poos auf unsere Anfrage zur Sicherheitspolitik antwortete. Wenn ich mich richtig erinnere, war das die erste Begebenheit dieser Art. Das war noch im Parlament in Luxemburg, wo wir ja schon lange nicht mehr tagen. Erstmalig gab es im Parlament eine Antwort zu Fragen der Sicherheitspolitik. Das war ganz allgemein, aber es war ein irrer Weg. Gestern war laut CDU-Vorstands-Terminkalender Tagung des Verteidigungsministerrates der EU. Das ist mit damaligen Verhältnissen gar nicht vergleichbar. Das ist ein weiter Weg, den wir gegangen sind. Das kann man sich aus der Sicht von heute gar nicht mehr vorstellen, wie sich das entwickelte. Im Kontext der so genannten feierlichen Erklärung von Stuttgart von 1983 haben wir beschlossen, dass man die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheitspolitik beraten solle. Das war ein erster Schritt, der auf Emilio Colombo und Hans-Dietrich Genscher zurückzuführen war. Wir haben dann durch Berichte, die wir im Parlament erstellt haben, gesagt, dass über alle Aspekte der Sicherheitspolitik im Rahmen der damaligen Europäischen Gemeinschaften beraten werden solle – einschließlich der militärischen. Ehe das alles angenommen wurde, dauerte es lange. Erst im Vertrag von Maastricht von 1993 wurden diese Aspekte aufgenommen. Es ging bei uns weniger um die Stationierung von Mittelstreckenraketen, sondern um den Weg und darum, dass man sich mit den Fragen überhaupt befasst.

Ich erinnere mich daran, dass wir einmal eine Debatte hatten, bevor der Unterausschuss „Sicherheit und Abrüstung“ gebildet wurde. Auch einige ehemalige Generäle waren beteiligt – Wolfgang Schall war einer von ihnen. Die Generäle wollten gleich über Nuklearwaffen reden. Sie meinten, dass Europa Nuklearwaffen brauche. Da habe ich immer gesagt: „Damit anzufangen bringt gar nichts. So erreichen wir nichts!“ Sie brauchen ja in der Politik die Vernünftigen – auch diejenigen der anderen Parteien. Wer eine sehr kluge und gute Rolle gespielt hat, war Klaus Hänsch, der später auch Parlamentspräsident wurde. Er stimmte mit mir in diesen Fragen praktisch überein. Wir sind dann sehr, sehr behutsam den Weg gegangen.

Vielleicht sollte ich Ihnen noch die Situation schildern, wie es zu dem Namen des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ kam: Die Sozialisten wollten den Unterausschuss „Abrüstung“ nennen. Wir wollten ihn „Sicherheit“ nennen, weil wir der Meinung waren, dass Abrüstung keine Sicherheitspolitik ist. Zur Sicherheitspolitik gehört sehr viel mehr: wirtschaftliche, politische, diplomatische Aspekte und vieles mehr. Wenn man sich aber auf einen Aspekt beschränkt, der ohne Zweifel wichtig ist, werden Sie nie eine Sicherheitspolitik haben.

Dann hatten wir einmal innerhalb unserer Fraktion eine Auseinandersetzung über die Frage, wie wir uns gegenüber den Amerikanern in Fragen der Sicherheitspolitik verhalten sollen. Leo Tindemans etwa, den ich hochschätze, war zweieinhalb Jahre lang Fraktionsvorsitzender als Vorgänger von Wilfried Martens. Leo Tindemans hatte immer Angst, dass uns eine europäische Sicherheitspolitik von den Amerikanern abkoppelt. Ich habe gesagt: „Lieber Leo, wir wollen eine gleichberechtigte Säule mit den Amerikanern! Gleichberechtigt mit den Amerikanern, nicht weg von den Amerikanern! Gleichberechtigt! Aber dafür müssen wir zunächst stark sein! Wir Europäer müssen zusammenkommen!“ Um mich selbst zu verpflichten, dass unser Selbstverständnis nicht weg von Amerika hieß,

sondern Teil der NATO zu sein, habe ich immer in mein eigenes Notizbuch „U-S-A“ geschrieben: Unterausschuss Sicherheit Abrüstung! So wusste ich: Vergiss das nie! Es ist nicht gegen die Amerikaner! Wir wollen nur gleichberechtigt mit den Amerikanern sein. Darum ging es!

Kommen wir auf Ihre zweite Frage zu sprechen: Gremien der CDU. Helmut Kohl war in den 1970er Jahren so clever und einsichtig, einen Passus in das Statut der CDU aufzunehmen, der sinngemäß Folgendes beinhaltet: Wenn die CDU auf europäischer Ebene den Fraktionsvorsitzenden oder den Parlamentspräsidenten stellt, gehören diese Personen automatisch mit Stimmrecht dem Präsidium und dem Bundesvorstand der CDU an. Das galt damals lange für Egon Klepsch, der Fraktionsvorsitzender und von 1992 bis 1994 auch EU-Parlamentspräsident war. Dann wurde dieser Passus für mich von 1999 bis 2009 wirksam, da ich ja von 1999 bis 2007 Fraktionsvorsitzender und von 2007 bis 2009 Parlamentspräsident war.

Dadurch war ich voll gleichberechtigt. Jetzt bin ich als ständiger Gast für die Konrad-Adenauer-Stiftung im Vorstand, so wie mein Vorgänger, unser hochgeschätzter Ehrenvorsitzender Bernhard Vogel, der aber früher auch vollwertiges Mitglied des Bundesvorstandes war und immer mit den höchsten Ergebnissen gewählt wurde. Schon als Ministerpräsident war er ja auch im Präsidium.

Ich empfehle meinen Kolleginnen und Kollegen immer, dass sie Parteiämter auch auf der regionalen und Landesebene wahrnehmen. Als Landesvorsitzender ist das ein wenig schwieriger. Bezirksvorsitzender oder Kreisvorsitzender zu sein geht. Ich war 20 Jahre lang Kreisvorsitzender – nicht, weil ich es angestrebt habe, sondern weil es sich einfach entwickelt hat. Vieles habe ich angestrebt, aber der Kreisvorsitz und auch der Vorsitz in der Konrad-Adenauer-Stiftung gehörten nicht dazu. Das entsprach nicht meinem Ehrgeiz. Es hat sich einfach ergeben, weil andere mich vorschlugen. Wenn die Europa-Abgeordneten in den regionalen Parteien stark verwurzelt sind, hilft das unserer europäischen Sache. Ich habe viele Kollegen, die entweder Kreisvorsitzender oder Bezirksvorsitzende sind und dann auch in die Landesvorstände oder in den Bundesvorstand gewählt sind, z. B. Elmar Brok. Er ist Beisitzer im Bundesvorstand und der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe. Er ist auch kohabitiert oder ständiger Gast im Bundesvorstand der CDU.

Sprechen wir noch über die Medienpräsenz: Die Medien nehmen nach wie vor die Europapolitik, sofern sie Politik im Europäischen Parlament ist, nicht so wahr, wie es eigentlich erforderlich wäre. Wenn Sie Debatten haben, schauen Sie sich diese Talkshows an. Sie finden dort in der Regel keine Europa-Abgeordneten. Die Europapolitik wird in den Medien leider nicht wirklich ernst genommen. Es ist zwar schon besser geworden, aber daran muss man auch weiterarbeiten.

Godfried Kwanten: *Sie haben schon von Leo Tindemans gesprochen. Mich interessiert insbesondere die Rolle der belgischen christlichen Demokraten in der Europapolitik. Wie würden Sie die Bedeutung der belgischen Christdemokraten in Fraktion, Parlament und in der Europapolitik im Generellen beurteilen?*

Hans-Gert Pöttering: Ich muss Ihnen sagen, dass ich höchste Achtung vor meinen belgischen Kolleginnen und Kollegen habe. Ich nenne sehr anerkennend Marianne Thyssen, die eine wunderbare Rolle in unserer Fraktion gespielt hat. Sie ist eine wirklich

überzeugte europäische Föderalistin. Das Gleiche gilt für Wilfried Martens. Ich habe vor einigen Tagen noch mit Wilfried Martens telefoniert. Er ist ein wirklicher Anwalt der bundesstaatlichen Ordnung Europas, des Föderalismus. Er verfügt ja auch über eine große Erfahrung als Ministerpräsident von Belgien. Er amtierte 13 Jahre lang. Leo Tindemans, Karlspreisträger der Stadt Aachen, war EVP-Fraktionsvorsitzender von 1992 bis 1994. Es war dann bitter, als er den Fraktionsvorsitz aufgeben musste und Wilfried Martens sein Nachfolger wurde. Das Verhältnis der beiden ist sicher steigerungsfähig – in positiver Weise. Ich aber habe zu beiden immer ein sehr gutes Verhältnis gehabt. Für mich war vor allen Dingen immer die Sache der Maßstab.

Zu den weiteren wichtigen belgischen Akteuren zählt Herman van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates. Er war Präsident des Parlaments in Belgien, als ich Parlamentspräsident des Europäischen Parlaments war. Er war der Erste, der hier in Berlin am 9. November 2010 die Berliner Europarede gehalten hat. Wir wollen immer am 9. November einen Präsidenten der Europäischen Institutionen sprechen lassen. Der 9. November, das wissen Sie, ist der Tag des Falls der Mauer, aber auch in anderer Weise bedeutend, etwa in Bezug auf die sogenannte Reichskristallnacht von 1938. Ich habe mit Herman van Rompuy nicht so eine enge Beziehung wie mit Wilfried Martens. Wir stehen in Kontakt. Ich kann nur sagen, dass ich auch höchsten Respekt vor Jean-Luc Dehaene habe, der eine wirklich gute Rolle im Verfassungskonvent gespielt hat und sehr föderalistisch ausgerichtet ist. Die Zusammenarbeit mit den belgischen Parteikollegen ist wirklich gut.

Michael Gehler: *Gérard Deprez?*

Hans-Gert Pöttering: Deprez war früher auch bei uns. Er ist mittlerweile aber nicht mehr im Parlament. Deprez ist dann zu den Liberalen gegangen.

Mathieu Seegers: *Wie gestaltete sich das Verhältnis von Helmut Kohl zu den niederländischen Christdemokraten?*

Hans-Gert Pöttering: Der sozialdemokratische niederländische Ministerpräsident Wim Kok und Helmut Kohl hatten ein sehr gutes Verhältnis, während Kohl zu Koks Vorgänger Ruud Lubbers kein gutes Verhältnis hatte. Helmut Kohl hatte den Eindruck, dass er durch die niederländische Regierung Lubbers wie auch durch Außenminister Hans van den Broek für die deutsche Einheit nicht die Unterstützung fand, wie er sich das vorstellte. Dann wollte Lubbers später EU-Kommissionspräsident werden. Helmut Kohl, der ja dann ganz offen ist, hat ihn dann gefragt, wie er sich vorstellen könnte, dass er ihn unterstütze. Schließlich fand Kohls Anliegen der deutschen Einheit bei Lubbers zuvor auch keine Unterstützung. Insofern gab es leider Kontroversen.

Ich will aber auch noch etwas anderes zum Verhältnis Niederlande und Deutschland sagen, damit wir uns nicht nur auf einer kritischen Ebene begegnen: Eines der bemerkenswertesten Gespräche, das ich in meinem Leben hatte, war ein 40-Minuten-Gespräch unter vier Augen mit Königin Beatrix. Ich muss sagen: Das war eine so wunderbare Unterhaltung. Die Atmosphäre, die Offenheit waren bemerkenswert. Sie erzählte mir so vieles, obwohl sie mich ja gar nicht so gut kannte. Ich will ein Detail erzählen, weil

sie es auch irgendwo einmal öffentlich angedeutet hat. Ich saß einmal beim Mittagessen aus Anlass einer Rede vor dem Europäischen Parlament neben ihr. Beim Essen saß ich aus protokollarischen Gründen – ich war der Vorsitzende der größten Fraktion des Parlaments – rechts neben dem Gast. Dann habe ich mich mit ihr unterhalten. Ich sagte zu ihr: „Majestät“ – das hört sie ja gerne – „ich habe sehr geschätzt, wie Sie sich im Jahr 2000 in der Causa Österreich verhalten haben – ganz im Gegensatz zu den Belgiern.“ Der damalige belgische Außenminister Louis Michel ließ ja verlauten, dass man die Kinder nicht nach Österreich in die Skiferien fahren lassen sollte. Dann hat die Königin – ich glaube, das darf ich sagen, ohne indiskret zu sein – gesagt: „Ja, ich habe mir überlegt, was ist folgenreicher? Wenn ich mich so verhalte wie immer oder wenn ich mein Verhalten ändere? Es ist besser, ich mache es so, wie ich es immer gemacht habe!“ Ich empfand das als sehr weise Entscheidung. Das war eine wunderbare Begegnung mit Königin Beatrix.

Thomas Jansen: *Welche Rolle hat die deutsche Gruppe in der EVP-Fraktion gespielt?*

Hans-Gert Pöttering: Die deutsche Gruppe war immer sehr entscheidend, weil sie wirklich in der Mitte der Fraktion war. Zu den Föderalisten innerhalb der Fraktion zählten die belgischen Freunde, die Niederländer, die Luxemburger ohnehin und auch die Italiener. Die föderalistisch-bundesstaatlichen Überzeugungen waren und sind auch die Überzeugung der CDU. Bei der CSU ist es in Nuancen anders, aber im Europäischen Parlament sind die Freunde der CSU immer unseren Weg mitgegangen. Ich habe immer gesagt: Im Europäischen Parlament sind die CDU-Abgeordneten etwas mehr CSU und die CSU etwas mehr CDU. Insofern schätze ich sehr unsere Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Ich hätte meine Aufgaben, die ich dann wahrnehmen durfte, wahrscheinlich gar nicht in dem Wettbewerb mit anderen wahrnehmen können, wenn ich nicht immer die CSU an meiner Seite gehabt hätte. Die CDU/CSU war immer offen für die Einbindung der britischen Konservativen. Deswegen kam es auch zur großen Enttäuschung mit ihnen bzw. mit Cameron, der ja jetzt eigentlich im Großen und Ganzen pragmatisch vorgeht. Aber es gibt auch irgendwie so eine List der Geschichte. Cameron mit seiner Europaskepsis wird auch sein eigenes Land auseinandertreiben. Die Schotten werden ja ein Referendum über den Verbleib im Vereinigten Königreich im Jahre 2014 abhalten. Je mehr Cameron sich gegen Brüssel stellt, umso mehr wird er ein Ja der Schotten für die Unabhängigkeit ihres Landes vom Vereinigten Königreich befördern. Das ist eine schöne Ironie der Geschichte.

CDU/CSU waren immer auch ein Bindeglied zu den Konservativen. Als dann die Democrazia Cristiana auseinanderbrach, waren wir umso mehr eine Stütze. Egon Klepsch hat immer sehr mit den Italienern zusammengearbeitet. Die Franzosen waren damals noch nicht bei uns in der Fraktion. Die Bedeutung der CDU/CSU in der Fraktion ist sehr groß. Man kann das gar nicht hoch genug einschätzen. Ich hoffe aus der Sicht der Belgier, der Niederländer und der anderen, dass unser Einfluss nicht zu groß ist. Die deutsche Rolle in der Fraktion, so, wie ich sie sehe, sollte sehr vermittelnd sein. Ich habe als Fraktionsvorsitzender immer das Prinzip gehabt, die großen Delegationen – also die Franzosen, die Italiener, damals auch noch die Briten – nicht gegen sich zu haben, aber die kleineren und mittleren für sich zu haben. Ich habe immer entschieden, dass auch die Kleineren berücksichtigt werden und dass wir das Gemeinschaftselement stärken. Alle müssen eingebunden sein.

Meine These war immer, dass die Verträge wichtig sind, weil sie die Grundlage der Europäischen Union bilden. Aber die Psychologie ist fast genauso so wichtig. Wenn der Eindruck entsteht, die großen – vielleicht Frankreich und Deutschland – dominieren alles, wäre das fatal. Die Großen haben eine Führungsaufgabe, aber sie müssen alle anderen mitnehmen. Man muss die Gemeinschaftsinstitutionen nutzen. Das ist wichtig, denn daraus entsteht erst Vertrauen. Dieser Begriff ist noch gar nicht gefallen. Das ist überhaupt das Wichtigste in der Politik. Wenn Helmut Kohl die Wichtigkeit des Vertrauens ansprach, haben wir häufig nur darüber gelächelt. Aber er hat Recht: Vertrauen ist wirklich das Wichtigste. Wenn kein Vertrauen da ist, können Sie nichts erreichen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Die für mich schwierigste Situation ergab sich 2004 im Kontext der Berufung der Barroso-Kommission. Ich meine hier vor allem die Auseinandersetzungen um Rocco Buttiglione. Er äußerte sich sehr negativ über Homosexualität, weil er ein sehr konservatives Familienbild hatte. Man muss ja auch nicht alles sagen, wenn man Kommissar werden will. Damals schien die ganze Kommission zu scheitern. Zwei Drittel der Fraktion sagte, dass wir den Mann bis zum Schluss verteidigen müssen. Ein Drittel sagte: „Er ist verrückt, wie kann der solche Äußerungen von sich geben?“ Wie wollen Sie dann eine Fraktion zusammenhalten? Das war eine furchtbare Situation für mich, weil auch kulturelle, vielleicht sogar vermeintlich religiöse und sittliche Fragen gestreift worden. Wenn Sie dann aber Kolleginnen und Kollegen haben, die Ihnen vertrauen oder denen ich vertraue, dann konnten Sie solche Situationen durchstehen. Es ist für einen Fraktionsvorsitzenden ja der Super-GAU, wenn die Einheit der Fraktion gefährdet ist. Diese Gefahr bestand damals. Guy Verhofstadt wurde damals schon vor der Europawahl als der Kandidat für den Kommissionspräsidenten von Jacques Chirac und Gerhard Schröder ausgerufen. Dann habe ich ein Interview in der *FAZ* gegeben und mich dagegen gewandt. Ich ließ verlauten, dass zunächst einmal die Europawahl stattfinden müsse. Wenn wir wieder mit Abstand die stärkste Fraktion werden würden, dann habe unsere Partei einen Anspruch darauf, einen Kandidaten zu präsentieren. Wir waren gegen Verhofstadt, weil er nicht das Wahlergebnis repräsentierte. Mit seinem föderalistischen Europabild bin ich hingegen sehr einverstanden.

Als dann Barroso als Kandidat feststand und es um die Gesamtkommission ging, musste sich jeder Kommissionskandidat einer Anhörung stellen. Im Deutschen Bundestag braucht sich keiner der Minister einer Anhörung zu stellen. Wenn gesagt wird, dass die Kommission nicht legitimiert sei, dann ist das falsch! Barroso erhielt dann das Vertrauen des Parlaments. Die gesamte Kommission erhielt ein Vertrauensvotum, wozu auch der Kommissionspräsident noch einmal gehört wird. Das schien durch Buttiglione gefährdet. Am Ende hat er sich selbst zurückgezogen.

In der Folge verlangten die Hardliner auf unserer Seite aber ein Opfer auf der sozialistischen Seite. Das sollte László Kovács aus Ungarn sein. Daraufhin erhielt ich Anrufe aus Berlin „Ihr könnt doch Kovács nicht opfern! Er hat uns 1989 bei dem Grenzübergang der DDR-Flüchtlinge von Ungarn nach Österreich geholfen!“ Das war ein Knäuel, das Sie nicht entflechten konnten. Am Ende ist es doch gelungen. Berlusconi rief dann an und sagte: „Buttiglione hat sich zurückgezogen! Ich habe hier drei Leute! Wer soll es werden?“ Dann habe ich gesagt: „Franco Frattini ist eine hervorragende Lösung!“ Er wurde dann statt Buttiglione Kommissar.

Hanns Jürgen Küsters: *Herr Pöttering, haben Sie ganz herzlichen Dank für das Gespräch!*

Hans-Gert Pöttering: Dankeschön! Es hat mir viel Freude gemacht, Ihnen in einer einfachen Sprache meine Erfahrungen und Erlebnisse zu schildern.

Das Interview mit Prof. h.c. Dr. Hans-Gert Pöttering fand am 27. März 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin statt. Inzwischen erschienen ist: Michael Gehler/Marcus Gonschor, Ein europäisches Gewissen. Hans-Gert Pöttering – Biographie (mit einem Vorwort von Donald Tusk), Freiburg – Basel – Wien 2020, 2. Auflage 2022 (864 S.); Michael Gehler/Marcus Gonschor, A European Conscience. A Biography of Hans-Gert Pöttering (English translation by Sebastian Schnorrenburg), London 2022 (648 S.).

Klaus Welle

Europäischer Parlamentarismus aus gelebter Praxis

Zum Referenten:

Klaus Welle wurde 1964 in Beelen geboren. Nach dem Abitur absolvierte er sowohl eine Lehre bei der Westdeutschen Landesbank in Münster als auch ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Witten/Herdecke. Studienschwerpunkte waren die Institutionentheorie und Bankwirtschaft. Er war Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie Förderstudent der Westdeutschen Landesbank. Seinen Wehrdienst leistete er bei der Luftwaffe ab. Von 1991 bis 1994 war er Abteilungsleiter für Europa- und Außenpolitik bei der CDU-Bundeszentrale in Bonn. Zudem gehörte Welle von 1989 bis 1998 dem Bundesvorstand der Jungen Union als Sprecher für Europa- und Außenpolitik an. Daneben hatte er von 1994 bis 1999 das Amt des Generalsekretärs der Europäischen Volkspartei (EVP) sowie der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) inne. Von 1999 bis 2003 war er außerdem Generalsekretär der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Ein Jahr darauf übernahm er den Posten des Generaldirektors für Interne Politikbereiche des Europäischen Parlaments, welchen er bis 2007 innehatte. Im Jahr 2007 wurde Klaus Welle zum Kabinettschef des damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering und blieb dies auch bis ins Jahr 2009, in welchem er zum Generalsekretär des Europäischen Parlaments wurde und den Dänen Harald Rømer ablöste. Das Amt des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments übt Klaus Welle bis 2022 aus.

Zum Vortrag:

Eingeleitet wurde der Vortrag von Professor Michael Gehler, Leiter des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Herr Gehler stellte den Referenten Klaus Welle vor und betonte dabei dessen außergewöhnliches Engagement als Akteur des europäischen Parlamentarismus. Daneben stellte Gehler auch den ehemaligen Präsidenten des Europaparlaments und Zeitzeugen, Hans-Gert Pöttering vor, der später in der an den Vortrag anschließenden Podiumsdiskussion zu Gast war.

Klaus Welle eröffnete seinen Vortrag mit einem Überblick über dessen thematische Strukturierung: Der erste Teil widmete sich einer Skizzierung der Europäischen Union als föderale Union, bestehend aus Völkern und Staaten. Dies seien auch die Formulierungen aus dem Lissabon-Vertrag von 2007 (in Kraft 2009). Es handele sich folglich, so Welle, nicht nur um einen bloßen Verbund von Staaten. Des Weiteren habe jede Bürgerin und jeder Bürger somit eine Bürgerschaft der Europäischen Union. Darauf aufbauend wurden die grundlegenden Verschiedenheiten zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament erläutert. Ein kurzer Ausblick auf aktuelle sowie zukünftige Herausforderungen beschloss den Vortrag. Als thematischer Einstieg diente Herrn Welle die Definition der Europäischen Union als Union der Völker und Staaten. Diese fände ihren Ausdruck im Zweikammersystem, bestehend aus Europäischem Parlament und Ministerrat, welche Entscheidungen über europäische Gesetze treffen würden. Hierbei würden die Staaten im Rat sowie deren Völker durch gewählte Abgeordnete im Parlament vertreten werden. Keine der beiden Institutionen könne sich laut Welle über die jeweils andere hinwegsetzen, und nur, wenn es zwischen ihnen zu einer Einigung kommt, könnten europäische Gesetze entstehen. Als föderale Union umfasse die EU nicht lediglich ihre insbesondere in Brüssel beheimateten Institutionen, sondern ebenfalls sämtliche Mitgliedsstaaten mitsamt deren Bürgerinnen und Bürger. Krisen, welche von einzelnen EU-Staaten ausgingen, wie beispielsweise Frankreichs Politik des leeren Stuhls 1966 sowie jüngst auch der Brexit 2016–2020, würden sich rasch auf das gesamte System ausdehnen.

Die Souveränität der Europäischen Union sei laut Welle hauptsächlich potentieller Art. Der Grund dafür sei, dass die meisten Kompetenzen mit den Mitgliedstaaten geteilt seien und es erst zu einer Souveränitätsübertragung käme, wenn Gesetzgebungen verabschiedet würden. Gleichzeitig habe dies zur Folge, dass sich der Europäische Rat bei Gesetzgebungen schwerer tue als das Parlament. Damit die Stabilität der Europäischen Union gewährleistet werden könne, so Welle, müssten alle Mitgliedsstaaten miteinander kooperieren und gegenseitige Solidarität zeigen. Die zentrale Annahme in Bezug auf europäisches Handeln sei, dass alle Akteure von einem gemeinsamen Vorgehen profitierten. Zu Komplikationen käme es jedoch, sobald nicht mehr alle Staaten als Profiteure aus einer Situation hervorgehen könnten. Prominente Beispiele hierfür seien die Verteilung von Flüchtlingen sowie von finanziellen Fördermitteln innerhalb der EU. Damit auch hier ein geschlossenes europäisches Agieren möglich sei, bedürfe es eines solidarischen Verhaltens der Mitgliedsstaaten, welches wiederum eine gemeinsame Identität voraussetzte. An diesem Punkt stelle sich nach Herrn Welles Auffassung die Frage, wie sich die gemeinsame europäische Identität weiter herausbilden könne, nicht als Ersatz, sondern komplementär zur nationalen beziehungsweise regionalen Identität. Einen Beitrag hierzu könnten Projekte wie das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel oder das Eras-

mus-Programm leisten, welche es ermöglichen würden, mehr über die gemeinsame europäische Kultur und Identität zu lernen. Zudem seien solche Projekte eine Möglichkeit persönliche und Familiengeschichte, Regional- und Nationalstaatsgeschichte zusammenzufügen zu einer umfassenden und gemeinsamen europäischen Geschichte.

Im Anschluss an diese Ausführung ging Klaus Welle zur Erläuterung einiger besonderer Charakteristika des Europäischen Parlamentes über und kontrastierte diese mit denen der einzelnen Nationalstaaten. Das Parlament ist seit dem Vertrag von Lissabon in der Gesetzgebung mit dem Ministerrat gleichberechtigt. Darüber hinaus fungiere es als Haushaltsbehörde, wähle den Kommissionspräsidenten und treffe ebenfalls die finalen Entscheidungen über internationale Abkommen. Beispielsweise habe es 2021 die Ratifizierung des Investitionsabkommens mit China ausgesetzt, nachdem es zu einem Konflikt über den Umgang mit den Uiguren in der Volksrepublik gekommen war. Hierin wird deutlich, dass sich das Europäische Parlament in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weiterentwickelt sowie seine Kompetenzen ausgebaut habe. Diese würden in Teilen bereits das, was in Nationalparlamenten möglich sei, übersteigen.

Ebenso erwähnenswert sei die Tatsache, dass bei Abstimmungen im Europäischen Parlament die Nationalität der Abgeordneten kaum mehr von Signifikanz sei, die Fraktionszugehörigkeit jedoch durchaus. Hier zeige sich die Integration von Abgeordneten aus sämtlichen EU-Staaten innerhalb der politischen Fraktionen. Zudem sei, so Welle, das Europäische Parlament in seiner Kontrollfunktion deutlich autonomer als die Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten, da es im Gegensatz zu diesen keine Regierungsmehrheit stellen müsse. Insofern würde es vielmehr dem System der „Division of Power“ in den USA ähneln. Dieses System sei der Europäischen Union angemessen, da das Ziel sei, eine kontinentale Demokratie zu organisieren. Da die Fraktionen im Parlament alle politischen Minderheiten darstellen würden und diese somit zur Interessendurchsetzung aufeinander angewiesen seien, käme es hier zu einem deutlich anderen Umgang miteinander als beispielsweise im Bundestag. Auch würden so Zweckbündnisse zustande kommen, die auf nationaler Ebene nicht vorstellbar wären. Welle betonte zudem, es gebe ohne europäische Parteien keine europäische Demokratie. Es sei dabei in den letzten Jahren möglich geworden, administrative und politische Faktoren mehr zu kombinieren. Dabei nannte er die Schaffung von Regeln in Bezug auf stabile Finanzierung europäischer Parteien. Die Parteien hätten die Pflicht, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern auf seine Wahlmöglichkeiten im System der Europäischen Union aufmerksam zu machen. Welle wies ebenso darauf hin, dass eine veränderte Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Union den Bürgerinnen und Bürgern zeigen solle, dass die Union mehr als nur Bürokratie sei. Es sei zudem auch die Möglichkeit, zu einem gemeinsamen Geschichts- und Kulturverständnis zu gelangen.

Nach diesem Vergleich der unterschiedlichen Parlamentsformen und der Rolle der europäischen Parteien gelangte Klaus Welle zur Kernaussage seines Vortrags, der Bedeutung der Europäischen Integration. Diese definierte er als Europas „Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit“ und nahm somit Bezug zur Aufklärung. Hierbei ging er auf die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts ein, in welchem Europa durch zwei Weltkriege seine Position als weltweit führende politische sowie wissenschaftliche Macht eingebüßt habe. Die europäische Integration biete die Möglichkeit, diese durch Eigenverschulden entstandene Lage zu überwinden. In Bezug auf künftige Herausforderungen für

Europa kam Klaus Welle auf den spätestens seit Gründung der Sowjetunion bestehenden Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus beziehungsweise Totalitarismus zu sprechen. Sowohl in der Auseinandersetzung mit NS-Deutschland als auch der Sowjetunion sei die Demokratie siegreich gewesen. Für Klaus Welle stelle sich jedoch die Frage, ob wir uns vor einem neuen großen Konflikt befinden, insbesondere in Bezug auf die weitere, zunehmend besorgniserregende, Entwicklung Chinas. Abschließend konstatierte Welle, dass, um künftigen Krisen geschlossen begegnen zu können, die europäische Integration von essenzieller Bedeutung sei. Auch wenn diese mit geringer Geschwindigkeit voranschreite, so bleibe sie auch in Zukunft Europas größter Garant für Selbstbestimmung und Freiheit.

Auszüge aus der Podiumsdiskussion

Publikumsfrage: *Wie ist es dem Europäischen Parlament gelungen, seine Befugnisse und Kompetenzen so weitreichend auszubauen, dass es heute die erläuterte Stellung in der EU einnimmt?*

Klaus Welle: Dies war durch das Agieren von Abgeordneten, welche sich dies wirklich zum Anliegen gemacht haben, möglich. Als die ersten Abgeordneten ins Europäische Parlament kamen, waren deren Arbeitsbedingungen nicht optimal. Es standen nur begrenzte Ressourcen und Räumlichkeiten zur Verfügung. Dies bedeutete viel Arbeit mit einem äußerst geringen Maß an Unterstützung, was jedoch darin resultierte, dass nur diejenigen dem Parlament beitraten, denen Europa ein wahres Herzensanliegen war und die auch tatsächlich für Europa arbeiten wollten. Darüber hinaus hat das Europäische Parlament eine gänzlich eigene Kultur. Während der Ministerrat aufgrund seiner zahlreichen Befugnisse eine Kultur des Status Quo entwickelte, war beim Parlament das Gegenteil der Fall. Im Laufe der Geschichte der EU beanspruchte es mehr Kompetenzen, die es sich jedoch geradezu erkämpfen musste. Diese Kultur der Veränderung und Innovation ist nach wie vor prägend für das Europäische Parlament, während dem Rat die eigene Haltung eher im Weg steht.

Publikumsfrage: *Was müsste geschehen, um zu einer supranationalen Parteienlandschaft zu gelangen, sodass die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten europäische, anstelle nationaler Parteien wählen können?*

Klaus Welle: Es hat sich bereits viel getan. Vor 25–30 Jahren waren viele europäische Parteien noch Abteilungen politischer Fraktionen. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Eine Möglichkeit bestünde darin, die europäischen Parteien bei Wahlen präsenter zu machen. Beispielsweise könnte man auf einem Wahlzettel neben der CDU die EVP vermerken, da viele für die Bürgerinnen und Bürger bedeutende Entscheidungen in Brüssel und nicht in Berlin getroffen werden, was vielen Menschen bei der Wahl nationaler Parteien jedoch nicht bewusst ist. Des Weiteren herrscht aktuell ein Diskurs über transnationale Listen. Hier wäre es allerdings wichtig, darauf zu achten, dass es nicht zu einer Überrepräsenta-

tion der größeren Staaten auf Kosten der kleineren kommt, sondern auch deren Kandidaten Berücksichtigung finden.

Publikumsfrage: *Was muss passieren, um zu verhindern, dass sich eine Situation wie der Brexit in Zukunft bei Staaten wie beispielsweise Ungarn wiederholt?*

Hans-Gert Pöttering: Das Kernproblem des Brexits lag nicht im Europäischen Parlament, sondern in Großbritannien selbst. Der damalige britische Premierminister David Cameron kritisierte die EU beständig und nahm auch die Möglichkeit, an Treffen der EVP teilzunehmen, nicht wahr. Als es dann zum Referendum über den Brexit kam, ging er dennoch davon aus, dass die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens für einen Verbleib in der EU stimmen würde. Seine jahrelangen negativen Bemerkungen über die Europäische Union blieben jedoch in den Köpfen der Bevölkerung haften. Hinzu kam, dass Boris Johnson eine Kampagne der Lügen und Falschnachrichten betrieb. Solchen Unwahrheiten dürfen wir in Zukunft keine Chance mehr bieten. Man muss zwar respektvoll, aber auch bestimmt mit Staaten wie Ungarn und Polen umgehen und eine klare rote Linie ziehen, wenn europäisches Recht in Mitgliedsstaaten der EU gebrochen und Urteile des Europäischen Gerichtshofs missachtet werden.

Der Vortrag von Klaus Welle fand im Audimax der Universität Hildesheim am 8.11.2021 anlässlich der Buchpräsentation von Hans-Gert Pötterings Biografie „Ein europäisches Gewissen" statt.

Der Bericht wurde von Lukas Herrmann verfasst.

Klaus Welle

„Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten zu überlassen.“

Michael Gehler: *Herr Generalsekretär Klaus Welle befindet sich heute bei uns am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim. Wir freuen uns, dass Sie heute am 17. Mai, einem Freitag, aus Sofia zu uns ans Institut für Geschichte gekommen sind. Und wir freuen uns, heute im ersten Teil über Ihre Person und Ihre Biografie zu sprechen. Wir beginnen mit allen Gästen und Zeitzeugen, die wir am Institut haben, mit der Herkunft, der Kindheit und der Jugendzeit. Können Sie uns etwas sagen über Ihr Elternhaus, Ihre Ausbildung und die Anfänge Ihres politischen Wirkens?*

Klaus Welle: Ich komme aus dem Münsterland aus dem Kreis Warendorf. Genauer gesagt aus Westkirchen. Geboren bin ich in Beelen, das ist das Nachbardorf. Aber ich bin aufgewachsen in Westkirchen. Mein Vater war selbständiger Handwerker – Fußbodenleger. Ich war eigentlich vor Ort erstmal in der katholischen Kirche aktiv. Die übliche Laufbahn war vom Messdiener zum Lektor, anschließend in die Katholische Jugendfreizeit, dann die katholische Landjugendbewegung vor Ort, aber auch auf Diözesanebene. Entwicklungspolitik war das wichtigste Thema. Ich wurde dann auf der Diözesanebene auf eine Bundestagung entsandt. Diese hieß Barkis und fand irgendwo in Süddeutschland statt. Das war auch politisch interessant zu sehen, weil die durchführende Person ein Mitarbeiter einer Grünen-Bundestagsabgeordneten war. Das Thema war: Wie können wir grüne Politik durchsetzen, ohne dass die Amtskirche das merkt? Da habe ich mich gleich für diesen Arbeitskreis angemeldet. Aber es zeigte sich auch, dass in diesen Zeiten – jetzt reden wir so um etwa Anfang der 1980er Jahre als die Grünen gerade bedeutender wurden – Grüne und katholisches Milieu sich zum Teil auch vermischt haben. Von der katholischen Landjugend bin ich dann in die Junge Union eingetreten und zwar während des Strauß-Wahlkampfs im Jahr 1980. Es traten nicht ganz so viele ein. Das war eine etwas schwierige Zeit. Während der Schule trugen die Leute eher „Strauß, nein danke“-Aufkleber. Ich bin trotzdem im Strauß-Wahlkampf eingetreten. Nicht wegen der besonderen Vorliebe für Franz Josef Strauß[1], sondern einfach, weil das die Gelegenheit war, in Kontakt zu kommen.

Damals war ich 16 Jahre alt. Ich erinnere mich aber, mich schon mit 13 Jahren im Fußballverein politisch mit jemandem, der eher bei den Jungsozialisten war, politisch gestritten zu haben. Ich war immer schon interessiert an Geschichte, das hatte ich von meiner Mutter. Die Familie hat stets viel Kirchenpersonal gestellt. Mein Großonkel war Missionar in Burma, meine Großtante war im Kloster, genauso wie mein anderer Großonkel.

---

1 Franz Josef Strauß (*1915; †1988), deutscher Politiker der CSU, deren Vorsitz er von 1961 bis zu seinem Tod führte.

Das Engagement kommt besonders von der Seite meiner Mutter. In der Schule habe ich das gemacht, was man in der Regel so macht. Aber am Ende war ich auch Jahrgangsstufensprecher am Gymnasium Laurentianum. Das heißt, ich habe die Abiturrede halten können. Ich habe dann eine Bankausbildung gemacht bei der Westdeutschen Landesbank, weil meine Eltern meinten: „Jetzt musst du erstmal was Vernünftiges lernen.“ Ich bin in direkter Linie der Erste, der studiert hat. Da habe ich gesagt: „Okay, ich mache eine Bankausbildung. Aber nur bei einer großen Bank” und bin zur Westdeutschen Landesbank gegangen nach Münster. Das war eine hervorragende Ausbildung. Ich habe eigentlich mehr über Wirtschaft in der Bank gelernt als hinterher im Studium. Ich war da auch Sprecher der Azubis. Dann war ich bei der Bundeswehr zum normalen Wehrdienst. Für mehr hat es nicht weitergereicht, als bis zum unrühmlichen Dienstgrad des Obergefreiten der Reserve – historisch unrühmlich. Ich war da auch Vertrauensmann sowohl in der Grundeinheit in Essen-Kupferdreh als auch hinterher für die Wehrpflichtigen. Das heißt, ich habe mich eigentlich schon immer, egal wo ich war, engagiert und in der Regel das Vertrauen der Leute gehabt. Ich habe dann in Witten/Herdecke Wirtschaftswissenschaften studiert, besonders intensiv bei Prof. Dr. Dr. Karl Homann. Die Wahl fiel auf ihn, da er promoviert war sowohl in Ökonomie als auch in Philosophie, und das ist eigentlich auch das, was mich an Witten/Herdecke sehr gereizt hat: Es war nicht mathematisch, sondern eher sozialwissenschaftlich. Einen Professor zu haben, bei dem man auch über Hegel lernen konnte und Kant und natürlich Wissenschaftstheorie, das hat mich schon sehr gereizt. Homann ging später nach Eichstätt und München. Betriebswirtschaftler legten den Schwerpunkt auf Beratung. Eigentlich haben mir beide Teile im späteren Leben sehr viel genutzt. Wir haben „institutional economics“ gemacht oder „new political economy“, Themen also, die auch sehr politiknah waren. Aber auf der anderen Seite bekamen wir auch eine Vorstellung von Beratung und Unternehmensführung, die nicht so traditionell war und die eigentlich auch ganz gut passte zum ehrenamtlichen Engagement.

Politisch war ich in der Jungen Union auf allen Ebenen aktiv. Ich war Vorsitzender des Stadtverbandes für drei Jahre, 1983–1986. Die erste Veranstaltung, die ich organisiert habe, war etwas früher. Das war mit Herbert Gruhl. Der war gerade frisch aus der CDU ausgeschlossen und einer der Co-Gründer der Grünen. Das entsprach auch der inhaltlichen Debatte damals. Diese wurde im Wesentlichen zwischen der Jungen Union und den Grünen geführt. Ich sage deswegen Junge Union, weil die CDU häufig die inhaltliche Debatte nicht in den Vordergrund stellt. Die Grünen waren jedenfalls die Partner unserer Generation. Die Jusos waren schon weitestgehend weg. Der letzte Juso-Vorsitzende bei uns ging nach Nicaragua zum Straßenbau. Damit waren nur noch die Grünen und die Junge Union übrig. Eigentlich hat sich damals schon abgezeichnet, was man jetzt sehen kann, nämlich, dass die SPD eine ganze Generation verloren hat, wobei sich auf Dauer die Frage stellte, ob sie Volkspartei bleiben könne oder eher nicht. Ich war dann Kreisvorsitzender der Jungen Union und später als jüngstes Mitglied im Landesvorstand der Jungen Union tätig. In dem ersten fusionierten Landesvorstand aus Rheinland und Westfalen-Lippe gab es noch einiges an Kulturfragen zu überwinden. Das Rheinland war eher basisdemokratisch und die Westfalen disziplinierter. Das hat aber auch mit der Aufstellung zu tun: In Westfalen entscheiden die Gliederungen über Mandate und Weiterentwicklung, während diese im Rheinland doch eher mittelständisch oder von der Arbeitnehmerschaft dominiert war. Das heißt, das Rheinland war schon rechts-links-orientiert, Westfalen eher

territorial organisiert, was dann zu lustigen Dingen führte: Als ich im Landesvorstand war, hatte ich zwei Schwerpunktthemen. Das eine war „Neue Formen der Sozialpolitik" inspiriert von Ulf Fink.[2] Das andere Thema war „Deutschlandpolitik". Das löste dann im Rheinland große Verwirrung aus, weil wenn man sich um Deutschlandpolitik kümmerte, man ein Rechter sein musste. Wenn man sich um Sozialpolitik kümmerte, musste man ein Linker sein. Also stellt sich die Frage: Was ist der eigentlich? Ist das jetzt ein Rechter oder ist das ein Linker? Ich bekam dann in meinem Kreisverband Besucher aus beiden Lagern, die feststellen wollten, wo ich eigentlich zuzuordnen sei. Aus westfälischer Sicht ist es allerdings absolut kompatibel, sich auch mit beiden Themen zu befassen, ohne sich ideologisch fest auf einer Seite zu verorten. Ab 1989 war ich neun Jahre lang in Bundesvorstand der Jungen Union bis zum Jahr 1998. In der Regel war ich entweder europapolitischer Sprecher oder außenpolitischer Sprecher. Ich habe aber auch mitgearbeitet an dem ersten Wirtschaftsprogramm, das die Junge Union seit Ewigkeiten gemacht hat. Das war, wenn ich mich recht erinnere gegen 1993. Ich habe auch das Europaprogramm der Jungen Union geschrieben 1998, das auf dem Deutschlandtag angenommen wurde. Ich habe mich für diese Arbeit entschieden, weil es im Wesentlichen eine programmatische Arbeit ist. Der Bundesvorstand ist ja eine Form der Fehlqualifikation: Wenn man in den Bundesvorstand geht, ist man ganz weit weg von Listenaufstellungen. Wer ein Mandat anstrebt, ist als stellvertretender Landesvorsitzender viel besser aufgehoben. Wenn man im Bundesvorstand ist, hat man sich daran vorbeiqualifiziert. Die Frage, wer wird stellvertretender Landesvorsitzender und wer geht in den Bundesvorstand, stellte sich damals zwischen mir und Steffen Kampeter. Wir wollten beide in den Bundesvorstand und haben uns aber am Ende geeinigt. Ich war der Kandidat für den Bundesvorstand und er wird stellvertretender Landesvorsitzender, was ihm in der weiteren Entwicklung auch nicht besonders geschadet hat. Das Münsterland, woher ich kam, hat eine lange Tradition innerhalb der Jungen Union im Bereich der internationalen Arbeit. Vor mir war im Bundesvorstand zehn Jahre Thomas Kropp Bundesvorstandsmitglied bis zum Jahr 1989. Er leitet jetzt das Bundes- und Europabüro der Lufthansa und hat zehn Jahre lang die internationale Arbeit der Jungen Union betreut. Er war auch 1. Vizepräsident der Europäischen Jungen Christdemokraten. Eigentlich hätte ich mich 1987 schon durchsetzen können für den Bundesvorstand der Jungen Union. Thomas Kropp war 34 Jahre und elf Monate, was in der Regel nicht besonders populär ist bei den Nachwachsenden. Aber wir haben uns dann verständigt, er macht das nochmal und ich nutze dann die zwei Jahre, um noch eingeführt zu werden in die internationale Arbeit, so dass wir einen fließenden Übergang haben. Das haben wir auch gehabt. Dann war ich ab 1989 im Bundesvorstand. Ich wurde im Februar 1990 in den Vorstand der Europäischen Jungen Christdemokraten gewählt als einfaches Vorstandsmitglied und dann im Mai 1991 als Vorsitzender des Jugendverbandes des europäischen Dachverbands der Europäischen Demokratischen Union – also der Christdemokraten und der Konservativen. Ich habe dann bei den Europäischen Jungen Christdemokraten meine Funktion zurückgelegt. Man könnte sagen, dass ich zur „Persona non grata" wurde, weil das der Verband war, wo Christdemokraten und Konservative miteinander

2 Ulf Fink (*1942) ist ein deutscher Politiker und Mitglied der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU).

kooperiert haben. Ich wurde dann auch noch Vorsitzender. Ich habe das dann bis zu meiner Wahl als Generalsekretär der Europäischen Volkspartei (EVP) 1994 gemacht.

Michael Gehler: *Sie haben im Grunde genommen das jetzt schon erzählt, was wir in detaillierten Fragen auch für uns rekonstruiert haben. Wer waren denn prägende Lehrer und möglicherweise auch Vorbilder? Sie haben ja schon einen Professor genannt aus Witten/Herdecke. Sie haben auch schon gesagt, was Ihnen da viel gebracht hat mit Blick auf die kombinatorischen Studienschwerpunkte. Vielleicht doch noch einmal die Bitte einer Charakterisierung von profilierten Professoren aus der Studienzeit und generell Vorbilder aus Politik, Gesellschaft, Geschichte. Wer war leitend?*

Klaus Welle: Gut, als ich mich beworben habe bei der WestLB als Auszubildender, wurde ich gefragt, ob ich ein Vorbild habe. Die WestLB war ja so ziemlich sozialdemokratisch. Der Vorsitzende damals, Friedel Neuber, war früher Vorsitzender der Jusos in Rheinland. Ich wurde gefragt, welches Vorbild ich habe, und ich habe gesagt: „Konrad Adenauer“.[3] Ich hatte auch vorher einen Krankenhausaufenthalt. Ich hatte einen Blindarmdurchbruch und die Gelegenheit, die dreibändigen Memoiren von Adenauer zu lesen, was man zu normalen Zeiten eher nicht tut. Aber ich hatte sie gelesen. Das hat mich schon beeindruckt und geprägt. Ich sage immer, wir Christdemokraten sind intellektuell ziemlich beschränkt. Wir haben seit dem Zweiten Weltkrieg nur drei Ideen gehabt: nämlich europäische Einigung, transatlantische Partnerschaft und soziale Marktwirtschaft. Aber mit den drei Ideen sind wir relativ gut durchgekommen über die letzten 70 Jahre. Das kann man zurückverfolgen bis auf Adenauer und Erhard.

Marcus Gonschor: *Im Jahr 1991 wurden Sie Abteilungsleiter für Europa- und Außenpolitik in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Bitte schildern Sie uns zunächst noch, wie Sie an diese Position kamen?*

Klaus Welle: Es gab einen Abteilungsleiter und engen Mitarbeiter von Volker Rühe,[4] Hans-Joachim Falenski. Der wollte unbedingt in die Bundestagsfraktion wechseln. Aber jeder Nachfolger, den er Volker Rühe vorschlug, wurde abgelehnt. So musste der arme Herr Falenski weiterhin in der Bundespartei arbeiten und durfte nicht in die Fraktion. Dann hatten wir dadurch, dass ich im Bundesvorstand war, eine Diskussion zu einem außenpolitischen Thema. Ihm hatte das gefallen. Er hat mich kontaktiert. Ich stand kurz vor meinem Studienabschluss. Er hat gesagt: „So, Sie schlage ich jetzt mal dem Volker Rühe vor als meinen Nachfolger vor.“ Und Volker Rühe und Elmar Brok waren Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft Christlich-demokratischer und konservativer Jugendverbände Europas“ (DEMYC). Zehn Jahre vor mir war es Elmar Brok. Zehn Jahre vor Elmar Brok war es Volker Rühe. Zehn Jahre vor Volker Rühe war es nochmal jemand anderes. So

3 Konrad Hermann Joseph Adenauer (*1876; †1967) von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1951 bis 1954 zugleich erster Bundesminister des Auswärtigen.

4 Volker Rühe (*1942 in Hamburg) ein deutscher Politiker (CDU), von 1989 bis 1992 Generalsekretär der CDU und von 1992 bis 1998 Bundesminister der Verteidigung.

hatte Rühe nicht viele Möglichkeiten zu sagen, dass ich völlig unqualifiziert bin. Ich hatte ein Bewerbungsgespräch. In dem Bewerbungsgespräch, das war im Herbst 1991 – nach der Sommerpause – kam die Frage: „Die baltischen Staaten wollen ihre Unabhängigkeit. Was würden Sie uns empfehlen? Was würden Sie tun?“ Meine Empfehlung war, die baltischen Staaten anzuerkennen, was damals aber noch nicht offizielle deutsche Politik war und auch nicht die Politik der CDU. Trotzdem haben sie mich freundlicherweise genommen. Eine der ersten Delegationen, die ich hatte, waren die fünf Parteivorsitzenden aus Estland, die später Isamaaliit[5] gebildet haben, also den christdemokratischen Zusammenschluss in Estland. So bin ich eigentlich dahin gekommen. Als ich die Zusage bekam, hatte ich meine Diplomarbeit im Mündlichen noch nicht verteidigt, aber sie waren ausreichend optimistisch, um zu sagen: „Wir stellen Sie trotzdem ein.“

Michael Gehler: *Sie haben erwähnt, dass Sie die Entwicklungspolitik schon sehr früh bewegt hat. Nochmal präziser nachgefragt: Das spezifische Interesse für europäische Fragestellungen — auch die Frage, die wir vielleicht sofort damit kombinieren können: Wann ist für Sie erkennbar geworden, dass die europäische Integration mehr ist als nur Wirtschaft, oder, ich sage es mal salopp, nicht nur Butter- und Fleischberge sowie Milchseen, sondern auch ein politisches Projekt, zutiefst politisch, eigentlich gar nicht mehr nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern weit mehr?*

Klaus Welle: Europa habe ich intensiver betrieben ab meiner Zeit im Landesvorstand der Jungen Union Nordrhein-Westfalen. Ich habe den Landesarbeitskreis „Europapolitik“ übernommen von Thomas Kropp. Der arme Elmar Brok musste dann regelmäßig nach Düsseldorf anreisen für achteinhalb Teilnehmer in unserem Landesarbeitskreis. Das habe ich deswegen auch besonders gerne gemacht, weil ich das eigentlich immer auch als ein historisches Projekt gesehen habe, ähnlich wie Deutschlandpolitik auch. Geschichte hat mich immer auch besonders interessiert. Ich habe dieses Projekt nie rein wirtschaftlich gesehen. Es ist ja auch nicht zu trennen. Die Wirtschaftsintegration ist politisch. Die Trennung kann nur im Kopf stattfinden, aber nicht in der Sache selbst. Wie wir jetzt auch wunderbar beim Euro sehen. Intensiv damit beschäftigt habe ich mich wahrscheinlich ab 1987 und zwar mit der Übernahme des Landesarbeitskreises Europa in der Jungen Union Nordrhein-Westfalen. Mir war aber immer klar, dass die Einigung eine historische Dimension hat und ich habe sie nicht als eine Ansammlung von sektoralen Politiken gesehen.

Michael Gehler: *Im Jahr 1987 erfolgte der Besuch Erich Honeckers in Bonn. Es war ein historischer Moment. Sie haben gesagt, die Deutschlandpolitik war Ihnen auch ein Anliegen. Da konnte man Sie als rechts einstufen. Welchen Zusammenhang haben Sie gesehen zwischen Deutschlandpolitik und europäischer Integrationspolitik? Manche sagten ja – speziell die SPD –, Westintegration heißt Teilung. Europäische Integration ist Westintegration. Westdeutsche Integration führt möglicherweise dann auch zu einer Vertiefung der Spaltung. Haben Sie das auch so gesehen? Wie haben Sie versucht, damit umzugehen?*

5 Die Vaterlandsunion (estnisch: Erakond Isamaaliit, kurz: IL) war eine konservativ ausgerichtete politische Partei in Estland.

Gibt es eine dialektische Zugangsweise, das synthetisch zu interpretieren? Wie haben Sie diesen Zwiespalt, dieses Spannungsverhältnis, gerade 1987 gesehen, wo alle Welt glaubt: „Jetzt wird die deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit dokumentiert. Das ist die definitive Anerkennung der DDR. Das ist der Höhepunkt der Politik von Honecker.“

Klaus Welle: Ich erinnere mich noch gut im Fernsehen an die Rede zum Abendessen, die Helmut Kohl gehalten hat. Die Rede kam einer Strafpredigt relativ nahe. Ich habe kein Appeasement wahrgenommen. Im Gegenteil. Helmut Kohl hat nochmal ganz deutlich gemacht, was die Positionen sind, dass an der Einheit festgehalten wird. Es gab kein Verwischen von Grundsatzpositionen. Von daher habe ich das auch nicht als Bestätigung der Zweistaatlichkeit gesehen. Ich erinnere mich auch: Wir hatten einen Deutschlandtag der Jungen Union, als der Bundesvorstand der Jungen Union vorgeschlagen hatte, den Begriff „Wiedervereinigung“ aus dem Programm der Jungen Union zu streichen. Das wurde vorgetragen und vertreten von Joachim Herrmann, der sehr liberal orientiert war und in enger Zusammenarbeit mit Heiner Geißler stand. Geißler war auch auf dem Deutschlandtag der Jungen Union. Ich war der letzte Debattenredner. Mein Beitrag in der Debatte bestand darin, dass ich gesagt habe: „Herr Geißler, Sie haben uns beigebracht, dass Begriffe besetzen auch Politik machen heißt. Dann ist es aber auch Politik, wenn man Begriffe nicht mehr besetzt und deswegen müssen wir am Begriff ‚Wiedervereinigung‘ im Programm der Jungen Union festhalten.“ Dass war übrigens dann auch der Beschluss. Im Nachhinein ist es unvorstellbar, dass man so kurz vor Toresschluss diesen Begriff aus der Programmatik der Jungen Union gestrichen hätte. Das war aber der Vorschlag der Führung, der sich aber im Deutschlandtag nicht durchgesetzt hat. Ich habe auch als Stadtverbandsvorsitzender zweimal größere Jugendgruppen in die DDR gebracht. Einmal 1985 und das zweite Mal 1988. Das erste Mal ging es nach Sachsen, das zweite Mal nach Rostock. Das erste Mal, als wir nach Sachsen gegangen sind, waren wir in Hohenstein bei Dresden in einer Jugendherberge. Mit uns zusammen waren dort auch Ungarn untergebracht. Wahrscheinlich, weil man gedacht hat, dass man nicht miteinander kommunizieren kann, zumal das Ungarische weit entfernt vom Deutschen ist. Was man aber unterschätzt hatte, war, dass junge Leute sich auch verbrüdern können bei einem Glas oder schlimmeren Falls bei einer Flasche. Ich glaube, in dem Fall waren es ein paar Flaschen. Die Verbrüderung fand also trotzdem statt. 1988 konnte man dann schon sehen, dass das Regime ein Stück weit aufgemacht hat. Wir waren in einer Jugendunterkunft mit der 12. Klasse einer polytechnischen Oberschule, so dass die jungen Leute schon miteinander reden konnten. Ich bin auch regelmäßig nach Berlin gefahren. Dort haben wir unter anderen mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte gegen die Mauer in Berlin demonstriert. Es gab dann so eine Unterhaltungsveranstaltung mit Zucchero, vor einer relativ großen Menge von Jugendlichen. Er sagte dann: „Wenn ich gewusst hätte, wer ihr seid, hätte ich dieses Engagement nie angenommen.“ Daraufhin sind alle aus der Halle herausgegangen. Er hat dann vor einer leeren Halle weitersingen müssen. Ich habe auch regelmäßig Zonengrenz-Seminare für die Konrad-Adenauer-Stiftung im Hotel „Zum Kronprinzen“ in Fuhrbach-Duderstadt gemacht. Das war direkt an der Zonengrenze, so 300 Meter entfernt. Wir sind abends an die Grenze gegangen und haben das Deutschlandlied gesungen. Dann kamen Lastwägen aufgefahren und es gab eine Sperranlage mit Hunden — Hundelaufanlagen hieß das — und die ganze Grenze

wurde beleuchtet, usw. Bei Besuchen in der DDR haben wir gerne die DDR-Nationalhymne gesungen. Die wurde damals eigentlich nicht mehr gesungen. Das war der falsche Text. Der Text war ja noch aus den 1950er Jahren „Deutschland einig Vaterland". Ich war sehr beeinflusst von einem Buch von Wolfgang Leonhard „Die Revolution entlässt ihre Kinder". Ich habe das auch mitgenommen in die DDR und habe mir gedacht: „Vielleicht lässt du es da." Dieses Buch hat mich sehr geprägt.

Marcus Gonschor: *Sie haben Helmut Kohl schon angesprochen. Können Sie uns Ihren Eindruck von Kohl und Ihr Verhältnis zu ihm schildern?*

Klaus Welle: Wenn man fragt, wer am Ende die großen Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik waren, kommt man auf drei: Adenauer, Brandt und Kohl. Auf Adenauer, weil er die Westverankerung durchgesetzt und klar gewusst hat, dass die Freiheit erst einmal zu sichern ist. Brandt, weil er gegen viele Widerstände die Ost-Politik durchgesetzt hat, die in der Union nicht populär war. Kohl steht für die deutsche und europäische Einheit. Er hatte ja eine Angewohnheit, nämlich egal, zu welchem Thema ein Parteitag stattfand und egal, zu welchem Thema er reden sollte, er hielt immer dieselbe Rede. Das war ihm völlig Wurst. Er redete immer zu Europa. Das ist das, was man in der Kommunikation wissenschaftlich quantitative Verstärkung nennt. Also auf Deutsch: Meine Generation ist von Kohl „gebrainwashed" worden.

Das geht auch wieder zurück auf Ihre frühere Frage: Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Es gibt kaum eine Kohl-Rede, wo der Satz nicht vorkommt. Also deutsche Einheit und europäische Einheit sind zwei Seiten derselben Medaille, auch in der Kontinuität von Adenauer. Das war auch immer meine Überzeugung: dass wir die Deutsche Einheit nicht erreichen ohne die europäische Einigung. Vor allen Dingen hat Kohl es wohl nie gemocht, wenn man ihn mit Bismarck verglichen hat. Jedenfalls ist das meine Erinnerung. Kohl war der Ansicht, dass Bismarck das vereinigte Deutschland nicht solide und dauerhaft in eine neue Ordnung eingebunden hat, sondern eben in ein System von Allianzen, das dann von der Kunstfertigkeit des jeweiligen Staatsmannes abhängig war. Kohl war stolz darauf, erstens, dass die Einheit nicht mit Waffengewalt erreicht worden ist und zweitens in Partnerschaft und sogar Freundschaft mit all unseren Nachbarn. Von daher, glaube ich, wollte er nie mit Bismarck verglichen werden, weil er das Gefühl hatte, er habe es eigentlich sehr viel besser gemacht und potenziell auch eher auf Dauer angelegt. Ob es dann auf Dauer so ist, das wird die Geschichte zeigen müssen. Diese Grundorientierungen wurden aber — aus meiner Sicht — meiner Generation, die Helmut Kohl regelmäßig zuhören konnte, eingeimpft. Das sind für uns so die Grundfesten.

Als Bundesvorstand der Jungen Union waren wir einmal im Jahr auch bei Helmut Kohl eingeladen. Er nutzte das, um Stimmung zu testen. Aber er wollte auch immer sehr nahe an den Strukturen der Partei sein. Ich war einmal bei einer Bundesvorstandssitzung der CDU, wo Volker Rühe früher gehen musste. Helmut Kohl rief ihm hinterher: „Herr Rühe, vergessen Sie nicht, die Partei ist die Quelle der Macht." So war er eben auch. Er war fest verankert in der Partei. Er hat regelmäßig mit allen Gliederungen gesprochen. Nicht nur auf der Bundesebene, sondern auf jeder Ebene. Wir waren einmal im Jahr, der Bundesvorstand der Jungen Union mit Landesvorsitzenden, im Kanzleramt eingeladen.

Wahrscheinlich waren ihm die Landesvorsitzenden noch wichtiger als die Bundesvorstandsmitglieder. Wir waren dort gemeinsam eingeladen zu Diskussionen. Er hat sich dort nicht immer zu Wort gemeldet, aber es gab dort zum Beispiel einmal einen Wortwechsel mit ihm in der Endphase Gorbatschow-Jelzin über die Frage, wie man sich zu Jelzin positionieren solle, bei dem er sehr vorsichtig war und auch dankbar gegenüber Gorbatschow. Aber meine Meinung war damals, dass Jelzin in dieser Situation eine Freiheitschance verkörperte. Dies war auch so – jedenfalls für viele Republiken, die ihre Chance hatten, ihre Selbstbestimmung zu finden.

Michael Gehler: *Sie schildern Kohl aus der Sicht von Begegnungen der Jungen Union im engeren Parteikollegen- und Freundeskreis. Wie haben Sie Kohl im EVP-Kontext in Erinnerung? Wir haben vor Jahren mit verschiedenen Exponenten der europäischen Christdemokratie sprechen können. Wie wurden Sie die Wahrnehmung der Rolle von Kohl im kleineren, inneren, europäisch-christdemokratischen Rahmen sehen? Wie ist er dort aufgetreten?*

Klaus Welle: Vielleicht noch ein Wort vorher zu meinen Kontakten mit Helmut Kohl in der Zeit im Konrad-Adenauer-Haus. Zunächst einmal musste meine Einstellung als Abteilungsleiter von Helmut Kohl genehmigt werden. Ich bin 1991 eingestellt worden, zusammen mit einer ganzen Reihe von jüngeren Kollegen, die alle eines gemeinsam hatten: Wir waren relativ jung, wir hatten alle Parteierfahrung und wir waren vom Gehalt her ziemlich günstig. Das war die Zeit nach Heiner Geißler. Das Adenauer-Haus war mit wenigen Ausnahmen „gesäubert“ worden. Und diejenigen, die noch da waren, hatten sozusagen die Instrumente der Inquisition gesehen, blieben aber und wurden ergänzt durch eine jüngere Gruppe, von denen ich der Jüngste war, mit 27 Jahren als Abteilungsleiter im Jahr 1991. Helmut Kohl musste formell der Entscheidung des Generalsekretärs zustimmen. Bei Abteilungsleitern hatte er Veto-Recht bei der Einstellung. Er hat bei mir dann zugestimmt. Ich hatte nicht regelmäßig mit ihm zu tun, aber ich habe den Leitantrag geschrieben für den Bundesparteitag in Düsseldorf, den Europa-Leitantrag. In diesem Zusammenhang hatte ich etwas intensiveren Kontakt. Wir gingen ins Kanzleramt mit meinem Hauptabteilungsleiter Lueg. Er war ein sehr erfahrener Kollege noch aus der Geißler-Zeit, einer von den wenigen „Überlebenden“. Es wurde dieser Text mit Helmut Kohl besprochen. Er war zufrieden damit, hatte dann aber eine Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der Länder und beauftragte junge CDU--Fraktionsvorsitzende, diesen Text nochmal zu überarbeiten. Warum? Damit er nicht selber in den Vordergrund treten musste. Stattdessen kamen dann jugendliche Helden wie Roland Koch, Christoph Böhr und wahrscheinlich auch Christian Wulff dazu, die nach vorne geschickt wurden. Kohl konnte dann in der Bundesvorstandssitzung sagen, dass das das Werk der aufstrebenden jungen Generation aus den Ländern sei. So konnte er die Diskussion im Bundesvorstand viel besser überstehen. Es gab eine heftige Attacke von Kurt Biedenkopf und anderen. Es war keine einfache Situation, auch für Kohl, so ein Dokument durch den Bundesvorstand zu bekommen.

Zu meiner Zusammenarbeit mit Kohl in der EVP-Parteizeit kann ich sagen, dass diese mit ihm relativ einfach war. Er wollte, dass man ihn regelmäßig informierte mit einem Fax, dass zwei Seiten nicht überschreiten durfte. Dies habe ich allerdings relativ selten

gemacht, da ich es nicht für sinnvoll hielt. In wichtigen Situationen konnte ich direkt mit ihm kommunizieren. Das heißt, ich schickte ihm ein zwei Seiten-Fax und hatte in 30 Minuten eine Antwort. Das ging über Juliane Weber. Er saß im Nachbarzimmer. Man wusste, nach 30 Minuten kam das zurück. In meinem Fall hatte ich Glück. Es stand immer ein großes „JA" dran, wobei man aber dann sehr prägnant formulieren musste. Und er sagte dann „Ja" oder „Nein" und am Rande gab es Anmerkungen mit Rufzeichen und sehr minimalen Kommentaren. Aber man hatte eine Orientierung oder eine Entscheidung. Die Option bestand immer, dass man sich in kritischen Situationen an ihn direkt wenden konnte und ein unmittelbares Feedback in die eine oder die andere Richtung bekam. Davon habe ich einige Male Gebrauch gemacht. Mir wurde irgendwann von Ottfried Hennig, Vizepräsident der EVP gesagt: „Du musst öfter mal dem Helmut Kohl schreiben." Das wollte ich aber eigentlich nicht. Wenn ich es musste, konnte ich mich allerdings an ihn wenden. Manchmal war es dann auch so, dass es telefonischen Kontakt gab mit Juliane Weber, und sie hat dann direkt zu Kohl verbunden und man hatte dann kurzen Telefonkontakt. Der dauerte nie lange. Vielleicht eine Minute oder zwei oder drei. Aber immerhin. In meinem damaligen Alter war schon beeindruckend, wenn sich auf der anderen Seite der Kanzler der Bundesrepublik meldete. Helmut Kohl war immer auf den EVP-Gipfeln präsent. Es gab keine EVP-Gipfel, an dem er nicht anwesend war. Das hat die Zusammenarbeit in der EVP so viel enger gestaltet als in den anderen politischen Familien, weil er als stärkstes Mitglied immer präsent war. Das gab es bei den Sozialdemokraten nicht.

In den späteren Jahren von Tony Blair[6] haben die beispielsweise nicht so viel Wert daraufgelegt. Helmut Kohl hat sehr großen Wert daraufgelegt. Er war präsent. Und damit waren auch die anderen präsent, weil das ihre Zugangschance zum mächtigsten Spieler war. Ich finde, er ist immer sehr klug aufgetreten, weil er nie dominiert hat. Weil er immer Platz gelassen hat für Kleinere. Insbesondere Jean-Claude Juncker, Jean-Luc Dehaene und auch Carl Bildt, die eng bei ihm waren und von ihm auch geschätzt wurden. Er hat immer im Team gespielt und von daher war die deutsche Führung sehr legitim. Er kam nicht mit dem Holzhammer daher, sondern war kooperativ. Es gab beispielsweise auch Sondersitzungen im Bundeskanzleramt, zu denen er im relativ kleinen Kreis einlud, insbesondere auch die Leute, die ich beschrieben habe, Jean-Claude Juncker, Jean-Luc Dehaene, Carl Bildt, Günter Rinsche. Da war ich zum Teil auch mit dabei. Dort wurden wichtige Fragen in einer informellen Runde diskutiert, bevor es dann formelle Beschlüsse gab.

Marcus Gonschor: *Sie haben es schon angesprochen: Sie wurden 1994 als Nachfolger von Thomas Jansen Generalsekretär der EVP und der EUCD. Wie kam es eigentlich dazu, dass Sie neuer Generalsekretär wurden als Nachfolger von Jansen?*

Klaus Welle: Es gibt zwei Gründe. Einmal hat es eine deutliche Entfremdung gegeben zwischen Helmut Kohl und Thomas Jansen. Kohl hat in etwas brachialer Art gesagt: „Jansen ist faul." Thomas Jansen war überhaupt nicht faul, aber was Helmut Kohl damit

6 Anthony „Tony" Charles Lynton Blair (*1953) ist ein britischer Politiker. Er war von 1994 bis 2007 Vorsitzender der Labour-Partei und von 1997 bis 2007 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland.

meinte, war, dass Jansen aus der EVP nicht das gemacht habe, was Kohl aus der EVP machen wollte. Kohl wollte mit der EVP ambitionierter sein und sie in eine andere Richtung führen. Sie haben sich insbesondere überworfen über das Athener Programm, das Helmut Kohl als den Versuch verstanden hat, eine christlich-fundamentalistische Linie in der EVP abzusichern im Sinne der Benelux-Christdemokraten und dabei die Öffnung der EVP zu anderen Parteien zu unterminieren. Dafür hat er Jansen mitverantwortlich gemacht. Ich formuliere es so: Kanzler leben auch von den Berichten, die ihnen übermittelt werden. Das heißt, das kann auch unverdient gewesen sein. Thomas Jansen war sicher ein sehr engagierter und professioneller Generalsekretär der EVP. Aber es gab mindestens seit 1992 – so lange kann ich es beurteilen – eine tiefe Entfremdung zwischen ihm und Kohl, die dazu führte, dass es kein Vertrauen mehr gab. Gleichzeitig war – wie ich gesagt habe – das Athener Programm für Kohl nicht akzeptabel. Das führte dazu, dass er für die Programmarbeit entschieden hatte, alle Europaabgeordneten, die sich bisher darum gekümmert hatten, aus diesen Programmarbeitsgruppen herauszunehmen. Ich weiß nicht mehr, wer das war. Ich weiß eine betroffene Dame war Marlene Lenz aus Bonn. Aber es gab auch andere, weil Kohl gesagt hat: „Die haben sich nicht gekümmert. Die waren nicht da. Es hatte alles anders laufen müssen.“ Diese Personen wurden durch drei Mitarbeiter ersetzt und zwar durch Prof. Hans-Joachim Veen von der Konrad-Adenauer-Stiftung, durch Thomas Gauly, den Sekretär der Grundsatz-Programm-Kommission der CDU und mich. Damals gab es eine Grundsatz-Programm-Kommission unter Reinhard Göhner und der wurde assistiert von einem Team unter der Leitung von Thomas Gauly. Der Dritte war ich als Abteilungsleiter „Europa und Außenpolitik“. Das heißt also, die Abgeordneten, die aus Sicht von Kohl ihre Aufgabe nicht gut gemacht hatten, wurden von ihrer Aufgabe entbunden. Stattdessen gab es die Adenauer-Stiftung, die Grundsatz-Programm-Kommission und die Abteilung Europa und Außenpolitik. Das war 1992, wenn ich mich richtig erinnere. Es ging darum, Schadensbegrenzung zum Athener-Programm zu betreiben. Dann folgte eine neue Programmarbeit auf dem Kongress in Brüssel. Dort habe ich das Kapitel zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschrieben, weil es auch eine meiner Zuständigkeiten war im Konrad-Adenauer-Haus. Ich habe reingeschrieben: „Wir brauchen eine europäische Armee einschließlich einer nuklearen Komponente.“ Das ist nun schon ein paar Tage her. Aber das schien mir logisch zu sein, wenn man eine europäische Verteidigung will, dass man das nicht ausschließen kann. Jedenfalls über diese Arbeit hat sich ein gutes Verhältnis zu Wilfried Martens entwickelt. Martens hat zu Helmut Kohl gesagt: „Ich möchte, dass Klaus Welle zur EVP kommt.“ Der ursprüngliche Vorschlag besagte, Enrico Letta zum Generalsekretär der EVP zu machen und Klaus Welle zum stellvertretenden Generalsekretär. Warum? Weil Letta Vorsitzender der Europäischen Jungen Christdemokraten und ich Vorsitzender von DEMYC war. Die Vorsitzenden der beiden Jugendverbände sollten mit der Funktion des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs beauftragt werden. Das Problem war nur, dass wir im Sommer 1993 in Luxemburg zur Wahl standen und dass Letta nicht zu seiner eigenen Wahl erschien. Alle waren zur Wahl versammelt, aber der Kandidat war nicht da. Er war stattdessen auf einer Reise nach Tokyo. Er hatte sich also dazu entschieden, in der italienischen Politik direkt zu bleiben und nicht Generalsekretär der EVP zu werden. Es war das Jahr 1993, als die Democrazia Cristiana Stück für Stück zusammenbrach, so dass dann das Thema eines italienischen Generalsekretärs erledigt war. So wurde ich im Jahr 1994 Generalsekretär

und nicht Stellvertreter. Als Stellvertreter kam kein Italiener mehr, sondern ein Spanier. Was dann den neuen Machtverhältnissen entsprach. Ich selber bin gefragt worden im April 1993, ob ich stellvertretender Generalsekretär der EVP werden möchte. Das war etwas komisch, weil ich ein Treffen hatte mit Bernd Fischer, dem internationalen Sekretär der CDU, der direkt dem Parteivorsitzenden unterstand, und mit Johannes Beermann, dem Büroleiter von Peter Hintze, der dem Generalsekretär unterstand. Es gab ein zehnminutiges Plädoyer von Bernd Fischer, warum ich nach Brüssel als stellvertretender Generalsekretär der EVP gehen solle. Und dann folgte ein zehnminutiges Plädoyer von Johannes Beermann, warum ich im Adenauer-Haus unentbehrlich sei, eine deutliche Gehaltserhöhung bekäme und dass das Angebot des Parteivorsitzenden abzulehnen sei. Im Übrigen sei es der Generalsekretär leid, dass seine guten Leute alle weggehen würden. Er sagte, ich hätte Bedenkzeit. Nach einem Monat hatte ich mich dann dafür entschieden als stellvertretender Generalsekretär nach Brüssel zu gehen. Ich wurde dann aber 1994 Generalsekretär durch die politische Veränderung insbesondere in Italien.

Michael Gehler: *Ich mochte nochmal auf diese Enttäuschung Kohls mit Blick auf Thomas Jansen zurückkommen. Wir hatten auch Jansen hier und ihn auch befragt. Er hat den Vorgang auch angesprochen, es ist allerdings aus seinen Schilderungen nicht ganz hervorgegangen, warum das so war. Er wollte dabei auch nicht sonderlich in die Tiefe gehen. Haben wir Sie richtig verstanden, es bestand ein Grundsatzkonflikt in der Frage nach der konzeptionellen Ausrichtung der europäischen Christdemokratie und zwar zwischen kerneuropäischer Zugangsweise und einer Weitung des Parteienspektrums?*

Klaus Welle: Ich habe einmal einen Vortrag gehalten, der „Drei Modelle von Christdemokratie“ in meiner Zeit als EVP-Generalsekretär. Es gibt noch mehr als drei, aber man kann drei Arche-Typen identifizieren. Wenn man es einfach zum Ausdruck bringen will, sagt man, gab es das italienische Modell von Christdemokratie, die Democrazia Cristiana. Das waren alle Katholiken in einer Partei, unabhängig von deren politischer Überzeugung, von ganz links bis nach ganz rechts, ähnlich wie wir es ja auch im Zentrum bis 1933 hatten. Ich habe gerne gesagt, die Italiener waren immer 50 Jahre zu spät, weil ihnen der Papst verboten hatte, politisch aktiv zu sein bis zum Jahr 1918. Die hatten 50 Jahre Parteiengeschichte verpasst. Das ist keine ganz wissenschaftliche Erklärung. Diese 50 Jahre haben sie aber mitgeschleppt und sie sind dann erst Anfang der 1990er aus diesem Modell ausgestiegen, das bei uns 1933 mit Zentrum und dem Ende der Weimarer Republik schon erledigt war. Das war ein Verständnis von politischer Mitte, das – Heiner GeißIer hatte gesagt – gesäßgeografisch war. Also ich möchte genauso viele rechts von mir haben wie links, plus gewerkschaftsbasiert. Unser deutsches Verständnis von Christdemokratie und politischer Mitte war orientiert an den folgenden Punkten: liberal-freiheitlich, wertkonservativ, christlich-sozial, was die Vorbedingung war für die Union nach 1945, denn die Protestanten waren liberal und konservativ. Die Katholiken waren christlich-sozial. Das heißt, wenn man eine Union haben wollte aus Protestanten und Katholiken, musste man diese drei Traditionslinien gleichberechtigt zusammen denken. Und dazu kam Franz Josef Straußens Doktrin: „Keine demokratische Partei rechts von uns“, also ein Verständnis von politischer Mitte, das keine demokratische politische Partei rechts akzeptierte. Das war bis 1993 in der EVP das Minderheitenmodell und musste sich auch parallel in

der EU organisieren lassen. Es wurde dann mit dem Zusammenbruch der Democrazia Cristiana zur Mehrheitsoption, 1993/94. Genau da habe ich ideal reingepasst. Ich war ja der Vorsitzende des Jugendverbands der EDU[7] und kam mit dieser Philosophie, nämlich Christdemokraten und Konservative gemeinsam, in die Rolle des Generalsekretärs der Europäischen Volkspartei. Jansen war Leiter der Adenauer-Stiftung in Italien. Deswegen galt er auch als guter Kandidat. Man könnte es eine Kooperation nennen, die sehr auf deutschen und italienischen Christdemokraten und Benelux-Christdemokraten, aber v. a. auch auf deutschen und italienischen Vertretern basiert war. Der kam von daher mit engen Kontakten zur Benelux-Christdemokratie insbesondere dem wissenschaftlichen Institut der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Das führte in eine Richtung, die Helmut Kohl nicht wollte. Deswegen ist dann auch das Vertrauen verloren gegangen. Das führte auch dazu, dass sich das Verhältnis zwischen Martens und Jansen erheblich abkühlte, weil Jansen nicht mehr in der Lage war, die CDU loyal einzubinden hinter der Präsidentschaft von Wilfried Martens.

Michael Gehler: *Strauß und Kohl hatten eine eigene Beziehungsgeschichte. Strauß war durchaus sehr offen für die EDU. Hat Kohls Einstellung zur EDU – in der Frage Jansen – auch einen Hintergrund mit Blick auf das Verhältnis zu Strauß? Strauß wollte immer deutlich machen, dass er auch Außen- und Europapolitiker ist, um sich deutlich gegen Genscher zu positionieren und sowas auch von einer Konkurrenzaußenpolitik versucht hat, zu initiieren. Hat das auch eine Rolle oder Rückwirkung gehabt auf die transnationale Parteiengeschichte?*

Klaus Welle: Ich glaube nicht. Helmut Kohl war ja sehr pragmatisch. Von daher konnte er auch mit der EDU umgehen. Er war auf EDU-Tagungen präsent. Er war selber 1991 auf der EDU-Parteiführerkonferenz in Budapest, wo es den Streit gegeben hat zum Thema „soziale Marktwirtschaft“. Es war eher etwas anderes. Kohl hatte feste Glaubenssätze und ein Mantra. Eines davon lautete: „Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten zu überlassen.“ Das war die Kernvorstellung von ihm. Ich habe es jedenfalls immer so empfunden, dass er diese ideologische Fixierung auf die eher traditionelle Christdemokratie als Hindernis in Richtung Mehrheitsfähigkeit in Europa gesehen hat. So liefen auch die Debatten in der EVP. Deswegen ist es dann auch überhaupt zur Gründung der EDU gekommen, weil damals in der Italienisch-Benelux-dominierten EVP die Öffnung für Konservative nicht möglich war. Die wurde erst möglich als Option nach dem Zusammenbruch der italienischen Democrazia Cristiana und gleichzeitig dem Aufstieg der „Partido Popular“, die auf dieselben drei Traditionselemente zurückgeht, nämlich konservativ, Iiberal-freiheitlich, wert-konservativ, allerdings mit dem Ausgangspunkt des Konservativen, also mit einem anderen Mischungsverhältnis als es bei der Union der Fall ist.

Marcus Gonschor: *Sie hatten Wilfried Martens ja schon angesprochen. Er hat Sie als Generalsekretär vorgeschlagen. Hans-Gert Pöttering schreibt, dass Martens der Kandidat Helmut Kohls für das Amt des EVP-Fraktionsvorsitzenden war: warum eigentlich Martens? Leo Tindemans war als zweiter Kandidat noch im Spiel. Was hatte Kohl gegen*

7 European Democrat Union (EDU), gegründet 1978 in Salzburg.

Tindemans? Was sprach aus seiner Sicht für Martens? Wie haben Sie das wahrgenommen?

Klaus Welle: Ich habe das nicht direkt erlebt. Aber es war wohl so, dass Tindemans in der Sitzung noch gar nicht wusste, dass er nicht wieder Fraktionsvorsitzender wurde, sondern plötzlich und überraschend für ihn war, dass ihn auf einmal Wilfried Martens in dieser Funktion beerbt hatte. Das muss vor dem Frühsommer 1994 gewesen sein. Ich bin zum 1. August dieses Jahres nach Brüssel gekommen. Eines ist klar: Martens hat sich immer vollständig mit Helmut Kohl abgestimmt. Kohl konnte immer vollständig sicher sein, dass Wilfried Martens nichts tun oder unterlassen würde, was gegen seine Linie gehen würde. Kohl war für ihn die absolute Orientierung. Das ist für jemanden wie Helmut Kohl wichtig zu wissen. Ich meine, dass er diese Gewissheit bei Leo Tindemans nicht haben konnte.

Michael Gehler: *Das führt zu einer weiteren Frage. Welchen Einfluss konnte ein deutscher Bundeskanzler auf die Wahl eines Fraktionsvorsitzenden oder Generalsekretärs der EVP geltend machen? Wie war das überhaupt möglich ohne deutschen Zuspruch? Wie gewichtig war der Einfluss des Kanzlers in diesen Fragen der Besetzung der Positionen?*

Klaus Welle: Ich glaube, in der Partei kann ich es besser beurteilen als zu dem Zeitpunkt in der Fraktion. Aber nach dem Zusammenbruch der italienischen Christdemokraten und in Anbetracht der Tatsache, dass die Spanier noch ein deutliches Legitimationsdefizit hatten – zu diesem Zeitpunkt jedenfalls – glaube ich, war Helmut Kohl politisch das Maß aller Dinge in der EVP.

Für Wilfried Martens war es völlig unverzichtbar, einen Generalsekretär zu haben, der das volle Vertrauen von Kohl hatte. Allerdings hat mir Martens berichtet, dass Kohl nicht unbedingt einen deutschen Generalsekretär der Partei wiederhaben wollte, weil das auch seine Freiheitsmöglichkeiten wieder eingeschränkt hätte. Wenn jemand anderes Generalsekretär wäre, könne er sich freier positionieren. Wenn ein Deutscher Generalsekretär wäre, werde immer gleich angenommen, dass sei auch seine eigene Meinung. Wilfried Martens hat Kohl davon überzeugen müssen, nach Thomas Jansen wieder einen deutschen Generalsekretär zu unterstützen. Das war also nichts, das Kohl eingefordert hatte, sondern das Martens wollte, ich glaube auch im Interesse der Stabilität der EVP.

Marcus Gonschor: *Können Sie uns Wilfried Martens charakterisieren?*

Klaus Welle: Wilfried Martens hat gerne mit ganz jungen Leuten gearbeitet. Er hatte in seiner Zeit als Parteivorsitzender gerne Generalsekretäre, die eher aus dem Jugendverband kamen und deutlich jünger waren. Er kam selber auch aus der Jugendbewegung. Er hat jungen Leuten auch erhebliche Freiräume gegeben. In meiner Zeit waren diese besonders groß, weil er parallel auch Fraktionsvorsitzender war. Ich will nicht sagen, dass er mir eine „carte blanche" gegeben hat, aber die Situation war sehr nahe dran. Ich hatte regelmäßig ein Mittagessen mit ihm. Es gab immer „Beef" im Parlamentsrestaurant. Ich habe ihm alles berichtet. Er hat mir im Regelfall nicht widersprochen. Manchmal fiel es ihm etwas leichter, manchmal fiel es ihm etwas schwerer. Aber er hat mir erhebliche

Spielräume gegeben mit meinen etwas mehr als 30 Jahren damals. Aber die Kehrseite bestand darin, dass ich dann auch den Kopf dafür hinhalten musste. Das war aus seiner Sicht interessant, da er so Abstand zu den Entscheidungen hatte. Wenn es daneben ging, war er auch nicht unmittelbar in der Verantwortung und konnte sagen – was er in meinem Fall aber nie gemacht hat: „das war hier dieser furchtbare Generalsekretär.“ Das hat ihm Spielräume gelassen. Die Freiheit, die er mir gab, hat ihm Spielräume gelassen für den Fall, dass es einmal nicht funktioniert hätte. Er war enorm an Programmatik interessiert. Er hat die Programmarbeit immer selbst geleitet. Das heißt aber nicht, dass er sie selbst geschrieben hat. Zum Teil habe ich auch Programmpapiere geschrieben vor allen Dingen für die Kongresse. Aber er hat enorm viel Anteil daran genommen. Also Programmarbeit war ihm extrem wichtig. Er hat immer verstanden, dass die Parteien aus ganz unterschiedlichen Hintergründen und Traditionen kommen, so dass erst einmal die Begriffe geklärt werden mussten. Wir hatten z. B. 1995 einen ersten Kongress als Mitglieder mit den nordischen Parteien. Es gab eine Zeit, wo erst einmal verschiedene grundsätzliche Begriffe geklärt werden mussten und Einverständnis darüber hergestellt werden musste, das lauft über Programmarbeit. Da wurden Traditionen, die bei einigen Parteien zum Teil 100 Jahre alt sind, plötzlich in Frage gestellt. Ich glaube, das hat Wilfried Martens immer sehr gut begriffen, dass Programmarbeit die Voraussetzung für alles andere ist, was dann folgt.

Michael Gehler: *Inwiefern war es ein Vorteil, dass EVP-Partei- und Fraktionsvorsitz praktisch in einer Person in Personalunion von Wilfried Martens vertreten wurden?*

Klaus Welle: Ich war erst präsent, als er schon Fraktionsvorsitzender war. Aber offensichtlich war es so, dass die Partei bei der Fraktionsführung nicht immer sehr beliebt war. Das kann man auch daran ablesen, dass die Jahressubvention der Partei für die EVP und für die Christlich-Demokratische Internationale dieselbe war. Dann gab es aber nochmal einen erheblichen Zuschlag für die Christlich-Demokratische Internationale (CDI), weil sie bedürftig war. Besonders wichtig war dort Horst Langes. Er war als Schatzmeister in der Fraktion eng verbunden mit der CDI, insbesondere mit den lateinamerikanischen Parteien. Die Partei wurde nicht unbedingt so besonders von der Fraktion gefördert, solange der Parteivorsitz und der Fraktionsvorsitz auseinanderfielen. Das heißt, die Zusammenführung von Partei- und Fraktionsvorsitz hat es auch es ermöglicht, diese Dinge zu ändern.

Marcus Gonschor: *Wie ist das Verhältnis EVP-EVP-Fraktion grundsätzlich zu charakterisieren? Kann man da von der EVP als Taktgeber oder Motor oder umgekehrt sprechen?*

Klaus Welle: Damals war es noch etwas anders als heute. In den meisten Fällen waren seinerzeit die europäischen Parteien eine Abteilung der Fraktion, organisatorisch, personell und finanziell. Das galt nicht für die EVP, was der EVP einen Organisationsvorsprung ermöglicht hatte. Man war also außerhalb des Parlaments. Die anderen europäischen Parteien waren im Parlament mehr oder weniger ins Fraktionssekretariat eingegliedert. Das heißt, die EVP hatte eine sehr starke organisatorische Eigenständigkeit. Letztlich werden die Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament und damit auch in den europäischen Institutionen von der Partei und nicht der Fraktion entschieden. Die Partei entscheidet

darüber, welche Bündnisse eingegangen werden können. Und da nach wie vor europäische Partei-Allianzen aus nationalen Parteien sind, entscheidet die Bündnisfähigkeit der europäischen Parteien über die Stärke und den Zusammenhalt der Fraktionen. Das heißt, die Partei, obwohl sie finanziell und organisatorisch schwach war, hatte schon seinerzeit eine hohe Bedeutung gehabt, die die Fraktion aus meiner Sicht sehr unterschätzt hat.

Michael Gehler: *Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD), EVP und EDU – wir haben eine Dreierstruktur. Wie haben Sie das Verhältnis EVP zur EUCD, die seit 1965 als Nachfolgerplattform für die Nouvelles Equipes Internationales (NEI) steht, erlebt? Sie haben es noch, wenn ich es richtig sehe, fast fünf Jahre erlebt von 1994 bis 1998. Dann wurde die EUCD aufgelöst. Zuerst mochte ich gerne die Frage nach dem Verhältnis zur EUCD stellen und dann wurde ich gerne wissen, was zur Auflösung dieser EUCD führte?*

Klaus Welle: Die EUCD hat formell aufgehört zu existieren mit dem EVP-Kongress im Februar 1999. Helmut Kohl hat die EUCD nie sehr geschätzt – jedenfalls in der Zeit, wo ich dort war. Für ihn war sie ein Hort der christdemokratischen Traditionalisten. Zweitens waren da viele Parteien dabei, insbesondere aus Mittel- und Osteuropa, die noch überhaupt nicht stabil und gefestigt waren. Insofern gab es ein Treffen im Bundeskanzleramt im Jahr 1996, an dem ich auch teilgenommen habe, wo das Ergebnis für Helmut Kohl feststand. Manchmal gehen Teilnehmer aus solchen Sitzungen mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen heraus. Für Helmut Kohl und auch für mich war klar, dass die EUCD aufgelöst werden muss. Ich reiste von diesem Termin im Kanzleramt zu einer EUCD-Ratssitzung – ich weiß gar nicht mehr, wie die hieß – jedenfalls auch eine Präsidiumssitzung, wenn ich mich richtig erinnere, in Prag. Ich habe dann dem EUCD-Präsidium erklärt, dass das jetzt das Ende der EUCD sei. Ich bekam gesagt, wie es eigentlich sein könne, dass der EUCD-Generalsekretär seinen eigenen Laden auflösen wolle? Es ging darum – Wim van Velzen[8] war der Vorsitzende und wollte diesem politischen Wunsch eine Struktur geben und sie mit den legitimen Interessen der EUCD-Mitglieder, insbesondere in Mittel- und Osteuropa verbinden. So habe ich zwei Dinge vorgeschlagen: Erstens, dass es ein Prozess ist bis zum EVP-Kongress 1999, wo Schritt für Schritt die Parteien ihre Mitgliedschaft in der EVP beantragen können; nicht automatisch und auch nicht alle. Es haben zwei nicht geschafft: die HDZ in Kroatien und die albanischen Demokraten. Das war auch eine bewusste Entscheidung, dass sie es nicht geschafft haben. Alle konnten in der Zeit einen

8 Wilhelmus Wim Gijsbertus van Velzen (*1943) war niederländischer Politiker der Christen-Democratisch Appèl (CDA), studierte Erziehungswissenschaften an der Katholischen Universität Nijmegen und begann seine soziale Karriere in dieser Stadt als Lehrer für Niederländisch und Sozialkunde. Anschließend schlug er eine Laufbahn am Katholischen Pädagogischen Zentrum (KPC) in Den Bosch ein. Van Velzen war etwa ein Jahr lang (1986–1987) stellvertretender Generaldirektor für das Sekundarschulwesen im Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Von 1987 bis 1994 war er Parteivorsitzender der CDA. 1994 wurde Van Velzen Mitglied des Europäischen Parlaments. In Brüssel war er zwei Amtszeiten lang Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und dazwischen Präsident der Europäischen Union der Christdemokraten (EUCD). Seit Juli 1999 war Van Velzen stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten.

Status in der EVP verlangen. Das war auch die Vereinbarung oder die Brücke, über die Helmut Kohl gehen konnte. Kohl wollte diese Parteien nicht in der EVP haben, weil er fand, dass sie noch nicht gefestigt genug waren. Ich habe dann vorgeschlagen, dass wir einen Kriterienkatalog entwickeln, der folgendes besagt: Keine Spaltung in den letzten zwei Jahren. Mindestens in zwei Wahlen mehr als 5%. Und es gab noch ein drittes Kriterium. Ich habe Stabilitätskriterien vorgeschlagen, um der Sorge von Kohl gerecht zu werden. Ich wusste aber gleichzeitig, dass fast alle EUCD-Parteien diese Stabilitätskriterien erfüllen. Die Fairness gebot es, dass sie auf der einen Seite Stabilität nachweisen mussten, sie auf der anderen Seite aber nur mit Einzelentscheidungen beitreten konnten. Das heißt, über diesen Prozess haben wir dann die Doppelstruktur EVP-EUCD beendet. Eine der großen Widersacherinnen war die CSU in Form ihres internationalen Sekretärs Dieter A. Schmidt, die gleichzeitig bei der EDU auftrat als die konservativste Partei und bei der EUCD als die christdemokratischste. Das passte auch gut zur CSU: Sie ist die liberalste, die sozialste, die christlichste und die konservativste Partei überhaupt. Man kann auch sagen, sie kann dialektisch damit sehr gut umgehen. Gegen erhebliche Widerstände hat die EUCD dann tatsächlich diesen Auflösungsbeschluss getroffen, aber konditioniert mit dem Integrationsprozess in die EVP, der auch für die skeptischen EVP-Mitglieder – insbesondere Kohl – abgesichert wurde durch Stabilitätskriterien für die Aufnahme. Das heißt, in meiner Zeit war eine der wesentlichen Aufgaben, Christdemokraten und Konservative zusammenzuführen und das auch organisatorisch umzusetzen. Ich war einer der drei Testamentsvollstrecker für die EDU-Beerdigung. Die anderen waren Alexis Wintoniak und Juri Arvonen aus Finnland. Wir haben erreicht, dass von drei Strukturen nur eine am Ende dieser Phase übriggeblieben ist.

Ich hatte damals ein Gespräch mit Wolfgang Schüssel[9] in Straßburg zur Zukunft der EDU. Das fing mit folgenden Worten an: „Ich habe das Gefühl, dass Sie die EDU auflösen wollen.“ Da habe ich gesagt: „Das ist vielleicht keine so schlechte Idee,“ worauf er gesagt hat: „Ja, wenn Sie das meinen, dann machen Sie das doch.“ Dies war aus österreichischer Sicht eine weitreichende Entscheidung, denn die EDU war immer ein österreichisches ÖVP[10]-Politikinstrument. Schüssel war sehr hilfreich, diesen Prozess zu beschleunigen. Als DEMYC-Vorsitzender hatte ich einen Antrag gestellt, als Jugendorganisation der EVP anerkannt zu werden, und als EVP-Generalsekretär habe ich diesen Antrag abgelehnt. Gleichzeitig habe ich aber einen Vorschlag gemacht, der auch angenommen wurde innerhalb der EVP, nämlich, dass alle anerkannten Vereinigungen der EVP Vereinigungen von Mitgliedsparteien der EVP aufnehmen müssen, wenn sie anerkannte Vereinigungen bleiben wollen. Das hat bspw. die Europäischen Jungen Christdemokraten gezwungen, in Gespräche mit der DEMYC einzutreten, und das Ergebnis war die Gründung der Jungen Europäischen Volkspartei, im Jahr 1995. Wir haben klar gemacht, dass dies die Vorbedingung sei, um weiterhin eine anerkannte Vereinigung der EVP zu bleiben. Als Bundesvorstandsmitglied der Jungen Union habe ich daran mitgewirkt, dass wir gleichzeitig aus der DEMYC ausgetreten sind. Wir waren also auch konsequent. Unsere Idee bestand immer

9 Wolfgang Schüssel (*1945) ist ehemaliger österreichischer Außenminister (1995–2000) und Bundeskanzler (2000–2007).

10 Österreichische Volkspartei.

darin, Christdemokraten und Konservative zusammenzuführen und sich nicht in Mehrfachstrukturen zu verzetteln.

Michael Gehler: *Die EDU hat meines Wissens noch etwas länger bestanden als die EUCD. Das ist erst 2002 beendet worden. Ich denke, dass Schüssel das als Bundeskanzler leichter tun konnte, als er noch als Außenminister in einer großen Koalition mit der SPÖ war.*

Klaus Welle: Ja, das ist wahrscheinlich. Ich habe mich auch in meiner Zeit als Fraktionsgeneralsekretär immer noch um diese Dinge gekümmert. Ich hatte die Erfahrung und die Kontakte, weil das dann auch für die Fraktion wichtig wurde, insbesondere in der Erweiterungsperspektive.

Marcus Gonschor: *Zur Integration dieser drei verschiedenen Parteikooperationsplattformen: Kann man das als Ihr Hauptanliegen verstehen, das Sie 1994 hatten, als Sie dieses Amt als EVP- und EUCD-Generalsekretär angetreten haben?*

Klaus Welle: Es war die Philosophie, aus der ich kam. Es war die raison-d'être von der EDU und auch die raison d'être von DEMYC und entsprach eben auch der Vorstellung von Helmut Kohl: „Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten zu überlassen." Ich habe dann 1996 eine Strategie vorgelegt beim Treffen der EVP-Staats- und Regierungschefs – also beim EVP-Gipfel. Es ging um die Frage, wie die Europäische Volkspartei stärkste Fraktion 1999 werden könne. Also mit Kant gesprochen: Was ist die Bedingung der Möglichkeit, damit das erste Mal bei einer Direktwahl – denn seit 1979 waren immer die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion – 1999 die EVP stärkste Fraktion werden kann? So hatte ich auch den Auftrag von Kohl verstanden. „Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten zu überlassen." Das war eine Konzeption, die ziemlich klar war, sowohl was Mittel-Ost-Europa anbetraf – also nicht auf eine nominalistische Strategie zu setzen, um nicht zusagen, nur da wo C draufsteht, ist Christdemokratie drin. Denn häufig waren in Mittel- und Osteuropa, wo K draufstand, eher konfessionelle Parteien und zum Teil nationalistische Konzeptionen drinnen, wenn man z. B. an Polen denkt, beispielsweise die christlich-nationale Partei. Das heißt, die Vorstellung zur Mehrheitsfähigkeit im Europäischen Parlament, in den europäischen Institutionen ab 1999 war eng verknüpft mit der Frage: Welche Mitglieder nehmen wir in die EVP auf?

Es ging darum, sich erstens von diesem Nominalismus zu lösen und zweitens zu schauen, in welchen Schlüsselmitgliedsstaaten die EVP ihre Mitgliedschaftsstruktur ändern müsse, um eine Chance zu haben, stärkste Fraktion bei der Europawahl 1999 zu werden. Da lagen die Dinge relativ klar auf der Hand. Das waren Italien, Frankreich und Portugal. Das hieß auch, dass im Norden die konservativen Parteien, die damals nur „permanent observer" waren, fest eingebunden werden mussten. Das hieß auch, dass man sich in Mittel- und Osteuropa breiter aufstellen musste als nur mit einem traditionellen, christlichen Ansatz.

Michael Gehler: *Wie würden Sie die EUCD rückblickend einschätzen? Worin lagen ihre Bedeutung, ihr Wert, aber auch ihre Grenzen? Und die gleiche Frage stellen wir uns auch für die EDU.*

Klaus Welle: Die neue Bedeutung der EUCD schien ab 1990 eine Art „Vorwärmstation“ zu sein für die EVP, wo man sich – ohne die EVP zu gefährden oder in Mitleidenschaft zu ziehen – Parteien näher anschauen konnte, die ja zum Teil nur eine relativ geringe Halbwertzeit hatten, Parteien, die sich spalteten oder auch ganz verschwanden, oder die einfach nach einer Regierungsperiode so belastet waren – wenn man z. B. an Magyar Demokrata Forum (MDF) denkt – dass sie erheblich geschwächt waren – oder auch an solche der ersten polnischen Regierung. Das heißt, man hatte ein Spielfeld, auf dem man Kontakte haben und Anerkennung geben konnte. Anerkennung und Zugang sind aus meiner Sicht wesentliche Kriterien für europäische politische Parteien, was deren Funktionen betrifft. Wenn ich bei Studenten bin, schimpfe ich immer gerne gegen Maurice Duverger aus den 1950er Jahren, weil sein Vergleich systematisch in die Irre führt und europäische Parteien ganz eigene Funktionen haben, die man sich im Speziellen anschauen muss, in einem subsidiär-organisierten europäischen Parteiensystem. Diese Aufgabe hatte die EUCD. Die EDU hatte diese Funktion, als es noch nicht möglich war, die EVP über den Rahmen traditioneller Christdemokraten zu erweitern. Das entsprach dem CDU-Verständnis von Christdemokratie, aber war die Minderheitenposition in der EVP gegenüber Italienern und Benelux in jener Zeit. Als diese Option dann realisiert werden konnte mit dem Zusammenbruch der italienischen Christdemokratie, ist sie dann auch realisiert worden.

Michael Gehler: *Zusatzfrage: Wenn wir über das engere Parteienfamiliengeschehen hinausschauen, wie weit war der Übergang von EG-12*[11] *zur Europäischen Union (EU) und dann zur EU15*[12] *– Stichwort: Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens – im Hintergrund für diese Fusionierungsabsichten ein Verstärkereffekt, als deutlich wurde, dass es nicht mehr die Europäischen Gemeinschaften sind, sondern daraus eine EU wird und Skandinavien und Österreich dazukommen. Wie weit war das hilfreich als Hintergrund?*

Klaus Welle: Die Schweden und die Finnen waren nicht in der EUCD, aber die Österreicher schon, wenn auch nicht so besonders geliebt. Aber es kamen drei Parteien dazu, die sehr wichtig waren in der EDU und für die sich dann plötzlich die Frage stellte: Wollen wir auch zwei Parteiorganisationen unterhalten oder nur eine? Für die Österreicher war es deswegen eine besondere Frage, weil sie über das EDU-Sekretariat in Wien eine besondere Rolle gespielt hatten. Für die Schweden war es eine schwierige Frage, da die EDU die Anbindung war an die Briten und die schwedischen Moderaten sahen sich gerne in ähnlicher Distanz zwischen deutscher CDU und britischen Konservativen. Helmut Kohl hat mehrfach und sogar sehr deutlich, um nicht zu sagen heftig, insistieren müssen, dass die schwedischen Moderaten wirklich als Vollmitglied der EVP beitraten. Das war keine Selbstverständlichkeit. Wir haben es dann damals auch verbunden mit einer Reihe von in-

11 Die Europäischen Gemeinschaft mit zwölf Mitgliedsstaaten.
12 Die Europäische Union mit 15 Mitgliedsstaaten.

ternen Veränderungen innerhalb der EVP, um es für die Schweden akzeptabel zu machen. Nachdem die Schocks überwunden und Lernprozesse eingesetzt haben, war es dann für sie sehr viel verkraftbarer, eben keine separate Organisation mehr zu haben in der EDU.

Marcus Gonschor: *Wir haben ja schon über den Zusammenbruch der Democrazia Cristiana (DC) gesprochen. In der Folge nimmt die EVP bzw. die EVP-Fraktion dann Kontakt auf zur Forza Italia (FI) auf. Wie haben Sie die FI und ihr politisches Profil wahrgenommen?*

Klaus Welle: Es gab schon einen ersten Versuch, die Forza Italia in die Fraktion zu integrieren durch Egon Klepsch im Jahr 1994, der aber in der Fraktion gescheitert ist. Daraufhin konstituierte sich Forza Italia als eine Nationenfraktion „Forza Europa" im Europäischen Parlament. Dies wäre heute nicht mehr möglich. Heute brauche ich mindestens sieben Nationalitäten, auch als Reaktion auf diese Erfahrung mit Forza Europa. Es gab ja dann einen Streit darüber, wer Rechtsnachfolger der Democrazia Cristiana sei. Der Streit ist geschlichtet worden, am Rande eines EVP-Kongresses. Die Italiener – beide damals, die Partito Populare Italiano (PPI) und die Cristiana Democratici Uniti (CDU) – kamen zusammen in einem Hotelzimmer mit Professor Rinsche und mir. Wir haben dann vermittelt, dass die eine Seite den Namen behalten durfte und die andere das Parteisymbol. So haben sie sich zurechtgefunden. Wir haben gesagt: „Wir haben Euch beide lieb. Ihr seid beide Nachfolger. Was im Übrigen auch heißt, dass Ihr beide verantwortlich seid für die ausstehenden Beitragszahlungen der Democrazia Cristiana", die sie aber übrigens nie geleistet haben. Unser Ansatz war es, zu sagen, wir schauen uns das politische Spektrum an. Das Spektrum der EVP ist die politische Mitte, leicht links der politischen Mitte, aber auch das bürgerliche Spektrum rechts der politischen Mitte. Und wer immer in dieser Chaos-Zeit zu diesem Bereich gehört, ist im Prinzip für uns ein Ansprechpartner. Es war völlig klar, dass viele ehemalige Wähler der Democrazia Cristiana zur Forza Italia gegangen waren und dort ihre neue Heimat gefunden haben.

Insofern hatte ich ab 1995 regelmäßigen Kontakt mit Forza Italia im Einverständnis mit Martens. Ich war einmal im Jahr mindestens in Italien. Im Rahmen dieser Anerkennung der beiden, PPI und CDU, habe ich Kontakt aufgenommen mit Pier Ferdinando Casini. Wir haben gleichzeitig die Centro Cristiano Democratico (CCD) anerkannt, auch als Nachfolger der Democrazia Cristiana Italiana. Das heißt, PPI, CDU und CCD waren zusammen in einer Sitzung. Normalerweise wollten sie immer streiten: Wir haben aber gesagt, wir entscheiden nicht, wer die eine Partei ist, sondern wir sehen ein politisches Spektrum und politische Ideen. Mit CCD war die Brücke gebaut zur Forza Italia, weil sich die CCD abgespalten hat über die Frage, ob man eine Allianz mit der Forza Italia machen kann. Die CCD hatte dies positiv beantwortet, die PPI negativ. Dadurch, dass alle drei kamen, war eine Brücke geschlagen.

Michael Gehler: *Forza Italia ist untrennbar verbunden mit dem Namen Silvio Berlusconi, dem ersten und einzigen Vorsitzenden der Forza Italia. Wie haben Sie Berlusconi erlebt jenseits der öffentlichen Wahrnehmung von Berlusconi als Winterkönig 1994 und Ministerpräsidenten Italiens? Wie haben Sie ihn auf der parteipolitischen Ebene wahrgenommen?*

Klaus Welle: Berlusconi hatte immer ein ausgezeichnetes Verhältnis zu Hans-Gert Pöttering und der war sein bevorzugter CDU-Politiker. Der Politiker, dem er am meisten vertraut hat in Deutschland, war Hans-Gert Pöttering. Dieser hatte sowieso ein besonderes Verhältnis zu Italien. Es gibt einen Punkt, der wesentlich war und erklärt, warum es am Ende auch in der Praxis funktionierte, und das war die Vorgabe von Berlusconi, dass seine Abgeordneten immer mit der Fraktion stimmen. Das bedeutet, wir haben zu späteren Zeiten Auswertungen gemacht zum Abstimmungsverhalten in der Fraktion und abweichendes Abstimmungsverhalten. Die Fraktionsloyalsten waren immer die Abgeordneten von Forza Italia, weil sie nicht das Recht hatten, eigene Abstimmungslisten zu haben. Forza Italia hatte die Vorgabe von Berlusconi nach dem Motto: „Ihr stimmt mit der Fraktionslinie. Aus.“ Das heißt, die deutschen CDU/CSU-Abgeordneten hatten eine deutlich höhere Abweichung von der Fraktionslinie als Forza Italia. Von daher ist in der Praxis der Fraktion das Verhältnis zur Forza Italia immer extrem unproblematisch gewesen. Das öffentliche Bild, das von Berlusconi produziert wurde, war problematisch — teilweise extrem problematisch. Aber die Erfahrung in der Fraktion war das genaue Gegenteil, nämlich die Forza Italia-Abgeordneten waren immer die loyalsten Fraktionsmitglieder, weil Berlusconi gesagt hat: „Ihr stimmt immer mit der Fraktion. Es gibt keine Sonderregeln für Euch.“

Marcus Gonschor: *Sprechen wir über die britischen Konservativen. Die haben im Prinzip schon seit den 1960er Jahren parallel mit dem Bestreben des Landes in die Gemeinschaft zu kommen, auch mit den europäischen Christdemokraten angebandelt und über einen Ausbau der Parteienkooperation verhandelt. Wie haben Sie während Ihrer Zeit als Generalsekretär das Verhältnis der Conservatives zur EVP wahrgenommen und erlebt?*

Klaus Welle: Als ich DEMYC-Vorsitzender war, war einer meiner Mitgliedsverbände die British Young Conservatives. Diese haben sich deutlich vor der Mehrheit der Partei radikalisiert in der Nachfolge von Margaret Thatcher. Das war in meiner Zeit schon sehr spürbar. Sie hatten die Absicht, die Führung der Organisation nach Ende meiner Amtszeit zu übernehmen.

Deswegen habe ich dafür gesorgt, dass bei meiner Wiederwahl 1993 der britische Kandidat nicht einer meiner Stellvertreter wurde. Andrew Rosindell, sehr anti-europäisch, ist jetzt Unterhaus-Abgeordneter. Ich hatte Sorge, dass das bedeuten würde, im nächsten Schritt übernehmen sie den Vorsitz der Organisation. Sie traten schon bei unseren Treffen mit durchgekreuztem Euro und britischer Flagge usw. auf. Sie sind rhetorisch besonders begabt. Die britischen jungen Konservativen sind in meiner Zeit aus DEMYC ausgetreten, also 1993 aus dem Jugendverband. Sie haben mir gesagt, ich sei ein unakzeptabler Föderalist und Linker, was von ihrem Standpunkt her absolut richtig war. Von daher habe ich die ganze britische Frage als einen slow-motion-crash erlebt. Ich habe das in dem Jugendverband gesehen Anfang der 1990er Jahre. Ich habe es dann in der Partei erlebt, in der Fraktion und dann in der Europäischen Union. Es hat sich letztlich in Phasen ausgewachsen: 1. Austritt aus dem Jugendverband, 2. Austritt aus der Fraktion, 3. Austritt aus der EU. Ich habe mich trotzdem den Briten immer sehr nahe gefühlt, nicht aber den britischen Anti-Europäern. Ich habe auch Vieles getan, um diese Verbindung zu halten. Damit habe ich auch die Geduld von Hans-Gert Pöttering strapaziert. Es war das

einzige Mal, dass ich mich erinnere, dass er nicht ganz zufrieden mit mir war. Als ich ihm einen Brief gegeben habe zum Unterschreiben, um zu ermöglichen, dass die Briten in der Fraktion blieben. Ich versuchte alles zu tun, damit die Fraktionsgemeinschaft mit den britischen Konservativen erhalten blieb, aber es war am Ende nicht zu machen. Es ging immer um „concessions“. Wenn diese gemacht waren, wurden nach zwei oder drei Jahren neue „concessions“ gefordert. Also, man kam nicht mehr in ein stabiles Gleichgewicht hinein, weil sich die Partei zuhause weiterradikalisierte.

Ganz am Anfang meiner Zeit war ich mit Martens in London bei einem Treffen mit John Major. Da haben Martens und Major vereinbart, dass wir überlegen sollten, ob die britischen Konservativen nicht auch der EVP als Partei beitreten können, allerdings sehr auf Drängen von Martens. Ich wurde damals beauftragt mit dem „personal private secretary“ von John Major darüber zu reden. Das war ein „medical doctor“ — ich erinnere mich nicht mehr an seinen Namen. Das führte aber sofort zu nichts. Aber immerhin ist es interessant, zu wissen, dass es wahrscheinlich so um 1995 durchaus noch eine denkbare Option war. Ich glaube, ich habe dann mehrmals mitgewirkt, das Verhältnis zu stabilisieren, wie auch noch nach meiner Zeit als Fraktionsgeneralsekretär.

Michael Gehler: *Sie haben kurz Margaret Thatcher erwähnt. Bekannt ist ihre Rolle im Kontext der sich vollziehenden deutschen Einigung. Inwieweit ist diese Radikalisierung der British Conservatives auch als Folge der deutschen Einheit zu interpretieren; praktisch als das Scheitern von Thatchers Deutschlandpolitik? Kann das ein Faktor gewesen sein, den man einbeziehen muss in einer Antwort auf die Frage der Radikalisierung der Conservatives, oder ist das eine Überzeichnung?*

Klaus Welle: Ich hatte immer den Eindruck, dass die Positionierung nach Thatchers Abgang eher deutlich gegen die EU gerichtet war, insbesondere nach Maastricht. Die Umsetzung des Binnenmarktes dürfte wohl dazu geführt haben, dass viele in Großbritannien gesagt haben: „Dazu sind wir nicht bereit.“ Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass die deutsche Einheit da eine besondere Rolle gespielt hat. Ob das bei Thatcher eine besondere Rolle gespielt hat, könnte sein. Das kann ich aber nicht beurteilen. Ich habe eher das Gefühl, dass im Nachklang zum Maastricht-Vertrag immer deutlicher geworden ist, dass die sich verstetigende Integration, die immer mehr Politikbereiche hereinnimmt und deswegen nicht mehr nur als Marktarrangement eingegrenzt werden kann, Opposition in Großbritannien hervorrief.

Marcus Gonschor: *Gehen wir nochmal zum Kontext Ihrer Zeit als EVP-Generalsekretär und zum Prozess der Vorbereitung des Beitritts der Länder Mittel- und Osteuropas. Welche Parteien, würden Sie im Rückblick sagen, waren europäische „Musterknaben“? In welchen Fällen gab es andererseits auch die größten Schwierigkeiten in Hinblick ihre EVP-Tauglichkeit?*

Klaus Welle: Die großen Schwierigkeiten bereiteten die Hrvatska Demokratska Zajednica (HDZ) und die Albaner, die Demokratische Partei. HDZ hatte sich ursprünglich sehr bemüht, in die EUCD zu kommen. Als sie dann in der EUCD war, war sie eigentlich völlig desinteressiert und auch nicht mehr sehr kooperativ. Wer ursprünglich eine sehr

positive Rolle gespielt hat, war Mate Granić.[13] In dem Moment, wo er aber mehr in den Hintergrund getreten ist, hatte man das Gefühl, es fiel wieder in alte nationalistische Positionen zurück. Das wurde erst korrigiert als Ivo Sanader[14] die Parteiführung übernommen und diese zum Teil auch „gesäubert“ hat von sehr rechten, nationalistischen Elementen.

Eine wirkliche Erfolgsgeschichte aus meiner Sicht war die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKU) in der Slowakei mit Mikulâs Dzurinda.[15] Das war eine Fusion aus Christdemokraten und liberalen Parteien. Ich war auf dem Gründungskongress vertreten. Es sprachen der liberale europäische Parteienvorsitzende und ich für die EVP. Sie haben sich dann für die EVP entschieden. Wenn man sich die Wahlergebnisse anschaut und die Zusammensetzung im Europäischen Parlament, ist die wesentliche Stärke der EVP das Kontingent aus den mittel- und osteuropäischen Staaten. Aber das war auch ein permanenter trial and error-Prozess. Wir wussten das auch. Wir wussten, da sind Parteien. Wir wussten aber nicht, ob das in fünf Jahren noch dieselben Parteien sind. Deswegen haben wir uns von daher immer eher für ein Spektrum interessiert. Wir wussten aber, dass dieses Spektrum vielleicht in fünf Jahren anders organisiert und in zehn Jahren sogar wahrscheinlich ganz anders organisiert ist. Aber trotzdem musste man in diesem Spektrum vertreten sein, aber immer mit Korrekturmöglichkeiten.

Michael Gehler: *Wir haben schon über eine Zeit gesprochen, die das Ende der Ara Kohl berührt. Er tritt 1998 nochmal an zur Wahl in der der Erwartung, er könne das vielleicht noch einmal packen. Es wird nichts daraus. Es kommt eine rot-grüne Regierung. Was hat eigentlich der Abgang Kohls von der politischen Bühne in Deutschland auch mit Blick auf Europa für Wirkungen und Nachwirkungen gehabt, speziell mit Blick auf diese Parteienfamilien, die noch existieren? Es existiert ja noch die EUCD, die aber praktisch ein Auslaufmodell war. Es existieren die EDU und EVP. Kohl will, dass die EVP 1999 gewinnt und vor den Sozialdemokraten Europas steht. Wie haben Sie das erlebt? Kein leichter Abgang für Kohl und alles andere als einfach.*

Klaus Welle: Die EUCD war eigentlich gemacht. Wir hatten das Zieldatum Februar 1999, den EVP-Kongress. Die meisten Parteien hatten auch schon ihre Heimat gefunden. Der Beschluss war da, um die EUCD damit aufzulösen. Die Auflösung der EDU war auch weit vorangetrieben. Die Grundlage für die Mehrheit 1999 war da. Sie war gelegt worden durch Mitgliedsentscheidungen. Nicht komplett jedoch, was fehlte, waren z. B. die französischen Gaullisten. Der Kontakt war eher reserviert, aber die Kontakte waren

13 Mate Granic (*1947), kroatischer Politiker und Arzt; wurde 1990 Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Zagreb. Ab 1991 war er Premierminister und 1993 bis Januar 2000 Außenminister von Kroatien, 2000 Präsidentschaft-Kandidat. 2000 Gründer und bis 2002 Vorsitzender der Kroatischen Demokratischen Zentrumspartei.

14 Ivo Sanader (*1953) in Split, kroatischer Politiker (HDZ), der von 2003 bis 2009 Premierminister Kroatiens war. Wegen Korruption während seiner Regierungszeit wurde er im November 2012 zu zehn Jahren Haft verurteilt.

15 Mikulâs Dzurinda (*1955 in Spissky Stvrtok), ist ein slowakischer Politiker. Von 1998 bis 2006 war er der vierte Ministerpräsident der Slowakei und führte als solcher die Slowakei in die EU und NATO.

geknüpft. Entscheidend war, dass Nicolas Sarkozy[16] vor den Europawahlen Parteivorsitzender wurde. Ich habe damals einen Anruf von Sarkozy erhalten, der mir sagte: „Wir kommen in die EVP. Und zwar nicht wie die britischen Konservativen nur in die Fraktion, sondern wir kommen ganz.“ Die Delegation und die Fraktion, die letztlich von den Franzosen geführt war, war dafür aber nicht besonders zu haben. Es gab z. B. keine Gespräche über Personaltransfer. Die wurden abgelehnt. Da gab es Mitarbeiter aus der Fraktion, aus denen was werden musste. Die Europa-Abgeordneten, die es damals noch gab, aus dem Rassemblement pour la République (RPR) waren dafür nicht sehr offen. Allerdings war deren Fraktion wesentlich dadurch geschwächt, dass die Forza Italia beschlossen hatte, 1998 schon in die EVP zu wechseln. Die Übertritte der Forza Italia und der französischen Gaullisten waren somit vorbereitet, aber die Mitgliedschaft in der Partei von Forza Italia war noch nicht erreicht und der Übertritt der französischen Gaullisten wurde dadurch begünstigt, dass Nicole Fontaine Parlamentspräsidentin werden wollte und wurde. Sie hat später ein Buch geschrieben, in dem sie festhielt, dass ich sie sogar gefragt hatte, wie viele Bataillone Frankreich habe. Also auf Deutsch: Die Gaullisten mussten auch kommen, damit sie stark genug sei, um die Nominierung als Parlamentspräsidentin zu erhalten. Bevor Kohl abtrat, wurde zwischen ihm und Aznar vereinbart, dass ich zum Generalsekretär der Fraktion wechsle und dass die Spanier dafür den Generalsekretär der Partei stellen sollten. Nachdem es früher immer deutsch-italienisch dominiert war, kamen wir nun in die deutsch-spanischen Phase. Die beiden hatten vereinbart, zu wechseln.

Der Abschied von Kohl hatte zwei Konsequenzen: Erstens wurde Wolfgang Schäuble Parteivorsitzender. Dieser war aber in Europafragen nicht so tief drinnen wie Kohl. Da gab es zum Teil amüsante Erlebnisse, wie die Frage der Befriedung der Briten. Wie kann man das lösen? Die Briten hatten damals schon überlegt, ob sie aus der Fraktion aussteigen sollten. Dann gab es Gespräche mit Wolfgang Schäuble. Man kam zu dem Ergebnis, die EVP sollte der EDU beitreten, was zwar innovativ war, aber völlig unvorstellbar und auch nicht so gemacht wurde. Von daher hat er Unsicherheiten hereingetragen. Zweitens: Mit Kohls Ausscheiden war Aznar der Ansicht, dass er dessen Rolle übernehmen könne. Er war dann aber überrascht, dass es nicht so war. Das schönste Beispiel war die Österreich-Frage, die Koalition von Wolfgang Schüssel mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), wo es kurz vor der spanischen Wahl ein Treffen gab zur Unterstützung von Aznar. Er hat ausdrücklich darum geben, dass die ÖVP und Außenminister Alois Mock nicht daran teilnehmen sollten! Aznar meinte, dass Mock nicht kommen möge, weil das eine Belastung sein könne für den Wahlkampf. Dann hat er nach dem Abendessen die EVP-Vertreter zusammengerufen — ähnlich wie Helmut Kohl das gemacht hat im Kanzleramt — mit dem Vorschlag, die ÖVP spontan aus der EVP auszuschließen. Aznar war dann überrascht, dass das nicht funktionierte. Er konnte es nicht akzeptieren und verstehen. Er hat gesagt: „Ja, aber bei Helmut Kohl war das doch auch immer so. Wir sind im Kanzleramt zusammengekommen und dann wurde es beschlossen und dann war es so.“ Auf einmal wurde er auf formelle Prozeduren verwiesen. Die Vorstellung war zwar die Stabsübergabe von Kohl zu Aznar, aber das kam nicht zustande.

16 Nicolas Sarkozy (*1955 in Paris), ein französischer Politiker; von 2007 bis 2012 war er Staatspräsident der Französischen Republik.

Michael Gehler: *Kann man so weit gehen, dass die „Causa Austria“ verhindert hatte, dass Aznar in die Rolle von Kohl schlüpfen konnte?*

Klaus Welle: Ich glaube ehrlich gesagt nicht, weil die beiden eben sehr unterschiedlich sind. Kohl hat diese Rolle spielen können, weil er immer bereit war, zuzuhören und zu integrieren und andere Interesse mitzudenken – insbesondere die von Kleineren. Das hat ihm letztendlich diese Rolle ermöglicht.

Marcus Gonschor: *Eine bilanzierende Frage zu Ihrer Zeit als EVP-Generalsekretär. Was sehen Sie persönlich als Ihr nachhaltiges Erbe dieser fünf Jahre?*

Klaus Welle: Das ist die Tatsache, dass die EVP stärkste Fraktion gewesen ist 1999. Das wäre in aller Unbescheidenheit ohne mich nicht passiert. Aus dieser EDU-Prägung heraus mit der vollen Rückendeckung von Helmut Kohl nach dem Motto: „Wir haben Europa nicht gebaut, um es den Sozialisten überlassen.“ Das habe ich wörtlich genommen und gesagt: „Gut, was bedeutet das operativ?“ Und was es operativ bedeutet, war eben, eine Allianz zusammenzustellen, die mehrheitsfähig war, die dann 1999 die Mehrheit erreicht und in den letzten 20 Jahren dazu geführt hat, dass die EVP stärkste politische europäische Kraft nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch in der EU gewesen ist. Das war kein Automatismus, sondern das musste erkämpft werden. Ich erinnere mich, dass ich mich in Situationen befand, wo meine einzige Unterstützung bei den Chefs Kohl und Aznar war. Martens natürlich auch, aber bei den Chefs waren es Kohl und Aznar. Aber ehrlich gesagt hat mir Kohl gereicht. Das passierte jedoch nicht automatisch, sondern es musste durchgesetzt werden, in zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen. Das hat dazu geführt, als ich Kandidat war als Generalsekretär der Fraktion, dass ich der erste und auch der letzte Generalsekretär der EVP-Fraktion war und bin, der sich zwei Stunden lang einer Befragung durch das Bureau stellen musste, weil einige Mitgliedsparteien mich für diesen Kurs verantwortlich gemacht haben – zu Recht –, mit dem sie nicht einverstanden waren.

Michael Gehler: *Die Frage zum Abgang von Helmut Kohl von der politischen Bühne in Deutschland 1998 war auch damit verbunden, was hinterlassen wurde mit Blick auf die deutsche Rolle im Rahmen dieser Parteienfamilie bzw. auf die grundsätzliche Ausrichtung der EU. Es war jedenfalls klar, dass Kohl vermitteln konnte, auch auf die Kleineren und Mittleren Rücksicht nahm, eine Vision hatte von Europa sowie die Grenzen und Möglichkeiten der Erweiterung einzuschätzen wusste – Stichwort: Türkei 1999. Was hat das für Rückwirkungen gehabt auf diese schon im Grunde paktierte Fusionierung der transnationalen Parteienkooperation? Das war offensichtlich noch machbar und gut vorbereitet. Wie würden Sie generell den Wegfall des europapolitischen Faktors Kohl einschätzen und beurteilen, auch mit Blick auf seine Nachfolge innerhalb der Partei, die in den Jahren 1998–2005 eine Oppositionspartei wird. War das ein Erdbeben? War das eine tektonische Verschiebung? Kohl war ja, wie Hans-Peter Schwarz schreibt, die dominante Figur der 1990er Jahre innerhalb der EVP. Dass man hier von Konsequenzen ausgehen kann, dürfte auf der Hand liegen. Aber wie weit haben Sie das erlebt und empfunden?*

Klaus Welle: Ich vermute nicht, dass Kohl geglaubt hat, er könne ein fünftes Mandat erlangen. Aber ich bin der Auffassung, dass er bis zur letzten Minute das absichern wollte, was er erschaffen hatte. Es gab im Mai 1998 noch einmal einen Beschluss zum Euro auf europäischer Ebene. Aber ich denke, er war realistisch genug, um zu sehen, dass das sehr schwierig werden würde. Schon 1994 hatte er, erst nach Mitternacht, durch Überhangmandate seine drei Mandate Mehrheit erreicht. Das hat dann zu dieser Phase der Unsicherheit geführt. Aznar konnte aber aus verschiedensten Gründen nicht einfach so nachfolgen: Erstens, weil er doch sehr spanisch war. Für die gesamte EVP-Familie zu denken, erforderte etwas anderes, weil es bei einigen Parteien auch noch Vorbehalte gab gegenüber den Spaniern und der Geschichte der Partei – insbesondere bei den traditionalistischen Christdemokraten. Am Ende war die CDU bei allen eine anerkannte christdemokratische Partei. Vielleicht eine etwas anderen Schlags, aber niemand konnte in Frage stellen, dass sie die Christdemokratie verkörpert und zwar seit Jahrzehnten. Das war bei den Spaniern eine ganz andere Situation. Aber trotzdem waren die Strukturen so gefestigt und die Arbeit eigentlich zum großen Teil gemacht, dass das nicht zu Verwerfungen geführt hat. Unsicherheit gab es, die allgemein anerkannte Integrationsfigur war nicht mehr da. Aber die Institutionen waren so aufgebaut, auch in der Partei und auch mit Martens als Vorsitzendem. Dieser konnte sich dann auch wieder ab 1999 voll auf die Partei konzentrieren.

Michael Gehler: *Ich kann mich noch gut daran erinnern: Bevor die österreichische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1998 begann, lautete die Position der Österreicher wie folgt: Ganz entscheidend wird sein, ob Kohl noch einmal gewählt wird oder nicht. Und wenn er nicht gewählt wird, dann wird die österreichische Ratspräsidentschaft kein Erfolg. Das heißt, wenn es zu einem Regierungswechsel in Deutschland kommt, kann auch durch die Ratspräsidentschaft Österreichs nichts Entscheidendes bewegt werden. Das war die Einschätzung im Mai/Juni 1998. Und tatsachlich ist – wenn man es sich genau anschaut – relativ wenig geschehen. Man sollte in der Geschichtsschreibung nie zu sehr auf Personen fokussieren, aber es ist doch ein Einschnitt gewesen, wenn Sie mich fragen.*

Klaus Welle: Ja, ein riesiger Einschnitt, aber auch schon in der Endphase Kohl war dessen Handlungsspielraum bereits begrenzt. Ich erinnere mich an den Amsterdam-Vertrag von 1997: Da war ich noch Generalsekretär der Partei, Helmut Kohl schlug vor, dass es vor der Regierungskonferenz eine Abstimmung geben sollte mit den Beauftragten der Regierungschefs. Er schlug auch vor, dass ich die Koordinierung übernehmen sollte. Das habe ich dann auch gemacht. Ich bin aber mit dem falschen Ergebnis herausgekommen. Nämlich, dass es einen Text gab, wo alle zustimmen konnten. Und ich habe es nicht richtig verstanden gehabt. Das, was Kohl eigentlich wollte, war festzustellen: Wo sind die Punkte, wo die einzelnen Leute nicht mitgehen vor der Regierungskonferenz? Aber es war sichtbar, dass er damals schon deutlich von Ministerpräsidenten eingegrenzt wurde, u. a. von Edmund Stoiber aus Bayern. Mir ist in Erinnerung geblieben, dass Kohl eigentlich weiter gehen wollte, als er konnte, auch aus dem deutschen innenpolitischen Kontext heraus. Insofern hat er enorm gefehlt. Aber Widerstände gab es schon zum damaligen Zeitpunkt in der Endphase von Kohl – insbesondere aus Bayern.

Michael Gehler: *War hier die Frage des Euros so entscheidend, dass Kohl fürchtete, dass es aus Sicht der bayrischen CSU zu viele und zu starke Vorbehalte gegen die Realisierung des Euros gebe? Es gab ja noch kein Buchgeld, geschweige denn die Realwährung. Es gab von Kurt Biedenkopf*[17] *Vorbehalte. Er hat im Bundesrat im Namen Sachsens gegen die dritte Stufe der Einführung des Euros votiert. Hatte Kohl Sorge, wenn er nicht mehr Bundeskanzler sei, dass möglicherweise das Projekt Euro gekippt oder verzögert werden könnte?*

Klaus Welle: Er hat es nie so gesagt, aber meine Interpretation auf die Frage, warum er die Kanzlerschaft bis zum Ende behalten hatte wollen und nicht für den geregelten Übergang gesorgt hatte, war, dass er bis zur letzten Minute sein eigenes Lebenswerk in Europa und insbesondere den Euro schützen und absichern wollte. Dazu passt auch meine Erfahrung schon vor dem Düsseldorfer Parteitag der CDU 1993. Der von mir verfasste Text wurde an die Fraktionsvorsitzenden übergeben und war der Text der Fraktionsvorsitzenden und nicht der Helmut Kohls. Im Bundesvorstand war der Text hoch umstritten. Er wurde vor allem von Kurt Biedenkopf angegriffen. Der Text stand auf Messers Schneide im Bundesvorstand. Es gab sieben oder acht Wortmeldungen gegen den Text, den ich gemacht hatte. Dann gab es sieben oder acht Wortmeldungen dafür. Aber das war nicht unstrittig. Deswegen kann ich mir gut vorstellen, dass Kohl bis zuletzt das Gefühl hatte, er müsse bis zur letzten Minute an Bord bleiben, um das Projekt, soweit es geht, richtig abzusichern. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es nochmal eine europäische Entscheidung im Mai 1998. Ich will mich nicht auf den Monat festlegen, aber es gab nochmal einen Entscheidungstermin. Insofern würde es auch von den Entscheidungsterminen her Sinn machen, dass Kohl bis in den Herbst bleiben wollte.

Michael Gehler: *1999 ist für Sie der Wechsel vom Generalsekretär der Partei zum Generalsekretär der Fraktion gegeben. Welche Ziele haben Sie sich gesetzt? Grundsätzlich stellt sich für uns als nicht in die Materie Eingearbeitete oder Eingeweihte die Frage, welche Aufgaben hat überhaupt ein Generalsekretär dieser Fraktion? Was muss er tun? Was wird erwartet?*

Klaus Welle: Ich habe in jeder Funktion festgestellt, dass man gottseidank in der Lage ist, zu einem hohen Prozentsatz zu bestimmen, was die Aufgabe ist. In der Fraktion habe ich mich dazu entschieden, 80 % dessen, was mein Vorgänger gemacht hat, nicht mehr zu tun, sondern andere Dinge anzugehen. Mein Vorgänger war eher administrativ. Ich habe meine Aufgabe anders verstanden – auch in enger Zusammenarbeit mit Hans-Gert Pöttering. Ich kam im Februar 1999 in diese Funktion, also kurz vor der Europawahl. Das heißt, es gab 20 Jahre sozialdemokratische Dominanz im Europäischen Parlament. Wilfried Martens und ich hatten unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie es weitergehen sollte. Martens wollte ein Bündnis mit den Sozialdemokraten und ich wollte ein Bündnis mit den Liberalen ab 1999, um deutlich zu machen, dass diese Periode jetzt zu Ende ist –

17 Kurt Hans Biedenkopf (*1930 in Ludwigshafen am Rhein; †2021 in Dresden) war ein deutscher Jurist, Hochschullehrer und Politiker der CDU. Von 1990 bis 2002 war er der erste Ministerpräsident des Freistaates Sachsen nach der deutschen Wiedervereinigung.

auch in der Kontinuität dessen, was ich vorher als Generalsekretär der Partei vorbereitet hatte. Die Mehrheit der Fraktion war für ein weiteres Bündnis mit den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben aber zu weitreichende Vorstellungen gehabt. Sie haben argumentiert, obwohl sie die Europawahl verloren hatten, müssten sie den Präsidenten in der ersten Halbzeit stellen. Sie haben sich somit selber aus diesem Spiel gebracht und wir haben dann die Allianz mit den Liberalen gemacht. Es gab das erste Mal eine EVP-Liberale Mehrheit.

Ich habe Pöttering auch vorgeschlagen, auch die Grünen einzubeziehen in dieses Bündnis! Das war, wenn Sie so wollen, der erste Jamaika-Versuch. Wir sind auch zur ersten Grünen-Fraktionsvorsitzenden gegangen — Frau Hautala aus Finnland, die zwischenzeitlich Ministerin war und dann Vize-Präsidentin des Parlaments wurde. Für sie war es damals aber zu kompliziert, auf das einzugehen. Was aber davon übriggeblieben ist, war die Sitzordnung im Europäischen Parlament. Als Generalsekretär der größten Fraktion hatte ich die Aufgabe, die Neukonstituierung des Parlaments zu koordinieren zwischen den Fraktionen und dazu gehörte auch ein Vorschlag für die Sitzordnung. Wir hatten das Gefühl, dass bisher die kleinen Fraktionen nicht gut behandelt worden waren und wir wollten das anders machen. Wir wollten weniger dominant und offener auftreten. Wir waren auch daran interessiert, ein alternatives Konzept von politischer Mitte zu entwickeln. Deswegen habe ich einen Vorschlag für die Sitzordnung vorgelegt, bei dem neben der EVP zur Mitte hin die Liberalen saßen. Aber auch mit einem Platz in der ersten Reihe. Vorher waren die kleineren Fraktionen im hinteren Platz des Plenarsaals aufgestellt. Zwischen Liberalen und Sozialdemokraten waren jetzt die Grünen. Wir haben eine Sitzordnung gemacht, wo der Vorsitzende der EVP-Fraktion die Möglichkeit nutzte, direkt neben dem Vorsitzenden der Liberalen-Fraktion zu sitzen, und der saß direkt neben dem Vorsitzenden der Grünen-Fraktion. Das heißt, die drei Fraktionsvorsitzenden saßen nebeneinander und konnten sich unmittelbar miteinander abstimmen. Wir wollten den Beweis erbringen, dass nicht nur eine große Koalition in der Summe eine Politik der Mitte vertreten kann, sondern dass es auch eine alternative Konzeption dafür gibt – nämlich aus EVP, Liberalen und Grünen. Entsprechend haben wir uns auch verhalten.

Wir haben bewusst versucht, uns nicht als dominant aufzuspielen, sondern kooperativ zu sein – auch mit Grünen und zum Teil, wenn möglich, sogar mit der GUE, also mit der kommunistischen Fraktion. Das heißt, wir wollten uns bewusst nicht in so ein Rechtskorsett zwingen lassen, aber auch eine Alternative entwickeln zur großen Koalition. Wir haben z. B. festgestellt, dass es in Menschenrechtsfragen sehr häufig eine Mehrheitskoalition gab aus EVP, Liberalen und Grünen. Insbesondere auch Daniel Cohn-Bendit war nicht ideologisch in diesen Fragen. Das heißt, wenn es Menschenrechtsverletzungen in Russland gab, oder in der Ukraine oder in Kuba, dann hat er sie genauso benannt wie anderswo. Das hat diese Kooperation möglich gemacht.

Das heißt, als Generalsekretär der Fraktion war es meine Aufgabe, die Präsidiumssitzung der Fraktion vorzubereiten, aber eben auch die Konferenz der Präsidenten, wo über die Tagesordnung entschieden wurde. Und die wesentlichen politischen Fragen vorzubereiten für die Fraktionsvorsitzenden. Ich habe mich aber auch bemüht, föderale Strukturen in der Fraktion zu stärken. Als ich kam, gab es einen Konsens zwischen den Delegationschefs, dass das Präsidium der Fraktion unnütz sei und zukünftig die Entscheidungen von den nationalen Delegationschefs getroffen werden müssten. Und im Übrigen seien

die Präsidiumsmitglieder eh zwischen 75 und 80 Jahren und von daher völlig entbehrlich. Diesen Konsens traf ich an. Man konnte aber unterschiedlich damit umgehen. Mein Vorschlag war, der auch dann angenommen worden ist, dass die Vize-Präsidenten zukünftig auch die Leitung der inhaltlichen Arbeitsgruppen der Fraktionen bekamen.

Es gab vier oder fünf Arbeitsgruppen, so dass es plötzlich viel interessanter wurde, Vize-Präsident der Fraktion zu sein, weil es eben nicht nur um administrative Entscheidungen ging, sondern die Arbeit der Vize-Präsidenten nun auch die Leitung einer Arbeitsgruppe der Fraktion beinhaltete. Das heißt, dieser „intergouvernementale Putsch in Vorbereitung“ konnte verhindert werden und wir haben stattdessen die föderalen Entscheidungsstrukturen der Fraktionen gestärkt dadurch, dass die Vize-Präsidenten sowohl die administrativ wichtigsten Entscheidungen als auch die politische Koordinierung übernommen haben. Das Durchschnittsalter hat sich so dann auch spontan um 20 Jahre abgesenkt.

Marcus Gonschor: *Rückblickend betrachtet: Was waren die größten Schwierigkeiten und Hindernisse, die es in diesen Jahren als Generalsekretär der Fraktion zu überwinden gab?*

Klaus Welle: Das Problem bestand immer darin, zu erreichen, dass es sich tatsächlich um eine Fraktion handelte und nicht nur um eine Ansammlung von nationalen Delegationen. Es gab immer verschiedene Versuche, nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen. Dies äußerte sich beispielsweise dann in Personal-, Rekrutierungs- und Nominierungsfragen. Es geht eigentlich darum, föderale Elemente in der Fraktionsführung zu stärken und sie eben nicht auseinanderdriften zu lassen. Und dann auch innerhalb des Parlaments zumindest als freundlicher Hegemon aufzutreten, der auch die berechtigten Interessen kleinerer Fraktionen berücksichtigt. Ich habe unter anderem als Generalsekretär am Anfang des Mandats Posten verliehen an die GUE-Fraktion (Kommunistische Fraktion). Diese hatte zu dem Zeitpunkt ein Personalproblem und hatte eigentlich Mitarbeiter entlassen müssen. Wir hatten aber zusätzliche Personalansprüche, weil die Fraktionen gewachsen waren und ihnen ausgeholfen. Das sind Dinge, die uns nicht wehgetan haben, aber die nach außen dann auch vermittelt haben, dass wir da unideologisch sind und good will zeigen. Wir wollten zeigen, dass wir bereit sind zur Kooperation und man jetzt nicht gleich ein Feindbild gegen die EVP entwickeln musste.

Michael Gehler: *Hans-Gert Pöttering schreibt in seinen Erinnerungen, „dass sich Fraktionen und das Europäische Parlament insgesamt in ihrer Entwicklung immer weiter von ihrer Fremdbestimmung durch die nationalen Parteien gelöst“ hätten. Inwiefern und durch wen drückte sich diese Fremdbestimmung, wenn sie gegeben war, aus?*

Klaus Welle: In meiner Zeit und auch schon während meiner Zeit in der Fraktion gab es keine Fremdbestimmung durch nationale Parteien – jedenfalls nicht in der CDU. Das kann man auch daran erkennen, dass beim Abstimmungsverhalten die Nationalität statistisch nicht signifikant war, sehr wohl aber die Fraktionsmitgliedschaft. Natürlich variiert das dann zwischen den Mitgliedsparteien. Die deutschen Abgeordneten sind sehr frei. Solange sie die Unterstützung haben aus ihrer Region – in der Regel von den Bezirksverbän-

den – haben sie beste Chancen, wiederzukommen. Wenn ich Abgeordneter bin auf einer nationalen Liste, die von Parteivorsitzenden entschieden wird, z. B. wie in Spanien oder in Griechenland, ist meine Abhängigkeit sehr viel größer. Das heißt, die Frage des Parteiensystems ist auch eine entscheidende Frage für den Freiheitsgrad von Abgeordneten.

Marcus Gonschor: *Von 2007 bis 2009 waren Sie Pötterings Kabinettschef, als er Parlamentspräsident war. Können Sie uns die Umstände der Ernennung zum Kabinettschef erläutern?*

Klaus Welle: Es war relativ einfach. Pöttering hatte die Ambition, irgendwann Parlamentspräsident zu werden. Wir hatten fast fünf Jahre lang zusammengearbeitet in der Fraktion. Ich hatte ihm dann aber gesagt, dass wenn er von mir erwartet, dass ich zu einem bestimmten Zeitpunkt diese Aufgabe übernehmen soll, ich dann zu diesem Zeitpunkt Beamter des Europäischen Parlaments sein möchte. Das hat er auch akzeptiert. Ich habe dann 2003 kandidiert, um mit Wirkung zum ersten Januar 2004 als Generaldirektor für die Ausschüsse tätig zu sein. Er hat das unterstützt. Was dann für ihn bedeutet hat, dass er dann zwei oder drei Jahre mit einem anderen Fraktions-Generalsekretär arbeiten musste. Es war dann aber auch immer klar, dass wenn er mich fragt, sein Kabinettschef zu sein, ich dafür zur Verfügung stehe. Da er die Präsidentschaft zur Halbzeit hatte und das fest vereinbart war, war das dann ab einem bestimmten Zeitpunkt auch planbar. Ich habe ihm zum ersten November 2016 ein Personalkonzept für sein Kabinett mit allen Funktionen gemacht, mit den Personen und den dazugehörigen Lebensläufen und habe ihm auch eine kurze Analyse geboten, wie ich mir die Arbeit vorstelle, so dass er zweieinhalb Monate vor dem Termin im Prinzip eine Planung hatte, jedenfalls auf der personellen Seite, aber auch, was die Arbeitsweise betraf für seine eventuelle Wahl als Parlamentspräsident. Er hat dann alle Kandidaten, die ich vorgeschlagen habe, vertraulich interviewt. Weil er nicht den Eindruck erwecken wollte – und das war ihm ganz besonders wichtig –, dass er seine eigene Wahl für garantiert hält. Aber er hat mit allen Kandidaten vorher gesprochen. Jedenfalls mit denen, die nicht nur reinen Sekretariatsaufgaben hatten, sondern inhaltliche Aufgaben. Er hat auch meine Vorschläge akzeptiert mit einer einzigen Ausnahme. Für den Haushalt wollte ich ihm nicht einen persönlichen Freund von mir vorschlagen, sondern habe ihm jemand anderen Qualifizierten vorgeschlagen. Er hat sich dann aber doch dafür entschieden, den persönlichen Freund von mir vorzuziehen, so dass das absolut auch in meinem Sinne war. Das heißt, wir hatten ein durchdachtes Konzept. Wir hatten eine Struktur. Wir hatten ein Personalteam zweieinhalb Monate vorher konzipiert plus Arbeitsweise. Als er das Amt antrat, waren wir mehr oder weniger in derselben Minute handlungsfähig. Wir haben dann auch sofort eine Stunde nach seiner Wahl das Kabinett zu einer ersten Sitzung zusammengerufen. Das war auch sehr wichtig, weil wir am nächsten Tag schon den Besuch von Angela Merkel im Rahmen der deutschen Präsidentschaft hatten. Das heißt, wir konnten uns nicht leisten, jetzt Tage oder Wochen oder Monate lang nicht arbeitsfähig oder handlungsfähig zu sein. Wir mussten von Anfang an funktionieren wie ein eingespieltes Team. Und diese Garantie wollte ich ihm auch geben und er war auch damit zufrieden.

Michael Gehler: *Was waren die größten Schwierigkeiten in dieser Zeit einerseits, aber auch Erfolge andererseits? Wenn Sie sich an diese zwei Jahre zurückerinnern.*

Klaus Welle: Schwierig, aber ein großer Erfolg war die Durchsetzung des Hauses der Europäischen Geschichte. Es war ja ein Kernanliegen von Pöttering in seiner Rede. Es war deswegen schwierig, weil das Präsidium diese Idee schon abgelehnt hatte. Das heißt, das war schon vorgelegt im Präsidium als Idee von Antoinette Spaak und das Präsidium hatte es abgelehnt, weil die belgischen Behörden und der Rat nicht bereit waren, Möglichkeiten einer Kofinanzierung zu finden. Dann hatte sich das Präsidium entschieden – gut, dann machen wir das eben nicht und wir machen stattdessen ein Parlamentarium. Das Parlamentarium machen wir an dem Platz, wo Parkplätze vorgesehen waren, der aber von den belgischen Behörden nicht zur Benutzung genehmigt wurde, weil die belgischen Behörden die Anzahl der Autos in diesem Bereich reduzieren wollten. Das heißt, man hat ein Problem gelöst, eine leere Parkplatzfläche, und hat dieses Parlamentarium im Eingangsbereich mit starken historischen Bezügen gebaut. Dann kam Pöttering zurück und sagte: „Ihr habt das schon abgelehnt. Wir bauen ein Parlamentarium. Aber jetzt bauen wir auch ein Haus der Europäischen Geschichte.“ Er war mit dieser Vorstellung ziemlich alleine.

Bei wohlwollender Betrachtung gab es neben ihm noch einen weiteren Unterstützer, aber alle anderen waren dagegen. Die Frage lautete dann, wie bekommen wir das gelöst? Mein Rat an ihn war, „wir brauchten natürlich breite, parteienübergreifende Unterstützung“. Vize-Präsident Miguel Angel Martinez war Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats gewesen und ich wusste, dass er in dieser Funktion einen ersten Preis an das Haus der Geschichte der Bundesrepublik vergeben hatte. Das heißt, ich wusste, dass er nicht gegen ein Konzept sein konnte, das ähnlich war wie das Haus der Geschichte in Bonn. Und entsprechend haben wir einen Bus gechartert und sind mit Miguel Martinez und einer Reihe von Vize-Präsidenten zum Haus der Geschichte nach Bonn gefahren. Wir haben von da an standhaft behauptet, das Projekt habe gar nichts, aber rein gar nichts mit der Idee von Antoinette Spaak zu tun. Wenn es das gewesen wäre, hätten sie ja nicht zustimmen können, das hatten sie ja schon mal abgelehnt. Und als sie zurückkamen aus Bonn, haben sie gesagt: „Das ist eine gute Sache. Das kann man anfassen. Das funktioniert. Das ist gut für Bürger.“

Abschließend sind sie nochmal hingefahren. Sie fanden das gut. Das war aber wieder noch keine überwältigende Mehrheit, aber die Möglichkeit, überhaupt einzusteigen. Ich habe Pöttering auch geraten — gegen den Rat des damaligen Generalsekretärs Harald Roemer – keinerlei finanzielle Unterstützung von irgendjemand anders zu erbitten. Hätten wir das getan, hätten wir die letztliche Entscheidung in die Hände von Dritten gelegt, wo wir aber wussten, dass sie dem nicht positiv gegenüberstanden. Also wir haben gesagt, wir bezahlen das alles selber. Und wenn es dann zur Implementierungsphase kommt, zum Dauerbetrieb, dann sind wir offen für andere Teilnehmer, die sich gerne finanziell beteiligen können. Aber wir machen den Erfolg des Projekts nicht davon abhängig, dass Rat, Kommission, Belgien oder Brüssel finanziell zu diesem Projekt beitragen müssen.

Sodann gab es weiteren Widerstand von unserem Rechtsberater, der gesagt hat, es gebe dafür keine Rechtsbasis. Wie könne ein Parlament ein Museum betreiben? Dafür gebt es keine Grundlage. So haben wir entschieden, dass es Teil unserer Besucherstrategie sein sollte. Die Betreuung von Besuchern fällt in das Recht auf Selbstorganisation

des Parlaments. Wir haben deswegen auch die Einheit in den Besucherdienst integriert, so dass das Rechtsargument weggefallen ist. Dann gab es Widerstände im Haushaltsausschuss, der gesagt hat, dass es ja unverschämt viel Geld sei. Natürlich hatte der eine oder andere auch gesagt, warum eigentlich in Brüssel, warum nicht in Straßburg, vielleicht auf der französischen Seite?

Mit dem Haushaltsausschuss haben wir dann ein Finanzierungskonzept vereinbart, einen Budgetplan, der eine sehr enge Limitierung an Stellen vorsah, auch auf der Kostenseite, wo wir uns fixiert haben, besonders aber bei den Stellen. Mir wurde gesagt, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik habe 200 Beschäftigte. Ich weiß nicht, ob die Zahl stimmt. Wir haben jedenfalls nur 42. Wir sind mit einem sehr engen Personalbestand gestartet, den wir auch nach wie vor halten, weil das Teil der Vereinbarung ist, was aber dazu geführt hat, dass wir eine Reihe von Burn-Outs hatten in der Vorbereitungsphase, weil einfach die Arbeitsbelastung enorm war. Mit diesem Kader haben wir es dann aber auch durchsetzen können.

Pöttering hat sich persönlich sehr eingesetzt im Gespräch mit dem Haushaltsausschussvorsitzenden, auch mit Martin Schulz, der zunächst skeptisch und zögerlich war, wie viele andere auch. Er hat dann letztlich die politische Unterstützung für das Projekt sicherstellen können. Er war dann aber ab 2009 nicht mehr Parlamentspräsident. Ich war ab 2009 jedoch Generalsekretär und habe es als eine meiner wesentlichen Aufgaben gesehen, dieses Projekt erstens zu schützen, zweitens zu implementieren und drittens sicher durchzusteuern. Jedes Jahr, wenn der Haushaltsausschuss Geld von mir haben wollte mit Kürzungen, habe ich ihm alles gegeben, aber das habe ich ihm nicht gegeben. Ich habe es als meine Verpflichtung gegenüber der Sache, aber auch gegenüber Pöttering verstanden, dieses Projekt voll zu implementieren. Dass wir das geschafft haben, ist ein wesentlicher Verdienst Pötterings. Es ist auch ohne Beispiel. Ich kenne kein anderes Parlament, das so etwas gemacht hätte. Die Franzosen haben es versucht.

Eine zweite wesentliche Leistung von Pöttering ist im Zusammenhang mit dem Lissabon-Vertrag zu sehen. Das scheint ex post jetzt alles logisch, aber das war es damals überhaupt nicht. In der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden gab es viele, die gesagt haben: „Lass es doch bleiben. Es ist sinnlos. Das macht überhaupt keinen Sinn." Der niederländische Außenminister war dieser Meinung. Wir hatten auch das Gefühl, dass Barroso in dieser Frage wackelt. Pöttering hat Barroso sehr klar gemacht, dass das für ihn eine Entscheidungsfrage sei, auch in der weiteren Unterstützung der Kommission. Er hat eine sehr wesentliche stabilisierende Rolle für das Projekt gespielt. Das führte ja dann auch zur Berliner Erklärung. Angela Merkel hatte einen großen Anteil daran, dass dieser Prozess wieder aufgegriffen wurde. Er hätte ja auch scheitern können. Sie ist darauf politisch eingegangen. Es wird ihr häufig vorgeworfen, sie täte es nicht. Da ist sie aber politische Risiken eingegangen.

In der Berliner Erklärung waren wir als Parlament Mitunterzeichner. Wir waren aber deswegen Mitunterzeichner, weil nicht klar war, dass alle Regierungschefs gleich freudig unterzeichnen würden, insbesondere Vaclav Klaus[18] und auch Jarosław Kaczynski. Über unsere Institution war das ein eleganter Weg, das auf den Weg zu bringen als Alternative

18 Vaclav Klaus, geb. 1941 in Prag, ein tschechischer Politiker und Wirtschaftswissenschaftler.

zur Unterschrift durch alle Staats- und Regierungschefs, wo es Zweifel gab, ob letztlich alle dazu bereit gewesen wären.

Pöttering hat mich dann auch gebeten, beim Lissabon-Vertrag der „Sherpa“ des Parlaments zu sein. Ich bin angehört worden unter der deutschen Präsidentschaft. Da gibt es einen Gartenpavillon hinter dem Bundeskanzleramt in Berlin, wo das stattgefunden hat. Herr Piris hatte schon ein Buch veröffentlicht zum Verfassungsvertrag, wo er bestimmte Neuerungen besonders gelobt hatte und deshalb auch bestimmte Fortschritte, die erreicht worden seien, auch im Sinne des Parlaments festgelegt werden konnten. Das war sicher nicht entscheidend, aber ich möchte hier festhalten, dass wir auch hier unsere Rolle gespielt haben in der Stabilisierung und später auch im zweiten irischen Referendum 2008, wo wir uns mutig engagiert haben.

Sehr viel mutiger als die anderen Institutionen haben wir uns auch in der Frage des Brexits engagiert. Weil wir damals gesagt haben, das ist eine Frage, die geht nicht nur Irland was an, sondern uns alle. Es ist die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten haben wir eigentlich in der Zukunft, und deswegen ist es keine rein irische Frage, sondern eine europäische und deswegen haben wir auch das Recht, uns da zu engagieren: Wir haben Anzeigen geschaltet in irischen Tabloids, weil wir wussten, wenn wir die Anzeigen schalten, dann haben wir eine Chance, dass die allgemeine Berichterstattung vielleicht etwas moderater ausfällt, als wenn die Anzeigen geschaltet werden von den Gegnern. So passte sich dann die Berichterstattung hoffentlich etwas an. Wir haben uns damals sehr engagiert, weil wir wussten, was auch für uns im Parlament davon abhängt. Pöttering war wirklich eine große stabilisierende Kraft in Situationen, wo andere das Vertragsprojekt schon aufgegeben hatten.

Michael Gehler: *Vor der deutschen Ratspräsidentschaft hatten Finnen und Österreicher die Ratspräsidentschaft im Jahr 2006 inne. Wie hilfreich war deren Vorarbeit? Der Vertrag hieß ja zunächst nicht mehr Verfassungsvertrag, sondern „Grundvertrag“ oder „Reformvertrag“. Also man hat versucht, das begrifflich herunterzufahren. Inwieweit hat eben auch das Bemühen, den Vertrag niedriger zu hängen und ihn nicht mehr als Verfassungsvertrag zu titulieren, geholfen, Barrieren zu überwinden? Und wie weit waren die vor der deutschen Ratspräsidentschaft tätigen Präsidentschaften auch wegbereitend oder hilfreich?*

Klaus Welle: Ich glaube, die Symbolik abzuschwächen, war entscheidend. Das war letztlich auch der Kompromiss, der das Ganze getragen hat. Inhaltlich ist im Wesentlichen das, was vorbereitet wurde, auch realisiert worden, aber die Symbolik und die Begrifflichkeiten wurden zurückgenommen, von der Fahne über die Hymne, bis hin zum Titel des Außenministers, der auch nicht mehr Außenminister heißt, bzw. die Gesetze, die nun wieder „Regulation“ heißen, usw. Dies ging so weit, dass man wieder nicht verstehen kann, um was es eigentlich geht. Aber die Symbolik ist weniger provokant für diejenigen, die wollen, dass wir etwas anderes sind. Aus meiner Sicht ist es am Ende genau dieser Kompromiss geworden.

Mein Eindruck aus der Erinnerung ist, dass die deutsche Ratspräsidentschaft entscheidend war. Ich erinnere nicht, dass das wesentlich vorbereitet war durch die anderen Ratspräsidenten. Ich glaube, es war die Entscheidung von Angela Merkel, sich dieses

Themas anzunehmen und es sich vorzunehmen. Ich erinnere aber sehr positiv aus der österreichischen Präsidentschaft die „Regulatory Procedure with Scrutiny“, die wir damals verhandelt haben, also die neue Komitologie.[19]

Das war etwas, das ich damals angestoßen hatte mit einem Freund, der Mitarbeiter im Haushaltsausschuss für die EVP-Fraktion war. Darüber haben wir die Komitologie-Mittel für die Ratsreisen in die Reserve gestellt. Das heißt, die Ratsmitglieder konnten nicht mehr zu den Komitologie-Tagungen anreisen. Sie konnten schon anreisen, aber sie wussten zwei Wochen vor dem Termin nicht, ob sie anreisen könnten. Wenn der Rat kein Geld gehabt hätte, hatte er damit leben können, dann hätte er eine Alternative geschaffen, aber mit der Unsicherheit konnten die Ratsmitglieder nicht leben. Das hat das erste Mai seit Jahrzehnten die Möglichkeit eröffnet, für seriöse Gespräche mit Gregor Schusterschitz auf der österreichischen Seite, der administrativen Ebene und mit mir im Parlament und Joseph Daul als Verhandlungsführer des Parlaments auf der politischen Seite. Das hat das erste Mal eine positive Neuregelung aus unserer Sicht im Bereich der Komitologie gebracht. Das war nur deswegen möglich, weil ich nichts von Komitologie verstanden habe. Weil alle die, die was von Komitologie verstanden haben, meinten, dass es nicht gehen würde. Aber da ich nichts davon verstanden habe, wusste ich nicht, dass es nicht geht und deswegen ging es.

Michael Gehler: *Das sind die Paradoxien, die in der Geschichte zu Lösungen führen. Seit 2009 sind Sie Generalsekretär des Europäischen Parlaments. Können Sie uns etwas zu den Aufgaben und der Funktion zu dieser Position sagen?*

Klaus Welle: Der Generalsekretär leitet die Administration. Das heißt, das sind in unserem Fall 5.500 Beamte und wenn man alle anderen Kategorien mit dazu zählt, auch die Fraktion usw., dann sind es ungefähr 10.000 Mitarbeiter, auf die man in gewissem Maße Einfluss hat. Der Generalsekretär schlägt den Haushalt des Parlaments vor. Das sind zwei Milliarden Euro aktuell. Der Generalsekretär macht alle Vorschläge für administrative Entscheidungen im Präsidium. Das Präsidium entscheidet aber immer auf Vorschlag des Generalsekretärs. Dieser bereitet auch mit den Generalsekretären der Fraktionen die Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vor und die Tagesordnung im Plenum. Bei der Konferenz der Präsidenten handelt es sich also um die politische Entscheidungsvorbereitung. Die Vorbereitung im Plenum machen aber in Wirklichkeit die Fraktionsvertreter. Diese ist daher sehr politisch. Im Präsidium bietet aber dieses Vorschlagsmonopol eine entscheidende Möglichkeit, die administrative und organisatorische Fortentwicklung des Parlaments mitzubestimmen oder zum Teil sogar gänzlich zu bestimmen. Die Frage, wo hier die Ressourcen des Parlaments investiert werden, hat auch politische Konsequenzen. Ein wesentliches Anliegen, das ich seit 2009 hatte, bestand darin, sicherzustellen, dass die neuen Rechte, die das Parlament hat als gleichberechtigter Gesetzgeber, auch durch praktische Möglichkeiten unterfüttert werden. Wenn auf der einen Seite Abgeordnete stehen, die aber nicht sehr intensiv beraten sind, und auf der anderen Seite Regierungen, mit

19 Unter Komitologie (englisch comitology, französisch la comitologie) versteht man heute vorwiegend das System der Verwaltungs- und Expertenausschüsse innerhalb der Europäischen Union.

Ministerien, dann weiß man, wie die Verhandlung wahrscheinlich ausgehen wird. Das heißt, in den guten Zeiten – also vor der Finanzkrise oder in der Zwischenphase vor 2001 bis 2012, wo sich das nochmal zugespitzt hat – haben wir die Ausschusssekretariate um 50% erhöhen können. Wir haben vor vier Jahren einen neuen wissenschaftlichen Dienst geschaffen. Wir hatten ursprünglich in dem Bereich zehn Analysten und haben jetzt 150. Das heißt, wir spielen jetzt mindestens in der Liga des deutschen Bundestags oder des House of Commons, was die wissenschaftliche Beratung anbetrifft.

Im Kern habe ich versucht, zu verstehen, was es bedeutet, wenn man in einem politischen System arbeitet, das nicht wie unsere nationalen Systeme auf einer Fusion of Power basiert, das heißt, wo ich nicht eine Parlamentsmehrheit habe, die eine Regierungsmehrheit trägt und wo ich von da eine gewisse Interessenidentität von Parlamentsmehrheit und Regierungsmehrheit voraussetzen kann. Denn wenn ich in diesem klassischen Nationalsystem arbeite, dann kann ich im Wesentlichen nehmen, was aus den Ministerien kommt, wie es auch beim Bundestag der Fall ist: Sie repräsentieren ja dieselbe politische Orientierung. Wenn ich aber in einem System der Balance of Power arbeite wie im europäischen System oder im amerikanischen System, dann kann ich eben nicht den Vorschlag der Kommission als Orientierung nehmen, sondern dann geht es gerade darum, mir völlig frei und neutral dazu eine Meinung zu bilden — positiv oder negativ, in der Regel abändernd. Deswegen können wir am meisten lernen aus dem amerikanischen System, wo zwischen dem House mit dem Senat und der Administration zu jeder Einzelfrage verhandelt werden muss und eben nicht lnteressenidentität zwischen denen vorausgesetzt werden kann.

Das bedeutet für die Organisationsstruktur, dass externe Expertise entscheidend ist. Deswegen bin ich regelmäßig auch in den USA und auch sehr davon beeinflusst. Ich habe im Übrigen auch einen Professor, der mir bestätigt, dass das eine gute wissenschaftliche Grundlage hat, nämlich Sergio Fabbrini an der Libera Università Internazionale degli Studi Sociali (LUISS)-Universität in Rom, früher Berkeley, der ein wunderbares Buch geschrieben hat im Jahr 2006 „Compound Democracies — How the EU and the US are becoming similar“. Similar, nicht identisch. Similar ist, dass unser Einfluss davon abhängt, wie viel externe Expertise wir aktivieren können. Dazu hat der US-Kongress die Library of Congress, den Congressional Research Service, aber nicht zu vergessen auch das General Accountability Office, das eine Agentur des Kongresses ist, das die Wirksamkeit von Gesetzgebung auf der Staatenebene zurückverfolgen kann. Das heißt, ich habe mich bemüht, über den wissenschaftlichen Dienst, den Ausbau unserer sog. Policy Departments, zu einer stärkeren Ausstattung der Parlamentsausschüsse zu kommen und uns diese zusätzliche Expertise zu verschaffen, die uns in der Praxis zu einem gleichberechtigten Partner in der Gesetzgebung macht.

Ich habe auch dafür geworben, dass der Europäische Rechnungshof Abschied von der Fokussierung auf Fehlerraten nimmt und sich hinwendet zu Peformance Audits. Das ist das System in den USA seit den letzten 60 Jahren. Was ist der Unterschied? Bisher hat der Europäische Rechnungshof immer nur geschaut, was die Fehlerrate ist. Die war in den letzten Jahren immer stabil mit 3,2; 3,3; 3,5; 3,7; 3,2, so dass es irgendwann uninteressant wurde. Ich kann aber europäische Programme ausführen fast fehlerfrei und trotzdem sind sie völlig unsinnig. Sie erzeugen keine Wirkung, werden aber wunderbar implementiert. Das heißt, die Fokussierung auf die Fehlerrate in dem Moment, wo die

Fehlerrate einigermaßen akzeptabel ist, bedeutet ein falsches Vorgehen. Ich muss mich daran orientieren, welche Wirkung ein Programm eigentlich erzielt. Ein Programm kann fehlerfrei implementiert werden, aber erzielt überhaupt keine Wirkung. Oder ich kann eine höhere Fehlerrate haben, möglicherweise weil ich innovativ bin und mal was Neues tue, das Programm erzeugt aber wunderbare Effekte.

Unter der Führung von Klaus-Heiner Lehne, der früher der Vorsitzende unseres Rechtsausschusses war, hat der Europäische Rechnungshof im letzten Jahr umgestellt von Fehlerrate auf Performance Audit. Das heißt, dass das Modell, an dem ich mich orientiere, kein Modell ist von Fusion of Power, sondern ein Modell, wo tatsachlich eine Balance of Power existiert, permanente Verhandlungsprozesse durchgeführt werden und deswegen die Zur-Verfügung-Stellung von Expertise entscheidend ist für die Durchsetzung dessen, was im Vertrag steht. Zweitens als nicht-Jurist, sondern als institutional economist – ehemaliger institutional economist – erlaube ich mir, den europäischen Vertrag zu lesen als Ansammlung ungenutzter Chancen. Das ist bei Juristen unüblich. Juristen lesen den Vertrag als Ansammlung von Einschränkungen. Was darf ich alles nicht? Wo sind die Grenzen? Wenn ich den Vertrag aber als Ökonom lese, lese ich ihn als eine Ansammlung von unused opportunities. Also, wo sind eigentlich noch Möglichkeiten im Vertrag, die ich nutzen kann für Integrationsschritte, die ungenutzt sind? Das ist viel interessanter als die Frage, was ich eigentlich nicht darf. Das ist die Frage, die der Jurist stellt.

Ein Ergebnis dieses Ansatzes war mein Engagement für den Spitzenkandidaten. Natürlich gibt es viele Väter. Es gibt auch in der Realität viele Väter, aber da die *Financial Times* mir vor der letzten Europawahl auf Seite drei eine halbe Seite zugestanden hat mit Foto, wo sie mich zum Schuldigen erklärt, so nehme ich auch einen Teil der Vaterschaft für mich mit in Anspruch. Weil wir systematisch spätestens zweieinhalb Jahre vor der Europawahl, administrativ dann eineinhalb Jahre vor der Europawahl, als die europäischen Parteien noch nicht beschlossen hatten, Spitzenkandidaten zu haben, eine Kampagne aufgesetzt haben, die hieß „This time is different. Choose who is in charge.“ Das ist etwas, was man normalerweise in der Administration nicht tut, weil Administrationen normalerweise low risk, low return strategies wählen. Deswegen geht man ja auch normalerweise in die öffentliche Verwaltung.

Ich möchte keinem zu nahetreten, aber weil man eher auf low risk, low return strategies setzt, war das, was wir taten, eigentlich eine high risk, high return strategy. Das hätte einerseits fehllaufen können, weil die Parteien es nicht umgesetzt hätten. Zweitens hätten wir im Rat scheitern können. Aber dadurch, dass es gelungen ist, war es letztlich eine Veränderung von konstitutioneller Bedeutung, für die ich aber keine Vertragsänderung brauchte, sondern es war ungenutztes Potential im Vertrag, das man nur erkennen musste. Insofern glaube ich, ist es sehr sinnvoll, für die weitere konstitutionelle Entwicklung den Vertrag „mal auf Links zu stülpen“ und ihn einfach auf die Fragen hin zu lesen, wo haben wir Vertragstexte, die bisher noch nicht implementiert sind.

Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik fangen wir gerade jetzt erst an, viele Jahre nach Lissabon, zu hinterfragen, welche Potentiale da sind und wie wir diese nutzen können. Und insofern kann eine administrative Funktion wie meine auch politische Wirkung entfalten, teilweise sogar bis hin zu Fragen von letztlich verfassungsrechtlicher Bedeutung. Zudem kann ich auch noch ein drittes Beispiel nennen: Meine Erfahrung aus der Partei ist eine ähnliche. Wenn Parteien keine vernünftige, rechtliche

Grundlage haben und wenn sie nicht vernünftig finanziert sind, sind sie schwach und abhängig letztlich von den nationalen Parteien oder von den Fraktionen.

Michael Gehler: *Stichwort: Fremdbestimmung.*

Klaus Welle: Genau. Als ich zur EVP kam, hatte die EVP ihr Büro in der Rue de la Victoire in der Nähe des Nordbahnhofs in einem Hinterhof, in der ersten und zweiten Etage und die Treppe war nicht sehr breit. Der Aufzug war auch nicht sehr breit. Das heißt, wenn Helmut Kohl zu Besuch gekommen wäre, hätten wir ihn mit einem Aufzug über den Innenhof in die EVP-Parteizentrale hochbringen müssen. Wir waren Untermieter vom Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Internationalen (CDI) und wir bezahlten jede Kopie über Marktpreis. Deswegen war eine der ersten Entscheidungen, da heraus zu gehen. Und die Fraktion unterstützte die CDI starker als die EVP. Mein Stellvertreter hat mich am ersten Arbeitstag begrüßt mit den Worten: „Ich weiß nicht, welche Ideen du hast, aber vergiss es: wir haben kein Geld. Und im Übrigen benutzen wir kein frisches Papier, sondern wir haben noch gebrauchtes und das hat eine freie Rückseite.“ Ich habe ihm gesagt: „Ich weiß nicht, was du denkst. Aber ich bin schon seit drei Monaten hier und ich weiß, wie wir uns finanzieren. Zerbrich dir nicht meinen Kopf.“

Das haben wir dann auch gelöst. Wir haben entschieden, dass die Fraktion nicht mehr ein Viertel des Beitrags der Mitgliedsparteien zahlt, sondern erstmal ein Drittel und dann die Hälfte. Wir haben auch die Fraktion nicht gefragt, ob sie einverstanden ist, sondern wir haben das beschlossen. Dann musste die Fraktion das bezahlen. Die zusätzlichen Mitgliedsparteien haben dazu geführt, dass mehr Geld in die Kasse kam. Dann habe ich noch Zusatzmitarbeiter mit der Fraktion verhandelt. Finanzfragen und Rechtsfragen sind entscheidend. Für mich war es wesentlich, die Rechtsposition der europäischen Parteien fest zu etablieren, was sie in verschiedenen Schritten getan haben. Wir hatten einen Rechnungshofbericht 1999 über die Finanzierung der europäischen Fraktionen, als ich frischer Generalsekretär war, der verheerend war und der insbesondere die Finanzierung europäischer Parteien durch die Fraktionen kritisiert hat. Wir haben gesagt: „Gut, wir stellen das ab. Aber wir brauchen eine Rechtsgrundlage im Vertrag für die europäischen Parteien und für deren Finanzierung“.

Als Generalsekretär des Parlaments schlage ich auch den Parlamentshaushalt vor. Ich beschließe ihn nicht, aber ich schlage ihn vor. Die Abfolge ist folgende: Das Präsidium muss ihn beschließen, dann beschließt ihn der Haushaltsausschuss, dann das Plenum sowie zuletzt das Parlament zusammen mit dem Rat. Aber ich habe die Möglichkeit, den ersten Vorschlag zu machen. Das hat mir die Möglichkeit gegeben, auch für eine ausreichende Finanzierung von Europäischen Parteien und Stiftungen zu sorgen, die sich im Wahljahr 2019 für die Parteien immerhin auf 50 Millionen Euro beruft. Das würde ich sagen, ist ein Drittes.

Viertens bemühte ich mich sehr, die Traditionslinien zu stärken. Wir sind der Eigentümer des Hauses von Jean Monnet in Frankreich. Wir haben unter Pöttering beschlossen, dieses zu renovieren – Dach und Haus. Wir haben jetzt beschlossen, eine moderne Ausstellung mit Multimedia-Elementen dort zu installieren. Wir kaufen jetzt ein Stück Land hinter dem Haus, um ein Bildungszentrum einzurichten. Die neuen Administratoren des Europäischen Parlaments verbringen in den ersten Monaten ihrer Parlamentszeit

zwei bis drei Tage im Jean-Monnet-Haus, damit sie sich bewusstwerden, wo eigentlich unsere Wurzeln liegen. Wenn sie dann von dort zurückkommen, treffen sie mich und wir diskutieren über diese Erfahrung. Ich sorgte dafür, dass diese Erfahrung aktiviert wird. Wir haben jetzt auch damit angefangen. Wir laden jetzt zweimal im Jahr in Häuser der Gründerväter ein – also Schuman, Monnet, aber auch Adenauer, Brandt und andere, um ein Netzwerk zu schaffen aus diesen Gründerhäusern. Das findet entweder in Brüssel statt oder auch im Jean-Monnet-Haus. Diese Aktivierung dieser historischen Erfahrung und historischen Dimension ist etwas, das mir persönlich sehr wichtig ist. Das sind Dinge, die man in dieser administrativen Tätigkeit machen kann und wo man auch nicht aufgehalten wird.

Ich habe übrigens auch als eine meiner ersten Entscheidungen ein Büro in Washington eröffnet. Das Parlament hat ein Büro in Washington als Kontaktbüro zum US-Kongress. Wir haben nun zwölf permanente Mitarbeiter in Washington, die zur Stabilisierung des transatlantischen Verhältnisses beitragen.

Michael Gehler: *Sie haben in verschiedenen Funktionen Akteure der EU kennenlernen können, Fraktionsvorsitzende, Europaparlamentspräsidenten und Kommissionspräsidenten. Wir haben eine Liste dieser Funktionsträger und würden Sie gerne um Charakterisierungen bitten. Wir haben über Wilfried Martens schon gesprochen. Können Sie uns zunächst zu den EVP-Fraktionsvorsitzenden bzw. EVP-Präsidenten Joseph Daul und zu Manfred Weber (seit 2014 Fraktionsvorsitzender) Ihre Einschätzungen geben? Interessant wäre zu wissen, was diese für Charaktere sind sowie für Konzeptionen und Visionen für die EU für das 21. Jahrhundert im Auge haben.*

Klaus Welle: Joseph Daul kenne ich sehr gut. Ich habe eng mit ihm zusammengearbeitet, als er Vorsitzender der Konferenz der Ausschussvorsitzenden war. Ich war Generaldirektor für Interne Politiken. Ich hatte ihn damals ermutigt, als Fraktionsvorsitzender zu kandidieren, was er sich nicht selber zugetraut hatte. Wir haben ihm zum Teil die Mehrheit über die deutsche CDU/CSU mitorganisiert. Joseph Daul hat etwas, was auch Hans-Gert Pöttering als Fraktionsvorsitzender hatte und was sehr wichtig ist: Er kann zuhören und nimmt jeden einzelnen Abgeordneten ernst und nimmt sich für ihn auch Zeit. Das sind Dinge, die häufig unterschätzt werden, weil man denkt, der Vorsitzende macht jeden Tag große Politik. Das ist aber nicht so. Vor der großen Politik steht erstmal die kleine Politik. Das heißt, jeder Abgeordnete möchte mit seinen Sorgen, Beschwerden und Nöten ernstgenommen werden. Erste Voraussetzung ist, dass man viel Zeit mitbringen muss. Man muss bereit sein, mindestens von Dienstag bis Donnerstag in Brüssel zu verbringen. Man muss bereit sein, Einladungen anzunehmen, sowohl innerhalb Brüssels und Straßburgs, als auch im eigenen Wahlkreis. Sowohl Pöttering als auch Daul waren Fraktionsvorsitzende, die sich intensiv um jeden Abgeordneten gekümmert haben und zwar unabhängig von seinem Rang.

Daul ist früherer Gaullist. Allerdings ist es ein wenig irreführend. Er gehört zum RPR, aber von seinem Stil her ist er eher Christdemokrat. Er kommt aus der agrarischen Selbstorganisation. Er war Vorsitzender der Rinderzüchter in Frankreich. Jeder weiß,

dass Jacques Chirac[20] gerne auf der jährlichen Landwirtschaftsausstellung Kälbchen getätschelt hat und von daher hatte Daul ein besonders enges Verhältnis zu ihm, der als früherer Agrarminister eben auch dem landwirtschaftlichen Bereich sehr verbunden war. Daul kommt aus diesem Umfeld und ist über dieses Umfeld der agrarischen Interessen und den Agrar-Ausschuss in die Funktion gekommen. Ich glaube nicht, dass Daul von großen Konzeptionen für Europa lebt, sondern eher ein Zuhörer und praktischer Problemlöser ist. Gibt es aktuell ein Problem in einer Partei, ist er da. Er bereist die Mitgliedsverbände, er spricht, er kümmert sich um alle möglichen Details. Ich glaube nicht, dass er von der Konzeption herkommt – anders als Pöttering, sondern eher von praktischen Problemlösungen her.

Michael Gehler: *Wie würden Sie Manfred Weber bis jetzt sehen?*

Klaus Welle: Manfred Weber ist sehr viel jünger. Er hat sehr schnell alle Stufen durchlaufen. Er hat es sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, die programmatische und inhaltliche Diskussion in der Fraktion zu führen. Während Daul der Pragmatiker war, versucht Weber Programmatik in der Fraktion wieder zu etablieren. Eine seiner ersten Maßnahmen war, die Studientage wieder so zu nutzen, dass dort wieder Inhalte generiert werden und die Fraktion konzeptionell zusammenwächst. Innerhalb der CSU ist er sicher dem Merkel-freundlichen Flügel – falls es so einen gibt – zuzuordnen und auch dem CDU-freundlichen Flügel. Er hat die Bundeskanzlerin auch mehrfach in schwierigen Situationen öffentlich unterstützt. Im Moment übt er sich noch im Spagat zwischen Bayern und Brüssel. Er war auch Bezirksvorsitzender, was ihm viel zeitliches Engagement abforderte in seiner eigenen Region, in Bayern und in der CSU.

Michael Gehler: *Kommen wir zu den Präsidenten des Europäischen Parlaments. Wir gehen das beginnend mit Ihrer Brüssel-Tätigkeit durch: 1994 bis 1997 war Klaus Hänsch Parlamentspräsident. Welche Erinnerungen haben Sie an ihn?*

Klaus Welle: Hänsch war ein sehr aktiver Präsident. Er hatte als Kabinettschef den späteren Generalsekretär Julian Priestley. Er hat sich um das Haus gekümmert – auch in dem Sinne, dass er gleich einige Mitarbeiter in Frühpension geschickt hat. Ich habe ihn erst später kennengelernt, auch weil die EVP-Partei räumlich getrennt war. Somit hatte ich keine direkten Berührungspunkte mit Hänsch.

Michael Gehler: *Klaus Hänsch folgte dann bis 1999 Jose María Gil-Robles. Gibt es konkrete Erinnerungen an ihn?*

Klaus Welle: Als Parlamentspräsident habe ich ihn vor allen Dingen auch als Teilnehmer bei EVP-Gipfeltreffen kennengelernt. Da hatten wir ab und an Probleme mit seiner Mitarbeiterschaft, was die Sitzordnung anbetraf. Als Generalsekretär habe ich die Sitzordnung gemacht. Vielleicht klingt das kleinlich, aber Sitzordnungen sind etwas sehr

20 Jacques René Chirac (*1932; †2019) war ein französischer Politiker und von 1995 bis 2007 Staatspräsident Frankreichs.

Entscheidendes, weil sie ausdrücken, wer wer in der Organisation ist und weil sie über Kommunikationschancen entscheiden. Es geht nicht nur darum, wo man sitzt, sondern auch neben wem man sitzt, ist wichtig. Ich saß immer rechts von Wilfried Martens und rechts von mir habe ich immer Jean-Claude Juncker gesetzt. Die Frage war, wer sitzt zentral Martens gegenüber? Nach meiner Ansicht war das Helmut Kohl und nach der Protokollansicht von Mitarbeiter von Gil-Robles sollte das der Parlamentspräsident sein. Wir haben ihm immer den Platz direkt rechts neben Helmut Kohl gegeben. Aber der zentrale Platz war für Kohl reserviert. Gil-Robles selber ist ein ausgleichender, pragmatischer und vernünftiger Mensch.

Michael Gehler: *Nicole Fontaine war von 1999 bis 2002 Präsidentin und hatte die Nizza-Zeit erlebt.*

Klaus Welle: Fontaine war extrem wichtig, weil sie im Parlament beliebt war als Vize-Präsidentin und sie die Plenarsitzungen sehr gut geleitet hat. Sehr gut heißt aus Sicht der Abgeordneten vor allen Dingen sehr zügig. Abstimmungen können ja auch stundenlang dauern und wenn ein Präsident das Prozedere nicht beherrscht, wird es sehr unangenehm. Sie hat sehr gut präsidiert und war im Haus sehr beliebt. Deswegen war sie die ideale Kandidatin als Parlamentspräsidentin 1999, um den neuen Führungsanspruch der EVP durchzusetzen. Die Kombination von Frau und beliebter Vize-Präsidentin sowie ihrer Erfahrung im Amt war sehr gut. In der Praxis war es dann deutlich schwieriger, weil sie eher eine präsidentielle Vorstellung hatte, die aus der französischen Praxis kam, d. h. ein Präsident steht über den Parteien und ist auch unabhängig von seiner eigenen früheren Fraktion. Hinzu kam, dass ihr Ehemann ein früherer katholischer Priester war oder jedenfalls die Priesterausbildung absolviert hatte und sie ihn als Redenschreiber für Sitzungen des Europäischen Rates benutzt hatte. Wenn er nicht als Schreiber wirkte, dann aber als wesentlichen Ideengeber. Seine Ideen waren eher links der politischen Mitte angesiedelt, was dann zu regelmäßigen Problemen in der Fraktion geführt hat, die dann sagte: „Jetzt haben wir die Präsidentin, aber was sie vorträgt, damit können wir uns eigentlich wenig identifizieren." Das Verhältnis von Fontaine und Pöttering war während der Präsidentschaft angespannt, weil sie sich nicht an die Fraktion zurückbinden ließ. Pöttering wollte aber auch nicht darauf verzichten, die Fraktionslinie zu repräsentieren.

Michael Gehler: *In Erinnerung ist mir noch Fontaines Rede im Europäischen Parlament nach dem Gipfel von Nizza im Dezember 2000, wo sie deutliche Vorbehalte gegen das Ergebnis vermeldet hatte, was ja praktisch einer Kritik an der französischen Ratspräsidentschaft gleichkam. Wie war ihr Verhältnis zu Chirac? Konnte man aus dieser Kritik ableiten, dass sie eine sehr europäische Parlamentarierin war und offensichtlich nicht mit diesem Ergebnis von Nizza glücklich gewesen ist?*

Klaus Welle: Das Ergebnis von Nizza war objektiv nicht zu rechtfertigen. Außer erstmalig einer Rechtsgrundlage für die Finanzierung europäischer politischer Parteien war nichts zu finden, für das man wirklich Anerkennung hätte aussprechen können. Das Parlament war in einer sehr schwierigen Situation. Pöttering war auch in einer sehr schwierigen Situation. Wir haben das damals sehr intensiv diskutiert. Die Gaullisten, d. h. das

RPR, waren Mitglied unserer Fraktion, ein relativ neues Mitglied. Das war keine einfache Aufgabe für einen Fraktionsvorsitzenden, eine Lösung zu finden. Das Ergebnis, zu dem wir gekommen waren, lautete: „Wir machen unsere abschließende Bewertung von Nizza vom post-Nizza-Prozess abhängig.“

Wir haben versucht, daraus eine neue Dynamik zu gewinnen. Diese Dynamik hat letztlich dazu geführt, dass der neue Anlauf genommen worden ist mit dem Verfassungsvertrag. Wir waren der Ansicht, dass dieser neue Anlauf gemacht werden musste auf Basis einer neuen Methode, die der Methode des Grundrechtskonvents entsprach von Roman Herzog. Das Grundproblem war die Methode, denn offensichtlich waren die Regierungen nicht mehr bereit, der EU zusätzliche Zuständigkeiten zu geben. Das heißt eine Zusammenkunft von Regierungsvertretern wurde notwendigerweise nicht zu weitreichenden Ergebnissen führen. Deswegen brauchten wir eine Veränderung der Methode. Das war unser Versuch, den Reinfall von Nizza positiv zu wenden.

Michael Gehler: *Ich war damals am Zentrum für europäische lntegrationsforschung* tätig. *Ich kann mich noch gut daran erinnern, als der ORF-Journalist Paul Schulmeister Ludger Kühnhardt*[21] *zum Ergebnis interviewt hat. Nach dem Interview sind noch einige Interna angesprochen worden. Stimmt es, dass das Verhältnis zwischen Chirac und Schröder sehr angespannt war in diesen Tagen und die Forderungen der bundesdeutschen Seite nach mehr Gewicht im Rat und mehr Sitzen im Parlament zu einem Dissens geführt hatten zwischen Chirac und Schröder. Chirac soll sogar gesagt haben: „Herr Bundeskanzler vergessen Sie nicht, wir haben die Atombombe.“ Ist Ihnen das auch zugetragen worden? Was hatten Sie für einen Eindruck gehabt vom deutsch-französischen Tandem bzw. der deutsch-französischen Achse oder wie man dies auch immer im Kontext Nizza bezeichnen kann? War das Klima so belastet und schlecht, dass das Ergebnis gar nicht besser sein konnte?*

Klaus Welle: Das Zitat, das Sie genannt haben, kenne ich nicht. Was mir aber in Erinnerung ist, war, dass offensichtlich die Franzosen davon ausgegangen waren, dass im Zuge der deutschen Einheit die Balance der Stimmverteilung nicht in Frage gestellt werden würde. Von daher gesehen wurde es von französischer Seite als Vertrauensbruch empfunden, dass diese Stimmenparität zwischen Deutschland und Frankreich nun nicht mehr gelten sollte.

Michael Gehler: *Fahren wir fort mit dem nächsten Präsidenten des Europäischen Parlaments nach Nicole Fontaine mit Pat Cox*[22] *von 2002 bis 2004.*

Klaus Welle: Pat Cox war ein phantastischer Präsident. Er ist eine herausragende Persönlichkeit, was man auch daran ersehen kann, dass er als unabhängiger Einzelkandidat in

21 Ludger Kühnhardt (*1958), deutscher Politikwissenschaftler, seit 1997 Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn tätig und zugleich Professor am dortigen Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie.

22 Pat Cox (*1952) war von 2002 bis 2004 Präsident des Europäischen Parlaments und irischer Europa-Abgeordneter.

Irland gewählt war und es ihm trotzdem gelungen ist, die Fraktionsführung der liberalen Fraktion zu übernehmen. Er hatte keinerlei Hausmacht. Er hatte nicht einmal eine Partei hinter sich und wurde trotzdem von der liberalen Fraktion zu ihrem Fraktionsvorsitzenden gewählt. Das ist außergewöhnlich. Das verdankt er seiner Persönlichkeit, seinem Redetalent und seiner Integrität. Mit Cox habe ich eng zusammengearbeitet. Er hat mich – nicht nur mich, sondern eine kleine Gruppe mit nur vier oder fünf Personen – im Vorfeld der Präsidentschaft für ein Brainstorming-Wochenende nach Irland eingeladen. Wir haben dort überlegt, wie man sinnvollerweise seine Präsidentschaft gestalten kann. Zu Cox hatte ich ein Vertrauensverhältnis. Das war ja die Periode des Bündnisses EVP-Liberale. Cox war der Fraktionsvorsitzende und er war der EVP immer ein verlässlicher und loyaler Partner gewesen – insbesondere auch bei Abstimmungen in der Konferenz der Präsidenten. Die Zusammenarbeit zwischen Cox und uns war exzellent.

Michael Gehler: *Fahren wir fort mit Josep Borrell Fontelles,*[23] *der von 2004 bis 2007 der Nachfolger von Cox und zuletzt hoher Beauftragter für die Außen- und Sicherheitspolitik war?*

Klaus Welle: Borrell war Neuling im Parlament und kam aufgrund der Verteilung von Ansprüchen zwischen den Delegationen in das Präsidentenamt. Dies ist eine fast unmögliche Herausforderung. Wie kann man eine Institution leiten, die man eigentlich nicht kennt? Man ist sehr abhängig von seinen Mitarbeitern und von spontanen Einschätzungen. Die sind dann manchmal richtig und manchmal falsch. Wenn man als Neuling im Parlament Präsident wird, kann man keine große Wirkung entfalten. Die starken Parlamentspräsidenten oder die stärksten Parlamentspräsidenten sind die, die nach siebeneinhalb Jahren Vorsitz einer der größten Fraktionen Parlamentspräsident werden. Es gibt tatsächlich dieses Schema, angefangen mit Egon Klepsch, der sogar zweimal Fraktionsvorsitzender war, über Hans-Gert Pöttering bis hin zu Martin Schulz. In allen drei Fällen waren sie zunächst siebeneinhalb Jahre Fraktionsvorsitzende und dann Parlamentspräsidenten. Sie kannten das Haus, die Fraktionen und die Befindlichkeiten der Abgeordneten in- und auswendig und sind dann zum Abschluss oder als Höhepunkt ihrer politischen Tätigkeit Parlamentspräsidenten geworden und konnten das mit voller Autorität auch wahrnehmen. Das ist das eine Extrem, das andere besteht darin, wenn man als Parlamentspräsident neu ins Parlament kommt und dieses Amt wahrnehmen soll, was nicht gut funktionieren kann.

Michael Gehler: *Nach Borrell folgte Jerzy Buzek*[24] *van 2009 bis 2012. Welche Erinnerung verbinden Sie mit ihm?*

Klaus Welle: Sehr gute Erinnerungen: Ich war von Anfang an ein Freund der Kandidatur von Buzek. Erstens, weil das ein klares Signal war, dass Mittel- und Osteuropäer jetzt

23 Josep Borrell Fontelles (*1947) ist ein spanischer Politiker. Er gehört der katalanischen sozialdemokratischen Partei PSC an.

24 Jerzy Karol Buzek (*1940) ist ein polnischer Politiker des liberalkonservativen Spektrums (heute PO).

vollständig angekommen sind, und es zweitens ein wichtiges Signal in Richtung Polen war. Buzek ist ein besonderer Pole, weil er ein protestantischer Pole ist. Seine Familie stammte ursprünglich gerade von jenseits der Grenze, nämlich aus Böhmen. Das ist ein kleines Landstück, das mal historisch geteilt worden ist. Die Familie rührte ursprünglich von der böhmischen Seite und war deswegen protestantisch. Wenn einem Protestanten in Polen höchste Funktionen verliehen werden, also nicht nur das Amt des Premierministers, sondern, was vielleicht noch ein größerer Vertrauensbeweis ist, die Leitung mehrerer Solidarnosc-Kongresse im Untergrund, dann ist das der höchste Vertrauensbeweis. Viel mehr Vertrauen kann man nicht bekommen. Entsprechend hat Buzek das Präsidentenamt ausgeübt, mit dem Wunsch nach absolutem Konsens. Er hat versucht, alle einzubinden. Er hat so viel Zeit investiert, wie eben nötig war, und was manchmal bedeutet hat, dass die Sitzungen sehr lange dauerten, was ich mir so erklärt habe, dass dies die Überlebensbedingung im Untergrund war. Wenn man ein unzufriedenes Mitglied in der Gruppe hatte, konnte das das Ende der gesamten Gruppe im Untergrund sein. Alle mussten eingebunden werden und man musste reden, bis alle zufrieden waren. Das war der Stil von Buzek als Parlamentspräsident. Er hat versucht, jeden mitzunehmen, auch bei schwierigsten Dossiers ebenso lange zu reden und wieder zu tagen. Wenn man zehn Sitzungen brauchte, benötigte man zehn Sitzungen. Aber wichtig war es dann, wirklich auch alle an Bord zu haben. Buzek wie Pöttering wurde ich sagen, waren Gentleman-Präsidenten.

Michael Gehler: *Sie haben jetzt einen ganz wichtigen Aspekt angesprochen, den wir gar nicht im Katalog unserer Fragen haben. Das erleben wir immer wieder bei Zeitzeugen- oder Expertengesprächen, dass mitten im Gespräch neue Fragen auftauchen. Wie wurden Sie generell die Frage beantworten, was die sog. EU-„Osterweiterung“ – ein Begriff, mit dem ich mich nur wenig anfreunden kann – verändert hat an Gemengelagen im Europäischen Parlament. Es kommen viele Parlamentarier nun aus diesen Ländern, die noch bis 1989/90 unter kommunistischer Herrschaft waren und eine Diktatur erfahren hatten, eine Kommandowirtschaft erleben mussten, eine poststalinistische Gesellschaft oder auch noch den Stalinismus selbst. Was hat das für das Europäische Parlament bedeutet, dass im Wesentlichen ein mittelost-, west-, süd- und nordeuropäisches Parlament war? Was bedeutet bisher der Zuzug von Mittel- und Osteuropäern an Veränderung im Abstimmungsverhalten und in der europapolitischen Ausrichtung des Parlaments? Wie würden Sie das summarisch aus Ihrer Erinnerung einschätzen? Was hat sich dadurch verändert?*

Klaus Welle: Zunächst einmal war es die Konfrontation mit der Erfahrung des Totalitarismus. Es war die Konfrontation des Gesamtparlaments mit dieser Erfahrung, die für die bisherigen Mitglieder kein eigenes Erleben war, bis auf die Mitglieder aus der ehemaligen DDR. Es kam hinzu, dass aus diesen Ländern die erste Reihe ins Europäische Parlament kam, was verschiedenste Gründe haben konnte. Die historische Bedeutung der Integration in die EU war besonders stark. Hinzu kommt aber auch, dass die Arbeitsbedingungen bei uns deutlich besser waren als in diesen Ländern. Es wird heute noch gesagt, dass polnische Europaabgeordnete in Zeiten ihrer Regierungsbildung das Telefon abschalteten, um der Gefahr zu entgehen, nationale Minister werden zu müssen, weil sie

lieber im Europäischen Parlament bleiben wollten. Das sage ich nur, um zu sagen, dass es eine andere Wertigkeit, vielleicht auch materielle Gründe hat.

Michael Gehler: *Mit Blick auf Russland konkret nachgefragt: Kann man annehmen, dass ein großer Teil dieser neuen Parlamentarier aus Mittelosteuropa automatisch durch ihre Sozialisation und Erfahrungen anti-russische Reflexe in den entscheidenden Fragen entwickeln konnte – Stichwort: Sanktionen. Konnte man auch so etwas ablesen?*

Klaus Welle: Es gibt einerseits viele, die politisch im Widerstand gegen die sowjetische Okkupation groß geworden sind, andererseits gibt es auch Parteien, die eher in der Kontinuität der alten Systemparteien gestanden haben, die sich nur umbenannt haben, von daher eher für das Gegenteil stehen und um viel Verständnis warben. Überwiegend glaube ich aber, ist es richtig, dass viele Mitglieder dazugekommen sind, die sehr kritisch gegenüber Russland sind und eben sagen: „Wir wissen, was sowjetische Okkupation bedeutet hat."

Michael Gehler: *Was würde das bedeuten im Umkehrschluss mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen? Kann man davon ausgehen, dass durch die Aufnahme von Parlamentariern aus Mittelost-Europa eine stärkere transatlantische Ausrichtung zu konstatieren war? Wäre das eine These, der Sie zustimmen könnten?*

Klaus Welle: Ich glaube schon. Viele Staaten aus Mittel- und Osteuropa haben eine ganz andere Sensibilität für ihre eigene Sicherheitslage. Da ist kein abstraktes, sondern ein konkretes Problem. Sie wissen, dass ihre Sicherheit am Ende von der Beistandsgarantie der Vereinigten Staaten abhängt.

Michael Gehler: *Fahren wir fort. Nach Buzek kam Martin Schulz von 2012 bis 2014 und von 2014 bis 2017, wobei wir uns die Frage gestellt haben, wieso Schulz eigentlich über zwei Perioden Präsident gewesen ist?*

Klaus Welle: Ich war Generalsekretär des Parlaments in beiden Phasen, sowohl in der ersten als auch in der zweiten Periode. In der ersten Periode war es klar, dass er das Amt sehr politisch verstanden und sich auf seine Kandidatur für das Amt des Kommissionspräsidenten vorbereitet hatte. Das ist am Ende gescheitert, weil er keine Mehrheit hatte für diesen Anspruch im Europäischen Parlament. Jean-Claude Juncker aber hat einen solchen Anspruch formulieren können. Schulz wurde dann auch nicht deutscher Kommissar. Es gab die Vorstellung, dass er Vize-Präsident von Juncker hätte werden können. Die CDU hat aber darauf bestanden, das Amt selber zu besetzen, und die SPD unter Sigmar Gabriel hat diesen Anspruch auch akzeptiert. So ergaben sich für Schulz die Fragen, wie er in einer Führungsfunktion verbleiben könne, und zweitens, wie er trotzdem die enge Zusammenarbeit mit Juncker realisieren könne, die sie sich wechselseitig am Wahlabend versprochen haben. Seine Antwort lautete: „Ich kandidiere für eine weitere Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments und bilde eine Doppelspitze mit Juncker." Fast wie in einem parlamentarischen System zwischen Kommissionspräsident und Parlamentspräsident, dessen Aufgabe es war, die entsprechenden Mehrheiten in der

Kommission und im Europäischen Parlament zu organisieren. Das war einfacher auf der EVP-Seite und als Sozialdemokrat auch auf der sozialdemokratischen Seite möglich. Er hat seine Aufgabe so verstanden, dass er im Parlament durch regelmäßige Abstimmungen mit den beiden größten Fraktionsvorsitzenden mit Juncker eine Regierungsmehrheit für Juncker organisiert hat. Im Gegenzug hat er auch Einfluss auf die Formulierung von Kommissionspolitiken bekommen.

Michael Gehler: *Wie würden Sie aus Ihrer Erfahrung Schulz im Rahmen seiner Tätigkeit im Europäischen Parlament charakterisieren? Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Schulz und Juncker?*

Klaus Welle: Innig und intensiv. Die beiden liebten sich platonisch.

Michael Gehler: *Man hat beim Wahlkampf und bei den Auftritten beider in Fernsehdiskussionen den Eindruck gehabt, dass sie eigentlich keine Gegner sind. Sie waren sich in vielen Punkten sehr einig. Gravierende Differenzen waren nicht so deutlich erkennbar. Hatte das auch Folgen mit Blick auf das Wahlergebnis? Beide sind Pro-Europäer und treten für das Unternehmen Europa ein. Wie haben Sie das mit Blick auf die platonisch-innige Freundschaft in Erinnerung?*

Klaus Welle: Sicher war, dass sie sich politisch sehr nahestehen. Juncker hatte auch kein Problem, wenn man sagen würde, er sei ein christlicher Sozialdemokrat, ähnlich wie Delors sich verortet hatte, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung stammte. Politisch sind sie nicht weit voneinander entfernt. Dass das Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt hat, glaube ich nicht, weil nach wie vor das Wahlergebnis eigentlich sehr von der Situation nationaler Parteien zum Wahlzeitpunkt geprägt ist.

Michael Gehler: *Nach Schulz kommt kurzzeitig Gianni Pittella zum Zuge. Können Sie zu ihm was sagen?*

Klaus Welle: Ich hatte mit Pittella immer ein sehr enges, gutes und vertrauensvolles Verhältnis. Er war vorher Vize-Präsident für Haushalt, was für den Generalsekretär eine besonders wichtige Funktion ist. Wir haben sehr gut kooperiert. Pittella ist Italiener. Sein Vater war der medizinische Beistand der Brigate Rosse[25] im Untergrund und musste eine Gefängnisstrafe absitzen. Er war einige Zeit untergetaucht in Frankreich. Das ist die politische Herkunft. Sein Bruder ist Regionalpräsident. Gianni Pitella ist ein sehr freundlicher, liebenswerter, netter Mensch, allerdings war er nicht sehr durchsetzungsstark und darauf kommt es allerdings am Ende an in der Politik.

Michael Gehler: *Wenn man in Österreich sagt: „Das ist ein netter Mensch“ heißt das so viel wie: Er ist lieb, aber man kann ihn auch vergessen. Antonio Tajani war Präsident von 2017 bis 2019. Wollen Sie zu ihm noch etwas sagen?*

25 Die Brigate Rosse waren eine italienische, kommunistische Untergrundorganisation.

Klaus Welle: Tajani ist ursprünglich Journalist. Sein Vater war bei der NATO Dolmetscher. Es besteht eine Nähe zum Militär. Er ist ein untypischer Italiener, weil ihm der Respekt und die Einhaltung von Regeln sehr wichtig sind. Er ist absolut verlässlich. Er war immer loyal gegenüber Berlusconi, hat aber dessen Verrücktheiten nicht immer mitgemacht. Er hat sich nie gegen den Euro ausgesprochen. Er hat nie gegen Deutschland oder Kanzlerin Merkel polarisiert und war immer ein sehr loyales Mitglied der EVP und ein treuer EVP-Vize-Präsident. Er war jemand, der in seiner Zeit als Industriekommissar sehr viele persönliche Kontakte zu allen politischen Lagern aufgebaut hatte, was für ihn sehr wichtig war. Er ist besonders stolz darauf, dass er z. B. Industrieunternehmen in Spanien gerettet hat, wofür unter seinem Namen in sozialdemokratischen Städten – jedenfalls in einer – eine Straße reserviert wurde.

Tajani ist jemand, der sich Anerkennung und Respekt erwirbt – deutlich über die Parteigrenzen hinweg, sowohl nach rechts als auch nach links. Deswegen hat er sich am Ende in dieser schwierigen Gemengelage auch durchsetzen können auf Basis von Vertrauen, das er sich über lange Jahre erworben hat. Er hat ein besonderes Faible für Spanien. Er ist fast so spanisch wie italienisch. Er pflegt dahin auch besondere Kontakte. Er spricht sehr gut Französisch. Er ist zum Teil aufgewachsen in Paris wegen der NATO-Verwendung seines Vaters. Besonders wichtig sind ihm Industriefragen als früherer Industriekommissar sowie die Verhinderung der Deindustrialisierung Europas. Er agiert vorsichtig und konsensorientiert.

Michael Gehler: *Stichwort: Deindustrialisierung: Das war ein wichtiges Stichwort in der Rede von Juncker zu Beginn seiner Tätigkeit als Kommissionspräsident. Kann man daraus ableiten, dass Tajani auch ein Mann Junckers war?*

Klaus Welle: Nein, Juncker wollte eine dritte Amtszeit von Martin Schulz.

Michael Gehler: *Das lässt den Ruckschluss zu, dass das Verhältnis ein sehr inniges, wenn gleich platonisches, sein muss. Können Sie etwas zu Ihrem Verhältnis zu Schulz und Juncker sagen?*

Klaus Welle: Vielleicht noch zuvor: Juncker und Schulz waren beide der Ansicht, dass Spitzenkandidat zu sein bedeutet, dass sich das System in die Richtung eines Systems ändert, wie wir es aus den nationalen Mitgliedsstaaten kennen. Das heißt, ein System von Interessenidentität, von Regierung und Parlament oder, wie Fabrini sagt, von „Fusion of Power". Das heißt, das Parlament hat wesentlichen Einfluss auf die Exekutive, aber im Gegenzug muss es die Initiativen, die aus der Regierung kommen, mittragen. In dieser Vorstellung waren sich Juncker, Schulz, aber auch Timmermanns einig. Das war aber ein systematischer Dissens zwischen mir und Schulz. Er hat mir gerne vorgeworfen, dass ich aus dem Parlament einen US-Kongress machen mochte. Das wollte ich nicht, aber ich sehe unser System eher in einer Parallele zum US-Kongress, wo es eben Rat, Parlament, Kommission bzw. House, Senate und Administration gibt, die in einem permanenten Verhandlungsprozess unabhängiger Akteure sind. Ich sehe auch nicht, was das Europäische Parlament gewinnen würde, wenn es sich dieser Freiheit berauben üurde. Deswegen glau-

be ich auch nicht an „democratic deficits“, sondern an „democratic surplus“. Das ist ein Artikel, der noch zu schreiben ist.

Michael Gehler: *Das wird viel zu wenig öffentlichkeitswirksam transportiert, dass dieses Urteil vom Demokratiedefizit platt ist und differenzierter betrachtet werden musste.*

Klaus Welle: Mein persönliches Verhältnis mit Martin Schulz war immer starken Schwankungen unterworfen. Es gab Phasen, wo wir gut kooperiert haben. Es gab dann aber auch Phasen, wo er sich vielleicht einen anderen Generalsekretär gewünscht hätte. Das konnte er aber nicht realisieren, weil das Präsidium über den Generalsekretär entscheidet und nicht der Präsident.

Michael Gehler: *Können Sie konkretisieren, an welchen Fragen das Verhältnis Schwankungen unterworfen war? Waren es inhaltliche Kontroversen oder methodisch-operationelle und praktische Fragen?*

Klaus Welle: Die Vorstellung von Schulz bestand darin, dass der Präsident den Generalsekretär anweist. Das ist aber nach den Regeln des Parlaments nicht vorgesehen, sondern der Generalsekretär untersteht dem Parlamentspräsidium und nicht dem Präsidenten. Technisch heißt das AIPN.[26] Ich war verantwortlich bzw. bin verantwortlich dem Präsidium insgesamt und nicht dem Präsidenten, was mich möglicherweise in vielen Fragen genau in Konflikt mit dem Präsidium gebracht hätte. Das ist auch bewusst so vorgesehen. Das ist Teil des Systems von „checks and balances“ und Teil der Unabhängigkeit der Funktion des Generalsekretärs. Diese Unabhängigkeit habe ich versucht, mir zu bewahren.

Michael Gehler: *Kommen wir zu den Kommissionspräsidenten. Jacques Delors war von 1985 formell bis Januar 1995 Präsident der Kommission. Jacques Santer ist schon 1994 im Kompromisswege als Nachfolger Delors ausverhandelt worden. Delors haben Sie ja noch erlebt. Was verbinden Sie mit ihm?*

Klaus Welle: In meinem Büro hängen hinter meinem Schreibtisch zwei Fotos. Das eine ist ein Foto mit Helmut Kohl und das andere ist ein Foto mit Jacques Delors. Für mich sind Kohl und Delors Persönlichkeiten mit großen Orientierungen, denen es zu folgen gilt. Meine erste Amtshandlung an meinem ersten Tag in Funktion am 18. März 2009 war ein Brief an Kohl. Für mich steht die Zeit mit Kohl und Delors für die große Zeit der EU und der europäischen Integration. Wir haben dann auch Delors für die erste Klausurtagung unter meiner Verantwortung des Präsidiums, die wir durchgeführt haben, im Haus von Jean Monnet und dann in Versailles eingeladen.

Michael Gehler: *Von Delors wird in dieser krisenhaften Phase in der zweiten Jahreshälfte 1994 überliefert, in der man sich nicht einigen konnte, wer sein Nachfolger als Kommissionspräsident werden sollte, als man ihn auch höflich, vorsichtig und dezent*

26 Die Einstellungsbehörde des Generalsekretärs ist das Präsidium und nicht der Präsident.

gefragt hat, ob er sich nochmal vorstellen könnte, weiter Kommissionspräsident zu sein, worauf er gesagt haben soll: „Zwölf Mitglieder waren mir schon zu viel und jetzt noch drei dazu. Bitte nein." Das zeigt, dass er schon mit großem Einsatz, mit viel Energie und Kraftaufwand seine Arbeit geleistet und offensichtlich auch Mühe hatte, diese zwölf am Ball zu halten und auf Integrationspolitik auszurichten.

Kohl gilt als moderater Verfechter einer dosierten Erweiterung. Er war eindeutig proeuropäisch, aber doch mit Grenzen der Erweiterung. Worin würden Sie Unterschiede zwischen Kohl und Delors sehen, die für Sie beide Referenzpersönlichkeiten sind, möglicherweise Unterschiede mit Blick auf die großen Projekte, die es gab (Politische Union, Wirtschafts- und Währungsunion, Sozialunion)? Delors war ja sehr von der sozialen Dimension eingenommen. Kohl hat den Euro sehr forciert in der Hoffnung, dass er politische Implikationen haben könnte. Wo würden Sie möglicherweise Unterschiede sehen auch in Fragen der Priorität?

Klaus Welle: Ich sehe keine großen Unterschiede zwischen Delors und Kohl. Kohl hat auch für das Soziale gestritten. Ich war dabei auf einer EDU-Parteiführerkonferenz in Budapest 1991, wo es um den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ging, wo er sich mit Vaclav Klaus endgültig überworfen hatte. Klaus hatte den Begriff „sozial" nicht akzeptieren wollen. Daran sieht man, dass Kohl für das Soziale gestritten hat und es für ihn auch eine fundamentale Frage war. Ich glaube, dass Delors eben der geniale „Go-Between" war zwischen Mitterrand und Kohl und er deswegen die Dinge möglich hat machen können.

Michael Gehler: *Es folgt auf Jacques Delors schließlich Jacques Santer, von 1995 bis 1999. Ich habe das einmal in einem Aufsatz als Periode des Übergangs beschrieben. Bedauerlich war für Santer dann das Ende seiner Zeit. Wie haben Sie diese Phase von 1995 bis 1999 erlebt?*

Klaus Welle: Wilfried Martens hatte lange gehofft, selber nochmal in eine exekutive Funktion zurückzukommen. Ich hatte sogar das Gefühl, dass er nicht ausschloss, noch einmal nach Belgien gerufen zu werden, was aber nicht der Fall war. Er hat mir damals gesagt, man habe „den Schwächsten von uns" genommen, also wohl mit Hinweis auf verschiedene Kandidaten aus dem Benelux-Bereich. Jacques Santer war ein vornehmer, höflicher, freundlicher und kollegialer Mensch, der am Ende ein Problem hatte mit der französischen Kommissarin Edith Cresson. Es gab ein monatliches Treffen – das gibt es immer noch – zwischen den Kommissaren der EVP-Fraktion und den Mitgliedern im Fraktionspräsidium, zu dem auch der Generalsekretär der Partei eingeladen wurde. An denen habe ich auch teilgenommen. In dieser Phase der Zuspitzung der Krise wurde regelmäßig auch mit den Kommissaren der EVP-Fraktion diskutiert, die aus meiner Sicht die Situation völlig unterschätzt hatten. Diese sind gegenüber der Fraktion belehrend aufgetreten, insbesondere Hans van den Broek, nach dem Motto „Ihr versteht die Dinge nicht richtig." Das hat aber am Ende nicht zu Lösungen beigetragen.

Hinzu kam, dass Kohl damals so eingestellt war, dass eine Arbeitsgruppe zusammengestellt wird mit Mitarbeitern der Regierungschefs unter meiner Koordination. Ich habe dann gebeten, dass aus dem Kabinett von Santer ein christdemokratischer Mitarbeiter, also jemand, der sich der Parteifamilie zugehörig fühlt, an dieser Arbeitsgruppe teilneh-

men sollte. Die Auskunft lautete: „Wir haben niemanden.“ Es gab im Kabinett von Santer eine Christdemokratin. Diese war aber zuständig für Sozialpolitik. Santer hatte offensichtlich die Kontrolle über sein unmittelbares persönliches Umfeld als Präsident der Kommission an eine andere Parteifamilie abgegeben. In den letzten Wochen der Krise war ich schon Generalsekretär der EVP-Fraktion und zwar ab 9. Februar 1999. In dieser Zeit gab es mit mir keinen einzigen Kontakt aus dem Kabinett Santer. Das heißt, alle Stabilisierungsbemühungen wurden in Richtung sozialdemokratischer Fraktion und Pauline Green unternommen. Als dann die Sozialdemokraten entschieden hatten, sie stützen die Kommission nicht mehr, ist sie zurückgetreten. Das heißt, Santer hatte sich aus meiner Sicht ziemlich vollständig in die Abhängigkeit der Sozialdemokraten begeben, die damals die größte Fraktion im Europäischen Parlament gestellt haben. Der Dialog in Richtung EVP war nicht zielführend.

Michael Gehler: *Es gab Kritik von christdemokratischer Seite an Santer. Ingo Friedrich hat sich nicht sehr positiv über das Szenario geäußert, vor allem über die Frage, wie sich die Kommission verhalten hat. Peter Schmidhuber hat auch geschossen als Ex-Kommissar. In den Erinnerungen von Wilfried Martens steht, nicht nur sinngemäß, sondern wortwörtlich: „Wäre Kohl noch Bundeskanzler gewesen, wäre mit einigen Telefonanrufen die Sache möglicherweise noch glimpflich ausgegangen für die Kommission Santer“, was nochmal unterstreichen würde, welchen Einfluss Kohl noch gehabt hatte. Es gab eine andere Regierung in Deutschland, die sozialdemokratisch-grün war. Wie weit war Santer eigentlich der Mann Kohls? Santer ist ja von Kohl vorgeschlagen worden. Santer war ja schon zum Ministerpräsidenten von Luxemburg ernannt worden und musste mit dem Großherzog konferieren, wie er das wieder rückgängig machen konnte, zumal er sich von Kohl hat breitschlagen lassen, Kommissionspräsident zu werden. Wie weit war eine sehr starke Bindung zu Kohl entstanden, die dann 1998/99 nicht mehr vorhanden war in dieser Krise? Wie würden Sie das einschätzen? Es fiel ja praktisch mit Kohl ein möglicher Unterstützer für Santer aus. Die Frage ist aber auch, ob Kohl selbst noch so überzeugt gewesen wäre von Santer und ob nicht Enttäuschungen vorhanden waren.*

Klaus Welle: Das kann ich nicht beurteilen.

Michael Gehler: *Santer sagt, dass das eigentliche Problem darin bestand, dass Chirac nicht bereit gewesen wäre, Cresson zu opfern. Ich habe mit Hänsch lange darüber gesprochen, der gesagt hat, er hätte Sie ja eigentlich entlassen können. Das war aber damals noch nicht möglich. Es war damals noch nicht möglich, dass ein Kommissionspräsident einen Kommissar oder eine Kommissarin entlassen konnte.*

Klaus Welle: Es gab auch diese „Weisen-Kommission“, die wesentlich vom Parlament besetzt wurde – jedenfalls das Sekretariat. Im Bericht stand der Satz, dass es schwierig wäre, irgendjemand in der Kommission zu finden, der bereit wäre, Verantwortung zu übernehmen. Nach meiner Information ist dieser Satz in letzter Minute hinzugefügt worden. Von wem er „last minute“ hineingefügt worden ist, weiß ich nicht, aber dieser Satz hatte die verheerende Wirkung des Berichts begründet.

Michael Gehler: *Das hat Santer bestätigt, dass er in Kenntnis einer ursprünglichen Version war, die sich mit der Letztversion nicht deckte und das Verhalten negativ beeinflusst hat. Es folgte dann Kommissionspräsident Romano Prodi (1999–2004). Welche Erinnerungen haben Sie an ihn?*

Klaus Welle: Prodi war für uns und auch für Pöttering als Fraktionschef sehr schwierig. Wir hatten nämlich die Wahlen gewonnen und sollten Prodi akzeptieren, der nicht von der EVP kam. Das war nicht deutlich erkennbar, warum Prodi Kommissionspräsident wurde, wenn die EVP das erste Mal seit 20 Jahren die Wahlen gewinnt. Das war die Frage, die wir uns stellten. Es gab intensive Diskussionen mit Pöttering und im Ergebnis haben wir gesagt, wir stellen institutionelle Bedingungen für die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Kommission und Parlament und der Kommissionspräsident müsse diese institutionellen Bedingungen an das Parlament zusagen, wenn er die Unterstützung der EVP-Fraktion wolle. Pöttering hat gleichzeitig gesagt, dass er so etwas nicht noch einmal akzeptiert, dass die Nominierung des Kommissionspräsidenten vom Ausgang der Europawahl entkoppelt wird.

Ich weiß nicht, wie Prodi in der Kommission war, aber im Auftreten agierte er extrem schwach. Wenn er bei uns in der Konferenz der Präsidenten war und kritisiert worden ist, wurde er permanent von hinten mit Zetteln unterstützt, aber das Erscheinungsbild war sehr sympathisch. Er ging übrigens zu mehreren Gipfeltreffen mehrerer Parteien. Er fühlte sich allen irgendwie zugehörig, auch der EVP. Er hat in einer späteren Phase versucht, obwohl er sich nicht eindeutig zur EVP bekannte, wesentlichen Einfluss auf den Beitritt von Forza Italia zu nehmen, was ihm aber nicht gelungen ist.

Michael Gehler: *Nun kam nach Prodi Jose Manuel Barroso, von 2004 bis 2014. Welche Eindrücke und Erinnerungen verbinden Sie mit Barroso?*

Klaus Welle: Was ich sagen kann, ist, dass Barroso extrem fleißig war. Es haben viele gesagt, dass er morgens um 4.30 Uhr zum Aktenstudium aufgestanden ist. Das tat er auch, wenn er in den Urlaub gefahren ist. Der Koffer musste mit Akten zum Studium vollgeladen werden. Man hat ihm aber auch die körperliche Belastung des Amtes angemerkt. Er hatte immer kalte und schweißnasse Hände. Man hatte das Gefühl, dass er absolut an die Grenzen seiner physischen Möglichkeiten ging.

Michael Gehler: *Barroso war ja in seiner Jugend stark links orientiert. Man sagt sogar maoistisch und erst später war er dem christlich demokratischen Spektrum zugewandt. Wie weit gab es zu Beginn bei der Frage der Nominierung Vorbehalte? Wie weit war er auch ein Kompromisskandidat? Gab es so etwas wie einen Schatten der Ära Delors? Da wird auch das Wort überliefert, das bei Staats- und Regierungschefs angeblich geflügelt gewesen sein soll: „Bitte nicht wieder einen Delors!“ Nach dem Motto „Was der uns alles zugemutet und abverlangt hat!“ War das mit Barroso eher jetzt ein etwas gemäßigter Kommissionspräsident? Kann man das auch so sagen? Santer war ja Kompromisskandidat. Eher ein Vermittler und eher ein bescheidener Kommissionspräsident. Prodi haben Sie gerade eben sehr deutlich charakterisiert. Barroso ist jemand, der auch ringen konnte, und die Rahmenbedingungen waren andere als bei Delors, EG-12 und EU-27 und*

EU-28 bei Barroso sind doch Unterschiede. Die Frage stellt sich also, ob man das überhaupt vergleichen kann und es fair ist?

Klaus Welle: Wenn man Portugiesen fragt nach dieser maoistischen Phase von Barroso, dann sagen sie einem, dass zur damaligen Zeit die Spaltung zwischen den Stalinisten und den Maoisten stattfand. Die Maoisten waren die Liberaleren. Maoist zu sein, wenn er das war, bedeutet wahrscheinlich eher, dass er nicht Stalinist war. Ich weiß nicht, ob diese Interpretation schon etwas zu weit geht. Aber Leute sagen, während dieser Revolutionszeit war es so. Es gab eine Teilung zwischen Dogmatikern und den weniger Dogmatischen. Er gehörte also zu den weniger Dogmatischen. In der EVP hat das keine Rolle gespielt. Aber, wenn man zurückschaut auf frühere Kommissionspräsidenten, konnte man ein Schema sehen. Der erste Kandidat wurde von den Briten abgelehnt. Dann gab es in der zweiten Runde jemanden, bei dem die Briten sagten: „Den nehmen wir.“ Insofern passen Portugiesen mit ihrer traditionell engen Bindung an die Briten gut ins Konzept. Das ist für mich ein wichtiges Argument bei der Diskussion über Spitzenkandidaten, weil dieses Modell, das wir hatten, und man letztlich die Briten bestimmen ließ, wer akzeptabel ist, kein Referenzmodel für die EU sein kann. Es können aus dem Spitzenkandidatenprozess genauso engagierte oder vielleicht noch stärkere Kandidaten hervorgehen als aus dem, was üblich war.

Michael Gehler: *Jean-Luc Dehaene*[27] *war ja schon 1994 ein Kandidat, ein veritabler Kandidat und es hat John Major eingegriffen und ihn verhindert, wobei Kohl sogar für Dehaene aufgeschlossen gewesen wäre.*

Klaus Welle: Kohl hatte ein enges persönliches Verhältnis zu Dehaene.

Michael Gehler: *Wir kommen noch zu Jean-Claude Juncker (2014–2019). Wie haben Sie ihn erlebt? Wie wäre eine Bilanz zu ziehen über seine Tätigkeit als Kommissionspräsident? Wie wird Juncker als Kommissionspräsident in Geschichtsbüchern stehen sowie in Forschungspublikationen?*

Klaus Welle: Kohl hat ihn gerne „Junior“ genannt. Ich hatte auch das Gefühl, dass er ihn so als sein eigenes Alter Ego akzeptiert hat in kleinerer Luxemburger Fassung. Aber von seiner Grundeinstellung war er ihm wahrscheinlich am nächsten. Das war meine Einschätzung. Er ist der ultimative Ratsinsider seit 30 Jahren. Deswegen war es auch für den Europäischen Rat so schwierig, Juncker als Spitzenkandidat abzulehnen. Das Parlament hat eine wichtige Rolle gespielt. Es gab niemanden, der so viel „Europäischer Rat“ war wie Juncker. Dann kam der erneute Versuch der Briten, den ersten starken Kandidaten abzulehnen, und den zweiten, schwächeren, den ihnen Genehmen zu installieren. Das ist dieses Mal, das erste Mal auf dieser Basis gescheitert.

27 Jean-Luc Joseph Marie Dehaene (*August 1940 in Montpellier, Frankreich; †15. Mai 2014 in Quimper, Frankreich), belgischer christlich-sozialer Politiker (CD&V), Premierminister, Jurist und Wirtschaftswissenschaftler. Ab 2004 war er Mitglied des Europäischen Parlaments, zuvor unter anderem von 1992 bis 1999 belgischer Premierminister.

Juncker war durch gesundheitliche Probleme eingeschränkt, er war aber ein starker und selbstbewusster Kommissionspräsident in enger Kooperation mit dem Parlament. Er ist gewählt worden auf Basis eines politischen Programms, das mit dem Parlament ausverhandelt worden ist, des sogenannten 10-Punkte-Juncker-Plans. Es war eine Kombination aus seinen eigenen Vorstellungen, die er im Wahlkampf geäußert hatte, und Dingen, die dann eher kritische Fraktionen mit ihm vereinbart hatten, bspw. das Investitionsprogramm für die Sozialdemokraten oder auch der Klimaschutz für die Grünen, so dass dann insgesamt ein Programm entstanden ist, das breit rechts und links der Mitte angesiedelt war.

Juncker ist der erste Kommissionspräsident, der sich auf ein breites und detailliertes Programm, ausgehandelt mit dem Parlament, stützen konnte und insofern eigentlich einen Prozess zu einem vorläufigen Ende brachte, der mit den Verhandlungen mit Prodi, die damals von Pöttering geführt worden sind, begonnen hatte, nämlich, dass wir gesagt haben: „Wir wählen nicht nur eine Person. Wir wollen auch konkrete inhaltliche Forderungen daran knüpfen."

Michael Gehler: *Kann man so weit gehen, dass Juncker ein Kommissionspräsident für alle war?*

Klaus Welle: Ich würde sagen, für alle im Bereich der linken und rechten Mitte und der Mitte. Er bekam genauso viel Beifall links der Mitte wie rechts der Mitte im Plenum. Eine Stabilitätsbedingung für einen Kommissionspräsidenten ist allerdings, dass dieser eher am linken Rand der EVP stehen oder am rechten Rand der Sozialdemokraten oder ein mittiger Liberaler sein sollte, um sich dauerhaft Mehrheiten und Unterstützung im Parlament sichern zu können.

Michael Gehler: *Nochmal eine Frage zur Kommission Juncker und nicht nur zu Juncker als Person. Man hat den Eindruck gehabt, als diese Kommission zu arbeiten begonnen hat und im Vorfeld auch die Programmatik konzipiert und formuliert worden ist, dass es eine andere politische Kommission sein sollte. Mit den Clustern hat es einen neuen Ansatz gegeben. Wie haben Sie das verstanden und interpretiert?*

Klaus Welle: Es hat inhaltlich mehrere Einflüsse gegeben. Einen haben wir selber produziert. Ich habe im Parlament versucht, die Idee von „cost of non-europe" wiederzubeleben, und eine eigene Unit gegründet, ein eigenes Referat für „cost of non-europe". Wir haben im Vorfeld der letzten Europawahl „cost of non-europe"-Berichte geschrieben und Analysen gemacht in wesentlichen Politikfeldern, die wir dann im Marz 2014 veröffentlicht haben, in einer Broschüre mit einer Grafik. Diese Broschüre haben wir allen Spitzenkandidaten gegeben, einschließlich Juncker. Er hat sie, wie mir berichtet worden ist, auf seiner Bustour in der Slowakei bekommen und gesagt: „Das ist exakt das, was ich brauche." Es stand darin: 500 Milliarden ungenutzte Potenziale durch „digital union", 400 durch Binnenmarkt usw. „Cost of non-europe" war pragmatisch ausgelegt und eigentlich die Brücke zu den Skeptikern. Wenn es ungenutzte Wachstumspotenziale gibt, wer kann da dagegen sein? Wenn man sich das 10-Punkte-Juncker-Programm anschaut, dann ist es aus meiner Sicht eine Mischung aus den Ideen, die aus „cost of non-europe" und dem

kamen, was die EVP-Partei formuliert hatte und dem, was Sozialdemokraten, Grüne und Liberale ihm noch abverlangt hatten.

Es ist so dem Parlament gelungen, wesentlichen Einfluss auszuüben auf das Arbeitsprogramm dieser Kommission. Zweitens ist es ein Unterschied, ob man Kommissionspräsident nur aufgrund eines Beschlusses des Europäischen Rates wird oder ob man sich Wochen und Monate den Bürgern stellen wird müssen. Juncker ist durch diese Erfahrung gegangen. Er hatte viele Bürgerdiskussionen überall in Europa. So kommt man in dieses Amt mit diesem frischen Eindruck. Alleine schon deswegen lohnt sich der Spitzenkandidat, weil die Kommissionspräsidenten sich solchen Fragen stellen müssen.

Wenn sie ihre Politik konzipieren, tun sie dies unter diesem Eindruck. Mein Eindruck ist, dass das Ergebnis dieses Bürgerdialogs mehr in den großen und weniger in den kleinen Fragen zu finden ist. Drittens: Die Strukturreform der Kommission ist das Ergebnis von zwei Überlegungen. Erstens: Wie kann ich sinnvoll 28 Kommissare beschäftigen, wenn ich keine 28 Sachgebiete habe? Ich glaube, es war sehr schlau, diese Vizepräsidenten mit Cluster einzuführen. Insbesondere weil Juncker dem Rat, der ihm vielfach gegeben wurde, nämlich die großen Mitgliedsstaaten damit zu betrauen, systematisch missachtet hat. Denn er hat die Vizepräsidenten gerade an die kleinen Mitgliedsstaaten gegeben. Wenn er sie den großen Mitgliedsstaaten gegeben hätte, hätte jeder das Gefühl gehabt, dass hier ein Direktorium entsteht. Er hat das genaue Gegenteil gemacht: Er hat den kleinen Mitgliedsstaaten die Vizepräsidenten gegeben und die Koordinationsfunktion und die größeren Mitgliedsstaaten eher mit einem traditionellen Sachdossier betraut. Ich finde, er hat das absolut richtig gemacht. Man hatte so eine viel stärkere Kontrolle über die Agenda. Die Gefahr ist die Unterbindung von Kreativität im Apparat und bei den Kommissaren, weil an der Spitze schnell ein Nadelöhr entsteht, denn für jeden hat der Tag auch nur 24 Stunden. Dass man dort alles filtern und beurteilen kann, halte ich für eher unwahrscheinlich.

Michael Gehler: *Wir hatten letztes Jahr die Gelegenheit, Kommissar Oettinger eingehend zu befragen für dieses Projekt der deutschen Kommissare in Brüssel. Wir hatten um einen Eindruck gebeten, um eine Definition, dessen, was die Kommission sei. Wie wurden Sie sie als Praktiker definieren, wenn Sie Wissenschaftler wären? Am Ende war erkennbar, Oettinger sieht in dieser Kommission bereits eine europäische Regierung im Werden. Wie sehen Sie das?*

Klaus Welle: Ich sehe es genauso. Ich glaube, dass die Definition von der EU als System „sui generis“ uns zu nichts führt. Natürlich ist „sui generis“ wissenschaftlich korrekt, weil es immer „sui generis“ ist. Insofern ist es banal. Wenn Europa verständlich sein will, muss man Europa so erklären, dass es die Bürger auch verstehen können – auch aus ihrer nationalen Erfahrung heraus, auch wenn es nicht 1:1 dasselbe ist. Deswegen ist für mich die EU ein System mit zwei Kammern. Das eine ist das Europäische Parlament. Das andere ist der Ministerrat. Die Kommission ist die europäische Exekutive, die sich Exekutivfunktionen mit den Mitgliedsstaaten teilt, wie das aber in Deutschland die Bundesebene absolut auch tut mit den Länderverwaltungen. Insofern ist das nichts Neues und auch nichts Ungewöhnliches. Für mich ist der Europäische Rat an der Stelle eines kollektiven Staatspräsidenten. Er gibt Orientierung. Er ist irgendwo zwischen dem

deutschen und dem französischen Staatspräsidenten angesiedelt. Es ist der deutsche, der sonntags redet, und der französische, der sich schon für den gesamten Staat halten kann. Irgendwo dazwischen sind die angesiedelt, aber sie sitzen in dieser Präsidentialfunktion, wo sie Orientierung geben können. Vor allen Dingen haben sie eine Funktion, die ich „elevator function" nenne. Sie sind diejenigen, die die Legitimität haben, Fragen von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene zu heben und auch dort dauerhaft zu verankern. Niemand anders kann das leisten. De facto findet ja auch Souveränitätstransfer nicht durch Vertragsänderung statt, sondern die Vertragsänderung ist der potentielle Souveränitätstransfer. Der faktische Souveränitätstransfer findet durch europäische Entscheidungen statt, also durch europäische Gesetzgebung oder durch die Ausfüllung des Potenzials in den Verträgen. Hier spielen die Staats- und Regierungschefs die entscheidende Rolle, ob die ungenutzten Potenziale in den Verträgen tatsächlich genutzt werden können oder nicht.

Michael Gehler: *Stichwort: Souveränitätstransfer: Es gibt den Bonner Verfassungstheoretiker Karl Eckhart Heinz, der der deutschen Politikwissenschaft vorwirft, die Frage des Souveränitätstransfers mit Blick auf supranationale Organe nicht durchdacht interpretiert zu haben. Er argumentiert, dieser Teilsouveränitätstransfer oder die Teilabgabe an Souveränität an supranationale Einrichtungen, also dieser Souveränitätsverzicht sei lediglich delegiert und nicht zwingend mandatiert. Das heißt in der dramatischen Konsequenz, dass jederzeit – so Heinz – dieser Souveränitätstransfer zurückgenommen worden könne, was eine dramatische Konsequenz zur Folge hätte mit Blick auf Rückbau und Renationalisierung. Wie sehen Sie diese scharfsinnige Unterscheidung, die Heinz den Politikwissenschaftlern vorhält, nicht genug zu reflektieren, und die er auch den Historikern vorwirft, unter anderem auch dezidiert mir, dass wir hier zu schnell politikwissenschaftliche Theorien übernehmen, ohne die reale rechtliche Praxis und die Gegebenheiten im Zeichen der Renationalisierung zu berücksichtigen?*

Klaus Welle: Souveränität wird gemeinsam auf europäischer Ebene ausgeübt. Insofern verzichten wir auch nicht auf Souveränität, sondern wir üben sie gemeinsam aus. Aktuell ist ja die Diskussion von Emmanuel Macron fokussiert auf „souverainité europeenne", also auf der Postulierung einer eigenen europäischen Souveränität. Dass es andere gibt, die etwas anderes wollen, ist klar, aber ich sehe das nicht durch das europäische Verfassungsrecht gedeckt. Dass Dinge auch schief gehen können und nichts auf dieser Welt auf Ewigkeit gebaut ist, ist auch klar. Aber es muss ja nicht auf Ewigkeit gebaut sein, sondern es können durchaus auch mehrere hundert Jahre sein. Von daher bedeutet das auch nicht viel und man kann sich durchaus etwas entspannen.

Michael Gehler: *Heinz geht ja so weit, dass er sagt, dass dieser Souveränitätstransfer nicht immer zwingend durch die Verträge gedeckt ist, dass diese spillover-Eigendynamik zu einer gewohnheitsrechtlichen Konstellation geführt hat, dass z. B. eben Juncker eine Rede „Zur Lage der Union" hält, die gar nicht rechtlich und vertraglich geregelt sei, oder sich unter Draghi mit seiner sehr politischen Führung der EZB, eine Eigendynamik entwickelt habe und sich eben schon viel vom konkreten Vertragskontext gelöst habe. Sie haben erwähnt, wie man Verträge auch anders lesen könne, wo es noch Bereiche gebe,*

die noch unausgeschöpftes Integrationspotenzial aufweisen, das man entsprechend nutzen könne. Wie weit kann das gehen? Wie weit kann man Andeutungen in den Verträgen oder zwischen den Zeilen Befindliches soweit ausschöpfen oder weitertreiben, dass weitere größere Integrationssprünge denkbar sind? Wie weit wird das auf Widersprüche und Vorbehalte nationaler Administrationen und Politiker stoßen?

Klaus Welle: Das ist eigentlich ein Thema, das man auf jeder Ebene hat. In den USA gibt es die Debatte zwischen den sogenannten „Framern“ und den Verfassungsrichtern, die sagen, es dürfe nur exakt das gemacht werden, was sich die Verfassungsväter vor 240 Jahren vorstellen konnten. Wenn man das zu Ende denkt, kommt man zu relativ abstrusen Vorstellungen. Eigentlich setzt sich jedes Verfassungsrecht zusammen aus dem Verfassungstext selber, der Rechtsprechung dazu und der Verfassungspraxis. Das gilt auch für die europäische Ebene. Wir haben die Verträge, die unsere Verfassung sind. Wenn man sich die Teile dieser Verträge ansieht, sieht man sehr klar einen Grundrechtskatalog usw. Wir haben defacto eine europäische Verfassung. Wir haben eine Rechtsprechung dazu. Wir haben eine Verfassungspraxis, wie diese Verfassung in der Praxis angewandt wird. Alle drei tragen bei zur Verfassungswirklichkeit der Europäischen Union. Das ist nichts anderes als auf der nationalen Ebene auch und auf jeder Ebene, die mit Verfassung arbeitet.

In der EU sind wir eigentlich besonders streng, weil wir ja Dinge sehr stark im Detail regeln. Wenn man das vergleicht mit der US-amerikanischen Verfassung, dann sind die Amerikaner auch deshalb in der Lage gewesen, auf so unterschiedliche Situationen zu reagieren und die Entwicklung von der regionalen Macht zur globalen Supermacht zu meistern, weil sie eher mit Verfassungsgrundsätzen arbeiten und nicht vorab versucht haben, alles im Detail zu regeln. Man sollte besser alles im Detail nach Möglichkeit ausschließen. Ein gewisser Spielraum muss möglich sein, er ist auch möglich und es ist auch überlebensnotwendig für jede Institution, einen solchen Spielraum zu haben.

Ich habe übrigens intern auf diese „State of the Union Speech“ bestanden und darauf, dass sie vom Kommissionspräsidenten gegeben wird. Buzek wollte, dass sie vom Präsidenten des Europäischen Rates gehalten wird. Das war ein Dissens zwischen uns. Aber ich war der festen Überzeugung, dass das der Kommissionspräsident sein müsse, weil nur der Kommissionspräsident der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegt.

Michael Gehler: *Mir war nicht bekannt, dass sie so ein Fan des Vergleichs der Verfassungsgeschichte der USA und der europäischen Rechts- und Verfassungsgeschichte sind. Nun aber zur großen Koalition im Europäischen Parlament – wo verliefen Ihrer Erinnerung nach die Trennlinien zwischen EVP einerseits und SPE andererseits? Muss man sich das so vorstellen wie in Österreich eine große Koalition oder wie in Deutschland oder ist das doch was ganz anderes?*

Klaus Welle: Es ist etwas ganz anderes: Auf der nationalen Ebene fordert die Regierung mehr oder weniger die 100 % Unterstützung der Abgeordneten ein. Bei uns ist das nie möglich. Auch wenn die großen Fraktionen gut 90 % Loyalität mobilisieren können, bedeutet das im Durchschnitt aber immer trotzdem, dass einige sich ihre Freiheiten nehmen. D. h. man braucht eigentlich immer eine supergroße Koalition, um trotzdem Mehrheiten

darstellen zu können. Die Idee der großen Koalition, so wie sie unter Juncker praktiziert worden ist, war ja die Idee von Juncker, Schulz, aber auch von Weber, zu sagen, wir führen jetzt mit dem Spitzenkandidaten eigentlich eine nationalstaatliche Ordnung ein. Wir haben einen Spitzenkandidaten, der aus einer politischen Mehrheit des Parlaments hervorgeht. Im Umkehrschluss kann dieser Spitzenkandidat dann auch erwarten, wenn er sich eng mit der parlamentarischen Mehrheit abstimmt, dass diese parlamentarische Mehrheit ihn auch trägt. Das ging einigermaßen auf der EVP-Seite. Martin Schulz hat es mit viel Druck versucht, auf der sozialdemokratischen Seite auch durchzusetzen, was während der Zeit, wo er Präsident war, dann im Wesentlichen gelungen ist. Aber seitdem er nicht mehr der Präsident ist, hat das zu einem Rückschlag geführt, der uns eigentlich zurückwirft – sogar hinter das, was vorher schon üblich war. Diese Zwischenphase hat bei den Sozialdemokraten zu großen Aversionen geführt, überhaupt zu kooperieren, weil jetzt alles unter dem Verdacht der großen Koalition steht.

Michael Gehler: *Stichwort: Trennlinien EVP – SPE. Wo würden Sie die im Rückblick ausmachen? War das die Frage der Sozialunion? Oder waren es ganz andere Fragen?*

Klaus Welle: Der „social pillar“ ist für die Sozialdemokraten schon existenziell und die Tatsache, dass sich Juncker hier besonders engagiert hat, sicherte ihm die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion in der Schlussphase seiner Kommission. Das, aber auch das Investitionsprogramm sind absolute Schlüsselforderungen der Sozialdemokraten an die Juncker-Kommission gewesen, die sie auch geliefert hat.

Michael Gehler: *Man sagt, das Europäische Parlament ist an sich gar nicht vergleichbar, im Sinne von gleichzusetzen, mit nationalen Parlamenten, weil es nicht die klassische Opposition und die Regierungsbank gebe und das Europäische Parlament mehr ein Arbeitsparlament sei. Inwieweit verhindert ein solcher Charakter, wenn er aus Ihrer Sicht so gegeben ist, als Arbeitsparlament die Frage der Schärfung des Profils des Europäischen Parlaments in der Öffentlichkeit?*

Klaus Welle: Die Frage ist berechtigt. Aber ich würde sie eigentlich anders anlegen. Ich denke, dass die EU sich nicht auf einen Demos gründen kann, aber eben sich auch nicht auf Demos gründen muss. Eine EU aus 27 oder 28 Staaten und noch mehr Völkern muss sich – wie die Vereinigten Staaten auch – auf Pluralismus gründen. D. h. sie muss institutionell die unterschiedlichen Traditionen, Sprachen, Interessen in einer Institution von kontinentaler Größe reflektieren, d. h. dass die Institutionen die Entscheidungsmechanismen in diesen Pluralismus abbilden müssen. Insofern wäre es nicht sachgerecht, wenn wir verlangen würden, dass sich diese unterschiedlichsten Wirklichkeiten in ein System einfügen, wie wir es aus dem Nationalstaat in der EU kennen.

Ein System wie in den USA ist hier sehr viel angemessener, wo jeder und auch die kleinste Gruppe gehört wird, wo permanente Verhandlungsprozesse stattfinden, wo Entscheidungsfindung schwieriger und langwieriger ist, aber letztlich Minderheiten in maximaler Art und Weise zu Gehör kommen. Das hat aber zur Konsequenz, dass nicht so eindeutig zu klären ist, wer für etwas verantwortlich ist, weil viele die Möglichkeit haben, mitzuwirken und nicht nur einer oder eine. Es ist ein System, das diese Mitwirkungschan-

cen in übergroßer Zahl bietet, aber als Konsequenz dann eben auch hat, dass Verantwortung nicht so klar zuzuweisen ist, wie beispielsweise im nationalen System.

Michael Gehler: *Obwohl das Europäische Parlament seit seiner ersten Direktwahl zunehmend an Kompetenzen hinzugewonnen hat, ist die Wahlbeteiligung tendenziell zurückgegangen. Wie erklären Sie sich dieses Paradox?*

Klaus Welle: Für mich ist es kein wirkliches Paradox, weil die Entscheidung, die wirklich Wähler an die Wahlurne treiben, alles ist, was direkt mit dem persönlichen Geldbeutel zu tun hat. Also Steuern erhöhen, Steuern senken, Pensionsreform, Sozialversicherungsreform, Arbeitslosengeld sowie Fragen von Krieg und Frieden. Das sind die Fragen, die nationale Wahlkämpfe häufig bestimmen. Das Versprechen einer flat tax, das Versprechen der Einführung einer Grundsicherung, das sind Fragen, die Emotionen auslösen und Bürger in der Breite bewegen können, zur Wahlurne zu gehen, weil es unmittelbare finanzielle Konsequenzen für sie persönlich hat. Bei all den Kompetenzen, die wir bekommen haben, haben wir genau diese Kompetenzen nicht bekommen. Wir im Europäischen Parlament erhöhen nicht Steuern, wir senken nicht Steuern, wir reformieren keine Sozialversicherung, jedenfalls nicht unmittelbar, und wir entscheiden auch nicht über Krieg und Frieden.

Insofern ist es rational, wenn die Wahlbeteiligung für ein Europäisches Parlament niedriger ist als die Wahlbeteiligung für ein nationales Parlament. Hinzu kommt, dass Bürger sich nicht an einer nationalen Wahl vorrangig beteiligen, weil sie ihren örtlichen Abgeordneten bestimmen möchten, sondern weil sie daran denken, wer das Land regieren wird: also Merkel oder Schulz. Die Komplexität des Systems wird auf personelle Alternativen in der Exekutive reduziert und die Zusammensetzung des Parlaments ist das Mittel, das entscheidet, wer die Exekutive führt. Auch dieses Argument stand uns nicht zur Verfügung. Die Idee vom Spitzenkandidaten ist der Versuch, uns zumindest dieses Element in der Wählermotivierung zu geben und zu sagen: „Ihr könnt ein Stück weit über Richtung, jedenfalls über die führende Person mitentscheiden. Wir sagen Euch, wer im Falle eines Wahlsiegs die Kommission, die europäische Exekutive, führen wird.“ Auch wenn es am Ende ein konkordanzpolitisches Modell bleibt nach mehr oder weniger Schweizer Vorbild.

Michael Gehler: *Welche Perspektiven sehen Sie, um diese Dilemmata in Zukunft zu lösen? Ist es denkbar und möglich, dass man Termine der nationalen Wahlen mit den europäischen Parlamentswahlen koppeln könnte? Ist eine grundlegende neue Formierung des europäischen Parteiensystems denkbar, so dass man in Deutschland eine „EVP-Deutschland“ und in Österreich eine „EVP-Österreich“ wählt, also diesen Fraktionen mehr den Charakter und mehr die Wesensart einer Partei zuschreibt? Wie sehen Sie hier die zukünftigen Perspektiven des europäischen Parteiensystems, das Europäische Parlament möglicherweise durch solche Reformen zu dynamisieren, es attraktiver und transparenter zu machen. Wie wurden Sie das einschätzen?*

Klaus Welle: Man muss sehen, dass Europa über die letzten 25 Jahre schon unendlich viel mehr Öffentlichkeit bekommen hat. Ich erinnere mich, vor 25 Jahren gab es einmal

in der Woche oder nur einmal im Monat eine Europa-Sonderseite in der *FAZ*. Das war die Seite acht, wenn ich mich richtig erinnere. Die ist längst abgeschafft, weil die Europa-Sonderseite heute regelmäßig die Seite eins ist – und häufig die Seite zwei und die Seite drei dazu. Europa ist nicht mehr das Spartenthema, das man irgendwie aufwerten muss, sondern Europa zieht sich durch alle Politikbereiche und bestimmt ja auch zunehmend den Alltag von Regierungschefs, die ja von Gipfel zu Gipfel gehen sowie dazwischen Gipfelvorbereitungen haben und Nachbereitung. Europa ist schon voll angekommen, aber die Frage ist: Machen wir den nächsten Schritt und geben wir der EU diese besonders sensiblen Zuständigkeiten oder geben wir sie ihr nicht?

Der verstorbene, frühere Vize-Präsident der CDU-Bundestagsfraktion Andreas Schockenhoff war der Ansicht, dass der Parlamentsvorbehalt des Bundestags bei Auslandseinsätzen aufgegeben werden sollte zugunsten einer europäischen Entscheidung bei Auslandseinsätzen, d. h. wir gehen jetzt zunehmend in eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik über, die zunächst einmal Forschung umfasst, vielleicht europäische Standards, aber immerhin auch schon Auslandseinsätze. Wenn wir in diese Bereiche gehen, dann können wir auch stark erwarten, dass sich tatsächlich eine europäische gemeinsame Öffentlichkeit bildet. Aber ich kann es nicht letztlich rein technisch anlegen, abgeleitet von der politischen Entscheidungssubstanz. Gleichzeitig stellt sich eben auch die Frage, wie viele dieser Entscheidungen können wir auf der europäischen Ebene vertragen in den verschiedenen Mitgliedstaaten? Wenn die Europäische Union eben nicht auf Demos gegründet ist, sondern auf Pluralismus, dann bedeutet das für mich, dass das Potenzial von Umverteilung begrenzt ist. Es ist in Zukunft sicher noch höher als aktuell, aber das Potenzial von Umverteilung in Systemen, die auf Pluralismus beruhen und nicht auf Demos, ist begrenzt. Weshalb ich auch in den Vereinigten Staaten eine sehr viel weniger entwickelte föderale Ebene habe – auch, was das Steueraufkommen anbetrifft – als in den Staaten, die sich auf Demos berufen. Die Grenzen der Umverteilung sehen wir nicht nur bei Finanzmitteln, die sehen wir auch bei der Frage der Flüchtlinge.

Michael Gehler: *Welche Vorstellung haben Sie von der EU im Jahre 2057 – 100 Jahre Römische Vertrage – oder 2050 – 100 Jahre Schuman-Erklärung? Was ist Ihr Traum? Was ist aber auch gemessen an den tagtäglichen Realitäten, die Sie in Brüssel und Straßburg erleben, denkbar in den nächsten Jahrzehnten?*

Klaus Welle: Man könnte sagen, Helmut Kohl war Hegelianer. Das würde ihm die deutsche intellektuelle Öffentlichkeit sofort absprechen, aber Helmut Kohl war in der Lage, scheinbare Widersprüche zusammenzudenken – dialektisch gedacht. Er konnte regionale, nationale und europäische Ideen zusammendenken und hat dann klassisch gesagt: „Die Pfalz ist meine Heimat, Deutschland mein Vaterland und Europa ist die Zukunft.“ Es sind überhaupt christdemokratische Konzepte immer dialektische Konzepte, weil immer das scheinbar unversöhnliche zusammengedacht wird. Konzepte wie die Soziale Marktwirtschaft, Personalismus und Föderalismus sind alles letztlich dialektische Denkfiguren.

Michael Gehler: *Sie haben von einer geradezu unintellektuellen Christdemokratie gesprochen. Das ist ja auch ein Widerspruch.*

Klaus Welle: Ja. Es ist gut, dass wir noch zu diesen Ergebnissen gekommen sind. Die amerikanischen Gründerväter, wenn sie gefragt wurden, welcher Nationalität sie seien, haben beispielsweise gesagt „Virginian“. Sie haben nicht gesagt „United States“, sie haben gesagt „Virginian“. Das hat sich in über 200 Jahren dann dahin entwickelt, wo wir heute sind. Aber in einem sehr langsamen Prozess mit vielen Rückschlägen, sogar mit einem Bürgerkrieg und deswegen zitiere ich gern aus Sergio Fabrini, dass erst im Jahr 1913 auf föderaler Ebene eine Steuererhebung in den USA eingeführt worden ist. Das gab es schon teilweise zwischenzeitlich, insbesondere zur Finanzierung des Bürgerkriegs, aber dauerhaft erst ab dem Jahr 1913. Ebenso wurde erst im Jahr 1913 die Direktwahl von Senatoren eingeführt und dauerhaft die Federal Reserve geschaffen, d. h. es ist ein langer, langer Prozess gewesen, in dem die Institutionen immer wieder neuen Notwendigkeiten angepasst wurden, aber auch mit Rückschlägen, mit sogar sehr starken Rückschlägen. Am Ende war es aber doch möglich, diesen nordamerikanischen Kontinent so zu organisieren, wie er heute organisiert ist, immer noch auf der Idee von Pluralismus. Deswegen glaube ich nicht, dass wir zwingend auf Demos angewiesen sind.

Ich finde auch in meinen polemischeren Momenten, dass das eine Denkfigur ist aus der Zeit des Beginns der 1930er Jahre, wo man wollte, dass alles eins ist. Ich sage mal in der Nazi-Zeit im Extrem mit „Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“ Das ist aus meiner Sicht eine Denkfigur, die einer EU mit 500 Millionen Bürgern und 27 Staaten nicht angemessen ist. Der Wunsch, alle müssten eins sein, ist für eine kontinentale Demokratie wie der EU kein angemessenes Konzept. Pluralismus ist ein sehr viel angemesseneres Konzept, das uns auch noch Entwicklungschancen gibt. Und wenn man über europäische Identität nachdenkt, dann sind wir eigentlich der Kontinent, der Konzepte entwickelt hat wie die parlamentarische Demokratie, den Rechtstaat, die Menschenrechte, die Subsidiarität sowie die Trennung von Kirche und Staat durch letztlich dialektische Ansprüche. Diese aufheben zu wollen in einer Einheit, ist aus meiner Sicht uneuropäisch und mit unserer Geschichte nicht vereinbar. Denn die europäische Geschichte zeigt uns ja auch, wie Widersprüche ausgehalten und Machtverteilung akzeptiert wurde – ein Faktum, das wir auch dieser Dualität von Kirche und Staat verdanken, die nie zugelassen hat, dass der Staat die vollständige Kontrolle hatte, weil er immerhin zumindest von der Kirche herausgefordert wurde. Das kann man in verschiedenen Bereichen weiter entwickeln. Ich finde auch, dass Carl Schmitt überholt ist, weil er am Ende sein Demos-Argument darauf zurückführt, dass er sagt, das Volk ist ja das, das dann in der existenziellen Situation gemeinsam im Krieg solidarisch Verantwortung übernehmen müsse. Wenn das die Definition ist, dann muss man feststellen, dass wir das heute in der Gemeinschaft des Westens tun, in der NATO oder zumindest in der europäischen Solidarität. Wir können uns jedenfalls in Deutschland keine kriegerische Auseinandersetzung mehr vorstellen, die nur die Bundeswehr aus nationalen Gründen führt. Selbst, wenn man mit Schmitt denkt, müsste man die Denkfigur inzwischen auf die höhere Ebene transportieren, und könnte sie nicht mehr im Nationalstaat belassen.

Michael Gehler: *Zu Carl Schmitt habe ich noch eine Zusatzfrage: Ist es aber nicht so, dass die Verfassungsrechtler nach wie vor unter dem langen Schatten Schmitts stehen? Dass sie eben – Stichwort: Dieter Grimm – immer noch stark in dieser nationalstaatli-*

chen Verfasstheit festhalten und den Sprung in eine stärker überstaatliche Rechtsfindung und Rechtsauslegung nicht geschafft haben?

Klaus Welle: Ich bin ja kein Jurist, aber nach meiner Kenntnis war Ernst-Wolfgang Bockenförde[28] Schüler von Carl Schmitt und jedenfalls sehr stark von Schmitt inspiriert. Bockenförde hat wesentlichen Einfluss gehabt auf das Maastricht-Urteil, d. h. die Denkweise von Carl Schmitt, der ja immerhin nach 1945 Verbot hatte, sein Lehramt auszuüben. Das ist ins deutsche Verfassungsrecht übertragen worden und man versucht jetzt, die europäische Perspektive einzugrenzen, und das empfinde ich persönlich inakzeptabel. Es gab auch durchaus Alternativen zu Schmitt. Ich kann sie jetzt nicht benennen, aber es gab alternative Ansätze zu Carl Schmitt. Man hat sich für den Schmitt'schen Ansatz entschieden, aber er hilft uns nicht, die Notwendigkeiten, vor denen wir jetzt stehen, zu bewältigen und am Ende sind ja Institutionen immer Problemlösungsversuche.

Der Nationalstaat war ein fortschrittlicher Problemlösungsversuch und eine Antwort auf die sogenannte „Kleinstaaterei“ in Deutschland des 19. Jahrhunderts, die überwunden werden musste. Wir sehen aber jetzt gerade in der heutigen Welt, dass die Voraussetzung für unsere Souveränität die Einbettung von Nationalstaaten in eine handlungsfähige EU ist. Dies mit abstrakten Argumenten zu verhindern, ist aus meiner Sicht nicht verantwortlich. Mein Professor an der Universität, Karl Hohmann, wenn er besonders negativ sein wollte, sagte immer: „Diese Idee ist abstrakt.“ Er war ein Gentleman, sehr gemäßigt, er war Schüler von Joachim Ritter in Münster und stand in der Hegel'schen Tradition und fand, dass die Vernunft sich in den Institutionen widerspiegeln müsse. Das glaube ich auch.

Michael Gehler: *Was wäre Ihr Idealbild von der EU im 21. Jahrhundert mit all diesen Herausforderungen und Zumutungen? Sie haben das internationale Umfeld kurz skizziert. Was wäre Ihr Wunsch und was Ihr Traum?*

Klaus Welle: Im Rückblick kann man sagen, dass es alle 25 Jahre einen wesentlichen Einschnitt gegeben hat. 1989/91 war sicher ein Einschnitt mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. 1968 gab es kulturell für den Westen eine Veränderung, aber unglücklicherweise durch die Niederschlagung des Prager Frühlings auch im Osten noch einmal eine Generation unter einem totalitären Regime. Das ist kein Gesetz, aber man kann daraus ableiten, dass unsere Vorstellung, die wir gerne haben, dass wir in langen Kontinuitäten leben, rückwirkend betrachtet für eine Generation gilt, aber dann in der Regel etwas Neues passiert. Man kann jetzt und muss auch jetzt das Gefühl haben, dass wir wieder in so einer Umbruchssituation leben, wo wir nicht mehr automatisch die Chancen haben, die sich aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ergeben und die wir auch gut genutzt haben, sowohl in Europa als auch global. Die Integration von vielen hunderten Millionen von Bürgern in den Weltmarkt und die Entstehung einer neuen globalen Mittelschicht lässt sich nicht mehr automatisch fortschreiben.

28 Ernst-Wolfgang Böckenförde (*1930 in Kassel; †2019 in Au/Breisgau), deutscher Staats- und Verwaltungsrechtler sowie Rechtsphilosoph, von 1983 bis 1996 Richter des Bundesverfassungsgerichts. Böckenförde war Schüler und Freund Carl Schmitts.

Die Vereinigten Staaten sind jedenfalls aktuell offensichtlich nicht mehr bereit, der Hüter der offenen Weltordnung zu sein, sondern es geschieht derzeit etwas anderes. Es entsteht die multipolare Welt, die sich viele gewünscht haben, von der wir aber feststellen, dass sie sehr viel komplizierter ist, als die duale Welt war, die wir in der Blockkonfrontation hatten. Wenn die multipolare Welt entsteht, dann stellt sich die Frage, ob die EU einer dieser Pole ist. Wenn die EU nicht einer dieser Pole ist, sondern wir nur angewiesen sind auf unsere Nationalstaaten, dann ist klar, dass wir zum Objekt der Geschichte werden und nicht mehr das Subjekt unserer eigenen Geschichte sein können, weil wir alleine zu schwach sind. D. h. – und so verstehe ich auch Macron – wir müssen in dieser Situation die EU als Chance sehen, einer der Pole zu sein neben Russland, China, den Vereinigten Staaten und wahrscheinlich auch Indien. Ansonsten werden wir zum Objekt anderer großer Mächte werden und das, glaube ich, sollten wir uns nicht zumuten. D. h. dann aber auch, dass wir die legislative Union ergänzen müssen durch eine exekutive Union, die den Bürger schützen können muss. Das bedeutet Grenzschutz. Das bedeutet Einwanderungskontrolle. Das bedeutet Sicherheit und Verteidigung. Und das bedeutet auch Handlungsfähigkeit, was internationalen Handel anbetrifft – auch in seiner Schutzfunktion.

Michael Gehler: *Ist es möglich, dass diese EU ein Vermittlungsmedium sein kann? Sei es währungspolitisch der Euro, sei es sicherheitspolitisch zwischen Russland und den USA? Kann es sein, dass das passiert, was den großen Europa-Befürwortern zwischen 1945 und 1947 vorschwebte, damals als dritte Kraft, und heute ein Europa als vierte oder fünfte Kraft zwischen den Polen? Kann so etwas eine Vision für das Hier und Heute sein?*

Klaus Welle: Zwischen den Polen ist schnell zwischen den Stühlen und das ist eine sehr unkomfortable Situation. Wenn man Brücke sein will, stellt man manchmal fest, dass das Gewicht auf der Brücke so groß ist, dass die Brücke dieses Gewicht nicht trägt. Wir verdanken eigentlich unsere Sondersituation der Tatsache, dass wir letztlich ein Duopol gebildet haben, nämlich die Vereinigten Staaten und die EU. Zusammen sind wir in der Lage gewesen, die Spielregeln wesentlich mitzubestimmen. Wenn wir aber Äquidistanz zwischen Russland und den Vereinigten Staaten betreiben müssten, weil möglicherweise die Vereinigten Staaten für etwas anderes nicht zur Verfügung stehen, kämen wir sicher in eine sehr unkomfortable Situation und vielleicht auch in eine gefährliche.

Michael Gehler: *Das wäre die Adenauer'sche Konzeption nach dem Motto „Wir geraten zwischen die Stühle. Hätten wir ein neutrales oder ein neutralisiertes Deutschland, würden wir uns nicht auf eine Seite schlagen und verlässlich zu dieser Seite stehen.“ Die Frage stellt sich auch, was ist, wenn diese eine Seite, zu der man sich verlässlich schlagen will, das gar nicht mehr unbedingt will oder sogar auf Konfrontationskurs geht?*

Klaus Welle: Deswegen ist meine Meinung klar, wie ich gesagt habe: Uns ist seit 70 Jahren nichts Neues eingefallen. Insofern stehe ich selber auch dazu. Ich glaube, diese Grundkoordinaten muss man versuchen zu erhalten. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass das amerikanische System nicht nur aus dem Präsidenten besteht. Es ist ein System von fein austarierten „checks and balances“. Dazu gehört der Präsident, das Repräsen-

tantenhaus, der Senat, aber nicht zu vergessen auch der Oberste Gerichtshof. Bisher ist es noch so, dass der amerikanische Präsident eher ein Solitär in diesem System ist und sowohl weite Teile der Administration unterhalb der Ebene der „political appointments", aber auch das Haus und der Senat, sich nicht auf dieser Linie befinden. Das kann sich ändern, wenn sich zeigt, dass diese Machtpolitik erfolgreich ist und das kann man nicht ausschließen. So wie Trump Verhandlung anlegte, verlangte er einem enorm viel ab und die Gegner konnten den Grad ihrer Abhängigkeit und Niederlage bestimmen. Also entweder ist sie vollständig oder sie ist halb oder ein bisschen davon, aber in dieser Konzeption gewinnt er immer. Wenn sich das durchsetzen lässt, ist es auch sehr attraktiv, das zum Modell für zukünftige amerikanische Politik zu machen.

Michael Gehler: *Lieber Herr Welle, haben Sie vielen Dank für zwei ausführliche Interview-Halbtage und die vielen Einblicke in Ihr Tun, gekoppelt mit zahlreichen wertvollen Erfahrungen!*

Das Interview wurde am 17. und 18. Mai 2018 am Institut für Geschichte geführt und am 15. Juli 2022 leicht aktualisiert.

Wolfgang Theodor Wessels

Der Europäische Rat in Geschichte und Gegenwart

Zum Referenten:

Professor Dr. Wolfgang Theodor Wessels ist seit 1994 Inhaber des Jean Monnet-Lehrstuhls am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln. Zuvor war er Direktor und dann Vorstandsvorsitzender des Instituts für Europäische Politik (IEP) und Direktor des Political and Administrative Departments am College of Europe in Brügge. Zeitweise war er geschäftsführendes Präsidialmitglied der Europa-Union Deutschland und Inhaber des Alfred Grosser-Lehrstuhls an der Sciences Po in Paris. Über 20 Jahre war er Chairperson of the Board der Trans European Policy Association (TEPSA), einem Zusammenschluss von 40 think tanks in Europe und part time professor at the School of Transnational Governance at the European University Institute in Florenz. Einen Schwerpunkt bildete der Aufbau der politikwissenschaftlichen Abteilung an der neu gegründeten Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul.

Schwerpunkte seiner Forschung und Lehre sind das politische System der Europäischen Union und dabei insbesondere der Europäische Rat, die Rolle der EU im internationalen System, die Vertiefung und Erweiterung der EU sowie Theorien der Internationalen Beziehungen und Europäischen Integration. Europa von A–Z, Bonn/Berlin/Baden-Baden/Wiesbaden 1991–2020 ff. (gemeinsam herausgegeben mit Werner Weidenfeld and Funda Tekin); Jahrbuch der Europäischen Integration 1980–2012 ff., Bonn – Baden-Baden 1981–2019 (gemeinsam herausgegeben mit Werner Weidenfeld); Das politische System der Europäischen Union, 2008–2012 ff., Wiesbaden; Wolfgang Wessels/

Johannes Wolters, Der Europäische Rat: Schlüsselinstitution der Europäischen Union, in: Peter Becker/Barbara Lippert (Hrsg.), Handbuch Europäische Union, Wiesbaden 2020, S. 307–331; Wolfgang Wessels, The European Council as a Transformative Force, in: Helene Wallace/Nikos Koutsiaras/George Pagoulatos (Eds.), Europe's Transformations: Essays in Honour of Loukas Tsoukalis, Oxford 2021, pp. 117–131; Wolfgang Wessels/ Turhan Ebru, The European Council as a Key Driver of EU-Turkey Relations: Central Functions, Internal Dynamics, and Evolving Preferences. EU-Turkey Relations, Cham 2021; Wolfgang Wessels/Lucas Schramm/Tobias Kunstein, The European Council as a Crisis Manager: The EU's Fiscal Response to the COVID-19 Pandemic (Vol. 19), Baden-Baden 2022.

Zum Vortrag:

In seinem Vortrag widmete sich Wessels dem Europäischen Rat und gliederte seine Ausführungen dazu in mehrere Punkte. Wie er berichtete, setzt sich der Europäische Rat aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammen. Dazu kommen noch der Präsident des Europäischen Rates sowie der Kommissionspräsident. Die beiden Letzteren haben kein Stimmrecht. Für Wessels ist der Europäische Rat neben der Kommission und dem Parlament das zentrale Organ in der EU. Der Europäische Rat wird auch vielfach mit dem Rat der Europäischen Union, der auch Ministerrat genannt wird, verwechselt.

Im Lissaboner Vertrag, der verfassungsrechtlichen Grundzüge der Europäischen Union definiert, steht unter Artikel 15, dass der Europäische Rat der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse gibt und die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür festlegt. Er wird nicht gesetzgeberisch tätig. Die Beschreibung des Europäischen Rates sind sehr weitläufig und lassen diesem viel Handlungsspielraum. Andere Organe der EU werden hingegen im Vertrag wesentlich spezifischer formuliert. Die Aufgaben des Rates gehen oft über die im Vertrag festgelegten Tätigkeiten hinaus. Als signifikantes Beispiel nannte Wessels die Macht über die Finanzen. Der Europäische Rat bestimmt de facto über die Höhe des Haushaltsbudgets sowie über dessen Verteilung. Bei Krisen wird der Europäische Rat tätig und versucht, Lösungen zu finden.

Um die wichtige Rolle des Rates gerade in Krisenzeiten zu veranschaulichen, verwies Wessels darauf, dessen Tätigkeiten in der Vergangenheit zu betrachten. So betonte er, dass es oft zur Fehlannahme komme, dass der Europäische Rat erst seit dem Jahr 2009 eine bedeutende Rolle innerhalb der EU übernommen habe. Im historischen Rückblick lässt sich jedoch erkennen, dass der Rat schon immer eine sehr starke Position in der EU eingenommen hat. So gab es immer wieder deutsch-französische Führungspaare, die maßgeblich für das Voranschreiten Europas ausschlaggebend waren. In der ersten Generation waren das Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, die während der Währungskrise im Mai 1974 beschlossen hatten, dass eine einheitliche Währung für Europa notwendig sei und unter anderem auch den Europäischen Rat begründet hatten. Das zweite Führungspaar waren Helmut Kohl und François Mitterrand. Beide haben gemeinsam in der Energiekrise agiert und beim sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 oder bei der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen 1981 zusammengearbeitet. Die Einigung mit Margaret Thatcher auf einen gemeinsamen Binnenmarkt ging ebenfalls auf

diese wichtige Kooperation zurück. Besondere Bedeutung hat die Zusammenarbeit zwischen Kohl und Mitterand während des Mauerfalls 1989 erlangt. Das dritte Paar sind Gerhard Schröder und Jacques Chirac, die laut Wessels zwar nicht sehr aktiv für die EU gearbeitet, aber dennoch einige wichtige Schritte eingeleitet hatten. Als viertes Paar nannte Wessels schließlich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy. Beide konnten während der Eurozonen-Krise Erfolge verbuchen und generell sicherstellen, dass die Eurozone nicht zusammenbrach. Während der Zusammenarbeit zwischen Angela Merkel und François Hollande gab es für Wessels keine wirklich erwähnenswerten Schritte. Mit dem sechsten Paar Angela Merkel und Emmanuel Macron gab es einen starken Sprung nach vorn für Europa. Auch wenn der Rat aus allen Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU besteht und alle mitentscheiden dürfen, zeigt sich, dass die Vorschläge dieser Paare meist richtungsgebend sind. Dies erklärt auch, warum diese Schlüsselinstitution schon immer eine wichtige Rolle gespielt hat und auch weiterhin spielen wird. Bei Krisen schalten sich die Regierungschefs ein, um Lösungen für ihr Land zu finden.

Wessels bezeichnete den Europäischen Rat auch als konstitutionellen Architekten der EU. Vertragsänderungen und Entscheidungen zu Erweiterungen würden von ihm eingeleitet bzw. von ihm getroffen werden. Der Europäische Rat ist die zentrale Entscheidungsinstanz. Wenn es Probleme im Ministerrat gäbe, die nicht gelöst werden könnten, würden diese an den Europäischen Rat weitergegeben, der dann einspringen müsse, um eine Lösung zu finden. Der Rat hat daher mit allen Themen der Europäischen Union zu tun. Er bereitet Entscheidungen vor und trifft sie in manchen Fällen auch. Als Beispiel nannte Wessels Fragen der digitalen Wirtschaft, Sanktionen gegen Russland wegen der Ukraine-Krise oder die Wahl von Führungspositionen.

Als nächsten Punkt schilderte Wessels, wie der Europäische Rat intern seine Entscheidungen trifft. So geht es bei diesen Mechanismen laut Wessels darum, einen Konsens zwischen den nationalstaatlichen Interessen der Staatschefs sowie den übergeordneten europäischen Interessen zu treffen. Dazu erwähnte er Folgendes: „Nationale Spitzenpolitiker sind aufgrund des politischen Wettbewerbs Egoisten: Jeder Staatschef kommt mit Forderungen für sein Land und nicht Pro-Europa. Wenn die getroffenen Beschlüsse gut für das Land des Staatschefs sind, ist dieser zufrieden. Hier muss also ein Konsens getroffen werden." Dass diese Verhandlung lang und kompliziert sind, um eine Einigung für alle zu finden, ist verständlich. Bei sogenannten Verhandlungspaketen müssen alle Teilnehmer Zugeständnisse machen können.

Für den Ausgang dieser Verhandlungspakete ist das taktische Geschick des Ratspräsidenten wichtig. Als wichtigen Mechanismus dafür nannte Wessels das Beichtstuhlverfahren, das vom Ratspräsidenten angewendet wird. Dabei hört sich der Präsident alle Parteien im Einzelnen an, um dann Kompromisse zu finden. Diesen Mechanismus benutzen einige Mitglieder stärker und andere weniger stark. Der Ratspräsident schnürt meist im Voraus die Verhandlungspakete und muss ohne eigenes Interesse den Parteien zu Kompromissen verhelfen.

Die starke Position von Deutschland und Frankreich sowie deren gute Zusammenarbeit sind ein wichtiger Garant für das Funktionieren des Rates. Indirekt haben diese beiden Staaten somit eine Führungsposition. Wenn dieses Paar etwas vorschlägt und die Mittel dafür zur Verfügung stellt, kommt es somit eher leichter zu Einigungen, so Wessels.

Die folgenden drei Punkte sind laut Wessels wesentlich für die Entscheidungsfindungen im Rat: Verhandlungspakete, Kompromisse durch den Präsidenten und die Führungsposition von Deutschland-Frankreich.

In einem nächsten Schritt sprach Wessels über das durch Jean Monnet geprägte Neofunktionalistische Integrationsprinzip, das er auch als die „Methode Monnet" bezeichnete Dabei wird kein großes Ziel anvisiert, sondern es werden kleine Probleme Schritt für Schritt angegangen und somit vielfach nachhaltig und solidarisch gelöst.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Bereich der Entscheidungsfindung im Rat ist laut Wessels die sogenannte „Fusion", bei der die Anliegen von nationaler und der europäischen Ebene miteinander verwoben werden.

In einem nächsten Schritt erläuterte Wessels die so genannte 3-K-Formel (Konsens-Kompromiss-Komplexität), die das Vorgehen im Rat vielfach bestimmt. Konsens und Kompromisse spielen dabei eine zentrale Rolle. Dabei ist es wichtig, bei grundlegenden Fragen möglichst eine gemeinsame Position zu haben. Der Konsens stellt laut Wessels einen Teil des Friedensprojektes Europa dar. Es geht darum, gemeinsam nach akzeptierten Verfahren Lösungen zu suchen. Konsens kann in der Regel nur durch Kompromisse erreicht werden. Diese erhöhen wiederum die Komplexität von Entscheidungen. Wenn gemeinsame Kompromisse geschlossen werden müssen, hat das Auswirkungen auf viele Bereiche und somit verkomplizieren sich Entscheidungen naturgemäß. Für die Bürgerinnen und Bürger sind diese Prozesse und deren Ergebnisse schwierig nachzuvollziehen

Wessels stellte schließlich die Frage in den Raum, wie die komplexen Wege der Entscheidungsfindungen am besten beurteilt werden können. Dazu sei es wichtig, grundlegende demokratiepolitische Fragen zu klären, wie beispielsweise: Was verstehen wir unter Demokratie? Wie wird die gemeinsame Solidarität in Zukunft gestärkt?

Die Beantwortung dieser Fragen wird laut Wessels allerdings durch den Umstand erschwert, dass der Europäische Rat nur sehr wenig Transparenz bietet, im Gegensatz zum Europäischen Parlament, wo man Abstimmungsprotokolle betrachten könne, oder zum Europäischen Gerichtshof, wo man Anhörungen verfolgen und Urteil einsehen könne. Bei dem Europäischen Rat gibt es allerdings nur die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats sowie Pressekonferenzen des Präsidenten. Es ist daher nicht ersichtlich, wie es zu den Schlussfolgerungen kam oder wie abgestimmt wurde. Damit kann niemanden direkt die Verantwortung zugeordnet werden. Wessels stellte daher abschließend die Frage, ob hier nicht mehr Transparenz geschaffen werden sollte.

Auszüge aus der Diskussion

Die anschließenden Fragen des Publikums wurden in zwei Blöcken zusammengefasst, in denen zunächst Fragen gesammelt und anschließend von Herrn Wessels beantwortet wurden.

Publikumsfrage: *Welche Ein- und Auswirkungen haben Lobbyisten auf den Europäischen Rat?*

Wolfgang Wessels: Der Einfluss von Lobbisten ist im EU-System definitiv gegeben und sollte auch nicht unterschätzt werden. Die Lobbyisten finden sich jedoch eher im Parlament und in der Kommission. Ob der Einfluss negativ ist oder sogar Korruption im Spiel ist, ist Spekulation, solange keine Fakten vorliegen. Im Europäischen Rat ist der Einfluss der Lobbyisten eher gering.

Publikumsfrage: *Ist der Europäische Rat verantwortlich für die europäische Politikverdrossenheit?*

Wolfgang Wessels: Ja, auch der Europäische Rat verursacht Politikverdrossenheit. Politik ist nicht einfach, schon gar nicht in dem großen Kontext der EU. Es ist schwer, diese Politik für jeden Bürger verständlich zu machen, das funktioniert schon auf nationaler Ebene häufig nicht. Hier sollten die Bürger vielleicht auch der Politik etwas mehr Vertrauen entgegenbringen.

Publikumsfrage: *Warum bietet der Europäische Rat keine Zukunftsvision?*

Wolfgang Wessels: Um Visionen oder Großziele der EU in weiter Zukunft aufzuzeigen, ist der Europäische Rat aufgrund der tiefen Meinungsunterschiede zu der Finalität des Integrationsprozesses nicht geeignet. Er folgt der Methode Monnet. Dies könnte daher auch als Schwäche dieser Schlüsselinstitution gesehen werden.

Publikumsfrage: *Wie kommt die Kommunikation in den Nachtsitzungen zustande?*

Wolfgang Wessels: Alle Themen werden im Vorfeld behandelt. Falls Kompromisse zwischen zwei, drei Mitgliedern gefunden werden müssen, bilden diese eine kleine Gruppe mit dem Präsidenten und besprechen dies separat.

Publikumsfrage: *Ist die europäische Beamten-Bürgerzahl im Verhältnis zur nationalen Beamten-Bürgerzahl sehr hoch?*

Wolfgang Wessels: Wenn diese Frage auf die Haushaltsausgaben übertragen wird, sind die Ausgaben sehr gering für die Beamten in der EU. Dies kommt daher, dass es viele Beamte, die es auf nationaler Ebene gibt wie z. B. Lehrer, Polizei oder Zollbeamte, auf EU-Ebene nicht vorhanden sind. Ein großer Kostenfaktor der EU sind die Ausgaben für Übersetzungen und Dolmetscher. Bei 22 Amtssprachen ist das nicht verwunderlich.

Publikumsfrage: *Sollten die Sitzungen des Europäischen Rat live übertragen werden?*

Wolfgang Wessels: Der Ministerrat wird bei der Verkündung der Gesetze live übertragen. Die Absprachen davor werden jedoch nicht gefilmt. Das könnte auch 1:1 auf den Europäischen Rat angewendet werden, aber der eigentliche Entscheidungsprozess wird und sollte außen vor bleiben.

Der Vortrag von Wolfgang Wessels wurde am 17.12.2018 gehalten.

Wolfgang Wessels

„Die Tragfähigkeit der Monnet-Methode“

Michael Gehler: *Wir befragen seit 15 Jahren verschiedene Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Geschichts- und Politikwissenschaft zu Europa-Fragen und legen das sehr systematisch an. Im ersten Teil fragen wir nach dem akademischen Werdegang und zum persönlichen Hintergrund, im zweiten Teil gehen wir auf Wissenschaftsfragen ein. Können sie uns über ihre Herkunft berichten? Uns interessiert, wer die Menschen sind, die sich mit Europa und seiner Integration beschäftigen. Gibt es spezielle familiäre oder erzieherische Hintergründe, die dazu führten?*

Wolfgang Wessels: Ich bin sozusagen ein kölnischer Europäer oder europäischer Kölner. Diejenigen, die Köln kennen, wissen, dass diese Stadt eine spezifische Art der offenen Kommunikation pflegt vor allem im Karneval, aber nicht nur da. Natürlich wohnen wir auch linksrheinisch, für uns ist rechtsrheinisch schon ein Schritt zu asiatisch, wie Adenauer sagte, als er die Rheinbrücke überquerte in seiner Zeit als Oberbürgermeister von Köln vor 1933. Von daher gibt es eine Neigung zum Westen, wahrscheinlich angeboren, würde ich überspitzt sagen.

Ich wurde 1948 geboren und bin auf ein altsprachliches Gymnasium gegangen. Als die Frage gestellt wurde, ob ich Altgriechisch oder Französisch wählen soll, haben sich meine Eltern für Französisch entschieden. Mein Vater selbst hatte Altgriechisch gewählt, später aber auch Französisch gelernt. Das Problem, das er hatte, bestand darin, dass er wohl Molière übersetzen, aber keinen Cappuccino oder Café au lait auf dem Boulevard Saint-Germain bestellen konnte. Vielleicht war das schon der erste Anstoß mit Englisch und Französisch für mich. Meine Eltern haben mich relativ früh, mit 17 Jahren, nach Frankreich geschickt, um mich mit der französischen Sprache anzufreunden. Dadurch konnte ich erfahren, was man alles mit der Sprache machen konnte. Ich glaube, dass mein Englisch zwar nicht perfekt, aber sehr gut ist. Danach war ich bei der Bundeswehr und habe meinen Wehrdienst abgeleistet. Nach dem Wehrdienst habe ich angefangen, Politikwissenschaften in Verbindung mit Ökonomie zu studieren. Eigentlich wollte ich Geschichtswissenschaften studieren, aber dann war doch die Politikwissenschaft die nächste Wahl. In Köln konnte man diese zusammen mit Volkswirtschaftslehre (VWL) studieren. Durch das Fach VWL und seine Methoden habe ich viel gelernt. Ich konnte einiges nachvollziehen durch die Methodik der VWL, denn die Politikwissenschaft war damals und heute, negativ ausgedrückt, sehr fragmentiert und, positiv formuliert, pluralistisch. Gerade damals waren die Methoden nicht sehr präzise entwickelt in Deutschland, als Politikwissenschaft noch ein junges Fach war. Sie wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und zwar als eine Art Demokratiewissenschaft. Viele Lehrstuhlinhaber der Politikwissenschaft kamen aus dem historischen oder juristischen Kontext. Es gab somit zunächst keinen habilitierten Politikwissenschaftler. Das änderte sich schon in meiner Zeit auf, als Politikwissenschaft zu einem etablierten Fach wurde.

Heute sind wir ja Teil der volkswirtschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fakultät. Nach drei Semestern habe ich ein Jahr in den USA studiert. Die Kenntnisse in den USA über Deutschland und Europa waren allgemein sehr gering.

Schwerpunkt meiner Arbeit wurde dann der Europäische Rat mit Helmut Schmidt und Valery Giscard d᾽Estaing, die beide Finanzminister waren in der Krise des Bretton-Woods System. In den USA galt damals beim Finanzminister, “The Dollar Is Our Currency, but It’s Your Problem.” Mein eigentlicher Lehrer war Ferdinand Aloysius Hermens, der 1933 als junger Mann in die USA emigriert ist und 1956 nach Deutschland zurückkam. Kleine Fußnote dazu: Den ersten Lehrstuhl in Köln hatte Herr Brüning inne, der ehemalige Reichskanzler. Er hatte wohl in Harvard überwintert. Brüning hatte politische Probleme mit Adenauer und kehrte deshalb schnell wieder in die USA zurück. Hermens verfolgte eine ganz zentrale Frage, die lautete: „Wie wäre Hitler zu verhindern gewesen?“ Er kam dann zum Ergebnis, dass es nur mit Mehrheitswahlrecht funktioniert hätte. Er war somit ein großer Anhänger des Mehrheitswahlrechts. Sein großes positives Beispiel war Großbritannien. In der Großen Koalition von 1968 wurde das Mehrheitswahlrecht ernsthaft diskutiert. Man gelangte dann aber bei beiden großen Parteien zur Auffassung, dass man dann selbst in der Opposition landen könnte, was keinem so lieb war: Hermens hat eine Verfassungslehre geschrieben und war jemand, der thematisch sehr breit ansetzte und deshalb schon bei Aristoteles anfing. In dem für mich wichtigen Kontext gab es noch eine Persönlichkeit aus Österreich, Heinrich Schneider, ein alteuropäischer Gelehrter. Herr Schneider war ein Mann, der in enormer Breite seine Arbeiten verfasst hat. Ich habe lange mit ihm zusammengearbeitet und wir haben einige Artikel gemeinsam publiziert. Er war Vorsitzender des wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik.

Ab 1973 mit Abschluss meines Diploms als Volkswirt sozialwissenschaftlicher Richtung wurde ich dann in diesem Institut Geschäftsführer. Im Vergleich zu heute ist dieser frühe Karriereschritt eher überraschend, damals gab es aber noch keine einschlägigen post docs.

Michael Gehler: *Sie waren früh engagiert in der föderalistischen Bewegung. Können sie uns erzählen, wie Sie dazu gekommen sind und ob Sie politisch-gesellschaftliche Vorbilder hatten?*

Wolfgang Wessels: Motiviert durch die Erfahrungen des Studiums in den USA wusste ich, dass ich irgendetwas zur europäischen Dimension machen wollte. Eine Studentengruppierung waren damals die Jungen Europäischen Föderalisten, die es bis heute noch gibt. Dort habe ich mich engagiert. Dann wurde ich in Köln der Vorsitzender der Kölner Europa-Union. Mein Anliegen war und ist es dabei, die europäischen Fragen und Diskussionen auf der Tagesordnung zu behalten und dabei nicht nur nationale Diskussionen über deutsche Europapolitik zu führen, was leider immer wieder der Fall ist. Genauso kommt es in anderen EU-Ländern auch vor. Ich wollte zudem die französische Europapolitik mit französischen Kollegen diskutieren. Das war mir ein wichtiges Anliegen. Das Institut für Europäische Politik ist im Kontext der Europa-Union und dem Europaverlag eine gute Symbiose eingegangen. Ich war zwei Jahre Präsidialmitglied der Europa-Union, was mir einen guten Einblick verschaffte, wie Realpolitik gemacht wird. Wer zum Beispiel Präsident der Europa-Union werden wollte, der musste dann auch regelmäßig ins Präsidium

kommen. Dort waren fähige Politiker mit viel Europa-Engagement. Für Politikwissenschaftler ist es wichtig zu sehen, wie Politik wirklich gemacht wird und nicht nur das, was wir von außen zu sehen bekommen, sondern es auch intern mitzuerleben.

Michael Gehler: *Sie absolvierten einen Masterstudiengang in Wirtschafts- und Politikwissenschaften 1973 und erhielten die Doktorwürde in Politikwissenschaften von der Universität zu Köln im Jahr 1979. Zu welchem Thema promovierten sie und mit welchen Ergebnissen?*

Wolfgang Wessels: Meine Arbeit behandelte den Europäischen Rat. Wie kam es dazu? Als Geschäftsführer des Instituts seit 1973 war ich im Kontakt mit dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt. Zu dieser Zeit kam es 1974 auch zur Gründung des Europäischen Rats. Das Thema war noch völlig unerforscht und ist bis heute nur wenig ausgeleuchtet. Weil ich viele gute Ansprechpartner in Bonn hatte, war das für mich ein gutes Angebot. Ich bekam dabei vieles mit, was ich aber nicht zitieren konnte. Zu welchem Ergebnis bin ich gekommen? Ein zentraler Punkt besteht in einer Infragestellung eines konventionellen Verständnisses. Ich sehe den Europäischen Rat nicht als reines, ausschließlich intergouvernementales Gebilde. Sehr schnell wurde nämlich in der Diskussion deutlich, dass die Föderalisten damals ein Stück der Vorstellungen von Altiero Spinelli realisiert sehen wollten, bei dem der Europäische Rat als Fehlentwicklung gesehen wurde Das hing zusammen mit dem Fouchet-Plan des Intergouvernementalismus von Charles de Gaulle von Anfang der 1960er Jahre. Dieses Konzept empfanden die Föderalisten als eine Sünde und nun sollte das mit dem Europäischen Rat institutionalisiert werden! Das war ein negatives Vorzeichen. Wenn man eine europäische Lösung sucht, muss man den Europäischen Rat aber letztlich als wichtige Institution betrachten, die zentral für integrationspolitische Beschlüsse ist.

Michael Gehler: *Sie bekamen 1990 die Venia Legendi in Politikwissenschaften der Universität Bonn verliehen. Was war das Thema ihrer Habilitation?*

Wolfgang Wessels: Mein Thema behandelte die Öffnung des Staates. Ich habe untersucht, wie sich der Nationalstaat auf Beamtenebene ausweitete. Ich habe sehr sorgfältig dazu recherchiert, war in den Ministerien und habe mir die Entwicklungen der europäischen und internationalen Abteilungen angeschaut. In den meisten Ministerien gab es früher nur kleine Referate zu diesen Politikfeldern. Diese wuchsen aber zu einer oder auch zwei Abteilungen an, die sich mehr und mehr mit europäischen und internationalen Angelegenheiten befassten und immer besser damit auskannten. Ein deutliches Wachstum war zu erkennen, als es Beamte für selbstverständlich hielten, nach Brüssel oder zu UN-Organisationen nach Genf zu reisen. Der Europarat war hierfür ein weiteres Beispiel. Ich habe das Thema auch ganz bewusst nicht nur auf EU-Ebene untersucht, sondern auch auf andere internationale Organisationen bezogen. Man kam zu überraschenden Befunden wie, dass ein Viertel bis ein Drittel aller Beamten eines Ministeriums auch jenseits nationaler Grenzen aktiv ist. Es gab in verschiedenen EG- oder auch internationalen Organisationen etliche Arbeitsgruppen, in denen Beamten einen Teil ihrer normalen Arbeit machten. Ich habe untersucht, wie sich diese Arbeit auf die nationale und europäische

Willensbildung auswirkte. Ein Schwerpunkt bestand darin zu hinterfragen, wie viele einzelne Arbeitsgruppen der Ministerrat oder welche Beratungsgruppen die Kommission hatte. Übersichten werden heute veröffentlicht. Seinerzeit war es so, dass ich diese Informationen mühselig zusammensuchen musste. Aus diesen Berichten konnte ich dann entnehmen, wer in welchen Sitzungen war und wie oft es Sitzungen am Tag gab. Ein Punkt in meiner Arbeit, den ich aufgriff, bestand darin, dass ausgehend von nationalem Denken sich eine neue Dimension eröffnete, indem die Souveränitätsfrage neu zu betrachten war. Die Entwicklung lief darauf hinaus, dass es den klassischen nationalstaatlichen Botschafter wie zu Zeiten Bismarcks in der EG bzw. der EU nicht mehr gibt. Wenn zum Beispiel Emmanuel Macron ein Anliegen an Deutschland hat, ruft er Angela Merkel an und bestellt nicht den Botschafter ein. Auch in internationalen Organisationen wie dem G-20 Gipfel wird erwartet, dass Merkel erscheint und kein Vertreter von ihr.

Michael Gehler: *Wer waren die Gutachter und Betreuer in ihrer Doktorarbeit und Habilitation?*

Wolfgang Wessels: In beiden Fällen war das Hans-Peter Schwarz.

Michael Gehler: *Sie haben seit 1994 einen Jean Monnet-Lehrstuhl für Politikwissenschaften in Köln inne. Was bedeutet ihnen diese Würde und welche Bedeutung hat Jean Monnet für die europäische Integration? Wird er manchmal überschätzt?*

Wolfgang Wessels: Ich finde diesen Titel ganz gut. Die Universität zu Köln hat eine sehr große Fakultät. Der Bereich Politikwissenschaft ist eher am Rande angesiedelt. Als ich dem Dekan und einigen Kollegen davon erzählte, kamen viele auf mich zu und fragten mich: Wer ist eigentlich dieser Monnet? Jeder in der Fakultät hat seinen Bereich und auch die anderen respektiert. Der Vorteil bestand darin, dass die Fakultät sehr pluralistisch aufgebaut ist, und es heißt daher: „Wenn Du das machst, sehr schön, die Fördermittel sind auch sehr angenehm. Wenn wir das dem Rektor melden, dann stehen wir sehr gut da!“

Michael Gehler: *Wie erklären Sie es sich, dass Jean Monnet-Lehrstühle in Deutschland relativ dünn gesät sind, gerade auch im Bereich der Geschichtswissenschaften?*

Wolfgang Wessels: Letzteres kann ich nur an den Historiker zurückgeben. Wir wissen, dass Berufungen und Ausschreibungen von Lehrstühlen und Berungen immer ein Problem darstellen. In der Politikwissenschaft war die europäische Dimension lange Zeit ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sind in diesem Bereich erheblich gewachsen in Europa, sogar in den USA beschäftigen sich Kollegen mit diesem Thema. Wir können uns also in der Politikwissenschaft nicht beschweren. Wichtig sind die Gemeinsamkeiten der Politik- und Geschichtswissenschaft. Die Frage stellt sich, welches zentrale historische Datum es gibt, von dem man ausgehend die Geschichte aufschlüsseln kann. Da kann man fächerübergreifend agieren.

Michael Gehler: *Ein Grund für die schwache Ansiedelung von Jean Monnet-Lehrstühlen in der deutschen Geschichtswissenschaft liegt meines Erachtens am langen Schatten*

der deutschen Einigung. Darauf hat sich die Geschichtsschreibung in Deutschland stark fokussiert. Überspitzt formuliert: Bis nicht der letzte FDJ-Junge identifiziert ist, geht es nicht in Richtung Europa.

Wann ist für sie als Person und Wissenschaftler Europa mehr als nur ein geografischer Begriff geworden, nämlich ein politisches Projekt und als solches erkennbar und wahrnehmbar?

Wolfgang Wessels: Das rückblickend zu bestimmen, ist schwierig. Ich kann mich erinnern an die Zeit von Charles de Gaulle. Als ich 17 Jahre alt war, sagte meine Mutter: „Jetzt geht es wieder daneben!“ Als ich aus den USA zurückkam und mich damit beschäftigte, war ein ganz wichtiges Datum das EG-Gipfeltreffen in Den Haag am 1. Dezember 1969. Dieses Ereignis sehe ich als einen Ausgangs- und Kernpunkt für die Weiterentwicklung bis zum heutigen Tag. Natürlich gab es immer wieder krisenbedingte Unterbrechungen der europäischen Integrationsgeschichte. Ich habe mich in meinem Studium besonders damit beschäftigt.

Michael Gehler: *Wann beginnt für Sie Europa als Idee?*

Wolfgang Wessels: Zuerst muss man sich fragen: Was meine ich mit Europa und wann? Man muss beide Fragen stellen, auch schon bei den Griechen, wenn sie von den „Barbaren“ sprechen. Europa hat auch immer etwas damit zu tun „We and the others“, d. h. welche Identität bildet sich daraus und wie sie sich von anderen abgrenzt, eine derartige Identitätsbildung ist zunächst ganz normal, aber zentral ist die Frage: Wie scharf grenzt man sich von „den anderen“ ab? Wir als Politikwissenschaftler grenzen uns etwa von Juristen ab, aber es sind freundschaftliche Abgrenzungen.

Der Nationalismus bestand darin, dass man den anderen nicht als gleichartig oder gleichwertig betrachtete. Wir sehen immer wieder, wie die Idee Europa neu und unterschiedlich konstruiert wird.

Michael Gehler: *Wo sehen sie die Grenzen Europas?*

Wolfgang Wessels: Bei dieser Frage verhält es sich ähnlich wie bei der vorherigen. Das heutige Europa hat Grenzen, die von Geografen aus dem 19. Jahrhundert gezogen worden Auf der einen Seite gibt es den Ural, auf der anderen Seite das Mittelmeer. Gerade beim Mittelmeer ist diese Einteilung problematisch, weil es das Mittelmeer als Grenze historisch nicht gab. Das Mittelmeer war ein eigener kultureller, ökonomischer und politischer Raum, selbst nachdem sich die arabischen und islamischen Staaten gebildet haben. Ich hatte einen israelischen Kollegen, der fragte: „Warum soll Israel nicht Mitglied der EU werden? Wo fängt denn Europa an und wo hört es auf?“ Ich habe daher Schwierigkeiten, mich geografisch festzulegen, auch wenn man an Konventionen der Geografen gebunden ist. In den Verträgen steht etwas von der Wertegemeinschaft, was eine wichtige Rolle spielt. Diesen Ansatz zu verfechten bezüglich Identität und Werte Europas, verbunden mit der Frage, wo diese anfangen und wo sie enden, finde ich viel spannender und interessanter.

Michael Gehler: *Wenn man das enger zuschneidet auf die EU, z. B. die Kopenhagener Kriterien, dann müsste man schon sehr konkret sein. Doch scheint das Beispiel Türkei eine politische Frage zu sein. Wie sehen Sie diesen Punkt und was haben Sie Ihrem Kollegen geantwortet auf die Frage, ob Israel Teil der EU werden kann – es gibt ja Assoziationsabkommen?*

Wolfgang Wessels: Nein. Das sind alles keine Mitglieder. Israel wird in diesem Sinne nicht zu EU-Europa gerechnet. Überall anderswo gehört es mit dazu, beispielsweise im Sport: Israel spielt in der Fußball-EM mit. Kulturell nimmt Israel am Eurovision Song Contest teil. Die Wertegemeinschaft spielt zudem eine wichtige Rolle. Brüssel hat Franco in den 1960er Jahren erst gar nicht auf seinen Brief mit der Bitte um Aufnahme geantwortet. Man hat Kroatien eine Zeit lang beobachtet, um sich anzusehen, wie die Generäle des Bürgerkriegs behandelt wurden. Bei der Türkei wird dieses Thema sehr ernst genommen. Das eigentliche Problem stellt sich ja erst im Zusammenhang mit der Frage, wie man mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit agiert, wenn ein Staat Mitglied ist, zum Beispiel mit Polen, Ungarn, aber auch Bulgarien und Rumänien.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen ihrer Ansicht nach Historiker und Politikwissenschaftler für den Europagedanken?*

Wolfgang Wessels: Bei Historikern und Politikwissenschaftlern ist es wichtig, die Vielfalt wie auch die Einheit in der Vielfalt der Arbeit zu identifizieren. Vor allem geht es um die Vielfalt der Überlegungen, wenn wir von Europa sprechen. Wenn wir uns mit Italienern unterhalten, erkennen wir, dass sie mitunter ein anderes Verständnis von Europa haben, aber auch mit Polen oder mit Engländern, wo wir dies mit der Brexit-Position sehr deutlich sahen. Die Fragen lauten: Wo gibt es Überschneidungen? Wo gibt es Unterschiede? Auf welchen Grundlagen beruhen diese? Auf welchen Erfahrungen basieren sie? Dennoch sagen wir uns, dass wir trotz aller Unterschiede gemeinsame Beschlüsse fassen müssen. Zwischen Deutschland und Frankreich gab es auch nicht in jeder Beziehung Einigkeit und trotzdem verpflichtete man sich, gemeinsam vorzugehen und zusammenzuarbeiten. Die Engländer haben diese Schritte nicht mitvollzogen. Dass Frankreich und Deutschland weitermachen, ist meiner Meinung nach historisch geprägt, denn sie wollen nie wieder in eine historische Situation der „Erbfeindschaft“ kommen. Um zu einem solchen Verständnis zu gelangen, haben Politikwissenschaftler und Historiker sehr Wichtiges beizutragen.

Michael Gehler: *Was kann die Geschichtswissenschaft zur Verständigung der Europäer untereinander und zum europäischen Einigungsprozess beitragen?*

Wolfgang Wessels: Die Geschichtswissenschaft kann aufklären, woher man kommt, wie man zueinandersteht und wo Gemeinsamkeiten zu finden sind, die man auf den ersten Blick nicht sieht (z. B. die Erkenntnis, dass der Nationalstaat erst aus dem 19. Jahrhundert stammt oder in manchen Fällen sogar erst aus dem 20. Jahrhundert). Man nimmt gerne an, dass der Nationalstaat naturgegeben sei; er ist aber auch nur Teil einer historischen Entwicklung, die immer wieder zur Diskussion gestellt wird.

Michael Gehler: *Wenn wir die Geschichte der europäischen Integration betrachten, die zunächst Westeuropa umfasst hat: Was sind für sie als Politikwissenschaftler rückblickend die entscheidenden Antriebsfaktoren gewesen? War es eine Art erfolgreicher Geisterfahrt gegen die Geschichte oder etwas ganz anderes, als dies bisher in der europäischen Geschichte der Fall war?*

Wolfgang Wessels: Ob die europäische Integration etwas ganz anderes war, muss man genau hinterfragen. Sicherlich war es ganz anders als die Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Jean Monnet ist für diese Frage sehr wichtig. Wenn man seine verschiedenen Motivationen betrachtet, einmal die ökonomische Sicht auf die EGKS, aber auch sein Verständnis für das Institutionelle, das supranational geprägt sein sollte, wird man der Sache näherkommen. Hinzu kam sein Gespür dafür, wie es mein Kollege Werner Link einmal nannte, ein „integratives Gleichgewicht“ zu suchen. Monnet realisierte klar, dass eine Art Versailles-Haltung Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr zeitgemäß war, weil sie im Ost-West-Konflikt nicht mehr ausschlaggebend war. Adenauer erkannte zudem, dass Deutschland noch eine ganze Zeit lang ein Staat unter alliierter Kontrolle sein würde. Natürlich gab es auch ganz zentrale wirtschaftliche Hintergründe, die zur EGKS führten. Das waren entscheidende Erkenntnisse und Ereignisse für die erfolgreiche Integration Europas.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt der Föderalismus als Erklärungsmuster für den Integrationsprozess? Es gibt ja, sehr verkürzt gesprochen, die Kontroverse Milward versus Lipgens und Loth. Wie sehen Sie das? Das Stichwort Spinelli ist ja schon gefallen.*

Wolfgang Wessels: An Walter Lipgens erinnere ich mich sehr gut. Dieser Historiker der europäischen Widerstandsbewegungen hatte eine große Weltsicht. Der Föderalismus als europapolitische Strategie erscheint im heutigen Lichte, auch wenn das nicht ganz fair ist, als eher naiv. Ideen prägen aber menschliche Sichtweisen. Wir nennen das heute Sozialkonstruktivismus in methodologischer Sicht, um damit auch den gesellschaftlichen Kontext zu rekonstruieren. Insofern spielten und spielen Ideen eine wichtige Rolle. Sie sind aber nicht unbedingt entscheidend für wichtige historische Entscheidungen, weil andere Interessen hinzukommen können. Ich finde es wichtig, dass man die Ideengeschichte im Sinne der Leitbilder und Erzählungen aufgreift. Helmut Kohl hat zum Beispiel im Maastrichter Vertrag eine europäische Mission gesehen. Gleichzeitig hat er auch gesehen, wie darin deutsche Interessen sinnvoll vertreten werden konnten. Man muss also immer beides sehen, zum einem die Vision und gleichzeitig, was aus Interessenpolitik heraus machbar und vertretbar ist. Da gibt es immer dieses Spannungsverhältnis. Umso wichtiger ist es, dass wir diese Faktoren im Blick haben, denn gerade dann kann man sehen, warum Ideen manchmal nicht so tragfähig sind, wie man sich das erhofft hat.

Michael Gehler: *Welcher Zusammenhang bestand ihrer Meinung nach zwischen der europäischen Integration und dem Kalten Krieg?*

Wolfgang Wessels: Es bestand ein klarer Zusammenhang. Ein starker Impuls ging davon aus, dass Westeuropa sich verteidigen musste und mit den US-Amerikanern einen

mächtigen Verbündeten hatte. Nachdem das Projekt der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) nicht tragfähig war, weil Frankreich das Vorhaben nicht akzeptiert hatte, hat man aus den Römischen Verträgen und bis in die 1990er Jahre den Begriff der Verteidigung aus den Verträgen gestrichen. Ich habe lange die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) beobachtet, aus der die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) hervorgegangen ist. Da wurde die längste Zeit bei der EPZ nur von politischer Zusammenarbeit gesprochen, während allein schon der Begriff Sicherheitspolitik Tabu war. Man wollte sich in diesem Bereich nicht mehr fortbewegen. Gleichwohl war für alle Beteiligten die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Stabilisierung des Kontinents ein ganz wichtiger sicherheitspolitischer Faktor, der sich aber nicht in militärischer Stärke Europas niederschlug. Man darf nicht vergessen, dass wir auch innerhalb Westeuropas starke Kräfte hatten, die gegen die Integration eingestellt waren. Insbesondere waren es die kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien. Deshalb muss man den Faktor Kalter Krieg auch in einem größeren Kontext sehen. Als die ersten Assoziierungsabkommen zwischen der EWG, Griechenland und Türkei geschlossen wurden, waren die Märkte beider Länder vollkommen uninteressant. Also aus marktwirtschaftlichen Gründen hat man mit den südosteuropäischen Staaten keine Assoziierungsabkommen geschlossen; zentral waren geopolitischen Interessen. Das Gleiche galt später für Portugal, Slowenien oder Kroatien.

Michael Gehler: *Stehen Sie einer spezifischen Theorie der Politikwissenschaften bezüglich der Internationalen Beziehungen nahe?*

Wolfgang Wessels: Ich nehme meine Ideen aus den verschiedensten Ansätzen. Sie haben das eben gemerkt, einige Annahmen sind neorealistisch, andere neofunktionalistisch. Ich selbst habe einen Begriff geprägt, der Fusion heißt, und mein Argument lautet folgendermaßen: Was wir beobachten können, ist eine Fusion der Mitgliedsstaaten auf europäischer Ebene. Dort findet eine Verknüpfung nationaler und europäischer Bürokratie-, Institutionen- und Politikbereiche statt. Man sieht das gerade bei Großbritannien, wie schwierig es war und ist, aus dieser Fusion wieder herauszukommen. Wenn man genau hinschaut und in den Protokollen und Vertragstexten nachliest, sieht man, wie verflochten das alles bereits auf europäischer Ebene ist und welche Auswirkungen ein Austritt aus der Union mit sich bringt. Wir müssen daher in der Diskussion zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalität erkennen, dass es Formen gibt, wo sich beide Ansätze und Zugänge miteinander verbunden haben und so verwoben sind, dass es kaum mehr ein Zurück gibt. Der Europäische Rat ist für mich auch deshalb ein ganz zentraler Akteur. Er ist zwar intergouvernemental in der Zusammensetzung angelegt, aber er trifft wesentliche Entscheidungen, die supranational ausgerichtet sind. Das ist eine zentrale Erkenntnis. Dafür benutze ich viele Ansätze der Integrationstheorie, die in der Politikwissenschaft geläufig sind. Ich beachte aber auch die europarechtlichen Argumente, wobei ich nicht weiß, ob ich alle aus juristischer Sicht richtig nachvollziehen kann. Trotzdem lese ich sehr intensiv die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu den Verträgen von Maastricht oder Lissabon.

Michael Gehler: *Mehr als 40 ehemalige US-Senatoren, Regierungsmitglieder, Botschafter, Abrüstungs- und Militärexperten forderten 1997 die Aussetzung der NATO-Osterweiterung. Sie nannten es eine politische Entscheidung von historischen Ausmaßen. Gab es auch einen anderen oder gar besseren Weg zum Beispiel angelehnt an die Idee eines Gürtels neutraler Staaten, wie es bereits von US-Präsident Dwight D. Eisenhower 1955 vorgeschlagen worden war? Und: Wie wahrscheinlich wäre eine EU-Osterweiterung ohne NATO-Osterweiterung gewesen?*

Wolfgang Wessels: Das ist alles sehr spekulativ. Was wäre geschehen, wenn das Attentat auf Adolf Hitler im Münchner Hofbräukeller 1939 „erfolgreich" gewesen wäre? Solche Fragen zu beantworten, ist immer sehr schwierig. Mit meinem neorealistischen Hintergrund würde ich sagen, es war kein Fehler, sondern es war richtig, dass die Sicherheitspolitik durch die NATO nach Osten ausgedehnt wurde. Meine Gegenfrage lautete dazu: Wenn Polen und die baltischen Staaten nicht der NATO beigetreten wären, hätte dann Russland die Krim nicht besetzt? Natürlich hätte es die Krim besetzt, wahrscheinlich sogar noch früher. Aber auch das ist wiederum spekulativ. Also mein Punkt ist folgender: Wir müssen davon ausgehen, dass Russland wie andere Staaten vornehmlich am Ausbau seiner eigenen Machtbasis interessiert ist und das soll auch nicht gleich negativ gemeint sein. Man kann auch Vladimir Putin und andere russische Politiker verstehen, die behaupten, dass Michail Gorbatschow ein ganz schrecklicher Vernichter von fünf Jahrhunderten russischer Geschichte war, in der sich das Land zum Westen hin mit einem festen Standbein sogar im Zentrum Europas, entwickelte. Das heißt nicht, dass ich sage, dass die russischen Politiker Recht haben, mit dem, was sie sagen und tun. Das Problem für die baltischen Staaten ist auch nicht zu übersehen. Ihre Frage hatte ja auch zum Inhalt, ob man einen Fehler bei der NATO-Osterweiterung gemacht hat. Ein Fehler könnte die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) gewesen sein und zwar mit ihrer Ausweitung auf die Ukraine und Weißrussland. Da könnten Sie nun aber auch sagen, mit dieser EU-Politik ist ja nichts Machtpolitisches verbunden und doch eigentlich ganz geo-politisch harmlos. Das war, so glaube ich jedenfalls, von Brüsseler Seite naiv gedacht. Das war aber vor 2013 die prägende Stimmung.

Mein Punkt ist folgender: Staaten wie die Ukraine und Weißrussland sind Pufferstaaten. Wenn man sich überlegt, wie sicher sich die Balten fühlen und welche Probleme Weißrussen, Ukrainer, Georgier und Moldawier haben, stellt sich die Frage: Geht es diesen Staaten denn besser? Diese Staaten wären nämlich der neutrale oder neutralisierte Bogen, wenn Sie so wollen. Das sind die Pufferstaaten zwischen den zwei größeren Weltmächten, wenn man die EU als solche so sieht, zumindest ökonomisch ist sie das ja. Als Pufferstaat lebt man in der Geschichte aber nie wirklich gut. Es gibt immer neutrale Fälle, die ganz gut funktioniert haben, Finnland und Österreich zum Beispiel, die ja auch gut damit zurechtgekommen sind. Wenn sie aber heute nach Finnland und Schweden gehen, würden die dortigen Vertreter Ihnen sagen, sie hätten es in den 1990er Jahren verpasst, der NATO beizutreten, weil sie sich inzwischen auch von Russland bedroht fühlen. Meine These bzw. Gegenfrage lautet daher: Wenn diese Oststaaten nicht NATO-Mitglieder geworden wären, wäre es dann sicherer für diese Staaten geworden? Man muss die russischen Sicherheitsinteressen bedenken. Wir hatten lange Zeit in der Gemeinschaft

nur einen neutralen Staat mit Irland. Spanien musste erst NATO-Mitglied werden. Dieser Verknüpfung hat sich grundsätzlich erst mit dem Jahr 1989 verändert.

Michael Gehler: *Für wie bedeutsam halten Sie die amerikanische Militärpräsenz in Westeuropa, vor allem in Deutschland? Welche Rolle spielte dieser Schutzschirm für die westeuropäische Integration, in dessen Schatten sie sich mehr oder weniger gedeihlich entwickeln konnte? Bestand zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über die NATO ein doppeltes Imperium oder gar ein Superimperium, das inzwischen Risse aufweist mit Irritationen und Verwerfungen? Von den 27 Mitgliedern sind 22 Länder der NATO zugehörig.*

Wolfgang Wessels: Institutionen der EU und der NATO befinden sich zwar in Brüssel, aber es sind zwei verschiedene Welten. Das liegt auch daran, weil Frankreich die NATO nicht im EU-Kontext sieht und die Franzosen eine eigenständigere und autonome Verteidigungspolitik haben wollen. Man hat inzwischen aber Formen der Zusammenarbeit gefunden. Viele militärische und zivile Missionen der EU sind in den NATO-Kontext eingebettet worden. Aus Sicht der USA hatte wiederholt die Gefahr bestanden, dass eine autonome EU-Politik gemacht werden könnte. Washington war stets bestrebt, solche Initiativen einzudämmen. Im großen historischen Kontext muss man sehen, dass Westeuropa sehr stark von der amerikanischen Militärmacht profitiert hat. Wenn man von unseren Werten ausgeht, dann ist die Verteidigungsgarantie, die jedenfalls so ausgedrückt wurde, von den USA ausgegangen. Ich bin der Auffassung, dass dieses Element ein ganz zentraler Teil der westeuropäischen Integrationsgeschichte war. In der Entwicklung war beides häufig getrennt behandelt und betrachtet worden. Das Verhältnis zwischen den USA, Deutschland und Frankreich war immer wieder von Spannungen geprägt. Das Erdgas-Röhren-Geschäft von Bundeskanzler Helmut Schmidt hat die erwähnten Spannungen dokumentiert. Das war eine sehr umstrittene Frage. Die einen argumentierten, es sei ein rein wirtschaftliches Geschäft und gut für Arbeitsplätze, die anderen sagten, diese Lieferung habe eine sehr starke sicherheitspolitische Implikation gehabt. Die Kontroverse erlebten wir zuletzt wieder mit Nord-Stream 2. Solche Sorgen und Spannungen hat es zu jeder Zeit gegeben. Damit wurde aber die westeuropäische Integration nicht unbedingt eine Alternative zur NATO, sondern immer nur als eine Rückfallposition im Notfall gesehen. Wir machen zwar westeuropäische Politik gemeinsam, damit nicht jeder einzelne Staat den USA hinterherläuft oder gänzlich von den USA abhängig wird, aber es war damit auch immer eine delikate Angelegenheit, inwieweit man immer die amerikanischen Ansichten teilen sollte oder musste. Die Bundesrepublik hielt sich aus dem Vietnamkrieg heraus. Nach der Einigung hielt sich Deutschland auch aus den ersten und zweiten Irak-Krieg heraus. Beim zweiten Golfkrieg hat Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen mit den Franzosen eine Position vertreten, wonach sich beide Staaten gegen eine Militärintervention aussprechen konnten. Die USA haben dabei auch erkannt, dass eine starke EU weltpolitisch sehr hilfreich sein kann. Das wiederum zeigt zuweilen, dass zwar niemand die Grundsatzfrage nach Alternativen im transatlantischen Verhältnis stellt, aber es in vielen konkreten Punkten Spannungen gab und weiterhin gibt.

Michael Gehler: *Die Westeuropäische Union war ja so was wie ein Versuch, im Kontext von Maastricht einen eigenen Sicherheitspfeiler der EU zu entwickeln, der inhaltlich und praktisch in den Amsterdamer Vertrag übernommen wurde. Die WEU ist nicht mehr existent. Wäre das ein Versuch gewesen, sich zu emanzipieren oder neben der NATO etwas Eigenständiges aufzubauen?*

Wolfgang Wessels: Man hat seit dem Vertrag von Dünkirchen von 1947 jahrzehntelang versucht, so etwas zu machen. Es stellt sich schon auf dem ersten Blick heraus, dass etwa bei der Rüstungspolitik, gerade auch um Mittel einzusparen – bis heute nicht umzusetzen war. Ich fand die Entscheidung richtig, die Funktionen der WEU in den Amsterdamer Vertrag zu übernehmen und später auch in den Lissabon Vertrag weitgehend zu integrieren. Jetzt haben wir das Projekt Permanent Structured Cooperation (PESCO) auf europäischer Ebene, eine Zusammenarbeit in Bezug auf Kriegsmaterialien- und Rüstungsgüter-Projekten, die noch sehr begrenzt sind. Es sind damit noch nicht die Kernfragen beantwortet, aber vielleicht lernt man dadurch. PESCO ist intergouvernemental angelegt. Es gibt keine zentrale Stelle, sondern es sind lead nations. PESCO befindet sich noch in einer sehr rudimentären Phase von Zusammenarbeit. Das Ende der WEU war für mich zwar überraschend, weil man damit auch zwei Mitgliedstaaten verlor, aber ich muss sagen, ich fand die WEU immer überflüssig.

Ich habe mich früh mit der EPZ auseinandergesetzt, die schon parallel neben der WEU lief. Dabei wurde deutlich, dass für die EPZ die EG eine zentrale Rolle spielt. Ein Problem der EPZ bestand darin, dass Instrumente wie zum Beispiel Wirtschaftssanktionen über die EG abgeschlossen werden mussten. Spätestens ab dem Gipfel von Den Haag 1969 war klar, dass die sechs und dann die folgenden neun Mitglieder die EG als zentrale Bühne sahen und die WEU eines Tages dort integriert wird.

Michael Gehler: *Was finden Sie an der heutigen institutionellen Architektur der EU besonders gut, weniger und was gar nicht gut? Was würden sie jetzt tun, wenn sie Reformen angehen sollten? Worin würden Sie den größten Reformbedarf sehen?*

Wolfgang Wessels: Ich würde die Frage nicht so stellen, wie es gerade in den letzten Jahren mit den Krisen um die Eurozone oder der Immigration geschehen ist: Brauchen wir entweder mehr Europa oder weniger Europa oder ein anderes Europa? Mein Ausgangspunkt geht davon aus, was wir jetzt haben. Das beruht auf einer spezifischen Konsensfindung. Bei der institutionellen Architektur handelt es sich um eine gemeinsame Suche nach dem, was man und wie man es machen kann. Welche Möglichkeiten wir damit haben, ist nicht zu übersehen: Es fängt an mit der Rechtsstaatlichkeit, das ist etwas, das wir als Politikwissenschaftler nicht so häufig beachten. Dass es einen Europäischen Gerichtshof gibt, der bei Streitigkeiten entscheidet, ist nicht unerheblich. Dieser ist ein Schiedsrichter, der zwischen den Mitgliedstaaten entscheidet, und über die Enthaltung der Verträge wacht. Das zweite ist das Europäische Parlament, das von uns gewählt ist. Seine Rolle hat ständig zugenommen. Die Kommission als Institution mit ihren verschiedenen Funktionen gibt es nirgendwo auf der Welt und nicht zuletzt ist der Europäische Rat zu nennen, indem die obersten nationalen Führungspersönlichkeiten eingespannt werden. Jedes dieser Organe hat sein Spezifikum und wirkt miteinander und zueinander.

Wenn wir uns das genau anschauen, so funktioniert es ganz gut. Also bei vielem, was wir kritisieren und angeblich nicht funktioniert, müssen wir uns fragen, warum das so ist. Ich habe dazu die drei K-Formel entwickelt: „Konsens führt zu notwendigen Kompromissen und diese wiederum führen zu Komplexität.“ Ich wiederhole: Diese Problematik kennen wir schon von unserem politischen Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Um es nochmal deutlich zu machen: Wir kritisieren die EU für die gleichen Schwierigkeiten, die wir auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene haben. Die Stadt Köln ist auch nicht ein Musterbeispiel für Effizienz, aber da verlangt keiner, dass diese Stadt gleich aufhört zu existieren.

Die Grundsatzfrage finde ich daher verfehlt. Natürlich gibt es einige Vorschläge, wie man das eine oder andere besser machen könnte. Ich sehe nur nicht den großen Sprung von den Föderalisten wie Altiero Spinelli zu einer Verfassung, mit der der Europäische Rat eine Art zweite Kammer wird und das Europäische Parlament die zentrale Rolle spielt. Das sehe ich nicht und würde es im Moment auch nicht für richtig halten, zumal der entsprechende Konsens zwischen den 27 Mitgliedsstaaten wichtig ist. Der Europäische Rat ist ein Organ, das uns zentrale Eigenschaften des EU-Systems erklärt. Was wir mit ihm haben, ist auch eine Verteidigung der mitgliedstaatlichen Interessen, die zu mehr Europa führt. Dass diese Struktur von außen schwierig nachzuvollziehen ist, dem würde ich sofort zustimmen.

Michael Gehler: *Wie wird die EU aus internationaler Perspektive gesehen, vor allem, wenn Sie Ihren Blick nach Asien, Lateinamerika und die USA schweifen lassen?*

Wolfgang Wessels: Die Frage ist schwierig, weil ich mehr über die USA weiß. Da muss man genau schauen, von wem was gesehen wird. Einige würden ganz nach Stalin-Manier fragen: „Wie viele Panzer hat denn der Papst?“ und abgewandelt auf die EU: „Wie viele Panzerdivisionen hat denn der Herr Juncker?“. Dann kommt gleich die nächste Kritik auf, wonach die Europäer auf Kosten anderer leben würden. Diese Argumentation von Donald Trump ist ja auch nicht so neu. Das einzige Mal, wo ich merkte, dass die USA ein wenig nervös wurden, war in der Zeit, als der Euro kam. Da sahen die Amerikaner, dass der Euro eine Konkurrenz zum Dollar werden würde. Die USA waren zwar nicht direkt dagegen, aber man war sehr vorsichtig und zurückhaltend. Bei anderen Fragen verhielt es sich ähnlich, zum Beispiel in der Frage der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP).

Der amerikanische, der russische und der chinesische Präsident hatten ja regelmäßige Konsultationen mit der EU-Spitze und die Präsidenten waren verdutzt, wenn ihnen plötzlich zwei Personen gegenübersitzen.

Durch eine Masterarbeit eines chinesischen Studenten in Brügge habe ich die fernöstliche Sicht etwas mitbekommen. Ich musste lernen, wie das Ansehen der EU bei den Chinesen während der Griechenland-Krise seit 2010 dahinschmolz. Die Wahrnehmung erfolgte nach dem Motto: „Wenn ihr mit den fünf Millionen Griechen nicht fertig werdet, was wollt ihr denn dann im globalen System eigentlich machen?“ Man sieht an diesem Beispiel, dass die EU sehr unterschiedlich wahrgenommen wird.

Die normative Macht der EU besteht darin, dass sie sagen kann: „Wir machen nur ein Abkommen mit Euch, wenn ihr die Menschenrechte akzeptiert.“ Daraufhin fragen

jedoch Kritiker, wer denn genau diese Rechte besitze? Zwar gebe es die Bestimmungen der UNO, aber das seien auch nur westliche Sichtweisen. Es gebe auch andere Werte und Normen, die wichtig seien, aber nicht in der UN-Charta stünden. Kritiker sagen nicht zu Unrecht, dass selbst die EU ihre Werte vergisst, wie etwa im Falle von Aserbaidschan, weil sie von dort Öl brauche. Der eigene Anspruch wird damit nicht umgesetzt und das sehen auch ihre Gegner. Als ein Modell, auf das man sich stützen kann, wird die EU schon seit mehr als zehn Jahren nicht mehr von außen gesehen.

Michael Gehler: *Wie kann man die EU definieren und erklären?*

Wolfgang Wessels: Ausgangspunkt ist immer der Vertrag. Für mich als Nicht-Jurist ist zudem immer wichtig, was der Konsens der Mitgliedstaaten ist. Gleichzeitig muss man auch sagen, dass dies wichtig, aber nicht ausreichend ist. Man muss daher darüber hinausgehen, d. h. die Form der Zusammenarbeit, aber auch das Identitätsgefühl weiterentwickeln. Wichtig ist dabei die Frage der europäischen Identität. Das ist sehr mühsam herauszufinden. Um die EU zu erklären, gibt es die verschiedensten Ansätze und hierbei Mischformen, wie ich es schon erwähnt habe.

Michael Gehler: *Ich hatte immer mit der Definition Probleme, wonach die EU ein System sui generis sei. Das empfand ich als Historiker wenig befriedigend. Ich habe in meinem Europa-Buch versucht, die EU zweifach zu definieren, einmal inhaltlich und einmal institutionell. Ich lese Ihnen die beiden Definitionsversuche einmal vor:*

„Bei der EU handelt es sich um einen ausgehend von historischen Ideen entwickelten, von sektoraler zur horizontaler Integration übergehenden, mehrzentrisch aufgebauten und multipräsidentiell geleiteten sowie verzögert direktdemokratisch legitimierten Institutionen-Verbund, eine partielle Vergemeinschaftung von nationalen Politiken, basierend auf einer Vertragsrechtsgemeinschaft, die einen dauerhaft angelegten gemeinsamen Aushandlungsprozess für einen ‚Finanzfrieden' durch bewusste Kompromissbereitschaft, politische Krisenbewältigungsfähigkeit und zivilisierte Problemlösungskapazität von eigenen Organen im nationalstaatlichen Interessenausgleich durch stets weiterentwickelte Ideen, erweiterte Institutionen, neu geschaffene Organe und neu hinzutretende Einzelmitglieder leistet, wobei sie im siebten Jahrzehnt ihres Bestehens vermehrt Tendenzen zur Unionsstaatlichkeit als eigenständiger Rechtspersönlichkeit im fortwährenden Wandel des Ausbaus und der Vertiefung aufweist – nicht frei von Rückschlägen, zu deren Überwindung stets neue Anstrengungen erforderlich waren."[1]

Eine etwas kürzere Definition, die weniger auf Funktion und Handlung, sondern mehr auf Inhalte abhebt, würde lauten:

„Die EU ist als Grund- und Vertragsrechtsgemeinschaft eine eigene internationale Rechtspersönlichkeit, basierend auf einem gemeinsamen Außenhandelsregime, einem größtenteils bestehenden Binnenmarkt sowie liberaler und repräsentativer Demokratie, moderierter Gewaltenteilung und einer mehrheitlich im Umlauf befindlichen Einheitswährung, gleichwohl sie keine Unionsgesellschaft der Bürger, aber eine Bürgerunion

1 Michael Gehler, Europa. Ideen – Institutionen – Vereinigung – Zusammenhalt, Reinbek/Hamburg 2017.

der Gesellschaften darstellt und trotz ihrer eingeschränkten Mobilisierungsfähigkeit von eigenen Ressourcen, die ihr die Mitgliedstaaten größtenteils vorenthalten, Initiativen ergreift und Problemlösungskapazitäten entwickelt.“[2]

Dazu würde ich gern wissen von ihnen, was sie davon halten. Es ist ja immer wieder der Versuch eines Historikers, das Wesen der EU zu fassen, und ich bin mir auch der Vorläufigkeit und der Unzulänglichkeit bewusst, aber das war einmal ein Versuch, alles in einem Satz hineinzupacken. Ich habe zwei Definitionen gebraucht. Fehlt da etwas oder ist da etwas vorhanden, wo sie sagen, dass es nicht in Ordnung ist?

Wolfgang Wessels: Da überschätzen Sie meine Fähigkeiten. Auf Grund der vielen Elemente, die sie gebracht haben, ist es schwierig, eine klare Antwort zu geben. Ich würde auch Ihnen raten, und das widerspricht nicht dem, was Sie ausgeführt haben, den Vertrag anzuschauen. Das fängt damit an, dass es eine Präambel beim Europäischen Unionsvertrag (EUV) gibt, wie auch übrigens bei all den vorangegangenen anderen Verträgen eine Präambel vorhanden war. Beim Vertrag über die Arbeitsweise der EU gibt es auch eine Präambel wie auch zur Grundrechte-Charta. Dort sehen wir den Versuch, so etwas wie eine gemeinsame Identität zu formulieren. Das ist in Spiegelstrichen aneinandergereiht. Es wird dabei auch deutlich, dass Kompromisselemente eingebaut sind. Interessanterweise gab es die Diskussion im Verfassungskonvent, ob auch ein Gottesbezug erwähnt werden soll. Obwohl Merkel diesen zunächst auch wollte, wurde er dann weggestrichen. In den ersten Sätzen ist auch die Rede von einer „Union im Werden“ bzw. der daraus abgeleitete Gedanke einer „ever closer union“, was der britische Premier David Cameron versucht hat herauszustreichen, um für das Referendum 2016 noch Pluspunkte für seinen Standpunkt zu sammeln.

Was für mich ganz zentral ist und häufig übersehen wird, sind die Artikel zwei bis sechs über die Arbeitsweisen der Union. Darin wird festgelegt, was die Union auf die Mitgliedstaaten überträgt (und was nicht). Das sind ausschließliche Kompetenzen, geteilte Kompetenzen und zusätzliche Kompetenzen. Hinzu kommt noch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenhalt in der Wirtschaftspolitik. Daran sieht man, dass die Mitgliedstaaten fast alle ihrer Politikfelder auch auf der EU-Ebene behandelt sehen wollen. Das ist der Grund, warum ich so auf die Verträge poche. Dass dahinter noch viele Erklärungen und verschiedene Intentionen stehen, ist selbstverständlich.

Der Artikel 42.7 ist auch sehr interessant. Der erste Satz lautet so ähnlich wie der NATO-Vertrag in dem Sinne: „Jeder muss dem anderen helfen, wenn er angegriffen wird.“ Der nächste Satz lautet aber, dass „besondere Interessen von Staaten berücksichtigt werden“ müssen. Damit ist unter anderem die Neutralität von Österreich gemeint, das den Vertrag sonst nicht ratifiziert hätte. Deshalb liegt meine Definition des politischen Systems der EU sehr stark auf diesen gemeinsam formulierten Grundsätzen der Verträge.

Hinzu kommen dann viele dieser Deutungen und Erklärungen, die Sie aufgeführt haben, warum das so ist und sein kann. Generell ist das auch so zu erklären, weil der EUV weder ein internationaler Vertrag in der klassischen Form noch ein bundesstaatlicher Föderationsvertrag ist, sondern irgendetwas dazwischen, eben eine Mischform. Wobei die Form weiterhin überwiegend rein intergouvernemental angelegt ist. So heißt

2 Ebd., S. 863.

es zum Beispiel: „Wir, der König der Belgier schließen folgenden Vertrag ...“ und nicht „We the people ...“ legen die folgende Verfassung vor. Das sieht man auch am Artikel 5, wo es sinngemäß lautet: „Die Union darf nur die Kompetenzen ausüben, die ihr von den Mitgliedsstaaten formal übertragen wurden.“ Darauf hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe sehr viel Wert gelegt. Europa als ein Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht klingt zunächst auch eher harmlos. Darin ist aber Justiz- und Innenpolitik enthalten, damit ist das Schengener Abkommen eingeschlossen sowie der Komplex der Immigration inkludiert und die Zusammenarbeit der nationalen Polizeieinrichtungen. Das geht weit über das hinaus, was ein traditioneller internationaler Vertrag normalerweise enthält.

Michael Gehler: *Wie wichtig ist die Stabilität des parteipolitischen Systems in Deutschland für eine proaktive, konstruktive deutsche Europapolitik? Generell gefragt, wie sehr sind die innenpolitischen Stabilitäten der Mitgliedstaaten relevant für das Funktionieren der EU?*

Wolfgang Wessels: Für die Weiterentwicklung der EU sind Entwicklungen der deutschen Politik von nachhaltiger Bedeutung und sicherlich alle sehr relevant. Diese Relevanz beruht letztlich darauf, dass man gemeinsame Entscheidungen trifft und dann fallweise und zeitweise die bestehenden Verträge ändert.

In Deutschland gibt es eine Studie des WZB, finanziert durch die Bertelsmann-Stiftung, die besagt, dass man einen (Europa-)Wahlkampf mit Populismus gewinnen kann. Die Anti-Europa-Haltung war und ist ja sonst nicht so stark, aber in der Frage der Immigration plötzlich schon. In Italien wurde zuletzt so argumentiert: Europa verhindere, ordentliche Politik zu machen und die Haushaltsvorgaben einzuhalten. Populismus und seine Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament sind also ein Phänomen, das wir in Zukunft weiter genau betrachten müssen. Das Europäische Parlament erschien in den Krisenzeiten zuweilen sehr isoliert.

Michael Gehler: *Kann die AfD daher auch ein integrationspolitischer Katalysator sein?*

Wolfgang Wessels: Die These müsste man genau prüfen und beobachten, wie die nationalen Wahlen verlaufen. Im Jahre 2014 hat das im Europäischen Parlament für die Mehrheitsbildung kaum eine Rolle gespielt. Auf nationaler Ebene hatten die Stimmen für die AfD enorme Auswirkungen, so dass sich die anderen Parteien vornehmen mussten, mehr auf die Sorgen der Wähler einzugehen.

Michael Gehler: *Wie beurteilen sie das letzte Jahrzehnt der Krisen von 2008 bis 2018 der EU und die Chancen ihrer Überwindung?*

Wolfgang Wessels: Gut, dass Sie nach dem letzten Krisenjahrzehnt fragen, denn davon hatten wir mehrere. Für mich war und ist die größte europapolitische Krise die deutsche Einigung. Das war ein Riesenproblem für die europäischen Partner, das relativ schnell gelöst werden musste. Die beiden großen Supermächte mussten der deutschen Einigung zustimmten.

Michael Gehler: *Wenn wir die Krisen im historischen Ablauf vergleichen, so hatten wir wiederholt Krisen, und Monnet hat dazu gesagt, dass sie die „großen Einiger“ seien und daher benötigt würden. Bei der Beurteilung der deutschen Einigung als Krise bin ich ganz bei Ihnen. Das war die schwerste Krise, die man jedoch relativ rasch mit Maastricht geklärt hat. Aber durch diese seit 2008 sich abzeichnende Verdichtung von Krisen verschiedenster Arten zur gleichen Zeit: Banken- und Finanzmarktkrise, Staatsverschuldungskrise, Ukraine-Krise, Brexit, etc. kommen im Vergleich zur Entwicklung von den 1950er bis zu den 1990er Jahren doch mehr Bedenken und Sorgen auf. Bei dieser Vervielfältigung von wechselseitigen Abhängigkeiten mehrerer Krisen fragt sich: Ist das nicht eine neue Dimension im Vergleich zu einem halben Jahr Blockade des EWG-Ministerrats durch die Politik des leeren Stuhls im Jahr 1965? De Gaulle hatte mit sechs Mitgliedstaaten zu tun, heute haben wir 28 minus eins. Allein der Umstand, dass wir so viele Mitglieder haben, mal ausgenommen Mittelosteuropa und den dortigen Ballast geschichtlicher Hypotheken, der Schwierigkeiten ohne Ende mit sich brachte. Da besteht eine Wertekrise, von der wir gar nicht reden. Ist das nicht eine neue Dimension, so dass die Ökonomie der Krisenbewältigung nicht mehr vorhanden sein kann?*

Wolfgang Wessels: Man muss das historisch betrachten. Mein subjektives Empfinden dazu: Ich habe die Entwicklung seit Anfang der 1970er Jahre mitverfolgt. Jedes Jahr hatten wir mehrere Krisen gleichzeitig. 1973 kamen die Briten in die EG, dann folgte die Erdölkrise, dann kamen die Probleme des Ost-West-Konflikts wieder verstärkt zum Tragen, gefolgt vom Nahost-Krieg usw. Da kann man auch sagen, dass es schon in den siebziger Jahren mehrere Krisen gleichzeitig gab. Man muss eine differenzierte Krisentypologie entwickeln und ihre verschiedenen Erscheinungen betrachten.

Ich habe noch einen anderen Punkt. Ich weiß aber nicht, welche Auswirkungen dieser hat. Es gab immer Konflikte und Fragen, wie man auch immer diese Krisen angeht und wie es mit der EU weitergeht. Nur hatte man bis jetzt nicht diese starken populistischen Ausschläge. Die Frage ist dieselbe wie von vorhin: Wird die Krise verhindert, wenn man sie gemeinsam angehen kann, oder ist sie nicht noch ein zusätzlicher Push für mehr Integration? Dafür sind wir wahrscheinlich zu früh dran, um das schon zu sehen. Populismus ist ja nur eine Ausprägung einer Krisenerscheinung. Eine grundsätzliche Veränderung ist allerdings, dass wir nicht mehr das klassische Parteiensystem haben, das wir ein Jahrhundert lang hatten. Diese Auflösung vollzieht sich in allen Mitgliedstaaten und auch außerhalb der EU. Das ist zurückzuführen auf gesellschaftliche Veränderungen und veränderte Sozialstrukturen.

Michael Gehler: *Sollte die Frage der Finalität zu EU beantwortet werden? Aus ihren bisherigen Äußerungen hat sich ja schon darauf ein impliziter Hinweis ergeben. Was bisher erreicht werden konnte, sollte verteidigt und Verständnis dafür aufgebracht werden, aus den jeweiligen Konstellationen erwachsende Kompromissfähigkeiten zu entwickeln und fallweise völkerrechtliche Vertragsänderungen abzuleiten. Das heißt im Grunde, diese Frage offenzulassen, Monnet weiterhin recht zu geben und zu folgen oder im positiven Sinne auch die Gegenfrage zu stellen, warum die EU überhaupt entstanden ist, was sie sein soll und was sie vielleicht in Zukunft werden könnte. Wie sieht Wolfgang Wessels das,*

der Jahrzehnte lang Europaforschung betrieben hat und Europawissenschaftler ist? Wie sieht er die zukünftigen Perspektiven der Europäischen Union?

Wolfgang Wessels: Natürlich muss man erklären, woher wir kommen und warum wir bis hierhin gekommen sind. Das ist ganz wichtig. Also, die Gründe erläutern und nicht nur negative Kritik äußern, sondern auch die positive Kritik vorbringen. Nochmals: Um diese rechtsstaatliche, demokratische und konsensorientierte Grundform sehr deutlich zu machen und damit auch aufzuzeigen, was man damit verlieren könnte. Es geht im Grunde um die Kosten von „Nicht-Europa". Was die Zukunft betrifft, bin ich Anhänger von Karl Popper, der von einem „Stückwerk" spricht. Wir können auch nicht überblicken, was aus dieser Währungsunion wirklich wird. Daher gilt es, weiter zu machen. Ich bin nicht für Stillstand. Ich bin dafür, mit den Gegebenheiten, die wir haben, zu versuchen, das eine oder andere auszuprobieren. Als Beispiele dienen die Bankenunion oder die Verstärkung von FRONTEX oder auch die Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments in dieser und jener Form. Ob dies immer mit notwendigen Vertragsänderungen Hand in Hand gehen muss oder nicht, können wir dabei offenlassen. Zum Beispiel die Idee der Spitzenkandidaten im Lichte der Europawahlen war keine schlechte Sache, obwohl diese auf keinen Vertragsänderungen beruhte, sondern nur das vorhandene Vertragsregelwerk auszunutzen versuchte. Ich will nicht sagen, mit allem, was wir jetzt haben, sollten wir zufrieden sein, sondern schon überlegen, was wir verbessern können. Wir sollten uns jedenfalls nicht in die Diskussion der ultimativen Frage begeben, wenn nicht dieses oder jenes passiert, dann sollten wir lieber alles fallen lassen.

Michael Gehler: *Den Satz, „Scheitert der Euro, scheitert die EU" würden sie nicht unterschreiben?*

Wolfgang Wessels: Nein, diesen Satz würde ich nicht unterschreiben. Wir müssen aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten – ganz einfach gesagt. Wir werden neue Fragen stellen müssen, zum Beispiel zur digitalen Ökonomie. Viele Herausforderungen, die noch auf uns zukommen werden, wird man nicht auf nationaler Ebene lösen können. Dafür ist die Europäische Union der geeignetere Rahmen. Wahrscheinlich wird man diese Herausforderungen in der Zukunft als differenzierte Integrationspolitik weiterführen. Da bin ich optimistischer als meine Kollegen, die das Ende sehen „Gloom and Doom". Das alles sagt nichts aus über das, was in fünf Jahren geschehen wird.

Michael Gehler: *Lieber Kollege Herr Wessel, haben Sie vielen Dank für das Gespräch!*

Richard Kühnel

Die Europäische Kommission – Aufgaben, Zusammensetzung und Ziele 2014–2019

Zum Referenten:

Richard Nikolaus Kühnel studierte Rechtswissenschaft an der Universität Graz mit den Schwerpunkten europäisches und internationales Recht und verbrachte Studien- und Forschungssemester an Universitäten in Lyon, Florenz und Princeton. Er begann seine berufliche Laufbahn 1994 im Auswärtigen Dienst der Republik Österreich, war dort zunächst im Büro des Ministersprechers eingesetzt, beschäftigte sich anschließend mit der Situation im früheren Jugoslawien – unter anderem als Attaché an der Botschaft in Kroatien – und arbeitete im Völkerrechtsbüro. Zwischen 1997 und 2000 war er als Erster Sekretär für Wirtschafts- und Finanzfragen der Österreichischen Botschaft in Tokio zugeteilt. Zwischen 2000 und 2003 war Herr Kühnel als Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York tätig. Er ist Gründungsmitglied im Aufsichtsrat der österreichischen Entwicklungsagentur ADA. Im Jahr 2004 begann Richard Kühnel im Kabinett der damaligen EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, seine Laufbahn in der Europäischen Kommission. Er war unter anderem für multilaterale Beziehungen und die G8, Menschenrechte und Demokratie sowie für inter-institutionelle Beziehungen verantwortlich. Seit 2008 war er Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich und von 2014 bis 2019 hatte er die Leitung der Vertretung der Europäischen

Kommission in Deutschland inne, um dann als Direktor der GD Kommunikation nach Brüssel zu wechseln.[1]

Zum Vortrag (Es gilt das gesprochene Wort!):

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Professor Gehler!

Kurz nach meinem Dienstantritt in Berlin habe ich ein Schreiben von Ihnen bekommen. Das hat mich sehr gefreut, weil mir Ihr Name schon lange ein Begriff war. Sie haben auch freundlicherweise ein Buch beigelegt, „Europa. Von der Utopie zur Realität",[2] das ist auch ein ganz guter Übertitel für meine Debatte heute mit Ihnen. Die Europäische Kommission hat sich zu einer sehr manifesten Realität entwickelt, die vieles beeinflusst, was wir im tagtäglichen Leben verspüren.

Am Anfang war es eine Utopie. Sie kennen sicher alle den Spruch von Adenauer: „Europa war anfangs ein Traum weniger, wurde zur Hoffnung vieler und ist eine Notwendigkeit für alle." Die europäische Integration war vor dem Zweiten Weltkrieg ein ferner Traum. Richard Coudenhove-Kalergi[3] war einer dieser Vordenker und Vorträumer. Danach wurde sie relativ rasch zu einer ernsten Realität und wenn Sie sich vorstellen, dass es nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gedauert hat, mehr oder weniger eine Legislaturperiode, dass die Franzosen diesen Schritt gemacht haben, damals mit der Schuman-Rede[4] und der Pariser Erklärung, über den Schatten der Vergangenheit hinweg die Hand auszustrecken und ein neues Europa aufzubauen. Und inmitten dieses neuen Europas stand eine Institution, die damals noch „Die Hohe Behörde" hieß.

Mit dieser Hohen Behörde wurde ein neues Zeitalter eingeleitet. Ein Zeitalter der Supranationalität, das die Ordnung, die eigentlich seit dem Westfälischen Frieden bestanden hat, nicht zu überwinden, aber zu bereichern und zu ergänzen gedachte, durch eine supranationale Institution, die ihre Daseinsberechtigung und ihren Auftrag eben nicht aus einem nationalen Interesse ableitet, sondern darüber hinaus wirken soll. Kurz nach Einrichtung dieser Hohen Behörde oder der ersten Ideen, die dort formuliert wurden, gab es allerdings auch gleich Angst vor der eigenen Courage unter den damals sechs Gründermitgliedern, die sich dann gesagt haben: „Jetzt wirklich die Politik komplett übertragen an so eine Zentralstelle in Luxemburg, [damals noch], ist vielleicht nicht so recht. Da verlieren wir dann vollkommen die Kontrolle." Es wurde mit dem Rat, hier als Entscheidungsgremium, ein Organ der Mitgliedstaaten, der Hohen Behörde beiseitegestellt, der

1 Siehe den Lebenslauf https://web.archive.org/web/20190603194527/https://ec.europa.eu/germany/node/3141_de.

2 Michael Gehler, Europa. Von der Utopie zur Realität, Innsbruck/Wien 2014.

3 Richard Coudenhove-Kalergi (*1894, † 1972) war Begründer der Paneuropa-Union 1922. Sie trat nach dem Ersten Weltkrieg für ein geeintes Europa ein, sowohl wirtschaftlich als auch politisch.

4 Der ehemalige französische Außenminister, Robert Schuman, schlug am 9. Mai 1950 in einer Rede die Begründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) vor. Die EGKS gilt als die erste supranationale Institution auf dem Weg zur EU.

für die Entscheidungen verantwortlich ist. Im Grunde genommen haben wir dieses System bis heute erhalten und vielfach verfeinert.

Wir haben im Vorgespräch mit dem Professor auch drüber diskutiert, ob die Europäische Kommission ein Entscheidungsgremium ist? Und ich habe gesagt: Nein. Ein Entscheidungsgremium *stricto sensu* sind wir nicht. Die Europäische Kommission macht informelle Vorschläge, da diskutieren wir mit vielen Interessenten. Wir machen öffentliche Konsultationsprozesse, um Meinungen einzuholen. Wir haben wissenschaftliche Berater, aber dann legen wir Optionen vor: 1. dem Europäischen Parlament, als direkt gewähltes Organ und 2. eben dem Rat, jenem Organ, in dem die Mitgliedsstaaten durch Minister vertreten sind und dort entscheiden. Wir entscheiden nicht, wir bereiten vor. Und daran hat sich im Wesentlichen nichts geändert. Aber wichtig ist eben, dass zu Beginn dieses Prozesses bereits eine Institution stand, mit der dieser Sprung über den Schatten der nationalen Souveränität gemacht wurde. Im Laufe der Jahrzehnte hat sich einiges getan, es wurden mehrere Kompetenzen – anfangs war es ja eine Gemeinschaft für Kohle und Stahl – auf die europäische Ebene übertragen. Kompetenzen sowohl im Sinn von Rechtsgrundlagen, die geschaffen worden sind für Europa, aber auch Kompetenzen im ganz faktischen Sinne: Fachkompetenzen.

Wir haben heute einen Beamtenapparat, der eben auch über die Jahre und Jahrzehnte, die Fachkompetenz aufgebaut hat, diese rechtlichen Kompetenzen auch mit Leben zu erfüllen und umzusetzen. Mittlerweile heißt es nicht mehr Hohe Behörde, sondern Europäische Kommission. Aber es ist interessant, da muss man vielleicht immer mal wieder darauf hinweisen, im Vergleich zu einem Nationalstaat, funktioniert das europäische System etwas anders. Wir haben ein Standbein in allen drei Elementen, die einen Rechtsstaat normalerweise auszeichnen. Es gibt eine Exekutive, Legislative, eine Judikatur. Wir sind als Kommission in allen dreien mit dabei.

In der Exekutive insofern, als wir die Verwaltungsbehörde der Europäischen Union sind. Wir verwalten das europäische Budget, das sicherlich groß ist. Wenn man sich die Zeitungsmeldungen ansieht, wenn etwas beschlossen wird, stehen da enorme Summen. Wenn man es aber herunterbricht und vergleicht, ist das eigentlich gar nicht so viel. Es handelt sich nämlich um ein Budget für Programme für 500 Millionen Bürger. Die Europäische Union hat ja heute 507 Millionen Bürger. Und wir haben ein Budget, das entspricht einem Prozent des Bruttonationalprodukts dieses gemeinsamen Europas. Das klingt dann zwar nach einer großen Zahl, aber wenn wir das dann vergleichen mit den nationalen Haushalten, die unsere Mitgliedsstaaten haben, so sind das im Durchschnitt 44% davon. Der Deutsche Haushalt liegt sogar etwas über 44 %, fast bei 50 % der Wirtschaftsleistung. Das europäische Budget entspricht einem Prozent! Wir, die Kommission, sind dafür verantwortlich, daher haben wir eine Exekutivrolle und Verantwortung.

Wir gehören aber auch zur Legislative in Europa. Ich habe vorhin gesagt, dass wir selber nicht entscheiden, aber dass wir die Vorschläge machen. Das, was in Europa entschieden wird, basiert in aller Regel auf einem Vorschlag, der von der Europäischen Kommission kommt.

Es entscheiden das Europäische Parlament und der Rat, aber wir setzen die Initiative und begleiten diesen Prozess bis zu seinem Ende. Und wenn wir das Gefühl haben, es geht nichts weiter, dann haben wir auch die Möglichkeit, das Ganze wieder vom Tisch zu räumen. Das haben wir jetzt etwa vor kurzem gemacht. Sie wissen, es gibt immer

wieder die Kritik, Europa reguliert zu viel. „Zuviel Bürokratie – Ihr macht da zu viel.“ Jetzt haben wir gesagt: Ok, machen wir weniger. Schauen wir uns an, was alles in Vorbereitung ist. Was wird alles an Legislativ-Ideen diskutiert? Wo geht es nicht weiter? Wo ist kein echter Bedarf? Da kam sofort der empörte Aufschrei von einigen: „Warum nehmt ihr gerade dieses Thema vom Tisch?“ Wir sind bereit darüber zu diskutieren, aber wenn es keinen Willen gibt, zu Beschlüssen zu kommen, dann werden wir die Dinge eben nicht weiterverfolgen.

Wir sind insofern an der Judikative beteiligt, als wir darauf achten müssen, dass in Europa das, was beschlossen wird, gemeinsam von den europäischen Mitgliedsländern und dem Europäischen Parlament auch in die Tat umgesetzt wird. Viele machen es sich nämlich leicht, fahren nach Brüssel, heben dort die Hand und beschließen eine Richtlinie oder eine Verordnung. Dann aber, wenn sie nach Hause kommen und dafür verantwortlich sind, das umzusetzen, was sie gerade in Brüssel mitbeschlossen haben, da geht dann oft nichts weiter und es wird nicht so umgesetzt, wie es eigentlich beschlossen war. Und da ist es unsere Rolle zu sagen: „Bitte liebe Mitgliedsländer, setzt das um, es ist ja Euer Beschluss, nicht unserer. Ihr habt es ja entschieden, macht es, und wenn nicht, dann gehen wir vor den Europäischen Gerichtshof.“

Daher ist es eine judikative Rolle, die wir einnehmen. Das passt also nicht ganz in das Schema nationaler Organisationen. Es ist auch wichtig für Sie, zu sehen, dass es nicht diese nationale Ebene gibt, sondern dass wir in einer Union aus souveränen Mitgliedsländern leben. Wir sind nicht die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein großer Staat, der sich zusammensetzt aus einzelnen Bundesstaaten, die aber die bestimmende Rolle nach Washington an den Kongress übertragen haben. Das waren damals Alexander Hamilton[5], George Washington sowie die anderen Gründerväter Amerikas und das ist eine ganz andere Konstruktion, als jene, die wir in Europa haben. Der Wahlspruch und der Leitspruch der Amerikaner, den man auf den Dollarnoten nachlesen kann, lautet lateinisch: *E pluribus unum*. Aus vielem Verschiedenen wurde eins! Das ist nicht unser europäischer Leitspruch. Unser Leitspruch ist: „In Vielfalt geeint.“ Und diese Vielfalt ist uns in Europa wichtig. Wir erhalten die Mitgliedsstaaten in ihrer Tradition und in ihrer politischen Eigenständigkeit, aber wir vereinen auch. Wir führen zusammen und wir bündeln hier die Interessen und die Werte Europas. Daher ist es auch für Sie wichtig, zu wissen, dass die europäische Ebene kein Fremdkörper ist, es ist einfach eine weitere Entscheidungsebene, die wir in Europa haben. Diese gehört zu unserem Gesellschaftsortungssystem dazu. Es gibt die Kommunale Ebene: Der Bürgermeister entscheidet über Fragen der Bauordnung und ähnliches. Es gibt die regionale Ebene, den Landtag und die Landesregierung, die entscheidet über die Frage, wo ein Naturschutzgebiet eingerichtet wird. Wir haben die Bundesregierung auf Bundesebene in Berlin, da wird über deutsche Außenpolitik oder Sozialpolitik entschieden. Dann gibt es eben darüber noch eine europäische Ebene, die über Dinge entscheiden soll, die man sinnvollerweise im gesamteuropäischen Rahmen lösen soll, weil unsere Mitgliedsstaaten selbst dazu nicht ausreichend in der Lage sind. Ich komme dann später darauf zurück, was solche Bereiche sein können. Es sind unterschiedliche Ebenen, da ersetzt nicht die eine

5 Alexander Hamilton (*1755/1757; †1804) war amerikanischer Staatsmann und einer der Begründer der Vereinigten Staaten.

die andere oder nimmt etwas weg. Sie ergänzen sich. Wenn wir auf europäischer Ebene entscheiden, haben wir zwei Grundsätze zu beachten: Subsidiarität und Proportionalität.

Subsidiarität heißt, wir entscheiden nur dann sinnvollerweise auf der europäischen Ebene, wenn es auf der europäischen Ebene besser zu entscheiden ist als auf der nationalen. Ansonsten überlassen wir das gerne, auch mit der zugehörigen Verantwortung, unseren Mitgliedstaaten.

Proportionalität heißt, es muss eben im Verhältnis zu dem stehen, was wir erreichen wollen. Der neue Kommissionspräsident hat das so genannt: „We want to be big on big things and modest on the smaller things", „Wir wollen bei den großen Fragen, die uns bewegen, auch groß agieren und wir wollen bei den kleineren Fragen des Alltages auch entsprechend bescheiden auftreten." Das heißt in anderen Worten: Wir ersetzen nicht das, was bisher an Strukturen da war, wir bereichern bestehende Strukturen in Europa. Das ist meine Einleitung.

In einem zweiten Punkt möchte ich über die öffentliche Wahrnehmung der Europäischen Union sprechen. Wenn Sie das Wort EU hören, wird jeder von ihnen Assoziationen haben: EU, Europa, Europäische Union, Brüssel. Ich war lange im Ausland außerhalb Europas tätig. Wenn man dort EU sagt, sagen die Leute: „Was ihr da in Europa macht, würden wir eigentlich auch gerne machen." In Asien versucht man, sich eine asiatische Regionalstruktur aufzubauen, mit ASEAN. Die Afrikaner machen eine African Union. In Südamerika gibt es Ansätze wie Mercosur. Europa hat dort oft eine Vorbildfunktion. Wir sind in vielen Ländern angesehen als ein wirtschaftliches Gravitationszentrum. „Das was ihr habt, diese Lebensstandards, dort wollen wir hin. Ja wir sehen, ihr habt jetzt Probleme. Aber ihr habt Probleme auf einer Ebene, die wir erstmal erreichen wollen." Und das sagte nicht jemand in Afrika, das sagt mir jemand in Südkorea: „Dort wollen wir einmal hin." Wir haben in Europa ein Gesellschaftsmodell, ein europäisches Sozialmodell, auf das wir durchaus stolz sein können. Wir stehen heute für sieben Prozent der Weltbevölkerung. Vor 100 Jahren war ungefähr jeder Dritte Mensch ein Europäer. Heute sind es gerade noch sieben Prozent der Weltbevölkerung. Wir erwirtschaften mit diesen sieben Prozent insgesamt 25 % des weltweiten Wohlstands. Und in Europa werden über 50 % der Sozialausgaben dieser Welt ausgegeben. Das sehen einige problematisch. Ich sehe das positiv, weil das heißt: Wir haben ein soziales System in Europa geschaffen, wo in der Regel auf Menschen geschaut wird, die sozial schwächer dastehen. Das ist eine echte Stärke Europas und das wird außerhalb Europas gesehen. Und wir dürfen nicht vergessen: Für viele ist Europa ein Hoffnungsraum, ein Zufluchtsort. Es gibt Menschen, die Länder auf der Welt verlassen müssen, weil sie dort Krieg, Auseinandersetzung, Vertreibung, Unterdrückung, Verfolgung und Armut erleben. 800 Millionen Menschen hungern heute auf der Welt. Diese Menschen sehen Europa auch als einen Ort der Hoffnung und der Zuflucht. Daher erreichen auch so große Wellen von Flüchtlingen Europa.

So wird Europa jedenfalls außerhalb Europas gesehen und empfunden. Und wenn man jetzt zuhause fragt, wenn ich in Österreich frage, aber auch in Deutschland: „Was denken Sie von Europa?", kommt als Antwort: „Europa ist Bürokratie, da bestimmen welche über uns", „Es funktioniert nicht," oder: „da hilft man immer den Großkonzernen und den Reichen." Das sind viele jener Assoziationen, die wir hören, vor allem auch: „Ich habe doch eh nichts mitzureden, was geht mich das eigentlich an? Meine Stimme zählt nichts." Das sage ich jetzt nicht nur aus meiner Erfahrung und aus dem Bauchgefühl her-

aus, sondern auch informiert durch Meinungsumfragen, die wir regelmäßig machen. Denen zufolge sehen wir, dass etwa das Thema Bürokratie ein echtes Anliegen in fast allen Ländern Europas ist. In Deutschland sagen 79–80 % der Menschen: „Europa hat zu viel Bürokratie. Meine Stimme zählt nicht." Das kommt sehr oft in sehr vielen Ländern vor, auch in Österreich und Deutschland. Gleichzeitig ist das Vertrauen in die europäischen Institutionen nicht berauschend, es beginnt aber wieder zu steigen. Seit etwa einem Jahr beginnt es wieder zurückzukehren. Das hängt auch mit der wirtschaftlichen Lage in Europa zusammen und zeigt klar, dass diese nicht berauschend ist. „Wir haben Vertrauen zur Europäischen Kommission" sagen 37 % der Europäer. Das ist zugegebenermaßen nicht sehr viel. Vertrauen Sie ihrer nationalen Regierung? Das bejahen 20 % der Europäer. Das sieht in Deutschland besser aus, aber im europäischen Schnitt vertrauen viel weniger Leute ihrer eigenen Regierung als der Europäischen Kommission. Aber das sind immer noch sehr wenige oder eher wenige, die das sagen. Wenn man sich die Meinung über die Kommission in der Wissenschaft anschaut, dann fällt mir auch in Deutschland sehr stark auf, dass viele sagen: „Die Kommission ist ja irgendwie das Sekretariat des Rates, also der Büttel, der Erfüllungsgehilfe der Staats- und Regierungschefs. Die machen nur das, was ihnen die Staats- und Regierungschefs auftragen." Und jetzt ist der neue Trend infolge dieser Spitzenkandidatenwahl letztes Jahr zum Europäischen Parlament, dass wir uns zu einem Ausführungsorgan des Europäischen Parlaments entwickeln. Aus meiner Sicht stimmt beides nicht. Wir sind kein Büttel, wir sind kein Ausführungsorgan. Wir sind eine eigenständige, durchaus selbstbewusste Organisation, die sich zwar schon als Dienstleister versteht. Ich sage das auch immer wieder den Kollegen, den Botschaftern der Mitgliedsstaaten in Berlin, und das gilt aber auch auf der oberen Ebene in Brüssel. Junkers sagt beispielsweise immer zu den Mitgliedsstaaten: „Wir sind dazu da, um euch zu helfen. Wir wollen für euch Dienste leisten. Aber wir haben schon was dabei zu sagen, wie wir das machen." In diesem Sinn machen wir ja auch in unserer Wirtschaftspolitik Empfehlungen. Wir sagen nicht: „Deutschland muss seine Exporte senken", wie das zum Teil in den Medien zu lesen war. Warum sollten wir das sagen? Wir sagen: „Liebe Deutsche, es funktioniert bei Euch sehr gut, aber Ihr habt schon auch ein paar Themen. Unter anderem ist unser Gefühl, dass bei Euch die Investitionen in die Infrastruktur im eigenen Land zu gering ist und dadurch habt Ihr einen hohen Leistungsbilanzüberschuss. Ihr investiert zu wenig zuhause und habt durch die Exporte zu viel Geld im Verhältnis dazu, was von außen hereinkommt. Das ist ein Ungleichgewicht, das wir in Europa haben, das aus unserer Sicht auf Dauer nicht gesund ist." Das ist jetzt aber kein Auftrag, es ist eine Empfehlung, die wir aussprechen. Und so sehen wir auch unsere Rolle gegenüber unseren Mitgliedsstaaten.

Wie sehen wir uns als Europäische Kommission selbst? Wir sind nicht abstrakt, wir sind handelnde Menschen, die in der Europäischen Kommission arbeiten dürfen. Wir arbeiten dort, weil wir wirklich daran glauben. Jeder meiner Kollegen, die in der Europäischen Kommission arbeiten, sind aus Überzeugung dorthin gegangen. Sie sind nach Brüssel gegangen und haben ihren Lebensmittelpunkt aufgegeben. Ich komme aus einer sehr schönen Stadt im Süden Österreichs, Graz, wahrscheinlich eine der schönsten Städte, zumindest in Österreich, aber auch darüber hinaus. Ich bin weggegangen, ich wollte nach Brüssel gehen, weil ich eben für Europa und für die europäische Idee vor Ort arbeiten wollte. So wie ich meine Geschichte noch näher erklären kann, kann jeder einzelne

Mitarbeiter der Europäischen Kommission und der europäischen Institutionen Ihnen eine ähnliche Geschichte erzählen, warum er oder sie dort aus innerer Überzeugung arbeitet. Ja, wir verdienen gutes Geld, das stimmt. Aber ich sag Ihnen ehrlich, das ist bei keinem von uns der Hauptbeweggrund, weil gutes Geld könnte anderswo auch verdient werden. Ich bin zur Europäischen Kommission gegangen, weil ich meinen Beitrag leisten will und hier die europäische Idee vorantreiben möchte. Wir sehen uns als Hüter der Verträge. Wir passen darauf auf, dass das, was in Europa beschlossen wird, auch geschieht. Wir sind Prinzipienreiter. Wir versteifen uns auf unsere Prinzipien, wenn es etwa um Grundfreiheiten und Nicht-Diskriminierung geht. Da können wir relativ stur werden. Das macht uns nicht immer sympathisch.

Die Erhebung einer Maut könnte zum Beispiel diskriminierend sein. Wir müssen es uns daher noch anschauen, wir haben noch keine Entscheidung gefällt, aber wenn die Maut diskriminierend sein sollte, dann werden wir dagegen vorgehen. Das gleiche Thema hatten wir mit Österreich bei der Frage der Zulassung deutscher Studenten zu österreichischen Universitäten. Wenn wir das Gefühl haben, Österreich diskriminiert, gehen wir dagegen vor. Also wir haben ein paar Prinzipien, auf denen wir schon herumreiten. Wir sehen uns als einen Motor der Integration. In Europa geht vieles nur dann voran, wenn wir einen Anstoß liefern. Viele Regierungen sind dazu nicht willens, manchmal auch nicht in der Lage, und haben ganz gerne jemanden von außen, jemanden in Brüssel: Wir haben auch den Vorteil, dass wir relativ langfristig Politik vorausdenken können. Wir sind im Unterschied zur nationalen Politik nicht davon abhängig, alle vier Jahre gewählt zu werden. Bis zum Zeitpunkt, wo der Vorwahlkampf beginnt, hat man oft einen kurzen Zeitraum echter Politikgestaltung. Wir in Europa versuchen Politik vorauszudenken. Wir haben ein Siebenjahresbudget. Das ist wichtig für alle, die europäisches Geld bekommen, in der Landwirtschaft, in der Regionalförderung, da kann man planen. Wir haben eine Klimastrategie, nicht nur für 2020, sondern für 2030 formuliert. Wir haben eine Verkehrspolitik bis zum Jahr 2050 vorausgedacht. Das können wir auf europäischer Ebene.

Ein letzter Punkt ist, dass wir vor allem auch die globale Perspektive sehen. Dadurch dass wir für ganz Europa verantwortlich und zuständig sind, sehen wir Europa im globalen Kontext. Und für uns ist es daher wichtig zu verstehen, was in China passiert. Was passiert in Indien? Was passiert in Brasilien und was heißt das für Europa?

Das kann nicht jedes unserer Mitgliedsländer. Einige sind dafür vielleicht zu klein oder zu wenig exponiert. Deutschland ist groß genug, das zu berücksichtigen, aber wir müssen ja für alle 28 Mitgliedsländer hier auch die globale Perspektive einbringen.

Warum betreiben wir Themen in Europa? Wir betreiben sie dann, wenn wir ein gesamteuropäisches Interesse sehen. Und das gesamteuropäische Interesse vertreten nur wir als Kommission. Ich habe vorher den Rat erwähnt. Dort sind die nationalen Minister vertreten. Da bringt der deutsche Minister das deutsche Interesse ein, der Österreicher das österreichische Interesse. Die Summe dessen ist dann ein Durchschnittswert der nationalen Interessenlage in Europa. Das ist aber nicht unbedingt das gleiche wie das gesamteuropäische Interesse. Das gesamteuropäische Interesse ist unsere Aufgabe. Das zu versuchen einzubringen und das hochzuhalten, ist uns wichtig. Im europäischen Parlament geht es um fraktions- und parteipolitische Interessen, wie in jedem Parlament. Da gibt es die europäischen Sozialdemokraten, die Volksparteien, die Linken, die Grünen und so weiter. Und auch da kommt es zu einer Gesamtposition, aber auch die entspricht nicht

unbedingt dem gesamteuropäischen Interesse, sondern sie ist ein Kompromiss von parteipolitischen Interessen. Ich habe vorhin über den Dienst am Bürger gesprochen.

Wir machen etwas und versuchen in Europa etwas zu gestalten. Das ist sicherlich nicht immer so, dass es uns gelingt, und ich sage auch gleich dazu, ein kritischer Umgang mit unserer Politik ist auch wichtig und das wünsche ich mir auch in der Debatte von Ihnen. Wir sind über Kritik nicht erhaben. Man kann vieles von dem kritisieren, was wir machen. Ich habe zehn Jahre lang in der österreichischen Verwaltung gearbeitet, ich habe ein paar Jahre lang in der UNO-Verwaltung gearbeitet, die bemühen sich alle, aber die Perfektion ist auch dort noch nicht erreicht worden und so geht es uns auch auf der europäischen Ebene. Da werden auch Fehler gemacht. Aber was uns eigentlich antreibt, das können Sie mir jetzt glauben oder nicht, dass es unser Bestreben ist, im Interesse der Bürger Europas arbeiten zu wollen. Das ist der Antrieb, den wir haben. Manchmal schießen wir über das Ziel hinaus, aber das ist der Antrieb, den wir haben. Daher sagen wir: In gewissen Fragen müssen wir gesamteuropäische Politik durch EU-Institutionen machen.

Ein klares Beispiel ist die Energiepolitik. Wenn jedes Land für sich heute mit Russland verhandelt, ist es immer der Stärkere. Sogar Deutschland ist, wenn es Russland gegenübersitzt, der Schwächere, weil Deutschland Abnehmer der russischen Energie ist. Von einem Land wie Österreich oder Dänemark oder gar Luxemburg möchte ich hier gar nicht reden. Wenn wir aber als EU im Energiebereich den Russen gegenübersitzen würden, dann wären wir mindestens auf Augenhöhe. Weil die Abhängigkeit, die wir von russischen Energieprodukten haben, gering ist im Vergleich zur Abhängigkeit, die Russland vom gesamteuropäischen Absatzmarkt hat. Wir können Russland gegenüber ganz anders auftreten und daher im Interesse der Energiekonsumenten, also der Bürger, ganz anders verhandeln, als wenn Land für Land einzeln verhandelt und die Russen sind ja sehr große Schachmeister. Ein anderes Beispiel ist die Handelspolitik: Wir verhandeln gerade mit den Amerikanern. Kann eines unserer Mitgliedsländer auf Augenhöhe mit den Amerikanern verhandeln, wenn es darum geht, amerikanische Märkte zu öffnen, Ausschreibungen in Amerika für europäische Anbieter zu gewinnen? Die Amerikaner würden sagen: „No way!“, „Unmöglich!“. Als Europa können wir das. Warum? Weil wir sogar noch größer sind als der amerikanische Markt. Unser Markt ist der Größte und die Amerikaner haben auch Interesse, einen besseren Zugang zu uns zu bekommen. Daher sind sie hoffentlich dazu bereit, uns besseren Zugang zu ihrem Markt zu eröffnen. Und übrigens, um das vielleicht auch etwas vorwegzunehmen für die Diskussion nachher, das machen wir nicht im Interesse der Großkonzerne: Siemens, Daimler, BMW sind längst da. Vor zwei bis drei Tagen habe ich einen Vortrag vom Siemenschef gehört. Der hat gesagt, Siemens habe in Amerika bereits 30 Niederlassungen, mit ungefähr 10.000 Mitarbeitern. Siemens braucht kein TTIP-Abkommen, um in Amerika tätig zu werden, und Exxon Mobile braucht auch keines. Das machen wir im Interesse der kleinen und mittleren Unternehmen, die so eine Chance in den USA bekommen, weil die Bedingungen um in Amerika tätig zu werden, günstiger werden, auch um Güter am amerikanischen Markt abzusetzen.

Bevor wir jetzt zur Diskussion kommen, möchte ich noch etwas zum neuen Kommissionspräsidenten Juncker sagen. Vieles von dem, was ich bis jetzt gesagt habe, will Juncker jetzt anpacken. Wir wollen eine Kommission sein, die auch das Vertrauen in der Bevölkerung in das europäische Projekt wiedergewinnt. Es soll ein Neubeginn sein. Als Spitzenkandidat hat er auch eine demokratische Legitimation, die eine andere ist als die

seiner Vorgänger, die ja nicht direkt über eine Europaparlamentswahl bestimmt worden sind, sondern durch die Staats- und Regierungschefs. Er hat neue Strukturen geschaffen, eine politische Restrukturierung mit einem erstem Vizepräsidenten Frans Timmermanns[6], der ihn unterstützt. Es wird dabei aber auch sichergestellt, dass wir als Kommission politischer denken und agieren. Er hat ganz klare Prioritäten gesetzt. Er hat gesagt: „Mich interessiert nicht das ‚klein-klein', mich interessiert nicht die Glühbirnenverordnung. Mich interessieren die großen Themen." Daher gibt es zehn Prioritäten. Die Schwierigkeit für die Kollegen in Brüssel ist jetzt, dass wir nichts machen können, was nicht in diese zehn Prioritäten hineinpasst. Und er hat gesagt: „Ich gehe sofort, mit erstem Tag meiner Arbeit, das Projekt Europa an!" Das Erste, was er eingerichtet hat, ist ein europäischer Investitionsfonds, mit einem Volumen, wie wir es uns erhoffen, von über 300 Milliarden Euro. Warum? Eine der Schwächen, die wir momentan in Europa haben, ist, dass zu wenig in die europäische Wirtschaft investiert wird. Daher haben wir in vielen Teilen Europas so eine hohe Arbeitslosigkeit. Um dem zu begegnen, müssen wir schauen, dass wieder mehr in Europa investiert wird, dass neue Unternehmen gegründet werden und dass Unternehmen expandieren können und so auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir sind sehr stark das Thema „Migration" angegangen, haben sicherlich kontroverse Vorschläge gemacht, aber wir brauchen in Europa einen solidarischen Zugang zum Thema Migration. Wir können nicht sagen, dass das nur ein Thema für die ärmeren Länder ist, die unten an vorderster Front sind, die Italiener und die Griechen und die Malteser. Die müssen also schauen, wie sie damit fertig werden. Flüchtlingspolitik ist ein gesamteuropäisches Thema, daher haben wir Vorschläge gemacht, wie hier solidarisch in Europa damit umgegangen werden kann. Es gehört zum Bereich die Energieunion. Ich habe vorhin über Russland gesprochen und Vorschläge gemacht, wie wir als Europa gemeinsam auftreten können. Wir wollen auch im Bereich der Digitalisierung Europa auf Vordermann bringen, weil wir ganz einfach sehen, wo die Amerikaner sind, wo die Südkoreaner, die Japaner sind und wo die Chinesen mittlerweile hinkommen. Wenn wir nicht aufwachen und auch in Europa in der Lage sein sollten, unsere Produkte intelligent zu machen, so dass exemplarisch dieser Beamer kommunizieren kann mit meinem Handy und dem Computer, aber auch mit dem Auto, das draußen steht. Wenn diese Dinge nicht miteinander kommunizieren können und wir es nicht schaffen, dass wir das in Europa machen, dann verlieren wir vollkommen die zukünftigen Märkte. In der Zukunft wird es eines Tages so sein, dass all diese Apparate, die hergestellt werden, miteinander kommunizieren werden. Entweder schaffen wir das in Europa oder die anderen machen es für uns. Wir sind gerade in Deutschland die Besten im Bereich des Maschinenbaus. Die besten Autos werden in Deutschland gebaut, aber die Frage ist, was in 10–15 Jahren das entscheidende Kriterium für den Autokauf sein wird. Werden intelligente Autos mich von A nach B bringen und kann ich mich dabei unterwegs informieren über mein künftiges Ziel und ähnliche Dinge? Wir müssen intelligente Produkte bauen und wenn wir das in Europa machen wollen,

6 Frans Timmermanns (*1961) ist ein niederländischer Politiker und gehört der SPE an. In den Niederlanden war er beispielsweise im Außenministerium tätig. Seit November 2014 bekleidet er das Amt des Vizepräsidenten in der Europäischen Kommission unter Juncker. Außerdem ist er innerhalb der Kommission u. a. zuständig für Interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtcharta.

dann brauchen wir hier auch eine Digitalisierung. Diese Aufgabe hat übrigens der aus Deutschland kommende Kommissar Günther Oettinger[7] in der Kommission inne.

Ich beende meinen Vortrag mit einem Zitat aus einem Buch eines Landsmanns von mir, Robert Menasse,[8] den ich kennengelernt habe, als totalen Europagegner. Wie ich nach Wien kam, war eine meiner ersten Einladungen zum Bruckner-Festival[9] in Linz und da war der Festredner Menasse. Er hat eine vernichtende Rede gehalten über diese Technokraten einer Kommission, die uns mit Glühbirnen-Verordnungen das Leben schwer macht. Und dann hat er sich entschlossen, ein Jahr seines Lebens Auszeit zu nehmen, nach Brüssel zu ziehen und sich das vor Ort anzuschauen. Er hat ein Jahr lang recherchiert innerhalb der europäischen Institutionen und dann folgendes geschrieben, zurückkommend auf die Umfragen unter Bürgern: „Mehr als 70 % der in Europa Befragten hatten eine sehr negative oder eine eher negative Meinung von europäischen Beamten. Als Begründung wurde angegeben: Schuld an Überregulierung, Abgehobenheit, Privilegien, größere Bürokratie usw." Er sagt dann, dass die Herausbildung der Brüsseler Bürokratie den Beamten nicht nur entrückt, also in die Ferne schweifen lässt, sondern es hat sich hier fundamental etwas geändert. „Der Brüsseler Beamte ist nicht nur ein anderer als der Beamte, den wir kennen, weil er nicht mehr im Dienste einer öffentlichen Institution eines Staates und in einem treuen Verhältnis zu einem Staat, sondern weil er im Dienst einer supranationalen Institution steht, deren Aufgabe es ist, die Sonderinteressen der einzelnen Staaten zurückzudrängen und schließlich die Nationalstaatlichkeit, aus denen die Beamten stammen, dadurch auch zu überwinden. Der Brüsseler Beamte arbeitet an einer Bündelung der gemeinsamen Interessen und der Vergemeinschaftung der Rahmenbedingungen für alle Mitgliedstaaten und die Bürger. Wir haben es also mit einer Bürokratie zu tun, die im Widerspruch zur klassischen Bürokratie steht. Sie ist im Prinzip die Antwort auf die klassische Bürokratie, die die blinde Administrierung nationaler Interessen eben überwinden soll. Er ist jemand, der jetzt aus meiner Sicht, etwas zu weit geht. Er geht sogar so weit, dass er sagt: „Am besten ist es, wenn die Brüsseler Institutionen, die Regierungsführung übernehmen und der Nationalstaat zurückgedrängt wird." Da sage ich ganz ehrlich, das geht auch mir zu weit. Ich will nicht, dass der Nationalstaat abgeschafft wird, aber der Nationalstaat mit den entsprechenden Institutionen muss eingebunden werden und sich als Teil des gesamteuropäischen Werkes verstehen.

7 Günther Oettinger (*1953) ist ein deutscher Politiker (CDU). Er war von 2005–2010 Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Von 2009 bis 2014 war er EU-Kommissar für Energiefragen, von 2014 bis 2016 EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft sowie seit 2017 ist er für Haushaltsfragen zuständig.

8 Robert Menasse (*1954) ist ein österreichischer Schriftsteller. Seit 2006 schreibt er in seinen Essays kritisch über die EU und die Globalisierung. Im Fokus stehen dort besonders vermeintliche Demokratiedefizite begründet durch die Intergouvernementalität der Nationalstaaten.

9 Das Brucknerfest ist ein Musikfest in Erinnerung an Anton Bruckner in Linz. Es wurde 1974 begründet und findet jährlich statt.

Diskussion nach dem Vortrag

Publikumsfrage: *Sie haben zurecht die 70 % erwähnt der 508 Millionen Europäer, die mit Brüssel nicht einverstanden sind. Ich habe zu denen nicht gehört und ich war der überzeugteste Europäer. Das hat sich geändert mit der Wahl ihres Chefs, mit Juncker, an die Spitze der Kommission, weil das, was Juncker in Sachen Steuer gemacht hat, am Bürger vorbeigeht. Eine Arroganz, die ich nicht mehr nachvollziehen kann, wie er drei Wochen nach der Wahl diese Steueraffäre – 0,8 % Steuern für die Großkonzerne in Luxemburg – abgetan hat nach dem Motto, das war nicht mein Ding, obwohl er 18 Jahre Regierungschef in Luxemburg war und sich plötzlich nicht mehr für die Steuerbehörde seines Landes zuständig fühlte. Das sind für mich Dinge, die dem Bürger keinen Mut machen, an Europa zu glauben. Ich würde sogar so weit gehen, dass sich Juncker gegenüber dem Rat damit erpressbar gemacht hat. Denn er hat ja letztlich damit die Nationalstaaten geschädigt. Man spricht über Größenordnungen von 50–80 Milliarden Euro. Was könnte man alles damit in der EU anstellen? Meine Frage deswegen an Sie: Wie beurteilen Sie die Situation von Juncker unter diesem Aspekt?*

Richard Kühnel: Zum Ersten: Grundsätzlich hoffe ich, dass Sie auch vielleicht ihr Europäertum nicht ganz verloren haben. Unabhängig von meiner Antwort auf die konkrete Frage sage ich Ihnen ganz ehrlich: Ich bin ein überzeugter Europäer und ein überzeugter Österreicher. Relativ unabhängig davon, wer jetzt gerade da oder dort Regierungschef ist. Ich bin nicht mit jedem österreichischem Bundeskanzler immer so richtig glücklich gewesen. Nicht jedes österreichische Gesetz findet meine volle Unterstützung. Es gibt Aspekte in der öffentlichen Debatte, die mich nicht glücklich machen. Ich würde aber nie auf die Idee kommen, deswegen in Frage zu stellen, dass ich glühender und überzeugter Österreicher bin. Und so geht es mir eigentlich auch mit Europa. Man muss nicht mit allem einverstanden sein, man muss nicht jedem Kommissar oder Kommissionspräsidenten, jede Politik, die wir machen, unterschreiben können, um grundsätzlich zu sagen, an sich ist das eine gute Sache. Das europäische Einigungswerk hat seine Vorteile und ich bin dafür und glaube daran, auch wenn ich im Einzelfall einmal jemanden nicht mag. Deswegen möchte ich bitten, ein wenig zu trennen zwischen der Frage „Ist man für das europäische Projekt“ und der Frage, „bin ich einverstanden mit handelnden Persönlichkeiten oder konkreten Politiken“.

Nun zu Herrn Juncker: Da muss ich Ihnen sagen, das, was hier zur Debatte steht, war vor seiner Zeit als Kommissionspräsident. Das war in seiner Zeit als Luxemburger Premierminister. Für mich ist Juncker jetzt relevant, unmittelbar wo er Kommissionspräsident ist. Da ist er für die Europäische Kommission und ihre Geschicke verantwortlich und mein unmittelbarer Vorgesetzter. Was davor war, war davor. Er sagt: „Das, was da passiert ist, ist rechtlich im Rahmen gewesen. Es gab kein internationales oder nationales Recht, dass dem entgegenstand.“ Aber er sagt auch: „Man hat hier in diesem Bereich ethisch-moralische Grenzen überschritten.“ Sie wissen, es gibt in Luxemburg diese *tax rulings*. Wir haben aber auch andere Länder, die einen Steuerwettbewerb mit zum Teil vielleicht dubiosen Mitteln geführt haben. Irland hat eine niedrige Körperschaftssteuer, die Slowakei hat dank Österreich ein Stiftungssystem, wo es sehr leicht wird, sein Vermögen nach Österreich zu transferieren. Also es gibt hier unterschiedliche Aspekte, die vielleicht nicht

ganz koscher sind, auch wenn sie rechtlich im Rahmen sind. Was Juncker gemacht hat, seit er Kommissionspräsident ist, ist ein Gesetz vorzuschlagen, eine Verordnung vorzuschlagen, wo in erster Folge einmal alle Länder verpflichtet werden, diese sogenannten *tax rulings*, also Steuererleichterungsentscheidungen, transparent zu machen. Das war bisher nicht der Fall. Durch Transparenz wird vieles unmöglich, was jetzt unter der Oberfläche passiert. In weiterer Folge wollen wir einen gesamteuropäischen Rahmen schaffen und für diese Fragen eine europäische Bestimmung finden, wie mit Besteuerung von Unternehmen umgegangen werden kann. Junckers Ansatz dabei ist, die Gewinne sollen dort besteuert werden, wo sie anfallen, und nicht dort, wo man sich irgendwo steuerlich niederlässt. Aber das Problem daran ist, im Steuerbereich brauchen wir Einstimmigkeit. Das heißt, alle 28 Länder müssen diesem Vorschlag zustimmen. Ich respektiere ihre Meinung. Was da vor der Zeit geschehen war, als Juncker bei uns war, kann ich jetzt nicht weiter kommentieren. Aber seit er hier ist, will er dieses Thema durchaus angehen.

Publikumsfrage: *Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Kommission selber gar keine Durchgriffsrechte oder Durchsetzungsmöglichkeiten auf die einzelnen Staaten hat, indem sie sagt: „Wir machen jetzt dies, das oder jenes", sondern das muss mit dem Rat, mit dem Parlament usw. abgestimmt werden? Sind Sie dann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nur ein ausführendes Organ?*

Richard Kühnel: Wir haben kein Durchgriffsrecht im Sinn einer europäischen Polizei. Also wenn wir einen Beschluss in Europa fassen und der wird in Ungarn nicht eingehalten, haben wir niemanden, den wir hineinschicken können um zu sagen: „Also liebe Ungarn, das müsst Ihr jetzt machen." Was wir machen können in einem solchen Fall, ist ein Vertragsverletzungsverfahren gegen ein Land einzuführen. Das geht dann vor den Europäischen Gerichtshof. Und der kann dann sagen: „Das widerspricht dem Recht!" Der EuGH hat Sanktionsmöglichkeiten. Der kann dann sagen: „Ungarn, Du hast hier europäisches Vertragsrecht verletzt, Du musst es korrigieren, ansonsten zahlst Du eine Strafe." Das haben wir als Kompromiss so nicht. Wir haben die Möglichkeit im Wirtschaftsbereich Sanktionen zu verhängen, wenn ein Land anhaltend gegen diese europäischen Bestimmungen verstößt, was das Defizit betrifft. Wenn es sie langanhaltend verletzt und keine ausgleichende Politik dagegen unternimmt, dann können wir in dem Bereich Sanktionen verhängen und eine Strafzahlung verordnen. Das ist jetzt die Debatte, die bei Frankreich stattgefunden hat. Wollen wir gegen Frankreich Sanktionen verhängen, weil es das Defizit seit einigen Jahren nicht einhält? Da haben wir Möglichkeiten. Da sind wir schon Teil des Entscheidungsprozesses, wir können auch Dinge beeinflussen, aber wir haben kein Durchgriffsrecht, wie eine nationale Regierung, wo wir einen Staatsanwalt oder eine Polizei hineinschicken können, um etwas durchzusetzen.

Publikumsfrage: *Also, Sie können keine Dinge in der Kommission bewegen, die direkt auf einen Einzelstaat durchgreifen, indem Sie per Dekret sagen: „Das wird ab morgen so und so gemacht", indem das, was Sie sagen, gesetzesgleich ist.*

Richard Kühnel: Nein, nein, das können wir schon. Es gibt die Verordnung. Eine Verordnung, die auf europäischer Ebene erlassen wird, die ist ab dem Zeitpunkt, ab dem sie

erlassen ist, rechtlich gültig. Das muss nicht mehr umgesetzt werden durch den nationalen Gesetzgeber. Wenn es dann fehlerhaft umgesetzt wird, haben wir aber keine Exekutive im Sinn von physischer Möglichkeit, einen Mitgliedsstaat dazu zu bringen. Wir müssen dann ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, zum EUGH gehen und erst der kann das machen. Das können wir nicht als Kommission, im Unterschied zu einer Regierung. Wenn Sie anhaltend zu schnell fahren und ihre Strafmandate nicht zahlen, kommt die Polizei und sperrt sie ein. Das können wir nicht.

Publikumsfrage: *Es ist sehr interessant, wie Sie die Entscheidungsphysik geschildert haben. Interessant wäre es zu wissen, wer denn die Gurken- und Bananenkrümmungsverordnung initiiert hat? Welches Land war das? Aber meine Frage geht eigentlich dahin, welches sind die Anliegen, die jetzt David Cameron[10] umtreiben, um in England Wohlwollen zu erhalten, um in der EU zu bleiben? Er spricht ja auch immer von überbordender Bürokratie und Nichtberücksichtigung der britischen Interessen. Können Sie da einige Stichpunkte dazu geben?*

Richard Kühnel: Die Gurken waren Deutschlands und die Bananen Frankreichs Wunsch, ganz vereinfacht gesagt. Genauer genommen sind die Gurken eine bayrische Geschichte. Gurkenkrümmungsregelungen hat es in allen Mitgliedsländern gegeben. Es waren vor allem die Bayern, die darauf gedrängt haben, dass wir sie in ganz Europa haben. Wir haben sie mittlerweile übrigens abgeschafft. Ich weiß nicht, wie Deutschland gestimmt hat. Österreich hat nicht für die Abschaffung gestimmt, obwohl man immer gegen die Gurkenkrümmung gewettert hat.

Zu Großbritannien: Was sind Camerons große Themen? Das hat er uns im Detail noch nicht gesagt. Die Briten sind ja in vielerlei Hinsicht sehr pragmatisch und sehr smart und was er jetzt macht, ist, er fragt herum und schaut einmal, wo sich die anderen vielleicht bewegen könnten, ohne im Detail zu sagen, was er selber will. Ich war bei dem Gespräch nicht dabei, aber so verstehe ich das. Er ist momentan dabei zu sehen, was er holen kann. Unsere offizielle Position als Kommission ist: Wir wollen mit Großbritannien einen fairen Deal, ein faires Ergebnis. Faktisch sind die Themen, die in Großbritannien eine große Rolle spielen werden: Migration, respektive Mobilität sowie Sozialleistungen für innereuropäische Zuwanderer in Großbritannien. Und dann noch die Frage bei einer Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, sprich in der Eurozone, wie das Verhältnis zu Großbritannien ist, wie die Auswirkungen auf Großbritannien sind. Wo kann sich Großbritannien herausnehmen aus einem gesamteuropäischen Entwicklungsprozess? Viel mehr kann ich leider im Moment nicht sagen, weil wir jetzt erst einmal dabei sind zu sondieren, was auf den Tisch gelegt wurde von den Briten. Nur vielleicht ein Wort noch: Die Briten haben schon unter Camerons Führung vor einigen Jahren begonnen, das Außenministerium zu beauftragen mit einer Analyse der gesamten Kompetenzen, die die EU heute so hat. „Wo wäre es eigentlich sinnvoll, diese Kompetenzen zurück auf die nationale Ebene zu transferieren?“ Das hat dann geheißen

10 David Cameron (*1966) ist ein britischer Politiker. Vom Jahr 2010–2016 war er Premierminister des Vereinigten Königreichs. Nach dem sogenannten „Brexit“ 2016, der zum Ausscheiden Großbritanniens aus der EU bedeutete, trat er zurück.

„repatriation of powers". Das Außenministerium ist zu dem Schluss gekommen, dass es eigentlich nirgends einzelne Bereiche gibt, die besagen, dass es sinnvoll wäre, noch mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen. Bei den Kompetenzen muss man sagen: Nicht überall, wo wir Kompetenzen haben, müssen wir diese auch voll ausnützen. Es ist auch eine Frage, was wir damit machen. Die Frage bei den Verhandlungen wird sein, wieviel von dem, was wir machen könnten, wir wirklich machen wollen und was vielleicht nicht.

Publikumsfrage: *Ist Cameron eigentlich aus Ihrer Sicht ein Europäer? „*Repatriation of power*" heißt doch auf Deutsch: Renationalisierung, die aber offensichtlich an Grenzen stößt, so dass man sich fragt, ob das überhaupt sinnvoll ist?*

Richard Kühnel: Ich kenne Cameron persönlich kaum. Ich habe ihn ein paar Mal bei Gipfeltreffen erlebt, jetzt auch in Elmau beim G7-Gipfel.[11] Er kommt aus der englischen Elite und ist Vertreter eines elitären Englands, das schon noch die große britische Vergangenheit in sich trägt und das auch noch Probleme damit hat, dass Großbritannien eben nurmehr im Namen wirklich groß ist und ansonsten seine globale Reichweite immer mehr limitiert wird. Und jetzt ist die Frage, wie man damit umgeht. Von den Aussagen her, die er gemacht hat, halte ich ihn für jemanden, der wirklich Großbritannien in der Europäischen Union halten will und der vieles von dem, was er gemacht hat, gemacht hat, weil er Druck aus seinen eigenen Reihen verspürt hat. Aber das ist eine Einschätzung, die ich mache, ohne ihn wirklich näher zu kennen.

Publikumsfrage: *Die Frage wäre jetzt in Bezug auf den Euro. Es wird immer wieder bemängelt, dass der Euro zu schnell eingeführt wurde und man nicht genug über eine Finanz- und Wirtschaftsunion nachgedacht hat. Hat man das und wenn ja, wie hat man in der Kommission darüber gedacht?*

Richard Kühnel: Die kurze Antwort ist: Es ist ein politisches Projekt und kein wirtschaftliches.

Die längere ist: Als die Wiedervereinigung geschah, gab es einige, die davon begeistert, und einige, die davon weniger begeistert waren. Darunter auch europäische Partnerländer. Ein gewisses politisches Junktim war dann: „Also wir akzeptieren die Wiedervereinigung und damit den Umstand, dass Deutschland so groß und stark und damit potentiell eines Tages auch dominant wird, wenn das Symbol für die deutsche Wirtschaftskraft, die D-Mark, europäisiert wird." Dann stellte sich die Frage: Wer wird beteiligt? De facto war die Mark eine Währung, die ohnehin vorher schon in anderen Ländern gegolten hat. Daher war jetzt die Einführung des Euro im Grunde genommen die Verrechtlichung von etwas, das vorher bereits ein Faktum war. Und dann kam die wahre Diskussion. Die D-Mark-Frage war nämlich relativ leicht gelöst, aber die eigentliche Frage war: Sollte Italien inkludiert werden? Griechenland war damals gar nicht wirklich ein Thema, weil Griechenland einfach klein ist. Das wahre Thema war Italien. Bei Griechenland war dann Folgendes: Wir haben als Kommission schon mehrmals die Zahlen analysiert, die uns

11 Der G7-Gipfel fand im Jahr 2015 auf Schloss Elmau in Bayern statt.

geliefert worden sind, und das ist auch nachlesbar. Wir haben dann immer wieder darauf hingewiesen: Die Zahlen aus Griechenland kommen uns „spanisch“ vor. Aber wir hatten nie die Möglichkeit, das zu überprüfen, weil wir verpflichtet waren, die Zahlen, die uns die Mitgliedsstaaten einsenden, für bare Münze zu nehmen. Wir hatten nicht das Recht zu hinterfragen. Eurostat bekam die Statistiken aus den Nationalstatistik-Behörden der Mitgliedsstaaten und wir hatten nicht das Recht, die Bücher zu überprüfen. So kam es zum Griechenland-Beitritt. Die Griechen haben uns jahrelang falsche Zahlen geliefert und wir durften nicht in ihre Bücher schauen. Wir haben aber als Kommission damals schon gesagt, dass uns das „spanisch“ vorkam.

Bei der Wirtschafts- und Währungsunion haben wir dann einen Prozess der Konvergenzüberwachung eingeführt, damit die Länder sich an gewisse Kriterien halten müssen und nicht jedes machen kann, was es will. Die ersten, die das getroffen hat, waren Berlin und Paris.

Kommen wir jetzt zu dem politischen Dilemma, dass wir als Kommission damals, aus heutiger Sicht, zu schwach waren, dass wir uns nicht gegen Berlin und Paris, gegen die zwei größten Mitglieder, durchgesetzt haben, das ist immer noch ein wenig der Sündenfall, der uns verfolgt. All das gesagt habend: Es wurde in der Vergangenheit ein Fehler gemacht. Wir haben jetzt relativ viel verbessert, um diesen Fehler zu beheben. Das befreit uns nicht von den tagesaktuellen Problemen mit Griechenland, aber für die Zukunft kann das, was in der Vergangenheit geschah, nicht mehr passieren.

Publikumsfrage: *Die Frage war ja: Was hat in der Kommission stattgefunden an Konzeptionellem, Vorstößen und Vorschlägen mit Blick auf die Bewältigung der sogenannten Eurokrise? Da gibt es doch eine ganze Menge, was da auf den Weg gebracht worden ist. Können Sie das kurz skizzieren, bewerten und gewichten?*

Richard Kühnel: Das ist ein langes Kapitel. Zunächst aber einmal: Eine Eurokrise im Sinn der Währungskrise haben wir gar nicht. Der Euro funktioniert in seinen Zentralfunktionen als Zahlungsmittel und als globale Reservewährung. Auch das *standing* gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen und so weiter ist zwar inzwischen niedriger, als es schon einmal war, aber ich kann mich noch dran erinnern, wie ich in Japan in der Botschaft war, da fiel ganz am Anfang der Euro sogar einmal unter einen Dollar und war irgendwann einmal bei 88 Cent. Wir sind jetzt in einem Bereich, der immer noch ok ist. Wie der Euro früher stand, haben gerade viele in der deutschen Exportwirtschaft geklagt: „Der ist uns viel zu hoch und viel zu stark, der schadet unseren Exporten.“ Also der Euro als Währung funktioniert, daher gibt es keine Eurokrise. Was wir hatten, war am Anfang eine Finanzmarktkrise, Stichwort: Lehman Brothers. Die ist herübergeschwappt und hat auch unsere Institute erwischt, weil unsere Geldinstitute in viele dieser Papiere, direkt oder indirekt, angelegt haben. Da haben wir als ersten Schritt immer gewarnt, „wehret dem Protektionismus“. Wir haben es damals mit der Einlagensicherung und der Abwehr des Protektionismus geschafft, dass wir eine gesamteuropäische Antwort gaben. Dann die Bankenrettungen, damals, die national erfolgt sind, die aber notwendig waren, aus systemischen Gründen, damit das Bankensystem nicht zusammenbricht, haben wir wettbewerbsrechtlich approbiert. Da waren große Gelder im Fließen. Jetzt im Rückblick kann man auch sagen: Vielleicht hätten wir das eine oder andere Institut fallen lassen sollen,

wie die Amerikaner es gemacht haben. Das ist aus heutiger Sicht leicht zu sagen. Was hätten dann die Anleger gemacht von den Instituten, die wir damals vielleicht hätten fallen lassen können? Einschließlich auch Banken in Deutschland. Also haben wir wettbewerbsrechtlich geprüft und da ist bei der Bankenrettung vieles durchgegangen. Dann haben wir ein gesamteuropäisches Konjunkturpaket geschnürt, um den Absturz der Wirtschaft einzudämmen. Wir haben es dann auch tatsächlich geschafft, dass kein freier Fall in der Wirtschaft eintrat, sondern dass wir die Kurve gekratzt haben. Das hat aber zur Überschuldung der öffentlichen Haushalte geführt und was wir dann geschafft haben, ist mit diesem *two pack*[12] und *six pack*[13] die Disziplin in den Haushaltspolitiken zu straffen, die Schrauben anzuziehen und die Mitgliedsstaaten stärker zu verpflichten, diesen Defizitzielen Genüge zu tun. Das hat gedauert, aber jetzt beim letzten Bericht, den wir gerade vorgestellt haben, sind wir eigentlich so weit, dass wir fast keine Länder mehr im Defizitverfahren haben. Es gab noch vor 3–4 Jahren eine Situation, da waren bis auf zwei Länder alle EU-Länder im Defizitverfahren, bis auf Luxemburg und Schweden. Alle anderen hatten ein übermäßiges Defizit. Von der Gesamtverschuldung will ich gar nicht reden. Heute sind wir in der Situation, dass nur drei Länder ein übermäßiges Defizit haben. Es wird jetzt bei der Griechenlanddebatte übersehen, dass wir in Wahrheit in vielen anderen Bereichen den Weg heraus aus dem Sumpf geschafft haben. Irland wird nun nicht mehr wie früher als der „keltische Tiger“, sondern als der „keltische Phoenix“ bezeichnet, der sich wirtschaftlich wieder erhoben hat. Wir haben in Portugal relativ gute Fortschritte gemacht. Spanien hat im Grunde das Schlimmste überwunden. Also in vielen Ländern haben sich die Dinge ins Positive gedreht. Griechenland ist aber Griechenland.

Publikumsfrage: *Sie stellten sich vor und sagen: Sie sind der Vertreter der Kommission in Berlin, das ist das Haus am Pariser Platz?*

Richard Kühnel: Jawohl.

Publikumsfrage: *Sind Sie dort jetzt der Frühstücksdirektor, der die Verbindungen hält zu den Ministerien nach Brüssel hin oder was vertreten Sie dort? Wir haben 28 Kommissare, in Deutschland kennt niemand einen richtigen Kommissar, außer den Juncker, der nächste Woche kommen wird, oder Oettinger. Manche kennen ja auch nicht einmal die Minister in Niedersachsen, aber es ist ja noch schwieriger, 28 Kommissare zu kennen. Da wurde doch auch eine Reform angedacht, oder?*

Richard Kühnel: Also Frühstücksdirektor funktioniert bei mir jetzt schlecht, weil ich die Verantwortung in der Familie habe, das Frühstück zuhause zu machen. Meine Frau schläft gerne länger, mein Junior steht sehr früh auf. Und in der Kombination bin ich derjenige, der das Frühstück zuhause macht. Deswegen bin ich schlecht bei Frühstücksterminen und komme immer später ins Büro, bleibe dafür länger. Also ich bin eher so

---

12 Twopack trat im Mai 2013 in Kraft. Es räumt der europäischen Kommission mehr Rechte ein, die nationalen Haushalte zu kontrollieren.

13 Das Sixpack wird seit Dezember 2011 angewendet. Es beinhaltet Maßnahmen zur wirtschaftlichen Überwachung und Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

ein Abendessensdirektor oder ein „Jausendirektor“ (zuständig für Zwischenmahlzeiten), wenn es so etwas gibt. Aber meine Rolle sehe ich eigentlich im Wesentlichen darin, eine Art Brücke oder Brückenfunktion zu haben. Ich versuche den deutschen Stellen, ob das die Regierung ist, die großen Verbände, die Medien, die Zivilgesellschaft oder die NGOs, die europäische Politik zu erklären im Sinne von: Woher kommen wir? Was ist die Motivation? Warum machen wir einen Vorschlag zur Solidarisierung im Migrationsbereich?

Aber auch umgekehrt, um den Kollegen in Brüssel zu erklären, wie finden die Deutschen das eigentlich? Wie ticken die Deutschen? Was halten die Deutschen von unserer Politik? Das ist auch für uns wichtig. Denn die Kollegen arbeiten jetzt nicht im Elfenbeinturm. Die sind in Brüssel und die EU ist groß. Die verstehen es auch nicht immer, warum die Deutschen bestimmte Sorgen haben. Sie kennen die offizielle deutsche Position, die in Brüssel im Rat vertreten wird vom Minister oder vom deutschen Botschafter. Aber die offizielle Position ist ja nur ein Ausschnitt. Was ich dann dazu erkläre, ist, wie ist die Haltung im Bundestag? Was denkt die Opposition? Was sagt der Deutsche Gewerkschaftsbund? Was sagt der DIHK (Deutsche Industrie und Handelskammertag) dazu? Um ein Gesamtbild zu ermöglichen. Das ist das Rollenverständnis.

Zu den Kommissaren: Kennen Sie alle ihre Minister in der Landesregierung, in der Bundesregierung? Es ist noch eine junge Kommission, ein Jahr im Amt. Aber in der Kommission haben wir, vier oder fünf ehemalige Premierminister. Jetzt kann man sagen, Sie kennen nicht den ehemaligen Premierminister von Lettland, das ist Ihr gutes Recht. Das ist aber vielleicht auch arrogant, dass die Deutschen sagen, die kleineren Länder interessieren uns nicht. Das sei ihnen aber zugestanden. Umgekehrt kennt jeder die deutsche Bundeskanzlerin. Aber wir haben neben Juncker noch drei oder vier ehemalige Regierungschefs, dazu Vizeregierungschefs, Finanzminister, Außenminister. Das ist eine Kommission voll besetzt mit politisch hochstehenden Persönlichkeiten, wie wir es in der Dichte noch nicht hatten. Es stimmt, in der öffentlichen Wahrnehmung konzentriert sich alles sehr auf Juncker. Er ist nicht nur ein gewiefter, „alter Fuchs“ in der Politik, er ist auch ein sehr guter Kommunikator. Oettinger ist nicht nur in Deutschland sehr bekannt. Anders ist es noch bei Mogherini, unserer Außenkommissarin. Sie war vorher relativ kurz italienische Außenministerin. Das, was Sie ansprechen, ist wichtig. Es ist wichtig, dass die Menschen auch das Gefühl bekommen, das sind nicht nur fremde Politiker, so wie der amerikanische, kolumbianische oder nigerianische Präsident. Es sind schon auch unsere Politiker. Daher wäre es gut, wenn sie bekannter würden.

Die Reduzierung der Zahl der Kommissare wollten wir, dies ist aber bislang immer an Irland gescheitert. Eines der Versprechen, welches wir den Iren machen mussten, für ihr zweites Referendum, war, dass jedes Land einen Kommissar behält. Das ist für viele kleine Länder wichtig, weil man sagt: „Wir hätten gerne einen dort drinsitzen, der mich bei meinen Interessen vertritt“. Allerdings ist es wichtig, zu verstehen, dass ein Kommissar ja nicht mehr die nationalen Interessen vertritt, sondern die europäischen. Aber er hat das Verständnis, was er von zu Hause mitbringt. Da war es einfach wichtig zu sagen: „Ok, wir bleiben dabei“ und der Lissabon-Vertrag hat rechtlich diese Möglichkeit eingeräumt, weil es einen Passus gegeben hat, nachdem wir die Kommission verkleinern müssten, außer der Europäische Rat beschließt einstimmig, anders. Und das hat er gemacht.

Publikumsfrage: *Ich habe eine Frage zur EZB. Die EZB ist ja im Prinzip unabhängig vom Einfluss der Kommission. Aber die Kommission muss sich ja ihre Gedanken machen, weil die Auswirkung, die die EZB verursacht, erheblich ist, und zwar nicht nur für die Nationalstaaten, sondern auch für Europa. Wie beurteilt die Kommission den Einkauf von Staatsanleihen durch die EZB?*

Richard Kühnel: Da, fürchte ich, muss ich mich jetzt auf eine institutionelle Position zurückziehen. Die EZB ist unabhängig und als Kommission respektieren wir das. Was ich dazu noch ergänzend sagen möchte, ist, dass die EZB-Politik der letzten Jahre Liquidität für die europäischen Märkte geschaffen und damit auch einen Beitrag dazu geleistet hat, dass es in Europa keine Liquiditätsprobleme mehr geben sollte. Und das sehen wir auch als einen Beitrag dazu, dass die Wirtschaft in Europa im Moment wieder etwas stärker wächst. Zusammen mit dem niedrigeren Euro und dem billigeren Ölpreis sind das sogenannte exogene Faktoren, die der Wirtschaft im Moment helfen. Aber ich kann und darf die EZB-Politik, ich bitte um Verständnis, nicht kommentieren.

Publikumsfrage: *Heute morgen ist der ehemalige Chef-Volkswirt der EZB interviewt worden im Deutschlandfunk und die Dame war sehr präzise, hat immer wieder nachgehakt und Otmar Issing[14] hat dann letztlich gesagt: „Wir hatten den Verdacht, dass falsche Zahlen von Griechenland nach Brüssel geliefert worden sind.“ Was mich jetzt irritiert: Brüssel hat diese falschen Zahlen der EZB zur Begutachtung vorgelegt und die EZB hat damals aufgrund der vorgelegten Zahlen ihr Gutachten abgegeben und das Ergebnis sehen wir heute. Was mich im Großen und Ganzen interessiert, sind die beiden alten Herren, die gesagt haben: „Wir müssen mal was für Europa tun, damit wir in die Geschichtsbücher kommen.“, die hatten kein Vertragswerk vorher, aber sind wir nicht mittlerweile in der EG-Politik, in der Europäischen Union soweit, dass wir sagen müssten: „Es ist Zeit für eine Konsolidierung?“ Ich habe immer das Gefühl, dass immer mehr Baustellen aufgemacht werden, als parallel Baustellen abgeschlossen werden können. Sie haben vorhin so schön ausgeführt, dass wir von anderen Kontinenten beglückwünscht werden, dass wir so was haben. Wäre es nicht wichtig, dass wir das mal auf solche gesicherten Beine stellen können, dass wir selbst ruhig schlafen können? Vorhin war ja die Rede davon, wie viele Leute gegen Europa sind. Wir haben doch einen solchen Rechtsruck bei den Wählern in Europa. Das sind doch alles im Grunde genommen Europagegner. Wollen wir unser Europa daran ausliefern und wollen wir uns das kaputtmachen lassen, weil man zu schnelle Schritte macht?*

Richard Kühnel: Generell zur Europaskepsis: Ja, die ist stark und ich habe auch diese Zahlenfolge gebracht. Ich kann Ihnen aber auch erzählen, dass sich über drei Viertel der Europäer auch als Europäer fühlen und sich mit Europa auch identifizieren und sagen: „Ich habe nicht nur eine österreichische, portugiesische oder deutsche Nationalität, sondern eben auch eine europäische.“ Es gibt extreme Erwartungshaltungen: „Ich hätte gerne, dass die europäische Ebene dies oder das löst.“ Also man kann es auch positiv drehen und es gibt auch viele positive Erwartungshaltungen, die sagen, dass Europa alles machen

14 Otmar Issing (*1936) ist ein deutscher Ökonom. Er war ehemaliges Vorstandsmitglied der EZB.

sollte. Europa wird jedenfalls noch einige Zeit eine Baustelle bleiben, weil es von Anfang an als eine Baustelle konzipiert worden ist. Das war die Grundidee, die Jean Monnet-Methode.[15] Wir haben nicht zu Beginn den großen Wurf gemacht. Da gab es zunächst einen Ansatz, die politische Union. Eine Verteidigungsunion, die in den 50er Jahren auch mitgedacht worden ist, ist gescheitert. Nicht zuletzt an der Französischen Nationalversammlung. Und dann war die Idee, wir machen das Schritt für Schritt, das war schon im Schumanplan konzipiert. Das gibt uns auch die Möglichkeit, uns an Entwicklungen anzupassen. Weil wir eben nicht ein Staat sind, haben wir in dem Sinne keine Verfasstheit, die für alle gilt, sondern es ist ein Entwicklungsprozess, der nach außen hin erweitert und nach innen hin vertieft wird, je nach Begebenheit, Entwicklung und Notwendigkeit und es gibt uns eine gewisse Flexibilität, die nicht immer ein Nachteil sein muss. Also es bleibt weiterhin ein Bauwerk. Wir haben ja versucht einen Verfassungsvertrag zu machen, der auch leider gescheitert ist, in den Gründerländern, Holland und Frankreich. Daher bleibt es weiterhin ein Vertragswerk, das sich weiterentwickeln wird, sowohl was die Erweiterung als auch was die Vertiefung betrifft. Was jetzt passieren wird, ist, dass wir innerhalb der Europäischen Union eine Diskussion haben. Wir werden bald einen Bericht der „Fünf Präsidenten" erhalten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Es gibt die britische Debatte. Wir haben die Situation mit Griechenland. Wir haben den Schengenraum bereits, wir haben jetzt schon unterschiedliche Geschwindigkeiten in einzelnen Bereichen. Das wird bis zu einem gewissen Grad sich eher verstärken. Für uns als Kommission ist aber wichtig, dass darüber immer eine gemeinsame Klammer bleibt und der gesamte Prozess für alle offenbleibt. Waren wir in einzelnen Fragen zu schnell?

Im Rückblick wahrscheinlich ja, aber das ist heute immer leicht gesagt. Etwas besserwisserisch im Rückblick: In der damaligen Zeit, wo wir die Bulgarien-Rumänien-Debatte hatten, war nicht so klar, dass die beiden Länder auf unsere Seite der Weltpolitik wechseln würden. Und wenn man sich jetzt die russische Einflusspolitik anschaut, war es auch ein Versuch, damals in der Erweiterung zu sagen: „Wir holen diese Länder jetzt rein", auch um sicherzustellen, dass alle diese Länder dauerhaft in unserem Werteverständnis ankommen und auch dort bleiben. Möglicherweise war es da oder dort zu schnell, das kann schon sein. Aber sobald du diesen Prozess eingeleitet hast – Bulgaren und Rumänen hatten auch ein Datum oder ein Zeitfenster bekommen – sobald du ein Datum hast, sobald du konkret wirst, kommst du aus dem Prozess politisch nicht mehr so leicht heraus. Das heißt, einige Dinge sind vielleicht schnell gemacht worden, aber du konntest sie da entweder schnell machen oder gar nicht. Es war eine politische Entscheidung, dies schnell zu machen. Das würde auch positiver betrachtet, wenn nicht mit dieser Wirtschaftskrise alles so in Unordnung gebracht worden wäre.

Publikumsfrage: *Sie hatten auf die Konvergenzkriterien hingewiesen und dass Deutschland und Frankreich diese als erste gebrochen haben. Damit waren die zwei großen*

15 Die Methode Monnet geht auf Jean Monnet (*1888; †1979) zurück, einem französischen Unternehmer und frühen Verfechter der europäischen Integrationsidee. Er gilt auch als der „Vater Europas". Die Methode vertritt ein neofunktionalistisches Integrationskonzept für die EG und EU. Sie bestand und besteht im Wunsch, die europäische Integration in kleinen Schritten zu beginnen hin zu einem Prozess, der immer umfassender werden sollte.

Staaten die ersten Sünder und sind aus meiner Sicht auch sehr wohlwollend von der Kommission behandelt worden. Denn es hat nie ein Defizitverfahren gegen Deutschland oder Frankreich gegeben. Begeht die Kommission nicht im Moment genau den gleichen Fehler, denn Frankreich wird jetzt sogar zum zweiten Mal die Frist verlängert, um zumindest ein Kriterium der Konvergenz einzuhalten? Ob es dies dann schafft, ist wieder eine andere Frage. Sollte man die Konvergenzregeln unter dem Gesichtspunkt der Schuldenkrise, wie wir sie hinter uns haben, nicht auch einmal anpassen können, um nicht permanent Zielen hinterherzurennen, die überhaupt nicht mehr zu bewerkstelligen sind? (z. B.: ein Verschuldungsgrad von 60 % vom BIP funktioniert doch nicht).

Michael Gehler: *Ich ergänze die Frage: Inwieweit sind überhaupt vertragliche Veränderungen noch möglich oder wieder möglich? Ich hatte zeitweise den Eindruck gehabt, beispielsweise bei Merkel, sie will überhaupt nicht am Vertrag rütteln. Mit der jetzigen Cameron-Diskussion scheint mehr Bewegung hineinzukommen. Vielleicht kommt doch ein neuer Unionsvertrag? Aber wie das mit 28 Mitgliedsstaaten und Ratifikationsprozessen laufen wird, bleibt offen. Es stellt sich überhaupt die Frage nach den Modifikationen in den Verträgen, nach Stabilitätspakt, Fiskalpakt und Unionsvertrag.*

Richard Kühnel: Wir haben in dem Bereich sehr vieles gemacht, wofür wir keine Vertragsänderung brauchen – eigentlich alles, was uns im Rahmen der bestehenden Verträge möglich war. Wir hätten damals eine qualifizierte Mehrheit gebraucht, für unseren Vorschlag, d. h. wir hätten eine Zweidrittel-Mehrheit der Mitgliedsstaaten gebraucht, die sich hinter die Kommissionsmeinung gegen Deutschland und Frankreich gestellt hätte, und das hätten wir nie bekommen. Jetzt kann man sagen, wir waren weich, aber wir wären sehenden Auges in eine Abstimmungsniederlage hineingelaufen, die uns als Kommission wahrscheinlich sehr geschadet hätte. Jeder hätte dann nämlich Seite bezogen mit Deutschland und Frankreich und dann wäre dieses Thema komplett erledigt gewesen. Was wir jetzt geändert haben, durch *twopack* und *sixpack*, im Rahmen der bestehenden Verträge, ist das umzudrehen. Wenn wir jetzt mit dem Vorschlag einer Sanktion oder eine Verurteilung kommen würden, müssten die Mitgliedsstaaten eine qualifizierte Mehrheit gegen unseren Vorschlag mobilisieren. Das dreht das Ding komplett um. Vertragsveränderungen halte ich im Moment, auch im Blick auf die britische Debatte, für sehr schwierig, weil das, was die Briten wollen, etwas ganz anderes ist, als was die anderen wollen. Jetzt kann man sagen, alle wollen Vertragsveränderungen, aber die einen wollen dies und die anderen wollen das. Das sehe ich jetzt als schwierig an, aber wie gesagt, ich kann noch nicht voraussagen, was da herauskommen wird. Es könnte die eine oder andere technische kleine Vertragsänderung sein. Es gibt zwei Arten der Vertragsänderung, ein kleines Verfahren und der große Konvent. Den großen Konvent, den sehe ich nicht. Kleine Vertragsanpassungen da oder dort will ich aber nicht ausschließen.

Michael Gehler: *Sie haben ja im Moment die Flüchtlingspolitik angesprochen mit 2–3 Sätzen. Es gibt ein neues Buch von Wolfgang Grenz mit dem Titel: „Schiffbruch“.*[16] *Er-*

16 Wolfgang Grenz/Julian Lehmann/Stefan Keßler, Schiffbruch. Das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik, München 2015.

staunlicherweise nimmt dieser Autor mit Co-Autoren weniger die EU ins Visier, sondern vielmehr die Nationalstaaten. Die Mitgliedsstaaten geißelt er wegen ganz unterschiedlicher Asylverfahren und Praktiken. Es kommen einige Staaten ganz schlecht weg, manche etwas besser. Deutschland steht trotz mancher Defizite gar nicht so schlecht da. Was hat man in der Kommission in Anbetracht dieser Bilder, die wir in den letzten Wochen, Monaten und im letzten Jahr sehen konnten, für Ideen, Papiere und Konzepte entwickelt mit Blick auf eine möglicherweise zukünftige gemeinschaftliche Asyl- und Flüchtlingspolitik?

Richard Kühnel: Erstens einmal ist das so ein klassisches Thema: Flüchtlingsboote treiben auf dem Mittelmeer, es gibt tausende Tote, die EU hat versagt. Das gehört in die Kategorie, wo Probleme auf die europäische Ebene gewälzt werden: Europa versagt. Wenn dann aber gerettet wird, heißt es: „Italien rettet" oder „Deutschland rettet", obwohl das im Rahmen eines europäischen Einsatzes war. Das ist eines der Dilemmata, mit denen wir oft konfrontiert sind, dass wir so oder so kritisiert werden. Wenn wir in einem Bereich etwas proaktiv machen, werden wir kritisiert, dass wir uns da einmischen: „Warum macht Europa das? Es gibt zu viel Bürokratie und zu viel Einmischung." Wenn wir in anderen Bereichen etwas nicht machen, werden wir auch kritisiert: „Europa versäumt hier was zu machen". Jetzt kann man anfangen, über Kompetenzen zu diskutieren, und die Frage, wer wofür verantwortlich ist. Faktum ist aber, wir haben als Europäische Kommission damals Italien proaktiv Hilfe angeboten. Die Italiener haben das damals abgelehnt. Wir haben dann Frontex[17] geschaffen. Natürlich war das zu wenig im Vergleich, was eigentlich notwendig ist. Nur man muss sagen, wir als EU haben keine Schiffe, keine Hubschrauber, wir haben keine Matrosen. Woher sollen wir die nehmen? Wir sind angewiesen darauf, dass unsere Mitgliedsstaaten uns helfen. Die haben nämlich die Schiffe, Hubschrauber und Matrosen. Da war am Anfang sehr wenig da, jetzt im Angesicht des Mitleids nach den dramatischen Bildern ist die Bereitschaft gestiegen. Was wir dann aber gesagt haben, ist: „Wir müssen darüber hinaus gehen." Wir müssen diese Themen europäisieren, das geht uns alle etwas an. Denn über kurz oder lang landen die Menschen ohnehin auch in anderen Ländern, vor allem in Deutschland, Schweden, Holland und so weiter, auch wenn sie im Süden ankommen. Daher unser Vorschlag, einerseits zu sagen: Wir müssen beginnen darüber nachzudenken, wie wir in Europa mit der Flüchtlingsproblematik umgehen. Dabei muss man zweierlei Menschengruppen unterscheiden, die zu uns kommen. Das eine sind Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konventionen. Das sind Menschen, die vor Krieg, Ausbeutung und vor Bomben fliehen und die einen Rechtsanspruch haben, in anderen Ländern geschützt zu werden. Das UNO-Flüchtlingskommissariat ist 1956 nach der Ungarnkrise eingerichtet worden. Als die Ungarn zu Tausenden vor sowjetischer Unterdrückung fliehen mussten. Ich brauche auch hier in Deutschland nicht über die Bedeutung reden, jene aufzunehmen, die vor Unterdrückung eines Regimes fliehen. Deutschland erfüllt ja auch sehr stark seine Verantwortung und nimmt viele Flüchtlinge auf. Davon unterscheiden sich dann aber Wirtschaftsmigranten, die nicht unter den Genfer Flüchtlingsbegriff fallen. Hier stellt sich die Frage: „Wie schaffst du es, sie zurückzuführen, wenn sie in Europa angekommen sind und hier kein Aufenthaltsrecht haben?" Um

17 Frontex ist eine europäische Institution, etabliert im Jahre 2004 mit Sitz in Warschau. Ihre Aufgabengebiete sind die Grenz- und Küstenwache.

das zu analysieren, brauchst du irgendwo einen Punkt, um sie anzuhören und von jedem einzelnen die Geschichte zu eruieren. Und was wir jetzt sagen ist: Es gibt ein paar Länder, da ist offensichtlich die Genehmigungsquote bei Asylanträgen sehr hoch. Jemand, der aus Syrien flieht, ist höchstwahrscheinlich ein Kriegsflüchtling und hat Schutzrecht. Bei jemanden, der aus einem anderen Land flieht, wo es keinen Krieg gibt, wie z. B. dem Kosovo, werden Asylanträge häufig abgelehnt. Dabei handelt es sich wahrscheinlich kaum um eine Verfolgung. Deswegen versuchen wir jetzt hier ein System zu errichten auf europäischer Ebene, das es erleichtert, die beiden Gruppen zu unterscheiden. Was wir sagen: Wir wollen jetzt anfangen, ein *relocation system*, also eine Übertragung von Flüchtlingen von einzelnen Ländern in andere Länder, zu etablieren, um hier eine gewisse europäische Solidarität zu erzielen, weil einzelne Länder quasi überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen und das kann es ja auch nicht sein. Im Moment hören wir aber leider von sehr vielen Ländern, die einfach sagen: „Ohne uns!" Die Briten, die Ungarn, die Tschechen und die Esten sagen: „Solidarität schön und gut, aber zu uns kommt keiner." Das ist ein Problem. Wir haben aber rechtlich die Bestimmung, mit der wir das machen wollen, auf einen Artikel gestützt, der es uns erlauben würde, mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen.

Michael Gehler: *Wäre die Idee, Partnerländer, die für spezifische Länder, die tatsächlich Krieg und Not erfahren, vor allem Bürgerkrieg und politische Verfolgung, aber auch für „failed states" und „rogue states" Verteilungsmechanismen zu schaffen? Die Idee der Partnerländer ist vor kurzem in einer amerikanischen Zeitung, der* Kalifornischen Staatszeitung*, vorgeschlagen worden. In Europa ist das bisher nicht diskutiert worden, also die gewissen Zuständigkeiten für ein EU-Mitgliedsland oder, ist das wieder eine Bilateralisierungsproblematik, die darin steckt und einen gemeinschaftlichen Ansatz verhindert?*

Richard Kühnel: Die Idee der Partnerländer ist jetzt in einem anderen Kontext bei uns auf die Tagesordnung gekommen, beim Klimaschutz. Da gibt es die Idee, dass man sagt, die Länder des Westens nehmen einige Entwicklungsländer unter ihre „Fittiche", um sie zu unterstützen und zu begleiten und ihnen so zu helfen, ihre Klimaziele zu erfüllen. In der Migrationspolitik gibt es so etwas noch nicht, weil die Situation der Herkunftsländer sich permanent ändert. Da geraten wir wieder in das koloniale System: Kümmern sich dann die Franzosen um die frankophonen Länder und die Briten um die ehemaligen Kronländer? Das würde eine heikle Debatte werden.

Michael Gehler: *Sie haben auch TTIP angesprochen, die transatlantic trade investment partnership. Wie realistisch ist es eigentlich, dass das wirklich kommt? Vorgestern hat Martin Schulz[18] das Thema abgesetzt von der Abstimmung im Europäischen Parlament, weil über 100 Änderungsanträge kamen. Wie sieht das die Kommission, die ja bei diesem Projekt sehr stark am Drücker ist im Sinne eines Verhandlungsabschlusses mit den amerikanischen Partnern. Mein Eindruck ist, das geht alles sehr stark von der Kommission aus. Nun kann die Kommission meines Wissens aber nur im Rahmen ihrer Außenhandels-*

18 Martin Schulz (*1955) ist ein deutscher Politiker (SPD). Von 2012 bis 2016 war er Präsident des Europäischen Parlaments.

kompetenz Freihandelsabkommen abschließen oder auch Investitionsabkommen? Wenn ja: Wie sehen die Realisierungschancen aus?

Richard Kühnel: Seit dem Lissabon-Vertrag können wir auch Investitionsabkommen abschließen, das war vorher nicht der Fall. Vorher waren es reine Handelsabkommen, jetzt dürfen wir das. Wir haben sogar das Mandat dazu, d. h. unsere Mitgliedsstaaten haben uns das Verhandlungsmandat gegeben und uns beauftragt, im Namen der Mitgliedsstaaten für die Europäische Union zu verhandeln. Daher wollen wir auch dieses Thema vorantreiben. Der politische Wille auf beiden Seiten des Atlantiks ist sehr hoch, dass das zu einem Abschluss kommt. Wenn man so einen Prozess einleitet, muss man auch bereit sein, ihn bis zum Ende zu gehen. Der Schaden zu sagen: „Das war jetzt nichts, liebe Amerikaner, vielleicht sind wir doch nicht so gute Freunde", wäre enorm. Das Potential, dass das entstehen könnte, ist sehr hoch. Aus meiner Sicht das Wichtigste ist die Frage: „Wer wird in den nächsten 15–30 Jahren die globale Ordnung bestimmen?" Heute haben Amerika und Europa gemeinsam noch einen sehr großen Anteil am Welthandel und an der globalen Wirtschaft. Die Tendenz ist aber stark fallend. Das trifft auch auf die Weltbevölkerung zu. Es gibt andere aufstrebende Mächte in der Welt, die auch ihre Interessen haben und legitimerweise diese auch verfolgen. Wenn wir wollen, dass das globale Wirtschaftssystem einigermaßen nach den Werten funktioniert, die auf beiden Seiten des Atlantiks vertreten werden (pluralistische Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit), wird dies immer noch weit stärker in Europa und Nordamerika gelebt als in China, Indien, Brasilien, Indonesien, Russland und allen anderen Ländern der Welt. Das heißt, wenn wir wollen, dass diese Werte, an die wir weiter glauben, die Standards sind, die die globale Wirtschaft in Zukunft bestimmen, dann brauchen wir TTIP, weil wir nur durch eine gemeinsame Herangehensweise in Europa und Amerika diese auch global durchsetzen können. Der politische Wille ist zumindest auf der politischen Führungsebene auf beiden Seiten des Atlantiks groß. Der Widerstand ist in der Bevölkerung einiger Länder da. Aber um den „Alten Fritz" zu zitieren zum Verhältnis Preußen-Österreich: „In Preußen ist die Lage ernst, aber nicht hoffnungslos. In Österreich ist sie vielleicht hoffnungslos, aber nie ernst." Aber: So ist momentan ein wenig die Lage hier. Ernst ist es in der öffentlichen Debatte, aber nicht hoffnungslos. Man kann die Debatte gewinnen und daran müssen wir arbeiten.

Michael Gehler: À *propos Preußen und Österreich. Sie sind Österreicher und in Preußen oder Berlin tätig. Wie erleben Sie eigentlich dieses Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich auf europäischer Ebene? Die Bundesrepublik Deutschland ist gewachsen und geeint. Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten, wo sehen Sie die Unterschiede zwischen den österreichischen und den deutschen Positionen aus Sicht der Kommission?*

Richard Kühnel: Die Gemeinsamkeiten: Beide gehören aus meiner Sicht zu den absoluten Profiteuren des europäischen Einigungswerkes. Ohne den Binnenmarkt könnten weder die deutsche noch die österreichische Wirtschaft Erfolg erzielen, den beide haben. Und man darf nicht vergessen, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung anderer europäischer Länder, die durch den Binnenmarkt befördert wurde, Deutschland und Österreich stark zugutekommt. Die deutsche Debatte über Europa ist reifer und älter.

Deutschland als Gründungsmitglied kennt das europäische Einigungsprojekt von Anbeginn und hat daher Europa stärker verinnerlicht. Auch wenn einige ihre Überzeugung leider verloren haben, so ist sie nicht dauerhaft verloren, weil das Nachkriegsdeutschland mit der europäischen Einigung aufgewachsen ist. Das ist bei Österreich anders. Es ist ein spät dazugekommenes Land, hat es also in seiner politischen DNA nicht so drinnen. Die Debatte ist daher leider etwas oberflächlich. Und die Versuchungen des Populismus greifen daher in Österreich leichter als in Deutschland. Das ist ein Unterschied, der mir persönlich schon auch leid- und wehtut. Wir haben jetzt gerade in Österreich in einigen Bundesländern Wahlen gehabt, mit sehr starken antieuropäischen Tendenzen. Auch da hoffe ich, dass die Lage im Endeffekt nicht hoffnungslos ist, aber im Moment ist die politische Debatte in Österreich um vieles angespannter als in Deutschland.

Michael Gehler: *Wenn Sie jetzt das nochmal auf der sachpolitischen Ebene durchspielen würden: Stabilitätspolitik, Südosteuropa, Euro, Schengen; die Kernthemen also der europäischen Integrationspolitik. Gibt es dabei große Differenzen zwischen Berlin und Wien?*

Richard Kühnel: Es gibt viele Gemeinsamkeiten. Die Stabilitätspolitik verfolgen beide sehr intensiv. Deutschland hat bereits seine schwarze Null im Budget. Österreich noch nicht, aber in dem Stabilitätspakt ist Österreich auch sehr stark vertreten, vielleicht mit einer stärkeren Investitionsneigung als Deutschland. Bei der Energiepolitik war Österreich schon lange Anti-Atom-Land, bevor es Deutschland wurde. Deutschland hat diese Einstellung erst seit Fukushima, Österreich schon seit Tschernobyl. Das hat uns zu 99 % auf diese Schiene gebracht. In der Außenpolitik gibt es auch in vielen Bereichen eine sehr ähnliche Herangehensweise, was den Balkan betrifft und die Erweiterung dorthin, ebenso auch im Umgang mit Russland, wo beide Länder auch wirtschaftlich sehr stark exponiert sind. Durchaus Ähnlichkeiten sind in der Umweltpolitik vorhanden. Beide Länder sind sehr interessiert an möglichst hohen Schutzstandards. Auch sozialpolitisch haben beide Länder ein sehr ähnliches Modell, nicht umsonst haben beide eine, im Verhältnis, geringe Arbeitslosigkeit und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Wir sind uns in vielen Bereichen sehr ähnlich, aber nicht immer identisch. Also es ist nicht so, dass der deutsche Kurs immer von Österreich übernommen wird. Aber in vielen Bereichen ist das Interesse sehr ähnlich gelagert.

Publikumsfrage: *Wird Griechenland am ersten Juli noch den Euro haben?*

Richard Kühnel: Ja.

Michael Gehler: *Das ist gerade auch die Frage, die die aktuelle Konstellation berührt: Nämlich das Verhältnis der Kommission zum griechischen Ministerpräsidenten und diese Konstellation einer verhärteten, fast schon auf Konfrontation abzielenden Entwicklung. Ist das mehr ein Muskelspielen mit Blick auf Medien und Öffentlichkeit? Läuft hinter den Kulissen etwas ganz anderes ab?*

Richard Kühnel: Zum Euro: Mich hat vor einigen Jahren, als die erste große Griechenlanddebatte 2010 stattfand, ein sehr berühmter deutscher Wirtschaftsprofessor bei einer

Podiumsdiskussion mit einer ähnlichen Frage konfrontiert und hat gesagt: „Den Euro wird es nicht mehr geben in zwei Jahren.“ Ich habe ihm dann eine Wette über 100 Euro angeboten, dass es ihn noch geben wird, weil ich wusste, die Wette kann ich nur gewinnen. Wenn es ihn noch gibt, gewinne ich 100 Euro. Wenn es ihn nicht mehr gibt, verliere ich nicht sehr viel mehr, da es ihn quasi nicht mehr gibt. Griechenland und der Euro – irgendwie schafft Europa es immer wieder, in der letzten Sekunde und im entscheidenden Moment doch noch ein Problem zu bewältigen und aus einer Misere herauszukommen. In dem Fall sind wir schon in der letzten Minute, bald der letzten Sekunde angelangt. Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, dass es möglich ist, auch wenn es die Griechen uns so schwer wie nur möglich machen. Juncker hat ein immanentes Interesse, dass das gut geht. Er hat ja heute auch wieder ein Gespräch mit Alexis Tsipras[19] geführt, nachdem er sich vor einigen Tagen sehr geärgert hatte, wie er von Tsipras behandelt wurde, als dieser öffentlich im griechischen Parlament die Deklarierung dieser Vorschläge der Kommission schmähte. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie die Lösung aussehen wird. Meine Hoffnung ist, dass der Grexit nicht kommen wird und wir Maßnahmen finden werden, bei denen der IWF noch mitmacht.

Michael Gehler: *Also eine europäische Lösung, eine Kompromisslösung, ein Deal.*

Publikumsfrage: *Der IWF ist vor drei Stunden ausgestiegen aus den Verhandlungen. Er hat die Verhandlung mit Griechenland abgebrochen.*

Richard Kühnel: Ich habe das gerade vorher in den Medien auch gesehen. Ich weiß nicht, was das heißen soll.

Michael Gehler: *Sie sehen, wie aktuell wir hier ein für Europa existentielles Problem diskutieren. Klaus Regling[20] war vor einigen Wochen da und er hat auf diese Frage aus dem Publikum geantwortet: „Es ist nicht nur eine Hoffnung, es ist eine zwingende Notwendigkeit, zu einer Lösung zu kommen. Denn wenn die Griechen aussteigen würden, dann würden alle verlieren. Dann würden alle draufzahlen.“*

Ich habe schon erwähnt, dass Sie Österreicher und Europäer sind. Als Österreicher sind Sie in Deutschland tätig und wir haben auch gelernt, dass es verschiedene Wege nach Europa gibt. Österreich war ein latecomer, neutral, ein EFTA-Land (Europäische Freihandelsassoziation). Die BRD war westintegriert: NATO (Organisation des Nordatlantikvertrags), EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl), EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft). Herzlichen Dank für Ihren Vortrag!

Der Vortrag von Richard Kühnel mit der anschließenden Debatte wurde am 11.6.2015 gehalten.

19 Alexis Tsipras (*1974) ist ein griechischer Politiker und seit 2015 Ministerpräsident Griechenlands. Er ist Mitglied der SYRIZA, einer sozialistischen Partei Griechenlands.

20 Klaus Regling (*1950) war unter anderem von 1975 bis 1980 tätig für den IWF. Von 2001 bis 2008 bekleidete er das Amt des Generaldirektors für finanzielle und Wirtschaftliche Angelegenheiten der EU-Kommission. Seit 2010 war er Direktor des Euro-Rettungsschirms (EFSF) und von 2012 an geschäftsführenden Direktor des Euro-Rettungsschirms (ESM).

Richard Kühnel

„Zu Beginn stand eine Institution, mit der der Sprung über den Schatten der nationalen Souveränität erfolgte."

Michael Gehler: *Ich darf ganz herzlich Mag. Richard Kühnel begrüßen, den Repräsentanten der Europäischen Kommission in Deutschland. Beginnen wir mit ersten Fragen: Sie dienten 10 Jahre im österreichischen Diplomatischen Dienst. Wenn Sie zurückschauen: Welchen Gewinn zogen Sie aus ihrer früheren Beschäftigung für ihre spätere Arbeit im Rahmen der Europäischen Union?*

Richard Kühnel: Ich habe meine Dissertation nie abgeschlossen, weil ich 1994, vom Europäischen Hochschulinstitut kommend, in den österreichischen Diplomatischen Dienst berufen wurde. Ich habe meine Aufnahmeprüfung gemacht und dann wurde mir mitgeteilt: „Wenn Du kommen möchtest, dann gleich. Deine Dissertation kannst Du nebenbei fertigmachen." Dies hat sich als Fehleinschätzung herausgestellt. Es ist mir nie gelungen, diese fertigzumachen. Es war für mich aber immer klar, dass der österreichische diplomatische Dienst auch eine Schiene europäischer Diplomatie ist. Ich wollte schon sehr lange Diplomat werden, wollte aber immer Österreich im europäischen Rahmen vertreten. 1994, als ich die Aufnahme im Österreichischen Dienst machte, war Österreich noch nicht Mitglied. Es gab da bereits das Referendum, welches positiv ausging. Ich begann im Herbst in der Verwaltung und das war sehr spannend, da ich da miterlebte, was es heißt, nicht Vollmitglied zu sein, und welchen Unterschied das macht. Wir waren zwar schon als künftiges Mitglied assoziiert und durften dann auch schon mit zu den Ratssitzungen, aber wir durften nicht mitreden. Dieser Eindruck ist ein ganz fundamentaler geblieben. Der Unterschied zwischen Mitglied und Nichtmitglied besteht, so banal das klingt, darin, dass man sein eigenes Schicksal mitbestimmen kann. Ich bin aus der eigenen Erfahrung der festen Meinung, dass der Beitritt zur Europäischen Union und die Übertragung der Souveränität ein Gewinn an Souveränität und kein Verlust dieser ist. Weil wir Österreicher im Vergleich zum Nicht-EU-Mitglied Schweiz in der Lage sind, unser eigenes Interesse, innerhalb unserer Entwicklung, unserer Gesellschaft, aber auch auf globaler Ebene wahrzunehmen, durch die Mitsprache. Ich empfinde es als unheimlich wichtig, das einmal einige Jahre aus der Perspektive eines Mitgliedsstaates erlebt zu haben. Im Rat zu sitzen, Ratssitzungen zu erleben, aber vor allem auch die Europäische Union aus der Perspektive eines Mitgliedslandes kennenzulernen, das erfordert unglaublich viel Koordinationsbedarf, ungeheuerlich viele interne Sitzungen, vor allem etwa in New York, im Rahmen des UNO-Prozesses, dies aber immer in einem gesamteuropäischen Interesse. Für mich sind daher Tätigkeit für die europäischen Institutionen und Tätigkeit im diplomatischen Dienst eines Mitgliedslandes zwei Seiten der gleichen Medaille.

Michael Gehler: *Zu welchem Thema haben Sie in Ihrer Dissertation gearbeitet?*

Richard Kühnel: Transatlantische Beziehungen.

Michael Gehler: *Also praktisch Politikwissenschaft?*

Richard Kühnel: Das war Politik, ich bin zwar Jurist, aber das Thema entsprach mehr der Politikwissenschaft. Es gab damals in den 90er Jahren eine Idee, die noch nicht umgesetzt wurde, nämlich transatlantische Beziehungen auf eine neue Plattform zu stellen, und das wäre das Thema gewesen.

Michael Gehler: *Seit 2004 sind Sie für die Kommission tätig. Was wussten Sie eigentlich vor den österreichischen Beitrittsverhandlungen 1993/94 und vor dem Antrag 1989 von der EG und was von der Kommission? Wie weit waren Sie informiert und wenn ja, inwiefern?*

Richard Kühnel: Das war während des Studiums schon sehr spannend, für uns eben als Nichtmitglied. Ich habe in Graz studiert, bei Professor Ginther,[21] Völkerrecht. Wir hatten noch keinen eigenen Lehrstuhl für Europa und haben daher begonnen, das Europarecht aus dem Völkerrecht heraus zu entdecken. Das waren überwiegend Völkerrechtler, die begonnen haben, sich mit dem Europarecht zu befassen, mit einigen wirklich intellektuellen Herausforderungen, wenn du eben dieses neue Kind, die Natur des Europarechts aus dem Völkerrecht, versuchst zu entdecken. Es gab viele spannende Diskussionen. Daher war es ein Faszinosum, eine unbekannte Größe und ich habe dann begonnen, Praktika zu machen, zunächst in Luxemburg, dann in Brüssel beim europäischen Parlament. Das hat sich eher zufällig begeben und war keine bewusste Wahl, nicht bei einem Abgeordneten, nicht bei einer Fraktion, sondern in den Diensten des europäischen Parlaments. Generaldirektion Wissenschaft, GD4, um Ausschussarbeiten im europäischen Parlament für den Umweltausschuss und für den außenpolitischen Ausschuss vorzubereiten. Die Kommission hatte damals schon eine hehre Größe, auch eine gewisse Distanz. Wenn ich im Ausschuss saß und es kam ein Kommissar, damals Leon Brittan[22] oder Jacques Delors,[23] das war schon ein enormes Erlebnis, eben einen Politiker auf der europäischen Bühne wahrzunehmen. Aber ich war eben nicht in der Kommission. Ich habe die Kommission über das Parlament ein wenig von außen betrachtet. Es hat sich vielen Österreichern und auch mir nicht erschlossen, wie das Ganze überhaupt funktioniert. Weil wir so etwas nicht kannten. Wir kannten die UNO und wir kannten die OSZE, den Europarat und internationale Organisationen und wussten auch, wie wir uns darin zu bewegen haben. Das konnten die Österreicher sehr gut, im Bereich vieler internationaler Organisationen. Aber dieses

21 Konrad Ginther wurde 1969 an die Universität Graz berufen und hatte im Anschluss lange Jahre den Vorstandssitz des Instituts für Völkerrecht und Internationale Beziehungen inne.

22 Leon Brittan (*1939, †2015) war ein britischer, konservativer Politiker. Er war sowohl im britischen Parlament als auch in der Europäischen Kommission tätig. Bei letzterer hatte er von 1993–1994 das Amt des Kommissars für Außenwirtschafts- und Handelspolitik inne.

23 Jacques Delors (*1925) ist ein französischer Politiker, angehörig der Sozialistischen Partei Frankreichs. In der nationalen Politik bekleidete er u. a. von 1981–1984 das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers. Auf der europäischen Ebene war er von 1985–1995 Präsident der Europäischen Kommission.

Prozedere in der Kommission, das brauchte für viele, auch für mich, Zeit, die spezielle Natur zu erkennen.

Michael Gehler: *Waren Sie immer schon begeisterter Europäer? Sie erwähnten das Völkerrecht und Konrad Ginther. Im Europarecht war in Innsbruck Waldemar Hummer*[24] *tätig. Waren Sie damals bereits aufgeschlossen oder begeistert für diesen Gedanken und wenn ja, warum?*

Richard Kühnel: Das Jahr 1989 war für mich das prägende Jahr. So wie es eine 1968er Generation gibt, zähle ich mich zur 1989er Generation. Das Prägende meiner Jugend und meiner frühen Erwachsenenzeit war dieses Jahr 1989. Es bedeutete nicht nur den Fall des Sowjetsystems und der Mauer, sondern für uns Österreicher zeitgleich den Weg in die europäische Integration zu gehen. 1989, noch vor dem Picknick in Sopron[25] und damit auch vor dem Fall der Mauer, hat bereits Außenminister Alois Mock[26] den EG-Beitrittsantrag Österreichs gestellt. Das geschah antizipatorisch. Michail Gorbatschow[27] reagierte nicht negativ, was ein Zeichen dafür war, dass die Sowjets nichts mehr dagegen haben würden, Österreich der EG beitreten zu lassen. Daher fällt die für mich völlig prägende Zeit in diese Phase hinein. Es entwickelten sich ein neues Europa und eine neue Welt. Man sprach vom Ende der Geschichte und außerdem gleichzeitig von einem neuen Weg nach Europa. In dieser Zeit habe ich das Europäertum persönlich gefühlt.

Michael Gehler: *Es ist interessant, dass Sie von der 1989er-Generation sprechen. Wir hatten eine Konferenz vor Jahren in Salzburg, wo Historiker bezweifelten, ob es eine solche überhaupt gegeben habe im Unterschied zur 1968er-Generation oder anderen. Man wird wahrscheinlich mehr Menschen ihres Jahrgangs und einige frühere und ältere Jahrgänge interviewen müssen, um zu erfassen, ob es eine solche Generation gibt.*

Richard Kühnel: Persönlich hätte ich gesagt, dass es das gibt. Das ist etwas, was man spürt, wenn man einander in die Augen schaut. So wie die 1968er sich in die Augen schauen und sagen: „Du warst auch dabei.“ Alles, was da irgendwie mitschwingt. Man

24 Waldemar Hummer (*1942) habilitierte 1978 und erwarb das Lehrrecht für Völker- und Europarecht. Er hat derzeit an der Universität in Innsbruck eine Professur am Institut für Europarecht und Völkerrecht inne.

25 Gemeint ist hier das paneuropäische Picknick, welches nahe der österreichischen Stadt Sopron am 19. 8. 1989 stattfand. Diese Friedensdemonstration gilt auch als signifikanter Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands. An diesem Tag wurde die Grenze mit Genehmigung der Regierung für mehrere Stunden geöffnet.

26 Alois Mock (*1934; †2017) war ein Politiker der Österreichischen Volkspartei. Unter anderem bekleidete er zwischen 1987 und 1995 das Amt des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten. Im Rahmen dieser Amtszeit initiierte er Österreichs Verhandlungen mit der EU und schloss diese 1994 zugunsten eines Beitritts ab.

27 Michail Sergejewitsch Gorbatschow (*1931; †2022) war ein sowjet-russischer Politiker. Unter anderem war er von 1990–1991 Staatspräsident der Sowjetunion. Er leitete mit der Politik von Glasnost und Perestroika einen Abbau der Spannungen zum Westen und somit zum Ende des Kalten Krieges ein. Dies brachte ihm 1990 den Friedensnobelpreis.

hört ja nur die Gerüchte. Ich bin ja zu jung dafür. Aber so schauen sich die 1989er in die Augen und wissen, wir teilen dieses Erlebnis. Und das war das Prägende für uns. Dieses „etwas“, auch wenn es vielen nicht so bewusst ist, weil es nie in einem Unterschied zur 1968er Generation formuliert wurde und es dann doch eine gesellschaftlich nicht so relevante Revolution war. Die 1989er Revolution war bei uns aber eine politische Revolution**.**

Michael Gehler: *Das Argument lautete in dieser Konferenz – es war auch nur ein vorläufiger Standpunkt: Der Glanz dieser Revolution sei rasch verblasst und die Transformationszeit, vor allen Dingen in den mittelosteuropäischen Ländern, ist nicht so erlebt worden, wie es in einer oberflächlichen Sicht aus dem Westen erschien.*

Jörg Beining: *Sie vertraten Österreich bei vielen internationalen Konferenzen, darunter mehrfach bei solchen zu Menschenrechtskonventionen in Genf, bei der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban*[28] *und der Sondergeneralversammlung über Kinderrechte in New York.*[29] *Welche Bedeutung hatten und haben diese Politikinhalte für die EU?*

Richard Kühnel: Diese sind für die EU so zentral und essentiell, wie sie es für Österreich und vermutlich für alle europäischen Länder sind, weil sie die Klammer bilden, die Europa zusammenhält. Europa ist primär weniger eine Interessengemeinschaft. Dahin entwickeln wir uns. Primär ist Europa eine Wertegemeinschaft. Das sind die *roots*. Diese Wertegemeinschaft wird sowohl im Unterschied zu anderen Regionen der Welt als auch im Unterschied zu früheren Zeiten Europas am besten charakterisiert. Wir sind jetzt die Struktur, die sich am meisten für den Menschenrechtsschutz global einsetzt, und ich habe das jahrelang mitverfolgt. Wir sind die Vorreiter für den globalen Menschenrechtsschutz und wir sind auch die Struktur, die versucht, innerhalb der Mitgliedsstaaten dieses Thema voranzubringen. Die Grundrechteagentur[30] etwa in Wien ist hier nur ein Stichwort. Das heißt nicht, dass wir Perfektion erreicht haben, aber das ist die DNA der europäischen Union. Sie hat einen ganz großen Bausatz von Menschenrechten.

Michael Gehler: *Stichwort Kroatien und die Jahre 1991–1992: Sie waren ab 1994 im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich tätig. Unter anderem waren Sie auch Attaché an der Botschaft in Zagreb. Sie haben im Völkerrechtsbüro gearbeitet in der Zeit von Franz Cede.*[31] *Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit machen können, auch im Lichte des dann später folgenden Krisenmanagements am*

28 Die Konferenz fand 2001 in Durban, Südafrika als Zeichen gegen die Apartheid statt. Sie stand unter der Prämisse: „Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“.

29 Die Konferenz fand 2002 in New York statt. Als Abschluss wurde ein Dokument veröffentlicht, welches weltweit die Entwicklung und Lebenssituation von Kindern fördern soll. Anwesend waren Repräsentanten aus über 180 Länder, unter anderem aber auch erstmals Kinder und Jugendliche.

30 Gemeint ist hier die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte in Wien. Sie wurde 2007 geschaffen, um die Einhaltung der Grundrechte in Europa sicherzustellen.

31 Franz Cede (*1945) war österreichischer Diplomat, u. a. Leiter des Völkerrechtsbüros des österreichischen Außenministeriums und Botschafter in Moskau und bei der NATO in Brüssel.

Balkan? Wie weit hat Ihre Expertise im österreichischen Außendienst mit Blick auf Balkanfragen später eine Rolle gespielt? Stichwörter sind Stabilitätspakt, Befriedungsaktionen und Hohe Beauftrage.

Richard Kühnel: Gerade dieser Themenbereich war für den österreichischen Eintrittsprozess in die entstehende europäische Außenpolitik ein spannendes Thema. Es war eine Chance, uns zu profilieren, und es war für uns ein angewandter Lernprozess: Was heißt es, sich im europäischen Kontext abzustimmen? Damit geht viel einher: Die Balkankrise 1992 und die Folgejahre mit dem Finale des österreichischen Beitrittsprozesses. In der Schlussphase unmittelbar vor dem Beitritt, am 1. Januar 1995, war Österreich bereits eingeladen, an den diversen EU-Formationen der europäischen Partner teilzunehmen, sowohl im Rat als auch in den Ratsarbeitsgruppen. Das war für uns ein großer Lernprozess. Aber gerade zum Thema Balkan war es eben nicht nur ein Lernprozess, sondern da konnten wir effektiv etwas beisteuern. Da wurden wir auch von den damaligen anderen, den 12 permanenten Mitgliedern und den vier Beitrittswerbern (u. a. Norwegen), für unsere Expertise sehr geschätzt. Die Expertise beruhte auch auf der enormen Anerkennung, die Alois Mock mit seiner Politik damals genoss. Sie wurde zwar nicht von allen geteilt, war für uns insgesamt aber ein wichtiges Erbe. Auch nach dem Ende der Amtszeit Mocks mit Außenminister Wolfgang Schüssel[32] blieb dies für uns ein zentrales Themenfeld. Auch da wurde die Expertise in unserem österreichischen Außenministerium enorm geschätzt. Der Abteilungsleiter war damals Albert Rohan und bevor ich nach Zagreb als Attaché ging, war ich noch bei ihm. Meine allererste Funktion hatte ich noch in Mocks Presseteam. Da gab es keine besondere Balkanfokussierung. Ich war zuständig für diverse Medien- und Presseartikel des Ministers.

Ich war, bevor ich nach Zagreb ging, im unmittelbaren Westbalkanreferat. Wir haben zum ersten Mal in dieser Phase ein EU-internes Kommunikationssystem übernommen, wo man Informationen aufbereitet bekommt seitens der Europäischen Institutionen oder durch andere Mitgliedsstaaten. Die bekamen wir parallel zu unseren eigenen Berichten aus Zagreb, Sarajevo, oder Belgrad. Das war der Beginn einer Europäisierung unserer Arbeit, weil wir zum ersten Mal verlässliche und vertrauliche Quellen für unsere Arbeit nutzen konnten, parallel zu unserer eigenen klassischen Schiene – also den politischen Berichten der Botschaften. Natürlich bekamen wir auch gerade in diesem Bereich von den österreichischen Nachrichtendiensten vertrauliche Informationen. Diese waren ein wichtiger Faktor für den exzellenten Ruf, Balkankenner zu sein. Einerseits hatten wir diesen Ruf durch das anerkannte politische Gewicht Mocks und seines Erben Wolfgang Schüssel. Dann hatten wir die Expertise und die Kenntnis unserer Diplomatie mit Wölfer in der Zentrale, aber auch unsere Botschafter in Zagreb, Sarajevo, Belgrad, auch Ljubljana – mit diesem starken historischen Bewusstsein dieser Entwicklungen – dies hat uns auch ausgezeichnet. Und drittens gab es die nachrichtendienstliche Arbeit der österreichischen Dienste vor Ort. Die Dienste waren dort auch so gut in die Strukturen integriert, dass wir vor Ort viele Informationen bekamen. Diese bedeuteten auch für unsere anderen

32 Wolfgang Schüssel (*1945) ist ein österreichischer Politiker. Unter anderem war er zwischen 2000 und 2007 der österreichische Bundeskanzler. Zuvor löste er Alois Mock als Außenminister ab. In 2006 nahm er für sechs Monate das Amt als Präsident im Europäischen Rat ein.

europäischen Partner einen echten Mehrwert. Die EU hatte damals eine „EU-Monitoring-Mission“[33] laufen, die auch Basis war für die Informationen, die alle 12+4 Staaten bekamen. Aber da waren unsere eigenen Informationen in einigen Bereichen tiefgehender. Wir hatten nicht die Breite, die die „EU-Monitoring-Mission“ hatte, aber wir hatten die Tiefe. Was wir einbrachten, war erstens die sehr starke Bekanntheit Österreichs als Akteur vor Ort. Ich kann mich erinnern, als ich in Zagreb war, wo immer man in Kroatien hinkam, war der Wiedererkennungseffekt Österreichs vorhanden: Mock und die Politik, die damit assoziiert wurde. Diese wurde auf kroatischer Seite viel positiver gesehen als auf serbischer Seite. Also das war sicherlich ein Vorteil. Dann vor allem eben auch das historische Bewusstsein eines Konflikts, in dem Geschichte viel mehr eine Rolle spielte als bei vielen anderen Konflikten. Geschichte ist immer wichtig, auch wenn wir jetzt nach Syrien schauen. Gleichgültig mit wem ich dann in Kroatien, Slowenien, Serbien, Bosnien gesprochen habe, ob mit einem Journalisten oder einem Geschäftsmann, ich bin sofort immer auf eine enorme historische Dimension gestoßen, zurück zur Schlacht auf dem Amselfeld und noch weiter. Eine Grundlage, die ich, bevor ich nach Zagreb ging, noch bei Albert Rohan in der Zentrale erarbeitet habe, bestand darin, mir weiteres Wissen über die Region anzueignen, durch verschiedene Bücher unter anderem von Wolfgang Libal.[34]Auch die Frau von Wolfgang Libal war eine wichtige Historikerin.[35] Ich sah mir ganz genau die historischen Dimensionen des Konflikts an, all diese unterschiedlichen Entwicklungen über die Jahrhunderte und wie die einzelnen Völker auf dem Balkan miteinander in Wechselbeziehungen standen. Das war auch ein Mehrwert, den wir auf europäischer Ebene bieten konnten. Wir hatten ein größeres administratives Verständnis. Das heißt aber nicht, dass wir damit Seite bezogen hätten. Ich bin dann mit Wölfer zusammen zu den ersten Ratsarbeitsgruppen „Westbalkan“ gefahren, wo wir neu waren. Im Unterschied zu anderen Ratsarbeitergruppen waren wir dort von Anfang an ein anerkannter Mitspieler. Die Deutschen hatten damals den Botschafter Michael Steiner[36] dort. Auch von anderen Ländern – der Balkankonflikt war damals das neuralgische Thema – waren die Topdiplomaten in der Ratsarbeitsgruppe dabei und wir hatten etwas zu sagen. Wir hatten eine österreichische Agenda, mit der wir hineingingen, und mussten in diesen ersten Monaten und vielleicht auch Jahren lernen, wieder aus einer klaren nationalen Agenda einen Beitrag zu einer europäischen Agenda zu machen. Das ist etwas Anderes. Es ist nicht die UNO, wo ich hineinmarschiere, ein Positionspapier verlese und klar meine Meinung

33 Die Mission wurde 1991 (als ECMM) gestartet, um die humanitäre Lage als auch politische Entwicklungen zu beobachten. Die EUMM (2000 umbenannt) umfasste ungefähr 200 Mitarbeiter.

34 Wolfang Libal (*1912, † 2008) war ab 1949 der Südosteuropa-Korrespondent der Deutschen Presse Agentur. Er verfasste während und nach seiner Wirkungszeit mehrere Werke vor allem zu den Geschehnissen auf dem Balkan. Eines davon ist: Wolfgang Libal/Christine von Kohl, Der Balkan: Stabilität oder Chaos in Europa, München 2000.

35 Gemeint ist Christine von Kohl. Sie war eine dänische Journalistin und Balkanexpertin. Sie verfasste, auch gemeinsam mit ihrem Ehemann Libal, mehrere Werke über den Balkankonflikt.

36 Michael Steiner (*1949) ist ein deutscher Diplomat und war seit 1981 im Auswärtigen Dienst tätig. Er war unter anderem für die deutschen Konfliktlösungen im ehemaligen Jugoslawien zuständig. Weiterhin repräsentierte er von 2003–2007 Deutschland bei den Vereinten Nationen. Als letzte Stelle vor seinem Ruhestand war er Botschafter in Indien.

einbringen kann. Im europäischen Prozess geht es im Endeffekt darum, dass man zu einer gemeinsamen Position kommt. Wenn du da mit einer 100 %-Position hineingehst, werden alle sagen: „Interessant, wir verstehen schon, danke! Das war jetzt die klassische österreichische Position." Und du wirst nicht viel bewerkstelligen. Albert Rohan hat uns damals beigebracht, dass man sich subtil einbringen muss, wenn man europäische Meinungen mitgestalten will. Dies kann mit guten Informationen funktionieren, mit einigen zielgerichteten Interventionen, aber nicht mit einer Darstellung von A-Z der eigenen Meinung.

Michael Gehler: *Zusatzfrage: Es gab schon seit den 1970er Jahren die sogenannte Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die auch von Österreich, erkennbar schon in den 1980er Jahren, noch vor dem Beitritt, beobachtet und bewertet wird. Es bekommt auch von ihr Informationen. Diese EPZ war getragen von den Botschaftern der EG 12 in den jeweiligen Empfangsstaaten und den politischen Direktoren der jeweiligen Außenämter. Natürlich war die EPZ intergouvernemental – aber es war ein Mechanismus, der sich entwickelte gerade im Zeichen des erodierenden politischen Ostens, aber auch dann im Zuge der Balkankrise, der Balkankriege. Was können Sie aus Ihrer Erinnerung zur EPZ sagen?*

Richard Kühnel: Dazu kann ich nicht wirklich was sagen. Ich begann im Herbst 1994 im Außenministerium. Da war das eigentlich schon im Wesentlichen Geschichte, da hatten wir schon Maastricht. Da waren wir schon im Aufbau, im Begriff, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen. Ich kannte die EPZ damals als Student von meinen eigenen Forschungen und Vorträgen, die ich an der Uni erlebte. Ich habe mich damals auch in Florenz am Europäischen Hochschulinstitut ein wenig mit dem Thema befasst. Aber ich kann es nicht aus meiner eigenen Erfahrung berichten. Das war vor meiner Zeit.

Das, was vorher war, war *beyond my paygrade*. Das war auf einem hohen diplomatischen Niveau. Das Interessante danach war eben, dass in dieser unmittelbaren Beitrittsphase, das ein *mainstreaming* war und in alle Bereiche der österreichischen Außenpolitik hinein ging, sowohl thematisch (horizontal), als auch vertikal. Auf einmal war alles, was wir im Außenministerium und generell in der österreichischen Außenpolitik, auch dort, wo wir mit anderen Ministerien mitgewirkt haben, Teil eines europäischen Prozesses. Die alte EPZ war etwas wesentlich Elitäreres – ein Abstimmungsmechanismus auf Ebene politischer Direktoren und Botschafter in Brüssel. Da war es nicht Teil des gelebten diplomatischen Alltags, so wie es eben schon zu meiner Zeit im Westbalkanbereich begann, sich abzuzeichnen. Dort traf dies einfach aufgrund des Krieges, der herrschte, mehr als vielleicht noch in dem einen oder anderen Bereich, zu. Aber es begann damals schon und es war einfach der Alltag.

Severin Cramm: *Zwischen 1997 und 2000 waren Sie als erster Sekretär der österreichischen Botschaft in Tokio für Wirtschafts- und Finanzfragen zugeteilt. Was waren die Schwerpunkte Ihrer Tätigkeit und welche Perspektiven sehen Sie im Blick auf die strategische Partnerschaft mit Japan?*

Richard Kühnel: Zu damals: Für uns war das wiederum Spannende der europäische Koordinationsrahmen. Wirtschaft und Finanzen waren für die Botschaft Makroökonomie.

Wir haben eine Wirtschaftskammer und eine Außenhandelsstelle, so wie die deutschen Handelskammern im Ausland, wo es darum ging, Unternehmer zu unterstützen für ihre Aktivitäten in Japan. Das machte alles die Wirtschaftskammer, die auch gleichzeitig die Wirtschaftsabteilung der Botschaft war. Der Handelsdelegierte unterstand in persona dem Botschafter, aber dort gab es ein eigenes Büro – 200 Meter von der Botschaft entfernt, mit eigenen Strukturen und mit eigenen Aufgaben. Als Botschaftssekretär war meine Aufgabe daher, das Makroökonomische in Japan zu verfolgen und den Finanzmarkt, wo die österreichischen Interessen überschaubar waren. Wir hatten eine Repräsentanz der Bank Austria und das war es seitens des österreichischen Finanzsektors. Makroökonomisch hieß zu berichten an das Wirtschaftsministerium, Finanzministerium über das, was ich versucht habe aufzubauen, die Kontakte zum Finanzministerium METI in Japan. Außerdem war es eine Aufgabe, die Wirtschaftskammer zu begleiten, wenn sehr große Fragen auftraten und es um sehr große Interessen ging, dann konnte die Rolle der Botschaft hier schon in den Vordergrund treten. Wenn es zum Beispiel um die Kooperation mit Sony ging, im audiovisuellen Bereich oder im Automobilsektor Richtung Toyota, hatten wir auch als Botschaft eine stärkere Rolle wahrzunehmen, die auch gesucht wurde von der österreichischen Wirtschaft, unter anderem auch von der Wirtschaftskammer, damals unter Präsident Leopold Maderthaner,[37] der einige Male da war. Da waren auch wir diejenigen, die sicherlich helfen konnten, einige Türen ins politische Tokio zu öffnen, die die Wirtschaftskammer so nicht hätte öffnen können. Auch weil Japan als System ein sehr formalistisches ist und da der politischen Bedeutung einer Botschaft oft etwas zugemessen wurde, was es vielleicht der Wirtschaftskammer so nicht wurde. Aber das wirklich Spannende damals war wiederum der EU-Kontext. Es gab damals in Japan ein sehr ausgefeiltes System verschiedener EU-Formationen in Tokio. Es gab die *Head of Missions*, die Botschafterrunde, zu meiner Zeit erst Martin Vukovich,[38] dann Hans Dietmar Schweisgut.[39] Dann gab es eine Gruppe von Agrarexperten, es gab die Runde der Kultur-Attachés, aber es gab auch die Runde der Finanz-Attachés oder *financial counselors*. Und ich war eben Teil der *financial counselors group* der EU, wo, wie gesagt, die österreichischen Interessen sehr bescheiden waren. Andere Länder waren da wiederum sehr massiv involviert. Die *banca d'italia* hatte ein eigenes Büro mit acht Mitarbeitern. Das französische Finanzministerium hatte ein starkes Büro mit drei Mitarbeitern und einem hochrangigen Topvertreter. Die Deutschen hatten jemanden aus dem Finanzministerium da. Die Briten hatten eine sehr starke Präsenz. Die Holländer, die starke globale Finanzinstitute hatten, waren sehr stark vertreten. Und das für mich persönlich Interessanteste war, dass die österreichische EU-Präsidentschaft 1998 zeitgleich zusammenfiel mit dem Moment der japanischen Wirtschafts- und Finanzkrise. Dort kamen wir wirklich sehr nah an

37 Leopold Maderthaner (*1935, †2007) war ein österreichischer Politiker. Er war unter anderem zwischen 1990 bis 2000 Präsident der Wirtschaftskammer. Er spielte auch eine bedeutende Rolle bei den Beitrittsverhandlungen 1995 Österreichs zu EU.

38 Martin Vukovich (*1944) war ein österreichischer Diplomat. Beispielhaft leitete er zwischen 1989 und 1995 die CSCE (Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Von 1995 bis 1999 war er als Botschafter in Japan tätig.

39 Hans Dietmar Schweisgut (*1951) ist ein österreichischer Diplomat. Er nahm exemplarisch 2007 die Rolle des österreichischen Botschafters in Brüssel ein. Von 2011 bis 2014 wurde er als Botschafter der EU in Japan eingesetzt.

diesen Schmelzpunkt, der dem japanischen Finanzsektor drohte. Der wesentliche Punkt war, dass die Summe der sogenannten *bad loans*, also der nicht einbringbaren ausständigen Kredite, gigantische Ausmaße angenommen hatte. Das japanische Wirtschaftsmodell der 1960er, 1970er und 1980er Jahre war darauf ausgelegt, jedes Jahr ein neues, großes Wachstum zu durchleben. Durch die Wachstumslogik konntest du immer mehr Kredite vergeben, weil die Bonität in diesem Verbandssystem des Japanischen, wo man sich gegenseitig auch geschützt hat, sehr gut war. In diesem System gibt es gigantische Wirtschaftsverbände, zum Beispiel Mitsubishi. Es war nicht nur das Auto, sondern die Bank, die Versicherung. Das waren riesige Flaggschiffe. In der Zeit, bevor ich hinüberkam, gab es Publikationen, die annahmen, dass Japan die USA als größte Wirtschaft der Welt überholen würde, so wie das jetzt mit China die Diskussion ist. Das war damals die Annahme in vielen westlichen Ländern. Dann baute sich eine gigantische Blase auf, die zum Platzen kam. Auf einmal waren viele dieser ausständigen Kredite nicht mehr einbringbar. Das hat auch sehr massiv die europäische Finanzindustrie betroffen, weil unsere großen europäischen Finanzinstitute am Handelsplatz Tokio ebenfalls Geschäfte tätigten. 1998 war dann die Phase, wo wir mit den Japanern ein System für die europäische Finanzindustrie verhandeln mussten, für den Fall, dass das System komplett zusammenbricht. Wie können wir die Interessen dort vor Ort noch einigermaßen abfedern und schützen? Das war meine Aufgabe. Ich war in der Zeit der österreichischen Präsidentschaft 1998 der Verhandlungsführer für die EU financial counselors, wo nicht nur die damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten beteiligt waren, sondern sich auch die Schweizer angeschlossen haben, die mit UBS und Crédit Suisse sehr massiv vor Ort präsent waren, die Norweger und vielleicht noch der eine oder andere Staat. Jedenfalls konnte ich dort gegenüber dem japanischen Finanzministerium und der japanischen Nationalbank (Bank of Japan) in den Verhandlungen mit einem Mandat der EU-15 plus die Schweiz und dem einen oder anderem Staat Gespräche führen. Es ging um die Frage, was mit den europäischen Finanzinteressen geschieht, die massiv und riesig waren, für den Fall, dass das japanische System komplett zusammenschmilzt. Das ist zum Glück nicht eingetroffen, aber wir hatten einen Plan ausgearbeitet und diesen auch in der Tasche.

Jörg Beining: *Sie sagten: „Ich verabschiede mich von Wien mit einem weinenden und einem lachenden Auge.“ Auf dem Foto Ihrer Abschiedsfeier in Wien sind Sie unter anderem mit Franz Fischler[40] zu sehen. Welche Rolle spielte der Agrarminister Fischler und wie haben Sie ihn erlebt?*

Richard Kühnel: Ich habe nicht unmittelbar für Fischler arbeiten dürfen und auch nicht in seiner Zeit in der Kommission gearbeitet. Ich bin mit Benita Ferrero-Waldner[41] in die Kommission gekommen. Fischler als Kommissar habe ich nicht erlebt. Das war damals

40 Franz Fischler (*1946) ist ein österreichischer Politiker. Er war unter anderem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1989–1994. Von 1995–2004 war er EU-Kommissar für Landwirtschaft, Entwicklung des ländlichen Raumes und Fischerei.

41 Benita Ferrero-Waldner (*1948) ist eine österreichische Politikerin der ÖVP. Sie war von 2002 bis 2004 unter anderem österreichische Außenministerin. Von 2004 bis 2010 war sie als Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftsbeziehungen tätig.

noch in meiner Zeit im Außenministerium, wo er ein wichtiger Akteur war. Aber in den Dossiers, in denen ich gearbeitet habe, ist er mir persönlich nicht untergekommen – weder in meiner Balkanzeit noch in Japan, noch in New York. Landwirtschaft war kein relevantes Thema für meine Arbeit. Ich habe damals Fischler aus der Ferne verfolgt, vor allem dann sein Erbe zu spüren bekommen, in dem Moment, wo ich mit Ferrero-Waldner in die Kommission gekommen bin. Von daher ist mein Urteil keines aus erster Hand und ich würde da auch nicht allzu viel Sätze verlieren, weil es dann nicht glaubwürdig wäre. Was ich auf jeden Fall verspürt habe, als ich in die Kommission gekommen bin, ist sein unwahrscheinliches Gewicht, das er dort hatte – seine enorm hohe Glaubwürdigkeit. Es gab viele Bewunderer in der Kommission für ihn. Er war sicher einer der drei bis vier ganz gewichtigen Kommissare seiner Zeit. Nicht nur weil er eine klare Linie verfolgt und wirklich Politik gestaltet hat. Er hatte damals den Beginn der Agrar- und der Fischereireform nicht nur eingeleitet, sondern die wesentlichen Grundzüge festgelegt, die es sowohl in der europäischen Fischerei als auch in der europäischen Agrarindustrie ermöglicht haben, in eine nachhaltige Zukunft zu gehen. Er hat mit den Qualitätsstandards, den ökologischen Standards und so weiter, die er dort hineingebracht – eine Modernisierung ermöglicht. Er war darüber hinaus ein Repräsentant der Kommission im besten Sinne. Er war in diesem WTO-Prozess stark involviert und hat nach außen, nicht nur nach Österreich, sondern in vielen europäischen Ländern ein echtes Gesicht der EU und nicht nur der Kommission dargestellt. Das kam daher, weil er in sehr klaren Worten immer auch die europäische Haltung repräsentieren konnte, auch gegen unterschiedliche Meinungen oder Widerstände in Mitgliedsstaaten, einschließlich Österreich. Das hat ihm in Österreich nicht nur Freunde gebracht, aber das war enorm wichtig für unsere Glaubwürdigkeit als Europäische Kommission, dass wir nicht nur Mehrheitsmeinungen in den Regionen unserer Mitgliedsländer wiedergeben, sondern eigene Positionen im Interesse ganz Europas vertreten. Das kann manchmal divergieren durch nationalstaatliche Eigeninteressen. Das hat er sehr gut herübergebracht. Österreich hat zu Beginn seiner Beitrittsphase nicht nur gute Personalentscheidungen getroffen, was auch mit dem politischen System in Österreich zusammenhängt. Er war sicherlich eine Personalentscheidung, von der wir auch in den Jahren danach positiv gezehrt haben.

Michael Gehler: *Können Sie noch etwas zur Wahrnehmung Fischlers aus der Sicht des Außenministeriums sagen, welches damals noch nicht Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten hieß? Wir haben von ihm erfahren, dass es teilweise Unmut gab, weil er sehr darauf Wert gelegt hat, nicht irgendwelche österreichischen Kandidaten zu pushen im Rahmen seiner Rolle als Kommissar, sondern sehr wohl darauf geachtet hat, dass er sich ein internationales und europäisches Team zusammenstellt. Das heißt, er hat offensichtlich von Anfang an sehr europäisch getickt und nicht in irgendwelchen nationalen Kategorien Spielchen veranstalten wollen. Er hat uns gesagt, dass er zunächst zu hören bekam, um drei, vier Ecken herum, warum er nicht verstärkt diesen oder jenen Kandidaten forciere. Können Sie etwas zur Wahrnehmung Fischlers aus der Sicht der Diplomatie des Ballhausplatzes wiedergeben? Er hatte am Anfang schon ein starkes Standing gehabt, welches er sich erarbeitet hat. Stichwort BSE-Krise. Das war eine riesige Herausforderung für ihn.*

Richard Kühnel: Da kann ich Ihnen nicht viel zu sagen. Ich war damals ein Junior-Diplomat weit weg von den Brüsseler Themen und den Entscheidungsthemen, die Fischler betreut hat. Ich fand es bemerkenswert, dass er Corrado Pirzio-Biroli[42] zu seinem Kabinettschef gemacht hat. Das ist Ausdruck eines europäischen Verständnisses seines Amtes, das viele in Österreich ihm so vielleicht nicht zugetraut hätten und jedenfalls nicht als den richtigen Ansatz gesehen hätten. Wir haben dann, als Ferrero-Waldner Kommissarin war, auch einen Briten zum Kabinettschef gemacht und keinen Österreicher. Auch das ist Ausdruck eines europäischen Verständnisses. Das sind die Betrachtungen, die ich nachher gewonnen habe. Fischler war sicherlich jemand, der von Anfang an bereit war, mit dem Wechsel in die Kommission sich sofort zu europäisieren. Er hat damals intensiv Englisch lernen müssen und hat sich dann auch mit Französisch auseinandergesetzt. Er hat dann in der Personalpolitik klare Zeichen gesetzt, was der Vertrag von einem Europäischen Kommissar auch verlangt, und war nur dem europäischen Interesse verpflichtet. Er hat aber auch Österreich nie vergessen und auf Qualität geachtet. Zum Beispiel bei der Personalauswahl. Die Österreicher, die zu ihm kamen, waren Top-Österreicher im System, welches da auch gerade im Aufbau war. Das waren die ersten, die über einen *concurs*, zum Teil auch durch einen österreichischen Sonderconcurs, hereingekommen sind. Da hat er sich sehr gute Leute geholt. Das sieht man daran, wie die nachher Karriere gemacht haben. Die Leute aus den Fischler-Zeiten sind alle mittlerweile sehr gut über das gesamte System, in sehr wichtigen Positionen, verteilt.

Michael Gehler: *Können Sie da einige konkret nennen?*

Richard Kühnel: Robert Gamsbacher und Herr Brandmann haben in der Zeit bei ihm gearbeitet. Elisabeth Werner war auch bei ihm, und er hat in der Kommission sofort darauf bestanden, dass auch österreichische Personen eingestellt wurden. Dort, wo Österreich wirklich Qualitäten zu bieten hatte, hat er darauf geachtet, dass diese Qualität auch Einzug hält. Wir haben auch in unserer Zeit profitieren können von einer sehr guten Auswahl im Berlaymont,[43] die auf Fischler zurückging.

Michael Gehler: *Wie würden Sie besonders im Rückblick Ihre Erfahrung mit der Kommission Romano Prodi[44] und der Kommission José Manuel Barroso[45] beschreiben? Das waren verschiedene Kommissionen. Sie haben sich womöglich verschieden entwickelt mit verschiedenen Profilen und verschiedenen Persönlichkeiten. Sind es auch verschieden starke Präsidenten? Kann man sagen, dass sich ihre Definition, sprich Selbstbeschrei-*

42 Corrado Pirzio-Biroli (*1940) ist ein italienischer Politiker. Er war vor allem für die EU tätig. Unter anderem war er von 1992–1994 EU-Botschafter in Wien und später von 1995–2004 Kabinettchef für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei unter Franz Fischler.

43 Das Berlaymont-Gebäude ist der Sitz der Europäischen Kommission in Brüssel.

44 Romano Prodi (*1939) ist ein italienischer Politiker. Er war zweimal italienischer Ministerpräsident (1996–1998 und 2006–2008). Während des Zeitraums 1999–2004 war er Präsident der Europäischen Kommission.

45 José Manuel Barroso (*1956) ist ein portugiesischer Politiker. Unter anderem war er von 2002 bis 2004 Ministerpräsident in Portugal. Zwischen 2004 bis 2014 war Präsident der Europäischen Kommission.

bung, gewandelt hat? Grundsätzlich nachgefragt: Wie stark sind diese Kommissionen abhängig von starken Persönlichkeiten? Wie wichtig ist das jenseits der Sacharbeit und jenseits Ihrer Aufgaben? Wie wichtig sind starke Persönlichkeiten überhaupt? Gerade dadurch, dass die Institution auch immer wieder kritisch von intergouvernementalen Akteuren beäugt wird?

Richard Kühnel: Zu Beginn stand eine Institution, mit der der Sprung über den Schatten der nationalen Souveränität erfolgte. Die Kommission ist seit der Gründung der Gemeinschaft mit ihrem Vorläufer, der Hohen Behörde, unverzichtbar für den Integrationsprozess. Ohne die Kommission geht nicht nur gar nichts, ohne die Kommission gäbe es die Union nicht. Sie verfolgte von Anfang an die Idee der Integration. Was das supranationale Europa unterscheidet von internationalen Institutionen, ist eben diese Idee: Wir übertragen Elemente unserer Souveränität als Nationalstaat. Die Übertragung ist eigentlich der revolutionäre Akt, der die supranationale europäische Integrationsebene von jeder anderen internationalen Organisationsform unterscheidet. Und das ist durch die Hohe Behörde bereits erfolgt. Dann gab es zur demokratischen Legitimation und zur Absicherung von Interessen usw., die Einbettung der Kommission in ein anfänglich sehr rudimentäres parlamentarisches Gebilde, das nun heute zum sehr stark gewordenen Europäischen Parlament geworden ist und ein Auffangbecken für Positionen wurde, wo man dann doch noch die nationale Kontrolle nicht aus der Hand geben wollte: Der Rat, der sich vor allem in der Frühphase der 1950er Jahre schon sehr stark in Szene setzte, als man merkte, dass diese Hohe Behörde, dieses proeuropäische Gebilde im Herzen des Integrationsprozesses, ein Eigenleben entwickeln kann, welches man nicht mehr so steuern kann. So kam es dann zu dem institutionellen Dreieck, wo sich die Kräfte im Laufe der Jahrzehnte verschoben. Aber nach wie vor ist der zentrale Platz der der Europäischen Kommission, aus einer Reihe von Gründen: Zum einen aufgrund der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen. Das ist das Initiativmonopol, das im europäischen Kontext enorm wichtig ist. Solange wir nicht den Schritt machen zu einem staatlichen Gebilde, hat das auch seine Berechtigung, dass hier von diesem eigenständigen Körper die Initiative ausgeht. Dieser versucht zum anderen, alle diese unterschiedlichen Interessen zusammenfließen zu lassen, aber nicht einen Durchschnittswert zu errechnen, sondern daraus einen eigenen Wurf zu machen. Dieser zielt darauf ab, das gesamteuropäische Interesse am besten abzudecken und abzubilden. Das hängt auch im Wesentlichen an dieser Beamtenschaft. Mit dieser geht man von Anfang an mit einem bestimmten, enormen Credo an die Sache heran. Man bewirbt sich nicht bei der Europäischen Kommission, wie man sich bei einer Firma oder einer sonstigen öffentlichen Institution bewirbt. Man bewirbt sich dort, weil man wirklich an das europäische Projekt glaubt und einen gewissen missionarischen Kern im Inneren verspürt. Einer der wesentlichen Gründe, warum Robert Menasse vom Saulus zum Paulus umgeschwenkt hat, ist – denke ich – genau darin zu suchen. Es war vor allem das Feuer der ‚Eurokraten‘, denen er begegnet ist, das ihn überzeugt hat, dass es von etwas genährt werden muss, was eine positive Kraft ausstrahlt. Der dritte Faktor in dieser Reihenfolge sind die Politiker an der Spitze der Kommission. Die Kommission ist kein technokratischer oder bürokratischer Apparat allein. Es ist ein politischer Apparat. Das war im Lauf der Jahrzehnte nicht immer gleich klar. Und je nach Rahmenbedingungen und je nach den handelnden Persönlichkeiten waren wir als Institution manchmal

technokratischer und manchmal politischer im Selbstverständnis aufgestellt. Im Moment der Jean-Claude Juncker[46]-Kommission sind wir so politisch, wie ich das zuvor noch nicht erlebt habe. Dann gibt es immer den Vergleich mit der Jacques Delors-Zeit. Diesen Vergleich herzustellen, ist aber Aufgabe der Historiker. Aber wir sind jetzt klar eine politische Institution geworden, mit einer technokratischen Exzellenz und Expertise, die aber den politischen Prozess füttert und nicht treibt. Als solches sind wir heute der Antreiber europäischer Politik.

Michael Gehler: *Wir haben von den Persönlichkeiten gesprochen. Persönlich erlebt haben Sie direkt Prodi.*

Richard Kühnel: Kaum mehr. Also Barroso und Juncker mehr. Ich kam 2004, damals präsidierte zwar Prodi, ich war aber einer von diesen Vorausleuten, in einem rudimentären Vorauskabinett, einer der künftigen KommissarInnen von der Barroso-Zeit. Also, es war Prodi zwar noch da, so wie Chris Patten,[47] Ferrero-Waldners Amtsvorgänger, noch da war. Ich war anwesend in dieser Kommission, aber kein Mitarbeiter dieser.

Michael Gehler: *Dennoch bleibt die Frage: Wie haben Sie den scheidenden Prodi erlebt? Möglicherweise auch im Unterschied zu Barroso, den Sie viel intensiver erfahren konnten, als es auch verschiedene Phasen gab. Wie würden Sie diese Persönlichkeiten charakterisieren und welchen Stellenwert hatten sie mit Blick auf die Kommission? Die Kommission änderte sich personell deutlich ab 2004. Zu nennen sind da die Erweiterung von 10 neuen Mitgliedern und dann zwei weiteren, Rumänien und Bulgarien. Hier fragt sich: Hat sich die Kommission nicht auch dadurch grundlegend verändert durch Kommissare aus mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern mit ihren eigenen Ressorts? Wie haben Sie diese beiden Kommissionspräsidenten erlebt im Kontext des Geschilderten?*

Richard Kühnel: Ich habe Prodi als Kommissionspräsidenten so gut wie nie in Aktion erlebt. Dafür war ich zu kurz dabei und zu weit von ihm weg. Ich kann Barroso viel besser charakterisieren. Ich kann mich nicht trauen, einen Vergleich zu ziehen.

Ich schätze Prodi sehr für seine intellektuelle Leistung, die er damals rund um diesen Erweiterungsprozess der Union geleistet hat, um eben dort auch den europäischen Gedanken einzuimpfen und diese Länder für die Strukturen der Aufnahme vorzubereiten. Es war eine ganz andere Kommission. Erstens hatten damals in der Kommission die großen Mitgliedsländer noch jeweils zwei Kommissare. Die Koalitionssysteme bestanden im Grunde immer aus Mitte-Rechts- bzw. Mitte-Links-Parteien von den großen Mitgliedsländern, vertreten von einem „Junior“ und einem „Senior“. Es gab zwar noch weniger Mitgliedsstaaten in der EU, aber in der Schlussphase der Kommission Prodi schon die künftigen Kommissare, die dann in der letzten Amtszeit Prodis als volle Kommissare eingesetzt wurden. Aus „Kommissarslehrlingen“ vor dem Beitritt im Mai 2004 wurden echte

46 Jean-Claude Juncker (*1954) ist ein luxemburgischer Politiker. Er war von 1995–2013 Premierminister Luxemburgs und von 2014 bis 2019 Präsident der Europäischen Kommission.

47 Chris Patten (*1944) ist ein britischer Politiker. Von 1999–2004 war er in der Europäischen Kommission als Vorgänger Ferrero-Waldners für die Außenbeziehungen tätig.

Kommissare in der letzten Phase unter Prodi. In dieser Zeit handelte es sich dann auch schon um eine ausklingende Kommission. Es wurden nicht mehr so viele neue Initiativen gesetzt. Das Europäische Parlament hatte damals bei weitem noch nicht das Selbstverständnis entwickelt, das es heute hat. Es war aber schon absehbar, dass sich sein Gewicht erhöhen würde: Nehmen Sie beispielsweise die Konventsdebatte her: Im Grunde genommen war klar, dass das Parlament gestärkt wird, aber es war eben noch vor den Verfassungsentwürfen und vor den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden (2005) sowie dem Lissabon-Vertrag (2007). Daher lief das Spiel etwas anders. Prodis große Leistung war es, diesem Erweiterungsprozess der EU eine gemeinsame Richtung zu geben und sicherlich auch in die Debatten über die Zukunft Europas seine intellektuelle Vision einzubringen. Ich kann aber nicht beurteilen, wie er intern die Kommission organisiert hat, außer eben zu sehen, was Barroso verändert hat.

Aus den Veränderungen heraus, hatten in der Prodi-Zeit die einzelnen Kommissare und Generaldirektionen eine größere Handlungsautonomie als in der Barroso-Zeit. Nicht dass wir keine Handlungsautonomie hatten, aber es war aufgrund der Größe der Kommission klar, dass man mehr zentrale Koordination braucht. Deswegen hat dann, in der Barroso-Zeit, das Generalsekretariat vielmehr eine zentralere Rolle im System eingenommen, als es vorher der Fall war. Da hat sich sicherlich etwas verändert. Mit Barroso begann dann auch diese Clusterbildung von Kommissaren, d.h. man hat Kommissare in Arbeitsgruppen oder Clustern zusammengefasst. Barroso selbst hat den außenpolitischen Cluster persönlich geführt, Ferrero-Waldner war seine Stellvertreterin darin. Das war auch Ausdruck eines stärkeren Zusammenrückens der Kommissare, der Dienststellen rund um einzelne Themen, was dann in der Juncker-Kommission noch weiterentwickelt wurde mit dem Matrixsystem.

Barroso hat die Kommission auf die neuen Zeiten hin ausgerichtet und die Dossiers entsprechend vergeben. Er hatte die Herausforderung 24 (plus ihn selbst) Kommissare zu koordinieren. Dann kamen relativ bald danach noch zwei dazu. Er musste die Dossiers dann so zuschneiden, dass es eine inhaltliche Kohärenz für das gesamte System gab. Das geschah auch rund um die Lissabon-Agenda und später bei der 20-20-Strategie, mit einem starken Bewusstsein von Klimapolitik. Das war für uns ein großes, wichtiges Thema in seiner Zeit. Er hatte dann enorme Herausforderungen, die französische und die holländische Seite in den Verfassungsvertrag miteinzubeziehen. Und dann kam die Sequenz der unterschiedlichen Krisen, für die weder er noch die Kommission etwas konnten. Sie sind aber in seine Zeit gefallen, weswegen er dann im Lauf seiner Präsidentschaft aus dem Krisenmanagement kaum mehr herauskam. Darunter litt die klassische Arbeit der konstruktiven Politikformulierung. Du musstest eben zuerst aus diesen Verfassungskrisen herausfinden. Damals waren übrigens auch sehr wichtige Themen: Die österreichische Präsidentschaft, *Sound of Europe,* Schüssel und so weiter, dann die deutsche Präsidentschaft, Berliner Erklärung, etc. Aber das war für ihn eine Abkehr vom Normalprozess und dann ab 2008 gab es ein permanentes Krisenmanagement, wo in der Hochphase auch klar wurde, dass eine europäische Institution Limits hat. Exemplarisch, als es um die enormen Summen ging, die wir für die Rettungsschirme brauchten, wurde auch klar, dass mit allen Multiplikatoren und den Sicherungseffekten, die wir aufbringen können, dafür das europäische Budget nicht ausreichen würde. Daher kamen dann die Staaten als

Gläubiger dazu und damit auch der Europäische Rat als das zentrale Diskussions- und Entscheidungsforum.

Michael Gehler: *Wenn ich die gängigen, klassischen und möglicherweise stereotypenhaften Bilder von Barroso in den (Print-)Medien rekapitulieren kann, dann steht dort zunächst der Kompromisskandidat, jemand, der nicht der erste Kandidat gewesen ist, gefolgt von einem blassen Mann, der kein eigenes Profil entwickeln konnte, der mit Krisen konfrontiert war sowie Manager und Mediator dieser Krisen sein musste. Er schien dann im Zeichen der Banken-, Finanzmarkt-, Staatsverschuldungskrise angeblich an die Wand gedrückt worden zu sein durch den Rat, den angeblich eigentlichen Krisenmanager. Am Ende seiner Amtszeit hält er Reden und gibt Erklärungen ab, die man vorher schon erwartet hat. Worin finden wir eigentlich den Barroso-Plan? Er hält engagierte Reden, zum Beispiel auf einer Jean-Monnet-Chair*[48] *Konferenz in Brüssel, bei der ich ihn erleben durfte. ich saß damals neben Josep Borrell. Barroso trat dynamisch auf und hat authentisch wie ein Glaubenseuropäer gewirkt. Das war ein Bild, das nicht mit anderen Bildern übereinstimmte. Sie haben ihn über eine längere Zeit erlebt, aus der Innensicht der Kommission, nicht aus medialer Perspektive. Das muss man differenzieren. Nochmal nachgehakt: Decken sich die eben beschriebenen Bilder von Barroso mit Ihren Wahrnehmungen, Erinnerungen und Erfahrungen? Oder würden Sie sagen: „Das würde ich so nicht stehen lassen, das würde ich nuancieren, differenzieren. Damit werden wir Barroso nicht gerecht.“*

Richard Kühnel: Viele von den von Ihnen beschriebenen Bildern werden ihm nicht gerecht und es hat sich medial ein Vorurteil aufgebaut, das stark nachwirkt. Man muss aber auch sagen, dass er das auch nicht mehr wegbekam. Sie tun ihm aus meiner Sicht aber unrecht. Es spiegelt nicht seine enorme Leistung wider, die er für Europa in der bis dahin schwierigsten Phase seiner Geschichte erbracht hat.

Zur Kompromisskandidatengeschichte: Wenn ich sage, die Kommission ist das unverzichtbare Element des europäischen Prozesses und es gibt keinen europäischen Prozess ohne Kommission, dann gibt es auch einen Umkehrschluss. Es gibt keine Kommission ohne einen europäischen Rahmen und einen europäischen Prozess, innerhalb dessen sie operieren kann. Da gibt es in der Geschichte unterschiedliche Konstellationen, die abhängen von dem Handeln der politischen Personen in den Mitgliedsstaaten oder außerhalb in den USA oder Russland oder sonst wo. Es gibt eine Reihe von Rahmenbedingungen, welche die Erfolgschancen einer Kommission definieren. Damit sei nicht die enorme Bedeutung eines Hallsteins oder eines Delors geschmälert. Aber man muss auch sagen, da passten viele Rahmenbedingungen gut. Da war in dieser Zeit vieles möglich, das vielleicht in anderen Zeiten nicht möglich gewesen wäre.

Die Qualität oder die Stärke einer politischen Institution, ob Kommission oder Regierung, bemisst sich nie nach absoluten, sondern nach relativen Kriterien. Wie hat sie sich verhalten im Vergleich zu dem, was davor war? Was wurde verändert? Was konnte

48 Der Jean-Monnet-Chair ist ein Preis zur Förderung der europäischen Integration an Universitäten. Dieser geht auf Jean Monnet (*1988, † 1979) zurück, einem französischen Unternehmer und einem frühen Vertreter der europäischen Idee. Er gilt auch als der „Vater Europas“.

verändert werden? Wie verhält sie sich im Vergleich zu anderen? Besser? Schlechter? Gewinnt man? Verliert man? Daher stellt sich immer eine Frage eines relativen Prozesses. Bei Barroso kam viel zusammen, dafür können weder er noch die Kommission noch die EU etwas. Eine Konstellation von besonders schwierigen fundamentalen Ausgangsbedingungen: Dass in zwei Gründerstaaten ein Referendum schiefgeht, kann man ihm nicht ankreiden. Man kann diskutieren, hätten wir als Kommission kommunikativ etwas anders oder besser machen können? Ja, vielleicht haben wir auch eine bestimmte Rolle dabei gespielt. Mit Ferrero-Waldner waren wir auch im französischen Referendumswahlkampf eingesetzt, damals mit Michel Barnier. Unsere Rolle war aber marginal, da sich ein Referendum aufgrund der nationalpolitischen Lage bestimmt. Die Finanzkrise aus den USA mitsamt ihren Folgen hat Schwächen im europäischen System aufgedeckt, die aber nicht im europäischen institutionellen System beheimatet waren, sondern in den nationalen. Dass unsere Antwortfähigkeit auf der europäischen Ebene nicht ausreichend vorhanden war, stimmt auch. Aber es ist auch das wiederum die Aufgabe der „Herren der Verträge“, das vorherzusehen, und nicht die der „Hüter der Verträge“. Die „Herren der Verträge“ müssen den Rahmen erlauben, innerhalb dessen man operieren kann. Wir bekommen Einzelermächtigungen, das heißt: Nur dort, wo wir etwas tun dürfen, können wir operativ tätig werden – supranational, aber nicht staatlich. Daher hatte Barroso schwierige Rahmenbedingungen.

Ja, er war ein Kompromisskandidat, aber das ist per se nichts Schlechtes. Das ist Ausdruck des europäischen Gemeinwesens, dass wir in Europa auf Kompromisse setzen und eben auch auf Kompromisskandidaten. Das ist dann letztlich auch der Ausdruck, dass mit demjenigen alle können. Das war noch vor der Idee mit dem Spitzenkandidaten. Ein System, wo schon klar war, die EVP ist die stärkste Kraft im Europäischen Parlament: Daher nach dem Sozialdemokraten Prodi jetzt einen Christdemokraten, nach Italien jetzt eher wieder ein kleineres Land. Da waren einige Namen im Spiel, und dann hat sich der Name Barroso herauskristallisiert. Es war bei anderen Mitgliedern jemand, ob stärker oder schwächer, gegen ihn. Das ist aber kein guter Beginn, wenn du in Europa diese Kommission übernehmen sollst, und du bist darauf angewiesen, mit allen zu arbeiten. Deswegen ist ein Kompromiss zunächst nichts schlechtes, sondern eine gute Basis. Die Frage ist, was machst du daraus?

Innerhalb der Kommission war er ein wirklich guter Kommissionspräsident. Er hat die Sitzungen gut geführt. Ich war oft bei Kommissionssitzungen dabei, die waren gut vorbereitet. Er wusste, wo er hinwill, war aber auch bereit, die Meinungen der anderen Kommissare im Kollegium als Kollegialorgan aufzunehmen. Er konnte aber trotzdem auch mit einer klaren eigenen Vorstellung führen. Es gab ein starkes Generalsekretariat, aber eben klar unter seiner Kontrolle. Daher hat er uns einige wichtige Richtungen mitgegeben und die Kommission auf einige Hauptziele ausgerichtet: Klimapolitik, 2020-Ziele. Er hat ein paar große Visionen formuliert.

Im öffentlichen Auftritt habe ich ihn so und so erlebt. Ich habe von ihm wirklich brillante Reden gehört, vor allem seine „*State of the Union*“-Rede, die erste dieser Art überhaupt. Auch das ist ein historisches Vermächtnis von Barroso. Es war wirklich begeisternd, wie er darin über den Tageshorizont und den Tellerrand weit hinausblickte. Eine seiner besten Reden, die ich persönlich gehört habe, war zu einem kulturellen Thema. Er war ein Mensch der Kultur, extrem interessiert an europäischer Kultur und Ge-

schichte. Jedes Mal, wenn er bei mir in Wien war, musste ich immer zwei Stunden in sein Programm einbauen, wo wir ins Kunsthistorische oder in ein anderes Museum gegangen sind. Hauptsache zu einem Ort an dem er sich mit Geschichte, Kunst oder Kultur befassen konnte: Theaterbesuche, wie im „Theater an der Wien", Opernbesuche, zum Beispiel in der Staatsoper. Er war auch einmal eingeladen von Dominique Meyer[49] zu dem großen europäischen, globalen Treffen der Operndirektoren. Da hat er eine unglaublich gute Rede über die Bedeutung der Oper für Europa gehalten – intellektuell großartig, zugespitzt und scharf. Er hat einige wirklich gute Reden gehalten, aber auch ein paar, die nicht so gut gewirkt haben. Da war auch die Zeit für die Vorbereitung nicht da. Er war jemand, dem oft mehr daran gelegen war, inhaltlich Dinge zu bearbeiten als die Außenwirkung sicherzustellen. Da sind andere Politiker wahrscheinlich auch besser geeignet, aus weniger Inhalt mehr Außenwirkung zu machen. Er war jemand, der viel auf den Inhalt geschaut, aber nicht immer die Außenwirkung beachtet hat. Das ist ein Grund, warum das Image des „blassen" Barroso sich bei einigen durchgesetzt hat. Sie haben ihn manchmal erlebt in Situationen, wo er nicht ausreichend auf den Moment der öffentlichen Darstellung fokussiert war. Das habe ich auch erlebt.

Michael Gehler: *Vielen Dank für diese differenzierte Darstellung. Eine Publikation, die sich mit den Kommissionspräsidenten von Hallstein bis Barroso beschäftigt, trägt den Titel: „An impossible job? The EU-Presidents of the Commission."*[50] *Das zeigt, dass die Herausgeber und die Autoren sich der Komplexität und der Herausforderungen für die Akteure sehr bewusst waren und sie entsprechend differenziert beurteilten. 2004 sind Sie ins Kabinett der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner, gekommen. Was waren damals die größten Herausforderungen und schwierigsten Aufgaben für die Außen- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union?*

Richard Kühnel: Eine große Aufgabe, die sie geerbt hat, und was damals auch Präsident José Manuel Barroso gesagt hat, „Das wird für sie eine zentrale Aufgabe", ist die europäische Nachbarschaftspolitik gewesen. Sie wurde bereits zuvor angedacht. Das war eine grobe Idee, einen Ring von Freunden rund um das erweiterte Europa zu schaffen. Wir hatten 2004 die große Erweiterung, damit eben neue Außengrenzen, und die Frage war offensichtlich: „Was macht Europa mit der Welt rundherum?" Hier war eben die Idee, einen Ring von Freunden zu schaffen. Und da war die große Aufgabe, die Frau Ferrero-Waldner von Barroso bekommen hat, eine Politik zu entwickeln, die diesen Kreis rund um Europa an Europa bindet, mit unseren Werten verknüpft, für unsere Märkte öffnet, an unseren Programmen teilhaben lässt, ohne ihnen die Mitgliedschaft geben zu können. Das war immer ein Transformationsprozess außerhalb der Erweiterung, das größte *à-tout*, dass wir, mit der Perspektive eines Beitritts, unwahrscheinliche Einflussmöglichkeiten auf innere Reformprozesse dieser Länder hatten. Ohne diesen *Atout* musstest du eine Politik formu-

49 Dominique Meyer (*1955) ist ein französischer Unternehmer respektive Manager und seit 2010 Direktor der Wiener Staatsoper.

50 Jan van der Harst/Gerrit Voerman (Hrsg.), An impossible job? The EU-Presidents of the Commission, 1958–2014, London 2015.

lieren, die trotzdem Anreiz genug war für die Länder rund um Europa, sich zu reformieren, einen Transformationsprozess hin in Richtung Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit, pluralistische Demokratie, soziale Marktwirtschaft einzugehen, ohne dass wir ihnen am Ende versprechen konnten: „Eines Tages gibt es die Mitgliedschaft!“ Das hat für Ferrero-Waldner das vielleicht größte Thema dargestellt. Etwas, das für sie ebenfalls sehr wichtig war, waren die Beziehungen zu Lateinamerika. Das war ihr schon in der österreichischen Außenpolitik wichtig, aber umso mehr dann auf der europäischen Ebene, weil sie das Gefühl hatte: „Diesen Teil der Welt vernachlässigen wir etwas zu sehr,“ bis auf die Spanier, die da ein Auge darauf hatten. Aber das ist ein wirtschaftlich und geostrategisch wichtiger Raum, der von den Amerikanern, von den Chinesen, von den Japanern bearbeitet wurde und von uns zu wenig und das war eben auch ein wichtiger Schwerpunkt für sie.

Michael Gehler: *Im Jahre 2004 schien zu diesem Zeitpunkt klarer, dass es die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) gibt und nicht mehr automatisch eine Mitgliedschaft folgen kann. Ich frage deshalb zusätzlich, weil wir Günter Verheugen*[51] *auch hier als Gast hatten und er uns berichtete: „Im ursprünglichen Ansatz war das noch nicht so.“ Zu seiner Zeit sei das noch nicht ausgeschlossen gewesen. Was ist Ihr Eindruck? War das zu dem Zeitpunkt schon ausgeschlossen oder gab es noch eine offene Position, so dass es vielleicht doch in manchen ausgesuchten Fällen irgendwann in eine Folgemitgliedschaft münden konnte?*

Richard Kühnel: Nein. Es war nicht formell ausgeschlossen, aber es war auch klar, es ist nicht Teil des Angebots, das Ferrero-Waldner bieten konnte für diese Partnerschaftsländer, weder im Süden noch im Osten.

Michael Gehler: *Können Sie ungefähr sagen, ab wann klarer wurde: „Es geht nicht, wir sind an der Grenze der absorption capacity?“*

Richard Kühnel: Der Punkt war eigentlich die Orangene Revolution[52] in der Ukraine, als am Tag nach der Wahl von Viktor Juschtschenko bei uns in Brüssel eine Delegation aus Kiew war, die vereinfacht argumentiert hat: „Wir haben die Orangene Revolution, wir gehören jetzt sozusagen zu Euch. Bitte legt uns eine Liste vor, was wir machen müssen. Wir arbeiten das in einem Jahr ab und kommen dann mit einem Beitrittsantrag.“ Da war der Moment erreicht, als Ferrero-Waldner sinnbildlich gesagt hat: „Haltet die Pferde zurück, so rasch geht das nicht! Das ist ein sehr langwieriger Reformprozess. Ich kann Euch nicht zusagen, dass wir Euch daraufhin zu unseren Mitgliedstaaten zählen.“ Das

51 Günter Verheugen (*1944) ist ein deutscher Politiker. Bis 1982 engagierte er sich in der FDP, anschließend in der SPD. Auf der europäischen Ebene war er unter Prodi unter anderem für die EU-Osterweiterung zuständig. Von 2004–2009 wirkte er als Vizepräsident der Europäischen Kommission. Seine Ressorts waren Unternehmen und Industrie.

52 Bei der Orangenen Revolution oder auch Kastanienrevolution handelte es sich um mehrere Demonstrationen, um die Wahl der ukrainischen Präsidentschaftskandidaten im Jahr 2004. Beiden Parteien, sowohl Wiktor Janukowytsch als auch Wiktor Juschtschenko, wurde Wahlbetrug vorgeworfen. Als Folge wurde der vorherige Wahlsieg Janukowytschs für ungültig erklärt und Juschtschenko zum Präsidenten ernannt.

war der Punkt, als die Diskussion klar gezeigt hat: Es gibt einige Länder in Europa, Polen war damals sicherlich treibend, die gesagt haben: „Nein, wir müssen eine Perspektive aufzeigen, einräumen und offenhalten, weil in den Verträgen steht: Jedes europäische Land kann beitreten.“ Es gab aber auch andere Mitglieder, die erwidert haben: „Nein, wir haben jetzt gerade die große Erweiterungswelle.“ Es stellte sich nämlich damals auch die Frage des Beitritts von Bulgarien und Rumänien, die in der ersten Welle noch nicht dabei waren, aber mit den Schwierigkeiten, die schon so klar sichtbar waren, sodass dann einige Mitglieder gemeint haben: „Jetzt keine weitere Perspektive mehr einräumen.“ Daher hatten wir dann eine Formulierung der Ukraine gegenüber verwendet, die ungefähr so lautete wie: „Die Tür der Mitgliedschaft ist für Euch nicht offen, aber sie ist auch nicht verschlossen.“

Michael Gehler: *Das heißt, man könnte sagen, die Jahre 2007 und 2008 waren Wendezeiten?*

Richard Kühnel: Nicht Wende-Zeiten, aber Zeiten der Konkretisierung eines Gedankens, der unausgesprochen schon von Anfang an da war, weil es auch damals schon eine Unterscheidung gab zwischen der klassischen Erweiterungspolitik und der Nachbarschaftspolitik. Das heißt, es war schon klar: Die Ukraine oder Moldawien würden nicht Teil der Erweiterungspolitik sein, sondern in der Nachbarschaftspolitik bleiben. Eigentlich war von Anfang an klar, dass es sich schon um eine andere Gruppe handelt. Es gibt seit dem Gipfel von Thessaloniki 2003 Länder mit einer expliziten und mehrfach bestätigten Perspektive, denen klar gesagt worden ist: „Ihr habt eine Beitrittsperspektive.“ Und dann gibt es die Länder, die eben nicht dazugehören und nicht in diese Gruppe nachgerückt sind.

Jörg Beining: *Wie haben Sie Ferrero-Waldner in dieser Funktion erlebt?*

Richard Kühnel: Ferrero-Waldner war von Anfang bemüht, ihr Amt sehr proaktiv und sehr umfassend anzulegen und sich nicht exklusive Schwerpunkte zu setzen, also gewisse Themen zurückzustufen, sondern möglichst umfassend aktiv zu sein, was Regionen betrifft, was Themen betrifft, multilateral, bilateral, also die gesamte Palette abzudecken, einen Stempel aufzuprägen und vor allem, was sich danach ja auch entwickelt hat, die Instrumente, die der Kommission zur Verfügung stehen, zusammenzufassen und als Gewichtsverstärker in den internationalen Beziehungen einzusetzen. Wir hatten damals auch davor schon mit Javier Solana[53] einen Hohen Vertreter, der eine sehr starke internationale Präsenz hatte und auch in der Zeit der Kommission mit Chris Patten. Im Unterschied zu Patten hat Ferrero-Waldner eben auch die europäische Nachbarschaftspolitik als Aufgabenfeld bekommen. Das war ein Schwerpunkt, der so vorher nicht vorhanden und noch nicht dem Mandat zugeordnet war. Sie war auch diejenige, die für zwei Generaldirektio-

53 Javier Solana (*1942), spanischer Politiker, von 1995 bis 1999 als Generalsekretär der NATO tätig, ehe er von 1999–2009 das Amt des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union übernahm. Zeitgleich bekleidete er ab 1999 die Position des Hohen Vertreters für die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

nen die Zuständigkeit hatte: Die RELEX,[54] die klassische Außenpolitische Generaldirektion damals, quasi Auswärtiges Amt in Deutschland, plus AIDCO, die Entwicklungszusammenarbeit mit all den Geldern und den Instrumenten, die dort vorhanden waren. Sie war die Chefin beider Generaldirektionen. Das heißt, sie hatte die Politikformulierung und sie hatte die Instrumente und die Mittel. Über das zusammen zu verfügen, war ihre Stärke und hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass sie als Kommissarin in vielen Bereichen ein zentraler Akteur geworden ist, weil sie nicht nur mit der Macht des Wortes, sondern auch mit der Macht der Instrumente, die die Europäische Union hat, auftreten konnte.

Michael Gehler: *Sie haben schon auf die Konstellation Solana und Patten, mit Ferrero-Waldner in einer proaktiven Position, verwiesen. Der Kommission stand aber auch wieder ein Mister GASP[55] bzw. Mister GSVP[56] gegenüber, nämlich Janvier Solana. Wie war das Verhältnis zwischen Ferrero-Waldner und Solana? Hat man ihr den Titel* **„***Erweiterung und Nachbarschaftspolitik“ gegeben, um möglicherweise einerseits nicht zu viele Reibflächen oder andererseits ausdifferenzierte Funktionen und Agenden zu schaffen?*

Richard Kühnel: Also, warum sie den Titel bekommen hat, müsste man wahrscheinlich Barroso fragen, der ihr den Titel gegeben hat. Der Grund war nicht die Abgrenzung zu Solana, es war kein Defensivargument sondern ein Offensivargument. Das ist jetzt aus Sicht Barrosos für seine Kommission ein echter Schwerpunkt. Romano Prodi hat die große Erweiterungsrunde vorangebracht, Barroso wollte die ganze Zone rund um das erweiterte Europa zu unseren Freunden machen. Es war ein offensives Argument, völlig unabhängig davon, ob ein Hoher Vertreter da ist. Es gab in der Tat in der Frühphase, in der wir das Kabinett für Ferrero-Waldner konstituiert hatten, zwei unterschiedliche Meinungen. Es gab die einen, die gesagt haben, „teilen wir uns das Aufgabengebiet auf, da es zu groß ist. Lassen wir Solana das Seine (Nahostprozess, Iran) und machen wir das andere.“ Die zweite Position: „Wir vertreten die Kommission und nicht den Rat mit den Mitgliedstaaten und wir vertreten damit das gesamteuropäische Interesse, das wir als Kommission in unserem Mandat haben, und zwar überall.“ Sie hat sich für den zweiten Weg entschieden. Daher war sie auch immer ein sehr aktives Mitglied des Nahostquartetts oder auch aktiv im G7/G8-Diskussionsrahmen dabei. Das Verhältnis zwischen den beiden war wesentlich konstruktiver, als es damals medial aufgebauscht wurde. Es war medial aufgelegt. Also hier die spanisch sprechende Frau aus der Volkspartei. Dort der

54 Die RELEX ist innerhalb der GASP zuständig für institutionelle, finanzielle und rechtliche Fragen.

55 Die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) wurde 1993 mit dem Vertrag von Maastricht etabliert und ist eine Institution innerhalb der EU, die sich mit der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union befasst. Die Akteure innerhalb des GASP sind die Regierungsmitglieder der einzelnen Staaten. Es handelt sich hierbei also um ein intergouvernementales Organ, wessen Entscheidungen die Einstimmigkeit der Mitgliedsländer im Europäischen Rat erfordern.

56 Die GSVP (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) ist ein Bestandteil der GASP und wurde 2001 mit dem Vertrag von Nizza unter der Bezeichnung Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen. Der heutige Name wurde 2007 im Vertrag von Lissabon festgelegt.

spanische Mann, ein Sozialdemokrat, da wurde dann viel hineininterpretiert. In Wahrheit, überall wo ich bei den Treffen dabei war, war es eine sehr konstruktive und dann zunehmend auch freundschaftliche Zusammenarbeit. Wobei auch immer beiden klar war, welche Themen Solana anspricht und welche Themen sie anspricht. Das war nicht Gegenstand einer Auseinandersetzung im Vorfeld, sondern im Grunde genommen ganz klar, welche Themen werden von ihm forciert, welche Themen werden von ihr forciert und das war durchaus komplementär.

Jörg Beining: *Wären Sie Geschichts- oder Politikwissenschaftler, wie würden Sie die Kommission definieren? Was ist die Kommission?*

Richard Kühnel: Sie ist die „Hüterin der Verträge". Die Kommission ist der wesentliche Katalysator des europäischen Gedankens. Ohne die Kommission geht gar nichts. Überall dort, wo man versucht intergouvernementale Ansätze zu verfolgen, kommt man sehr rasch drauf, dass man die Kommission braucht, wenn man möchte, dass das erreicht wird, was man formell deklariert. Die Kommission ist diejenige, die im Wesen alle Strömungen, die aus den unterschiedlichen Mitgliedstaaten, aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft auch jenseits der Regierungen, also Zivilgesellschaft, Oppositionskräfte, politische Strömungen, kommen, zusammenführen und in positive Energien umwandeln soll. All das wird zusammengeführt in der Kommission, die aber dann nicht eine simple Addition oder Rechenaufgabe macht und dann sagt: „Unterm Strich ist das das wichtigste Argument", sondern die aus diesem Amalgam, von diesem Amalgam inspiriert, eine eigenständige Entscheidung trifft, im Sinne dessen, was der beste Weg voran ist im gesamteuropäischen Interesse. Im Wesentlichen steht sie immer im Dienst der Bürgerinnen und Bürger. Das ist eigentlich der Hauptantrieb. Unterschiedlich erfolgreich, unterschiedlich ambitioniert, manchmal ambitionierter, manchmal weniger ambitioniert, aber im Grunde sind wir der Katalysator der europäischen Idee.

Michael Gehler: *Ein neuer Trend in der Geschichtsbranche wie auch in der Politikforschung ist history of decision making, Entscheidungen treffen und wie sie zu Stande gebracht werden. Welche Formen der Entscheidung, Strukturen der Entscheidung und Träger der Entscheidung gibt es in der EU? Was kann die Kommission entscheiden? Wie würden Sie das einordnen, auch im Blick auf das übrige Institutionengefüge? Mit Blick auf Rat und das Parlament? Wie sieht das Entscheidungshandeln aus? Wie gestalten sich Entscheidungsformen, Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsträger im Rahmen der Kommission?*

Richard Kühnel: Das hängt vom Politikbereich ab. Je nach dem Bereich, den wir hernehmen. Bei stark vergemeinschaftlichten Bereichen schaut es anders aus als in Bereichen, die kaum der Gemeinschaft zufallen. Aber grundsätzlich gilt eigentlich für alles: Die Kommission ist nicht der Entscheidungsträger. Entscheidungen machen im Endeffekt die zwei gesetzgebenden Organe, der Rat und das Europäische Parlament. Aber ohne unseren Beitrag, das ist auch das, was ich zuvor mit Katalysator meinte, gäbe es keine Entscheidung und in der Regel sehen die Entscheidungen unserem Vorschlag sehr ähnlich. Das ist das, was von uns kommt. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst. Wir schießen Vorschläge

nicht aus der Hüfte, sondern wir bereiten diese sehr intensiv, auf wissenschaftlicher Basis, breitem Dialog, breiten Konsultationsprozessen, Abstimmungen und so weiter vor. Jetzt vor allem auch mit der neuen Kommission, mit der neuen Struktur, die das von Anfang an auch sehr stark politisch gewichtet, bereiten wir einen Vorschlag vor, der dann in die Entscheidungsstruktur hineinkommt, wo wir aber dann in der Schlussphase der Entscheidung schon wieder dabei sind. Das heißt, wir begleiten den Entscheidungsprozess bis zum Ende und auch wenn wir formell nicht diejenigen sind, die am Schluss die Hand für die Abstimmung heben, ist auch unsere Begleitung während des gesamten Prozesses bis zur Abstimmung im Rat und im Europäischen Parlament instrumental das, was zum Erfolg führt. Darüber hinaus ist es unsere wichtige Aufgabe zu kontrollieren, dass das, was hier europäisch entschieden worden ist, auch getan und umgesetzt wird. Also so gesehen, sind wir nicht die Entscheider, aber ohne uns keine Entscheidung.

Michael Gehler: *Könnte man sagen, die Kommission vergemeinschaftet, je nach Politikbereich, gemeinschaftliche Regierungszusammenarbeit des Europäischen Rates oder geht das zu weit?*

Richard Kühnel: Das ist fast zu viel: Vorbereitend und mitentscheidend, wenn man verkürzen möchte. Unsere Rolle ist die Mitentscheidende. Auch wenn wir formell nicht mitentscheiden, so sind wir faktische Mitentscheidungsträger, weil wir auch durch das Initiativrecht die Möglichkeit haben, Vorschläge zurückzuziehen und dann ist das vom Tisch. Damit sind wir sicherlich mitentscheidend, aber nur ein Teil des Systems und sicherlich nicht die einzigen. Im Gegenteil, wir wollen ja auch und wir brauchen ja auch beide legislativen Elemente. Wir brauchen unbedingt das direkt gewählte Europäische Parlament und wir brauchen die Mitgliedsstaaten im Rat, nicht nur aus Legitimationsgründen, sondern auch aus Implementationsgründen. Wenn wir das nicht haben, bleibt das Ganze, bei allem Respekt vor dem Europäischen Rat, ein Beschluss desselben.

Michael Gehler: *Was würden Sie von folgenden Definitionen halten: Die Europäische Kommission ist ein eigenes EU-Organ mit speziellen Funktionen. Sie ist weniger eine klassische Regierung, sondern mehr ein ausführendes Sekretariat einer internationalen Staatenorganisation, die lange auf völkerrechtlichen Verträgen basierte und inzwischen eine eigene staatsähnliche Rechtspersönlichkeit geworden ist. Die Kommission hat im Unterschied zum Europäischen Parlament das Monopol der legislativen Initiative. In einem normalen Staatengebilde steht dieses Initiativrecht dem Parlament zu, die Kommission kann hingegen entsprechende Vorschläge bereiten, die dem Rat, früher Ministerrat, der EU zugeführt werden. Der Kommissionspräsident muss für jede ihrer Initiativen eine Mehrheit finden, sowohl im Ministerrat (Rat-EU) als auch im Europäischen Parlament. Die Kommission ist auch Exekutivorgan. Wenn eine Entscheidung getroffen worden ist, muss die Kommission diese auch ausführen. Als „Hüterin der Verträge“ muss sie Recht vor dem Europäischen Gerichtshof (EUGH) einklagen. Können Sie mit dieser Definition leben?*

Richard Kühnel: Darf ich fragen, woher diese Definition stammt, bevor ich das kommentiere?

Michael Gehler: *Sie ist von Jacques Santer*[57] *und stammt aus dem Jahr 2011, als ich ihn interviewte für einen Band zur Analyse der Kommissionspräsidenten von Hallstein bis Barroso, der mittlerweile erschienen ist.*[58]

Richard Kühnel: Es stimmt: Wir sind nicht eine Regierung, die im Sinne einer nationalen Regierung mit den entsprechenden Durchgriffsrechten und Exekutivrechten, notfalls mittels Polizeiapparat oder ähnlichen Instrumenten, den eigenen Beschlüssen auch zur Durchsetzung verhelfen kann. Aber wir sind auch nicht nur ein reines Ausführungsorgan oder gar Sekretariat für andere. Das halte ich für irritierend. Im „Jahrbuch der Europäischen Integration“[59] ist eine Formulierung enthalten, die vereinfachend gesagt folgendes erklärt: „Bis jetzt waren wir die Umsetzer der Politik des Europäischen Rates und jetzt mit der Spitzenkandidatengeschichte, wird die Kommission zunehmend zu einem parlamentarisch gelenkten Ausführungsorgan des europäischen Parlaments.“ Also wir entwickeln uns angeblich vom Sekretariat des Europäischen Rates zum Ausführungsorgan des Europäischen Parlaments. Dann kommt im *Jahrbuch der Europäischen Integration* 2014 bei den ganzen Politikbereichen (Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und so weiter) eigentlich nurmehr die Kommission vor, weil die Politik der Union an den Initiativen der Kommission gemessen wird, was auch überzeichnet ist. Eigentlich ist der wichtigste Zeitpunkt die Annahme am Schluss des Rechtsaktes oder das Inkrafttreten eben jenes. Da wird oft zu sehr auf das verkürzt, was die Kommission vorgeschlagen hat. Gleichzeitig gilt aber: Alle Politik, die auf europäischer Ebene gemacht wird, kommt von uns, auch Vorschläge, die dann im Europäischen Rat diskutiert und beschlossen werden. Wenn man sich ansieht, woher das Papier herkommt, das dort diskutiert wird, ist die entscheidende Quelle in der Regel die Kommission. Das heißt, wir sind weder Sekretariat noch reines Ausführungsorgan. Wir sind eine Triebfeder, ein Katalysator. Wir sind diejenigen, die den überwiegenden Teil der inhaltlichen Akzente der Arbeit der Europäischen Union setzen. Das wäre nicht die Beschreibung eines Sekretariats. Wir sind in diesem institutionellen Dreieck eine der drei Säulen, die durchaus mit Selbstbewusstsein sagen kann: „Wir sind nicht mehr, aber auch nicht weniger als die anderen Säulen.“

Jörg Beining: *Wie haben Sie das Verhältnis zwischen Parlament, Rat und Kommission in Ihrer EU-Zeit seit 2008 bis heute erlebt?*

Richard Kühnel: Wir haben als Kommission viel dazu lernen müssen. Aus der alten, auch für uns noch sehr stark präsenten Tradition und Logik der Jacques Delors-Kommission hat es viele Annahmen gegeben, die dann den neuen Realitäten nicht standgehalten

57 Jacques Santer (*1937) ist ein luxemburgischer Politiker. Unter anderem war er von 1984 bis 1995 Premierminister Luxemburgs und von 1995 bis 1999 Präsident der Europäischen Kommission.

58 Michael Gehler, Jacques Santer: Underestimated European and President of the Commission (1995–99) during Transition, in: Jan van der Harst/Gerrit Voerman (Hrsg.), The presidents of the European Commission. From Hallstein to Barroso, London, 2014, S. 197–222.

59 Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014.

haben. Die Kommission der Delors-Zeit, die sehr oft als ein Idealbild dargestellt wird, konnte das auch nur im Kontext der damaligen Konstruktionen der europäischen Gemeinschaft sein, sprich einer relativ überschaubaren Anzahl von Mitgliedsländern, mit sehr proeuropäisch orientierten Regierungen, insbesondere der großen Mitgliedsstaaten, Frankreich und Deutschland, mit einem damals noch institutionell viel schwächerem Europäischen Parlament und einer, was die Themenpalette betrifft, noch viel überschaubareren Zuständigkeit der europäischen Ebene. Heute sind wir für viel mehr Themenbereiche zuständig als damals, kommen jetzt auch in sensiblere Bereiche hinein, wenn ich jetzt an das ganze Justizwesen, Innenpolitik, Migrationspolitik denke. Das geht schon viel mehr ans Eingemachte, nicht nur, was Souveränität betrifft, sondern auch, was das Gefühl des Einzelnen betrifft – das betrifft mich jetzt aber in meiner Lebensführung. Wir haben nun viel mehr Mitgliedsstaaten, wir haben aber in der politischen „Kaste“ der einzelnen Mitgliedsstaaten weniger herausragende Proeuropäer, sicherlich relativ oder prozentuell gesehen, als es damals der Fall war. Das ist sicherlich auch eine Generationenfrage, das sind nicht mehr die, die noch die unmittelbaren Kriegs- oder Nachkriegserinnerungen als ihre prägende Phase, die „45er Generation“, gesehen haben. Also da haben sich die Bedingungen verschoben. Und als Kommission haben wir die letzten Jahre lernen müssen, umzugehen mit diesem neuen Umfeld und uns auch in diesem neuen Umfeld zu definieren. Natürlich, der Europäische Rat, den es damals eigentlich kaum oder mehr als eine Art informelles Forum gab, ist heute ein sehr zentraler Akteur geworden, vor allem im Verhältnis zum Europarat. Und dann gibt es das Europäische Parlament, das nicht nur mehr Kompetenzen hat, sondern vor allem viel mehr Selbstvertrauen. Was wir gelernt haben, was ich meiner Zeit auch gelernt habe, ist: Du musst ganz anders mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten. Es ist wichtig, nicht mehr nur reaktiv oder defensiv hineinzugehen und zu verteidigen, sondern proaktiv zu versuchen, das Europäische Parlament zu gewinnen und mit auf den Weg zu nehmen. Wie wichtig das ist, sehen wir in der jetzigen TTIP-Akte,[60] sie zeigt aber auch, wie schwierig das ist. Und die Gefahren, die entstehen, haben wir bei ACTA gesehen.[61] Wenn wir das Parlament nicht aktiv ansprechen, dann kann das zu politischen Konsequenzen führen. Und natürlich stellt sich für den Europäischen Rat auch die Frage der institutionellen Eigenständigkeit. Der Kommissionspräsident sitzt im Europäischen Rat, aber er hat schon eine spezifische Rolle. Er ist dort nicht der Verteidiger der Summe der nationalen Interessen, sondern der Verteidiger des gesamteuropäischen Interesses. Und das muss nicht das Gleiche sein wie die Summe der nationalen Interessen. Da haben wir in den letzten Jahren sicherlich viel gelernt und verändert. Mein Gefühl ist jetzt vor allem auch, dass wir mit der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker sehr gut angekommen sind auf dieser Reise.

60 Das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) ist ein geplanter völkerrechtlicher Vertrag zwischen der EU und den USA. Wesentliche Punkte sind Investitionsschutz und der Freihandel. Eingeleitet wurden die vertragsrelevanten Absprachen 2013, zum Abschluss soll es 2016 gebracht werden.

61 Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) war ein multilateral geplanter völkerrechtlicher Vertrag zum Produktschutz und gegen Urheberrechtsverletzungen. 2012 lehnte das Europäische Parlament ACTA ab.

Michael Gehler: *Sie sprechen jetzt gerade Juncker an. Sie haben Barroso I, Barroso II, Barroso III erlebt und die Übrigen: Prodi, Delors und Santer kennen Sie aus geschichtlichen Darstellungen. Was wussten Sie eigentlich von den Kommissionspräsidenten, als Sie für die Kommission begonnen haben zu arbeiten? Wie haben Sie Barroso vor allem erlebt, der ja unterschiedliche Entwicklungen erfahren hat, der kritisiert und geschätzt worden ist für manche seiner Reden, die er dann doch in der letzten Phase gehalten hat so à la Schuman-Plan?*

Richard Kühnel: Zu dem Vorher will ich nicht so viel sagen, da war ich zu weit weg. Bevor ich nach Brüssel gegangen bin, war ich in New York und in Tokio und davor war ich Diplomat im Außenministerium. Da war ich von den Kommissionspräsidenten zu weit weg, um sie zu beurteilen.

Michael Gehler: *Irgendwelche Bilder haben Sie auch keine mehr von ihnen? Irgendwelche Erinnerungen oder Vorstellungen?*

Richard Kühnel: Während meiner Praktikantenzeit habe ich Delors zweimal gesehen, einmal im Lift und einmal im Ausschuss. Das war ein großes Erlebnis. Bei Santer und Prodi war ich schon weg und habe sie nur noch aus der Ferne erlebt. Ich habe nachher die beiden kennengelernt, aber nicht mehr als Kommissionspräsidenten, darum will ich das nicht beurteilen.

Barroso gehört zu den sicherlich fundamentalsten Europäern, die man sich nur vorstellen kann. Wenige hatten, so wie er, dieses Amt des Kommissionspräsidenten absorbiert als Aufgabe, Europa in der Welt zu verankern. Vor allem aber auch als Aufgabe, Europa in Europa zu vermitteln, also die Europäische Union in Europa zu verankern. Er war ein echter „Überzeugungstäter", der innerhalb der Kommission ganz klar *leadership* gezeigt hat, der aber auch einige Rahmenbedingungen vorgefunden hat, die es für ihn schon schwerer gemacht haben als für seine Vorgänger. Er war daher jemand, der Themen stark zusammengefasst und sich für alle Themenbereiche selbst interessiert hatte. Er hat sich auch in alle Debatten eingebracht und war an allen Themen aktiv dran. Er hat uns intern gut geleitet. Er hat extern die Schwierigkeit gehabt, zuerst die beiden negativen Verfassungsreferenden während seiner Amtszeit zu verarbeiten. Das hat das europäische Projekt insgesamt angeknackst. Das hat damit die Kommission und wohl auch ihn getroffen und dann folgten eben die Krisen: Finanzkrise, Wirtschaftskrise usw., die es notwendig gemacht haben, dass die Staats- und Regierungschefs die Sache mehr in die Hand genommen haben, da man draufgekommen ist, man könne mit den europäischen Instrumenten allein der Sache nicht Herr werden. Wir hatten ja am Anfang einen eigenen Fonds für Rettungsmaßnahmen aufgelegt, bis wir draufgekommen sind, mit den Herausforderungen, die wir haben, kommen wir damit nicht hin. Das war für ihn nicht leicht und in dieser Phase war auch sicherlich das Verhältnis mit den damaligen Regierungschefs nicht immer einfach. Vor allem war das berühmte Duo „Merkozy"[62] schwierig, das in dieser Phase sehr stark, ja fast dominant geworden ist.

62 Gemeint ist hier die gemeinsame, dominante Politik Merkels und Sarkozys, in der Zeit der Bank-, Wirtschaftskrise usw. ab dem Jahr 2010, welche 2011 den medialen Ausdruck in der Kombination beider Nachnamen fand.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielte die EU-Kommission im Kontext der Finanzmarktkrise 2008, der Bankenkrise 2009/10 und der Staatsverschuldungskrise von 2010 bis heute? Es gibt zwei Positionen. Die letztere war auch von verschiedenen Gästen zu hören, die wir eingeladen haben. Sie haben gesagt: „Merkozy. Sie fahren die Kommission an die Wand. Sie hat kaum was zu melden, sie ist kein echter Akteur.“ Dann aber wiederum konnte man, auch vor allem bei wissenschaftlichen Konferenzen, eine andere Meinung vernehmen, und zwar: „Die Kommission ist nach wie vor präsent, sie hat ein viel stärkeres Gewicht. Sie ist Teil des Verfahrens mit der EZB (Europäische Zentralbank), dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) und dem IWF (Internationaler Währungsfonds).“ – Hat die Kommission, Ihrer Einschätzung nach, ihr Gewicht beibehalten oder vielleicht sogar noch welches hinzugewonnen? Überschätzt man das Merkozy-Thema? Wie haben Sie das erlebt innerhalb der Kommission? Fühlte man sich wirklich an die Wand gedrückt oder gar ignoriert und beiseitegelassen?*

Richard Kühnel: Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Zunächst im Ergebnis des gesamten Prozesses sind wir stärker denn je. Wir sind heute als Kommission sehr stark. Darum dreht sich jetzt auch die Diskussion, die momentan geführt wird. Es geht dabei um die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, wo jetzt auch einige sagen: „Die Rolle der Kommission geht jetzt schon sehr weit.“ Wir überprüfen Budgets und nationale Haushalte, bevor sie beschlossen werden. Der Kontrollrahmen auch für nationale Politik ist so strikt, wie er sicher noch nie war, und in der Mitte des ganzen Prozesses steht die Kommission. Nach der Finanzkrise herrschte die große Gefahr des Rückzugs der Nationalstaaten in Protektionismus. Unsere erste Antwort war „wider dem Protektionismus“. Europa muss ein offener Binnenmarkt bleiben. Das ist uns gelungen. Das war keine Selbstverständlichkeit. Dann haben wir gesagt: Wir müssen die Finanzmärkte stärker regulieren, das haben wir im G20-Rahmen als allererstes vorgelegt. Das Kommissionspapier für G20 war eine der wesentlichen Grundlagen für die späteren G20-Diskussionen zu dem ganzen Finanzmarkt-Thema, Basel III[63] und was da alles mitdiskutiert worden ist. Da waren wir instrumental involviert.

Dann ging es in die nächste Phase. Nach dem Finanzmarkt folgte die Realwirtschaft. Da ist es so, dass wir auch einsehen mussten, dass wir für große Konjunkturpakete nicht ausreichend europäische Gelder haben. Wir haben 1 % vom BIP als europäisches Budget. Der Durchschnitt der nationalen Budgets ist bei 44 % des BIPs. In Deutschland liegt er sogar darüber. D.h. wenn es darum geht, dass man konjunkturell, d.h. keynesianisch eingreift, reichen unsere Mittel einfach bei Weitem nicht aus. Wir waren aber diejenigen, die auch angeregt haben, dass es ein europäisches Konjunkturpaket gibt, in dem jedes Land für sich seine Maßnahmen einzubringen hatte. Wir waren diejenigen, die das richtig angetrieben und überprüft haben. Dann folgte diese Regulierungswelle, die in der Bankenunion gegipfelt hat. Neben der Bankenunion gibt es ja noch über 30 Richtlinien und Verordnungen zu Kreditrating-Agenturen, zu Derivaten und so weiter. Das haben alles wir vorbereitet. Natürlich wurde es vom Rat beschlossen. Die nächste Welle war die

63 Basel III bezeichnet Reformen, die als Folge der Finanzkrise 2007 realisiert wurden. Unter anderem ging es bei diesen Reformen um die Erhöhung und die Transparenz des Eigenkapitals von Banken. 2014 traten die Reformen in der Europäischen Union in Kraft.

Schuldenwelle. Da wurde es haarig, weil man bei Schulden in den Bereich des nationalstaatlichen Souveränitätskerns vorstößt. Die Frage lautete dabei: Wie gestaltet man seine Haushaltspolitik angesichts wachsender Schulden? Hier war es in der Tat so, dass wir an das Limit dessen gekommen sind, was die europäischen Verträge hergegeben haben. Die Papiere, die diskutiert worden sind, auch was dann in den Fiskalpakt eingeflossen ist, das waren Initiativen, die ursprünglich sehr stark von der Kommission ausgegangen sind, die wir aber im Rahmen der Ratsdiskussionen intern nicht unterzubringen geschafft haben. Daher wurden die Elemente in den Fiskalpakt intergouvernementalisiert, aber wesentliche Elemente waren jene, die wir vorgeschlagen haben. Auch bei der Materie, die im Fiskalpakt verankert worden ist, wurde die Kommission beauftragt, auf die Überwachung zu achten, Stichwort: Schuldenbremse. Es war auch damit die Idee verbunden, innerhalb von fünf Jahren das alles ins Gemeinschaftsrecht zu überführen. Also unterm Strich lässt sich sagen: Ja, wir waren nicht immer in all den Gesprächen dabei. Ein Punkt, der uns besonders gewurmt hat, war die enge deutsch-französische Kooperation. Wenn diese zu einem exklusiven Prozess wird, dann ist es grundsätzlich für uns problematisch. Damals war für uns ein Grenzfall erreicht. Ansonsten ist mein Gefühl, dass wir heute als Kommission im System sicherlich wesentlich stärker sind als vorher. Wir müssten jetzt mit dieser gewachsenen Verantwortung auch lernen, intern damit umzugehen. Das hat ja für uns dann auch strukturelle Konsequenzen gehabt, was die Ausstattung der Generaldirektion anging. Wir mussten ungefähr 120 Wirtschaftsexperten zusätzlich anheuern, um mit diesen neuen Aufgaben umzugehen.

Michael Gehler: *Eine spannende Analyse! Seit 1. Juni 2014 haben Sie die Leitung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland inne. Welche Funktionen haben Sie hierbei auszufüllen?*

Richard Kühnel: Zur Vertretung: Begonnen hat die Idee, dass die Kommission auch innerhalb der Gemeinschaft, heute der Union, Büros hat, schon ganz zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses. Schon 1954 gab es die Überzeugung, damals der Hohen Behörde in Luxemburg, dass wir Büros in den Mitgliedsstaaten brauchen. Das erste war in Bonn als Pressebeobachtungsstelle, seither in diesen sechs Jahrzehnten hat es zwei Prozesse gegeben. Zum einen eine Erweiterung der Zuständigkeiten dieser Stellen und zum anderen eine Veränderung von einer passiven zu einer proaktiven Rolle. Begonnen hat es mit Pressearbeit, also Pressebeobachtung. Aus der Pressebeobachtung ist heute eine sehr proaktive Pressearbeit geworden, so dass wir versuchen, Kommissare in Interviews unterzubringen und Journalistenreisen zu organisieren usw. Die zweite Rolle, kurz danach in den 60er Jahren, war nicht nur, mit den Medien zu arbeiten, sondern auch mit der Zivilgesellschaft. Wir haben damals begonnen, mit *think tanks* und Stiftungen Kontakt aufzunehmen, in Deutschland z. B. mit dem Gewerkschaftsbund, interessanterweise, also Informationen über Europa mit interessierten Kreisen zu teilen. Anfangs war das auch eher passiv, eher Partnerschaften unterstützend. Heute sind wir jedenfalls sehr proaktiv, wobei wir strategische Partnerschaften anbieten, um gemeinsam mit Partnern Europakommunikation möglichst breit in die Bevölkerung zu tragen.

Die dritte Dimension war eine politische, die mit Delors begonnen hat. Damals wurde auch das Informationsbüro in Repräsentanz, also in Vertretung umbenannt. Es sollte

auch politische Arbeit machen und politische Berichtserstattung sowie politische Kontakte pflegen, auch das ist heute viel proaktiver. Wir gehen in den Bundestag, in den Landtag und diskutieren dort, öffentlich oder nichtöffentlich. Die vierte Dimension ist jetzt im Rahmen des wirtschaftlichen Koordinationsprozesses geschaffen worden: Es gibt europäische Semester, wo wir eine echte Scharnierfunktion einnehmen, zwischen den Generaldirektionen in Brüssel und den Ministerien in den Mitgliedstaaten. Und auch da sind wir nicht nur Beobachter, sondern Akteur geworden.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank für diese Antwort. Eine Frage grundsätzlicher Natur: Welche Rolle spielen eigentlich noch die Kommissionsvertretungen im Lichte eines im Aufbau befindlichen Europäischen Außendienstes? Besteht da Konkurrenz, Koordination oder Konsens?*

Richard Kühnel: Geschwisternschaft: Die Delegationen sind unsere Brüder und Schwestern im europäischen Geiste. Sie sind eben außerhalb der Europäischen Union angesiedelt und vertreten im Unterschied zu uns nicht nur die Kommission, sondern die Union insgesamt. Das ist ein Novum des Lissabon-Vertrags. Vor dem Lissabon-Vertrag waren die Delegationen in Drittländern auch Kommissionsdelegationen. Jetzt sind sie Unionsdelegationen, haben daher auch eine Koordinationsfunktion gegenüber den Botschaften der Mitgliedsstaaten, was wir intern nicht haben. Wir vertreten weiterhin nur die Kommission. Ein weiterer Unterschied ist auch, dass die Unionsdelegationen außerhalb mit Federica Mogherini[64] der Hohen Vertreterin unterstehen. Wir unterstehen direkt Jean-Claude Juncker, dem Kommissionspräsidenten, bilden daher die gesamte Palette ab. Wir haben aber im Wesentlichen deswegen andere Funktionen, als wir unsere Aufgaben gegenüber unseren eigenen Unionsbürgern erfüllen. Wir sind zuhause im Einsatz, in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten und machen keine *public diplomacy* im Drittland. Ich muss keinem Drittlands-Bürger erklären, was die Union ist. Ich muss unseren Bürgern erklären, warum die Union Politik macht, wie sie es macht und was sie macht. Aber vor allem muss ich die Motivation dahinter erklären. Und ich muss auch unserer Zentrale in Brüssel erklären, was unsere eigenen Bürger davon halten und wie sie damit umgehen. Und das ist qualitativ schon eine andere Funktion als die der Delegationen. Daher haben wir unterschiedliche Aufgaben, aber im Grunde genommen sind wir beide Teile der gleichen, engen Familie.

Michael Gehler: *Wir haben vorher von den Krisen gesprochen. Sie erleben nun seit 2014, und auch davor schon, die Rolle Deutschlands im Rahmen der Europäischen Union und im Zeichen der Krisenbewältigung. Wie würden Sie diese beurteilen? Es gibt ganz unterschiedliche Einschätzungen. Manche kritisieren, Deutschland habe zu wenig Führungsfähigkeit, manche haben sorgenvoll ein „deutsches Europa“ vor Augen. Wie beurteilen Sie das und wie haben Sie das erlebt?*

---

64 Federica Mogherini (*1973) ist eine italienische Politikerin. So war sie unter anderem vom 22.02.2014 bis zum 31.10.2014 Außenministerin Italiens. Seit November 2014 ist sie Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb der EU.

Richard Kühnel: Ich bin jetzt seit einem Jahr da, daher möchte ich nur das letzte Jahr kommentieren mit der Großen Koalition, die also hier ihre Aufgabe hat. Deutschland macht das sehr subtil, sehr konstruktiv und sehr europäisch. Wenn wir uns die Ukraine ansehen, ist klar, das ist keine bilaterale deutsche Initiative, sondern Deutschland agiert hier im europäischen Rahmen mit einem europäischen Mandat, im Interesse der europäischen Partner, für die Lösung des Ukrainekonflikts. Das ist keine deutsche Initiative, das ist eine europäische Initiative, angeführt von einem wichtigen zentralen Mitgliedsland, das hier eben diese Verantwortung übernimmt, weil es dafür sehr gut platziert ist. Wenn wir uns jetzt etwa den G7-Prozess oder andere Fragen anschauen, so kommt von Deutschland ganz klar eine Führungsrolle, ohne einen aggressiven Führungsanspruch damit zu verbinden. Das empfinde ich als etwas sehr Positives, sehr Proeuropäisches, und wenn es Deutschland nicht machen würde, würde uns im Moment hier ganz klar etwas fehlen.

Severin Cramm: *Seit 1. Juni 2014 haben Sie die Leitung der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland inne. Welche Funktion haben Sie dabei auszuüben? Wie können wir uns das vorstellen?*

Richard Kühnel: Dann empfehle ich Ihnen eine Publikation.[65] Wir haben letztes Jahr 60 Jahre Vertretung in Bonn gefeiert. Das ist insofern spannend, als dass in der ganz frühen Phase (die frühen 1950er), damals noch die Hohe Behörde in Luxembourg, sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, zu sagen: „Es reicht nicht nur, wenn wir hier in Luxembourg rund um den Tisch sitzen und Vorschläge machen. Sondern wir müssen auch wissen, wie das rezipiert wird in den Mitgliedsstaaten." Da wurde gesagt, wir müssten Pressebeobachtungsbüros einrichten. Das erste war in Bonn, weil Deutschland noch nicht zum Zug bei der Vergabe der EU-Sitze war und so weiter. Aber auch weil Deutschland extrem wichtig war, und Bonn als ehemalige Hauptstadt war dann der erste Sitz. Danach kamen dann Rom und Paris hinzu, innerhalb der Union, außerhalb der Union dann Washington noch vor Paris, Rom und London.

Seither entwickeln sich diese Büros in zwei Richtungen. Die eine ist die Erweiterung und Vertiefung der Aufgaben. Erweiterung im Sinne von Erweiterung des Aufgabenspektrums. Handelte es sich am Anfang in den 1950er und 1960er Jahren um Medien und Pressearbeit, so ging es dann später um Arbeit in Richtung der allgemeinen Öffentlichkeit. Da hat man dann Kooperationen mit wissenschaftlichen Institutionen gesucht. In Deutschland geschah dies interessanterweise sehr stark beim Gewerkschaftsbund. Die dritte Phase bei Delors war dann die Politisierung, also die Aufgabe, eine politische Dimension zu entwickeln. Die vierte Phase mit Barroso war im Kontext des europäischen Semesters die Wirtschaftskoordination. Jetzt sind wir in einer weiteren Phase, wo wir auch beginnen, für internationale Fragen punktuell stärker eine eigene Expertise zu entwickeln.

Die zweite Entwicklung ist qualitativ – vom passiven Begleiter oder Beobachter von Prozessen zum aktiven Akteur. In der Pressearbeit waren wir anfangs eine Pressebeobachtungsstelle, wo man sich angesehen hat, was die Medien schreiben. Das hat sich dann

65 Sven Carnel, Die Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn. 60 Jahre Präsenz der Europäischen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland (1954–2014), Bonn 2014.

gewandelt zur proaktiven Pressearbeit. Das ist heute nicht nur eine Veranstaltung von Pressekonferenzen, sondern wir überlegen uns proaktiv: Welcher Kommissar macht welche Interviews? Wir machen Hintergrundgespräche und Hintergrundbriefings, zum Teil auch per Videokonferenz mit Kollegen, die aus Brüssel zugeschaltet werden. Wir machen stark „Social Media“, „Twitter“, „Facebook“. Wir gehen dabei mit der Zeit und werden von einem Beobachter der Medien (Rezeption europäischer Politik) zu einem Akteur. Ich mache vor jedem Europäischen Rat ein Pressebriefing.

Dann gibt es noch das Veranstaltungswesen. Das können Veranstaltungen bei uns im Europäischen Haus in Berlin sein oder in unseren Vertretungen in Bonn und München. Das können Veranstaltungen mit Partnern irgendwo in Berlin oder vor allem in den Bundesländern sein, wo wir uns einbringen, die wir unterstützen, wo wir teilnehmen, wo wir mitdiskutieren, wo wir immer stärker den Aspekt der Partizipation in den Vordergrund stellen. Das heißt, es handelt sich nicht nur um Informationsveranstaltungen im Sinne von: Wir erzählen Euch, was wir planen. Es geht uns immer auch darum, Menschen mitzunehmen und aufzunehmen und sie zu fragen, was sie uns sagen wollen. Im politischen Bereich waren wir anfangs ähnlich aufgebaut wie bilaterale Botschaften, die die politische Entwicklung beobachten und politische Berichte schreiben. Heute verstehen wir unsere Rolle auch da viel proaktiver. Wir suchen den Kontakt zum Bundestag und zu den Landtagen. Wir gehen hinein in die Landtage der Europaausschüsse, um Europafragen zu diskutieren. Wir gehen in den Bundestag zu den Ausschüssen, zu denen wir eingeladen werden. Also hier ist sehr bewusst der Schritt gemacht worden in Richtung deutsche Politik und insbesondere in Richtung der Ministerien. So kann man unsere Teilnahme am *corps diplomatique* sehen, so dass wir auch Teil des diplomatischen Wesens sind. Dies ist zwar nicht unser Schwerpunkt, aber ich bin auch in diesen Innenbotschafterrunden dabei. Das ist eine Rolle, aber bei weitem nicht die zentrale.

Im Bereich Wirtschaftspolitik geht es eben auch über das Beobachten der wirtschaftlich-politisch relevanten Entwicklungen hinaus. Hier bilden wir ein Scharnier zwischen den relevanten Akteuren in Deutschland und den Kommissionstellen, weil wir durch das Europäische Semester eine Rolle haben, mit unseren Mitgliedsstaaten, Budgetpläne und politische Reformpläne zu diskutieren und zu bewerten. Da hat sich in der Kommission die Erkenntnis durchgesetzt, dass man das dezentral besser machen kann als zentral. Daher habe ich hier mittlerweile einige Mitarbeiter, deren Aufgabe es ist, zusammen mit den Sozialpartnern, Wirtschaftsforschungsinstituten und sonstigen *stakeholdern*, diesen Reformprozess, den Deutschland unternimmt, nicht nur zu beobachten und zu begleiten, sondern auch zu kommentieren. Außerdem soll Einfluss darauf genommen werden, welche politischen Veränderungen die Kommission Deutschland vorschlägt. Das Gleiche gilt dann auch in anderen Mitgliedsstaaten: Es gibt diese länderspezifischen Empfehlungen, die werden von uns wortwörtlich mitformuliert und mitgeschrieben. Die werden dann auf europäischer Ebene vom Rat der EU und sogar vom Europäischen Rat dosiert. Die neueste Aufgabe im außenpolitischen Bereich, vor allem im Handelsbereich, besteht darin, dass wir hier auch im Bereich der internationalen Handelspolitik eine Expertise entwickeln. Diese Entwicklung kommt jetzt gerade. Das Besondere ist, dass wir direkt Präsident Juncker unterstellt sind. Das heißt, wir sind eine Vertretung des Kommissionspräsidenten in den Mitgliedsstaaten und ihm direkt politisch unterstellt. Daher ist es unsere Aufgabe, die Interessen und Vorstellungen der Kommission gegenüber dem Mitgliedsstaat Deutsch-

land zu vertreten und außerdem europäische Politik im weiteren Sinne mit den Bürgern in Deutschland zu diskutieren und auch deren Meinungen einzuholen. Weiterhin wollen wir in einigen Bereichen Anstöße für politische Entwicklungen im Land geben.

Michael Gehler: *Vielen Dank für viele Antworten auf viele Fragen! Es ist damit ein historisches Dokument von Relevanz.*

Heinrich Neisser

Der EU-Grundrechte-Konvent

Zum Referenten:

Von 1969 bis 1970 war Professor Heinrich Neisser Staatssekretär im österreichischen Bundeskanzleramt, 1987 bis 1989 Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform in der Bundesregierung Vranitzky II. In der Zeit unmittelbar vor und nach seinem Ministeramt war er Abgeordneter zum Nationalrat (1975–1987 und 1989–1999), davon „Klubobmann", d. h. Fraktionschef der ÖVP von 1990 bis 1994 und Zweiter Nationalratspräsident von 1994 bis 1999. Seit seinem Ausstieg aus der aktiven Politik 1999 beschäftigte er sich an der Universität Innsbruck wissenschaftlich mit der Geschichte und der Politik der Europäischen Integration, speziell mit der EU. Seit dem Wintersemester 1999/2000 bis Ende 2007 hatte er einen Jean-Monnet-Lehrstuhl am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck inne. Neisser war zudem Präsident der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (ÖFG), Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien (IHS) sowie Präsident der Österreichisch-Koreanischen Gesellschaft. Ferner war Neisser Vorsitzender der Europäischen Bewegung Österreich (EBÖ) und Obmann des Vereins „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform".

http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01018

Zum Vortrag:

Mit der Charta der Grundrechte sind im Rahmen der EU erstmals Grund- und Menschenrechte umfassend identifiziert worden. Sie wurde vom Konvent unter dem Vorsitz des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog erarbeitet sowie vom Europäischen Parlament und dem Rat der EU gebilligt. Rechtskraft erlangte die zur Eröffnung der Regierungskonferenz von Nizza am 7. Dezember 2000 erstmals feierlich proklamierte Charta – nach dem Scheitern des „Verfassungsvertrages" – erst am 1. Dezember 2009, gemeinsam mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Die Grundrechtecharta ist nicht Teil des Vertrags, wie noch im Verfassungsentwurf vorgesehen. Durch den Verweis in Artikel 6 des durch den Lissaboner Vertrag geänderten EU-Vertrages wird sie jedoch für alle Staaten, ausgenommen das Vereinigte Königreich und Polen, für rechtsverbindlich erklärt. Heinrich Neisser war Mitglied im „Herzog-Konvent" und berichtet aus eigenen Erfahrungen über dessen Tätigkeit und Ergebnisse.

Neisser beginnt seinen Vortrag, indem er seinen persönlichen Bezug zu Europa darlegt. Seit zehn Jahren beschäftigt er sich wissenschaftlich mit diesem Gegenstand und bemüht sich in diesem Kontext entsprechend um Objektivität. Allerdings ist für ihn Europa auch eine Glaubens- und Herzensfrage. Die EU sei eine unglaubliche Leistung. Dies möchte er auch deshalb betonen, da z. Zt. in Bezug auf EU-Fragen ein latenter Pessimismus vorherrsche. Ursache sei im Besonderen die Finanzkrise in Griechenland. In Österreich verbreitet die Boulevardpresse kritische Positionen zu Griechenland: Die vorherrschende Meinung der Menschen auf der Straße sei, dass zu viele von den gefälschten Zahlen der Griechen, die zur Krise führten, gewusst hätten.

Bei diesen Diskussionen werde allerdings oft vergessen, dass die EU auch Ausdruck einer Gemeinschaft von Werten sei. Zu nennen sind hier vor allem die Menschen- und Grundrechte, die beide gleichsam eine europäische Werteidentität bildeten.

Die Grundrechte, erläutert Neisser, seien für jede liberale Demokratie die Visitenkarte. Sie garantieren Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz, und sie gelten als unveräußerlich. In allen europäischen Verfassungen sind sie festgeschrieben, im Bonner Grundgesetz in den Artikeln 1–20 (http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html). Das europäische Grundrechtsverständnis sieht sie als individuell an und ohne politische und sonstige Vorgaben. Der Europäische Gerichtshof hat seinen Sitz in Luxemburg (http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/court-justice/index_de.htm).

Ab 1969 hatten die Grundrechte auch in der EG Geltung, weil die Grundrechte allgemein als Grundlage jeglicher Gemeinschaften angesehen werden können. Dies hatte zur Folge, dass die Grundrechtediskussion auch in anderen Gremien geführt wurde. Neisser führt dies anhand der Geschichte der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) auf der Ebene des Europarats aus (dem auch die Türkei und Russland angehören).

1950 wurde die EMRK formuliert. Sie enthält folgende Rechte:

Artikel 1 – Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte
Artikel 2 – Recht auf Leben
Artikel 3 – Verbot der Folter
Artikel 4 – Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit

Artikel 5 – Recht auf Freiheit und Sicherheit
Artikel 6 – Recht auf ein faires Verfahren
Artikel 7 – Keine Strafe ohne Gesetz
Artikel 8 – Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens
Artikel 9 – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
Artikel 10 – Freiheit der Meinungsäußerung
Artikel 11 – Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit
Artikel 12 – Recht auf Eheschließung
Artikel 13 – Recht auf wirksame Beschwerde
Artikel 14 – Diskriminierungsverbot

Die EMRK war ein Signal für die westliche Welt. Jeder Bürger kann ggf. beim Europäischen Gerichtshof klagen, dessen Urteile bindend sind. Allerdings ist er aufgrund der Flut von Klagen derzeit völlig überfordert.

Die EU konnte der EMRK nicht geschlossen beitreten, da sie damals keine Rechtsperson war. Es entstand daher die Absicht, einen eigenen Grundrechtskatalog der Union zu entwickeln. Der Europäische Rat von Köln formulierte 1999 ein Mandat dazu. Der Grundrechtskatalog sollte eine Bestandsaufnahme von Grundrechten sein, die in drei Dokumenten normiert waren: In der EMRK von 1950, in der europäischen Sozialcharta des Jahres 1961 sowie in einer von der EG 1989 beschlossenen Gemeinschaftscharta der Arbeitnehmer.

Auf dieser Grundlage sollte ein eigens eingesetztes Gremium, ein „body“, die Vorbereitung und Ausarbeitung eines europäischen Grundrechtskataloges übernehmen, der 1999 mit seiner Tätigkeit begann. Da den Mitgliedern der Begriff des „body“ als zu banal erschien, nannten sie dieses Gremium in „Konvent“ um. Dieser Grundrechtskonvent bestand aus Vertretern der parlamentarischen Ebene (Vertreter nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments) und Vertretern der nationalen Regierungen sowie der Europäischen Kommission). Insgesamt waren im Konvent 62 Personen tätig, die eine interessante Mischung bildeten. Den Vorsitz hatte der deutsche Roman Herzog, der Mitglied der Regierung und Präsident des Deutschen Verfassungsgerichtes sowie Bundespräsident von Deutschland war und als bester Fachmann für Grundrechtsfragen galt.

Für die Arbeitsweisen des Konvents wurde das Konsensverfahren festgelegt – dessen Einzelheiten nirgends näher festgelegt sind. Grob gesagt bedeutet es, dass über eine Frage solange diskutiert wird, bis ein Konsens erzielt wird. Der Präsident legt fest, wann dieser Konsens als erreicht gilt. Dieser Prozess ist deshalb so schwierig und mühsam, da es streckenweise konträre Positionen zu vereinigen galt. So hatten beispielweise die britischen Vertreter andere Auffassungen von Menschenrechten und ein überaus rigides Verständnis von Parlamentssouveränität. Im Jänner 2000 begann die Diskussion über die Menschenrechte und der Versuch, einen Entwurf von 54 Artikeln zu formulieren. Sie betrafen die Festschreibung der Unantastbarkeit der Würde des Menschen, das Verbot der Diskriminierung (z. B. bei Löhnen), Bürgerrechte der Unionsbürger, soziale Grundrechte, die den sozialen Status von Menschen sichern sollen und zu denen ein Recht auf Arbeit zählte. Für Letzteres hatten beispielsweise die Briten kein Verständnis, die Franzosen hingegen zählten zu den stärksten Befürwortern. Bei anderen Grundrechten war kein Kon-

sens zu erzielen. Dazu zählte das Recht auf Leben, bei welchem die Meinungen zu den Themen „Abtreibung“ und „Sterbehilfe“ zu unterschiedlich waren, um eine Einigung zu erzielen. Tiefgreifende Auseinandersetzungen gab es zu Grundrechten, die die Bereiche Familie und Berufsleben, v. a. Mutterschutzrechte betrafen. Ohne Ergebnis blieben auch Bemühungen, für ethnische Minderheiten eine Autonomieregelung und ein Klagerecht zu verankern. Frankreich (wegen Korsika) und Spanien (wegen Baskenland) wendeten sich vehement dagegen, der Kompromiss war eine allgemeine Programmformel im Artikel 22 der Charta.

Seit dem Vertrag von Lissabon ist die EU zu einer Rechtsperson geworden, die ihr die Möglichkeit gibt, der EMRK beizutreten, was zu Konfliktsituationen hinsichtlich der Zuständigkeit der EMRK und der Grundrechtscharta der Europäischen Union führen könnte.

Die Leistungsbilanz des Konventes ist jedenfalls beeindruckend. Die 54 Artikel der Charta wurden in 16 Sitzungen über einen Zeitraum von 290 Tagen (7. Dezember 1999 bis 2. Oktober 2000) ausgehandelt. 70 NGOs gaben ihre Stellungnahmen ab, 1.000 Änderungsanträge wurden eingereicht und 900 Positionspapiere vorgelegt. Alle Sitzungen waren öffentlich, die meisten Dokumente wurden veröffentlicht und online zugänglich gemacht. Diese Transparenz hätte ein größeres Medienecho und ein stärkeres öffentliches Interesse verdient, als es tatsächlich der Fall war. Der Konvent über die Entstehung der Grundrechtscharta der EU war ein zentrales Ereignis auf dem Weg in der Europäischen Union zur Wertegemeinschaft.

In der angeregten Diskussion, die sich dem Vortrag anschloss, führte der Redner einige weitere interessante Punkte zu seinem Thema aus. So bestätigte er zwar, dass das deutsche Grundgesetz Vorbildcharakter für den europäischen Grundrechtskatalog hatte, die Judikatur des Bundesverfassungsgerichts hatte dies jedoch nicht. Auch wies er darauf hin, dass die neue, untergeordnete Rolle der nationalen Höchstgerichtsbarkeiten dort nicht immer angenommen wurde.

Eine lange Debatte hatte sich auch über die Verankerung des Religiösen in der Präambel entsponnen. Letztlich war der Hinweis auf die „religiösen Wurzeln“ am Einspruch Frankreichs gescheitert, das strikt dagegen war. Nun gibt es zwei gültige Textversionen, wobei die französische und die Version in englischer Sprache den Begriff „religiös“ durch den Begriff „spirituell“ ersetzt hat.

Zum Schluss wies Neisser darauf hin, dass die Konventsmethode für die Europäische Kommission einen Kompetenzverlust bedeutet, die seiner Einschätzung nach wohl auch zukünftig weiter geschwächt werden wird.

Der Vortrag wurde am 5. Juli 2011 gehalten.

Heinrich Neisser

„Von der Geschichte Europas her gesehen ist das keine Wiedervereinigung, sondern ein Akt der Vereinigung.“

Michael Gehler: *Was waren für Sie prägende Ereignisse in der Kindheit und können Sie uns etwas zu Ihrem Elternhaus sagen?*

Heinrich Neisser: Ich stamme aus einer Wiener Familie. Meine Familie hat Anknüpfungspunkte an alte Länder, die der Habsburgermonarchie angehörten. Zum Beispiel war mein Großvater mütterlicherseits Slowene. Mein Vater war Beamter. Insgesamt komme ich aus einer sehr konservativen Familie. In Wien habe ich das Humanistische Gymnasium besucht. Mein erstes starkes Erlebnis in meinem Leben war das Kriegsende, das ich damals langsam realisierte. Im Jahre 1943 bin ich mit meiner Mutter und meinem jüngeren Bruder aus Wien aufgrund der Bombenangriffe evakuiert worden. Daraufhin bin ich zwei Jahre in Niederösterreich im Waldviertel zur Schule gegangen. Erst 1945 kehrte ich nach Wien zurück. Sehr bewusst sind mir in meiner Erinnerung die ersten schweren Jahre, als Österreich unter fremder Herrschaft war. Die Schwierigkeiten, aber letztlich auch die Herausforderungen haben mich geprägt. 1946 habe ich begonnen, ein humanistisches Gymnasium alter Prägung zu besuchen. Ich habe damals noch Latein und Griechisch als Fremdsprachen gelernt. 1954 habe ich mich am Wiener Piaristengymnasium maturiert. Daraufhin habe ich ein Studium an der Universität Wien begonnen. Als Hauptstudium habe ich Rechtswissenschaften studiert und später in diesem Bereich auch promoviert. Im Anschluss belegte ich eine Studienrichtung, die es heute nicht mehr gibt: Sie nannte sich damals Staatswissenschaften. Es handelte sich dabei um einen Ersatz für Nationalökonomie und -soziologie. Als letztes habe ich einen Lehrgang für internationale Studien gemacht, der an der Wiener Universität angeboten worden ist.

Michael Gehler: *Gab es für Sie in jungen Jahren politische Vorbilder?*

Heinrich Neisser: Ich hatte nicht viele politische Vorbilder. Ich habe mich für die Politik interessiert, da ich in der Zeit meines Studiums auch Hochschulpolitiker und Funktionär der österreichischen Studentenschaft war. Dies habe ich drei Jahre betrieben. Durch mein Elternhaus war ich bereits konservativ orientiert. Mein Vorbild in meiner Jugend war v. a. Heinrich Drimmel, ein Mann der jahrelang Unterrichtsminister war. Er war das intellektuelle Paradebeispiel und Aushängeschild der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Später war mein großes politisches Vorbild der österreichische Bundeskanzler Josef Klaus, der mich zu seinem Mitarbeiter gemacht hat. Letztlich hat er mir auch den Schritt in eine politische Laufbahn ermöglicht.

Michael Gehler: *Welche Lehrer im universitären Raum sind Ihnen in Erinnerung geblieben, von denen Sie viel gelernt haben?*

Heinrich Neisser: In Wien habe ich während meines rechtswissenschaftlichen Studiums bei großen Namen studiert und Prüfungen abgelegt. Zu diesen Persönlichkeiten gehörte Alfred Verdroß von Droßberg, der Ordinarius für Völkerrecht und international sehr respektiert war. Studiert habe ich auch bei Adolf Julius Merkl, der zusammen mit Hans Kelsen als einer der Repräsentanten der sogenannten Wiener rechtstheoretischen Schule gilt. Römisches Recht habe ich bei Hans Kreller studiert. Ebenso studierte ich Kirchenrecht bei Willibald Plöchl, der Ordinarius für Kirchenrecht war. Darüber hinaus hatte ich Vorlesungen bei August Maria Knoll besucht, der damals die Soziologie vertrat, allerdings in einer anderen Orientierung, als es heute üblich ist. Er war eher ein Gesellschaftsphilosoph und kein empirischer Soziologe, doch er hatte allein schon dadurch eine faszinierende Vorlesung, weil sie am Samstag um acht Uhr früh stattfand und der Hörsaal trotzdem randvoll war.

Michael Gehler: *Wie haben Sie den Weg in die Politik gefunden und warum haben Sie sich für eine Mitgliedschaft und ein Mitwirken in der ÖVP entschieden?*

Heinrich Neisser: Mein Weg in die Politik ist voll von zufälligen Begegnungen gewesen. Während meiner Studienzeit habe ich auch bei Günther Winkler studiert, der damals der jüngste außerordentliche Professor Österreichs mit einunddreißig Jahren war. Ich war damals einige Wochen bei ihm wissenschaftliche Hilfskraft und er hat mich in meiner beruflichen Laufbahn sehr unterstützt. Er hat bewirkt, dass ich nach kurzer Zeit eine berufliche Tätigkeit in der Justiz hatte. Ich war juristischer Mitarbeiter im Präsidium des Verfassungsgerichtshofes und er hat mir damals die Möglichkeit gegeben, mit Josef Klaus in Verbindung zu treten, der als Bundeskanzler amtierte und einen rechtlichen Berater gesucht hat. Dieser hat mir daraufhin ein Angebot gemacht, dass ich angenommen habe, und somit eröffnete sich mir der Weg der politischen Karriere. Ich habe dann vier Jahre für Josef Klaus gearbeitet. Mein Eintritt in die ÖVP ist aus meiner Entwicklung heraus selbstverständlich. Schon aus meinem Elternhaus und der hochschulpolitischen Orientierung war dies erkennbar und meine Grundeinstellung war damit sehr kompatibel. Ich habe mich immer verpflichtet gefühlt, ein liberales und soziales Grundverständnis zu vertreten.

Michael Gehler: *Könnten Sie die Persönlichkeiten von Droßberg und Klaus charakterisieren?*

Heinrich Neisser: Von Droßberg war der Inbegriff eines noblen und souveränen Lehrers mit einer großen Breite. Sein Forschungsgebiet war das Völkerrecht, bei dem er auch international hoch angesehen war. Er hat aber auch bei den Juristen die Einführungsvorlesungen für Staat und Recht sowie für Rechtsphilosophie gehalten. Er hat auch eine Monographie über abendländische Rechtsphilosophie geschrieben. Mich hat die Breite seiner Arbeit fasziniert. Ich bin ihm in der letzten Phase seines Lebens nochmals begegnet, als ich in eine Wohnung umgezogen bin und er zufälligerweise drei Häuser weiter eine Wohnung hatte. Damals bin ich ihm dann öfters in der Früh begegnet. Ein paar Zeilen, die er mir gewidmet hat, habe ich aufgehoben. Er wurde hochbetagt mit neunzig

Jahren in Innsbruck ins Spital eingeliefert und ist dort verstorben. Eine Tochter von ihm lebt in Innsbruck und mit dieser habe ich ab und zu Kontakt.

Die Beziehung zu Josef Klaus hat sich aus unserer vierjährigen Zusammenarbeit ergeben. Ich bin 1966 zu ihm gekommen als sein juristischer Berater. Er hat mir dann eine ziemlich rasche Karriere ermöglicht, sodass ich 1968 Leiter des Ministerratsdienstes geworden bin. Das ist eine zentrale Abteilung im Bundeskanzleramt, die die Vorbereitungen bei Regierungsentscheidungen zu besorgen hat. Für mich war dies die interessanteste Zeit, da ich bei jeder Ministerratssitzung dabeigesessen und Protokoll geführt habe. Dabei habe ich erlebt, wie sich Politik abspielt, vor allem in entscheidenden Phasen. 1969 hat mich Josef Klaus dann aufgrund eines Ausscheidens von Staatssekretär Karl Pisa ein Jahr lang zum Informations-Staatssekretär des Bundeskanzleramts gemacht. Danach hat die ÖVP die Wahlen verloren und 1970 kam Bruno Kreisky. Ich bin dann für drei Jahre Abteilungsleiter des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt gewesen.

Michael Gehler: *Ihre Verbindung mit der katholischen Studentenverbindung CV Rudolfina Wien ist bekannt, aber auch die von Josef Klaus. Beide sind Rudolfinen, hat das eine Rolle gespielt, dass man sich kannte im verbindungsstudentischen Milieu?*

Heinrich Neisser: Zu meiner Zeit in der Studentenverbindung habe ich ihn nicht kennengelernt. Er war Landeshauptmann von Salzburg und danach Finanzminister. Ebenso war er kein häufiger Gast der Verbindungstreffen. Ich vermute, er hatte mich auch persönlich gar nicht in Erinnerung. Als ich mich später bei ihm vorstellte, war ihm aber klar, dass wir derselben Korporation angehörten. Ein Motiv war das vordergründig nicht, aber es ist nicht abwegig, dass die Verbindung im Hintergrund eine Rolle spielte. Zudem war es auf jeden Fall eine unterstützende Motivation.

Michael Gehler: *Sie kennen die ÖVP mittlerweile schon eine lange Zeitspanne. Können Sie einen Wandel in der Partei seit Ihrem Eintritt feststellen oder beobachten?*

Heinrich Neisser: Die Partei ist meiner Meinung nach beliebiger und oberflächlicher geworden. Das hängt mit der allgemeinen Entwicklung der Parteien zusammen. Die Lagertradition, für die die österreichische Innenpolitik in der ersten und zweiten Republik bekannt war, hat das Land geprägt. Das ist heute nicht mehr so. Das hat Vor- und Nachteile. Aus meiner Sicht hat die ÖVP es verlernt, die christlich-sozialen Elemente bewusst in die Strategien miteinzubeziehen. Auf der anderen Seite sieht sich die ÖVP heute auch mit anderen Problemen konfrontiert. Es ist für mich nicht sinnführend zu fragen, ob früher alles besser war und heute alles schlecht ist. Mein Gefühl ist aber, dass die verantwortlichen Politiker der anderen Parteien und der ÖVP damals in den entscheidenden Fragen mehr Bemühen um Konsens und das Gemeinsame in den Vordergrund gerückt haben. Heute ist dies egoistischer geworden. Im Grunde ist Politik heute ein Durchkämpfen von partikulären Interessen. Ein Kämpfen für die Durchsetzung von Interessen hat es auch damals gegeben, aber eben mit einem Rekurs auf die gemeinsamen Werte und die Gemeinschaft. Das ist mitunter die Folge des positiven Koalitionsergebnisses nach dem Zweiten Weltkrieg in der Zweiten Republik. Negative Seiten der Koalition konnten durch den herrschenden Basiskonsens ausgeglichen werden.

Michael Gehler: *Wann hat Europa eine Rolle in der Wahrnehmung und dem politischen Denken bei Ihnen gespielt? Wann hat Europa für Sie nicht nur eine geografische, sondern auch politische Dimension bekommen?*

Heinrich Neisser: Das ist für mich ein Erlebnis, das den Charakter einer Anekdote hat. Ich habe an einer Regierungssitzung teilgenommen, als der österreichische Handelsminister und Vizekanzler Fritz Bock war. Bock war Befürworter einer engagierten EG-Politik. Er ist damals oft in Brüssel gewesen und wenn er aus Brüssel zurückkam, sprühte er vor Euphorie. In der Regierung hat er seinerzeit klargemacht, dass dies der österreichische Weg sein muss. Aus Moskau kamen dabei eine Ablehnung und der Verweis auf die österreichische Neutralität. Später hat sich der Begriff Europas für mich verdichtet, als ich politisch tätig war. In den 1980er Jahren war ich in die österreichische Beitrittspolitik involviert und das geschah mitunter sehr intensiv mit dem österreichischen Beitrittsprozess. In den 1990er Jahren wurde dies noch mit meiner akademischen Tätigkeit weitergeführt, obwohl es dauerte, bis ich bei der Europa-Thematik anknüpfen konnte. Meine ersten Schwerpunkte, als ich in den 1980er Jahren in Wien unterrichtet habe, waren Parlamentarismus- und Bürokratieforschung. Dabei gab es weniger eine supranationale oder überstaatliche Perspektive der Forschung. Seit Mitte der 1990er Jahre beschäftige ich mich mit der Beitrittspolitik intensiver und heute im Grunde ausschließlich.

Michael Gehler: *Wann wurde für Sie ein Beitritt Österreichs zur EU eine realistische Perspektive? Welche Rolle spielte Europa für Österreich auch als Außenstehender?*

Heinrich Neisser: Die europapolitische Perspektive und ein Beitritt haben Mitte der 1980er Jahre konkrete Züge angenommen. Das war eine Phase, in der man sich mehr mit dem Gedanken angefreundet hatte, näher an die EG heranzutreten. Verschiedene Varianten waren dabei geplant, wobei ein Vollbeitritt von Anfang an nicht geplant war. Persönlichkeiten wie Alois Mock, später ein brennender Verfechter des Vollbeitrittes, waren zu Anfang eher distanziert. Die Neutralität hat dabei eine gewisse Rolle gespielt. Ich kann mich erinnern, dass Josef Klaus in einigen Gesprächen betont hat, dass die Neutralität nicht angerührt werden sollte, obwohl auch er ein Befürworter des Beitritts war. Diese Überzeugung teilten damals fast alle politischen Lager. Mitte der 1980er Jahre hat sich das geändert. Im Januar 1987 bin ich Regierungsmitglied in der Regierung Vranitzky geworden. Dann begann ein wesentlicher Prozess in der Sozialdemokratie. Es fand ein Umdenken hin zu einem möglichen EU-Beitritt statt. Dabei ist aus meiner Sicht Vranitzky ein historisches Verdienst zuzuschreiben, weil es ihm gelungen ist, in seiner Partei einen Stimmungswandel herbeizuführen. In der SPÖ gab es noch sehr viele, die an der alten Neutralität festgehalten hatten. Ein Beispiel war der frühere Außenminister Erwin Lanc. Ein Beitritt sollte aus ihrer Perspektive nicht ins Auge gefasst werden. Es entstand eine Diskussion und die ÖVP wird ein Faktor gewesen sein, da sie sich als erste Partei auch als Europa-Partei verstand. Das wurde immer thematisiert und auch bewusst in den Vordergrund gestellt. Martin Purtscher war Europasprecher und Vorarlberger Landeshauptmann für die ÖVP. Beruflich war er Manager und Unternehmer, u. a. durch seine Bemühungen zur europäischen Idee wurde diese Bewegung verstärkt. 1987 begann dann der Prozess des Beitritts Österreichs und die Landeshauptmänner sorgten für Beschlüsse,

damit Österreich als Bundesstaat beitreten konnte. 1989 war die Stimmung noch weiter fortgeschritten und ein Höhepunkt war die Erklärung der Sozialpartner vom 1. März 1989, wo alle vier Sozialpartner in einem schriftlichen Papier den Beitritt Österreichs für wünschenswert angesehen haben. Natürlich wurden auch Vorbehalte und Auflagen niedergeschrieben, aber die grundsätzliche Linie war klar. Rasch wurde dies auch im Parlament vollzogen. Ich habe das Beitrittsgesetz miterleben dürfen. Dabei ging es um eine Grundsatzdiskussion, auf deren Basis dann die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 stattfand. Das war aus meiner Perspektive sehr überzeugend. Auf der einen Seite ist das eine rationale Bewertung, aber auf der anderen Seite auch eine Glaubensfrage. Ein begeisterter Europäer zu sein, heißt schließlich auch an diese Vereinigung zu glauben.

Michael Gehler: *Ist es im Rückblick wirklich so, dass dieser Prozess schnell und einfach ging? Gab es nicht auch Gegenbewegungen und Hürden, die zu überwinden waren?*

Heinrich Neisser: Die ÖVP hatte eine breite Strömung, die Europa gegenüber positiv gestimmt war. Probleme gab es aber besonders mit den Bauern und der Agrarwirtschaft. Dort gab es die Befürchtung, dass der Beitritt für sie Nachteile bringen könnte, und dieser Teil der Partei war ein wesentlicher Faktor. Die SPÖ musste große Bekehrungsleistungen in den eigenen Reihen erbringen und die FPÖ war damals noch eine europabegeisterte Partei. Die Grünen waren gegen einen Beitritt. Die Hauptakteure waren die ÖVP und die SPÖ, die am 26. Juni 1989 eine Parteienvereinbarung unterzeichneten. Ich kenne diese Dokumente im Detail, da ich involviert war. Neben mir hat auch Ludwig Steiner für die ÖVP teilgenommen und für die SPÖ war dies Harald Ettl, der damals Kanzleramtsminister war, und Peter Jankowitsch. Wir haben dann den Entwurf gemacht, der anschließend von den Parteiobmännern unterzeichnet worden ist. Auch in diesem Entwurf wurde auf die Neutralität und Vorbehalte eingegangen. Ein solches Vorgehen stärkte das Vertrauen der Regierungsparteien. Dazu kam jedoch auch eine persönliche Konkurrenz, bei der ich nicht weiß, wie sie aufzuarbeiten ist. Hierbei ging es um die Konkurrenz des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers, zwischen Vranitzky und Mock. Dieses Spannungsverhältnis bestand von Anfang an, da Mock die Auffassung vertrat, dass die Integration Österreichs auch in seinen Aufgabenbereich der Außenbeziehungen falle, wohingegen Vranitzky sich als eigentlicher Koordinator verstand. Dabei hat es teilweise absurde Vorgänge gegeben. Es sind Ministerratsvorträge eingebracht worden, die immer nur einen Namen beinhalteten. Entweder war dies der Name des Bundeskanzlers oder des Außenministers. Der Streit hat aus meiner Sicht Kleinliches an sich gehabt, auch wenn ich eine Schuldzuweisung dabei nicht vornehmen will. Gelegt hat sich dieser Streit erst mit den eigentlichen Beitrittsverhandlungen, die am 1. Februar 1993 begonnen haben. Es folgte eine einjährige Phase des formellen Beitritts anhand von Verträgen. Schwierigkeiten wie die Transit-Frage, die Zweitwohnsitz-Frage und die Neutralitäts-Frage tauchten auf. Bei diesem Prozess und auf diese Fragen Antworten zu finden, gab es eine große Bereitschaft von Zusammenarbeit. Am 14. April 1994 stand das Verhandlungsergebnis fest. Dieser Konsens wurde in Österreich feierlich verkündet und auch umgesetzt. Es war eine Zeit der Wende hinsichtlich der öffentlichen Meinung, da die kritische öffentliche Meinung, die einst herrschte, plötzlich umschlug in Befürwortung. Somit ist auch das Ergebnis vom 12. Juni 1994 zu erklären, als die Volksabstimmung in Österreich bezüglich eines EU-

Beitritts fast eine Zustimmung von zwei Dritteln erbrachte. Natürlich sind drei Monate später die Meinungsumfragen schon anders. Aus meiner Sicht sind damit irrationale Geschehnisse verbunden, aber vor allem denke ich, sind es besonders der Optimismus und die Euphorie, dass Österreich diesen Schritt tatsächlich vollzogen hat. Es gab das Gefühl, dass Europa uns als Österreicher aufnimmt und wir zur Kenntnis genommen werden.

Michael Gehler: *Können Sie Josef Klaus charakterisieren und wie war das Verhältnis von Alois Mock und Josef Klaus? Hat der junge Mock in der Zeit der Regierung Klaus auch von dessen Außen- und Europapolitik nicht nur Kenntnis genommen, sondern auch Einfluss erfahren, die ihn dann in seinen eigenen späteren Positionen motiviert und getragen haben? Sind dort Zusammenhänge herstellbar?*

Heinrich Neisser: Zusammenhänge sind durchaus herstellbar. Mock war Kabinettschef und damit der Chef aller Kabinettsekretäre. Die Idee des Kabinetts ist damals das erste Mal in größerem Umfang realisiert worden, auch wenn dies im Vergleich zu heute quantitativ immer noch recht klein erscheint. Mock hat in seiner Position als Kabinettschef einen gewissen Einfluss gehabt. Damals kam er von der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) aus Paris und hat einen starken Bezug zur Außenpolitik gehabt. Josef Klaus hat ihn für außenpolitische Fragen herangezogen, auch wenn er gleichzeitig sehr stark auf die Diplomaten im Außenministerium gehört hat. Alois Mock hat hierbei sehr viel Kommunikationsarbeit leisten müssen, um mit den Beamten des Außenministeriums in Kontakt treten zu können. Dies war notwendig, um zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. Insofern hatte Mock einen Einfluss und hat dabei in seiner früheren Zeit eine Sensibilität für die EU aufbauen können, die ihm dann später zugute gekommen ist. Zwar ist er auch ein Jahr Unterrichtsminister geworden, aber konnte sich nach dieser Zeit als Bundesminister dann wieder der Außenpolitik widmen.

Michael Gehler: *Sie waren auch am Verfassungsgerichtshof tätig. Wie sah diese Tätigkeit aus und gab es in dieser Zeit auch Entscheidungen, die von besonderer Tragweite für die Zukunft waren?*

Heinrich Neisser: Ich war dort mit drei anderen Kollegen Sekretär im Verfassungsgerichtshof. Wir hatten rein juristische Aufgaben, wie z. B. das Korrigieren von Protokollen und für Referenten Vorbereitungsentscheidungen treffen. Wir haben den ganzen Prozess der Judikatur in dieser Zeit kennengelernt. In diese Zeit fällt für mich ein Schlüsselerlebnis, das Auswirkungen bis heute hat. Ich sollte in einem Beitrag zu Otto von Habsburg im Fernsehen auftreten. Die Journalisten hatten entdeckt, dass ich Sekretär war, als das berühmte Habsburg-Erkenntnis 1961 herauskam. Otto von Habsburg hat drei Erklärungen zum ersten Mal abgegeben. Die Regierung war sich nicht sicher, ob dies ausreiche. Die Entscheidung ist im Nachhinein angefochten worden vor dem Verfassungsgerichtshof und dann vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt worden. Dies ist anhand einer Theorie entschieden worden, die interessant ist. Erstmals wurde die „Theorie des actes de gouvernement“ angewandt, die vor und nach diesem Ereignis nie Verwendung fand. Anfechtbar sind vor dem Verfassungsgerichtshof Verwaltungsakte. Regierungsakte, die im Grunde politische Akte sind, sind nicht vor dem Verfassungsgerichtshof anfechtbar. Damals hat

eine überzeugende Mehrheit (neun zu vier) abgestimmt, wobei es sich um ein Politikum gehandelt hat. Es ist ein Fall, bei dem die Politik massiven Einfluss genommen hat. Die Mitglieder der sozialistischen Seite sind damals in die Parteizentrale berufen worden und haben einen Auftrag zur Abstimmung bekommen. Das ist heute nachgewiesen, aber wird trotzdem wenig thematisiert. Das ist aber noch nicht der große Eklat. Zwei Jahre später gab es dann den „Juristenputsch“, den Christian Broda mitgetragen hat. Der Anwalt Ludwig Draxler vertrat Otto von Habsburg vor Gericht. Ludwig Draxler war 1936 Finanzminister unter Kurt Schuschnigg gewesen. Draxler erhob eine Säumnisbeschwerde, in der er klar machte, dass die Regierung noch nicht entschieden habe und somit auch der Ausgang des Prozesses offen sei. Im Verwaltungsgerichtshof hat dann der Berichterstatter Hans Klecatsky, späterer Justizminister und Professor in Innsbruck, den Bescheid anstatt der Regierung erlassen, dass die Erklärung von Otto Habsburg für die Rückkehr nach Österreich ausreichend sei. Es folgten die Koalitionsstreitereien in den anschließenden zwei Jahren. Ich war damals Schriftführer und bei Beratungen dabei.

Michael Gehler: *Wie denken Sie heute über Otto von Habsburg?*

Heinrich Neisser: Die Frage ist nicht uninteressant, weil ich mich erinnern kann, dass damals in den 1960er Jahren Hermann Withalm nach Pöcking gefahren ist, und in diesem Zuge entbrannte in der ÖVP eine Diskussion, wie Withalm Otto von Habsburg anreden solle. Schlussendlich hat man sich auf „Dr. Otto Habsburg“ geeinigt. Damals habe ich Otto Habsburg nicht weiter kennengelernt, aber später hatte ich Kontakt zu ihm, als er Europaparlamentarier war. Ich habe einige Jahre damals an einer Wiener Privatuniversität gelehrt, die hieß IMADEC Executive Education. Habsburg war damals Ehrensenator und dadurch ist er einige Male gekommen. Bei diesen Besuchen habe ich einige Male mit ihm zusammen essen und dabei auch mit ihm sprechen können. Aus meiner Sicht war er ein hochgebildeter Mensch. Sein Ausschluss aus der Bundespräsidentenwahl durch das Fehlen des passiven Wahlrechtes sowie Skandale trugen dazu bei, dass auch ich Zweifel an seiner Person hatte, und ich hätte ihn vermutlich auch nicht gewählt, wenn er zur Präsidentschaft kandidiert hätte. Die Politik ist bei ihm nicht selten in die Phantasie übergegangen. Er hatte ein großes historisches Wissen gehabt. Zudem hatte er ein Netzwerk aufgebaut, sodass die Nachrufe in den Wiener Zeitungen durchaus korrekt waren. Oliver Rathkolb hat in Wien ein Interview geführt, indem er sagt, dass Otto Habsburg zum Demokraten mutiert sei. Zudem habe er als Europäer eine große Leistung vollbracht. Das kann ich an dieser Stelle nur unterstützen. Ich habe eine Zeit lang in Stanford über Eric Voegelin geforscht. Dort gab es ein großes Archiv und Voegelin hatte während des Kriegs dort gelebt. Dort gibt es Dokumente, die Aufschluss über die Bildung von Exilregierungen geben. Dabei kommt Otto Habsburg nicht sonderlich gut weg. Er scheint ein sehr konkurrenz- und neiderfüllter Mensch gewesen zu sein. Eine solche Exilregierung hatte es nicht gegeben. Ein Erlebnis werde ich diesbezüglich auch nie vergessen. Kurz nachdem die Beitrittsverhandlungen zur EU beendet worden sind, hat es im Europäischen Parlament Befürchtungen gegeben, dass wir nicht durchkommen. Die Franzosen haben argumentiert, dass zuerst eine Vertiefung nötig sei und keine Erweiterung. So bin ich beauftragt worden, eine Werbetour zu machen und war in London, Paris und Brüssel. In Paris habe ich damals mit dem Europaminister geredet und in London im Prinzip dasselbe

gemacht. In Brüssel hatte ich dann einen Termin mit Otto Habsburg. Ihm teilte ich meine vorigen Besuche in Paris und London mit. Dabei erwähnte ich auch, dass hierbei ggf. noch mit Schwierigkeiten gerechnet werden müsste. Daraufhin sagt er, dass der Feind in Madrid sitze. Dabei haben die Spanier unseren österreichischen Beitritt in keinem Fall blockiert, im Gegenteil. Gonzalez war uns gegenüber sehr positiv eingestellt. Das war aber seine alte Habsburger Reflexion. Ich habe in meiner Zeit im Europäischen Parlament auch erlebt, dass er hohes Ansehen genoss. Zudem war er ein europäisches Bindeglied, wie es heute keines mehr gibt. Ich sehe heute keinen Abgeordneten mehr im Europäischen Parlament, der noch diese kommunikative Wirkung wie er hat. Er hat sich unglaublich bemüht. Ich habe ihn das letzte Mal noch aktiv erlebt, als er bereits vierundneunzig Jahre alt war. Bei Themen wie der Paneuropa-Bewegung hat er immer mitdiskutiert. Dabei habe ich ihm auch widersprochen, da er immer von der Wiedervereinigung Europas sprach. Von der Geschichte Europas her gesehen ist das keine Wiedervereinigung, sondern ein Akt der Vereinigung. Es hat Europa in dieser Form noch nicht gegeben. Das war für ihn ein etymologischer Mythos.

Michael Gehler: *Denselben Standpunkt habe ich so für die sogenannte Wiedervereinigung Deutschlands vertreten, das angeblich so nie vorher vereinigt war. Es ist eine Vereinigung oder Einigung gewesen, aber keine Wiedervereinigung. Dieser Begriff ist mythologisch von der alten Reichsidee und der Reichskontinuität aufgeladen und wurde begrifflich unreflektiert von Politikern und Historikern oft wiederholt. Ich teile diese Einschätzung auch mit Blick auf die Erweiterung. Sie waren Leiter einer Stabsabteilung bei der Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI). Wir wissen, dass die Vereinigung österreichischer Industrieller auch sehr aktiv für den EU-Beitritt eingetreten ist. Es gab ein Gutachten von Waldemar Hummer und Michael Schweitzer im Jahre 1987, das von der VÖI gefördert und unterstützt worden ist. Wie war es, als Sie Leiter der Stabsabteilung in der VÖI waren in den Jahren von 1974 bis 1981?*

Heinrich Neisser: Ich habe damals in einer gesellschaftspolitischen Grundsatzabteilung an einem Konzept des Eigentumsbegriffs und der Eigentumspolitik gearbeitet. Zudem habe ich auch zu politischen Parteien und Wirtschaft gearbeitet. Ebenso habe ich Formulierungen zu dem Parteiengesetz von 1975 verfasst. Das war damals meine Haupttätigkeit. Mit Europa habe ich mich damals nicht beschäftigt. Ich habe aber an Gremien und Vorstandssitzungen teilgenommen. Dabei ist die Europadiskussion immer mal wiederaufgetaucht. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass in meiner Zeit bzw. der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, das eine positive und konkrete Erwartung war.

Michael Gehler: *Sie haben über die EWG und die EU schon gesprochen. Welche Rolle spielte Österreich in der EFTA?*

Heinrich Neisser: Österreich hat am Anfang sehr positive Beziehungen zur EFTA gehabt und war auch sehr aktiv engagiert. Die EFTA, die mit dem Anspruch angetreten ist, eine Konkurrenz zur EWG darzustellen, hat sehr rasch ihre Effektivität verloren. Da war der Wandel der Briten wahrscheinlich das Entscheidende. Mit dem Beitritt der Briten 1973 zur EG hat ein Prozess des Absiedelns eingesetzt und die Erweiterung im Januar

1995 wird mit Österreichs Beteiligung auch „EFTA-Erweiterung“ genannt. Österreich hat im Rahmen der EWR-Verhandlungen noch eine durchaus positive Variante gesehen. Wolfgang Schüssel war Wirtschaftsminister und es bestand die Vorstellung, wenn das mit dem EG-Beitritt nicht klappt, dann wäre der EWR auch eine gute Sache für Österreich. Es war ein Jahr Mitglied, bevor Österreich EWT-Vollmitglied der EU wurde. Im Gesamten gesehen wurde die EFTA positiv gesehen, aber es war eben eine Zielsetzung zur Freihandelszone und dabei wurde eine andere Strategie verfolgt.

Michael Gehler: *Sie teilen somit die Ansicht, dass sich die EWG bzw. später die EG als das dynamischere und wirtschaftlich-erfolgreichere Integrationsmodell erwiesen hat?*

Heinrich Neisser: Ja, das kann ich absolut bestätigen.

Michael Gehler: *Auf diesen Punkt würde ich gerne nochmal zu sprechen kommen und diesen mit der Parteipolitik verknüpfen. Die ÖVP war bekanntlich mehr engagiert in Bezug auf die Frage der EWG, als es die SPÖ gewesen ist. Welchen Stellenwert hat eigentlich transnationale Parteienkooperation aus der Sicht der ÖVP gehabt? Speziell in den 1970er Jahren, als sie in der Opposition war, besonders wenn wir an die EUCD und die EDU denken: Welche Erinnerungen haben Sie an diese transnationalen Kooperationen? Sind Sie selbst damit in Berührung gekommen und welche Rolle hat das innerhalb der Partei gespielt, wurde das wahrgenommen?*

Heinrich Neisser: Da muss ich weiter zurückgehen. Die ersten Erfahrungen habe ich hierbei mit Josef Klaus gemacht. Er hatte daran durchaus ein Interesse. Der erste Kongress war 1965 in Taormina. Weitere Kongresse als erste Parteitreffen der konservativen Parteien sollten folgen. Bei den ersten beiden Treffen war ich dabei und fand diese ganz interessant. Es sind namhafte Persönlichkeiten gekommen, so z. B. Kurt Furgler, der im Schweizer Bundesrat eine große Rolle spielte. Daneben kamen auch die Italiener im Rahmen der Democrazia Christiana. Zudem waren auch die Vertreter der CDU und der CSU anwesend. Damals hat sich etwas angebahnt, dann aber auch an Dynamik verloren. Später war die EDU eine regelmäßige Plattform zur Kontaktvermittlung. Ich meine allerdings, dass die politische Effizienz nicht sehr groß war, d. h. die EDU bei den konkreten operativen Bereichen nicht sehr viel erreicht hat.

Michael Gehler: *Welche konkreten Erinnerungen haben Sie noch an die Treffen auf Schloss Kleßheim 1978? Was wissen Sie noch zu den schweizerischen, italienischen und deutschen Christdemokraten? Welchen Beitrag haben diese Treffen geleistet?*

Heinrich Neisser: Meine Erinnerungen sind zunächst persönlicher Natur. Meine Aufgabe war damals, einen Teil der Teilnehmer zu empfangen. Damals sind noch alle mit den Bahnzügen gekommen und nicht mit den Flugzeugen. Um 4.00 Uhr in der Früh musste ich folglich in Salzburg am Bahnhof stehen, um die Italiener und Schweizer abzuholen. Abgesehen davon gab es damals eine allgemeine Tendenz zur Internationalisierung. Es war das erste Mal, dass in diesen Parteien erkannt wurde, dass die internationale Dimension doch eine entscheidende Rolle spielt und notwendig ist. Es war damals schon

ein Versuch, eine christ-demokratische Allianz zu bilden. Das Ganze ist auch vor dem Hintergrund zu verorten, dass es eine Sozialistische Internationale gab, und diese wurde mit Recht als sehr schlagkräftiges internationales Forum angesehen. In den Jahren von 1968 bis 1971 war dabei schon viel Bewegung bei den Christdemokraten zu erkennen. Dies hat vermutlich auch nachgewirkt. Ich habe 1988 Giulio Andreotti getroffen und in einem Gespräch ist er auf diese Phase zurückgekommen. Das war zwanzig Jahre später. Einige Programme konnten erstellt werden. Es war ein Versuch, eine christdemokratische Internationale zu etablieren. Die Dokumente liegen mir zum Teil noch vor, wenn daran ein Interesse besteht.

Michael Gehler: *Sehr gerne, wir haben ein Editionsprojekt dazu und möglicherweise können wir diesen Bestand in Form von Kopien erfassen. Wer waren führende Köpfe, die sich besonders intensiv bei der Parteienkooperation engagiert haben?*

Heinrich Neisser: Besonders hervorheben würde ich die Bayern mit Franz-Josef Strauß sowie Rainer Barzel von der CDU. Dabei erinnere ich mich an ein Gespräch, das ich mit Barzel führte, als er Josef Klaus besuchte. Für mich war Barzel einer der eindrucksvollsten Politiker, die ich kennengelernt habe. Er war sehr belesen. Auch sehr beeindruckt hat mich der erwähnte Schweizer Kurt Furgler, ein intellektuell sehr hochstehender Kopf. Die Italiener hatten einen internationalen Sekretär, der Angelo Bernassola (Democrazia Christiana, stellvertretender Generalsekretär der Weltunion der Christdemokraten) hieß und unglaublich engagiert war. Für Frankreich waren Pierre Pflimlin als ehemaliger Bürgermeister von Straßburg und späterer Senatsvorsitzender sowie Alain Poher als Präsident des Europäischen Parlaments 1966–1969 präsent.

Michael Gehler: *Bei den Bayern denken wir in erster Linie an Franz Josef Strauß. Wer war daneben noch beteiligt?*

Heinrich Neisser: Es war die Zeit von Franz Josef Strauß. Zu diesem Zeitpunkt lebte aber auch noch Alfons Goppel, dessen Sohn Thomas Goppel auch eine politische Karriere in Bayern einschlug. Max Streibl habe ich erst später kennengelernt und meines Wissens war er damals nicht dabei. Mit dabei war jedoch noch CSU-Generalsekretär Gerold Tandler.

Michael Gehler: *Das Verhältnis der deutschen Christdemokraten zu den österreichischen Christdemokraten ist ein Thema, das sich für Adenauer, Kiesinger, aber auch für Klaus, Mock und Kohl stellte. Wie war das zu Ihrer aktiven Zeit, also in der Zeit von Klaus und Kiesinger?*

Heinrich Neisser: Klaus hatte gute Beziehungen zu Kiesinger gehabt. Daneben hat sich Klaus auch sehr gut mit den Italienern verstanden. Furchtbar war nur folgendes Ereignis. Der Landesparteiobmann von Salzburg Wilfried Haslauer (senior), mit dem ich gut befreundet war, pflegte auch eine persönliche Freundschaft mit Strauß. Es fanden Demonstrationen gegen die Atomare Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf zu

Pfingsten 1986 in Salzburg statt. Haslauer hat diese nicht verhindern können, wodurch die Freundschaft zu Strauß in die Brüche gegangen ist.

Michael Gehler: *Es ging um die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackerdorf. Das hat zu Unstimmigkeiten zwischen Österreich und Deutschland geführt. Wie war das Verhältnis von Alois Mock und Franz-Josef Strauß, die sich in der EDU und in christdemokratischen Parteienspektren Europas begegnet sein mussten?*

Heinrich Neisser: Ob Strauß eine besondere Wahrnehmung für Mock hatte, weiß ich nicht. Wir haben uns bemüht, und das war meine erste Aufgabe, als ich im Bundeskanzleramt 1966/1967 angefangen habe, dass wir einen sehr engen Kontakt zur bayrischen Staatskanzlei hatten. Wir haben auf Beamtenebene sehr gut mit den Bayern kooperiert. Das war viel stärker als mit allen anderen Staaten und auch stärker als mit dem Bundeskanzleramt in Bonn. Bekannt ist, dass die Beziehung zwischen Helmut Kohl und Mock sehr tief war. Kohl hat Mock in Österreich wie keinen anderen Politiker geschätzt. Wir hatten zur CDU und Kohl einen guten Kontakt durch Kurt Biedenkopf. 1974 habe ich im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn monatelang ein Stipendium gehabt. Ich verdanke Biedenkopf sehr viel, denn Biedenkopf war damals Gründungsrektor der Ruhr-Universität in Bochum, Geschäftsführer des Henkel-Konzerns und ich habe Biedenkopf durch meine industrielle Tätigkeit kennengelernt. Er hat mich sehr gefördert. 1974 war ich in Deutschland und habe neben dem Adenauer-Haus auch einen Management-Kurs beim Henkel-Konzern gemacht. Bei meiner Arbeit im Adenauer-Haus habe ich Biedenkopfs Stil erleben und dabei viel von ihm lernen können. Die Vorbereitungen und die Programmdiskussion zeichneten Biedenkopf als Avantgardisten der besonderen Art aus. Einiges haben wir davon übernommen und ich weiß, dass sich in Wien einige dies auch zu Herzen genommen haben. Er kam dann immer nach Wien und wir haben ihn zu Vorträgen vermittelt. Dabei hat er großartige Vorträge über die neue soziale Frage gehalten. Daneben hat er in dieser Zeit sein berühmtes Buch über „Toleranz und Demokratie“ geschrieben. Persönlich bin ich ihm sehr verpflichtet gewesen, ich war wie er Mitglied der Trilateral Commission, einem Thinktank. Es gab damals eine Tagung in Berlin und eines Tages wurden wir auch nach Dresden eingeladen, als er Ministerpräsident des Freistaats Sachsen war. Ich habe ihm damals gratuliert. Dabei war er nicht bescheiden und sagte, es sei eine großartige Sache, wenn im Alter noch solche Arbeiten vollbracht werden könnten.

Michael Gehler: *Wie waren die Beziehungen zu den italienischen Christdemokraten, wie beispielsweise Mariano Rumor oder Aldo Moro? Haben Sie Erinnerungen an diese italienischen Parteikollegen?*

Heinrich Neisser: Ich kenne nur Aldo Moro von Konferenzen. Moro war persönlich ein sehr verschlossener Mensch.

Michael Gehler: *Ist Bernhard Vogel noch in Erinnerung?*

Heinrich Neisser: Ich habe einen Auftritt von ihm in Wien moderiert und kenne ihn von der Adenauer-Stiftung. In meiner Zeit in Bonn bin ich oft zu Vorträgen von der Adenauer-

Stiftung eingeladen worden. Damals gab es noch nicht diese internationale Vernetzung und trotzdem hatte die Adenauer-Stiftung einige Absolventen in den USA. Zu großen amerikanischen Themen hatte sie Referenten. Der Sitz liegt nach wie vor in Sankt Augustin in der Nähe von Bonn.

Michael Gehler: *Sie waren Geschäftsführer des Managementklubs. Was ist diese Vereinigung und was waren dabei Ihre Aufgaben?*

Heinrich Neisser: Diese Vereinigung ist vom Wirtschaftsbund gegründet worden, der eine Teilorganisation der ÖVP ist. Gedacht wurde dies als Vorfeldorganisation. Auf diesem Wege sollten Leute, die nicht unmittelbar mit der Partei affiliiert sind, sondern die ein gewisses Interesse haben, gesammelt werden. Ich habe dort Diskussionen oder auch das Vortragsprogramm gemacht. U. a. hatten wir dabei ein Lokal für gemeinsame Mittagessen. Das war von Anfang an so und das hat sich bis heute erhalten. Zu der Bedeutung von heute kann ich nichts sagen, aber früher hatten wir mitunter auch mit Künstlern Kontakt und insgesamt sollte eine Adresse geschaffen werden, die keine Partei darstellt. Von der Organisation war sie aber der Obmann und deswegen waren in der ÖVP auch oftmals Wirtschaftsbeiräte.

Michael Gehler: *Sie haben gesagt, dass es in den 1960er und 1970er Jahren im Rahmen der transnationalen Parteienkooperation eine Bewegung gegeben hat und dann sei die Dynamik verlorengegangen. Wie wir aus den Dokumenten lesen können, gab es im Vorfeld der ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament vor 1979 eine Formationsphase auch im Rahmen der Abstimmung zwischen europäischen Parteien gleicher Couleur wie durch die EVP-Gründung 1976 und die EDU-Gründung 1978. Konnten Sie das auch wahrnehmen?*

Heinrich Neisser: Das war die zweite Hälfte der 1970er Jahre. Mein Eindruck war, dass nach diesen berühmten Testantritten, dass dann Anfang der 1970er Jahre etwas die Luft raus war. Das war eine Umstellung bezüglich der Opposition. Es scheint eine andere Priorität Anfang der 1970er geherrscht zu haben und in der zweiten Hälfte bzw. Ende der 1970er Jahre ist aber eine erneute Bewegung festzustellen.

Michael Gehler: *Wie ist die EVP aus österreichischer Sicht wahrgenommen worden? Thomas Jansen war auch bei uns zu Besuch und meinte, dass die EDU aus seiner Sicht etwas Spalterisches an sich hatte, die ja neben der EVP und der EUCD bestand. Wie wurde das von österreichischer Seite gesehen?*

Heinrich Neisser: Ich habe das auch damals von anderen Leuten vernommen, dass die EDU als Konkurrenz angesehen worden ist. Von der österreichischen Seite meiner Meinung nicht so sehr. Vor unserer Mitgliedschaft zur EVP hatten wir keine besondere Beziehung.

Michael Gehler: *Es gab bekannterweise Kritik von Schweizer Katholisch-Konservativen und auch von der ÖVP, weil die EVP quasi eine EG-Parteienformation war und es*

faktisch einen Ausschluss von ihr gab. Man hatte ja noch nicht einmal einen Beobachterstatus – also ein Kerneuropa ohne Österreich und die Schweiz?

Heinrich Neisser: Es ist die Verdichtung einer Fraktion gewesen.

Michael Gehler: *Sie waren Honorarprofessor für politische Wissenschaft in Wien in einer sehr bewegten Zeit. Wie haben Sie aus dieser Perspektive das Jahr 1989 wahrgenommen?*

Heinrich Neisser: Das Jahr 1989 war ein Jahr, das für Österreich von enormer Bedeutung war. Die Nachbarschaft hat sich ganz grundlegend verändert. Ich persönlich habe dazu eine kritische Position, denn ich meine, dass wir auf das Jahr 1989 nicht vorbereitet waren. Mir ist keine außenpolitische Einschätzung bekannt, die das als bevorstehende Perspektive aufzeigt. Im Gegenteil, denn die österreichischen Institutionen hatten eigenartige Beziehungen. Der österreichische Gewerkschaftsbund hat versucht, mit Vertretern der Solidarność in Polen zusammenzukommen. Das Verhältnis der österreichischen Regierung zur DDR war „ost-tentativ“ und hat zu innenpolitischen Diskussionen geführt. Wir haben Beziehungen zu den Dissidenten gehabt, wobei Erhard Busek damals Großes geleistet hat, auch gegenüber Václav Havel. Zu den polnischen Dissidenten war das Verhältnis nicht so ausgeprägt. Uns war bewusst, dass wir uns neu positionieren müssen, wenn der Ost-Block zerfällt. Dass daraus nun Demokratien im Konkurrenzverhältnis entstehen, wollten wir nicht. Die Landesräte von Nieder- und Oberösterreich haben Sicherheit verlangt und auch Ängste geschürt, dass z. B. durch die Grenzöffnungen eine Gefahr für Österreich entstehe. Wir haben damals schwierige Verhältnisse gehabt. Das österreichische Verhältnis zu den Tschechen ist belastet gewesen. Dabei hat natürlich auch der 21. August 1968 eine Rolle gespielt. Mit den Ungarn kamen wir gut zu Recht. János Kádár hat den sogenannten Gulasch-Kommunismus geprägt. Wir haben Regierungskontakte unterhalten und ich war dabei besonders involviert. Eine Zeit lang war ich zweimal die Woche in Budapest trotz des noch bestehenden Eisernen Vorhangs. Wir planten damals eine Gemeinsame Weltausstellung nach dem Vorbild, wie sie im Jahre 1995 in Wien stattfinden sollte. Die Planung fand weit im Vorfeld schon 1989 statt. Ich habe dieses Projekt in den USA sowie in Paris präsentiert. Dort gibt es eine internationale Stelle. Somit fand der Hauptprozess vor 1989 statt. Vermarktet wurde, dass die beiden unterschiedlichen Systeme Österreich und Ungarn zusammen eine Weltausstellung herausbringen. Das war ein Hauptthema für die Weltausstellung. Gescheitert ist dies letztlich an einer Wiener Volksbefragung. Die Wiener haben „Nein“ gesagt. Dafür gab es zwei Gründe: Es wurde befürchtet, dass in bestimmten Wiener Bezirken der Verkehr zu stark würde sowie die Grundstückspreise zu sehr steigen würden. Die Ungarn wollten das Ganze daraufhin allein weiterführen. Budapest hat nach ein paar Jahren dann aber auch aufgegeben. Somit ist das ganze Projekt ad acta gelegt worden. Insgesamt war das aber eine interessante Kommunikation, denn ich habe die alten Kommunisten noch kennengelernt. István Horváth war damals noch Innenminister und Ferenc Somogyi Außenminister. Mit diesen beiden Persönlichkeiten habe ich einige Präsentationen für diese Weltausstellung gemacht. Zudem war Miklós Németh Ministerpräsident, der erste Reformkommunist, der in den USA Ökonomie studiert hatte. Er ist in der Übergangszeit von der Volksrepublik

Ungarn zur Republik Ungarn Ministerpräsident geworden. Diese Öffnung war eine hochinteressante Zeit. Slowenien habe ich auch miterlebt, ich war an den Tagen, als die Unabhängigkeit erklärt wurde dort. Wir haben keine Strategie hinsichtlich dieser Prozesse in der Außenpolitik gehabt. Es war schwierig abzuschätzen, ob dieser Prozess irreversibel und was letztlich das Ergebnis ist.

Michael Gehler: *Hat bei der Weltausstellung Otto von Habsburg auch eine Rolle gespielt?*

Heinrich Neisser: Er hat keine Rolle gespielt. Jedoch lebt eine Weltausstellung davon, dass andere Länder kommen und ausstellen. Ich hatte damals zwei Zusagen aus Kalifornien und New York City. Beide hätten sich beteiligt. Insgesamt ist das ein internationaler Kuhhandel.

Michael Gehler: *Wie haben Sie die DDR wahrgenommen und hatten Sie die Chance die DDR zu bereisen? Wie haben Sie das Ende der DDR wahrgenommen?*

Heinrich Neisser: Für uns kam das Ende der DDR überraschend. Ich war noch in der Regierung und es war üblich, dass Kontakte zu Diplomaten gepflegt wurden. Die DDR hatte damals einen Botschafter in Wien namens Klaus Wolf. Er hatte seinen Sitz in einem anderen Bezirk Wiens als die BRD. Drei bis vier Jahre haben wir DDR-Vertreter regelmäßig eingeladen und uns um Kontakte bemüht. Ich war immer bei den Empfängen. Ein bemerkenswertes Erlebnis bestand darin, als herauskam, dass die Botschaft eine Spionagezentrale war und später von der BRD übernommen wurde. Der deutsche Botschafter in Wien war Philipp Jenninger, der vormaliger Bundestagspräsident war. Er musste gehen, weil er eine missverständliche Rede zur Reichsprogromnacht am 9. November 1988 gehalten hatte. Später war er auch Botschafter in Rom. Wir waren gut befreundet zu der Zeit der Botschaftsübernahme und ich habe ihn damals nach dem Ablauf der Übernahme gefragt, worauf er antwortete, dass er auf den Dachboden gegangen sei und dort ein Wunderwerk der Technik für nachrichtendienstliche Aktivitäten vorgefunden habe.

Ich selbst war zweimal in der DDR. Damals habe ich noch Reisen für politische Bildung gemacht, weil ich Abgeordneter war. In dieser Zeit bin ich über Goslar und Hannover über die Grenzautobahn nach Westberlin gefahren. Ich hatte oft Gruppen dabei, um ihnen den Mauerbau zu zeigen sowie die Kriegsruine des alten Reichstags. In der politischen Akademie habe ich damals gesagt, solche Reisen muss ich unterstützen, denn sowas muss man gesehen haben. Das Erlebnis einer bedrückenden und geteilten Stadt ist etwas, was einen selbst wachhält und das Bewusstsein aufrechterhält, dass es noch ein anderes Europa gab. Von der Regierungsseite existierten viele Kontakte. Im Bereich der Wissenschaftspolitik gab es zwischen der DDR und Österreich enge Kontakte und Kooperationen und zwar mit einer Reihe von Abkommen. Das ist ziemlich lange aufrechterhalten worden.

Michael Gehler: *Empfanden Sie die ungarisch-österreichische Grenzöffnung von Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni 1989 auch als einen symbolischen Akt?*

Heinrich Neisser: Als ein symbolischer Akt ist das im Grunde erst anschließend wahrgenommen worden, denn es hat zunächst schon eine sehr große politische und praktische Bedeutung mit Folgen gehabt. Für die Reputation von Mock war dies auch sehr wichtig, denn das ist ein Bild, das noch heute um die Welt geht. In vielen Räumen im Ausland hängt dieses Bild, das war ein großes historisches Ereignis. Die zweite Sache war dann das Paneuropäische Picknick am 17. August 1989, das Otto von Habsburg organisiert hatte. DDR-Flüchtlinge sind damals an den Grenzübergang nach Österreich gekommen. Ich habe das damals miterlebt und es war zu dieser Zeit so, dass 60 km von Wien entfernt die Welt zu Ende war. Der internationale Tourismus bestand im Wesentlichen darin, dass die Leute nach Wien gekommen sind und danach 60 km mit dem Auto oder Bus gefahren sind, um den Eisernen Vorhang zu sehen, und dann wieder zurückgefahren sind. Ich war 1961 in Prag und 1963 in Budapest. Dabei musste Stunden gewartet werden und es herrschten strenge Kontrollen. Dabei wurde einem bewusst, was ein freies Europa bedeutet. Es hat damals auch alles länger gedauert, heute gibt es eine sehr lebendige Konkurrenz und Kommunikation zwischen Bratislava und Wien beispielsweise. Das ist bemerkenswert. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass Bratislava eine blühende Region ist. 100 km nördlich davon gibt es auch in der Slowakei Gebiete, in denen sich praktisch nichts verändert hat, auch seitdem die Slowakei EU-Mitglied ist. Es sind praktisch alte Räume, die sich eröffnen und meine Eltern haben mir erzählt, dass sie in der Zwischenkriegszeit noch mit der Pressburger Bahn (ungar.: Bécsi villamos/ slowak.: Viedenská električka, beides für „Wiener Elektrische“), einer Außenbahn von Wien nach Pressburg, in die Oper gefahren sind. Für diese Strecke wurden sechzig Minuten benötigt. Interessanterweise fahren heute Wiener in die Pressburger Oper und Slowaken in die Wiener Oper.

Michael Gehler: *Wie bewerten Sie die Beziehungen, die Österreich zur DDR gepflegt hat, wie kann dieses Verhältnis eingeordnet werden? Friedrich Bauer war Botschafter in beiden deutschen Staaten und er war der Meinung, dass sich das Verhältnis Ostberlin und Wien auch immer im engen Kontext mit den bundedeutsch-österreichischen Beziehungen entwickelt hat. Wie ist das Dreiecks-Verhältnis von Ost-Berlin, Bonn und Wien diesbezüglich zu bewerten?*

Heinrich Neisser: Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann hat von drei deutschen Staaten gesprochen. Diese Philosophie wurde übernommen und ich habe in Paris eine Eröffnungsrede erlebt, bei der eine ähnliche Theorie von einem Franzosen vertreten wurde. Ich habe damals den österreichischen Botschafter Wolfgang Schallenberg in Frankreich (1988–1992) darauf aufmerksam gemacht und er hat den Franzosen im Nachhinein klargemacht, dass dies von der österreichischen Seite so nicht zu sehen und auch nicht erwünscht sei. Die DDR war für Österreich in der öffentlichen Meinung und politischen Bewertung schon das negative Bild eines totalitären Staates. Das steht außer Frage. Der Mauerbau und die ständigen Berichte über erschossene Flüchtlinge aus der DDR sowie über das totalitäre System und die brutale Propaganda des Regimes wurden in Österreich erkannt. Auf der anderen Seite ist der Großteil in Österreich davon ausgegangen, dass die deutsche Trennung eine Realität sei, die sich in absehbarer Zeit nicht ändern würde. Mit der Vereinigung der beiden Staaten wurde nicht gerechnet. Im Gegenteil, es gab Diploma-

ten, die Botschafter in Ostberlin waren, wie Friedrich Bauer, die nicht ahnten, dass sich dies in dieser Schnelle ändern würde.

Michael Gehler: *Es gibt noch eine Fülle Fragen zu Ihrem Europa-Engagement: Wie ist es dazu gekommen, dass Sie Mitglied des Grundrechte-Konvents wurden und wie entstand dieser Konvent? Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht und welche Rolle hat auch Roman Herzog als Konventsvorsitzender gespielt? Wie war das Klima unter den verschiedenen Ländern in dem Konvent? Was waren die Streitpunkte und was Konsens?*

Heinrich Neisser: Die Entstehungsgeschichte des Konvents ist in Dokumenten nachvollziehbar. Es gab ein Mandat des Europäischen Rates im Juni 1999. Das hat dazu geführt, dass beim Europäischen Rat im Oktober desselben Jahres Verfahrensregeln vereinbart worden sind und dass im Dezember dieses Gremium eingesetzt worden ist. Es hat sich dann den Namen Konvent gegeben, was wahrscheinlich daraus resultierte, auch seine eigene Größe zu definieren. In vielem ist es ein Kompromiss, der erarbeitet wurde. Ich habe meine Funktion bezüglich der Mitgliedschaft geändert. Ursprünglich wurde ich als Vertreter des Parlaments nominiert. Das österreichische Parlament hat einen Vertreter nominiert und die österreichische Regierung hat auch einen eigenen Vertreter gehabt. Später bin ich an Stelle des parlamentarischen Vertreters der Vertreter der Regierung gewesen. Im Februar 2000 hat sich das geändert. Wir waren damals vier Vertreter und auch die Parteien-Zusammensetzung spielte eine Rolle. Ich kam von der ÖVP, Caspar Einem von der SPÖ, Harald Ofner von der FPÖ und Johannes Voggenhuber von den Grünen waren Österreicher, aber nicht in österreichischer Funktion, sondern als Mitglied des Europäischen Parlaments eingesetzt. In dem Konvent wurde gelernt, gemeinsam zu diskutieren und auch Kompromisse zu machen. Das Geheimnis bestand darin, dass das Konsensverfahren angewandt wurde, mit dem es möglich war, Ergebnisse zu erzielen. Das ist aber nirgendwo definiert, und in der internationalen Theorie der Verhandlungslehre gibt es für das Verfahren keine normative Definition. Normalerweise ist bei Verträgen das Abstimmen entscheidend. Das Konsensverfahren aber vermeidet eine Abstimmung. Es begründet eine sehr verantwortungsvolle Rolle des Vorsitzenden, weil der Vorsitzende, der nicht immer eine Person sein muss, feststellen muss, ob eine Einigkeit vorliegt oder nicht. Meist gibt es Stellvertreter für den Vorsitzenden, die eine Trias bilden. Wenn es keine Abstimmungen gibt, führt dies immer wieder zu Konfrontationen und Zersplitterungen. Die Feststellung des Vorsitzenden, dass ein Konsens besteht, kann sofort durch eine Wortmeldung beiseite gewischt werden, falls diese Wortmeldung kein Einverständnis bewirkt. Wenn dieser Widerspruch nicht aufgelöst wird, dann werden Konsenswege beschritten, was nicht bedeutet, dass es nicht auch verschiedene Interpretationen o. ä. gibt. Auf diese Weise entstehen Unschärfen, aber es war möglich, einen Konsens bezüglich der sozialen Grundrechte herzustellen. Dies schien anfangs nicht möglich. Am Anfang des Konvents gab es eine Stimmung, bei der es möglich war, dass es überhaupt kein Ergebnis geben wird. Die Sitzungszahl wurde erhöht und das Verfahren wurde verbessert. Das, was jetzt als Ergebnis vorliegt, ist ein Dokument, das schon einen wesentlichen Schritt nach vorne bedeutet. Was das als Auswirkung wirklich bedeutet, konnte noch nicht gesagt werden, weil es davon abhängt, was die Judikatur daraus macht. Die entscheidende Frage der Rechtsverbindlichkeit haben wir damals ausgeklammert. Absichtlich wurde das nicht dis-

kutiert. Seit dem Vertrag von Lissabon hat diese Charta nun aber Rechtsverbindlichkeit. Sie hat dieselbe Rechtsverbindlichkeit, wie sie die Verträge selbst haben. Damit ist die Charta gewahrt, aber was am Vorabend des 7. Dezembers 2000 in Paris verkündet worden ist, das ist ein politisches Dokument gewesen und sie ist in einer Form verkündet worden, die nirgendwo festgeschrieben ist. Es waren damals die drei Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, die die Charta gemeinsam feierlich verkündet haben. Das Mandat sah eigentlich vor, dass wir eine Bestandsaufnahme machen sollten. Diese Bestandsaufnahme sollte sich stark an den Grundrechten orientieren, die der Europarat schon entwickelt hatte. Das ist die Europäische Menschenrechtskonvention von 1953, ebenso die europäische Sozialcharta aus dem Jahr 1961, und es ist auch eine Gemeinschaftscharta, die die Rechte der Arbeitnehmer aus dem Jahr 1989 betrifft, ein Dokument der EU. Daraus sollte die Bestandsaufnahme bestehen und auf dieser Basis aufbauen. Im Wesentlichen ist das auch geschehen, es wurden aber in einigen Fällen neue Grundrechtsformulierungen hineingenommen, was u. a. den Datenschutz betraf und den Schutz personenbezogener Daten.

Michael Gehler: *Danke für die Ausführungen!*

Gerhard Kunnert

Der EU-Gerichtshof – vom Hüter der wirtschaftlichen Grundfreiheiten zum Anwalt der Grund- und Menschenrechte[1]

Zum Referenten:

Mag. Dr. iur. Gerhard Kunnert absolvierte das Diplom-Studium der Rechtswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz und anschließend das Doktoratsstudium an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck; nach seiner Gerichtspraxis war er von 1995 bis 1999 Universitätsassistent am Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der Johannes-Kepler-Universität Linz; 1999 trat er in den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes (BKA-VD) ein; zunächst war er in der Abteilung V/3 (Datenschutz und Verwaltungsreform) eingesetzt; für diese vertrat er die Republik Österreich in zahlreichen Expertengremien in EU und Europarat; ab 2007 diente er auch im Referat EU-Gerichtsbarkeit, womit die laufende Tätigkeit als Ad-hoc-Prozessvertreter der Republik Österreich in EuGH-Verfahren verbunden war; 2007 wurde er dem EuGH dienstzugeteilt

1 Der Beitrag fußt auf einem vom Autor unter demselben Titel am 28. Mai 2018 im Rahmen der Europagespräche des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim gehaltenen und für den Zweck der Publikation aktualisierten und mit Quellenhinweisen versehenen Vortrag. Die Vortragsform wurde im Wesentlichen beibehalten. Der Beitrag spiegelt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wider. Aus Gründen der Textökonomie in geschlechtsspezifischer Form verwendete Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

(Kabinett Dr. Josef Azizi); von 2010 bis 2019 wirkte Gerhard Kunnert nebenberuflich als Lektor für Informatikrecht und Datenschutz an der TU Graz; von 2010 bis 2020 war er stellvertretender Leiter der Abt. V/3 (Datenschutzlegistik) im BKA-VD; von 2011 bis 2013 nebenberuflich auch als Mitglied des sog. Umweltsenates (unabhängige Sonderverwaltungsbehörde als Rechtsmittelinstanz) aktiv; seit 2020 ist er als Referent in den Abteilungen V/2 (Allgemeine Legistik, Rechtsinformation, Länderangelegenheiten, Verwaltungsorganisationsrecht) und V/6 (EU-Verfahren) des BKA-VD tätig.

Gerhard Kunnert hat zu Fragen der EU-Integration Österreichs, des internationalen Wirtschaftsrechts, des Verwaltungsverfahrens und zu Datenschutzfragen publiziert, u. a. Spurensicherung auf dem österreichischen Weg nach Brüssel, Schriftenreihe Europa des Bundeskanzleramtes. Sonderband, Wien 1992; Österreichs Weg in die Europäische Union. Ein Kleinstaat ringt um eine aktive Rolle im europäischen Integrationsprozeß, Wien 1993; WTO-Vergaberecht. Genese und System sowie Einwirkungen auf das EG-Vergaberegime, Baden-Baden 1998; Das Verwaltungsverfahren in der Praxis, Wien 2000; Der „digitale Parkschein“ (M-Parking) aus verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Sicht, ZVR 2006/2; Der vernetzte „elektronische“ Patient, in: Nothing to hide – nothing to fear? Jahrbuch Menschenrechte 2011, 132–149; Tausche Visafreiheit gegen Datenschutz, in: Datenschutz und E-Government. Jahrbuch 2012, 194–222; Der EuGH zur Vorratsdatenspeicherung: Außer Spesen nichts gewesen? DuD 2014, 774–784; Die datenschutzkonforme Vernetzung des Automobils. Konkrete datenschutzrechtliche Vorgaben für die Gestaltung von Kfz-IT und sonstiger Komponenten intelligenter Verkehrssysteme, CR 2016, 509–516; Datenschutz in Fragen und Antworten, Wien 2019; Der Brexit als Exit aus der DS-GVO? Rechtliche Unwägbarkeiten auf dem Weg zur „neuen“ Partnerschaft, ZD 2020, 391–396; Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – Revolution oder Evolution? in: Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Solidarität in Österreich und in Europa. Festgabe zum 85. Geburtstag von Professor Heinrich Neisser, einem europäischen Humanisten, Wien 2021, 1730–1810.

Zum Vortrag:

I. Einleitung

Der Gerichtshof der Europäischen Union (im Folgenden kurz: EuGH) wurde im Jahr 1952 durch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)[2] gegründet. Seine Aufgaben als Rechtsprechungsorgan und seine Bedeutung darüber hinaus haben sich während seines mittlerweile bereits 70-jährigen Bestehens stetig ausgeweitet.

Zunächst war der EuGH nur für Streitigkeiten innerhalb des EGKS-Vertrages zuständig. Mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)[3] und der

2 dBGBl 1952 II 447.
3 dBGBl 1957 II 766.

Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder EURATOM)[4] durch die Römischen Verträge 1957 wurde der EuGH als gemeinsames Organ der Gemeinschaften für sämtliche Streitigkeiten aufgrund der drei Verträge zuständig.

Im Jahr 1988 schließlich wurde zur Entlastung des EuGH das Gericht Erster Instanz (seit dem Vertrag von Lissabon[5] vom 13. Dezember 2007 nur mehr „Gericht" genannt; kurz: EuG) errichtet. Zwischen Anfang November 2004[6] und dem 1. September 2016 bestand zudem das Gericht für den öffentlichen Dienst, welchem als „Fachgericht" die Entscheidung in Rechtsstreitigkeiten zwischen der Europäischen Union (EU) (bzw. ursprünglich der Europäischen Gemeinschaften [EG]) und ihren Beamten oder sonstigen Bediensteten bis zu seiner Auflösung[7] zukam.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon per 1. Dezember 2009[8] wurde der EuGH zur gemeinsamen Rechtsprechungsinstanz der EU und der EAG. Er verfügt heute neben einer Reihe von Primärzuständigkeiten (dazu noch näher unten in Punkt III) auch über die Zuständigkeit als – dem weiterhin bestehenden Gericht (vormals Erster Instanz) übergeordnetes – Rechtsmittelgericht.

Gerade in den letzten Jahren wurde dem EuGH durch gewisse zentrifugale Entwicklungen unter den EU-Mitgliedstaaten eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit zuteil. Als Beispiel kann der im Dezember 2020 beschlossene „Mechanismus der horizontalen Konditionalität" genannt werden. Dieses in Form einer Verordnung[9] erlassene Instrument zielt vordergründig darauf ab, den Haushalt der Europäischen Union im Fall von in einem Mitgliedstaat begangenen Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit zu schützen. Zu diesem Zweck kann der EU-Rat unter den in der zitierten Verordnung näher geregelten Voraussetzungen auf Vorschlag der EU-Kommission geeignete Schutzmaßnahmen (bspw. Aussetzung von Zahlungen aus dem Unionshaushalt an Mitgliedstaaten) treffen. Voraussetzung für solche Schutzmaßnahmen ist, dass konkrete Belege vorgebracht werden, aus denen nicht nur hervorgeht, dass ein Verstoß gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit vorliegt, sondern auch, dass sich dieser Verstoß auf die Ausführung des Haushaltsplans der Union auswirkt.

Der Hintergrund des besagten „Mechanismus der horizontalen Konditionalität" ist v. a. in den rezenten Regierungspolitiken Polens und Ungarns zu erblicken, welche klare Tendenzen in Richtung einer Schwächung der Unabhängigkeit der (nationalen) Justiz bzw. der Aushöhlung des Medien- und Meinungspluralismus aufweisen.

---

4 dBGBl 1957 II 1014.

5 Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, ABl. Nr. C 306 vom 17.12.2007, 1.

6 Vgl. Beschluss 2004/752/EG, Euratom des Rates vom 2.11.2004 zur Errichtung des Gerichts für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union, ABl. Nr. L 333 vom 9.11.2004, 7.

7 Vgl. Art. 1 bis 5 Verordnung (EU, Euratom) 2016/1192 vom 6.07.2016 über die Übertragung der Zuständigkeit für die Entscheidung im ersten Rechtszug über die Rechtsstreitigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Bediensteten auf das Gericht, ABl. Nr. L 200 vom 26.7.2016, 137.

8 Vgl. Art. 6 Abs. 2 des Vertrags von Lissabon i. V. m. der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde am 13.11.2009.

9 Verordnung (EU, Euratom) 2020/2092 vom 16.12.2020 über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union, ABl. Nr. L I 433 vom 22.12.2020, 1.

Ungarn, unterstützt von Polen, erhob gegen die zitierte Verordnung umgehend Nichtigkeitsklage[10] und verwies zur Begründung im Wesentlichen auf die behauptete Unzuständigkeit der EU zum Erlass der Verordnung sowie auf einen Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit. Der EuGH hat die Klage Ungarns freilich mit Urteil vom 16. Februar 2022 in vollem Umfang abgewiesen.[11]

Dieser Fall verweist – stellvertretend für viele andere – auf das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen den Staatsteilgewalten „Regierung" und „Justiz". Eine unabhängige Justiz, sei es die ordentliche, sei es die Verfassungsgerichtsbarkeit, bedeutet in der Praxis tendenziell eine Beschränkung von Regierungsmacht. Versuche von Regierungen, Gerichtsentscheidungen auf nationaler Ebene zu beeinflussen – sei es durch eine entsprechende Auswahl von Richterpersonen, sei es durch andere Mechanismen – stellen gerade diese Machtbegrenzungsfunktion der Justiz in Frage. Sie stehen in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundsatz der Gewaltenteilung und damit letztlich zum Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit (im materiellen Sinn).

Auch wenn die Etablierung des „Mechanismus der horizontalen Konditionalität" vordergründig auf die Garantie der korrekten Verwendung von EU-Mitteln durch mitgliedstaatliche Stellen abzielt, hat sie zugleich hohe praktische Relevanz für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit der EU insgesamt. Denn über die einheitliche Anwendung und Auslegung des Unionsrechts und damit auch die Rechtsstaatlichkeit wacht nicht der EuGH allein, sondern er tut dies im Zusammenwirken mit den Gerichten der Mitgliedstaaten, insbesondere über den Weg des sog. Vorabentscheidungsverfahrens (dazu unten bei FN 36 und nach FN 129). Letzteres kann seine Funktion aber nur auf Basis unabhängiger nationaler Gerichte erfüllen.

In diesem Lichte gewinnen die nachstehend skizzierten „Einwirkungsmöglichkeiten" der Mitgliedstaaten besondere Brisanz und Aktualität. Zunächst soll kurz auf die Stellung des EuGH im institutionellen Gefüge der EU eingegangen werden.

II. Zur spezifischen Rolle des Europäischen Gerichtshofs im institutionellen Gefüge der EU

A. Der EuGH als „Verfassungs-", „Grundrechts-"- und „Fachgericht" der EU

In Art. 13 Abs. 1 des Vertrags über die Europäische Union (EUV)[12] wird der EuGH als eines von sieben Unionsorganen konstituiert. Seine Aufgabe wird in Art. 19 Abs. 1 EUV allgemein mit der „Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge" umschrieben. Vereinfacht könnte man hier von der Aufgabe der Wahrung der *„Rechtsstaatlichkeit"* im weiteren Sinne sprechen.

---

10 Vgl. Klage, eingereicht am 11. März 2021 – Ungarn/Europäisches Parlament, Rat der Europäischen Union (Rechtssache C-156/21), ABl. Nr. C 138 vom 19.4.2021, 24 f.

11 Vgl. EuGH 16.02.2022, Rs. C-156/21, Ungarn/Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union, abrufbar unter https://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/de/.

12 ABl. Nr. C 202 vom 7.6.2016, 1 (15).

Hinzu kommen die Befugnis des EuGH zur Entscheidung über Klagen von Mitgliedstaaten oder der EU-Kommission wegen angeblicher Verletzung von Verpflichtungen aus den Verträgen durch Mitgliedstaaten[13] sowie über Klagen von Mitgliedstaaten, Europäischem Parlament, EU-Rat oder EU-Kommission betreffend die Rechtmäßigkeit der EU-Gesetzgebungsakte sowie der rechtsverbindlichen Handlungen des Rates, der Kommission und der Europäischen Zentralbank und der Handlungen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates mit Rechtswirkung gegenüber Dritten.[14]

Weiters ist der EuGH zur Überwachung der Rechtmäßigkeit der Handlungen der Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union mit Rechtswirkung gegenüber Dritten berufen – uzw. wiederum auf Klagen durch Mitgliedstaaten, das Europäische Parlament, den EU-Rat oder die EU-Kommission.[15]

Schließlich ist der EuGH auch für Klagen des Rechnungshofs, der Europäischen Zentralbank und des Ausschusses der Regionen zuständig, welche auf die Wahrung deren Rechte abzielen.[16]

Zu guter Letzt besteht auch für jede natürliche oder juristische Person – vereinfacht gesagt – die Möglichkeit, gegen direkt an sie gerichtete oder sie unmittelbar und individuell betreffende Handlungen der EU-Organe sowie gegen Rechtsakte mit Verordnungscharakter, die sie unmittelbar betreffen und keine Durchführungsmaßnahmen nach sich ziehen, Klage beim EuGH zu erheben.[17]

Angesichts seiner vorstehend aufgelisteten Befugnisse kann man den EuGH ohne Zweifel als *„Verfassungsgericht“* der EU bezeichnen. Nicht zuletzt mit Blick auf die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon neben den Gründungsverträgen als Prüfmaßstab heranzuziehende sog. Grundrechte-Charta der EU (kurz: GRC) fungiert der EuGH auch als *„Grundrechtsgericht“*.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Gewährleistung der einheitlichen Handhabung des Unionsrechts spielt das sog. Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV. Dieses eröffnet den Gerichten der Mitgliedstaaten die Möglichkeit, anlässlich eines bei ihnen anhängigen Verfahrens dem EuGH Fragen über die Auslegung der Verträge oder über die Gültigkeit und die Auslegung der Handlungen der Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union vorzulegen. Angesichts der in diesem Rahmen potenziell gegebenen inhaltlichen Breite an herangetragenen Rechtsfragen kann man ohne weiteres davon sprechen, dass der EuGH hier gleichsam wie ein „Fachgericht“, nämlich auch als *Zivil-, Arbeits-, Steuer-, Sozial- und Strafgericht“* der EU agiert. Soweit er in Streitigkeiten zwischen Bürgern bzw. Unternehmen und EU-Organen entscheidet, fungiert er auch als *„Verwaltungsgericht“*.

---

13 Vgl. Art. 19 EUV i.V.m. Art. 258 und Art. 259 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), ABl. Nr. C 326 vom 26.10.2012, 47 (49).

14 Vgl. Art. 19 EUV i.V.m. Art. 263 Abs. 1 und Abs. 2 AEUV.

15 Vgl. Art. 19 EUV i.V.m. Art. 263 Abs. 1 letzter Satz und 2 AEUV.

16 Vgl. Art. 19 EUV i.V.m. Art. 263 Abs. 3 AEUV.

17 Vgl. Art. 19 EUV i.V.m. Art. 263 Abs. 4 AEUV.

B. Besondere Charakteristika des EuGH im globalen Vergleich

1. Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit der Urteile des EuGH

a) Vertragsverletzungsverfahren

1. Für die *Effektivität* der Rechtsdurchsetzung im Wege eines gerichtlichen Verfahrens ist die rechtliche Wirkung der am Ende eines solchen Verfahrens stehenden Entscheidung (Urteil oder Beschluss) wesentlich. Hierbei kann einerseits zwischen der Frage der verbindlichen Wirkung einer Gerichtsentscheidung als solcher und andererseits der Frage ihrer faktischen Durchsetzbarkeit (Vollstreckbarkeit) unterschieden werden. Nur wenn beide Fragen bejaht werden können, ist die volle Wirksamkeit der betreffenden Gerichtsentscheidung gegeben. Letztere ist gerade in Bezug auf internationale Gerichte keineswegs selbstverständlich.

Der EuGH bildet hier freilich eine positive Ausnahme. Für Urteile, mit denen er Verstöße der EU-Mitgliedstaaten gegen das Unionsrecht feststellt, ergibt sich deren Verbindlichkeit ausdrücklich aus Art. 269 Abs. 1 AEUV. Demnach hat ein entsprechend verurteilter Mitgliedstaat von sich aus jene „Maßnahmen zu ergreifen, die sich aus dem Urteil des Gerichtshofs ergeben". Letztere können je nach Fall in Änderungen nationaler Gesetze oder Vollzugspraktiken bestehen.

Unterlässt es ein Mitgliedstaat, ein ihn verpflichtendes Urteil („Ersturteil") „umzusetzen", kann der EuGH diesen auf Initiative der EU-Kommission im Rahmen eines besonderen Vertragsverletzungsverfahrens zur Zahlung eines „Pauschalbetrages" oder „Zwangsgeldes" verurteilen.[18]

In der Praxis hat sich ein zweistufiges Verfahren herausgebildet: Stellt der EuGH mit einem weiteren Urteil („Zweiturteil") fest, dass dem verurteilenden Ersturteil nicht Rechnung getragen wird, verhängt er zunächst einen einmaligen *Pauschalbetrag*[19] (d.h. die „Strafe") für die Zeit zwischen Ersturteil und Zweiturteil. Hinzu tritt dann ein als „Beugemittel" gedachtes *„Zwangsgeld"*[20], welches als Tagessatz für die Zeit ab dem Zweiturteil bis zur tatsächlichen Befolgung des Ersturteils zu entrichten ist.[21]

Die Festlegung der genauen Berechnungsmethode für die genannten Sanktionsinstrumente obliegt der EU-Kommission. Letztere wendet seit geraumer Zeit eine Methode an, welche sowohl die Zahlungsfähigkeit (Bruttoinlandsprodukt) des betreffenden Mitgliedstaats als auch dessen institutionelles Gewicht (Sitze im Europäischen Parlament) widerspiegelt.[22] Ausgedrückt werden diese Faktoren im sog. Faktor „n", welcher

18 Vgl. Art. 260 Abs. 2 AEUV; s. als Bsp.: EuGH 20.01.2022, Rs. C-51/20, Europäische Kommission/Hellenische Republik, ABl. Nr. C 119 vom 14.03.2022, 5 f.

19 Vgl. als Bsp. Pkt. 3 des EuGH-Urteils vom 20.01. 2022, Rs. C-51/20, Europäische Kommission/Hellenische Republik, ABl. Nr. C 119 vom 14.03.2022, 6.

20 Vgl. als Bsp. Pkt. 2 des EuGH-Urteils vom 20.01. 2022, Rs. C-51/20, Europäische Kommission/Hellenische Republik, ABl. Nr. C 119 vom 14.03.2022, 6.

21 Vgl dazu näher die Mitteilung SEK (2005)1658 der Kommission vom 12.12.2005 – Anwendung von Artikel 228 EG-Vertrag, ABl. Nr. C 126 vom 7.06.2007, 12.

22 Vgl. zuletzt Mitteilung C(2021) 2283 final der Kommission vom 13.04.2021 – Anpassung der Berechnung der von der Kommission im Rahmen von Vertragsverletzungsverfahren vor dem

für jeden Mitgliedstaat nach einer Formel[23] berechnet wird. Zusätzlich werden Schwere („Schwerekoeffizient“ 1–20) und Dauer („Dauerkoeffizient“ 1–3) des Verstoßes (Ersturteil bis Anrufung des EuGH durch EU-Kommission) berücksichtigt.[24] Zudem werden jährlich aktualisierte allgemeine Grundbeträge für die Berechnung von Pauschalbetrag und Zwangsgeld sowie individuell auf Mitgliedstaaten zugeschnittene Mindestpauschalbeträge festgelegt.

Als Pauschalbetrag wird entweder der für den jeweiligen Mitgliedstaat festgelegte Mindestpauschalbetrag verhängt (für Deutschland dzt. rd. 11 Mio. Euro)[25] oder – wenn sich ein im Vergleich zu diesem höherer Betrag ergeben würde – der allgemeine Grundbetrag für die Berechnung des Pauschalbetrages (dzt. 909,-- Euro) mit einem Schwerekoeffizienten, dem mitgliedstaatspezifischen Faktor „n“ (Deutschland: n = 5) und der Zahl der Tage des Verstoßes multipliziert.

Für die Berechnung des konkreten Zwangsgeldes wird der Grundbetrag für das Zwangsgeld (dzt. 2.726,-- Euro) mit dem jeweiligen Schwere- und dem Dauerkoeffizienten und das Ergebnis sodann mit dem mitgliedstaatspezifischen Faktor „n“ multipliziert. Für Deutschland ergäbe sich als Tagessatz für einen schweren Verstoß der maximale Tagessatz von 817.800,-- .

Als konkrete Beispiele für jüngst verhängte Pauschalbeträge und Zwangsgelder seien folgende genannt:

Urteilsdatum	**Rechtssache**	**Mitgliedstaat**	**Pauschalbetrag**	**Zwangsgeld**
31.05. 2018	C-251/17	Italienische Republik	25.000.000,--	30.112.500,-- per Halbjahr
04.07. 2018	C-626/16	Slowakische Republik	1.000.000,--	5.000,-- täglich
04. 11.2018	C-93/17	Griechenland	10.000.000,--	7.294.000,-- per Halbjahr
12.11.2019	C-261/18	Irland	5.000.000,--	15.000,-- täglich
27.10.2021	C-204/21 R	Polen		1.000.000,--täglich
20.01.2022	C-51/20	Griechenland	5.500.000,--	4.368.000,-- per Halbjahr

Gerichtshof der Europäischen Union vorgeschlagenen Pauschalbeträge und Zwangsgelder nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs, ABl. Nr. C 129 vom 13.4.2021, 1.

23 Vgl. Näheres in Fußnote 8 der Mitteilung der Kommission vom 15.02.2022: Aktualisierung der Daten für die Berechnung der Pauschalbeträge und Zwangsgelder, die die Kommission dem Gerichtshof der Europäischen Union bei Vertragsverletzungsverfahren vorschlägt (2022/C 74/02), ABl. Nr. C 74 vom 15.2.2022, 2.

24 Vgl. dazu näher wieder Abschn II.B-C die Mitteilung SEK (2005)1658 der Kommission vom 20.09.2006– Anwendung von Artikel 228 EG-Vertrag.

25 Vgl. für die anderen Mitgliedstaaten die Mitteilung der Kommission vom 15.02.2022 (FN 23), 3 f.

Ins Auge springen hier zunächst der im Mai 2018 gegen Italien verhängte Pauschalbetrag von 25 Mio. Euro sowie das zusätzliche halbjährliche Zwangsgeld in Höhe von 30 Mio. Euro wegen unzureichender Umsetzung der EU-Richtlinie zur Abwasserentsorgung[26]. Der Hintergrund ist darin zu sehen, dass die Frist zur Umsetzung Letzterer bereits mehr als 17 Jahr zuvor, nämlich Ende des Jahres 2000, abgelaufen war. Schon 2012 hatte der Gerichtshof auf eine Klage der EU-Kommission hin festgestellt, dass die mangelhafte Abwasserentsorgung in 109 italienischen Gemeinden gegen EU-Recht verstoße. Da die italienischen Regierungen weiterhin untätig blieben, verhängte der EuGH nun entsprechend hohe Pauschal- bzw. Zwangsgeldbeträge. Angesichts potenziell schwerer Umweltschäden durch fehlende Kläranlagen wertete der Gerichtshof die besagte Vertragsverletzung als besonders schwerwiegend.[27]

Den bisherigen Höhepunkt in betragsmäßiger Hinsicht stellte die Verhängung eines täglichen Zwangsgeldes von 1 Mio. Euro gegen Polen mit Beschluss des Vizepräsidenten des EuGH am 27. Oktober 2021 dar.[28]

Den Hintergrund dafür bildete eine Auseinandersetzung der EU-Kommission mit Polen über eine im Jahr 2018 eingesetzte Disziplinarkammer am Obersten Gericht (dazu näher unten bei FN 96). Deren konkrete Ausgestaltung erachtete die EU-Kommission als unvereinbar mit dem Unionsrecht, insbesondere jenem der Rechtsstaatlichkeit.[29] Auf Antrag der EU-Kommission hat die Vizepräsidentin des EuGH der Republik Polen mit Beschluss vom 14. Juli 2021 aufgetragen, die bezüglichen nationalen Rechtsvorschriften bis zur Verkündung des das Verfahren in der Hauptsache beendenden Urteils unangewendet zu lassen.[30] Infolge der Nichtbeachtung dieses Beschlusses wurde das oben genannte Zwangsgeld verhängt.

Die Höhe des verhängten Zwangsgelds begründete der EuGH damit, dass die Beachtung seiner Anordnung vom 14. Juli 2021 erforderlich sei, um einen schweren und nicht wiedergutzumachenden Schaden für die Unionsrechtsordnung und damit für die den Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsenden Rechte sowie für die in Art. 2 EUV genannten Werte, auf die sich die Union gründet, insbesondere die Rechtsstaatlichkeit, zu verhindern.[31]

2. Die vorstehend skizzierten Grundsätze kommen auch zur Anwendung, wenn ein Mitgliedstaat es verabsäumt, der EU-Kommission fristgerecht Maßnahmen zur Um-

26 Vgl. Richtlinie 91/271/EWG vom 21.05.1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser, ABl. Nr. L 135 vom 30.5.1991, 40.

27 Vgl. *Gerichtshof der Europäischen Union – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 74/18 vom 31. 05.2018: Urteil in der Rechtssache C-251/17, Kommission / Italien; s. auch „EuGH: Italien muss hohe Strafe zahlen. Das Fehlen von Kläranlagen wird für Italien nun teuer“, Die Presse (Online-Ausgabe), 31.5.2018.

28 Vgl. Beschluss des Vizepräsidenten des Gerichtshofs vom 27.10.2021, Rs. C-204/21 R, Kommission/Polen, Rn. 64.

29 Klage der Europäische Kommission gegen die Republik Polen, eingereicht am 1.04.2021 Rechtssache C-204/21 (2021/C 252/15), ABl. Nr. C 252 vom 28.6.2021, 9 f.

30 Vgl. den Tenor des Beschlusses der Vizepräsidentin des Gerichtshofs vom 14.07.2021, Rs. C-204/21 R, Kommission/Polen.

31 Vgl. Beschluss des Vizepräsidenten des Gerichtshofs vom 24.10.2021, Rs. C-204/21 R, Kommission/Polen, Rn. 58.

setzung einer EU-Richtlinie mitzuteilen.[32] Für die Verhängung finanzieller Sanktionen reicht hier bereits ein EuGH-Urteil, welches die Säumigkeit feststellt und in dem zugleich von der EU-Kommission bereits in der Vertragsverletzungsklage beantragte[33] Zahlungen auferlegt werden können.

3. Aus dem Gesagten folgt insgesamt, dass es sich beim geschilderten Sanktionsmechanismus nicht bloß um Symbolik handelt, sondern hier die Haushalte der Mitgliedstaaten durchaus empfindlich getroffen werden.

b) Nichtigerklärung von Sekundärrechtsakten

Wenn der EuGH in Verfahren nach Art. 263 AEUV Gesetzgebungsakte der EU (Richtlinien, Verordnungen) oder Handlungen bestimmter EU-Organe für nichtig erklärt, steht ihm die Möglichkeit offen, die zeitliche Wirkung der Nichtigerklärung zu begrenzen, d. h. erst zu einem späteren Zeitpunkt eintreten zu lassen.[34] Verzichtet der EuGH auf diese Gestaltungsmöglichkeit, so treten die betreffenden Akte rückwirkend[35] und zwar mit allgemeiner Wirkung[36] außer Kraft.

Sollte es infolge einer Nichtigerklärung erforderlich werden, Anpassungen im verbleibenden EU-Rechtsbestand vorzunehmen („Lückenschluss" o. Ä.), so sind die Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen, deren Akte betroffen sind, unmittelbar aus Art. 263 Abs. 1 AEUV verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

c) Bindung an Urteile in Vorabentscheidungsverfahren

Wenngleich nicht ausdrücklich in den Verträgen angeordnet, wird davon ausgegangen, dass auch Urteile, welche der EuGH in sog. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV; dazu unten nach FN 129) fällt, für die vorlegenden Gerichte der Mitgliedstaaten sowie die beteiligten Instanzgerichte verbindlich sind.[37] Führt das Verfahren zu einer Feststellung der Ungültigkeit von Unionsrecht, wirkt das bezügliche Urteil auch außerhalb des Ausgangsvefahrens.[38]

32 Vgl. Art. 260 Abs. 3 AEUV.

33 Vgl. als Bsp. die entsprechenden Anträge der Klage der Europäischen Kommission gegen Österreich in der Rs. C-79/18, eingereicht am 6.02.2018, ABl. Nr. C 112 vom 26.3.2018, 28.

34 Vgl. Art. 264 Abs 2 AEUV.

35 Vgl. EuGH 12.06.1980, Rs. 130/79, Express Dairy Foods, Rn. 14 i.V.m. 26.04.1988, verbRs. 97/86 u. a., Asteris/Kommission, Rn. 30 bzw. 20.09.2001, Rs. C-184/99, Grzelczyk, Rn. 51 ff; m.w.N. *Cremer* in *Callies/Ruffert* (Hrsg.), EUV/AEUV-Kommentar, 5. Aufl. 2016, Art. 264 Rn. 3; *Ehricke* in *Streinz* (Hrsg.), EUV/AEUV-Kommentar, 3. Aufl. 2018, Art. 264 AEUV Rn. 5.

36 Vgl. EuGH 11.02.1955, Rs. 3/54, Assider/Hohe Behörde, Slg. 1954, 123 (147); 31.03.1971, Rs. 22/70, Kommission/Rat, Rn. 59 f; 13.05.1981, Rs. 66/80, International Chemical, Slg. 1981, 1191, Rn. 13; *Cremer* in *Callies/Ruffert,* AEUV Art. 264 Rn. 2.

37 EuGH 24.06.1969, Rs. 29/68, Deutsche Milchkontor, Slg. 1969, 165, Rn. 3; *Wegener* in *dies*, EUV/AEUV-Kommentar, 5. Aufl. 2016, Art. 267 Rn. 49.

38 Vgl. EuGH 13.05.1981, Rs. 66/80, International Chemical, Slg. 1981, 1191, Rn. 13; *Wegener* in *dies*, EUV/AEUV-Kommentar, 5. Aufl. 2016, Art. 267 Rn. 50.

2. Der EuGH als „globaler Player“

2.1. Auf den ersten Blick mögen sich die Kompetenzen des EuGH „nur“ auf das Unionsgebiet beziehen. Tatsächlich muss aber berücksichtigt werden, dass die EU-Rechtsordnung u. a. darauf abzielt, *Störungen des Gemeinsamen Marktes* (bzw. des Wettbewerbs im EWR) *durch Wirtschaftsakteure, die aus fremden Märkten heraus agieren,* hintanzuhalten bzw. zu bekämpfen. Diesem Zweck dient etwa das Instrument der sog. Fusionskontrolle.[39] So müssen etwa Unternehmen mit Sitz außerhalb der EU, etwa in den USA, die im EWR tätig sind und eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung erreichen, ihren Zusammenschluss mit anderen Unternehmen (EU- oder Drittstaatsunternehmen) bei der EU-Kommission anmelden. Letztere kann den Zusammenschluss billigen[40] oder aber untersagen, wenn dieser den Wettbewerb im EWR erheblich beeinträchtigen würde. Gegen eine ablehnende Kommissionsentscheidung steht den Unternehmen der Rechtsweg zum Gericht bzw. in letzter Konsequenz zum EuGH offen. Dessen Urteil hat – wie immer er entscheidet – faktische Auswirkungen weit über den EWR hinaus.[41]

2.2. Mit einem Fall des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung durch einen globalen Konzern (Microsoft) hatte sich das Gericht (erster Instanz) Mitte der 2000er Jahre zu beschäftigen. Dem Unternehmen Microsoft wurde – vereinfacht gesagt – von der EU-Kommission vorgeworfen, sein Betriebssystem Windows so gestaltet zu haben, dass mit dessen Erwerb zwingend auch jener der Zusatzapplikation „Media Player“ verbunden war. Zudem würden Alternativanbieter vergleichbarer Zusatzapplikationen mangels Kooperationsbereitschaft auf Seiten Microsofts davon abgehalten, mit Windows kompatible Alternativprodukte auf den Markt zu bringen und Konsumenten anzubieten.

In Reaktion darauf verhängte die EU-Kommission eine Geldbuße von 497 Mio. Euro gegen Microsoft. Das Gericht (erster Instanz) bestätigte diese Geldbuße mit Urteil vom 17. September 2007.[42] Im Jahr 2008 verhängte die Kommission gegen Microsoft ein Zwangsgeld von 899 Mio. Euro, weil Microsoft gezögert habe, das Urteil umzusetzen. Auch diese Entscheidung wurde vom Gericht bestätigt,[43] das Zwangsgeld allerdings aber auf 860 Mio. Euro herabgesetzt.

2.3. Großes Potenzial für „globale“ Wirkungen haben im Lichte der zunehmenden Digitalisierung und der *Intensivierung internationaler Datenflüsse* auch EuGH-Urteile

39 Vgl. dazu Verordnung (EG) Nr. 139/2004 vom 20.01.2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“), ABl. Nr. L 24 vom 29.1.2004, 1, und Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1269/2013 vom 5.12.2013 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 802/2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. Nr. L 336 vom 14.12.2013, 1.

40 Vgl. als rezentes Bsp. *Europäische Kommission*, Pressemitteilung Fusionskontrolle: Kommission gibt grünes Licht für Übernahme von Nuance durch Microsoft, Brüssel, 21.12.2021.

41 Vgl. bspw. EuGH 16.01.2019, Rs. C-265/17 P, Kommission/United Parcel Service.

42 Vgl. EuG 17.09.2007, Rs. T-201/04, Microsoft/Kommission; s. auch *EuG – Presse und Information*, Press Release No. 63/07 vom 17.09.2007: Judgment of the Court of First Instance in Case T-201/04: Microsoft Corp. v Commission of the European Communities.

43 Vgl. EuG 27.06.2012, Rs. T-167/08, Microsoft Corp./Kommission; s. auch *EuG – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 89/12 vom 27.06.2012: Urteil in der Rechtssache T-167/08, Microsoft Corp./Kommission.

mit Datenschutzbezug. Dies zeigte sich bereits mehrfach am Beispiel der Übermittlung von Nutzerdaten aus der EU-Niederlassung des Konzerns Facebook (jetzt: „Meta“) an die in den USA ansässige Konzernmutter. Über den Umweg eines Vorabentscheidungsverfahrens gelangte der EuGH bereits im Oktober 2015 zum Schluss, dass das Rechtsinstrument, auf das sich seit dem Jahre 2000 der EU-US-Wirtschaftsdatenverkehr gestützt hatte (sog. „Safe Harbour“),[44] insbesondere Art. 7 und 8 der EU-Grundrechtecharta widersprach und deshalb nichtig war.[45] Dasselbe Schicksal sollte dann im Juli 2020 die Nachfolgeregelung („Privacy Shield“)[46] zum Safe Harbour ereilen.[47] Damit wurde der Legitimität der Übermittlung personenbezogener Daten durch Unternehmen aus der EU in die USA – abgesehen von Fällen lebenswichtigen Interesses oder ausnahmsweisen Einzelübermittlungen – weitgehend der Boden entzogen. Das Problem soll mit einem angeblich weit gediehenen neuen transatlantischen „Arrangement“ demnächst gelöst werden. Mit einer neuerlichen Befassung des EuGH ist zu rechnen.

2.4. Eine nicht zu unterschätzende „globale“ Bedeutung kommt dem EuGH auch in seiner Rolle als „Gutachter“ zu außenwirtschaftlichen Fragen zu. *Die Gemeinsame Handelspolitik* gehört zu den historisch ältesten Integrationsfeldern der EU. Ein wesentliches Instrument bilden Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Ein alter Streitpunkt liegt hier in der Frage der Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten.

Angesichts gewisser Kompetenzdefizite der EU in den Bereichen „Dienstleistungshandel“ und „Schutz geistigen Eigentums“ bedürfen inhaltlich ambitionierte Handelsabkommen des Abschlusses als sog. „gemischte Abkommen“. Dies impliziert EU-seitig freilich deren zeitaufwändige Ratifizierung (auch) durch sämtliche EU-Mitgliedstaaten. Der EU-Kommission ist daher an einer tendenziell weiten Auslegung ihrer eigenen („ausschließlichen“), von den Mitgliedstaaten unabhängigen Zuständigkeiten gelegen. Am Bsp. des Freihandelsabkommens mit Singapur (EU-Singapore Free Trade Agreement, EUSFTA) versuchte die Kommission, ausschließliche Kompetenzen zu dessen Abschluss auf Seite der EU in Anspruch zu nehmen und diese Sichtweise durch ein Gutachten des EuGH (gem. Art. 218 Abs. 11 AEUV) zu untermauern.

Das daraufhin vom EuGH im Mai 2017 vorgelegte Gutachten 2/15[48] bietet eine grundsätzliche Analyse der Zuständigkeitsverteilung im Bereich der Außenbeziehungen und

---

44 Vgl. Entscheidung 2000/520/EG der Kommission vom 26.07.2000 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des von den Grundsätzen des „sicheren Hafens“ und der diesbezüglichen „Häufig gestellten Fragen“ (FAQ) gewährleisteten Schutzes, vorgelegt vom Handelsministerium der USA (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2000) 2441), ABl. Nr. L 215 vom 25.8.2000, 7.

45 Vgl. EuGH 6.10.2015, Rs. C-362/14, Schrems I, Rn. 67 ff, 106; s. dazu *Kunnert*, Die „Safe Harbour-Entscheidung“ des EuGH vom 5. Oktober 2015 und die Folgen für den Datenverkehr mit EU-Drittstaaten, in Jahrbuch Öffentliches Recht 2016, 209.

46 Vgl. Durchführungsbeschluss (EU) 2016/1250 der Kommission vom 12.07.2016 gemäß der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angemessenheit des vom EU-US-Datenschutzschild gebotenen Schutzes (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 4176), ABl. Nr. L 207 vom 1.8.2016, 1.

47 Vgl. EuGH 16.07.2020, Rs. C-311/18, Facebook Ireland und Schrems, Rn. 168 ff, 201.

48 Vgl. Gutachten 2/15 (Freihandelsabkommen EU–Singapur) vom 16.05.2017 sowie die Schlussanträge der Generalanwältin Sharpston in diesem Verfahren.

eine wohl für viele Jahre maßgebliche Referenzentscheidung, die es der Union ermöglichen wird, Freihandelsabkommen (ohne Investitionsschutz für Portfolioinvestitionen und Investor-State Dispute Settlement) allein und ohne Beteiligung der Mitgliedstaaten abzuschließen.[49]

3. Der EuGH als Unterscheidungsmerkmal im Vergleich zu anderen Erscheinungsformen regionaler wirtschaftlicher Integration

3.1. Das Beispiel der europäischen Integration hat weltweit Gruppen von Staaten dazu inspiriert, eigene regionale Formen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Integration zu entwickeln. Zu verweisen ist hier etwa auf den am 8. August 1967 gegründeten Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)[50] bzw. die in seinem Rahmen etablierte ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft oder auf die auf das Abkommen von Cartagena vom 16. Oktober 1969 zurückgehende Andengemeinschaft (CAN[51]; bis 10. März 1996: „Andenpakt").

3.2. Die ASEAN stützte sich ursprünglich auf eine politische 7-Punkte-Erklärung[52] und hatte insofern keine völkervertragliche Grundlage, sondern bot lediglich eine intergouvernementale Kooperationsplattform. Später wurden unter den Mitgliedern eine Reihe von Kooperationsverträgen geschlossen.[53] Am 28. Jänner 1992 wurde im ASEAN-Rahmen eine Freihandelszone (AFTA)[54] beschlossen, welche für die sechs wirtschaftlich fortgeschrittenen ASEAN-Mitgliedstaaten am 1. Januar 2002 in Kraft trat. Im Jahre 2002 nahmen die politischen Führer der ASEAN-Staaten die Errichtung einer ASEAN-Gemeinschaft bis 2020 in Aussicht, welche auf drei Säulen der Zusammenarbeit fußen sollte, die „Politik und Sicherheit", „Wirtschaft" und die „soziokulturelle Zusammenarbeit" umfassen sollte. Zudem wurde dezidiert eine Wirtschaftsgemeinschaft (AEC)[55] mit einem gemeinsamen Markt nach EU-Vorbild angestrebt.[56] Im Jänner 2007 entschieden die ASEAN-Staaten, die ASEAN-Gemeinschaft einschließlich der ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft bereits bis 2015 umzusetzen.[57] Dazu wurde im November 2007 die ASEAN-

49 Vgl. näher bei *Herrmann/Müller-Ibold,* Die Entwicklung des europäischen Außenwirtschaftsrechts, EuZW 2018, 749 (751 ff).
50 Engl. Abkürzung für „Association of Southeast Asian Nations".
51 Span. Abkürzung für „Comunidad Andina de Naciones".
52 Vgl. ASEAN Declaration oder Bangkok Declaration of 1967; Quelle: Europa-Archiv 1967, S. D 503.
53 So etwa der Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia von 1976 oder das Agreement on ASEAN Preferential Trading Arrangements vom 24.02.1977 oder der Bali Concord I vom 24.02.1976.
54 Engl. Abkürzung für „ASEAN Free Trade Area".
55 Engl. Abkürzung für „ASEAN Economic Community".
56 Vgl. *DTI – Department of Trade & Industry Philippines* (Hrsg.), Understanding the ASEAN economic community, 28 March 2014, 1st Edition, 5 f.
57 Vgl. ebenda, 6.

Charter[58] verabschiedet, welche der ASEAN eigene Rechtspersönlichkeit verschaffte[59] und die institutionellen Grundlagen schaffen sollte.[60]

Trotz ihrer Orientierung an der EU unterscheidet sich die ASEAN-Wirtschaftsgemeinschaft von ersterer wesentlich dadurch, dass ihr supranationale Gremien wie die EU-Kommission oder der EuGH fehlen. Alle Entscheidungen müssen zwischen den Mitgliedstaaten im Konsens getroffen werden. Das ASEAN-Sekretariat ist auf eine koordinierende, überwachende Rolle beschränkt. Damit fehlt es freilich an einem effektiven, vom politischen Willen der Mitgliedstaaten losgelösten Durchsetzungsmechanismus, wie er im EU-Rahmen insbesondere durch den EuGH gewährleistet wird.

3.3. Die Andengemeinschaft versteht sich dagegen – analog zur EU – als supranationale Einrichtung und orientiert sich auch in ihrem institutionellen Aufbau eng am europäischen Integrationsmodell der EU. Dazu gehört auch die mit 28. Mai 1979 erfolgte Gründung eines eigenen Gerichtshofes („Andengerichtshof [AGH]"), welcher allerdings erst 1984 seine Arbeit aufnahm. Letzterer entscheidet analog dem EuGH über Nichtigkeitsklagen, Vertragsverletzungsklagen und auch Vorabentscheidungsersuchen.[61] Anders als der EuGH verfügt er aber nicht über die Zuständigkeit für Schadersatzklagen, Untätigkeitsklagen oder die Erstellung von Rechtsgutachten.

Trotz gewisser funktioneller Parallelen zum EuGH ist der Einfluss des AGH nicht mit jenem des EuGH vergleichbar. Einmal hat die Andengemeinschaft als solche bei weitem nicht das Integrationsniveau der EU erreicht. Aktuell stellt sich die CAN primär als Freihandelszone dar, wenngleich mit dem Fernziel der Errichtung eines gemeinsamen Außenzolls (dzt. nur unvollständige Zollunion). Zudem steht die intergouvernementale Kooperation nach wie vor im Vordergrund. Abgesehen davon sind die eigenen „Gesetzgebungszuständigkeiten" der CAN beschränkt. Vor diesem Hintergrund kann die Rechtsprechung des AGH keine dem EuGH vergleichbare Integrationsdynamik entfalten.

4. Der EuGH als „Quasi-Gesetzgeber" und „Motor" der EU-Integration

a) Nationale versus EU-Kompetenzen

Der supranationale Charakter der EU als Organisation sowie des von deren Organen gesetzten EU-Rechts bedeutet im Vergleich zu herkömmlichen zwischenstaatlichen Zusammenarbeitsformen einen Paradigmenwechsel, v. a. unter dem Gesichtspunkt herkömmlichen staatlichen Souveränitätsdenkens. Bei traditionellen bilateralen oder multilateralen Kooperationsformen geben Staaten Souveränität nur insoweit ab, als sie sich bspw. punktuell verbindlichen Entscheidungen zwischenstaatlicher Gremien mit beschränkter Reichweite unterwerfen oder bestimmte administrative Aufgaben an solche delegieren.

58 Vgl. *ASEAN Secretariat* (Hrsg.), The Asean Charta (November 2020); abrufbar unter https://asean.org/wp-content/uploads/2021/08/November-2020-The-ASEAN-Charter-28th-Reprint.pdf.

59 Vgl. Art. 3 ASEAN Charta.

60 Vgl. *DTI – Department of Trade & Industry Philippines* (Hrsg.), Understanding the ASEAN economic community, 28 March 2014, 1st Edition, 6.

61 Vgl. Kap. III des Vertrags zur Schaffung des Gerichtshofs des Cartagena-Abkommens.

Im Unterschied dazu besitzt die EU als Organisation mittlerweile eine Vielzahl bedeutender ausschließlicher Zuständigkeiten, die ihr die Mitgliedstaaten insofern vollständig übertragen haben. Auf den betroffenen Feldern kann die EU – wenngleich unter Beteiligung der Mitgliedstaaten – mit Mehrheitsentscheidung selbst „EU-Recht“ setzen, welches für die Mitgliedstaaten direkt verbindlich und von diesen umzusetzen bzw. zu vollziehen ist. Hinzu kommt die Sicherstellung der einheitlichen und verbindlichen Auslegung des EU-Rechts durch den EuGH. Letzterer praktiziert eine *autonome,* vom Recht der Mitgliedstaaten unabhängige Auslegung des EU-Rechts.

Hinzu kommt, dass der EuGH eine „integrationsfreundliche“ Spruchpraxis entwickelt hat, die darauf hinausläuft, die Kompetenzen der EU tendenziell weit auszulegen und damit die den Mitgliedstaaten verbliebenen Kompetenzen zu beschränken bzw. zurückzudrängen (Näheres dazu gleich unten im nächsten Abschnitt).

Aber selbst dann, wenn mitgliedstaatliche Regelungskompetenzen als solche unbestritten sind, gibt es Konfliktsituationen. Denn auch bei der Ausübung eigener Kompetenzen sind die Mitgliedstaaten – sofern ein Binnenmarktbezug besteht – nicht nur durch den Rahmen der nationalen Verfassung gebunden, sondern müssen auch die allgemeinen Rechtsgrundsätze der EU, die EU-Grundfreiheiten (Freizügigkeit von Waren-, Kapital- und Zahlungsverkehr, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, Personenfreizügigkeit) und EU-Grundrechte beachten. Widrigenfalls droht ihnen in letzter Konsequenz ein Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH (siehe dazu die Bsp. unten ab FN 77).

Aus den skizzierten Besonderheiten des EU-Rechtssystems erfließen naturgemäß Spannungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, welche grundsätzlich um einen Erhalt ihrer verbliebenen nationalen Zuständigkeiten im größtmöglichen Ausmaß bemüht sind. Vor diesem Hintergrund ist auch die gerade in jüngster Zeit häufiger zu beobachtende Kritik nationaler Regierungen oder Parlamente an EuGH-Entscheidungen zu sehen, welche von „Angriffen“ auf die staatliche Souveränität von Mitgliedstaaten oder die „angestammten“ Rechte der nationalen Gesetzgeber spricht.

b) Ausgewählte historische Leitentscheidungen zur Auslegung des EU-Rechts und zu seinem Verhältnis zu nationalem Recht

(1) Van Gend en Loos

Das Urteil *Van Gend & Loos* vom 5. Februar 1963[62] begründete die Rechtsprechungslinie des EuGH zum Grundsatz der *unmittelbaren Wirkung* des Gemeinschaftsrechts (jetzt: Unionsrechts) *in den Mitgliedstaaten.* Der Grundsatz besagt vereinfacht, dass sich Unionsbürger oder Unternehmen vor den nationalen (Behörden und) Gerichten unmittelbar auf unionsrechtliche Vorschriften (damals Zollvorschriften des EWG-Vertrages), die ihrem Wesen nach dazu geeignet sind, berufen können.

62 Vgl. EuGH 5.2.1963, Rs. C-26/62, Van Gend en Loos/Administratie der Belastingen, Slg. 1963, 3.

(2) Costa versus E.N.E.L.

Mit seinem Urteil vom 15. Juli 1964 in der Rechtssache *Costa* versus E.N.E.L.[63] hat der Gerichtshof das Prinzip des *Vorrangs* des Gemeinschaftsrechts (jetzt: Unionsrecht) vor dem innerstaatlichen Recht herausgearbeitet. In dieser Rechtssache hatte ein italienisches Gericht den Gerichtshof im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens gefragt, ob das italienische Gesetz über die Verstaatlichung des Bereichs der Erzeugung und Verteilung von elektrischer Energie mit einigen Bestimmungen des EWG-Vertrags vereinbar sei. Der Gerichtshof verwies auf den Vorrang des Gemeinschaftsrechts, wobei er die Besonderheit der Gemeinschaftsrechtsordnung betonte, die in allen Mitgliedstaaten einheitlich angewandt werden müsse.

In diesem Zusammenhang betonte der EuGH, dass es mit dem Grundsatz der unmittelbaren Geltung des Gemeinschaftsrechts in jedem Mitgliedstaat unvereinbar wäre, wenn Mitgliedstaaten durch nationale Gesetzgebungsakte, die gemeinschaftsrechtlichen Normen vorgingen, einseitig das Gemeinschaftsrecht seiner Wirksamkeit berauben könnten. Daraus folge, dass das Gemeinschaftsrecht (absoluten) Vorrang gegenüber den nationalen Rechtsordnungen genießen müsse.[64] Dem Gemeinschaftsrecht entgegenstehendes nationales Recht müsse unangewendet bleiben.[65]

(3) Defrenne

Dem Urteil des EuGH in dieser Rechtssache lag eine Klage einer Bordstewardess gegen ihren Arbeitgeber zugrunde, weil sie sich hinsichtlich des Arbeitsentgelts gegenüber ihren männlichen Kollegen, die die gleiche Arbeit verrichteten, diskriminiert erachtete. Auf das Vorabentscheidungsersuchen eines belgischen Gerichts entschied der Gerichtshof am 8. April 1976 in der Rechtssache *Defrenne,*[66] dass die Bestimmung des EWG-Vertrags, die den Grundsatz der Gleichheit des Arbeitsentgelts für weibliche und männliche Arbeitnehmer aufstellt, unmittelbare Wirkung hat.

(4) Cassis de Dijon

Durch das Urteil des EuGH vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache *Cassis de Dijon*[67] erfolgte in Auslegung des Grundsatzes des freien Warenverkehrs die Klarstellung, dass Händler jedes Erzeugnis aus einem anderen Land der Gemeinschaft (jetzt: Union) in ihr Land einführen dürfen, sofern es dort rechtmäßig hergestellt und in den Verkehr gebracht worden ist und seiner Einfuhr in das Verbrauchsland kein zwingender Grund, z. B. des Gesundheits- oder des Umweltschutzes, entgegensteht.

(5) Johnston

Unter dem Verweis auf „Gründe der öffentlichen Sicherheit“ wurde den bei der nordirischen Polizei beschäftigten Frauen auf der Grundlage einer vom zuständigen Minister

63 Vgl. EuGH 15.07.1964, Rs. 6/64, Costa vs. E.N.E.L., Slg. 1964, 1259.
64 Vgl. ebenda, 1270.
65 Vgl. ebenda, 1271.
66 Vgl. EuGH 8.04. 1976, Rs. C-43/75 – Defrenne/SABENA, Slg. 1976, 455.
67 Vgl. EuGH 20.02.1979, Rs. C-120/78, Rewe/ Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, Slg. 1979, 649.

ausgestellten und gerichtlich nicht anfechtbaren Bescheinigung das Tragen von Schusswaffen nicht gestattet. Als Folge wurde keiner Frau mehr ein Vollzeit-Arbeitsvertrag bei der nordirischen Polizei angeboten. Auf das Vorabentscheidungsersuchen eines Gerichts des Vereinigten Königreichs entschied der EuGH in der Rechtssache Johnston am 15. Mai 1986,[68] dass der Ausschluss jeglicher richterlichen Befugnis zur Kontrolle einer Bescheinigung einer nationalen Behörde dem Grundsatz des effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes entgegensteht, auf den sich jeder, der sich durch eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts für beschwert hält, berufen kann.

(6) Bosman

Eines der bekanntesten Urteile des EuGH im Bereich der Personenfreizügigkeit ist jenes vom 15. Dezember 1995 in der Rechtssache (UEFA) gegen *Jean-Marc Bosman*.[69] Auf Ersuchen eines belgischen Gerichts hat der Gerichtshof darin über die Vereinbarkeit von Regeln von Fußballverbänden mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Fußballer) entschieden. Er qualifizierte den Berufssport als eine wirtschaftliche Tätigkeit, deren Ausübung nicht durch Regeln über den Transfer von Spielern oder die Begrenzung der Anzahl der Spieler, die Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten sind, behindert werden dürfe. Letztere Erwägung wurde in späteren Urteilen auf Berufssportler aus mit der EG assoziierten[70] oder mit dieser durch ein Partnerschaftsabkommen[71] verbundene Drittstaaten ausgedehnt.

(7) Francovich u. a.

In seinem Urteil vom 9. November 1995 in der Rechtssache *Francovich* gegen die Italienische Republik statuierte der EuGH als weiteren Grundsatz jenen, wonach ein Mitgliedstaat gegenüber dem Einzelnen für Schäden haftet, die diesem durch einen Verstoß dieses Staats gegen Gemeinschaftsrecht (hier: Nichtumsetzung einer Richtlinie zum Schutz von Arbeitnehmern bei Insolvenz von deren Arbeitgeber) entstanden sind. Seither steht es Unionsbürgern offen, einen Staat, der gegen eine gemeinschaftsrechtliche Bestimmung verstößt, vor den Gerichten des betreffenden Staates auf Schadensersatz zu verklagen.

(8) Urteile Kohll und Decker

Auf Vorabentscheidungsersuchen eines luxemburgischen Gerichts entschied der EuGH am 28. April 1998, dass nationale Vorschriften, die dazu führten, dass einem Versicherten die Erstattung von Kosten einer Zahnbehandlung versagt wurde, weil diese in einem anderen Mitgliedstaat erbracht worden war, eine unzulässige Behinderung des freien Dienstleistungsverkehrs darstellen.[72] Am selben Tag qualifizierte der EuGH in der Rechtssache Decker die Ablehnung der Erstattung von Kosten im Zusammenhang mit dem Erwerb

68 Vgl. EuGH 15.05.1986, Rs. C-222/84, Johnston, Slg. 1986, 1651.
69 Vgl. EuGH 15.12.1995, Rs. C-415/93, UEFA/Bosman, Slg. 1995, I-5040.
70 Vgl. EuGH 8.05.2003, Rs. C-438/00, Deutscher Handballbund, Slg. 2003, I-4135.
71 Vgl. EuGH 12.04.2005, Rs. C-265/03, Simutenkov, Slg. 2005, I-2579.
72 Vgl. EuGH 28.04.1998, Rs. C-158/96, Raymond Kohll, Slg. 1998, I-01931.

einer Brille im Ausland ebenfalls als eine unzulässige Behinderung des freien Warenverkehrs.[73]

(9) Zhu und Chen

In diesem Fall ging es um die Frage, unter welchen Bedingungen minderjährige EU-Staatsangehörige sich im Unionsgebiet aufhalten können. Schon aus dem Primärrecht ergibt sich *„vorbehaltlich der in den Verträgen und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen"* das Recht jedes Unionsbürgers, *„sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten"* (vgl. Art. 21 AEUV). Der EuGH hat in seiner Rechtsprechung schon früher herausgearbeitet, dass die Fähigkeit des Angehörigen eines Mitgliedstaats, Inhaber der durch den Vertrag und das abgeleitete Recht auf dem Gebiet der Freizügigkeit gewährleisteten Rechte zu sein, – vereinfacht gesagt – nicht vom Erreichen eines Mindestalters abhängen kann.[74]

Nach dem damaligen[75] (und auch nach heutigem[76]) EU-Sekundärrecht durften (dürfen) die Mitgliedstaaten als Bedingung für einen drei Monate übersteigenden Aufenthalt eines Unionsbürgers aus einem anderen Mitgliedstaat (sofern kein anderer Erlaubnistatbestand zutrifft/zutraf) verlangen, *„dass dieser für sich und seine Familienangehörigen über ausreichende Existenzmittel verfügt, so dass sie während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen müssen, und er und seine Familienangehörigen über einen umfassenden Krankenversicherungsschutz im Aufnahmemitgliedstaat verfügen"*.

Mit seinem Urteil vom 19. Oktober 2004 in der Rechtssache *Zhu und Chen*[77] stellte der Gerichtshof klar, dass es nach dem Gemeinschaftsrecht nicht erforderlich ist, dass ein minderjähriger Unionsbürger selbst über die notwendigen Existenzmittel verfügen muss und dass die Weigerung eines Mitgliedstaats, seiner (unterhaltspflichtigen) Mutter, die Angehörige eines Drittlands ist, ein Aufenthaltsrecht zu gewähren, dem Aufenthaltsrecht des Minderjährigen jede praktische Wirkung nähme. Demzufolge dürfen Mitgliedstaaten keine entsprechenden Restriktionen normieren, uzw. auch nicht für den Fall, dass ein Elternteil aus einem Drittstaat den Erwerb der Unionsbürgerschaft des Kindes gezielt betrieben hat, um über diesen Umweg selbst in den Genuss eines Aufenthaltsrechts im Unionsgebiet zu kommen. Damit wurde de facto der Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten auf dem Felde der Migrationspolitik deutlich eingeschränkt.

73 Vgl. EuGH 28.04.1998, Rs. C-120/95, Decker, Slg. 1998, I-01831.

74 Vgl. idS EuGH 15.03.1989, verbRs. 389/87 und 390/87, Echternach und Moritz, Slg. 1989, 723, Rn. 21, und 17.09.2002, Rs. C-413/99, Baumbast und R., Slg. 2002, I-7091, Rn. 52 bis 63.

75 Vgl. Art. 1 Abs. 1 Richtlinie 90/364/EWG vom 28.06.1990 über das Aufenthaltsrecht, ABl. Nr. L 180 vom 13.7.1990, 26.

76 Vgl. Art. 7 Abs. 1 lit. b) Richtlinie 2004/38/EG vom 29.04.2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG, ABl. Nr. L 158 vom 30.4.2004, 77.

77 Vgl. EuGH 19.10.2004, Rs. C-200/02, Zhu und Chen, Slg. 2004, I-9925.

c) Jüngste Entscheidungen des EuGH mit Bezug zur einzelstaatlichen Souveränität

(1) Polen – Unabhängigkeit der Justiz

Polen befindet sich seit Jahren in einer Auseinandersetzung mit der EU-Kommission, in der es im Wesentlichen um die Bindung an den unionsrechtlichen Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit (Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV) geht. Daraus resultierten eine Mehrzahl von Vertragsverletzungsklagen der EU-Kommission gegen Polen beim EuGH.

1. Letzterer hatte sich zunächst mit einer am 3. April 2018 in Kraft getretenen neuen Regelung über die *Absenkung* des *Pensionsalters der Richter am Obersten Gerichtshof* zu beschäftigen. Durch die Neuregelung wurde – vereinfacht gesagt – einerseits das Regelpensionsalter der besagten Richter herabgesetzt, andererseits jedoch ein Mechanismus etabliert, der eine Weiterbeschäftigung von Richtern auf deren eigenen Antrag und unter Vorlage eines Gesundheitsattests mit Genehmigung des Präsidenten der Republik erlaubte, sofern sie zu einem festgesetzten Stichtag das 65. Lebensjahr vollendet hatten. Bei der Erteilung der bezüglichen Erlaubnis, die im Übrigen keiner nachprüfenden Kontrolle unterworden war, war der Präsident an keine objektiven Kriterien gebunden. Zudem wurde es ins freie Ermessen des Präsidenten gestellt, während eines begrenzten Zeitfensters über eine Erhöhung der Zahl der Richter am Obersten Gerichtshof zu entscheiden.[78]

Die EU-Kommission erblickte in dieser Gesetzgebung einen Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip (Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV) bzw. das daraus abgeleitete Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (Art. 47 GRC) und erhob am 2. Oktober 2018 eine Vertragsverletzungsklage beim EuGH. Zugleich wurde im Rahmen eines Verfahrens des vorläufigen Rechtsschutzes[79] – vereinfacht gesagt – beantragt, die Anwendung der vorstehend skizzierten Regelungen wegen der Gefahr eines schweren und nicht wiedergutzumachenden Schadens für das Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz bei der Anwendung des Unionsrechts noch vor der Anhörung der Republik[80] Polen (vorläufig) zu untersagen.

Der EuGH gab zunächst den genannten Anträgen auf vorläufigen Rechtsschutz im Wege von Beschlüssen vom 19. Oktober 2018[81] bzw. vom 17. Dezember 2018[82] statt. In der Folge unterwarf der Präsident des EuGH das Verfahren in der Hauptsache mit Beschluss vom 15. November 2018[83] dem sog. beschleunigten Verfahren[84].

78 *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 159/18 vom 19.10.2018: Beschluss der Vizepräsidentin des Gerichtshofs in der Rechtssache C-619/18 R, Kommission/Polen, 1.

79 Vgl. Art. 279 AEUV und Art. 160 Abs. 2 Verfahrensordnung des Gerichtshofs, ABl. L 265 vom 29.9.2012, 1, i.d.F. der Änderung vom 26.11.2019, ABl. Nr. L 316 vom 06.12.2019, 103.

80 Vgl. Art. 160 Abs. 7 Verfahrensordnung des Gerichtshofs (FN 79).

81 Vgl. Beschluss gem. Art. 160 Abs. 7 der Vizepräsidentin des Gerichtshofs vom 19. 10. 2018, Rs. C-619/18 R, Kommission/Polen; vgl. wieder *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 159/18 vom 19.10.2018, 2.

82 Vgl. EuGH Beschluss 17.12.2018, Rs. C-619/18 R, Kommission/Polen; s. auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 204/18 vom 17.12.2018: Beschluss des Gerichtshofs in der Rechtssache C-619/18 R, Kommission/Polen.

83 Vgl. Beschluss des Präsidenten des Gerichtshofs vom 15.11. 2018 betreffend „Beschleunigtes Verfahren“, Rs. C-619/18, Kommission/Polen.

84 Vgl. Art. 23a Protokoll (Nr. 3) über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, ABl. Nr. C 326 vom 26.10.2012, 210, i.d.F. Verordnung (EU, Euratom) 2019/629 vom 17.04.2019,

In seinem daraufhin bereits am 24. Juni 2019 ergangenen Urteil[85] erinnerte der Gerichtshof zunächst daran, dass das Unionsrecht auf der grundlegenden Prämisse beruht, dass jeder Mitgliedstaat mit allen übrigen Mitgliedstaaten die in Art. 2 EUV genannten gemeinsamen Werte, wozu insbesondere die *Rechtsstaatlichkeit* zähle, teilt.

Die *Organisation der Justiz* in den *Mitgliedstaaten falle zwar in deren Zuständigkeit*, jedoch müssten die Mitgliedstaaten bei deren Ausübung die sich *aus dem EU-Recht ergebenden Verpflichtungen,* wie die Schaffung der für einen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz im Sinne der GRC erforderlichen Rechtsbehelfe, *einhalten*. Damit eine Einrichtung wie das polnische Oberste Gericht in der Lage ist, einen solchen Schutz zu bieten, sei die Unabhängigkeit dieser Einrichtung von grundlegender Bedeutung. Für Letztere wiederum sei der Grundsatz der Unabsetzbarkeit wesentlich, welcher insbesondere erfordere, dass die Richter im Amt bleiben dürfen, bis sie das obligatorische Ruhestandsalter erreicht haben oder ihre Amtszeit, sofern diese befristet ist, abgelaufen ist. Für eine Verkürzung der laufenden Amtszeit von Richtern bedürfte es eines legitimen Regelungsziels und es müsste die Maßnahme auch im Hinblick auf das Ziel verhältnismäßig sein. Beide Bedingungen seien im vorliegenden Fall nicht erfüllt.[86] Und auch die nicht überprüfbare Ermessensentscheidung des Präsidenten über „Verlängerungsanträge" der Richter sei geeignet, u. a. bei den Rechtsunterworfenen berechtigte Zweifel an der Unempfänglichkeit der betroffenen Richter für äußere Faktoren und an ihrer Neutralität in Bezug auf die widerstreitenden Interessen aufkommen zu lassen.[87]

2. Ähnlich der vorstehend skizzierten Regelung für Richter des polnischen Obersten Gerichts hatte der polnische Gesetzgeber mit einem Gesetz vom 12. Juli 2017 bereits das *Pensionsalter* für Richter an den *ordentlichen Gerichten* und für *Staatsanwälte* herabgesetzt und zugleich dem polnischen Justizminister die Befugnis verliehen, die Fortsetzung der Amtstätigkeit von Richtern an den genannten Gerichten über das neue Regel-Pensionsalter hinaus zu genehmigen oder nicht zu genehmigen.[88] Dass die Kriterien, anhand deren der Justizminister seine Entscheidung zu treffen hatte, zu unbestimmt und nicht nachprüfbar waren, die Entscheidung nicht begründet werden musste und gerichtlich nicht anfechtbar war, veranlasste die EU-Kommission wiederum zu einer Vertragsverletzungsklage.[89] Hinzu kam der Umstand, dass mit dem obzitierten Gesetz ein unterschiedliches frühestmögliches Pensionsantrittsalter für weibliche und männliche Richter

---

ABl. Nr. L 111 vom 25.04.2019, 1,und Art. 133 Verfahrensordnung des Gerichtshofs (FN 79).

85 Vgl. EuGH 24.06.2019, Rs. C-619/18, Kommission/Polen.

86 Vgl. *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 81/19 vom 24.06.2019: Urteil in der Rechtssache C-619/18, Kommission/Polen, 2 f.

87 Vgl. ebenda, 3.

88 Vgl. *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 134/19 vom 5.11.2019: Urteil in der Rechtssache C-192/18, Kommission/Polen (Unabhängigkeit der ordentlichen Gerichte), 1.

89 Vgl. Klage, eingereicht am 15.03.2018 — Europäische Kommission/Republik Polen (Rechtssache) (2018/C 182/17), ABl. Nr. C 182 vom 28.5.2018, 14 f.

oder Staatsanwälte eingeführt wurde.[90] Der Gerichtshof folgte in seinem Urteil vom 5. November 2019 der Argumentation der EU-Kommission.[91]

3. Ein weiterer Disput zwischen der EU-Kommission und Polen entzündete sich an einer neuen *Disziplinarordnung* für *Richter des Oberstes Gerichts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit.* Diese Disziplinarordnung ließ es zu, dass der Inhalt von richterlichen Entscheidungen der ordentlichen Gerichtsbarkeit als Disziplinarvergehen eingestuft werden konnte. Darin sah die EU-Kommission die Gefahr der möglichen Instrumentalisierung von Disziplinarverfahren zur politischen Kontrolle von Gerichtsentscheidungen oder zur Ausübung von Druck auf Richter. Auch sah sie durch die neue Disziplinarordnung die Verteidigungsrechte beschuldigter Richter und deren Recht auf Entscheidung innerhalb angemessener Frist beeinträchtigt. Schließlich drohte den Richtern aus dem Umstand, dass sie den EuGH um eine Vorabentscheidung ersuchten, ein Disziplinarverfahren.[92] Im Übrigen war die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der für die Kontrolle der in Disziplinarverfahren gegen Richter ergangenen Entscheidungen der Disziplinarkammer des Obersten Gerichts nicht gewährleistet.[93] Aus den genannten Gründen erhob die EU-Kommission beim EuGH eine Vertragsverletzungsklage.[94]

Nachdem er bereits am 8. April 2020[95] dem Antrag der EU-Kommission vom 23. Januar 2020 auf eine einstweilige Anordnung[96] stattgegeben hatte, bestätigte er mit seinem Urteil vom 15. Juli 2021 die Kritik der EU-Kommission vollinhaltlich.[97]

4. Aktuell beim EuGH anhängig ist ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren, in dem es um eine Reihe weiterer das Justizwesen betreffender Gesetzesänderungen geht, die nach Auffassung der EU-Kommission gegen Unionsrecht (v. a. Art. 19 Abs. 1 UAbs. 2 EUV und Art. 47 GRC) verstoßen. Im Kern geht es dabei um die Betrauung der Disziplinarkammer beim Obersten Gericht, deren Unabhängigkeit und Unparteilichkeit die EU-Kommission nicht gewährleistet sieht, mit der Entscheidungskompetenz in Sachen, die sich unmittelbar auf den Status und die Amtsausübung von Richtern und Assessoren auswirken. Hinzu kommen weitere Aspekte wie jener, dass die Prüfung, ob die Anforderungen der Union in Bezug auf ein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht erfüllt sind, durch eine andere Instanz als der Kammer für außeror-

90 Vgl. wieder *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 134/19 vom 5.11.2019 (FN 87), 1.

91 Vgl. EuGH 5.11.2019, Rs. C-192/18, Kommission/Polen; s. auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 134/19 vom 5.11.2019 (FN 88).

92 Vgl. *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr.130/21 vom 15.07.2021: Urteil in der Rechtssache C-791/19, Kommission/Polen, 1.

93 Vgl. ebenda, 1.

94 Vgl. Klage, eingereicht am 25.10.2019 – Europäische Kommission/Republik Polen (Rechtssache C-791/19) (2019/C 413/44), ABl. Nr. C 413 vom 9.12.2019, 36 f.

95 Vgl. Beschluss des Gerichtshofs vom 8.04.2020 betreffend Antrag auf einstweilige Anordnungen gemäß Art. 279 AEUV und Art. 160 Abs. 2 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs (FN 78), Rs. C-791/19 R, Kommission/Polen.

96 Vgl. Art. 279 AEUV und Art. 160 Abs. 2 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs.

97 Vgl. EuGH 15.7.2021, Rs. 791/19, Kommission/Polen, Rn. 235; s. auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 130/21 (FN 92).

dentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten beim Obersten Gericht als Disziplinarvergehen gewertet werden kann.

Die EU-Kommission hat gegen die angesprochenen Regelungen am 1. April 2021 eine Vertragsverletzungsklage beim EuGH eingebracht und zugleich einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt, der auf die vorläufige Untersagung der Anwendung der bezüglichen Regelungen abzielte. Diesem Antrag hat der EuGH mit Beschluss vom 14. Juli 2021 entsprochen.[98] Ebenso hat er Polen auf Antrag der EU-Kommission mit Beschluss vom 27. Oktober 2021 auferlegt, ein Zwangsgeld in Höhe von 1 Mio. Euro pro Tag ab dem Tag der Zustellung des genannten Beschlusses bis zu dem Tag, an dem Polen seinen Verpflichtungen aus dem vorzitierten Beschluss vom 14. Juli 2021 nachkommt, oder andernfalls bis zum Tag der Verkündung des Endurteils in dieser Rechtssache, zu zahlen.[99]

(2) Österreich – unzulässige Indexierung von Familienleistungen für Wanderarbeiter

Österreich führte am 1. Jänner 2019 einen Anpassungsmechanismus für die Berechnung der Pauschalbeträge der Familienbeihilfe und verschiedener Steuervergünstigungen ein, die Erwerbstätigen gewährt werden, deren Kinder ständig in einem anderen EU-Mitgliedstaat wohnen. Die Anpassung („Indexierung") konnte sowohl nach oben als auch nach unten erfolgen und richtete sich nach dem allgemeinen Preisniveau im betreffenden Mitgliedstaat.

Begründet wurde diese Vorgangsweise seitens der Regierung mit den im Vergleich zu Österreich teilweise deutlich unterschiedlichen Unterhaltskosten für Kinder in anderen EU-Mitgliedstaaten. Tatsächlich lag das Motiv für das Gesetzesvorhaben aber weniger in Sacherwägungen als vielmehr im Versuch, damit innenpolitisch zu punkten. Belastet wurden durch die Umsetzung der besagten Indexierung v. a. Wanderarbeiter aus den rund um Österreich gelegenen Nachbarstaaten des vormaligen „Ostblocks".

Die EU-Kommission erblickte im Anpassungsmechanismus eine unionsrechtswidrige Ungleichbehandlung von Wanderarbeitnehmern gegenüber Inländern und erhob beim EuGH eine Vertragsverletzungsklage gegen Österreich. Unterstützt wurde die Kommission im bezüglichen Verfahren durch die Tschechische Republik, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien, die Slowakei und die EFTA-Überwachungsbehörde. Auf österreichischer Seite beteiligten sich lediglich Dänemark und Norwegen als Streithelfer.

In seinem Urteil vom 16. Juni 2022[100] gelangte der EuGH zum Schluss, dass die skizzierte österreichische Regelung gegen die Verordnung zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit[101] verstößt. Davon abgesehen stellt sie nach Ansicht des EuGH

98 Vgl. Tenor des Beschlusses der Vizepräsidentin des Gerichtshofs vom 14.07.2021, Rs. C204/21R, Kommission/Polen.

99 Vgl. Beschluss des Vizepräsidenten des Gerichtshofs vom 27.10.2021, Rs. C-204/21 R, Kommission/Polen, Rn. 64 und oben bei FN 19.

100 Vgl. EuGH 16.06.2022, Rs. C-328/20, Kommission/Österreich; s. dazu auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 102/22 vom 16.06.2022: Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-328/20, Kommission/Österreich (Indexierung von Familienleistungen).

101 Vgl. Art. 4 und 67 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 vom 29.04.2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ABl. Nr. L 166 vom 30.4.2004, 1.

eine *mittelbare Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit* dar, die keinesfalls gerechtfertigt ist. Der Wanderarbeitnehmer sei nämlich *in gleicher Weise wie ein inländischer Arbeitnehmer an der Festsetzung und Finanzierung* der Beiträge, die der Familienbeihilfe und den Steuervergünstigungen zugrunde liegen, *beteiligt, ohne dass es insoweit auf den Wohnort seiner Kinder ankomme.* Folglich verstoße die streitige österreichische Regelung auch gegen die Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union[102]. Mit dieser Entscheidung hat der EuGH letztlich die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung ihrer Sozialsysteme in einem nicht unerheblichen Teilbereich (Grenzpendler bzw. Niederlassung ohne Familiennachzug) eingeschränkt.

(3) Ungarn – Beschränkung nationaler Gerichte bei der Stellung von Vorabentscheidungsersuchen

In Ungarn existiert *kein amtliches Register mit Übersetzern und Dolmetschern,* auf welches sich Gerichte und Strafverfolgungsbehörden stützen könnten. Die ungarische Rechtsordnung schweigt ebenfalls zur Frage, wer in Strafverfahren als Übersetzer oder Dolmetscher bestellt werden kann und nach welchen Kriterien dies zu erfolgen hätte. Anlässlich eines Strafverfahrens gelangte ein ungarischer Richter daher zur Auffassung, dass weder Rechtsanwälte noch Richter die Qualität von Dolmetsch-Leistungen überprüfen könnten. Unter diesen Umständen könnten nach Auffassung des Richters das Recht des der ungarischen Sprache nicht mächtigen Angeklagten auf Rechtsbelehrung sowie seine Verteidigungsrechte überhaupt verletzt werden, insbesondere wenn in seiner Abwesenheit verhandelt werde.

Vor diesem Hintergrund beschloss besagter Richter, den EuGH im Wege eines *Vorabentscheidungsverfahrens* mit der Frage der Vereinbarkeit der (fehlenden) ungarischen Regelung mit der Richtlinie 2010/64/EU über das Recht auf Dolmetsch-Leistungen und Übersetzungen in Strafverfahren[103] und mit der Richtlinie 2012/13/EU über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren[104] zu befassen. Dieser Schritt des Richters zog auf nationaler Ebene eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nach sich, mit welcher die Vorlageentscheidung auf ein vom ungarischen Generalstaatsanwalt erhobenes Rechtsmittel „zur Wahrung des Rechts" hin für rechtswidrig erklärt wurde, weil für das Ausgangsverfahren irrelevant. Zudem wurde gegen den vorlegenden Richter ein Disziplinarverfahren eingeleitet.[105] Letzteres führte zu einem weiteren Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH, mit welchem die Unionsrechtskonformität der Vorgangsweise des ungarischen Obersten Gerichtshofs hinterfragt wurde.

---

102 Vgl. Art. 7 Abs. 2 Verordnung (EU) Nr. 492/2011 vom 5.04.2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union, ABl. Nr. L 141 vom 27.5.2011, 1.

103 Vgl. Richtlinie 2010/64/EU vom 20.10.2010 über das Recht auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren, ABl. Nr. L 280 vom 26.10.2010, 1.

104 Vgl. Richtlinie 2012/13/EU vom 22.05.2012 über das Recht auf Belehrung und Unterrichtung in Strafverfahren, ABl. Nr. L 142 vom 1.6.2012, 1.

105 Vgl. Vgl. *EuGH – Presse und Information,* Pressemitteilung Nr. 207/21 vom 23.11.2021: Urteil in der Rechtssache C-564/19, IS (Rechtswidrigkeit des Vorlagebeschlusses).

Im auf das zweite Vorabentscheidungsersuchen hin am 23. November 2021 ergangenen Urteil[106] stellte der EuGH klar, dass das oben skizzierte Vorgehen des ungarischen Obersten Gerichtshofs in die *ausschließliche Kompetenz des EuGH zur Prüfung der Zulässigkeit eines Vorabentscheidungsersuchens* eingreift und daher mit dem Unionsrecht unvereinbar ist. Darüber hinaus sei die Vorgangsweise des Obersten Gerichtshofs geeignet, zum einen die Autorität der Antworten, die der Gerichtshof geben wird, zu schwächen und zum anderen die Ausübung der Befugnis der mitgliedstaatlichen Gerichte zu begrenzen, den Gerichtshof um eine Vorabentscheidung zu ersuchen. Damit drohe zugleich der *wirksame gerichtliche Schutz der den Einzelnen aus dem Unionsrecht erwachsenden Rechte beschränkt zu werden.* Daraus folge, dass ein vorlagewilliger Richter allenfalls gegenläufige Entscheidungen des Obersten Gerichts ignorieren müsse.[107]

Weiters ließ der Gerichtshof keinen Zweifel daran, dass das Unionsrecht der Einleitung eines *Disziplinarverfahrens* gegen einen nationalen Richter bloß wegen der Einbringung eines Vorabentscheidungsersuchens entgegensteht, da schon die bloße Aussicht, einem solche ausgesetzt zu sein, den in Art. 267 AEUV vorgesehenen Mechanismus und die richterliche Unabhängigkeit, die für das reibungslose Funktionieren des Mechanismus des Vorabentscheidungsverfahrens von wesentlicher Bedeutung sei, beeinträchtigen könne. Zudem sei ein solches Disziplinarverfahren geeignet, sämtliche mitgliedstaatlichen Gerichte davon abzuhalten, Vorabentscheidungsersuchen einzureichen, was die einheitliche Anwendung des Unionsrechts gefährden könnte.[108]

III. Felder der direkten und indirekten Einflussnahme der Mitgliedstaaten auf die Tätigkeit des Gerichtshofs

A. Mitwirkung am Erlass von Verfahrensregelungen

1. Als ein erstes Feld der Einflussnahme auf die praktische Arbeit des EuGH durch die Mitgliedstaaten ist die Gestaltung der bezüglichen generellen rechtlichen Rahmenbedingungen zu nennen.

Regelungen, welche die Einrichtung und Tätigkeit des EuGH bestimmen, finden sich nicht ausschließlich in den Gründungsverträgen (EUV, AEUV, EAGV), sondern auch in einer Reihe von sekundärrechtlichen Dokumenten. Auf Ebene des Primärrechts ist als wichtigste Rechtsquelle, welche auch *Verfahrensregelungen* beinhaltet, das Protokoll (Nr. 3) über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu nennen[109] (vgl. Titel III des Protokolls [Art. 19–46]).

Änderungen dieses Protokolls können im Unterschied zu den Gründungsverträgen (Zustimmung aller Mitgliedstaaten!) im Wege des sog. ordentlichen Gesetzgebungsver-

106 Vgl. EuGH 23.11.2021, Rs. C-564/19, IS.

107 Vgl. Vgl. *EuGH – Presse und Information,* Pressemitteilung Nr. 207/21 vom 23.11.2021, 2.

108 Vgl. ebenda, 2.

109 Vgl. Protokoll (Nr. 3) über die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, ABl. Nr. C 326 vom 26.10.2012, 210, i.d.F. Verordnung (EU, Euratom) 2019/629 vom 17.04.2019, ABl. Nr. L 111 vom 25.04.2019, 1.

fahrens (Art. 281 Abs. 2 AEUV i.V.m. Art. 289, 294 Abs. 1 AEUV) und damit i.d.R. mit qualifizierter Mehrheit (im EU-Rat) vorgenommen werden (vgl. Art. 294 Abs. 8 AEUV). Einstimmigkeit ist nur ausnahmsweise für die Änderung des das Sprachenregime am EuGH regelnden Art. 64 der Satzung erforderlich.[110] Im Unterschied zur allgemeinen Regel (Art. 289 Abs. 1 AEUV) liegt das *Vorschlagsrecht* für Änderungen der Satzung im Übrigen nicht ausschließlich bei der EU-Kommission (nach Anhörung des EuGH), sondern zusätzlich auch beim EuGH (nach Anhörung der EU-Kommission) (vgl. Art. 281 Abs. 2 Satz 2 AEUV).

2. Zur Konkretisierung und allfälligen Ergänzung der Satzung obliegt es dem Gerichtshof selbst, eine Verfahrensordnung[111] zu erlassen (vgl. Art. 253 Abs. 6 Satz 1 AEUV). Er kann dabei aber nicht völlig autonom handeln, sondern ist dabei auf die Genehmigung des EU-Rates angewiesen (vgl. Art. 253 Abs. 6 Satz 2 AEUV). Auch dem Gericht („erster Instanz") steht der Erlass eigener Verfahrensregelungen[112] zu; es muss dazu aber einvernehmlich mit dem Gerichtshof vorgehen (vgl. Art. 254 Abs. 5 Satz 1 AEUV). Auch diese Verfahrensregelungen bedürfen zusätzlich der Genehmigung des Rates (vgl. Art. 254 Abs. 5 Satz 2 AEUV).

3. In seiner Verfahrensordnung hat der EuGH sich selbst – vorbehaltlich des Art. 253 AEUV – die Befugnis zur Erlassung einer „Zusätzlichen Verfahrensordnung" *im Benehmen mit den beteiligten Regierungen* eingeräumt, mit welcher er Vorschriften über Rechtshilfeersuchen, Prozesskostenhilfe und Anzeigen des Gerichtshofs wegen Eidesverletzungen von Zeugen und Sachverständigen gemäß Art. 30 der Satzung vorsehen kann. Davon hat er auch Gebrauch gemacht.[113] Nach Art. 208 der Verfahrensordnung ist der EuGH zudem ermächtigt, durch gesonderten Rechtsakt „praktische Durchführungsbestimmungen" zu erlassen. In Ausübung letzterer Befugnis hat er etwa die „Praktischen Anweisungen für die Parteien in den Rechtssachen vor dem Gerichtshof"[114] erlassen.

4. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten zwar sowohl in die Weiterentwicklung primärrechtlicher als auch in den Erlass sekundärrechtlicher Verfahrensregeln für den EuGH involviert sind. Gleichzeitig kommt dem EuGH aber insofern eine relativ starke Position gegenüber den Mitgliedstaaten zu, als er entweder selbst die Initiative ergreifen und Vorschläge für Änderungen der Satzung erstatten oder Durchführungsbestimmungen zu dieser sogar selbst – mit Genehmigung der Mitgliedstaaten – erlassen kann. Man könnte daher sagen, dass der EuGH im gegebenen Kontext Letzteren „auf Augenhöhe" gegenübertritt.

B. Einfluss auf die personelle Ausstattung des Gerichtshofs

1. Die Zahl der Richter am Gerichtshof ist im Primärrecht festgelegt (ein Richter pro Mitgliedstaat; vgl. Art. 19 Abs. 2 UAbs. 1 EUV). Für das Gericht (erster Instanz) legt Art.

110 Vgl. Art. 281 Abs. 2 Satz 1 AEUV.

111 Vgl. wieder die Quelle in FN 79.

112 Vgl. Verfahrensordnung des Gerichts vom 4.04.2015, ABl. Nr. L 105 vom 23.4.2015, 1, i.d.F. der Änderung vom 11.07.2018, ABl. Nr. L 240 vom 25.9.2018, 68.

113 Vgl. Zusätzliche Verfahrensordnung des Gerichtshofs, ABl. Nr. L 32 vom 1.2.2014, 37.

114 ABl. Nr. L 42 I vom 14.2.2020, 1.

19 Abs. 2 UAbs. 2 EUV dagegen nur eine *Mindestzahl* fest (ein Richter je Mitgliedstaat). Die tatsächliche Zahl wird durch die Satzung des Gerichtshofs festgelegt (vgl. Art. 254 Abs. 1 Satz 1 AEUV). In Verbindung mit dem oben zur Genese der Satzung Gesagten folgt, dass letztlich der EU-Rat mit qualifizierter Mehrheit über die personelle Ausstattung des Gerichts (erster Instanz) entscheidet, wenngleich auf Vorschlag des EuGH selbst oder der EU-Kommission. Seit 1. September 2019 besteht das Gericht (erster Instanz) aus zwei Mitgliedern je Mitgliedstaat.[115]

2. Der Gerichtshof wird gemäß Art. 252 Abs. 1 Satz 1 AEUV von Generalanwälten unterstützt. Letztere haben „in völliger Unparteilichkeit und Unabhängigkeit begründete Schlussanträge zu den Rechtssachen zu stellen", die in der Satzung festgelegt sind (vgl. Art. 252 Abs. 2 AEUV). Letztere beinhaltet freilich keinen Katalog von Fällen, in denen Schlussanträge zu stellen sind, sondern spricht nur allgemein davon, dass der Gerichtshof nach Anhörung des Generalanwalts beschließen kann, ohne Schlussanträge zu entscheiden, wenn er der Auffassung ist, dass eine Rechtssache keine neue Rechtsfrage aufwirft.[116] Schlussanträge stellen eine Art Rechtsgutachten dar, welches eine wichtige Entscheidungsgrundlage für das spätere Urteil liefert. Sehr oft folgt der Gerichtshof den Schlussanträgen.

Die Art. 252 Abs. 1 Satz 1 AEUV primärrechtlich festgelegte Zahl von acht Generalanwälten kann (bei Bedarf) auf Antrag des Gerichtshofs vom EU-Rat einstimmig erhöht werden (vgl. Art. 252 Abs. 1 Satz 2 AEUV). Von dieser Möglichkeit hat der EU-Rat im Jahre 2013 Gebrauch gemacht und die Zahl der Generalanwälte mit Wirkung vom 7. Oktober 2015 auf elf erhöht.[117]

Auch für das Gericht (erster Instanz) kann vorgesehen werden, dass dieses von Generalanwälten unterstützt wird.[118] In der Praxis wurde von dieser Möglichkeit bis dato allerdings nicht Gebrauch gemacht.

C. Mitwirkung an der Bestellung einzelner Richter

1. Gemäß Art. 253 Abs. 1 1. Halbsatz AEUV sind als Richter und Generalanwälte des Gerichtshofs Persönlichkeiten auszuwählen, die *„jede Gewähr für Unabhängigkeit bieten und in ihrem Staat die für die höchsten richterlichen Ämter erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung sind"*.

Diese Anforderungen bestanden im Grunde bereits nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (EWG-Vertrag)[119]. Auch der grundsätzliche Ernennungsmodus – Bestellung durch die Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen – bestand schon seit jeher.[120]

115 Vgl. Art. 48 lit. c) Satzung des Gerichtshofs (FN 109).
116 Vgl. Art. 20 Abs. 5 Satzung des Gerichtshofs (FN 109).
117 Vgl. Beschluss des Rates vom 25.6.2013 zur Erhöhung der Zahl der Generalanwälte des Gerichtshofs der Europäischen Union (2013/336/EU), ABl. Nr. L 179 vom 9.6.2013, 92.
118 Vgl. Art. 254 Abs. 1 Satz 2 AEUV i.V.m. Art. 49 Abs. 1 Satzung des Gerichtshofs (FN 109).
119 Vgl. Art. 167 Abs. 1 EWGV.
120 Vgl. Art. 167 Abs. 1 2. Halbsatz EWGV.

In der Praxis handelte es somit um „politische“ Besetzungen, bei denen die fachliche Qualifikation, insbesondere die Vertrautheit mit dem EG- bzw. (später:) Unionsrecht, nicht immer eine besondere Beachtung fand. Auch gab es so gut wie nie einen Widerspruch gegen Besetzungsvorschläge eines Mitgliedstaats.

2. Infolge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon mit 1. Dezember 2009 wurde im Primärrecht allerdings eine Hürde eingeführt, die nunmehr darin besteht, dass sich Bewerber um eine Richterstelle am EuGH einer *Anhörung* vor dem in Art. 255 AEUV vorgesehenen Ausschuss stellen müssen (Art. 253 Abs. 1 2. Halbsatz AEUV). Dieses Erfordernis gilt auch für Kandidaten für das Gericht (vgl. Art. 254 Abs. 2 Satz 2 AEUV). Dem Wortlaut nach gilt dieses Verfahren auch bei Wiederbestellungen. In der Praxis wird bei Letzteren aber auf eine Anhörung verzichtet.[121]

Der besagte Ausschuss nach Art. 255 AEUV gibt vor der Ernennung von Kandidaten für Richter- oder Generalanwaltsstellen aufgrund einer Anhörung eine *Stellungnahme zur Eignung* der Bewerber ab (vgl. Art. 255 Abs. 1 AEUV). Letztere wird nur den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Gewisse Rückschlüsse lassen sich allerdings aus den regelmäßig vom Ausschuss veröffentlichten Tätigkeitsberichten ziehen.[122]

Zusammengesetzt ist der Ausschuss aus sieben Persönlichkeiten, die *aus dem Kreis* ehemaliger Mitglieder des Gerichtshofs und des Gerichts (erster Instanz), der Mitglieder einzelstaatlicher Höchstgerichte und anderen Juristen von anerkannt hervorragender Befähigung rekrutiert werden, wobei einer vom Europäischen Parlament vorgeschlagen wird.[123]

Sowohl die Bestellung der Mitglieder[124] des Ausschusses als auch der Erlass näherer Regelungen für dessen Arbeitsweise[125] erfolgt jeweils durch Beschluss des EU-Rats auf Vorschlag des Präsidenten des Gerichtshofs.[126]

In der Praxis hat sich gezeigt, dass der Ausschuss sein Mandat dahin auslegt, dass er tendenziell einen strengen Maßstab an von den Mitgliedstaaten ausgewählte Kandidaten anlegt. Von Letzteren wird die Vorlage eines Lebenslaufs, eines Motivationsschreibens, einer Publikationsliste sowie einer rezenten Publikation bzw. juristischen Ausarbeitung erwartet.[127] Zudem greift der Ausschuss auf öffentlich verfügbare Informationen über die Kandidaten zurück. Grundsätzlich sieht sich der Ausschuss dazu berufen, die obzitierten

121 Vgl. idS die Beschreibung der Arbeitsweise des Ausschusses auf seiner Website https://comite255.europa.eu/de/fonctionnement.

122 Vgl. bspw. *Panel provided for by Article 255 of the Treaty on the Functioning of the European Union,* Seventh Activity Report, adopted on 25 February 2022, abrufbar über https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-07/2022.2597-qcar22002enn_002.pdf.

123 Vgl. Art. 255 Abs. 2 Satz 1 AEUV.

124 Vgl. als Bsp. Beschluss (EU) 2021/2232 des Rates vom 14.12.2021 zur Ernennung der Mitglieder des in Artikel 255 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehenen Ausschusses, ABl. Nr. L 448 vom 15.12.2021, 66.

125 Vgl. Beschluss des Rates vom 25.02.2010 über die Arbeitsweise des in Artikel 255 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgesehenen Ausschusses (2010/124/EU), ABl. Nr. L 50 vom 27.2.2010, 18.

126 Vgl. Art. 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 AEUV.

127 *Panel provided for by Article 255 of the Treaty on the Functioning of the European Union,* Seventh Activity Report, adopted on 25 February 2022, 12 ff.

primärrechtlich statuierten Anforderungen an Kandidaten im Detail nachzuprüfen. Naheliegenderweise spielen neben der beruflichen Vorerfahrung insbesondere auch Sprachkompetenzen eine Rolle.[128]

Dass das Ausschuss-Verfahren eine tatsächliche Hürde darstellt, hat sich insbesondere darin gezeigt, dass sich einzelne Bewerber noch vor Abschluss des Verfahrens freiwillig zurückgezogen haben, um einer formellen negativen Beurteilung zu entgehen. Tatsächlich wurden in Bezug auf eine Mehrzahl von Kandidaten auch negative Beurteilungen an die Mitgliedstaaten übermittelt.[129]

Fest steht, dass die Tätigkeit des Art. 255-Ausschusses dazu geführt hat, dass der Spielraum von Regierungen bei der Auswahl von Kandidaten für Richterbesetzungen de facto deutlich eingeschränkt wurde. Die Herangehensweise, die auf nationaler Ebene bei der Auswahl von Kandidaten durch die Regierungen gepflogen werden, weisen eine große Bandbreite auf.[130]

D. Zur Rolle der Mitgliedstaaten in Verfahren vor dem Gerichtshof

Wie bereits an früherer Stelle dieses Beitrags angeklungen, erstreckt sich die Zuständigkeit des EuGH auf eine Mehrzahl an Verfahrensarten. Die Mitgliedstaaten können grundsätzlich in alle diese Verfahrensarten involviert sein und dabei rechtspolitische Ziele verfolgen.

1. Vorabentscheidungsersuchen

1.1. Um eine tatsächliche und einheitliche Anwendung des Unionsrechts sicherzustellen und divergierende Auslegungen zu verhindern, können erstinstanzliche bzw. müssen letztinstanzliche nationale Gerichte den EuGH anrufen, wenn sie *Zweifel an der Gültigkeit von Unionsrecht* oder an der *Vereinbarkeit nationaler Rechtsvorschriften mit dem Unionsrecht* hegen und eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils in einem bei ihnen anhängigen Verfahren für erforderlich halten (vgl. Art. 267 AEUV).

Die Mitgliedstaaten als solche bzw. deren Regierungen können zwar selbst keine Vorabentscheidungsersuchen einbringen, haben aber stets die Möglichkeit, sich in solchen zu äußern. Der Kanzler des Gerichtshofs hat ihnen nämlich sämtliche Vorabentscheidungsersuchen zuzustellen, uzw. auch solche von Gerichten anderer Mitgliedstaaten.[131] Binnen zwei Monaten ab Zustellung können dann die Mitgliedstaaten schriftliche Erklärungen abgeben und damit ihre eigenen Auslegungsvorschläge erstatten.[132] Alle im schriftlichen Verfahren abgegebenen Stellungnahmen werden sämtlichen Mitgliedstaaten zugestellt, unabhängig davon, ob sie selbst eine eigene schriftliche Erklärung abgegeben haben.

128 Vgl. ebenda, 18.
129 Vgl. ebenda, 8 f.
130 Vgl. dazu *Dumbrovský/Petkova/Van Der Sluis*, Judicial appointments: The Article 255 TFEU advisory panel and selection procedures in the member states, CMLR 51 (2014) 455–482 (446 f).
131 Vgl. Art. 23 Abs. 1 Satz 2 Satzung des Gerichtshofs (FN 109) und Art. 98 Abs. 1 Verfahrensordnung (FN 79).
132 Vgl. Art. 23 Abs. 2 Satzung des Gerichtshofs (FN 109).

Binnen drei Wochen nach Bekanntgabe des Endes des schriftlichen Verfahrens können auch die Mitgliedstaaten einen Antrag auf Durchführung einer mündlichen Verhandlung stellen.[133] Stellt ein nicht am schriftlichen Verfahren engagierter Mitgliedstaat einen begründeten Antrag auf eine mündliche Verhandlung, muss eine solche stattfinden.[134] Die Nichtteilnahme am schriftlichen Verfahren hindert nicht an der Teilnahme an der mündlichen Verhandlung.[135]

Die Motive der Mitgliedstaaten, sich an einem Vorabentscheidungsverfahren zu beteiligen, können sehr verschiedenartig sein. Im Falle eines Vorabentscheidungsersuchens eines „eigenen" Gerichts kann eine Regierung sowohl das Ziel verfolgen, allfällige Auslegungshypothesen dieses Vorlagegerichts zu unterstützen oder ihnen entgegenzutreten. Geht es um die Frage der Vereinbarkeit nationalen Rechts mit Unionsrecht, neigen Regierungen naturgemäß zur Unterstützung einer Interpretation, die möglichst keinen Anpassungsdruck in Bezug auf die eigene Rechtsordnung auslöst.

Auch wenn es um die Frage der Gültigkeit von Unionsrecht geht, tendieren Mitgliedstaaten dazu, Letztere zu bejahen – dies v. a. dann, wenn sie im Rahmen des EU-Gesetzgebungsprozesses im EU-Rat für die Annahme des in Frage stehenden Rechtsakts votiert haben. Ein gutes Beispiel dafür waren etwa die Vorabentscheidungsersuchen des irischen High Court[136] und des österreichischen Verfassungsgerichtshofs[137] zur Gültigkeit der vormaligen sog. Vorratsdatenspeicher-Richtlinie[138].

Am schriftlichen Verfahren beteiligten sich damals fünf, an der mündlichen Verhandlung acht Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die behauptete Nützlichkeit des Instruments der Speicherung von sog. Metadaten aus Telekommunikationsvorgängen für Strafverfolgungszwecke argumentierten sie durchgehend[139] für deren Vereinbarkeit mit der Grundrechtecharta und damit für deren Gültigkeit. Dennoch entschied der EuGH klar gegen die mitgliedstaatlichen Interessen und erklärte die strittige Richtlinie mit Urteil vom 8. April 2014 für nichtig.[140]

133 Vgl. Art. 76 Abs. 1 Verfahrensordnung (FN 79).

134 Vgl. Art. 76 Abs. 2 und 3 Verfahrensordnung.

135 Vgl. Art. 96 Abs. 2 Verfahrensordnung.

136 Vgl. Vorabentscheidungsersuchen des High Court of Ireland (Irland), eingereicht am 11.06.2012 — Digital Rights Ireland Ltd/Minister for Communications, Marine and Natural Resources, Minister for Justice, Equality and Law Reform, The Commissioner of the Garda Síochána, Irland und The Attorney General (Rechtssache C-293/12) (2012/C 258/18), ABl. Nr. C 258 vom 25.8.2012, 11.

137 Vgl. Vorabentscheidungsersuchen des Verfassungsgerichtshofs (Österreich) eingereicht am 19. Dezember 2012 — Kärntner Landesregierung u. a. (Rechtssache C-594/12) (2013/C 79/13), ABl. Nr. C 79 vom 16.3.2013, 7.

138 Vgl. Richtlinie 2006/24/EG vom 15.03.2006 über die Vorratsspeicherung von Daten, die bei der Bereitstellung öffentlich zugänglicher elektronischer Kommunikationsdienste oder öffentlicher Kommunikationsnetze erzeugt oder verarbeitet werden, und zur Änderung der Richtlinie 2002/58/EG, ABl. Nr. L 105 vom 13.4.2006, 54.

139 Österreich nahm aufgrund innerstaatlicher Meinungsdivergenzen im Rahmen des Verfahrens nicht dezidiert zur Gültigkeitsfrage als solcher Stellung, sondern beschränkte sich auf Nebenfragen.

140 Vgl. EuGH 8.04.2014, verbRs. C-293/12 und C-594/12, Digital Rights Ireland Ltd und Seitlinger u. a.; s. auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 54/14 vom 8.04.2014:

Nach Wegfall der Richtlinie verzichtete die EU-Kommission darauf, einen alternativen Vorschlag mit gleicher Zielrichtung vorzulegen. Eine Reihe von Mitgliedstaaten versuchte dagegen, trotz des offensichtlichen Spannungsverhältnisses zwischen dem Instrument der Vorratsdatenspeicherung als solchem und grundrechtlichen Gewährleistungen, einschlägige nationale Regelungen entweder möglichst unverändert beizubehalten oder so zu überarbeiten, dass sie den sich aus dem zitierten EuGH-Urteil ergebenden Anforderungen entsprechen. Der Fokus lag dabei auf der Indienstnahme einer Ausnahmebestimmung der sog. Telekom-Datenschutzrichtlinie aus dem Jahre 2002.[141]

Die Konsequenz war eine ganze Kaskade weiterer Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH, die teilweise von den Regierungen der Mitgliedstaaten gleichsam „orchestriert“ wurden, um auf diese Weise vom EuGH die Unionsrechtskonformität nationaler Vorratsdatenspeicherverpflichtungen bestätigt zu bekommen.[142] Der EuGH blieb allerdings seiner restriktiven Linie bis dato treu und konterkarierte insofern die Versuche der Mitgliedstaaten.

2. Klagen wegen Vertragsverletzung

2.1. Der *„Standardfall“* der Vertragsverletzungsklage besteht darin, dass die EU-Kommission einen Mitgliedstaat beim EuGH verklagt, weil dieser gegen eine Verpflichtung aus den Verträgen verstößt (vgl. Art. 258 Abs. 1 AEUV). Ein solcher Verstoß kann in einer Nichtbeachtung von unmittelbar anwendbarem Unionsrecht oder auch bloß im Unterlassen der rechtzeitigen Mitteilung des Erlasses von Rechtsvorschriften zwecks Umsetzung einer Richtlinie bestehen.

Die Einbringung einer Klage bildet den Schlusspunkt eines mehrstufigen Verfahrens. Führen anfängliche informelle Konsultationen zu keinem Ergebnis, folgt ein förmliches Mahnschreiben (Aufforderungsschreiben).[143] Die nächste „Eskalationsstufe“ bildet dann eine mit Gründen versehene Stellungnahme.[144] Verstreicht auch die darin festgesetzte Frist, steht der Kommission die Einbringung der Klage beim EuGH offen.[145] Hinsichtlich

---

Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-293/12 und C-594/12, Digital Rights Ireland und Seitlinger u. a.; näheres bei *Kunnert,* EuGH zur Vorratsdatenspeicherung: Außer Spesen nichts gewesen? Analyse des Urteils v. 8.5.2014 (C-293/12 u. C-594/12), DuD 2014, 774 ff.

141 Vgl. Art. 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/58/EG vom 12.07.2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation), ABl. Nr. L 201 vom 31.7.2002, 37, i.d.F. Richtlinie 2009/136/EG vom 25.11.2009, ABl. Nr. L 337 vom 18.12.2009, 11.

142 Vgl. u. a. EuGH 21.12.2016, Rs. C-203/15, Tele2 Sverige; Vorabentscheidungsersuchen vom 26.07.2018, Rs. C-512/18, French Data Network u. a.; Schlussanträge vom 15.01.2020, Rs. C-520/18, Ordre des barreaux francophones et germanophone; EuGH 6.10.2020, C-511/18, La Quadrature du Net u. a.; Vorabentscheidungsersuchen vom 03.06.2021, Rs. C-350/21, Spetsializirana prokuratura und vom 24.2.2022, Rs. C-162/22, Lietuvos Respublikos generalinė prokuratūra; EuGH 5.04.2022, Rs. C-140/20, Commissioner of An Garda Síochána; 21.06.2022, Rs. C-817/19, Ligue des droits humains.

143 Vgl. Art. 258 Abs. 1 2. Halbsatz AEUV.

144 Vgl. Art. 258 Abs. 1 1. Halbsatz AEUV.

145 Vgl. Art. 258 Abs. 2 AEUV.

der Konsequenzen im Falle einer Verurteilung kann an dieser Stelle auf die Ausführungen oben unter Punkt II.B.1 verwiesen werden (Stichworte: Pauschalbetrag, Zwangsgeld).

Gleichsam als Paradebeispiele für Vertragsverletzungsklagen gemäß Art. 258 AEUV können jene gegen die Republik Polen im Zusammenhang mit der Reform des polnischen Justizsystems genannt werden (dazu oben bei FN 77).

Bemerkenswert ist im gegebenen Zusammenhang die Möglichkeit von Mitgliedstaaten, die nicht selbst Adressaten einer Vertragsverletzungsklage nach Art. 258 AEUV sind, sich auf Seite der Klägerin (EU-Kommission) oder der Beklagten (Mitgliedstaat) als *Streithelfer* zu beteiligen.[146] Diesfalls erhalten sie die den Parteien zugestellten Verfahrensschriftstücke[147] und können binnen Monatsfrist einen Streithilfeschriftsatz beim EuGH einreichen.[148]

Als Beispiel für die Inanspruchnahme des Instruments der Streithilfe – diesfalls auf Seiten der klagenden EU-Kommission – kann auf das oben (nach FN 90) skizzierte Vertragsverletzungsverfahren betreffend die polnische Disziplinarordnung für Richter des Oberstes Gerichts und der ordentlichen Gerichtsbarkeit verwiesen werden. Die Kommission wurde damals durch die skandinavischen EU-Mitgliedstaaten, Belgien und die Niederlande unterstützt.[149]

2.2. Kaum in Anspruch genommen wurde von den *Mitgliedstaaten* sehr lange Zeit die Möglichkeit, einen anderen Mitgliedstaat wegen Verletzung dessen Verpflichtungen aus den Verträgen beim EuGH zu klagen (vgl. Art. 259 Abs. 1 AEUV). Die diesbezügliche Zurückhaltung dürfte nicht zuletzt in der hinter dem Zitat „Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein …“[150] stehenden Erwägung zu sehen sein. Hinzu kommt naturgemäß der Umstand, dass derartige direkte Klagen nicht gerade dazu beitragen, das bilaterale politische Verhältnis der involvierten Staaten zu verbessern. Deshalb ziehen es die Mitgliedstaaten i. d. R. vor, sich im Falle einer sie betreffenden Vertragsverletzung durch einen anderen Mitgliedstaat auf eine bloße „Anregung“ der Einleitung eines Verfahrens nach Art. 258 AEUV durch die EU-Kommission zu beschränken. Als Beispiel für letztere Variante kann etwa jenes Österreichs angeführt werden, welches Ende 1998 bei der EU-Kommission die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Italien wegen eines Importverbotes für österreichisches Rindfleisch angeregt hatte.[151]

Ein Blick auf jene wenigen Fälle, in denen Mitgliedstaaten es dennoch unternahmen, einen anderen Mitgliedstaat vor dem EuGH nach Art. 259 AEUV zu verklagen, zeigt, dass es hier typischerweise um den Schutz eigener Wirtschaftssektoren,[152] schwelende

146 Vgl. Art. 40 Abs. 1 Satzung des Gerichtshofs (FN 109) i.V.m. Art. 129 ff Verfahrensordnung (FN 79).

147 Vgl. Art. 131 Abs. 2 Verfahrensordnung.

148 Vgl. Art. 132 Abs. 1 Verfahrensordnung.

149 Vgl. im Kopf des EuGH-Urteils vom 15.07.2021, Rs. C-791/19, Kommission/Polen.

150 Vgl. das Evangelium nach Johannes, Kapitel 8, Vers 7 (Einheitsübersetzung, 1980).

151 Vgl. *Dossi*, Das Vertragsverletzungsverfahren und seine Bedeutung im Abgabenrecht, in *Holoubek/Lang*, Das EuGH-Verfahren in Steuersachen (2000), 223–234 (226).

152 Vgl. EuGH 4.10.1979, Rs. 141/78, Frankreich/Vereinigtes Königreich (VK), Slg. 1979, 2923, betreffend Verstoß des VK gegen EWG-Recht durch Erlass einer Vorschrift über im Nordostatlantik zu verwendende Fischereinetze; Klage Spaniens vom 04.09.1992, Rs. C-349/91, Spanien/Vereinigtes Königreich (VK), wegen günstigerer Besteuerung des „British Sherry“

historisch-politische Konflikte[153] oder den Schutz der eigenen Bevölkerung vor Umweltbeeinträchtigungen[154] ging.

Aus jüngster Zeit sei beispielhaft zunächst die am 12. Oktober 2017 durch Österreich gegen Deutschland eingereichte Vertragsverletzungsklage genannt.[155] Österreich ging damit gegen die seinerzeit in Deutschland geplante PKW-Maut vor, welche – infolge eines spezifischen Rückerstattungsmechanismus – de facto nur Halter und Fahrer von in anderen Mitgliedstaaten als Deutschland zugelassenen Fahrzeugen belastet hätte. Mit Urteil vom 18. Juni 2019 folgte der EuGH im Kern der Klage und stelle einen Verstoß gegen Art. 18, 34, 56 und 92 AEUV fest.[156]

Als weiterer Fall kann die Auseinandersetzung zwischen Tschechien und Polen um die Verlängerung der Betriebsgenehmigung für den Braunkohletagebau Turów (Polen) bis 2026 angeführt werden. Tschechien sah durch die grenznahen Bergbautätigkeiten seine Bürger im grenznahen Raum erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen ausgesetzt, insbesondere in Form einer erheblichen Absenkung des Grundwasserspiegels und Bodensenkungen. In der polnischen Verlängerung der besagten Betriebsgenehmigung erblickte Tschechien Verstöße Polens gegen einschlägige unionsrechtliche Bestimmungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes (Stichwort: fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung; unzureichende Informationsbereitstellung) und reichte eine Klage beim EuGH ein.[157] Nachdem der Generalanwalt eine teilweise Stattgabe empfohlen hatte,[158] konnten sich die Streitparteien letztlich gütlich einigen, weshalb dem EuGH nur verblieb, das Verfahren aus dem Register zu streichen.[159]

---

im Vergleich zum aus Spanien eingeführten „Sherry“ (behaupteter Verstoß gg. Art. 30 und 95 EWGV sowie Art. 129 der Akte über den Beitritt Spaniens zu den EG); EuGH 16.05.2000, Rs. C-388/95, Belgien/Spanien, Slg. 2000, I-3123, betreffend Vereinbarkeit der Pflicht nach spanischem Recht, den Wein in der Region, in der er erzeugt wurde, abzufüllen, um die Ursprungsbezeichnung verwenden zu dürfen, mit der Warenverkehrsfreiheit; EuGH 18.06.2019, Rs. C591/17, Österreich/Deutschland, betreffend Verstoß einer nur ausländische Kfz-Halter treffenden „PKW-Maut“ gegen Art. 18, 34, 56 und 92 AEUV.

153 Vgl. EuGH 12.09.2006, Rs. C-145/04, Spanien/Vereinigtes Königreich, Slg 2006, I-7917, betreffend Gemeinschaftsrechtskonformität der Gewährung des Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament durch das Vereinigte Königreich an in Gibraltar wohnhafte Commonwealth-Bürgern, die keine Unionsbürger sind; EuGH 16.10.2012, Rs. C-364/10, Ungarn/Slowakei, betreffend die Vereinbarkeit der slowakischen Einreiseverweigerung gegenüber dem Präsidenten Ungarns an einem für die Slowakei heiklen Gedenktag mit der Freizügigkeits-RL 2004/38/EG und Art. 21 Abs. 1 AEUV.

154 Vgl. Rs. C-121/21, Tschechische Republik/Polen.

155 Vgl. Klage, eingereicht am 12.10.2017 — Republik Österreich / Bundesrepublik Deutschland (Rechtssache C-591/17) (2017/C 402/23), ABl. Nr. C 402 vom 27.11.2017, 18 f.

156 Vgl. EuGH 18.06.2019, Rs. C591/17, Österreich/Deutschland; s. auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 75/19 vom 18.06.2019: Urteil in der Rechtssache C-591/17 Österreich/Deutschland.

157 Vgl. Klage, eingereicht am 26. Februar 2021 — Tschechische Republik/Republik Polen (Rechtssache C-121/21) (2021/C 138/30), ABl. Nr. C 138 vom 19.4.2021, 23.

158 Vgl. Schlussanträge vom 3.02.2022, Rs. C121/21, Tschechische Republik/Polen, Rn. 261.

159 Vgl. EuGH-Streichungsbeschluss vom 4.02.2022, Rs. C-121/21, Tschechische Republik/Polen.

3. Nichtigkeitsklagen

3.1. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem EU-Rat und der EU-Kommission zählen die Mitgliedstaaten zu den uneingeschränkt aktiv zur Klageerhebung Legitimierten (vgl. Art. 263 Abs. 2 AEUV). Gegenstand einer *Nichtigkeitsklage durch die Mitgliedstaaten* können 1. Gesetzgebungsakte, 2. Organhandlungen (außer Empfehlungen und Stellungnahmen) von EU-Rat, EU-Kommission und Europäischen Zentralbank (EZB), 3. gegenüber Dritten wirksame Handlungen des Parlaments oder des Europäischen Rates sowie 4. Handlungen der Einrichtungen oder sonstigen Stellen der EU mit Wirkung gegenüber Dritten (vgl. Art. 263 Abs. 1 AEUV).

Die Zuständigkeit für die Einbringung von Nichtigkeitsklagen ist zwischen dem Gerichtshof und dem Gericht (erster Instanz) geteilt. Grundsätzlich liegt sie bei Letzterem, mit Ausnahme von Klagen, die von einem Mitgliedstaat gegen das Europäische Parlament und/oder den Rat erhoben werden (inkl. Gesetzgebungsakte; ausgenommen Handlungen des Rates betreffend staatliche Beihilfen, Dumping und Durchführungsbefugnisse), sowie Klagen eines Unionsorgans gegen ein anderes.[160]

Wie nachfolgende Beispiele zeigen sollen, stellt die Nichtigkeitsklage ein bei Mitgliedstaaten recht beliebtes Mittel zur Verfolgung politischer Interessen dar. Nicht selten wird damit gegenläufigen Interessen anderer Mitgliedstaaten entgegengetreten, freilich, ohne dass man sich formal als Partei gegenübersteht, da mit der Nichtigkeitsklage naturgemäß Unionsrechtsakte bzw. EU-Organhandlungen adressiert werden.

3.2. Aktuell stehen Fragen der sog. (europäischen) *Energiesolidarität* ganz oben auf der Agenda. Bereits im Jahre 2019 erging ein diesbezügliches Urteil des Gerichts (erster Instanz), dessen Tragweite sich erst heute vollumfänglich erfassen lässt. Es ging damals um die Ostseepipeline-Anbindungsleitung (OPAL). Dabei handelt es sich um die westliche terrestrische Anbindung der Gasfernleitung Nord-Stream 1. Ihr Einspeisepunkt befindet sich in Deutschland und ihr Ausspeisepunkt in der Tschechischen Republik. Die Inbetriebnahme erfolgte 2011. Wirtschaftlich wurde die Pipeline gemeinsam von zwei Unternehmen (OAO Gazprom und BASF SE) kontrolliert. Im Jahr 2009 wurde die Pipeline – vereinfacht gesagt – durch Kommissionsentscheidungen von der Anwendung der EU-Bestimmungen über den regulierten Netzzugang Dritter und der Entgeltregulierung gemäß der Richtlinie 2003/55/EG[161] ausgenommen.

Im Jahr 2016 genehmigte die Kommission auf Initiative von Gazprom und – formal auf Antrag der deutschen Bundesnetzagentur (BNetzA) – eine Modifizierung besagter Ausnahmen.[162]

Polen befürchtete – vereinfacht gesagt –, dass OPAL und die Bedingungen dessen Betriebs negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit Polens mit Gas aus anderen Pipelines haben würde und der vorzitierte Kommissionsbeschluss aus 2016 inso-

160 Vgl. Art. 256 AEUV i.V.m. Art. 51 Satzung des Gerichtshofs (FN 109).

161 Vgl. Richtlinie 2003/55/EG vom 26.06.2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG, ABl. Nr. L 176 vom 15.7.2003, 57.

162 Vgl. Beschluss C(2016) 6950 final der Kommission vom 28.10.2016 zur Überprüfung der nach der Richtlinie 2003/55 gewährten Ausnahme der OPAL-Gasfernleitung von den Anforderungen für den Netzzugang Dritter und die Entgeltregulierung.

fern gegen die Grundsätze der Sicherheit und der Solidarität im Energiesektor verstoße. Folglich klagte Polen vor dem Gericht (erster Instanz) auf Nichtigerklärung der Kommissionsentscheidung.

Tatsächlich konnte Polen mit seiner Argumentation durchdringen. In seinem Urteil vom 10. September 2019 erklärte das Gericht den Kommissionsbeschluss für nichtig[163] und hielt der Kommission vor, sie habe nicht geprüft, welche Auswirkungen die Änderung der Regelung für den Betrieb der OPAL-Gasfernleitung auf die Versorgungssicherheit Polens habe. Zudem würden in ihrem Beschluss von 2016 die umfassenderen Aspekte des Grundsatzes der Solidarität im Energiesektor nicht behandelt. Das gegen das Urteil des Gerichts seitens Deutschlands ergriffene Rechtsmittel an den EuGH blieb ohne Erfolg. Am 15. Juli 2021 bestätigte der EuGH das erstinstanzliche Urteil.[164]

3.3. Ein weiteres praktisch bedeutsames Betätigungsfeld für mitgliedstaatliche Nichtigkeitsklagen sind etwa *Beihilfenentscheidungen* der EU-Kommission. Als rezentes Beispiel kann auf den Fall des Kernkraftwerks Hinkley Point C an der Küste des Vereinigten Königreichs verwiesen werden. Es soll 2023 in Betrieb gehen und 60 Jahre am Netz bleiben. Vorgesehen ist die Gewährung von drei Beihilfemaßnahmen an die zukünftige Betreiberin des Kraftwerks. Neben einem vertraglich garantierten stabilen Strompreis wird staatlicherseits für den Fall einer politisch bedingten vorzeitigen Abschaltung des Kernkraftwerks eine Ausgleichszahlung garantiert. Zudem übernimmt das Vereinigte Königreich eine Kreditgarantie für die von der Betreiberin emittierten Schuldverschreibungen, mit der die fristgerechte Begleichung abgedeckter Verbindlichkeiten (Zinsen und Tilgung) garantiert wird.

Nachdem die EU-Kommission mit Beschluss vom 8. Oktober 2014[165] festgestellt hatte, dass alle drei genannten Beihilfemaßnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 lit. c AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar seien, klagte die Republik Österreich vor dem Hintergrund ihrer traditionellen politischen Vorbehalte gegen diese Form der Energieerzeugung beim Gericht (erster Instanz) auf Nichtigkeit des Kommissionsbeschlusses.[166] Die Klage wurde mit Urteil des Gerichts vom 12. Juli 2018 aber abgewiesen.[167] Dagegen wandte sich

163 Vgl. EuG 10.09.2019, Rs. T-883/16, Republik Polen/Europäische Kommission; s. auch *EuG – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 107/19 vom 10.09.2019: Urteil in der Rechtssache T-883/16, Polen/Kommission; weiters *Eduard Steiner*, Richterspruch für ein halbes Gasrohr, Die Presse, 12.09.2019, 17.

164 Vgl. EuGH 15.07.2021, Rs. C-848/19, Deutschland/Polen; s. dazu auch EuGH – *Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 129/21 vom 15.07.2021: Urteil in der Rechtssache C-848/19 P, Deutschland / Polen.

165 Vgl. Beschluss (EU) 2015/658 der Kommission vom 8.10.2014 über die vom Vereinigten Königreich geplante staatliche Beihilfe SA.34947 (2013/C) (ex 2013/N) zugunsten des Kernkraftwerks Hinkley Point C, ABl. Nr. L 109 vom 28.4.2015, 44; s. auch die Pressemitteilung der Kommission IP/14/1093.

166 Vgl. Klage, eingereicht am 6.07.2015 — Österreich/Kommission (Rechtssache T-356/15) (2015/C 337/17), ABl. Nr. C 337 vom 12.10.2015, 14 f.

167 Vgl. EuG 12.07.2018, Rs. T-356/15, Österreich/Kommission; s. auch *EuG – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 104/18 vom 12.07.2018: Urteil in der Rechtssache T-356/15 Österreich/Kommission.

Österreich anschließend an den EuGH, welcher am 22. September 2020 das Urteil des Gerichts und damit den Beschluss der Kommission vom 8. Oktober 2014 bestätigte.[168]

3.4. Ebenfalls wenig Erfolgschancen haben dürfte die am 21. Februar 2018 eingereichte Klage[169] Österreichs gegen den Beschluss der EU-Kommission vom 6. März 2017 über in Aussicht genommene *staatliche Unterstützungsmaßnahmen* für den Bau zweier Kernreaktoren russischer Bauart im Atomkraftwerk Paks II.[170] Auch diese Klage ist weniger beihilferechtlich als umweltpolitisch motiviert. Inhaltlich stützt Österreich seine Klage auf zehn Klagegründe, darunter die mangelnde Durchführung eines Vergabeverfahrens und die fehlerhafte Anwendung des Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV mangels Vorliegens eines Zieles von gemeinsamem Interesse.

4. Untätigkeitsklage

Mit dieser Klageform kann die Rechtmäßigkeit der Untätigkeit eines EU-Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Union durch die Mitgliedstaaten und die anderen Unionsorgane als privilegierte Klageberechtigte überprüft werden (vgl. Art. 265 Abs. 1 AEUV). Die Zuständigkeit für Untätigkeitsklagen ist zwischen dem Gerichtshof und dem Gericht nach denselben Kriterien aufgeteilt wie bei Nichtigkeitsklagen (siehe oben). Untätigkeitsklagen von Mitgliedstaaten spielen in der Praxis nur eine untergeordnete Rolle und scheitern nicht selten an der mangelnden Zulässigkeit.[171]

IV. Schlussbemerkung

Dem Gerichtshof der EU kommt eine zentrale Rolle bei der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit der Union zu. Dies betrifft aber nicht nur den *Schutz vor Willkür* des EU-Gesetzgebers oder der Organe. Vielmehr zeigt sich gerade in jüngster Zeit, dass der Gerichtshof auch den Mitgliedstaaten zuweilen deutlich deren Grenzen aufzeigen muss.

In der Vergangenheit waren es oftmals mitgliedstaatliche Praktiken, die darauf abzielten lokale Märkte abzuschotten oder in den Wettbewerb einzugreifen. Zu protektionistischen Tendenzen, die dem Binnenmarkt zuwiderlaufen, gesellen sich gegenwärtig zunehmend ideologische *Vorbehalte gegen das Konzept der liberalen Demokratie* und Rechtsstaatlichkeit als solcher. Davon zeugen leider zahlreiche Vertragsverletzungsver-

168 Vgl. EuGH 22.09.2020, Rs. C-594/18 P, Österreich/Kommission; s. dazu auch *EuGH – Presse und Information*, Pressemitteilung Nr. 112/20 vom 22.09.2020: Urteil in der Rechtssache C-594/18 P Österreich/Kommission.

169 Vgl. Klage, eingereicht am 21.02.2018 — Österreich/Kommission (Rechtssache T-101/18) (2018/C 152/50), ABl. Nr. C 152 vom 30.4.2018, 40 f.

170 Vgl. Beschluss (EU) 2017/2112 der Europäischen Kommission vom 6.03.2017 über die von Ungarn geplante Maßnahme/Beihilferegelung/Staatliche Beihilfe SA.38454 — 2015/C (ex 2015/N) für den Bau von zwei Kernreaktoren im Atomkraftwerk Paks II (bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2017) 1486), ABl. L 317 vom 1.12.2017, L 317, 45.

171 Vgl. bspw. EuGH 20.03.1984, Rs. 84/82, Bundesrepublik Deutschland/Kommission, Slg. 1984, 01451; EuG 20.09.2011, T267/10, Land Wien/Europäische Kommission, Slg. 2011, II-00303.

fahren, welche die EU-Kommission gegen Mitgliedstaaten unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit initiieren musste.

Neben der EU-Kommission als „Hüterin der Verträge“ verfügen auch die Mitgliedstaaten insofern über eine privilegierte Stellung, als sie sich in der Regel ohne Vorbedingungen und Einschränkungen der gesamten Palette an Verfahren vor dem EuGH bedienen können, um *eigene (rechts-)politische Ziele* zu verfolgen. Dies illustrieren die von den Mitgliedstaaten gegeneinander geführten Vertragsverletzungsverfahren ebenso wie zahlreiche Nichtigkeitsklagen v. a. gegen Kommissionsentscheidungen.

Wiewohl die Mitgliedstaaten über ihre Vertretung im EU-Rat maßgeblich die EU-Gesetzgebung und damit auch den Handlungsrahmen des Gerichtshofs prägen, kann Letzterer über wichtige Initiativrechte seine eigenen Rechtsgrundlagen aktiv mitgestalten. Für die *Qualität der Arbeit des Gerichtshofs* ist neben einer ausreichenden materiellen und personellen Ausstattung auch die Methode der Rekrutierung seiner Mitglieder essentiell. Diesbezüglich wurden die Weichen schon vor geraumer Zeit mit der Etablierung des sog. Ausschusses nach Art. 255 AEUV in die – wie es scheint – richtige Richtung gestellt und einer „rein politischen“ Besetzung ohne Rücksicht auf Fachkompetenzen vorgebeugt.

Im globalen Vergleich spielt der Gerichtshof zweifelsohne eine herausragende Rolle. Gestützt auf den supranationalen Charakter des Unionsrechts hat er nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung des Binnenmarktes geleistet, sondern als Nebeneffekt zugleich die Bedeutung der Union als *globaler Player* gestärkt. Dabei kann der Gerichtshof angesichts der Tragweite seiner Entscheidungen insbesondere auf dem Felde des Wettbewerbsrechts oder der Grundrechte selbst als Akteur mit globaler Reichweite gesehen werden.

Gerhard Kunnert

„Es wird dort in Luxemburg ständig angebaut und damit ist der EuGH eine Dauerbaustelle im wahrsten Sinne des Wortes“

Michael Gehler: *Ich begrüße ganz herzlich Dr. Gerhard Kunnert am Institut für Geschichte in Hildesheim. Wir beginnen immer mit einer Frage, die die Biografie beleuchtet. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft und ihrem Elternhaus sagen?*

Gerhard Kunnert: Mein Vater war Steuerbeamter der Stadtgemeinde Leoben, hat die Handelsschule absolviert und als Vertragsbediensteter bei der Stadtgemeinde Leoben seine Berufslaufbahn begonnen, sich in der Verwaltung gleichsam hinaufgearbeitet bis zum Leiter der Steuerabteilung und stellvertretender Leiter der Finanzverwaltung. Meine Mutter war Büroangestellte – ebenfalls bei der Stadtgemeinde Leoben – und hat nach der Geburt ihres ersten Kindes ihren Beruf aufgegeben. Sie war allerdings immer nebenher als externe Buchhalterin für kleinere Unternehmen tätig.

Jörg Beining: *Sie absolvierten ein Diplomstudium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz und anschließend ein Doktoratsstudium an der Universität Innsbruck. Was war entscheidend für die Wahl dieses Studiums?*

Gerhard Kunnert: Bei der Wahl des Rechtsstudiums war ich sicher auch von meinem Vater beeinflusst, da dieser beruflich viel mit (Steuer-)Recht zu tun hatte. Zudem hat es zu meiner Vorbildung gepasst. Juristen sind meist Menschen, die sich auch für Geschichte oder Kunst interessieren und das hat sich bei mir auch manifestiert.

Andrea Germer: *Ihr Dissertationsthema lautet „Die Determinierung einzelstaatlicher Vergabeordnungen durch das internationale Wirtschaftsrecht – Das neue GATT-Übereinkommen zum internationalen Schaffungswesen 1994“. Können Sie uns wesentliche Ergebnisse dieser Doktorarbeit nennen?*

Gerhard Kunnert: Das ist schon einige Zeit her. Ich habe die Dissertation nicht noch einmal für dieses Interview gelesen. Grundlegend ging es darum, den damals im Rahmen der Ministerkonferenz von Marrakesch vom 12.-15. April 1993 zum Abschluss der 8. Welthandelsrunde zur Unterzeichnung aufgelegten sog. GATT-Vergabekodex zu untersuchen und in Beziehung zum EU-Vergaberegime sowie zum nationalen Vergaberecht zu setzen. Im Speziellen ging es um die Identifizierung allfälligen legistischen Anpassungsbedarfs auf innerstaatlicher Ebene.

Michael Gehler: *Die Arbeit hat das GATT zum Thema. 1994 entsteht als Nachfolgerin die Welthandelsorganisation (WTO). Hat sich durch diesen institutionellen Wandel bzw.*

durch den Übergang von einem Abkommen zu einer institutionalisierten Organisation etwas an dem Ergebnis der Untersuchung verändert?

Gerhard Kunnert: Nein. Die folgende Publikation erfolgte zwar unter dem „aktualisierten“ Titel „WTO-Vergaberecht“, aber die materiellen Vergabebestimmungen sind dabei nicht tangiert worden.

Michael Gehler: *Können Sie die für Sie bedeutendsten akademischen Lehrer charakterisieren? Wer waren sie und warum waren sie wichtig für Ihren weiteren Werdegang?*

Gerhard Kunnert: In Graz habe ich mich besonders für Völkerrecht interessiert. Dort lehrte Professor Konrad Ginther. Durch seine Schriften wurde ich sehr dazu angeregt, mich mit dem Recht aus internationaler Perspektive zu befassen. Das war sicher eine Motivation, sich mit dem internationalen Recht und insbesondere mit jenem der europäischen Integration zu beschäftigen, was das zweite große Thema wurde. Eine weitere prägende Person war Professor Waldemar Hummer an der Universität Innsbruck.

Michael Gehler: *Können Sie Konrad Ginther und Waldemar Hummer aus Ihrer Erfahrung und Erinnerung charakterisieren?*

Gerhard Kunnert: Ihre Charaktere waren sehr unterschiedlich. Ginther hatte ein moderates und freundliches Wesen. Er hat das Fach so vertreten, dass bewusst gewisse Herausforderungen an die Studenten gestellt wurden. Eine Kritik bestand damals darin, dass zu viele englischsprachige Zitate aus internationalen Rechtsquellen im Skriptum vorhanden seien. Das war eine Kritik, die man sich heute nicht mehr vorstellen kann. Das wurde als Erschwernis bei der Klausurvorbereitung angesehen, wobei Ginther jedoch zu Recht darauf verwies, dass dies eine essentielle Methode für Juristen sei, die sich im internationalen Kontext beschäftigen wollen. Es wurde keine Schikane daraus gemacht, sondern als didaktischer Zugang erklärt. Studierenden mit sehr gutem Prüfungserfolg hat Prof. Ginther ohne Zögern auch gerne Empfehlungsschreiben ausgestellt. Professor Hummer war eine weit weniger zugängliche Person. So gab es mehrfach Konflikte mit Studierenden. Hummer war tendenziell konfrontativ veranlagt.

Jörg Beining: *Hatten Sie des Weiteren Vorbilder aus Gesellschaft, Politik oder Kultur?*

Gerhard Kunnert: Es gab keine Personen, denen ich nachgeeifert hätte. Prinzipiell war ich von der Schule durch gewisse Lehrerpersönlichkeiten geprägt. Das hat sich aber nicht im Studienverlauf niedergeschlagen. Ich habe die Politik immer aufmerksam verfolgt und dabei gab es Persönlichkeiten, mit denen man sich mehr oder minder identifiziert hat, aber eine direkte Anbindung an Persönlichkeiten gab es bei mir nicht.

Andrea Germer: *Ab wann war Europa für Sie mehr als nur ein geografischer Raum?*

Gerhard Kunnert: Spätestens mit meiner Diplomarbeit hat das eingesetzt. Ich kann mich daran erinnern, dass ich – um überhaupt einen Betreuer zu finden – zunächst ein schriftliches Vorkonzept zu einem Diplomarbeitsthema erstellen und mich mit diesem bewerben musste. Es waren damals in Graz wenig Professoren bereit, eine Diplomarbeitsbetreuung zu übernehmen. So habe ich mehrere Anläufe unternommen, um Professoren für ein Diplomarbeitsthema zu „begeistern". Am Ende bin ich bei einem Professor namens Reinhard Rack gelandet, der am Institut für Öffentliches Recht lehrte. Vorbedingung für die Übernahme der Betreuung war die Haltung eines Referates im Seminar von Prof. Rack – gleichsam als „Zugangshürde". So bin ich letztlich zum Thema der österreichischen EU-Integrationspolitik gekommen. Es gab damals rezente Aufsätze, insbesondere von Professor Manfred Rotter aus Linz, die sich u. a. mit der Frage der Vereinbarkeit der österreichischen Neutralität mit einem EU-Beitritt befassten. Gemeinsam mit weiteren Beiträgen zu wirtschaftlichen und politischen Aspekten der EU-Integration wurden diese Aufsätze zur Grundlage meines Referates. Das Referat bildete dann wiederum die Basis für die Diplomarbeit.

Michael Gehler: *Im Jahr 1994 waren Sie zu einem Forschungsaufenthalt in Köln am Institut für das Recht der Europäischen Gemeinschaften.*

Gerhard Kunnert: Das hatte mit der Diplomarbeit nichts zu tun. Es fand im Rahmen des Doktoratsstudiums statt. Mein Ausgangspunkt war das europäische Vergaberecht. Später entwickelte ich das Thema insofern weiter, als ich auf den GATT-Vergabekodex stieß, der während der Arbeit an der Dissertation gerade fertig ausverhandelt wurde. Es hat sich angeboten, diese Thematik aufzugreifen und darauf zu fokussieren. Meine Recherchen davor waren primär auf das EU-Vergaberecht ausgerichtet gewesen. Das Interessante war dabei, dass das Institut in Köln bestimmte amerikanische Fachzeitschriften beherbergte, die für die GATT/WTO-Thematik essentiell waren. Das hat mich dazu bewogen, an dieses Institut zu gehen. Es war also letztendlich mehr eine völkerrechtliche Literaturquelle als eine EU-rechtliche.

Michael Gehler: *War der Beitritt Österreichs zur EU eine zwangsläufige Notwendigkeit oder gab es dazu Alternativen?*

Gerhard Kunnert: Nach meiner persönlichen Einschätzung hätte eine Alternative darin bestanden, mehrere „sektorspezifische" Verträge auszuverhandeln – ähnlich dem von der Schweiz später praktizierten Weg. Das wäre sicherlich auch eine Möglichkeit gewesen. Ein Hauptargument in politischer Hinsicht lautete immer wieder, dass man keine Mitbestimmung habe, wenn man nur die sog. EWR-Mitgliedschaft habe. Das war ein wichtiges Argument, und man vertrat auf der einen Seite die Auffassung, dass es als Mitglied besser wäre, sozusagen mit am Steuer zu sitzen. Auf der anderen Seite war es tatsächlich kein zwingendes Argument, denn es stellte sich auch die Frage der Kosten. Dieser Aufwand für die Verwaltung war nicht zu unterschätzen und letztendlich war es sicher nicht die einzige denkbare Lösung. Die politische Mitgestaltungsmöglichkeit wäre aber zweifelsohne geringer gewesen.

Ein interessantes Thema für die Forschung wäre gegebenenfalls für die Zukunft, ob Österreich als Mitglied wirklich alle seine Möglichkeiten ausgenutzt hat. Mein Eindruck ist, dass die österreichische Regierung eine Politik der Selbstisolation im doppelten Sinne betrieben hat: Man war nicht Mitglied einer bestimmten Gruppe, wie der Visegrád-Gruppe, und man war mit Mittel- und Osteuropa auch nicht auf eine andere Weise politisch verbunden, wie man es sich als Mission hätte überlegen können. Die historischen Kontakte und Potentiale sind meines Empfindens nach nicht ausreichend genutzt worden. Österreich ist nicht hundertprozentig westeuropäisch geprägt und so war man Staaten wie Frankreich oder Großbritannien auch nur in geringerem Maße verbunden. Die „atlantischen“ Staaten hatten auch selbst andere Interessenschwerpunkte und insofern lief es dann primär auf eine enge Anbindung an Deutschland hinaus. Insbesondere die bayerische Politik schwappt ja gleichsam immer wieder nach Österreich herüber und wird in Wien – je nach Regierungskonstellation – mehr oder weniger bereitwillig aufgegriffen. Man kann hierbei schon kritisch nachfragen, ob Österreich nicht eine außenpolitische Anbindung anstreben sollte, die eine eigene Dynamik in der EU erzeugen könnte. Aktuell sehe ich solche Bestrebungen nicht.

Michael Gehler: *Im Jahre 1995 treten mit Österreich auch Schweden und Finnland aus der EFTA aus. Hat diese EFTA überhaupt noch eine Chance mit diesem Torso-Verband um Liechtenstein, der Schweiz, Norwegen und Island? Oder kommt mit Brexit-Großbritannien ein neuer Wachstumsschub für die EFTA zustande?*

Gerhard Kunnert: Das kann man so nicht sagen. Für die Schweiz ist die EFTA ein Verbund aus Ländern, die der EU nicht beitreten wollen – aus eigenen Interessen heraus. Die Schweizer nutzen die EFTA als technisches Mittel. Zu bedenken ist im Übrigen, dass die EFTA-Mitglieder seit den 1990er Jahren die EFTA als Plattform nutzen, um Freihandelsabkommen mit Drittstaaten außerhalb der EU auszuhandeln. Der EWR ist darüber hinaus ein technisches Mittel, um vom Binnenmarktsystem auf möglichst „reibungslose Art“ zu profitieren. Dass die Schweiz nicht im EWR ist, hat bekanntlich rein politische Gründe.

Jörg Beining: *Sie waren Lehrbeauftragter für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Linz. Welche Erinnerungen haben Sie an diese Zeit?*

Gerhard Kunnert: Ich konnte reichlich Erfahrungen als Lehrbeauftragter sammeln, z. B. wie Lehrveranstaltungen konzipiert werden sollten, um didaktisch maximal nutzbringend zu sein. Es war auch die Abnahme von Prüfungen eine wichtige Erfahrung, wie auch die Diskussion mit Studierenden und deren spontane Fragen, auf die man sich nicht wirklich vorbereiten konnte. Es bestand die Möglichkeit, mit einer sehr guten Infrastruktur zu arbeiten. Aufgrund von Fördermitteln des Landes gab es ein großes politisches Interesse an der Thematik Europa. Grundsätzlich bestand ein offenes Klima an dieser Universität. Ich habe die Möglichkeit gehabt, meine Dissertation zu überarbeiten und diese auch zu publizieren. Diese Arbeitserfahrungen haben mir sicher für meine spätere berufliche Tätigkeit in der Verwaltung geholfen.

Holm Arno Leonhardt: *Ab dem 1. Mai 1999 folgte Ihre Dienstzuteilung zum Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst in die Abteilung Datenschutz sowie zu den Geschäftsstellen der Datenschutzkommission und des Datenschutzrates. Wie kam es dazu?*

Gerhard Kunnert: Mein Assistentenvertrag lief aus und für eine Verlängerung fehlte mir die Unterstützung meiner Vorgesetzten. Der Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt besaß damals eine hohe fachliche Reputation und bot sich als Ort zur Fortsetzung meiner damaligen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte (insbesondere verfassungsrechtliche Themen) an. Als ich mich während des Doktoratsstudiums über Möglichkeiten des Eintritts in den Verfassungsdienst informierte, wurde mir vermittelt, dass man zusätzlich zum Studium auch Berufspraxis vorweisen sollte.

Als ich mich im Jahre 1999 von der Universität Linz aus beim Verfassungsdienst bewarb, hieß es anfangs, dass keine Planstellen frei seien. So hatte ich die Idee einer Tätigkeit ebendort bereits zu den Akten gelegt und anderweitige Bewerbungen unternommen. Überraschend hat mich damals dann die Leiterin der Abteilung für Datenschutz angerufen und gefragt, ob ich in ihrer Abteilung arbeiten möchte. Eine Planstelle würde sich nach der zunächst als befristete Dienstzuteilung vom Wissenschaftsministerium an das Bundeskanzleramt angedachten Lösung schon finden. Dieses Angebot war dann auch gleichzeitig der Grund, genau in diese Abteilung einzusteigen. Es war sozusagen ein Zufall, dass ich gerade zu den Themen dieser Abteilung gekommen bin.

Jörg Beining: *In dieser Eigenschaft waren Sie in bilateralen und internationalen Verhandlungsdelegationen und Expertengremien auf EU-Ebene sowie auch im Europarat eingesetzt. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit sammeln können?*

Gerhard Kunnert: Ich habe lernen können, wie diese Gremien funktionieren. Man erlebt dabei zum ersten Mal in der Praxis das, was man vorher nur aus Artikeln und Büchern kannte. Ebenso erhält man Einblicke in die Zusammenarbeit der Staaten im Rahmen des Europarates und versteht, wie dieser funktioniert. Dazu kommen noch Erfahrungen mit dem Mechanismus des sog. Ausschusses der Ständigen Vertreter und den vorgelagerten Gremien. Ich lernte im Grunde den gesamten Willensbildungsprozess der EU, insbesondere hinsichtlich der Gesetzgebung auf dem Felde des Datenschutzes kennen. Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten lernt man selbstverständlich auch kennen und man erfährt, wie sie arbeiten. Dabei konnte man auch sehen, welche unterschiedlichen Zugänge bestehen und wie stark auch die jeweiligen nationalen Vorprägungen sind. Es wird teilweise über sehr national behaftete Verwaltungs- und Rechtskulturen diskutiert und gleichzeitig ist das Ziel, eine europäische Lösung zu finden.

Man sieht vor allem die Unterschiede zwischen Europarat und EU. Dabei ist der Europarat ein sehr stark intergouvernemental geprägtes Gremium, in dem die Mitgliedstaaten eine ganz andere Rolle spielen, d. h. faktisch spielen Einstimmigkeit und Einvernehmlichkeit eine noch viel größere Rolle als in der EU. Man sieht dabei auch, dass bestimmte Gruppen von Staaten die Institution prägen. Das gilt allerdings auch für die EU. Im Vergleich zur Union der fünfzehn Staaten ist das heute ein ganz anderes Arbeiten in der EU mit ihren über 25 Mitgliedstaaten. Man muss auch sagen, dass darunter die Effizienz stark

gelitten hat. Mit fünfzehn Mitgliedern war die EU doch noch eine sehr überschaubare Gruppe.

Im Europarat ist es aufgrund der damals schon großen Gruppe von über vierzig Staaten so gewesen, dass eine völlig andere Arbeitsweise herrschte. Man hat dort früh versucht, Unterarbeitsgruppen zu bilden, je nach Thema, und in diesen Gruppen waren nicht alle Mitgliedstaaten, sondern nur eine Auswahl vertreten. Da gab es auch Eitelkeiten, wer welche Gruppe beschickt, und daraus erwächst schon eine eigene Arbeitsweise. Der Europarat hat es trotz dieser Erschwernisse und Hindernisse geschafft, Ergebnisse zu erzielen – freilich auch vor dem Hintergrund, dass es überwiegend Empfehlungen sind, die nicht rechtsverbindlich sind. Die Konventionen dagegen beispielsweise müssen ratifiziert werden, wobei eine der wichtigsten Errungenschaften natürlich die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ist. Es ist dabei interessant, sich die Staaten im Europarat anzusehen, die nicht in der EU sind bzw. waren, wie beispielsweise Aserbaidschan oder Russland. Das sind Kollegen, die man nur im Europarat trifft, und es ist teilweise sehr ernüchternd, wie Russland dort agierte. Es herrscht auf Seiten Russlands eine Art Großmachtattitüde, die auch zu Spannungen führte. Man konnte bis zuletzt beobachten, wie Russland vielfach eine despektierliche Rolle im Europarat einnahm. Solche Staaten stehen, wenn es um die Praxis der Menschenrechte geht, oft am Pranger.

Michael Gehler: *Ich würde gerne auf das Verhältnis des Europarates zur EU eingehen. Stimmt der Eindruck, dass der Europarat nur noch eine Schattenorganisation ist und dabei fragt, woran es liegt, dass er nicht diese Aufmerksamkeit hat? Hat der Europarat Aufgaben verloren?*

Gerhard Kunnert: Ich glaube nicht, dass der Europarat gegenüber der EU in der Bedeutungslosigkeit versunken ist. Richtig ist, dass es einen Unterschied macht, ob nun fünfzehn Staaten bei der EU Mitglied sind oder wie jetzt über 25. Brüssel ist eher das Forum im Vergleich zu Straßburg. Die Ausrichtung des Rechtssystems ist zudem auch eine andere. Trotzdem hat der Europarat, hauptsächlich aus der Menschenrechtsperspektive kommend, das Anliegen, seine einschlägige Expertise weiterhin einzubringen. Auf diesen Errungenschaften hat die EU aufgebaut. Der EU-Gerichtshof (EuGH) hat in seiner Rechtsprechung sehr früh die nationalen Verfassungen der EU-Mitgliedstaaten und die von ihnen geschlossenen internationalen Verträge über den Schutz von Menschenrechten als Rechtserkenntnisquellen herangezogen. Hinsichtlich der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) ist der EuGH sogar so weit gegangen, diese als für die EG (jetzt: EU) als verbindlichen Mindeststandard anzusehen. Später erfolgte dann durch die Verträge selbst eine ausdrückliche Einbeziehung „der Grundrechte, wie sie in der EMRK gewährleistet sind“, als „allgemeine Grundsätze des Gemeinschaftsrechts“. Dadurch wurde die Orientierung der Rechtsprechung des EuGHs an den Menschenrechtsstandards des Europarates gleichsam „formalisiert“. Am Einfluss der Rechtsprechung des EGMR auf die EU hat sich inzwischen wenig geändert. Auch nach dem Inkrafttreten der EU-Grundrechtecharta am 1. Dezember 2009 wird die Rechtsprechung des EGMR durch den EuGH weiter rezipiert werden.

Zufolge Art. 6 Abs. 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) soll die EU als Organisation der EMRK auch formell beitreten. Im Rahmen dieses Prozesses ist es

spannend zu verfolgen, wie sich die Mitgliedstaaten der EU als Mitgliedstaaten des Europarates verhalten. Hier erscheint ein abgestimmtes Zusammenwirken zwischen der EU als Organisation und den Mitgliedstaaten notwendig, aber es gibt auch immer wieder Auseinandersetzungen. An diesen Prozessen sieht man auch, dass die EU-Mitgliedstaaten dazu gezwungen sind, sich auch mit dem Europarat auseinanderzusetzen. Eine Frage lautet dabei immer, was für ein Verhältnis man aus institutioneller Sicht hat und wie die inhaltliche Positionierung aussieht. Es dürfte aber auch klar sein, dass die Mitgliedstaaten der EU ihre Hauptressourcen für Verhandlungen weiterhin in Brüssel konzentrieren und nicht nach Straßburg verlegen werden. Das kann man aufgrund der anderen Rechtspolitiken erkennen und der immer stärkeren Verankerung von grundrechtlichen Gewährleistungen in der EU selbst, vor allem angestoßen durch die Rechtsprechung des EuGH in Luxemburg. Letzterer stützt sich in seiner Menschen- und Grundrechtsrechtsprechung sowohl auf die Grundrechtecharta als auch auf die EMRK. Dadurch zeichnet sich im ursprünglich primär wirtschaftsrechtlichen Rahmen der EU eine zunehmende Prägung der Rechtsordnung durch menschenrechtliche Sichtweisen ab.

Michael Gehler: *Das heißt, dass die EU, obwohl schon eigene Rechtspersönlichkeit, noch nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten ist aufgrund von Widerständen der Mitgliedstaaten? Ist das zutreffend?*

Gerhard Kunnert: Man kann nicht unbedingt von Widerständen sprechen. Es bestand aber das Problem, dass Abstimmungsmechanismen geklärt werden mussten, um diesen Beitritt der EU überhaupt (verhandlungs-)technisch bewerkstelligen zu können. Dabei musste auch festgelegt werden, wer für die EU in den Verhandlungen mit den 47 Mitgliedstaaten der EMRK (darunter 27 EU-Mitglieder) spricht. Die EU selbst ist ja noch nicht Mitglied des Europarates, sondern nur die Mitgliedstaaten. Grundsätzlich werden die Verhandlungen im Namen der EU durch die EU-Kommission geführt. Das bedeutet de facto aber die Abgabe von Souveränitätsrechten der Mitgliedstaaten und genau dort hakt es. Es geht um die Hoheitsrechte zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Wenn es sich um eine rein wirtschaftliche Dimension der Frage handeln würde, wäre die Situation sicherlich einfacher mit Verträgen zu lösen, aber die menschenrechtliche Dimension stellt sich doch als komplizierter dar. Man trifft dabei auf Justizfelder, die traditionell nationalstaatlich gelöst wurden.

Hinzu kommt Folgendes: Im Jahr 2013 konnte zwar auf Arbeitsebene Konsens über einen Entwurf des Beitrittsabkommens der EU zur EMRK erzielt werden. Dieser Entwurf wurde jedoch vom EuGH im Gutachten 2/13 vom 18. Dezember 2014 als nicht mit den Gründungsverträgen der EU vereinbar angesehen. Kritikpunkte waren etwa die fehlende Wahrung der „besonderen Merkmale und der Autonomie des Unionsrechts“ oder die (nicht ausgeschlossene) Möglichkeit der EU-Mitgliedstaaten, den EGMR bei Streitigkeiten untereinander bzw. mit der EU anzurufen.

Aktualisierungsanmerkung:
Der EU-Rat hat am 7. Oktober 2019 geänderte Verhandlungsleitlinien für die Europäische Kommission beschlossen, mit welchen den Bedenken des Europäischen Gerichtshofs Rechnung getragen werden sollte. Am 29. September 2020 nahmen die Europäische

Kommission und die 47 Mitgliedsstaaten des Europarates in Straßburg die formellen Verhandlungen über den Beitritt der EU zur EMRK wieder auf.

Michael Gehler: *Seitdem der Lissabon-Vertrag 2009 in Kraft ist, besteht auch die Grundrechtecharta. Diese ist ja teilweise weiter gefasst als die Europäische Menschenrechtskonvention. Ist überhaupt noch ein Beitritt der EU als Organisation und Rechtsperson zur EMRK notwendig, wenn man schon einen Grundrechtskonvent hatte, der in vielen Aspekten weiterging, z. B. bezüglich gleichgeschlechtlicher Beziehungen?*

Gerhard Kunnert: Der Text der EU-Grundrechtecharta ist inhaltlich weitgehend an die EMRK angelehnt und es wird auch ausdrücklich in der Grundrechtecharta festgehalten, dass mit der EMRK übereinstimmende Passagen und Aspekte die gleiche Tragweite haben. Es stellt sich vor diesem Hintergrund naturgemäß die Frage, wie die Rechtsprechungen der beiden Gerichte (EGMR, EuGH) durch diese jeweils wechselseitig rezipiert bzw. abgeglichen werden. Die Frage des „ob“ stellt sich aber formal nicht mehr, weil in dem Lissaboner Vertrag der Beitritt zur EMRK vorgesehen ist. Daher ist es keine politische Frage der EU mehr, denn das hat sie bereits in Lissabon 2007 entschieden.

Michael Gehler: *Aber ist es immer noch notwendig?*

Gerhard Kunnert: Rein juristisch gesprochen wäre das nicht zwingend. Unabhängig von Lissabon war und ist die EMRK in ihrem Bestand ja anerkannt. Eine zwingende Logik gibt es aus meiner Sicht nicht.

Befürworter des Beitritts argumentieren aber etwa damit, dass der Beitritt der EU zur EMRK es Einzelpersonen ermöglichen würde, vor einem unabhängigen internationalen Menschenrechts-Gerichtshof – dem EGMR – Beschwerden gegen die EU einzureichen. Gemäß der EMRK wäre im verurteilenden Fall die EU dann verpflichtet, jede vom Straßburger Gerichtshof festgestellte Verletzung der Menschenrechte zu beheben. Diese solle zur Schaffung gleicher Bedingungen auf dem Gebiet der Menschenrechte auf dem gesamten Kontinent beitragen.

Jörg Beining: *Von 2002 bis 2004 waren Sie ein aktives Ersatzmitglied für die Kontrollinstanzen des Schengener Informationssystems (SIS), Europol und dem Zollinformationssystem in Brüssel tätig. Was heißt das konkret und welche Erfahrungen konnten Sie dabei sammeln?*

Gerhard Kunnert: Konkret waren dies Kontrollgremien für bestimmte EU-Datensysteme. Damals bestand der Sinn dieser Gremien darin, sich mit Beschwerden einzelner Betroffener zu befassen, wie es die zugrundeliegenden Rechtsinstrumente vorgesehen haben. Beim Schengener Informationssystems (SIS) handelt es sich um ein Informationssystem, in welchem Personen bspw. zur Festnahme, zur Einreiseverweigerung oder zur verdeckten Kontrolle ausgeschrieben werden. Werden kontrollierte Personen bspw. an der Schengen-Grenze wegen einer Ausschreibung zur Einreiseverweigerung zurückgewiesen, gebietet es die Rechtsstaatlichkeit, ihnen einen entsprechenden Rechtsgrund zu nennen bzw. ihnen die Möglichkeit einer Überprüfung der Rechtmäßigkeit ihrer Spei-

cherung im SIS zu geben. Im Falle unbefriedigender Antworten durch nationale Stellen konnten sich die Betroffenen an die Kontrollinstanz für das SIS in Brüssel wenden. Das Gremium hat sich demzufolge wie ein Gericht mit den Beschwerdefällen beschäftigt. Inzwischen wurde die Kontrollaufgabe an den sog. EU-Datenschutzbeauftragten (European Data Protection Supervisor) übertragen.

Andrea Germer: *Welche Rolle spielte nach 9/11 der internationale Terrorismus für die Datenschutz-Regulierung?*

Gerhard Kunnert: Diese Frage hat sich auf sehr viele Dimensionen des Themas ausgewirkt. Es ist klar, dass seit diesem Zeitpunkt die Positionen schwerer vertretbar waren, die auf Beachtung von bestehenden Datenschutz-Regelungen verwiesen. Das war eine Herausforderung für Juristen, die einen verhältnismäßig sicheren Umgang mit Daten gewährleisten und sicherstellen wollten.

Michael Gehler: *Hat es aus den USA Einflussnahmen gegeben? Eine Folge von 9/11 war ja auch der Europäische Haftbefehl.*

Gerhard Kunnert: Das war aus meiner Sicht kein Thema, das damit direkt verknüpft war. Eine engere Zusammenarbeit gab es schon vorher mit den USA und das muss man trennen von dem Europäischen Haftbefehl, der seither eine Vereinfachung von Auslieferungen darstellt. Das ergibt auch unabhängig von Bedrohungslagen Sinn. Eine konkrete Auswirkung bestand aber sicher auch darin, dass die Sicherheitsbehörden motivierter waren, mit neuen Ideen und überwachungsstaatlichen Instrumenten aufzuwarten. Diese Idee eines Überwachungsstaats gab es immer und auch schon vor 9/11, aber dieses Ereignis hat zu mehr Selbstbewusstsein der Sicherheitsbehörden auf diesem Feld beigetragen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass es bereits in den Jahren 2001 und 2002 die Idee gab, Wertkartenhandys ohne Registrierung zu verbieten. Von einigen Mitgliedstaaten wurde diese Idee massiv unterstützt. Der Widerstand war damals aber letztlich doch zu groß, als dass es hätte umgehend durchgesetzt werden können. Inzwischen hat sich dieses Thema im negativen Sinn erledigt. Man kann keine anonymen Wertkarten mehr erwerben.

Ich kann mich auch erinnern, dass es damals einen Vorschlag des belgischen Innenministeriums gab, bei dem es um Vorratsdatenspeicherung ging, und dies zirkulierte auch im Kreis der EU-Minister. Damals bestand die Idee, bestimmte Daten für ungefähr zwei Jahre zu speichern, um die Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Wir haben damals Unterlagen vom österreichischen Innenministerium zur Durchsicht bekommen und meine seinerzeitige Chefin hat diese Vorschläge dann mit Datenschutz-Kollegen im belgischen Justizministerium diskutiert. Das Justizministerium in Belgien wusste – wie sich nachträglich herausstellte – nichts von den Vorschlägen ihrer Kollegen im belgischen Innenministerium und war über die Inhalte nicht gerade erfreut. Folgerichtig konfrontierten die Kollegen aus dem belgischen Justizministerium ihre Kollegen im belgischen Innenministerium mit der Initiative. Für das belgische Innenministerium muss dies sehr unangenehm gewesen sein, da man die Idee anscheinend zunächst bestenfalls im Kreis der EU-Innenministerien lancieren wollte. Als klar wurde, wie das belgische Justizministerium an das Dokument gelangt war, beschwerte sich das belgische Innenministe-

rium beim österreichischen Innenministerium über die Weiterleitung des Dokuments ans Bundeskanzleramt. Ich kann mich noch genau an eine in der Folge stattgefundene Sitzung von Vertretern und Vertreterinnen unserer Datenschutzabteilung mit Kollegen des österreichischen Innenministeriums erinnern. Letztere haben damals gegenüber unserer Abteilung den Vorwurf der Verletzung der Amtsverschwiegenheit erhoben und gar von Hochverrat gesprochen. Wir sind gleichsam an den Pranger gestellt worden. Ob die Befassung des belgischen Justizministeriums durch unsere Abteilung damals sinnvoll war, kann man diskutieren. Dass das belgische Innenministerium sich damals nicht mit dem – für Datenschutz zuständigen – belgischen Justizministerium abgesprochen hatte, konnte man in Wien freilich schlichtweg nicht wissen. In dieser Hinsicht – der innerstaatlichen Koordinierung zwischen Sicherheitsbehörden und Verfassungsjuristen – ist es nach 9/11 sicher nicht einfacher geworden.

Holm Arno Leonhardt: *Wie hat man damals über die Migrationsfrage gedacht und welche Lösungsmöglichkeiten gesehen?*

Gerhard Kunnert: Ich kann mich erinnern, dass Österreich am Beginn der 2000er Jahre schon durch sehr repressive Ansätze aufgefallen ist. Das hat sich nie wirklich geändert. Es war immer die Tendenz vorhanden, aus innerstaatlicher Perspektive die betreffenden Gesetze zu verschärfen. Migration wurde generell restriktiv gesehen und man hat an allen Schrauben gedreht, die man zur Verfügung hatte, also z. B. beim Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG). So erfolgten Verschärfungen dahin, dass keine Asylanträge bei österreichischen Botschaften im Ausland mehr gestellt werden konnten. Dabei hat sich aber ergeben, dass das ganze Dublin-Reglement so nicht funktionieren konnte. An diesem Kurs hat sich in Österreich bis heute nichts geändert und schon damals gab es das Phänomen, dass Asylbewerber nicht in den Staaten der Erstaufnahme wie Italien oder Griechenland blieben, sondern in die nördlicheren Staaten weiterwollten.

Michael Gehler: *Hätte man nicht die Grenzen und Schwächen des SIS schon damals erkennen können? Das Stichwort Lampedusa ist ja weit älter als die Erfahrungen mit dem September 2015. Wie hat man überhaupt in solchen interministeriellen Besprechungen Lösungen oder Behebungen der Schwächen des Dublin-Systems gesehen?*

Gerhard Kunnert: Meiner Meinung nach war schon immer klar, dass es eine Diskrepanz zwischen diesen Regelungen als solchen und deren Umsetzung gab. Dies betrifft vor allem die Festlegung, dass das Erstaufnahme-EU-Mitgliedsland für alles Weitere zuständig sein soll. Es war klar, dass bspw. Italien als ein „Haupteinfallstor“ („illegaler“) Migration nicht daran interessiert sein konnte, als „Dublin-Staat“ und damit als Erst-Aufnahmestaat in diesem System dokumentiert zu sein. Damals gab es ja schon Schengen und später zusätzlich noch EURODAC für Asylbewerber. Beim Schengen-System ist es insbesondere darum gegangen, Kriminelle zu dokumentieren und bei Kontrollen zu identifizieren bzw. zu überwachen oder an der Einreise zu hindern. Von Asylbewerbern wurden deren biometrische Daten (Fingerabdrucksdaten) in das EURODAC-System eingetragen. Der Sinn dieser Maßnahme bestand v. a. darin, bei in ein anderes EU-Land weitergereisten Asylwerbern mittels automatisierten Abgleichs deren Fingerabdrücke mit dem EURO-

DAC-System zweifelsfrei den EU-Staat feststellen zu können, in den diese zuerst eingereist waren. Letzterer sollte ja die Primärzuständigkeit für das Asylverfahren innehaben. Das EURODAC-System hatte aber das Problem, dass sich z. B. Italien als Erst-Einreisestaat bewusst dabei Zeit ließ, die erkennungsdienstlichen Maßnahmen bezüglich der Asylbewerber durchzuführen. Es war damals schon schwierig, die Asylbewerber daran zu hindern, weiterzureisen. Indem Italien sich seinerzeit wochenlang Zeit gelassen hat, entsprechende Dateneintragungen im EURODAC-System vorzunehmen, hat es die Funktion des Systems torpediert. Die Verzögerung hatte nämlich zur Folge, dass Asylbewerber inzwischen nach Deutschland oder Österreich weitergereist sind und dort dann anlässlich ihrer „erkennungsdienstlichen“ Behandlung erstmals ins EURODAC-System eingetragen wurden. Somit war Italien für diese Asylbewerber dann offiziell nicht mehr das Erstaufnahmeland. Das hat seinerzeit schon zur Dysfunktionalität des EURODAC-Systems geführt.

Beim Schengen-System war das Problem ähnlich, denn einige Länder hatten bekannte Terroristen ihrer Länder gar nicht im Schengen-System eingespeichert, weil man nicht wollte, dass andere Mitgliedstaaten sehen konnten, wie viel Terrorverdächtige z. B. Frankreich hat. Das hatte zur Folge, dass man wenig vorhersehen konnte, was andere Mitgliedstaaten machen und was dort vorgeht. Eine vorgesehene Aktion im Rahmen des SIS war etwa die Dokumentation, dass eine bestimmte (gesuchte) Person in einem Land anwesend war, eine andere Aktion war z. B. deren Festnahme. Die korrekte Handhabung des SIS hätte bedeutet, dass ein Mitgliedstaat, z. B. Frankreich, bei einem Treffer im SIS mitteilen hätte können, dass eine bestimmte, im SIS als terrorverdächtige dokumentierte Person auf seinem Territorium aufhältig ist. Das System SIS als solches war nicht schlecht, aber ein großes Problem bestand u. a. darin, dass im SIS lange Zeit keine Dokumentation von Fingerabdrücken vorgesehen war. So konnte man lange Zeit keine Fingerabdrücke speichern. Das führte zu einer schwachen Identifizierungsrate Gesuchter, weil man auf Ausweisdokumente angewiesen war. Man konnte an der Grenze dann beispielsweise nur checken, ob die Person durch den Reisepass im System eingetragen ist oder nicht. Mit einem gut gefälschten Pass hätte das auch wieder nicht funktioniert. Jetzt nach vielen Jahren ist Schengen so weit, dass es besser funktioniert und man muss feststellen, dass die Entscheidungsprozesse bis dahin zäh waren, weil der bürokratische Aufwand einfach enorm war. Unter den Mitgliedstaaten musste bspw. erst geklärt werden, wo das Zentralsystem physisch loziert sein soll und wer das bezahlt. Das alles ist ein bürokratisches Monster und gilt für alle diese europäischen Systeme. Ohne diese Prozesse hätte man heute aber nicht diese Wirksamkeit der Systeme.

Jörg Beining: *Im April 2002 erhielten Sie einen Förderpreis zu dem Projekt „Das gläserne Auto“. Können Sie uns dies erläutern?*

Gerhard Kunnert: Es ging darum, sich die personenbezogenen Daten des Kfz-Gebrauchs im Jahr 2002 anzuschauen. Beispiele sind dabei die Unfallerfassungen aber auch die Daten-Schnittstellen, über die Daten des Kfz ausgelesen werden können. Des Weiteren ging es um Zulassungsdaten und Daten über die vorgeschriebene wiederkehrende Kfz-Überprüfung auf Betriebssicherheit. Die Idee bestand darin, darzustellen, in

wie vielen staatlichen Registern Kfz-Daten zu finden sind, die letztlich mit dem Besitzer verknüpft und deshalb personenbezogen sind.

Andrea Germer: *Von 2002 bis 2004 waren Sie Mitglied der multidisziplinären Ad-hoc-Gruppe des Europarates für rechtliche, operationelle und technische Standards für elektronische Wahlsysteme. Hat E-Voting im Zeichen des US-amerikanischen Wahlkampfes von 2016 noch eine Chance bzw. wie kann man den Manipulationen überhaupt wirksam begegnen?*

Gerhard Kunnert: Dazu muss man sagen, dass das, was im US-Wahlkampf angeblich passiert ist, von dem unterschieden werden muss, worum es im Europarat ging. Dahinter verbergen sich zwei verschiedene Prozesse. Das eine ist die Nutzung von Daten, um in den sozialen Netzwerken Menschen anzusprechen, und das andere ist der wahltechnische Vorgang als solcher. Die Amerikaner hatten immer schon Probleme mit Wahlmaschinen. Man denke nur an die erste Wahl von George W. Bush. Dabei sollen auch Wahlmaschinen die Wählerstimmen nicht korrekt ausgewertet haben. Letztlich musste dann der Supreme Court mit einer äußerst knappen Mehrheit von einer Stimme entscheiden, ob er die Wahlabstimmung anerkennt oder nicht. Die gesamte Problematik ist aber auch auf schlechte Bürokratien und mangelnde Ressourcen zurückzuführen, weil es immer wieder Wahlbezirke gibt, die sehr schlecht aufgestellt sind. Grundsätzlich ist bei elektronischen Wahlen eine gewisse Skepsis vorhanden. Ein Hauptproblem ist dabei, dass der Staat die Integrität der Wahl in ihrem gesamten Ablauf bis hin zum von Wählern benutzten Endgerät (bspw. Mobiltelefon) gewährleisten muss.

Holm Arno Leonhardt: *Von 2003 bis 2004 waren Sie wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und mit einer Studie betreffend die Auswirkung von Verkehrstelematik-Systemen auf das Grundrecht auf Datenschutz bzw. das Menschenrecht auf Privatsphäre betraut. Was ergab sich aus dieser Studie?*

Gerhard Kunnert: Aus dieser Studie ergab sich, dass es eine Fülle von verkehrstelematischen Anwendungen gibt. Nicht alle dieser Prozesse sind grundrechtsrelevant oder gehen mit einer Grundrechtsbelastung einher. Hinsichtlich bestimmter Anwendungen, wie z. B. der elektronischen Maut, die nach wie vor ein politisches Thema ist, könnte es – je nach Ausgestaltung – eine hohe Grundrechtsbelastung geben. Das Resümee lautet, dass es auch technische Vorkehrungen braucht, die die Grundrechtsbelastung beschränken, um nicht ein allzu wirkmächtiges Überwachungsinstrument zu schaffen.

Michael Gehler: *Im Jahr 2004 waren Sie zu einem Forschungsaufenthalt in Litauen in Vilnius im Rahmen eines Projekts zwischen Österreich und Litauen. Es ging um Datenschutz in Litauen und den Justizsektor. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit gemacht und welche Perspektiven haben sich ergeben in Hinblick auf einen gemeinsamen europäischen Datenschutz?*

Gerhard Kunnert: Meine persönliche Erfahrung war, dass die litauische Datenschutzbehörde damals nicht besonders gut ausgestattet war, weil wir auch in einem sehr bau-

fälligen Gebäude untergebracht waren. Es war Winter, es gab keine Heizung und als Notlösung bekamen wir Elektroradiatoren in die Zimmer gestellt. Die technische Infrastruktur war in dem Gebäude auch nicht gut, denn um Zugriff zum Internet zu haben, musste man sich mit einem Kabel abwechseln. Das heißt, die Recherche von Dokumenten o. ä. war sehr mühsam und hat die praktische Arbeit nicht einfach gemacht. Ziel war es, Dokumente und Schulungsmaterial für die dortigen Beamten zu erstellen. Der spezielle Bereich, zu dem ich gearbeitet habe, war die Justiz. Ein Instrument auf EU-Ebene mit verbindlichen Datenschutz-Mindeststandards konnte übrigens erst 2008 in Form eines sog. Rahmenbeschlusses verabschiedet werden. Das betraf die Justiz und die Polizei. Es ist inzwischen durch eine im Jahr 2018 in Kraft getretene Richtlinie abgelöst worden. Man konnte daher sagen, dass 2004 noch kein EU-Standard für diesen Sektor vorhanden war. Sehr wohl gab es aber im Europarat die sog. Datenschutzkonvention als Referenzdokument, das aus dem Jahr 1981 stammt. Das fand auch Anwendung auf Polizei und Justiz, war aber nicht spezifisch auf diese Sektoren zugeschnitten.

Jörg Beining: *Im Jahr 2007 waren Sie in Luxemburg zur Ausarbeitung von Sitzungsberichten bzw. Urteilsentwürfen und zur Durchführung einschlägiger und wissenschaftlicher Recherchen. Wie empfanden Sie die Zeit am EuGH und welches Bild vermittelte dieser im Vergleich zu den vorhergehenden Vorstellungen davon?*

Gerhard Kunnert: Interessant war, die praktische Einbindung in die Arbeitsweise des EuGH~~s~~ zu erleben. Man hat gelernt, dass dabei sehr unterschiedliche Rechtskulturen aufeinandertreffen. Das war die Zeit des EU-Beitritts von Bulgarien und Rumänien. Ich kann mich noch daran erinnern, dass es einen neuen bulgarischen und einen neuen rumänischen Richter gab. Ein Problem war die Sprache. Am EuGH ist Französisch die alleinige interne Arbeitssprache und die Methode besteht darin, dass die Mitarbeiter der Richter Entwürfe ausarbeiten, eben auf Französisch. Das war für einige Staaten eine Hürde und führte dazu, dass es ein Übergewicht an frankophonen Mitarbeitern in den Kabinetten gibt. Trotz der Diversität des richterlichen Personals bestand eine gewisse Schlagseite. Das führt dazu, dass es trotz der Osterweiterung einen westeuropäischen Trend gibt. Insofern kann man auch sagen, dass der Einfluss Westeuropas aus Sicht der Osteuropäer sehr groß war. Die Institution des EuGH hat sich mittlerweile professionalisiert und inzwischen gibt es auch hervorragende Juristen aus Osteuropa, die die sprachliche Ausbildung mitbringen. Es existiert ein riesiger Apparat für Übersetzungen im Nachgang von Urteilen, die ausgehend vom Französischen übersetzt werden müssen – in alle Sprachen der Mitgliedsländer. Der Gerichtshof ist in Summe ein sehr großes Unternehmen mit tausend Mitarbeitern und vordergründig gibt es so viele Richter wie Mitgliedsländer also aktuell 27. Dazu kommen pro Richter noch drei bis vier Mitarbeiter und ein großer Apparat für Übersetzungen und weitere Dienste für wissenschaftliche und administrative Unterstützung. Es wird dort in Luxemburg ständig angebaut und damit ist der EuGH eine Dauerbaustelle im wahrsten Sinne des Wortes. Nichtdestotrotz ist er von innen gesehen eine gut funktionierende Institution, die letztlich nicht politisch arbeitet, etwa vergleichbar dem Rechnungshof. Es ist ein Fachorgan und das ist seine Spezifik. Interessant ist dabei auch, dass Ernennungen nur auf Zeit erfolgen und das unterscheidet die Institution von

der nationalen Ebene, bei der eine Betrauung auf Lebenszeit als Regel gilt. Aus meiner Wahrnehmung scheint die Unabhängigkeit des EuGH dadurch aber nicht zu leiden.

Andrea Germer: *Im gleichen Jahr absolvierten Sie auch einen Studienaufenthalt im juristischen Dienst des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments in Luxemburg. Das war ein Referat für parlamentarische Fragen und Rechte der Abgeordneten. Verbunden waren damit einschlägige Recherchen bzw. Aufbereitungen und die Teilnahme an diversen Ausschuss- und Plenarsitzungen in Brüssel oder Strasbourg, sowie das Studium und die Diskussion von Rechtsfragen betreffend Verfahren vor dem Gericht erster Instanz. Wie empfanden Sie diese Zeit beim Europaparlament und welches Bild vermittelte dieses im Vergleich zu Ihren vorigen Vorstellungen davon?*

Gerhard Kunnert: Grundsätzlich ist mir in dieser Zeit aufgefallen, dass das Parlament sehr gut ausgestattet war und die Ressourcen und die Zahl der Beamten der Institution angemessen erschienen. Damals gab es allerdings auch schon diese Art von Wanderzirkus zwischen Brüssel und Strasbourg. Technisch war das schon sehr aufwendig, denn es mussten immer Beamte von Luxemburg nach Strasbourg mitreisen und dort übernachten. Sie haben auch immer die Akten mitgehabt und an Bildschirmen die Sitzungen mitverfolgt.

Holm Arno Leonhardt: *Ab Herbst 2007 waren Sie Ad-hoc-Prozessvertreter für die Republik Österreich vor dem EuGH. Dabei ging es vor allem um Rechtssachen zu Themen wie Suchmaschinen (Google gegen AEPD), Vorratsdatenspeicherung (Digital Rights Ireland Ltd.) oder soziale Netzwerke (Facebook). Wie konnte die EU konkret gegen diese Internetkonzerne vorgehen?*

Gerhard Kunnert: Die Abkürzung AEPD ist die Kurzbezeichnung der spanischen Datenschutzaufsichtsbehörde. Grundsätzlich muss man sagen, dass es nicht die EU ist, die als Organisation gegen diese Unternehmen vorgeht oder vorgehen kann, sondern einzelne Betroffene, die Rechtschutzinstrumentarien in Form der Datenschutzaufsichtsbehörden in Anspruch nehmen. Bis Mai 2018 war es viel schwieriger, weil die einzelne Aufsichtsbehörde solchen Konzernen etwas verloren gegenüberstand.

Michael Gehler: *Sie waren auch seit Sommer 2010 an der Universität Graz in der Lehre für Informatik und Datenschutz tätig. Seit dem Sommersemester waren Sie tätig im Bereich European Data Protection – Law and Selective Topics of IT-Law. Wie weit ist überhaupt ein Sensorium der Studierenden dafür vorhanden und ein entsprechendes Interesse an solchen Themen? Werden auch die Risikozonen anerkannt?*

Gerhard Kunnert: Das kann ich empirisch nicht abgesichert beantworten, weil es eine Wahlfach-Veranstaltung ist. Das Interesse ist überschaubar. Momentan habe ich etwa zehn bis zwölf Studierende, die dieses Fach gewählt haben und in der Regel mit Studierenden zu tun, die ein Bewusstsein für dieses Fach haben.

Jörg Beining: *Ab 2010 waren Sie stellvertretender Leiter der Datenschutzabteilung im Bundeskanzleramt in Wien. Wie unterscheidet sich das österreichische vom deutschen bzw. vom europäischen Datenschutzrecht? Ist es Vorreiter, Weggestalter oder Nachzügler?*

Gerhard Kunnert: Österreich galt auf dem Felde des Datenschutzrechts sicherlich als fortschrittlich und schon eher als Vorreiter. In Österreich wurde nach deutschem Vorbild das Datenschutzgesetz bereits Ende der 1970er Jahre erlassen. Die Unterschiede zum deutschen Datenschutzrecht waren natürlich vorhanden, da das deutsche Datenschutzrecht breiter gefächert war. Durch die Datenschutz-Grundverordnung der EU hat sich das Ganze dann aber zu fast hundert Prozent angenähert. Die Unterschiede, die es gibt, sind nicht sehr bedeutsam. Momentan würde ich Österreich nicht als das Vorreiterland sehen, was damit zusammenhängt, dass die Regierung nur in minimalem Umfang Gebrauch von Ausgestaltungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene gemacht hat.

Andrea Germer: *Was ist in Österreich der Verfassungsdienst?*

Gerhard Kunnert: Es ist eine Gliederung („Sektion") innerhalb des Bundeskanzleramtes, die wiederum aus mehreren Untereinheiten („Abteilungen") besteht, in denen auf Fragen des öffentlichen Rechts spezialisierte Juristen arbeiten. Diese Einrichtung war ursprünglich stets im Bundeskanzleramt angesiedelt gewesen und wurde Anfang 2018 ins Justizministerium verschoben. Die aktuell sechs Unterabteilungen befassen sich derzeit u. a. mit Datenschutz, Menschenrechten, Wirtschaftsrecht, EU-Recht, Vergaberecht u. a. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt in der Begutachtung von Gesetzesentwürfen anderer Ministerien – v. a. auf legistische Mängel und Verfassungskonformität. Daneben hat der Verfassungsdienst die Aufgabe, die Republik Österreich in Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem EGMR und dem EuGH zu vertreten. In zivilrechtlichen Angelegenheiten wird die Vertretung der Republik Österreich durch die sog. Finanzprokuratur, einer Gliederung des Finanzministeriums, wahrgenommen.

Michael Gehler: *Ist der Transfer des Verfassungsdienstes vom Bundeskanzleramt in das Justizministerium als Wertminderung unter der neuen türkis-blauen Regierung zu sehen?*

Gerhard Kunnert: Es hat vermutlich zwei Motive für diesen Schritt gegeben. Das eine Motiv bestand darin, dass Minister Dr. Josef Moser in der damals neuen Regierung ein wirkmächtiges Ressort angestrebt hatte, weil er bestimmte Reformagenden verfolgte. Ein solches Ressort wäre etwa das Finanzministerium gewesen. Ein solches „starkes" Ministerium stand dann letztlich nicht zu seiner Disposition. So wurde die Idee geboren, das zur Disposition stehende Justizministerium mit den Agenden des Verfassungsdienstes „aufzubessern". Als ein anderes Motiv wurde kolportiert, dass der (damalige) Bundeskanzler dem damaligen Leiter des Verfassungsdienstes persönlich distanziert gegenübergestanden sei. Tatsache ist, dass es damals starke politische Spannungen zwischen „der neuen (türkisen) Volkspartei" und der sozialdemokratischen Partei gab und dass der (damalige) Leiter des Verfassungsdienstes der sozialdemokratischen Partei angehörte.

Zur Frage der Wertminderung des Verfassungsdienstes ist zu sagen, dass der Verfassungsdienst verkleinert wurde. Nicht mit ins Justizministerium übersiedelt wurden Teile

der EU-Abteilung (Bereich: „Vertragsverletzungsverfahren“ und Grundsatzfragen), die Medienabteilung, die „Volksgruppenabteilung“ („Minderheitenschutz“) und das Referat für das sog. Rechtsinformationssystem (inkl. Kundmachungswesen). Rein quantitativ hat sich also eine Minderung ergeben. Das Hauptproblem war aber eher, dass die Funktionalität des Verfassungsdienstes dahingehend geschmälert wurde, dass die politische Ebene stärker Einfluss auf Routinetätigkeiten wie Gesetzesbegutachtungen nahm. Es war bis dato Usus, dass auch kritische Stellungnahmen des Verfassungsdienstes zu ministeriellen Gesetzesvorhaben ohne politische „Vorprüfung“ auf der Website des Parlaments veröffentlicht wurden und so für jeden einsehbar waren. Einige Argumente wurden dann naturgemäß auch für politische Zwecke der Opposition instrumentalisiert, was man aus Regierungssicht kritisch sehen kann. Diese Praxis wurde jetzt eingeschränkt und jede Stellungnahme musste jetzt von der politischen Ebene freigegeben werden. Auch zeigte sich, dass der Verfassungsdienst nicht mehr in allen verfassungsrelevanten Belangen einbezogen wurde. Das Bundeskanzleramt nahm insofern verfassungsrechtliche Einschätzungen weithin selbst vor, ohne den nunmehr im Justizministerium angesiedelten Verfassungsdienst zu Rate zu ziehen.

Michael Gehler: *Kann man diese Entwicklung als Rückgang in Sachen der Rechtstaatlichkeit interpretieren?*

Gerhard Kunnert: Ich würde soweit nicht gehen, weil eine Qualitätskontrolle der Regierung noch existiert. Die Kontrolle, die durch die Gerichtsbarkeit garantiert wird, ist damit nicht tangiert. Gesetze können nach wie vor beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Kurioserweise müsste dann aber der Verfassungsdienst die Regierung in einem solchen Verfahren vor dem Gerichtshof vertreten. Die Frage wäre dann, wie der Dialog mit dem Verfassungsgerichtshof aussehen würde. Es ist also keine Frage der Rechtstaatlichkeit, sondern eine Frage der Qualitätskontrolle und des Anspruchs, den die Regierung an sich selbst stellt. Das Motiv scheint auch nicht eine Minderung von Rechtsstaatlichkeit zu sein, sondern es ist vielmehr der Drang der Regierung, nach außen ein größtmögliches Bild der Geschlossenheit von sich abzugeben und Harmonie auszustrahlen. Das war eine Kritik an der vorigen Regierung, bestehend aus SPÖ und ÖVP, die sehr viel gestritten hat. Die jetzige Regierung möchte sich davon absetzen. Sie hat daher auch die gesamte Presse und die Regierungskommunikation zentralisiert. Es ging also darum, regierungsinterne Kritik möglichst nicht nach außen dringen zu lassen. Interessanterweise gilt dies ja auch für andere Einrichtungen, wie das Völkerrechtsbüro im Außenministerium. Dort ist eine ähnliche Praxis zu beobachten. Kritische Stimmen und Stellungsnahmen wurden u. a. vom Server geholt. Viel mehr will ich dazu nicht sagen.

Holm Arno Leonhardt: *In der EU hat sich seit 9/11 ein tiefgreifender Wandel des europäischen Rechts vollzogen. Welche Widerstände bestanden dagegen und welche Sachbereiche sind oder waren vorrangig betroffen, z. B. hinsichtlich innerer Sicherheit, aber auch bezüglich des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik?*

Michael Gehler: *Das Thema wurde schon angesprochen. Es geht auch um den US-amerikanischen Einfluss. Erinnerlich ist die SWIFT-Debatte im Europäischen Parlament als*

ein Beispiel. Dabei gab es auch Widerstand und letztlich ist dieser gebrochen und das Abkommen durchgewunken worden. Was fällt Ihnen dazu noch ein und was ist dabei wichtig zu wissen?

Gerhard Kunnert: Neben der SWIFT-Debatte gab es daneben auch noch die NSA-Debatte (Stichworte: Edward Snowden; Prism; elektronische „Massenüberwachung“), die etwas später aufkam. Es ging um den Zugriff auf Server von SWIFT. Einen davon gab es in den USA und einen anderen in Belgien. Die Rechtslage ist in den USA und Europa eine andere und dieser Zugriff auf die Transaktionsdaten war Auslöser dieser Debatte. Man hat dann gesagt, dass dieser Server aus den USA woanders hin transferiert werden sollte. Die USA haben das anders gesehen und man musste ein Abkommen finden. In Wirklichkeit ist es so, dass das Vorgehen der Amerikaner oft in der Presse kritisiert wird, die europäischen Behörden aber eigentlich gerne dasselbe tun würden. Ein Nebeneffekt ist dann, dass die europäischen Behörden ihre Befugnisse jenen der USA angleichen.

Bezüglich der NSA-Debatte gab es Experten-Gruppen, die das aufarbeiten sollten. Auf der Stufe der Formulierung des Arbeitsauftrages für diese Gruppen hatte das Bundeskanzleramt in Österreich de facto die Mitzuständigkeiten des Innen-, Außen- und Verteidigungsministeriums wahrgenommen. Ich war zu dem Zeitpunkt, als gerade die Mandate der vorgenannten Gruppen erarbeitet wurden, fachlich eingebunden. Problematisch war, dass man aus durchsichtigen Gründen eine strikte Trennung der „Datenschutzperspektive“ („Track 1“) von der Thematik der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung („Track 2“) vornahm. Erstere Thematik sollte in der sog. EU US High Level Group (HLG; später als Ad hoc „Working Group on Data Protection“ tituliert) diskutiert werden, Letztere („Track 2“) dagegen ausschließlich bilateral zwischen USA und einzelnen Mitgliedstaaten. Damit hoffte man, möglichst wenig öffentliches Aufsehen zu erzeugen. Für die erstere Gruppe formulierte die EU-Kommission einen Vorschlag für ein Arbeitsmandat. Auf Druck bestimmter Mitgliedstaaten und auf Druck der USA wurde es so zugeschnitten, dass nicht viel Handlungsspielraum übriggeblieben ist. Das formale Argument lautete, dass die EU-Kommission keine Kompetenz auf dem Gebiet der nationalen Sicherheit habe. Österreich war das einzige Land, dass sich gegen dieses restriktive Mandat ausgesprochen hat. Informell habe ich erfahren, dass Deutschland z. B. überhaupt keinen Widerstand geleistet hat. Merkel war offenkundig informiert und die Beamten hatten von ganz oben die Anweisung, dieses Mandat nicht kritisch zu hinterfragen. Letztlich war eine Strategie erkennbar, dass die mächtigsten EU-Mitgliedstaaten den USA keine Schwierigkeiten machen würden. Der Hintergrund war, dass die großen europäischen Nachrichtendienste eng mit den US-Diensten kooperierten bzw. sich ähnlicher Methoden bedienten. Die EU-Kommission wiederum hatte nicht die Zuständigkeit, Mitgliedstaaten diesbezüglich zu beeinflussen, und im Endeffekt waren die Bedingungen in der Ad hoc „Working Group on Data Protection“ („Track 1“) dann derart, dass die ausgesuchten Experten aus den Mitgliedstaaten zu strikter Verschwiegenheit verpflichtet wurden. Die Vorbedingung der Vereinigten Staaten lautete, dass niemand öffentlich etwas kommentieren durfte. Es darf davon ausgegangen werden, dass die USA in der vorgenannten Gruppe bestimmte Folien-Präsentationen vorgenommen haben, womit den Arbeitsgruppenmitgliedern aber nicht alles offengelegt wurde. Hingegen dürften der BND oder auch Frankreichs Dienste ein annähernd vollständiges Wissen über die Vorgänge (US-Überwachungsprogramme)

gehabt haben. In den Medien gab es große Entrüstung, aber in der Politik und in der politischen Verwaltung keine ernsthaften Versuche, den USA entgegenzutreten und die Massenüberwachungsprogramme zu beschränken. Das war mein Eindruck.

Michael Gehler: *Es gibt noch ein anderes Beispiel zum Agieren und zur Einflussnahme der USA, speziell zum amerikanischen Auslandsgeheimdienst, in Bezug auf die Erfassung und den Transfer von terrorismusverdächtigen Menschen in die USA und zwar mittels Flüge über Territorien von EU-Mitgliedstaaten, die organisiert worden sind.*

Gerhard Kunnert: Dieses Thema hat sich vor allem im Europarat abgespielt und dabei hat dieser mit einem Schweizer Vorsitzenden einen Bericht verfasst, bei dem aber die Mitgliedstaaten auch nicht mitgespielt haben. Dadurch konnte diese Thematik in der Tiefe nicht aufgearbeitet werden. Zur EU ist zu ergänzen, dass Fragen der Nationalen Sicherheit nicht von deren Kompetenzen erfasst sind und auch nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags das Europäische Parlament kompetenzmäßig nicht tangieren. Das Europäische Parlament sah das in der Praxis allerdings anders und hat die Thematik der US-Überwachungsprogramme groß aufgezogen – mit einem entsprechenden eigenen Ausschuss. Das Problem war jedoch, dass dieser Ausschuss keine rechtliche Handhabe hatte, tatsächliche Akteure etwa aus den US-Diensten vorzuladen, sondern nur Vertreter der EU-Mitgliedstaaten. Letztere konnten oder wollten nichts zur Substanz der Thematik (Aktivitäten der US-Dienste) beitragen.

Michael Gehler: *Von 2012 bis 2015 waren Sie österreichischer Vertreter in einem Expertengremium des EU-Rates bei der Verhandlung der EU-Datenschutzgrundverordnung in Brüssel. Welche Erinnerungen haben Sie an deren Entwicklung und im Hinblick auf die Implementierung im Mai 2018?*

Gerhard Kunnert: Von vornherein ist klar gewesen, dass die Kommission einen ambitionierten Vorschlag vorgelegt hat und der Tenor der Mitgliedstaaten im EU-Rat hinsichtlich einer Modernisierung des Rechtssystems befürwortend war, aber man keine neuen Kosten wollte. Kosten hat man in Form von bürokratischen Belastungen für die Wirtschaft gesehen – beziehungsweise in einem Mehraufwand auch in der Verwaltung.

Ende Jänner bzw. Anfang Februar des Jahres 2012 begannen die effektiven Verhandlungen im EU-Rat auf Expertenebene. In diesem Jahr war noch immer die Finanzkrise von 2007/08 spürbar, was bedeutete, dass einige Mitgliedstaaten bei potenziellen Lasten für die Wirtschaft sehr zurückhaltend waren. Es trat folglich eine gewisse Erschöpfung ein und man reagierte geradezu allergisch auf jegliche Instrumente, die etwas kosten würden. Deutschland wiederum z. B. hat argumentiert, dass es sehr viele nationale Datenschutzbestimmungen habe, besonders im Bereich des Sozialgesetzbuches, welche es aber auf keinen Fall antasten wollte. Das hat dazu geführt, dass man sog. „Flexibilität“ für den öffentlichen Sektor gefordert hat. Es war diesbezüglich der Wunsch vorhanden, dass man im öffentlichen Bereich alles so belässt, wie es ist. Eine Forderung von Deutschland bestand zudem darin, dass es keine Datenschutz-*Verordnung* geben solle, sondern (nur) eine Datenschutz-*Richtlinie* – so wie bisher. Dagegen hat sich aber die Kommission gewehrt und betont, dass die Zeit gezeigt habe, dass eine Richtlinie für die Erreichung

einer zufriedenstellenden Harmonisierung nicht ausreiche und die Mitgliedstaaten zu viel Spielraum hätten, z. B. hinsichtlich der kompetenzmäßigen Ausstattung von Datenschutz-Aufsichtsbehörden. Das waren die ganz wesentlichen Linien, und Deutschland hat es geschafft, seine diesbezügliche Meinung („Richtlinie" statt „Verordnung" bzw. Flexibilität für den öffentlichen Sektor) in Brüssel als „Mainstream" unter den Mitgliedstaaten zu etablieren. Für jene Mitgliedstaaten, die Deutschland folgten, gab es am Rande der EU-Expertensitzungen regelmäßige Einladungen in die deutsche Botschaft in Brüssel.

Wir als Österreicher sind damals nicht eingeladen gewesen – aufgrund einer anderen inhaltlichen Positionierung (für eine Verordnung), aber das hat uns nicht so sehr gestört. Die Verhandlungen waren sehr zäh und über Jahre hat man sich mit diversen Problemen beschäftigt, weil das Konstrukt sehr komplex war. Die EU-Kommission hat in ihrem Vorschlag gewisse strategische Fehler begangen (bspw. zu viele Durchführungsbefugnisse zugunsten der Kommission) und erst sukzessive konnte man sich bei den vorgenannten Themen zu gemeinsamen Positionen durchringen. Der Vorsitzwechsel alle sechs Monate war dabei auch nicht sehr hilfreich und die Arbeits-Effizienz war durch die damals 28 Mitgliedstaaten gering, zumal auch noch die Schweiz, Norwegen und Liechtenstein als Beobachter teilnahmen und Wortmeldungen abgeben durften. Zusätzlich saß die EU-Kommission mit am Tisch. Die Sitzungen dauerten immer sehr lange und es ist nicht selten, dass sie nach dem Motto verlaufen, dass schon alles gesagt wurde, aber noch nicht von allen. Die Effizienz stößt dabei an Grenzen und Fortschritte sind mühsam. Es entstand daher ein sehr durchwachsenes Bild.

Deutschland hat später seinen Chef-Verhandler abgelöst, um den Prozess zu beschleunigen. Dazu kamen Gesprächs-Einladungen von Lobbyisten. Teilweise hatten wir Anfragen von Google, die wir aber abgelehnt haben. Die Implementierung der letztlich verabschiedeten Datenschutz-Grundverordnung im Jahre 2018 (Jahr des Inkrafttretens) sah so aus, dass einige Mitgliedstaaten noch immer keine Anpassungsgesetze verabschiedet hatten. Belgien hatte dies z. B. nicht getan oder auch Slowenien und andere mehr. Diese sog. Anpassungsgesetze waren u. a. notwendig, damit die nationalen Datenschutzbehörden die Datenschutz-Grundverordnung anwenden konnten. Die EU-Kommission hatte diesbezüglich schon „Mahnschreiben" verschickt an die Länder, die es nicht rechtzeitig geschafft hatten, diese Gesetze zu verabschieden, und Österreich selbst hatte auch schon solch ein „Mahnschreiben" erhalten. Die EU-Kommission war dabei sehr schnell und kam ihrem Auftrag insofern nach.

Jörg Beining: *Im Steuerrecht scheint es ein Datenschutzkonstrukt zu geben, um Stiftungen zu belangen und Steueroasen auszutrocknen.*

Gerhard Kunnert: Die Datenschutz-Grundverordnung ist ein Instrument des allgemeinen Datenschutzes und legt Handlungsmöglichkeiten und Prinzipien fest. Die Möglichkeit der Begrenzung der Vertraulichkeit in bestimmten Materien, wie Steuerrecht, ist davon unberührt. Es ist natürlich möglich, im Rahmen der Europäischen Grundrechtecharta Beschränkungen des Datenschutzes im Interesse der Erreichung bestimmter Ziele vorzunehmen. Man muss dazu sagen, dass in der Vergangenheit sehr viel geschehen ist, um anonyme Konten einzuschränken. In Deutschland gibt es als Maßnahme etwa für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (kurz: BaFin) die Möglichkeit,

über ein automatisiertes Abrufsystem für Kontenstammdaten jederzeit auf entsprechende Kundendaten zuzugreifen, etwa um festzustellen, wie viele Konten eine Person im Inland und bei welcher Bank hat. Das Problem mit den Offshore-Banken besteht natürlich unabhängig davon. Dabei kann man dem Datenschutz-Regularium nicht vorwerfen, dass es Probleme und Lücken bei der Steuerfahndung gibt. Man muss das ganze Rechtssystem betrachten und es sind immer Abwägungen auf nationaler Ebene zwischen verschiedenen Gewährleistungen zu treffen. Besonders im Bereich der Presse- und Medienfreiheit gibt es in Europa starke Unterschiede.

Andrea Germer: *Wie steht es in den verschiedenen EU-Ländern oder Sprachgebieten mit der politischen Korrektheit? Gibt es eine Rechts- oder Verfahrensangleichung? Wie verhält es sich mit der Praxis der Gemeinschaftsorgane?*

Gerhard Kunnert: Bei der Praxis der politischen Korrektheit kann man sich die Medien in den verschiedenen Ländern anschauen. Bezüglich der Rechts- und Verfahrensangleichung hat es schon Versuche gegeben, etwa eine europäische Strafprozessordnung zu erarbeiten. Das war vor etwa zehn Jahren ein Thema und man ist damit gescheitert. Ein Grund für das Scheitern war, dass es sich naturgemäß um einen großen Eingriff in die nationale Rechtsordnung handeln würde. Es gibt aber die Menschenrechtskonvention des Europarates und eine entsprechende Rechtsprechung des EGMR dazu, die einen absoluten Mindeststandard darstellt. Dieser Maßstab müsste ja jedem Mitgliedsland bekannt sein. Auch die nationalen Gerichtshöfe sind an diese Vorgaben gebunden. In Bezug auf das EU-Recht ist zu bemerken, dass es so etwas wie eine verfahrensrechtliche Autonomie der Mitgliedstaaten gibt. Dies bedeutet, dass sich die EU-Gesetzgebung mit Verfahrensregelungen traditionell zurückhält und die Regelung des Vollzugs durch die mitgliedstaatlichen Behörden den Mitgliedstaaten überlässt. Dies ist eine allgemeine Leitlinie. Daraus resultieren nationale Unterschiede im Verfahrensrecht, das beim Vollzug von EU-Recht zur Anwendung kommt. Das ist aber nicht das Kernproblem. Korruption in Behörden kann man nicht einfach „wegregeln“. Es sind die konkreten Menschen, die Regelwerke mit Leben erfüllen müssen.

Holm Arno Leonhardt: *Sie haben sich sehr viele Wissensgebiete erobert und Funktionen eingenommen, hatten Sie diesbezüglich Beratung oder eine Art Coach? Ich bin sehr beeindruckt.*

Gerhard Kunnert: Sie sind zu Unrecht beeindruckt, weil es umfassender aussieht, als es ist. Mein persönliches Anforderungsprofil für einen Juristen ist, dass er jederzeit in der Lage sein muss, sich in kurzer Zeit in ein neues juristisches Feld einzuarbeiten. Wahrscheinlich bin ich stärker spezialisiert, als es erscheint. Bezüglich des Coachings muss ich sagen, dass das etwas ist, an dem es im öffentlichen Dienst mangelt, weil die Vorgesetzten oft denken, es reiche aus, wenn man einen Experten hat, der einem das liefert, was man dann der politischen Ebene bereitstellen kann. Und solange das funktioniert, muss man sich nicht um Strategien der Mitarbeitermotivation oder -weiterbildung kümmern. Für die Expertenebene besteht längerfristig die Schwierigkeit, auf dem Laufenden zu bleiben, und ich selbst habe mich diesbezüglich immer durch Vorträge „retten“ können, die ich ange-

nommen habe. So war ich gezwungen, mich über die tägliche Routine hinaus mit Themen zu befassen und dazu zu publizieren. Mich hat in dieser Hinsicht niemand motiviert oder gefördert. Vorträge und Publikationen sind jedenfalls sehr zeitaufwendig, muss ich zugeben.

Michael Gehler: *Vielen herzlichen Dank für die Ausführungen!*

Das Interview ist 2018 geführt worden und wurde im Juli 2022 noch einmal durchgesehen.

VI. Historische, gegenwärtige und zukünftige Perspektiven auf Europa und die EU

Philipp Strobl

Wieviel Europa findet man in Australien? Deutschsprachige Flüchtlinge als kulturelle Mittler/innen zwischen den Kulturen

Zum Referenten:

Priv. Doz. Dr. Philipp Strobl ist habilitierter Historiker am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, wo er für das Wintersemester 2022/2023 zum Universitätsprofessor für „Nationalsozialismus und Holocaust unter Berücksichtigung österreichischer Zeitgeschichte“ bestellt wurde. An der Stiftung Universität Hildesheim leitet er zudem ein wissenschaftliches Forschungsprojekt und ist Herausgeber der geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschrift „Historia Prima“. Zuvor war er an Universitäten in Deutschland, Österreich, den USA, Australien und der Slowakei tätig. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen im Bereich der Neueren und Neuesten Geschichte im Globalen Kontext, der Migrationsgeschichte, der Vernetzungs- und Wissensgeschichte sowie der Konsumgeschichte, der Stadtgeschichte und der Geschichte der Globalisierung.

Strobl hat seine akademische Laufbahn 2007 an der Universität Innsbruck begonnen. Sein weiterer Werdegang war von intensiver internationaler Erfahrung geprägt. Von 2009 bis 2010 war er an der University of New Orleans tätig, wo er einen Master of Arts in Zeitgeschichte absolvierte. Zwischen 2010 bis 2014 war er wieder an der Universität Innsbruck tätig, wo er seine Dissertation mit dem Titel „The Dawning of a Global Age – Globalization and Global Cities 1600 to 1900“ umgesetzt hatte. Zwischen 2011 und 2015

arbeitete er als Lektor des Österreichischen Austauschdienstes am Institut für Angewandte Sprachen der Wirtschaftsuniversität Bratislava. 2015 bekam Strobl ein mehrjähriges Forschungsprojekt vom österreichischen Wissenschaftsfonds gefördert. 2016 und 2017 verbrachte er einen Forschungsaufenthalt an der Swinburne University of Technology in Melbourne. Im Anschluss war er zwischen 2018 bis 2019 wieder an der Universität in Innsbruck tätig. Während dieser drei Jahre beschäftigte sich Philipp Strobl mit der Migration von österreichischen Flüchtlingen nach Australien. Zwischen 2019 und 2022 arbeitete Strobl am Institut für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, wo er sich 2022 im Fach Neuere und Neueste Geschichte habilitierte. Seit 2022 ist Strobl wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, wo er im Wintersemester 2022/23 zum Gastprofessor bestellt wurde. Der Vortrag im Rahmen der Europagespräche basiert auf den Ergebnissen der Forschungsarbeit an seiner Habilitation. Strobl ist Autor, Ko-Autor und Herausgeber zahlreicher Monographien, Sammelbände, Sonderheften von Zeitschriften, Zeitschriftenartikeln und Radio-Dokumentationen.

Zum Vortrag:

Eingeleitet wurde der Vortrag mit Grußworten von Professor Michael Gehler mit besonderen Danksagungen an das Roemer-Pelizaeus Museum Hildesheim für die kurzfristige Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Philipp Strobl eröffnete seinen Vortrag, indem er die Zusammensetzung, Vorgeschichte und Charakteristika österreichischer Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus in Australien beschrieb, mit denen er sich in seinen Forschungen auseinandergesetzt hatte. Es handelt sich bei der Gruppe um Flüchtlinge, die zwischen 1938 bis zum Beginn des Krieges nach Australien geflohen sind. Die Gruppe umfasste etwa 3.000 Menschen, von denen ein Großteil aus Wien stammte. Fast alle Personen aus dieser Gruppe hatten schon in Europa transnationale Erfahrungen gesammelt. Die Mitglieder dieser Gruppe verfügten zudem über einen hohen Bildungsstand: Über 50 % hatten Abitur und 36 % einen akademischen Abschluss. Das war zu dem Zeitpunkt sehr selten. Die meisten Mitglieder dieser Gruppe hatten einen engen Bezug zur Kunst- und Kulturszene in Wien. Politisch waren viele im sozialdemokratischen Lager beheimatet. Als Grund dafür nannte Strobl den Umstand, dass die meisten politischen Parteien im Österreich der Zwischenkriegszeit stark antisemitistisch ausgerichtet waren. Die Flüchtlinge gehörten verschiedenen Konfessionen an. Neben Atheisten befanden sich Katholiken, Protestanten sowie liberale und orthodoxe Juden darunter. Durch die Nürnberger Gesetze wurden viele Menschen in Österreich zu Juden erklärt, unabhängig von deren konfessioneller Zugehörigkeit. Dies zwang sie nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, aus Österreich zu fliehen. Durch die hohe Zahl der Personen, die aus Österreich fliehen mussten, und die begrenzte Aufnahmebereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft kamen auch immer mehr Flüchtlinge nach Australien, obwohl das weit entfernte Land zu dem Zeitpunkt nicht als Einwanderungsdestination galt.

Im nächsten Abschnitt seines Vortrags beschrieb Strobl die Entwicklung der Gesellschaft in Australien. Im Jahr 1770 betrat James Cook als erster Europäer Australien an der südlichen Küste von New Wales und nahm den Kontinent für das Vereinigte Königreich

in Besitz. 1788 kam die britische „First Fleet“ in Australien mit etwa 1.000 Personen an, etwa drei Viertel der Personen waren Häftlinge. Etwa zur gleichen Zeit wurde auch die Stadt Sydney gegründet. Um 1800 wurde dann auch die Insel Tasmanien, der südlichste Teil von Australien, besiedelt. Zu der Zeit gab es dort vorwiegend Sträflingskolonien. Im Laufe des 19. Jahrhunderts setzte dann ein rasches Städtewachstum ein und auch das Bevölkerungswachstum nahm erheblich zu. Während es im Jahr 1840 1,5 Millionen Menschen in Australien gab, waren es 1901 schon 3,7 Millionen. Das lässt sich unter anderem mit Goldfunden im Raum Melbourne im Jahr 1850 erklären, die zahlreiche Migranten anzogen.

1901 wurde der Staat Australien gegründet, trotzdem war das Land zu der Zeit weiterhin an Großbritannien angebunden. Das wird auch dadurch deutlich, dass es in Australien bis 1949 keine australische, sondern nur eine britische Staatsbürgerschaft gab. Im Jahr 1901 wurde eines der ersten Gesetze beschlossen, der „Immigration Restriction Act“, der die Zuwanderung nach Australien limitierte.

Australien verfolge lange Zeit die so genannte „White Australia Policy“, welche nicht nur Zuwanderung aus Asien verhinderte, sondern auch aus europäischen Ländern, die damals als „non-white“ galten (Italien, Osteuropa, etc.). Somit war ab diesem Zeitpunkt nur die Zuwanderung von Briten gewünscht und es fand eine Abschottung gegenüber den meisten anderen Zuwanderergruppen statt. Die politischen Gründerväter Australiens hatten die Idee, ein „Workman᾽s Paradise“ zu gründen, eine klassenlose Gesellschaft der Arbeiter.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, wurden Deutsche und Österreicher, die in Australien lebten, zu Feinden des Vereinigten Königreichs erklärt. Dies spaltete die Gesellschaft. Deutschsprachige wurden als „Enemy Aliens“ klassifiziert, selbst wenn sie die britische Staatsbürgerschaft hatten. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde der Begriff „Enemy Aliens“ wieder aufgegriffen und angewandt.

Diese britisch geprägte Gesellschaft hielt sich bis in die 40er und 50er Jahre und selbst Besucher aus Großbritannien empfanden Australier als „more British than the Brits“. Auch hatte die starke Zuwanderung von Arbeitern im öffentlichen Leben dazu geführt, dass es zu einer gewissen Abneigung gegenüber bürgerlichen Kulturprogrammen kam. So gab es nur wenige kulturelle Angebote wie Theater, Kunst oder Musik. In vielen Bereichen gab es keine akademischen Traditionen, wie zum Beispiel im Feld der Kunstgeschichte oder der Architektur, die man als praktischen Handwerksberuf betrachtete.

Strobl stellte in seinem Vortrag auch die ersten Eindrücke vor, die Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Down Under empfanden. Zeitzeugenberichte und Quellen deuten darauf hin, dass der Großteil der Neuankömmlinge überrascht war, von der Andersartigkeit der Gesellschaft, des Stadtbildes und vor allem von der unterschiedlichen Mentalität der Australier. Um dies zu veranschaulichen, zitierte Strobl den Schriftsteller Paul Hirsch, der das literarische und künstlerische Leben in Melbourne „als nur von lokaler Bedeutung“ empfunden hatte. Hirsch schrieb dazu sogar „dass er enttäuscht war, von der Primitivität der neuen Umgebung“.

Strobl berichtete, dass ab den 1940er Jahren Änderungen in der Gesellschaft in Australien bemerkbar wurden. Zum einem hatte das Land kriegsbedingt seine Immigrationspolitik geändert und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 200.000 Displaced Persons (DPs) aufgenommen. Zum anderen löste sich Australien politisch immer mehr von Groß-

britannien und stärkte seine Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Das hatte zur Folge, dass auch immer mehr kulturelle Angebote geschaffen wurden und dass auch die Nachfrage danach stetig stieg. Diese kulturelle Diversifizierung geht unter anderem auch auf die Vorkriegsflüchtlinge aus Deutschland und Österreich zurück, die in ihrer neuen Heimat ein Angebot schaffen wollten, das sie aus ihrer alten Heimat kannten. So wurde das Angebot an Theatern, Museen, Galerien, etc. auch geographisch immer weiter ausgebreitet. Ein weiterer Punkt, den Strobl ansprach, war das Sport- und Freizeitangebot: Durch die vermehrte kulturelle Anlehnung an die USA ist unter anderem auch das Surfen nach Australien gekommen und hat sich dort weiterentwickelt. Aus Europa kam eine Ski- und Wanderkultur ins Land. Auch die Architektur hat sich gewandelt, es wurden universitäre Studiengänge im Bereich der Architektur etabliert. Die Zuwanderung trieb auch die ethnische Diversifizierung der Gesellschaft weiter voran.

Fakt ist, dass es im Zuge der gesellschaftlichen Diversifizierung zu einem außerordentlichen Kultur- und Wissenstransfer kam, bei dem die Flüchtlinge aus den 1930er Jahren eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Welchen Einfluss diese auch noch auf die heutige Kultur des Landes hatten, machte Strobl an zwei biographischen Beispielen deutlich.

Die erste Person, die Strobl vorstellte, war Gertrude Langer. Langer wurde 1908 in Wien geboren. Sie stammte aus einem großbürgerlichen Elternhaus und hatte die legendäre Schwarzwaldschule in Wien besucht. Danach hatte sie an der Universität Wien Kunstgeschichte unter Professor Josef Strzygowski studiert. Während des Studiums hatte sie eine Vorliebe für die europäische Moderne entwickelt. 1933 hatte sie ihr Doktorat abgeschlossen, wobei sie auch zwei Semester an der Sorbonne in Paris verbrachte. Bereits früh hatte Langer eine enge Verbindung zur französischen Kultur entwickelt, was auch deutlich machte, welche transnationalen Erfahrungen die Gruppe der Flüchtlinge, der 1930er Jahre schon in Europa gemacht hatte. 1939 musste Langer mit ihrem Mann Karl Langer nach Australien fliehen, weil sie auf Grund der Nürnberger Gesetze zur Jüdin erklärt wurde, obwohl sie keine Verbindungen zum Judentum hatte. Als sie in Queensland ankam, ließ sie sich mit ihrem Mann in Brisbane nieder. Die beiden waren die einzigen studierten Kunsthistoriker in der Stadt. Gertrude Langer bemühte sich von Anfang an, sich in der Kunstszene von Queensland zu etablieren. Aufgrund ihres Status als Migrantin und Frau und weil damals die Kunstszene von Männern dominiert wurde, hatte sie jedoch nicht leicht Fuß fassen können. Langer ließ sich davon aber nicht abhalten und gab private Seminare für Kunstgeschichte in ihrer Wohnung. Dies war eine Praxis, die sie aus Wien übernommen hatte. Erst im Jahr 1952 wurde sie zur Kunstkritikerin für den Brisbane Courier-Mail ernannt und hatte somit eine erste offizielle Anstellung im Kunstbereich erhalten. Durch ihre Kritiken wurde Gertrude Langer immer berühmter in Queensland, sodass sie Ende der 50er Jahre schon über 100 Personen pro Jahr unterrichtete und sie sich einen Raum an der Universität anmieten konnte. 1961 gelang ihr dann der große Durchbruch. Sie wurde gebeten, das Queensland-Art-Council zu übernehmen. Dieses war die größte Kunst- und Künstlervermittlungsagentur in Queensland. Durch ihr Engagement erfuhren das Art-Council und somit die Kunstszene in Queensland ein massives Wachstum und auch eine geographische Expansion. Selbst heute, fast 40 Jahre nach ihrem Tod, ist ihr Name aus der Kunstszene von Queensland nicht mehr wegzudenken.

Die zweite Person, die Strobl vorstellte, war Charles William Anton, der eine gänzlich andere kulturelle Pionierleistung in Australien erbracht hatte. Anton wurde 1916 in Wien geboren und stammte aus einer bürgerlichen, jüdischen Familie. Er absolvierte eine technische Ausbildung mit Abitur und arbeitete anschließend in einem englischen Versicherungsbüro in Wien. Anton bereiste verschiedene Länder in Europa und hatte eine Affinität zu England entwickelt. Er war ein begeisterter Skisportler und Mitglied des österreichischen Alpenvereines. Als Charles William Anton 1939 nach Australien floh, wollte er sich zu Kriegsbeginn der australischen Armee anschließen, wurde aber abgelehnt. Im Jahr 1942 wurde er schließlich in ein Hilfscorps aufgenommen. 1945 nahm er an einem interalliierten Skirennen in New South Wales teil und stellte fest, dass es in Australien auch Schnee zum Skifahren gibt. Er nutzte jede freie Minute, um sich in den Bergen von Victoria und New South Wales ein Bild von den Ski- und Wanderangeboten zu machen. Es gab in Australien schon einige wenige Skivereine, die aber zumeist Mitgliedern der oberen Gesellschaftsschichten vorbehalten waren. Er bewarb sich auch bei einem Club, wurde als Migrant aber abgelehnt. Deswegen fuhr er zuerst allein Ski und später mit Freunden, die er für den Sport begeistern konnte. Strobl erwähnte, dass Anton ein außerordentliches Talent besaß, andere zu begeistern. Nachdem Anton einige Zeit in den Bergen unterwegs war, lernte er immer mehr Skiliebhaber kennen und kam zu der Idee, einen Verein nach Vorbild des österreichischen Alpenvereins zu gründen, der offen für jeden Interessierten war. 1950 gründete er dann die „Ski Tourers Association". Sein Ziel war es, eine Infrastruktur von Berghütten in den Bergen von Victoria und New Wales für Wanderungen und Skitouren zu etablieren. Diese Projekte wurden nur durch die Mitglieder des Vereins finanziert. In den 50er stieg dann auch die Nachfrage nach solchen Infrastrukturen und er benannte seinen Verein in „Australian Alpine Club" um. In den 50er und 60er Jahren stieg Anton in das expandierende Geschäft der Skiressortentwicklung ein. Charles William Anton verstarb 1966 im Alter von fünfzig Jahren. Ein Jahr nach seinem Tod wurde ein Berggipfel nach ihm benannt. Charles William Anton war maßgeblich an der Etablierung der Ski- und Wanderkultur in Australien beteiligt.

Philipp Strobl führt an, dass nicht alle nach ihrer Einwanderung solche Erfolge hatten. Es waren auch viele darunter, die keinen Anschluss gefunden hatten. Als Beispiel nannte er den Schriftsteller Paul Hirsch, der aufgrund seiner Flucht nach Australien eine 20-jährige Schaffenspause erlebte und in Australien in Isolation lebte, bis er durch Zufall als deutschsprachiger Schriftsteller (von deutschen Verlagen) wiederentdeckt wurde.

Der Einfluss deutschsprachiger Flüchtlinge auf die australische Gesellschaft war, wie Strobl zeigte, sehr stark. Flüchtlinge etablierten kulturelle, gesellschaftliche und berufliche Strukturen, die dann von der nachkommenden, zahlenmäßig viel größeren Zuwanderungswelle von Nachkriegsflüchtlingen aus Europa bereitwillig aufgenommen und genutzt wurden. Somit spielte diese zahlenmäßig geringe Gruppe eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Entwicklung einer diverseren Nachkriegsgesellschaft in Australien.

Auszüge aus der Diskussion

Die anschließenden Fragen des Publikums wurden in drei Blöcken zusammengefasst, in denen zunächst Fragen gesammelt und anschließend von Strobl beantwortet wurden.

Publikumsfragen (Block 1):

a) *Kam es zu einer ethnischen Gruppenbildung in städtischen Ballungsräumen?*
b) *Wie werden die europäischen Flüchtlinge im Narrativ der Gesellschaftsgeschichte Australiens berücksichtigt?*
c) *Welche Rolle spielte die indigene Kultur Australiens in der Arbeit von Personen wie Gertrude Langer?*

Antworten (Block 1):

a) Schon aus der Not heraus gab es Zusammenschlüsse von Immigranten, wie zum Beispiel aus religiösen Gründen, um sich auszutauschen oder um einfach nicht allein zu sein. Nach ihrer Einwanderung nach Australien organisierten sich viele in verschiedenen Interessengemeinschaften. Sehr wenige dieser Vereine waren allerdings spezifisch österreichisch. Österreichische, jüdische Flüchtlinge hatten zudem ja auch die Möglichkeit, sich deutschsprachigen Theatervereinen, jüdischen, bzw. protestantischen und katholischen Religionsgemeinschaften oder unterschiedlichen Gruppierungen anzuschließen. Die sogenannten Austrian Clubs, die in Sydney und in Melbourne gegründet wurden, waren hier eher eine Ausnahme.
b) Bis in die 50er Jahre haben sich die Australier stark britisch gefühlt. Das hat sich ab den 50er bzw. 60er Jahren geändert und es kam zu einer Öffnung und Multikulturalisierung der Gesellschaft. Dieser Prozess beginnt in den 50er Jahren und dauert bis heute an.
c) Indigene Kulturen wurden in Australien lange Zeit unterdrückt. Ab den 50er und 60er Jahren begann man aber, sich zunehmend mit dem kulturellen indigenen Erbe zu beschäftigen. Dies fand auch Eingang in die Kunstwelt. Personen wie Gertrude Langer versuchten bereits früh, indigene Kulturen in das Angebot der staatlichen Kunstvermittlung zu integrieren. Da kam ihr auch ihre globalgeschichtliche Ausbildung in Wien zugute, bei der sie sehr früh bereits mit den unterschiedlichen Kulturen der Welt in Kontakt kam.

Publikumsfragen (Block 2):

a) *Wie groß war der Einfluss von amerikanischen und europäischen Zuwanderern auf die Unabhängigkeit Australiens?*
b) *Wie wurden diese Menschen, über die wir gesprochen haben, eigentlich offiziell bezeichnet? Sind es Immigranten, sind es Flüchtlinge oder werden sie anders bezeichnet?*

Antworten (Block 2):

a) In der Tat trugen Immigranten aus Kontinentaleuropa sowie US-amerikanische Soldaten, die während des Zweiten Weltkriegs in Australien stationiert waren, zur Lockerung der intensiven Bindung des Landes an Großbritannien bei. Ausschlaggebend war vor allem die Erkenntnis, dass das „Mutterland“ Großbritannien Australiens Sicherheit während des Zweiten Weltkrieges nicht mehr garantieren konnte. 1942 haben japanische Bomber erstmals Städte im Norden des Landes angegriffen. Diese Schockerfahrung hat dazu geführt, dass Australien sich an einen mächtigeren Verbündeten, die USA, anzulehnen begann. Von da an begann man über den britischen „Tellerrand“ hinauszublicken und das Land öffnete sich zunehmend. Die Aufnahme von 200.000 Displaced Persons nach dem Krieg war ja auch keine humanitäre Aktion, sondern wurde aus der Erkenntnis heraus geboren, dass das Land mehr Einwohner benötigte, um sich besser verteidigen zu können.

b) Da Australien keine offizielle Flüchtlingspolitik hatte, wurden die Zuwanderer als Immigranten aufgenommen. Das war problematisch, da diese alle Voraussetzungen für reguläre Migranten erfüllen mussten (Sponsoren, landing money, etc.) Als dann der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurden die Zuwanderer als „Enemy Aliens“ eingestuft und damit rechtlich noch schlechter gestellt. Im Jahr 1942 hat die australische Politik erkannt, dass diese geflohenen Menschen meistens keine Feinde waren und auch nicht als solche bezeichnet werden konnten. Es wurde dann im selben Jahr die offizielle Bezeichnung „Refugee Aliens“ eingeführt.

Abschließend bedankte sich Professor Gehler bei Philipp Strobl für den Vortrag. Er betonte, dass es für zukünftige Europagespräche eine durchaus lohnende Erweiterung sein könne, Außenperspektiven zu integrieren und einen Perspektivenwechsel vorzunehmen.

Der Vortrag von Philipp Strobl wurde am 28.1.2019 gehalten.

Philipp Strobl

„Kultureller Austausch hat enorm viel Innovation in Gang gesetzt“ – Europa, Globalität und Globalisierung

Michael Gehler: *Herzlich willkommen zum Expertengespräch mit unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter Philipp Strobl. Wir möchten gerne das Gespräch mit einer Standardfrage beginnen. Bitte berichten Sie uns etwas über Ihren familiären Hintergrund. Hat etwas eventuell schon auf ein mögliches Geschichtsstudium hingedeutet?*

Philipp Strobl: Ich wurde 1983 in der Nähe von Innsbruck, Österreich geboren und stamme aus einer Unternehmerfamilie. Meine Eltern haben schon früh angefangen, mich literarisch zu fördern. Zuerst wurde mir viel vorgelesen und später habe ich viele Bücher zum Selbstlesen bekommen. Dadurch wurde unter anderem auch mein Interesse an Geschichte geweckt. Ich habe ein humanistisches Gymnasium besucht, das ich aber auf Grund eines familiären Schicksalsschlags verlassen habe, und habe dann eine Lehre als Speditionskaufmann gemacht. Ich hatte mich dann selbständig gemacht und einige Jahre in Niederösterreich gearbeitet. Nach einiger Zeit hatte ich dann den Entschluss gefasst, ein Studium zu beginnen. Dafür konnte ich die in Österreich vorhandene Möglichkeit nutzen, eine Studienberechtigungsprüfung an der Universität Wien abzulegen.

Deborah Cuccia: *Gab es in Ihrer Jugend prägende Lehrer und gesellschaftliche oder politische Vorbilder?*

Philipp Strobl: Die Zeit am Gymnasium habe ich eher als negativ wahrgenommen. Ich habe vor allem das Engagement vieler Lehrer vermisst und aus heutiger Sicht würde ich behaupten, dass viele meiner damaligen Lehrer didaktisch nicht besonders innovativ waren. Es wurde uns beispielsweise nicht beigebracht, wie man richtig lernt, und keine Kompetenzen vermittelt, um Zusammenhänge zu erschließen. Es wurden einfach nur so genannte „Fakten“ übermittelt, die es galt, auswendig zu lernen. Insofern gab es keine Lehrer, die mich deutlich geprägt hatten, mit einer Ausnahme: meine Geschichtslehrerin Frau Degenhart. Sie war genau das Gegenteil von dem eben Geschilderten. Sie hat uns Schüler immer wieder eingebunden. Sie hat sogar auf eigene Kosten historische Romane gekauft, die sie interessierten Schülern geschenkt hat, um sie so zu fördern. Zwei davon habe ich heute noch in meinem Bücherregal.

Michael Gehler: *Sie haben von 2007 bis 2009 an der Universität von Innsbruck Wirtschafts- und Sozialgeschichte studiert. Was bewegte Sie zu diesem Studium?*

Philipp Strobl: Als ich wieder zurück nach Innsbruck gekommen bin und begonnen habe zu studieren, habe ich mich für viele Bereiche der Geschichtswissenschaften interessiert, vor allem für Alte Geschichte und Zeitgeschichte, und war nicht ganz schlüssig, in wel-

chen Bereich ich mich spezialisieren sollte. Nachdem ich vor den Studien schon selbstständig war und einen Bezug zur Wirtschaft habe, waren für mich auch immer schon wirtschaftliche Zusammenhänge sehr interessant. Ich bin dann im Zuge eines Seminares zu Professor Franz Mathis gekommen, mit dem ich dann enger zusammenarbeiten durfte. Er hat mich als Diplomand in ein großes, interdisziplinäres Forschungsprojekt an der Universität Innsbruck vermittelt, für das ich mit einem Stipendium forschen durfte, und so bin ich dann in den Bereich der Wirtschafts- und Sozialgeschichte gekommen.

Michael Gehler: *Was war das Thema Ihrer Diplomarbeit und welche Ergebnisse kamen daraus hervor?*

Philipp Strobl: Das schließt direkt an die erste Frage an. Das war bei Franz Mathis im Projekt „Himat – the History of Mining in the Tyrol and the Adjacent Areas" (Der Bergbau in Tirol und den angrenzenden Gebieten). Der Titel meiner Diplomarbeit war „Eine Region lebt vom Bergbau – das Fallbeispiel Schwaz". Ich habe mich intensiv mit der Bergarbeiterschaft in der Bergbaustadt Schwaz im 16. Jahrhundert beschäftigt und zwar mit einem deutlichen Schwerpunkt auf die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Region. Bislang wurde das Thema eher über einen Zugang in Richtung der Frage behandelt, inwieweit Silber dort abgebaut wurde und welche Effekte das abgebaute Silber auf Wirtschaft und politische Entwicklungen hatte. Ich habe mir hingegen die Kaufkraft der Knappen und Bergarbeiter angesehen und dabei unter anderem festgestellt, dass über die verhältnismäßig hohen Löhne der zahlreichen Facharbeiter eine enorme Kaufkraft in der Region generiert wurde, die nachhaltig für das Wachstum in der Region verantwortlich war. Das abgebaute Silber ist rasch abgeflossen. Die Löhne blieben hingegen in der Region. Die Arbeit wurde dann etwas später auch im Meidenbauer-Verlag in München veröffentlicht.[1]

Deborah Cuccia: *Von 2009 bis 2010 studierten Sie an der Universität New Orleans. Welche Eindrücke konnten Sie in den Jahren in den USA, mit der ausklingenden Amtszeit von George W. Bush, sammeln? Welche Unterschiede erlebten Sie zwischen Österreich und den USA und zwischen Innsbruck und New Orleans?*

Philipp Strobl: Als ich im August 2009 nach New Orleans gekommen bin, war Barack Obama schon einige Monate im Amt. Mir ist aufgefallen, dass eine sehr starke Aufbruchsstimmung und Begeisterung durch die Bevölkerung gegangen ist. Zumindest habe ich das so wahrgenommen. Was mir allerdings auch aufgefallen ist, war die massiv gespaltene Gesellschaft der USA. Das ist heute sogar noch extremer. Die massiven Gegensätze zwischen republikanischer und demokratischer Weltsicht nehmen ja ständig weiter zu. Aufgrund dieser Gegensätze ist es üblich, dass manche Dinge einfach vollkommen negiert bzw. nicht anerkannt werden und als „Fakenews der Gegenseite" abgetan werden. So etwas ist mir sehr stark aufgefallen, nicht nur in Gesprächen mit Amerikanern vor Ort, sondern auch beispielsweise im Studium, wo sich einige Lehrer sogar schwergetan ha-

1 Philipp Strobl, Das Leben mit dem Silber. Die Bergbauregion Schwaz in der Frühen Neuzeit, München 2011.

ben, über eigene Erlebnisse in Europa zu berichten. Das Gesundheitssystem ist beispielsweise ein Thema, das dort sehr sensibel und heikel ist und sehr schnell polarisieren kann.

Michael Gehler: *Sie schlossen dort mit einen Master of Arts in Zeitgeschichte ab: zu welchem Thema und mit welchem Ergebnis?*

Philipp Strobl: Da habe ich mich das erste Mal intensiver mit Migrationsgeschichte beschäftigt. Der Titel meiner Diplomarbeit war „Too little to live and too much to die – The Burgenlanders Immigration to the United States “. In der Arbeit geht es um eine typische Arbeiterwanderung – Wirtschaftsmigration würde man heute sagen – von Menschen aus dem Gebiet des damaligen Burgenlandes, welches nach dem Ersten Weltkrieg von Ungarn abgetrennt und Österreich zugesprochen wurde. Es war eine sehr arme, ländliche und kinderreiche Region, wo eine mehrere zehntausende Menschen umfassende Wanderungsbewegung in die USA eingesetzt hatte, hauptsächlich in den Raum Chicago. Mit dieser Bewegung habe ich mich beschäftigt und versucht kollektivbiografisch herauszuarbeiten, welche Gründe diese Auswanderung hatte und wie sie vonstattenging. Letztendlich habe ich hier auch schon ein Interesse für Bereiche entwickelt, die mich auch heute sehr interessieren und zwar ganz konkret für Fragen nach dem kulturellen Gepäck und dem Wissen, das Migrantinnen und Migranten in ihren neuen Kontext mitgebracht und adaptiert und umgesetzt haben.

Michael Gehler: *In den Jahren von 2010 bis 2014 haben Sie sich nach der Rückkehr nach Tirol wieder an der Universität Innsbruck eingeschrieben und Ihr Doktorat im Bereich der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsstudien gemacht. Nennen Sie uns das Thema und die Ergebnisse.*

Philipp Strobl: Bei meinem Studium in New Orleans bin ich mit „World History“ oder Globalgeschichte in Berührung gekommen. Das ist ein Thema, das erst in jüngeren Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, auch an der Universität Innsbruck. Zum damaligen Zeitpunkt war es dort jedoch nicht wirklich existent. Ich habe mich dann an die einzige mir bekannte Person an der Universität in Innsbruck gewandt, die über Vorerfahrung in dem Bereich verfügt hat, und das war Priv.Doz. Dr. Andreas Exenberger. Er ist auch Wirtschafts- und Sozialhistoriker, aber mit einem volkswirtschaftlichen Zugang. Ich habe mit seiner Unterstützung begonnen, einen Forschungsantrag zu schreiben beim Tiroler Wissenschaftsfond, der auch nach einiger Zeit bewilligt wurde. Mit dieser Finanzierung habe ich beginnen können, mein Thema umzusetzen. Ich habe mich dabei vor allem auf „Global Cities“ (globale Städte) als Ausgangszentren eines weltweit wachsenden Wirtschaftssystems konzentriert. Der Titel meiner Dissertation lautet „The Dawning of a Global Age – Globalization and Global Cities 1600 to 1900“. Ich wollte mit meiner Untersuchung ursprünglich bis in die Zeitgeschichte hineingehen und diese im Jahr 2000 enden lassen. Das Thema hat sich allerdings als so umfangreich herausgestellt, dass ich in Absprache mit Andreas Exenberger beschlossen habe, die Untersuchung im Jahr 1900 enden zu lassen, in einer Zeit also, als die Welt oder wenigstens schon Teile der Welt stark miteinander vernetzt waren.

Deborah Cuccia: *Welche Städte haben Sie in den Blick genommen, wenn Sie von „global cities“ sprechen? Welche Unterschiede oder Vergleiche haben Sie anstellen können?*

Philipp Strobl: Ich habe eine vergleichende Studie gemacht. Der Ausgangspunkt war eine langfristige Fallstudie zu London. Genauer gesagt zu London vom Jahr 1600 bis zum Jahr 1900, jeweils immer untergliedert in bestimmte Perioden 1600, 1700, 1800 und eben auch 1900. Zu jeder Periode habe ich dann andere Städte zum Vergleich herangezogen. Zum Beispiel, im Jahre 1600 war das Amsterdam, da ich die rivalisierenden, sich ausdehnenden Systeme von England auf der einen Seite und auf der anderen Seite das urbanisierte Holland analysieren wollte. Im Jahr 1700 hatte ich dann Mexiko City mit London verglichen. Im Jahr 1800 war es die Hafenstadt Kanton in China und im Jahr 1900 New York.

Michael Gehler: *Was waren die Grundlagen, die Sie für diese Arbeit hatten?*

Philipp Strobl: Wichtige Quellen waren Zeitungsberichte: Es gibt es ein sehr interessantes wissenschaftliches Projekt, das damals glücklicherweise schon sehr weit fortgeschritten war: Die British Library hat ein riesiges Zeitungsarchiv aufgebaut, das zurückgeht bis zum Jahr 1600 und digital erfasst wurde. Da habe ich einen Zugang bekommen und sehr gut damit arbeiten können. Zum anderen gab es aber auch sehr viel Sekundärliteratur, bestehende Studien zu diesen Städten in diesen Zeitraum waren für mich natürlich auch sehr wichtig sowie zeitgenössische Reiseberichte.

Deborah Cuccia: *Sie haben gesagt, dass Sie sich erst im Nachhinein auf die Zeit bis 1900 beschränkt hatten. Was war ursprünglich geplant für das zwanzigste Jahrhundert?*

Philipp Strobl: Ich wollte einen Zwischenschritt setzen mit dem Jahr 1950 und dann 2000 und dabei verschiedene Vergleichspunkte setzen. Für 2000 wäre mir eine Stadt aus dem arabischen Raum vorgeschwebt. Dubai hätte sich da eventuell angeboten. Das ist dann aber leider auf Grund von Zeitmangel nicht zustande gekommen.

Michael Gehler: *Wäre ein Fortsetzungsprojekt denkbar?*

Philipp Strobl: Ein Fortsetzungsprojekt wäre auf jeden Fall denkbar, wenn Zeit und Kapazitäten dafür zur Verfügung stehen würden.

Deborah Cuccia: *Haben Sie bestimmte akademische Lehrer oder Lehrerinnen besonders geprägt?*

Philipp Strobl: Ja, definitiv: also, wie gesagt, Franz Mathis hat eine große Rolle gespielt. Allein deswegen, weil ich zunächst keine konkrete thematische Ausrichtung gehabt hatte und mich für sehr viele Bereiche interessiert habe, als ich zu studieren begonnen hatte. Allein auch die Chance zu bekommen, in einem sehr frühen Stadium ein Forschungsstipendium zu erhalten, als jemand, der das Abitur über den zweiten Bildungsweg gemacht hat und dann an die Universität geht und gewohnt war, im Berufsleben tätig zu sein. Die

Möglichkeit zu bekommen und zu wissen, dass man in dem frühen Stadium schon in der Forschung arbeiten kann, war sehr wertvoll. Mathis hat etwas weiteres sehr Wichtiges für mich getan, für das ich ihm sehr dankbar bin. Er hat mich nach New Orleans vermittelt. Ich habe mich dort für ein Stipendium beworben, das ich in New Orleans gerne gehabt hätte. Das Stipendium ist zwar an jemand anderen vergeben worden, Mathis war allerdings zuständig für den Austausch zwischen New Orleans und Innsbruck und hat sich daraufhin bei seinem Partner in New Orleans, bei Professor Günter Bischof, für mich eingesetzt, ihm von meiner Arbeits- und Studienleistung erzählt und sehr viel Werbung für mich gemacht. Er hat ihm auch ans Herz gelegt, zusätzliche Mittel für meine Anstellung auf die Beine zu stellen, um mich nach New Orleans holen zu können. Das hat Günter Bischof dann auch getan und so ist mir diese erste Auslandserfahrung, die enorm wichtig war für mich und meinen gesamten Werdegang, ermöglicht worden.

Ein weiterer Meilenstein war dann eben New Orleans und Günter Bischof. Er hat mich eigentlich zur Migrationsgeschichte gebracht und mich sehr früh und sehr gut in das Institut dort eingebunden, was absolut keine Selbstverständlichkeit ist. Er hat mit mir zusammen Buchprojekte umgesetzt und ich konnte in der Zeit sehr viel lernen.

Wichtig war dann natürlich im Hinblick auf die Dissertation Andreas Exenberger, mit dem ich meinen Zugang zur Globalgeschichte mit Schwerpunkt Stadtforschung entwickelt habe.

Michael Gehler: *Können Sie uns noch genauer sagen, inwieweit Mathis, Bischof und Exenberger Sie geprägt haben, jenseits der Vermittlung und Unterstützung, die ohnehin dazugehört, und zwar rein bezogen auf die Geschichtsschreibung, das Methodische, Theoretische und das „Geschichte schreiben". Was haben Sie von den dreien gelernt?*

Philipp Strobl: Das ist sicherlich eine sehr wichtige Frage. Ich denke, dass ich am meisten im Bereich der Migrationsgeschichte bei Günter Bischof gelernt habe, der auch sehr viel Wert gelegt hat, aktuelle Literatur zu beachten und Arbeiten auf einem grundlegenden Literaturüberblick aufzubauen. Das sind alles so scheinbar „selbstverständliche" Dinge. Dieses Handwerkszeug muss man aber trotzdem auch vermittelt bekommen. Biographische Sichtweisen und Oral History waren Perspektiven, die ich bei Günter Bischof kennen und schätzen gelernt habe. Andreas Exenberger auf der anderen Seite hat mir Theorien und Forschungen zu Global Cities nahegelegt, somit habe ich da auch einen guten Einblick bekommen. Das quantitative Arbeiten stand hingegen bei Franz Mathis im Vordergrund.

Deborah Cuccia: *Gibt es darüber hinaus Historiker oder Historikerinnen, die möglicherweise Vorbilder für Sie sind? Und wenn ja, warum?*

Philipp Strobl: Also dezidierte Vorbilder würde ich keine nennen. Ich versuche so viel wie möglich aufzunehmen und für mich zu verwenden, insofern freut es mich immer wieder sehr, wenn ich ansprechende Theorien, Aussagen oder Ansätze finde, die ich für meine Überlegungen zur Wissensgeschichte und zum Kulturtransfer verwenden oder ad-

aptieren kann. Bücher wie „Postwar: A History of Europe Since 1945“ von Tony Judt[2] oder die Werke zur Wissensgeschichte von Peter Burke[3] sind für mich sehr interessant und wichtig. Auch im Bereich der globalen Geschichte, beispielsweise John und William McNeal mit den Theorien zum Human Web.[4] Das sind Ansätze, die mich sehr interessieren und wo ich mich sehr freue, wenn ich diese lesen, adaptieren und verbinden kann mit meinen eigenen Forschungen.

Michael Gehler: *Im Zeitraum von 2011 bis 2015 waren Sie an der Wirtschaftsuniversität Bratislava als Lektor am Institut für angewandte Sprachen tätig. Wie kam es dazu und in welchen Zusammenhang stand dieser Aufenthalt mit Ihren historischen Studien?*

Philipp Strobl: Bratislava war eine Lektoratsstelle. Ähnlich wie es in Deutschland den DAAD gibt, so gibt es in Österreich den österreichischen Austauschdienst und dieser entsendet – soweit ich mich korrekt erinnere – Lektoren an etwa 100 Standorte in 31 Länder der Welt. Es gibt verschiedene Fachrichtungen, die gefragt sind. Geschichtswissenschaften spielen immer wieder eine Rolle. In Bratislava hatte ich die glückliche Situation, viel freie Hand bei der Planung und Gestaltung von Lehrveranstaltungen zu haben, und konnte deswegen Geschichte auch sehr stark einbinden. Ich habe dann auch Landeskundevorlesungen soweit adaptiert, dass ich beispielsweise ein Semester lang über Deutsche Geschichte zwischen 1870–1871 und 1989 sprechen konnte. Das war sehr positiv und ist auch gut aufgenommen worden. In Bratislava, muss man sich vorstellen, waren die Mittel der Universität sehr begrenzt. Mittel für besondere Lehrveranstaltungen mussten daher von alternativen Quellen kommen. Ich habe mich diesbezüglich an den ÖAD, den DAAD und die österreichische Botschaft gewandt, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Zusätzlich dazu habe ich auch begonnen, mich nach weiteren Fördergeldern umzusehen, und dann verschiedene Lehrveranstaltungen organisiert, wie zum Beispiel eine Ringvorlesung zur österreichischen Geschichte, für die ich Vortragende aus Österreich nach Bratislava gebracht habe sowie eine Exkursion mit Studierenden nach Wien. Das war eine sehr produktive Zeit.

Deborah Cuccia: *Im Jahr 2015 waren Sie beim österreichischen Bundesverlag in Wien als Redakteur im Bereich Geschichte und politische Bildung tätig. Welche Einblicke konnten Sie hier erhalten?*

Philipp Strobl: Der Einblick in die Gestaltung, Planung und der Konzeption von Schulbüchern war für mich sehr wichtig und die Zeit beim ÖBV habe ich als äußerst positiv in Erinnerung. Man hat mich dort beschäftigt, mit dem Hauptziel, eine neue Schulbuchserie für die Unterstufe im Gymnasium im Bereich Geschichte und Politische Bildung auf die Beine zu stellen. Das war dann dort auch meine Hauptaufgabe und da habe ich sehr viel

---

2 Tony Judt, Postwar: A History of Europe since 1945, New York 2005.
3 Peter Burke, What is the History of Knowledge, Croydon 2016; Peter Burke, A Social History of Knowledge: From Gutenberg to Diderot, Cambridge 2000.
4 John McNeill/William McNeill, The Human Web: A Bird’s Eye View of World History, New York 2003.

Fachliches mitnehmen können. Zum Beispiel Lehrpläne, die in der Zeit in Österreich gerade unter der Federführung von Christoph Kühberger neu entstanden sind. Ich habe auch sehr profitiert von dem Umgang mit Lehrerinnen und Lehrern. Ich bin sehr viel hinausgefahren in die Schulen, habe mit Lehrern und Lehrerinnen gesprochen und versucht herauszufinden, was dort benötigt wird. Das war eine sehr wichtige Erfahrung.

Michael Gehler: *Und was wurde benötigt?*

Philipp Strobl: Da gab es eine Vielzahl von Themen. Ein Thema, das im Jahr 2015 noch stark unterentwickelt war, waren digitalisierte und didaktisierte Kurzfilme für den Unterrichtsgebrauch. Lehrer mussten vielfach YouTube-Videos zeigen und im Klassenraum streamen. Das ist problematisch, allein schon wegen der Copyright-Situation bzw. den teilweise schlechten Datenverbindungen in den Klassenräumen. Und ganz abgesehen davon sind diese Filme auch meistens nicht didaktisiert, d. h. es gibt dazu auch keine Lehrkonzepte. Ich habe mich an das österreichische Filmmuseum gewandt und dort die Idee präsentiert, Unterrichtskonzepte mit Videos zu machen. Wir haben dann gemeinsam versucht, das Knowhow der beiden Institutionen – Schulbuchverlag und Filmmuseum – zu bündeln. Das Ziel war, eine digitale Plattform für Lehrerinnen und Lehrer zu entwickeln, auf der rechtefreie und didaktisierte Kurzfilme, bzw. Filmsequenzen für den Unterrichtsgebrauch kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. Wir haben das alles schon sehr gut organisiert und das Projekt hätte 2016 starten sollen. Ich bin dann allerdings nach Australien gekommen und es hat Personal- bzw. Ressourcenmangel beim Verlag gegeben und deswegen ist diese Idee leider wieder verworfen wurden, obwohl auch schon der Launch der Homepage für 2016 avisiert war.

Deborah Cuccia: *Welche Eindrücke konnten Sie generell vom österreichischen Verlagswesen sammeln?*

Philipp Strobl: Verlagswesen oder Schulbuchwesen?

Michael Gehler: *Verlagswesen und Schulbuchwesen. Das ist sehr interessant für viele Deutsche. Die wissen nicht, dass man in Österreich sehr viele Schulbuchangebote hat, die auch die längste Zeit gratis waren bzw. immer noch gratis sind, und die Eltern in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen wählen können, welches Geschichtslehrbuch die Schüler und Schülerinnen bekommen. Da haben Sie sicher auch die Breite und Varianz dieser Schulbücher und des Verlagswesens möglicherweise im Hinterkopf?*

Philipp Strobl: Wie Sie sagten, haben Lehrer sehr viel freie Hand. So wie ich das mitbekommen habe, bestimmen einige wenige Lehrer in den Schulen die Wahl der Bücher. Es gibt da ein breites Angebot und eine sehr starke Konkurrenzsituation. Der Staat nimmt dafür sehr viel Geld in die Hand, jedes Jahr in etwa 100 Millionen Euro. Das ist ein Luxus, den sich Österreich leistet. Insofern ist das natürlich spannend, aber auch eine massive Konkurrenzsituation, in der die Verlage im ständigen Wettstreit zueinanderstehen.

Abseits des Schulbuchwesens habe ich eher Unterschiede festgestellt, nicht so sehr zwischen dem österreichischen und deutschen Verlagswesen, sondern eher zwischen dem

deutschsprachigen und dem englischsprachigen Buchmarkt. Da lassen sich größere Unterschiede feststellen, besonders bei den akademischen Publikationen, wo es im deutschsprachigen Raum absoluter Standard ist, allein auch auf Grund des kleineren Marktes, Bücher mit Druckkostenzuschüssen, die teilweise sehr hoch sind, zu finanzieren. Im englischsprachigen Raum ist mir sowas nicht untergekommen. Da werden Bücher auf Vorschlag vom Verlag aus in der Regel voll finanziert und Autoren bekommen sogar noch Honorare dazu. Das liegt wohl an dem viel größeren englischsprachigen Markt.

Deborah Cuccia: *Sehen Sie mit politischer Bildung ein Abgrenzungs- bzw. ein Übernahmeproblem der Zeitgeschichte?*

Philipp Strobl: Ich glaube eher, dass hier die Gemeinsamkeiten überwiegen. In der politischen Bildung werden mehr Typologien und Muster entwickelt für den zukünftigen Umgang mit bestimmten Problemen. In der Zeitgeschichte versuchen wir die Vergangenheit zu analysieren, um daraus Lehren zu ziehen. Aber ich denke, dass es sehr wichtig ist, diese beiden Bereiche zu kombinieren und zu verbinden. In der Schule, zumindest in Österreich, enthält das Fach Geschichte zugleich auch Politische Bildung und Sozialkunde. Ich denke, dass das definitiv Sinn macht, und ich glaube, dass sich daraus sehr gut Synergien für eine Zusammenarbeit zwischen Zeithistorikern und Politikwissenschaftlern ergeben.

Michael Gehler: *2016 und 2017 waren Sie als Postdoc Research Fellow am Centre for Urban Transitions der Swinburne University of Technology in Melbourne (Australien) tätig. Wie kam es dazu und welche Eindrücke empfingen Sie in Australien?*

Philipp Strobl: Das war, würde ich sagen, eine der prägendsten Zeiten in meinen Leben. Ich hatte 2015 ein dreijähriges Forschungsprojekt, zwei Jahre in Australien und ein Jahr an der Universität Innsbruck, voll finanziert bekommen. Zum Zeitpunkt, als ich diese Zusage bekommen habe, war ich festangestellter Mitarbeiter beim österreichischen Bundesverlag und habe einen Job gemacht, der mich sehr gefreut hat und mir sehr viel Spaß gemacht hat. Ich habe allerdings diese Chance nicht ausschlagen können und bin dann nach Australien gegangen.

Jetzt bin ich allerdings etwas abgewichen. Zu der Frage, wie es dazu gekommen war: Ich hatte Kontakt zu Klaus Neumann, einem Historiker in Melbourne. Der hatte damals eine Professur an der Swinburne University of Technology in Melbourne inne und hatte mir vorgeschlagen, gemeinsam einen Antrag für ein Forschungsprojekt beim Australian-Research-Council zu stellen. Der Antrag sollte sich mit einem Thema beschäftigen, mit dem ich mich bereits seit einiger Zeit auseinandergesetzt habe, also mit Flüchtlingen in der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Ich habe allerdings den Antrag dann nicht über das Australian-Research-Council eingereicht, sondern über den österreichischen Wissenschaftsfonds. Dieser ist dann auch bewilligt worden. Ich bin dort hingekommen und habe aber leider schnell festgestellt, dass ich den ungünstigsten Zeitpunkt erwischt habe, um an diese Universität zu gehen. Die Swinburne University hatte ein sehr erfolgreiches und renommiertes Institut, das Institute for Social Research. Dieses wurde bei meiner Ankunft im Jahr 2016/17 aufgrund wenig transparenter, universitätsinterner Entscheidungen auf-

gelassen und in ein anderes Institut überführt. Die Entscheidung war umso merkwürdiger, als dass die Universität sehr viele, sehr gute Leute im Laufe der Zeit anwerben hatte können. Die hat man dann auf Grund einer meiner Meinung nach sehr intransparenten Entscheidung alle vor den Kopf gestoßen und versucht, schnell wieder loszuwerden. So ist die komplette Spitzenriege des Instituts beispielsweise geschlossen zu anderen Universitäten gewechselt. Darunter war auch Klaus Neumann. Das war alles im Frühjahr 2016, als ich dort hingekommen bin. Ich war dort nun auf mich allein gestellt. Klaus Neumann, dafür bin ich ihm sehr dankbar, hat mich weiterhin auch sehr gut beraten. Wir haben uns weiterhin zusammensetzen können und meine Arbeit auch besprechen können. Im Endeffekt war ich aber isoliert am Institut. Ich habe dann versucht, mit den restlichen Personen, die dort verblieben sind, zusammenzuarbeiten. Ein sehr gutes Ergebnis solcher Bemühungen war ein Band, der bei Palgrave in London im Jahr 2019 erschienen ist, zum Kulturtransfer in Skiresorts.[5]

Warum habe ich in der Zeit sehr viel gelernt? Warum war das wissenschaftlich trotzdem eine sehr wichtige Zeit für mich? Das war, weil ich mich entschlossen habe, sehr viele Artikel in Fachzeitschriften zu publizieren, von denen ich vorher noch nicht viele geschrieben hatte. Ich habe dann einiges publiziert und eingereicht und habe von den Reviews und den Gutachten enorm viel gelernt. Teilweise bin ich so erst auf Ansätze gekommen, die ich jetzt auch für meine Habilitation verwende. Wie gesagt, durch das Schreiben und das Veröffentlichen habe ich sehr viel gelernt. Die Erfahrung, in Australien zu arbeiten und zu leben, war für mich aus interkultureller Sicht zudem eine extrem wichtige und lehrreiche.

Deborah Cuccia: *Welche Forschung betrieben Sie in Melbourne? Das haben Sie schon sehr ausführlich behandelt. Hatten Sie dort spezielle Förderer und Mentoren?*

Philipp Strobl: Wir haben das ja bereits schon kurz angesprochen. Da gab es Klaus Neumann, einen Professor für Geschichtswissenschaften, der mich dort hingeholt hat und mir immer wieder sehr wertvolle Tipps gegeben hat, auch in der Frage der Konzeption meiner Arbeiten sowie der Fragen, wie sich die größere Arbeit weiterentwickeln und wie sich diese fassen lässt. In diesem Bereich habe ich sehr viel von ihm gelernt. Ansonsten muss ich wieder auf die Reviews und anonymen Gutachter verweisen, von denen ich sehr viel mitgenommen habe.

Michael Gehler: *2018 waren Sie an der Universität in Innsbruck tätig, und zwar als Senior Postdoc Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte. Wie kam es dazu und welche Eindrücke konnten Sie dort mitnehmen? Warum war diese Station zeitlich so begrenzt?*

Philipp Strobl: Sie war nur so kurz, weil ich nicht länger vom österreichischen Wissenschaftsfonds finanziert wurde: Es war von vornherein klar, dass ich zwei Jahre in Australien und ein Jahr an einer Institution in Österreich sein werde. Ich habe dafür das Zeit-

---

5 Philipp Strobl/Aneta Podkalicka (eds.), Leisure Cultures and the Making of Modern Ski Resorts, London 2019.

geschichteinstitut in Innsbruck gewählt. An der Universität Innsbruck habe ich ein gutes Arbeitsumfeld gehabt. Davon habe ich sicher profitieren können. Es war allerdings auch so, dass generell eher wenig fachspezifisch zusammengearbeitet wurde. Ich habe dann wieder intensiv versucht, mit anderen Kollegen zusammenzuarbeiten und gemeinsam etwas zu entwickeln. Ein sehr schönes Ergebnis dieser Bemühungen war eine Tagung zur Displaced-Persons-Forschung, die ich gemeinsam mit Nikolaus Hagen gehalten habe, der zu diesem Zeitpunkt als Postdoc-Forscher am Institut war. Aufgrund der Ergebnisse der Konferenz hatten wir dann gemeinsam einen Forschungsantrag entwickelt, der zur Zeit beim österreichischen Wissenschaftsfonds in Begutachtung ist. Das kam aber alles quasi „von unten“. Schöner wäre es gewesen, wenn man dort an das Knowhow und die Netzwerke von etablierten Professoren andocken hätte können, um gemeinsam etwas Größeres zu entwickeln. Forschungstechnisch gab es am Institut aber eher Einzelkämpfer, das habe ich als nachteilig empfunden. Ansonsten habe ich mich am Institut aber sehr wohl gefühlt. Dazu hat unter anderem auch die Leiterin des Instituts, Ingrid Böhler, beigetragen, die immer sehr um ein angenehmes Betriebsklima bemüht war und sich sehr für den Zusammenhalt am Institut eingesetzt hat.

Deborah Cuccia: *2019 wechselten Sie von der Universität Innsbruck an die Stiftungsuniversität Hildesheim. Was waren die Gründe und die Motivation für diesen Wechsel?*

Philipp Strobl: Einiges habe ich schon angesprochen. Neben dem Reiz, eine neue Forschungslandschaft und ein neues Forschungs- und Arbeitsumfeld kennen zu lernen, spielen Zukunftsperspektiven eine große Rolle. Sehr wichtig ist es mir auch, in Hildesheim mein Habilitationsprojekt umsetzen zu können. Das sehr angenehm verlaufene Vorstellungsgespräch im vergangenen September hat ebenso dazu beigetragen, diesen Schritt zu wagen.

Michael Gehler: *Was bedeutet für Sie diese erstmalige akademische Station in Deutschland? Was erhoffen Sie sich davon und welche Vorstellung hatten Sie eigentlich von Deutschland, als Sie hierhergekommen sind?*

Philipp Strobl: Ich denke, dass die Größe des Landes und der akademischen Landschaft eine bedeutende Rolle spielt. Deutschland bildet den größten Wissenschaftsraum Europas. Das war einer der für mich ausschlaggebenden Punkte. Ein anderer Punkt ist, dass ich vermute – sagen kann ich es allerdings nicht definitiv –, dass die Fördersituation hierzulande noch um einiges besser aussieht als andernorts. Österreich ist da zwar auch nicht so schlecht aufgestellt, aber in Australien oder in den USA sieht die Lage meiner Meinung nach nicht so rosig aus. In Australien gibt es für größere geisteswissenschaftliche Projekte meinem Kenntnisstand nach nur einen einzigen Fonds, bei dem die Förderquoten bei rund 10 Prozent liegen. Es ist dort sehr schwer, größere Drittmittelprojekte zu akquirieren. Das wirkt sich auf Dauer natürlich katastrophal auf die Forschungslandschaft aus.

Ein weiterer interessanter Vorteil, den ich mir von der Arbeit in Hildesheim erhoffte, ist eine bessere Vernetzung. Die Möglichkeit der Vernetzung in diesen größeren Raum ist sicher sehr wichtig. Isolation führt meiner Meinung nach zu Stillstand und so erhoffte

ich mir viel von der Einbindung in diesen umfassenderen Forschungs- und Bildungsraum.

Deborah Cuccia: *Ich habe nochmals eine Frage zu den zwei Jahren in Melbourne und dem einen Jahr in Innsbruck. Das war ja im Rahmen eines Erwin-Schrödinger-Stipendiums. Vielleicht können Sie uns dazu noch etwas mehr sagen? Das kennt man in Deutschland eigentlich gar nicht. Was ist das genau?*

Philipp Strobl: Das Erwin-Schrödinger-Stipendium ist ein Nachwuchsförderungsprogramm des österreichischen Wissenschaftsfonds. Der Hintergrund ist der, dass die österreichische Universitätslandschaft lange Zeit sehr abgeschottet war – langsam bessert sich das. Als dieses Programm in den 1980er Jahren ins Leben gerufen wurde, hat man gesagt, es ist absolut notwendig, Nachwuchswissenschaftler aus Österreich ins Ausland zu schicken, um deren Perspektiven zu erweitern, damit sie sehen, wie es andernorts läuft, und mit neuen Konzepten und Partnerschaften wieder zurück nach Österreich kommen. Konzipiert ist das Ganze so, dass man eine Auslandsphase hat, in meinen Fall waren das zwei Jahre und dann eine Rückkehrphase, das war in meinen Fall ein Jahr. Das war als Anschub- und Ausbildungsprogramm gedacht für jüngere Wissenschaftler. Der Grundgedanke dahinter ist also, junge Forscherinnen und Forscher ins Ausland zu schicken, damit diese dort Neues lernen und Kontakte knüpfen. Sie sollen dann wiederum neue Impulse für die österreichische Forschungslandschaft nach ihrer Rückkehr mitbringen. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen, die dieses Stipendium erhalten haben, hatten sich aber nach ihrer Rückkehr schwergetan, in Österreich eine dauerhafte Stelle zu finden, und sind dann wiederum ins Ausland gegangen. Österreich sollte sich daher dringend überlegen, wie man diese gut ausgebildeten und international erfahrenen Menschen im eigenen Land halten kann.

Michael Gehler: *Wir gehen zu Fachfragen zur Europaforschung und Geschichtswissenschaft über. Inwiefern haben Ihre bisherigen Forschungen und Fragen mit der europäischen Geschichte zu tun gehabt?*

Philipp Strobl: Prinzipiell haben nahezu alle meine Forschungen einen Europabezug, in welcher Form auch immer. Ich habe mich beispielsweise mit transnationalen Akteuren beschäftigt, die ihren Ursprung in Europa hatten, generell aber auch mit anderen lokalgeschichtlichen, europäischen Themen. So habe ich beispielsweise für die Stadt Innsbruck eine umfangreiche Wirtschaftsgeschichte verfasst. Ein weiterer, großer Schritt war meine globalgeschichtliche Dissertation, in der ich mir unter anderem auch die Entwicklung von europäischen Großstädten wie London, bzw. Amsterdam in der Neuzeit angesehen habe. In meiner aktuellen Habilitationsschrift beschäftige ich mich mit europäischen, jüdischen Flüchtlingen in Australien. Sehr vieles hat hier also Europabezug.

Deborah Cuccia: *Wie sieht Ihre Konzeption von europäischer Geschichte aus?*

Philipp Strobl: Zum einen handelt es sich um die Geschichte des Kontinents und der Menschen. Andererseits stellt sich auch die Frage, ab wann Europa als Europa wahrge-

nommen wurde. Ab wann kann man also von Europa sprechen? Hier spielen äußere Bedrohungen, wie der Kampf gegen die Araber in Spanien, bzw. die späteren Türkenkriege sicherlich eine identitätsstiftende Rolle.

Michael Gehler: *Was bedeutet Europa als Idee für Sie?*

Philipp Strobl: Das ist ein essentielles und notwendiges Konzept. Nicht nur als Friedenskonzept, sondern auch, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Deswegen stellt sich die Frage nicht: „Europa: Ja oder Nein?“, sondern nur „Europa – wie stark und wie intensiv“. Ich glaube, die EU ist ein Projekt, auf das man in Europa nicht mehr verzichten kann und darf.

Deborah Cuccia: *Was ist das Spezifische der europäischen Idee oder der Europaidee im Unterschied zu anderen Räumen? Gibt es zum Beispiel eine australische Idee, eine afrikanische Idee, eine amerikanische oder eine panamerikanische Idee? Vielleicht hat man bei der panamerikanischen Idee eher weniger Probleme, aber was ist das Spezifische der „Idee Europa“? Wenn Sie das konkretisieren müssen: Sind es die Menschen, die Immigration? Da steckt ja schon einiges drin.*

Philipp Strobl: Eine der größten Besonderheiten Europas ist seine Vielfalt. Ich denke, dass die Entwicklung in Europa stets vom Wettstreit unter den einzelnen Staaten, Reichen, Imperien, bzw. Völkern profitiert hat. Dieser Wettbewerb hat viel Positives geschaffen, hat aber auch zu schrecklichen Kriegen geführt, in denen Positives wieder vernichtet wurde – sehen Sie sich nur die verheerenden Auswirkungen des Dreißigjährigen Kriegs bzw. des Ersten Weltkriegs an. Nun leben wir heute in einer gemeinsamen Europäischen Union, in einem gemeinsamen Friedensprojekt, das Wettbewerb fördern, gewaltsamen Wettstreit aber verhindern soll. Es ist daher wichtiger denn je, einen Konsens zu finden. Es geht darum, die rege Ideenvielfalt in Europa unter einen Hut zu bringen und dabei ein Auseinanderdriften des einzigartigen Friedensprojektes zu vermeiden. Das sollte meiner Meinung nach eine unserer vorrangigen Zukunftsaufgaben sein.

Deborah Cuccia: *Jetzt haben Sie von Frieden gesprochen. Nun war Europa einer der Kontinente mit den meisten Kriegen, die die Menschheit erlebt hat, auch mit vielen Friedensschlüssen, die aber nicht immer so lange hielten. Wir hatten hier besonders lange Kriege. Den Hundertjährigen Krieg, den Dreißigjährigen Krieg, zwei, eigentlich drei Weltkriege, wenn Sie den Siebenjährigen Krieg miteinbeziehen. Dann gab es auch noch den Kalten Krieg. Ohne Deutschland wäre Europa gar nicht denkbar, also ist eine Friedensidee grandios gescheitert bis 1945 oder sogar bis 1989–90?*

Philipp Strobl: Man muss sich auch überlegen, wie dominant Friedensideen zu unterschiedlichen Zeiten waren. Im Zeitalter der grassierenden Nationalismen war die Idee von Europa nur in den Köpfen einiger weniger vertreten, die zumeist auch als Fantasten abgetan wurden. Diese Menschen hatten natürlich wenig Chancen, sich gegen den Mainstream durchzusetzen mit der Idee eines Friedensprojektes. Wichtig war, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt hat, dass es generell unabdingbar ist, dass Erzfeinde wie

Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten und auch einmal Abstriche machen und Kompromisse eingehen müssen. Seitdem die Big Player Deutschland und Frankreich ihre Rivalitäten beiseitelegen konnten, hat das Friedensprojekt auch Früchte getragen. Die Frage ist jetzt, in welche Richtung wir uns weiterentwickeln. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dessen Langzeitfolgen erleben wir ja wieder etwas, das wir langsam schon als überwunden geglaubt hatten: das Wiederaufkeimen des Nationalismus in Europa. Diese Entwicklung hat dem Kontinent dann auch wieder sichtbare, neue Katastrophen gebracht, wie die Jugoslawien-Kriege und seit 2014 den Krim-Krieg. Eine wichtige Zukunftsfrage sollte also meiner Meinung nach lauten, wie gehen wir in einem geeinten und gegenseitigen Europa mit Nationalismus-Bestrebungen um.

Michael Gehler: *Wann ist Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich auch als politisches Projekt erkennbar und wahrnehmbar geworden?*

Philipp Strobl: Der EU-Beitritt von Österreich hat für mich eine große Rolle gespielt. Meine Eltern haben das Thema auch sehr intensiv verfolgt und auch natürlich mit uns Kindern darüber gesprochen. Dann sind diese Debatten teilweise in den Schulen weitergeführt worden. Das war dann schon eine Zeit, wo mir das Thema EU wirklich bewusstwurde.

Ein weiteres wichtiges Erlebnis war dann meine selbstständige Arbeit ab dem Jahr 2002. Ich habe zu dem Zeitpunkt eine kleine Marketing-Agentur betrieben, mit der ich Kunden in verschiedenen Gegenden Ostösterreichs betreut habe. Ich komme ursprünglich aus dem Westen Österreichs und diese Tätigkeit war in der Osthälfte des Landes. Da bin ich oft an die Staatsgrenze zu Tschechien, Ungarn und der Slowakei gekommen. Das war vor, während und nach der EU-Osterweiterung, und es war ab 2004 möglich, die Grenze ziemlich problemlos zu überqueren und neue Kulturen und Sprachen kennenzulernen.

Ein weiterer entscheidender Meilenstein war für mich, eine Außenperspektive durch mein Studium in den USA einzunehmen. Das war eine ganz neue Erfahrung, die ich gemacht habe. Als Europäer hat man sich dort nämlich zunächst immer als Europäer vorgestellt. Das war für mich neu. In weiterer Folge war man dann natürlich schon Franzose, Deutscher oder Österreicher, aber in erster Linie war man Europäer.

Deborah Cuccia: *Wo sehen Sie die Grenzen des gemeinschaftlichen Europas?*

Philipp Strobl: Hauptsächlich meiner Meinung nach an den nationalen Eigenbestrebungen der Mitgliedsstaaten. Das ist etwas, an dem Europa massiv arbeiten muss. Solange Menschen sich nicht mit der Europäischen Union und mit Europa identifizieren und hauptsächlich auf sich selbst schauen, solange wird es der EU-Gedanke auch relativ schwer haben. Das ist sicherlich eine der größten Schwierigkeiten, mit der die EU zu kämpfen hat.

Michael Gehler: *Steht sich das zwingend gegenüber? Nationalstaatsgedanke und europäischer Gedanke?*

Philipp Strobl: Wenn man sich hauptsächlich auf nationale Ideen und Interessen konzentriert, dann schon. Wir sehen es jetzt an verschiedenen Bestrebungen, in Polen, in Ungarn und leider auch in Österreich. Es kann ja auch nicht sein, dass man EU-Fördermittel und Ausgleichsmittel in Anspruch nimmt, diese im eigenen Land positiv einsetzt und aber zugleich immer auf die EU schimpft. Diese Entwicklung folgt immer einem bestimmten Muster. So lange alles gut läuft, ist der Nationalstaat dafür verantwortlich. Wird etwas problematischer, kann man die ferne und weniger greifbare EU dafür verantwortlich machen. Ebenso führt diese massive Rückbesinnung auf nationalstaatliche Denkmuster, die wir vor allem in den vergangenen Jahren in einigen Staaten erleben, auch zu einem Auflockern der europäischen Solidarität und das ist eine gefährliche Entwicklung. Ich glaube, dass es im Sinne der Stärkung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühl Sinn machen kann, bei Identifikationen Regionalität zu fördern.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Historiker und Historikerinnen für den Europagedanken?*

Philipp Strobl: Eine bedeutende: Historikerinnen und Historiker zeichnen ein Bild unserer Vergangenheit und geben so auch vor, wie eine Gesellschaft Vergangenes betrachtet. Eine wichtige Aufgabe für Historikerinnen und Historiker in Bezug auf Europa liegt wohl darin, den Konstruktionscharakter des Nationalstaates aufzuzeigen und uns bewusst zu machen, dass Geschichte sehr lange Zeit aus einer nationalstaatlichen Perspektive heraus betrachtet und konstruiert wurde. Ein gutes Beispiel für diese nationalstaatlichen Konstrukte ist die „österreichische Geschichte", als man versucht hat, nach 1945 eine eigene Geschichte eines neutralen Kleinstaates zu konstruieren, und sich dabei bewusst von größeren Verbindungen, zu den nördlichen oder den östlichen Nachbarn abgegrenzt hat. Dabei wurden jahrhundertealte Verbindungen negiert, um eine historiographische Rechtfertigung für den Nationalstaat Österreich zu legen. Um diese Konstruktionen aufzuzeigen bzw. um andere Perspektiven darzulegen, können Historikerinnen und Historiker natürlich einiges machen. Letztendlich geht es immer um die Frage der Perspektivität. Ein weiterer Fokus auf Vernetzungen, auf Gemeinsamkeiten, auf gemeinsame geschichtliche Entwicklungen des Phänomens Europa ist hier sicherlich ratsam.

Michael Gehler: *Wir hatten ja die Situation nach dem Ersten Weltkrieg, dass deutsche Historiker bewusst von der Community ausgeschlossen wurden und nicht an internationalen Historikertagen teilnehmen durften. Wir hatten Historikerschulen, die sehr am nationalstaatlichen oder gar nationalistischen Geschichtsparadigma orientiert waren und die Nation als entscheidend betrachtet haben. Nun steht das Europathema so im Vordergrund, dass eine neue, zu starke Ausrichtung mit neuen Einseitigkeiten die Folge sein kann. Jetzt ist es nicht mehr die Nation, sondern die Union. Von anderer Seite betrachtet bietet aber die Union mehr Verbindungs-, Vergleichs- und Verständigungschancen. Inwiefern betrifft das Ihre Arbeit und gibt es eventuell ein konkretes Beispiel, das Sie nennen können?*

Philipp Strobl: Ich denke, dass es schon gut ist, einen größeren Bezugsrahmen für Forschungen zu haben. Ich meine, dass man sich nicht rein auf einen Staat konzentriert und

im Rahmen der Europäischen Union einen größeren Raum betrachtet, bietet schon eine gute Erweiterungsmöglichkeit. Die intensivierte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene finde ich auch sehr gut. Die Forschung kann nur profitieren von internationalen Konferenzen, Forschungsförderprogrammen und dem Austausch von Historikerinnen und Historikern aus verschiedenen Räumen. Das ist eine richtige und wichtige Entwicklung.

Michael Gehler: *Wie ist die europäische Integration als Prozess zu erklären?*

Philipp Strobl: Ich denke, über die Notwendigkeit, sich zu arrangieren. Der Erste und Zweite Weltkrieg haben gezeigt, dass das bedingungslose Verfolgen eigenstaatlicher Interessen nicht zielführend war und in Katastrophen gemündet hat, genauso auch der Nationalismus der 1930er Jahre nach der Krise. Es war meiner Meinung nach ein notwendiger Prozess, der in Gang gesetzt wurde, aufgrund der Notwendigkeit mit- und nebeneinander zu koexistieren.

Deborah Cuccia: *Welche Rolle spielt dabei die Ideengeschichte als Erklärungsmuster?*

Philipp Strobl: Diese Disziplin bietet sehr gute Möglichkeiten, diese Prozesse des Zusammenwachsens nachzuzeichnen – gerade, weil Ideengeschichte per se nicht bei der nationalstaatlichen Grenze aufhört, sondern in mehreren Kontexten analysiert werden muss. Das ist das, was Ideengeschichte zum Großteil auch tut: Man verfolgt eine Idee von der Entstehung bis zur Adaption oder Weiterentwicklung. Der transnationale Zugang bietet der Ideengeschichte dafür sehr gute Voraussetzungen.

Michael Gehler: *Stehen Sie einer spezifischen Theorie der Gesichtswissenschaften nahe und wenn ja, welcher?*

Philipp Strobl: Ich bin generell bei Theorien nicht dogmatisch. Ich versuche offen zu sein für verschiedene Ansätze. Es besteht die Gefahr, dass man sich dann zu schnell festfährt, wenn man einer Theorie zu sehr verhaftet bleibt. Im Zuge meiner Arbeit zu Kulturtransfer ist Bourdieus Theorie der verschiedenen Formen des Kapitals wichtig. Sie ist gut geeignet, um nachzuzeichnen, welche Formen von Wissen sich Menschen haben aneignen können und wie sich dieses im Lauf der Zeit verändert hatte. Deswegen ist Bourdieu definitiv wichtig für meine Forschungen.

Deborah Cuccia: *Trotz aller Offenheit und allem Eklektizismus: Haben Sie gewisse Präferenzen? Ausgehend von Ihren bisherigen Arbeiten: Bergbauarbeiter, Global Cities und Immigration, wo Sie sagen, diese theoretischen, methodischen Möglichkeiten liegen mir näher als andere? Wie steht es mit dem Marxismus?*

Philipp Strobl: Marxismus hat ja verschiedene Arbeiten maßgeblich beeinflusst. Immanuel Wallersteins World-Systems Analysis beispielsweise, der mit Fernand Braudel, zeitgleich oder kurz zuvor, das Konzept der Weltwirtschaft entwickelt hat. Diese Gedanken habe ich mit aufgenommen und in meine Forschungen einfließen lassen. Generell arbeite ich gerne einzel- oder auch kollektivbiographisch. Qualitative Arbeit liegt mir sehr nahe.

Für bestimmte Studien habe ich aber natürlich auch quantitative Ansätze genutzt, beispielsweise bei einer Wirtschaftsgeschichte, die ich für die Stadt Innsbruck verfasst habe.[6] Ich habe zudem eine Vorliebe für transnationale Betrachtungsweisen, weil wir einfach zu lange Themen aus einer nationalstaatlichen Linse betrachtet haben und deshalb vielfach den Blick für größere Zusammenhänge verloren haben. Gerade Migrantenbiographien und transnationale Betrachtungen lassen sich sehr gut kombinieren. So sollte bei Migrationen beispielsweise nicht nur einen Teil des Migrationsprozesses betrachtet werden, man sollte hingegen, um den ganzen Prozess zu verstehen, Herkunfts- und Zielländer betrachten.

Michael Gehler: *Welche Auswirkungen hatte und hat die Globalisierung auf die Geschichtsbeschreibung?*

Philipp Strobl: Ich denke, es geht in Richtung Transnationalisierung und Perspektivenerweiterung: Man bemerkt, dass die Welt größer ist und dass Phänomene nicht mehr nur auf einer lokalen Ebene stattfinden, sondern im größeren Rahmen. Insofern kommt es durch die Beschäftigung mit der Globalisierung zu einer Zunahme transnationaler und großflächigerer Betrachtungsweisen.

Deborah Cuccia: *Welche Forscher sehen Sie als einflussreichste Gestalter der Globalen- und Weltgeschichte?*

Philipp Strobl: Zwei habe ich schon genannt, Fernand Braudel mit seinen „World Economies“ und Immanuel Wallerstein mit seiner „World System Analysis“ sind wichtig – quasi als die Vordenker einer Sicht auf die Welt als Cluster von Einheiten, die sich miteinander verbinden oder voneinander entfernen. Eric Wolf hat mit seinem Buch „Europe and the People Without History“ ebenfalls auch sehr früh begonnen, eurozentrische Sichtweisen in Frage zu stellen. Ab den 2000er Jahren haben die Umwelthistoriker William und John McNeill mit dem Buch „The Human Web“ und weiterführenden Arbeiten wichtige Impulse geliefert. Im deutschsprachigen Raum gibt es Jürgen Osterhammel oder Sebastian Conrad und Andreas Eckert, die sich vor 20 Jahren schon mit dem Phänomen Globalgeschichte auseinandergesetzt hatten. Das sind so die Anfänge der globalen Geschichtsschreibung.

Michael Gehler: *Jetzt haben wir Globalgeschichte erwähnt, aber nicht Weltgeschichte. Das ist ja nicht das Gleiche. Beide Begriffe werden oft irrig synonym verwendet, sie sind aber doch nicht das Gleiche. Das kommt aus später folgenden Fragen noch etwas stärker heraus. Weltgeschichte beschäftigt sich mit Kontinenten der Welt, aber mehr im Sinne einer Gegenüberstellung, während Globalgeschichte weiter vorstoßen will. Globalgeschichte will die wechselseitigen Verschränkungen und kulturellen Transfers einbeziehen, also wie Kontinente interagieren und verschiedene Räume der Welt miteinander verbunden sind, also weniger aneinandergereiht und gegenübergestellt, sondern integrativ. Ich kam mit Hans-Heinrich Nolte vor vielen Jahren ins Gespräch. Er ist Vertreter*

6 Philipp Strobl, Innsbrucker Wirtschaftsgeschichte, Innsbruck 2013.

der Weltgeschichte und hat damit genug zu tun. Wie diese Räume interagieren, geht ihm doch etwas zu weit, auch ausgehend von den begrenzten Möglichkeiten der Sprachkenntnisse und Quellenerschließungen. Er sagt, man komme bei Weltgeschichte mit Englisch so einigermaßen durch, aber wenn es in die Richtung China, Indien und Japan geht, dann werde es schwieriger. Nolte sagt, damit seien Grenzen erreicht, was mit Globalgeschichte nicht mehr zu schaffen sei, wenn ich das so zusammenfassen darf.

Philipp Strobl: Wenn man sowas als Einzelperson betreibt, wird es natürlich schwierig. Im Zuge meiner Dissertation habe ich festgestellt, dass man natürlich vor ein Sprachproblem gestellt wird. Wenn ich heute eine Studie zur chinesischen Hafenstadt Kanton im 18. Jahrhundert erarbeite, habe ich als in Österreich ansässiger Wissenschaftler nur sehr begrenzten Zugang zu den meisten Quellen, sowohl im Sinne von räumlicher Distanz als auch von sprachlichen Schwierigkeiten. Ich denke, solche Projekte müssen in Zukunft viel stärker Kooperationsprojekte sein, mit Menschen vor Ort. Das würde viel mehr Sinn machen und wäre viel allumfassender – technisch ist das ja alles möglich!

Deborah Cuccia: *Ein großer Kritikpunkt an Weltgeschichte ist oft, dass sie vor allem von westlichen Forschern betrieben wird und sich daher implizit eine eurozentrische Perspektive durchsetzen würde. Zum Teil könnte Globalisierung auch sehr stark als westliches Projekt gesehen werden. Wie stehen sie zu diesem Vorwurf? Er betrifft ja auch Ihre Forschung, auf die wir noch näher eingehen werden. Die Verwestlichung Australiens. Wie sieht es denn mit der Australisierung der Menschen aus, die dort hinkommen. Europäisieren sie mehr das Land oder werden sie selbst australisiert?*

Philipp Strobl: Zum Kritikpunkt: Das hängt sehr stark von der Forschung und den jeweiligen Forschungsfragen ab. Es geht immer um die Fragen, was ich betrachten will und wie ich etwas betrachten will. Ein Sprachproblem gibt es dann natürlich bei den Quellen. Ich finde es wichtig, dass Forschung auch geographisch diversifiziert wird. Es sollte nicht gesagt werden, wir haben hier in Europa einige wenige Spitzenforschungsinstitutionen, in denen sich Menschen mit allen Fragen der Weltgeschichte beschäftigten. Es wäre interessant, sich vor Ort die lokalen Entwicklungen anzuschauen, und natürlich auch wichtig, dass man sich dann dort auch lokal mit diesen Entwicklungen beschäftigt.

Michael Gehler: *Mich interessieren jetzt nur die Österreicher, die nach Australien gehen, und speziell die Frage, was diese Menschen dort hinbringen, und weniger, was sie dort aufnehmen. Lassen die Österreicher manche Dinge in Österreich zurück und nehmen das australische Modell an, weil es ihnen besser gefällt als das österreichische?*

Philipp Strobl: Dieser Punkt ist ein entscheidender Teil meiner Forschung. Es geht nicht nur darum, sich anzusehen, was sie mitgebracht haben, sondern auch darum, wie sie das Wissen vor Ort dann auch ergänzt und adaptiert haben. Die Migrationserfahrung hat sich natürlich massiv auf diesen Wissenstransfer ausgewirkt. Sie müssen sich vorstellen, dass diese Migranten im Jahr 1938/39 in ein neues Umfeld zu einer sehr ungünstigen Zeit kamen. Es gab immer noch vom Ersten Weltkrieg stammend starke Vorwürfe gegen alles Deutsche. Zudem war Antisemitismus weit verbreitet, vor allem auch in den Me-

dien. Zum größten Teil haben die Menschen, die dort hingekommen sind, eine überdurchschnittliche hohe Bildung und meistens auch sehr gute Ausbildungen genossen. Als sie in Australien angekommen sind, stießen sie erstmal auf breite Ablehnung. Das Erste, was sie daher machen mussten, war, ihr Wissen intensiv zu bewerben und publik zu machen. Genau in dieser Phase ist es sehr oft geschehen, dass Immigranten dann Ideen adaptiert haben oder dass sie generell neue Ideen entwickelt haben. Fast keine Idee wurde eins zu eins exportiert und dort dann mit großem Erfolg umgesetzt.

Deborah Cuccia: *Also ist für Sie kultureller Austausch so eine Art Motor für Innovation?*

Philipp Strobl: Kultureller Austausch hat in Australien, so wie ich es auch nachweisen kann und werde, enorm viel Innovation in Gang gesetzt. Es ist sehr viel Neues entstanden. Man glaubt gar nicht, wie viele Ideen durch Migranten aus Europa nach Australien gebracht wurden und dort weiterentwickelt wurden. Das zieht sich durch alle Bereiche, von der Freizeitindustrie bis hin zur Wissenschaft. Interessant waren dann auch noch die sogenannten Remigranten, Menschen, die dort zehn bis fünfzehn Jahre gelebt haben und vielfach auch sehr erfolgreich waren, dann aber wieder nach Österreich und Europa zurückgekommen sind und wiederum neue Ideen und Kontakte zurückgebracht haben. Diese Remigrationen bergen ebenfalls ein enormes Innovationspotenzial.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie zukünftig besonders ertragreiche Themen für Welt- und Globalgeschichte?*

Philipp Strobl: In der Transnationalen Geschichte und Ideengeschichte liegt viel Potenzial. Die Biographik könnte zudem beispielsweise auch ihr verstaubtes Image ablegen und nicht nur die Leben bekannter und prominenter Menschen chronologisch darstellen, sondern sich auf bestimmte, noch unterbelichtete Bereiche konzentrieren. Es wäre natürlich interessant, zu beleuchten, was Menschen an Ideen und Wissen transferiert, exportiert und adoptiert haben. Es gibt aber natürlich auch zahlreiche andere Perspektiven, die bislang zu kurz gekommen sind. Der Fokus auf Alltagsgeschichte und Menschen, die eventuell nicht so sehr im Rampenlicht stehen, würde uns jedenfalls ganz neue Perspektiven auf unsere Geschichte ermöglichen. Die Biographik hat meiner Meinung nach jedenfalls noch sehr viel Entwicklungspotenzial.

Deborah Cuccia: *Wir kommen zu Fragen zum bisherigen Werk. Sie haben elf Monographien veröffentlicht, welchen Stellenwert haben für Sie Monographien?*

Philipp Strobl: Es waren keine elf, es waren fünf. Dazu kommen noch verschiedene Sammelbände und Sondereditionen von Zeitschriften. Wie gesagt, fünf Monographien, aber einen hohen Stellenwert haben für mich jedenfalls interdisziplinäre Sammelbände, die ich zusammen mit anderen Kollegen herausgeben habe. Darauf bin ich wirklich stolz, ich habe dadurch gelernt, wie wichtig es ist, mit anderen Forschern zu kooperieren. Die Produktivität wird enorm gesteigert, man hat einfach einen breiteren Zugang. Deswegen auch dieser Sammelband zur Alltagsgeschichte von Skiresorts, den ich jetzt schon

zum zweiten Mal erwähne.[7] Der war ein sehr produktives Ergebnis einer exzellenten Zusammenarbeit. Wir konnten 10 ausgezeichnete Fachleute aus verschiedenen Disziplinen gewinnen, die alle großartige Ideen in dieses bislang unerforschte Thema miteingebracht haben. Am Ende stand dann eine globalgeschichtliche, transkulturelle Studie, die erstmals das Phänomen von Skiresorts in der Nachkriegszeit auf vergleichender, globaler Ebene analysierten. Auf solche Ergebnisse bin ich besonders stolz.

Michael Gehler: Soziale Netzwerke, österreichische Flüchtlinge und Immigranten sind ein wichtiges Thema Ihrer Forschung. Welchen Stellenwert hat die österreichische Exil- und Migrationsforschung im internationalen Vergleich?

Philipp Strobl: Es ist schon einiges passiert im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Gerade die Exilforschung in Österreich ist aber immer noch sehr konservativ. Man könnte experimentierfreudiger sein, weitere Themen oder andere Ansätze aufnehmen. Vielleicht auch einmal über die Staatsgrenze hinausschauen und sich ansehen, was an Forschung andernorts passiert. Im Bereich der Biographie-Forschung hat sich Wien eigentlich schon zu einem recht starken Standort entwickelt mit dem Zeitgeschichtsinstitut und dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte und Theorie der Biographie, einer außeruniversitären Forschungseinrichtung, die sich der Biographie-Forschung verschrieben hat. Diese hat in Zusammenarbeit und Kooperation mit Instituten in anderen Ländern interessante Ergebnisse hervorgebracht.

Deborah Cuccia: *Welche Erfahrungen haben Sie mit den Menschen im Exil gemacht?*

Philipp Strobl: Diese Menschen erleben durch ihre Grenzüberschreitungen einen vollständigen Perspektivenwechsel. Viele Menschen, die ich interviewt habe, hatten eine gehobene soziale Stellung in ihrem Herkunftsland. Nach ihrer Flucht hatten sie dann fast sämtliche Geldmittel und ihr soziales Ansehen verloren und mussten sich am anderen Ende der Welt neu etablieren. Das sind alles Erfahrungen, die so ein Immigrantenleben positiv oder negativ prägen. Sich in zwei Kulturen bewegt haben oder zu bewegen, ist jedenfalls ein wichtiges Asset.

Michael Gehler: *Was war in diesen speziellen Fällen der Antrieb für die Migration der Menschen, die Sie in Australien befragten?*

Philipp Strobl: Sie hatten keine andere Wahl gehabt. Viele hatten jüdische Wurzeln, die meisten sind schon konvertiert, haben sich umtaufen lassen, waren in ihrem Umfeld sozialisiert und haben sehr wenig Verbindung gehabt zum Judentum, teilweise sogar gar keine mehr. Viele waren auch Atheisten. Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 und auf Grund der Nürnberger Rassegesetze sind sie dann zu Juden erklärt worden. Es gibt dafür sehr detaillierte Studien, die aufzeigen, wie diese Menschen Schritt für Schritt entrechtet wurden, so dass es zum Schluss ab Oktober 1938 nicht mehr möglich war, ein

7 Strobl/Podkalicka, Leisure Cultures; dieser Sammelband wurde im Jahr 2020 von der International Ski Historian Association mit dem Ullr-Award ausgezeichnet.

einigermaßen normales Leben in Wien zu leben. Das geht von körperlichen Angriffen bis hin zu Verboten, ins Kino zu gehen oder auf Parkbänken zu sitzen. Ich habe hier sehr eindrucksvolle Schilderungen mitbekommen, die Leute hatten einfach keine andere Wahl. Man sieht es auch an den Menschen, die es nicht geschafft haben, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das Land zu verlassen. Viele von denen sind dann später umgekommen.

Deborah Cuccia: *Ist es Zufall, dass die Flüchtlinge nach Australien gegangen sind? Hatten sie dorthin Verbindungen oder ging es einfach nur darum, irgendwo hin zu fliehen?*

Philipp Strobl: Es war hauptsächlich die dritte Variante. Es hat schon einige wenige Glücklichere gegeben, die auf Grund ihrer Kontakte sich aussuchen hatten können, ob sie jetzt in die USA, nach Großbritannien oder Australien gehen. Das war eher anfänglich noch so und wurde im Laufe des Jahres 1938 nahezu unmöglich. Direkt nach dem Anschluss wurden beispielsweise die amerikanischen oder die britischen Botschaften und Konsulate quasi überrannt. Die Menschen haben vor den Türen wochenlang angestanden. Sie haben einfach versucht, irgendwo unterzukommen oder irgendwie aus dem Land zu kommen.

Michael Gehler: *Wie schauen die Familien heute auf ihre Geschichte zurück?*

Philipp Strobl: Es war für mich sehr interessant, mit diesen Menschen zu arbeiten. Ich war vor allem die Offenheit nicht gewöhnt, mit der sie über ihre Vergangenheit sprachen. In Österreich war der Umgang mit dieser Zeit familiengeschichtlich ja eher ein Tabuthema, das viele lieber gerne vergessen hätten. In Australien habe ich es mit sehr offenen Menschen zu tun gehabt, die auch in fast allen Fällen bereitwillig von ihrem Leben erzählt haben und mich auch manchmal an Freunde mit ähnlichen Erlebnissen weitervermittelt haben.

Deborah Cuccia: *Wie ist das mit dem Verhältnis der Menschen, die nach Australien gegangen sind, zu denen, die andere Länder ausgesucht haben? Kann man das prozentual in irgendeiner Form erfassen?*

Philipp Strobl: Ja, das kann man. Es haben ungefähr 120.000 Österreicher und Österreicherinnen das Land verlassen. Davon sind nur zwischen 2.600 bis 3.000 Menschen nach Australien gekommen. Sehr viele gingen nach Israel und ein Großteil in die USA und Großbritannien. Das waren die Hauptaufnahmeländer, nach Australien war die Überfahrt auch sehr teuer.

Michael Gehler: *Ist das ein wesentlicher Punkt?*

Philipp Strobl: Ja, viele haben das Land ohne finanzielle Ressourcen verlassen. Ich habe mit Menschen gesprochen, die 1938 wirklich verzweifelt waren. Die sind dann in Belgien gesessen oder in Italien, Jugoslawien oder Griechenland und hatten kein Geld, keine

Mittel, keine Ansprechpartner gehabt. Da war es natürlich leichter, kürzere Distanzen zu überwinden.

Deborah Cuccia: *Inwiefern verändern Flüchtlinge die neue Umwelt? Kann man das in irgendeiner Form gewichten?*

Philipp Strobl: Generalisieren kann man sowas nicht. Man kann anhand von Einzelbeispielen aufzeigen, was in konkreten Fällen passiert ist. Am wichtigsten ist sicherlich der Input von neuen Ideen, den Flüchtlinge in ihre neuen Gesellschaften mitbringen. In seinem ausgezeichneten Buch über Flüchtlinge und Wissensgeschichte hat der renommierte britische Historiker Peter Burke festgestellt, dass die größten Effekte von Flüchtlingsmigrationen in den Aufnahmeländern wohl am besten als „Prozess der doppelten Deprovinzialisierung“ beschrieben werden können.[8] Das trifft sowohl für Melbourne im Jahr 1938/1939 zu als auch für Berlin oder Wien im Jahr 2019. Sehen Sie sich alleine an, was im Bereich der Fastfood- und Essenskultur in den vergangenen 10 Jahren geschehen ist. Hier ist das Wort Deprovinzialisierung sicherlich sehr treffend.

Das Wichtigste ist die so-genannte „agency“, also das Durchsetzen von eigenen Ideen gegen Widerstand, sich selbst und sein Wissen bekannt zu machen, sowie das Bewerben der eigenen Fertigkeiten. Das haben alle machen müssen, mit denen ich gesprochen habe. Danach beginnt ein Adaptionsprozess. Migranten bringen neue Ideen und müssen diese abändern, weil sie oft nicht 1:1 übernommen werden können. Das führt dann dazu, dass sie dort neue Ideen entwickeln oder neue Ideen aus Australien aufschnappen und auch weiterentwickeln.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt bei all dem die Kulturtransferforschung und die Vernetzungsgeschichte?*

Philipp Strobl: Es geht in meinen Forschungen darum, den Prozess des Grenzüberschreitens nachvollziehbar zu machen, da spielen die Ansätze der Vernetzungsgeschichte eine große Rolle. Es geht mir darum, Übersetzungspraktiken aufzuzeigen und nachzuweisen. Insofern ist Vernetzungsgeschichte bei der Analyse von Kulturtransfers für mich eine grundsätzliche Voraussetzung.

Deborah Cuccia: *Sie haben gerade gesagt, dass man das nicht so generalisieren kann. Was macht die typischen Exilländer aus und was charakterisiert Nichtexilländer?*

Philipp Strobl: Viele Staaten werden im Zuge der Flüchtlingskrise der 1930er Jahre zu Exilländern. Da waren nicht nur die typischen Einwanderungsländer dabei, sondern auch viele andere, beispielsweise viele unserer Nachbarstaaten, die Karibikstaaten, Südafrika, einige afrikanische Staaten und Shanghai, wo auf Grund einer Gesetzeslücke keine Visa benötigt wurden. Es lässt sich schwer über einen Kamm scheren, was diese Länder gemeinsam hatten, außer den Umstand, dass sie Menschen aufgenommen haben. Was

8 Peter Burke, Exiles and Expatriates in the History of Knowledge, 1500–2000, Waltham 2017, S. 46.

gesagt werden kann, ist, dass in den typischen englischsprachigen Immigrationsländern und Einwanderungsländern sehr viele Menschen geblieben sind. Aus Shanghai sind die meisten, sobald sie die Möglichkeit hatten, ab 1946/47 weitergewandert. In der Karibik hat es sich ähnlich verhalten. Viele Menschen, die dort hingekommen sind, sind dort nicht geblieben. So könnte man das eventuell charakterisieren, aber es ist sehr schwer, auf diese Frage eine generalisierte Antwort zu geben.

Michael Gehler: *Welche Länder sind Ihrer Meinung nach besonders geneigt gewesen, Menschen anderer Herkunft und mit anderen kulturellen Hintergründen aufzunehmen? Glauben sie, dass es ein städtisches Phänomen ist und weniger ein ländliches? Dass sich Exilanten und Immigranten zu Städten hingezogen fühlen und weniger auf das Land, weil auf dem Land sich die Menschen möglicherweise schwerer tun, Kontakt zu schließen, ist naheliegend, oder gibt es da auch nochmal Varianten und Abstufungen?*

Philipp Strobl: Zur ersten Frage: Wenn man sich die Konferenz von Évian anschaut und sieht, was dort beschlossen oder eben nicht beschlossen wurde, war eigentlich zu dieser Zeit kein Staat bereit, im großen Stil zu helfen. Die USA waren offener als andere und haben noch eher Flüchtlinge aufgenommen. Großbritannien hat auch sehr viele Menschen aufgenommen, aber nicht wirklich mit offenen Armen. Viele Staaten wie die Schweiz beispielsweise hatten sich massiv geweigert, Menschen aufzunehmen. Australien hat auch sehr rigorose Abschottungspolitik verfolgt. Prinzipiell war die Situation sehr negativ für Menschen, die Asyl erhalten wollten.

Deborah Cuccia: *Können Sie kurz erklären, was die Konferenz von Évian 1938 war. Es ist auch nicht unumstritten, was da alles gesagt wurde, festgehalten wurde, beschlossen wurde und nicht beschlossen wurde. Könnten Sie das noch genauer ausführen?*

Philipp Strobl: Die internationale Staatengemeinschaft hat im Jahr 1938 eine Möglichkeit gesucht, mit der Flüchtlingswelle umzugehen, die vor allem nach dem Anschluss von Österreich ausgelöst wurde. Die Auswanderung von 1933 bis 1938 aus Deutschland war noch im internationalen Kontext zu bewältigen. Nach dem Anschluss Österreichs wurde dann eine große jüdische Gemeinde von mehr als 200.000 Menschen in das Nazi-Reich integriert. Die Nürnberger-Gesetze wurden dort innerhalb kürzester Zeit umgesetzt. Die Diskriminierung und Misshandlung von hunderttausenden Menschen führte zu einer großen Flüchtlingswelle. Zehntausende Menschen verließen innerhalb kürzester Zeit ihre Heimat. Das löste Panik in den Nachbarstaaten aus. Länder wie die Schweiz oder Belgien machten daraufhin ihre Grenzen dicht, wodurch immer weniger Flüchtlinge die Möglichkeit hatten, auf legalem Weg ihre Heimat zu verlassen, dadurch stieg die so-genannte „illegale“ oder undokumentierte Migration.

Im Juli 1938 hat der Völkerbund dann versucht, eine internationale Lösung für den Umgang mit Flüchtlingen zu finden. Bereits die Zeitgenossen haben die Konferenz jedoch als gescheitert beurteilt. Es konnten dort keine Lösungen gefunden werden. Die meisten Staaten haben versucht, sich gegenüber ihren humanitären Pflichten zu verschließen. Das war ein massives Problem. Im Falle Australiens ist beispielsweise erst nach der Konferenz von Évian beschlossen worden, 15.000 Flüchtlinge über einen Zeitraum von

drei Jahren aufzunehmen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses war die Situation schon sehr angespannt. Australien hat diese Menschen auch offiziell nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern als Immigranten. Das heißt, Immigranten hatten bei der Einreise Kapital vorzuweisen, um zu bestätigen, dass sie dem Staat keine Kosten verursachen würden. Das waren damals 250 Pfund. Die Bedingungen waren sehr restriktiv. Trotzdem haben im Jahr 1938 schon weit mehr als 5.000 Menschen die Vorgaben erfüllt und konnten deswegen nach Australien kommen. Somit stellte diese Zuwandererquote nur eine Obergrenze dar. Nach den laufenden Bestimmungen hätten wahrscheinlich in den nächsten drei Jahren mehr Menschen nach Australien kommen können. Die Quote wird in der Forschung häufig als Entgegenkommen Australiens ausgelegt. In Wirklichkeit hat sich das Land mehr um eine Notbremse mit einer Obergrenze bemüht.

Michael Gehler: *Jetzt sagen Sie nochmal im Jahr 1938. Genau wann war die Konferenz von Évian. Wann war das 1938?*

Philipp Strobl: Die Konferenz fand vom 6. bis 15. Juli 1938 statt. Es gibt eine bekannte Aussage eines australischen Delegierten, der an der Konferenz teilgenommen hat. Diese Aussage lautet übersetzt: „Wir haben kein Rassenproblem hier in Australien und wir sind auch nicht willens, uns eines zu importieren.“ Die meisten Flüchtlinge kamen aus Wien und sind dann auch nach Melbourne oder Sydney gezogen. Einfach weil das die Zentren waren mit der größten Wirtschaftskraft. In den beiden Städten war die Chance, Beschäftigungen zu finden am größten. In Australien hätten es die Verantwortlichen gerne gesehen, dass diese Menschen in periphere Gegenden als landwirtschaftliche Arbeiter verschickt worden wären. Es hat zwar ein paar kleine Programme gegeben, die haben sich aber nicht durchgesetzt. Die meisten Flüchtlinge, die in die Peripherie gekommen sind, haben dort zwei bis drei Jahre gearbeitet, und sobald sie sich freier bewegen konnten, sind sie weggezogen. In Australien war das in den Jahren 1938/1939 eine typische urbane Wanderungsbewegung – aus Städten in Städte.

Michael Gehler: *Die Herkunft dieser Immigranten, war diese auch überwiegend Wien und urban?*

Philipp Strobl: Die meisten kamen aus Wien. Knapp 80 % der Menschen, die naturalisiert wurden, sind in Wien geboren.

Deborah Cuccia: *Sie sagen naturalisiert: Heißt das, dass diese Menschen um die australische Staatsbürgerschaft angesucht und sie auch bekommen haben?*

Philipp Strobl: Genau, aber genau genommen geht es um die britische Staatsbürgerschaft. Die australische Staatsbürgerschaft hat es damals noch nicht gegeben.

Michael Gehler: *Sind die Flüchtlinge dann als staatenlos registriert worden? Der österreichische Staat existierte ja nicht mehr seit März 1938. Sind sie also als Staatenlose britische Staatsbürger geworden?*

Philipp Strobl: Die meisten sind als Staatenlose registriert worden. Interessanterweise wurden einige auch als Deutsche registriert. Eine spannende Sache, die ich in den Archiven festgestellt habe, war, dass es Menschen gab, die jahrelang versucht haben, klarzumachen, dass sie keine Deutschen waren und dann bewirken konnten, dass nachträglich die deutsche Staatsbürgerschaft in Ihren Unterlagen gestrichen wurde. Somit wurden die Immigranten aus Österreich entweder als deutsche Staatsbürger vermerkt, ein paar, die früh im Jahr 1938 mit ihrem österreichischen Pass haben fliehen können, wurden als Österreicher vermerkt, die meisten galten aber als stateless, also als Flüchtlinge.

Deborah Cuccia: *Wie ist die Migrationsgeschichte im Kontext der Globalgeschichte zu sehen?*

Philipp Strobl: Wir haben es mit Migranten zu tun, die als transnationale Akteure einen Herkunftsort verlassen hatten und in ein oder mehrere Länder gingen. Diese Grenzüberschreitungen passen sehr gut zur transnationalen Geschichtsschreibung und zur Globalgeschichte. Es geht dabei also darum, sich größere Zusammenhänge anzusehen.

Michael Gehler: *„Zusammenhänge" ist hier das Stichwort, darauf kommt es an. Die Zusammenhänge sind nicht nur Vergleiche oder Gegenüberstellungen. Vielleicht ist auch mein Zugang zu mechanisch, zu wenig darauf erpicht, diese unterschiedlichen Wissenschaftstraditionen und ihre wechselseitigen Einflüsse oder Befruchtungen noch einzubeziehen. Mir scheint das eigentlich eine deutliche Unterscheidung zu sein. Weder das eine oder das andere sollte dabei schlechter sein.*

Philipp Strobl: Spannend an der transnationalen Geschichte ist, dass man Einengungen vornehmen kann. Man muss nicht immer den größeren Kontext betrachten, sondern kann sich auch dezidierte Fallbeispiele und Beispiele für einen Austausch anschauen. Das ist im Rahmen der transnationalen Geschichte ganz gut möglich.

Deborah Cuccia: *Gibt es durch die Migrationsforschung eine Möglichkeit, eine Unterscheidung von Globalisierung und Globalität zu machen?*

Philipp Strobl: Ja natürlich, wichtig ist immer die Perspektive. In meiner Dissertation geht es beispielsweise darum, das Zusammenwachsen von fünf Großstädten im Laufe der vergangenen 400 Jahre darzustellen. Hier stehen Entwicklungstendenzen der Globalisierung im Vordergrund, also Fragen, wie sich das Zusammenwachsen der Welt und die zunehmenden Verbindungen auf Gesellschaft und Wirtschaft ausgewirkt haben. Biographische Arbeiten auf der anderen Seite und migrationsgeschichtliche Interviews mit Akteuren bieten eine gute Möglichkeit, das Verständnis der Protagonisten für Globalität zu hinterfragen. Insofern bietet die Migrationsgeschichte hier ganz gute Möglichkeiten.

Deborah Cuccia: *Der Unterschied von Globalisierung und Globalität, worin kommt der zum Ausdruck? Generell und mit Blick auf Ihr Habilitationsthema, worin würden Sie das konkretisieren?*

Philipp Strobl: Globalisierung ist ein Prozess, den man sehr gut mit den Wörtern „Austausch“ und „Zusammenwachsen“, teilweise natürlich auch mit „Auseinanderwachsen“ und „Desintegration“ beschreiben kann. Globalität beschreibt, wie und was einzelne Personen als global wahrnehmen.

Deborah Cuccia: *Wir kommen zum aktuellen Projekt. Beschreiben Sie Ihr aktuelles Forschungsvorhaben: Wie kamen Sie dazu? Mit welchen Quellen arbeiten Sie und mit welchen Ergebnissen rechnen sie?*

Philipp Strobl: Es ist ein Projekt, das im Bereich der Kulturtransferforschung und Vernetzungsgeschichte angesiedelt ist. Ich möchte mir anschauen, was Flüchtlinge an geistigem und kulturellem Kapital nach Australien gebracht haben, wie sie ihr Wissen dort adaptiert haben und was sie eventuell an Neuem entwickelt haben. Die Quellen waren extrem vielfältig, da kam es mir sehr entgegen, dass ich zwei Jahre in Australien forschen konnte. Eine Rolle spielten offizielle Einbürgerungsunterlagen. Die Australier waren in der Protokollführung sehr gut und haben rigoros Buch geführt über jeden Immigranten, der ins Land gekommen ist. Vielfach wurden Immigranten auch polizeilich überwacht und es gab über sie interessante Spitzelaussagen, die dann in diesen Akten auftauchen. Die Akten wurden nach 70 Jahren freigegeben und konnten eingesehen werden. Einige, die ich interviewt habe, waren sehr überrascht gewesen, als ich ihnen erzählte, was über sie in den Akten zu finden war. Die absolut größte Rolle für meine Arbeit spielen jedoch Interviews. Ich habe sehr viele Menschen interviewt. Zum einen konnte ich noch mit einigen Überlebenden sprechen und zum anderen mit deren Nachfahren. Eine weitere Rolle spielen Zeitungsdarstellungen. In den Zeitungen finden sich viele Berichte zu der Frage, wie Flüchtlinge zu der Zeit aufgenommen wurden. Das sind die Hauptquellen für mein Projekt.

Mit welchen Ergebnissen rechne ich? Mir geht es darum, durch mehrere koordiniert betrachtete Einzelbeispiele aufzuzeigen, wie dieser Kulturtransfer und diese kulturelle Übersetzung sowie die „agency“ von Migranten vonstattenging. Da geht es um Fragen wie: Wie hat der Transfer in konkreten Fällen funktioniert? Was haben die Menschen gemacht, um sich durchzusetzen und um ihr Wissen und ihre Person zu bewerben? Wie haben sie Ideen weiterentwickelt? Wie haben sie diese adaptiert? Welche Strategien verfolgten sie dabei?

Das sind die entscheidenden Fragen, die ich gerne beantworten möchte. Ich habe einen biographischen Zugang für dieses Projekt gewählt. Ich habe 26 Personen ausgewählt, die ich beschreiben möchte. Um dem Vorwurf zu entgehen, ich hätte die Leute willkürlich ausgewählt, habe ich die gesamte Gruppe statistisch erfasst, habe Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und habe auf Grund dieser Charakteristika eine Auswahl getroffen. Es waren insgesamt 2.609 Personen, welche ich auf 26 repräsentative Beispiele reduziert habe. Meine Sample Group umfasst also ein Prozent der gesamten Gruppe. Wichtig ist nochmals zu betonen, dass die Menschen, die ich jetzt beschreibe, nicht wahllos von mir ausgewählt wurden, sondern aufgrund des Rasters, das ich mir erarbeitet habe.

Michael Gehler: *Stichwort audiovisuelles Material: Gibt es so etwas auch für die Zeit, die Sie erforscht haben? Ich nenne einmal Radioberichte, die vielleicht noch als Archivmaterial vorhanden sind, oder auch bewegte Bilder.*

Philipp Strobl: Es gibt tatsächlich einige wenige Radiointerviews. Das sind dann allerdings Glücksfunde, weil bei der Speicherung dieser Daten nach keinem Muster vorgegangen wurde. Aus den 1970er/80er Jahren gibt es einige Oral-History-Interviews, die mit den Migranten durchgeführt wurden, als diese noch lebten. Da waren die einzelnen jüdischen Museen sehr stark engagiert. Zum anderen hat aber auch die National Library in Canberra ein großes Oral-History-Programm umgesetzt. Ein weiterer, wichtiger Punkt sind schriftliche Autobiographien und Memoiren. Überdurchschnittlich viele Flüchtlinge (auch einige aus meiner Sample Group) haben schriftliche Nachlässe hinterlassen.

Deborah Cuccia: *Michael Blakeney arbeitete bereits zu dem Thema unter dem Titel „Australia and the Jewish Refugees 1933–48“ und publizierte vor mehr als 15 Jahren Bücher und Aufsätze zum Thema. Worin unterscheidet sich Ihre Arbeit von dieser?*

Philipp Strobl: Das sind zwei komplett verschiedene Arbeiten. Blakeney hat in den frühen 2000er Jahren die jüdische Geschichte Australiens erforscht, aus einer australischen Perspektive heraus. Da ist es um eine generelle Darstellung jüdischen Lebens gegangen. In der Arbeit von Blakeney geht es nicht um die Frage, was diese Menschen an kulturellem Kapital mitgebracht haben, ebenso bietet er auch keine transnationale Darstellung. Ein nicht unwesentlicher Teil meiner Habilitation befasst sich ja mit der Zeit, die die späteren Flüchtlinge in Österreich verbracht hatten. Mir geht es auch nicht ausschließlich um jüdische Flüchtlinge, obwohl ein Großteil jüdisch war, sondern generell um österreichische Flüchtlinge, die nach Australien gekommen sind. Es waren auch einige andere Flüchtlingen darunter, wie zum Beispiel Sozialdemokraten oder ein ganz interessanter Charakter, ein konservatives Mitglied der vaterländischen Front. In Akten der Behörden gibt es ein Interview mit diesem Mann, in dem er beschreibt, Antisemit zu sein und in verschiedenen Auseinandersetzungen der ersten Republik im Militär gedient zu haben und gegen Sozialdemokraten vorgegangen zu sein.

Michael Gehler: *Aber es geht um Flüchtlinge, nicht um „normale Immigranten“?*

Philipp Strobl: Alle Personen, die ich mir angesehen habe, sind vor den Nazis geflohen, auch dieser Mann.

Deborah Cuccia: *Die gibt es zu diesem Zeitpunkt gar nicht? „Normale Immigranten“, oder? Ich denke, die gab es doch auch.*

Philipp Strobl: Australien war kein wirkliches Zuwanderungsland für Österreicher und für Deutsche auch nicht. Das Land war einfach zu weit weg und zu wenig bekannt. Natürlich gab es auch Auswanderung aus Österreich und Deutschland im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg, es gibt darüber auch einige interessante Bücher. Das war

aber keine signifikante Wanderungsbewegung.[9] Viele Menschen, die ich interviewt habe, haben mir außerdem erzählt, dass Australien für sie zunächst irgendwo ein weißer Fleck auf der Landkarte war, bis sie erfahren hatten, dass sie dorthin kommen würden. Reguläre Migration von Österreich nach Australien, die dann 1939 sowieso aufgehört hat, bewegte sich im Rahmen von sechs bis sieben Personen pro Jahr. Das weiß ich, weil ich die Statistiken der Vorjahre kenne, wo es noch keine österreichischen, jüdischen Flüchtlinge gegeben hat.

Deborah Cuccia: *Wie ist eigentlich die politische Lage in Australien in Bezug auf Parteien, Regierungen und Flüchtlingsphasen? Änderte sich das politische Klima und wie stand die offizielle Seite dazu, jenseits von der privaten Aufnahmebereitschaft der Menschen, Bürger und der Bevölkerung? Sie haben vorhin schon die Aussage des australischen Delegierten bei der Konferenz von Évian zitiert. War diese Haltung repräsentativ für die australische Regierung?*

Philipp Strobl: Es war kein Ausrutscher. Der Historiker Klaus Neumann hat eine ausführliche Studie gemacht zur Geschichte des Umgangs Australiens mit Flüchtlingsmigrationen.[10] Damals hat es zwei große Parteien gegeben, „Labor“ und die „Conservatives“. Obwohl die beiden Parteien grundsätzlich in den meisten Punkten andere Ansichten hatten, war ihre Linie in punkto Flüchtlinge und Immigration nahezu identisch. Das ist heute übrigens auch noch ähnlich, deswegen ist Australien auch bekannt als sehr restriktives Aufnahmeland. So war die Situation damals: Man hat versucht, dieses Thema, soweit es geht, zu vermeiden. In Australien kommt noch dazu, dass man gegen Migration grundsätzlich negativ eingestellt war, bis auf britische Migration, die absolut gewollt war. Da hat es auch vom Staat geförderte „assisted passage“ – Programme gegeben, wo man Briten mit finanzieller Unterstützung nach Australien geholt hat. Es gab also diesen starken Gegensatz Migranten gegenüber: Auf der einen Seite wollte man britische Bürger haben und auf der anderen Seite gab es eine starke Ablehnung gegenüber allem, was nicht britisch war.

Michael Gehler: *Das klingt ja schon fast rassistisch.*

Philipp Strobl: Absolut. Die Einwanderungspolitik war lange Zeit stark rassistisch. Im Jahr 1901, als der Staat Australien gegründet wurde, war eines der ersten Gesetze, die im Parlament beschlossen wurden, ein Akt, der die nichtbritische und vor allem die asiatische Migration begrenzen sollte. Diese Politik haben auch beide große Parlamentsparteien mitgetragen.

Deborah Cuccia: *Gab es auch Flüchtlinge, die nach ihrer Flucht nach Australien auch wieder nach Europa zurückgekehrt sind und für Australien im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland gekämpft haben?*

9 Jürgen Tampke, The Germans in Australia, Cambridge 2006.

10 Klaus Neumann, Accross the Seas: Australias’ Response to Refugees: A History, Collingwood 2015.

Philipp Strobl: Das war ein großes Thema für viele Flüchtlinge. Ich habe im Jahr 2018 mit Studenten zusammen einen Sammelband herausgegeben, wo wir uns Medienberichtserstattungen über Flüchtlinge und Leserbriefe von Flüchtlingen angesehen haben.[11] Die Bereitschaft gegen Nazi-Deutschland in den Krieg zu ziehen, war sehr hoch bei vielen Flüchtlingen. Viele wollten sich auch freiwillig zur australischen Armee melden. Australien hatte diese Menschen aber zunächst nicht in die Armee aufgenommen. Die Angst vor deutschen Spionen und Saboteuren war zu hoch.

Einige hatten dabei aber schon eine sehr gute Ausbildung genossen, die der australischen Armee sicherlich genützt hätte. Beispielsweise dieser Heimwehrkämpfer, von dem ich erzählt habe, war langjähriger Soldat in der österreichischen Armee und kampferfahren. Er ist nach Australien gekommen, weil er gedacht hat, er könne sich da in die Imperial Army einschreiben, um gegen Deutschland zu kämpfen. Er ist dann als erstes gleich als feindlicher Ausländer (enemy alien) interniert worden. Das war für viele schon ein harter Schlag. Einige Flüchtlinge haben versucht, sich medial auch eine Stimme zu verschaffen. Es gibt Zeitungsartikel, Leserbriefe von Immigranten in Zeitungen, die sich eben darüber beschweren, dass sie sich als Soldaten in den Dienst des Staates stellen wollen, dieses aber nicht dürfen.

Erst sehr spät wurde dann die Möglichkeit geschaffen für Flüchtlinge, sich auch militärisch zu engagieren. Im Jahr 1942 wurden so genannte labour corps eingerichtet, das waren paramilitärische Hilfseinheiten, die der Armee zugearbeitet haben. Sie sind allerdings nicht an die Front geschickt worden, sondern sind im australischen Hinterland verblieben, um systemerhaltende Aufgaben durchzuführen.

Deborah Cuccia: *Haben Sie auch mit Tagebüchern gearbeitet? Ich frage aus sprachlicher Perspektive. Waren diese Tagebücher auf Deutsch oder auf Englisch geschrieben? Wenn sie auf Englisch geschrieben waren, ist diese neue Sprache ein Teil der Heimat der Person geworden. Hat dies auch ihre Identität beeinflusst und inwiefern?*

Philipp Strobl: Ich habe mit Tagebüchern gearbeitet. Die Tagebücher waren sehr interessante Funde, wenn man sie noch bekommen konnte. Überwiegend waren Tagebücher, die in genau dieser Zeit verfasst wurden, auf Deutsch geschrieben. Der größte Teil von Tagebüchern oder autobiographischen Darstellungen, die ich analysiert habe, wurde später verfasst und dies dann auch nicht mehr auf Deutsch, sondern in englischer Sprache. Zu dem Zeitpunkt kann man schon feststellen, dass sich die ehemaligen Flüchtlinge stärker integriert hatten.

Was aus den frühen Tagebüchern und Berichten relativ klar zum Vorschein kam, war, dass die Immigranten sich über die Andersartigkeit der Umgebung gewundert haben. Das war für sie ein richtiger Kulturschock.[12]

11 Philipp Strobl (Hrsg.), Die Flüchtlingskrise der 1930er Jahre in australischen Tageszeitungen: Eine medienhistorische Diskursanalyse, Hamburg 2019.

12 Für weitere Informationen zu den Erfahrungen, die Flüchtlinge in Australien nach Ihrer Ankunft machten, siehe: Philipp Strobl, Austrian-Jewish Refugees in Pre- and Wartime Australia. Ambivalent Experiences of Encounter, in: *Zeitgeschichte* 48 (2021), Heft 2, S. 253–272.

Michael Gehler: *Pierre Bourdieu ist für Sie mit seinem Beitrag zum ökonomischen, kulturellen und sozialen Kapital eine relevante Referenz. Welche Bedeutung haben für Ihre Forschung noch andere französische Intellektuelle?*

Philipp Strobl: Bourdieus Theorien nutze ich gerne wegen seiner Theorie zu den verschiedenen Formen des Kapitals. Für mich ist das das sinnvollste Konzept, um Transfer von etwas, das man schwer greifen kann, greifbarer zu machen. Generell zu französischen Intellektuellen: Mit Fernand Braudel habe ich auch für meine Dissertation recht viel gearbeitet, vor allem mit seinem Konzept der Weltwirtschaften. Das war sehr hilfreich, um das Zusammenwachsen der Welt zu erklären.

Deborah Cuccia: *Was Braudel betrifft: Wir haben von Globalisierung gesprochen, ein Wort, das in viele Sprachen übersetzt wird, aber die Franzosen sprechen eigentlich von „Mondialisation" und ich habe auch den Eindruck, dass es Unterschiede gibt. Ist das auch Ihre Meinung? Haben Sie sich damit beschäftigt, mit diesem feinen Unterschied zwischen Globalisierung und „Mondialisation"?*

Philipp Strobl: Eigentlich kann ich dazu nicht viel sagen, außer dem, was Sie jetzt bereits gesagt haben. Es ist aber sicher eine interessante Sache, der man nachgehen kann, allein aus Sicht der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe heraus.

Deborah Cuccia: *Ich habe lange Zeit gedacht, dass das nur ein sprachlicher Unterschied sei. Danach habe ich mich gefragt, was könnte dahinterstecken? Ist es nur ein sprachlicher Unterschied oder gibt es auch unterschiedliche Inhalte und verschiedene Perspektiven in Bezug auf die Forschung?*

Philipp Strobl: Wenn man sich viele Eigenheiten und kulturellen Eigenwege Frankreichs ansieht, ist das sicher eine berechtigte und interessante Frage.

Deborah Cuccia: *Auch in Bezug auf diese Art von Forschung. Vielleicht war auch die Kultur, die Politik und die Integration hier ganz anders gedacht und durchgeführt.*

Philipp Strobl: Ich habe mich einmal ausführlicher mit Joseph Buttinger auseinandergesetzt und eine kleine Biographie über ihn verfasst. Er war einer der Anführer der illegalen Sozialdemokratie in Österreich während der 1930er Jahre. Illegal war die Sozialdemokratie damals, weil sie bereits vor dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland durch das faschistische österreichische, konservative Regime verboten wurde. Buttinger war einer derjenigen, die nach Frankreich geflohen sind, so wie große Teile der österreichischen Sozialdemokratie übrigens auch. Es war für mich sehr interessant zu sehen, wie Frankreich mit diesen sozialdemokratischen Flüchtlingen umging, denn viele wurden einfach ihrem Schicksal überlassen und nach Ausbruch des Krieges in Camps gesteckt. Über die Umstände in den Camps gibt es wirklich furchtbare Erzählungen. Sie mussten dort bei eisigen Temperaturen in Zelten schlafen, auf überfluteten Wiesen und hatten auch keine sanitäre Versorgung.

Michael Gehler: *Volker Depkat hat sich unter anderem mit Biographieforschung im Kontext transnationaler und globaler Geschichtsschreibung befasst. Welchen Wert messen Sie der Einzel- und der Kollektivbiographieforschung generell für die Geschichtswissenschaft und insbesondere für die Immigrationsforschung zu? Präziser gefragt: Was leistet Einzel- und Kollektivbiographieforschung, was andere Forschungszugänge nicht leisten? Worin sehen Sie konkrete Vorzüge?*

Philipp Strobl: Man hat die Möglichkeit, die Sicht der Menschen und der direkt Betroffenen zu erarbeiten, nachzuvollziehen und zu hinterfragen. Das spielt für die transnationale Migrationsgeschichte eine große Rolle, weil man einen interessanten und guten Zugang zur Vergangenheit bekommt, der nicht an nationalstaatliche Grenzen gebunden ist. Ich arbeite sehr gern biographisch und glaube, dass dies ein vielversprechender Zugang ist. Der Unterschied zwischen Einzelbiographie und Kollektivbiographie liegt auf der Hand, weil man mit der Kollektivbiographie auch größere Phänomene erarbeiten kann. Bei der Einzelbiographie kann immer der Vorwurf kommen, „warum genau der, wieso jetzt die, warum genau diese Person, was will der Autor damit aussagen und inwieweit ist das typisch für allgemeinere Entwicklung". Mit einer Kollektivbiographie kann ich versuchen, diesen Kritikpunkt zu umgehen oder entgegenzuwirken. Dazu gibt es noch als drittes, die Prosopographie. Diese ist recht spannend und muss als quantitative Methode erwähnt werden. Im Gegensatz zur Kollektivbiographie behandelt man hier eine größere Gruppe, eine möglichst vollständige Personengruppe, und schaut sich quantitative, erschließbare Charakteristika an. Das ist etwas, das ich im Zuge meiner Arbeiten gemacht habe, anhand von Einbürgerungsurkunden. Zwar ist der persönliche Zugang relativ gering, aber dafür hat man quantitative Angaben über eine größere Gruppe.

Michael Gehler: *Biographieforschung war ja eine ganze Weile nahezu völlig verpönt. Wie erklären Sie sich sowas Verrücktes eigentlich? Und jetzt ist sie wieder „in". Wie ist das zu erklären? Hat diese Geschichtsforschung hin und wieder Orientierungsprobleme oder irgendwelche Krisen? Was sind denn eigentlich die Gründe für so etwas Abwegiges?*

Philipp Strobl: Es wurde sehr wenig reflektiert. Lange Zeit waren Biographien die Lebensdarstellungen „großer, weißer" Männer, die noch dazu meistens reine Erfolgsgeschichten waren. Im Zuge der 1970/80er Jahre, als man sich zunehmend mit sozialgeschichtlichen Themen befasst hatte, die jenseits dieser großen Narrative lagen, ist die Biographieforschung immer mehr ins Abseits gekommen. Sie hat sich jetzt allerdings als Methode sehr gut entwickelt, weil man sich neue Zugänge überlegt hat, die teilweise auch von Erfolgsgeschichten und chronologischen Darstellungen abweichen. Man überlegt sich jetzt zunehmend, wer betrachtet wird, und fragt sich, ob man nur beispielsweise die Adligen oder das Großbürgertum analysieren darf oder ob man sich nicht auch andere Personengruppen anschauen muss, um einen Einblick in die Vielfalt der menschlichen Geschichte zu bekommen. So entdeckt man nun zahlreiche neue Forschungsfelder für die Biographieforschung und diese Vielfalt der Zugänge macht sie sicherlich auch interessanter.

Deborah Cuccia: *Migration als globales Phänomen: Man sagt ja, dass das 20. Jahrhundert das Jahrhundert der Migration sei. Jetzt haben wir tatsächlich enorme Entwicklungen und Menschenmassen, die auf dem Weg sind. Gibt es da offensichtlich noch Steigerungen und inwieweit ist Globalisierung auch ein Dynamo für Migration? Verlieren nicht mehr Menschen durch die Globalisierung und leiden mehr darunter? Aber wie ist das eigentlich einzuordnen, mit Blick auf die Migrationsentwicklung? Erleben wir noch ein Migrationsjahrhundert, so wie wir es bereits im 20. Jahrhundert erlebt haben, mit Zwangsdeportationen und Verschickungen? Wie schätzen Sie das ein?*

Philipp Strobl: Definitiv beschleunigt Globalisierung auch Migration. Sehen Sie sich alleine an, wie technologische Entwicklungen und veränderte Infrastruktur Migrationen beeinflusst haben. Da denke ich jetzt einerseits an die Rolle, die weiterentwickelte Technologien (Schiffe, Züge, etc.) beispielsweise im 19. Jahrhundert für die Masseneinwanderung nach Amerika spielten. Ebenso wäre ohne die Entwicklung von Kühlschiffen für den Massentransport von tiefgekühltem Fleische der Wirtschaftsboom in Argentinien um die Wende zum 20. Jahrhundert nicht möglich gewesen. Besondere Bedeutung hat natürlich auch die Entwicklung und der Ausbau von Kommunikationsmitteln. Seit der Verlegung von Tiefseetelegraphenkabeln konnten Informationen im Eiltempo zwischen den einzelnen Kontinenten verschickt werden. Auch das hat Globalisierung vorangetrieben. Der gestiegene Informationsfluss hat sich dann natürlich auch auf die Auswanderung aus Europa ausgewirkt. Die unterschiedlichen Auswanderungswellen in Osteuropa, in Ungarn, im Burgenland und in der Slowakei, die zu unterschiedlichen Zeiten im 19. Jahrhundert eingesetzt hatten, hingen ja auch mit der Einbindung dieser Länder in den globalen Informationsfluss zusammen. Migranten machen sich ja erst auf den Weg in ein neues Land, wenn sie die Information darüber erhalten, dass es Sinn macht bzw. dass es überhaupt die Möglichkeit gibt, dorthin auszuwandern.

Ähnliche Entwicklungen sehen wir dann auch beim Massentourismus, der ab den 1980er Jahren durch günstiger werdende Flugverbindungen immer globaler wird. Enorm gesunkene Flugkosten durch die Entwicklung günstiger und immer größerer Flugzeuge machen dann eben den All-inclusive Urlaub in der Karibik leistbar.

Michael Gehler: *Wo Sie schon das Stichwort Tourismus erwähnen: Man spricht schon von „Overtourism". Das sind Städte und Regionen, wo man kaum mehr schlafen kann und die schon Auslagerungen vornehmen. Gibt es auch so etwas wie „Overmigration"? Gibt es irgendwo Grenzen? Wir reden jetzt nicht von der „Obergrenze" in Bayern, sondern von weltweiten Kapazitäten, und stellen die Frage, wie man mit diesen neuen Menschenmassen unterschiedlicher Herkunft umgeht. Würden Sie sagen, dass Zuwanderung grenzenlos möglich ist oder es auch Grenzen gibt? Gibt es hier Obergrenzen oder ist das auch eine politische Pseudodiskussion, die zu parteipolitischem Kleingeld beitragen soll? Wir hatten mit Silvia Hahn aus Salzburg eine sehr renommierte Migrationsforscherin aus Österreich, die in dem Band „Weltgesellschaft" einen ausgezeichneten Beitrag geschrieben hat. Sie hat es so interpretiert, dass es eigentlich keine Obergrenzen geben könne und geben müsse. Sie argumentierte auch, Immigration sei ein Phänomen, das schon immer da gewesen wäre. Dass diese jetzt zugegebenermaßen intensiviert auftrete, sei richtig,*

dies wäre aber auch nicht neu. Ein weiteres Argument lautete: Wir sind fast alle bis zu einen gewissen Grad Migranten im kleineren oder größeren Ausmaß. Wie sehen Sie das?

Philipp Strobl: Migration war schon immer da, das ist eine ganz klare Aussage, die ich nur unterstreichen kann. Zu dem Thema Grenzen und Obergrenzen: Die Frage, wann Zuwanderung zu viel ist, hängt ja vom subjektiven Empfinden der Bevölkerung ab sowie von der Frage, wie das Thema vermittelt, bzw. wie damit umgegangen wird. Nehmen wir das Beispiel Australien. Vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es eine enorme Angst in der Bevölkerung vor Überfremdung gegeben. Es wurde immer wieder argumentiert, dass die australische Gesellschaft die Aufnahme dieser 10.000 bis 15.000 europäischen Flüchtlinge nicht vertragen könne, dass die Bevölkerung zu heterogen werden würde und somit ihren britischen Charakter verlieren würde. Diesen „Flüchtlingsstrom“, der etwa 0,0014 Prozent der damaligen Bevölkerung ausmachte, sahen viele Australier als das Ende ihrer britischen Gesellschaft. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Krieges hatte man plötzlich andere Ängste. Man hatte festgestellt, dass man einer japanischen Invasion militärisch nichts entgegenstellen konnte, da man mit einer Bevölkerung von etwa sechs bis sieben Millionen zu wenig Soldaten und zu wenig Industrien hatte. Das Land begann daher, rund 200.000 Displaced Persons aus ganz Europa aufzunehmen. Plötzlich war Massenzuwanderung nicht nur möglich, sondern überlebenswichtig. Man sieht also, die Frage, „wann genug ist“, ist rein subjektiv und hängt von der Perspektive ab.

Man sieht jedenfalls auch, dass große Städte mit einem teilweise enorm hohen Anteil an Immigranten viel besser mit Migration umgehen können als ländliche Gegenden, in die sich nur selten ein Zuwanderer verirrt. Interessanterweise ist aber auf dem Land die subjektive Angst in der Regel höher.

Wichtig, nein am wichtigsten ist dabei sicherlich auch die Kommunikation: Wie gehen Medien, wie gehen Politiker, wie geht die eigene Regierung mit Migration um? Wieviel Sicherheitsgefühl vermittelt eine Regierung? Im Jahr 2015/2016 wurde im Zuge der Flüchtlingskrise sehr viel falsch gemacht. Ich habe zu dieser Zeit in Wien gearbeitet und an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn gelebt. Bei meinen täglichen Fahrten nach Wien sah ich hunderte bzw. tausende Menschen, die planlos über die Autobahn Richtung Mittel- und Nordeuropa marschiert sind, völlig unreguliert und unbegleitet. Private Hilfsorganisationen waren die einzigen Stellen, die diese Menschen noch irgendwie versorgten. So etwas geht nicht: Einerseits lässt eine Regierung so ein humanitäres Chaos im eigenen Land zu, andererseits vermittelt man der Bevölkerung absolute Hilflosigkeit. Und das wiederum führt zu Angst und in weiterer Folge zu Hass.

Deborah Cuccia: *Neben Krieg und Vertreibung führen auch andere Phänomene wie Wirtschaft, Bildung, Naturkatastrophen, Heirat und Beziehungen etc. zu Migration. Welche Bedeutung schreiben Sie diesen Faktoren zu und beachten Sie die in Ihrer Forschung? Eigentlich ist diese Frage schon beantwortet, aber ich würde gern nochmal nachhaken, vor allem auch, da Deutschland selbst ja auch ein Land ist, das von diversen Zuwanderungen profitiert hatte. Ich meine jetzt nicht in jüngster Zeit, sondern auch im Laufe der Geschichte. Ist nicht deshalb auch dieses Land so weit gekommen? Haben sich dadurch nicht auch erst Bildung, Kunst und Kultur weiterentwickelt? Wie sehen Sie das?*

Philipp Strobl: Das ist etwas, mit dem ich mich für Australien ganz intensiv beschäftige, und das lässt sich auch auf andere Länder übertragen. Migranten bringen vielfach neue Impulse und neue Ideen ins Land. Flüchtlinge sind meistens besonders produktiv. Es handelt sich dabei um Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, die ihr Land in der Regel unfreiwillig verlassen mussten. In vielen Fällen haben sie dabei natürlich ihren sozialen Status und ihr finanzielles Kapital verloren. Im Aufnahmeland müssen sie sich dann wieder ein neues Leben aufbauen und dabei greifen sie natürlich auf das zurück, was sie wussten bzw. was sie in ihrem Herkunftsland gelernt hatten. Im Fall der vor dem Nationalsozialismus geflohenen Menschen, die nach Australien kamen, ist der Mehrwert dieser Flüchtlingsmigranten für die australische Gesellschaft schnell erkennbar und das in vielen verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft, vom Universitätssektor bis hin zur Skiindustrie.

Michael Gehler: *Gibt es Parallelen zu entdecken gerade in besonderen Bereichen? Da Australien sehr isoliert und auch nicht sehr bevölkerungsreich war, ist man da eigentlich nicht auf neue Ideen angewiesen, um neue Impulse zu bekommen?*

Philipp Strobl: Definitiv, insofern spielt Migration hier natürlich eine bedeutende Rolle, gerade als Innovationsbringer. Wir sehen das aber auch an unserer europäischen Geschichte. Bedenken Sie, was im Laufe der Geschichte an Innovation durch Migranten in unser Land gebracht wurde. Denken Sie beispielsweise an die Leistungen der aus Frankreich zugewanderten Hugenotten, die ja bewusst ins Land geholt wurden. Ein weiteres, europäisches Beispiel wäre London im 16. Jahrhundert, da hat es ein massives Wirtschaftswachstum gegeben, das von Flüchtlingen aus Flandern besonders befeuert wurde.

Deborah Cuccia: *Jetzt bin ich doch nochmal kritisch und frage nach. Wenn es alles so großartig, innovativ und progressiv war, warum hat es Jahrzehnte gebraucht, bis man in Deutschland offen dazu Stellung nahm, dass man eine Einwanderungsgesellschaft ist? Man sprach ja erst von Fremdarbeitern und dann von Gastarbeitern, ganz nach dem Motto „schleichts euch wieder", wenn ihr mit der Arbeit fertig seid. Dann erfolgte aber Familiennachzug und diese Menschen blieben doch. Wir reden von einer Einwanderungsgesellschaft in Deutschland erst offen seit zehn bis maximal 15 Jahren. So Sätze wie „der Islam gehört zu Deutschland" von Bundespräsident Wulff sind auch eher jüngeren Datums. Also, wie erklären Sie sich, dass wir offensichtlich einen paradoxen Zustand haben bezüglich des Innovations- oder Fortschrittzugewinns? Auf der anderen Seite aber auch, dass man sich extrem schwertut, das offiziell zu argumentieren, ich rede von offiziell. Wie ist das zu erklären? Ist das losgelöst vom Populismus zu sehen?*

Philipp Strobl: Es liegt immer an der Frage, wie wir uns sehen und wie wir unsere Gesellschaft sehen wollen. Zuwanderung gab es schon immer und teilweise war sie in der Vergangenheit sogar viel intensiver als heute. Die größte Einwanderungswelle hatte Deutschland beispielsweise nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt, als Millionen Heimatvertriebene und Displaced Persons aus Osteuropa ins Land kamen. Diese Menschen waren eine Bereicherung – der Aufbau des zerstörten Landes und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Erholung – ganz zu schweigen vom Wirtschaftswunder der

1950er Jahre, wäre ohne diese Massenzuwanderung nicht möglich gewesen. Gesehen wurde der Zuzug von Menschen allerdings zunächst einmal negativ. Trotzdem ist diese Zuwanderung nicht wirklich präsent in unserem kollektiven Gedächtnis. In Österreich ist das noch viel ausgeprägter als in Deutschland. Das liegt vielleicht daran, dass man in dieser Zeit zunächst einmal mit der Vergangenheit brechen und vergessen wollte. Die Menschen mussten sich arrangieren, um ihre Häuser, ihre Wirtschaft und ihr soziales Umfeld wieder zu errichten. Dabei entstand etwas Neues. Gleichzeitig hatte sich auch so etwas wie eine Kultur des Vergessens entwickelt. Ganz nach dem Motto, wir müssen uns arrangieren, deshalb sprechen wir nicht über die Schrecklichkeiten, die während des Krieges geschehen sind. Die Migranten der 1940er und 50er Jahre wurden Teil der neu aufzubauenden Gesellschaft und wurden daher auch nicht im besonderen Ausmaß als Migranten wahrgenommen. Anders wird es dann mit den Gastarbeitern der 1960er bis 1970er Jahre. Diese wurden bewusst als Arbeitskräfte ins Land geholt. Niemand machte sich damals offensichtlich Gedanken über die Auswirkungen dieser Massenmigration. Wenn Sie sich die Zeitungsberichte dieser Zeit ansehen, sah man Gastarbeiter als Arbeitsbehelf. Die Frage, ob diese Menschen Teil Deutschlands werden könnten, stellte man damals nicht. Daher wurden auch keine Schritte unternommen, um diese Menschen in die Gesellschaft zu integrieren. Es gab keine Deutschkurse und überhaupt keine Integrationsmaßnahmen. Das hat sich natürlich als fatal erwiesen. Erst als ab den 1990er Jahren zunehmend klar wurde, dass die Gastarbeiter eben nicht mehr zurückziehen würden, sondern in Deutschland bleiben würden, musste man sich langsam Gedanken machen. Dazu kamen dann noch hunderttausende Flüchtlinge aus Jugoslawien und anderen Konfliktregionen in Osteuropa bzw. Eurasien. Die 1990er Jahre waren daher schon eine Zeit, in der erste Stimmen laut wurden, die von einer Einwanderungsgesellschaft sprachen. Damals war der Konsens jedoch noch nicht da, die Bevölkerung empfand sich noch homogener und das Thema war somit kontroversieller. Nach weiteren großen Zuwanderungswellen, den EU-Osterweiterungen und einem generellen Zusammenwachsen innerhalb Europas lässt sich das Faktum immer schwieriger verneinen, dass wir in Deutschland in einer Einwanderungsgesellschaft leben. Das wirkt sich nun natürlich auch auf die Diskurse aus. Ebenso sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass Migranten und deren Nachfahren in zweiter und dritter Generation auch immer mehr an der Gesellschaft und der Diskursbildung partizipieren und natürlich auch ihre Geschichte aufgearbeitet sehen möchten.

Deborah Cuccia: *Ihr Artikel „But The Main Thing is I had the Knowledge“*[13] *handelt von Gertrude Langer und dem Aufbau des Kunstsektors in Australien. Wie würden Sie den Einfluss von europäischen Kriegsflüchtlingen in Australien im Zweiten Weltkrieg bewerten?*

Philipp Strobl: Der Kunstsektor im Australien war bis in die 1930er Jahre hinein unterentwickelt. Australien wurde als „workmen's paradise“ gegründet und wurde lange Zeit fast ausschließlich von Arbeitern besiedelt. Bei der Staatsgründung sind die Vertreter

13 Philipp Strobl, “But the Main Thing is I had the Knowledge”: Gertrude Langer, Cultural Translation and the Emerging Art Sector in Post-War Queensland (Australia), in: *Australian and New Zealand Journal of Art* 18 (2018), Heft 1, S. 16–30.

der einzelnen Teilstaaten davon ausgegangen, einen Staat zu schaffen, der ideale Bedingungen für eine Arbeitergesellschaft mit nur geringen sozialen Unterschieden bietet. Es hat lange Zeit einen starken Antiintellektualismus gegeben. Kultur und Kunst hatten hier einen anderen Stellenwert als auf dem europäischen Kontinent. In Melbourne und Sydney haben sich trotzdem langsam ab den 1920er und 1930er Jahren Einflüsse der europäischen und amerikanischen Moderne bemerkbar gemacht, aber eher in einem sehr begrenzten Rahmen und auch vor allem nur in diesen Städten.

Für viele dieser Flüchtlinge aus Wien spielte Kunst und Kultur eine bedeutende Rolle. Ich war tatsächlich überrascht, dass sich hier die Aussagen nahezu aller Interviewten aus meinem Projekt ähnelten. Die meisten besuchten regelmäßig die Wiener Oper bzw. die zahlreichen Museen und Galerien der Stadt. In Australien angekommen hatten viele dieser Menschen das Gefühl, dass ihnen etwas fehlte. Einige haben dann sogar begonnen, sich selbst kulturelle Angebote zu schaffen. Es gab beispielsweise vier oder fünf Theater in Melbourne und Sydney, die von deutschen und österreichischen Flüchtlingen gegründet wurden.

Der Bereich der Kunstgeschichte als akademische Disziplin war inexistent bis zum Jahr 1946/47. Kunstgeschichte als Fach ist dann von europäischen Immigranten ins Leben gerufen worden. Da gab es Migranten aus Großbritannien und auch einige aus Kontinentaleuropa. Die meisten davon hatten ihre Ausbildung in Hamburg oder Wien erhalten, beide Universitäten zählten zu den führenden Schulen dieser Zeit. Insofern spielt dieser Einfluss eine große Rolle.

Nachdem die ersten Migranten sich langsam festsetzen und Einfluss ausüben konnten, setzte ab den späten 1940er Jahren jene große Zuwanderung von Displaced Persons ein, die ich vorhin schon erwähnt hatte und die zur weiteren Diversifizierung der Gesellschaft beitrug. Diese frühen Migranten hatten also ein Angebot erschaffen, das von diesen Nachkommenden auch sehr gern und mit großer Bereitschaft aufgenommen wurde, und dies hat sicherlich auch zur weiteren Verbreitung in der Bevölkerung beigetragen.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert hatte die Netzwerkforschung für Sie generell und für Ihr Forschungsprojekt speziell?*

Philipp Strobl: Im Zuge meiner Forschungen, als ich mich mit den unterschiedlichen Migranten und deren kulturellen Übersetzungsleistungen befasst habe, hatte ich unter anderem auch bemerkt, dass es wichtig wäre, zu hinterfragen, wie diese Menschen untereinander vernetzt waren und wie sie beispielsweise ihre Flucht handhaben konnten. Soziales Kapital und Netzwerke konnten mitunter den Unterschied zwischen Leben und Tod bedeuten. In vielen Fällen war es überlebenswichtig, Bekannte, Verwandte, oder Geschäftspartner in anderen Ländern zu haben, die diesen plötzlich mittellos gewordenen und entrechteten Menschen bei ihrer Migration helfen konnten.

Michael Gehler: *Das heißt, die neuen Netzwerk- und Social-Media-Plattformen haben noch keinen Einfluss auf Ihre Forschung. Wäre das vielleicht auch mal ein Thema, wo man völlig andere Netzwerke übergreifend bis in andere Länder oder sogar bis in andere Kontinente hinein, untersucht?*

Philipp Strobl: Sie meinen jetzt in späterer Zeit?

Michael Gehler: *Ich meine in späterer Zeit. Ist es überhaupt möglich, Ihre Arbeit gleichzusetzen mit der Netzwerkforschung aus heutiger Sicht? Da nutzt man ja auch Social-Media zum Teil, das hat es damals ja noch nicht gegeben.*

Philipp Strobl: Soziale Medien in der Form, wie wir sie heute kennen, nicht, aber es hat ähnliche Dinge gegeben. Sie glauben gar nicht, wie sehr sich die Kommunikationskanäle ähneln mit den digitalen Geschichten, die wir heute kennen, es war nur alles langsamer. Ein Bekannter von mir aus Innsbruck macht beispielsweise Forschungen zu Pfadfindergruppen. Von daher weiß ich, dass es Exilierte gab, die sich in Wien in ihrer Jugend in einer Pfandfindergruppe kennengelernt haben. Als sie dann geflohen sind, haben sie sich über die ganze Welt verteilen müssen. Später ab den 1950er Jahren haben sie sich wieder zusammengefunden und haben dann zwar keine Computer gehabt mit Internet, aber sie hatten Rundbriefe. Alle Informationen wurden an einem Verteilerort gesammelt, veröffentlicht und sind dann wieder an alle Mitglieder verschickt wurden. Die haben sich insofern schon mit den Methoden, die es gab, sehr gut vernetzt, es hat alles natürlich länger gedauert, war aber vom System her ähnlich.

Michael Gehler: *Wir reden noch von verschiedenen Netzwerken. Einmal das mögliche sich bindende Netzwerk von Österreichern in Australien in der Stadt Melbourne, Sydney und wo auch immer. Wir reden von Netzwerken von Österreichern und Australiern möglicherweise. Dann die Rückwanderung, wenn diese erfolgt ist, wurden diese Netzwerke wiederum erweitert. Also verschiedene Arten von Netzwerken und dann unterscheidet ja die Netzwerkforschung auch zwischen Netzwerkpolitik durch Netzwerke und Netzwerkpolitik in Netzwerken und Netzwerkpolitik zwischen Netzwerken, das ist aus einem englischen Buch „Transnational Networking in European Context“. Nutzen Sie diese Varianten der Netzwerkforschung als Methodik auch oder ist für Sie alles Netzwerk?*

Philipp Strobl: Nein, es gibt ja die unterschiedlichsten Zugänge zu diesem Thema. Ich habe einen Zugang gewählt, der mehr aus der Sozialforschung kommt. Der Soziologe Jan Fuhse hat dazu sehr interessante Forschungen durchgeführt. Ich schaue mir an, welche Bedeutungen Netzwerke für die Protagonisten hatten. Es gibt natürlich unterschiedliche Arten, nicht nur Netzwerke zwischen Österreichern im Ausland oder zwischen deutschen Migranten im Ausland, sondern auch mit der lokalen Bevölkerung. Es muss auch die Frage gestellt werden, welche Absichten diese Netzwerke haben. Zum Beispiel: Geht es darum, Hobbys mit anderen gemeinsam zu verfolgen, geht es darum, soziale Anerkennung zu erlangen, geht es darum, beruflich weiter voranzukommen, oder geht es darum, soziale Isolation zu durchbrechen? Da gibt es natürlich viele verschiedene Abstufungen. Bei mir steht immer die Frage im Vordergrund, welche Funktion hat die Netzwerkaktivität für den, der sie betreibt. Ich habe dazu im vergangenen Jahr eine kleine Studie gemacht, in der ich mir diese Fragen bei drei Migranten angeschaut habe.[14] Ich habe mir

14 Philipp Strobl, Social Networks of Austrian Refugee-Migrants from the Anschluss in Australia – An Analysis of Meaning Structures, in: *Journal of Migration History* 5 (2019), S. 53–79.

angesehen, wie sie Netzwerke in ihrer alten Heimat Österreich betrieben hatten, während der Zwischenkriegszeit aus einer anderen Position heraus, viele entstammten ja dem wohlhabenden Bürgertum. Eine weitere Frage war, wie diese Menschen ihre Netzwerke genutzt haben, um ihre Flucht zu ermöglichen und aus dem Land zu fliehen. Drittens ging es darum, mir anzusehen, wie sie die Netzwerke in Australien dann nutzten, um sich zu etablieren. Daraus kann man ableiten, wie sich das Netzwerkverhalten verändert hatte, bzw. was zu welcher Zeit prioritär betrieben wurde. Da sieht man natürlich ganz klar: Am Anfang waren in Australien wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend. Das hat sich dann immer mehr gewandelt in Richtung gesellschaftlicher Anerkennung und später dann auch immer mehr in Richtung Gestaltung der Freizeitaktivitäten.

Michael Gehler: *Das wäre die nächste Frage: Welche Potenziale und Perspektiven sehen Sie ausgehend von Ihrem Forschungsfeld für eine Erweiterung der geschichtswissenschaftlichen Forschungsagenda? Wir haben heute bei der Besprechung schon festgestellt, was Ihr Thema eigentlich alles abdeckt: Gesellschaftsgeschichte, Kulturgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte, Transfergeschichte, transnationale Geschichte, also im Grunde eine „histoire totale". Dazu kommt noch Biographiegeschichte und Prosopographiegeschichte.*

Philipp Strobl: Prosopographie und Biographik ist für mich eine Methode.

Michael Gehler: *Das ist eine Methode, das ist klar. Militärgeschichte ist es aber doch auch, wenn die Immigranten in der britischen Armee gedient haben.*

Philipp Strobl: Ja, das sind alles Aspekte dieser sehr umfassenden Arbeit, die ich schreiben möchte. Wenn man eine allumfassende Wanderbewegung beschreibt, hat man natürlich verschiedene Aspekte, die man beachten muss, das ist ganz klar. Es ist schon ein umfassendes Programm. Aber ich würde jetzt nicht sagen, dass ich meine Arbeit exklusiv auf ein bestimmtes Thema begrenzen kann, so nach dem Motto „es handelt sich hierbei um Militärgeschichte, weil ich die Labor Corps analysiere". Natürlich streife ich viele Bereiche, das primäre Interesse liegt aber am Wissenstransfer und an der Vernetzung, hier liegt auch die zentrale Fragestellung meiner Arbeit.

Michael Gehler: *Gibt es eigentlich Lehrstühle für Migrationsgeschichte, die explizit so ausgeschrieben sind, oder gibt es nur eine Expertise in Osnabrück mit Jochen Oltmer, der das in Nachfolge von Klaus Bade praktisch quasi zentralisiert betreibt, oder ist das ein Trend, der noch stärker kommen könnte? Eigentlich ist das Tagesgeschehen so stark von der Immigration beherrscht, dass man erwarten könnte, dass Lehrstühle und Professuren für Migrationsgeschichte ausgeschrieben werden, europäisch und global vergleichend. Sehen Sie hier auch eine zusätzliche große Chance im Sinne der Methode des historischen Vergleichs?*

Philipp Strobl: Die komparative Methode war und ist natürlich sehr wichtig, nicht nur für die Migrationsgeschichte. Nachdem eine transnationale Migrationsgeschichte sich noch in einem eher frühen Stadium befindet, ist es auch erstmal wichtig, Grundlagen-

studien zu verfassen. Diese können dann in weiteren Schritten mit Arbeiten anderer zu ähnlichen Themen verglichen werden. Natürlich, um festzustellen, wo man eigentlich steht, um zu sagen „diese Entwicklung ist einzigartig, das ist weniger einzigartig“, ist es wichtig, Vergleiche zu ziehen und eigene Ergebnisse mit anderen abzugleichen. Daraus ergeben sich dann sehr spannende Erkenntnisse. Im kommenden Mai werde ich mit einer Kollegin aus Graz zusammen eine Tagung durchführen, die sich zum Ziel gelegt hat, Experten zum Bereich der Kulturtransferforschung in Wien zusammenzubringen, um deren Forschungen zum Kulturtransfer und zu Übersetzungsleistungen von deutschsprachigen Flüchtlingen vor dem Nationalsozialismus in weniger bekannten Exilländern abseits der USA, bzw. Großbritanniens und Palästinas zu vergleichen und gemeinsam zu diskutieren. Es ist ein Konferenzband geplant, der sicherlich interessante Ergebnisse zu Tage fördern wird.[15]

Deborah Cuccia: *Was würden Sie sich erhoffen von diesen Vergleichen? Wo würden Sie sagen, da stoße ich jetzt an Grenzen? Hat die Thesenbildung irgendwo eine themenbedingte, von der Fragestellung her erklärbare Grenze? Was würden Sie sich von den Vergleichen noch für weitergehende Erkenntnisse erhoffen, die Sie möglicherweise mit Ihrer Spezialstudie nicht leisten können?*

Philipp Strobl: In allererster Linie sollten die Thesen unterschiedlicher Arbeiten abgeglichen werden. Auf der anderen Seite muss man sagen, dass es unmöglich ist, eine solche Studie auf globaler Ebene alleine zu machen. Der Rückgriff auf existierende Daten, der Vergleich existierender Arbeiten und die Auswertung und Darstellung der wichtigsten Erkenntnisse aus dieser vergleichenden Tätigkeit ist daher eine zielführende Methode, um weitere, globale Studien überhaupt möglich zu machen.

Michael Gehler: *Was ich mir noch vorstellen könnte, ist ein anthropologischer Zugang. Dass man sagt, im Sinne eines universal angelegten Vergleichs verhalten sich Menschen in neuer Umgebung in gewisser Weise immer wieder vergleichbar ähnlich. Egal ob das Australien, Kolumbien, Bolivien oder Kanada ist. Verhalten sich die aufnehmenden Gesellschaften in ähnlicher Weise? Verhalten sich die Medien dort ähnlich? Ich sage mal: Zuerst recht euphorisch, dann aufwachend, skeptisch, dann ernüchtert und dann kommen Phobien auf. Das wäre ein spannender anthropologischer Zugang. Wenn man das menschheitsgeschichtlich und verhaltensspezifisch vergleicht, wäre das die Perspektive, die mir vorschweben würde, wie ich so etwas bearbeiten würde. Ich könnte es aber auch nur in Zusammenarbeit mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen tun.*

Philipp Strobl: Genau das mache ich zurzeit gerade mit Studentinnen und Studenten der Universität Innsbruck. Wir sehen uns mediale Reaktionen auf Flüchtlinge im englischsprachigen Raum an. Jeder Student analysiert ein bestimmtes Land mit einer bestimmten Fragestellung. Betrachtet werden immer digitalisierte Zeitungsberichte. Am Ende soll ein transnationaler Vergleich stehen, der es zulässt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der

15 Susanne Körbel/Philipp Strobl (Hrgs.), Mediations through Migrations: Cultural Translation and Knowledge Transfer on Alternative Routes of Escape from Nazi Terror, London 2021.

medialen Berichterstattung über deutschsprachige Flüchtlinge in den einzelnen Ländern festzustellen. Die Ergebnisse sollen auch publiziert werden.[16]

Michael Gehler: *Wir haben noch Fragen zur Gegenwart und Zukunft. Wie erklären Sie sich, dass gerade die mittelosteuropäischen und südosteuropäischen Staaten der Migration muslimischer Flüchtlinge so kritisch gegenüber zu stehen scheinen? Ist es wirklich so?*

Philipp Strobl: Ich habe ja eine Zeit lang in Bratislava gearbeitet und an der Grenze gelebt. Viele Freunde von mir sind auch aus der Slowakei. Es ist schon eine bemerkbare Abneigung gegenüber Fluchtmigration und Flüchtlingen da. Zumindest ist mir das in der Slowakei aufgefallen. Es handelt sich bei diesen Ländern um junge Nationalstaaten, die nach 1989, als der Nationalismus wieder aufgeflackert ist, nur wenig Zeit gehabt hatten, diesen aufzuarbeiten. Die Gesellschaften sind dort auch inzwischen sehr homogen und da lässt sich die Angst vor dem Unbekannten natürlich sehr gut populistisch ausnutzen.

Das ist auch nicht nur in Osteuropa so. Auch in Deutschland beobachten wir interessante Phänomene: Dort, wo die Dichte an Zuwanderern besonders hoch ist, gibt es vielfach weniger Fremdenhass. Klaus Neumann, von dem ich berichtet habe, setzt beispielsweise gerade eine Studie um, die sich mit dieser Frage auseinandersetzt. Er analysiert, warum in Regionen mit den geringsten Ausländeranteilen, die gefühlte Angst vor Zuwanderern besonders hoch ist. Dafür hat er sich eine Region in Sachsen ausgesucht. Auf der anderen Seite sieht er sich auch an, warum in Gegenden mit sehr hohen Ausländeranteilen die subjektive Angst vor Zuwanderung nicht so hoch ist. Als Beispiel dafür untersucht er Hamburg. Das ist also kein Phänomen, das es nur in Osteuropa gibt, das gibt es hier zu Lande natürlich auch.

Deborah Cuccia: *Werden steigende Migration und Flucht dazu führen, dass Global Governance an Bedeutung gewinnt? Das wäre noch einmal so eine Frage der Globalisierung und Globalität. Welche Rolle könnte und sollte die EU, sollte Europa in dieser Welt von heute und morgen spielen?*

Philipp Strobl: Ja, auf jeden Fall. Mit den steigenden weltweiten Flüchtlingszahlen muss auch eine globale Lösung dafür gefunden werden. Die große Frage ist, welche Rolle kann die EU dabei spielen. Eine außenpolitisch stark agierende EU könnte natürlich versuchen, sich als Vermittlerin einzusetzen. Sie könnte versuchen, zwischen verschiedenen Blöcken zu vermitteln und deswegen auch Global Governance aktiver und stärker zu beeinflussen.

Michael Gehler: *Zum Stichwort Global Governance: Welche Rolle können die UN spielen?*

Philipp Strobl: Die internationale Staatengemeinschaft müsste diese Institution mit mehr Macht und Kompetenzen ausstatten, um zu vermeiden, dass sie zahnlos erscheinen. Die Frage wäre nur, wie man das am besten organisieren kann. Nichtsdestotrotz würde

16 Philipp Strobl (Hg.), "They Trusted Us: But Not Too Much": Transnationale Studien zur Rezeption deutschsprachiger Flüchtlinge in englischsprachigen Medien, Hildesheim 2020.

ich sagen, dass eine gestärkte und einheitliche agierende EU sich auch in solchen Organisationen stärker einsetzen kann und stärker die Richtung vorgeben kann.

Deborah Cuccia: *Die Vereinten Nationen werden am stärksten unterstützt und gefördert von der EU. Das kann man so sagen. Da ist natürlich die Hoffnung vorhanden, dass die Europäische Union ihr Profil stärken kann und damit auch indirekt das Profil der Vereinten Nationen. Die letzte Frage lautet nun: Sollte auch im Lichte dessen die Finalitätsfrage zur zukünftigen Rolle der Europäischen Union beantwortet werden? Wenn ja, wie? Das führt auch zurück zur Frage: Brauchen wir auch eine Migrationsunion? Von der reden wir ja gar nicht. Wir reden von der Kapitalunion, der Sozialunion und Finanzmarktunion, Digitalunion, Verteidigungsunion usw., von der Immigrationsunion aber nicht. Das heißt, im Grunde sollten Einwanderungsregelungen harmonisiert werden müssen, und das stimmt ja auch nicht.*

Philipp Strobl: Man hat ja im Zuge der Krise 2016 gesehen, wie undurchführbar sich eine Migrationsunion erwiesen hat. Es gab zwar zahlreiche Bestrebungen, Aktionen zu koordinieren, um eine unmittelbare humanitäre, soziale und wirtschaftliche Bedrohung abzuwenden. Wir haben allerdings gesehen, dass es unmöglich war, alle Akteure unter einen Hut zu bringen. Hier liegt die Lösung wahrscheinlich wieder in der Verstärkung der europäischen Integration und dazu müssen die einzelnen Nationalstaaten auch Kompetenzen nach Brüssel abgeben.

Michael Gehler: *Mir ist noch eine letzte Frage eingefallen. Kann es sein, dass Flüchtlinge jüdischer Glaubensherkunft aufgrund der Erfahrung jahrhundertelanger Verfolgung, der Diaspora, ein höheres Maß an historischer Erfahrung mit Migration und Mobilität hatten und daher möglicherweise so etwas wie eine Elite im Migrations-Knowhow waren, d. h. schneller zu realisieren, wenn Gefahr in Verzug war, sich fortzubewegen sowie in neuen Räumen sich schneller zurechtzufinden und gewandter damit umzugehen? Es waren ja Erfahrungen über Jahrhunderte, die weitergegeben werden konnten. Möglicherweise war das auch gegeben, weil ein Stück mehr Internationalität, Kosmopolitismus und Weltfähigkeit, also Globalität, in der Mentalität vorhanden waren? Das wäre ein Spezifikum, das man vielleicht noch herausarbeiten könnte – möglicherweise auch im internationalen Vergleich? Ist so eine Arbeitsthese denkbar, ohne Stereotypen zu transportieren? Diese Migrationsgruppe von Menschen jüdischer Glaubensherkunft hatte bis zum Jahr 1948 weder einen Staat noch einen konkreten Zufluchtsort, sondern ist weltweit verstreut und steht unter wiederkehrender Verfolgung. Wie würden Sie zu dieser Hypothese stehen?*

Philipp Strobl: Prinzipiell muss gesagt werden, dass es sich nicht um eine einheitliche Gruppe handelt. Die Nazis hatten in Österreich im Jahr 1938 willkürlich festgelegt, wer jüdisch war. Viele dieser Menschen hatten keine Verbindung mehr zum Judentum und wurden aufgrund jüdischer Eltern, bzw. Großeltern zu Juden gemacht.

Trotzdem ist an Ihrer These sicher etwas dran. Auch wenn sich diese Menschen teilweise nicht mehr als Juden sahen, gab es natürlich Einflüsse durch Erziehung und die Art, wie sie aufwuchsen. Es gibt sehr interessante Studien zum Wiener Judentum, die zeigen, wie hoch die Bedeutung von Bildung für jüdische Familien war. Das war tief in deren

Identität verwurzelt – Bildung als Mittel, um sozial aufzusteigen. Diese hohe Affinität zu Bildung ist auch zwei bis drei Generationen später noch bemerkbar. Überdurchschnittlich viele Vertriebene hatten beispielsweise studiert, und das zu einer Zeit, wo gerade einmal drei Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung einen Studienabschluss hatten. Ebenso hatten die Familien der meisten von mir befragten Menschen ausgezeichnete Kontakte zu anderen europäischen Ländern, allen voran Frankreich, Großbritannien sowie in die Tschechoslowakei. Dementsprechend gut waren deren Fremdsprachenkenntnisse. Die Vertreibung aus Wien in viele verschiedene Teile der Welt hat dann natürlich auch wieder dazu geführt, dass deren transnationale Netzwerke größer wurden. Viele der von mir Interviewten hatten ab den 1940er Jahren regelmäßig Kontakt zu Freunden und Verwandten und Geschäftspartnern auf verschiedenen Kontinenten.

Studien zum Wiener Judentum zeigen übrigens auch, dass die meisten jüdischen oder zu Juden gemachten Familien ursprünglich aus Osteuropa kamen und somit einen Migrationshintergrund hatten.

Deborah Cuccia: *Sogenannte Ostjuden. Aus Galizien, aus der Ukraine und aus Russland. Die Akkulturation, die Assimilation nicht in diesem Maße erfahren haben, wie die Juden, die schon länger in Wien ansässig waren …*

Philipp Strobl: Auch die Juden, die schon länger ansässig waren in Wien, hatten Migrationshintergrund. Dieser geht zurück auf das ausgehende 19. Jahrhundert. Wie gesagt, der Wunsch nach Bildung war in dieser Gruppe sehr groß. In einer interessanten Studie von Steven Beller ist gezeigt worden, dass der Anteil der jüdischen Gymnasialschüler enorm hoch war.[17] Anhand von Schullisten gibt es Forschungen, die belegen, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts teilweise ein Drittel der Abgangsjahrgänge von Wiener Gymnasien jüdischer Abstammung war. Es gibt einen klaren Fokus auf Bildung innerhalb dieser Gruppe. Das ist ein Punkt, der den Juden in weiterer Folge zugutekommt. Dann natürlich auch die Weltsicht: Viele hatten Verwandte in anderen Gegenden gehabt, Tschechien, Böhmen, Ungarn, Galizien, etc. Sie haben oft mehrere Sprachen gesprochen und sind sehr viel gereist, was ein weiterer Vorteil war.

Michael Gehler: *Wir haben keine weiteren Fragen mehr. Vielen herzlichen Dank* für das Gespräch.

17 Steven Beller, Wien und die Juden. 1867–1938, Wien 1993.

Tilo Schabert

Rückblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen 2017

Zum Referenten:

In Gotha geboren, wuchs der Vortragende, Prof. Dr. Tilo Schabert, in Weingarten (Oberschwaben) auf. Er studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München Politische Wissenschaften, Philosophie, Theologie und Neuere Geschichte. Studienaufenthalte an der *Sorbonne* in Paris und am Exeter College in Oxford ergänzten seine Ausbildung. Seine Dissertation behandelte zentrale Themen des französischen politischen Denkens im 18. Jahrhundert. Dank Studien- und Arbeitsaufenthalten in Frankreich sowie regelmäßiger Forschungen in französischen Archiven hat er sich im Laufe seiner akademischen Karriere zum exzellenten Kenner der Geschichte und Politik Frankreichs etabliert. Seine Veröffentlichungen zeugen davon.

Professor Schaberts Ausführungen im Rahmen der Europagespräche beschäftigten sich mit den Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Frühjahr 2017 und den Entwicklungen ihretwegen in der französischen Parteienlandschaft im Herbst 2016 und im Winter 2016–17. Der Vortrag war in mehrere Teile gegliedert.

Zum Vortrag:

I. Die Überraschungen

Bei den Vorwahlen (*primaires*), welche die konservativen Parteien (*Les Républicains*, *le parti chrétien-démocrate*, *le Centre national des indépendants et paysans*) auf einen gemeinsamen Kandidaten hin am 20. und 27. November 2016 und die Partei der Sozialisten am 22. und 29. Januar 2017 abhielten, kam es jeweils zu einer Überraschung. Bei den Konservativen galt Alain Juppé, Bürgermeister von Bordeaux und ehemaliger Premierminister, bis zu den Vorwahlen eindeutig als Favorit. Entgegen den Erwartungen setzte sich indes unter den Konkurrenten (neben Juppé u. a. Nicolas Sarkozy, Bruno Le Maire) der ehemalige Premierminister unter Sarkozy, François Fillon, durch. Fillon, der als Premierminister einmal geäußert hatte, er stehe einem „bankrotten Land" (*un pays en faillite*) vor, hatte nun als Kandidat für die Präsidentschaft ein ehrgeiziges Programm zu einer wirtschaftlichen „Renaissance" Frankreichs verkündet.

Diesem überraschenden Sieg Fillons folgte bald eine zweite Überraschung. Am 25. Januar 2017 tat die Zeitschrift *Le Canard Enchainé* kund, dass die Ehefrau von Fillon acht Jahre lang den Posten einer parlamentarischen Mitarbeiterin ihres Mannes in der Nationalversammlung innehatte und dafür offenbar keine entsprechenden Leistungen erbracht hatte. Im Zuge seiner Verteidigung machte Fillon immer fadenscheinigere Aussagen und verlor in der Öffentlichkeit mehr und mehr seine Glaubwürdigkeit. Entgegen des von ihm gezeichneten Bildes seiner selbst kam heraus, dass er ein auf Geld und Luxus erpichter Mensch, ein *homme d'argent* war. Bei dem 1. Wahlgang für die Präsidentschaft am 23. April 2017 kam er denn nur auf den vierten Platz und schied aus dem Rennen aus.

Vor den *primaires* der Sozialisten mit sieben Kandidaten wurde Manuel Valls, bis zum 6. Dezember 2016 Premierminister, als Favorit angesehen. Indes siegte, zur allgemeinen Überraschung, Benoît Hamon. Diesem standen aber die Inhalte seiner Wahlkampagne im Wege. Sein Wahlversprechen, ein bedingungsloses Einkommen für alle Franzosen zu sichern, diskreditierte ihn in den Augen vieler Landesleute und potentieller Anhänger. Da er im ersten Wahlgang auf nur 6,36 % der Stimmen und damit auf den fünften Platz kam, war auch für ihn die Wahl zu Ende.

Bevor er eine weitere Überraschung im Wahlkampf präsentierte, wies der Vortragende noch auf zwei Dinge in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen hin. Am 12. Oktober 2016 erschien ein Buch mit dem Titel *Un président ne devrait pas dire ça...Les secrets d'un quinquennat*. Es beruhte auf Gesprächen, welche zwei Journalisten stundenlang mit Präsident François Hollande geführt hatten. Das Buch war eine Sensation, denn der Präsident hatte kein Blatt vor den Mund genommen und dabei auch, wie manche es sahen, militärische Geheimnisse ausgeplaudert. Damit hatte sich Hollande, nach allgemeinem Urteil, für seine eigene Nachfolge selbst demontiert. Er zog die Konsequenz und kündigte am 1. Dezember 2016 an, dass er für eine weitere Präsidentschaft nicht kandidiere. Er war damit der erste Präsident in der Geschichte der V. Republik, der sich keiner Wiederwahl stellte.

Tilo Schabert wies zudem darauf hin, dass bei den gerade beschriebenen Vorwahlen die „Parteimaschinen" keine Rolle spielten. Die Kandidaten setzten für ihre jeweiligen

Kampagnen ihre eigene, auf sie hin konzentrierte organisierte Anhängerschaft ein. Und die „Partei“, zu der sie jeweils zu gehören schienen, zeigte sich derweil zerrissen und zerstritten. Manche Kommentatoren lasen von dieser Situation einen Niedergang der klassischen Parteien ab. Damit zusammenhängend, wurde auch die Einführung der *primaires* kritisiert. Diese entsprächen nicht der in der V. Republik herrschenden Vorstellung, der zufolge der Staatspräsident unmittelbar aus dem Volk – dem „peuple“ – hervorzugehen habe.

Das „Auftauchen“ Emmanuel Macrons als Aspirant auf das Präsidentenamt war eine weitere Überraschung. Gewiss, er hatte sich in den Jahren zuvor in der politischen Landschaft umgesehen und bewegt, war 2006 Mitglied der sozialistischen Partei und 2007 des politischen Klubs der „Gracques“ geworden, einem Zusammenschluss von hohen Beamten und Unternehmern, denen es darum ging, die „Linke“ programmatisch zu erneuern. 2010 hätte er Mitglied des Arbeitsstabs (*cabinet*) von Premierminister Fillon im Matignon (dem Amtssitz französischer Regierungschefs) werden können; aber er nahm das Angebot nicht an. Im Frühjahr 2011 hingegen engagierte er sich für François Hollande bei den Vorwahlen der Sozialistischen Partei für die Kandidatur zum Amt des französischen Präsidenten. Zu der Zeit war er noch bei der Rothschild-Bank tätig, in welche er im September 2008 eingetreten war. Am 15. Mai 2012 kam indes der Wechsel von der Wirtschaft in die Politik, im Élysée von Präsident Hollande übernahm Macron das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs des Präsidialamts. Hollande, so wird gesagt, fing bald an, ihn als einen Musterschüler zu betrachten. „Emmanuel, das ist der Sohn, den man haben möchte (*Emmanuel, c᾽est le fils qu᾽on voudrait avoir)*“, habe Hollande einmal über Macron gesagt. Zum allgemeinen Erstaunen in der Öffentlichkeit wurde Macron am 26. August 2014 vom Präsidenten zum Wirtschaftsminister ernannt. Er war im Zentrum der französischen Politik angelangt, mit 36 Jahren, ohne jemals zuvor in ein politisches Amt gewählt worden zu sein.

Und der „Musterschüler“ Hollandes machte sich selbständig. Während er bei der Rothschild-Bank tätig war, hat er, so darf man annehmen, sein *carnet d᾽adresses* angefüllt, mit Adressen und Telefonnummern. Mit einem solchen Adressbuch wird in der französischen Politik und Gesellschaft (und natürlich nicht nur in diesen: man denke an das legendäre Telefonbuch von Helmut Kohl) auf ein Netzwerk von Alliierten, Mitstreitern, und, nicht zuletzt, finanziellen Gönnern hingearbeitet. Macrons *carnet d᾽adresses* füllte sich weiter, während seiner Zeit als Generalsekretär im Élysée und als Wirtschaftsminister; und im Ministerium selber schuf er um sich, in der Form seines Arbeitsstabs (*cabinet*), eine Gruppe ihm ergebener Mitarbeiter – mit der er dann, nach seiner Wahl zum Präsidenten, in den Élysée, einzog. Zu ihr gehört zum Beispiel Clément Beaune, der für Macron zuerst als dessen Europa-Berater im Élysée arbeitete und seit Juli 2020 im französischen Außenministerium (*Quai d'Orsay*) Staatssekretär für europäische Angelegenheiten ist.

Von außen gesehen, scheint es – so Schabert – als sei der Plan, für das Präsidentenamt zu kandidieren, schon länger in Macrons Kopf gewesen. Am 20. August 2016 trat er von seinem Ministeramt zurück, wenige Wochen später, am 16. November, verkündete er seine Kandidatur für das Präsidentenamt und am 6. April 2017 lancierte er in seiner Geburtsstadt Amiens seine politische Bewegung, *En Marche!*

Mit der Entscheidung, keine politische Partei im konventionellen Sinne, sondern ein *mouvement*, eben eine „Bewegung“, ins Leben zu rufen, schloss sich Macron ganz an

die gaullistische Tradition an, nach der, wie es Charles de Gaulle proklamiert und vorgemacht hatte, ein Staatspräsident Frankreichs in unmittelbarer Verbindung mit dem Volk und folglich über den politischen Parteien zu stehen habe. Seine Wahl sollte abseits des Parteiensystems, wenn nicht gegen dieses, so geschehen, als trage ihn eine ihm geltende Bewegung im Volk ins Amt. Jacques Chirac und Nicolas Sarkozy waren dieser Tradition gefolgt und jetzt folgte ihr Emmanuel Macron. Zu dem Begriff *En marche* wäre noch zu bemerken, dass er schon in den 1960er Jahren verwendet worden war, als ein politischer Gegner de Gaulles, Jean Lecanuet, eine Bewegung namens *La France en marche* gründete.

Programmatisch ist *En marche* nach Macrons Willen ausgerichtet auf ein wirtschaftlich liberales und auf Europa bezogenes Frankreich. Danach sei Frankreichs Zukunft eine europäische, und das Land solle sich wirtschaftlich wie gesellschaftlich reformieren, in Anpassung an die Welt des 21. Jahrhunderts. Vor Macron vertrat Dominique Strauss-Kahn ein solches Programm, der allerdings aus den bekannten Gründen aus dem politischen Leben verschwand. Nicht wenige der ihm verbundenen politischen Aktivisten gesellten sich zu Macron.

II. Die monarchisch-republikanische Kontinuität

Man muss sich – so Schabert – die Szene am Abend des 9. Mai 2017 – dem Tag von Macrons Wahl zum Präsidenten – im Innenhof des Louvre anschauen, um das Amtsverständnis von Macron zu begreifen. Ein republikanischer Monarch inszeniert sich. Man sieht, wie Macron ganz allein aus dem Dunkel eines Durchgangs im Richelieu-Flügel des Louvre in den in magischer Weise bestrahlten Innenhof zu den Klängen der Europahymne heraustritt und auf eine Tribüne zwischen Glaspyramide und Tuilerien zugeht, die er besteigt. Oben angekommen, grüßt er mit jubelnd hochgehobenen Armen die Menge der unten versammelten Anhänger und beginnt, seine Botschaften für Frankreich zu verkünden.

Auf exemplarische Weise fügte sich Macron an diesem Abend in die monarchisch-republikanische Kontinuität der V. Republik Frankreichs ein. Und bezeugte, wie er sich seine Stellung als Staatspräsident Frankreichs vorstellte. Unterstrichen hatte er, was er sich hierzu dachte, schon vor seiner Wahl in einem Interview im Jahre 2016. Er sagte: „Die Demokratie weist ein Element der Unvollständigkeit auf, denn sie ist durch sich selbst nicht zureichend. Im demokratischen Prozess und in dessen Ablauf gibt es eine Absenz. In der französischen Politik ist diese Absenz die Figur des Königs, von der ich grundsätzlich denke, dass das französische Volk nicht ihren Tod gewollt hat.“

III. Die Wahlergebnisse und die an ihnen sichtbaren Probleme

Wenn man indes von „nicht zureichend“ sprechen mag, dann waren es – so Schabert – jedenfalls die Wahlergebnisse vom 9. Mai 2017 im Verhältnis zu Macrons Vorstellungen vom französischen Volk und seinem Präsidenten. Dieses Volk verweigerte sich Macron in seiner Mehrheit. Nur 74,56 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl und 11,49 % derer, die wählten, gaben „votes blancs“, also einen leeren Umschlag oder einen

unausgefüllten Wahlzettel ab. Nicht mehr als 43,63 % der eingeschriebenen Wähler votierten für Macron. Seine Gegenkandidatin, Marine Le Pen, erhielt 33,94 % der Stimmen, das heißt mehr als 10 Millionen der Wähler votierten für sie.

Die Wahlergebnisse zeigten auch, dass eine tiefe Trennungslinie durch Frankreich geht, politisch-geographisch wie auch wirtschaftlich. Zu Macrons politischen Botschaften bekannten sich deutlich die Wähler in Paris, im Westen und Südwesten des Landes. Das ist eine Anhängerschaft hauptsächlich von Akademikern und Mitgliedern des französischen Bürgerturms, welche die Idee einer Modernisierung Frankreichs bejahen. Schwach waren die Wahlergebnisse für Macron hingegen im Norden, Nordosten, Nordwesten und in den Mittelmeerregionen Frankreichs. Bezeichnenderweise kam Marine Le Pen in zwei Departements im Nordwesten, Pas-de-Calais und Aisne, an die Spitze, so wie sie in den Mittelmeerregionen hohe Anteile erhielt. Am Wahlverhalten in diesen Teilen Frankreichs kann man, zugespitzt ausgedrückt, eine Anti-Macron-Einstellung ablesen: gegen die „Globalisierung" – man spricht in Frankreich von „mondialisation" – , gegen die ökonomische Liberalität, gegen „Europa" (und die schon fahrlässig durch Präsident Chirac verunglimpfte Europäische Union, indem er immer, wenn etwas in Frankreich schief ging, „Brüssel" dafür verantwortlich machte).

IV. Das geteilte Frankreich, das zentralisierte Frankreich

Bei dem Wettbewerb um die Präsidentschaft im Winter 2016 und im Frühjahr 2017 wurde von keinem der Kandidaten das Leiden Frankreichs hinsichtlich dessen behandelt, was der Vortragende seine „territoriale Misere" nennen würde. Und doch erfasst es *unmittelbar und alltäglich* einen großen Anteil der französischen Bevölkerung, bemerkenswerterweise gerade in den Teilen des Landes, in denen die Zustimmung zu Macron schwach ausfiel. Überall in Frankreich sei demnach bekannt, dass zahlreiche Ortschaften auf dem Land, was öffentlichen Verkehr, Gesundheitswesen, Einkaufsmöglichkeiten, Kultureinrichtungen anbelangt, weitgehend, wenn nicht ganz abgehängt sind, während die wenigen Metropolregionen wie Bordeaux und Lyon, und natürlich Paris, gut versorgt sind. 1947 erschien dazu das Buch von Jean-François Gravier mit dem aufrüttelnden Titel *Paris et le désert français*. Es hat sich seitdem nichts grundsätzlich geändert, die von Gravier beschriebene Situation ist eher schlimmer geworden. Aus eigener Anschauung im Oktober 2016 nannte Schabert den Ort Saint-Sauveur-en-Puisaye im Burgundischen. Er hat 918 Einwohner. Man ist dort nicht so benachteiligt, wie es Orte in Frankreichs Süden, in der Lozère oder im Ariège beispielsweise, sind. Über die Autobahn braucht man 2 bis 2 1/2 Stunden, um von Paris zu dem Ort zu kommen. Bezeichnend ist indes dies: Auf der offiziellen Internet-Seite des Ortes findet man nichts dazu, wie man mit öffentlichen Verkehrsmitteln dorthin kommt noch irgendwelche Informationen dazu, wie man sich vom Ort aus in die Landschaft hinausbewegen kann. Forscht man nach, so Schabert, erfährt man, dass man von Paris aus mit dem Zug nach Auxerre reisen soll, wovon *einmal am Tag* ein Bus nach dem 42 km entfernten Saint-Sauveur-en-Puisaye fährt, der dazu eine Stunde und sieben Minuten brauche. Für Schüler aus dem Ort, die in Auxerre aufs Gymnasium gehen, gibt es morgens einen Bus um 6.33, mit Ankunft um 8.05, und zur Heimfahrt einen um 17.40 mit Ankunft in Saint-Sauveur um 18.56. Natürlich nur zur

Schulzeit. Ein Bistro, in dem man einen Kaffee oder ein Glas Wein trinken könnte, gibt es nicht. Der kleine Lebensmittel-Laden ist oft geschlossen, das Warenangebot lässt, wie festzustellen war, sehr zu wünschen übrig. Wer hier kein Auto hat oder ein solches nicht mehr fahren kann oder mag, ist zur Bewältigung seines Lebens auf andere angewiesen. Bei einer Begegnung in dem Ort mit Besuchern aus Paris bemerkten diese zu Schabert, dass man hier nicht leben könne.

V. Ökonomisches

Die Präsidentschaftswahlen fanden in einem Frankreich statt, das mit enormen ökonomischen Problemen zu kämpfen hat. Das nationale Budget ist chronisch defizitär, es werden Schulden angehäuft; die Zahl der Arbeitssuchenden verharrt hartnäckig auf einem hohen Niveau, und Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Handel schwindet. Seit Jahren verzeichnet es ein Handelsdefizit, das Defizit im Außenhandel im Jahre 2016 betrug 48,1 Milliarden Euro. Frankreich lebt über seine Verhältnisse. 6 Millionen (d. h. 25 %) der Arbeitsplätze hängen am Export. Das Land müsste auf den Märkten außerhalb stark sein. Und doch ist sein Anteil am Weltmerkt gesunken, von fünf Prozent Anfang der 2000er Jahre auf 3,1 % im Jahre 2016. Die Problematik des fast fehlenden Mittelstandes ist wohlbekannt, seit Jahren wird sie diskutiert. Und sie besteht weiter.[1]

VI. Eine Welt gegen die andere

Marine Le Pen wütete im Wahlkampf gegen Emmanuel Macron, indem sie ihn verunglimpfte. Widersacher des französischen Volkes sei immer die Finanzwelt gewesen, und dieses Mal habe diese einen Namen: Emmanuel Macron. Sie rufe die Franzosen auf, sich am 7. Mai gegen die Finanz, gegen die Arroganz, gegen den „König Geld" zu stimmen. Mit dem „Bankier Macron" käme der „radikale Ultraliberalismus" an die Macht.

Bei der Wahl im Mai 2017 standen sich in der Vorstellung der Wähler zwei Welten entgegen. Auf der einen Seite die Welt eines Frankreichs, das sich ganz auf sich bezieht, in einem *repli sur soi-même* (nach dem in Frankreich dafür geläufigen Ausdruck) gewissermaßen dem 21. Jahrhundert den Rücken zukehrt, und bleiben will, wie es vorgeblich schon immer war, obgleich es in Wirklichkeit längst anders geworden ist, aber das wird bei der Vorstellung dieser Welt verdrängt. Auf der anderen Seite die Welt eines Frankreichs, das begriffen hat, was die Stunde geschlagen hat, und sich umformt. Solchen Ideen gemäß, wie sie Macron vorbrachte: auf eine größere Konkurrenz zwischen Firmen und Berufszweigen, ein Aufbrechen abgeschotteter Berufe (wie z. B. Notare, Taxifahrer), Tarifverträge auf der Ebene der Unternehmen, ein Zusammenführen der Rentensysteme hin, und, nicht zuletzt, auf die Zukunft, die „Europa" für Frankreich verspricht.

Am 7. Mai 2017 – so Schabert – obsiegte diese Welt, die von Macron repräsentiert wurde. Aber die andere verschwand damit natürlich nicht. Die Herausforderung für den neu gewählten „republikanischen Monarchen" könnte nicht größer sein: Er regiert über ein geteiltes Land.

---

1 Alles Angeführte nach dem Stand vom Herbst 2016.

Nach Ende des Vortrages werden mehrere Fragen vom Publikum gestellt. Die ersten betrafen die schwierige ökonomische Lage Frankreichs und die Risiken für die deutsch-französische Versöhnung. Bezüglich des Ersteren erläutert der Referent die im Vortrag schon angesprochenen wichtigsten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Ziele Macrons: eine Flexibilisierung des nationalen Arbeitsmarktes sowie eine gründliche Reform des Sozial-, Versicherungs- und Rentensystems. Die Lohnverhandlungen sollten nicht mehr durch zentrale übergeordnete Instanzen durchgeführt werden, sondern direkt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Nach überwiegender Ansicht der Experten sei der Arbeitsmarkt zu starr. Als Folge sei es für junge Arbeitssuchende schwierig, sich in diesen zu integrieren. Nach Schabert wird es der neue Präsident schwer haben, solche ambitionierten Ziele durchzusetzen. Einerseits würden diese Reformen die Macht der noch einflussreichen französischen Gewerkschaften erheblich einschränken. Andererseits sei nicht zu vergessen, dass viele junge Franzosen wenig Initiativgeist und Risikobereitschaft aufwiesen. Historisch ließe sich das dadurch erklären, dass seit der Zeit von Ludwig XIV. der Bevölkerung beigebracht werde, die zentralistische staatliche Autorität sei die allmächtige Instanz für alle Lebensbereiche. Eine gesellschaftliche Kultur zur Ausbildung von Eigeninitiative werde nicht befördert. Dies habe zu einer gewissen Entwöhnung bezüglich des Übernehmens von Verantwortung, gesellschaftlich wie für sich selbst, geführt.

Was die deutsch-französische Versöhnung anbelange, so sei es interessant und gleichzeitig kurios, dass Frankreich sich ständig an Deutschland messe, um die eigene Lage einzuschätzen. Die deutsch-französische Versöhnung, insbesondere die Phase der 1960er Jahre, werde heute in einem romantischen Licht dargestellt. Eine weitere Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses verlange jedoch einen Abschied von solch romantischen Vorstellungen. Worum es ginge, sei eine in konkreten gemeinsamen Projekten ausgeführte deutsch-französische Pragmatik.

In der zweiten Runde von Fragen geht es hauptsächlich um die Außenpolitik von Emmanuel Macron wie um die Probleme im Bereich der Innenpolitik. Zunächst verweist Schabert darauf, dass der französische Präsident die entscheidende Rolle bei der Formulierung und der Ausführung französischer Außenpolitik spiele. Ferner sei zu bemerken, dass Frankreich weiterhin davon ausgehe, eine universale Berufung in der internationalen Politik zu haben. Innenpolitisch werde sich der neugewählte Präsident mit dem Problem des Zentralismus auseinandersetzen müssen. Ob er in der Lage sein werde, dies zu lösen, bezweifelt Schabert. Im Laufe der letzten Jahrzehnte gab es schon mehrere Versuche der Dezentralisierung, alle erfüllten nicht ihre Zielsetzung. Eine beträchtliche Anstrengung zu einer Dezentralisierung wurde von Präsident Mitterrand unternommen. Die Ergebnisse waren jedoch gemischt. 35 Jahre später versuchte auch François Hollande zur Dezentralisierung des Landes beizutragen. Das Ergebnis war lediglich die Entstehung von größeren Regionen, die eine Art von riesigen Kunstgebilden darstellen. Es sei daher schwer, sich vorzustellen, dass es dem neuen Präsidenten gelingen werde, die traditionelle Konzentration auf Paris maßgeblich zu ändern. Im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren hätten sich zwar einige Regionen, wie z. B. die Bretagne, profiliert, die Kernelemente der zentralistischen Struktur blieben aber unverändert.

Zuletzt wurde vom Publikum die Frage gestellt, ob die Bereitschaft der französischen Bevölkerung, auf die Straße zu gehen und zu protestieren, nicht im Widerspruch zur tradi-

tionellen Sehnsucht nach einem Monarchen stehe. Dies verneinte Schabert, der bemerkte, dass, ganz im Gegenteil, der Staat für die Mehrheit der Bevölkerung eine Art „Über-Ich" darstelle. Die meisten Franzosen gingen davon aus, dass alles von dieser höheren Instanz geregelt und übernommen werden müsse. Man dürfe sich nicht darüber wundern, dass unzufriedene Franzosen wie trotzige Kinder reagieren und revoltieren. In Deutschland habe sich hingegen nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zivilgesellschaft ausgebildet, aus der heraus Eigenverantwortung entwickelt werde. Die vermittelnden Instanzen einer Zivilgesellschaft seien Brücken zwischen Bürgern und Staat; sie ermöglichen ein Ineinandergreifen bürgerschaftlicher und staatlicher Wirkungsfelder. Derlei existiere kaum in Frankreich. Eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Über-Ich sei allgegenwärtig.

Schließlich wurde danach gefragt, wie Frankreich mit den ehemaligen Kolonien umgehe. Das Kolonial-Problem sei, so der Referent, eine alte Wunde, die zu den schon genannten Schwierigkeiten hinzukomme. Empirische Studien zur kolonialen Vergangenheit gebe es kaum in Frankreich. Die deutsche Art der Aufarbeitung der Vergangenheit sei unbekannt. Das offizielle Frankreich habe bis zuletzt nicht die Absicht gehabt, sich damit auseinanderzusetzen. Macron sei sich jedoch dessen bewusst. Seine Äußerung, Frankreich habe in Algerien einen Genozid begangen, zeuge davon. Sie löste in Kommentaren einen Sturm der Entrüstung aus. Folgen hatte Macrons Urteil bislang nicht.

Der Vortrag von Tilo Schabert wurde am 20.11.2017 gehalten.

Tilo Schabert

„Wer in Europa Philosophie betreibt, kann dies nicht national tun.“

Michael Gehler: *Wir beginnen unser Gespräch immer mit einer Frage zum persönlichen Werdegang, weil wir uns für die Biographien von Wissenschaftlern interessieren. Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft sagen? Gab es einen spezifischen Hintergrund für Ihren späteren Werdegang?*

Tilo Schabert: 1942 in Gotha geboren, beginnt für mich alles mit der Erfahrung des Krieges, den Bomben und dem Luftschutzbunker. Später kam die Flucht. Wir sind im Schwabenland gelandet. Unser Teil Schwabens gehörte zur französischen Besatzungszone, was sich für meine spätere Biographie als wichtig erwies. Glücklicherweise hatte ich aufgeweckte, mir zugewandte Lehrer, schon in der Volkschule in Weingarten und dann am Gymnasium in Ravensburg. Sie förderten mein Interesse für gesellschaftliche und politische Dinge. Sehr früh stieß ich zur katholischen Jugendbewegung, es war ja ein katholisches Land. Irgendwie, das ist mir im späteren Leben oft so gegangen, sind Leute auf mich zugekommen, und haben gesagt, wie damals: „Du machst das!“ und auf diese Weise bin ich bald und immer wieder zur Wahrnehmung von Verantwortung herangezogen worden. Die vermittelte Botschaft war: Wir bauen ein anderes, ein demokratisches Deutschland auf. Man entdeckte bei mir ein gewisses rhetorisches Talent, und das führte dazu, dass ich schon in meiner Gymnasialzeit öffentliche Vorträge hielt. Eines Tages kam auch ein Redakteur der im ganzen württembergischen Raum verbreiteten „Schwäbischen Zeitung“ auf mich zu und sagte, ich solle doch für die Zeitung gelegentlich schreiben. Das tat ich, von meinem 17. Lebensjahr an bis zum Ende meiner Gymnasialzeit. Ich schrieb gesellschaftliche Reportagen und politische Kommentare.

Jetzt komme ich zurück zum Französischen. In Weingarten befand sich eine französische Garnison, ihr dienten die dortigen alten deutschen Kasernen. Wir mussten im Gymnasium als erste Fremdsprache natürlich Französisch lernen. Ich fing es mit neun Jahren an. Wiederum eines Tages fragte mich der Französischlehrer, ob ich mir nicht gerne die neuesten französischen Filme anschauen würde. Er selber war öfters Gast im Casino der französischen Offiziere, und dort führte er seine jungen Schüler ein. Ich wurde sehr freundlich empfangen, und wurde Fan von Gérard Philippe, Jean Cocteau, Simone Signoret, Éric Rohmer. Logischerweise führte mich meine erste Auslandsreise, noch als Gymnasiast, nach Frankreich. Ich begann dieses Land zu entdecken, und das Entdecken, besser das Erforschen, hat ja bis heute nicht aufgehört.

Michael Gehler: *Gab es für Sie in jungen Jahren prägende schulische Lehrer und wenn, auch gesellschaftliche und politische Vorbilder?*

Tilo Schabert: Von „Prägen" würde ich nicht sprechen. Eher von Orientierung, Ermunterung, Förderung, wie oben beschrieben. Aus politischem Interesse, wach von früh an, verfolgte ich aufmerksam das politische Wirken bundesdeutscher Gründungsfiguren wie Theodor Heuss (dem Schwaben!) und Konrad Adenauer. Später, schon als Student, schaute ich besonders darauf hin, was Charles de Gaulle im Jahr 1958 und danach machte, aber nun schon kritisch und mit wissenschaftlicher Neugier. Ein „Vorbild" im geläufigen Sinne, nein, das habe ich nie gehabt.

Michael Gehler: *Von 1963 bis 1968 studierten Sie Politische Wissenschaften, Philosophie, Theologie und Neuere Geschichte an der Universität München. Was bewegte Sie zu diesen Studien?*

Tilo Schabert: Eindeutig: Das zu verstehen, was „draußen" los war, und wo ich mich einsetzen wollte. Keine Stubenwissenschaft, sondern *Lebenswissenschaft*. Ich hatte während der Schulzeit viel gelesen, zuerst nur Literarisches, später auch Politisches, Philosophisches, Theologisches. Die gewählten Studienfächer waren eine Fortsetzung. Die Entscheidung, nach München zu gehen, war, von heute her verstanden, ein persönlich-politischer Akt, aus einer Neugierde für das Andere, das Fremde heraus. Die Schwaben gehen gewöhnlich nach Tübingen zum Studieren. Was ich demgegenüber tat – man bedenke, wir sind im altbürgerlichen Jahr 1962 –, mag diese Anekdote verdeutlichen. Als ich meinem Religionslehrer sagte, ich wolle nach München zum Studieren gehen, rief er entsetzt aus: „Aber Tilo, wie kannst du nach München gehen, da fängt doch der Balkan an." (Ironischerweise ist er auf dem Jesuitenfriedhof in Pullach im Isartal begraben, also für ihn in einer Gegend des „Balkans"). Von den damaligen Einstellungen in der schwäbischen Provinz aus, und eine Provinz war sie, unternahm ich eine Art von Selbstexilierung aus der schwäbischen Welt. Es war eine geschlossene Welt, damals. Gewiss, vieles an ihr hatte die Qualität von „Heimat", ich fühlte mich schon „zuhause". Aber ich wollte auch raus, von einer Welt in eine andere, eine offenere. Heute weiß ich, nach einigen solcher Übergänge, dass mir der liebste Zustand der von „Weltwanderungen" ist.

Wissenschaftler, wie ich es dann geworden bin, wollte ich nicht werden. Ich zielte eher auf ein Leben im Journalismus oder in der Politik. Dass es dann anders kam, lag an Eric Voegelin, der 1958 das Institut für Politische Wissenschaften an der Universität München begründet hatte. Voegelin kam aus Amerika, wohin er im Herbst 1938 emigriert war, nachdem ihm im März sogleich seine Privatdozentur an der Universität Wien aberkannt worden war, und ihm bald eine Verhaftung durch die Gestapo drohte. Gleich bei der ersten Vorlesung, die ich von ihm besuchte, faszinierte mich Voegelin. Er hat seine Vorlesungen stets frei gehalten, aufgrund nur einiger Notizen, und wie er nach Beginn der Vorlesung „in Fahrt" kam, ging er vor seinen Hörern auf und ab, und legte einen theatralischen Auftritt hin, nicht eines Schaueffekts wegen, sondern dafür, dem Prozess seines Denkens einen physischen Ausdruck zu geben. Diese Denkpräsenz hat mich außerordentlich beeindruckt. Da habe ich mich mehr und mehr an seinem Institut aufgehalten und absolvierte nacheinander Seminare, bei seinen Assistenten und bei ihm. Eines Tages rief mich Voegelin zu sich und fragte mich, ob ich nicht eine studentische Hilfskraft von ihm werden und bei ihm promovieren wolle. Das war in meinem sechsten Semester. Ich sagte natürlich nicht nein. In der Folge, bei der Arbeit an der Dissertation, packte mich die

Leidenschaft für die Wissenschaft, und ich ließ von beruflichen Plänen im Journalismus oder in der Politik ab.

Michael Gehler: *Welche prägenden akademischen Lehrer hatten Sie?*

Tilo Schabert: Außer Voegelin habe ich an der Münchner Universität besonders von zwei Professoren der Philosophie gelernt. Von Ernesto Grassi erlernte ich das analytische Lesen schwieriger philosophischer Texte, wie *De Anima* von Aristoteles. Und das, wie es Grassi vormachte, in einer ungezwungenen Weise, die auch den (wie mich damals) mitnahm, der sich noch ungeschickt, verkrampft anstellte. Helmut Kuhn führte mich in die Kunst der Hermeneutik ein, mit der ihm selber eigenen Feinfühligkeit einerseits und großen Textkenntnis andererseits. Das deutende Seminar bei ihm zu den *Confessiones* von Augustinus ist für mich unvergesslich. Zwischen Kuhn und mir entwickelte sich mit der Zeit auch, trotz des Altersunterschieds, eine philosophische Freundschaft, besonders nach meiner Promotion, zu meiner Assistentenzeit am Institut für Politische Wissenschaften. Wir trafen uns öfters im Café Kreutzkamm zu Gesprächen, bei denen er stets dieses oder jenes Thema der Philosophie auslegte, oder er mir von seinem aktuellen Buchprojekt berichtete, und er von mir wissen wollte, was ich davon hielt. Ein wenig wie in der Platonischen Akademie.

Michael Gehler: *Studienaufenthalte absolvierten Sie an der Sorbonne im Sommer 1966 und im Frühjahr 1969 sowie am Exeter College Oxford im Sommer 1970. Wie erlebten Sie das Frankreich der ausklingenden Ära de Gaulles?*

Tilo Schabert: Meine Freunde und Bekannte in Frankreich zu der Zeit, das hat sich so ergeben, waren alle nicht auf der Seite De Gaulles. Ich war nicht im Mai 1968 in Paris, aber kurz danach. Noch hingen da und dort die Plakate, auf denen die Slogans der revoltierenden Studenten und Schüler standen. Ich fand einige witzig, wie diese beiden: „Disciples occupez la discipline“ (Wortspiel, das beim Übersetzen verloren geht); „Il est pour l'étudiant celui qui s'étudie“ (Derjenige ist für den Studenten, der sich selbst studiert). Andere stießen mich ob ihres aufgesetzten Klassenkampf-Vokabulars ab. Da war nirgendwo eine Revolution, und es gab auch keinen Grund dazu. Kurz danach veröffentlichte Raymond Aron seine Analyse der Ereignisse, unter dem bezeichnenden Titel „La révolution introuvable[2]“. Aron hatte gegen Sartre (den Salonrevolutionär, der hier seine Stunde sah) recht. Über Zeitungslektüren verfolgte ich die Reaktionen auf der Regierungsebene, also den Verfall der Autorität von Präsident de Gaulle und auf der anderen Seite den zunehmenden Gewinn an quasi-präsidentieller Autorität seitens des Premierministers, Georges Pompidou. Das geschah nicht ohne Konvulsionen, auch im Verhältnis zwischen Präsident und Premierminister wie dem ihrer Anhänger auf der einen und auf der anderen Seite. Ich begriff, für mich zum ersten Mal exemplarisch, dass personale Macht und weniger institutionell vorgegebene Macht entscheidend beim Übergang von einer politischen Machtkonstellation zu einer anderen ist.

2 Raymond Aron, La révolution introuvable: Réflexions sur les événements de mai, Paris 2018 (nouvelle édition).

Michael Gehler: *Wie erlebten Sie das Vereinigte Königreich praktisch auf dem Sprung in die Europäischen Gemeinschaften?*

Tilo Schabert: In Oxford bemerkte ich nichts von diesem Sprung.

Michael Gehler: *Können aus den Inselbewohnern noch eines Tages überzeugte Europäer werden?*

Tilo Schabert: Aber die Engländer sind doch Europäer, oder woher kamen denn die Angeln, Jüten, Sachsen, Friesen und, später, die Normannen? Etwa nicht vom europäischen Festland? Wenn ich jede Woche die neue Ausgabe des *Times Literary Supplement*, ja nicht gerade ein unbedeutendes Blatt, lese, dann erscheint da *England in Europa*, von der Redaktion her ganz offensichtlich so intendiert. Die Idee des Brexit wird ständig als eine Stupidität vorgeführt. Natürlich gibt es auch unter Wissenschaftlern und Intellektuellen die *Partei des Empire*, der es wohl angelegen ist, Englands imperiale Glorie wiederherzustellen. Ein emsiger Wortführer von ihr ist der Historiker Niall Ferguson. Ich las kürzlich den ersten Band seiner Biographie von Henry Kissinger.[3] Sie strotzt von Germanophobie. Es ist klar, ein Europa mit „Deutschen“ (denen von Fergusons Vorurteilen) mitten drin, das ist ganz und gar wider-britisch.

Michael Gehler: *Im Jahre 1968 erfolgte Ihre Promotion mit summa cum laude zum Dr. phil. an der Universität München. Welches Thema wählten Sie für Ihre Dissertation und welche Ergebnisse brachte es hervor?*

Tilo Schabert: Es war für mich klar, ich mache etwas über Frankreich und das 18. Jahrhundert. Meine erste Aufgabe als studentische Hilfskraft an Voegelins Institut war, die Schriften von französischen Aufklärern nach Begriffen durchzusehen, anhand derer und mit denen sie ihr aufklärerisches Weltbild entwickelt hatten. Das tat ich und ich bemerkte mit der Zeit, dass die französischen Aufklärer wie Fontenelle, Diderot, Voltaire, Rousseau, Helvétius, Buffon, Holbach, ein durchkonstruiertes *säkulares* Modell des Weltverständnisses aufgestellt haben, mit welchem sie im Zuge ihrer „Aufklärung“ die überlieferte christliche Weltdeutung und Welterzählung ersetzen wollten. Statt von einer „Schöpfung“ sprachen sie von der „Natur“ (denken wir z. B. an Montesquieus „nature des choses“), und nach dieser Natur sollten in einer „révolution du monde“ (Rousseaus Begriff) alle menschlichen Angelegenheiten neu geschaffen werden. Von daher erklärt sich der Titel meiner Dissertation: „Natur und Revolution“. Die französischen Aufklärer waren von dem, was sie den modernen Naturwissenschaften zu entnehmen können glaubten, fasziniert. Newton war ihr besonderer Held. In seinen *Lettres philosophiques* bemerkte Voltaire so süffisant wie bezeichnend: „Ein Franzose, der in London ankommt, sieht, dass die Dinge in der Philosophie, wie sonst überhaupt, sehr verändert sind. Wie er abreiste, war die Welt voll, jetzt findet er, dass sie leer ist.“ (*Lettre XIV Sur Descartes et Newton*). Buffon, der französische Linné, wie man ihn nennen könnte, verfasste mehrere Bände einer „Naturgeschichte“ (*Histoire naturelle*). Er fügte ihr einen Essay über die

3 Niall Ferguson, Kissinger: Der Idealist, 1923–1968, Band 1, Berlin 2016.

Frage bei: Was ist Natur? Seine Antwort war: Für sich ist die Natur „roh“. Sie muss erst wirklich zurecht gemacht werden. Dies kann allein der Mensch, er schafft die wahre, die „neue Natur“ (*nature nouvelle*). Passend dazu ernannte Rousseau den Menschen zum „König der Erde“ (*roi de la nature*). Meine Dissertation galt also dem in der Moderne ersten durch und durch säkularen Weltmodell.

Michael Gehler: *Im Jahre 1978 erfolgte Ihre Habilitation an der Ruhr-Universität Bochum. Welches Thema wählten Sie hierfür und welche Ergebnisse gab es?*

Tilo Schabert: Die Habilitationsschrift – später als Buch unter dem Titel *Gewalt und Humanität. Über philosophische und politische Manifestationen von Modernität* erschienen – galt Untersuchungen der Ursprünge und Ausformungen der „Moderne“ sowie deren inneren Widersprüchen, die, unlösbar wie sie sind, eine scheinbare „Lösung“ durch die Anwendung von Gewalt suggerieren. Man stelle sich zum Beispiel vor: Nach den anthropologischen Postulaten der Moderne ist jeder Mensch sein eigenes autonomes Subjekt. Aber wie soll jetzt der einfache Mensch, der nicht gerade das Glück hatte, es zum Professor für Philosophie oder Politische Theorie zu bringen, ganz allein für sich bestimmen, was er denn nun im Kern seiner Existenz sei, was der Sinn seines Lebens sei, warum er überhaupt und woraufhin er lebe, wie er mit Schicksalsschlägen fertig werden soll? Er soll sich in keine der geistigen „Käfige“ einsperren lassen, die sich „Religion“, „Ideologie“, „Tradition“ nennen, und ihm, nach „modernem“ Urteil, alles zu seinem Leben vorsagen. Und wenn er in eines reingeht, dann soll er es aus freien Stücken tun. Doch steht er erst einmal vor einem riesigen Angebot, wie in einem Supermarkt, Joghurt mit Himbeere, Joghurt mit Erdbeere, usw. Jetzt greife mal zu: Du musst Dich schon entscheiden. Für eine „Sinngebung“, wie es so schön heißt, Deiner Existenz: durch Genuss, Geld, Esoterisches, Karriere, Sex, Hingabe an eine Religion, eine politische Ideologie, ein pures Dahindrudeln … Mit dem weltanschaulichen Warenangebot einer modernen Welt im Modus des Kant᾽schen „sapere aude“ fertig zu werden, das fällt vielen Leuten schwer. Sie sind zur Selbstbestimmung befreit, aber was machen sie damit? Die Moderne schickt die Leute in eine Freiheit, für die sie ihnen die Grundlagen entzogen hat. Muss man sich da nicht wundern, wenn sich manche diese mit aller Gewalt besorgen wollen?

Michael Gehler: *Wann ist Europa für Sie als Person und Wissenschaftler mehr als nur ein geographischer Raum, nämlich als ein politisches Projekt, erkennbar und wahrnehmbar geworden?*

Tilo Schabert: Als Wissenschaftler zuerst bei der Arbeit für meine Dissertation. Beschäftigt man sich mit der französischen Aufklärung, beschäftigt man sich unweigerlich mit der europäischen Aufklärung. Die Aufklärer reisten ja, um es daran zu verdeutlichen, eifrig in einem Raum aufklärerischen Denkens herum, und dieser Raum war *europäisch*.

Als Person zuerst während meiner Studienzeit, bei den deutsch-französischen Treffen von Jugendlichen, organisiert vom „Deutsch-Französischen Jugendwerk“, wie bei den Fortbildungskursen „Connaissance de la France“, organisiert vom französischen Ministère de l’Education. Bei den letzteren waren Jugendliche nicht nur aus Deutschland und Frankreich, sondern auch aus anderen europäischen Ländern beteiligt. In unseren 20er

Jahren waren wir alle aneinander interessiert, bildeten für 10–15 Tage eine Gemeinschaft in einem durchaus „europäischem Geist“.

Michael Gehler: *Wann beginnt eigentlich Europa als Idee?*

Tilo Schabert: Spätestens mit Herodot, der im 5. Jahrhundert v. Chr. schrieb, als er von der Welt der Perser die Welt der Hellenen abgrenzt und die beiden Welten mit Namen benennt. Drüben im Osten, wo die Perser sind, liege „Asien“, hier im Westen, im Lande der Griechen, da liege „Europa“. Später, zur Zeit der Römer, wurde die Erdfläche dreigeteilt, nämlich in Asien, Europa und Afrika. 732 erwehrten sich zwischen Tours und Poitiers die römisch-germanisch-gallischen Krieger Karl Martells erfolgreich der Araber. Für sie führte der Chronist der Schlacht, Isidor Pacensis, einen neuen, noch lateinischen Namen ein: *Europenses*.

Und wenn wir uns der griechischen Götterlehren erinnern, sind wir „am Anfang“ jedweder europäischen Bewusstseinsgeschichte, mit der einen göttlichen Nymphe, die mit ihrem Namen „Asien“ den nicht-griechischen Teil der Welt symbolisierte, und der anderen göttlichen Nymphe, die „Europa“ hieß, für die griechische Welt stand, und bekanntlich vom Göttervater Zeus so begehrt wurde, dass er sie entführen ließ. Zeus mag aus der europäischen Erinnerung verschwunden sein, aber nicht das Begehren.

Es ginge auch ohne Begehren, wie es Victor Hugo 1849 mit seiner Rede von den „Vereinigten Staaten Europas“ (*États-Unis d’Europe*) aufzeigte. Man könnte weiter zurückgehen und an jene Erfahrung einer europäischen Einheit denken, welche sich in der Gotik ausdrückte. Die gotischen Baumeister zogen durch die Lande und schufen in der Form ihrer gotischen Kunst einen europäischen Erfahrungsraum. Wie „gotisch“ zu bauen oder bildhauerisch zu arbeiten sei, wurde europaweit theoretisch ausgedacht, erlernt, und ausgeführt. Das Gleiche wäre beim Barock zu beobachten. Der barocke Erfahrungsraum ist europäisch.

Was ich hier „europäische Erfahrungsräume“ nenne, ist nach der französischen Revolution zerbrochen. Nicht nur im Architektonischen, auch im Literarischen. Die Lebenswelten wurden national. Das sollte uns nicht daran hindern, uns der *longue durée* der europäischen Bewusstseinsgeschichte zu vergewissern.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie die Grenzen Europas?*

Tilo Schabert: Es gibt zwei Arten der Grenzen von Europa. Es gibt das Europa, auf das hin man als „Europäer“ von „Nicht-Europäern“ wahrgenommen wird und für das sie einen als Identifikationsfigur nehmen. In Beijing beispielsweise oder in Kairo oder Kyoto. Der *physische* Bereich dieser Wahrnehmung hat keine Grenze, er ist universal. Überall in der Welt werden mich Leute für einen Europäer halten. Im *Bereich der Wahrnehmung* wird indes durch die Projektion eines „Europäer-Seins“ seitens der anderen eine klare Grenze gezogen, zwischen ihnen selbst und „Europäern“.

Die zweite Art der Grenzen sind die geographischen. Diese sind fließend, vor allem zum Osten hin. An der Geographie allein lassen sie sich nicht ablesen. Das *United Kingdom* liegt, geographisch gesehen, zweifellos in Europa. Aber es hat sich gegen „Europa“ entschieden, dagegen half auch die Geographie nicht. Ein zu „Europa“ verfasstes Europa

wird die von ihm gesetzten Grenzen haben, es in geographische Grenzen bringen zu wollen, die nicht festzumachen sind, wäre unklug.

Michael Gehler: *Wie ist überhaupt die europäische Integration als Prozess, der zunächst ein westeuropäischer Integrationsprozess war, zu erklären?*

Tilo Schabert: François Mitterrand sagte stets: Die europäische Integration ist das Ergebnis eines politischen Willens. Er hat ja dann auch, zusammen mit Helmut Kohl, mehrmals das europäische Projekt vorangebracht, mit seinem und Kohls Willen. Alle Politik ist eine schöpferische Angelegenheit, sie ist ein Vorstellen und dann ein Schaffen des Vorgestellten, mit den Instrumenten praktischer Politik.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt dabei die Ideengeschichte als Erklärungsmuster?*

Tilo Schabert: Kohl, um bei ihm und Mitterrand zu bleiben, handelte aus einem historischen Bewusstsein und aus historischer Kenntnis heraus. Dadurch erklärt sich gewiss sein europäisches Engagement. Dasselbe galt für Mitterrand. Sie trafen sich im Ideellen und wurden durch dieses politische Verbündete. In dieser Allianz liegt das Wesentliche ihres Handelns in ihrer Epoche.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert würden Sie überhaupt der Ideengeschichte für die Geschichtsschreibung und Politikwissenschaft zumessen?*

Tilo Schabert: Alle Menschen werden durch ihre Ideen angeleitet, zum Guten, zum Bösen hin. Will ich menschliche Gesellschaften in ihrer politisch-historischen Existenz verstehen, muss ich die Entwürfe zu ihnen kennen, und diese Entwürfe wiederum gab es nicht nur zu ihrem Anfang, vielmehr geht das Entwerfen kontinuierlich weiter, solange die Gesellschaften bestehen. Um es bildlich auszusagen: Zu jedem Gesellschaftskörper gehört sein Kopf. Wie kann ich mich dann mit ihm beschäftigen und das Wichtigste an ihm ignorieren? Indes, Ideengeschichte zu betreiben ist nicht so einfach, das fängt damit an, dass man Sprachen – im Plural – kennen muss. Und was auf einen einströmt, wirkt überwältigend und verwirrend. Wirkliches Wissen hier lässt auf sich warten. Die Versuchung ist groß, dem allem schließlich keinen „Stellenwert“ beizumessen, und man hat die Last los. Nur träfe dann zu, was Leo Strauss einmal bezüglich einer rein behavioristischen Politischen Wissenschaft – deren Vertreter jedwede Ideengeschichte verachteten – so ausdrückte: „Die Politische Wissenschaft fiedelt, während Rom brennt. Zwei Dinge entschuldigen sie: sie weiß nicht, dass sie fiedelt, und sie weiß nicht, dass Rom brennt.“

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert räumen Sie dem Marxismus-Leninismus (HISTOMAT) ein?*

Tilo Schabert: Naja, er hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts stark mitgeprägt. Man muss, um das zu verstehen, mit der Analyse der Versuchung beginnen, welche diese Ideologie auf so viele Intellektuelle ausübte. Ja, eine unglaubliche Anziehungskraft, könnte man auch sagen. François Furet hat eine solche Analyse mit seinem Buch *Le passé d'une*

illusion: Essai sur l'idée communiste au XXe siècle vorgelegt.[4] Bei dem „Marxismus-Leninismus" handelt es sich, nach einem Begriff, der schon in den 1920er Jahren gebraucht wurde, meines Wissens nach zuerst durch Luigi Sturzo, Reinhold Niebuhr und Jacques Maritain, um eine *politische Religion*. Ein *diesseitiges* Erlösungsversprechen, man muss hier nicht auf den Messias warten. Wir sind die Erlöser selber schon, wenn wir entsprechend handeln: mit einer „Weltrevolution". Dass diese allein mörderisch geschehen kann, beweist ja nur die „Wahrheit" unseres Glaubens: Aus der Zerstörung kommt das Heil. Morden ist leicht – daher die furchtbare Anziehungskraft. Der „Stellenwert"? Für alle Zukunft eine Lehre vom Bösen.

Michael Gehler: *Stehen Sie einer spezifischen Theorie der Internationalen Beziehungen nahe?*

Tilo Schabert: Keiner.

Michael Gehler: *Welcher Zusammenhang bestand Ihres Erachtens zwischen der europäischen Integration und dem Kalten Krieg?*

Tilo Schabert: Ein Motiv für die europäische Integration, die bis 1989–90 ja eine Integration *west*europäischer Staaten war, war sicherlich die empfundene Bedrohung der freiheitlichen Staaten in Westeuropa durch das kommunistische Imperium im Osten Europas. Klug war die vorrangig wirtschaftliche Integration, denn die kommunistischen Herrscher setzten ja auf eine „Verelendung der Massen". Wohlstand im freien Teil Europas herzustellen, war dagegen das beste Mittel.

Michael Gehler: *Welchen Anteil hatten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten überhaupt an der Entstehung und Fortsetzung des Kalten Krieges?*

Tilo Schabert: So würde ich die Frage nicht stellen. Wer hat nach 1945 Vereinbarungen gebrochen, und sich die baltischen Staaten einverleibt, und Polen, Ostdeutschland, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien mit einer Mischung aus Subversion, Tricks und Terror in seinen Herrschaftsbereich gebracht? Wer wollte Berlin strangulieren? Was wäre aus dem noch freien Europa ohne den Einsatz der Vereinigten Staaten geworden? Die Sowjetunion plünderte und Amerika sandte *care*-Pakete. Wieder sind wir bei den „Ideen". Der Begriff „Kalter Krieg" ist ein strategischer. Aber es ging um weit mehr als um Strategie. Es ging um die Behauptung der Freiheit gegenüber Unfreiheit. Und es waren jene Menschen, welche die Freiheit mehr als alles andere liebten, in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in der DDR, die schließlich, von ihren freiheitlich-demokratischen Ideen beseelt, die erstarrte Geschichte ganz Europas wieder in Bewegung brachten, zur Freiheit hin.

Michael Gehler: *Wie weit hat Ihrer Ansicht nach der Kalte Krieg die Geisteswissenschaften beeinflusst?*

4 François Furet, Le passé d'une illusion : Essai sur l'idée communiste au XXe siècle, Paris 1996.

Tilo Schabert: Wissenschaftler sollten beobachten, analysieren, deuten, und sich nicht „beeinflussen“ lassen. Nicht die Welt beschreibt Wissenschaften, sondern Wissenschaften beschreiben die Welt. Wer zur Zeit des Kalten Kriegs Thukydides oder Vergil las, verstand ihn und hätte sagen können, was die Lage politisch erfordert.

Michael Gehler: *Sie haben* Natur und Revolution *(München 1969) veröffentlicht. Wie stehen Sie zu Friedrich Heers These, dass Europa die Mutter der Revolutionen sei?*

Tilo Schabert: Alles hängt davon ab, was man unter „Revolution“ versteht. Und hier gehen die Bestimmungen weit auseinander. Aristoteles hat eine ausgearbeitete Theorie der Revolution vorgelegt (im V. Buch seiner *Politik*). Ob Heer bei der Aufstellung seiner These an sie gedacht hat?

Michael Gehler: *Sie haben ferner auch zum Thema Gewalt und Humanität (Freiburg-München 1978) gearbeitet. Wie würden Sie das (Wechsel-)Verhältnis zwischen beiden im Laufe der Geschichte beschreiben?*

Tilo Schabert: Das wäre ein anderes Buch. Wenn es überhaupt für einen Einzelnen möglich wäre, es zu schreiben.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach Historiker und Politikwissenschaftler für den Europagedanken?*

Tilo Schabert: Natürlich eine wesentliche. Auf vieles bin ich ja bereits eingegangen.

Michael Gehler: *Was kann die Philosophie bzw. können Philosophen zur Verständigung der Europäer untereinander und zum europäischen Einigungsprozess beitragen?*

Tilo Schabert: Sie „können“ nicht, sie *sollen*. Ihre eigene Geschichte ist eine *europäische*, mit Ausstrahlungen in nicht-europäische Welten und Rezeptionen aus solchen. Wer in Europa Philosophie betreibt, kann dies nicht national tun. Wie lächerlich ist es, als Deutscher Descartes zu ignorieren, oder als Franzose Kant, oder als Russe Hegel, oder als Engländer Thomas von Aquin. Philosophie ist per se transnational und bringt, ist sie ihrer Natur getreu, Europäisches zur Anschauung.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie die zukünftige Rolle Deutschlands und Frankreichs in Europa und welche Zukunft hat die Europäische Union aus Ihrer Sicht?*

Tilo Schabert: *Nulla salus extra Europam.* Der wahre französische, der wahre italienische, der wahre deutsche Patriot und so weiter ist ein europäischer Patriot. Wie soll ein europäisches Ländlein – und keines ist im Weltvergleich noch mehr als ein solches – jetzt wie in Zukunft noch souverän sein wollen, sich für sich allein behaupten? Souverän können wir Europäer jetzt und in Zukunft allein in Einheit sein. Wer mit dem Funktionieren der Europäischen Union nicht zufrieden ist, soll sagen, was zu verbessern wäre, und, wenn er kann, sich entsprechend engagieren. Über „Brüssel“ zu spotten oder herzuzie-

hen, ist allenfalls frivol. Man könnte auch sagen: Undankbar. Denn alle Vorteile und Leistungen, die uns die Europäische Union schon gebracht hat und bringt, vergisst man dann gerne. Die traditionelle französische Landwirtschaft überlebt nur dank erheblicher europäischer Subventionen. Und jeder französische Präsident hat sich bislang eisern dagegen gewehrt, dass daran etwas geändert wird. Aber jene, die in Frankreich „Europa" nicht mögen oder gar ablehnen, übergehen diesen Sachverhalt schweigend.

So wie die historischen, geographischen, machtpolitischen Dinge liegen, geht es mit der Europäischen Union nicht voran, wenn Frankreich und Deutschland bei wichtigen Fragen nicht an einem Strang ziehen. Die durch die deutsch-französische Verständigung und die europäische Einigung „überwundene" Grenze zwischen Frankreich und Deutschland ist noch immer auch eine europäische Bruchlinie. Dessen hat man sich aufseiten der Regierenden in Paris und Berlin in kritischen Situationen bislang bewusst gezeigt. Wir wollen hoffen, dass dieses Bewusstsein weiterhin aufrechterhalten wird.

Michael Gehler: *Haben Sie besten Dank für Ihre Antworten!*

Peter Pichler

Was heißt, eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas schreiben? Ein Essay in Krisenzeiten

Zum Referenten:

Dr. phil. Peter Pichler hat Metal Music Studies, die Theorie und Philosophie der Geschichte und die Kulturgeschichte der Europäischen Union als Forschungsinteressen. Von 2001 bis 2006 studierte er Geschichte, Philosophie und Medien an der Karl-Franzens-Universität Graz mit ausgezeichnetem Abschluss in Geschichte, von 2006 bis 2009 verfolgte er ein Doktoratsstudium der Zeitgeschichte mit Spezialisierung auf die Geschichte der Europäischen Integration an den Universitäten Graz sowie Mainz und promovierte mit Auszeichnung an der Universität Graz. Von 2004 bis 2012 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im digitalen Rechtsgeschichtsprojekt „Europa zwischen Unrecht und Recht“ an der Universität Graz am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung, von 2009 bis 2012 als Lehrbeauftragter und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Neuere Europäische Geschichte an der Universität Graz am Institut für Geschichte, von 2013 bis 2020 als selbständiger Forscher mit akademischer Lehre an der Universität Graz und der Universität Wien, ferner mit Konferenzvorträgen, Outreach-Aktivitäten und einem wissenschaftlichen Blog zu Metal Music Studies, siehe www.peter-pichler-stahl.at, von 2020 bis 2023 ist Pichler Projektleiter eines Drittmittel-

Forschungsprojekts „Breaking the Law...!? Normenbezogenes klangliches Wissen in der Heavy-Metal-Kultur. Graz und die Steiermark seit 1980“, gefördert durch den Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF) am Institut für Rechtswissenschaftliche Grundlagen der Universität Graz. Seine nennenswertesten Publikationen sind: Acht Geschichten über die Integrationsgeschichte. Zur Grundlegung der Geschichte der europäischen Integration als ein episodisches historiographisches Erzählen, Innsbruck 2011; Leben und Tod in der Europäischen Union, Innsbruck 2014; EUropa. Was die Europäische Union ist, was sie nicht ist und was sie einmal werden könnte, Graz 2016; Zeitgeschichte als Lebensgeschichte. Überlegungen zu einer aktuellen und emanzipativen Zeithistoriographie, Brüssel u. a. 2017; Metal Music, Sonic Knowledge, and the Cultural Ear in Europe since 1970: A Historiographic Exploration (Studien zur Geschichte der Europäischen Integration 34), Stuttgart 2020; Herausgeberschaften gemeinsam mit Fernanda Gallo, Jan Vermeiren, Florian Greiner, Matthew D’Auria and Richard Deswarte (Eds.), International Encyclopaedia on the History of the Idea of Europe, http://www.ideasofeurope.org/category/encyclopaedia/, Florian Greiner/Peter Pichler/Jan Vermeiren (Eds.), Reconsidering Europeanization. Ideas and Practices of (Dis-)Integrating Europe since the Nineteenth Century (History and Ideas Vol. 1), Berlin – Boston 2022 sowie mit Charalampos Efthymiou, Jörg Scheller, Camille Béra, Anna-Katharina Höpflinger und Marco Swiniartzki, Metal/Metal: Exploring the Complexities of Metal Cultures, Stuttgart im Erscheinen 2023, https://www.facebook.com/MetaMetalBookSeries

Zum Beitrag:

Der vorliegende Essay – er basiert auf einem Vortrag, der im Januar 2022 im Rahmen der Europagespräche der Stiftung Universität Hildesheim gehalten wurde[1] – entstand zu einem Zeitpunkt, als EUropa[2] bereits zwei Jahre pandemischer Krise hinter sich hatte. Allerorts sprach man von Erschöpfung, Pandemiemüdigkeit und Auszehrung. Auch die EU als krisenmanagendes politisches System zeigte Ermüdungserscheinungen. Es war notwendig, wieder mehr über EUropa nachzudenken.

Der Krieg in der Ukraine, der den europäischen Integrationsprozess wohl noch stärker beeinflussen dürfte als die Pandemie, lag atmosphärisch bereits in der Luft. Dennoch konnte sich vor dem 24. Februar 2022 kaum jemand unter den politischen Beobachter*innen vorstellen, dass ein Vernichtungs- und Aggressionskrieg dieses Ausmaßes direkt an

1 Der Vortrag mit dem Titel „Was heißt, heute eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas zu schreiben?“ ist online unter dieser Adresse zu finden: https://www.youtube.com/watch?v=dbMRCgYLRY0 (abgerufen 12.4.2022). Sprachlich wurde das Vortragsmanuskript an die Essayform angepasst und, wo es angezeigt erschien, um erläuternde Ausführungen erweitert. Ich danke Herrn Prof. Dr. Michael Gehler sowie Herrn Severin Cramm für die außerordentlich fruchtbaren Diskussionen im Rahmen der „Europagespräche“, ohne welche dieser Text nicht zu denken wäre.

2 Die Begriffsschöpfung „EUropa“ soll verdeutlichen, dass es sich bei der EU kulturgeschichtlich und zeitaktuell betrachtet um die nach 1945 prägendste Manifestation des Europabegriffs handelt. Siehe hierzu: Peter Pichler, EUropa. Was die Europäische Union ist, was sie nicht ist und was sie einmal werden könnte. Mit einem Vorwort von Erhard Busek, Graz 2016.

den Grenzen der EU (und der NATO) unmittelbar bevorstand. Die schiere Unfassbarkeit des Geschehenden machte es so immens schwierig, zeithistorisch dazu Stellungen zu nehmen.[3] Diesen neuesten Krisenprozess ebenso in die Analyse miteinzubeziehen, hätte daher den Rahmen gesprengt. Es liegt jedoch nahe, dem Grazer Wissenschaftshistoriker Simone De Angelis beizupflichten, der jüngst vermutete, dass wir uns bereits in einem neuen „Zeitalter der Ungewissheit" befänden – zumindest sind wir wohl auf dem Weg dorthin.[4] Welche Geschwindigkeit wir auf diesem Weg aushalten müssen, ist noch weitgehend unklar.

Schon die bis dato europaweiten zwei Jahre Pandemie, auf die sich meine Ausführungen als „Anlassfall" des Nachdenkens beschränken werden, waren für die EU ein in ihrer Kulturgeschichte unvorhersehbarer, dramatischer Krisenprozess. Zweifellos wurde EUropa in seinen Mechanismen als Gemeinschafts- und Identitätsnetzwerk erschüttert – und zwar gründlich. Es mag erstaunen, dass hier die Begriffe „EU" und „Kulturgeschichte" aufeinander bezogen verwendet werden. Noch immer ist die kulturgeschichtliche Perspektive auf den Prozess der Europäisierung in der EU eine eher ungewohnte.[5] Angesichts der Dominanz wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Perspektiven im wissenschaftlichen Integrationsdiskurs mag sie zunächst unüblich wirken.[6] Aber genau diese Verschränkung von Kulturgeschichte und europäischer Unionsgeschichte reißt den historischen Raum auf, den ich in meinen Gedanken vermessen möchte. Sie sollen zugleich ein kleines Plädoyer für noch mehr Kulturgeschichte im Integrationsdiskurs sein.

Zum Zeitpunkt des Verfassens im Frühjahr 2022 wirkte es beinahe wie die zum Stereotyp verkommene Ironie der Geschichte, dass ich mir unter dem Vortragstitel „*Was nun, EUropa? Die Europäische Union als Kulturgemeinschaft, 2021 und weitergedacht*" bereits ein Jahr zuvor im Rahmen der „Europagespräche" Gedanken zum Thema machen hatte dürfen.[7] Meine Argumentation damals im ersten Pandemie-Winter beinhaltete die Vermutung, dass wir uns am vorläufigen Höhepunkt einer europäischen Krise befunden

3 Eine sehr frühe Stellungnahme ist Michael Gehler, „Der Ukraine-Krieg". Zentrale Frage und versuchte Antworten, in: *Universitätsgesellschaft aktuell* 1 (2022), S. 2–15.

4 Andreas Schweiger, Zeitenwende. Interview mit Simone De Angelis, Homepage der Universität Graz https://news.uni-graz.at/de/detail/article/zeitenwende/ (abgerufen 12.4.2022).

5 Zu dieser Perspektive siehe: Peter Pichler, A Cultural-Shared Risk Community? Towards a Cultural-Historical Theory of European Integration, in: Thomas Hoerber/Gabriel Weber/Ignazio Cabras (Hrsg.), The Routledge Handbook of European Integrations, S. 166–180; Ders., Verantwortung im Rahmen der EU als Kulturgemeinschaft. Struktur, Risiko, Zukunft, in: Michael Gehler/Alexander Merkl/Kai Schinke (Hrsg.), Die Europäische Union als Verantwortungsgemeinschaft, Wien 2020, S. 87–100; Ders., What Is the European Union? A Cultural Shared Risk Community!, in: *Journal of Contemporary European Research* 16 (2020), Heft 3, S. 364–378; Ders., European Union Cultural History: Introducing the Theory of "Paradoxical Coherence" to Start Mapping a Field of Research, in: *Journal of European Integration* 40 (2018), Heft 1, S. 1–16.

6 Siehe hierzu im Überblick: Hoerber/Weber/Cabras, Handbook; auch: Erik Jones (Hrsg.), European Studies. Past, Present and Future, New Castle Upon Tyne 2020; sowie zu theoretischen Zugängen nach wie vor gewinnbringend: Hans-Jürgen Bieling/Marika Lerch (Hrsg.), Theorien der europäischen Integration, 3. Aufl., Wiesbaden 2012.

7 Der Vortrag, der in digitaler Form am 18. Januar 2021 stattfand, ist online hier zu finden: https://www.youtube.com/watch?v=uqyISWQIfmo (abgerufen 22.4.2022).

hätten, die zu konzeptioneller Reflexion dazu einlädt, was die EU kulturell ausmacht.[8] Wie wir alle zur Genüge wissen, war vor allem das Wort „vorläufig“ zutreffend. Das Weiterdenken wurde ein Krisendauerlauf.

Die Krise spitzte sich weiter zu und es besteht umso mehr Anlass, über EUropa und seine Geschichte als kulturelles Phänomen nachzudenken und zu diskutieren. Diese Grundsatzdiagnose der Notwendigkeit zur Reflexion scheint mir nach wie vor gültig. Im vorliegenden Text nehme ich die zentralen Gedankenstriche von 2021 auf, will sie aber deutlich in Richtung einer Anwendung auf konkrete europäische Krisendiskurse erweitern. Wie im Titel steht, geht es mir darum, darüber zu reflektieren, was es angesichts der Fundamentalkrise unserer Gegenwart heißt, eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas zu schreiben. Ich will herausarbeiten, dass spannenderweise gerade der schmerzhafte Pandemieprozess Gelegenheit bietet, kulturgeschichtlich Neues über die EU zu erfahren. Thesenhaft zugeschnitten soll ein Vorschlag unterbreitet werden, was den Kern der kulturwissenschaftlich-zeithistorischen Erforschung der EU ausmacht. Dazu sind drei Schritte zu gehen.

In einem ersten Schritt (Abschn. I) ist darzulegen, wie man die EU konzeptionell als eine „kulturelle Risikogemeinschaft“ begreifen kann.[9] Gerade angesichts des Faktums, dass im Forschungsdiskurs der European Studies die kulturhistorische Perspektive noch immer oft stiefkindlich behandelt wird, sollte diese in den Fokus rücken, um bisher noch dunkel gebliebene Bereiche der Integrationsgeschichte auszuleuchten.[10] Wenngleich diese Perspektive die anderen, „gewohnteren“ Zugänge nicht ersetzen kann (und auch nicht soll!), kann sie so einige Desiderate füllen. In diesem ersten Denkschritt ist die konzeptionelle Gedankenbasis der Argumentation zu legen.

In einem zweiten Teil (Abschn. II) soll dann herausgearbeitet werden, welches die konkreten Prozessbeispiele unserer gemeinsamen Pandemieerfahrungen sind, die es ermöglichen, die EU in ein neues kulturgeschichtliches Licht zu rücken. Die gegenwartshistorischen Phänomene, um die es sich hier dreht, kann man mit den Schlagworten *Polarisierung, Spaltung, Solidaritätsbruch, intensivierte Resurrektion des Nationalstaates* und *Bedrohung des Unionsrechts* umreißen. Wir kennen diese Tendenzen zur Genüge aus dem alltäglichen Mediendiskurs der Corona-Zeit. All diese Prozesse lassen sich in der Analyse an die eigentümliche Struktur der EU als kulturelle Risikogemeinschaft rückkoppeln.[11] Es gibt viel an bisher kaum beachteter Kontinuität in der historischen Tiefenschicht.

Im dritten Schritt (Abschn. III) sollen die sich hieraus nahelegenden Schlüsse gezogen werden. Aus dem Erarbeiteten zur Risikogemeinschaft sowie aus der Einordnung aktueller Krisenprozesse in dieses Denkschema eröffnet sich – so hoffe ich – eine erweiterte, zu anderen Perspektiven komplementäre Sichtweise auf EUropa. Es lassen sich fünf konkludierende Thesen formulieren, was es heißt, eine Zeitgeschichte der EU-Integration als Kulturprozess zu schreiben. Die Thesen stellen den Versuch dar, die Frage im Titel gebündelt und aktuell zu beantworten.

8 Ebd.
9 Wie Anm. 5.
10 Wie Anm. 6.
11 Hierzu konzeptionell vor allem: Pichler, Cultural-Shared Risk Community.

I. Die EU als kulturelle Risikogemeinschaft

Das Denken startet also damit, zu beschreiben, wie die Kulturgeschichte als eine recht rezente Stimme in den European Studies auf die europäische Integration in der EU blickt. Die „neue Kulturgeschichte“,[12] von der ich ausgehe, arbeitet mit einem äußerst breiten Kulturbegriff. Kultur meint hier jede Art und Weise, auf welche der Mensch in der Geschichte Phänomene seiner Welt mit Sinn und Bedeutung ausstattete.[13] In Anlehnung an Achim Landwehr und Stefanie Stockhorst war etwa ein Baum nicht nur ein Baum, sondern mitunter ein religiöses Symbol, ein Richtplatz, ein Ausweis „grüner“ Städte oder vieles andere mehr.[14]

Es ist immer zu fragen, wie konkrete materielle oder immaterielle Phänomene der Welt durch Praxis mit Sinn ausgestattet wurden. Auch politische Systeme und Prozesse – wie zum Beispiel Nationalstaaten oder die europäische Integration – waren und sind Phänomene unserer Welt, die uns zum Denken und Handeln auffordern. So sind etwa der Europäismus des zwanzigsten Jahrhunderts als Unterfutter der europäischen Integration oder der Anti-EU-Populismus der letzten drei Dekaden positiv bzw. negativ wertende Formen, der Einigung Europas eine bestimmte Bedeutung beizumessen.[15] Solche Bedeutungszuschreibungen untersucht der kulturgeschichtliche Blick in der EU-Forschung.

Aus Sicht der Kulturgeschichte wird Europa daher als Ergebnis der Konstruktion in Diskursen interpretiert. Europa ist kulturhistorisch dort, wo wiederholt und institutionalisiert bzw. alltagspraktisch von Europa gesprochen wird bzw. Europa versinnbildlicht und imaginiert wird.[16] In dieser Sichtweise ist die EU nichts anderes als der heute präsenteste strukturelle Rahmenbau, von welchem ausgehend das Begriffsfeld „Europa“ mit Inhalten gefüllt werden kann. Die Europäische Union ist eine Entität in unserer politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Welt, die bestimmte strukturelle Bedingungen schafft, innerhalb derer wir uns Europa vorstellen können. Es geht dabei genauso sehr um die Möglichkeiten des Vorstellens und das kulturelle Material, das uns zur Imagination zur Verfügung steht, wie um das „harte“ Institutionengerüst.

---

12 Diese Betitelung des Diskurses kann bis zu diesem Band zurückverfolgt werden: Lynn Hunt (Hrsg.), The New Cultural History, Berkeley/Los Angeles 1989.

13 Siehe einführend: Peter Burke, Was ist Kulturgeschichte?, Frankfurt am Main, 2005; als Kompendium: Ute Daniel, Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter, Berlin 2020.

14 Achim Landwehr/Stefanie Stockhorst, Einführung in die Europäische Kulturgeschichte, Paderborn 2008, S. 10.

15 Wie der Europäismus sich sehr anschaulich auch in der Kulturform der Literatur offenbarte, ist hier nachzulesen: Paul M. Lützeler, Kontinentalisierung, Das Europa der Schriftsteller, Bielefeld 2007; zum Populismus siehe: Winfried Brömmel/Helmut König/Manfred Sicking (Hrsg.), Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven, Bielefeld 2017.

16 Zu solchem Denken siehe: Wolfgang Schmale, Geschichte Europas, Wien u. a. 2000; Ders., Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität, Stuttgart 2008; Ders., Was wird aus der Europäischen Union? Geschichte und Zukunft, Ditzingen 2018; zur Konzipierung des Autors siehe wieder die Angaben in Anm. 5.

Der Forschungsdiskurs ging perspektivisch vom „Cultural Turn" der 1990er-Jahre aus und wuchs in die Integrationsforschung hinein. Zu einer so arbeitenden „Europäistik" sind neben jenen von etwa Michael Wintle, Florian Greiner und Silvio Vietta vor allem Wolfgang Schmales Arbeiten prägend.[17] Michael Gehler machte sich Gedanken zu einer spezifischen Europäisitik der Integrationsgeschichte.[18] Blickt man bilanzierend auf den bisherigen Verlauf der Debatten, dann besteht der momentane „Knackpunkt" der Forschung darin, dass man zwar immer mehr jenseits der älteren Teleologie der „ever closer union" die EU auch kritisch und als historisch offenen Kulturprozess betrachtet, man aber noch kein schlüssiges Konzept entwickeln konnte, was die EU als eigenes kulturhistorisches System und Gemeinschaft ausmacht.[19]

Mein Vorschlag ist, dass man die EU als eine „kulturelle Risikogemeinschaft" denken sollte, die sich um den seit den 1950er-Jahren kulturell neuen Grundkonflikt zwischen supranationaler und nationaler Sinnstiftung entwickelte.[20] Dies ist genauer zu erläutern, theoretisch und historisch-systemisch. Das entscheidende historische Jahr war 1952 mit der Etablierung der ersten supranationalen Strukturen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) als Wurzel des heutigen EU-Supranationalismus. Mit der Einrichtung einer dem Anspruch nach permanenten, supranational entscheidungsfähigen Organisationsstruktur[21] wurde eine neue Kulturebene – die supranationale – geschaffen, die sich diesem Anspruch nach über der Nation befand. Dies war der springende Punkt. Damit wurde der Grundkonflikt in die Welt gesetzt, der bis heute die EU als eigenes kulturhistorisches Phänomen ausmacht. Auch wenn die Forschungsdiskussion in jüngster

17 Neben den schon in Anm. 16 genannten grundlegenden Arbeiten, Wolfgang Schmale, Die Komponenten der historischen Europäistik, in: Gerald Stourzh (Hrsg.), Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung, Wien 2002, S. 119–139; ferne siehe: Michael Gehler/Silvio Vietta (Hrsg.), Europa, Europäisierung, Europäistik. Neue wissenschaftliche Methoden, Inhalte und Ansätze. Wien u. a. 2010; Silvio Vietta, Europäische Kulturgeschichte. Eine Einführung. Erweiterte Studienausgabe, München 2007; Ders., Europas Werte. Geschichte, Konflikte, Perspektiven, Freiburg/München 2019; Michael Wintle, Eurocentrism. History, Identity, White Man's Burden, London/New York 2020; Ders., The Image of Europe. Visualizing Europe in Cartography and Iconography throughout the Ages, Cambridge 2009; Florian Greiner, Europeanization in Historiography: Methodological Challenges and the Need for a New Conceptual Approach, in: Florian Greiner/Peter Pichler/Jan Vermeiren (Hrsg.), Reconsidering Europeanization: Ideas and Practices of (Dis-)Integrating Europe since the Nineteenth Century, Berlin 2022, S. 69–93; Ders., Wege nach Europa. Deutungen eines imaginierten Kontinents in deutschen, britischen und amerikanischen Printmedien, 1914–1945, Göttingen 2014.

18 Michael Gehler, Was heißt „Europäistik" für eine Geschichtsschreibung der europäischen Integration?, in: Ders./Vietta, Europa, Europäisierung, Europäistik, S. 121–180.

19 Als rezenter Überblick empfiehlt sich: Kiran Klaus Patel, Widening and Deepening? Recent Advances in European Integration History, in: *Neue Politische Literatur* 64 (2019), S. 327–357.

20 Die Entwicklung dieser Theorie findet sich in den in Anm. 5 genannten Schriften. Im Folgenden beziehen sich meine konzeptuell-theoretischen Ausführungen zur Risikogemeinschaft immer auf diese.

21 Hierzu einführend: Michael Gehler, Europa: Ideen, Institutionen, Vereinigung, Zusammenhalt, München 2018, S. 207–250; Wilfried Loth, Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte, Frankfurt am Main/New York 2014, S. 34–41; zum Rechtsprozess siehe grundlegend: Ulrich Haltern, Europarecht. Dogmatik im Kontext, 3 Bde., Tübingen 2017.

Zeit im Empirischen wesentlich differenzierter als noch vor einigen Jahren auf den tatsächlichen politischen Verwirklichungsgrad des supranationalen Anspruchs blickt,[22] so war dieser dennoch als Deutungs- und Identitätsmuster kulturgeschichtlich höchst wirksam. Gerade dieser Anspruch war es wohl, der erklären kann, warum – wie Kiran Klaus Patel nachwies[23] – der diskursive Erfolg der EU so immens war.

Mit der EGKS entstand eine grundlegend neue kulturelle Systemkonstellation, in welcher die nationale Kultur der Mitgliedsstaaten permanent mit der supranationalen Kultur der Integration in Einklang gebracht und danach in Balance gehalten werden musste. Der Konflikt zwischen Nationalismus und Supranationalismus wurde bis zur EU, die hierzu in direkter Traditionslinie steht, lediglich zeitweilig, jedoch sinnstiftend in der Geschichte „eingefroren". Man kann dies als die „paradoxe Kohärenz" von supranationalem und nationalen Sinn bezeichnen, die die Kultur der EU und damit die Bedingungen, sich Europa in der EU vorzustellen, auszeichnet. Nicht das Supranationale für sich allein, sondern der Modus *wie*, *wann* und *wo* Ansprüche des Nationalen und des Supranationalen seither austariert wurden, war das Neue dieser Geschichte.

Wenn man so auf die Struktur der EU blickt, kann man sie als eigenes Kultursystem in der Geschichte seit 1952 begreifen. Die Systemstruktur beruht darauf, dass sie folgend dem paradox-kohärentem Muster Bedeutung in allen in ihr vereinten Diskursen Europas (in Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft etc.) freisetzte. An allen bisherigen Nahstellen der europäischen Einigung seit 1952 (etwa im Falle des Scheiterns der EVG;[24] in der Krise des „leeren Stuhls";[25] in der „Eurosklerose" von den 1970ern bis zur Mitte der 1980er-Jahre;[26] in der Etablierung und Konstitutionalisierung der EU zwischen Vertrag von Maastricht und Verfassungsvertragsversuch von 2004[27]) ging es im Kern darum, die prekäre, jedoch folgewirksame Balance von Nation und Europa zu bewahren oder wieder „einzurenken". Hierum entwickelte sich die Gemeinschaft. Es handelte sich jedoch um eine Gemeinschaft, die um den Eintrittspreis eines Grundrisikos erkauft wurde, welches sich in ihrem Herzen befindet.

Diese Erkenntnis, die aus dem kulturgeschichtlichen Blick folgt, führt zum Kern dieses ersten Schrittes meiner Gedankenführung. Aufgrund dieser systemischen Konstellation stellt die EU eine kulturelle Risikogemeinschaft dar – und zwar von Anfang an und strukturgeschichtlich begründet. Seit der Einführung des Anspruchs europäischer Supranationalität in der Hohen Behörde der EGKS[28] wurde in dieser Struktur systemisch

22 Siehe hierzu etwa jüngst: Michael Gehler, Die Hohe Behörde der EGKS am Vorabend des Fusionsvertrags aus Sicht der USA. Eine Analyse der Montanunion durch das State Department im Jahre 1966, in: Christian Bremen (Hrsg.), Amerika, Deutschland und Europa von 1917 bis heute. Festschrift zum 90. Geburtstag von Klaus Schwabe, Band 2, Aachen 2022, S. 71–105; allgemein siehe wieder: Patel, Recent Advances.

23 Kiran Klaus Patel, Projekt Europa. Eine kritische Geschichte, München 2018.

24 Einführend: Gehler, Europa, S. 242–250; Loth, Einigung, S. 41–56.

25 Einführend: Gehler, Europa, S. 280–284; Loth, Einigung, S. 134–142.

26 Einführend: Gehler, Europa, S. 292–324; Loth, Einigung, S. 211–258.

27 Einführend: Gehler, Europa, S 382–414; Loth, Einigung, S. 310–400.

28 Ausführlicher zur EGKS siehe: Nikolaus Bayer, Wurzeln der Europäischen Union. Visionäre Realpolitik bei Gründung der Montanunion, Sankt Ingbert 2002; Manfred Rasch/Kurt Düwell (Hrsg.), Anfänge und Auswirkungen der Montanunion auf Europa. Die Stahlindustrie in Politik

eine kulturelle Gemeinschaft angelegt, die nach dem Muster eines „Wir-angesichts-des-Risikos“ funktioniert. In der EGKS ist ein kulturelles System vorinstalliert worden, in dem der nationale Sinn im Dauerkonflikt mit dem supranationalen Sinn stehen *muss*. Das „Wir-angesichts-des-Risikos“ war schon im Jahre 1952 in den Bedingungen, Europa zu imaginieren, enthalten. Zuvor hätte es auch ein anderer kultureller Europabegriff sein können, aber mit dieser Zäsur wurden die Weichen gestellt. Neben der schon bestehenden Forschung zum Supranationalismus könnte hiernach noch gezielter gefragt werden.[29]

Bis heute sind die Organe der EU so Orte der kulturellen Bedeutungsstiftung. Höchst ritualisiert wurde in ihnen seit 1952 jenes zeitweilige, paradox-kohärente „Einfrieren“ des Grundkonflikts geübt und immer weiter verfeinert. Die „Familienfotos“, die wir von europäischen Gipfeln kennen, sind das tatsächliche visuelle Festhalten dieses Prozesses. Es war oft ein Oszillieren, ein Balancieren und auch Austüfteln, aber die EU hat es in Krisenfällen bisher immer geschafft, den Grundkonflikt „Nation vs. Supranationalismus“ einigend zu bändigen. Dies ist ihre große Leistung. Die größte Gefahr, welche seit dem Schuman-Plan droht, ist das Risiko, die Balance zwischen Nationalismus und Supranationalismus wieder zu verlieren. Das ist das systemische Grundrisiko der EU. Es macht die EU zur kulturellen Risikogemeinschaft. Wenn man auf diese Geschichte seit den 1950er-Jahren blickt, meisterhaft dargestellt bei Luuk van Middelaar,[30] kann man das „Wir“, das in der EU wurzelt und sie prägt, als eines erkennen, das immer zu schwanken droht, da es auf dieser Grundlage imaginiert werden muss.

Zusammengefasst: Die größte Gefahr, welcher der EU droht, ist in ihre eigene Risikofalle zu tappen und die prekäre paradoxe Kohärenz von Nation und Europa wieder zu verlieren. Und genau dies gilt umso mehr zum (hoffentlich endlich) postpandemischen historischen Standpunkt, an dem wir uns gerade befinden, wo uns die Krisenprozesse der Pandemie eine Hypothek für die kommenden Jahre aufbürden. Diese gilt es in diesem Kontext zu reflektieren.

II. Die Pandemiekrise in die Geschichte der Risikogemeinschaft eindenken

Nachdem im ersten Abschnitt das Konzept der EU als kultureller Risikogemeinschaft vorgestellt wurde, geht es im zweiten darum, wie die pandemische Krisenzeit im Rahmen dieses Konzepts zu verstehen ist. Notwendigerweise wird uns das Corona-Erbe wohl auch im Zeitalter des Ukrainekriegs genauso stark weiterbeschäftigen wie dieser selbst.[31] Zum Zeitpunkt des Abfassens dieses Texts im Frühjahr 2022 befand sich EUropa in einer (Post-)Corona-Krisenlage, die man mit den Schlagworten *Polarisierung, Spaltung, Solidaritätsbruch, beschleunigte Resurrektion des Nationalstaates* sowie *Bedrohung des Unionsrechts* umreißen konnte. Wie sehr die Corona-Pandemie bereits in die Kategorie

---

und Wirtschaft, Essen 2007; rechtlich: Anita Ziegerhofer, Europäische Integrationsrechtsgeschichte, 4. Aufl., Innsbruck/Wien 2021, S. 102–111.

29 Wie Anm. 22.

30 Luuk van Middelaar, Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa, Berlin 2016.

31 Als frühe Stellungnahme dazu wieder: Gehler, Ukraine-Krieg.

„post“ fiel, war noch nicht final abschätzbar. Die Aktualität der genannten Schlagworte sah wie folgt aus:

- *Polarisierung und Spaltung*, weil wie etwa in Österreich im Herbst und Winter 2021/22 in den Debatten um die dann doch ausgesetzte Corona-Impflicht soziale und auch kulturgeschichtliche Gräben aufbrachen, die viel an nach-pandemischer Krisenaufarbeitung benötigen werden;
- *Solidaritätsbruch* auf europäischer Ebene, weil in der Pandemie vielfach Nationalismen über den Europäismus triumphierten; Solidaritätsbruch auch gegenüber Regionen des globalen Südens, die in der Pandemie über denkbar schlechtere Ressourcen verfügten als die EU – man denke etwa an den Diskurs um die Impfstoffverteilung;
- eine noch stärkere *Resurrektion des Nationalstaates* als schon zuvor im neuen Jahrtausend, weil im öffentlichen Diskurs das nationalistische Heilsversprechen in der Pandemiekrise alles zu überstrahlen schien – und das obwohl, wie etwa Michael Gehler oder Anita Ziegerhofer nachwiesen, die EU-Institutionen nach einer ersten Schockstarre im Krisenmanagement wichtige Maßnahmen ergriffen hatten;[32] Resurrektion des Nationalstaates auch, weil in der Einschränkung von Grundrechten während „Lockdowns“ der nationale Staat so präsent im Leben der Europäer*innen war wie schon lange nicht;
- *Bedrohung des Unionsrechts* schließlich, weil gerade in diesen Zeiten und trotz des Rechtsstaats-Mechanismus im Corona-Wiederaufbaupaket der EU die integrationsrechtlich „heilige Kuh“ des Vorrangs des Europarechts etwa in Polen oder Ungarn immer wieder angegriffen wurde.[33]

All diese Begriffe bezeichnen desintegrative Tendenzen in Politik, Wirtschaft und Recht. Sie kennzeichnen die gegenwartsnächste Geschichte der EU eher als eine, die zu „weniger“ Europa in der EU führen könnte denn zu „mehr“. Sich nüchtern an der Liste der Begriffe orientierend, scheint ein Lernen aus der Krise fraglich.

Wie aber passt diese nüchtern stimmende Pandemie-Erbschaft mit den genannten ersten wissenschaftlichen Befunden zusammen, dass die EU eine gar nicht so schlechte integrative Figur in der Corona-Phase gemacht hatte?[34] Wie kann es sein, dass in der kollektiven Wahrnehmung der Zeit von März 2020 bis heute die EU so gut wie keine positiv sinnstiftende Rolle zugespielt bekam, der Nationalstaat aber eine umso größere? Wo kommt dieser „Wahrnehmungs-Gap“ her? Geht es wirklich nur um die Wahrnehmungen oder doch um Systemisch-Strukturelles?

Man kann diese scheinbaren Paradoxien, so denke ich, etwas besser verstehen, wenn man sich wiederum die oben genannte eigentümliche Grundstruktur der EU als Risikogemeinschaft paradoxer Kohärenz vor Augen führt. Es geht um das europäisch-prekäre „Wir-an-

32 Michael Gehler, Europa wachte langsam auf, handelte verspätet und ringt weiter mit sich. Die EU und ihr Umgang mit der Corona-Krise 2020, in: Manfred Rauchensteiner/Michael Gehler (Hrsg.), Corona und die Welt von gestern, Wien 2021, S. 67–94; Anita Ziegerhofer, Europäische Integrationsrechtsgeschichte, S. 192–198.

33 Zum Unionsrecht siehe wieder grundlegend: Haltern, Europarecht.

34 Wie Anm. 32.

gesichts-des-Risikos“, das in ihr steckt; darum, diese Krisenzeit ab März 2020 als jüngste Zeitstrecke einer nun schon siebzig Jahre währenden EU-Kulturgeschichte zu denken, in welcher der Grundkonflikt erstaunliche Kontinuität zeigt. Ich möchte dies zumindest im Ansatz versuchen, da es mir Orientierung zu versprechen scheint.

Man kann dazu mit einem Artikel aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* starten, der in global zugänglicher Form am 30. Juli 2020 online erschien; also einem journalistischen Text aus dem digitalen Mediendiskurs, der noch aus dem ersten Pandemie-Sommer stammt. Unter dem Titel „Es geht um das europäische Ganze“ schrieben damals einer der Herausgeber der *FAZ*, Jürgen Kaube, und der Chefredakteur von *La Repubblica*, Maurizio Molinari, gemeinsam als Autoren:

> „Die Erholung nach der Pandemie ist eine Chance, die Europäische Union stärker zu machen, sowie ein Risiko, dass das Gegenteil eintritt. Die Chance ergibt sich daraus, dass fast alle europäischen Länder aus heiterem Himmel von einem unsichtbaren Feind getroffen wurden, der an keiner nationalstaatlichen Grenze haltmacht. (…) Die Gelegenheit zu ergreifen und das Risiko zu vermeiden liegt in den Händen der führenden Politiker und der Bürger der Europäischen Union.“[35]

Beim Lesen dieser Quelle ist zuerst konzeptuell daran zu erinnern, dass die EU und ihre Identität dort alltagswirksam konstruiert werden, wo wiederholt auf bestimmte Weise von Europa gesprochen wird – etwa in Zeitungsartikeln oder auch in Sprechchören bei Demonstrationen auf der Straße. So entstehen die kollektiv wirksamen und unsere Wahrnehmung der EU bestimmenden Narrative, von denen heute allerorts die Rede ist.[36] Dies zeigt die kulturgeschichtliche Perspektive auf die EU. Auch hier findet die Risikogemeinschaft statt.

Aus dieser Sicht ist das Deutungsschema, mit dem in diesem Artikel die Zeit der europäischen Integration seit März 2020 historisch beschrieben wurde, bemerkenswert. Diese kurze historische Strecke von nur drei Monaten zwischen März und Juli 2020, als der Artikel erschien, wurde zu einer Phase eines „Risikos“ erklärt. Im Untertitel heißt es: „Die Corona-Krise bestehen wir Europäer nur gemeinsam!“[37] Kurz gefasst, der Artikel erklärte gerade für die damals aktuellste Zeitstrecke der Geschichte die EU zur Risikogemeinschaft angesichts der Pandemie. Die beiden Autoren scheinen in ihrer gemeinsamen, italienisch-deutschen Schreibkooperation ein bemerkenswert feinfühliges Sensorium für dieses vulnerable „Wir“ entwickelt zu haben.

Man kann diese journalistische Diagnose empirisch untermauern, wenn man die Polarisierung und Spaltung, den Solidaritätsbruch, die rabiate Konjunktur des Nationalismus und den Angriff auf das Unionsrecht als Prozesse versteht, die wiederum den eigentümlichen Kernkonflikt zwischen Nationalismus und Supranationalismus im Herzen der EU hervortreten ließen, genau gesprochen von diesem makrohistorisch abhingen. Integra-

35 Maurizio Molinari/Jürgen Kaube, Es geht ums europäische Ganze, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, online, 30. 7. 2020, https://www.faz.net/aktuell/politik/europa-denken/europas-zukunft-gemeinsames-leben-in-corona-zeiten-16881579.html (abgerufen am 22.4.2022). Kursivsetzung durch den Autor

36 Siehe hierzu wieder die Angaben in Am. 16.

37 Molinari/Kaube, Es geht um das europäische Ganze.

tionshistorisch sind sie „nur“ als eine neue Etappe einer seit 1952 dauernden Kulturgeschichte zu begreifen. Es ist schon wahr, dass alle diese desintegrativen Prozesse auch eigene Züge trugen – aber eben vor allem an der historischen Oberfläche. Wenn man an die kulturhistorischen Tiefenschichten denkt, nicht ganz an das, was Fernand Braudel als „longue durée“[38] bezeichnete, aber schon an die tiefst sitzende, kulturelle Mentalitätsstruktur der europäischen Integration, manifestiert sich hier eine erstaunliche Kontinuität seit über siebzig Jahren.

Empirisch anschaulich wird diese Kontinuität, wenn man den Fall Österreichs als Beispiel betrachtet, wo ursprünglich ab dem 5. Februar 2022 eine Corona-Impfpflicht rechtswirksam hätte werden sollen. Sie kam so bisher nicht, mit 12. März 2022 wurde sie vorübergehend ausgesetzt.[39] Die Impfpflicht war im Herbst und Winter 2021/22 *das* Reizthema bei Corona-Massendemonstrationen. Auf den ersten Blick war dies ein Öffentlichkeits-, Rechts- und Wahrnehmungsprozess, bei dem es um den Gegenstand der Impfpflicht ging. Die entscheidende kulturhistorische Frage ist jedoch, wie man auf der Straße diesen Gegenstand in die Geschichte einrücken und so die jüngste Zeitgeschichte erzählen wollte. Fragt man nach diesem geschichtsmachenden Mechanismus, stößt man sofort wieder auf den Grundkonflikt zwischen Nation und Europa.

Auf der einen Seite des Konflikts berief man sich immer – sei es bei Demonstrationen am Wiener Ring,[40] in der Grazer Herrengasse[41] oder auch in Innsbruck[42] und Klagenfurt[43] – auf das geschichtliche Heil Österreichs. Die Österreichfahne wehte bei jeder Demonstration massenhaft im Wind. Überall ging es um die „österreichische Heimat“, das „österreichische Volk“, dessen „Freiheit“, kurz um das Wiederherstellen eines essentialistisch-nationalistischen Sinns der Geschichte. Die Nation war nicht nur noch stärker „wieder da“ als schon vor der Pandemie, sondern wurde als das historische Deutungsangebot schlechthin verkauft.

---

38 Zur Einführung dieses strukturgeschichtlichen Konzeptes in der Annales-Schule siehe bekanntermaßen: Fernand Braudel, Das Mittelmeer und die mediterrane Welt in der Epoche Philipps II., 3 Bde., Frankfurt am Main 2001.

39 Zum aktuellen Status siehe: Impfpflicht: Allgemeine Informationen, Website des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz https://www.sozialministerium.at/Corona-Schutzimpfung/Impfpflicht/Allgemeine-Informationen.html (abgerufen 22.4.2022).

40 Siehe etwa: o.A., Wieder Zehntausende bei Demo in Wien, *Wiener Zeitung*, online, 8. 1. 2022, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/oesterreich/2133639-Polizei-haelt-Marsch-um-den-Ring-an.html (abgerufen 22.4.2022).

41 Siehe etwa: Nina Müller/Gerald Winter-Pölsler, Unangemeldete Demo legte in Herrengasse Öffis lahm, Autokorso folgt, *Kleine Zeitung*, online, 19. 1. 2022, https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/6086791/Sechs-Demos-in-einer-Woche_Unangemeldete-Demo-legte-in-Herrengasse (abgerufen 22.4.2022).

42 Siehe etwa: o.A., Demonstrationen in Graz, Bregenz, Innsbruck, *Wiener Zeitung*, online 23. 1. 2022, https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/oesterreich/2135203-Tausende-bei-Demonstrationen-in-Graz-Bregenz-Innsbruck.html (abgerufen am 22.4.2022).

43 Siehe etwa: o. A., Anti-Covid-Demo in Klagenfurt. ORF online, 12. 2. 2022, https://kaernten.orf.at/stories/3142874/ (abgerufen am 22.4. 2022).

Auf der zweiten Seite der Konfliktgleichung tauchten dann sogleich Europa und die EU auf. Dies geschah – einer bühnenhaften, dramatisierenden Aufführung sehr nahekommend[44] – in der kulturhistorischen Form der vereinfachenden Personalisierung und Stereotypisierung. Oft personalisiert als Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen oder anderes politisches Spitzenpersonal wurde EUropa zur Folie der „Anderen", jener „dort in Brüssel". Nicht umsonst gibt es inzwischen einen breiten Forschungsdiskurs zur Rolle von Populismen in Europa und der Welt.[45] Diese „Anderen" wollten dem „Volk" in Österreich die Freiheit nehmen oder – verschwörungstheoretisch gewendet – hätten ihm Corona überhaupt erst „eingebrockt". Dies war ein klassischer Mechanismus eines kulturhistorischen „Othering", also einer Stiftung der eigenen österreichischen Identität durch Abgrenzung vom abgewerteten „Anderen" in Brüssel. Über solche Formen der pejorativen Bezugnahme auf „Andere" zur Konstruktion des Eigenen wissen wir gut Bescheid.[46]

Empirisch beispielhaft führte dies vor Augen, dass auch in dieser pandemischen Krisensituation der Grundkonflikt in der Tiefe derselbe war. Es ging um das Aufeinandertreffen von nationaler und europäischer Sinndeutung. Und in weiterer Folge darum, wie dieses Verhältnis sich momentan und zukünftig gestaltet. Es ging wie seit siebzig Jahren um die paradoxe Kohärenz der EU. Nie war eine grundsätzliche Lösung des Konflikts in Sicht, immer war das Austarieren und Balancieren das maximal mögliche.

Dasselbe gilt empirisch für die anderen genannten Tendenzen der Polarisierung, der Spaltung, des Solidaritätsbruchs, der beschleunigten Resurrektion des Nationalstaates sowie der Aushöhlung des Unionsrechts. Immer drehte und dreht es sich darum, den Kernkonflikt zwischen Nationalem und Supranationalem fruchtbar zu gestalten: im Rechtsstaatsdiskurs zwischen Brüssel, Warschau und Budapest, der jüngst nach der Wiederwahl von Viktor Orban neuen Zündstoff erhielt;[47] in der Diskussion des „Green Deal" und seiner Umsetzung zwischen etwa Brüssel, Paris, Berlin und Stockholm, welche wohl auch nach dem Eingeständnis der Energieabhängigkeiten von Moskau im Zuge des Ukrainekriegs in neue Bahnen gleiten dürfte;[48] sowie in der Diskussion von Corona-Bonds.[49]

Die gesamte Dauer der Pandemie-Zeit ist in all dem eine Fortsetzung der Konfliktgeschichte, die bereits 1952 begann. Diese lange Historie ist der konflikthafte kulturelle

44 Spannend zu solchen Mechanismen siehe: Kerstin Poehls, Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU, Bielefeld 2009.
45 Siehe im Überblick: Brömmel/König/Sicking, Populismus.
46 Siehe hierzu: Julia Reuter, Ordnungen des Anderen. Zum Problem des Eigenen in der Soziologie des Fremden, Bielefeld 2002.
47 Siehe etwa: Gerald Schuber, Nach Orbáns Sieg in Ungarn: Europas langer Atem, *Der Standard*, online, 4. 4. 2022, https://www.derstandard.at/story/2000134674761/nach-orbans-sieg-in-ungarn-europas-langer-atem (abgerufen 22.4.2022).
48 Siehe etwa diesen Audiokommentar: Holger Beckmann, EU riskiert wegen Ukraine-Krieg GreenDeal in der Landwirtschaft, Website SWR Wissen, 24. 3. 2022, https://www.swr.de/wissen/umweltnews/eu-riskiert-wegen-ukraine-krieg-greendeal-in-der-landwirtschaft-100.html (abgerufen 22.4.2022).
49 Siehe die Konturen des Diskurses nachzeichnend etwa dieses Online-Dossier: Die Diskussion um „Coronabonds": Das Für und Wider, Website der Heinrich-Böll-Stiftung https://www.boell.de/de/die-diskussion-um-coronabonds-das-fuer-und-wider (abgerufen 22.4.2022).

Unterbau der europaweit geführten Impflicht-, Solidaritäts-, Rechts- und Zukunftsdebatten. All dies sind schon eigens zu lösende Problemlagen, aber eigene Problemlagen, deren makrohistorische Deutung und Sprengkraft vor ihrer Konsequenz für den gemeinsamen Grundkonflikt zu denken sind.

Konflikte schreien nach Lösungen. So war dies zur Zeit der EVG-Krise, so beim „leeren Stuhl“, so ist es in der heutigen Krise. Ich kann als dritten Schritt meiner essayistischen Denkführung keine Generallösung des Konflikts anbieten. Es sollte aber möglich sein, aus den genannten Beispielen, die mir einige neue kulturgeschichtliche Sichtachsen auf die EU in der Pandemie freizugeben scheinen, ein Stück konzeptionell-geschichtliches Neuland zu gewinnen.

III. Fünf Thesen zum Schreiben der kulturellen Zeitgeschichte EUropas

Ich habe mit dem Argument begonnen, dass die European Studies zwar in ereignis-, rechts- und wirtschaftsperspektivscher Sicht viel über die EU sagen können, jedoch zahlreiche kulturelle Kernfragen bisher offenblieben. Im Fokus steht bis dato die Frage, was die EU-Integration als Phänomen eigenen kulturhistorischen Typs auszeichnet. Wie wird in der EU als eigenem kulturellen System Sinn, Identität und Lebenspraxis in struktureller Hinsicht bestimmt? Ich habe vorgeschlagen, die EU als kulturhistorische Risikogemeinschaft paradoxer Kohärenz zu begreifen, deren Schrittmacher seit 1952 der Grundkonflikt zwischen Nationalismus und Supranationalismus ist. Dominant gemeinschaftsbildend und sinnstiftend ist das Grundrisiko, die immer nur für kurze Zeitstrecken „in der Geschichte eingefrorene“ paradoxe Kohärenz von Nation und Europa wieder zu verlieren. Die Kulturgeschichte der EU ist die Geschichte dieses Konflikts und seiner Gefahren. Es gab immer verschiedene Themen, in deren Gestalt sich der Grundkonflikt an der Oberfläche manifestierte, aber in der Tiefe schlummerte immer dieses Aufeinanderprallen, das ausbalanciert werden musste.

Im zweiten Gedankenschritt war es mein Anliegen, die Zeit der Pandemiekrise als eine herauszuarbeiten, die sich als Etappe in diesen langfristigen Prozess seit den 1950er Jahren einordnen lässt. Die momentanen desintegrativen Prozesse von Polarisierung, Spaltung, Solidaritätsbruch, beschleunigter Resurrektion des Nationalstaates und Bedrohung des Unionsrechts sind von dieser Grundkulturgeschichte abhängig. Die Episode des Impfpflichtdiskurses in Österreich im Herbst und Winter 2021/22, welcher rot-weiß-rote Nationalflaggen und blau-goldene EU-Symbolik paradox-kohärent verzahnte, war paradigmatisch. In der kulturellen Tiefenschicht scheint es mir eine grundlegende Kontinuität von Risikogemeinschaft, Grundkonflikt und Grundrisiko gegeben zu haben. Aus dieser kulturgeschichtlichen Makroperspektive auf EUropa betrachtet ging es wohl auch in den zwei Jahren der Pandemiekrise primär darum, die paradoxe Kohärenz von Nationalstaat und Europa heil durch diese Phase zu bringen. Diese Vermutung – so sie sich weiter erhärten mag – macht diese Krise und die durch sie ausgelösten schmerzhaften Prozesse nicht weniger dramatisch. Diese Gedankenführung lässt aber den Schluss zu, dass gerade diese Zeit das orientierende Potential kulturgeschichtlichen Arbeitens hervortreten lässt.

Wenn man das Gesagte zusammenführt, also zuerst das Konzept der EU als Risikogemeinschaft, welches die Methode der kulturhistorischen Europäistik voraussetzt, als

Ausgangspunkt nimmt; dann dem die empirische Annahme der jüngsten Pandemiekrise als einer kontinuierlichen Fortsetzungsgeschichte der Risikogemeinschaft seit 1952 hinzufügt, so lässt sich programmatisch beantworten, was es heißt, eine kulturorientierte Zeitgeschichte der EU zu schreiben. Die neuen Sichtachsen, die frei wurden, lassen erahnen, was eine solche Historiographie leisten kann, und was man somit auch als Mindeststandard von ihr verlangen sollte. Als dritter und abschließender Denkschritt meiner essayistischen Gedankenführung möchte ich daher fünf Hypothesen formulieren, die dies pointieren. Eine Zeitgeschichte der kulturellen Integration EUropas zu schreiben, heißt,

1. zu erforschen, wie die Risikogemeinschaft EU entstand und wie sich ihre paradoxe Kohärenz in den sieben Jahrzehnten seit 1952 entwickelte; dieses Jahr ist das Schlüsseljahr einer neuen Kultursystemgeschichte in EUropa bis zu Gegenwart.
2. die Kontinuität des Grundkonflikts zu erforschen und zu fragen, welche Handlungsmuster an krisenhaften Nahtstellen der Integration beitrugen, die paradoxe Kohärenz zu fördern bzw. hinderlich waren; solche Muster sind keine historischen Konstanten, aber sie informieren uns empirisch über die Grundsystemgeschichte.
3. die aktuellen Zeitpunkte, von welchen aus die Geschichte der EU geschrieben wird, immer in den Langzeitprozess seit 1952 einzuordnen; die Gegenwartsgeschichte endet jeweils an diesen Punkten im respektiven Heute und nicht vorher.
4. die Orientierungsfunktion, die von zeitgeschichtlicher Forschung in Krisenzeiten eingefordert wird, durch solche historische Einordnung und Vergleich zu ermöglichen; die wissenschaftliche Geschichtsschreibung ist kein soziales Therapeutikum, aber ein Kompass, der Möglichkeiten aufzeigt und Nicht-Mögliches ausschließt.
5. und schließlich die EU grundsätzlich als Phänomen eigenen Typs zu begreifen, das neben den schon bewährten methodischen „Brillen“ der Forschung die kulturgeschichtliche Sicht erforderlich macht; es geht um die Komplementarität der zahlreichen Perspektiven in den European Studies.

Diese fünf Hypothesen wurden wie vieles in der Zeitgeschichte, ja wie schon die Zeitgeschichte als Projekt bei Hans Rothfels[50] überhaupt (im Übrigen in auffallender zeitlicher Nähe zum Schlüsseljahr 1952), aus den Sorgen der Gegenwart geboren. Sie sind daher notwendigerweise auf die Diagnosemöglichkeiten im Geschichtshorizont zur Zeit zwischen nachlassender Pandemie und aufflammendem Ukrainekrieg beschränkt. Ich hoffe jedoch, dass insbesondere das Erkennen der prinzipiellen Kontinuität der Risikogeschichte EUropas ein kleines Stück an Orientierungswert besitzt.[51]

50 Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1 (1953), S. 1–8.
51 Siehe programmatisch: Peter Pichler, Zeitgeschichte als Lebensgeschichte. Überlegungen zu einer aktuellen und emanzipativen Zeithistoriographie, Brüssel u. a. 2017.

Peter Pichler

„Die Pandemie bestätigte die Grundregel der Geschichte der europäischen Integration.“

Michael Gehler: *Wenn Sie von EUropa sprechen, meinen Sie damit eine bestimmte EU-Identität und kann diese Identität um eine breiter angelegte europäische Identität ergänzt werden? Wie sehen Sie das Verhältnis der EU-Identität im Kontrast zur europäischen Identität? Geht die europäische Identität in eine EU-Identität über?*

Antwort: Peter Pichlers Eindruck ist, dass der Begriff der Identität nach wie vor schillernd sei, aber doch vor allem ein Ergebnis der Forschungen aus dem Zeitraum der 1990er und 2000er Jahre. Der heute entscheidende Aspekt sei dabei jedoch weniger die Identität mit ihren Inhalten selbst, sondern vielmehr der Weg, auf dem die Identität erzeugt wurde. Die Frage sei dabei, wie es die EU schaffen kann, identitätsfähige Bedeutung zu stiften. Laut Wolfang Schmale sei Identität das Ergebnis eines Netzwerkprozesses, wobei Herr Pichler diese Begrifflichkeit um die des Kultursystems erweitert, welches offenbart, wie Bedeutung gestiftet werden kann. Den Begriff der Identität habe er nicht ausgespart, jedoch bevorzuge er den Begriff der paradoxen Kohärenz. Die paradoxe Kohärenz beschreibe den Entstehungsprozess und nicht lediglich den Inhalt der Identität. Dabei sei bedeutsam, dass diese Perspektive zurückführe auf Werte und den Normativismus. Konkrete Fragen seien diesbezüglich, wo die Unterschiede zwischen der europäischen Identität, der europäischen Zugehörigkeit im Sinne von Grenzziehungen und der EU-europäischen Zugehörigkeit lägen. Die europäische Identität in Form des Kontinents Europas zu denken, so Pichler, sei ein weiterer methodischer Ansatz. Hierbei lasse sich der Begriff der Kontinentalisierung anführen, der von Paul Michael Lützeler stammt. Laut Pichler sei es aber möglich zwischen der kontinental-europäischen und EU-europäischen Identität zu unterscheiden. Die Herausforderung wäre dabei aber, diese pluralen Formen von Identitäten in das globale Gefüge einzugliedern. Entscheidend seien letztlich die drei Systeme und Ebenen: Nationalstaat, EU und globales Gefüge. Dabei sei es wichtig, die Identitäten, die um diese Ebenen herum bestehen, ergänzend zu beleuchten.

Michael Gehler: *Welcher Kultur-Begriff liegt Ihren Ausführungen zu Grunde?*

Antwort: Peter Pichlers Ausführungen liegt ein breiter Kultur-Begriff zu Grunde, der Kultur als sinnstiftendes Element bezeichnet, das vom Menschen in jeglichen Bereichen etabliert werden kann. Dabei handele es sich oft um Objekte, die mit Sinn konnotiert werden. Diese Definition passe gut zu dem Kultursystem der EU, da es wichtig sei, einen möglichst breiten Kultur-Begriff zu etablieren. Dabei umfasse dieser u. a. die Hochkultur, politische Kultur und die Marktkultur. Es sei zudem eher eine Frage der Methode und weniger der Definition.

Michael Gehler: *Bei Ihrer Theorie der paradoxen Kohärenz arbeiten Sie mit den vier Begriffen: Nationalstaat, Nationalismus, Europäismus und Supranationalität. Muss dabei zwischen dem Nationalismus und dem Nationalstaat nicht unterschieden werden? These: Die EU ist seit ihrer Entstehung ein Projekt der Einhegung, Zähmung und Balance des Nationalismus. Taucht bei dem Begriff des Europäismus die Europäisierung gar nicht auf? Die damaligen Gründerstaaten der EU aus den 1950er Jahren sind mit den heutigen Nationalstaaten der EU nicht mehr vergleichbar, weil sie bereits viel stärker europäisierte Nationalstaaten sind.*

Antwort: In dem Kultursystem der EU gibt es zwei entscheidende Pole, die durch den Nationalstaat auf der einen und den Supranationalismus auf der anderen Seite definiert werden. Diese beiden Pole müssten sich die Waage halten. Die Besonderheit sei, dass der Supranationalismus sowohl den Anspruch habe, den Nationalstaat zu überwinden als auch hierarchisch über dem Nationalstaat zu stehen.

Severin Cramm: *Ihre Kernaussage ist, dass der immer wieder riskierte Konflikt des Nationalstaates und des Europäismus, die paradoxe Kohärenz, das definiert, was der EU-europäische Kulturraum ist. Welche neue Erkenntnis für die Wissenschaft bewirkt die Definition des europäischen Kulturraums als paradoxe Kohärenz?*

Antwort: Die bisherigen Befunde zu Krisen der EU könnten laut Peter Pichler noch viel weiter ausgewertet werden als bisher. Kulturgeschichtlich sei von Interesse, warum z. B. Verfassungen in Frankreich und den Niederlanden 2004/2005 scheiterten. Eine Erklärung dessen sei die Dysbalance von Nationalismus und Supranationalismus. Des Weiteren könne der Prozess der Krisenbewältigung besser terminologisch eingeordnet werden. Die Gründe der bisherigen Krisen seien bei den sinnstiftenden Elementen zu finden. Als Beispiel führt Pichler Rechtstexte an, die oftmals am Ende von Krisenphasen stünden. Zudem sei auch die Luxemburger Erklärung ein Ergebnis des Prozesses, den nationalen und supranationalen Anspruch wieder miteinander in Einklang zu bringen. Die Folgen wirken bis heute in Form der Fortexistenz des Einstimmigkeitsrechts. Das Ziel sei es, ein metaphorisch-heuristisches Begriffspaar zu definieren, das die Phänomene von Rechts- und Symboltexten erklären könnte.

Severin Cramm: *Wenn Sie die paradoxe Kohärenz als Konflikt des Nationalstaates mit supranationalen Aspekten definieren, inwieweit ist diese Theorie auch auf andere Integrationen übertragbar, wie z. B. die Afrikanische Union, und wo endet diese? Was ist das Besondere an EUropa?*

Antwort: Laut Peter Pichler könne man durchaus den Versuch wagen, diese Theorie auf weitere Gemeinschaften zu übertragen. Er betonte, dass der europäische Prozess, eine solche Gemeinschaft auszubauen, allerdings global am weitesten fortgeschritten sei. Ebenso sei es aber gleichzeitig nicht unbedingt das beste System, sonst würde der EU die Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinschaften abgesprochen werden.

Severin Cramm: *Wenn Risiken als gemeinschaftsstiftende Faktoren angesehen werden, würde eine risikolose Welt zu einem Zusammenbruch dieser Gemeinschaft führen? Lebt die EU mehr oder minder von Krisen?*

Antwort: Die EU, so Pichler, bestehe zu einem großen Teil aus dem Ausbalancieren von Krisen. Diese Grundambivalenz im Kern der EU sei jedoch für viele Zeiträume produktiv gelöst worden. Eine risikolose Welt sei zwar ein spannendes Gedankenspiel, allerdings in der Realität nicht existent und daher für die Forschung keine fruchtbare Thematik.

Michael Gehler: *Wie würden Sie das Bild vom sogenannten „Kühlschrank“ im Zusammenhang des Kalten Krieges auffassen?*

Antwort: Laut Pichler habe der Konflikt an einem bestimmten Zeitpunkt an Dynamik verloren. Er fügt dabei den Gedanken an, dass auch der Kalte Krieg als Kühlschrank der EU angesehen werden könnte. Der Kalte Krieg könnte demnach ein Impuls gewesen sein, um diesen Konflikt zu beherrschen, was sich mit aktuellen Forschungen zusätzlich decken würde.

Michael Gehler: *In Ihrem Vortrag und Beitrag in der Presse haben Sie ein Foto von einem huttragenden Mann gezeigt, der auf Stühlen auf einem Hausdach balanciert. Für wie treffend halten Sie diese Darstellung oder auch die von Ihnen ebenfalls angesprochene Schaukel? Sitzen mit Nationalismus und Supranationalismus dort zwei unterschiedlich gewichtige Personen an den jeweiligen Enden?*

Antwort: An dieser Stelle verweist Pichler bei der Metaphorik auf den deutschen Philosophen Hans Blumenberg. Bei der Metapher der Wippschaukel sei es bei der Integrationsgeschichte der letzten siebzig Jahre beobachtbar, dass es ungleiche Player gibt, wodurch sich ein Ungleichgewicht ergebe, aber die Attraktivität der Pole ebenbürtig sei. Dabei führt Pichler u. a. den Luxemburger Kompromiss und die Auflösung der Eurosklerose an.

Michael Gehler: *Gibt es tatsächlich noch den Konflikt oder schon einen Konsens, wenn Sie von produktiver Kohärenz sprechen? Hat Hegel am Ende Recht, da die Kompromissgemeinschaft die Konfliktproblematik überragt?*

Antwort: Hierbei stellt Pichler in Frage, ob der Konflikt überhaupt noch im Mittelpunkt stehe, sondern es möglicherweise schon die Überzeugung gebe, dass es Konsens und Unveränderbarkeit geben könnte. Pichler betont, es sei wichtig die Konsenskultur zu thematisieren, die sich in den letzten siebzig Jahren aus dem Konflikt ergeben hat. Besonders müssten dabei das hintergründige Ethos und der Modus hinterfragt werden. Konflikt- und Konsenskulturen müssten herausgearbeitet werden und das geschehe noch nicht ausreichend genug. Fehlen würden dazu laut Pichler Datenmengen, um diese Prozesse detaillierter beschreiben zu können.

Michael Gehler: *Worin sehen Sie Gestaltungsnarrative?*

Antwort: Laut Pichler sei das Friedensnarrativ nach wie vor ein sehr entscheidendes Narrativ. Das Friedensnarrativ habe die EU und die EGKS/Montanunion begründet, aber im Grunde seien dies auch Kriegsnarrative gewesen, die einen Krieg verhindern sollten. Die Erfahrung der Jahre 1914 bis 1945 habe zu einer Motivation geführt, einem Krieg vorzubeugen. Heute sei der Unterschied, dass es um sozialen und kulturellen Frieden ginge. Es sei ebenso ein Ziel, wieder einen Konsens zu entwickeln, jedoch müsse Friedensforschung in einer Zeit des Friedens anders gedacht werden. Pichler betont, ein Narrativ beginne immer an einem Punkt, an dem eine Geschichte und eine Erzählung starten würde, und diese hätten aber eine Stoß- und Lenkrichtung. Er verweist auf Hegels These, Synthese und Antithese. Bei solchen Narrativen sei somit anzunehmen, dass sie auf einen bestimmten Punkt hinlaufen würden und die Teleologie bestätigen würde. Pichler betont, dass Narrative nicht weggelassen werden sollten, aber es müsse vorrangig um die Beschreibung der Foren gehen, in denen sich diese Narrative bewegen. Dabei könnten laut Pichler auch Gegenrichtungen und Unterschiede von Narrativen ausgemacht werden. Als Beispiel nennt Pichler die bereits genannte Konsenskultur, bei der die Frage gestellt werden könne, inwiefern sich diese abheben würde. Ein weiteres zentrales Element von Narrativen und Kulturen sei das Abgrenzen zu etwas anderem. Ebenso verweist Pichler auf seine Anfangsthese, dass der zentrale Abgrenzungsmechanismus, der in siebzig Jahren EU-Geschichte die Abgrenzung zwischen Brüssel und z. B. Berlin oder Wien ist. Wichtig sei auf die Grenzziehung der Supranationalität und Nationalität zu achten, damit keine Unproduktivität entstehe. Bei der EU sehe Pichler die entscheidende Grenzziehung als Hauptherausforderung, die gut gestaltet werden müsse. Dies werfe zudem eine Binnenperspektive des Systems auf, wie mit inneren Konflikten umgegangen werde.

Severin Cramm: *Die Angstsituationen haben nicht direkt zu weiteren Schritten geführt, wie z. B. der Kalte Krieg bis heute nicht zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik geführt habe. Wie hängen Angst und Integration zu supranationalen Konstrukten zusammen?*

Antwort: Zu der Angstkultur verweist Pichler auf die Einfachheit, wie in Gesellschaften Angst entstehe. Eine wichtige Autorin zu solchen Themen sei etwa Ute Frevert als Historikerin kollektiver Emotionen. Pichler betont, dass zu einer Bewertung der EU hinsichtlich von Ängsten noch zu wenig bekannt sei, um dies zu bewerten. Es sei trotz leichter Veränderungen noch immer offen, ob eine erweiterte gemeinsame Verteidigungspolitik kommen solle. Es sei weiter danach zu fragen, wie sich der Angstdiskurs bezüglich des Kalten Kriegs gestaltet habe. Zudem zieht er die Frage heran, ob die NATO ein westliches oder globales Phänomen sei. Es fehle an empirischen Daten, aber auch an einer Verknüpfung zu einer globalen Ebene. Pichler spricht von dem Bild der NATO als Krücke, die ggf. von Europa für die Bewältigung der Angst im Kalten Krieg von europäischer Seite ergriffen wurde. Der Diskurs der EU sei in den 1950er Jahren aber z. B. auch nicht so breit, wie in den 1980er oder 1990er Jahren. Es habe aber zu einer Entwicklung von Zukunfts- und Angstbildern geführt.

Severin Cramm: *Inwieweit lässt sich ein Konflikt konstruktiv auflösen, wenn eine Seite der Wippe zu sehr ausschlägt? (Brexit, Verhältnis Polens und Ungarn zu europäischer*

Zusammenarbeit) Kann dabei immer noch von paradoxer Kohärenz gesprochen werden? Ist dabei der Konsens gefährdet oder schlicht nicht mehr möglich?

Antwort: Pichler erklärt, dass sich erst in der Zukunft zeige, wie sich so etwas entwickeln könnte. Es sei aber möglich, dass die Schaukel auch mitunter im schlimmsten Fall zerbrechen könne. Dies schließe er nicht aus.

Severin Cramm: *Was bedeutet der Konflikt für die Zukunft der EU? Sind eine gemeinsame Außenpolitik oder auch eine solche Sozialpolitik möglich?*

Antwort: Diesbezüglich betont Pichler, auch er traue sich nicht, dazu eine Prognose zu erstellen.

Michael Gehler: *Wenn Sie von Risikogesellschaft sprechen, dann wird auch von Gefahren geredet. Welche Gefahren waren das denn wirklich? Müssen wir hier nicht zwischen Gefahren, Risiken und Krisen in der historischen Dimension und ihrer Zunahme unterscheiden?*

Antwort: Für besonders interessant halte Pichler die Äußerungen von Beteiligten aus den 1950er Jahren. Dabei mache es den Eindruck, dass auf Zeit gespielt werden würde. Er merkt an, dass dies aus zynischer Perspektive einer Einfrierung des Prozesses in der Geschichte gleichkomme. Das Belassen von erfolgreichen Themen auf der Agenda der EU sei als historisches Lernen zu verstehen.

Michael Gehler: *Sie haben in ihrem Vortrag die Begriffe Identitäten, aber auch Werte und Wertegemeinschaft außen vorgelassen. Wann beginnt die Diskussion um die europäischen Werte? Beginnt dies mit der Öffnung des Ostens 1989 (Kontext: Kopenhagener Kriterien, Grundrechtecharta, Balkankriege)?*

Antwort: Hierbei erklärt Pichler, dass sein Eindruck sei, dass schon in den frühen Jahren der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, wenn man sich beispielsweise auf De Gaulle beziehe, die größte Gefahr sei, die bereits gefundene Ebene des Nationalstaats im supranationalen Gefüge zu verlieren. Der Fokus müsse auf die Quellen zurückführen. Pichler erwähnt an dieser Stelle einen Besuch in Utrecht, bei dem er sich mit Quellen zu De Gaulle und diesen Prozessen befasst habe. Dabei sei ihm aufgefallen, dass es ein Bewusstsein eines neuen Grundkonflikts und des Risikos gab. Diese Zerbrechlichkeit sei gerade am Anfang sehr präsent gewesen. Es könne davon ausgegangen werden, dass damit diese Risikogemeinschaft ihren Ursprung hatte. Dabei sei es selbstverständlich, dass dieser Grundkonflikt in vielen Krisen wiederauftauche. Die Themen würden sich zwar verändern, aber der Grundkonflikt bleibe. Das Bewusstsein dieses Konfliktes sei darüber hinaus vorhanden. Pichler plädiere dafür, die Themen der Konflikte stärker herauszuarbeiten, aber auch den eigentlichen Kernkonflikt nicht außer Acht zu lassen. Dabei stimme er dem deutsche Sozialhistoriker Hartmut Kaelble zu, dass es eine schnellere, effizientere und nachhaltigere Krisenbewältigung gebe. Das Spiel mit dem Risiko sei somit in den letzten siebzig Jahren immer besser gespielt worden.

Die Diskussion um Werte habe es mit dem Vertrag von Maastricht erstmalig gegeben. Es sei vorrangig um die Demokratie als neues Modell für Europa gegangen. Ebenso verhalte es sich mit der Osterweiterung. Pichler weist auf einen weiteren Punkt hin, den er als besonders wichtig empfinde. Es sei laut Pichler vor allem erst über Werte gesprochen worden, als der Europadiskurs eine Breite gewonnen hatte, dass er die Menschen wirklich betrifft. Somit sei nicht nur das Thema der Werte von Bedeutung, sondern die Dichte der Europadiskurse überhaupt. Es habe sich erst in der europäischen Politiklandschaft und Öffentlichkeit etablieren müssen. Pichler betont dabei den Alltagsbezug für Bürger und den Digitalisierungsschub, der 2000 einsetze. Damit sei ein wesentlicher Faktor geschaffen worden, der die Infrastruktur für einen Austausch über diese Themen möglich gemacht habe. Die Perspektive der Diskursdichte müsse jedoch noch vertieft werden. Ein Beispiel wäre es zu beleuchten, wie viele Menschen über welche Medien teilhaben könnten.

Michael Gehler: *Bleibt es nicht letztlich bei einer Konsensgeschichte, bei der der Kompromiss weiterzusuchen sein muss? Ist das der historische Zugang für zukünftige Angst- und Zukunftsforschung im Sinne der Kulturgeschichte? Wie wurde mit Erfolgen und Rückschlägen im Rahmen der EG umgegangen und wie wurde in den 1950er Jahren versucht die Zukunft zu gestalten? Wie kann dies dimensioniert werden?*

Antwort: Peter Pichler erklärt, dass es wichtig, sei die verschiedenen Zukunftstypen herauszuarbeiten und zu analysieren, was Imagination und Lösung war.

Michael Gehler: *Welchen Begriff der Zeitgeschichte verwenden Sie und wann beginnt sie?*

Antwort: Peter Pichler betont zuallererst, dass es ihm bei dem Begriff der Zeitgeschichte um die zeitliche Logik der Geschichte ankomme. Dabei seien die drei Abschnitte der Geschichte elementar: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Vergangenheit könne als die zuverlässigste Quelle angesehen werden, da diese Phase abgeschlossen ist und die meisten Informationen beinhaltet. Anschließend an die Vergangenheit würde die Gegenwart bereits einige Informationen weniger beinhalten, womit sie als unzuverlässiger als die Vergangenheit gelte. Die Zukunft sei laut Pichler so gut wie offen. Es sei somit wichtig, den genauen Zeitverlauf der Geschichte logisch zu gliedern und damit korrekt in der Gegenwart zu konstruieren. Es gehe daher nicht unbedingt um den Geschichtsbeginn, sondern um den Prozess der Geschichte und wie dieser in der Gegenwart festgehalten, aber auch für die Zukunft wegweisend beschrieben wird.

Michael Gehler: *Wie ordnen Sie den Begriff der Kultur ein?*

Antwort: Der Begriff eines Meta-Terms hält Pichler für unangemessen, denn es sei ferner wichtiger, die sinnstiftenden Faktoren anderer Felder wie Wirtschaft oder Politik zu betrachten und zu analysieren. Dabei sei es vorrangig, dies als Perspektive aufzufassen. Bei der EU-Integration gehe es somit um Perspektiven, die andere wissenschaftliche Perspektiven mit aufgreifen und somit ein komplementäres Bild ergeben würden.

Michael Gehler: *Was führte zum „cultural turn“? Ein Stichwort wäre hier auch die Frage nach der Sinnstiftung Europas durch Kultur im Kontext der Erwähnung von Kultur zum ersten Mal im Maastrichter Vertrag.*

Antwort: Peter Pichler nennt die Jahre 1989/90 eine Zäsur, die nicht nur gesellschaftlich, sondern auch in der Wissenschaft für große Unsicherheit gesorgt hätte. Damals sei es zu einem Punkt gekommen, an dem die Geschichte nicht mehr erklärbar gewesen sei. Es sollte aber nach wie vor daran gearbeitet werden, dass Antworten gefunden werden würden. In der damaligen Zeit habe es Unzufriedenheit mit der Sozialgeschichte gegeben. Dass diese Themen ihren Weg in die Union-Verträge fanden, sei laut Pichler als Forschungsauftrag zu verstehen.

Michael Gehler: *Was verstehen Sie unter der Sinnstiftung?*

Antwort: Wie auch schon bei dem Kultur-Begriff verweist Pichler auf das komplementäre Arbeiten. Es sollte interdisziplinär ein Diskurs stattfinden, bei dem die verschiedenen Perspektiven zusammengebracht werden sollten.

Michael Gehler: *War die Montanunion wirklich so supranational, wie sie uns im Rückblick erscheint, oder war ihre Supranationalität doch zum größeren Teil Theorie, bei der Realität und Anspruch auseinanderlagen und letztlich der supranationale Anspruch von den National- bzw. Mitgliedstaaten der Montanunion zurückgewiesen wurde?*

Antwort: In den 1960er Jahren habe es laut Pichler dem Augenschein nach wenig Supranationalität gegeben. Anders wirke dies, wenn das Rechtssystem betrachtet werde, wo die Supranationalität de facto festgeschrieben wurde und um das Jahr 1965 die wichtigen Urteile gefällt wurden. Er spricht dabei von einem etablierten Standardverfahren der Supranationalität durch die Schritte der 1960er Jahre. Pichler führt dabei den Fakt an, dass das europäische Recht über das nationale Recht gesetzt wurde, und somit sei die Supranationalität damals kein Mythos mehr gewesen, sondern die reale Lebenswelt. Für ihn seien für einen Mythos zu viele Entscheidungen gefallen, dass eine Realität des Supranationalismus ausbleibe. Zudem sei es aber richtig, dass sich mit den einzelnen Perspektiven dieses Prozesses beschäftigt werden muss, um alleine die Perspektive des Rechts und der Politik auf ihre tatsächliche Wirkung zu analysieren.

Michael Gehler: *Warum wird die „ever closer union“ immer stärker hinterfragt?*

Antwort: Bei der Beschäftigung mit dieser Frage sei es laut Pichler wichtig, sich wissenschaftshistorisch mit dieser auseinanderzusetzen. Dabei müsste vor allem die erste Generation der Integrationshistoriker von 1965 berücksichtigt werden. Diese seien wissenschaftliche Akteure im Kontext des Aufbaus von Institutionen wie der Montanunion gewesen. Die heutige Generation der Integrationshistoriker habe ein anderes Selbstverständnis. Es sei nicht zu vernachlässigen, diesen Unterschied der Generationen kritisch in den Zeitverlauf einzuordnen.

Michael Gehler: *Inwieweit sind die Römischen Verträge auch als Mythos der Supranationalität zu verstehen?*

Antwort: Auch hier betont Pichler, dass es sich durch die Rechtswirksamkeit der Verträge 1958 nicht um einen bloßen Mythos der Supranationalität handele. Für ihn sei dabei die Folgewirksamkeit solcher Entscheidungen wichtig. Ebenso plädiere er für eine kulturhistorische Herangehensweise, bei der die Ideen von Wolfgang Schmale als Netzwerk miteinbegriffen würden. Letztlich müsse rekonstruiert und evaluiert werden, wieviel Supranationalität in der Alltagswelt tatsächlich real ist.

Michael Gehler: *Von Macron wurde auch das Thema europäische Souveränität angesprochen. Inwieweit ist dieses Etikett problematisch?*

Antwort: Pichler habe diese Debatte gewählt, damit der Konflikt deutlich wird, der seiner Meinung nach zwischen der supranationalen Figur Ursula von der Leyen und der nationalen Figur Emanuel Macron bestehe. Für Pichler sei es nicht ausreichend, sich perspektivisch auf den Diskurs der nationalen Figur zu konzentrieren. Um diesen Konflikt der nationalen und supranationalen Figuren zu verstehen, der seit den 1950er Jahren besteht und auch in der Pandemie deutlich wird, müsse erkannt werden, welche Player es gibt. Eine Bewältigung des Problems spiele sich zwischen diesen Polen bzw. Playern ab. Laut Pichler müsse diese fortwährend bestehende Konfliktsituation der nationalen und supranationalen Player aufgeschlüsselt und auf die aktuellen Player zugeschnitten werden.

Michael Gehler: *Seit 2009 gab es keinen Unionsvertrag mehr, von völkerrechtlichen Verträgen mit einigen Mitgliedstaaten der EU abgesehen. Reicht diese Grundstruktur aus, um eine Kulturgemeinschaft zu bleiben und eine Risikobeherrschungsgemeinschaft zu sein?*

Antwort: Laut Peter Pichler sei in der Zwischenzeit seit 2009 sehr viel passiert. Besonders zu nennen sei u. a. die Migrationskrise 2015/16. Es sei empfehlenswert, an die Grundstrukturen zurückzudenken, und dann sei es nicht unwahrscheinlich, dass mit mehreren neuen und angestauten Konflikten ein neuer Vertrag ab einem bestimmten Zeitpunkt notwendig sein könnte. Grundsätzlich sei aber auch davon auszugehen, dass es alte Probleme in neuem Gewand sein werden. Es könne nur eine paradoxe Kohärenz hergestellt werden.

Michael Gehler: *Ist die EU durch COVID-19 im Zeitraum von März bis Juli 2020 stärker geworden?*

Antwort: Die Zeitstrecke sei laut Pichler noch zu kurz, als dass eine vollständige Beurteilung möglich sei. Er stimme jedoch zu, dass bereits viele Handlungsstrukturen genutzt worden seien. Ebenso müsse aber die aktuelle Situation immer als offene Geschichte angesehen werden, die im Nachhinein erst mit den einzelnen nationalen Perspektiven mit einer supranationalen Perspektive verglichen werden könne. Wichtig sei ihm die Be-

trachtung anhand eines Makro-Rahmens. Dieser würde auch im Nachhinein offenbaren, wie die Akteure gegenseitig verhandelt haben. Das Ergebnis sei somit auch ein Rahmen, der vor allem die Handlungen offenlege. Exemplarisch seien Fragen nach einer Verschuldung, die ggf. einmalig war, oder auch einer möglicherweise dauerhaften Institutionalisierung. Für Pichler bestätige sich außerdem im Falle der Pandemie die Grundregel der Europäischen Integration, dass Krisen für viele Prozesse Katalysatoren sind.

Michael Gehler: *Ist die EU immer noch viel zu sehr mit ihren internen Problemen beschäftigt?*

Antwort: Diese Aussage bestätigt Peter Pichler und unterstreicht die hausgemachten Probleme der EU. Zugleich verweist er jedoch auf die intrinsische Anlage dieses Phänomens im System der EU, denn durch die paradoxe Kohärenz sei es notwendig, viel an interner Konfliktregulation zu betreiben. Des Weiteren seien für ihn besonders zwei Punkte von besonderer Bedeutung. Es müsse eine erweiterte Perspektive geben, die auch die Globalisierung erfasse. Fakt sei aber laut Pichler auch, dass es eine Art des Perspektiv-Pragmatismus gebe, die bedingt durch die paradoxe Kohärenz eine Reflektion der situativen Reaktionen nach sich ziehe. Diese Reflektionen würden das weitere zukünftige Management bedingen.

Michael Gehler: *Wie ist das Kohärenz-Paradoxon zwischen Nation und Europa aufzulösen?*

Antwort: Laut Peter Pichler sei dies nicht das Ziel und werde auch nicht geschehen, da es eine konstitutive Funktion für die EU erfülle. Pichler fügt an, dass er für dieses Vorgehen auch bezüglich des Perspektiv-Pragmatismus momentan keine Alternative sehe. Zudem sei es wichtig, dass dieses Konstrukt alltagstauglicher für die europäischen Bürgerinnen und Bürger werde.

Michael Gehler: *Ist die Balance zwischen Nationalstaat/Nation einerseits und Europa/EU andererseits schon verloren gegangen?*

Antwort: Hierzu, so Pichler, müsse eigentlich erst festgelegt werden, was ein „zu viel“ Europa bedeutet. Es sei aber beobachtbar, dass die Rolle des Nationalstaats in der EU immer präsenter wird und es eine starke Konjunktur des Nationalismus gebe. Andererseits müsse aber auch reflektiert werden, wie sich der einzelne Nationalstaat auch europäisiert habe und welche Transformationen es gegeben hat. Pichler stellte die Forderung, dass die Geschichte des Nationalstaats aus der globalen und europäischen Perspektive neu gedacht werden müsse.

Michael Gehler: *Würden Sie der These zustimmen, dass die Entstehung der Kultur- und Risikogemeinschaft sich der einmaligen Schwäche des europäischen Nationalstaats verdankt?*

Antwort: Peter Pichler unterstreicht diese These und geht sogar einen Schritt weiter, indem er sagt, dass es die Schwäche des deutschen Nationalstaats gewesen sei, der dieses Entstehen ermöglicht habe. Zudem seien Verschiebungen der Machtzentren innerhalb des Gefüges der Gemeinschaft interessant, wobei er auch auf die mögliche neue Achse zwischen Italien und Frankreich verweist, aber auch auf die Stärke des deutschen Nationalstaats, der eine wichtige Rolle für die Integration behalten werde.

Michael Gehler: *Würden Sie einer Revitalisierung der These „The European Rescue of the Nation State" von Alan Milward zustimmen?*

Antwort: Dieser These würde Pichler zustimmen. Jedoch fügt er der These bei, dass das Konzept eines Nationalstaates von Milward nicht komplett mit dem heutigen Bild kompatibel sei. Beispielsweise sei die öffentliche Wahrnehmung der Staaten heute eine andere, da sie sich bewusst sind, dass sie in einem europäischen Setting stattfinden. Sie seien damit reflexiver als frühere Nationalstaaten. Es handele sich nach Pichler um eine Priorisierung des Nationalstaats und eine Rettung des Nationalstaates durch die EU, nur folglich ein ganz anderer Nationalstaat als in den 1940er und 1950er Jahren.

Michael Gehler: *Muss es mehr Geschichtsforschung zu den Krisen geben?*

Antwort: Laut Pichler müsse mehr hinsichtlich von Krisen gemacht werden. Dabei sei vor allem darauf zu achten, dass solche Phasen auch mit zeitlichem Abstand nochmals thematisiert werden müssen, um sie mit anderen neuen Fragestellungen weiter zu analysieren. Als Beispiel nennt Pichler den Umgang mit dem Risiko in der COVID-19-Pandemie. Besonders sollten dabei die Ängste und Tabus im Fokus stehen, die sich beispielsweise in den Zukunftsängsten von Bürgern und Politikern abzeichnen würden.

Michael Gehler: *Das „Heute" ist für Sie wichtig. Ist das noch historisch oder eine posthistorische Herangehensweise?*

Antwort: Hierbei stellt Pichler klar, dass es sich nicht um eine bloße Analyse des Jetzt handelt, sondern es sei wichtiger, zu erkennen und zu berücksichtigen, dass das aktuelle Geschehen das Ergebnis der Geschichte ist. Zudem sei es auch folglich die Zeit, in der Geschichtsschreibung stattfindet. Es sei wichtig, die „Gewordenheit" des Jetzt einzukalkulieren und die Geschichte der Vergangenheit als Referenzrahmen anzusehen.

Michael Gehler: *Müssen wir uns mehr im Sinne einer europäischen Binnengeschichte mit den Mitlebenden der Europäischen Gemeinschaften bzw. der EU befassen?*

Antwort: An dieser Stelle verweist Peter Pichler auf seine aktuellen Studien und betont dabei, dass es bei einer kulturhistorischen Betrachtung immer mehr von Bedeutung sei, auch die alltäglichen Prozesse und Formen der Europäisierung mit zu bedenken.

Abschließende Bemerkungen: Peter Pichler führt ergänzend zu seinen vorigen Aussagen an, dass allein der Vortrag zeige, der in digitaler Form via Videokonferenz ermöglicht

wurde, dass der heutige Nationalstaat nicht mehr analog agiere, sondern offensichtlich digital. Dadurch gebe es immer mehr Informationen, Wahrnehmungen sowie Narrative. Dadurch sei laut Pichler eine höhere Präsenz des Nationalstaats aber auch der EU im Lebensalltag der Menschen feststellbar. Dies verändere auch die Identitäten sowohl des Nationalstaates als auch der EU, da sich die Öffentlichkeit verändere.

VII. Europa ausstellen, unterrichten und vermitteln

Constanze Itzel

In historischer Verantwortung: Das Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel – Konzept und Kritik

Zur Referentin:

Dr. Constanze Itzel ist seit Juni 2017 Leiterin des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel. Sie hat dieses Museum seit seinen Anfängen begleitet, zunächst seit 2009 als Beraterin im Aufbaustab, dann ab 2011 als Kuratorin und als Projektleiterin der ersten Sonderausstellung.

Zuvor arbeitete Constanze Itzel seit 1998 als wissenschaftliche Assistentin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und ab 1999 als Volontärin und Kuratorin am Badischen Landesmuseum Karlsruhe. Freiberufliche Tätigkeiten und Praktika führten sie an vier weitere Museen in Deutschland und Frankreich. Nach Promotion und einer kurzen Tätigkeit im Auswärtigen Amt in Berlin war sie ab 2005 in Brüssel für den Wissenschaftlichen Dienst und für den Kulturausschuss des Europäischen Parlaments tätig.

Ihre Promotionsarbeit im Fach Kunstgeschichte untersucht den Einfluss der vorreformatorischen Bilddebatte auf die Kunst des 15. Jahrhunderts. Im Zuge ihrer wissenschaftlichen und beruflichen Tätigkeit publizierte Constanze Itzel über Bilddebatte und Kirchenkonzilien des 15. Jahrhunderts und ihren Einfluss auf die Kunst und über verschiedene Facetten des Alltagslebens im Spätmittelalter. Für den EP-Kulturausschuss beschäftigte sie sich als Verfasserin und Herausgeberin mit verschiedenen Themen aus

der EU-Kultur- und Bildungspolitik und ihrer Geschichte. Für das Haus der Europäischen Geschichte arbeitete sie zur Geschichte der EU, zu Europäisierungsprozessen, zum Mythos Europa, zur Geschichte der Migration, und zur Geschichte von Begegnungen, Kontakt, und Sprachen.

Zum Vortrag:

Eingeleitet wurde der Vortrag mit Grußworten von Professor Michael Gehler und dem 2. Vorsitzenden des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins, Michael Schütz, in denen Frau Constanze Itzel vorgestellt wurde. Dabei wurde auch schon auf die schwierige Aufgabe eingegangen, ein gemeinsames europäisches Museum einzurichten und zu betreiben, das auf verschiedensten Narrativen der europäischen Geschichte aufbaut, sich auf multiperspektivische und transnationale Ansätze stützt und dabei Leihgaben aus 37 Ländern mit Texten in 24 Sprachen zeigt.

Constanze Itzel eröffnete ihren Vortrag, den sie als Rundgang durch das Museum ankündigte, mit der Aussage, dass das Museum Vielen lange Zeit als Utopie galt. Für sie hatte dies mehrere Gründe. Zum einen sei es sehr schwierig, den Inhalt des Museums selbst zu definieren, da es bislang keinen europaweiten Konsens über einheitliche Definitionen Europas und der europäischen Geschichte gibt. Zum anderen gibt es auch kein kollektives Europa-Gedächtnis, auf das die Museumsarbeit hätte aufbauen können. Drittens stand keine Sammlung zur Verfügung, mit der das Museumsprojekt hätte starten können. Die sprachliche Barriere stellte die Gründer des Museums vor zusätzliche Herausforderungen. Hier gelte zu bedenken, dass das Museum dem Europäischen Parlament untersteht und dieses den klaren Auftrag formulierte, alle Ausstellungstexte in 24 Sprachen zu präsentieren.

Nach einer kurzen konzeptionellen Einführung gab Itzel Einblicke in die Entstehungsgeschichte des Museumsprojektes: 2007 auf einer Idee von Präsident Hans-Gert Pöttering basierend, wurde im Jahr 2008 ein erstes Konzept erstellt. 2017 startete schließlich der Museumsbetrieb. Das Haus der Europäischen Geschichte (HdEG) wurde in einem Art Déco-Bau aus den 1930er Jahren untergebracht, das vom Europäischen Parlament angemietet und für den Museumsbetrieb ausgebaut wurde. Der Eintritt war von Anfang an kostenlos.

Folgende primäre Aufgaben wurden dem HdEG zugewiesen:

- Es war der erste realisierte Versuch überhaupt, europäische Sichtweisen auf die Geschichte in einem Museum darzustellen.
- Es sollte kein Museum der Geschichte der Europäischen Union (EU) werden, sondern vielmehr die neuere Geschichte des europäischen Kontinentes Europa darstellen.
- Politische Einmischung in die museale Arbeit sollte ausgeschlossen werden.
- Das Museum sollte ein Ort der Debatte werden.
- Das HdEG sollte mit Leihgaben aus allen europäischen Ländern arbeiten (37 Staaten zum Eröffnungszeitpunkt).
- Bildungsprogramme für Schulen sollten entwickelt werden.

Im nächsten Teil ihres Vortrages befasste sich Itzel mit der Frage, wie das HdEG auf gewisse Grundfragen der Definition Europas reagierte und das Museumsprogramm dementsprechend gestaltete. In diesem Zusammenhang betonte Itzel nochmals, dass sich das Museum der Darstellung des gesamten europäischen Kontinents verpflichtet fühle.

Ziel des Vortrags sei es, in vier grundlegende Fragestellungen des Museums einzuführen:

- Wie wurde „Europa“ definiert?
- Wie die „europäische Geschichte“?
- Wie das europäische Erbe?
- Welche Rolle spielt die Frage der kollektiven Erinnerung im Narrativ des Museums?

In einer kurzen Darstellung des ersten Ausstellungsraumes gab sie Einblicke in das Ausstellungskonzept, das Besucher im Museum erwartet. Dieser erste Raum befasst sich mit dem Europa-Mythos, ausgehend von der griechischen Antike. Der Raum schildert unter anderem die unterschiedlichen Interpretationen des Mythos Europas im Laufe von verschiedenen Jahrhunderten. Er zeigt beispielsweise christliche Interpretationen, griechisch-römische Ansätze sowie spätere Karikaturen, die sich mit dem Mythos auseinandersetzen. Ziel der Vitrine ist es zu zeigen, wie sich der Blick auf Europa über die Jahrhunderte wandelte. Im Anschluss wird ein Film gezeigt, in dem die Prägung Europas durch die Entwicklungen der Geschichte sichtbar gemacht werden soll.

Ein wichtiges Thema bei der Gestaltung des Museumsprogrammes war die Frage, welche europäischen Geschichte(n) im HdEG rezipiert werden sollten. Die Kriterien für die Auswahl beschrieb Frau Itzel wie folgt:

- Europäischer Ursprung
- Verbreitung auf dem gesamten Kontinent
- Relevanz für die Gegenwart

Im nächsten Abschnitt beschrieb Frau Itzel den Aufbau der Ausstellung. Der Hauptteil des Museums bildet eine Dauerausstellung zur neueren europäischen Geschichte (19. und 20. Jahrhundert). Diese ist auf fünf Etagen untergebracht. Zwei weitere Etagen bieten Platz für wechselnde Sonderausstellungen. Die Ausstellung selbst ist generell chronologisch aufgebaut. Innerhalb der chronologischen Struktur wird der Inhalt thematisch abgehandelt.

Einen nicht unerheblichen Streitpunkt bei den Planungen stellte die thematische Gewichtung zwischen der gesamteuropäischen Geschichte sowie der Geschichte der europäischen Integration dar. Gelöst wurde dieser Konflikt laut Itzel, indem Meilensteine der europäischen Integration als roter Faden in das Gesamtnarrativ eingebracht wurden, klein beginnend, und nach 1989 mehr Raum einnehmend, entsprechend der geographischen Bedeutung in Europa.

Einem besonders heiklen, weil auch sehr subjektiven Punkt, mit dem sich die Museumsgestalter auseinandersetzen mussten, wandte sich Itzel mit der Frage nach einem europäischen Erbe zu. Sie beschrieb, dass im HdEG gezielt 14 größere, historische Momente ausgewählt wurden, die für die europäische Geschichte wichtig waren. Diese Auswahl bezeichnete Itzel als kritisierbar, da zum Thema des Umgangs mit dem negativen

Erbe kein Konsens bestehe und dies aus jeweils nationaler Sicht anders gesehen werden könne. Um diesen Teil in Zukunft zu erweitern, werden Gäste hier auch bewusst nach ihrer Meinung gefragt.

Der Frage nach einem kollektiven europäischen Geschichtsgedächtnis begegnet man im HdGE mit einer expliziten Benennung der unterschiedlichen Wahrnehmungen von Geschichte sowie deren Konstruktionscharakter. Dabei wird versucht, Mechanismen der bewussten Steuerung von Erinnerungen aufzuzeigen. Als ein Beispiel von vielen, die den Besuchern im Museum vor Augen geführt werden, nannte Itzel nachträgliche Fotomontagen in der ehemaligen Sowjetunion. Des Weiteren behandelt ein eigener Teil der Ausstellung den unterschiedlichen Umgang mit der Shoah in verschiedenen Ländern Europas.

Itzel beschrieb schließlich nochmals die unterschiedlichen europäischen Erinnerungskulturen und betonte das geteilte und vielfältige Gedächtnis Europas. In diesem Zusammenhang stellte sie fest, dass es fraglich sei, ob es jemals zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur kommen werde. Ein sehr gutes Beispiel für die unterschiedliche Wahrnehmung historischer Ereignisse in Europa seien für sie die unterschiedliche Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in West- und Osteuropa. Ihrer Meinung nach sei es daher besonders wichtig, die Gründe für den unterschiedlichen Umgang mit Geschichte erkennbar und nachvollziehbar zu machen.

In einem weiteren Teil ihres Vortrags gab Itzel einige praktische Einblicke in die Museumsarbeit am HdEG sowie die Auswahl der dort zu sehenden Exponate. Sie beschrieb, dass viele der ersten Exponate aus EU-Institutionen kamen. Da die budgetären Mittel begrenzt waren, besteht ein Großteil der Exponate jedoch aus Leihgaben. Ebenso sei es eine große Herausforderung, Exponate aus unterschiedlichen Staaten mit teilweise stark variierenden Rechtsordnungen zu beziehen.

Ein interessanter Teil der Arbeit am HdGE ist die multiperspektivische Herangehensweise an Exponate: Die meisten ausgestellten Dinge kamen laut Itzel aus einem anderen Kontext (z. B.: stadtgeschichtlich, mikrohistorisch) und wurden erst im HdGE in einen europäischen Kontext gesetzt. Zu den größten Herausforderungen gehört laut Itzel die Textarbeit, da Ausstellungstexte einen mehrstufigen Prozess durchlaufen, bevor diese veröffentlicht werden. Zuerst müssen diese in englischer Sprache verfasst werden, im Anschluss werden sie von Muttersprachlern Korrektur gelesen und von Museumspädagogen in eine museale Sprache übertragen. Daraufhin werden diese dann in 24 Sprachen übersetzt und im Anschluss nochmals Korrektur gelesen. Dies verkompliziert den Prozess naturgemäß enorm, komme aber bei den Besuchern sehr gut an.

Im abschließenden Teil ihres Vortrages versuchte Frau Itzel einen Überblick über die Rezeption durch die Museumsbesucher zu geben. Obwohl eine umfassende Analyse zum Einfluss und „impact“ des Museums noch aussteht, schilderte sie qualitative Kommentare in social media-Kanälen, in der Presse sowie im Gästebuch des Hauses. Im Folgenden listete Frau Itzel einige Beiträge auf, um so einen Einblick in die vorhandenen Rückmeldungen zu liefern. Diese fielen dabei äußerst vielfältig aus und widersprachen sich in vielen Fällen gegenseitig.

Herr Gehler eröffnete eine anschließende Diskussionsrunde mit einigen reflektierenden Denkanstößen, indem er fragte, wie man ein so kontroverses und allumfassendes Thema am besten behandeln oder „stemmen“ könne. Dabei sprach er vor allem auch das Spannungsverhältnis zwischen der beschriebenen, chronologischen Vogelperspektive auf

die europäische Geschichte und die thematischen, vertiefenden „Tiefgänge“ an sowie die Frage nach notwendigem Erinnern und bewusstem Vergessen, das auch im Vortrag thematisiert worden ist.

Auszüge aus der Diskussion:

Die anschließenden Fragen des Publikums wurden in drei Blöcken zusammengefasst, in denen zunächst Fragen gesammelt und anschließend von Frau Itzel beantwortet wurden.

Publikationsfragen (Block 1):

a) *Warum wurde Europa nicht aus der Sicht der Bürger behandelt, beispielsweise durch eine Darstellung der Geschichte der Bürgerbewegungen?*

b) *Inwieweit findet die Geschichte des Islam Eingang in die Ausstellung?*

c) *Wie reagieren Sie auf die Kritik, dass Stalinismus und Nationalsozialismus in der Ausstellung als gleichwertig gegenübergestellt werden? Inwieweit ist das Museum auch als politische Entscheidung zu sehen?*

Constanze Itzel (Block 1):

a) Stichwort „Europa der Bürger“: Einige Ausstellungsteile widmen sich dem Thema. So gibt es einen großen Bereich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Entwicklung des Massenkonsums während der 1950er und 1960er Jahre sowie einen Bereich zur Entwicklung und Etablierung von Frauen- und Umweltbewegungen. Itzel erwähnte, dass diese Perspektive gerade mit Blick auf den europäischen Integrationsprozess noch weiter ausgebaut werden könnte.

b) Auch der Islam findet sich zurzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Thema Migration und könnte umfassender ausgebaut werden.

c) Bei der Planung der Ausstellung habe man versucht, beide totalitären Systeme zu vergleichen, aber nicht gleichzusetzen. Die Ausstellung verfügt darüber hinaus aber über drei andere Themenbereiche, die sich ausführlicher mit der Shoah auseinandersetzen. Es wurde also versucht, einen Mittelweg zwischen der Anerkennung osteuropäischen Leids und der Haltung, v. a. in Westeuropa, den Holocaust als einzigartiges Verbrechen darzustellen, zu finden.

Publikationsfragen (Block 2):

a) *Wie kam es zur Entscheidung, ein Museum an einem Ort, nämlich in Brüssel einzurichten? Warum wurde keine Wanderausstellung angedacht?*

b) *Wie viele Menschen besuchen das Museum? Wie heterogen/homogen ist diese Gruppe?*

c) *Die EU ist eine programmatische Notwendigkeit. Wie wird diese Notwendigkeit dargestellt. Werden in der Ausstellung auch geopolitische Hintergründe des Projektes Europäische Union beschrieben? Wie leicht ist das Museum zugänglich?*

Constanze Itzel (Block 2):

a) Warum Brüssel? Itzel stellte fest, dass man die Gründerväter fragen müsse, ob es bei der ursprünglichen Planung andere Überlegungen gab. Das Museum wird vom Parlament finanziert und sollte sich daher auch in dessen Nähe befinden. Das HdEG arbeitet derzeit an digitalen Lernressourcen, Itzel beschrieb, dass der Auftrag, aus Belgien herauszugehen, nur online, über Wanderausstellungen oder über Partnerschaften möglich sein wird.

b) Täglich besuchen etwa 500 Menschen das Museum. Itzel berichtete, dass über 50 % der Besucher jünger sind als 30 Jahre. Der Besuch des Museums ist kostenlos, es gibt allerdings Sicherheitskontrollen.

c) Itzel erwähnte, dass die Erhebung umfassender Informationen über den Bekanntheitsgrad und Wahrnehmung des HdEG in den einzelnen Mitgliedstaaten ein unglaublich komplexes Unterfangen sei. Zurzeit werden social media-Analysen in Belgien durchgeführt. In der Ausstellung finden sich immer wieder Hinweise auf europäische Werte, wie etwa Menschenrechte, es werden allerdings keine abschließenden Visionen zur Zukunft Europas präsentiert. Auf Nachfrage Professor Gehlers, ob es nicht wichtig sei, zu definieren, wohin EU-Europa gehen sollte (Stichwort Finalitätsdebatte), antwortete Itzel, dass das HdEG als Geschichtsmuseum politische Visionen lieber den Europäischen Institutionen, den direkten Nachbarn des Museums in Brüssel, überlassen möchte. Das Museum selbst sollte eher ein Angebot für die Bürger darstellen, sich unbeeinflusst eine eigene Meinung zu bilden.

Publikationsfragen (Block 3):

a) Kommt die NATO in den Darstellungen zu kurz? Kann man die europäische Integration ohne NATO überhaupt verstehen?

b) Gab es unterschiedliche Bestrebungen, das HdEG in den Mitgliedsstaaten bekannt zu machen?

c) Woher kommen die Exponate? Gibt es schon ein eigenes Archiv?

d) Europa ist kein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Viele Feindbilder der Europäer stammen schon aus der Antike, bzw. sind über Jahrhunderte gewachsen. Wird das thematisiert?

Constanze Itzel (Block 3):

a) Die NATO sei für Itzel ausreichend dargestellt. Begleitend erwähnte Itzel allerdings, dass es sich dabei lediglich um ihr subjektives Empfinden handle.

b) Eine Bewerbung in den Mitgliedsstaaten sei sehr kostspielig. Man hatte sich daher entschlossen, sich zunächst auf jene Besucher zu konzentrieren, die ohnehin nach Brüssel kommen. Es ist aber angedacht, eine Bewerbung des Museums über Partner auf die Mitgliedsstaaten auszudehnen.

c) Itzel gab bekannt, dass die Sammlung des HdEG zur Zeit zu über 60 Prozent aus Leihgaben aus ganz Europa besteht. Dies sei problematisch, da die Rotation der Objekte größere Kosten verursache. Es ist geplant, die eigene Sammlung im Rahmen des Budgets zu erweitern.

d) Itzel beschrieb, dass die Darstellung Europas vor dem 19. Jahrhundert naturgemäß zu kurz komme, da das Museum den klaren Auftrag erhalten hatte, eine zeitgeschichtliche Darstellung zu liefern.

In seinem Schlusswort bedankte sich Professor Gehler bei Frau Itzel für ihren Vortrag und die Diskussion. Er stellte abschließend fest, dass das Museum, dass im Herzen Brüssels steht, eine gänzlich neue Entwicklung und es allein schon als ein Erfolg zu betrachten ist, dass viel darüber diskutiert würde.

Der Vortrag von Constanze Itzel wurde am 19.1.2019 gehalten.

Constanze Itzel

„Die größte Herausforderung – wenn wir die politischen Diskussionen ganz herauslassen – war ein Museum zu machen im Rahmen einer europäischen Institution."

Michael Gehler: *Herzlich willkommen, Frau Dr. Itzel, Direktorin des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel, heute bei uns zu Gast. Wir fragen alle, die zu uns kommen, ob sie uns etwas sagen können zu ihrem familiären Hintergrund, zu ihrer Schulzeit, weil wir gerne wissen würden, wie man Historikerin und wie man Geistwissenschaftlerin wird.*

Constanze Itzel: Zum familiären Hintergrund: Ich komme aus Nürnberg in Bayern und ich muss sagen, dass ich durch meine Arbeit jetzt eigentlich mehr und mehr verstehe, wie verzweigt und europäisch mein familiärer Hintergrund ist. Mütterlicherseits kamen meine Großeltern aus Oberschlesien. Mein Vater ist in Bulgarien geboren; sein Onkel ist in Belgien verstorben. Es ist doch interessant zu sehen, wie sich das Leben der Vorfahren über ganz Europa erstreckt. Die Wahrnehmung war aber oft sehr westdeutsch und sehr westeuropäisch. Aufgewachsen bin ich in Nürnberg. Die Wahl des Studiums hatte einen ganz konkreten Hintergrund, nämlich ein Schnupperpraktikum im Germanischen Nationalmuseum mit Blick in die Restaurierungswerkstätten. Seit dem Zeitpunkt, also seit ich siebzehn Jahre alt war, hatte ich den Wunsch, im Museum zu arbeiten. Daraus resultierte die Wahl von Kunstgeschichte als Fach, weil jeder empfahl, dieses Studium zu ergreifen, um in einem Museum zu arbeiten. Sicher wäre Geschichte als Studium auch nicht schlecht gewesen, jetzt im Nachhinein, aber das war damals eigentlich die klassische Laufbahn, an die die meisten zunächst gedacht haben. Insofern kam ich konkret von meinem Schnupperpraktikum in dem Museum in diese Berufslaufbahn, in diesen Wunsch im Museum zu arbeiten.

Michael Gehler: *Wir haben eine Frage noch nicht berücksichtigt und zwar den Komplex Elternhaus-Erziehung-Europäische Erfahrung. Gibt es Anhaltspunkte, dass Sie schon in Ihrem Elternhaus auf Geschichte gestoßen sind? Wenn ich Oberschlesien höre, dann denke ich sofort an Flucht und Vertreibung sowie an Brüche und Veränderungen.*

Constanze Itzel: Sicher! Das war der Fall, aber eher implizit, weil meine Großeltern darüber nie gesprochen haben. Vieles wurde totgeschwiegen, auch weil die Großeltern nicht der gleichen politischen Meinung waren über die Zeit. Meine Eltern waren sehr oft im Ausland gewesen, hatten lange in Amerika gelebt und insofern war mein Elternhaus schon sehr international geprägt. Darüber hinaus hatte ich an der Waldorfschule in Nürnberg einen Französischlehrer, der mich sehr geprägt hat: Ein Franzose, der immer sagte: „Ich bin Europäer". Er hat seine Identität sehr breit gefasst und war der Einzige, der uns über den Maastricht-Vertrag unterrichtet hat, weil er das für wichtig hielt. Der Maastricht-

Vertrag kam im Geschichtsunterricht nicht vor, dafür aber im Französischunterricht. Ich denke, er war eine prägende Figur.

Philipp Strobl: *Sie studierten von 1993 bis 1998 Kunstgeschichte sowie französische und italienische Literaturwissenschaft in Erlangen-Nürnberg, Nantes und Heidelberg. Welche Erinnerungen haben Sie an das Studium?*

Constanze Itzel: Das ist schwierig zusammenzufassen, denn diese drei Orte waren sehr, sehr unterschiedlich. In Erlangen – ähnlich wie in Heidelberg – habe ich intensive Erinnerungen an sehr kleine Städte, die sehr stark von der Universität geprägt waren und dann irgendwann auch zu klein wurden. Nantes war eine ganz besondere Erfahrung, da es ein Auslandsemester mit einem DAAD-Stipendium war. Das kann ich jetzt schwierig zusammenfassen. Ich hatte eine Lehrerin, die mich sehr geprägt hat: Frau Professorin Schock-Werner, die dann Dombaumeisterin in Köln wurde, die erste weibliche Dombaumeisterin in Köln. Sie hatte ihr Kunstgeschichtsstudium mit einer Maurerlehre verbunden und konnte also Praxis und wissenschaftliche Arbeit vermitteln. Das heißt, die Exkursionen mit ihr waren eine Verbindung von konkretem historischen Material oder Bauwerken und der Theorie. Das war sehr bereichernd.

Deborah Cuccia: *Wie haben Sie den Weg in die Kulturwissenschaft bzw. Geschichte gefunden?*

Constanze Itzel: Vielleicht kann ich dazu noch meine Professorin in Heidelberg nennen, Frau Prof. Saurma. Sie hatte einen weniger eng kunsthistorischen, sondern einen sehr breiten Ansatz. Sie hat Geschichte und Kunstgeschichte zusammengesehen. Sie hat sich mit Bilderbibeln aus dem 15. Jahrhundert beschäftigt, die sehr stark historische Ereignisse kommentieren, oder Chroniken, wie die Richental-Chronik. Daraus resultierte, dass sie sehr stark mit den historischen Entwicklungen gearbeitet hat. Das war ein viel breiterer Ansatz als bei anderen Kunsthistorikern, die sich auf die Stilgeschichte fokussiert hatten, das hat mich sehr interessiert. Was sie auch immer brillant gemacht hat, war, Bezüge zur Gegenwart herzustellen. Sie konnte in einer Vorlesung über Macht, die Ikonographie der Macht, die historischen Bilder, die Inszenierung etwa der Habsburger sprechen, und dann Bezüge zur Inszenierung der Macht im 20. Jahrhundert herstellen. Sie hatte einen sehr breiten Horizont und das hat mich stark geprägt.

Michael Gehler: *Ich würde gern nochmals auf Ihren Hinweis zurückkommen, dass Ihr französischer Lehrer Sie sehr geprägt hat mit Blick auf den Maastricht-Vertrag. Wann ist Ihnen eigentlich persönlich Europa als ein politisches Projekt bewusst geworden?*

Constanze Itzel: Das war zu der Zeit. Durch den Französischlehrer und während der Zeit eines Schüleraustausches mit Frankreich (also die Erfahrung, im Ausland gewesen zu sein) und auch viele Reisen mit meinen Eltern, aber bewusst gemacht hat mir das dieser Französischlehrer. Und ich weiß noch, dass wir dankbar dafür waren. Wir haben 1993 Abitur gemacht und er hat uns an die aktuellen Ereignisse mehr herangeführt als alle anderen Lehrer.

Michael Gehler: *Das ist hochinteressant, weil wir schon mit einer dreistelligen Zahl von Historikern und Experten diese Gespräche hier durchgeführt haben und die meisten der jüngeren Generation sagen: Es war in den 1990er Jahren. Das ist sehr spät eigentlich und sie verbinden es in der Regel mit dem Vertrag von Maastricht. Die Europäische Union beginnt ja erst mit Maastricht. Ich selbst kann das eigentlich ähnlich sehen: Campingurlaub mit den Eltern, 1970er Jahre und Europa tritt ins Bewusstsein, ja, aber als politisches Projekt beginnt das erst mit den österreichischen EU-Beitrittsambitionen Ende der 1980er Jahre und auch als Forschungsanliegen: Die erste Ausgabe der* Zeitschrift für europäische Integrationsgeschichte (Journal of European Integration History) *ist 1995 erschienen. Man sieht, dass die Historiker in der Befassung mit der Integrationsgeschichte sehr spät erst einsetzten. Juristen, Europarechtler, Politikwissenschaftler taten dies weit früher, aber Historiker greifen das Thema erst wirklich im Laufe der 1990er Jahre auf. Natürlich gab es vereinzelte Leute wie Wilfried Loth, die schon mal früher damit begannen, aber so richtig systematisch und programmatisch beginnt das erst in den 1990er Jahren. Könnten Sie noch etwas zu Ihren akademischen Lehrern erzählen, die Ihren Weg geprägt und Sie wegweisend geleitet haben?*

Constanze Itzel: Das war sicher Frau Prof. Saurma aus dem Grund, den ich schon genannt hatte. Ich war eigentlich mehr und mehr interessiert an kulturhistorischen und historischen Fragen und immer weniger an rein kunsthistorischen Stilbestimmungsfragen oder Künstlerviten oder Ähnlichem, weil ich immer die Möglichkeit gesucht habe, die Welt zu verstehen, nicht nur einfach die Kunst, sondern eben auch die Geschichte. Sie hatte diesen Ansatz, der mich sehr stark geprägt hat. In der Zeit hatte ich kurz mal überlegt, zur Geschichte zu wechseln, aber wegen der langen Zeit, die mich das gekostet hätte, habe ich es nicht gemacht. Sie hatte eben diesen breiten Ansatz. Meine Dissertation schrieb ich dann über den Einfluss von Bilddebatten, also theologischen Bilddebatten, auf die Kunst, und da habe ich mich sehr stark mit den Prozessen um die Hussiten und Lollarden, also diese von der Kirche als „Häretiker" bezeichneten Bewegungen des 15. Jahrhunderts, präreformatorische Bewegungen, beschäftigt. Das war sehr interessant und da ging es dann nicht mehr nur vorrangig um die Kunst an sich, sondern um das, was sie zum Ausdruck brachte.

Deborah Cuccìa: *Am 13. Februar 2007 regte Hans-Gert Pöttering in seiner Programmrede als Präsident des Europäischen Parlaments ein „Haus der Europäischen Geschichte" (HdEG) an. Es gab allerdings schon zuvor Ideen solcher Art. Ist Ihnen bekannt, wer sich schon vorher für die Errichtung eines HdEG ausgesprochen hatte?*

Constanze Itzel: Es gab schon in den 1970er Jahren die Idee, in Museen in Europa europäische Räume einzurichten. Ich glaube, eine davon wurde auch realisiert. Der Initiator war, soweit ich weiß, Kenneth Hudson, ein Museologe. Das wurde irgendwo in Großbritannien realisiert. Das wurde auch von der Kommission stark unterstützt, aber ist dann nicht weitergeführt worden. Dann gab es dieses Projekt „*Musée de l'Europe*", getragen von Antoinette Spaak, Krzysztof Pomian und Benoît Remiche, die versucht hatten, in Brüssel ein *Musée de l'Europe* einzurichten. Da gibt es auch ein Konzeptpapier – das kenne ich auch –, in dem Phasen der europäischen Einigung definiert werden, es fängt im

Mittelalter an. Was ich nicht zu beantworten weiß, ist die Frage, warum das nicht realisiert wurde. Es gab Diskussionen zwischen dem Europäischen Parlament, damals schon, und diesem Verein. Warum dieses Projekt nie zu einem endgültigen Museum geworden ist, das weiß ich leider nicht, aber dieses Projekt gab es. Als wir angefangen hatten zu arbeiten, kam die Idee von woanders her, nämlich von Prof. Ludger Kühnhardt, von Herrn Hans-Gert Pöttering, Herrn Hans Walter Hütter und diesem Kreis. Damals wurden die zwei Vorhaben verwechselt. Man nennt uns noch heute oft *Musée de l'Europe*, obwohl die beiden Projekte eigentlich unabhängig voneinander entstanden sind, soweit ich weiß.

Michael Gehler: *Schildern Sie uns doch bitte, wie Sie Hans-Gert Pöttering, den Präsidenten des Europäischen Parlaments von 2007 bis 2009, kennengelernt haben, wie er auf Sie möglicherweise zugekommen ist und welchen Eindruck Sie von ihm gewinnen konnten in der Zeit der Entstehung dieses Projekts.*

Constanze Itzel: Zum ersten Mal habe ich ihn gesehen während der Antrittsrede. Da war ich im Plenarsaal am 13. Februar 2007, als er das Haus der Europäischen Geschichte vorgeschlagen hat; da war ich natürlich begeistert! Ich hatte in der deutsch-französischen Grenzregion im Museum gearbeitet und obwohl wir an einem grenzüberschreitenden Projekt arbeiteten, war mir immer aufgefallen, wie wenig Besucher über die Grenzen gehen – also französische Besucher nach Deutschland und umgekehrt – und wie wenig ein Austausch eigentlich letztendlich stattfindet. Deshalb war ich begeistert, als ich von dieser Idee hörte; ich war Feuer und Flamme! Herrn Pöttering persönlich habe ich dann wirklich bewundert, wie sehr er für dieses Projekt gekämpft hat, denn es war nicht einfach, zunächst einmal die Finanzmittel bereitzustellen, aber auch die politischen Widerstände zu überwinden. Im Europäischen Parlament gab es alle möglichen Bedenken, die ja auch normal sind: Warum sollte ein Parlament so ein Museum machen? Wie viel kostet das? Kann man Sponsoren vom Außen gewinnen? Warum trägt die Kommission nichts dazu bei und der Rat? Warum trägt die Region Brüssel nichts bei? Sollten wir es nicht verschieben? Dann bin ich mit ihm persönlich zu mehreren Abgeordneten gegangen, die Schlüsselfunktionen hatten, zusammen mit Vizepräsident Martínez von den Sozialdemokraten. Er hat Lobby-Arbeit betrieben bei diesen Abgeordneten. Seine Begeisterung für die Sache und dieser Kampf, die haben mich beide sehr beindruckt, dass man nicht aufgibt, sondern einfach weitermacht.

Michael Gehler: *Es ist bemerkenswert, dass Pöttering es gegen die erheblichen Widerstände geschafft hat. Könnten Sie seine Persönlichkeit charakterisieren?*

Constanze Itzel: Vielleicht die Begeisterungsfähigkeit, die Begeisterung, die er auch vermitteln kann, und eine gewisse Hartnäckigkeit, die sicher notwendig war. Nun bin ich nicht mit den politischen Diskussionen vertraut; ich kann nur sagen, was ich gesehen habe.

Michael Gehler: *Wir haben ihn kennengelernt. Er ist ein sehr verbindlicher Mensch. Er hat eine gewinnende Art, eine sympathische Art, Menschen – ich sage es positiv – für sich zu gewinnen –, aber ich kann auch kritisch sagen – zu vereinnahmen. Er ist ein Mann,*

dem es gelingt, Menschen für eine Sache zu bewegen, und der dabei auch sehr verbindlich ist. Er ist dabei nicht kontroversiell, sondern ein Mensch des Ausgleichs. War dies auch Ihr Eindruck?

Constanze Itzel: Ganz bestimmt, denn ins Kuratorium hat er auch Kritiker berufen, insofern haben Sie sicher Recht. Er hat die Diskussion praktisch in das Projekt geholt. Das war sicher gut. Ja, doch, das kann ich unterschreiben.

Philipp Strobl: *Sie haben von 1999 bis 2001 ein Volontariat am Badischen Landesmuseum in Karlsruhe absolviert. Inwiefern konnten Sie von diesen und weiteren Erfahrungen aus Ihrem bisherigen beruflichen bzw. wissenschaftlichen Werdegang für Ihre Arbeit für das HdEG profitieren?*

Constanze Itzel: Das war die Gelegenheit, den ganzen Museumsberuf kennenzulernen, und zwar verschiedene Facetten. Zunächst einmal war ich Kuratorin für eine Ausstellung, was bedeutete, ein Ausstellungsprojekt von A bis Z mitzugestalten. Dann aber auch die Prägung durch die internationalen Kontakte, denn es war ein größeres Ausstellungsprojekt von schweizerischen, französischen und deutschen Museen. Schließlich folgten die verschiedenen Museumsberufe. Auch wenn dieses Volontariat eine Kuratorentätigkeit war – man hat nicht die Abteilung gewechselt –, hatten wir einen Ausbildungszyklus für Volontäre in Baden-Württemberg organisiert, auf unsere Initiative hin, mit Studientagungen zu den verschiedenen Bereichen, d. h. Sammlung, Ausstellungen, Verwaltung und Kommunikation. Diese Stationen haben wir alle durchlaufen. Insbesondere für meine jetzige Tätigkeit ist es extrem relevant, alle Arbeitsbereiche kennengelernt zu haben, um einfach zu sehen, was ein Museum insgesamt ausmacht. Der Direktor, der damals dort war, hatte auch eine recht progressive Haltung, er hat z. B. viel mit Migranten gearbeitet aus Tunesien. Die Ausstellungen sind kulturhistorisch, d. h. Ausstellungen, die schwieriger zu gestalten sind, weil die Objekte sehr unterschiedlich sind, anders als etwa in Kunstmuseen. Wenn man mit Archivmaterial genauso arbeitet wie mit Bildern oder mit Keramik oder mit Glasobjekten ist die Ausstellungsgestaltung viel komplexer. Auch das gelernt zu haben, ist extrem nützlich.

Michael Gehler: *Es steht in Ihrer Kurzvita, die Sie freundlicherweise uns zukommen ließen, dass Sie in fünf Museen in Deutschland und Frankreich als Praktikantin tätig waren. Könnten Sie kurz erwähnen, wo das überall war?*

Constanze Itzel: Genau; im Germanischen Nationalmuseum habe ich ein Praktikum gemacht in der Grafikabteilung. Dann war ich im Louvre in der Skulpturenabteilung, und im Musée d'Unterlinden in Colmar. Für das Diözesanmuseum in Limburg war ich freischaffend tätig im Bereich Objektdokumentation und Inventar und habe dort Thesauri definiert und eine Inventarisierungsdatenbank konzipiert; zuletzt war ich in Karlsruhe.

Deborah Cuccìa: *Wie sind Sie 2009 Beraterin und Kuratorin des HdEG geworden?*

Constanze Itzel: Ich hatte mein Interesse bekundet innerhalb der Verwaltung des Parlaments. Ich war damals im wissenschaftlichen Dienst tätig und für den Kulturausschuss. Ich hatte von diesem Projekt gehört, zunächst 2007 in der Antrittsrede und dann 2008 im Kulturausschuss selbst, als das erste Konzept vorgestellt wurde in Form des Expertengutachtens, das unter der Leitung von Herrn Professor Hütter erstellt worden war. Dadurch, dass ich dann bekannt war als jemand mit Museumerfahrung – was in der Verwaltung des Europäischen Parlaments sehr selten war –, bin ich in diese Rolle gekommen. Zunächst übte ich diese Tätigkeit neben meinem anderen Job aus. 2011 ist daraus ein eigenständiges Referat geworden und da habe ich dann dorthin gewechselt.

Michael Gehler: *Welche Erinnerungen haben Sie an die Anfangszeiten, d. h. die Auftaktarbeit des HdEG, die Sie ja von Beginn an – als Beraterin, Kuratorin und mittlerweile als Direktorin – erlebt haben und immer noch erleben?*

Constanze Itzel: Zunächst einmal ist es hochspannend, von einem Papier zu einem fertigen Museum zu kommen. Ich sage immer, es war mein drittes Kind, oder vielleicht auch der Grund, warum ich kein drittes bekommen habe. Die Anfangszeit war sehr spannend, weil wir mit Harald Rømer zusammengearbeitet haben, der dann aufgehört hatte, Generalsekretär des Europäischen Parlaments zu sein. Anfangs waren wir nur zu Dritt: neben ihm ein Kollege und ich. Wir denken manchmal nostalgisch daran zurück. Es war aufregend, zu dritt die Vorbereitungen zu treffen: Die ersten Schritte waren die Gründung des Beirats, die Gründung des Kuratoriums 2009, die Definition des Programms für das Gebäude (die Ausschreibung für die Architekten musste 2009 rausgehen, d. h. man musste definieren, was braucht man an Ausstellungsflächen, was braucht man an Büros, Depots oder Ähnlichem). Dann die Einstellung des Teams – dies war auch sehr schwierig, denn normalerweise veröffentlichen die EU-Institutionen ihre Stellen im EU-Amtsblatt. Ich weiß nicht, ob Sie als Historiker das EU-Amtsblatt lesen, aber die Museumleute jedenfalls nicht. Die Frage war: Wie können wir die Stellenanzeigen breit streuen, aber gleichzeitig gerecht in jedem Land, ohne das Geld für die Zeitungsanzeigen in allen Ländern zu haben? Dann haben wir die Kanäle recherchiert, über die Kulturministerien und über die Museumsnetzwerke, und dann die Stellenausschreibungen verschickt. Am Anfang haben wir 440 Bewerbungen bekommen, für die erste Charge, die Zeitverträge. Die Auswahl zu treffen, war interessant, weil wir versuchen mussten, geographisch breit aufgestellt zu sein, aber trotzdem natürlich niemanden einstellen wollten, weil er aus einem bestimmten Land kommt, sondern hauptsächlich aufgrund fachlicher Qualifikationen. Es war ein langer Prozess, wir haben eine Vorauswahl getroffen und dann gewartet, bis die Direktorin da war, damit sie die letztendliche Entscheidung treffen konnte. Es war sehr spannend, in meiner Erinnerung war das eine Pionierzeit, weil alles neu war, und auch in der Verwaltung des Europäischen Parlaments musste vieles neu erklärt werden.

Philipp Strobl: *Wer waren neben Hans-Gört Pöttering die wichtigsten politischen Befürworter dieses Projekts?*

Constanze Itzel: Von herausragender Bedeutung war Miguel Ángel Martínez Martínez, der mit ihm gemeinsam alles durchgefochten hat. Die beiden sind, wenn man so sagen

darf, im Doppelpack aufgetreten. Dann gibt es andere in dem Kuratorium – Sie kennen ja die Namen, z. B. Gérard Onesta, Francis Wurtz –, die sich immer dafür eingesetzt haben. Aber die beiden, Herr Pöttering und Herr Martínez Martínez, haben die wesentlichen Dinge wie zum Beispiel das Budget und anderes durchgefochten.

Michael Gehler: *Sie sagten Doppelpack, also Duo, das finde ich interessant. Auch die Herausforderungen haben Sie schon angesprochen, aber vielleicht könnten wir über die Schwierigkeiten sprechen. Sie haben eben gesagt, es war Überzeugungsarbeit, dass es Widerstände gab im Europäischen Parlament. Welche Rolle spielte die Kommission?*

Constanze Itzel: Es war entscheidend, dass 2011 Präsident Barroso einen Brief geschrieben und die Zusage gegeben hat, dass die Kommission sich nach der Eröffnung an den laufenden Kosten beteiligen würde. Damit ist eine Blockade im Haushaltsausschuss aufgehoben worden. Wäre das nicht passiert, wäre das Projekt womöglich nie zustande gekommen. Es war also zentral, dass Präsident Barroso die Kofinanzierung der Kommission zugesagt hat.

Michael Gehler: *Das ist die Kommission Barroso II gewesen, denn Barroso folgte Prodi 2004. Prodi war von 1999 bis 2004 Kommissionspräsident, dann folgten die Kommissionen Barroso I, Barroso II, Barroso III. Praktisch ist es erst in der mittleren Phase der Kommission-Präsidentschaft von Barroso geschehen, d. h. da muss es zunächst noch Zurückhaltung gegeben haben. War das Parlament anfänglich wichtiger und inwiefern? Wo würden Sie – wenn Sie dieses Parlamentsspektrum sehen – von den Liberalen, den Grünen, der EVP und der SPE, sagen, konnte man Trends entnehmen für ein Bewusstsein, das Haus der Europäischen Geschichte zu schaffen?*

Constanze Itzel: Das ist schwierig für mich zu sagen. Herr Pöttering war Präsident des Europäischen Parlaments und er wollte dieses Projekt. Es ergab sich aus der Natur der Sache, dass das Parlament dieses Projekt trägt, weil er derjenige war, der Präsident war. Wenn man eine andere Rechtsform gewählt hätte, dann hätte man eines Rechtsakts bedurft, eines Kommissionsvorschlags im Mitentscheidungsverfahren. Damals hat man sich dagegen entschieden, und als Rechtsgrundlage genommen, den Besucher-Dienst des Parlaments zu wählen. Zu den Fraktionen: Die kritischen Änderungsanträge für 2011 im Haushaltsausschuss wurden von Socialists and Democrats (S&D) eingebracht. Obwohl Herr Martínez Martínez sich sehr stark für das Projekt eingesetzt hat, kamen 2011 diese Änderungsanträge, die so kritisch waren, von seiner Fraktion. Ich kann aber nicht sagen, aus meiner Erfahrung, dass diese Fraktion grundsätzlich skeptischer war. Für mich ist das ganz schwer zu beurteilen, denn ich habe in den fachlichen Referaten gearbeitet und nicht in den politischen Fraktionen. Dazu müssten Sie andere befragen.

Michael Gehler: *Im Grunde müsste eine Geschichte dieses Hauses und auch die Vorgeschichte, die Sie erwähnt haben, rekonstruiert werden.*

Constanze Itzel: Das haben wir zum Teil in einem Buch gemacht und es gibt auch einige Artikel über die politischen Diskussionen.

Michael Gehler: *Schildern Sie bitte Ihr Aufgabengebiet als Beraterin und Kuratorin des HdGE (2009–2017) bzw. wie lässt sich Ihr konkreter Beitrag zum Aufbau des HdGE skizzieren?*

Constanze Itzel: Vielleicht knüpfe ich nochmals an die Schwierigkeiten an, aus unserer Perspektive. Die größte Herausforderung – wenn wir die politischen Diskussionen mal herauslassen – war, ein Museum zu machen im Rahmen einer europäischen Institution. Die europäischen Institutionen funktionieren – gut oder weniger gut – seit Jahrzehnten. Die Ausschussarbeit zum Beispiel läuft sehr glatt, ist sehr gut organisiert und alle Regeln sind dafür gemacht. Aber ein Museum zu machen … das hatte vorher noch niemand versucht und ein passendes Regelwerk fehlte. Die EU-Finanzverordnung z. B. ist sehr wichtig, damit keine Mittel veruntreut werden. Normalerweise muss man alles ausschreiben und der Auftrag geht an den Bestbietenden für die beste Qualität. Aber Sie können keinen Picasso kaufen, weil man einen Picasso nicht ausschreiben kann. Solche praktischen Probleme waren unser tägliches Brot und es bestand ein ständiger Erklärungsbedarf. Es ging nicht nur um diese finanziellen und rechtlichen Regeln, sondern auch um praktische Dinge wie die Profile unserer Mitarbeiter. *Conservator* bedeutet etwas anderes als *Conservateur*. *Conservateur* ist ein Kurator/Konservator in deutscher Übersetzung, während *Conservator* ein Restaurator ist. Dies sind nur Beispiele, die belegen, dass der Teufel im Detail steckt und dass man viel erklären musste, denn ein Museum gehörte ja nicht zum Kerngeschäft. Da war eigentlich meine Rolle von Anfang an immer in beide Richtungen zu erklären, zu vermitteln und Spannungen rauszunehmen, indem ich die Museumswelt dem Parlament erklärte und umgekehrt, und zwar in den verschiedenen Abteilungen, wie der Finanz- oder der Personalabteilung. Häufig musste ich auch Politikern und Vizepräsidenten auseinandersetzen, inwieweit wir unsere wissenschaftliche Unabhängigkeit behalten, die uns garantiert wurde. Jeder neuen Management- und Politiker-Generation müssen wir immer wieder neu erklären, was die Qualitätskriterien für ein gutes Geschichtsmuseum sind. Diese sind auch in jedem Land anders, d. h. je nachdem, wo die Gesprächspartner herkommen, sind sie an andere Praktiken gewöhnt. Wir mussten immer spezifizieren, wie wir Begriffe verstehen, und insofern war es eine ständige Kommunikation in beide Richtungen. Diese Vermittlungsrolle hatte ich besonders stark in den Jahren 2009–2011 inne. Danach kam die Funktion der Kuratorin hinzu. Sie wissen wahrscheinlich, was eine Kuratorin macht: Inhaltliche Recherchen für bestimmte Ausstellungsbereiche, ein Narrativ schreiben zum Thema und dann das Umsetzen in Objekte sowie viel Material, z. B. Film-, Audio- und Bildmaterial zu recherchieren. Das habe ich seit 2011 gemacht, und dann war ich Projektleiterin für die erste Sonderausstellung, und dabei habe ich die Projektleitung mit der Kuratorentätigkeit kombiniert. Während der gesamten Zeit war ich weiterhin Beraterin für die Museumskollegen, die wir eingestellt hatten. Die waren oft, ich will nicht sagen, verzweifelt, aber sie hatten es nicht einfach, sich in dem ganzen Dickicht der Regeln zurechtzufinden, je nachdem, wo sie herkamen. Große Museen, gerade in Österreich zum Beispiel, haben auch große Regelwerke, aber für die, die aus einem kleinen Stadtmuseum kommen, wo jeder alles macht und man sich mehr informell bewegt, war das schon eine große Herausforderung. Jetzt ist meine Hauptrolle die Definition von Aufgabengebieten, und da muss man dazu sagen, dass dieses so einzigartige, internationale Museumsteam mit dem Problem konfrontiert ist,

dass man sich erst einmal darauf verständigen muss, was überhaupt ein Kurator macht. In einem deutschen Museum hat ein Kurator ein anderes Aufgabenprofil, zum Teil, als in einem englischen oder belgischen, und das gleiche gilt für Museumspädagogen. Das heißt, man muss sich einigen und es muss klar sein, was unsere Erwartungen auch an neue Mitarbeiter sind, damit sie nicht enttäuscht sind.

Michael Gehler: *Im Grunde war es eine Kulturtransferarbeit, die Sie erlebt, erfahren und betrieben haben.*

Constanze Itzel: Stimmt! Das ist ein schöner Begriff.

Michael Gehler: *Subjekt-Objekt, Passiv-Aktiv, fast dialektisch! Was mich interessieren würde, ist eine Frage, die gar nicht im Katalog steht. Wir fragen uns als Historiker oft, welche der Kommissionen von Hallstein bis Juncker besonders europabewusst war, d. h. wer die integrationistischen Kommissionen waren. Wir kommen immer wieder zum Ergebnis, dass die Kommissionen Hallstein ein europäisches, pionierhaftes Ambiente schufen, ein Milieu des Aufbruchs repräsentierten und alles neu machen mussten, was die späteren Kommissionen dann nur mehr noch als Routine erlebten und zur Verwaltung übergingen (Business as usual). Jetzt kommen Sie mit Überzeugungsnotwendigkeit, mit Leuten aus den verschiedenen Institutionen auch zusammen, und es wäre sehr interessant zu wissen, bei welchen Vertretern Sie dieses Gefühl hatten, dass ein historisches Bewusstsein für die Notwendigkeit vorhanden ist, den europäischen Einigungsprozess weiter voranzubringen sowie auch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, das zu dokumentieren und ein historisches Gedächtnis zu schaffen. Wie weit ist ein Wesen schon da, ich sage, das Gefühl schon erwachsen zu sein und auf etwas zurückzuschauen, das schon Geschichte ist, also ein Bewusstsein von eigener Geschichtlichkeit? Wo sind Sie auf taube Ohren gestoßen, wo haben Sie offene Ohren erlebt, Interesse und Begeisterung und Motivation für dieses großartige Projekt? Wir reden jetzt von der Zeit nach der Jahrtausendwende, von einem Europa, das auf dem Weg ist, sich zu erweitern, vor vielen neuen Herausforderungen steht und schon von existentiellen Krisen befallen ist.*

Constanze Itzel: Ich glaube, das muss man in zwei Phasen teilen. Bevor wir eröffnet haben, gab es fast nur Skepsis. Vielleicht war ein vages Interesse, dass man europäische Geschichte bzw. die Geschichte der europäischen Integration darstellen sollte, schon da. Seit wir aufgemacht haben, sind die Begeisterung und das Bewusstsein enorm gestiegen. Das ist jetzt sehr verallgemeinernd, da es zum Beispiel Akteure wie Klaus Welle gab, der schon lange versucht, die Geschichte des Parlaments aufarbeiten zu lassen. Es gibt Historiker beim Europäischen Parlament, die die Geschichte des Parlaments aufarbeiten. Wolfram Kaiser ist z. B. dabei. Es gibt das Parlamentarium, das einige dieser Bereiche abdeckt. Insofern ist die Aussage über diese erste Phase eine zu generelle Aussage, denn es gab durchaus einzelne Akteure. Ich denke, das Museum hat seit seiner Eröffnung dazu beigetragen, bewusst zu machen, was man mit so einem historischen Museum auch zeigen kann. Was mir mehr und mehr deutlich wird in den Reaktionen auf das Haus, ist die Erkenntnis, wie unterschiedlich das öffentliche Bild von einem Geschichtsmuseum ist. In Spanien gibt es, glaube ich, gar kein nationales Geschichtsmuseum. Was die mittel-ost-

europäischen Länder angeht, so hat mir einmal ein Besucher gesagt, dass man während der kommunistischen Zeit daran gewöhnt war, dass Museen Propagandainstitutionen waren. Was ein Geschichtsmuseum ist, wird sehr unterschiedlich wahrgenommen und entsprechend waren auch die Erwartungen niedrig oder gar nicht da. Jetzt aber muss ich sagen, dass wir auf sehr viel Begeisterung stoßen. Gerade gestern hatten wir ein Event mit Paul Collowald. Da waren die drei Generaldirektoren für Kommunikation von der Kommission, vom Rat und vom Parlament anwesend. Der Sprecher der Kommission hat gesagt, dass es extrem wichtig sei, dass die Institutionen ihre Geschichte aufarbeiten und ihre Geschichte sammeln und Geschichte archivieren. Er würde sich persönlich dafür einsetzen. Es müsste auf einer viel größeren Ebene passieren, als dies jetzt der Fall sei. Was wir dazu beitragen wollen, und dies ist unser Projekt für die Zukunft (aber wir sind nicht so weit, wie wir es gerne hätten, weil wir meiner Ansicht nach nicht genug Mitarbeiter haben), ist eine Sammlung aufzubauen, die alles sammelt, was relevant ist, aber nicht in die Archive kommt. Die Kommission z. B. verfolgt eine sehr detaillierte Politik, was gesammelt wird und was ins Archiv der Kommission kommt und dann nach Florenz. Das ist zwar sehr gut definiert, aber es fällt einiges durchs Raster. Das haben wir bemerkt, als wir für die Ausstellung Objekte gesucht haben. Es geht um Dinge, die für ein Archiv nicht als relevant erachtet werden, die wir aber für das Museum sammeln können, weil es erlaubt, in fünfzig oder hundert Jahren in anderer Art und Weise Geschichte zu dokumentieren. Wir wollen eine eigene Sammlungspolitik speziell zu diesem Thema erarbeiten, die dann auch in den Institutionen das Bewusstsein dafür wecken sollte, was wir aufheben müssen, wenn z. B. Beamten in Rente gehen, dass nicht alles weggeworfen wird. Man muss Kriterien gut definieren, denn man kann nicht alles aufheben. Das ist eines unserer Projekte für die Zukunft.

Philipp Strobl: *Dürfte ich Sie bitte fragen, was so ein typischer Gegenstand wäre?*

Constanze Itzel: Ja, wir hatten das Problem zum Beispiel für die Frage der Dokumentation der Einführung des Euros. Ein Kollege von mir konnte sich noch erinnern, dass es vor zehn Jahren bestimmte Werbegegenstände gab. Die sind natürlich haptisch, die sind dreidimensional. Wir können in einem Museum nicht nur Papier ausstellen, es würde keiner mehr hinschauen nach dem fünften Papierdokument und man kann sie auch nicht lesen, denn die Ausstellung ist in vierundzwanzig Sprachen! Wenn wir zum Beispiel ein deutsches Dokument hinlegen, dann verstehen die meisten Besucher es nicht. Deshalb brauchen wir Dinge, die auch für sich sprechen, die vielleicht auch mit einer persönlichen Geschichte verknüpft sind. Wir waren zunächst einmal ein wenig verzweifelt, aber dann hatten wir das Glück, dass wir einen Kommission-Beamten gefunden hatten, der Dinge aufgehoben und vor dem Wegwurf gerettet hatte. Er hat uns Material gegeben, das zum Teil ganz toll ist, z. B. gibt es Sketche und Zeichnungen zu Eurosymbolen aus Brainstorming-Sitzungen der Kommission, wo überlegt wurde, wie das Eurosymbol aussehen könnte. Das haben wir jetzt in der Vitrine und das ist schön, weil es diese Anfangszeit, dieses Neue, zeigt – und das wird hier auf einen Blick deutlich. Ein anderes Beispiel: Ich wusste, dass es 1971 eine private Initiative gegeben hatte von einer niederländischen Firma: Sie hatte einen Wettbewerb ausgerufen für eine europäische Währung. Als Name für diese Währung hatte man damals schon den Namen „Euro“ gefunden. Es ist ein schönes

Objekt, ein „Euro“ von 1971! Derlei Objekte rufen Neugier hervor und können den Besucher zum Nachfragen anregen. Danach habe ich zwei Jahre gesucht, weil ich wusste, es gibt dieses Ding, aber es war keine offizielle Münze, die in einer Münzsammlung aufbewahrt würde. Nach zwei Jahren hatte ich sie in meinem Briefkasten – der bereits 91jährige niederländische Designer hatte von meiner Suche gehört und mir ein Exemplar geschickt! Das macht die kuratorische Arbeit oft sehr mühsam. Wenn mehr gesammelt würde – und das können wir ja machen für die europäischen Institutionen –, dann gibt es einen Fundus, aus dem wir Ausstellungen gestalten können.

Deborah Cuccia: *In der Auftaktphase des HdEG wurde Hans Walter Hütter, Direktor des Bonner Hauses der Geschichte, zum Vorsitzenden des Sachverständigenrats berufen, um „seinen Sachverstand einzuholen“:*
a) Können Sie uns bitte Hans Walter Hütter charakterisieren?
b) Schildern Sie uns, welchen Beitrag Hütter zum Aufbau des HdEG geleistet hat.

Constanze Itzel: Herr Hütter hat einen wesentlichen Beitrag geleistet durch seine Museumsexpertise. Er war eigentlich der zentrale Museumsexperte in unserem Beirat, der selbst in einem zeitgeschichtlichen Museum arbeitet und auch diesen Typus von Museum erklären konnte. Und er ist auch sehr überzeugt, sehr energisch, er setzt sich gut durch – was zum Teil auch nicht unkontrovers war – er war eine tragende Säule des Beirats und auch des Kuratoriums.

Michael Gehler: *Ganz interessant ist ja, dass Hans Walter Hütter, Direktor des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, also eine Institution repräsentiert, die in sehr starkem Maße auch dem Wunsch des Politikers Helmut Kohl entsprach, der Historiker war. Hier wäre zu bedenken, dass Hans-Gert-Pöttering, einem deutschen Europaparlamentarier, Christdemokraten, das gleiche vorschwebte für eine ganz andere Dimension, nämlich die Europäische Union und Europa im Weiteren. Wie weit gibt es hier Analogien, wie weit gibt es hier Zusammenhänge, dass ein Mastermind Hütter im Sachverständigenrat den Vorsitz und diese Expertise hat, die organisatorisch-technische Expertise, wie man ein Museum macht und wie bringe ich die Leute dort hinein? Er weiß, ein Museum braucht Besucher, nur dann ist es dauernd machbar und legitimierbar. Hütter kommt aus Mönchengladbach, ist in Bonn tätig und der Hintergrund ist Helmut Kohl, der ein großer Europäer gewesen ist und in großen Dimensionen dachte, also nicht Kategorien von Kerneuropa, sondern in großen gesamteuropäischen Dimensionen. Wie weit verspürten Sie so etwas wie ein Erbe bzw. eine Anschlussfähigkeit für das HdEG-Projekt bzw. auch einen Transfer des deutschen historischen Bewusstseins von einer schwierigen und geteilten Nation aber mit besonders ausgeprägten europäischen Bewusstsein nach Brüssel?*

Constanze Itzel: Ich spürte sehr starke Transferleistungen, aber diese waren nicht nur mit der Person von Herrn Hütter verknüpft, sondern auch mit seinem Vorgänger, Herrn Schäfer (der die frühere Direktorin auch persönlich kannte), und ich denke, es gibt ganz deutliche Parallelen zwischen der Art und Weise, wie die beiden Museen vorgeschlagen wurden, von Herrn Kohl in seiner Antrittsrede 1981 und von Herrn Pöttering auch in

seiner Antrittsrede 2007. Das ist doch interessant. Wir haben diese Kontinuität auch in der Weise betrieben, dass wir eine langjährige Mitarbeiterin vom Haus der deutschen Geschichte, Frau Dr. Mork, eingestellt haben, die zwanzig Jahre Erfahrung in diesem Haus hatte und die auch unsere Ausstellung stark geprägt hat. Sie ist Chefkuratorin geworden, von Anfang an, und sie hat auch diesen ganzen Sachverstand mitgebracht und vielleicht auch den Zugang zur Geschichte. Die Frage „wie betrachtet man in einem Geschichtsmuseum Geschichte?“. Dieser kritische Zugang, wird uns jetzt vorgeworfen, sei sehr deutsch und in gewissem Maße kann man diesen Kommentar verstehen. Negatives wird ebenso beleuchtet wie Positives.

Michael Gehler: *Ein deutscher Historiker ist hier nicht eingebunden gewesen, soweit ich weiß, im Team dieses Beirats.*

Constanze Itzel: Frau Mork ist Historikerin.

Michael Gehler: *Ja, ich weiß, ich habe gesagt, Historiker. Damit meinte ich Universitätshistoriker.*

Constanze Itzel: Ja, das stimmt.

Michael Gehler: S*ie wissen, wer namhaft ist, es wäre eine ältere Generation, vielleicht noch mit Heinrich August Winkler als Beispiel, oder jüngere Kollegen wie Eckart Conze in Marburg oder Andreas Rödder in Mainz oder Edgar Wolfrum in Heidelberg.*

Constanze Itzel: Ja, es war damals die Entscheidung, die Ausstellung von einem Team bearbeiten zu lassen, also keine breite Konsultation durchzuführen, was auch zum Teil auf Kritik gestoßen ist. Der Beirat wurde vom Präsidium des Parlaments 2009 ernannt. Man hätte ihn auch größer machen und anders besetzen können, aber das Verfahren bei der Besetzung entzieht sich meiner Kenntnis und war außerhalb unserer Entscheidung. Die Entscheidung, keine große Konsultation durchzuführen, wie es in Frankreich zum Beispiel der Fall war, wurde – glaube ich, obwohl ich nicht dabei war –, als eine politische Entscheidung getroffen, um das Museumsprojekt vor größeren Kontroversen zu schützen. Wenn wir jetzt die Reaktionen sehen, denke ich, dass es zum gewissen Teil gerechtfertigt war, denn man wollte das Projekt eben nicht politisch zwischen verschiedenen geschichtspolitischen Positionen zerreiben, sondern von Fachleuten erarbeiten lassen. Wir haben dann einzelne Historiker zu Rate gezogen – z. B. für das Thema der Vertreibung hatten wir einen Experten befragt –, wenn wir seinen gezielten Sachverstand brauchten für bestimmte Themen. Ansonsten müssten wir auch den Bewerbungspool auswählen nach bestimmten Kriterien – wie ich schon erklärt hatte. Da muss ich auch sagen – das hat mir Herr Hütter auch gesagt, dass er dieses Problem hatte –, dass Historiker häufig andere Berufe wählen und Museumsleute oft Kunsthistoriker und Archäologen sind. Interessant ist, gerade am Beispiel der europäischen Integration, wie Wolfram Kaiser in seinem Buch geschrieben hat, dass es keine Museumsleute zu diesem Thema gibt, weil es keine spezialisierten Museen gibt. Das Schwierige in so einem Museumprojekt ist ja auch die Visualisierung. Es geht schon um den wissenschaftlichen Sachverstand, aber es

geht auch ganz stark um die Frage, wie man das Thema einem Besucher vermittelt und wie man den Besucher überhaupt erst ins Museum bringt. Mit Blick auf unser Team sieht man, wer in der Ausstellung wo gearbeitet hat.

Michael Gehler: *Gab es so was wie einen antizipatorischen Konflikt, d. h. eine Vermeidungsstrategie im Vorfeld der Implementierung, indem man sagt, wir wollen keine ausufernde Historiker-Debatte, quasi Schlammschlachten über Geschichte, und Gegnern Futter für Widerstand liefern? Wir wollen die Sache in einem Rahmen vorbereiten und umsetzen, der das Projekt realisierbar macht. Wenn man sich allein die Geschichte Mitteleuropas anschaut, wie kontrovers diese ist, allein die Kontroverse um die Deutung der Geschichte Polens nach dem Zweiten Weltkrieg, Borodziej selber als Historiker ist Teil der Debatte. Zusammenfassend also die Herangehensweise: den Ball möglichst flachhalten und eine Historiker-Kontroverse über ein solches Projekt vermeiden, weil das das Todesurteil für das Projekt sein kann?*

Constanze Itzel: Ich kann nicht für die politischen Entscheidungsträger sprechen, wirklich nicht! Meine Beobachtung ist, dass die Entscheidung darin bestand, dass diese Schlachten im Team ausgetragen werden sollten und im Beirat. Das ist auch zum Teil passiert. Mit Blick auf die Situation des Projekts im Jahre 2011, als es auf der Kippe stand, kann ich mir vorstellen, dass man sich Sorgen gemacht hat, ob es überhaupt realisiert wird. Die damalige Leiterin hat immer gesagt, die Diskussion wird kommen, sobald das Museum geöffnet ist. Ein Problem, das wir auch hatten – und da komme ich nochmals auf die Frage der Visualisierung zurück: Jedes Mal, wenn wir im Beirat Dinge vorgestellt haben, waren diese immer partiell. Man stellt ein Papier vor, aber eine Ausstellung ist ja zusammengesetzt wie ein Puzzle aus Texten, Filmen, Objekten, dem Kontext, Kontextbildern, Audiostationen, interaktiven Spielen, und dem Raumeindruck und der Szenographie. Das heißt, es entsteht ein Gesamteindruck, den man in keiner Debatte vorher rekonstruieren kann. Das habe ich öfters beobachtet, dass es für die damalige Leiterin oft frustrierend war, weil sie anhand eines im Beirat diskutierten Papiers den künftigen Raumeindruck nicht wirklich erklären konnte. Eine Ausstellung ist ein Medium, über das man nur schwer schreiben kann. Noch ein Kommentar zur Wissenschaftlichkeit: Ich denke, jeder, der normalerweise gern so genau wäre, alle Bücher gelesen zu haben zu einem Thema, bevor er sich zu etwas äußert – dazu gehöre ich –, für den kann es schwierig sein, eine Ausstellung zu machen, weil man so extrem verknappen und verkürzen muss, nicht nur was das letztendliche Produkt angeht, sondern auch mit Blick auf die Zeit, die man zur Verfügung hat. Jeder von uns musste vier bis fünf Themen bearbeiten. Man möchte immer mehr in die Tiefe gehen, aber man wird nie so wissenschaftlich sein können wie an einem Historischen Institut. Ein Beispiel dafür sind die Texte. Sie mussten aufs Tablet, damit sie in vierundzwanzig Sprachen zur Verfügung stehen. Die Objekttexte zum Beispiel waren auf fünf Worte begrenzt. In die fünf Worte haben wir versucht, so viel Inhalt wie möglich hinein zu packen. Das sind sehr komprimierte Texte, die versuchen, komplexe Phänomene in fünf Worten zu beschreiben.

Michael Gehler: *Ja, das glaube ich. Es ist ein anderes Medium und eine andere Welt. Das hat uns Herr Hütter sehr überzeugend vermittelt. Wir dürfen nicht mit den strengen*

wissenschaftlichen Fußnotenapparaten von Quelleneditionen herangehen. Es ist ein anderes Medium und hat ein anderes Publikum.

Constanze Itzel: Idealerweise kennt man die Quelle. Ich wäre nicht dafür, dass man nur an der Oberfläche bleibt, sonst macht man zu viele Fehler. Es ist schwierig, wenn man kurz und trotzdem auch genau sein muss. Wenn man nicht sicher ist, muss man sagen, dass man nicht sicher ist. Idealerweise kommt man von da und kann es dem Besucher trotzdem einfach und visuell vermitteln.

Deborah Cuccìa: *Man muss selbstverständlich die Leute gewinnen, aber man hat gleichzeitig mit einer großen Vielfältigkeit zu tun bzw. mit verschiedenen Museumvorstellungen und -kulturen. Ich denke z. B. an Italien oder Spanien, wo ein solches Museum praktisch unbekannt ist. Was haben diese Museumsleute dort unternommen bzw. was haben Sie vor in Bezug auf diese Problematik?*

Constanze Itzel: Das ist sehr schwierig, weil wir so klein und sehr stark im Westen verankert sind sowie „nur“ achtzehn Sprachen sprechen. Es hat natürlich verschiedene Facetten. Wir verfügen über verschiedene Kanäle, mit denen wir versuchen, uns bekannt zu machen. Wir waren bei vielen Konferenzen, da haben wir Europa geographisch ganz gut abgedeckt, aber das ist eher ein Fachpublikum. Dann gehen wir mit Marketingkampagnen vor, aber das ist sehr teuer. Letztes Jahr haben wir eine Marketingkampagne gemacht, die auch in Italien zu sehen war, und zwar in den großen Flughäfen und Bahnhöfen. Dieses Jahr haben wir uns auf Belgien konzentriert, aber es sind extrem teure Marketingkampagnen und die sind dann auch nur für wenige Wochen sichtbar. Dann versuchen wir Pressearbeit zu machen, aber eigentlich muss ich sagen, dass wir es nicht schaffen, alle EU-Länder proaktiv abzudecken. Im Moment arbeiten wir mit einer Agentur zusammen, um wenigstens in Belgien aktiv relevante Medien anzuschreiben. Das Problem besteht darin, dass wir überall an die Grenzen unseres Teams stoßen: Wir sind vierzig Leute! Als Herr Hütter neulich im Beirat sagte: „Sie sind gar noch nicht bekannt in Deutschland!“ war unsere Reaktion, wir sind nur zwei Deutsche im Team und wir haben auch andere Aufgaben. Man muss uns immer in Relation zu unserer Kapazität sehen und ich denke, dass wir für den Ehrgeiz, der dahintersteckt, einfach zu klein sind und dass wir mit dem Personalstamm versuchen müssen, so viel wie möglich zu erreichen, aber man stößt da immer an Grenzen.

Deborah Cuccia: *Haben Sie auch mit Schulen gearbeitet?*

Constanze Itzel: Ja, wir haben einen museumspädagogischen Dienst, der Lehrmaterialien erarbeitet hat, die online sind und in vierundzwanzig Sprachen vorliegen, weil die Idee wäre – aber das ist wirklich eine Utopie und weit in der Zukunft –, dass man versucht, den Geschichtsunterricht zu europäisieren, dass man Materialien herstellt, die auch in Schulen verwendet werden können. Wir haben jetzt verschiedene Themen in Form von Arbeitsblättern bearbeitet und zwar deswegen thematisch, weil die Analyse der Curricula ergeben hat, dass es keine Jahrgangsstufe in Europa gibt, in der das Gleiche unterrichtet würde. Man kann nicht sagen, zum Beispiel, Zweiter Weltkrieg, der kommt in der neunten Klasse in allen Ländern vor, also machen wir etwas für dieses Alter über dieses

Thema. Deswegen haben die Museumpädagogen beschlossen, diese Arbeitsbögen thematisch zu gestalten: Identität, Konflikt, Migration, usw. Die kann man herunterladen auf der Website des HdEG in vierundzwanzig Sprachen und könnte sie im Unterricht verwenden, wenn man etwas europäischer unterrichten will. Was die Kollegen versuchen, ist mit Partnernetzwerken zu arbeiten, EUROCLIO, ein Geschichtslehrerverband, ist z. B. ein wichtiger Partner oder die Körber-Stiftung mit ihrem Programm Eustory. Wir machen auch Lehrerfortbildungen über unser Haus. Ferner versuchen wir, über Touristenorganisationen, Organisatoren von Schulklassenreisen anzusprechen. Was eben im Rahmen unserer Möglichkeiten zu schaffen ist.

Michael Gehler: *Ich würde gern nochmals auf die Ursprünge zurückkommen. Man sagt immer, ein Erfolg hat viele Väter und ein Misserfolg ist ein Waisenkind. Das HdEG ist ein Erfolg. Es hat vorher so etwas noch nie gegeben. Es ist ein einmaliges Projekt und man kann sagen, dass es offensichtlich schon viele Väter hat. Pöttering ist einer, Martinez ist einer. Ist auch Helmut Kohl einer? Oder gibt es auch nicht genannte vergessene Väter? Ich nenne z. B. Ludger Kühnhardt, der bei Bracher in die Schule gegangen ist in Bonn, Historiker und Politikwissenschaftler zugleich ist. Würden Sie sagen, es gibt so was wie vergessene Väter oder auch Mütter?*

Constanze Itzel: Das ist schwierig, weil ich die Anfangszeit nicht persönlich miterlebt habe. Da sollten Sie Herrn Pöttering fragen. Herr Kühnhardt ganz bestimmt. Ich höre immer, dass er eine wichtige Rolle gespielt hat, dass er Ideengeber war. Aber ich weiß nicht, wie sich das genau gestaltet hat. Hat Herr Pöttering mit ihm gesprochen? Das weiß ich nicht genau. Wir sollten auf jeden Fall die Leiterin erwähnen, Frau Vovk van Gaal, die von 2011 bis 2017 das Haus geleitet und die Ausstellung entscheidend mitgeprägt hat. An bestimmten Stellen kann man das sehen. Der Grund, warum sie auserwählt wurde, war, dass sie Jury-Mitglied vom Europäischen Museumspreis war, dem *European Museum of the Year Award*, und dadurch alle die innovativsten Museumprojekte der letzten Jahre eben kannte. Hier wiederum war es eigentlich schwierig, jemanden zu finden, der den europäischen Weitblick hatte (und den hat sie), weil die Museumswelt sehr stark national geprägt ist, was normal ist. Sie hatte diesen Überblick über die neuesten Museumsprojekte. Sie ist sehr visionär und sehr energisch, mit guten Ideen, museologisch bewandert, eine Historikerin aus Slowenien. Man sollte sie als Gründungsmutter nicht vergessen.

Michael Gehler: *Das Museum ist im Mai 2017 eröffnet worden. Wir hatten die Ehre, wenige Wochen nach der Eröffnung schon das Haus zu besichtigen. Herrn Hütter hat uns erzählt, dass es Querschüsse aus Mittel- und Osteuropa gab. Können Sie uns davon berichten? Was waren und sind die Hauptkritikpunkte? Wie weit sind diese politisch motiviert? Wie weit spielt die wiederkehrende Renationalisierung – die nichts Neues in der Geschichte der Europäischen Integration ist – auch eine Rolle? Wo sehen Sie die härtesten Widersacher? Aus welchen Schichten kommen diese Leute? Was kann man dagegen sinnvollerweise tun, um das argumentativ abzuschmettern?*

Constanze Itzel: Wenn ich mal mit den zwei stärksten Stellungnahmen beginne: Das sind zwei Briefe vom polnischen Kulturminister und vom ungarischen Minister für – wie

kann ich den Titel übersetzen? – den ungarischen Bildungsminister, die beide Briefe an EP-Präsident Antonio Tajani geschrieben und sich offiziell über das Museum beschwert haben. Herr Gliński hat dies noch an die Presse gegeben und es gab ein großes Medienecho, was wohl gezielt initiiert war. Der ungarische Minister war mit unserer Antwort nicht zufrieden und hat sogar Kommissar Navracsics aufgefordert, als Mitglied unseres Kuratoriums, die von Ungarn gewünschten Veränderungen durchzusetzen (also als Mitglied des Kuratoriums!). Das fand ich interessant, das ging noch einen Schritt weiter. Die Hauptkritikpunkte sind: Vernachlässigung der Nationalgeschichte, und eine zu geringere Berücksichtigung der Rolle des Christentums. Ich finde die Kritik legitim, eine Ausstellung ist eine Auswahl und man hätte sie auch anders machen können. Wir haben eigentlich mit der Kritik an sich, die faktisch begründet ist, keine Probleme, wir haben allerdings Probleme mit der Sphäre von „Fake News“ und das war leider häufig der Fall. Die *FAZ* z. B. hatte eine Kritik abgedruckt von Pavel Ukielski, dem Vize-Direktor des Warsaw Uprising Museum in Warschau, der mit anderen osteuropäischen Institutionen einen größeren Bericht verfasst hatte, unter dem Dach des Netzwerks „Platform of European Memory and Conscience“. Dieser Bericht und der Artikel, der leider in der *FAZ* abgedruckt wurde, waren voller Fehler. Darin steht zum Beispiel, wir würden die deutsche Verantwortung für den Holocaust minimieren. Das stimmt einfach nicht. Das ist faktisch falsch! Wir hätten außerdem den Ribbentrop-Molotow-Pakt nicht erwähnt, was auch nicht stimmt; er ist zweimal erwähnt und es ist auch ein Objekt dazu da. Das ist bedauerlich, weil es unfair ist, zumal wenn es seriöse Medien wie die *FAZ* das abdrucken. Das hat uns sehr geärgert. Letzten Januar haben wir von dieser Plattform einen sehr unangenehmen Brief bekommen, der inquisitorisch an unser Team gehalten war. Man wollte die Namen des Kurators für jeden einzelnen Bereich wissen – was gar nicht geht, weil es eine Teamarbeit war – und die politischen Couleurs und deren Legitimation, sich zur Geschichte zu äußern. Da kommt man in einen Bereich, wo man sich fragt: „Was wollen sie damit machen, wenn sie die Information haben?“ So haben wir versucht, unsere Kollegen zu schützen – es gibt ja auch Datenschutzrechte – und wir mussten schon mehrmals Juristen antworten lassen. Das ist schon unangenehm. Ich denke, es sind hauptsächlich politische Motive. Es ist eine politisch motivierte Kampagne. Im Falle Polens hatten wir den Eindruck, ohne dass wir das beweisen könnten, dass es gezielt organisiert war, weil alle drei Wochen in den polnischen Medien ein Artikel platziert wurde. Ab Juni 2017 begann es mit einer Konferenz im Europäischen Parlament, und dann erschienen regelmäßig Artikel in der Presse mit ähnlichen Vorwürfen. In letzter Zeit ist das nicht mehr passiert.

Michael Gehler: *Gibt es auch von wissenschaftlicher Seite, also von ernstzunehmender Seite, die man nicht als politisch motiviert qualifizieren kann, Anregungen, Einwände, Kritik oder Vorbehalte, welcher Art auch immer, oder ist die Historikerzunft im Großen und Ganzen mit dem HdEG zufrieden?*

Constanze Itzel: Wir haben ganz interessante wissenschaftliche Kommentare bekommen, vereinzelte, z. B. von einem Tschechen, der interessanterweise sagte, wir seien zu kritisch und wir betrachteten die Geschichte zu kritisch. Die vorher erwähnte Art von Kritik ist – glaube ich – durch die Bank politisch motiviert. Wir warten eigentlich noch auf wissenschaftliche Kommentare. Es gibt vereinzelte, aus Belgien haben wir zwei bzw.

drei Artikel, aus Italien gibt es einen, auch kritisch, aus Tschechien, aber es sind nur vereinzelte. Wir warten eigentlich noch auf museologische und historiographische Kritik, weil wir das für die Überarbeitung brauchen. Wir wollen nach acht Jahren die Ausstellung erneuern und werden bald damit anfangen und insofern sammeln wir alles.

Michael Gehler: *Wie gehen Sie neben der fachwissenschaftlichen mit der politisch motivierten Kritik konkret um? Sie haben schon angedeutet, der juristische Dienst muss für solche Dinge eingespannt werden, weil die Kritik so weit geht, dass man inquisitorisch vorgeht. Was haben Sie für Argumentationspotential, um manche – sagen wir – begründet zurückzuweisen?*

Constanze Itzel: Zunächst einmal, die Briefe an Präsidenten Tajani wurden von Herrn Tajani beantwortet mit dem Hinweis, dass es eine wissenschaftliche und fachliche Arbeit war und das Europäische Parlament in seiner jetzigen Form sich nicht einmischen wird. Die Vizepräsidenten, die für uns zuständig sind, Herr Paşcu und Herr Valcárcel, haben sich auch in dieser Richtung geäußert. Sie wollen nicht, dass dieses Museum politisch instrumentalisiert wird. Sie haben dezidiert entschieden – das war die Haltung des Parlaments von Anfang an, das hat auch Martin Schulz uns zugesagt –, dass man sich politisch nicht einmischt. In unserer Ausstellung ist der erste Raum sehr stark der Frage der Interpretation gewidmet. Man macht deutlich, dass jede Sicht auf Europa eine Konstruktion und eine Interpretation ist. Es ist immer eine Konstruktion und eine Interpretation, und das ist eben die Konstruktion von diesem Team. Das ist unser einfachstes Argument. Wir haben versucht, Fachleute und Museumskollegen einzustellen. Wir hatten ein bestimmtes Team in einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Größe und davon ist die Ausstellung geprägt. Wir sammeln alle Kritik und wir hätten es auch sicher anders machen können. Wir sind nicht perfekt, das ist klar.

Michael Gehler: *Was wäre denn perfekt?! Noch eine Frage und zwar bezüglich der* FAZ. *Gab es dann eine Gegendarstellung?*

Constanze Itzel: Ja, wir hatten dann einen der Kulturjournalisten angesprochen, der einen anderen Artikel nachgeschoben hat. Die Kritik an sich hat uns nicht gestört, wohl aber die falschen Behauptungen und Lügen. Wir haben auch Zuschriften bekommen. Frau Mork z. B. hat Zuschriften von Historikern aus Deutschland bekommen: „Das kann nicht wahr sein, dass in deiner Ausstellung so was gemacht wird!" Sie hatten es in der *FAZ* gelesen. Das ist ärgerlich.

Michael Gehler: *Trotzdem wollen wir das Gespräch mit einem positiven Hinweis beenden, nämlich dass bei allen Einwänden und möglichen Ergänzungswünschen ein Museum existiert, das nicht nur auf die Geschichte der Europäischen Union eingeht, sondern auch auf die Geschichte Europas in weiten Teilen zurückgeht und dabei die jüngere und Neuere Geschichte darstellt. Nationalgeschichte, Heimatgeschichte und Regionalgeschichte sind begrenzter. Ich möchte mich herzlich bei Ihnen bedanken, liebe Frau Itzel, dass Sie bereit waren, unsere Fragen zu beantworten.*

Monika Oberle

Die Europäische Integration im Politikunterricht: Ziele, Ansätze und Herausforderungen der politischen EU-Bildung

Zur Autorin:

Monika Oberle ist seit Oktober 2011 Professorin (zunächst als Juniorprofessorin, seit 2014 als Universitätsprofessorin) für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Universität Göttingen. Sie hat in Marburg, London und Berlin Politikwissenschaft studiert (Diplom am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin) und war von 2006 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Politikwissenschaft und ihre Didaktik der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, wo sie auch promoviert hat (2011, Politisches Wissen über die Europäische Union. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen, Springer VS). An der Università per Stranieri di Perugia, Italien, studierte sie außerdem die italienische Sprache und Kultur. Sie war über viele Jahre in der außerschulischen, überparteilichen politischen Bildung (Zielgruppen: Schüler*innen und junge Erwachsene) als Seminarleiterin und Referentin tätig. Monika Oberle wurde 2018 in den wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) berufen. Sie ist außerdem seit 2018 Beiratsmitglied der Stiftung Adam von Trott, Imshausen. Von 2016 bis 2021 war sie Sprecherin der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), von 2017 bis 2021 Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung (GEBF), von 2012 bis 2018: Mitglied des Sprecher-

kreises (2013–2016 Sprecherin) der Sektion Politikwissenschaft und Politische Bildung in der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), von 2015 bis 2016 Vorstandsmitglied der DVPW und von 2012 bis 2016: Schatzmeisterin der GPJE.

Zum Beitrag:

*I. Die Europäische Union und ihre Bürger*innen: zur Relevanz der politischen EU-Bildung*

Ohne Einbeziehung der europäischen Dimension lässt sich Politik in Deutschland heute weder angemessen begreifen noch gestalten. Dem muss eine zeitgemäße politische Bildung Rechnung tragen (vgl. Frech et al., 2021; KMK, 2020; Oberle, 2015, 2020; Rappenglück, 2022). Europa ist dabei mehr als die Europäische Union (EU), doch der EU kommt in der politischen Europabildung ein besonderer Stellenwert zu. Denn wenn man „Politik als Kern politischer Bildung“ (Massing & Weißeno, 1995) begreift, fokussiert Politikunterricht insbesondere menschliches Handeln zur Herbeiführung allgemeinverbindlicher Entscheidungen und setzt sich mit Politik in ihren drei Dimensionen *polity* (Form), *politics* (Prozess) und *policy* (Inhalt) auseinander (vgl. Oberle, 2022). Die EU ist der am stärksten verflochtene transnationale politische Zusammenschluss Europas (und weltweit), dessen Entscheidungen – kontinuierlich – starke Auswirkungen auf Politik in Deutschland und das Leben der hier ansässigen Menschen haben. Mehr als ein Drittel der bundesdeutschen Gesetzgebung ging in den letzten Jahren auf einen „europäischen Impuls“ zurück (vgl. z. B. König & Mäder, 2008; Töller, 2008, 2014). Zugleich können deutsche Bürger*innen auf zahlreichen Wegen Einfluss auf die politischen Entscheidungsfindungen der EU nehmen, sei es über die Direktwahl des Europäischen Parlaments, mittels Wahlentscheidungen bei nationalen oder regionalen Wahlen oder über Petitionen und europäische Bürgerbegehren.

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts haben gesellschaftliche Probleme und nationalstaatliche Lösungs- bzw. Steuerungsfähigkeit an Deckungsgleichheit verloren (Zürn, 1998, 2018). Eine Antwort auf die Entgrenzung der Problemlagen ist die Übertragung nationaler Souveränität auf andere politische Ebenen und an neue Akteure. Im Europäischen Mehrebenensystem ist dabei eine zunehmende Übertragung politischer Kompetenzen an die Europäische Union zu beobachten. Mit der voranschreitenden horizontalen Integration (= Erweiterung) und vertikalen Integration (= Vertiefung, vgl. Holzinger et al., 2005) ist aber auch die Kritik an den beiden Grundproblemen der EU lauter geworden: dem Mangel an demokratischer Legitimation und an Effizienz. Die tradierte Output-Legitimation (Frieden, Wohlstand) kann mehr als 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und gut 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges nicht mehr als Legitimitätsstifter des „System Sui Generis“ (= eigener Art) der EU genügen (vgl. Knelangen, 2015, 2021). Die mangelnde Input-Legitimation (Partizipation der Bürger*innen an politischen Entscheidungen bzw. Wahl von Repräsentant*innen als Entscheidungsträger*innen durch die souveräne Bürgerschaft) wird beklagt und u. a. an der nicht vom Volk gewählten Europäischen Kommission mit ihrem Initiativmonopol der Gesetzgebung sowie der star-

ken Legislativfunktion des exekutiv besetzten Rats der EU festgemacht. Den *permissiven Konsensus*, der die europäische Integration über Jahrzehnte trug, hat in Teilen ein *constraining dissensus* abgelöst.

So ist seit Anfang der 1990er Jahre Kritik an einer fehlenden demokratischen Legitimation der EU-Politik virulent und aus Diskussionen zu Grundlagen und Zukunft der europäischen Integration nicht wegzudenken (vgl. Oberle, 2021). Zugleich ist aber auch die Kritik an ihrer mangelnden Effizienz mit Begriffen wie Bürokratiemonster sprichwörtlich. Beide Probleme, das sogenannte Demokratiedefizit der EU wie auch ihre Effizienzproblematik, wurden vom Europäischen Rat (2001) in der Erklärung von Laeken ausdrücklich als reformbedürftig benannt. Mit der (letztlich gescheiterten) Europäischen Verfassung sowie der realisierten Alternative, dem 2009 in Kraft getretenen Reformvertrag von Lissabon, sollten diese Probleme ein Stück weit überwunden werden (vgl. Weidenfeld, 2006). Die institutionelle Reform wird allerdings prinzipiell dadurch erschwert, dass demokratische Input-Legitimität und Verfahrenseffizienz in einem gewissen Spannungsverhältnis (*trade-off*) zueinanderstehen.

Betrachtet man die politische Kultur, also die politischen Orientierungen der Bevölkerung in der EU, stellen sich für die Demokratisierung der Europäischen Union Herausforderungen, denen mit einer Institutionenreform alleine nicht begegnet werden kann. Neben dem institutionellen bzw. „konjunkturellen" Demokratiedefizit wird nämlich auch ein „strukturelles" Demokratiedefizit der EU beklagt (Schmidt, 2019, S. 430 ff.). Hier geht es um die Frage, inwieweit ein europäischer *demos* und eine europäische Identität existieren – ob die Bürger*innen der EU sich also als solche fühlen, ob sie Probleme der anderen Mitgliedsstaaten als ihre eigenen begreifen und ob sie bereit sind, Mehrheitsentscheide innerhalb der EU anzuerkennen. Der klassischen These der politischen Kulturforschung nach Almond und Verba (1963) zufolge braucht es für die Stabilität eines politischen Systems eine gewisse Kongruenz mit einer dazu passenden politischen Kultur. Das bedeutet einerseits, dass die EU mit zunehmend partizipatorisch orientierten Bürgerinnen und Bürgern ihre Entscheidungsprozesse demokratisieren, also mehr Mitbestimmung und Transparenz ermöglichen sollte. Die These bedeutet aber umgekehrt auch: Je mehr die EU ihre politischen Strukturen demokratisiert, umso höher sind auch die Anforderungen an die demokratiekompatiblen Orientierungen der Bürgerschaft. (Vgl. Oberle, 2021)

Wenn also das Europäische Parlament mehr Macht und Zuständigkeiten erhält, wie es mit den Vertragsrevisionen der letzten Jahrzehnte geschehen ist, dann braucht es auch gewandelte politische Orientierungen der Bevölkerung gegenüber der EU und der eigenen Rolle in der EU-Politik. Andernfalls kann, überspitzt formuliert, eine Stärkung des Europaparlaments eine Schwächung der demokratischen Legitimität der EU bedeuten. Solange nämlich die Wahlen zum Europäischen Parlament als „nationale Nebenwahlen" (*second-order elections*) begriffen werden, sich regelmäßig die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung nicht an diesen Wahlen beteiligt und einer solchen Wahlentscheidung wenig Wissen über europapolitische Positionen der Parteien und die politischen Prozesse der EU zugrunde liegen, kann der demokratische Mehrwert einer Aufwertung des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat der EU durchaus in Frage gestellt werden.

Der Verfassungsvertrag und der Reformvertrag von Lissabon sollten in beiden zentralen Problembereichen der institutionellen Architektur der EU – trotz deren partieller Gegenläufigkeit (siehe oben) – Verbesserungen bringen, also ein Mehr an demokrati-

scher Mitbestimmung, Transparenz und Bürgernähe sowie an Effizienz (vgl. Hofmann & Wessels, 2009; Weidenfeld, 2006). Die zunächst gescheiterten Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland weisen jedoch auf ein fundamentales Problem der EU hin, nämlich den Informationsmangel der Bevölkerung hinsichtlich der EU als einem massiven Stolperstein für deren demokratische Reform. So zeigen Umfragen, dass beispielsweise beim ersten irischen Referendum zum Vertrag von Lissabon in 2007 mangelndes Verständnis und subjektiv empfundene Uninformiertheit, übrigens insbesondere bei jungen Menschen, dazu führten, gegen den Reformvertrag zu stimmen bzw. der Abstimmung fernzubleiben. Dabei fehlte es nicht an frei zugänglichem und breit gestreutem Informationsmaterial über die Europäische Integration und das Reformprojekt. Jedoch scheint dieses von einer Vielzahl der Bürger*innen nicht für ein besseres EU-Verständnis genutzt werden zu können. So mangelt es bereits an grundlegender Kenntnis um die Direktwahl des Europäischen Parlaments (vgl. Westle, 2015; Westle & Johann, 2010), aber auch um dessen mittlerweile weitreichende Kompetenzen – *eine* der Ursachen dafür, dass im Schnitt nur jede/r zweite Wahlberechtigte/r an den Europawahlen partizipiert. Offenbar fordert die europäische Integration eine politikdidaktisch fundierte und über Multiplikator*innen intentional betriebene Bildung in besonderer Weise. Da nur die schulische politische Bildung sämtliche angehende Bürger*innen erreichen kann, trägt sie für die politische Europabildung eine besondere Verantwortung, die zugleich eine große Chance bedeutet (vgl. Oberle, 2012). Dabei birgt eine Zusammenarbeit mit der außerschulischen politischen Bildung vielfältiges Potenzial (vgl. Frech et al., 2021).

II. Ziele, Prinzipien und Herausforderungen der politischen EU-Bildung

In Anlehnung an das Modell der Politikkompetenz (Detjen et al., 2012) zielt politische EU-Bildung auf die Förderung einer auf die europäische Integration bezogenen politischen Urteilsfähigkeit, politischen Handlungsfähigkeit, konzeptuellen Wissens zur Europapolitik in ihren Dimensionen *polity*, *politics* und *policy* sowie auf die Förderung europapolitischer Motivationen (z. B. Interesse, Selbstwirksamkeitsüberzeugung) und Einstellungen (z. B. Institutionenvertrauen, Responsivitätsgefühl).

Oftmals wird als Ziel der politischen Europabildung ein „europäisches Bewusstsein“ proklamiert, wobei teilweise diffus bleibt, was genau mit diesem Konstrukt gemeint ist (vgl. Oberle, 2020a). Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) betont in ihrer im Jahr 2020 erneut aktualisierten Empfehlung „Europabildung in der Schule“ die Bedeutung der europäischen Dimension schulischer Bildung und fordert u. a., Kinder und Jugendliche „darauf vorzubereiten, ihre garantierten Rechte als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union aktiv wahrnehmen zu können“ (KMK, 2020, S. 5). Neben Kenntnissen über die Eingebundenheit Deutschlands in die EU und Wissen um die Bedeutung von deren Entscheidungen für das eigene Leben sollen bei den Lernenden auch ein Bewusstsein europäischer Zusammengehörigkeit und die Entwicklung einer „europäischen Zugehörigkeit“ gefördert sowie ein „Bewusstsein einer europäischen Identität als Ergänzung zu den lokalen, regionalen und nationalen Identitäten“ (ebd.) ermöglicht werden.

Angesichts des Kontroversitätsgebots und Überwältigungsverbots als Grundprinzipien politischer Bildung (zum sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ vgl. Wehling, 1977; Oberle, 2020b) stellt sich die Frage, inwiefern pro-europäische bzw. positive EU-Einstellungen sowie eine europäische Identität legitime Ziele politischer Bildung sein können. So wird eine „emphatisch-gesinnungsethische Prägung“ (Massing, 2004) der politischen Europabildung in der Politikdidaktik deutlich kritisiert. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass der Beutelsbacher Konsens nicht wertneutral ist und schulische bzw. staatlich geförderte politische Bildung einen klaren Grundgesetzbezug hat. Die dort verankerte Europaoffenheit (Art. 23 GG) kann eine grundsätzlich positive Bewertung der europäischen Integrationsbestrebungen im Unterricht rechtfertigen. In Anlehnung an David Easton (1965) lassen sich generelle und performanzbezogene politische Einstellungen unterscheiden und damit ein „harter“ von einem „weichen“ Euroskeptizismus (Knelangen, 2015, 2021). Während eine „fundamentale“ EU-Skepsis nicht im Zielbereich schulischer Bildung in Deutschland liegt, entspricht eine „konstruktive“ EU-Skepsis durchaus den Zielen der politischen EU-Bildung. In jedem Fall muss sich Politikunterricht auch mit Kritikpunkten am europäischen Einigungsprozess sowie mit alternativen Entwicklungsszenarien, institutionellen Designs und *policies* auseinandersetzen, und zwar multiperspektivisch auch unter Einbeziehung der Sicht unterschiedlicher Mitgliedsstaaten. Ziel des Unterrichts ist es, den Schülerinnen und Schülern ihre eigenen Einstellungen kognitiv zugänglich zu machen, Vorurteile in begründete, sachlich fundierte Urteile zu überführen und die Lernenden zu Perspektivenübernahme sowie zu einer selbstständigen, reflektierten Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu befähigen. Bei der Identitätsbildung ist kritisch zu reflektieren, dass Identifikation auch Ab- und Ausgrenzung beinhalten kann (Stichwort: Festung Europa), dass aber zugleich von hybriden bzw. multiplen Identitäten auszugehen ist (vgl. Kaina, 2009). Eine europäische Identität kann damit z. B. mit einer lokalen, nationalen und globalen Orientierung einhergehen, die je nach Situation unterschiedlich aktiviert werden. Selbstverständlich gilt, dass politische Einstellungen nicht Gegenstand schulischer Benotung sein dürfen. (Vgl. Knelangen & Oberle, 2022; Oberle & Leunig, 2018)

Schulische Europabildung soll gemäß KMK-Empfehlung auch in Form eines Schulprinzips (z. B. über Mobilitätsmaßahmen wie europäische Schüleraustausche) und eines fächerübergreifenden Unterrichtsprinzips (Berücksichtigung der europäischen Dimension in allen Schulfächern) erfolgen, dem politischen Fachunterricht kommt jedoch eine besondere Bedeutung zu. Im Sinne einer „europa-orientierten“ (Oberle, 2012) politischen Bildung sollte der Politikunterricht die europäische Integration dabei sowohl als themenübergreifendes Unterrichtsprinzip (z. B. im Kontext von Kommunalpolitik, Umweltpolitik oder Politischen Wahlen) als auch in einem speziellen Block zur Europäischen Union behandeln (vgl. Weißeno, 2004).

Die Umsetzung der politischen EU-Bildung begegnet in der Bildungspraxis jedoch großen Herausforderungen (Detjen, 2004; Oberle, 2020, 2012; Schöne, 2021; Schöne & Immerfall, 2015). Dazu zählen (auch aus Sicht von Lehrkräften, vgl. Oberle & Forstmann, 2015a; Tatje, 2017) eine empfundene „Hyperkomplexität“ des europäischen Mehrebenensystems als Lehr-Lern-Hindernis (was bereits die verwirrenden Begrifflichkeiten wie Europäischer Rat, Rat der EU und Europarat augenfällig machen) sowie die hohe Dynamik des europäischen Integrationsprojekts, welche eine geringe „Halbwerts-

zeit“ des EU-Wissens mit sich bringt. Damit geht einher, dass Unterrichtsmaterialien wie Schulbücher rasch veralten können; auch bieten Schulbücher oftmals wenig schüler- und handlungsorientierte Zugänge zur EU an und sind teilweise wenig kontrovers oder konfliktorientiert gestaltet (vgl. Oberle et al., 2021). Von der EU bereitgestellte Unterrichtsmaterialien wiederum sind häufig zu einseitig im Sinne einer Werbung für die EU. Weitere Probleme bestehen in einer vielfach empfundenen Bürgerferne und einem (scheinbar) mangelnden Lebensweltbezug der EU sowie in fehlenden Vorkenntnissen und Vorurteilen seitens der Lernenden.

III. Ansätze der EU-Bildung im Politikunterricht

Es gibt zahlreiche didaktische Ansätze für die politische EU-Bildung, um den genannten Herausforderungen zu begegnen (vgl. Oberle & Tatje, 2014). So lässt sich an Beispielen aus dem Schüleralltag wie Mobilität (z. B. Reduktion der Grenzkontrollen, Abschaffung der Roaming-Gebühren, EU-weite Gültigkeit des Führerscheins, Fahrgastrechte, gemeinsame Währung), Konsum (z. B. Lebensmittelsicherheit, Tierversuchsfreiheit von Kosmetika, Gewährleistungsgarantie) und Ausbildungsmöglichkeiten der Lebensweltbezug von Entscheidungen und Errungenschaften der EU veranschaulichen (Oberle & Stamer, 2020). Die exemplarische, problem- und konfliktorientierte Auseinandersetzung mit politischen Streitfragen der EU-Politik – von Agrar- über Umwelt- und Verbraucherschutz- bis hin zur Klima- und Sicherheitspolitik – fördert die politische Urteilsbildung der Lernenden. Politische Exkursionen, aber auch die (analoge oder digitale) Begegnung mit europapolitischen Akteuren im Klassenzimmer können der EU „ein Gesicht geben“ und politische Prozesse greifbarer machen (vgl. Weber, 2015). Zukunftswerkstätten schärfen den Blick der Jugendlichen für zentrale Herausforderungen und ihre eigene Betroffenheit und fördern ihre kreative und vorausschauende Problemlösefähigkeit. Politische Planspiele schließlich ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, EU-Politik „von innen“ zu verstehen (Schöne, 2017) und fördern spielerisch ihre EU-Kenntnisse, ihre europabezogene politische Urteilsfähigkeit, EU-bezogene Handlungsfähigkeiten wie Argumentieren, Verhandeln und Entscheiden sowie Motivationen wie EU-Interesse und politische Selbstwirksamkeitsüberzeugungen (Oberle & Leunig, 2018).

Dass die Behandlung der EU im Unterricht ausgesprochen relevant für die europapolitische Sozialisation ist, unterstreicht eine quasiexperimentelle Studie der Universität Göttingen zu den Wirkungen der curricular vorgesehenen EU-Thematisierung im Politikunterricht niedersächsischer Gymnasien und Gesamtschulen. Die Studie „Wissen und Einstellungen von Schüler*innen zur Europäischen Union“ (WEUS-II) (vgl. Oberle & Forstmann, 2015b) untersuchte das politische EU-Wissen sowie die politischen Einstellungen, Motivationen und Volitionen von 885 Schüler*innen aus 41 Klassen der Sekundarstufen Niedersächsischer Gymnasien und Gesamtschulen, wobei ein Teil des Samples die EU im politischen Fachunterricht bereits durchgenommen hatte, bei einigen Klassen die gezielte Auseinandersetzung mit der EU noch bevorstand. Die zweite Gruppe fungierte als Kontrollgruppe. Nach Befunden anderer Studien erfolgt die Behandlung der EU im alltäglichen Politikunterricht zumeist als thematischer Block, u. a. unter Nutzung des entsprechenden Schulbuchkapitels (vgl. Tatje, 2017; Oberle & Forstmann, 2015a).

EU-Wissen wurde in der Studie mit einer Batterie aus 44 Mehrfach-Antwort-Items erhoben (aufbauend auf dem von Oberle 2012 entwickelten und u. a. mit einem Expertenreview validierten Messinstrument), EU-Einstellungen mit Batterien aus jeweils mehreren Likert-skalierten Items. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass die Behandlung der EU im alltäglichen Fachunterricht auch unter Kontrolle der übrigen erhobenen potenziellen Einflussfaktoren, wie Geschlecht, Alter, kulturelles Kapital des Elternhauses, Gespräche über die EU mit Eltern und peers, Nachrichtenkonsum in Qualitätsmedien sowie Aufenthalte im europäischen Ausland, einen deutlichen Effekt (r=1.29***) auf das politische EU-Wissen der Schülerinnen und Schüler hat (hohe Effektstärke des signifikanten Wissensunterschiedes der beiden Gruppen Cohens d=1.44). Auch das subjektive EU-Wissen wird vom politischen Fachunterricht positiv beeinflusst, während sich für politische Einstellungen, diskursbezogenes politisches Effektivitätsgefühl und politische Partizipationsbereitschaften hier höchstens indirekte Effekte der EU-Behandlung im Unterricht zeigen, jeweils vermittelt über den Erwerb von EU-Kenntnissen. Interventionsstudien der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe konnten ebenfalls einen Zuwachs an EU-Wissen bei Schülerinnen und Schülern nachweisen, die an Unterrichtsreihen zur Europäischen Union teilgenommen hatten (vgl. Landwehr, 2017; Weißeno & Eck, 2013).

Was Methoden der EU-Bildung angeht, legen einige Studien besondere Potenziale politischer Planspiele (vgl. Bursens et al., 2018; Petrik & Rappenglück, 2017) offen, und zwar auch im zeitlich limitierten Schulunterricht. Bei politischen Planspielen übernehmen die Teilnehmenden unterschiedliche Rollen von Akteuren mit klaren Interessensgegensätzen und müssen im Rahmen institutioneller Regeln und zeitlicher Vorgaben politische Entscheidungen treffen, beispielsweise in der Europäischen Kommission Gesetzgebungsvorschläge entwickeln bzw. im Europäischen Parlament oder im Rat der EU über diese Vorschläge verhandeln und abstimmen. Manche Planspiele enthalten auch Rollen von Lobbygruppen und/oder Medienvertreter*innen. Der Einsatz solcher (analoger, digitaler und hybrider) EU-Planspiele in Politikunterricht und Lehrerbildung wird am Göttinger Arbeitsbereich für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik seit einigen Jahren systematisch beforscht. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse dieser empirischen Studien skizziert.

Eine Interventionsstudie untersuchte den Einsatz von 15 dreistündigen EU-Kurzplanspielen in Sekundarstufen an Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die einen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess des Europäischen Parlaments zu den Themen Asylpolitik, Datenschutz und Umweltpolitik simulierten (entwickelt und durchgeführt von der planpolitik GbR, www.planpolitik.de). Die Evaluation fokussierte die Bewertung des Planspiels durch die über 300 untersuchten Teilnehmenden sowie die Effekte der Teilnahme auf verschiedene EU-bezogene Dispositionen (politische Kenntnisse, Einstellungen, Motivationen und Volitionen) der Schüler*innen (vgl. Oberle & Leunig, 2018; Oberle et al., 2020).

Eine weitere Studie widmete sich den Potenzialen von Planspielen für die politische EU-Bildung in der Primarstufe (Jean Monnet Projekt PEP, http://pep.uni-goettingen.de) und untersuchte die Wirkung eines speziell für diese Zielgruppe entwickelten EU-Planspiels auf politische Kenntnisse, Einstellungen, Motivationen und Volitionen von Viertklässler*innen. In der PEP-Studie wurde während eines Vormittags eine Entscheidung des Rats der EU zu den Themen Gesunde Ernährung, Umweltschutz oder Tierschutz

simuliert, wobei deutschlandweit insgesamt 15 Durchführungen mit mehr als 300 Grundschüler*innen begleitend evaluiert wurden (Interventionsstudie mit drei Messzeitpunkten, einer Kontrollgruppe ohne Intervention, überwiegend vierte Jahrgangsstufe, vgl. Oberle et al. 2018). Ergänzend zu den schriftlichen Fragebogenerhebungen, die in den beiden erwähnten Planspielstudien zahlreiche Parallelen aufweisen und so auch Bezugnahmen ermöglichen, wurden leitfadengestützte Schülerinterviews geführt und mittels kategorialer Inhaltsanalyse ausgewertet.

Die Untersuchungen konnten deutliche Effekte der Interventionen auf die EU-bezogenen politischen Kenntnisse, Motivationen und Einstellungen der Schüler*innen sichtbar machen. In der Grundschulstudie PEP zeigen sich in der Follow-Up-Erhebung (sechs bis acht Wochen nach der Planspieldurchführung) auch längerfristige Effekte, insbesondere auf das EU-Wissen und das politische Effektivitätsgefühl der Kinder, aber auch auf ihr politisches Interesse und ihre Einstellungen zur EU. Das politische Responsivitätsgefühl der Teilnehmenden, also ihre Wahrnehmung, dass die EU auf die Interessen der Bürger*innen reagiert bzw. diese berücksichtigt, steigert sich deutlich, was auf ein erhöhtes Responsivitätsgefühl bei den eingangs sehr negativ eingestellten Schüler*innen zurückzuführen ist. In der Sekundarstufe verringert sich das Responsivitätsgefühl bei den zu Beginn eher positiv eingestellten Jugendlichen etwas hin zu einem mittleren Wert, was dafürspricht, dass die Planspiele bei den Teilnehmenden keine unreflektierte „EU-Euphorie“ und kein übersteigertes Responsivitätsgefühl befördert haben. Des Weiteren zeugen die Studien von einer hohen subjektiven Zufriedenheit der Teilnehmenden mit den Planspielen, die sich u. a. aus dem Spaß am aktiven Spiel, dem „Sich-Ernstgenommen-Fühlen“, aber explizit auch an einem erlebten Lernzuwachs speist. Dies gilt auch für eingangs politisch sehr desinteressierte Schüler*innen. Mädchen scheinen von der Teilnahme an diesen analogen Planspielen „in Präsenz vor Ort“ (für Studien zu digitalen und *blended-learning* Planspielen siehe Ivens & Oberle, 2020; Ivens & Franke, 2021; solche Online-Planspiele bieten auch besondere Chancen für den internationalen Schüleraustausch) besonders zu profitieren. Solche kompensatorischen Bildungseffekte verdeutlichen die Relevanz von Angeboten schulischer politischer (EU-)Bildung. Die Forschungsergebnisse unterstreichen außerdem die Potenziale der Planspielmethode für die Überwindung einer oftmals konstatierten politischen „Prozessverdrossenheit“ (Schöne, 2017; Oberle & Schöne, 2022), wobei insbesondere Einsichten in die Schwierigkeit und Relevanz von Kompromissen in der pluralistischen Demokratie gefördert werden (vgl. Oberle et al., 2020).

IV. Ausblick

Lern- und Lehrerfahrungen zeigen, dass ein verständiger Zugang zur EU mehrerer Anläufe bedarf. Politische EU-Bildung sollte bereits in der Grundschule ansetzen und auch dort über soziales, kulturelles und geografisches Lernen hinausgehen. Dass sich Kinder für Politik im engeren Sinne interessieren und bereits über Wissen und Einstellungen zu Europa und der Europäischen Union verfügen, zeigen empirische Studien (siehe oben; vgl. auch Schöne & Detterbeck, 2018). Akteure der schulischen und außerschulischen Bildung sollten Kinder nicht unterschätzen und die große Chance politischer (Europa-)

Bildung in der Primarstufe nicht ungenutzt lassen, sondern Kinder als junge Bürger*innen ernst nehmen und ihnen mit passenden Bildungsangeboten auf Augenhöhe begegnen. Für diese Altersgruppe und die an Grundschulen oftmals besonders heterogenen Lerngruppen sollten weitere Zugänge politischer (EU-)Bildung entwickelt werden, auch auf Basis empirischer Forschung.

Außerdem besteht besonderer Bedarf an politischer EU-Bildung für bislang „wenig erreichte Zielgruppen". In der Literatur werden verschiedene Begrifflichkeiten für diese Gruppe von Menschen genutzt, wie etwa „Politikferne", „Bildungsferne", „sozial Benachteiligte", „Menschen mit hohem Bildungsrisiko", „schwer Erreichbare" bzw. *„hard-to-reach learners"*, wobei die letztgenannten Bezeichnungen die Bring- bzw. Holschuld bei den Lernenden verorten, was für den Begriff „wenig erreichte Zielgruppen" spricht. Vorurteile und Unkenntnis über die EU sind bei bildungsferneren Jugendlichen besonders verbreitet (zu Einstellungsstudien vgl. Oberle, 2021; Oberle & Stamer, 2020). Gerade im nicht-gymnasialen Bereich mangelt es jedoch an qualitätsvollen Angeboten politischer Bildung (Achour & Wagner, 2020), und die EU gilt manchen Akteuren als zu komplex für diese Zielgruppen. Dass auch für solch „wenig erreichte Zielgruppen" geeignete Angebote politischer EU-Bildung entwickelt und erfolgreich durchgeführt werden können, konnte das Jean-Monnet-Projekt JUMPER (http://jumper.uni-goettingen.de) mit Workshops für Schüler*innen der Berufseinstiegsklasse bzw. im Berufseinstiegsjahr demonstrieren (vgl. Oberle & Stamer, 2020).

Eine zentrale Problematik der politischen Europabildung besteht jedoch darin, dass es Politiklehrkräften oftmals an fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kenntnissen für eine gelingende EU-Bildung mangelt. Obwohl im Einklang mit den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK, 2020) die Behandlung der EU in allgemeinbildenden Schulen in allen deutschen Bundesländern curricular vorgesehen ist (vgl. bereits Geyr et al., 2007), spielen die EU und ihre Vermittlung in der Ausbildung von Politiklehrkräften noch immer eine geringe Rolle (Schöne, 2021; Knelangen & Oberle, 2022). Die oben genannte Komplexität des europäischen Mehrebenensystems und die hohe Dynamik der europäischen Integration sind jedoch auch für Lehrkräfte eine nicht zu unterschätzende Herausforderung, die ihren Zugang zum Lehr-Lern-Gegenstand oftmals erschweren. Dazu kommt, dass Politische Bildung zu einem außergewöhnlich hohen Anteil fachfremd unterrichtet wird, die unterrichtenden Lehrkräfte also für dieses Fach oftmals überhaupt nicht professionell ausgebildet sind (vgl. Grieger & Oberle, 2020). Die Problematik einer unzureichenden Ausbildung für Politikunterricht und EU-Bildung ist besonders an Mittelschulen (je nach Bundesland unterschiedlich benannt, z. B. auch Haupt-, Real- oder Werkrealschulen, Oberschulen etc.) und berufsbildenden Schulen eklatant. Auch für Grundschulen gilt, dass Lehrkräfte, die im Fach Sachkunde oder Sachunterricht unterrichten, in den ersten beiden Phasen der Lehrerbildung (Studium und Referendariat) wenig Professionalisierung für politische Bildung erleben, geschweige denn für europapolitische Bildung bzw. EU-Bildung (vgl. Schöne & Detterbeck, 2018). Dringend erforderlich sind daher eine stärkere Europaorientierung der Lehrerbildung sowie qualitätsvolle, bestenfalls universitär verankerte Lehrerfortbildungen (zu deren Mangel vgl. Kessler et al., 2015) zur politischen EU-Bildung für alle Schulformen.

Literatur:

Achour, S., & Wagner, S. (2020). Ungleicher Zugang zur politischen Bildung: „Wer hat, dem wird gegeben.“ Ergebnisse einer bundesweiten Studie zur politischen Bildung und Demokratiebildung an Schulen. *Die deutsche Schule, 112* (2), 143–158.

Almond, G.A., & Verba, S. (1963). The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Bursens, P., Gijbels, V., Donche, V., & Spooren, P. (Eds.) (2018). Simulations of decision-making in political science. Heidelberg u. a.: Springer.

Detjen, J., Massing, P., Richter, D., & Weißeno, G. (2012). Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden: Springer VS.

Easton, D. (1965). A systems analysis of political life. New York NY: Wiley.

Europäischer Rat (2001). Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union (15. Dezember 2001). URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_laeken_zur_zukunft_der_europaischen_union_15_dezember_2001-de-a76801d5-4bf0-4483-9000-e6df94b07a55.html

Frech, S., Geyer, R., & Oberle, M. (Hrsg.) (2021). Europa in der politischen Bildung. Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Geyr, M. v., Hornung, L., Noack, F., Sonka, J., & Stratenschulte, E. D. (2007). Die Europäische Dimension in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer: Vergleichende Studie im Auftrag der Europäischen Kommission. Berlin: EAB.

Grieger, M., & Oberle, M. (2020). Fächerübergreifendes Unterrichten im Fach Gesellschaftslehre: Herausforderungen und Ansätze für die Lehrerbildung. In A. Albrecht, G. Bade, A. Eis, U. Jakubczyk, & B. Overwien (Hrsg.), Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen (S. 147–163). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Hofmann, A., & Wessels, W. (2009). Eine dauerhafte Verfassung für Europa? Die Beantwortung konstitutioneller Grundfragen durch den Vertrag von Lissabon. In F. Decker, & M. Höreth (Hrsg.), Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts (S. 69–95). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holzinger, K., Knill, C., Peters, D., Rittberger, B., Schimmelfennig, F., & Wagner, W. (2005). Die Europäische Union. Theorien und Analysekonzepte. Paderborn u. a.: Schöningh.

Ivens, S., & Franke, T. (2021). Fokus Balkan Online – Ein Blended-Learning-Planspiel für die europapolitische Bildung. In S. Frech, R. Geyer, & M. Oberle (Hrsg.), Europa in der politischen Bildung (S. 189–211). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Ivens, S., & Oberle, M. (2020). Does Scientific Evaluation Matter? Improving Digital Simulation Games by Design-Based Research. *Social Sciences 9*(9), 155. https://doi.org/10.3390/socsci9090155

Kaina, V. (2009). Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Kessler, S., Immerfall, S., & Schöne, H. (2015). Die Europäische Union im Unterricht. Das Feld der Lehrer/innen-Fortbildung. *Zeitschrift für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften*, 1/2015, 168–182.

Knelangen, W. (2021). Ende des europapolitischen Gleichklangs? Die öffentliche Meinung zur europäischen Integration in Deutschland. In K. Böttger, & M. Jopp (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Europapolitik (2. Aufl., S. 231–245). Wiesbaden: Springer VS.

Knelangen, W. (2015). Die Europäische Union und die Bürgerinnen und Bürger: Stimmungs-schwankungen oder handfeste Vertrauenskrise? In M. Oberle (Hrsg.), Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute (S. 13–26). Wiesbaden: Springer VS.

König, T., & Mäder, L. (2008). Das Regieren jenseits des Nationalstaates und der Mythos einer 80-Prozent-Europäisierung in Deutschland. In *Politische Vierteljahresschrift, 49* (3), S. 438–463.

Kultusministerkonferenz (KMK) (2020). Europabildung in der Schule. Beschluss der KMK vom 08.06.1978 i. d. F. vom 15.10.2020. URL: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1978/1978_06_08_Europabildung_2020-10-15.pdf

Landwehr, B. (2017). Partizipation, Wissen und Motivation im Politikunterricht. Eine Interventionsstudie. Wiesbaden: Springer VS.

Massing, P. (2004). Bürgerleitbilder – Anknüpfungspunkte für eine europazentrierte Didaktik des Politikunterrichts. In G. Weißeno (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts (S. 144–157). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Massing, P., & Weißeno, G. (Hrsg.) (1995). Politik als Kern der politischen Bildung. Opladen: Leske + Budrich.

Oberle, M. (2022). Demokratiebildung in der Schule. In K. Möller, F. Neuscheler, & F. Steinbrenner (Hrsg.), Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit (S. 62–73). Stuttgart: Kohlhammer.

Oberle, M. (2021). Wissen und Einstellungen von jungen Bürgerinnen und Bürgern zur Europäischen Union. In S. Frech, R. Geyer, & M. Oberle (Hrsg.), Europa in der politischen Bildung (S. 65–84). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Oberle, M. (2020a). Europabildung. In S. Achour, M. Busch, P. Massing, & C. Meyer-Heidemann (Hrsg.), Wörterbuch Politikunterricht (S. 65–68). Frankfurt a.M.: Wochenschau.

Oberle, M. (2020b). Beutelsbacher Konsens. In S. Achour, M. Busch, P. Massing, & C. Meyer-Heidemann (Hrsg.), Wörterbuch Politikunterricht (S. 30–32). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Oberle, M. (Hrsg.) (2015). Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute. Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, M. (2012). Politisches Wissen über die Europäische Union. Subjektive und objektive Politikkenntnisse von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, M., & Forstmann, J. (2015a). Lehrerfortbildungen zur politischen EU-Bildung – eine empirische Begleitstudie. In M. Oberle (Hrsg.), Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute (S. 193–209). Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, M., & Forstmann, J. (2015b). Effekte des Fachunterrichts ‚Politik und Wirtschaft' auf EU-bezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. In G. Weißeno & C. Schelle (Hrsg.), Empirische Forschung in gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Ergebnisse und Perspektiven (S. 67–82). Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, M., Ivens, S., & Leunig, J. (2018). EU-Planspiele in der Grundschule – Ergebnisse einer Interventionsstudie. In H. Schöne & K. Detterbeck (Hrsg.), Europabildung in der Grundschule (S. 101–117). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Oberle, M., & Leunig, J. (2018). Wirkungen politischer Planspiele auf Einstellungen, Motivationen und Kenntnisse von Schüler/innen zur Europäischen Union. In B. Ziegler & M. Waldis (Hrsg.), Politische Bildung in der Demokratie (S. 213–237). Wiesbaden: Springer VS.

Oberle, M., Leunig, J., & Ivens, S. (2020). What do students learn from political simulation games? A mixed-method approach exploring the relation between conceptual and attitudinal changes. European Political Science. https://doi.org/10.1057/s41304-020-00261-2

Oberle, M., & Schöne, H. (2022). Politische Prozesse als Gegenstand politischer Bildung. In W. Sander & K. Pohl (Hrsg.), Handbuch politische Bildung (5. Aufl., S. 297–287). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Oberle, M., & Stamer, M.-M. (2020). Reaching the Hard-To-Reach with Civic Education on the European Union: Insights from a German Model Project. *Social Sciences 9*(10), 173. https://doi.org/10.3390/socsci9100173

Oberle, M., & Tatje, C. (2014). Die Europäische Union vermitteln – Vorschläge für eine kompetenzorientierte EU-Didaktik. In S. Manzel (Hrsg.), Politisch mündig werden. Politikkompetenz in der Schule aufbauen und diagnostizieren (S. 63–77). Opladen: Barbara Budrich.

Petrik, A., & Rappenglück, S. (Hrsg.) (2017). Handbuch Planspiele in der politischen Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Rappenglück, S. (2022). Europabezogenes Lernen. In W. Sander, W., & Pohl, K. (Hrsg.), Handbuch politische Bildung (5. Aufl., S. 400–409). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Schmidt, M. G. (2019). Demokratietheorien. Eine Einführung (6. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.

Schöne, H. (2021). EU unterrichten in der Schule – eine Bestandsaufnahme. In S. Frech, R. Geyer, & M. Oberle (Hrsg.) (2021), Europa in der politischen Bildung (S. 85–100). Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Schöne, H. (2017). Politikwissenschaftliche Mikroanalyse und Politische Bildung. In M. Oberle & G. Weißeno (Hrsg.), Politikwissenschaft und Politikdidaktik. Theorie und Empirie (S. 87–101). Wiesbaden: Springer VS.

Schöne, H., & Detterbeck, K. (Hrsg.) (2018). Europabildung in der Grundschule. Frankfurt a. M.: Wochenschau.

Schöne, H., & Immerfall, S. (2015). EU-Bildung in der Schule – Erfahrungen und Desiderate. In M. Oberle (Hrsg.), Die Europäische Union erfolgreich vermitteln (S. 67–80). Wiesbaden: Springer VS.

Tatje, C. (2017). Die Rolle des Schulbuchs bei der Vermittlung der Europäischen Union – Nutzung und Wirkung im politischen Fachunterricht. Wiesbaden: Springer VS.

Töller, A. E. (2014). Europäisierung der deutschen Gesetzgebung. Wissenschaftliches Kurzgutachten. Hagen: FernUniversität in Hagen.

Töller, A. E. (2008). Mythen und Methoden. Zur Messung der Europäisierung der Gesetzgebung des Deutschen Bundestages jenseits des 80-Prozent-Mythos. *Zeitschrift für Parlamentsfragen, 39* (1), 3–17.

Weber, I. (2014). Die Europäische Union ‚vor Ort' erleben. Politische Exkursionen nach Brüssel. In M. Oberle (Hrsg.), Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute (S. 251–263). Wiesbaden: Springer VS.

Wehling, H.-G. (1977). Konsens à la Beutelsbach? In S. Schiele & H. Schneider (Hrsg.), Das Konsensproblem in der politischen Bildung (S. 173–184). Stuttgart: Klett.

Weidenfeld, W. (2006). Die Europäische Verfassung verstehen. Gütersloh: Bertelsmann/ Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Weißeno, G. (2004). Konturen einer europazentrierten Politikdidaktik – Europäische Zusammenhänge verstehen lernen. In ders. (Hrsg.), Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts (S. 108–125). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Weißeno, G., & Eck, V. (2013). Wissen, Selbstkonzept und Fachinteresse. Ergebnisse einer Interventionsstudie zur Politikkompetenz. Münster/New York: Waxmann.

Westle, B. (2015). Wissen um die Direktwahl des Europäischen Parlaments – eine Frage des Alters? Deutsche im westeuropäischen Vergleich. In M. Oberle (Hrsg.), Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute (S. 39–63). Wiesbaden: Springer VS.

Westle, B., & Johann, D. (2010). Das Wissen der Europäer/innen über die Europäische Union. In T. Faas, K. Arzheimer, & S. Roßteutscher (Hrsg.), Information – Wahrnehmung – Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung (S. 352–374). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zürn, M. (2018). A Theory of Global Governance: Authority, Legitimacy, and Contestation. Oxford: Oxford University Press.

Zürn, M. (1998). Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Monika Oberle

„Planspiele eignen sich hervorragend für ein besseres Verständnis der EU“

Michael Gehler: *Ich begrüße ganz herzlich Kollegin Monika Oberle von der Georg-August-Universität zu Göttingen und danke Ihnen, dass Sie sich Zeit genommen haben, zu kommen. Wir führen diese Gespräche hier schon seit rund 10 Jahren, immer wieder nach dem gleichen Muster. Wir haben Standardfragen und individualisiert angelegte Fragen. Die erste Frage, die wir allen stellen: Können Sie uns etwas zu Ihrer Herkunft sagen, Ihrem Elternhaus, Ihrer Erziehung? Uns interessiert auch, woher die Menschen kommen, die sich mit den Wissenschaften beschäftigen, seien es die Sozialwissenschaften, die Geschichtswissenschaften oder die Politikwissenschaften.*

Monika Oberle: Ich bin in Karlsruhe geboren und in einem katholischen Elternhaus aufgewachsen, wobei meine Eltern Religion nicht praktizierten. Beide Familien, vor allem die väterliche, waren katholisch geprägt, ein Onkel war ein sozial sehr engagierter Pfarrer, meine Patentante war Religionslehrerin, was meine Wertebildung gewiss beeinflusst hat. Ich bin die Jüngste von drei Kindern (eigentlich von fünf, doch ein Paar Zwillinge wurden vor mir leider tot geboren). Ich war das „Nesthäkchen“, was sich natürlich auf die Erziehung ausgewirkt hat. Mein Bruder und meine Schwester hatten schon einiges vorgekämpft. Ich hatte eine geborgene Kindheit und Jugend, wobei meine Eltern mir auch viel Freiheit gelassen haben. Mein Vater war ein politisch sehr interessierter Mensch, wobei er in keiner Partei aktiv war. Wir hatten zahlreiche Zeitungs- und Zeitschriften-Abonnements, u. a. *Die Zeit* und das *Times Magazine*. Sonntagmittags lief immer der „Presseclub“. Mit meinem Vater habe ich auch sehr viele Diskussionen über Politik geführt. Ich würde sagen, er war Zeit seines Lebens wahrscheinlich FDP/CDU-Wähler. Ich selbst bin seit den 1990er Jahren Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen, sympathisiere allerdings mit allen demokratischen Parteien in Deutschland. Das politische Interesse meines Elternhauses war sicherlich ein wichtiger Faktor für die Entwicklung meines eigenen politischen Interesses. Meine Mutter ging in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter auf. Sie hat einen Volksschulabschluss und absolvierte eine Ausbildung als kaufmännische Angestellte. Dass sie nach der Grundschule nicht aufs Gymnasium gewechselt war, lag allerdings nicht an einem Mangel an Fähigkeiten – ihre Noten waren hervorragend –, sondern an dem Mobbing durch Mitschülerinnen, die sie mit dem Schulwechsel hinter sich lassen konnte. Sie begab sich im Alter von 25 Jahren mit Überseekoffer in die USA, wo sie allerdings meinen Vater kennenlernte und ihm dann entgegen ihrer Planung zurück nach Europa folgte, wo die beiden dann auch heirateten. Ich selbst habe das humanistische Markgrafen-Gymnasium in Karlsruhe-Durlach besucht, im Lateinzweig, und ging insgesamt gerne zur Schule.

Jörg Beining: *Was war ausschlaggebend für Ihre Studienwahl?*

Monika Oberle: Tatsächlich war ein Ereignis entscheidend, auf das ich hier sicher noch öfter zurückkommen werde. Ich habe in der zwölften Klasse während der Schulferien an einem 10-tägigen außerschulischen politischen Bildungsseminar teilgenommen, das mich nachhaltig beeindruckt hat. Damals hieß dieser Verein noch „Fortbildungswerk für Schüler und Studenten“ (FWS). Nach seiner Auflösung wurde Anfang der 1990er Jahre der Verein zur „Förderung politischen Handelns e.V.“ (v.f.h.) gegründet, ein dezidiert überparteiliches, staatlich anerkanntes Bildungswerk, bei dem ich in den Ferien und nach dem Abitur weitere Seminare besuchte. Für den v.f.h. habe ich dann in den nachfolgenden Jahren selbst viele Seminare geleitet, war ehrenamtlich als Seminarleiterin und Referentin aktiv und auch im Vorstand. Die Erfahrungen mit dem v.f.h. waren vermutlich ein ausschlaggebender Punkt für meine Studienwahl. Hätte ich diese Seminare nicht erlebt – wobei es natürlich auch zuvor vorhandene Motive gab, weshalb ich sie besucht habe –, hätte ich vielleicht eher Sprachwissenschaften oder Tiermedizin studiert. Ich hatte ein sehr gutes Abitur und war frei in meiner Studienfachwahl, aber ich wusste nicht, was ich „werden“ wollte. Auch aus diesem Grund habe ich im Herbst nach dem Abitur erstmal eine halbjährige Weltreise unternommen und bin, finanziert durch vorher absolvierte Jobs in der Gastronomie und Produktion, ein halbes Jahr lang mit dem Rucksack durch Ecuador und Neuseeland gereist, mit Zwischenstopps in den USA und auf Fiji. Anschließend war ich noch vier Monate in Perugia, Italien, wo ich an der Università per Stranieri die italienische Sprache und Kultur studierte. Nach diesem intensiven, wertvollen Jahr hatte ich allerdings noch immer keine Klarheit, was ich beruflich „werden“ wollte, wie wir damals sagten, und habe mich dann für ein Magisterstudium mit drei Fächern entschieden: Politikwissenschaft, Philosophie und Neuere Deutsche Literatur. Ich empfand es dann jedoch als etwas unbefriedigend, dass man sich in allen drei Domänen nicht wirklich auskennt, weshalb ich mich auf ein Fach fokussieren wollte. Sich nach dem Studium in einer Universitätsdisziplin wirklich „auszukennen“, ist natürlich illusorisch. Meine Wahl fiel dann jedoch auf Politikwissenschaft, da ich mir davon einen interessanten, aber auch sinnvollen Beruf versprach, wenn ich auch keine bestimmte berufliche Tätigkeit vor Augen hatte.

Andreas Pudlat: *Können Sie uns etwas zu Ihren akademischen Lehrern berichten?*

Monika Oberle: Ich hatte unter meinen Hochschullehrenden eigentlich keine Vorbilder, also niemanden, bei dem ich sagen würde: „So wollte ich werden.“ In der Politikwissenschaft lehrten interessante Persönlichkeiten, wie z. B. Elmar Altvater am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Auch erinnere ich mich an einzelne spannende Seminare der Philosophie und Neueren Deutschen Literatur an der Universität Marburg, bzw. ich erinnere mich an die hierfür gelesenen Texte. Ich muss allerdings insgesamt rückblickend sagen, dass viele meiner Lehrveranstaltungen hochschuldidaktisch nicht allzu wertvoll waren. Manche Lehrende schrieben gelegentlich ein Wort an die Tafel und sagten zu den Studierenden: „Das müssten Sie eigentlich alle wissen“, ohne es jedoch letztlich zu erklären. In anderen Seminaren saßen die Lehrpersonen unsichtbar zwischen Studierenden im vollbesetzten Seminarraum, während die ganze Zeit über Referate gehalten wurden. Es war interessant, die Schriften dieser Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu lesen. Aber es gibt niemanden unter meinen damaligen Lehrenden, der oder die mein Vorbild

gewesen wäre. Es waren tatsächlich nicht die Hochschullehrenden, die mich dann später zur politikwissenschaftlichen Forschung gebracht haben. Rückblickend ist es interessant, dass ich bei Edeltraud Roller[1] meine Diplomarbeit über Politische Korruption in Italien schrieb. Sie war damals Privatdozentin am OSI und arbeitete am Wissenschaftszentrum Berlin. Meine Studienschwerpunkte und meine Abschlussarbeit hatten keinen Schwerpunkt in der empirischen Sozialforschung. Meine spätere Dissertation und Forschungsschwerpunkte waren dann allerdings durchaus anschlussfähig an Frau Rollers Einstellungs- und Politische Kultur-Forschung, und sie freute sich, als ich ihr meine Dissertation über das politische EU-Wissen von Jugendlichen zukommen ließ.

Severin Cramm: *Gab es darüber hinaus Lehrer und Persönlichkeiten, die Sie im Studium begleiteten?*

Monika Oberle: In der Tat, damit kommen wir wieder zurück zum v.f.h., zum „Verein zur Förderung politischen Handelns“. Ich war während meines Studiums und bis zum Antritt meiner Juniorprofessur weiterhin aktiv für den v.f.h. tätig, habe 5–10-tägige Schülerakademien sowie Wochenendseminare für Studierende geleitet und als Referentin mitgewirkt. In dem Verein lernte ich viele interessante Persönlichkeiten kennen, von denen manche heute öffentliche Ämter innehaben. Der Oberbürgermeister von Kiel ist zum Beispiel ein v.f.h.-Urgestein. Er ist ein Jahr älter als ich und fungierte für mich durchaus als Vorbild, ebenso wie seine Frau. Einer der für mich am meisten prägenden Referenten und Kollegen des v.f.h. war Patrick Graichen[2], der später als persönlicher Referent des Staatssekretärs und schließlich als Referatsleiter für Klima- und Energiepolitik im Bundesumweltministerium arbeitete und heute Direktor des ThinkTanks Agora Energiewende ist. Es gab weitere spannende und inspirierende Referentinnen und Referenten, darunter ein späterer Informatikprofessor der Freien Universität Berlin, aber auch Leute, die keinen Universitätsabschluss gemacht haben, jedoch bis heute großartige außerschulische politische Bildner sind. Das Besondere an der Arbeit des v.f.h. waren Authentizität, Überparteilichkeit und die Bearbeitung von Fragen zu Gesellschaft und Politik, die auch Jugendliche beschäftigen, wobei Raum eröffnet wurde, diese selbst bis zu Ende zu durchdenken, und gleichzeitig auch gute Antworten erarbeitet wurden, die bereits intensiv durchdacht worden waren. „Denken hilft“ war ein leitendes Motto des Vereins, im Zentrum stand die Förderung von demokratischen Einstellungen sowie Bereitschaften und Fähigkeiten zum politischen Engagement. Im v.f.h. begegnete ich tatsächlich Persönlichkeiten, die mich später immer wieder auch in schwierigen Arbeits- und Lebenssituationen aufrecht gehalten haben und als meine Vorbilder gelten können.

1 Prof. Dr. Edeltraud Roller, (geb. 1957, gest. 2020), war Politikwissenschaftlerin an der Universität Mainz.

2 Dr. Patrick Graichen soll im Ministerium von Robert Habeck künftig Energiestaatssekretär werden, siehe z. B. Handelsblatt: https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2021/neuer-staatssekretaer-patrick-graichen-wird-robert-habecks-wichtigster-mann/27849362.html?ticket=ST-930307-WNqEZJlS51bNjY4QCqRd-cas01.example.org

Severin Cramm: *Hatten Sie darüber hinaus auch Vorbilder aus Gesellschaft und Politik Deutschlands und Europas?*

Monika Oberle: Im Grunde nicht, weil mir – zumindest im Rückblick ist das meine Narration der Geschichte, meiner Biographie – relativ schnell klar wurde, dass auch idealisierte Persönlichkeiten „nur" Menschen sind. Auch große Persönlichkeiten haben oft bedeutende Schwächen, und es gab in der Politik niemanden, dem oder der ich nacheifern wollte. Derlei Vorbilder fand ich eher in populär-kulturellen Figuren, wie z. B. dem sozial engagierten Bono von der Band U2, den ich in meiner frühen Jugend bewundert habe. Musiktexte haben mich tatsächlich intensiv durch meine Jugendzeit begleitet, wobei ich in der Adoleszenz besonders Alternative Music, Rock und Grunge hörte. Die Songtexte waren oft auch politisch. Da ging es um existenzielle Fragen und die Infragestellung des Status Quo. Mich hat sehr beschäftigt, dass die Welt ganz anders sein könnte, wenn die Menschen jeden Tag ihre Energie in andere Richtungen lenken würden als gewohnt. Auch die Schriften nichtlebender Personen waren für mich prägend, wie z. B. Sartre[3] oder, auf andere Weise, Hermann Hesse. Ich hatte jedoch keine bestimmten Politiker oder Politikerinnen als Vorbild.

Michael Gehler: *Keine Politikerinnen?*

Monika Oberle: Auch Politikerinnen nicht. Obwohl mir das natürlich ein Ansporn war, dass es in der Politik wenige Frauen gab. Ich habe in meiner Jugend auch Biografien gelesen – so standen hinter meinem Bett auch die Biografien „starker Frauen", die mir übrigens von meinem Vater und meiner Patentante geschenkt worden waren. Diese haben mich bestimmt inspiriert, aber ich erinnere mich nicht an bestimmte Persönlichkeiten. Interessant waren solche Biografien durchaus und ich habe mir sie zur Inspiration angeschaut, doch ich hatte kein bestimmtes Vorbild.

Michael Gehler: *Warum nicht?*

Monika Oberle: Ich glaube, weil ich sehr stark fokussiert darauf war, herauszufinden, was ich eigentlich will und was ich selbst für richtig halte. Ich habe mich an den großen Fragen des Daseins abgearbeitet, aber anhand des konkreten Nahraums und der in meinem eigenen Umfeld und Erleben ersichtlichen und erfahrbaren Spannungsverhältnisse. So habe ich mich stets intensiv mit den Überzeugungen und auch den weltverbesserischen Ideen der Personen auseinandergesetzt, die mir in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis und eben im v.f.h. begegnet sind. Weltverbesserische Ideen haben mich immer sehr beschäftigt, ich wollte diese aber stets auch pragmatisch auf ihre Realisierungsfähigkeit abklopfen. Solche Vorbilder gehören dann für mich eher zur Fiktion. Große Figuren, denen man nacheifert, das ist wunderbar. Ich lese sehr gerne literarische Texte. Natürlich hat auch ein Martin Luther King inspirierende Kraft, historische Figuren, deren Reden und Handeln noch lange nachwirken. Trotzdem würde ich solche mir unbekannten Perso-

---

3 Jean-Paul Charles Aymard Sartre (*21. Juni 1905; †15. April 1980) war französischer Romancier, Dramatiker, Philosoph und Publizist.

nen nicht verehren wollen. Ob ich wirklich so vernünftig gedacht habe damals, das kann ich Ihnen nicht versprechen, aber so ist meine Erinnerung an meine Jugend und mein früheres Erwachsenenalter.

Michael Gehler: *Wann ist Ihnen bewusst und klar geworden, dass Europa mehr ist als nur Geografie oder Milchseen und Butterberge, nämlich ein zutiefst politisches Projekt?*

Monika Oberle: Ich denke, dass mir spätestens in den v.f.h.-Seminaren klar geworden ist, dass alles eine zutiefst politische Sache ist. Schon in der Grundschule habe ich erste politische Bildungserfahrungen gemacht, und schon in meiner Kindheit und frühen Jugend wurde mir bewusst: Die Welt, wie sie mich umgibt, ist eine durch Menschen gestaltete. Dabei drängen sich unmittelbar Fragen auf, wer warum wie was gestaltet. Denn die uns und mir damals begegnende Welt, von der Infrastruktur bis zu geltenden Regeln, könnte natürlich auch anders sein. Das gilt auch für Europa. Ich bin viel gereist – es war für mich recht selbstverständlich, dass man sich innerhalb Europas sehr frei bewegen kann. Während meines Studiums war ich mit dem europäischen Mobilitätsprogramm Erasmus für ein Jahr in London und profitierte so von der finanziellen Unterstützung der EU. Mir war auch klar, dass es europäische Regelungen gibt – Sie haben bereits Milchseen und Butterberge angesprochen – die relevant sind, wenn man mehr Gerechtigkeit in der Welt erreichen möchte. So habe ich mich in meiner Jugend und während meines Studiums für europäische Agrar- und Handelspolitik interessiert. Mir war als politisch denkender Mensch schon früh klar, dass Europa eine relevante politische Ebene ist.

Jörg Beining: *Welcher Fragestellung widmeten Sie sich in Ihrer Habilitation? Was waren die Erkenntnisse aus dieser Arbeit?*

Monika Oberle: Ich habe mich nicht habilitiert, sondern kam nach meiner Promotion auf eine Juniorprofessur mit tenure track, von der aus ich nach erfolgreicher Zwischenevaluation direkt auf einer Universitätsprofessur entfristet wurde. Daher habe ich auch nicht mehr kumulativ habilitiert. Thema meiner Promotion waren die Kenntnisse von Jugendlichen über die Europäische Union. Dieses Themenfeld habe ich gewählt, weil ich selbst mehr über die Europäische Integration und die Europäische Union erfahren wollte. Denn ich hatte, ehrlich gesagt, den Eindruck, in meinem politikwissenschaftlichen Studium nicht viel über die EU gelernt zu haben. Was mein Promotionsthema angeht – EU-Wissen von Schülerinnen und Schülern – könnte man zunächst denken: „Das muss doch schon erforscht sein. Das klingt sehr langweilig.“ Aber tatsächlich ist es überhaupt nicht gut erforscht, und die politische Wissensforschung ist von verschiedenen Perspektiven beleuchtet ein spannungsreiches und spannendes Forschungsfeld. Es ist auch gesellschaftlich und politisch bedeutsam, zudem ist es untererforscht. Gerade zum politischen Wissen von Schülerinnen und Schülern gibt bzw. gab es keine überzeugenden Erhebungsinstrumente und kaum Studien. Das Eurobarometer enthält manchmal ein paar Fragen mit fünfzig Prozent Ratewahrscheinlichkeit, oder es wird nach dem subjektiven Wissen gefragt, also nach dem selbst eingeschätzten Kenntnisstand. In meiner Dissertation habe ich, auch mit Hilfe von Expertenreviews, versucht, ein valides und reliables Instrument zur Erfassung der EU-Kenntnisse zu entwickeln und damit EU-Kenntnisse von Schülerinnen und

Schülern sowie einige Einflussfaktoren zu eruieren. Die Review der Experten und Expertinnen aus Politikwissenschaft und Politikdidaktik hat ergeben, dass außer den Eurobarometerfragen, die ebenfalls in dem Entwurf enthalten waren, das Wissen, das zum Beantworten der Fragen notwendig ist, für Schulabgänger und -abgängerinnen als relevant oder sehr relevant eingeschätzt wird. So konnte ich ein theoretisch und empirisch fundiertes Messinstrument aus ungefähr vierzig Multiple-Choice-Items entwickeln. Zusätzlich habe ich mit einer Batterie aus Likert-skalierten Items auch das subjektive EU-Wissen der Schülerinnen und Schüler abgefragt. Außer der Entwicklung eines Messinstruments für objektives EU-Wissen, das sich, auch in komprimierter Form, in weiteren Studien einsetzen lässt, waren zwei Erkenntnisse besonders interessant: Zum einen, dass sich auch bei Jugendlichen ein Gender-Gap im politischen Wissen zeigt. Der Geschlechterunterschied zu Lasten von Mädchen zeigt sich vor allem auch beim subjektiven politischen Wissen, das heißt auch unter Kontrolle ihrer objektiven Kenntnisse über die EU schätzen Mädchen ihre eigenen Kenntnisse geringer ein als Jungen. Ein solcher gender gap zeigt sich in meinen Studien auch für das EU-bezogene interne Effektivitätsgefühl der Jugendlichen, also das Zutrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten. Interessant war zum anderen, dass subjektives EU-Wissen kein guter Proxyindikator für objektives EU-Wissen ist, v. a. wenn man heterogene Gruppen befragt, wie Schülerinnen und Schüler von Realschulen und Gymnasien. Die Befragten messen ihre eigenen Kenntnisse an unterschiedlichen Bezugsgruppen. Es zeigt sich also ein sogenannter big-fish-little-pond-Effekt für subjektives politisches Wissen. Damit ist subjektives politisches Wissen als Proxyindikator, wie es häufig verwendet wird in Umfragestudien, für heterogene Gruppen nur eingeschränkt brauchbar, und solche Studienergebnisse sind mit großer Vorsicht zu interpretieren.

Andreas Pudlat: *Hängen Sie einer bestimmten Theorie der Politikwissenschaften an?*

Monika Oberle: Sie wissen vielleicht, dass ich empirisch forsche, auch mit quantitativen Methoden. Wenn ich hier zunächst auf die klassische, durchaus kritikwürdige Trias politikwissenschaftlicher Forschungsstränge Bezug nehme, ist meine Arbeit der empirisch-analytischen Politikwissenschaft zuzuordnen, jedoch ohne Ausschluss einer normativ-ontologischen Orientierung. Gerade auch für die Politikdidaktik sind normative Fragen wichtig, welche Ziele politische Bildung verfolgen soll, und diese lassen sich empirisch nicht ausreichend beantworten. Außerdem haben meine Forschungsarbeiten immer auch einen Wertebezug bei der Wahl der Fragestellungen und bei der Bewertung der Ergebnisse. Ich versuche, diesen Wertebezug – nicht beweisbare a priori-Annahmen – transparent zu machen und zu begründen. Ansonsten waren und sind die Pluralismustheorie bspw. Ernst Fraenkels und die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas für mich wichtige Bezugspunkte.

Severin Cramm: *Welche Rolle spielten europäische Integrationswissenschaften zu Ihrer Zeit an den Universitäten Deutschlands, Großbritanniens und Italiens?*

Monika Oberle: In Italien habe ich ein Auslandsstudienjahr an der Università per Stranieri di Perugia verbracht und die italienische Sprache und Kultur studiert, wobei es eher um die Geschichte Italiens im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, weniger um die

jüngere europäische Integration ging. In meinem Studienjahr in London habe ich auch *Western European Politics*-Kurse besucht, wobei die europäische Integration ein zentraler Gegenstand war. Im Rahmen meines Studiums an den Universitäten Marburg und FU Berlin, muss ich sagen – das ist auch etwas, was mich in meiner Arbeit zur politischen EU-Bildung antreibt –, habe ich recht wenig über die europäische Integration gelernt, obwohl ich einzelne Seminare besucht habe. Hierzu eine kleine Anekdote: In einem Masterseminar saßen wir morgens um acht in einem vollgepackten Raum auf dem Boden, und es wurde über die Zukunft der europäischen Integration philosophiert. Ich wusste aber nicht wirklich, wie das Institutionengefüge der EU funktioniert, und ich bin überzeugt davon, dass es vielen meiner Kommilitonen und Kommilitoninnen ähnlich ging, weil diese Grundlagen im Studium nicht vermittelt wurden. Man konnte dennoch mitdiskutieren, doch eigentlich fehlte ein Grundverständnis der EU als Basis, um bestehende Strukturen angemessen kritisieren und weiterdenken zu können. Ich muss gestehen, ich hatte mir dieses Grundwissen selbstständig nicht angeeignet. Und genau das sehe ich jetzt bei meinen Studierenden, selbst bei sehr guten Politikstudierenden. Zumindest für Politik-Lehramtsstudierende waren an der Universität Göttingen lange Zeit kaum Lehrveranstaltungen zur europäischen Integration vorgesehen, sodass Studierende sich erst in meinen politikdidaktischen Masterseminaren auch Grundlagenwissen zum politischen System der EU, seiner Genese, Kritikpunkten und alternativen Entwicklungsszenarien aneigneten. So wussten Studierende beispielsweise vorher nicht, wie das Mitentscheidungsverfahren funktioniert, wie sich die Europäische Kommission legitimiert, und kannten die Rolle des Europäischen Parlaments nicht, die so oft unterschätzt wird. Aus meiner Sicht müsste jedoch unbedingt verankert werden, dass jemand, der oder die Politikwissenschaften studiert, nicht nur das politische System der BRD näher kennenlernen muss, sondern auch das politische System der EU, bzw. das europäische Mehrebenensystem. Natürlich muss es neben der Polity-Ebene (Form) im politikwissenschaftlichen Studium auch um die Politics- (Prozess) und Policy-Ebene (Inhalt) europäischer Politik gehen.

Michael Gehler: *Wir haben damit die Integrationswissenschaften Deutschlands, Italiens und Großbritanniens berührt. Wie erklären Sie sich eigentlich als Politikwissenschaftlerin und Politikdidaktikerin die Entstehung dieser europäischen Einigung, die ja zunächst einmal auf Westeuropa reduziert und begrenzt war? Und inwieweit ist hierfür auch die Geschichtswissenschaft heranziehenswert?*

Monika Oberle: Es gibt unterschiedliche politikwissenschaftliche Ansätze der Integrationstheorien, die meiner Ansicht nach alle einen Beitrag dazu leisten, diese enorm dynamische und immer wieder auch erfolgreiche Entwicklung zu erklären. Die Theorie des Föderalismus sieht die treibende Kraft in der Idee eines gemeinsamen Staates, die von politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen wird. Diese Kraft gibt es bestimmt, solche Ideen und Akteure treiben die Integration voran. Wir haben gerade auch Herrn Kohl[4] geehrt, der durchaus große Visionen bezüglich eines geeinigten Europas verfolgte. Ein anderer Erklärungsansatz ist der Neofunktionalismus, bei dem die euro-

4 Helmut Josef Michael Kohl (*3. April 1930; †16. Juni 2017) war Politiker der CDU und deutscher Bundeskanzler (1982–1998).

päische Integration die Funktion erfüllen soll, bestehende Probleme für alle beteiligten Staaten gewinnbringend zu lösen. Die wirtschaftliche Integration und Vergemeinschaftung bestimmter Politikbereiche führt dann zu „spill over"-Effekten und einer weiteren politischen Integration. So wirkt die sogenannte Methode Monnet: „Form follows function", die Integration folgt also keinem visionären Bauplan, sondern die institutionelle Struktur entwickelt sich auf Basis der Notwendigkeit der jeweiligen Funktion. Erklärungskraft hat aber auch der intergouvernementale Ansatz, demzufolge die Regierungen der europäischen Nationalstaaten, und insbesondere der großen Länder wie Deutschland und Frankreich, die maßgeblichen Akteure der Integration sind. Spannend an der europäischen Integration ist ja, zu sehen, welche unterschiedlichen Ziele die an der Integration beteiligten Akteure verfolgen. Akteure wie Großbritannien strebten nach einem intergouvernementalen Zusammenschluss, also einem Staatenbund. Gleichzeitig wollten Akteure, mit denen sie verhandelt haben, stärker in Richtung eines Bundesstaats. Solche Akteure treffen aufeinander und verhandeln weitere Integrationsschritte, wobei eigenartige institutionelle Konstruktionen herauskommen. Auch wünschen sich manche einen Türkei-Beitritt aus dem Motiv heraus, die Vertiefung der EU zu schwächen. Das macht es so spannend. Zugleich sehe ich nicht, dass es „die eine" Integrationstheorie gibt, die alles erklärt. Vielleicht ist es auch manchmal wie mit einem Marmeladendeckel, den man lange nicht aufkriegt, und plötzlich geht es. So gab es diesen schrecklichen, katastrophalen Zweiten Weltkrieg, nach dem vielen klar war, dass man solch eine Entwicklung künftig verhindern muss. Dann gab es den Schritt der USA zu sagen: „Wir grenzen aber die Deutschen nicht aus. Nicht noch einmal so einen Frieden von Versailles." Das heißt, Deutschland musste eingebunden werden in eine Union. Zwei zentrale Ziele lassen sich übrigens in der politischen Bildung auch anhand der Montanunion erklären. Die Frage liegt nahe: Warum gerade Kohle und Stahl? Das waren wichtige Ressourcen für die Rüstungsindustrie und auch für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine unkontrollierte Wiederaufrüstung Deutschlands und auch ein erneutes europäisches Wettrüsten sollten durch die Vergemeinschaftung dieser Güter vermieden werden. Das waren die zentralen Motive: Sicherung des Friedens und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Severin Cramm: *Wie bewerten Sie das Verhältnis von Politikwissenschaften und Geschichtswissenschaften?*

Monika Oberle: In Göttingen, wie in vielen Universitäten, ist die Geschichtswissenschaft an der philosophischen Fakultät angesiedelt. Sie wird als Kultur- oder Geisteswissenschaft begriffen. Die Politikwissenschaft ist eine Sozialwissenschaft. Man kann die Geschichtswissenschaft jedoch durchaus auch als Gesellschaftswissenschaft begreifen und auch die fakultäre Zuordnung anders gestalten. Wenn die Disziplinen an einer Fakultät angesiedelt sind, ergibt sich ein intensiverer Austausch vor Ort. Es gibt bei Forschungsgegenständen und -methoden große Überschneidungen, doch die zentralen Perspektiven und Fragestellungen sind nicht deckungsgleich.

Michael Gehler: *Wie wirken diese Überschneidungen von Geschichtswissenschaft auf der einen und Politikwissenschaft auf der anderen Seite für das gesellschaftswissenschaftliche Lernen?*

Monika Oberle: Politisches und historisches Lernen beinhalten wichtige Schnittmengen und Verbindungen. In Schulunterricht und Lehrerbildung ist dies allerdings oftmals nicht sinnvoll institutionalisiert. So gibt es hier in Niedersachsen an Gesamtschulen das Schulfach Gesellschaftslehre, ein Verbundfach aus Politik-Wirtschaft, Geografie und Geschichte. Ich halte das Fach Gesellschaftslehre nicht für ideal, da Lehrkräfte fachwissenschaftliche und fachdidaktische Kenntnisse und Kompetenzen bezüglich der Domäne benötigen, die sie unterrichten, diese aber in der Lehrerbildung für Gesellschaftslehre nicht vermittelt werden. In Niedersachsen kann man entweder Politik oder Geschichte auf Lehramt studieren und diese Fächer nur mit einer Ausnahmegenehmigung im Regelstudium kombinieren. Beim Unterrichten von Gesellschaftslehre sind Lehrkräfte also per definitionem in zwei Kernbereichen, bzw. Teilfächern, fachfremd, und sie werden in der Regel auch für die sinnvolle Verknüpfung dieser Domänen nicht ausgebildet. Was ich mir dagegen wünschen würde, wäre, dass es mehr Kooperation zwischen gut ausgebildeten Geschichts- und Politiklehrkräften gibt. Auch wenn wir Ein-Fach-Lehrkräfte ausbilden würden, die nur Gesellschaftslehre unterrichten und dann für Geschichte, Politik und Geografie sowie zu Wirtschaft und Soziologie gut ausgebildet sind, könnte das eine praktikable Konstellation sein. So kann man ein Fach Gesellschaftswissenschaften bzw. Gesellschaftslehre wunderbar auch in einem Fach unterrichten. Es gibt viele Schnittmengen. Die Gefahr ist allerdings, wenn man alles direkt zusammenwirft, dass die Herausarbeitung von Perspektiven zu kurz kommt. Beispielsweise die für die politische Bildung wichtige Frage, wie die Herbeiführung allgemein verbindlicher Entscheidungen angegangen wird und werden soll, wobei die politics-, polity- und policy-Ebene zu untersuchen sind. Wichtig ist aber auch die Frage, wie der Prozess der Dekonstruktion und Rekonstruktion angegangen werden soll, den man doch im Geschichtsunterricht an vielen Gegenständen üben soll. Wenn man solche Lernprozesse in einem Fach ansiedelt, ist die Gefahr groß, dass die Lehrkraft je nach Ausbildung eher zu einer Fachperspektive neigt und andere Ziele, Ansätze und Perspektiven vernachlässigt. Aber man braucht auf jeden Fall Kooperation dieser Bildungsbereiche, auch wenn man an Unterricht an außerschulischen Lernorten wie Gedenkstätten denkt, an denen es um historisches und politisches Lernen geht. Hier ist vieles möglich.

Jörg Beining: *Welche Formen politischer Sozialisation und Teilhabe dominieren aktuell aus Ihrer Sicht?*

Monika Oberle: Zentrale Faktoren der politischen Sozialisation sind weiterhin Familie und peer groups sowie die Medien, wobei hier die sogenannten neuen Medien bzw. digitale Medien, besonders soziale Medien, eine zentrale Rolle einnehmen. Welche Rolle die formale schulische Bildung für die politische Sozialisation spielt, hängt sicherlich von der Umsetzung in der jeweiligen Schulform und der spezifischen Schule ab – sowohl was den politischen Fachunterricht angeht als auch die Demokratiebildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip und Schulprinzip. Auch intentionale außerschulische politische Bildung kann für Jugendliche eine wichtige Rolle bei ihrer politischen Sozialisation spielen, wenn sie denn damit in Berührung kommen. Zur Bedeutung der digitalen und sozialen Medien und zum Einfluss der formalen und non-formalen politischen Bildung gibt es jedoch noch große Forschungsbedarfe. Was die politische Partizipation von Ju-

gendlichen angeht, gibt es schon länger einen Trend weg von institutionalisierten und auf Dauer angelegten Partizipationsformen hin zu sporadischem, punktuellem Engagement, auch im digitalen Raum und in Form von politisch motivierten Konsumentscheidungen. Dass sich die Partizipationsformen ausdifferenzieren, ist begrüßenswert, allerdings lebt eine Demokratie auch von der Bereitschaft zu dauerhaftem politischen Engagement im engeren Sinne. Außerdem ist leider zu beobachten, dass auch neue Formen der digitalen politischen Partizipation wiederum stärker von denjenigen genutzt werden, die auch bei traditionellen analogen Partizipationsformen die politisch Involvierteren waren. Sozioökonomisch schwächere und bildungsfernere Gruppen sind hier beispielsweise weiterhin unterrepräsentiert.

Andreas Pudlat: *Welche Eindrücke haben Sie aus einschlägigen Lehrerfortbildungen mitgenommen, bei denen Sie beteiligt waren?*

Monika Oberle: Zum einen, dass wir mehr qualitätsvolle Lehrerfortbildungen für Politiklehrkräfte brauchen, gerade zum Thema Europa. Es gibt hier überraschend wenige Angebote, und deren Qualität scheint zumindest aus Sicht der Lehrkräfte zu schwanken. Ich habe zum Thema Europabildung und EU-Bildung zahlreiche Politiklehrerfortbildungen angeboten und evaluiert. Die Nachfrage zeigte, dass die Lehrkräfte durchaus Interesse haben, wenn die Veranstaltung gut beworben wird – dafür muss man Interessierte aber jenseits der zentralen Fortbildungsverzeichnisse z. B. über E-Mail-Verteiler ansprechen, mit einem überzeugenden Programm. Unsere universitäre Beteiligung sorgte hier möglicherweise für einen Vertrauensvorschuss. Ich denke, wir benötigen eine stärkere Beteiligung der Hochschulen an der dritten Phase der Lehrerbildung, also den Lehrerfortbildungen. Die Bedeutung des Prinzips des lebenslangen Lernens wird gerade bei Lehrkräften, und insbesondere beim Thema EU-Bildung, evident. Es braucht eine beständige fachwissenschaftliche und fachdidaktische Fortbildung, wobei sich eine Verschränkung fachlicher, didaktischer und methodischer Aspekte in meinen Fortbildungen sehr bewährt hat. So können Teilnehmende sowohl inhaltlich etwas lernen, beispielsweise über den Stand der europäischen Integration nach dem Vertrag von Lissabon, aber gleichzeitig auch unter Anwendung von Methoden, die sich für den Einsatz im Schulunterricht eignen. Rare Studien zu Lehrerfortbildungen weisen darauf hin, dass es längere Fortbildungen braucht und kurze nichts bringen. Meine Erfahrung widerspricht dem ein wenig: Auch sehr gute, kurze Fortbildungen, die wiederum Hinweise geben, wie man sich danach selbstständig weiterbildet inklusive einer kommentierten Linkliste, scheinen mir ein sinnvoller Ansatz. Wir haben da sehr gutes Feedback erhalten, auch aus einer Follow-Up-Befragung der Teilnehmenden. Noch besser ist es sicherlich, wenn zusätzlich ein späterer Austausch über die im Unterricht gemachten Erfahrungen angeboten wird. Unter den gegebenen Bedingungen des Lehrerberufs schätzen die Lehrkräfte jedoch gerade auch komprimierte, weniger zeitintensive Angebote. In jedem Fall würde ich mir wünschen, dass die Beteiligung an Lehrerfortbildungen im Sinne einer third mission von Universitäten auf das Lehrdeputat von Hochschullehrenden angerechnet wird, also zumindest ansatzweise kapazitätswirksam wird. Wenn in der Lehrerfortbildung engagierte Hochschullehrende zumindest eine kleine Lehrreduktion erhalten könnten, wäre das ein Anreiz für Forschungstransfer in Richtung Schulpraxis (und übrigens auch für Transfer von praxisrelevanten

Forschungsfragen aus der Schulpraxis in Richtung Hochschule) und ein Beitrag zum lebenslangen Lernen von Lehrkräften.

Severin Cramm: *Ausgehend von Ihrem Kooperationsprojekt mit Georg Weißeno. Wie steht es um die Professionalisierung und Kompetenz von Politiklehrkräften?*

Monika Oberle: Eine große Herausforderung stellt der fachfremd erteilte Politikunterricht dar, also der hohe Anteil an Lehrkräften, die das jeweilige Leitfach politischer Bildung unterrichten, ohne hierfür ausgebildet zu sein. Für manche Bundesländer liegen offizielle Zahlen vor. So wird in NRW der Politikunterricht an Hauptschulen zu ca. 80 % fachfremd unterrichtet, an Realschulen sind es ca. 60 %, und an Gymnasien wird immer noch mehr als ein Viertel des Politikunterrichts von Lehrkräften erteilt, die für dieses Fach nicht ordentlich ausgebildet wurden. Der Anteil an fachfremd erteiltem Politikunterricht ist viel höher als in den meisten anderen Fächern, auch höher als in den benachbarten gesellschaftswissenschaftlichen Fächern wie Geschichte oder Geografie. Das ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis, das für Fächer wie Deutsch, MINT-Fächer und erste Fremdsprachen hierzulande nicht vorstellbar wäre. Daran sieht man, welch geringer Stellenwert politischer Bildung an Schulen trotz wiederholter Lippenbekenntnisse in Krisenzeiten tatsächlich zuerkannt wird. Wir brauchen also im Rahmen der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung eine Professionalisierungsinitiative für den Politikunterricht. Dazu kommen die besonderen Herausforderungen von Verbundfächern wie Gesellschaftslehre, in denen die aktuelle Ausbildungsstruktur, wie bereits angesprochen, in fachfremd erteiltem Unterricht resultiert. Wenn solche Verbundfächer bildungspolitisch gewünscht sind, müssen Lehrkräfte hierfür gezielter aus- und fortgebildet werden. Neue Wege der Professionalisierung könnten außerdem universitär verankerte Quereinsteigerprogramme bieten, z. B. für Menschen, die bisher in der außerschulischen politischen Bildung tätig waren und gerne in die Schule wechseln möchten.

Die PKP-Studie, die ich gemeinsam mit Georg Weißeno und Eva Weschenfelder von der PH Karlsruhe durchführen konnte, hat mit dem Entwurf eines Kompetenzmodells für Politiklehrkräfte und dessen empirischer Operationalisierung Neuland betreten und eine Grundlage für weitere Forschungsarbeiten zur Professionalität und Professionalisierung von Politiklehrkräften gelegt. Die Studie förderte u. a. interessante Geschlechterunterschiede in der professionellen Kompetenz von Politiklehrkräften zutage. So zeigt sich, dass angehende und praktizierende Politiklehrerinnen sich im Schnitt weniger für Politik interessieren und über weniger politisches Fachwissen verfügen als männliche Kollegen, und dass sie ihre eigenen Politikkenntnisse auch als geringer einschätzen als ihre männlichen Kollegen. Anders sieht es bei den fachdidaktischen und pädagogisch-psychologischen Kenntnissen aus. Politiklehrer geben auch eher an, dass Politik ihr Erstfach sei, während es bei Frauen eher das Zweit- oder Drittfach ist. Ich finde es bemerkenswert, dass dieser für die allgemeine Bevölkerung bekannte Geschlechterunterschied sich auch in der Expertengruppe der Politiklehrkräfte findet, und etwas problematisch, auch da Lehrkräfte für Schülerinnen und Schüler eine Vorbildfunktion einnehmen.

Severin Cramm: *Eine stark unterrichtsbezogene empirische Forschung ist durchaus nicht in allen Fachdidaktiken gegeben. Wie steht es mit Politikdidaktik?*

Monika Oberle: In der Politikdidaktik erfolgte in den 1990er Jahren eine empirische Wende, wobei zunächst die qualitative empirische Forschung intensiviert wurde. Nach dem sogenannten „PISA-Schock“ kam es dann in den 2000er Jahren auch zu einer quantitativen Wende, sodass nun auch systematisch quantitative Methoden in der politikdidaktischen Forschung zum Einsatz kommen. Es sind jedoch bis heute nur wenige Lehrstühle in Deutschland, an denen auch mit quantitativen Methoden elaboriert geforscht wird. Das heißt, wir stehen in der Politikdidaktik noch am Anfang, es gibt einzelne Akteure, zu denen ich auch gehöre, die versuchen, auch beim wissenschaftlichen Nachwuchs den gezielten Einsatz quantitativer Methoden zu fördern, sodass die Forschung hier Schritt für Schritt aufbauen kann. Insgesamt bin ich optimistisch, dass es hier weiter vorangehen wird, auch dank der Gesellschaft für empirische Bildungsforschung, in deren Vorstand ich seit diesem Jahr mitwirken darf und die sich dezidiert einer interdisziplinären Bildungsforschung verschrieben hat und hierfür auch eine Plattform bietet. Neben der Qualifizierung von Forschenden für den Einsatz empirischer Methoden in der politikdidaktischen Forschung braucht es allerdings auch Akzeptanz in der Community, hierfür ist der immer wieder stilisierte Quali-Quanti-Graben hinderlich. Es braucht methodische Vielfalt, am besten auch mixed-methods-Ansätze, und das auf hohem Niveau. So ließe sich mehr Evidenzbasierung in der politischen Bildung erreichen. Wir stehen noch in den Anfängen, aber es geht voran.

Michael Gehler: *Wir reden von Politik- und Geschichtsdidaktik. Worin unterscheiden die sich eigentlich?*

Monika Oberle: Man kann sich dieser Frage von verschiedenen Seiten nähern. Zum einen auf der Ebene der Bildungsziele: Betrachtet man die fachdidaktischen Kompetenzmodelle, beispielsweise das geschichtsdidaktische FUER-Modell und das Modell der Politikkompetenz von Detjen et al. 2012, sieht man Überschneidungsbereiche. Die Dimensionen werden unterschiedlich benannt, doch historische Sachkompetenz und konzeptuelles Fachwissen sowie historische Orientierungskompetenz und politische Urteilsfähigkeit weisen bedeutsame Schnittmengen auf. Der starke Fokus auf die Zeiterfahrung und die Rekonstruktion und Dekonstruktion von historischen Narrationen ist ein besonderer Schwerpunkt der Geschichtsdidaktik, während der Fokus auf Politik als „res gerendae“ – dem noch Unentschiedenen, Künftigen – und auf die politischen Handlungskompetenzen der Lernenden die Politikdidaktik besonders auszeichnet. Auch der politikdidaktische Fokus auf Politik im Sinne menschlicher Handlungen zur Herbeiführung allgemeinverbindlicher Entscheidungen kann sich zwar in der historischen Bildung wiederfinden und braucht übrigens auch historische Bildung als Urteils- und Handlungsgrundlage, doch ist diese Perspektive für Politikdidaktik und politische Bildung zentraler als für die Geschichtsdidaktik. Analog verhält es sich umgekehrt mit den Foki der Geschichtsdidaktik – sie kommen auch in der politischen Bildung vor, und historische Orientierungskompetenz erfordert auch politische Bildung, doch unterscheiden sich die Schwerpunkte. Zum anderen ähneln sich auch zentrale fachdidaktische Prinzipien, wie das politikdidaktische Kontroversitätsprinzip und das Multiperspektivitätsprinzip der Geschichtsdidaktik, in beiden Bereichen. Bei den Unterrichtsinhalten und -methoden gibt es ebenfalls Schnittmengen – unterschiedlich sind dann aber die Perspektiven und Leit-

fragen. Überschneidungen bei Kompetenzen und Prinzipien finden sich allerdings auch mit anderen Fächern bzw. Fachdidaktiken. Wie diese sich in der Schule sinnvoll ergänzen können, ist eine spannende Frage, hier sind wir am Anfang der Diskussionen. Es ist hochspannend, gerade auf interdisziplinären Tagungen beispielsweise der GEBF (Gesellschaft für empirische Bildungsforschung) oder GFD (Gesellschaft für Fachdidaktik). Wenn Mathematikdidaktiker*innen, Politikdidaktiker*innen, Geschichtsdidaktiker*innen über so etwas wie eine fachliche Argumentationskompetenz diskutieren – wie viel davon eigentlich überfachlich ist, und was übrig bleibt an Fachlichkeit jenseits von domänenspezifischem Wissen, ist noch unklar.

Michael Gehler: *Spannend wäre es ja, wenn sie vice-versa einmal das anwenden würden, was die Politikdidaktiker tun, und die Politikdidaktiker das, was die Geschichtsdidaktiker tun, also wenn die Politikdidaktiker dekonstruieren und rekonstruieren und umgekehrt wir uns genauso mehr mit systemtheoretischen Fragen beschäftigen und auch mit politikwissenschaftlichen Theorien, die wir viel zu wenig im Auge haben, oder wenn Politikdidaktiker mal ins Archiv gehen würden.*

Monika Oberle: Ja, das ist interessant, und es geschieht auch teilweise. Man denke beispielsweise an die Forschungsarbeiten von Joachim Detjen, Matthias Busch und Kerstin Pohl, die viel zur Geschichte der politischen Bildung gearbeitet haben. Bezüglich der Forschungsgegenstände und -methoden gibt es jedenfalls keine klare Abgrenzung, wenn auch zumeist unterschiedliche fachwissenschaftliche Bezugswissenschaften zentral sind und sich Forschungsperspektiven unterscheiden.

Michael Gehler: *Was halten Sie davon, zeitgeschichtliches TV- und Dokumentationsmaterial im Unterricht einzusetzen und zu analysieren?*

Monika Oberle: Viel. Es ist eine sinnvolle Herangehensweise. Bei der Sichtung kann die begrenzte Unterrichtszeit ein Problem darstellen. Man könnte sich das aber auch als flipped classroom vorstellen, sodass die Schülerinnen und Schüler sich diese Filme mit Leitfragen zuhause ansehen und dann im Unterricht darüber reflektiert und diskutiert wird. Wobei eine Erfahrung der gemeinsamen Sichtung, vielleicht sogar in einem Kino als außerschulischer Lernort, sicher eine besondere Erfahrung ist. Zentral ist allerdings, dass man das Material dekonstruieren, analysieren und einordnen muss und sich klar macht, dass auch eine Dokumentation nicht gleich „Realität“ ist: Wie wird etwas gezeichnet? Mit welchen stilistischen Mitteln? Aus welcher Perspektive wird es gezeigt, mit welcher Tonuntermalung, und was wird ausgelassen bzw. wer kommt, warum, nicht zu Wort? Ich kenne sehr schöne Dokumentationen über die Anfänge der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg, die ich aber, glaube ich, als Schülerin eher langweilig gefunden hätte und erst jetzt spannend finde. Wenn man solche Dokumentationsmaterialien kombiniert mit der direkten Begegnung mit Menschen, also beispielsweise Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die live in einen Klassenraum kommen, könnten Interesse und Bezugnahme erhöht werden.

Andreas Pudlat: *Hinsichtlich der EU ist das Film- und Videomaterial ausreichend?*

Monika Oberle: Also, es gibt überhaupt unheimlich viel Material zur EU-Bildung. Es ist hier eher von einer Materialflut zu sprechen, der Lehrkräfte teilweise orientierungslos gegenüberstehen. Aber was wir auf jeden Fall brauchen, ist mehr gutes Material, das auf dem aktuellen Stand und für die jeweiligen Zielgruppen geeignet ist. Bei den Bildungsmaterialien zur EU besteht ein besonderes Problem darin, dass sie teilweise einen einseitigen, wenig kontroversen Charakter haben, bei dem die Gefahr einer „Überwältigung" der Lernenden besteht. Wenn man zum Beispiel an den YouTube-Kanal der Europäischen Kommission denkt, so wird hier die Politik der „Regierung" der EU vorgestellt und gerechtfertigt. Das ist eigentlich vergleichbar mit Beilagen zur Tageszeitung, in denen uns die Bundesregierung ihre Migrationspolitik erläutert – das ist interessant, aber natürlich einseitig. Wir in Deutschland sind es gewohnt, eine Bundeszentrale für politische Bildung und entsprechende Landeszentralen zu haben, die einen hohen Anspruch der Kontroversität und der Überparteilichkeit verfolgen – auf diesem Niveau gibt es seitens der europäischen Institutionen wenig Informations- und Bildungsmaterialien. Auf europäischer Ebene gibt es eine solche Zentrale für politische Bildung nicht. Informations- und Bildungsmaterial wird eher im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit hergestellt. Ich persönlich kann der Idee einer überparteilichen, transnationalen Europäischen Zentrale für politische Bildung viel abgewinnen, wobei ich dazu auch schon andere Ansichten gehört habe: „Nein, nicht noch mehr zentralisieren." Die EU bemüht sich durchaus darum, mit ihren Materialien Lebensweltbezug herzustellen, das wirkt aber manchmal recht anbiedernd. Zum Beispiel „Ein Tag in Europa". Das ist ein kleines Filmchen, das auf DVDs zum europäischen Gesetzgebungsverfahren enthalten ist. Da sieht man, wie ein Mädchen im Wasser ist und sich ein Hai nähert. Das ist aber nur ihr kleiner Bruder, und es wird erklärt, dass die wahre Gefahr von schmutzigem Wasser ausgeht, aber zum Glück gibt es jetzt die EU, die für Wasserreinheit sorgt. Der Ansatz der Lebensweltorientierung passt, aber es funktioniert nicht richtig. Ein Problem dezentraler Zugänge wiederum besteht darin, dass viele innovative Projekte der EU-Bildung Materialien und Medien in den Sprachen der Mitgliedsstaaten entwickeln und es für den Transfer an Übersetzungen mangelt. Zugleich sei gesagt, dass es immer wieder auch sehr gute Informations- und Bildungsmaterialien zur EU gibt, die aber schnell veralten können und dann leider nicht aktualisiert werden.

Severin Cramm: *Wie bewerten Sie den Stand der empirischen fachdidaktischen Forschung zur europäischen Integration?*

Monika Oberle: Hier zähle ich sozusagen zur Speerspitze derjenigen, die empirische Studien zur politischen Europa- und EU-Bildung durchführen. Es liegen mittlerweile einige interessante Erkenntnisse vor, beispielsweise zu den Zielen, Herausforderungen und Bedarfen von Lehrkräften, zur alltäglichen Unterrichtspraxis der EU-Bildung, zur Wahrnehmung und Nutzung der EU-Kapitel in Politikschulbüchern seitens der Schüler*innen und der Lehrkräfte, oder zu den Potenzialen von Planspielen in der Europabildung für unterschiedliche Altersgruppen. Es braucht allerdings noch viel mehr Studien und ein größeres Forschungsnetzwerk – möglichst auch international, was besonders schwierig ist, weil das Konzept der politischen Bildung und auch der Europabildung in anderen Ländern oftmals ein ganz anderes ist. Dies ist oft sehr diffus, wenn European citizenship education eher auf soziales als auf politisches Lernen abzielt. Auch wird letzteres

teilweise auf Institutionenkunde reduziert. Kurzum, wir haben einige Ansatzpunkte und Forschungsbefunde und benötigen mehr davon.

Severin Cramm: *Es gibt Jean Monnet- und EU-Förderprogramme. Wie unabhängig können Forschung und Lehre sein, wenn es um europäische Integration geht?*

Monika Oberle: Ich selbst fühle mich überhaupt nicht gegängelt. Ich habe mehrere Jean Monnet-Projekte durchgeführt, bin meinen Forschungsfragen nachgegangen und habe Ergebnisse frei veröffentlicht. Allerdings vermute ich, dass stark EU-kritische Bildungsprojekte weniger leicht genehmigt werden. Ich nehme an, dass dort schon ein Nadelöhr besteht. Man sieht es auch an manchen Ausschreibungen. Zum Beispiel gibt es jetzt den Spinelli-Preis für Projekte, die sich der EU-Vermittlung und auch Forschung zur EU widmen. Hier wird ganz klar davon ausgegangen, dass Projekte pro-europäisch sein sollen, ohne dabei zu einseitig und EU-euphorisch zu sein. Das entspricht auch meiner Intention, und ich war mit Jean Monnet-Projektanträgen erfolgreich, aber diejenigen, die das anders sehen, haben es möglichweise schwerer. Nur von meinen eigenen Projektdurchführungen kann ich von keinerlei Einschränkungen berichten.

Michael Gehler: *Wenn Sie das Thema EU einer didaktischen Analyse unterziehen müssten, worin ließe sich der Bildungsgehalt identifizieren?*

Monika Oberle: Hier macht es Sinn, die Perspektiven unterschiedlicher Didaktiken durchzuspielen. Wenn man mit Wolfgang Klafki überlegt, was daran relevant und auch zukunftsrelevant ist, dann würde ich zunächst sagen, der Gegenstand ist zentral, weil die europäische Integration hochrelevant für nachhaltigen Frieden in Europa ist und unser heutiges und künftiges Leben von den Entscheidungen der EU entscheidend beeinflusst wird. Entsprechend könnte man nach Wolfgang Hilligen feststellen, dass die Entscheidungen der EU maßgeblich für das Überleben und das „gute Leben“ von Menschen in Europa und weltweit sind, also relevant für die Lösung von existenziellen Problemen der Menschheit. Die Lernenden sollten zur Analyse und Lösung solcher Probleme, man denke beispielsweise an Erderwärmung und Klimawandel, befähigt werden, auch durch die Stärkung ihrer EU-bezogenen politischen Handlungsfähigkeiten. Mit Hermann Giesecke wiederum ließe sich die EU als institutioneller Rahmen für die Austragung politischer Konflikte analysieren, wobei im Fokus eben die politischen Konflikte stünden, und darüber die Institutionen und in ihnen ablaufenden politischen Prozesse in den Blick kämen. Auch Konflikte um die Weiterentwicklung der EU sind sollten fokussiert werden. Des Weiteren stellt sich die Frage, welches Grund- und Orientierungswissen politische Bildung in der Auseinandersetzung mit der EU fördern sollte. Ich denke, dass Lernende Ziele der europäischen Integration kennenlernen sollten, und zwar auch konfligierende Leitbilder wie Staatenbund, Bundestaat, flexible Integration oder auch ein Europa der Regionen, mit Verlagerung nationaler Souveränität nicht nur nach oben, sondern auch nach unten. Das kann Orientierung geben in den vielstimmigen Diskussionen zu Reformbedarf und Zukunft der EU. Lernende sollten außerdem das Institutionengefüge kennen, grob kennen und verstehen. Nehmen wir das institutionelle Dreieck der EU-Gesetzgebung: Kommission, Rat der EU und Parlament. Was machen diese Institutionen? Wer

bestimmt, wer dort sitzt und Entscheidungen fällt? Das Parlament wird direkt gewählt, die anderen nicht, hier gibt es indirekte Legitimationsketten. Wie entscheiden diese Institutionen, nach welchen Entscheidungsmodi? Sind es Mehrheitsentscheide oder konsensuale Verfahren, und in welchen Bereichen? Über zentrale Gesetzgebungsverfahren sollte ich Bescheid wissen, und schließlich über meine eigenen Partizipationsmöglichkeiten und Grenzen der Partizipationsmöglichkeiten, die man ja vielleicht auch ändern möchte. Neben Wissen über die EU sind EU-bezogene Urteils- und Handlungsfähigkeiten Ziel der politischen Bildung sowie demokratiekompatible Einstellungen und Motivationen, wie EU-bezogenes Interesse und Effektivitätsgefühl bzw. eine Selbstwirksamkeitsüberzeugung. Solche Kenntnisse, Fähigkeiten und Motivationen sind allerdings nicht zielführend durch eine klassische Institutionenkunde bzw. Frontalunterricht zu vermitteln, sondern in einer schüler- und handlungsorientierten Auseinandersetzung, wozu sich beispielsweise politische Planspiele oder Zukunftswerkstätten anbieten.

Jörg Beining: *Stichwort: Beutelsbacher Konsens. Wie kann die Behandlung der EU im Unterricht gelingen, ohne unreflektierte, pro-europäische Propaganda zu betreiben?*

Monika Oberle: Man könnte jetzt sagen, indem man die EU einfach kontrovers diskutiert. Es ist allerdings allein zeitlich unmöglich, alle Positionen, die es gibt, im Unterricht abzuhandeln. Hier muss eine Auswahl getroffen werden, um die Vielfalt an Positionen und die Kontroversität des Diskurses an sich sichtbar zu machen. Zugleich hat das Kontroversitätsprinzip auch Grenzen, durch den Wertebezug des Beutelsbacher Konsenses auf Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie den Bezug der schulischen Bildung auf das Grundgesetz. Ich bin der Meinung, dass Politikunterricht daher grundsätzlich der EU zugewandt erfolgen sollte, und so sieht es auch die KMK in ihrer Empfehlung zur Europabildung. Meiner Ansicht nach lässt sich eine grundsätzlich proeuropäische Orientierung über das Grundgesetz rechtfertigen, in dem Artikel 23 die Europaoffenheit Deutschlands und dessen Mitwirkung an der europäischen Integration samt EU konstatiert. Das heißt jedoch nicht, dass die europäische Integration oder gar die EU heute nur positiv betrachtet werden müssen oder sollten. Es hilft hier eine Unterscheidung in Anlehnung an David Easton, der eine grundsätzliche, diffuse Unterstützung eines Systems von der Haltung zu dessen Performanz, also einer spezifischen Unterstützung, unterschied. Und davon abgeleitet lässt sich mit Bernhard Weßels vom Wissenschaftszentrum Berlin oder Wilhelm Knelangen von der Uni Kiel eine konstruktive EU-Skepsis von einer fundamentalen EU-Skepsis unterscheiden. Die fundamentale Skepsis würde die Europäische Union an sich ablehnen, und hier sollten wir uns nichts vormachen: Wer das tut, will nicht eine bessere Union an deren Stelle setzen, sondern ein Renationalisierungsprojekt. Eine konstruktive EU-Skepsis kann sich sehr unterschiedlich manifestieren, sie kann sich gegen das Demokratiedefizit richten und mehr Beteiligung der Bevölkerung fordern. Andere sind der Ansicht, dass es schon zu viele Kompetenzen auf EU-Ebene gibt und wir manche Kompetenzbereiche wieder in die nationalen Befugnisse zurückgeben müssen. Man kann einen EU-Beitritt der Türkei fordern oder einen zu schnellen Beitritt osteuropäischer Länder kritisieren, ebenso wie das Verhalten der EU gegenüber antidemokratischen Entwicklungen ihrer Mitglieder oder auch bestimmte gesetzgeberische Policy-Entscheidungen der EU. Solche Kritikpunkte müssen auch im

Unterricht ankommen. Gleichzeitig sollten aber die Errungenschaften der Europäischen Union und die EU als eine positive Alternative zu einem Zeitalter übersteigerter Nationalismen klar positiv bewertet werden. Wie lässt sich das umsetzen? Indem man transparent macht, warum man für bestimmte grundsätzliche Entscheidungen ist und was die Vorteile einer EU gegenüber losgelösten Nationalstaaten sind, die nur ihre eigenen nationalen Interessen im Blick haben und möglichweise in einen dritten Weltkrieg steuern könnten. Diese würden auch wirtschaftlich sehr klein und alleine dastehen, ohne die europäische Kooperation, mit der Gefahr eines „race to the bottom“ von sozialen und ökologischen Produktions- und Produktstandards. Gleichzeitig muss man die vielen Kontroversen um europäische Politik – auf polity-, politics- und policy-Ebene – eben als kontrovers zeigen und diese Kritik kommt von unterschiedlichen Seiten, es wird sowohl mehr als auch weniger Ordnungspolitik gefordert, und es gibt linke ebenso wie liberale Forderungen an eine europäische Sozialpolitik. Auch das muss im Politikunterricht klar werden, dass es auch deshalb eine bestimmte europäische Politik gibt, weil eben bestimmte Parteien in das Europäische Parlament gewählt werden und bestimmte nationale Regierungen im Amt sind.

Michael Gehler: *Zwischenfrage: Was halten Sie von einem grüneren Europa?*

Monika Oberle: Sehr, sehr viel. Ich glaube, die Umweltpolitik und die Klimaschutzpolitik gehören zu den augenfälligsten Gründen, weshalb wir die EU brauchen. Am Umweltschutz kann man gut sichtbar machen, dass nationale Politik alleine nicht mehr funktioniert. Es gibt eine Entgrenzung der Probleme. Nationalstaatliche Politik kann diese Probleme nicht alleine lösen. Das hat etwas mit der Globalisierung zu tun, auch was Arbeitsmarktpolitik betrifft und viele andere Politikbereiche, aber bei Umweltpolitik sieht man es besonders deutlich. Ein Fluss, der in dem einen Land verschmutzt wird und in das andere Land fließt, kann eben in dem anderen Land, in dem die Probleme auftauchen, nicht nachhaltig gereinigt werden. Das Wasser kann dann nachträglich gereinigt werden, aber die Ursache der Verschmutzung kann nicht beseitigt werden. Und beim Klimaschutz wird deutlich, dass die Ursachen nicht mehr einem einzelnen Land zuzuordnen sind. Ebenso bei der Luftverschmutzung – die ist vielleicht noch greifbarer –, Luft lässt sich nicht an Landesgrenzen stoppen. Deswegen ist das die große potenzielle Stärke der Europäischen Union, dass sie eine gemeinsame Klima- und Umweltpolitik betreiben kann – auch als ein Gegengewicht zu einem Präsidenten Trump, zum Beispiel.[5] Aber auch im Agrarsektor wäre eine grüne Wende höchste Zeit, hier hat die EU umfassende Kompetenzen und betreibt meiner Ansicht nach bislang keine zukunftsfähige Politik.

Jörg Beining: *Stichwort: heimlicher Lehrplan. Wie bewerten Sie die Aufbereitung der EU beziehungsweise der europäischen Integration in Schulbüchern?*

Monika Oberle: Hier ist erstmal wichtig, festzustellen: Das ist eine relevante Frage. Man könnte ja auch der Meinung sein, Schulbücher seien heutzutage nicht mehr wichtig im

5 Donald John Trump (*14. Juni 1946), 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika (2017–2021) und Unternehmer.

Unterricht. Vor unserem Forschungsprojekt wussten wir tatsächlich wenig darüber, welche Rolle Schulbücher heute im Politikunterricht wirklich spielen. Es gab unterschiedliche Bauchgefühle, aber kaum bis keine Wirkungsforschung zu Politikschulbüchern. Es gibt etwas mehr Forschung im Bereich der Geschichtsbücher, aber auch da viel mehr produktorientierte Forschung und wenig darüber, wie diese Bücher im alltäglichen Unterricht eigentlich verwendet werden. In einem dreijährigen, vom MWK Niedersachsen im Programm „Pro Niedersachen" geförderten Projekt, das ich gemeinsam mit dem Direktor des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig (Eckhardt Fuchs) geleitet habe, sind nun zwei Dissertationen entstanden: eine produktorientierte Analyse und eine wirkungs- bzw. nutzungsorientierte Analyse. Wir haben herausgefunden, dass tatsächlich keine der über 40 befragten Schulklassen und ca. 120 befragten Lehrkräfte ohne das Schulbuch arbeitet und dieses für den EU-Unterricht eine wichtige Rolle spielt. Wir sehen gleichzeitig, dass die Lehrkräfte häufig die Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung nutzen, auch weil sie teilweise aktueller sind. Schulbücher sind eben schnell veraltet, gerade beim Thema EU. Das erstmal zum Hintergrund. Jetzt zu Ihrer zentralen Frage: „Wie wird die EU aufbereitet?" Wir haben 123 Lehrkräfte und über 1.000 Schüler und Schülerinnen die Schulbücher beziehungsweise die EU-Kapitel bewerten lassen. Gute Noten lassen sich ausstellen für die Darstellung der Entstehung der Europäischen Union und ihrer Grundlagen. Schlechter sieht es aus mit der Frage der Partizipation in der EU und speziell der Darstellung des Europäischen Parlaments. Tatsächlich kommt das Thema Europawahlen kaum vor, in vielen, v. a. etwas älteren Büchern nur in einer indirekten Satzformulierung: „Das direkt gewählte Europäische Parlament ..." Das war es mit der Behandlung der Europawahlen – und dann sehen wir, dass nach Eurobarometer-Umfragen 50 % der Europäer und auch der Deutschen nicht wissen, dass die Abgeordneten des Europäischen Parlaments direkt gewählt werden (es wird besser im Jahr der Europawahl und dann gehen die Werte wieder runter). Dieser Befund gilt auch für Abiturienten und Abiturientinnen in Baden-Württemberg, das habe ich in meiner Dissertation festgestellt: Viele wussten zumindest vor zehn Jahren über diese Direktwahl nicht Bescheid. Wenn das nicht in den Schulbüchern vorkommt – was soll dann in den Schulbüchern vorkommen? Die Europawahlen müssen stärker berücksichtigt werden, ebenso wie die Rolle des Europaparlaments beispielsweise im Gesetzgebungsprozess. Und schließlich sollten die Schulbücher schülerorientierter aufbereitet sein. Und schließlich sollten EU-Kapitel noch kontroverser sein: Bislang wird beispielsweise das Demokratiedefizit nicht zentral behandelt, dabei ist das gerade etwas, was in aller Munde ist und dass man im Schulbuch multiperspektivisch behandeln und von vielen Seiten beleuchten kann.

Andreas Pudlat: *Im Bereich der Medien und Methoden verharrend die Frage: Wie ausdifferenziert sind die Angebote für Politiklehrer*innen?*

Monika Oberle: Ich würde gerne mit einer kleinen Anekdote starten. Eine sehr gute Studentin studierte Lehramt mit den Fächern Mathematik und Politik. Mathe war eigentlich ihr Lieblingsfach. Nach den politikdidaktischen Masterseminaren und ihrem schulischen Fachpraktikum berichtete sie mir, dass der Politikunterricht ihr auf Grund der großen Methodenvielfalt nun tatsächlich noch mehr Freude machte als der Matheunterricht. Und

tatsächlich ist es so, dass wir sehr viele, gerade auch handlungsorientierte und schülerorientierte Methoden zur Verfügung haben, die man zur Förderung politischer Kompetenzen und auch für die Auseinandersetzung mit der EU nutzen kann. Es gibt verschiedenste Formen von diskursiven Formaten: offene Diskussionen, Pro-Contra-Debatten, Talkshows, Podiumsdiskussionen, die sehr strukturierte American Debate, Fish Bowls oder auch eine Aufstellung im Raum als Positionierung zu gestellten Fragen. Aufstellungen im Raum sind als Pro-Contra-Positionierungen möglich, entlang einer kontinuierlichen Linie, oder auch etwas komplexer in einem Szenario-Rundgang. Hier können z. B. vier bis sechs mehr oder weniger komplexe Zukunftsszenarien der EU verteilt im Raum an die Wand gehängt werden und die Teilnehmenden positionieren sich zu den Fragen „Was meinen Sie, wo steht die EU 2030?“ Und danach: „Was hätten Sie gerne, wo die EU 2030 steht?“ Man kann dabei auch gezielt die Teilnehmenden zum Sprechen bringen, die sonst wenig sagen. Für die EU-Bildung eignen sich weitere Methoden, von denen ich gerne zwei nennen möchte: Zum einen die Zukunftswerkstatt. Hier geht es darum zu überlegen, wo Probleme bestehen und wie man sie lösen könnte. So kann man sich beispielsweise mit dem Demokratiedefizit auseinandersetzen – identifizieren, worin das Demokratiedefizit der EU besteht (wenn man denn eines ausmacht – es gibt auch Politikwissenschaftler, die das verneinen) und in Arbeitsgruppen Vorschläge entwickeln, was man tun könnte, um es zu überwinden. Es ist kognitiv aktivierend, wenn sich die Schüler*innen mit solchen Methoden eigenständige Gedanken über die europäische Integration machen und auch ein fiktives „institutional engineering“ betreiben. Und zum anderen schließlich einer meiner aktuellen Forschungsgegenstände: politische Planspiele. Gerade weil die EU eine Verhandlungsdemokratie ist, eignen sich EU-Planspiele hervorragend für ein besseres Verständnis. Für den Unterricht gibt es auch sehr gute kurze, zwei- bis dreistündige Planspiele, die beispielsweise in drei Stunden eine Parlamentsentscheidung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens simulieren, mit Fraktions- und Ausschusssitzungen und abschließender Abstimmung im Plenum. Die Studienergebnisse zu den Wirkungen solcher Planspiele – das kann ich heute Abend in meinem Vortrag skizzieren – sind sehr vielversprechend. Dabei wird das Lernen im episodischen, biographischen Gedächtnis verankert. Ich erinnere mich noch heute an die Teilnahme an einem außerschulischen Planspiel im Alter von 18 Jahren, doch ich habe keinerlei bewusste Erinnerung an eine Unterrichtseinheit im Gemeinschaftskundeunterricht. Besonders ist auch die Rollen- und Perspektivenübernahme – Schüler*innen stellen sich vor, wie es ist, selbst als Abgeordnete zu verhandeln und mitzuentscheiden. So lernen die Teilnehmenden die Schwierigkeiten politischer Kompromissfindung kennen, was nach eigener Aussage oft ein „Aha-Erlebnis“ für die Teilnehmer*innen ist. Es liegt nicht immer an den „dummen“ oder „selbstsüchtigen“ Politikern und Politikerinnen, dass Entscheidungen nicht zu Stande kommen, lange dauern oder auf dem kleinesten gemeinsamen Nenner beruhen, sondern an der großen Interessensvielfalt und den Schwierigkeiten der Kompromissfindung. Gleichzeitig werden auch die politische Urteilsfähigkeit und die kommunikative Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden gefördert. Planspiele eignen sich für alle Zielgruppen der politischen Bildung – von der Primarstufe bis zur berufsbildenden Schule, und übrigens auch für den Einsatz in der Lehrerbildung. Eine wertvolle Methode sind schließlich Exkursionen, bei denen man die Orte politischer Entscheidungsfindung erleben und politischen Akteuren begegnen kann. Kurzum: Methodenvielfalt ist für die politische EU-Bildung gegeben,

und die Politiklehrkräfte müssen diese in der Aus- und Fortbildung kennenlernen, damit sie die Methodenvielfalt auch sehen und nutzen.

Severin Cramm: *Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach außerschulische Lernorte in der Politikdidaktik und in der Praxis des Schulalltags?*

Monika Oberle: Über die alltägliche Praxis der politischen Bildung wissen wir wenig. Es gibt wenig belastbare Studienergebnisse, wie politische Bildung und Politikunterricht in der Breite umgesetzt werden. Doch dass außerschulische Lernorte eine sehr sinnvolle Bereicherung für den Politikunterricht darstellen können, da ist sich die Politikdidaktik einig. Dazu gehören Exkursionen an Orte, an denen politische Entscheidungen gefällt werden, also Gemeinderäte, Landtage, Bundestag oder Europaparlament. Solche politischen Exkursionen sollten natürlich nicht nur als touristischer Ausflug umgesetzt werden, sondern auch die Bearbeitung politischer Fragen beinhalten, die mit den entsprechenden Akteuren vor Ort besprochen und diskutiert werden. Weitere wichtige außerschulische Lernorte der historisch-politischen Bildung sind Gedenkstätten und die Museen. Und schließlich können im Sinne des forschenden Lernens und der Wissenschaftspropädeutik außerhalb von Schule und Klassenzimmer auch Befragungen der Bevölkerung durchgeführt werden, zum Beispiel zu ihren politischen Einstellungen und Kenntnissen zur EU, die dann eigens statistisch ausgewertet und (auch methodenkritisch) reflektiert und eingeordnet werden. Was die Orte der politischen Entscheidungen angeht, können dort auch Simulationen durchgeführt werden. Denn auch wenn man in der Schule Planspiele gut umsetzen kann, so ist es eine besondere Erfahrung, selbst einmal im Parlament zu sitzen und dort in die Rolle von Parlamentarier*innen zu schlüpfen.

Severin Cramm: *Die EU ist gemessen am heutigen Stand als Erfolgsprojekt zum Teil massiv in Frage gestellt. Inwieweit ist diese Kritik berechtigt?*

Monika Oberle: Das bringt uns zurück zur Unterscheidung zwischen einer fundamentalen EU-Skepsis und einer konstruktiven EU-Skepsis. Die Errungenschaften der EU und den Wert einer europäischen Zusammenarbeit an sich in Frage zu stellen, überzeugt mich nicht, denn die Alternative ist eine Renationalisierung, die ich für gefährlich und auch nicht für gewinnbringend halte – weder ökonomisch, noch mit Blick auf Frieden und das soziale Miteinander. Für eine konstruktive EU-Skepsis gibt es sicherlich valide Gründe, die aktuelle institutionelle Ausgestaltung und Politik der EU lassen sich in vielerlei Hinsicht kritisieren. Eine solche Kritik kommt dann allerdings aus sehr verschiedenen Richtungen, mit unterschiedlichen Interessen und Zielvorstellungen, und bedarf daher einer breiten Diskussion sowie Kompromiss- und Mehrheitsfindungen. Was das politische System der EU angeht, stehen zwei Kritikpunkte im Zentrum, zwischen denen ein trade-off besteht. Bereits 2001 hat die EU in der Erklärung von Laeken die Errungenschaften der bisherigen Integration unterstrichen, zugleich aber auf zwei akute Probleme hingewiesen, die dringend einer Lösung bedürfen: Das eine ist das Demokratiedefizit der EU und die empfundene Bürgerferne, das zweite ist die Effizienzproblematik. Wir waren einmal sechs Mitgliedsstaaten, jetzt sind wir 28 mit stark erweiterten Zuständigkeitsbereichen – die politischen Prozesse funktionieren nicht mehr gut mit unseren tradierten Institutionen,

die daher mit dem Vertrag von Lissabon weiterentwickelt werden sollten. Leider geht die Reform dieser Probleme – des Demokratiedefizits und der Effizienzproblematik – nicht Hand in Hand, sondern es besteht ein gewisser Trade-off. Dieser Trade-off besteht nicht immer, denn durch die Einbeziehung der Betroffenen können Sie auch die Implementationseffizienz von Entscheidungen erhöhen – denken Sie beispielsweise an Stuttgart 21 und die großen, lang andauernden Proteste gegen dieses Infrastrukturprojekt, das auch als nicht demokratisch legitimiert empfunden wurde. Hier hätte man die Implementationseffizienz durch gezieltere frühzeitige Einbindung betroffener Akteure bzw. der Bürgerinnen und Bürger erhöhen können – und vermutlich auch die Qualität der Entscheidung. Jedoch ist es zugleich zeit- und kostenintensiver, wenn mehr Akteure in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, und die Erreichung eines Konsenses ist oftmals aufwendiger als das Erreichen eines Mehrheitsentscheids. Die EU hat genau das Problem: Sie benötigt mehr Effizienz in ihrer Arbeit, um überhaupt politische Lösungen zu erreichen und umzusetzen, zugleich aber auch mehr demokratische Legitimität. Dies sollte mit dem Verfassungsvertrag und nach dessen Scheitern mit dem Reformvertrag von Lissabon erreicht werden, und es wurden dabei in beide Richtungen gute Schritte gemacht. Über diese positiven Reformen ist sich jedoch die Bevölkerung oftmals nicht bewusst, da es eben tatsächlich einen großen Mangel an Wissen und Verständnis über die EU gibt. Das sehen Sie auch an dem negativ ausgegangenen ersten irischen Referendum zum Vertrag von Lissabon sowie an den beiden Referenden Frankreichs und der Niederlande, in denen die Bevölkerung den europäischen Verfassungsvertrag ablehnte. Nachwahlbefragungen zeigten, dass ein Hauptgrund für ablehnende Voten das Gefühl der Menschen war, nicht richtig über die EU und die bevorstehende Reform Bescheid zu wissen, zu wenig davon zu verstehen. Ein objektiver und subjektiver Mangel an Wissen ist also ein Hindernis für eine demokratische Reform der EU. Ich folge daher auch Habermas[6] nicht, der ein europaweites Referendum über die europäische Integration fordert, um so einen europäischen demos zu konstituieren. Ich hätte Sorge, wie solch ein Referendum ausgeht, ehrlich gesagt. Das heißt, ich bin der Meinung, wir brauchen zunächst ein Verständnis von grundlegenden Aspekten der EU und der europäischen Integration, sowohl ihrer Errungenschaften als auch der geübten Kritik, damit wir zu einem fundierten, mündigen Urteil kommen können. Solch ein grundlegendes Verständnis fehlt vielen Menschen. Daran muss wirklich gearbeitet werden, seitens Politik, Medien und politischer Bildung.

Michael Gehler: *Ein Schlusswort. Ich möchte mich bedanken, Frau Oberle. Dankeschön für diese auf den Punkt gebrachten Aussagen.*

Monika Oberle: Vielen Dank für die interessanten und wichtigen Fragen.

6 Jürgen Habermas (*18. Juni 1929), deutscher emeritierter Professor, der zu den weltweit meistrezipierten Philosophen und Soziologen der Gegenwart zählt.

Eckart Stratenschulte

Und jetzt?
Die EU nach der Wahl und vor der Entscheidung

Zum Referenten:

Prof. Dr. Eckart Stratenschulte wurde am 14. Januar 1952 in Heidelberg geboren. Von 1970 bis 1976 absolvierte er sein Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaft, Germanistik und Pädagogik an der Philipps-Universität Marburg, welches er mit dem Diplom in Soziologie und dem 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien für die Fächer Deutsch und Sozialkunde abschloss. Im Jahre 1978 folgte die Promotion zum Doktor der Philosophie mit einer Arbeit über gesellschaftliche Zwischengruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Von 1978 bis 1989 übte er eine Tätigkeit am Institut für intereuropäische Studien Berlin, zuerst als Dozent und stellvertretender Leiter sowie ab 1982 als Leiter aus. Von 1989 bis 1993 wirkte er als Referatsleiter für Film, Funk und Fernsehen in der Senatskanzlei Berlin sowie von Juli 1993 bis Juli 2017 als Leiter der Europäischen Akademie Berlin. Seit 1999 war er als Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften tätig. Im Jahre 2005 erfolgte seine Bestellung zum Honorarprofessor für das Fach Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin. Seit 2009 ist er Mitglied des Deutsch-Moldauischen Forums, seit 2015 des Präsidiums des Arbeitskreises Europäische Integration, seit 2015 des Präsidiums des Deutsch-Armenischen Forums. Wichtigste Publikationen sind: Europas Politik nach Osten – Grundlagen, Erwartungen, Strategien, Hamburg 2007; Europa –

Fakten und Zusammenhänge, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2016; Reden-Training, Bad Honnef 2017.

Zum Vortrag:

Eingeleitet wurde der Vortrag mit Grußworten von Sascha Hartmann, Bereichsleiter des Privatkundengeschäfts der Volksbank Hildesheim-Lehrte-Pattensen, sowie von Professor Michael Gehler, Leiter des Instituts für Geschichte der Stiftung Universität Hildesheim, in denen Professor Eckart Stratenschulte vorgestellt wurde. Dabei wurde auch auf die besondere Aktualität des Themas hingewiesen.

Eckart Stratenschulte eröffnete seinen Vortrag mit der scherzhaften Bemerkung, dass er nach der ausführlichen Einleitung durch Herrn Hartmann und Herrn Gehler eigentlich keine Äußerung mehr von sich geben müsse. Er verwies zudem darauf, dass er eine besondere Beziehung zu der Stadt Hildesheim habe, da seine Tochter an der Stiftung Universität Hildesheim ihr Psychologiestudium absolviert hatte.

Stratenschulte präzisierte zuerst das Thema seines Vortrags und machte dabei deutlich, dass er sich bei seinen Ausführungen besonders auf die Frage nach den Entscheidungen konzentrieren werde, die mit der Europa Wahl 2019 getroffen werden müssten. In diesem Zusammenhang nannte er drei wichtige Fragen, die zu beantworten sind:

1. Notwendige Schritte – *Was machen wir jetzt?*
2. Akteure – *Wer macht das?*
3. Weiteres Vorgehen – *Wie machen wir das?*

Bei der Beantwortung der ersten Frage bezog sich Stratenschulte auf den Europäischen Rat, der eine strategische Agenda für die nächsten fünf Jahre mit folgenden fünf Schwerpunkten erarbeitet hatte:

1. Die Wirtschaft stärken mit neuen Arbeitsplätzen, Wachstum und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit
2. Befähigung und sozialer Schutz
3. Energieunion, Energiesicherheit und Klimaschutz
4. Freiheit, Sicherheit und Recht
5. Die EU als globaler Akteur

Die ersten beiden Punkte sind laut Stratenschulte eng miteinander verknüpft. So gibt es in vielen Mitgliedsstaaten der EU eine hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen. Diese ist in erster Linie auf die nicht ausreichenden Qualifikationen der Arbeitslosen zurückzuführen und nicht so sehr auf das fehlende Arbeitsplatzangebot. Auch der internationale Wettbewerb müsse im Auge behalten werden, da globale Akteure wie China auf den Vormarsch seien. Der Klimaschutz bekomme gerade jetzt durch die Jugendbewegung „Fridays for Future“ auch in der Politik Gehör und dürfe nicht vernachlässigt werden. Zum Thema Freiheit, Sicherheit und Recht führte Stratenschulte an, dass gerade Themen wie beispielsweise das „organisierte Verbrechen“, das als vermeintlich regionales Problem gesehen werde, längst international geworden sei. Stratenschulte betonte zudem die

Rolle der Europäischen Union als globalem Akteur. Hier werde die EU ihre Rolle jedenfalls neu überdenken müssen. Die EU sei schließlich eine globale Supermacht, auch wenn dies viele nicht wahrhaben wollten, wie Stratenschulte betonte. Sie dürfe sich daher nicht länger hinter den USA „verstecken" und müsse beginnen, ihre Probleme selbst zu lösen.

Der zweite Teil seines Vortrags beschäftigte sich mit der Frage nach jenen Akteuren, die einen Wandel in Europa bewerkstelligen könnten. Der Europäische Rat müsse in der Regel jedenfalls einen Kommissionspräsidenten oder eine Kommissionspräsidentin vorschlagen, der/die dann vom Parlament gewählt werden müsse. Dieser/e sei in der Lage, eine strategische Agenda anzugehen. Nach langen Verhandlungen habe sich schon abgezeichnet, dass die inzwischen aktuell amtierende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in dieses Amt gewählt werden würde.

Der Einfluss der Kommissionspräsidentin sei jedoch auch begrenzt. So sollte jedenfalls berücksichtigt werden, dass die Europäische Kommission ein Kollegialorgan ist, das aus Vertretern der Mitgliedsstaaten besteht. Die Kommissionspräsidentin entscheidet daher nicht allein, sondern muss Konsens zwischen den Vertretern der einzelnen Staaten und Parteien finden.

Der dritte Themenblock behandelte die Frage nach der Umsetzung einer Agenda. Dieser war für Stratenschulte besonders wichtig. Hierzu nannte er drei Punkte, die bei der Umsetzung zu beherzigen seien. Der erste Punkt behandelte den bisherigen Weg der EU. Sie funktioniere demnach nicht mehr wie in der Vergangenheit. Sie sei gewachsen, unter anderem auch an einer Reihe von Misserfolgen. Immer wenn sie zwei Schritte vorginge, mache sie auch einen Schritt zurück. Zu berücksichtigen sei auch, dass die Europäische Gemeinschaft ursprünglich ein Zusammenschluss von Staaten auf Basis des Misstrauens nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen sei, in dem sehr viele Menschen ihr Leben gelassen hatten. Dies sei laut Stratenschulte zu vergleichen mit einem Boxkampf, in dem sich die Kontrahenten umklammern, um nicht attackiert zu werden. Auf diese Weise konnten sie selbst aber auch nicht angreifen. Es wurde anfangs zwischen den Staaten sehr technisch verhandelt, um einen „permissiven Konsens", wie man dies in der Politikwissenschaft nannte, zu erlangen. Diesen „permissiven Konsens" gebe es heute jedoch nicht mehr und das stelle die EU vor neue Schwierigkeiten. Stratenschulte bemerkte zudem, dass die EU ein System sei, das viel Zeit benötige. Er beschrieb die Europäische Union als ein „verhandeltes Verhandlungssystem, um weitere Verhandlungen zu führen." Dafür brauchte man in der Vergangenheit vor allem zwei Dinge: „Zeit" und „Intransparenz." Dies sei heute jedoch nicht mehr so leicht möglich. Zum einen habe man für Entscheidungen immer weniger Zeit, zum anderen verlange die Öffentlichkeit zunehmend Transparenz.

Anschließend erklärte Stratenschulte, dass die europäische Integration in der Vergangenheit hauptsächlich deregulierend wirkte. Es wurden nationale Regelungen aufgehoben, um europäische Freiheiten zu schaffen, z. B. in der Telekommunikation, wo heutzutage Anbieter frei wählbar seien. Gegenwärtig werden zunehmend Regulierungsmaßnahmen verlangt, wie beispielsweise im Sicherheitsbereich. Dies stelle die EU nicht nur vor neue Herausforderungen, sondern vor Herausforderungen, die nur schwer zu bewältigen seien. Um auf diese Herausforderungen zu antworten, habe die Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker im Jahre 2017 folgende fünf grundsätzlichen und richtungsweisenden Szenarien aufgestellt:

- Es bleibt alles so, wie es ist, weil es bisher funktioniert hat;
- Konzentration auf den Binnenmarkt, Aufgabe der anderen Agenden;
- Individuelle Vorgangsweisen der Einzelstaaten im Bereich der Integration;
- Weniger Integration, aber dafür eine qualitativ bessere Umsetzung dieser Maßnahmen;
- Gemeinsam mehr Integration.

Die erste und die letzte Maßnahme seien laut Stratenschulte unrealistisch und daher zu verwerfen. Somit blieben nur mehr die Szenarien zwei, drei und vier, welche darauf abzielen, Maßnahmen zu reduzieren. Die Punkte zwei und vier betreffen Reduktionen im politischen Feld, auf einer abstrakten Ebene. Stratenschulte selbst ist jedenfalls der Überzeugung, dass lediglich das dritte Szenario gut funktionieren könne, in dem Staaten individuell vorgehen und somit eine differenzierte Integration befördern. Das würde jedenfalls bedeuten, dass es verschiedene Ebenen der Integration innerhalb der EU geben werde, wie dies auch schon in der Erklärung vom Europäischen Rat zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge berücksichtigt wurde. Der wichtigste Staat bei der europäischen Integration sei Deutschland. Stratenschulte bemerkte in diesem Zusammenhang, dass andere Mitgliedsstaaten deutsche Führung wollten, aber keiner von ihnen wirklich von Deutschland geführt werden wolle. Deswegen sei ein Zusammenschluss mehrerer Länder notwendig.

Auszüge aus der Diskussion

Anschließend an den Vortrag fand eine angeregte Diskussion statt, die von Professor Gehler geleitet wurde. Diese wird im Folgenden in Stichworten wiedergegeben:

Publikumsfragen:
a) *Welche Rolle spielt der Brexit?*
b) *Wie relevant ist die Wahl Ursula von der Leyens zur Kommissionspräsidentin?*
c) *Kann der Euro ein umfassendes europäisches Zahlungsmittel werden?*
d) *Warum zieht sich Deutschland aus der EU-Politik immer mehr zurück, anstatt eine Führungsrolle zu übernehmen?*

Eckart Stratenschulte:
a) Der Brexit sei unausweichlich, weil der Einstieg von Großbritannien in die seinerzeitige EG auf Missverständnissen beruhte. Großbritannien hatte damals angenommen, einfach nur einem Gemeinsamen Markt, dem späteren Binnenmarkt beitreten zu können, und die restlichen EU-Staaten hätten gehofft, dass im Laufe der Zeit eine völlige Annäherung Großbritanniens an die EU stattfinden würde. Dass der Brexit politisch so chaotisch verlaufen würde, habe niemand erwartet und dies habe auch schwerwiegende Folgen für die EU-Innenpolitik. Die EU müsse viel Zeit und Ressourcen für die Verhandlungen mit Großbritannien aufbringen. Diese fehlten wiederum an anderer Stelle.

b) Damit die europäische Kommission funktioniere, müsse Frau von der Leyen keine Wirtschaftsexpertin sein, sondern in der Lage sein, die Kommission zu führen. Hierfür habe sie sehr gute Voraussetzungen, denn sie habe bereits drei Bundesministerien geführt und spreche zudem fließend Deutsch, Englisch und Französisch.
c) Es gebe Länder, die den Euro gerne hätten, aber noch nicht die Bedingungen dafür erfüllen, und auch Länder, die den Euro nicht einführen wollen. Der Euro ist heute offizielle Währung der EU und es gibt 19 Länder, die ihn haben.
d) Der deutsch-französischen-Motor sei am Stottern, weil die Initiative Deutschlands fehle. Das komme daher, dass Deutschland in den letzten Jahren innenpolitisch massive Probleme hatte und nicht europäische Politik machen konnte. Das zweite Problem auf der deutschen Seite sei, dass Frau Merkel eine „auslaufende Bundeskanzlerin“ sei und es keinen nennenswerten Nachfolger für sie gebe. Diese innerdeutschen Probleme hätten sich auf die EU-Politik übertragen.

In seinem Schlusswort bedankte sich Herr Gehler beim Publikum für das große Interesse sowie bei Herrn Stratenschulte für seinen Vortrag und die Diskussion. Der Vortrag wurde am 8. Juli 2019 gehalten.

Eckart Stratenschulte

„Wenn die Leute mehr über Europa wüssten, würden sie die Europäische Union stärker unterstützen.“

Michael Gehler: *Herr Stratenschulte, Sie wurden 1952 in Heidelberg geboren. Dürfen wir etwas von Ihrem Werdegang erfahren?*

Eckart Stratenschulte: Ich bin zurzeit (2019) der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Nationalstiftung. Das ist eine kleine private Stiftung, die Helmut Schmidt vor 25 Jahren mit einigen Freunden, nicht unbedingt Parteifreunden, gegründet hat und deren Aufgabe es ist, sich mit Grundfragen der deutschen Nation und ihrer Einbettung in die europäische Integration zu befassen. Trotz des etwas abschreckenden Namens Deutsche Nationalstiftung, das klingt erst einmal sehr Distanz schaffend, ist das eine sehr pro-europäische Stiftung. Das ist ein Ehrenamt, ansonsten bin ich als Referent tätig, war 24 Jahre lang Leiter der Europäischen Akademie in Berlin, bevor ich in den Ruhestand gegangen bin. Ich lehre seit 20 Jahren an der Freien Universität Berlin als Lehrbeauftragter und seit 2005 als Honorarprofessor.

Michael Gehler: *Wie werden Menschen Historiker, Politikwissenschaftler und Europaforscher? Gab es einen spezifischen Hintergrund für Ihren späteren Werdegang?*

Eckart Stratenschulte: Ich bin der Erste in meiner Familie, der studiert hat. Ich komme nicht aus einer akademischen Tradition, sondern aus sozial eher kleinen Verhältnissen. Allerdings mit einer ausgeprägten Bildungsorientierung. Das war immer klar, dass der Junge mal auf die höhere Schule geht, und meinen Eltern war es auch sehr wichtig, dass ich studiere. Mein Vater hat mir noch auf dem Sterbebett gesagt: „Junge! Bau deinen Doktor!“ Ich hatte also von den Eltern oder Großeltern her keinen akademischen Hintergrund. Aber doch habe ich einen klaren Push mitbekommen, der Junge muss auf die Universität und studieren und promovieren, worüber und in welchem Fach, das war meinem Vater eigentlich gleichgültig. Mein Vater, der selbst nur Volksschule, sich hochgearbeitet und zwei Kriege miterlebt hatte, war bei meiner Geburt 50 Jahre. Er hat also den Ersten und den Zweiten Weltkrieg erlebt. Meine Mutter kam aus einem eher großbürgerlichen Haus, das aber durch den Krieg im Niedergang war. Sie hat im Zweiten Weltkrieg einen Bruder verloren. Krieg und Frieden waren also ein Thema. Dann kam die 1968er Zeit. Ich habe in Gießen mein Abitur gemacht, das heißt, ich bin in Gießen zur Schule gegangen. Das ist eine kleine Stadt, was den Vorteil hatte, dass man damals viel von der Studentenbewegung mitbekommen hat. Es gab nur eine Fußgängerzone, da standen die Studenten jeden Mittag, da spielte sich das ganze diskursive Leben ab. Ich glaube, in einer größeren Stadt hätte ich unter Umständen sehr viel weniger mitbekommen. Das hat bei mir den Wunsch reifen lassen, Soziologie studieren zu wollen. Das wollte ich eigentlich immer werden: Soziologe. Ich bin aber ein Opfer der gut gemeinten Berufsberatung geworden.

Soziologie sei kein zukunftsträchtiges Studienfach für einen Job, akademisches Proletariat nannte man das damals. Man sagte mir: „Mach lieber was Anständiges und werde Lehrer!“ Politikwissenschaft interessierte mich. Also habe ich Politikwissenschaft und Germanistik studiert. Mit dem Ziel: Lehramt an Gymnasien. Das habe ich dann auch gemacht, das Staatsexamen für das Lehramt in den Fächern: Deutsch und Sozialkunde, so hieß das. Ich wusste aber eigentlich, dass ich gar nicht vorhatte, Teil der Schule zu werden. Aber ich wollte auf jeden Fall das Germanistikstudium abschließen, dafür brauchte ich das Staatsexamen. Aus Freude am Studium habe ich parallel Soziologie studiert, und die hatte ich als erstes abgeschlossen mit einem Diplom. Ich habe mich anschließend auch um ein Referendariat beworben, um meinen Lebensunterhalt zu sichern. Auf einmal hieß es aber nicht mehr „werde Lehrer“, auf einmal hieß es, es gibt zu viele. Ich habe mit Mühe und Not, weil ich ein Staatsexamen mit Auszeichnung hatte, noch einen Referendariatsplatz bekommen. Den habe ich allerdings nie angetreten, denn ich erhielt ein Promotionsstipendium nach dem Graduierten-Förderungsgesetz, keine Ahnung, ob es das noch gibt. Da hatte ich zwei Jahre lang ein Promotionsstipendium und das habe ich 15 Jahre lang zurückgezahlt. Das fand ich auch o.k. Es hat mir die Chance gegeben, in Soziologie zu promovieren. So war mein akademischer Werdegang.

Michael Gehler: *Gab es, abgesehen von Ihren eigenen familiären Prägungen, schulische Lehrer oder gesellschaftliche und politische Vorbilder?*

Eckart Stratenschulte: Ich hatte einen Gemeinschaftskunde-Lehrer, so hieß das damals, der hat mich wirklich beeinflusst. Der war sehr offen, das war überhaupt kein, heute würde man sagen, Alternativer, also der lief nicht herum, als wäre er vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Er war immer adrett gekleidet, das war damals noch formaler an der Schule als heute. Aber er war vom Denken her, ich würde sagen, ein Frankfurter-Schule-Typ und er hat mir viele Horizonte eröffnet. Dieser Mann hat mich geprägt und bestärkt, mich mit politischen Fragen zu beschäftigen.

Michael Gehler: *Was haben Ihnen Soziologie, Germanistik, Staatsexamen für das Lehramt für Ihr späteres Leben vermittelt?*

Eckart Stratenschulte: Gute Frage. Also im Nachhinein würde ich sagen, ich hätte auf diese wohlmeinende Berufsberatung nicht hören sollen. Ich hätte Soziologie studieren sollen, die Soziologie aber mit anderen Fächern flankieren wie Volkswirtschaft und Jura, statt Germanistik und Pädagogik noch mit am Bein zu haben. Ich glaube, ich hätte eine bessere Ausbildung bekommen, wenn ich andere Nebenfächer gewählt hätte. Aber gut. Ich war aus sozialen Gründen darauf angewiesen, in Marburg zu studieren. Anfangs hatte ich kein Geld, mir ein Zimmer zu nehmen und musste von meinem Dorf im Landkreis Gießen jeden Tag zur Uni fahren. Da blieben nur Gießen, in dem ich meine ganze Schulzeit verbracht hatte, und das fand ich nicht sehr aufregend, und Marburg. Im zweiten Semester war mein Stipendienantrag durch, damals noch das Honnefer Modell, da war ich aber in Marburg schon „angekommen“. Nach der Zwischenprüfung hätte ich gerne gewechselt. Göttingen schien mir wegen des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts, des SOFI, attraktiv. Aber dann starb mein Vater, und ich musste mich um meine

Mutter kümmern. Da war es wichtig, dass ich mit meinem Motorroller innerhalb einer halben Stunde bei ihr sein konnte. Die Soziologie in Marburg war in marodem Zustand und ich habe eigentlich nicht viel gelernt. Es gab zwei so alte, also auch lebensalte, aber auch vom Typus her alte, Persönlichkeiten, das waren die Herren Heinz Maus und Werner Hofmann, Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre. Die haben sich gegenseitig gehasst wie die Pest und sich das Leben schwer gemacht und ansonsten war da nicht viel los. Das heißt also, ich bin nicht wirklich gut bedient worden in der Soziologie. Wenn man vom Bafög, das war das Nachfolgemodell zu „Honnef", lebt, dann sind die Spielräume relativ eng, sodass ich also mein gesamtes Studium einschließlich Promotion an der Universität in Marburg verbracht habe. Wenn ich mich heute frage, wo ich am meisten gelernt habe, kann ich sagen: In Germanistik habe ich gar nichts gelernt, die hat mich auch nie interessiert. Da habe ich mich auch nur mit soziologischen Aspekten beschäftigt, schichtenspezifisches Sprachverhalten, Soziolinguistik generell. Ansonsten haben wir generative Transformationsgrammatik gemacht, die interessiert keinen Menschen mehr, es weiß keiner, was das ist, das war völlig unnötig. Dafür ist es mir gelungen, mein gesamtes Germanistikstudium mit Auszeichnung zu absolvieren, ohne je eine Zeile Goethe oder Schiller gelesen zu haben. Dafür habe ich mich mehrere Semester lang mit proletarisch-revolutionärer Literatur beschäftigt, Willi Bredel und diese Figuren, alle literarisch völlig unbedeutend. Wenn ich mich also heute frage: Wo habe ich eigentlich am meisten gelernt? Dann würde ich sagen, dass ich Hochschulpolitik gemacht habe, im Studentenparlament und im Konvent der Universität saß, in der Jungdemokraten-Hochschulgruppe war, so wie wir uns jeden Tag morgens getroffen und ein Flugblatt geschrieben haben. Das wurde noch auf Matrizen geschrieben, die mit der Rasierklinge korrigiert werden mussten, wenn man sich vertippt hatte. Dann musste das auf einer Hektographier-Maschine abgezogen werden und um zwölf Uhr fertig sein, wenn man vor der Mensa stehen musste. Also zusammengefasst kann ich sagen, dass ich im extra-curricularen Bereich wesentlich mehr gelernt habe als im curricularen.

Michael Gehler: *Wenn die akademischen Lehrer nicht in dem Maße vorhanden waren im Bereich Soziologie, so doch vielleicht in anderen Fächern, oder gab es Vorbilder aus der Wissenschaft und Forschung, die man gehört oder gelesen hat?*

Eckart Stratenschulte: Fasziniert hat mich die Frankfurter Schule. Das war damals sehr en vogue, also Adorno. Das hat mich sehr beeinflusst, das war auch der Geist der Zeit im Zusammenhang mit der ganzen Studentenbewegung. Ein akademischer Lehrer, von dem ich viel gelernt habe, war Theo Schiller, der Nachfolger von Abendroth. Das war einer von zwei Gutachtern meiner Promotion und das war derjenige, der immer sagte: „Halt, Stopp, so kannst Du das nicht machen, das ist nicht richtig." Also mein Erstgutachter sagte, alles prima, alles super. Es gibt eigentlich zwei akademische Lehrer, denen ich dankbar bin, der eine war Reinhard Kühnl, der ist lange tot, der ist hinterher in das DKP-Fahrwasser gerutscht, wohl unter dem sozialen Druck, den es in Marburg gab in diesem Bereich. Ich war mal am zweiten Weihnachtsfeiertag bei ihm zu Hause, zusammen mit einigen anderen Studenten. Man hat geredet. Das hat mich sehr beeindruckt. Er hat sich wirklich um seine Studenten gekümmert. Das war noch vor der Phase, in der er immer stärker unter diesen ideologischen DKP-Einfluss geraten ist. Theo Schiller ist der zweite,

dem ich dankbar bin. Bei den anderen, mit denen ich geredet habe, war immer nur alles super. Der erste benotete Schein, den ich in meinem Leben gesehen habe, das war der Schein, den ich selber als akademischer Lehrer ausgestellt habe. In meinem ganzen Studium gab es immer nur Stempel „mit Erfolg bestanden.“ Ich weiß bis heute nicht, was ich hätte tun müssen, um nicht mit Erfolg zu bestehen. Also, ich glaube, das war im System nicht vorgesehen. Da gab es so ein Laissez-faire, auch im persönlichen Bereich. Etwas mehr akademische Förderung und Forderung hätten schon gutgetan. Aber ich würde sagen, die beiden haben mir was mitgegeben und mich auf meinen Weg gestellt.

Michael Gehler: *Inwiefern waren Sie ihnen dankbar? Was haben sie Ihnen mitgegeben auf Ihrem Weg?*

Eckart Stratenschulte: Das Eigene kritisch zu hinterfragen. Als Student hat man oft so ein präpotentes Gefühl, dass man alles weiß, obwohl man nur vier Semester studiert hat. Einen auf den Boden zurückzuholen und zu sagen: „Stopp: Das ist nicht richtig!“ oder „Keine Behauptung ohne Beweis. Wo ist eigentlich der Beleg?“ Und dass sie einem das Gefühl gegeben haben, dass sie einen als Person wahrnehmen. Mit Theo Schiller war ich ganz gut bekannt, er war Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, hier gab es eine zusätzliche Verbindung und mit dem war ich auch per Du. Da hatte ich das Gefühl, der weiß, wer ich bin, und der kümmert sich um mich. Die anderen haben einen so durchgewinkt. Der größte Feind des Universitätsbetriebs ist der Student, deshalb muss der möglichst schnell abgewickelt werden. Da waren die beiden die Ausnahme.

Michael Gehler: *Das ist ein ernüchterndes Urteil. Tempi passati. Sie promovierten 1978 zum Doktor der Philosophie mit einer Arbeit über gesellschaftliche Zwischengruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland. Was waren die Ergebnisse dieser Arbeit?*

Eckart Stratenschulte: Was habe ich untersucht? In Marburg wurde sehr stark das geschlossene Gesellschaftsmodell favorisiert, da gab es die Arbeiterklasse und die Kapitalisten. Meine Frage war: Was ist eigentlich mit denen dazwischen? Wer sind die gesellschaftlich? Also ein Rechtsanwalt, der ist selbstständig, der hat drei Angestellte, aber der lebt nicht davon, dass er die ausbeutet, im Gegensatz zum Kapitalisten, der tausend Arbeiter hat und dem Zerrbild zufolge zu Hause sitzend Zigarre raucht, und die produzieren für ihn. Ich habe untersucht, welche Zwischengruppierung es gibt, wie man die differenzieren kann und wie die politisch organisiert sind. Die Recherche war damals noch komplizierter, man musste die Verbände alle anschreiben und hoffen, dass sie zurückschreiben, das ist nicht wie im Internet heutzutage, wo man das alles herausfinden kann. Der Verband der bayerischen Verwaltungsrichter, der hatte acht Mitglieder, aber ich habe eine Antwort erhalten. Das Ergebnis war eine Differenzierung der Sozialstruktur. Sozialstrukturanalyse war in den Siebzigern sehr angesagt. Ich glaube heute noch, dass das für die Zeit eine gute Arbeit war. Heute könnte man damit nichts mehr anfangen, weil man das soziale Gefüge anders diskutieren müsste. Heute sind die Milieus anders. Aber damals war das, glaube ich, durchaus „State of the Art“, und ich bedauere heute noch, dass ich das damals nicht publiziert habe. Natürlich ist die Arbeit öffentlich zugänglich. Ich musste auf eigene Kosten 250 Exemplare drucken und abliefern, insofern ist die Arbeit

publiziert, aber eben nicht als Buch. Aber das hätte damals Zeit gekostet. Ich hatte auch keinen Kontakt zu einem Verlag. Förderung gab es nicht. Ich hatte auch gar nicht die Zeit, weil ich unmittelbar nach Abgabe meiner Dissertation angefangen habe zu arbeiten. Später war es nur wichtig, dass ich den Titel habe und ihn sofort führen durfte.

Michael Gehler: *Von 1989 bis 1993 waren Sie Referatsleiter für Film, Funk, Fernsehen in Berlin. Welche Erfahrungen konnten Sie im Rahmen dieser Funktion sammeln? Wie weit war hier bereits die Vermittlung von Europa und seine Integration eine Aufgabe des Teams?*

Eckart Stratenschulte: Ich hatte schon elf Jahre gearbeitet, bevor ich im Öffentlichen Dienst war. Ich habe eigentlich eine traumhafte Karriere für einen Sozialwissenschaftler, wenn sie nach meiner Lebensleistung fragen. Ich habe Soziologie studiert und zwar in Marburg, habe im Roten Graben gewohnt und trotzdem einen Job bekommen. Ich habe am 10. Februar 1978, dem Geburtstag meiner Mutter, meine Dissertation abgegeben, was die größte Freude meiner Mutter war. Am 1. März 1978 habe ich in Berlin meine Stelle angetreten. Ich war zuerst Dozent, aber dann sieben Jahre lang auch Leiter eines europäischen Erwachsenenbildungsinstituts. Das heißt, mit Europa war ich sehr früh beschäftigt, aber damals auch noch sehr stark mit der Deutschland-Politik, die mich in Marburg nicht interessiert hatte, weil es in Marburg eben nur diese DKP-Orientierung gab. Das ergab eine sehr starke DDR-Verherrlichung. Da wurden die Verfassungsnormen der DDR immer verglichen mit der Verfassungsrealität der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik hat immer verloren. Das fand ich damals schon unseriös, es hat mich aber nicht genug interessiert, um mich dagegen zu stellen. Ich kam nach Berlin, da sah es anders aus. Als ich in die Senatskanzlei kam, hatte ich also schon elf Jahre europapolitische Bildung hinter mir, den Europadiskurs und den deutschlandpolitischen, also den ganzen West-Ost-Blick. Das war insofern interessant, als viele Kollegen, die aus der reinen Europawissenschaft kamen, sich lange mit Mittelosteuropa und Osteuropa schwergetan haben, auch als die Europäische Nachbarschaftspolitik aufkam Anfang dieses Jahrtausends. Die fiel am Anfang in eine Spalte, die Europawissenschaftler interessierten sich nicht dafür, weil es Osten war, und die Osteuropawissenschaftler interessierten sich nicht dafür, weil es EU war. Dazwischen lag das eben. Durch meinen Background hatte ich das relativ früh im Blick. Dann kam ich in die Senatskanzlei, das war hervorragendes Timing, denn mein erster Arbeitstag war der 2. Mai 1989, also der Tag, an dem die Ungarn den Zaun durchgeschnitten haben. Tatsächlich war er zum Teil schon abgebaut, aber es war der Tag, an dem sie es veröffentlicht haben. Damit ging die ganze Entwicklung schlagartig voran, die Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn. Dann haben die Ungarn ganz offiziell die Grenze geöffnet bis hin zum Mauerfall. Nach dem Mauerfall ging es um die Bewerkstelligung der Einheit Berlins und Deutschlands, und es gab die ganze Diskussion um die deutsche Hauptstadt. Das alles habe ich in der Senatskanzlei mitbekommen. Zunächst war ich Referatsleiter für Funk und Fernsehen, wie Sie richtig recherchiert haben. Wir haben sogenannte Wirtschaftsfilme gedreht. Das waren Werbefilme, die nicht so hießen. Die haben wir sehr erfolgreich gemacht und eine Reihe von Preisen abgeholt in schönen Städten, wie in Helsinki, in Washington, in Rom und sonst wo. Aber vor allem habe ich mich mit den Fragen der Vereinigung beschäftigt. Die war jedoch im Geschäftsverteilungsplan des

Senats nicht vorgesehen. Dafür war also eigentlich niemand zuständig, sodass viele aus anderen Bereichen, so auch ich aus dem Filmbereich, sich darum kümmern mussten und durften. Das war das eine und das zweite war, dass sich herausstellte, dass noch relativ wenig Kollegen so gut Englisch sprachen, dass sie mit den Journalisten Englisch reden konnten. Auf einmal standen die Journalisten jedoch Schlange und wollten alle Interviews und Erklärungen haben, sodass ich sehr viel mit der Presse und anderen Besuchern Gespräche geführt habe. Einmal saß stundenlang der damalige Oberbürgermeister von Johannesburg in meinem Büro. Der war eine Viertelstunde beim Regierenden Bürgermeister gewesen und dann zwei Stunden bei mir, weil der Regierende keine Zeit mehr hatte. Dann diese Zeit des Umbruchs. Das stand Spitz auf Knopf, ob Berlin tatsächlich nicht nur formal die Hauptstadt wird, sondern auch Sitz der Regierung. Das war eine sehr knappe Mehrheit und vorher haben wir eine intensive Diskussion geführt und Schriftwechsel ohne Ende. Ich habe hunderte von Briefen geschrieben, selbst unterzeichnete und Entwürfe für den Regierenden Bürgermeister, um diese Auseinandersetzung zu führen, das war super spannend. Dabei ging es natürlich auch immer um Europa, aber jetzt eben um die Frage: Was bedeutet diese sich abzeichnende und dann sich vollziehende deutsche Einheit für den ganzen europäischen Prozess?

Michael Gehler: *Sie waren von 1993 bis 2017 Leiter der Europäischen Akademie in Berlin. Welche Art Aufgaben hatten Sie in der Europäischen Akademie Berlin?*

Eckart Stratenschulte: Die Europäische Akademie Berlin war und ist eine europapolitische internationale Bildungsstätte. Das heißt, die Akademie organisiert Seminare, Konferenzen und Veranstaltungen zu europäischen Themen. Als die Akademie 1963 ihre Arbeit aufnahm, gab es keine Einigung zwischen Ost und West über den Status von Berlin. Der Osten, also die Sowjetunion, die DDR und andere osteuropäische Staaten haben immer gesagt, „Westberlin“ ist eine selbstständige politische Einheit, wir haben immer gesagt, West-Berlin ist ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. Beides hat nicht gestimmt. Das bedeutete, sobald es offiziell wurde, konnte man mit dem Osten nichts machen. Noch unser lieber Freund Gorbatschow hat ein Binnenschifffahrtsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland an der Frage scheitern lassen, welche Flagge Berliner Binnenschiffe auf sowjetischen Gewässern führen sollen. Die Sowjets bestanden auf der Bärenflagge, die Bundesrepublik hat gesagt: deutsche Flagge. Der Witz an der Sache ist, dass auf Binnengewässern überhaupt keine Flaggen gesetzt werden müssen. Also das hätte man leicht entschärfen können. Deshalb war die Rolle der Europäischen Akademie ganz wichtig, weil sich Ost und West dort jenseits des Protokollarischen begegnen konnten. Mein Vorgänger war Hermann Krätschell, der die Akademie 30 Jahre geleitet hat. Das war so ein Menschenfischer. Das war einer, der hasste Massenveranstaltungen, aber er war sehr gut in persönlichen Gesprächen und hat eben sehr viele dieser Kontakte aufgebaut. Er war auch nicht eitel. Also er musste nicht auf dem Treppchen stehen und zeigen, was er Tolles gemacht hat. Er war in Berlin und in Europa sehr gut vernetzt und hat da sehr viele Menschen aus Ost und West zusammengebracht zu einer Zeit, als das noch nicht üblich war. Die ersten Gespräche zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem COMECON, also dem Rat für die Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die fanden seiner Erzählung nach in Berlin in der Akademie statt. Die hätten weder in Brüssel noch in Moskau geführt werden

können, weil die sich noch gar nicht gegenseitig anerkannt hatten, aber in Berlin saßen die zusammen, informell und ohne Statusfragen. Bei mir waren es dann Zoran Djindjic und die Albaner. In meinen letzten Jahren in der Akademie haben wir sehr viele Vermittlungsprogramme für Regierungsmitarbeiter aus der Ukraine, aber auch aus Nordafrika, erst Tunesien, dann Marokko umgesetzt.

Michael Gehler: *Wann ist Europa für Sie erfahrbar gewesen und erkennbar geworden, wonach es nämlich mehr ist als ein geografischer Raum, sondern ein zutiefst politisches Projekt?*

Eckart Stratenschulte: Also das kann ich relativ genau sagen: Als ich nach Berlin gekommen bin. Vorher bin ich als Student wie alle mal nach Spanien in den Urlaub gefahren, wie man das so macht, oder mal nach Paris. Aber dieses Europa als Gesamtheit, das habe ich erst begriffen, als ich nach Berlin kam. Der DDR-Flughafen Schönefeld bot die Chance, für sehr wenig Geld in die anderen sozialistischen Staaten zu fliegen. Das habe ich häufig getan. Ich kannte vorher kaum etwas, ich war als Student einmal in der Sowjetunion, einmal in Prag und einmal in Warschau. Das wars. Durch meine Reisen habe ich schnell begriffen, dass auch das Europa ist. Dass das zusammenhängt. Da müssen Sie nur mal in Budapest oder in Prag im Kaffeehaus sitzen oder große Literatur lesen, dann merken Sie: Hier gibt es diesen Zusammenhang und Zusammenhalt, also das war sozusagen mein europäisches Bewusstwerden.

Michael Gehler: *Wo sehen Sie die Grenzen Europas?*

Eckart Stratenschulte: Geografisch lässt sich Europa nicht definieren, geografisch ist Europa die westliche Halbinsel Asiens. Wenn ein Kontinent eine Landmasse ist, die durch schwer überwindbare natürliche Grenzen von anderen Landmassen getrennt ist, dann funktioniert die geografische Definition von Europa nicht. Der Bosporus sei die Grenze, haben wir in der Schule gelernt. Der Bosporus ist aber keine schwer überwindbare Grenze, da können Sie mit dem Moped drüberfahren. Der Ural ist keine Hürde, er ist ein Mittelgebirge. Der Europarat hat eine ganz flexible Definition: Europa ist, was Europa sein will. Meine Definition wäre: Europa ist, was Europa sein will und was die anderen als Europa akzeptieren. Das heißt, ich glaube diese beiden Elemente spielen eine Rolle, der Wunsch dazuzugehören, aber gleichzeitig auch die Akzeptanz von den anderen. Das heißt, wenn die Australier jetzt kommen und sagen, wir sind auch Europa, dann würde ich mal sagen, ja, ihr habt zwar viel Europäisches, aber da spielt das Geografische auch eine Rolle. Aber die Grenzen sind nicht ein für alle Mal festgelegt. Man muss dazugehören wollen, und die anderen müssen das akzeptieren. Das hat auch viel mit der Frage zu tun, welche Wertvorstellungen in dem jeweiligen Land vorherrschen. Da wäre jetzt so eine Frage, ob die Türkei zu Europa gehört. Das ist ja der Punkt, um den es geht. Oder Aserbaidschan? Die ist nicht ein für alle Mal beantwortbar, sondern das ist die Frage, wie sich die Verhältnisse entwickeln. Das sehen Sie auch am Beispiel Island. Kein Mensch bestreitet, dass das zu Europa gehört. Wir hätten es ja auch in die EU aufgenommen, wenn die Isländer den Aufnahmeantrag nicht zurückgezogen hätten. Geografisch ist das viel weiter vom europäischen Kontinent weg als die Türkei oder auch Marokko oder Tunesien.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach die EU-Mitgliedschaften für den Europagedanken?*

Eckart Stratenschulte: Ich glaube schon, dass Mitgliedschaften eine Rolle spielen. Wir sehen Europa jeden Tag, wir müssen nur in unser Portemonnaie schauen, wenn Sie irgendwas sehen, dann sehen Sie Europa, aber dafür müssen Sie nicht Doktor der Geschichte oder der Politikwissenschaft sein, das gelingt Ihnen genauso als Baggerfahrer. Aber wir müssen auch die Linien zeigen: Wo komme ich her, wo will ich hin, wie hängt das zusammen? Ich glaube, das ist die Aufgabe der Wissenschaft, die Zusammenhänge darzustellen. Damit können wir wirklich den Europagedanken befördern.

Michael Gehler: *Leisten Ihrer Ansicht nach Wissenschaft bzw. Wissenschaftler genug dafür? Ist das ausreichend, auch was die Kommunikation und die Sprache angehen?*

Eckart Stratenschulte: Was die Kommunikation angeht, sicherlich nicht. Also das ist relativ abgegrenzt, wir sind in einer Blase, da dürfen wir uns nichts vormachen. Ich bin auch im Arbeitskreis Europäische Integration. Das ist die Vereinigung der Europawissenschaftler und dort sind hunderte von Leuten, mit denen man kommuniziert. Die Frage ist nur: Kann die Europawissenschaft den Transfer leisten oder müssen das nicht andere tun? Also ich glaube, es wird auch zu wenig auf diejenigen geguckt, die Kenntnisse und die Kompetenzen der Europawissenschaft haben. Es gibt einige Versuche, die Bundeszentrale für politische Bildung macht einiges, das ist überhaupt keine Frage. Dennoch kann man sagen, da könnte mehr passieren. Eine Voraussetzung für jemanden, sich zu verorten, ist, dass er den Raum versteht, in dem er steht. Wenn er den Raum nicht kennt, wird er sich nicht bewegen, also engagieren. Jetzt kann man natürlich die klassische Forderung stellen, man müsse die Wissenschaft stärker unterstützen, mehr Mittel freimachen. Das ist sicherlich auch richtig.

Michael Gehler: *Welche identitätsstiftende Wirkung schreiben Sie einem möglichen europäischen-Wir-Gefühl zu?*

Eckart Stratenschulte: Identität ist ja ein Gefühl der Zugehörigkeit und des sozialen Zusammenhangs. Es ist auch identitätsstiftend, dass wir eben gerade lernen, wenn die Griechen Probleme haben, dann ist das für uns auch schlecht. Also das ist etwas Neues. Insofern glaube ich schon, dass solche Sachen identitätsstiftende Wirkung haben. Ich glaube, andere Symbole, der Euro ist ja mehr als ein Symbol, aber zum Beispiel die Nummernschilder, die alle europäisch sind, oder wenn wir am Flughafen irgendwo ankommen, aussteigen, dass es eine extra Schlange für EU und Europäischen Wirtschaftsraum gibt. Ich denke schon, dass das auch etwas bewirkt.

Michael Gehler: *Wie würden Sie die europäische Integration als Prozess erklären?*

Eckart Stratenschulte: Wie lang darf die Antwort sein? Kurz gesagt, es war der Versuch, Frieden unter den Mitgliedsstaaten zu schaffen, und das in einer Art und Weise zu machen, dass die Leute es nicht merken. Dieser Anspruch war eminent politisch, aber das

ganze Vorgehen war sehr technisch. Da ging es um eine Verordnung zur Kennzeichnung von Dosenbohnen und sonst irgendwas, aber auf diese Weise ist ein enges Geflecht entstanden. Sie merken ja gerade im Zusammenhang mit dem Brexit, wie schwer es ist, da wieder raus zu kommen. Insofern ist das schon ein ziemlich geniales Konzept gewesen und ist es noch. Zu sagen, wir vernetzen uns so miteinander, dass wir gar nicht mehr ohne einander können, ohne uns selbst wirklich richtig weh zu tun. Die europäische Integration war und ist ein politisches Konzept mit dem Instrumentarium des weitgehend unpolitischen Vorgehens über lange Zeit. Das vermeintlich ausschließlich Technische ermöglicht zwar die europäische Integration, bewirkt aber, dass das öffentliche Interesse gering ist. In der Politikwissenschaft spricht man von permissivem Konsens, das bedeutet, die Leute sagen, wir verstehen zwar nicht, was ihr da macht, aber wir sind dafür. Das fällt uns jetzt auf die Füße, nachdem die Menschen gemerkt haben, dass es jetzt so unpolitisch nicht mehr ist, und dann auf einmal die Partizipation einfordern, die so in dem Integrationskonzept nicht vorgesehen war. Die EU war als Konspiration der Eliten lange Zeit sehr erfolgreich, aber dieses Modell ist an seine Grenzen gestoßen. Das wäre nun die Kurzform.

Michael Gehler: *Welche Rolle spielt die Geschichte des Antikommunismus für diesen Entwicklungsprozess der europäischen Geschichte?*

Eckart Stratenschulte: Ich glaube schon, dass das eine Rolle spielt, diese Ideengeschichte, oder sagen wir mal Identität, dieses Gefühl, in Europa zu leben. Als wir die Veränderungen in Mittel-Osteuropa hatten, also nach dem Mauerfall, und dann die Beitrittswünsche der mittelosteuropäischen Staaten, nannte man das damals „Rückkehr nach Europa“. Da ging es den Menschen sicher auch um Agrar- und Strukturförderung, das nahmen sie gerne mit, aber das war nicht der Punkt, sondern „Rückkehr nach Europa“ heißt genauso „Konzept von Europa“. Es ist ein Europa, wo man frei sein kann. Ich glaube schon, dass das eine wichtige Rolle spielt, das ist vielleicht untergegangen in der letzten Zeit auch in der Diskussion, wird jetzt aber wieder geschärft, wo wir es in unserem Umfeld mit Autokraten zu tun haben, von Putin und Erdoğan bis Trump. Wo man sagen muss, Europa ist ein anderes Konzept. Das glaube ich schon, dass das wirklich eine Rolle spielt. Dass Menschen auch merken, wie Europa ist, nicht nur eine handelnde Organisation, sondern auch ein Handlungsraum, der auf gemeinsamen Ideen beruht und diese auch wichtig sind für unser Wohlbefinden.

Michael Gehler: *Welcher Zusammenhang bestand Ihrer Auffassung nach zwischen der europäischen Integration und dem Kalten Krieg?*

Eckart Stratenschulte: Der Kalte Krieg hat den westeuropäischen Integrationsprozess befördert, das ist überhaupt keine Frage. Der Kalte Krieg hat das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion verstärkt, die ja militärisch stärker war als der europäische Westen. Es wurde klar, der Westen muss gemeinsam was tun. Und es gab die Schwierigkeit, dass es ohne deutsche Soldaten eigentlich nicht geht, aber nach dem Zweiten Weltkrieg keiner besonderes Verlangen verspürt hat, deutsche Soldaten zu sehen. Deshalb ging es in der europäischen Integration immer um die Frage, wie binden wir die Deutschen ein, ohne dass sie Schaden anrichten können? Das erste Konzept war noch nicht die Europäische

Gemeinschaft, das allererste Konzept war der Brüsseler Pakt, der war aber auch gegen Deutschland gerichtet, das hat also nicht funktioniert. Da gab es den Versuch einer Freihandelszone der westeuropäischen Staaten, also Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg. Fritalux sollte der Verbund heißen, als Akronym beteiligter Staaten. Aber da gab zwei Probleme. Das kleinere Problem war, dass es schon einen Kühlschrank gab, der Fritalux hieß. Dann wollten sie das Ganze Benefit nennen, zusammengesetzt aus den Namen von Belgien, Niederlande, Frankreich, Italien. Aber man hat schnell festgestellt, dass es ohne Deutschland nicht funktioniert, weil die Komplementarität nicht gegeben war. Das ist ja schön, wenn die Italiener den Franzosen Tomaten verkaufen und die den Italienern ebenfalls Tomaten verkaufen, dann haben wir statistisch einen Außenhandel. Die Italiener kaufen für eine Million Tomaten und die Franzosen kaufen für eine Million Tomaten, dann haben Sie zwei Millionen Handelsvolumen, aber Sie haben keinen Mehrwert. Sie haben die Tomaten, die sie vorher auch gehabt hätten. Also benötigt man Komplementarität, und das ging nur mit Deutschland. Es wurde damals gespottet, man sollte die Deutschen, gemeint war immer Westdeutschland, einbeziehen, und das ganze Unternehmen nicht Benefit, sondern Benefritz nennen. Auch der Europarat hat in dieser Hinsicht nicht funktioniert, weil die ursprünglich zehn Teilnehmerstaaten nicht bereit waren, Souveränität auf ihn zu übertragen. Man wollte kooperieren und sich austauschen, aber gemeinsam keine verbindlichen Entscheidungen treffen. Der war ja auch von vornherein nicht militärisch angelegt. Diese ganzen Überlegungen, einen Zusammenhang zu schaffen, der West-Deutschland einbezieht, sind durch den Kalten Krieg sehr befördert worden. Man hatte Angst vor den Russen. Die Kosaken auf den Champs-Élysées waren damals ein Schreckbild, man sagte, die kommen bis nach Paris und tanzen dann auf dem Pariser Boulevard. Unabhängig davon, wie realistisch dieses Bild war, wenn die Menschen Angst vor etwas haben, dann reagieren sie darauf, ob die Angst nun gerechtfertigt oder nicht ist. Man kann diskutieren, wie weit Stalin wirklich vorhatte, europäische Länder zu besetzen, doch der Westen hatte Angst davor, und das hat die Kohäsion der westeuropäischen Staaten verstärkt.

Michael Gehler: *Es wird überliefert, dass Roosevelt auf Jalta Stalin gefragt habe, ob er mit dem Landgewinn zufrieden sein würde, worauf er sagte „Zar Alexander war in Paris.“ Roosevelt soll gesagt haben, er würde nicht länger als zwei Jahre mit amerikanischen Truppen in Europa bleiben. Es waren ehemalige US-Senatoren, Führungskräfte, Botschafter und Abrüstungsexperten, die sich nicht für die NATO-Osterweiterung aussprachen. Sie nannten es einen politischen Irrtum von historischen Ausmaßen. Gab es also auch einen anderen Weg? Zum Beispiel angelehnt an die Idee eines Gürtels neutraler Staaten, wie er 1955 präsentiert worden war. Zusatzfrage: Wie wahrscheinlich wäre eine EU-Osterweiterung ohne NATO-Osterweiterung gewesen?*

Eckart Stratenschulte: Das war eigentlich nicht der Punkt. Es ging vielmehr darum, dass die Staaten, die früher im Warschauer Pakt waren, Mitglied der NATO werden wollten. Es ist nicht so, dass die NATO auf sie zugegangen ist, sondern die sind zu ihr gekommen. Jetzt ist die Frage: Hätten wir sie abweisen müssen? Hätte man sagen müssen: Euer Recht, euer Bündnis frei zu wählen, ist beschränkt? Darum geht es ja. Deshalb war das nicht möglich. Ich denke, dass die NATO gesagt hat, wir öffnen die Tür für die Länder,

war richtig. Was die NATO ebenfalls gesagt hat, war: Wir versuchen gleichzeitig, mit Russland zurechtzukommen, denn es ist wichtig, deutlich zu machen, dass die NATO keine Bedrohung für Russland ist. Die Länder sind dann wenigstens unter der Kontrolle der Gemeinschaft. Etwas wie 2008 in Georgien hätte es nicht gegeben, wenn Georgien in der NATO gewesen wäre. Dann hätte die NATO dem Mischa auf die Finger geklopft. So haben sie nur gesagt: „Junge, mach das nicht", da sagte der: „Mach ich trotzdem" Das hat nicht gerade die Situation verbessert. Also es sind Länder gekommen, die haben bei uns an die Tür geklopft und das allerletzte was irgendjemand sein will, ist Puffer. Also ihnen zu sagen, ihr seid mal schön der Puffer, das ist doch völlig klar, dass sie diese Rolle ablehnen. Die Länder, die dann Mitglied in der NATO geworden sind, haben alle ihre spezifischen Erfahrungen mit der Sowjetunion, mit Russland gemacht, die jetzt nicht gerade Vertrauen stärkend waren, um das mal freundlich zu formulieren. Insofern haben wir keinen Fehler gemacht. Ich denke, es war richtig zuzusichern, dass wir keine ausländischen Truppen in diese neuen NATO-Mitgliedsstaaten verlegen. Das haben wir dennoch getan, auch wenn die Soldaten dort nicht dauerhaft stationiert sind, sondern rotieren. Das ist ein Trick, aber das hat vor allem mit der Annexion der Krim zu tun, die ein Rückfall hinter die KSZE-Schlussakte von 1975 ist. Da wurden von Russland nicht nur die Karten neu gemischt, sondern die Spielregeln geändert. Die NATO-Mitgliedschaft war keine Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft, es gibt ja eine Reihe von EU-Staaten, die der NATO nicht angehören. Aber was die mittel-osteuropäischen Staaten als allererstes interessiert hat, war ihre Sicherheit. Das ist wichtiger als alles andere, und die kann bislang die EU nicht garantieren, sondern nur die NATO.

Michael Gehler: *Waren diese sicherheitspolitischen Interessen wichtig für die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien in die EU?*

Eckart Stratenschulte: Na klar! Die neuen Mitgliedstaaten sind ja nicht aufgenommen worden, weil sie so starke wirtschaftliche Länder sind. Ich habe mal mit dem José Manuel Barroso gesprochen zu Ende seiner Amtszeit und da sagte er mir, Gott sei Dank ist Bulgarien Mitglied der Europäischen Union, sonst wäre das ein Swing State, wie das jetzt mit Serbien der Fall ist. Die anderen internationalen Akteure schlafen auch nicht. Russland, aber mittlerweile nicht nur Russland, sondern jetzt auch stark die Türkei und China nehmen massiv Einfluss auf Europa und gerade die Länder, die nicht eindeutig gebunden und nicht so stark sind. In der Partnerschaft zwischen Russland und der EU hat es auch Fehler und Versäumnisse gegeben. Fehler war, dass wir lange Zeit dachten, man könnte Russland zu einem westlichen Staat machen. Das war die Vorstellung der EU. Boris Jelzin hat das zum Teil befeuert, er hat ja gelegentlich gesagt, Russland wolle auch Mitglied der EU werden. Wir hatten lange kein klares Konzept, wir haben gesagt, ja, die sind jetzt auf dem Reformweg und werden, politisch gesprochen, nicht geografisch, ein westlicher Staat. Da haben wir allerdings mit Zitronen gehandelt. Man hätte Russland als eigenständigen Akteur behandeln, vielleicht auch stärker auf seine Interessen eingehen müssen. Russland hat zwei Demütigungen erlitten, die eine war die totale Wirtschaftspleite, die es vor 20 Jahren gab, und die andere, dass es als Spieler nicht ernstgenommen wurde. Das ist vielleicht nicht etwas, was das russische Selbstbewusstsein stärkt. Wir hätten stärker die guten alten Gedanken der SPD-Entspannungspolitik wieder aufleben lassen müssen,

statt immer die Hoffnung zu hegen, Russland kommt in die Familie. Das hat nicht funktioniert. Auf der anderen Seite muss man auch sagen, dass nicht alles Schuld der EU ist, die EU hat ja eine Reihe von Angeboten gemacht. Denken Sie nur an das Konzept der vier gemeinsamen Räume. Wenn das geklappt hätte, wäre das ein weitgehender Integrationsprozess gewesen, d. h. ein gemeinsamer Raum der inneren Sicherheit, einer der äußeren Sicherheit, einer der Wirtschaft und einer von Wissenschaft und Forschung. Der letztgenannte war der am einfachsten zu verhandelnde und Russland war daran verständlicherweise sehr interessiert und wollte ihn vorab in Kraft setzen. Aber die EU hat gesagt, nein, wir beschließen nur alle vier Räume gemeinsam. Die Wissenschaftskooperation ist der Bonbon. Den gibt es erst, wenn ihr euren Salat aufgegessen habt. Da kann man jetzt im Nachhinein sagen, wäre es doch vielleicht schlauer gewesen, wir hätten erst einmal den gemeinsamen Raum für Forschung, Wissenschaft und Kultur geschaffen, in der Hoffnung, dass es da einen Effekt gibt, der die Integration in den anderen Räumen befördert. Aber es ist nicht so, dass die EU keine Angebote gemacht hätte.

Michael Gehler: *Ein gemeinsamer Raum der Energie der Wissenschaft und der Forschung und vielleicht noch mehr, wäre das denn auch im Interesse der USA gewesen? Dass sich die Bindung zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation, der post-sowjetischen Gesellschaft sich Schritt für Schritt intensiviert und dadurch ein neuer, zukünftiger, dynamischer Wirtschaftsraum entsteht zum beiderseitigen Nutzen, aber zum Nachteil der Vereinigten Staaten von Amerika?*

Eckart Stratenschulte: Ich glaube, es wäre im Interesse der USA gewesen; die Frage ist nur, ob die USA es so gesehen hätten. Die könnten eigentlich froh sein, wenn sie in Europa Ruhe haben. Insofern denke ich, ja, es wäre auch im Interesse der USA, ob allerdings die Akteure in den USA das so bewertet hätten, das ist eine offene Frage. Auf der einen Seite vertrat und vertritt man in Washington die Ansicht, die Europäer müssen jetzt selber ihre Angelegenheiten regeln. Wenn es aber solche Versuche gab, ist sehr schnell aus Washington ein deutliches Murren zu hören. Objektiv wäre es gut für alle Beteiligten, wenn es möglich wäre, zwischen Russland und der Europäischen Union entspannter miteinander umzugehen, aber nicht um den Preis, dass wir uns zum Freund der russischen Politik machen.

Michael Gehler: *Ihr Interesse an der Europäischen Union dreht sich um die institutionelle Architektur. Wir betrachten die Architektur von heute: Wo würden Sie am ehesten ansetzen mit Blick auf das, was in den Jahrzehnten an Erfahrungen gewonnen worden ist? Ein neuer Vertrag? Ob ein solcher überhaupt realistisch umzusetzen wäre? Wo, würden Sie sagen, wäre die EU institutionell noch zu optimieren?*

Eckart Stratenschulte: Die institutionelle Architektur der EU ist kompliziert und wird es auch immer sein. Das hat mit der Struktur zu tun. Die Neuentwicklung wird darin bestehen, dass wir uns auf ein kleineres Europa zubewegen, zumindest ein differenziertes. Da stellt sich die Frage: Wer stellt eine solche differenzierte Integration auf und wie funktioniert sie? Wie werden Legitimität einerseits und das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane andererseits gesichert? Wenn es ein Kerneuropa gibt, oder wie immer wir das

nennen, dann ist die Frage, wie fallen Entscheidungen, wie werden Verantwortlichkeiten festgelegt und das heißt auch, wie lässt sich das vermitteln? Dafür müsste man eigentlich den Vertrag ändern, aber das allerletzte, was wir machen wollen, ist jetzt den Vertrag zu ändern, weil uns das wieder auf Jahre blockiert, und das noch mit unsicherem Ergebnis. Also muss man versuchen, innerhalb oder auch außerhalb des Vertrags Lösungen zu finden, um die EU voranzubringen, Stichwort „Verstärkte Zusammenarbeit". Das ist meines Erachtens entscheidend. Die populären Forderungen wie die nach dem Initiativrecht des Parlaments sehe ich eher kritisch. Wenn das Europäische Parlament das Initiativrecht erhält, muss man es dem Rat auch zugestehen. Das würde das Kräfteverhältnis zu Lasten des Parlaments verschieben, nicht zu seinen Gunsten. Die Tendenzen gehen in Richtung einer differenzierten Integration. In der Deklaration von Rom, aus Anlass des 60. Jubiläums der Römischen Verträge, ist dies angedeutet. Da ist die Rede von unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität, in der die Integration weitergeführt werden solle. Die „Intensität" ist das neue Element, verschiedene Geschwindigkeiten haben wir längst.

Michael Gehler: *Welchen Stellenwert hat das Europäische Parlament im Institutionengefüge der EU?*

Eckart Stratenschulte: Das Parlament hat einen Mangel, der nicht abstellbar ist. Es ist in geheimer und freier Wahl gewählt, aber nicht in gleicher. Das ist die sogenannte degressive Proportionalität, die zum Ergebnis hat, dass die kleinen Länder überrepräsentiert sind. Deshalb sagt das deutsche Bundesverfassungsgericht, das EP sei nicht die Vertretung des europäischen Volkes, sondern der europäischen Völker – ein wichtiger Unterschied. Das können wir nicht ändern, weil sonst das Parlament entweder so groß wird, dass es nicht mehr handlungsfähig ist, oder die kleinen Staaten überhaupt nicht mehr vorkommen. Es hat schon eine wichtige Funktion als Gesetzgeber, es hat eine weitere wichtige Funktion, die es allerdings nicht wirklich ausübt, nämlich als Transmissionsriemen in die Bevölkerung hinein. Ein Parlament hat immer zwei Aufgaben: Zum einen den Willen der Bevölkerung auf die politische Ebene zu transformieren, aber auf der anderen Seite auch das, was mit Politik zu tun hat, wieder nach unten zu vermitteln. Diese Funktion erfüllt das Europäische Parlament nicht hinreichend, was mit seiner Organisation zu tun hat. Das EP hat 40 Sitzungswochen im Jahr, zum Vergleich: Der Bundestag hat 22. Es gibt in Deutschland über 700 Bundestagsabgeordnete, aber nur 96 Europaparlamentarier. Deren Wahlkreise bzw. Wirkungskreise sind also viel größer – aber sie haben viel weniger Zeit, dort tätig zu sein. So können sie diese Aufgabe eigentlich nicht leisten. Mein Vorschlag wäre, das Parlament deutlich besser mit Personal auszustatten. Ein amerikanischer Kongressabgeordneter hat 18 oder mehr Mitarbeiter, ein Europaparlamentarier zwei. Die machen alles und betreuen noch Besuchergruppen und so weiter. Da sehe ich die Probleme. Das Parlament als Institution ist wichtig, aber es muss stärker angekoppelt sein. Wenn die Abgeordneten nur das Wochenende frei haben und einen Wahlbezirk, in dem sie 100 oder 150 Kilometer fahren müssen, können sie wenig Präsenz zeigen. Mir als EU-Bürger wäre es das wert, es muss uns gelingen, dass das Parlament besser ausgestattet ist.

Michael Gehler: *Sie haben gesagt, Sie sind Europäer in Berlin geworden. Ist Berlin durch den Kalten Krieg auch eine Stadt der Europäisierung gewesen und nach der Ein-*

heit eine Stadt der Europäizität geworden? Wie war das 1989/90? Gab es Unterschiede zwischen Ost- und West-Berlin? War es in Ost-Berlin weniger, in West-Berlin mehr der Fall mit Blick auf Amerikanisierung? Berlin als Ort der drei westlichen Siegermächte mit ihrer Sicht auf Gesamtdeutschland?

Eckart Stratenschulte: West-Berlin war der westlichste Ort von ganz Deutschland. Nicht Aachen. Berlin insgesamt bot, dadurch dass hier Ost- und West zusammenkamen, die Möglichkeit, nicht nur beiden deutschen Staaten, sondern auch den beiden europäischen Hälften zu begegnen. Berlin war ja der Ort, wo Ost und West unmittelbar aufeinanderstießen und wo Sie mit wenig Mühe auch in die andere Welt eintauchen konnten. Das hat sich inzwischen verändert, logischerweise, jetzt ist Berlin in anderer Weise eine europäische Metropole, weil eben sehr viele Menschen nach Berlin ziehen, wir viele Ausländer haben, auch oft aus anderen EU-Staaten, und ziemlich viel passiert. Ost- und Westeuropa treffen hier aber immer noch aufeinander.

Michael Gehler: *Was ist eigentlich die Europäische Union und wie kann man sie definieren und erklären?*

Eckart Stratenschulte: Ich habe in der Europäischen Akademie Berlin einmal eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Was ist Europa?“ durchgeführt. Da habe ich jedes Mal einen anderen Wissenschaftler eingeladen, die Frage aus seiner Sicht zu beantworten. Das war mal ein Jurist, mal ein Geograf, mal ein Kulturwissenschaftler oder ein Politikwissenschaftler. Jeder hat die Frage aus seinem Fachgebiet heraus beantwortet. Dann kam der Politikwissenschaftler und hat gesagt, die Europäische Union ist ein verhandeltes Verhandlungssystem zum Führen weiterer Verhandlungen. Das fand ich erst ziemlich pervers, aber er hat Recht. Das ist eigentlich der Kern, dass man sagt, hier treffen 28, bald 27 Staaten aufeinander und versuchen, über Verhandlungen ihre Sachen zu regeln. Die EU ist ein Instrumentarium, das Verhandlungen führt und das darauf angelegt ist, eben weitere Verhandlungen zu führen. Man kann sagen, die EU ist eine große Konsens-Maschine, oben kommen die ganzen nationalen Positionen rein, dann dampft und zischt das und knirscht und unten kommt ein Kompromiss raus. Manchmal kommt auch nichts raus, dann muss man wieder von vorne beginnen. Also, ich glaube tatsächlich, dass man sagen kann, die EU ist ein Verhandlungssystem, eine Organisation der Zukunft. Das ist gleichzeitig das Problem, es dauert immer lange, ist schwierig. Wenn Sie auf den Punkt Entscheidungen haben wollen oder müssen, wie beispielsweise in der Euro- oder der Flüchtlingskrise, dann ist das immer ganz problematisch, weil es eben nicht einen Trump oder Putin gibt, der Ansagen macht, sondern weil es dauert, dauert und dauert. Da ist eben die Frage, ob wir noch gut aufgestellt sind, wenn schnelle Entscheidungen vonnöten sind. Dazu brauchen wir einen handlungsfähigen Kern. Da sind wir dann wieder bei der Frage, wie organisieren wir uns anders?

Michael Gehler: *Wie weit schätzen Sie ganz generell europaskeptische und europakritische Parteien als Gefahr für die EU ein? Wir haben die Frage gestellt, weil es vor den letzten Europawahlen 2019 immer hieß, es handle sich um eine Schicksalswahl. Dann hat*

man jedoch erkennen können, dass eine Richtungswahl war. Man konnte diese Dramatik nach dem Ergebnis eher niedriger hängen.

Eckart Stratenschulte: Ich halte das für eine echte Gefahr und zwar aus zwei Gründen. Zum einen wecken die Populisten Hoffnungen, die sie nicht erfüllen können. Jetzt kann man sagen, Hochmut kommt vor dem Fall. Wenn es die Menschen merken, verlieren die Populisten die Unterstützung. Die Populisten reagieren darauf wiederum, indem sie entweder neue und noch verlockendere Versprechungen machen oder indem sie Feinde definieren, die den eigentlich sicheren Erfolg verhindert haben. Das sind dann Menschen anderer Herkunft, Religion oder Einstellung. Das Zweite ist: Bei uns sind diese populistischen Parteien noch relativ harmlos, was den Prozentsatz betrifft, obwohl sie in anderen Ländern nicht die stärkste Partei werden, aber in dem Versuch ziehen sie die anderen Parteien nach rechts. Die anderen Parteien sagen dann, wir müssen denen das Wasser abgraben, müssen deren Positionen übernehmen. Das heißt, es sind nicht nur die 15 %, die die AfD hat, oder 12 % oder auch 23 %, sondern sie ziehen insgesamt das Spektrum in ihre Richtung. Auf einmal sind Sachen wieder sagbar, von denen man lange Zeit dachte, sie seien es nicht mehr. Das sickert so ein. Denken Sie an den Umgang mit der Vergangenheit. Also, die verändern das Klima. Die Gefahr besteht nicht nur in soundso viel Prozent bei den Wahlen, sondern in der Veränderung des Gesamtklimas. Grundsätzlich gilt Folgendes: Wenn die Leute mehr über Europa wüssten, würden sie die Europäische Union stärker unterstützen.

Michael Gehler: *Kann man die „Fridays-for-Future"-Bewegung als Aufbruch einer neuen politisierten Generation verstehen so wie die 1968er oder auch die 1989er oder ist das gar nicht vergleichbar im Sinne von gleichsetzen?*

Eckart Stratenschulte: Es ist sehr gut, dass es solche Bewegungen wie „Fridays-for-Future" gibt, dass sich Menschen einsetzen, das ist toll. Aber Parteien sind in unserem System wichtig, weil sie Konsens- und Kompromissmaschinen sind und zwar, weil sie mehr im Blick haben müssen als nur einen Punkt. Manche Bewegungen sind „Ein-Punkt-Bewegungen". Da geht es um Kernkraft oder um Klima oder um Abrüstung usw. Alles bedeutsam. Überhaupt nicht zu bestreiten. Aber um das Gemeinwesen zu steuern, muss man schon das Gesamte sehen. Beim Klima muss man sehen, wie man die Kohlelandschaften umstrukturiert, wie man den Leuten irgendwie eine Perspektive gibt und so fort. Das ist auch Teil von Politik. Die „Fridays-for-Future"-Kids muss das nicht interessieren, die setzen einen Punkt, einen Appell, eine Forderung an die Politik und sagen, wir wollen, dass uns jemand zuhört. Gut und richtig. Aber die Gefahr besteht, und diese Entwicklung gibt es ja auch, dass immer weniger Menschen sich in Parteien engagieren, weil sie dieses elende Konsens-Suchen und Kompromiss-Suchen zu mühsam finden. Da ist es viel attraktiver, für eine Sache klar einzustehen. Die Frage, auf die ich keine Antwort habe, lautet: Wie kann es gelingen, diese Politisierung gerade von jungen Leuten, die durchaus da ist, in eine Struktur zu überführen, die sie in den politischen Prozess insgesamt einbezieht? Da sehe ich im Augenblick von den Parteien wenig Gestaltungsangebote.

Michael Gehler: *Wir hatten bereits verschiedene Trends: Occupy Wall Street, die Piraten und Pegida. Wenn man die AfD näher betrachtet, ist das eine andere Sache. Die ist mit fast 90 Leuten im Bundestag vertreten. Was ist da anders gelaufen als zuvor?*

Eckart Stratenschulte: Die AfD hat es geschafft, ein Gefühl auszudrücken und eine Angst auszudeuten. Sie ist eine Protestpartei. Angeblich haben nach der letzten Bundestagswahl 80 % der AfD-Wähler gesagt, dass sie das Programm der AfD gar nicht kennen. Man könnte auch sagen, welches Programm eigentlich? In vielen Bereichen haben sie gar kein Programm. In der Vergangenheit war das auch mit der PDS so, die ist jetzt etabliert, heißt jetzt Die Linke und stellt sogar schon einen Ministerpräsidenten. Sie taugt nicht mehr als Protestpartei. Jetzt ist das die AfD. Das macht der Linken auch zu schaffen, dass ihre Wähler zur AfD abwandern. Weil es nicht um rechts und links geht, sondern um Protest und Populismus. Es ist immer das Narrativ, wir sind benachteiligt, wir sind die Opfer. Jetzt müssen wir aber mal auf den Tisch hauen! Das ist immer der Impuls. Wir Armen, wir Unterdrückten, die anderen, Ausländer, früher waren es die Juden, zum Teil sind sie es noch, oder die Flüchtlinge, die wollen uns alles wegnehmen. Ich glaube, dieser AfD-Trend kann wieder verebben, ich glaube nicht, dass die AfD sich für immer, also so, wie sie jetzt ist, etablieren wird, aber es muss uns schon gelingen, Gegenkräfte zu mobilisieren. Die einzige Partei, die Zulauf hat, sind die Grünen, im Augenblick, auch befeuert durch Fridays-for-Future und durch die Klimathematik. So langsam sagen die Leute, es scheint etwas dran zu sein, was die Grünen erzählen. Die haben momentan wirklich viel Zuwachs, nicht nur Wählerzuwachs, auch Mitgliederzuwachs. Sie treten gut auf, die Führungskräfte hauen sich nicht gegenseitig ins Gesicht, anders als die Sozialdemokraten. Ich glaube, das ist wirklich die Aufgabe der nächsten Jahre, ganzheitliche Politikgestaltung so attraktiv zu machen, dass Leute sich engagieren.

Michael Gehler: *Wie schätzen Sie die parteipolitische Lage in Deutschland mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der EU ein?*

Eckart Stratenschulte: Die Zukunftsfähigkeit ist ein großes Wort, die EU ist zukunftsfähig, unabhängig von dem, was in Deutschland passiert. Was wir in Deutschland haben seit 2017, ist natürlich für die EU nicht gut. Deutschland ist eigentlich seit der Bundestagswahl 2017 als europapolitischer Akteur weitgehend ausgefallen, das ist überhaupt nicht gut. Der französische Präsident Macron macht einen Vorschlag nach dem anderen, und er hat lange an unsere Tür geklopft, denken Sie an die Sorbonne-Rede und an andere Reden, die er gehalten hat, und wir haben immer gesagt, wir haben keine Zeit. Erst war Bundestagswahl, dann müssen wir unsere Wunden lecken, dann Regierungsverhandlungen führen und dann wird es leider wieder nichts, denn dann muss erst noch die SPD zustimmen, die erst noch verhandeln, und nachdem das dann alles durch war, haben CDU und CSU gesagt, jetzt müssen wir uns erst mal streiten. Nachdem sie das einigermaßen hingekriegt haben, hat die SPD gesagt, jetzt müssen wir jede Woche überlegen, ob wir eigentlich noch mitmachen wollen. Die Regierung als solche können Sie eigentlich im Augenblick vergessen. Der einzige Aktivposten ist die Kanzlerin. Deutschland hat eine Führungsrolle inne, aber Deutschland kann diese Führungsrolle nicht alleine ausüben. Alle verlangen deutsche Führung in der EU, aber keiner will von den Deutschen geführt

werden, das ist das Problem. Das bedeutet, man kann es immer nur gemeinsam mit anderen machen. Da ist in erster Linie Frankreich, aber die beiden alleine können es eben auch nicht richten, sondern man braucht auch die anderen. Der „Sushi-Deal“, mit dem Angela Merkel und Emmanuel Macron den Niederländer Frans Timmermans zum Präsidenten der Europäischen Kommission machen wollten, der gescheitert ist, hat das anschaulich gezeigt. Also insofern ist nicht für die Zukunftsfähigkeit, soweit würde ich jetzt nicht gehen, aber was die aktuelle Situation der EU betrifft, diese deutsche Lähmung nicht gut.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie die Ära Merkel bis in die Gegenwart hinein – auch hinsichtlich Deutschlands und der EU?*

Eckart Stratenschulte: Ich habe Frau Merkels Partei nicht gewählt, bin aber ein großer Fan von ihr. Ich glaube, dass die Bilanz der Ära Merkel und auch der Bundeskanzlerin persönlich insgesamt positiv ist. Sie hat es geschafft, das Land durch schwierige Krisen zu führen, und sie hat es auch geschafft, die EU zusammenzuhalten. Ihr wird immer vorgeworfen, sie habe keine großen Visionen, aber sie weiß, worum es geht, und sie hält die Sachen zusammen. Ich denke, wir können sehr froh sein, dass wir in jenen Jahren an der Spitze nicht auch solche Auf-den-Tisch-Klopfer hatten, wie wir sie in anderen Ländern sehen. Sondern dass sie doch sehr abgewogen und zurückhaltend ist und auch sehr kenntnisreich und sehr gut vernetzt. Die Bilanz der Ära Merkel ist positiv, man kann sagen, sie hat dieses Schiff Europäische Union in schwierigen Jahren erfolgreich mitgesteuert. Aber jetzt geht es eben darum, neue Destinationen festzulegen, auch mit einer neuen Mannschaft und da hat sie nicht mehr die Kraft, auch weil sie eine absolut fragile Regierung hinter sich hat.

Michael Gehler: *Im Jahr 2015 versuchte Merkel vergeblich zeitweise die übrigen Mitgliedsstaaten zu einer Aufnahme von Flüchtlingskontingenten zu bewegen, diese reagierten jedoch ablehnend. Wie sehen Sie das?*

Eckart Stratenschulte: Lassen Sie uns einen Schritt zurückgehen zur Währungsunion. Der ganze Sinn des Euro war die Einbindung Deutschlands in dem Augenblick, in dem Deutschland durch die Vereinigung größer und auch stärker wurde. Das heißt, ein wesentlicher Zweck des Euros war es zu verhindern, dass Deutschland dominant wird und diese Dominanz ökonomisch und währungspolitisch ausübt. Der französische Präsident Mitterand hatte die D-Mark einmal „Deutschlands Atombombe“ genannt, womit er auf die wirtschaftliche Macht angespielt hat. Durch die Eurokrise ist nun genau die gegenteilige Wirkung eingetreten. Aus Frau Merkel wurde Madame Europe und die Deutschen haben den Ton angegeben und sich einigermaßen blöd aus dem Fenster gelehnt, beispielsweise als Volker Kauder sagte, in Europa werde jetzt Deutsch gesprochen und so. Das haben die anderen nicht gerne gehört. In dem Augenblick, wo Deutschland versuchte zu dominieren, haben die EU-Partnerländer sich quer gestellt. Der Spätsommer 2015 war eine einsame Entscheidung von Frau Merkel. Die war zwar richtig, meines Erachtens, ich war zum ersten Mal stolz, Deutscher zu sein. In meiner Generation ist das ein ganz schwieriger Satz: „Ich bin stolz, Deutscher zu sein.“ Wenn das einer zu mir sagt, gehe ich drei Schritte zurück. Wenn jemand wie Herr Orban uns moralischen Imperialismus vorwirft,

denke ich, schön, das ist endlich mal ein Imperialismus, mit dem ich leben kann. Aber es war einseitig und dass Deutschland und damit eben auch die Kanzlerin schon jahrelang eigentlich die Dominanten waren, hat sicherlich die abstoßende Reaktion der anderen verstärkt und ihren Einfluss geschmälert.

Michael Gehler: *Wie beurteilen Sie die Perspektiven im Verhältnis der EU zur Türkei?*

Eckart Stratenschulte: Schwierig. Wir müssen uns ehrlich machen, die Türkei wird nicht Mitglied der Europäischen Union. Ich glaube, wir müssen uns im Verhältnis neu aufstellen. Da gab es ja diesen Ausdruck der privilegierten Partnerschaft, es war nie ein Konzept. Die westliche Seite, einschließlich Angela Merkel, hat sich nie die Mühe gemacht, mal zu sagen, was in diesem Paket drin sein soll, und die Türken haben sich nie die Mühe gemacht nachzufragen, sondern nur gesagt, wir wollen das Paket nicht. Jetzt sind wir in einem Zustand, wo es völlig klar ist, dass diese Beitrittsgespräche fruchtlos sind. Das ist wie ein altes Ehepaar, die sind völlig zerstritten und jeder wartet darauf, dass der andere sagt, ich lasse mich scheiden. Aber eigentlich wollen sie es beide. Das hat mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan zu tun, aber nicht nur. Wenn Herrn Erdoğan morgen der Herzinfarkt dahinrafft, dann ist das nicht alles ohne weiteres umzudrehen. Also das hängt nicht nur an Erdoğan. Wir brauchen eine neue Beziehung zur Türkei als einem wichtigen Spieler in der Region. Es ist ein bedeutendes Land. Die Perspektiven können gut sein, aber nur, wenn sie die Entwicklung und das jetzige Verhalten, wir tun so, als würden wir Beitrittsverhandlungen führen, obwohl wir es beide nicht wollen und beide wissen, dass es zu nichts führt, ändern. Auch die USA werden uns da nicht beistehen können, zumal deren Verhältnis zur Türkei mittlerweile denkbar schlecht ist. Zu den USA hat Frau Merkel in ihrer Bierzeltrede alles gesagt, die Zeiten, wo wir uns auf die USA völlig verlassen konnten, sind vorbei. Die Zeiten, in denen die für uns die Kohlen aus dem Feuer geholt haben, in denen wir, wenn wir selbst nicht aus dem Knick kommen, anrufen und sagen, könnt ihr bitte mal kommen und das für uns regeln, die sind vorbei. Die USA sind unser engster Verbündeter und das werden sie auch bleiben und auch die Trump-Ära geht irgendwann vorbei, ob 2021 oder 2025 werden wir sehen, aber sie geht vorbei. Aber wir werden von Trump und seinen Nachfolgern nur ernst genommen, wenn wir uns selber ernst nehmen. Das heißt, die Europäische Union muss sich jetzt stärker positionieren, sie muss sich stärker aufstellen, egal, wo sie das tut. Im Augenblick ist das im Handelsbereich der Fall, da hat sie Gewicht, das zeigt sich auch, aber in allem, was mit Militär und Sicherheit zu tun hat, hat sie es eben nicht, und solange das so ist, werden wir da auch nicht ernst genommen. Zusammengefasst: Die Zeiten, wo die USA uns in den Arm genommen und gesagt haben, ach, ihr lieben kleinen Europäer, wir kümmern uns um Euch, die sind vorbei. Wir brauchen jetzt eine Partnerschaft auf Augenhöhe, aber die können wir nicht von den USA abfordern, sondern die müssen wir selber schaffen.

Michael Gehler: *Wie sehen Sie die zukünftige Rolle Deutschlands in Europa und welche Zukunft hat die Europäische Union aus Ihrer Sicht?*

Eckart Stratenschulte: Das ist immer so ein deutsches Gespräch, wo man sagt, man muss jetzt genau irgendwie so einen Plan haben, wo das alles und wie das alles geht, das

haben Sie in Ihrer persönlichen Biografie auch nicht. Wir müssen heute nicht festlegen, wo Europa 2060 und wie das dann endgültig ist, müssen wir uns im Moment gar nicht aufhalten. Zurzeit geht es darum, die bestehende Integration zu erhalten und sie – auch in veränderten Formen – zukunftsfest weiterzuentwickeln. Die Rolle Deutschlands in Europa, die haben wir schon skizziert: Es muss eine Führungsrolle spielen, aber keine dominante, das bedeutet, es muss Führung gemeinsam ausüben mit anderen Staaten, und zwar nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit den kleineren, das hat man jetzt ganz schön gesehen bei diesem Sushi-Deal, wenn zum Beispiel Herr Plenković aus Kroatien, den überhaupt kein Mensch hier wahrgenommen hat, der Kanzlerin in die Parade fährt und mit dazu beiträgt, diesen Deal zu torpedieren. Das heißt, es ist schon wichtig, einige andere mit an Bord zu bekommen, die mit im Boot sein wollen, sonst hat es ja keinen Zweck. Aber wenn von Deutschland nichts ausgeht, bringt das nichts. Deutschland alleine kann die Europäische Union nicht führen, aber ohne Deutschland kann die Europäische Union nicht geführt werden. Ich glaube, das ist der Punkt. Eine Zukunft hat die Europäische Union, ich hoffe, eine gute. Wenn es die EU nicht gäbe, müssten wir sie erfinden. Es gibt keine Frage von Bedeutung, die im nationalen Rahmen noch lösbar ist, weder was Wirtschaft noch was das Klima oder die Sicherheit betrifft. Das heißt, wir brauchen einen Verbund Gleichgesinnter, wenn wir nicht in allen Fragen der gleichen Auffassung sind, und diesen Verbund der Gleichgesinnten haben wir mit der EU. Wir sind gut beraten, ihn zu erhalten und zu pflegen. Die Geschicke werden nicht von Brüssel aus bestimmt oder von Berlin, sondern die Alternative ist, die Weichen werden in Brüssel gestellt oder in Washington oder Beijing. Wenn ich die Wahl habe, ist mir Brüssel eindeutig lieber. Da sitze ich mit am Tisch, nicht ich persönlich, aber Deutschland, die deutsche Gesellschaft, und in Washington und Beijing sitze ich nicht mit am Tisch.

Michael Gehler: *Herzlichen Dank, Herr Stratenschulte.*

Abkürzungsverzeichnis

ABM	Anti-Ballistic Missile Treaty/ Vertrag über die Begrenzung von antiballistischen Raketenabwehrsystemen
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement/ Anti-Produkt-Piraterie-Handelsabkommen
ADA	Austrian Development Agency/ Österreichische Entwicklungsagentur
ADÖ	Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich
AEC	ASEAN Economic Community/ Wirtschaftsgemeinschaft der ASEAN-Staaten
AEI	Arbeitskreis Europäische Integration an der Universität Innsbruck
AEPD	Agencia Española de Protección de Datos/ Nationale Datenschutzbehörde Spaniens
AfD	Alternative für Deutschland
African Union	Afrikanische Union
AFTA	Asean Free Trade Area/ASEAN-Freihandelszone
AGH	Andengerichtshof
AHS	Allgemeinbildende Höhere Schule
AIDCO	Europe Aid Co-operation/ Europäisches Amt für Zusammenarbeit
Al-Kaida/al-Quaida	Die Basis/Terroristische Netzwerk
ANC	Assemblea Nacional Catalana/ Katalanische Nationalversammlung
Anm.	Anmerkung
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations/ Verband Südostasiatischer Nationen
Attac	Association pour la taxation des transactions financières et pour l’action citoyenne/Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger

AvH-Stiftung	Alexander von Humboldt-Stiftung
Az.	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Bafög	Bundesausbildungsförderungsgesetz
Basel III	Basler Akkord/ Abkürzung für Eigenkapitalvorschriften für Banken in Europa
BASF SE	BASF Societas Europaea Badische Anilin- & Sodafabrik
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA-VD	Bundeskanzleramt Verfassungsdienst/Österreich
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMW	Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft
BNetzA	Bundesnetzagentur
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Brexit	Britain Exit
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie/ugs. Rinderwahn
Bsp.	Beispiel
BVG	Bundesverfassungsgericht
BWL	Betriebswirtschaftslehre
BSc	Bachelor of Science
bzw.	beziehungsweise
C2DH	Luxembourg Centre for Contemporary and Digital History
C’s	Ciudadanos/ Bürger
CAN	Communidad Andina de Naciones/ Andenpakt
CARICOM	Carribean Community/Karibische Gemeinschaft
CC	Coburger Convent
CCD	Centro Cristiano Democratico/ Italien Christdemokratisches Zentrum
CD	CompactDisc
CDA	Christen-Democratisch Appèl/ Niederlande Christlich-Demokratischer Aufruf

CDA	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDC	Convergeǹcia Democràtica de Catalunya/ Demokratische Konvergenz Kataloniens
CDI	Christlich Demokratische Internationale
CDU	Christlich-Demokratische Union
CELSA	École des Hautes Études en Sciences de l'information et de la Communication/Hochschule zur Medienausbildung in Paris
CEU	Central European University/ Budapest
Charta 77	Bürgerrechtsbewegung
CiU	Convergència i Unió/ein Parteienbündnis/Katalonien
CMLR	Common Market Law Review/ Zeitschrift
COMECON	Council of Mutual Economic Assistance/ RGW/Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
Corona	COVID-19
COVID-19	Corona Virus Disease 2019/Corona Virus Krankheit 2019
COWEB	Gruppe Westliche Balkanstaaten/ EU
CPT	European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe
CPU	Candidatures d'Unitat Popular/ Kandidatur der Volkseinheit/Katalonien
CR online	Portal zum IT-Recht
Credit Suisse/ CS	Schweizer Bank
CSQP	Catalunya Sí que es Pot/ Katalonien Ja wir können
CSU	Christlich-Soziale Union
CV Rudolfina	Katholische Österreichische Studentenverbindung Rudolfina/ Wien
CV-Verbindungen	Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DC	Democrazia Cristiana/Italien
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEMYC	Democrat Youth Community of Europe/ Demokratische Jugendgemeinschaft Europas
ders.	derselbe

DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
d.h.	das heisst
DHI	Deutsches Historisches Institut/London/Moskau/Washington
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM/D-Mark	Deutsche Mark
DNA	deoxyribonucleicacid/Desoxyribonukeinsäure
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DPs	Displaced Persons/verschleppte Personen
Dr.	Doktor
Dr. iur.	Dr. iuris/Rechte
Dr. phil.	Dr. philosophiae/Philosophie
Dr. theol.	Dr. theologiae/Theologie
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung/EU
DTI	Department of Trade & Industry Philippines
Dublin-III-Verordnung	Asylverfahrensverordnung
DuD	Datenschutz und Datensicherheit/ Zeitschrift
DVD	Digital Versatile Disc
DVPW	Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft
dzt.	Derzeit
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
ebd.	ebenda
EBÖ	Europäische Bewegung Österreich
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance / Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
ECtHR/ ECHR	European Court of Human Rights/ Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte/ EGMR
ECU	European Currency Unit/ Europäische Rechnungs- und Währungseinheit
EDU	European Democratic Union/ Europäische Demokratische Union
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft

EG 12	Belgien, BRD, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHI	Europäisches Hochschulinstitut/Florenz
EIB	Europäische Investitionsbank/European Investment Bank
El País	Das Land/ Presseorgan
ELTE	Eötvös Loránd University/Budapest
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
E.N.E. L	Ente nazionale per l'energia elettrica/ Nationale Körperschaft für elektrische Energie
En Marche	La République En Marche!/Die Republik in Bewegung!
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik/European Neighbourhood Policy
EOWR	Europäisch-orientalischer Wirtschaftsraum
EP	Europäisches Parlament
EPU	Europäische Parlamentarierunion
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERC	Esquerra Republicana de Catalunya
ERP	European Recovery Program/Marshall-Plan
ESF	European Science Foundation/Europäische Wirtschaftsstiftung
ESM	European Stability Mechanism/ Europäischer Stabilitätsmechanismus
ETA	Euskadi Ta Askatasuna/ Baskenland für Freiheit
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURO	Währungseinheit
EUROCLIO	Europäischer Verband der Geschichtslehrerverbände
EURODAC	European Dactyloscopy/ Europäisches Fingerabdruckidentifikationssystem
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EUSFTA	EU-Singapore Free Trade Agreement/ Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und Singapur

EUV	Europäischer Unionsvertrag
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
E-Voting	elektronische Stimmabgabe
EVP	Europäische Volkspartei
EVP-ED	Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten
EVTZ	Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
EZU	Europäische Zahlungsunion
FAQ	Frequently Asked Questions/ häufig gestellte Fragen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FED	Federal Reserve System/ Zentralbanksystem und US-Notenbank der Vereinigten Staaten von Amerika
ff.	fortfolgend
FI	Forza Italia/ Vorwärts Italien
Fiat	Fabbrica Italiana Automobili Torino
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
Franc	Währungseinheit
Frontex	Frontières Extérieures/EU-Agentur
FU Berlin	Freie Universität Berlin
FUER	Für Geschichtsbewusstsein/didaktisches Prozessmodell
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung Österreichs
FWS	Fortbildungswerk für Schüler und Studenten
G 7	Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA
G 8	G 7 mit Russland
G 20	G 8 und Europäische Union sowie Argentinien, Australien, Brasilien, Indien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Süd-Afrika, Süd-Korea, Türkei, VR China

GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade/ Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GAU	Größter Anzunehmender Unfall
GD 4	Generaldirektion Wissenschaft/EU
geb.	geboren
GEBF	Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung
gem.	gemäß
gest.	gestorben
GFD	Gesellschaft für Fachdidaktik
GG	Grundgesetz
GPJE	Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung
GRC	Grundrechte-Charta der Europäischen Union
Greco	Groupe d'États contre la Corruption/ Staatengruppe des Europarates gegen Korruption
GRETA	Group of Experts on Action against Trafficking in Human Being/Expertengruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels
GREVIO	Group of Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence/Expertengruppe zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
GS	Generalsekretär
GSA	German Studies Association/Vereinigung von Wissenschaftlern
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
GUE	gauche unie européenne/ Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken
HdEG	Haus der Europäischen Geschichte
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica/ Kroatische Demokratische Union
HiRep	High Representative/EU
HISTOMAT	Historischer Materialismus
HLG	High Level Group
HMRG	Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft
Holodomor	Tötung durch Hunger
HPB	Das Historisch-Politische Buch
Hrsg.	Herausgeber
H-Soz-Kult	Fachforum im Internet

htpp:/www.	Hypertext Transfer Protocol/world wide web
HUK-Coburg	Haftpflicht-Unterstützungs-Kasse kraftfahrender Beamter Deutschlands a.G. in Coburg
IBEX	Iberia Index/ Spanien Aktienindex
Ibid.	Ibidem/ ebenda
IEP	Institut für Europäische Politik/ Brügge
IHS	Institut für Höhere Studien/Wien
IMADEC	International Management Development Consuting GmbH/ Privatuniversität für Führungskräfte
INF	Intermediate Range Nuclear Forces/ Mittelstrecken-Nuklearwaffen-Systeme
Inkl.	Inklusive
Intelsat	Nachrichtensatellit und Technologieunternehmen
INZ	Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung
ISAF	International Security Assistance Force/ Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe/Afghanistan
ISDN	Integrated Services Digital Network/ Integriertes Sprach-und Datennetz
ITSO	International Telecommunications Satellite Organization
ITU	International Telecommunication Union/ Internationale Fernmeldeunion
ITV	Inspección Técnica de Vehículos/TÜV in Spanien
i.V.m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
JEIH	Journal of European Integration History
JEP	Jugend der Europäischen Volkspartei
Jh.	Jahrhundert
JU	Junge Union/ CDU
JUMPER	Junge Menschen erreichbar machen mit Politischer Europabildung/ Projekt
Juso	Jungsozialist
JxS	Junts pel Sí/Gemeinsam für das Ja/ Katalonien
Kap.	Kapitel
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland

Kfz	Kraftfahrzeug
KGB	Komitee für Staatssicherheit/ Geheimdienst
KGRE	Kongress der Regionen und Gemeinden
KMK	Konferenz der Kultusminister der Länder
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
Korb III	KSZE-Arbeitsfeld: Humanitärer Bereich
KP	Kommunistische Partei
KPC	Katholisches Pädagogisches Zentrum/Den Bosch
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KZ	Konzentrationslager
lit.	littera/ jur.
LKW	Lastkraftwagen
LUISS	Libera Università Internazionale degli Studi Sociali/ Rom
MDF	Magyar Demokrata Fórum/Ungarisches Demokratisches Forum
MDK	Ministerdelegierten Komitee des Europarates
Mercosur	Mercado Común del Sur/Gemeinsamer Markt des Südens
Merkozy	Merkel Sarkozy
METI	Ministerium für Wirtschaft und Industrie/ Japan/ Ministry of Economy, Trade and Industry
MFR	Mehrjähriger Finanzrahmen
MIG	Mikojan-Gurewitsch/ Militärflugzeughersteller
Minsk II	Minsker Abkommen
Mint-Fächer	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik
Mio.	Million/ -en
MSC	Mediterranean Shipping Company
MWK Niedersachsen	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
NAG	Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz/ Österreich
NATO	North Atlantic Treaty Organization/Nordatlantikpakt
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NEI	Nouvelles Equipes internationales

NGO	Non-governmental Organization/ Nichtregierungsorganisation
Nord Stream I, II	Ostsee-Pipeline
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSA	National Security Agency/Nationale Sicherheitsbehörde
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o.ä.	oder ähnliches
ODS	Občanská demokratická strana/ Tschechien Demokratische Bürgerpartei
ÖAD	Österreichischer Austauschdienst/ Agentur für Bildung und Internationalisierung
ÖAW	Österreichische Akademie der Wissenschaften
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon
ÖBV	Österreichischer Bundesverlag
OECD	Organization of Economic Cooperation and Development/ Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEEC	Organization of European Economic Cooperation/ Organisation für die Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ÖFG	Österreichische Forschungsgemeinschaft
ÖVP	Österreichische Volkspartei
OPAL	Ostseepipeline-Anbindungsleitung
ORF	Österreichischer Rundfunk
OSI	Otto Suhr Institut/ FU Berlin
OSZE	Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa
Oviedo-Konvention	Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin
PAO Gazprom	Gasförderunternehmen/ Publitschnoje Akzionernoje Obschtschestwo Öffentliche Aktiengesellschaft
PEP	Planspiele zur handlungsorientierten EU-Vermittlung in der Primarstufe/ Projekt

PESCO/ SSZ	Permanent Structured Cooperation/ Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
PFP	Partnership for Peace/Partnerschaft für den Frieden/ NATO-Kooperation mit Nicht-NATO-Staaten
PH	Pädagogische Hochschule
PhD	Doctor of Philosophy
PKP	Professionelle Kompetenz von Politikleher/-innen
Pkw	Personenkraftwagen
Planpolitik GbR	Veranstaltungsplattform / Gesellschaft bürgerlichen Rechts
PLO	Palestine Liberation Organisation/ Palästinensische Befreiungsorganisation
PO	Platforma Obywatelska/ Bürgerplattform/ Polen
PP	Partido Popular/ Volkspartei/ Spanien
PPI	Partito Popolare Italiano/Italienische Volkspartei
PR	Public Relations
Priv.Doz.	Privatdozent
Prof.	Professor
PSC	Partido de los Socialistas de Cataluña Sozialdemokratische Partei in Katalonien
PSOE	Partido Socialista Obrero Español/ Spanische Sozialistische Arbeiterpartei
PV	Parlamentarische Versammlung des Europarates
RAF	Rote Armee Fraktion
RELEX	Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen der EU
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe/COMECON
RPR	Rassemblement Pour la République
Rs.	Rechtssache
Ruxit	möglicher Austritt Russlands aus dem Europarat
RWTH Aachen	Rheinisch Westfälische Technische Hochschule Aachen
S & D	Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
SDKU	Slovenská demokratická a kresťanská únia/ Slowakische Demokratische und Christliche Union
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

Sek.	Sekundarstufe
SFB	Sonderforschungsbereich
SHUG	Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft
SIEPS	Swedish Institute for European Policy Studies
SIS	Schengener Informationssystem
SKÖTH	Ständige Konferenz tschechischer und österreichischer Historiker
SLAPPs	Strategic Lawsuits Against Public Participation / Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz, hrsg. EUGH
sog.	So genannt
Solidarność	Gewerkschaftsbewegung/Polen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas/Teil der S & D Fraktion
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
SSZ	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit/ Permanent Structured Cooperation
StGB	Strafgesetzbuch
Swift	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
SWR	Südwestrundfunk
TaBarnia	Tarragona-Barcelona/ Region
TEPSA	Trans European Policy Association
TEZ	Türkei-Europa-Zentrum an der Universität Hamburg
TRIPS	Trade Related Aspects for International Property Rights
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership
TU	Technische Universität
TÜV	Technischer Überwachungsverein
TV	Television
u. a.	unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
u.ä.	und ähnliches
UBS	Union Bank of Switzerland
UC Louvain	Université Catholique de Louvain

UDC	Unió Democràtica de Catalunya
UDF	Union pour la démocratie française/ Union für die französische Demokratie
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEFA	Union of European Football Associations/ Union Europäischer Fußballverbände
UEN	Union for Europe of the Nations
UK	United Kingdom/Vereinigtes Königreich
UKIP	UK Independence Party/ Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs
UMP	Union pour un mouvement populaire/ Union für eine Volksbewegung
Unesco	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization/Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
Univ.	Universität
Univ.-Prof.	Universitätsprofessor
UNO	United Nations Organization
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration/ UN Flüchtlingsorganisation
US	United States/Vereinigte Staaten
USA	United States of America/ Vereinigte Staaten von Amerika
US-Dollar	Währungseinheit
usw.	und so weiter
UTB	UNI-Taschenbücher
v. a.	vor allem
v. Chr.	vor Christus
v.f.h.	Verein zur Förderung politischen Handelns
vgl.	vergleiche
Visegrád-Gruppe	Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn
VK	Vereinigtes Königsreich
VÖI	Vereinigung Österreichischer Industrieller
VR China	Volksrepublik China
VRC	Volksrepublik China
VWL	Volkswirtschaftslehre

WestLB	Westdeutsche Landesbank
WEU	Westeuropäische Union
WEUS	Wissen und Einstellungen von Schüler*innen zur Europäischen Union/ Studie
WTO	World Trade Organization/ Welthandelsorganisation
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
YouTube	Videoportal
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZEI	Zentrum für Europäische Integrationsforschung/Bonn
ZIG	Zentrum für Interdisziplinäre Gesundheitsforschung der Universität Augsburg
ZK	Zentralkomitee
ZP	Zusatzprotokoll
ZVR	Zeitschrift für Verkehrsrecht
ZVS	Zentrale Vergabestelle für Studienplätze
Zwei-plus-Vier-Vertrag	Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA, DDR, BRD
ZZF	Leibniz Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Personenregister

A

Abbe, Ernst 154
Abelshauser, Werner 281
Abendroth, Wolfgang 1234
Achour, Sabine 1199, 1200, 1202
Adenauer, Konrad 37, 81, 95, 96, 184, 331, 332, 427, 444, 469, 473, 485, 507, 514, 516, 566, 583, 600, 603, 740, 820, 822, 843, 847, 849, 857, 859–861, 863–865, 890, 913, 920, 921, 926, 938, 1006–1008, 1130
Adlgasser, Franz 595
Adorno, Theodor W. 1234
Aelius Aristides 57
Af Ugglas, Märta Margaretha 840
Ahmadineschād, Mahmud 458
Ahtisaari, Martti 791, 796
Al-Assad, Baschar 340
Albert von Sachsen-Coburg und Gotha, Prinz 180, 631
Albrecht, Ernst 215, 565, 837
Albrich, Thomas 585, 617
Alexander der Große 54, 56, 57, 62, 65, 66, 83–85, 107, 109, 208
Alexander II., Kaiser von Russland 350
Alexijewitsch, Swetlana 316
Al-Gaddafi, Muammar 328
Almond, Gabriele 1193, 1200
Altrichter, Helmut 56–59, 61, 62, 67, 374
Altvater, Elmar 1206
Ambrosius, Gerold 525, 526, 541, 542, 544
Amin, Idi 328
Andreotti, Giulio 601, 1006
Angelis, Simone de 1141
Ángel Martínez Martínez, Miguel 1177, 1179, 1180
Angerer, Thomas 591, 617, 748
Anton, Charles William 1077
Aquin, Thomas von 208, 1137
Ariès, Philippe 356
Aristoteles 65, 68, 921, 1131, 1137
Armstrong, Louis 444
Arntz, Reiner 586
Arvonen, Jori 869
Asche, Matthias 15, 16, 19, 201–227
Aschmann, Birgit 747
Ashdown, Paddy 788
Atatürk, (Mustafa Kemal Pascha) 59, 379, 409
Attila 59, 66
Auge, Oliver 346
Augustinus 66, 75, 1131
Augustus, röm. Kaiser 54, 57, 63, 70
Azcona, Abel 781
Azizi, Josef 1016
Aznar, José Maria 708, 711, 722, 830, 840, 841, 876–878

B

Baader, Andreas 618
Baberowski, Jörg 19–21, 93, 295–344
Bachem-Rehm, Michaela 462
Bachmann-Medick, Doris 164
Bahr, Egon 477, 516
Baker, James 507
Barbarossa (Friedrich I.), Kaiser des röm.-dt. Reiches 317, 580
Bárcenas, Luis 716, 718
Baring, Arnulf 497, 499, 500
Barroso, José-Manuel Durão 292, 571, 822, 831, 834, 838, 846, 884, 902, 903, 972, 974–978, 981, 984, 986, 990, 1180, 1242
Barthel, Charles 592
Barzel, Rainer 498, 1006
Bastian, Gerd 584
Bauer, Anna 386
Bauer, Friedrich 1012
Bauman, Zygmunt 297, 306, 307
Bayrou, François 840
Beatrix, Königin der Niederlande 844, 845
Beatrix von Burgund 580
Beaune, Clément 1123
Becker, Thomas 486
Beda, Pater (Beda Vickermann) 686
Beermann, Johannes 864
Beining, Jörg 49, 139, 142, 145, 151, 153, 158, 160, 161, 169, 173, 176, 180, 184, 186, 190, 192, 193, 197, 238, 244, 248, 251, 253, 254, 257, 288, 321, 324, 328, 331, 335, 336, 339, 359, 362, 363, 372, 453, 454, 498, 502, 505–507, 509, 510, 516, 519, 521, 540, 543, 553, 558, 559,

650, 652, 660, 662, 667, 674, 676, 677, 965, 970, 980, 982, 984, 1050, 1051, 1053, 1054, 1057, 1060, 1062, 1064, 1068, 1205, 1209, 1213, 1220, 1221
Beneš, Edvard 273, 763
Béra, Camille 1140
Berding, Helmut 131, 140–143, 159
Berija, Lawrenti Pawlowitsch 331, 332
Berlusconi, Silvio 840, 841, 846, 872, 873, 898
Bernassola, Angelo 1006
Bernecker, Walther 62, 709, 710, 716, 733, 734, 747
Bernhard, Thomas 579
Bernstein, Eduard 301
Béthouart, Antoine 739
Bevin, Ernest 642
Beyrau, Dietrich 295
Bhabha, Homi K. 164
Bichler, Reinhold 119, 120
Biden, Joe 378, 556, 626
Biedenkopf, Kurt 839, 861, 879, 1007
Biefang, Andreas 486
Bildt, Carl 788, 862
Binz (Herr) 564
Bischof, Günter 281, 1084
Bismarck, Otto von 96, 135, 136, 138, 214, 433, 541, 860
Bitsch, Marie-Thérèse 592
Blair, Tony 510, 520, 862
Blakeney, Michael 1105
Blickle, Peter 252
Boadella, Albert 709, 727, 728
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 912
Bock, Fritz 1000
Bock, Heike 230
Böckle, Franz 686
Bode, Franz-Josef 835
Böger, Reimer 838
Bog, Ingomar 232
Böhler, Ingrid 583, 1089
Böhr, Christoph 861
Böll, Heinrich 321, 1150
Bono, (Paul David Hewson) 1208
Boockmann, Hartmut 322
Booth, Philip 346
Borodziej, Włodzimierz 1186
Borrell, Josep, i. Fontelles 833, 894, 976
Bösch, Frank 386, 397, 408
Bosman, Jean-Marc 42, 1030
Bossuat, Gérard 592
Bot, Ben 831
Bourdieu, Pierre 1094, 1108
Bracher, Karl Dietrich 297, 308, 589, 686–688, 695, 1188
Brait, Andrea 10, 1282
Brandmann 972
Brandt, Willy 143, 301, 461, 462, 467, 469, 471, 481, 482, 511, 516, 751, 826, 860, 890
Braudel, Fernand 562, 1094, 1095, 1108, 1149
Bredel, Willi 1234
Breschnew, Leonid Iljitsch 363, 374
Breßgott, Thorben 49
Briand, Aristide 389, 393, 401
Brickwedde, Fritz 837
Brill, Ariane 386, 398
Brittan, Leon 963
Brocke, Bernhard vom 653
Broda, Christian 1003
Brok, Elmar 829, 843, 857, 858
Brown, Gordon 520
Bruckmüller, Ernst 277
Bruckner, Anton 946
Brüll, Christoph 462
Brüning, Heinrich 140, 921
Brunn, Gerhard 525, 541
Brust, August 461, 468
Brüstle, Adalbert 735
Buffon, Georges-Luis Leclerc (Comte de Buffon) 1132
Burckhardt, Jacob 77, 606
Bursens, Peter 1197, 1200
Burton, Eric 745
Busch, Matthias 1202, 1217
Busek, Erhard 1009, 1140
Bush, George Herbert Walker 448, 510, 511, 823, 828
Bush, George Walker 195, 196, 378, 448, 823, 828, 1061, 1081
Buttiglione, Rocco 846
Buttinger, Joseph 1108
Buzek, Jerzy Karol 834, 835, 894–896, 907

C

Caesar 57, 62, 69, 70, 88
Calandri, Elena 592
Câmara, Hélder Pessoa 650
Cambó, Francesc 709

Cameron, David 512, 520, 647, 832, 833, 845, 853, 933, 949, 950, 956
Carrero Blanco, Luis 750
Carter, James Earl (Jimmy) 448
Casini, Pier Ferdinando 872
Cede, Franz 758, 782, 798, 965
Chakrabarty, Dipesh 164
Chamberlain, Joseph 63
Chen, Man Lavette 42, 1031
Chirac, Jacques 668, 830, 831, 838, 840, 846, 891–893, 901, 917, 1124, 1125
Chlodwig I. 58, 69
Chmelnyckyi, Bohdan 349
Christ, Karl 57, 75, 652
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 271, 315, 317, 331, 333–335, 337, 339, 343
Churchill, Winston S. 62, 184, 429, 511, 631, 641, 642, 648, 659, 662, 672
Cicero 54, 57, 62
Clark, Christopher 417
Clemens, Gabriele 30, 31, 178, 617, 639–678
Clement, Wolfgang 457
Clinton, William Jefferson (Bill) 334
Cocteau, Jean 1129
Collado Seidel, Carlos 712, 733, 747
Collins, Michael 173
Collowald, Paul 1183
Colombo, Emilio 842
Comenius, Johann Amos 257, 258
Commynes, Philippe de 231
Conrad, Sebastian 1095
Conze, Eckart 478, 1185
Cook, James 1074
Cosgrave, William Thomas 173
Costa, Flaminio 42, 1029
Coudenhove-Kalergi, Richard von 282, 389, 400, 410, 661, 938
Cox, Pat 893, 894
Cramer, Konrad 322, 323
Cramm, Severin 10, 112, 114, 116, 119, 124, 127–129, 170, 174, 177, 178, 182, 185, 188, 189, 191, 194, 195, 322, 326, 329, 334, 337, 343, 395–399, 401, 403, 404, 407, 408, 410, 412–415, 418–420, 467, 479, 483, 651, 655, 663, 666, 669, 676, 677, 968, 990, 1140, 1154–1157, 1207, 1208, 1210, 1212, 1215, 1218, 1219, 1224, 1281, 1282
Cresson, Édith 830, 838, 900, 901
Cromwell, Oliver 63, 257
Crowley, Brian 833
Cuccia, Deborah 9–50, 235, 241, 245, 250, 255, 256, 259, 468–470, 473, 498, 500, 504, 518, 540, 543, 548, 550, 554, 578, 579, 581, 583, 585–587, 589, 591, 593–595, 598, 599, 601, 602, 605, 607, 609–611, 614, 617–619, 621, 622, 625, 626, 628–630, 632, 633, 635, 736, 739–741, 744, 746–748, 750–752, 1080, 1081, 1083–1108, 1110–1113, 1117–1120, 1175, 1184, 1187
Cunha, Alice 592
Czartoryski, Adam Jerzy 431

D

Dareios I. 56, 85
Daul, Joseph 820, 833, 835, 886, 890, 891
D’Auria, Matthew 411, 1140
David, König von Juda 55, 70
Decker, Nicolas 42, 1030, 1031
De Gasperi, Alcide 601, 639, 741
De Gaulle, Charles 508, 740, 935, 1157
De Geer, Louis 257
Degenhardt, Wolfgang 541
Dehaene, Jean-Luc 844, 862, 903
Deleuze, Gilles 122
Delitzsch, Friedrich 117
Delors, Jacques 26, 247, 488, 519, 520, 545, 839, 840, 841, 897, 899, 900, 902, 963, 974, 976, 984–986, 988, 990
Demandt, Alexander 11, 12, 53–101, 497
Deneke-Jöhrens, Henning 9
Denk, Helmut 599
Depkat, Volker 437, 1109
Deprez, Gérard 844
Deswarte, Richard 1140
Detjen, Joachim 1194, 1195, 1200, 1216, 1217
Detterbeck, Klaus 1198, 1199, 1202, 1203
Diderot, Denis 1085, 1132
Diokletian 96
Dirninger, Christian 589
Djindjic, Zoran 1238
Do, Dinh Chien (Martin) 49, 245, 250, 254
Doering-Manteuffel, Anselm 295
Dollfuss, Engelbert 581
Döring, Lothar 74
Doronin, Andrej 346
Draghi, Mario 906
Draxler, Ludwig 1003

Drimmel, Heinrich 997
Dschingis Khan 59, 66
Dujardin, Vincent 592
Dumoulin, Michel 592
Dürkop, Oliver 49
Dutschke, Rudi 498
Duverger, Maurice 871
Dzurinda, Mikulâs 875

E

Easton, David 1195, 1200, 1220
Eckel, Jan 396
Eckert, Andreas 1095, 1222
Eck, Valentin 1197, 1204
Edelmann, Marek 835
Ederer, Brigitte 619
Efthymiou, Charalampos 1140
Ehrenpreis, Stefan 16, 17, 229–263
Eidenmüller 74
Einem, Caspar 1012
Eisenhower, Dwight David 448, 928
Eisterer, Klaus 33, 34, 585, 703–753
Elisabeth I., Königin von England (1533–1603) 62
Elvert, Jürgen 14, 163–198, 202, 252, 589, 617, 681
Engels, David 88, 292
Enzesberger, Katharina 781
Erben, Johannes 736
Erdmann, Karl Dietrich 174, 1011
Erdoğan, Recep Tayyip 130, 209, 210, 379, 670, 1240, 1249
Erhard, Ludwig 96, 857
Ettl, Harald 1001
Everest, John 105
Exenberger, Andreas 1082, 1084

F

Fabrini, Sergio 898, 911
Falenski, Hans-Joachim 857
Falin, Valentin Michailowitsch 828
Farage, Nigel 512, 624
Fehrenbach, Elisabeth 142, 143
Feldbauer, Peter 216
Feldt, Lutz 188
Felipe VI., König von Spanien 725, 753
Fellner, Fritz 589, 590
Ferdinand VII., König von Spanien 62
Ferguson, Niall 1132
Fernández-Miranda Hevia, Torcuato 750
Ferrero-Waldner, Benita 937, 970–972, 975, 977–981
Ferrusola Lladós, Marta 719
Feuchtwanger, Lion 307
Fickers, Andreas 543
Fillon, François 1122, 1123
Filofej von Pskow 204
Fink, Sebastian 12, 13, 103–130
Fink, Ulf 856
Fischer, Bernd 864
Fischer, Joseph Martin (Joschka) 492, 516
Fischer, Louis 302, 303
Fischer, Thomas 586
Fischer, Wolfram 141
Fischler, Franz 970–972
Fluck, Winfried 437
Fontaine, Nicole 876, 892, 893
Fontane, Theodor 612
Fontenelle, (Bernard le Bovier de Fontenelle) 1132
Ford, Gerald Rudolph 448
Forstmann, Johanna 1195, 1196, 1202
Foschepoth, Josef 618
Foucault, Michel 122, 125, 295, 329
Fouchet, Christian 645, 922
Fraenkel, Ernst 1210
Fraga Iribarne, Manuel 707
Franco, Francisco 33, 706, 707, 709, 717, 720, 723, 737, 741, 742, 745, 748–751, 925
Francovich, Andrea 42, 1030
Frankopan, Peter 260
Franz I., König von Frankreich 209
Frattini, Franco 846
Frech, Siegfried 1192, 1194, 1200–1203
Frevert, Ute 1156
Frey, Klaus-Walter 580
Friedell, Egon 606
Friedman, Milton 531
Friedrich der Große, König von Preußen 80, 94, 207, 690
Friedrich, Margret 242
Friedrich, Wolfgang-Uwe 9, 592
Fröbe, Gert 528
Fuchs, Eckhardt 1222
Fukuyama, Yoshihiro Francis 64, 79, 375
Furet, François 308, 1135, 1136
Furgler, Kurt 1005, 1006
Furth, Peter 498
Futterlieb, Wolfgang 321

G

Gabriel, Sigmar 100, 896
Gadamer, Hans-Georg 322, 330
Gagern, Heinrich von 133
Gaitskell, Hugh 645
Gall, Lothar 140–143
Gallo, Fernanda 1140
Galtung, Johan 151, 584
Gamsbacher, Robert 972
Gandhi, Indira 687
Gandhi, Mahatma 63, 584, 686
Gansel, Norbert 367
Garber, Klaus 217
Garton Ash, Timothy 564
Garzon, Balthasa 733
Gassert, Philipp 612
Gauck, Joachim 827
Gauly, Thomas 863
Gaus, Günter 584
Gehler, Michael 578–635
Geiger, Tim 841
Geißler, Heiner 859, 861
Geiss, Peter 486
Genscher, Hans-Dietrich 486, 492, 507, 513, 519, 520, 521, 842, 865
Geppert, Dominik 26–28, 485–523, 600
Geremek, Bronisław 833–835
Germer, Andrea 49, 141, 144, 148, 151, 155, 159, 169, 172, 175, 179, 183, 186, 189, 192, 196, 322, 325, 329, 333, 337, 341, 396, 397, 400, 405–407, 411, 413, 416, 418, 651, 653, 654, 663, 665, 668, 676, 789, 810, 1050, 1051, 1058, 1061, 1063, 1064, 1069
Geyer, Dietrich 349
Giesecke, Hermann 1219
Gil-Robles Gil-Delgado, José María 891, 892
Ginther, Konrad 963, 964, 1051
Giscard d'Estaing, Valéry 172, 469, 492, 529, 836
Glasenapp, Helmuth von 73
Glińsky, Piotr 1189
Globke, Hans 516
Goebbels, Joseph 429
Goethe, Johann Wolfgang von 53, 75, 108, 131, 140, 235, 260, 1234
Gogol, Nikolai Wassiljewitsch 360
Göhner, Reinhard 863
Goldschmidt, Alfons 307
Gonschor, Marcus 10, 587, 847, 857, 860, 862, 865–867, 870, 872–874, 877, 881, 882
González Márquez, Felipe 741
Goppel, Alfons 826, 1006
Goppel, Thomas 1006
Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 316, 318, 336–339, 341, 370, 373–377, 449, 505, 506, 511, 533, 861, 928, 964, 1237
Gorki, Maxim 300
Gottsmann, Andreas 595
Graichen, Patrick 1207
Gramsci, Antonio 306
Granić, Mate 875
Grassi, Ernesto 1131
Gravier, Jean-François 1125
Greenblatt, Stephen 164
Greiner, Florian 23, 24, 385–421, 616
Gresham, Thomas 247
Grieger, Marcel 1199, 1200
Griepenburg, Rüdiger 214
Grimm, Dieter 911
Griset, Pascal 562
Groeben, Hans von der 565, 589
Gronau, Martin 120
Grosser, Alfred 915
Grotius, Hugo 210, 211
Gruber, Christine 595
Gruber, Karl 567, 585–587, 588, 601
Grubmayr, Herbert 798
Gruhl, Herbert 855
Gruner, Wolf 178, 590, 617
Guiotto, Maddalena 586
Guirao, Fernando 592
Gu, Xuewu 589

H

Haarmann, Harald 585
Habermas, Jürgen 1210, 1225
Habsburg, Otto von 749, 1002–1004, 1010, 1011
Hackethal, Julius 407, 408
Haeckel, Ernst 118
Hagen, Jürgen von 589
Hagen, Nikolaus 1089
Hague, William 832
Hähnel, Paul 546
Hahn, Hans-Werner 131–162
Hahn, Silvia 1110
Haider, Jörg 619, 620, 740, 840

Haider-Wilson, Barbara 595
Haller, Stephanie 781
Hallstein, Walter 293, 565, 976, 978, 984, 1182
Hamilton, Alexander 494, 940
Hamon, Benoît 1122
Hampl, Franz 736
Hannibal Barkas 56
Hänsch, Klaus 842, 891, 901
Harst, Jan van der 592, 978
Hartlib, Samuel 257
Hartmann, Sascha 1228
Haslauer, Wilfried, sen. 600, 609, 1006, 1007
Havel, Václav 323, 1009
Heath, Edward 510, 511
Hedin, Sven A. 62
Heeke, Matthias 345
Heer, Friedrich 1137
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 246, 295, 323, 329, 855, 912, 1137, 1155
Heimerdinger, Timo 242
Heinrich IV., König von Frankreich 209
Heinrich, Jörg 49, 497, 499, 503, 508, 511, 512, 517
Heinz, Karl Eckhart 906
Hellmuth, Eckhart 240
Hellwig, Fritz 589
Helvétius, Claude Adrien 1132
Henderson, William O. 148
Hennecke, Hans Jörg 486, 600
Hennig, Ottfried 862
Henrich-Franke, Christian 28, 29, 462, 480, 525–566
Herbert, Ulrich 395–397
Hermann, Ludolf 687
Hermens, Ferdinand Aloysius 921
Herodot 83, 85, 104, 430, 1134
Herren, Madeleine 472
Herzog, Roman 40, 893, 994, 995, 1012
Hesse, Hermann 1208
Hetzel, Miriam 10, 1281, 1282
Heuss, Theodor 1130
Hiepel, Claudia 25, 26, 461–484, 561, 592
Hildermeier, Manfred 322
Hillary, Edmund 105
Hintze, Peter 864
Hirsch, Paul 1075, 1077
Hitler, Adolf 63, 64, 296, 313, 314, 317, 319, 360, 367, 370, 371, 390, 433, 534, 562, 579, 581, 641, 652, 661, 688, 921, 928
Höbelt, Lothar 216
Hobe, Stephan 189
Hobsbawm, Eric 19, 296, 297
Hoebink, Hein 472, 481
Hofer, Andreas 739
Hofmann, Werner 1234
Hofmann, Winfried 579, 581
Holbach, Paul Henry (Thiry d'Holbach) 1132
Hollande, François 804, 917, 1122, 1123, 1127
Holm, Kerstin 315
Holzinger, Katharina 1192, 1200
Homann, Karl 855
Honecker, Erich 858, 859
Höpflinger, Anna-Katharina 1140
Horn, Gyula 533, 1010
Horváth, István 1009
Howard, Michael 832
Hudson, Kenneth 1176
Hugo, Victor 1134
Humboldt, Alexander von 74, 84, 121, 588, 589
Humboldt, Wilhelm von 121
Hummer, Waldemar 785, 786, 964, 1004, 1051
Huntington, Samuel P. 79, 127, 696, 750
Hussein, Saddam 328, 823
Hütter, Hans Walter 834, 1177, 1179, 1184–1188
Hye, Hans-Peter 590

I

Imbros, Kritobul(os) von 60
Immerfall, Stefan 1195, 1201, 1203
Innocenti, Silvio 601
Inzko, Valentin 787–789
Iriye, Akira 480
Isaiasz, Vera 230
Iser, Jakob 9–50, 357, 361, 369, 377–379, 541, 550, 555, 561
Issing, Otmar 954
Itzel, Constanze 46, 47, 1167–1191
Ivens, Sven 1198, 1201, 1202
Iwan IV., der Schreckliche, Zar von Russland 204, 348, 376

J

Jäger, Gebhard 735
Jagland, Thorbjørn 771, 784
Jandl, Gerhard 34–37, 757–786, 787–818

Jankowitsch, Peter 1001
Jansen, Thomas 827, 845, 862–866, 1008
Janukowytsch, Wiktor Fedorowytsch 979
Jaspers, Karl 128
Jelzin, Boris Nikolajewitsch 96, 336, 338, 367, 373, 534, 861, 1242
Jesus 686, 691, 780
Johann, David 1204
Johannes Paul II., Papst (Karol Józef Woityła) 337, 821, 827, 831
Johnson, Boris 512, 626, 648, 853
Johnson, Lyndon B. 448
Johnston, Marguerite 42, 1029, 1030
Joseph II., Kaiser des Heilig. Röm. Reiches 207
Josephus, Flavius 57
Juan Carlos I., König von Spanien 717, 725, 737, 751, 753
Judas Makkabäus 57
Judt, Tony 297, 306, 310, 311, 321, 1085
Juncker, Jean-Claude 39, 669, 682, 862, 892, 896–898, 903–906, 908, 931, 944, 945, 947, 948, 952, 953, 961, 974, 975, 985, 986, 989, 991, 1182, 1229
Jünger, Ernst 124, 307, 308
Juppé, Alain 832, 1122
Juschtschenko, Viktor Andrijowytsch 979

K

Kaczyński, Jarosław 825
Kaelble, Hartmut 541, 625, 630, 665, 1157
Kahn-Ackermann, Georg 758
Kaina, Viktoria 1195, 1201
Kainz, Friedrich 121
Kaiser, Jonas 49, 359, 365, 375, 376, 563
Kaiser, Wolfram 586, 587, 614, 643, 644, 1182, 1185
Kampeter, Steffen 856
Kämpfer, Frank 356
Kant, Immanuel 38, 72, 77, 246, 680, 855, 870, 1133, 1137
Kappeler, Andreas 208, 370
Karasek, Franz 758
Karl der Große 11, 58, 68, 76, 77
Karl V, Kaiser des Heilig. Röm. Reiches 572
Katharina II., die Große, Kaiserin von Russland 207, 210, 349, 350, 354, 377, 378
Katzer, Nikolaus 368
Kaube, Jürgen 1148
Kauder, Volker 1248
Kautsky, Karl 301
Kavala, Osman 764
Kelly, Petra 583, 584
Kelsen, Hans 998
Kennedy, John F. 396, 448, 661, 686
Kennedy, Paul 568, 576, 577
Keogh, Dermot 173
Kessler, Stefanie 1199, 1201
Keynes, John Maynard 307
Kiesinger, Kurt Georg 1006
Kipling, Rudyard 62
Kissinger, Henry 750, 828, 1132
Kitchener, Horatio Herbert, Lord 62
Klabund (Alfred Henschke) 97
Klafki, Wolfgang 1219
Klaus, Josef 40, 997–1000, 1002, 1005, 1006
Klaus, Vaclav 884, 900
Klecatsky, Hans 1003
Klein, Dominik Arne 355, 361, 366, 368
Kleinschmidt, Harald 381, 611, 1283
Klepsch, Egon 826, 843, 845, 872, 894
Knelangen, Wilhelm 1192, 1195, 1199, 1201, 1220
Knipping, Franz 178
Knoll, August Maria 998
Koch, Alexander 188
Koch, Klaus 596
Koch, Roland 861
Kocka, Jürgen 142, 159
Koenen, Gerd 20, 297, 306, 307
Koestler, Arthur 302–306
Köfler, Werner 580
Kohl, Christine von 967
Kohler, Alfred 216, 236
Kohl, Helmut 20, 26, 27, 38, 95, 96, 172, 324, 376, 486, 488, 489, 492, 498, 510, 513, 514, 516, 519, 520, 584, 607, 821, 823, 826–828, 839–841, 843, 844, 846, 859–866, 868–871, 875–879, 889, 892, 899–901, 903, 910, 916, 917, 926, 1006, 1007, 1123, 1135, 1184, 1188, 1211
Kohll, Raymond 42, 1030
Kohr, Leopold 90
Kok, Wim 844
Kolumbus, Christoph 61, 84, 120
Komorowski, Bronisław 827
König, Christian 589
König, Franz Kardinal 274
König, Thomas 1192, 1201

Konrad, der Pfaffe 68
Konrad IV., König des Heilig. Röm. Reiches 115
Konstantin I., der Große, röm. Kaiser 57, 76
Konstantin II., König von Griechenland 753
Koselleck, Reinhart 219, 277, 611
Koštunica, Vojslav 35, 791
Kovács, László 846
Kraft, Victor 123
Kramp-Karrenbauer, Annegret 516
Krätschell, Hermann 1237
Krawtschuk, Leonid Makarowytsch 367
Kreisky, Bruno 584, 737, 751, 999
Kreller, Hans 998
Kreutzmann, Marko 147
Kristina, Königin von Schweden 258
Kritobul(os) von Imbros 60
Kropp, Thomas 856, 858
Krüger, Peter 640, 653, 655
Kühberger, Christoph 1086, 1281
Kühnel, Richard Nikolaus 39, 40, 937–992
Kühnhardt, Ludger 32, 33, 175, 184, 523, 551, 560, 568, 571, 577, 589, 590, 612, 621, 679–701, 820, 893, 1177, 1188
Kühnl, Reinhard 1234
Kulhanek, Albin 580
Kunajew, Dinmuchamed Achmedowitsch 374
Kunnert, Gerhard 41–43, 1015–1069
Kurz, Sebastian 626
Küsters, Hanns-Jürgen 826, 828, 833, 847
Kwanten, Godfried 843
Kyros II. der Große 56, 66, 85

L

Laborie, Leonard 562
Lafontaine, Oskar 513
Lajčák, Miroslav 787, 788
Lambsdorff, Alexander Graf 193
Landsberger, Benno 118
Landwehr, Achim 1143
Landwehr, Barbara 1197, 1201
Langer, Gertrude 1076, 1078, 1113
Langer, Karl 1076
Langes, Horst 867
Lappenküper, Ulrich 839
Laqueur, Walter 568, 577
Laursen, Johnny 592
Lautsi, Soile 778
Lee Whorf, Benjamin 121
Lehne, Klaus-Heiner 888
Leibniz, Gottfried Wilhelm 112, 121, 123, 125, 258
Leitsch, Walter 216
Lenin, Wladimir Iljitsch 19, 60, 296–301, 303, 310, 311, 317, 318, 338, 362, 369, 370
Lenz, Marlene 863
Leonhardt, Holm A. 49, 568, 577, 1054, 1059, 1061, 1063, 1065, 1069, 1282
Leonhard, Wolfgang 860
Le Pen, Marine 341, 624, 1125, 1126
Lerma, Joan 742
Lessing, Theodor 77
Letta, Enrico 863
Leucht, Brigitte 586
Leunig, Johanna 1195–1197, 1202
Leuprecht, Peter 758, 769, 785
Leyen, Ursula von der 565, 602, 1150, 1160, 1229–1231
Libal, Wolfgang 967
Lieven, Dominic 20, 299
Lindenberg, Udo 188
Link, Werner 926
Lipgens, Walter 472, 477, 659, 926
List, Friedrich 133, 136–138, 147, 148
Lorenz, Günther 736
Loth, Wilfried 178, 184, 386, 387, 393, 419, 421, 462, 468, 477, 549, 591, 592, 612, 617, 656–658, 926, 1144, 1145, 1176
Lotz-Heumann, Ute 229, 230, 251
Löwenthal, Gerhard 618
Löw, Eva 49, 593, 613
Lubbers, Ruud 844
Ludlow, Piers 592
Ludwig XIV., König von Frankreich 205, 206, 759, 1127
Lueg, Heiner 861
Luhmann, Niklas 125
Lukaschenko, Alexander 367
Lundestad, Geir 54, 455, 741
Luther King, Martin 686, 1208
Luther, Martin 166, 433
Lützeler, Paul Michael 443, 586, 1143, 1153
Lyotard, Jean-François 122

M

Macaulay, Lord 67
Machat, Vera 595
Machiavelli, Niccolò 67, 430, 498

Macmillan, Harold 644
Macron, Emmanuel 45, 183, 378, 515, 622, 624, 727, 771, 801, 802, 906, 913, 917, 923, 1123–1128, 1160, 1247, 1248
Mäder, Lars 1192, 1201
Maderthaner, Leopold 969
Madison, James 438
Maier, Franz Georg 75
Major, John 646, 874, 903
Mammadov, Ilgar 764
Mann, Thomas 67, 188, 700
Mao Zedong 19, 22, 297, 324, 328, 335
Maragall, Pasqual 708, 712, 718
March, Juan 709
Maria I., Königin von England 206
Maritain, Jacques 1136
Marley, Bob 687
Marquardt, Odo 329
Marsé, Juan 712
Marshall, George C. 260, 274, 281, 282, 339, 478, 568, 588, 626, 642, 658, 659, 663, 667, 694
Martell, Karl 1134
Martens, Wilfried 832, 840, 842, 844, 863, 865–867, 872, 874, 877–879, 890, 892, 900, 901
Marx, Karl 154, 160, 326, 329, 330
Mas, Artur 714, 718, 720, 721, 723–725
Mathis, Franz 1081, 1083, 1084
Maus, Heinz 1234
Mayer, Tilman 551
May, Theresa 640, 648, 662, 663
Mazohl, Brigitte 241, 242, 598
McNeal, John 1085
McNeal, William 1085
Mečiar, Vladimir 269
Medici (Familie) 152
Medwedjew, Roy 60
Mehmet II., Sultan des osmanischen Reiches 203, 209, 210
Meier, Marvin 49
Meinhof, Ulrike 618
Melichar, Franz 584
Melville, Herman 164
Menasse, Robert 475, 946, 973
Mendoza, Eduardo 712
Merkel, Angela 27, 95, 96, 99, 100, 195, 343, 378, 430, 494, 496, 514–516, 607, 621, 622, 624, 627, 662, 670, 727, 793, 801, 821, 831, 834, 835, 882, 884, 885, 891, 898, 909, 917, 923, 933, 956, 986, 1066, 1231, 1248, 1249, 1259
Merkl, Adolf Julius 998
Merkl, Alexander 586, 1141
Mertes, Klaus 498
Methfessel, Christian 410, 411
Metternich, Klemens Wenzel Lothar von 133
Metzeltin, Michael 346
Meyer, Dominique 978
Meyer, Hinnerk 10, 587
Michel, Louis 845
Michels, Georg 589
Mikojan, Anastas Iwanowitsch 333, 1259
Milošević, Slobodan 791
Milward, Alan S. 477, 480, 549, 614, 615, 642, 657, 659, 926, 1162
Minin, Kusma 348
Mittag, Jürgen 617
Mitterauer, Michael 260
Mitterrand, François 26, 45, 488, 489, 510, 511, 519, 520, 839–841, 900, 916, 1127, 1135, 1248
Mlynar, Zdenek 339
Mock, Alois 533, 876, 964, 966, 967, 1000–1002, 1006, 1007, 1010, 1011
Mogherini, Federica 953, 989
Mohammed 59, 86, 779
Mohr, Henrike 49
Mola, Emilio 742
Molinari, Maurizio 1148
Möller, Karl 836, 1202
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 171, 331, 333, 375, 1189
Moltke, Helmuth Graf von 390
Mommsen, Hans 64, 239
Mommsen, Theodor 108
Monnet, Jean 14, 27, 29, 30, 38, 40, 50, 163, 177, 178, 189, 194, 389, 400, 472, 502, 567, 590, 592, 602, 604, 617, 632, 639, 650, 665, 827, 889, 890, 899, 915, 918–920, 923, 926, 935, 955, 976, 993, 1197, 1199, 1212, 1219
Montesquieu, Charles Louis de Secondat 59
Moraw, Peter 140, 142, 143
Mork, Andrea 1185, 1190
Morsey, Rudolf 612
Moser, Josef 1064
Mozer, Alfred 463
Mueller, Wolfgang 590, 595, 596, 600
Müller, Frank Lorenz 486

Müller, Peter 317
Mulligan, William 486
Münkler, Herfried 506
Muntschik, Thomas 49, 225–227, 806–811
Mussolini, Benito 63, 64, 401
Mutter Teresa 697

N

Napoleon Bonaparte 62, 63, 69, 147, 152, 158, 317, 350, 439
Napolitano, Giorgio 830
Narjes, Karl-Heinz 589, 827
Navracsics, Tibor 1189
Nawalny, Alexei Anatoljewitsch 764
Nebukadnezar, babylonischer König 55
Nehrbaß, Rudolf 74
Neisser, Heinrich 40, 41, 993–1016
Nell-Breuning, Oswald von 685, 695
Németh, Miklós 1009
Neuber, Friedel 857
Neumann, Klaus 1087, 1088, 1106, 1118
Neuss, Beate 509, 566, 658
Neutsch, Cornelius 539
Niebuhr, Reinhold 1136
Nietzsche, Friedrich 124, 126, 128
Nikolaus I., Kaiser von Russland 204, 350
Nipperdey, Thomas 160
Nixon, Richard Milhous 448, 737
Nolte, Ernst 81, 313, 319
Nolte, Hans-Heinrich 1095, 1096
Nossol, Alfons 835

O

Obama, Barack 196, 340, 661, 1081
Oberkofler, Gerhard 581
Oberkrome, Willi 396, 397
Oberle, Monika 47, 48, 1191–1225
Odovacar, König von Italien 57
Oettinger, Günther 905, 946, 952, 953
Ofner, Harald 1012
Ohms, Brigitte 781
Öncu, Mehmet 586
Onesta, Gérard 1180
Orban, Viktor 1150, 1248
Ordschonikidse, Grigori Konstantinowitsch, (Sergo) 310
Osama bin Laden 622
Oschema, Klaus Peter 260
Osterhammel, Jürgen 158, 160, 1095

P

Palme, Olof 751
Palmerston, Henry, Lord 179
Paşcu, Ioan Mircea 1190
Pasquier, Liliane Maury 771
Patel, Kiran Klaus 592, 630, 1144, 1145
Patten, Chris 974, 980, 981
Patze, Hans 140
Paulus (Apostel) 69, 973
Păun, Nicolae 592
Pehle, Walter 605
Penders, Jean 828
Peres, Schimon 738
Peter I., der Große, Zar von Russland 15, 20, 203, 222, 299, 342, 349, 350, 371, 377
Petrik, Andreas 1197, 1203
Petritsch, Wolfgang 788, 789
Pfanner, Helmut 588
Pflimlin, Pierre 1006
Philipp II., König von Spanien 206, 746
Philipp V., König von Spanien 720, 723
Pichler, Peter 45, 46, 386, 616, 747, 748, 1139–1163
Pirzio-Biroli, Corrado 972
Pittella, Gianni 897
Pittioni, Veit 121, 123
Pius XII., Papst 427
Plassnik, Ursula 789
Platon 56, 62, 65, 66, 71, 111, 125, 1131
Plenković, Andrej 1250
Plöchl, Willibald 998
Plutarch 57
Podlubny, Stepan 303
Poher, Alain 1006
Pöhl, Friedrich Georg 119
Pohlig, Matthias 230, 251
Pöhl, Karl Otto 519
Pohl, Kerstin 1203, 1217
Pol Pot 19, 297, 324
Polybios 57, 88
Pomian, Krzysztof 1176
Pompidou, Georges 461, 462, 469, 482, 1131
Pons, Silvio 20, 297, 306
Poos, Jacques 842
Popieluszko, Jerzy 342
Portisch, Hugo 580
Pöttering, Hans-Gert 37, 38, 819–847, 849, 850, 853, 865, 873, 879, 880–885,

889–892, 894, 895, 902, 904, 1168, 1176, 1177, 1179, 1180, 1184, 1188
Požarski, Dmitrij 348
Presley, Elvis 444
Press, Volker 140, 142, 143, 216
Priestland, David 20, 300, 306, 308
Priestley, Julian 891
Prodi, Romano 722, 829, 830, 838, 902, 904, 972, 974, 975, 977, 979, 981, 986, 1180
Pudlat, Andreas 49, 333, 336, 340, 577, 1206, 1210, 1214, 1217, 1222, 1281
Puigdemont, Carles 725–729, 734
Pujol Ferrusola, Jordi 708, 709, 716, 718, 719, 724, 725
Pujol Ferrusola, Josep 719
Pujol Ferrusola, Mireia y Marta 719
Pujol Ferrusola, Oleguer 719
Pujol Ferrusola, Oriol 719
Pujol, Florenci 709
Putin, Wladimir Wladimirowitsch 21, 22, 96, 167, 292, 316, 318, 319, 338, 340–343, 345, 347, 352, 361, 366, 367, 371, 373, 377, 379, 382, 420, 453, 504, 516, 522, 523, 534, 574, 575, 598, 626, 628, 633, 634, 677, 699, 793, 794, 928, 1240, 1245

R

Raab, Julius 749
Rack, Reinhard 1052
Rack, Ulrike 595
Rainer, Christian 582
Rainer, Johann 580, 582, 583
Rajoy, Mariano 708, 714, 715, 717, 718, 720, 721, 725, 727, 729, 733
Ranke, Leopold von 190, 223
Rappenglück, Stefan 1192, 1197, 1203
Rathkolb, Oliver 617, 1003
Rauscher, Walter 596
Reagan, Ronald Wilson 339, 375, 377, 448, 449, 505, 510, 531
Recker, Marie-Luise 486
Reckwitz, Andreas 492
Reding, Viviane 828
Regling, Klaus 961
Rehn, Olli 292
Remiche, Benoît 1176
Remmers, Werner 837
Renan, Ernest 546, 612
Rerych (Familie) 690, 691
Reuschenbach, Julia 486
Reut-Nicolussi, Eduard 593
Ribbentrop, Joachim von 1189
Richter, Heinrich 75
Riedmann, Josef 579, 580, 582, 583
Rinsche, Günter 862, 872
Ritter, Joachim 912
Roca Junyent, Miquel 707, 734
Rocard, Michel 738, 833
Rödder, Andreas 1185
Röd, Wolfgang 111, 122
Röger, Maren 386
Rohe, Karl 468
Rohmer, Éric 1129
Rolf, Malte 303
Roller, Edeltraut 1207
Rollinger, Robert 112, 119, 568, 576, 613
Romanov, Michail Fedorovič 348
Rømer, Harald 849, 1179
Rommel, Erwin 63
Rönz, Helmut 486
Rose, Andreas 486
Rosindell, Andrew 873
Rothermund, Dietmar 164
Rothfels, Hans 1152
Röttjer, Julia 345
Rousseau, Jean-Jacques 1132, 1133
Rudersdorf, Manfred 214
Rudolf II., Kaiser des Heilig. Röm. Reiches 229, 230, 237, 238
Rudolf, Karl 748
Ruff, Mark 461
Ruggenthaler, Peter 332, 444
Rühe, Volker 857, 858, 860
Rumor, Mariano 1007
Rumpler, Helmut 597

S

Said, Edward 164
Salewski, Michael 163, 171–174, 190
Salomon, König von Israel 65, 70
Salvini, Matteo 624
Sanader, Ivo 875
Sánchez, Pedro 33, 708, 729, 731, 732
Sands, Bobby 170
Sandvoss, Ernst R. 105
Sandys, Duncan 642
Sanherib, assyrischer König 107
Sanjurjo, José 707

Santer, Jacques 830, 836, 838, 899–902, 984, 986
Sargon I., assyrischer König 55, 127
Sargon II., assyrischer König 55
Sarkozy, Nicolas 378, 670, 821, 876, 917, 1122, 1124, 1259
Sartre, Jean-Paul 1131, 1208
Saurma, Lieselotte E. 1175, 1176
Savin, Andrej 346
Schabert, Tilo 44, 45, 1121–1138
Schabowski, Günter 501
Schäfer, Hermann 1184
Schallenberg, Wolfgang 1011
Schall, Wolfgang 842
Scharlemann, Imke 10, 1281
Schäuble, Wolfgang 27, 96, 832, 876
Scheller, Jörg 1140
Scherr, Jonas 120
Schewardnadse, Eduard 507
Schild, Georg 448
Schiller, Theo 1234, 1235
Schilling, Heinz 229, 230, 235, 238, 240, 241, 252
Schilling, Ruth 230
Schimmelpfennig, Andreas 49
Schindling, Anton 202, 214–217, 219
Schinke, Kai 586, 1141
Schirmann, Sylvain 545, 592
Schlenker, Dieter 592
Schlesinger, Arthur M. 612
Schleyer, Hanns Martin 220
Schlögel, Karl 164, 307
Schmale, Wolfgang 238, 242, 262, 470, 472, 1143, 1144, 1153, 1160
Schmidhuber, Peter 901
Schmid, Stefan 455
Schmidt, Dieter A. 869
Schmidt, Georg 149, 216
Schmidt, Helmut 144, 151, 172, 183, 467, 469, 482, 529, 821, 836, 916, 921, 929, 1232
Schmidt, Manfred G. 1193, 1203
Schmidt-Phiseldeck, Konrad von 389
Schmitt, Carl 56, 70, 71, 124, 232, 307, 911, 912
Schmitt, Oliver Jens 346
Schmutzhardt, Karl 584
Schneider, Heinrich 656, 921, 1204
Schneider, Werner 413
Schnitzler, Karl Eduard von 618
Schockenhoff, Andreas 910
Schock-Werner, Barbara 1175
Scholl-Latour, Peter 93
Scholz, Olaf 378, 494
Schöne, Helmar 1195, 1196, 1198, 1199, 1201–1203
Schönner, Hannes 587
Schorlemer, Reinhard von 836
Schorn-Schütte, Luise 235
Schreiner, Martin 612
Schriffl, David 17–19, 265–294, 563
Schröder, Gerhard (Außenminister) 516
Schröder, Gerhard (Bundeskanzler) 341, 490, 516, 668, 846, 893, 917, 929
Schulze, Hagen 500
Schulze, Winfried 237, 239, 240, 248
Schulz, Günther 345
Schulz, Julia 49
Schulz, Martin 835, 884, 894, 896–899, 908, 909, 958, 1190
Schulz, Matthias 590
Schulz, Regine 613
Schumacher, Kurt 481, 482
Schuman, Robert 150, 151, 184, 386, 389, 478, 481, 538, 569, 614, 643, 740, 824, 890, 910, 938, 955, 986, 1146
Schuschnigg, Kurt 581, 1003
Schüssel, Wolfgang 748, 840, 869, 870, 876, 966, 975, 1005
Schütz, Michael 1168
Schwabe, Klaus 591, 592, 611, 612, 617, 1145
Schwarz, Hans-Peter 451, 486, 600, 877, 923
Schwarz-Schilling, Christian 787, 788
Schweisgut, Hans Dietmar 969
Schweitzer, Michael 1004
Schwesig, Manuela 516
Schwimmer, Walter 758
Scott, James 298, 307, 309, 310
Seegers, Mathieu 844
Selenskyj, Wolodomir Oleksandrowytsch 361
Seneca 53, 65
Senghaas, Dieter 584
Sese Seko, Mobuto 328
Seyß-Inquart, Arthur 267, 274
Shatner, William 396
Shaw, George Bernard 63, 307
Signoret, Simone 1129
Sinn, Hans-Werner 649
Sinowatz, Fred 584
Sloterdijk, Peter 122, 125, 126, 130, 571

Sócrates, José 831
Söder, Markus 626, 778
Soini, Timo 771
Sokrates (Philosoph) 129
Solana, Javier 980–982
Solschenizyn, Alexander Issajewitsch 333
Somogyi, Ferenc 1009
Sophia, Königin von Spanien 753
Sophokles 74
Spaak, Antoinette 883, 1176
Spahn, Martin 640, 651, 652, 666
Spengler, Oswald 77, 81, 82, 94, 98, 107, 125–130, 313, 400, 426, 548, 790
Spinelli, Altiero 922, 926, 931, 1219
Spohr, Kristina 486
Stadler, Peter 140
Stalin, Josef Wissarionowitsch 60, 167, 271, 285, 286, 296, 302–310, 312–314, 317–320, 324, 326, 328, 331–335, 342, 343, 351, 360, 362, 365–367, 369–372, 375, 378, 444, 467, 468, 479, 504, 507, 534, 546, 583, 661, 931, 1241
Stamer, M. 1196, 1199, 1203
Steinacker, Karl 133
Steinbach, Erika 456
Steinbichler, Franziska 767, 781, 784
Steindorff, Ludwig 21–23, 345–382
Steiner, Herbert 582
Steiner, Ludwig 1001
Steiner, Michael 967
Steininger, Rolf 582, 583, 585, 586, 593, 601, 612, 617, 737, 738, 744
Steppacher, Burkard 838
Stern, Fritz 666
Stewart, Potter 776
Stockhorst, Stefanie 1143
Stourzh, Gerald 607, 612, 1144
Strache, Heinz-Christian 620
Stratenschulte, Eckart 48, 1200, 1227–1250
Strauß, Franz Josef 854, 864, 865, 1006, 1007, 1282
Strauss-Kahn, Dominique 1124
Streibl, Max 1006
Strobl, Philipp 9, 10, 43, 44, 49, 236, 243, 246, 251, 256–259, 467, 472, 475, 578–581, 584, 585, 587, 588, 590, 592–597, 599, 600, 602–606, 608–613, 615, 617, 618, 620, 621, 623, 624, 626, 627, 629–631, 633, 635, 1073–1120, 1175, 1178, 1179, 1183
Strzygowski, Josef 1076
Sturzo, Luigi 1136
Suárez Gontález, Adolfo 707, 751
Suleiman der Prächtige 59
Suppan, Arnold 276, 277, 285, 590, 594, 596, 598
Süß, Dietmar 397, 404, 405
Swiniartzki, Marco 1140

T

Taeger, Fritz 75
Tajani, Antonio 897, 898, 1189, 1190
Talbott, Strobe 334
Tandler, Gerold 1006
Tangl, Edwin 582
Tardieu, André 182
Tatje, Christian 1195, 1196, 1203
Tejero Molina, Antonio 737, 742
Thatcher, Margaret 448, 488, 497, 498, 510, 511, 519, 520, 531, 631, 646, 873, 874, 916
Thiemeyer, Guido 462, 472, 480, 546, 556, 561, 562, 660
Thukydides 1137
Thyssen, Marianne 832, 843
Timmermans, Frans 1248
Tindemans, Leo 842–844, 865, 866
Tingle, Elizabeth 346
Tiso, Jozef 274
Tito, Josip Broz 364
Tōjō, Hideki 63
Töller, Annette Elisabeth 1192, 1203, 1204
Tončić-Sorinj, Lujo 758, 796
Tönsmeyer, Tatjana 281
Topolánek, Mirek 835
Torke, Hans-Joachim 348
Trapero, Josep Lluis 729
Trausch, Gilbert 591, 592
Trautsch, Jasper 24, 25, 423–460
Treitschke, Heinrich von 132
Trittin, Jürgen 323
Trotzki, Leo (Lew Dawidowitsch Bronstein) 20, 60, 300, 301, 311, 313, 368
Truman, Harry S. 367, 448, 696
Trump, Donald 36, 37, 195, 196, 420, 480, 556, 628, 661–663, 799–801, 804, 914, 931, 1221, 1240, 1245, 1249
Tschernyschewski, Nikolai Gawrilowitsch 299
Tsipras, Alexis 961
Tuck, Bernd 837

Türk, Henning 462, 480, 561, 768, 786
Turković, Bisera 814
Tusk, Donald John 827, 835, 847

U

Ukielski, Pavel 1189
Ulbricht, Walter 332
Urdangarín, Iñakis 717

V

Valcárcel, Ramón Luis 1190
Valentinian I., Kaiser des westl. röm. Reiches 75
Valls, Manuel 1122
Van Agt, Andries A. M. (Dries) 827
Van den Broek, Hans 844, 900
Van der Harst, Jan 978, 984
Van Gaal, Taja Vovk 1188
Van Middelaar, Luuk 1146
Van Rompuy, Herman 844
Varadkar, Leo 192
Varsori, Antonio 592
Vasco da Gama 256
Vázquez Montalban, Manuel 712
Veen, Hans-Joachim 863
Veil, Simone 826
Verba, Sidney 1193, 1200
Verdroß-Droßberg, Alfred 998
Vergil 1137
Verheugen, Günther 668, 674, 979
Verhofstadt, Guy 829, 831, 846
Vermeiren, Jan 386, 404, 411, 616, 1140, 1144
Verner, Andrew 20, 299
Vietta, Silvio 586, 1144
Vila-Matas, Enrique 712
Visser't Hooft, Willem Adolph 390
Vladimir I., der Heilige, Großfürst 346, 347, 353
Voegelin, Eric 1003, 1130, 1131
Vogel, Bernhard 843, 1007
Voggenhuber, Johannes 1012
Volokolamsk, Joesph von (Iwan Sanin) 60, 357
Voltaire (François-Marie Arouet) 258, 1132
Vranitzky, Franz 584, 993, 1000, 1001
Vukovich, Martin 969
Vyslonzil, Elisabeth 596, 1282

W

Wader, Hannes 215
Wagner, Susanne 1199, 1200
Waldheim, Kurt 579, 738
Waldseemüller, Martin 202
Walentinov, Nikolai 298
Walter-Klingenstein, Grete 590
Walters, Vernon Anthony 828
Wandruzska, Adam 582
Warlouzet, Laurent 480, 592
Washington, George 940
Webb, Beatrice 307
Webb, Sidney 307
Weber, Juliane 862
Weber, Manfred 890, 891, 908
Weber, Max 77, 125, 157, 249, 250, 584, 612
Wehler, Hans-Ulrich 142, 145, 159, 232, 235, 314
Wehling, Hans-Georg 1195, 1204
Weidenfeld, Werner 984, 1193, 1194, 1204
Weißeno, Georg 1192, 1195, 1197, 1200–1204, 1215
Weiss, Louise 826
Weizsäcker, Carl-Friedrich von 77, 584
Welle, Klaus 38, 830, 849–914, 1182
Wells, Herbert George 307
Wendler, Eugen 148
Werner, Elisabeth 972
Werner, Pierre 487, 495, 519, 528, 529, 558
Weschenfelder, Eva 1215
Wessels, Wolfgang Theodor 38, 39, 189, 194, 915–936, 984, 1194, 1200
Westendorp, Carlos 788
Westle, Bettina 1194, 1204
Wichtl, Gabriel 782
Wieland, Christian 396
Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preußen 96, 117
Wilson, Harold 645, 646
Winckelmann, Joachim 108
Winkler, Günther 998
Winkler, Heinrich August 429, 433, 497, 1185
Wintle, Michael 1144
Wintoniak, Alexis 869
Wirsching, Andreas 313, 486
Withalm, Hermann 1003
Wittmann, Sabrina 782
Wohnout, Helmut 586
Wölfer, Klaus 966, 967

Wolf, Klaus 1010
Wolfrum, Edgar 478, 1185
Wortman, Richard 20, 299
Wulff, Christian 837, 861, 1112
Wurtz, Francis 1180

X

Xerxes, persischer König 84

Z

Zafón, Carlos Ruiz 712
Zapatero, José Luis 708, 711, 714
Zeidler, Simon 49
Zervakis, Peter 589
Zhu, Kunqian Catherine 42, 1031
Ziegerhofer, Anita 400, 617, 1146, 1147
Zielonka, Jan 572
Ziethen, Sanne 10, 49, 140, 143, 146, 151, 155, 156, 158, 161, 169, 172, 174, 175, 179, 183, 184, 186, 190, 193, 197, 239, 244, 248, 249, 254, 258, 586, 1283
Zilk, Helmut 621
Zucchero (Zucchero Sugar Fornaciari) 859

Danksagung

Der Georg Olms Verlag dankt den folgenden Einrichtungen und Initiativen für ihre Unterstützung, so dass dieses Werk sowohl im Print als auch als Open-Access-Edition (Lizenz CC-BY-SA 4.0) erscheinen kann:

Universitätsbibliothek Basel
Staatsbibliothek zu Berlin
Universitätsbibliothek Bochum
Universitäts- und Landesbibliothek Bonn
Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt
Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf
Universitätsbibliothek Duisburg-Essen
Universitätsbibliothek Erfurt
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg / Universitätsbibliothek
Dachinitiative „Hochschule.digital Niedersachsen“ des Landes Niedersachsen
Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen
FernUniversität in Hagen / Universitätsbibliothek
Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky Hamburg
Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek - Niedersächsische Landesbibliothek
Universitäts- und Stadtbibliothek Köln
Universitätsbibliothek in Landau
Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern
Universitätsbibliothek Mainz
Universitätsbibliothek Marburg
Universitätsbibliothek der LMU München
Universitäts- und Landesbibliothek Münster
Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
Universitätsbibliothek Passau
Universität Potsdam / Universitätsbibliothek
Universitätsbibliothek Tübingen
Universitätsbibliothek Vechta
Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
Universitätsbibliothek Würzburg
Universitätsbibliothek Wuppertal
Zentralbibliothek Zürich

In der Reihe „Historische Europa-Studien" (ISSN 1869-1196)
erschienen bisher folgende Titel:

Band 1: Romain Kirt
Europa – Die Weltmacht der Herzen. Zukunftsszenarien für das 21. Jahrhundert
2009. IV/184 S.
ISBN 978-3-487-14239-5

Band 2: Michael Gehler, Andreas Pudlat (Hg.)
Grenzen in Europa
unter Mitarbeit von Imke Scharlemann
2009. 378 S.
ISBN 978-3-487-14240-1

Band 3: Kurt Gritsch
Inszenierung eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der „Kosovo-Krieg" 1999
2010. 533 S.
ISBN 978-3-487-14355-2

Band 4: Michael Gehler (Hg.)
Die Macht der Städte. Von der Antike bis zur Gegenwart
Unter Mitarbeit von Imke Scharlemann
2010. 780 S. mit zahlreichen Abb.
ISBN 978-3-487-14481-8

Band 5: Michael Gehler, Hinnerk Meyer (Hg.)
Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus
Hildesheimer Europagespräche I
2012. 475 S.
ISBN 978-3-487-14693-5

Band 6: Michael Gehler, Xuewu Gu, Andreas Schimmelpfennig (Hg.)
EU – China. Global Players in a Complex World
2011. 355 S.
ISBN 978-3-487-14727-7

Band 7: Andreas Pudlat
Schengen. Zur Manifestation von Grenze und Grenzschutz in Europa
2013. 367 S. mit 21 Abb.
ISBN 978-3-487-14730-7

Band 8: Christoph Kühberger
Globalgeschichte als Vernetzungsgeschichte. Geschichtsunterricht im Mehr-Ebenen-System
2012. 303 S.
ISBN 978-3-487-14820-5

Band 9: Hannah Maischein
Ecce Polska. Studien zur Kontinuität des Messianismus in der polnischen Kunst des 20. Jahrhunderts
2012. 136 S.
ISBN 978-3-487-14853-3

Band 10: Michael Gehler, Imke Scharlemann (Hg.)
Zwischen Diktatur und Demokratie. Erfahrungen in Mittelost- und Südosteuropa
Hildesheimer Europagespräche II
2013. 728 S.
ISBN 978-3-487-14833-5

Band 11: Michael Gehler, Marcus Gonschor, Hinnerk Meyer (Hg.)
Banken, Finanzen und Wirtschaft im Kontext europäischer und globaler Krisen
Hildesheimer Europagespräche III
Unter Mitarbeit von Severin Cramm und Miriam Hetzel
2015. 687 S.
ISBN 978-3-487-15041-3

Band 12: Hinnerk Meyer
Formationsphasen der europäischen Integrationspolitik im Vergleich
2014. 431 S.
ISBN 978-3-487-15129-8

Band 13: Michael Gehler, Marcus Gonschor, Severin Cramm, Miriam Hetzel (Hg.)
Internationale Geschichte im globalen Wandel
Hildesheimer Europagespräche IV
2 Bände. 2018. XXII/1278 S. mit 82 Abb.
ISBN 978-3-487-15568-5

Band 14: Michael Gehler, Peter Müller, Peter Nitschke (Hg.)
Europa-Räume. Von der Antike bis zur Gegenwart
2016. 508 S. mit 43 Abb.
ISBN 978-3-487-15482-4

Band 15: Felix Hinz (Hg.)
Kreuzzüge des Mittelalters und der Neuzeit. Realhistorie – Geschichtskultur – Didaktik
2015. 389 S.
ISBN 978-3-487-15267-7

Band 16: Holm A. Leonhardt
Kartelltheorie und Internationale Beziehungen. Theoriegeschichtliche Studien
2013. 861 S.
ISBN 978-3-487-14840-3

Band 17: Michael Gehler, Andrea Brait (Hg.)
Am Ort des Geschehens in Zeiten des Umbruchs
2018. 974 S. mit 30 Abb.
ISBN 978-3-487-15622-4

Band 18: Michael Gehler, Andrea Brait (Hg.)
Von den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa bis zum Zerfall der Sowjetunion 1985–1991
2 Bände. 2023. 1772 S.
ISBN 978-3-487-16139-6

Band 19: Marcus Gonschor
Politik der Feder
2017. 893 S.
ISBN 978-3-487-15531-9

Band 20: Michael Gehler, Paul Luif, Elisabeth Vyslonzil (Hg.)
Die Dimension Mitteleuropa in der Europäischen Union
2015. 499 S. mit 9 Abb. und 18 Tabellen.
ISBN 978-3-487-15268-4

Band 21: Michael Gehler, Andrea Brait, Philipp Strobl (Hg.)
Geschichte schreiben – Geschichte vermitteln. Inner- und interdisziplinäre Perspektiven auf die Europaforschung
Hildesheimer Europagespräche V
2 Bände. 2020. 1402 S. mit 31 Abb.
ISBN 978-3-487-15939-3

Band 22: Deborah Cuccia
There are two German States and two must remain?
2019. XIV/394 S. mit 18 Abb.
ISBN 978-3-487-15810-5

Band 23: Marco Gerhard Schinze-Gerber
Franz Josef Strauß. Wegbereiter der deutschen Einheit und Europäer aus Überzeugung
2020. 386 S. mit 1 Abb.
ISBN 978-3-487-15904-1

Band 24: Harald Kleinschmidt
Der Kontext der Europäischen Union
2020. 380 S. mit 2 Abb.
ISBN 978-3-487-15839-6

Band 25: Ulfert Zöllner
An den Peripherien Westeuropas Irland und Österreich und die Anfänge der wirtschaftlichen Integration am Beispiel des Marshall-Plans
2022. 288 S. mit 5 Abb.
ISBN 978-3-487-16052-8

Band 26: Faruk Ajeti
Die Kosovopolitik Österreichs in den Jahren 1986–1999
2022. 430 S.
ISBN 978-3-487-16208-9

Band 27: Michael Gehler, Sanne Ziethen (Hg.)
Währungsidentitäten und -kulturen im Kontext europäischer und globaler Krisen
Hildesheimer Europagespräche VI
2022. 418 S. mit 8 Abb.
ISBN 978-3-487-16209-6

Band 28: Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hg.)
Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee.
Hildesheimer Europagespräche VII. 2 Bände. 2023. 1284 S.
ISBN 978-3-487-16327-7